



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

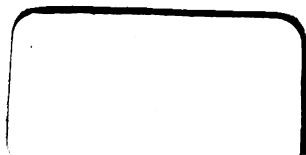
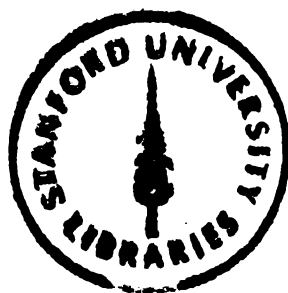
Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

Ausgeschieden



UNIVERSITY
STACKS
JUN 1976

LIBRARY

641

Amtsblatt

Inv.-Reg.
Nr. 111



der

Königlichen Regierung zu Potsdam

und der

Stadt Berlin.

Jahrgang 1897.

Potsdam, 1897.

Zu haben bei sämtlichen Kaiserlichen Postanstalten.

Preis 1 Mark 50 Pfennige.

(Der Preis des Alphabetischen Sach- und Namen-Registers vom ganzen Jahrgange beträgt 40 Pfennige.)

JS7
G3P6
1897

Chronologische Uebersicht

der in dem Amtsblatte der Königlichen Regierung

zu Potsdam und der Stadt Berlin

im Jahre 1897

erschiedenen Verordnungen und Bekanntmachungen

Abkürzungen: Die Verordnungen und Bekanntmachungen der königlichen Ministerien sind durch den Buchstaben M., die des königlichen Ober-Präsidenten durch die Buchstaben O. Pr., die des königlichen Regierungs-Präsidenten durch die Buchstaben R. Pr., die der königlichen Regierung durch den Buchstaben R., die der Bezirks-Ausschüsse durch die Buchstaben B. A., die des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin durch die Buchstaben P. Pr., die des Staatssekretärs des Reichspostamts bezw. des Reichspostamts durch die Buchstaben R. P. A., die der kaiserlichen Ober-Post-Direktionen durch die Buchstaben O. P. D., die des königlichen Konsistoriums der Provinz Brandenburg durch die Buchstaben Ko., die des königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums der Provinz Brandenburg durch den Buchstaben S., die der königlichen Stadt-Verwaltung der Staats-Schulen und der Reichsschulen Verwaltung durch die Buchstaben H. V. und bezw. R. S. V., die der königlichen Kontrolle der Staatspapiere durch den Buchstaben K., die der königlichen Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg zu Berlin durch die Buchstaben R. B., die der königlichen General-Kommission für die Provinz Brandenburg durch die Buchstaben G. K., die der königlichen Provinzial-Steuer-Direktion zu Berlin durch die Buchstaben P. St. D., die des königlichen Ober-Berg-Amtes zu Halle durch die Buchstaben O. B. A., die der königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin durch die Buchstaben E. B., die der königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg durch die Buchstaben E. Br., die der königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg durch die Buchstaben E. M., die der königlichen Eisenbahn-Direktion zu Stettin durch die Buchstaben E. St., die des Landesdirektors der Provinz Brandenburg zu Berlin durch die Buchstaben L. D. und die der Kreis-Ausschüsse des Regierungsbezirks Potsdam durch die Buchstaben K. A. bezeichnet.

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amtsblatts.	Seitenzahl des Amtsblatts.
1892.				
Jan. 25.	R. Pr.	Siehe 81. R. Pr. unterm 16. März 1897.		
1896.				
Aug. 23.	—	Königl. Kredit-Institut für Schlesien zu Breslau. — Umtausch 4% Pfandbriefe lit. B.	3	27/28
Nov. 13.	4. R. B.	Verloosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg	10	99/100
23.	5. Ko.	Vereinigung der Kirchengemeinden Hohenstein, Ruhlsdorf und Klosterdorf zu einer neuen Pfarodie Hohenstein im Kreise Oberbarnim.	6	63
- 24.	12. R. B.	Ausreichung von Entlastungsquittungen über abgelöste Renten	3	27
- 24.	8. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreise Teltow	8	87
- 25.	12. G. K.	Regelung der Vertretung der Gesamtheit der Betheiligten in einzelnen Auseinandersetzungsangelegenheiten.	3	27
- 27.	O. Pr.	Siehe Magistrat Charlottenburg unterm 21. Dezember 1896.		
Dez. 3.	R.	Siehe 5 Ko. unterm 23. November 1896.		
- 4.	52 P. Pr.	Nachtrag zu den Statuten der Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft „Janus“ in Hamburg.	3	25
- 4.	—	Amtsgericht Mittenwalde. — Handels- und Genossenschafts-register.	1	11
- 5.	—	Reichs-Versicherungsamt. — Siehe 6. K. Pr. unterm 31. Dezember 1896.		
- 10.	1 M.	Ausführungsbestimmungen zum Gesetze betr. die Statistik des Waaren-Verkehrs des deutschen Zollgebiets mit dem Ausland, vom 20. Juli 1879.	Extrabeilage zum 2. Stück.	
- 11.	2. M.	Turnlehrerinnen-Prüfung in Berlin	1	8
- 11.	M.	Siehe 4. P. Pr. unterm 31. Dezember 1896.		

Datum	Nummer der	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Dez. 11.	1. K. A.	Gemeindebezirksveränderung im Kreise Oberbarnim.	1	10
- 15.	M.	Siehe 13. P. Pr. unterm 25. Januar 1897.		
- 16.	1. R. P. A.	Postanweisungen im Verkehr mit den Samoa-Inseln	1	10
- 19.	M.	Siehe 13. P. Pr. und P. Pr. unterm 4. Januar 1897.		
- 19.	— —	Königl. Amtsgericht Spandau. — Handels- und Genossenschafts- register.	1	11
20.	1. P. Pr.	Auswanderer-Beförderung nach der Kap-Colonie und dem Transvaal sowie den 3 südlichen Staaten Rio Grande do Sul, Santa Catharina und Parana.	1	9
21.	— —	Magistrat Charlottenburg. — Erhebung von Beiträgen und Gebühren zu den Kosten der Schwemmkanalisation.	3	28
23.	1. M.	Börsen-Ordnung für Berlin.	1	1/8
23.	3. R. Pr.	Arztbeugehilfen-Prüfung.	1	9
23.	— —	Königl. Amtsgericht I zu Berlin. — Genossenschaftsregister.	1	11
24.	— —	Reichs-Versicherungsamt. — Einstweilige Regelung der Annahme von Militärärzten bei den Invaliditäts- und Alters- versicherungsanstalten.	Extrabeilage zum 18. Stück.	
- 24.	1. O. Pr.	Wahlen für die Ärztekammer der Provinz Brandenburg.	2	13/15
- 24.	2. R. Pr.	Nachweisung der Wasserstände im Monat November 1896.	1	9
- 24.	2. P. Pr.	Vergiftungen durch Sublimatpastillen.	2	18/19
- 24.	6. P. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. § 8 des Droschen-Polizei-Reglements für Berlin.	3	25
- 27.	3. M.	Anwendung der Bestimmungen des § 33 Abs. 1, 2, 3 unter 4 und 4 der Gewerbe-Ordnung.	2	13
- 27.	M.	Siehe 10 P. Pr. unterm 14. Januar 1897.		
- 28.	1. R. Pr.	Viehseuchen.	1	8
- 28.	1. P. St. D.	Änderung des statistischen Waarenverzeichnisses und des Ver- zeichnisses der Massengüter.	2	10
- 28.	2. P. St. D.	Nachtrag zum amtlichen Waaren-Verzeichnisse und Instructions- buch für die Pollabfertigung.	2	10 1
- 28.	2. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreise Anger- münde.	3	27
- 29.	4. M.	Umwandlung der Schuldverschreibungen der 4% konsolidirten Staatsanleihe in 3 1/2% prozentige.	3	21/22
- 30.	4. R. Pr.	Belobigung für Rettung aus Lebensgefahr.	2	15
- 30.	3. P. Pr.	und Magistrat Berlin. — Ausstellung von Bezirkschorstängler- meistern.	2	19
- 30.	7. P. Pr.	Darstellung und Verkauf des „Tuberculinum Kochii“.	3	25
- 30.	1. O. B. A.	Vorstand des Brandenburger Knappschaftsvereins in Euben.	2	19/20
- 31.	6. R. Pr.	Prämientarif für die Versicherungsanstalt der Vorbäuerlichen Bau- gewerks-Vereinsgenossenschaft zu Berlin.	2	15/17
- 31.	4. P. Pr.	Turnlehrerinnen-Prüfung.	2	19
- 31.	1. E. B.	Ausnahme-Tarif für feuchte Stärke (auch feuchte Schlamm- stärke).	2	20
- 31.	— —	Amtsgericht Alt-Landsberg. — Entgegennahme der Anträge in Grundbuchsachen und Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit.	2 3	20 28
1897.	— —	Inhaltsverzeichnis von Stück 39 und 40 des Reichsgeblatts für 1896.	1	1
— —	— —	Desgleichen von Stück 31 und 32 der Gesammmlung für 1896.	1	1
— —	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	1	11/12

Datum	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Seite des Amtsblatts.	Seitenzahl des Amtsblatts.
Jan. 2.	5. M.	Nichtung chemischer Meßgeräte durch das Nichtigkeitsamt in Köln	3	22/23
- 2.	R. Pr.	Herausgabe des Sach- und Namen-Registers zum Amtsblatte für 1896.	2	13
- 2.	8. R. Pr.	Errichtung einer Apotheke in Dallmin, Kreis Westprignitz	2	17/18
- 2.	2. E. B.	Staatsbahn-Vieh- u. Tarif vom 1. Oktober 1895, Staatsbahn-Vieh- u. Tarif mit den Oberhessischen und Oberrheinischen Staatsbahnen und angeschlossenen Privatbahnen vom 1. Oktober 1896.	3	27
- 2.	—	Magistrat Berlin. — Siehe denselben. unterm 20. März 1897.		
- 4.	5. R. Pr.	Arznei-Taxe für 1897	2	15
- 5.	7. R. Pr.	Form der ärztlichen Atteste der Medizinalbeamten	2	17
- 5.	9. R. Pr.	Viehseuchen	2	18
- 5.	8. P. Pr.	Verordnung der Tauben der Brieftauben-Viehhabervereine Berlina, Phönix und Komet seitens der Militärverwaltung.	3	25/26
- 5.	8. K. A.	Gemeinde- und Gutsbesitzveränderungen im Kreise Teltow	4	34
- 5.	—	Feuerfängengelber-Ausschreiben der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg für das II. Halbjahr 1896.	4	41/42
- 6.	10. R. Pr.	Herausgabe des 10. Hefts der Schriften der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen.	3	23
- 6.	3. E. B.	Tarifirung gemahlener Pregrückstände von Kartoffeln oder Rüben.	3	27
- 7.	15. R. Pr.	Beseitigung von Masten an der Eisenbahnbrücke bei Groß-Köris.	3	24
- 8.	13. R. Pr.	Ernennung von Feuer-Ausschreibern	3	24
- 8.	14. R. Pr.	Desgleichen	3	24
- 8.	1. O. P. D.	Legitimation der Mannen der Berliner Stadtfernsprechanlage	3	26
- 8.	—	Königl. Intendantur des Garde-Corps zu Berlin. — Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Garnisonbauten; Bestimmungen für die Bewerbung um Leistungen — Arbeiten und Lieferungen — Garnisonbauten.	4	34/41
- 9.	9. P. Pr.	Dispensation der Apotheker-Lehrlinge von Vorschriften des Prüfungsreglements.	4	30
- 9.	—	Königl. Hauptsteueramt f. inf. Gegenstände. — Stempelvertheilungsstelle in Groß-Nichterfelde.	4	42
- 9.	—	Amtsgericht Kallherge Rüdersdorf. — Handels- und Genossenschaftsregister.	7	81
- 9.	—	Rechnungsabschluß der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt der Provinz Brandenburg für 1895.	4	42/43
- 10.	4. E. B.	Eisenbahn-Gruppentarif III (Berlin—Stettin)	4	33
- 10.	—	Elbstrombauverwaltung in Magdeburg. — Polizei-Verordnung betr. den Schutz der Strombauwerke an der Elbe.	5	50
- 11.	—	Königl. Gutsdirektion Friedrich-Wilhelms-Gut. — Stationirung der Landbesitzer für 1897.	7	78/80
- 11.	11. R. Pr.	Markt- und Ladenpreise im Monat Dezember 1896	3	22/23
- 11.	12. R. Pr.	Monatsdurchschnitt der höchsten Tagespreise einschl. 5% Aufschlag im Monat Dezember 1896.	3	24
- 11.	1. E. M.	Einführung von Eisenbahn-Prioritätspflichten	4	34
- 11.	—	Vorlesungen an der Königl. Landwirthschaftlichen Hochschule zu Berlin im Sommerhalbjahr 1897.	9	93/94
- 12.	16. R. Pr.	Viehseuchen	3	24/26

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Jan. 13.	—	Allerhöchster Erlaß. — Verleihung des Rechts zur Chaussee- gelderhebung auf der Chaussee Angermünde—Schwedt (in Dobberzin beginnend) über Kruslow nach Stolpe.	6	51
- 13.	19. R. Pr.	Vereinigung der Landgemeinde und des Gutsbezirks Möglin im Kreise Oberbarnim.	4	29
- 13.	12. P. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. den Schweinemarkt auf dem Berliner städtischen Viehhofe.	5	48
- 14.	10. P. Pr.	Anwendung der Bestimmungen des § 33 Abs. 1, 2, 3 unter a und 4 der Gewerbeordnung.	4	30/31
- 14.	4. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreise Beeskow- Storkow.	6	65
- 15.	17. R. Pr.	Verzeichniß der von der Lungenseuche betroffenen Sperrgebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rind- vieh zu untersagen ist.	4	29
- 15.	3. Ko.	Errichtung einer 3. Pfarrstelle an der evangelischen Lazarus- Kirchengemeinde in Berlin.	6	63
- 15.	4. Ko.	Desgl. an der evangelischen Auferstehungs-Kirchengemeinde zu Berlin.	6	63
- 15.	5. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreise Ruppin	6	65
- 15.	—	Feuerkassengelder-Ausschreiben für die Land-Feuer-Societät der Kurmärk Brandenburg zc. für das II. Halbjahr 1896.	4	42
-	1. Ko.	Pfarrstelle in Wendisch-Buchholz	3	26
-	2. Ko.	Desgl. in Bertkow, Diözese Granitz	3	26
Jan. 16.	18. R. Pr.	Essentielle Auspielung von Pferden in Neubrandenburg	4	29
- 16.	20. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. den Verkehr auf der Kleinbahn Straus- berg—Hennickendorf—Herzfelde.	4	29/30
- 16.	2. O. P. D.	Unanbringliche Postsendungen	4	32/33
- 16.	3. O. P. D.	Annahme von Postsendungen durch die Landbriefträger	4	33
- 16.	4. O. P. D.	Unbestellbare Einschreibbriefe	5	48/49
- 16.	2. G. K.	Berichtigung der Nachweisung der Martini-Durchschnitts-Markt- preise von Getreide, Kartoffeln zc.	4	33
- 16.	—	Königl. Polizei-Direction Charlottenburg. — Polizei-Verordnung, betr. die Herstellung von Acetylen gas und Calciumcarbid.	4	41
- 18.	1. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	5	49/50
- 19.	M.	Siehe 31. R. Pr. unterm 4. Februar 1897.		
- 19.	21. R. Pr.	Viehseuchen	4	30
- 19.	8. Ko.	Martini-Marktpreise des Roggens in den Jahren 1883 bis 1896	6	64
- 19.	11. Ko.	Vereinigung der Kirchengemeinde Hirschfelde mit der Parochie Giesdorf (Diözese Strausberg).	9	91
- 19.	2. R. B.	Termin zur Ausloosung 3 1/2% Rentenbriefe	5	50
- 19.	1. E. St.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	5	50
- 20.	24. R. Pr.	Anstellung eines Beauftragten der Norddeutschen Holzberufs- genossenschaft.	5	48
- 20.	5. E. B.	Eisenbahn-Gruppentarif III (Berlin—Stettin)	5	50
- 20.	6. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirks-Veränderungen im Kreise Nieder- barnim.	6	66
- 21.	1. R.	Unterricht im Obstbau für ländliche Volksschullehrer	6	53
- 21.	2. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	6	63
-	—	Königl. Hauptsteueramt f. inf. Gegenstände. — Stempelvertheiler- stelle in Berlin.	5	50
Jan. 22.	22. R. Pr.	Stempelsteuerfreiheit von Zeugnissen zc. in Bezug auf die Be- freiung von militärischen Kontrollversammlungen.	5	47

Datum der Verordnungen und Bekanntmachungen.		Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Jan. 22.	23. R. Pr.	Wasserstände im Monat Dezember 1896	5	47
- 22.	P. Pr.	Siehe 3. Ko. unterm 15. Januar 1897.		
- 22.	P. Pr.	Siehe 4. Ko. unterm 15. Januar 1897.		
-	11. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Dezember 1896	4	31/32
-	-	Geschenke an Kirchen u.	4	44
-	-	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	4	44/46
Jan. 25.	13. P. Pr.	Statut der Preussischen Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft zu Berlin.	6	53/63
- 25.	1. E. Br.	Ostdeutsches Eisenbahn-Russbuch	6	65
- 26.	2. O. Pr.	Einberufung des 23. Provinzial-Landtages der Provinz Brandenburg.	6	51
- 26.	3. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	6	63
- 28.	25. R. Pr.	Polizei-Verordnung über die Anbringung von Firmenschildern an offenen Geschäftslokalen.	6	51/52
- 28.	-	Amtsgericht Charlottenburg. — Handels-, Börsen- und Genossen- schaftsregister.	8	88
- 29.	O. Pr.	Siehe Magistrat Berlin unterm 20. März 1897.		
- 29.	26. R. Pr.	Neue Apotheke in Schöneberg bei Berlin	6	52
- 29.	5. O. P. D.	Anmeldungen von Anschlüssen an Stadtfernsprecheinrichtungen	7	77
-	6. O. P. D.		8	86
-	9. O. P. D.		9	91
- 29.	15. Ko.	Aufhebung der pfarramtlichen Verbindung zwischen der St. Gott- hardt-Kirchengemeinde in Brandenburg und den Kirchen- gemeinden Brielow und Radewege, sowie Errichtung einer Pfarrstelle in Brielow.	10	97
- 30.	27. R. Pr.	Gemeindebezirksveränderung der Stadt Luckenwalde	6	52
- 30.	28. R. Pr.	Desgleichen der Stadt Alt-Ruppin	6	52
- 30.	2. O. B. A.	Bergabengeschäfte im Bergrevier Frankfurt a. O.	6	65
- 31.	29. R. Pr.	Gemeindebezirksveränderung der Stadt Cöpenick	6	52
Febr. 1.	3. O. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. die Ankündigung von Geheimmitteln gegen thierische Krankheiten.	7	71
- 1.	4. O. Pr.	Desgleichen betr. die Befreiung von der Haltung der Privat- Fischgeräthschaften.	7	71
- 2.	30. R. Pr.	Wiehseuchen	6	52/53
- 2.	R.	Siehe 11. Ko. unterm 19. Januar 1897.		
- 3.	36. R. Pr.	Genehmigung für die Herstellung und den Betrieb einer Klein- bahn von Kyritz nach Hoppenrade mit Abzweigung nach Bredbin.	7	74/77
- 3.	H. V.	Abstempelung der Schuldverschreibungen der Preussischen Konsoli- dirten 4% Staatsanleihe auf 8 1/2 %.	Beilage zum 7. Stück.	
- 3.	6. E. B.	Frachtermäßigung für Torfstreu und Torfmüll		
- 4.	31. R. Pr.	Verhütung der Ansteckung mit der Aussatzkrankheit in Schulen	7	80
- 4.	33. R. Pr.	Öffentliche Ausspielung von Pferden, Wagen u. in Herbst	7	72
- 4.	3. R.	Verwaltung der Forstklasse in Erkner	7	77
- 4.	7. E. B.	Notstandstarif für Düngemittel	7	80
-	-	Inhaltsverzeichnis von Stück 1 und 2 des Reichsgesetzblattes für 1897.	6	51
-	-	Desgleichen von Stück 33 und 34 der Gesetzsammlung für 1897	6	51
Febr. 5.	R.	Siehe 15. Ko. unterm 29. Januar 1897.		
- 5.	3. O. B. A.	Verwaltung des Bergreviers Frankfurt a. O.	7	80
-	6. Ko.	Pfarrstelle zu Groß-Zietzen, Diözese Cöln-Land II.	6	63

Datum	Nummer der	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Blatt des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
7.	7. Ko.	Pfarrstelle zu Bocho, Diözese Jüterbog.	6	63
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	6	68/70
Febr. 6.	5. O. Pr.	Jahresdurchschnittspreise für Weizen, Roggen u. für die Jahre 1887 bis 1896 mit Gültigkeit für 1. April 1897/98.	8	83
6.	32. R. Pr.	Die „Wohnplätze des Deutschen Reichs“ v. Brunsow.	7	71/72
6.	37. R. Pr.	Landesverweisungen im IV. Vierteljahr 1896	7	74
6.	15. P. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. § 48 des Droschken-Polizei-Reglements für Berlin.	8	84
6.	16. P. Pr.	Anderweite Fassung der Genehmigungsurkunden für verschiedene Pferdebahnlinsen gemäß § 28 des Kleinbahngesetzes.	8	85
6.	4. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	7	77
8.	41. R. Pr.	Venezolanisches Konsulat in Berlin.	9	89
8.	—	Königl. Eisenbahn-Kommissariat zu Berlin. — Kommunalabgabepflichtiges Reineinkommen der preussischen Ehemaligen der Mecklenburgischen Friedrich-Wilhelm-Eisenbahn.	8	87
9.	34. R. Pr.	Wiehseuchen	7	72/73
9.	35. R. Pr.	Markt- und Ladenspreise im Monat Januar 1897	7	72/73
9.	36. R. Pr.	Monatsdurchschnitt der höchsten Tagespreise einschl. 5 % Aufschlag im Monat Januar 1897.	7	74
9.	2. R.	Abstempelung der Schuldverschreibungen der Preussischen Konsolidierten 4 % Staatsanleihe auf 3 1/4 %.	7	71
9.	14. P. Pr.	Ausstellung von Zeugnissen über die psychiatrische Vorbildung bei der Zulassung zur Physikalischen Prüfung.	8	84
9.	—	Amtsgericht Potsdam. — Gerichtstage in Berlin.	8	88
9.	10. E. B.	Umfartierungstarif der Preussischen Staatsbahnen	9	92
10.	39. R. Pr.	Verzeichnis der von der Lungenseuche betroffenen Sperregebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh zu unterlassen ist.	8	84
10.	—	Königl. Eisenbahn-Betriebsinspektion 13 zu Berlin. — Beseitigung der Mastentnahme an der Brücke der Berlin-Görlitzer Eisenbahn über den Köris-Kanal.	8	87
12.	12. Ko.	Martini-Marktpreis des Roggens in Neu-Muppin für 1896	9	91
12.	16. Ko.	Aufhebung der St. Johannis-Kirchengemeinde zu Spandau und Eingliederung ihrer Mitglieder in die St. Nicolai-Kirchengemeinde daselbst.	10	98
12.	9. Ko.	Pfarrstelle zu Wildau, Diözese Dahme.	2	77
—	—	Königl. Bergrevierbeamte zu Frankfurt a. O. — Verlegung des Büreaus.	7	77
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	7	81/82
Febr. 13.	3. R. B.	Verloosung 3 1/4 % Rentenbriefe der Provinz Brandenburg	9	92
—	6. R. B.		13	129
—	10. R. B.		23	226
13.	9. E. B.	Nordostdeutsch-Berlin-Bayerischer Verband.	8	86
13.	7. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreise Jüterbog-Luckenwalde.	8	86/87
15.	8. E. B.	Ausdehnung des Rohstofftarifs auf Brennstoffe	8	86
15.	—	Königl. Kredit-Institut für Schlesien zu Breslau. — Kündigung 4 % schlesischer Pfandbriefe. Lit. B.	9	92/93
15.	—	Vorlesungen u. an der Königl. Thierärztlichen Hochschule zu Hannover im Sommerhalbjahr 1897.	10	102

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	St.	St.
Febr. 17.	M.	Vorchriften, betr. die Abänderung des Mannweinsiederlage-Regulations.	Centralblatt zum 12. Stück.	
13.	40. R. Pr.	Schulfreie Tage auf dem Schulfest bei Commemorativ für 1897.	9	89
17.	4. R.	Uebergabe-Erklärungen zc. für die Abstempelung der Staatsanleihe zu 8 1/2 prozentige.	8	84
17.	5. R.	Wahl der Kuratoren zc. für die Elementarlehren Wittwen- und Waisenklasse des Regierungsbereichs Potsdam.	9	90
17.	7. O. P. D.	Legitimation der Fernsprecheinrichtungen und Bauarbeiter durch Ausweisarten.	9	90/92
17.	H. V.	Siehe 6. R. unterm 27. Februar 1897.	9	92
17.	5. K.	Aufgebot einer Staatsschuldschreibung	9	93
17.	—	Amtsgericht Briegwall. — Gerichtstagsverlegung in Witten.	10	96
18.	44. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. die Anzeigepflicht bei Ausbruch des Ausfluges (Lepra).	9	91
18.	8. O. P. D.	Unanbringliche Postsendungen	8	89/88
18.	6. O. Pr.	Wahl eines Provinzial-Landtagsabgeordneten	8	87
—	17. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Januar 1897.	8	88
—	10. Ko.	Pfarrstelle zu Groß-Wuth, Diözese Pommern.	10	96
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatt für das Deutsche Reich.	10	98
Febr. 20.	45. R. Pr.	Ernennung eines stellvertretenden Vorsitzenden des Schiedsgerichte für die Arbeiterversicherung in Neu-Stuppin.	10	90
20.	R.	Siehe 16. Ko. unterm 12. Februar 1897.	10	98
22.	43. R. Pr.	Wasserstände im Monat Januar 1897.	10	100
22.	f. S.	Aufnahmepflicht für die Präparandenanstalt in Joachimsthal.	10	100
22.	11. E. B.	Eisenbahn-Gruppentarif III. (Berlin—Stettin).	10	100
22.	12. E. B.	Ermächtigung der Ueberfuhrgebiets von und nach dem Central-Viehhoft in Berlin.	10	100
23.	42. R. Pr.	Viehseuchen	10	100
23.	9. O. P. D.	Unanbringliche Postsendungen	10	100
23.	6. K.	Aufgebot einer Staatsschuldschreibung	11	107
23.	9. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreis Osthavelland.	10	95
25.	7. O. Pr.	Bestätigung der Wahlen des Vorsitzenden und des Stellvertreters des Vorsitzenden des 69. Kommunallandtages der Kurmark.	10	96
26.	48. R. Pr.	Auspielung von Kunstgegenständen in Weimar.	11	103
26.	50. R. Pr.	Rettung aus Lebensgefahr	11	108
26.	12. E. B.	Frachtermäßigung für Torfstreu und Torfmüll nach Stationen der Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen und Pommeren östlich der Oder.	9	91
—	13. Ko.	Französisch-reformirte Pfarrstelle zu Witten, Franz. Inspektion.	9	91
—	14. Ko.	Pfarrstelle zu Ruhdorf, Diözese Briegwall.	9	94
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatt für das Deutsche Reich.	10	95/96
Febr. 27.	6. R.	Ausreichung der Zinsheine Reihe II. zu den Staatsschreibungen der Preussischen Konf. 3 1/2 prozentig von 1887/1888.	16	153/154
27.	16. R.	—	22	211/212
27.	14. R.	—	11	106
27.	7. K.	Aufgebot von Staatsschuldschreibungen	11	106
27.	8. K.	Desgleichen	10	100/102
27.	—	Königl. Ministerial-Militär- und Bau-Commission zu Berlin.	10	100/102
27.	—	Tarif über die staatlichen Abgaben an den Wasser- und	10	100/102
27.	—	Wasserstellen zc. an den Berliner Wasserstraßen.	10	100/102

Datum	Anlagen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Ants Mittels	Stückzahl des Ants Mittels
			Stück	Stückzahl
17. März	R. Pr.	Vorlesungen an der Universität Greifswald im Sommerhalbjahr 1897.	10	98
21. März	—	Vorlesungen für das Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle a. S. im Sommerhalbjahr 1897.	11	108/109
1. März	—	Allerhöchstes Privilegium wegen Ausreichung von Anleihscheinen des Kreises Osthavelland.	13	125/127
1. März	1. B. A.	Vorarbeiten für den Ausbau der an den Schlesiſchen Bahnhof in Berlin angrenzenden Strecken der Ost- und der Schlesiſchen Bahn.	10	97
1. März	2. H. V.	21. Verloosung von 3 1/2 % Staatsschuldscheinen von 1842.	13	128
1. März	3. P. St. D.	Erbschaftsteuer für die in Preußen befindlichen Nachlässe von Brasilianern.	11	107
1. März	11. E. B.	Beförderung von Magermilch, Buttermilch und Molken.	11	107/108
2. März	46. R. Pr.	Tarif zur Erhebung der Schleusenknechtegebühren an der Schleuse zu Große Tränke.	10	96
2. März	49. R. Pr.	Biehseuchen.	10	96/97
2. März	18. P. Pr.	Abfuhr von Haus- und Wirtschaftsabgängen.	11	105
2. März	10. O. P. D.	Fernsprechverkehr mit Randers, Aalborg und Frederikshavn.	11	105
2. März	9. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen.	11	106/107
2. März	5. R. B.	Einföschung der am 1. April 1897 fälligen Zinsſcheine von Rentenbriefen etc.	11	107
3. März	7. M.	—	14	132/133
3. März	11. M.	—	19	179
3. März	14. M.	Antauf von Remonten für 1897.	22	212
3. März	16. M.	—	24	227/228
3. März	—	Königl. Polizei-Direction zu Charlottenburg. — Polizei-Verordnung über die Anzeigepflicht beim Ausbruch von Ausſatz (Pepra).	11	108
4. März	11. O. P. D.	Verzollung der mit der Poſt aus dem Auslande eingehenden zollpflichtigen Packete.	11	106
4. März	10. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreiſe Teltow.	13	129
4. März	—	Inhaltsverzeichnis von Stück 3 bis 6 des Reichsgesetzblattes für 1897.	10	95
4. März	—	Deſſelben von Stück 1 bis 3 der Geſezſammlung für 1897.	10	95
5. März	51. R. Pr.	Anordnung der Gehöſtſperre für an Maul- und Klauenſeuche erkrankte Wiederkäuer und Schweine.	11	103
5. März	12. O. P. D.	Postſchalterdienſt, Orts- und Landbeſtelldienſt am 22. März 1897.	11	106
5. März	11. K. A.	Änderung von Bezirksgrenzen im Kreiſe Oſtpommern.	13	129/130
5. März	17. Ko.	Pfarrſtelle zu Dorf Zechlin, Diözeſe Wittſtock.	10	98
5. März	18. Ko.	Pfarrſtelle zu Reichenwalde, Diözeſe Storkow.	10	98
6. März	52. R. Pr.	Monatsdurchſchnitt der höchſten Tagespreiſe einſchl. 5 % Aufſchlag im Monat Februar 1897.	11	103
6. März	53. R. Pr.	Markt- und Ladenpreiſe im Monat Februar 1897.	11	104/105
6. März	10. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen.	12	123
6. März	13. E. B.	Nordostdeuſch-Berlin-Württembergiſcher Verband.	12	124
8. März	—	Allerhöchſter Erlaß betr. Herabſetzung des Zinsfußes der Niederrheinmer Kreisanleihscheine.	17	161
8. März	19. P. Pr.	Erledigung eines Bezirksphyſikats.	12	122
9. März	8. O. Pr.	Antsbezirksveränderungen im Kreiſe Teltow.	12	111
9. März	54. R. Pr.	Biehseuchen.	11	104
9. März	13. O. P. D.	Postſchalterdienſt, Orts- und Landbeſtelldienſt am 22. März 1897.	12	123
9. März	11. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung.	12	123

Datum	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Verordnungs-Nummer	Seitenzahl
März 9.	12. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	12	128/12
- 10.	57. R. Pr.	Bedingungen für die Bewerzung von Arbeiten und Lieferungen bei Staatsbauten, allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauten, Leistungen und Lieferungen	12	114/121
- 10.	59. R. Pr.	Rettung aus Lebensgefahr	12	122
- 10.	1. H. V.	Eintlösung der am 1. April 1897 fälligen Zinsrente der Preussischen Staatsschulden	12	128
- 12.	56. R. Pr.	Verzeichnis der von der Lungenseuche betroffenen Spergebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh zu untersagen ist	12	111
- 12.	58. R. Pr.	Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Zunft zu Berlin	12	122
- 12.	23. P. Pr.	Polizei-Verordnung über die Anzeigepflicht beim Ausbruch von Ausfall (Depra)	13	128
-	19. Ko.	Diakonat an der St. Pauls-Kirche in Berlin	11	106
-	20. Ko.	Wirtschafts- u. Ruhe-Diözese Breslau I.	11	106
-	21. Ko.	Oberpfarrstelle zu Brieg	11	106
-	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich	11	110
März 13.	20. P. Pr.	Anlegung einer neuen Apotheke in Berlin	12	122/123
- 15.	M.	Anweisung, betr. die Benennung und Untersuchung der Dampfessel.	12	111
- 15.	55. R. Pr.	Ortsbenennung „Rönchehof“ im Kreise Breslau	12	122
- 18.	60. R. Pr.	Wiesenschen	12	122
- 18.	81. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. Ausdehnung der Polizei-Verordnung vom 15. Januar 1892 über Meldepflichtigkeiten auf den Amtsbezirk Friedrichsfelde	18	167/169
- 18.	22. R. Pr.	Verhängung ortspolizeilicher Verordnungen für die Stadt Charlottenburg	13	127/128
- 18.	13. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	13	129
- 18.	2. E. St.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	13	129
- 18.	14. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	14	135
- 19.	15. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	14	135
- 19.	14. E. B.	Eisenbahn-Gruppentarif III (Berlin-Stettin)	14	135
- 19.	12. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreise Ruppין	15	148
- 20.	8. M.	Betr. die Etheilstraße Schieplaf Gummersdorf — Jüterbog der Eisenbahn Gummersdorf — Jüterbog	14	133
- 20.	—	Magistrat Berlin. — Grundsteuer-Ordnung der Stadtgemeinde Berlin	14	136/139
- 20.	—	Derselbe, f. denselben unterm 29. März 1897.	14	133
- 21.	63. R. Pr.	Wasserstände im Monat Februar 1897	14	132
- 22.	3. M.	Prüfung der nicht fiskalischen Dampfessel und der Dampfessel in landwirthschaftlichen Betrieben x.	15	141
- 23.	9. M.	Siehe Magistrat Berlin unterm 29. März 1897.	16	154/155
- 24.	10. M.	Ullerrhöchster Erlass, betr. Verleihung des Rechts der Chaussee-geldverhebung auf der Chaussee Spreerbrücke bei Wilhelminenhof — Rummelsburg-Cöpeniger Chaussee	17	161
- 24.	—	Derselbe, f. denselben unterm 25. April 1897.	14	134
- 24.	64. R. Pr.	Verneissung der Havel von Brandenburg bis Werder	14	134
- 24.	65. H. Pr.	Verneissung des Saron-Barber Kanals	14	134
- 24.	24. T. Pr.	Anträge auf Erlernung der Hebeamentkunst	14	134
- 24.	14. O. P. D.	Einrichtung einer Postagentur in Ober-Schönweide	14	134/135

Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.

			Stück des Heftes blatt.	Seitenzahl des Heftes blatt.
		Aufstellung einer Postagentur in der Colonie Carlshorst.	14	185
		Wahl eines Provinzial-Landtagsabgeordneten.	14	131
		Ausbildung von Lehrschmiedemeistern.	14	133
		Umwandlung der 4% Reichsanleihe in eine 3%, prozentige.	14	131
		Vermessung der Oberförsterei Glambitz unter Anschluß an die Landesaufnahme.	14	134
- 20.	2. B. A.	Regulativ betr. den Schutz der Laichschonreviere im Kreise Ruppin.	15	152
- 25.	25. Ko.	Anschluß der evangelischen Kirchengemeinde Schönborg bei Berlin an den Berliner Stadtsynodalverband.	14	135
- 25.	27. Ko.	Aufhebung der Vereinigung der Pfarrstelle der evangelischen Kirchengemeinde Alt-Glienitz mit der Oberpfarrstelle zu Cöpenitz.	17	163
- 25.	—	Oberstrombauverwaltung zu Breslau. — Einziehung der Waften- trahne an den Eisenbahnbrücken zu Breslau, Döhrnau, Döhrnau, Stein, Pommern, D. Metten und Schwetig.	25	149
- 26.	66. R. Pr.	Deffnungszeiten für die Eisenbahn-Drehbrücke über die Havel- bucht bei Potsdam.	14	134
- 26.	16. O. P. D.	Postamt auf dem Rennplatz bei Carlshorst.	14	135
- 26.	15. E. B.	Nordostdeutsch-Berlin-Bayerischer Verband.	14	135/136
- 26.	2. E. Br.	Nachtrag zu den Staatsbahn-Personen- und Gepäcktarifen.	14	136
- 26.	21. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Februar 1897.	13	127
- 26.	22. Ko.	Pfarrstelle zu Seddin, Diözese Pommern.	13	128
- 26.	23. Ko.	3. Predigerstelle an der St. Marienkirche zu Berlin.	13	128
- 26.	24. Ko.	Pfarrstelle zu Gollmitz, Diözese Breslau I.	13	128
März 27.	—	Allerhöchster Erlass, betr. Herabsetzung des Zinsfußes der Anleihe des Rathschaubergwerks von 4 auf 3 1/2 %.	18	167
- 27.	26. P. Pr.	Genehmigung für die elektrische Straßenbahn von der Straße „am Kupfergraben“ zu Berlin bis Westend.	15	143/146
- 27.	4. P. St. D.	Steuerfreie Verwendung von undenaturirtem Branntwein zu Heil-, wissenschaftlichen und gewerblichen Zwecken.	15	147/148
- 27.	3. E. St.	Nachtrag zum Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarif.	15	149
- 28.	—	Der Oberbürgermeister von Berlin. — Obliegenheiten des Gemeindevorstehers gemäß § 78 Abs. 3 des Reichsgesetzes über die Gewerbeverordnungen vom 29. Juli 1890.	25	150
- 29.	—	Allerhöchster Erlass, betr. Verleihung des Enteignungsrechts an den Kreis Ostprignitz zum Bau der Kleinbahn Kyritz- Hoppenrade.	17	161
- 29.	13. K. A.	Umgemeindungen im Kreise Westhavelland.	16	158/159
- 29.	—	Magistrat zu Berlin. — Ordnung für die Erhebung einer Gemeindesteuer bei dem Erwerbe von Grundstücken in Berlin.	14	132/140
- 30.	67. R. Pr.	Viehseuchen.	14	134
- 31.	R.	Siehe 27. Ko. unterm 25. März 1897.	—	—
- 31.	16. K.	Aufgebot einer Staatsschuldschreibung.	15	146
April 1.	25. P. Pr.	Ernennung eines Vorsitzenden der Prüfungskommission für den Hufbeschlag in Berlin.	15	142/143
- 1.	—	Inhaltsverzeichnis von Stück 7 bis 11 des Reichsgesetzblattes für 1897.	14	131
- 1.	—	Desgleichen von Stück 4 bis 9 der Gesetzsammlung für 1897.	14	131
April 2.	69. R. Pr.	Frühjahrschönzeit der Fische.	15	141/142
- 2.	1 L. D.	Wahl von Mitgliedern der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg.	15	148

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück Anzahl des Buchs	Seitenzahl des Buchs
April 3.	68. R. Pr.	Verteilung des Titels Hofbeschlagnahme-Meister an den Hofbeschlagnahme-Meister Döhrer Bogdan in Charlottenburg	15	141
- 3.	70. R. Pr.	Gemeindebezirksveränderung der Stadt Charlottenburg	15	142
- 3.	17. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	16	158
- 3.	23. K.	Liste der 1896/97 als aufgerufen und gerichtlich für kraftlos erklärt nachgewiesenen Staats- und Reichsschuldverschreibungen	19	181/182
- 5.	—	Allerhöchstes Privilegium wegen Ausfertigung von Anleihen	20	191/192
- 5.	29. F. Pr.	Ergänzung der Verordnung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom 20. Juni 1892	17	162
- 5.	17. O. P. D.	Eröffnung des Fernspreerverkehrs mit Brate (Albanien)	16	157
- 5.	16. E. B.	Eröffnung der Badestelle Heiligensee für den Personen- und Gepäcverkehr	16	158
- 6.	71. R. Pr.	Biehseuchen	15	142
- 6.	76. R. Pr.	Verzeichnis der von der Lungenseuche betroffenen Sperrgebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Vieh zu unterlassen ist	16	156
- 6.	11. R.	Berichtigung der Berliner Kreis-Schulinspektionen von 2 auf 4	16	154
- 6.	2. S.	Verordnung zur Bestrafung unentschuldigter Schulverhumnisse	16	158
- 6.	14. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreise Westprignitz	19	185
- 6.	20. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreise Westprignitz	22	219
- 7.	73. R. Pr.	Ortsüblicher Tagelohn gewöhnlicher weiblicher Arbeiterinnen in Potsdam	16	155
- 7.	77. R. Pr.	Berichtigung der Marktpreisnachweisungen für Dezember 1896, Januar und Februar 1897	16	156
- 7.	27. F. Pr.	und Magistrat Berlin — Anstellung von Bezirkschornsteinfegermeistern	16	157
- 8.	74. R. Pr.	Monatsdurchschnitt der höchsten Tagespreise einschließlich Aufschlag im Monat März 1897	16	155
- 8.	75. R. Pr.	Nachweisung der Markt- und Ladenpreise im Monat März 1897	16	156/157
- 8.	R. S. V.	Abstempelung der Schuldschreibungen der Reichsanleihe auf 3 1/2 %	Beilage zum 16. Stück.	
- 8.	18. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	17	163
- 9.	72. R. Pr.	Aufhebung der Verordnung vom 16. September 1842 über die Handhabung der Feuerpolizei für die Stadt Rügen	16	155
- 9.	3. G. K.	Berichtigung der Nachweisung der Marktmittel-Durchschnittsmarktpreise von Getreide etc. für 1896	16	158
- 9.	4. G. K.	Desselben der 24-jährigen Marktmittel-Durchschnittsmarktpreise für 1896	16	158
- 9.	17. E. B.	Eröffnung des Haltepunktes „Ebersbüttel“ für den Personen- und Gepäcverkehr	17	163
—	26. Ko.	Pfarrstelle zu Griemen, Diözese Schwedt a. O.	15	149
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich	15	150/152
April 10.	19. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	17	163
- 10.	4. E. St.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	18	175
- 10.	—	Der Regierungspräsident zu Merseburg — Die noch nicht zur Einlösung gekommenen Steuer-Kredit-Rassenscheine und unverzinstlichen Kammer-Kredit-Rassenscheine betz.	18	176
- 11.	12. R.	Sequestation der Domaine Gramzow	16	153
- 11.	13. R.	Sequestation der Domaine Gramzow	17	161
- 12.	80. R. Pr.	Rettung aus Lebensgefahr	17	161

Datum	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
April 12.	9. R.	Abstempelung der Schuldverschreibungen der 4 % Reichsanleihe auf 3 1/2 %.	16	153
12.	30. P. Pr.	und Magistrat Berlin. — Anstellung eines Bezirks-Schornsteinfegermeisters.	17	162/163
12.	33. P. Pr.	Zulassung von Hebammen in Berlin.	19	180
12.	8. H. V.	Inanspruchnahme des Preussischen Staatsschuldbuchs im Jahre 1896/97.	18	174/175
12.	—	Elbstrombauverwaltung zu Magdeburg. — Ueberlastung der Sicherheitsventile der Schiffsdampfessel.	19	183
13.	78. R. Pr.	Viehseuchen.	16	156/157
14.	79. R. Pr.	Konsulat der „Größeren Republik von Central-Amerika (Republica Mayor de Centro America)“ in Berlin.	17	161
14.	25. O. P. D.	Einrichtung einer Postagentur im Dorfe Tallgow (Kreis Osthavelland).	18	173/174
14.	7. R. B.	Aufgebot 4 % Rentenbriefe.	18	175
15.	12. M.	Abänderung der Prüfungsordnung für Zeichenlehrerinnen vom 23. April 1885.	20	193
15.	18. O. P. D.	Anbringung von Briefkasten an den Wohnungen.	17	163
15.	20. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung.	18	175
15.	14. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirks-Veränderungen (Kr. Angermünde).	18	175/176
—	—	Inhaltsverzeichnis von Stück 12 bis 16 des Reichsgesetzblatts für 1897.	16	153
—	01	Desgleichen von Stück 10 bis 12 der Gesetzsammlung für 1897.	16	153
—	01	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	16	159/160
April 17.	19. O. P. D.	Einrichtung eines Postamts III in Colonie Wanzelbe.	17	163
17.	20. O. P. D.	Eröffnung einer Telegraphenhilfsstelle in Werder (Kr. Ruppin).	17	163
18.	21. O. P. D.	Unanbringliche Postvertheilungen.	18	171/172
18.	22. O. P. D.	Unbestellbare Einschreibbriefe.	18	172/173
19.	2. R. P. A.	Postverkehr mit Nicaragua.	19	181
21.	82. R. Pr.	Uebersichtskarte der Verwaltungsbezirke der Königl. Preussischen Eisenbahndirectionen etc.	18	169
21.	8. R. B.	Anderräumung eines Termins zur Auslosung von Rentenbriefen etc.	18	175
21.	18. E. B.	Entnahme und Beförderung von Privatwaggonen auf der Station Friedrücksberg bei Berlin.	18	175
21.	15. K. A.	Gutsbezirksveränderungen im Kreise Westprignitz.	19	185
21.	—	Elbstrombauverwaltung zu Magdeburg. — Uebersetzung einer Strommeisterstelle in Lenzen.	19	183
22.	13. M.	Notierung von Terminpreisen an preussischen Börsen.	21	201
22.	84. R. Pr.	Errichtung einer Prüfungskommission für Elbschiffer in Alsenleben i. S.	18	169
22.	85. R. Pr.	Schussfreie Tage auf dem Schießplatze bei Gammersdorf für 1897.	18	169/170
22.	23. O. P. D.	Eröffnung des Fehrsprechverkehrs mit Elze (Hannover) und Alfeld (Leine).	18	173
22.	22. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen.	19	181
23.	83. R. Pr.	Gebührenordnung für die Untersuchung von Händler-schweinen.	18	169
23.	86. R. Pr.	Ausspielung von Kunstwerken etc. in München.	18	170
23.	26. O. P. D.	Einrichtung einer Postagentur im Dorfe Grieben (Kreis Ruppin).	18	174
23.	21. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung.	18	175
—	28. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise im Monat März 1897.	17	162
—	—	Verzeichnis der von der Königl. Preussischen Landesaufnahme herausgegebenen Karten und Pläne.	—	Beilage zum 17. Stück.

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
		Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	17	166
April 24. 87.	R. Pr.	Aufstellung von Plachtklappenplanen	18	170
24. 88.	R. Pr.	Aufrufe zur Einwendung von Beiträgen zu einem Denkmale für den Wirkl. Geh. Rath Dr. Gundermann	18	170
24. 93.	R. Pr.	Vertrag über Hauptmarktort „Wilmshaus“ für den Kreis Ostprignitz	19	179
24. 32.	P. Pr.	Anlegung zweier neuen Apotheken in Charlottenburg	19	180
24. 24.	O. P. D.	Postanstalt des Großherzogthums Mecklenburg	18	173
24. 27.	O. P. D.	Einrichtung einer Postagentur im Dorfe Jänickenborstel (Kreis Jüterbog-Luckenwalde).	18	174
24. 28.	O. P. D.	Desgleichen im Dorfe Madensleben (Kreis Ruppiner)	18	174
24. 3.	L. D.	Zählung der Pferde und Rinder in der Provinz Brandenburg.	19	184
24. 31.	P. Pr.	Verleihung des Ertheilungsrechts behufs Freilegung des Bürgersteiges in der Volkstraße in Berlin.	18	171
26. 89.	R. Pr.	Verordnung für Rettung aus Lebensgefahr	18	170
26. 90.	R. Pr.	Regelung der Viehseuchen	18	170
26. 5.	R. St.	Neuer Tarif für Commercianten nach Ostpreußen	19	182
27. 91.	R. Pr.	Viehseuchen	18	170/171
27. 34.	P. Pr.	Zulassung von Hebammen in Berlin.	19	181
27. 19.	E. B.	Ausnahmetarif für Düngemittel und Abfallmaterialien der Kunst- düngerfabrikation.	19	182
27. 3.	E. Br.	Preussisches Eisenbahn-Museum	19	185
29. 94.	R. Pr.	Standesamtsbezirksveränderung im Kreise Zehlendorf	19	179
29. 96.	R. Pr.	Statut des Halle'schen Vereins zur Unfallversicherung	19	180
		Inhaltsverzeichnis von Stück 17 bis 19 des Reichsgefehlblatts für 1897.	18	167
		Desgleichen von Stück 13 und 14 der Gesammmlung für 1897	18	167
April 30. 39.	P. Pr.	Abgabe der Verordnung, betreffend die Angelegenheiten über die Stellvertretung der Gast- und Schankwirthe in Berlin.	19	224
30. 2.	L. D.	Provinzialabgaben für 1898/97	19	183
30. 6.	E. St.	Eröffnung der Haltestelle Stöven für den Güter- und Viehverkehr	19	183
		Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	18	177/178
Maï 1. 95.	R. Pr.	Erlebigung des Kreisphysikats im Kreise Templin	19	179
1. 20.	E. B.	Verkehrsbeschränkung von und nach dem Stettiner Bahnhof in Berlin.	19	182
1. 16.	K. A.	Chausseegeldhebung auf der Chaussee Alt-Hüppin-Kunster- Spring bei Genthrode.	20	198/199
3. 92.	R. Pr.	Öffnungszeiten für die Eisenbahnbrücke über die Havelmündung bei Potsdam.	19	179
3. 24.	K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	20	198
3. 19.	K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirks-Veränderungen im Kreise Nieder- barnim.	22	217/219
4. 97.	R. Pr.	Viehseuchen	19	180
4. 35.	P. Pr.	Genehmigung für eine Pferdeisenbahn in Berlin und Char- lottenburg von der Kurfürstenstraße bis zur Joachimsthaler- straße und zum Savigny-Platz.	20	196/197
4. 4.	L. D.	Statut des Brandenburgischen Provinzialverbandes zur Aus- führung des § 83 der Provinzial-Ordnung.	20	198
5. 102.	R. Pr.	Wasserstände im Monat März 1897	20	195
5. 115.	R. Pr.	Desgleichen im Monat April 1897	22	213

Datum ber Verordnungen und Bekanntmachungen.			Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Mits- blatts.	Seitenzahl des Mits- blatts.
Mai	6.	101. R. Pr.	Landesverweisungen in der Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1897.	20	194
	6.	105. R. Pr.	Verzeichniß der von der Lungenseuche betroffenen Sperrgebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh zu unterlagen ist.	20	196
	7.	100. R. Pr.	Schließungszeiten der Eisenbahndrehbrücken über die Havel bei Spandau.	20	124
	7.	103. R. Pr.	Vorsicht bezüglich des Genusses von Mineralwässern.	20	195
	7.	108. R. Pr.	Warnung vor dem Ankauf von Grundmanns Wund-Creme Vulneral.	21	201
	7.	4. H. V.	Abstempelung der Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidirten 4 % Staatsanleihe.	21	205
	7.	5. P. St. D.	Mißbräuchliche Verwendung von Viehsalz.	21	206
	—	28. Ko.	Erste Predigerstelle an der französischen Klosterkirche in Berlin	19	181
	—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	19	186/190
Mai	10.	98. R. Pr.	Ertheilung von Prüfungszeugnissen durch die Schmiede-Zinnung in Neu-Ruppin.	20	193
	10.	104. R. Pr.	Zahl der zulässigen Dampferanhänge auf dem Havelarme südlich der Pfaueninsel bei Potsdam.	20	195
	10.	106. R. Pr.	Bestellung eines Fischerei-Ausschereis	21	201
	10.	109. R. Pr.	Monatsdurchschnitt der höchsten Tagespreise einschließlich 5 % Aufschlag im Monat April 1897.	21	201
	10.	36. P. Pr.	Polizei-Verordnung, betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln, Drogen und Verbandstoffen außerhalb der Apotheken.	21	202/203
	10.	21. O. P. D.	Einrichtung einer öffentlichen Fernsprechstelle bei dem Postamt in Niederschönhausen.	20	198
	10.	22. O. P. D.	Einrichtung des Telegraphenbetriebes bei dem Postamt No. 94 in Berlin.	21	205
	10.	8. E. St.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	20	198
	11.	99. R. Pr.	Viehseuchen	20	193
	11.	107. R. Pr.	Bestellung eines Fischerei-Ausschereis	21	201
	11.	25. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	21	205
	11.	26. K.	Desgleichen	21	205/206
	11.	27. K.	Desgleichen	21	206
	13.	37. P. Pr.	Neuvergebung der Concession für eine Apotheke in Berlin	21	204
	13.	23. O. P. D.	Verlegung der Dienststellen des den Vermittelungsstellen I und V vorgeordneten Kaiserlichen Hauptfernprechamts.	21	205
	13.	3. S.	Prüfung der Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen	21	205
	13.	17. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreise Westprignitz.	21	206
	14.	24. O. P. D.	Eröffnung einer Telegraphenhülfsstelle in Bärz (Kreis Jerichow II).	21	205
	14.	28. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	21	206
	—	29. Ko.	Zweite Pfarrstelle an der deutsch-reformirten Gemeinde zu Brandenburg a. H.	20	198
	—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	20	200
Mai	15.	111. R. Pr.	Vicconsulat der Republik Guatemala in Berlin	21	202
	15.	9. R. B.	Verloosung von Regentenbriefen der Provinz Brandenburg.	22	215/216
	14.	R. B.		26	247/249
	19.	R. B.		39	385/387
	17.	29. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	22	214/215

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück	Seitenzahl
			des Blatts.	des Blatts.
Mai 17.	—	Oberstrombauverwaltung zu Breslau. — Handhabung der Strom- polizei auf der Oberstromstrecke von Rathow bis unterhalb Görz und auf der Lausitzer Neiße.	22	228
- 18.	110. R. Pr.	Nachweisung der Markt- und Ladenpreise im Monat April 1897.	21	202/203
- 18.	26. O. P. D.	Einrichtung einer Postagentur im Dorfe Groß-Musch. (Kreis Ruppin).	22	214
- 18.	18. K. A.	Der Landrath zu Neu-Ruppin. — Polizeiverordnung, betr. das Befahren der öffentlichen Wege mit aneinandergeflochtenen Fuhrwerken.	22	216
- 19.	25. O. P. D.	Unanbringliche Postsendungen	22	213
- 19.	29. O. P. D.	Desgleichen	22	214
- 20.	27. O. P. D.	Einrichtung einer Postagentur im Dorfe Wamitz. (Kreis Anger- münde).	22	214
- 21.	17. M.	Prüfung für Vorsteher an Taubstummen-Anstalten	25	235
- 21.	112. R. Pr.	Umwandlung des Gutsbezirks Groß-Breesa (Kreis Westprignitz) in eine Landgemeinde „Mittel Breesa“	22	212
- 21.	113. R. Pr.	Tarif für die Fährre bei Werder a. H. über die Havel	22	212
- 21.	28. O. P. D.	Zweigpökalanstalt auf dem Gesundbrunnen bei Freienwalde (Oder).	22	214
- 21.	11. R. B.	Vernichtung ausgelookter Rentenbriefe u.	23	225
-	38. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise im Monat April 1897.	21	204/205
-	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	21	208/210
Mai 24.	10. O. Pr.	Ernennung eines stellvertretenden Staatskommissars für die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten Berlin und der Provinz Brandenburg.	23	223
- 24.	116. R. Pr.	Genehmigung für die Verlängerung des Anschlußgeleises der Actiengesellschaft Berliner Holzcomptoir zur Eisenbahnstrecke Angermünde—Freienwalde a. O.	23	223
- 24.	22. E. B.	Nordostdeutsch-Berlin-Bayerischer Verband	23	226
- 25.	114. R. Pr.	Viehseuchen	22	212
- 25.	118. R. Pr.	Verlosung von Büchern durch den Christlichen Zeitschriftenverein zu Berlin.	23	223
- 25.	15. R.	Mittheilungen aus der Verwaltung der directen Steuern im preussischen Staate.	23	224
- 25.	30. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechverkehrs mit Westerland.	23	224
- 25.	5. R. S. V.	Ausreichung neuer Zinsscheine zu den Schuldverschreibungen der 3 1/2 % Reichsanleihe von 1887.	23	224/225
- 25.	12. R. B.	Einlösung fälliger Zinsscheine von Rentenbriefen und fälliger Rentenbriefe.	23	225
- 25.	21. E. B.	Beförderung von Wollsendungen nach dem Berliner Wollmarke.	23	226
- 26.	119. R. Pr.	Vorbild für den preussischen heraldischen Adler auf den Fahnen der Kriegervereine.	23	223
- 26.	—	Der Regierungspräsident zu Bromberg. — Erledigte Kreis- arztstelle des Kreises Kolmar i. P.	23	226
-	—	Inhaltsverzeichnis von Stück 20 bis 22 des Reichsgesetzblatts für 1897.	22	211
-	—	Desgl. von Stück 15 bis 17 der Gesammmlung für 1897.	22	211
Mai 28.	15. M.	Polizeiverordnung, betr. die Beförderung von feuergefährlichen, nicht zu den Sprengstoffen gehörenden Gegenständen u. auf der Elbe.	24	227
- 28.	4. S.	Aufnahme-Prüfung am Schullehrer-Seminar in Drögenburg	24	231
- 28.	5. S.	Zweite Lehrprüfung ebendasselbst	24	232

Datum	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des	Seitenzahl
Verordnungen und Bekanntmachungen.				
Mai 28.	6. S.	Entlassungsprüfung am Schullehrer-Seminar in Dramenburg.	24	232
- 28.	13. R. B.	Ausweisung von Ostfriesungsmitlingen über abgelassene Renten.	25	239
-	30. Ko.	Partielle zu Naben, Fische, Belgig.	22	214
-	12.	Geisenke an Kirchen etc.	22	220/221
-	12.	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	22	221/222
Mai 29.	117. R. Pr.	Verloosung von Pferden, Wagen etc. durch den Verband der Pferdebesitzer in den Holsteinischen Märkten.	23	223
- 31.	—	Allerhöchste Verordnung, P. Pr. und R. Pr. vom 23. Juni 1897.		
- 31.	—	Allerhöchster Erlaß, f. 51. P. Pr. vom 25. Juli 1897.		
- 31.	121. R. Pr.	Anweisung für die Ermittlung des Nettogewichts bei der Ab- nahme von Portland-Cement.	24	228
- 31.	30. K.	Aufgebot von Staatsschuldschreibungen.	24	232
- 31.	31. K.	Aufgebot einer Staatsschuldschreibung.	24	232
- 31.	32. K.	Aufgebot von Staatsschuldschreibungen.	24	232
Juni 1.	120. R. Pr.	Biehseuchen.	23	224
- 1.	32. O. P. D.	Eröffnung des Telegraphenbetriebes bei der Postagentur in Staaken.	24	231
- 1.	122. R. Pr.	Wohlfahrt auszugswelse Bearbeitung der militärischen Schriften weiland Kaiser Wilhelms des Großen Majestät von Major A. Scheibert.	24	228
- 2.	31. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechverkehrs mit Ramlitz.	24	231
- 3.	127. R. Pr.	Genehmigung für die Vaterburger Straßenbahn.	24	230
- 3.	40. P. Pr.	Plan zur Entleerung von Grundstücken zum Bau einer elektrischen Hochbahn in Berlin.	24	231
- 4.	123. R. Pr.	Annahme der Städteordnung durch die Gemeinde Schöneberg bei Berlin.	24	228
- 4.	126. R. Pr. u. P. Pr.	Untersuchung der Dampfessel.	24	229/230
- 6.	6. H. V.	Betr: die am 1. Juli 1897 fälligen Rinscheine der Preussischen Staatsschulden.	25	236/239
- 5.	124. R. Pr.	Öffentliche Auspielung von goldenen, silbernen etc. Gegenständen zum Bau einer Festhalle für die schlesischen Musikfeste in Görlitz.	24	228
- 5.	128. R. Pr.	Verzeichnis der von der Lungenseuche betroffenen Sperrgebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh zu untersagen ist.	24	230
- 5.	7. S.	Rectoratsprüfung in Berlin.	25	238
- 5.	8. S.	Mittelschullehrer-Prüfung in Berlin.	25	238
- 5.	9. E. St.	Nachtrag zum Tarif für Sommerarten nach Ostseebädern.	24	232/233
- 7.	3. R. P. A.	Postanweisungen nach überseeischen Ländern.	25	236
- 8.	125. R. Pr.	Monatsdurchschnitt der höchsten Tagespreise einm. 5% Aufschlag im Monat Mai 1897.	24	229
- 8.	129. R. Pr.	Biehseuchen.	24	230/231
- 8.	33. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechverkehrs mit Badenberg und Trachen- berg (Schlesien).	25	236/237
- 8.	35. O. P. D.	Zweipostamtstalt zu Werber (Havel).	25	237/238
- 8.	—	Der Regierungspräsident zu Hannover. — Verloosung der vor- mals hannoverschen 4% Staatsschuldenscheine Lit. S.	26	249/250
- 9.	—	Der Reichsfinanzler. — Telegraphenordnung für das Deutsche Reich.		
- 10.	16. R.	Verwaltung der Kassengeschäfte für die neue Oberbesteren Bed- ürfnisse.	25	236

Vertheilung
zum 36. Stück.

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Gesetzes b. d. d. d.	Seite des Gesetzes b. d. d. d.
Juni 10.	34. O. P. D.	Beförderung von Eilpaketen	25	237
—	—	Inhaltsverzeichnis von Stück 23 und 24 des Reichsgesetzblatts für 1897.	24	227
—	—	Desgl. von Stück 18 der Gesetzsammlung für 1897.	24	227
Juni 11.	18. M.	Verwendung von Tabakfurrogaten.	28	259
—	11. 133. R. Pr.	Nachweisung der Markt- und Lodenpreise im Monat Mai 1897.	25	236/237
—	11. 134. R. Pr.	Konsulat der Republica Mayor de Centro America in Berlin.	25	236
—	11. 36. O. P. D.	Einrichtung des Telegraphenbetriebes bei den Postagenturen in Bölow, Marwitz und Schwante.	25	238
—	31. K.	Pfarrstelle zu Krähne, Diözese Neustadt Brandenburg.	24	231
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	24	234
Juni 12.	19. M.	(siehe auch 45. P. Pr. unterm 30. Juni 1897). Turnlehrerinnen-Prüfung in Berlin.	30	277
—	12. 130. R. Pr.	Aufrufe zur Einbringung von Beiträgen zur Errichtung eines Denkmals für Theodor Storm in Hulum.	25	235
—	12. 33. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	25	239
—	13. 137. R. Pr.	Maler-Innung zu Berleberg	26	241
—	14. M.	Siehe Nr. 75. P. Pr. unterm 22. October 1897.	—	—
—	14. 131. R. Pr.	Aufhebung der Schutzmaßregeln gegen die Maul- und Klauen- seuche in den Kreisen Angermünde und Ruppin.	25	235
—	14. 9. S.	Schulvorsteherinnen-Prüfung in Berlin.	26	245/246
—	14. 10. S.	Lehrerinnen-Prüfung in Berlin.	26	246
—	14. 11. S.	Prüfung für Handarbeitslehrerinnen in Berlin.	26	246
—	14. 34. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	26	246/247
—	15. 132. R. Pr.	Viehseuchen	25	235
—	15. 135. R. Pr.	Anzeigen über den Wechsel des Eigentums an Dampfschiffen.	26	241
—	15. 41. P. Pr.	Ernennung der Vorsitzenden der Schornsteinfegerprüfungs- kommission in Berlin.	26	244
—	15. 38. O. P. D.	Anschluß an die Stadtfernsprecheinrichtungen	26	245
—	15. 5. L. D.	Wahl von Mitgliedern des Directorialraths der Städte-Feuer- Societät der Provinz Brandenburg.	26	249
—	16. M.	Siehe 47. P. Pr. unterm 3. Juli 1897.	—	—
—	16. 140. R. Pr.	Schutzfreie Tage auf dem Schießplatze bei Cummersdorf für 1897.	26	244
—	16. 35. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	26	247
—	17. 4. R. P. A.	Anschluß des britischen Schutzgebiets Sarawat (West-Borneo) an den Weltpostverein.	26	245
—	—	Inhaltsverzeichnis von Stück 25 des Reichsgesetzblatts für 1897.	25	235
—	—	Desgleichen von Stück 19 bis 21 der Gesetzsammlung für 1897.	25	235
Juni 18.	136. R. Pr.	Verloosung geschenkter Gegenstände seitens der Brandenburgischen Kinderheilanstalt.	26	241
—	u. P. Pr.	—	—	—
—	18. 139. R. Pr.	Preussisch-russische Grenzbehörden und Uebernahmeorte, die bei der Ausführung des deutsch-russischen Uebernahme-Abkommens vom 10. Februar 1894 in Betracht kommen.	26	242/244
—	18. 36. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	27	256
—	18. —	Der Regierungspräsident zu Bromberg. — Erledigte Kreisbier- arztstelle des Kreises Ratin.	26	249
—	18. —	Königl. Kredit-Institut für Schlesien zu Breslau. — 50. Ver- loosung von 4% Schlesischen Pfandbriefen lit. B.	27	257
—	18. 21. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreise Grenzau.	27	257
—	19. E. St.	Eröffnung der Haltestelle Guten-Germendorf für den Güter- verkehr.	25	239

Datum der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Centralblattes.	Seitenzahl des Centralblattes.
789	68	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem	25	240
799	12	Centralblatt für das Deutsche Reich.		
Juni 19.	141. R. Pr.	Bestellung eines Fischerei-Aufsichters	27	253
19. 5. 1899	14. P. A.	Telegraphenverkehr mit Rumänien	27	255
1899 049.	375 O. P. D.	Eröffnung des Telegraphenbetriebes beim Postamt 108 in Berlin	26	245
1899 21.	17. R.	Errichtung neuer Katasterämter für den Kreis Litzow	26	244
1899 21.	68 R.	Verteidigungsplan über die Beiträge, welche von den Schulver-		
		bänden für die öffentlichen Volksschulen u. an die Lehrer-		
		Stuhnhaltstasse des Regierungsbezirks Potsdam für 1897/98		
		zu zahlen sind.		
- 21.	4. B. A.	Verien des Bezirksausschusses zu Berlin	27	253
1799 21.	44. P. Pr.	Abänderung des § 2 des Gesellschaftsstatuts des Bayerischen	27	255
		Vlund, Transport-Versicherungsgesellschaft in München.		
1899 22.	11. O. Pr.	Wahl eines Hilfspredigers der Gemeinde der von der Gemein-	27	253
		schaft der evangelischen Landeskirche sich getrennt haltenden		
		Lutheraner zu Berlin.		
1899 22.	138. R. Pr.	Viehseuchen.	26	241
- 23.	43. P. Pr.	Verordnung betr. Ausdehnung der §§ 135 bis 139 und des	27	253/255
1899 23.	u. R. Pr.	§ 139 b der Gewerbeordnung auf die Werkstätten der Kleider		
		und Wäschekonfection vom 31. Mai 1897.		
1899 23.	39. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechverkehrs mit Rönneburg	27	255
1899 23.	42. S.	Entlassungsprüfung im Schullehrer-Seminar zu Korbis	27	255/256
1899 24.	43. S.	Aufnahme-Prüfung ebendasselbst	27	256
1899 24.	44. S.	Lehrerinnen-Prüfung in Frankfurt a. O.	27	256
1899 24.	45. S.	Zweite Lehrer-Prüfung im Schullehrer-Seminar zu Korbis	27	256
1899 24.	47. K.	Aufgebot einer Staatsanwaltschaftsverordnung	27	256
1899 25.	52. P. Pr.	Genehmigung für eine die südlichen Vororte von Berlin ver-	32	307/313
		bindende elektrische Straßenbahn.		
1899 25.	40. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechverkehrs mit Bergen (Müggel), Putbus,	27	255
1899 25.		Sagnis, Gardelen.		
- 25.		Verzeichnis der Vorlesungen an der Königl. Landwirtschaftlichen	31	299/300
		Hochschule zu Berlin im Winterhalbjahr 1897/98.		
1899 25.	42. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Mai 1897	26	244/245
1899 25.		Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem	26	251/252
		Centralblatt für das Deutsche Reich.		
Juni 26.	41. O. P. D.	Eröffnung einer Telegraphen-Vertriebsstelle in Pelscholz	27	255
- 26.	98. K.	Aufgebot einer Staatsanwaltschaftsverordnung	28	264
- 27.	4. K. Br.	Österreichisches Eisenbahn-Kursbuch	27	256/257
- 28.	44. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechverkehrs mit Schenkbus	28	263
1899 28.		Königl. Polizei-Direction zu Charlottenburg. Polizei-Ver-	33	324/327
		ordnung über die Einführung einer allgemeinen Vieh- und		
		Fleischschau		
- 29.	142. R. Pr.	Viehseuchen	27	253
1899 29.	46. O. P. D.	Eröffnung des Telegraphenbetriebes bei der Postagentur in Eich-	28	263
		walde Kreis Litzow.		
- 29.	16. S.	Prüfung für Sprachlehrerinnen in Berlin.	28	263/264
- 30.	45. P. Pr.	Lehrerinnen-Prüfung in Berlin.	28	261
Juli 1.	143. R. Pr.	Polizei-Verordnung betr. das Verbot des Kreisfanges	28	259/260
- 1.	3. B. A.	Verien des Bezirksausschusses zu Potsdam	27	253
- 1.	45. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechverkehrs mit Nordenham	28	263
- 1.	33. Ko.	Parochialverhältnis der in Berlin neu anziehenden Evangelischen.	29	271

Datum der Verordnungen und Bekanntmachungen.		Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Juli 12.	148. R. Pr. u. P. Pr.	Neues Tuberkulin Koch	29	265
- 12.	49. P. Pr.	Ernennung eines Bezirksphysikus	30	284
- 13.	22. M.	Concession für die Süddeutsche Feuer-Versicherungsbank in München zum Geschäftsbetriebe in Preußen.	31	291/292
- 13.	23. M.	Bestellung von Herzoglich-Anhaltischen Forstbeamten zu Hülfs- beamten der Staatsanwaltschaft.	36	355
- 13.	152. R. Pr.	Genehmigung für die Herstellung einer Kleinbahn von Perleberg bis zur Kreisgrenze bei Hoppenrade.	29	266/270
- 13.	155. R. Pr.	Biehseuchen	29	270
- 13.	156. R. Pr.	Verzeichniß der von der Lungenseuche betroffenen Sperrgebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh zu untersagen ist.	30	277
- 13.	41. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	30	285
- 13.	23. E. B.	Ausnahmetarif für Düngemittel und Rohmaterialien der Kunst- düngersfabrikation.	30	285
- 14.	42. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	30	285
- 15.	157. R. Pr.	Auspielung von Gegenständen der internationalen Kunstaus- stellung in Dresden.	30	277
- 15.	158. R. Pr.	Die bei den größeren Truppenübungen fungirenden Gendarmerie- Patrouillen.	30	277/278
- 15.	46. P. Pr.	und Magistrat zu Berlin. — Anstellung eines Bezirkschornstein- fegermeisters.	30	278
- 15.	5. L. D.	Geschäftsübersicht der Brandenburgischen Wittwen- und Waisen- Versorgungsanstalt für 1896/97.	31	297/298
- 15.	—	Feuerkassengelder-Ausschreiben der Land-Feuer-Societät der Mark Brandenburg u. für das I. Halbjahr 1897.	30	287
-	—	Inhaltsverzeichnis von Stück 26 und 27 des Reichsgesetzblatts für 1897.	29	265
Juli 16.	21. M.	Anweisung zur Ausführung der Verordnung über die Ausdehnung der §§ 135 bis 139 und 139b der Gewerbeordnung auf die Werkstätten der Kleider- und Wäsche-Confection vom 31. Mai 1897.	31	290/291
- 16.	159. R. Pr.	Errichtung eines Nidungsamts in Kyritz	30	278
- 16.	162. R. Pr. u. P. Pr.	Verlosung von Ausstellungsgegenständen der Ausstellung von Bier- und Singvögeln des Vereins „Aegintha“.	30	278
- 16.	8. R. P. A.	Postanweisungs- und Postauftragsdienst im Verkehr mit Portugal.	31	292
-	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	29	276
Juli 17.	M.	Siehe 186 R. Pr. unterm 12. August 1897.		
- 17.	160. R. Pr.	Vize- und Deputy-Generalkonsulat der Vereinigten Staaten von Amerika.	30	278
- 17.	49. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprecherverkehrs mit Mühlheim (Ruhr), Ruhrort, Oberhausen (Rheinland), Vorbeck, Werden (Ruhr), Steele, Gelsenkirchen, Herne und Witten.	30	285
- 17.	25. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreise Beeskow- Storkow.	32	314
- 18.	26. M.	Erhebung von Schiffsabgaben für das Befahren der oberen Oder von Cosel bis unterhalb Breslau.	37	361/362
- 19.	24. E. B.	Aufnahme von Torfstreu und Torfmüll in den Rohstofftarif .	31	293
- 20.	161. R. Pr.	Verzeichniß der Vorlesungen an der Königl. Universität Greifswald im Winterhalbjahr 1897/98.	30	278

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Juli 20.	163. R. Pr.	Viehseuchen	30	276
- 20.	50. O. P. D.	Annahme von Postsendungen durch die Landbriefträger	31	292/293
- 20.	11. E. St.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	31	293
- 21.	52. O. P. D.	Umwandlung der Postagentur in Baumschulenweg in ein Postamt III.	31	293
- 21.	23. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreise Havelland	31	293
- 23.	165. R. Pr.	Sperrung der Havel zwischen Pichelsdorf und Pichelsdörfer	31	292
- 23.	167. R. Pr.	Ernennung eines stellvertretenden Vorsitzenden der Schiedsgerichte für die Arbeiterversicherung in Rathenow.	32	303
- 28.	20. R.	Verwaltung der Forstklasse für die Oberförsterei Cammerdörfer zu Sperenberg.	31	292
-	48. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Briefe im Monat Juni 1897	30	284
-	34. Ko.	3. Pfarrstelle an der evangelischen Pfarochialkirche in Berlin	30	285
-	-	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	30	288
Juli 24.	164. R. Pr.	Die Staatsbeamten sind nicht mehr verpflichtet, die Genehmigung zur Eheschließung nachzusuchen.	31	292
- 24.	51. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechkverkehrs mit Rauenberg (Pommern)	31	293
- 25.	51. P. Pr.	Nachtrag zum Statut der Preussischen Pfandbriefbank	32	304/307
- 26.	50. P. Pr.	Enteignung von Grundstücken zum Bau und Betriebe einer elektrischen Hochbahn in Berlin.	32	304
- 26.	53. O. P. D.	Verlegung des Postamts No. 78 in Berlin	32	313
- 26.	25. E. B.	Nordostdeutsch-Berlin-Bayerischer Verband	32	313
- 26.	26. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreise Niederbarnim.	32	314
- 27.	166. R. Pr.	Viehseuchen	32	292
- 27.	168. R. Pr.	Verloosung von Werthgegenständen durch den Verein Badener Damenheim Auguste Viktoria-Stift.	32	308
- 27.	5. B. A.	Eröffnung der Reichen Jagd im Regierungsbezirk Potsdam	31	292
- 29.	9. R. P. A.	Haupt-Sachregister zum Reichsgesetzblatt	33	322
- 29.	54. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechkverkehrs mit Apolda	32	313
-	-	Inhaltsverzeichnis von Stück 28 bis 31 des Reichsgesetzblatts für 1897.	31	289
-	-	Verzeichniss von Stück 27 bis 29 der Gesammmlung für 1897.	31	289
Juli 30.	169. R. Pr.	Standesamtsbezirksveränderungen im Kreise Templin	32	303
- 30.	171. R. Pr.	Behrschmiede in Charlottenburg.	32	303
- 30.	174. R. Pr.	Belobigung für Rettung aus Lebensgefahr	33	318
- 30.	55. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechkverkehrs mit Seidenberg (Oberlausitz)	32	313
- 30.	6. P. St. D.	Hollabfertigungsstelle am Bahnhof Friedrichstraße zu Berlin	32	313
-	20. M.	Kontingentirung der Branntwein-Brennereien für die Kontingentsperiode 1898/1903.	31	289/290
-	36. Ko.	Pfarrstelle zu Bögum, Diözese Bisthum a. D.	31	293
-	36. Ko.	Pfarrstelle zu Jeserig, Diözese Neustadt-Brandenburg	31	293
-	38	Vorlesungen für das Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle a. S.	31	300/301
-	-	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	31	301/302
Juli 31.	-	Der Stellvertreter des Reichskanzlers. — Einrichtung und Betrieb der Buchdruckereien und Schriftgießereien.	34	381/382
- 31.	172. R. Pr.	Unberweite Längenausmessung der Flossplößen für den Friedrich-Wilhelms-Kanal und den Ober-Spree-Kanal.	32	303

Datum der Verordnungen und Bekanntmachungen	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Gesetzes des Bundes des Landes	Seite des Gesetzes des Bundes des Landes
Juli 31.	170. R. Pr.	Erfassung eines Reichstagsabgeordneten im Landwahlkreis (Westpreußen)	332.01	303
Aug. 31.	171. R. Pr.	Der Oberpräsident der Provinz Schlesien zu Breslau.	33	328
Aug. 3.	13. O. Pr.	Polizei-Verordnung betr. den Schutz der Deiche, Friedhöfen, Kanäle, Gräben etc. im Gebiete der Griesener und Schwedter Wassergenossenschaft.	33.33	317/318
Aug. 3.	173. R. Pr.	Biehseuchen.	332.01	303/304
Aug. 3.	177. R. Pr.	Wasserstände im Monat Juni 1897.	33.01	319
Aug. 3.	56. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechverkehrs mit Polen.	33	322
Aug. 3.	43. K.	Aufgebot von Staatschuldverschreibungen.	33	322/323
Aug. 3.	44. K.	Desgleichen.	33	323
Aug. 3.	45. K.	Aufgebot einer Staatschuldverschreibung.	33.33	323
Aug. 4.	—	Allerhöchster Erlaß betr. die dauernde Beschränkung des Grundstückssteuergesetzes Band 23, Blatt 734 wegen Herstellung von Entwässerungsanlagen.	33	375
Aug. 4.	53. P. Pr.	Straßen- und Platzbenennung in Berlin.	33.01	322
Aug. 4.	5. E. Br.	Güterverkehr im Herbst.	33	324
Aug. 5.	24. M.	Verwendung von Hülfsmitteln bei Herstellung von Fabrikaten.	33.01	355
Aug. 5.	46. K.	Aufgebot einer Staatschuldverschreibung.	33.01	323
Aug. 6.	47. K.	Inhaltsverzeichnis von Blatt 32 des Reichsgesetzblatts für 1897.	32	303
Aug. 6.	48. K.	Aufgebot einer Staatschuldverschreibung.	33.01	323
Aug. 6.	27. K. A.	Aufgebot von Staatschuldverschreibungen.	33.01	323
Aug. 6.	37. Ko.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderung im Kreise Prenzlau.	32	315
Aug. 6.	38. Ko.	Pfarrstelle zu Buchholz, Diocese Pignitz.	32	315
Aug. 6.	39. Ko.	Oberpfarrstelle zu Wittenberge.	32.01	315
Aug. 6.	—	Pfarrstelle zu Caputh, Diocese Potsdam.	32.01	315
Aug. 6.	—	Geschenke an Kirchen.	32.01	315/316
Aug. 6.	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	32.01	316
Aug. 7.	122. O. Pr.	Jagd auf Rebhühner im Stadtfreie Berlin.	33.01	317
Aug. 7.	180. R. Pr.	Polizei-Verordnung betr. die Hochspannungsanlage des Electricitätswerks Oberspree.	33	320/321
Aug. 7.	57. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechverkehrs mit Kleinow, Kattowitz und Winstowitz.	33	322
Aug. 7.	28. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreise Kattowitz.	33.01	354
Aug. 9.	182. R. Pr.	Ortsbenennung „Winnenhof“ im Kreise Kattowitz.	33.01	332
Aug. 10.	175. R. Pr.	Britisches Vicekonsulat in Berlin.	33.01	318
Aug. 10.	176. R. Pr.	Verzeichnis der von der Ungenussenen betroffenen Sperrgebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Vieh zu unterjagen ist.	33	318
Aug. 10.	178. R. Pr.	Monatsdurchschnitt der höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat Juli 1897.	33	319
Aug. 10.	179. R. Pr.	Nachweisung der Markt- und Ladenpreise im Monat Juli 1897.	33	320/321
Aug. 10.	181. R. Pr.	Biehseuchen.	33	322
Aug. 11.	183. R. Pr.	Verleihung des Titels „Hofbeschlagnahmehelfer“.	34	332
Aug. 11.	58. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechverkehrs mit Belgard, Oberhütte.	34	348
Aug. 11.	59. O. P. D.	Desgleichen mit Beuthen (Oberschlesien), Königs- und Königs- (Schlesien), Tarnowitz und Zabrze.	34	348
Aug. 12.	SM.	Runderlaß betr. die Vereinfachung des Geschäftsganges und die Verminderung des Schreibwerks.	—	Extrabeilage zum 35. Stück.

Datum der Verordnung und Bekanntmachungen	Nummer der Verordnung und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Seite des Gesetzes blattes	Seite des Gesetzes blattes
Aug. 12. 1897	R. Pr.	Notirung der Marktpreise und Preisampidromen und statist. Inhaltsverzeichnis von Stillschließungs- und Reichsgesetzblatt	33	317
Aug. 13. 1897	R. Pr.	Generalkonsulat der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin	34	332
Aug. 13. 1897	R. Pr.	Waffengebrauch der Forst- und Jagdbeamten	34	334
Aug. 13. 1897	O. P. D.	Gröffnung des Fernsprechverkehrs mit Sangerhausen	34	348
Aug. 13. 1897	O. P. D.	Vorlesungen und praktische Uebungen an der Königl. Thier-ärztl. Hochschule in Hannover im Winterhalbjahr 1897/98	34	328/329
Aug. 15. 1897	M.	Ausführung des Reichsgesetzes über die Abänderung der Gewerbeordnung vom 26. Juli 1897	37	3361
Aug. 15. 1897	P. Pr.	Verordnung über die Eröffnung des Fernsprechverkehrs mit Stadthagen	35	353
Aug. 16. 1897	O. P. D.	Gemeinde- und Gutbezirksveränderungen im Kreis Bad Salzungen	36	3359
Aug. 17. 1897	R. Pr.	Anordnung Schulvorschriften mit Beilage über die Gefüge	36	333/334
Aug. 17. 1897	R. Pr.	Biehseuchen	34	334
Aug. 17. 1897	E. B.	Abrechnung von Gewerbesteuer auf befristete u. s. w. wie im Specialtarif III genannt	36	3354
Aug. 17. 1897	O.	Abrechnung von Gewerbesteuer auf befristete u. s. w. wie im Specialtarif III genannt	36	3354
Aug. 18. 1897	R. Pr.	Siehe 22. R. unterm 27. August 1897	36	3351
Aug. 18. 1897	B. A.	Verordnungen für eine Nebenbahn Stationburg über Reinichen- dorf — Groß-Schönebeck mit Abzweigung nach Bienenwalde	35	353
Aug. 18. 1897	O. P. D.	Unabhängige Pensionen	35	3353
Aug. 19. 1897	O.	Verordnung über die Verabreichung des Zusatzes der Anleihe der Gemeinde Steglitz von 4 auf 5	36	3375
Aug. 19. 1897	O.	Verordnung über die Verabreichung des Zusatzes der Anleihe der Gemeinde Steglitz von 4 auf 5	36	3375
Aug. 19. 1897	O.	Verordnung über die Verabreichung des Zusatzes der Anleihe der Gemeinde Steglitz von 4 auf 5	36	3375
Aug. 19. 1897	R. Pr.	Wasserstände im Monat Juli 1897	36	3349
Aug. 19. 1897	R. Pr.	Auspielungen von Pferden, Wagen u. s. w. in Baden	35	351/352
Aug. 19. 1897	O. P. Pr.	Verordnung über die Verabreichung eines Bezugsformstein- fegermeisters	35	3352
Aug. 19. 1897	E. St.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgesellschaften	36	3358
Aug. 20. 1897	P. Pr.	Strassen- und Platzreinigung in Berlin	36	3357
Aug. 20. 1897	K.	Berichtigung eines Aufgebots	36	3359
Aug. 20. 1897	Ko.	Errichtung einer Pfarrstelle in der evangelischen Gemeinde zu Berlin	38	3378
Aug. 20. 1897	Ko.	Desgleichen in der evangelischen Gemeinde zu Berlin	38	378
Aug. 20. 1897	Ko.	Desgleichen in der evangelischen Gemeinde zu Berlin	38	3348
Aug. 20. 1897	Ko.	Desgleichen in der evangelischen Gemeinde zu Berlin	38	348
Aug. 21. 1897	R. Pr.	Gebammen-Lehrkurse 1897/98	35	349
Aug. 21. 1897	B. A.	Verordnung über die Verabreichung eines Bezugsformstein- fegermeisters	35	3357
Aug. 21. 1897	Ko.	Errichtung einer Pfarrstelle in der evangelischen Gemeinde zu Berlin	37	3378

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Statt des Mats. Blatts.	Statt des Mats. Blatts.
Aug. 21.	6. L. D.	Kosten der Beerdigung von Geisteskranken seitens der Land- irren- und Irrenpflegeanstalten.	36	359
22.	59. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechverkehrs mit Neumünster, Ebernförde, Flensburg, Schleswig und Rendsburg.	35	353
23.	193. R. Pr.	Sperrung der Havel bei Caputh und Regin und der Wublitz bei Grube.	35	352
23.	60. O. P. D.	Ananbringliche Postsendungen	35	353
23.	62. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechverkehrs mit Strausberg	36	358
23.	44. Ko.	Errichtung einer 3. Pfarrstelle in der evangelischen Heilands- Kirchengemeinde zu Berlin.	38	378
23.	45. Ko.	Desgleichen einer 2. Pfarrstelle in der evangelischen Samariter- Kirchengemeinde zu Berlin.	38	378
24.	190. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. Abänderung der Bau-Polizei-Ordnung vom 5. Dezember 1892.	35	350/351
24.	30. K.	Angebot von Staatsschulverschreibungen	36	358
24.	16. R. B.	Verloofung 3 1/2 % Rentenbriefe der Provinz Brandenburg	36	358
24.	27. E. B.	Ausnahmetarif für Düngemittel und Rohmaterialien der Kunst- bünnergfabrikation.	36	358
25.	195. R. Pr.	Mitzahlung der Cautionen von Auswanderungsunternehmern	36	356
25.	23. R.	Verwaltung der Forstklasse zu Ertner	36	357
25.	28. E. B.	Herabsetzung der Ent- und Beladefristen am Rott-Canal in Königsackerhausen.	36	358
26.	R.	Siehe 41. Ko. unterm 21. August 1897.		
27.	192. R. Pr.	Vereinigung der Landgemeinden Langendamm, Wulshen und Alt-Marlgrafpiestle zu einer Landgemeinde „Alt-Marl- grafpiestle“ im Kreise Westow-Storkow.	36	355
27.	22. R.	Notirung forstverorgungsberechtigter Jäger der Klasse A.	36	356
27.	38. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreise Jüterbog- Luckenwalde.	36	359
28.	56. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Juli 1897.	35	352
28.	40. Ko.	Pfarrstelle zu Quitzöbel, Diözese Havelberg-Wilsnack	35	354
28.	20. R. Pr.	Allerhöchster Erlass, siehe 65. P. Pr. unterm 23. September 1897.		
28.	2. P. Pr.	Standesbezirksveränderung im Kreise Bregenzlau	37	368
28.	2. P. Pr.	Siehe 42. Ko. unterm 20. August 1897.		
28.	6. E. Br.	Siehe 43. Ko. unterm 20. August 1897.		
30.	P. Pr.	Gratfreie Beförderung von Kleidern und Lebensmitteln für die vom Hochwasser zc. Geschädigten.	37	369
30.	P. Pr.	Siehe 44. Ko. unterm 28. August 1897.		
30.	P. Pr.	Siehe 45. Ko. unterm 28. August 1897.		
31.	190. R. Pr.	Viehseuchen	36	356
31.	8. B. A.	Aufhebung von Flächen in den Götzelwiesen bei Spandau zum Behufe der Führung eines Rothauslaufes der städtischen Canalisation von Spandau.	36	357
31.	59. P. Pr.	Berichtigung der Baupolizei-Ordnung von Berlin vom 15. August 1897.	37	369
31.	17. R. B.	Einlösung fälliger Rentenbriefe und Zinscheine von Renten- briefen.	37	369
31.	3. L. D.	Ausgang aus dem Hauptetat der Verwaltung des Provinzial- verbandes von Brandenburg für 1897/98.	37	370/372
Sept. 1.	27. M.	Tagegelber und Reisekosten der Staatsbeamten	38	375/376
1.	M.	Siehe 214. R. Pr. unterm 13. September 1897.		

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Sept. 1.	197. R. Pr.	Bestimmungen über die Wohlthaten des Potsdamer großen Militär-Waarenhauses.	37	363
-	1. 198. R. Pr.	Verzeichniß der von der Lungenseuche betroffenen Sperrgebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh zu untersagen ist.	37	363
-	1. 58. P. Pr.	Enteignung eines Grundstücks behufs Baues und Betriebes einer elektrischen Hochbahn in Berlin.	37	369
-	2. 208. R. Pr.	Gemeindebezirksveränderung der Stadt Benzen.	37	368
-	2. 63. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechverkehrs mit Neustadt und Sebnitz (Sachsen).	37	369
-	-	Inhaltsverzeichnis von Stück 36 und 37 des Reichsgesetzblatts für 1897.	36	355
-	-	Desgleichen von Stück 32 bis 35 der Gesetzsammlung für 1897.	36	355
Sept. 3.	205. R. Pr.	Alphabetisches Ortschafts-Verzeichniß des Regierungsbezirks Potsdam.	37	368
-	-	Ausweisung von Anständern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	36	360
Sept. 4.	48. Ko.	Errichtung einer 4. Pfarrstelle in der evangelischen St. Johannis-Kirchengemeinde zu Moabit in Berlin.	39	383/384
-	4. 8. H. V.	22. Verloosung 3/4 Staatschuldscheine von 1842	39	384
-	5. 7. E. Br.	Frachtermäßigung für Baumaterialien für die Herstellung der durch das Hochwasser beschädigten Gebäude.	38	379
-	6. —	Allerhöchster Erlaß, betr. das revivirte Statut der Rother-Stiftung zur Unterstüßung unverheiratheter Töchter von Beamten und Officieren.	47	443/445
-	6. —	Allerhöchster Erlaß, betr. Enteignung von Grundstücken behufs Verbreiterung der Gödelstraße in Spandau.	40	389
-	6. 204. R. Pr.	Betr. die Winterschonzeit, das Verbot des Pachsanges mit Zug- und Treibnetzen und das Verbot des Krebsfanges.	37	367/368
-	6. 7. H. V.	Einlösung der am 1. Oktober 1897 fälligen Bauscheine der Preussischen Staatsschulden.	38	378/379
-	7. 199. R. Pr.	Monatsdurchschnitt der höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat August 1897.	37	363
-	7. 200. R. Pr.	Nachweisung der Markt- und Ladenpreise im Monat August 1897.	37	364/365
-	7. 201. R. Pr.	Landespolizeiliche Anordnung zum Zwecke der Verhütung der Verbreitung der Geflügelcholera. — Belehrung über die Geflügelcholera.	37	364/367
-	7. 202. R. Pr.	Erster Ausbruch der Geflügelcholera	37	367
-	7. 203. R. Pr.	Viehseuchen	37	367
-	8. 208. R. Pr.	Nachweisung der im Regierungsbezirk Potsdam vorgekommenen Landesverweisungen im II. Vierteljahr 1897.	38	376
-	8. 18. R. B.	Aufgebot von Rentenbriefen	39	384/385
-	8. 29. E. B.	Ausnahmetarif für Düngemittel und Rohmaterialien der Kunstdünger-Fabrikation.	38	379
-	8. 31. K. A.	Gemeinde- und Ortsbezirksveränderungen im Kreise Teltow	39	387
-	9. 14. O. Pr.	Anbringung von Blechtafeln mit aufgedruckter Anweisung zur Wiederbelebung Ertrunkener.	39	381
-	9. 209. R. Pr.	Vereinfachung des Geschäftsganges und Verminderung des Schreibwerks.	38	376
-	9. 65. O. P. D.	Umwandlung des Postamts III in Basdorf (Bezirk Potsdam) in eine Postagentur.	38	377/378

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück zahl des Central- blatts.	Seitenzahl des Central- blatts.
Sept. 9.	—	Direction für die Verwaltung der direkten Steuern zu Berlin. Verlegung der Amtsräume der 4 Katasterämter Berlin 1. Centrum, Berlin 1. Nordost, Berlin 1. Nordwest und Berlin 1. Süd.	39	388
—	—	Inhaltsverzeichnis von Stück 36 bis 38 der Gesammmlung für 1897.	37	361
Sept. 10.	P. Pr. 64. O. P. D.	Siehe 48. Ko. unterm 4. September 1897. Eröffnung des Fernverkehrsbahns mit Hatzung, Goslar und Draunlage.	38	377
—	10. —	Königl. Ministerial-Militair- und Bau-Commission zu Berlin. Verlegung der Geschäftsräume der Straßencommissions für die Aushebungsbezirke Berlin I bis VI.	39	388
—	42. Ko.	Erledigung der Pfarrstelle zu Barnowitz, Diözese, Dom Brandenburg.	37	372
—	13. E. St.	Einstellung des Gil- und Frachtgutverkehrs in Goerlin a. N. und Zehdenitz am 18. und 19. September 1897 wegen der Truppentransporte.	37	369/370
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	37	373/374
Sept. 11.	M.	Siehe 64. P. Pr. unterm 24. September 1897.	—	—
—	11. 210. R. Pr.	Erhöhung der Vorspann-Vergütungsätze in mehreren Kreisen.	38	376
—	13. 211. R. Pr.	Wahl von Vertrauensmännern der Verwandschaft der chemischen Industrie.	38	376
—	13. 214. R. Pr.	Waffengebrauch der Communal- und Privat-Forst- und Jagd- Offizianten.	39	381/382
—	13. 7. P. St. D.	Veränderungen von Steueramtsbezirken.	39	387
—	13. 31. E. B.	Änderung der Tarifbestimmungen für Ueberfuhrgebühren u. s. w. in den Staatsbahn-Gruppentaxifen.	39	387/388
—	14. 212. R. Pr.	Viehsteuern.	38	376/377
—	15. M.	Zustellungen in Verwaltungsstrafsachen.	Extrabeilage zum 41. Stück.	
—	15. 66. O. P. D.	Genaue Bezeichnung der Wohnungen der Empfänger bei den Postsendungen.	39	383
—	15. 67. O. P. D.	Änderung der Geldbestellung in Berlin.	39	383
—	15. 51. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung.	39	384
—	17. 61. P. Pr.	Rückgabe der Cautionen von Auswanderungsagenten.	39	383
—	17. 52. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen.	39	384
—	17. 30. E. B.	Änderweite Bezeichnung der Station Friedrichsberg.	39	387
—	17. 32. E. B.	Nordostdeutsch-Berlin-Banerischer Verband.	40	393
—	—	Inhaltsverzeichnis von Stück 38 des Reichsgesetzblatts für 1897.	38	375
Sept. 18.	213. R. Pr.	Herausgabe von Heft 12 der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen.	39	381
—	18. 62. P. Pr.	Berichtigung der Genehmigung für die elektrische Straßenbahn am Kupfergraben zu Berlin bis Westend.	39	383
—	18. 63. P. Pr.	Gastwirthe-Vereinigung zu Berlin.	40	390
—	60. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preis im Monat August 1897.	38	377
—	46. Ko.	Erledigung der Pfarrstelle zu Neu-Schadow, Diözese, Storkow.	38	378
—	47. Ko.	Dessgleichen der Oberpfarrstelle an der St. Nikolai-Kirche zu Jüterbog.	38	378
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	38	379/380
Sept. 19.	28. M.	Verleihung der Erinnerungsmedaille zum Andenken an Kaiser Wilhelm den Großen.	40	389

Datum	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Seite des Amtsblatts	Seitenzahl des Amtsblatts
Sept. 19.	M.	Siehe 70. P. Pr. unterm 5. October 1897.		
19.	10. R. P. A.	Postanweisungsverkehr nach Portugal	40	393
20.	32. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderung im Kreise Niederbarnim	40	393
21.	215. R. Pr.	Wasserstände im Monat August 1897	39	382
21.	216. R. Pr.	Viehseuchen	39	382/383
21.	10. B. A.	Vorarbeiten für die Herstellung einer vollständigen Kleinbahn mit Lokomotivbetrieb von Lehman nach Groß-Strauch.	40	390
21.	66. P. Pr.	Verbot der Einfuhr von Hunden nach Großbritannien	40	391/392
21.	70. Q. P. D.	Einrichtung einer Postagentur auf dem Bahnhofe Groß-Köris	40	393
22.	11. B. A.	Schluß der Jagd auf Rebhühner im Regierungsbezirk Potsdam	41	396
23.	65. P. Pr.	Euteignung von Grundstücken zum Bau der elektrischen Hochbahn in Berlin von der Warthauerstraße bis zum Vollenborsplatz.	40	391
23.	68. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprecheverkehrs mit Osterode (Hartz)	40	393
23.	69. O. P. D.	Errichtung einer neuen Postanstalt, Schöneberg bei Berlin	40	393
24.	217. R. Pr.	Ernennung der Bezirkschornsteinfegermeister	40	390
24.	64. P. Pr.	Turnlehrerprüfung in Berlin	40	390/391
24.	T.	Generalkommando III. Armee-Corps zu Berlin, siehe 15. O. Pr. unterm 27. September 1897.		
24.	T.	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	39	388
Sept. 25.	69. P. Pr.	Landespolizeiliche Anordnung über Schutzvorschriften gegen Einschleppung der Pestgischolera. Belehrung über die Geflügelcholera.	42	402/404
25.	33. K. A.	Communalbezirksveränderungen im Kreise Tempeln	42	406/407
26.	67. P. Pr.	Nachtrag zum Statut der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Verein zu Berlin.	41	396/397
26.	8. E. Br.	Neue Ausgabe des Deutschen Eisenbahn-Reisebuchs	41	398
27.	15. O. Pr.	Dank des Generalkommandos des III. Armee-Corps für die freundliche Aufnahme der Truppen im Vandalenterrain	40	389/390
27.	73. O. P. D.	Auslegung der Einrichtung einer neuen Postagentur auf dem neuen Bahnhofe Groß-Köris.	41	398
28.	218. R. Pr.	Viehseuchen	40	390
28.	R. Pr.	Siehe 66. P. Pr. unterm 21. September 1897.		
29.	219. R. Pr.	Herausgabe des 11. Hefts der Centralzeitschrift für Arbeiter- Wohlfahrts-einrichtungen.	41	396
29.	220. R. Pr.	Deffentliche Belobigung für Rettung aus Lebensgefahr	41	396
29.	53. K.	Aufgebot einer Stadtschuldverschreibung	41	398
29.	54. K.	Desgleichen	41	398
30.	68. P. Pr.	Bekr. mit Wach- und Papierblumen geschmückte Kränze als Wochenmarktsartikel.	41	397
30.	71. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprecheverkehrs mit Mörs	41	398
30.	—	Wahl eines Betriebsdirektors seitens des 69. Communal-Landtages der Rurmark.	42	407/408
Okt. 1.	16. O. Pr.	Viehzählung im Stadtbezirke Berlin am 1. Dezember 1897.	41	395
2.	72. O. P. D.	Einlieferung von Packeten durch Vermittelung der Paket-Verstell-Einrichtungen und Packetwagen der Post.	41	398
2.	75. O. P. D.	Briefpostsendungen nach dem Großherzogthum Luxemburg	42	407
3.	71. P. Pr.	Conzeßion für den Auswanderungsagenten Kaufmann Julius Piesch in Berlin.	42	405
4.	—	Amtsgericht Charlottenburg. — Handels- u. Register.	43	417

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts	Seitenzahl des Amts- blatts.
Okt.	4. — —	Allerhöchster Erlaß, betr. die Ausdehnung der Bestimmungen wegen der Chausseepolizeivergehen auf mehrere Chausseen im Kreise Teltow.	46	487
—	5. 221. R. Pr.	Viehseuchen	41	396
—	5. 70. P. Pr.	Verleihung der zum Andenken an den hochseligen Kaiser und König Wilhelm I., den Großen, gestifteten Medaille an die Veteranen.	42	404/405
—	5. 11. R. P. A.	Paketverkehr mit der Republik Honduras	42	405
—	5. 76. O. P. D.	Verzollung der mit der Post vom Auslande eingehenden zollpflichtigen Pakete.	42	407
—	26. 226. R. Pr.	Verzeichniß der von der Lungenseuche betroffenen Sperrgebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh zu unterlagen ist.	42	402
—	6. 55. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	43	415
—	7. — —	Eisenbahn-Commissar, Präsident der Eisenbahn-Direction Halle a. S. — Communalabgabepflichtiges Reineinkommen der Dahme-Ucker'ser Eisenbahn.	42	410
—	— — —	Inhaltsverzeichnis von Stück 39 bis 41 des Reichsgesetzblatts für 1897.	41	395
—	— — —	Desgleichen von Stück 39 und 40 der Gesetzsammlung für 1897.	41	395
Okt.	8. 225. R. Pr.	Viehzählung am 1. Dezember 1897	42	400/401
—	8. 227. R. Pr.	Italienisches Generalkonsulat in Berlin	42	402
—	8. 74. O. P. D.	Einrichtung einer Postagentur im Dorfe Samtow (Kreis Ostprignitz).	42	405
—	8. 77. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechverkehrs mit Luckenwalde	42	407
—	8. 56. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	43	415
—	8. 33. E. B.	Erweiterung der Abfertigungsbefugnisse und Namensänderung der Station Hankels Ablage Zeuthen.	43	415
—	8. 34. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreise Teltow	43	416
—	8. — —	Amtsgericht Brandenburg. — Gerichtstage in Vehnitz im Jahre 1898.	44	428
—	9. 228. R. Pr. u. P. Pr.	Betr. Schilddrüsenpräparate	42	402
—	9. 73. P. Pr.	Eröffnung einer Apotheke in Berlin	43	414
—	11. 223. R. Pr.	Nachweisung des Monatsdurchschnitts der höchsten Tagespreise einschl. 5% Aufschlag im Monat September 1897.	42	399
—	11. 224. R. Pr.	Nachweisung der Markt- und Ladenpreise im Monat September 1897.	42	400/401
—	11. 12. B. A.	Zuschüttung eines Theiles der sogenannten faulen Spree, Anlegung eines Stichkanals durch den fiskalischen Treibeldamm bei Charlottenburg.	42	402
—	13. B. A.		43	413
—	12. 29. M.	Siehe auch 76. P. Pr. unterm 29. Oktober 1897. — Kursfuß zur Ausbildung von Turnlehrerinnen.	44	419
—	12. 222. R. Pr.	Viehseuchen	42	399
—	12. 34. E. B.	Ausnahme-Tarif für Düngemittel und Rohmaterialien der Kunstdüngerfabrikation.	43	416
—	12. — —	Amtsgericht Perleberg. — Gerichtstage in Warnow	44	428
—	13. 229. R. Pr.	Verleihung der Kaiser Wilhelm-Erinnerungsmedaillen an die Veteranen.	43	411
—	13. 24. R.	Zahlung der Civilpensionen und Wartegelder mittelst Postanweisung.	43	412/413

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück- zahl des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Okt. 13.	72. P. Pr.	Enteignung von Grundstücken zum Bau und Betriebe einer elektrischen Hochbahn in Berlin von der Warschauerstraße bis zum Stadtbahnhofe Zoologischer Garten mit Abzweigung nach dem Potsdamer Bahnhofe.	43	413/414
-	13. 57. K.	Aufgebot von Staatsschuldschreibungen	43	415
-	13. — —	Amtsgericht Potsdam, betreffend einen Gerichtstag in Rehn	43	417
-	14. 230. R. Pr.	Theilung des Standesamtsbezirks Charlottenburg in zwei Standesamtsbezirke.	43	411
-	14. 58. K.	Aufgebot einer Staatsschuldschreibung	43	415
-	14. — —	Elbstrom-Bau-Verwaltung in Magdeburg. — Schiffsfahrtsignale auf der Elbe.	44	427/428
-	15. 25. R.	Verwaltung der Unterforstklasse des Forstreviers Tegel	43	413
—	49. Ko.	Pfarrstelle zu Gollwitz, Diözese Dom Brandenburg	42	407
—	50. Ko.	Pfarrstelle zu Bornim, Diözese Potsdam II.	42	407
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	42	409/410
Okt. 16.	— —	Der Reichskanzler. — Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe der Molkereien.	46	437
-	16. 78. O. P. D.	Unanbringliche Postwerthsendungen	44	425/426
-	16. 79. O. P. D.	Unbestellbare Einschreibbriefe	44	426/427
-	16. 59. K.	Aufgebot einer Staatsschuldschreibung	43	415
-	16. 36. E. B.	Gruppentarif III (Berlin-Stettin)	45	432
-	16. — —	Amtsgericht Berlin I. — Führung des Handels-, Zeichen- und Muster-Registers.	44	428
-	18. 231. R. Pr.	Aenderung der landespolizeilichen Anordnung vom 7. September 1897, betreffend Schutzvorschriften gegen die Verbreitung der Geflügelcholera.	43	411
-	18. 61. K.	Aufgebot einer Staatsschuldschreibung	45	431
-	19. 232. R. Pr.	Tarif, betr. das Ueberfahrtsgehalt bei der Fahrt bei Neu-Hartmannsdorf.	43	411/412
-	19. 233. R. Pr.	Schulfreie Tage auf dem Schlepplage bei Gummiersdorf für 1897.	43	412
-	19. 234. R. Pr.	Viehseuchen	43	412
-	19. 12. R. P. A.	Einführung von „Kartenbriefen“ mit eingedrucktem Werthzeichen zu 10 Pf.	44	425
-	20. — —	Allerhöchster Erlaß, siehe Nr. 80 P. Pr. unterm 16. November 1897.		
-	20. — —	Amtsgericht Templin. — Gerichtstage in Volkenburg und Gerswalde im Jahre 1898.	45	435
-	21. 235. R. Pr.	Schiffsverkehr durch die Strengbrücke bei Werder a. H.	44	419/420
-	21. 236. R. Pr.	Defnungzeiten der Eisenbahn-Drehbrücke über die Havelbucht bei Potsdam im Winter 1897/98.	44	420
-	21. 35. K. A.	Statuten des Chausseeverbandes Wendisch Warnow-Mellen im Kreise Westprignitz.	45	432/433
-	22. 75. P. Pr.	Statuten der Aktiengesellschaft „Polzihütte Liegelgußstahlfabrik“ in Wien.	44	421/425
-	22. 60. K.	Aufgebot einer Staatsschuldschreibung	45	431
-	22. 21. R. B.	Termin zur Ausloosung v. von Rentenbriefen	44	427
—	74. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise im Monat September 1897,	43	414
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	43	417/418

Datum	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Seite	Seite
Okt. 24.	35. E. B.	Verlegung des gesammten Personenverkehrs. — Vorort- und Fernverkehrs. — von Berlin (Nordbahnhof) nach Gesundbrunnen (Nordbahn) nach dem Stettiner Bahnhof und dem Bahnhof Gesundbrunnen.	45	432
25.	M.	Siehe 252 R. Pr. unterm 3. November 1897.		
25.	237. R. Pr.	Polizei-Verordnung betr. den Verkehr auf der Kleinbahn Rügen-Perleberg.	44	420/421
25.	238. R. Pr.	Wasser- und Mälzer-Verkehrsgeoffenhaltung.	44	421
25.	62. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen.	45	431
25.	8. St. D.	Brennsteuervergütung für Altmutterweizen.	45	431/432
26.	239. R. Pr.	Biehseuchen.	44	421
27.	241. R. Pr.	Wasserstände im Monat September 1897.	45	429
27.	242. R. Pr.	Schiffahrtssperre für den Winter 1897/98.	45	430
27.	80. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechverkehrs mit Hunsrück.	45	431
		Inhaltsverzeichnis von Stück 43 bis 46 des Reichsgesetzblatts für 1897.	44	419
		Desgleichen von Stück 41 bis 44 des Gesetzsammlungs für 1897.	44	419
Okt. 29.	14. B. A.	Allgemeine Vorarbeiten für eine zur Abmilderung des durchgehenden Verkehrs um Berlin bestimmte Hauptbahn von Treuenbrietzen über Beelitz, Wildpark und Wustermark nach Rauen.	46	437/438
29.	76. P. Pr.	Kursus zur Ausbildung von Turnlehrkräften.	46	440
30.	83. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung.	46	441
30.		Königlicher Eisenbahn-Commission in Altona, siehe 252 R. Pr. unterm 5. November 1897.		
Nov. 1.	244. R. Pr.	Viceconsulat der Großen Republik von Centralamerika (Repubblica Mayor de Centro America).	45	430
	247. R. Pr.	Communalbezirksveränderung der Stadt Copenha.	46	438
	81. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechverkehrs mit Osnabrück.	46	441
1.		Amtsgericht Belgiz. — Gerichtstage in Wienau im Jahre 1898.	46	442
2.	240. R. Pr.	Lotterie zum Besten des Hauses einer Festhalle für die kaiserlichen Musikfeste in Gölitz.	45	429
2.	243. R. Pr.	Sprechstunden der Gewerbe-Inspektionsbeamten.	45	430
2.	245. R. Pr.	Öffentliche Belobigung für Rettung aus Lebensgefahr.	45	430
2.	246. R. Pr.	Biehseuchen.	45	431
2.	78. P. Hr.	Polizei-Verordnung betr. Einführung der Bau-Polizei-Ordnung für Berlin vom 15. August 1897 in einem Theile der Fasanheide.	46	441
	3. 252. R. Pr.	Communalabgabenpflichtiges Reineinkommen der gesammten Preussischen Staats- und für Rechnung des Staats verwalteten Eisenbahnen.	46	440
3.	77. P. Hr.	Verwendung gesundheitsgefährlicher Farben bei der Herstellung von Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen.	46	440/441
	4. 4. O. B. A.	Betr. den Vorstand des Brandenburger Knappschaftsvereins in Guben.	46	441/442
	4.	Regierungspräsident in Frankfurt a. O. — Verbot des Hausirhandels mit Rindvieh, Schafen und Schweinen.	47	449
	5. 253. R. Pr.	Communalabgabenpflichtiges Reineinkommen der Paulinenaue-Neu-Ruppiner, der Bräuniger und der Wittenberge-Perleberger Eisenbahn.	46	440
		Geschenke an Kirchen etc.	45	435
		Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	45	435/436

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück	Seitenzahl
			blatts.	blatts.
Nov. 6.	248. R. Pr.	Verzeichniß der von der Lungenseuche betroffenen Sperrgebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh zu unterlagen ist.	46	438
6.	36. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreise Lauch-Helzig.	47	450
6.	—	Regierungspräsident zu Braunsberg. Sperrung von Wasserströmen im Winter 1897/98.	47	449
7.	2. H. V.	Aufruf gekündigter Aktien der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft und der Niederschlesischen Zweigbahn-Prioritätsobligationen.	48	457
7.	—	Amtsgericht Luckenwalde. — Handelsregister.	50	483
8.	37. E. B.	Nordostdeutsch-Berlin-Panitzsch-Verband.	47	449
9.	249. R. Pr.	Viehseuchen.	48	439
9.	250. R. Pr.	Nachweisung der Markt- und Ladenpreise im Monat Oktober 1897.	48	438/439
9.	251. R. Pr.	Nachweisung des Monatsdurchschnitts der höchsten Tagespreise einchl. 5% Aufschlag im Monat Oktober 1897.	46	440
9.	83. O. F. D.	Errichtung einer Postagentur auf dem neuen Bahnhofs-Groß-Körbis.	47	448
9.	17. S.	Aufnahmepriifung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Breslau.	47	448
9.	18. S.	Entlassungspriifung ebendaselbst.	47	448
9.	19. S.	Zweite Lehrerprüfung ebendaselbst.	47	448
9.	20. S.	Prüfung der Lehrer an Taubstummen-Anstalten.	47	448/449
9.	38. E. B.	Ausnahme-Tarif I (Holztarif).	47	449
9.	—	Amtsgericht Spandau. — Gerichtstage in Veltex.	48	460
10.	85. O. F. D.	Beschädigung der Telegraphen-Anlagen.	48	455
10.	37. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreise Niederharmm.	47	451
11.	79. P. Pr.	Straßen-Benennung in Charlottenburg.	47	448
11.	82. O. F. D.	Eröffnung des Fernsprechverkehrs mit Suhl.	47	448
11.	14. E. St.	Gruppentarif III, Wechselverkehre der Gruppe III mit den Gruppen IV, V, VI, Oldenburg-Oldensisch-Berlin-Stettiner Güter-Verkehr und Militär-Staatsbahnverkehr.	47	449
11.	—	Amtsgericht Eberswalde. — Gerichtstage in Biesenthal.	47	449/450
12.	254. R. Pr.	Eröffnung des Arbeitszugbetriebes auf der Neubausstraße Britz-Joachimsthal.	47	445
12.	256. R. Pr.	Diphtherie-Heilserum.	47	447
12.	283. R. Pr.	Genehmigung für die Herstellung d. einer Privatanschlussbahn zwischen dem Grundstücke der Aktiengesellschaft für Anilin-fabrikation zu Rummelsburg und dem dortigen Rangierbahnhofs.	51	485
12.	26. R.	Neues Regulativ betr. die Ausbildung, Prüfung und Anstellung für die unteren Stellen des Forstdienstes.	47	447/448
12.	38. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderungen im Kreise Teltow.	48	459
12.	—	Regierungspräsident zu Stettin. — Untersuchung d. des auf dem Staatsbahnhofs zu Alt-Damm zur Entladung kommenden Rindviehs.	49	469
13.	255. R. Pr.	Landespolizeiliche Anordnung betr. die ärztliche Untersuchung von Händlergemeinen. Gebühren-Vordnung hierzu.	47	445/447
13.	—	Amtsgericht Eberswalde. — Gerichtstage in Joachimsthal.	47	450
15.	24. S.	Zweite Lehrer-Prüfung im Königl. Stadtschullehrer-Seminar zu Berlin.	48	456
15.	25. S.	Entlassungspriifung ebendaselbst.	48	456

Datum	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Nov. 15.	26. S.	Aufnahme-Prüfung im Königl. Stadtschullehrer-Seminar zu Berlin.	48	456/457
- 15.	64. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	48	457
- 15.	66. K.	Desgleichen	48	458
- 16.	257. R. Pr.	Viehsteuern	47	447
- 16.	80. P. Pr.	Enteignung von Grundstücken behufs Freilegung des Bürgersteiges in der Winterfeldstraße zu Berlin.	48	455
- 16.	21. S.	Zweite Lehrer-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Cöpenick.	48	456
- 16.	22. S.	Entlassungsprüfung ebendasselbst	48	456
- 16.	23. S.	Aufnahme-Prüfung ebendasselbst	48	456
- 16.	H. V.	Siehe 27. R. unterm 24. November 1897.		
- 16.	22. R. B.	Verlosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg.	48	458/459
- 16.	27. R. B.		53	508/507
- 16.	—	Amtsgericht Fürstenwalde. — Handelsregister zc.	48	460
- 16.	—		49	470
- 18.	263. R. Pr.	Herausgabe der II. Abtheilung (Deutsches Reich außer Preußen) des Werkes „die Wohnplätze des Deutschen Reiches“ v. Oskar Brundom.	48	455
- 18.	65. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	48	457/458
- 18.	39. E. B.	Ausnahmetarif für Düngemittel und Rohmaterialien der Kunst-Düngerfabrikation.	48	459
- 18.	—	Amtsgericht Pritzwalk. — Gerichtstage in Putitz	48	460
- 19.	27. S.	Rektoratsprüfung in Berlin.	49	461
- 19.	28. S.	Aufnahme-Prüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin.	49	461/465
- 19.	29. S.	Entlassungsprüfung ebendasselbst	49	465
- 19.	30. S.	Prüfung für Mittelschullehrer in Berlin	49	465
- 19.	31. S.	Zweite Lehrer-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin.	49	465
- 19.	32. S.	Lehrerinnen-Prüfung in Potsdam	49	465
- 19.	10. R. S. V.	Ausreichung neuer Zinsscheine zu den Schuldverschreibungen der 3 1/2 % Reichsanleihe vom Jahre 1888.	49	467
- 19.	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete nach dem Centralblatte für das Deutsche Reich.	47	451/452
Nov. 20.	17. O. Pr.	Eröffnung des Communallandtages der Rummart	48	453
- 20.	258. R. Pr.	Sperre der Schleusen zu Charlottenburg	48	453
- 20.	261. R. Pr.	Wasserstände im Monat Oktober 1897.	48	454
- 20.	84. O. P. D.	Unanbringliche Postsendungen	48	455
- 20.	—	Amtsgericht Oberberg. — Handelsregister zc.	49	470
- 21.	83. P. Pr.	Betr. den Auswanderungsagenten Carl Stangen in Berlin.	49	463/464
- 22.	260. R. Pr.	Verlegung der Strommeisterstelle in Breslau nach Schweib.	48	453
- 22.	280. R. Pr.	Genehmigung für die Herstellung zc. des Anschlußgleises von den Grundstücken der Firma Gebr. Grabow nach dem Bahnhofe in Prenzlau.	51	485
- 22.	41. E. B.	Ausnahme-Tarif für Düngemittel und Rohmaterialien der Kunst-Düngerfabrikation	49	468
- 22.	44. E. B.	Verkehrsbeschränkung von und nach dem Nordbahnhof in Berlin.	52	498
- 22.	—	Amtsgericht Cöpenick. — Genossenschaftsregister	52	500
- 22.	—	Dasselbe. — Handelsregister zc.	52	500
- 23.	M.	Holzlager-Regulativ		

Extrablatt
zum 52. Stück.

7

71

1

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 1.

Den 1. Januar

1897.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 39.) Nr. 2351. Verordnung über die Kamtionen von Beamten beim Kaiserlichen Patentamt, Vom 30. November 1896.

(Stück 40.) Nr. 2352. Bekanntmachung, betreffend die Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel. Vom 11. Dezember 1896.

Gesetz-Sammlung für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 31.) Nr. 9802. Gesetz, betreffend den Erwerb des Heffischen Lütmig- Eisenbahnunternehmens für den Preussischen und Heffischen Staat sowie Bildung einer Eisenbahn-Verkehrs- und Finanzgemeinschaft zwischen Preußen und Heffen. Vom 16. Dezember 1896.

Nr. 9803. Allerhöchster Erlass vom 16. Dezember 1896, betreffend Einsetzung einer Eisenbahnbehörde in Mainz.

(Stück 32.) Nr. 9804. Verordnung, betreffend die Kauttionen der Beamten aus dem Bereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Vom 9. November 1896.

Nr. 9805. Staatsvertrag zwischen Preußen und Braunschweig wegen Herstellung einer Eisenbahn von Nordhausen über Ilfeld nach Wernigerode mit einer Abzweigung nach dem Brocken. Vom 11. März 1896.

Nr. 9806. Verfügung des Justizministers, betreffend die Aufhebung des Hypothekensamts zu Siegburg. Vom 7. Dezember 1896.

Nr. 9807. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirks des Amtsgerichts Diebentopf. Vom 14. Dezember 1896.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Börsen-Ordnung für Berlin.

I. Börsen-Aufsicht und Börsen-Leitung.

1. § 1. Die unmittelbare Aufsicht über die Börse zu Berlin steht den Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin zu.

Ihrer Aufsicht unterliegen auch die auf den Berliner Börsenverkehr bezüglichen Einrichtungen, insbesondere die Kündigungsbureaus, Liquidationskassen, Liquidationsvereine und ähnliche Anstalten. Diese Anstalten haben ihre Statuten und die Abänderungen derselben, sowie die von ihnen zu erlassenden, auf den

Börsenverkehr bezüglichen Reglements den Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin zur Genehmigung einzureichen.

§ 2. Die Börse besteht aus 32 Mitgliedern, von denen 24 von den an dem Börsenverkehr direkt theilnehmenden Mitgliedern der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin aus deren Kreise und 8 von den Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin aus ihrer Mitte gewählt werden.

Die finanzielle Verwaltung der Börse steht nach Maßgabe des Korporations-Statuts den Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin zu, welche dem Börsen-Vorstande die für die Erledigung seiner Geschäfte erforderlichen Beamten überweisen.

§ 3. Die Wahl der von den Korporationsmitgliedern zu wählenden Mitglieder des Börsen-Vorstandes erfolgt im Monat Dezember auf 3 Jahre mittelst relativer Stimmenmehrheit durch Stimmzettel, und zwar werden

1) 15 Mitglieder von den an dem Verkehr der Fondsbörse und

2) 9 Mitglieder von den an dem Verkehr der Produktenbörse

theilnehmenden Korporationsmitgliedern in getrennten Wahlgängen gewählt.

Von den auf diese Weise gewählten Korporationsmitgliedern scheiden für die Fondsbörse jährlich 5, für die Produktenbörse jährlich 3 aus und werden durch neue Wahlen auf je 3 Jahre ersetzt. Die das erste und zweite Mal ausscheidenden Mitglieder werden durch das Loos bestimmt.

Die Wählerlisten werden auf Grund der Hebeliste für die Zuschlagsbeiträge der korporierten Börsenbesucher aufgestellt und in der Börsenregistratur acht Börsentage hindurch zur Einsicht ausgelegt. Der Tag, an welchem die Anlegung beginnt, ist durch Aushang in den Börsensälen bekannt zu machen. Beschwerden über die Wählerliste, welche nach Ablauf der achttägigen Frist eingebracht, haben keinen Anspruch auf Berücksichtigung.

Die Berufung der Wähler erfolgt durch eine von den Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin zu erlassende, den Wahlmodus angehende, öffentliche Bekanntmachung. Dieselbe muß mindestens während acht Börsentagen vor dem Wahltermine in den Sälen der Börse aushängen.

Die von den Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin aus ihrer Mitte zu entnehmenden Mitglieder des Börsen-Vorstandes,

- 3) in der Zahl von 5 für die Fondsbörse und
 - 4) in der Zahl von 3 für die Produktenbörse,
- werden im Monat Dezember auf ein Jahr gewählt.

Art. 6. Nach vollzogener Wahl konstituiert sich der Börsen-Vorstand für das folgende Kalenderjahr, indem er aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter wählt. Der Vorsitzende und der erste Stellvertreter müssen Mitglieder des Ältesten-Kollegiums sein.

§ 5. Der Börsen-Vorstand besteht aus zwei Abtheilungen:

- 1) dem Vorstand der Fondsbörse, welchem die in § 3 unter 1 und 3, und
- 2) dem Vorstand der Produktenbörse, welchem die in § 3 unter 2 und 4 bezeichneten Mitglieder angehören.

Der Vorstand der Fondsbörse sowohl, wie derjenige der Produktenbörse wählt alljährlich einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter. Der Vorsitzende und der erste Stellvertreter müssen Mitglieder des Ältesten-Kollegiums sein.

Scheiden im Laufe der Wahlperiode gemäß § 3 Abs. 1 gewählte Mitglieder aus, so ergänzt sich die betreffende Abtheilung des Börsen-Vorstandes bis zum Ablauf der Wahlperiode durch Zuwahl. Scheiden im Laufe der Wahlperiode gemäß § 3 Abs. 5 gewählte Mitglieder aus, so werden die Auscheidenden für die betreffende Abtheilung von den Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin aus ihrer Mitte ersetzt. Die auf diese Weise neu eintretenden Mitglieder werden gleichzeitig Mitglieder des Börsen-Vorstandes.

§ 6. Dem Börsen-Vorstand liegt die Börsenleitung nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen ob. Insbesondere hat derselbe folgende Aufgaben:

- 1) er erläßt mit Genehmigung der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin Bestimmungen über die äußere Regelung des Geschäftsverkehrs an der Börse;
- 2) er hat die Befolgung der in Bezug auf die Börse erlassenen Gesetze und Verwaltungsbestimmungen zu überwachen;
- 3) er beschließt über die Zulassung zum Börsenbesuche und über den Ausschluß von demselben;
- 4) er übt die Disziplinargewalt an der Börse aus;
- 5) er besorgt die amtliche Notirung der Börsenkurse und deren Veröffentlichung (§ 9);
- 6) er theilt nach gutachtlicher Anhörung der Marktkammer die zum Handel zugelassenen Werthpapiere und Waaren den Kursmaklern zu;
- 7) er übernimmt nach Maßgabe der von den Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin zu erlassenden Geschäfts-Ordnung die bisher von der Sachverständigen-Kommission der Fondsbörse und der Ständigen Deputation der Produktenbörse ausgeübten Funktionen betreffend die Entscheidung von Streitigkeiten aus Geschäften an der Fonds- und Produktenbörse und betreffend die Vereinkarung und Aufhebung von Börsen-Geschäfts- und Börsen-Verkehrs-Bedingungen.

Gegen die Beschlüsse und Anordnungen des Börsen-Vorstandes und seiner Abtheilungen findet Beschwerde an die Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin statt, insofern dieselbe durch die Börsen-Ordnung nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist.

§ 7. Der Börsen-Vorstand und seine Abtheilungen können einzelne Mitglieder oder aus ihrer Mitte gebildete Kommissionen mit der Vorbereitung und Erledigung der Geschäfte betrauen.

§ 8. Die Mitglieder des Börsen-Vorstandes haben für die Erhaltung und Handhabung der äußeren Ordnung, der Ruhe und des Anstandes in den Versammlungsräumen der Börse und den dazu gehörigen Nebenräumen zu sorgen.

Jedes Mitglied des Börsen-Vorstandes ist befugt, Börsenbesucher, welche die Ordnung, die Ruhe oder den Anstand an der Börse oder in den dazu gehörigen Nebenräumen verletzen oder der Anordnung eines Mitgliedes des Börsen-Vorstandes nicht ungefümt Folge leisten, sofort und ohne Erörterung der Ursache von der Börse entfernen zu lassen. Das betreffende Mitglied des Börsen-Vorstandes muß in diesem Falle noch an demselben Tage dem Vorsitzenden des Börsen-Vorstandes schriftlichen Bericht erstatten.

Der Vorsitzende, oder in dessen Behinderung sein Stellvertreter, ist nach Anhörung des betreffenden Börsenbesuchers berechtigt, diesem den Zutritt zu den Börsen-Versammlungen bis zur Beendigung des nach § 19 und 20 einzuleitenden Verfahrens zu versagen.

Zur Unterstützung des Börsen-Vorstandes bei der Aufrechterhaltung der Ordnung, der Ruhe und des Anstandes sind Börsenbeamte anzustellen, welche den Anordnungen der Mitglieder des Börsen-Vorstandes Folge zu leisten haben.

§ 9. Die amtliche Feststellung der Kurse und Preise erfolgt namens des Börsen-Vorstandes durch ein Mitglied oder mehrere Mitglieder der betreffenden Abtheilung.

Die Namen dieser Mitglieder und ihrer Stellvertreter sind von den Abtheilungen des Börsen-Vorstandes am Anfang des Monats durch einen bis zum Schluß desselben an Ort und Stelle verbleibenden Aushang in der Börse bekannt zu machen.

§ 10. Der Börsen-Vorstand bestellt aus seiner Mitte alljährlich eine Kommission zur Vorprüfung der Gesuche um Zulassung zum Börsenbesuch.

Diese Kommission fungirt zugleich als Untersuchungs-Kommission in Disziplinarsachen.

§ 11. Der Börsen-Vorstand ist beschlußfähig, wenn 17, der Vorstand der Fondsbörse, wenn 11, der Vorstand der Produktenbörse, wenn 7 Mitglieder, einschließlich des Vorsitzenden oder eines seiner Stellvertreter anwesend sind.

III. Geschäftszweige an der Berliner Börse.

§ 12. Die Börse zu Berlin hat zum Zwecke die Erleichterung des Betriebes von Handelsgeschäften in:

- 1) Münzen und Edelmetallen, Banknoten, Papiergeld, Staats- oder anderen für den Handelsverkehr

geeigneten Wertpapieren, Coupons und Dividendenscheinen, sowie in Wechseln, Checks, Anweisungen und Auszahlungen (Fondsbörse);

2) Getreide, Mehl, Braumalz, Stärke, Zucker, Saat, Rübböl, Petroleum, Spiritus, Holz und anderen Produkten und Waaren (Produktenbörse).

Es soll in Berlin nur eine Börse zugelassen werden.

Die Börsen-Versammlungen finden in dem der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin gehörigen Börsengebäude statt. Bei künftiger in diesem Versammlungsraume etwa eintretenden Hindernissen wird der Versammlungs-Ort von den Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin mit Genehmigung der Landesregierung bestimmt und öffentlich bekannt gemacht.

III. Zulassung zum Börsenbesuch und Ausschluss von demselben.

§ 13. Der Zutritt zu den Börsen-Versammlungen steht nur denjenigen Personen zu, welche vom Börsen-Vorstand eine Eintrittskarte erhalten haben.

Die Eintrittskarte ist nur für diejenige Person gültig, auf deren Namen sie lautet. Sie wird kostenfrei erteilt an die Beamten der Korporation, sowie an alle diejenigen Personen, welche, ohne am Börsen- oder Kursmallergeschäfte theil zu nehmen, nach den bestehenden Vorschriften vermöge ihres Amtes den Börsen-Versammlungen beizuwohnen-berechtigt oder verpflichtet sind. Die Höhe der Beiträge der übrigen Börsenbesucher wird von den Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin festgesetzt.

Telegraphische Depeschen, Rohrpostbriefe und Rohrpostkarten, welche in den Börsenräumen an Börsenbesucher zur Bestellung gelangen sollen, werden durch Börsendiener, welche diese Sendungen im Post- und Telegraphen-Amt der Börse in Empfang nehmen, an die Adressaten bestellt.

§ 14. Die Eintrittskarte darf, insoweit nicht die in § 18 aufgeführten Fälle vorliegen, nicht verjagt werden denjenigen Personen, welche entweder

- a. Mitglieder der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin sind, oder
- b. als Inhaber einer Handelsfirma, als Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft, als Vorstandsmitglieder einer Aktien-Gesellschaft, als persönlich haftende Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien, als Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder als Prokuristen einer der vorgetragten Firmen oder Gesellschaften in das Handelsregister, oder als Vorsteher einer eingetragenen Genossenschaft in das Genossenschaftsregister Berlins oder eines seiner Vororte eingetragen sind, oder
- c. als Handlungsgehilfen bei einer der unter a und b bezeichneten Personen oder Firmen im Dienste stehen, und deren Zulassung zum Börsenbesuch durch den Prinzipal beantragt wird, oder
- d. vermöge ihrer Amtes- oder Dienstpflicht die Börse zu besuchen haben.

Handlungsgehilfen ist der Eintritt in die Börse nur insoweit zu gestatten, als sie von ihrem Prinzipal mit der Ausführung der Börsengeschäfte derselben oder mit der Hülfsleistung dabei beauftragt sind. Sie dürfen an der Börse nur Geschäfte auf den Namen ihrer Prinzipale und für dieselben abschließen.

§ 15. Die Eintrittskarte darf nach dem Ermessen des Börsen-Vorstandes, und ohne daß gegen den dieselbe bezüglichen Beschluß desselben die Beschwerde zulässig ist, erteilt und wieder entzogen werden:

- a. den in § 14 a. und b. aufgeführten Personen, welche nicht in Berlin oder seinen Vororten wohnhaft sind (Fremden),
- b. solchen Personen, welche ein dem Börsenhandel dienendes Hilsgewerbe betreiben,
- c. Berichterstattern der Presse.

Die Eintrittskarte ist den unter a—c bezeichneten Personen insbesondere dann zu entziehen, wenn sie gewerbsmäßig an der Börse Geschäfte abschließen.

Finden sich an der Börse Personen zu, zu deren Gunsten ein, welche mit der Ordnung oder dem Geschäftsverkehr an derselben unvereinbar sind, so ist ihnen der Zutritt zu untersagen.

Für Personen, welche nicht in Berlin oder dessen Vororten wohnen, kann durch Beschluß der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin für jeden einzelnen Besuch der Börsen-Versammlungen ein Eintrittsgeld erhoben werden.

Diese Personen dürfen, auch ohne Ertheilung einer Eintrittskarte, jedoch höchstens monatlich drei Mal durch Korporations-Mitglieder in die Börse eingeführt werden, nachdem die Namen des Einführenden und des Einführenden in das am Eingang zu den Börsensälen ausliegende Fremdenbuch eingetragen sind.

§ 16. Der Antrag auf Zulassung zum Besuche der Börse ist schriftlich zu stellen und muß von drei Gewährsmännern, welche seit mindestens 2 Jahren ununterbrochen zum Besuche der Berliner Börse zugelassen sind, unterfügt werden.

§ 17. Nach Eingang des Antrages ist derselbe mit Namhaftmachung der Gewährsmänner durch Aushang an der Börse während einer Woche zur Kenntniss der Börsenbesucher zu bringen. Nach Ablauf dieser Frist entscheidet der Börsen-Vorstand nach Anhörung der Aufnahme-Commission über den Antrag, nachdem die Gewährsmänner zu Protokoll erklärt haben, daß sie nach sorgfältiger Prüfung den Aufzunehmenden für einen Mann halten, welcher der Zulassung zum Besuche der Börse und der Achtung seiner Berufsgenossen würdig ist.

Wird der Antrag auf Zulassung endgültig abgelehnt, so darf derselbe innerhalb 6 Monaten nach der Ablehnung nicht wiederholt werden.

Wird gegen ein Mitglied der Börse auf Ausschließung von derselben auf die Dauer von 3 Monaten oder länger erkannt, so ist zugleich seitens des Börsen-Vorstandes zu prüfen, ob der Gewährsmann bei der Empfehlung Thatsachen gekannt hat, oder bei ernstester

Erkennung der ihm durch die Empfehlung auferlegten Pflicht hätte kennen müssen, wonach der Ausgeschlossene der Zulassung zum Börsenbesuche und der Achtung seiner Berufsgenossen unwirksam gewesen. Ist dies der Fall, so kann gegen den Gewährsmann zeitweise oder dauernd auf Absprechung des Rechts, als Gewährsmann zu fungiren, erkannt und dieses Erkenntniß durch Aushang an der Börse veröffentlicht werden. Ein Verfahren gegen den Gewährsmann tritt nicht ein, wenn zwischen der Gewährung und der Ausschließung mehr als 3 Jahre liegen.

§ 18. Vom Börsenbesuche sind ausgeschlossen:

- 1) Personen weiblichen Geschlechts und Minderjährige;
- 2) Personen, welche sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden;
- 3) Personen, welche in Folge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind;
- 4) Personen, welche wegen betrügerischen Bankrotts rechtskräftig verurtheilt sind;
- 5) Personen, welche wegen einfachen Bankrotts rechtskräftig verurtheilt sind;
- 6) Personen, welche sich im Zustand der Zahlungsunfähigkeit befinden. Der Zustand der Zahlungsunfähigkeit gilt bei einem Börsenbesucher bereits dann für eingetreten, wenn er seinen Gläubigern Vergleichsvorschläge macht oder wenn er eine liquide oder fällige Schuldverbindlichkeit unberichtigt gelassen hat;
- 7) Personen, gegen welche durch rechtskräftige oder für sofort wirksam erklärte ehrengerichtliche Entscheidung auf Ausschließung von dem Besuche einer Börse erkannt ist.

Die Zulassung oder Wiedenzulassung zum Börsenbesuche kann in den Fällen unter 2 und 3 nicht vor der Beseitigung des Ausschließungsgrundes, in dem Falle unter 5 nicht vor Ablauf von sechs Monaten, nachdem die Strafe verhängt, verhängt oder erlassen ist, erfolgen; sie darf in dem letzteren Falle und ebenso in dem Falle unter 6 nur stattfinden, wenn der Börsen-Vorstand durch die vorgelegten Handelsbücher den Nachweis für geführt erachtet, daß die Schuldverhältnisse sämtlichen Gläubigern gegenüber durch Zahlung, Erlaß oder Stundung geregelt sind. Einer Person, welche im Wiederholungsfall in Zahlungsunfähigkeit oder in Konkurs gerathen ist, muß die Zulassung oder Wiedenzulassung mindestens für die Dauer eines Jahres verweigert werden. In dem Falle unter 4 ist der Ausschluß ein dauernder.

Tritt einer der zu 2—7 gedachten Fälle erst nach der Zulassung ein, so erfolgt die Ausschließung mittelst eines schriftlich auszufertigenden Beschlusses des Börsen-Vorstandes.

§ 19. Von dem Besuche der Börsen-Versammlungen sind ferner mittelst schriftlich auszufertigenden Beschlusses des Börsen-Vorstandes auszuschließen:

Diejenigen, welche in den Börsensälen oder den zugehörigen Nebenräumen von dem Zeitpunkte deröffnung bis zu dem der Schließung der Eingangs-

thüren sich einer der nachstehend bezeichneten Handlungen schuldig machen:

- a. der Beleidigung oder Verläumdung eines anderen Börsenbesuchers oder eines Beamten der Korporation;
- b. der Erregung von Lärm, der Verletzung des Anstandes, der Störung der Ordnung oder des Geschäftsverkehrs an der Börse, oder der Zuzwiderhandlung gegen eine Anordnung eines Mitgliedes des Börsen-Vorstandes, ferner
- c. diejenigen, welche einer nach 3 Uhr erlassenen Aufforderung des Börsendiener zum Verlassen der Börse nicht Folge geleistet haben.

Die Ausschließungsfrist ist auf mindestens 3 Tage bis höchstens ein Jahr zu bestimmen. Statt der Ausschließung ist die Verhängung einer Geldstrafe von mindestens 50 bis höchstens 1500 Mark zulässig. Die auf Grund dieser Strafen eingehenden Gelder fließen in die Unterstützungskasse der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin.

Die Ausschließung von der Börse und die Verhängung einer Geldstrafe sind durch 14 tägigen Aushang an der Börse bekannt zu machen.

Gegen die Verhängung der Strafen findet innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Zustellung des Beschlusses die Beschwerde an die Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin statt; dieselbe hat aufschiebende Wirkung.

§ 20. Vor Festsetzung eines Strafbeschlusses wird der Beschuldigte vor der Untersuchungs-Kommission (§ 10) und einem Syndikus der Korporation mit seiner Vertretung gehört.

Erscheint er auf schriftliche Vorladung nicht, so wird gegen ihn nach Lage der Akten verfahren. An denjenigen, dessen Aufenthalt nicht bekannt ist, gilt die Vorladung und die Mittheilung des Beschlusses für rechtsverbindlich, wenn dieselben während acht Vörrentagen an der Börse ausgehängen haben.

§ 21. Für die Berliner Börse wird ein Ehrengericht gebildet. Dasselbe besteht:

- 1) aus 5 Mitgliedern des Ältesten-Kollegiums, welche von letzterem auf 3 Jahre gewählt und im Falle Ausscheidens eines Mitgliedes für diesen Zeitraum ergänzt werden, und
- 2) einem Syndikus der Korporation mit beratender Stimme.

Hinsichtlich der Zuständigkeit des Ehrengerichts und des bei demselben zu beobachtenden Verfahrens gelten die §§ 10—28 des Börsengesetzes.

IV. Zulassungs-Stelle.

§ 22. Die Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel erfolgt durch eine Kommission von 22 Mitgliedern (Zulassungsstelle), von welchen mindestens 11 Mitglieder nicht ins Börsenregister für Wertpapiere eingetragen sind.

Die Ernennung der Mitglieder erfolgt auf die Dauer von drei Jahren durch die Ältesten der Kauf-

mannschaft von Berlin, welche auch die Gesch. Ordnung der Zulassungsstelle festlegen.

Von der Beratung und Beschlussfassung über die Zulassung eines Werthpapiers zum Börsenhandel sind diejenigen Mitglieder ausgeschlossen, welche an der Einführung dieses Werthpapiers in den Börsenhandel theilhaftig sind. Diese haben dem Vorsitzenden der Zulassungsstelle von ihrer Behinderung rechtzeitig Kenntniss zu geben. An ihrer Stelle werden Stellvertreter berufen; zu diesem Zwecke werden 8 Stellvertreter auf die Dauer von 3 Jahren gewählt.

Die Zulassungsstelle ist beschlussfähig, wenn 9 Mitglieder oder Stellvertreter anwesend sind.

§ 23. Die Zulassungsstelle hat nach Massgabe des Börsen-Gesetzes die Aufgabe und die Pflicht:

- a. die Vorlegung der Urkunden, welche die Grundlage für die zu emittirenden Werthpapiere bilden, zu verlangen und diese Urkunden zu prüfen;
- b. dafür zu sorgen, dass das Publikum über alle zur Beurtheilung der zu emittirenden Werthpapiere nothwendigen thatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse so weit als möglich informiert wird, und bei Unvollständigkeit der Angaben die Emission nicht zuzulassen;
- c. Emissionen nicht zuzulassen, durch welche erhebliche allgemeine Interessen geschädigt werden oder welche offenbar zu einer Uebervortheilung des Publikums führen.

Die Zulassungsstelle darf die Emission ohne Angabe von Gründen ablehnen.

Die Zulassungsstelle ist befugt, zum Börsenhandel zugelassene Werthpapiere von demselben auszuschließen.

Die Zulassung Deutscher Reichs- und Staats-Anleihen darf nicht verweigert werden.

Gegen die Entscheidung der Zulassungsstelle finden binnen 14 Tagen nach Bekanntgabe des Beschlusses die Beschwerden an die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin statt.

§ 24. Nach Einreichung des Antrages auf Zulassung von Werthpapieren ist derselbe von der Zulassungsstelle unter Bezeichnung der Einführungsfirma, des Betrages sowie der Art der einzuführenden Werthpapiere zu veröffentlichen. Zwischen dieser Veröffentlichung und der Einführung an der Börse muss eine Frist von mindestens sechs Tagen liegen.

Vor der Zulassung ist, sofern es sich nicht um Deutsche Reichs- oder Staats-Anleihen handelt, ein Prospekt zu veröffentlichen, welcher die für die Beurtheilung des Werthes der einzuführenden Papiere wesentlichen Angaben enthält. Das Gleiche gilt für Konvertirungen und Kapitalerhöhungen. Der Prospekt muss den Betrag, welcher in den Verkehr gebracht, so wie den Betrag, welcher verkauft vom Verkehr ausgeschlossen werden soll, und die Zeit, für welche dieser Anschluss erfolgen soll, ersichtlich machen.

§ 25. Wird von der Zulassungsstelle der Antrag auf Zulassung von Werthpapieren zum Börsenhandel abgelehnt, so hat die Zulassungsstelle den Vorständen

der übrigen deutschen Börsen für Werthpapiere Mittheilung zu machen. Dabei ist anzugeben, ob die Ablehnung mit Rücksicht auf örtliche Verhältnisse oder aus anderen Gründen erfolgt ist.

Von dem Erfolge einer etwaigen Beschwerde gegen einen Beschluss der Zulassungsstelle ist den Vorständen der übrigen deutschen Börsen für Werthpapiere Kenntniss zu geben.

Der Antragsteller hat anzugeben, ob das Gesuch um Zulassung bereits bei einer anderen Börse eingereicht ist oder gleichzeitig eingereicht wird. Ist dies der Fall, so sollen die Werthpapiere nur mit Zustimmung der anderen Zulassungsstelle zugelassen werden.

§ 26. Ueber die Zulassung von Werthpapieren zum Börsen-Terminhandel entscheidet nach Massgabe der Bestimmungen des Börsen-Gesetzes der Vorstand der Fondsbörse, über die Zulassung von Waaren der Vorstand der Produktenbörse.

Der letztere ist verpflichtet, vor der Zulassung von Waaren zum Börsenterminhandel in jedem einzelnen Falle Vertreter der theilhaftigen Erwerbszweige gutachtlich zu hören und das Ergebniss dem Reichsfangler mitzutheilen. Die Zulassung darf erst erfolgen, nachdem der Reichsfangler erklärt hat, dass er zu weiteren Ermittlungen keine Veranlassung finde.

V. Feststellung der Börsenpreise.

§ 27. Die amtliche Feststellung der Börsenpreise für Edelmetalle, Wechsel und Werthpapiere (§ 12 Nr 1) sowie für Produkt- und Waaren (§ 12 Nr 2) geschieht durch die Abtheilungen des Börsen-Vorstandes oder die von denselben bestimmten Mitglieder derselben (§ 9). Sie erfolgt:

- 1) für Werthpapiere und Geldsorten an einem jeden Börsentage;
- 2) für Wechsel auf ausländische Plätze mindestens dreimal wöchentlich;
- 3) für Getreide, Spiritus, Del, Delisaaten, Petroleum, Mehl und Kartoffelstärke an einem jeden Börsentage; ausserdem werden am letzten Börsentage jeden Monats die Durchschnittspreise der am dem gedachten Tage über Lieferung auf laufenden Monat an der Produktenbörse geschlossenen Geschäfte festgestellt.

Änderungen dieser Vorschriften werden mit Genehmigung der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin von dem Börsen-Vorstande oder seinen Abtheilungen angeordnet und bekannt gemacht.

Findet an einem für die Kurs- und Preisfeststellung bestimmten Wochentage keine Börsenversammlung statt, so erfolgt die Feststellung am nächstvorhergehenden Tage.

§ 28. Bei Geschäften in Waaren oder Werthpapieren kann ein Anspruch auf Berücksichtigung bei der amtlichen Feststellung des Börsenpreises nur erhoben werden, wenn sie durch Vermittelung eines Kurmaklers geschlossen sind. Die Berechtigung der Mitglieder des Börsen-Vorstandes, auch andere Geschäfte zu berücksichtigen, bleibt hierdurch unberührt.

§ 29. Als Börsenpreis ist derjenige Preis fest-

zusehen, welcher der wirklichen Geschäftslage des Verkehrs an der Börse entspricht.

Die amtliche Feststellung der Kurse und der Preise geschieht unmittelbar nach 2 Uhr in den dazu bestimmten Räumen. Dort haben die Kursmakler, die in den betreffenden Wertpapieren oder Waaren Geschäfte vermitteln, an denjenigen Tagen, an denen für ihren Geschäftszweig Kurse oder Preise festzustellen sind, pünktlich um 2 Uhr zu erscheinen und anwesend zu bleiben, bis sie von den amtierenden Mitgliedern des Börsen-Vorstandes entlassen werden.

Diese sind berechtigt, von den Kursmaklern wahrheitsgetreue und nach dem Ermessen der ersteren ausdrücklich auf ihren Ausweis zu nehmende Auskunft zu fordern, zu welchen Kursen und Preisen in Effektiv- und Kassa- sowie in Zeitgeschäften Waaren, Wertpapiere, Geldsorten und Wechsel gefordert oder angeboten und zu welchen Kursen und Preisen und über welche Quantitäten Geschäfte durch ihre Vermittelung abgeschlossen sind.

Die Kursmakler sind auch verpflichtet, dem Börsen-Vorstande oder einem von diesem dazu bestimmten Mitgliede Einsicht in ihre Bücher zu gestatten, und ihm auf Erfordern gütlich Auskunft über die festzustellenden Kurse und Preise zu geben. Die Entscheidung über die Höhe des amtlich festzustellenden Kurses oder Preises steht den Mitgliedern des Börsen-Vorstandes allein zu, und es bleibt ihnen überlassen, auf welchem Wege sie sich die zu ihrer Entscheidung erforderliche Information, abgesehen von den Angaben der Kursmakler, sonst noch verschaffen wollen.

§ 30. Die Protokolle über Feststellung der Kurse und der Preise sind von Börsensekretären zu führen.

Die Mitglieder des Börsen-Vorstandes haben diejenigen, die sich unbefugter Weise bei der Feststellung und Protokollierung der Kurse und Preise einfinden, sofort entfernen zu lassen und die zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung erforderlichen Anordnungen zu treffen.

§ 31. Der amtliche Kurszettel für Wertpapiere, Geldsorten und Wechsel, sowie der amtliche Preis-Courant für Waaren, welcher mit dem nach § 30 aufzunehmendem Protokoll genau übereinstimmen muß, wird sofort nach geschehener Feststellung der im § 29 gedachten Börsenkurse und Börsenpreise gedruckt, zur Beglaubigung mit dem Stempel der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin und demjenigen der betreffenden Abtheilung des Börsen-Vorstandes, sowie mit der Unterschrift „Börse zu Berlin“ versehen, und noch an demselben Nachmittag ausgegeben. Dem amtlichen Kurszettel wird ein nichtamtlicher Theil hinzugefügt, in welchem solche Wertpapiere Aufnahme finden, welche zwar zum Börsenhandel zugelassen sind, bezüglich deren sich aber erst aus der Erfahrung ergeben muß, ob sie geeignet erscheinen, dem amtlichen Theil dauernd einverleibt zu werden.

Ob und in welcher Weise noch außerdem amtliche Bekanntmachungen über festgestellte Kurse und Preise von einer Abtheilung des Börsen-Vorstandes zu erlassen

sind, bestimmt diese selbst nach den Bedürfnissen des Verkehrs.

VI. Allgemeine Ordnungsvorschriften.

§ 32. Die Börsen-Versammlungen finden täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, von Mittags 12 Uhr bis Nachmittags 2 Uhr statt. Behufs Erledigung der Arbeiten, welche aus den abgeschlossenen Geschäften sich ergeben, bleibt die Börse bis 3 Uhr geöffnet.

Sollte die Festsetzung einer anderen Börsenzeit im Interesse des Handels nöthig werden, so erfolgt diese durch Beschluß des Börsen-Vorstandes, welcher der Genehmigung der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin unterliegt. Dieser Beschluß tritt in Kraft, nachdem er mindestens während acht Börsentagen an der Börse ausgehangen hat und durch dreimalige Insertion in wenigstens vier Berliner Zeitungen bekannt gemacht ist. Bei außerordentlichen Veranlassungen, wie allgemeinen Festlichkeiten, Wahltagen u., ist der Börsen-Vorstand befugt, einzelne Börsen-Versammlungen ausfallen zu lassen.

§ 33. Der Anfang und das Ende einer jeden Börsen-Versammlung wird durch ein Glockenzeichen kundgemacht. Nach 3 Uhr ist keinem Börsenbesucher der Aufenthalt in der Börse mehr gestattet.

Ist unanemäßig die Zulässigkeit der Kündigungen oder die Abgabe von Erklärungen von der Innehaltung einer gewissen in die Zeit der Börsen-Versammlung fallenden Frist abhängig, so kann auf Anordnung einer Abtheilung des Börsen-Vorstandes der Ablauf dieser Frist durch ein Glockenzeichen verkündet werden.

§ 34. Bekanntmachungen werden durch Aushang im Börsenlokal bewirkt.

Außer den Bekanntmachungen der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin, des Börsen-Vorstandes und seiner Abtheilungen und der Zulassungskasse können auf diese Weise auch andere amtliche und private Bekanntmachungen veröffentlicht werden.

Amtliche Bekanntmachungen werden auf Eruchen der betreffenden Behörde in der angegebenen Form veröffentlicht. Daß dies geschehen, wird demnächst von einem Börsenbeamten becheinigt.

Der Aushang von privaten Bekanntmachungen erfolgt nur dann, wenn eine Abtheilung des Börsen-Vorstandes dieselben nach Form und Inhalt zur Publikation geeignet und dem Zwecke des Börsenverkehrs oder dem Interesse des Handelsstandes entsprechend findet.

§ 35. Von allen Sitzungen des Börsen-Vorstandes und seiner Abtheilungen, der Zulassungskasse und der Maklerkammer ist dem Staats-Kommissar Kenntniß zu geben.

§ 36. Vorstehende Börsen-Ordnung tritt am 1. Januar 1897 in Kraft.

Vorstehende Börsenordnung wird mit folgenden von mir auf Grund des § 4 Abj. 2 des Börsengesetzes vom 22. Juni d. J. (Reichs-Gesetzblatt Seite 157) angeordneten Abänderungen genehmigt.

- 1) In § 5 ist als Abs. 2 einzuschalten:
 „Für die den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten betreffenden Angelegenheiten treten zu dem Vorstande der Produktentörse als weitere Mitglieder hinzu:
 a. 5 Vertreter der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Nebengewerke, die der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten auf je 3 Jahre ernannt.
 b. 2 Vertreter der Mälerei oder anderer zu dem Geschäftsverkehr an der Börse in Beziehung stehenden Gewerbe, die der Minister für Handel und Gewerbe auf je 3 Jahre ernannt.“
- 2) An Stelle der Nr 6 in § 6 tritt folgende Bestimmung:
 „er überwacht die von der Maklerkammer vorzunehmende Vertheilung der Geschäfte unter die Kursmakler nach Maßgabe der in der Maklerordnung erlassenen Bestimmungen.“
- 3) In § 8 Abs. 2 ist in der ersten Zeile hinter „Jedes“ und vor „Mitglied“ einzuschalten:
 „gemäß § 3 gewählt.“
- 4) In § 9 Abs. 1 ist am Schlusse hinzuzufügen:
 „Bei der Preisfeststellung für landwirtschaftliche Produkte sind mindestens 2 der als Vertreter der Landwirtschaft, der landwirtschaftlichen Nebengewerke oder anderer Berufswege ernannten Mitglieder des Börsenvorstandes zur Mitwirkung zu berufen.
 Die Leitung der Preisfeststellung ist immer einem der gemäß § 3 gewählten Mitglieder des Börsenvorstandes zu übertragen.
 Bei Meinungsverschiedenheiten unter den mitwirkenden Mitgliedern des Börsenvorstandes entscheidet die Mehrheit. Bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des die Preisfeststellung leitenden Vorstandsmitgliedes den Ausschlag.“
- 5) In § 11 ist hinter „7“ und vor „Mitglieder“ einzuschalten:
 „und in Angelegenheiten des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten, wenn 9“.
- 6) Absatz 2 in § 12 fällt fort.
- 7) In § 15 Abs. 1 fallen die Worte:
 „und ohne daß gegen den diesbezüglichen Beschluß desselben die Beschwerden zulässig ist“
 und in § 19 Absatz 2a. die Worte:
 „oder Verläumdung“
 fort.
- 8) In § 19 Abs. 3 Satz 2 ist zwischen die Worte „ist“ und „die“ einzuschließen:
 „gegen Personen, welche die Ordnung oder den Geschäftsverkehr an der Börse gestört haben“
- 9) In § 22 Abs. 4 ist am Schlusse hinzuzufügen:
 „von denen mindestens 5 nicht im Börsenregister für Werthpapiere eingetragen sind“.
- 10) In § 23 Abs. 1 ist hinter „Börsen-Gesetzes“ und vor „die Aufgabe“ einzuschalten:
 „und der dazu ergehenden Ausführungsbestimmungen“.
- 11) Hinter § 25 ist einzuschalten:
 „§ 25 a.
 Ein Antrag auf Zulassung solcher Werthpapiere zum Börsenhandel, die gemäß § 38 Abs. 2 des Börsengesetzes vom 22. Juni d. J. vom Prospektzwang entbunden sind, darf nicht deshalb abgelehnt werden, weil der Antragsteller nicht zu den Besuchern der Börse gehört oder nicht in Berlin wohnt.“
- 12) In § 26 ist hinter Abs. 2 aufzunehmen:
 „Anträge auf Zulassung von Werthpapieren zum Börsenterminhandel sind, soweit sie nicht zurückgewiesen werden, mindestens 14 Tage vor der Beschlußfassung durch Aushang an der Börse und Veröffentlichung in der Presse bekannt zu machen. Die Zulassung setzt voraus, daß bereits während eines längeren Zeitraumes ein regelmäßiger Handel in dem Werthpapiere stattgefunden hat. Die Prüfung hat sich über diese Voraussetzung hinaus auch darauf zu erstrecken, ob dem Interesse des Börsenhandels an der Zulassung andere erhebliche wirtschaftliche Bedenken entgegenstehen.
 Vor der Zulassung ist der Vorstand des Unternehmens, um dessen Werthpapiere es sich handelt, über den Antrag zu hören.
 Die ergehenden Beschlüsse sind dem Minister für Handel und Gewerbe einzureichen.
 Die erfolgte Zulassung kann wegen Aufhörens eines erheblichen Börsentermingeschäfts sowie aus wichtigen anderen Gründen jederzeit von dem Börsenvorstande zurückgenommen werden.“
- 13) In § 29 Abs. 3 sind die Worte „durch ihre Vermittelung“ zu streichen.
- 14) In § 29 Abs. 4 tritt an Stelle des ersten Satzes folgende Bestimmung:
 „die Kursmakler sind auch verpflichtet, dem die Feststellung der Preise leitenden Mitgliede des Börsenvorstandes nach Maßgabe der Maklerordnung Einsicht in ihre Bücher zu gestatten und ihm auf Erfordern gutachtlich Auskunft über die festzustellenden Kurse und Preise zu geben.“
- 15) Hinter § 29 ist folgendes einzuschalten:
 „§ 29 a.
 In den zur Veröffentlichung gelangenden amtlichen Preisnotirungen sind die bei den verschiedenen Getreidegattungen (Weizen, Roggen, Gerste u. a. m.) nach Lage des Geschäftsverkehrs an der Börse hauptsächlich in Betracht kommenden Sorten nach Ursprung (Provenienz) Gattung, Qualitätsgewicht, Beschaffenheit

(Farbe, Trockenheit, Geruch) und Erntezeit (alte oder neue Ernte) zu bezeichnen.

Die Bestimmungen über die hiernach in Betracht kommenden Sorten bleibt dem Minister für Handel und Gewerbe nach Anhörung des Vorstandes der Productenbörse vorbehalten. Bis zum Erlaß dieser Bestimmung erfolgt die Notirung nach bestem Ermessen des Börsenvorstandes.

§ 29h.

Für jede einzelne der gemäß § 29a. zur Notirung gelangenden Getreidesorten sind außer dem höchsten und niedrigsten Preise, der dafür bezahlt worden, weit möglich die gehandelten Mengen zu notiren.

§ 29c.

Hat in einzelnen der gemäß der Bestimmung in § 29a. in Betracht kommenden Sorten kein Umsatz stattgefunden, so ist dies in der Kursnotiz zum Ausdruck zu bringen.

§ 29d.

Insoweit Getreidegeschäfte keine derjenigen Sorten betreffen, für die eine besondere Notirung des Börsenpreises stattfindet, so ist wenigstens zwischen inländischer und ausländischer Provenienz soweit möglich zu unterscheiden. J. B. „sonstiger ausländischer Weizen.“

§ 29e.

Die Notirung eines wirklich gezahlten Preises darf nicht aus dem Grunde allein unterlassen werden, weil er der allgemeinen Lage des Geschäftsverkehrs nicht entspricht. Es ist aber zulässig, durch einen kurzen Zusatz auf etwaige besondere Verhältnisse hinzuweisen, welche die Abweichung von der allgemeinen Preislage erklären.

§ 29f.

Nur die wirklich gezahlten Preise dürfen notirt werden. Die Notirung eines auf bloßer Schätzung beruhenden Preises ist unzulässig.

- 16) In § 36 ist am Schluß Folgendes hinzuzufügen: „Die erste Wahl des Börsenvorstandes kann bereits im Dezember 1896 erfolgen, die Fristbestimmungen des § 3 Abs. 3 und 4 finden auf diese erste Wahl keine Anwendung.“

Berlin, den 23. Dezember 1896.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Bekanntmachung.

2. Für die Turnlehrerinnen-Prüfung, welche im Frühjahr 1897 in Berlin abzuhalten ist, habe ich Termin auf Montag den 24. Mai 1897 und die folgenden Tage anberaumt.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens bis zum 1. April 1897, Meldungen anderer Bewerberinnen bei derjenigen königlichen

Regierung, in deren Bezirk die Petreffende wohnt, ebenfalls bis zum 1. April 1897 anzubringen.

Die in Berlin wohnenden Bewerberinnen, welche in seinem Lehramte stehen, haben ihre Meldungen bei dem königlichen Polizei-Präsidium in Berlin bis zum 1. April 1897 einzureichen.

Die Meldungen können nur dann Berücksichtigung finden, wenn ihnen die nach § 4 der Prüfungsordnung vom 15. Mai 1894 vorgeschriebenen Schriftstücke ordnungsmäßig beigelegt sind.

Die über Gesundheit, Führung und Lebtätigkeit bezubringenden Zeugnisse müssen in neuerer Zeit ausgestellt sein.

Die Anlagen jedes Gesuches sind zu einem Hefte vereinigt einzureichen.

Berlin, den 11. Dezember 1896.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.

Bekanntmachungen des königlichen Regierungs-Präsidenten.

B i c h s e u c h e n.

I.

1. Ausgebrochen:

a. Maul- und Klauenseuche: Kreis Angermünde: Rindviehbestand des Küsterlehnigers Ludwig Junge zu Lderberg. Kreis Niederbarnim: Rindviehbestände des Eigentümers Otto Hermann zu Hohen-Schönhagen, des Schmiedemeisters Koels zu Melchow und des Landwirts Schiele zu Weissen-see. Kreis Osthavelland: Rindviehbestände des Bauerngutbesizers Wilhelm Krause, der Bauernwirths Bathe und des Töpfers Wilhelm Grunow zu Marwitz, des Halthauers Karl Gellhorn in Schwante und der Maschinenfabrikantin Wilhelmine Tyiele zu Belten. Kreis Westhavelland: Rindviehbestände der Bauerngutbesizers Graiow und Lüderig in Berge. Kreis Ostprignitz: Rindviehbestand des Bauern Schmidts in Schönhagen. Kreis Ruppin: Rindviehbestand des Köstlichen Heidepriem zu Recklin. Kreis Teltow: Viehbestand des St. Anna-Stiftes zu Südenbe, desgl. des Amtsvorstehers Seneblage zu Woltersdorf und des Gemeindevorstehers Schult zu Deutsch-Wusterhausen.

b. Bruckseuche: Von den zum Weisfursus nach Prenzlau kommandirten Dienstpferden des Dragoner-Regiments Nr 2 ist eins an Bruckseuche erkrankt.

c. Rinderkrankheit: Kreis Westfow-Stor-fow: Pferde des Guts Stremmen.

II. Erloschen:

a. Maul- und Klauenseuche: Kreis Niederbarnim: Hohen-Neuendorf, Mühlenbeck und Schönerlinde. Kreis Osthavelland: Gohm. Kreis Ostprignitz: Guts- und Gemeindebezirke Fregdorf und Jaapke. Kreis Zauch-Belzig: Cammer.

b. Rog: Kreis Osthavelland: Pferde des Fuhrmanns Murrad zu Amalienhof bei Spandau.

Potsdam, den 28. Dezember 1896.

Der Regierungspräsident.

2. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat November 1896 beobachteten Wasserstände.

Datum	Berlin		Spandau		Potsdam	Brandenburg		Rathenow		Havelberg
	Ober-	Unter-	Ober-	Unter-		Ober-	Unter-	Ober-	Unter-	
	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser		Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	
	Met.	Met.	Met.	Met.	Met.	Met.	Met.	Met.	Met.	Met.
1.	32,28	30,60	2,65	0,72	1,08	2,14	1,32	1,38	1,04	1,98
2.	32,26	30,58	2,66	0,78	1,07	2,12	1,32	1,38	1,06	1,96
3.	32,24	30,58	2,66	0,82	1,08	2,12	1,32	1,38	1,06	1,96
4.	32,18	30,56	2,64	0,80	1,12	2,12	1,32	1,38	1,08	1,96
5.	32,26	30,58	2,63	0,82	1,12	2,20	1,34	1,38	1,08	1,94
6.	32,26	30,62	2,63	0,82	1,12	2,22	1,34	1,38	1,08	1,92
7.	32,26	30,60	2,62	0,80	1,12	2,20	1,34	1,38	1,08	1,92
8.	32,26	30,60	2,63	0,72	1,12	2,28	1,28	1,42	1,08	1,92
9.	32,24	30,60	2,66	0,78	1,12	2,26	1,28	1,40	1,08	1,92
10.	32,26	30,56	2,64	0,80	1,13	2,22	1,28	1,40	1,08	1,90
11.	32,28	30,58	2,64	0,84	1,13	2,20	1,30	1,40	1,08	1,90
12.	32,28	30,56	2,64	0,80	0,14	2,20	1,30	1,40	1,06	1,90
13.	32,30	30,56	2,63	0,80	1,13	2,24	1,30	1,40	1,08	1,88
14.	32,34	30,60	2,63	0,82	1,12	2,22	1,32	1,40	1,08	1,88
15.	32,30	30,68	2,64	0,82	1,12	2,26	1,30	1,58	1,04	1,88
16.	32,26	30,68	2,68	0,90	1,13	2,28	1,28	1,60	1,08	1,86
17.	32,26	30,64	2,62	0,88	1,13	2,24	1,32	1,60	1,00	1,84
18.	32,24	30,60	2,63	0,82	1,15	2,24	1,32	1,60	1,00	1,82
19.	32,26	30,54	2,64	0,88	1,15	2,24	1,30	1,60	0,98	1,80
20.	32,28	30,54	2,63	0,86	1,16	2,24	1,32	1,60	1,00	1,78
21.	32,28	30,54	2,62	0,84	1,16	2,24	1,34	1,60	1,00	1,78
22.	32,30	30,56	2,63	0,76	1,16	2,28	1,34	1,60	1,00	1,78
23.	32,28	30,64	2,64	0,80	1,14	2,22	1,34	1,60	0,98	1,78
24.	32,30	30,66	2,64	0,86	1,14	2,24	1,34	1,50	1,10	1,76
25.	32,28	30,72	2,64	0,90	1,14	2,22	1,42	1,48	1,12	1,76
26.	32,26	30,74	2,63	0,90	1,15	2,22	1,44	1,46	1,14	1,78
27.	32,26	30,62	2,61	0,90	1,15	2,18	1,44	1,40	1,10	1,78
28.	32,24	30,56	2,60	0,86	1,15	2,22	1,44	1,46	1,10	1,78
29.	32,24	30,56	2,60	0,78	1,15	2,28	1,30	1,28	0,96	1,72
30.	32,24	30,56	2,60	0,82	1,15	2,18	1,36	1,38	0,98	1,70

Potsdam, den 24. Dezember 1896.

Der Regierungs-Präsident.

Apothekergehilfenprüfung betreffend.

3. Auf Grund des § 1 der Bekanntmachung des Herrn Reichsanwalt, betr. die Prüfung der Apothekergehilfen, vom 13. November 1875 habe ich den Geheimen Medizinalrath Dr. Kanjow zum Vorstehenden, die Besitzer der Königlichen Hofapotheken zum Hirsch und zum Bären, Hofapotheker Scheinert und Apotheker Probst hieselbst, zu Mitgliedern und den Apothekenbesitzer Hartung in Nowawes zum stellvertretenden Mitgliede der Apothekergehilfenprüfungskommission im Regierungsbezirk für die Jahre 1897 bis 1899 ernannt. Die Anträge um Zulassung zu der Prüfung sind an mich zu richten.

Potsdam, den 23. Dezember 1896.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

1. Die dem Auswanderungsagenten August

Langer hieselbst, Plaz vor dem Neuen Thor 3 unter dem 29. Juli 1886 erteilte Genehmigung zur Vermittelung von Verträgen mit Auswanderern behufs deren Beförderung von Hamburg und Stettin nach Australien und Amerika mit Ausnahme von Brasilien ist am heutigen Tage dahin ausgedehnt worden, daß der Genannte als Hauptagent des Auswanderer-Beförderung-Unternehmers John W. Meyer, Direktors der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft, in Hamburg befugt ist, Verträge mit Auswanderern behufs deren Beförderung auch nach der Kapkolonie und dem Transvaal, sowie den drei südlichen brasilianischen Staaten Rio Grande do Sul, Santa Catharina und Parana zu vermitteln.

Berlin, den 20. Dezember 1896.

Der Polizei-Präsident
von Windheim.

Bekanntmachungen des Reichs-Postamts.

Postanweisungen im Verkehr mit den Samoa-Inseln.

1. Vom 1. Januar 1897 ab sind Postanweisungen aus Deutschland nach den Samoa-Inseln durch Vermittelung der Deutschen Postagentur in Apia bis zum Einzelbetrage von 400 Mark zulässig. Zur Ausstellung der Postanweisungen ist das für den internationalen Verkehr vorgeschriebene Formular zu benutzen, wobei der Betrag lediglich in der Markwährung anzugeben ist. Die Gebühr beträgt 10 Pfennig für je 20 Mark, mindestens jedoch 20 Pfennig. Die Auszahlung der Beträge durch die Deutsche Postagentur in Apia erfolgt entweder in der Markwährung oder, je nach den vorhandenen Geldmitteln, in englischer oder der Währung der Vereinigten Staaten von Amerika. Ueber die sonstigen Bedingungen ertheilen die Postanstalten auf Erfordern Auskunft.

Berlin W., 16. Dezember 1896.

Reichs-Postamt, I. Abtheilung.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Bekanntmachung.

1. Der Kreis-Ausschuß hat die Einverleibung der domainenökonomischen Dorfstraßenparzellen Artikel 53 (jetzt 54) Kartenblatt 4 Parzellen 145/18, 161/18 47 u. 65 und Kartenblatt 5 Parzelle 90.5 Band III. Blatt 85 des Grundbuchs von Wilmersdorf in Größe von zusammen 2,25,22 ha in den Gemeindevorstand Wilmersdorf genehmigt.

Freienwalde a. D., den 11. Dezember 1896.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Ober-Barnim.

Personal-Chronik.

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, dem Regierungs- und Schulrath Böckler hier selbst den Charakter als Geheimer Regierungsath zu verleihen.

Der Regierungsbauführer Goerke ist als solcher ernannt und vereidigt worden.

Die Civilanwärter Pflug und Pfeiffer sind zu Regierungssupernumeraren ernannt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Ebeling ist als Oberlehrer an der Ritterakademie in Brandenburg a./H. angestellt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat November 1896.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind zu Senatspräsidenten beim Kammergericht die Landgerichts-Direktoren Dr. Merrem in Köln und Weber in Allenstein, zum Landrichter der Staatsanwalt Haken aus Elbing bei dem Landgericht I. in Berlin; zu Amtsrichtern die Gerichtsassessoren Kittel bei dem Amtsgericht in Zielenzig, Zug bei dem Amtsgericht in Wittstock. Versetzt sind: der Amtsgerichtsrath Pleßner in Wittstock als Landgerichtsrath, die Amtsrichter Skoniecki vom Amtsgericht I. in Berlin und Dr. Drabert in Wusterhausen a. D. als Landrichter an das Landgericht I. in Berlin, der Landgerichtsrath

Amelung vom Landgericht I. in Berlin als Amtsgerichtsrath, der Amtsgerichtsrath Sandersleben in Guben und der Amtsrichter Krause in Fraustadt an das Amtsgericht I. in Berlin, der Landrichter Rappold in Guben an das Landgericht II. in Berlin, der Amtsrichter Steinhäusen in Jülichau als Landrichter an das Landgericht in Guben. Der Amtsrichter Klemet vom Amtsgericht II. in Berlin ist infolge seiner Ernennung zum Kaiserlichen Regierungsrath und ständigen Mitgliede des Reichsversicherungsamtes aus dem Justizdienst entlassen. Pensionirt ist der Senatspräsident beim Kammergericht, Geheimer Oberjustizrath Frech. Verstorben ist der Senatspräsident beim Kammergericht Baud.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Toepffer, Gaebde, Pietsch, Dr. Ullmann, Stubenrauch, Dr. Wiedenfeld, Arndt. Versetzt ist Heim in den Bezirk des Oberlandesgerichts zu Stettin. Entlassen sind Druckenbrodt Zwecks Uebertritts in die Verwaltung der indirekten Steuern, Dr. Lengner Zwecks Uebertritts in die allgemeine Staatsverwaltung, Dr. v. Polczynski auf seinen Antrag.

III. Staatsanwaltschaft.

Der Gefängniß-Direktor Eckert vom Stadtvoigteigefängniß in Berlin ist an das Untersuchungsgefängniß in Berlin versetzt. Zu Forstamtsanwälten sind ernannt der Forstassessor Hoffmann-Scholz bei dem Amtsgericht in Rheinsberg, der Oberförster von Nathusius bei dem Amtsgericht in Wendisch-Buchholz; zum Amtsanwalt ist ernannt der Stadtsekretär Schröter bei dem Amtsgericht in Freienwalde a. D., zum Staatsanwaltsstellvertreter der Ober-Postdirektions-Sekretär a. D. Riemann bei demselben Amtsgericht.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöscht ist in der Liste der Rechtsanwälte der Rechtsanwalt Karl Zacharias Hamburger beim Landgericht I. in Berlin. Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte der frühere Rechtsanwalt Dr. Freiherr von Hartogensis bei dem Kammergericht, die Gerichtsassessoren Kurt Ulbrich und Dr. von Beh bei dem Landgericht I. in Berlin, der Gerichtsassessor Max Ulbrich bei dem Amtsgericht und dem Landgericht in Prenzlau, der Gerichtsassessor Loewe bei dem Amtsgericht in Spandau, der Rechtsanwalt Karl Zacharias Hamburger vom Landgericht I. in Berlin beim Kammergericht. Zum Notar ist ernannt der Rechtsanwalt Koch in Guben.

V. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtskandidaten Reilpflug, Joël, Raumann, Roedenbeck, Hans Müller, von List, Rosenthal, Leyde, Epstein, Simon, Otto Vogel. Uebernommen ist Uebe aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts Marienwerder. Entlassen sind: Pagel in Folge seiner Ernennung zum etatsmäßigen Dolmetscher bei dem Kaiserlichen Konsulat in Salonik, Herz behufs Uebertritts in den Verwaltungsdienst.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt sind der Altkar Paul Westphal zum Gerichtsschreiber bei dem Amtsgericht in Coepenick, der Assistent Fuhn bei der Staatsanwaltschaft in Neuköppin zum Gefängnis-Inspektor bei dem Gefängnis daselbst. Versetzt sind der Gerichtsschreiber John vom Amtsgericht in Carlshafen a. d. W. an das Amtsgericht I. in Berlin, der Gerichtsschreiber-gehilfe König genannt Müller von Coepenick an das Landgericht in Landsberg a. W. Entlassen ist der Gerichtsschreiber Dollhardt in Coepenick auf seinen Antrag. Pensionirt ist der Vorsteher des Einziehungsamts bei der Gerichtskasse I. in Berlin Edert. Verstorben sind die Gerichtsvollzieher Rissingen und Witz bei dem Amtsgericht I. in Berlin.

Vermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1897 werden die auf Führung des Handels- und Genossenschafts-Registers bezüglichen Geschäfte des unterzeichneten Amtsgerichts von dem Amtsrichter Desoy und dem Sekretär Dames bearbeitet. Die Veröffentlichung sämtlicher Registereintragungen erfolgt im Deutschen Reichsanzeiger, der Eintragungen für kleinere Genossenschaften außerdem im Spandauer Tageblatt, für größere Genossenschaften und der Handels-

Registereintragungen außer in diesen noch in der Berliner Börsenzeitung.

Spandau, den 19. Dezember 1896.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Laufe des Jahres 1897 wird die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels- und Genossenschafts-Register durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, das Teltower Kreisblatt und die Berliner Börsenzeitung bewirkt werden. Die Bekanntmachungen für kleine Genossenschaften erfolgen außer in dem Deutschen Reichsanzeiger nur in dem Teltower Kreisblatt.

Mittenwalde, den 4. Dezember 1896.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Bekanntmachung der Eintragungen, welche in dem bei dem unterzeichneten Gerichte geführten Genossenschaftsregister erfolgen, wird im nächsten Jahre in 1) dem Deutschen Reichsanzeiger, 2) der Vossischen Zeitung, 3) dem Berliner Lokal-Anzeiger — sofern dieselben aber kleinere Genossenschaften betreffen, nur in beiden erstgenannten Blättern veröffentlicht werden.

Berlin, den 23. Dezember 1896.

Königliches Amtsgericht I. Abtheilung 96.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurteilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Josef Daned, Pferdehändler,	geboren am 28. April 1856 zu Dobresowitz, Bezirk Budweis, Böhmen, ortsangehörig zu Wittin, Bezirk Wittin-gau, ebendasselbst,	Diebstahl im Rückfall (1 Jahr Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 4. November 1895),	Königlich bayerisches Bezirksamt Bamberg II.,	16. Oktober 1896.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Josef Anders, Handlungsgehilfe,	geboren am 8. Januar 1871 zu Alt-Rognitz, Bezirk Trautenau, ortsangehörig ebendasselbst,	Betteln,	Königlich preussischer Polizei-Präsident zu Berlin,	7. Juli 1896.
2	Josef Fischer, Brauer,	geboren am 1. April 1853 zu Budapest, Ungarn,	desgleichen,	Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Zwickau,	16. Oktober 1896.
3	Josef Louis, Bergmann,	geboren am 2. Januar 1847 zu Celles, Belgien,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	21. November 1896.
4	Vincenz Micholka, Müller und Bäcker,	geboren im Jahre 1849 zu Raile, Bezirk Trautenau, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	9. November 1896.

1. Rang. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs- Beschlusses.
5	Jakob Vontras, Seidenweber,	geboren am 8. Dezember 1831 zu Neponitz, Böhmen, ortsangehörig zu Klentsch, Bezirk Taus, ebendasselbst,	Landstreichen und Feuer- polizei-Übertretung,	Königlich bayerisches Bezirksamt Kötting,	16. November 1896.
6	Vincenz Pischegar, Feizer,	geboren am 5. April 1872 zu Ober-Hanau, Bezirk Marburg, Steiermark, ortsange- hörig ebendasselbst,	desgleichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	11. November 1896.
6	Jakob Studhalter, Messer,	geboren am 6. De- zember 1862 zu Horn, Kanton Luzern, Schweiz, ortsangehörig ebendasselbst,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirks- präsident zu Stras- burg i. E.	21. November 1896.

Hierzu Vier Deffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einbaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung in Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Sany'schen Erben

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 2.

Den 8. Januar

1897.

Bekanntmachung.

Das von der hiesigen Amtsblattsredaction herauszugebende Sach- und Namen-Register zum Amtsblatte für 1896 ist fertiggestellt und wird den Postamtszeitungsstellen gleichzeitig mit Stück 2 des neuen Jahrgangs zur weiteren Herausgabe zugestellt werden.

Diesjenigen Behörden und Privatpersonen etc., welche dasselbe geliefert zu haben wünschen, wollen sich deswegen unter Einzahlung von 40 Pfg. für das Exemplar an die betreffende Zeitungsstelle wenden.

Potsdam, den 2. Januar 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Bekanntmachung.

3. Auf Grund des Gesetzes vom 6. August 1896 betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung (N. G. Bl. S. 685), ordne ich hiermit an, was folgt:

- 1) Die Bestimmungen der Gewerbeordnung § 33 Absatz 1, 2, 3 unter a, und 4 finden auf alle nicht bereits unter Absatz 5 fallenden Vereine, einschließlich der schon bestehenden, selbst dann Anwendung, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist.
- 2) Ausgenommen hiervon sind die militärischen Kasino's und Cantinen, deren Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist.
- 3) Die vorstehenden Bestimmungen treten mit dem 1. April 1897 in Kraft.

Berlin, den 27. Dezember 1896.

Der Minister des Innern.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

Bekanntmachung.

1. In Gemäßheit des § 7 Abs. 5 der Allerhöchsten Verordnung vom 25. Mai 1887, betreffend die Einrichtung einer ärztlichen Standsvertretung (G. S. S. 169) wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß in die Ärztekammer für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin neu gewählt sind:

A. Mitglieder.

I. Stadtbezirk Berlin.

1	Dr. Schöneberg	Geb. Sanitätsrath	Kaiser Franz-Grenadierplatz 5.
2	- Deher	"	Münzstr. 4.
3	- Gutstadt	Professor	Genthinerstr. Nr. 12.
4	- Lissa	Sanitätsrath	Königgräzerstr. 109.
5	- Mendel	Professor	Schiffbauerdamm 20.

6	Dr. Kuester	Sanitätsrath	Tempelhofer Ufer 21.
7	- Koch	Geb. Sanitätsrath	Alexandrinenstr. 90.
8	- Klatow	"	Friedrichstr. Nr. 216.
9	- Landau	Professor	Dorotheenstr. Nr. 54.
10	- Müller	Sanitätsrath	Brüden-Allee Nr. 10.
11	- Schleich	—	Friedrichstr. Nr. 250.
12	- Lewandowski	—	Eichhornstr. Nr. 9.
13	- S. Davidsohn	—	Ritterstr. 32.
14	- Graefe	—	Ziethenstr. 25.
15	- Gottstein	—	Lankwitzstr. Nr. 13.
16	- Wiesenthal	Sanitätsrath	Linsstr. 3.
17	- Schaeffer	—	Kurfürstenstr. Nr. 155.
18	- Granier	Sanitätsrath	Leipzigerstr. Nr. 39.
19	- Hoth	—	Potsdamerstr. Nr. 83a.
20	- S. Marcuse	Sanitätsrath	Alexanderstr. Nr. 8a.
21	- Joachim	—	Friedrichstr. 7.
22	- Pagel	—	Chausseestr. Nr. 85.
23	- Kalischer	—	Veteranenstr. Nr. 28.
24	- Pahlke	Sanitätsrath	Kurfürstenstr. Nr. 3.
25	- L. Marcuse	—	Alt-Moabit Nr. 137.
26	- Saag	—	Alexandrinenstr. 98.

27	Dr. Eulenburg	Professor	Lichtenstein- Allee 3.
28	- Mugdan	—	Kurfürstenstr. Nr. 139.
29	- Wechsels- mann	—	Lügowstr. 72.
30	- David	Sanitätsrath	Rosenthaler- str. 44.
31	- Posner	Professor	Anhaltstr. 7.
32	- Liebreich	—	Neustädtische Kirchstr. 9.
33	- Patsch- kowski	—	Kronenstraße Nr. 68/69.
34	- Schwalbe	—	Karlsbad 5.
35	- Rossmann	Professor	Gneisenaustr. Nr. 112.
36	- S. Alexander	—	Jehrbelliner- str. 86.
37	- Brod	Sanitätsrath	Melchiorstr. Nr. 18.
38	- Bartels	—	Karlsbad Nr. 12/13.

III. Regierungsbezirk Potsdam.

39	Dr. Bollert	Geh. Sanitätsrath	Rummelsburg h. Berlin
40	- Dreikholz	—	Wiltsdorf
41	- Hirsch	Geh. Sanitätsrath	Charlotten- burg
42	- Kaehler	—	Charlotten- burg
43	- Mylius	Sanitätsrath	Kathenow
44	- Voedors	—	Potsdam
45	- Großer	—	Prenzlau
46	- Jpicher	—	Busterhausen a. D.
47	- Brund	—	Jehdenick
48	- Todt	—	Köpenick
49	- Zinn	Geh. Sanitätsrath	Eberswalde
50	- Köppel	Sanitätsrath	Brandenburg a. H.
51	- Wegstein	—	Bernau
52	- Strung	Kreisphysikus, Sanitätsrath	Jüterbog
53	- Jgerott	Kreisphysikus	Belzig
54	- Benda	—	Angermünde
55	- Elten	—	Charlotten- burg

III. Regierungsbezirk Frankfurt a. D.

56	Dr. Wiebecke	Geh. Medizinalrath	Frankfurt a. D.
57	- Kade	—	Sorau.
58	- Godt	Direktor	Landsterg a. D.
59	- Thiem	Sanitätsrath	Centine.
60	- Piersch	Geh. Sanitätsrath	—
61	- Rehsfeldt	—	Frankfurt a. D.

B. Stellvertreter.

I. Stadtbezirk Berlin.

1	Dr. Nickenborn	—	Monbijou platz 3.
2	- Benke	—	Stralauer- str. 56.
3	- Schulze	Sanitätsrath	Kochstr. 72.
4	- Schmerin	—	Schmidstr. 29.
5	- Hirschfeld	—	Kleine Präsi- dentenstr. 4.
6	- Kristeller	(b. Sanitätsrath)	Sigismund- str. 5.
7	- Marcuse	—	Kurfürsten- str. 23.
8	- Marquardt	Sanitätsrath	Königgräber- str. 112.
9	- Altmann	—	Potsdamer- str. 76 h.
10	- Marecki	—	Alexander- platz 2.
11	- A. Hoff- mann	—	Dranien- str. 185.
12	- Efermann	—	Kaiser Franz- Grenadier- platz 3.
13	- Steffed	—	Friedrich- str. 41.
14	- Kroner	Sanitätsrath	Dranien- str. 143.
15	- M. Wolff	Professor	Potsdamer- str. 134 a.
16	- Gottschall	—	Potsdamer- str. 106.
17	- Stirl	—	Kochstr. 4.
18	- Markus	—	Rosenthaler- str. 34/35.
19	- Prehm	—	Börtherstr. 48.
20	- Biener	—	Königgräber- str. 82.
21	- Wiejenthal	—	Spandauer- str. 48.
22	- Fr. Wolff	—	Lindenstr. 81.
23	- P. Fried- lander	—	Friedrich- str. 16.
24	- Herzfeld	—	Bülowstraße Nr. 47/48.
25	- Horwig	—	Johanniter- str. 3.
26	- Schlesinger	—	Rosenthaler- str. 14.
27	- Guttmann	—	Brunnen- str. 16.
28	- H. Beck	—	Heinichen- dorferstr. 47.
29	- Rubinstein	—	Potsdamer- str. 100.
30	- Schaliga	—	Friedrich- str. 13.

31	Dr. Munter	—	Kaiser Wilhelmstr. 21.
32	- Richter	—	Kandbergersplatz 5.
33	- Jariß-lowsky	—	Friedrichstr. Nr. 102.
34	- Schüd	—	Gr. Frankfurterstr. 86.
35	- Philippi	—	Alexanderstr. 14b.
36	- Lehfeld	—	Essasserstraße Nr. 11.
37	- Schönheimer	—	Friedrichstr. Nr. 136.
38	- Veely	Sanitätsrath	Steinigerstr. Nr. 10.

III. Regierungsbezirk Potsdam.

39	Dr. Lausmann	Sanitätsrath	Potsdam.
40	- Geiseler	—	Teltow.
41	- Papierre	Sanitätsrath	Potsdam.
42	- v. d. Hersberg	—	Dranienburg.
43	- Christinnet	—	Brandenburg a. L.
44	- Dietrich	—	Kallberge Müdersdorf.
45	- Hans Pachr	—	Jeßendorf.
46	- Blume	—	Freienwalde a. L.
47	- Pachr	Geb. Sanitätsrath	Jeßendorf.
48	- Strauch	Sanitätsrath	Charlottenburg.
49	- Alt	—	—
50	- Liedtke	—	Alt-Kandberg
51	- Kuehne	—	Charlottenburg.
52	- Sander	Geb. edizinalrat	Dalldorf.
53	- Prawitz	Kreisphysikus	Krütz.
54	- Mar Cohn	—	Charlottenburg, Kurfürstenstraße Nr. 111.
55	- Klein	Physikus	Charlottenburg.

III. Regierungsbezirk Frankfurt a. O.

56	Dr. Stumpff	Sanitätsrath	Woldenberg.
57	- Beyer	Geb. Sanitätsrath	Lützen.
58	- Sochazy	—	Kinsterwalde.
59	- Wilh. Hartung	—	Frankfurt a. O.
60	- Gräff	—	Neudamm.
61	- Gansel	Sanitätsrath	Neppen.

Potsdam, den 24. Dezember 1896.

Der Oberpräsident,
Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungspräsidenten.

Belobigung für Rettung aus Lebensgefahr.

4. Der Arbeiter Friedrich Lobejäger aus Templin hat am 7. Dezember d. Js. den 8 Jahre alten Sohn Ferdinand des Handelsmanns Reipital unter Selbstaufopferung vom Tode des Ertrinkens gerettet. Ich bringe dies belobigend zur öffentlichen Kenntniß.

Potsdam, den 30. Dezember 1896.

Der Regierungspräsident.

Arznei-Taxe für 1897.

5. Die in den Einkaufspreisen mehrerer Drogen und Chemikalien eingetretenen Veränderungen haben eine entsprechende Umarbeitung der bisher geltenden Arzneitaxe erforderlich gemacht.

Die allgemeinen Bestimmungen sind unverändert geblieben.

Die abgeänderte Arzneitaxe tritt mit dem 1. Januar 1897 in Kraft.

Berlin, den 19. Dezember 1896.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
Bosse.

* * *

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Bemerkten zur Kenntniß gebracht, daß die Arzneitaxe durch die R. Gärtner'sche Buchhandlung (Hermann Heyfelder) in Berlin, sowie in allen inländischen Buchhandlungen zum Preise von 1 M. 20 Pf. zu beziehen ist.

Potsdam und Berlin, den 4. Januar 1897.

Der Regierungspräsident. Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

6. Auf Grund des § 24 des Bau-Unfallversicherungs-Gesetzes vom 11. Juli 1887 (Reichs-Gesetzbl. Seite 287 ff.) wird der nach Ausübung der Genossenschaftsvorstände von dem Reichs-Versicherungsamt mit Wirkung vom 1. Januar 1897 festgesetzte Prämiensatz für die Versicherungsanstalt der

Nordöstlichen Baugewerks-Verufsgenossenschaft zu Berlin nachstehend bekannt gemacht.

Für die Versicherungsanstalt der Tiefbau-Verufsgenossenschaft bleiben die jetzt bestehenden Tarife über den 1. Januar 1897 hinaus bis auf Weiteres in Kraft.

Berlin, den 5. Dezember 1896.

Das Reichsversicherungsamt.

*

*

*

Präfixtarif für die Berufsgenossenschaft der Nordöstlichen Baugewerkeberufsgenossenschaft:
Gültig für das Jahr 1897 und folgende.

Lau- fende Nr.	G e f a h r e n k l a s s e n .	Lohnprozente, welche als Prämie zu entrichten sind. P r o z e n t .	Betrag der für jede angefangene halbe Mark des in Betracht kommenden Lohnes zu entrichtenden Prämie. P f e n n i g .
Gefahrenklasse A.		2	1
1	Stubenbohner, Frotteure;		
2	Tapezierer, Tapetenankleber (Anbringung, Abnahme oder Reparatur von Tapeten, Weiterrouleaur, Marquisen und Jalousien);		
3	Ofensetzer (Anbringung, Abnahme oder Reparatur von Ofen und anderen Feuerungsanlagen).		
Gefahrenklasse B.		3½	1¾
4	Architekten, Bau- und Civilingenieure, Baumeister, Bautechniker;		
5	Glaszer;		
6	Maler, Anstreicher, Baulackierer, Baumaaler, Bühnenmaler, Dekorations- und Kunstmaler auf Bauten, Schildermaler, Stuckmaler, Tüncher.		
Gefahrenklasse C.		5	2½
7	Asphaltierer, Asphaltschläger, Cementierer, Fliesenleger, Grenzsteinsetzer, Stein- setzer;		
8	Bauklempner;		
9	Bauschlosser, Einsetzer, Anschläger;		
10	Tischler auf Bauten;		
11	Weißbinder;		
12	Bühnenbauarbeiter;		
Gefahrenklasse D.		6½	3¼
13	Steinmegen, Grabdenkmalverfertiger, Kunstbildhauer in Stein, Marmor- waarenverfertiger, Steinbildhauer, Steinhauer, Steinschleifer, Stein- schläger (Feldsteinmacher), Steinschleifer, Steinläger, Anfertiger grober und feiner Steinwaaren;		
14	Stuckateure, Gypswarenfabrikanten, Verfertiger von künstlichem Marmor und künstlichen Steinen;		
15	Einrichter von Gas- und Wasseranlagen (Installateure).		
Gefahrenklasse E.		7½	3¾
16	Schiffsbau in Holz, Bootstauer, Schiffsmaler;		
17	Maurer, Backofenmacher, Gypser, Kaminmacher (Schornsteinbauer) Lisen- bauer, Verputzer.		
Gefahrenklasse F.		8½	4¼
18	Zimmerer, Stacker, Lehmkleber;		
19	Anbringung, Abnahme, Verlegung und Reparatur von Blisableitern;		
20	Fuhrwesen.		
Gefahrenklasse G.		9½	4¾
21	Mühlenbauer in Holz;		
22	Brunnenmacher, Brunnenbauer, Brunnenbohrer, Pumpenmacher, Pumpen- setzer, Röhrenmacher.		
Gefahrenklasse H.		10½	5¼
23	Sand-, Kies-, Lehm- und Thongrüberei, Erdtiefbau;		
24	Kalkbrenner;		
25	Ziegeleiarbeiter;		
26	Dachdecker, Pappdachdecker, Schieferdecker, Schindeldecker, Stroh- und Rohr- decker, Ziegeldachdecker;		
27	Steinbruch, Kalkbruch, Steinsprengerei.		
Gefahrenklasse J.		12	6
28	Abbruch von Gebäuden, Aufräumung von Brandstätten;		
29	Steinsprengung mittels Pulver, Dynamit etc.		

Sonstige Bestimmungen.

Hinsichtlich der in dem vorstehenden Prämientarif nicht besonders aufgeführten Arten von Arbeiten (Nebenarbeiten) ist zunächst festzustellen, ob die Arbeit in dem berufsgenossenschaftlichen Gefahrenentwurf aufgeführt worden ist. Trifft dies zu, so ist für die Arbeit die der betreffenden Gefahrenklasse des Gefahrenentwurfs entsprechende Prämie zu errichten. Für alle übrigen im Gefahren- und Prämientarif nicht aufgeführten Bauarbeiten ist der Prämienfuß der vorstehenden Klasse E. mit $3\frac{3}{4}$ Pfennig für jede angefangene halbe Mark des in Betracht kommenden Lohnes maßgebend.

Festgesetzt gemäß § 24 des Gesetzes, betreffend die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen vom 11. Juli 1887 (Reichs-Gesetzblatt Seite 287).

Berlin, den 5. Dezember 1896.

Das Reichsversicherungsamt.

Hierbei wird auf die Bekanntmachungen vom 15. Dezember 1887 — Stüd 51 Seite 455 des Amtsblatts für 1887 — 6. Dezember 1890 — Stüd 50 Seite 453/454 des Amtsblatts von 1890 — und vom 11. Dezember 1893 — Stüd 50 Seite 494/497 des Amtsblatts von 1893 verwiesen.

Potsdam, den 31. Dezember 1896.

Der Regierungspräsident.

Betrifft die Form der ärztlichen Atteste der Medizinal-Beamten.

7. Durch das Circular-Reskript vom 20. Januar 1853 hat der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten von Kauer, Excellenz, für die ärztlichen Atteste der Medizinal-Beamten vorgeschrieben, daß die amtlichen Atteste und Gutachten der Medizinal-Beamten jedesmal enthalten sollen:

- 1) die bestimmte Angabe der Veranlassung zur Ausstellung des Attestes, des Zweckes, zu welchem dasselbe gebraucht, und der Behörde, welcher es vorgelegt werden soll;
- 2) die etwaigen Angaben des Kranken oder der Angehörigen desselben über seinen Zustand;
- 3) bestimmt gesondert von den Angaben zu 2 die eigenen tatsächlichen Wahrnehmungen des Beamten über den Zustand des Kranken;
- 4) die aufgefundenen wirklichen Krankheits-Erscheinungen;
- 5) das tatsächlich und wissenschaftlich motivirte Urtheil über die Krankheit, über die Zulässigkeit eines Transportes oder einer Haft, oder über die sonst gestellten Fragen;
- 6) die dienstliche Versicherung, daß die Mittheilungen des Kranken oder seiner Angehörigen (ad 2) richtig in das Attest aufgenommen sind, daß die eigenen Wahrnehmungen des Ausstellers (ad 3 und 4) überall der Wahrheit gemäß sind und daß das Gutachten auf Grund der eigenen Wahrnehmungen des Ausstellers nach dessen bestem Wissen abgegeben ist.

Außerdem müssen die Atteste mit vollständigem Datum, vollständiger Namens-Unterschrift, insbesondere mit dem Amts-Charakter des Ausstellers und mit einem Abdruck des Dienstsiegels versehen sein.

Mittels Reskripts vom 11. Februar 1856 ist überdies auch angeordnet, daß die gedachten Atteste in Zukunft jedesmal, außer dem vollständigen Datum der Ausstellung, auch den Ort und den Tag der stattgewordenen ärztlichen Untersuchungen enthalten müssen,

und daß obige Bestimmungen auch auf diejenigen Atteste der Medizinal-Beamten Anwendung finden, welche von ihnen in ihrer Eigenschaft als praktische Ärzte zum Gebrauch vor Gerichts-Behörden ausgestellt werden.

Indem wir Vorstehendes hiermit zur Kenntniß bringen, machen wir den Herren Medizinal-Beamten die genaue Befolgung dieser Vorschriften zur Pflicht, indem wir dieselben darauf aufmerksam machen, daß bei Ausstellung von Zeugnissen in Haft-Angelegenheiten die Wahrscheinlichkeit einer Verschlimmerung des Zustandes eines Arrestanten bei sofortiger Freiheits-Entziehung kein genügender Grund ist, die einstweilige Aussetzung der Strafvollstreckung oder Schuldhaft als nothwendig zu bezeichnen.

Es müssen vielmehr die Medizinal-Beamten selbst überzeugt sein und nach den Grundsätzen der Wissenschaft durch die selbst wahrgenommenen Krankheits-Erscheinungen motiviren können, daß von der Haft-Vollstreckung eine nahe bedeutende und nicht wieder gut zu machende Gefahr für Leben und Gesundheit zu besorgen ist.

Potsdam und Berlin, den 26. März 1856.

Königliche Regierung.

Abtheilung des Innern.

Königliches

Polizei-Präsidium.

Vorstehende Verordnung wird hiermit zur Beachtung wiederholt in Erinnerung gebracht.

Potsdam und Berlin, den 5. Januar 1897.

Der Regierungspräsident.

Der Polizei-Präsident.

Errichtung einer Apotheke in Dallmin, Kreis Westpreignitz.

S. Im dem Dorfe Dallmin im Kreise Westpreignitz, nördlich von Perleberg in der Nähe der preussisch-burgischen Grenze belegen, soll eine Apotheke errichtet werden.

Bewerbungen um die Konzession nehme ich bis zum 10. März d. J. entgegen. Es wird vorausgesetzt, daß die Bewerber sich mit den örtlichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der zu beschaffenden Räumlichkeiten

bekannt gemacht und über die voraussehbaren Einkünfte der anzulegenden Apotheke Klarheit verschafft haben. Dem Gesuche sind beizufügen: 1) die Approbation; 2) eine genaue Lebensbeschreibung mit Angabe der Konfession und der Familienverhältnisse; 3) amtlich bestätigte Zeugnisse über die Beschäftigung und Führung während der gesammten Zeit seit Ablegung der Staatsprüfung. Diesen Zeugnissen ist ein Inhaltsverzeichnis beizufügen, aus dem die Zeitdauer ersichtlich ist, auf welche sich die einzelnen Zeugnisse beziehen; 4) ein amtlich beglaubigter Nachweis, daß und in welcher Höhe dem Bewerber die zur Errichtung der Apotheke erforderlichen Geldmittel zur Verfügung stehen; 5) Bewerber, welche bereits eine Apotheke besessen haben, müssen die Zeit dieses Besesses, sowie den Kaufpreis und Verkaufspreis der Apotheke nachweisen.

Die Konzession wird nach Maßgabe der Allerh. Ordre vom 30. Juni 1864 mit der Bestimmung erteilt werden, daß dem Inhaber der Vorschlag eines Geschäftsnachfolgers nicht gestattet ist, die Konzession vielmehr bei dem Ausscheiden des Inhabers an den Staat zur anderweitigen Verleihung zurückfällt, der hinterbliebenen Wittve und den Waisen des Konzessionärs jedoch die im § 4 Tit. 1 der revidirten Apothekenordnung vom 11. Oktober 1841 bezeichneten Vergütigungen zu Theil werden sollen.

Meldungen von Bewerbern, welche bereits mehr als eine Apotheke besessen oder eine in ihrem Besitze gewesene Apotheke mit Gewinn verkauft haben, werden nicht berücksichtigt; auch haben Bewerber, welche nach dem Jahre 1885 approbirt sind, keine Aussicht auf Erfolg.

Potsdam, den 2. Januar 1897.

Der Regierungspräsident.

V i e h s e u c h e n .

9. I. Ausgebrochen:

a. Maul- und Klauenseuche: Kreis Niederbarnim: Rindviehbestand des Kossäthen August Väder in Birkholz, des Bauern Schneider und des Kossäthen Grotbe in Malchow, in Alt-Landsberg, ferner des Bauern Gustav Sommerhorn in Ruhlsdorf, des Bäckersmeisters Brost in Hohen-Schönhausen, des städtischen Rieselguts Wartenberg und unter 51 Ziegen des Kaufmanns Vier in Dranienburg; Kreis Oberbarnim: Zugochsen des Ritterguts Brunow, Rindvieh des Guts Sonnenburg; Kreis Westprignitz: Rindvieh des Verwerfs Horst; Kreis Ruppın: Rindvieh des Gastwirths Mewes in Goldbeck; Kreis Teltow: Rindvieh des Bauern Christian in Wuckow, des Schlächters Frig Lehmann und des Bauern Gotthold Stoph in Ragow und des Ritterguts Mariensfelde; Kreis Zauch-Belzig: Rindviehbestand des Bauern Süring in Plögin, des Ziegeleibesizers Georg Schulze in Michelsdorf und des Ritterguts Plessow.

b. Milzbrand: Kreis Ruppın: eine Kärse der Höferei Eggersdorf, ein nothgeschlachtetes Kalb des Bäckers Wilhelm Zietzen in Drees.

c. Pottungenseuche: Kreis Osthavelland: eine Kuh des Pferdehändlers Ridel in Mauen und Rindviehbestände der Bauergutsbesitzer Gerdt und Krause in Bernik.

II. Erloschen:

a. Maul- und Klauenseuche: Kreis Angermünde: in Dobberzin und Schmargendorf; Kreis Niederbarnim: in Bernau, Karow, Blankenburg, Schöneiche, Klein-Schönebeck, Rindviehbestand des Schlächtermeisters Wegener und des Gutsbesizers Kalbe in Ruhlsdorf, Rindviehbestand des Mollereibesizers Dame in Neu-Weissenfer; Kreis Osthavelland: Remonte-Depot Baetenklau; Kreis Westhavelland: Rittergut Selbelang, Rindviehbestand des Bauern Vogeler in Korbde und des Bauern Hermann Lagenstein in Brädisow, Rittergut Peissin IV., V., VI. Anheils; Kreis Strignitz: in Halenbeck und Bernikow; Kreis Teltow: Rinder des Handelsmanns Wilhelm Rees in Zossen, des Ritterguts Schenkendorf; Kreis Templin: in Mittenwalde und Kaalsedt.

b. Milzbrand: Kreis Teltow: Rindviehbestand des Bauern Frädrich in Schulendorf.

c. Bruckseuche: Unter den Pferden der 3., 4. und 6. Lehrbatterie der Artillerie-Schießschule im Paradenlager I. zu Schießplatz Züterbog.

Potsdam, den 5. Januar 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

2. Im laufenden Jahre sind in der Presse wiederholt **Bergiftungen durch Sublimatpastillen** zur Sprache gebracht worden. In Folge Erlasses des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten vom 20. November 1896 ersuche ich daher die Herren **Ärzte**, Sublimatpastillen nur in solchen Mengen zu verschreiben, wie sie der einzelne Krankheitsfall voransichtlich erheischt, und dabei die Umgebung des Kranken auf die Giftigkeit des Mittels und die zur Verhütung von Unglücksfällen erforderlichen Vorsichtsmaßregeln aufmerksam zu machen.

Das **niedere Heilpersonal**, insbesondere die **Krankenspfleger und Pflegerinnen, Hebammen**, sowie die **Heildiener** mache ich darauf aufmerksam, daß mit dem Gebrauch von Sublimatpastillen unter Umständen erhebliche Gefahren für die Kranken insofern verbunden sein können, als manche Personen bei Verneigung von Sublimatlösungen auch bei deren äußerlichen Anwendung an Sublimat- (Quecksilber-) Vergiftung erkranken können.

Diese pfllegt sich zuerst durch metallischen Geschmack im Munde, vermehrte Speichelflossenerregung und Entzündung der Mundschleimhaut, sowie durch Magenbeschwerden und Diarrhöen kundzugeben. In entsprechenden Fällen würde die Anwendung des Mittels sofort auszusetzen und ärztliche Hilfe herbeizurufen sein. Der

etwaige Genuß der ein starkes Gift darstellenden Plätschen pflegt meist unter entsetzlichen Qualen wegen Verätzung der Verdauungsorgane den Tod herbeizuführen. Ich mache den genannten Medizinalpersonen daher die größte Vorsicht bei Ausbenutzung und Verwendung der Pastillen zur Pflicht. Sollten durch Vernachlässigung dieser Vorsicht Vergiftungen auch nur geringeren Grades anderer Personen eingetreten sein, so würden die betreffenden Medizinalpersonen strafrechtlich deshalb verfolgt und auch civilrechtlich für etwaigen Schaden haftbar gemacht werden können. **Sebammen** dürfen Sublimaspastillen zur Bereitung von Einspritzungen und dergl. nur in solchen Einzelfällen verwenden, in denen dies vom betreffenden Arzte ausdrücklich verordnet ist. Berlin, den 24. Dezember 1896.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

3. Für den Rehrbezirk der Stadt Berlin sind die Schornsteinfegergesellen Heinrich Horn, Stralauerstraße 34, und Karl Kolbe, Brunnenstraße 41 wohnhaft, nach den Vorschriften des Regulativs für den Betrieb des Schornsteinfegergewerkes im Stadtbezirk Berlin vom 16. November 1888 vom 1. Oktober 1896 ab als Bezugs-Schornsteinfegermeister angestellt worden. Berlin, den 30. Dezember 1896.

Königliches Polizei-Präsidium. Magistrat hiesiger Königl. Residenzstadt.

Bekanntmachung.

4. Für die Turnlehrerinnen-Prüfung, welche im Frühjahr 1897 in Berlin abgehalten ist, habe ich Termin auf Montag den 24. Mai 1897 und die folgenden Tage anberaumt.

Meldungen der in einem Behramtee stehenden Bewerberinnen sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens bis zum 1. April 1897, Meldungen anderer Bewerberinnen bei derjenigen Königl. Regierung, in deren Bezirk die Betreffende wohnt, ebenfalls bis zum 1. April 1897 anzukommen.

Die in Berlin wohnenden Bewerberinnen, welche in keinem Behramtee stehen, haben ihre Meldungen bei dem Königl. Polizei-Präsidium in Berlin bis zum 1. April 1897 einzureichen.

Die Meldungen können nur dann Berücksichtigung finden, wenn ihnen die nach § 4 der Prüfungsordnung vom 15. Mai 1894 vorgeschriebenen Schriftstücke ordnungsmäßig beigelegt sind.

Die über Gesundheit, Führung und Lehrthätigkeit beizubringenden Zeugnisse müssen in neuerer Zeit ausgefertigt sein.

Die Anlagen jedes Gesuches sind zu einem Hefte vereinigt einzureichen.

Berlin, den 11. Dezember 1896.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

*

*

*

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich hierdurch mit dem Hinzufügen zur öffentlichen Kenntniß, daß es

im Interesse der Bewerberinnen liegt, ihre Meldungen so zeitig hier anzubringen, daß etwaige Rückfragen bis zu dem für die Meldungen angeetzten Schlupstermin erledigt werden können.

Berlin, den 31. Dezember 1896.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen

des Provinzial-Steuer-Direktors.

Bekanntmachung.

1. Der Bundesrath hat in der Sitzung vom 3. d. M. — § 686 der Protokolle — dem unter N^o 153 der Drucksachen von den betheiligten Ausschüssen vorgelegten Antrag, betreffend Aenderung des statistischen Waarenverzeichnis und des Verzeichnisses der Waarengüter, N^o 74 der Drucksachen für 1896, seine Zustimmung ertheilt. Die Aenderungen, die am 1. Januar f. J. in Kraft treten, können bei den königlichen Haupt- und Steuerämtern während der Dienststunden eingesehen werden. Berlin, den 28. Dezember 1896.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachung.

2. Mit Bezug auf § 12 des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1869 wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß ein Nachtrag zum amtlichen Waarenverzeichnis, betreffend die vom Bundesrathe beschlossenen Abänderungen und ein Instruktionsbuch für die Zollabfertigung erschienen ist. Die Bestimmungen des Nachtrags zum amtlichen Waarenverzeichnis, soweit sie nicht durch das Zuckersteuergesetz vom 27. Mai 1896 veranlaßt sind, treten am 1. Januar f. J. in Kraft. Sowohl die beschlossenen Abänderungen des amtlichen Waarenverzeichnisses als auch das Instruktionsbuch für die Zollabfertigung können bei den Amtsstellen der diesseitigen Verwaltung während der Dienststunden eingesehen werden.

Berlin, den 28. Dezember 1896.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen des Königl. Oberberg-Amtes zu Halle a. S.

Bekanntmachung.

1. Nachstehende Bescheinigung:
„Auf Grund des § 94 Absatz 3 des Statuts für den Brandenburger Knappschaftsverein in Guben vom 30. November 1891 wird hierdurch bescheinigt, daß der Vorstand dieses Knappschaftsvereins gegenwärtig aus folgenden Mitgliedern besteht;

a. Gewählt seitens der Werksvertreter.

1) Stadtrath Jadeschky in Guben bis Ende Dezember 1898, zugleich Vorsitzender;

2) Generaldirektor Berminghoff in Berlin bis Ende Dezember 1900.

3) Grubenrepräsentant Thielenberg in Fürstenberg a. D. mit einer Amtsdauer bis Ende Dezember 1902, zugleich stellvertretender Vorsitzender;

b. Gewählt seitens der Mitglieder des Ausschusses der Knappschafts-Altesten.

1) Grubeninspector Eschacher in Senftenberg bis Ende Dezember 1898,

- 2) Bergwerksdirektor Froberg in Senftenberg bis Ende Dezember 1900,
 3) Obersteiger Götz in Zietzig bis Ende Dezember 1902;
 Als Stellvertreter der Vorstandsmitglieder in Verhinderungsfällen sind ferner gewählt:

a. seitens der Werkvertreter:

- 1) Bergwerksdirektor Schwarzer in Zinndorf bis Ende Dezember 1898,
 2) Bergwerksdirektor Märker in Senftenberg bis Ende Dezember 1900,
 3) Der Bergwerksbesitzer Cuno Jeschke zu Wörten mit einer Amtsdauer bis Ende Dezember 1902.

b. seitens der Mitglieder des Ausschusses der Knappschafts-Altesten:

- 1) Inspektor Lichtenberger auf Grube „Ise“ bis Ende Dezember 1898;
 2) Berginspektor Mielecke in Freienwalde bis Ende Dezember 1900.
 3) Berginspektor Haack in Rüntheberg i. Mark bis Ende Dezember 1902;

Vorstandsmitglied ohne Stimmrecht ist der Knappschafts-Direktor Herzer in Guben.

Der Vorstand vertritt den Knappschaftsverein gesetzlich und außergerichtlich und ist befugt, Immobilien für denselben zu erwerben, zu veräußern und zu verpfänden, sowie rechtsgültige Erklärungen aller Art abzugeben.

Bei allen diesen Geschäften wird er von dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter oder dem Knappschafts-Direktor vertreten.“

*

*

*

wird hierdurch zur Kenntniß der Betheiligten gebracht.
 Halle, den 30. Dezember 1896.

Königliches Oberbergamt.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Ausnahmetarif für feuchte Störle (auch feuchte Schlammstörle).

1. Mit Gültigkeit vom 10. Januar 1897 tritt im Staatsbahn-Gruppen- und Wechselverkehr, ferner im Wechselverkehr mit Stationen der Oldenburgischen Staatseisenbahnen und Station Gruppen der Breslau-Warthener Eisenbahn ein Ausnahmetarif — Nr. 12 — für feuchte Störle (auch feuchte Schlammstörle) bei Aufgabe von mindestens 10000 kg für den Frachtbrieff und Wagen oder Frachtabladung für dieses Gewicht in Kraft. Der Frachtberechnung werden die in den Kilometerzeigern enthaltenen Entfernungen und die in der Allgemeinen Kilometer-Tarif-Tabelle enthaltenen

Frachtsätze des Specialtariffs III. zu Grunde gelegt. Berlin, den 31. Dezember 1896.

Königliche Eisenbahndirektion

zugleich Namens der beteiligten Verwaltungen.

Personal: Chronik.

Der zum Mitgliede des Bezirksausschusses für den Regierungsbezirk Potsdam ernannte Verwaltungsgerichtsdirektor von Red hat seine Dienstgeschäfte übernommen.

Im Kreise Teltow sind der Oberamtmann Jäpper zu Rogitz und der Oberamtmann Schmidt zu Rasthof nach Ablauf ihrer Amtsperioden von Neuem zum Amtsvorsteher bezw. Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 32 — Groß-Kienitz — ernannt worden.

Im Kreise Templin ist an Stelle des Nachnahmeführers zu Prititz vom 1. Januar d. J. ab der Majoratsbesitzer von Arnim zu Sudow zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 7 — Sudow — ernannt worden.

Der Forstmeister Dreger in Müdersdorf ist zum Forstamtsanwalt bei dem königlichen Amtsgericht in Kallberge-Müdersdorf für den Forstbezirk Müdersdorf ernannt worden.

Der Regierungsbauführer Ernst Boerschmann ist als solcher ernannt und vereidigt worden.

Der Stadtverordnetenvorsteher Hermann Boldt in Strasburg i. M. (Wilhelmslust) ist zum Kreisverordneten für den Kreis Prenzlau gewählt und als solcher bestätigt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Potsdam.

Staatmäßig angestellt ist: Der Postanwärter Nitschke in Jahnisd als Postassistent. **Danächst probeweise übertragen ist:** Dem Ober-Postdirectionssekretär Krille aus Potsdam eine Postassistentenstelle bei dem Kaiserlichen Postamt 1 in Chemnitz. **Versetzt sind:** Der Ober-Postdirectionssekretär Dankwort von Gumbinnen nach Potsdam, die Ober-Telegraphenassistenten Heiland von Cöpenick nach Groß-Bichterfelde 1 (Anhalter Bahn) und Sempel von Brandenburg (Havel) nach Wittensberge (Bez. Potsdam).

Vermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit veröffentlicht, daß bei dem hiesigen königlichen Amtsgerichte Anträge in Grundbuchsachen und in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit nur einmal wöchentlich, und zwar an jedem Mittwoch zwischen 10 und 1 Uhr Vormittags entgegengenommen werden.

Alt-Landsberg, den 31. Dezember 1896.

Königliches Amtsgericht.

Hierzu eine Extra-Beilage, enthaltend eine Bekanntmachung des Finanzministers vom 10. Dezember 1896 und Ausführungsbestimmungen zum Gesetze, betreffend die Statistik des Waarenverkehrs des Deutschen Zollgebiets mit dem Ausland, vom 20. Juli 1879, sowie fünf Dessenfliche Anzeiger.

(Die Inkursionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung in Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei des K. D. Buchhändlers

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 3.

Den 15. Januar

1897.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Umwandlung der Schuldverschreibungen der 4prozentigen konsolidirten Staatsanleihe in solche der 3½prozentigen konsolidirten Staatsanleihe.

4. Das Gesetz vom 23. Dezember 1896 (Ges. S. 269), betreffend die Kündigung und Umwandlung der 4prozentigen konsolidirten Staatsanleihe giebt dem Finanzminister die Befugniß, die Schuldverschreibungen der 4prozentigen konsolidirten Staatsanleihe zur Einlösung gegen Baarzahlung des Kapitalbetrages und die im Staatsschuld-buche eingetragenen 4prozentigen Buchschulden zur baaren Rückzahlung binnen einer 3monatlichen Frist zu kündigen.

Bevor diese Kündigung erfolgt, soll durch öffentliche Bekanntmachung des Finanzministers den Inhabern jener Schuldverschreibungen die Umwandlung der vierprozentigen Schuldverschreibungen in solche der 3½prozentigen konsolidirten Staatsanleihe und den im Staatsschuld-buche eingetragenen Gläubigern der 4prozentigen konsolidirten Staatsanleihe die Umschreibung in 3½prozentige Buchschulden angeboten werden. Dieses Angebot gilt gesetzlich ohne Weiteres für angenommen, wenn nicht binnen einer auf mindestens drei Wochen vom Tage jener Bekanntmachung ab zu bemessenden Frist von den Inhabern der Staatsschuldverschreibungen der 4prozentigen konsolidirten Staatsanleihe unter Einreichung der Staatsschuldverschreibungen und von den im Staatsschuld-buch eingetragenen Gläubigern von vierprozentigen Buchschulden die Baarzahlung des Kapitalbetrages beantragt wird.

Indem das eben erwähnte Angebot der Umwandlung bezw. Umschreibung hierdurch erfolgt, wird die vorgezeichnete Frist zur Forderung des Baarbetrages der Art festgesetzt, daß sie mit dem **20. Januar 1897** abläuft. Von denjenigen Inhabern der 4prozentigen konsolidirten Staatsanleihe und von denjenigen im Staatsschuld-buche eingetragenen Gläubigern von 4prozentigen Buchschulden, welche die Baarzahlung zum Nennwerth nicht spätestens am **20. Januar 1897** beantragen, wird gemäß § 2 des gedachten Gesetzes ohne weiteren Antrag angenommen, daß sie mit der Umwandlung dieser Schuldverschreibungen in solche der 3½prozentigen konsolidirten Staatsanleihe bezw. mit der Umschreibung ihrer 4prozentigen in 3½prozentige Buchschulden einverstanden sind.

Nach § 3 des Gesetzes werden die umzuwandelnden Schuldverschreibungen und die umzuschreibenden Buch-

schulden noch bis zum 30. September 1897 mit 4 Prozent verzinst und nach § 10 dürfen die in 3½prozentige umgewandelten oder nach § 7 des Gesetzes ausgereichten Staatsschuldverschreibungen, sowie die in 3½prozentige umgeschriebenen Buchschulden den Gläubigern vor dem 1. April 1905 zur baaren Rückzahlung nicht gekündigt werden.

Die Umwandlung der Schuldverschreibungen der 4prozentigen in solche der 3½prozentigen konsolidirten Staatsanleihe wird durch Abstempelung der Schuldverschreibungen bewirkt werden, während die Umschreibung der 4prozentigen in 3½prozentige Buchschulden im Staatsschuld-buche von Amtswegen, ohne daß eines Antrages der eingetragenen Gläubiger bedarf, kostenfrei erfolgen wird.

Dagegen haben

- 1) diejenigen Inhaber von 4prozentigen Staatsschuldverschreibungen, welche Baarzahlung des Kapitalbetrages verlangen, ihren Antrag innerhalb der obigen Frist schriftlich unter Einreichung der Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere hier selbst SW. Dranienstraße Nr. 92/94 zu richten. Außer den Schuldverschreibungen ist ein Verzeichniß, welches Littera, Nummer und Nennwerth der Verschreibungen enthält, in doppelter Ausfertigung beizufügen; das eine Exemplar wird mit einer Empfangsbescheinigung versehen dem Einreichenden sofort zurückgegeben und ist von demselben bei Rückgabe der mit dem Stempelvermerke über die Anmeldung zur baaren Rückzahlung versehenen Schuldverschreibungen wieder abzuliefern. Werden die Schuldverschreibungen der Kontrolle der Staatspapiere mit der Post übersandt, so genügt die Beifügung des Verzeichnisses in einem Exemplar, dessen Rückgabe nicht erfolgt.
- 2) die im Staatsschuld-buch eingetragenen Gläubiger der 4prozentigen konsolidirten Staatsanleihe, welche Rückzahlung des Kapitalbetrages ihrer Buchforderung verlangen, haben ihre Anträge ebenfalls schriftlich innerhalb der obigen Frist an die Hauptverwaltung der Staatsschulden zu richten.

Das vorgedachte Gesetz vom 23. Dezember 1896 giebt ferner

- 1) den Inhabern von Schuldverschreibungen der 4prozentigen konsolidirten Staatsanleihe das Recht, statt der Abstempelung die kostenfreie Eintragung eines dem Nennwerthe der eingereichten Schuldverschreibungen gleichen, vom 1. Oktober 1897 ab

zu $3\frac{1}{2}$ Prozent verzinslichen Betrages in das Staatsschuldbuch zu beantragen.

- 2) den in das Staatsschuldbuch eingetragenen Gläubigern der 4prozentigen konsolidirten Staatsanleihe ist das Recht zugestanden, statt der Umschreibung die Ausreichung von $3\frac{1}{2}$ prozentigen Schuldverschreibungen zum Nennwerthe der vierprozentigen Buchschuld gegen Löschung der letzteren zu verlangen. Die vorgedachten Eintragungen bezw. Ausreichungen erfolgen kostenfrei.

Die Anträge, welche sich auf die vorsehend zu 1 und 2 bezeichneten Eintragungen bezw. Umschreibungen beziehen, müssen jedoch **bis zum 30. Juni 1897** an die Hauptverwaltung der Staatsschulden hierselbst gerichtet werden.

Für die Anträge zu 1 genügt einfache schriftliche

Form, während die Anträge zu 2 gerichtlich oder notariell oder von einem Consul des Deutschen Reichs aufgenommen oder beglaubigt sein müssen.

Die näheren Anordnungen Betreffs der Abstempelung der umzuwandelnden Staatsschuldverschreibungen werden durch die Hauptverwaltung der Staatsschulden zur öffentlichen Kenntniss gebracht werden.

Berlin, den 29. Dezember 1896.

Der Finanzminister.

Bekanntmachung.

5. Im Einvernehmen mit der Kaiserlichen Normal-Michungs-Kommission ist dem königlichen Nischungsamte in Köln die Befugniß ertbeilt worden, chemische Meßgeräte, d. h. Geräte, wie sie bei chemischen Analysen in Fabriken, Bergwerks- und Hüttenbetrieben, Apotheken u. s. w. zur Ausführung chemischer Untersuchungen

11.

Nachweisung der Markt- und Läden:

Laufende Nummer	Namen der Städte	I. A. Getreide.				I. B. Uebrige Markt.																							
		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Hülfsfrüchte.			Erdartoffeln	Groß.		Son.	Fleisch.		Im Großhandel	Rind-													
						Erbsen (gelbe) zum Kochen	Spießbohnen (weiße)	Linsen		Nicht-	Kraut-		im Kleinhandel	von der Keule		vom Bauch													
Es kosten je 100 Kilogramm																Es je 1													
Dr.	Pf.	Dr.	Pf.	Dr.	Pf.	Dr.	Pf.	Dr.	Pf.	Dr.	Pf.	Dr.	Pf.	Dr.	Pf.	Dr.	Pf.	Dr.	Pf.	Dr.	Pf.								
1	Angermünde	16	59	12	32	12	84	12	88	25	—	27	—	33	—	4	25	4	25	2	75	4	25	115	—	1	25	115	
2	Beeskow	15	30	11	79	13	75	12	50	27	50	35	—	45	—	3	90	3	25	—	—	5	50	95	—	1	20	1	—
3	Brandenburg	16	13	12	42	12	22	13	54	21	—	25	—	32	50	4	05	2	80	—	—	3	50	87	—	1	40	120	
4	Dahme	15	88	12	07	12	14	13	—	24	—	30	—	35	—	4	—	3	50	2	—	5	—	95	—	1	20	1	—
5	Eberswalde	16	98	12	32	13	50	12	50	23	—	25	—	30	—	4	—	4	—	—	—	5	—	96	—	1	30	120	
6	Havelberg	16	34	12	28	13	10	13	17	27	—	31	—	34	—	4	08	3	18	—	—	4	78	109	—	1	30	1	—
7	Jüterbog	15	33	12	05	13	13	13	24	24	—	24	—	25	—	4	—	3	50	—	—	5	50	100	—	1	30	120	
8	Kudenmaide	15	—	12	—	12	14	13	46	35	—	35	—	45	—	4	20	3	50	—	—	3	75	116	—	1	20	120	
9	Perleberg	15	95	11	92	11	06	13	—	21	—	33	—	27	—	4	69	3	55	—	—	4	70	115	—	1	35	115	
10	Potsdam	—	—	12	63	—	—	13	61	24	—	24	25	31	—	4	48	3	71	—	—	4	64	108	75	1	50	129	
11	Prenzlau	16	07	11	91	12	85	12	39	19	50	24	50	24	—	5	25	4	50	2	25	4	50	95	—	1	30	—	95
12	Prignitz	16	38	11	63	13	88	11	88	14	50	24	—	30	—	3	75	3	75	2	75	4	25	—	—	1	40	120	
13	Rathenow	16	25	12	65	12	50	12	75	25	50	22	50	33	—	4	—	3	—	—	—	3	20	100	—	1	30	115	
14	Neu-Ruppin	—	—	—	—	12	65	12	83	35	—	35	—	45	—	3	74	3	50	—	—	—	106	—	—	1	35	115	
15	Schwedt	16	53	13	05	14	40	14	32	26	26	31	25	37	50	4	—	4	94	—	—	5	12	110	—	1	40	120	
16	Spandau	17	50	13	—	13	67	13	83	27	50	35	—	35	—	5	—	4	25	3	25	5	50	113	—	1	60	120	
17	Strausberg	14	37	12	25	12	30	13	35	23	50	32	—	38	—	4	—	4	—	2	50	4	25	95	—	1	50	110	
18	Teltow	—	—	12	63	14	55	13	63	30	—	37	50	40	—	4	50	4	25	2	—	5	—	110	—	1	55	110	
19	Templin	17	50	13	—	14	—	14	—	21	—	30	—	40	—	4	—	5	50	4	50	5	50	100	—	1	20	1	—
20	Treuenbriezen	16	31	12	35	12	25	13	—	—	—	—	—	—	—	4	—	2	80	—	—	3	60	—	—	1	40	120	
21	Wittstock	16	13	12	10	12	40	11	99	20	—	40	—	50	—	3	93	3	67	2	50	4	—	95	—	1	05	—	95
22	Wriezen a. L.	16	13	12	35	14	55	12	55	22	50	24	—	25	—	3	75	4	75	3	50	6	30	100	—	1	30	120	
Durchschnitt		16	14	12	32	13	04	13	06	—	—	—	—	—	—	4	16	3	83	—	—	4	66	103	04	—	—	—	—

Potsdam, den 11. Januar 1897.

dienen, zu aichen. Die Aichung geschieht auf Grund einer von der Normal-Aichungs-Kommission ausgearbeiteten Instruktion genau nach den bei dieser Kommission üblichen Methoden und unter deren unmittelbarer Aufsicht.

Welchen Anforderungen die zur Aichung zuzulassenden Geräte hinsichtlich der äußeren Beschaffenheit, Eintheilung und Genauigkeit zu genügen haben, ist aus der Bekanntmachung vom 26. Juli 1893 (Reichsgesetzblatt 1893, Beilage zu Nr. 30) des Näheren zu ersehen. Auch ist das Königliche Aichungsamt in Köln angewiesen worden, allen aus dem Publikum über diese Anforderungen etwa gestellten Anfragen, ebenso solchen über Bezugsquellen, Prüfungsgebühren u. s. f. möglichst eingehende Beantwortung zu Theil werden zu lassen. Hierauf werden insbesondere die Besitzer von Apotheken

hingewiesen, deren Geräte stets diejenige Einrichtung und Genauigkeit aufweisen müssen, welche zu ordnungsmäßig auszuführenden chemischen Analysen erforderlich sind.

Berlin, den 2. Januar 1897.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungspräsidenten.

Bekanntmachung.

10. Im Verlage von Karl Heymann zu Berlin ist von den Schriften der Centralstelle für Arbeiter- Wohlfahrts-Einrichtungen das Heft 10, betreffend die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Frage des Arbeitsnachweises, sowie die weiblichen Hilfskräfte in der Wohlfahrtspflege, zur Ausgabe gelangt.

Potsdam, den 6. Januar 1897.

Der Regierungspräsident.

Preise im Monat Dezember 1896.

waaren.						II. Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats.																													
Gettich.			Veräuchertes Speil (steiger)	Erbutter	Eier	Wehl zur Spelsebe- reitung aus		Gersten-		Buchweizengröße	Hafergröße	Hirse	Weis, Java, mittlerer	Kaffee		Speisefalz	Schwefelschwefel, weißes																		
Schwedene-	Salz-	Sammel-				Weizen	Roggen	Gerste	Größe					Sada mittlerer (roh)	Java gelb (in ge- brannten Bohnen)																				
Kilogramm						1 Ctr. 60 St.		Es kostet je 1 Kilogramm.																											
Mr.	Fr.	Mr.	Fr.	Mr.	Fr.	Mr.	Fr.	Mr.	Fr.	Mr.	Fr.	Mr.	Fr.	Mr.	Fr.	Mr.	Fr.	Mr.	Fr.	Mr.	Fr.	Mr.	Fr.	Mr.	Fr.										
1 15	1 25	1 15	1 60	2 40	4 40	30	25	45	30	40	40	40	55	2 70	3 40	20	1 40	1 10	95	1 20	1 60	1 92	3 90	40	20	50	40	35	60	40	60	2 40	3 40	20	1 30
1 15	1 20	1 28	1 34	2 40	4 80	35	25	50	50	50	50	50	50	2 60	3 60	20	1 30	1 15	1 20	1 28	1 34	2 40	4 80	35	25	50	50	50	50	50	50	2 60	3 60	20	1 30
1 20	1	1 20	1 60	2 40	4	30	20	40	50	40	60	40	55	2 50	3 40	20	1 40	1 20	1	1 20	1 60	2 40	4	30	20	40	50	40	60	40	55	2 50	3 40	20	1 40
1 30	1 30	1 30	1 40	2 40	4 80	27	25	50	40	40	50	40	50	2 80	3 60	20	1 40	1 30	1 30	1 30	1 40	2 40	4 80	27	25	50	40	40	50	40	50	2 80	3 60	20	1 40
1 15	1 33	1 20	1 40	2 26	4 15	29	24	40	38	45	45	42	51	2 85	3 70	20	1 50	1 20	1 10	1 30	1 60	2 40	4 80	30	21	50	50	50	50	40	50	2 80	3 60	20	1 20
1 10	1	1 20	1 60	1 15	4 60	27	19	50	50	50	60	35	60	2 20	3 60	20	1 30	1 10	1	1 20	1 60	1 15	4 60	27	19	50	50	50	60	35	60	2 20	3 60	20	1 30
1 15	1 30	1 20	1 50	2 16	3 74	27	24	35	27	43	43	38	43	2 75	3 55	19	1 60	1 45	1 30	1 35	1 60	2 39	4 40	38	28	50	50	45	45	45	55	2 70	3 50	20	1 40
1 25	1 05	1 10	1 30	2 20	4 40	31	11	45	28	42	34	38	28	2 70	8 30	20	1 30	1 25	1 05	1 10	1 30	2 20	4 40	31	11	45	28	42	34	38	28	2 70	8 30	20	1 30
1 10	1 30	1 10	1 70	1 99	3 40	25	20	40	40	40	50	40	45	2 60	3 60	20	1 80	1 10	1 15	1 20	1 40	2 30	4 20	28	22	40	40	45	40	40	50	2 80	3 80	20	1 50
1 30	1 20	1 20	1 50	2 32	4 80	28	22	45	40	50	50	50	60	3	4	20	1 60	1 30	1 20	1 20	1 50	2 32	4 80	28	22	45	40	50	50	50	60	3	4	20	1 60
1 10	1	1 20	1 60	2 27	1 26	25	20	50	30	40	50	50	60	2 80	3 60	20	1 60	1 10	1	1 20	1 60	2 27	1 26	25	20	50	30	40	50	50	60	2 80	3 60	20	1 60
1 40	1 40	1 40	1 80	2 25	5	35)))))	35	35	2 05	3 05	20	1 30	1 40	1 40	1 40	1 80	2 25	5	35)))))	35	35	2 05	3 05	20	1 30
1 40	1 20	1 20	1 60	2 40	4 60	30	21	50	40	40	50	40	60	2 80	3 60	20	1 60	1 40	1 20	1 20	1 60	2 40	4 60	30	21	50	40	40	50	40	60	2 80	3 60	20	1 60
1 30	1 50	1 30	1 55	2 40	6	30	20	50	40	50	60	60	60	2 50	2 70	20	1 30	1 30	1 50	1 30	1 55	2 40	6	30	20	50	40	50	60	60	60	2 50	2 70	20	1 30
1 20	1	1 20	1 60	2 40	5	30	25	50	60	50	50	50	50	2 50	3 20	20	1 60	1 20	1	1 20	1 60	2 40	5	30	25	50	60	50	50	50	50	2 50	3 20	20	1 60
1 20	1	1 20	1 60	2 20	4 80	30	20	40	40	50	30	50	260	1340	20	1 60	1 20	1	1 20	1 60	2 20	4 80	30	20	40	40	50	30	50	20	50	260	1340	20	1 60
1 04	91	1 01	1 55	2 20	3 96	25	20	45	25	45	45	50	45	2 50	3 40	20	1 50	1 04	91	1 01	1 55	2 20	3 96	25	20	45	25	45	45	50	45	2 50	3 40	20	1 50
1 20	1 20	1 20	1 40	2 20	4 40	28	23	43	35	40	38	43	45	2 60	3 20	20	1 20	1 20	1 20	1 20	1 40	2 20	4 40	28	23	43	35	40	38	43	45	2 60	3 20	20	1 20

1) 27,5 Pf., 2) 32,5 Pf., 3) 32,5 Pf., 4) 37,5 Pf., 5) 42,5 Pf.

Der Regierungspräsident.

12.

Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5 % Aufschlag im Monat Dezember 1896 in den Hauptmarkttorten des Regierungs-Bezirks Potsdam.

Laufende Nummer	Es kosteten je 50 Kilogramm	Beeskow für Kreis Bees- kow Storkow		Brandenburg für Brandenburg und Kreis West- havelland.		Ludowalde für Kreis Zülp- berg- Ludowal- walde.		Potsdam für Kreis West- Prignitz.		Potsdam für Kreis Pots- dam und Kreis Zaach- Belzig.		Prenzlau für die Kreise Prenzlau und Templin.		Neu- Ruppin für Kreis Ruppin.		Schwedt für Kreis Anger- münde.		Blitzhof für Kreis Prignitz.		Bemerkungen.
		M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	
1	Hafer	6	83	7	62	7	57	6	56	7	32	6	98	6	83	7	52	6	42	Für die Kreise Oberbar-
2	Heu	3	15	2	37	2	10	2	47	2	61	2	63	—	—	2	69	2	10	nim, Niederbarnim, Ob-
3	Richtstroh	1	84	1	68	1	93	1	88	2	08	2	63	1	84	2	59	1	93	havelland u. Teltow, sowie

Potsdam, den 11. Januar 1897.

Der Regierungs-Präsident.

Fischereiaufsicht.

13. Der königliche Förster Karl Streich in Forsthaus Storigsee bei Hangelberg, der Forstauffseher August Popplow in Altmöndswinkel bei Hangelberg, der Forstauffseher Karl Winkler in Forsthaus Alt-Buchhorst bei Grünheide, der Forstgehilfe Wilhelm Laue in Kleine Tränke bei Nauensche Ziegelei und der Fußgendarm Krüger XII. in Neu-Zittau sind zu Fischereiauffsehern für die Wasserstrecke auf der Spree von Große Tränke bis Neu-Zittau im Nebenamte ernannt worden.

Diese gelten fortan bezüglich der in ihrem Aufsichtsbezirke vorkommenden Fischereivergehen und Uebertretungen als Hülfbeamte der Staatsanwaltschaft.

Potsdam, den 8. Januar 1897.

Der Regierungspräsident.

Fischereiaufsicht.

14. An Stelle des bisherigen Inspectors Evers zu Rienberg ist der Inspector Hugo Schröder in Rienberg zum Fischereiauffseher für folgende im Gutsbezirke Rienberg belegene Gewässer: 1) alle Rienberger Binnengraben, 2) die Nauener Dammgraben, soweit dieselben an dem zu Rienberg gehörigen Theile des Nauener Dammes liegen — Nr 8 der Grabenschau-Ordnung —, 3) den Graben vom zweifachen Werft — Nr 16 der Grabenschau-Ordnung —, 4) den Börnider Grenzgraben am Bodmühlen-Damm — Nr 18 der Grabenschau-Ordnung —, 5) der Flügelgraben — Nr 21 der Grabenschau-Ordnung — an der Grenze von Rienberg mit Börnide, bestellt und gemäß § 46 des Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874 amtlich verpflichtet und von mir bestätigt worden.

Potsdam, den 8. Januar 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

15. Auf Antrag der königlichen Eisenbahndirection in Halle a./S. habe ich zu der Beseitigung der an der

Eisenbahnbrücke über den Schiffahrtsgraben bei Groß-Röris befindlichen beiden Mastenträhne von Landespolizei wegen meine Zustimmung erteilt.

Potsdam, den 7. Januar 1897.

Der Regierungspräsident.

Viehseuchen.

16.

I. Ausgebrochen:

a. Maul- und Klauenseuche: Kreis Niederbarnim: Rindviehbestand der Aderbürger Palm und Tiemann zu Alt-Landsberg und des Bauern Schumann zu Schildow. Kreis Ruppin: Rindvieh des Gastwirths Schleuß zu Stoeffin und des Bauern Böhlde zu Walsleben. Kreis Teltow: Viehbestand des Bauern Brands in Diefersdorf, des Gutsbesizers Lübde in Mariendorf, des Aderbürgers Carl Schulze und des Chauffeewärters Richter zu Mittenwalde, des Rossfährten Riebusch zu Ragow. Kreis Zaach-Belzig: Viehbestand der Gutsbesizerin M. Hornemann in Deeg. Stadt Potsdam: Im Rinderstalle des städtischen Schlachthofes.

b. Milzbrand. Kreis Teltow: 1 Kuh auf Rittergut Groß-Machnow.

c. Rog. Kreis Teltow: 2 Pferde der Neuen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft und 2 Pferde des Fuhrherrn Schöneberg in Rirdorf.

d. Lungenseuche. Kreis Osthavelland: 1 Kuh des Bauern Nietter in Carwiese.

II. Erloschen:

a. Maul- und Klauenseuche: Kreis Niederbarnim: In Lübars, Ruhlsdorf, Rittergut Lanke und Rummelsburg. Kreis Osthavelland: In Regin und Rittergut Lengke. Kreis Prenzlau: In Briegzig. Kreis Ostprignitz: In Tetschendorf. Kreis Teltow: In Schulzenborn. Kreis Zaach-Belzig: In Cammer und Rindviehbestand des Gutsbesizers Albert Wulfow in Deeg.

b. Milzbrand. Kreis Prenzlau: In Nieder-

c. Rogzkrankheit. Kreis Westhavelland: In
Prügerbe.

Potsdam, den 12. Januar 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

5. Diesem Stück des Amtsblattes ist eine Beilage beigelegt, welche einen Nachtrag zu den revidirten Statuten der Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft „Janus“ in Hamburg und die bezügliche Genehmigungsurkunde des Königlich Preussischen Herrn Ministers des Innern vom 4. Oktober d. J. enthält.

Auf diese Beilage wird hierdurch mit dem Bemerkten hingewiesen, daß die der Gesellschaft zum Geschäftsbetriebe in Preußen ertheilte Concession vom 13. Dezember 1854 in der Beilage zum 25. Stück dieses Amtsblattes vom Jahre 1855 und die bisher gültigen Statuten in der Beilage zum 43. Stück des Amtsblattes vom Jahre 1887 veröffentlicht worden sind.

Berlin, den 4. Dezember 1896.

Der Polizei-Präsident.

Polizei-Verordnung.

6. Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850, der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883, sowie des § 37 der Reichs-Gewerbe-Ordnung vom 21. Juli 1869 wird für den Polizeibezirk Berlin mit Zustimmung des Gemeindevorstandes Nachstehendes verordnet:

Der § 8 des Droschken-Polizei-Reglements vom 20. Januar 1873 wird wie folgt abgeändert:

§ 8. Beschaffenheit der Geschirre.

Die Geschirre müssen gut passen, dauerhaft, von gutem Ansehen und unversehrt sein, stets sauber, das Leder geschwärzt oder lackirt, das Metall der Beschlüge blank erhalten werden.

Für die Bespannung der Droschken sind Kummel- und Sielengeschirre mit Sattel — Ramm — Deckel, (Sillets) Umlauf (Hinterzeug) und Randare, Hebe- oder Knebeltrense zulässig.

Die Sielengeschirre für Droschken I. Klasse müssen den beim Kommissariat für öffentliches Fuhrwesen ausliegenden Proben (schwarzes Leder mit Beschlügen von Weißmetall) entsprechen.

Zum Zubeden der Pferde auf den Halteplätzen dürfen nur reinliche, nicht zerrissene oder auffällig gefärbte Decken benutzt werden, im Betriebe sind dagegen je nach der Witterung Lederdecken oder eingefärbte wollene Decken von farbigem wolkenem Stoffe zulässig.

Berlin, den 24. Dezember 1896.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

7. Berichtigend wird zu der Bekanntmachung vom 15. dts. Mts. bemerkt, daß die Darstellung und der Verkauf des bisher von Herrn Sanitätsrath Dr. Libberg bereiteten „Tuberculinum Kochii“ den Farbwerken

vorm. Meister, Lucius und Brüning zu Höchst a./M. übertragen ist und vom Sanitätsrath Dr. Libberg zu Frankfurt a./M. nur die Fabrik beauftragt und das Mittel auf seine Reinheit geprüft wird.

Berlin, den 30. Dezember 1896.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

8. Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Mitglieder der hiesigen dem Verbande deutscher Brief-Tauben-Liebhaber-Vereine angehörigen Vereine „Berolina“ Gesellschaft für Briestaubenzücht, „Phönix“ Verein für Briestaubenzücht und „Komet“ Verein für Briestaubenzücht ihre Tauben der Militärverwaltung zur Verfügung gestellt haben.

Es sind dies:

G. Arndt, Polizeibeamter, Forsterstraße 46,
H. Verlach, Bankbeamter, Langestraße 39,
E. Blankenburg, Tapezierer, Besselstraße 16,
E. Brämer jun., Kaufmann, Hadescher Markt 1,
E. Boshow, Weber, Friedrichsberg, Kreuzigerstraße 8,
F. Dörendahl, Kürschner, Prenzlauerstraße 13,
E. Dettmar, Rentier, Adalbertstraße 93,
D. Dittmann, Tapezierer, Junkerstraße 15,
D. Drense, Rentier, Dranienstraße 172,
R. Engel, Steinbrudereibesitzer, Stralauerstraße 46,
S. Herpich, Rentier, Gr. Lichterfelde, Calandrellistr.,
E. Kalkofen, Rentier, Dresdenerstraße 17,
D. Kollert, Juwelier, Lindenstraße 96,
M. Koerbig, Kaufmann, Thurmstraße 52, I
F. Kraft, Schneidermeister, Blumenstraße 60,
A. Menzel, Beamter, Invalidenstraße 145,
D. Ossowski, Kaufmann, Alexanderstraße 67a.,
E. Pohl, Kaufmann, Invalidenstraße 8,
H. Puhlemann, Dachbeder, Gr. Frankfurterstr. 31,
J. Sonntag, Wärme-Handlung, Barutherstraße 3,
D. Schulse, Fabrikant f. Gas- u. Wasser-Anl.,
Mariannenplatz 11,
A. Seidler, Bäckermeister, Langestraße 40,
M. Taubert, Steinsetzmeister, Nixdorf, Jägerstr. 53,
E. Wurl, Lehrer, Roppenstraße 66/67,
E. Frieze, Schlächter, Ludauerstraße 9,
F. Heiderich, Werkführer, Holzmarktstraße 8,
Robert Behrend, Kaufmann, Kronenstraße 10,
Otto Böhl, Bäckeribesitzer, Leipzigerstraße 12,
Otto Knarr, Rentier, Alexandrinenstraße 85,
Alfred Kranzler, Hof-Conditor, Unt. d. Linden 25,
Georg Krüger, Musiker, Wrangelstraße 30,
Otto Linke, Schlächter, Elisabethstraße 16,
Gustav Lindener, Goldschmuckfabrikant, Auguststr. 52,
Rudolf Matthiesius, Rentier, Melanchthonstraße 26,
Richard Pohl, Metallwaarenfabrikant, Alte Jacobstr. 21,
Carl Porz, Tischlermeister, Thierstraße 41,
Georg Müller, Laternenfabrikant, Staligerstraße 5,
Heinrich Quittschreiber, Händler, Schöneberg,
Golzstraße 18,
August Reimann, Fabrikant, Feilnerstraße 5a.,
Karl Schliack, Schlächtermeister, Thierstraße 40,
Paul Schneider, Fabrikant, Grüner Weg 105,

Gustav Schüge, Schlächtermeister, Annenstraße 51,
 F. Taubert, Oberst, Bälowsstraße 4,
 Julius Belowsky, Schlächtermeister, Adlerhof,
 Bismarckstraße 6,
 Paul Malick, Kaufmann, Rirdorf, Erftstraße 14,
 Karl Stolzenburg, Schornsteinfegermeister, ebendasselbst,
 H. Sievers, Butterhändler, ebenda, Juliusstr. 54,
 Karl Lehmann, Bäckermeister, Weissenfer, Berliner-
 straße 134,
 Emil Schulz, Werkmeister, Lichtenberg-Friedrichsfelde,
 Wilhelmstraße 69,
 Georg Krause, Kaufmann, Rummelsburg, Fischer-
 straße 4,
 Oskar Förster, Hotelier, Friedenau, Rheinstraße 60,
 Karl Löchel, Reichsbankbuchhalter, Schöneberg, Rem-
 brandtstraße 14,
 Rudolf Mas, Kaufmann, Friedenau, Lauterstraße 28,
 Rudolf Braschwig, Magistrats-Secretair, Steglitz,
 Herderstraße 7,
 Emil Franke, Maurerpolier, Groß-Richterfelde,
 Desborferstraße 8,
 Hermann Dunker, Eisenwaarenhändler, Gr.-Richter-
 felde, Dürerstraße 11,
 Emil Wilschale, Brunnenbaumeister, Gr.-Richterfelde,
 Lorenzstraße 3,
 Emil Wagenknecht, Tischlermeister, Berlin, Peters-
 burgerstraße 22,
 Karl Götterson, Eigentümer, Friedenstraße 13,
 Wilhelm Geyer, Schneidermeister, Elshasserstraße 34,
 Otto Kühn, Pianofortebauer, Elshasserstraße 31,
 August Lieb, Drechslermeister, Neue Friedrichstr. 104,
 Paul Schellack, Kanzleirath im großen Generalstabe,
 Schlegelstraße 11,
 Hermann Schmidt, Postsecretair a. D., Voßbringer-
 straße 32,
 Otto Guttsche, Tapezier und Dekorateur, Krausenstr. 11,
 Hermann Müller, Schlächtermeister, Dennewitzstr. 34,
 Hugo Nerp, Konditoreibesitzer, Alexanderstraße 23,
 Ewald Pey, Kaufmann, Culmstraße 9,
 Otto Strauß, Kaufmann, Charlottenstraße 19,
 Alphonse Albrecht, Kaufmann, Markgrafenstraße 42,
 Richard Bloch, Kaufmann, Schönebergerstraße 15 c.,
 Otto Gundlach, Milchhändler, Culmstraße 9,
 Hans Göke, Kaufmann, Stralauerstraße 12,
 Franz Heinze, Bäckermeister, Gleditschstraße 46,
 Franz Hellmuth, Kaufmann und Wagenfabrikant,
 Stralauerstraße 16,
 Johannes Hoffmeister, Eigentümer, Schwedterstr. 13,
 Ferdinand Klein, Tischlermeister, Reichenbergerstr. 48,
 Willy Neumann, Tapezier und Dekorateur, Linden-
 straße 72 a.,
 Wilhelm Todt, Kaufmann, Langestraße 84,
 Karl Wengler, Fabrikant, Vorhagenerstraße 8,
 Gustav Wichmann, Kaufmann, Dresdenerstraße 105 a.,
 Fritz Wolff, Petroleum-Handlung en gros, Manieuffel-
 straße 77,
 Theodor Kochintke, Traiteur, Leipzigerstraße 32,
 Alfred Svenson, Kunst-Drechslermeister, Schützenstr. 15,

Hermann Schnbert, Besitzer von Behrendts Hôtel
 garni, Luisenstraße 38,
 Hermann Zech, Kaufmann, Kleine Andreasstraße 9,
 Georg Mittler, Kaufmann, Schönhauser Allee 129,
 Heinrich Wegner, Korbmachermeister, Puttkamerstr. 17,
 Wilhelm Schulze, Referendar, Prenzlauer Allee 36 a.,
 Otto Dbst, Kaufmann, Yorkstraße 39,
 Eduard Erbe, Kaufmann, Rirdorf, Cannerstraße 28,
 Gustav Erbe, Kaufmann, Schöneberg, Grunewaldstr. 15,
 Paul Eubach, Gärtnereibesitzer, Steglitz, Schilhorn-
 straße 91,

R. Riese, Steinsegermeister, Potsdam, Saarmunderstr. 22,
 Paul Wangemann, Schlächtermeister, Waldemarstr. 21,
 Gottlieb Viebau, Schlächtermeister, Frobenstraße 24.

Die den Vorbezeichneten gehörigen Briestauben ge-
 nießen den Schutz des Gesetzes vom 28. Mai 1894
 (Reichs-Gesetz-Blatt Seite 463 f.) betreffend den Schutz
 der Briestauben und den Briestaubenverkehr im Kriege.

Behufs ihrer Erkennung sind diese Tauben mit
 einem auf die Innenseite beider Flügel aufgedruckten
 Stempel, welcher das kaiserliche Wappen zeigt, bezeichnet.
 Berlin, den 5. Januar 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

1. Die bei dem Bau und bei der Unterhaltung
 der hiesigen Stadtiernsprechanlage beschäftigten
 Beamten sind sämtlich und die Arbeiter zum großen
 Theil mit Karten versehen, um auf Verlangen der Haus-
 besitzer oder der Inhaber von Fernsprechstellen oder
 sonstiger berechtigter Personen sich jeder Zeit über ihre
 Persönlichkeit ausweisen zu können.

Die vor dem 1. Januar ausgegebenen
 Karten von gelber Farbe haben am Schlusse
 des alten Jahres ihre Gültigkeit verloren;
 an die Stelle derselben sind Karten von
 grüner Farbe getreten.

Die beteiligten Hausbesitzer u. werden ersucht,
 den diesseitigen Beauftragten den Zutritt zu den Boden-
 räumen u. künftig nur dann zu gestatten, wenn diese
 Beauftragten entweder selbst im Besitze einer Ausweis-
 karte von grüner Farbe sich befinden, oder als Be-
 gleiter von mit Karten versehenen Personen erscheinen
 und von den letzteren ausdrücklich als in ihrer Be-
 gleitung befindlich bezeichnet werden.

Berlin C., 8. Januar 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

1. Die unter der Patronatsverwaltung der Kgl.
 Hofammer der Kgl. Familiengüter stehende Pfarrstelle
 zu Wendisch-Buchholz, Diözese Königs-Wusterhausen,
 kommt durch die Versetzung des Pfarrers Wernicke in
 nächster Zeit zur Erledigung.

2. Die unter Privatpatronate stehende Pfarrstelle
 zu Vertikow, Diözese Grawow, kommt durch die Ver-
 setzung des Pfarrers Wulkow in den Ruhestand am
 1. April d. J. zur Erledigung.

Bekanntmachungen der Königl. Direction der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

1. Denjenigen Grundbesitzern, welche die an die Rentenbank zu entrichtenden Renten zum 30. September d. Js. durch Kapitalzahlung abgelöst haben, wird hierdurch bekannt gemacht, daß wir die gemäß § 27 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 auszufertigten Entlastungs-Quittungen den betreffenden Kreis-Kassen zugefertigt haben, um sie den zuständigen Amtsgerichten zur Erfüllung der Rentenpflicht im Grundbuche zuzustellen.

Berlin, den 24. November 1896.

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der General-Kommission der Provinzen Brandenburg und Pommern.

Bekanntmachung.

1. Nach dem Gesetz vom 2. April 1887 (G.-S. S. 105) kann für gemeinschaftliche, durch ein Auseinandersetzungsverfahren, (Gemeinschaftstheilungs-, Separations-, Zusammenlegungs-, Ansiedelungs-Verfahren) begründete Angelegenheiten, als Wege, Tristen, Gräben, Transflüthen, Fehms-, Sand-, Kalk- und Mergelgruben, Kalk- oder andere Steinbrüche und Aehnliches, die Vertretung der Gesamtheit der Betheiligten, sowie die Verwaltung auf Antrag von der Generalkommission geregelt werden.

Diese Vorschrift bezieht sich auf städtische und ländliche Feldmarken. Die Vertretung und Verwaltung wird nach erfolgter Sachuntersuchung dem Gemeindevorstande übertragen. Es empfiehlt sich in geeigneten Fällen, namentlich, wo sich Mißstände bei der Unterhaltung und Beaufsichtigung gemeinschaftlicher Anlagen der Feldmark ergeben, oder wo das Bedürfnis zur Bestellung eines Vertreters für die Gesamtheit der Betheiligten hervortritt, den Antrag auf Regelung der Verwaltung oder Vertretung bei uns zu stellen. Das Gesetz bezieht sich jedoch nur auf Feldmarken, die bereits einem Auseinandersetzungsverfahren unterworfen gewesen sind. Wollen die Besitzer nicht separirter Fluren sich die Wohlthat des Gesetzes zu Nuge machen, so kann dies nur geschehen, nachdem die Feldmark vorher wirthschaftlich zusammenggelegt ist.

Frankfurt a. D., am 25. November 1896.

Königliche Generalkommissionen für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Staatsbahn-Bieh- u. Tarif vom 1. Oktober 1895. — Staatsbahn-Bieh- u. Tarif mit den Oberhessischen und Oldenburgischen Staatsbahnen und angeschlossenen Privatbahnen vom 1. Oktober 1896.

2. Zu obenbezeichneten Tarifen ist mit Gültigkeit vom 1. März 1897 ein Berichtigungsblatt erschienen. Dasselbe enthält eine Abänderung der besonderen Bestimmungen zu § 44 der Verkehrs-Ordnung für die Eisenbahnen Deutschlands Ziffer 3 Absatz 3, betreffend die Fränkung von lebenden Thieren in Viehzügen.

Die in das Berichtigungsblatt aufgenommenen zu-

säglichen Bestimmungen zur Verkehrs-Ordnung sind gemäß den Vorschriften unter 1. (2) genehmigt worden.

Nähere Auskunft ertheilen die Abfertigungsstellen sowie das Auskunftsbureau hier, Bahnhof Alexanderplatz. Berlin, den 2. Januar 1897.

Königliche Eisenbahndirektion

zugleich namens der beteiligten Verwaltungen.

Tarifrung gemahlener Preßrückstände von Kartoffeln oder Rüben.

3. Im Staatsbahn-Gruppen- und Wechselverkehr, ferner im Wechselverkehr mit Stationen der Oldenburgischen Staatsbahnen und der Station Kempen der Breslau-Warschauer Eisenbahn ist mit Gültigkeit vom 15. Januar d. J. ab in dem Ausnahmetarif 2 (Rohstofftarif) unter Ziffer 3 hinter „Preßrückstände der Kartoffelstärkefabrikation, naß oder getrocknet“ und unter Ziffer 4 hinter „Preßrückstände der Rübenzucker-erzeugung“ hinzuzufügen „auch gemahlen“.

Berlin, den 6. Januar 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion,

zugleich Namens der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Nachweisung der vom Kreis-Ausschuß des Kreises Angermünde im IV. Quartal 1896 genehmigten Gemeinde- und Gutsbezirks-Veränderungen.

2. Bezeichnung des Grundstücks: Die zum Forstgutsbezirk Grimnitz gehörigen Parzellen Kartenblatt 10 Nr. 256/41 und 257/41 in einer Größe von 3,250 ha. Namen des Erwerbers: Büdner Adolf Schulze und Handelsmann August Heyde zu Altenhof. Künftiger Gemeinde- oder Guts-Verband: Gemeinde Altenhof.

Angermünde, den 28. Dezember 1896.

Der Kreis-Ausschuß.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der nachbezeichneten, von dem Königl. Kredit-Institute für Schlesien auszufertigten 4 % Pfandbriefe lit. B., haftend auf den Gütern Poln. Krawarn und Madan, Kreis Ratibor und zwar:

Nr. 41 142 über 1000 Thlr. = 3000 M.

Nr. 45 031 45 041 45 067 45 079 und

45 086 à 500 Thlr. = 1500 M.

Nr. 51 958 52 038 und 52 039 à 200

Thaler = 600 M.

Nr. 64 819 über 100 Thlr. = 300 M.

Nr. 79 461 über 50 Thlr. = 150 M.

Nr. 82 450 über 25 Thlr. = 75 M.

werden hierdurch wiederholt aufgefordert, diese Pfandbriefe in kursfähigem Zustande mit laufenden Zinscheinen an die Königl. Institute-Kasse hier selbst (im Regierungs-Gebäude am Lessingplatz) zum Umtausch gegen andere Pfandbriefe lit. B. vom gleichen Betrage und mit gleichen Zinscheinen versehen, einzureichen. Sollte die Präsentation nicht bis zum 15. Februar 1897 erfolgen, so werden die Inhaber dieser Pfandbriefe nach § 50 der Verordnung vom 8. Juni 1835 mit ihrem Realrecht auf die in den Pfandbriefen ausgedrückte Special-Hypothek präkludirt, die Pfandbriefe für vernichtet erklärt, in unserem Register sowie im Grundbuche

geldicht und die Inhaber mit ihren Ansprüchen lediglich an die in unserem Gewahrsam befindlichen Umtausch-Pfandbriefe verwiesen werden.

Breslau, den 23. August 1896.

Königl. Credit-Institut für Schlesien.

Personal-Chronik.

Im Kreise Templin sind wieder ernannt bezw. neu ernannt worden: Domänenpächter Kortensbeitel zu Amt Jehdenitz als Amtsvorsteher des Amtsbezirks 16 Amt Jehdenitz, Rittergutspächter Böckelmann zu Ringenwalde als Amtsvorsteher des Amtsbezirks 8 Ringenwalde, Amtssekretär Holland zu Mellenau als Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 1 Mellenau, Gemeindevorsteher Schönfeldt zu Gr. Dölln als Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 14 Reiersdorf.

Im Kreise Templin ist der Rentier Blaurod zu Ribbeck zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 18 Ribbeck und der Administrator Bergemann ebenda zum Amtsvorsteher-Stellvertreter desselben Amtsbezirks ernannt worden.

Der Amtsanwalt Schröter in Freienwalde a. D. ist zum Stellvertreter des Forstamtsanwalts bei dem Königl. Amtsgericht in Freienwalde a. D. für den Forstbezirk Freienwalde ernannt worden.

Der Amtsanwalt von Chamier zu Kallberge Rüdersdorf ist zum ständigen Stellvertreter des Forstamtsanwalts bei dem Königl. Amtsgericht Kallberge Rüdersdorf für den Forstbezirk Rüdersdorf ernannt worden.

Der Bürgermeister Ziemann in Alt-Landsberg ist zum Amtsanwalt bei dem Königl. Amtsgerichte daselbst ernannt worden.

Der Civilanwärter Altmann bei der Veranlagungskommission für den Kreis Teltow in Berlin ist zum Steuersupernumerar ernannt worden.

Der Kanzlei-Diätar Obbarius ist zum Rentensbank-Kanzlisten ernannt worden.

Bei der Königl. Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin sind folgende Personal-Veränderungen eingetreten: der Regierungs-Assessor Dr. Frank ist zur Königl. Regierung in Oppeln versetzt; für ihn ist der Regierungs-Assessor Dr. Rohde der Direktion zur dienstlichen Verwendung überwiesen. Die Regierungs-Sekretäre Sonnenfeld und Koch I. sind verstorben. Der Regierungs-Sekretär Tiege ist als Rentmeister nach Goldap versetzt. Die Militär-Supernumerare Jehden und Plaumann und der Civil-Supernumerar Voigt I. sind zu Regierungs-Sekretären ernannt. Die Militär-Supernumerare Saling und Kaufmann sind ausgeschieden. Der

Militär-Anwärter Krosß II. ist als Militär-Supernumerar übernommen. Der Civil-Anwärter Jech ist als Civil-Supernumerar eingetreten.

Der bisherige Archidiaconus an der St. Johannis-Kirche (Moabit) Heinrich Paul Lehmann ist zum Pfarrer an der Heilandskirche in Berlin, Ditsche Berlin II., bestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Oskar Schwarz ist als Oberlehrer an der 9. Realschule in Berlin angestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Emil Wendt ist als Oberlehrer an der 10. Realschule in Berlin angestellt worden.

Bermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit veröffentlicht, daß bei dem hiesigen Königl. Amtsgerichte Anträge in Grundbuchsachen und in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit nur einmal wöchentlich, und zwar an jedem Mittwoch zwischen 10 und 1 Uhr Vormittags entgegen genommen werden.

Alt-Landsberg, den 31. Dezember 1896.

Königliches Amtsgericht.

Schwemmkanalisation.

Nachdem die Beschlüsse der städtischen Behörden von Charlottenburg vom ^{12. Februar} 6. Mai 1896, betreffend die Erhebung von Beiträgen und Gebühren zu den Kosten der Herstellung beziehungsweise für die Benutzung der dortigen Schwemmkanalisation vom Bezirksausschuß zu Potsdam unter dem 7. Mai 1896 bei gleichzeitiger Zurückweisung der dagegen erhobenen Einwendungen genehmigt sind, hat der Provinzialrath der Provinz Brandenburg in seiner Sitzung vom 26. November 1896 beschlossen, die weitere Beschwerde des Rittergutsbesizers Otto Gabbe in Berlin vom 4. Juli 1896 gegen die angezogenen Beschlüsse des Bezirksausschusses zurückzuweisen.

Potsdam, den 27. November 1896.

(L. S.)

Der Provinzialrath. von Achenbach.

O. P. 15298.

Vorstehender Beschluß* des Provinzialraths wird unter Bezugnahme auf die Kanalisationsordnung der Stadtgemeinde Charlottenburg vom 6. Mai 1896 — veröffentlicht im 29. Stück des Amtsblattes für 1896 — bekannt gemacht.

Charlottenburg, den 21. Dezember 1896.

Der Magistrat.

Hierzu

eine Beilage, enthaltend einen Nachtrag zu den „Revidirten Statuten“ der Lebens- und Pensions-Versicherungs-

Gesellschaft „Janus“ in Hamburg,
sowie Sieben Dessenliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hays'schen Erben.

Nachtrag zu „Revidirte Statuten“ der Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft „Janus“ in Hamburg.

Nach dem Beschluß der General-Versammlung vom 11. April 1896 hat die Lit. a des § 47 der Statuten folgende Fassung erhalten:

- a. zur Anlegung in Hypotheken, welche nach Maßgabe der betreffenden Landesgesetzgebung pupillarisch sind, beziehungsweise den Bestimmungen des beiliegenden Regulativs entsprechen.

Regulativ

für Feststellung der Beleihungsgrenzen bei Bewilligung hypothekarischer Darlehen auf Grundbesitz seitens der Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft „Janus“ in Hamburg.

1. Beleihung städtischer Grundstücke.

Beschaffenheit und Benutzungsart der zu beleihenden Grundstücke.

Als städtische Grundstücke nach Maßgabe dieses Regulativs sollen in der Regel nur solche beliehen werden, welche in Städten von wenigstens 10,000 Einwohnern oder in der unmittelbaren Nähe von größeren Städten liegen, hauptsächlich zu Wohnungen dienen und einen Werth von wenigstens 20,000 Mark haben. Ausnahmen hiervon finden nur unter besonders günstigen Sicherheitsverhältnissen statt, und ist dieses vorzugsweise streng festzuhalten bei Grundstücken, welche zum Betriebe von Fabriken benutzt werden.

Mühlengrundstücke dürfen nicht beliehen werden.

Feststellung des Werthes.

A.

Die Feststellung des Werthes der zu beleihenden bebauten Grundstücke erfolgt nach Maßgabe:

1. des Bauwerthes der auf denselben befindlichen Baulichkeiten und des Grund- und Bodenwerthes,
2. des reinen Mieths- resp. Nutzungswerthes,
3. des letzten Kaufpreises.

Zu 1.

a) Als Bauwerth ist die Feuerversicherungs-Summe anzunehmen, wenn der Bautechniker der Gesellschaft (oder ein staatlicher oder städtischer Baubeamter — zu welchen auch Rath's-Maurermeister und Rath's-Zimmermeister gerechnet werden —) bescheinigt, daß die Gebäude sich in gutem baulichen Zustande befinden, und daß ihr zeitiger Bauwerth nicht niedriger ist, als die Feuerversicherungs-Summe.

Wenn der Bautechniker dafür erachtet, daß der Bauwerth die Versicherungs-Summe nicht erreiche, so ist von ihm der zeitige Bauwerth anzugeben und dieser maßgebend.

b) Als Werth des Grund und Bodens ist derjenige Betrag anzusetzen, welcher nach dem Gutachten des Bautechnikers in den letzten Jahren für ähnliche Grundstücke in derselben Ortsgegend als Preis gezahlt und zur Zeit angemessen ist.

Zu 2.

Der Miethsertrag resp. Nutzungswerth wird festgestellt:

- a) in Orten, wo Mieths- oder Haussteuer entrichtet wird, durch Steuerzettel oder eine amtliche Bescheinigung der Steuerbehörde oder durch die noch gültigen Miethsverträge;
- b) an anderen Orten durch die geltenden Miethsverträge oder ein Urtheil des Ortsvorstandes oder durch Gutachten Sachverständiger. Nicht vermietete Lokalitäten werden nach mäßigem Anschlage geschätzt.

Der Bautechniker hat sich gutachtlich über die Angemessenheit der Miethen und den Miethswerth der leerstehenden Lokalitäten zu äußern;

- c) der amtliche Gebäudesteuer-Nutzungswerth kann als reiner Miethsertrag angesehen werden.

- d) Bei Rohbauten wird der Miethsertrag resp. Nutzungswerth durch den Bautechniker der Gesellschaft, oder durch Gutachten anderer Sachverständiger geschätzt.

Der hiernach ermittelte Miethsertrag wird zum Zinsfuß von $4\frac{1}{2}\%$ kapitalisirt.

Zu 3.

Der letzte Kaufpreis ist urkundlich nachzuweisen und kommt in Betracht, wenn er aus einem innerhalb der letzten zehn Jahre geschlossenen Kaufvertrage oder Erbvertrage hervorgeht und unbedächtig ist, und wenn seitdem nicht Neubauten oder erhebliche Umbauten resp. Abbrüche oder sonstige Verschlechterungen auf dem Grundstücke vorgenommen sind.

Als Beleihungswerth des Grundstücks ist zu betrachten:

- a) der Regel nach der Durchschnitts-Betrag der nach Ziffer 1 bis 3 ermittelten drei Werthe;
- b) falls einer dieser Factoren nicht zuverlässig zu ermitteln ist (insbesondere wenn der letzte Erwerbspreis wegen Zeitablaufs nicht maßgebend sein kann), der Durchschnitt aus den beiden anderen Factoren.

B.

Bei Baustellen und Gärten ohne Wohngebäude wird der Werth auf die in A zu 1 sub b angegebene Weise festgestellt.

Beleihungsgrenzen.

Die Gesellschaft kann städtische Grundstücke bis zu $\frac{1}{10}$ des nach A. ermittelten Beleihungswerthes beliehen; jedoch darf die Beleihung in keinem Falle über diejenige Summe hinausgehen, welche sich aus der Zusammenrechnung

- a) des Feuerversicherungs- bez. Bauwerthes und

- b) der Hälfte des Grund- und Bodenwerthes ergibt.

Baustellen und Gärten sollen nur bis zur Hälfte des nach B. angelegten Beleihungswerthes beliehen werden.

2. Beleihung ländlichen Grundbesitzes.

Ländliche Grundstücke dürfen nur innerhalb zwei Drittel des durch landschaftliche, ritterschaftliche oder gerichtliche, nach landschaftlichen oder ritterschaftlichen Grundsätzen aufgenommene Tage festgestellten Beleihungswerthes, oder innerhalb des fünfzehnfachen Betrages des Grundsteuerreinertrages beliehen werden.

Schlußbestimmung.

Dieses Regulativ kann durch gemeinschaftlichen Beschluß des Verwaltungsrathes und der Direction geändert werden.

Hamburg, den 30. Mai 1896.

Die Direction des „Janus“.

geg. Ernst Schmidt.

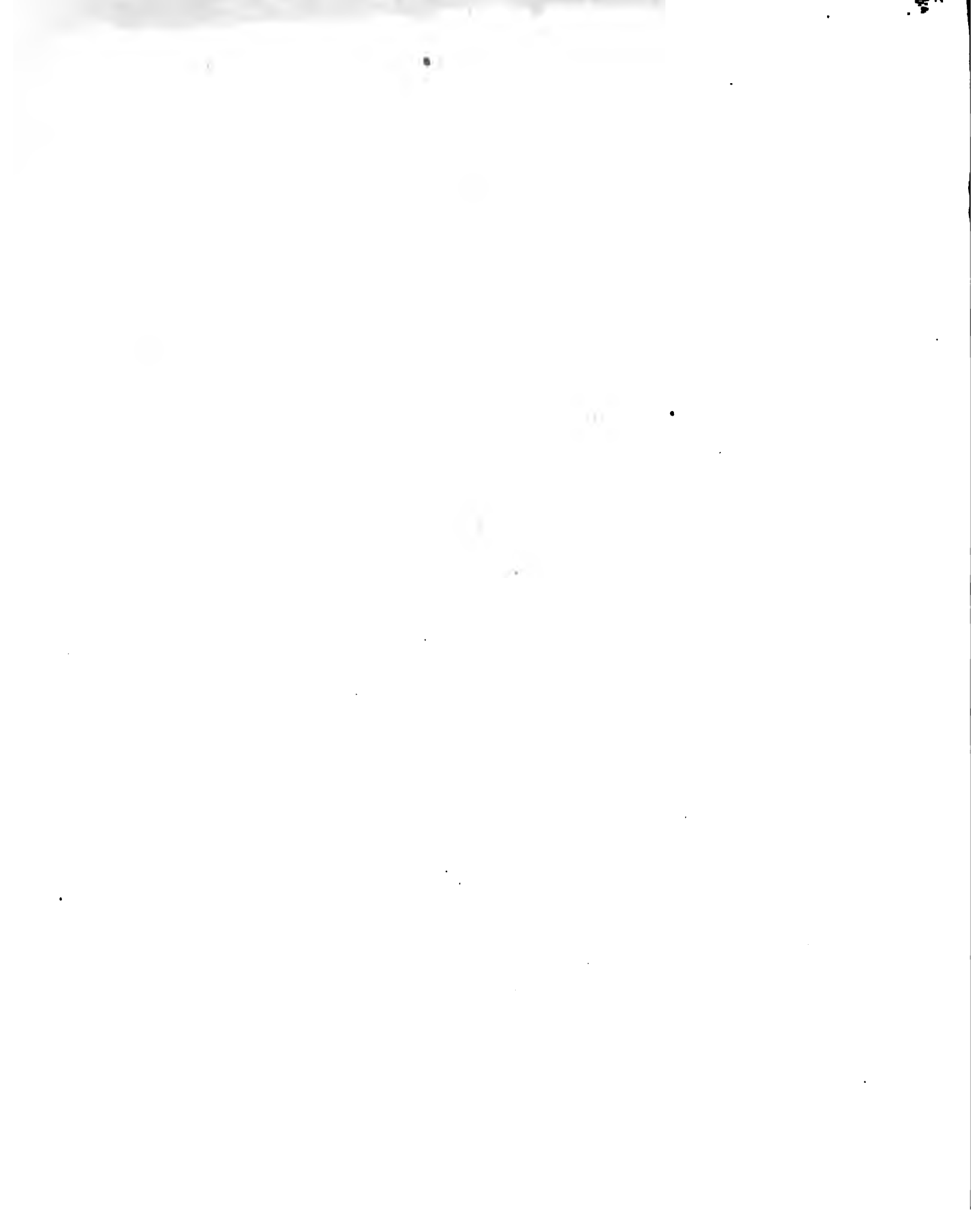
geg. Ebeling.

Dem (eingehetzten) in Folge der Beschlüsse der General-Versammlung vom 11. April d. Js. aufgestellten Nachtrage zu den revidirten Statuten der Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft „Janus“ in Hamburg wird die unter Nr. 3 der ConzeSSION vom 13. December 1854 vorbehaltene Genehmigung hierdurch ertheilt.

Berlin, den 4. October 1896.

(L. S.)

Der Königlich Preussische Minister des Inn



Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 4.

Den 22. Januar

1897.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

17. Verzeichniß

der von der Lungenseuche betroffenen Sperrgebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Muthvieh auf Grund Art. 5 des Viehschaden-Uebereinkommens vom 6. Dezember 1891, sowie Ziffer 5 des Schlussprotokolls zu untersagen ist

Ausgegeben im Kaiserlichen Gesundheitsamt zu Berlin am 22. Dezember 1896.

A. Oesterreich:

frei.

B. Ungarn:

Die Komitate: Arva, Eptó (Eptau), Nyitra (Neutra), Pozsony (Preßburg) und Nógrád.

Potsdam, den 15. Januar 1897.

Der Regierungspräsident.

Oeffentliche Auspielung.

18. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 4. d. M. dem Komite für den Zuchtmarkt für edlere Pferde zu Neubrandenburg im Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz die Erlaubniß zu erteilen geruht, zu der Auspielung von Pferden, Wagen und anderen Gegenständen, die mit Genehmigung der Großherzoglichen Landesregierung bei Gelegenheit des im Mai d. J. dort stattfindenden Zuchtmarktes veranstaltet werden soll, auch im diesseitigen Staatsgebiete, und zwar in den Provinzen Pommern und Brandenburg, sowie im Stadtkreise Berlin, Loose zu vertreiben.

Potsdam, den 16. Januar 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

19. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 9. Dezember v. J. zu genehmigen geruht, daß die Landgemeinde Möglin im Kreise Oberharnim mit dem zu demselben Kreise gehörigen selbstständigen Gutsbezirk Möglin, unter Aufrechterhaltung des letzteren als solchen, vereinigt wird.

Potsdam, den 13. Januar 1897.

Der Regierungspräsident.

Polizeiverordnung

betreffend den Verkehr auf der Kleinbahn Strausberg-Hennickeendorf-Herzfelde.

20. Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195 ff.) und in Gemäßheit der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265) wird im Einverständnis mit der Eisenbahnbehörde und unter Zustimmung des Bezirksausschusses für den Verkehr auf

der Kleinbahn Strausberg-Hennickeendorf-Herzfelde folgende Polizeiverordnung erlassen.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Die Eisenbahnreisenden und das sonstige Publikum müssen den allgemeinen Anordnungen nachkommen, welche von der Bahnverwaltung behufs Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb des Bahngebietes und bei der Beförderung von Personen und Sachen getroffen werden, und haben den dienstlichen Anordnungen des in Uniform befindlichen oder mit einem Dienstabzeichen oder einem sonstigen Ausweis über ihre amtliche Eigenschaft versehenen Aufsichtspersonals Folge zu leisten.

Betreten der Bahnanlagen und der Stationen, Bahnbeschädigungen und Betriebsstörungen, sowie Verhalten der Reisenden beim Ein- und Aussteigen und während der Fahrt.

§ 2.

- 1) Das Betreten der Bahn, der zur Bahn gehörigen Böschungen, Dämme, Gräben, Brücken und sonstigen Anlagen ist ohne Erlaubnißkarte nur den Aufsichtsbehörden und deren Vertretern, den in der Ausübung ihres Dienstes befindlichen Beamten der Staatsanwaltschaften, den Forstschutz- und Polizeibeamten, den zur Wahrnehmung des Zoll-, Steuer- oder Telegraphendienstes innerhalb des Bahngebietes berufenen Beamten, sowie den zu Besichtigungen dienstlich entsendeten deutschen Offizieren gestattet. Die bezeichneten Personen haben, sofern sie nicht durch ihre Uniform kenntlich sind, sich durch eine Bescheinigung ihrer vorgesetzten Dienstbehörde auf Erfordern auszuweisen.
- 2) Das Publikum darf die Bahn nur an den zu Uebergängen bestimmten Stellen betreten und zwar nur so lange, als sich ein Zug nähert.
- 3) In allen Fällen ist jeder unnötige Verzug zu vermeiden.
- 4) Für das Betreten der Bahn und der dazu gehörigen Anlagen, soweit dieselben nicht zugleich als Weg dienen, durch Vieh, bleibt derjenige verantwortlich, welchem die Aufsicht über dasselbe obliegt.
- 5) Sobald sich ein Zug nähert, müssen Fuhrwerke, Reiter, Fußgänger, Treiber von Vieh und Kaphieren in angemessener Entfernung von der Bahn, und zwar, sofern Warnungstafeln vorhanden sind,

an diesen halten, beziehungsweise die Bahn schnell räumen.

- 6) Jede Beschädigung der Bahn und der dazu gehörigen Anlagen mit Einschluß der Telegraphen, sowie der Betriebsmittel nebst Zubehör, ingleichen das Auslegen von Steinen, Holz und sonstigen Sachen auf das Planum, oder das Anbringen sonstiger Fahrthindernisse ist verboten, ebenso die Erregung falschen Alarms, die Nachahmung von Signalen, die Verstellung von Ausweichvorrichtungen und überhaupt die Vornahme aller den Betrieb störenden Handlungen.
- 7) das Hinüberschaffen von Pflügen und Eggen, sowie von Baumstämmen und anderen schweren Gegenständen über die Bahn darf, sofern solche nicht getragen werden, nur auf Wagen oder untergelegten Schleifen erfolgen. Es ist untersagt, die Schranken oder sonstigen Einfriedigungen eigenmächtig zu öffnen, zu überschreiten oder zu übersteigen oder etwas darauf zu legen oder zu hängen.
- 8) Solange ein Zug sich in Bewegung befindet, ist das Ein- und Aussteigen und der Versuch dazu, sowie das eigenmächtige Öffnen der an den Langseiten der Wagen befindlichen Thüren verboten.
- 9) Es ist untersagt, Gegenstände, durch welche Personen oder Sachen beschädigt werden können, während der Fahrt aus dem Wagen zu werfen.
- 10) Feuergefährliche, sowie andere Gegenstände, die auf irgend eine Weise Schaden verursachen können, insbesondere geladene Gewehre, Schießpulver, leicht entzündliche Stoffe und dergleichen, sind von der Mitnahme ausgeschlossen.

Die Eisenbahnbediensteten sind berechtigt, sich von der Beschaffenheit der mitgenommenen Gegenstände zu überzeugen.

Jägern und im öffentlichen Dienste stehenden Personen ist die Mitführung von Handmunition gestattet.

§ 3. Uebertretungen dieser Polizeiverordnung werden, soweit nicht sonstige weitergehende Strafbestimmungen Platz greifen, mit einer Geldstrafe bis zu 60 Mark oder im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft geahndet.

§ 4. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Potsdam, den 16. Januar 1897.

Der Regierungspräsident.

B i e h s e u e n .

21. I. Ausgeborenen:

a. Maul- und Klauenseuche: Kreis Niederbarnim: Rindvieh des Bauern Carl Schumann in Birkenholz, des Bauern Noack in Krummensee, des Bauern Wilhelm Wegemann und des städtischen Riegelsgutes zu Malchow. Kreis Westhavelland: Domäne Berge. Kreis Ostprignitz: Viehbestände der Besitzer P. Bettin, W. Pläffe, F. Müller und Friedrich in

Schönhausen und des Einbüßners Friedrich Plagemann in Berlitz. Kreis Ruppin: Rindvieh des Gutsbesizers Schatz zu Koennebeck. Kreis Teltow: Viehbestand des Bauern F. Piff in Ragow. Kreis Zauch-Belzig: Viehbestand des Ziegenleibesizers G. Schulze in Michelsdorf.

b. Milzbrand. Kreis Oberbarnim: 1 Kuh des Rittergutes Brunow. Kreis Osthavelland: 1 Kuh des Handelsmanns Friedrich Baese in Gränefeld. Kreis Ruppin: 1 Bull des Domänenpächters Cochius zu Drees.

c. Bruckseuche. Kreis Osthavelland: Unter den Pferden der 6. Batterie 2. Garde-Feld-Artillerie-Regiments.

II. Erloschen:

Maul- und Klauenseuche. Kreis Angermünde: Rittergut Märrow. Kreis Niederbarnim: in Lindenberg. Kreis Oberbarnim: Gemeinde Hohenfinow. Kreis Osthavelland: Rittergüter Bredow und Cestow. Kreis Ostprignitz: in Ruhbier. Kreis Teltow: Viehbestand des Gemeindevorstehers Höft in Budow, des Aderbürgers Wilhelm Lehmann in Teupitz und des Ritterguts Briz.

Potsdam, den 19. Januar 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

9. Apothekerlehrlinge, welche eine Dispensation von einzelnen Vorschriften des Prüfungs-Reglements für die Apothekergehülfen vom 13. November und 5. März 1875 (Central-Blatt für das Deutsche Reich S. 761 u. 167) nachsuchen wollen, haben in Zukunft mit dem Gesuche alle zur Beurtheilung desselben dienenden Unterlagen (Zeugnisse über die schulwissenschaftliche Vorbildung, Lehr- und Servierzeugnisse etc.) in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift einzureichen.

Gesuche um Dispensation von dem Erforderniß einer ununterbrochenen Lehrzeit müssen ferner so zeitig gestellt werden, daß ihre Erledigung vor dem Termin für die nächste Apothekergehülfen-Prüfung erfolgen kann. Dies ist aber nur möglich, wenn dieselben in den ersten vierzehn Tagen des Vierteljahres, an dessen Ende die Prüfung abgelegt werden soll, hier eingegeben.

Später eingehende Gesuche haben keine Aussicht auf Berücksichtigung.

Berlin, den 9. Januar 1897.

Der Polizei-Präsident.

10. Bekanntmachung.

Auf Grund des Gesetzes vom 6. August 1896, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung (R. G. Bl. S. 685), ordne ich hiermit an, was folgt:

- 1) Die Bestimmungen der Gewerbeordnung § 33 Absatz 1, 2, 3 unter a. und 4 finden auf alle nicht bereits unter Absatz 5 fallenden Vereine, einschließlich der schon bestehenden selbst dann Anwendung, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist.

2) Ausgenommen hiervon sind die militärischen Casinos und Cantinen, deren Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist.

3) Die vorstehenden Bestimmungen treten mit dem 1. April 1897 in Kraft.

Berlin, den 27. Dezember 1896.

Der Minister des Innern.

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich hierdurch mit dem Hinweis darauf zur öffentlichen Kenntniss, dass die bestehenden Vereine, welche Gastwirtschaft, Schankwirtschaft oder Kleinhandel mit Brauntwein oder Spiritus betreiben, wenn auch nur in Beschränkung auf den Kreis ihrer Mitglieder, die Erlaubniss zum Weiterbetriebe rechtzeitig nachzufuchen haben.

Zur Erläuterung bemerke ich hierzu Folgendes:

Unter Vereinen sind Personennmehrheiten jeder Art, auch „geschlossene Gesellschaften“ zu verstehen, nur nicht Versammlungen und Gesellschaften zu einmaligen Zwecken.

Eine Erlaubniss gemäß § 33 der Gewerbeordnung kann nur an physische Personen ertheilt werden; es ist daher Sache der Vereine, die Persönlichkeit zu bezeichnen, für welche die Erlaubniss ausgesetzt werden soll.

Beschränkungen der Erlaubniss auf den Kreis der Mitglieder, auf die Dienstzeit des Vorsitzenden, Desonomen, Lagerhalters u. s. w. können in die Ausfertigung aufgenommen werden, insofern es im öffentlichen Interesse liegt und der Verein damit einverstanden ist.

Die Erlaubniss wird versagt, wenn gegen die Ertheilung derselben gesetzlich begründete Bedenken vorliegen und diese nicht durch Aufnahme von Beschränkungen beseitigt werden können.

Uebrigens bleibt es den Vereinen unbenommen, sich gegen eine ihren Absichten nicht entsprechende Ausnützung der Erlaubniss durch den Inhaber privatrechtlich sicher zu stellen.

Berlin, den 14. Januar 1897.

Der Polizei-Präsident.

Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Dezember 1896.

II. A. Engros-Marktpreise.

im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Kgr. Weizen (gut)	17	Mark	75	Pf.,
„ „ „ do. (mittel)	17	„	05	„
„ „ „ do. (gering)	16	„	35	„
„ „ „ Roggen (gut)	12	„	88	„
„ „ „ do. (mittel)	12	„	55	„
„ „ „ do. (gering)	12	„	24	„
„ „ „ Gerste (gut)	17	„	34	„
„ „ „ do. (mittel)	14	„	98	„
„ „ „ do. (gering)	12	„	66	„
„ „ „ Hafer (gut)	14	„	95	„
„ „ „ do. (mittel)	14	„	03	„
„ „ „ do. (gering)	13	„	13	„
„ „ „ Erbsen (gut)	17	„	08	„
„ „ „ do. (mittel)	16	„	18	„
„ „ „ do. (gering)	15	„	29	„
„ „ „ Nichtstroh	4	„	32	„
„ „ „ Heu	5	„	59	„

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag für 50 Kgr.

Hafer Stroh Heu

im Monat Dezember: 8,07 Mk., 2,46 Mk., 3,71 Mk.

B. Detail-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbe z. Kochen)	30	Mark	—	Pf.,
„ „ „ Speisebohnen (weiße)	37	„	50	„
„ „ „ Linzen	42	„	50	„
„ „ „ Kartoffeln	5	„	—	„
„ 1 Kgr. Rindfleisch (v. d. Keule)	1	„	35	„
„ 1 „ do. (Bauchfleisch)	1	„	05	„
„ 1 „ Schweinefleisch	1	„	25	„
„ 1 „ Kalbfleisch	1	„	30	„
„ 1 „ Hammelfleisch	1	„	20	„
„ 1 „ Speck (geräuchert)	1	„	40	„
„ 1 „ Eßbutter	2	„	41	„
„ 60 Stück Eier	3	„	90	„

2) In Charlottenburg:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbe z. Kochen)	29	Mark	29	Pf.,
„ „ „ Speisebohnen (weiße)	33	„	93	„
„ „ „ Linzen	38	„	04	„
„ „ „ Kartoffeln	4	„	71	„
„ 1 Kgr. Rindfleisch (v. d. Keule)	1	„	40	„
„ 1 „ do. (Bauchfleisch)	1	„	12	„
„ 1 „ Schweinefleisch	1	„	29	„
„ 1 „ Kalbfleisch	1	„	38	„
„ 1 „ Hammelfleisch	1	„	25	„
„ 1 „ Speck (geräuchert)	1	„	40	„
„ 1 „ Eßbutter	2	„	28	„
„ 60 Stück Eier	3	„	93	„

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats Dezember 1896:

1) In Berlin:

für 1 Kgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen	33	Pf.,
„ 1 „ desgl. a. Roggen	27	„
„ 1 „ Gerstengraupe	35	„
„ 1 „ Gerstengröße	33	„
„ 1 „ Buchweizengröße	38	„
„ 1 „ Hafergröße	38	„
„ 1 „ Hirse	38	„
„ 1 „ Reis (Java, mittler)	65	„
„ 1 „ Java-Kaffee (mittler, roh)	3	Mark — Pf.,
„ 1 „ (gelb in gebr. Bohnen)	4	Mark 13 Pf.,
„ 1 „ Speisesalz	20	„
„ 1 „ Schweineschmalz (hiefiges)	1	Mark 15

2) In Charlottenburg:

für 1 Kgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen	38	Pf.,
„ 1 „ desgl. a. Roggen	30	„
„ 1 „ Gerstengraupe	55	„
„ 1 „ Gerstengröße	55	„
„ 1 „ Buchweizengröße	40	„
„ 1 „ Hafergröße	43	„
„ 1 „ Hirse	38	„
„ 1 „ Reis (Java, mittler)	53	„

- für 1 Kgr. Java-Kaffee (mittler, roh) 2 Mark 80 Pf.,
 „ 1 „ „ (gelb in
 „ 1 „ „ gebr. Bohnen) 3 Mark — Pf.,
 „ 1 „ „ Speisefalz 20 „
 „ 1 „ „ Schweineschmalz (hiefiges) — Mark 95 „
 Königlich Polizeipräsidium. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

2. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern
 folgende bei hiesigen Postanstalten an den bezeichneten
 Tagen aufgelieferte unanbringliche Postsendungen.

I. Briefe mit Werthinhalt.

- 1) An Haupt-Telegraphenamt hier mit 1 M. 10 Pf.
vom 8. August 1896.
- 2) An C. Green in New-York mit 20 M. vom
9. August 1896.
- 3) An Walter Michaelis in Hagen (Westfalen) mit
60 Pf. vom 18. August 1896.
- 4) An Frau Breier in Tapiau mit 1 M. vom
24. August 1896.
- 5) An Julius Falk in Landek mit 1 M. vom 27sten
August 1896.
- 6) An Albert Arndt hier, Aderstr. 46 mit 5 M. vom
4. September 1896.
- 7) An Oscar Scholz in Wien mit 3 M. 20 Pf.
vom 4. September 1896.
- 8) An Fr. Neumann hier, Postamt 19 postlagernd,
mit 5. M. vom 5. September 1896.
- 9) An G. Simon in Elberfeld mit 3 M. vom
5. September 1896.
- 10) An Carl Sauerbrey in Stade mit 1 M. 50 Pf.
vom 7. September 1896.
- 11) An M. Dor in Königsberg (Pr.), Steinbamm 25
mit 50 M. vom 7. September 1896.
- 12) An A. Z. in Köln (Rhein), postlagernd, mit 2 M.
vom 8. September 1896.
- 13) An W. Siechowki i. Inf.-Regt. 48 in Prignitz
mit 1 M. vom 9. September 1896.
- 14) An Berliner Milchzeitung hier, Wilhelmstr., mit
60 Pf. vom 10. September 1896.
- 15) An Elsie Yorke in London, 5. Walworth Road mit
12 Stirl. vom 12. September 1896.
- 16) An Fanny Großmann in Paris mit 100 M. vom
16. September 1896.
- 17) An Michel Mrozek in Dortmund, Blücherstr. 40
mit 1 M. 40 Pf. vom 21. September 1896.
- 18) An Dermatologe Otto an Dord C. M. S. „König
Wilhelm“ mit 1 M. vom 27. September 1896.
- 19) An Franz König hier, Stralauerstr. 20a. mit
5 M. vom 1. Oktober 1896.
- 20) An Schuhmacher Hellig in Schöneberg bei Berlin
mit 70 Pf. vom 1. Oktober 1896.
- 21) An M. Dietrich ? Peterstr. 10 mit 1 M. vom
4. Oktober 1896.
- 22) An Robert M. Nr. 1000 in Leipzig, postlagernd,
mit 60 Pf. vom 13. Oktober 1896.
- 23) An Erfurter Tageblatt in Erfurt mit 1 M. vom
14. Oktober 1896.

- 24) An Max Siebel in Elberfeld, Mainzer Hof, mit
10 M. vom 14. Oktober 1896.
- 25) An Anna Vietsch im Städt. Krankenhaus am
Friedrichshain mit 5 M. vom 15. Oktober 1896.
- 26) An Hauptredaktion des Berliner Volkanzeigers
hier, Zimmerstr. 40 mit 1 M. 90 Pf. vom 20sten
Oktober 1896.
- 27) An P. Müller in Stendal mit 2 M. vom
22. Oktober 1896.
- 28) An Pauline Hilbig hier, Potsdamerstr. 35 mit
80 Pf. vom 23. Oktober 1896.
- 29) An Pfarrer Schumann in Krumbach mit 1 M.
vom 26. Oktober 1896.
- 30) An Georg Lidroth in Rheinfelden (Schweiz) mit
5 M. vom 26. Oktober 1896.
- 31) An Néo Hirsch in Paris mit 15 M. vom 28sten
Oktober 1896.
- 32) An Elije Oberkat in Braunschweig mit 90 Pf.
vom 11. November 1896.
- 33) An E. Jähnige hier, Kronenstr. 19 mit 3 M.
vom 14. November 1896.
- 34) An Hedwig Buds ? Schierstr. mit 1 M. 60 Pf.
vom 16. November 1896.
- 35) An Sophie Helms in Hamburg mit 2 M. vom
20. November 1896.
- 36) An Fr. Male Mobdel ? mit 27 M. 20 Pf.
vom 30. November 1896.
- 37) Ohne Aufschrift mit 1 M. 40 Pf.

II. Postanweisungen.

- 1) Nach Rom über 73 M. 8 Pf. vom 18. De-
zember 1895.
- 2) Nach Odagow über 1 M. 54 Pf. vom 30. De-
zember 1895.
- 3) Nach Neustrelitz über 4 M. 75 Pf. vom 22sten
März 1896.
- 4) Nach Friedeberg (Neu-M.) über 21 M. vom
28. April 1896.
- 5) Nach Halle (Saale) über 3 M. vom 30. April 1896.
- 6) Nach Friedrichstr. 99 über 15 M. vom 4. Mai 1896.
- 7) Nach Frankfurt (Oder) über 1 M. 65 Pf. vom
17. Juni 1896.
- 8) Nach Montabaur über 20 M. vom 26. Juni 1896.
- 9) An Clemens Lindner in Lichtenrade, postlag.,
über 2 M. 60 Pf. vom 20. Juli 1896.
- 10) An Clemens Lindner über 1 M. 10 Pf. vom
31. Juli 1896.
- 11) An Gefr. Gustav Schorsch b. Inf.-Regt. 46 in
Posen über 8 M. vom 24. August 1896.
- 12) Nach Deeg (Havel) über 13 M. 75 Pf. vom
27. August 1896.
- 13) An August Scherl hier, Zimmerstr. 40/41 über
3 M. vom 28. August 1896.
- 14) An Gerichtskasse in Cöpenick über 80 Pf. vom
2. September 1896.
- 15) An Frau Künzel hier, Gypstr. 26 über 1 M.
42 Pf. vom 2. September 1896.
- 16) An Edith Gekner hier, Karlstr. 24 mit 3 M.
5 Pf. vom 7. September 1896.

- 17) An Gerichtskasse in Charlottenburg über 60 Pf. vom 18. September 1896.
- 18) An Frau Grell hier, Marstr. 6 über 10 M. vom 30. September 1896.
- 19) An P. Rudert in Dresden über 29 M. 24 Pf. vom 30. September 1896.
- 20) An Engler in Charlottenburg, Englischestr. 3 über 6 M. vom 1. Oktober 1896.
- 21) An Anna Tranner in Friedenau, Kaiser Wilhelmstraße 21 über 7 M. 56 Pf. vom 6. Oktober 1896.
- 22) An Frä. Dembsky hier, Duffenstr. 74 über 3 M. vom 17. Oktober 1896.
- 23) An Cycle & Co. hier, Spandauer Brücke 16 über 3 M. 15 Pf. vom 18. Oktober 1896.
- 24) An Gerichtskasse I. hier, Jüdenstr. 59 über 4 M. 30 Pf. vom 28. Oktober 1896.
- 25) An Kur- und Neumärkische Ritterschaftliche Darlehns-Kasse über 30 M. 5 Pf. vom 31sten Oktober 1896.
- 26) An Engler hier, Charlottenstr. 3 über 6 M. vom 2. November 1896.
- 27) An Gerichtskasse I. hier, Jüdenstr. über 4 M. 20 Pf. vom 3. November 1896.
- 28) An Lilienthal hier, Neue Friedrichstr. 49 über 20 M. 5 Pf. vom 11. November 1896.
- 29) An Karl Wipperrmüller in Treptow b. Berlin Ausstellung über 1 M. 55 Pf. vom 20. November 1896.
- 30) An Wezel hier, Jacobstr. 5 über 2 M. 5 Pf. vom 24. November 1896.
- 31) An Polizei-Verwaltung in Tangermünde über 1 M. 50 Pf. vom 24. November 1896.
- 32) Nach Berlin über 5 M. 74 Pf. vom 2.

33) An Schöning in Berlin über 4 M. 35 Pf. vom 2. Die unbekannten Absender der Briefe und Postanweisungen werden ersucht, innerhalb vier Wochen bei der Ober-Postdirection schriftlich sich zu melden. Andernfalls werden die bezeichneten Beträge der Postunterstützungskasse überwiesen werden.

Berlin C., 16. Januar 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirection zu Potsdam.

Bekanntmachung.

3. Im Interesse der ländlichen Bevölkerung besteht die Einrichtung, daß die Landbriefträger auf ihren Bestellungen Postsendungen anzunehmen und an die nächste Postanstalt abzuliefern haben. Jeder Landbriefträger führt auf seinem Bestellsange ein Annahmeprotokoll mit sich, welches zur Eintragung der von ihm angenommenen Sendungen mit Werthangabe, Einschreibsendungen, Postanweisungen, gewöhnlichen Pakete und Nachnahme- sendungen dient.

Will ein Einkäufer die Eintragung selbst bewirken, so hat der Landbriefträger demselben das Buch vorzulegen.

Bei Eintragung des Gegenstandes durch den Landbriefträger muß dem Absender auf Verlangen durch Vorlegung des Annahmeprotokolls die Ueberzeugung von der stattgehabten Eintragung gewährt werden.

Es wird hierauf mit dem Bemerken aufmerksam gemacht, daß die Eintragung der Sendungen in das Annahmeprotokoll das Mittel zur Sicherstellung des Auflieferers bietet.

Potsdam, 16. Januar 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen der General-Kommission der Provinzen Brandenburg und Pommern.

2. Infolge irrthümlicher, jetzt richtig gestellter Angaben des Magistrats der Stadt Neu-Ruppin ändert sich die in Nr. 51 des Jahrgangs 1896 veröffentlichte Nachweisung der Martini-Durchschnitts-Marktpreise von Getreide, Kartoffeln, Heu und Stroh in den Normal-Marktorien des Regierungs-Bezirks Potsdam für das Jahr 1896 — ad § 20 des Ablösungs-Gesetzes vom 2. März 1850 — wie folgt:

Kauf. Nr.	Namen der Städte	Getreide												Kartoffeln pro	Rauhfutter				
		Weizen		Roggen		Große Gerste		Kleine Gerste		Hafer		Erbfien			Heu	Stroh			
		pro		pro		pro		pro		pro		pro			pro 100 kg				
		100 kg Mchff. M. Pf.	100 kg Mchff. M. Pf.	100 kg Mchff. M. Pf.	100 kg Mchff. M. Pf.	100 kg Mchff. M. Pf.	100 kg Mchff. M. Pf.	100 kg Mchff. M. Pf.	100 kg Mchff. M. Pf.	100 kg Mchff. M. Pf.	100 kg Mchff. M. Pf.	100 kg Mchff. M. Pf.	100 kg Mchff. M. Pf.		pro 100 kg M. Pf.	pro 100 kg M. Pf.			
1	Neu-Ruppin	19/00	7/22	12/60	4/54	12/80	4/03	—	—	—	—	12/90	2/84	23/00	9/20	3/70	1/42	4/25	4/00

Bemerkung. Futtererbsen kosteten 100 kg. = 15 Mark und 1 Neuschefel = 6 Mark.

Frankfurt a. Oder, den 16. Januar 1897.

Königliche General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Gruppentarif III. (Berlin—Stettin).

4. Mit Gültigkeit vom 15. Januar d. J. tritt ein neuer Seehafen-Ausnahmetarif D. für die Beförderung von Kartoffelstärkefabrikaten (Trodensstärke, Stärkezucker, Stärkesirup, Dextrin, Zuckersouleur, Kartoffelmehl) von den Stärkeversandstationen der Dis- rektionsbezirke Berlin und Stettin nach Stettin und

Swinemünde zur Ausfuhr über See nach außer- deutschen Ländern auf der Grundlage des Rohstoff- Tarifs in Kraft. Der bisherige Seehafen-Ausnahme- Tarif D., der allgemein zur Ausfuhr über See gilt, wird am 1. März d. J. aufgehoben. Nähere Auskunft erteilen die beteiligten Abfertigungsstellen, sowie das Auskunftsbüreau hier, Bahnhof Alexanderplatz.

Berlin, den 10. Januar 1897.

Königliche Eisenbahndirektion.

- für 1 Rlgr. Java-Kaffee (mittler, roh) 2 Mark 80 Pf.,
 „ 1 „ „ (gelb in
 gebr. Bohnen) 3 Mark — Pf.,
 „ 1 „ „ Sprisefalz 20 „
 „ 1 „ „ Schweinefleisch (hiefiges) — Mark 95 „
 Königlich Polizeipräsidium. Erste Abtheilung.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen
 Ober-Postdirektion zu Berlin.**

2. Bei der Ober-Postdirection in Berlin lagern
 folgende bei hiesigen Postanstalten an den bezeichneten
 Tagen aufgelieferte unanbringliche Postsendungen.

I. Briefe mit Werthinhalt.

- 1) An Haupt-Telegraphenamt hier mit 1 M. 10 Pf.
 vom 8. August 1896.
- 2) An E. Green in New-York mit 20 M. vom
 9. August 1896.
- 3) An Walter Michaelis in Hagen (Westfalen) mit
 60 Pf. vom 18. August 1896.
- 4) An Frau Breier in Tapiau mit 1 M. vom
 24. August 1896.
- 5) An Julius Falk in Landek mit 1 M. vom 27ten
 August 1896.
- 6) An Albert Arndt hier, Adlerstr. 46 mit 5 M. vom
 4. September 1896.
- 7) An Oscar Scholz in Wien mit 3 M. 20 Pf.
 vom 4. September 1896.
- 8) An Frä. Neumann hier, Postamt 19 postlagernd,
 mit 5. M. vom 5. September 1896.
- 9) An G. Simon in Elberfeld mit 3 M. vom
 5. September 1896.
- 10) An Carl Sauerbrey in Stade mit 1 M. 50 Pf.
 vom 7. September 1896.
- 11) An M. Dor in Königsberg (Pr.), Steinbamm 25
 mit 50 M. vom 7. September 1896.
- 12) An A. Z. in Köln (Rhein), postlagernd, mit 2 M.
 vom 8. September 1896.
- 13) An W. Siechowski i. Inf.-Rgt. 48 in Prigwall
 mit 1 M. vom 9. September 1896.
- 14) An Berliner Milchzeitung hier, Wilhelmstr., mit
 60 Pf. vom 10. September 1896.
- 15) An Elsie Yorke in London, 5. Waltham Road mit
 12 Strl. vom 12. September 1896.
- 16) An Fanny Großmann in Paris mit 100 M. vom
 16. September 1896.
- 17) An Michel Mrozek in Dortmund, Blücherstr. 40
 mit 1 M. 40 Pf. vom 21. September 1896.
- 18) An Obermatrose Otto an Bord S. M. S. „König
 Wilhelm“ mit 1 M. vom 27. September 1896.
- 19) An Franz König hier, Stralauerstr. 20a. mit
 5 M. vom 1. Oktober 1896.
- 20) An Schuhmacher Hellig in Schöneberg bei Berlin
 mit 70 Pf. vom 1. Oktober 1896.
- 21) An M. Dietrich ? Peterstr. 10 mit 1 M. vom
 4. Oktober 1896.
- 22) An Robert M. Nr. 1000 in Leipzig, postlagernd,
 mit 60 Pf. vom 13. Oktober 1896.
- 23) An Erfurter Tageblatt in Erfurt mit 1 M. vom
 14. Oktober 1896.

- 24) An Max Siebel in Elberfeld, Mainzer Hof, mit
 10 M. vom 14. Oktober 1896.
- 25) An Anna Vietsch im Städt. Krankenhaus am
 Friedrichshain mit 5 M. vom 15. Oktober 1896.
- 26) An Hauptexpedition des Berliner Volksanzeigers
 hier, Zimmerstr. 40 mit 1 M. 90 Pf. vom 20ten
 Oktober 1896.
- 27) An H. Müller in Stendal mit 2 M. vom
 22. Oktober 1896.
- 28) An Pauline Hilbig hier, Potsdamerstr. 35 mit
 80 Pf. vom 23. Oktober 1896.
- 29) An Pfarrer Schumann in Krumbach mit 1 M.
 vom 26. Oktober 1896.
- 30) An Georg Lidroth in Rheinfelden (Schweiz) mit
 5 M. vom 26. Oktober 1896.
- 31) An Néo Hirsch in Paris mit 15 M. vom 28ten
 Oktober 1896.
- 32) An Elise Oberkat in Braunschweig mit 90 Pf.
 vom 11. November 1896.
- 33) An E. Jähnige hier, Kronenstr. 19 mit 3 M.
 vom 14. November 1896.
- 34) An Hedwig Buchs ? Schierstr. mit 1 M. 60 Pf.
 vom 16. November 1896.
- 35) An Sophie Helms in Hamburg mit 2 M. vom
 20. November 1896.
- 36) An Frä. Male Mobdel ? mit 27 M. 20 Pf.
 vom 30. November 1896.
- 37) Ohne Aufschrift mit 1 M. 40 Pf.

II. Postanweisungen.

- 1) Nach Rom über 73 M. 8 Pf. vom 18. De-
 zember 1895.
- 2) Nach Glogow über 1 M. 54 Pf. vom 30. De-
 zember 1895.
- 3) Nach Neustrelitz über 4 M. 75 Pf. vom 22ten
 März 1896.
- 4) Nach Friedeberg (Neu-M.) über 21 M. vom
 28. April 1896.
- 5) Nach Halle (Saale) über 3 M. vom 30. April 1896.
- 6) Nach Friedrichstr. 99 über 15 M. vom 4. Mai 1896.
- 7) Nach Frankfurt (Oder) über 1 M. 65 Pf. vom
 17. Juni 1896.
- 8) Nach Montabaur über 20 M. vom 26. Juni 1896.
- 9) An Clemens Lindner in Lichtenrade, postlag.,
 über 2 M. 60 Pf. vom 20. Juli 1896.
- 10) An Clemens Lindner über 1 M. 10 Pf. vom
 31. Juli 1896.
- 11) An Gefr. Gustav Schorsch b. Inf.-Rgt. 46 in
 Posen über 8 M. vom 24. August 1896.
- 12) Nach Deeg (Havel) über 13 M. 75 Pf. vom
 27. August 1896.
- 13) An August Scherl hier, Zimmerstr. 40/41 über
 3 M. vom 28. August 1896.
- 14) An Gerichtskasse in Göpenitz über 80 Pf. vom
 2. September 1896.
- 15) An Frau Künzel hier, Gypsstr. 26 über 1 M.
 42 Pf. vom 2. September 1896.
- 16) An Edith Geisner hier, Karlstr. 24 mit 3 M.
 5 Pf. vom 7. September 1896.

- 17) An Gerichtsstasse in Charlottenburg über 60 Pf. vom 18. September 1896.
 18) An Frau Grell hier, Marstr. 6 über 10 M. vom 30. September 1896.
 19) An P. Rudert in Dresden über 29 M. 24 Pf. vom 30. September 1896.
 20) An Engler in Charlottenburg, Englischestr. 3 über 6 M. vom 1. Oktober 1896.
 21) An Anna Tranner in Friedenau, Kaiser Wilhelmstraße 21 über 7 M. 55 Pf. vom 6. Oktober 1896.
 22) An Frä. Dembsky hier, Cassienstr. 74 über 3 M. vom 17. Oktober 1896.
 23) An Cycle & Co. hier, Spandauer Brücke 16 über 3 M. 15 Pf. vom 18. Oktober 1896.
 24) An Gerichtsstasse I. hier, Jüdenstr. 59 über 4 M. 30 Pf. vom 28. Oktober 1896.
 25) An Kur- und Neumärkische Ritterschastliche Darlehns-Kasse über 30 M. 5 Pf. vom 31.sten Oktober 1896.
 26) An Engter hier, Charlottenstr. 3 über 6 M. vom 2. November 1896.
 27) An Gerichtsstasse I. hier, Jüdenstr. über 4 M. 20 Pf. vom 3. November 1896.
 28) An Pilienthal hier, Neue Friedrichstr. 49 über 20 M. 5 Pf. vom 11. November 1896.
 29) An Karl Wippermüller in Treptow b. Berlin Ausstellung über 1 M. 55 Pf. vom 20. November 1896.
 30) An Wegel hier, Jacobstr. 5 über 2 M. 5 Pf. vom 24. November 1896.
 31) An Polizei-Verwaltung in Tangermünde über 1 M. 50 Pf. vom 24. November 1896.
 32) Nach Berlin über 5 M. 74 Pf. vom ?.

- 33) An Schöning in Berlin über 4 M. 35 Pf. vom ?.
 Die unbekannten Absender der Briefe und Postanweisungen werden ersucht, innerhalb vier Wochen bei der Ober-Postdirection schriftlich sich zu melden. Andernfalls werden die bezeichneten Beträge der Postunterstützungskasse überwiesen werden.

Berlin C., 16. Januar 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirection zu Potsdam.

Bekanntmachung.

3. Im Interesse der ländlichen Bevölkerung besteht die Einrichtung, daß die Landbriefträger auf ihren Bestellungen Postsendungen anzunehmen und an die nächste Postanstalt abzuliefern haben. Jeder Landbriefträger führt auf seinem Bestellscheine ein Annahmeprotokoll mit sich, welches zur Eintragung der von ihm angenommenen Sendungen mit Werthangabe, Einschreibsendungen, Postanweisungen, gewöhnlichen Pakete und Nachnahmesendungen dient.

Will ein Einlieferer die Eintragung selbst bewirken, so hat der Landbriefträger demselben das Buch vorzulegen.

Bei Eintragung des Gegenstandes durch den Landbriefträger muß dem Absender auf Verlangen durch Vorlegung des Annahmeprotokolls die Ueberzeugung von der stattgehabten Eintragung gewährt werden.

Es wird hierauf mit dem Bemerken aufmerksam gemacht, daß die Eintragung der Sendungen in das Annahmeprotokoll das Mittel zur Sicherstellung des Auflieferers bietet.

Potsdam, 16. Januar 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen der General-Kommission der Provinzen Brandenburg und Pommern.

2. Bekanntmachung.

Infolge irrthümlicher, jetzt richtig gestellter Angaben des Magistrats der Stadt Neu-Ruppin ändert sich die in Nr. 51 des Jahrgangs 1896 veröffentlichte Nachweisung der Martini-Durchschnitts-Marktpreise von Getreide, Kartoffeln, Heu und Stroh in den Normal-Markorten des Regierungs-Bezirks Potsdam für das Jahr 1896 — ad § 20 des Abkündigungs-Gesetzes vom 2. März 1850 — wie folgt:

Lauf. Nr.	Namen der Städte	Getreide										Kartoffeln pro	Rauchfutter		
		Weizen		Roggen		Große Gerste		Kleine Gerste		Hafer			Erbsen		Heu
		pro		pro		pro		pro		pro		pro			
		100 kg M. Pf.	100 kg M. Pf.	100 kg M. Pf.	100 kg M. Pf.	100 kg M. Pf.	100 kg M. Pf.	100 kg M. Pf.	100 kg M. Pf.	100 kg M. Pf.	100 kg M. Pf.	100 kg M. Pf.	100 kg M. Pf.	100 kg M. Pf.	100 kg M. Pf.

1) Neu-Ruppin 19/00 7/22 12/60 4/54 12/80 4/03 — — — — 12/90 2/84 23/00 9/20 3/70 1/42 4/25 4/00

Bemerkung. Futtererbsen kosteten 100 kg = 15 Mark und 1 Neuschefel = 6 Mark.

Frankfurt a. Oder, den 16. Januar 1897.

Königliche General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direction zu Berlin.

Gewerbetarif III. (Berlin—Stettin).

4. Mit Gültigkeit vom 15. Januar d. J. tritt ein neuer Seehafen-Ausnahmetarif D. für die Beförderung von Kartoffelstärkefabrikaten (Trockenstärke, Stärkekander, Stärkesyrup, Dextrin, Zuckersoufflé, Kartoffelmehl) von den Stärkelfabrikationen der Discretionsbezirke Berlin und Stettin nach Stettin und

Swinemünde zur Ausfuhr über See nach außerdeutschen Ländern auf der Grundlage des Rohstoff-Tarifs in Kraft. Der bisherige Seehafen-Ausnahmetarif D., der allgemein zur Ausfuhr über See gilt, wird am 1. März d. J. aufgehoben. Nähere Auskunft erteilen die betheiligten Abfertigungsstellen, sowie das Auskunftsbüreau hier, Bahnhof Alexanderplatz.

Berlin, den 10. Januar 1897.

Königliche Eisenbahndirection.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirection zu Magdeburg.

Bekanntmachung.

1. Nachstehende zur baaren Rückzahlung gekündigte Prioritäts-Obligationen sind noch nicht zur Einlösung gelangt:

1) Gekündigt zum 2. Januar 1887.

4 % Magdeburg-Halberstädter Prioritäts-Obligationen von 1851.

(Abzuliefern mit Talon.)

N^o 4614.

2) Gekündigt zum 2. Januar 1890.

4 % Magdeburg-Halberstädter Prioritäts-Obligationen von 1865.

(Abzuliefern mit Talon und Zinsscheinen)

Reihe IV. N^o 9 bis 20.)

à 300 M. N^o 28919. 37840. 42636.

Die Einlösung dieser Werthpapiere erfolgt durch die Königl. Eisenbahn-Hauptkasse in Magdeburg und Berlin.

Gleichzeitig fordern wir die Inhaber derjenigen Magdeburg-Halberstädter und Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen, welche entweder gegen Staatsschuldverschreibungen umgetauscht oder auf den ermäßigten Zinssfuß von 4 % abgestempelt werden müssen, hierdurch auf, diese Obligationen zum Umtausch bezw. zur Abstempelung an die Königl. Eisenbahn-Hauptkasse zu Magdeburg einzureichen.

Magdeburg, den 11. Januar 1897.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Nachweisung

3. der seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow auf Grund des § 2 zu 4 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirks-Grenzen für das IV. Vierteljahr 1896.

Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke	Seitheriger Guts- bezw. Gemeindebezirk	Künftiger Gemeindebezirk
Die an den Gemeindefürsorge-Rath zu Neulendorf b. P. zu veräußernden fiskalischen Dorfaukenparzellen N ^o 1043/212 und 1044/212 des Kartenblatts 4 der Gemarkung Neulendorf b. P. in Größe von 1 a 90 qm.	Domainen-Fiskus	Gemeindebezirk Neulendorf b. P.
Die an den Kossäthen August Jernick in Mellen veräußerte fiskalische Dorfaukenparzelle N ^o 371/107 Kartenblatt II. der Gemarkung Mellen in Größe von 16 qm.	Domainen-Fiskus	Gemeindebezirk Mellen
Die an die Königl. Hofkammer von dem Fabrikbesitzer Collani zu Berlin veräußerten Grundstücke Kartenblatt 1, Parzelle N ^o 703/81 und 704/81 der Gemarkung Groß-Befen in Größe von zusammen 8 a 59 qm; die an den Fabrikbesitzer Collani von der Königl. Hofkammer veräußerten Parzellen N ^o 706/142 und 707/142 des Kartenblatts 1 der Gemarkung Königs-Wusterhausen'er Forst in Größe von 10 a 65 qm.	Groß-Befen Gemeindebezirk Gutsbezirk Königs-Wusterhausen'er Forst	Gutsbezirk Königs-Wusterhausen'er Forst Gemeindebezirk Groß-Befen
Die seitens des Dr. Maas in Berlin vom Gutsbezirk Düppel erworbenen Grundstücke Band 1 Blatt 20 des Grundbuchs von Neulendorf, Kartenblatt 3, N ^o der Parzelle 1 bis 7.	Gutsbezirk Düppel	Gemeindebezirk Neulendorf
Das seitens der Firma Jung- sel. Wwe. in Berlin, Magdeburgerplatz 4, von der Königl. Regierung erworbene forstfiskalische Grundstück N ^o 401/37 Kartenblatt 1 der Gemarkung Ranne.	Gutsbezirk Roepenick'er Forst	Gemeindebezirk Treprow
	Beschluß des Kreis-Ausschusses vom 27. Oktober 1896. A. I. 7224.	Beschluß des Kreis-Ausschusses vom 6. Oktober 1896. A. I. 6608.
	Beschluß des Kreis-Ausschusses vom 24. November 1896. A. I. 7709.	

Belzig, den 5. Januar 1897.

Der Landrath des Kreises Teltow.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Garnisonbauten.

1. Gegenstand des Vertrages.

Den Gegenstand des Unternehmens bildet die im Vertrage zu bezeichnende Leistung. Im Einzelnen bestimmt sich Art und Umfang der dem Unternehmer obliegenden Verpflichtungen nach den Verbindungsanschlüssen, den zugehörigen Zeichnungen und sonstigen als zum Vertrage gehörig bezeichneten Unterlagen. Die in den Verbindungsanschlüssen angenommenen Vordersätze

unterliegen jedoch denjenigen Änderungen, welche — ohne wesentliche Abweichung von den dem Vertrage zu Grunde gelegten Bauentwürfen — bei der Ausführung der betreffenden Bauwerke sich ergeben.

Abänderungen der Bauentwürfe selbst anzuordnen, bleibt der Bauleitung vorbehalten. Leistungen, welche in den Bauentwürfen nicht vorgesehen sind, können dem Unternehmer nur mit seiner Zustimmung übertragen werden.

2. Berechnung der Vergütung.

Die dem Unternehmer zukommende Vergütung wird nach den wirklichen Leistungen unter Zugrundelegung der

vertragsmäßigen Einheitspreise berechnet. Diese Einheitspreise sind auch maßgebend, wenn der Unternehmer, mit dem ein Vertrag abgeschlossen ist, gleichartige im Kostenanschlage nicht vorgesehene Leistungen ausführt. Abweichungen hiervon sind zu begründen.

Die Vergütung für Tagelohnarbeiten erfolgt nach den vertragsmäßig vereinbarten Lohnsätzen.

3. Ausschluß einer besonderen Vergütung für Nebenleistungen, Vorhalten von Werkzeug, Geräthen, Rüstkungen.

Insofern in den Verbindungsanschlüssen für Nebenleistungen sowie für das Vorhalten von Werkzeug und Geräthen, Rüstkungen u. s. w. nicht besondere Preisansätze vorgesehen sind, umfassen die vereinbarten Preise und Tagelohnsätze zugleich die Vergütung für die zur planmäßigen Herstellung des Bauwerks gehörenden Nebenleistungen aller Art, insbesondere auch für die Heranschaffung der zu den Bauarbeiten erforderlichen Materialien aus den auf der Baustelle befindlichen Lagerplätzen nach der Verwendungsstelle am Bau, sowie die Entschädigung für Vorhaltung von Werkzeug, Geräthen u. s. w.

Auch die Bestellung der zu den Abmessungen, Höhenmessungen und Abnahmevermessungen erforderlichen Arbeitskräfte und Geräthe liegt dem Unternehmer ob, ohne daß demselben eine besondere Entschädigung hierfür gewährt wird.

4. Mehrleistung gegen den Vertrag.

Ohne ausdrückliche schriftliche Anordnung oder Genehmigung des Garnison-Baubeamten darf der Unternehmer keinerlei vom Vertrage abweichende oder im Verbindungsanschlage nicht vorgesehene Leistungen ausführen.

Diesem Verbot zuwider von dem Unternehmer bewirkte Leistungen ist die Bauleitung befugt, auf dessen Gefahr und Kosten wieder beseitigen zu lassen; auch hat der Unternehmer nicht nur keinerlei Vergütung für derartige Leistungen zu beanspruchen, sondern muß auch für allen Schaden aufkommen, welcher etwa durch diese Abweichungen vom Vertrage entstanden ist.

5. Minderleistung gegen den Vertrag.

bleiben die ausgeführten Leistungen zufolge der von dem Garnison-Baubeamten getroffenen Anordnungen unter einer im Vertrage festverdingenen Menge zurück, so hat der Unternehmer Anspruch auf den Ersatz des ihm nachweislich hieraus entstandenen wirklichen Schadens.

6. Beginn, Fortführung und Vollendung der Leistungen, Verschäumnisstrafe, Ausgraben von Alterthümern.

Der Beginn, die Fortführung und Vollendung der Arbeiten und Lieferungen hat nach den in den besonderen Bedingungen festgesetzten Fristen zu erfolgen.

Ist über den Beginn der Leistung in den besonderen Bedingungen eine Vereinbarung nicht enthalten, so hat der Unternehmer spätestens 14 Tage nach schriftlicher Aufforderung seitens des bauleitenden Beamten zu beginnen.

Die Leistung muß im Verhältnis zu den bedungenen Vollendungsfristen fortgesetzt angemessen gefördert werden.

Die Zahl der zu verwendenden Arbeitskräfte und

Geräthe sowie die Vorräthe an Materialien müssen allezeit den übernommenen Leistungen entsprechen.

Eine im Vertrage bedungene Verschäumnisstrafe gilt nicht für erlassen, wenn die verspätete Vertragserfüllung ganz oder theilweise ohne Vorbehalt angenommen worden ist.

Eine tageweise zu berechnende Verschäumnisstrafe für verspätete Ausführung von Bauarbeiten bleibt für die in die Zeit einer Verzögerung fallenden Sonntage und allgemeinen Feiertage außer Ansatz.

Wenn bei der Bauausführung durch Arbeiter des Unternehmers u. s. w. Alterthümer (Stein- und Erdmonumente, Gräberfelder, Reihengräber, Urnenfriedhöfe, Wendekirchhöfe, Steinhäuser, Hünengräber, Hünen- oder Riesenbetten, Ansiedelungsplätze, Ringwälle, Landwehren, Schanzen, Mauerreste, Pfahlbauten, Bohlbrücken, Urnen und Thongefäße, Steine, Waffen und Geräthe aus Stein oder Metall, Münzen, Gegenstände von Glas, Bernstein und anderen Stoffen u. s. w. aus römischer, heidnisch-germanischer oder unbestimmbar vorgeschichtlicher Zeit) aufgefunden werden sollten, so ist der weiteren Vorflegung Inhalt zu thun und dem bauleitenden Beamten sofort Nachricht zu geben. Der Unternehmer ist dafür verantwortlich, daß die Anlage und deren Inhalt in jeder möglichen Weise gegen Zerstörung oder Veränderung bezw. gegen Veräußerung oder Entfremdung der dabei gewonnenen Fundstücke geschützt wird.

7. Hinderungen der Bauausführung.

Glaubt der Unternehmer sich in der ordnungsmäßigen Fortführung der übernommenen Leistungen durch Anordnungen des Garnison-Baubeamten oder des bauleitenden Beamten, durch höhere Gewalt oder durch andere zwingende Umstände oder durch das nicht gehörige Fortschreiten der Leistungen anderer Unternehmer behindert, so erstattet er bei dem bauleitenden Beamten hiervon sofort schriftliche Anzeige.

Anernfalls werden schon wegen der unterlassenen Anzeige keinerlei auf die betreffenden, angeblich hindernenden Umstände begründete Ansprüche oder Einwendungen zugelassen.

Nach Beseitigung derartiger Hinderungen sind die Leistungen ohne weitere Anforderung ungehäumt wieder aufzunehmen.

Der Aufsichtsbehörde bleibt vorbehalten, falls die bezüglichen Beschwerden des Unternehmers für begründet zu erachten sind, eine angemessene Verlängerung der im Vertrage festgesetzten Vollendungsfristen — längstens bis zur Dauer der betreffenden Arbeitshinderung — zu bewilligen.

Für die bei Eintritt einer Unterbrechung der Bauausführung bereits ausgeführten Leistungen erhält der Unternehmer die den vertragsmäßig bedungenen Preisen entsprechende Vergütung. Ist für verschiedenwerthige Leistungen ein nach dem Durchschnitt bemessener Einheitspreis vereinbart, so ist, unter Berücksichtigung des höheren oder geringeren Wertes der ausgeführten Leistungen gegenüber den noch rückständigen, ein von

dem verabredeten Durchschnittspreis entsprechend abweichender neuer Einheitspreis für das Geleistete besonders zu ermitteln und danach die zu gewährende Vergütung zu berechnen.

Außerdem kann der Unternehmer im Fall einer Unterbrechung oder gänzlichen Abstandnahme von der Bauausführung den Ersatz des ihm nachweislich entstandenen wirklichen Schadens beanspruchen, wenn die eine Fortsetzung des Baues hindernden Umstände entweder von der Aufsichtsbehörde und deren Organen verschuldet sind, oder, insoweit zufällige, von dem Willen der Behörde unabhängige Umstände in Frage stehen, sich auf Seiten derselben zugetragen haben.

Eine Entschädigung für entgangenen Gewinn kann in keinem Falle beansprucht werden.

In gleicher Weise ist der Unternehmer zum Schadenersatz verpflichtet, wenn die betreffenden, die Fortführung des Baues hindernden Umstände von ihm verschuldet sind, oder auf seiner Seite sich zugetragen haben.

Auf die gegen den Unternehmer geltend zu machenden Schadenersatzforderungen kommen die etwa eingezogenen oder verwirkten Versäumnisstrafen in Anrechnung. Ist die Schadenersatzforderung niedriger als die Versäumnisstrafe, so kommt nur die letztere zur Einziehung.

Dauert die Unterbrechung der Bauausführung länger als sechs Monate, so steht jeder der beiden Vertragsparteien der Rücktritt vom Vertrage frei. Die Rücktritts Erklärung muß schriftlich und spätestens 14 Tage nach Ablauf jener sechs Monate dem anderen Theile zugestellt werden; andernfalls bleibt — unbeschadet der inzwischen etwa erwachsenen Ansprüche auf Schadenersatz oder Versäumnisstrafe — der Vertrag mit der Maßgabe in Kraft, daß die in demselben ausbedungene Vollendungsfrist um die Dauer der Bauunterbrechung verlängert wird.

8. Güte der Leistung.

Die Leistungen müssen den besten Regeln der Baukunst und den besonderen Bestimmungen des Verdingungsanlasses und des Vertrages entsprechen.

Bei den Arbeiten dürfen nur tüchtige und geübte Arbeiter beschäftigt werden.

Leistungen, welche der Garnison-Baubeamte den gedachten Bedingungen nicht entsprechend findet, sind sofort zu befeitigen und durch untadelhafte zu ersetzen. Für hierbei entstehende Kosten und Verluste an Materialien hat der Unternehmer die Baufasse schadlos zu halten.

Arbeiter, welche nach dem Urtheile der Bauleitung untüchtig oder zur Beschäftigung auf fiskalischen Baustellen ungeeignet sind, müssen auf Verlangen entlassen und durch andere ersetzt werden.

Materialien, welche dem Anschlag bzw. den besonderen Bedingungen oder den dem Vertrage zu Grunde gelegten Proben nicht entsprechen, sind auf Anordnung des Garnison-Baubeamten innerhalb einer von ihm zu bestimmenden Frist von der Baustelle zu entfernen.

Dem von dem Unternehmer als Bezugsquelle bezeichneten Fabrikanten wird von dem bauleitenden Beamten Mittheilung gemacht, wenn sich Anstände bezüglich der Ausführung der betreffenden Lieferungen ergeben.

Behufs Ueberwachung steht dem Garnison-Baubeamten oder den von demselben zu beauftragenden Personen jederzeit während der Arbeitsstunden der Zutritt zu den Arbeitsplätzen und Werkstätten frei, in welchen zu dem Unternehmen gehörige Arbeiten angefertigt werden.

9. Vom Unternehmer verlangte a. Auskunft über Verträge mit Handwerkern u. s. w.

b. Erklärung hinsichtlich Unterlassung von Geschenken u. s. w. an Angestellte.

Der Unternehmer hat dem bauleitenden Beamten über die mit Handwerkern und Arbeitern in Betreff der Ausführung der Arbeit geschlossenen Verträge jederzeit auf Erfordern Auskunft zu ertheilen. Der Unternehmer ist ferner verpflichtet, für die Errichtung einer Baukrankenasse für die auf dem Bau beschäftigten Arbeiter Sorge zu tragen bzw. letztere nach Maßgabe des Gesetzes vom 15. Juni 1883 — Reichsgesetzblatt Nr. 9 für 1883 — bei einer Krankenkasse und in Gemäßheit des Gesetzes vom 6. Juli 1884 — Reichsgesetzblatt Nr. 19 für 1884 — bzw. 28. Mai 1885 — Reichsgesetzblatt Seite 159 für 1885 — gegen Unfall zu versichern. Unternehmer haftet der Militär-Verwaltung für Ausführung dieser Bestimmungen, sowie auch für alle Nachteile, welche der genannten Verwaltung etwa durch Unterlassung in Beziehung auf die vorgeordneten Gesetze entstehen, mit dem von ihm hinterlegten Haftgelde sowie mit seinem ganzen übrigen Vermögen. In gleicher Weise haftet der Unternehmer der Militär-Verwaltung für Erfüllung sämtlicher demselben als Arbeitsgeber durch das Gesetz betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889 — Reichsgesetzblatt Seite 97 für 1889 — auferlegten Verpflichtungen.

Eine besondere Entschädigung wird für die durch Verstehen des übernommenen Verpflichtung seitens der Militärverwaltung nicht gewährt.

Wegen Unterlassung von Geschenken und Zuvendigung von Vortheilen an Beamte u. s. w. hat der Unternehmer eine Erklärung nach bestimmtem Muster zu unterzeichnen.

10. Entziehung der Leistung.

Die Stelle, welche den Zuschlag erteilt hat, ist berechtigt, den Vertrag aufzuheben, wenn sich nach Abschluß desselben herausstellt, daß der Unternehmer vorher mit Anderen Verabredungen behufs Enthaltung von der Verdingung oder sonst zum Schaden der Baufasse getroffen hatte; dieselbe Stelle ist befugt, dem Unternehmer die Arbeiten und Lieferungen ganz oder theilweise zu entziehen, sowie den noch nicht vollendeten Theil auf seine Kosten ausführen zu lassen oder selbst für seine Rechnung auszuführen, wenn

a. seine Leistungen untüchtig sind, oder

- b. die Arbeiten nach Maßgabe der verlaufenen Zeit nicht genügend gefördert sind, oder
- c. der Unternehmer den gemäß 9. getroffenen Anordnungen nicht nachkommt.

Vor der Entziehung der Leistung ist der Unternehmer durch eingeschriebenen Brief bezw. Brief gegen Behändigungsschein unter Androhung der Entziehung zur Beseitigung der vorliegenden Mängel bezw. zur Befolgung der getroffenen Anordnungen unter Bewilligung einer angemessenen Frist aufzufordern.

Von der verfügten Entziehung wird dem Unternehmer durch eingeschriebenen Brief bezw. Brief gegen Behändigungsschein Eröffnung gemacht.

Auf die Berechnung der für die ausgeführten Leistungen dem Unternehmer zustehenden Vergütung und den Umfang der Verpflichtung desselben zum Schadenersatz finden die Bestimmungen in 7. gleichmäßige Anwendung.

Nach beendeter Leistung wird dem Unternehmer eine Abrechnung über die für ihn sich ergebende Forderung und Schuld mitgeteilt.

Abzlagszahlungen können im Falle der Entziehung dem Unternehmer nur innerhalb desjenigen Betrages gewährt werden, welcher als sicheres Guthaben desselben unter Berücksichtigung der entstandenen Gegenansprüche ermittelt ist.

11. Ordnungsvorschriften.

Der Unternehmer oder dessen Vertreter muß sich infolge Aufforderung des bauleitenden Beamten auf der Baustelle einfinden, so oft nach dem Ermessen des letzteren die zu treffenden baulichen Anordnungen ein mündliches Benehmen auf der Baustelle erforderlich machen. Die sämtlichen auf dem Bau beschäftigten Bevollmächtigten, Gehülften und Arbeiter des Unternehmers sind bezüglich der Bauausführung und der Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Bauplatze den Anordnungen des bauleitenden Beamten bezw. dessen Stellvertreter unterworfen. Im Falle des Ungehorsams kann ihre sofortige Entfernung von der Baustelle verlangt werden.

Der Unternehmer hat, wenn nicht ein Anderes ausdrücklich vereinbart worden ist, für das Unterkommen seiner Arbeiter, insoweit dies von dem bauleitenden Beamten für erforderlich erachtet wird, selbst zu sorgen. Er muß für seine Arbeiter auf eigene Kosten an den ihm angewiesenen Orten die nöthigen Abtritte herstellen, sowie für deren regelmäßige Reinigung, Desinfektion und demnächstige Beseitigung Sorge tragen.

Für die Bewachung seiner Gerüste, Werkzeuge, Geräte, sowie seiner auf der Baustelle lagernden Materialien Sorge zu tragen, ist lediglich Sache des Unternehmers.

12. Mitbenutzung von Rüstungen.

Die von dem Unternehmer hergestellten Rüstungen sind während ihres Bestehens auch anderen Bauhandwerkern unentgeltlich zur Benützung zu überlassen. Änderungen an den Rüstungen im Interesse der bequemen Benützung seitens der übrigen Bauhand-

werker vorzunehmen, ist der Unternehmer nicht verpflichtet.

13. Beobachtung polizeilicher Vorschriften, Haftung des Unternehmers für seine Angestellten.

Für die Befolgung der bei Bauausführungen zu beachtenden polizeilichen Vorschriften und der etwa besonders ergehenden polizeilichen Anordnungen ist der Unternehmer für den ganzen Umfang seiner vertragsmäßigen Verpflichtungen verantwortlich. Kosten, welche ihm dadurch erwachsen, sowie Kosten der Arbeiterversicherung können der Baufasse nicht in Rechnung gestellt werden.

Der Unternehmer trägt insbesondere die Verantwortung für die gehörige Stärke und sonstige Lichtheit der Rüstungen. Dieser Verantwortung unbeschadet ist er aber auch verpflichtet, eine von dem bauleitenden Beamten angeordnete Ergänzung und Verstärkung der Rüstungen unverzüglich und auf eigene Kosten zu bewirken.

Auch hat der Unternehmer die zur Verhütung von Unfällen sonst noch erforderlichen Schutzvorkehrungen an seinen Arbeiten, so lange sich diese in unvollendetem Zustande befinden, auf eigene Kosten und eigene Verantwortung zu treffen.

Für alle Ansprüche, die wegen einer ihm selbst oder seinen Bevollmächtigten, Gehülften oder Arbeiter zur Last fallenden Vernachlässigung polizeilicher Vorschriften an die Verwaltung erhoben werden, hat der Unternehmer in jeder Hinsicht aufzukommen.

Uebrigens haftet er in Ausführung des Vertrages für alle Handlungen und Unterlassungen seiner Bevollmächtigten, Gehülften und Arbeiter persönlich. Er hat insbesondere jeden Schaden an Person oder Eigenthum zu vertreten, welcher durch ihn oder seine Organe Dritten oder der Baufasse zugefügt wird.

14. Aufmessung während des Baues und Abnahme.

Der bauleitende Beamte ist berechtigt, zu verlangen, daß über alle später nicht mehr nachzumessenden Leistungen von beiderseits Beauftragten während der Ausführung gegenseitig anerkennende Aufzeichnungen gemacht werden, welche demnächst der Berechnung zu Grunde zu legen sind.

Von der Vollenbung der Leistungen hat der Unternehmer dem bauleitenden Beamten durch eingeschriebenen Brief Anzeige zu machen, worauf der Termin für die Abnahme mit thunlichster Beschleunigung anberaumt und dem Unternehmer schriftlich gegen Behändigungsschein oder mittels eingeschriebenen Briefes bekannt gegeben wird.

Ueber die Abnahme wird in der Regel eine Verhandlung aufgenommen; auf Verlangen des Unternehmers muß dies geschehen. Die Verhandlung ist von dem Unternehmer bezw. dem für denselben etwa erscheinenden Stellvertreter mit zu vollziehen.

Von der über die Abnahme aufgenommenen Verhandlung wird dem Unternehmer auf Verlangen beglaubigte Abschrift mitgeteilt.

Erscheint in dem zur Abnahme anberaumten Termine, gehöriger Benachrichtigung ungeachtet, weder der Unternehmer selbst noch ein Bevollmächtigter desselben, so gelten die durch die Organe der bauleitenden Behörde bewirkten Aufzeichnungen als anerkannt.

Auf die Feststellung des von dem Unternehmer Geleisteten finden im Falle der Entziehung (10) diese Bestimmungen gleichmäßige Anwendung.

Müssen Theilleistungen sofort abgenommen werden, so bedarf es einer besonderen Benachrichtigung des Unternehmers hiervon nicht, vielmehr ist es Sache desselben, für seine Anwesenheit oder Vertretung bei der Abnahme Sorge zu tragen.

15. Rechnungsaufstellung.

Bezüglich der formellen Aufstellung der Rechnung, welche in Form, Ausdrucksweise, Bezeichnung der Räume und Reihenfolge der Ansätze genau nach dem Bedingungsansatz einzurichten ist, hat der Unternehmer den vom dem bauleitenden Beamten gestellten Anforderungen zu entsprechen.

Etwaige Mehrarbeiten sind in besonderer Rechnung nachzuweisen unter deutlichem Hinweis auf die schriftlichen Vereinbarungen, welche bezüglich derselben getroffen sind.

16. Tagelohnrechnungen.

Werden im Auftrage des bauleitenden Beamten seitens des Unternehmers Arbeiten im Tagelohn ausgeführt, so ist die Liste der hierbei beschäftigten Arbeiter dem bauleitenden Beamten oder dessen Vertreter behufs Prüfung ihrer Richtigkeit täglich vorzulegen. Etwaige Ausstellungen dagegen werden dem Unternehmer binnen längstens 8 Tagen mitgeteilt.

Die Tagelohnrechnungen sind längstens von 2 zu 2 Wochen dem bauleitenden Beamten einzureichen.

17. Zahlung.

Die Schlusszahlung erfolgt auf die vom Unternehmer einzureichende Kostenrechnung alsbald nach vollendeter Prüfung und Feststellung derselben.

Abschlagszahlungen werden dem Unternehmer in angemessenen Fristen auf Antrag, nach Maßgabe des jeweilig Geleisteten, bis zu der von dem Garnison-Baubeamten mit Sicherheit vertretbaren Höhe gewährt.

Oben bei der Schlussabrechnung Meinungsverschiedenheiten bestehen, so soll das dem Unternehmer unbestritten zustehende Guthaben demselben gleichwohl nicht vorenthalten werden.

18. Verzicht auf spätere Geltendmachung aller nicht ausdrücklich vorbehaltenen Ansprüche.

Vor Empfangnahme des als Restguthaben zur Auszahlung angebotenen Betrages muß der Unternehmer alle Ansprüche, welche er aus dem Vertragsverhältnis über die behördlicherseits anerkannten hinaus etwa noch zu haben vermeint, bestimmt bezeichnen und sich schriftlich vorbehalten, widrigenfalls die Geltendmachung dieser Ansprüche später ausgeschlossen ist.

19. Zahlende Kasse.

Alle Zahlungen erfolgen an der in den besonderen Bedingungen bezeichneten Kasse der Behörde. Verweigert

der Empfangsberechtigte die Annahme der Zahlung, so kann der Betrag bei der zuständigen Hinterlegungsstelle (Regierungs-Hauptkasse) hinterlegt werden, um die Rechnungslegung nicht aufzuhalten. In diesem Falle sind der Verwahrungsschein und die etwaigen Beläge über geleistete Abschlagszahlungen vorläufig als Belag für den Rechnungsbetrag anzulegen und der Kassenrechnung beizufügen.

20. Haftpflicht.

Die in den besonderen Bedingungen des Vertrages vorgesehene, in Ermangelung solcher nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften sich bestimmende Frist für die dem Unternehmer obliegende Haftpflicht für die Güte der Leistung beginnt mit dem Zeitpunkt der Abnahme.

Der Einwand nicht rechtzeitiger Anzeige von Mängeln gelieferter Waaren (Art. 347 des Handelsgesetzbuches) ist nicht statthaft.

21. Sicherheitsstellung. (Bürge.)

Bürgen haben nach dem Ermessen der Aufsichtsbehörde als Selbstschuldner in den Vertrag mit einzutreten.

22. Sicherheitsstellung (Kautions).

Kautionen können in baarem Gelde, guten Werthpapieren, Sparcassenbüchern oder nach dem Ermessen der Aufsichtsbehörde auch in sicheren — gezogenen — Wechseln bestellt werden.

Geeignet anzusehende Werthpapiere:

- 1) Die Schuldverschreibungen, welche vom Deutschen Reiche oder von einem deutschen Bundesstaate mit gesetzlicher Ermächtigung ausgestellt sind.
- 2) Die Schuldverschreibungen, deren Verzinsung von dem Deutschen Reiche oder von einem deutschen Bundesstaate gesetzlich gewährleistet ist.
- 3) Die Rentenbriefe der zur Vermittelung der Ablösung von Renten in Preußen bestehenden Rentenkassen.
- 4) Die Schuldverschreibungen, welche von deutschen kommunalen Korporationen (Provinzen, Kreisen, Gemeinden u.) oder von deren Kreditanstalten ausgestellt und entweder seitens der Inhaber kündbar sind, oder einer regelmäßigen Amortisation unterliegen.
- 5) Die Sparcassenbücher von öffentlichen, obrigkeitlich bestätigten Sparcassen und
- 6) Sparcassenbücher von Privatsparcassen, Banken, Kreditgenossenschaften und sonstigen privaten Anstalten, sofern durch sorgfältige Prüfung festgestellt ist, daß im Hinblick auf die Höhe des Sicherheitsstellungsbetrages, die Dauer der zu gewährleistenden Verpflichtungen, sowie die finanziellen Grundlagen und organisatorischen Einrichtungen der bezeichneten privaten Anstalten Sparcassenbücher derselben als ausreichende Sicherheit angesehen werden können.
- 7) Sichere Hypotheken und Pfandbriefe.

Die Annahme von Wechseln erfolgt nur, wenn die Aufsichtsbehörde solche für ganz zweifellos sicher erachtet. Baar hinterlegte Kautionen werden nicht verzinst.

Die Zinscheine von den Werthpapieren werden den Kautionsbestellern nur für die Zeiträume belassen, in welchen die Lieferungen oder Arbeiten mutmaßlich ausgeführt werden bezw. auch für eine etwaige Haftpflichtzeit. Dagegen sind mit der Kautionszusammen zu deponiren: die in dieser Zeit nicht fällig werdenden Zinscheine, die zugehörigen Talons bezw. diejenigen Zinscheine, an deren Inhaber die neue Zinschein-Serie ausgereicht wird. Für den Umtausch der Anweisungen (Talons), die Einlösung und den Ertrag ausgelieferter Werthpapiere, sowie den Ertrag abgelaufener Wechsel hat der Unternehmer zu sorgen.

Falls der Unternehmer in irgend einer Beziehung seinen Verbindlichkeiten nicht nachkommt, kann die Behörde zu ihrer Schadloshaltung auf dem einfachsten, gesetzlich zulässigen Wege die hinterlegten Werthpapiere und Wechsel veräußern bezw. einfassiren.

Die Rückgabe der Kautions, soweit dieselbe für Verbindlichkeiten des Unternehmers nicht in Anspruch zu nehmen ist, erfolgt, nachdem der Unternehmer die ihm obliegenden Verpflichtungen vollständig erfüllt hat, und insoweit die Kautions zur Sicherung der Haftverpflichtung dient, nachdem die Haftzeit abgelaufen ist. In Ermangelung anderweiter Verabredung gilt als Bedingungen, daß die Kautions in ganzer Höhe zur Deckung der Haftverbindlichkeit einzubehalten ist.

23. Uebertragbarkeit des Vertrages.

Ohne Zustimmung der Aufsichtsbehörde darf der Unternehmer seine vertragmäßigen Verpflichtungen nicht auf Andere übertragen.

Verfällt der Unternehmer vor Erfüllung des Vertrages in Konkurs, so ist diese Behörde berechtigt, den Vertrag mit dem Tage der Konkursöffnung aufzuheben. Auch kann die Verwaltung den Vertrag sofort auflösen, wenn das Guthaben des Unternehmers ganz oder theilweise mit Arrest belegt oder gepfändet wird.

Bezüglich der in diesem Falle zu gewährenden Vergütung sowie der Gewährung von Abschlagszahlungen finden die Bestimmungen in 10 sinngemäße Anwendung.

Für den Fall, daß der Unternehmer mit Tode abgehen sollte, bevor der Vertrag vollständig erfüllt ist, hat die Behörde die Wahl, ob sie das Vertragsverhältniß mit den Erben desselben fortsetzen oder dasselbe als aufgelöst betrachten will.

24. Austrag von Streitigkeiten.

Ueber die aus dem Vertrage entspringenden Streitigkeiten entscheidet zunächst die Aufsichtsbehörde.

Die Entscheidung dieser Behörde gilt als anerkannt, falls der Unternehmer, welcher bei derselben hierauf ausdrücklich hinzuweisen ist, nicht binnen 4 Wochen vom Tage ihrer Zustellung ab schriftlich Widerspruch erhebt.

Der Streit berechtigt den Unternehmer keinesfalls, die weitere Erfüllung seiner Vertragsverbindlichkeiten zu verweigern oder zu verzögern.

Wird Widerspruch erhoben, dann entscheiden über die technischen Fragen zwei Sachverständige, von denen jeder Theil einen zu wählen hat, endgültig. Die Sachverständigen dürfen weder zu der betreffenden Behörde,

welche den Vertrag abgeschlossen hat, noch zu dem Unternehmer in einem Dienst- bezw. zu letzterem in einem Verwandtschaftsverhältniß stehen und kein eigenes Interesse an der Sache haben. Kommt Unternehmer der Aufforderung zur Benennung eines Sachverständigen nicht binnen einer Woche vom Behändigungstage ab nach, so entscheidet der von der Behörde gewählte Sachverständige allein. Insoweit die beiden Sachverständigen verschiedener Meinung sind, entscheidet das Oberurtheil eines dritten Sachverständigen, um dessen Benennung diejenige für den Sitz der betheiligten Aufsichtsbehörde zuständige Kreisbehörde ersucht wird; welche in Ausführung des § 109 des Unfallversicherungsgesetzes im Allgemeinen als höhere Verwaltungsbehörde bestimmt ist.

Der Unternehmer hat sich den von den Sachverständigen behufs gehöriger Prüfung getroffenen Anordnungen zu fügen, widrigenfalls die Entscheidung der Aufsichtsbehörde seitens des Unternehmers als anerkannt gilt. Der Ausdruck der Sachverständigen wird schriftlich der Behörde übergeben, welche dem Unternehmer eine beglaubigte Abschrift zufertigt; er bleibt auch für ein Verfahren vor den Gerichten maßgebend. Die durch das Sachverständigenverfahren entstehenden Kosten tragen die Parteien nach Verhältnis ihres Unterliegens.

Für alle Nachstreitigkeiten aus dem Vertrage sind die Gerichte ausschließlich zuständig, in deren Bezirk die Behörde ihren Sitz hat.

25. Kosten und Stempel.

Briefe und Depeschen, welche den Abschluß und die Ausführung des Vertrages betreffen, werden beiderseits frankirt.

Die Portokosten für solche Geld- und sonstige Sendungen, welche im ausschließlichen Interesse des Unternehmers erfolgen, trägt der letztere.

Die Kosten des Vertragstempels trägt der Unternehmer nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen.

Die übrigen Kosten des Vertragsabschlusses, d. h. der baaren Auslagen, fallen jedem Theile zur Hälfte zur Last.

Bestimmungen

für die Bewerbung um Leistungen — Arbeiten und Lieferungen — für Garnisonbauten.

1. Persönliche Leistungsfähigkeit der Bewerber.

Bei der Vergebung von Leistungen für Garnisonbauten hat Niemand Aussicht, als Unternehmer angenommen zu werden, der nicht für tüchtige, pünktliche und vollständige Ausführung derselben — auch in technischer Hinsicht — die erforderliche Sicherheit bietet.

2. Einsicht und Bezug der Bedingungen — anschlüsse.

Bedingungsanschlüsse, Zeichnungen, Bedingungen sind an den in der Ausschreibung bezeichneten Stellen einzusehen, Abschriften, Nachrisse werden erforderlichen Falles auf Ersuchen gegen Erstattung der Selbstkosten verabfolgt.

3. Form und Inhalt der Angebote.

Die Angebote sind unter Benützung der etwa vorgeschriebenen Formulare von den Bewerbern unterschrieben, mit der in der Ausschreibung geforderten Ueberschrift versehen, versiegelt und frankirt bis zu dem angegebenen Termine einzureichen.

Die Angebote müssen enthalten:

- a. die ausdrückliche Erklärung, daß der Bewerber sich den Bedingungen, welche der Ausschreibung zu Grunde gelegt sind, unterwirft;
- b. die Angabe der geforderten Preise nach Reichswährung, und zwar sowohl die Angabe der Preise für die Einheiten, als auch der Gesamtforderung; stimmt die Gesamtforderung mit den Einheitspreisen nicht überein, so sollen die letzteren maßgebend sein, wenn Angebote nach Prozenten der Anschlagsumme verlangt sind, diese Angebote;
- c. die genaue Bezeichnung und Adresse des Bewerbers;
- d. seitens gemeinschaftlich bietender Personen die Erklärung, daß sie sich für das Angebot solidariisch verbindlich machen, und die Bezeichnung eines zur Geschäftsführung und zur Empfangnahme der Zahlungen Bevollmächtigten; letzteres Erforderniß gilt auch für die Gebote von Gesellschaften;
- e. nähere Angaben über die Bezeichnung der etwa mit eingereichten Proben. Die Proben selbst müssen ebenfalls vor dem Bietungstermine eingekandt und derartig bezeichnet sein, daß sich ohne Weiteres erkennen läßt, zu welchem Angebot sie gehören;
- f. die etwa vorgeschriebenen Angaben über die Bezugsquellen.

Angebote, welche diesen Vorschriften nicht entsprechen, insbesondere solche, welche bis zu der festgesetzten Terminsstunde bei der Behörde nicht eingegangen sind, welche bezüglich des Gegenstandes von der Ausschreibung selbst abweichen, oder das Gebot an Sonderbedingungen knüpfen, haben keine Aussicht auf Berücksichtigung.

Es sollen indessen solche Angebote nicht grundsätzlich ausgeschlossen sein, in welchen der Bewerber erklärt, sich nur während einer kürzeren, als der in der Ausschreibung angegebenen Zuschlagsfrist an sein Angebot gebunden halten zu wollen.

4. Wirkung des Angebots.

Die Bewerber bleiben von dem Eintreffen des Angebots bei der ausschreibenden Behörde bis zum Ablauf der festgesetzten Zuschlagsfrist bezw. der von ihnen bezeichneten kürzeren Frist (Ziffer 3 letzter Absatz) an ihre Angebote gebunden.

Die Bewerber unterwerfen sich mit Abgabe des Angebots in Bezug auf alle für sie daraus entstehenden Verbindlichkeiten der Gerichtsbarkeit des Orts, an welchem die ausschreibende Behörde ihren Sitz hat.

5. Zulassung zum Eröffnungstermin.

Den Bewerbern und deren Bevollmächtigten steht der Zutritt zu dem Eröffnungstermine frei. Eine Veröffentlichung der abgegebenen Gebote ist nicht gestattet.

6. Ertheilung des Zuschlags.

Der Zuschlag wird von dem ausschreibenden Beamten oder von der ausschreibenden Behörde oder von einer dieser übergeordneten Behörde entweder im Eröffnungstermin durch von dem gewählten Unternehmer mit zu vollziehende Verhandlung oder durch besondere schriftliche Benachrichtigung ertheilt.

Letzterenfalls ist derselbe mit bindender Kraft erfolgt, wenn die Benachrichtigung innerhalb der Zuschlagsfrist als Depesche oder Brief dem Telegraphen- oder Postamt zur Beförderung an die in dem Angebot bezeichnete Adresse übergeben worden ist.

Trifft die Benachrichtigung trotz rechtzeitiger Absendung erst nach demjenigen Zeitpunkt bei dem Empfänger ein, für welchen dieser bei ordnungsmäßiger Beförderung den Eingang eines rechtzeitig abgesandten Briefes erwarten darf, so ist der Empfänger an sein Angebot nicht mehr gebunden, falls er ohne Verzug nach dem verspäteten Eintreffen der Zuschlagserklärung von seinem Rücktritt Nachricht gegeben hat.

Nachricht an diejenigen Bewerber, welche den Zuschlag nicht erhalten, wird nur dann ertheilt, wenn dieselben bei Einreichung des Angebots unter Beifügung des erforderlichen Briefgelbbetrages einen desfalligen Wunsch zu erkennen gegeben haben. Proben werden nur dann zurückgegeben, wenn dies in dem Angebotschreiben ausdrücklich verlangt wird, und erfolgt alsdann die Rücksendung auf Kosten des betreffenden Bewerbers. Eine Rückgabe findet im Falle der Annahme des Angebots nicht statt; ebenso kann im Falle der Ablehnung desselben die Rückgabe insoweit nicht verlangt werden, als die Proben bei den Prüfungen verbraucht sind.

Eingereichte Entwürfe werden auf Verlangen zurückgegeben.

Den Empfang des Zuschlagschreibens hat der Unternehmer umgehend schriftlich zu bestätigen.

7. Vertragsabschluss.

Der Bewerber, welcher den Zuschlag erhält, ist verpflichtet, auf Erfordern über den durch die Ertheilung des Zuschlages zu Stande gekommenen Vertrag eine schriftliche Urkunde zu vollziehen, welche jedoch nur die Bedeutung eines Beweismittels hat, so daß von ihrer Errichtung der Beginn der Rechte und Pflichten aus dem Vertrage nicht bedingt wird.

Sofern die Unterschrift des Bewerbers der Behörde nicht bekannt ist, bleibt vorbehalten, eine Beglaubigung desselben zu verlangen.

Die der Ausschreibung zu Grunde liegenden Bedingungenanschläge und Zeichnungen, welche bereits durch das Angebot anerkannt sind, hat der Bewerber bei Abschluß des Vertrages mit zu unterzeichnen.

8. Sicherheitsstellung (Kautiön).

Wenn nichts Anderes durch die Ausschreibung bestimmt ist, bestellt der Unternehmer innerhalb 8 Tagen nach der Ertheilung des Zuschlages die vorgeschriebene Kautiön, widrigenfalls die Behörde befugt ist, von dem Vertrage zurückzutreten und Schadenersatz zu beanspruchen.

9. Kosten der Ausschreibung.

Zu den durch die Ausschreibung selbst entstehenden Kosten trägt der Unternehmer nicht bei.

Berlin, den 8. Januar 1897.

Intendantur des Gardekorps.

Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung S. 195 ff.) und der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesetz-Sammlung Seite 265 ff.) wird nach Zustimmung des Gemeindevorstandes für den Stadtkreis Charlottenburg das Folgende verordnet:

§ 1. Wer Acetylen- und Calciumcarbid mittelst Wassers darstellen will, hat der Ortspolizeibehörde zuvor Anzeige zu machen.

§ 2. Die zur Darstellung und zum Auffangen des Acetylen-gases benutzten Apparate müssen so eingerichtet

sein, daß der Druck in den Gasentwicklungsapparaten, in den Rohrleitungen und in den Gasbehältern $1\frac{1}{16}$ Atmosphären nicht übersteigen kann.

§ 3. Die Apparate dürfen nicht eher benutzt werden, als bis die Besichtigung derselben durch einen der zuständigen Gewerbe-Aufsichts-Beamten stattgefunden hat und die schriftliche Erlaubniß zur Benutzung seitens des Polizei-Präsidiums erteilt worden ist.

§ 4. Die staatlichen wissenschaftlichen Institute unterstehen, soweit sie Acetylen-gas nur zu Lehr- und Studienzwecken verwenden, dieser Verordnung nicht.

§ 5. Uebertretungen dieser Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mark bestraft, an deren Stelle im Falle des Unvermögens entsprechende Haft tritt.

§ 6. Vorstehende Polizei-Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Charlottenburg, den 16. Januar 1897.

Königliche Polizei-Direktion.

Ausschreiben

der von den Mitgliedern der Städtefeuer-Societät der Provinz Brandenburg für das II. Halbjahr 1896 zu entrichtenden Beiträge.

Für das II. Halbjahr 1896 sind aufzubringen:

1. Vergütungen für Brand- und Blitzschäden an Gebäuden, einschließlich der Abschätzungs- kosten und Prämien	165 109 M.
2. Vergütungen für Brandschäden an Mobiliar	1 145 "
3. Vergütungen für Schäden an unversicherten Gegenständen, Zuschüsse an die Feuer- wehren, Postgeld u. s. w.	23 505 "
4. Rückversicherungsbeiträge	84 000 "

zusammen 273 759 M.

Durch Rückversicherung, Zinsen und Mobiliarversicherungsbeiträge sind gedeckt 31 850 "

mithin Bedarf 241 909 M.

Auf Grund des Beschlusses des Directorialrathes vom heutigen Tage werden ausgeschrieben:

von 67 091 000 M. Versicherungssumme in Kl. IA.	zu 2,1 Pf. v. Hundert	11 989 M.	11 Pf.
= 359 960 975 "	I. 3	107 988	29 "
= 26 514 950 "	IB. 3,9	10 340	83 "
= 7 255 750 "	IIA. 6	4 353	45 "
= 130 373 625 "	II. 9	117 336	26 "
= 16 360 350 "	IIB. 12	19 632	42 "
= 13 463 125 "	III. 21	28 272	56 "
= 4 809 325 "	IIIB. 30	14 427	98 "
= 2 234 375 "	IV. 42	9 384	38 "
= 1 541 850 "	IVB. 66	10 176	21 "

überhaupt

von 619 605 325 M. beitragspflichtiger Versicherungssumme 333 901 M. 49 Pf.

Dazu von 1 099 325 M. Explosions-Versicherungssumme zu 1 Pf. 109 " 93 "

500 600 " zu 2 Pf. 100 " 12 "

334 111 M. 54 Pf.

Auf Grund des § 65 des Reglements sind hiervon erlassen 20 322 " 07 "

dagegen werden an Zuschlägen erhoben 1 794 " 35 "

ergeben sich 315 583 M. 82 Pf.

Hiervon stehen den Magisträten 5 bezw. 4 Procent zu mit 15 225 " 07 "

so daß zur Deckung des Bedarfs verfügbar sind 300 358 M. 75 Pf.

Der letztere beträgt 241 909 " — "

mithin Ueberschuß r. 58 449 M. — Pf.

welcher dem Betriebsfonds zufließt.

Die Magisträte der beteiligten Städte wollen hiernach die von den Mitgliedern der Societät zu ent-

richtenden Beiträge ungekürzt eingieken und binnen 4 Wochen, § 70. des Reglements. — an die Brandenburgische Landes-Haupt-Kasse hieselbst abführen.

Berlin, den 5. Januar 1897.

Der Direktor der Städtefeuersocietät der Provinz Brandenburg.

Feuerfängengelber-Ausschreiben

für die Vant-Kamer-Societät der Kaufmanns-Brandschmiedung, des Markgrafenthums Riettershausen und der Districte
Hinterhagen und Belhag für das II. Halbjahr 1896.

Für das Jahr 1896 sind von der Societät überhaupt zu zahlen:

a.	Brandversicherungsgelder einschließlich Abschätzungskosten fürs	Immobilien	1173675	22.	45	pf.
b.	desgl.	Robiliar	127624	1	63	"
c.	Solligen Prämien		17797	"	—	"
d.	Wasserwagen-Prämien		3560	"	—	"
e.	Vermögensschäden-Vergütungen		4113	"	96	"
f.	Berhaltungskosten		134266	"	91	"
g.	Extrabordinarien		50962	"	44	"
h.	Reisekosten		5841	"	20	"

Zusammen 1511847 M. 59 Pf.

Hier von kommen in Abzug:

a. Die bereits pro I. Halbjahr 1896 aufgebracht	780082	M.	58	Pf.
b. Der aus dem Reservefonds pro I. Halbjahr 1896 geleistete Zuschuß	53978	"	16	"
c. Die Beiträge des Robbier-Präsidenten pro 1896	98214	"	10	"
d. Die extraordinären Einnahmen	2949	"	76	"

Zusammen: 936124 M. 60 Pf.

So daß aufzubringen bleiben: 575716 Mk. 99 Pf.

Zur Deckung dieser Summe sind die im § 54 des Societäts-Reglements festgesetzten regelmäßigen Beiträge zur Fehina zu bringen und demnach für Gebäude der

Klasse	IA.	für 100 M.	4 Pf.	mithin für	13024000 M.	zu zahlen:	5209 M.	60 Pf.
IB.	6			266177900		159706	74	
IC.	8			10278700		8222	96	
IIA.	12			102021350		122425	60	
IIB.	16			11798525		18877	64	
IIIA.	42			43608575		183150	02	
IIIB.	56			4930000		27608	—	
IV.	72			173225		1247	22	

Zusammen für 452012275 Dr. zu zahlen: 526453 Dr. 80 Pf.

gegen die Bedarfssumme von 575716 " " 99

ein Fehlbetrag von . . . 49263 Mk. 19 Pf.

welcher dem Reserve-Fonds entnommen worden ist.

Die Societätsgeossen werden hierdurch gefordert, die von ihnen zu leistenden Beiträge, nach Maßgabe der besonderen Aufforderungen der Kreis-Neuer-Societäts-Direktionen, bezw. der Ortsverbände, ungehäumt zu entrichten. Berlin, den 15. Januar 1897.

Berlin, den 15. Januar 1897.

'Ständische General-Direktion der Land-Feuer-Societät' der Kurmark und der Niederlausig.

In Großsichterfelde ist eine Stempelvertheilerstelle errichtet worden, welche dem Kaufmann H. G. Schulze daselbst, Chausseestraße 15, Ecke der Backestraße, wider-
rücklich übertragen worden ist.

Berlin, den 9. Januar 1897.

Königliches Haupt-Steuer-Amt
für inländische Gegenstände.

Bekanntmachung.

Nachstehender Rechnungsabſchluß der Invaliditäts- und Altersversicherungsanſtalt der Provinz Brandenburg für das Jahr 1895 wird hiermit gemäß § 23 des Statuts veröffentlicht:

A. Einnahmen.

1) Erlös aus dem Verkauf

	von Beitragsmarken . . .	5222205	M.	66	Fl.
2)	Zinsen von angekauften Werthpapieren und sonstigen Kapitalanlagen	555213	"	—	"
3)	Erstattete Renten	1119	"	78	"
4)	Rückzahlungen auf Amor- tisationsdarlehne	8836	"	07	"
5)	Strafgelder und sonstige Einnahmen einschließlich 182433,50 M. Kursge- winn bei Veräußerung von Werthpapieren	190336	"	60	"

Summa der Einnahme: 5977711 M. 11 Pfg.

B. Ausgaben.

1) Invalidententen	510413	M. 61	Pfg.
2) Altersrenten	1193348	= 75	„
3) Kosten des Heilverfahrens	14659	= 72	„
4) Erstattung von Beiträgen	7005	= 59	„
5) Gehälter u. s. w. für Beamte	160065	= 92	„
6) Tagegelber und Reisekosten an Vorstandsbeamte, Mitglieder des Ausschusses und Vertrauensmänner	3857	= 72	„
7) Miete u. s. w. für Geschäftsräume	13152	= 29	„
8) Bureaubedürfnisse	7006	= 75	„
9) Druckfachen, Porto, Injectionskosten, Buchbinderlohn	26443	= 51	„
10) Anschaffung und Unterhaltung des Inventars	2345	= 44	„
11) Kosten der Quittungskarten und Beitragsmarken	10680	= 81	„
12) Kosten der Eingebung der Beiträge	719	= 64	„
13) Kosten der Erhebung vor Gewährung von Renten	11014	= 23	„
14) Kosten der Schiedsgerichte	20751	= 80	„
15) Kosten der Kontrolle	23131	= 35	„
16) Kosten der Rechtsfälle	609	= 98	„
17) Sonstige Ausgaben und zwar 24850 M. 60 Pfg. erstattete Schulzinjen und 31 M. 29 Pfg. Kursverlust bei Veräußerung von Wertpapieren	24881	= 80	„

Summa der Ausgabe: 2032299 M. 09 Pfg.

Abschluss.

Die Einnahme beträgt	5977711	M. 11	Pfg.
Die Ausgabe beträgt	2032299	= 09	„

Bestand: 3945412 M. 02 Pfg.

Hierzu wird bemerkt, daß sich der Kapitalswert der der Versicherungsanstalt im Jahre 1895 zur Last fallenden Renten auf 3044730 M. 90 Pfg. berechnet, wovon nach § 21 des Gesetzes vom 22. Juni 1889 mindestens ein Fünftel dem Reservefond überwiesen werden muß.

Die verfügbaren Gelder sind papillariß sicher angelegt worden.

Berlin, den 9. Januar 1897.

Der Vorstand

der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt
der Provinz Brandenburg.
von Manteuffel.

Personal-Chronik.

Von des Kaisers und Königs Majestät ist dem Domänenpächter Verämtmann Hermann Herschner zu Buchholz bei Stralsberg der Charakter als Amtsrat Allergnädigst verliehen worden.

Seine Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den Regierungsassessor von Epyen in Fritsch zum Landrathe zu ernennen. In dieser Eigenschaft ist ihm das bisher kommissarisch verwaltete Landrathsamt im Kreise Oberbarnim endgiltig übertragen worden.

Seine Majestät der König haben dem Regierungsssekretär Junge hierseits den Charakter als Rechnungsrath zu verleißen geruht.

Im Kreise Westprignitz sind wieder ernannt bezw. neu ernannt worden: Rittergutsbesitzer v. Winterfeld zu Neuhoß als Amtsvorsteher des Amtsbezirks 8 Bärge; Rittergutsbesitzer Friß Otto zu Duißow als Amtsvorsteher des Amtsbezirks 14 Duißow; Rittergutsbesitzer zu Kleinow als Amtsvorsteher des Amtsbezirks 24 Duißow; Rittergutsbesitzer Hans Edler Herr zu Puttlig zu Grube als Amtsvorsteher des Amtsbezirks 25 Kleßke; Rittergutsbesitzer v. Winterfeld zu Carre als Amtsvorsteher des Amtsbezirks 8 Bärge; Rittergutsbesitzer Walter Otto zu Wüsten-Buchholz als Amtsvorsteher des Amtsbezirks 14 Duißow; Administrator Pisonius jun. zu Kleßke als Amtsvorsteher des Amtsbezirks 25 Kleßke; Gutsbesitzer Gemeinde-Vorsteher Heineke zu Lege als Amtsvorsteher des Amtsbezirks 29 Rühnadt.

Im Kreise Angermünde ist der Forstmeister Nöldechen zu Heinersdorf zum Amtsvorsteher und der Gemeindevorsteher Kuschke zu Gatow zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 7 Herrschaft Schwedt ernannt worden.

Im Kreise Oberbarnim ist der Amtmann Kiele zu Bollersdorf von Kienitz zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 17 Jßlow — ernannt worden.

Im Kreise Niederbarnim ist an Stelle des verstorbenen Gutsbesizers Tiedorf der Gutsbesitzer Schülke zu Schönow zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 33 — Schönow — ernannt worden.

Der bisherige Pfarrer Lic. theol. Alb. H. Ab. Konnet in Lindow ist zum Pfarrer in Herzberg, Diözese Lindow-Grauesee, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer Fr. Jul. Pensche in Straupitz, Diözese Rabben, ist zum Pfarrer der Pfarthe Mallnow, Diözese Prenzlau I., bestellt worden.

Die Lehrerinnen Thommen II., Wegener IV., Borth, Schulz, Kleinschmidt, Schulz XII, Stern II., Müller XVII. und Brassert sind provisorisch als Gemeindefachlehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Wieland, Thommen I., Zippert und Bieweg sind als Gemeindefachlehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Monat-Dezember 1896.

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, den Postdirektoren Thut in Berlin und Kürbis in Charlottenburg den Rang des Raths IV. Klasse beizulegen. Es sind ernannt: zum Ober-Postdirektions-

sekretär: der Postsekretär Eichel, zu Ober-Postassistenten: die Postassistenten Regel und Winkelmann; angestellt: als Postsekretäre: die Postpraktikanten Weinroth, Gafreich, Korf, Kranz aus Rathenow, Ditlepp aus Strassburg (Els.), Scheifers aus Breslau in Charlottenburg, Wolke; als Ober-Telegraphenassistent: der Ober-Telegraphenassistent a. D. Rützing; als Postassistenten: die Postassistenten Canis, Köschel, Herm. Möller, der Telegraphenassistent Bannert, der Postwärter Weinhold; versetzt: der Postsekretär Thienes und der Ober-Postassistent Apel von Berlin nach Charlottenburg, der Ober-Postassistent Eichler von Charlottenburg nach Berlin; in den Ruhestand getreten: der Postsekretär Elert, die Ober-Postassistenten Kauch, Hellmuth Schumann (künftiger Wohnort Waidmannslust bei Hermsdorf, Mark), der Ober-Telegraphenassistent Podzun (f. W. Thale, Harz); gestorben: Postdirektor a. D. Julius Schulze, Ober-Postkommissarius a. D. Krüger, Ober-Postassistent a. D. Gebhardt, Ober-Telegraphenassistent Beda, die Ober-Telegraphenassistenten a. D. Glaubig und Lude. Personalveränderungen beim königlichen Oberbergamte zu Halle a./S. im 4. Vierteljahr 1896 im Bezirke der königlichen Regierung in Potsdam.

Dem technischen Mitgliede des Oberbergamtes, Oberberggrath von Detten ist die Erlaubniß zur Anlegung des Ritterkreuzes des Ordens der Württembergischen Krone mit dem Löwen ertheilt worden.

Geschenke an Kirchen etc.

Bei dem Konsistorium der Provinz ist Anzeige gemacht über folgende Geschenke, welche neuerdings den mit den Diözesen nachbenannten Kirchen etc. des Regierungsbezirks Potsdam gespendet wurden: Beeskow: der Kirche zu Herzberg vom Fabrik. Michalek: Kirchturmuhre; Belzig: der Kirche zu Wiesenburg von Frau Gräfin Fürstenstein: Altarteppich, vom Oberförster Müller; Rohrmatten für den Altarplatz, von Ungenannt: Kanzel- und Taufsteinbekleidung;

Berlin Land I.: der Kirche zu Lichtenberg vom Buchbindermeister Jänike: 1000 M. zur Grabpflege; der Kirche zu Seeburg von der Gemeinde: Kronleuchter, vom Pfarrer: Kanzelbibel; Berlin Land II.: der Kirche zu Hermsdorf aus einer Sammlung: Kanzelbibel; der Kirche zu Stolpe vom Kammerherrn v. Veltheim: Altar-, Kanzel- und Taufstein-Bekleidung; Altstadt-Brandenburg: der St. Gotthardt-Kirche von Ungenannt: 1000 M. zur Erneuerung der Kirche; der Kirche zu Kl. Bohnitz von Frau Geh. Kommerzienrath Vorig: Kirchenofen; Neustadt-Brandenburg: der Kirche zu Rahms von Frau Ziegeleibesitzer Schulze: Altar- und Kanzelbekleidung, von derselben, Frau Ziegeleibesitzer Schulze und Frau Bäckermeister Paul: Altarteppich; Havelberg-Wilsnack: der Kirche zu Quigöbel von Frau v. Jagow: Altar-, Kanzel- und Taufstein-Bekleidung; Potsdam I.: der Kirche zu Saarmund vom Aeltesten Wallis: Nachlaß in Grundstücken, Hypotheken und Werthpapieren in Höhe von 160000 M. zur Armen- und Kinderpflege; Strausberg: der Kirche zu Präbifow von Administrator Hering'schen Eheleuten: Kofosteppe für den Mittelgang und Altarraum der Kirche; Wittstock: der Kirche zu Jaagke von mehreren Gemeindegliedern: Altarteppich, von Frau Peter: Kranken-Kommunionbesteck; Königs-Wusterhausen: der Kirche zu Wendisch-Buchholz aus einer Sammlung der Gemeinde: Altarteppich; Zehdenick: der Kirche zu Zehdenick von Familie Siegelkow: Kirchenfenster, vom Rent. Krumler dgl., vom Rent. Klement dgl., vom Rent. Kettig dgl., vom Superintendent Kiebusch dgl.; der Schloßkapelle zu Hoppenrade vom Patronat: Antependium, Kanzelbekleidung, Altardecke, Abendmahlstanne, Belum; der Kirche zu Ribbeck von Ungenannt: Kanzelbibel, von einer ungenannten Wittve: 2 Altarlichte; der Kirche zu Marienthal von einer ungenannten Frau: 2 Altarlichte.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlüsse.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Wanda Jastrzembowska, Schneiderin,	26 Jahre alt, geboren zu Studzimec, Kreis Mlawka, Rußland, russische Staatsangehörige,	schwerer Diebstahl (1 Jahr Zuchthaus, laut Erkenntniß vom 17. Dezember 1895),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Bromberg,	19. November 1896.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Sandor Czajersak, Buchbinder,	geboren am 30. Juni 1870, zu Ungar, ungarischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Colmar,	30. November 1896.

Nr.	Name und Stand	Alter und Geburtsort	Grund der Verurteilung	Behörde, von welcher die Anweisung ausgeht	Datum des Anweisungs-Beschlusses
1.	2.	3.	4.	5.	6.
2.	Marie Ger, geborene Haspolzner, Lagerkühner's Frau,	geboren am 22. Februar 1862 zu Freilassing, Gemeinde Salzburg-hofen, Bayern, öster-reichische Staatsange-hörige und ortsange-hörig zu Marglau, Bezirk Salzburg, Oesterreich,	gewerbenmäßiger Unzucht,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	30. November 1896.
2.	Franz Danusch, Schmiedegesse,	geboren am 22. Juni 1849 zu Liebenau, Bezirk Gablonz, Böh-men, ortsangehörig. ebendaselbst,	Diebstahl und Betteln,	Königlich sächsische Landeshauptmannschaft Bautzen,	11. November 1896.
3.	Marie Horn, ledige Dienstmagd,	geboren am 27. Juli 1873 zu Eilmsdorf, Bezirk Taus, Böhmen, österreichische Staats-angehörige,	Landstreichen und Anzucht eines falschen Namens,	Stadtmagistrat Straubing, Bayern,	20. November 1896.
4.	Josef Kräfte, Baudagist,	geboren am 19. Juli 1858 zu Eisa, Bezirk Kralowitz, Böhmen, österreichischer Staats-angehöriger,	Betteln,	Großherzoglich sächsi-scher Kreisamt Meins,	2. Dezember 1896.
6.	Adolf Eadenkap, Mechaniker und Gold-arbeiter,	geboren am 30. Dezem-ber 1873 zu Budapest, Ungarn, ortsangehörig. ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	20. November 1896.
7.	Johann Michael, Martin, Handarbeiter,	geboren am 8. Januar 1839 zu Kofsbach, Böhmen,	Betteln,	Königlich sächsische Landeshauptmannschaft Zwickau,	desgleichen.
8.	Rudolf Mohr, Formen,	geboren am 17. März 1857 zu Prag, Böh-men, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	2. Dezember 1896.
9.	Vius Reinsch, Schmiedegesse,	geboren am 2. Februar 1861 zu Klein-Aur-schin, Bezirk Senften-berg, Böhmen, orts-angehörig zu Döberitz, Oesterreich-Schlesien,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	3. Dezember 1896.
10.	Franz Binchoin, Bäder,	geboren am 23. März 1864 zu Gmunden, Oherösterreich, ortsan-gehörig zu St. Marien-kirchen, Bezirk Wels, ebendaselbst,	Landstreichen,	Großherzoglich sächsi-scher Landesforst-mei-ster zu Ronneburg,	21. November 1896.
11.	Samuel Bigler, Schuhmacher,	geboren am 10. August 1864 zu Bümplig, Kanton Bern, Schweiz, ortsangehörig zu Worb, ebendaselbst,	Betteln,	Großherzoglich sächsi-scher Direktor des III. Verwaltungsbe-zirks zu Eisenach,	10. Dezember 1896.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath:	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
12	Gerhard Busters, Arbeiter,	geboren am 10. Oktober 1839 zu Lütte, Niederlande, ortsangehörig zu Lössen, Provinz Overijssel, ebendaselbst,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Münster,	19. November 1896.
13	Adolf Haller, Schiffsknecht,	geboren am 6. April 1876 zu Reinach, Canton Aargau, Schweiz, schweizerischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Reg.,	10. Dezember 1896.
14	Antonie Vesbä geb. Blazek, Witwe,	Alter unbekannt, aus Neu-Cereske, Bezirk Pilgram, Böhmen, österreichische Staatsangehörige,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Cassel,	24. November 1896.
15	Froim Fänkel — Doppelname Jakob Eisenberg, — Schuhmacher,	geboren im Jahre 1860 zu Rabomsk, Polen, russischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Posen,	7. Dezember 1896.
16	Mahdalené Kupstik, unverehelicht,	geboren am 18. März 1862 zu Taus, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Uebertretung strengen polizeilicher Vorschriften,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Schleswig,	10. Dezember 1896.
17	Ernst Dypelt, Fabrikarbeiter,	geboren am 28. August 1874 zu Donawitz, Bezirk Karlsbad, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Koving,	18. November 1896.
18	Ernst Jakob Bögnont, Koch,	geboren am 10. November 1876 zu Parrabiago, Italien, italienischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Reg.,	10. Dezember 1896.
19	Wenzel Schoske, Färbergehilfe,	geboren am 9. September 1872 zu Wartenberg bei Gabel, Böhmen,	Betteln und Verleugung eines ihm nicht zukommenden Namens,	Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Dautzen,	19. Oktober 1896.
20	Adolf Schoske, Schuhmacher,	geboren am 12. April 1864 zu Petersdorf, Bezirk Gabel, Böhmen,	Landstreichen, Betteln, Führung falscher Regimentspapiere und Angabe falschen Namens,	Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Dresden,	27. Oktober 1896.
21	Josepha Tessa, geb. Kulla, verwitwete Arbeiterin,	52 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Policzka, Böhmen,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	13. November 1896.

Hierzu sechs öffentliche Anzeigen.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogenzahl 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Anstalt zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. G. v. S. v. S.

Öffentlicher Anzeiger (Nr. 6)

zum 4ten Stück des Monats
der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 22. Januar 1897.

Polizeiliche Angelegenheiten.

164. Gegen den unten beschriebenen Missethäter: Friedrich Wilhelm Hermann Böcke, geboren am 3. März 1871 zu Berlin, welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls im freifahren. Rückfalle verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften, in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern und zu den Akten J. H. G. 7 97 Nachtr. zu geben.

Berlin, den 11. Januar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

Beschreibung: Alter: 25 Jahre, Größe: 1,64 m, Statur: kräftig, Haare: braun, Stirn: hoch, schwach, Bart: blond, Schnauzbart, Augenbrauen: hellbraun, Augen: blau, Nase: hochbogenig, Mund: dicke Lippen, Zunge: dick, Kinn: spitz, oval, Gesicht: kugelig, Gesichtsfarbe: gesund, Sprache: deutsch. Besondere Merkmale: über dem rechten äußeren Augenwinkel, am Hals: rechts und unter dem linken Oberarm: Leberfleck, am Kinn: rechts eine 11 cm lange Narbe, auf dem Rücken: unter dem linken Arm: eine 2 cm lange Narbe.

165. Gegen den Maler Blasius August Bock, geboren am 9. Juni 1856 zu Posen, katholisch, welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls im freifahren. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern.

Berlin, den 11. Januar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

166. Gegen den unten beschriebenen Arbeitslosen: Ernst Theodor Ruff, welcher flüchtig ist und sich verborgen hält, soll seine durch obherrliches Urtheil des Königl. Landgerichts I zu Berlin vom 29. Mai 1896 erkannte Gefängnisstrafe von 6 Monaten vollstreckt werden. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern und Nachtr. zu den Akten J. H. G. 208 96 zu geben.

Berlin, den 7. Januar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

Beschreibung: Alter: 36 Jahre, Größe: 1,55 m, Statur: schlank, Haare: blond, Stirn: frei, Augenbrauen: blond, Augen: braun, Nase und Mund: gewöhnlich, Zunge: gesund, Kinn: rund, Gesicht: schlaff, Gesichtsfarbe: gesund, Sprache: deutsch.

167. Gegen den Schleiferarbeiter Hermann Bartholdy, geboren am 22. Februar 1878 zu Berlin, welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls im freifahren. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern und Nachtr. zu den Akten J. H. G. 208 96 zu geben.

168. Gegen den unten beschriebenen Missethäter: Alexander Frensch, geboren am 1. August 1878 zu Berlin, welcher flüchtig ist und sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls im freifahren. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern und Nachtr. zu den Akten J. H. G. 1249 96 zu geben.

Berlin, den 13. Januar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

169. Gegen den unten beschriebenen Missethäter: Georg Gustav Paul Heilmann, geboren am 7. August 1878 zu Berlin, welcher flüchtig ist und sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls im freifahren. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern und Nachtr. zu den Akten J. H. G. 1249 96 zu geben.

Berlin, den 13. Januar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

170. Gegen den unten beschriebenen Missethäter: Ernst Theodor Ruff, geboren am 9. Juni 1856 zu Posen, katholisch, welcher flüchtig ist und sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls im freifahren. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern und Nachtr. zu den Akten J. H. G. 208 96 zu geben.

Berlin, den 13. Januar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

Beschreibung: Alter: 20 1/2 Jahre, Größe: 1,61 m, Statur: schlank, Haare: blond, Stirn: gewöhnlich, Augenbrauen: blond, Augen: braun, Nase und Mund: gewöhnlich, Zunge: gesund, Kinn: oval, Gesicht: kugelig, Gesichtsfarbe: frisch, Sprache: deutsch.

171. Gegen den unten beschriebenen Missethäter: Wilhelm Gustav Frey, geboren am 1. Juni 1864 zu Königsberg, welcher flüchtig ist und sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls im freifahren. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern und Nachtr. zu den Akten J. H. G. 1249 96 zu geben.

Berlin, den 13. Januar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

Beschreibung: Alter: 32 Jahre, Größe: 1,75 m, Statur: kräftig, Haare: blond, Stirn: frei, Augenbrauen: blond, Augen: braun, Nase und Mund: gewöhnlich, Zunge: gesund, Kinn: rund, Gesicht: schlaff, Gesichtsfarbe: gesund, Sprache: deutsch.

Beschreibung: Alter: 33 Jahre, Größe: 1,76 m, Statur: kräftig, Haare: dunkelblond, Stirn: hoch gewölbt, Bart: Schnurrbart, halblond, Augenbrauen: blond, Augen: blaugrau, Nase: vorstehend, Mund: gewöhnlich, Zähne: vollständig, Kinn: oval, Gesicht: längl. oval, Gesichtsfarbe: gesund, Sprache: deutsch. Besondere Kennzeichen: am linken Scheitelbein eine Narbe, 1 1/2 cm lang.

172. Der Russe Paul Karl August Neumann, am 17. Dezember 1869 zu Berlin geboren, evangelisch, vorbestraft, wohnt in Drig. Bäckerstraße 44 wohnhaft, ist durch Urtheil des Königl. Schöffengerichts zu Nixdorf vom 4. Dezember 1896 wegen Diebstahls zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat rechtskräftig erwürdigt worden. Da ders. Neumann sich verborgen hält, wird ersucht, denselben im Vernehmungsfalle zu verhaften, ihn an die nächste Gerichtsbehörde behufs Strafverfolgung abzuliefern, und aber zu den Akten Akten D. 222 96 Nachricht zu geben. Nixdorf, den 9. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht.

173. Gegen den Schiffseigner Heinrich Schauer, geb. am 9. November 1857 zu Bromberg, jetzt in Charlottenburg wohnhaft, jetzt unbekannten Aufenthalts, ist die Untersuchungshaft wegen Verleumdung verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften, in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern und hierher zu den Akten D. 80 96 Nachricht zu geben. Fürstenwalde, den 11. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht Abtheilung II.

174. Gegen den Schuhmachergehilfen Alexander Schröder, ca. 42 Jahre alt, geboren zu Märkischberg, jetzt unbekannten Aufenthalts, ist die Untersuchungshaft wegen Betruges verhängt worden. Es wird ersucht, denselben zu verhaften, in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern und hiervon zu den Akten G. 18 97. Nachricht zu geben. Fürstenwalde, den 16. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung 2.

175. Gegen den Arbeiter Franz Pätz aus Brandenburg a./H., geboren daselbst am 25. August 1851, welcher flüchtig ist oder latirt, ist die Untersuchungshaft wegen dringender Verdachtsgründe beim Vorliegen eines Vergehens, nämlich eines Diebstahls, verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Königl. Gerichtsgefängnis zu Brandenburg a./H. abzuliefern. Signalement kann nicht angegeben werden. Potsdam, den 14. Januar 1897.

Der Untersuchungsrichter bei dem Königl. Landgerichte.

176. Der Russe Gottfried Schulze, geboren am 11. November 1870 zu Klein-Pestow, Kreis Teltow, evangelisch, wohnt (im November 1896) zu Berlin Gienichstraße 17 bei Wohl wohnhaft, ist durch rechtskräftiges Urtheil des Königl. Schöffengerichts zu Mittenwalde vom 28. März 1896 wegen Körperverletzung zu einer dreimonatlichen Gefängnisstrafe verurtheilt worden. Da derselbe sich verborgen hält, so wird ersucht, denselben im Vernehmungsfalle zu

verhaften, ihn an die nächste Gerichtsbehörde behufs Vollstreckung abzuliefern, und aber zu den Akten D. 21/96 Nachricht geben zu wollen.

Mittenwalde, den 29. Dezember 1896.

Königliches Amtsgericht.

177. Gegen den Klempnergehilfen Johann Hartwig aus Königsberg i./Pr., welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Gerichtsgefängnis zu Dt.-Eylau abzuliefern. Dt.-Eylau, den 8. März 1898.

Königliches Amtsgericht II.

178. Gegen den Töpfergehilfen Ferdinand Wapronnes aus Dt.-Eylau, geboren daselbst am 23. September 1876, welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Körperverletzung, Bedrohung, Hausfriedensbruch und Verleumdung verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern, auch zu den künftigen Akten D. 170/96 Nachricht zu geben. Dt.-Eylau, den 16. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht II.

179. Gegen den Schneider Wilhelm Paul, jetzt in Stettin, jetzt unbekannten Aufenthalts, geboren am 3. Juli 1872 zu Stettin, welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Betruges verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Justizgefängnis abzuliefern, sowie uns Nachricht zu den Akten D. 245 96 zu geben. Prenzlau, den 7. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht.

180. Gegen den Knecht Johann Stange, unbekanntes Aufenthalts, geboren am 14. Februar 1865 zu Schloßhau, Kreis Bromberg, welcher flüchtig ist und sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern und uns zu den Akten D. 10 97. Nachricht zu geben. Rauen, den 16. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht.

181. Gegen den Arbeiter Mathes Gröba aus Stradow, geboren am 29. August 1830 zu Groß Budow, welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls im wiederholten Falle verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Gerichtsgefängnis zu Cottbus abzuliefern. Altenteichen 2 J. 2691/96. Cottbus, den 15. Januar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft.

182. Gegen den unten beschriebenen Handlungsreisenden Adrian Klemenz, geboren zu Heilsbrunn, Kreis Ost-Elmwig, am 2. März 1857, welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Körperverletzung verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften, in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern und zu den Akten III. J. 311 96 Nachricht zu geben. Neu-Münster, den 13. Januar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft.

Befragung. Alters 30 Jahre, Größe: 2 R. 70 Cm., Statur: kräftig, Haare: blond, Bart: Schnurrbart.

183. Der wegen Fahnenflucht feldbesslich verfolgte Fälscher des 2. Kompanie heißt nach Feststellung des königlichen Polizei-Präsidenten Berlin nicht „Dörband“, sondern „Dörbrand“.

Spandau, den 11. Januar 1897.

Kaiser-Regiment Graf Roon.

184. Der unterm 28. Juni 1895 gegen die Hebamme Emilie Auguste Karoline Kieger geb. Rogge, geboren am 5. Mai 1845 zu Frankfurt a. D., in den Akten J. IV. E. 76 95 erlassene Steckbrief wird hiermit erneuert. Gegen die Kieger soll eine Gefängnisstrafe von neun Monaten, wovon fünf Monate für verhängt, erachtet, vollstreckt werden.

Berlin, den 11. Januar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft beim Landgericht I.

185. Der unter dem 3. März 1896 hinter den Postkammer-Rat Holler in den Akten J. II. R. 36 96 erlassene Steckbrief wird hierdurch erneuert.

Berlin, den 14. Januar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

186. Der gegen den Schlossermeister Karl Göber wegen Betruges in Actis J. IDr. 278 93 unter dem 21. März 1893 erlassene Steckbrief wird hierdurch erneuert.

Berlin, den 13. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht I, 125. Wkt.

187. Der hinter den am 28. Februar 1895 zu Gölshof, Kreis Neu-Stettin, geborenen Arbeiter Robert von Sieraner am 29. Dezember 1895 in den Akten D. 411/95 erlassene, am 7. Oktober 1896 zuletzt erneuerte Steckbrief, wird wiederum erneuert.

Spandau, den 12. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht.

188. Der in Nr. 3 Stück 44 Jahrgang 1896 unter Nr. 77 gegen den Hofgänger Paul Matthes aus Jäsedom erlassene Steckbrief wird hierdurch erneuert. (Aktenzeichen II. J. 893 96.)

Prenzlau, den 6. Januar 1897.

Der Erste Staatsanwalt.

189. Der gegen den Arbeiter Johann Friedrich Wilhelm Hoffert, geboren am 16. Februar 1861 zu Stolpe bei Anklam, wegen Diebstahls in Sachen J. II. 1460/91 unter dem 17. November 1891 erlassene, unter dem 24. Februar 1892, 24. August 1892, und 30. Juni 1896 erneuerte Steckbrief wird nochmals erneuert. Hoffert nennt sich wahrscheinlich Albert Ernst Rudolf Ras, geboren am 28. März 1858, da er auf diesen Namen lautende Militärpapiere entwendet hat.

Stettin, den 4. Januar 1897.

Der Erste Staatsanwalt.

190. Der von dem Herrn Untersuchungsrichter bei dem königlichen Landgericht I. hier selbst unterm 15ten Mai 1883 hinter den Buchbinder Friedrich Stobbe, geboren am 19. Oktober 1843 zu Res-Braken, in den

Akten U. R. II. 427 82 — J. IV. C. 90 82 wegen betrügl. Bankerotts und wiederholten Betruges, erlassene und unterm 19. Juli 1889 erneuerte Steckbrief wird hiermit zurückgenommen.

Berlin, den 14. Januar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I. Der von dem Herrn Untersuchungsrichter bei dem königlichen Landgericht I. hier selbst unterm 15ten Mai 1883 hinter den Buchbinder Josef Schmidt, geboren am 21. Dezember 1857 zu Dresden, in den Akten U. R. II. 427 82 — J. IV. C. 90 82 wegen Betruges zum betrügl. Bankrott und wegen wiederholten Betruges, erlassene und unterm 19. Juli 1889 erneuerte Steckbrief wird hiermit zurückgenommen.

Berlin, den 14. Januar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

192. Der gegen den Handlungsgehilfen Theodor May am 12. Januar 1892 in den Akten J. II. R. 36 96 erlassene Steckbrief wird zurückgenommen.

Berlin, den 12. Januar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

193. Der unter dem 30. Juni 1893 hinter den Schneidermeister Johann Reichelt in den Akten J. II. R. 508 88 erlassene Steckbrief ist erledigt.

Berlin, den 13. Januar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

194. Der unter dem 6. Mai 1896 hinter den Maurer Johann Karl Nikolaus Schütz erlassene Steckbrief ist erledigt.

Berlin, den 14. Januar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

195. Der unterm 22. Dezember 1896 hinter den Buchbinder Paul Gustav Adolf Schmidt in den Akten J. V. A. 435 96 erlassene Steckbrief ist erledigt.

Berlin, den 16. Januar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

196. Der hinter den Handelsmann Adolf Hermann Reichelt, geboren am 14. Juli 1852 zu Krefeld, in den Akten J. IV. C. 1431/93 unterm 14. Februar 1895 erlassene Steckbrief ist erledigt.

Berlin, den 16. Januar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

197. Der dießseits unter dem 28. August 1896 hinter den Kaufmann Karl Schädler, geboren am 6. Juli 1867, wegen Erregung eines öffentlichen Aufruhrs in den Akten J. IV. E. 649 96 erlassene Steckbrief wird hiermit zurückgenommen.

Berlin, den 16. Januar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

198. Der in den Akten I. A. Nr. 291 96 gegen die Ehefrau des Schmieds Gytha Emma geb. Böttger, geboren am 28. August 1868 zu Berlin, wegen Betruges unter dem 6. Oktober 1896 erlassene Steckbrief wird hiermit zurückgenommen.

Berlin, den 14. Januar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

199. Der hinter den Arbeiter Friedrich Böhl, geboren am 7. Juli 1847 zu Robanda, Kreis Crivitz in

200. Der im Jahrgang 1896 gegen den Arbeiter Gottlieb Ebert aus Freienwalde, geboren am 6. Mai 1862 in Freienwalde, erlassene Steckbrief ist erledigt. (Altenzeichen M² 52/96).

Prenzlau, den 13. Januar 1897.
Königliches Amtsgericht.

201. Der im Jahrgang 1896 gegen die Ehefrau des Arbeiters Gottlieb Ebert Marie Anna Rühl geb. Rühl, geboren am 6. Januar 1867 zu Marienwerder, Kreis Niederbarnim, erlassene Steckbrief ist erledigt. (Altenzeichen M² 52/96).

Prenzlau, den 13. Januar 1897.
Der Erste Staatsanwalt.

202. Der im Jahrgang 1896 unter Nr. 118 gegen den Arbeiter Gustav Griese aus Hindenburg, geboren am 7. Februar 1856 zu Werstphuhl, Kreis Oberbarnim, erlassene, in Nr. 4 Stück 17 Jahrgang 1896 unter Nr. 131, in Nr. 4 Stück 18 Jahrgang 1896 unter Nr. 189 erneuerte Steckbrief ist erledigt. (Altenz. II. J. 855/96).

Prenzlau, den 13. Januar 1897.
Der Erste Staatsanwalt.

203. Der in Nr. 8 Stück 35 Jahrgang 1894 unter Nr. 97 gegen den Köhler August Weirich aus Schwedt a./D., geboren am 28. August 1878 zu Berlin, erlassene Steckbrief ist erledigt. (Altenz. J. 1132/94).

Prenzlau, den 31. Dezember 1896.
Der Erste Staatsanwalt.

204. Der in Nr. 9 Stück 35 Jahrgang 1894 unter Nr. 97 gegen den Köhler August Weirich aus Schwedt a./D., geboren am 28. August 1878 zu Berlin, erlassene Steckbrief ist erledigt. (Altenz. J. 1132/94).

Prenzlau, den 14. Januar 1897.
Der Erste Staatsanwalt.

205. Der hinter den Drehtorgelspieler Albert Brandt am 16. Dezember 1896 wegen Gewerbevergehens in den Alten D. 155/96 erlassene Steckbrief wird als erledigt zurückgenommen.

Angermünde, den 14. Januar 1897.
Königliches Amtsgericht.

206. Der gegen den Arbeiter Johann Friedrich Wilhelm Lehmann, geboren den 18. Juli 1849 in Radulsch, Kreis Birnbaum, wegen Erregung ruchselnden Lärms, öffentlicher Beleidigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt unter dem 19. April 1895 im Stück 18 unter Nr. 117 erlassene und unter dem 31. Dezember 1896 im Stück 3 unter Nr. 140 erneuerte Steckbrief ist erledigt. (Gieslow, den 16. Januar 1897).

Gieslow, den 16. Januar 1897.
Königliches Amtsgericht.

207. Der am 17. Dezember 1896 hinter den Handlungsgehilfen Karl Schuband aus Jübingen erlassene Steckbrief ist erledigt. (Halberstadt, den 16. Januar 1897).

Halberstadt, den 16. Januar 1897.
Der Erste Staatsanwalt.

208. Der gegen den Arbeiter Johann Friedrich Wilhelm Lehmann, geboren den 18. Juli 1849 in Radulsch, Kreis Birnbaum, wegen Erregung ruchselnden Lärms, öffentlicher Beleidigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt unter dem 19. April 1895 im Stück 18 unter Nr. 117 erlassene und unter dem 31. Dezember 1896 im Stück 3 unter Nr. 140 erneuerte Steckbrief ist erledigt. (Gieslow, den 16. Januar 1897).

Gieslow, den 16. Januar 1897.
Königliches Amtsgericht.

209. Der Drahtarbeiter Julius Zellinek, geboren am 7. Juli 1865 zu Preeran in Oesterreich, zuletzt in Berlin, Hirschenstraße 10, wohnhaft gewesen, jetzt unbekannten Aufenthalts, ist durch rechtskräftiges Urtheil vom 17. Dezember 1896 wegen Uebertretung des Gesetzes vom 3. Juli 1876 zu sechsmonatlichem Haft, im Nichtbeitragsfalle drei Tage Haft kostenpflichtig verurtheilt worden. Es wird ersucht, an demselben an Betretungsfälle das Urtheil zu vollstrecken und uns zu den Akten 12 B. 304/96 zu benachrichtigen.

Berlin, den 13. Januar 1897.
Königliches Amtsgericht, H., Abtheilung 12.

208. Der gegen den Arbeiter Johann Friedrich Wilhelm Lehmann, geboren den 18. Juli 1849 in Radulsch, Kreis Birnbaum, wegen Erregung ruchselnden Lärms, öffentlicher Beleidigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt unter dem 19. April 1895 im Stück 18 unter Nr. 117 erlassene und unter dem 31. Dezember 1896 im Stück 3 unter Nr. 140 erneuerte Steckbrief ist erledigt. (Gieslow, den 16. Januar 1897).

Gieslow, den 16. Januar 1897.
Königliches Amtsgericht, H., Abtheilung 12.

209. Der Drahtarbeiter Julius Zellinek, geboren am 7. Juli 1865 zu Preeran in Oesterreich, zuletzt in Berlin, Hirschenstraße 10, wohnhaft gewesen, jetzt unbekannten Aufenthalts, ist durch rechtskräftiges Urtheil vom 17. Dezember 1896 wegen Uebertretung des Gesetzes vom 3. Juli 1876 zu sechsmonatlichem Haft, im Nichtbeitragsfalle drei Tage Haft kostenpflichtig verurtheilt worden. Es wird ersucht, an demselben an Betretungsfälle das Urtheil zu vollstrecken und uns zu den Akten 12 B. 304/96 zu benachrichtigen.

Berlin, den 13. Januar 1897.
Königliches Amtsgericht, H., Abtheilung 12.

210. Der Handelsmann Franz Jankel, geboren am 1. September 1864 zu Stettin, Kreis Stettin, zuletzt zu Hirschberg, Hing. Handwerksstraße 9, wohnhaft gewesen, jetzt unbekannten Aufenthalts, ist durch rechtskräftiges Strafbefehl vom 7. September 1896 wegen Vergehens gegen §§ 55a, 146a, Reichsgewerbeordnung mit 6 M. Geldstrafe, im Unvermögensfalle 2 Tagen Haft bestraft worden. Es wird ersucht, an demselben im Betretungsfalle das Urtheil zu vollstrecken und uns zu den Akten 12 C. 142/96 zu benachrichtigen.

Berlin, den 14. Januar 1897.
Königliches Amtsgericht II., Abtheilung 12.

211. Die Händlerin Witwe Friederike Zietze geb. Krüger, geb. am 29. Mai 1839 zu Gieslow, Kreis Gieslow, zuletzt in Berlin, Gollnowstr. 4, wohnhaft, jetzt unbekannten Aufenthalts, ist durch 2 vollstreckbare Urtheile vom 9. Juli 1896 zu einer Geldstrafe von je 3 M. im Nichtbeitragsfalle zu je 1 Tage Haft kostenpflichtig verurtheilt. Es wird ersucht, von der Zietze im Betretungsfalle die Geldstrafe und zugleich die Kosten im Gesamtbetrage von 22 M. 30 Pf. anzuziehen, im Unvermögensfalle aber sie zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern, welches ihm Vollstreckung der substituirtten Freiheitsstrafe und Nachricht zu unseren Akten B. 74/96 und E. 75/96 gegeben wird.

Küttlenwalde, den 8. Januar 1897.
Königliches Amtsgericht, Abtheilung II.

212. Gegen den am 12. Februar 1868 zu Pöppig geborenen Bäcker Julius Gaffer, dessen Aufenthaltsort nicht bekannt ist, ist auf Inhaftigkeit von Polizeiaufsicht erkannt worden, was wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniss bringen.

Spandau, den 8. Januar 1897.
Die Polizeiverwaltung.

213. Der Tischlergehilfe **Wilh. Robert Max Nagmig**, am 24. Dezember 1876 zu Nixdorf geboren, evangelisch, zuletzt zu Berlin, Ratiborstraße 2 wohnhaft, ist durch die rechtskräftigen Urtheile des Königl. Schöffengerichts zu Nixdorf 1) vom 5. Juni 1896 wegen Körperverletzung zu 120 Mark Geldstrafe, im Unvermögensfalle zu 40 Tagen Gefängniß, 2) vom 22. Mai 1896 wegen Körperverletzung zu 15 Mark Geldstrafe, im Unvermögensfalle zu 5 Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Es wird ersucht, von dem *ic.* Nagmig die vorgedachten Geldstrafen heizutreiben, im Nichtbeitragsfalle denselben zu verhaften und ihn dem nächsten Gerichtsgefängniß, welches um Vollstreckung der Gefängnißstrafe gebeten wird, zuzuführen und hierher zu den Akten IIb. D. 108 117/96 Nachricht gelangen zu lassen.

Nixdorf, den 11. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht.

214. Die Sicherheitsbehörden werden ergebenst ersucht, den jetzigen Aufenthaltsort des am 7. Oktober 1861 zu Alten-Platow bei Genthin geborenen und zuletzt in Berlin wohnhaft gewesenen Cirkusgeschäftsführers **Emund Müller** dem unterzeichneten Amtsgericht zu den Akten c/a Müller wegen Gewerbevergehens — D. 359/96 — mitzuthellen.

Spandau, den 14. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht.

215. Die Sicherheitsbehörden werden ergebenst ersucht, den jetzigen Aufenthaltsort des am 17. Januar 1861 zu Neu-Brandenburg geborenen und zuletzt in Reinickendorf wohnhaft gewesenen Arbeiters **Ehrenfried Neumann** dem unterzeichneten Amtsgericht zu den Akten c/a Rehmann D. 408/96 mitzuthellen.

Spandau, den 12. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht.

216. Um Angabe des Aufenthaltsorts des Arbeiters **August Schleginski**, zuletzt in Rgl. Reetz, geboren am 15. März 1871 zu Klein-Ottern, wird zu den Akten k. J. 765/96 ersucht. Schleginski wird als Zeuge gesucht.

Prenzlau, den 8. Januar 1897.

Der Erste Staatsanwalt.

217. Um Ermittlung des Aufenthalts des Arbeiters (Kuhfütterers) **Wilibald (Wilk.) Wilhelm Heffel**, geboren am 14. Oktober 1877 zu Leipzig, und Nachricht zu den Akten XI. J. 445/96 wird ersucht. Heffel soll als Zeuge vernommen werden.

Magdeburg, den 16. Januar 1897.

Der Erste Staatsanwalt.

218. Es wird um Ermittlung des Aufenthalts des Schuhmachergehilfen **Hermann Josephawig**, geboren am 1. Mai 1860 in Lortz, Rostock, zuletzt in Mittenwalde arbeitslos gewesen, angeblich nach Berlin verzogen, und Anzeige zu den Strafakten c/a Josephawig und Genossen — D. 16/93 — ersucht.

Mittenwalde, den 1. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht.

219. Es wird um Ermittlung des Aufenthalts des Arbeiters **Rudolf Urban**, geboren am 27. Februar

1892
nicht
1896)
Anzeige
jud.



zu Potsdam

1897.

220. Es wird Schneidergehilfen a. vember 1866 zu Zeuge zu vernahmen.

Potsdam, den 15.

Der Untersuchungsrichter

221. Es wird um Aufenthalts des Kellners Paul geboren am 7. April 1868 zu Müllerstraße 30 wohnhaft 161 96 ersucht.

Templin, den 18. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht.

222. Es wird um Mitteilung des Aufenthalts des Dampfmaschinenführers **Paul aus Danne-Past bei Zehdenick**, Kreis Templin, am 2. April 1861 daselbst, zu den Akten D. 17 17 17 ersucht.

Templin, den 15. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht.

223. In der Strafsache gegen **Hausmann** wird um Angabe des Aufenthalts des Arbeiters **Reinhold Hausmann**, geboren am 25. Juli 1862 zu Kreis Insterburg, zu den Akten D. 216 96 ersucht.

Rauen, den 14. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht.

224. In der Strafsache gegen **Bergner** und Genossen wird um Angabe des Aufenthalts des Kupferschmieds **Karl Bergner**, geboren am 25. Juni 1877 zu Muerbach im Voigtlande, zu den Akten D. 177 96 ersucht.

Rauen, den 11. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht.

225. Das unterm 20. Juni 1892 hinter die Wechselschlichtigen Klempner **Friedrich Wilhelm Schulz** und Genossen in den Akten M. I. 33/92 erlassene offene Strafvollstreckungser suchen wird hierdurch erneuert.

Potsdam, den 12. Januar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft.

226. Das hinter den am 17. Januar 1867 zu Neu-Brandenburg geborenen Arbeiter **Ehrenfried Neumann** in den Akten D. 82 96 am 8. Oktober 1896 erlassene offene Strafvollstreckungser suchen wird hiermit erneuert.

Spandau, den 12. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht.

227. Das gegen den Schlächtergehilfen **Reinhold Adolf Julius Mittag**, geb. am 3. Februar 1876, im Deffentl. Anzeiger Nr 3 zum 29. Stück am 25. Juni 1896 erlassene Vollstreckungser suchen wird hierdurch erneuert.

Spandau, 12. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 3.

Den 29. Januar

1897.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungspräsidenten.

Betr. Stempelsteuerfreiheit von Zeugnissen u., die sich auf die Befreiung von militärischen Kontrollversammlungen beziehen.

22. Die Vorschrift des § 4c. des Stempelsteuer-
gesetzes vom 31. Juli 1895, wonach

„die auf die Heeresergänzung und die Befreiung
von dem Heeresdienste sowie von den Reserve- und
Landwehrübungen bezüglichen amtlichen Urkunden“

von der Stempelsteuer befreit sind, bezieht sich auch auf
die von Polizeibehörden, Landrathsämtern, Gemeinde-
vorstehern u. ertheilten Beglaubigungen der Unter-
schriften von Zeugnissen sowie der Nachweisungen über
die Familien- und Erwerbsverhältnisse u., die den Ge-
suchen von Personen des Beurlaubtenstandes um Be-
freiung von den militärischen Kontrollversammlungen
beizufügen sind. Potsdam, den 22. Januar 1897.

Der Regierungspräsident.

23. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Dezember 1896 beobachteten Wasserstände.

Datum	Berlin		Spandau		Pots- dam	Brandenburg		Rathenow		Havel- berg
	Ober- Wasser	Unter- Wasser	Ober- Wasser	Unter- Wasser		Ober- Wasser	Unter- Wasser	Ober- Wasser	Unter- Wasser	
	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.		Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	
1.	32,26	30,56	2,60	0,85	1,16	2,18	1,40	1,60	1,00	1,72
2.	32,30	30,56	2,56	0,80	1,15	2,22	1,44	1,60	1,00	1,72
3.	32,30	30,62	2,56	0,80	1,14	2,20	1,42	1,28	0,70	1,72
4.	32,26	30,60	2,52	0,84	1,15	2,16	1,44	1,26	0,70	1,50
5.	32,24	30,58	2,52	0,95	1,16	2,06	1,52	1,30	0,70	1,20
6.	32,20	30,58	2,50	0,88	1,18	2,20	1,54	1,44	0,72	1,10
7.	32,18	30,48	2,50	0,96	1,18	2,20	1,56	1,40	0,76	1,10
8.	32,20	30,48	2,52	0,78	1,18	2,18	1,58	1,40	0,76	1,14
9.	32,24	30,48	2,52	0,78	1,17	2,18	1,58	1,52	0,90	1,30
10.	32,28	30,48	2,54	0,77	1,14	2,20	1,58	1,62	1,02	1,58
11.	32,28	30,58	2,56	0,78	1,12	2,22	1,54	1,62	1,14	1,80
12.	32,30	30,64	2,58	0,84	0,12	2,20	1,52	1,64	1,22	1,98
13.	32,28	30,62	2,60	0,80	1,13	2,18	1,52	1,62	1,24	1,98
14.	32,28	30,62	2,64	0,88	1,15	2,26	1,44	1,60	1,24	1,98
15.	32,28	30,64	2,62	0,90	1,16	2,26	1,46	1,62	1,26	1,96
16.	32,28	30,64	2,64	0,88	1,17	2,22	1,50	1,62	1,26	1,96
17.	32,26	30,64	2,64	0,90	1,18	2,20	1,44	1,60	1,24	1,96
18.	32,24	30,64	2,62	0,92	1,19	2,22	1,46	1,40	1,00	1,98
19.	32,24	30,54	2,60	0,88	1,20	2,20	1,52	1,40	0,98	1,78
20.	32,24	30,52	2,60	0,80	1,19	2,32	1,48	1,42	1,00	1,58
21.	32,22	30,50	2,62	0,82	1,19	2,28	1,50	1,48	1,00	1,54
22.	32,24	30,46	2,62	0,78	1,18	2,28	1,48	1,60	1,00	1,60
23.	32,26	30,46	2,62	0,78	1,16	2,24	1,50	1,62	1,00	1,62
24.	32,28	30,48	2,62	0,78	1,15	2,22	1,50	1,60	1,02	1,70
25.	32,28	30,50	2,66	0,72	1,14	2,26	1,48	1,62	1,06	1,84
26.	32,28	30,56	2,62	0,78	1,14	2,26	1,46	1,62	1,08	1,84
27.	32,30	30,56	2,62	0,86	1,15	2,25	1,44	1,62	1,10	1,92
28.	32,30	30,66	2,62	0,90	1,19	2,22	1,40	1,60	1,12	1,96
29.	32,30	30,64	2,60	0,92	1,20	2,20	1,50	1,60	1,14	1,96
30.	32,28	30,64	2,64	0,92	1,20	2,22	1,54	1,60	1,18	1,98
31.	32,26	30,64	2,65	0,98	1,20	2,24	1,56	1,62	1,18	1,92

Potsdam, den 22. Januar 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

24. An Stelle des am 1. Oktober 1895 ausgeschiedenen Ingenieurs Gustav Spag ist der Ingenieur Carl Koesche zu Berlin N. Antonstraße 46 von der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft als Beauftragter angestellt worden.

Potsdam, den 20. Januar 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Polizei-Verordnung,

betreffend den Schweinemarkt auf dem städtischen Viehhofe.

12. Auf Grund der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195 ff.) und der §§ 5 ff. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) wird mit Zustimmung des Gemeindevorstandes für den Stadtkreis Berlin, zugleich in Abänderung des § 13 der Polizei-Verordnung vom 17ten Februar 1881 folgendes verordnet.

§ 1. Der Schweinemarkt beginnt jeden Markttag im Sommerhalbjahr um 7 Uhr, im Winterhalbjahr um 8 Uhr früh und endet um 2 Uhr Nachmittags.

§ 2. Die Fütterung (d. h. die Futteraufnahme Seitens der in den Schweinehallen des städtischen Viehhofs zum Verkauf gestellten Schweine) muß an den Markttagen im Sommerhalbjahr um 6 Uhr, im Winterhalbjahr um 7 Uhr Morgens beendet sein.

§ 3. Die tragbaren Futtertröge müssen im Sommerhalbjahr bis 7 Uhr, im Winterhalbjahr bis 8 Uhr Morgens aus den Buchten entfernt sein. Tröge, welche nach dieser Stunde in den Buchten vorgefunden werden, sind durch Angestellte der Viehhofs-Verwaltung auf Kosten der Säumigen bezw. der Inhaber oder der Kommissionäre, welchen die Buchten überwiesen worden, zu entfernen. Für jeden Trog sind 10 Pfennige zu entrichten.

Wird in unbeweglichen Trögen nach 7 bezw. 8 Uhr Morgens noch Futter vorgefunden, so wird dasselbe ebenfalls durch Angestellte der Viehhofs-Verwaltung auf Kosten der Säumigen, von denen für die Leerung eines jeden Troges 10 Pfennige eingezogen werden, aus den Hallen entfernt!

§ 4. Wenn an Markttagen im Sommerhalbjahr nach 6 Uhr, im Winterhalbjahr nach 7 Uhr Morgens in einer Bucht der Schweinehallen Schweine gefüttert werden bezw. in Futtertrögen einer mit Schweinen belegten Bucht Futter gefunden wird, dürfen die sämtlichen in dieser Bucht befindlichen Schweine vor 2 Uhr Nachmittags aus ihr nicht entfernt, also auch nicht zur Waage getrieben werden.

An der betreffenden Bucht wird durch Polizeibeamte oder Angestellte der Verwaltung eine Tafel mit der deutlichen Aufschrift angebracht:

„(Anzahl) Schweine, zu spät gefüttert. Abtrieb bis zum Marktschluß verboten.“

Die Entfernung solcher Tafeln durch Andere als die gedachten Beamten ist bei Strafe verboten.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizei-Ver-

ordnung werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mark, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

Die Strafe trifft sowohl diejenigen, welche diese Polizei-Vorschrift selbstständig verletzen, als auch diejenigen, welche den Auftrag zur Verletzung derselben gegeben haben und diejenigen Inhaber von Commissionsfirmen, welchen die Buchten seiner Zeit überwiesen worden und welche daher für Befolgung der Vorschriften als Inhaber der Buchten verantwortlich sind.

§ 6. Die Polizei-Verordnung tritt sofort in Kraft, gleichzeitig wird die Polizei-Verordnung vom 7. Januar 1882

25. Oktober 1893 aufgehoben.

Berlin, den 13. Januar 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Unbefehlbare Einschreibbriefe.

4. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern folgende an den nachbezeichneten Tagen zur Post gegebene Einschreibbriefe.

A. Aufgeliefert in Berlin mit dem Bestimmungsorte Berlin.

An Gustav Zahnte, Postamt 35 postlagernd vom 29. Juli 1896, an Max Schmidt, Jüdenstr. 30 I vom 3. August 1896, an Jonas Blumenthal, Charlottenstr. 59 vom 10. August 1896, an Ludwig Terrain, Taubenstr. 11/13 vom 28. August 1896, an Hauptexpedition des Berliner Lokalanzeigers, Zimmerstr. vom 31. August 1896, an Boland, Putbusserstr. 57/59 vom 31. August 1896, an Allers, Landsberger Allee 35 vom 31. August 1896, an W. Straube, Alexandrinerstr. 70 vom 31. August 1896, an A. Tomechna, Brüderstr. vom 4. September 1896, an Frau Goetze, Uferstr. 14a. vom 7. September 1896, an Heß, Rügenstr. 26 vom 8. September 1896, an J. C. Krüger, Schöneberger Ufer 32 vom 9. September 1896, an Pächmann, Weidenweg 43 vom 10. September 1896, an Grüneberger, Stallschreiberstr. 63 vom 11. September 1896, an A. Seferin, Gräsestr. 12 III. vom 14. September 1896, an Frau Elisabeth Fris, Kolbergerstr. 4. IV. vom 16. September 1896, an Karl Widel, Neues Thor 1a. vom 17. September 1896, an M. J. Bartsch u. Co., Am Königsgraben 20 vom 19. September 1896, an Fris Krüger, Kottbuser Ufer 5 vom 22. September 1896, an Jöbel, Voßtr. 67 vom 23. September 1896, an F. Jägel, Markgrafenstr. 57 vom 24. September 1896, an Kaul, Münzstr. 19 vom 25. September 1896, an Buxereit, Hochstr. 46 vom 26. September 1896, an Leonor Blumenthal, Montbijou-Platz 4 vom 26. September 1896, an Adolf Bayer jor, Pychenerstr. 9 vom 28. September 1896, an Eugen Raphael, Münzstraße 30 vom 2. Oktober 1896, an Gößler, Rasbachstr. 14 vom 3. Oktober 1896, an Dr. Tri, Calvinst. 14 vom 7. Oktober 1896, an Ridel, Marienburgerstr. 32 vom 7. Oktober 1896, an Rud.

Groß, Zornborferstr. 31 vom 11. Oktober 1896, an Frau Luise Hoffmann, Wienerstr. 30 vom 12. Oktober 1896, an Berthold Israel, Bellevuestr. 8 vom 12. Oktober 1896, an Louis Stegemann, Zwingerstr. 15 vom 14. Oktober 1896, an E. Padendorf, Wassertorstr. 3 vom 19. Oktober 1896, an Pauline Kreske, Pallisadenstr. 21 vom 21. Oktober 1896, an Emil Rood, Gerlachstr. 62 vom 30. Oktober 1896, an Bernh. Steglich, Wienerstr. 18 vom 30. Oktober 1896, an Schwarz, Staligerstr. 6 vom 4. November 1896, an Wm. Birberg, Französische-Strasse 47 vom 7. November 1896, an Zietlow und Metjcke, Brätherstr. 29 vom 10. November 1896, an A. Holz, Mendelssohnstr. 14 vom 11. November 1896, an Dr. Paul Riedel, Französischestr. 1 vom 16. November 1896, an Frau Busch, Thiergartenstr. vom 16. November 1896, an Klein, Elsäfferstr. 26 vom 16. November 1896.

B. Aufgeliefert in Berlin nach anderen Orten.

An Dr. Charles Mueller in Washington vom 24. März 1896, an S. E. Morre in Paris vom 9. April 1896, an Augusto Schuler in Sao Paulo vom 13. April 1896, an Iwanowna Tamarowoi in Charkow, postlagernd vom 19. Mai 1896, an Iwanowna Tamarowoi in Charkow, postlagernd vom 25. Mai 1896, an D. Mosner in Kuchary vom 1. Juni 1896, an Piskowski-Zarke in Bremen vom 8. Juni 1896, an Samuel in Free Town vom 12. Juni 1896, an Sally Mbauley in Freetown (Sierra Leone) vom 3. Juli 1896, an Professor Dr. E. Lorenz in Besterland (Sylt) vom 7. Juli 1896, an Friede in Nishni-Nowgorod vom 9. Juli 1896, an Bertinus in Philadelphia vom 21. Juli 1896, an E. Grothe in Brandenburg (Havel) vom 15. August 1896, an Frau Emma Leisner in Kopenhagen vom 16. August 1896, an Baron v. Klenke in Paderborn vom 20. August 1896, an Eduard Müller in Breslau Bornwerferstr. 41 vom 24. August 1896, an Richter Nikolajew in Plonsk vom 31. August 1896, an Franz Hirschberg in Judmankel vom 2. September 1896, an Hugo Heppner in Weissensee bei Berlin vom 3. September 1896, an Baron v. Znkafa in London vom 6. September 1896, an Mar Ritter in Heringsdorf vom 12. September 1896, an Paul Kochlin in Heringsdorf vom 12. September 1896, an Habich in Charlottenburg vom 15. September 1896, an Anton Kobziemitsch in Russland vom 16. September 1896, an Bertha Holling in Colberg vom 22. September 1896, an Robert Stiller in Ratibor, postlagernd vom 24. September 1896, Postauftrag für Platkow bei Guszow vom 24. September 1896, an Sächs. Landwirthschaftl. Hagel-Versicherung in Radeberg vom 28. September 1896, an Schindler in Dresden Seeburgerstr. 24 vom 2. Oktober 1896, an E. Seidel in Elberfeld vom 2. Oktober 1896, an Frh. Ostentorp in Oberhausen vom 8. Oktober 1896,

an Louis Herzog in München vom 14. Oktober 1896, an Gerullis & Nietner in Pankow bei Berlin vom 16. Oktober 1896, an Alois Wenng in München vom 19. Oktober 1896, an Zahnarzt Brieger in Luppeln vom 23. Oktober 1896, an Zahnarzt Braun in Hildesheim vom 23. Oktober 1896, an Dr. P. Gyöcs in Budapest vom 23. Oktober 1896, an Zahnarzt Schloßstein in Freienwalde vom 24. Oktober 1896, an Zahnarzt Staudt in Hannover vom 24. Oktober 1896, an Zahnarzt Hoffmann in Piegeln vom 24. Oktober 1896, an Zahnarzt Marx in Stettin vom 24. Oktober 1896, an Wilh. Gais in Schützen-dorf b. Passenheim vom 24. Oktober 1896, an Zahn-arzt Freund in Freiburg B. vom 24. Oktober 1896, an Ruppin in Reinickendorf vom 28. Oktober 1896, an E. Koch in Charlottenburg Ebnistr. 12 vom 2. November 1896, an Carl Behr in Gehaag (Böhmen) vom 3. November 1896, an Ruppin in Reinickendorf vom 7. November 1896, an Robt. Ultrich in Döberan vom 9. November 1896, an Comptoir d'Escompte et de change in Paris vom 12. November 1896, an Direction-Rokopok in Riga vom 14. November 1896. C. Auswärts aufgelieferte mit anderen und gleichen Bestimmungsorten.

Aufgeliefert: Tempelhof an Benski in Rostock vom 18. Juli 1896, aufgeliefert: Schöneberg an Sächsische Militär-Hagel-Vers.-Ges. in Radeburg vom 26. August 1896, aufgeliefert: Brig an Wilh. Gadow Bülowstr. 26 vom 1. September 1896, aufgeliefert: Charlottenburg 2 an Dr. Strunzel in Charlottenburg Schillerstr. 89 vom 14. September 1896, aufgeliefert: Rixdorf an Eheleute Teichmann in Rixdorf vom 15. September 1896, aufgeliefert: Stralau an Cohn Klopffstr. 12 vom 21. September 1896, aufgeliefert: Rixdorf an E. Piese & Co. in Rixdorf Berlinerstr. 88 vom 22. September 1896, aufgeliefert: Charlottenburg 4 an Stud. Klein in Wien vom 25. September 1896, aufgeliefert: Schöneberg an Sächs. landwirthschaftl. Hagel-Vers.-Ges. in Radeburg i./S. vom 26. September 1896, aufgeliefert: Rummelsburg an Aug. Staats Koppensstr. 55 vom 26. September 1896, aufgeliefert: Charlottenburg 1 an Kluch in Hamburg vom 3. Oktober 1896, aufgeliefert: Weissensee an Miesch & Co. in Berlin Fennstr. 14 vom 14. Oktober 1896, aufgeliefert: Charlottenburg 2 an Frau Müller-Friedrichstr. 90 vom 15. Oktober 1896.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Sendungen werden ersucht, zur Empfangnahme derselben spätestens innerhalb vier Wochen bei der hiesigen Ober-Postdirection schriftlich sich zu melden.

Berlin C., 16. Januar 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

1. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-gesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (§. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom

16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Eigenthümer Carl Bernig zu Reinickendorf bei Berlin, Residenzstr. 106, die Schuldschreibungen der konsolidirten 4prozentigen Staatsanleihe

a. von 1882 Lit. E. N^o 549178 549179 und 549182 über je 300 M.

b. von 1884 Lit. E. N^o 808151 über 300 M. angeblich abhanden gekommen sind. Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Herrn Bernig anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebots-Verfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird. Berlin, den 18. Januar 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Direction der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

2. In Gemäßheit der Bestimmungen des Gesetzes vom 2. März 1850, betreffend die Errichtung der Rentenbanken, und des Gesetzes vom 7. Juli 1891, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern, wird am 13. Februar d. J. Mittags 12 Uhr in unserem Geschäftslokale, Klosterstraße 76 I. hieselbst, die Auslosung von 3 1/2 procentigen Rentenbriefen unter Zuziehung der von der Provinzial-Vertretung gewählten Abgeordneten und eines Notars stattfinden. Berlin, den 19. Januar 1897.

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direction zu Berlin.

Gruppentarif III. (Berlin-Stettin).

5. Mit Gültigkeit vom 1. Februar 1897 gelangt zum Gruppentarif III. (Berlin-Stettin) ein Nachtrag 3 zur Ausgabe. Derselbe enthält neben sonstigen Aenderungen und Ergänzungen des Haupttarifs neue Entfernungen für die Stationen Rehrberg, Kl. Tischrue, Nebel, Rosow, Simmashag und Ziegeness. Exemplare des Nachtrages können durch die Güterabfertigungsstellen, sowie das Auskunftsbureau, hier Bahnhof Alexanderplatz, unentgeltlich bezogen werden. Berlin, den 20. Januar 1897.

Königliche Eisenbahndirection,
zugleich Namens der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirection zu Stettin.

Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände.

1. Für diejenigen Thiere und Gegenstände, welche auf der vom 5. bis 7. März d. J. in Soldin stattfindenden Provinzial-Geflügelausstellung ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, wird unter den üblichen, bei den Güter- und Eilgutabfertigungsstellen zu erfragenden Bedingungen auf den Strecken der

sämmlichen Preussischen Staatsbahnen frachtfrei Rückbeförderung nach der Versandstation gewährt.

Stettin, den 19. Januar 1897.

Königliche Eisenbahndirection.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Dem Droguisten August Ander in Tempelho bei Berlin, Berlinerstraße Nr. 9, ist eine Stempelvertheilerstelle widerruflich übertragen worden.

Berlin, den 21. Januar 1897.

Königliches Haupt-Steuer-Amt für inländische Gegenstände.

Polizei-Verordnung

betreffend den Schutz der Strombauwerke an der Elbe im Bereich der Elbstrom-Bauverwaltung.

Auf Grund des § 366 a. des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich und des § 138 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird für die Preussischen Elbstrecken von der sächsischen Grenze bis zur Seemündung, soweit nicht von dem Bezirks-Wasserbauinspektor hierzu eine besondere Erlaubniß erteilt worden ist, das Betreten, sowie jede andere Benutzung der Duhnen, Parallel- und Deckwerke, Pflanzungen und sonstigen Wasserbauten, ferner der durch Verbotstafeln bezeichneten Uferstrecken verboten. Zuwiderhandlungen werden nach § 366 a. des Strafgesetzbuches bestraft. Entgegenstehende Bestimmungen sind aufgehoben.

Magdeburg, den 10. Januar 1897.

Der Chef der Elbstrom-Bauverwaltung,
Ober-Präsident der Provinz Sachsen.

Personal-Chronik.

Im Kreise Kuppin ist an Stelle des Oberförsters von Nathusius der Oberförsterei-Berwalter, Forstassessor Hoffmann-Scholz zu Rheinsberg zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 18 — Rheinsberg — ernannt worden.

Im Kreise Angermünde sind der Rittergutsbesitzer von Wedel-Parlow zu Pölsen zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 21 — Günterberg — und der Defonomierath Vosselmann zu Wilmersdorf zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 20 — Gölzsdorf — wieder ernannt worden.

Dem Oberpfarrer Wernicke in Schwedt ist die Aufsicht über die Schulen der Kreis Schulinspektion Schwedt übertragen worden.

Im Verwaltungsbezirke der Königlichen Hofkammer der Königlichen Familiengüter sind die Königlichen Förster Reichow zu Torbruch und Grubdorf zu Wildbahn in der Kronsfideicommiss-Oberförsterei Heinersdorf verstorben. Der Königliche Förster Knetisch ist von Alt-Rugoben, Hausfideicommiss-Oberförsterei Karmunkau, nach Torbruch, der Königliche Förster Thienel von Neubrück, Hausfideicommiss-Oberförsterei Hammer, nach Wildbahn versetzt und der bisherige Forstaufseher Windrich zum Königlichen Förster in Neubrück ernannt worden.

Hierzu Sechs Dessenliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einpaltige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gaden'schen Erben.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 6.

Den 5. Februar

1897.

Reichs-Gesetzblatt.

Stück 1 von 1897. (N^o 2353.) Gesetz, betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts, des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen und des Haushalts der Schutzgebiete für das Etatsjahr 1896/97. Vom 4. Januar 1897.

(N^o 2354.) Bekanntmachung, betreffend die Zulassung älterer Maße, Meßwerkzeuge und Gewichte zur Wiederholung der Eichung und Stempelung. Vom 7. Januar 1897.

(N^o 2355.) Bekanntmachung, betreffend die Zulassungsfristen für ältere Maße, Meßwerkzeuge, Gewichte und Waagen. Vom 8. Januar 1897.

Stück 2. (N^o 2356.) Bekanntmachung, betreffend die dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügte Liste. Vom 11. Januar 1897.

Gesetz-Sammlung für die Königl. Preussischen Staaten.

Stück 33. (N^o 9868.) Gesetz, betreffend die Erleichterung der Abveräußerung einzelner Theile von Grundstücken. Vom 14. Dezember 1896.

(N^o 9869.) Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Aldenhoven, Vlankefheim, Düren, Heinsberg, Malmédy, Hennes, Adenau, Ahrweiler, Andernach, Boppard, Castellaun, Cochem, Bergheim, Lindlar, Grevenbroich, Lebach, Neunkirchen, Hillesheim, Hermeskeil, Rhaden, Wabern, Prüm, Berncastel, Warweiler, Trier, Neumagen und Daun. Vom 22. Dezember 1896.

Stück 34. (N^o 9870.) Gesetz, betreffend die Kündigung und Umwandlung der vierprozentigen konsozibierten Staatsanleihe. Vom 23. Dezember 1896.

(N^o 9871.) Gesetz wegen Aenderung des Gesetzes vom 3. Juli 1876, betreffend die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen. Vom 23. Dezember 1896.

Allerhöchster Erlass.

Verleihung des Rechts zur Chauffeegeldd-Erhebung auf der Chauffee Angermünde-Schwedt (im Dorfe Dobberzin beginnend) über Krusow nach Stolpe.

Auf Ihren Bericht vom 7. Januar d. Js. will Ich dem Kreise Angermünde im Regierungsbezirk Potsdam, welcher eine Chauffee von der Angermünde-Schwedter Chauffee im Dorfe Dobberzin über Krusow nach Stolpe erbaut hat, gegen Uebernahme der künftigen

chauffermäßigen Unterhaltung der Straße das Recht zur Erhebung des Chauffeegelddes nach den Bestimmungen des Chauffeegelddtarifs vom 29. Februar 1840 (G.-S. S. 94 ff.) einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen, die Erhebung betreffenden zusätzlichen Vorschriften — vorbehaltlich der Abänderung der sämmtlichen vorausgeführten Bestimmungen — verleihen. Auch sollen die dem Chauffeegelddtarife vom 29. Februar 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chauffee-Polizeivergehen auf die gedachte Straße zur Anwendung kommen. Die eingereichte Karte erfolgt anbei zurück.

Berlin, den 13. Januar 1897.

gez. Wilhelm R. gegengez. Thielen.
An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

Bekanntmachung.

2. Des Königs Majestät haben durch Allerhöchsten Erlass vom 18. d. M., die Einberufung des 23. Provinziallandtages der Provinz Brandenburg zum 21. Februar d. J. zu bestimmen geruht. Die Mitglieder desselben sind in Folge dessen eingeladen worden, sich an dem gedachten Tage Mittags 12 Uhr im Landeshause zu Berlin zur Eröffnungssitzung zu versammeln. Den Herren Abgeordneten wird — wie früher — Gelegenheit geboten sein, gemeinsam an dem Sonntagsgottesdienste in der Dom-Interimskirche im Schloß-Monbijou-Garten Theil zu nehmen.

Potsdam, den 26. Januar 1897.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg,
Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Polizei-Verordnung

über die Anbringung von Firmenschildern an offenen Geschäftsfokalen.

25. Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) und des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) wird für den Umfang des Regierungsbezirks Potsdam mit Zustimmung des Bezirksausschusses nachstehende Polizei-Verordnung erlassen.

§ 1. Jeder Inhaber eines offenen Geschäftsfokals ist verpflichtet, an seinem Geschäftsfokal in einer von der Straße aus deutlich erkennbaren Schrift entweder

seinen vollen bürgerlichen Vor- und Zunamen oder die Bezeichnung seiner im Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragenen Firma anzubringen.

§ 2. Die Bezeichnung (§ 1) des Geschäftsflokals hat mit der Wiederöffnung eines Geschäfts zu erfolgen. Bestehende offene Geschäfte haben die Bezeichnung bis zum 1. April 1897 anzubringen.

§ 3. Etwa erforderliche Änderungen der Aufschrift sind spätestens eine Woche nach Eintritt des Ereignisses, welches die Änderung erforderlich macht, zu bewirken.

§ 4. Für die Befolgung der in den §§ 1 bis 3 getroffenen Bestimmungen ist neben dem Inhaber auch derjenige verantwortlich, welcher die Verwaltung des Geschäftes führt.

§ 5. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mark, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft geahndet.

§ 6. Diese Verordnung tritt mit dem 1. März 1897 in Kraft.

Potsdam, den 28. Januar 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

26. Der Apotheker Otto Weiß hat in Schöneberg, Grunewaldstraße 12, eine neue Apotheke eröffnet.

Potsdam, den 29. Januar 1897.

Der Regierungspräsident.

Gemeindebezirksveränderung.

27. Der Bezirksausschuß hat am 20. d. M. beschlossen, das dem Forstfiscus gehörige, im Grundbuche von Ludenwalde unter Band VI v. Blatt N^o 1541 verzeichnete Trennstück Kartenblatt 2 N^o 27 von 11 ar 80 qm von dem forstfiscalischen Gutsbezirk Zinna Königl. Forst abzutrennen und mit der Stadtgemeinde Ludenwalde zu vereinigen.

Potsdam, den 30. Januar 1897.

Der Regierungspräsident.

Gemeindebezirksveränderung.

28. Der Bezirksausschuß hieselbst hat am 7. Januar v. J. beschlossen, das im Grundbuche von Alt-Ruppin unter Artikel 132 Band X. Blatt 352 eingetragene Grundsstück Kartenbl. 3 Nr. 49 von 2,1550 ha Größe von dem Stadbezirk Alt-Ruppin abzutrennen und mit dem Gutsbezirk Alt-Ruppiner Forst zu vereinigen.

Potsdam, den 30. Januar 1897.

Der Regierungspräsident.

Gemeindebezirksveränderung.

29. Der Bezirksausschuß hieselbst hat am 20. Januar d. J. beschlossen, die in der Gemarkungskarte Canne, Kartenblatt 2, Trennstücke 613/96 des fiskalischen Gutsbezirks der Coepenider Forst verzeichnete, zu den Jagen 99 der Oberförsterei Coepenid (jetzt Grünau-Dahme) gehörige Forstfläche von 3,0113 ha Größe von dem Gutsbezirk Coepenider Forst abzutrennen und mit dem Gemeindebezirk der Stadt Coepenid zu vereinigen.

Potsdam, den 31. Januar 1897.

Der Regierungspräsident.

B i e h s e u c h e n .

30.

I. Ausgebrochen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Angermünde: Rittergut Frauenhagen. Kreis Niederbarnim: Gehöft des Aderbürgers Friedrich Bredered und des Aderbürgers Friedrich Reglow in Alt-Landsberg, des Gemeindevorstehers Silberberg in Malchow, des Bauern Gustav Gebert ebenda, des Büdners Otto Tasche in Schildow; ferner festgestellt an 2 von den Schlächtern Hinge und Paegold in Weissensee geschlachteten Rühen. Kreis Oberbarnim: Gehöft des Bauergutsbesizers Hilliges zu Hedelberg und des Eigentümers C. Kalle in Schulzendorf. Kreis Osthavelland: Rittergut Linum. Kreis Westhavelland: Gut Elslake, Rittergut Gutenpaaren und Gehöft des Kossäthen Arndt in Damme. Kreis Teltow: Rittergut Selchow. Kreis Zauch-Belzig: Gehöft der Gutsbesizer Luchel und Thietke in Deez, der Wittwe Schubog, des Hufners Gustav Lipsdorf und des Hufners Carl Friedrich in Jirsdorf. Stadt Potsdam: Kinderstall des städtischen Schlachthofes.

b. Milzbrand. Kreis Angermünde: 1 Stier auf Rittergut Golm. Kreis Niederbarnim: 1 Kuh des Viehhändlers Theodor Hühne aus Friedeberg N./M., eingestellt gewesen im Stall des „Gasthofes zur Sonne“ in Lichtenberg. Kreis Osthavelland: 1 Kuh des Bauerngutsbesizers Albert Regbandt zu Tiegow. Kreis Prenzlau: 1 Kuh auf Rittergut Horst und 1 Kuh des Gemeindevorstehers Holz zu Schönermark.

c. Lungenseuche. Kreis Osthavelland: 1 Kuh des Aderbürgers C. Hübner in Nauen.

d. Bläschenausschlag. Kreis Ostprignitz: Unter mehreren Rindviehbeständen in Christdorf.

e. Brustseuche. Kreis Angermünde: Unter den Pferden der 4. Eskadron des Dragoner-Regiments N^o 2 in Schwedt. Stadt Potsdam: Unter den Pferden des Lieutenants von Köppen.

II. Erloschen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Angermünde: Gehöft des Gutsbesizers Güng und des Kossäthen Gollé in Paarstein, des Fischereibesizers Ludwig Junge in Oberberg. Kreis Niederbarnim: in Löhme und Krummensee, Gehöft der Aderbürger Palm und Thiemann in Alt-Landsberg, Gehöft des Schmiedemeisters Foels, des Bauern Schneider und des Molkereibesizers Grote in Malchow, in Dranienburg, Hohen-Schönhäusen und Wartenberg und Gehöft des Landwirts Schiele in Weissensee. Kreis Oberbarnim: in Sonnenburg und Alt-Tornow. Kreis Osthavelland: in Boegow, Marwig, Schwante und Behlesanz. Kreis Ostprignitz: Rittergut Penzlin. Kreis Ruppin: Gehöft des Bauergutsbesizers Heidepriem in Bechlin. Kreis Teltow: Gehöft des Büdners Albert Karlap und Kossäthen Haberecht in Ragow, des Aderbürgers Ludwig Bredow in Mittenwalde, des

Bärners und Handelsmanns Marwitz in Nachs-Neuendorf und des Milchhändlers Buchwald in Mariendorf. Kreis Zauch-Bezig: Gehöft der Gutsbesitzerin M. Hornemann in Dees, des Ziegeleibesizers G. Schulze in Michelsdorf, des Bauergutsbesizers Eüring in Plögin und des Ritterguts Messow. h. Milzbrand. Kreis Prenzlaue: in Holzendorf. Kreis Teltow: Rittergut Groß-Machnow. c. Influenza. Kreis Osthavelland: Remonte Borkwerf Baerenflau. Kreis Prenzlaue: in Bliedow und Prenzlaue.

Potsdam, den 2. Februar 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Unterricht im Obstbau.

1. Wie im Vorjahre, soll auch im laufenden Jahre an der Ader- und Obstauschule in Wittstock ein dreigliedriger Kursus im Obstbau für ländliche Volksschullehrer abgehalten werden.

Die Zahl der Teilnehmer ist für den Kursus auf 8 festgesetzt. Diesen wird auch dieses Mal eine Beihilfe zu dem für die Reise und den Aufenthalt erforderlichen Kostenaufwande gewährt werden. Nur solche Lehrer unseres Bezirks sollen zur Teilnahme zugelassen werden, welche ihre Reizung und ein gewisses Verständnis für den Obstbau bereits betätigt haben, und welchen die besonderen örtlichen Verhältnisse, das Gelernte und Geübte alsbald praktisch zu verwerthen, Gelegenheit bieten. Dieses kann sowohl durch Anlegung von Baumschulen für die Unterweisung der Schulsjüngend des Ortes in der Aufzucht und Verebelung von Pflänzlingen, als auch durch Anlegung und Pflege von Gemeinde- und Privatpflanzungen und durch eine dem Obstbau förderliche Einwirkung auf die Bevölkerung durch Lehre und Beispiel geschehen.

Lehrer, welche diesen Voraussetzungen entsprechen und bereit sind, sich an dem Kursus zu betheiligen, haben ihre Gesuche durch Vermittelung der Herren Orts- und Kreis Schulinspektoren so zeitig hierher zu richten, daß sie uns mit deren gutachtlichen Aeußerung versehen bis zum 10. Februar 1897 zugeben können. In den Gesuchen ist die nächste Eisenbahnhaltestelle, von welcher ab die Eisenbahnfahrt nach Wittstock unternommen werden kann, sowie die Kilometerzahl des kürzesten nach dieser Eisenbahnhaltestelle führenden fahrbaren Landweges anzugeben.

Potsdam, den 21. Januar 1897.

Königliche Regierung,

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

13. Dem angehefteten, auf Grund der Beschlüsse der ordentlichen Generalversammlung vom 18. März d. J. aufgestellten neuen Statute der Preussischen Lebens-Ver-

sicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin wird hierdurch die staatliche Genehmigung erteilt.

Berlin, den 15. Dezember 1896.

(L. S.)

Der Minister des Innern.

Im Auftrage

gez. Haase.

Genehmigung.

I. A. 11536.

*

Statut

der

Preussischen Lebens-Versicherungs- Aktien-Gesellschaft zu Berlin.

Abtheilung I.

Firma, Sitz, Zweck und Forum.

Firma und Sitz.

§ 1.

Mit landesherrlicher Genehmigung tritt eine Aktien-Gesellschaft unter der Firma **Preussische Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft** zusammen, welche ihren Sitz zu Berlin hat.

Zweck.

§ 2.

Der Zweck der Gesellschaft ist die Versicherung von Capitalien und Renten.

Forum.

§ 3.

Der ordentliche Gerichtsstand der Gesellschaft ist das Königl. Landgericht I. resp. das Königl. Amtsgericht I. zu Berlin. Wegen Ansprüche aus Versicherungsverträgen kann in denselben ein anderer Gerichtsstand, vor welchem die Gesellschaft Recht zu nehmen oder zu geben hat, bestimmt werden.

Geschäftsbeginn. Dauer.

§ 4.

Die Gesellschaft hat ihre Thätigkeit nach der unterm 26. Juli 1865 erfolgten landesherrlichen Bestätigung dieses Statuts und nachdem die statutenmäßige Baareinzahlung und Wechselhinterlage für das Aktien-Capital der Königl. Staatsregierung nachgewiesen ist, bereits im Jahre 1865 begonnen.

Die Gesellschaft ist auf die Dauer von hundert Jahren, gerechnet vom Tage der erteilten landesherrlichen Bestätigung, gegründet. Eine frühere Auflösung der Gesellschaft kann nur auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen oder auf Beschluß der Generalversammlung der Actionaire nach Erfüllung sämtlicher Verbindlichkeiten der Gesellschaft erfolgen.

Abtheilung II.

Grund-Capital. Aktien und Actionaire.

Grund-Capital.

§ 5.

Das Grund-Capital der Gesellschaft beträgt

1 Million Thaler = 3 Millionen Mark in 2000 auf den Namen lautenden Actien à 500 Thaler = 1500 Mk. jede. Es kann auf Beschluß der Generalversammlung mit landesherrlicher Genehmigung durch neue Actien-Emissionen erhöht werden.

§ 6.

Die Actien sind nach Formular A. mit laufender Nummer im Namen des Aufsichtsrathes ausgefertigt.

Jede Actie erhält in dem von dem Vorstande zu führenden Actienbuche ein Folium, auf welches Name, Stand und Wohnort des jedesmaligen Eigenthümers, sowie alle Eigenthumsübertragungen eingetragen werden. Die Eintragung jeder Actie, sowie jede Eigenthumsübertragung ist auf derselben von dem Vorstande zu bescheinigen.

Von dem Nennwerthe werden 100 Thaler = 300 Mk. (= 20 Procent) baar eingezahlt und über 400 Thaler = 1200 Mk. (= 80 Procent) vier Solawechsel à 100 Thaler = 300 Mk. an die Ordre der Gesellschaft lautend und 1 Monat nach Sicht in Berlin zahlbar (Formular B) ausgestellt, deren Einzahlung nur nach Maßgabe dieses Statutes gefordert werden kann.

Die Actionaire sind befugt, einzelne oder sämtliche dieser Wechsel durch Einzahlung des Betrages einzulösen.

§ 7.

Ueber Annahme der ersten Actionaire hat das Gründungs-Comité entschieden, bei etwaigen späteren Emissionen entscheidet der Aufsichtsrath, ohne im Falle der Weigerung zur Angabe von Gründen verpflichtet zu sein. Die Actien können, so lange sie nicht voll bezahlt sind, nur mit Genehmigung des Vorstandes an Andere übertragen werden.

Im Falle einer solchen Uebertragung wird von Seiten der Gesellschaft das Eigenthum einer nicht voll einbezahlten Actie nur dann für übertragen erachtet, wenn der bisherige Eigenthümer die Uebertragung schriftlich ausgesprochen, der neue Erwerber in das Actienbuch der Gesellschaft eingetragen, und diese Eintragung von dem Vorstande auf der Actie selbst bescheinigt ist (§ 6).

Der bisherige Eigenthümer erhält seine Solawechsel zurück, nachdem der neue die seinigen eingelegt hat.

§ 8.

Mit den Actien werden Dividendenscheine für zehn Jahre nebst Talon (Formular C. und D.) ausgegeben. Nach Ablauf der ersten und jeder ferneren Periode von je 10 Jahren wird gegen Einreichung des Talons jedesmal eine neue zehnjährige Serie von Dividendenscheinen und ein neuer Talon verabsolgt. Dividendenscheine, deren Betrag innerhalb 4 Kalenderjahren nach Ablauf desjenigen Kalenderjahres, in welchem die Dividende fällig geworden, nicht erhoben ist, werden ungültig, und ihr Betrag verfällt, mit Ausnahme des im § 9 vorgesehenen Falles, zu Gunsten der Gesellschaft.

§ 9.

Eine erweislich unbrauchbar gewordene oder zerstörte, sowie jede auf gesetzlichem Wege für kraftlos erklärte Actie wird durch eine neue unter gleicher Nummer ausgefertigte Actie ersetzt, und letztere dem in dem Actienbuche vermerkten Eigenthümer ausgehändigt. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Theilhabenden zu Last. Das Aufgebots-Verfahren unterbricht nicht die Wechsel-Verbindlichkeit des Actionairs und hält die in nachstehendem § 14 bezeichneten Maßregeln nicht auf.

Ein öffentliches Aufgebot und eine Kraftloserklärung von Dividendenscheinen oder Talons ist auch in Verbindung mit der Kraftloserklärung der betreffenden Actie nicht zulässig. Wird jedoch vor Ablauf der im § 8 bestimmten Präklusivfrist der Verlust eines Dividendenscheines bei dem Vorstande schriftlich angemeldet, so erfolgt dessen Auszahlung an den Anmeldenden nach Ablauf der Präklusivfrist, wenn bei dahin der Dividendenschein nicht zur Einlösung producirt worden ist. Wenn ein Talon weder in dem Dividenden-Zahlungstermine, in welchem die neuen Dividendenscheine ausgehändigt werden, noch in dem nächstfolgenden bei dem Vorstande präsentirt ist, so werden die Dividendenscheine der neuen Serie dem im Actienbuche eingetragenen Eigenthümer der Actie, gegen Vorzeigung derselben, bei Fälligkeit des zweiten Dividendenscheines dieser Serie veratfolgt.

Abtheilung III.

Rechte und Pflichten der Actionaire.

§ 10.

Wer als Eigenthümer einer Actie, oder mehrere, in das Actienbuch eingetragen ist, ist Actionair.

§ 11.

Jeder Actionair hat im Verhältniß seiner Actienzahl Antheil an dem Vermögen, dem Gewinn und Verlust der Gesellschaft. Die in das Actienbuch der Gesellschaft eingetragenen Actionaire haben, so lange sie nicht in einen der § 13 gedachten Zustände gerathen, in der Generalversammlung Stimmrecht. Kein Actionair haftet über den Nennwerth seiner Actie hinaus für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft. Es können auf keinen Namen mehr als 100 Actien in das Actienbuch eingetragen werden.

§ 12.

Jeder Actionair ist verpflichtet, einer durch das im § 43 bezeichnete Blatt veröffentlichten Aufforderung des Vorstandes zur ganzen oder theilweisen Einzahlung oder einer an ihn gerichteten Aufforderung des Aufsichtsrathes zur Erneuerung der Solawechsel, sofort Folge zu leisten, widrigenfalls, je nach Gutbefinden des Aufsichtsrathes die Wechsel in Cours gesetzt werden, oder das im § 14 für eintretenden Verlust der Eigenschaften, welche zum Besitze von Actien nothwendig sind, vorgeschriebene Verfahren in Anwendung gebracht wird. Die öffentliche Aufforderung zur Einzahlung der Solawechsel muß

dreimal, das letzte Mal mindestens vier Wochen vor dem für die Einzahlung festgesetzten Schlusstermine stattfinden.

§ 13.

Es können in das Actienbuch als Eigenthümer von Actien, auf welchen eine Wechselverbindlichkeit ruht, nicht eingetragen werden:

- a. Personen, über deren Vermögen der Conkurs schwebt;
- b. Personen gegen welche Zwangsvollstreckung wegen Forderungen fruchtlos ausgefallen ist, oder welche nach dem Ermessen des Aufsichtsrathes als zahlungsunfähig zu betrachten sind;
- c. Personen, welchen die selbstständige unbeschränkte Verwaltung ihres Vermögens nicht zusteht;
- d. nicht wechselfähige Personen.

§ 14.

Wenn ein eingetragener Eigenthümer nicht voll bezahlter Actien in einen der im § 13 bezeichneten Zustände verfällt, so hat er oder sein Rechtsvertreter, auf Aufforderung des Vorstandes, in einer von letzterem zu bestimmenden Frist einen annehmbaren Rechtsnachfolger zu stellen oder den Betrag seiner Wechsel baar einzubezahlen. Geschieht dies nicht, so erklärt der Aufsichtsrath durch dreimalige Insertion in das im § 43 bezeichnete Blatt die betreffende Aktie oder Actien als ungültig, fertigt eine gleiche Anzahl neuer Actien aus und läßt dieselben von dem Vorstände durch beeidigte Makler an der Berliner Börse verkaufen. Wenn der Erlös, nach Abzug der Unkosten, die Ansprüche der Gesellschaft an den bisherigen Actionair übersteigt, wird der Vorstand den Mehrbetrag in den Wechseln des bisherigen Actionairs, und insoweit er diese übersteigt, baar gegen Einlieferung der ungültig erklärten Actien, zur Verfügung der Berechtigten halten; im Falle der Erlös, nach Abzug der Unkosten, die Ansprüche der Gesellschaft an den bisherigen Actionair nicht deckt, macht der Vorstand die Wechsel geltend, und wenn Zahlung nicht erfolgt, klagt er dieselben ein, oder verkauft sie öffentlich mit dem Giro der Gesellschaft, aber „ohne Gewährleistung“.

§ 15.

Im Falle des Ablebens eines Actionairs oder im Falle des Erlöschens einer Handlungsfirma, auf welche Actien im Actienbuche der Gesellschaft verzeichnet sind, tritt das im § 14 bezeichnete Verfahren ebenfalls ein, wenn die Erben oder Rechtsnachfolger der schriftlichen Aufforderung des Aufsichtsrathes zur Stellung eines annehmbaren Rechtsnachfolgers oder zur Einbezahlung der von dem Verstorbenen ausgestellten Wechsel nicht innerhalb 6 Monaten nach dem Datum der Behandigung der Aufforderung entsprechen. Sind dem Vorstände die Erben oder Rechtsnachfolger nicht bekannt, so erfolgt die Aufforderung durch zweimalige Bekanntmachung in dem Gesellschaftsblatte (§ 43). Die sechsmonatliche Frist läuft in diesem Falle von dem Tage, an welchem die zweite öffentliche Bekanntmachung erfolgt.

§ 16.

Für den Betrag der in den Fällen der §§ 14 und 15 oder der etwa freiwillig (§ 6) eingezahlten Wechsel

vergütet die Gesellschaft bis zu deren etwaigen Fälligkeit (cfr. § 12) 4 Procent Zins pro anno.

Abtheilung IV.

Geschäftskreis.

§ 17.

Die Gesellschaft ist befugt, in Erfüllung ihres Zweckes:

- 1) Capitalien oder Renten zu versichern, welche nach dem Eintritt eines mit dem Leben oder Sterben oder der Gesundheit bestimmter Personen im Zusammenhange stehenden Ereignisses oder nach Ablauf resp. während einer Reihe von Jahren zahlbar sind;
 - 2) Versicherungen gegen Verluste durch Verschulden von Personen in Vertrauensstellungen (Cautionsversicherungen) abzuschließen.
- Diese Geschäfte zu 1 und 2 können durch directe Uebernahme von Versicherungen, durch Vermittelung von Agenten, im Wege der Rück- oder Mitversicherung oder auch durch Betheiligung bei anderen Versicherungsanstalten betrieben werden;
- 3) Sterbe-, Aussteuer-, Pensions- und Versorgungs-Kassen auch in Form gegenseitiger Verbände zu gründen und zu verwalten;
 - 4) ihre Capitalien, insoweit diese nicht flüssig erhalten werden müssen, anzulegen:

- a. auf sichere Hypotheken oder Grundschuldbriefe.

Eine Hypothek oder Grundschuld ist für sicher zu erachten, wenn sie den für die Belegung von Mündelgeldern in dem Lande, in welchem das beliehene Grundstück liegt, geltenden Gesetzen entspricht. Abweichungen von diesen Vorschriften sind nur bei städtischen Grundstücken und auch bei diesen nur innerhalb der durch das angefügte Regulativ (Beilage E) normirten Beleihungsgrenzen zulässig.

Auf solche Hypotheken und Grundschuldbriefe kann auch ein Lombard-Darlehn gegeben werden;

- b. in Inhaberpapieren, welche von dem Deutschen Reiche oder von einem dazu gehörigen Staate emittirt oder garantirt oder unter Autorität eines der vorgedachten Staaten von öffentlichen Corporationen oder Communen ausgestellt und mit einem festen Sage verzinslich sind. Die Belegung in anderen Papieren ist nur soweit und in dem Umfange statthaft, als von einem fremden Staate für die Zulassung zum Geschäftsbetriebe in demselben Cautionen in dessen Papieren erfordert werden;
- c. durch Ankauf von Wechseln und durch Lombard-Geschäfte nach den Grundsätzen der Reichsbank;
- d. durch Beleihungen der von der Gesellschaft selbst ausgestellten Policen über Capital-Versicherungen innerhalb ihres nach den Rechnungsgrundlagen der Gesellschaft berechneten Zeit-

werthes, auch darüber hinaus bis zu drei Viertheilen des Versicherungs-Kapitals, wenn und insoweit die Prämien- und Zinszahlung bis zur Fälligkeit des Versicherungs-Kapitals durch den Ertrag solcher Werthe, welche nach den vorstehend unter a, b und c vorgeschriebenen Bedingungen erworben und beliehen werden dürfen und innerhalb der Grenze, innerhalb welcher diese Beleihung zulässig ist, sicher gestellt sind;

e. durch Darlehne an Versicherte behufs Bestellung von Dienstcautionen.

Der Erwerb von Grundstücken ist der Gesellschaft nur insoweit gestattet, als es sich um Beschaffung von Geschäftslokalitäten oder um Sicherung von ausstehenden Forderungen handelt.

Sobald für die Vermögensanlage der Versicherungs-Gesellschaften durch Reichs- oder Landesgesetze andere Normen festgestellt werden, treten diese an die Stelle der Bestimmungen dieses Paragraphen.

Abtheilung V: Geschäftsführung.

§ 18.

Organe der Gesellschaft sind:

- a. der Aufsichtsrath,
- b. der Vorstand,
- c. die Generalversammlung.

a. Aufsichtsrath.

§ 19.

Der Aufsichtsrath besteht je nach Bestimmung der Generalversammlung aus fünf bis sieben Mitgliedern, welche von der Generalversammlung gewählt werden. Alljährlich zur Zeit der ordentlichen Generalversammlung scheiden dasjenige Mitglied beziehentlich diejenigen Mitgli. der aus, deren Amtsdauer vier Jahre oder darüber beträgt, und werden durch Wahl der Generalversammlung ersetzt; unter einem Jahre ist hierbei der Zeitraum von einer ordentlichen bis zum Schlusse der nächstjährigen ordentlichen Generalversammlung zu verstehen. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird durch das Dienstalter, bei gleichem Dienstalter durch das vom Vorsitzenden zu ziehende Loos bestimmt. Für die durch Tod oder freiwillig ausscheidenden Mitglieder soll die Ersatzwahl, sofern noch mindestens vier Aufsichtsraths-Mitglieder vorhanden sind, erst in der nächsten ordentlichen Generalversammlung erfolgen, sofern es nicht für nöthig erachtet wird, diese Ersatzwahl noch vorher durch eine außerordentliche Generalversammlung vornehmen zu lassen. In diesen Fällen währt das Amt eines gewählten Ersatzmannes nur bis zum Ablaufe derjenigen Zeit, bis zu welcher der Ausgeschiedene, an dessen Stelle er getreten, würde fungirt haben.

§ 20.

Der Aufsichtsrath wählt aus seiner Mitte all-

jährlich einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben. Ueber die Wahl wird ein gerichtliches oder notarielles Protokoll aufgenommen.

Der Vorsitzende resp. dessen Stellvertreter beruft die Sitzungen des Aufsichtsrathes, leitet die Verhandlungen und nimmt nach Ermessen auch an den Conferenzen des Vorstandes Theil.

Der Aufsichtsrath versammelt sich mindestens einmal vierteljährlich und außerdem dann, wenn es drei seiner Mitglieder oder der Vorstand der Gesellschaft verlangen.

§ 21.

Der Aufsichtsrath ernannt und entläßt den Vorstand, ebenso die Vorstandsstellvertreter und schließt mit denselben die Dienstverträge. Zur Anstellung von Beamten mit einem Jahresgehalt von 3000 Mark und darüber ist seine Genehmigung nothwendig. Er überwacht die Ausführung der Statuten von Seiten des Vorstandes, kontrollirt dessen Thätigkeit und ertheilt demselben Instruktion. Er ist befugt, einzelne seiner Mitglieder mit bestimmten Functionen gegen Entschädigungen, welche als Geschäftsunkosten zu buchen sind, zu beauftragen. Er prüft die vom Vorstande ihm übergebene Jahres-Rechnung und Bilanz und schlägt der Generalversammlung die Dividendenvertheilung vor. Er hält jährlich mindestens einmal außerordentliche Kassen-Revision ab. Er autorisirt und beauftragt den Vorstand zum Einzug des ganzen oder theilweisen Betrages einzelner oder mehrerer der Actienwechsel und muß dies thun, wenn die Generalversammlung es beschließt, oder wenn in Folge von Verlusten das Vermögen außer den Actienwechseln und Prämien-Reserven nicht mehr die Hälfte der ursprünglichen Baareinzahlung repräsentiren sollte.

§ 22.

Der Aufsichtsrath beschließt mit absoluter Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende oder sein Stellvertreter, wenn dieser den Vorsitz führt.

Der Aufsichtsrath kann gültig nur beschließen, wenn der Vorsitzende oder sein Stellvertreter und zwei Mitglieder an dem Beschlusse Theil genommen haben. Ausfertigungen Namens des Aufsichtsrathes müssen von dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter und einem Mitgliede unterzeichnet sein.

§ 23.

Der Aufsichtsrath bezieht außer dem Ersatze für die durch seine Functionen etwa veranlaßten baaren Auslagen eine Tantième (§ 40). Die Vertheilung derselben an die einzelnen Mitglieder regelt der Aufsichtsrath.

Die Generalversammlung kann jene Tantième erhöhen oder ermäßigen.

§ 24.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrathes hat während seiner Amtsdauer 10 Actien der Gesellschaft bei dieser als Caution zu hinterlegen und kann über dieselben nicht verfügen, bis nach seinem Ausscheiden aus dem

Aufsichtsrathe diesem für die Geschäftsführung im Jahre des Austritts Rechnung erteilt ist.

§ 25.

Die Mitglieder des Aufsichtsrathes, sowie der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende desselben legitimiren sich Dritten und Behörden gegenüber durch ein auf Grund der eingesehenen Wahlprotokolle ausgestelltes notarielles Attest.

h. Vorstand.

§ 26.

Der Vorstand besteht aus einem Director oder aus mehreren Vorstandsmitgliedern. Der Director und die Vorstandsmitglieder werden durch den Aufsichtsrath mittelst Stimmzetteln nach absoluter Majorität gewählt. Ueber die Wahl ist ein gerichtliches oder notarielles Protokoll aufzunehmen.

Der Director, beziehentlich jedes Vorstandsmitglied müssen 10 Actien der Gesellschaft als Caution hinterlegen.

Zur Vertretung des Directors, beziehentlich der Vorstandsmitglieder werden vom Aufsichtsrathe ein oder mehrere Vorstandsstellvertreter ernannt. Dieselben haben im Falle der Vertretung die Befugnisse eines Vorstandsmitgliedes, und die Gesellschaft darf dritten Personen niemals den Einwand entgegensetzen, es habe der Fall einer Stellvertretung nicht vorgelegen.

Die Namen des Directors, beziehentlich der Vorstandsmitglieder, sowie die Namen der Vorstandsstellvertreter sind durch das Gesellschaftsblatt bekannt zu machen.

§ 27.

Der Vorstand leitet und führt innerhalb der statutmäßigen Grenzen den gesetzlichen Bestimmungen gemäß die Geschäfte und Angelegenheiten der Gesellschaft und vertritt dieselbe überall sowohl dritten Personen wie Behörden gegenüber gerichtlich und außergerichtlich. Er ist befugt, unter Zustimmung des Aufsichtsrathes einen oder mehrere Prokuristen der Gesellschaft zu ernennen, von denen jedoch jeder Einzelne nur ermächtigt wird, die Firma der Gesellschaft mit einem der Vorstandsmitglieder oder einem Vorstandsstellvertreter gemeinsam zu zeichnen.

Der Vorstand unterzeichnet die Firma der Gesellschaft und kann diese nur verpflichtet werden:

- 1) entweder durch die alleinige Unterschrift des Directors,
- 2) oder durch die gemeinschaftliche Unterschrift
 - a. zweier Vorstandsmitglieder,
 - b. eines Vorstands-Mitgliedes und eines Vorstandsstellvertreters,
 - c. zweier Vorstandsstellvertreter,
 - d. eines Vorstandsmitgliedes und eines Prokuristen,
 - e. eines Vorstandsstellvertreters und eines Prokuristen.

Die Legitimation des Directors, der Vorstandsmitglieder, der Vorstandsstellvertreter und der Proku-

risten, soweit solche noch weiter als durch den Nachweis der im Handelsgesetzbuche vorgeschriebenen Bekanntmachung erforderlich sein sollte, erfolgt durch eine gerichtliche oder notarielle Ausfertigung des über ihre Ernennung aufgenommenen Protokolles.

§ 28.

Der Vorstand beruft die Generalversammlungen der Actionaire (§ 31), er ernennt und stellt sämtliche Beamte und Hilfsarbeiter der Gesellschaft an, hat jedoch bei Anstellung von Beamten, welche 3000 Mark oder mehr Jahresgehalt beziehen sollen, die Genehmigung des Aufsichtsrathes einzuholen.

§ 29.

Dem Aufsichtsrathe bleibt das Recht vorbehalten, den Vorstand beziehentlich die Vorstands-Stellvertreter jederzeit in ihren Amtsverrichtungen zu suspendiren oder zu entlassen, unbeschadet der Entschädigungs-Ansprüche aus bestehenden Verträgen.

c. Generalversammlung.

§ 30.

An der Generalversammlung kann jeder Actionair theilnehmen, der als solcher in das Actienbuch der Gesellschaft eingetragen ist.

Es berechtigt der Besitz von ein bis fünf Stück Actien zu einer Stimme und der von jeden weiteren fünf Actien gleichfalls zu einer Stimme. Abwesende Actionaire können sich von einem stimmberechtigten Actionair vertreten lassen; die Vertreter legitimiren sich durch schriftliche Vollmacht. Der Vorstand ist jedoch berechtigt, die Echtheit der Vollmacht zu prüfen und amtliche Beglaubigung der letzteren zu fordern. Ein Stimmrecht durch mehr als einen Vertreter ausüben zu lassen ist nicht zulässig. Die Stimmen des vertretenen Actionairs werden mit denen des Vertreters zusammen gerechnet. Niemand hat für sich oder für sich und Andere mehr als zwanzig Stimmen. Ehefrauen können sich durch ihre Ehemänner, Minderjährige oder sonst Bevormundete durch ihre Vormünder oder Curatoren, Handlungshäuser, Corporationen, Institute und Actiongesellschaften durch einen ihrer gesetzlichen Repräsentanten vertreten lassen.

Die Actionaire legitimiren sich durch Vorzeigung der von dem Vorstande zu gebenden Bescheinigung über die Zahl der am Tage vor der Generalversammlung auf ihren Namen in das Actienbuch eingetragenen Actien.

§ 31.

Die Generalversammlung der Actionaire findet alljährlich in den ersten 6 Monaten des Geschäftsjahres in Berlin statt. Auf Antrag des Aufsichtsrathes oder des Vorstandes, oder auf Antrag von Actionairen, deren Anteile zusammen den 20. Theil des Grundcapitals darstellen, muß der Vorstand eine außerordentliche Generalversammlung der Actionaire anberaumen.

Jede Generalversammlung muß durch mindestens einmalige Bekanntmachung, welche spätestens 3 Wochen vor dem Versammlungstage zu erfolgen hat, in dem Gesellschaftsblatte (§ 43) berufen werden, unter gleich-

zeitiger Bekanntmachung der Tagesordnung. Bei Berechnung dieser Frist sind das Datum des die Einberufung enthaltenden Blattes und das Datum des Versammlungstages selbst nicht mitzuzählen.

§ 32.

Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrathes oder dessen Stellvertreter event. ein vom Aufsichtsrathe zu bezeichnender Actionair; derselbe regelt die Tagesordnung, erteilt das Wort und ernennt zur Prüfung der Stimmberechtigung und zur Auszählung der Stimmen aus der Mitte der anwesenden Actionaire zwei Scrutatoren. Die Protokolle der Generalversammlung werden gerichtlich oder notariell beurkundet, von dem Vorsitzenden, den Scrutatoren und den anwesenden Vorstandsmitgliedern, sowie von mindestens zwei Aufsichtsraths-Mitgliedern und allen stimmberechtigten Actionairen, die es verlangen, unterzeichnet.

§ 33.

Die ordentliche Generalversammlung nimmt die Berichte des Aufsichtsrathes und des Vorstandes, Bilanz und Rechnungs-Abschluß des Vorjahres entgegen. Sie beschließt über die dem Aufsichtsrathe und dem Vorstande von ihr zu erteilende Decharge, über die vom Aufsichtsrathe vorgeschlagene Dividendenvertheilung und über alle Anträge, welche auf der Tagesordnung stehen.

Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung gilt als genehmigt, und die Dechargirung des Vorstandes und des Aufsichtsrathes als erfolgt, soweit nicht einer der Fälle des Artikels 239a. des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches eingetreten ist.

Sie erwählt die Mitglieder des Aufsichtsrathes (cfr. § 37).

Eigentliche Anleihen dürfen von der Gesellschaft nur auf Beschluß der Generalversammlung aufgenommen werden.

Die außerordentliche Generalversammlung beschließt über diejenigen Anträge, welche ihre Berufung veranlaßt haben.

§ 34.

Anträge der Actionaire, welche in der Generalversammlung zur Beschlußfassung gelangen sollen, müssen mindestens 2 Wochen vor derselben bei dem Vorstande schriftlich unter Angabe der Gründe eingereicht und mindestens eine Woche vor dem Tage der Generalversammlung in dem Gesellschaftsblatte angekündigt werden.

§ 35.

Zu den Beschlüssen der Generalversammlung ist absolute Stimmenmehrheit der anwesenden Stimmen erforderlich und in der Regel auch genügend. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Für Statutenänderungen oder für Auflösung der Gesellschaft müssen sich jedoch drei Vierteltheile des in der Generalversammlung vertretenen Grundcapitals vereknigen, und bei dem Beschlusse über die Auflösung muß mindestens die Hälfte des Grundcapitals in der beschließenden Generalversammlung vertreten sein.

Die von der Generalversammlung gefaßten Be-

schlüsse sind für die nicht vertretenen Actionaire rechtsverbindlich.

§ 36.

Beschlüsse der Generalversammlung über Statutenänderungen bedürfen der landesherrlichen Genehmigung.

§ 37.

Alle im Statute vorgesehenen, sowie überhaupt alle Wahlen, welche von den Gesellschaftsorganen ausgehen, erfolgen, soweit nicht Einstimmigkeit obwaltet, durch Stimmzettel und nach absoluter Stimmenmehrheit. Ergiebt bei einer Wahl die erste Abstimmung keine absolute Majorität, so werden diejenigen Beiden, welche die relativ meisten Stimmen erhalten haben, zur engeren Wahl gestellt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

Der Vorstand giebt dem Gewählten Nachricht von der Wahl und der Gewählte muß innerhalb 4 Wochen nach Empfang dieser Benachrichtigung der Gesellschaft eine Erklärung über Annahme der Wahl zugehen lassen, sonst wird die Ablehnung der Wahl angenommen.

Abtheilung VI.

Auflösung.

§ 38.

Außer auf Beschluß der Generalversammlung (§ 35) erfolgt die Auflösung der Gesellschaft nur auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen.

Abtheilung VII.

Jahres-Bilanz. Gewinnvertheilung. Reservefonds.

(Staats-Überaufsicht. Bekanntmachungen.)

§ 39.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Die Bilanz wird Ende jedes Geschäftsjahres aufgestellt.

Zu diesem Zweck werden die nach Absetzung der Verwaltungskosten und bezahlten Schäden verbleibenden Aktiva und Passiva zusammengestellt, und zwar:

die Aktiva:

- Hypothekenforderungen höchstens zu ihrem Nominalwerthe;
- Wertpapiere höchstens zum Course vom 31. Dezember des betreffenden Jahres, doch nicht über den Anschaffungspreis;
- Grundstücke und Inventarien höchstens zum Acquisitionspreise, welchem überdies bei Grundstücken, mit Ausnahme des Grund und Bodens, mindestens 1 pCt. und bei Mobilien mindestens 5 pCt. jährlich abzuschreiben sind, oder ein, einer solchen Abschreibung entsprechender Betrag als Erneuerungsfonds in den Passiven gegenüberzustellen ist;
- anderes Eigenthum zu dem Werthe, welchen dasselbe nach sorgfältiger Ermittlung am Jahres-schluß hat;

die Passiva:

- alle liquiden oder anerkannten Zahlungsverbindlichkeiten der Gesellschaft;

- b. die Capital-Reserve (§ 40);
- c. die Reserve für den am Jahreschluß noch nicht verdienten Theil der Jahresprämien;
- d. die rechnungsmäßige Reserve welche zur Deckung aller Risiken von Jahr zu Jahr angesammelt wird und der Differenz zwischen dem auf die Gegenwart reducirten Werthe der versicherten Capitalkn und Renten und dem gleichzeitigen Erwartungswerthe der von den Versicherten noch zu leistenden Nettoprämien gleichkommen muß;
- e. die vor dem Jahreschlusse angemeldeten Schäden in Höhe des angemeldeten Betrages;
- f. sonstige bekannte Schäden in ihrem wahrscheinlichen Betrage.

Der Ueberschuß der Activa über die Passiva bildet das Vermögen der Gesellschaft, und, insoweit derselbe das Grund-Capital und den Reservefonds übersteigt, den Reingewinn des Jahres, welcher nach den Bestimmungen des § 40 vertheilt wird.

Im Fall der Ueberschuß der Activa über die Passiva dem Grund-Capital nicht gleichkommt, so ist der hierzu fehlende Betrag, soweit der Capital-Reservefonds hinreicht, aus diesem zu ergänzen.

§ 40.

Von dem Jahres-Reingewinn werden zunächst nicht unter 10 pCt. für die Capital-Reserve (vergleiche § 41) ausgeschieden, alsdann erhalten:

- a. 5 Procent Tantieme der Vorstand;
 - b. 8 Procent Tantieme der Aufsichtsrath (§ 23);
 - c. den Rest, von welchem vorweg bis zu zwanzig Procent desselben je nach Beschluß des Aufsichtsrathes zur Bildung einer Gewinn-Reserve für spätere Jahre zurückgestellt werden können:
1. bis zum Betrage von Zweihundsebzigttausend Mark, und, sofern solche nicht mehr vorhanden, im ganzen Betrage die Actionaire als Dividende nach der Stückzahl ihrer Actien;
 2. den die Summe von Zweihundsebzigttausend Mark übersteigenden Betrag zu einem Zehntel, mindestens jedoch Achttausend Mark, die Actionaire als weitere Dividende nach der Stückzahl ihrer Actien und neun Zehntel, oder, wenn die verbleibende Summe nicht mehr neun Zehntel beträgt, den ganzen Restbetrag die mit Gewinn-antheil Versicherten der Gesellschaft und zwar nach Maßgabe der mit denselben abgeschlossenen Verträge.

Von den auf die Actionaire über 80000 Mk. hinaus entfallenden Theilen des Reingewinnes (litt. c Nr. 1 und Nr. 2 dieses Paragraphen) kann durch Beschluß der Generalversammlung ein Theil als Gewinn-Vortrag für die Actionaire vorgetragen werden.

Die Generalversammlung ist befugt, die Tantieme des Vorstandes und des Aufsichtsrathes zu erhöhen oder zu ermäßigen.

Die Auszahlung der Dividende erfolgt spätestens am 1. Juli jedes Jahres an den Ueberbringer des Dividendenscheines.

Die Gesellschaft ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Legitimation der Ueberbringer zu prüfen.

Der Jahresabschluß wird, nachdem die Generalversammlung Decharge ertheilt hat, durch das Gesellschaftsblatt veröffentlicht.

§ 41.

Die Capital-Reserve hat den Zweck, Capitalverluste auszugleichen (vergl. § 39). Sie wird gebildet durch den im § 40 bezeichneten Antheil am Jahresgewinne. Der Bestand der Capital-Reserve wird nicht besonders verwaltet, sondern bildet einen Theil des werbenden Vermögens der Gesellschaft.

Hat die Capital-Reserve den Betrag von 300000 Mark erreicht, so findet eine fernere Zuwendung an dieselbe nur insoweit statt, als dies zu ihrer Ergänzung nothwendig ist, wenn sie angegriffen worden sein sollte, oder der Aufsichtsrath solches beschließt. Desgleichen beschließt der Aufsichtsrath über die Verwendung der Gewinn-Reserve (vergl. § 40 litt. c).

Staats-Oberaufsicht.

§ 42.

Zur Wahrnehmung ihres Oheraufsichtsrechtes kann die Staats-Regierung einen Commissarius ernennen, welcher der Generalversammlung und allen Sitzungen des Aufsichtsrathes, ohne Stimmrecht, beiwohnen, von allen Büchern, Scripturen und Rassen der Gesellschaft jederzeit Einsicht nehmen, auch die Organe der Gesellschaft gültig zusammenberufen kann.

Bekanntmachungen der Gesellschaft.

§ 43.

Veröffentlichungen des Aufsichtsrathes oder des Vorstandes haben für die Actionäre Rechtswirkung, wenn sie durch den „Deutschen Reichsanzeiger“ oder ein in der Folge an dessen Stelle tretendes Blatt statgefunden haben.

Beilage A.
Formular der Actie.

Nr.

Baar-Einzahlung

Preussische Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft
in Berlin.

Actie über Fünf Hundert Thaler.

Herr _____ in _____ hat in Ge-
mäßheit des unterm. _____ landesherrlich genehmigten Statutes durch
gegenwärtige Actie verhältnismäßigen Antheil an dem Vermögen und Gewinn der Preussischen Lebens-
Versicherungs-Actien-Gesellschaft.

Jede Uebertragung dieser Actie an Andere bedingt zu ihrer Gültigkeit gegenüber der Gesell-
schaft die Genehmigung des Vorstandes der Gesellschaft.

Berlin, den

Preussische Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft.

Der Aufsichtsrath.

N. N.

Die Eintragung in das Actienbuch bescheinigt

Der Vorstand.
N. N.

Eingetragen sub Fol.

des Registers.

(Eigenhändige Unterschrift des Control-Beamten.)

Beilage B.

Wechsel-Formular. (§ 6 des Statuts.)

Wechsel der Actie Nr. _____

Bier Wochen nach Sicht zahle gegen diesen _____ Sola-Wechsel,
insofern derselbe binnen längstens fünfzig Jahren von heute in dem unterzeichneten Domicil präsentiert
wird, an die Ordre der Preussischen Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft zu Berlin
die Summe von

Dreihundert Mark

und leiste zur Verfallzeit prompte Zahlung nach Wechselrecht.

Auf _____ selbst

Zahlbar im Bureau der Preussischen Lebens-Ver-
sicherungs-Actien-Gesellschaft zu Berlin.

Beilage C.

Formular der Dividendenscheine und des Talons.
Vorderseite.

Preussische Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft in Berlin.

Anweisung zur Actie Nr.

Eingetragen sub Fol.

(Eigenhändige Unterschrift des Control-Beamten.)

**Preussische Lebens-Versicherungs-
Actien-Gesellschaft
in Berlin.**

Dividendenschein zu der Actie Nr.

Inhaber empfängt am
hiergegen an der Gesellschaftskasse in Berlin oder
an den bekannt zu machenden Stellen die statut-
mäßig ermittelte Dividende für das Geschäfts-
jahr.

Berlin, den
Der Aufsichtsrath. Der Vorstand.

Beilage D.

Rückseite

Inhaber empfängt am

die ... Serie der Dividenden-Scheine zu der umstehend bezeichneten Actie.

Berlin, den

Der Aufsichtsrath.

Der Vorstand.

Alle Dividenden, welche nicht binnen 4 Jahren
abgehoben sind, verjähren zu Gunsten der Ge-
sellschaft.

Beilage E. Regulativ

für Feststellung der Beleihungsgrenzen bei Bewilligung hypothekarischer Darlehen auf städtische Grundstücke Seitens der Preussischen Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft zu Berlin.

Artikel 1.

Beschaffenheit und Benutzungsart der zu beleihenden Grundstücke.

Als städtische Grundstücke nach Maßgabe dieses Regulativs sollten in der Regel nur solche beliehen werden, welche in Städten von wenigstens 10000 Einwohnern oder in der unmittelbaren Nähe von Berlin liegen, hauptsächlich zu Wohnungen dienen, wenigstens im Rohbau d. h. bis auf den inneren Auszug fertig gestellt sind und einen Werth von wenigstens 20000 Mark haben. Ausnahmen hiervon finden nur unter besonders günstigen Sicherheitsverhältnissen statt und ist dies vorzugsweise streng festzuhalten bei Grundstücken, welche zum Betriebe von Fabriken benutzt werden.

Mühlengrundstücke dürfen nicht beliehen werden.

Artikel 2.

Feststellung des Werthes.

A.

Die Feststellung des Werthes der zu beleihenden bebauten Grundstücke erfolgt nach Maßgabe:

- 1) des Bauwerthes der auf denselben befindlichen Baulichkeiten und des Grund- und Bodenwerthes;
- 2) des reinen Mieths- resp. Nutzungswerthes;
- 3) des letzten Kaufpreises.

Zu 1.

- a. Als Bauwerth ist die Feuerversicherungssumme anzunehmen, wenn der Bautechniker der Gesellschaft (oder ein königlicher oder städtischer Baubeamter — zu welchem auch Rathsmaurermeister und Rathszimmermeister gerechnet werden —) bescheinigt, daß die Gebäude sich in gutem baulichen Zustande befinden und daß ihr zeitiger Bauwerth nicht niedriger ist als die Feuerversicherungssumme.

Wenn der Bautechniker dafür erachtet, daß der Bauwerth die Versicherungssumme nicht erreiche, so ist von ihm der zeitige Bauwerth anzugeben und dieser maßgebend.

- b. Als Werth des Grund und Bodens ist derjenige Betrag anzusehen, welcher nach dem Gutachten des Bautechnikers (confr. zu 1a) in den letzten Jahren für ähnliche Grundstücke in derselben Ortsgegend als Preis gezahlt und zur Zeit angemessen ist.

Bei Rohbauten bildet allein der so gefundene Bau- und der Grund- und Bodenwerth den Beleihungswerth.

Zu 2.

Der Miethsertrag resp. Nutzungswerth wird festgestellt:

- a. in Orten, wo Mieths- oder Haussteuer entrichtet wird, durch Steuerzettel oder eine amtliche Bescheinigung der Steuerbehörde oder durch die noch gültigen Miethsverträge;
- b. an anderen Orten durch die geltenden Miethsverträge oder ein Attest des Ortsvorstandes oder durch Gutachten von vereidigten Sachverständigen; nicht vermietete Localitäten werden nach mäßigem Anschlage geschätzt.

Der Bautechniker (confr. Ziffer 1) hat sich gutachtlich über die Angemessenheit der Miethen und den Miethswert der leerstehenden Localitäten zu äußern;

- c. der amtliche Gebäudesteuer-Nutzungswerth kann als reiner Miethsertrag angesehen werden. Der hier nach ermittelte Miethsertrag wird zum Zinslage von 5 Procent capitalisirt.

Zu 3.

Der letzte Kaufpreis ist urkundlich nachzuweisen und kommt in Betracht, wenn er aus einem innerhalb der letzten zehn Jahre geschlossenen Kaufvertrage oder Erkrezeße hervorgeht und unverbächtig ist und wenn nach dem Vertragsabschlusse nicht Neubauten oder erhebliche Umbauten resp. Abbrüche oder sonstige Deteriorationen auf dem Grundstücke vorgenommen sind.

Als Beleihungswerth des Grundstücks ist zu betrachten:

- a. der Regel nach der Durchschnittsbetrag der nach Ziffer 1 bis 3 ermittelten drei Werthe;
- b. falls einer dieser Factoren nicht zuverlässig zu ermitteln ist, (insbesondere wenn der letzte Erwerbspreis wegen Zeitablaufs nicht maßgebend sein kann) der Durchschnitt aus den beiden anderen Factoren.

B.

Bei bloßen Baustellen und Gärten ohne Wohngebäude wird der Werth auf die Artikel 2 zu 1 sub h angegebene Weise festgestellt.

Artikel 3.

Beleihungsgrenzen.

Die Preussische Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft kann bebaute städtische Grundstücke bis zu $\frac{1}{10}$ des nach Artikel 2 ermittelten Beleihungswerthes beliehen, jedoch darf die Beleihung in keinem Falle über diejenige Summe hinausgehen, welche sich aus der Zusammenrechnung

- a. des Feuerversicherungs- beziehentlich Bauwerthes und
- b. der Hälfte des Grund- und Bodenwerthes ergibt.

Rohbauten und bloße Baustellen und Gärten sollen nur bis zur Hälfte des nach Art. 2 B angegebenen Beleihungswerthes beliehen werden.

Bekanntmachung.

Vorstehende Genehmigungsurkunde nebst dem darin erwähnten Statut bringe ich hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß die Eintragung der bezüglichen Beschlüsse der ordentlichen Generalversammlung

der Gesellschaft vom 18. März v. J. in das Handelsregister erfolgt ist.

Das bisher gültige Statut der Gesellschaft ist in dem Stück 9 dieses Amtsblattes vom 28. Februar v. J. veröffentlicht. Berlin, den 25. Januar 1897.

Der Polizei-Präsident von Windheim.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

2. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß von der inzwischen verstorbenen Wittwe Johanne Christiane Jermis geb. Borsky in Baugen bei ihren Lebzeiten die Schulderschreibungen der Preussischen konsolidirten 4prozentigen Staatsanleihe von 1876/79

Lit. E. Nr. 82747 und 82748 über je 300 M. angeblich verbrannt worden sind. Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Fräulein Johanne Marie Schiller in Baugen anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 21. Januar 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

3. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Auszügler Georg Daube in Wetter (in der Nächstenmühle) Kreis Marburg, die Schulderschreibung der konsolidirten 4prozentigen Staatsanleihe von 1885

Lit. E. Nr. 1095501 über 300 M.

angeblich abhanden gekommen, wahrscheinlich verbrannt ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Müller Herrn Daniel Daube in Wetter (in der Nächstenmühle) Kreis Marburg anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 26. Januar 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

Urkunde,

betreffend die Errichtung einer dritten Pfarrstelle an der evangelischen Lazarus-Kirchengemeinde in Berlin.

3. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des evangelischen Ober-Kirchenraths, sowie nach Anhörung der Betheiligten, wird von den unterzeichneten Behörden hierdurch Folgendes festgesetzt:

§ 1. Für die evangelische Lazarus-Kirchengemeinde in Berlin wird eine dritte Pfarrstelle errichtet.

§ 2. Diese Urkunde tritt mit dem 1. Februar 1897 in Kraft.

Berlin, den 15. Januar 1897.

Berlin, den 22. Januar 1897.

Königliches Consistorium

Der

der Provinz Brandenburg, Abtheilung Berlin.

Königliche Polizei-Präsident.

Urkunde,

betreffend die Errichtung einer dritten Pfarrstelle an der evangelischen Auferstehungs-Kirchengemeinde zu Berlin.

4. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Evangelischen Ober-Kirchenraths, sowie nach Anhörung der Betheiligten, wird von den unterzeichneten Behörden hierdurch Folgendes festgesetzt:

§ 1. Für die evangelische Auferstehungs-Kirchengemeinde zu Berlin wird eine dritte Pfarrstelle errichtet.

§ 2. Diese Urkunde tritt mit dem 1. Februar 1897 in Kraft.

Berlin, den 15. Januar 1897.

Berlin, den 22. Januar 1897.

Königliches Consistorium

Der

der Provinz Brandenburg, Abtheilung Berlin.

Königliche Polizei-Präsident.

Urkunde,

betreffend die Vereinigung der im Kreise Oberbarnim belegenen Kirchengemeinden Hohenstein und Ruhlsdorf (bisherige Pfarochie Praedifow, Diözese Strausberg), sowie Klosterdorf (bisherige Pfarochie Strausberg) zu einer neuen Pfarochie Hohenstein.

5. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen Angelegenheiten und des Evangelischen Ober-Kirchenraths, sowie nach Anhörung der Betheiligten wird von den unterzeichneten Behörden hierdurch Folgendes festgesetzt:

§ 1. Die Kirchengemeinden Hohenstein und Ruhlsdorf scheiden aus der pfarramtlichen Verbindung mit den Kirchengemeinden Praedifow und Grunow aus, desgleichen die Kirchengemeinde Klosterdorf aus der pfarramtlichen Verbindung mit der Kirchengemeinde Strausberg.

§ 2. Die Kirchengemeinden Hohenstein, Ruhlsdorf und Klosterdorf werden unter einem neu errichteten Pfarramt, welches seinen Amtssitz in Hohenstein hat, mit einander verbunden.

§ 3. Die neue Einrichtung tritt mit dem 1. April 1897 in Kraft.

Berlin, den 23. November 1896.

Potsdam, den 3. Dezember 1896.

Königliches Consistorium der Provinz Brandenburg.

Königliche Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

6. Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Groß-Ziethen, Diözese Cöln-Land II., ist durch das Ableben des Pfarrers Gehring am 4. Januar d. J. zur Erledigung gekommen.

7. Die unter königlichem Patronate stehende, mit dem Epboralamte der Diözese Jüterbog verbundene Pfarrstelle Bocho, Diözese Jüterbog, ist durch das Ableben des Superintendenten und Pfarrers Pizner am 9. Januar d. J. zur Erledigung gekommen.

U e b e r s i c h t
der Martini-Marktpreise des Roggens, wie solche in den Jahren 1883—1896 einschließlich in den Kreisstädten
des Regierungsbezirks Potsdam im Durchschnitt zu sieben genommen sind.

8. Dieselben betragen für das Getreide im

Jahre	Niederbarnim zu Berlin	Obernarnim zu Briesen a. L.	Beeskow-Storkow zu Beeskow	Züsterbog-Ludenwalde zu Züsterbog	Osthavelland zu Potsdam	Westhavelland zu Brandenburg a. S.	Kruppin zu Neu-Kruppin	Ostprignitz zu Wittstock	Westprignitz zu Berleberg	Prenzlau zu Prenzlau	Angermünde zu Schwedt a. O.	Leitow zu Berlin	Templin in Prenzlau	Bauch-Beitzig zu Potsdam
1883	Dr. 9/12	Dr. 10/82	Dr. 11/68	Dr. 10/74	Dr. 10/88	Dr. 11/16	Dr. 11/12	Dr. 10/96	Dr. 10/60	Dr. 10/28	Dr. 11/80	Dr. 11/12	Dr. 10/74	Dr. 10/86
1884	9/98	9/88	10/34	10/54	10/32	10/08	10/36	9/52	9/70	9/46	10/34	9/98	10/08	10/32
1885	9/90	9/74	9/74	10/74	10/36	10/08	9/70	8/78	9/06	9/26	9/84	9/90	10/44	10/36
1886	9/30	9/14	9/34	9/62	9/16	9/54	9/10	8/78	9/04	8/94	9/24	9/30	8/28	9/16
1887	8/24	8/12	8/74	8/70	8/44	8/70	8/56	7/72	8/12	7/92	8/86	8/24	7/84	8/44
1888	11/02	11/34	12/44	12/28	11/10	11/84	11/06	11/96	11/26	11/30	11/80	11/02	11/26	11/10
1889	11/88	12/20	12/70	12/72	11/78	12/46	11/66	12/08	11/18	12/08	12/34	11/88	11/62	11/78
1890	12/76	12/60	12/66	12/96	12/42	13/06	12/36	12/42	11/90	12/52	12/92	12/76	12/06	12/42
1891	16/78	16/88	17/76	16/64	16/44	16/80	16/54	16/04	15/46	14/74	17/44	16/78	16/20	16/44
1892	9/86	9/60	9/78	9/46	9/76	9/94	9/58	9/32	9/06	9/72	10/28	9/86	9—	9/76
1893	8/98	9/02	9/40	9/06	9/58	9/36	9/46	9/02	8/68	8/74	9/22	8/98	8/64	9/58
1894	7/84	7/84	8/48	7/72	7/78	8/18	8/44	8/38	7/74	7/68	8/32	7/84	7/92	7/78
1895	8/32	9/20	8/26	8/28	8/14	8/62	8/52	8/92	8/32	9—	8/74	8/32	9—	8/14
1896	8/82	10/16	8/80	8/86	9/06	9/26	7/56	8/90	8/34	8/46	9/64	8/32	8/46	9/06
1883—1896	114/80	114/54	115/012	114/832	114/522	114/908	114/402	114/270	113/846	114/010	115/078	114/480	1141/54	1145/22

hervon ab die beiden höchsten und die beiden niedrigsten Jahrespreise mit:

16/78	16/88	17/76	16/64	16/44	16/80	16/54	16/04	15/46	14/74	17/44	16/78	16/20	16/44	
12/76	12/60	12/70	12/96	12/42	13/06	12/36	12/42	11/90	12/52	12/92	12/76	12/06	12/42	
7/84	7/84	8/26	7/72	7/78	8/18	7/56	7/72	7/74	7/68	8/32	7/84	7/92	7/78	
8/24	8/12	8/48	8/28	8/14	8/62	8/44	8/38	8/12	7/92	8/74	8/24	7/84	8/14	
gufammunt:	45/62	45/44	47/20	45/60	44/78	46/66	44/30	44/56	43/22	42/86	47/42	45/62	44/02	44/78

bleiben für 10 Jahre: 99/18 | 101/10 | 102/92 | 102/72 | 100/44 | 102/42 | 99/12 | 98/14 | 95/24 | 107/24 | 103/36 | 99/18 | 97/52 | 100/44
 Es beträgt daher der Martini-Durchschnittspreis für das Getreide Roggen, nach welchem die Getreideernte des Jahres 1896 im baarem
 Gelde zu vergüten ist:

9/92 | 10/11 | 10/29 | 10/28 | 10/04 | 10/24 | 9/91 | 9/81 | 9/52 | 10/72 | 10/34 | 9/92 | 9/75 | 10/04
 Berlin, den 19. Januar 1897.

Königliches Kommissorium der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Berg-Amtes zu Halle a. S.

Bekanntmachung.

2. Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die Vergewerungsgeschäfte im Bezirke des Königl. Bergrevieres Frankfurt a./D. dem Königl. Bergverwalter Herrn Oberberggrath Arlt zu Frankfurt a./D. übertragen worden sind.

Halle, den 30. Januar 1897.

Königliches Oberbergamt.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

1. Soeben erschien das Deutsche Eisenbahn-

Kursbuch vom 1. Februar 1897, enthaltend die neuesten Fahrpläne der Eisenbahnstrecken östlich der Linie Stralsund—Berlin—Dresden, sowie Auszüge der Fahrpläne der anschließenden Bahnen von Mittel-Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Rußland, auch Kleinbahnen, Post- und Dampfschiffsverbindungen, Bestimmungen über Rundreisefarten u. s. w.

Das Kursbuch ist auf allen Stationen des vorbezeichneten Bezirks von den Fahrkarten-Ausgabestellen, von den Bahnhofsbuchhändlern, sowie im Buchhandel zum Preise von 50 Pfennig zu beziehen.

Bromberg, den 25. Januar 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

4.

Nachweisung

der vom Kreis-Ausschusse des Kreises Beeskow-Storkow genehmigten Communal-Bezirksveränderungen.

Datum der Genehmigung	Grundstücke	Bezeichnung des Besitzers	Bezeichnung des		Bemerkungen (Größe des Grundstücks)		
			jetzigen	künftigen	ha	ar	qu
16. Juli 1896	Beg	Kreis Beeskow-Storkow	Gutsbezirk Amt Beeskow	Gemeinde Kiez-Beeskow	—	2	95
21. August 1896	Wiesen	Rittergutsbesitzer und Landrath von Gersdorff	Gemeinde Pfaffendorf	Gutsbezirk Eulersdorf	—	72	85
24. Oktober 1896	Dorf- auens- parzelle	Schmiedemeister Dietrich	Domainenfiskus	Gemeinde Reichenwalde	—	—	69
19. Dezbr. 1896	"	Gastwirth Ehrenfried Buchmann	desgl.	Gemeinde Alt-Schadow	—	1	17
desgl.	Garten- parzellen	Domainenfiskus	Gemeinde Alt-Schadow	Domainenfiskus	—	—	75
desgl.	Dorf- auens- parzelle	Handelsmann Hermann Krüger	Domainenfiskus	Gemeinde Limsdorf	—	1	03
desgl.	"	Bauer August Reischert	desgl.	Gemeinde Pfaffendorf	—	—	56
desgl.	"	Bauer Karl Kocher	desgl.	Gemeinde Limsdorf	—	—	27
desgl.	"	Kossäth Karl Balzer	desgl.	desgl.	—	—	63

Beeskow, den 14. Januar 1897.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

5.

Nachweisung

der vom Kreis-Ausschuß des Kreises Ruppin auf Grund des § 2 Abs. 4 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 genehmigten Veränderungen an Gemeinde- und Gutsbezirkegrenzen.

Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke.	Seitheriger Gemeinde- bezw.	Künftiger Gutsbezirk
Die von dem Königl. Forstfiskus erworbenen Kartenblatt 1 der Gemarkung Groß-Zerlang aufgeführten Grundstücke Parzelle № 410/55, 77, 54, 56, 413/68, 414/72, 421/65, 57, 64, 428/1, 429/5, 2, 3, 4, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15 I., 15 II., 16, 17, 18, 19, 23, 430/20, 431/25, 43, 44, 45, 284/46, 457/50, 458/52, 459/90 250/51, sowie die Kartenblatt 1 der Gemarkung Menz aufgeführten Grundstücke Parzelle № 15 und 46/16 mit einem Gesamtflächeninhalte von 286,8416 + 13,5880 zusammen 300,4296 ha.	Gutsbezirk Groß-Zerlang	Gutsbezirk Menz
	Gemeindebezirk Menz	Gutsbezirk Menz

Neu-Ruppin, den 15. Januar 1897.

Der Kreis-Ausschuß.

werthes, auch darüber hinaus bis zu drei Viertheilen des Versicherungs-Kapitals, wenn und insoweit die Prämien- und Zinszahlung bis zur Fälligkeit des Versicherungs-Kapitals durch den Ertrag solcher Werthe, welche nach den vorstehend unter a, b und c vorgeschriebenen Bedingungen erworben und beliehen werden dürfen und innerhalb der Grenze, innerhalb welcher diese Beleihung zulässig ist, sicher gestellt sind;

e. durch Darlehne an Versicherte behufs Bestellung von Dienstcautionen.

Der Erwerb von Grundstücken ist der Gesellschaft nur insoweit gestattet, als es sich um Beschaffung von Geschäftslokalitäten oder um Sicherung von ausstehenden Forderungen handelt.

Sobald für die Vermögensanlage der Versicherungs-Gesellschaften durch Reichs- oder Landesgesetze andere Normen festgestellt werden, treten diese an die Stelle der Bestimmungen dieses Paragraphen.

Abtheilung V: Geschäftsführung.

§ 18.

Organe der Gesellschaft sind:

- a. der Aufsichtsrath,
- b. der Vorstand,
- c. die Generalversammlung.

a. Aufsichtsrath.

§ 19.

Der Aufsichtsrath besteht je nach Bestimmung der Generalversammlung aus fünf bis sieben Mitgliedern, welche von der Generalversammlung gewählt werden. Alljährlich zur Zeit der ordentlichen Generalversammlung scheiden dasjenige Mitglied beziehentlich diejenigen Mitglieder aus, deren Amtsdauer vier Jahre oder darüber beträgt, und werden durch Wahl der Generalversammlung ersetzt; unter einem Jahre ist hierbei der Zeitraum von einer ordentlichen bis zum Schlusse der nächstjährigen ordentlichen Generalversammlung zu verstehen. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird durch das Dienstalter, bei gleichem Dienstalter durch das vom Vorsitzenden zu ziehende Loos bestimmt. Für die durch Tod oder freiwillig ausscheidenden Mitglieder soll die Ersatzwahl, sofern noch mindestens vier Aufsichtsraths-Mitglieder vorhanden sind, erst in der nächsten ordentlichen Generalversammlung erfolgen, sofern es nicht für nöthig erachtet wird, diese Ersatzwahl noch vorher durch eine außerordentliche Generalversammlung vornehmen zu lassen. In diesen Fällen währt das Amt eines gewählten Ersatzmannes nur bis zum Ablaufe derjenigen Zeit, bis zu welcher der Ausgeschiedene, an dessen Stelle er getreten, würde fungirt haben.

§ 20.

Der Aufsichtsrath wählt aus seiner Mitte all-

jährlich einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben. Ueber die Wahl wird ein gerichtliches oder notarielles Protokoll aufgenommen.

Der Vorsitzende resp. dessen Stellvertreter beruft die Sitzungen des Aufsichtsrathes, leitet die Verhandlungen und nimmt nach Ermessen auch an den Conferenzungen des Vorstandes Theil.

Der Aufsichtsrath versammelt sich mindestens einmal vierteljährlich und außerdem dann, wenn es drei seiner Mitglieder oder der Vorstand der Gesellschaft verlangen.

§ 21.

Der Aufsichtsrath ernennt und entläßt den Vorstand, ebenso die Vorstandsstellvertreter und schließt mit denselben die Dienstverträge. Zur Anstellung von Beamten mit einem Jahresgehalt von 3000 Mark und darüber ist seine Genehmigung nothwendig. Er überwacht die Ausführung der Statuten von Seiten des Vorstandes, controllirt dessen Thätigkeit und ertheilt demselben Instruction. Er ist befugt, einzelne seiner Mitglieder mit bestimmten Functionen gegen Entschädigungen, welche als Geschäftsunkosten zu buchen sind, zu beauftragen. Er prüft die vom Vorstande ihm übergebene Jahres-Rechnung und Bilanz und schlägt der Generalversammlung die Dividendenvertheilung vor. Er hält jährlich mindestens einmal außerordentliche Rassen-Revision ab. Er autorisirt und beauftragt den Vorstand zum Einzug des ganzen oder theilweisen Betrages einzelner oder mehrerer der Actienwechsel und muß dies thun, wenn die Generalversammlung es beschließt, oder wenn in Folge von Verlusten das Vermögen außer den Actienwechseln und Prämien-Reserven nicht mehr die Hälfte der ursprünglichen Baareinzahlung repräsentiren sollte.

§ 22.

Der Aufsichtsrath beschließt mit absoluter Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende oder sein Stellvertreter, wenn dieser den Vorsitz führt.

Der Aufsichtsrath kann gültig nur beschließen, wenn der Vorsitzende oder sein Stellvertreter und zwei Mitglieder an dem Beschlusse Theil genommen haben. Ausfertigungen Namens des Aufsichtsrathes müssen von dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter und einem Mitgliede unterzeichnet sein.

§ 23.

Der Aufsichtsrath bezieht außer dem Ersatze für die durch seine Functionen etwa veranlaßten baaren Auslagen eine Tantième (§ 40). Die Vertheilung derselben an die einzelnen Mitglieder regelt der Aufsichtsrath.

Die Generalversammlung kann jene Tantième erhöhen oder ermäßigen.

§ 24.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrathes hat während seiner Amtsdauer 10 Actien der Gesellschaft bei dieser als Caution zu hinterlegen und kann über dieselben nicht verfügen, bis nach seinem Ausscheiden aus dem

Aufsichtsrathe diesem für die Geschäftsführung im Jahre des Austritts Rechnung erteilt ist.

§ 25.

Die Mitglieder des Aufsichtsrathes, sowie der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende desselben legitimiren sich Dritten und Behörden gegenüber durch ein auf Grund der eingesehenen Wahlprotokolle ausgestelltes notarielles Attest.

h. Vorstand.

§ 26.

Der Vorstand besteht aus einem Director oder aus mehreren Vorstandsmitgliedern. Der Director und die Vorstandsmitglieder werden durch den Aufsichtsrath mittelst Stimmzettel nach absoluter Majorität gewählt. Ueber die Wahl ist ein gerichtliches oder notarielles Protokoll aufzunehmen.

Der Director, beziehentlich jedes Vorstandsmitglied müssen 10 Actien der Gesellschaft als Caution hinterlegen.

Zur Vertretung des Directors, beziehentlich der Vorstandsmitglieder werden vom Aufsichtsrathe ein oder mehrere Vorstandsstellvertreter ernannt. Dieselben haben im Falle der Vertretung die Befugnisse eines Vorstandsmitgliedes, und die Gesellschaft darf dritten Personen niemals den Einwand entgegensetzen, es habe der Fall einer Stellvertretung nicht vorgelegen.

Die Namen des Directors, beziehentlich der Vorstandsmitglieder, sowie die Namen der Vorstandsstellvertreter sind durch das Gesellschaftsblatt bekannt zu machen.

§ 27.

Der Vorstand leitet und führt innerhalb der statummäßigen Grenzen den gesetzlichen Bestimmungen gemäß die Geschäfte und Angelegenheiten der Gesellschaft und vertritt dieselbe überall sowohl dritten Personen wie Behörden gegenüber gerichtlich und außergerichtlich. Er ist befugt, unter Zustimmung des Aufsichtsrathes einen oder mehrere Procuristen der Gesellschaft zu ernennen, von denen jedoch jeder Einzelne nur ermächtigt wird, die Firma der Gesellschaft mit einem der Vorstandsmitglieder oder einem Vorstandsstellvertreter gemeinsam zu zeichnen.

Der Vorstand unterzeichnet die Firma der Gesellschaft und kann diese nur verpflichtet werden:

- 1) entweder durch die alleinige Unterschrift des Directors,
- 2) oder durch die gemeinschaftliche Unterschrift
 - a. zweier Vorstandsmitglieder,
 - b. eines Vorstandsmitgliedes und eines Vorstandsstellvertreters,
 - c. zweier Vorstandsstellvertreter,
 - d. eines Vorstandsmitgliedes und eines Procuristen,
 - e. eines Vorstandsstellvertreters und eines Procuristen.

Die Legitimation des Directors, der Vorstandsmitglieder, der Vorstandsstellvertreter und der Procu-

risten, soweit solche noch weiter als durch den Nachweis der im Handelsgesetzbuche vorgeschriebenen Bekanntmachung erforderlich sein sollte, erfolgt durch eine gerichtliche oder notarielle Ausfertigung des über ihre Ernennung aufgenommenen Protokolles.

§ 28.

Der Vorstand beruft die Generalversammlungen der Actionaire (§ 31), er ernennt und stellt sämtliche Beamte und Hilfsarbeiter der Gesellschaft an, hat jedoch bei Anstellung von Beamten, welche 3000 Mark oder mehr Jahresgehalt beziehen sollen, die Genehmigung des Aufsichtsrathes einzuholen.

§ 29.

Dem Aufsichtsrathe bleibt das Recht vorbehalten, den Vorstand beziehentlich die Vorstands-Stellvertreter jederzeit in ihren Amtsverrichtungen zu suspendiren oder zu entlassen, unbeschadet der Entschädigungs-Ansprüche aus bestehenden Verträgen.

c. Generalversammlung.

§ 30.

An der Generalversammlung kann jeder Actionair theilnehmen, der als solcher in das Actienbuch der Gesellschaft eingetragen ist.

Es berechtigt der Besitz von ein bis fünf Stück Actien zu einer Stimme und der von jeden weiteren fünf Actien gleichfalls zu einer Stimme. Abwesende Actionaire können sich von einem stimmberechtigten Actionair vertreten lassen; die Vertreter legitimiren sich durch schriftliche Vollmacht. Der Vorstand ist jedoch berechtigt, die Echtheit der Vollmacht zu prüfen und amtliche Beglaubigung der letzteren zu fordern. Ein Stimmrecht durch mehr als einen Vertreter ausüben zu lassen ist nicht zulässig. Die Stimmen des vertretenen Actionairs werden mit denen des Vertreters zusammen gerechnet. Niemand hat für sich oder für sich und Andere mehr als zwanzig Stimmen. Ehefrauen können sich durch ihre Ehemänner, Minderjährige oder sonst Bevormundete durch ihre Vormünder oder Curatoren, Handlungshäuser, Corporationen, Institute und Actiongesellschaften durch einen ihrer gesetzlichen Repräsentanten vertreten lassen.

Die Actionaire legitimiren sich durch Vorzeigung der von dem Vorstande zu gebenden Bescheinigung über die Zahl der am Tage vor der Generalversammlung auf ihren Namen in das Actienbuch eingetragenen Actien.

§ 31.

Die Generalversammlung der Actionaire findet alljährlich in den ersten 6 Monaten des Geschäftsjahres in Berlin statt. Auf Antrag des Aufsichtsrathes oder des Vorstandes, oder auf Antrag von Actionairen, deren Antheile zusammen den 20. Theil des Grundcapitals darstellen, muß der Vorstand eine außerordentliche Generalversammlung der Actionaire anberaumen.

Jede Generalversammlung muß durch mindestens einmalige Bekanntmachung, welche spätestens 3 Wochen vor dem Versammlungstage zu erfolgen hat, in dem Gesellschaftsblatte (§ 43) berufen werden, unter gleich-

werthes, auch darüber hinaus bis zu drei Viertheilen des Versicherungs-Kapitals, wenn und insoweit die Prämien- und Zinszahlung bis zur Fälligkeit des Versicherungs-Kapitals durch den Ertrag solcher Werthe, welche nach den vorstehend unter a, b und c vorgeschriebenen Bedingungen erworben und beliehen werden dürfen und innerhalb der Grenze, innerhalb welcher diese Beleihung zulässig ist, sicher gestellt sind;

e. durch Darlehne an Versicherte behufs Bestellung von Dienstcautionen.

Der Erwerb von Grundstücken ist der Gesellschaft nur insoweit gestattet, als es sich um Beschaffung von Geschäftslokalitäten oder um Sicherung von ausstehenden Forderungen handelt.

Sobald für die Vermögensanlage der Versicherungs-Gesellschaften durch Reichs- oder Landesgesetze andere Normen festgestellt werden, treten diese an die Stelle der Bestimmungen dieses Paragraphen.

Abtheilung V: Geschäftsführung.

§ 18.

Organe der Gesellschaft sind:

- a. der Aufsichtsrath,
- b. der Vorstand,
- c. die Generalversammlung.

a. Aufsichtsrath.

§ 19.

Der Aufsichtsrath besteht je nach Bestimmung der Generalversammlung aus fünf bis sieben Mitgliedern, welche von der Generalversammlung gewählt werden. Alljährlich zur Zeit der ordentlichen Generalversammlung scheidet dasjenige Mitglied beziehentlich diejenigen Mitglieder ab, deren Amtsdauer vier Jahre oder darüber beträgt, und werden durch Wahl der Generalversammlung ersetzt; unter einem Jahre ist hierbei der Zeitraum von einer ordentlichen bis zum Schlusse der nächstjährigen ordentlichen Generalversammlung zu verstehen. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird durch das Dienstalter, bei gleichem Dienstalter durch das vom Vorsitzenden zu ziehende Loos bestimmt. Für die durch Tod oder freiwillig ausscheidenden Mitglieder soll die Ersatzwahl, sofern noch mindestens vier Aufsichtsraths-Mitglieder vorhanden sind, erst in der nächsten ordentlichen Generalversammlung erfolgen, sofern es nicht für nöthig erachtet wird, diese Ersatzwahl noch vorher durch eine außerordentliche Generalversammlung vornehmen zu lassen. In diesen Fällen währt das Amt eines gewählten Ersatzmannes nur bis zum Ablaufe derjenigen Zeit, bis zu welcher der Ausgeschiedene, an dessen Stelle er getreten, würde fungirt haben.

§ 20.

Der Aufsichtsrath wählt aus seiner Mitte all-

jährlich einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben. Ueber die Wahl wird ein gerichtliches oder notarielles Protokoll aufgenommen.

Der Vorsitzende resp. dessen Stellvertreter beruft die Sitzungen des Aufsichtsrathes, leitet die Verhandlungen und nimmt nach Ermessen auch an den Conferenzten des Vorstandes Theil.

Der Aufsichtsrath versammelt sich mindestens einmal vierteljährlich und außerdem dann, wenn es drei seiner Mitglieder oder der Vorstand der Gesellschaft verlangen.

§ 21.

Der Aufsichtsrath ernannt und entläßt den Vorstand, ebenso die Vorstandsstellvertreter und schließt mit denselben die Dienstverträge. Zur Anstellung von Beamten mit einem Jahresgehalt von 3000 Mark und darüber ist seine Genehmigung nothwendig. Er überwacht die Ausführung der Statuten von Seiten des Vorstandes, controllirt dessen Thätigkeit und ertheilt demselben Instruction. Er ist befugt, einzelne seiner Mitglieder mit bestimmten Functionen gegen Entschädigungen, welche als Geschäftskosten zu buchen sind, zu beauftragen. Er prüft die vom Vorstande ihm übergebene Jahres-Rechnung und Bilanz und schlägt der Generalversammlung die Dividendendvertheilung vor. Er hält jährlich mindestens einmal außerordentliche Rassen-Revision ab. Er autorisirt und beauftragt den Vorstand zum Einzug des ganzen oder theilweisen Betrages einzelner oder mehrerer der Actienwechsel und muß dies thun, wenn die Generalversammlung es beschließt, oder wenn in Folge von Verlusten das Vermögen außer den Actienwechseln und Prämien-Reserven nicht mehr die Hälfte der ursprünglichen Baareinzahlung repräsentiren sollte.

§ 22.

Der Aufsichtsrath beschließt mit absoluter Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende oder sein Stellvertreter, wenn dieser den Vorsitz führt.

Der Aufsichtsrath kann gültig nur beschließen, wenn der Vorsitzende oder sein Stellvertreter und zwei Mitglieder an dem Beschlusse Theil genommen haben. Ausfertigungen Namens des Aufsichtsrathes müssen von dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter und einem Mitgliede unterzeichnet sein.

§ 23.

Der Aufsichtsrath bezieht außer dem Ersatze für die durch seine Functionen etwa veranlaßten kassen Auslagen eine Tantième (§ 40). Die Vertheilung derselben an die einzelnen Mitglieder regelt der Aufsichtsrath.

Die Generalversammlung kann jene Tantième erhöhen oder ernäßigen.

§ 24.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrathes hat während seiner Amtsdauer 10 Actien der Gesellschaft bei dieser als Caution zu hinterlegen und kann über dieselben nicht verfügen, bis nach seinem Ausscheiden aus dem

Aufsichtsrathe diesem für die Geschäftsführung im Jahre des Austritts Rechnung erteilt ist.

§ 25.

Die Mitglieder des Aufsichtsrathes, sowie der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende desselben legitimiren sich Dritten und Behörden gegenüber durch ein auf Grund der eingesehenen Wahlprotokolle ausgestelltes notarielles Attest.

b. Vorstand.

§ 26.

Der Vorstand besteht aus einem Director oder aus mehreren Vorstandsmitgliedern. Der Director und die Vorstandsmitglieder werden durch den Aufsichtsrath mittelst Stimmzettel nach absoluter Majorität gewählt. Ueber die Wahl ist ein gerichtliches oder notarielles Protokoll aufzunehmen.

Der Director, beziehentlich jedes Vorstandsmitglied müssen 10 Actien der Gesellschaft als Caution hinterlegen.

Zur Vertretung des Directors, beziehentlich der Vorstandsmitglieder werden vom Aufsichtsrathe ein oder mehrere Vorstandsstellvertreter ernannt. Dieselben haben im Falle der Vertretung die Befugnisse eines Vorstandsmitgliedes, und die Gesellschaft darf dritten Personen niemals den Einwand entgegensetzen, es habe der Fall einer Stellvertretung nicht vorgelegen.

Die Namen des Directors, beziehentlich der Vorstandsmitglieder, sowie die Namen der Vorstandsstellvertreter sind durch das Gesellschaftsblatt bekannt zu machen.

§ 27.

Der Vorstand leitet und führt innerhalb der statutenmäßigen Grenzen den geschäftlichen Bestimmungen gemäß die Geschäfte und Angelegenheiten der Gesellschaft und vertritt dieselbe überall sowohl dritten Personen wie Behörden gegenüber gerichtlich und außergerichtlich. Er ist befugt, unter Zustimmung des Aufsichtsrathes einen oder mehrere Prokuristen der Gesellschaft zu ernennen, von denen jedoch jeder Einzelne nur ermächtigt wird, die Firma der Gesellschaft mit einem der Vorstandsmitglieder oder einem Vorstandsstellvertreter gemeinsam zu zeichnen.

Der Vorstand unterzeichnet die Firma der Gesellschaft und kann diese nur verpflichtet werden:

- 1) entweder durch die alleinige Unterschrift des Directors,
- 2) oder durch die gemeinschaftliche Unterschrift
 - a. zweier Vorstandsmitglieder,
 - b. eines Vorstandsmitgliedes und eines Vorstandsstellvertreters,
 - c. zweier Vorstandsstellvertreter,
 - d. eines Vorstandsmitgliedes und eines Prokuristen,
 - e. eines Vorstandsstellvertreters und eines Prokuristen.

Die Legitimation des Directors, der Vorstandsmitglieder, der Vorstandsstellvertreter und der Proku-

risten, soweit solche noch weiter als durch den Nachweis der im Handelsgesetzbuche vorgeschriebenen Bekanntmachung erforderlich sein sollte, erfolgt durch eine gerichtliche oder notarielle Ausfertigung des über ihre Ernennung aufgenommenen Protokolles.

§ 28.

Der Vorstand beruft die Generalversammlungen der Actionaire (§ 31), er ernennt und stellt sämtliche Beamte und Hilfsarbeiter der Gesellschaft an, hat jedoch bei Anstellung von Beamten, welche 3000 Mark oder mehr Jahresgehalt beziehen sollen, die Genehmigung des Aufsichtsrathes einzuholen.

§ 29.

Dem Aufsichtsrathe bleibt das Recht vorbehalten, den Vorstand beziehentlich die Vorstands-Stellvertreter jederzeit in ihren Amtsverrichtungen zu suspendiren oder zu entlassen, unbeschadet der Entschädigungs-Ansprüche aus bestehenden Verträgen.

c. Generalversammlung.

§ 30.

An der Generalversammlung kann jeder Actionair theilnehmen, der als solcher in das Actienbuch der Gesellschaft eingetragen ist.

Es berechtigt der Besitz von ein bis fünf Stück Actien zu einer Stimme und der von jeden weiteren fünf Actien gleichfalls zu einer Stimme. Abwesende Actionaire können sich von einem stimmberechtigten Actionair vertreten lassen; die Vertreter legitimiren sich durch schriftliche Vollmacht. Der Vorstand ist jedoch berechtigt, die Echtheit der Vollmacht zu prüfen und amtliche Beglaubigung der letzteren zu fordern. Ein Stimmrecht durch mehr als einen Vertreter ausüben zu lassen ist nicht zulässig. Die Stimmen des vertretenen Actionairs werden mit denen des Vertreters zusammen gerechnet. Niemand hat für sich oder für sich und Andere mehr als zwanzig Stimmen. Ehefrauen können sich durch ihre Ehemänner, Minderjährige oder sonst Bevormundete durch ihre Vormünder oder Curatoren, Handlungshäuser, Corporationen, Institute und Actiongesellschaften durch einen ihrer gesetzlichen Repräsentanten vertreten lassen.

Die Actionaire legitimiren sich durch Vorzeigung der von dem Vorstande zu gebenden Bescheinigung über die Zahl der am Tage vor der Generalversammlung auf ihren Namen in das Actienbuch eingetragenen Actien.

§ 31.

Die Generalversammlung der Actionaire findet alljährlich in den ersten 6 Monaten des Geschäftsjahres in Berlin statt. Auf Antrag des Aufsichtsrathes oder des Vorstandes, oder auf Antrag von Actionairen, deren Antheile zusammen den 20. Theil des Grundcapitals darstellen, muß der Vorstand eine außerordentliche Generalversammlung der Actionaire anberaumen.

Jede Generalversammlung muß durch mindestens einmalige Bekanntmachung, welche spätestens 3 Wochen vor dem Versammlungstage zu erfolgen hat, in dem Gesellschaftsblatte (§ 43) berufen werden, unter gleich-

zeitiger Bekanntmachung der Tagesordnung. Bei Berechnung dieser Frist sind das Datum des die Einberufung enthaltenden Blattes und das Datum des Versammlungstages selbst nicht mitzuzählen.

§ 32.

Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrathes oder dessen Stellvertreter event. ein vom Aufsichtsrathe zu bezeichnender Actionair; derselbe regelt die Tagesordnung, ertheilt das Wort und ernennt zur Prüfung der Stimmberechtigung und zur Auszählung der Stimmen aus der Mitte der anwesenden Actionaire zwei Scrutatoren. Die Protokolle der Generalversammlung werden gerichtlich oder notariell beurkundet, von dem Vorsitzenden, den Scrutatoren und den anwesenden Vorstandsmitgliedern, sowie von mindestens zwei Aufsichtsraths-Mitgliedern und allen stimmberechtigten Actionairen, die es verlangen, unterzeichnet.

§ 33.

Die ordentliche Generalversammlung nimmt die Berichte des Aufsichtsrathes und des Vorstandes, Bilanz und Rechnungs-Abschluß des Vorjahres entgegen. Sie beschließt über die dem Aufsichtsrathe und dem Vorstande von ihr zu ertheilende Decharge, über die vom Aufsichtsrathe vorgeschlagene Dividendenvertheilung und über alle Anträge, welche auf der Tagesordnung stehen.

Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung gilt als genehmigt, und die Dechargirung des Vorstandes und des Aufsichtsrathes als erfolgt, soweit nicht einer der Fälle des Artikels 239a. des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches eingetreten ist.

Sie erwählt die Mitglieder des Aufsichtsrathes (cfr. § 37).

Eigentliche Anleihen dürfen von der Gesellschaft nur auf Beschluß der Generalversammlung aufgenommen werden.

Die außerordentliche Generalversammlung beschließt über diejenigen Anträge, welche ihre Berufung veranlaßt haben.

§ 34.

Anträge der Actionaire, welche in der Generalversammlung zur Beschlußfassung gelangen sollen, müssen mindestens 2 Wochen vor derselben bei dem Vorstande schriftlich unter Angabe der Gründe eingereicht und mindestens eine Woche vor dem Tage der Generalversammlung in dem Gesellschaftsblatte angekündigt werden.

§ 35.

Zu den Beschlüssen der Generalversammlung ist absolute Stimmenmehrheit der anwesenden Stimmen erforderlich und in der Regel auch genügend. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Für Statutenänderungen oder für Auflösung der Gesellschaft müssen sich jedoch drei Vierteltheile des in der Generalversammlung vertretenen Grundcapitals vereinen, und bei dem Beschlusse über die Auflösung muß mindestens die Hälfte des Grundcapitals in der beschließenden Generalversammlung vertreten sein.

Die von der Generalversammlung gefaßten Be-

schlüsse sind für die nicht vertretenen Actionaire rechtsverbindlich.

§ 36.

Beschlüsse der Generalversammlung über Statutenänderungen bedürfen der landesherrlichen Genehmigung.

§ 37.

Alle im Statute vorgesehenen, sowie überhaupt alle Wahlen, welche von den Gesellschaftsorganen ausgehen, erfolgen, soweit nicht Einstimmigkeit obwaltet, durch Stimmzettel und nach absoluter Stimmenmehrheit. Ergiebt bei einer Wahl die erste Abstimmung keine absolute Majorität, so werden diejenigen Beiden, welche die relativ meisten Stimmen erhalten haben, zur engeren Wahl gestellt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

Der Vorstand giebt dem Gewählten Nachricht von der Wahl und der Gewählte muß innerhalb 4 Wochen nach Empfang dieser Benachrichtigung der Gesellschaft eine Erklärung über Annahme der Wahl zugehen lassen, sonst wird die Ablehnung der Wahl angenommen.

Abtheilung VI.

Auflösung.

§ 38.

Außer auf Beschluß der Generalversammlung (§ 35) erfolgt die Auflösung der Gesellschaft nur auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen.

Abtheilung VII.

Jahres-Bilanz. Gewinnvertheilung. Reservefonds.

(Staats-Oberaufsicht. Bekanntmachungen.)

§ 39.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Die Bilanz wird Ende jedes Geschäftsjahres aufgestellt.

Zu diesem Zweck werden die nach Absetzung der Verwaltungskosten und bezahlten Schäden verbleibenden Aktiva und Passiva zusammengestellt, und zwar:

die Aktiva:

- Hypothekensforderungen höchstens zu ihrem Nominalwerthe;
- Wertpapiere höchstens zum Course vom 31. Dezember des betreffenden Jahres, doch nicht über den Anschaffungspreis;
- Grundstücke und Inventarien höchstens zum Acquisitionspreise, welchem überdies bei Grundstücken, mit Ausnahme des Grund und Bodens, mindestens 1 pCt. und bei Mobilien mindestens 5 pCt. jährlich abzuschreiben sind, oder ein, einer solchen Abschreibung entsprechender Betrag als Erneuerungsfonds in den Passiven gegenüberzustellen ist;
- anderes Eigenthum zu dem Werthe, welchen dasselbe nach sorgfältiger Ermittlung am Jahres-schluß hat;

die Passiva:

- alle liquiden oder anerkannten Zahlungsverbindlichkeiten der Gesellschaft;

- b. die Capital-Reserve (§ 40);
- c. die Reserve für den am Jahreschluß noch nicht verdienten Theil der Jahresprämien;
- d. die rechnungsmäßige Reserve welche zur Deckung aller Risiken von Jahr zu Jahr angesammelt wird und der Differenz zwischen dem auf die Gegenwart reducirten Werthe der versicherten Capitalien und Renten und dem gleichzeitigen Erwartungswerthe der von den Versicherten noch zu leistenden Netto-prämien gleichkommen muß;
- e. die vor dem Jahreschlusse angemeldeten Schäden in Höhe des angemeldeten Betrages;
- f. sonstige bekannte Schäden in ihrem wahrscheinlichen Betrage.

Der Ueberschuß der Activa über die Passiva bildet das Vermögen der Gesellschaft, und, insoweit derselbe das Grund-Capital und den Reservefonds übersteigt, den Reingewinn des Jahr s, welcher nach den Bestimmungen des § 40. vertheilt wird.

Im Fall der Ueberschuß der Activa über die Passiva dem Grund-Capital nicht gleichkommt, so ist der hierzu fehlende Betrag, soweit der Capital-Reservefonds hinreicht, aus diesem zu ergänzen.

§ 40.

Von dem Jahres-Reingewinn werden zunächst nicht unter 10 pCt. für die Capital-Reserve (vergleiche § 41) ausgeschieden, alsdann erhalten:

- a. 5 Procent Tantième der Vorstand;
 - b. 8 Procent Tantième der Aufsichtsrath (§ 23);
 - c. den Rest, von welchem vorweg bis zu zwanzig Procent desselben je nach Beschluß des Aufsichtsrathes zur Bildung einer Gewinn-Reserve für spätere Jahre zurückgestellt werden können:
1. bis zum Betrage von Zweiundsiebzigtausend Mark, und, sofern solche nicht mehr vorhanden, im ganzen Betrage die Actionaire als Dividende nach der Stückzahl ihrer Actien;
 2. den die Summe von Zweiundsiebzigtausend Mark übersteigenden Betrag zu einem Zehntel, mindestens jedoch Achttausend Mark, die Actionaire als weitere Dividende nach der Stückzahl ihrer Actien und neun Zehntel, oder, wenn die verbleibende Summe nicht mehr neun Zehntel beträgt, den ganzen Restbetrag die mit Gewinn-antheil Versicherten der Gesellschaft und zwar nach Maßgabe der mit denselben abgeschlossenen Verträge.

Von den auf die Actionaire über 80000 Mk. hinaus entfallenden Theilen des Reingewinnes (litt. c Nr. 1 und Nr. 2 dieses Paragraphen) kann durch Beschluß der Generalversammlung ein Theil als Gewinn-Vortrag für die Actionaire vorgetragen werden.

Die Generalversammlung ist befugt, die Tantième des Vorstandes und des Aufsichtsrathes zu erhöhen oder zu ermäßigen.

Die Auszahlung der Dividende erfolgt spätestens am 1. Juli jedes Jahres an den Ueberbringer des Dividendenscheines.

Die Gesellschaft ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Legitimation der Ueberbringer zu prüfen.

Der Jahresabschluß wird, nachdem die Generalversammlung Decharge erteilt hat, durch das Gesellschaftsblatt veröffentlicht.

§ 41.

Die Capital-Reserve hat den Zweck, Capitalverluste auszugleichen (vergl. § 39). Sie wird gebildet durch den im § 40 bezeichneten Antheil am Jahresgewinne. Der Bestand der Capital-Reserve wird nicht besonders verwaltet, sondern bildet einen Theil des werbenden Vermögens der Gesellschaft.

Hat die Capital-Reserve den Betrag von 300000 Mark erreicht, so findet eine fernere Zuwendung an dieselbe nur insoweit statt, als dies zu ihrer Ergänzung nothwendig ist, wenn sie angegriffen worden sein sollte, oder der Aufsichtsrath solches beschließt. Desgleichen beschließt der Aufsichtsrath über die Verwendung der Gewinn-Reserve (vergl. § 40 litt. c).

Staats-Oberaufsicht.

§ 42.

Zur Wahrnehmung ihres Oberaufsichtsrechtes kann die Staats-Regierung einen Commissarius ernennen, welcher der Generalversammlung und allen Sitzungen des Aufsichtsrathes, ohne Stimmrecht, beizubohnen, von allen Büchern, Scripturen und Rassen der Gesellschaft jederzeit Einsicht nehmen, auch die Organe der Gesellschaft gütlich zusammenberufen kann.

Bekanntmachungen der Gesellschaft.

§ 43.

Veröffentlichungen des Aufsichtsrathes oder des Vorstandes haben für die Actionäre Rechtswirkung, wenn sie durch den „Deutschen Reichsanzeiger“ oder ein in der Folge an dessen Stelle tretendes Blatt statgefunden haben.

Beilage A.
Formular der Actie.

N^o _____

Baar-Einzahlung _____

Preussische Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft
in Berlin.

Actie über Fünf Hundert Thaler.

Herr _____ in _____ hat in Gemäßheit des unterm _____ landesherrlich genehmigten Statutes durch gegenwärtige Actie verhältnismäßigen Antheil an dem Vermögen und Gewinn der Preussischen Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft.

Jede Uebertragung dieser Actie an Andere bedingt zu ihrer Gültigkeit gegenüber der Gesellschaft die Genehmigung des Vorstandes der Gesellschaft.

Berlin, den _____

Preussische Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft.

Der Aufsichtsrath.

N. N.

Die Eintragung in das Aktienbuch bescheinigt

Der Vorstand.

N. N.

Eingetragen sub Fol. _____

des Registers.

(Eigenhändige Unterschrift des Control-Beamten.)

Beilage B.

Wechsel-Formular. (§ 6 des Statuts.)

Wechsel der Actie Nr. _____

Vier Wochen nach Sicht zahle gegen diesen _____ Sola-Wechsel, insofern derselbe binnen längstens fünfzig Jahren von heute in dem unterzeichneten Domicil präsentirt wird, an die Ordre der **Preussischen Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft zu Berlin** die Summe von

Dreihundert Mark

und leiße zur Verfallzeit prompte Zahlung nach Wechselrecht.

Auf _____ selbst

Zahlbar im Bureau der **Preussischen Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft zu Berlin.**

Beilage C.

Formular der Dividendenscheine und des Talons.
Vorderseite.

Preussische Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft in Berlin.

Anweisung zur Actie Nr.

Eingetragen sub Fol.

(Eigenhändige Unterschrift des Control-Beamten.)

**Preussische Lebens-Versicherungs-
Actien-Gesellschaft
in Berlin.**

Dividendenschein zu der Actie Nr.

Inhaber empfängt am
hiergegen an der Gesellschaftskasse in Berlin oder
an den bekannt zu machenden Stellen die statut-
mäßig ermittelte Dividende für das Geschäfts-
jahr

Berlin, den

Der Aufsichtsrath. Der Vorstand.

Beilage D.

Rückseite

Inhaber empfängt am

die .. Serie der Dividenden-Scheine zu der umstehend bezeichneten Actie.

Berlin, den

Der Aufsichtsrath.

Der Vorstand.

Alle Dividenden, welche nicht binnen 4 Jahren
abgehoben sind, verjähren zu Gunsten der Ge-
sellschaft.

Beilage E. Regulativ

für Feststellung der Beleihungsgrenzen bei Bewilligung hypothekarischer Darlehen auf städtische Grundstücke Seitens der Preussischen Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft zu Berlin.

Artikel 1.

Beschaffenheit und Benutzungsart der zu beleihenden Grundstücke.

Als städtische Grundstücke nach Maßgabe dieses Regulativs sollten in der Regel nur solche beliehen werden, welche in Städten von wenigstens 10000 Einwohnern oder in der unmittelbaren Nähe von Berlin liegen, hauptsächlich zu Wohnungen dienen, wenigstens im Rohbau d. h. bis auf den inneren Auszug fertig gestellt sind und einen Werth von wenigstens 20000 Mark haben. Ausnahmen hiervon finden nur unter besonders günstigen Sicherheitsverhältnissen statt und ist dies vorzugsweise streng festzuhalten bei Grundstücken, welche zum Betriebe von Fabriken benutzt werden.

Mühlengrundstücke dürfen nicht beliehen werden.

Artikel 2.

Feststellung des Werthes.

A.

Die Feststellung des Werthes der zu beleihenden bebauten Grundstücke erfolgt nach Maßgabe:

- 1) des Bauwerthes der auf denselben befindlichen Baulichkeiten und des Grund- und Bodenwerthes;
- 2) des reinen Mieths- resp. Nutzungswerthes;
- 3) des letzten Kaufpreises.

Zu 1.

- a. Als Bauwerth ist die Feuerversicherungssumme anzunehmen, wenn der Bautechniker der Gesellschaft (oder ein königlicher oder städtischer Baubeamter — zu welchem auch Rathsmaurermeister und Rathszimmermeister gerechnet werden —) bescheinigt, daß die Gebäude sich in gutem baulichen Zustande befinden und daß ihr zeitiger Bauwerth nicht niedriger ist als die Feuerversicherungssumme.

Wenn der Bautechniker dafür erachtet, daß der Bauwerth die Versicherungssumme nicht erreiche, so ist von ihm der zeitige Bauwerth anzugeben und dieser maßgebend.

- b. Als Werth des Grund und Bodens ist derjenige Betrag anzusehen, welcher nach dem Gutachten des Bautechnikers (confr. zu 1a) in den letzten Jahren für ähnliche Grundstücke in derselben Ortsgegend als Preis gezahlt und zur Zeit angemessen ist.

Bei Rohbauten bildet allein der so gefundene Bau- und der Grund- und Bodenwerth den Beleihungswerth.

Zu 2.

Der Miethsertrag resp. Nutzungswerth wird festgestellt:

a. in Orten, wo Mieths- oder Haussteuer entrichtet wird, durch Steuerzettel oder eine amtliche Bescheinigung der Steuerbehörde oder durch die noch gültigen Miethsverträge;

b. an anderen Orten durch die geltenden Miethsverträge oder ein Attest des Ortsvorstandes oder durch Gutachten von vereidigten Sachverständigen; nicht vermietete Localitäten werden nach mäßigem Anschlage geschätzt.

Der Bautechniker (confr. Ziffer 1) hat sich gutachtlich über die Angemessenheit der Miethen und den Miethswerth der leerstehenden Localitäten zu äußern;

c. der amtliche Gebäudesteuer-Nutzungswerth kann als reiner Miethsertrag angesehen werden. Der hier nach ermittelte Miethsertrag wird zum Zinslage von 5 Procent capitalisirt.

Zu 3.

Der letzte Kaufpreis ist urkundlich nachzuweisen und kommt in Betracht, wenn er aus einem innerhalb der letzten zehn Jahre geschlossenen Kaufvertrage oder Erbrechtsvertrage hervorgeht und unverdächtig ist und wenn nach dem Vertragsabschlusse nicht Neubauten oder erhebliche Umbauten resp. Abbrüche oder sonstige Deteriorationen auf dem Grundstücke vorgenommen sind.

Als Beleihungswerth des Grundstücks ist zu betrachten:

- a. der Regel nach der Durchschnittsbetrag der nach Ziffer 1 bis 3 ermittelten drei Werthe;
- b. falls einer dieser Factoren nicht zuverlässig zu ermitteln ist, (insbesondere wenn der letzte Erwerbspreis wegen Zeitablaufs nicht maßgebend sein kann) der Durchschnitt aus den beiden anderen Factoren.

B.

Bei bloßen Baustellen und Gärten ohne Wohngebäude wird der Werth auf die Artikel 2 zu 1 sub b angegebene Weise festgestellt.

Artikel 3.

Beleihungsgrenzen.

Die Preussische Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft kann bebaute städtische Grundstücke bis zu $\frac{1}{10}$ des nach Artikel 2 ermittelten Beleihungswerthes beliehen, jedoch darf die Beleihung in keinem Falle über diejenige Summe hinausgehen, welche sich aus der Zusammenrechnung

- a. des Feuerkassen- beziehentlich Bauwerthes und
- b. der Hälfte des Grund- und Bodenwerthes ergibt.

Rohbauten und bloße Baustellen und Gärten sollen nur bis zur Hälfte des nach Art. 2 B angelegten Beleihungswerthes beliehen werden.

* * *

Bekanntmachung.

Vorstehende Genehmigungsurkunde nebst dem darin erwähnten Statut bringe ich hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß die Eintragung der beschlossenen Beschlüsse der ordentlichen Generalversammlung

der Gesellschaft vom 18. März v. J. in das Handelsregister erfolgt ist.

Das bisher gültige Statut der Gesellschaft ist in dem Stück 9 dieses Amtsblattes vom 28. Februar v. J. veröffentlicht. Berlin, den 25. Januar 1897.

Der Polizei-Präsident von Windheim.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

2. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-gesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß von der inzwischen verstorbenen Witwe Johanne Christiane Jermis geb. Borsky in Baugen bei ihren letzten die Schulverschreibungen der Preussischen konsolidirten 4prozentigen Staatsanleihe von 1876/79

Lit. E. Nr. 82747 und 82748 über je 300 M. angeblich verbrannt worden sind. Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Fräulein Johanne Marie Schiller in Baugen anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 21. Januar 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

3. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-gesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Auszügler Georg Dauke in Wetter (in der Nächstenmühle) Kreis Marburg, die Schulverschreibung der konsolidirten 4prozentigen Staatsanleihe von 1885

Lit. E. Nr. 1095501 über 300 M.

angeblich abhanden gekommen, wahrscheinlich verbrannt ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Müller Herrn Daniel Dauke in Wetter (in der Nächstenmühle) Kreis Marburg anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 26. Januar 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen des Königlichen Konsistoriums der Provinz Brandenburg.

Urkunde,

betreffend die Errichtung einer dritten Pfarrstelle an der evangelischen Lazarus-Kirchengemeinde in Berlin.

3. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des evangelischen Ober-Kirchenraths, sowie nach Anhörung der Beteiligten, wird von den unterzeichneten Behörden hierdurch Folgendes festgesetzt:

§ 1. Für die evangelische Lazarus-Kirchengemeinde in Berlin wird eine dritte Pfarrstelle errichtet.

§ 2. Diese Urkunde tritt mit dem 1. Februar 1897 in Kraft.

Berlin, den 15. Januar 1897.

Berlin, den 22. Januar 1897.

Königliches Konsistorium der Provinz Brandenburg, Abtheilung Berlin.

Der Königliche Polizei-Präsident.

Urkunde,

betreffend die Errichtung einer dritten Pfarrstelle an der evangelischen Auferstehungs-Kirchengemeinde zu Berlin.

4. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Evangelischen Ober-Kirchenraths, sowie nach Anhörung der Beteiligten, wird von den unterzeichneten Behörden hierdurch Folgendes festgesetzt:

§ 1. Für die evangelische Auferstehungs-Kirchengemeinde zu Berlin wird eine dritte Pfarrstelle errichtet.

§ 2. Diese Urkunde tritt mit dem 1. Februar 1897 in Kraft.

Berlin, den 15. Januar 1897.

Berlin, den 22. Januar 1897.

Königliches Konsistorium der Provinz Brandenburg, Abtheilung Berlin.

Der Königliche Polizei-Präsident.

Urkunde,

betreffend die Vereinigung der im Kreise Oberbarnim belegenen Kirchengemeinden Hohenstein und Ruhlsdorf (bisherige Parochie Praedifow, Diözese Strausberg), sowie Klosterdorf (bisherige Parochie Strausberg) zu einer neuen Parochie Hohenstein.

5. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen Angelegenheiten und des Evangelischen Ober-Kirchenraths, sowie nach Anhörung der Beteiligten wird von den unterzeichneten Behörden hierdurch Folgendes festgesetzt:

§ 1. Die Kirchengemeinden Hohenstein und Ruhlsdorf scheiden aus der pfarramtlichen Verbindung mit den Kirchengemeinden Praedifow und Grunow aus, desgleichen die Kirchengemeinde Klosterdorf aus der pfarramtlichen Verbindung mit der Kirchengemeinde Strausberg.

§ 2. Die Kirchengemeinden Hohenstein, Ruhlsdorf und Klosterdorf werden unter einem neu errichteten Pfarramt, welches seinen Amtssitz in Hohenstein hat, mit einander verbunden.

§ 3. Die neue Einrichtung tritt mit dem 1. April 1897 in Kraft.

Berlin, den 23. November 1896.

Potsdam, den 3. Dezember 1896.

Königliches Konsistorium der Provinz Brandenburg.

Königliche Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

6. Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Groß-Ziethen, Diözese Cöln-Band II., ist durch das Ableben des Pfarrers Gehring am 4. Januar d. J. zur Erledigung gekommen.

7. Die unter königlichem Patronate stehende, mit dem Episkopat der Diözese Zülpich verbundene Pfarrstelle Boddo, Diözese Zülpich, ist durch das Ableben des Superintendenten und Pfarrers Pigner am 9. Januar d. J. zur Erledigung gekommen.

U e b e r s i c h t

der Martini-Martipreise des Roggens, wie solche in den Jahren 1883—1896 einschließlich in den Preislisten des Regierungsbezirks Potsdam im Durchschnitt zu stehen gekommen sind.

8.

Dieselben betragen für das Getreide im

Jahre	Niederbarnim zu Berlin	Obernarnim zu Briesen a. O.	Deestow-Storkow zu Deestow	Züttow-Ludenwalde zu Züttow	Osthavelland zu Potsdam	Westhavelland zu Brandenburg a. S.	Ruppin zu Neu-Ruppin	Ostprignitz zu Wittstock	Westprignitz zu Perleberg	Prenzlau zu Prenzlau	Angermünde zu Schwedt a. O.	Teltow zu Berlin	Templin in Prenzlau	Bauch-Beitzig zu Potsdam
1883	1112	1082	1168	1074	1088	1116	1112	1096	1060	1028	1180	1112	1074	1088
1884	998	988	1034	1054	1032	1008	1036	952	970	946	1034	998	1008	1032
1885	990	974	974	1074	1036	1008	970	878	906	926	984	990	1044	1036
1886	930	914	934	962	916	954	910	878	904	894	924	930	828	916
1887	824	812	874	870	844	870	856	772	812	792	886	824	784	844
1888	1102	1134	1244	1228	1110	1184	1106	1196	1126	1130	1180	1102	1126	1110
1889	1188	1220	1270	1272	1178	1246	1166	1208	1118	1208	1234	1188	1162	1178
1890	1276	1260	1266	1296	1242	1306	1236	1242	1190	1252	1292	1276	1206	1242
1891	1678	1688	1776	1664	1644	1680	1654	1604	1546	1474	1744	1678	1620	1644
1892	986	960	978	946	976	994	958	932	906	972	1028	986	9—	976
1893	898	902	940	906	958	936	946	902	868	874	922	898	864	956
1894	784	784	848	772	778	818	844	838	774	768	832	784	792	778
1895	832	920	826	828	814	862	852	892	832	9—	874	832	9—	814
1896	882	1016	880	886	906	926	756	830	834	846	904	832	846	906
1883—1896	114480	114654	115012	114832	114522	114908	114402	114270	113846	114010	115078	114480	114154	114522

hieron ab die beiden höchsten und die beiden niedrigen Jahrespreise mit:

zusammen:	1678	1276	784	824	1688	1270	826	848	1776	1664	1644	1680	1654	1604	1546	1474	1744	1678	1620	1644
	1276	784	826	848	1270	772	778	818	1236	1242	1190	1252	1292	1276	1206	1242	1292	1276	1206	1242
	824	812	848	828	814	862	844	838	812	792	874	824	784	792	778	814	874	824	784	814

bleiben für 10 Jahre:	4562	4544	4720	4560	4478	4666	4430	4456	4322	4286	4742	4562	4402	4478
	9918	10110	10292	10272	10044	10242	9912	9814	9524	10724	10336	9918	9752	10044

Es beträgt daher der Martini-Durchschnittspreis für das Getreide Roggen, nach welchem die Getreideernte des Jahres 1896 in baarem Gelde zu vergüten ist:

9/92 | 10/11 | 10/29 | 10/28 | 10/04 | 10/24 | 9/31 | 9/81 | 9/52 | 10/72 | 10/34 | 9/92 | 9/75 | 10/04

Berlin, den 19. Januar 1897.

Königliches Konflitorium der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Berg-Amtes zu Halle a. S.

Bekanntmachung.

2. Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die Vergaichungsgeschäfte im Bezirke des Königl. Bergrevieres Frankfurt a./D. dem Königl. Bergrevierbeamten Herrn Oberberggrath Arlt zu Frankfurt a./D. übertragen worden sind.

Halle, den 30. Januar 1897.

Königliches Oberbergamt.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

1. Soeben erschien das Deutsche Eisenbahn-

Kursbuch vom 1. Februar 1897, enthaltend die neuesten Fahrpläne der Eisenbahnstrecken östlich der Linie Stralsund—Berlin—Dresden, sowie Auszüge der Fahrpläne der anschließenden Bahnen von Mittel-Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Rußland, auch Kleinbahnen, Post- und Dampfschiffsverbindungen, Bestimmungen über Rundreisefarten u. s. w.

Das Kursbuch ist auf allen Stationen des vorbezeichneten Bezirks von den Fahrkarten-Ausgabestellen, von den Bahnhofsbuchhändlern, sowie im Buchhandel zum Preise von 50 Pfennig zu beziehen.

Bromberg, den 25. Januar 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

4.

Nachweisung

der vom Kreis-Ausschuß des Kreises Beeskow-Storkow genehmigten Communal-Bezirksveränderungen.

Datum der Genehmigung	Bezeichnung des					Bemerkungen (Größe des Grundstücks)		
	Grund- stücks	Besitzer	jetzigen	künftigen	ha	ar	qu	
			Gemeindeverbandes					
16. Juli 1896	Beg	Kreis Beeskow-Storkow	Gutsbezirk Amt Beeskow	Gemeinde Kiez-Beeskow	—	2	95	
21. August 1896	Wiesen	Rittergutsbesitzer und Landrath von Gersdorff	Gemeinde Pfaffendorf	Gutsbezirk Eunersdorf	—	72	85	
24. Oktober 1896	Dorf- auen- parzelle	Schmiedemeister Dietrich	Domainenfiskus	Gemeinde Reichenwalde	—	—	69	
19. Dezbr. 1896	"	Gastwirth Ehrenfried Buchmann	desgl.	Gemeinde Alt-Schadow	—	1	17	
desgl.	Garten- parzellen	Domainenfiskus	Gemeinde Alt-Schadow	Domainenfiskus	—	—	75	
desgl.	Dorf- auen- parzelle	Handelsmann Hermann Krüger	Domainenfiskus	Gemeinde Linsdorf	—	1	03	
desgl.	"	Bauer August Reischert	desgl.	Gemeinde Pfaffendorf	—	—	56	
desgl.	"	Bauer Karl Kocher	desgl.	Gemeinde Linsdorf	—	—	27	
desgl.	"	Rossäth Karl Balzer	desgl.	desgl.	—	—	63	

Beeskow, den 14. Januar 1897.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Beeskow, den 14. Januar 1897.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

5.

Nachweisung

der vom Kreis-Ausschuß des Kreises Ruppın auf Grund des § 2 Abs. 4 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 genehmigten Veränderungen an Gemeinde- und Ortsbezirkgrenzen.

Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke.	Seitheriger Gemeinde- bezw. Ortsbezirk	Künftiger Ortsbezirk
Die von dem Königl. Forstfiskus erworbenen Kartenblatt 1 der Gemarkung Groß-Zerlang aufgeführten Grundstücke Parzelle № 410/55, 77, 54, 56, 413/68, 414/72, 421/65, 57, 64, 428/1, 429/5, 2, 3, 4, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15 I., 15 II., 16, 17, 18, 19, 23, 430/20, 431/25, 43, 44, 45, 284/46, 457/50, 458/52, 459/90 250/51, sowie die Kartenblatt 1 der Gemarkung Menz aufgeführten Grundstücke Parzelle № 15 und 46/16 mit einem Gesamtflächeninhalte von 286,8416 + 13,5880 zusammen 300,4296 ha.	Gutsbezirk Groß-Zerlang Gemeindebezirk Menz	Gutsbezirk Menz Gutsbezirk Menz

Neu-Ruppın, den 15. Januar 1897.

Der Kreis-Ausschuß.

6.

Nachweisung

der seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Niederbarnim auf Grund des § 2 Nr. 4 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 im 3. Vierteljahre 1896/97 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirks-Grenzen.

Nr.	Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke	Bisheriger Gemeinde- bezw. Gutsbezirk	Künftiger Gutsbezirk
1.	Parzelle Nr. 8 des Kartenblatts 6 vom Gutsbezirke Neuenhagen in Größe von 14,61,20 ha.	Gutsbezirk Neuenhagen	Gutsbezirk Döllendorf
2.	Parzellen Nr. 320/31 u. 321/31 des Kartenblatts 3 vom Gutsbezirk Dranienburg-Amt in Größe von 68 bezw. 29 qm.	Gutsbezirk Dranienburg-Amt	Gemeindebezirk Wensickendorf
3.	Parzellen Nr. 280/2, 282/1, 284/41 u. 285/41 des Kartenblatts 3 vom Gutsbezirke Corpenid-Forst in Größe von 3,43 ar bezw. 4,40 ar 50 qm und 49 qm.	Gutsbezirk Corpenid-Forst	Gemeindebezirk Friedrichshagen
4.	Parzelle Nr. 191/132 des Kartenblatts 5 vom Gemeindebezirk Herzfelde in Größe von 82,80 ar.	Gemeindebezirk Herzfelde	Gutsbezirk Rüdersdorf-Forst
5.	Parzelle Nr. 456/154 des Kartenblatts 1 vom Gutsbezirk Rüdersdorf-Forst in Größe von 50 ar.	Gutsbezirk Rüdersdorf-Forst	Gemeindebezirk Werlsee
6.	Von dem Kartenblatt 1 des Gutsbezirks Hermisdorf die Parzellen Nr. 9 in Größe von 0,17,60 ha " 10 " " " 0,15,60 " " 307/192 " " " 0,05,80 " " 309/193 " " " 0,54,67 " " 316/197 " " " 0,34,55 " " 356/80 " " " 0,23,63 " " 368/8 " " " 2,45,42 " " 380 " " " 0,35,28 " " zu 196 " " " 0,14,20 " " 382 " " " 0,15,07 " " zu 196 " " " 0,06,83 " " 382/196 " " " 0,25,58 " " 500 " " " 0,00,14 " " zu 196 " " " 0,01,63 " " 529/8 " " " 0,22,70 " " 538/1 " " " 0,01,30 " " 544/198 " " " 0,63,00 " " 587/8 " " " 0,08,25 " " 589/196 " " " 0,99,65 " " 643/196 " " " 3,07,33 " " 643/196 " " " 0,01,68 " " 753/8 " " " 0,02,27 " " 754/8 " " " 23,79,57 " " 948/8 " " " 0,88,41 " " 951/8 " " " 1,62,93 " " 952/259 " " " 0,03,08 " " 983/192 " " " 0,44,49 " " 1044/1 " " " 1,61,95 " " 1045/1 " " " 0,00,53 " " 950/8 " " " 0,03,28 " " 982/192 " " " 0,08,81 "	Gutsbezirk Hermisdorf	Gemeindebezirk Hermisdorf

Berlin, den 20. Januar 1897.

Der Landrath von Walchow.

Personal-Chronik.

Im Kreise Ostprignitz sind ernannt worden: der Gemeindevorsteher Meißner zu Breddin zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 2 — Breddin, — der Gemeindevorsteher Kober zu Damelau zum Amtsvorsteher Stellvertreter desselben Bezirks und der Bauerngutsbesitzer Johann Berlin zu Verlinchen zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 18 — Dranse. —

Im Kreise Osthavelland sind der Königl. Forstmeister Köpp und der Königl. Förster Tornow von Neuem zum Amtsvorsteher bezw. Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 12 — Falkenhagen — ernannt worden.

Der Bürgermeister Henke in Rheinsberg ist zum Stellvertreter des Amtsanwalts bei dem Königl. Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Der Civilanwärter Dümichen ist zum Regierungs-supernumerar ernannt worden.

Der bisherige Oberpfarrer und Superintendent Carl Adolf Klügel in Prignitz ist zum Oberpfarrer in Gransee, Diözese Lindow-Gransee, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer in Schlochau, Carl Ludwig Ernst Grafe ist zum Pfarrer der Pfarodie Dreez, Diözese Neustadt-Brandenburg bestellt worden.

Der bisherige Vikar August Philipp Poth in Schöneberg ist zum Pfarrer der Pfarodie Stolpe, Diözese Berlin-Land II., bestellt worden.

Der bisherige Hülfsprediger Georg Maximilian Friedrich Starke ist zum Diakon an der St. Margaretha-Kirche in Berlin, Diözese Berlin II., bestellt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat Dezember 1896.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind: der Kammergerichtsrath Rindell zum Senatspräsidenten beim Kammergericht, der Landgerichtsrath Rolke in Neu-Ruppin zum Oberlandesgerichtsrath bei dem Oberlandesgericht in Marienwerder; zu Amtsrichtern die Gerichtsassessoren von Horn bei dem Amtsgericht in Püzig, Eugen Meyer bei dem Amtsgericht in Lindow, Richard Schulz bei dem Amtsgericht in Wusterhausen a./D., Viktor Schmidt bei dem Amtsgericht in Züllichau, Dr. Kobel bei dem Amtsgericht in Wittstock; zum stellvertretenden Handelsrichter bei dem Landgericht I. in Berlin der Generaldirektor der Neuen Gas-Aktiengesellschaft Nolte in Berlin. Versetzt sind: der Amtsgerichtsrath Handrick in Gressen an das Amtsgericht in Guben, der Landgerichtsrath Meißel in Posen D.-S. als Amtsgerichtsrath an das Amtsgericht II. in Berlin, der Amtsrichter Schulz-Eyler in Ottmachau als Landrichter an das Landgericht in Potsdam, die Amtsrichter Dr. Jacoby und Dr. phil. Wegßlein in Alt-Landsberg an das neu errichtete Amtsgericht in Rallberge-Rüdersdorf. Verschieden sind die Amtsgerichtsräthe Harz vom Amtsgericht I. in Berlin, Ruchenbuch in Müncheberg. Pensionirt ist der Amtsgerichtsrath Brunneemann vom Amtsgericht I. in Berlin. Entlassen ist der Amtsrichter Pohl in Dobrilugk.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Hennig, Brandt, Wedding, Dr. Ernst Schlesinger, Dr. Baumgarten, Dr. Hoffstaedt, Dr. Kiese, Bengelorth, Aronholz, Lampe, Diesfeld, Ernst Liman, Croner, Dr. Eichler, Stechert.

III. Staatsanwaltschaft.

Zu ersten Staatsanwälten sind ernannt der Staats-

anwalt Rhode vom Landgericht II. in Berlin bei dem Landgericht in Köslin, der Staatsanwalt Dr. Borchert vom Landgericht I. in Berlin beim Landgericht in Thorn. Zu Forstamtsanwälten sind ernannt die Forstmeister Nöldechen zu Heinersdorf bei dem Amtsgericht in Schwedt, Dreger zu Rüdersdorf bei dem Amtsgericht in Rallberge-Rüdersdorf.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Erliegen sind in die Liste der Rechtsanwälte die Gerichtsassessoren Köhlig beim Landgericht I. in Berlin, Imberg, Andreas Schroeder und Gerhard Küster beim Landgericht II. in Berlin, Steinig bei dem Amtsgericht II. in Berlin, mit dem Wohnsitz in Reinickendorf. Zu Notaren sind ernannt: die Rechtsanwälte Grabower, Eugen Auerbach, Paul Jonas, Louis Breschner, Heimlich, Lattmann, Dr. Gelpke und Zimler in Berlin.

V. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtsabhandlungen Perels, Bamberg, von Platen, Klar, Hoffmann, Köpfer, Eylau, Reff, Dirksen, Priess, Loewe, von Wigleben, Rehn, Schuppe, Panzenberger, Pierau, Klapp, Friedrich Wille, Heider, Schoene, Hamburger. Uebernommen sind August Berent und Dr. Pöckerling aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Marienwerder. Entlassen sind Dr. Felix Busch, von Benda, von Dredow, von Zur Westen, Werner von Bülow beauftragt Uebertritt in den höheren Verwaltungsdienst, Georg Schreiber auf seinen Antrag.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt sind zu Gerichtsschreibern die Aktiare Stamm bei dem Amtsgericht in Rallberge-Rüdersdorf, Schwabe bei dem Amtsgericht in Coepenick, Böhmke bei dem Amtsgericht in Gransee; zum Inspektor bei dem Untersuchungsgefängnis in Berlin der Sekretär Richter in Plönssee, zum Sekretär bei dem Strafgefängnis in Plönssee der Assistent Grunow daselbst; zu Kanzlisten die Kanzleipraktikanten Vorpahl beim Amtsgericht I. in Berlin, Rastow beim Landgericht I. in Berlin, Dorn bei der Staatsanwaltschaft I. in Berlin, zum Gerichtsvollzieher der Militär-Anwärter Sturm bei dem Amtsgericht I. in Berlin. Versetzt sind die Gerichtsschreiber Wipperhausen in Alt-Landsberg an das Landgericht I. in Berlin, Koch in Alt-Landsberg an das Amtsgericht in Rallberge-Rüdersdorf, Eicher in Gransee nach Charlottenburg, Eduard Schulz in Trost an das Amtsgericht I. in Berlin; die Gerichtsvollzieher Nowak in Kremen und Dörfler in Luckau an das Amtsgericht I. in Berlin, Schmidt in Baerwalde N./M. nach Landsberg a./W., Maeder in Neubamm nach Forst i./L., der Gerichtsschreibergehülfe Persike in Alt-Landsberg nach Rallberge-Rüdersdorf. Pensionirt ist der Inspektor Gieschmann beim Untersuchungsgefängnis in Berlin. Verschieden sind der Gerichtsschreiber Krenkel beim Amtsgericht I. in Berlin, der Kanzlist Schöning beim Landgericht I. in Berlin.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

1. Zuri. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Josef Cavaliere, Handelsmann,	geboren am 5. Februar 1855 zu Neapel, Italien, italienischer Staatsangehöriger,	schwerer Diebstahl (fünf Jahre Zuchthaus, laut Erkenntniß vom 21. Januar 1892),	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	14. Dezember 1896.
2	Josefa Kaspr, verwitwet gewesene Kratochvil, geb. Frdy, Näherin,	geboren am 18. März 1853 zu Biehlbrad, Bezirk Gitschin, Böhmen, ortsangehörig zu Mirovice, Bezirk Pisek, ebendaselbst,	versuchter einfacher Diebstahl im Rückfall und Widerstand (2 Jahre Zuchthaus, laut Erkenntniß vom 2. November 1894),	Königlich sächsische Kreisshauptmannschaft Dresden,	15. Oktober 1896.
3	Josef Stransky, Schuhmacher,	geboren am 1. Januar 1848 zu Suczol, Bezirk Rutenberg, Böhmen, ortsangehörig zu Kojic, ebendaselbst,	Diebstahl im Rückfall (1 Jahr Zuchthaus, laut Erkenntniß vom 16. November 1895),	dieselbe,	17. Oktober 1896.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
4	Franz Tomascika, Schlosser,	geboren am 1. Januar 1856 zu Obermoldau, Bezirk Prachatis, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Stadtmagistrat Deggenborn, Bayern,	4. Dezember 1896.
5	Adolf Troglauer, Fabrikarbeiter,	geboren am 9. Februar 1877 zu Nemes, Bezirk Böhmisches-Leipa, ortsangehörig ebendaselbst,	Diebstahl und Betteln,	Königlich sächsische Kreisshauptmannschaft Bautzen,	19. Oktober 1896.
6	Josef Ablasnig, Schneider,	19 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Klagenfurt, Oesterreich,	Betteln und Obdachlosigkeit,	Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Mannheim,	22. Dezember 1896.
7	Rudolf Feistel, Stellmachergeselle,	geboren am 21. März 1876 zu Hammerdorf, Böhmen, ortsangehörig zu Himmelsch-Rybnai, Bezirk Senftenberg, ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	24. Dezember 1896.
8	Anton Förster, Weber,	geboren am 2. Februar 1860 zu Müdersdorf, Bezirk Friedland, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln und grober Unfug,	Königlich sächsische Kreisshauptmannschaft Bautzen,	20. November 1896.
9	Karl Pouska, Bäcker,	geboren am 25. März 1873 zu Unter-Bucis, Bezirk Giaslau, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	10. Dezember 1896.
10	Johann Jansen, Bäcker,	geboren am 7. Oktober 1863 zu Göttenburg Schweden, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Münster,	17. November 1896.

1. Zugl. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.		Ort der Verurteilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	2.	3.			
11.	Julius Emil Enghoff Jensen, Schneider,	geboren am 6. Februar 1857 zu Roestilde, Dänemark,	Betteln,	Großherzoglich badi- scher Landeskommissar zu Konstanz,	25. November 1896.
12.	Heinrich Klagen, Buchbinder,	geboren am 16. August 1859 zu Rotterdam, Niederlande, nieder- ländischer Staatsange- höriger,	desgleichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Döfens- furt,	9. Dezember 1896.
13.	Reinhard Laumen, Ziegeleiarbeiter,	geboren am 19. No- vember zu Sittard, Niederlande, ortsange- hörig ebenda selbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	28. Dezember 1896.
14.	Eduard Linke, Gerber,	geboren 25. Mai 1861 zu Kamnig, Bezirk Tetschen, Böhmen,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Arnberg,	1. Dezember 1896.
15.	Arthur Karl Georg Dudart, Kellner,	geboren am 16. März 1863 zu Pille, Frank- reich, ortsangehörig, ebenda selbst,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Stras- burg. i. E.,	23. Dezember 1896.
16.	Anna Marie Römer, geb. Schmidt, Geschirrhändlersfrau,	geboren am 28. März 1874 zu Baden, Schweiz, schweizerische Staatsangehörige,	Landstreichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Parsberg,	3. Dezember 1896.
17.	Johann Sellner, Maurer,	geboren am 24. April 1845 zu Winterberg, Bezirk Pragatitz, Böh- men, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Stadtmagistrat Dp- gendorf, Bayern,	10. Dezember 1896.
18.	Hugo Werner, Formen,	geboren am 8. August 1849 zu Hundseld bei Rotterdam, Nieder- lande,	desgleichen,	Königlich sächsische Kreishauptmann- schaft Zwickau,	27. November 1896.
19.	Karl Birth, Brauereigehülfe,	geboren am 4. März 1852 zu Riga, Ruß- land, ortsangehörig ebenda selbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Stettin,	2. Januar 1897.
20.	Jakob van Dahlen, Cigarrenmacher,	geboren am 2. Januar 1861 zu Utrecht, Niederlande,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	5. Januar 1897.
21.	Ferdinand Franke, Arbeiter,	geboren am 2. Februar 1848 zu Ober-Linde- wiese, Bezirk Frei- waldau, Oesterreichisch- Schlesien, ortsangehö- rig zu Spornhau, Kreis Olmütz, Mähren,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	4. Januar 1897.
22.	Marfus Frans, Arbeiter,	geboren am 3. März 1842 zu Dube Pekela, Niederlande,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Danabrad,	5. Januar 1897.
23.	Bertha Hauser, geb. Schweinsky, Wittwe,	geboren im Jahre 1852 zu Mir, Bezirk Minsk, Rußland, ortsangehö- rig ebenda selbst,	Landstreichen,	Großherzoglich hesse- sches Kreisamt Mainz,	3. Januar 1897.

Nr. auf. 1.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.		4.	5.	6.
24	Heinrich Grabak, Schlossergefelle,	geboren am 24. Oktober 1870 zu Klado, Böhmen, ortsangehörig zu Kwan, Bezirk Horowitz, ebendaselbst,	Betteln,	Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Bautzen,	10. Dezember 1896.
25	Karl Kermus, Metzger,	geboren am 21. Oktober 1876 zu Großiedlersdorf, Bezirk Kornenburg, Oesterreich, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Erding,	21. Dezember 1896.
26	Wilhelm Klages, Schreiber,	geboren am 7. Januar 1860 zu Rotterdam, Niederlande,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	31. Dezember 1896.
27	Franz Kotek, Tischlergeselle,	geboren am 22. Januar 1859 zu Bysocan, Bezirk Neubyschow, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	6. Januar 1897.
28	Josef von Paw- lowski, Schauspieler,	geboren am 5. Dezember 1853 zu St. Petersburg, Rußland, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Schleswig,	26. Dezember 1896.
29	Johann Reiter, Müller,	geboren am 17. Juni 1860 zu Marzoll, Bezirk Berchtesgaden, Bayern, österreichischer Staatsangehöriger und ortsangehörig zu Siezenheim, Bezirk Salzburg,	Betteln,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	19. Dezember 1896.
30	Johann Kuml, Tischlergeselle,	geboren am 6. Mai 1863 zu Gzslau, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	4. Januar 1897.
31	Israel Simberg, Arbeiter und Handels- mann,	geboren am 18. Dezember 1845 (1844) zu Grajow, Kreis Saczuzin, Rußland,	Landstreichen,	derselbe,	5. Januar 1897.
32	Paul Friedrich Ziegler, Schmied,	geboren am 25. Mai 1869 zu Fraßanz, Bezirk Bludenz, Vorarlberg, ortsangehörig zu Winterthur, Schweiz,	Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Bruck,	27. November 1896.

Hierzu Sechs Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gagn'schen Verlagsanstalt.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 8.

Den 19. Februar

1897.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

Bekanntmachung.

5. Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 4. Februar 1896 (Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin für 1896 Seite 54/55) bringe ich hierdurch in Gemäßheit des § 19 des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 (Reichsgesetzblatt Seite 129 ff.) die Nachweisung der Durchschnittsmarktpreise in den Normalmarkttorten des Regierungsbezirks Potsdam und in der Stadt Berlin, nach welchen die Vergütung für Weizen, Roggen, Hafer, Heu, Stroh sowie für Weizen- und Roggenmehl für das Jahr vom 1. April 1897/98 zu gewähren ist, zur öffentlichen Kenntniß. In den Vergütungssätzen für Weizen- und Roggenmehl ist bei den Normalmarkttorten Prenzlau, Schwedt, Beeskow, Luckenwalde, Potsdam, Brandenburg, Neu-Ruppin und Verleberg der ortsübliche durchschnittliche Mahllohn mitenthaltend.

Bei den Normalmarkttorten für Berlin und Wittstock ist derselbe nicht mitenthaltend, da dort die Erhebung von Mahllohn nicht üblich ist.

Potsdam, den 6. Februar 1897.

Der Ober-Präsident, Staatsminister von Achenbach.

Nachweisung der Jahresdurchschnittsmarktpreise für Weizen, Roggen, Hafer, Heu, Stroh, Weizen- und Roggenmehl in den Normalmarkttorten des Regierungsbezirks Potsdam und in der Stadt Berlin für die Jahre 1887 bis 1896 mit der Gültigkeitsdauer vom 1. April 1897 bis dahin 1898.

Preise für 100 Kilogramm.

Weizen		Roggen		Hafer		Heu		Stroh		Weizenmehl		Roggenmehl	
M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
Stadt Berlin, Normalmarkttort für die Kreise Oberbarnim, Niederbarnim, Teltow und Osthavelland, sowie für den Stadtfreis Spandau.													
16	82	14	02	14	77	6	05	5	04	18	83	16	82
ohne Mahllohn.													
Stadt Prenzlau, Normalmarkttort für die Kreise Prenzlau und Templin.													
16	41	13	63	13	58	4	68	4	54	18	09	15	43
Stadt Schwedt a. O., Normalmarkttort für den Kreis Angermünde.													
17	02	14	35	14	43	5	35	4	53	18	62	15	89
Stadt Beeskow, Normalmarkttort für den Kreis Beeskow-Storkow.													
15	64	13	73	14	34	5	57	3	99	17	46	15	62
Stadt Luckenwalde, Normalmarkttort für den Kreis Jüterbog-Luckenwalde.													
15	50	13	80	14	42	5	24	4	07	17	27	15	33
Stadt Potsdam, Normalmarkttort für den Kreis Zauch-Belzig und den Stadtfreis Potsdam.													
16	97	14	14	15	21	5	55	4	71	18	40	15	46
Stadt Brandenburg a. H., Normalmarkttort für den Kreis Westhavelland und den Stadtfreis Brandenburg a. H.													
16	74	14	23	14	79	5	14	4	13	18	26	15	65
Stadt Neu-Ruppin, Normalmarkttort für den Kreis Ruppin.													
18	33	13	87	14	25	5	25	4	72	20	03	15	58
Stadt Wittstock, Normalmarkttort für den Kreis Ostprignitz.													
16	65	13	52	13	73	4	58	3	72	18	65	16	22
ohne Mahllohn.													
Stadt Verleberg, Normalmarkttort für den Kreis Westprignitz.													
16	63	13	79	14	—	5	80	4	67	18	34	15	31

Bekanntmachungen des Königlich-Regierungspräsidenten.

39. Verzeichniß

der von der Lungenseuche betroffenen Erzeugnisse in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Vieh und Viehprodukten auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Übereinkommens vom 6. Dezember 1891 sowie Ziffer 5 des Schlußprotokolls zu unterlagen ist.

Ausgehen im Kaiserlichen Gesundheitsamt zu Berlin am 22. Januar 1897. **A. Oesterreich:** frei. **B. Ungarn:** die Komitate: Arva, Eptó (Eptau), Pozsony (Preßburg), Trencsén (Trenschin) und Nagyrad. Potsdam, den 10. Februar 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

4. Außer den in der Bekanntmachung vom 9. d. M. bezeichneten königlichen Klassen sind Formulare zu den Uebergabeerklärungen zc. für die Abstempelung der 4prozentigen Staatsanleihe in 3½ prozentige bei den königlichen Steuerämtern in Alt-Landenberg, Brüssow, Bernau, Charlottenburg, Kremmen, Cöpenick, Dahme, Fehrbellin, Friesack, Havelberg, Luckenwalde, Prignitz, Rheinsberg, Schwedt, Strassburg u. M., Strausberg, Trebin, Werder a. H., Wusterhausen a. D., Wittstock, Witttenberge, Wriezen und Zossen zu beziehen.

Potsdam, den 17. Februar. Königl. Regierung.

Bekanntmachungen des Königlich- Polizei-Präsidenten zu Berlin.

14. Nach § 1 Absatz 3 der Prüfungsordnung bezug auf Erlangung der Befähigung zur Anstellung als Physikus vom 24. Januar 1896 müssen die von den Ärzten mit den Gelehrten um Zulassung zur Physikatprüfung vorzulegenden Zeugnisse über die **psychiatrische Vorbildung** entweder von dem ärztlichen Leiter einer psychiatrischen Klinik an einer deutschen Universität oder von dem Leiter einer öffentlichen, nicht ausschließlich für Unheilbare bestimmten Anstalt für Geistesranke, welche mindestens 150 Betten und einen jährlichen Zugang von mindestens 150 Kranken hat, ausgestellt sein und die Angabe enthalten, daß der Kandidat als approbierter Arzt sich mindestens drei Monate hindurch regelmäßig an der Untersuchung und Behandlung der Kranken mit Erfolg betheiligt hat.

Die hier eingehenden Bescheinigungen lassen häufig sowohl die Angabe der Zeitdauer als auch den Nachweis, daß der Aussteller Leiter einer entsprechenden Anstalt ist, vermissen. Zur Vermeidung von Rückfragen ist es deshalb erforderlich, daß sowohl die Zeitdauer der Betheiligung an der Untersuchung und Behandlung der Kranken als auch, soweit nicht die betreffenden Leiter der psychiatrischen Universitätskliniken ihre Eigenschaft als solche durch Dienstiegel kenntlich machen, eine Bescheinigung der Polizei-Behörde darüber beigebracht wird, daß das ausgestellte Zeugnis den Bestimmungen im § 1 Absatz 3 der Prüfungsordnung für Physiker vom 24. Januar 1896 genügt. Berlin, den 9. Februar 1897.

Der Polizeipräsident.

Polizei-Verordnung.

15. Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850, der

§§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 sowie des § 37 der Reichs-Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1869 wird für den Polizei-Bezirk Berlin mit Zustimmung des Gemeinde-Vorstandes Nachstehendes verordnet:

Der § 48 des Droschken-Polizei-Reglements vom 20. Januar 1873 wird wie folgt abgeändert:

§ 48. Vorschriften für den Droschken-Verkehr auf den Eisenbahnhöfen.

1) Jeder Kutscher, welcher sich mit seinem Fuhrwerk auf einem Eisenbahnhofe **vor Eintreffen des ersten Zuges** nach der täglichen Eröffnung zur Ausnahme mit den Zügen ankommender Reisender aufstellt, hat die Blechmarke mit der Wagennummer an den dieselben einsammelnden Beamten nach genommener Aufstellung abzugeben.

Kutscher, welche nach beendeter Abnahme der Marken zum ersten Zuge oder einem der folgenden Züge noch auffahren, haben sich zuvor bei dem betreffenden Beamten unter Abgabe der Marke zu melden.

2) Nur gegen Wiederausbändigung der Blechmarke dürfen die Kutscher Fahrgäste zur Beförderung vom Bahnhofe annehmen.

3) Auf und an den Bahnhöfen darf nur auf den polizeilich vorgeschriebenen Plätzen Aufstellung genommen werden.

4) Die Kutscher dürfen sich daselbst von ihren Wagen **nur entfernen, nachdem ein Anderer die Aufsicht über die Droschke mit übernommen hat**, und müssen den Wagenboden festigen, sobald die Ankunft eines Zuges **durch Zuruf des Beamten angezeigt ist**.

5) Beim Auflegen des Gepäcks hat der Kutscher, soweit dies mit der ihm obliegenden Leitung und Beaufsichtigung des Fuhrwerks zu verbinden ist, hülfsreiche Hand zu leisten.

6) Für das Warten auf den Bahnhöfen aus Veranlassung einer Verspätung der Züge und bis zur Abfertigung der Reisenden ist keine Entschädigung zu beanspruchen.

7) **Den Kutschern, welche Fahrgäste bis zu beendeter Abfertigung der Reisenden eines jeden Zuges nicht erhalten haben, wird von diesem Zeitpunkte ab die Blechmarke zur Verfügung gestellt. Die Kutscher dürfen indessen den Bahnhof nur verlassen, nachdem sie die Blechmarke von dem Aufsichts-Beamten abgeholt haben. Nach Abfertigung des letzten Zuges vor dem täglichen Schluß des Bahnhofes ist jede Marke abzuholen.**

8) Den Gepäcks-Droschken werden die mit Gepäcke ankommenden Reisenden, wenn dieselben nicht ausdrücklich eine andere Droschkenart wünschen, zunächst überwiesen.

Berlin, den 6. Februar 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

16. Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß

- 1) **Nr 5** der Genehmigungsurkunde vom 9. Oktober 1894 für die Pferdebahnhöfe Rosenthaler Thor—Bineta-Platz und Blücherstraße—Marheineke-Platz,
- 2) **Nr 8** der Genehmigungsurkunde vom 8. September 1894 für die Linien Französischestr. — Weidendammer Brücke und Französischestr. — Hadescher Markt,
- 3) **§ 16** der Genehmigungsurkunden vom 18. Juni 1895 für die Linie Thurmstraße—Benselstraße u. und vom 15. November 1895 für die Linie Schlossplatz—Königsstraße,
- 4) **§ 17** der Genehmigungsurkunden vom 29. Oktober 1895 für die Linie Kurfürstenstraße—Kurfürstendamm, vom 24. Juni 1896 für die Linie Nürnbergerstraße—Ringbahnstation Halensee und vom 24. Juni 1896 für die Linie Hagenauerstraße—Kurfürstendamm,
- 5) **Nr 4** der Genehmigungsurkunde vom 3. Oktober 1894 für die Linie Lichtenberg—Herzberge,
- 6) **Nr 6** der Genehmigungsurkunde vom 1. Oktober 1894 für die Linie Weißensee—Schönhauser Thor, und
- 7) **Nr 16** der Genehmigungsurkunde vom 21.sten Januar 1895 für die Linie Prenzlauer-Allee—Alexanderplatz

folgende Fassung erhalten haben:

„Hinsichtlich des Anschlusses von Pferdebahnen und sonstigen Kleinbahnen an die Eingangs bezeichnete Bahn sind die Bestimmungen des § 28 des Kleinbahngesetzes vom 28. Juli 1892 maßgebend.“

Berlin, den 6. Februar 1897.

Der Polizei-Präsident.
von Windheim.

Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Januar 1897.

17. A. Engros-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Kgr.	Weizen (gut)	
"	do. (mittel)	
"	do. (gering)	
"	Roggen (gut)	
"	do. (mittel)	
"	do. (gering)	
"	Gerste (gut)	
"	do. (mittel)	
"	do. (gering)	
"	Hafer (gut)	
"	do. (mittel)	
"	do. (gering)	
"	Erbsen (gut)	
"	do. (mittel)	
"	do. (gering)	
"	Nichtstroh	4 Mark 46 Pf.,
"	Heu	5 " 90 "

Ein Handel an der Produktentörje hat nicht stattgefunden.

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag für 50 Kgr.

im Monat Januar: —, —, 2,48 Mk., 3,87 Mk.

B. Detail-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Kgr.	Erbsen (gelbe z. Kochen)	30	Mark	—	Pf.,
"	"	"	"	"	"
"	Speisebohnen (weiße)	37	"	50	"
"	"	"	"	"	"
"	Linien	42	"	50	"
"	"	"	"	"	"
"	Kartoffeln	5	"	22	"
"	"	"	"	"	"
= 1 Kgr.	Rindfleisch (v. d. Keule)	1	"	35	"
"	"	"	"	"	"
"	do. (Bauchfleisch)	1	"	05	"
"	"	"	"	"	"
"	Schweinefleisch	1	"	25	"
"	"	"	"	"	"
"	Kalbfleisch	1	"	30	"
"	"	"	"	"	"
"	Lammfleisch	1	"	20	"
"	"	"	"	"	"
"	Speck (geräuchert)	1	"	40	"
"	"	"	"	"	"
"	Eibutter	2	"	30	"
"	"	"	"	"	"
= 60 Stück	Eier	3	"	97	"

2) In Charlottenburg:

für 100 Kgr.	Erbsen (gelbe z. Kochen)	29	Mark	42	Pf.,
"	"	"	"	"	"
"	Speisebohnen (weiße)	34	"	42	"
"	"	"	"	"	"
"	Linien	40	"	—	"
"	"	"	"	"	"
"	Kartoffeln	5	"	21	"
"	"	"	"	"	"
" 1 Kgr.	Rindfleisch (v. d. Keule)	1	"	41	"
" 1 "	do. (Bauchfleisch)	1	"	07	"
" 1 "	"	"	"	"	"
" 1 "	Schweinefleisch	1	"	32	"
" 1 "	"	"	"	"	"
" 1 "	Kalbfleisch	1	"	40	"
" 1 "	"	"	"	"	"
" 1 "	Lammfleisch	1	"	21	"
" 1 "	"	"	"	"	"
" 1 "	Speck (geräuchert)	1	"	40	"
" 1 "	"	"	"	"	"
" 1 "	Eibutter	2	"	22	"
" 60 Stück	Eier	3	"	32	"

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats Januar 1897:

1) In Berlin:

für 1 Kgr.	Mehl z. Speisebereitung a. Weizen	33 Pf.,
" 1 "	desgl. a. Roggen	27 "
" 1 "	Gerstengraupe	35 "
" 1 "	Gerstengröße	33 "
" 1 "	Buchweizengröße	38 "
" 1 "	Hafergröße	38 "
" 1 "	Hirse	38 "
" 1 "	Reis (Java, mittler)	65 "
" 1 "	Java-Kaffee (mittler, roh)	3 Mark — Pf.,
" 1 "	(gelb in gebr. Bohnen)	4 Mark 13 Pf.,
" 1 "	Speisesalz	20 "
" 1 "	Schweineschmalz (hiefiges)	1 Mark 15 "

2) In Charlottenburg:

für 1 Kgr.	Mehl z. Speisebereitung a. Weizen	35 Pf.,
„ 1 „		

- für 1 Kgr. Java-Kaffee (mittler, roh) 2 Mark 23 Pf.,
 „ 1 „ (gelb in
 „ 1 „ gebr. Bohnen) 3 Mark 20 Pf.,
 „ 1 „ Speisefalz 15 „
 „ 1 „ Schweinesmalz (hiefiges) — Mark 90 „

Königliches Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen
Ober-Postdirektion zu Potsdam.**

6. Diejenigen Personen, welche im bevorstehenden Frühjahr Anschluß an eine der Stadt-Fernsprecheinrichtungen in Bernau (Mark), Brandenburg (Havel), Cöpenick, Eberswalde, Erkner, Freienwalde (Oder), Friedrichshagen, Groß-Vichtersfelde, Grünau (Mark), Königs-Wusterhausen, Riepe (Oder), Ludwigsfelde, Neu-Ruppin, Nowawes-Neuendorf, Oderberg (Mark), Oranienburg, Potsdam, Prenzlau, Rathenow, Spandau, Steglitz, Tegel, Velten (Mark), Wannsee, Wittenberge (Bz. Potsdam), Zehlendorf (Kr. Teltow) und Zossen wünschen, werden ersucht, ihre Anmeldungen recht bald, spätestens aber bis Ende Februar an das Kaiserliche Postamt in dem betreffenden Orte (für Potsdam an das Kaiserliche Telegraphenamt daselbst) zu richten.

Später eingehende Anmeldungen können erst im nächstfolgenden, nach dem 1. August beginnenden Bauabschnitt berücksichtigt werden.

Bei den bezeichneten Verkehrsanstalten können die Bedingungen für den Anschluß eingesehen und Formulare zur Anmeldung in Empfang genommen werden.

Potsdam, 29. Januar 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Ausdehnung des Kohlstofftarifs auf Brennstoffe.

8. Im Staatsbahn-Gruppen- und Wechselverkehr, ferner im Wechselverkehr mit Stationen der Oldenburgischen Staats-Eisenbahnen und mit Station Rempen der Breslau-Warschauer Eisenbahn wird mit Gültigkeit vom 1. April 1897 der Ausnahmetarif 2 (Kohlstofftarif), unter Beibehaltung der Ziffern 1 bis 4, auf folgende Artikel ausgedehnt:

„5. Brennstoffe des Spezialtarifs III. folgende:

a. Gaskoks, wenn von Gasanstalten versandt. (Wegen Steinkohlen, Braunkohlen, Hochofenkoks, Bricketts u. s. w. s. die besonderen Ausnahmetarife.)

b. Holzkohlen, auch gemahlen oder pulverisirt; Holzkohlenbricketts, unverpakt.

(Holzkohlenbricketts, verpakt, auch Presskohlen zum Heizen der Eisenbahnwagen, gehören zu den Gütern des Spezialtarifs II.)

c. Torf und Torfkohle, auch gepreßt.

6. Holz, wie im Spezialtarif III. genannt.“

Für Gaskoks gelten hinsichtlich des zur Berechnung zu ziehenden Gewichtes dieselben Bedingungen wie für Rüben des Spezialtarifs III.

Berlin, den 15. Februar 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion

zugleich Namens der beteiligten Verwaltungen.

9.

Nordostdeutsches Berlin-Bayerischer Verband.

- a. Mit Gültigkeit vom 18. Februar d. J. tritt ein Ausnahmetarif — N° 12 — für feuchte Stämme (auch feuchte Schlammstämme) bei Aufgabe von mindestens 10000 kg mit einem Frachtbriefe auf einem Wagen in Kraft. Der Frachtberechnung werden die in dem Kilometerzeiger enthaltenen Entfernungen und die in der Allgemeinen Kilometer-Tariftabelle enthaltenen Frachtsätze des Spezialtarifs III. zu Grunde gelegt.
- b. Zum gleichen Zeitpunkt gelangen folgende Sätze des Ausnahmetarifs 16 für Bier unter Aufhebung der Sätze dieses Ausnahmetarifs für Danzig lege Thor zur Einführung:

Von und nach	Freising		München Eilbhf.		München Ostbhf.		München Südbhf.		Nürnberg Eilbhf.	
	a. 5000 kg	b. 10000 kg	a. 5000 kg	b. 10000 kg	a. 5000 kg	b. 10000 kg	a. 5000 kg	b. 10000 kg	a. 5000 kg	b. 10000 kg
in Sendungen von										
Frachtsätze für 100 kg in Mark										

Danzig Hauptbhf. | 7,21 | 6,39 | 7,45 | 6,58 | 7,50 | 6,63 | 7,47 | 6,60 | 6,44 | 5,70

c. Auf Seite 80 des Gütertarsifs wird die Entfernung Bad Reichenhall—Wriezzen a./D. von 634 auf 834 km berichtigt.

Soweit Frachterhöhungen eintreten, werden dieselben erst vom 1. April d. J. gültig.

Berlin, den 13. Februar 1897.

Königliche Eisenbahndirektion. Namens der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

7. Der Kreis-Ausschuß hat am 4. Februar d. J. beschloffen:

- 1) Daß das sogenannte Lazarethgrundstück, groß 4,6158 hektar, Blatt 7 N° 23/5 der Grundsteuer-Mutterrolle von dem Gemeindebezirk Denne-

witz abzutrennen und mit dem Gutsbezirke Schießplatz Jüterbog zu vereinigen sei.

- 2) Daß die in dem Jagen 40 a. der Oberförsterei Woltersdorf, Gemarkung Scharfenbrück'er Forst, Kartenblatt 2, Trennstück N° 117/4, 116/4, 118/4, 114/4, 119/4, 115/4 und 120/4 gelegenen,

an die Rössäthen Ernst Rühnisch, Ferdinand Wiemann, Herrmann Emmermacher und August Wernitz in Jänisdorf abgetretenen Grundstücke von zusammen 2,9310 ha Größe von dem Forstgutsbezirk Woltersdorf abgetrennt und mit dem Gemeindebezirk Jänisdorf vereinigt werden; sowie daß

- 3) die in der Gemarkung Scharfenbrück'er Forst Kartenblatt 2 Abschnitte N^o 60, 61, 62 und 64

gelegenen und von obengenannten Rössäthen an den Forstfiskus abgetretenen Grundstücke von ebenfalls 2,9310 ha Größe von dem Gemeindebezirk Jänisdorf abgetrennt und mit dem Forstgutsbezirk Woltersdorf vereinigt werden.

Jüterbog, den 13. Februar 1897.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses des Kreises Jüterbog-Luckenwalde.

8.

Nachweisung

der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow auf Grund des § 2 zu 4 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirkegrenzen für Januar 1897.

Bezeichnung des in Betracht kommenden Grundstücks.	Seitheriger Gemeinde- bezw. Gutsbezirk.	Künftiger Gemeindebezirk.
Die Seitens der Königlichen Hofkammer an den Bauer Friedrich Wilhelm Fischer in Päß abgetretenen Grundstücke der sogenannten kleinen Forst im hintersten Päß'er See, Kartenblatt 1 Parzelle 1086/121, 1087/122, 1088/121, 1089/123.	Gutsbezirk Königs-Wusterhausener Forst	Gemeindebezirk Päß.
Die Seitens des Bauern Friedrich Wilhelm Fischer in Päß an das Königliche Hausfideikommiß abgetretenen Rohrunen im hintersten Päß'er See, Parzellen 1090/123, 1091/121, 1092/124, 1093/125, 1094/126 des Kartenblatts 1.	Gemeindebezirk Päß	Gutsbezirk Königs-Wusterhausener Forst.

Beschluß des Kreis-Ausschusses vom 24. November 1896.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

10. Die unter königlichem Patronate stehende Pfarrstelle zu Groß-Ruß, Diözese Jehenid, ist durch das Ableben des Pfarrers Krause zur Erledigung gekommen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß die beiderseits der Brücke der Berlin-Görlitzer Eisenbahn über den Köris-Kanal befindlichen Krähne zum Umlegen und Wiederaufrichten der Schiffsmaste mit Genehmigung der Landespolizeibehörde gänzlich außer Betrieb gesetzt werden. Eine Wiederaufnahme des Betriebes findet also nicht mehr statt.

Berlin, den 10. Februar 1897.

Königliche Eisenbahn-Betriebsinspektion 13.

Bekanntmachung.

Gemäß § 46 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetz-Sammlung Seite 152) wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das in dem Steuerjahre 1896/7 kommunalabgabepflichtige Reineinkommen der im Preussischen Staatsgebiete gelegenen Theilstrecke Strasburg U./M.-Landesgrenze der Mecklenburgischen Friedrich-Wilhelm-Eisenbahn aus dem Betriebsjahre 1895/6 auf 2135,71 Mark festgesetzt worden ist.

Stettin, den 8. Februar 1897.

Der Königliche Eisenbahnkommissar.

Personal-Chronik.

Im Kreise Westprignitz ist der Rittergutsbesitzer von Salbern-Wilsnack zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 28 — Wilsnack — ernannt worden. Sein Vorgänger ist verstorben.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Riens ist als Oberlehrer an der 12. Realschule zu Berlin angestellt worden.

Die Lehrerin Färle IV. ist als Gemeindefchul-lehrin in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats Januar sind ernannt: zu Ober-Postdirektionssekretären:

die Postsekretäre Calame, Muth;

zum Ober-Postassistenten: der Postassistent Max Heide;

zu Ober-Telegraphenassistenten: die Telegraphenassistenten Laucht, Karl Ludwig Müller, Albert Schröder, Arthur Schulz;

angestellt als Postassistenten: die Postanwärter Hermann Friedrich, Gemeinhardt, Rind in Wilmerdorf bei Berlin, Klemann;

als Telegraphenassistenten: der Telegraphenassistent Jänike, die Telegraphenanwärter Basse, Hepner;

versetzt von Berlin: der Postinspektor Polira nach Aachen, der Postassistent Grawinkel nach Bromberg, die Postsekretäre Kölig nach Karlsruhe (Baden) und Schäffer nach Coblenz;

nach Berlin: der Postinspektor Spranger von Karlsruhe (Baden), die Ober-Postdirektionssekretäre Beermann von Köln (Rhein), Mittelstädt von Gießen, der Telegraphensekretär Eichert von Paderborn;

in den Ruhestand getreten: der Postsekretär Warmuth (künftiger Wohnort Niederlösnitz bei Kößgenbroda), der Ober-Telegraphenassistent Höft;

freiwillig ausgeschieden: der Ober-Postassistent Topolewski;

gestorben: Postsekretär Matthias, Postsekretär a. D. Hänisch, Posthausreiber a. D. Reinde in Schöneberg bei Berlin, Ober-Postassistent Johannes Müller, Ober-Telegraphenassistent a. D. Perret, die Postassistenten Kowalk und Paul Winkler.

Bermischte Nachrichten.

Die Führung des hiesigen Handels-, Börsen- und Genossenschaftsregisters im Jahre 1897 liegt dem

Amtsrichter Kleinschmidt unter Mitwirkung des Secretärs Wesenberg ob.

Charlottenburg, den 28. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht, Abth. 14.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die für 1897 bereits bestimmten Gerichtstage in Regim am 20. Juli, 21. September und 5ten Oktober aufgehoben werden.

Potsdam, den 9. Februar 1897.

Königliches Amtsgericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr. 1.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Bekrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisung: Beschlusses.
	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Johann Dubiel, Fleischer,	geboren am 1. Mai 1872 zu Dabrowa, Bezirk Chrzanow, Galizien, ortsangehörig ebendaselbst,	schwerer Diebstahl im Rückfall (2 Jahre Zuchthaus, laut Erkenntniß vom 5. Januar 1895),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	13. Oktober 1896.
2	Eduard Spieß, Weber und Maurer (Dienstknecht),	geboren am 11. Oktober 1866 zu Markt Seckirchen, Bezirk Salzburg, Oesterreich, zuletzt wohnhaft ebendaselbst,	Diebstahl und Unterschlagung (1 Jahr 10 Tage Zuchthaus, laut Erkenntniß vom 19. Dezember 1896),	Stadtmagistrat Traunnschein, Bayern,	7. Januar 1897.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Otilie (Matilde) Buriansky, Marionettenspielerin,	geboren (Tag und Jahr unbekannt) zu Gelischowitz, Bezirk Troppau, Oesterreich, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen und Betrug,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	14. Januar 1897.
2	Franz Hübel, Tuchmacher und Fabrik- arbeiter,	geboren am 15. April 1852 zu Dörfel bei Reichenberg, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln,	Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Zwickau,	11. Januar 1897.
3	Aloys Köhler, Maurer,	geboren am 11. November 1858 zu Wasserhäuseln, Bezirk Karlsbad, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Stadtmagistrat Regensburg, Bayern,	7. Januar 1897.
4	Leopold Kresschmer, Messerschmied,	geboren am 1. März 1855 zu Leitmeritz, Bezirk Schludenu, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Schweinfurt,	8. Januar 1897.

Die Ausweisung des Müllergejellen Franz Bartsch, genannt Becker, aus dem Reichsgebiet ist zurückgenommen worden.

Hierzu Sechs Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einzeilige Druckzeile 20 Pf.

Belagsblätter werden d. r. Beagen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben

Öeffentlicher Anzeiger (N^o 6)

zum 8ten Stüd des Amtsblatts

der Königlischen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 19. Februar 1897.

Polizeiliche Angelegenheiten.

229. Gegen den Möllergefellen Ernst Noß, geboren am 5. Dezember 1849 zu Warnow bei Neu-Ruppin, welcher flüchtig ist und sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Körperverletzung und Hausfriedensbruchs verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Amtsgerichts-Gefängniß abzuliefern und uns zu den Akten D. 21 97 Nachricht zu geben.

Rauen, den 13. Februar 1897.

Königliches Amtsgericht.

230. Gegen den unten beschriebenen Arbeiter August Liebe aus Schmalbühnen, zuletzt in Geseke und Berlin, Pückerstr. 55, welcher sich verborgen hält, soll eine durch Urtheil des Königlischen Schöffengerichts zu Crefé vom 26. November 1896 erkannte Gefängnißstrafe von einer Woche vollstreckt werden. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und Nachricht zu den Akten D. 99/96 hiesigen Amtsgerichts zu geben.

Crefé, den 12. Februar 1897.

Königliches Amtsgericht.

Beschreibung. Alter: 36 Jahre, Statur: groß.

231. Gegen die unverehelichte Haushälterin Wilhelmine Matthäi, früher zu Zinnis bei Calau wohnhaft, jetzt unbekannten Aufenthalts, geboren am 22. März 1872 zu Zinnis, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls verhängt. Es wird ersucht, dieselbe zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängniß abzuliefern. Str.-Pr.-L. N^o 184/96.

Calau, den 13. Februar 1897.

Der Amtsanwalt.

232. Gegen den unten beschriebenen Maurer Franz Erdmann, geb. am 8. Januar 1870 zu Schivelbein (Pommern), zuletzt zu Dortmund, Wißstraße 52, wohnhaft gewesen, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Beleidigung und Widerstands verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichts-Gefängniß abzuliefern. D. 894/96 IV.

Dortmund, den 8. Februar 1897.

Königliches Amtsgericht.

Beschreibung. Derselbe ist mittlerer Statur, hat blonde Haare, blaue Augen, gewöhnliche Nase und gelbe Gesichtsfarbe.

233. Gegen den Rechnungsführer Louis Sand, geboren am 3. November 1870 zu Leipzig, evangelisch, Sohn der Fabrikdirektor Ludwig und Anna, geb. Fosse-Sand'schen Eheleute, jetzt unbekannten Aufenthalts, welcher flüchtig ist, soll eine durch vollstreckbares Urtheil des Königlischen Landgerichts, Ferienstrassammer, zu Gnesen vom 10. August 1896 erkannte Gefängnißstrafe

von 2 Monaten vollstreckt werden. Es wird um Strafvollstreckung und Benachrichtigung zu den Akten Mc. 41/96 ersucht.

Gnesen, den 12. Februar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft.

234. Der Arbeiter Adolf Ernst, früher zu Teltow, Kreis Teltow, wohnhaft, geboren am 28. Februar 1877 zu Jauer i. Schl., ist durch rechtskräftiges Urtheil des Königlischen Schöffengerichts zu Senftenberg vom 15ten Dezember 1896 wegen Unterschlagung zu einem Monat Gefängniß verurtheilt. Der Aufenthalt des Ernst ist zur Zeit unbekannt. Es wird um Strafvollstreckung und Nachricht hiervon zu den Akten D. 243/96 ersucht.

Senftenberg, den 9. Februar 1897.

Königliches Amtsgericht.

235. Berichtigung. In dem Steckbrief vom 29. Januar 1897 — S. 200 N^o 151 — gegen den Handlungsgehilfen Arthur Franz Alwin Lampel muß es am Schlusse heißen: „Königliches Amtsgericht I., Abtheilung 134, nicht 124.“

236. Der unter dem 20. August 1887 hinter die unverehelichte Hedwig Hering, geboren am 29. Oktober 1861 zu Bromberg, in den Akten J. II B. 355 87 wegen Diebstahls erlassene Steckbrief wird hiermit erneuert. Berlin, den 11. Februar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

237. Der hinter den Bäckergehilfen Karl Wilhelm Heinrich Schulze, geboren am 28. September 1867 zu Rodishain-Sangerhausen, unterm 25. Juli 1892 in den Akten D. 71 92 erlassene Steckbrief wird hierdurch erneuert. Rauen, den 12. Februar 1897.

Königliches Amtsgericht.

238. Der hinter den am 9. Juni 1868 zu Königsberg i./Pr. geborenen Schlächtergehilfen Friß Ridel am 22. Februar 1896 in den Akten D. 65/96 erlassene, zuletzt am 6. Juli 1896 erneuerte Steckbrief wird hierdurch nochmals erneuert.

Spandau, den 11. Februar 1897.

Königliches Amtsgericht.

239. Der gegen das Dienstmädchen Bertha Bischoff wegen Diebstahls in den Akten J. Ic. 343 96 unter dem 26. Januar 1897 erlassene Steckbrief wird zurückgenommen. Berlin, den 12. Februar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

240. Der hinter den Hausdiener Dökar Eschenisch wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung unter dem 18. Januar 1897 in den Akten J. V. D. 58 97 erlassene Steckbrief wird zurückgenommen.

Berlin, den 11. Februar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

241. Der gegen den Hausdiener Franz Jadow wegen versuchten Mordes unter dem 26. Juli 1893 in den Akten U. R. II. 356 1893 erlassene Steckbrief wird zurückgenommen.

Berlin, den 15. Februar 1897.

Der Untersuchungsrichter beim Königlichen Landgericht I.

242. Der diesseits unter dem 5. Januar 1897 hinter den Handlungsreisenden Felix Zahrendt aus Gugsow, geboren am 28. Juni 1877 zu Alt-Jargenow, zuletzt in Wusterhausen a. D. aufhaltsam gewesen, in den Akten III. J. 1107/96 erlassene Steckbrief ist erledigt.

Neu-Ruppin, den 13. Februar 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft.

243. Der unterm 7. April 1896 hinter den Arbeiter Joseph Johann Karl Haentscher aus Neustadt D.-Schl. erlassene Steckbrief ist erledigt. 4a. D. 877 95.

Charlottenburg, den 23. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht. Abtheilung 21.

244. Der gegen den Sattlergesellen Carl Jrmert, geboren am 7. Mai 1876 zu Royn, Kreis Liegnitz, unter dem 3. Februar 1897 erlassene Steckbrief ist erledigt.

Königs-Wusterhausen, den 12. Februar 1897.

Königliches Amtsgericht.

245. Der Arbeiter Wilhelm Herrmann, zuletzt zu Nehfelde, geboren am 8. November 1853 in Nehfelde, ist durch rechtskräftiges Urtheil des Königlichen Schöffengerichts zu Alt-Landsberg vom 2. Dezember 1896 wegen Hausfriedensbruchs zu 10 Mark Geldstrafe eventuell 2 Tagen Gefängnis verurtheilt worden. Es wird ersucht, an dem x. Herrmann, dessen jetziger Aufenthalt unbekannt ist, im Betreffungsfall die gedachte Strafe zu vollstrecken und uns zu den Akten D. 315 96 zu benachrichtigen.

Kallberge Rüdersdorf, den 10. Februar 1897.

Königliches Amtsgericht.

246. In Frankfurt a. O. ist am 4. Januar 1897 eine goldene Damen-Halskette (aus kleinen Ringen zusammengesetzt) mit einem Medaillon in Herzform und 3 Perlen gestohlen. Ich ersuche um Ermittlung und Nachricht zu I. 1844.

Frankfurt a. O., den 6. Februar 1897.

Der Erste Staatsanwalt.

247. Es wird um Ermittlung und Angabe des Wohn- resp. Aufenthaltsortes der unverehelichten Anna Marie Rosalie Pasch, geboren am 18. Februar 1877 zu Nirdorf, evangelisch, zuletzt zu Nirdorf, Rosenstraße 11 bei Albrecht wohnhaft gewesen, zu den Akten ca. Pasch IIb. E. 223 96 ersucht. †

Nirdorf, den 11. Februar 1897.

Königliches Amtsgericht.

248. Um Ermittlung und Mittheilung des Aufenthaltsortes des Kuhhirten Oskar Runze, geb. am 23. März 1869 zu Hertha, Kreis Doebeln, zu unseren Akten G. Nr. 60 von 1897 wird ersucht.

Perleberg, den 13. Februar 1897.

Königliches Amtsgericht.

249. Die hinter den Arbeiter Franz Benede aus Neumühl unterm 24. November 1896 erlassene offene Strafvollstreckung — Nr. 169 Stüd 49 de 1896 dieses Blattes — ist erledigt. E. 56/96.

Cüstrin, den 9. Februar 1897.

Königliches Amtsgericht.

250. Das hinter den am 19. Januar 1868 zu Erkner geborenen Schuhmachergesellen Karl Valentin am 25. Januar 1897 in den Akten D. 441/96 erlassene offene Vollstreckungsersuchen ist erledigt.

Spandau, den 9. Februar 1897.

Königliches Amtsgericht.

251. Das unterm 9. Juli 1896 hinter das Dienstmädchen Valeria Luise Agnes Senfe aus Falkenburg erlassene offene Strafvollstreckungsersuchen ist erledigt. 4a. D. 117 96.

Charlottenburg, den 5. Februar 1897.

Königliches Amtsgericht. Abtheilung 21.

252. Das unterm 28. Juni 1892 erlassene und unterm 30. Juli 1895 erneuerte offene Strafvollstreckungs-Ersuchen gegen den Knecht Johann Fach, am 28. Juli 1862 in Labefopp Kreis Marienburg geboren, wird hiermit zurückgenommen. E. 76/92.

Charlottenburg, den 9. Februar 1897.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung 4b.

253. Durch kriegsgerichtliches Erkenntnis vom 30. Januar 1897, bestätigt am 5. Februar 1897, ist der Musketier Albert Herrmann Spedner der 9ten Kompagnie Infanterie-Regiments General-Feldmarschall Prinz Friedrich Karl von Preußen (8. Brandenburgisches) Nr. 64, im Wege des Ungehorsamsverfahrens für fahnenflüchtig erklärt und zu einer Geldstrafe von 200 (zweihundert) Mark verurtheilt worden.

Brandenburg a./H., den 9. Februar 1897.

Königliches Gericht der 6. Division.

254. Der Signalgast Reinhold Konrad Bruno Sonnenswald der Signal-Zweigkompagnie der I. Matrosendivision, geboren am 15. Februar 1872 zu Schöneberg, Kreis Teltow, ist durch bestätigtes, kriegsgerichtliches Erkenntnis vom 23. Januar 1897 wegen Fahnenflucht in contumaciam für einen Deserteur erklärt und mit einer Geldstrafe von 160 Mark belegt worden. Kiel, den 9. Februar 1897.

Kaiserliches Gericht der Marine-Station der Ostsee.

255. Die dem Reisenden Hugo Caro, hier Rosenthalerstraße Nr. 19 wohnhaft, unter dem 7. Januar ds. Js. für das laufende Kalenderjahr ertheilte Legitimationskarte zum Auffuchen von Bestellungen auf Reisebeden und Plüschwaaren für die hiesige Handlung Gustav Rosenberg ist angeblich verloren gegangen. Diese Karte wird zur Verhütung von Mißbrauch hierdurch für ungültig erklärt.

Berlin, den 6. Februar 1897.

Der Polizei-Präsident.

Beschreibung der Person: Gestalt: klein, Alter: 13. Mai 1869 geboren, Haare: dunkelblond, Kennzeichen: keine.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 9.

Den 26. Februar

1897.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

Bekanntmachung.

6. An Stelle des verstorbenen Beigeordneten Emsch zu Ludenwalde ist der Bürgermeister Suchs-land zu Ludenwalde zum Provinziallandtags-Abgeordneten des Kreises Jüterbog-Ludenwalde gewählt worden.

Solches wird gemäß § 21 der Provinzialordnung vom 29. Januar 1875 hiermit bekannt gemacht.

Potsdam, den 19. Februar 1897.

Der Oberpräsident,

Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Betrifft die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für 1897.

40. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 — Amtsbl. S. 366 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für das Jahr 1897, wie folgt, festgesetzt worden sind:
Februar: 28.

März: 1., 3., 7., 9., 10., 14., 15., 17., 21., 22., 24., 28., 29., 31.

April: 4., 5., 7., 11., 15., 16., 18., 19., 20., 25., 26., 28.

Mai: 2., 3., 5., 9., 11., 12., 16., 19., 20., 23., 26., 27., 30., 31.

Juni: 2., 6., 7., 8., 13., 16., 17., 20., 22., 23., 27., 28., 30.

Juli: 4., 7., 8., 11., 13., 14., 18., 19., 21., 25., 26., 28.

August: 1., 2., 4., 8., 10., 11., 15., 16., 18., 22., 23., 25., 29., 30.

September: 1., 5., 6., 8., 12., 14., 15., 19., 20., 22., 26., 29., 30.

Oktober: 3., 4., 6., 10., 12., 13., 17., 18., 20., 24., 25., 27., 31.

November: 1., 3., 7., 10., 11., 14., 15., 17., 21., 22., 24., 28., 29.

Dezember: 1., 5., 8., 9., 12., 13., 15., 19., 22., 25., 26., 27., 29.

Potsdam, den 17. Februar 1897.

Der Regierungspräsident.

Venezolanisches Konsulat in Berlin.

41. Der Fabrikbesitzer Arnold Friedmann, Spritfabrikant, in Berlin, Potsdamerstraße 14, ist zum

Konsul ad honorem von Venezuela in Berlin ernannt worden.

Potsdam, den 8. Februar 1897.

Der Regierungspräsident.

Viehseuchen.

42.

I. Ausgebrochen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Niederbarnim: Gehöft des Landwirts Paul Zahl in Alt-Landsberg, Dom. Neuenhagen, Gehöft des Rittergutsbesizers Dotti in Neuenhagen, Rieselgut Rosenthal. Kreis Osthavelland: Gehöft des Bauerntgutsbesizers A. Voettcher in Wustermark. Kreis Westhavelland: Gehöft des Gutsbesizers Kleffen in Waghom. Kreis Prenzlau: Rittergut Viettkow. Kreis Teltow: Rindviehbestand des Gutsbesizers Hermann Lüdtke in Lantwisch.

b. Milzbrand. Kreis Angermünde. 2 Kühe des Ritterguts Golm. Kreis Jüterbog-Ludenwalde: 1 Kind des Hufners Gottlob Heinrich in Schlenzer. Kreis Prenzlau: Domin. Horst und Ziemkendorf. Kreis Ruppiner: 2 Kühe des Rittergutspräsidenten Bulle in Voegow.

c. Rog. Kreis Osthavelland: 1 Pferd der Wittwe Weber in Marwitz.

d. Räude. Kreis Teltow: 1 Pferd der Pferdehändler Boenisch und Abel in Deutsch-Wilmersdorf.

e. Brustseuche. Unter den Pferden der 4. und 5. Batterie 2. Garde-Feldartillerie-Regiments. Kreis Prenzlau: 1 Pferd des Kaufmanns Hentel in Prenzlau.

II. Erloschen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Angermünde: Gut Frauenhagen. Kreis Niederbarnim: Gehöfte der Aderbürger Bredered und Reglow in Alt-Landsberg, Gehöfte der Bauern Wegemund und Gustav Gebert und Rieselgut in Malchow; in Virsholz; Gehöft des Bauern Wilh. Schumann in Schilbom. Kreis Oberbarnim: in Alt-Rüditz und Alt-Ranst. Kreis Osthavelland: in Belten und Domäne Linum. Kreis Westhavelland: Vorwerk Elsbaake. Kreis Ostprignitz: Gehöft des Einpüfers Friedrich Plagemann in Berlitt. Kreis Westprignitz: Vorwerk Horst. Kreis Ruppiner: Gehöft des Lehngutsbesizers Schütz in Könnebeck. Kreis Teltow: Gehöft der Aderbürger Gotthilf Richter und Schulze und des Chauffeurwärters Richter in Mittenwalde, des Bauern Brandt in Diederisdorf, des

Kossäthen Hermann Riefelbusch und des Bauern F. List in Ragow. Kreis Zauch-Bezig: Rittergut Weisgrund, Gehöfte des Gutsbesizers G. Schulze in Michelsdorf, der Wittwe Schubog, der Hufner G. Hübner und K. Kriebitz in Zirdorf. Stadt Potsdam: Städtische Schlachthof.

b. Milzbrand. Kreis Osthavelland: in Per-

wenitz und Behlesanz. Kreis Prenzlau: Rittergut Nieden, Vorm. Pauenhof und Dorf Wandelow.

c. Brustschüsse: unter den Pferden des Leib-Garde-Jusaren-Regiments, des Husaren-Regiments von Jieten (3.) und des Dragoner-Regiments Nr. 2.

Potsdam, den 23. Februar 1897.

Der Regierungspräsident.

43. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Januar 1897 beobachteten Wasserstände.

Datum	Berlin		Spandau		Potsdam	Brandenburg		Rathenow		Havelberg
	Ober-	Unter-	Ober-	Unter-		Ober-	Unter-	Ober-	Unter-	
	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser		Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	
	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.
1.	32,28	30,68	2,62	0,98	1,21	2,26	1,52	1,62	1,26	1,94
2.	32,28	30,68	2,62	0,99	1,24	2,28	1,50	1,62	1,26	1,94
3.	32,38	30,66	2,62	0,99	1,26	2,28	1,54	1,62	1,24	1,96
4.	32,28	30,70	2,62	0,99	1,26	2,28	1,58	1,62	1,24	1,98
5.	32,28	30,68	2,60	0,98	1,26	2,28	1,60	1,62	1,20	1,98
6.	32,28	30,68	2,64	0,98	1,24	2,30	1,58	1,40	1,18	2,04
7.	32,24	30,60	2,64	0,96	1,26	2,32	1,54	1,46	1,04	2,06
8.	32,22	30,70	2,62	0,96	1,27	2,26	1,50	1,40	0,90	1,74
9.	32,20	30,80	2,60	1,00	1,30	2,14	1,68	1,36	0,70	1,42
10.	32,20	30,72	2,56	0,98	1,33	2,18	1,70	1,36	0,70	1,48
11.	32,18	30,84	2,52	1,06	1,34	2,16	1,76	1,56	1,14	1,76
12.	32,12	30,68	2,50	1,04	1,35	2,16	1,80	1,60	1,22	1,88
13.	32,14	30,50	2,42	1,00	1,35	2,18	1,82	1,60	1,22	1,90
14.	32,16	30,48	2,44	0,96	1,35	2,24	1,84	1,62	1,22	1,94
15.	32,16	30,48	2,42	0,92	1,32	2,26	1,84	1,62	1,22	2,00
16.	32,18	30,48	2,40	0,92	1,31	2,22	1,82	1,62	1,24	2,08
17.	32,20	30,48	2,42	0,84	1,29	2,26	1,76	1,62	1,24	2,14
18.	32,20	30,46	2,42	0,86	1,27	2,22	1,78	1,72	1,26	2,24
19.	32,22	30,48	2,43	0,84	1,25	2,20	1,80	1,74	1,28	2,28
20.	32,24	30,48	2,46	0,81	1,23	2,20	1,78	1,78	1,36	2,34
21.	32,26	30,48	2,49	0,81	1,22	2,20	1,78	1,78	1,38	2,40
22.	32,28	30,50	2,50	0,80	1,21	2,18	1,80	1,82	1,44	2,40
23.	32,28	30,52	2,55	0,78	1,18	2,16	1,80	1,84	1,48	2,40
24.	32,28	30,56	2,56	0,78	1,18	2,16	1,80	1,84	1,46	2,36
25.	32,28	30,58	2,62	0,82	1,17	2,16	1,80	1,82	1,50	2,34
26.	32,30	30,58	2,60	0,84	1,16	2,16	1,80	1,82	1,48	2,32
27.	32,30	30,60	2,56	0,88	1,17	2,16	1,80	1,84	1,48	2,30
28.	32,28	30,56	2,56	0,86	1,18	2,16	1,80	1,84	1,46	2,30
29.	32,28	30,56	2,58	0,84	1,18	2,16	1,80	1,80	1,46	2,34
30.	32,28	30,56	2,58	0,86	1,19	2,18	1,80	1,76	1,44	2,36
31.	32,26	30,56	2,60	0,84	1,19	2,26	1,70	1,78	1,42	2,36

Potsdam, den 22. Februar 1897.

Der Regierungspräsident.

**Bekanntmachungen
der Königl. Regierung.**

Wahl der Kuratoren und deren Stellvertreter für die Elementarlehrer-Wittwen- und Waisenkasse des Regierungsbezirks Potsdam.

5. Zu Kuratoren der Elementarlehrer-Wittwen- und Waisenkasse für den Regierungsbezirk Potsdam sind gemäß § 14 der revidirten Statuten dieser Kasse vom 9. September 1871 für die Zeit vom 1. April 1897 bis Ende März 1900 1) der Rektor Janke hier, 2) der Hauptlehrer Hohenstein in Brandenburg a. H., 3) der

Lehrer Dornbusch hier, zu Kuratoren-Stellvertretern für die gleiche Zeitdauer 1) der Lehrer Arndt hier, 2) der Lehrer Gorfke hier, 3) der Lehrer Werlig hier gewählt worden.

Potsdam, den 17. Februar 1897.

Königliche Regierung,

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen
Ober-Postdirektion zu Berlin.**

7. Vor einigen Tagen fand sich in einem Hotel in der Wilhelmstraße ein Herr ein, der sich als Ober-

inspektor Dr. Wegner vorstellte, Telegraphenbeamter zu sein vorgab, und nach einigen Fragen über den Zustand und die Bedienung des Fernsprechapparats für die Hinterbliebenen eines angeblich verunglückten Beamten Geld zu sammeln versuchte. Als die Frau des Hotelbesizers sich indeß eingehender nach dem Unglücksfall erkundigen wollte, entfernte sich der Schwindler unter ausweichenden Redensarten. Er war von kleiner unterlegter Figur und hatte einen auffallend starken schwarzen Schnurrbart. Seine Kleidung bestand aus einem schwarzen Ueberzieher mit Sammetragen, graubrauner heller Hose, welchem Filzhut mit etwas abgegriffener, an der linken Seite herabhängender Krempe; außerdem trug er einen Kneifer mit schwarzer Einfassung.

Aus Anlaß dieses Falles wird das Publikum erneut darauf aufmerksam gemacht, daß nicht nur die Fernsprech-Bauarbeiter, wie alljährlich im Dezember besonders bekannt gemacht wird, sondern alle Beamten und sonstige bei der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigte Personen, die dienstlich zu einem Fernsprecheilnehmer entsandt werden, mit Ausweisarten versehen sind, die sie auf Verlangen vorzeigen müssen.

Berlin C., 17. Februar 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Unanbringliche Postsendungen.

8. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern:

A. In Berlin zur Post gegebene Pakete:

an Kellerer in München,
an Wiedemann in Riga,
an Affert in Berlin,
an Davison in Ostende,
an Sternberg in Splyt,
an Döhn in Berlin,
an Schnee in Witebsk.

B. Gegenstände, welche in Paketen ohne Aufschrift enthalten gewesen, Postsendungen entfallen oder bei hiesigen Postanstalten aufgefunden worden sind:

Brillen, Bücher, Band, Brennscheeren, Cigarren, Cigarrenspigen, Damen-Capes, Handschuhe, Hosenträger, Instrumententheile, Kragen, künstliche Blumen, Knöpfe, Kämme, Lederpantoffeln, Lampenbrenner, Metalltheile, Messer, Noten, Portemonnaies, Pelzbaretts, Porzellangefäße, Ringe, Rasirmesser, Schnur, Scheeren, Strümpfe, Schlüsselsilber, Stidereimuster, Taschentücher, Theelöffel, Teppichklopfer, Wolle, Werkzeugtheile.

Die unbekannten Eigenthümer der vorbezeichneten Pakete und Gegenstände werden aufgefordert, — spätestens innerhalb 4 Wochen — bei der Ober-Postdirektion schriftlich sich zu melden. Andernfalls werden die Gegenstände zum Besten der Post-Unterstützungsasse versteigert werden. Berlin C., 18. Februar 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

9. Diejenigen Personen, welche im bevorstehenden Frühjahr Anschluß an eine der Stadt-Fernsprechein-

richtungen in Bernau (Mark), Brandenburg (Havel), Cöpenick, Ekerswalde, Erkner, Freienwalde (Oder), Friedrichshagen, Groß-Bichterfelde, Grünau (Mark), Königs-Buchenhagen, Liepe (Oder), Ludwigsfelde, Neu-Ruppin, Nowawes-Neuendorf, Dberberg (Mark), Dranienburg, Potsdam, Prenzlau, Rathenow, Spandau, Steglitz, Tegel, Velten (Mark), Wannsee, Wittenberge (Bz. Potsdam), Zehlendorf (Kr. Teltow) und Zossen wünschen, werden ersucht, ihre Anmeldungen recht bald, spätestens aber bis Ende Februar an das Kaiserliche Postamt in dem betreffenden Orte (für Potsdam an das Kaiserliche Telegraphenamt daselbst) zu richten.

Später eingehende Anmeldungen können erst im nächstfolgenden, nach dem 1. August beginnenden Bauabschnitt berücksichtigt werden.

Bei den bezeichneten Verkehrsanstalten können die Bedingungen für den Anschluß eingesehen und Formulare zur Anmeldung in Empfang genommen werden.

Potsdam, 29. Januar 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

U r k u n d e.

11. Nach Anhörung der Beteiligten setzen die Unterzeichneten Behörden auf Grund der §§ 294 ff. Allgemeinen Landrechtes II., 11 und Ministerial-Erlaß vom 27. April 1861 — Altensück des Evangelischen Ober-Kirchenrathes Band V. Seite 176 hierdurch fest:

§ 1. Die vagirende Kirchengemeinde Hirschfelde (Diözese Strausberg) wird der Parochie Gieselsdorf (Diözese Strausberg) als Gastgemeinde zugeschlagen.

§ 2. Diese Festsetzung tritt vom 1. Februar d. J. ab in Kraft.

Berlin, den 19. Januar 1897.

Königliches Consistorium der Provinz Brandenburg.

Potsdam, den 2. Februar 1897.

Königliche Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

12. Nach einer neuerlichen Mittheilung der Königlich General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern beträgt der Martini-Marktpreis des Roggens in der Kreisstadt Neuruppin für das Hektoliter im Jahre 1896: 9,08 M. Die in Stück 6 dieses Amtsblatts veröffentlichte Uebersicht vom 19ten Januar d. J. ist hiernach zu berichtigen. Der Martini-Durchschnittsmarktpreis beträgt demnach für das hl Roggen in der Kreisstadt Neuruppin für 1896 nicht 9,91 M., sondern 9,97 M.

Berlin, den 12. Februar 1897.

Königliches Consistorium der Provinz Brandenburg.

13. Die unter Königlichem Patronate stehende französisch-reformirte Pfarrstelle zu Vattin, franz. Inspektion, kommt durch den Abgang des Predigers Villaret am 1. Mai d. J. zur Erledigung.

14. Die unter Privatpatronat stehende Pfarrstelle zu Ruhsdorf, Diözese Prignitz, kommt durch die Emeritierung des Pfarrers Ramdohr am 1. Oktbr. d. J. zur Erledigung. Ueber die Besetzung ist bereits Verfügung getroffen.

Bekanntmachungen der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

5. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-gesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß in dem Nachlasse des in Saarlouis verstorbenen Rentners Bernhard Finé die Schuldverschreibung der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1882 Litt. F. N^o 210867 über 200 M. angeblich vermißt wird.

Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der Firma Lazard, Brach & Cie., Bankgeschäft in St. Johann-Saarbrücken, anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 17. Februar 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Direction der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

3. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 19. v. M. heute geschehenen öffentlichen Verloosung von 3 1/2 procentigen Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Apoints gezogen worden:

Litt. G. zu 1500 Mark 1 Stück und zwar die Nummer 13.

Litt. J. zu 75 Mark 3 Stück und zwar die Nummern: 15 16 54.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. I. N^o 12—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße Nr. 76 I., vom 1. Juli d. J. ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 1. Juli d. J. ab hört die Verzinsung der ausgelooften Rentenbriefe auf, diese selbst verjähren mit dem Schlusse des Jahres 1907 zum Vortheil der Rentenbank. Die Einlieferung ausgeloofter Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post, portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldebetrag auf gleichem Wege übermittelt werde. Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers, und zwar bei Summen bis zu 400 Mark durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen. Berlin, den 13. Februar 1897.

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direction zu Berlin.

Umfartungstarif der Preussischen Staatsbahnen.

10. Für den Umfartungstarif (Abschnitt G. der

Staatsbahn-Gütertarife) gilt vom 1. April 1897 nachstehende Fassung, mit welcher zum Theil Frachterhöhungen verbunden sind:

G. Umfartungstarif.

1. Bei Sendungen nach oder von Stationen einer anderen Bahn, die mangels direkter Tariffäge auf einer preussischen Staatsbahnstation umfartirt werden, wird die Fracht für die preussische Staatsbahnstrecke zwischen der Umfartirungsstation und der nicht in den direkten Tarif für den Verkehr mit der anderen Bahn aufgenommenen Versand- oder Empfangsstation nach den im Anhang zu der Allgemeinen Kilometer-Tarifstabelle angegebenen Frachtsätzen berechnet und in der üblichen Weise abgerundet (§ 1 Ziffer 2 der Allgemeinen Tarifvorschriften).
2. Für Stückgut (Fracht-, Eil- und Schnellzugsgut) wird an Stelle der in den §§ 3 bis 5 der Allgemeinen Tarifvorschriften vorgesehenen Mindestbeträge nur eine Mindestfracht von 10 Pf. für die Theilstrecke erhoben.
3. Bei Sendungen, für welche die Fracht auf Grund von Ausnahmetarifen berechnet wird, ist die Anwendung dieses Umfartirungstarifs nur dann zulässig, wenn es sich um die Ausfuhr aus Deutschland oder um den allgemeinen Ausnahmetarif für Holz des Spezialtarifs II. handelt. In ersterem Falle erfolgt die Frachtberechnung bis zur Umfartirungsstation, von der ab der Ausfuhr-Ausnahmetarif in Geltung steht, — s. Ziffer 4 — zu den Sätzen der entsprechenden ordentlichen Tarifklasse.
4. Die Anwendung dieses Umfartirungstarifs ist ferner allgemein ausgeschlossen bei Umfartirungen auf einer den Verkehr nach oder von der anderen Bahn vermittelnden Uebergangsstation.

Berlin, den 9. Februar 1897.

Königliche Eisenbahndirection

zugleich Namens der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der nachbenannten in der 49. Verloosung gezogenen und durch die öffentliche Bekanntmachung vom 12. Juni 1896 zur Baarzahlung per 2. Januar 1897 gekündigten 4% schles. Pfandbriefe Lit. B. N^o 52077 Ratibor über 200 Thlr. = 600 M., N^o 52087 Ratibor über 200 Thlr. = 600 M., N^o 52243 Ratibor über 200 Thlr. = 600 M., N^o 65032 Ratibor über 100 Thlr. = 300 M., N^o 79468 Ratibor über 50 Thlr. = 150 M., werden hierdurch wiederholt aufgefordert, diese Pfandbriefe nebst den dazugehörigen Zinscheinen Serie XIII. N^o 3 bis 10 bei der Königl. Institut-Kasse hieselbst (am Lessingplatz im Regierungsgebäude) einzureichen und dagegen den entsprechenden Baarbetrag in Empfang zu nehmen. Sollte die Einreichung nicht bis zum 15ten August 1897 erfolgen, so werden die Inhaber der fraglichen Pfandbriefe nach § 50 der Allerhöchsten Verord-

nung vom 8. Juni 1835 mit ihrem Realrechte auf die in den Pfandbriefen ausgebrückte Special-Hypothek präkludirt und mit ihren Ansprüchen lediglich an die bei der königlichen Instituten-Kasse hieselbst deponirte Kapitals-Baluta verwiesen werden. Aus früheren Verloosungen sind Pfandbriefe Lit. B. noch rückständig und bereits präkludirt: $\text{à } 3\frac{1}{2}\%$ aus der 20. Verloosung N^o 18581 Hausdorf über 100 Thlr. = 300 M. $\text{à } 4\%$ aus der 44. Verloosung N^o 45070 Poln. Krawarn ic. über 500 Thlr. = 1500 M., aus der 47. Verloosung N^o 82452 Poln. Krawarn ic. über 25 Thlr. = 75 M., aus der 48. Verloosung N^o 82451 Poln. Krawarn ic. über 25 Thlr. = 75 M.

Breslau, den 15. Februar 1897.

Königliches Kredit-Institut für Schlesien.

Personal-Chronik.

Im Kreise Niederbarnim ist an Stelle des Forstmeisters Witte der Oberförster von Mindwiz in Groß-Schönebeck zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 50 — Groß-Schönebeck Forst — ernannt worden.

Im Kreise Angermünde ist der königliche Forstmeister von Hövel zu Alt-Grimmich nach Ablauf seiner Amtsperiode von Neuem zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 17 — Amt Joachimsthal — ernannt worden.

Im Kreise Niederbarnim ist vom 1. März d. J. ab der Bürgermeister Petersen, bis dahin in Dranienburg, zum kommissarischen Amtsvorsteher des Amtsbezirks 21 — Hohen-Schönhausen ernannt worden.

Der Rittgutsbesitzer Paul Ebell in Dergenthin und der Administrator August Rambke in Dallmin sind zu Kreisverordneten für den Kreis Westprignitz gewählt und als solche bestätigt worden.

Der Landmesser Banse ist von Frankfurt a. D. nach Neu-Nuppin versetzt.

Der bisherige Predigtamtskandidat Carl Joh. Friedr. Röhn ist zum Pfarrer der Pfarodie evang. ref. Lindow, Diözese Lindow-Gransee, bestellend worden.

Die Lehrerin Neugäß ist als Gemeindefchullehrerin in Berlin angestellt worden.

Vermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Der auf den 22. März d. J. in Putzig anberaumte Gerichtstag wird hierdurch auf den **15. März d. J.** verlegt. Prignitz, den 17. Februar 1897.

Königliches Amtsgericht.

Verzeichniß der Vorlesungen an der königlichen Landwirthschaftlichen Hochschule zu Berlin N. Invalidenstraße 42 im Sommer-Semester 1897.

1. Landwirthschaft, Forstwirthschaft und Gartenbau. Geheimer Regierungsrath, Professor Dr. Orth: Allgemeiner Acker- und Pflanzenbau, 2. Theil: Bewässerung des Bodens, einschließlich Wiesenbau und Düngerlehre. Spezieller Acker- und Pflanzenbau, 2. Theil: Anbau der Wurzel- und Knollengewächse und der Handelsgewächse. Bonitirung des Bodens. Praktische Uebungen zur Bodenkunde. Leitung agronomischer und agrulturchemischer Untersuchungen (Uebungen im

Untersuchen von Boden, Pflanzen und Dünger), gemeinsam mit dem Assistenten Dr. Verju. Landwirthschaftliche Exkursionen. — Geheimer Regierungsrath, Professor Dr. Werner: Landwirthschaftliche Taxationslehre. Geschichtlicher Umriss der deutschen Landwirthschaft. Landwirthschaftliches Seminar, Abtheilung: Betriebslehre. Abriss der landwirthschaftlichen Produktionslehre (Betriebslehre). Demonstrationen am Rinde und landwirthschaftliche Exkursionen. — Professor Dr. Lehmann: Pferdebezug. Schweinebezug. Mollereiwiesen. Landwirthschaftliches Seminar, Abtheilung: Thierzucht. — Geheimer Rechnungsrath, Professor Dr. Schotte: Landwirthschaftliche Maschinenkunde. Maschinen und bauliche Anlagen für Brauerei, Brennerei und Zuckersfabrikation. Feldmessen und Niveliren für Landwirth (Vortrag und praktische Uebungen). Zeichen- und Konstruktionsübungen. — Oberförster Kottmeier: Waldbegründung und Waldbpflege. Forstliche Exkursionen. — Garteninspektor Lindemuth: Gemüsebau. 2. Naturwissenschaften. a) Physik und Meteorologie. Professor Dr. Bornstein: Experimental-Physik, 2. Theil. Dioptrik. Hydraulik. Physikalische Uebungen. b) Chemie und Technologie. Professor Dr. Fleischer: Die naturwissenschaftlichen Grundlagen der Moorkultur. Chemische Uebungen in Gemeinschaft mit dem Assistenten Dr. Schmoeger: Großes chemisches Praktikum. Kleines chemisches Praktikum. — Dr. Schmoeger: Repetitorium der Chemie. — Professor Dr. Bruner: Grundzüge der anorganischen Chemie. — Professor Dr. Herzfeld: Zuckersfabrikation. Privatdozent, Professor Dr. Hayduk: Gährungs-Chemie. — Privatdozent Dr. Markwald: Analytische Chemie. — Privatdozent Dr. Krenzel: Chemie der Nahrungs- und Genußmittel. c) Mineralogie, Geologie und Geognosie. Professor Dr. Bruner: Geognosie und Geologie. Die wichtigsten Bodenarten mit Berücksichtigung ihrer rationellsten Kultur. Praktische Uebungen in der Bestimmung und Werthschätzung von Bodenarten und Meliorationsmaterialien. Kolloquium über Bodenkunde. Geognostische Exkursionen. d) Botanik und Pflanzenphysiologie. Professor Dr. Rny: Entwicklungs-geschichte der Pflanzen. Botanisch-mikroskopischer Kursus, a) für Anfänger, b) für Geübtere, mit besonderer Rücksicht auf die Entwicklungs-geschichte der Pflanzen. Arbeiten für Vorgeschriftene im botanischen Institut. — Professor Dr. Frank: Experimental-Physiologie der Pflanzen. Pflanzenphysiologisches Praktikum. Arbeiten für Vorgeschriftene im Institut für Pflanzenphysiologie und Pflanzenschutz. — Geheimer Regierungsrath, Professor Dr. Wittmack: Systematische Botanik, mit besonderer Berücksichtigung der Acker- und Zierpflanzen. Gräser und Futterkräuter, nebst Uebungen im Bestimmen der Pflanzen und im Bonitiren des Bodens nach dem Pflanzen. Züchtung der Kulturpflanzen. Botanische Exkursionen. — Privatdozent, Professor Dr. Carl Müller: Mikroskopie der Nahrungs- und Genußmittel. Grundzüge der praktischen Bakterienkunde. e) Zoologie und Thier-

physiologie. Professor Dr. Mehring: Zoologie und Geschichte der Haustiere. Ueber Fischzucht. Zoologisches Repetitorium. Zoologische Exkursionen. — Dr. Schiemenz: Ueber die der Landwirtschaft nützlichen und schädlichen Insekten, mit besonderer Berücksichtigung der Bienenzucht und des Seidenbaues. Entomologische Exkursionen. — Professor Dr. Jung: Ueberblick der gesamten Thierphysiologie. Thierphysiologisches Praktikum. Arbeiten im thierphysiologischen Laboratorium für Geübtere. 3. Veterinärkunde. Professor Dr. Diederhoff: Sporadische Krankheiten der Haustiere. — Professor Dr. Kröhner: Äußere Krankheiten der Haustiere. — Professor Dr. Schmalz: Ausgewählte Kapitel aus der allgemeinen und speziellen Anatomie der Haustiere. — Oberarzt a. D. Rüttner: Hufschlagslehre. 4. Rechts- und Staatswissenschaft. Professor Dr. Sering: Nationalökonomie. Staatswissenschaftliches Seminar. 5. Kulturtechnik und Baukunde. Geheimer Baurath von Münstermann: Kulturtechnik. Entwerfen kultur-

technischer Anlagen. — Revisionsbauinspektor Orang: Baukonstruktionslehre. Erdbau. Wasserbau. Entwerfen von Bauwerken des Wasser-, Wege- und Brückenbaues. 6. Geodäsie und Mathematik. Professor Dr. Bogler: Ausgleichungsrechnung. Praktische Geometrie. Geodätische Nebenübungen. — Messungen, gemeinsam mit Professor Hegemann. — Professor Hegemann: Geographische Ortsbestimmung. Übungen im Ausgleichen. Zeichenübungen. — Professor Dr. Reichel: Analytische Geometrie und Analysis. Algebraische Analysis. Trigonometrie. Analytische Geometrie und Analysis (Fortsetzung). Übungen zur Analysis. Mathematische Übungen. Übungen zur analytischen Geometrie und Elementarmathematik. Beginn des Sommer-Semesters am 21. April, der Vorlesungen zwischen dem 21. und 28. April 1897. — Programme sind durch das Sekretariat zu erhalten.

Berlin, den 11. Januar 1897.

Der Rektor
der Königl. Landwirthschaftlichen Hochschule.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Auf. Nr.	Name und Stand	Alter und Geburtsort	Grund der Verurteilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Wenzel Roth, Bäcker,	geboren am 11. November 1844 zu Hohen- gottisch, Oesterreich, orts- angehörig zu Speier- ling, Böhmen,		Königlich preussischer Regierungspräsident zu Münster,	23. Dezember 1896.
2	Leib Samulowitsch, Handelsmann,	geboren am 16. Juli 1848 zu Tomaszow, Russisch-Polen, orts- angehörig ebenda selbst,		Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Straß- burg i. E.,	16. Januar 1897.
3	Pierre Trouillaur, Schiffsbock,	geboren am 19. Juni 1872 zu Lyon, Departement Rhône, Frankreich, französischer Staatsangehöriger,		Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	7. Januar 1897.
4	Alexander Tulipan, Goldarbeiter,	geboren am 4. Sep- tember 1878 zu Pie- lis, Bezirk Troppau, Oesterreichisch-Schle- sien, ortsangehörig ebenda selbst,		dieselbe,	desgleichen.
5	Cornelius Bieringa, Arbeiter,	geboren am 2. August 1864 zu Mithuizen, Niederlande, ortsan- gehörig zu Groningen, ebenda selbst,		Königlich preussischer Regierungspräsident zu Münster,	7. Dezember 1896.

Hierzu Sieben öffentliche Anzeiger.

(Die Anfertigungsgebühren betragen für eine einbaltige Druckseite 20 Pf.)

Verlagshaus: Verlag von W. B. Mann und Co. (in Vert.)

Redigirt von der Redaktion des Anzeigers.

Verlagshaus, Buchdruckerei der W. B. Mann und Co.

Öffentlicher Anzeiger

zum 9ten Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Provinz Brandenburg
Den 26. Februar 1897.

Öffentliche Vorladungen und Aufgebote.

257. Der Schneidermeister G. Rudloff hier Mauerstraße 84, klagt gegen den Kellner Johann Friedrich, gebürtig aus Alzey, Hessen, geboren am 9. Februar 1870, unbekannten Aufenthalts, zuletzt hier wohnhaft gewesen, für gelieferte Kleidungsstücke mit dem Antrage auf Zahlung von 173,50 Mark nebst 5% Zinsen seit dem 1. April 1895 sowie vorläufige Vollstreckbarerklärung des Urtheils. Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Königliche Amtsgericht I. zu Berlin Abtheilung 17 Jüdenstraße 59 II. Zimmer 142 auf **den 27. April 1897 Vormittags 11 Uhr.** Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht. Berlin, den 12. Februar 1897.

Schreiber, Gerichtsschreiber

des Königlichen Amtsgerichts I., Abtheilung 17.

258. Der Schirmmaler Adolph Volds — Vols — geboren am 5. März 1861 zu Regenwalde, dessen Aufenthalt unbekannt ist, und welchem zur Last gelegt wird am 25. November 1896 in Probowin gewerbliche Leistungen als Topfsinder u. feilgeboten zu haben, ohne im Besiz des zu diesem Gewerbebetriebe erforderlichen Wandergewerbescheins gewesen zu sein, Vergehen gegen §§ 1, 6, 18 des Gesetzes vom 3. Juli 1876, wird auf Anordnung des Königlichen Amtsgerichts hier selbst auf **den 30. April 1897 Vormittags 9 Uhr** vor das Königliche Schöffengericht zu Angermünde zur Hauptverhandlung geladen. Auch bei unentschuldigtem Ausbleiben wird zur Hauptverhandlung geschritten werden. D. 8/97.

Angermünde, den 21. Januar 1897.

Brix, Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

259. Der Arbeiter Karl Bendig, geboren am 10. Dezember 1841 zu Steglitz, Kreis Templin, dessen Aufenthalt unbekannt ist, und welchem zur Last gelegt wird, am 23. November 1896 zu Paarstein gewerbliche Leistungen als Stuhlflechter feilgeboten zu haben, ohne im Besiz des zu diesem Gewerbebetriebe erforderlichen Wandergewerbescheins gewesen zu sein, Vergehen gegen §§ 1, 6, 18 des Gesetzes vom 3. Juli 1876, wird auf Anordnung des Königlichen Amtsgerichts hier selbst auf **den 30. April 1897 Vormittags 9 Uhr** vor das Königliche Schöffengericht zu Angermünde zur Hauptverhandlung geladen. Auch bei unentschuldigtem Ausbleiben wird zur Hauptverhandlung geschritten werden. D. 6/97.

Angermünde, den 23. Januar 1897.

Brix, Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

260. Der Arbeiter Wilhelm N., dessen Aufenthalt unbekannt ist, wird am 23. November 1896, feilgeboten zu haben, ohne im Besiz des zu diesem Gewerbebetriebe erforderlichen Wandergewerbescheins gewesen zu sein — Vergehen gegen §§ 1, 6, 18 des Gesetzes vom 3. Juli 1876 — wird auf Anordnung des Königlichen Amtsgerichts hier selbst auf **den 30. April 1897 Vormittags 9 Uhr** vor das Königliche Schöffengericht zu Angermünde zur Hauptverhandlung geladen. Auch bei unentschuldigtem Ausbleiben wird zur Hauptverhandlung geschritten werden. D. 7/97.

Angermünde, den 23. Januar 1897.

Brix, Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.
261. Folgende Mannschaften des Beurlaubtenstandes: 1) der Knecht Friedrich Fistler, geboren am 24. September 1870 zu Drense, evangelisch, 2) der Arbeiter Hermann Peter, geboren am 19. Juni 1870 zu Herrenstein, Kreis Templin, evangelisch, 3) der Schneider Ernst Venke, geboren am 7. Oktober 1864 zu Jiesar, Kreis Jerichow I., evangelisch, 4) der Knecht Ferdinand Braun, geboren am 12. Oktober 1867 zu Alt-Kleinow, Kreis Prenzlau, evangelisch, 5) der Schneider Wilhelm Mai, geboren am 11. Februar 1867 zu Groß-Pantow, Kreis St.-Prignitz, evangelisch, sämmtlich unbekannten Aufenthalts, welchen zur Last gelegt wird, ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein, Uebertretung gegen § 360^a des Strafgesetzbuches, werden auf Anordnung des Königlichen Amtsgerichts hier selbst auf **Mittwoch den 5. Mai 1897 Vormittags 10 Uhr** vor das Königliche Schöffengericht zu Prenzlau Zimmer Nr. 18 zur Hauptverhandlung geladen. Auch bei unentschuldigtem Ausbleiben der Angeklagten wird zur Hauptverhandlung geschritten werden (§ 321 der Strafprozessordnung) E. 12 97.

Prenzlau, den 23. Januar 1897.

Ränge,

als Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

Nothwendige Verkäufe.

Zwangsversteigerung.

262. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Spandau Band 15 Blatt Nr. 595 auf den Namen des Kaufmanns Carl Gold zu Spandau, Körnerstraße 8, eingetragene, zu Spandau, Falkenpagenerstraße 51/52, Gartenstraße 1 und Kurze Straße 9/10 belegene Grundstück am **5. Mai 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Ge-

richt an Gerichtsstelle Potsdamerstraße Nr. 34 Zimmer **Nº 28** versteigert werden.

Das Grundstück hat einen Flächeninhalt von 0,2261 Hektar. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei Zimmer Nr. 23 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird **am 6. Mai 1897 Vormittags 10 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Spandau, den 17. Februar 1897.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

263. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Spandau Band 72 Blatt **Nº 2390** auf den Namen des Kaufmanns Alfred Lemke zu Spandau eingetragenen, zu Spandau, an der Schürstraße belegenen Grundstücke **am 28. April 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Potsdamerstraße **Nº 34** Zimmer **Nº 28** versteigert werden.

Die Grundstücke sind mit 4,83 M. Reinertrag und einer Fläche von 0,0724 Hektar zur Grundsteuer, dagegen nicht zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere die Grundstücke betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei Zimmer **Nº 23** eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Auf-

forderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigentum der Grundstücke beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird **am 29. April 1897 Vormittags 10 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Spandau, den 17. Februar 1897.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

264. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Kremmen Band XXVI. Blatt **Nº 1231** auf den Namen der Wittwe Meincke Caroline geb. Thüricke zu Kremmen eingetragene, zu Kremmen belegene Grundstück **am 3. Mai 1897 Vormittags 9 1/2 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 6,04 Thlr. Reinertrag und einer Fläche von 1,1230 Hektar zur Grundsteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird **am 4. Mai 1897 Vormittags 9 1/2 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Kremmen, den 16. Februar 1897.

Königliches Amtsgericht.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 10.

Den 5. März

1897.

Reichs-Gesetzblatt.

- (Stück 3.) **N^o 2357.** Bekanntmachung betreffend das Außerkräftreten des Handels-, Schifffahrts- und Konsularvertrags zwischen dem Reiche und der Dominikanischen Republik. Vom 27. Januar 1897.
- (Stück 4.) **N^o 2358.** Erklärung zwischen dem Reiche und Frankreich, betreffend die Regelung der Vertragsbeziehungen zwischen Deutschland und Tunis. Vom 18. November 1896.
- (Stück 5.) **N^o 2359.** Bekanntmachung, betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Alkali-Chromaten. Vom 2ten Februar 1897.
- (Stück 6.) **N^o 2360.** Verordnung, betreffend Beschränkungen der Einfuhr aus Asten. Vom 8ten Februar 1897.

Gesetz-Sammlung für die Königl. Preussischen Staaten.

- (Stück 1.) **N^o 9872.** Gesetz, betreffend die Entschädigung für an Milzbrand gefallene Thiere. Vom 14. Dezember 1896.
- N^o 9873.** Staatsvertrag zwischen Preußen, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz wegen Regelung der gegenseitigen staatsrechtlichen Beziehungen in Ansehung der Eisenbahn von Wittstock nach Mirow. Vom 26. Juni 1896.
- (Stück 2.) **N^o 9874.** Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirks des Amtsgerichts Bbhl. Vom 12. Januar 1897.
- N^o 9875.** Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Heinsberg, Malmedy, Ensfelden, Hennes, Rheinfach, Adenau, Andernach, Echem, Sankt Goar, Münstermaifeld, Bergheim, Eidenkirchen, Grevenbroich, Baumholder, Saarlouis, Sankt Wendel, Berncastel, Neuenburg, Neumagen, Perl, Trier, Wittlich, Saarburg, Merzig, Daun und Hillesheim. Vom 21. Januar 1897.
- (Stück 3.) **N^o 9876.** Gesetz, betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Staatshaushalts-Etat für das Jahr vom 1. April 1896/97 und die Abänderung des Gesetzes vom 30. März 1896 (Gesetz-Samml. S. 74), wegen Ergänzung der Einnahmen des erwähnten Staatshaushalts-Etats. Vom 18. Januar 1897.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

Bekanntmachung.

7. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 8. d. M. die von dem 69sten Kommunallandtage der Kurmark am 19. Januar d. J. vollzogenen Wahlen des Geheimen Regierungsraths, Landrathes a. D. und Rittergutsbesizers von Winterfeldt, auf Mentin im Kreise Prenzlau zum Vorsitzenden und des Majors a. D. von Bredow auf Buchow-Carpzow im Kreise Osthavelland zum Stellvertreter des Vorsitzenden dieses Kommunallandtages für die Zeit vom 3. Oktober 1896 bis dahin 1899 in Gnaden zu bestätigen geruht.

Potsdam, den 25. Februar 1897

Der Oberpräsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Ausreichung der Zinscheine Reihe II. zu den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidirten $3\frac{1}{2}\%$ igen Staatsanleihe von 1887/1888.

6. Die Zinscheine Reihe II. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidirten $3\frac{1}{2}\%$ igen Staatsanleihe von 1887/1888 über die Zinsen für die Zeit vom 1. April 1897 bis 31. März 1907 nebst den Anweisungen zur Abhebung der folgenden Reihe werden vom 1. März 1897 ab von der Kontrolle der Staatspapiere hier selbst, Dranienstraße 92/94 unten links, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungshauptkassen, sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreiskasse bezogen werden. Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Zinscheinanweisungen mit einem Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenfalls in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamt Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine nummerirte Marke als Empfangsbcheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Im letzteren Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbcheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die Anweisungen mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbekräftigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 17. Februar 1897.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Vermerken veröffentlicht, daß Formulare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den königlichen Kreis- und Forstkassen und Hauptsteuerämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 27. Februar 1897.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen des königlichen Regierungspräsidenten. Polizei-Verordnung

für den Umfang des Regierungsbezirks Potsdam.

44. Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Polizeiverwaltung und des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 verordne ich unter Zustimmung des Bezirksausschusses Nachstehendes:

§ 1. Jeder auf Ausbruch (Lepra) verdächtige Krankheitsfall ist bei der Ortspolizeibehörde (städtische Polizeiverwaltung, Amtsvorsteher) unverzüglich zur Anzeige zu bringen.

§ 2. Zur Anzeige sind die Familienhäupter, Haus- und Gastwirthe, die Medizinalpersonen, Geistliche und Lehrer bezüglich der zu ihrer Kenntniß gelangenden Fälle verpflichtet.

§ 3. Die Nichtbefolgung vorstehender Vorschriften zieht Geldstrafen bis zum Betrage von 60 M. im Unvermögensfalle entsprechende Haft nach sich.

Potsdam, den 18. Februar 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

45. Der Landrichter Schmidt in Neu-Ruppin ist zum stellvertretenden Vorsitzenden der Schiedsgerichte für die Arbeiterversicherung daselbst ernannt worden.

Potsdam, den 20. Februar 1897.

Der Regierungspräsident.

Tarif

zur Erhebung der Gebühren der Schleusenrechte an der Schleuse zu Große Tränke.

46. In Ergänzung meiner Bekanntmachung vom 6. März 1893 (Amtsblatt Stück 10 S. 88) ordne ich hiermit an, daß den Schleusenrechten an der Schleuse zu Große Tränke am Oder-Spree-Canal vom 1. April 1897 an für ihre Dienstleistungen beim Durchziehen von Fahrzeugen und Flößen zu Berg oder zu Thal bei offenstehender Schleuse sowohl bei Tage als zur Nachtzeit folgende Gebühren zu zahlen sind:

- 1) für jedes große d. h. das Finow-Maß überschreitende Fahrzeug oder Floßholz, welches bei geschlossener Schleuse allein schlessen mußte 10 Pf.
 - 2) für jedes kleinere Fahrzeug oder Floßholz 5 Pf.
- Mitgeführte Handflöße und Fischdröbel, sowie die unter II. Nr. 2 der Amtsblattbekanntmachung vom 6. März 1893 bezeichneten Fahrzeuge bleiben gebührenfrei.

Potsdam, den 2. März 1897.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

47. Das Verzeichniß der Vorlesungen an der königlichen Universität Greifswald im Sommerhalbjahr 1897 ist erschienen und wird den Beetheiligten auf Wunsch von der Universitätskanzlei daselbst kostenfrei zugesandt werden.

Potsdam, den 28. Februar 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

48. Des Königs Majestät haben dem Vorstande der ständigen Ausstellung für Kunst und Kunstgewerbe zu Weimar mittelst Allerhöchster Ordre vom 25. v. M. die Erlaubniß zu ertheilen geruht, zu der von ihm mit Genehmigung der Großherzoglich Sächsischen Staatsregierung in diesem Jahre wiederum zu veranstaltenden Auspielung von Gegenständen der Kunst und des Kunstgewerbes auch im Preussischen Staatsgebiete, und zwar in dessen ganzem Bereiche, Loose zu vertreiben.

Potsdam und Berlin, den 26. Februar 1897.

Der Regierungspräsident. Der Polizei-Präsident.

S i e h s e u c h e n.

49. I. Ausgebrochen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Niederbarnim: Gehöft des Bauern Karl Schmidt in Neuenhagen. Kreis Westhavelland: Gehöft des Bauern Lier I. in Jachow.

b. Milzbrand. Kreis Niederbarnim: Gehöft des Gutsbesizers d'Heureuse in Schmiedsdorf und der Wittwe Voigt in Neuholdand. Kreis Teltow: Gehöft des Landwirths Karl Koppe in Lichtenrade.

c. Brustseuche. Unter den Pferden der 2. Batterie Garde-Feldartillerie-Regiments.

II. Erloschen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Niederbarnim: in Alt-Landsberg und Malchow. Kreis Westhavelland: Gehöft des Rossfährten Arndt in Bamme und des Rittergutsbesizers Hornemann in

Gutenpaaren. Kreis Lerbarnim: Gehöft des Eigentümers E. Kalle zu Schulzendorf. Kreis Zauch-Belzig: Gehöft der Gutsbesitzer Tuchel und Thielle in Deeg.

b. Räubefrankheit. Kreis Beeskow-Storkow: in Stremmen.

Potsdam, den 2. März 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Bekanntmachung.

1. Im Interesse der östlichen Vorortbahnen soll der Ausbau der an den Schleßischen Bahnhof in Berlin angrenzenden Strecken der Ostbahn und der Schleßischen Bahn stattfinden; dabei kommen die Bahnstrecken in den Ortschaften Kummelsburg, Lichtenberg, Friedrichsfelde, Biesdorf und Kaulsdorf in Betracht.

Auf Grund des § 5 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 wird daher hiermit angeordnet, daß jeder Besitzer auf seinem Grundstücke Handlungen, welche zur Vorbereitung des Unternehmens erforderlich sind, geschehen lassen muß.

Handlungen, welche das Zerschören von Baulichkeiten oder das Fällen von Bäumen zum Gegenstande haben, sind indessen ohne vorherige Erlaubnis der unterzeichneten Behörde unstatthaft.

Das Betreten von Gebäuden, sowie von eingefriedigten Hof- und Gartenräumen ist nur mit Einwilligung der Besitzer, in deren Ermangelung nur nach erteilter Erlaubnis der Ortspolizeibehörde zulässig.

Potsdam, den 1. März 1897.

Namens des Bezirks-Ausschusses.

Der Vorsitzende.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

B. Bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam lagern nachbezeichnete Postsendungen und sonstige Gegenstände, welche den Absendern bzw. den Eigentümern nicht haben zurückgegeben werden können:

A. Postanweisungen:

- 1) N^o 645 aus Potsdam 2 vom 14. November 1896 über 20 M.,
- 2) N^o 375 aus Plaue (Havel) vom 26. November 1896 über 10 M.

B. Lose aufgefunden:

- 1) Ein Einmarskzettel am 8. Dezember 1896 in der Postwagen-Abtheilung des Postamts in Neuruppin nach dem Ausladen der mit Zug 2 Paulinenaue-Neuruppin eingegangenen Päckete.
- 2) Bei Gelegenheit des Umzuges von dem alten in das neue Postgebäude in den bisherigen Diensträumen in Einzelbeträgen von 10 M., 1 M. 35 Pf., 1 M. 50 Pf. und 4 M., sowie in der Briefstammeltafche an Freimarken und in Baar 40 Pf.

C. Einschreibbriefe:

- 1) aus Neuzittau vom 5. Juni 1896 N^o 227 an den Schiffer Rämp in Fürstenberg (Oder),

- 2) aus Neuruppin vom 10. Dezember 1896 N^o 82 an Frau Bäckermeister Gärke in Lindow (Mark),

- 3) aus Eberswalde 1 vom 15. Dezember 1896 N^o 804 an Carlota Trisch geb. Tromer von Waldheim in Frankfurt (Main),

- 4) aus Potsdam 1 vom 12. Dezember 1896 N^o 372 an Helene Sievert in Berlin, Inhalt 40 M.

D. Päckete:

- 1) aus Dranenburg vom 23. Oktober 1896 N^o 144 an A. Schulze in Berlin W.,

- 2) aus Franz-Buchholz vom 2. Januar 1897 N^o 903 an Esfride Dietmann in Breslau.

E. Sonstiges.

- 1) 1 Päckchen, ein Ds. Taschenmesser enthaltend, aufgefunden am 30. November 1896 im Bahnsteigwagen des Postamts in Prignitz, beim Umladen der Päckete für den Kurs Wittenberge-Wittstock.

- 2) 1 gewöhnlicher Brief, eine Nachtsacke enthaltend, aus Groß-Lichterfelde 1 (Anh. Bahn) vom 6. November 1896 an Frä. Louise Ulrich in Berlin.

- 3) 60 Pf. Erbs für ein am 21. Oktober 1896 an E. Krämer in Bernau (Mark) gerichtetes Päckete N^o 8 aus Monasterzyska.

Die unbekannten nicht ermittelten Absender oder Eigentümer der vorstehend bezeichneten Postsendungen und Gegenstände ic. werden aufgefordert, binnen 4 Wochen ihre Ansprüche hiersebst geltend zu machen, widrigenfalls mit diesen Sendungen ic. nach den gesetzlichen Bestimmungen verfahren werden wird.

Potsdam, 23. Februar 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Königl. Konsistoriums der Provinz Brandenburg.

15.

Urkunde,

betreffend die Aufhebung der pfarramtlichen Verbindung zwischen der St. Gotthardt-Kirchengemeinde in Brandenburg a. H. einerseits und den Kirchengemeinden Brielow und Radewege andererseits, sämtlich Diözese Altstadt-Brandenburg, sowie die Errichtung einer Pfarrstelle in Brielow.

Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Evangelischen Ober-Kirchenraths, sowie nach Anhörung der Betheiligten wird von den unterzeichneten Behörden hierdurch Folgendes festgesetzt.

§ 1. Die bisherige pfarramtliche Verbindung zwischen der evangelischen St. Gotthardt-Kirchengemeinde zu Brandenburg a. H. einerseits und den evangelischen Kirchengemeinden Brielow und Radewege andererseits, sämtlich Diözese Altstadt-Brandenburg, wird aufgehoben und für die vereinigten Mutterkirchengemeinden Brielow und Radewege eine Pfarrstelle mit dem Sitz in Brielow errichtet.

§ 2. Diese Urkunde tritt am 1. April 1897 in Kraft.

Berlin,
den 29. Januar 1897.
Königliches Konsistorium der
Provinz Brandenburg.

Potsdam,
den 5. Februar 1897.
Königliche Regierung,
Abtheilung für Kirchen-
Schulwesen.

Umfarrungs- und Errichtungs-Urkunde.

16. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen Angelegenheiten und des Evangelischen Oberkirchenrathes sowie nach Anhörung der Betheiligten wird von den unterzeichneten Behörden hierdurch Folgendes festgesetzt:

§ 1. Die St. Johannis-Kirchengemeinde zu Spandau wird aufgehoben; ihre sämmtlichen Mitglieder werden in die St. Nicolai-Kirchengemeinde daselbst eingepfarrt.

§ 2. Sämmtliche Fonds und Stiftungen, desgleichen die kirchlichen Stellen der St. Johannis-Kirchengemeinde mit ihren Inhabern gehen auf die St. Nicolai-Kirchengemeinde über.

§ 3. Die Evangelischen in demjenigen Gebiet in Spandau, welches umschrieben wird: im **Norden** und **Westen** von der bisherigen Nord- bezw. Westgrenze der St. Nicolai-Kirchengemeinde, im **Süden** von der hinteren Grenze der Grundstücke auf der Südseite der Falkenhagen'er Chaussee bis zu den Festungswerken, von den Festungswerken zwischen Falkenhagen'er Chaussee und Feldstraße, von der Mittellinie der Feldstraße und der Grenzlinie der Feldstraße und der Grenzlinie zwischen dem Bröhmänner-Platz und Hafenplatz, im **Osten** von der Havel, und die Evangelischen auf dem Eiswerder, sowie auf der kleinen und großen Wallinsel, werden aus der nach § 1 erweiterten St. Nicolai-Kirchengemeinde ausgepfarrt und zu einer selbständigen Lutherkirchengemeinde vereinigt.

§ 4. Die nach § 2 auf die Nicolai-Kirchengemeinde übergegangene Pfarrstelle von St. Johannis geht als erste Pfarrstelle, die bisherige vierte Pfarrstelle von St. Nicolai geht als zweite Pfarrstelle auf die Lutherkirchengemeinde über.

§ 5. Die Lutherkirchengemeinde ist zum Mitgenuß der Einkünfte des Kirchenvermögens von St. Nicolai berechtigt mit folgenden näheren Bestimmungen: a. die Verwaltung der Substanz des Vermögens verbleibt den Organen der St. Nicolai-Kirchengemeinde. b. die Feststellung der Voranschläge der jährlichen Einnahmen und Ausgaben der beiden Kirchengemeinden erfolgt — vorbehaltlich der Bestimmung zu d. — durch den Mehrheitsbeschluß einer Kommission, welche gebildet wird aus: 1) dem Vorsitzenden des Gemeinde-Kirchenraths der St. Nicolai-Kirchengemeinde, im Falle der Behinderung seinem Stellvertreter, 2) dem Vorsitzenden des Gemeinde-Kirchenraths der Luther-Kirchengemeinde, im Falle der Behinderung seinem Stellvertreter, 3) je 6 von den beiden Kirchengemeinden zu entsendenden, durch ihre Gemeindeorgane aus deren Mitte und zwar mindestens zur Hälfte aus den Mitgliedern des betreffenden Gemeinde-Kirchenraths, zu wählenden Deputirten. Den Vorsitz dieser Kommission führt der Vorsitzende des Gemeinde-Kirchenraths von St. Nicolai. Auf ihre Sitzungen und Beschlüsse finden die Vorschriften der §§ 8—12 R. G. u. S. D. sinngemäße Anwendung. c. Innerhalb der durch die Voranschläge gegebenen Grenzen haben beide Kirchengemeinden die freie Ver-

fügung. d. Im Falle der Bildung eines dem Artikel II. des Kirchengesetzes vom 17. Mai 1895 betreffend die Berliner Stadt synode und die Parochialverbände an größeren Orten (R. G. u. S. VI. S. 37) entsprechenden Gesamtverbandes der Kirchengemeinden zu Spandau werden nach Maßgabe der Bestimmungen des demnächst zu erlassenden Regulativs die unter b. einer besonderen Kommission übertragenen Befugnisse von der Verbandsvertretung ausgeübt.

§ 6. Die für die St. Nicolai-Kirchengemeinde zu Recht bestehenden Gebührenordnungen bleiben bis auf Weiteres auch für die Lutherkirchengemeinde in Kraft.

§ 7. Die Urkunde tritt mit dem 1. April 1897 in Kraft.

Berlin, den 12. Februar 1897.

Rönlglches Konfistorium
der Provinz Brandenburg.

Potsdam, den 20ten
Februar 1897.

Rönlglche Regierung,
Abtheilung für Kirchen-
und Schulwesen.

17. Die unter Rön. Patronate stehende Pfarrstelle zu Dorf Zechlin, Diözese Wittstock, ist durch die Veretzung des Pfarrers Schreiber am 15. Januar d. J. zur Erledigung gekommen. Die Besetzung erfolgt durch das Kirchenregiment.

18. Die unter Röniglchem Patronate stehende Pfarrstelle zu Reichenwalde, Diözese Storkow, wird voransichtlich durch die Veretzung des Inhabers Pfarrers Werdin baldigst zur Erledigung kommen. Ueber die Wahl des Nachfolgers ist bereits Entscheidung getroffen.

**Bekanntmachungen des Röniglchen
Provinzial-Schul-Collegiums.**

Bekanntmachung.

1. Die diesjährige Aufnahmeprüfung für die zu **Joachimsthal** im Kreise Angermünde seitens der Stadtgemeinde errichtete und unter unserer Aufsicht und Leitung stehende Präparandenanstalt findet **am Mittwoch, den 7. April d. J.** statt. Die Meldungen zu dieser Prüfung sind pünktlich **bis zum 24. März d. J.** an den Vorsteher der Anstalt, Seminarlehrer Petrick, einzureichen und denselben beizufügen: 1) Das Taufzeugniß, 2) Der Impfschein, der Wiederimpfschein und ein Gesundheitszeugniß, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigten Arzte, 3) ein Zeugniß über die bisher genossene Schulbildung, sowie über die Führung, 4) Die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer des Anstaltsaufenthaltes gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge. Die Einberufung zur Prüfung wird durch den Anstaltsvorsteher erfolgen.

Berlin, den 22. Februar 1897.

Rönlglches Provinzial-Schulcollegium.
**Bekanntmachungen der Röniglchen
Kontrolle der Staatspapiere.**

Bekanntmachung.

6. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879

(G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der Frau Auguste Hirschson geb. Sachs hier- selbst, Schlegelstraße 28, die Schuldverschreibung der konsolidirten 4 prozentigen Staatsanleihe von 1881

Lit. F. N^o 145538 über 200 M.

angeblich abhanden gekommen, vermutlich gestohlen worden ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rechtsanwalt Herrn S. Heymann hier SW., Schützen- straße 76, anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 23. Februar 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Direction der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

1. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 23. v. M. heute geschehenen öffentlichen Verloosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Stücke gezogen worden:

I. 4 %ige Rentenbriefe.

Litt. A. zu 3000 M. (1000 Thlr.) 173 Stück und zwar die Nummern: 16 120 268 325 338 342 642 712 757 951 953 1007 1145 1262 1388 1428 1433 1642 1710 1908 2010 2083 2103 2123 2810 2821 2827 2904 2933 3042 3049 3104 3242 3444 3551 3603 3884 3995 4203 4338 4557 4676 4688 4837 4954 5005 5062 5330 5407 5442 5459 5678 5909 6039 6150 6269 6373 6468 6618 6717 6775 6800 6913 7106 7131 7574 8287 8292 8463 8537 8546 8551 8593 8629 8819 8870 8945 9047 9084 9085 9523 9531 9659 9707 9721 9806 9893 9943 10082 10184 10209 10251 10540 11023 11090 11123 11258 11303 11386 11406 11430 11478 11875 12017 12086 12148 12198 12370 12498 12612 12676 12764 12869 12949 13426 13712 13905 13940 13966 14101 14108 14557 14633 14644 14673 14785 14875 14917 14929 14953 14976 15509 15877 15900 16030 16169 16215 16370 16411 16446 16527 16724 16878 16908 17052 17058 17121 17307 17423 17659 17699 17858 17942 18073 18102 18183 18200 18402 18442 18492 18519 18889 18913 18959 19097 19131 19164 19262 19324 19452 19484 19496 19501.

Litt. B. zu 1500 M. (500 Thlr.) 60 Stück und zwar die Nummern: 46 60 382 505 521 782 1131 1240 1251 1269 1270 1556 1592 1758 1856 1917 2010 2195 2575 2858 2942 3013 3073 3306 3339 3490 3622 3637 3736 3840 3886 3921 4222 4360 4440 4485 4635 4653 4954 4959 4978 5201 5242 5305 5431 5446 5577 5743 5845 5941 5979 6122 6191 6350 6418 6613 6631 6674 6678 6737.

Litt. C. zu 300 M. (100 Thlr.) 236 Stück und zwar die Nummern: 230 399 551 935 1011 1106 1469 1512 1797 1824 2003 2153 2298 2425 2898

2945 2946 2960 3221 3247 3305 3455 3682 3741 4438 4688 4705 4709 5025 5163 5308 5618 5637 6006 6060 6613 6697 6710 6807 6850 6871 6904 7034 7083 7193 7370 7388 7501 7675 8101 8176 8379 8428 8444 8659 8675 8704 8799 8834 8884 8886 9193 9232 9303 9344 9379 9497 9695 9724 9833 10033 10211 10225 10344 10404 10428 10742 10830 10972 11186 11231 11298 11462 11488 11536 11541 11612 11630 11693 11830 11918 11925 12083 12232 12236 12244 12302 12410 12454 12628 12907 12974 13060 13074 13348 13371 13490 13573 13800 13859 13969 14142 14191 14192 14213 14385 14440 14622 14638 14663 14889 15024 15133 15258 15275 15283 15324 15466 15538 15678 15891 16043 16138 16275 16478 16574 16720 16772 16894 17049 17202 17233 17391 17502 17525 17953 17958 18015 18108 18223 18325 18347 18349 18372 19045 19095 19120 19140 19157 19225 19501 19687 19740 20080 20222 20286 20292 20334 20358 20534 20650 20725 20730 20739 20806 20985 20990 21072 21077 21346 21375 21453 21457 21535 21706 21711 21789 21887 22039 22153 22253 22272 22381 22601 22684 22703 22712 22736 22781 22870 22872 22896 22922 22924 23282 23291 23517 23599 23924 23933 23988 24308 24430 24437 24631 24666 25082 25129 25307 25353 25366 25386 25480 25493 25504 25509 25517 25531 25534 25536 25539 25543 25546 25553 25554 25555.

Litt. D. zu 75 M. (25 Thlr.) 198 Stück und zwar die Nummern: 216 250 323 447 488 667 685 739 1622 1636 1660 2175 2578 2592 2923 3232 3383 3614 3815 3934 4165 4268 4377 4533 4608 4986 5202 5368 5389 5469 5673 5760 5841 6115 6345 6747 7090 7246 7304 7415 7715 8000 8249 8580 8593 8747 8863 8927 9073 9138 9190 9323 9475 9606 9647 9770 9930 9949 10048 10081 10245 10475 10566 10607 10638 10803 11326 11371 11623 11746 11831 11839 11908 11967 11984 12221 12293 12651 12851 12903 12916 12922 13002 13159 13194 13384 13400 13430 13696 13754 13991 14092 14485 14596 14713 14718 14824 14847 15022 15095 15112 15117 15190 15220 15279 15298 15358 15390 15448 15503 15527 15610 15777 15934 16011 16178 16189 16275 16458 16460 16472 16479 16558 16678 16835 16869 16887 16918 16931 16970 17210 17218 17327 17340 17411 17573 17735 17774 18072 18293 18352 18386 18521 18752 18858 19006 19069 19393 19526 19574 19603 19731 19733 19737 19780 19794 19829 19963 19981 20017 20088 20164 20191 20419 20571 20582 20647 20699 20753 20759 20761 20842 20884 20923 20955 20989 21128 21133 21134 21149 21154 21175 21190 21193 21204 21211 21223 21224 21226 21233 21234 21237 21250 21256 21258 21260 21267 21272.

Litt. E. zu 30 M. (10 Tylr.) 2 Stück und zwar die Nummern 9718 9724.

III. 3 1/2 %ige Rentenbriefe.

Litt. N. zu 300 M. 4 Stück und zwar die Nummern: 3 30 37 44.

Litt. O. zu 75 M. 1 Stück und zwar die Nummer: 15.

Litt. P. zu 30 M. 1 Stück und zwar die Nummer: 8.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefodert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. VI. N^o 14—16 beziehungsweise Ser. I. N^o 12—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbankasse, Klosterstraße Nr. 76 I. vom 1. April f. J. ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen. Vom 1. April f. J. ab hört die Verzinsung der ausgelooften Rentenbriefe auf; diese selbst verfahren mit dem Schlusse des Jahres 1907 zum Vortheil der Rentenbank.

Die Einlieferung ausgeloofter Rentenbriefe an die Rentenbankasse kann auch durch die Post portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Gelbbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers, und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 13. November 1896.

Königliche Direktion
der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Gruppentarif III. (Berlin—Settin).

11. Der bisherige Seehafen-Ausnahmetarif D für Kartoffelstärkefabrikate zur Ausfuhr über See, dessen

Aufhebung zum 1. März d. Js. durch unsere Bekanntmachung vom 10. Januar d. Js. veröffentlicht war, bleibt neben dem am 15. Januar d. Js. neu eingeführten Seehafen-Ausnahmetarif für Kartoffelstärkefabrikate zur Ausfuhr über See nach außerdeutschen Ländern noch bis zum 1. September d. Js. bestehen.

Berlin, den 22. Februar 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion, zugleich Namens der beteiligten Verwaltungen.

Ermäßigung der Ueberfuhrgebühr von und nach dem Central-Viehhoft in Berlin.

12. Mit Gültigkeit vom 1. März 1897 ab wird die Ueberfuhrgebühr von und nach dem städtischen Central-Viehhoft in Berlin für Güter des Spezialtarifs III., gleichviel ob sie zu den regelrechten Sägen oder auf Grund von Ausnahmetarifen abgefertigt werden, von 7,20 M. auf 4 M. für jeden Wagen ermäßigt.

Berlin, den 22. Februar 1897.

Königliche Eisenbahndirektion.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Tarif,

nach welchem die staatlichen Abgaben für die Benutzung der Lösch- und Ladestellen sowie der städtischen öffentlichen Krähne an den Berliner Wasserstraßen zu entrichten sind.

Vorbemerkung.

Der Geltungsbereich dieses Tarifs umfaßt die Spree von der Berliner Weichbildgrenze unterhalb der Eisenbahnbrücke bei Treptow bis zur Schleuse bei Charlottenburg mit Einschluß des Spree-Schleusenkanals, ferner den Landwehr-, den Luisenstädtischen, den Berlin-Brandenburger und den Verbindungs-Kanal in ihrer ganzen Ausdehnung sowie die an diesen Wasserstraßen gelegenen staatlichen Häfen.

Es ist zu entrichten:

I. Liegegeld.

A. Von den nicht unter Absatz C. fallenden Schiffsfahrzeugen, welche an einer staatlichen öffentlichen Lösch- und Ladestelle liegen, und zwar

Von Fahrzeugen mit einer Tragfähigkeit	für eine in der Zeit		Liegegeld								
	vom 15. März bis 14. November beginnende Liegefrist von	vom 15. November bis 14. März beginnende Liegefrist von	M.	Pf.	außerdem bei längerem Liegen für						
					einen Tag M.	zwei Tage M.	drei Tage M.	vier Tage M.	fünf Tage M.	sechs Tage M.	jeden folg. Tag M.
bis zu 50 Tonnen	3 Tagen	4 Tagen	2	50	2	6	12	22	32	44	12
über 50 bis 150 Tonnen	4 "	5 "	5	—							
" 150 " 250 "	5 "	6 "	8	—							
" 250 " 350 "	5 "	6 "	11	—							
" 350 " 450 "	6 "	7 "	14	—							
" 450 Tonnen	6 "	7 "	17	—							
Sonn- und Festtage werden nicht gerechnet.			Sonn- und Festtage werden nicht gerechnet.								

B. Von Fahrzeugen der unter A. genannten Art, welche Güter von nicht mehr als dem vierten Theil ihrer Tragfähigkeit löschen oder laden und dabei nicht über einen Tag an der Lösch- und Ladestelle liegen,

ein Viertel der Beträge unter A.

Diese Berechnungsweise tritt jedoch nur dann ein, wenn der Schiffer ihre Anwendung bei der Anmeldung des Fahrzeuges beantragt. Wird die

eintägige Liegefrist oder die nach Vorstehendem zulässige Menge der gelöschten oder geladenen Güter überschritten, so ist der Unterschied zwischen der bereits entrichteten ermäßigten und der nach Abjag A. zu berechnenden vollen Abgabe nachzuzahlen.

C. Von Handelskähnen (Dbs, Kartoffel-, Lorch- u. s. w. Kähnen) aller Größen, welche an einer staatlichen öffentlichen Lösch- und Ladestelle liegen und ihre Ladung im Einzelverkauf veräußern,

(7 Tage, einschließlich der Sonn- u. Festtage), wenn die Woche beginnt in der Periode	Liegegeld für die									
	erste Woche		zweite Woche		dritte Woche		vierte Woche		jede folg. Woche	
	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
vom 15. März bis 14. November	5	—	5	—	7	50	7	50	10	—
vom 15. November bis 14. März	5	—	5	—	5	—	5	—	5	—

D. Von Flößen, die an einer staatlichen öffentlichen Lösch- und Ladestelle liegen, für jeden Stamm täglich 0,25 M.

Sonn- und Festtage werden nicht gerechnet.

E. Von Fahrzeugen der unter Abjag A., B. und C. genannten Art sowie von Flößen, wenn sie an einer nichtstaatlichen Lösch- und Ladestelle liegen,

ein Viertel der unter A., B., C. oder D. festgesetzten Beträge.

Auf die Lösch- und Ladestellen des städtischen Hafens am Urban zu Berlin sowie auf die in der Verwaltung der Gemeinden Charlottenburg und Nixdorf stehenden Lösch- und Ladestellen findet dieser Tarif keine Anwendung.

Zusätzliche Bestimmungen zu Abschnitt I.

1) Angebrochene Liegetage werden als voll gerechnet.

2) Das Liegegeld ist für die von dem Schiffer bezw. Flößer beabsichtigte und polizeilich gestattete Liegezeit im Voraus zu zahlen.

3) Fahrzeuge, die nach Entrichtung des Liegegeldes die Lösch- und Ladestelle verlassen und alsbald eine andere, im Geltungsbereich dieses Tarifs gelegene auffuchen, sind auf die Dauer des Zeitraumes, für welchen sie das Liegegeld bezahlt haben, auch an der später benutzten Stelle abgabenfrei. Ist aber die an der früheren Stelle entrichtete Abgabe niedriger als diejenige, welche nach diesem Tarif für denselben Zeitraum an der neuen Stelle zu erlegen wäre, z. B. beim Uebergang von einer nichtstaatlichen auf eine staatliche, so wird der Unterschied nachgehoben.

4) Fahrzeuge, welche durch Frost zur Ueberwinterung an einer Lösch- und Ladestelle gezwungen sind, bleiben für diese Zeit, solange sie während derselben nicht löschen oder laden, vom Liegegeld frei.

III. Krabngeld.

Für die Benutzung eines staatlichen öffentlichen Krahns (neben den nach Abschnitt I. zu zahlenden Liegegeldern):

A. Von jedem, wenn auch nur angefangenen 50 kg Gütern 0,02 M.

B. Von jedem Stamm Floßholz 0,25 M.

C. Wenn die Benutzung eines Krahns nach der Zeit zugelassen wird, anstatt der

Säge unter A. und B. für jede, wenn auch nur begonnenen 3 Stunden 2,25 M.

Für jede Krabnbenutzung sind mindestens zu entrichten 0,50 M.

Die Mannschaft zur Bedienung der Krähne wird verwaltungsseitig nicht gestellt.

Zusätzliche Bestimmungen zu Abschnitt I. und II.

Die zur Erhebung kommenden Abgabebeträge werden auf volle fünf Pfennige aufwärts abgerundet.

Befreiungen.

Schiffsfahrzeuge, Flöße und Güter, welche dem Könige, dem Staate oder dem Reiche gehören oder ausschließlich für Rechnung des Königs, des Staates oder des Reiches befördert werden, ferner Handelskähne und ähnliche kleinere Fahrzeuge, die zu größeren gehören, sind abgabenfrei.

Dieser Tarif tritt am 1. April d. J. in Kraft.

Zu demselben Zeitpunkt kommen in Fortfall:

- die Gebühr von 25 Pf. für die Polizei-Erlaubnisscheine (Bekanntm. d. Poliz.-Präs. hierf. v. 18. Sept. 1854, Amtsbl. Potsdam S. 370),
- die in den Bekanntmachungen des Polizei-Präsidiums, der Ministerial-Bau-Kommission und des Domänen-Kantamts hieselbst vom 14. Januar 1875 und vom 14. Juli 1878 (Amtsbl. Potsdam v. 1875 S. 23 und v. 1878 S. 252) für die Benutzung der öffentlichen Ein- und Ausladestellen am Landwehr- und Luisenstädtischen, am Berlin-Spandauer sowie am Verbindungs-Kanal festgesetzten Abgaben; ferner treten außer Kraft:
- die Bekanntmachung des Polizei-Präsidiums hieselbst vom 1. August 1881 über die Schiffsliegefristen und die Gebühren für verlängerte Liegefristen (Amtsbl. Potsdam S. 326) sowie die Bekanntmachungen des Polizei-Präsidenten hieselbst vom 18. Juni 1890, 27. September 1890 und vom 11. April 1891 (Amtsbl. Potsdam v. 1890 S. 241 und 374 sowie v. 1891 S. 159) über die Liegefristen der Dbs, Kartoffel- und Lorchkähne,
- die Bekanntmachung der Polizeidirektion zu Charlottenburg vom 22. Oktober 1888 (M. Intelligenzbl. Nr. 254), betreffend die Schiffsliegefristen und die Gebühren für verlängerte Liegefristen,
- der Abgabentarif für die fiskalischen Krähne vom 26. Mai 1862 nebst Nachtragsbestimmung vom

22. Januar 1866 (Amtsbl. Potsdam v. 1862 S. 257 u. v. 1866 S. 94).

Der Finanz-Minister.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Vorstehender Tarif wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 27. Februar 1897.

Königliche Ministerial-Militär- und Bau-Kommission.

Personal-Chronik.

Im Kreise Oberbarnim ist der Rittergutspächter Klisch zu Reichenberg zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 17 — Jßlow — ernannt worden.

Der Sparkassen-Kontroleur Giese in Lenzen a./E. ist zum Stellvertreter des Amtsanwalts bei dem Königl. Amtsgericht daselbst ernannt worden.

An Stelle des zum Regierungs- und Medizinalrath ernannten und als solcher der Regierung in Osnabrück überwiesenen Kreisphysikus Dr. Philipp in Berlin ist der praktische Arzt Dr. med. Rudolf Schulz zum Kreisphysikus des Kreises Niederbarnim mit dem Amtssitze in Berlin vom 1. März d. J. ab ernannt worden.

Der Stationsassistent Kuhl in Spandau ist zum Königl. Eisenbahn-Stations-Einnehmer ernannt worden.

Der bisherige Predigtamtskandidat Jul. Wilh. Ferd. Fengler ist zum Pfarrer der Pfarthe Warthe, Diözese Templin, bestellt.

Vermischte Nachrichten.

Vorlesungen und praktische Uebungen an der Königl. Thierärztlichen Hochschule zu Hannover. Sommersemester 1897.

1. Direktor, Geheimer Regierungsrath, Medizinalrath, Professor Dr. Dammann: Seuchenlehre und Veterinär-Polizei, Montag bis Donnerstag von 8—9 Uhr Vormittags, 4 stündig. Diätetik, Freitag und Sonnabend von 8—9 Uhr Vormittags, 2 stündig. 2. Professor Dr. Rabe: Allgemeine Pathologie und allgemeine pathologische Anatomie, Montag bis Freitag von 8—9 Uhr Vormittags und Sonnabend von 9—10 Uhr Vormittags, 6 stündig. Pflanzliche Parasiten, Mittwoch und Donnerstag von 12—1 Uhr Mittags, 2 stündig. Fleischschau, Montag und Dienstag von 12—1 Uhr Mittags, 2 stündig. Fleischschau-Uebungen und Demonstrationen auf dem Schlachthofe, Freitag von 1/5 bis 1/6 Uhr Nachmittags, 2 stündig. Obduktionen und pathologisch-anatomische Demonstrationen, täglich je nach vorhandenem Material. 3. Professor Dr. Kayser: Geburtshilfe mit Uebungen am Phantom, Dienstag und Freitag von 9—10 Uhr Vormittags, Mittwoch von

9—10 Uhr Vormittags und von 5—6 Uhr Nachmittags, 4 stündig. Geschichte der Thierheilkunde, Donnerstag von 5—6 Uhr Nachmittags, 1 stündig. Ambulatorische Klinik. 4. Professor Tereg: Physiologie I., täglich von 7—8 Uhr Vormittags, 6 stündig. Arzneimittellehre und Toxikologie, Montag von 9—10 Uhr Vormittags, Mittwoch von 2—3 Uhr Nachmittags und Donnerstag von 9—11 Uhr Vormittags, 4 stündig. 5. Professor Dr. Arnold: Organische Chemie: Montag bis Freitag von 8—9 Uhr Vormittags, 5 stündig. Receptirkunde, Dienstag und Freitag von 10—11 Uhr Vormittags, 2 stündig. Uebungen im chemischen Laboratorium, täglich Vormittags von 10—1 Uhr. Pharmaceutische Uebungen. 6. Professor Boether: Allgemeine Anatomie, Osteologie und Syndesmologie, Freitag und Sonnabend von 9—10 Uhr Vormittags, 2 stündig. Histologie und Embryologie, Montag bis Donnerstag von 9—10 Uhr Vormittags, 4 stündig. Anatomie der Sinnesorgane, Dienstag und Freitag von 4—5 Uhr Nachmittags, 2 stündig. Physiologische Uebungen täglich Vormittags von 10—1 Uhr. 7. Professor Dr. Maikmus: Untersuchungsmethoden, Dienstag und Mittwoch von 7—8 Uhr Vormittags, 2 stündig. Allgemeine Therapie, Freitag und Sonnabend von 7—8 Uhr Vormittags, 2 stündig. Propädeutische Klinik, täglich von 10—11 Uhr Vormittags, 6 stündig. Spitalklinik für große Hausthiere, täglich Vormittags von 10—1 Uhr. 8. Docent Frick: Allgemeine Chirurgie, Montag und Donnerstag von 7—8 Uhr, Sonnabend von 8—9 Uhr Vormittags, 3 stündig. Operationslehre, Dienstag und Mittwoch von 9—10 Uhr Vormittags, 2 stündig. Ophthalmoskopische Uebungen, Freitag von 7—8 Uhr Vormittags, 1 stündig. Spitalklinik für kleine Hausthiere, täglich von 10—12 Uhr Vormittags. 9. Professor Dr. Heß: Botanik, Montag bis Freitag von 3—4 Uhr Nachmittags, 5 stündig. Botanische Excursionen, Sonnabend von 3—5 Uhr Nachmittags, 2 stündig. 10. Beschlaglehrer Geiß: Uebungen am Huf, Freitag und Sonnabend von 5—6 Uhr Nachmittags, 2 stündig. 11. Assistent Diebriß: Thierische Parasiten, Montag und Donnerstag von 4—5 Uhr Nachmittags, 2 stündig. Zur Aufnahme als Studirender ist der Nachweis der Reife für die Prima eines Gymnasiums oder eines Realgymnasiums oder einer durch die zuständige Central-Behörde als gleichstehend anerkannten höheren Lehranstalt erforderlich. Ausländer und Hospitanten können auch mit geringeren Vorkenntnissen aufgenommen werden, sofern sie die Zulassung zu den thierärztlichen Staatsprüfungen in Deutschland nicht beanspruchen. Nähere Auskunft ertheilt auf Anfrage unter Zusendung des Programms Hannover, den 15. Februar 1897.

Die Direktion der Thierärztlichen Hochschule.

Hierzu Fünf Oeffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hagen'schen Erben.

300/1

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 11.

Den 12. März

1897.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Rettung aus Lebensgefahr.

50. Die sechs Jahre alte Tochter der Schuhmacher-Witwe Schäfer aus Beeskow ist am 23. Februar 1896 auf dem Eise des Spreearms oberhalb der kleinen Sprebrücke bei Beeskow eingebrochen und vom Superintendenten Winter unter Mithilfe des Fischermeisters Karl Piester in Riez bei Beeskow vom Tode des Ertrinkens gerettet worden. Dem Superintendenten Winter ist für diese That die Erinnerungsmedaille verliehen worden, die ebenfalls von RUTH und Entschlossenheit zeugende Mithilfe des Piester bringe ich hierdurch belobigend zur öffentlichen Kenntniß.

Potsdam, den 26. Februar 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

51. Nach § 59 der Bundesrathsinstruktion zum Reichsviehseuchengesetz vom 27. Juni 1895 unterliegen die an der Maul- und Klauenseuche erkrankten Wiederkäuer und Schweine der Gebietsperre. Thiere, die der Ansteckung verdächtig sind, d. h. mit einem franken oder der Seuche verdächtigen Thiere in derselben Gehöft, derselben Herde oder auf derselben Weide sich befinden oder in den letzten 5 Tagen sich befunden haben, können ausnahmsweise zum Zwecke der sofortigen Abschachtung mit ortspolizeilicher Genehmigung ausgeführt werden. Diese Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn die unmittelbar

vorausgegangene thierärztliche Untersuchung ergeben hat, daß kein Thier des betreffenden Transportes von der Seuche befallen ist. Die Thiere müssen sodann zu Wagen oder auf solchen Wegen fortgeschafft werden, die von Thieren aus seuchfreien Gehöften nicht betreten werden.

Sollen Thiere nach öffentlichen Schlachthäusern oder Viehhöfen, welche unter geregelter veterinärpolizeilicher Aufsicht stehen, gebracht werden, so muß

1) die Polizeibehörde des Schlachtortes sich mit der Zuführung der Thiere vorher einverstanden erklärt haben,

2) die Ueberführung unmittelbar mit der Eisenbahn oder von dem Abfahrbahnhof aus mit Wagen erfolgen. Durch vorherige Vereinbarung mit der Eisenbahnverwaltung oder durch unmittelbare polizeiliche Begleitung ist dafür zu sorgen, daß eine Verührung mit anderen Wiederkäuern oder Schweinen auf dem Transporte nicht stattfinden kann.

Die beteiligten Behörden weise ich mit Rücksicht auf einen vorgekommenen Fall der Unterlassung auf die Beachtung dieser Vorschriften mit dem Bemerkten hin, daß alle Mittheilungen und Anfragen, welche die Handhabung der Veterinärpolizei auf dem Berliner Centralviehhof betreffen, zu richten sind an „die Königl. Veterinärpolizei auf dem Centralviehhof zu Berlin.“

Potsdam, den 5. März 1897.

Der Regierungspräsident.

52. **Nachweisung**
des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat Februar 1897 in den Hauptmarkttorten des Regierungs-Bezirks Potsdam.

Laufende Nummer	Es lopfeten je 50 Kilogramm	Beeskow für Kreis Beeskow- Storkow	Brandenburg für Brandenburg und Kreis West- havel- land.	Ludowalbe für Kreis Jüter- bog- Ludowalbe.	Berle- berg für Kreis Beitz- Prignitz.	Pots- dam für Pots- dam und Kreis Havelland- Belzig.	Prenzlau für die Kreise Prenzlau und Templin.	Regen- boppin für Kreis Regen- boppin.	Schwedt für Kreis Angermünde.	Wustrow für Kreis Prignitz.	Bemerkungen.
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	
1	Hafer	6 98	7 51	7 57	6 50	7 41	6 60	6 74	7 28	6 23	Für die Kreise Oberbarnim, Niederbarnim, Osthaveland u. Teltow, sowie die Stadt Spandau gilt Berlin als Hauptmarkttort.
2	Gerste	3 15	2 50	2 36	2 64	3 03	3 68	—	2 78	—	
3	Richtstroh	1 84	1 73	2 02	1 89	2 11	3 15	—	2 63	1 62	

Potsdam, den 6. März 1897.

Der Regierungspräsident.

Reisende Nummer	Namen der Städte	I. A. Getreide.				II. B. Uebrige Markt.																							
						Stilles Fruchte.				Getr.				Fische.				Rind.											
		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen (gelb) zum Kochen	Speisebohnen (weiße)	Linsen	Erdnüsse	Kichererbsen	Korn	Fisch	Schaf	Ziegen	Kühe	Schafe	Kälber	im Handel	im Kleinhandel	von der Seele	vom Band								
Es kosten je 100 Kilogramm																				Es je 1									
Mr.	Gr.	Mr.	Gr.	Mr.	Gr.	Mr.	Gr.	Mr.	Gr.	Mr.	Gr.	Mr.	Gr.	Mr.	Gr.	Mr.	Gr.	Mr.	Gr.	Mr.	Gr.	Mr.	Gr.						
1	Angermünde	16	18	11	99	12	77	12	77	25	—	27	—	31	—	4	25	4	38	3	—	4	50	115	—	1	30	1	20
2	Beeskow	—	—	11	70	12	60	13	30	22	50	27	50	45	—	4	—	3	50	—	—	6	—	95	—	1	20	1	—
3	Brandenburg	15	78	12	21	11	86	13	26	21	—	26	—	32	50	4	50	2	90	—	—	3	63	87	—	1	40	1	20
4	Dahme	15	88	11	90	11	42	14	—	24	—	30	—	35	—	4	—	3	50	2	—	6	—	95	—	1	20	1	—
5	Eberswalde	16	42	11	89	12	77	12	69	23	—	25	—	30	—	4	—	5	—	—	—	5	—	96	—	1	30	1	20
6	Havelberg	16	—	12	30	13	10	13	17	27	—	33	—	34	—	4	85	3	40	—	—	5	—	109	—	1	30	1	05
7	Jüterbog	—	—	—	—	—	—	—	—	24	—	24	—	25	—	4	—	3	50	—	—	5	50	100	—	1	40	1	20
8	Lukenwalde	12	78	12	—	12	14	13	46	35	—	35	—	45	—	4	60	3	75	—	—	4	25	116	—	1	20	1	20
9	Perleberg	15	85	11	55	11	06	12	16	21	—	30	—	27	—	4	25	3	55	—	—	4	93	112	50	1	25	1	05
10	Potsdam	—	—	12	39	—	—	13	86	23	50	24	50	31	—	4	64	3	86	—	—	5	34	110	—	1	50	1	30
11	Prenzlau	15	18	11	67	12	40	12	58	21	—	22	—	26	—	4	75	5	50	2	25	6	—	95	—	1	30	—	96
12	Prigwitz	16	38	11	38	13	88	11	88	14	50	24	—	30	—	4	25	3	75	2	75	4	25	—	—	1	40	1	20
13	Rathenow	16	23	12	21	12	50	12	75	25	50	25	44	36	75	4	05	3	26	—	—	4	09	100	—	1	30	1	15
14	Neu-Ruppin	—	—	—	—	12	80	12	80	35	—	35	—	45	—	3	92	—	—	—	—	—	106	—	—	1	35	1	15
15	Schwedt	16	30	12	28	14	18	13	85	26	66	31	25	37	50	5	12	5	—	—	—	5	30	110	—	1	34	1	11
16	Spanbau	17	50	12	50	13	67	13	67	27	—	35	—	35	—	5	38	4	13	3	50	5	50	113	—	1	60	1	20
17	Strausberg	15	28	12	43	12	45	13	50	23	58	32	08	38	15	4	—	4	—	2	50	4	38	90	—	1	50	1	10
18	Teltow	—	—	12	18	14	38	14	17	30	—	37	50	42	50	4	75	4	10	2	50	5	12	110	—	1	55	1	10
19	Templin	16	50	12	25	14	50	13	50	21	—	30	—	40	—	5	—	5	—	4	—	5	—	100	—	1	20	1	—
20	Treuenbriezen	16	31	12	05	12	25	13	—	—	—	—	—	—	—	4	—	2	85	—	—	3	68	—	—	1	40	1	20
21	Wittstock	—	—	11	57	—	—	11	80	—	—	—	—	—	—	4	50	3	08	—	—	—	95	—	—	1	05	—	90
22	Wriezen a. D.	15	77	11	80	14	10	12	55	22	50	24	—	25	—	3	75	4	—	3	—	6	30	100	—	1	30	1	20
Durchschnitt		15	90	12	01	12	89	13	08	—	—	—	—	—	—	4	39	3	91	—	—	4	99	102	73	—	—	—	—
Potsdam, den 6. März 1897.																													

Preise im Monat Februar 1897.

waaren.										II. Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats.																	
Fleisch.			Verdünnter Speck (bleicher)	Eihutter	Eier	Wehl zur Speisebe- reitung aus		Gersten-		Buchweizengrupe	Hafergrupe	Pirle	Reis, Java, mittlerer	Kaffee		Speisefalz	Schweinefchmalz, bleiches										
Schmelne-	Kalb-	Lamm-				Reizen	Woggen	Grande	Grupe					Java mittlerer (roh)	Java gelb (in ge- brannten Bohnen)												
Kilogramm										Es kostet je 1 Kilogramm.																	
Dr.	Pf.	Dr.	Pf.	Dr.	Pf.	Dr.	Pf.	Dr.	Pf.	Dr.	Pf.	Dr.	Pf.	Dr.	Pf.	Dr.	Pf.	Dr.	Pf.	Dr.	Pf.	Dr.	Pf.	Dr.	Pf.		
1 15	1 25	1 20	1 60	2 20	4 10	30	25	45	30	40	45	40	55	2 70	3 40	20	1 40										
1 10	95	1 20	1 60	1 83	3 64	35	20	50	40	35	60	40	60	2 40	3 40	20	1 30										
1 15	1 20	1 28	1 38	2 20	4 35	30	25	50	50	50	50	50	50	2 60	3 60	20	1 30										
1 20	1	1 20	1 60	2	3 60	30	20	40	50	40	60	40	55	2 50	3 40	20	1 40										
1 30	1 30	1 30	1 40	2 40	4 65	26	25	50	40	40	50	40	50	2 80	3 60	20	1 40										
1 15	1 25	1 20	1 35	2 06	3 79	28	23	40	38	45	45	42	51	2 80	3 60	20	1 30										
1 20	1 10	1 30	1 60	2 40	4 55	30	20	50	50	50	50	40	40	2 80	3 60	20	1 40										
1 10	1	1 20	1 40	1	4 20	27	19	50	50	50	60	35	60	2 20	3 60	20	1 30										
1 15	1 25	1 25	1 55	1 86	3 44	27	24	35	27	35	43	38	43	2 75	3 55	19	1 60										
1 45	1 30	1 30	1 60	2 10	3 93	38	28	50	50	45	45	45	55	2 70	3 50	20	1 40										
1 60	1	1 10	1 30	2	4 10	31	11	45	28	42	34	38	28	2 70	3 30	20	1 30										
1 10	1 30	1 10	1 70	1 88	3 48	25	20	40	40	40	50	40	45	2 60	3 60	20	1 80										
1 15	1 10	1 30	1 50	2 10	3 88	30	24	40	40	45	50	50	40	2 60	3 80	20	1 40										
1 30	1 20	1 20	1 50	2 10	4 35	28	22	45	40	50	50	50	60	3	4	20	1 60										
1 10	1	1 20	1 50	1 95	4 75	25	20	50	30	40	50	50	60	2 80	3 60	20	1 60										
1 40	1 40	1 40	1 80	2 40	5 30	35	28	33	33	38	43	36	35	2 75	3 05	20	1 30										
1 40	1 20	1 20	1 60	2 40	4 50	30	21	50	40	40	50	40	60	2 80	3 60	20	1 60										
1 30	1 50	1 30	1 55	2 50	5 29	30	20	50	40	50	60	60	60	2 50	2 70	20	1 15										
1 20	1	1 20	1 60	2 20	4	30	25	50	60	50	50	50	50	2 50	3 20	20	1 60										
1 20	1	1 20	1 60	1 83	4	30	20	40		40	50	30	50	2 60	3 40	20	1 60										
97	89	91		1 84	3 52	25	20	45	25	45	45	50	45	2 50	3 40	20	1 50										
1 20	1 20	1 20	1 40	2 20	4 30	28	23	43	35	40	38	43	45	2 60	3 20	20	1 20										

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

18. Unter Bezugnahme auf § 100 des Straßenpolizei-Reglements in der Fassung der Polizei-Verordnung vom 30. Januar 1895 wird hierdurch mit Zustimmung des Magistrats zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die nachstehend aufgeführten beiden Systeme für die Abfuhr von Haus- und Wirtschaftsabgängen:

1). System Rinsbruner (D. R. P. 79862 und 87233, D. R. G. M. 45575),

2) System Geduld u. Co. (D. R. P. 79275)

den in Bezug auf Vermeidung einer Verunreinigung der Straße, insbesondere auch einer Entwidlung von Staub und üblen Gerüchen gestellten Anforderungen in ausreichendem Maße genügen.

Die Bekanntmachung vom 2. April 1895, nach welcher die Müllabfuhr mittelst Behälterkastensystems den polizeilichen Anforderungen entspricht, erfährt hierdurch keine Aenderung.

Berlin, den 2. März 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

10. Der Fernsprechverkehr mit Randers, Aalborg und Frederikshavn ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt im Verkehr mit den neu zugelassenen Orten 2 M. 50 Pfg.

Berlin C., 2. März 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

11. Zur Erleichterung für das Publikum bei Verzollung der mit der Post vom Auslande eingehenden zollpflichtigen Pakete besteht im Einverständnis mit der Steuerverwaltung für Berlin die Einrichtung, daß auf Verlangen des Empfängers die zollamtliche Schlußabfertigung der gewöhnlichen Pakete und der Werthsendungen im Einzelbetrage bis 1000 Mark durch Vermittelung der Postbeamten erfolgen kann.

Diese Sendungen werden nach der Verzollung wieder sorgfältig verpackt, amtlich verschlossen und den Empfängern mit der nächsten Paketbestellsahrt zugeführt.

Für die Bestellung und die Erfüllung der Zollformlichkeiten seitens der Post wird für jedes Paket bis zum Gewichte von 5 kg eine Gebühr von 20 Pf. erhoben; bei schwereren Paketen tritt dieser Gebühr das tarifmäßige Bestellgeld hinzu. Für die Wiederverpackung der Sendungen kommt eine Gebühr nur in dem Falle in Ansatz, wenn dadurch baare Auslagen entstanden sind.

Von dem Eingange einer zollpflichtigen Postsendung wird der Empfänger bei der Bestellung der zugehörigen Begleitadresse in Kenntniß gesetzt. Wünscht er die zollamtliche Schlußabfertigung durch die Post bewirken zu lassen, so hat er eine — mit der Paketadresse zugestellte — gedruckte Erklärung zu vollziehen und beide Gegenstände dann dem Briefträger wieder zurückzugeben oder — soweit es sich um Zollpakete ohne Werthangabe handelt — unter Briefumschlag mit der Bezeichnung „hierin Zolladressen“ an die betreffende Postverzollungsstelle zu senden, wofür kein Porto berechnet wird.

Berlin C., 4. März 1897.

Kaiserliche Ober-Post-Direction.

Bekanntmachung.

12. Zur Feier des 100jährigen Geburtstags Sr. Majestät des Hochseligen Kaisers Wilhelms des Großen werden bei den Postanstalten des Berliner Ober-Postdirectionsbezirks der Posthalterdienst sowie der Orts- und Landbestelldienst wie an Sonntagen eingeschränkt werden.

Berlin C., den 5. März 1897.

Kaiserliche Ober-Post-Direction.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

19. Das unter königlichem Patronat stehende, im November 1890 errichtete Diaconat an der St. Pauls-Kirche in Berlin, Diözese Berlin II., ist durch die Berufung seines bisherigen Inhabers, des Lic. Dr. Gröbler zum Konsistorialrath zum 1. März d. J. zur Erledigung gekommen. Die Wiederbesetzung erfolgt durch Gemeindevahl nach dem Pfarrwahlgesetze vom 15. März 1886 — R. Ges. u. B.-Bl. S. 39. Bewerbungen sind bei dem Consistorium einzureichen.

20. Die unter privatem Patronate stehende Pfarrstelle zu Ruhz, Diözese Prenzlau I., kommt durch die Versetzung des Pfarrers Thiede in nächster Zeit, voraussichtlich am 1. April d. J., zur Erledigung. Ein Amtsnachfolger ist bereits in Aussicht genommen.

21. Die unter magistratualischem Patronate stehende Obergpfarrstelle zu Prigwall ist durch die Versetzung des Superintendenten und Obergpfarrers Klügel zur Erledigung gekommen.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

7. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der Frau Buchhalter Emma Giering, geb. Jewe, in Charlottenburg, Pestalozzistraße 36, die Schulverschreibungen der konsolidirten 4 prozentigen Staatsanleihe von 1876/79

lit. E. Nr. 37119 über 300 M.,

„ F. = 6493 und 15475 bis 15477 über je 200 M. angeblich im Jahre 1895 gestohlen worden sind. Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der Frau Emma Giering anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 27. Februar 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

8. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß die dem Agenten Hermann Krumnow hier, Neue Jakobstraße 18, gehörigen Schulverschreibungen

a. der konsolidirten 4 % igen Staatsanleihe von 1882 Lit. E. Nr. 583445 über 300 M.,

„ „ „ F. = 205758 „ 200 „

„ 1883 „ F. = 271204 „ 200 „

„ 1884 „ D. = 498659 „ 500 „

b. der konsolidirten 3 % igen Staatsanleihe von 1892/94 Lit. D. Nr. 108569 über 500 M.

dem Kesterrändler Johann Krumnow hier, Hollmannstraße 20, in der Zeit vom 15. bis 24. v. M. aus seiner Wohnung angeblich abhanden gekommen, vermuthlich gestohlen worden sind. Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Herrn Johann Krumnow anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 27. Februar 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

9. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Mühlenbesitzer Julius Bernis zu Schwane-

bed bei Belgig die seinem Sohne Robert Wernitz gehörigen Schuldverschreibungen der konsolidirten 4prozentigen Staatsanleihe

von 1876/79 lit. E. N^o 45517 über 300 Mk.
1880 „ E. 392494 „ 300 Mk.

angeblich verloren gegangen sind. Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder Herrn F. O. Koch in Belgig anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebots-Verfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird. Berlin, den 2. März 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Direction der Rentenkass der Provinz Brandenburg. Bekanntmachung.

5. Die Rentenkass-Kasse, Klosterstraße 76 I. hier selbst, wird

- 1) die am 1. April d. J. fälligen Zinscheine der Rentenbriefe aller Provinzen schon vom 18. bis einschließlich den 24. März d. J. und

2) die ausgelosten, am 1. April d. J. fälligen Rentenbriefe aller Provinzen vom 20. bis einschließlich den 24. März d. J.

einschließen und demnächst vom 1. April d. J. ab mit der Einlösung fortfahren.

Berlin, den 2. März 1897.

Königliche Direction der Rentenkass für die Provinz Brandenburg. Bekanntmachungen des Reichs-Postamts. des Provinzial-Steuer-Direktors. Bekanntmachung.

3. Der Herr Finanzminister hat auf Grund der im §. 11 des Erbschaftsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Mai 1891 (G.-S. S. 78) erteilten Ermächtigung angeordnet, daß der in Preußen befindliche Nachlaß eines Brasilianers, auch soweit er nicht in Grundstücken oder Grundgerechtigkeiten besteht, ohne Rücksicht auf den Wohnsitz des Erblassers, der Preussischen Erbschaftsteuer zu unterwerfen ist.

Berlin, den 1. März 1897.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

9. Nachweisung

der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Osthavelland auf Grund des § 2 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirksgrenzen.

St. Nr.	Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke	Bisheriger Gemeinde- bezw. Gutsbezirk	Künftiger Gutsbezirk
1.	Die in der Grundsteuer-Mutterrolle des Gutsbezirks Döberitz unter Artikel N ^o 1 verzeichneten Parzellen von 19 ha 19 ar Flächeninhalt.	Gutsbezirk Döberitz.	Gutsbezirk Ferbig.
2.	Die in der Grundsteuer-Mutterrolle des Gemeindebezirks Döberitz verzeichneten Parzellen:		
	a. Artikel 1 und 23 von 14 ha 80 ar und 2 ha 20 ar 30 qm Flächeninhalt.	Gemeindebezirk Döberitz.	Gutsbezirk Ferbig.
	b. Artikel 2, 3, 20 und 22 von 5 ha 47 ar 50 qm, 5 ha 28 ar 20 qm, 1 ha 58 ar 60 qm und 2 ha 60 qm Flächeninhalt.	dto.	Gemeindebezirk Seegefeld.
	c. Artikel 12 von 90 ar 90 qm Flächeninhalt.	"	Gemeindebezirk Pausin.
	d. Artikel 13, 14, 15, 16, 18 und 21 von 90 ar 60 qm, 4 ha 89 ar, 1 ha 27 ar 60 qm, 8 ha 94 ar 50 qm, 8 ha 68 ar 10 qm und 1 ha 40 ar 60 qm Flächeninhalt.	"	Gemeindebezirk Falkenhagen.
	e. Artikel 17, 19 und 34 von 1 ha 52 ar 70 qm, 1 ha 50 ar 90 qm und 1 ha 59 ar 60 qm Flächeninhalt.	"	Gemeindebezirk Groß-Gliemitz.
	f. Artikel 25 von 1 ha 11 ar 40 qm Flächeninhalt.	"	Gemeindebezirk Rohrbeck.
	g. Artikel 28 und 32 von 2 ha 41 ar 20 qm und 76 ar 70 qm Flächeninhalt.	"	Gemeindebezirk Dyrop.
	h. Artikel 30 von 1 ha 89 ar 10 qm Flächeninhalt.	"	Gemeindebezirk Wustermark.

Rauen, den 23. Februar 1897.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Osthavelland.

Bekanntmachungen der königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Beförderung von Magermilch, Buttermilch und Molken.

11. Mit Gültigkeit vom 1. April 1897 ab wird im Gruppen- und Wechselverkehr der Preussischen Staatseisenbahnen, ferner im Wechselverkehr mit Stationen der

Elbenburgischen Staatseisenbahnen und Station Kempen der Breslau-Warschauer Eisenbahn die für frische und sterilisirte Milch bestehende Beförderungsbegünstigung auch auf Magermilch, Buttermilch und Molken ausgedehnt. Im Abschnitt I. B. 1. a. der Staatsbahn-Gruppen- und Gruppen-Wechseltarife werden dement-

sprechend die Worte „Frische und sterilisirte Milch“ in „Milch, frische und sterilisirte, auch Magermilch, Buttermilch und Molken“ abgeändert.

Berlin, den 1. März 1897.

Königliche Eisenbahndirection,
zugleich Namens der theilhaftigen Verwaltungen.

Frachtermäßigung für Torfstreu und Torfmüll nach Stationen der Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Pommeren östlich der Oder.

12.. Dem Vorgehen der Preussischen und Oldenburgischen Staatsbahnen — zu vergleichen die Bekanntmachung vom 3. Februar d. J. —, wonach bis 1. September 1897 für Sendungen von Torfstreu und Torfmüll in Wagenladungen nach den Stationen östlich der Oder eine außerordentliche Frachtermäßigung von 25 % gegenüber dem allgemeinen Tarif (Specialtarif III.) gewährt wird, haben sich mit Gültigkeit vom 1. März d. J. an die folgenden Bahnen angeschlossen: 1) die Alt-Damm-Colberger-Eisenbahn (auch bezüglich ihres Binnenverkehrs); 2) die Breslau-Warschauer Eisenbahn (bezüglich der Station Rempen), 3) die Georgsmarienhütten-Eisenbahn, 4) die Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn, 5) die Holländische Eisenbahn (bezüglich der auf deutschem Gebiete gelegenen Stationen), 6) die Königsberg-Granger Eisenbahn (nur im Verkehr nach ihren Stationen), 7) die Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn (nur im Verkehr nach ihren Stationen), 8) die Westenburgische Friedrich Wilhelm-Eisenbahn, 9) die Militär-Eisenbahn, 10) die Prignitzer Eisenbahn, 11) die Sächsischen Staats-Eisenbahnen, 12) die Stargard-Güstrower Eisenbahn, 13) die Stralsburger Straßenbahn-Gesellschaft, 14) die Wittenberge-Perleberger Eisenbahn.

Berlin, den 26. Februar 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion,
zugleich Namens der theilhaftigen Verwaltungen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 und der §§ 5 ff. des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 wird hierdurch nach Zustimmung des Gemeindevorstandes für den Stadtkreis Charlottenburg folgendes verordnet:

§ 1. Jeder auf Auszug (Lepra) verdächtige Krankheitsfall ist bei der Polizei-Direktion unverzüglich zur Anzeige zu bringen.

§ 2. Zur Anzeige sind die Familienhäupter, Haus- und Gastwirthe, die Hebammen, Personen, Geistlichen und Lehrer, bezüglich der zu ihrer Kenntniss gelangenden Fälle verpflichtet.

§ 3. Die Nichtbefolgung vorstehender Vorschriften zieht Geldstrafen bis zum Betrage von 30 M., im Unvermögensfalle entsprechende Haft nach sich.

Charlottenburg, den 3. März 1897.

Königliche Polizei-Direktion.

Personal-Chronik.

Im Kreise Beeskow-Storkow ist an Stelle des Rittergutsbesizers Emil Müntmann der Rittergutsbesizer Arthur Müntmann zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 10 Reichenwalde ernannt worden.

Im Kreise Ruppín ist der Rittergutsbesizer von Rathenow zu Plänitz von Neuem zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 5 — Plänitz — ernannt worden.

Der Bürgermeister Beuthner in Dranienburg ist zum Amtsanwalt bei dem königlichen Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Dem bisherigen interimistischen Kreis-Thierarzte Adolf Erxleben ist die Kreis-Thierarzstelle des Kreises Jüterbog-Ludenwalde vom 5. Februar 1897 ab endgültig übertragen worden.

Der bisherige Oberprediger Rudolf Heinrich Karl Bernick zu Wendisch-Buchholz ist zum Oberpfarrer der Pfarodie Schwedt a./D., Diözese Schwedt a./D., bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer Joh. Karl Aug. Siemann in Giesmannsdorf, Diözese Ludau, ist zum Pfarrer der Pfarodie Brumme, Diözese Jechbellin, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer in Halbau, H. E. Hermant Brendel, ist zum Pfarrer der Pfarodie Ohren, Diözese Grossen a./D. II., bestellt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Potsdam.

Es sind zunächst probeweise übertragen: dem Postassistenten Weber aus Siegen die Vorsteherstelle des Postamts I. in Jüterbog, dem Ober-Postdirectionssecretair Meyer aus Potsdam die Vorsteherstelle des Postamts I. in Wermelskirchen, dem Ober-Postdirectionssecretair Olivier aus Potsdam eine Kassirerstelle bei dem Stadtfernsprechamt 6 in Berlin, dem Postsecretair Claus aus Wittenberge (Bez. Potsdam) eine Bureaubeamtenstelle I. Klasse bei der Ober-Postdirection in Dresden, dem Postsecretair Alte aus Schwedt eine Ober-Postsecretairstelle bei dem Postamt I. in Belgard (Persante), dem Postsecretair Stendel aus Wildpark eine Ober-Postsecretairstelle bei dem Postamt 7 in Berlin und dem Postsecretair Schulz aus Brandenburg (Havel) die Vorsteherstelle des Postamts II. in Eisdorf. Ernannt ist der Postsecretair Stupat in Potsdam zum Ober-Postdirectionssecretair. Versetzt sind: der Postdirector Prüfer von Jüterbog nach Berlin, der Postmeister Koclawski von Peitz nach Königs-Wusterhausen, der Postmeister Schmeling von Königs-Wusterhausen nach Leisnau und der Ober-Postassistent Noack von Havelberg nach Berlin. In den Ruhestand getreten ist der Postsecretair Rüzing in Spandau. Gestorben ist der Postmeister Wolde in Friedrichshagen.

Bermischte Nachrichten.

Vorlesungen für das Studium der Landwirthschaft an der Universität Halle.

Das Sommersemester beginnt am 20. April.

Von den für das Sommersemester 1897 angezeigten

Vorlesungen der hiesigen Universität sind für die Studierenden der Landwirtschaft folgende hervorzuheben:

a. In Rücksicht auf fachwissenschaftliche und staatswissenschaftliche Bildung.

Spezielle Pflanzenbaulehre: Geh. Ober-Reg.-Rath Prof. Dr. Kühn. — **Allgemeine Landwirtschaftslehre (Betriebslehre):** Derselbe. — **Spezielle Thierzucht:** Geh. Reg.-Rath Professor Dr. Freytag. — **Abschätzungslehre:** Derselbe. — **Landwirtschaftliche Bodenkunde mit Demonstrationen und Exkursionen zur Besichtigung von Musterwirthschaften:** Prof. Dr. Albert. — **Beschreibung von Wirthschaftsbetrieben der Provinz Sachsen als Einführung und Erläuterung zu den Exkursionen:** Derselbe. — **Agrikulturphysiologie, die physiologischen Vorgänge im Boden, im Dünger und bei den landwirtschaftlichen Gewerben:** Dr. Eluß. — **Wollkunde:** Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Freytag. — **Forstwirtschaft (Nadelholzger und Waldbau):** Prof. Dr. Ewald. — **Obstbau und Feldgärtnerlei, verbunden mit praktischen Demonstrationen und Exkursionen:** Obstbaulehrer Müller. — **Veterinär-Chirurgie mit Rücksicht auf die Beurtheilungslehre des Pferdes:** Prof. Dr. Püg. — **Die Fortpflanzung unserer Hausthiere mit Rücksicht auf die Hülfsleistung vor, bei und nach der Geburt, sowie die Krankheiten der neugeborenen Thiere:** Derselbe. — **Die Hufe unserer Arbeitsthiere:** Derselbe. — **Ausgewählte Kapitel der landwirtschaftlichen Maschinen- und Geräthekunde:** Prof. Dr. Lorenz. — **Landwirtschaftlicher Wege- und Brückenbau, verbunden mit Uebungen:** Derselbe. — **Nivelliren und Feldmessen:** Derselbe. — **Landwirtschaftliche Baukunde:** Regierungsbaumeister Knöch. — **Landwirtschaftliche Handelswissenschaft:** Landes-Oekonomierath von Mendel-Steinfeld. — **Volkswirtschafts-Politik (2. praktischer Theil der National-Oekonomie):** Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Conrad. — **Bevölkerungspolitik und Armenwesen:** Derselbe. — **Statistik der wirthschaftlichen und geistigen Kultur:** Derselbe. — **Die Aufgabe der Sozialpolitik für das Reich, den Staat und die Gemeinde:** Prof. Dr. Diehl. — **Die Nahrungsfrage:** Derselbe. — **Finanzwissenschaft:** Prof. Dr. Friedberg. — **Wechselrecht:** Prof. Dr. Hed. — **Experimentalphysik (Magnetismus, Elektrizität, Licht):** Prof. Dr. Dorn. — **Organische Chemie, der Experimentalchemie 2. Theil:** Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Bolhard. — **Einleitung in das Studium der Chemie:** Derselbe. — **Angewandte Chemie:** Prof. Dr. H. Erdmann. — **Analytische Chemie:** Dr. Vorländer. — **Agrikulturchemie, 2. Theil, die Geseze der thierischen Ernährung:** Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Maercker. — **Ausgewählte Kapitel der Agrikulturchemie:** Derselbe. — **Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln des Menschen:** Prof. Dr. Baumert. — **Geologie:** Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. v. Fritsch. — **Geognostische Mittel-Deutschlands:** Derselbe. — **Geologische Ausflüge:** Derselbe. — **Die hauptsächlichsten Mineralien und Gesteine als Einleitung in die Pedalogie:** Prof. Dr. Lüdecke. — **Grundzüge der Botanik:** Prof. Dr. Kraus. — **Pflanzenfamilien:** Derselbe. — **Kryptogamen:** Prof. Dr. Jopp. — **Pflanzenpathologie, mit be-**

sonderer Berücksichtigung der Krankheiten der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen: Geh. Ober-Reg.-Rath Prof. Dr. Kühn. — **Anleitung zu Arbeiten im kryptogamischen Laboratorium:** Prof. Dr. Jopp. — **Elemente der allgemeinen Zoologie:** Prof. Dr. Grenacher. — **Ueber den Bau der Wirbelthiere:** Derselbe. — **Ueber die der Landwirtschaft schädlichen Insekten:** Prof. Dr. D. Taschenberg. — **Die thierischen Parasiten des Menschen:** Derselbe. — **Ausgewählte Kapitel aus der Fortpflanzungs- und Entwicklungsgeschichte der Thiere:** Derselbe. — **Die Darwinsche Theorie und ihre Kritik:** Dr. Brandes. — **Physiologie des Menschen, die animalen Funktionen:** Prof. Dr. Verusstein.

b. In Rücksicht auf allgemeine Bildung, insbesondere für Studierende höherer Semester.

Vorlesungen und Uebungen aus dem Gebiete der Philosophie, Pädagogik, Geschichte, Geographie, Literatur und ethischen Wissenschaften halten die Prof. Prof. Dr. Dr. Haym, Baibinger, Erdmann, Uyhues, Lindner, von Heinemann, Ewald, Droyen, Sommerlad, Kirchhoff, Ule, Hufferle, Brode, Schwarz u.

Theoretische und praktische Uebungen.

Staatswissenschaftliches Seminar: Geh. R.-R. Prof. Dr. Conrad. — **Statistische Uebungen:** Derselbe. — **Uebungen im physikalischen Laboratorium:** Prof. Dr. Dorn. — **Praktische Uebungen im chemischen Laboratorium:** Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Bolhard und Prof. Dr. Döbner. — **Technische Demonstrationen und Exkursionen in die chemische Technik der Praxis:** Prof. Dr. H. Erdmann. — **Mineralogische, geognostische und paläontologische Uebungen:** Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. von Fritsch und Prof. Dr. Lüdecke. — **Kathropraktikum:** Prof. Dr. Lüdecke. — **Phytotomisches und physiologisches Praktikum:** Prof. Dr. Kraus. — **Demonstrationen im botanischen Garten:** Derselbe. — **Zoologische Uebungen:** Prof. Dr. Grenacher. — **Uebungen im landwirtschaftlich-physiologischen Laboratorium:** Geh. Ober-Reg.-Rath Prof. Dr. Kühn. — **Uebungen im Seminar für angewandte Naturkunde:** Derselbe. — **Exkursionen und Demonstrationen:** Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Freytag. — **Praktische Uebungen im Molkereiwesen:** Prof. Dr. Albert. — **Demonstrationen und Exkursionen auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Maschinenkunde:** Prof. Dr. Lorenz. — **Praktische Demonstrationen und Exkursionen im Obstbau:** Obstbaulehrer Müller. — **Uebungen im Zeichnen und Malen:** Zeichenlehrer Schenk. Nähere Auskunft ertheilt das durch jede Buchhandlung zu beziehende Programm für das Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle, Schönfeld'sche Verlagsbuchhandlung, Dresden 1894. Briefliche Anfragen wolle man an den Unterzeichneten richten.

Halle a. S., im Februar 1897.

Dr. Julius Kühn,

Geh. Ober-Reg.-Rath, ordentlicher öffentlicher Professor und Direktor des landwirtschaftlichen Instituts der Universität.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

1. Rang Nr.	Name und Stand	Alter und Heimat	Grund der Verurteilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlüsse.
	des Ausgewiesenen:				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Josef Cernin, Bäcker,	geboren am 6. April 1861 zu Byssokov, Bezirk Neustadt an der Mettau, Böhmen,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Sigmaringen,	19. Januar 1897.
2	Berfo (Berna) Rahang (Rahn-Rahn), Schneider,	geboren am 5. Mai 1844 zu Jurak, Gouvernement Grodnia, Russisch-Polen, russischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Posen,	desgleichen,
3	Franz Kasmirowsky, Arbeiter,	geboren am 16. Oktober 1861 zu Warschau, Russisch-Polen,	Landstreichen und Betteln,	Großherzoglich sächsischer Direktor des III. Verwaltungsbezirks zu Eisenach,	19. Januar 1897.
4	Franz Leidinger, Müller,	geboren am 20. März 1879 zu Borchdorf, Bezirk Gmunden, Ober-Oesterreich, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	7. Januar 1897.
5	Charles Lemair, Gymnastiker,	geboren am 11. April 1868 zu Brüssel, Belgien,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	22. Januar 1897.
6	Julius Mayer, Gärtner,	geboren am 19. Februar 1864 zu Sikkos bei Känskirchen, Komitat Baranya, Ungarn, ortsangehörig ebendasselbst,	Betteln,	Großherzoglich sächsischer Direktor des I. Verwaltungsbezirks zu Weimar,	23. Januar 1897.
7	Ferdinand Schagl, Bäcker,	geboren im Oktober 1855 zu Alt-Lengbach, Bezirk Hiezing, Nieder-Oesterreich, österreich. Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Pfarrkirchen,	11. Januar 1897.
8	Friedrich Studi, Biehwärter,	geboren am 3. August 1854 zu Erlenbach, Kanton Bern, Schweiz, ortsangehörig zu Diemtigen, ebendasselbst,	Nichtbeschaffung eines Unterkommens,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	21. Januar 1897.
9	An'oska (Anna) ver- ehelichte (verwitwete) Weilich, geborene Lubisch (Lipsch), Lupczek, Fabrik- arbeiterin,	geboren am 15. Mai 1851 zu Warschau, Russisch-Polen,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Lüneburg,	desgleichen,

Hierzu Sieben Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gagny'schen Erben

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 12.

Den 19. März

1897.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

Bekanntmachung.

8. Der Herr Minister des Innern hat im Einvernehmen mit dem Bezirksausschusse hier selbst genehmigt, daß der Amtsbezirk Dierensee von dem Amtsbezirk 33 — Selchow — im Kreise Teltow abgetrennt und dem Amtsbezirk 23 — Rudow — in demselben Kreise zugelegt werde.

Diese Veränderung der Amtsbezirks-Eintheilung tritt mit dem 1. April d. J. in Wirksamkeit.

Potsdam, den 9. März 1897.

Der Oberpräsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Ordnung.

55. Dem im Kreise Prenzlau etwa 3 1/2 km vom Dorfe Grünow entfernt belegenen, zum Gemeindebezirk Grünow gehörigen Gehöft des Landwirths Ludwig Runde wird der Name **Mönchehof** beigelegt.

Potsdam, den 15. März 1897.

Der Regierungspräsident.

56. Verzeichniß

der von der Lungenseuche betroffenen Exerrgebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Übereinkommens vom 6. Dezember 1891, sowie Art. 5 des Schlafprotokolls zu unterlagen ist.

Ausgegeben im Kaiserlichen Gesundheitsamt zu Berlin am 22. Februar 1897.

A. Oesterreich:

frei.

B. Ungarn.

Die Komitate: Arva, Bars, Liptó (Liptau), Pozsony (Preßburg) und Trencsén (Trentschin).

Potsdam, den 12. März 1897.

Der Regierungspräsident.

57. Bedingungen für die Bewerbung um Arbeiten und Lieferungen bei Staatsbauten.

§ 1. Persönliche Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit der Bewerber.

Bei der Vergebung von Arbeiten oder Lieferungen hat Niemand Aussicht, als Unternehmer angenommen zu werden, der nicht für die tüchtige, pünktliche und vollständige Ausführung derselben — auch in technischer Hinsicht — die erforderliche Sicherheit bietet.

§ 2. Einsicht und Bezug der Bedingungen, anschläge u.

Bedingungsanschlüsse, Zeichnungen, Bedingungen u.

sind an den in der Ausschreibung bezeichneten Stellen einzusehen und werden auf Ersuchen gegen Erstattung der Selbstkosten verabfolgt.

§ 3. Form und Inhalt der Angebote.

Die Angebote sind unter Benutzung der etwa vorgeschriebenen Formulare, von den Bewerbern unterschrieben, mit der in der Ausschreibung geforderten Ueberschrift versehen, versiegelt und frankirt bis zu dem angegebenen Termine einzureichen.

Die Angebote müssen enthalten:

- a. die ausdrückliche Erklärung, daß der Bewerber sich den Bedingungen, welche der Ausschreibung zu Grunde gelegt sind, unterwirft;
- b. die Angabe der geforderten Preise nach Reichsmährung und zwar sowohl die Angabe der Preise für die Einheiten, als auch der Gesamtsforderung; stimmt die Gesamtsforderung mit den Einheitspreisen nicht überein, so sollen die letzteren maßgebend sein;
- c. die genaue Bezeichnung und Adresse des Bewerbers;
- d. seitens gemeinschaftlich bietender Personen die Erklärung, daß sie sich für das Angebot solidarisch verbindlich machen, und die Bezeichnung eines zur Geschäftsführung und zur Empfangnahme der Zahlungen Bevollmächtigten; letzteres Erforderniß gilt auch für die Gebote von Gesellschaften;
- e. nähere Angaben über die Bezeichnung der etwa mit eingereichten Proben. Die Proben selbst müssen ebenfalls vor dem Viehungstermine eingelaßt und derartig bezeichnet sein, daß sich ohne Weiteres erkennen läßt, zu welchem Angebot sie gehören;
- f. Die etwa vorgeschriebenen Angaben über die Bezugsquellen von Fabrikaten.

Angebote, welche diesen Vorschriften nicht entsprechen, insbesondere solche, welche bis zu der festgesetzten Terminsstunde bei der Behörde nicht eingegangen sind, welche bezüglich des Gegenstandes von der Ausschreibung selbst abweichen oder das Gebot an Sonderbedingungen knüpfen, haben keine Aussicht auf Berücksichtigung.

Es sollen indessen solche Angebote nicht ausgeschlossen sein, in welchen der Bewerber erklärt, sich nur während einer kürzeren, als der in der Ausschreibung angegebenen Zuschlagsfrist an sein Angebot gebunden halten zu wollen.

§ 4. Wirkung des Angebots.

Die Bewerber bleiben von dem Eintreffen des

Angebots bei der ausschreibenden Behörde bis zum Ablauf der festgesetzten Zuschlagsfrist bzw. der von ihnen bezeichneten kürzeren Frist (§ 3 letzter Absatz) an ihre Angebote gebunden.

Die Bewerber unterwerfen sich mit Abgabe des Angebots in Bezug auf alle für sie daraus entstehenden Verbindlichkeiten der Gerichtsbarkeit des Ortes, an welchem die ausschreibende Behörde ihren Sitz hat und woselbst auch sie auf Erfordern Domizil nehmen müssen.

§ 5. Zulassung zum Eröffnungstermin.

Den Bewerbern und deren Bevollmächtigten steht der Zutritt zu dem Eröffnungstermin frei. Eine Veröffentlichung der abgegebenen Gebote ist nicht gestattet.

§ 6. Ertheilung des Zuschlags.

Der Zuschlag wird von dem ausschreibenden Beamten oder von der ausschreibenden Behörde oder von einer dieser übergeordneten Behörde entweder im Eröffnungstermin zu dem von dem gewählten Unternehmer mit zu vollziehenden Protokoll oder durch besondere schriftliche Mittheilung ertheilt.

Legterenfalls ist derselbe mit bindender Kraft erfolgt, wenn die Benachrichtigung hiervon innerhalb der Zuschlagsfrist als Depesche oder Brief dem Telegraphen- oder Postamt zur Beförderung an die in dem Angebot bezeichnete Adresse übergeben worden ist.

Trifft die Benachrichtigung trotz rechtzeitiger Absendung erst nach demjenigen Zeitpunkt bei dem Empfänger ein, für welchen dieser bei ordnungsmäßiger Beförderung den Eingang eines rechtzeitig abgeordneten Briefes erwarten darf, so ist der Empfänger an sein Angebot nicht mehr gebunden, falls er ohne Verzug nach dem verspäteten Eintreffen der Zuschlagserklärung von seinem Rücktritt Nachricht gegeben hat.

Nachricht an diejenigen Bewerber, welche den Zuschlag nicht erhalten, wird nur dann ertheilt, wenn dieselben bei Einreichung des Angebots unter Beifügung des erforderlichen Frankaturbetrages einen desfallsigen Wunsch zu erkennen gegeben haben. Proben werden nur dann zurückgegeben, wenn dies in dem Angebotsschreiben ausdrücklich verlangt wird, und erfolgt alsdann die Rücksendung auf Kosten des betreffenden Bewerbers. Eine Rückgabe findet im Falle der Annahme des Angebots nicht statt; ebenso kann im Falle der Ablehnung desselben die Rückgabe insoweit nicht verlangt werden, als die Proben bei den Prüfungen verbraucht sind.

Eingereichte Entwürfe werden auf Verlangen zurückgegeben.

Den Empfang des Zuschlagsschreibens hat der Unternehmer umgehend schriftlich zu bestätigen.

§ 7. Vertragsabschluß.

Der Bewerber, welcher den Zuschlag erhält, ist verpflichtet, auf Erfordern über den durch die Ertheilung des Zuschlages zu Stande gekommenen Vertrag eine schriftliche Urkunde zu vollziehen.

Sofern die Unterschrift des Bewerbers der Behörde nicht bekannt ist, bleibt vorbehalten, eine Beglaubigung derselben zu verlangen.

Die der Ausschreibung zu Grunde liegenden Ver-

bindungsanschlüsse, Zeichnungen u., welche bereits durch das Angebot anerkannt sind, hat der Bewerber bei Abschluß des Vertrages mit zu unterzeichnen.

§ 8. Kautionsstellung.

Innerhalb 14 Tagen nach der Ertheilung des Zuschlages hat der Unternehmer die vorgeschriebene Kautions zu bestellen, widrigenfalls die Behörde befugt ist, von dem Vertrage zurückzutreten und Schadenersatz zu beanspruchen.

§ 9. Kosten der Ausschreibung.

Zu den durch die Ausschreibung selbst entstehenden Kosten hat der Unternehmer nicht beizutragen.

* * *

A. Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauten.

(Diese Bedingungen gelten nur für die Verbindung der Herstellung von Bauwerken einschließlich der Erdarbeiten.)

§ 1. Gegenstand des Vertrages.

Der Gegenstand des Unternehmens bildet die Ausführung der im Vertrage bezeichneten Bauwerke, Arbeiten oder Lieferungen. Im Einzelnen bestimmt sich Art und Umfang der dem Unternehmer obliegenden Leistungen nach den Verbindungsanschlüssen, den zugehörigen Zeichnungen und sonstigen als zum Vertrage gehörig bezeichneten Unterlagen. Die in den Verbindungsanschlüssen angenommenen Vordersätze unterliegen jedoch denselben näheren Feststellungen, welche — ohne wesentliche Aenderung der dem Vertrage zu Grunde gelegten Bauentwürfe — bei der Ausführung sich ergeben.

Abänderungen der Bauentwürfe anzuordnen, bleibt der kaufleitenden Behörde vorbehalten. Leistungen, welche in den Bauentwürfen nicht vorgesehen sind, können dem Unternehmer nur mit seiner Zustimmung übertragen werden.

§ 2. Berechnung der Vergütung.

Die dem Unternehmer zukommende Vergütung wird nach den wirklichen Leistungen bzw. Lieferungen unter Zugrundelegung der vertragsmäßigen Einheitspreise berechnet.

Die Vergütung für Tagelohnsarbeiten erfolgt nach den vertragsmäßig vereinbarten Lohnsätzen.

Abschluß einer besonderen Vergütung für Nebenleistungen, Vorhalten von Werkzeug und Geräthen, Rüstungen u.

Insoweit in den Verbindungsanschlüssen für Nebenleistungen, sowie für das Vorhalten von Werkzeug, Geräthen und Rüstungen und für Herstellung oder Unterhaltung von Zufuhrwegen nicht besondere Preisanlässe vorgesehen oder besondere Bestimmungen getroffen sind, umfassen die vereinbarten Preise und Tagelohnsätze zugleich die Vergütung für die zur Erfüllung des Vertrages gehörenden Nebenleistungen aller Art, insbesondere auch für die Heranschaffung der zu den Bauarbeiten erforderlichen Materialien aus den auf der Baustelle befindlichen Lagerplätzen nach der Verwendungsstelle am

Den, sowie die Entschädigung für Vorhaltung von Werkzeug, Geräten u.

Auch die Bestellung der zu den Absteckungen und Abnahmevermessungen erforderlichen Arbeitskräfte und Geräthe liegt dem Unternehmer ob, ohne daß demselben eine besondere Entschädigung hierfür gewährt wird.

§ 3. Mehrleistungen gegen den Vertrag.

Ohne ausdrückliche schriftliche Anordnung oder Genehmigung des bauleitenden Beamten darf der Unternehmer keinerlei vom Vertrage abweichende oder im Verdingungsanschlage nicht vorgesehene Arbeiten oder Lieferungen ausführen.

Diesem Verbot zuwider einseitig von dem Unternehmer bewirkte Leistungen ist der bauleitende Beamte ebenso wie die bauleitende Behörde befugt, auf dessen Gefahr und Kosten wieder beseitigen zu lassen; auch hat der Unternehmer nicht nur keinerlei Vergütung für derartige Arbeiten und Lieferungen zu beanspruchen, sondern muß auch für allen Schaden aufkommen, welcher etwa durch diese Abweichungen vom Vertrage für die Staatskasse entstanden ist.

§ 4. Minderleistung gegen den Vertrag.

bleiben die ausgeführten Arbeiten oder Lieferungen zufolge der von der bauleitenden Behörde oder dem bauleitenden Beamten getroffenen Anordnungen unter dem im Vertrage festverdingenen Menge zurück, so hat der Unternehmer Anspruch auf den Ersatz des ihm nachweislich hieraus entstandenen wirklichen Schadens.

Abhängigfalls entscheidet hierüber das Schiedsgericht (§ 19).

§ 5. Beginn, Fortführung und Vollendung der Arbeiten u., Konventionalstrafe.

Der Beginn, die Fortführung und Vollendung der Arbeiten und Lieferungen hat nach den in den besonderen Bedingungen festgesetzten Fristen zu erfolgen.

Ist über den Beginn der Arbeiten u. in den besonderen Bedingungen eine Vereinbarung nicht enthalten, so hat der Unternehmer spätestens 14 Tage nach schriftlicher Aufforderung seitens des bauleitenden Beamten mit den Arbeiten oder Lieferungen zu beginnen.

Die Arbeit oder Lieferung muß im Verhältnis zu den bedungenen Vollendungsfristen fortgesetzt angemessen gefördert werden.

Die Zahl der zu verwendenden Arbeitskräfte und Geräthe, sowie die Vorräthe an Materialien müssen allezeit den übernommenen Leistungen entsprechen.

Eine im Vertrage bedungene Konventionalstrafe gilt nicht für erlassen, wenn die verspätete Vertragserfüllung ganz oder theilweise ohne Vorbehalt angenommen worden ist.

Eine tageweise zu berechnende Konventionalstrafe für verspätete Ausführung von Bauarbeiten bleibt für die in die Zeit einer Verzögerung fallenden Sonntage und allgemeinen Feiertage außer Ansaß.

§ 6. Hinderungen der Bauausführung.

Glaubt der Unternehmer sich in der ordnungsmäßigen Fortführung der übernommenen Arbeiten durch Anordnungen der bauleitenden Behörde oder des

bauleitenden Beamten oder durch das nicht gehörige Fortschreiten der Arbeiten anderer Unternehmer behindert, so hat er bei dem bauleitenden Beamten oder der bauleitenden Behörde hiervon sofort Anzeige zu erstatten.

Andernfalls werden schon wegen der unterlassenen Anzeige keinerlei auf die betreffenden, angeblich hindernden Umstände begründete Ansprüche oder Einwendungen zugelassen.

Nach Beseitigung derartiger Hinderungen sind die Arbeiten ohne weitere Aufforderung ungehindert wieder aufzunehmen.

Der bauleitenden Behörde bleibt vorbehalten, falls die bezüglichlichen Beschwerden des Unternehmers für begründet zu erachten sind, eine angemessene Verlängerung der im Vertrage festgesetzten Vollendungsfristen — längstens bis zur Dauer der betreffenden Arbeits-hinderung — zu bewilligen.

Für die bei Eintritt einer Unterbrechung der Bauausführung bereits ausgeführten Leistungen erhält der Unternehmer die den vertragsmäßig bedungenen Preisen entsprechende Vergütung. Ist für verschiedenverthige Leistungen ein nach dem Durchschnitt bemessener Einheitspreis vereinbart, so ist unter Berücksichtigung des höheren oder geringeren Werthes der ausgeführten Leistungen gegenüber den noch rückständigen ein von dem verabredeten Durchschnittspreise entsprechend abweichender neuer Einheitspreis für das Geleistete besonders zu ermitteln und die darnach zu gewährende Vergütung zu berechnen.

Außerdem kann der Unternehmer im Fall einer Unterbrechung oder gänzlichen Abstandnahme von der Bauausführung den Ersatz des ihm nachweislich entstandenen wirklichen Schadens beanspruchen, wenn die Fortsetzung des Baues hindernden Umstände entweder von der bauleitenden Behörde und deren Organen verschuldet sind, oder, inwieweit zufällige, von dem Willen der Behörde unabhängige Umstände in Frage stehen, sich auf Seiten der bauleitenden Behörde zuge tragen haben.

Eine Entschädigung für entgangenen Gewinn kann in keinem Falle beansprucht werden.

In gleicher Weise ist der Unternehmer zum Schadenersatz verpflichtet, wenn die betreffenden, die Fortführung des Baues hindernden Umstände von ihm verschuldet sind, oder auf seiner Seite sich zuge tragen haben. Ist die Unterbrechung durch Naturereignisse herbeigeführt worden, so kann der Unternehmer einen Schadenersatz nicht beanspruchen.

Auf die gegen den Unternehmer geltend zu machenden Schadenersatzforderungen kommen die etwa eingezogenen oder verwirkten Konventionalstrafen in Anrechnung. Ist die Schadenersatzforderung niedriger als die Konventionalstrafe, so kommt nur die letztere zur Einziehung.

In Ermangelung gütlicher Einigung entscheidet über die bezüglichlichen Ansprüche das Schiedsgericht (§ 19).

Dauert die Unterbrechung der Bauausführung länger, als 6 Monate, so steht jeder der beiden Ver-

tragsparteien der Rücktritt vom Vertrage frei. Die Rücktrittserklärung muß schriftlich und spätestens 14 Tage nach Ablauf jener 6 Monate dem anderen Theile zugestellt werden; andernfalls bleibt — unbeschadet der inzwischen etwa erwachsenen Ansprüche auf Schadenersatz oder Konventionalstrafe — der Vertrag mit der Maßgabe in Kraft, daß die in demselben ausbedungene Vollendungsfrist um die Dauer der Bauunterbrechung verlängert wird.

§ 7. Güte der Arbeitsleistungen und der Materialien.

Die Arbeitsleistungen müssen den besten Regeln der Technik und besonderen Bestimmungen des Verbindungsanschlages und des Vertrages entsprechen.

Bei den Arbeiten dürfen nur tüchtige und geübte Arbeiter beschäftigt werden.

Arbeitsleistungen, welche der bauleitende Beamte den gebachten Bedingungen nicht entsprechend findet, sind sofort und unter Ausschuß der Anrufung eines Schiedsgerichts zu beseitigen und durch untadelhafte zu ersetzen. Für hierbei entstehende Verluste an Materialien hat der Unternehmer die Staatskasse schadlos zu halten.

Arbeiter, welche nach dem Urtheile des bauleitenden Beamten untüchtig sind, müssen auf Verlangen entlassen und durch tüchtige ersetzt werden.

Materialien, welche dem Anschlage bzw. den besonderen Bedingungen oder den dem Vertrage zu Grunde gelegten Proben nicht entsprechen, sind auf Anordnung des bauleitenden Beamten innerhalb einer von ihm zu bestimmenden Frist von der Baustelle zu entfernen.

Behufs Ueberwachung der Ausführung der Arbeiten steht dem bauleitenden Beamten oder den von demselben zu beauftragenden Personen jederzeit während der Arbeitsstunden der Zutritt zu den Arbeitsplätzen und Werkstätten frei, in welchen zu dem Unternehmen gehörige Arbeiten angefertigt werden.

§ 8. Erfüllung der dem Unternehmer Handwerkern und Arbeitern gegenüber obliegenden Verbindlichkeiten.

Der Unternehmer hat der bauleitenden Behörde und dem bauleitenden Beamten über die mit Handwerkern und Arbeitern in Betreff der Ausführung der Arbeit geschlossenen Verträge jederzeit auf Erfordern Auskunft zu erteilen.

Sollte das angemessene Fortschreiten der Arbeiten dadurch in Frage gestellt werden, daß der Unternehmer Handwerkern oder Arbeitern gegenüber die Verpflichtungen aus dem Arbeitsvertrage nicht oder nicht pünktlich erfüllt, so bleibt der bauleitenden Behörde das Recht vorbehalten, die von dem Unternehmer geschuldeten Beträge für dessen Rechnung unmittelbar an die Berechtigten zu zahlen. Der Unternehmer hat die hierzu erforderlichen Unterlagen, Lohnlisten u. der bauleitenden Behörde bzw. dem bauleitenden Beamten zur Verfügung zu stellen.

§ 9. Entziehung der Arbeit u. Die bauleitende Behörde ist befugt, dem Unter-

nehmer die Arbeiten und Lieferungen ganz oder theilweise zu entziehen und den noch nicht vollendeten Theil auf seine Kosten ausführen zu lassen oder selbst für seine Rechnung auszuführen, wenn

- a. seine Leistungen untüchtig sind, oder
- b. die Arbeiten nach Maßgabe der verlaufenen Zeit nicht genügend gefördert sind, oder
- c. der Unternehmer den von der bauleitenden Behörde gemäß § 8 getroffenen Anordnungen nicht nachkommt.

Vor der Entziehung der Arbeiten u. ist der Unternehmer zur Beseitigung der vorliegenden Mängel bzw. zur Befolgung der getroffenen Anordnungen unter Bewilligung einer angemessenen Frist aufzufordern.

Von der verfügten Arbeitsentziehung wird dem Unternehmer durch eingeschriebenen Brief Eröffnung gemacht.

Auf die Berechnung der für die ausgeführten Leistungen dem Unternehmer zustehenden Vergütung und den Umfang der Verpflichtung desselben zum Schadenersatz finden die Bestimmungen im § 6 gleichmäßige Anwendung.

Nach beendeter Arbeit oder Lieferung wird dem Unternehmer eine Abrechnung über die für ihn sich ergebende Forderung und Schuld mitgetheilt.

Abzlagszahlungen können im Falle der Arbeitsentziehung dem Unternehmer nur innerhalb desjenigen Betrages gewährt werden, welcher als sicheres Guthaben desselben unter Berücksichtigung der entstandenen Gegenansprüche ermittelt ist.

Ueber die infolge der Arbeitsentziehung etwa zu erhebenden vermögensrechtlichen Ansprüche entscheidet in Ermangelung gütlicher Einigung das Schiedsgericht (§ 19.)

§ 10. Ordnungsvorschriften.

Der Unternehmer oder dessen Vertreter muß sich zufolge Aufforderung des bauleitenden Beamten auf der Baustelle einfinden, so oft nach dem Ermessen des letzteren die zu treffenden baulichen Anordnungen ein mündliches Benehmen auf der Baustelle erforderlich machen. Die sämtlichen auf dem Bau beschäftigten Bevollmächtigten, Gehülften und Arbeiter des Unternehmers sind bezüglich der Bauausführung und der Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Bauplatze den Anordnungen des bauleitenden Beamten bzw. dessen Stellvertreters unterworfen. Im Falle des Ungehorsams kann ihre sofortige Entfernung von der Baustelle verlangt werden.

Der Unternehmer hat, wenn nicht ein Anderes ausdrücklich vereinbart worden ist, für das Unterkommen seiner Arbeiter, insoweit dies von dem bauleitenden Beamten für erforderlich erachtet wird, selbst zu sorgen. Er muß für seine Arbeiter auf eigene Kosten an den ihm angewiesenen Orten die nöthigen Abtritte herstellen, sowie für deren regelmäßige Reinigung, Desinfektion und demnächstige Beseitigung Sorge tragen.

Für die Bewachung seiner Gerüste, Werkzeuge, Geräthe u. sowie seiner auf der Baustelle lagernden

Materiellen Sorge zu tragen, ist lediglich Sache des Unternehmers.

Mitbenutzung von Rüstungen.

Die von dem Unternehmer hergestellten Rüstungen sind während ihres Bestehens auch anderen Bauhandwerkern unentgeltlich zur Benutzung zu überlassen. Änderungen an den Rüstungen im Interesse der bequemeren Benutzung seitens der übrigen Bauhandwerker vorzunehmen, ist dem Unternehmer nicht verpflichtet.

§ 11. Beobachtung polizeilicher Vorschriften, Haftung des Unternehmers für seine Angestellten etc.

Für die Befolgung der für Bauausführungen bestehenden polizeilichen Vorschriften und der etwa bestehenden polizeilichen Anordnungen ist der Unternehmer für den ganzen Umfang seiner vertragsmäßigen Verpflichtungen verantwortlich. Kosten, welche ihm dadurch erwachsen, können der Staatskasse gegenüber nicht in Rechnung gestellt werden.

Der Unternehmer trägt insbesondere die Verantwortung für die gehörige Stärke und sonstige Tüchtigkeit der Rüstungen. Dieser Verantwortungen unbeschadet ist er aber auch verpflichtet, eine von dem bauleitenden Beamten angeordnete Ergänzung und Verstärkung der Rüstungen unverzüglich und auf eigene Kosten zu bewirken.

Für alle Ansprüche, die wegen einer ihm selbst oder seinen Bevollmächtigten, Gehülften oder Arbeitern zur Last fallenden Verwahrlosung polizeilicher Vorschriften an die Verwaltung erhoben werden, hat der Unternehmer in jeder Hinsicht aufzukommen.

Uebrigens haftet er in Ausführung des Vertrages für alle Handlungen seiner Bevollmächtigten, Gehülften und Arbeiter persönlich. Er hat insbesondere jeden Schaden an Person oder Eigenthum zu vertreten, welcher durch ihn oder seine Organe Dritten oder der Staatskasse zugefügt wird.

Krankenversicherung der Arbeiter.

Der Unternehmer ist verpflichtet, in Gemäßheit des Gesetzes über die Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. Juni 1883 (R.-G.-Bl. S. 73) die Versicherung der von ihm bei der Bauausführung beschäftigten Personen gegen Krankheit zu bewirken, soweit dieselben nicht bereits nachweislich Mitglieder einer den gesetzlichen Anforderungen entsprechenden Krankenkasse sind.

Auf Verlangen der bauleitenden Behörde hat er gemäß § 70 des genannten Gesetzes gegen Bestellung ausreichender Sicherheit eine den Vorschriften dieses Gesetzes entsprechende Baukrankenkasse entweder für seine nicht bereits anderweitig versicherten versicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten allein, oder mit anderen Unternehmern, welchen die Ausführung von Arbeiten auf eigene Rechnung übertragen wird, gemeinsam zu errichten.

Wird ihm diese Verpflichtung nicht auferlegt, errichtet jedoch die bauleitende Behörde selbst eine Baukrankenkasse, so hat er seine nicht bereits anderweitig versicherten versicherungspflichtigen Arbeiter und Ange-

stellten in diese Kasse aufnehmen zu lassen und erkennt das Statut derselben in allen Bestimmungen als verbindlich an. Zu den Kosten der Rechnungs- und Kassensführung der Baukrankenkasse hat er in diesem Falle auf Verlangen der bauleitenden Behörde einen von derselben festzusetzenden Beitrag zu leisten.

Unterläßt es der Unternehmer, die Krankenversicherung der von ihm beschäftigten versicherungspflichtigen Personen zu bewirken, so ist er verpflichtet, alle Aufwendungen zu erstatten, welche etwa der bauleitenden Behörde hinsichtlich der von ihm beschäftigten Personen durch Erfüllung der aus dem Reichsgesetz vom 15ten Juni 1883 sich ergebenden Verpflichtungen erwachsen.

Etwaige in diesem Falle von der Baukrankenkasse statutenmäßig geleistete Unterstützungen sind von dem Unternehmer gleichfalls zu ersetzen.

Der Unternehmer erklärt hiermit ausdrücklich die von ihm gestellte Caution auf für die Erfüllung der sämtlichen vorstehend bezeichneten Verpflichtungen in Bezug auf die Arbeiter-Krankenversicherung haftbar.

§ 11a. Haftpflicht des Unternehmers bei Eingriffen desselben in die Rechte Dritter.

Für Beschädigungen angrenzender Ländereien, insbesondere durch Entnahme, durch Auflagerung von Erd- und anderen Materialien, außerhalb der schriftlich dazu angewiesenen Flächen, oder durch unbefugtes Betreten, ingleichen für die Folgen eigenmächtiger Beherrungen von Wegen oder Wasserläufen haftet ausschließlich der Unternehmer, mögen diese Handlungen von ihm oder von seinen Bevollmächtigten, Gehülften oder Arbeitern vorgenommen sein.

Für den Fall einer solchen widerrechtlichen und nach pflichtmäßiger Ueberzeugung der Verwaltung dem Unternehmer zur Last fallenden Beschädigung erklärt sich derselbe damit einverstanden, daß die bauleitende Behörde auf Verlangen des Beschädigten durch einen nach Anhörung des Unternehmers von ihr zu wählenden Sachverständigen auf seine Kosten den Betrag des Schadens ermittelt und für seine Rechnung an den Beschädigten auszahlt, im Falle eines rechtlichen Zahlungshindernisses aber hinterlegt, sofern die Zahlung oder Hinterlegung mit der Maßgabe erfolgt, daß dem Unternehmer die Rückforderung für den Fall vorbehalten bleibt, daß auf seine gerichtliche Klage dem Beschädigten der Erlassanspruch ganz oder theilweise aberkannt werden sollte.

§ 12. Aufmessungen während des Baues und Abnahme.

Der bauleitende Beamte ist berechtigt, zu verlangen, daß über alle später nicht mehr nachzumessenden Arbeiten von den beiderseits zu bezeichnenden Auftrags-tragten während der Ausführung gegenseitig anerkennende Notizen geführt werden, welche demnächst der Verrechnung zu Grunde zu legen sind.

Von der Vollendung der Arbeiten oder Lieferungen hat der Unternehmer dem bauleitenden Beamten durch eingeschriebenen Brief Anzeige zu machen, worauf der Termin für die Abnahme mit thunlichster Beschleunigung

anberaumt und dem Unternehmer schriftlich gegen Verhandigungsschein oder mittelst eingeschriebenen Briefes bekannt gegeben wird.

Ueber die Abnahme wird in der Regel eine Verhandlung aufgenommen; auf Verlangen des Unternehmers muß dies geschehen. Die Verhandlung ist von dem Unternehmer bezw. dem für denselben etwa erschienenen Stellvertreter mit zu vollziehen.

Von der über die Abnahme aufgenommenen Verhandlung wird dem Unternehmer auf Verlangen beglaubigte Abschrift mitgetheilt.

Erscheint in dem zur Abnahme anberaumten Termine, gehöriger Benachrichtigung ungeachtet, weder der Unternehmer selbst, noch ein Bevollmächtigter desselben, so gelten die durch die Organe der bauleitenden Behörde bewirkten Aufnahmen, Notirungen u. als anerkannt.

Auf die Feststellung des von dem Unternehmer Geleisteten im Falle der Arbeitsentziehung (§ 9) finden diese Bestimmungen gleichmäßige Anwendung.

Müssen Theillieferungen sofort nach ihrer Anlieferung abgenommen werden, so bedarf es einer besonderen Benachrichtigung des Unternehmers hiervon nicht, vielmehr ist es Sache desselben, für seine Anwesenheit oder Vertretung bei der Abnahme Sorge zu tragen.

§ 13. Rechnungsaufstellung.

Bezüglich der formellen Aufstellung der Rechnung, welche in der Form, Ausdrucksweise, Bezeichnung der Bautheile und Reihenfolge der Positionsnummern genau nach dem Verbindungsanschlage einzurichten ist, hat der Unternehmer den von der bauleitenden Behörde bezw. dem bauleitenden Beamten gestellten Anforderungen zu entsprechen.

Etwaige Mehrarbeiten sind in besonderer Rechnung nachzuweisen, unter deutlichem Hinweis auf die schriftlichen Vereinbarungen, welche bezüglich derselben getroffen worden sind.

Tagelohnrechnungen.

Werden im Auftrage des bauleitenden Beamten seitens des Unternehmers Arbeiten im Tagelohn ausgeführt, so ist die Liste der hierbei beschäftigten Arbeiter dem bauleitenden Beamten oder dessen Vertreter behufs Prüfung ihrer Richtigkeit täglich vorzulegen. Etwaige Ausstellungen dagegen sind dem Unternehmer binnen längstens 8 Tagen mitzutheilen.

Die Tagelohnrechnungen sind längstens von 2 zu 2 Wochen dem bauleitenden Beamten einzureichen.

§ 14. Zahlungen.

Die Schlusszahlung erfolgt auf die vom Unternehmer einzureichende Kostenrechnung alsbald nach vollendeter Prüfung und Feststellung derselben.

Abzahlungsleistungen werden dem Unternehmer in angemessenen Fristen auf Antrag, nach Maßgabe des jeweilig Geleisteten, bis zu der von dem bauleitenden Beamten mit Sicherheit vertretbaren Höhe gewährt.

bleiben bei der Schlussabrechnung Meinungsverschiedenheiten zwischen dem bauleitenden Beamten oder

der bauleitenden Behörde und dem Unternehmer bestehen, so soll das dem Letzteren unbefristet zustehende Guthaben demselben gleichwohl nicht vorenthalten werden. Verzicht auf spätere Geltendmachung aller nicht ausdrücklich vorbehaltenen Ansprüche.

Vor Empfangnahme des von dem bauleitenden Beamten oder der bauleitenden Behörde als Requisition zur Auszahlung angebotenen Betrages muß der Unternehmer alle Ansprüche, welche er aus dem Vertragsverhältnis über die behördlicherseits anerkannten hinaus etwa noch zu haben vermeint, bestimmt bezeichnen und sich vorbehalten, widrigenfalls die Geltendmachung dieser Ansprüche später ausgeschlossen ist.

Zahlende Kasse.

Alle Zahlungen erfolgen, sofern nicht in den besonderen Bedingungen etwas anderes festgesetzt ist, auf der Kasse der bauleitenden Behörde.

§ 15. Gewährleistung.

Die in den besonderen Bedingungen des Vertrages vorgesehene, in Ermangelung solcher nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften sich bestimmende Frist für die dem Unternehmer obliegende Gewährleistung für die Güte der Arbeit oder der Materialien beginnt mit dem Zeitpunkte der Abnahme der Arbeit oder Lieferung.

Der Einwand nicht rechtzeitiger Anzeige von Mängeln gelieferter Waaren (Art. 347 des Handelsgesetzbuches) ist nicht statthaft.

§ 16. Sicherheitsstellung. Bürgen.

Bürgen haben als Selbstschuldner in den Vertrag mit einzutreten.

Kauttionen.

Kauttionen können in baarem Gelde oder guten Werthpapieren oder sicheren — gezogenen — Wechseln oder Sparkassensbüchern bestellt werden.

Die Schuldverschreibungen, welche von dem Deutschen Reiche oder von einem Deutschen Bundesstaate ausgestellt oder garantirt sind, sowie die Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien und die Prioritäts-Obligationen derjenigen Eisenbahnen, deren Erwerb durch den preussischen Staat gesetzlich genehmigt ist, werden zum vollen Kurswerthe als Kauttion angenommen. Die übrigen bei der Deutschen Reichsbank beleihbaren Effekten werden zu dem daselbst beleihbaren Bruchtheil des Kurswerthes als Kauttion angenommen.

Die Ergänzung einer in Werthpapieren bestellten Kauttion kann gefordert werden, falls in Folge eines Kursrückganges der Kurswerth bezw. der zulässige Bruchtheil desselben für den Betrag der Kauttion nicht mehr Deckung bietet.

Baar hinterlegte Kauttionen werden nicht verzinst. Zinstragenden Werthpapieren sind die Talons und Zinsscheine, insoweit bezüglich der letzteren in den besonderen Bedingungen nicht etwas Anders bestimmt wird, beizufügen. Die Zinsscheine werden so lange, als nicht eine Veräußerung der Werthpapiere zur Deckung entstandener Verbindlichkeiten in Aussicht genommen werden muß, an den Fälligkeitsterminen dem Unternehmer ausgehändigt. Für den Umtausch der Talons, die Ein-

lung und den Erfaß ausgelookter Werthpapiere, sowie den Erfaß abgelauener Wechsel hat der Unternehmer zu sorgen.

Falls der Unternehmer in irgend einer Beziehung seinen Verbindlichkeiten nicht nachkommt, kann die Behörde zu ihrer Schadloshaltung auf dem einfachsten, gesetzlich zulässigen Wege die hinterlegten Werthpapiere und Wechsel veräußern bezw. einfassiren.

Die Rückgabe der Kaution, soweit dieselbe für Verbindlichkeiten des Unternehmers nicht in Anspruch zu nehmen ist, erfolgt, nachdem der Unternehmer die ihm obliegenden Verpflichtungen vollständig erfüllt hat und insoweit die Kaution zur Sicherung der Garantieverpflichtung dient, nachdem die Garantiezeit abgelaufen ist. In Ermangelung anderweiter Verabredung gilt als bedungen, daß die Kaution in ganzer Höhe zur Deckung der Garantieverbindlichkeit einzubehalten ist.

§ 17. Uebertragbarkeit des Vertrages.

Ohne Genehmigung der bauleitenden Behörde darf der Unternehmer seine vertragmäßigen Verpflichtungen nicht auf Andere übertragen.

Bersfällt der Unternehmer vor Erfüllung des Vertrages in Konkurs, so ist die bauleitende Behörde berechtigt, den Vertrag mit dem Tage der Konkursöffnung aufzuheben.

Bezüglich der in diesem Falle zu gewährenden Vergütung, sowie der Gewährung von Abschlagszahlungen finden die Bestimmungen des § 9 sinngemäße Anwendung.

Für den Fall, daß der Unternehmer mit Tode abgehen sollte, bevor der Vertrag vollständig erfüllt ist, hat die bauleitende Behörde die Wahl, ob sie das Vertragsverhältniß mit den Erben desselben fortsetzen oder dasselbe als aufgelöst betrachten will.

§ 18. Gerichtsstand.

Für die aus diesem Vertrage entspringenden Rechtsstreitigkeiten hat der Unternehmer — unteschadet der im § 19 vorgesehenen Inständigkeit eines Schiedsgerichts — bei dem für den Ort der Bauausführungen zuständigen Gerichte Recht zu nehmen.

§ 19. Schiedsgericht.

Streitigkeiten über die durch den Vertrag begründeten Rechte und Pflichten, sowie über die Ausführung des Vertrages sind zunächst der vertragsschließenden Behörde zur Entscheidung vorzulegen.

Die Entscheidung dieser Behörde gilt als anerkannt, falls der Unternehmer nicht binnen vier Wochen, vom Tage der Zustellung derselben, der Behörde angezeigt, daß er auf schiedsrichterliche Entscheidung antrage.

Die Fortführung der Bauarbeiten nach Maßgabe der von der Verwaltung getroffenen Anordnungen darf hierdurch nicht aufgehalten werden.

Auf das schiedsrichterliche Verfahren finden die Vorschriften der Deutschen Civil-Prozessordnung vom 30. Januar 1877 §§ 851—872 Anwendung.

Falls über die Bildung des Schiedsgerichts durch die besonderen Vertragsbedingungen abweichende Vor-

schriften nicht getroffen sind, ernennen die Verwaltung und der Unternehmer je einen Schiedsrichter. Dieselben sollen nicht gewählt werden aus der Zahl der unmittelbar Beteiligten oder derjenigen Beamten, zu deren Geschäftskreis die Angelegenheit gehört hat.

Falls die Schiedsrichter sich über einen gemeinsamen Schiedsspruch nicht einigen können, wird das Schiedsgericht durch einen Obmann ergänzt. Derselbe wird von den Schiedsrichtern gewählt, oder, wenn diese sich nicht einigen können, von dem Präsidenten derjenigen benachbarten Provinzialbehörde desselben Verwaltungszweiges ernannt, deren Sitz dem Orte der vertragsschließenden Behörde am nächsten belegen ist.

Der Obmann hat die weiteren Verhandlungen zu leiten und darüber zu befinden, ob und in wie weit eine Ergänzung der bisherigen Verhandlungen (Beweisaufnahme u. s. w.) stattzufinden hat. Die Entscheidung über den Streitgegenstand erfolgt dagegen nach Stimmenmehrheit.

Bestehen in Beziehung auf Summen, über welche zu entscheiden ist, mehr als zwei Meinungen, so wird die für die größte Summe abgegebene Stimme der für die zunächst geringere abgegebenen hinzugerechnet.

Ueber die Tragung der Kosten des schiedsrichterlichen Verfahrens entscheidet das Schiedsgericht nach billigem Ermessen.

Wird der Schiedsspruch in den im § 867 der Civil-Prozessordnung bezeichneten Fällen aufgehoben, so hat die Entscheidung des Streitfalles im ordentlichen Rechtswege zu erfolgen.

§ 20. Kosten und Stempel.

Briefe und Depeschen, welche den Abschluß und die Ausführung des Vertrages betreffen, werden beiderseits frankirt.

Die Portokosten für solche Geld- und sonstigen Sendungen, welche im ausschließlichen Interesse des Unternehmers erfolgen, trägt der letztere.

Die Kosten des Vertragstempels trägt der Unternehmer nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen.

Die übrigen Kosten des Vertragsabschlusses fallen jedem Theile zur Hälfte zur Last.

Die vorstehenden Bedingungen werden hierdurch wiederholt mit dem Bemerken öffentlich bekannt gemacht, daß dieselben bei der Vergabe von Arbeiten und Lieferungen im Bereiche der Allgemeinen Bauverwaltung, der Staatsbahn- und Bergverwaltung, sowie im Bereiche der königlichen Ministerien: des Innern, der Finanzen, für Handel und Gewerbe, der Justiz, der geistlichen u. Angelegenheiten und für Landwirtschaft, Domainen und Forsten, bei letzterem Ministerium jedoch nur für die landwirtschaftliche und Gutsverwaltung in Anwendung zu bringen sind.

Ferner wird mit Bezug auf § 6 der Bedingungen für die Bewerbung um Arbeiten und Lieferungen bemerkt, daß für den Verwaltungsbezirk Berlin eine Zuschlagsfrist von 28 Tagen festgesetzt ist.

anberaumt und dem Unternehmer schriftlich gegen Gehändigungsschein oder mittelst eingeschriebenen Briefes bekannt gegeben wird.

Ueber die Abnahme wird in der Regel eine Verhandlung aufgenommen; auf Verlangen des Unternehmers muß dies geschehen. Die Verhandlung ist von dem Unternehmer bezw. dem für denselben etwa erschiedenen Stellvertreter mit zu vollziehen.

Von der über die Abnahme aufgenommenen Verhandlung wird dem Unternehmer auf Verlangen beglaubigte Abschrift mitgetheilt.

Erscheint in dem zur Abnahme anberaumten Termine, gehöriger Benachrichtigung ungeachtet, weder der Unternehmer selbst, noch ein Bevollmächtigter desselben, so gelten die durch die Organe der bauleitenden Behörde bewirkten Aufnahmen, Notirungen u. als anerkannt.

Auf die Feststellung des von dem Unternehmer Geleisteten im Falle der Arbeitsentziehung (§ 9) finden diese Bestimmungen gleichmäßige Anwendung.

Müssen Theillieferungen sofort nach ihrer Anlieferung abgenommen werden, so bedarf es einer besonderen Benachrichtigung des Unternehmers hiervon nicht, vielmehr ist es Sache desselben, für seine Anwesenheit oder Vertretung bei der Abnahme Sorge zu tragen.²

§ 13. Rechnungsaufstellung.

Bezüglich der formellen Aufstellung der Rechnung, welche in der Form, Ausdrucksweise, Bezeichnung der Bauteile und Reihenfolge der Positionsnummern genau nach dem Verbindungsanschlusse einzurichten ist, hat der Unternehmer den von der bauleitenden Behörde bezw. dem bauleitenden Beamten gestellten Anforderungen zu entsprechen.

Etwaige Mehrarbeiten sind in besonderer Rechnung nachzuweisen, unter deutlichem Hinweis auf die schriftlichen Vereinbarungen, welche bezüglich derselben getroffen worden sind.

Tagelohnrechnungen.

Werden im Auftrage des bauleitenden Beamten seitens des Unternehmers Arbeiten im Tagelohn ausgeführt, so ist die Liste der hierbei beschäftigten Arbeiter dem bauleitenden Beamten oder dessen Vertreter behufs Prüfung ihrer Richtigkeit täglich vorzulegen. Etwaige Ausstellungen dagegen sind dem Unternehmer binnen längstens 8 Tagen mitzutheilen.

Die Tagelohnrechnungen sind längstens von 2 zu 2 Wochen dem bauleitenden Beamten einzureichen.

§ 14. Zahlungen.

Die Schlusszahlung erfolgt auf die vom Unternehmer einzureichende Kostenrechnung alsbald nach vollendeter Prüfung und Feststellung derselben.

Abzahlungszahlungen werden dem Unternehmer in angemessenen Fristen auf Antrag, nach Maßgabe des jeweilig geleisteten, bis zu der von dem bauleitenden Beamten mit Sicherheit vertretbaren Höhe gewährt.

bleiben bei der Schlussabrechnung Meinungsverschiedenheiten zwischen dem bauleitenden Beamten oder

der bauleitenden Behörde und dem Unternehmer bestehen, so soll das dem Letzteren unbefristet zustehende Guthaben demselben gleichwohl nicht vorenthalten werden. Verzicht auf spätere Geltendmachung aller nicht ausdrücklich vorbehaltenen Ansprüche.

Vor Empfangnahme des von dem bauleitenden Beamten oder der bauleitenden Behörde als Restguthaben zur Auszahlung angebotenen Betrages muß der Unternehmer alle Ansprüche, welche er aus dem Vertragsverhältnis über die behördlicherseits anerkannten hinaus etwa noch zu haben vermeint, bestimmt bezeichnen und sich vorbehalten, widrigenfalls die Geltendmachung dieser Ansprüche später ausgeschlossen ist.

Zahlende Kasse.

Alle Zahlungen erfolgen, sofern nicht in den besonderen Bedingungen etwas anderes festgesetzt ist, auf der Kasse der bauleitenden Behörde.

§ 15. Gewährleistung.

Die in den besonderen Bedingungen des Vertrages vorgesehene, in Ermangelung solcher nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften sich bestimmende Frist für die dem Unternehmer obliegende Gewährleistung für die Güte der Arbeit oder der Materialien beginnt mit dem Zeitpunkte der Abnahme der Arbeit oder Lieferung.

Der Einwand nicht rechtzeitiger Anzeige von Mängeln gelieferter Waaren (Art. 347 des Handelsgesetzbuches) ist nicht statthaft.

§ 16. Sicherheitsstellung. Bürgen.

Bürgen haben als Selbstschuldner in den Vertrag mit einzutreten.

Kauttionen.

Kauttionen können in baarem Gelde oder guten Werthpapieren oder sicheren — gezogenen! — Wechseln oder Sparkassensbüchern bestellt werden.

Die Schuldverschreibungen, welche von dem Deutschen Reiche oder von einem Deutschen Bundesstaate ausgestellt oder garantirt sind, sowie die Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien und die Prioritäts-Obligationen derjenigen Eisenbahnen, deren Erwerb durch den Preussischen Staat gesetzlich genehmigt ist, werden zum vollen Kurswerthe als Kauttion angenommen. Die übrigen bei der Deutschen Reichsbank beleihbaren Effekten werden zu dem daselbst beleihbaren Bruchtheil des Kurswerthes als Kauttion angenommen.

Die Ergänzung einer in Werthpapieren bestellten Kauttion kann gefordert werden, falls in Folge eines Kursrückganges der Kurswerth bezw. der zulässige Bruchtheil desselben für den Betrag der Kauttion nicht mehr Deckung bietet.

Baar hinterlegte Kauttionen werden nicht verzinst. Zinstragenden Werthpapieren sind die Talons und Zinscheine, insoweit bezüglich der letzteren in den besonderen Bedingungen nicht etwas Anders bestimmt wird, beizufügen. Die Zinscheine werden so lange, als nicht eine Veräußerung der Werthpapiere zur Deckung entstandener Verbindlichkeiten in Aussicht genommen werden muß, an den Fälligkeitsterminen dem Unternehmer ausgehändigt. Für den Umtausch der Talons, die Ein-

lösung und den Erlass ausgelookter Werthpapiere, sowie den Erlass abgelauener Wechsel hat der Unternehmer zu sorgen.

Falls der Unternehmer in irgend einer Beziehung seinen Verbindlichkeiten nicht nachkommt, kann die Behörde zu ihrer Schadloshaltung auf dem einfachsten, gesetzlich zulässigen Wege die hinterlegten Werthpapiere und Wechsel veräußern bezw. einkassiren.

Die Rückgabe der Kaution, soweit dieselbe für Verbindlichkeiten des Unternehmers nicht in Anspruch zu nehmen ist, erfolgt, nachdem der Unternehmer die ihm obliegenden Verpflichtungen vollständig erfüllt hat und insoweit die Kaution zur Sicherung der Garantieverpflichtung dient, nachdem die Garantiezeit abgelaufen ist. In Ermangelung anderweiter Verabredung gilt als bedungen, daß die Kaution in ganzer Höhe zur Deckung der Garantieverbindlichkeit einzubehalten ist.

§ 17. Uebertragbarkeit des Vertrages.

Ohne Genehmigung der bauleitenden Behörde darf der Unternehmer seine vertragsmäßigen Verpflichtungen nicht auf Andere übertragen.

Verfällt der Unternehmer vor Erfüllung des Vertrages in Konkurs, so ist die bauleitende Behörde berechtigt, den Vertrag mit dem Tage der Konkursöffnung aufzuheben.

Bezüglich der in diesem Falle zu gewährenden Vergütung, sowie der Gewährung von Abschlagszahlungen finden die Bestimmungen des § 9 sinngemäße Anwendung.

Für den Fall, daß der Unternehmer mit Tode abgehen sollte, bevor der Vertrag vollständig erfüllt ist, hat die bauleitende Behörde die Wahl, ob sie das Vertragsverhältniß mit den Erben desselben fortsetzen oder dasselbe als aufgelöst betrachten will.

§ 18. Gerichtsstand.

Für die aus diesem Vertrage entspringenden Streitigkeiten hat der Unternehmer — unbeschadet der im § 19 vorgesehenen Inständigkeit eines Schiedsgerichts — bei dem für den Ort der Bauausführungen zuständigen Gerichte Recht zu nehmen.

§ 19. Schiedsgericht.

Streitigkeiten über die durch den Vertrag begründeten Rechte und Pflichten, sowie über die Ausführung des Vertrages sind zunächst der vertragschließenden Behörde zur Entscheidung vorzulegen.

Die Entscheidung dieser Behörde gilt als anerkannt, falls der Unternehmer nicht binnen vier Wochen, vom Tage der Zustellung derselben, der Behörde angezeigt, daß er auf schiedsrichterliche Entscheidung antrage.

Die Fortführung der Bauarbeiten nach Maßgabe der von der Verwaltung getroffenen Anordnungen darf hierdurch nicht aufgehalten werden.

Auf das schiedsrichterliche Verfahren finden die Vorschriften der Deutschen Civil-Prozessordnung vom 30. Januar 1877 §§ 851—872 Anwendung.

Falls über die Bildung des Schiedsgerichts durch die besonderen Vertragsbedingungen abweichende Vor-

schriften nicht getroffen sind, ernennen die Verwaltung und der Unternehmer je einen Schiedsrichter. Dieselben sollen nicht gewählt werden aus der Zahl der unmittelbar Beteiligten oder derjenigen Beamten, zu deren Geschäftskreis die Angelegenheit gehört hat.

Falls die Schiedsrichter sich über einen gemeinsamen Schiedsspruch nicht einigen können, wird das Schiedsgericht durch einen Obmann ergänzt. Derselbe wird von den Schiedsrichtern gewählt, oder, wenn diese sich nicht einigen können, von dem Präsidenten derjenigen benachbarten Provinzialbehörde desselben Verwaltungszweiges ernannt, deren Sitz dem Orte der vertragschließenden Behörde am nächsten belegen ist.

Der Obmann hat die weiteren Verhandlungen zu leiten und darüber zu befinden, ob und in wie weit eine Ergänzung der bisherigen Verhandlungen (Beweisaufnahme u. s. w.) stattzufinden hat. Die Entscheidung über den Streitgegenstand erfolgt dagegen nach Stimmenmehrheit.

Bestehen in Beziehung auf Summen, über welche zu entscheiden ist, mehr als zwei Meinungen, so wird die für die größte Summe abgegebene Stimme der für die zunächst geringere abgegebenen hinzugerechnet.

Ueber die Tragung der Kosten des schiedsrichterlichen Verfahrens entscheidet das Schiedsgericht nach billigem Ermessen.

Wird der Schiedsspruch in den im § 867 der Civil-Prozessordnung bezeichneten Fällen aufgehoben, so hat die Entscheidung des Streitfalles im ordentlichen Rechtswege zu erfolgen.

§ 20. Kosten und Stempel.

Briefe und Depeschen, welche den Abschluß und die Ausführung des Vertrages betreffen, werden beiderseits frankirt.

Die Portokosten für solche Geld- und sonstigen Sendungen, welche im ausschließlichen Interesse des Unternehmers erfolgen, trägt der letztere.

Die Kosten des Vertragsstempels trägt der Unternehmer nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen.

Die übrigen Kosten des Vertragsabschlusses fallen jedem Theile zur Hälfte zur Last.

* * *

Die vorstehenden Bedingungen werden hierdurch wiederholt mit dem Bemerken öffentlich bekannt gemacht, daß dieselben bei der Vergebung von Arbeiten und Lieferungen im Bereiche der Allgemeinen Bauverwaltung, der Staatseisenbahn- und Bergverwaltung, sowie im Bereiche der Königlichen Ministerien: des Innern, der Finanzen, für Handel und Gewerbe, der Justiz, der geistlichen u. Angelegenheiten und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, bei letzterem Ministerium jedoch nur für die landwirthschaftliche und Gutsverwaltung in Anwendung zu bringen sind.

Ferner wird mit Bezug auf § 6 der Bedingungen für die Bewerbung um Arbeiten und Lieferungen bemerkt, daß für den Verwaltungsbezirk Berlin eine Zuschlagsfrist von 28 Tagen festgesetzt ist.

B. Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen und Lieferungen. (Diese Bedingungen gelten nur für die Lieferung von beweglichen Sachen, soweit nicht die allgemeinen Vertragsbedingungen zu A. Anwendung finden.)

§ 1. Gegenstand des Vertrages.

Den Gegenstand des Unternehmens bildet die Ausführung der im Vertrage bezeichneten Leistung bezw. Lieferung.

Im Einzelnen bestimmt sich Art und Umfang derselben nach dem Vertrage, den etwa zugehörigen Zeichnungen und sonstigen dazu gehörigen Unterlagen.

Nachträgliche Abänderungen der Beschaffenheit des Lieferungsgegenstandes oder der Leistung anzuordnen, bleibt der Verwaltung vorbehalten. Wird dadurch eine Preisänderung bedingt, so erfolgt die Entschädigung hierfür im billigen Verhältnis zu dem vertragsmäßig vereinbarten Preise. Die Entschädigungsätze sind rechtzeitig schriftlich zu vereinbaren. Leistungen und Lieferungen, welche in dem Vertrage oder in den dazu gehörigen Unterlagen nicht vorgesehen sind, können dem Unternehmer nur mit seiner Zustimmung übertragen werden.

§ 2. Berechnung der Vergütung.

Die dem Unternehmer zukommende Vergütung wird nach den wirklichen Leistungen und Lieferungen, unter Zugrundelegung der vertragsmäßigen Einheitspreise berechnet.

Insofern für Nebenleistungen, sowie für das Vorhalten von Werkzeug und Geräten u. nicht besondere Preisansätze vorgesehen sind, umfassen die vereinbarten Preise zugleich die Vergütung für Nebenleistungen aller Art. Auch die Bestellung der zu den Güteprüfungen erforderlichen Arbeitskräfte, Maschinen und Geräte liegt dem Unternehmer ohne besondere Entschädigung ob.

Etwaige auf den Lieferungsgegenständen beruhende Patentgebühren trägt der Unternehmer. Derselbe hat die Verwaltung gegen Patentansprüche Dritter zu vertreten.

Für Fässer und Verpackungsmaterial wird weder eine Vergütung geleistet noch eine Gewähr für gute Aufbewahrung übernommen. Dieselben gehen in das Eigentum der Verwaltung über, sofern nicht abweichende Vereinbarungen getroffen sind.

§ 3. Mehr-Leistungen bezw. Lieferungen gegen den Vertrag.

Einseitig bezw. ohne vorherige Bestellung (Auftrag) von dem Unternehmer bewirkte Leistungen oder Lieferungen brauchen nicht angenommen zu werden, auch ist die Verwaltung befugt, solche Leistungen auf Gefahr und Kosten des Unternehmers wieder beseitigen zu lassen. Letzterer hat bei Nichtannahme nicht nur keinerlei Vergütung für derartige Leistungen oder Lieferungen zu beanspruchen, sondern muß auch für allen Schaden aufkommen, welcher etwa durch diese Abweichungen vom Vertrage für die Verwaltung entstanden ist.

§ 4. Beginn, Fortführung und Vollendung der Leistungen und Lieferungen; Verzugsstrafe.

Der Beginn, die Fortführung und Vollendung der Leistungen und Lieferungen hat nach den im Vertrage festgesetzten Fristen zu erfolgen. Ist in demselben über den Beginn der Leistungen und Lieferungen eine Vereinbarung nicht enthalten, so hat der Unternehmer spätestens 14 Tage nach schriftlicher Aufforderung Seitens der zuständigen Verwaltung bezw. deren Vertreter mit den Leistungen oder Lieferungen zu beginnen. Die Leistung oder Lieferung muß im Verhältnis zu den bedingenen Vollendungsfristen fortgesetzt angemessen gefördert werden.

Die Vorräte an Materialien müssen allezeit den übernommenen Leistungen und Lieferungen entsprechen.

Die Verwaltung ist berechtigt, eine verwirkte Verzugsstrafe von dem Guthaben des Unternehmers einzubehalten. Dieselbe gilt nicht für erlassen, wenn die verspätete Vertragserfüllung ganz oder theilweise ohne Vorbehalt angenommen worden ist.

Für die Berechnung einer Verzugsstrafe bei Leistungen und Lieferungen ist der Tag maßgebend, an welchem die Leistung nach dem Vertrage fertiggestellt bezw. die Anlieferung an dem in demselben bezeichneten Anlieferungsorte stattfinden sollte.

Eine tageweise zu berechnende Verzugsstrafe für verspätete Ausführung von Leistungen und Lieferungen bleibt für die in die Zeit einer Verzögerung fallenden Sonntage und allgemeinen Feiertage außer Anschlag.

§ 5. Hinderung der Ausführung der Leistungen und Lieferungen.

Glaubt der Unternehmer sich in der ordnungsmäßigen Fortführung der übernommenen Leistungen bez. Lieferungen durch Anordnungen der Verwaltung, höhere Gewalt, oder durch andere zwingende, unabwendbare Umstände behindert, so hat er der Verwaltung hiervon sofort Anzeige zu erstatten.

Unterläßt der Unternehmer diese Anzeige, so steht ihm ein Anspruch auf Berücksichtigung der betreffenden angeblich hindernden Umstände nicht zu.

Der Verwaltung bleibt vorbehalten, falls die bezüglichen Angaben des Unternehmers für begründet zu erachten sind, eine angemessene Verlängerung der im Vertrage festgesetzten Leistungs- oder Lieferungsfristen, vorbehaltlich der etwa erforderlichen höheren Genehmigung zu bewilligen.

Nach Beseitigung derartiger Hinderungen sind die Leistungen oder Lieferungen ohne weitere Aufforderung ungehäumt wieder aufzunehmen.

§ 6. Güte der Leistungen bezw. der gelieferten Gegenstände und Güteprüfung.

Die Leistungen oder Lieferungen müssen den besten Regeln der Technik, den besonderen Vertragsbedingungen und den sonstigen Vertragsunterlagen (Proben, Mustern, Zeichnungen u. s. w.) entsprechen.

Behufs Ueberwachung der Ausführung der Leistungen und Lieferungen, sowie Vornahme von Material-

Prüfungen steht den von der Verwaltung zu beauftragenden Personen jederzeit während der Arbeitsstunden der Zutritt zu den Arbeitsplätzen und Werkstätten frei, in welchen zu dem Unternehmen gehörige Gegenstände angefertigt werden. Auf Verlangen hat Unternehmer deshalb den Beginn der Herstellungsarbeiten rechtzeitig der Verwaltung anzuzeigen. Müssen einzelne Leistungen oder Theillieferungen sofort nach ihrer Ausführung geprüft werden, so bedarf es einer besonderen Benachrichtigung des Unternehmers hiervon nicht, vielmehr ist es Sache desselben, für seine Anwesenheit oder Vertretung bei der Prüfung Sorge zu tragen.

Im Uebrigen steht es der Verwaltung frei, die Prüfung der Materialien auf dem Werke des Unternehmers oder in den Werkstätten bezw. Magazinen der Verwaltung vorzunehmen.

Entstehen zwischen letzterer und dem Unternehmer Meinungsverschiedenheiten über die Zuverlässigkeit der hierbei angewendeten Maschinen oder Untersuchungsarten, so kann der Unternehmer eine weitere Prüfung in den königlichen Versuchsanstalten zu Charlottenburg verlangen, deren Festsetzungen endgültig entscheidend sind.

Die hierbei entstehenden Kosten trägt der unterliegende Theil. Die bei der Güteprüfung nicht bedingungsgemäß befundenen Gegenstände hat Unternehmer binnen einer von der Verwaltung zu bestimmenden angemessenen Frist, welche vom Tage der bezüglichen Aufforderung an gerechnet wird, unentgeltlich und falls die Güteprüfung nicht in der Werkstatt, Fabrik u. des Unternehmers stattgefunden hat, auch frei Anlieferungs-ort zu erlegen.

Für die durch Zurückweisung nicht bedingungsgemäßer Gegenstände entstehenden Kosten und Verluste an Materialien hat der Unternehmer die Verwaltung schadlos zu halten.

§ 7. Ort der Anlieferung und Versand.

Die Anlieferung der Leistungs- und Lieferungsgegenstände hat nach den Bestimmungen des Vertrages zu erfolgen.

Hat die Anlieferung frei Waggon zu erfolgen, so ist Unternehmer verpflichtet, die Materialien unter thunlichster Ausnutzung der Tragfähigkeit der Eisenbahnwagen aufzugeben und die hierbei entstehenden Nebenkosten wie z. B. für die Ausfertigung der Frachtbriefe und die etwa verlangte bahnamtliche Feststellung des Gewichts der Sendung zu tragen.

In die Frachtbriefe sind seitens des Unternehmers die zu versendenden Materialien nach deren Benennung, Stückzahl, Gewicht und bezw. Länge aufzunehmen.

Unterlassung der Gewichtsangabe im Frachtbriefe seitens des Absenders soll einem Antrage desselben auf bahnamtliche Feststellung des Gewichts gleich geachtet werden.

§ 8. Abnahme und Gewährleistung.

Die Abnahme der Leistungs- und Lieferungsgegenstände erfolgt an den von der Verwaltung zu bestimmenden Empfangs-(Erfüllungs-)Orten und geht erst

mit diesem Zeitpunkt das Eigenthum an denselben und die Gefahr auf die Verwaltung über.

Ist die im § 6 vorgegebene Güteprüfung bereits vorher vorgenommen, und das Ergebniss derselben als bedingungsgemäß anerkannt worden, so ändert eine Wiederholung derselben bei der Abnahme in der Regel nicht statt.

Mit der Abnahme beginnt die in den besonderen Bedingungen des Vertrages vorgesehene, in Ermangelung solcher nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften sich bestimmende Frist für die dem Unternehmer obliegende Gewährleistung für die Güte der Leistung bezw. der gelieferten Gegenstände.

Der Einwand nicht rechtzeitiger Anzeige von Mängeln gelieferter Waaren (Art. 347 des Handelsgesetzbuches) ist nicht statthaft.

Bezüglich der bei der Abnahme zurückgewiesenen Gegenstände liegt dem Unternehmer die gleiche Ersatzverpflichtung wie bezüglich der bei der Güteprüfung nicht bedingungsgemäß befundenen Gegenstände ob (§ 6).

Für alle Gegenstände dagegen, welche sich während der Dauer der Gewährleistung als nicht bedingungsgemäß erweisen bezw. für solche, welche in Folge schlechten Materials oder mangelhafter Herstellung bei gewöhnlicher Benützung d. h. mit Ausschluß nachweisbarer Unfälle betriebsunbrauchbar werden oder bei der Bearbeitung sich als fehlerhaft herausstellen, ist Unternehmer verpflichtet:

a. sofern nach den besonderen Bedingungen Naturaler-ersatz stattfindet:

neue, den Bedingungen entsprechende Stücke frei Empfangs-(Erfüllungs-)Ort innerhalb einer von der Verwaltung zu bestimmenden Frist zu liefern,

b. sofern nach den besonderen Bedingungen Geldausgleich eintritt:

- 1) den vertragsmäßigen Lieferpreis,
- 2) die Frachtkosten von dem Anlieferungs-ort bezw. der demselben zunächst gelegenen Station nach dem Erfüllungsorte zu vergüten.

Bei Berechnung der Frachtkosten wird der zur Zeit der Erlassforderung gültige Tarif für Wagenladungen von 10000 kg zu Grunde gelegt. Die bezüglichen Beträge sind innerhalb vier (4) Wochen nach ergangener Aufforderung einzuzahlen.

§ 9. Gemeinsame Bestimmungen für die Güteprüfung, Abnahme und Gewährleistung.

Unbeschadet des Rechts, seine Ansprüche im schiedsrichterlichen Verfahren (§ 16) geltend zu machen, ist Unternehmer verpflichtet, sich zunächst dem Urtheile des mit der Güteprüfung bezw. Abnahme betrauten Beamten der Verwaltung zu unterwerfen. Etwa erforderliche Nacharbeiten an einzelnen, den Bedingungen nicht voll entsprechenden Leistungs- oder Lieferungsgegenständen hat der Unternehmer ungehäumt auszuführen, widrigenfalls dies seitens der Verwaltung auf seine Kosten geschehen kann.

Im Falle nicht rechtzeitiger und bedingungsgemäßer

Erfolgsleistung für zurückgewiesene bezw. während der Garantiezeit schadhaft gewordene Gegenstände hat die Verwaltung das Recht, dieselben auf Kosten des Unternehmers anderweit zu beschaffen. Auch ist Unternehmer verpflichtet, auf der Verwaltung gehörigen Lagerplätzen befindliche, zurückgewiesene bezw. während der Garantiezeit schadhaft gewordene Gegenstände, welche letztere auf der der Verwendungsstelle zunächst belegenen Station von der Verwaltung werden zur Verfügung gestellt werden, alsbald von der Lagerstelle zu entfernen. Geschieht dies innerhalb der gesetzten Frist nicht, so können diese Gegenstände seitens der Verwaltung auf Kosten und für Rechnung des Unternehmers beliebig veräußert werden.

§ 10. Entziehung der Leistungen bezw. Lieferungen.

Die Verwaltung ist, unbeschadet der ihr gesetzlich zustehenden Rechte, befugt, dem Unternehmer die Leistungen und Lieferungen ganz oder theilweise zu entziehen und den noch nicht vollendeten Theil derselben auf seine Kosten auszuführen zu lassen oder selbst für seine Rechnung auszuführen, wenn

- a. derselbe nicht spätestens binnen 14 Tagen nach Aufforderung die Sicherheitsstellung bewirkt oder
- b. seine Leistungen oder Lieferungen untüchtig oder
- c. nach Maßgabe der verlaufenden Zeit nicht genügend gefördert sind.

Im letzteren Falle ist vor der Entziehung der Leistung oder Lieferung der Unternehmer zur Beseitigung der vorliegenden Mängel bezw. zur Befolgung der getroffenen Anordnungen unter Verwilligung einer angemessenen Frist schriftlich aufzufordern.

Von der verfügten Entziehung wird dem Unternehmer durch eingeschriebenen Brief Eröffnung gemacht.

Nach beendeter Leistung bezw. Lieferung wird dem Unternehmer eine Abrechnung über die für ihn sich ergebende Forderung und Schuld mitgetheilt.

Abzlagszahlungen können im Falle der Entziehung der Leistung oder Lieferung dem Unternehmer nur innerhalb desjenigen Betrages gewährt werden, welcher als sicheres Guthaben desselben unter Berücksichtigung der entstandenen Gegenansprüche ermittelt ist.

Ueber die in Folge der Entziehung einer Leistung oder Lieferung etwa zu erhebenden vermögensrechtlichen Ansprüche entscheidet in Ermangelung gütlicher Einigung das Schiedsgericht (§ 16).

§ 11. Rechnungsaufstellung seitens des Unternehmers.

Bezüglich der formellen Aufstellung der Rechnung, welche in der Form, Ausdrucksweise und Reihenfolge der Positionsnummern genau nach dem Vertrage bezw. dessen Unterlagen einzurichten ist, hat der Unternehmer den von der Verwaltung gestellten Anforderungen zu entsprechen.

Etwaige Mehr-Leistungen und Lieferungen sind in besonderer Rechnung nachzuweisen, unter deutlichem Hinweis auf die schriftlichen Vereinbarungen, welche bezüglich derselben getroffen worden sind.

§ 12. Zahlungen.

Die Schlusszahlung erfolgt auf die vom Unternehmer einzureichende Rechnung alsbald nach vollendeter Prüfung und Feststellung derselben.

Abzlagszahlungen werden dem Unternehmer in angemessenen Fristen auf Antrag, nach Maßgabe des jeweilig Geleisteten oder Gelieferten, bis zu der von der Verwaltung mit Sicherheit vertretbaren Höhe gewährt.

Hiervon können noch nicht hinterlegte Kautionbeträge (§ 13), sowie anderweitige von dem Unternehmer nach Inhalt des Vertrages zu vertretende Forderungen der Verwaltung in Abzug gebracht werden.

Verbleiben bei der Schlussabrechnung Meinungsverschiedenheiten zwischen der Verwaltung und dem Unternehmer bestehen, so soll das dem Letzteren unbestritten zustehende Guthaben demselben gleichwohl nicht vorenthalten werden.

Verzicht auf spätere Geltendmachung aller nicht ausdrücklich vorbehaltenen Ansprüche.

Vor Empfangnahme des von der Verwaltung als Restguthaben zur Auszahlung angebotenen Betrages muß der Unternehmer alle Ansprüche, welche er aus dem Vertragsverhältnis über die behördlicherseits anerkannten hinaus etwa noch zu haben vermeint, bestimmt bezeichnen und sich schriftlich vorbehalten, widrigenfalls die Geltendmachung dieser Ansprüche später ausgeschlossen ist.

Zahlende Kasse.

Alle Zahlungen erfolgen, sofern nicht in den besonderen Bedingungen bezw. im Vertrage etwas Anderes festgesetzt ist, aus der Kasse der Behörde, für welche die Leistung oder Lieferung ausgeführt wird.

§ 13. Sicherheitsstellung.

Die Sicherheit für die vollständige Vertragserfüllung kann durch Bürgen oder Kaution gestellt werden.

Bürgen haben als Selbstschuldner in den Vertrag mit einzutreten.

Die Höhe der zu bestellenden Kaution beträgt (5) fünf Prozent der Vertragssumme.

Kautionen können in barem Gelde oder guten Werthpapieren oder sicheren — gezogenen — Wechseln oder Sparkassenbüchern bestellt werden. Die als Kautionen hingebenen Werthpapiere oder Sparkassenbücher werden zum Kaufpfand bestellt.

Die Schuldschreibungen, welche von dem Deutschen Reiche oder von einem Deutschen Bundesstaate ausgestellt oder garantirt sind, sowie die Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien und die Prioritätsobligationen derjenigen Eisenbahnen, deren Erwerb durch den preussischen Staat gesetzlich genehmigt ist, werden zum vollen Kurswerthe als Kaution angenommen. Die übrigen bei der Deutschen Reichsbank beleihbaren Effekten werden zu dem daselbst beleihbaren Bruchtheil des Kurswerthes als Kaution angenommen.

Die Ergänzung einer in Werthpapieren bestellten

Kautions kann gefordert werden, falls in Folge eines Kursrückganges der Kurswerth bezw. der zulässige Bruchtheil desselben für den Betrag der Kautions nicht mehr Deckung bietet.

Baar hinterlegte Kautions werden nicht verzinst.

Zins tragenden Werthpapieren sind die Zinsscheine-Anweisungen (Talons) und Zinsscheine, insoweit bezüglich der letzteren im Vertrage nicht etwas Anderes bestimmt wird, beizufügen. Die Zinsscheine werden so lange, als nicht eine Veräußerung der Werthpapiere zur Deckung entstandener Verbindlichkeiten in Aussicht genommen werden muß, an den Fälligkeitsterminen dem Unternehmer ausgehändigt. Für den Umlauf der Zinsscheine-Anweisungen (Talons), die Einlösung und den Ersatz ausgelookter Werthpapiere, sowie den Ersatz abgelaufener Wechsel hat der Unternehmer zu sorgen.

Falls der Unternehmer in irgend einer Beziehung seinen Verbindlichkeiten nicht nachkommt, kann die Verwaltung zu ihrer Schadloshaltung die hinterlegten Werthpapiere und Wechsel auf dem einfachsten Wege außergerichtlich veräußern bezw. einfassiren.

Die Rückgabe der Kautions, soweit dieselbe für Verbindlichkeiten des Unternehmers nicht in Anspruch zu nehmen ist, erfolgt zu dreifünftel ($\frac{2}{5}$) des Gesamtbetrages, nachdem der Unternehmer die bedingungs-gemäße Ausführung der Leistung und Lieferung bewirkt hat. Die Rückgabe der übrigen zweifünftel ($\frac{2}{5}$) findet statt, wenn die Zeit der etwa vorgesehenen Gewährleistung abgelaufen ist und die Ersagansprüche erledigt sind.

§ 14. Uebertragbarkeit des Vertrages.

Ohne Genehmigung der Verwaltung darf der Unternehmer seine vertragsmäßigen Verpflichtungen nicht auf Andere übertragen.

Verfällt der Unternehmer vor Erfüllung des Vertrages in Konkurs, so ist die Verwaltung berechtigt, den Vertrag mit dem Tage der Konkursöffnung aufzuheben. Auch kann die Verwaltung den Vertrag sofort auflösen, wenn das Guthaben des Unternehmers ganz oder theilweise mit Arrest belegt oder gepfändet wird.

Bezüglich der in diesen Fällen zu gewährenden Vergütung, sowie der Gewährung von Abschlagszahlungen finden die Bestimmungen des § 10 sinngemäße Anwendung.

Für den Fall, daß der Unternehmer mit Tode abgehen sollte, bevor der Vertrag vollständig erfüllt ist, hat die Verwaltung die Wahl, ob sie das Vertragsverhältniß mit den Erben desselben fortsetzen oder dasselbe als aufgelöst betrachten will.

§ 15. Gerichtsstand.

Für die aus diesem Vertrage entspringenden Streitigkeiten hat der Unternehmer — unbeschadet der im § 16 vorgesehenen Zuständigkeit eines Schiedsgerichts — bei dem zuständigen Gerichte, in dessen Bezirk die den Vertrag abschließende Behörde ihren Sitz hat, Recht zu nehmen.

§ 16. Schiedsgericht.

Streitigkeiten über die durch den Vertrag begrün-

deten Rechte und Pflichten, sowie über die Ausführung des Vertrages sind zunächst der vertragsschließenden Behörde zur Entscheidung vorzulegen.

Die Entscheidung dieser Behörde gilt als anerkannt, falls der Unternehmer nicht binnen 4 Wochen vom Tage der Zustellung derselben der Behörde anzeigt, daß er auf schiedsrichterliche Entscheidung antrage.

Die Fortführung der Leistungen bezw. Lieferungen nach Maßgabe der von der Verwaltung getroffenen Anordnungen darf hierdurch nicht aufgehalten werden.

Auf das schiedsrichterliche Verfahren finden die Vorschriften der Deutschen Civil-Prozessordnung vom 30. Januar 1877, §§ 851 bis 872, Anwendung.

Falls über die Bildung des Schiedsgerichts durch die besonderen Vertragsbedingungen abweichende Vorschriften nicht getroffen sind, ernennen die Verwaltung und der Unternehmer je einen Schiedsrichter. Dieselben sollen nicht gewählt werden aus der Zahl der unmittelbaren Theilhaber oder derjenigen Beamten, zu deren Geschäftskreis die Angelegenheit gehört hat.

Falls die Schiedsrichter sich über einen gemeinsamen Schiedsspruch nicht einigen können, wird das Schiedsgericht durch einen Obmann ergänzt. Derselbe wird von den Schiedsrichtern gewählt oder wenn dieselben sich nicht einigen können, von dem Präsidenten derjenigen benachbarten Provinzialbehörde desselben Verwaltungszweigs ernannt, deren Sitz dem Orte der vertragschließenden Behörde am nächsten belegen ist.

Der Obmann hat die weiteren Verhandlungen zu leiten und darüber zu befinden, ob und inwieweit eine Ergänzung der bisherigen Verhandlungen (Beweisaufnahmen u. s. w.) stattzufinden hat. Die Entscheidung über den Streitgegenstand erfolgt dagegen nach Stimmenmehrheit.

Bestehen in Beziehung auf Summen, über welche zu entscheiden ist, mehr als zwei Meinungen, so wird die für die größte Summe abgegebene Stimme der für die zunächst geringere abgegebenen hinzugerechnet.

Ueber die Tragung der Kosten des schiedsrichterlichen Verfahrens entscheidet das Schiedsgericht nach billigem Ermessen.

Wird der Schiedsspruch in den im § 867 der Civilprozessordnung bezeichneten Fällen aufgehoben, so hat die Entscheidung des Streitfalls im ordentlichen Rechtswege zu erfolgen.

§ 17. Kosten und Stempel.

Briefe und Depeschen, welche den Abschluß und die Ausführung des Vertrages betreffen, werden beiderseits postfrei gemacht.

Die Portokosten für solche Geld- und sonstigen Sendungen, welche im ausschließlichen Interesse des Lieferanten erfolgen, trägt der Letztere.

Die Kosten des Vertragsstempels trägt der Unternehmer nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen. Die übrigen Kosten des Vertragsabschlusses fallen jedem Theile zur Hälfte zur Last.

Potsdam, den 10. März 1897.

Der Regierungspräsident.

58. Auf Grund des § 100e. der Reichs-Gewerbeordnung bestimme ich für den Umfang der Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Innung zu Bielefeld:

- 1) daß Streitigkeiten über den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, sowie über die Aushändigung oder den Inhalt des Arbeitsbuches oder Zeugnisses auf Anrufen eines der streitenden Theile vor der zuständigen Innungsbehörde auch dann zu entscheiden sind, wenn der Arbeitgeber, obwohl er das in der Innung vertretene Gewerbe betreibt und selbst zur Ausnahme in die Innung fähig sein würde, gleichwohl aber derselben nicht angehört,
- 2) daß die von der Innung erlassenen Vorschriften über die Regelung des Lehrlingsverhältnisses, sowie über die Ausbildung und Prüfung der Lehrlinge auch dann bindend sind, wenn deren Lehrherr zu den unter **N° 1** bezeichneten Arbeitgebern gehört,
- 3) daß Arbeitgeber der unter **N° 1** bezeichneten Art vom 1. Mai 1897 ab Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen.

Es wird dies mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Bezirk der Innung die Gemeinden Bielefeld, Bielefeld, Brack, Niemegeß, Treuenbriezen und Wiesenburg umfaßt.

Potsdam, den 12. März 1897.

Der Regierungspräsident.

Rettung aus Lebensgefahr.

59. Der Buchhalter Karl Schloffer und der Schüler Billy Kuban, beide aus Potsdam, haben am 22. Dezember v. J. 4 Knaben, Liere, Bremer, Schneider und Peters, aus der Gefahr des Ertrinkens in der Havel mit Muth und Entschlossenheit errettet. Ich linge dies hiermit belobigend zur öffentlichen Kenntniß. Potsdam, den 10. März 1897.

Der Regierungspräsident.

B i e l d e n .

60. I. Ausgebrochen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Prenzlau: 23 haitische Lohsen in Prenzlau. Kreis Ostprignitz: 1 Kuh des Wüdners Friedrich Schramm in Liebenthal. b. Milzbrand. Kreis Niederbarnim: 1 Kuh des Horkmeisters Münnig in Rehhorst und 1 Kuh des Mollereibesigers Prinz in Neu-Weißensee. Kreis Prenzlau: 1 Kuh des Mühlenbesigers Schuster in Debelow. Kreis Ruppın: 1 Kuh des Gemeindevorstehers Hohenstein in Rampehl.

II. Erlöschten:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Niederbarnim: in Schildow. b. Rog. Kreis Angermünde: in Zuchenberg. Potsdam, den 16. März 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

19. Durch das Ausscheiden des Inhabers ist eines der hiesigen Bezirksphysikate erledigt.

Geeignete Bewerber um diese Stelle, deren (nicht pensionsfähiges) Gehalt jährlich 500 M. beträgt, wollen ihre Gesuche unter Vorlegung einer Darstellung ihres Lebenslaufes, der Approbation als Arzt und des Fähigkeitszeugnisses für die Verwaltung einer Physikatstelle bis zum 1. April d. J. an mich eigereichen.

In Betreff der Einnahmen der Stelle bemerke ich, daß gewinnbringende Nebendämter einzuweisen nicht in sichere Aussicht gestellt werden können und daß seit der Einführung des Polizeistrafengesetzes bestimmungsgemäß für ortspolizeiliche Einrichtungen im öffentlichen Interesse nur die Fuhrkosten in Höhe von je 1,50 M. vergütet werden.

Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß persönliche Vorstellungen zwecklos sind und die Bewerbungen lediglich schriftlich zu erfolgen haben.

Berlin, den 8. März 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

20. Der Herr Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat durch Erlass vom 1. März dieses Jahres die Anlage einer neuen Apotheke hierselbst in der Gegend des Falkenplatzes genehmigt.

Geeignete Bewerber werden zur Meldung bis zum 20. April d. J. mit dem Bemerken hierdurch aufgefordert, daß persönliche Vorstellungen zwecklos sind und die an mich zu richtenden Bewerbungen lediglich schriftlich zu geschehen haben.

Zur Meldung sind beizufügen: a. Approbation und sonstige physikalisch beglaubigte Zeugnisse, b. Lebenslauf, c. amtlich beglaubigter Nachweis aus neuester Zeit über die zur Uebernahme beziehungsweise Einrichtung einer Apotheke erforderlichen Mittel, d. polizeiliche Führungs-Atteste — siehe Schluß. —

Der Bewerber hat außerdem pflichtgemäß zu versichern, entweder daß er eine Apotheke bisher nicht besessen hat, oder — falls dies der Fall sein sollte, — anzugeben, wo er eine solche besessen hat und die Gründe klar zu legen, aus denen er sein Besigrecht an derselben aufgegeben hat, auch den Kauf- und Verkaufspreis der aufgegebenen Apotheke genau zu nennen.

Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß Gesuche von Bewerbern, welche erst nach dem Jahre 1882 (bei Berücksichtigung geringer Zeitunterschiede) approbirt sind, bei der großen Zahl mehr berechtigter Bewerber zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg haben.

Solche Apotheker stehen deshalb zur Vermeidung unnöthigen Schreibwerkes u. am Besten von der Bewerbung ab.

Bei Apothekern, welche sich zeitweise vom Apothekensache abgewandt haben, muß das Approbationsalter selbstverständlich gekürzt werden.

Die Bewerber haben ihren Meldungen polizeiliche Führungsatteste aus sämtlichen Orten, an welchen sie in oder außerhalb ihrer Laufbahn als Apotheker thätig gewesen sind, beizufügen.

Schließlich bemerke ich, daß die Concession in Ge-

mäßigkeit des Allerhöchsten Erlasses vom 30. Juni 1894 als eine unveräußerliche und unvererbliche verliehen werden wird, der Inhaber derselben somit zur Präsentation von Geschäftsnachfolgern nicht befugt sein, und der Wittve sowie den minderjährigen Kindern desselben nur freistehen wird, die Apotheke nach Maßgabe des § 4 der Revidirten Apotheken-Ordnung vom 11. Oktober 1891 durch einen geeigneten Provisor verwalten zu lassen. Berlin, den 13. März 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

13. Zur Feier des 100-jährigen Geburtstages Seiner Majestät des hochwürdigen Kaisers Wilhelms des Großen werden am Montag, den 22. März bei den Postanstalten des Berliner Ober-Postdirektionsbezirks der Schalterdienst, sowie der Orts- und Landbestelldienst, wie an Sonntagen eingeschränkt werden.

Berlin C., den 9. März 1897.

Kaiserl. Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen der Königlichen Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung.

1. Die am 1. April 1897 fälligen Zinscheine der Preussischen Staatsschulden werden bei der Staatsschulden-Tilgungskasse — W. Taubenstraße 29 hier selbst —, bei der Reichsbank-Hauptkasse, den Regierungshauptkassen, den Kreiskassen und den übrigen mit der Einlösung betrauten Kassen und Reichsbankanstalten vom 20. d. Mts. ab eingelöst. Auch werden die am 1. April 1897 fälligen Zinscheine der von uns verwalteten Eisenbahn-Anleihen, mit Ausnahme der nachstehend besonders erwähnten Schuldgattungen, bei den vorzeichneten, sowie bei den auf diesen Zinscheinen vermerkten Zahlstellen vom 20. d. Mts. ab eingelöst.

Die Zinscheine der nach unserer Bekanntmachung vom 16. März 1896 vom 1. April 1896 ab in unsere Verwaltung gekommenen Anleihen der Saal- und der Werder-Eisenbahn-Gesellschaft werden auch in Zukunft nur bei den bisherigen Einlösungsstellen eingelöst.

Die Zinscheine sind nach den einzelnen Schuldgattungen und Werthabschnitten geordnet den Einlösungsstellen mit einem Verzeichniß vorzulegen, welches die Stückzahl und den Betrag für jeden Werthabschnitt angiebt, aufgerechnet ist und des Einliefernden Namen und Wohnung ersichtlich macht.

Wegen Zahlung der am 1. April fälligen Zinsen für die in das Staatsschuldbuch eingetragenen Forderungen bemerken wir, daß die Zusendung dieser Zinsen mittels der Post, sowie ihre Gutschrift auf den Reichsbank-Girokonten der Empfangsberechtigten zwischen dem 18. März und 8. April erfolgt, die Baarzahlung aber bei der Staatsschulden-Tilgungskasse am 18. März, bei den Regierungshauptkassen am 24. März und bei den sonstigen außerhalb Berlins damit betrauten Kassen am 26. März beginnt.

Die Staatsschulden-Tilgungskasse ist für die Zinszahlungen werktäglich von 9 bis 1 Uhr mit Ausschluß des vorletzten Wochentages in jedem Monat, am letzten Wochentage des Monats aber von 11 bis 1 Uhr geöffnet.

Die Inhaber Preussischer Konsole machen wir wiederholt auf die durch uns veröffentlichten „Amtlichen Nachrichten über das Preussische Staatsschuldbuch“ aufmerksam, deren 6. Ausgabe durch jede Buchhandlung für 40 Pf. oder von dem Verleger J. Guttentag in Berlin durch die Post frei für 45 Pf. zu beziehen ist.

Berlin, den 10. März 1897.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

10. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der Frau Schmiedemeister Louise Matthes geb. Fürst in Eberswalde, Breitestraße 18, die Schuldverschreibungen der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1885

lit. E. Nr. 908558, 938827, 1037494, 1101889, 1101890, 1125748 über je 300 M.

angeblich abhanden gekommen sind. Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der Frau Matthes anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 6. März 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

11. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Herrn Johann Karl Gottlob May in Taubenheim a. d. Spree die Schuldverschreibung der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1884

Lit. C. Nr. 599236 über 1000 M.

angeblich verbrannt ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder Herrn May anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 9. März 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

12. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt

daß dem Königlich Lokomotivführer Christian Lindig in Alstedt a./Helme, Schloßgasse 391, die Schuldverschreibung der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1880

Lit. E. Nr. 264525 über 300 M. angeblich in Erfurt verloren gegangen ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Lokomotivführer Lindig anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Krafloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 9. März 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Nordostdeutsch-Berlin-Württembergischer Verband.

13. Am 1. April d. Js. gelangt für den Verkehr zwischen Stationen der Eisenbahn-Direktionsbezirke Berlin, Bromberg, Danzig, Königsberg, Stettin einerseits und Stationen der Königlich Württembergischen Staats-Eisenbahnen andererseits ein neuer Gütertarif zur Einführung. Durch diesen Tarif werden die folgenden Tarife nebst Nachträgen aufgehoben und zwar:

- 1) der Berlin-Württembergische Gütertarif vom 1. Juli 1891 und
- 2) der Ostpreussisch-Württembergische Gütertarif vom 1. August 1891 im vollen Umfange;
- 3) das Tarifheft 2 des Schlesisch-Süddeutschen Verbandes vom 1. Juni 1892 und
- 4) das Tarifheft 6 des Mitteldeutschen Verbandes vom 1. August 1891 rücksichtlich des Verkehrs mit den Stationen der Direktionsbezirke Berlin, Bromberg und Stettin.

Aus dem Ostpreussisch-Württembergischen Gütertarif geht der Verkehr mit den Stationen Stralkowo und Breschen des Direktionsbezirks Posen gleichzeitig in das Tarifheft 2 des Schlesisch-Süddeutschen Verbandes über.

Mangels eines entsprechenden Verkehrsbedürfnisses werden ohne Ersatz die Entfernungen und Frachtsätze für eine Anzahl Preussischer Stationen, sowie einige Ausnahmesätze aufgehoben.

Soweit Frachterhöhungen eintreten, werden dieselben erst vom 15. Mai d. Js. gültig. Auskunft ertheilen vom 1. April d. Js. ab die Abfertigungsstellen und Auskunftsbüreaus, bis dahin die Verkehrs- und Tarifbüreaus der beteiligten Verwaltungen.

Druckabzüge des Tarifs sind zum Preise von

0,75 M. bei dem hiesigen Auskunftsbüreau auf dem Stadtbahnhofe Alexanderplatz zu beziehen.

Die in den Tarif ausgenommenen zusätzlichen Bestimmungen zur Verkehrsordnung sind gemäß der Vorschriften unter 1. (2) genehmigt worden.

Berlin, den 6. März 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion

Namens der theilhaftigen Verwaltungen.

Personal-Chronik.

Im Kreise Osthavelland ist an Stelle des Amtraths Beußel zu Wandorf der Rittgutspächer Zimmermann in Schönwalde zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 13 — Schönwalde — ernannt worden.

Im Kreise Ruppiner ist der Rittgutsbesitzer Heise zu Wildberg von Neuem zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 9 — Wildberg — ernannt worden.

Der Bürgermeister Henke in Rheinsberg ist zum Amtsanwalt bei dem Königlich Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Der Regierungsbauführer Walter Schuffenhauer in Berlin ist als solcher ernannt und vereidigt worden. Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats Februar 1897 sind ernannt: zu **Postassistenten**: die Ober-Postdirektionssekretäre Göde, Hübner und Mund, zum **Telegraphensekretär**: der Ober-Telegraphenassistent Daasch, zum **Kanzlisten**: der Postassistent Hartwich, zu **Ober-Postassistenten**: die Postassistenten Giegler, Grethe, Emil Günther, Huber, Korwek, August Marquardt, Robert John, Niekradt, Porath, Ulrich und Wloszkiwicz, zum **Ober-Telegraphenassistenten**: der Telegraphenassistent Rhinow; **angestellt als Postsekretäre**: die Postpraktikanten Beeke aus Karlsruhe (Baden) in Charlottenburg, Benke aus Bez. Kiel, Paul Breuer aus Hannover, Ender aus Lavelberg, Endtricht, Ruhmland aus Konstanz, Zimmermann, **als Postassistenten**: der Postassistent Drassehn, der Telegraphenassistent Kunz, der Postanwärter Pöthe, **versetzt von Berlin**: der Postsekretär Thorun nach Dar-es-Salaam, der Telegraphensekretär Nolze nach Königsberg (Preußen), **nach Berlin**: der Postdirektor Puschmann von Altdamm, der Ober-Telegraphenassistent Nübenhagen von Hannover; **in den Ruhestand versetzt**: der Ober-Telegraphenassistent Hinz; **gestorben**: der Ober-Postsekretär a. D. Schwarz, der Postsekretär a. D. Mehlführer, die Ober-Telegraphenassistenten Gäbede, Grimm und Ferd. Wilh. Krüger.

Hierzu eine Extra-Beilage, enthaltend eine Bekanntmachung des Finanz-Ministers vom 17. Februar 1897 und die dazu gehörigen Vorschriften, betreffend die Abänderung des Branntwein-Niederlage-Regulativs, sowie Sieben Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden d. r. wegen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung in Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gawn'schen Erben

Öffentlicher Anzeiger (N^o 7)

zum 12ten Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 19. März 1897.

Rothwendige Verkäufe.

Zwangsversteigerung.

271. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Adlershof Band VII. Blatt N^o 178 auf den Namen des Werführers Julius Krause, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, eingetragene, zu Adlershof, Reperstr. 6 gelegene Grundstück am **17ten Mai 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle hier Freiheit 80 B. Zimmer 7, zweite Geschäftsstelle, versteigert werden.

Das Grundstück ist 05 ar 72 qm groß und mit 1800 M. Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei Abth. V. hierselbst eingesehen werden.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **17. Mai 1897 Nachmittags 1 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Coepenitz, den 10. März 1897.

Königliches Amtsgericht. Abth. VI.

Vorstehende Bekanntmachung wird zwecks öffentlicher Zustellung an den Werführer Julius Krause aus Adlershof veröffentlicht.

Coepenitz, den 10. März 1897.

Königliches Amtsgericht. Abth. VI.

Zwangsversteigerung.

272. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Schöneberg Band 46 Blatt N^o 1665 auf den Namen des Zimmermanns Christoph Siebert zu Berlin eingetragene, zu Schöneberg, Gothenstraße 20 belegene Grundstück am **18. Mai 1897 Vormittags 10 1/4 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Hallesches Ufer 26 Zimmer 14 versteigert werden.

Das Grundstück (Acker) ist mit 3,87 M. Reinertrag und einer Fläche von 8 ar 23 qm zur Grundsteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei a. a. D. Zimmer 15 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder

Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **22. Mai 1897 Mittags 12 Uhr** an Gerichtsstelle a. a. D. Zimmer 14 verkündet werden.

Berlin, den 10. März 1897.

Königliches Amtsgericht II., Abtheilung 17.

Zwangsversteigerung.

273. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Dt.-Wilmerdorf Band 46 Blatt N^o 1396 auf den Namen des Zimmermeisters Carl Leisenberg eingetragene, zu Dt.-Wilmerdorf belegene Grundstück am **18. Mai 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Hallesches Ufer 26 Zimmer 14 versteigert werden.

Das Grundstück, Acker, ist mit 2,16 M. Reinertrag und einer Fläche von 6 ar 89 qm zur Grundsteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei a. a. D. Zimmer 15 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls

Zuschlag das Kaufgebot in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **22. Mai 1897 Mittags 12 Uhr** an Gerichtsstelle a. a. D. Zimmer 14 verkündet werden.

Berlin, den 6. März 1897.

Königliches Amtsgericht II., Abtheilung 17.

Auktionen und Lizitationen.

274. Holzverkauf am Dienstag den 6ten April d. J. Vormittags 10 Uhr im Deutschen Hause zu Joachimsthal. Belauf Ziethen, Jagen 202/3: 1377 Stück Kiefern-Bauholz mit 590 Fm., 46 Km. Kiefern-Schichtnugholz III. Gl., 30 Birken-Nugenden mit 7 Fm., 18 Km. Birken-Kloben u. 20 Km. Knüppel (ründ u. gesp.) Bel. Ziethen u. Altenhof: ca. 1000 kieferne Stangen I. u. II. Gl. Bel. Altenhof, Jg. 171, 180: 117 Km. Erlen- u. 5 Km. Birken-Kloben. Aus verschied. Jagen: ca. 200 Km. Kiefern-Rundknüppel. Bel. Hüttendorf, Ablage Koberpfuhl: ca. 200 Km. Birkenkloben, 110 Km. Buchenkloben, Jg. 187: 400 Km. birken Kloben. Bel. Scharfheide, Jg. 20: 248 Km. eigenes, 42 Km. birkenes u. 213 Km. kiefernes Stockholz, Jg. 4, 13: 8 Eichen-Nugenden mit 33 Fm., 4 Birken-Nugenden mit 3 Fm., Jg. 2: 2 Km. Erlen-Schichtnugholz, Jg. 1, 5, 11: 5 Km. Erlen-Kloben u. 29 Km. Spaltknüppel. Bel. Gölz, Jg. 129/30, 103/4: 22 Km. Birken-Kloben, sowie 10 Km. Spaltknüppel u. 16 Km. Stockholz, 65 Km. Erlen-Kloben, 4 Km. Buchen-Kloben u. 6 Km. Spaltknüppel, 16 Km. Linden-bezw. Aspen-Kloben u. 8 Km. Spaltknüppel. Bel. Joachimsthal, Jg. 42: 7 Strauchfapeln. Außerdem aus vorgenannten Beläufen Reiser I. nach Vorrath u. Bedarf.

Grünig, den 13. März 1897.

Der Oberförster.

Bekanntmachung.

275. Die nachstehend aufgeführten Nutzungen

- 1) die im Erdgeschos des Hauptrentamtsgebäudes zu Zinna — Kreis Jüterbog-Luckenwalde — belegene Wohnung nebst Wirthschaftsräumen und einem Garten von ungefähr 35 ar,
- 2) eine im ersten Stockwerke des Hauptrentamts-

gebäudes daselbst befindliche Wohnung nebst Wirthschaftsräumen und

- 3) 33 Garten- bezw. Wiesenparzellen nebst einem kleinen Teich beim Rentamtsgebäude und zwar jede der beiden Wohnungen nebst Zubehör in einem Loofe, die Parzellen zu 3 einzeln und dann zusammen in einem Loofe, sollen im Wege des öffentlichen Meistgebots auf 6 Jahre, vom 1. Oktober d. J. bis dahin 1903 vermietet bezw. verpachtet werden.

Hierzu habe ich einen Termin auf **Montag den 29. März d. J. Nachmittags 2 Uhr** im Rentamtsgebäude zu Zinna anberaumt.

Die Vermietungs- bezw. die Verpachtungsbedingungen und die Regeln der Licitation können während der Dienststunden im hiesigen Königl. Landrathsamte bei mir eingesehen werden.

Jüterbog, den 13. März 1897.

Der fiskalische Vertreter.

Bastian,

Kreisreferendar.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Bekanntmachung.

276. Bei der in diesem Jahre ausgesandenen Auslosung der nach dem Allerhöchsten Privilegium vom 23. März 1881 ausgegebenen Perleberger Stadtobligationen sind

Nr 61 und 37 über 1000 Mark,

Nr 124, 152 und 204 über 500 Mark,

Nr 326 und 448 über 200 Mark

gezogen worden.

Diese Obligationen werden den Inhabern hienmit zum 1. Juli 1897 mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag derselben gegen Rückgabe der Obligationen, sowie der dazu gehörigen Coupons vom 1. Juli 1897 ab bei der Kassenreiffasse hier in Empfang zu nehmen.

Vom 1. Juli 1897 ab hört die Verzinsung der Obligationen auf. Der Werth der fehlenden Coupons wird von dem Kapital in Abzug gebracht.

Perleberg, den 10. Dezember 1896.

Der Magistrat.

Extra-Beilage zum Amtsblatt.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Bundesrath in der Sitzung vom 28. v. Mts., § 85 der Protokolle, die nachstehenden Vorschriften, betreffend die Abänderung des Branntwein-Niederlage-Regulativs, erlassen hat.

Berlin, den 17. Februar 1897.

Der Finanz-Minister.

Vorschriften, betreffend die Abänderung des Branntwein-Niederlage-Regulativs.

In den Branntwein-Privatlageren findet eine Festhaltung der Identität des eingelagerten Branntweins nicht statt.

Die §§ 17, 18 Absatz 3 und 19 Absatz 1 und 3 des Branntwein-Niederlage-Regulativs werden aufgehoben; die übrigen Bestimmungen der §§ 15 bis 26 des Regulativs finden auf alle Branntwein-Privatlager Anwendung, jedoch mit folgenden Abänderungen und Ergänzungen:

1. An Stelle des im § 21 vorgeschriebenen Niederlagerregisters für Theilungslager ist für alle Branntwein-Privatlager ein Privatlagerregister nach dem anliegenden Muster*) in vierteljährlichen Zeitabschnitten des Betriebsjahrs zu führen. Auf die Führung des Registers finden die §§ 17 und 18 der Branntwein-Reinigungs-Ordnung sinngemäße Anwendung.

2. Soweit die Niederlegung des Branntweins theilweise oder ausschließlich nicht in den im § 19 Absatz 4 des Branntwein-Niederlage-Regulativs bezeichneten Lagerfässern zc., sondern in Versandgefäßen und dergleichen erfolgt, ist das vor der Einlagerung steueramtlich ermittelte Eigengewicht der Gefäße festzuhalten und für jedes Lager ein Tarabuch nach dem beiliegenden Muster 2*) in vierteljährlichen Zeitabschnitten des Betriebsjahrs zu führen. Für diese Fälle gilt Nachstehendes:

a) Das Tarabuch ist in der Regel von einem Beamten der Amtsstelle zu führen, doch kann auch vom Hauptamt die Ausfüllung einzelner Spalten den Abfertigungs- oder Aufsichtsbeamten übertragen werden. Soweit die Abfertigungs- oder Aufsichtsbeamten Eintragungen machen, haben sie in Spalte 8 oder 12 oder 16 ihren Namen und ihre Dienstbezeichnung hinzuzufügen.

b) Die in das Lager aufzunehmenden Gefäße müssen mit einer die Verlauschung ausschließenden deutlichen und unverwischbaren Bezeichnung versehen sein. Auch ist auf jedem Fasse die laufende Nummer, welche es im Tarabuche erhält, und das Vierteljahr des Betriebsjahrs zu vermerken, in welchem die Einlagerung erfolgt ist.

c) Die Anschreibung im Tarabuche erfolgt für jede Branntweinsorte, die in den vorgedachten Gefäßen eingelagert worden ist, auf Grund der Anmeldepapiere in der Weise, daß die Eintragung in die Spalten 2 und 3 summarisch geschieht, die Spalten 1 und 4 bis 6 dagegen für jedes einzelne Gefäß nach der im Abfertigungspapier beobachteten Reihenfolge mit Eintragungen versehen werden. In Spalte 7 erfolgen, soweit bei der Einlagerung Durchschnittsalcoholisirung stattgefunden hat, die Eintragungen summarisch mit der Bezeichnung „durchschnittlich“; soweit Einzelalcoholisirung stattgefunden hat, geschieht die Anschreibung für jedes Gefäß besonders.

Der Registerführer hat nach erfolgter Abfertigung in beiden Ausfertigungen des Anmeldepapiers, von denen die eine dem Lagerbesitzer auszuhändigen ist, bei jedem einzelnen Gefäße die Nummer des Tarabuches zu vermerken.

Leere Gefäße können auf Grund schriftlicher Anmeldung bei der Hebestelle oder dem im Lager anwesenden Beamten in das Lager aufgenommen werden. Vorkommendenfalls ist ihr Eigengewicht amtlich festzustellen und von den Abfertigungsbeamten auf den Anmeldungen, die demnächst Beläge zum Tarabuche werden, zu vermerken. Die Anschreibung erfolgt unter Ausfüllung der Spalten 1, 2 und 4 bis 6. In Spalte 3 ist der Vermerk „leer“ einzutragen.

d) Die Abschreibung der Gefäße erfolgt, soweit sie mit Branntwein gefüllt aus dem Lager abgemeldet werden, auf Grund der Abmeldepapiere in den Spalten 13 und 14 des Tarabuches.

In leerem Zustande aus dem Lager entfernte Gefäße sind nach vorausgegangener schriftlicher Abmeldung in Spalte 13 abzuschreiben, wobei in Spalte 14 der Vermerk „leer“ einzutragen ist. Zutreffendenfalls ist ferner in Spalte 15 auf die Nummer der Eintragung des etwa dafür leer in das

*) Die Muster sind hier nicht mit abgedruckt.

Lager ausgenommenen Gefäßes zu verweisen. Die mit Vermerk des beaufsichtigenden Beamten zu versehenen Abmeldungen werden Beläge zum Tarabuche.

e) Das Tarabuch ist am letzten Kalendertage jedes Vierteljahrs abzuschließen, darf jedoch bis zum Schlusse des folgenden Vierteljahrs für die Abschreibung der darin nachgewiesenen, noch im Lager befindlichen Gefäße offen gehalten werden. Nachdem das Tarabuch für die Abschreibung geschlossen ist, sind die noch unerledigt gebliebenen Eintragungen in das Tarabuch des demnächst folgenden Vierteljahrs zu übertragen. Die Uebertragungen hat der Oberkontrolleur oder ein anderer Oberbeamter zu prüfen und ihre Richtigkeit in dem abgeschlossenen Tarabuche zu bescheinigen. Letzteres ist sodann mit den Belägen zur Nachprüfung an die Direktionsbehörde einzureichen.

Die Direktionsbehörde kann im Falle des Bedürfnisses die Führung des Tarabuches für den Zeitraum des Betriebsjahrs gestatten.

f) Soll mit dem in den angeschriebenen Gefäßen befindlichen Branntwein eine Veränderung (Umfüllung, Auffüllung, Verdünnung oder dergl.) vorgenommen werden oder eine Aenderung in der Bezeichnung der Gefäße oder eine deren Eigengewicht beeinflussende Arbeit stattfinden, so ist dies vorher bei der Feststelle oder den im Lager anwesenden Beamten schriftlich anzumelden. Die mit Feststellungsvermerk der beaufsichtigenden Beamten zu versehenen Anmeldungen werden Beläge zum Tarabuche.

Während der Offenhaltung des Lagers haben die Ueberwachungsbeamten sich davon Ueberzeugung zu verschaffen, daß keine anderen Aenderungen an dem in den Gefäßen lagernden Branntwein oder an der Bezeichnung oder dem Eigengewichte der Gefäße vorgenommen werden, als vorher angemeldet worden sind. Werden unangemeldete Aenderungen beobachtet, so ist über den Thatbestand eine Verhandlung aufzunehmen und dem Hauptamt zur weiteren Veranlassung vorzulegen.

Ueber die in Absatz 1 und 2 bezeichneten Aenderungen ist in jedem Falle eine entsprechende Eintragung in die Spalten 9 bis 12 des Tarabuches zu machen.

g) Bei der Abmeldung von Branntwein aus dem Privatlager hat der Lagerbesitzer, sofern ihn nicht das Hauptamt aus besonderen Gründen hiervon entbindet, im Abmeldungspapier für jedes einzelne Gefäß auf Grund der ihm ausgehändigten Ausfertigung des Anmeldungspapiers das im Tarabuche angeschriebene Eigengewicht und die Nummer des Tarabuches anzugeben. Der Registerführer hat diese Angaben mit dem Tarabuche zu vergleichen und erforderlichenfalls die Berichtigung unter Hinweis auf die Nummern des Tarabuches zu bewirken. Der hierüber in dem Abmeldungspapier abzugebenden Bescheinigung ist, wenn das Tarabuch in Spalte 12 einen Vorbehalt bezüglich des in Spalte 6 angeschriebenen Eigengewichtes einzelner Gefäße enthält, ein entsprechender Vermerk hinzuzufügen.

Die Abfertigungsbeamten haben, soweit der abgemeldete Branntwein in Gefäßen, die im Tarabuche angeschrieben sind, lagert, bei der Feststellung der Litermenge reinen Alkohols in der Regel das im Tarabuche angeschriebene Eigengewicht der abgemeldeten Gefäße zu Grunde zu legen. Enthält das Tarabuch oder das Abmeldungspapier einen entgegenstehenden Vermerk, oder hegen sie Bedenken gegen die Anwendung des angeschriebenen Eigengewichtes, so ist gemäß § 3 der Anleitung zur Ermittlung des Alkoholgehalts im Branntwein zu verfahren.

h) Bei der Aufstellung der Bestandsanmeldung für die Lagerbestandsaufnahme sind bezüglich derjenigen Gefäße, deren Eigengewicht in dem Tarabuche festgehalten wird, vom Lagerbesitzer die Angaben aus den ihm ausgehändigten Duplikaten der Anmeldungspapiere zu Grunde zu legen, soweit nicht etwa eine den Inhalt der Gefäße verändernde Umfüllung u. s. w. stattgefunden hat. Die betreffenden Gefäße sind außerdem getrennt von allen übrigen Gefäßen nachzuweisen und einzeln nach der Zeitfolge ihrer Einlagerung unter Angabe der Nummer des Tarabuches aufzuführen. Die Duplikate der Anmeldungspapiere sind der Bestandsanmeldung beizufügen und nach der Bestandsaufnahme dem Lagerbesitzer zurückzugeben.

Die Bestandsanmeldung ist — thunlichst von einem mit der Führung des Privatlagerregisters nicht beauftragten Beamten — mit den eingereichten Duplikaten und dem Tarabuche zu vergleichen und die Uebereinstimmung oder die Berichtigung zu bescheinigen. Dabei sind die Bedenken anzugeben, die etwa nach Vermerken im Tarabuche gegen die Richtigkeit des Eigengewichtes einzelner Gefäße u. s. w. obwalten.

Bei der Bestandsaufnahme kann die Ermittlung des Alkoholgehalts auf diejenigen Gefäße beschränkt werden, bezüglich deren festgestellt ist oder Grund zu der Annahme vorliegt, daß die in der Bestandsanmeldung angegebenen Alkoholmengen nicht der Wirklichkeit entsprechen; im Uebrigen kann die Anmeldung des Lagerbesizers zu Grunde gelegt und die Aufnahme mittelst Zählung der Gefäße und Prüfung ihrer Bezeichnung bewirkt werden.

3. Das Hauptamt kann anordnen, daß auch in solchen Branntwein-Privatlager, in welchen nur zeitweise Branntwein lagert, die Feststellung des entstandenen Schwundes nur einmal im Jahre erfolgt.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 13.

Den 26. März

1897.

Privilegium

wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-
anleihe-scheine des Kreises Osthavelland im Betrage von
1880000 M.

Wir Wilhelm,

von Gottes Gnaden König von Preußen etc.

Nachdem die Vertretung des Kreises Osthavelland
auf dem Kreistage vom 26. September 1896 beschlossen
hat, die sämtlichen von der Aktiengesellschaft Ost-
havelländische Kreisbahnen zum Bau der Kleinbahn
Nauen-Regin bereits ausgegebenen Aktien und die aus
Anlaß des Neubaus der Strecke Regin-Bildpark von
derselben Gesellschaft auszugebenden Aktien für den
Kreis Osthavelland käuflich zu übernehmen und die hier-
zu erforderlichen Mittel im Wege einer Anleihe zu be-
schaffen, wollen Wir auf den Antrag der Kreisver-
sammlung,

zu diesem Zwecke auf jeden Inhaber lautende, mit
Zinsscheinen versehene, Seitens der Gläubiger
unföndbare Anleihe-scheine im Betrage von
1880000 Mark, ausstellen zu dürfen,

da sich hiergegen weder im Interesse der Gläubiger,
noch der Schuldner, Etwas zu erinnern gefunden hat,
in Gemäßheit des § 2 des Gesetzes vom 17. Juni
1833 zur Ausfertigung von Anleihe-scheinen im Betrage
von 1880000 M., in Buchstaben: einer Million acht-
hunderttausendachtzigtausend Mark, welche in Abschnitten
zu je 500, 1000, 2000 und 5000 M. nach dem an-
liegenden Muster auszufertigen, mit drei und einem
halben Prozent jährlich zu verzinsen und nach dem feste-
gestellten Tilgungsplane mittelst Verlosung oder An-
kaufs jährlich vom 1. Januar 1900 ab mit wenigstens
einem und einem halben Prozent des Kapitals, unter
Zuwachs der Zinsen von den getilgten Anleihe-scheinen
und Hinzunahme der den Betrag von 5 Prozent des
Kapitals übersteigenden Einnahmen, welche der Kreis
aus dem Verkauf der Aktien der Aktiengesellschaft Ost-
havelländische Kreisbahnen haben wird, zu tilgen sind,
durch gegenwärtiges Privilegium Unsere landesherrliche
Genehmigung erteilen. Dieselbe erfolgt mit der recht-
lichen Wirkung, daß ein jeder Inhaber dieser Anleihe-
scheine die daraus hervorgehenden Rechte geltend zu
machen befugt ist, ohne zu dem Nachweise der Ueber-
tragung des Eigentums verpflichtet zu sein.

Durch vorstehendes Privilegium, welches Wir vor-
behalten, der Rechte Dritter erteilen, wird für die Ver-

friedigung der Inhaber der Anleihe-scheine eine Gewähr-
leistung Seitens des Staates nicht übernommen.

Urfundlich unter unserer höchst eigenhändigen Unter-
schrift und beigebrudtem königlichen Insigne.

Gegeben Berlin im Schloß, den 1. März 1897.

(L. S.)

gez. Wilhelm K.

888. von Miquel.

gez. Frhr. von der Rede.

Provinz
Brandenburg.

Regierungsbezirk
Potsdam.

Anleihe-schein
des Kreises Osthavelland

II. Ausgabe,

Buchstabe . . . M

über . . . Mark Reichswährung.

Ausgefertigt in Gemäßheit des landesherrlichen Pri-
vilegiums vom 1. März 1897 (Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam vom . . . 1897, Nr.

Seite . . . , und der Gesetz-Sammlung von 1897,
Seite . . . , Nr.

Auf Grund des von dem Bezirksausschusse zu
Potsdam bestätigten Kreistagsbeschlusses vom 26. Sep-
tember 1896 wegen Aufnahme einer Schuld von
1880000 Mark bekennt sich der Kreisaußschuß des Kreises
Osthavelland Namens des Kreises durch diese, für jeden
Inhaber gültige, Seitens der Gläubiger unföndbare
Verschreibung zu einer Darlehensschuld von . . . Mark,
welche an den Kreis Osthavelland baar bezahlt worden
und mit drei und einem halben Prozent jährlich zu ver-
zinsen ist.

Die Rückzahlung der ganzen Schuld von 1880000
Mark erfolgt nach Maßgabe des genehmigten Tilgungs-
planes mittelst Verlosung oder Ankaufs der Anleihe-
scheine vom 1. Januar 1900 ab aus einem Tilgungs-
stode, welcher mit wenigstens einem und einem halben
Prozent vom Hundert des Kapitals jährlich unter Zu-
wachs der Zinsen von den getilgten Anleihe-scheinen und
Hinzunahme der den Betrag von 5 Prozent des Kapi-
tals übersteigenden Einnahmen des Kreises aus dem
Verkauf der Aktien der Aktiengesellschaft Osthavelländische
Kreisbahnen gebildet wird.

Die Auslosung geschieht in dem Monate Juni
jeden Jahres. Dem Kreise bleibt jedoch das Recht vor-
behalten, den Tilgungsstod zu verstärken oder auch
sämmliche noch im Umlauf befindliche Anleihe-scheine auf

einmal zu kündigen. Die durch die verstärkte Tilgung ersparten Zinsen wachsen ebenfalls dem Tilgungsstosse zu.

Die ausgelooften sowie die gekündigten Anleihe-scheine werden unter Bezeichnung ihrer Buchstaben, Nummern und Beträge, sowie des Terms, an welchem die Rückzahlung erfolgt soll, öffentlich bekannt gemacht.

Die Bekanntmachung erfolgt drei Monate vor dem Zahlungstermine durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, das Amtsblatt der Königlich-Preussischen Regierung zu Potsdam und das Osthavelländische Kreisblatt. Wird die Tilgung der Schuld durch Ankauf von Anleihe-scheinen bewirkt, so ist dieses unter Angabe des Betrages der angekauften Schuldverschreibungen alsbald nach dem Ankauf in gleicher Weise bekannt zu machen. Geht eines der vorbezeichneten Blätter ein, so wird an dessen Statt von dem Kreisausschusse mit Genehmigung des Königlich-Preussischen Regierungspräsidenten zu Potsdam ein anderes Blatt bestimmt.

Bis zu dem Tage, an welchem das Kapital zu entrichten ist, wird es in halbjährlichen Terminen, am 1. Juli und am 2. Januar, von heute an gerechnet, mit drei und einem halben Prozent jährlich verzinst.

Die Auszahlung der Zinsen und des Kapitals erfolgt gegen bloße Rückgabe der fällig gewordenen Zins-scheine beziehungsweise dieses Anleihe-scheines bei der Ritterschaftlichen Darlehnskasse in Berlin oder der Kreis-Kommunal-Kasse in Nauen und zwar auch in der nach dem Eintritte des Fälligkeitstermines folgenden Zeit. Mit dem zur Empfangnahme des Kapitals eingereichten Anleihe-scheine sind auch die dazu gehörigen Zins-scheine der späteren Fälligkeitstermine zurückzuliefern. Für die fehlenden Zins-scheine wird der Betrag vom Kapitale abgezogen. Die gekündigten Kapitalbeträge, welche innerhalb dreißig Jahren nach dem Rückzahlungstermine nicht erhoben werden, sowie die innerhalb vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem sie fällig geworden, nicht erhobenen Zinsen verfahren zu Gunsten des Kreises. Das Aufgebot und die Kraftlos-erklärung verlorener oder vernichteter Anleihe-scheine erfolgt nach der Vorschrift der §§ 838 ff. der Civilprozeßordnung für das Deutsche Reich vom 30. Januar 1877 (R. G. Bl. S. 83) bezw. nach § 20 des Ausführungsgesetzes zur deutschen Civil-Prozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281).

Zins-scheine können weder aufgeboten noch für kraftlos erklärt werden. Doch soll demjenigen, welcher den Verlust der Zins-scheine vor Ablauf der vierjährigen Verjährungsfrist bei dem Kreisausschusse angemeldet und den statgehabten Besitz der Zins-scheine durch Vorzeigung des Anleihe-scheines oder sonst in glaubhafter Weise darthut, nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der angemeldeten und bis dahin nicht vorgekommenen Zins-scheine gegen Quittung ausgezahlt werden.

Mit diesem Anleihe-scheine werden halbjährige Zins-scheine bis zum Schlusse des Jahres 1906 ausgegeben. Die ferneren Zins-scheine werden für zehnjährige Zeitabschnitte ausgegeben werden. Die Ausgabe einer neuen

Reihe von Zins-scheinen erfolgt bei der Ritterschaftlichen Darlehnskasse in Berlin oder der Kreis-Kommunal-Kasse in Nauen gegen Ablieferung der der älteren Zins-scheinreihe beigegebenen Anweisung. Beim Verlust der Anweisung erfolgt die Ausbändigung der neuen Zins-scheinreihe an den Inhaber des Anleihe-scheines, sofern dessen Vorzeigung rechtzeitig geschehen ist.

Zur Sicherung der hierdurch eingegangenen Verpflichtungen haftet der Kreis Osthavelland mit seinem Vermögen und mit seiner Steuerkraft.

Dessen zur Urkunde haben wir diese Ausfertigung unter unserer Unterschrift erteilt.

Nauen, den 189

Der Kreisausschuss des Kreises Osthavelland.

Anmerkung.

Die Anleihe-scheine sind außer mit den Unterschriften des Landrathes und zweier Mitglieder des Kreisausschusses mit dem Siegel des Landrathes zu versehen.

Provinz | Regierungsbezirk
Brandenburg. | Potsdam.

Zins-schein.

. Reihe

zum Anleihe-scheine des Kreises Osthavelland, 2. Ausgabe,
N^o über Mk. zu 3 1/2 % Zinsen über
. Mk. . . . Pf.

Der Inhaber dieses Zins-scheines empfängt gegen dessen Rückgabe in der Zeit vom 1. ab die Zinsen des vorkenannten Anleihe-scheines für das Halbjahr vom bis mit Mk. . . . Pf. bei der Ritterschaftlichen Darlehnskasse in Berlin oder der Kreis-Kommunal-Kasse in Nauen.
Nauen, den 1. . . .

Der Kreisausschuss des Kreises Osthavelland.

(Unterschriften.)

Dieser Zins-schein ist ungültig, wenn dessen Geldebetrag nicht innerhalb vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres der Fälligkeit erhoben wird.

Anmerkung.

Die Namensunterschriften der Mitglieder des Kreisausschusses können mit Lettern oder Kassimilestempeln gedruckt werden, doch muß jeder Zins-schein mit der eigenhändigen Namensunterschrift des Controlbeamten versehen werden.

Provinz | Regierungsbezirk
Brandenburg. | Potsdam.

Anweisung

zum Anleihe-scheine des Kreises Osthavelland, II. Ausgabe, Buchstabe , N^o , über Mk.

Der Inhaber dieser Anweisung empfängt gegen deren Rückgabe zu dem obigen Kreisanleihe-scheine die te Reihe von Zins-scheinen für die Jahre von 1 bis 19 bei der Ritterschaftlichen Darlehnskasse in Berlin oder der Kreis-Kommunal-Kasse zu

Rauen, sofern nicht rechtzeitig von dem als solchen sich ausweisenden Inhaber des Anleihscheines dagegen Widerspruch erhoben wird.

Rauen, den 18
Der Kreisaußschuß des Kreises Osthavelland.
(Unterschriften.)

Anmerkung.

Die Namensunterschriften der Mitglieder des Kreisaußschusses können mit Lettern oder Facsimilstempeln gedruckt werden, doch muß jede Anweisung mit der eigenhändigen Namensunterschrift des Controlbeamten versehen werden.

Die Anweisung ist zum Unterschiede auf der ganzen Blattbreite unter den beiden letzten Zinscheinen mit davon abweichenden Lettern in nachstehender Art abzu-
drucken:

...ter Zinschein.	...ter Zinschein.
Anweisung.	

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Februar 1897.

21. A. Engros-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Mgr. Weizen (gut)	
do. (mittel)	
do. (gering)	
do. Roggen (gut)	
do. (mittel)	
do. (gering)	
do. Gerste (gut)	
do. (mittel)	
do. (gering)	
do. Hafer (gut)	
do. (mittel)	
do. (gering)	
do. Erbsen (gut)	
do. (mittel)	
do. (gering)	
do. Nichtstroh	4 Mark 39 Pf.
do. Heu	6 " 14 "

Ein Handel an der Probierenbörse hat nicht stattgefunden.

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag für 50 Mgr.

Hafer Stroh Heu
im Monat Februar: — Mk., 2,56 Mk., 3,89 Mk.

B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Mgr. Erbsen (gelbe z. Kochen)	30 Mark — Pf.
Speisebohnen (weiße)	37 " 50 "
Linzen	42 " 50 "
Kartoffeln	5 " 71 "

für 1 Mgr. Rindfleisch (v. d. Keule)	1 Mark 35 Pf.
do. (Bauchfleisch)	1 " 08 "
Schweinefleisch	1 " 25 "
Kalbfleisch	1 " 30 "
Lammfleisch	1 " 20 "
Speck (geräuchert)	1 " 40 "
Eßbutter	2 " 30 "
60 Stück Eier	3 " 70 "

2) In Charlottenburg:

für 100 Mgr. Erbsen (gelbe z. Kochen)	32 Mark 13 Pf.
Speisebohnen (weiße)	32 " 88 "
Linzen	39 " 29 "
Kartoffeln	6 " 06 "
1 Mgr. Rindfleisch (v. d. Keule)	1 " 44 "
do. (Bauchfleisch)	1 " 07 "
Schweinefleisch	1 " 38 "
Kalbfleisch	1 " 40 "
Lammfleisch	1 " 16 "
Speck (geräuchert)	1 " 40 "
Eßbutter	2 " 24 "
60 Stück Eier	3 " 09 "

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats Februar 1897:

1) In Berlin:

für 1 Mgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen	33 Pf.
do. desgl. a. Roggen	27 "
Gerstengraupe	35 "
Gerstengröße	33 "
Buchweizengröße	38 "
Hafergröße	38 "
Hirse	38 "
Reis (Java, mittler)	65 "
Java-Kaffee (mittler, roh)	3 Mark — Pf.
do. (gelb in)	
gebr. Bohnen	4 Mark 13 Pf.
Speisefalz	20 "
Schweinefleisch (hiefiges)	1 Mark 15 "

2) In Charlottenburg:

für 1 Mgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen	37 Pf.
do. desgl. a. Roggen	25 "
Gerstengraupe	40 "
Gerstengröße	38 "
Buchweizengröße	38 "
Hafergröße	38 "
Hirse	35 "
Reis (Java, mittler)	50 "
Java-Kaffee (mittler, roh)	2 Mark 20 Pf.
do. (gelb in)	
gebr. Bohnen	2 Mark 70 Pf.
Speisefalz	20 "
Schweinefleisch (hiefiges)	— Mark 80 "

Königl. Polizei-Präsident. Erste Abteilung.

Bekanntmachung.

22. Unter Aufhebung meiner Bekanntmachung vom 28. Mai 1896 (Amtsblatt Nr. 22 vom 29. Mai 1896) wird auf Grund des § 5 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 die verbindliche Kraft zur Verkündung ortspolizeilicher Verord-

nungen für die Stadt Charlottenburg vom 1. April 1. J. ab der unter dem Titel „Charlottenburger Bürger-Zeitung, Neues Intelligenz-Blatt“ in Charlottenburg erscheinenden Zeitung unter dem Vorbehalt des Widerrufs hierdurch beigestellt.

Berlin, den 16. März 1897.

Der Polizei-Präsident.

Polizei-Berordnung.

23. Auf Grund der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30sten Juli 1883 und der §§ 5 ff. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 wird hierdurch nach Zustimmung des Gemeindevorstandes für den Stadtkreis Berlin Folgendes verordnet:

§ 1. Jeder auf Ausfall (Eptra) verdächtige Krankheitsfall ist bei dem Polizei-Präsidenten unverzüglich zur Anzeige zu bringen.

§ 2. Zur Anzeige sind die Familienhäupter, Haus- und Gastwirthe, die Medizinalpersonen, Geistlichen und Lehrer bezüglich der durch Mittheilung des Arztes bez. bei Ausübung der ärztlichen Praxis zu ihrer Kenntniz gelangenden Fälle in ihrer Familie bez. ihrem Hause bez. ihrer Praxis verpflichtet.

Der Anzeigepflicht ist genügt, wenn nur ein Anzeigepflichtiger die Anzeige erklärt hat.

§ 3. Die Nichtbefolgung obstehender Vorschriften zieht Geldstrafen bis zum Betrage von 30 Mark, im Unvermögensfalle entsprechende Haft nach sich.

Berlin, den 12. März 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

22. Die unter privatem Patronate stehende Pfarrstelle zu Seddin, Diözese Pommern, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Dirksen demnächst zur Erledigung.

23. Die dritte Predigerstelle an der unter magistratuaem Patronat stehenden St. Markus-Kirche in Berlin, Diözese Berlin I., deren Einkommen nach dem Regulativ für die Besoldung der Geistlichen an den zuschussbedürftigen Gemeinden des Berliner Stadtsynodalkreises vom 25. Juni/25. September 1896 bemessen wird, kommt durch Versetzung des Predigers Gehrke in nächster Zeit zur Erledigung. Die Wiederbesetzung erfolgt durch Wahl der kirchlichen Gemeinde-Organe unter Ausfertigung der Vollzettel seitens des Magistrats. Bewerbungen sind an den Gemeinde-Kirchenrath zu richten.

24. Die unter privatem Patronate stehende Pfarrstelle zu Gollmig, Diözese Prentzen I., ist durch das Ableben des Pfarrers Schwarz am 10. Februar 1897 zur Erledigung gekommen.

Bekanntmachungen der Königlichen Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung.

2. Bei der heute in Gegenwart eines Notars öffentlich bewirkten 21. Verlosung von 3 1/2prozentigen unterm 2. Mai 1842 ausgefertigten Staatsschuldscheinen sind die in der Anlage verzeichneten Nummern gezogen

worden. Sie werden den Besitzern zum 1. Juli 1897 mit der Aufforderung gekündigt, die in den ausgelassenen Nummern verschriebenen Kapitalbeträge vom 1. Juli 1897 ab gegen Quittung und Rückgabe des Staatsschuldscheins und der später fällig werdenden Zinscheine Reihe XXII. Nr. 6 bis 8 nebst Zinscheinanweisungen bei der Staatsschulden-Zilgungskasse, Taubenstraße Nr. 29 hiersebst zu erheben.

Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausschluss der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jedes Monats. Die Einlösung geschieht auch bei den Regierungen-Hauptkassen und in Formeln a. M. bei den Kreisoffizen. Zu diesem Zwecke können die Effekten einer dieser Kassen schon vom 1. Juni d. J. ab eingereicht werden, welche sie der Staatsschulden-Zilgungskasse zur Prüfung vorzulegen hat und nach Feststellung die Auszahlung vom 1. Juli 1897 ab bewirkt.

Der Betrag der etwa fehlenden Zinscheine wird vom Kapitale zurückbehalten.

Mit dem 1. Juli 1897 hört die Verzinsung der verlosenen Staatsschuldscheine auf.

Zugleich werden die bereits früher gekündigten, auf der Anlage verzeichneten, noch rückständigen Schatzurkunden, nämlich:

Staatsschuldscheine vom Jahre 1842, Schuldverschreibungen der Staatsanleihen von 1850, 1852, 1855, 1867, 1868 A. und der Staatsprämien-Anleihe von 1855, Kur- und Neumärkische Schuldverschreibungen, sowie eine Stammaktie der Münster-Hammmer Eisenbahn, wiederholt und mit dem Bemerken aufgerufen, daß ihre Verzinsung aufgehört hat.

Die Staatsschulden-Zilgungskasse kann sich in einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Schuldurkunden über die Zahlungsleistung nicht einlassen.

Formulare zu den Quittungen werden von sämtlichen oben genannten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Schließlich bringen wir diese Veröffentlichung, darauf aufmerksam zu machen, daß von den Schuldverschreibungen der konsolidirten 4 1/2prozentigen Staatsanleihe, welche gemäß § 2 des Gesetzes vom 4. März 1885 (Ges. S. 55) und der diesseitigen Bekanntmachung vom 1. September 1885 in Verschreibungen der konsolidirten 4prozentigen Staatsanleihe auszutauschen waren, die in der Anlage unter VI. aufgeführten Stücke auch bis jetzt noch nicht eingereicht worden sind. Die Inhaber derselben werden deshalb wiederholt aufgefordert, den beregten Umtausch zur Vermeidung weiterer Zinsverluste alsbald zu bewirken, indem wir ausdrücklich bemerken, daß die zu den neuen 4prozentigen Verschreibungen von 1885 gehörigen Zinscheine, bestimmungsmäßig vier Jahre nach ihrer Fälligkeit zu Gunsten der Staatskasse verjähren. Ein Theil dieser Zinscheine ist schon verjährt. Berlin, den 1. März 1897.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

18. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-gesetzes zur Einlieferungsordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Fräulein Ernestine Heintze in Leipzig, Peterstraße 10, die Schuldverschreibungen der konsolidirten 4½igen Staatsanleihe von 1885

lit. D. N^o 698456 und 706491 über je 500 M. angeblich verloren gegangen sind. Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Fräulein Heintze anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 16. März 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Direction der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

6. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 19. v. M. heute geschehenen öffentlichen Verloosung von 3½prozentigen Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Apoints gezogen worden:

Litt. G. zu 1500 Mark 1 Stück und zwar die Nummer 13.

Litt. J. zu 75 Mark 3 Stück und zwar die Nummern: 15 16 54.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. I. N^o 12—16 nebst

Talons bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße Nr. 76 I., vom 1. Juli d. J. ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 1. Juli d. J. ab hört die Verzinsung der ausgelassenen Rentenbriefe auf, diese selbst verjähren mit dem Schlusse des Jahres 1907 zum Vortheil der Rentenbank. Die Einlieferung ausgelassener Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post, portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Gelbbeitrag auf gleichem Wege übermittlest werde. Die Zusage des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers, und zwar bei Summen bis zu 400 Mark durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Cultung beizufügen.

Berlin, den 13. Februar 1897.

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirection zu Stettin.

Erachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände.

2. Für diejenigen Pferde, welche auf dem am 18. und 19. Mai d. J. in Neubrandenburg stattfindenden Zuchtmart für edlere Pferde ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, wird unter den üblichen, bei den Güter- und Eilgut-Abfertigungsstellen zu ersragenden Bedingungen auf den Strecken der Königlichen Eisenbahndirectionen Stettin, Berlin und Bromberg frachtfreie Rückbeförderung nach der Versandstation gewährt.

Stettin, den 18. März 1897.

Königliche Eisenbahndirection.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Nachweisung

10. In Geltung des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow auf Grund des § 2 zu 4 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1881 genehmigten Veränderungen von Gemeindef- und Gutsbezirksgrenzen für Februar 1897.

Bezeichnung des in Betracht kommenden Grundstücks.	Seitiger Gemeinde- bezw. Gutsbezirk.	Künftiger Gemeinde- bezw. Gutsbezirk.
Die dem Maurermeister Jacob Freibitz zu Berlin, Calowstraße 14 wohnhaft, gehörigen, in Schöneberg an der Augsburgerstraße belegenen Grundstücke Kartenblatt 6 N ^o 343/131 und 344/131 (Wiese) der Gemarkung Schöneberg in Größe von zusammen 353 qm.	Schöneberg.	St. Wilmerberg.
Die an den Bahnwärter August Blum zu Neuhoß veräußerte fiskalische Dorfauparzelle N ^o 155/143 des Kartenblatts 4 der Gemarkung Neuhoß in Größe von 15 a 30 qm.	Dorfauparzelle Neuhoß.	Neuhoß.
Die an den Brauereibesitzer August Lehmann zu Berlin, Dranienstraße 4 veräußerten Parzellen N ^o 1463/307 und 1464/307 des Kartenblatts 1 des Königl. Hausfideikommiß Amtsgutes Königs-Wusterhausen in Größe von 13,20 a.	Kgl. Hausfideikommiß Amtsgut Königs-Wusterhausen.	Gemeindeverband Kgl. Wusterhausen.

Berlin, den 4. März 1897.

Der Landrath des Kreises Teltow.

Die Veränderung von Bezugsgegenständen.
11. Bezeichnung der Grundstücke: Die in den Besitz des Königlichen Forstfiskus übergegangenen, bisher den Grundbesitzern Friedrich Weger, August Gräfe, Jo-

hann Rober und Johann Firt zu Schweinrich gehörigen Grundstücke Blatt 4 Parzellen N^o 54/24, 25, 26, 56/27, 28, 29, 31, 32, 33, 34, 35 5 und 6 der Gemarkungskarte von Schweinrich von zusammen

256,9780 ha Größe. Seitiger Kommunalbezirk: Gemeinbezirk Schweinrich. Künftiger Kommunalbezirk: Gutsbezirk Oberförsterei Zechlin.

Kyritz, den 5. März 1897.

Namens des Kreis-Ausschusses: Der Vorsitzende.

Personal-Chronik.

Im Kreise Westhavelland ist der Rittergutsbesitzer Hornemann in Gulenpaaren zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 20 — Roskow — ernannt worden.

Dem zum Seminardirektor ernannten Kreisschulinspektor Drlieb zu Bromberg ist das Direktorat des Schullehrerseminars in Kyritz übertragen worden.

Der Lehrer Gustav Jakubasch ist als Vorschullehrer an der Realschule in Schöneberg b. Berlin angestellt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat Januar 1897.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind: der Landgerichtsrath Dyckerhoff in Frankfurt a./O. zum Oberlandesgerichtsrath in Posen; der Kaufmann Emil Bing in Berlin zum Handelsrichter und der Bankdirektor Karl Siebert in Berlin zum stellvertretenden Handelsrichter bei dem Landgericht I. in Berlin. Verstorben sind die Amtsgerichtsräthe Haefsel in Neu-Ruppin und Muth in Sommerfeld.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Mehrländer, Hermann Fischer, Walter, Rindeling, Borchert, Schöndube. Entlassen sind Dr. Ernst Schneider in Folge seiner Uebernahme in die Staatsbahnen-Verwaltung, Dr. Stephan behufs Uebertritts in den höheren Verwaltungsdienst.

III. Staatsanwaltschaft.

Berufen sind die Staatsanwälte Keller in Hensburg an das Landgericht I. in Berlin, Sachse in Magdeburg an das Landgericht II. in Berlin. Zu Staatsanwälten sind ernannt der Amtsvorsteher von Chamier beim Amtsgericht in Ralsberge-Rüdersdorf, der Bürgermeister Ziemann beim Amtsgericht in Alt-Landsberg, der Geschäftsführer der Mälerei-Vereinsnoffenschaft Schlüter beim Amtsgericht in Sorau, zum Forstamtsanwalt der Forstmeister Hühner beim Amtsgericht in Lübben, zum Staatsanwalts-Stellvertreter der Bürgermeister Henke bei dem Amtsgericht in Rhelnsberg.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöscht sind in der Liste der Rechtsanwälte die Rechtsanwälte Lewel bei dem Amtsgericht in Alt-Landsberg, Dr. Tittin und Marggraff bei dem Landgericht I. in Berlin, Dr. phil. Peucker bei dem Amtsgericht in Sorau. Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte der Rechtsanwalt Dr. Tittin vom Landgericht I. in Berlin und der Gerichtsassessor Kurlbaum beim Landgericht II. in Berlin, der Gerichtsassessor Wunsch beim Amtsgericht in Charlottenburg, der Rechtsanwalt Lewel aus Alt-Landsberg beim Amtsgericht in Ralsberge-Rüdersdorf, der Gerichtsassessor Schlesinger beim Amtsgericht in Mittenwalde. Dem Notar Lewel in Alt-Landsberg ist der Wohnsitz in Ralsberge-Rüdersdorf angewiesen. Dem Notar Dr. phil. Peucker in Sorau ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte ertheilt. Verstorben ist der Rechtsanwalt und Notar Justizrath Engels in Potsdam.

V. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die Rechtskandidaten Kempner, Fritz Moll, du Mesnil, Gutsfeld, Jakob von Arnim, Reichardt, Junghann, Düssel, Dr. Coppel, Mattisohn, Eger. Uebernommen ist Leo Günther aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts Stettin. Entlassen sind Dietloff von Hake und Jesko von Puttkamer behufs Uebertritts in den höheren Verwaltungsdienst.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt sind der Aktuar Magnus zum Gerichtsschreiber bei dem Amtsgericht in Kirchhain N.-L., die Militäranwälte Raugsch und Hudewig zu Gerichtsvollziehern bei dem Amtsgericht I. in Berlin und Mustroph zum Gerichtsvollzieher bei dem Amtsgericht in Varuth, der Kanzleidiätar Krug zum Kanzlisten beim Landgericht I. in Berlin. Berufen sind der Gerichtsvollzieher Bielde von Fehrellin an das Amtsgericht I. in Berlin, der Kanzlist Gaede von der Staatsanwaltschaft I. in Berlin an das Landgericht I. daselbst. Pensionirt ist der Gerichtsschreiber Gersin beim Amtsgericht I. in Berlin. Verstorben sind die Gerichtsschreiber Otto Funke und Kanzleirath Sparfeld bei dem Amtsgericht I. in Berlin, Eiser mann bei dem Amtsgericht in Guben, Lügows bei dem Landgericht in Landsberg a./W. Entlassen ist der Kanzlist Menzel beim Amtsgericht I. in Berlin.

Hierzu eine Beilage, enthaltend das Verzeichniß gefündigter Staatsschuldscheine von 1842, Schuldverschreibungen der Staatsanleihen von 1850, 1852, 1853, 1862, 1868 A. und der Staats-Prämien-Anleihe von 1855, Kur- und Neumärkischer Schuldverschreibungen und einer Stammaktie der Münster-Hammer Eisenbahn, sowie der noch nicht zum Umtausch gegen 4prozentige Konsols eingereichten Schuldverschreibungen der konsolidirten 4 1/2-prozentigen Staatsanleihe, sowie Fünf Öffentliche Anzeiger.

(Die Infertigungsgebühren betragen für eine einpaltige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Wegen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung in Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Verh.

Öffentlicher Anzeiger (N^o 5)

zum 13ten Stüd des Amtsblatts

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 26. März 1897.

Polizeiliche Angelegenheiten.

195. Gegen den unten beschriebenen Arbeiter Wilhelm Katoll, früher zu Neuborf, jetzt unbekannten Aufenthalts, welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungs-haft wegen Landfriedensbruchs verhängt. Es wird er-sucht, denselben zu verhaften und in das nächste Ge-richtsgefängniß abzuliefern. Aktenzeichen K. 37/96. Katoll hat im Januar 1897 vom Amtsvorsteher für Neuborf ein Gefindebüchlein auf seinen Namen sich ausstellen lassen und wird darauf vielleicht einen Dienst suchen. Graubenz, den 17. März 1897.

Der Untersuchungsrichter
bei dem Königl. Landgerichte.

Beschreibung. Alter: 20 Jahre (geb. 30. Ok-tober 1876), Größe: 1,72 m, Statur: schlank, Haare: blond, Stirn: hoch, Bart: fehlt, Augenbrauen: blond, Augen: grau, Nase: stumpf Mund: gewöhnlich, Zähne: vollzählig, Kinn: rund, Gesicht: oval, Gesichtsfarbe: gesund, Sprache: deutsch.

Kleidung: Brauner Hut, braunes Jaquet, braune Weste, dunkle Hosen, weißes Vorhemd, Schuhe.

196. In der Strafsache gegen Veier — III. d. M. 76/96 — ist der Karl Ferdinand August Veier, z. Zt. unbekannten Aufenthalts, zuletzt in Charlottenburg wohnhaft gewesen, geboren am 24. März 1873 zu Duedlinburg, durch rechtskräftiges Urtheil der II. Straf-kammer des Königl. Landgerichts II. zu Berlin vom 5. Februar 1897 wegen Vergehens gegen § 140 I Strafgesetzbuch zu einer Geldstrafe von 160 Mark im Nichtbeitreibungsfalle 16 Tagen Gefängniß verurtheilt. Es wird ersucht, nach dem Aufenthalt des Veier zu forschen, im Betretungsfalle von ihm die erkannte Geld-strafe beizutreiben, im Nichtbeitreibungsfalle ihn zu ver-haften und an das nächste Amtsgericht, welches um Vollstreckung der substituirten Gefängnißstrafe ersucht wird, abzuliefern, auch zu den Akten ca. Veier — III. d. M. 76/96 — hierher Nachricht zu geben.

Berlin, den 12. März 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft II.

197. 1) Der Schlosser Arthur Georg Ludwig, geboren 31. Dezember 1866 zu Limbach in Sachsen, 2) der Tischler Eugen Pelz, geboren 28. Mai 1866 zu Rybnitz, sind durch vollstreckbares Urtheil des Königl. Schöffengerichts hieselbst vom 22. Dezember 1896 wegen Gewerbesteuer-Kontravention je zu einer Geld-strafe von 24 Mark, im Nichtbeitreibungsfalle je zu einer Haftstrafe von 6 Tagen. Es wird um Strafvollstreckung und Nachricht zu unseren Akten E. 85 95 ersucht.

Jehdenitz, den 31. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht.

198. Der Ulan des 2. Hannoverischen Ulanen-Re-giments N^o 14 Feder, Gerhard, geboren 3. März 1853 in Meyenburg, Ostprignitz, wegen Fahnenflucht in contumaciam am 24. März 1876 bestraft, wird hiermit aufgefordert, sich ungesäumt bei seinem Truppen-theile wieder einzufinden. Zugleich werden Civil- und Militärbehörden ersucht, den Genannten im Betretungs-falle zu verhaften und dem unterzeichneten Gerichte Nachricht davon zukommen zu lassen.

Mrg, den 16. März 1897.

Königliches Gericht der 34. Division.

Nothwendige Verkäufe.

Zwangsversteigerung.

199. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Rixdorf Band 71 Blatt N^o 2156 auf den Namen des Zimmermeisters Carl Hörniste zu Rixdorf eingetragene, zu Rixdorf an der Bergstraße Nr. 53 belegene Grundstück am **18. Mai 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Ge-richt an Gerichtsstelle Erfstraße 29 2 Tr. Zimmer 14 versteigert werden.

Das Grundstück ist mit einer Fläche von 0,1198 Hektar zur Grundsteuer nicht, mit 8900 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, etwaige Absätzungen und andere das Grundstück be-treffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedin-gungen können in der Gerichtsschreiberrei Zimmer 21 eingesehen werden.

Alle Strafberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaub-haft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Ver-steigerungstermins die Einstellung des Verfahrens her-beizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag des Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

wird am 19. Mai 1897 Vormittags 10 Uhr an Gerichtsstelle verkündet werden.

Rirdorf, den 17. März 1897.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

200. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Rirdorf Band XI. Blatt Nr. 416 und Blatt Nr. 417 auf den Namen des Fräuleins Pauline Hanns jetzt verheirateten Rohr zu Berlin eingetragenen, zu Rirdorf, Steinmehstraße Nr. 70 und Kopffstraße Nr. 10 belegenen Grundstücke am 19ten Mai 1897 Vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Erstz. 29 II. Tr. Zimmer Nr. 14 versteigert werden.

Das Grundstück Rirdorf Blatt Nr. 416 ist mit einer Fläche von 0,0395 Hektar zur Grundsteuer nicht, dagegen mit 3900 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer und das Grundstück Rirdorf Blatt Nr. 417 mit einer Fläche von 0,0394 Hektar zur Grundsteuer ebenfalls nicht, dagegen mit 3892 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei Zimmer 21 eingesehen werden.

Alle Nothabentheiligen werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersterher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der Betreibende Einsüßiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Dieselben, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am 22. Mai 1897 Vormittags 10 Uhr an Gerichtsstelle verkündet werden.

Rirdorf, den 18. März 1897.

Königliches Amtsgericht.

B e s c h l u ß.

201. In Sachen, betreffend die Zwangsversteigerung der dem Brauereibesitzer Benedict Egel zu Rallberge Rüdersdorf gehörigen, im Grundbuche von Rüdersdorf Band VIII. Blatt Nr. 262 und Band XIII. Blatt Nr. 420 verzeichneten Grundstücke wird ein neuer Ter-

min zur Versteigerung auf den 28. April 1897 Vormittags 10 Uhr und Termin zur Vertheilung des Zuschlags auf den 29. April 1897 Mittags 12 Uhr, beide Termine an Gerichtsstelle anberaumt. Rallberge Rüdersdorf, den 15. März 1897.

Königliches Amtsgericht.

Auktionen und Lizitationen.

202. In dem am Montag den 12. April d. J. von Vormittags 10 Uhr ab im Gasthof bei Wreh hieselbst aufstehenden Holztermine kommen aus dem Einschlage der Oberförsterei Groß-Schönebeck zum Ausgebot: Forstbeauf. Nepluch, Diebsjagen 122: Kiefern 1916 Stüd mit 1071 fm., Totalität: Kiefern 33 Stüd mit 34 fm. Forstbeauf. Hirschberg, Totalität: Kiefern 78 Stüd mit 130 fm. Forstbeauf. Präpe, Diebsjagen 71: Birken 2 Stüd mit 0,66 fm., Diebsjagen 44: Birken 10 Stüd mit 4,33 fm., Totalität: Weiden 2 Stüd mit 0,59 fm., Doppelu 50 Stüd mit 34 fm., Kiefern 12 Stüd mit 12 fm., 15 Stangen I. Els. Forstbeauf. Tremmersee, Diebsjagen 156: Birken 5 Stüd mit 2,23 fm., Kiefern: 25 Stangen I. und II. Els., Totalität: Kiefern 184 Stüd mit 202 fm. Forstbeauf. Klein-Dölln, Totalität: Kiefern 100 Stüd mit 95 fm. Forstbeauf. Login, Totalität: Kiefern 67 Stüd mit 88 fm.

Groß-Schönebeck, den 19. März 1897.

Der Oberförster.

203. Submission auf Kief. Langnuthholz in der Königl. Oberförsterei Dammendorf. Die nachstehend verzeichneten Kief. Rugenden aus dem Einschlage der 1897 im Jag. 26 des Schußbezirks Theerosen sollen im Wege schriftlichen Angebots verkauft werden. Die Gebote sind schriftlich für jedes Loos einzeln auf volle Mark abgerundet abzugeben, und unterwirft. Dieser, sich den allgemeinen und den in dieser Bekanntmachung enthaltenen besonderen Holzverkaufsbedingungen, welche erstere auf dem Oberförsterei-Bureau eingesehen werden können. Die Eröffnung der schriftlichen Gebote, welche mit Aufschrift: „Gebot zur Submission auf Kiefern Nuthholz aus der Oberförsterei Dammendorf“ bis spätestens den 7. April Abends 8. Uhr dem unterzeichneten Oberförster versiegelt einzusenden sind, erfolgt am 8. April Nachmittags 3 Uhr in dem hiesigen Bureau in Gegenwart der etwa erschienenen Distr. Aufmaßregistrator. können gegen Kopialen von hiesiger Oberförsterei bezogen werden: Loos I. 1 Stüd. I. El. ges. = 3,35 fm. Loos II. 4 Stüd. II. El. ges. = 9,68 fm. Loos III. 15 Stüd. III. El. ges. = 24,21 fm. Loos IV. 14 Stüd. IV. El. ges. = 9,86 fm. Loos V. 115 Stüd. V. El. ges. = 32,50 fm. Loos VI. 3 Stüd. II. El. + = 6,90 fm. Loos VII. 17 Stüd. III. El. + = 23,92 fm. Loos VIII. 24 Stüd. V. El. + = 5,05 fm. Loos IX. 45 Stüd. V. El. II. = 7,85 fm. Dammendorf, den 20. März 1897.

Der Oberförster Krog.

Verzeichniß

gekündigter Staatsschuldsscheine von 1842, Schuldverschreibungen der Staatsanleihen von 1850, 1852, 1853, 1862, 1868A und der Staats-Prämien-Anleihe von 1855, Kur- und Neumärkischer Schuldverschreibungen und einer Stammaktie der Münster-Hammer Eisenbahn, sowie der noch nicht zum Umtausch gegen 4prozentige Konsols eingereichten Schuldverschreibungen der konsolidirten 4½prozentigen Staatsanleihe.

Die fettgedruckte Zahl, welche die Tausende bezeichnet, bezieht sich auch auf diejenigen Zahlen, welche bis zu der folgenden fettgedruckten Zahl die Hunderte, Zehner und Einer angeben.

I. Verzeichniß

der

in der 21. Verloosung gezogenen, durch die Bekanntmachung der unterzeichneten Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 1. März 1897 zum **1. Juli 1897** zur baaren Einlösung gekündigten **3½prozentigen**, unterm 2. Mai 1842 ausgefertigten **Staatsschuldsscheine**.

Abzuliefern mit Zinsscheinen Reihe XXII Nr. 6 bis 8 und Anweisungen zur Abhebung der Reihe XXIII.

Lit. **A.** zu **1000** Rthlr.

M 8897. 930. 949. 952. 958. 963. **9**117. 154.
198. 205. 207. 231. 244. 251. 259. 319. 332.
371. 388. 395. 401. 534. 535. 614. 641. 755.
10373. 374. 376. 377. 629. 631. 632. 647. 649.
650. 657 bis 660. 679. 828. 832. 843. 845 bis
850. 856. 867. 868. 874. 876. 884. 903. 950.
958. 975. 976. 981. 987. 993. 995. **11**008.
15. 20. 67. 69. 70. 79. 122 bis 124. 126. 128.
160 bis 162. 181. 210. 221. 336. 369. 370. 388.
391. 392. 415. 416. 440. 447. 448. 450 bis 452.
463. 491. 492. **13**875. 877. 881. 900. 904.
911. 923. 927. 958. 964. 977. 980. 990. 991.
14007. 9. 21. 22. 28. 249. 252. 257. 262. 268.
274. 288. 293. 332. 368. 386. 390. 393. 396.
400. 402. 412. 420. 427. 428. 493. 507. 510.
521. 526. 533. 602. 619. 622. 636. 643. 811.
825. 830. 864. 867. 872. 886. 888. 897. 904.
907. 970 bis 974. 977. 978. 982. 984. 991.
15007. 11. 13. 14. 19. 24. 290. 291. 305 bis 308.
311. 315 bis 330.

Summe 200 Stück über 200 000 Rthlr.
= 600 000 Mark.

Lit. **B.** zu **500** Rthlr.

M 18845. 847. 850. 855. 858. 859. 865. 870. 876.
880. 881. 888. **19**245. 253. 257. 268. 270.
272. 278. 295. 296. 299. 300. 304. 306. 315.
316. 318 bis 320. 324. 328. 333. 341. 348. 350.
351. 358. 359. 370. 372. 374. 383. 391. 412.
415. 425. 432. 441. 442. 510. 523. 526. 529.
531. 536. 547. 552 bis 554. 558. 560. 579. 583.
590. 594. 596. 604. 611. 616. 625. 638. 639.
648. 649. 656. 658. 659. 684. 688. 696. 701.
711. 712. 719. 835 bis 842. 844. 859. 864. 865.
878. 883. 886. **20**764 bis 766. 772. 785.
787. 791 bis 793. 795. 800. 803. 806. 815. 818.
827. 846 bis 850. 856. 859. 863. 865. 868. 871.
878. 887. 892. 894. 900. 901. 906. 907. 931.
933. 942 bis 944. **21**008. 14. 17. 20. 21.
25. 28. 29. 31. 36. 40. 43. 52. 56. 63. 66. 67. 87.
101. 104. 114. 121. 123. 128. 131. 136. 139.
140. 143 bis 145. 156. 159. 169. 174. 177. 182.
185. 190. 194. 196. 305. 315. 319. 332. 336.
341. 352. 353. 356. 362. 369. 371. 373. 378
bis 383.

Summe 200 Stück über 100 000 Rthlr.
= 300 000 Mark.

Lit. C. zu 400 Rthlr

N 5020. 21. 26. 32. 40. 42. 55. 57. 63 bis 65. 68.
72. 73. 82. 85. 96. 102. 105. 107. 110. 121. 125.
142. 143. 415. 416. 420. 421. 427. **8891.**
897. 922. 923. **9049.** 179. 182. 186. 191.
210. 216. 222. 247. 253. 256. 258. 263. 265.
267 bis 269. 272. 273. 277. 284. 285. 288. 296.
298. 304.

Summe 60 Stück über 24 000 Rthlr.
= 72 000 Mark.

Lit. D. zu 300 Rthlr.

N 7427. 429. 434. 441. 443 bis 445. 447. 450.
454. 457. 459. 462. 467. 469. 471. 478. 483.
487 bis 490. 502. 506. 509. 511. 512. 515. 516.
524. 531 bis 533. 537. 541. 544. 546. 551. 565.
570. 575. 576. 579. 580. 583. 589. 595. 599.
602. 606. 608. 609. 611 bis 613. 616. 620. 623
bis 625. 629. 633. 640. 642. 648. 650. 651. 655.
664. 665. 676. 678. 681. 689. 697. 699. 702 bis
704. 706.

Summe 80 Stück über 24 000 Rthlr.
= 72 000 Mark.

Lit. E. zu 300 Rthlr.

N 5413 bis 416. 418. 421. 423. 424. 426. 427.
429. 430. 433. 436. 439. 636. 640. 642. 646.
647. 651. 655 bis 657. 662. 665. 667. 668. 676.
679. 680. 682. 685 bis 687. 690. 692. 694. 698.
701. 710. 712. 715. 719. 724. 726. 729. 742.
745. 753. 754. 758. 765. 771. 773 bis 776. 781.
792. 794. 797. 799. 802. 806. 811. 812. 817.
820. 821. 823. 833. 834. 837. 839. 848. 854 bis
857. 863. 874. 878. 889. 909. 910. 914. 916.
921. 922. 924. 926. 928. 929. 932. 934. 939.
941. 943. 952. **16950.** 958. 959. 961. 962.
968. 970. 974. 980. 988. 990 bis 992. 999.
17001. 3. 4. 9. 13 bis 19. 21 bis 23. 31. 34.
39. 40. 42. 43. 49. 50. 55. 56. 60 bis 62. 64. 67.
68. 70. 71. 75 bis 77. 79. 81. 84. 91. 93. 99.
103. 104. 108. 112. 113. 117 bis 119. 121. 126.
127. 131. 133. 134. 136. 137. 141. 143. 147.
148. 151. 152. 156. 161. 162. 173. 179 bis 181.
185. 186. 192. 200. 202. 204 bis 207. 211. 212.
214. 216. 218. 223. 225.

Summe 200 Stück über 40 000 Rthlr.
= 120 000 Mark.

Lit. F. zu 100 Rthlr.

N 38096. 100. 101. 109. 110. 115. 117. 118. 126.
132. 148. 152. 153. 155. 156. 158. 159. 165.
167. 171. 172. 178. 182. 183. 186. 188 bis 191.
194. 197. 198. 203. 210. 211. 214. 217. 220.
222 bis 224. 232. 238. 242. 250. 253. 260. 265
bis 267. 270. 272. 275. 281. 288. 289. 311. 312.
315 bis 319. 324. 326. 328. 330 bis 332. 335.

336. 349. 351. 354. 356. 358. 361. 364. 365.
367. 370. 374 bis 376. 395. 397. 399. 402. 405.
407. 408. 414 bis 417. 420. 423. 425. 427. 435
bis 440. 442. 445. 448. 451. 454. 456. 458. 460.
461. 463. 466. 475. 478. 479. 482. 485. 491.
492. 494. 496 bis 498. 500. 502. 503. 510. 512
bis 518. 522. 525. 527. 536. 537. 541 bis 543.
556. 564. 565. 567. 569. 574. 576. 578. 582 bis
584. 586 bis 590. 596 bis 598. 603. 620. 627.
629. 635. 641. 643. 646. 650. 656. 658. 659.
663. 665. 668. 669. 676. 677. 680. 685. 686.
689. 690. 695. 702. 709. 710. 713 bis 716. 718
bis 720. 723. 725. 726. **89268.** 271. 273.
276. 278 bis 280. 282. 284. 285. 288. 290. 294.
297. 299. 300. 302. 307. 308. 311. 315. 316.
318. 319. 323. 325 bis 327. 330. 334. 336. 342
bis 344. 347. 350. 353. 358. 360. 373. 374. 380.
382 bis 384. 391. 392. 398. 400. 402. 403. 408.
411. 413. 414. 416. 419. 425. 429. 432 bis 436.
438 bis 440. 443. 450. 456. 458. 459. 465. 467.
469. 476. 479. 481. 483 bis 485. 487. 489. 490.
493. 494. 496. 497. 500. 502. 504. 506. 507.
509. 514. 515. 517. 520. 774. 775. 778. 780.
784 bis 786. 788. 789. 792. 795. 796. 804. 805.
811. 812. 814. 821. 827. 828. 830 bis 833. 836.
838. 841. 846. 847. 851 bis 866. 869. 871. 872.
874 bis 876. 881 bis 884. 886. 887. 890. 895.
900. 906. 907. 909. 912. 913. 918. 921. 924.
926. 927. 935 bis 939. 942 bis 944. 947. 950
bis 954. 957. 961. 962. 967. 968. 970 bis 973.
977. 982. 983. 988 bis 991. 995. 998. 999.
40000. 8 bis 11. 14. 15. 19. 22. 28. 31. 33. 34.
36. 38. 39. 42. 53. 56 bis 58. 61. 64. 66. 67. 69.
72. 74. 76. 78. 80. 84. 86. 91. 92. 95. 104. 108.
109. 113. 118 bis 121. 123. 125. 130. 132. 138.
141. 142. 144. 145. 147 bis 149. 152. 154. 156.
157. 159. 162. 164 bis 167. 173. 180. 181. 183.
184. 189. 190. 192. 200. 203. 205. 207. 208.
210. 212 bis 215. 218 bis 220. 223. 225. 226.
233. 237. 238. 240. 245. 247. 248. **41802.**
807. 809. 813 bis 816. 819 bis 822. 830 bis
832. 835. 839. 840. 842. 851. 852. 855. 862.
865. **42421.** 423. 424. 426. 430. 435 bis
437. 441 bis 443. 445 bis 447. 449. 453 bis
455. 457. 460. 462. 464. 465. 470 bis 472. 474.
478 bis 481. 485. 487. 488. 490 bis 495. 497.
506 bis 511. 513. 518. 520. 522. 523. 526. 528.
529. 533. 536. 542. 551. 553. 554. 557. 559.
562. 564. 566 bis 570. 573. 576. 581 bis 583.
587. 591. 593. 595. 597. 601. 602. 605. 606.
608. 610. 614 bis 616. 626. 627. 629 bis 632.
634. 637. 638. 640. 642 bis 645. 655. 657. 659
bis 661. 968. 971. 977. 982. 983. 986 bis 988.
990. 991. 997. 999. **43003.** 5. 6. 8. 9.
11 bis 13. 15 bis 18. 26. 29. 30. 32. 35. 36. 38
bis 40. 42 bis 45. 48. 49. 62 bis 64. 70. 74 bis
79. 85. 88. 91 bis 94. 98. 99. 101. 102.

341 bis 343. 347. 349. 351. 360. 364. 367. 368.
 370. 372 bis 374. 379. 385. 387. 388. 390. 394.
 401. 403. 406. 407. 415. 418 bis 421. 424 bis
 426. 428. 430. 432. 434. 437. 440 bis 442. 444.
 445. 448. 457 bis 459. 462. 463. 466. 475. 480.
 760. 762. 763. 765 bis 767. 769. 770. 776. 778.
 780. 781. 788. 791. 795 bis 797. 799. 801. 802.
 804. 806. 807. 809 bis 811. 817. 822. 823. 828.
 829. 834. 835. 837. 838. 843. 845. 851. 853 bis
 855. 861 bis 865. 869. 873. 882. 885. 888 bis
 891. 898. 902. 903. 907. 914. 916. 917. 921.
 924. 929. 931. 937. 939. 940. 943. 947. 950.
 964 bis 969. 971 bis 973. 977. 981. 985. 990.
 991. 996 bis 999. **44002** bis 4. 9. 10.
 13 bis 17. 19 bis 23. 25 bis 30. 33. 36. 37. 39.
 41. 43. 44. 46. 47. 50 bis 53. 55. 57 bis 61. 64.
 72. 75. 77 bis 79. 82. 84. 89 bis 92. 95. 96. 101.
 104 bis 106. 109. 113. 114. 118. 122 bis 124.
 129 bis 132. 136. 137. 140 bis 142. 146. 149 bis
 153. 157. 158. 160. 161. 164. 167. 168. 170 bis
 172. 174 bis 176. 183. 190. 195 bis 197. 200.
 207. 209. 211. 213. 218 bis 220. 223. 225. 228.
 230. 233. 237. 240. 242. 243. 585. 589. 590.
 593. 598. 600. 604. 607. 614. 622. 626. 628.
 629. 632. 633. 635. 636. 639. 644. 645. 648.
 650 bis 656. 661 bis 663. 666. 672. 673. 676.
 680. 682. 685. 686. 690. 691. 693. 706. 710 bis
 713. 717. 719. 721. 723. 725 bis 727. 729.
98629. 630. 632. 634. 637. 639. 643. 644. 647.
 651. 656. 659. 663. 665. 666. 670. 673 bis 675.
 678. 679. 681. 682. 685. 688. 691. 695. 700.
 701. 704. 707. 720. 799. 808. 810. 814. 815.
 819. 821. 823. 825. 826. 829. 835. 839. 841.
 842. 846. 847. 850. 852. 855. 856. 858. 863.
 865. 867. 870 bis 873. 875. 876. 885 bis 887.
 889. 891. 898. 904. 905. 907. 909. 912. 917.
 920. 923 bis 925. 927. 930. 931. 934. 940. 950.
 956. 965 bis 974. 979. 985 bis 987. 989. 992.
 994. 996. **99007**. 9 bis 11. 14. 15. 19. 25.
 28. 29. 31. 36. 37. 42. 46. 50. 51. 55 bis 57. 60
 bis 68. 70. 73. 74. 76. 81. 82. 85. 90. 99. 101.
 105. 107. 108. 115 bis 119. 122. 123. 126. 130.
 133. 139. 142. 143. 148. 150. 153. 154. 156.
 157. 160. 163 bis 167. 169. 171 bis 173. 179.
 181. 188. 190. 191. 193. 197. 200. 205. 210.
 211. 213. 214. 219. 222. 223. 228 bis 230. 234
 bis 237. 248. 249. 259 bis 261. 265. 271. 273.
 275. 276. 279. 281. 282. 289. 292. 296. 299.
 301. 303. 306. 309. 310. 314. 315. 318. 320.
 325. 327. 330 bis 336. 340. 341. 343. 346. 354.
 356. 361. 362. 364. 365. 368 bis 371. 374. 375.
 380. 386. 391. 396. 400. 401. 406. 407. 414 bis
 416. 419. 420. 423. 425. 428. 431. 432. 434.
 435. 438. 439. 441. 446. 448. 450. 453 bis 455.
 458. 459. 466. 470. 471. 473. 474. 476 bis 479.
 481. 486 bis 492. 494. 496. 499 bis 501. 503.
 507. 508. 511 bis 513. 518. 521. 528. 529. 531.

534. 540. 545. 547. 549. 552. 555. 557. 563.
 566. 567. 571. 573. 577. 578. 583 bis 585. 588.
 591. 592. 595. 597. 598. 601. 602. 604 bis 606.
 609. 610. 613. 616 bis 618. 620 bis 622. 624.
 626. 627. 630 bis 632. 645. 651. 655. 657. 664.
 667. 672 bis 676. 679. 681. 683. 686. 692. 704.
 705. 710. 713. 714. 717. 718. 720. 724 bis 727.
 729. 737. 740. 741. 748. 750. 755. 769. 770.
100583. 587. 589. 590. 596 bis 598. 604. 607.
 614. 616. 622 bis 625. 627. 628. 631. 639. 641.
 642. 645. 648. 652. 655. 657. 658. 660. 662.
 665. 671. 676. 677. 687. 688. 691. 699. 700.
 703. 707. 713. 716. 721. 727. 733 bis 735. 740
 bis 742. 745. 756. 757. 759. 761. 763. 765. 775.
 777 bis 779. 784 bis 786. 788 bis 792. 795. 800.
 805. 811. 813 bis 815. 819. 820. 823. 831. 832.
 838 bis 840. 843. 844. 846. 847. 851. 853. 855.
 858. 861. 863. 867. 868. 871. 873 bis 875. 890.
 899. 901. 902. 904. 909. **143905**. 906.
 908. 910. 911. 914. 916. 918. 919. 921. 922.
 924. 927. 931. 933. 935. 938. 941. 949. 954.
 957. 959. 961. 962. 965. 967 bis 969. 971. 974
 bis 977. 979. 982. 984. 987. 990. 994. 995.
144003 bis 5. 7. 10. 12 bis 15. 17. 19. 21 bis 25.
 28. 29. 31. 34. 36 bis 39. 42. 46. 63. 66. 67. 74
 bis 78. 80. 82. 85. 87. 88. 97. 98. 100. 101. 104
 bis 107. 111. 116. 125. 128. 132. 137. 140. 143
 bis 145. 151. 156. 157. 159 bis 162. 164. 165.
 168. 169. 173. 176. 177. 182. 185. 186. 188.
 190. 191. 199 bis 208. 452. 454. 459. 460. 467.
 469 bis 473. 475 bis 486. 488 bis 492. 495 bis
 498. 501. 503. 508. 510. 512. 515. 521. 524.
 525. 528. 535. 540. 541. 545. 549 bis 556. 568
 bis 570. 575. 576. 595. 596. 599. 602. 603. 606
 bis 608. 610 bis 612. 634. 635. 637 bis 639. 642.
 649. 650. 654. 661. 662. 664. 668. 674 bis 676.
 679. 680. 682. 685. 686. 692 bis 694. 698 bis
 700. 702. 705. 706. 708 bis 711. 714. 719. 724.
 725. **145730**. 731. 734. 737. 740. 744 bis
 746. 748 bis 750. 752. 754. 759. 760. 763. 764.
 767 bis 769. 772. 780. 782. 783. 787. 791. 792.
 794. 797 bis 800. 803. 808. 814. 818. 823. 824.
 830. 833. 835. 843. 852. 854. 855. 857. 859.
 860. 867. 869. 871. 873. 874. 882. 891. 897.
 899. 900. 902. 905 bis 913. 920. 921. 927. 928.
 930. 931. 933. 937 bis 941. 951. 953. 954. 957.
 962. 967 bis 969. 971. 972. 974. 975. 977. 979
 bis 982. 984. 985. 987. 988. **146237**.
 242. 243. 246. 247. 251. 252. 254. 256. 258.
 261 bis 263. 270. 273. 274. 277. 278. 284. 286.
 290. 293. 295. 296. 298. 301. 302. 305. 306.
 309. 310. 319. 325. 327. 329. 336. 338. 343.
 344. 346. 362. 363. 367 bis 370. 375 bis 377.
 379. 382. 384. 385. 388 bis 390. 394. 401. 405.
 406. 413. 422. 431. 433. 437. 440. 443. 457.
 459. 465. 472. 473. 475. 478 bis 480. 486 bis
 488. 490. 502 bis 504. 510. 513. 516. 518. 520.

521. 527 bis 533. 540. 542 bis 544. 546. 548.
 553. 556. 557. 560. 562. 563. 568. 573. 575.
 577. 578. 581. 583. 587. 588. 592. 594. 595.
 599. 601. 605 bis 608. 610. 611. 614. 616. 618.
 621 bis 623. 626. 633. 635. 638. 642. 646. 647.
 653. 654. 658. 661. 662. 665. 668. 670. 672.
 675. 676. 679. 686. 688. 690. 692 bis 694. 701.
 704. 706. 710. 713. 714. **155826.** 829. 831.
 834 bis 836. 839 bis 842. 846. 847. 849. 850.
 852. 857. 858. 860. 865. 867. 872 bis 874. 879.
 882. 884. 888. 889. 892. 894 bis 897. 900. 901.
 905 bis 907. 911. 914. 924 bis 926. 928 bis
 933. 935. 939. 942. 944. 946. 950 bis 952. 954.
 955. 957. 959. 961. 963. 965 bis 968. 970. 972.
 978. 979. 981. 985. 991. 992. 995. **156001.**
 6. 8. 9. 11. 12. 17. 20 bis 23. 28 bis 30. 34. 36
 bis 39. 42. 44. 45. 47. 49. 54. 55. 58 bis 60. 68.
 72 bis 74. 76 bis 80. 83. 85. 86. 88. 89. 94. 95.
 97 bis 99. 101. 105. 107. 108. 113. 116. 118.
 121. 123 bis 126. 128 bis 130. 133 bis 135.
 137. 139 bis 141. 146. 149 bis 152. 155 bis
 158. 161. 164. 168. 174. 177. 181. 182. 185 bis
 187. 189 bis 191. 194 bis 197. 200 bis 203.
 205. 207. 208. 215. 217 bis 219. 221. 222. 224.
 225. 227. 233. 236. 238. 241. 243. 248. 253 bis
 255. 258. 259. 261. 263. 264. 266. 268. 270.
 278. 282. 287 bis 289. 297. 302. 305. 309. 312.
 315. 316. 320. 321. 328. 336 bis 352. 356. 363.
 366. 368. 369. 372 bis 374. 377. 379. 382. 383.
 387 bis 389. 393. 397. 401. 402. 408. 409. 412
 bis 450. 452. 455. 456. 460. 466. 470. 474. 475.
 477. 482. 486. 487. 489. 491 bis 493. 495. 500.
 506. 515 bis 522. 524 bis 527. 529 bis 543.
 547 bis 549. 552 bis 554. 556. 561. 564. 567
 bis 570. 572. 574 bis 576. 578. 579. 581. 582.
 584. 586 bis 588. 591 bis 593. 596. 597. 599.
 601. 604 bis 614. 617. 619. 623. 625. 626. 643.
 645. 648 bis 658. 660 bis 664. 667. 672. 674.
 677. 678. 681 bis 687. 689. 692. 694 bis 696.
 703. 705. 709. 714. 721. 723. 724. 726. 736.
 737. 739 bis 741. 750. 751. 758. 760 bis 762.
 766. 767. 769 bis 771. 773. 774. 776. 778 bis
 781. 783. 784. 786. 788. 789. 792. 793. 803.
 807 bis 809. 814. 815. 818 bis 820. 824. 828
 bis 835. 842. 847 bis 849. 851. 853 bis 855. 861.
 882. 884. 887. 893. 898. 899. 901. 902. 904.
166308. 311. 312. 322. 323. 325. 326. 328.
 330. 333. 334. 336. 342. 344. 346. 353 bis 355.
 361. 364. 365. 369. 377 bis 379. 381. 382. 385.
 386. 388. 389. 391. 393. 394. 396. 399. 401.
 402. 405. 409. 410. 414 bis 416. 418. 422. 426.
 427. 724 bis 729. 733. 735. 737. 740. 743 bis
 745. 750. 756. 758. 761. 768. 771. 776. 783.
 784. 789. 791. 792. 794. 795. 797 bis 799. 801.
 803. 807. 811. 812. 816 bis 819. 822. 826 bis
 828. 830. 834. 835. 838. 840. 841. 849. 852.
 860. 861. 863 bis 869. 872 bis 876. 878 bis

880. 882. 883. 889 bis 891. 893. 894. 899. 902
 bis 905. 907. 909. 910. 918 bis 926. 928 bis
 932. 934 bis 936. 943. 945. 951. 957 bis 959.
 963. 965. 970. 973 bis 975. 981. 982. 984. 985.
 992. 995. 996. 998. 999. **167001** bis 4.
 11 bis 16. 19. 20. 24. 30. 32. 35. 38. 40. 43. 49.
 55. 59 bis 62. 64. 68. 70. 73. 75. 80. 84. 85. 88
 bis 90. 92. 94. 98. 99. 101. 105 bis 107. 110 bis
 118. 120. 125. 127 bis 129. 133. 135. 139 bis
 141. 144. 145. 147. 149. 151. 152. 156 bis 158.
 162. 171. 174 bis 176. 178. 183 bis 185. 187.
 192. 194. 195. 197. 200 bis 202. 208 bis 211.
 558. 559. 561. 567 bis 569. 575. 576. 578 bis
 583. 586. 593. 596. 599. 603. 605. 606. 608.
 611. 612. 614. 619. 622 bis 624. 628 bis 630.
 632. 639. 642 bis 644. 654 bis 657. 659. 662.
 666. 669. 670. 674. 678. 687. 689. 693. 698.
 701. 710. 711. 722 bis 725. 731 bis 735. 737.
 739. 741. 744 bis 746. 750 bis 752. 757. 762.
 772. 773. 776. 778 bis 780. 786. 787. 793. 794.
 797. 800 bis 803. 805. 807. 812. 816. 818. 819.
 822. 824. 826. 831. 833. 838. 844. 845. 848.
 850. 855. 863. 864. 867. 872 bis 875. 880. 881.
 883 bis 887. 892. 893. 896. 898 bis 900. 902.
 906. 910 bis 912. 914. 921. 924. 928. 929. 931.
 933. 936. 937. 939. 948. 950. 953. 955. 957.
 958. 963. 966. 967. 973. 974. 981. 984. 986 bis
 990. 995. 997. 999. **168001.** 3 bis 5. 7.
 8. 35. 40. 43. 45. 52. 54. 56. 62. 64 bis 66. 68.
 72 bis 74. 76. 80 bis 82. 92. 98 bis 101. 107. 109.
 110. 365 bis 367. 385. 388. 390. 392. 396. 401
 bis 403. 420. 425. 427 bis 429. 436. 442 bis 448.
 450 bis 454. 461 bis 465. 467 bis 472. 474. 478.
175194. 198. 200. 202. 203. 209. 213 bis 215.
 218 bis 223. 225 bis 227. 230. 231. 235. 238.
 239. 242. 245. 248. 253. 255 bis 257. 263 bis
 268. 271. 272. 274. 277. 286 bis 292. 304. 307
 bis 311. 319 bis 323. 327 bis 332. 336. 339.
 342. 343. 347. 354 bis 357. 360. 367. 368. 377.
 379 bis 385. 390. 395. 400. 402. 410. 418. 420.
 423. 443 bis 448. 450. 451. 454. 457 bis 459.
 461 bis 464. 468. 469. 472 bis 481. 488 bis 498.
 500 bis 503. 505. 506. 508 bis 511. 514. 520.
 523 bis 526. 529. 532 bis 535. 537 bis 540. 542
 bis 544. 547. 549. 553. 555. 556. 571. 574. 575.
 588. 592. 594. 614. 621 bis 623. 625. 632. 633.
 635 bis 637. 640. 642. 645 bis 647. 649. 656 bis
 658. 661. 663. 664. 674. 681. 684. 690. 691.
 697. 699 bis 701. 704. 705. 707. 716 bis 718.
 723. 727 bis 731. 740. 743 bis 747. 751 bis 753.
 761. 762. 768. 775. 777 bis 779. 782 bis 785.
 788 bis 790. 795. 797. 798. 801 bis 803. 805.
 806. 808. 810. 811. 813. 815. 816. 820. 823.
 826. 828. 832. 834. 836 bis 839. 845 bis 848.
 850. 852. 854. 857. 862. 864. 867. 868. 873 bis
 875. 877. 879. 881 bis 883. 885. 887. 888. 891.
 897. 903 bis 905. 907 bis 911. 913. 920. 923.

931. 933. 936. 937. 939. 941. 947. 952 bis 954.
 956. 960. 963. 965. 968. 970 bis 973. 975. 977.
 979. 981 bis 983. 986. 988. 990. 992. 993. 995.
 997. 998. **176002.** 3. 8 bis 11. 14. 18 bis
 21. 24. 26 bis 30. 33. 35. 36. 40 bis 43. 47. 49.
 50. 52 bis 54. 57. 60. 62. 66 bis 68. 70 bis 72.
 75. 77. 80. 82. 92. 94. 97 bis 102. 104. 106.
 109. 110. 112 bis 115. 121. 126. 130. 131. 135.
 138. 139. 141. 142. 144. 149. 151. 153. 156 bis
 158. 161. 163. 165. 167. 169 bis 171. 174. 179.
 182. 188. 191 bis 196. 198 bis 200. 202. 206
 bis 208. 448. 449. 451. 453. 458. 460. 463. 467.
 470. 474. 475. 477. 478. 482. 484 bis 487. 491.
 494. 497. 503 bis 506. 508 bis 510. 517 bis
 520. 522 bis 524. 528. 529. 534 bis 536. 541.
 542. 547 bis 549. 551. 554. 555. 559. 564. 573.
 575. 576. 581 bis 585. 587. 592. 596 bis 601.
 604. 606 bis 608. 610. 612. **216743** bis
 746. 749 bis 754. 758. 760. 762. 764. 765. 767.
 769. 770. 775. 777. 778. 780. 782. 786. 790 bis
 792. 796. 801. 810. 815 bis 818. 820. 821. 824.
 825. 827 bis 837. 840. 841. 846. 847. 849. 850.
 853. 856. 859. 862. 864. 865. 868. **218104.**
 113 bis 115. 124. 126 bis 129. 131. 136. 137.
 142. 143. 146. 147. 151. 153. 160. 164. 167.
 169. 171. 175 bis 178. 180. 184. 185. 191. 195.
 199. 200. 203. 205. 209. 210. 216. 219 bis 221.
 224 bis 227. 231. 238. 239. 246. 248. 251. 253.
 256. 259. 265. 266. 271. 272. 274. 276. 277.
 283 bis 285. 290. 293. 296 bis 298. 304. 306
 bis 308. 313 bis 316. 320. 321. 324. 331 bis
 333. 335. 336. 339 bis 342. 344 bis 346. 349
 bis 351. 355. 359. 361. 362. 366. 369. 372 bis
 374. 376. 379 bis 381. 383. 384. 387. 391 bis
 393. 395. 397. 398. 400. 403 bis 410. 413. 414.
 416 bis 419. 437. 439 bis 441. 443. 444. 446.
 450. 452. 454. 456. 457. 462. 464. 467. 472.
 478. 481 bis 484. 487. 489. 493. 495. 497 bis
 499. 501. 507. 512. 513. 516. 519. 523. 524.
 526 bis 529. 533 bis 536. 538. 540. 541. 545.
 547. 553. 554. 556. 559 bis 561. 564. 569. 576.
 582. 583. 586. 588. 591. 593. 597. 602. 606.
 611. 614 bis 616. 619. 622. 625 bis 627. 629.
 632 bis 634. 640 bis 642. 647. 648. 653. 654.
 663. 667 bis 670. 676. 680. 683. 686. 687. 692.
 697. 699. 701 bis 703. 707. 708. 711 bis 713.
 725. 739 bis 741. 743 bis 745. 747 bis 750.
 762 bis 765. 767. 777. 784. 791. 792. 805. 807.
 811. 813. 821. 826 bis 829. 834. 836 bis 841.
 843. 845. 855. 856. 860. 866. 867. 872. 874.
 877 bis 879. 884. 886 bis 892. 899. 903. 905.
 916. 919. 921. 924 bis 927. 929. 930. 932 bis
 935. 937. 938. 940. 942. 946. 955 bis 959. 962
 bis 964. 967 bis 969. 971. 975 bis 977. 979.
 982. 983. 985 bis 988. 991 bis 993. 995 bis
 997. **219002** bis 4. 6. 11. 12. 14. 15. 18
 bis 20. 22. 25. 26. 28. 33. 40. 43 bis 50. 56. 57.

59. 60. 68. 71. 72. 76 bis 78. 80. 82. 89. 91. 96.
 97. 99. 100. 102 bis 104. 106. 108 bis 111.
 113. 114. 318. 321. 322. 721. 723. 726 bis 729.
 733. 734. 738 bis 740. 743. 745. 747. 748. 751.
 754 bis 757. 764. 767. 769. 770. 774. 775. 777.
 779. 781. 782. 787. 791 bis 797. 801. 802. 804
 bis 806. 808. 809. 813 bis 817. 820 bis 823.
 825. 833. 839. 843. 845. 847. 848. 851. 861 bis
 865. 868 bis 871. 876. 886. 887. 895 bis 898.
220771. 772. 774 bis 777. 780. 781. 783 bis
 789. 792 bis 795. 797 bis 800. 805 bis 807.
 809. 810. 812. 814. 903 bis 905. 909. 913. 916.
 917. 919. 924. 928. 930. 936. 937. 939. 941.
 942. 944 bis 949. 951. 954. 956. 957. 960. 962.
 966. 970 bis 972. 975. 976. 979. 984. 985. 987.
 991. 994. 997. 999. **221001.** 3. 5. 9. 11 bis
 13. 18. 22. 24. 25. 29. 32. 34. 41. 43. 44. 46. 48
 bis 50. 55. 56. 61 bis 64. 66. 72. 74. 79 bis 81.
 85 bis 87. 91. 93. 99. 101 bis 103. 105. 108.
 111. 114. 115. 120. 123. 125. 126. 128. 131.
 134. 136. 137. 145. 150 bis 152. 155. 156. 158.
 159. 163. 171. 174 bis 179. 182. 185. 194 bis
 198. 202. 203. 210 bis 212. 215. 223. 225 bis
 228. 232 bis 234. 238 bis 240. 246. 257. 259.
 262. 271. 274. 280. 283. 285. 286. 288. 289.
 292 bis 295. 297. 304 bis 306. 312. 314 bis
 316. 319 bis 322. 324. 327. 328. 330. 331. 335
 bis 337. 343 bis 346. 351. 355. 357. 358. 364.
 366. 371. 374 bis 377. 379. 381. 385. 388 bis
 390. 392. 398. 405 bis 408. 410. 411. 414. 517.
 518. 605. 628. 717. 718. 722. 725. 729 bis 737.
 742. 743. 751. 753. 757 bis 761. 766. 770. 773.
 776. 779. 780. 783. 785. 787. 788. 790 bis 792.
 795. 796. 800 bis 802. 806. 807. 810 bis 812.
 833. 835. 837. 840. 841. 844. 845. 848. 849.
 859. 860. 866. 874. 875. 887. 890. 892 bis 897.
 899 bis 902. 905. 906. 908 bis 910. 917. 920.
 921. 923. 930. 933. 935. 939. 942. 947. 948. 951.
 952. 956. 958. 959. 963 bis 967. **222086**
 bis 89. 91. 93. 95. 100. 109. 111. 113. 114. 118.
 121. 122. 124. 126. 127. 129. 131. 134. 135.
 140. 141. 143 bis 147. 150 bis 152. 155. 163.
 166 bis 168. 174. 197. 198. 203 bis 206. 210.
 217. 221 bis 224. 231. 238 bis 240. 246. 247.
 251. 252. 255. 257. 259. 260. 264 bis 269. 272.
 277 bis 279. 285. 291. 293. 295. 299. 301. 304.
 309. 316. 317. 319. 321. 322. 327. 330. 336.
 339 bis 341. 346. 349. 350. 352. 361. 362. 364.
 365. 369. 370. 375. 376. 381. 386 bis 390. 392.
 393. 395. 396. 399. 400. 402. 403. 406 bis 408.
 410. 412. 415.

Summe 4500 Stück über 450 000 Mk/Stk.
 = 1 350 000 Mark.

Lit. G. zu 50 Rthlr.

N 5076 bis 87. 89. 90. 92 bis 99. 101. 102. 104.
 186. 189 bis 195. 198. 200. 202 bis 204. 206 bis
 209. 213. 214. 216 bis 219. 221 bis 224. 226. 230
 bis 232. 234 bis 242. 244. 247 bis 251. 253 bis
 255. 260 bis 278. 281. 282. 284. 285. 287 bis 292.
 294. 295. 297 bis 300. 302. 303. 305. 306. 308
 bis 312. 314 bis 316. 318. 320 bis 329. 400 bis
 411. 413. 416 bis 419. 421. 424 bis 430. 435.
 436. 439 bis 447. 449 bis 451. 453. 454. 456 bis
 465. 467. 470. 473. 474. 687. 693 bis 696. 698
 bis 707. 709 bis 713. 715. 717. 720 bis 722. 725.
 726. 729 bis 732. 734 bis 749. 751. 752. 755.
 757 bis 760. 762 bis 765. 768 bis 773. 775 bis
 782. 784. 785. 789 bis 795. 797. 800. 801. 803.
 804. 806. 807. 809 bis 815. 817 bis 820. 822.
 824 bis 826. 828 bis 830. 976. 979. 981. 982.
 984. 986. 988. 991. 993 bis 997. 999. 6000.
 1. 5. 8 bis 17. 19. 20. 22. 24. 25. 27 bis 37. 39 bis
 49. 53. 55. 56. 59. 62. 68. 70. 72 bis 74. 77. 78.
 80 bis 85. 87 bis 94. 96 bis 110. 112 bis 114. 116
 bis 127. 130 bis 143. 146 bis 148. 150 bis 154.
 157. 159. 161 bis 166. 168. 169. 173 bis 181.
 183 bis 186. 259 bis 262. 264. 267 bis 275. 277.
 279. 282 bis 287. 289. 291 bis 295. 297. 300.
 301. 303. 304. 306 bis 314. 319. 320. 322 bis
 325. 327. 329 bis 331. 34105. 107. 109 bis
 114. 116 bis 119. 122 bis 127. 129 bis 132. 134
 bis 136. 139. 140. 143. 144. 146 bis 150. 153 bis
 167. 170. 171. 173. 174. 176 bis 181. 183 bis
 185. 187. 190 bis 195. 197 bis 201. 267 bis 282.
 285 bis 290. 293. 294. 296 bis 300. 303. 304.
 306. 308. 311. 313 bis 316. 319 bis 330. 332.
 334 bis 336. 340 bis 342. 344 bis 346. 349. 351.
 353 bis 358. 360. 362. 364. 366 bis 368. 370 bis
 374. 376 bis 379. 381 bis 385. 387 bis 397. 400
 bis 402. 405 bis 412. 415 bis 421. 424. 425. 427.
 432 bis 437. 439. 441 bis 445. 448. 450. 451.
 454. 457. 459. 462. 465 bis 467. 469 bis 475.
 477 bis 479. 481 bis 483. 485 bis 488. 490 bis
 496. 498. 499. 504 bis 509. 511 bis 513. 515.
 518 bis 520. 522. 524. 536 bis 538. 540. 542 bis
 549. 551. 553 bis 561. 563 bis 573. 575 bis 580.
 583. 584. 589. 590. 592 bis 594. 597 bis 601.
 603. 604. 606 bis 609. 611 bis 615. 617. 619 bis
 621. 623 bis 626. 699. 700. 702 bis 704. 706.
 707. 709 bis 714. 716 bis 720. 723 bis 728. 730
 bis 736. 738 bis 740. 742 bis 749. 751. 754. 755.
 757 bis 768. 770. 772 bis 774. 777. 779. 780.
 782. 783. 785. 788 bis 790. 792 bis 803. 805.
 806. 808 bis 819. 821 bis 823. 825 bis 836. 839
 bis 847. 850. 852. 853. 855. 858 bis 866. 870 bis
 881. 883 bis 885. 887. 888. 890 bis 902. 904.
 906 bis 913. 915. 43825 bis 827. 831 bis
 835. 837 bis 839. 841 bis 845. 847 bis 851. 853
 bis 856. 858. 859. 861 bis 874. 877 bis 880. 882.

884. 885. 962 bis 964. 966 bis 975. 977 bis 986.
 989. 991 bis 996. 999. 44000 bis 3. 27 bis
 32. 34 bis 36. 38. 39. 41 bis 52. 54. 56 bis 59. 61.
 63. 64. 66 bis 69. 72 bis 75. 77 bis 84. 86. 430.
 431. 433 bis 438. 441 bis 450. 452. 453. 455.
 456. 458. 460. 461. 468 bis 479. 481. 483. 485
 bis 489. 491. 493. 494. 496 bis 499. 501 bis 504.
 507 bis 514. 516. 518. 519. 521 bis 529. 667. 668.
 670 bis 674. 677 bis 680. 683 bis 693. 695 bis
 702. 704 bis 712. 714 bis 716. 718. 720. 721.
 723. 725 bis 730. 732. 733. 807 bis 810. 812 bis
 815. 817 bis 821. 823. 827. 830 bis 837. 839. 840.
 843 bis 849. 851 bis 853. 855. 856. 861. 862. 864.
 865. 867 bis 869. 871. 873 bis 876. 878. 880 bis
 882. 884 bis 888. 891 bis 894. 904. 905. 907 bis
 910. 912 bis 916. 918 bis 927. 931 bis 934. 936
 bis 942. 944 bis 947. 949. 953 bis 956. 958. 959.
 45031 bis 35. 37. 38. 40. 41. 45. 47 bis 51. 53.
 55 bis 64. 67. 69 bis 83. 85 bis 87. 90. 92. 95 bis
 100. 103 bis 109. 113. 115 bis 118. 121 bis 123.
 125 bis 133. 135 bis 138. 142 bis 144. 146. 147.
 150. 152. 153. 156 bis 160. 162 bis 164. 167. 168.
 170. 171. 173. 175. 178. 180 bis 182. 189 bis
 191. 193 bis 196. 198. 200. 201. 203 bis 206.
 208 bis 217. 219 bis 221. 54281. 283 bis
 288. 290. 292 bis 295. 297 bis 300. 302 bis 309.
 311. 314. 315. 317. 319. 320. 322. 323. 326 bis
 341. 344. 347. 349 bis 368. 370 bis 372. 375. 376.
 379 bis 382. 385 bis 387. 389 bis 393. 395 bis
 404. 407. 409 bis 411. 413. 415 bis 417. 419 bis
 424. 426 bis 428. 430 bis 436. 438. 440. 441.
 444. 446. 448 bis 452. 454. 456 bis 459. 461 bis
 464. 466 bis 469. 471 bis 473. 475 bis 477. 545.
 547. 549. 550. 552 bis 560. 564. 565. 567 bis 569.
 571. 572. 574 bis 576. 579 bis 593. 595. 596. 598
 bis 604. 607 bis 618. 620. 622. 623. 625. 627.
 630 bis 641. 643 bis 645. 647 bis 657. 660. 662.
 663. 665. 668. 671 bis 674. 677. 740 bis 744.
 748 bis 751. 753 bis 763. 767 bis 769. 771 bis
 774. 776 bis 778. 780 bis 792. 794 bis 798. 800.
 804. 805. 808. 810 bis 814. 816. 817. 820. 823.
 825 bis 827. 829 bis 845. 847 bis 850. 853. 854.
 856. 857. 859. 860. 862 bis 867. 869 bis 871.
 55021 bis 25. 27 bis 31. 33 bis 35. 37 bis 42. 44
 bis 51. 53 bis 69. 71 bis 75. 77. 78. 80 bis 82. 84
 bis 98. 100 bis 113. 115. 118. 120 bis 137. 140.
 141. 143 bis 155. 159. 160. 162 bis 170. 172 bis
 186. 188 bis 191. 194. 196. 56957.

Summe 2000 Stück über 100 000 Rthlr.
 = 300 000 Mark.

Lit. H. zu 25 Rthlr.

N 12798. 799. 803 bis 805. 807 bis 812. 815 bis
 817. 822 bis 824. 826. 827. 831 bis 835. 838.
 842. 843. 846 bis 852. 854 bis 859. 861. 863.
 865. 866. 868 bis 870. 872 bis 880. 882 bis 884.

887. 889. 891 bis 894. 897. 898. 900 bis 903.
 905 bis 907. 909 bis 911. 913 bis 920. 922. 924.
 925. 928. 929. 931. 935 bis 938. 940. 943. 945.
 946. 948. 950 bis 959. 961 bis 964. 968. 971
 bis 976. 979 bis 986. 989 bis 996. 998. 999.
13000. 2. 3. 6 bis 13. 15. 17. 18. 20. 21. 23 bis
 29. 32 bis 39. 41 bis 49. 53. 55 bis 57. 59 bis 67.
 72 bis 74. 76 bis 80. **16683** bis 688.
 690. 692 bis 700. 702. 703. 705. 707. 708. 710.
 711. 713 bis 715. 717 bis 719. 721. 722. 724
 bis 731. 733 bis 744. **17156.** 157. 159
 bis 161. 164 bis 174. 177. 179. 181 bis 183.
 186. 188 bis 190. 193 bis 196. 198 bis 200. 202.
 204 bis 206. 208 bis 215. 217. 218. 220. 221.
 223 bis 227. 230. 233. 234. 240. 243. 246. 247.
 249. 251. 253. 254. 256 bis 259. 262 bis 275.
 279 bis 286. 289. 291 bis 293. 295 bis 297.
 299. 302. 304 bis 306. 308. 310. 313. 316 bis
 318. 321 bis 324. 326. 328. 330. 332 bis 341.
 345. 346. 349. 350. 353 bis 360. 362 bis 373.
31805 bis 809. 812. 819 bis 821. 823 bis 827.
 829. 831 bis 833. **32392.** 394 bis 397.
 400. 402 bis 404. 406 bis 409. 412 bis 417. 419.
 422. 426. 428. 430. 432. 434 bis 436. 438. 440
 bis 443. 445. 446. 448. 450. 453 bis 460. 462.
 463. 465 bis 468. 470 bis 474. 476. 477. 479
 bis 482. 612 bis 616. 618. 619. 622 bis 624. 626
 bis 629. 631 bis 633. 635. 637. 640 bis 646.
 648. 653. 654. 656 bis 664. 666 bis 671. 673
 bis 678. 683. 684. 686 bis 688. 691 bis 699.
 701 bis 706. 708. 710 bis 713. 715. 716. 720 bis
 723. 725 bis 727. 730 bis 739. 741. 742. 744
 bis 746. 750 bis 758. 760. 764. 766 bis 768.
 770. 772 bis 774. 776 bis 778. **45731.**
 732. 735 bis 743. 745. 746. 748 bis 751. 753
 bis 761. 763. 764. 766 bis 770. 772. 773. 775
 bis 777. 779. 781. 783. 785. 786. 788. 791. 792.
 794 bis 799. 802 bis 805. 808 bis 811. 813 bis
 816. 818 bis 820. 823. 824. 826 bis 835. 837.
 838. 840. 843. 846 bis 852. 989 bis 999.
46000 bis 5. 7 bis 13. 18 bis 23. 25 bis 32. 34.
 36 bis 45. 47 bis 50. 54. 56 bis 58. 61 bis 63.
 65 bis 68. 71 bis 82. 84. 85. 87. 88. 92 bis 94.
 96 bis 99. 101 bis 103. 105 bis 108. 110 bis 113.
 115. 117. 119 bis 121. 123. 124. 126 bis 130.
54070 bis 78. 80 bis 87. 89 bis 93. 99 bis 102.
 104. 106. 108 bis 113. 116 bis 131. 134 bis
 140. 142. 144 bis 148. 152 bis 155. 158 bis
 163. 166. 169 bis 171. 173. 174. 176. 177. 180
 bis 189. 192. 197. 198. 200 bis 216. 219 bis 231.
 233 bis 235. 238 bis 243. 245. 247 bis 249.
 252 bis 262. 264 bis 269. 271 bis 273. 275
 bis 278. 280 bis 284. 286. 288 bis 293. 298
 bis 301. 304. 305. 309 bis 314. 316 bis 318.
 320 bis 323. 326. 327. 329 bis 334. **55529.**
 531. 532. 534 bis 536. 538. 540 bis 542. 544
 bis 551. 553 bis 555. 557. 558. 560. 562 bis 569.

572. 573. 576 bis 580. 583. 584. 586 bis 588.
 590 bis 594. 596 bis 603. 605 bis 610. 612 bis
 614. 757 bis 762. 764. 765. 767 bis 769. 771
 bis 774. 776. 778. 780. 782 bis 784. 786 bis
 788. 791 bis 793. 795 bis 805. 807 bis 809.
 811 bis 814. 816 bis 822. 826. 828 bis 833. 835.
 836. 838. 840. 841. 843. 845. 847 bis 853. 857
 bis 861. 863 bis 872. 874 bis 888. **56167.**
 168. 171 bis 180. 182 bis 184. 186. 187. 189
 bis 194. 198 bis 201. 203 bis 210. 212 bis 229.
 231 bis 235. 237. 239. 242 bis 244. 246 bis
 248. 250 bis 275. 277. 279. 280. 282. 285. 288
 bis 296. 441 bis 444. 448. 449. 452. 453. 455.
 456. 458 bis 463. 465. 467 bis 475. 477 bis 482.
 484 bis 495. 497 bis 502. 505 bis 507. 510 bis
 516. 518 bis 528. 530 bis 540. 542. 544. 545.
 547. 548. 550 bis 552. 554 bis 560. 562. 566
 bis 571. 575. 576. 578. 579. 582 bis 592. 594
 bis 599. **57013** bis 18. 21. 26 bis 30. 33
 bis 36. 39. 41 bis 46. 48 bis 54. 56. 58 bis 64.
 69. 71. 72. 74 bis 77. 79. 81 bis 83. 86 bis 89.
 92 bis 104. 109. 113 bis 115. 117. 118. 120.
 123. 125. 128. 129. 274 bis 276. 279 bis 283.
 285. 286. 288 bis 290. 292 bis 296. 299 bis 303.
 309 bis 314. 316 bis 320. 322. 325 bis 329.
 331. 333 bis 340. 342 bis 346. 352. 353. 355.
 357 bis 359. 365 bis 369. 371. 373 bis 375. 377.
 379 bis 383. 385. 387. 389 bis 393. 395. 398 bis
 405. 407. 411. 413. 562 bis 566. 568 bis 570.
 572. 574 bis 581. 583 bis 585. 588 bis 590. 597
 bis 602. **58295** bis 301. 304. 306. 308 bis
 311. 313. 314. 316 bis 318. 321 bis 325. 331. 332.
 334. 335. 337 bis 339. 343. 345. 346. 349. 351.
 353 bis 359. 362 bis 364. 366 bis 374. 376. 378
 bis 380. 382. 383. 385. 387. 389 bis 402. 404 bis
 409. 411. 412. 414 bis 421. 423. 424. 426. 428
 bis 438. 440 bis 442. 446. 447. 451 bis 454. 457
 bis 459. 461. 462. 464 bis 466. 468. 469. 471.
 473. 475 bis 481. 483 bis 486. 489. 490. 492 bis
 495. 497 bis 503. 505. 507 bis 509. 511. 512.
 514. 516. 517. 519 bis 525. 528. 529. 531. 532.
 534 bis 540. 543 bis 546. 548 bis 554. 556 bis 558.
 561 bis 563. 565 bis 568. 570. **59110** bis
 115. 117. 119 bis 126. 128. 129. 131 bis 133.
 135. 137 bis 144. 146 bis 152. 156 bis 160. 164.
 165. 167. 168. 171 bis 173. 175. 176. 178. 179.
 181. 184. 185. 192. 193. 195. 196. 198. 199.
 202. 206 bis 209. 211. 213. 214. 217 bis 222.
 224 bis 227. 374. 375. 379. 381 bis 384. 386 bis
 388. 393 bis 396. 402 bis 404. 406. 407. 409. 411.

Summe 1900 Stück über 47 500 Rthlr.
 = 142 500 Mark.

Wiederholung.

| | | | | | | | | |
|----------------|--------------|--------------|-----------|-------------|---------------|-------------|----------------|---------------|
| Lit. A. | 200 | Stück | zu | 1000 | Rthlr. | über | 200 000 | Rthlr. |
| B. | 200 | , | , | 500 | , | , | 100 000 | , |
| C. | 60 | , | , | 400 | , | , | 24 000 | , |
| D. | 80 | , | , | 300 | , | , | 24 000 | , |
| E. | 200 | , | , | 200 | , | , | 40 000 | , |
| F. | 4 500 | , | , | 100 | , | , | 450 000 | , |
| G. | 2 000 | , | , | 50 | , | , | 100 000 | , |
| H. | 1 900 | , | , | 25 | , | , | 47 500 | , |

Summe 9 140 Stück über 985 500 Rthlr. = 2 956 500 Mark.

II. Verzeichniß

der aus früheren Verloosungen noch rückständigen $3\frac{1}{2}$ prozentigen Staatsschuldscheine von 1842.

1. Verloosung: gefündigt zum 1. Januar 1885.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe XIX Nr. 5 bis 8
und Anweisungen zur Abhebung der Reihe XX.

Lit. **F.** zu **100** Rthlr.

Nr 69918. 170893. 183052.

Lit. **G.** zu **50** Rthlr.

Nr 12222. 809. 51150. 191.

Lit. **H.** zu **25** Rthlr.

Nr 36962.

2. Verloosung: gefündigt zum 1. Januar 1887.

Abzuliefern mit Anweisungen zur Abhebung der
Zinscheinreihe XX.

Lit. **H.** zu **25** Rthlr.

Nr 23905. 45086. 625.

3. Verloosung: gefündigt zum 1. Juli 1887.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe XX Nr. 2 bis 8
und Anweisungen zur Abhebung der Reihe XXI.

Lit. **A.** zu **1000** Rthlr.

Nr 20954.

Lit. **F.** zu **100** Rthlr.

Nr 97633.

Lit. **G.** zu **50** Rthlr.

Nr 9514. 46123. 52151.

Lit. **H.** zu **25** Rthlr.

Nr 34634. 635. 36094. 51209. 62391. 64049.

4. Verloosung: gefündigt zum 1. Januar 1888.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe XX Nr. 3 bis 8
und Anweisungen zur Abhebung der Reihe XXI.

Lit. **A.** zu **1000** Rthlr.

Nr 6890. 16074.

Lit. **B.** zu **500** Rthlr.

Nr 9513. 879.

Lit. **D.** zu **200** Rthlr.

Nr 4046.

Lit. **E.** zu **200** Rthlr.

Nr 13837.

Lit. **G.** zu **50** Rthlr.

Nr 1605. 3428. 429.

Lit. **H.** zu **25** Rthlr.

Nr 34445. 530. 560. 45958. 55700. 702. 56376.

5. Verloosung: gefündigt zum 1. Juli 1888.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe XX Nr. 4 bis 8
und Anweisungen zur Abhebung der Reihe XXI.

Lit. **E.** zu **200** Rthlr.

Nr 18275.

Lit. **F.** zu **100** Rthlr.

Nr 180610. 650.

Lit. **G.** zu **50** Rthlr.

Nr 4695. 22629.

Lit. **H.** zu **25** Rthlr.

Nr 3451. 13660. 669. 42977.

6. Verloosung: gefündigt zum 1. Januar 1889.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe XX Nr. 5 bis 8
und Anweisungen zur Abhebung der Reihe XXI.

Lit. **A.** zu **1000** Rthlr.

Nr 19308. 37520.

Lit. **B.** zu **500** Rthlr.

Nr 19735.

Lit. **F.** zu **100** Rthlr.

Nr 31618.

Lit. **G.** zu **50** Rthlr.

Nr 5168. 47379. 53177.

Lit. **H.** zu **35** Rthlr.

Nr 924. 9724. 738. 27429. 47920.

7. Verloofung: gekündigt zum 1. Juli 1889.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe XX Nr. 6 bis 8
und Anweisungen zur Abhebung der Reihe XXI.

Lit. **B.** zu **500** Rthlr.

Nr 3521.

Lit. **F.** zu **100** Rthlr.

Nr 76517.

Lit. **G.** zu **50** Rthlr.

Nr 3220. 49611.

Lit. **H.** zu **35** Rthlr.

Nr 45262. 53562. 64487.

8. Verloofung: gekündigt zum 1. Januar 1890.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe XX Nr. 7 und 8
und Anweisungen zur Abhebung der Reihe XXI.

Lit. **B.** zu **500** Rthlr.

Nr 919.

Lit. **E.** zu **300** Rthlr.

Nr 21785.

Lit. **F.** zu **100** Rthlr.

Nr 67941. 109696. 110943. 135118. 320. 527.
183760. 185775.

Lit. **H.** zu **35** Rthlr.

Nr 36574. 63698. 65555. 560.

9. Verloofung: gekündigt zum 1. Juli 1890.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe XX Nr. 8 und Anweisungen
zur Abhebung der Reihe XXI.

Lit. **A.** zu **1000** Rthlr.

Nr 1264.

Lit. **B.** zu **500** Rthlr.

Nr 15700.

Lit. **F.** zu **100** Rthlr.

Nr 18920. 986. 117983. 152217. 162869.

Lit. **G.** zu **50** Rthlr.

Nr 11505. 27642. 50249.

Lit. **H.** zu **35** Rthlr.

Nr 61401.

10. Verloofung: gekündigt zum 1. Januar 1891.

Abzuliefern mit Anweisungen zur Abhebung der Zinscheinreihe XXI.

Lit. **B.** zu **500** Rthlr.

Nr 16684. 685.

Lit. **F.** zu **100** Rthlr.

Nr 53393. 176916.

Lit. **G.** zu **50** Rthlr.

Nr 1191. 198. 2136. 10702. 21830. 42701.

Lit. **H.** zu **35** Rthlr.

Nr 21343. 62372.

11. Verloofung: gekündigt zum 1. Juli 1892.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe XXI Nr. 4 bis 8
und Anweisungen zur Abhebung der Reihe XXII.

Lit. **A.** zu **1000** Rthlr.

Nr 24115. 265.

Lit. **F.** zu **100** Rthlr.

Nr 95341. 111657.

Lit. **G.** zu **50** Rthlr.

Nr 2952. 973. 3262. 40094. 192. 521. 48090.
130. 523. 528.

Lit. **H.** zu **35** Rthlr.

Nr 1272. 365. 2693. 5134. 10949.

12. Verloofung: gekündigt zum 1. Januar 1893.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe XXI Nr. 5 bis 8
und Anweisungen zur Abhebung der Reihe XXII.

Lit. **E.** zu **300** Rthlr.

Nr 14831.

Lit. **F.** zu **100** Rthlr.

Nr 34730. 35347. 44785. 89206. 388.
168595. 188345.

Lit. **G.** zu **50** Rthlr.

Nr 10789. 43084. 393. 595. 49937. 50355.

Lit. **H.** zu **35** Rthlr.

Nr 4164. 15358. 558. 16086. 22180.
26543. 564. 42843. 47925. 48098.
51337. 574. 66189. 193. 232. 687.

13. Verloofung: gekündigt zum 1. Juli 1893.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe XXI Nr. 6 bis 8
und Anweisungen zur Abhebung der Reihe XXII.

Lit. **F.** zu **100** Rthlr.

Nr 32568. 58873. 129692. 130677. 161906.
162004.

Lit. G. zu 50 Rthlr.
Nr 32142. 45342. 802. 862. 51853. 874. 959.

Lit. H. zu 25 Rthlr.
Nr 8547. 23499. 501. 502. 28641. 44899.
56609. 65645.

14. Verloofung: gekündigt zum 1. Januar 1894.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe XXI Nr. 7 und 8
 und Anweisungen zur Abhebung der Reihe XXII.

Lit. E. zu 200 Rthlr.
Nr 8319. 691. 825.

Lit. F. zu 100 Rthlr.
Nr 125291. 502. 216092. 223092.

Lit. G. zu 50 Rthlr.
Nr 10037. 207. 406. 37029. 350. 615. 616.

Lit. H. zu 25 Rthlr.
Nr 5906. 929. 15622. 888. 908. 996. 17686.
18112. 25104. 33270. 275. 307. 44250.
255. 256. 45542. 54053.

15. Verloofung: gekündigt zum 1. Juli 1894.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe XXI Nr. 8 und Anweisungen
 zur Abhebung der Reihe XXII.

Lit. E. zu 200 Rthlr.
Nr 11021.

Lit. F. zu 100 Rthlr.
Nr 84058. 131415. 132328. 329. 150378.
415. 158162. 429. 431. 432.

Lit. G. zu 50 Rthlr.
Nr 12425.

Lit. H. zu 25 Rthlr.
Nr 8179. 200. 31763.

16. Verloofung: gekündigt zum 1. Januar 1895.

Abzuliefern mit Anweisungen zur Abhebung der Zinscheintreihe XXII.

Lit. D. zu 300 Rthlr.
Nr 8194.

Lit. F. zu 100 Rthlr.
Nr 12984. 21408. 54672. 101909. 193536.

Lit. G. zu 50 Rthlr.
Nr 29082. 133. 34953. 35065. 334. 850.

Lit. H. zu 25 Rthlr.
Nr 182. 238. 19262. 352. 33771. 34215.
49381. 61885. 63101. 228. 248. 64228.

17. Verloofung: gekündigt zum 1. Juli 1895.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe XXII Nr. 2 bis 8
 und Anweisungen zur Abhebung der Reihe XXIII.

Lit. A. zu 1000 Rthlr.
Nr 56224. 943. 944.

Lit. B. zu 500 Rthlr.
Nr 1603. 645. 875. 886. 3267. 990.

Lit. C. zu 400 Rthlr.
Nr 1552. 3463.

Lit. D. zu 300 Rthlr.
Nr 224. 272. 296. 790. 859.

Lit. E. zu 200 Rthlr.
Nr 9353. 590. 13098. 99. 133. 134. 569. 670. 695.
18497. 547. 19061. 183.

Lit. F. zu 100 Rthlr.
Nr 4436. 470. 477. 494. 507. 508. 517. 727. 758. 759.
794. 795. 815. 850. 857. 926. 5008. 25. 157. 195.
509. 636. 18070. 84. 122. 190. 203. 225. 245.
658. 770. 781. 19076. 111. 122. 125. 198. 223.
269. 466. 479. 505. 506. 526. 570. 68049. 51.
77. 108. 200. 211. 487. 579. 699. 719. 768. 769. 919.
958. 978. 991. 69026. 33. 46. 52. 162. 163. 274.
275. 314. 465. 102764. 800. 858. 103034.
128. 224. 270. 823. 902. 921. 104023. 624. 656.
660. 664. 674. 122997 bis 999. 123000.
213. 218. 219. 308. 341. 365. 479. 501. 613. 680.
769. 818. 889. 914. 960. 124245. 277. 283. 539.
541. 147362. 444. 578. 586. 594. 612. 630. 655.
738. 148093. 140. 223. 303. 307. 865. 902. 938.
152964. 153064. 269. 309. 340. 341. 574. 682.
870. 953. 154026.

Lit. G. zu 50 Rthlr.
Nr 14048. 76. 176. 196. 198. 199. 372. 376. 447. 452.
460. 502. 507. 516. 573. 580. 613. 615. 670. 679.
752. 753. 796. 888. 916. 919. 963. 983. 994.
15009. 26839. 845. 852. 854. 891. 911. 915.
919. 922. 944. 954. 962. 27040. 99. 117. 122.
233. 234. 314. 317. 321. 483. 508. 546. 556. 570.
853. 857. 892. 35995. 36025. 90. 118.
193. 246. 291. 298. 306. 327. 335. 339. 358. 391.
422. 524. 547. 577. 589. 597. 644. 656. 38853.
871. 884. 957. 39015. 32. 34. 71. 159. 201. 359.
503. 504. 518. 560. 567.

Lit. H. zu 25 Rthlr.
Nr 4702. 767. 802. 809. 825. 995. 5052. 53. 59. 93.
7248. 253. 280. 286. 325. 330. 358. 365. 395. 406.
452. 11112. 164. 165. 180. 279. 281. 306. 316.
331. 372. 392. 14474. 480. 517. 528. 552. 556.
558. 565. 581. 592. 596. 639. 668. 844. 852. 861.
18941. 19027. 37. 39. 108. 134. 32779.
789. 800. 802. 803. 814. 850. 854. 856. 879. 882.
885. 908. 910. 916. 33050. 38105. 129. 182.
200. 515. 563. 580. 635. 41879. 909. 938. 949.
950. 968. 992. 42366. 50765. 792. 948. 959.
995. 51030. 47. 53. 84. 217. 220. 232. 241.
52602. 926. 927. 940. 966. 53172. 343. 371.
58604. 633. 726. 798. 829. 59855. 873.
60214. 68675. 685. 688. 720. 724. 729. 740.

18. Verloofung: gekündigt zum 1. Januar 1896.

Abzuliefern mit Zinsscheinen Reihe XXII Nr. 3 bis 8
und Anweisungen zur Abhebung der Reihe XXIII.

Lit. **A.** zu **1000** Rthlr.

N 18942. 29357. 918. 30557. 558.

Lit. **B.** zu **500** Rthlr.

N 14672. 722. 870.

Lit. **C.** zu **400** Rthlr.

N 1829. 832. 2581.

Lit. **D.** zu **300** Rthlr.

N 2338. 859. 3129. 146. 244. 272. 282.

Lit. **E.** zu **200** Rthlr.

N 3223. 275. 285. 322. 486. 4636. 5186. 195.
266. 287. 304. 364.

Lit. **F.** zu **100** Rthlr.

N 103. 115. 125. 139. 181. 202. 245. 263. 341. 343.
363. 395. 406. 465. 800. 882. 910. 923. 984. 1046.
90. 131. 137. 156. 172. 216. 546. 637. 646. 737. 738.
10361. 362. 378. 381. 387. 390. 414. 418. 434. 451.
540. 544. 11170. 245. 312. 323. 334. 359. 361.
366. 536. 540. 550. 579. 642. 702. 727. 761. 783.
785. 793. 807. 927. 12110. 19625. 651.
719. 740. 786. 797. 800. 838. 853. 881. 937. 977.
20056. 57. 108. 115. 127. 201. 224. 235. 287. 313.
340. 341. 368. 379. 436. 448. 454. 475. 481. 500.
528. 581. 583. 614. 615. 646. 762. 823. 840.
22463. 507. 528. 529. 559. 578. 629. 672. 706. 716.
739. 792. 816. 874. 883. 893. 906. 949. 23562.
571. 605. 652. 832. 842. 922. 926. 927. 953. 956.
24010. 29. 354. 413. 450. 73093. 106. 113. 183
bis 186. 726. 732. 766. 815. 843. 863. 864. 935. 939
bis 942. 944. 74051. 201. 207. 352. 378. 398.
436. 457. 516. 583. 586. 587. 604. 709. 75055.
94. 97. 170495. 517. 564. 620. 625. 992.
171009. 32. 129. 221. 258. 303. 492. 495. 496. 536.
537. 552. 571. 626. 632. 694. 699. 729. 730. 753.
760. 814. 819. 853. 901. 960. 173888. 894. 902.
914. 956. 969. 174009. 375. 391. 426. 435.
588. 657. 669. 705. 760. 783. 912. 929. 968. 969.
175007. 37. 72. 84. 191144. 149. 252. 314.
376. 387. 395. 406. 509. 513. 529. 557. 817. 818.
888. 949. 960. 984. 993. 994. 192030. 50. 60. 108.

Lit. **G.** zu **50** Rthlr.

N 7276. 385. 400. 413. 418. 588. 590. 606. 616. 617.
630. 637. 639. 698. 783. 789. 790. 827. 850. 884.
885. 891. 895. 905. 916. 8205. 210. 213. 218.
242. 257. 432. 440. 441. 463. 466. 641. 675. 676.
696. 707. 736. 760. 16479. 515. 522. 615. 750.
785. 800. 817. 955. 957. 958. 963. 973. 975. 994.
17000. 30. 50. 84. 100. 103. 111. 131. 140. 305.
307. 330. 338. 346. 359. 434. 454. 496. 504. 512.
523. 526. 533. 633. 56000. 42. 118. 137. 249.
267. 278. 400. 406. 414. 430. 433. 476. 493. 497.
511. 512. 539. 554. 576. 590. 593. 595. 599. 624.
626. 851. 883. 890. 907.

Lit. **H.** zu **25** Rthlr.

N 13901. 916. 918. 948. 957. 967. 986. 991. 994. 996.
14078. 87. 136. 137. 144. 173. 178. 181. 21719.
729. 737. 758. 759. 761. 795. 802. 828. 847. 854.
888. 899. 920. 922. 945. 957. 964. 973. 980.
22565. 629. 653. 658. 675. 676. 696. 699. 721. 724.
734. 765. 794. 35133. 160. 174. 188. 215. 221.
236. 245. 258. 552. 559. 580. 586. 608. 615. 619.
647. 683. 36696. 697. 710. 736. 754. 37038.
39. 75. 227. 229. 236. 240. 271. 277. 288. 289. 331.
341. 342. 346. 353. 361. 367. 376. 43655. 661.
664. 672. 673. 684. 687. 710. 712. 717. 728. 739.
744. 746. 757. 799. 811. 851. 852. 861. 864. 878.
914. 63560. 561. 577. 586. 590. 594. 626. 630.
801. 859. 862 bis 864. 887. 894. 910. 923.

19. Verloofung: gekündigt zum 1. Juli 1896.

Abzuliefern mit Zinsscheinen Reihe XXII Nr. 4 bis 8
und Anweisungen zur Abhebung der Reihe XXIII.

Lit. **A.** zu **1000** Rthlr.

N 6294. 7374. 582. 16541. 922. 17226.
326. 875. 881.

Lit. **B.** zu **500** Rthlr.

N 5691. 733. 799. 871. 6537. 548.

Lit. **C.** zu **400** Rthlr.

N 4833.

Lit. **D.** zu **300** Rthlr.

N 4092. 96. 110. 153. 192. 270.

Lit. **E.** zu **200** Rthlr.

N 19215. 20166. 436. 511. 530. 531. 629. 680.
783. 798. 825. 874. 915. 929. 946. 962. 21028.

Lit. **F.** zu **100** Rthlr.

N 25979. 26015. 25. 31. 36. 41. 90. 106. 149.
165. 241. 284. 324. 332. 365. 376. 393. 434. 452.
474. 479. 490. 564. 864. 869. 873. 878. 886. 894.
923. 924. 955. 979. 27016. 68. 402. 416. 481.
488 bis 490. 545. 555. 599. 600. 991. 28023.
71757. 775. 790. 844. 845. 875. 894. 944. 951. 963.
972. 978. 72008. 14. 157 bis 160. 185. 200. 256.
313. 334. 396. 401. 415. 445. 482. 503. 540 bis 544.
567. 585. 751. 827. 860. 879. 982. 86801. 808.
849. 851 bis 853. 855 bis 859. 861. 867 bis 869.
908. 947. 987. 87081. 96. 129. 157. 216. 226.
293. 323. 410. 449. 450. 486. 619. 887. 990.
88074. 77. 90. 94. 101. 150569. 575. 601.
938. 955. 151019. 34. 39. 43. 119. 153. 186. 468.
498. 581. 627. 632. 634. 685. 701. 726. 878. 918 bis
921. 943. 152054. 75. 101. 125. 197. 749. 750.
788. 792 bis 795. 801. 817. 163138. 141. 174. 201.
274. 312. 328. 336. 343. 401 bis 403. 440. 442. 446.
470. 512. 514. 587. 651. 756. 794. 164070.
85. 92. 95. 118. 119. 156. 230. 286 bis 288. 298. 319.
328. 365. 409. 487. 550. 593. 597. 628. 630. 663.
667. 700. 727. 739. 200927. 965. 973. 974. 990.
992. 996. 201258. 440. 459. 499. 500. 521. 592.

653. 737. 752 bis 755. 760 bis 762. 829. 868. 882.
927. 928. 202025. 115. 122. 123. 151. 203043.
73. 101. 191. 723. 205340. 359. 366. 484. 540.
206040. 45. 50. 83. 85. 113. 120. 135. 185. 197.
286. 298. 300. 316. 320. 322. 348. 411. 415. 421.
434. 468. 493. 524. 525. 540. 557. 601. 665. 669.
805. 831. 847. 875. 946. 213011. 38. 82. 121.
136. 307. 319. 351. 387. 403. 429. 432. 433. 447.
484. 495. 516. 530. 582. 583. 657. 663. 717. 748.
753. 780. 803. 817. 856. 883. 886. 969. 984.
214004. 6. 91. 467. 490. 526. 565. 610. 649. 651.
664.

Lit. G. zu 50 Rthlr.

N 3794. 806. 970. 974. 981. 986. 996. 4004. 19.
20. 58. 63. 72. 86. 152. 157. 163. 166. 169. 185. 190.
208. 212. 219. 225. 227. 232. 233. 260. 262. 536.
541. 544. 553. 560. 574. 583. 599. 616. 622. 627.
640 bis 642. 664. 666. 782. 798. 817. 819. 843. 996.
5025. 27. 35. 44. 45. 63. 73. 15027. 30. 51. 52.
79. 81. 84. 175. 179. 205. 219. 229. 243. 335. 312.
350. 361. 364. 415. 417. 426. 431. 436. 454. 472.
477. 488. 501. 516. 535. 542. 547. 560. 563. 576.
673. 678. 692. 703. 705. 707. 711. 712. 719. 727.
801. 817. 825. 838. 845. 861. 887. 899. 910. 927.
929. 16015. 26. 32. 34. 35. 51. 21698. 700.
749 bis 751. 41726. 741. 743. 753. 842. 851.
853. 867. 868. 880. 884. 887. 980. 42001. 4. 7.
16. 36 bis 38. 193. 195. 200. 210. 211. 213. 230.
244. 248. 252. 493. 500. 522 bis 525. 531. 545. 599.
604. 618. 708. 764. 770. 771. 789. 793. 798. 815.
837. 853. 856. 863. 868. 889. 907. 920. 935. 937.
941. 953.

Lit. H. zu 25 Rthlr.

N 1803. 805. 810. 819. 823. 827. 842. 850. 851. 855.
858. 874. 878. 889. 899. 904. 913. 922. 927. 931.
934. 943. 944. 958. 959. 2111. 113. 138. 147.
149. 156. 167. 178. 201. 203. 6580. 585. 587.
596. 615. 633. 648 bis 650. 668. 686. 690. 695. 714.
716. 734. 759. 768. 798. 802. 810. 814. 816.
11687. 688. 699. 701. 720. 732. 777. 12059. 66.
80. 100. 115. 119. 138. 165. 181. 193. 763. 779. 780.
782. 790. 791. 18160. 161. 163. 179. 186. 191.
234. 257. 263. 274. 276. 282. 308 bis 310. 313. 318.
321. 23971. 983. 985. 994. 24015. 29. 42.
60. 66. 72. 74. 76. 94. 96. 101. 122. 123. 166. 178.
193. 195. 201. 202. 216. 217. 227. 26750.
27314. 332. 340. 494. 500. 501. 509. 516. 522. 526.
534. 537. 543. 550 bis 552. 573. 579. 581. 586. 598.
610. 611. 28026. 30. 32. 44. 51. 68. 71. 94. 97.
37687. 691. 703. 704. 707. 761. 762. 769. 775. 780.
813. 814. 834. 836. 860. 868. 871. 877. 879. 884.
890. 892. 918. 920. 38084. 50383. 407. 421.
425. 430. 431. 435. 450. 451. 461. 492. 506. 523.
669. 682. 691. 700. 717. 719. 740. 750. 756.
51874. 875. 52054. 55. 73. 76. 83. 87. 93. 94.
96. 99. 103. 106. 110. 112. 115. 121. 127. 151. 164.
184. 213. 216. 224. 244. 66851. 871. 881. 894.
895. 903. 907. 909. 925. 953. 961. 973. 975. 983.
995. 997. 67001. 30. 41. 57. 69. 71. 75. 79. 97.
98. 110. 132. 150. 167. 170. 180. 193. 194. 360. 367.

20. Verloofung: gefündigt zum 1. Januar 1897.

Abzuliefern mit Zinsscheinen Reihe XXII Nr. 5 bis 8
und Anweisungen zur Abhebung der Reihe XXIII.

Lit. A. zu 1000 Rthlr.

N 35465. 542. 716. 887. 947. 36298. 911. 37030.
169. 171. 195. 46224. 49624. 671. 913.
50130. 227.

Lit. B. zu 500 Rthlr.

N 16195. 243. 346. 348. 587. 816. 17034.

Lit. C. zu 400 Rthlr.

N 1045.

Lit. D. zu 300 Rthlr.

N 3310. 524. 549. 554. 557 bis 559. 564. 573. 590 bis
592. 8110. 134. 173. 182.

Lit. E. zu 200 Rthlr.

N 1423. 451. 487. 495. 508. 513. 515. 562. 571.
2473. 482. 494. 506. 510. 516. 542. 543. 591. 604.
607. 614. 16257. 269. 321. 322. 328. 849. 897.
911. 945.

Lit. F. zu 100 Rthlr.

N 13974. 982 bis 985. 999. 14012 bis 14. 18. 53.
60. 78. 80. 108. 159. 200. 240. 275. 292. 295 bis 297.
333. 355. 367. 375. 379. 381. 463. 549. 557. 562.
581. 589. 603. 633. 650. 652. 655. 693. 717. 745.
763. 778. 796. 799. 814. 857. 865. 912. 922. 927.
941. 15024. 40. 67. 78. 98. 110. 115. 664. 672.
676. 679. 693. 795. 818. 833. 844. 81008. 18. 20.
321. 370. 373. 392. 394. 400. 402. 438. 456. 461.
508. 509. 515. 539. 570. 82343. 365. 374. 382.
415. 417. 433. 434. 470. 494. 505. 578. 608. 630.
678. 698. 715. 749. 751. 788. 799. 813. 826. 854.
882. 903. 907. 950. 959. 982. 83002. 43. 51. 66.
75. 91. 165. 223. 226. 233. 255. 120718. 719.
742. 743. 751. 772. 788. 808. 818. 824. 872. 888.
902. 934. 966. 968. 121010. 18. 38. 47. 87. 130.
146. 163. 169. 122287. 331. 339. 366. 386. 393.
402. 433. 443. 487. 493. 504. 512. 513. 530. 536.
547. 548. 555. 564. 606. 607. 612. 613. 617. 618.
652. 660. 705. 738. 776. 785. 794. 800. 806. 810.
821. 848. 872. 880. 885. 886. 894. 912. 931. 933.
949. 950. 954. 957. 154061. 77. 97. 113. 209.
241. 267. 294. 299. 301. 350. 355. 363. 371. 372.
384. 386. 417. 424. 457. 491. 496. 498. 500. 511.
516. 559. 570. 571. 585. 610. 888. 909. 937. 953.
155001. 26. 30. 39. 42. 52. 579. 587. 597. 631. 644.
661. 675. 690. 701. 707. 717. 768. 164760 bis
762. 767. 812. 165066. 85. 104. 105. 126. 163.
165. 171. 180. 212. 235. 247. 317. 349. 386. 387.
392. 399. 400. 478. 489. 500. 579. 647. 679. 686.
762. 798. 811. 816. 823. 895. 900. 934. 938. 947.
961. 166022. 83. 118. 152. 195. 256. 259. 260.
268. 305. 178315. 321. 324. 347. 348. 369. 817.
833. 838. 865 bis 867. 869. 879. 891. 895. 897. 902
bis 905. 915. 957. 958. 988. 990. 995. 179277.
282. 284. 287. 308. 330. 361. 371. 389. 403. 430.

436. 505. 513. 535. 547 bis 549. 570. 603. 615. 661
bis 682. 712. 717. 738 bis 754. 760. 766. 781. 789.
821 bis 823. 861. 865. 879 bis 881. 897. 902. 936.
968. 973. 975. 180035. 79. 186593 bis 595.
631. 657. 659. 673. 678. 681. 686. 705. 709. 725.
766. 774. 782. 797. 810. 815. 819. 828. 859. 872.
909. 919. 931. 939. 941. 944. 946. 187025. 26.
36. 47. 53. 54. 58. 69. 88. 89. 105. 171. 188. 211.
225. 246. 282. 286. 290. 304. 313. 336. 349. 350.
363. 368. 370. 425. 470. 495. 505. 551. 586 bis 591.
626. 632. 633. 654. 673. 681. 685. 687. 692. 698.
712. 715. 769. 785. 199118. 149. 178. 207. 233.
284. 296. 297. 301. 333. 352. 409. 412. 416. 437.
444. 461. 493. 545. 547. 557. 567. 573. 599. 635.
648. 667. 690. 697. 731. 734. 753. 200305. 307.
313. 320. 374. 388. 391. 404. 421. 430. 446. 457.
460. 480. 484. 487. 546. 578. 583. 590. 715. 733.
751. 777. 810. 818. 825. 827. 832. 845. 863. 898.
904.

Lit. G. zu 50 Rthlr.

№ 25. 30. 32. 34. 45. 49. 54. 66 bis 68. 72. 79. 84. 85.
87. 94. 97. 109. 122. 130. 131. 140. 219. 220. 227.
230. 236. 238. 239. 241. 249. 261. 264. 265. 269.
273. 283. 301. 314. 334. 338. 340. 342. 344. 349.
358. 360. 513. 514. 521. 527. 538. 557. 561. 562.
590. 683. 687. 695. 714. 730. 731. 742. 757. 764.
771. 778. 785. 949 bis 951. 963. 968. 985. 1223.
225. 228. 229. 244. 247. 251. 252. 260. 267. 270.
272. 276. 278. 286. 293. 295. 297. 300. 306.
19433. 443. 448. 459. 463. 479. 555. 556. 566. 572.
573. 578. 581. 589. 688. 689. 706. 713. 717. 721.
738. 755. 766. 776. 808 bis 810. 818. 826. 828. 829.
834. 835. 842. 850. 876. 878. 886. 974. 976. 986.
996. 998. 20003. 6. 7. 10. 12. 14. 15. 17. 27. 31.
117. 119. 123. 126. 147. 176. 195. 198. 206. 211.
216. 217. 220. 225. 230. 233. 243. 244. 247. 255.
289. 297. 315. 333. 334. 342. 343. 347. 350. 630.
631. 642. 650. 682. 687. 689. 40700. 704. 712.
714. 717. 751. 753. 754. 762. 764. 769. 776. 790.
794. 795. 797. 803. 806. 819. 827. 832. 841. 855.
871. 878. 888. 891. 892. 963. 964. 978. 986. 996.
41012. 21. 24. 29. 33. 41. 46. 51. 55. 61. 69. 76. 77.
86. 93. 105. 131. 134. 147. 155. 160. 169. 181. 190.
197. 207. 211. 213 bis 215. 217. 220. 462. 473. 476.

501. 504. 519. 530. 533. 537. 543. 557. 558. 563.
564. 578. 598. 609. 618. 629. 630. 637. 641. 645.
55198. 204. 210. 226. 231. 237. 249. 254. 259. 267.
273. 367. 383. 454. 455. 457. 458. 463. 465. 467.
470. 476. 479. 482. 485. 492. 496. 499. 501. 521.
523. 540. 564. 566. 568. 575. 580. 591. 596. 598.
610. 622. 626. 634. 651. 666. 670. 695. 697. 702.
741. 742. 745. 758. 762. 772. 778. 861. 862. 880.
883. 885. 888. 904. 924. 925. 933. 941. 943. 956.
968. 987. 989.

Lit. H. zu 25 Rthlr.

№ 22247. 260. 272. 309. 328. 333. 352. 355. 366. 382.
387. 398. 400. 405 bis 407. 411. 412. 414. 417. 418.
440. 451. 459. 463. 466. 470. 473. 488. 490. 504.
518. 801. 814. 817. 819. 823. 829. 841. 847. 850.
851. 863. 866. 871. 873. 875. 883. 884. 902. 916.
935. 951. 955. 23101. 103. 107. 109. 114. 116.
119. 122. 123. 137. 149. 156. 183. 215. 227. 234.
237. 238. 25868. 879. 881. 891. 896. 26210.
215. 226. 259. 263. 278. 286. 302. 304. 307. 311.
322. 328. 338. 340. 344. 346. 355. 356. 360. 376.
386. 392. 394. 395. 403. 410 bis 414. 424. 428. 433.
440. 446. 449. 463. 37407. 412. 427. 440. 456
bis 458. 462. 480. 482. 494. 495. 500. 501. 516. 523.
525. 527. 530. 534. 540. 548. 552. 560. 574. 581.
585. 603. 622. 637. 644. 648. 650. 651. 656. 665.
673. 42413. 415. 418. 423. 425. 451. 486. 490.
495. 496. 498. 502. 504. 508. 509. 517. 521. 532.
533. 536. 544. 547. 573. 575. 592. 619. 642. 646.
658. 49406. 417 bis 419. 421. 424. 430. 433.
437. 441. 450. 491. 496. 500. 505. 507 bis 509. 520.
522. 532. 538. 542. 543. 690. 830. 836. 864. 875.
889. 890. 907. 920. 923. 935. 936. 947. 952. 957.
960. 962. 967. 971. 974. 980. 989. 996. 50003.
4. 10. 16. 21. 32. 57. 58. 61. 78. 90. 93. 68279.
281. 284. 288. 295 bis 297. 301. 303. 314. 327. 329.
331. 348. 349. 366. 395. 529. 530. 537. 538. 546.
551. 564. 583. 586. 603. 604. 611. 625. 630. 638.
640. 642. 645. 646. 651. 660. 749. 776. 788. 790.
794. 798. 803. 806 bis 809. 816. 818. 824. 831. 832.
837. 839. 860. 863. 888. 889. 891. 895. 900. 904.
910. 913 bis 916. 923. 924. 942. 948. 951. 958. 963.
971. 982. 983. 988 bis 992. 69010. 15. 18. 24. 26.

III. Verzeichniß

der aus Verloosungen und Restkündigungen noch rückständigen
Schuldverschreibungen der Staatsanleihen von 1850, 1852, 1853, 1862,
1868A und der Staats-Prämien-Anleihe von 1855.

a. Staatsanleihe vom Jahre 1850.

14. Verloosung: gekündigt zum 1. April 1881.
Lit. D. zu 100 Rthlr. № 3220.

17. Verloosung: gekündigt zum 1. April 1883.
Lit. C. zu 200 Rthlr. № 5511.

20. Verloosung: gekündigt zum 1. Oktober 1884.
Abzuliefern mit Zinsscheinen Reihe IX Nr. 5 bis 8
und Anweisung zur Abhebung der Reihe X.

Lit. C. zu 200 Rthlr. № 12440.

22. Verloosung: gekündigt zum 1. Oktober 1885.
Lit. C. zu 200 Rthlr. № 16966.

23. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1886.
Lit. D. zu 100 Rthlr. *N* 16262.

26. Verloofung: gekündigt zum 1. Oktober 1887.
Lit. C. zu 200 Rthlr. *N* 14444.

b. Staatsanleihe vom Jahre 1852.

20. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1885.
Lit. D. zu 100 Rthlr. *N* 4497.

21. Verloofung: gekündigt zum 1. Oktober 1885.
Lit. C. zu 200 Rthlr. *N* 4339.
Lit. D. zu 100 Rthlr. *N* 13756.

23. Verloofung: gekündigt zum 1. Oktober 1886.
Abzuliefern mit Anweisungen zur Abhebung der Zinscheine Reihe X.
Lit. C. zu 200 Rthlr. *N* 2571. 572.

24. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1887.
Lit. D. zu 100 Rthlr. *N* 5769.

27. Verloofung: gekündigt zum 1. Oktober 1888.
Lit. B. zu 500 Rthlr. *N* 1200.
Lit. D. zu 100 Rthlr. *N* 10044. 13588.
Davon abzuliefern *N* 13588 mit Zinscheinen Reihe X
Nr. 5 bis 7.

Restkündigung zum 1. Oktober 1889.

Abzuliefern mit Zinschein Reihe X Nr. 7.

Lit. D. zu 100 Rthlr. *N* 15927.

c. Staatsanleihe vom Jahre 1853.

16. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1888.
Lit. D. zu 100 Rthlr. *N* 2659.

17. Verloofung: gekündigt zum 1. Oktober 1888.
Lit. D. zu 100 Rthlr. *N* 3995.

Restkündigung zum 1. Oktober 1889.

Abzuliefern mit Anweisung zur Abhebung der Zinscheine Reihe X.
Lit. D. zu 100 Rthlr. *N* 133.

d. Staatsanleihe vom Jahre 1862.

Restkündigung zum 1. Oktober 1889.

Lit. D. zu 100 Rthlr. *N* 1117. 5091.

e. Staatsanleihe vom Jahre 1868A.

8. Verloofung: gekündigt zum 1. Juli 1885.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe V Nr. 4 bis 8 und Anweisung
zur Abhebung der Reihe VI.
Lit. E. zu 50 Rthlr. *N* 40.

Restkündigung zum 1. Januar 1895

Lit. E. zu 50 Rthlr. *N* 641.

f. Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855.

17. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1872.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe III Nr. 1 bis 8 und Anweisung
von Serie 1433.

18. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1873.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe III Nr. 2 bis 8 und Anweisung
von Serie 320.

19. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1874.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe III Nr. 3 bis 8 und Anweisung
von Serie 232.

22. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1877.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe III Nr. 6 bis 8 und Anweisungen
von Serie 34. 615.

24. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1879.
Abzuliefern mit Zinschein Reihe III Nr. 8 und Anweisung
von Serie 1443.

28. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1883.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe IV Nr. 4 bis 8 und Anweisungen
von Serie 333. 876.

30. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1885.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe IV Nr. 6 bis 8 und Anweisungen
von Serie 682. 1031. 319.

31. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1886.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe IV Nr. 7 und 8 nebst Anweisungen
von Serie 26. 1127.

33. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1888.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe V Nr. 1 bis 7
von Serie 758. 1123.

34. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1889.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe V Nr. 2 bis 7
von Serie 235. 456. 616. 651. 906.

36. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1891.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe V Nr. 4 bis 7
von Serie 407. 635. 691. 866. 893. 1466.

37. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1892.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe V Nr. 5 bis 7
von Serie 90. 854. 1162. 259. 343.

38. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1893.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe V Nr. 6 und 7
von Serie 317. 649. 852. 1011. 48. 78. 225. 342. 368.

39. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1894.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe V Nr. 7
von Serie 73. 127. 140. 185. 486. 641. 679. 1012. 137.
161. 202. 298. 462.

40. Verloofung (Restkündigung): gekündigt
zum 1. April 1895.

von Serie 13. 37. 91. 97. 278. 307. 504. 564. 576. 582.
721. 734. 763. 792. 865. 929. 1007. 51. 101. 143.
234. 330. 338. 381. 430. 437. 500.

IV. Verzeichniß

der aus früheren Verloofungen und Restkündigungen noch rückständigen Kur- und
Neumärkischen Schuldverschreibungen.

a. Kurmärkische Schuldverschreibungen.

11. Verloofung: gekündigt zum 1. November 1890.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe XIII Nr. 7 und 8 nebst Anweisung
zur Abhebung der Reihe XIV.

Lit. F. zu 100 Rthlr. *M* 143.

13. Verloofung: gekündigt zum 1. November 1891.

Abzuliefern mit Anweisungen zur Abhebung der Zinscheinreihe XIV.
Lit. A. zu 1000 Rthlr. *M* 3752. 754.

20. Verloofung: gekündigt zum 1. Mai 1895.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe XIV Nr. 8.
Lit. G. zu 50 Rthlr. *M* 2051.

Restkündigung zum 1. November 1895.

Lit. B. zu 500 Rthlr. *M* 88.

Lit. G. zu 50 Rthlr. *M* 50. 1294. 633.

b. Neumärkische Schuldverschreibungen.

7. Verloofung: gekündigt zum 1. Juli 1891.

Abzuliefern mit Anweisung zur Abhebung der Zinscheinreihe XIV.

Lit. E. zu 200 Rthlr. *M* 184.

Restkündigung zum 1. Juli 1892.

Lit. F. zu 100 Rthlr. *M* 350.

V. Rückständige Stammaktie der Münster-Hammer Eisenbahn.

11. Verloofung: gekündigt zum 1. Januar 1881. Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe VII Nr. 5 bis 8 und Anweisung.
M 3906 über 100 Rthlr.

VI. Verzeichniß

VI. Verzeichniß

derjenigen Schuldverschreibungen der konsolidirten 4½prozentigen Staatsanleihe, welche noch nicht zum Umtausch gegen Verschreibungen der konsolidirten 4prozentigen Staatsanleihe eingereicht worden sind.

(Befehl vom 4. März 1885 — O. S. S. 55 — und diesseitige Bekanntmachung vom 1. September 1885.)

a. Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe IV Nr. 8 und Anweisungen.

Lit. D. zu 200 Rthlr. **M 26721. 59963.**
 Lit. E. zu 100 Rthlr. **M 85756. 93179.**
 Lit. F. zu 50 Rthlr. **M 7988. 24378. 34568.**
 Lit. N. zu 1000 Mark. **M 9869.**
 Lit. K. zu 500 Mark. **M 5638. 15101. 26005.**

b. Abzuliefern ohne Zinscheine und ohne Anweisungen.

Lit. B. zu 1000 Rthlr. **M 3894. 895. 8109. 110. 9554. 18746. 747. 23378 bis 383. 26470. 66506.**

Lit. D. zu 200 Rthlr. **M 4446. 53380. 56355. 62114.**

Lit. E. zu 100 Rthlr. **M 15093. 28834. 34300. 813. 38752. 55773. 62283. 573. 73526. 78053. 85958. 98426. 101161. 162. 103776. 106400. 107956. 110095.**

Lit. F. zu 50 Rthlr. **M 15273. 16223. 22528. 529. 25351. 26372. 31088. 233. 41942.**

Lit. L. zu 300 Mark. **M 391. 9228. 229. 12243.**

Hauptverwaltung der Staatsschulden.
 von Hoffmann.

Mitsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 14.

Den 2. April

1897.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 7.) Nr. 2361. Verordnung, betreffend die Gerichtsbarkeit der deutschen Konsula in Egypten. Vom 15. Februar 1897.

Nr. 2362. Bekanntmachung, betreffend die Gestattung des Feilbietens von Diktäumen im Umherziehen. Vom 13. Februar 1897.

(Stück 8.) Nr. 2363. Verordnung, betreffend die Tagelöhner und Fuhrlosen von Beamten der Verwaltung des Kaiser Wilhelm-Kanals. Vom 24. Februar 1897.

(Stück 9.) Nr. 2364. Gesetz, betreffend die Ründigung und Umwandlung der vierprozentigen Reichsanleihe. Vom 8. März 1897.

(Stück 10.) Nr. 2365. Bekanntmachung, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Steinkohlentbergwerken und auf Zink- und Bleierzbergwerken im Regierungsbezirk Cöln. Vom 11. März 1897.

(Stück 11.) Nr. 2366. Bekanntmachung, betreffend eine IV. Ausgabe der dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnverkehr beigefügten Liste. Vom 6. März 1897.

Gesetz-Sammlung für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 4.) Nr. 9877. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Albenhoven, Gemünd, Ensfelden, Rheinbach, Siegburg, Aldenau, Altwiesler, Andernach, Saank Coar, Baumholder, Binsburg, Hillesheim, Neuwagen, Neuwied, Rhaden, Trier, Wadern, Warweiler, Prüm und Perl. Vom 17. Februar 1897.

Nr. 9878. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirks des Amtsgerichts Biedenkopf. Vom 20. Februar 1897.

(Stück 5.) Nr. 9879. Verordnung, betreffend die Einföhrung Preussischer Landesgesetze in Fesoland. Vom 1. Februar 1897.

(Stück 6.) Nr. 9880. Gesetz, betreffend das Dienstverhältnis der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen. Vom 3. März 1897.

Nr. 9881. Verordnung, betreffend die Kanton des Beschlagschneids der Thierärztlichen Hochschule in Berlin. Vom 15. Februar 1897.

(Stück 7.) Nr. 9882. Gesetz, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Errichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen in den Pro-

vinzen Westpreußen und Posen vom 4. Mai 1886 (Gesetz-Samm. S. 143). Vom 24. Februar 1897.

(Stück 8.) Nr. 9883. Gesetz, betreffend die Tilgung von Staatsschulden. Vom 8. März 1897.

Nr. 9884. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirks des Amtsgerichts Wühl. Vom 9. März 1897.

(Stück 9.) Nr. 9885. Urkunde, betreffend die Stiftung einer Königl. Preussischen Medaille zur Erinnerung an des Hochseligen Kaisers und Königs Wilhelm I., des Großen, Majestät. Vom 22. März 1897.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

(Fortsetzung Seite 134.)

Bekanntmachung.

betreffend die Umwandlung der vierprozentigen Reichsanleihe in eine dreieinhalbprozentige.

7. Auf die in Nr. 63 des Deutschen Reichs- und Königl. Preussischen Staatsanzeigers veröffentlichte Bekanntmachung des Herrn Reichsfanzlers vom 12. d. Mts., welche sich auf die Umwandlung der vierprozentigen Reichsanleihe in eine dreieinhalbprozentige bezieht, wird besonders hingewiesen.

Die Umwandlung, vollzieht sich danach in derselben Weise, wie die Umwandlung der Preussischen konsolidirten 4prozentigen Staatsanleihe in eine dreieinhalbprozentige.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Frist für die Einreichung der Anträge auf Vorauszahlung des Kapitalbetrages mit dem 8. April d. Js. abläuft und daß die Inhaber von Schuldverschreibungen, bezw. die im Reichsschuldbuche eingetragen, Gläubiger der vierprozentigen Reichsanleihe, welche innerhalb der festgesetzten Frist Vorauszahlung des Kapitalbetrages beantragen, demnach die Ründigung und nach Ablauf der Ründigungsfrist die Rückzahlung zum Nennwerthe (nicht zum Kurswerthe) zu gewärtigen haben.

Potsdam, den 25. März 1897.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen

des Königl. Ober-Präsidenten.

9. An Stelle des Stadtverordneten Schenk in Charlottenburg ist der Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Jasse zu Charlottenburg zum Provinziallandtags-Abgeordneten des Stadtkreises Charlottenburg gewählt worden. Solches wird gemäß § 21 der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 hiermit bekannt gemacht.

Potsdam, den 25. März 1897.

Der Ober-Präsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen der Königlichen Ministerien.

Die P a n n t m a c h u n g.

6. Die Ausführung der auf Grund der Anweisung, betreffend die Genehmigung und Untersuchung der Dampfkessel, vom 15. März 1897 (Beilage zum Stüd 14 des Amtsblatts der Königlichen Regierung) vorzunehmenden Prüfungen, Druckproben und Untersuchungen bei den nicht fiskalischen Dampfkesseln und den Dampfkesseln in landwirtschaftlichen Betrieben und ihren nicht unter die Gewerbe-Ordnung fallenden Nebenbetrieben, soweit sie bisher den Gewerbe-Inspektionsbeamten oblag, erfolgt vom 1. April d. Js. ab durch die von mir als Sachverständige im Sinne des § 3 des Gesetzes, betreffend den Betrieb der Dampfkessel, vom 3. Mai 1872 (G. S. S. 515) anerkannten Ingenieure der Dampfkessel-Überwachungs-Vereine nach Maßgabe der ihnen von mir bereits verliehenen Berechtigungen.

Da die Vereinsingenieure die Untersuchung der oben bezeichneten Kessel in meinem Auftrage ausführen und dabei lediglich an die Stelle der Königlichen Gewerbeaufsichtsbeamten treten, so folgt aus dieser Maßregel für die Dampfkesselbesitzer keinerlei Verpflichtung, den Dampfkesselrevisions-Vereinen als Mitglieder beizutreten.

Name und Sitz der Kesselüberwachungsvereine, deren Ingenieure mit den Kesseluntersuchungen in den einzelnen Landesteilen beauftragt worden sind, ergiebt die im Auszuge hierunter abgedruckte Uebersicht über ihre örtliche Zuständigkeit und die Vorschrift des § 9 Absatz II. der erwähnten Anweisung.

Alle Eingaben in Angelegenheiten der Prüfung und Untersuchung von Dampfkesseln der bezeichneten Arten und alle Anträge auf Ertheilung der Genehmigung zu ihrem Betriebe sind zur Vermeidung von Verzögerungen künftighin unmittelbar an den hiernach zuständigen Kesselverein oder an seine Ingenieure zu richten.

Berlin, den 22. März 1897.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

U e b e r s i c h t

über die örtliche Zuständigkeit der Preussischen Dampfkessel-Überwachungs-Vereine bei den im staatlichen Auftrage vorzunehmenden Prüfungsgegeschäften an den nicht fiskalischen Schiffsdampfkesseln und den Dampfkesseln in landwirtschaftlichen Betrieben und ihren nicht unter die Gewerbeordnung fallenden Nebenbetrieben.

| Name des Regierungsbezirks oder seiner Theile. | Name und Sitz des dafür zuständigen Vereins. |
|--|---|
| 5. Potsdam (ohne Stadt Charlottenburg.) | |
| a. Kreise Angermünde und Beeskow-Storkow. | Märkischer Verein zur Prüfung und Überwachung von Dampfkesseln in Frankfurt (Oder.) |
| b. Die übrigen Kreise des Regierungsbezirks. | Dampfkessel-Revisions-Verein „Berlin“ in Berlin. |
| 7. Berlin. | |
| Städte Berlin und Charlottenburg. | Dampfkessel-Revisions-Verein „Berlin“ in Berlin. |

Ankauf von Remonten pro 1897.

7. Zum Ankaufe von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind für dieses Jahr nachstehende Märkte anberaumt worden und zwar:

| | | | |
|---|---------|------------------|--|
| a. im Regierungsbezirk Potsdam: | | | |
| am 5. Juni Vorm. | 8 Uhr | Angermünde, | |
| 18. " | 8 " | Paulinenaue, | |
| 19. " | 8 1/2 " | Neustadt a./D., | |
| 21. " | 9 " | Kyritz, | |
| 22. " | 8 " | Wittstock, | |
| 23. " | 8 " | Prigwall, | |
| 24. " | 8 " | Meyenburg, | |
| 26. " | 10 " | Lenzen, | |
| 28. " | 10 " | Wiltsdorf, | |
| b. im Regierungsbezirk Frankfurt a./D.: | | | |
| am 8. Juni Vorm. | 9 Uhr | Bärwalde, | |
| 9. " | 8 " | Jülichau, | |
| 10. " | 8 " | Grossen a./D., | |
| 11. " | 9 " | Guben, | |
| 12. " | 8 " | Driesen, | |
| 14. " | 10 " | Friedeberg N./M. | |

Bahnhof,

am 15. Juni Vorm. 8 Uhr Biez a./Ostbahn,
17. " " 9 " Müncheberg.

Die von der Remonte-Ankaufs-Kommission erkaufte Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenreiter und Klop-hengste, sowie Wallache mit ausgeprägter Hengstmanier, welche sich in den ersten zehn bzw. acht und zwanzig Tagen nach Einkieferung in den Depots als solche erweisen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht legitimierten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue, starke rindeleberne Trense mit starkem Gebiß und einer Kopfhalter von Leder oder Hans mit 2 mindestens zwei Meter langen Stricken ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgestellten Pferde fest-

frühen zu können, sind die Druckschneide- bzw. Füllschneide mitzubringen; auch werden die Verkäufer ersucht, die Schwelke der Herde nicht zu coupiren oder übermäßig zu verfürzen.

Berlin, den 3. März 1897.

Kriegsministerium, Remontierungs-Abtheilung.

Bekanntmachung.

8. Die früher als Nebeneisenbahn betriebene **Eisenbahn: Schiefplatz Cummersdorf-Jänicendorf** der vollspurigen Eisenbahn von Cummersdorf nach Jüterbog wird von dem Tage der Betriebseröffnung der Reststrecke Jänicendorf-Jüterbog zugleich mit dieser als Haupt-eisenbahn nach den Bestimmungen der Betriebserordnung für die Hauptstreckenbahnen Deutschlands vom 5. Juli 1892 veröffentlicht in der Nummer 26 des Reichs-**gesetzblattes** vom 21. Juli 1892 — betrieben werden.

Berlin, den 20. März 1897.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

**Bekanntmachungen
des Königlichen Regierungspräsidenten.**

Landesamtsbezirksveränderung.

61. Der **Gutsbezirk Weisgrund** ist vom 1. f. Mts. ab von dem 55. Landesamtsbezirk des Kreises Zauch-**Belzig** „Schmerwitz“ abgetrennt und dem 57. Bezirk „Stadt Belzig“ zugelegt worden.

Potsdam, den 27. März 1897.

Der Regierungspräsident.

Verbannmachung.

62. Der nächste Kursus zur Ausbildung von Lehr-**schmiedemeistern** an der Lehrschmiede zu Charlottenburg beginnt am **Montag den 5. Juli d. J.**

Anmeldungen sind zu richten an den Direktor des Instituts, **Oberbockart a. D. Brand** zu Charlottenburg, Spreestraße 42.

Potsdam, den 25. März 1897.

Der Regierungspräsident.

63. **Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Februar 1897 beobachteten Wasserstände.**

| Datum | Berlin | | Spandau | | Pots-
dam | Brandenburg | | Rathenow | | Havel-
berg |
|-------|-----------------|------------------|-----------------|------------------|--------------|-----------------|------------------|-----------------|------------------|----------------|
| | Ober-
Wasser | Unter-
Wasser | Ober-
Wasser | Unter-
Wasser | | Ober-
Wasser | Unter-
Wasser | Ober-
Wasser | Unter-
Wasser | |
| | Met. | Met. | Met. | Met. | | Met. | Met. | Met. | Met. | |
| 1. | 32,24 | 30,58 | 2,60 | 0,86 | 1,19 | 2,20 | 1,74 | 1,80 | 1,44 | 2,34 |
| 2. | 32,22 | 30,58 | 2,60 | 0,88 | 1,19 | 2,18 | 1,76 | 1,78 | 1,42 | 2,30 |
| 3. | 32,22 | 30,56 | 2,60 | 0,86 | 1,19 | 2,18 | 1,76 | 1,74 | 1,40 | 2,28 |
| 4. | 32,22 | 30,56 | 2,60 | 0,86 | 1,18 | 2,18 | 1,76 | 1,74 | 1,40 | 2,26 |
| 5. | 32,20 | 30,56 | 2,57 | 0,86 | 1,18 | 2,20 | 1,74 | 1,72 | 1,40 | 2,24 |
| 6. | 32,20 | 30,56 | 2,56 | 0,88 | 1,18 | 2,20 | 1,76 | 1,74 | 1,40 | 2,24 |
| 7. | 32,20 | 30,56 | 2,57 | 0,86 | 1,18 | 2,30 | 1,68 | 1,78 | 1,40 | 2,22 |
| 8. | 32,18 | 30,58 | 2,56 | 0,88 | 1,20 | 2,22 | 1,72 | 1,72 | 1,40 | 2,22 |
| 9. | 32,16 | 30,58 | 2,56 | 0,89 | 1,20 | 2,18 | 1,76 | 1,70 | 1,38 | 2,26 |
| 10. | 32,16 | 30,56 | 2,54 | 0,88 | 1,19 | 2,18 | 1,76 | 1,68 | 1,38 | 2,34 |
| 11. | 32,16 | 30,54 | 2,54 | 0,84 | 1,19 | 2,18 | 1,76 | 1,70 | 1,36 | 2,48 |
| 12. | 32,16 | 30,54 | 2,54 | 0,82 | 1,19 | 2,18 | 1,76 | 1,70 | 1,36 | 2,60 |
| 13. | 32,16 | 30,54 | 2,54 | 0,82 | 1,18 | 2,12 | 1,72 | 1,72 | 1,36 | 2,72 |
| 14. | 32,18 | 30,54 | 2,56 | 0,77 | 1,17 | 2,28 | 1,60 | 1,72 | 1,38 | 2,86 |
| 15. | 32,18 | 30,54 | 2,57 | 0,80 | 1,17 | 2,20 | 1,68 | 1,70 | 1,40 | 2,94 |
| 16. | 32,16 | 30,56 | 2,56 | 0,82 | 1,16 | 2,18 | 1,68 | 1,72 | 1,42 | 2,98 |
| 17. | 32,16 | 30,56 | 2,56 | 0,80 | 1,15 | 2,18 | 1,68 | 1,76 | 1,44 | 3,04 |
| 18. | 32,18 | 30,54 | 2,56 | 0,77 | 1,16 | 2,20 | 1,68 | 1,76 | 1,46 | 3,04 |
| 19. | 32,18 | 30,54 | 2,56 | 0,80 | 1,15 | 2,20 | 1,64 | 1,76 | 1,48 | 3,04 |
| 20. | 32,18 | 30,54 | 2,58 | 0,82 | 1,16 | 2,20 | 1,64 | 1,86 | 1,52 | 3,04 |
| 21. | 32,18 | 30,54 | 2,62 | 0,80 | 1,17 | 2,28 | 1,60 | 1,94 | 1,54 | 3,06 |
| 22. | 32,14 | 30,56 | 2,64 | 0,93 | 1,20 | 2,16 | 1,62 | 1,96 | 1,62 | 3,16 |
| 23. | 32,18 | 30,64 | 2,64 | 0,92 | 1,22 | 2,20 | 1,66 | 2,04 | 1,64 | 3,12 |
| 24. | 32,20 | 30,68 | 2,62 | 1,03 | 1,25 | 2,24 | 1,70 | 1,96 | 1,56 | 3,68 |
| 25. | 32,20 | 30,76 | 2,63 | 1,13 | 1,28 | 2,28 | 1,72 | 1,96 | 1,52 | 3,54 |
| 26. | 32,18 | 30,80 | 2,66 | 1,18 | 1,34 | 2,26 | 1,76 | 1,96 | 1,50 | 3,62 |
| 27. | 32,18 | 30,82 | 2,68 | 1,22 | 1,39 | 2,28 | 1,80 | 1,96 | 1,48 | 3,74 |
| 28. | 32,20 | 30,84 | 2,71 | 1,23 | 1,42 | 2,40 | 1,74 | 2,00 | 1,46 | 3,78 |

Potsdam, den 21. März 1897.

Der Regierungspräsident.

II. Bekanntmachungen:

64. In der Landmesser-Prüfung sind Bauer und Bauer von mir mit der Vermessung der Havel von Brandenburg bis Berder beauftragt worden. Ich ersuche deshalb die betheiligten Behörden und die Besitzer der an die Havel grenzenden Grundstücke, den Genannten das Betreten ihrer Grundstücke zu gestatten.

Potsdam, den 24. März 1897.

Der Regierungspräsident.
Bekanntmachung.

65. Der Landmesser Bruders hieselbst ist von mir mit der Vermessung des Sattow-Pareter Kanals beauftragt worden. Ich ersuche deshalb die betheiligten Behörden und die Besitzer der an diesen Kanal grenzenden Grundstücke, dem H. Bruders das Betreten ihrer Grundstücke zu gestatten.

Potsdam, den 24. März 1897.

Der Regierungspräsident.
Bekanntmachung.

66. Die in meiner Bekanntmachung vom 3ten Oktober 1896 (Amtsblatt Stück 41 Seite 459/60) angegebene Leffnungszeit für die Eisenbahn-Drehbrücke über die Havelbucht bei Potsdam bleiben auch für den Monat April d. J. bestehen.

Potsdam, den 26. März 1897.

Der Regierungspräsident.

Die Eisenbahn.

67. I. Ausgebrochen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Niederbarnim: In Dahlwig auf dem Vorwerk Heidemühle. Kreis Osthavelland: 2 Gehöfte des Rittergutsbesizers Reuter in Lenke, 1 Gehöft des Bauern A. Voeticher in Wustermark. Kreis Westhavelland: Vorwerk Lindholzfarm bei Selbelang. Kreis Ruppiner: Gehöft des Rastbrennerbesizers Baumann in Neu-Ruppin. Kreis Templin: Vorwerk Ahlmswalde.

b. Milzbrand. Kreis Angermünde: Gut Günterberg. Kreis Niederbarnim: je 1 Kuh des Landwirths Daedel in Bickenwerder und des Ritterguts Blumberg. Kreis Osthavelland: in Grünpfeld und Tiegow. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: Rittergut Petkus, Gemeinde Schlenger. Kreis Ruppiner, Rittergut Korpennig.

c. Rog. Kreis Osthavelland: Ein Pferd der Witwe Weber in Marzick.

d. Influenza. Stadt Spandau: 2 Pferde des Fuhrherrn Wilhelm Hagemeyer und 3 Pferde des Schlächtermeisters Franke.

e. Viehseuchenausflug. Kreis Breskow-Storow: Rindviehbestände auf Gut Buzl.

II. Erloschen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Niederbarnim: Gemeinde und Gut Neuenhagen. Kreis Westhavelland: Rittergut Hohenauen II. und III. Anthels, Gehöft des Bauern Viere I. in Jachow: der Bauern Römer und Jern in Müglitz. Kreis Ostprignitz: Gehöft des Bauers Friedrich Schramm

in Liebenthal. Kreis Bismarck: Gemeinde Lengen. Kreis Teltow: Gehöft des Gutsherrn Hermann Lüdtke in Lankwitz. Kreis Juch-Belzig: Gemeinde Deeg.

b. Milzbrand. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: Rittergut Petkus, Gemeinde Schlenger. Kreis Prenzlau: Rittergut Horst und Gemeinde Schönermark.

c. Luagenseuche. Kreis Osthavelland: Stadt Nauen.

d. Influenza. Kreis Prenzlau: Pferd des Kaufmanns Brndel in Prenzlau.

Potsdam, den 30. März 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

(Fortsetzung von Seite 134.)

Bekanntmachung.

8. Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß in der Oberförsterei Glambach eine Vermessung unter Anschluß an die Landesaufnahme ausgeführt wird. Nach § 1 des Gesetzes vom 7. Oktober 1865 und vom 7. April 1869 sind die Eigenthümer verpflichtet, die Legung von Messungslinien über ihr Eigenthum außerhalb des öffentlichen Geländes zu gestatten. Hierbei etwa entstehender Flurschaden wird ersetzt werden und ist anzuverzüglich dem Reviervorwalter zur Feststellung anzuzeigen. Potsdam, den 25. März 1897.

Königliche Regierung,

Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten B.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

21. Alljährlich müssen Personen, welche das zehnte Alter (jetzt 30 Jahre) überschritten haben, dieselben mit ihren Anträgen, die Hebammenkünst zu erlernen, abgelesen werden. Diesfach versuchen dann die abgelesenen ihre Ausbildung auf einer außerpreussischen Hebammen-Lehranstalt zu gewinnen, in der Hoffnung, nachträglich die Genehmigung zu erlangen, vor einer preussischen Prüfungs-Commission sich prüfen zu lassen. Da eine derartige Genehmigung jetzt nicht mehr erteilt wird, bringe ich dies behufs Warnung der Betheiligten hiermit zur öffentlichen Kenntniss.

Berlin, den 24. März 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Errichtung einer Postagentur in Oberschönweide.

14. Am 1. April tritt in der Kolonie Oberschönweide eine Postagentur in Wirksamkeit, welche sich mit der Annahme und Ausgabe von Postsendungen jeder Art, sowie von Telegrammen befassen wird. Die Dienststunden der neuen Postagentur werden für den Verkehr mit dem Publikum wie folgt festgesetzt: 1. an Wochentagen von 8 bis 12 Uhr Vormittags und von 4 bis 8 Uhr Nachmittags; 2. an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen, sowie am Geburtstage Sr. Majestät des Kaisers von 8 bis 9 Uhr Vormittags und von

5 bis 6 Uhr Nachmittags; außerdem von 12 bis 1 Uhr Nachmittags nur für den Telegraphenverkehr. Bei der Postagentur wird gleichzeitig auch der Unfallmeldebedienst eingerichtet. Die Verwaltung der Postagentur wird dem Zahlmeister-Aspiranten a. D. Dantz, Wilhelmminnenhofstraße Ecke Edisonstraße, übertragen.

Berlin C., den 24. März 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachung.

Am 1. April tritt in der Station Carlshorst (Station der Bahnstraße Berlin—Hirtenwalde) eine Postagentur in Wirkksamkeit, welche sich mit der Annahme und Ausgabe von Postsendungen jeder Art, sowie von Telegrammen beschäftigt wird. Die Dienststunden der neuen Postanstalt werden für den Verkehr mit dem Publikum, wie folgt, festgesetzt: A. an den Werktagen von 7½ Uhr bis 12 Uhr Mittags, von 3 N. bis 7 Uhr Abends; B. an den Sonntagen, gesetzlichen Feiertagen, sowie an Gedenktagen Seiner Majestät des Kaisers: von 7½ B. bis 9 B., von 12 bis 1 N. (nur für den Telegraphendienst), von 6 bis 7 N. Bei der Postagentur wird gleichzeitig auch der Unfallmeldebedienst eingerichtet. Die Verwaltung der Postagentur wird dem Hauptkassier Gregorovius, Augusta-Victoriastraße, übertragen.

Berlin C., 24. März 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachung.

16. Das Postamt auf dem Komplatz Carlshorst wird an den Werktagen im demselben Umfange, wie im Vorjahre, in Wirkksamkeit treten.

Berlin C., 24. März 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Königl. Konfistoriums der Provinz Brandenburg.

25. Verfügung.

Wesend des Aufstufes der evangelischen Kirchengemeinde Schöneberg bei Berlin an den Berliner Stadtkirchenverband.

I. Die evangelische Kirchengemeinde Schöneberg bei Berlin wird nach Zustimmung ihrer Organe und mit Einwilligung der Berliner Stadtsynode dem Verbande der letzteren angeschlossen und zugleich zu den Verband der Berliner Kreisgruppe Friedrich-Werder eingegliedert.

II. Vorstehende Anordnung tritt mit dem 1. April 1897 in Kraft.

Berlin, den 25. März 1897.

Königliches Konfistorium der Provinz Brandenburg, Abtheilung Berlin.

Bekanntmachungen des Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

14. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 18. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der Witwe Susanne Seibede geb. Seling und ihrer Söhne, dem Entschlossenen Friedrich Seibede,

beide in Grunpa, Reg. Dist. a. S., nachstehende Schulverschreibungen der Konfessionen: Aposyndische Staatsanleihe

a. von 1876/79 lit. E. Nr. 2506 über 300 M.,

b. = 1880 - - - - - 225089 über 300 M.,

c. = 1882 - - - - - 248731 und 248732

über je 500 M.,

- E. Nr. 489454 und 544838

über je 300 M.,

- F. Nr. 245213 über 200 M.,

angeblich im November 1892 gestohlen worden sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rechtsanwalt und Notar Handorf in Potsdam anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Angebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 18. März 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

15. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Johann Wilhelm Friedrich Wilhelm Barth die Schulverschreibungen der Konfessionen Aposyndischen Staatsanleihe von 1884

Lit. E. Nr. 856368 über 300 M.

angeblich in der Zeit vom 10. bis 12. Oktober 1896 entwendet worden.

Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rechtsanwalt und Notar J. Partensch in Poth anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Angebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 19. März 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen des Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Gruppentarif III. (Berlin—Stettin).

14. Mit Gültigkeit vom 1. April 1897 gelangt zum Gruppentarif III. (Berlin—Stettin) ein Nachtrag zur Ausgabe. Derselbe enthält neben sonstigen Änderungen und Ergänzungen des Gruppentarifs die Ausdehnung des Rohstofftarifs auf Dreinstoffe und Hölzer des Spezialtarifs III. sowie eine andere Fassung des Umfartungstarifs. Exemplare des Nachtrages können durch die Güter-Abfertigungsgesellen sowie das Auskunfts-Bureau, hier Bahnhof Alexanderplatz, in Anspruch genommen werden.

Berlin, den 19. März 1897.

Königliche Eisenbahndirektion.

zugleich Namens der kaiserlichen Verwaltung.

Norddeutsche-Berlin-Nährische Verwalt.

15. Am 1. April d. J. kommen folgende Tarifänderungen zur Durchführung: a. Einführung eines

Ausnahmetarifs 2a. für Porzellanerde (Chinaclay, Kaolin) von Weiskammer nach Stettin Egbhf.; b. Aufhebung des Ausnahmetarifs 5a. für Bausteine, krümmend profilirt und abfacierte in Folge Verletzung dieses Artikels — durch Nachtrag V. zum Deutschen Eisenbahn-Güter-Tarif, Theil I., — in den Spezialtarif III.; c. Erweiterung des Ausnahmetarifs 5b. für Steine des Spezialtarifs III. durch Aufnahme von Amorbach u. für den Verkehr mit Berliner Bahnhöfen und Ringbahnhöfen; d. Einführung eines Ausnahmetarifs 21 für Flach, berechtigt, von Stationen der Direktions-Bezirk Königsberg i. Pr. und Danzig; e. Einbeziehung der Station Oberhofen in den Seehafen-Ausnahmetarif E. für Eisen und Stahl nach Stettin Egbhf.; f. Aenderung einiger Entfernungen für Achaffenburg und Gernand durch Ermäßigung und im Verkehr mit Harsenfelde und Grünau durch Erhöhung um 1 km. Soweit Frachterhöhungen eintreten, werden dieselben erst vom 15. Mai d. Js. gültig. Auskunft über die Höhe der neuen Frachtsätze ertheilen die Verkehrs-, Tarif- und Auskunftsbureaus der theilhaftigen Verwaltungen, sowie die betreffenden Güterabfertigungsstellen.

Berlin, den 26. März 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion

Namens der theilhaftigen Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

2. Mit Gültigkeit vom 1. April 1897 gelangt zu den vom 1. Februar 1896 gültigen Staatseisenbahn-, Personen- und Gepäcktartifen, Theile II., der Eisenbahn-Direktionsbezirke Bromberg, Danzig und Königsberg i. Pr., enthaltend die „Besonderen Bestimmungen für den Personen- und Gepäckverkehr zwischen den Stationen der vorgenannten Bezirke sowie für den Verkehr von denselben nach den Stationen der übrigen Königlich Preussischen Staatseisenbahnen“, der Nachtrag I. zur Einführung. Die in diesen Nachtrag aufgenommenen zusätzlichen Bestimmungen zur Verkehrsordnung sind gemäß der Vorschriften unter I. 2 (B. D.) genehmigt worden. Näheres ist bei den Fahrkarten-ausgabestellen zu erfahren.

Bromberg, den 26. März 1897.

Königliche Eisenbahndirektion, zugleich im Namen der Königlichen Eisenbahndirektionen zu Danzig und Königsberg i. Pr.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

Grundsteuer-Ordnung

der Stadtgemeinde Berlin.

Auf Grund der §§ 23, 25 des Kommunal-Abgaben-Gesetzes vom 14. Juli 1893 (S. S. 152) wird mit Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung folgende Steuerordnung erlassen:

§ 1. Vom 1. April 1897 ab wird von allen im Gemeinde-Bezirk belegenen bebauten und unbebauten Grundstücken, soweit ihnen nicht gemäß § 24 des Kommunal-Abgaben-Gesetzes Befreiung von den Grundsteuern vom Grundbesitz zusteht, eine Gemeinde-

Grundsteuer nach den Bestimmungen dieser Steuerordnung erhoben.

§ 2. Der Besteuerung wird der jährliche Nutzungswert der steuerpflichtigen Grundstücke und der darauf befindlichen Baulichkeiten zu Grunde gelegt, mögen die letzteren dem Eigentümer des Grund und Bodens oder dem Nutznießer desselben (Pächter, Miether, Nießbraucher, Prefaristen) gehören.

Der jährliche Nutzungswert jeder einzelnen Bestimmung einschließlic ihrer Hofräume, Hausgärten oder sonstigen unbeweglichen Zubehörstücke, ist nach dem Ertrage (§§ 3 bis 8) festzusetzen, welcher für den gemeingewöhnlichen Gebrauch oder die gemeingewöhnliche Nutzung im letzten, dem Veranlagungsjahre unmittelbar vorangegangenen Kalenderjahre aufgetreten oder durch Schätzung ermittelt ist.

Das Veranlagungsjahr ist das Etats- (Rechnungs-) Jahr.

§ 3. Für diejenigen Zeiträume, in denen ein Grundstück oder Grundstücks-theil innerhalb der maßgebenden Periode (§ 2) verpachtet oder vermietet war, gilt als Ertrag desselben der vereinbarte Pacht- oder Mietzins unter Hinzurechnung des Geldwerthes aller vom Pächter (Miether) zum Vortheile des Verpächters (Vermiethers) oder eines Dritten für Rechnung des Verpächters (Vermiethers) übernommenen Nebenleistungen, zu welchen auch die vom Pächter (Miether) übernommenen Steuern, Feuerfassen-Beiträge und Entwässerungs-Abgaben gerechnet werden.

Außer Betracht bleiben dagegen Vergütungen des Pächters (Miethers), welche nicht für die Ueberlassung des Gebrauchs oder der Nutzung des Grundstücks bedungen sind. Hierher gehören die Vergütungen für Benutzung von Wasserleitungen, für Flur- und Treppenbeleuchtung, für Müllabfuhr, Schornstein-, Flur- und Treppenreinigung, sowie für Portierdienste.

Dem Verpächter (Vermiether) ist gestattet, für solche außer Betracht zu lassenden Vergütungen des Pächters (Miethers) einen angemessenen Betrag bis zur Höhe von 8 % des bestimmten Brutto-Jahreszinses behufs Feststellung des Nutzungswertes von der Gesamthöhe in Abrechnung zu bringen.

Die Kontraktlich zwischen Miether und Eigentümer vereinbarten Entschädigungen für andere Leistungen des Letzteren unterliegen bezüglich ihrer Angemessenheit der Prüfung der Steuer-Deputation.

Abzüge für Ausfälle an der vereinbarten Miete (Pacht) finden nicht statt.

§ 4. Der vereinbarte Pacht- oder Mietzins (§ 3) ist nicht maßgebend,

- 1) wenn derselbe hinter dem ortsüblichen Pacht- oder Mietzins mehr als 25 % zurückbleibt;
- 2) wenn der vereinbarte Pacht- oder Mietzins die Gegenleistung für den Gebrauch der mit dem Grundstück zusammen verpachteten (vermieteten) Kesseln, Inventarien, Möbel und sonstigen beweglichen Gegenstände mit umfaßt;
- 3) wenn die Höhe des zu entrichtenden Pacht- oder

Mietzinses von dem Ergebnis eines gewerblichen Unternehmens oder von anderen ungewissen Ereignissen abhängig gemacht ist;

- 4) wenn Räumlichkeiten als Gast- oder Hotelwirthschaften, Ausspannungen oder Lagerspeicher zur miethweisen Beherbergung wechselnder Personen oder Sachen, oder zu ähnlichen Zwecken benutzt werden;

§ 5. Für diejenigen Zeitabschnitte der maßgebenden Periode (§ 2), in welchen

- 1) auf den vereinbarten Mietzins- oder Pachtzins die Voraussetzungen des § 4 Nr. 1 bis 4 zutreffen, oder
- 2) ein Grundstück oder Grundstücksheil von dem Steuerpflichtigen entweder selbst benutzt oder ohne Entgelt an andere zur Nutzung oder zum Gebrauch überlassen war,

gilt als Ertrag der betreffenden Grundstücke oder Grundstücksheile der ihrer Bestimmung, Beschaffenheit und Lage entsprechende ortsübliche Pacht- oder Mietzinswerth.

§ 6. Hat der zur Nutzung eines Grundstücks als Pächter, Miether, Nießbraucher oder sonst Berechtigte auf demselben eigene Baulichkeiten errichtet, so wird

- a. soweit der Gebäude-Eigenthümer dieselben verpachtet oder vermietet hat,
- der auffommende Pacht- oder Mietzins,
- b. soweit der Gebäude-Eigenthümer dieselben selbst benutzt oder ohne Entgelt an andere zur Nutzung oder zum Gebrauche überlassen hat,

der ortsübliche Pacht- oder Mietzinswerth derselben — nach Abzug des auf die Grundfläche der superfiziarischen Baulichkeiten etwa treffenden Anttheils an der Hauptpacht oder Miete — dem Nutzertrage des Grundstücks zugerechnet.

§ 7. Die Feststellung des Pacht- oder Mietzinswerthes erfolgt in den Fällen der §§ 4 bis 6 durch die Steuer-Deputation des Magistrats auf Grund einer Abschätzung durch die dazu bestimmten Sachverständigen.

Der ermittelte Werth wird dem Steuerpflichtigen in der für jedes Rechnungsjahr erfolgenden Veranlagung mitgetheilt. (§ 9).

§ 8. Für diejenigen Zeitabschnitte, während deren ein Grundstück oder ein selbstständiger Theil eines Grundstücks (z. B. eine einzelne Mietwohnung, ein für sich bestehendes Pachtstück) innerhalb der maßgebenden Periode (§ 2) weder verpachtet oder vermietet, noch in der im § 5 zu Nr. 2 angegebenen Weise benutzt war, wird ein Ertrag von den unbenutzt gebliebenen Grundstücksheilen nicht in Anrechnung gebracht.

§ 9. Die Gemeinde-Grundsteuer wird in Prozenten des festgestellten Nutzungsertrages erhoben. Die Höhe des Prozentsatzes wird für jedes Rechnungsjahr durch Gemeindebeschluß festgesetzt und ist alljährlich durch den Magistrat in ortsüblicher Weise zu veröffentlichen.

Die Veranlagung der Grundsteuer erfolgt für jedes Rechnungsjahr durch die Steuer-Deputation, welche jedem Steuerpflichtigen von seiner Veranlagung eine Mittheilung ausgehen läßt. (§ 7).

Ein angestammtes Recht. wird, wenn der Werth steigt, als voll gegeben, wenn er gelassen.

Einsprüche gegen die Abschätzung eines Grundstückes innerhalb einer Frist von vier Wochen nach der Veranlagung bei dem Magistrat schriftlich einbringen. Ueber dieselben entscheidet die Steuer-Deputation, und zwar: wenn die Einsprüche die Höhe der Veranlagung nach Anhörung einer Revisions-Kommission, oder anderen als den bei der ersten Veranlagung bestimmten Sachverständigen gebildet ist.

Gegen den von der Steuer-Deputation an den Magistrat erlassenen endgültigen Bescheid können die Steuerpflichtigen binnen einer mit dem ersten Tage nach der Zustellung beginnenden Frist von zwei Wochen die Klage im Verwaltungsstreitverfahren erheben.

§ 10. Zum Zwecke der für jedes Rechnungsjahr erfolgenden Veranlagung ist jeder Eigenthümer eines steuerpflichtigen Grundstücks verpflichtet, bis zum 1. Februar jeden Jahres eine Nachweisung des Nutzungswerthes aus dem dem Veranlagungsjahre unmittelbar vorangegangenen Kalenderjahre nach den Mietverträgen und den ihm bekannten, durch Abschätzung bewiesenen ermittelten Werthen an die Steuer-Deputation einzureichen, oder zur Abholung bereit zu halten. Die Nachweisung muß die einzelnen Pacht- und Mietzinsse und die Namen der Pächter (Miether) auführen, auch Angaben über die vom Eigenthümer selbst benutzten, sowie über die unvermieteten oder unbenutzten Gellasse und Flächen enthalten und sofern solche früher vermietet (verpachtet) oder abgepachtet waren, die Namen der letzten Miether (Pächter), den Zeitpunkt der Räumung und den letzten Jahreszins oder den letzten ermittelten Werth ersichtlich machen. Die hierfür erforderlichen Formulare werden den Steuerpflichtigen seitens der Steuerdeputation übersandt.

Die Steuer-Deputation ist bei der Veranlagung an die Angaben des Steuerpflichtigen nicht gebunden. Wird aber die ertheilte Auskunft beanstandet, so sind dem Steuerpflichtigen vor der Veranlagung die Gründe der Beanstandung mit dem Anheimsstellen mitzutheilen, hierüber binnen einer angemessenen Frist eine weitere Erklärung abzugeben. (Vergl. § 63 b. R. A. G.)

§ 11. Jeder Eigenthümer eines Grundstücks hat der Steuer-Deputation anzuzeigen:

- 1) wenn in dem Eigenthums-Verhältnisse des Grundstücks ein Wechsel eintritt,
- 2) wenn Gebäude neu entstehen oder gänzlich eingehen,
- 3) wenn besteuerte Hausgrundstücke durch Veränderung in ihrer Substanz namentlich durch das Aufsetzen oder Abnehmen eines Stockwerkes oder durch das Abbrechen eines Gebäudetheiles, durch Vergrößerung oder Abtrennung dazu gehöriger Posträume und Gärten an Nutzungswerth gewinnen oder verlieren,
- 4) wenn einer der in den §§ 4 und 5 vorgezeichneten Fälle eintritt, in denen Abschätzung stattzufinden hat.

Diese Anzeigen sind binnen einer Woche nach dem Eintritte der Veränderung schriftlich zu erstatten.

Im Fall der Veräußerung ist der bisherige Eigentümer verpflichtet, für die Zeit vom Beginn des laufenden Kalenderjahres bis zum Ende seiner Besitzdauer die im § 10 vorgesehene Nachweisung des Nutzungswertes der Steuer-Deputation binnen vier Wochen einzureichen.

§ 12. Die Steuerpflicht oder Steuererhöhung neu erbauter oder in ihrer Substanz verbesserter Gebäude (§ 11 Abs. 2, 3) beginnt nach Ablauf des Rechnungsjahres, in welchem die neu errichteten oder verbesserten Räume veranlagt oder sonst in Benutzung genommen sind.

Im Laufe eines Rechnungsjahres treten Erbschaften oder Erbhörungen der Gemeinde-Grundsteuer nur dann ein, wenn bisher steuerpflichtige Grundstücke in die Klasse der ganz oder theilweise steuerfreien Grundstücke übergehen, oder umgekehrt, sowie wenn wegen unrichtiger oder unvollständiger Angaben nach den gesetzlichen Bestimmungen Steuernachforderungen geltend zu machen sind. Die Bestimmungen der Allerhöchsten Kabinettsordre vom 8. Juni 1834 werden hierdurch nicht berührt.

Beim Wechsel des Eigentums eines Grundstücks im Laufe eines Rechnungsjahres wird die veranlagte Steuer für die dem Eigentumswechsel folgenden Monate von dem neuen Eigentümer erhoben, ohne daß es dem Fiskus gegenüber einer neuen Veranlagungs-Benachrichtigung bedarf. (§ 14 Abs. 4.)

§ 13. Wird ein mit Gebäuden besetztes steuerpflichtiges Grundstück von dem Fiskus oder einer anderen öffentlichen Behörde erworben und nicht sogleich zu öffentlichen oder gemeinnützigen Zwecken verwendet, so bestimmt die zur Zeit des Eintritts der eben erwähnten Veranbarung, sondern die am Tage des Eigentums-Überganges veranlagt gewesene Steuer feststehend zu zahlen.

§ 14. Für die Gemeinde-Grundsteuer haftet außer dem Eigentümer der Nießbraucher des steuerpflichtigen Grundstücks.

Mehrere Miteigentümer oder Nießbraucher desselben Grundstücks haften solidarisch.

Solidarische Haftung findet auch insoweit statt, als das Eigentum einerseits an Grund und Boden, andererseits an den darauf errichteten Gebäuden verschiedenen Personen zusteht.

Im Falle des Eigentumswechsels haftet außer dem neuen der bisherige Eigentümer für die Grundsteuer bis zum Ablauf desjenigen Monats, in welchem der Eigentumswechsel stattgefunden hat.

Für die veranlagte Steuer ist das Grundstück dinglich verhaftet und kann im Falle der fruchtlosen Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen des Steuerschuldners die Zwangsvollstreckung in das Grundstück seitens der Steuer-Deputation gemäß § 54 der Verordnung, betreffend das Verwaltungs-Zwangsverfahren wegen Vertheilung von Geldbeträgen vom 7. September 1870 (Ges.-S. S. 591) betrieben werden.

§ 15. Die nach dieser Steuerordnung den Eigentümern der steuerpflichtigen Grundstücke obliegenden,

insbesondere die in den §§ 10 und 11 vorgesehenen Verbindlichkeiten liegen in gleicher Weise ihren gesetzlichen Vertretern (Vormündern, Pflegern, Vorständen von Korporationen, Aktien-Gesellschaften u. s. w.), sowie den von den Eigentümern mit der Verwaltung der Grundstücke beauftragten Personen, und im Falle des § 14 Abs. 3 den dort bezeichneten Gebäude-Eigentümern ob.

Jeder nicht in Berlin wohnende Eigentümer hat der Steuer-Deputation einen hiesig wohnhaften Stellvertreter für die seinen Grundbesitz betreffenden Angelegenheiten schriftlich zu bezeichnen. Den Vertretern kann die Veranlagungs-Benachrichtigung (§ 9) rechtsverbindlich zugestellt werden.

§ 16. Wer eine ihm im Gemäßheit der §§ 10, 11, 15 obliegende Anzeige oder Nachweisung nicht rechtzeitig in der vorgeschriebenen Form erstattet, wird gemäß § 82 des Kommunal-Abgaben-Gesetzes mit Geldstrafe bis zu 30 Mark bestraft.

Die Vorschriften des § 79 des Kommunal-Abgaben-Gesetzes werden hierdurch nicht berührt.

§ 17. Auf die Nachforderungen und Verzögerungen der Steuer finden die Bestimmungen der §§ 83, 84 und 88 des Kommunal-Abgaben-Gesetzes Anwendung.

§ 18. Die Gemeinde-Grundsteuer wird in Vierteljahrstraten, welche bei Beginn des Vierteljahrs fällig sind, erhoben.

Die Steuer ist an die von der Steuerbehörde zu bezeichnende Kasse zu zahlen; es bleibt jedoch vorbehalten, die Erhebung der Steuer durch Steuerheber komittees zu lassen.

Eine Vorausbezahlung des ganzen Jahresbetrages sowie einzelner Quartalsraten, jedoch nur an die Kasse, steht jedem Steuerpflichtigen frei.

Die Zahlung der veranlagten Steuer wird durch die Einkünfte von Reichsmitteln nicht aufgehoben.

Wird die fällige Zahlung auf geforderte Aufforderung nicht geleistet, so erfolgt nach fruchtloser Mahnung die Einziehung der Steuer im Verwaltungs-Zwangsverfahren.

§ 19. Mit dem 1. April 1897 tritt die bisherige Grund- und Bauplatzsteuer-Ordnung vom 19. Januar 1895 außer Kraft.

Die im Kommunal-Abgaben-Gesetz dem Gemeinde-Vorstand zugewiesene Befugnis wird von der Steuer-Deputation ausgeübt, welche zugleich die Veranlagung zur Grundsteuer als Steuer-Ausschuss bewirkt.

Die Zusammenfassung und die Geschäfts-Ordnung der Steuer-Deputation werden durch besonderen Gemeinde-Beschluß geregelt.

Berlin, den 2. Januar 1897.

Magistrat hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt.
gez.: Zelle.

Vorstehende an die Stelle der Grund- und Bauplatzsteuer-Ordnung vom 19. Januar 1895 tretende Grundsteuer-Ordnung wird auf Grund der Bestimmungen in § 18 Abs. 2 des Kommunal-Abgabengesetzes vom

14. Juli 1893 und Art. 46 Nr. 1 der Ausführungsanweisung vom 10. Mai 1894 hierdurch von mir genehmigt. Potsdam, den 29. Januar 1897.

(L. S.)

Der Oberpräsident, Staatsminister
gez.: von Achenbach.

Vorstehende, am 1. April d. J. in Kraft tretende Grundsteuer-Ordnung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Berlin, den 20. März 1897.

Magistrat hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt.
Zelle.

Ordnung für die Erhebung einer Gemeindesteuer bei dem Erwerbe von Grundstücken im Bezirke der Stadt Berlin.

Auf Grund der §§ 13, 18, 69, 70 und 82 des Kommunal-Abgabengesetzes vom 14. Juli 1893 und des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung vom 10. Dezember 1896 wird für die Stadt Berlin folgende Steuer-Ordnung erlassen:

§ 1. Jeder auf Grund einer freiwilligen Veräußerung erfolgende Eigentums-Erwerb eines im Stadtbezirke belegenen Grundstückes unterliegt einer Steuer von $\frac{1}{2}$ Prozent des Werthes des veräußerten Grundstückes.

Wird das Eigentum eines Grundstücks der vorbezeichneten Art im gerichtlichen Zwangsversteigerungsverfahren erworben, so ist eine Steuer von $\frac{1}{2}$ Prozent von dem Betrage des Meistgebotes, zu welchem der Zuschlag erteilt wird, unter Hinzurechnung des Werthes der von dem Erfinder übernommenen Leistungen zu entrichten.

Beim Erwerb von unbebauten Grundstücken erhöht sich die Steuer auf den doppelten Betrag (1 Prozent). Als unbebaut gelten Grundstücke auch dann, wenn nur Schuppen, Baracken und ähnliche der einstweiligen Benutzung oder anderen vorübergehenden Zwecken dienende Baulichkeiten darauf errichtet sind. Hofräume und Hausgärten unterliegen der Steuer von einem Prozent nur, insoweit sie nach Umfang und Lage als selbstständige Grundstücke in Betracht kommen.

§ 2. Für die Steuer sind der Veräußerer und der Erwerber verhaftet.

Steht Einem derselben nach den landesstempelgesetzlichen Vorschriften ein Anspruch auf Befreiung von der Abgabe zu (§ 7), so ist von dem andern Theile die Hälfte der Steuer zu entrichten.

Bei Grundstücks-Erwerbungen im Zwangsversteigerungsverfahren ist die Steuer von demjenigen zu entrichten, welchem der Zuschlag erteilt ist. Ist dieser eine von der Zahlung des Stempels befreite Person (§ 7), so kommt eine Steuer nicht zur Erhebung.

§ 3. Erfolgt der Eigentumserwerb auf Grund einer Schenkung unter Lebenden — insbesondere auch einer remuneratorischen oder mit einer Auflage belasteten Schenkung — so ist die Abgabe nach dem Betrage, um welchen der Beschenkte durch den Erwerb des Grund-

stücks reicher wird, zu entrichten. Für die Feststellung dieses Betrages haben die Vorschriften der §§ 14 bis 19 des Gesetzes, betreffend die Erbschaftsteuer vom 30. Mai 1873 (G. S. für 1894, S. 78) und der Artikel 1 Nummer 2 des Gesetzes, betreffend die Erbschaftsteuer vom 31. Juli 1895 (G. S. für 1895, S. 412) sinngemäße Anwendung zu finden.

§ 4. Die Steuer wird nicht erhoben, wenn ein Grundstück von einem Veräußerer auf einen Abstammung auf Grund eines letzten Testaments übertragen wird oder wenn Einer oder Mehrere von den Theilnehmern an einer Erbschaft das Eigentum eines zu dem gemeinsamen Nachlasse gehörigen Grundstücks erwerben.

Zu den Theilnehmern an einer Erbschaft wird auch der überlebende Ehegatte gerechnet, welcher mit den Erben des verstorbenen Ehegatten zügergemeinschaftliches Vermögen zu theilen hat.

§ 5. Bei Eigentumserwerbungen, die zum Zwecke der Theilung der von Mittheilnehmern gemeinschaftlich besessenen Grundstücke außer dem Falle der Erbgemeinschaft (vergl. § 4) erfolgen, kommt die Steuer nur insoweit zur Erhebung, als der Werth des dem bisherigen Mittheilnehmer zum alleinigen Eigentum übertragenen Grundstücks mehr beträgt, als der Werth des bisherigen ideellen Antheils dieses Mittheilnehmers an der ganzen zur Theilung gelangten gemeinschaftlichen Vermögensmasse.

§ 6. Erfolgt der Grundstückserwerb auf Grund von Tauschverträgen, so berechnet sich die Steuer nach dem Werthe der von Einem der Vertragsschließenden in Tausch gegebenen Grundstücke und zwar nach denjenigen, welche den höheren Werth haben, bei dem Tausche im Stadtbezirke belegener Grundstücke gegen außerhalb desselben belegene nach dem Werthe der ersteren.

§ 7. Wegen der sachlichen und persönlichen Steuerbefreiungen und Steuerermäßigungen, insoweit sie nicht bereits durch die vorangegangenen Bestimmungen geregelt worden sind, finden die Bestimmungen der Landesgesetze über den Urkundenstempel bezw. Schenkungsstempel entsprechende Anwendung.

§ 8. Die Werthermittelung ist in denjenigen Fällen, in welchen die Steuer von dem Werthe des Grundstücks zu berechnen ist, auf den gemeinen Werth des Gegenstandes zur Zeit des Eigentumswechsels zu richten.

In keinem Falle darf ein geringerer Werth versteuert werden, als der zwischen dem Veräußerer und dem Erwerber bedingene Preis mit Einschluß der vom Erwerber übernommenen Lasten und Leistungen und unter Zurechnung der vorbehaltenen Auslagen. Die auf dem Gegenstande lastenden gemeinen Lasten werden hierbei nicht mitgerechnet; Renten und andere zu gewissen Zeiten wiederkehrende Leistungen werden nach den Vorschriften des Gesetzes, betreffend die Erbschaftsteuer vom 30. Mai 1873 (G. S. für 1894, S. 78) und vom 31. Juli 1895 Artikel 1 Nummer 2 kapitalisirt.

§ 9. Die Veranlagung der Steuer geschieht durch den Magistrat.

§ 10. Die zur Entrichtung der Steuer Verpflichteten haben innerhalb zweier Wochen nach dem Erwerbe dem Magistrat hiervon, sowie von allen sonstigen für die Festsetzung der Steuer in Betracht kommenden Verhältnissen schriftliche Mittheilung zu machen, auch die die Steuerpflichtigkeit betreffenden Urkunden vorzulegen.

Auf Verlangen des Magistrats sind die Steuerpflichtigen verbunden, über bestimmte, für die Veranlagung der Steuer erhebliche Thatfachen innerhalb einer ihnen zu bestimmenden Frist schriftlich oder zu Protokoll Auskunft zu erteilen.

§ 11. Der Magistrat ist bei der Veranlagung der Steuer an die Angaben der Steuerpflichtigen nicht gebunden. Wird die erteilte Auskunft beanstandet, so sind dem Steuerpflichtigen vor der Veranlagung die Gründe der Beanstandung mit dem Anheimstellen mitzuteilen, hierüber binnen einer angemessenen Frist eine weitere Erklärung abzugeben (vergl. § 63 des Kommunal-Abgaben-Gesetzes).

Findet eine Einigung mit den Steuerpflichtigen nicht statt, so kann der Magistrat die zu entrichtende Steuer, nöthigenfalls nach dem Gutachten Sachverständiger, festsetzen.

§ 12. Nach bewirkter Prüfung erfolgt die Veranlagung der Steuer durch den Magistrat, worüber dem Steuerpflichtigen ein schriftlicher Bescheid zuzustellen ist.

Die Steuer ist innerhalb zweier Wochen an die Stadtkasse zu entrichten. Nach vergeblicher Aufforderung zur Zahlung erfolgt die Einziehung der Steuer im Verwaltungs-Zwangsverfahren.

§ 13. Der Einspruch gegen die Veranlagung ist binnen einer Frist von 4 Wochen nach Zustellung des Veranlagungs-Bescheides beim Magistrat schriftlich oder zu Protokoll anzubringen.

Ueber den Einspruch beschließt der Magistrat. Gegen dessen Beschluß steht dem Steuerpflichtigen binnen einer mit dem ersten Tage nach erfolgter Zustellung beginnenden Frist von zwei Wochen die Klage im Verwaltungs-Streitverfahren offen.

Einspruch und Klage haben auf die Verpflichtung zur vorläufigen Zahlung keinen Einfluß.

§ 14. Wer eine ihm nach § 10 dieser Ordnung obliegende Anzeige oder Auskunft nicht rechtzeitig oder nicht in der vorgeschriebenen Form erstattet, wird, insofern nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verurteilt ist, mit einer Geldstrafe bis dreißig Mark bestraft.

§ 15. Diese Ordnung tritt an dem Tage, welcher

auf die Veröffentlichung derselben im Gemeinde-Blatt folgt, in Kraft.

Die Ordnung vom 4. Mai 1895 wird hiermit aufgehoben.

Berlin, den 20. März 1897.

Magistrat hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt.
Zelle.

Vorstehende Steuer-Ordnung wird auf Grund der Bestimmungen im § 18 Absatz 2 des Kommunal-Abgaben-Gesetzes vom 14. Juli 1893, und Artikel 46 Nr. I. der Ausführungs-Anweisung vom 10. Mai 1894, hierdurch genehmigt.

Potsdam, den 23. März 1897.

L. S.

Der Ober-Präsident.

O. P. 4200.

In Vertretung

von Bethmann-Hollweg.

Die vorstehende Steuerordnung bringen wir mit dem Hinzufügen zur öffentlichen Kenntniß, daß die nach § 15 für den Zeitpunkt des Inkrafttretens entscheidende Veröffentlichung im hiesigen Gemeindeblatte mittelst einer Extra-Ausgabe am Mittwoch den 31. März 1897 erfolgen wird.

Berlin, den 29. März 1897.

Magistrat hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt.
Zelle.

Personal-Chronik.

Im Kreise Niederbarnim sind der Gutbesitzer Bredereß zu Pichtenow und der Lehrer a. D. Ritter zu Birkenwerder von Neuem zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 10 — Rehsfelde — bezw. Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 36 — Birkenwerder — ernannt worden.

Im Kreise Beeskow-Storkow sind nach Ablauf ihrer Amtsperioden wieder ernannt worden: 1) der Königl. Oberamtmann Otto zu Trebatsch zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 20 — Trebatsch, 2) der Königl. Oberamtmann Marsch zu Stremmen zum Stellvertreter desselben Bezirks, 3) der Fabrikbesitzer Schiller zu Reischendorf zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 5 — Rauen.

Der Forstassessor Hoffmann-Scholz in Rheinsberg ist zum Stellvertreter des Amtsanwalts bei dem Königl. Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Der Gemeindefchullehrer Schwemin ist als Gemeindefchulrektor in Berlin angestellt worden.

Die Lehrer Buchholz, Gennrich und Friederici sind als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Hierzu eine Extra-Beilage, enthaltend eine Anweisung, betreffend die Genehmigung und Untersuchung der Dampffessel, sowie Fünf Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung in Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gays'schen Erben

Extra-Beilage zum Amtsblatt.

Anweisung,

betreffend die

Genehmigung und Untersuchung der Dampfkessel.

In Ausführung der §§. 24 und 25 der Reichs-Gewerbeordnung, sowie auf Grund des §. 3 des Gesetzes vom 3. Mai 1872, den Betrieb der Dampfkessel betreffend, (G.-G. S. 515) bestimme ich im Einverständnisse mit den Ministern der öffentlichen Arbeiten und des Innern, was folgt:

I. Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Begrenzung des Geltungskreises der Anweisung.

I. Der gegenwärtigen Anweisung unterliegen Dampfkessel aller Art (feststehende, bewegliche Dampfkessel, Dampfschiffskessel), auch wenn sie nicht zum Maschinenbetriebe noch zu gewerbsmäßiger Verwendung bestimmt sind.

II. Die im §. 22 der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen über die Anlegung von Dampfkesseln (Verlautmachung des Reichskanzlers vom 5. August 1890 — R.-G.-Bl. S. 163) bezeichneten Dampfvorrichtungen gelten nicht als Dampfkessel im Sinne dieser Anweisung.

III. Die gegenwärtige Anweisung findet auf die Lokomotiven der Hauptbahnen, Nebenbahnen und Kleinbahnen keine Anwendung. Für die Lokomotiven der Privatanschlußbahnen (§. 43 des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. Juli 1892) hat nur ihr II. Abschnitt „Anlegung der Dampfkessel“ Gültigkeit. Die übrigen Lokomotiven, insbesondere die Lokomotiven der Bergwerksbahnen (§. 51 des Kleinbahngesetzes) und derjenigen nicht dem öffentlichen Verkehr dienenden Bahnen, welche keinen Anschluß an Eisenbahnen im Sinne des Gesetzes vom 3. November 1838 oder an Kleinbahnen haben, unterliegen der Anweisung in vollem Umfange.

IV. Insofern die Anweisung hiernach auf Lokomotivkessel Anwendung findet, werden diese den beweglichen Dampfkesseln gleich geachtet.

§. 2.

Prüfung der Kessel durch staatliche Beamte und im staatlichen Auftrage.

I. Die Ausführung der auf Grund der nachstehenden Vorschriften vorzunehmenden Prüfungen, Druckproben und Untersuchungen der feststehenden, beweglichen und Schiffsdampfkessel erfolgt:

1. soweit sie nicht besonders beauftragten Beamten übertragen ist,
 - bei Dampfkesseln auf den der Aufsicht der Bergbehörden unterstellten Betrieben durch die königlichen Berggrenierbeamten,
 - bei Dampfkesseln auf Hüttenwerken des Staates durch die Leiter dieser Werke oder deren Vertreter;

Anmerkung. Die Abweichungen gegen die Anweisung vom 16. März 1892 sind durch gesperrten Druck hervorgehoben.

Von den Anlagen der Anweisung ist die Gebührenordnung vollständig umgearbeitet; außerdem sind die Vorbrücke H und K. P. 8 geändert und an Stelle des alten Vorbrucks K. P. 4 zwei neue Vorbrücke K. P. 4 und K. P. 5 getreten. Der Vorbruck J zur Benutzung bei Genehmigungsgesuchen ist neu eingefügt.

2. bei den Kesseln der Staatseisenbahnen durch die zuständigen technischen Beamten der Staatseisenbahnerverwaltung, bei den Privateisenbahnen durch die von den zuständigen königlichen Eisenbahndirektionspräsidenten damit beauftragten Sachverständigen;
3. bei den Dampfkesseln der Kaiserlichen Marine, der Postverwaltung, der Garnisonbauverwaltung und der allgemeinen Bauverwaltung, soweit bei diesen Verwaltungen besondere, für das Maschinenbaufach vorgebildete höhere Beamte angestellt sind, durch diese Beamten;
4. bei den nicht fiskalischen Schiffsdampfkesseln, den feststehenden und beweglichen Kesseln in landwirthschaftlichen Betrieben und den nicht unter die Gewerbeordnung fallenden landwirthschaftlichen Nebenbetrieben, soweit die Besitzer solcher Kessel nicht Mitglieder eines Dampfkessel-Ueberwachungsvereins sind, durch staatlicherseits hierzu zugelassene Ingenieure der preussischen oder in Preußen anerkannten Dampfkessel-Ueberwachungsvereine im staatlichen Auftrage;
5. im Uebrigen durch die königlichen Gewerbeinspektoren und deren Assistenten, in Hohenzollern, solange daselbst ein Gewerbeinspektor nicht angestellt ist, durch einen dazu berufenen besonderen Sachverständigen.

II. Die vom Staate Beauftragten (Ziffer 4 vorstehend) haben die nach Maßgabe der nachstehenden Vorschriften vorzunehmenden Prüfungen zu den durch die Gebührenordnung festgelegten Sätzen auszuführen. Für den Uebergang der von ihnen im staatlichen Auftrage beaufsichtigten Dampfkessel zu einem Ueberwachungsverein gelten die Bestimmungen des §. 43.

§. 3.

Dampfkessel-Ueberwachungsvereine.

- I. Vereinen von Dampfkesselbesitzern, welche eine regelmäßige und sorgfältige Ueberwachung der Kessel vornehmen lassen, kann durch den Minister für Handel und Gewerbe die Vergünstigung ertheilt werden, daß die Kessel der Mitglieder von den amtlichen Prüfungen ac. (§. 2) befreit sind.
- II. Die vorgeschriebenen Prüfungen, Druckproben und Untersuchungen werden alsdann von den Ingenieuren der Kessel-Ueberwachungsvereine nach Maßgabe der ihnen von dem Minister für Handel und Gewerbe verliehenen Berechtigungen ausgeführt.
- III. Die Ertheilung der im Absatz I gedachten Vergünstigung an die Vereine und die Verleihung der im Absatz II erwähnten Berechtigungen an die Vereinsingenieure ist jeder Zeit widerruflich.
- IV. Die Ertheilung der Vergünstigung an die Vereine und die Entziehung derselben durch Widerruf ist in den Amtsblättern der beteiligten Regierungen öffentlich bekannt zu machen.

§. 4.

- I. Die im § 3 bezeichneten Vereine haben den königlichen Regierungspräsidenten — in Berlin dem königlichen Polizeipräsidenten — und den königlichen Oberbergämtern, für deren Bezirke sie zugelassen sind, innerhalb acht Wochen nach Ablauf jedes Etatsjahres einzureichen:
 1. ein Verzeichniß der dem Verein angehörenden Kesselbesitzer und der von Letzteren im Bezirke betriebenen Kessel, nebst einer Uebersicht der an diesen Kesseln im Laufe des Etatsjahres ausgeführten ersten Wasserdruckproben, Abnahmen, regelmäßigen und außerordentlichen Untersuchungen und ihrer Ergebnisse nach Maßgabe des Vorbruchs H,
 2. ein Verzeichniß der von den Vereinen im staatlichen Auftrage (§. 2 Absatz I Ziffer 4) zu untersuchenden Kesselanlagen, nebst einer der vorstehenden Ziffer 1 entsprechenden Uebersicht.
- II. Die Vereine haben ferner von jedem Ausscheiden eines Mitgliedes dem zuständigen staatlichen Beamten unverzüglich Nachricht zu geben, sowie nach Ablauf des Kalenderjahres der zuständigen Aufsichtsbehörde ein Verzeichniß derjenigen Kessel zu übersenden, welche in Folge rechtzeitiger Kündigung (§. 43) aus der Ueberwachung im staatlichen Auftrage (§. 2 Absatz I Ziffer 4) in die Vereinsaufsicht übergehen werden.

III. Endlich haben die Vereine bis zum 1. Juni jedes Jahres dem Minister für Handel und Gewerbe einen Bericht über ihre Thätigkeit während des abgelaufenen Etatsjahres zu erstatten.

§. 5.

Befreiung einzelner Kesselbesitzer von den amtlichen Prüfungen.

I. Eine gleiche Vergünstigung, wie nach §. 3 Absatz 1 den Dampfkessel-Ueberwachungsvereinen, kann ausnahmsweise auch einzelnen Dampfkesselbesitzern, sowie den Privateisenbahnen, welche für eine sachgemäße Ausführung der Prüfungen und Druckproben und für eine regelmäßige Ueberwachung ihrer Dampfkessel entsprechende Einrichtungen getroffen haben, zu Theil werden.

II. Diese haben alsdann den im §. 4 Absatz 1 bezeichneten Behörden innerhalb acht Wochen nach Ablauf des Etatsjahrs die Zahl der von ihnen im Laufe des Etatsjahres betriebenen Dampfkessel und die unter Ziffer 1 daselbst vorgeschriebene Uebersicht einzureichen.

§. 6.

Freizügigkeit der Kessel.

Bewegliche Kessel und Schiffskessel, welche in einem anderen Bundesstaate auf Grund des §. 24 der Gewerbeordnung und der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen genehmigt worden sind, können in Preußen ohne nochmalige vorgängige Genehmigung in Betrieb gesetzt werden, sofern seit ihrer letzten Untersuchung nicht mehr als ein Jahr verflossen ist. Ferner werden die von einem hierzu ermächtigten Beamten oder Sachverständigen eines anderen Bundesstaates ausgestellten Bescheinigungen über die Bauart und die Abnahmeprüfung von Dampfkesseln, über die auf Grund des §. 11 und des §. 12 Absatz 1 der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen vom 5. August 1890 ausgeführten Druckproben, endlich über die Vornahme regelmäßiger Untersuchungen in Preußen anerkannt.

II. Anlegung der Dampfkessel.

§. 7.

Fälle der Genehmigung.

Zur Anlegung von Dampfkesseln bedarf es einer gewerbepolizeilichen Genehmigung, welche bei feststehenden Dampfkesseln für eine bestimmte Betriebsstätte, bei Dampfschiffskesseln für ein bestimmtes Schiff, bei beweglichen Dampfkesseln ohne Beziehung zu einer Betriebsstätte erteilt wird. Ein neuer an die Stelle eines alten tretender Dampfkessel bedarf stets der gewerbepolizeilichen Genehmigung, auch wenn er von derselben Bauart wie der alte Kessel ist.

§. 8.

I. Einer erneuten Genehmigung bedürfen:

1. Dampfkessel, welche wesentliche Aenderungen in ihrer Bauart erfahren,
2. Dampfkessel, welche wieder in Betrieb genommen werden sollen, nachdem die früher erteilte Genehmigung wegen unterlassenen Betriebes nach §. 49 der Gewerbeordnung erloschen ist,
3. feststehende Dampfkessel, deren Betriebsstätten nach Lage oder Beschaffenheit wesentlichen Aenderungen unterworfen werden sollen,
4. Dampfschiffskessel, welche außerhalb des Schiffes, auf das die Genehmigung lautet — sei es in Verbindung mit einem anderen Schiffe, sei es auf dem Festlande — in Betrieb genommen werden sollen,
5. bewegliche Dampfkessel, welche an einem Betriebsorte zu dauernder Benutzung aufgestellt werden sollen.

II. Endlich bedarf es einer erneuten Genehmigung des Kessels, wenn eine Erhöhung der in der Genehmigungsurkunde festgesetzten höchsten zulässigen Dampfspannung oder eine Aenderung der in der Genehmigungsurkunde aufgeführten Bedingungen stattfinden soll.

§. 9.

Zuständigkeit.

I. Ueber die nach §§. 7 und 8 vorgeschriebenen Genehmigungen beschließt hinsichtlich der Dampfkessel in den der Aufsicht der Bergbehörden unterstellten Betrieben das Oberbergamt, im Uebrigen der

Kreisausschuß (in den Hohenzollernschen Landen der Amtsausschuß), in Stadtkreisen der Stadtausschuß, in den einem Landkreise angehörigen Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern und in denjenigen Städten der Provinz Hannover, für welche die revidirte Städteordnung vom 24. Juni 1858 gilt — mit Ausnahme der im §. 27 Absatz 2 der Kreisordnung für diese Provinz vom 6. Mai 1884 bezeichneten Städte — der Magistrat (kollegialische Gemeindevorstand).

II. Die örtliche Zuständigkeit bestimmt sich:

1. bei den feststehenden Dampfkesseln nach dem Orte der Errichtung,
2. bei beweglichen Dampfkesseln nach dem Wohnsitz des Antragstellers;
3. bei Dampfschiffskesseln nach dem Heimathshafen des Schiffes, in Ermangelung eines solchen nach dem Wohnsitz des Schiffseigners.

§. 10.

Form und Unterlagen des Antrags.

I. Anträge auf Ertheilung der in den §§. 7 und 8 gedachten Genehmigungen sind als schleunige Angelegenheiten zu behandeln.

II. Der Antrag ist,

- wenn die Genehmigung zur Anlegung eines Lokomotivkessels für eine Privatanschlußbahn nachgesucht wird, bei der zuständigen Eisenbahnbehörde,
wenn der Antragsteller einem der im §. 2 Absatz I Ziffer 4 genannten Betriebe oder einem Kessel-Ueberwachungsverein (§. 3) angehört, bei dem zuständigen Vereinsingenieur,

im Uebrigen bei dem nach §. 2 sonst zuständigen Kesselprüfer anzubringen.

III. Aus dem Gesuche muß der vollständige Name, der Stand und der Wohnort des Unternehmers ersichtlich sein. Denselben sind in je zwei Ausfertigungen beizufügen:

1. eine Beschreibung, welche nach dem dieser Anweisung anliegenden Muster J für feststehende, bewegliche Kessel und Dampfschiffskessel anzufertigen ist,
2. eine maßstäbliche Zeichnung, aus welcher die Größe der vom Feuer berührten Fläche zu berechnen ist und die Höhe des niedrigsten zulässigen Wasserstandes über den Feuerzügen und die etwa vorhandenen Verankerungen und Versteifungen zu ersehen sind; bei Dampfschiffskesseln hat sich die maßstäbliche Zeichnung auch auf den Schiffstheil, an welchem der Kessel eingebaut oder aufgestellt ist, zu erstrecken.

IV. Wenn die Anlegung eines feststehenden Kessels beabsichtigt wird, so sind ferner in je zwei Ausfertigungen einzureichen:

3. ein Lageplan, welcher die an den Ort der Aufstellung des Kessels stoßenden Grundstücke zu umfassen hat,
4. ein Dauriß, aus dem der Standort des Kessels, der Standort und die Höhe des Schornsteins, sowie die Lage der Feuer- und Rauchrohren gegen die benachbarten Grundstücke deutlich zu erkennen sind,
5. die statischen Berechnungen für neu zu errichtende Schornsteine sowie für größere Dachkonstruktionen.

V. Für die erforderlichen Zeichnungen ist ein auf ihnen einzutragender Maßstab zu wählen, welcher eine deutliche Anschauung gewährt. Zeichnungen, welche nicht auf Pausleinwand hergestellt sind, sind auf Leinwand aufzuziehen. Zeichnungen, welche durch Blaudruck vervielfältigt sind, dürfen nicht verwendet werden.

VI. Beschreibungen und Zeichnungen sind von dem Verfasser und dem Unternehmer unter Angabe des Datums zu unterschreiben.

§. 11.

Verfahren.

I. Die Stelle, bei der der Antrag nach §. 10 Absatz II anzubringen ist, hat die Vorlagen technisch zu prüfen (Vorprüfung), die erfolgte Prüfung auf ihnen zu bescheinigen und sie alsdann der zuständigen Beschlußbehörde (§. 9) vorzulegen. Wegen etwa nothwendiger Ergänzungen der Vorlagen tritt die zur Vorprüfung des Antrags zuständige Stelle mit dem Antragsteller unmittelbar in Verbindung.

II. In denjenigen Städten, in denen die Baupolizei einer königlichen Behörde zusteht, ist bei stehenden Dampfkesseln das für vollständig befundene, von dem Kesselprüfer beglaubigte Genehmigungsgeuch vor der Beschlußfassung dieser Behörde zur Prüfung zu übersenden. Diese Bestimmung findet auf die für Bergwerke, Aufbereitungsanstalten und Salinen bestimmten Kessel keine Anwendung.

§. 12.

Beschlußfassung.

I. Die Beschlußfassung über das Genehmigungsgeuch erfolgt durch das Kollegium der Beschlußbehörde. Die Zulässigkeit der Anlage ist nach den bestehenden bau-, feuer- und gesundheitspolizeilichen Vorschriften, sowie nach den allgemeinen polizeilichen Bestimmungen des Bundesrathes über die Anlegung von Dampfkesseln (Verordnung des Reichskanzlers vom 5. August 1890, R.-G.-Bl. S. 163 ff.) zu prüfen.

II. Wird die Genehmigung nach dem Antrage des Unternehmers ohne Bedingungen oder unter Bedingungen, mit denen er sich ausdrücklich einverstanden erklärt hat, erteilt, so bedarf es eines besonderen Bescheides nicht, sondern die Behörde fertigt alsbald die Genehmigungsurkunde (§. 16) aus. Wird die Genehmigung versagt oder unter Bedingungen erteilt, mit denen sich der Unternehmer nicht ausdrücklich einverstanden erklärt hat, so erläßt die Beschlußbehörde einen schriftlichen, mit Gründen versehenen Bescheid an denselben.

III. Der Unternehmer kann innerhalb zweier Wochen nach Zustellung des Bescheides entweder Beschwerde an den Minister für Handel und Gewerbe einlegen oder auf mündliche Verhandlung der Sache durch die Beschlußbehörde antragen. Der in letzterem Falle ergehende Bescheid kann innerhalb zweier Wochen nach der Zustellung durch Beschwerde an den Minister für Handel und Gewerbe angefochten werden.

§. 13.

Vorbescheid.

I. In Fällen, welche keinen Aufschub zulassen oder klar liegen, ist der Vorsitzende des Kreis- (Amts-, Stadt-) Ausschusses befugt, Namens dieser Behörde über das Genehmigungsgeuch zu entscheiden. Der §. 12 Absatz II findet dabei entsprechende Anwendung.

II. Wird schriftlicher Bescheid erteilt, so ist dem Unternehmer, darin zu eröffnen, daß ihm gegen den Bescheid innerhalb zweier Wochen von der Zustellung an der Antrag auf Beschlußfassung durch das Kollegium (§. 12) zustehe.

III. Für die Berechnung der in diesem und dem vorigen Paragraphen vorgeschriebenen Fristen sind die Vorschriften der Civilprozeßordnung maßgebend.

§. 14.

Beschwerdeverfahren.

I. Auf die Einlegung der Beschwerde (§. 12 Absatz III) und das weitere Verfahren findet der §. 122 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 Anwendung. In besonderen Fällen kann zur Begründung der Beschwerde eine Nachfrist bewilligt werden.

II. Der auf die Beschwerde ergehende Bescheid wird der Beschlußbehörde erster Instanz zugestellt, welche ihn in Ausfertigung dem Unternehmer mittheilt.

§. 15.

I. Bei Ertheilung der Genehmigung zur Anlegung eines Dampfkessels kann von der genehmigenden Behörde eine Frist gesetzt werden, binnen welcher die Anlage bei Vermeidung des Erlöschens der Genehmigung in Betrieb gesetzt werden muß. Ist eine solche Frist nicht bestimmt, so erlischt die erteilte Genehmigung, wenn der Unternehmer nach Empfang der Genehmigungsurkunde (§. 16) ein Jahr verstreichen läßt, ohne den Kessel in Betrieb zu nehmen.

II. Eine Verlängerung der Frist kann von der Behörde bewilligt werden, wenn erhebliche Gründe nicht entgegenstehen.

§. 16.

Genehmigungsurkunde.

I. Für die Ausstellung der Genehmigungsurkunde ist der anliegende Vorbruck A zu benutzen. Für jeden genehmigten Kessel ist eine besondere Urkunde anzufertigen. Werden mehrere

Kessel gleicher Bauart und Größe für eine und dieselbe Betriebsstätte genehmigt, so bedarf es zur Ausfertigung der Urkunden nicht der Beifügung der im §. 10 und im Vordruck A verlangten Anlagen zu jeder einzelnen Urkunde; es genügt vielmehr ein Hinweis auf diejenige Urkunde, die die Anlagen enthält.

II. In denjenigen Fällen, in denen nach §§. 12 und 13 dem Unternehmer schriftlicher Bescheid zu erteilen ist, erfolgt die Ausfertigung der Genehmigungsurkunde durch die Beschlußbehörde erster Instanz nach Abschluß des Verfahrens.

III. In der Urkunde sind alle Bedingungen, unter welchen die Kesselanlage genehmigt worden ist, aufzuführen. Die zugehörigen Beschreibungen, Zeichnungen und Pläne sind mit ihr durch Schnur und Siegel zu verbinden.

IV. Eine Ausfertigung der Genehmigungsurkunde ist dem Unternehmer, eine zweite der zuständigen Ortspolizeibehörde zu übersenden, an deren Stelle bei den den Bergbehörden unterstellten Dampfkeßeln der Bergrevierbeamte tritt. Eine Abschrift der Urkunde (ohne deren Anlagen) ist dem zuständigen Kesselprüfer zuzustellen, welcher daraufhin mit dem Antragsteller wegen der Abnahme (§. 25) das Erforderliche zu vereinbaren hat.

§. 17.

Genehmigung mehrerer Lokomobilen durch eine Urkunde.

I. Die Genehmigung kann für mehrere bewegliche Kessel von übereinstimmender Bauart, Ausrüstung und Größe, welche in einer Fabrik im Laufe eines Kalenderjahres hergestellt werden, gemeinsam im Voraus beantragt und durch eine Urkunde erteilt werden.

II. Für jeden auf Grund dieser Genehmigungsurkunde hergestellten beweglichen Kessel ist eine mit der Fabriknummer zu versehen, durch den zuständigen Kesselprüfer zu beglaubigende Abschrift der Genehmigungsurkunde mit ihrem Zubehör anzufertigen. Dieselbe gilt als Genehmigungsurkunde für den Kessel, dessen Fabriknummer sie trägt.

§. 18.

Genehmigung alter Kessel.

I. Den Gesuchen um erneute Genehmigung bereits anderweit im Betriebe gewesener alter Kessel (§. 8) ist ein vollständiger Nachweis über den Erbauer des Kessels, über die früheren Betriebsstätten, über die Zeit, während welcher der Kessel überhaupt schon betrieben worden ist, und über die Gründe beizufügen, welche dazu geführt haben, den Kessel außer Betrieb zu setzen.

II. Vor der Entscheidung über den Genehmigungsantrag ist eine innere Untersuchung des Kessels mit genauer Ermittlung der Beschaffenheit des verwendeten Baustoffes und der in den einzelnen Kesseltheilen vorhandenen Blechstärken (durch Anbohren u. dergl.) vorzunehmen. Auf Grund dieser Ermittlungen wird, falls darnach die Genehmigung überhaupt erteilt werden kann, die höchste zulässige Dampfspannung festgesetzt. Bei denjenigen alten Kesseln, die nicht befahrbar sind, kann nach dem Ermessen des Kesselprüfers zur Ermittlung ihrer Beschaffenheit mit der sonstigen Untersuchung eine Wasserdruckprobe verbunden werden, die alsdann als erste Wasserdruckprobe (§. 22) anzusehen ist.

III. Bei denjenigen alt angelauten Dampfkeßeln, deren frühere Dampfspannung und Herkunft nicht nachgewiesen werden kann, darf die Wiedergenehmigung nur ausnahmsweise auf Grund einer nach obiger Anleitung besonders sorgfältig ausgeführten Untersuchung der gesamten Beschaffenheit des Kessels und überdies nur dann erfolgen, wenn der Antragsteller selbst die Aufstellung und Benutzung des Kessels beabsichtigt.

IV. Vorstehende Bestimmungen finden auch auf solche Kessel Anwendung, welche aus Theilen alter Kessel unter Hinzufügung neuen Baustoffs hergestellt sind.

§. 19.

Erlöschen der Genehmigung.

Ist ein Dampfkeßel während eines Zeitraumes von drei Jahren außer Betrieb gesetzt, ohne daß Fristung nachgesucht und bewilligt worden ist, so erlischt die für ihn erteilte Genehmigung. Das Verfahren für die Fristung ist dasselbe wie für die Genehmigung zur Anlegung von Dampfkeßeln.

III. Inbetriebsetzung der Dampfkessel.

§. 20.

Dampfkessel sind, bevor sie in Betrieb gesetzt werden dürfen, durch die zuständigen Kesselprüfer (§§. 2, 3 und 5) einer Prüfung der Bauart (Konstruktionsprüfung), einer Wasserdruckprobe und einer Abnahmeprüfung zu unterwerfen.

§. 21.

Prüfung der Bauart.

Die Prüfung der Bauart hat die Untersuchung des Kessels in Beziehung auf Zusammensetzung, Baustoff und Ausführung zum Gegenstande.

§. 22.

Wasserdruckprobe.

I. Die Wasserdruckprobe bezweckt die Feststellung etwaiger bleibender Formveränderungen und der Dichtigkeit des Kessels. Sie erfolgt bei Dampfkesseln, welche für eine Dampfspannung von nicht mehr als fünf Atmosphären Ueberdruck bestimmt sind, mit dem zweifachen Betrage des beabsichtigten Ueberdruckes, bei allen übrigen Dampfkesseln mit einem Drucke, welcher den beabsichtigten Ueberdruck um fünf Atmosphären übersteigt.

II. Unter Atmosphären Druck wird ein Druck von einem Kilogramm auf das Quadracentimeter verstanden.

III. Für die Ausführung der Druckprobe muß der Kessel vollkommen mit Wasser gefüllt sein; in seinem höchsten Punkte muß eine Oeffnung angebracht sein, durch welche beim Füllen die atmosphärische Luft entweichen kann. Die Kesselwandungen müssen dem Probe Druck widerstehen, ohne eine bleibende Veränderung ihrer Form zu zeigen und ohne das Wasser bei dem höchsten Drucke in anderer Form als der von Rebel oder seinen Perlen durch die Fugen bringen zu lassen.

§. 23.

I. Die Wasserdruckprobe, welche womöglich mit der Prüfung der Bauart zu verbinden ist, erfolgt nach der letzten Zusammenfügung, jedoch vor der Einmauerung oder Ummantelung des Kessels. Sie kann vor der Genehmigung der Kesselanlage (in der Kesselfabrik) ausgeführt werden.

II. Dampfkessel, welche der Druckprobe am Verfertigungsorte unterworfen und demnächst im Ganzen nach ihrem Aufstellungsorte geschafft worden sind, unterliegen einer weiteren Druckprobe vor ihrer Einmauerung oder Ummantelung nur dann, wenn sie durch die Versendung oder aus anderer Veranlassung Beschädigungen erlitten haben, welche die Wiederholung der Druckprobe geboten erscheinen lassen. Dabei macht es keinen Unterschied, ob der Verfertigungsort in Preußen oder in einem anderen Bundesstaate gelegen ist (vgl. §. 6). Dampfkessel aus dem Auslande müssen den im Abschnitt III dieser Anweisung vorgeschriebenen Prüfungen stets unterworfen werden, insbesondere ist bei den aus dem Ausland eingeführten Lokomobilen die Ummantelung stets zu entfernen.

§. 24.

Mietestempelung.

Nach Ausführung der Druckprobe hat der Kesselprüfer — vorausgesetzt, daß sie zur Beanstandung des Kessels keinen Anlaß gegeben hat — die Kupfermiete, mit welcher das Fabrikshild (§. 10 der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen vom 5. August 1890) an dem Kessel befestigt ist, mit seinem Stempel zu versehen. Dieser ist in dem Prüfungszeugnisse abzu drucken.

§. 25.

Abnahmeprüfung.

I. Die Abnahmeprüfung hat festzustellen, ob die Ausführung der Kesselanlage den Bestimmungen der erteilten Genehmigung entspricht. Sie ist bei Kesseln, die eingemauert werden, nach der Einmauerung vorzunehmen.

II. Bei Dampfschiffskesseln erfolgt die Abnahmeprüfung in dem Heimathshafen des Schiffes oder in dem ersten deutschen Anlaufshafen oder an dem Orte, an welchem der Kessel in das Schiff eingebaut oder mit demselben verbunden worden ist. Bei Schiffskesseln, welche in einem der Bundes-

staaten genehmigt worden sind und in Preußen zur Abnahmeprüfung gestellt werden, hat die Untersuchung sich auch darauf zu erstrecken, ob denselben Genehmigungsbedingungen, welche nach Maßgabe der in jenem Bundesstaate über die Anlegung von Dampfschiffskesseln geltenden besonderen polizeilichen Bestimmungen vorgeschrieben wurden, entsprochen worden ist.

§. 26.

Wirkungen der Abnahmeprüfung.

I. Auf Grund der durch den Kesselprüfer ordnungsmäßig bescheinigten (§. 27) Abnahmeprüfung darf der Kessel ohne Weiteres in Betrieb gesetzt werden.

II. Bewegliche Kessel, deren Inbetriebnahme in einem Bundesstaate genehmigt worden ist, können — vorbehaltlich der Bestimmungen über die regelmäßigen Untersuchungen (Abschnitt V) — in jedem andern Bundesstaate ohne nochmalige vorgängige Genehmigung in Betrieb gesetzt werden. Dasselbe gilt für Dampfschiffskessel, wenn sie sich auf Schiffen befinden, welche Gewässer verschiedener Bundesstaaten befahren. Jedoch ist von der Inbetriebnahme solcher (beweglicher und Dampfschiffs-) Kessel dem zuständigen Kesselprüfer unverzüglich Anzeige zu erstatten (vgl. §. 44).

III. Bevor ein beweglicher Kessel in dem Bezirke einer Ortspolizeibehörde in Betrieb genommen wird, ist der Besitzer von dem Betriebsunternehmer oder dessen Stellvertreter unter Angabe der Stelle, an welcher der Betrieb stattfinden soll, Anzeige zu erstatten. Ist der Kessel für die der Aufsicht der Bergbehörden unterstellten Betriebe bestimmt, so ist die Anzeige den in §. 2 Absatz 1 Ziffer 1 bezeichneten Beamten zu erstatten.

§. 27.

Bescheinigungen. Revisionsbuch.

I. Die Kesselprüfer haben über die von ihnen ausgeführten Prüfungen der Bauart, Druckproben und Abnahmeprüfungen schriftliche Bescheinigungen auszustellen und binnen drei Tagen dem Kesselbesitzer auszuhändigen. Sie haben sich zu diesem Behufe der anliegenden Vordrucke B, C, F und G zu bedienen, der Vordrucke B und F jedoch nur in dem Falle, daß die Wasserdruckprobe nicht in Verbindung mit der Prüfung der Bauart bewirkt worden ist. Die Bescheinigungen sind mit der Genehmigungsurkunde (§. 16) und sämtliche Papiere mit dem Revisionsbuche zu verbinden.

II. Abschrift der Bescheinigung über die Abnahmeprüfung ist der Ortspolizeibehörde oder der an ihre Stelle tretenden Bergbehörde mitzutheilen.

III. Derjenige Kesselprüfer, welcher die Abnahmebescheinigung ausstellt, hat gleichzeitig das Titelblatt für das zu dem Kessel gehörige Revisionsbuch, unter Benutzung des anliegenden Vordruckes D, auszufertigen. Als Einlagebogen des Revisionsbuches ist der anliegende Vordruck E zu verwenden. Dem neuen Revisionsbuche ist das bisherige Kesselbuch vorzulegen, oder es sind Abschriften der letzten in dem alten Kesselbuche enthaltenen Bescheinigungen über äußere, innere Untersuchungen und Druckproben in das neue Revisionsbuch zu übertragen und die Abschriften durch den Kesselprüfer zu beglaubigen. Die Beschaffung der Revisionsbücher (Vordruck D und E) ist Sache der Kesselbesitzer und hat auf deren Kosten zu erfolgen.

IV. Revisionsbücher für bewegliche Dampfkessel und Dampfschiffskessel, welche in einem anderen Bundesstaate ausgefertigt sind, werden in Preußen zur Weiterbenutzung zugelassen, auch wenn die Einlagebogen dem Vordrucke E nicht entsprechen.

V. Die Genehmigungsurkunde nebst Anlagen und das Revisionsbuch sind an der Betriebsstätte des Kessels aufzubewahren und jedem zur Aufsicht zuständigen Beamten oder Sachverständigen auf Verlangen vorzulegen.

VI. Für Kessel, welche der Wasserdruckprobe (§. 22) in einem anderen Bundesstaate unterworfen worden sind, ist der Nachweis einer Prüfung der Bauart (§. 21) nicht zu fordern.

IV. Prüfung nach einer Hauptausbesserung.

§. 28.

I. Dampfkessel, welche eine Ausbesserung in der Kesselfabrik erfahren haben oder zur Ausbesserung an der Betriebsstätte ganz bloß gelegt worden sind, müssen vor der Wiederinbetriebsetzung einer Prüfung mittels Wasserdruckes unterworfen werden.

II. Einer gleichen Prüfung bedarf es, wenn bei Kesseln mit innerem Feuerrohr ein solches Rohr und bei den nach Art der Lokomotivkessel gebauten Kesseln die Feuerbüchse behufs Ausbesserung oder Erneuerung herausgenommen, oder wenn bei cylindrischen und Siedekesseln eine oder mehrere Stellen neu eingezogen werden. Art und Umfang der Ausbesserung ist im Absatz „Bemerkungen“ des Gebührennachweises kurz anzugeben.

III. Die Ausführung der Druckproben erfolgt nach den Vorschriften der §§. 22 und 23 mit der Maßgabe, daß in den Fällen des Absatzes II dieses Paragraphen die völlige Beschlegung des Kessels nicht erforderlich ist.

IV. Ueber die Druckprobe ist unter Benützung des Vordruckes B eine Bescheinigung auszustellen, die mit der Genehmigungsurkunde des Kessels zu verbinden ist. In der Bescheinigung ist anzugeben, worin die ausgeführte Ausbesserung bestanden hat und von dem sie bewirkt worden ist.

V. Eine erneute Stempelung der das Fabrikat mit dem Kessel verbindenden Riete findet bei Druckproben nach Hauptausbesserungen nicht statt; es genügt vielmehr, in der Bescheinigung auf die frühere Stempelung hinzuweisen.

VI. Bei feststehenden Kesseln, deren Fabrikat nach dem Erlaß der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen vom 5. August 1890 bestehenden Bestimmungen bisher nicht mit Kupferrieten mit dem Kessel verbunden sind, kann diese Verbindung und die Stempelung der Riete nur bei erneuter Genehmigung (§. 8) gefordert werden. Diese Vorschrift erstreckt sich nicht auf bewegliche Kessel und Dampfschiffkessel (vergl. §. 20 der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen vom 5. August 1890).

VII. Durch Druckproben nach Hauptausbesserungen werden die regelmäßigen Untersuchungsfristen der Kessel (§§. 29 ff.) nicht unterbrochen; jedoch kann eine solche Druckprobe an Stelle einer in demselben Staatsjahre fälligen regelmäßigen Wasserdruckprobe treten. Eine besondere Gebührenberechnung (Abschn. III. der Gebührenordnung) erfolgt in letzterem Falle nicht.

V. Regelmäßige technische Untersuchungen.

§. 29.

I. Jeder zum Betriebe aufgestellte Dampfkessel, er mag unausgesetzt oder nur in bestimmten Zeitabschnitten oder unter gewissen Voraussetzungen (z. B. als Reservekessel) betrieben werden, ist von Zeit zu Zeit einer technischen Untersuchung zu unterziehen.

II. Dieser Vorschrift unterliegen Dampfkessel dann nicht mehr, wenn ihre Genehmigung durch dreijährigen Nichtgebrauch (§. 19) oder durch ausdrücklichen der Polizeibehörde und dem zuständigen Kesselprüfer erklärten Verzicht erloschen ist. Endlich ruhen die Untersuchungen in dem durch §. 32 Absatz VIII vorgesehenen Falle.

III. Eine Verbindung von den wiederkehrenden Untersuchungen kann nur durch Befehlung des Kaisers für Handel und Gewerbe erfolgen.

§. 30.

Die technische Untersuchung bezweckt die Prüfung:

1. der fortwährenden Uebereinstimmung der Kesselanlage mit den bestehenden gesetzlichen und polizeilichen Vorschriften und mit dem Inhalt der Genehmigungsurkunde,
2. ihres betriebsfähigen Zustandes,
3. ihrer sachgemäßen Wartung, insbesondere der bestimmungsmäßigen Benützung der vorgeschriebenen Sicherheitsvorrichtungen.

§. 31.

I. Die Untersuchung erfolgt, soweit nicht die im §. 2, Absatz 1 Ziffer 4, §§. 3 und 5 benannten Sachverständigen zuständig sind, durch den kantonalen Prüfungsbeamten, in dessen Amtsbezirk sich die Kesselanlage befindet.

II. Bewegliche Kessel gehören zu demjenigen Bezirke, in welchem ihr Besitzer oder dessen Vertreter wohnt, Dampfschiffkessel zu demjenigen, in welchem die Schiffe überwintern oder, falls dies außerhalb Landes geschieht, zu demjenigen, in welchem ihr Hauptanlegeplatz sich befindet.

III. Auf Ersuchen des hiernach zuständigen Prüfungsbeamten oder auf Antrag des Kesselbesizers können die technischen Untersuchungen von beweglichen und Dampfschiffskesseln von denjenigen Prüfungsbeamten ausgeführt werden, in dessen Amtsbezirk sich der Kessel zur Zeit der Fälligkeit der Untersuchung befindet. Der die Untersuchung ausführende Beamte hat in diesem Falle Abschrift des Prüfungszeugnisses dem nach Absatz II zuständigen Prüfungsbeamten mitzutheilen.

IV. Bewegliche Dampfkessel, welche auf Bergwerken, Aufbereitungsanstalten oder Salinen und anderen zugehörigen Anlagen verwendet werden, unterliegen während der Dauer dieser Verwendung der wiederkehrenden Untersuchung durch den nach §. 2 Absatz I Ziffer 1 zuständigen Beamten.

§. 32.

I. Die amtliche Untersuchung der Dampfkessel ist eine äußere oder eine innere oder eine Prüfung durch Wasserdruck. Für die nachgenannten Untersuchungsfristen sind die Etatsjahre, d. h. der Zeitraum zwischen dem ersten April des einen und des folgenden Jahres maßgebend.

II. Die regelmäßige äußere Untersuchung findet bei feststehenden Dampfkesseln alle zwei Jahre, bei beweglichen und Schiffsdampfkesseln alle Jahre statt.

III. Die regelmäßige innere Untersuchung ist bei feststehenden Kesseln alle vier Jahre, bei beweglichen alle drei Jahre und bei Schiffsdampfkesseln alle zwei Jahre vorzunehmen.

IV. Die regelmäßige Wasserdruckprobe findet bei feststehenden Kesseln mindestens alle acht Jahre, bei beweglichen und Schiffsdampfkesseln mindestens alle sechs Jahre statt und ist mit der in demselben Jahre fälligen inneren Untersuchung möglichst zu verbinden.

V. Die innere Untersuchung kann nach dem Ermessen des Prüfers durch eine Wasserdruckprobe ergänzt werden. Sie ist stets durch eine Wasserdruckprobe zu ergänzen oder zu ersetzen bei Kesselförpem, welche ihrer Bauart halber nicht genügend besichtigt werden können.

VI. In denjenigen Jahren, in denen eine innere Untersuchung oder eine Wasserdruckprobe vorgenommen wird, kommt bei den feststehenden und bei den beweglichen Dampfkesseln die fällige regelmäßige äußere Untersuchung in Fortfall. Bei den Dampfschiffskesseln ist diese thunlichst mit der inneren Untersuchung oder mit der Wasserdruckprobe zu verbinden.

VII. Die äußeren Untersuchungen führt der Prüfungsbeamte im Laufe des Etatsjahrs, in dem sie fällig werden, zu einem ihm genehmen Zeitpunkte aus. Für die inneren Untersuchungen und Wasserdruckproben laufen die Prüfungsfristen vom Tage der technisch-polizeilichen Annahme oder der letzten gleichartigen Untersuchung ab. Ihre Ueberschreitung um mehr als zwei Monate ist nur ausnahmsweise und nicht über einen Zeitraum von sechs Monaten zulässig, und ist in dem Jahresberichte des Kesselprüfers (§§. 4 und 39) zu begründen.

VIII. Wenn ein Kessel auf die Dauer mindestens eines Jahres vollständig außer Betrieb gesetzt und dem zuständigen Kesselprüfer entsprechende Anzeige gemacht wird, so ist die Zeit des angemeldeten Stillstandes bis zur Dauer von zwei Jahren bei Berechnung der Prüfungsfristen außer Ansatz zu bringen. Von der Erhebung der Jahresbeiträge ist nur dann Abstand zu nehmen, wenn der angemeldete Stillstand sich über ein ganzes Etatsjahr erstreckt. Nach einer Betriebsunterbrechung von mehr als zweijähriger Dauer darf der Betrieb erst nach Vornahme einer inneren, mit Wasserdruckprobe verbundenen amtlichen Untersuchung wieder eröffnet werden. Die Verjährung der Genehmigung (§. 19) wird durch die angemeldete Außerbetriebstellung nicht unterbrochen und kann auch nicht durch Untersuchungen an nicht im Betriebe befindlichen Kesseln aufgehalten werden.

IX. Bei Bemessung der Fristen werden Untersuchungen, welche in einem anderen Bundesstaat von den daselbst zuständigen Sachverständigen vorgenommen worden sind, den in Preußen vorgenommenen gleich geachtet.

§. 33.

I. Die äußere Untersuchung besteht vornehmlich in einer Prüfung der ganzen Betriebsweise des Kessels, eine Unterbrechung des Betriebes darf dabei nur verlangt werden, wenn Anzeichen gefährdender Mängel, deren Vorhandensein und Umfang nicht anders festgestellt werden kann, sich ergeben haben.

II. Die Untersuchung ist zu richten:

auf die Ausführung und den Zustand der Speisevorrichtungen, der Wasserstandsvoorrichtungen, wobei zu bemerken ist, daß Probirhähne während des Betriebes in großer

Richtung durchstoßbar sein müssen, der Sicherheitsventile und etwaiger anderer Sicherheitsvorrichtungen, der Feuerungsanlage und der Mittel zur Regelung und Absperrung des Zutritts der Luft und zur thunlichst schnellen Beseitigung des Feuers, auf alle ohne Unterbrechung oder Schädigung des Betriebes zugänglichen Kesseltheile, namentlich die Feuerplatten, soweit sie zur Besichtigung frei liegen, auf die Anordnung und den Zustand der Abblasvorrichtungen, die Vorrichtungen zur Reinigung des Kesselmern oder des Speisewassers und der Feuerzüge, sowie auf alle etwa noch zum Betriebe des Kessels gehörigen Einrichtungen.

III. Die Betriebseinrichtungen sind in der Regel durch Ingangsehon zu prüfen.

IV. Ebenso ist bei der äußeren Untersuchung zu prüfen, ob der Kesselwärter die zur Sicherheit des Betriebes erforderlichen Vorrichtungen anzuwenden und die im Augenblicke der Gefahr notwendigen Maßnahmen zu ergreifen versteht, und ob er mit der sachgemäßen Behandlung der Feuerung und aller Betriebseinrichtungen vertraut ist.

§. 34.

I. Die innere Untersuchung bezweckt die Prüfung der Beschaffenheit des Kesselförpers, welcher dabei, soweit wie nöthig, von innen und außen durch den Kesselprüfer genau zu besichtigen ist.

II. Zu ihrer Ausführung ist der Betrieb des Kessels so frühzeitig einzustellen, daß der Kessel und die Züge gründlich gereinigt werden können und genügend abgeköhlt sind. Nach der Entmauerung oder Ummantelung soweit wie nöthig zu entfernen, wenn die Untersuchung sich nicht zur Genüge durch Befahrung der Züge oder auf andere Weise bewirken läßt. Ferner kann in besonderen Fällen gefordert werden, daß Feuerrohre, die nach der bei Lokomotiven gebräuchlichen Art eingesetzt sind, herausgenommen werden. Wo zwei oder mehr Dampfkessel mit einer gemeinsamen Dampf- oder Speise- oder Wasserablaß-Rohrleitung verbunden sind, ist der der inneren Untersuchung zu unterwerfende Dampfkessel zum Schutze der untersuchenden Personen von jeder der gemeinsamen Rohrleitungen in augenfälliger und wirksamer Weise durch geeignete Vorrichtungen zu trennen.

III. Die innere Untersuchung ist vornehmlich zu richten:

auf die Beschaffenheit der Kesselwandungen, Riete, Anter, Heiz- und Rauchrohre, wobei zu ermitteln ist, ob die Widerstandsfähigkeit dieser Theile durch den Gebrauch gefährdet ist, auf das Vorhandensein und die Natur des Kesselsteins, seine genügende Beseitigung und die Mittel dazu,

auf den Zustand der Wasserzuleitungsrohre und der Reinigungsöffnungen,

auf den Zustand der Speise- und Dampfventile,

auf den Zustand der Verbindungsrohre zwischen Kessel und Manometer bezw. Wasserstandszeiger, sowie der übrigen Sicherheitsvorrichtungen,

auf den Zustand der ganzen Feuerungseinrichtung sowie der Feuerzüge außerhalb wie innerhalb des Kessels.

§. 35.

I. Die Wasserdruckprobe bezweckt die Feststellung etwaiger bleibender Formveränderungen und der Dichtigkeit des Kessels. Sie erfolgt bei Kesseln, welche für eine Dampfspannung von nicht mehr als zehn Atmosphären Ueberdruck bestimmt sind, mit dem anderthalbfachen Betrage des genehmigten Ueberdruckes, im Uebrigen mit einem Drucke, welcher den genehmigten Ueberdruck um fünf Atmosphären übersteigt.

II. Die Bestimmungen des §. 22 Absatz II und III finden entsprechende Anwendung.

III. Bei der Probe ist, soweit dies vom Prüfer verlangt wird, die Ummantelung oder Ummantelung des Kessels zu beseitigen. Mit der Wasserdruckprobe ist eine Prüfung der Sicherheitsventile auf die Richtigkeit ihrer Belastung zu verbinden.

§. 36.

I. Werden bei einer Untersuchung erhebliche Unregelmäßigkeiten im Betriebe ermittelt, oder erscheint die Beobachtung eines zur Zeit noch unbedenklichen Schadens geboten, so kann nach dem Ermessen des Kesselprüfers in kürzerer Frist, als im §. 32 festgesetzt ist, eine außerordentliche Untersuchung vorgenommen werden.

II. Hat eine Untersuchung Mängel ergeben, welche Gefahr herbeiführen können, und wird diesen nicht sofort abgeholfen, so muß nach Ablauf der zur Herstellung des vorchriftsmäßigen Zustandes festzusetzenden Frist die Untersuchung von Neuem vorgenommen werden.

III. Entsteht sich bei der Untersuchung des Kessels ein Zustand, welcher eine unmittelbare Gefahr einschließt, so ist die Fortsetzung des Betriebes bis zur Beseitigung der Gefahr zu untersagen und der Polizeibehörde des Ortes, an welchem sich der Kessel befindet, unterzüglich Anzeige zu erstatten. Diese hat darüber zu machen, daß der Kessel nicht wieder in Betrieb gesetzt wird, bis durch eine nochmalige Untersuchung der vorchriftsmäßige Zustand der Anlage festgestellt ist.

IV. Bei Dampfkesseln, die einer königlichen Behörde oder einer solchen Eisenbahnverwaltung gehören, welche den Bestimmungen des Gesetzes vom 3. November 1838 unterliegt, tritt an die Stelle der Ortspolizeibehörde der die Aufsicht über den Kesselbetrieb führende Beamte bzw. die zuständige staatliche Aufsichtsbehörde, bei den den Bergbehörden unterstellten Dampfkesseln der zuständige Bergrevierbeamte. Diese Behörden können, sobald sie nicht am Betriebsorte oder in dessen unmittelbarer Nähe ihren Sitz haben, die Polizeibehörde des Ortes zur Ueberwachung der angeordneten Außerbetriebsetzung eines Dampfkessels unter Mittheilung des Sachverhalts hinzuziehen.

§. 37.

I. Die äußere Untersuchung erfolgt ohne vorherige Benachrichtigung des Kesselbesizers. Ausnahmeweise kann bei denjenigen beweglichen und Dampfschiffskesseln, welche ihrem Betriebsort häufig wechseln, der Zeitpunkt für diese Untersuchung mit dem Kesselbesitzer vereinbart werden.

II. Von einer bevorstehenden inneren Untersuchung oder Wasserdruckprobe ist der Besitzer mindestens vier Wochen vorher zu unterrichten.

III. Der Zeitpunkt für diese letzteren Untersuchungen ist unbeschadet der Bestimmungen im §. 32 Absatz VII nach Anhörung des Besitzers so zu wählen, daß der Betrieb der Anlage so wenig wie möglich beeinträchtigt wird.

IV. Zu dem Ende ist namentlich bei Anlagen, deren Betrieb nur zu gewisser Zeit im Jahre unterbrochen werden kann, dies zu wählen. Bewegliche Dampfkessel können von den Besitzern oder ihren Vertretern an einem beliebigen Orte innerhalb des Amtsbezirks des zuständigen Kesselprüfers für die Untersuchung bereit gestellt werden.

V. Bewegliche Kessel auf Bergwerken, Aufbereitungsanstalten oder Salinen, ~~mineralischen~~ ^{salinischen} Hütten und unter Leitung der Bergbehörden betriebenen Steinbrüchen sind von den im §. 2 Absatz 1 Ziffer 1 genannten Beamten auf der Betriebsstelle zu untersuchen.

VI. Durch die Untersuchung der Dampfschiffskessel dürfen die Fahrten der Schiffe nicht gestört werden; die innere Untersuchung und Wasserdruckprobe von Dampfschiffskesseln ist vor dem Beginn der Fahrten des betreffenden Jahres zu beenden.

VII. Falls ein Kesselbesitzer der Anforderung des zur Untersuchung berufenen Beamten, den Kessel für die innere Untersuchung oder Wasserdruckprobe bereitzustellen, nicht entspricht, so ist der Besitzer des Kessels auf Ersuchen des Kesselprüfers durch die zuständige Ortspolizeibehörde mittelst polizeilicher Verfügung unter Strafanordnung (Titel IV und V des Landesverwaltungsgesetzes) anzuhalten, den Kessel an einem vom Kesselprüfer festzusetzenden Tage für die vorzunehmende Untersuchung ordnungsmäßig bereit zu stellen oder, wenn Gefahr im Verzuge erscheint, den Betrieb bis auf Weiteres einzustellen.

VIII. Die zur Ausführung der Untersuchung erforderlichen Arbeitskräfte und Vorrichtungen hat der Besitzer des Kessels dem Beamten unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

§. 38.

I. Der Befund der Untersuchungen ist in das Revisionsbuch einzutragen.

II. Zur Abstellung der bei den Untersuchungen vorgefundenen Mängel und Unregelmäßigkeiten kann den untersuchenden Beamten unter Mittheilung einer Abschrift des Vermerks über das Ergebnis der Untersuchung die Unterstützung der Polizeibehörde des Ortes, an welchem sich der Kessel befindet, in Anspruch nehmen.

III. Der §. 36 Absatz IV findet entsprechende Anwendung.

§. 39.

I. Bis zum 1. Juni jedes Jahres haben die staatlichen Prüfungsbeamten dem königlichen Regierungspräsidenten des Bezirks — in Berlin dem königlichen Polizeipräsidenten — einen Jahresbericht über die von ihnen auf Grund dieser Anweisung gelebte Thätigkeit zu erstatten. Diesem Berichte sind beizufügen:

1. eine Nachweisung sämmtlicher im Laufe des verfloffenen Etatsjahres ausgeführten wiederkehrenden, außerordentlichen Untersuchungen, der auf Antrag erfolgten Prüfungen sowie der ersten Wasserdruckproben und Abnahmen nebst deren Ergebniss nach dem anliegenden Vordrucke H;
2. eine Nachweisung, aus welcher sich ergibt:
 - a) inwieweit der Zugang von Dampfkesseln auf Veranlegung solcher oder auf dem Uebergange von Dampfkesseln aus der Vereinsaufsicht zur staatlichen Aufsicht beruht;
 - b) inwieweit der Abgang von Dampfkesseln auf Außerbetriebsetzung und Verlegung nach anderen Bezirken oder auf dem Uebergange aus der staatlichen in die Vereinsaufsicht beruht.

II. Auf die Dampfkessel der Eisenbahnen, sowie der Staatsbahnverwaltung und auf die den Bergbehörden unterstellten Dampfkessel findet diese Vorschrift keine Anwendung.

VI. Gebühren.

§. 40.

I. Die Gebühren für die von Beamten des Staates oder von staatlich beauftragten Vereinsingenieuren (§. 2 Absatz 1 Ziffer 4) ausgeführten Dampfkessel-Untersuchungen werden auf diejenigen Beträge festgesetzt, welche sich aus Ziffer I—III der heiliegenden Gebührenordnung ergeben. Bei der Gebührenberechnung sind die Heizflächen der Dampfkessel nur bis zur ersten Dezimalstelle ohne Rücksicht auf die zweite Dezimalstelle einzusetzen. Die Festsetzung und Einziehung der Gebühren und Kosten erfolgt durch die königlichen Regierungs-Präsidenten; in Berlin durch den königlichen Polizei-Präsidenten, bei Kesseluntersuchungen auf Bergwerken, Aufbereitungsanstalten und Salinen durch die königlichen Oberbergämter.

II. Die Kesselprüfer haben diesen Behörden die Berechnung der Jahresbeiträge nach dem anliegenden Vordruck K. P. 4 in einfacher Ausfertigung bis zum 1. Mai jedes Jahres einzureichen. Anderweitige Gebühren-Berechnungen (nach Vordruck K. P. 5 und 6, Schnitt I und III der Gebührenordnung) sind mit einem Gebührennachweis (Vordruck K. P. 3), in welchem die Gebührenberechnungen nach Preisklassen geordnet einzutragen sind, nach den anliegenden Mustern den im Absatz I bezeichneten Behörden bis zum 10. jedes Monats in einfacher Ausfertigung vorzulegen. Etwa nachträglich einzuziehende Jahresgebühren und solche für im Laufe des Etatsjahres neu hinzutretende Kessel sind in vorstehenden Terminen zu liquidiren.

§. 41.

I. In denjenigen Regierungsbezirken, in denen die Kesseluntersuchungen durch die Beamten der Gewerbeinspektion bewirkt werden, liegen die Gebühren, auch soweit sie für Untersuchungen zu erheben sind, welche durch die Anweisung nicht vorgesehen sind, zur Staatskasse. Die Gebühren für die im staatlichen Auftrage (§. 2 Absatz 1 Ziffer 4) ausgeführten Untersuchungen sind den betreffenden Kessel-Überwachungsvereinen zu überweisen.

II. Hinsichtlich der übrigen staatlichen Prüfungsbeamten bewendet es bei den bestehenden Vorschriften; darüber, inwieweit sie einen Anspruch auf die von den Kesselbesitzern einzuziehenden Gebühren haben.

VII. Sonstige Bestimmungen.

§. 42.

In denjenigen Regierungsbezirken, in welchen die Kesseluntersuchungen den Beamten der Gewerbeinspektion und staatlich beauftragten Ingenieuren der Überwachungsvereine (§. 2 Absatz 1 Ziffer 4) obliegen, hat der Regierungs- und Gewerberath je eine Liste über die in dem Bezirke

von Staatsbeamten und im staatlichen Auftrage ausgeführten Kesseluntersuchungen nach dem anliegenden Bordbuch K zu führen und durch Eintragungen bei Eingang der Gebührenberechnungen und der Verzeichnisse H auf dem Tausenden zu erhalten. Auf Grund letzterer Verzeichnisse ist nachzuprüfen, ob die vorgeschriebenen Fristen der Untersuchungen eingehalten und die Gebühren ordnungsmäßig zur Einziehung gekommen sind.

§. 43.
I. Der Uebergang von Kesseln aus der staatlichen Ueberwachung oder der Ueberwachung im staatlichen Auftrage (§. 2 Ziffer 4) in die Vereinsüberwachung (§. 3) kann, abgesehen von den durch Besitzwechsel beweglicher Kessel bewirkten Veränderungen, nur am 1. April jedes Jahres nach rechtzeitiger, spätestens bis zum Ablauf des vorhergehenden Kalenderjahres eingegangener schriftlicher Kündigung des Kesselbesizers erfolgen. Diese ist bei dem zukünftigen Kesselprüfer anzubringen.

II. Wer bei Anlegung von Dampfkesseln nicht bereits einem Ueberwachungsvereine angehört, untersteht der staatlichen oder der nach §. 2 Absatz I Ziffer 4 geregelten Ueberwachung so lange, bis die norgedachte Kündigung ausgesprochen und wirksam geworden ist.

§. 44.
I. Die Kesselbesitzer sind verpflichtet, dem zuständigen Kesselprüfer und der Ortspolizeibehörde, bei Bergwerken, Aufbereitungsanstalten und Salinen dem betreffenden Bergrevierbeamten von jeder in ihrem Kesselbesitzstande eintretenden Aenderung — insbesondere abm dem Erlöschen der Genehmigung, der etwaigen Wiederoeffnung des Betriebes, dem Zusetzen oder gänzlichen Außerbetriebstellung, Beseitigung, dem Verkauf oder der Verschrottung von Kesseln — spätestens bis zum 1. April jedes Jahres Anzeige zu machen. Diejenigen Veränderungen, welche nicht rechtzeitig angezeigt worden sind, werden bei Ausführung der nächsten Betriebsprüfung berücksichtigt. Eine Rückerstattung hiervon ist ausgeschlossen.

§. 45.
I. Die Kesselbesitzer oder deren Stellvertreter sind verpflichtet, von jeder vorkommenden Explosion eines Dampfkessels in erster Linie dem für den Bezirk zuständigen Staatsbeamten (Gewerbeinspektor, Bergrevierbeamten), auch wenn der Kessel unter Ueberwachung eines Vereines steht, unverzüglich Anzeige zu erstatten. Die gleiche Anzeige ist, wenn der Kessel der Ueberwachung durch Vereinsingenieure unterliegt, an den Vereinsingenieur zu richten.
II. Eine Dampfkesselexplosion liegt vor, wenn die Wandung eines Kessels durch den Dampfkesselbetrieb eine Trennung in solchem Umfange erleidet, daß durch Ausströmen von Wasser und Dampf ein plötzlicher Ausgleich der Spannungen innerhalb und außerhalb des Kessels stattfindet.

III. Für die amtliche Untersuchung explodirter Kessel sind Gebühren nicht zu entrichten.

§. 46.
Diese Anweisung nebst der zugehörigen Gebührenordnung tritt unter Aufhebung der Anweisung betreffend die Genehmigung und Untersuchung der Dampfkessel, vom 16. März 1892 mit Abänderungen vom 6. Mai 1893, Min. Bl. f. d. R. 1892 S. 117, und 1893 S. 119 am 1. April 1897 in Kraft.

Berlin, den 15. März 1897.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Breslau.

Gebührenordnung für Dampfkessel-Untersuchungen.

I. Untersuchung neuer und neu genehmigter Dampfkessel.

| Für jede nachbezeichnete Prüfung betragen die Gebühren in Mark: | Für Kessel mit einer Heizfläche | | |
|---|---------------------------------|-------|---------|
| | 0-15 | 15-20 | über 20 |
| 1. für Prüfung der Bauart und Wasserdruckprobe aller Art | 13 | 15 | 15 |
| 2. für die Abnahmeprüfung feststehender und Schiffsdampfkessel ohne Prüfung der Bauart und Wasserdruckprobe | 12 | 15 | 15 |
| 3. für die Abnahmeprüfung beweglicher Dampfkessel ohne Prüfung der Bauart und Wasserdruckprobe | 8 | 9 | 9 |
| 4. für die Abnahmeprüfung feststehender und Schiffsdampfkessel, verbunden mit der Prüfung der Bauart und Wasserdruckprobe | 15 | 20 | 25 |
| 5. für die Abnahmeprüfung beweglicher Dampfkessel, verbunden mit der Prüfung der Bauart und Wasserdruckprobe | 15 | 21 | 24 |

II. Regelmäßig wiederkehrende technische Untersuchungen.

Neben den etwaigen nach Abschnitt I fälligen Gebühren werden für die Ausführung der im §. 32 vorgeschriebenen regelmäßig wiederkehrenden Untersuchungen von den Kesselbesitzern im Laufe des Staatsjahres Jahresgebühren nach folgenden Sätzen zu entrichten:

| | Für Kessel mit einer Heizfläche | | |
|--|---------------------------------|-------|---------|
| | 0-15 | 15-20 | über 20 |
| 1. für jeden feststehenden Kessel | 8 | 12 | 15 |
| 2. für jeden beweglichen oder Schiffsdampfkessel | 8 | 12 | 15 |

Für die Erhebung der Gebühren kommen die nachstehenden Grundsätze zur Anwendung:

- Die Jahresgebühren sind für jeden zum Bestande eines Kesselbestandes zu gehörenden Kessel (vergl. §. 44) zu erheben, derselbe auch während des ganzen Staatsjahres (oder nur während eines Theils desselben oder endlich unter gewissen Voraussetzungen (z. B. als Reisekessel) betrieben werden.
- Für außer Betrieb gesetzte Kessel (§. 32 Absatz VIII), deren Wiederinbetriebnahme sich über das ganze Staatsjahr erstreckt, werden die Gebühren nur unter dem im §. 44 bezeichneten Voraussetzungen nicht erhoben.
- Für Kessel, deren Zuhaltbetriebsstellung oder gänzliche Beseitigung (auch Verloos) im Laufe des Staatsjahres erfolgt, werden die Jahresgebühren nicht an der Entrichtung, auch wenn eine fällige Untersuchung noch nicht stattgefunden hat, erhoben.
- Die Berechnung der Jahresbeiträge und sonstiger Gebühren für bewegliche und festsitzende Kessel hat seitens derjenigen Kesselprüfer zu erfolgen, in dessen Bezirke der Besitzer des Kessels oder dessen Stellvertreter seinen Wohnsitz hat, auch wenn die Untersuchungen in einem anderen Bezirke stattgefunden haben (vergl. §. 31 Absatz III).
- Beim Übergang eines Kessels aus dem Bezirke des einen Kesselprüfers in denjenigen eines anderen oder beim Wechsel des Besitzers einer Kesselanlage im Laufe des Staatsjahres werden erneute Jahresbeiträge nicht erhoben, wenn sie vorher schon in dem früheren Bezirke oder von dem Vorbesitzer bereits gezahlt worden sind.
- Eine Verrechnung von Gebühren zwischen einzelnen Staatsklassen findet nicht statt; das gleiche ist eine solche Verrechnung oder nochmalige Erhebung von Jahresgebühren aus-

geschlossen, wenn hergelegte Kessel in Folge des Versuchs im Laufe des Staatsjahres aus dem staatlichen Auftrage in die Hände eines staatlichen Beauftragten (§. 2 Absatz I Ziffer 4) oder umgekehrt übergehen und die Gebühren nachweislich bereits bezahlt worden sind.

Bei Kesseln, welche im Laufe des Staatsjahres aus der Vorgesicht zur Staatsaufsicht übergehen, sind die Jahresgebühren zur Staatskasse zu erheben.

- h) Für Kessel, für die durch denselben Besitzer im Laufe des Staatsjahres eine erneute Genehmigung erwirkt wird, sind in den im §. 8 Absatz I Ziffer 1, 3—5 gedachten Fällen erneute Beiträge, abgesehen von den mit der Genehmigung verbundenen Abgaben, nicht zu erheben, wenn für den Kessel bereits der Jahresbeitrag, wenn auch nach einem anderen Gebührensatz, nachweislich gezahlt worden ist.

Für Kessel, für deren Untersuchung gemäß §. 32 Absatz VIII nach längerem als zweijährigem Nichtgebrauch Gebühren nach Abschnitt II zu erheben sind, werden weitere Jahresbeiträge für das laufende Staatsjahr nicht berechnet.

- i) Für Kessel, denen gemäß §. 29 Erleichterungen hinsichtlich der Prüfungsfristen gewährt worden sind, erfolgt die Gebührens festsetzung nach besonderer Verfügung des Ministers für Handel und Gewerbe.

Für die in meinen Erlassen vom 18. November 1895 (B. 10535) und vom 12. Mai 1896 (B. 4380) bezeichneten Spiraltrommelkessel und Dreyer'schen Kraftzeuger werden Jahresbeiträge in Höhe von einem Drittel, für die durch Erlass vom 27. August 1896 (B. 8238) bezeichneten Kleinkessel zur Leitung von Dampfkraftmaschinen in Höhe des Hälfte der Gebühren dieses Abschnitts erhoben.

- g) Für die Untersuchung von Kesseln preussischer Staatsbetriebe werden, soweit solche von Staatsbeamten untersucht werden, Jahresbeiträge und sonstige Gebühren nicht erhoben.

III. Sonstige Untersuchungen.

1. Für die durch §. 18 Absatz II vorgeschriebenen inneren Untersuchungen, auch wenn sie wegen der Bauart der Kessel nur theilweise ausgeführt werden können, sowie für die durch §. 32 Absatz VIII vorgeschriebene innere Untersuchung und Druckprobe ist der Jahresbeitrag nach Abschnitt II, für Druckproben gemäß §. 18 Absatz II sowie solchen nach Hauptausbesserungen (§. 28) ist der Satz nach Abschnitt I der Gebührenordnung zu entrichten.

Druckproben nach Hauptausbesserungen, welche an die Stelle einer in demselben Staatsjahre fälligen regelmäßigen Druckprobe treten (§. 28 Absatz VII), werden nicht besonders berechnet, sofern sie bei staatlicher Ueberwachung des Kessels von einem staatlichen Kesselprüfer, bei der durch §. 2 Absatz I Ziffer 4 gedachten Ueberwachung im staatlichen Auftrage von einem solchen Beauftragten ausgeführt werden.

2. Bei außerordentlichen Untersuchungen, welche auf Grund des §. 36 dieser Anweisung stattfinden, sowie bei Untersuchungen auf Antrag der Kesselbesitzer (soweit es sich in letzterem Falle nicht um die durch §. 18 Absatz II vorgeschriebenen Untersuchungen handelt), ist der nach Abschnitt II der Gebührenordnung zutreffende Jahresbeitrag zu erheben.

3. Für Druckproben von Kesseln, welche für das Ausland bestimmt sind oder in einem anderen Bundesstaat zur Aufstellung gelangen, sind die Sätze unter Abschnitt I der Gebührenordnung maßgebend.

Bei inneren Untersuchungen, Wasserdruckproben und vereinbarten äußeren Untersuchungen, soweit letztere vereinbart werden dürfen, ist für jede zu wiederholende Untersuchung der Jahresbeitrag nach Abschnitt II der Gebührenordnung zu erheben, sofern die Untersuchung am festgesetzten Tage nicht oder nur zum Theil ausgeführt werden konnte und dem Kesselbesitzer oder dessen Stellvertreter hierfür ein Verschulden beizumessen ist. Ein Verschulden ist nicht anzunehmen, wenn das Füllen des Kessels bei einer nach der inneren Untersuchung in Aussicht genommenen Druckprobe von dem Kesselprüfer nicht abgewartet werden kann, oder wenn sich nach dem Befunde der inneren Untersuchung die Nothwendigkeit herausstellt, den Kessel erst einer Reparatur zu unterziehen.

Für erste Wasserdruckproben (§. 22) und Kesselabnahmen, welche in Folge Verschuldens des Kesselbesitzers wiederholt werden müssen, werden die Gebührensätze unter Abschnitt I für jede vergebliche Untersuchung erhoben, mit der Maßgabe, daß bei Abnahmen, verbunden mit der Prüfung der Bauart und Druckprobe, für die Wiederholung nur eines Theils der Untersuchung die entsprechenden Einzelsätze mehrfach in Anwendung kommen.

Urkunde über die Genehmigung

zur

Anlegung Dampfkessel .

Auf Grund des §. 24 der Gewerbe-Ordnung und der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen über die Anlegung von Dampfkesseln vom 5. August 1890 wird be...

die Genehmigung zur Anlegung Dampfkessel

nach Maßgabe der mit dieser Urkunde verbundenen Zeichnung und Beschreibung unter den untenstehenden besonderen Bedingungen erteilt.

D..... Kessel mit einem Fabrikshild versehen, welches folgende Angaben enthält:

festgesetzte höchste Dampfspannung:

Name des Fabrikanten:

laufende Fabriknummer:

Jahr der Anfertigung:

(für Schiffsessel) Maßstaber des festgesetzten niedrigsten Wasserstandes:

Besondere Bedingungen.

1. Die Inbetriebnahme des Kessel..... darf erst nach Verbindung der über die Abnahme ausgestellten Bescheinigung (§. 24 Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung) mit dieser Urkunde erfolgen.

SECRET

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

100

Prüfungs-Bescheinigung

über die

Wasserdruck-Probe eines Dampfkessels.

Der für eine höchste Dampfspannung von Atmosphären Ueberdruck bestimmte, von

..... zu

im Jahre

angefertigte und mit der laufenden Fabriknummer bezeichnete

Dampfkessel ist nach §§. der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen über die Anlegung von Dampfkesseln vom 5. August 1890 mit einem Wasserdruck von Atmosphären Ueberdruck von dem Unterzeichneten heute geprüft worden. Dabei hat der Kessel dem Probebruch mit befriedigendem Erfolge (§. 11 Abs. 3 a. a. D.) widerstanden.

Die Riete, mit denen das Fabrikbild am Kessel befestigt ist (§. 10 a. a. D.) sind mit dem Stempel versehen worden.

11. März 1918

Einladung

über die

Einladung

zur Teilnahme an der

Einladung zur Teilnahme an der

Einladung

an

Einladung

zur Teilnahme an der

Einladung zur Teilnahme an der

Einladung zur Teilnahme an der

Einladung zur Teilnahme an der

Einladung zur Teilnahme an der

Einladung zur Teilnahme an der

(Unterschrift)

Bescheinigung

über

die Abnahme-Untersuchung eines Dampfkessels.

Der für eine höchste Dampfspannung von Atmosphären Ueberdruck bestimmte, von der Firma

zu

im Jahre 18 angefertigte, mit der laufenden Fabriknummer bezeichnete



Dampfkessel ist einschließlich seiner Ausrüstungsstücke heute der Abnahme-Prüfung gemäß
§. 24 Abs. 3 der Gewerbeordnung unterzogen worden.

Der Kessel ist nach dem vorgelegten Prüfungs-Bericht
für Atmosphären Ueberdruck geprüft und seine Anlegung durch
Untersuchung des genehmigt
worden.

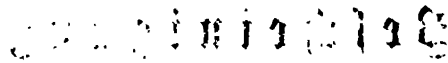
Bei der Abnahme ist Folgendes festgestellt worden:

1. Die Feuerzüge liegen an ihrer höchsten Stelle cm unter dem festgesetzten niedrigsten Wasserstand, der am Kessel durch eine Marke erkennbar gemacht ist und sich cm unter befindet.
2. Der Kessel besitzt Speiseventil, welche durch den Druck des Kesselwassers geschlossen werden.
3. Die Speise-Vorrichtungen bestehen in
4. Außer einem Wasserstandsglase, welches eine Marke für den festgesetzten niedrigsten Wasserstand besitzt, befindet sich am Kessel

zur Erkennung des Wasserstandes im Kessel.

5. Der Kessel hat  Sicherheits-Ventil....., de.....en Belastung einer Dampfspannung von  Atmosphären Ueberdruck entspr.....

Die Bauart, Abmessung und Belastung de..... Sicherheits-Ventil..... sind aus Nachstehendem ersichtlich.



1000

abgebildet

abgebildet

.....

100

.....

6. Der Kessel ist mit Manometer..... versehen, an welche..... die festgesetzte höchste Dampfspannung durch eine Marke bezeichnet ist.....

..... Eine Einrichtung zur Anbringung des Control-Manometers ist vorhanden. Die Anlage entspricht den allgemeinen polizeilichen Bestimmungen vom 5. August 1890 und der Genehmigungsurkunde mit Zubehör.

Ihrer Inbetriebsetzung steht ein Bedenken nicht entgegen.

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

(Unterschrift.)

.....

Revisionsbuch

Revisionsbuch

für

einen **Dampfessel.**

Der Dampfessel, zu welchem dieses Revisionsbuch gehört, ist mit dem vorgeschriebenen Fabrik-
schild versehen, welches folgende Angaben enthält:

1. festgesetzte höchste Dampfspannung: **Atmosphäre Ueberdruck**

2. Name des Fabrikanten:

3. laufende Fabriknummer:

4. Jahr der Anfertigung:

5. Maß der festgesetzten niedrigsten Wasserstandes: **cm.**

Die Riete, mit denen das Fabrikbild befestigt ist, tragen den Stempel de

(Unterschrift)

Bescheinigung

über regelmäßige — außerordentliche

Der Kessel befand sich im Betriebe.

Äußere Untersuchung.

Die Besichtigung und Prüfung der zur Sicherheit des Betriebes dienenden Vorrichtungen, insbesondere von Speise- und Wasserstands-Vorrichtungen, Manometer und Sicherheits-Ventilen gab zu keinen Erinnerungen Veranlassung.

Im Uebrigen war die Unterhaltung der Kesselanlage gut.

Äußere Untersuchung.

Der Kessel wurde besichtigt und im Innern, sowie an den erforderlichen Stellen auch äußerlich genau untersucht, wobei sich keine Mängel, Rissen und Anker gut erhalten zeigten. Die Feuerung, die Kessel-Einmauerung und die Reinigung des Kessels gaben zu keinen Erinnerungen Veranlassung.

Wasserdruck-Prüf.

Der Kessel wurde einer Wasserdruckprobe mit Atmosphären Ueberdruck unterzogen, wobei die Kesselwandungen keine bleibende Veränderung ihrer Form noch wesentliche Undichtigkeiten zeigten.

Der Kesselwärter zeigte sich mit der Wartung der Anlage, insbesondere mit der Handhabung der Sicherheits-Vorrichtungen vertraut,

Die Beseitigung der vorstehend bezeichneten Mängel ist heute festgestellt worden.

Bezeichnung

Konstruktions-Prüfung eines Dampfkessels.

Der für eine höchste Dampfspannung von Atmosphären Ueberdruck bestimmte, von

mit der Bezeichnung angefertigte, und mit der laufenden Fabriknummer bezeichnete Dampfkessel, ist heute von dem Unterzeichneten in Bezug auf Konstruktion, Material und Ausführung in allen Theilen genau untersucht worden. Dabei hat der Kessel zur Beanstandung keinen Anlaß gegeben. Ferner sind Abmessungen, des Kessels, sein Material, seine Zusammenfügung und Verankerungen ergeben sich aus Nachstehendem.

geschlossen, wenn hieselbe Kessel in Folge Versuchsfehlers im Laufe des Etatsjahres aus dem staatlichen Auftrage in die Hände eines staatlichen Beauftragten (§. 2 Absatz I Ziffer 4) oder umgekehrt übergehen und die Gebühren nachweislich bereits bezahlt worden sind.

Bei Kesseln, welche im Laufe des Etatsjahres aus der Vermögensaufsicht zur Staatsaufsicht übergehen, sind die Jahresgebühren zur Staatskasse zu erheben.

- g) Für Kessel, für die durch denselben Besitzer im Laufe des Etatsjahres eine erneute Genehmigung erwirkt wird, sind in den im §. 8 Absatz I Ziffer 1, 3—5 gedachten Fällen erneute Beiträge, abgesehen von den mit der Genehmigung verbundenen Abgaben, nicht zu erheben; wenn für den Kessel bereits der Jahresbeitrag, wenn auch nach einem anderen Gebührensatze, nachweislich gezahlt worden ist.

Für Kessel, für deren Untersuchung gemäß §. 32 Absatz VIII nach längerem als zweijährigem Nichtgebrauch Gebühren nach Abschnitt II zu erheben sind, werden weitere Jahresbeiträge für das laufende Etatsjahr nicht berechnet.

- h) Für Kessel, denen gemäß §. 29 Erleichterungen hinsichtlich der Prüfungsfristen gewährt worden sind, erfolgt die Gebührens festsetzung nach besonderer Verfügung des Ministers für Handel und Gewerbe.

Für die in meinen Erlassen vom 18. November 1895 (B. 10535) und vom 12. Mai 1896 (B. 4360) bezeichneten Spiraltrohrkessel und Dreperischen Kraftszugger werden Jahresbeiträge in Höhe von einem Drittel, für die durch Erlass vom 27. August 1896 (B. 8238) bezeichneten Kleinkessel zur Abkühlung von Dampfkesseln in Höhe des Fünftels der Gebührensätze dieses Abschnitts erhoben.

- i) Für die Untersuchung von Kesseln preussischer Staatsbetriebe werden, soweit solche von Staatsbeamten ausgeführt werden, Jahresbeiträge und sonstige Gebühren nicht erhoben.

III. Sonstige Untersuchungen.

1. Für die durch §. 18 Absatz II vorgeschriebenen inneren Untersuchungen, auch wenn sie wegen der Bauart der Kessel nur theilweise ausgeführt werden können, sowie für die durch §. 32 Absatz VIII vorgeschriebene innere Untersuchung und Druckprobe ist der Jahresbeitrag nach Abschnitt II, für Druckproben gemäß §. 18 Absatz II sowie solchen nach Hauptausbesserungen (§. 28) ist der Satz nach Abschnitt I der Gebührenordnung zu entrichten.

Druckproben nach Hauptausbesserungen, welche an die Stelle einer im demselben Etatsjahre fälligen regelmäßigen Druckprobe treten (§. 28 Absatz VII), werden nicht besonders berechnet, sofern sie bei staatlicher Ueberwachung des Kessels von einem staatlichen Kesselprüfer, bei der durch §. 2 Absatz I Ziffer 4 gedachten Ueberwachung im staatlichen Auftrage von einem solchen Beauftragten ausgeführt werden.

2. Bei außerordentlichen Untersuchungen, welche auf Grund des §. 36 dieser Anweisung stattfinden, sowie bei Untersuchungen auf Antrag der Kesselbesitzer (soweit es sich in letzterem Falle nicht um die durch §. 18 Absatz II vorgeschriebenen Untersuchungen handelt), ist der nach Abschnitt II der Gebührenordnung zutreffende Jahresbeitrag zu erheben.

3. Für Druckproben von Kesseln, welche für das Ausland bestimmt sind oder in einem anderen Bundesstaat zur Aufstellung gelangen, sind die Sätze unter Abschnitt I der Gebührenordnung maßgebend.

Bei inneren Untersuchungen, Wasserdruckproben und vereinbarten äußeren Untersuchungen, soweit letztere vereinbart werden dürfen, ist für jede zu wiederholende Untersuchung der Jahresbeitrag nach Abschnitt II der Gebührenordnung zu erheben, sofern die Untersuchung am festgesetzten Tage nicht oder nur zum Theil ausgeführt werden konnte und dem Kesselbesitzer oder dessen Stellvertreter hierfür ein Verschulden beizumessen ist. Ein Verschulden ist nicht anzunehmen, wenn das Füllen des Kessels bei einer nach der inneren Untersuchung in Aussicht genommenen Druckprobe von dem Kesselprüfer nicht abgelehnt werden kann, oder wenn sich nach dem Befunde der inneren Untersuchung die Nothwendigkeit herausstellt, den Kessel erst einer Reparatur zu unterziehen.

Für erste Wasserdruckproben (§. 22) und Kesselabnahmen, welche in Folge Verschuldens des Kesselbesizers wiederholt werden müssen, werden die Gebührensätze unter Abschnitt I für jede vergebliche Untersuchung erhoben, mit der Maßgabe, daß bei Abnahmen verbunden mit der Prüfung der Bauart und Druckprobe, für die Wiederholung nur eines Theils der Untersuchung die entsprechenden Einzelsätze mehrfach in Anwendung kommen.

Urkunde über die Genehmigung

zur

Anlegung Dampfkessel .

Auf Grund des §. 24 der Gewerbe-Ordnung und der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen über die Anlegung von Dampfkesseln vom 5. August 1890 wird be ..

die Genehmigung zur Anlegung Dampfkessel

nach Maßgabe der mit dieser Urkunde verbundenen Zeichnung und Beschreibung unter den untenstehenden besonderen Bedingungen erteilt.

D..... Kessel mit einem Fabrikshild versehen, welches folgende Angaben enthält:

festgesetzte höchste Dampfspannung:

Name des Fabrikanten:

laufende Fabriknummer:

Jahr der Anfertigung:

(für Schiffskessel) Maßziffer des festgesetzten niedrigsten Wasserstandes:

Besondere Bedingungen.

1. Die Inbetriebnahme des..... Kessel..... darf erst nach Verbindung der über die Abnahme ausgestellten Bescheinigung (§. 24 Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung) mit dieser Urkunde erfolgen.

of the

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

.....

.....

.....

.....

Prüfungs-Beugniß

über die

Wasserdruck-Probe eines Dampfkessels.

Der für eine höchste Dampfspannung von Atmosphären Ueberdruck bestimmte, von

..... zu im Jahre

angefertigte und mit der laufenden Fabriknummer bezeichnete
Dampfkessel ist nach §§. der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen über die Anlegung von
Dampfkesseln vom 5. August 1890 mit einem Wasserdruck von Atmosphären Ueberdruck von dem
Unterzeichneten heute geprüft worden. Dabei hat der Kessel dem Probeindruck mit befriedigendem Erfolge
(§. 11 Abs. 3 a. a. D.) widerstanden.

Die Riete, mit denen das Fabrikchild am Kessel befestigt ist (§. 10 a. a. D.) sind mit dem
Stempel versehen worden.

11. April 1922

Einladung zur Versammlung

der Mitglieder

der Versammlung

der Versammlung

Die Versammlung wird am 11. April 1922 um 8 Uhr abends im Saal des Rathhauses in der Stadt

abgehalten werden.

Es

werden

anwesend sein: 1. Die Mitglieder der Versammlung

2. Die Mitglieder der Kommission für die Revision der Rechnungen

3. Die Mitglieder der Kommission für die Revision der Rechnungen

4. Die Mitglieder der Kommission für die Revision der Rechnungen

5. Die Mitglieder der Kommission für die Revision der Rechnungen

6. Die Mitglieder der Kommission für die Revision der Rechnungen

7. Die Mitglieder der Kommission für die Revision der Rechnungen

(Unterzeichnet)

Be s t e i n i g u n g

über

die Abnahme-Untersuchung eines Dampfkessels.

Der für eine höchste Dampfspannung von Atmosphären Ueberdruck bestimmte, von der Firma

zu

im Jahre 18 angefertigte, mit der laufenden Fabriknummer bezeichnete



Dampfkessel ist einschließlich seiner Ausrüstungsstücke heute der Abnahme-Prüfung gemäß
§. 24 Abs. 3 der Gewerbeordnung unterzogen worden.

Der Kessel ist nach dem vorgelegten Prüfungs-Bericht von
zu für Atmosphären Ueberdruck geprüft und seine Anlegung durch
Untersuchung des genehmigt
worden.

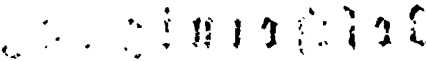
Bei der Abnahme ist Folgendes festgestellt worden:

1. Die Feuerzüge liegen an ihrer höchsten Stelle cm unter dem festgesetzten niedrigsten Wasserstand, der am Kessel durch eine Marke erkennbar gemacht ist und sich cm unter befindet.
2. Der Kessel besitzt Speiseventil, welche durch den Druck des Kesselwassers geschlossen werden.
3. Die Speise-Vorrichtungen bestehen in
4. Außer einem Wasserstandsglase, welches eine Marke für den festgesetzten niedrigsten Wasserstand besitzt, befindet sich am Kessel

zur Erkennung des Wasserstandes im Kessel.

5. Der Kessel hat  Sicherheits-Ventil, de... en Belastung einer Dampfspannung von  Atmosphären Ueberdruck entspr.....

Die Bauart, Abmessung und Belastung de... Sicherheits-Ventil... sind aus Nach-
stehendem ersichtlich.



1000

1000

1000

1000

1000

6. Der Kessel ist mit Manometern, versehen, an welche... die festgesetzte höchste
Dampfspannung durch eine Marke bezeichnet ist.
Eine Einrichtung zur Anbringung des Control-Manometers ist vorhanden. Die Anlage
entspricht den allgemeinen polizeilichen Bestimmungen vom 5. August 1890 und den Ge-
nehmigungs-Urkunde mit Zubehör.

Ihrer Inbetriebsetzung steht ein Bedenken nicht entgegen.

1000

1000

1000

(Unterschrift)

1000

Revisionsbuch

für

einem

Dampfessel.

Der Dampfessel, zu welchem dieses Revisionsbuch gehört, ist mit dem vorgeschriebenen Fabrik-
schild versehen, welches folgende Angaben enthält:

1. festgesetzte höchste Dampfspannung: Atmosphären Ueberdruck.

2. Name des Fabrikanten:

3. laufende Fabriknummer:

4. Jahr der Anfertigung:

5. Wasser des festgesetzten niedrigsten Wasserstandes: cm.

Die Riete, mit denen das Fabrikbild befestigt ist, tragen den Stempel de

(Unterschrift)

Bescheinigung

über regelmäßige — außerordentliche

Der Kessel befand sich im Betriebe.

Äußere Untersuchung.


Die Besichtigung und Prüfung der zur Sicherheit des Betriebes dienenden Vorrichtungen, insbesondere von Speise- und Wasserstands-Vorrichtungen, Manometer und Sicherheits-Ventilen gab zu keinen Erinnerungen Veranlassung.

Im Uebrigen war die Unterhaltung der Kesselanlage gut.

Innere Untersuchung.

Der Kessel wurde befahren und im Innern, sowie an den erforderlichen Stellen auch äußerlich genau untersucht, wobei sich keine Wandungen, Rieten und Anker gut erhalten zeigten. Die Feuerung, die Kessel-Einmauerung und die Reinigung des Kessels gaben zu keinen Erinnerungen Veranlassung.

Wasserdruck-Prob.

Der Kessel wurde einer Wasserdruckprobe mit  Atmosphären Ueberdruck unterzogen, wobei die Kesselwandungen weder eine bleibende Veränderung ihrer Form, noch wesentliche Undichtigkeiten zeigten.

Der Kesselwärter zeigte sich mit der Wartung der Anlage, insbesondere mit der Handhabung der Sicherheits-Vorrichtungen vertraut.

Die Beseitigung der vorstehend bezeichneten Mängel ist heute festgestellt worden.

Prüfung Bescheinigung

Konstruktions-Prüfung eines Dampfessels.

Der für eine höchste Dampfspannung von Atmosphären Ueberdruck bestimmte, von

..... mit
..... angefertigte, und mit der laufenden Fabriknummer bezeichnete
..... Dampfessel ist heute von dem Unterzeichneten in Bezug auf Konstruktion,
Material und Ausführung in allen Theilen genau untersucht worden. Dabei hat der Essel zur
Beanstandung keinen Anlaß gegeben. Die Vor- und Abmessungen des Essels, sein Material, seine Zusammenfügung und Vergütungen
ergeben sich aus Nachstehendem:

.....
.....
.....

B e s c h e i n i g u n g

über die

Konstruktions-Prüfung und Wasserdruck-Probe eines Dampfkessels.

Der für eine höchste Dampfspannung von Atmosphären Ueberdruck bestimmte, von

zu

im Jahre angefertigte, und mit der laufenden Fabriknummer bezeichnete, Dampfkessel ist heute von dem Unterschrifteten in Bezug auf Konstruktion, Material und Ausführung in allen Theilen genau untersucht und nach §§. 11 und 13 der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen des Bundesrathes über die Anlegung von Dampfkesseln vom 5. August 1890 mit einem Wasserdruck von Atmosphären Ueberdruck geprüft worden.

Dabei hat der Kessel zur Beanstandung keinen Anlaß gegeben und hat insbesondere auch dem Probedruck mit befriedigendem Erfolge (§. 11 Abs. 3 der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen) widerstanden.

Die Nieten, mit denen das Fabrikbild am Kessel befestigt ist (§. 10 a. a. O.), sind mit dem Stempel versehen worden.

Form und Abmessungen des Kessels, sein Material, seine Zusammenfügung und Verankerungen ergeben sich aus Nachstehendem:

Verzeichniß

der

im Bezirke

zu

in der Zeit vom

bis

ausgeführten Kesseluntersuchungen

(getrennt nach feststehenden, beweglichen und Schiffsdampfesseln, sowie innerhalb dieser KesselsGattungen nach Kreisen und Ortschaften).

[illegible]

Vorbemerkung. In dem folgenden Vordruck ist Nichtzutreffendes zu durchstreichen.

Beschreibung zur Genehmigung einer Dampfkeffelanlage.*)

Der Antrag betrifft die Genehmigung zur — Anlegung — Veränderung eines — neuen — bereits im Betriebe gewesenen — feststehenden Dampfkeffels zu

(Straße, Lage)

zum Betriebe

beweglichen, zum Betriebe an wechselnden Betriebsstätten bestimmten Dampfkeffels,

mit einem dauernd verbundenen Dampfkeffels zum Betriebe

Den allgemeinen polizeilichen Bestimmungen über die Anlegung von Dampfkeffeln vom 5. August 1890 wird wie folgt entsprochen:

Zu §. 1. Bau des Keffels.

- a) Angabe der Bauart des Keffels.
(Für die Angaben sind möglichst die Bezeichnungen der Dampfkeffels-Statistik in Preußen zu wählen.)

Der Keffel ist ein

- b) Angabe der Hauptabmessungen des Keffels in mm.

Der Keffel besteht aus

*) Jedem Genehmigungsgeſuch müſſen beigeſügt ſein:

- 2 Beſchreibungen nach dieſem Vordruck,
2 maßſtäbliche Zeichnungen des Keffels,

außerdem

- bei feſtſtehenden Keffeln 2 Situationszeichnungen, aus welchen der Standort des Keffels und die Lage des Grundstücks zu den Nachbargrundstücken zu erſehen ſein müſſen,
2 Bauzeichnungen des Keffelhauses (Aufſtellungsraumes) mit Schornſtein,
bei Schiffskeffeln 2 Lagepläne des Keffels im Schiff.

Sämtliche Zeichnungen und die Beſchreibungen ſind unter Angabe des Datums vom Antragſteller und Verfertiger der Zeichnungen bezw. Beſchreibungen zu unterſchreiben.

Zeichnungen, welche nicht auf Paſſeleinwand hergeſtellt ſind, ſind ſtets auf Reinwand aufzuziehen. Blaulichtdruck dürfen nicht verwandt werden.

Das Geſuch iſt bei dem zuſtändigen Keffelprüfer anzubringen, nicht bei der die Genehmigung ertheilenden Behörde.

c) Angabe der Wandstärken in mm.

Die Wandstärken betragen

.....

d) Angaben über Art und Güte des Baustoffs zum Kessel.

(Bei allen Kesseln ist die mutmaßliche Art des Baustoffs anzugeben. Angaben über Festigkeit und Dehnung des Baustoffs sind nur erforderlich, wenn die Beanspruchung der Bleche bei fünffacher Sicherheit über das durchschnittliche Festigkeitsmaß hinausgeht.)

Es ist hergestellt aus

Schweißeisen Feuerblech

desgl. Bördelblech

desgl. Mantelblech

Flußeisen Feuerblech

desgl. Mantelblech I.

desgl. Mantelblech II.

Kupfer

Gusseisen

e) Angaben über die Herstellung der Verbindungen. (Durch Maß-
 stützen hierunter zu erläutern.)

Die Kesselwandungen sind durch Vernietung miteinander verbunden,
 mit Ausnahme

welche durch Schweißung hergestellt sind

welche durch Verschraubung ver-

bunden sind.

Sieberöhre — Heizrohre — sind — geschweißt — nahtlos und durch
 Einmalzen (mit — ohne — Bördelung) in den befestigt.

f) Angaben über Verankerungen.

Zu §. 2. Feuerzüge.

Die durch oder um den Dampfkessel gehenden Feuerzüge liegen an ihrer höchsten Stelle in
 einem Abstände von cm unter dem niedrigsten Wasserstande des Kessels.

Die wasserbespülte (auf der
 Feuerseite gemessene) Heizfläche
 des Kessels berechnet sich wie neben-
 stehend:

Gesamte wasserbespülte Heizfläche qm.

Die feuerberührte Heizfläche berechnet wie nebenstehend. (Die Berechnung ist nur in den durch §. 14 der allg. pol. Best. bedingten Fällen erforderlich.)

Gesamte feuerberührte Heizfläche

Die Größe der Kofffläche beträgt

Verhältniß der Kofffläche zur wasserbepöhlten Heizfläche

Der Luftzug wird, auf natürliche Weise, herbeigeführt. Die Gefahr des Erglühens der mit dem Dampfraum in Berührung stehenden Kesselwandungen ist also nach §. 2 der allg. pol. Bestimmungen ausgeschlossen.

Zu §§. 3 und 4. Speisung.

Der Kessel erhält Speisewasser von mm lichte Durchmesser, welche bei Abperrung der Speisevorrichtungen durch den Druck des Kesselwassers geschlossen werden.

Der Kessel wird mit zwei zuverlässigen Speisevorrichtungen ausgerüstet, welche nicht von derselben Betriebsvorrichtung abhängen.

Als Speisevorrichtungen dienen:
Abmessungen der Speisevorrichtungen;
(Durchmesser, Hub, Zahl der einfachen
Hübe in der Minute bei Strahlungsleistungsfähigkeit in der Min.)

a) eine
b) ein

Zu §§. 5 und 6. Wasserstandsvoorrichtungen.

(Angabe für Schiffskessel.)

Der Kessel ist mit Wasserstandsgläse versehen. Dieselben sind in einer zur Längsrichtung des Schiffes normalen Ebene, in gleicher Höhe symmetrisch zur Kesselmitte, möglichst weit entfernt von ihr angebracht.

Außerdem befindet sich am Kessel als zweite Wasserstandsvoorrichtung.

Die Wasserstandsvoorrichtungen sind gesondert — gemeinschaftlich — mit dem Innern des Kessels verbunden. Die gemeinschaftlichen Verbindungsrohre haben mm lichte Durchmesser.

Probirhähne sind so eingerichtet, daß man während des Betriebes in gerader Richtung hin durchfließen kann. Der unterste Probirhahn wird in der Ebene des niedrigsten Wasserstandes angebracht.

Zu §. 7. Wasserstandsmarke.

Der festgesetzte niedrigste Wasserstand liegt mm über an der Wasserstandsgläse sowie an der Kesselwandung durch eine feste Marke bezeichnet.

(Angabe für Schiffskessel.)

An der Außenwand des Kessels ist die höchste Lage der Feuerzüge nach der Richtung der Schiffsbreite in leicht erkennbarer dauerhafter Weise kenntlich gemacht.

Zu §. 8. Sicherheitsventile.

Der Kessel erhält Sicherheitsventil von mm lichter Weite. Die Belastung erfolgt durch Gewichte — Federn.

Das Ventil so eingerichtet, daß jederzeit gelüftet werden kann. Die Belastung des Ventils soll bei der technisch polizeilichen Abnahme festgestellt werden.

(Angabe für Schiffskessel, Seeschiffe ausgenommen.)

Mindestens eins der Ventile hat eine solche Stellung, daß die vorgeschriebene Belastung von Deck aus mit Leichtigkeit untersucht werden kann.

Zu §. 9. Manometer.

An dem Kessel zuverlässige Manometer angebracht, an welchen die festgesetzte höchste Dampfspannung durch eine in die Augen fallende Marke bezeichnet ist. Ein Manometer befindet sich im Gesichtskreise des Kesselwärters.

(Angabe für Schiffskessel, Seeschiffe ausgenommen.)

Eins der Manometer ist auf dem Verdeck an einer für die Beobachtung bequemen Stelle angebracht.

Zu §. 10. Fabrikschild.

An dem Kessel wird mit Kupfernieten ein nach der Ummantelung oder Einmauerung sichtbar bleibendes, metallenes Schild mit folgenden Angaben angebracht:

Festgesetzte höchste Dampfspannung in Atm. Ueberdruck

Name des Fabrikanten:

Laufende Fabriknummer:

Jahr der Anfertigung:

Zu §§. 11 und 12. Druckprobe.

Der Kessel wird nach seiner letzten Zusammensetzung vor der Einmauerung oder Ummantelung einer amtlichen Wasserdruckprobe auf Atm. Ueberdruck unterworfen.

Zu §. 13. Kontrollstutzen.

Der Kessel erhält eine Einrichtung zur Anbringung des amtlichen Prüfungsmanometers.

Zu §§. 14 und 15. Aufstellung des Kessels.

Die Aufstellung des Kessels entspricht den gesetzlichen Vorschriften. — Zwischen dem Kesselmauerwerk und den dasselbe umschließenden Wänden verbleibt ein Zwischenraum von 8 cm. Zur Regelung des Feuers ist ein vom Heizergehande aus bewegliche angebracht.

Der Schornstein erhält m Gesamthöhe, m untere Weite und m obere Weite.

....., den ten 18....., den ten 18.....

Der Antragsteller.

Der Verfertiger.

Bemerkung. Bei alten Kesseln ist außerdem ein Nachweis über die frühere Betriebsstätte, Dauer der Außerbetriebstellung und die Gründe, welche zur Außerbetriebstellung geführt haben, bei umzubauenden oder abzuändernden Anlagen die Art und der Umfang der Veränderung anzugeben.

Bescheinigung

über regelmäßige — außerordentliche

Der Kessel befand sich im Betriebe.

Äußere Untersuchung.

Die Besichtigung und Prüfung der zur Sicherheit des Betriebes dienenden Vorrichtungen, insbesondere von Speise- und Wasserstands-Vorrichtungen, Manometer und Sicherheits-Ventilen gab zu keinen Erinnerungen Veranlassung.

Im Uebrigen war die Unterhaltung der Kesselanlage

Innere Untersuchung.

Der Kessel wurde befahren und im Innern, sowie an den erforderlichen Stellen auch äußerlich genau untersucht, wobei sich seine Wandungen, Rieten und Unter gut erhalten zeigten. Die Feuerung, die Kessel-Einmauerung und die Reinigung des Kessels gaben zu keinen Erinnerungen Veranlassung.

Wasserdruck-Prob.

Der Kessel wurde einer Wasserdruckprobe mit Atmosphären Ueberdruck unterzogen, wobei die Kesselwandungen weder eine bleibende Veränderung ihrer Form noch wesentliche Undichtigkeiten zeigten.

Der Kesselwärter zeigte sich mit der Wartung der Anlage, insbesondere mit der Handhabung der Sicherheits-Vorrichtungen vertraut,

Die Beseitigung der vorstehend bezeichneten Mängel ist heute festgestellt worden.

Prüfung Bescheinigung

über die
Konstruktions-Prüfung eines Dampfkessels.

Der für eine höchste Dampfspannung von Atmosphären Ueberdruck bestimmte, von

..... mit
der Bezeichnung angefertigte, und mit der laufenden Fabriknummer bezeichnete
Dampfkessel ist heute von dem Unterzeichneten in Bezug auf Konstruktion,
Material und Ausführung in allen Theilen genau untersucht worden. Dabei hat der Kessel zur
Beanstandung keinen Anlaß gegeben. Die Form und Abmessungen des Kessels, sein Material, seine Zusammenfügung und Verankerungen
ergeben sich aus Nachstehendem:

.....
.....
.....

B e s c h e i n i g u n g

über die

Konstruktions-Prüfung und Wasserdruck-Probe eines Dampfkessels.

Der für eine höchste Dampfspannung von Atmosphären Ueberdruck bestimmte, von

zu

im Jahre angefertigte, und mit der laufenden Fabriknummer bezeichnete, Dampfkessel ist heute von dem Unterzeichneten in Bezug auf Konstruktion, Material und Ausführung in allen Theilen genau untersucht und nach §§. 11 und 13 der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen des Bundesrathes über die Anlegung von Dampfkesseln vom 5. August 1890 mit einem Wasserdruck von Atmosphären Ueberdruck geprüft worden.

Dabei hat der Kessel zur Beanstandung keinen Anlaß gegeben und hat insbesondere auch dem Probedruck mit befriedigendem Erfolge (§. 11 Abs. 3 der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen) widerstanden.

Die Nieten, mit denen das Fabrikbild am Kessel befestigt ist (§. 10 a. a. O.), sind mit dem Stempel versehen worden.

Form und Abmessungen des Kessels, sein Material, seine Zusammensetzung und Veranfernungen ergeben sich aus Nachstehendem:

Verzeichniß

der

im Bezirke

zu

in der Zeit vom

bis

ausgeführten Kesseluntersuchungen

(getrennt nach feststehenden, beweglichen und Schiffsdampfesseln, sowie innerhalb dieser Kesselgattungen nach Kreisen und Drischäften).

Vorbemerkung. In dem folgenden Vordruck ist Nichtzutreffendes zu durchstreichen.

Beschreibung zur Genehmigung einer Dampfkesselanlage.*)

Der Antrag betrifft die Genehmigung zur — Anlegung — Veränderung eines — neuen — bereits im Betriebe gewesenen — feststehenden Dampfkessels zu

(Straße, Lage)

zum Betriebe

beweglichen, zum Betriebe an wechselnden Betriebsstätten bestimmten Dampfkessels,

mit einem dauernd verbundenen Dampfkessel zum Betriebe

Den allgemeinen polizeilichen Bestimmungen über die Anlegung von Dampfkesseln vom 5. August 1890 wird wie folgt entsprochen:

Zu §. 1. Bau des Kessels.

- a) Angabe der Bauart des Kessels.
(Für die Angaben sind möglichst die Bezeichnungen der Dampfkessel-Statistik in Preußen zu wählen.)

Der Kessel ist ein

- b) Angabe der Hauptabmessungen des Kessels in mm.

Der Kessel besteht aus

*) Jedem Genehmigungsgeſuch müſſen beigeſügt ſein:

- 2 Beſchreibungen nach dieſem Vordruck,
2 maßſtäbliche Zeichnungen des Kessels,

außerdem

- bei feſtſtehenden Kesseln 2 Situationszeichnungen, aus welchen der Standort des Kessels und die Lage des Grundstücks zu den Nachbargrundstücken zu erſehen ſein müſſen,
2 Bauzeichnungen des Kesselhauses (Aufſtellungsraumes) mit Schornſtein,
bei Schiffskesseln 2 Lagepläne des Kessels im Schiff.

Sämmtliche Zeichnungen und die Beſchreibungen ſind unter Angabe des Datums vom Antragſteller und Verfertiger der Zeichnungen bezw. Beſchreibungen zu unterſchreiben.
Zeichnungen, welche nicht auf Paſusleinwand hergeſtellt ſind, ſind ſtets auf Leinwand aufzuziehen. Blaulichtdrucke dürfen nicht verwandt werden.

Das Geſuch iſt bei dem zuträfflichen Kesselprüfer anzubringen, nicht bei der die Genehmigung ertheilenden Behörde.

c) Angabe der Wandstärken in mm.

Die Wandstärken betragen

d) Angaben über Art und Güte des Baustoffs zum Kessel.

(Bei allen Kesseln ist die mutmaßliche Art des Baustoffs anzugeben. Angaben über Festigkeit und Dehnung des Baustoffs sind nur erforderlich, wenn die Beanspruchung der Bleche bei häufiger Sicherheit über das durchschmittliche Gefügensgenüß hinausgeht.)

Es ist hergestellt aus

Schweißeisen Feuerblech

desgl. Bördblech

desgl. Mantelblech

Flußeisen Feuerblech

desgl. Mantelblech I.

desgl. Mantelblech II.

Kupfer

Guß Eisen

e) Angaben über die Herstellung der Verbindungen. (Durch Maßstaben hierunter zu erläutern.)

Die Kesselwandungen sind durch Vernietung miteinander verbunden, mit Ausnahme

welche durch Schweißung hergestellt sind

welche durch Verschraubung verbunden sind.

Siebohrer — Heizrohr — sind — geschweißt — nahtlos und durch Einwalzen (mit — ohne — Bördelung) in den befestigt.

f) Angaben über Verankerungen.

§ 2. Feuerzüge.

Die durch oder um den Dampfessel gehenden Feuerzüge liegen an ihrer höchsten Stelle in einem Abstände von cm unter dem niedrigsten Wasserstande des Kessels.

Die wasserbespülte (auf der Feuerseite gemessene) Heizfläche des Kessels berechnet sich wie nebenstehend:

Gesamte wasserbespülte Heizfläche qm.

Die feuerberührte Heizfläche be-
rechnet wie nebenstehend. (Die Be-
rechnung ist nur in den durch §. 14
der allg. pol. Best. bedingten Fällen
erforderlich.)

Gesamte feuerberührte Heizfläche

qm.

Die Größe der Kesselfläche beträgt

Verhältniß der Kesselfläche zur wasserbepöhlten Heizfläche

=

qm.

Der Luftzug wird auf natürliche ¹ künstliche Weise hergestellt.
Die Gefahr des Erglühens der mit dem Dampfraum in Berührung stehenden
Kesselwandungen ist also nach §. 2 der allg. pol. Bestimmungen ausgeschlossen.

Zu §§. 3 und 4. Speisung.

Der Kessel erhält Speisewentil von mm lichtein Durch-
messer, welche bei Abperrung der Speisevorrichtungen durch den Druck
des Kesselwassers geschlossen w

Der Kessel wird mit zwei zuverlässigen Speisevorrichtungen ausgerüstet,
welche nicht von derselben Betriebsvorrichtung abhängen.

Als Speisevorrichtungen dienen: a) eine

Abmessungen der Speisevorrich- b) ein

lungen; zu a)

(Durchmesser, Hub, Zahl der einfachen

Stäbe in der Vent. Doppel- zu b)

Seisungsfähigkeit in der Min.)

Zu §§. 5 und 6. Wasserstandsvorrichtungen.

Der Kessel ist mit Wasserstandsgläse versehen.
(Angabe für Schiffskessel.)

Dieselben sind in einer zur Längsrichtung des Schiffes normalen Ebene,
in gleicher Höhe symmetrisch zur Kesselmitte, möglichst weit entfernt von
ihre angebracht.

Außerdem befindet sich am Kessel
als zweite Wasserstandsvorrichtung.

Die Wasserstandsvorrichtungen sind gesondert — gemeinschaftlich — mit
dem Innern des Kessels verbunden. Die gemeinschaftlichen Verbindungs-
rohre haben mm lichtein Durchmesser.

Probirhähne sind so eingerichtet, daß man während des Betriebes in
gerader Richtung tie durchlochen kann. Der unterste Probirhahn wird in
der Ebene des niedrigsten Wasserstandes angebracht.

Zu §. 7. Wasserstandsmarke.

Der festgesetzte niedrigste Wasserstand liegt mm über
an der Wasserstandsgläse sowie an der Kesselwandung durch
eine feste Marke bezeichnet.

(Angabe für Schiffskessel.)

An der Außenwand des Kessels ist die höchste Lage der Feuerzüge
nach der Richtung der Schiffsbreite in leicht erkennbarer dauerhafter Weise
kenntlich gemacht.

Zu §. 8. Sicherheitsventile.

Der Kessel erhält Sicherheitsventil von mm lichter Weite. Die Belastung erfolgt durch Gewichte — Federn.

Das Ventil so eingerichtet, daß jederzeit gelüftet werden kann. Die Belastung des Ventils soll bei der technisch polizeilichen Abnahme festgestellt werden.

(Angabe für Schiffskessel, Seeschiffe ausgenommen.)

Mindestens eins der Ventile hat eine solche Stellung, daß die vorgeschriebene Belastung von Deck aus mit Leichtigkeit untersucht werden kann.

Zu §. 9. Manometer.

An dem Kessel zuverlässige Manometer angebracht, an welchen die festgesetzte höchste Dampfspannung durch eine in die Augen fallende Marke bezeichnet ist. Ein Manometer befindet sich im Gesichtskreise des Kesselwärters.

(Angabe für Schiffskessel, Seeschiffe ausgenommen.)

Eins der Manometer ist auf dem Verdeck an einer für die Beobachtung bequemen Stelle angebracht.

Zu §. 10. Fabrikschild.

An dem Kessel wird mit Kupfernieten ein nach der Ummantelung oder Einmauerung sichtbar bleibendes, metallenes Schild mit folgenden Angaben angebracht:

Festgesetzte höchste Dampfspannung in Atm. Ueberdruck

Name des Fabrikanten:

Laufende Fabriknummer:

Jahr der Anfertigung:

Zu §§. 11 und 12. Druckprobe.

Der Kessel wird nach seiner letzten Zusammensetzung vor der Einmauerung oder Ummantelung einer amtlichen Wasserdruckprobe auf Atm. Ueberdruck unterworfen.

Zu §. 13. Kontrollröhren.

Der Kessel erhält eine Einrichtung zur Anbringung des amtlichen Prüfungsmanometers.

Zu §§. 14 und 15. Aufstellung des Kessels.

Die Aufstellung des Kessels entspricht den gesetzlichen Vorschriften. — Zwischen dem Kesselmauerwerk und den dasselbe umschließenden Wänden verbleibt ein Zwischenraum von 8 cm. Zur Regelung des Feuers ist ein vom Heizstande aus bewegliche angebracht.

Der Schornstein erhält m Gesamthöhe, m untere Weite und m obere Weite.

....., den 18., den 18

Der Antragsteller.

Der Verfertiger.

Bemerkung. Bei alten Kesseln ist außerdem ein Nachweis über die frühere Betriebsstätte, Dauer der Außerbetriebstellung und die Gründe, welche zur Außerbetriebstellung geführt haben, bei umzubauenden oder abzuändernden Anlagen die Art und der Umfang der Veränderung anzugeben.

Königliche Gewerbe-Inspektion zu

Vordruck K. P. 3.

Der staatlich beauftragte Dampfkessel-Überwachungs-Verein

zu

Gebühren-Nachweis.

Auf Grund der umstehenden Nachweisung sind an Gebühren und Nebenkosten aus Dampfkessel-Untersuchungen M Pf zu beanspruchen.

Die einzelnen Berechnungen liegen in einfacher Ausfertigung bei

....., den ten 18.....

Der staatliche Kesselprüfer.

Der staatlich beauftragte Kesselprüfer.

(Name, Stand)

Geprüft.

....., den ten 18.....

Der Regierungs- und Gewerberath.

Der gegenwärtige Gebühren-Nachweis ist nach den Sätzen sowie rechnerisch geprüft und auf M Pf festgesetzt.

....., den ten 18.....

Anweisung.

Die Regierungs-
Polizei = Hauptkasse wird angewiesen, vorstehende M Pf, in Worten

(durch die Kreiskasse)

von den umstehend aufgeführten Kesselbesitzern einzuziehen und hiervon den Betrag von M Pf bei Kapitel 29 Titel 1a des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung für 18..... zu vereinnahmen und den bei den Aßervaten in Einnahme und Ausgabe zu buchenden Rest mit M Pf dem zu gegen Quittung zu zahlen.

....., den ten 18.....

An
die Königliche Regierungs-
Polizei = Hauptkasse.

Der Regierungs-
Polizei = Präsident.

Nr.

Quittung.

Vorstehender Betrag von M Pf, in Worten:

ist mir von der Königlichen Regierungs-
Polizei = Hauptkasse zu am heutigen Tage baar und richtig ausgezahlt worden.

....., den ten 18.....

Der staatliche Kesselprüfer.

Der staatlich beauftragte Dampfkessel-Überwachungs-Verein.

(Name, Stand)

Königliche Gewerbe-Inspektion zu

Der staatlich beauftragte Dampfkessel-Überwachungs-Berein

Efde. Nr.

Freistaffle

Gebühren-Berechnung

für die regelmäßig wiederkehrenden Untersuchungen d..... im gewerblichen (landwirthschaftlichen Neben-) Betriebe benutzten Dampfkessel..... und de..... Schiffsdampfkessel..... de..... zu.....

[illegible]

Ueberhaupt

Idem ten

18

Der staatliche Kesselprüfer.

Der staatlich beauftragte Kesselprüfer.

(Name, Stand)

Effluent

Königliche Gewerbe-Inspektion zu
Der staatlich beauftragte Dampfkessel-Überwachungs-Verein
 zu

Abthe. Nr. des Gebühren-Nachweises
 Kreiskasse

Gebühren-Berechnung

für nachstehend bezeichnete, nicht zu den regelmäßig wiederkehrenden Untersuchungen gehörigen Prüfungen
 de... im gewerblichen (landwirtschaftlichen Neben-) Betriebe benutzten Dampfkessel... und de... Schiffs-
 dampfkessel de.....
 zu

| Datum der
Untersuchung
18.....
Tag Monat | Nummer
der
Gebühren-
Ordnung | Bezeichnung der ausgeführten Untersuchung.
(Die zutreffenden Paragraphen sind zu unterstreichen.) | Heizfläche in qm | | | | Betrag. | |
|---|---------------------------------------|---|------------------|--------------|---------------|------------|---------|----|
| | | | 0—5, | über
5—20 | über
20—50 | über
50 | M | Pf |
| | I. 1. | <u>Für Prüfung der Bauart und Wasserdruckprobe von Kesseln</u>
aller Art (gemäß §. 22, 18 Abs. II, 28): | | | | | | |
| | | No. Heizfläche in qm 9 | | ... 11 | | | | |
| | | No. " " 18 | | | ... 15 | | | |
| | | No. " " 15 | | | | | | |
| | I. 2. | <u>Für die Abnahmeprüfung feststehender und Schiffsdampfkessel</u>
ohne Prüfung der Bauart und Wasserdruckprobe: | | | | | | |
| | | No. Heizfläche in qm 6 | | ... 2 | | | | |
| | | No. " " 12 | | | ... 15 | | | |
| | | No. " " 15 | | | | | | |
| | I. 3. | <u>Für die Abnahmeprüfung beweglicher Dampfkessel ohne Prüfung</u>
der Bauart und Wasserdruckprobe: | | | | | | |
| | | No. Heizfläche in qm 6 | | ... 7 | | | | |
| | | No. " " 8 | | | ... 9 | | | |
| | | No. " " 9 | | | | | | |
| | I. 4. | <u>Für die Abnahmeprüfung feststehender und Schiffsdampfkessel, ver-</u>
bunden mit der Prüfung der Bauart und Wasserdruckprobe: | | | | | | |
| | | No. Heizfläche in qm 15 | | ... 20 | | | | |
| | | No. " " 25 | | | ... 80 | | | |
| | | No. " " 80 | | | | | | |

Sordrud K. P. 5.

[Noch Vorderseite.]

| Datum der Untersuchung
18..... | | Nummer der Gebühren-Ordnung. | Bezeichnung der ausgeführten Untersuchung.
(Die zutreffenden Paragraphen sind zu unterstreichen.) | Heizfläche in qm | | | | Betrag. | |
|-----------------------------------|--------|------------------------------|---|------------------|-----------|------------|---------|---------|---|
| Tag. | Monat. | | | 0—5 | über 5—20 | über 20—50 | über 50 | M | g |
| | | I. 5. | Für die Ausnahmeprüfung beweglicher Kessel, verbunden mit der Prüfung der Bauart und Wasserdruckprobe:
No. Heizfläche in qm 15
No. " " 18
No. " " 21
No. " " 24 | | | | | | |
| | | | Sonstige Untersuchungen. | | | | | | |
| | | III. 1. 2. | Innere Untersuchungen nach §. 18 Absf. II, Untersuchungen nach §. 82 Absf. VIII, §. 86 und auf Antrag:
a) feststehende Kessel: No. Heizfläche in qm
No. " " 6 ... 9 ... 12 ... 15
b) bewegliche und Schiffsdampfkessel: No. " "
No. " " 8 ... 12 ... 15 ... 17 | | | | | | |
| | | III. 8. | Wiederholung äußerer, innerer Untersuchungen oder Druckproben, welche durch Verschulden des Kesselbesizers an dem festgesetzten Tage nicht oder nur theilweise ausgeführt werden konnten:
a) feststehende Kessel: No. Heizfläche in qm
No. " " 6 ... 9 ... 12 ... 15
b) bewegliche und Schiffsdampfkessel No. " "
No. " " 8 ... 12 ... 15 ... 17
Nebengebühren: Stempel M; Revisions-
bücher: M | | | | | | |
| | | | | Insgesamt . . . | | | | | |

....., den ten 18.....

Der staatliche Kesselprüfer.

Der staatlich beauftragte Kesselprüfer.

(Name, Stand)

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 15.

Den 9. April.

1897.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Bekanntmachung.

9. Die Ausführung der auf Grund der Anweisung, betreffend die Genehmigung und Untersuchung der Dampfkessel, vom 15. März 1897 (Beilage zum Stück 14 des Amtsblattes der Königl. Regierung) vorzunehmenden Prüfungen, Druckproben und Untersuchungen bei den nicht fiskalischen Dampfschiffskesseln und den Dampfkesseln in landwirthschaftlichen Betrieben und ihren nicht unter die Gewerbe-Ordnung fallenden Nebenbetrieben, soweit sie bisher den Gewerbe-Inspektionsbeamten oblag, erfolgt vom 1. April d. Js. ab durch die von mir als Sachverständige im Sinne des § 3 des Gesetzes, betreffend den Betrieb der Dampfkessel, vom 3. Mai 1872 (G. S. S. 515) anerkannten Ingenieure der Dampfkessel-Überwachungs-Vereine nach Maßgabe der ihnen von mir bereits verliehenen Berechtigungen.

Da die Vereinseingenieure die Untersuchung der oben bezeichneten Kessel in meinem Auftrage ausführen und dabei lediglich an die Stelle der Königl. Gewerbeaufsichtsbeamten treten, so folgt aus dieser Maßregel für die Dampfkesselfeiger keinerlei Verpflichtung, den Dampfkesselrevisions-Vereinen als Mitglieder beizutreten.

Name und Sitz der Kesselüberwachungsvereine, deren Ingenieure mit den Kesseluntersuchungen in den einzelnen Landesheilen beauftragt worden sind, ergiebt die im Auszuge hierunter abgedruckte Uebersicht über ihre örtliche Zuständigkeit und die Vorschrift des § 9 Absatz II. der erwähnten Anweisung.

Alle Eingaben in Angelegenheiten der Prüfung und Untersuchung von Dampfkesseln der bezeichneten Art und alle Anträge auf Ertheilung der Genehmigung zu ihrem Betriebe sind zur Vermeidung von Verzögerungen künftighin unmittelbar an den hiernach zuständigen Kesselverein oder an seine Ingenieure zu richten.

Berlin, den 22. März 1897.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Uebersicht

über die örtliche Zuständigkeit der Preussischen Dampfkessel-Überwachungs-Vereine bei den im staatlichen Auftrage vorzunehmenden Prüfungsgegeschäften an den nicht fiskalischen Schiffsdampfkesseln und den Dampfkesseln in landwirthschaftlichen Betrieben und ihren nicht unter die Gewerbeordnung fallenden Nebenbetrieben.

| Name des Regierungsbezirks oder seiner Theile. | Name und Sitz des dafür zuständigen Vereins. |
|--|--|
| 5. Potsdam (ohne Stadt Charlottenburg.) | |
| a. Kreis Angermünde und Verckow-Storkow. | Märkischer Verein zur Prüfung und Ueberwachung von Dampfkesseln in Frankfurt (Oder.) |
| b. Die übrigen Kreise des Regierungsbezirks. | Dampfkessel-Revisions-Verein „Berlin“ in Berlin. |
| 7. Berlin. | |
| Städte Berlin und Charlottenburg. | Dampfkessel-Revisions-Verein „Berlin“ in Berlin. |

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Bekanntmachung.

68. Dem Hofbeschlagmeister Oscar Bogdahn aus Charlottenburg, welcher nach dem Besuche der Anstalt zur Ausbildung von Lehrschmiedemeistern in Charlottenburg die vorgeschriebene Prüfung bestanden hat, ist von der Prüfungskommission die Verleihung ertheilt worden, den Titel Hofbeschlag-Lehrmeister zu führen und als Vorsteher einer nach dem Gesetze, vom 18. Juni 1884 vorgesehenen Lehrschmiede zu wirken.

Potsdam, den 3. April 1897.

Der Regierungspräsident.

Frühjahrschonzeit der Fische.

69. Unter Hinweis auf die Bestimmungen der Verordnungs vom 8. August 1887, betr. die Ausführung des Fischerei-Gesetzes in der Provinz Brandenburg und dem Stadtkreis Berlin (veröffentlicht in der Extra-Beilage zum 42. Stück des Amtsblattes vom 21. Oktober 1887), mache ich mit Rücksicht auf das Herannahen der Frühjahrschonzeit der Fische das theilhaftige Publikum, insbesondere die fischereiberechtigten Gemeinden und Privatpersonen darauf aufmerksam,

daß während der Frühjahrschonzeit in allen Gewässern des hiesigen Bezirkes, soweit sie nicht in § 3 der Verordnung unter Ziffer 2 be-

sonders ausgenommen sind, die **Fischerei** nur an 3 Tagen jeder in die Schenheit fallenden Woche, und zwar von Montag Morgen 6 Uhr beginnend und Donnerstag Morgen 6 Uhr schließend, während welcher Zeit die **Fischerei** nicht freigegebenen Zeit, d. h. von Donnerstag Morgen 6 Uhr bis Montag Morgen 6 Uhr die durch das **Fischerei-Gesetz** vom 30. Mai 1874 nicht beseitigten ständigen **Fischereivorrichtungen** in nicht geschlossenen Gewässern hinweggeräumt oder abgestellt sein müssen. Die Ausübung irgend welcher Art von **Fischerei-**

betrieb während der nicht freigegebenen Zeit ist — innerhalb der durch die Verordnung selbst gezogenen Grenzen — nur zulässig auf Grund besonderer von mir ausgestellt, auf die Person lautender Erlaubnisscheine. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der bezeichneten Verordnung werden, soweit sie nicht den Strafbestimmungen der §§ 49 ff. des **Fischereigesetzes** vom 30. Mai 1874 oder denselben des **Reichs-Strafgesetzbuches** unterliegen, mit **Geldstrafe** bis zu 150 M. oder entsprechender **Haft** bestraft.

Potsdam, den 2. April 1897.

Der Regierungs-Präsident.

Gemeindebezirksveränderung.

70. Der Bezirksauschuss hieselbst hat im Einverständniß der Theiligteten und nach Anhörung des Kreistages des Kreises Niederbarnim beschlossen, daß als künftige Grenze zwischen dem Stadtbezirk Charlottenburg und dem forstfiskalischen Ortsbezirk Tegel die in dem Plane des Katasterkontroleurs Steuerinspektors Schmidt in Berlin vom September 1884 schwarz ausgezogene Linie anerkannt werde, und zwar mit der Maßgabe, daß die nachgenannten Grundstücke:

| Nr. | Eigenthümer | Gemarkung | Grundbuch | | Kataster | | ganz oder theilweise | Wird einverleibt der Gemarkung | Fläche ha |
|-----|--|---------------------|-----------|------|-----------|-----------------|----------------------|--------------------------------|-----------|
| | | | Bd. | Bl. | Kartenbt. | Parzelle | | | |
| 1 | Königl. Preuß. Staat (Wasserbauverwalt.) | Tegel Königl. Forst | ohne | | 1 | 168/18 | theilw. | Charlottenburg | 1,1136 |
| 2 | Derselbe. | Dessgl. | ohne | | 1 | 189/17 | ganz | Charlottenburg | 0,1304 |
| 3 | Restaurateur Julius Berner, Charlottenburg. | Dessgl. | | | 1 | 188/17 | ganz | Charlottenburg | 0,2563 |
| 4 | Königl. Preuß. Staat (Wasserbauverwalt.) | Charlottenburg | ohne | | 1 | 168/18 | theilw. | Tegel | 0,0360 |
| 5 | Königl. Preuß. Staat (Wasserbauverwalt.) | Tegel | " | | 1 | 168/18 | theilw. | Charlottenburg | 0,1185 |
| 6 | Derselbe. | Charlottenburg | " | | 1 | 168/18 | theilw. | Tegel | 1,9120 |
| 7 | Königl. Preuß. Staat (Wasserbauverwalt.) | Tegel | " | | 1 | 167/13 | theilw. | Charlottenburg | 0,1070 |
| 8 | Restaurateur Theodor Börner, Charlottenburg. | Tegel | 90 | 3366 | 1 | 149/13 | ganz | Charlottenburg | 0,0432 |
| 9 | Königl. Preuß. Staat (Wasserbauverwalt.) | Charlottenburg | ohne | | 11 | 401 und 592/400 | theilw. | Tegel | 0,2760 |
| 10 | Königl. Preuß. Staat (Wasserbauverwalt.) | Tegel | " | | 1 | 163/16 | theilw. | Charlottenburg | 0,0414 |

Potsdam, den 3. April 1897.

Der Regierungspräsident.

V i e h f e u e r e n .

71. H. Ausgebrochen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Angermünde: Schulamtsgut Golzow. Kreis Osthavelland: 7 Gehöfte in Lengke, Gut Pareß und Gut Markau. Kreis Prenzlau: 3 Höfen der Zuckersfabrik in Prenzlau. Kreis Ruppiner: Gehöft des Gemeindevorstehers Hegemann in Werder.

b. Milzbrand. Kreis Westhavelland: eine Kuh des Kossäthen Ahle in Pöwessin. Kreis Teltow: eine Kuh des Gemeindevorstehers Lehmann in Blankenfelde.

c. Influenza. Kreis Prenzlau: Pferdebestand des Bauernhofbesizers W. Heise in Grünow, Abbau.

II. Erlöschten:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Niederbarnim: Kieselgut Rosenthal.

b. Bläschenauschlag. Kreis Ostprignitz: In der Gemeinde Christdorf.

c. Influenza. Kreis Prenzlau: Pferdebestand des Bauernhofbesizers Neumann in Trebenow, Abbau. Potsdam, den 6. April 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

25. An Stelle des Königl. Professors Dr. Oßertag ist der Lehrer an der Königl. Thierärz-

Wien Hochschule Dr. phil. et med. Eberlein zum Vorsitzenden der Prüfungs-Kommission für den Aufschlag im Bereiche der Stadt Berlin ernannt worden. Berlin, den 1. April 1897.

Der Polizei-Präsident.

Genehmigung

für die elektrische Straßenbahn von der Straße „am Kupfergraben“ zu Berlin bis Westend.

28. Der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn-Aktiengesellschaft in Charlottenburg wird auf Grund des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatananschlußbahnen vom 28. Juli 1892 im Einvernehmen mit der Königl. Eisenbahndirektion zu Berlin zur Herstellung und zum Betriebe einer für die Beförderung von Personen bestimmten elektrischen Kleinbahn mit folgender Genehmigung:

Von der Straße am Kupfergraben durch die Dorotheen- und Sommerstraße, die Charlottenburger Chaussee, die Berliner- und Spandauerstraße bis Westend, für die Zeit, während welcher die Unternehmerin das Recht erhalten hat bzw. erhalten wird, die von der Anlage in Anspruch genommenen öffentlichen Straßen und Plätze zu benutzen, unter nachstehenden Bedingungen längstens auf die Dauer von 40 Jahren die Genehmigung erteilt.

1.

Auf der ganzen Strecke ist der Betrieb mit Accumulatortrassen zu betreiben.

Im Uebrigen sind die Bahnanlagen und die Betriebsmittel nach Maßgabe der von der Unternehmerin vorgelegten Pläne und Erläuterungen unter Beachtung der hierbei vorgenommenen Änderungen, sowie der Bestimmungen dieser Genehmigung herzustellen. Von den hiernach getroffenen Festsetzungen darf nach Ausführung des Unternehmens bei Erneuerungen bzw. Ergänzungen der Bahnanlagen und der Betriebsmittel ohne Zustimmung der unterzeichneten Behörde und der Königl. Eisenbahndirektion hier selbst nicht abgewichen werden.

Die Prüfung der Anlagen der Krafterzeugungsstationen darauf, daß die Kraftlieferung für den Betrieb der Bahn in ausreichendem Maße und zweckentsprechend erfolgt, wird bis zur Abnahme des Unternehmens vorbehalten.

2.

Die Unternehmerin ist gehalten, nach Aufforderung der unterzeichneten Behörde hinsichtlich des zur Anwendung gebrachten elektrischen Systems Verbesserungen, welche die Sicherheit des Straßenverkehrs oder Bahnbetriebes wesentlich zu erhöhen im Stande sind, sofern die Verbesserungen sich technisch genügend bewährt haben und die mit ihrer Einführung verbundenen Kosten nicht derart erhebliche sind, daß der Ertrag der Bahn eine angemessene Verzinsung der Anlagekosten nicht mehr ergeben würde, binnen Jahresfrist zur Ausführung zu bringen.

3.

Die Unternehmerin ist verpflichtet, auf Erfordern der unterzeichneten Behörde Unternehmungen, welche gleichfalls öffentlichen Verkehrsinteressen dienen sollen, und auf die theilweise Benutzung der durch die Concessionsurkunde genehmigten Gleisanlagen angewiesen sind, diese theilweise Mitbenutzung gegen vollständige Schadloshaltung zu gestatten.

Hinsichtlich der Höhe der Entschädigung bleibt der Rechtsweg vorbehalten. Derselbe ist ohne Einfluß auf die Erfüllung der genannten Verpflichtung.

4.

Für die Herstellung und Erneuerung oder Ergänzung der Bahnanlagen gelten folgende nähere Bestimmungen:

- a. Die Lage der Schienen hat den genehmigten Plänen bzw. Detailzeichnungen genau zu entsprechen. Detailzeichnungen sind für alle Stellen der Bahn, hinsichtlich deren dies von der unterzeichneten Behörde, der Königl. Eisenbahndirektion oder der Wegepolizeibehörde (örtliche Straßenbau-Polizeiverwaltung) gefordert wird, insbesondere bei Kreuzung der neuen mit bereits bestehenden Gleisen und bei etwa erforderlich werdender Abänderung bestehender Straßenanlagen einzureichen.
- b. Die Rille der Schiene muß eine obere Breite von 30 mm erhalten und darf bei Kurven eine Erweiterung von 5 mm nicht überschreiten.
- c. die Entfernung von der Mitte des Gleises bis zu den Bäumen, Laternen und sonstigen feststehenden über das Straßenniveau höher als 1 m hervorstehenden Gegenständen muß mindestens 150 m betragen.
- d. es wird vorbehalten, die Anlegung von Umfahrgeweißen vorzuschreiben.

5.

Die Wagen müssen haltbar gebaut und derart eingerichtet sein, daß das Ein- und Aussteigen gefahrlos und bequem erfolgen kann.

Die Sitzbreite hat mindestens 49 cm für Person zu betragen.

Die Wagenfenster müssen so beschaffen sein, daß ein die Fahrgäste belästigendes Geräusch der Fenster stets ausgeschlossen bleibt.

Die Wagen erhalten fortlaufende Nummern. Sie müssen versehen sein:

- a. mit einer deutlich in die Augen fallenden Bezeichnung der Fahrtrichtung,
- b. mit Vorrichtungen, welche eine genügende Beleuchtung nach außen und im Innenraum ermöglichen. Wird elektrische Beleuchtung eingeführt, so bleibt es vorbehalten, neben dieser eine Nothbeleuchtung mittels Kerzen oder Fettoellampen anzuordnen.
- c. mit Vorrichtungen, durch welche die Wagenführer dem Publikum, sowie Schaffner und Wagenführer sich unter einander Signal geben können,
- d. einer Ausschalt- und einer von derselben unabhängigen Bremsvorrichtung. Die letztere muß vom

Wagenführerplage leicht zu handhaben und so beschaffen sein, daß bei einer Fahrgeschwindigkeit von 10 km in der Stunde die vollständige Wirkung auf 8 m eintritt,

- e. mit Vorrichtungen, durch welche ihre Beheizung in kalten Tagen bewirkt wird,
- f. es bleibt vorbehalten, eine Einrichtung zu fordern, welche es verhindert, daß die Wagen während des Betriebes auf der linken Seite der Fahrtrichtung bestiegen oder verlassen werden können.

Nähere Anordnungen über die Beschaffenheit dieser Vorrichtungen, sowie weitere Bestimmungen über Einrichtungen, die im Interesse der Betriebssicherheit, Gesundheit und Bequemlichkeit der Fahrgäste gefordert werden müssen, bleiben vorbehalten.

Zum Schutze der in der Dorotheenstraße befindlichen wissenschaftlichen Institute ist die Unternehmerin verpflichtet, die magnetische Störung, den die Wagen treibenden Elektromotoren soweit herabzumindern, daß aus ihr kein Schaden für die Institute erwächst.

Die Erfüllung dieser Verpflichtung ist von der Inbetriebsetzung der Bahn durch einige Probefahrten nachzuweisen.

Haltestellen oder Umfahrungrampen dürfen in der Nähe der beteiligten Institute nicht errichtet werden.

Bestimmungen im Interesse der Landesverteidigung bleiben vorbehalten.

Hinsichtlich der Einräumung des Rechts zur Benutzung der in Anspruch genommenen öffentlichen Wege und Plätze gelten die hierüber mit den wegeunterhaltungs-pflichtigen Gemeinden Berlin und Charlottenburg vereinbarten Bestimmungen, und zwar der Vertrag mit der Stadtgemeinde Berlin vom 7. Mai 1881 in Verbindung mit der Zustimmungserklärung zur Einführung des elektrischen Betriebes vom 1. Februar 1895, sowie der Vertrag mit der Stadtgemeinde Charlottenburg vom 18. Mai/5. Juni 1883, welchen die Unternehmerin mit der Maßgabe nachzukommen hat, daß Bedingungen, die mit den Gesetzen und mit den Vorschriften dieser Genehmigung in Widerspruch stehen, keine Gültigkeit haben.

Falls während der Zeitdauer, die Genehmigung von der Unternehmerin der Betrieb der Bahn aufgegeben wird, ohne daß ein neuer Concessionar an ihre Stelle tritt, ist die Unternehmerin verpflichtet, unter Beilegung aller in den Straßen befindlichen Anlagen, die Straßen durch entsprechende Pflasterungen bezw. sonstige Arbeiten nach Anweisung der Wegpolizeibehörde wieder in ordnungsmäßigen Zustand zu bringen.

Bei Ausführung des Baues und etwaiger späterer Reparaturen hat die Unternehmerin dafür zu sorgen, daß die Benutzung der öffentlichen Wege durch die Bauarbeiten nicht mehr als unvermeidlich verhindert oder erschwert wird. Beschädigungen der in oder an dem

Straßenkörper befindlichen Anlagen sind zu vermeiden. Den von der Wegpolizeibehörde dieserhalb getroffenen Anordnungen ist Folge zu leisten.

Die Unternehmerin ist gehalten, die Bahn für die Dauer der Genehmigung ordnungsmäßig zu betreiben. Zu diesem Behufe sind die Bahnanlagen und Betriebsmittel fortgesetzt, dem jeweiligen Verkehrsbedürfnis entsprechend, zu unterhalten.

- Inbesondere ist die Unternehmerin verpflichtet:
 - a. die Bahn von allen, den sicheren und regelmäßigen Gang der einzelnen Züge hindernden Gegenständen frei zu halten,
 - b. für ausreichende Reinhaltung der Zugänge an den Haltestellen zu sorgen und dieselben auf Erfordern zu beleuchten,
 - c. die Bahn und die Betriebsmittel derart in Stand zu halten, daß ein die Anwohnenden störendes Betriebsgeräusch vermieden wird,
 - d. die Wagen und ihre Ausrüstungssätze stets in reinlichem und gebrauchsfähigem Zustande zu halten, auch die Zahl der vorhandenen Plätze unter Berücksichtigung der No 5 Abs. 2 dieser Genehmigung, sowie der betreffe der Sitzplätze von den Aufsichtsbehörden erteilten Weisungen deutlich ersichtlich zu machen.

Jeder Wagen ist behufs Feststellung, ob Bauart, Einrichtung, sowie Zahl und Verteilung der Plätze den Vorschriften entsprechen, vor Inbetriebnahme der Prüfung durch einen Seitens der unterzeichneten Behörde zu bestimmenden Beamten zu unterwerfen, welcher derselben vom Zeichen der Betriebssicherheit mit einem polizeilichen Stempel versehen.

Im Uebrigen hat die Prüfung der Einrichtung und Betriebssicherheit der Bahn und der Betriebsmittel ausschließlich auf Verlangen unter Aufsicht der unterzeichneten Behörde bezw. der Eisenbahndirektion Berlin stattzufinden. Von beiden Behörden bleibt vorbehalten, außerordentliche Prüfungen vorzunehmen.

Ueber Verwendung stromloser Anhängewagen behält sich die unterzeichnete Behörde die Bestimmung vor.

Bei ihrer Verwendung muß jeder Wagen von einem Schaffner begleitet und bei Verwendung mehrerer Anhängewagen mindestens jederzweite mit einem Bremser besetzt werden.

Die Errichtung von Haltestellen darf nur mit Genehmigung der unterzeichneten Behörde erfolgen; die Anordnung einer Weichung derselben bleibt vorbehalten. Ebenso bleibt es vorbehalten, zu fordern, daß die Unternehmerin dem Publikum an den Haltestellen bequeme Wartezimmer bereit.

Die Unternehmerin ist verpflichtet, auf Erfordern zur Sicherung des ordnungsmäßigen Betriebes bezw. zur Sicherung des durch ihren eigenen Betrieb herbeiführenden

bezw. erschweren allgemeinen Verkehrs an näher zu bestimmenden Punkten der Bahnlinie Wärfen oder Posten aufzustellen.

16.

Die Geschwindigkeit der Fahrten darf 25 Kilometer in der Stunde an keiner Stelle übersteigen und ist in den Krümmungen der Bahn, an verkehrreichen und unübersichtlichen Stellen, sowie überall da, wo Fahrhindernisse plötzlich eintreten können oder wo dies von der Aufsichtsbehörde für erforderlich erachtet wird, auf zehn Kilometer in der Stunde bezw. auf das von der Aufsichtsbehörde für zulässig erachtete Maß zu verringern.

Während der Fahrt müssen zwei aufeinanderfolgende Motormagen bei einer Geschwindigkeit bis zu 10 Kilometer in der Stunde einen Abstand von mindestens 15 Meter, bei einer höheren Geschwindigkeit einen entsprechend größeren Abstand innehalten, der bei 25 Kilometer in der Stunde mindestens 50 Meter zu betragen hat.

17.

Unter Verschärfung der Vorschriften zu 16 wird die Einrichtung des Fahrplanes für die ersten drei Betriebsjahre der Unternehmung überlassen. Nach Ablauf der drei ersten Betriebsjahre steht der Aufsichtsbehörde das Recht zu, die Fahrpläne festzustellen.

Jeder Fahrplan ist der Aufsichtsbehörde und der zuständigen Eisenbahnbehörde rechtzeitig einzureichen.

18.

Die Festsetzung der Beförderungspreise steht der Unternehmung frei, Jahre hindurch — vom Tage der Betriebsveröffnung an gerechnet — frei.

Von jeder Festsetzung und jeder Aenderung der Beförderungspreise, sowie von den allgemeinen Anordnungen hinsichtlich der Beförderungsbedingungen ist der Aufsichtsbehörde Anzeige zu erstatten.

Von dem sechsten Betriebsjahre ab hat die Aufsichtsbehörde das Recht der Genehmigung der Beförderungspreise nach Maßgabe der Bestimmungen des § 14 Absatz 3 Gesetz vom 28. Juli 1892.

19.

Die Fahrpläne und die Tarife sind in den Wagen, sowie in einem zu errichtenden Wartehallen auszuhängen. Außerdem sind sie mindestens drei Tage, Erhöhungen der Beförderungspreise aber 14 Tage vor ihrer Einführung durch die Zeitungen, welche für die amtlichen Bekanntmachungen in den Stadtkreisen Berlin und Charlottenburg bestimmt sind, zu veröffentlichen.

20.

Wegen der Mäßigung von Unfällen und Betriebsstörungen ist zu verfahren, wie folgt:

a. Der Staatsanwaltschaft sowie der Ortspolizeibehörde ist bei allen im Betriebe der elektrischen Straßenbahn vorkommenden Unfällen, bei welchen Menschen getötet oder verletzt sind, oder bei denen die im Strafgesetzbuch (§§ 315 und 316) bedrohte Gefährdung eines Eisenbahntransports durch Verschulden einer Person in Frage kommt, sogleich nach dem Bekanntwerden von der Unternehmung Anzeige zu machen.

Nur bei leichten Verletzungen einer Person in Folge eigener Unvorsichtigkeit oder Ungeschicklichkeit, sowie bei nicht unmittelbar mit dem Betriebe zusammenhängenden Verletzungen, sofern dabei eine nach § 232 des Strafgesetzbuchs auch ohne Antrag des Verletzten strafbare Handlung oder Unterlassung eines Dritten nicht anzunehmen ist, kann von der Anzeige an den Staatsanwalt und die Polizeibehörde abgesehen werden.

b. Der Genehmigungsbehörde sowie der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde sind die einem Zuge zugefügten Unfälle, bei denen eine Tötung oder schwere Verletzung von Personen oder eine erhebliche Beschädigung von Fahrzeugen stattgefunden hat, sowie solche erhebliche Betriebsstörungen, welche durch Schäden an den Betriebsmitteln oder Bahnanlagen verursacht sind und die eine mindestens 1 Stunde währende Unterbrechung des Betriebes zu Folge hatten, ebenfalls sogleich nach dem Bekanntwerden mittelst ausführlichen Bericht, in welchem folgende Punkte zu erörtern sind:

- 1) Ort, Zeit und Hergang des Ereignisses,
- 2) Witterungsverhältnisse, sofern sie auf das Ereignis von Einfluß gewesen sind,
- 3) Verunglückung von Personen (auch Name, Stand, Wohnort),
- 4) Beschädigung von Betriebsmitteln,
- 5) Schuldfrage, thatsächlich festgestellte oder mutmaßliche Ursache des Unfalls, Dienstbauer schuldiger Beamten, Dienstzeit derselben an dem fraglichen Tage, Anordnung bezüglich der schuldigen Beamten,
- 6) Anzeige beim Staatsanwalt,
- 7) Maßnahmen, welche zur Beseitigung der Betriebsstörungen getroffen oder zur Verhütung ähnlicher Vorkommnisse in Aussicht genommen sind, zu melden.

Dagegen sind

c. kleinere Betriebsstörungen und solche Unfälle, bei denen keine erhebliche Verletzung von Personen und nur geringe Beschädigungen an den Fahrzeugen vorgekommen sind, nur allmonatlich in einer schematischen Uebersicht der Genehmigungsbehörde sowie der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde einzureichen.

21.

Die mit der Leitung der Bau- und Betriebsverwaltung betrauten Personen (Vorstand) sind der unterzeichneten Behörde sowie der Königl. Eisenbahn-Direktion namhaft zu machen. Ebenso ist von einer eintretenden Aenderung Mitteilung zu machen.

22.

Alle im äußeren Betriebsdienste beschäftigten Bediensteten (Wagenführer, Schaffner, Controleure, Expedienten, etc.) müssen diejenige körperliche und geistige Fähigkeit und diejenige Zuverlässigkeit besitzen, welche ihre Berufspflicht erfordert.

Ueber die gesamten Umstände, welche für die

dienstliche Befähigung und Zuverlässigkeit dieser Personen von Erheblichkeit sind, ist auf Verlangen der unterzeichneten Behörde und der Eisenbahndirektion Auskunft zu geben. Dasselbe gilt hinsichtlich der gesamten dienstlichen Verhältnisse, insbesondere der Beschäftigungszeit der bezeichneten Angestellten.

Diesetigen Bediensteten, welche sich als unzuverlässig für die ihnen obliegende Thätigkeit erwiesen haben, sind auf Erfordern der unterzeichneten Behörde oder der Eisenbahndirektion zu entlassen.

23.

Die Thätigkeit der zu 22 bezeichneten Angestellten ist durch eine Betriebsordnung zu regeln, welche der unterzeichneten Behörde und der Königl. Eisenbahndirektion zur Genehmigung vorzulegen ist.

24.

Jeder Motorwagen muß von einem Wagenführer und einem Schaffner begleitet sein. Der Fortfall des letzteren bedarf der besonderen Erlaubnis der Aufsichts-Behörden.

25.

Zu Wagenführern dürfen nur solche Personen angenommen werden, die mindestens 21 Jahre alt, sowie mit den Einrichtungen der elektrischen Bahn vertraut sind und dies durch eine Prüfung und durch Probefahrten nachgewiesen haben. Es wird vorbehalten, nach dieser Richtung bestimmierte Vorschriften zu erlassen. Ebenso wird vorbehalten, ein Maximum der täglichen Beschäftigungszeit der Wagenführer zu bestimmen.

26.

Die Wagenführer und Schaffner müssen bei ihrer Dienstaussübung Dienstkleidung und an der vorderen Seite der Kopfbedeckung eine die Identifizierung seiner Person ermöglichende Nummer tragen.

Eine genaue Beschreibung der Dienstbekleidung sowie jede an derselben etwa vorzunehmende generelle Aenderung ist der unterzeichneten Behörde zur Genehmigung vorzulegen.

Es wird vorbehalten, die Beschäftigung der Wagenführer und Schaffner an eine besondere Erlaubnis (Fahrkarte) zu knüpfen.

27.

Ueber das Unternehmen sind besondere, kaufmännisch geordnete Bücher zu führen, aus welchen das auf die Herstellung und Ausrüstung der Bahn verwendete Kapital, die Bruttoeinnahme und der jährliche Reinertrag des Unternehmens mit Sicherheit ersehen werden können.

Der Aufsichtsbehörde ist auf ihr Erfordern der Rechnungsabluß jährlich einzureichen, welcher von einem vereideten Bücherrevisor auf seine Richtigkeit zu bescheinigen ist.

28.

Bei Nichtinnehaltung der Konzessionsbedingungen haben erforderlichenfalls die in dem Gesetze über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 vorgesehenen Zwangsmittel Anwendung.

Sollte der ordnungsgemäße Betrieb ohne genügenden

Grund unterbrochen oder eingestellt werden, so wird die Verhängung einer Konventionalstrafe von 3000 Mark mit der Maßgabe vorbehalten, daß die Entscheidung darüber, ob und bis zu welchem Betrage dieselbe als verfallen anzusehen ist, dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten unter Ausschluß des Rechtsweges zusteht.

29.

Zur Sicherstellung der in dieser Urkunde bezeichneten Pflichten, insbesondere der Verpflichtung zum ordnungsgemäßen Betriebe hat die Unternehmerin bei der Polizei-Hauptkasse den Betrag von 30.000 M. Kaar oder in Schuldverschreibungen, in welchen nach den bestehenden Gesetzen die Anlegung des Vermögens von Mündeln zulässig ist, unter Verrechnung derselben nach dem Kurswerthe nebst den noch nicht fälligen Zinscheinen und den Talons zu hinterlegen.

Die in baar niederlegte Summe wird nicht verzinst.

Die Ueberwachung der Auslösung der hintergelegten Schuldverschreibungen ist Sache der Unternehmerin.

Die Kaution ist durch eine gerichtlich oder notariell beglaubigte Urkunde derart zum Pfande zu stellen, daß der Aufsichtsbehörde die Befugnis zusteht, durch Verwendung derselben bezw. durch Veräußerung der verpfändeten Schuldverschreibungen zum jeweiligen Kurswerthe etwa verfallene Strafbeträge einzuziehen.

Die hinterlegte Summe muß, sobald sie in Anspruch genommen worden ist, unverzüglich auf den vorgeschriebenen Betrag ergänzt werden.

Der Unternehmerin wird anbehangen, eine für eine andere elektrische Kleinbahnlinie bei der Polizei-Hauptkasse in gleichem Betrage hinterlegte Kaution auch für die in dieser Urkunde bezeichnete Linie zum Pfande zu stellen.

Berlin, den 27. März 1897.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung Friedheim.

Bekanntmachungen der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

16. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Königl. Major und 1. Artillerie-Offizier vom Platz Springer in Königsberg i. Pr., Brangelstraße 31 wohnhaft, die Schuldverschreibung der Konsoolidirten 4 %igen Staatsanleihe von 1884

Lit. H. N^o 97174 über 150 M.

angeblich in Berlin abhanden gekommen ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Herrn Major Springer anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 31. März 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Bekanntmachung.

4. Der Bundesrath hat in der Sitzung vom 25. v. Mts. — § 148 der Protokolle — den nachstehenden Beschluß gefaßt:

In Ergänzung der durch den Bundesraths-Beschluß vom 18. November 1892 genehmigten Vorschriften für die steuerfreie Verwendung von un-denaturirtem Branntwein zu Heil-, wissenschaftlichen und gewerblichen Zwecken und der durch den Bundesrathsbeschluß vom 27. Juni 1895 erlassenen weiteren Bestimmungen zur Ausführung des Branntweinsteuergesetzes vom 24. Juni 1887 wird Folgendes bestimmt:

- 1) Zur Herstellung der in der Anlage I. aufgeführten Zubereitungen darf un-denaturirter Branntwein steuerfrei nicht verabsolgt werden.
- 2) Zur Herstellung der in der Anlage II. aufgeführten Zubereitungen darf un-denaturirter Branntwein nur insoweit steuerfrei verabsolgt werden, als die Verwendung der Zubereitungen

im Apothekenbetrieb erfolgt. Für die außerhalb des eigentlichen Apothekenbetriebs erfolgende Herstellung der bezeichneten Zubereitungen ist die Gewährung der Steuerfreiheit des Branntweins besonders nachzusuchen. Die Genehmigung des Gesuchs erfolgt widerruflich durch die Direktionsbehörde, nachdem sich der Gesuchsteller denjenigen Bedingungen unterworfen hat, welche von der Steuerbehörde für erforderlich erachtet werden, um eine Verwendung der Zubereitungen außerhalb des Apothekenbetriebs zu verhindern.

- 3) Bei der Ausfuhr der in der Anlage I. genannten Tinkturen wird Vergütung der Branntweinsteuer (der Majischottisch- oder Materialsteuer, der Verbrauchsabgabe und der Brennsteuer) nach Maßgabe des § 12 der oben bezeichneten weiteren Bestimmungen zur Ausführung des Branntweinsteuergesetzes gewährt.

Vorstehender Bundesrathsbeschluß nebst Anlagen wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.
Berlin, den 27. März 1897.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Anlage I.

Zubereitungen, zu deren Herstellung un-denaturirter Branntwein steuerfrei nicht verwendet werden darf.

A.

| | |
|---|---------------------------|
| Essentia Anisi | Aniseßenz. |
| Essentia Menthae piperitae | Pfefferminzeßenz. |
| Spiritus anisatus | Anisospiritus. |
| Spiritus crinalis | Haarspirit. |
| Tinctura Alcannae acida | Saure Alkannatinktur. |
| Tinctura Amomi (Pimenti) | Pimenttinktur. |
| Tinctura Ambrae | Ambratinktur. |
| Tinctura Ambrae cum Moscho | Ambratinktur mit Moschus. |
| Tinctura Asperulae | Baldmeistertinktur. |
| Tinctura Cocci (Coccionellae) | Cochenilletinktur. |
| Tinctura Curcumae | Kurkumatinktur. |
| Tinctura Fabarum Tonco | Lonfabohnentinktur. |
| Tinctura Jvae (moschata) | Jvatinktur. |
| Tinctura Iridis | Bellidenwurzeltinktur. |
| Tinctura Piperis | Pfeffertinktur. |
| Tinctura Quillaiiae | Quillayatinktur. |
| Tinctura Sacchari tosti | Gebrannte Zuckertinktur. |

B.

Außerdem: sämmtliche zusammengesetzten Aether (Ester).

Anlage II.

Zubereitungen, welche zu Heilzwecken aus un-denaturirtem Branntwein steuerfrei nur für die Verwendung in Apotheken hergestellt werden dürfen.

| | |
|---|---|
| * Acetum aromaticum | Aromatischer Essig. |
| * Extractum Calami | Kalmusextrakt. |
| Extractum Ratanhiae spirituosum | Weingeistiges Ratanhiaextrakt. |
| * Mixture oleo-balsamica | Hoffmannscher Lebensbalsam. |
| Solutio Acidi salicylici | Salicylsäurelösung. |
| Spiritus Ammoniae aromaticus (London) | Aromatischer (englischer) Ammoniakspiritus. |
| Spiritus Angelicae | Angelikaspirtus. |
| * Spiritus Lavandulae | Lavendelspirit. |

| | |
|----------------------------------|-----------------------------------|
| Spiritus Rosmarini | Rosmarinspiritus. |
| * Spiritus saponatus | Seifenspiritus. |
| Spiritus Serpylli | Duendelspiritus. |
| Tinctura balsamitolutani | Tolubalsamtinktur. |
| * Tinctura Benzoës | Benzoëstinktur. |
| Tinctura Benzoës composita | Zusammengesetzte Benzoëstinktur. |
| * Tinctura Catechu | Katechutinktur. |
| Tinctura Guajaci ligni | Guajacholztinktur. |
| Tinctura Kino | Kinotinktur. |
| Tinctura Lavandulae simplex | Einfache Lavendeltinktur. |
| Tinctura Lavandulae composita | Zusammengesetzte Lavendeltinktur. |
| * Tinctura Moschi | Moschustinktur. |
| * Tinctura Myrrhae | Myrrhentinktur. |
| Tinctura Pyrethri | Pyrethrumtinktur. |
| Tinctura Quassiae | Quassiatinktur. |
| * Tinctura Ratanhiae saccharatae | Zuckerhaltige Ratanhiatinktur. |
| Tinctura Sassafras | Sassafrastinktur. |
| Tinctura Sumbuli | Sumbulwurzelstinktur. |

Die mit * bezeichneten Zubereitungen sind in das Arzneibuch für das Deutsche Reich aufgenommen.

Bekanntmachungen des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

1. Auf Grund des § 20 des revidirten Reglements der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß von dem Brandenburgischen Provinzial-Landtage in der Sitzung vom 24. Februar d. J. der Bürgermeister

Lange zu Rathenow zum Mitgliede und der Maurermeister Schulze zu Cottbus, Stadtrat Rierstädtler zu Landeberg a. W. sowie Stadtrat Tournow zu Neu-Ruppin zu stellvertretenden Mitgliedern des Directoratsraths der Societät gewählt worden sind.

Berlin, den 2. April 1897.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg
Freiherr von Manteuffel.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

12.

Nachweisung

der vom Kreisausschuß des Kreises Ruppin auf Grund des § 2 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 genehmigten Veränderungen an Gemeinde- und Ortsbezirksgrenzen.

| Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke. | jetztigen Gemeinde- bezw. Ortsbezirke. | künftigen Gemeinde- bezw. Ortsbezirke. |
|---|--|--|
| 1) Die dem Rittergutsgefiger und Hauptmann am Generalstabe des III. Armeecorps, Ernst Valthasar von Zieten gehörigen Grundstücke: | | |
| a. der in der Gebäudesteuerrolle der Gemeinde Wildberg Nr 158 verzeichneten, Zietenstraße Nr 10 belegenen Büdnerställe, bestehend aus Wohnhaus mit Hofraum, Hausgarten und Stall, | | |
| b. des in der Gebäudesteuerrolle der Gemeinde Wildberg Nr 95 verzeichneten, Zietenstraße Nr 11. belegenen Tagelöhnerhauses, bestehend aus Wohnhaus mit Hofraum und Stall, | | |
| c. der unter Artikel Nr 69 der Grundsteuermutterrolle der Gemeinde Wildberg eingetragenen Grundstücke: | | |
| 1) des Kartenblatt 1 Parcellen Nr 131 im Grundbuche von Wildberg Band III. Blatt Nr 116 verzeichneten Gartengrundstücks von 86 ar 10 qm Größe, | | |
| 2) des Kartenblatt 1 Parcellen Nr 132 im Grundbuche von Wildberg Band III. Blatt Nr 116 verzeichneten Gartengrundstücks von 52 ar 40 qm Größe. | | |
| 2) Die dem Rittergutsbesitzer Adolf Heise zu Wildberg gehörigen unter Artikel 1 der Grundsteuermutterrolle des Ortsbezirks Wildberg III. Theils, Kartenblatt 3 Parcellen Nr 23/2, 3, 4, 5, 6, 11, 12, 13, 14, 15, 17, 18 und Kartenblatt 1 Parcellen Nr 146 und 175/148 im Grundbuche der Rittergüter Band IV. Blatt Nr 34 verzeichneten Grundstücke, bestehend aus Acker und Wiesen mit einem Gesamtflächeninhalt von 51 ha 56 ar 78 qm. | | |
| Neu-Ruppin, den 19. März 1897. | | |

Gemeindebezirk Wildberg I. und II.

Gemeindebezirk Wildberg III.

Der Kreis-Ausschuß.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Dr. Gerbed, Dästerhoff, Dr. Simons, Hartwig, Dr. Richard Schmidt, Max Schulze, von Schulgenborst, Dr. Lemmings. Aus dem Justizdienst geschieden sind die Assessoren Pochhammer in Folge seiner Uebernahme in die Verwaltung der indirekten Steuern, Dr. Duse in Folge seiner Uebernahme in die kirchliche Verwaltung, Grauert in Folge seiner Ernennung zum Auditeur. In den Bezirk des Oberlandesgerichts zu Kiel ist verlegt Dr. Noeder.

III. Staatsanwaltschaft.

Verstorben ist der Staatsanwalt Freiherr von der Rede, v. der Horst, beim Landgericht I. in Berlin. Zum Staatsanwalt ist ernannt der Bürgermeister Deutschner, bei dem Amtsgericht in Dranienburg; zu Amtsanwaltschaftsvertretern sind ernannt der Stadtsekretär Lehmann bei dem Amtsgericht in Schwiebus, der Sparkassenkontrollleur Giese bei dem Amtsgericht in Penzance.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte der Rechtsanwalt Dr. Noeder aus Göttingen, die Gerichtsassessoren Dr. Ernst Schlesinger, Groner, Dr. Riese, Walter und Pregel, beim Landgericht I. in Berlin, der Gerichtsassessor Hennig beim Amtsgericht in Tempelin, der Rechtsanwalt Marggraff vom Landgericht I. in Berlin beim Landgericht II. daselbst. Zum Notar ist ernannt der Rechtsanwalt Teuscher in Treuenbriegen.

V. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtskandidaten Heidfeld, Julius Meyer, Lademann, Jablonski, Lieblich, Laue, Pfeiffer, Giese, Friedemann, Böttner, Tappe, Liebrecht. Uebernommen sind von Kries aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts in Marienwerder, Freiherr von Fürstenberg aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts in Köln, Lochte aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts in Naumburg a./S. Entlassen sind Robert Kelp zwecks Uebertritts in den Bezirk des Oberlandesgerichts in Naumburg a./S., Freiherr von Patow und Erich

Regenborn, behufs Uebertritts in den Verwaltungsdienst, Walter Köppler zwecks Uebertritts in den Dienst des Auswärtigen Amtes.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt sind zu Gerichtsschreibern der Gerichtsschreibergehilfe Bräufke in Calau bei dem Amtsgericht in Friedeberg N./M., Die Altkanzler: Schwert beim Amtsgericht in Forst N./M., Kroschke beim Amtsgericht in Senftenberg; zu Kanzlisten die Kanzleiidiatäre Christian Dittmann, Gustav Zimmer und Rudolf Zimmer bei dem Amtsgericht I. in Berlin, Hanses bei dem Landgericht in Potsdam; zum Bureau-Assistenten bei dem Strafgefängnis in Plöensee der Inspektionsgehilfe Emil Schulze in Gommern. Verlegt sind der Gerichtsschreiber Windler in Priwall, an das Amtsgericht I. in Berlin, die Gerichtsschreibergehilfen: Sasse vom Amtsgericht I. in Berlin an das Amtsgericht in Beeskow, Pasger in Beeskow an das Amtsgericht I. in Berlin, die Kanzlisten Griesbach in Büffelhorst an das Landgericht in Cottbus, Hensel von der Staatsanwaltschaft in Cottbus an die Staatsanwaltschaft I. in Berlin, Better vom Landgericht in Cottbus an die Staatsanwaltschaft daselbst. Pensionirt sind der Kanzlist Kanzleisekretär Wagner beim Landgericht I. in Berlin, die Gerichtsvollzieher Seiffert, Dübner und Oensch beim Amtsgericht I. in Berlin und Friedrich in Günterwalde. Verstorben ist der Gerichtsvollzieher Niebe beim Amtsgericht I. in Berlin.

Vermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Wahrnehmung der nach § 78 Absatz 3 des Reichsgesetzes, betreffend die Gewerbegerichte, vom 29. Juli 1890 dem Gemeindevorsteher obliegenden Geschäfte mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten dem Herrn Stadtrath Hubner hier auf ein ferneres Jahr, und zwar für die Zeit vom 1. April d. J. bis 31. März 1898 übertragen worden ist.

Berlin, den 28. März 1897.

Der Ober-Bürgermeister.

Gez. Zeller.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Name und Stand | Alter und Geburtsort | Ort der Verurteilung | Verurteilung | Verurteilung | Verurteilung |
|--|---|----------------------|--------------|--------------|--------------|
| 1. Franz Karl Dieze, Bäcker u. Diensthofbesitzer | geboren am 31. März 1878 in Wittenberg, Kreis Leitzmeritz, Böhmen, wiss. angehört | Verurteilung | Verurteilung | Verurteilung | Verurteilung |
| 2. Alois Krattke, Spühermeister | geboren am 6. Juni 1869 in Kremsdau, Desterreich-Schlesien, | Verurteilung | Verurteilung | Verurteilung | Verurteilung |

Auf Grund des § 2 des Strafgesetzes:

| | |
|---------------------------------|-----------------|
| Königlich Preussische Regierung | 10. Januar 1897 |
| Königlich Preussische Regierung | 2. Februar 1897 |
| Königlich Preussische Regierung | 11. März 1897 |

| Nr. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-----|--|--|--|---|--|
| | | | | | |
| 3 | Josef Hein,
Tuchmacher, | geboren am 22. Februar
1841 zu Jägerndorf,
Bez. gleichen Namens,
Österreichisch-Schle-
sien, ortsbahngörig,
ebendasselbst, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 5. Januar
1897. |
| 4 | Franz Jädel, Drucker, | geboren am 18. März
1861 zu Heinersdorf,
Bezirk Friedland,
Böhmen, österreichischer
Staatsangehöriger, | desgleichen, | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Bautzen, | 11. Dezember
1896. |
| 5 | Karl (Charles) Friedrich
Bernhard Lacassy,
Handlungsgehilfe, | geboren am 8. Juni
1864 zu Paris, fran-
zösischer Staatsange-
höriger, | Landstreichen und Betteln, | Großherzoglich badi-
scher Landeskommissar
zu Freiburg, | 1. Februar
1897. |
| 6 | Maria Raschbichler,
unverehelichte Dienst-
magd, | geboren am 2. Januar
1871 zu Innsbruck,
Tirol, ortsbahngörig zu
Wils, Bezirk Inns-
bruck ebendasselbst, | gewerbmäßige Unzucht, | Königlich bayerische
Polizei-Direktion
München, | 15. Januar
1897. |
| 7 | Josef Schrut,
Weber, | geboren am 20. März
1845 zu Dualisch,
Bezirk Trautenau,
Böhmen, | Landstreichen und Betteln, | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Dresden, | 7. Januar
1897. |
| 8 | Bengel Lörby, Altko-
mmergeschäfte, | geboren am 25. März
1855 zu Eur, Bezirk
Gitschin, Böhmen,
ortsbahngörig ebenda-
selbst, | Betteln, | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Bautzen, | 5. Januar
1897. |
| 9 | Georg Thömantor,
Schmied, | geboren am 14. Juni
1871 zu Niedergrund,
Österreichisch-Schle-
sien, österreichischer
Staatsangehöriger, | desgleichen, | Großherzoglich sächsi-
scher Bezirksdirektor
zu Apolda, | 26. Januar
1897. |
| 10 | Franz Bodrázka,
Eisenbahnarbeiter, | geboren am 15. Februar
1854 zu Genomas,
Bez. Mähren, Böhmen, | desgleichen, | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Zwickau, | 8. Januar
1897. |
| 11 | Franz Biedermann,
Fleischergeselle, | geboren am 9. März
1853 zu Jägerndorf,
Bez. Jägerndorf, Öster-
reichisch-Schlesien, ortsbahngörig zu Nieder-
Paulowitz, ebendasselbst, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 14. Januar
1897. |
| 12 | Martin Giebels,
Maurer, | geboren am 27. März
1850 zu Ofterhout,
Niederlande, | desgleichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Arnberg, | 4. Februar
1897. |
| 13 | Friedolin (Joseph) Hor-
vath (alias Höbel,
alias Szarközy),
Tagelöhner, | geboren im Jahre 1873
oder 1874, ortsbahngörig zu Grafenscha-
phen (Aroszállás), Be-
zirk Oberwarth (Kesse-
Der), Ungarn, | Landstreichen, Betteln und
Angabe eines falschen
Namens, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Traun-
stein, | 15. Dezember
1896. |

| Nr.
Satz. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
der
Ausweisung.
Beschlusses. |
|--------------|--------------------------------------|---|-----------------------------|--|---|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 14 | Nathias Marxhof,
Dresdener, | geboren am 15. Februar
1849 zu Blizanow,
Bezirk Klattau, Böh-
men, ortsangehörig
ebendasselbst, | Landstreichen, | Königlich bayerische
Polizei-Direktion
München, | 29. Januar
1897. |
| 15 | Anton Peikert,
Arbeiter, | 24 Jahre alt, geboren
zu Reichenberg, Böh-
men, ortsangehörig
ebendasselbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 8. Februar
1897. |
| 16 | Anton Zeuner,
Schuhmachergeselle, | geboren am 6. April
1864 zu Polom, Be-
zirk Neustadt a. d.
Mettau, Böhmen, öster-
reichischer Staatsange-
höriger, | Betteln, | derselbe, | 26. Januar
1897. |

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse. Regulativ.

betreffend den Schutz der Laichschonreviere im Kreise Ruppın.
2. Auf Grund des § 31 des Fischereigesetzes vom
30. Mai 1874 (Gesetz-Sammlung Seite 197) wird für
die in den Bekanntmachungen des Königl. Re-
gierungspräsidenten zu Potsdam vom 13. Februar 1888
(Amtsblatt Seite 57) und vom 25. Juni 1888 (Amts-
blatt Seite 255) zu Laichschonrevieren erklärten Wasser-
strecken des Kreises Ruppın für die Dauer der Frühjahrs-
schonzeit (10. April bis 9. Juni einschließlich) das nach-
stehende Regulativ erlassen:

§ 1. In den Laichschonrevieren ist die Räumung,
das Wähen von Schilf, Rohr, Gras und Vinsen, die
Ausführung von Sand, Steinen, Schlamm und ähn-
lichen Gegenständen, sowie jede anderweitige die Fort-
pflanzung der Fische gefährdende Störung, insbesondere
der Verkehr mit Dampfmaschinen, Motorbooten, Segel- und
Ruderbooten, Rähnen und sonstigen Fahrzeugen jeder
Art, verboten.

§ 2. Jedoch ist in dem in der nördlichen Spitze des
Ruppiner Sees (begrenzt durch die Stadtlage von
Alt-Ruppın und die Insel Roggenwerder einerseits,
andererseits durch eine Linie, welche durch den auf der

Offener belegenen Ralkofen und die Insel Roggenwerder
geht) gelegenen Laichschonreviere der Verkehr mit
Dampfmaschinen, Motorbooten, Segel- und Ruderbooten,
Rähnen und sonstigen Fahrzeugen jeder Art außerhalb
der Geleise gestattet.

§ 3. Es ist verboten, Enten und Gänse auf die
Laichschonreviere zu setzen oder auslaufen zu lassen.

§ 4. In einer von der Grenze des Laichschonreviere
gemessenen Entfernung von 30 m und darunter dürfen
Dampfer und Motorboote mit einer größeren Schnellig-
keit als 4 km in der Stunde nicht fahren.

§ 5. Weitere Maßnahmen von den vorgenannten
Beschränkungen kann in besonderen Fällen der Regierungs-
präsident zulassen.

§ 6. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden
Bestimmungen werden gemäß § 50 Nr. 5 des Fischerei-
gesetzes mit Geldstrafe bis 150 Mark oder mit Haft
bestraft.

§ 7. Das Regulativ vom 15. April 1886 (Amts-
blatt S. 179), betreffend den Schutz der Laichschonreviere
im Kreise Ruppın, tritt außer Kraft.

Potsdam, den 25. März 1897.

Der Bezirksausschuss.

Dr. H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

Hierzu Fünf Essentielle Anzeigen.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.)

Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigiert von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. G. H. H. H.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 16.

Den 16. April

1897.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 12.) **Nr. 2367.** Gesetz, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für das Etatsjahr 1897/98. Vom 31. März 1897.

Nr. 2368. Gesetz, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichs, der Marine und der Reichseisenbahnen. Vom 31. März 1897.

Nr. 2369. Gesetz, betreffend die Feststellung des Haushalts-Etats für die Schutzgebiete auf das Etatsjahr 1897/98. Vom 31. März 1897.

(Stück 13.) **Nr. 2370.** Gesetz wegen Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen zur Schuldentilgung. Vom 24. März 1897.

Nr. 2371. Bekanntmachung, betreffend Ausführungsbestimmungen zur Gewerbeordnung. Vom 25. März 1897.

(Stück 14.) **Nr. 2372.** Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung. Vom 24. März 1897.

Nr. 2373. Einführungsgesetz zu dem Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung. Vom 24. März 1897.

(Stück 15.) **Nr. 2374.** Grundbuchordnung. Vom 24. März 1897.

(Stück 16.) **Nr. 2375.** Gesetz wegen Abänderung des Gesetzes, betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnens, und der Zivilprozeßordnung. Vom 29. März 1897.

Nr. 2376. Bekanntmachung, betreffend Änderung der Betriebsordnung für die Hauptseisenbahnen Deutschlands vom 5. Juli 1892. Vom 24. März 1897.

Nr. 2377. Bekanntmachung, betreffend Änderung der Normen für den Bau und die Ausrüstung der Hauptseisenbahnen Deutschlands vom 5. Juli 1892. Vom 24. März 1897.

Nr. 2378. Bekanntmachung, betreffend Änderung der Bahnordnung für die Nebeneisenbahnen Deutschlands vom 5. Juli 1892. Vom 24. März 1897.

Gesetz-Sammlung für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 10.) **Nr. 9886.** Allerhöchster Erlaß vom 1. März 1897, betreffend die Kirchengemeindeordnung für die evangelischen Gemeinden in den Hohenzollernschen Landen.

Nr. 9887. Allerhöchster Erlaß vom 17. März 1897, betreffend Festsetzung des Eisenbahn-Direktionsbezirks Mainz, sowie anderweite Abgrenzung der

Eisenbahn-Direktionsbezirke Frankfurt a. M., Köln, St. Johann-Saarbrücken, Elberfeld, Barmberg und Bayreuth.

(Stück 11.) **Nr. 9888.** Gesetz, betreffend die Kirchengemeindeordnung für die evangelischen Gemeinden in den Hohenzollernschen Landen. Vom 1. März 1897.

Nr. 9889. Verfügung des Justizministers, betreffend die Auslegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Hennes, Eselskirchen, Andernach, Cochem, Saint Goar, Münstermaifeld, Stromberg, Kreuznach, Zell, Berncastel, Hillesheim, Neuenburg, Prüm, Rhöndorf, Saarburg, Wabern, Warweiler, Wittlich und Trier. Vom 15. März 1897.

(Stück 12.) **Nr. 9890.** Gesetz, betreffend die Vereinigung der Stadtgemeinde Durscheid mit der Stadtgemeinde Aachen. Vom 29. März 1897.

Nr. 9891. Gesetz, betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Breslau. Vom 29. März 1897.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Bekanntmachung.

9. Auf die diesem Amtsblatte beiliegende Bekanntmachung der Reichsschuldenverwaltung vom 8. d. M., betreffend die Abstempelung der Schuldverschreibungen der 4 %igen Reichsanleihe auf 3 1/2 Prozent, wird besonders hingewiesen.

Potsdam, den 12. April 1897.

Königliche Regierung.

Ausreichung der Zinscheine Reihe II. zu den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidirten 3 1/2 %igen Staatsanleihe von 1887/1888.

10. Die Zinscheine Reihe II. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidirten 3 1/2 %igen Staatsanleihe von 1887/1888 über die Zinsen für die Zeit vom 1. April 1897 bis 31. März 1907, nebst den Anweisungen zur Abhebung der folgenden Reihe werden vom 1. März 1897 ab von der Kontrolle der Staatspapiere hierselbst, Dranienstraße 92/94, am Mittags, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreisasse bezogen werden. Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechnigten Zinscheinanweisungen mit einem

Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamt Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine nummerierte Marke als Empfangsbcheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wüßte er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Im letzteren Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbcheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die Anweisungen mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Ausbändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schulverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schulverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 17. Februar 1897.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Bemerken veröffentlicht, daß Formulare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den königlichen Kreis- und Forstkassen und Hauptsteuerämtern bezogen werden können. Potsdam, den 27. Februar 1897.

Königliche Regierung.

Bekanntmachung.

11. Der Herr Minister der geistlichen u. Angelegenheiten hat die einstweilige Vermehrung der Kreisschulinspektionen im Hauptamt von zwei auf vier für die

Ororte von Berlin, ausgenommen Schöneberg, Charlottenburg und Pläsen mit Johannesstift, zum 1. April 1897 genehmigt.

Die nunmehrigen vier Kreisschulinspektionen umfassen die uns unterstellten öffentlichen und privaten Schulen in folgenden Orten:

I. Berlin-Niederbarnim (Kreisschulinspektor Schulrath Wandke in Berlin NW. Thurmstraße 6):

Tegel, Reinickendorf, Französisch-Buchholz, Niederschönhausen, Schönhof, Pantow, Heinersdorf, Weißensee, Hohenschönhausen, Neu-Weißensee, Friedrichsfelde, Marzahn, Hermannsdorf.

II. Berlin-Cöpenick (Kreisschulinspektor Dr. Komorowski in Berlin W. Glottschkestraße 40):

Lichtenberg, Gerau, Hummelburg, Treptow, Friedrichshagen, Erkner, Cöpenick, Müggelsheim, Adlershof, Alt-Glienide, Gränau.

III. Berlin-Mixdorf (Kreisschulinspektor Dr. Cuernert in Berlin):

Mixdorf, Brix, Johannisthal, Tempelhof, Niederschönweide, Oberschönweide.

IV. Berlin-Teltow (Kreisschulinspektor Schulrath Rob in Berlin SW. Belleallianterstraße 68):

Steglitz, Pantow, Mariendorf, Marienselde, Dr.-Wilmerdorf, Schmaragdendorf, Grunewald, Friedebau, Gr. Lichterselde, Zehlendorf.

Potsdam, den 6. April 1897.

Königliche Regierung.

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Sequestration der Domainen Granzow.

12. Wir bringen zur öffentlichen Kenntniß, daß die Domaine Granzow von uns unter Sequestration gestellt und dem Herrn Domainenpächter Schreyer in Wendemark zum Sequester bestellt worden ist.

Es sind daher von jetzt ab alle Zahlungen, soweit solche aus dem Wirtschaftsbetriebe der genannten Domainen herrühren, bei Vermeidung doppelter Zahlung nur an den Herrn Domainenpächter Schreyer in Wendemark gültig zu leisten.

Potsdam, den 11. April 1897.

Königliche Regierung.

Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten B.

Bekanntmachungen der Königlichen Ministerien.

Bekanntmachung.

10. Die Ausführung der auf Grund der Anweisung, betreffend die Genehmigung und Untersuchung der Dampfkessel, vom 15. März 1897 (Beilage zum Stk. 14 des Amtsblatts der königlichen Regierung) vorzunehmenden Prüfungen, Druckproben und Untersuchungen bei den nicht fiskalischen Dampfschiffskesseln und den Dampfkesseln in landwirthschaftlichen Betrieben und ihren nicht unter die Gewerbe-Ordnung fallenden Nebenbetrieben, soweit sie bisher den Gewerbe-Inspektionsbeamten oblag, erfolgt vom 1. April d. Js. ab durch die von mir als Sachverständige im Sinne des § 3 des Gesetzes, betreffend den Betrieb der Dampfkessel, vom 3. Mai 1872 (G. S. S. 515) anerkannten Ingenieure der Dampfkessel-Überwachungs-Vereine nach Maßgabe der ihnen von mir bereits verliehenen Berechtigungen.

Da die Vereinsingenieure die Untersuchung der oben bezeichneten Kessel in meinem Auftrage ausführen und dabei lediglich an die Stelle der königlichen Gewerbeaufsichtsbeamten treten, so folgt aus dieser Maßregel für die Dampfkesselbesitzer keinerlei Verpflichtung, den Dampfkesselrevisions-Vereinen als Mitglieder beizutreten.

Name und Sig der Kesselüberwachungsvereine, deren Ingenieure mit den Kesseluntersuchungen in den

eingeleitet worden, ergiebt die im Auszuge hierunter abgedruckte Uebersicht über ihre örtliche Zuständigkeit und die Vorschrift des § 9 Absatz II. der erwähnten Anweisung.

Alle Eingaben in Angelegenheiten der Prüfung und Untersuchung von Dampfkesseln der bezeichneten Arten und alle Anträge auf Ertheilung der Genehmigung zu ihrem Betriebe sind zur Vermeidung von Verzögerungen künftighin unmittelbar an den hiernach zuständigen Kesselverein oder an seine Ingenieure zu richten.

Berlin, den 22. März 1897.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

U e b e r s i c h t

über die örtliche Zuständigkeit der Preussischen Dampfkessel-Überwachungs-Vereine bei den im staatlichen Auftrage vorzunehmenden Prüfungsgegeschäften an den nicht staatlichen Schiffsdampfkesseln und den Dampfkesseln in landwirtschaftlichen Betrieben und ihren nicht unter die Gewerbeordnung fallenden Nebenbetrieben.

| Name des Regierungsbezirks oder seiner Theile. | Name und Sitz des dafür zuständigen Vereins. |
|--|--|
| 5. Potsdam (ohne Stadt Charlottenburg.) | |
| a. Kreise Angermünde und Beeskow-Storkow. | Märkischer Verein zur Prüfung und Überwachung von Dampfkesseln in Frankfurt (Ober.) Dampfkessel-Revisions-Verein „Berlin“ in Berlin. |
| b. Die übrigen Kreise des Regierungsbezirks. | |
| 7. Berlin. | |
| Städte Berlin und Charlottenburg. | Dampfkessel-Revisions-Verein „Berlin“ in Berlin. |

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungspräsidenten.

Bekanntmachung.

72. Auf Grund der Nr. 2 der Polizeiverordnung für die Provinz Brandenburg vom 25. März 1893 (Amtsblatt Seite 103) setze ich den Zeitpunkt, zu welchem die Aufhebung der Verordnung vom 16. September 1842, betreffend die Handhabung der Feuerpolizei u. s. w. eintreten soll, für die Stadt Pöchen auf den 1. Mai 1897 fest.

Potsdam, den 9. April 1897.

Der Regierungspräsident.

Ortsüblicher Tagelohn gewöhnlicher weiblicher Arbeiterinnen in der Stadt Potsdam.

73. In Abänderung des am 20. Oktober 1892 — Amtsblatt 1892 Seite 457 — festgesetzten Geldebetrages für den ortsüblichen Tagelohn gewöhnlicher

weiblicher Arbeiterinnen über 16 Jahre setze ich diesen Lohn auf **1,20** Mark fest.

Diese Festsetzung tritt 6 Monate nach der Veröffentlichung in Kraft.

Von diesem Tage an sind für sämtliche weibliche der Alters- und Invaliditätsversicherung unterliegende Personen, insbesondere Diensthöten, insofern nicht noch höhere Marken geklebt werden, mindestens Marken der II. Lohnklasse — blaue, 20 Pfennig-Marken — statt wie bisher Marken der I. Lohnklasse — rosche, 14 Pfennig-Marken — zu kleben.

Arbeitsgeber, welche Marken in unzureichender Höhe kleben, sind für nachträgliche Verwendung der vorchriftsmäßigen Marken haftbar und können mit einer Ordnungstrafe bis zu 300 Mark belegt werden.

Potsdam, den 7. April 1897.

Der Regierungspräsident.

74.

N a c h w e i s u n g

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat März 1897 in den Hauptmarktorien des Regierungs-Bezirks Potsdam.

| Laufende Nummer | Es
losten
je 50
Kilogramme. | Beeskow
für
Kreis
Beeskow-
Storkow | | Brandenburg
für
Kreis
Jüter-
bog-
Luders-
walde. | | Berlin
für
Kreis
Weitz-
Prignitz. | | Pots-
dam
für
Pots-
dam
und
Kreis
Rang-
Häufig. | | Prenzlau
für die
Kreise
Prenzlau
und
Templin. | | Neu-
Ruppin
für
Kreis
Ruppin. | | Schwedt
für
Kreis
Anger-
münde. | | Wittstock
für
Kreis
Ditz-
Prignitz. | | Bemerkungen. | | |
|-----------------|--------------------------------------|--|-----|--|-----|---|-----|---|-----|--|-----|---|-----|---|-----|---|-----|--------------|----|--|
| | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | | | |
| 1 | Hafer | 7 | 14 | 7 | 33 | 7 | 57 | 6 | 44 | 7 | 47 | 6 | 86 | 6 | 80 | 7 | 27 | 6 | 43 | Für die Kreise Oberbarnim, Niederbarnim, Ost-
havelland u. Teltow, sowie
die Stadt Spandau gilt
Berlin als Hauptmarktorien. |
| 2 | Heu | 3 | 41 | 2 | 63 | 2 | 36 | 2 | 77 | 3 | 09 | 3 | 68 | 2 | 41 | 2 | 84 | 2 | 10 | |
| 3 | Richtstroh | 1 | 58 | 2 | 08 | 1 | 93 | 1 | 89 | 2 | 31 | 3 | 15 | — | — | 2 | 88 | — | — | |

Potsdam, den 8. April 1897.

Der Regierungspräsident.

| Laufende Nummer | Namen der Städte | I. A. Getreide. | | | | I. B. Uebrige Markt. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|-----------------------------|------------------|-----------------|--------|--------|-------|---------------------------|---------------------|--------|--------------|--------|--------|-----|---------------|----------------|-----------|-----|------|-----|-----|-----|-----|----------|-----|-----|-----|---|----|-----|---|
| | | | | | | Hülfsfrüchte. | | | | | | | | Stroh. | | | | | | | | Fleisch. | | | | | | | |
| | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen (gelbe) zum Kochen | Spießbohnen (weiße) | Linsen | Erbstoffseln | Richt. | Stamm. | Heu | im Großhandel | Rind. | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | im Kleinhandel | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | von der Krulle | vom Tauch | Es | je 1 | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | Dr. | Pl. | Dr. | Pl. | Dr. | Pl. | Dr. | Pl. | Dr. | Pl. | Dr. | Pl. | Dr. | Pl. | Dr. | Pl. | Dr. | Pl. | Dr. | Pl. | Dr. | Pl. | Dr. | Pl. | | | | |
| 1 | Angermünde | 15 | 53 | 11 | 63 | 12 | 57 | 12 | 72 | 25 | — | 27 | — | 33 | — | 4 | 25 | 5 | — | 3 | 50 | 4 | 88 | 115 | — | 1 | 30 | 120 | |
| 2 | Berckow | — | — | 11 | 26 | — | — | 13 | 55 | 22 | 50 | 27 | 50 | 45 | — | 3 | 84 | 3 | — | — | — | 6 | 50 | 95 | — | 1 | 20 | 1 | |
| 3 | Brandenburg | 15 | 44 | 11 | 71 | 11 | 55 | 13 | — | 21 | — | 26 | — | 32 | 50 | 4 | 13 | 3 | 68 | — | — | 4 | 25 | 87 | — | 1 | 40 | 118 | |
| 4 | Dahme | 15 | 88 | 11 | 30 | 12 | 14 | 14 | — | 24 | — | 30 | — | 35 | — | 4 | — | 3 | 50 | 2 | — | 6 | — | 95 | — | 1 | 20 | 1 | |
| 5 | Eberswalde | 15 | 80 | 11 | 62 | 13 | 63 | 12 | 79 | 23 | — | 25 | — | 30 | — | 4 | — | 4 | — | — | — | 5 | — | 96 | — | 1 | 30 | 120 | |
| 6 | Havelberg | 15 | 76 | 11 | 81 | 13 | 13 | 13 | 40 | 27 | — | 33 | — | 34 | — | 4 | 42 | 3 | 30 | — | — | 5 | — | 109 | — | 1 | 30 | 105 | |
| 7 | Jüterbog | — | — | — | — | — | — | — | 24 | — | — | 24 | — | 25 | — | 3 | 78 | 3 | 50 | — | — | 5 | 50 | 100 | — | 1 | 40 | 120 | |
| 8 | Ludenwalde | 14 | 11 | 11 | 76 | 12 | 14 | 13 | 46 | 35 | — | 35 | — | 45 | — | 4 | 20 | 3 | 58 | — | — | 4 | 25 | 116 | — | 1 | 20 | 120 | |
| 9 | Perleberg | 15 | 71 | 11 | 39 | 11 | — | 12 | 03 | 20 | — | 30 | — | 27 | — | 4 | 53 | 3 | 55 | — | — | 5 | 19 | 113 | — | 1 | 25 | 105 | |
| 10 | Potsdam | — | — | 11 | 87 | — | — | 13 | 86 | 23 | — | 24 | 50 | 30 | 23 | 4 | 32 | 4 | 07 | — | — | 5 | 16 | 109 | 11 | 1 | 50 | 130 | |
| 11 | Prenzlau | 14 | 04 | 11 | 33 | 12 | 81 | 12 | 13 | 21 | 50 | 24 | 50 | 36 | — | 4 | 75 | 5 | 50 | 2 | 25 | 6 | — | 95 | — | 1 | 30 | 95 | |
| 12 | Prignitz | 15 | 88 | 10 | 88 | 13 | 88 | 11 | 88 | 14 | 50 | 24 | — | 30 | — | 4 | 25 | 3 | 75 | 2 | 75 | 4 | 25 | — | — | 1 | 40 | 120 | |
| 13 | Rathenow | 15 | 58 | 11 | 86 | 12 | 50 | 12 | 75 | 25 | 50 | 27 | — | 38 | — | 3 | 81 | 3 | 31 | — | — | 4 | 50 | 100 | — | 1 | 30 | 115 | |
| 14 | Neu-Ruppin | — | — | — | — | 12 | 70 | 12 | 84 | 35 | — | 35 | — | 45 | — | 3 | 84 | — | — | — | — | 4 | 60 | 106 | — | 1 | 35 | 115 | |
| 15 | Schwebt | 16 | 24 | 12 | 20 | 13 | 80 | 13 | 84 | 26 | 66 | 31 | 25 | 37 | 50 | 5 | — | 5 | — | — | — | 5 | 40 | 110 | — | 1 | 30 | 110 | |
| 16 | Spandau | 16 | 50 | 12 | — | 12 | 33 | 14 | — | 27 | — | 35 | — | 35 | — | 5 | 38 | 4 | — | 3 | 50 | 6 | — | 113 | — | 1 | 60 | 120 | |
| 17 | Strausberg | 15 | 68 | 12 | 35 | 12 | 40 | 13 | 50 | 23 | 60 | 32 | 10 | 38 | 20 | 4 | — | 4 | — | 2 | 50 | 4 | 75 | 90 | — | 1 | 50 | 110 | |
| 18 | Teltow | — | — | 11 | 85 | 14 | 51 | 15 | 06 | 30 | — | 37 | 50 | 42 | 50 | 4 | 50 | 3 | 88 | 2 | 50 | 5 | 50 | 110 | — | 1 | 55 | 110 | |
| 19 | Templin | 16 | 25 | 11 | 75 | 15 | 25 | 13 | — | 21 | — | 30 | — | 40 | — | 5 | — | 5 | — | 4 | — | 5 | — | 100 | — | 1 | 20 | 1 | |
| 20 | Trenndorfen | 15 | 43 | 11 | 80 | 12 | 25 | 12 | 89 | — | — | — | — | — | — | 4 | 06 | 3 | — | — | — | 4 | — | — | — | 1 | 40 | 120 | |
| 21 | Wittstock | 14 | 20 | 11 | 41 | — | — | 12 | 07 | — | — | — | — | — | — | 4 | 28 | — | — | — | — | 4 | — | 95 | — | 1 | 05 | 92 | |
| 22 | Wriezen a. D. | 15 | 50 | 11 | 45 | 14 | 10 | 12 | 55 | 22 | 50 | 24 | — | 25 | — | 4 | 50 | 4 | — | 3 | — | 6 | 30 | 100 | — | 1 | 30 | 120 | |
| Durchschnitt | | 15 | 55 | 11 | 66 | 12 | 93 | 13 | 14 | — | — | — | — | — | — | 4 | 31 | 3 | 93 | — | — | 5 | 09 | 102 | 81 | — | 1 | — | — |
| Potsdam, den 8. April 1897. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

76.

Verzeichnis

der von der Lungenseuche betroffenen Sperrgebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Übereinkommens vom 6. Dezember 1891, sowie Ziffer 5 des Schlußprotokolls zu unterlagen ist.

Ausgegeben im Kaiserlichen Gesundheitsamt zu Berlin am 23. März 1897.

A. Oesterreich:

Frei.

B. Ungarn:

Die Komitate: Piptó (Piptau), Nyitra (Neutra), Szepes (Zips).

Potsdam, den 6. April 1897.

Der Regierungspräsident.

Berichtigung.

77. In den Marktpreisnachweisungen für Dezember 1896, Januar und Februar 1897 — Amtsblatt Nr. 3,

7 und 11 von 1897 — ist bezüglich des Marktes Prenzlau insofern ein Irrthum unterlaufen, als der Preis für 1 Pfund statt 1 Kilogramm Reis angegeben ist.

Die Preise für diese Marktwaare haben also das Doppelte betragen. Potsdam, den 7. April 1897.

Der Regierungspräsident.

Viehseuchen.**78. I. Ausgebrochen:**

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Osthavelland: Gut und Gemeinde Lengke. Kreis Westhavelland: Gehöft des Händlers Wilhelm Rehfeldt in Neuwerder. Kreis Ruppin: Gehöft des Ackerbesizers Pein in Wusterhausen a. D.

b. Milzbrand. Kreis Jüterbog-Ludenwalde: Gemeinden Petkus, Schlenzer und Sernow. Kreis

Preise im Monat März 1897.

Preis der Waaren in Berlin am 1. März 1897.

Waaren.

II. Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats.

| Getreide | | | | | | Mehl zur Speisebereitung aus | | Gersten- | | | | | | Kaffee | | | |
|-----------|-------|---------|------------------------------|-----------|----------------|------------------------------|--------|----------|-------|-----------------|-------------|-------|------------------------|-----------------------|----------------------------------|-----------|---------------------------|
| Schöne- | Kalb- | Domest- | Gewandelter Speid (biefiger) | Eisbutter | Eier | Reizen | Hoggen | Granpe | Grüpe | Buchweizengrüpe | Haizengrüpe | Hirse | Reiz, Java, mittlereer | Java mittlereer (roh) | Java gelb (in gebrannten Bohren) | Spezialis | Schweinefleisch, biefiges |
| Kilogramm | | | | | 1 Echl. 60 St. | Es kostet je 1 Kilogramm. | | | | | | | | | | | |
| 115 | 125 | 115 | 160 | 228 | 318 | 30 | 25 | 45 | 30 | 40 | 45 | 40 | 55 | 270 | 340 | 20 | 140 |
| 110 | 95 | 120 | 160 | 187 | 252 | 40 | 20 | 50 | 40 | 35 | 60 | 40 | 60 | 240 | 340 | 20 | 130 |
| 115 | 120 | 130 | 140 | 210 | 295 | 30 | 25 | 50 | 50 | 50 | 50 | 50 | 50 | 260 | 360 | 20 | 130 |
| 120 | 1 | 120 | 160 | 2 | 307 | 30 | 20 | 40 | 50 | 40 | 60 | 40 | 55 | 250 | 340 | 20 | 140 |
| 130 | 130 | 130 | 140 | 240 | 324 | 25 | 24 | 50 | 40 | 50 | 40 | 50 | 50 | 280 | 360 | 20 | 140 |
| 115 | 120 | 120 | 135 | 211 | 261 | 28 | 23 | 40 | 38 | 45 | 45 | 42 | 51 | 280 | 360 | 20 | 130 |
| 120 | 110 | 130 | 160 | 220 | 322 | 28 | 18 | 50 | 50 | 50 | 50 | 40 | 40 | 280 | 360 | 20 | 140 |
| 110 | 1 | 120 | 160 | 110 | 320 | 27 | 19 | 50 | 50 | 50 | 60 | 35 | 60 | 220 | 360 | 20 | 130 |
| 115 | 125 | 115 | 160 | 195 | 256 | 27 | 24 | 35 | 27 | 35 | 43 | 38 | 43 | 275 | 350 | 19 | 160 |
| 145 | 130 | 130 | 160 | 210 | 274 | 38 | 28 | 50 | 50 | 45 | 45 | 45 | 55 | 270 | 350 | 20 | 140 |
| 110 | 105 | 110 | 130 | 2 | 3 | 31 | 23 | 45 | 28 | 38 | 40 | 38 | 50 | 245 | 320 | 20 | 130 |
| 110 | 130 | 110 | 170 | 206 | 243 | 25 | 20 | 40 | 40 | 40 | 50 | 40 | 45 | 260 | 360 | 20 | 180 |
| 115 | 110 | 130 | 150 | 210 | 289 | 30 | 24 | 40 | 40 | 45 | 40 | 40 | 50 | 260 | 380 | 20 | 140 |
| 130 | 120 | 120 | 150 | 210 | 290 | 28 | 22 | 45 | 40 | 50 | 50 | 50 | 60 | 3 | 4 | 20 | 160 |
| 110 | 1 | 120 | 160 | 207 | 293 | 25 | 20 | 50 | 30 | 40 | 50 | 50 | 60 | 280 | 360 | 20 | 160 |
| 140 | 140 | 140 | 180 | 225 | 430 | 35 | 28 | 33 | 33 | 38 | 43 | 35 | 35 | 275 | 305 | 20 | 130 |
| 140 | 120 | 120 | 160 | 240 | 440 | 30 | 21 | 50 | 40 | 40 | 50 | 40 | 60 | 280 | 360 | 20 | 160 |
| 130 | 150 | 130 | 155 | 230 | 430 | 30 | 20 | 50 | 40 | 50 | 60 | 60 | 60 | 250 | 270 | 20 | 115 |
| 120 | 1 | 120 | 160 | 210 | 320 | 30 | 25 | 50 | 60 | 50 | 50 | 50 | 50 | 250 | 320 | 20 | 160 |
| 120 | 1 | 120 | 160 | 180 | 347 | 30 | 20 | 40 | | 40 | 50 | 30 | 50 | 260 | 340 | 20 | 160 |
| 97 | 90 | 94 | 153 | 2 | 251 | 25 | 17 | 45 | 25 | 45 | 45 | 50 | 45 | 250 | 340 | 20 | 150 |
| 120 | 120 | 120 | 140 | 220 | 240 | 28 | 23 | 43 | 35 | 40 | 38 | 43 | 45 | 260 | 320 | 20 | 120 |

Es kostet je 1 Kilogramm.

Der Regierungspräsident.

Prenzlau: in Neuenh. Kreis Rupp. 1 Kuh
des Gastwirts Reide in Walsleben.

II. Erlösch.

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Ober-
barnim: in Hefelberg. Kreis Prenzlau: in
Prenzlau (Zuckerfabrik).

b. Bläschenauschlag. Kreis Westow-
Storkow: in Alt- und Neu-Stahnsdorf und
Nieplos. Potsdam, den 13. April 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

27. Für den Kreisbezirk der Stadt Berlin sind die
Schornsteinfeger-Gesellen Woytius Pudenz, Mittenwal-
derstraße 39, und Paul Rosemann, Stargarderstraße

13, nach den Vorschriften des Regulativs für den Be-
trieb des Schornsteinfeger-Gewerbes im Stadtbezirk Berlin
vom 16. November 1888 vom 1. Januar 1897 ab als
Bezirksschornsteinfegermeister angestellt worden.

Berlin, den 7. April 1897.

Königliches
Polizei-Präsidium.Magistrat
hiesiger königl. Haupt-
und Residenzstadt.Bekanntmachungen der Kaiserlichen
Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

17. Der Fernsprecher-Verkehr mit Brahe (Oldenburg)
ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches
Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt 1 Mark.
Berlin C., 5. April 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Nr 127/77 von 3,42 ar Flächeninhalt, dem Schäfer August Däsefow zu Stechow gehörig, Nr 131/77 und 132/77 von 0,55 und 1,51 ar Flächeninhalt, dem Maurer Friedrich Hamann zu Stechow gehörig, Nr 133/77 von 3,47 ar Flächeninhalt, dem Pantinenmacher Hermann Verber in Stechow gehörig, von dem Gutsbezirke Stechow I. und II. Antheils abgetrennt und mit dem Bezirke der Gemeinde Stechow vereinigt worden.

Rathenow, den 29. März 1897.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Personal-Chronik.

Im Kreise Oberbarnim ist der Amtsekretär Brunkow zu Kerstenbruch von Neuem zum Amtsvorsetzer-Stellvertreter des Amtsbezirks 24 — Kerstenbruch — ernannt worden.

Der Bürgermeister Rathenow in Biesenthal ist zum Stellvertreter des Amtsanwalts in Eberswalde für die auf dem Forstgerichtstage in Biesenthal zur Verhandlung gelangenden Forststrafsachen ernannt worden.

An Stelle des nach Prenzlau veretzten Rentmeisters Friedrich ist die Verwaltung der Forstkasse der Oberförsterei Granaue in Rathenow dem Rentmeister Spang vom 1. April 1897 ab übertragen.

Die kommissarische Verwaltung der Kreisethierarztsstelle für den Kreis Angermünde ist dem Dr. Peter mit dem Amtesitze in Angermünde übertragen worden.

Der Regierungsbauführer Georg Kreder aus Berlin ist als solcher ernannt und vereidigt worden.

Die wissenschaftlichen Hilfslehrer Dr. Müller, Kisting und Dr. Leichenring sind als Oberlehrer am Gymnasium in Dt. Wilmersdorf bei Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Dammer V., Dybowski, Krüger IV., Kurth, Seliger, Spangenberg, Unger und Zielinski sind als Gemeindefachlehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Neufanz ist als Oberlehrer an der 12. Realschule in Berlin angestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Hensel ist als Oberlehrer an der 5. Realschule in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Froeboldt, Fischer VII., Gröning, Gummert, Hein II., Heyer III., Neumann XI., Schmidt XII., Vogel III. und Wilm sind provisorisch als Gemeindefachlehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Im Laufe des Monats März 1897 sind ernannt zu Bureauassistenten die Ober-Postassistenten Obgartel und Rehländer, die Ober-Telegraphenassistenten Kösele und Karl Weiß; zu Ober-Postassistenten der Bureauassistent Pásch; zu Ober-Telegraphenassistenten die Bureauassistenten Girod, Jachan und Nauschning; veretzt von Berlin der Ober-Postdirektionssekretär Niedel nach Grünberg (Schles.), der Postassistent Willner nach Görlitz; nach Berlin die Postsekretäre Karl Bod von Düsseldorf, Lindemann von Constantinopel und Wildenhahn von Braze (Oldenburg); in den Ruhestand getreten die Postsekretäre Priemer und Reichel, der Ober-Telegraphenassistent Bobisch (künftiger Wohnort Friedrichshagen); gestorben der Postsekretär a. D. Thiele in Charlottenburg, der Ober-Postassistent Kühnau, der Ober-Telegraphenassistent Jorgis, der Postverwalter a. D. Falmann und der Postassistent Bannert. H.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr. | Namen und Stand | Alter und Heimath | Grund der Verurtheilung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum der Ausweisungs-Beschlusses. |
|---|---|--|--------------------------|---|------------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Wenzel Fischer, Weber und Bahnarbeiter, | geboren am 9. April 1861 zu Hennersdorf, Bezirk Hohenelbe, Böhmen, | | Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Zwickau, | 20. Januar 1897. |
| 2 | Walter Huber, Maler, | geboren am 13. November 1877 zu Diessenhofen, Kanton Thurgau, Schweiz, ortsangehörig ebendaselbst, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Strassburg i. E., | 12. Februar 1897. |
| 3 | Johann Hubert, Handarbeiter, | geboren am 23. Juni 1878 zu Ljovic, Bezirk Rolin, Böhmen, | | Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Dresden, | 15. Januar 1897. |
| 4 | Wilhelm Kloucek, Fleischergehilfe, | geboren am 19. November 1871 zu Schluckenau, Böhmen, | desgleichen, | Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Zwickau, | 28. Januar 1897. |

| 1. Aufl. Nr. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Bekrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--------------|--|---|----------------------------|--|--|
| 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | |
| 5 | Hermann Wendelin
Rühnel, Färber, | geboren am 9. März
1864 zu Wernsdorf,
Bezirk Rumburg,
Böhmen, ortsangehörig
ebendasselbst, | Betteln, | Königlich sächsische
Kreisauptmann-
schaft Dresden, | 15. Januar
1897. |
| 6 | Therese Kutrowak,
ledige Näherin und
Schwarzfärblerin, | geboren am 14. August
1864 zu Rafos (Krojs-
bach), Komitat Deben-
burg, Ungarn, ortsan-
gehörig ebendasselbst, | gewerbmäßige Unzucht, | Königlich bayerische
Polizei-Direktion
München, | 5. Februar
1897. |
| 7 | Therese Lang, ledige
Dienstmagd, | geboren am 5. August
1878 zu Schwannen-
stadt, Bezirk Nied,
Ober-Oesterreich, orts-
angehörig zu Vohns-
burg, ebendasselbst, | Arbeitscheu, | dieselbe, | desgleichen, |
| 8 | Franz Netrefa,
Handarbeiter, | geboren am 19. No-
vember 1870 zu Be-
neschan bei Prag,
Böhmen, | Betteln, | Königlich sächsische
Kreisauptmann-
schaft Dresden, | 15. Januar
1897. |
| 9 | Gerhard Pender,
Arbeiter, | geboren am 6. Juni 1843
zu Nimwegen, Nieder-
lande, | desgleichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Münster, | 23. Januar
1897. |
| 10 | Peter Pies, Schuh-
macher und Arbeiter, | geboren am 26. Juli
1865 zu Piaska, Be-
zirk Kalisch, Russisch-
Polen, ortsangehörig
ebendasselbst, | desgleichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Stettin, | 17. Februar
1897. |
| 11 | Georg Seidl, Weber, | geboren am 22. Februar
1862 zu Haslau,
Böhmen, | desgleichen, | Königlich sächsische
Kreisauptmann-
schaft Zwickau, | 20. Januar
1897. |
| 12 | Josef Skwka,
Kutscher, | angeblich geboren am
17. März 1855 oder
19. März 1859 zu
Raschkowitz, Bezirk
Troppau, Oesterreich-
Schlesien, ortsange-
hörig zu Kreuzendorf,
ebendasselbst, | desgleichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 5. Januar
1897. |
| 13 | Adolf Walter,
Fleischergeselle, | geboren am 29. Juni
1865 zu Königswald,
Bez. Leitfisch, Böhmen, | desgleichen, | Königlich sächsische
Kreisauptmann-
schaft Dresden, | 13. Januar
1897. |
| 14 | Ferdinand Zahradník
(Zahradník),
Seiler, | geboren am 14. Mai
1847 zu Rauth, Bezirk
Taus, Böhmen, | Feldstreichen und Betteln, | dieselbe, | 24. Dezember
1896. |

Hierzu eine Beilage, enthaltend die Bekanntmachung der Reichsschuldenerverwaltung vom 8. April 1897, betreffend die Abstempelung der Schuldverschreibungen der 4prozentigen Reichsanleihe auf 3½ Prozent, sowie Fünf
Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. G. v. S. v. S. v. S.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 17.

Den 23. April

1897.

Allerhöchster Erlass.

Auf den Bericht vom 27. Februar d. J. will ich hierdurch genehmigen, daß der Zinsfuß derjenigen Anleihecheine, zu deren Ausgabe der Kreis Niederbarnim durch die Allerhöchsten Privilegien vom 16. Oktober 1874, 25. Juni 1879 und 20. April 1881 ermächtigt worden ist, gemäß dem Kreistagsbeschlusse vom 21. Dezember 1896 auf dreieinhalb Prozent herabgesetzt werde. Alle sonstigen Bestimmungen der vorerwähnten Privilegien, insbesondere hinsichtlich der Tilgungsrisiken, bleiben unberührt. Dieser Erlass ist nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (G. S. S. 357) zu veröffentlichen.

Berlin, den 8. März 1897.

gez. Wilhelm R.

geg. von Miquel. Frhr. von der Rede.

An den Finanzminister und den Minister des Innern.

Allerhöchster Erlass.

Verleihung des Rechts zur Chausseegeld-Erhebung auf der Chaussee von der Spreebrücke bei Wilhelminenhof bis zur Rummelsburg-Koepenicker Chaussee.

Auf Ihren Bericht vom 5. März d. J. will Ich dem Kreise Niederbarnim im Regierungsbezirk Potsdam für die von ihm erkaufte Anschlußchaussee von der Spreebrücke bei Wilhelminenhof bis zur Rummelsburg-Koepenicker Chaussee gegen Uebernahme der künftigen chausseemäßigen Unterhaltung dieser Straße das Recht zur Erhebung des Chausseegeldes auf derselben nach den Bestimmungen des Chausseegeldtarifs vom 29. Februar 1840 (G. S. S. 94 ff.) einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen, die Erhebung betreffenden zusätzlichen Vorschriften — vorbehaltlich der Abänderung der sämtlichen voraufgeführten Bestimmungen — verleihen. Auch sollen die dem Chausseegeldtarifs vom 29. Februar 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chaussee-Polizeivergehen auf die gedachte Straße zur Anwendung kommen. Die eingereichte Karte erfolgt anbei zurück.

Berlin, den 24. März 1897.

gez. Wilhelm R.

gegenges. Thielen.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Allerhöchster Erlass.

Verleihung des Enteignungsrechts an den Kreis Ost-Prignitz.

Auf Ihren Bericht vom 19. März d. J. will ich dem Kreise Ost-Prignitz im Regierungsbezirk Potsdam, welcher den Bau und Betrieb einer Kleinbahn von Kyritz nach Hoppentrade mit Abzweigung nach Breddin beab-

sichtigt, das Enteignungsrecht zur Entziehung und zur dauernden Beschränkung des für diese Anlage in Anspruch zu nehmenden Grundeigentums verleihen. Die eingereichte Uebersichtskarte erfolgt zurück.

Weimar, den 29. März 1897.

gez. Wilhelm R.

gegenges. Thielen.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Bekanntmachung.

79. Nach einer Mittheilung des Bundestags der „Größeren Republik von Central-Amerika (Republica Mayor de Centro America)“, zu welchem Staatenbunde sich die Regierungen der Centralamerikanischen Freistaaten San Salvador, Nicaragua und Honduras durch einen am 20. Juni 1895 geschlossenen Vertrag vereinigt haben, ist der bisherige Generalkonsul von Salvador in Berlin, William Schoenlank, zum Consul dieser Größeren Republik von Central-Amerika in Berlin ernannt worden.

Potsdam, den 14. April 1897.

Der Regierungspräsident.

Rettung aus Lebensgefahr.

80. Der Fischermeister Sarnow aus Potsdam hat am 20. Januar d. Js. den Schulfknaben Ernst Deusing aus der Gefahr des Ertrinkens in der Havel mit Muth und Entschlossenheit errettet.

Ich bringe dies hiermit belobigend zur öffentlichen Kenntniß.

Potsdam, den 12. April 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Sequestration der Domaine Gramzow.

13. Wir bringen zur öffentlichen Kenntniß, daß die Domaine Gramzow von uns unter Sequestration gestellt und dem Herrn Domainenpächter Schreyer in Wendemark zum Sequester bestellt worden ist.

Es sind daher von jetzt ab alle Zahlungen, soweit solche aus dem Wirtschaftsbetriebe der genannten Domaine herrühren, bei Vermeidung doppelter Zahlung nur an den Herrn Domainenpächter Schreyer in Wendemark gültig zu leisten.

Potsdam, den 11. April 1897.

Königliche Regierung,

Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten B.

Bekanntmachungen des Königl. Polizeipräsidenten zu Berlin.

Berliner und Charlottenburger Preise im Monat März 1897.

28. A. Engros-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

| In Berlin: | | | Ein Handel an der Produktenbörse hat nicht stattgefunden. |
|--------------|---------------|----------------|---|
| für 100 Kgr. | Weizen (gut) | | |
| " " " | do. (mittel) | | |
| " " " | do. (gering) | | |
| " " " | Roggen (gut) | | |
| " " " | do. (mittel) | | |
| " " " | do. (gering) | | |
| " " " | Gerste (gut) | | |
| " " " | do. (mittel) | | |
| " " " | do. (gering) | | |
| " " " | Hafer (gut) | | |
| " " " | do. (mittel) | | |
| " " " | do. (gering) | | |
| " " " | Erbisen (gut) | | |
| " " " | do. (mittel) | | |
| " " " | do. (gering) | | |
| " " " | Richtstroh | 4 Mark 41 Pf., | |
| " " " | Heu | 6 " 01 " | |

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag für 50 Kgr.

im Monat März: — Hafer, 2,44 Mk., Stroh, 3,82 Mk., Heu.

B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

| 1) In Berlin: | | |
|---------------|---------------------------|----------------|
| für 100 Kgr. | Erbisen (gelbe z. Kochen) | 30 Mark — Pf., |
| " " " | Speisebohnen (weiße) | 37 " 50 " |
| " " " | Linzen | 42 " 50 " |
| " " " | Kartoffeln | 5 " 87 " |
| für 1 Kgr. | Rindfleisch (v. d. Keule) | 1 " 35 " |
| " 1 " | do. (Bauchfleisch) | 1 " 10 " |
| " 1 " | Schweinefleisch | 1 " 25 " |
| " 1 " | Kalbfleisch | 1 " 30 " |
| " 1 " | Lammfleisch | 1 " 25 " |
| " 1 " | Speck (geräuchert) | 1 " 40 " |
| " 1 " | Eßbutter | 2 " 30 " |
| " 60 Stüd | Eier | 3 " 29 " |

| 2) In Charlottenburg: | | |
|-----------------------|---------------------------|----------------|
| für 100 Kgr. | Erbisen (gelbe z. Kochen) | 35 Mark — Pf., |
| " " " | Speisebohnen (weiße) | 35 " — " |
| " " " | Linzen | 47 " 20 " |
| " " " | Kartoffeln | 5 " 39 " |
| " 1 Kgr. | Rindfleisch (v. d. Keule) | 1 " 43 " |
| " 1 " | do. (Bauchfleisch) | 1 " 07 " |
| " 1 " | Schweinefleisch | 1 " 33 " |
| " 1 " | Kalbfleisch | 1 " 34 " |
| " 1 " | Lammfleisch | 1 " 24 " |
| " 1 " | Speck (geräuchert) | 1 " 38 " |
| " 1 " | Eßbutter | 2 " 20 " |
| " 60 Stüd | Eier | 3 " 19 " |

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats März 1897:

1) In Berlin:

| | | | |
|------------|----------------------------|----------------|---------|
| für 1 Kgr. | Mehl z. Speisebereitung | a. Weizen | 33 Pf., |
| " 1 " | do. | a. Roggen | 27 " |
| " 1 " | Gerstengraupe | | 35 " |
| " 1 " | Gerstengröße | | 33 " |
| " 1 " | Buchweizengröße | | 38 " |
| " 1 " | Hafergröße | | 38 " |
| " 1 " | Hirse | | 38 " |
| " 1 " | Reis (Java, mittler) | | 65 " |
| " 1 " | Java-Kaffee (mittler, roh) | 3 Mark — Pf., | |
| " 1 " | do. (gelb in gebr. Bohnen) | 4 Mark 13 Pf., | |
| " 1 " | Speisefalz | | 20 " |
| " 1 " | Schweinefleisch (hiefiges) | 1 Mark 15 " | |

2) In Charlottenburg:

| | | | |
|------------|----------------------------|----------------|---------|
| für 1 Kgr. | Mehl z. Speisebereitung | a. Weizen | 35 Pf., |
| " 1 " | do. | a. Roggen | 28 " |
| " 1 " | Gerstengraupe | | 40 " |
| " 1 " | Gerstengröße | | 40 " |
| " 1 " | Buchweizengröße | | 40 " |
| " 1 " | Hafergröße | | 40 " |
| " 1 " | Hirse | | 35 " |
| " 1 " | Reis (Java, mittler) | | 53 " |
| " 1 " | Java-Kaffee (mittler, roh) | 2 Mark 40 Pf., | |
| " 1 " | do. (gelb in gebr. Bohnen) | 3 Mark — Pf., | |
| " 1 " | Speisefalz | | 20 " |
| " 1 " | Schweinefleisch (hiefiges) | | 75 " |

Königliches Polizeipräsidium. Erste Abteilung.

29. Verordnung,

betreffend Ergänzung der Verordnung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom 20. Juni 1892.

Mit Ermächtigung der Herren Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, des Innern und für Handel und Gewerbe verordne ich auf Grund des § 105 e. der Reichs-Gewerbeordnung für den Stadtkreis Berlin, was folgt:

§ 1. Der Handel mit Druckschriften ist an Sonn- und Festtagen, abweichend von der im § 1 der Verordnung vom 20. Juni 1892 festgesetzten Verkaufszeit, gestattet

a. auf dem Lehrter Bahnhof:

während der Zeit von 6 bis 9 1/2 Uhr Vormittags und von 12 bis 1 1/2 Uhr Nachmittags;

b. auf dem Anhalter Bahnhof:

während der Zeit von 7 bis 9 3/4 Uhr Vormittags und von 12 bis 2 1/4 Uhr Nachmittags.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 5. April 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

30. Für den Lehrbezirk der Stadt Berlin ist der Schornsteinfegergeselle Max Hülsmann, Barriestraße 3 wohnhaft, nach den Vorschriften des Regulativs für den Betrieb des Schornsteinfegerwerkes im Stadtbezirk

Personal-Chronik.

Des Königs Majestät haben die Regierungs-Assessoren Heckmann und Dr. von Gneiß zu Regierungsräthen zu ernennen geruht.

Im Kreise Ostprignitz ist an Stelle des königlichen Försters Schinn der königliche Forstassessor Brede zu Zechlin zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 19 — Oberförsterei Zechlin — ernannt worden.

Im Kreise Oberbarnim ist an Stelle des Administrators Raute der Amtssekretär Tiez in Cöthen zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 1 — Cöthen — ernannt worden.

Im Kreise Niederbarnim ist der Gemeindevorsteher Schrod zu Werder von Neuem zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 10 — Rehsfelde — ernannt worden.

Im Kreise Westhavelland ist der Rittergutsbesitzer Rittmeister a. D. von Stechow zu Kopen von Neuem zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 8 — Stechow — ernannt worden.

Im Kreise Zauch-Belzig ist der Rittergutsbesitzer Hauptmann a. D. von Kochow zu Redahn zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 2 — Redahn — und der Kanzleirath a. D. Köpzin von Neuem zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 17 — Caputh — ernannt worden.

Der bisherige Geistliche der inneren Mission Pastor Wilhelm Robert Schlegendal in Berlin ist zum Pfarrer der Parochie Wendisch-Buchholz, Diözese Königs-Wusterhausen, bestellt worden.

Der bisherige Provinzialvikar Wilh. Theob. Rich. Hoffbauer ist zum Pfarrer der Parochie Redlin, Diözese Püttlig, bestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Im Laufe des Monats April 1897 sind
versetzt von Berlin

der Postinspektor Dreßler nach Oppeln, der Postbauinspektor Koblade nach Halberstadt, der Postkassirer Hey nach Ziegenhals, der Telegraphenamtskassirer Schramm nach Kiel, der Ober-Postdirektionssekretär Bastian nach Hannover, die Postsekretäre Anderich nach Oppeln, Baresel nach Dortmund, Max Bed nach Gumbinnen, Chromegka nach Düsseldorf, Hensolt nach Liegnitz, Köppel nach Trier, Gustav Lehmann nach Dortmund, Bernhard Maas nach Frankfurt (Oder), Karl G. Meyer nach Altenbeken, Petermann nach Frankfurt (Main), Redlich nach Metz, Christof A. Schulz nach Cassel, Stöhr nach Karlsruhe (Baden), Theil nach Kiel, Thomas nach Breslau, Turley nach Hamburg, Unger nach Minden (Westfalen), Weberstedt nach Hamburg, die Ober-Postassistenten Böhm nach Breslau, Fennig nach Krotoschin, Friesdorf nach Frankfurt (Main), Härig nach Neuwied, Lorenz nach Swinemünde, Päscher nach Frankenstein (Schlesien), Plath nach Königsberg (Pr.), Pohle nach Guben,

Ludwig Runge nach Holzminden, Schochow nach Posen, die Ober-Telegraphenassistenten Viesefeld nach Brandenburg (Havel), Eugen Benz nach Tauberbischofsheim, Porsch nach Bruchsal, die Postassistenten Colberg nach Altdamm, Döhrmann nach Braunschweig, Stüben nach Ederförde, der Telegraphenassistent Emil Weber nach Frankfurt (Main);

versetzt nach Berlin

der Postinspektor Klint von Bremen, die Postdirektoren Blaschke von Wermelskirchen, Prüfer von Jüterbog, die Postkassirer Rientopf von Magdeburg, Schlüter von Coblenz, Sehlbrede von Remscheid, Sprondel von Bromberg, die Ober-Postdirektionssekretäre Döring von Breslau, Fiebig von Hannover, Olivier von Potsdam, Seyfert von Königsberg (Pr.), Storm von Breslau, die Ober-Postsekretäre Abramowski von Ramisch, Bernstorff von Aschersleben, Jost von Barmen, der Postmeister Dietrich von Kolmar i. Posen nach Rummelsburg b. Berlin, die Postsekretäre Klauke von Coblenz, R. E. M. Müller von Leipzig, Stendel von Wilsdorf, die Ober-Postassistenten Fabianke von Ederförde, Kowal von Spremberg (Lausitz) und Friedrich Noack von Havelberg.

Personal-Veränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Potsdam.
Stetsmäßig angestellt sind: Die Postassistenten Blumenthal in Spandau, Dahms in Gransee, Gerike in Ebertwalde, Große in Angermünde, Haupt in Großlichterfelde, Jahnke in Strasburg (Udermark), Lunig in Brandenburg (Havel), Dehmke in Wriezen, Plessow in Zehlendorf (Kreis Teltow), Ridder in Nowaw.-s-Neuendorf, Schulze in Jüterbog, Seidlitz in Rathenow, Ulrich in Wittenberge (Bez. Potsdam), Vieth in Havelberg, Werner in Potsdam, Wegener in Potsdam und Winkelmann in Zehlendorf (Kreis Teltow) als Postassistenten.

Ernannt ist: Der Postsekretär Kiesel in Prenzlau zum Ober-Postsekretär, der Postassistent Behrend in Potsdam, Benz in Prenzlau, Kinkowsky in Brandenburg (Havel), Buchholz in Zehdenitz, Bunge in Spandau, Busse in Brandenburg (Havel), Geiseler in Spandau, Gerbig in Wittenberg (Bez. Potsdam), Gurth in Cöpenitz, Hartmann in Brandenburg (Havel), Kuhlmann in Lützenwalde, Nießing in Eberswalde, Prig in Wittenberge (Bez. Potsdam), Rahn in Groß-Lichterfelde, Ried in Prenzlau, Taube in Spandau, Voigt in Königs-Wusterhausen und Walter in Bernau zum Ober-Postassistenten, der Telegraphenassistent Leufert zum Ober-Telegraphenassistenten.

Unkündbar angestellt sind: die Postverwalter Haube in Voigdenburg (Udermark), Koch in Jernitz, Kosinski in Großenitz, Léon in Halbe und Nidert in Neustadt (Dosse).

Zunächst probeweise übertragen ist: dem Postsekretär Heidenreich aus Mainz, dem Telegraphen-

sekretär Jasper aus Berlin und dem Postsekretär Müller aus Aachen eine Bureaubeamtenstelle 1ter Klasse bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam, ferner dem Telegraphensekretär Lenk aus Thorn eine Ober-Telegraphensekretärstelle bei dem Postamt in Wittenberge (Bez. Potsdam).

Versezt sind: Der Postmeister Simon von Kirchbain (Bez. Cassel) nach Zehlendorf (Kreis Teltow), der Postsekretär Wittmann von Briesen nach Wildpark, die Ober-Postassistenten Hohenhaus von Trepta (Rega) nach Freienwalde (Oder), Nickel von Wittenberge (Bez. Potsdam) nach Potsdam, Rosmann von Wittstock (Distrignitz) nach Zehlendorf (Kr. Teltow), der Ober-Telegraphenassistent Bielefeld von Berlin nach Brandenburg (Havel), die Postverwalter Conrad von Lyden nach Friesack (Mark), Krüger von Teupitz nach Lyden, Rechenberg von Friesack (Mark) als Ober-Postassistent nach Eberswalde, Schulze von Zehlendorf (Kr. Teltow) nach Teupitz, die Postassistenten Alex von Königs-Wusterhausen nach Brandenburg (Havel), Arnheiter von Letmathe nach Wittenberge (Bez. Potsdam), Heber von Eberswalde nach Salungen, Helbig von Coepenitz nach Glauchau, Ried von Strassburg (Udarmark) nach Prenzlau und Voigt von Neu-Ruppin nach Königs-Wusterhausen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
auf.
1. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|---|---|--|-----------------------------------|--|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | |
| Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Margarethe Bloß,
Schiffsmädchen, | geboren am 1. Juli
1877 zu Luxemburg, | gewerbsmäßige Unzucht, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Trier, | 17. Februar
1897. |
| 2 | Ignaz Braye, Tagner, | geboren am 4. Mai
1851 zu Sennheim,
Ober-Elß, französi-
scher Staatsangehöriger
(Optant), | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Colmar, | 19. Februar
1897. |
| 3 | Johann Bruyments
boom (auch Bruy-
m en h o o e n), Tage-
löhner, | geboren am 14. Februar
1858 zu Haps, Pro-
vinz Nordbrabant,
Holland, | Betteln und Mißhand-
lung, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Düsseldorf, | 25. Februar
1897. |
| 4 | August Eisert,
Schneider, | geboren am 14. Sep-
tember 1873 zu Wien,
österreichischer Staats-
angehöriger, | Betteln, | Polizei-Behörde zu
Hamburg, | 25. Februar
1897. |
| 5 | Alois Elger,
Gärtner, | geboren am 20. Oktober
1858 zu Drin bei
Kladno, Bezirk Smi-
chow, Böhmen, orts-
angehörig ebendasselbst, | desgleichen, | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Leipzig, | 29. Januar
1897. |
| 6 | Johann Fibich,
Schneidergeselle, | geboren am 21. April
1874 zu Pritsch,
Österreich, österreichi-
scher Staatsangehöriger, | desgleichen, | Polizei-Behörde zu
Hamburg, | 22. Februar
1897. |
| 7 | Bernardine Fontain,
geborene Waukers,
verehelicht, | geboren am 16. Sep-
tember 1865 zu Arme-
loe, Holland, ortsan-
gehörig ebendasselbst, | Nichtbeschaffung
Unterkommens, | eines Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Münster, | 9. Februar
1897. |
| 8 | Franz Josef Friedl,
Maurer, | geboren am 16. Februar
1869 zu Karlsbad,
Böhmen, | Betteln, | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Zwickau, | 25. Januar
1897. |
| 9 | Hugo Johann
Friedrich, Gärtner, | geboren am 26. Juni
1856 zu Braunau, Bez.
Braunau, Böhmen, | desgleichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Erfurt, | 21. Januar
1897. |

| 1.
Rang. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
der
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-------------|--------------------------------------|---|--|--|--|
| | 2. | 3. | | | |
| 10 | Josef Kirchner,
Tuchschneider, | geboren am 18. No-
vember 1867 zu Odera,
Bez. Troppau, Oester-
reich, | Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Aachen, | 27. Januar
1897. |
| 11 | Eduard Paulin,
Tagner, | geboren am 13. Mai
1864 zu Bülle, Frank-
reich, ortsangehörig
ebendasselbst, | Diebstahl, Landstreichen
und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Straß-
burg i. E., | 28. Januar
1897. |
| 12 | Karl Puhjis,
Lithograph, | geboren am 19. Juli
1863 in Riga, Gon-
vernement Livland,
Rußland, russischer
Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Königlich bayerische
Polizei-Direktion
München, | 13. Februar
1897. |
| 13 | Josef Quintus,
Schlossergefelle, | geboren am 12. März
1853 zu Liebenau,
Böhmen, österreichischer
Staatsangehöriger, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Potsdam, | 24. Februar
1897. |
| 14 | Alois Schano,
Bäcker, | geboren am 15. Mai
1846 zu Landstraßen,
Bezirk Prachatitz,
Böhmen, österreichischer
Staatsangehöriger, | desgleichen, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Mün-
chen II., | 6. Februar
1897. |
| 15 | Anton Cermák,
Schuhmacher, | geboren am 18. August
1857 zu Schlan, Böh-
men, österreichischer
Staatsangehöriger, | desgleichen, | Fürstlich Reuß Plau-
isches Landrathsamt
Greiz, | 2. Februar
1897. |
| 16 | Joseph Simon,
Metzger, | geboren am 14. März
1852 in Augsburg,
ortsangehörig zu St.
Gotthard, Bezirk Linz,
Ober-Oesterreich, öster-
reichischer Staatsange-
höriger, | Landstreichen und Betteln, | Stadtmagistrat Deg-
gendorf, Bayern, | 12. Februar
1897. |
| 17 | Josef Lunič,
Glaser, | geboren am 13. März
1857 zu Rastoc, Un-
garn, österreichisch-un-
garischer Staatsange-
höriger, | desgleichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 24. Februar
1897. |
| 18 | Franz Banasik,
Tagelöhner, | geboren am 26. No-
vember 1870 zu Nebo-
vid, Bezirk Kolín,
Böhmen, österreichischer
Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Königlich bayerische
Polizei-Direktion
München, | 9. Februar
1897. |

Die durch Beschluß des Kaiserlichen Bezirkspräsidenten zu Colmar vom 17. Juli 1886 verfügte Aus-
weisung des Tagners Josef Herzog aus dem Reichsgebiet ist zurückgenommen worden.

Hierzu eine Beilage, enthaltend ein Verzeichniß der von der Königlich Preussischen Landes-Aufnahme heraus-
gegebenen und von deren Plankammer verwalteten Karten und Pläne, sowie Fünf Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung in Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Schenck'schen Verlags- und Druckerei.

Öffentlicher Anzeiger (N^o 5)

zum 17ten Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 23. April 1897.

Öffentliche Vorladungen und Aufgebote.

170. Der am 6. August 1876 zu Kamperbruch, Kreis Moers, geborene Kanonier Karl Arns von der 4ten fahrenden Batterie 1. Westfälischen Feldartillerie-Regiments N^o 7, kommandirt als Bursche zur Feldartillerie-Schießschule, welcher sich ohne Erlaubnis von seiner Truppe entfernt hat und gegen welchen daher der Fahnenflucht-Prozess eingeleitet worden ist, wird hiermit aufgefordert, zur Feldartillerie-Schießschule zurückzukehren, sich aber spätestens in dem auf **den 10. August 1897 Vormittags 11 Uhr** im Militär-Gerichtsflokal Lindenstraße 30 hiersebst, parterre, anberaumten Termin einzufinden, widrigenfalls er in contumaciam für fahnenflüchtig erachtet und in eine Geldstrafe von 150 bis 3000 Mark verurtheilt werden wird.

Berlin, den 14. April 1897.

Königliches Korpsgericht des Gardekorps.

171. Die unverehelichte Pauline Preschel aus Grehow jetzt in Zielenzig in der Botengasse und der Kaufmann Albert Zucker, ebenda als Vormund des minderjährigen Wilhelm Preschel klagt gegen den Gerber Adolf Wittmann zuletzt in Pankow wohnhaft, jetzt unbekannten Aufenthalts auf Grund der Behauptung, daß Klägerin zu 1 am 12. Juli 1896 ein Kind außerehelich geboren hat und daß sie als Vater dieses Kindes den Beklagten in Anspruch nehmen, da sie in der gesetzlichen Empfängniszeit, nämlich in der Zeit vom 1. Oktober bis 15. Dezember 1895 den Beischlaf vollzogen habe mit dem Antrage:

- 1) den Beklagten für den Vater des von der Klägerin zu 1 am 12. Juli 1896 geborenen Kindes Namens Wilhelm Hermann Preschel zu erklären,
- 2) ihn zu verurtheilen:
 - a. an Klägerin zu 1 an Niederfunfts-, Tauf- und sechswoöchigen Verpflegungskosten 30 Mark,
 - b. für das vorgedachte Kind von dessen Geburt bis zum zurückgelegten vierzehnten Lebensjahre 10 Mark an monatlichen Verpflegungs- und Erziehungskosten, und zwar die rückständigen sofort, die laufenden in vierteljährlichen Theilzahlungen im Voraus zu entrichten.
- 3) die Kosten des Rechtsstreits dem Beklagten aufzuerlegen,
- 4) das Urtheil hinsichtlich des Antrages zu 2 für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Die Kläger laden den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Königliche Amtsgericht II. zu Berlin, Hallesches Ufer 29/31 Zimmer 10 auf **den 17. Juni 1897 Vormittags 9 1/2 Uhr.**

Zum Zwecke der öffentlichen Ladung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Berlin, den 14. April 1897.

Richter, Gerichtsschreiber
des Königlichen Amtsgerichts II., Abtheilung Xa.
Konkursverfahren.

172. Ueber das Vermögen des Ziegeleibesigers Carl Kerfin in Gottberg wird heute am **17. April 1897 Vormittags 11 Uhr 30 Min.** das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Hermann Schwarzkopf hiersebst wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum **25. Mai 1897** bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **den 17. Mai 1897 Vormittags 10 Uhr** und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **den 14. Juni 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum **1. Mai 1897** Anzeige zu machen.

Neu-Muppin, den 17. April 1897.

Königliches Amtsgericht.

173. In Sachen, betreffend das Konkursverfahren über das Vermögen des Buchbindermeisters Richard Krüger, Inhaber der Firma C. Krüger zu Neustadt a. D., wird zur Beschlussfassung über freiwilligen Verkauf des zur Masse gehörigen Grundstücks an die Ehefrau des Gemeinschuldners eine Gläubigerversammlung auf **den 10. Mai 1897 Vormittags 11 1/2 Uhr** an Gerichtsstelle anberaumt.

Wusterhausen a. D., den 14. April 1897.

Friedenstein,

Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

Auktionen und Lizitationen.

174. Ruß- und Brennholzverkauf
Oberförsterei Neubrück/Spree.

Es sollen **Donnabend, den 8. Mai 1897 von Vormittags 10 Uhr ab** im Paul'schen Gasthause

hier selbst öffentlich meistbietend verkauft werden: Belauf Drabendorf: 1440 Rm. Kiefern-Kloben, 1210 Rm. Knüppel, 523 Rm. Reis. I. Belauf Einzelmühle: 56 Rm. Kiefern-Schichtmugholz III. u. IV. Cl., 950 Rm. Kloben, 950 Rm. Knüppel, 62 Rm. Reis. I. Belauf Alt-Golm: 1150 Rm. Kiefern-Kloben, 1000 Rm. Knüppel, 350 Rm. Reis. I. Belauf Neubrück: 657 Rm. Kiefern-Kloben, 422 Rm. Knüppel, 61 Rm. Reis. I., sowie einiges Eichen-, Birken- und Erlen-Brennholz. Belauf Breitegeßel: 1287 Rm. Kiefern-Kloben, 820 Rm. Knüppel, 136 Rm. Reis. I. Belauf Kersdorf: 83 Rm. Kiefern-Schichtmugholz III. und 281 Rm. IV., 76 Rm. Eichen-Kloben, 15 Rm. Knüppel, 20 Rm. Reis. I., 212 Rm. Kiefern-Kloben, 540 Rm. Knüppel, 380 Rm. Reis. I. Zum Schluß kommen aus dem Belauf Drabendorf einiges Kiefern-Reis II. und III. und aus dem Belauf Alt-Golm 2144 Rm. Reis. II. Cl. zum Verkauf. Loostabellen können vom 28. April ab bezogen werden.

Der Forstmeister.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

173.

Verpachtung

der Domäne Gramzow mit den Vorwerken Zehnebeck und Koboltenhof im Kreise Angermünde von Johannis 1897 bis dahin 1915.

Gesamtsflächengröße 954,993 ha, darunter 660,227 ha Acker, 213,768 ha Wiesen und 15,053 ha Hütung.

Grundsteuerreinertrag: rd. 23600 M.

Brennerei auf dem Hauptvorwerke. Rübenbau auf allen drei Vorwerken möglich. Bisherige Anbaufläche im ganzen ca. 40 ha jährlich. Nächste Zuckersfabrik in Prenzlau. Nächste Eisenbahnstation Passow, ca. 10 km.

Verpachtungstermin Dienstag den 25. Mai d. J. Vormittags 11 Uhr im Sitzungssaale des Geschäftsgebäudes der unterzeichneten königlichen Regierung zu Potsdam, Waisenstraße 46 I.

Bisheriger Pachtzins, einschließlich Meliorationszinsen zc. 44074,76 M.

Das zur Uebernahme der Pachtung erforderliche Vermögen, welches vor dem Termin dem Ober-Regierungsrath Bodenstern hier nachzuweisen ist, beträgt 200000 M.

Die Verpachtungsbedingungen, die Lizitationsregeln, das Vermessungsregister und die Domänenkarte sind **während der letzten drei Wochen vor dem Bietungstermin** in unserer Registratur einzusehen. Auf Wunsch werden gegen Erstattung der Schreibgebühren auch Abschriften der besonderen Pachtbedingungen und der Lizitationsregeln erteilt werden.

Potsdam, den 9. April 1897.

Königliche Regierung,
Abtheilung für direkte Steuern, Domänen u. Forsten. B.
Bekanntmachung.

176. Das im Kreise Osthavelland des Regierungsbezirks Potsdam belegene königlich Prinzliche Ritter-

gut Ueg soll wegen Ablebens des bisherigen Pächters auf den Zeitraum vom 1. Juli 1897 bis zum 30. Juni 1915 im Wege des öffentlichen Meistgebots durch das unterzeichnete Hofmarschall-Amt neu verpachtet werden.

Die Pachtstücke haben ein Areal von 503,248 ha, nämlich:

| | |
|--------------------------|-----------|
| Hof- und Baustellen | 1,431 ha, |
| Gärten und Weinberge | 4,851 " |
| Acker | 204,247 " |
| Wiesen | 116,842 " |
| Hütungen | 154,579 " |
| Nehrung und Schilf | 9,067 " |
| Weg, Gräben und Gewässer | 12,231 " |

Das Pachtgelbderminimum wird auf 13000 M. und die Pachtkaution auf die Hälfte der Jahrespacht festgesetzt.

Der verpachtenden Behörde ist ein disponibles Vermögen des Pächters von 120000 M. durch ein Zeugniß des Kreislandraths oder der Steuerveranlagungsbehörde oder auf sonst glaubhafte Art spätestens eine Woche vor dem Verpachtungstermin nachzuweisen.

Pachtliebhaber werden zu dem **auf Sonnabend den 15. Mai d. J. Vorm. 11 Uhr** anberaumten, auf dem Haupthofe zu Ueg stattfindenden Verpachtungstermin hiermit geladen.

Die die Pachtstücke betreffenden Auszüge aus der Grundsteuermutterrolle und der Gebäudesteuerrolle nebst Handzeichnung, ferner die Verpachtungs- und Versteigerungs-Bedingungen liegen bei der Administration zu Ueg aus; die Registratur des Hofmarschall-Amtes übersendet auf Antrag Abschrift der Bedingungen gegen Erstattung der Schreibgebühren.

Die Befichtigung der Pachtstücke wird, nach vorheriger Meldung bei der Administration Ueg, gestattet, auch wird jede weitere Auskunft dorthelbst erteilt werden. Uiel, den 17. April 1897.

Hofmarschall-Amt Seiner königlichen Hoheit
des Prinzen Heinrich von Preußen.

Öffentliche Vorladung.

177. Behufs Festsetzung der Entschädigung für die durch die Anlage eines Ueberholungsgeleises auf Bahnhof Groß-Kreuz erforderliche Beseitigung des in Kilometer 46,1 der Bahnstrecke Berlin—Magdeburg belegenen Privatüberganges wird auf **den 1. Mai 1897 Vormittags 10 1/4 Uhr** auf Bahnhof Groß-Kreuz Termin anberaumt, zu welchem alle Betheiligten zur Wahrung ihrer Interessen eingeladen werden. Im Falle des Ausbleibens der Geladenen wird auch ohne deren Zuthun die Entschädigung festgesetzt und wegen Zahlung oder Hinterlegung derselben Verfügung getroffen werden. Zu Sachverständigen sind von dem Herrn Regierungspräsidenten der Kreisboniteur Buchholz zu Berlin und der Dekomissionskommissionsrath Engel zu Potsdam ernannt worden.

Potsdam, den 18. April 1897.

Der Kommissar des Regierungspräsidenten.
Bubbe, Regierungs-Assessor.

Bekanntmachung

betreffend

die Abstempelung der Schuldverschreibungen der 4prozentigen Reichsanleihe auf 3½ Prozent.

Die Schuldverschreibungen der 4prozentigen Reichsanleihe, deren Inhaber nach §. 2 des Gesetzes vom 8. März 1897 (Reichs.-Ges.-Bl. S. 21) die Umwandlung dieser Schuldverschreibungen in solche der 3½prozentigen Reichsanleihe angenommen haben, sind nebst Zinscheinanweisungen (Talons) und den dazu gehörigen unten unter Nr. 3 näher bezeichneten Zinscheinen mit einem die Zinsherabsetzung ausdrückenden Vermerk abzustempeln, sofern nicht nach der Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 12. März 1897 (Reichs- und Staatsanzeiger Nr. 63) bis zum 30. Juni 1897 die kostenfreie Eintragung eines dem Nennwerth der eingereichten Schuldverschreibungen gleichen, vom 1. Oktober 1897 ab zu 3½ Prozent verzinslichen Betrages in das Reichsschuldbuch beantragt wird.

In Betreff der Abstempelung der Schuldverschreibungen, Zinscheinanweisungen und Zinscheine ist Folgendes zu beachten:

1. die Schuldverschreibungen sind vom 12. April 1897 ab bei einer der nachbezeichneten, vom Herrn Reichskanzler, soweit es sich um die Landesklassen handelt, im Einvernehmen mit den betreffenden Landesregierungen bestimmten Abstempelungsstellen, nämlich:

der Königlich Preussischen Kontrolle der Staatspapiere zu Berlin, Oranienstraße Nr. 92/94; bei einer der Reichsbankhauptstellen in Bremen, Breslau, Danzig, Dortmund, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Köln, Königsberg i. Pr., Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Posen, Stettin, Straßburg i. E., Stuttgart oder einer der Reichsbankstellen in Aachen, Braunschweig, Cassel, Chemnitz, Coblenz, Crefeld, Darmstadt, Dresden, Elberfeld, Erfurt, Essen, Gera, Görlitz, Halle a. S., Karlsruhe, Kiel, Lübeck, Mainz, Metz, Mülhausen i. E., Nordhausen, Nürnberg, Wiesbaden; bei einer der Königlich Preussischen Regierungs-Hauptkassen, der Königlich Preussischen Kreiskasse in Frankfurt a. M., einer der Königlich Bayerischen Kreiskassen in Landshut, Regensburg, Augsburg, Bayreuth, Ansbach, Würzburg, Speyer; bei einem der Großherzoglich Hessischen Hauptsteuerämter zu Offenbach, Gießen, Worms; bei der Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinschen Renterei in Schwerin; bei der Herzoglich Sächsischen Staats- und Domänenkassenverwaltung in Gotha; bei der Fürstlich Schwarzburgischen Staatshauptkasse in Sonnershausen oder der Bezirkskasse in Arnstadt; bei der Fürstlich Reuß-Plauischen Landeskasse in Greiz; bei der Fürstlich Sippischen Landkasse in Detmold

einzureichen.

Um eine baldige Rückgabe der eingelieferten Effekten zu ermöglichen, empfiehlt es sich, dieselben behufs der Abstempelung an die zunächst gelegene Abstempelungsstelle einzureichen.

2. Für Schuldverschreibungen, welche außer Kurs gesetzt sind, ist eine Wiederinkurssetzung für die Vorlegung zur Abstempelung nicht erforderlich.

3. Mit den Schulbverschreibungen sind die Zinscheinanweisungen und, da nach §. 3 des Gesetzes vom 8. März 1897 die **Verzinsung zu 4 Prozent mit dem 30. September 1897 aufhört**, alle am 1. April 1898 und später fälligen Zinscheine zur Abstempelung vorzulegen.

Die früher fälligen Zinscheine sind, soweit dies nicht bereits geschehen, abzutrennen und nicht mit einzuliefern.

Sofern einzelne der hiernach zur Abstempelung mit vorzulegenden Zinscheine fehlen, ist dies in dem nach Nr. 4 und 5 mit der Uebergabe-Erklärung einzureichenden Verzeichnisse ebenso zu vermerken, wie das etwaige Fehlen von Zinscheinanweisungen.

4. Wer die Abstempelung durch die Königlich Preussische Kontrolle der Staatspapiere bewirken lassen will, hat derselben die zu 1 und 3 genannten Effekten mit einer Uebergabe-Erklärung nebst Verzeichniß vorzulegen.

Genügt dem Einreicher der Effekten eine nummerirte Marke als Empfangsbcheinigung, so ist die Uebergabe-Erklärung mit Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bcheinigung, so ist die Uebergabe-Erklärung mit Verzeichniß doppelt vorzulegen. Im letzteren Fall erhält der Einreicher das eine Exemplar sofort mit einer Empfangsbcheinigung zurück.

5. Wer die Abstempelung durch eine der obengenannten Kassen oder Reichsbankanstalten bewirken lassen will, hat den Effekten eine Uebergabe-Erklärung mit Verzeichniß in zwei Exemplaren beizufügen. Das eine Exemplar wird mit einer Empfangsbcheinigung versehen sogleich zurückgegeben.

6. Formulare zu den Uebergabe-Erklärungen mit Verzeichnissen sind bei den vorbezeichneten Abstempelungsstellen, sowie auch bei allen übrigen oben nicht genannten Reichsbankanstalten unentgeltlich zu haben.

Es wird dringend empfohlen, zur Vermeidung von Weiterungen zu den Uebergabe-Erklärungen ausnahmslos diese Formulare zu verwenden.

7. Um, auch im Interesse der Einlieferer, eine rasche Abfertigung zu ermöglichen, wird ersucht, in dem mit jeder Uebergabe-Erklärung verbundenen Nummern-Verzeichniß die Schulbverschreibungen nach Werthabschnitten, Littern und innerhalb derselben nach Jahrgängen und Nummern geordnet aufzuführen und die Effekten selbst ebenso zu ordnen.

8. Die Ausreichung der abgestempelten Effekten erfolgt gegen Quittung und Rückgabe der Marke oder Empfangsbcheinigung (Nr. 4 und 5) alsbald nach beendeter Abstempelung.

9. Werden die Schulbverschreibungen den Abstempelungsstellen mit der Post übersandt, so genügt die Beifügung der Uebergabe-Erklärung mit Verzeichniß in einem Exemplar, dessen Rückgabe nicht erfolgt.

Wer zur Einsendung der Schulbverschreibungen mit Zubehör die Beförderung durch die Post wählt, hat das Porto sowohl für die Einsendung wie für die Rücksendung zu tragen.

Bei der Rücksendung gilt der Postschein als Quittung.

Berlin, den 8. April 1897.

Reichsschuldenverwaltung.

von Hoffmann.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 18.

Den 30. April

1897.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 17.) **Nr 2379.** Verordnung, betreffend die Erfüllung der Dienstpflicht bei der Kaiserlichen Schutztruppe für Südwestafrika. Vom 30. März 1897.

Nr 2380. Verordnung wegen Abänderung der Verordnung vom 22. Januar 1874, betreffend die Verwaltung des Reichskriegsschatzes. Vom 31. März 1897.

(Stück 18.) **Nr 2381.** Freundschafts-, Handels-, Schiffsahrts- und Konsularvertrag zwischen Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preußen u. s. w., im Namen des Deutschen Reichs, und der Republik Nicaragua. Vom 4. Februar 1896.

(Stück 19.) **Nr 2382.** Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz, betreffend die Einrichtung schweizerischer Nebenzollämter bei den auf kabischem Gebiete belegenen Stationen Altenburg, Jestetten und Postetten der schweizerischen Eisenbahnlinie Eglishau-Schaffhausen und die schweizerische Zollabfertigung am Grenzacherhorn. Vom 5. Dezember 1896.

Gesetz-Sammlung für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 13.) **Nr 9892.** Gesetz, betreffend die Heranziehung der Fabriken u. s. w. mit Vorausleistungen für den Wegebau in der Provinz Pommern. Vom 8. März 1897.

Nr 9893. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Biedenkopf und Frankfurt am Main. Vom 26. März 1897.

Nr 9894. Verfügung des Justizministers wegen Aufhebung der Hypothekenämter zu Grefeld, Düsseldorf und Elberfeld. Vom 6. April 1897.

(Stück 14.) **Nr 9895.** Verordnung, betreffend die Führung der mit akademischen Graden verbundenen Titel. Vom 7. April 1897.

Nr 9896. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Albenhoven, Geilenkirchen, Sanft Vith, Düren, Heinsberg, Siegburg, Gelbern, Adenau, Cochem, Mayen, Zell, Grevendroich, Sanft Wendel, Lebach, Saarlouis, Merzig, Neuenburg, Völsburg, Wittlich, Warweiler, Daun, Hermesfeil und Prüm. Vom 10. April 1897.

Allerhöchster Erlass.

Auf den Bericht vom 18. März d. J. will Ich hierdurch genehmigen, daß der Zinsfuß derjenigen auf den Inhaber lautenden Anleihecheine, zu deren Ausgabe der Rüthe-Schau-Verband im Kreise Teltow des Regierungsbezirktes Potsdam, durch das Allerhöchste Privilegium vom 6. Februar 1888 ermächtigt worden ist, vom 1. Oktober 1897 ab von vier auf drei und ein halb Prozent herabgesetzt werde. Alle sonstigen Bestimmungen dieses Privilegiums, insbesondere auch hinsichtlich der Tilgungsfristen, bleiben mit der Maßgabe in Kraft, daß die in Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen, unter Innehaltung der in ihnen vorgeschriebenen Formen und Fristen für den Fall zu kündigen sind, daß sie nicht bis zum 15. Mai 1897 der Kasse des Rüthe-Schau-Verbandes zu Berlin, Victoriastraße Nr. 18, zur Abstempelung auf drei und ein halb Prozent eingereicht werden.

Berlin, den 27. März 1897.

gez. Wilhelm R.

gggez. v. Miquel. v. Hammerstein.

An den Finanzminister und den Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten. Polizei-Verordnung.

§1. Auf Grund der §§ 6, 12, 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) und des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) wird unter Zustimmung des Bezirksausschusses die anliegende Polizeiverordnung (A.) vom 15. Januar 1892 (Amtsblatt S. 73 ff. Nr. 51) auf den Amtsbezirk Friedrichsfelde mit der Maßgabe ausgedehnt, daß die Verordnung vom 1. Juli dieses Jahres in Kraft tritt.

Potsdam, den 16. März 1897.

Der Regierungspräsident.

Anl. A.

Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 6, 12 und 15. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Gef.-S. S. 265) und des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gef.-S. S. 195) wird unter Zustimmung des Bezirksausschusses für die Stadtkreise Charlottenburg und Spandau, für die dem Kreise Niederbarnim angehörigen

Amtsbezirke Lichtenberg, Stralau, Weißensee, Reinickendorf und den Gemeindebezirk Pankow, sowie für die dem Kreise Teltow angehörigen Amtsbezirke Schöneberg, Wilmersdorf, Nixdorf, Tempelhof, Treptow und den Gemeindebezirk Steglitz nachstehende Polizei-Verordnung erlassen:

I. Meldungen in Bezug auf Wohnungs- veränderungen durch die Hauseigentümer.

§ 1. Bei dem Wechsel einer Wohnung innerhalb einer Gemeinde ist der Eigenthümer desjenigen Hauses, in welchem die neubezogene Wohnung liegt, zur schriftlichen Meldung verpflichtet. Die Meldepflicht erstreckt sich auf sämtliche Wohnungsveränderungen, welche ihn selbst, seine Familienmitglieder, Diensthoten, Gefellen, Gehülften, Lehrburschen, Schlafleute oder die Miether und deren Angehörige, Altermiether, Schlafleute betreffen.

§ 2. Jede Meldung muß innerhalb sechs Tagen nach Eintritt der Wohnungsveränderung bei dem Gemeinde- oder Gutsvorsteher, in Städten bei der Polizeiverwaltung erstattet werden. Der erste Umzugstag wird hierbei nicht mitgerechnet. Bezieht jemand eine Wohnung ohne die bisherige aufzugeben, so ist bei der Meldung ausdrücklich hervorzuheben, daß die bisherige Wohnung beibehalten wird.

§ 3. Die Meldung muß genau nach Maßgabe des Anlage-Musters I. unter vollständiger und deutlicher Ausfüllung sämtlicher Spalten erstattet werden. Bei Wohnungsveränderungen von Familien sind die Namen des Ehemannes, der Ehefrau und der Kinder auf einem und demselben Blatte aufzunehmen. Abgesehen von diesem Falle ist es nicht gestattet, mehrere Personen auf einem und demselben Blatte zu melden. Meldungen, welche den vorstehenden Bestimmungen nicht entsprechen, gelten als nicht erstattet.

§ 4. Die Meldungen sind in einem Stück in denjenigen Amtsbezirken, in welchen dem Polizeipräsidenten zu Berlin auf Grund des Gesetzes vom 12ten Juni 1889 (Ges.-S. S. 129) polizeiliche Befugnisse eingeräumt sind — zur Zeit in den Amtsbezirken Nixdorf, Schöneberg, Wilmersdorf, Lichtenberg, Reinickendorf, Weißensee und Stralau-Nummelsburg — in zwei Stücken bei der Meldestelle einzureichen. Der Meldende kann verlangen, daß ihm ein zweites bezw. ein drittes Stück behufs des Nachweises der geschehenen Meldung abgestempelt zurückgegeben wird.

§ 5. Durch Ortspolizeiverordnung kann unter dieser seitiger Zustimmung bestimmt werden, daß die Meldung des Umzugs sowohl seitens des Eigenthümers desjenigen Hauses, in welchem die neubezogene Wohnung liegt, als seitens des Eigenthümers desjenigen Hauses, in welchem die frühere Wohnung liegt, geschehen muß.

§ 6. Bei Personen, welche von auswärts in die Gemeinde neu anziehen, ist der Eigenthümer desjenigen Hauses, in welches der Anzug erfolgt, zur Anmeldung nach Muster I., bei Personen, welche nach einem anderen Gemeindebezirk verziehen, der Eigenthümer desjenigen Hauses, in welchem die aufgegebene Wohnung liegt, zur Abmeldung nach Muster II. verpflichtet.

§ 7. Die Hauseigentümer sind berechtigt, die in den §§ 1 bis 6 ihnen auferlegte Meldepflicht einem Hausverwalter zu übertragen. Der Letztere muß der Behörde namhaft gemacht werden.

II. Meldung von An- und Abzügen durch die von auswärts anziehenden und die nach auswärts verziehenden Personen.

§ 8. Neben der nach §§ 6 und 7 dem Hauseigenthümer oder dem Hausverwalter obliegenden Meldung sind die von auswärts neu anziehenden Personen verpflichtet, innerhalb acht Tagen nach dem Beziehen einer Wohnung sich bei der Meldestelle persönlich oder schriftlich zu melden und über ihre und ihrer Angehörigen persönliche und Militärverhältnisse Auskunft zu geben. Die aus einem anderen Gemeindebezirk des Preussischen Staates neu Anziehenden sind verpflichtet, bei der in diesem Paragraphen vorgeschriebenen persönlichen oder schriftlichen Meldung gleichzeitig eine Bescheinigung der Behörde ihres letzten Wohnortes über ihre daselbst erfolgte Abmeldung und über ihre Struerverhältnisse (Abzugsschein) einzureichen.

§ 9. Neben der nach §§ 6 und 7 zu erstattenden Meldung sind die nach einem anderen Gemeindebezirk verziehenden Personen verpflichtet, vor ihrem Abzuge ein ferneres Stück der Abmeldung in der im § 6 vorgeschriebenen Form bei der Meldestelle einzureichen.

Dieses Stück wird abgestempelt zurückgegeben und ist zum Ausweise der Verziehenden bei der Behörde ihres neuen Wohnortes bestimmt.

III. Meldungen in Bezug auf Reisende.

§ 10. Den Polizeibehörden derjenigen Gemeinden, in welchen sich ein Bedürfnis dazu herausstellt, bleibt überlassen, die Verpflichtung zur An- und Abmeldung der nur vorübergehend am Orte sich aufhaltenden Fremden durch ortspolizeiliche Verordnung zu regeln, auch bleiben die zur Zeit bestehenden Verordnungen dieser Art in Kraft.

IV. Schluß- und Strafbestimmungen.

§ 11. Jeder, in Bezug auf dessen Person oder Angehörige nach den Vorschriften dieser Verordnung eine Meldung geschehen muß, ist verbunden, dem zur Meldung Verpflichteten alle zur vorschriftsmäßigen Erfüllung dieser Verpflichtung erforderlichen Angaben zu machen. Jeder Miether hat alle einer Meldung bedürftenden Veränderungen, welche ihn selbst, die zu seinem Hausstande gehörigen Personen, Altermiether, Schlafleute betreffen, dem zur Meldung Verpflichteten innerhalb dreier Tage nach Eintritt des Falles anzuzeigen.

Dasselbe findet auf den Hauseigenthümer und die zu seinem Hausstande gehörigen Personen Anwendung, sofern der Hauseigenthümer zwar in dem betreffenden Hause wohnt, die Meldepflicht aber einem Hausverwalter übertragen hat.

Bei Wohnungsveränderungen wird der erste Umzugstag in die dreitägige Frist nicht mit eingerechnet.

§ 12. Sofern nicht nach allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verwirkt werden, unterliegen Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen einer

Geldstrafe bis zu 60 Mark. Auf Geldstrafe nicht unter 5 Mark ist zu erkennen, wenn die Meldung oder die Anzeige behufs der Meldung (§ 11) länger als zwei Tage über die vorgeschriebenen Fristen hinaus veräunt wird. Geldstrafe nicht unter 20 Mark trifft denjenigen, welcher in der Meldung oder der Anzeige behufs der Meldung wissentlich falsche Angaben über den Verbleib einer Person gemacht hat. Im Unvermögensfalle tritt überall an Stelle der Geldstrafen verhältnismäßige Haft.

§ 13. Die gegenwärtige Verordnung tritt mit dem 1. April 1892 in Kraft. Mit diesem Tage verlieren die Polizeiverordnungen vom 16. Dezember 1876 (Amtsblatt S. 457), vom 21. Juni 1879 (Amtsblatt S. 276), und vom 2. August 1889 (Amtsblatt S. 303), für die im Eingange der Verordnung aufgezählten Bezirke ihre Geltung.

Potsdam, den 15. Januar 1892.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

82. Vom Königl. Ministerium der öffentlichen Arbeiten ist eine dort neu bearbeitete

„Uebersichtskarte der Verwaltungsbezirke der Königlich Preussischen Eisenbahndirektionen und der Königlich Preussischen und Großherzoglich Hessischen Eisenbahndirektion in Mainz in 9 Blättern, Maassstab 1:600000, 7. Auflage vom 1. April 1897“

herausgegeben worden, welche neben anderen Zwecken insbesondere auch dem reisenden Publikum durch Aus-
hang auf allen dazu geeigneten Stationen der Staats-
eisenbahnen als Mittel zur leichteren Orientirung die-
nen soll. Bei der Bearbeitung haben auch diejenigen
Veränderungen Berücksichtigung gefunden, welche zur
Ausführung des Staatsvertrages zwischen Preußen und
Hessen über die gemeinschaftliche Verwaltung des beider-
seitigen Eisenbahnbesizes vom 23. Juni v. J. durch
anderweite Streckenüberweisungen an die neu eingefetzte
Eisenbahndirektion in Mainz und an die ferner davon
betroffenen Preussischen Eisenbahndirektionen zum 1. April
d. J. vorgeesehen sind. Die Karte ist durch den Buch-
handel käuflich zu beziehen und der S. Schropp'schen
Hof-Landkartenhandlung in Berlin, Jägerstraße 61, in
Kommissionsverlag übertragen worden. Der Preis eines
Exemplares beträgt sechs Mark.

Die unterstellten Behörden und Beamten mache ich
auf die Karte aufmerksam.

Potsdam, den 21. April 1897.

Der Regierungspräsident.

Gebührenordnung für die Untersuchung von Händler-schweinen.

83. Die Gebühren, welche die beamteten bezw.
Privat-Thierärzte für die auf Grund der landespolizeilichen
Anordnung vom 4. November 1896 (Amtsblatt
1896 Seite 516/517) vorzunehmenden Untersuchungen
von Händler-schweinen erheben können, sind nach Maß-
gabe der nachstehenden Gebührenordnung zu be-
rechnen:

I.

Für die am Wohnorte des Thierarztes oder in
einer Entfernung von weniger als 2 km von dem

Wohnorte stattfindenden Untersuchungen sind einschließ-
lich der Ausstellung des Gesundheits-scheines an Gebühren
zu entrichten:

| | |
|-------------------|----------|
| für 1—25 Schweine | 1,50 Mk. |
| " 26—50 | 2,— " |
| " 51—75 | 3,— " |
| " 76—100 | 4,— " |
| mehr als 100 | 5,— " |

II.

Für die Untersuchung der Schweine in einer Ent-
fernung von 2 km oder mehr von dem Wohnorte des
Thierarztes einschließlich der Ausstellung des Gesundheits-
scheines sind an Gebühren zu entrichten:

| | |
|-------------------|--------|
| für 1—50 Schweine | 6 Mk., |
| " 51—100 | 8 " |
| mehr als 100 | 10 " |

Außerdem sind die nach der Königl. Verordnung
vom 17. September 1876 (G.-S. S. 411) zu berech-
nenden Reisekosten zu entrichten.

Gehören die zu untersuchenden Schweine mehreren
Personen oder werden an demselben Tage und Orte
Untersuchungen von Schweinen für mehrere Besitzer vor-
genommen, so sind die zu entrichtenden Gebühren und
Reisekosten nach Verhältniß der Zahl der untersuchten
Schweine zu vertheilen.

III.

Für die Untersuchungen von Schweinen, die ge-
legentlich der Beaufsichtigung von Schweinemärkten statt-
finden, sind an Gebühren zu entrichten:

| | |
|-------------------|----------|
| für 1—25 Schweine | 1,— Mk., |
| " 26—50 | 1,50 " |
| " 51—100 | 2,— " |
| " 101 u. mehr | 3,— " |

Neben diesen Gebühren dürfen Reisekosten und
Tagegelber nicht berechnet werden.

Diese Anordnung tritt **sofort** in Kraft.

Potsdam, den 23. April 1897.

Der Regierungspräsident.

Errichtung einer Prüfungskommission für Elbschiffer.

84. Es wird hiermit zur Kenntniß der Beteiligten
gebracht, daß auch in Alsleben a./S. nach den Vor-
schriften über die Zulassung als Elbschiffer vom 27. ten
Dezember 1890 — abgedruckt im Amtsblatt von 1891,
Stück 5 Seite 33/34 — eine Kommission zur Abhaltung
von Elbschifferprüfungen eingerichtet worden ist.

Potsdam, den 22. April 1897.

Der Regierungspräsident.

Betrifft die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf
für 1897.

85. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom
2. November 1875 — Amtsbl. S. 366 — bringe ich
hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die **schuß-
freien** Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf
für das Jahr 1897, wie folgt, festgesetzt worden sind:
Mai: 2., 3., 5., 9., 11., 12., 16., 19., 20., 23.,
26., 27., 30. 31.
Juni: 2., 6., 7., 8., 13., 16., 17., 20., 22., 23.,
27., 28., 30.

Juli: 4., 7., 8., 11., 13., 14., 18., 19., 21., 25., 26., 28.

August: 1., 2., 4., 8., 10., 11., 15., 16., 18., 22., 23., 25., 29., 30.

September: 1., 5., 6., 8., 12., 14., 15., 19., 20., 22., 26., 29., 30.

Oktober: 3., 4., 6., 10., 12., 13., 17., 18., 20., 24., 25., 27., 31.

November: 1., 3., 7., 10., 11., 14., 15., 17., 21., 22., 24., 28., 29.

Dezember: 1., 5., 8., 9., 12., 13., 15., 19., 22., 25., 26., 27., 29.

Potsdam, den 22. April 1897.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

86. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 31. März d. J. dem Central-Komite der in diesem Jahre in München stattfindenden VII. internationalen Kunstausstellung die Erlaubnis zu erteilen geruht, zu der in Verbindung mit dieser Ausstellung beabsichtigten, von der Königlich-Bayerischen Staatsregierung genehmigten öffentlichen Auspielung von Kunstwerken und Kunstwerkproduktionen auch in diesseitigen Staatsgebiete, und zwar in seinem ganzen Bereiche, Loose zu vertreiben.

Es gelangen 200 000 Loose zum Preise von je 1 M. zur Ausgabe. Die Ziehung findet voraussichtlich am 15. November 1897 statt.

Es werden 400 Gewinne im Gesamtwerte von 80 000 M. verloost werden. Außerdem gelangen Kunstblätter in einer solchen Anzahl zur Verloosung, daß jedes zehnte Loos, vorausgesetzt, daß auf dasselbe nicht einer der 400 vorstehend erwähnten Gewinne bereits entfallen ist, ein Kunstblatt gewinnt.

Potsdam, den 23. April 1897.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

87. Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten hat mittelst Erlasses vom 23. Dezember 1896 angeordnet, daß die Ortspolizeibehörden vom Standpunkte der polizeilichen Interessen erst dann zu einem Fluchtliniensplane Stellung zu nehmen und dem Gemeindevorstand eine Erklärung gemäß § 5 des Straßen- und Baufluchtengesetzes vom 2. Juli 1875 abzugeben haben, wenn feststeht, daß der Plan auf Grund von Staatshoheitsrechten gemäß § 6 nicht beanstandet wird. Die beteiligten Behörden sind nach Maßgabe des § 6 rechtzeitig zu benachrichtigen, und zwar auch dann, wenn es den Ortspolizeibehörden zweifelhaft erscheinen sollte, ob die Voraussetzungen des § 6 vorliegen.

Potsdam, den 24. April 1897.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

88. Der Herr Minister des Innern hat mittelst Erlasses vom 3. April d. J. dem Komite zur Errichtung eines Denkmals für den verstorbenen Wirklichen Geheimen Rath Dr. Eduard Pape, den Vorsitzenden der ersten Kommission zur Ausarbeitung des Bürgerlichen

Gesetzbuches in Brilon, die Genehmigung erteilt, zur Einsendung von Beiträgen Aufrufe zu erlassen und die Beiträge entgegenzunehmen.

Potsdam, den 24. April 1897.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

89. Der Schüler Billy Rosack aus Sacrow ist am 20. Februar d. J. bei Errettung der Arbeiterfrau Buckel aus Gladow vom Tode des Ertrinkens in der Havel in hervorragender Weise betheiligt gewesen.

Seine von Muth und Entschlossenheit zeugende That bringe ich hierdurch belobigend zur öffentlichen Kenntniß.

Potsdam, den 26. April 1897.

Der Regierungs-Präsident.

Mailäferplage.

90. Da der im Vorjahre zu erwartende Hauptflug des Mailäfers in den meisten Kreisen völlig ausgeblieben und in den übrigen nicht in der Stärke aufgetreten ist, wie zu erwarten war, so ist anzunehmen, daß der Flug in diesem Jahre nachkommen wird. In diesen Kreisen erscheinen geeignete Maßregeln angezeigt. Die Vertilgung der Mailäfer ist bisher da am erfolgreichsten bewirkt, wo Gemeinden und Ortsbezirke oder Kreise und landwirthschaftliche Vereine für die Ablieferung einer gewissen Anzahl von Mailäfern Belohnungen ausgesetzt und die Vernichtung der abgelieferten Mailäfer überwacht haben.

Da die Sammlung der Mailäfer erfolgreich nur während eines kurzen, wenigen Tage umfassenden Zeitraums in den frühen Morgenstunden stattfinden kann, hat die Königl. Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen, für das bevorstehende Flugjahr genehmigt, daß auf den an den Lokalschulinspektor gerichteten Antrag der Amts- oder Ortsvorsteher den größeren Schülfern, welche sich an der Mailäfersammlung betheiligen wollen, dieses gestattet wird. Hiernach sind in den geeigneten Fällen die erforderlichen Anträge zu stellen.

Potsdam, den 26. April 1897.

Der Regierungs-Präsident.

S i e h s e u c h e n .

91. I. Ausgebrochen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Osthavelland: 4 Gehöfte in Lengke.

b. Milzbrand. Kreis Angermünde: Pferd des Kaufmanns Jakob Pinus zu Greiffenberg. Kreis Niederbarnim: Zuchtbulle der Domäne Hammer, Kuh des Büdnern August Lehmann in Wandlitz. Kreis Oberbarnim: Kuh des Gemeindevorstehers Gesche in Buchholz. Kreis Osthavelland. Gehöft des Bauern Steffen in Rohrbeck; Rittergut Carwee. Kreis Prenzlaw: Kalb des Bauern Karl Holz in Wandelow. Kreis Teltow: Kuh des Gutes Schönefeld.

c. Brustseuche (Influenza). Kreis Prenzlaw: Pferdebestände des Bauern Neumann in See-Subbe und des Ritterguts Damerow bei Nieden. Kreis Teltow: Pferd des Bauern Ebel in Waltersdorf.

II. Erloschen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Niederbarnim: Vorwerk Heidemühle; der Kreis ist frei von der Seuche. Kreis Ruppin: Gehöft des Rastbrennerbesizers Baumann in Neu-Ruppin und des Ackerbesizers Fein in Wusterhausen a. D. Kreis Teltow: Rittergut Bries.

b. Lungenseuche. Kreis Ruppin: Gehöft des Bauern Wolf in Lückfeld.

c. Bruckseuche. Kreis Teltow: Gehöft des Gemeindevorsehers Tiefelbe in Stahnsdorf.

d. Milzbrand. Kreis Teltow: Gehöft des Gemeindevorsehers Lehmann in Blankensfelde.

e. Bläschenausschlag. Kreis Ostprignitz: In Darsikow.

Potsdam, den 27. April 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

31. Auf Ihren Bericht vom 11. März d. J. will Ich der Stadtgemeinde Berlin beifügen Erwerbung der zur Freilegung des Bürgersteiges in der Poststraße erforderlichen, auf dem anbei zurückerfolgenden Lageplane noch angelegten Flächen vor der Baufluchlinie an den Grundstücken Poststraße Nr. 20 und 23 das Enteignungsrecht verleißen.

Berlin, den 24. März 1897.

gez. Wilhelm R.

gegengez. Thielen.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Vorstehender Allerhöchster Erlass wird in Gemäßheit des § 2 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 25. April 1897.

Der Polizei-Präsident.

von Windheim.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

21. Bei der Ober-Postdirection in Berlin lagern folgende bei hiesigen Postanstalten an den bezeichneten Tagen angelieferte ananbringliche Postsendungen.

I. Briefe mit Werthinhalt.

- 1) An Theodor Petrowitsch Bokaldin in Arsmas mit 5 Rubel vom 3. Oktober 1896,
- 2) an Emilie Woidach, Waisenhausstr. 2, mit 1 M. 40 Pf. vom 19. November 1896,
- 3) an August Buchholz in Hannover mit 5 M. vom 21. November 1896,
- 4) an Musfettier E. Hünze, 4 Comp. Inf.-Reg. 29. mit 1 M. vom 25. November 1896,
- 5) an Treitsch im Krankenhaus Friedrichshain mit 20 M. vom 27. November 1896,
- 6) an Rosa Schreiber in Charlottenburg mit 1 M. vom 29. November 1896,
- 7) an Photo Co. in Hamburg mit 1 M. vom 11. Dezember 1896,

- 8) an Gustav Trank, Lindenstr. 35, mit 25 M. vom 15. Dezember 1896,
- 9) an Frau Werner, Georgenkirchstr. 58, mit 5 M. vom 16. Dezember 1896,
- 10) an Paul Schröder hier, Stralauerstr. 38, mit 1 M. vom 20. Dezember 1896,
- 11) an Spindlbod Algan (Oesterr.) mit 5 M. vom 28. Dezember 1896,
- 12) an Frau Dr. H. Heinemann in Hannover mit 20 M. vom 29. Dezember 1896,
- 13) an Richard Stöhr mit 1 M. 20 Pf. vom 1ten Januar 1897,
- 14) an F. Wanda hier, Regnitzstr. 24, mit 10 M. vom 1. Januar 1897,
- 15) an Grünwald, Charlottenburg, mit 100 M. vom 7. Januar 1897,
- 16) an Buchdruckerzettung hier, M. Rosenthalerstr. 9, mit 60 Pf. vom 14. Januar 1897,
- 17) an Nora Bey, Bentzstraße postlagernd, 10 M. vom 17. Januar 1897,
- 18) an Bertha Wesenberg, Pfankmieden 18, mit 1 M. 10 Pf. vom 1. Februar 1897,
- 19) an Frau Schultze hier, Tanzenzienstr. 6, mit 1 M. vom — ? —,
- 20) an Martha Gertig in Landsberg (Barthe) mit 1 M. vom 9. Februar 1897,
- 21) an Landwirth Kraas in Nauen mit 3 M. vom 18. Februar 1897,
- 22) an Marie Grassmann hier, Resselstr. 18, mit 40 M. vom 22. Februar 1897,
- 23) an Praes hier, Rügowstr. 69, mit 3 M. vom 10. März 1897,

II. Postanweisungen.

- 1) Doppelpostanweisung an ? über 8 M. 15 Pf. vom 30. Juni 1896,
- 2) nach Hannover über 2 M. 55 Pf. vom 26. September 1896,
- 3) nach Sommerfeld (Bez. Hfo.) über 22 M. vom 28. September 1896,
- 4) an Schröder in Charlottenburg über 12 M. vom 1. Oktober 1896,
- 5) nach Düsseldorf über 16 M. 80 Pf. vom 28. Oktober 1896,
- 6) nach Diersdorf über 1 M. 22 Pf. vom 23. November 1896,
- 7) an Heinke hier, Marktgrafenstr. 27, über 3 M. vom 30. November 1896,
- 8) an den Trainer Heskell in Hoppegarten über 1 M., vom 2. Dezember 1896,
- 9) an Fortuna Gebhardt, Friedrichstraße Hotel Busch über 4 M. vom 2. Dezember 1896,
- 10) an Anna Werner hier, Stromstr., über 20 M., vom 7. Dezember 1896,
- 11) an H. Wittkofske hier, Reichshallen, über 3 M. 50 Pf. vom 9. Dezember 1896,
- 12) an F. G. Kaiser in Charlottenburg über 2 M. vom 12. Dezember 1896,

- 13) an Untersuchungsgefängniß hier, Alt Moabit 12a., über 10 M. vom 14. Dezember 1896,
- 14) an E. Spieß in Cairo über 6 M. vom 14. Dezember 1896,
- 15) an Ludwig hier, Bernauerstr. 20, über 8 M. vom 14. Dezember 1896,
- 16) an Rotholz hier, Putbusstraße 44, über 2 M. 5 Pf. vom 15. Dezember 1896,
- 17) an Gerichtskasse in Charlottenburg über 3 M. 2 Pf. vom 16. Dezember 1896,
- 18) an Arbeiterinnen-Kolonie in Steglitz über 5 M. vom 19. Dezember 1896,
- 19) an Winstorfschein in Halle S. über 8 M. vom 19. Dezember 1896,
- 20) an Rauscher hier, Anklamerstraße 30, über 10 M. vom 21. Dezember 1896,
- 21) an Gerichtskasse I. hier, Jüdenstr. 60, über 18 M. 5 Pf. vom 22. Dezember 1896,
- 22) nach Köln, Fischmarkt 5, über 3 M. 5 Pf. vom 23. Dezember 1896,
- 23) an Eggeland, Körnerstraße 1, über 3 M. vom 24. Dezember 1896,
- 24) an Böttcher hier, Elbasserstr. 73, über 3 M. vom 24. Dezember 1896,
- 25) an Gerichtskasse I. hier über 1 M. vom 25. Dezember 1896,
- 26) an von Wegelin in Rheinsberg M. über 30 M. vom 4. Januar 1897,
- 27) an Gerichtskasse I. hier, Jüdenstr., über 7 M. 89 Pf. vom 12. Januar 1897,
- 28) nach Schwerin (Medl.) über 1 M. 65 Pf. vom 22. Februar 1897,

Die unbekannten Absender der Briefe und Postanweisungen werden ersucht, innerhalb vier Wochen bei der Ober-Postdirection schriftlich sich zu melden. Andernfalls werden die bezeichneten Beträge der Postunterstützungskasse überwiesen werden.

Berlin C., 18. April 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Unbestellbare Einschreibbriefe.

22. Bei der Ober-Postdirection in Berlin lagern folgende an den nachbezeichneten Tagen zur Post gegebene Einschreibbriefe.

A. Aufgeliefert in Berlin mit dem Bestimmungsorte Berlin.

An E. F. 11. Postamt 35 postlagernd vom 20. November 1896, an Moréas, Alte Schönhauserstr. 59 I., vom 27. November 1896, an F. Müller, Frankfurter Allee 42, vom 28. November 1896, an Albt. Seng, Rykestraße, vom 28. November 1896, an Rud. Woffe SW. vom 3. Dezember 1896, an E. Delgart, Wilmersdorferstr. 108, vom 3. Dezember 1896, an F. W. Baumann, Brunnenstr. 47, vom 15. Dezember 1896, an Frau Vorsicht, Schönebergerstr. 30, vom 15. Dezember 1896, an Anna Dreßler Charité vom 15. Dezember 1896, an Kathi Herzig, Köpnickstr. 192, vom 16. Dezember 1896, an Jahn, Gubenerstraße, vom 20. Dezember 1896, an Bertha Schröder,

Mohrenstr. 9 III., vom 21. Dezember 1896, an P. Steuer, Prinzessinnenstr. 12, vom 24. Dezember 1896, an Hermann Conrad, Frankestr. 4, vom 24. Dezember 1896, an L. Schult, Barbistr. 44, vom 28. Dezember 1896, an Baer, Rosenthalerstr. 5, vom 28. Dezember 1896, an Levy, Schönhauserstr. 1, vom 28. Dezember 1896, an Marjowiz, Schönhauser Allee 187, vom 28. Dezember 1896, an Frau Rading, Mödernerstr. 137, vom 29. Dezember 1896, an Trinkl, Senefelderstr. 41, vom 29. Dezember 1896, an Brand, Gr. Frankfurterstr. 97, vom 29. Dezember 1896, an Ehler, Bergstr. 19, vom 29. Dezember 1896, an Wolf, Naunynstr. 19, vom 19. Dezember 1896, an W. Brand, Vor dem Stralauer Thor 26, vom 31. Dezember 1896, an Nägler, Berlin, vom 2. Januar 1897, an Verein „Jumt. St. Lukas“, Neue Friedrichstr. 86, vom 3. Januar 1897, an Victor Schröder, Moskr. 77, vom 6. Januar 1897, an Ch. Engel, Brunnenstr. 25, vom 18. Januar 1897, an Altmann, Stralauerstr. 12, vom 18. Januar 1897, an Nathan Eohn, Strassburgerstr. 59, vom 21. Januar 1897, an Böttcher, Krautstr. 6, vom 18. Januar 1897, an Chr. Neumann, Wienerstr. 51/54, vom 28. Januar 1897, an Fr. Dr. E. Jacobi, Eothringerstr. 10, vom 1. Februar 1897, an Martha Senfleben, Mulackstr. 17, vom 2. Februar 1897, an Eudhardt, Maassenstr. 14, vom 2. Februar 1897, an Dristrankenkasse der Bäder F. Siebert hier, vom 9. Februar 1897, an H. Haasen, Neue Friedrichstr., Börse, vom 10. Februar 1897, an L. Mendelssohn, Holzmarktstr. 64, vom 12. Februar 1897, an Mar Steinhirt, Landsbergerstr. 45, vom 13. Februar 1897, an A. W. J. Froese, Steglitzerstr. 9, vom 13. Februar 1897, an Frau Max Müller, Schöneberger Ufer 36, vom 24. Februar 1897, an F. Weiser, Luisen-Ufer 57, vom 19. März 1897.

B. Aufgeliefert in Berlin nach anderen Orten.

An Fr. Nolting in Sydney vom 27. Februar 1896, an Victor Lange in Lodz vom 22. Juli 1896, an Anne Bell in Free Town Sierra Leone vom 5. August 1896, an Marie Mehring in Sao Paulo vom 17. August 1896, an H. Gottlieb in Czernowiz vom 11. September 1896, an Dr. F. Nowak in Chicago vom 21. September 1896, an F. Firksen-berg in Warschau vom 23. September 1896, an Dr. F. Nowak in Chicago vom 28. September 1896, an Hagelversicherung „Patria“ in Stettin vom 29. September 1896, an A. Heptner in Petersburg vom 3. Oktober 1896, an Dr. F. Nowak in Chicago vom 5. Oktober 1896, an A. Rosso in Paris vom 6. Oktober 1896, an F. Schumann in Rio de Janeiro vom 15. Oktober 1896, an Prof. Dr. Brant-Leme in Strassburg vom 20. Oktober 1896, an von Schwarz in Moskau vom 20. Oktober 1896, an G. Jvens in Mateszalka vom 13. November 1896, an R. Bobanowiz in Danzig vom 13. November 1896, an Albert Münch in Stettin vom 21. November 1896, an Friedländer in Gleiwitz vom 23. November 1896,

an Markel in Hamburg vom 23. November 1896, an von Nordberg in Rissingen vom 25. November 1896, an W. Zabel in München vom 28. November 1896, an Louis Lachmann in Hamburg vom 1. Dezember 1896, an T. B. Osborne in Rom vom 1. Dezember 1896, an Wittenberg in Breslau vom 2. Dezember 1896, an Frl. Wolzmann in Friedenau vom 2. Dezember 1896, an D. Krasschaf in Petersburg vom 3. Dezember 1896, an Herm. Röder in Leipzig vom 4. Dezember 1896, an Karl Detert in Karlsruhe vom 5. Dezember 1896, an Knack und Jahn in Schöneberg b. Bln. vom 6. Dezember 1896, an August Schönsfeld jr. in Nixdorf vom 8. Dezember 1896, an Hagen in Königsberg vom 8. Dezember 1896, an Max Kendall in Bosten vom 9. Dezember 1896, an Professor F. Becker in Berro (Livl.) vom 10. Dezember 1896, an Mafey Heuenapöki in Petersburg vom 11. Dezember 1896, an Th. Ber in Kegniz vom 12. Dezember 1896, an Alfr. Mann in Danzig vom 14. Dezember 1896, an Iwan Kuguine in Petersburg vom 14. Dezember 1896, an F. Holm in Korschen vom 18. Dezember 1896, an Weisblett in London vom 19. Dezember 1896, an Eustodis in Düsseldorf vom 21. Dezember 1896, an Steger in Charlottenburg vom 21. Dezember 1896, an Gremse in Kobsens vom 21. Dezember 1896, an F. Grüttnier in Alt-Karltwin (Medl.) vom 21. Dezember 1896, an H. von Brod in Charlottenburg (Kantstr.) vom 22. Dezember 1896, an B. K. in Mannheim postlagernd vom 23. Dezember 1896, an Doeder in Hilden vom 28. Dezember 1896, an Schulz in Nixdorf vom 29. Dezember 1896, an Frl. Naumann in Stolberg S. vom 30. Dezember 1896, an Bugky in Charlottenburg vom 31. Dezember 1896, an Herm. Schulz in Gr.-Lichterfelde, Chausseestr. 23, vom 4. Januar 1897, an Victoria Skierka in London vom 7. Januar 1897, an Hein in Rienburg (Wejer) vom 9. Januar 1897, an Frau Roehnhorn in Trier vom 22. Januar 1897, an Marsilger in Egin vom 22. Januar 1897, an Bremer Versicherungsbank in Bremen vom 25. Januar 1897, an R. Levinsohn in Wilna vom 28. Januar 1897, an Actioni-Grandsen in Kopenhagen vom 28. Januar 1897, an Graf D. Grote in Barchentin (Medl.) vom 6. Februar 1897, an Frau Walter in Friedrichsberg, Blumenpflstr. 18, vom 6. Februar 1897, an E. Henry in Charlottenburg vom 8. Februar 1897, an Worodjanskij in Tschernobyl vom 9. Februar 1897, an Frau Fredenberg in Schöneberg, Erdmannstr. 6, vom 15. Februar 1897, an Kavalier Vank in Reval vom 18. Februar 1897, an Fran A. Thelen in Köln (Rhein) vom 24. Februar 1897, an Cohn in Lyon vom 4. Februar 4, an Jos. Kaufmann in Köln vom 4. Februar 4.

C. Auswärts aufgelieferte mit anderen und gleichen Bestimmungsorten.

Aufgeliefert Charlottenburg 1 an W. F. Stinnes
in Cöln (Rhein) vom 2. November 1896, aufgeliefert

Mixdorf an Btlh. Karow in Berlin, 4. April 1897,
 str. vom 17. November 1896, ausgeliefert
 burg 4 an Otto Heinrich in Charlottenburg
 10. November 1896, ausgeliefert Stralau
 Siebert in Grünau vom 11. Dezember 1896,
 geliefert Charlottenburg 4 an Frau Stralau
 Charlottenburg vom 15. Dezember 1896, abgel.
 Charlottenburg 4 an Martin & Co. Berlin, Frie-
 dmersstr. 31, vom 28. Januar 1897, ausgeliefert
 Charlottenburg 2 an Paul Rose in Charlottenburg
 vom 30. Januar 1897.

Die unbekannten Absender der vorbeschriebenen Sendungen werden ersucht, zur Empfangnahme derselben spätestens innerhalb vier Wochen bei der hiesigen Ober-Postdirection schriftlich sich zu melden.

Berlin C., 18. April 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachung.

23. Der Fernspreerverkehr mit Elze (Hannover) und Alfeld (Leine) ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt 1 Mark.

Berlin C., 22. April 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachung.

24. Für die Zeit vom 25. April bis einschließlich 26. September wird aus Anlaß der Großen Berliner Kunstausstellung 1897 auf dem Landesausstellungsplatze am hiesigen Lehrter Bahnhof eine Postanstalt mit Telegraphenbetrieb und öffentlicher Fernsprechstelle in Wirksamkeit treten. Diese Postanstalt erhält die Bezeichnung „Postamt der Großen Berliner Kunstausstellung 1897“ und wird für den Verkehr mit dem Publikum werktäglich von 10 V. bis 9 N., sowie an Sonntagen u. s. w. für den Postdienst von 5—6 N., und für den Telegraphen- und Fernsprechdienst von 12 V. bis 9 N. geöffnet sein. Das Postamt wird sich mit der Annahme von Postsendungen jeder Art — Pakete ausgenommen — und von Telegrammen und Noypostsendungen, mit dem Verkauf von Postwertzeichen und Formularen zu Postkarten, Postanweisungen u. s. w., sowie mit der Ausgabe solcher Postsendungen — ausgenommen Pakete und Gelbbriefe — und Telegramme befassen, welche den Vermerk tragen: Postlagernd „Postamt der Großen Berliner Kunstausstellung 1897“. Ferner werden daselbst Telegramme an Aussteller bestellt und eine öffentliche Fernsprechstelle zur Vernehmung gegen die tarifmäßige Gebühr bereitgestellt.

Berlin C., 24. April 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen
Ober-Postdirektion zu Potsdam.**

Bekanntmachung.

25. In dem Dorfe Dallgow (Kreis Osthavelland) wird am 1. Mai eine Postagentur, zunächst ohne Telegraphenbetrieb, in Wirksamkeit treten. Dieselbe erhält ihre Postverbindungen durch die Bahnposten in den

Jügen Nr. 2, 15, 26, 27 und 29 der Eisenbahnlinie Berlin—Hannover. Dem Landbestellbezirk der neuen Postagentur werden die bisher zum Bezirk des Postamts in Seegefeld gehörigen Ortschaften: Dallgow Bahnhof, Mohrbeck, Sperlingskrug, Dorf Döberitz und Forsthaus Döberitz zugetheilt.

Potsdam, den 14. April 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachung.

26. In dem Dorfe Grieben, (Kreis Ruppin) wird am 16. Mai eine Postagentur, zunächst ohne Telegraphenbetrieb, in Wirksamkeit treten. Die neue Verkehrsanstalt, welcher zur Unterscheidung von gleichlautenden anderen Postorten die zusätzliche Bezeichnung „Bz. Potsdam“ gegeben worden ist, erhält ihre Postverbindungen durch die Schaffnerbahnposten in den Jügen Nr. 2, 3, 4, 5 und 6 der Kleinbahn Löwenberg (Markt)—Linow (Markt). Die Posthilfsstelle in Grieben wird zum 16. Mai aufgehoben.

Potsdam, den 23. April 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachung.

27. In dem Dorfe Jänickendorf (Kreis Jüterbog-Luckenwalde) wird am 1. Mai eine Postagentur, zunächst ohne Telegraphenbetrieb, in Wirksamkeit treten. Die neue Verkehrsanstalt, welcher zur Unterscheidung von anderen gleichlautenden Orten die zusätzliche Bezeichnung „(Kreis Jüterbog)“ gegeben worden ist, erhält ihre Postverbindungen durch die Bahnposten in den Jügen 1, 5, 2 und 6 der Militäreisenbahn Schöneberg—Jüterbog und durch eine Landpostfahrt Stülpe—Jänickendorf.

Dem Landbestellbezirk der neuen Postagentur werden die jetzt zu dem Bezirke des Postamts in Luckenwalde gehörigen Wohnstätten Holbeck Dorf, Holbeck Forsthaus, Jänickendorf Bahnhof und Mühle Posdorf zugetheilt. Die in Jänickendorf bestehende Posthilfsstelle wird zum 1. Mai aufgehoben.

Potsdam, den 24. April 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachung.

28. In dem Dorfe Radensleben (Kreis Ruppin) wird am 16. Mai eine Postagentur, zunächst ohne Telegraphenbetrieb, in Wirksamkeit treten. Die neue Verkehrsanstalt erhält ihre Postverbindung mit der Postagentur in Herzberg (Bez. Potsdam) durch eine an Werktagen zweimal, an Sonntagen u. einmal verkehrende Botenpost mit folgendem Gange:

| | | |
|--------|------------------|--------|
| W* W S | | W* W S |
| 6:45 | 10:40 | 10:40 |
| | ↓ km ab Herzberg | ↑ |
| | (Bz. Pdm.) an | 9:35 |
| 7:35 | 11:55 | 11:30 |
| | ↓ 4,5 an Radens- | |
| | leben ab | 8:45 |
| | | 5:00 |
| | | 12:50 |

* = beschränkte Postbeförderung, W = Wochentags, S = Sonntags.

Außerdem tritt die Postagentur in Radensleben mit dem Postamte in Neuruppin in Postverbindung.

Dem Landbestellbezirk der neuen Postagentur werden die bisher zum Bezirk der Postagentur in Herzberg

(Bz. Potsdam) gehörigen Wohnstätten Radensleben Schäferei und Ziegelei zugetheilt.

Die Posthilfsstelle in Radensleben wird zum 16ten Mai aufgehoben.

Potsdam, den 24. April 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Königlichen Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung.

3. Das Preussische Staatsschuldbuch ist auch im letzten abgelaufenen Geschäftsjahre seitens der Besitzer von Schuldverschreibungen der konsolidirten Staatsanleihen lebhaft in Anspruch genommen worden.

Die Zahl der eingetragenen Konten betrug am 31. März

1895: 16998 über 994816600 M. Kapital,

1896: 18037 „ 1058733800 „ „

sie ist bis zum 31. März 1897 auf

19467 über 1158586500 M. Kapital

gestiegen.

Von den letztgedachten Konten entfallen 84,5 % auf Kapitalien bis zu 50000 M. und 15,5 % auf größere Kapitalsanlagen.

Für pyssische Personen waren am 31. März 1897 12988 Konten über 535732500 M., für juristische Personen 3093 Konten über 407789300 M. eingetragen. Die Zahl der Konten über bevormundete oder in Pflegschaft stehende Personen ist im letzten Jahre von 1191 auf 1234 gestiegen.

Von den Zinsen ließen sich die Empfangsberechtigten halbjährlich 10789 Posten von der Staatsschulden-Tilgungskasse in Berlin durch Wertbrief oder Postanweisung direkt zusenden, 2954 Posten wurden durch Quittschrift auf Reichsbank-Girokonto berichtet und 9482 Posten wurden bei den mit der Auszahlung beauftragten königlichen Kassen abgehoben.

Von den Konteninhabern wohnen 16430 in Preußen, 2775 in anderen Staaten Deutschlands, 195 in den übrigen Staaten Europas, 20 in Asien, 9 in Afrika und 38 in Amerika.

Das Staatsschuldbuch ist allen denjenigen Besitzern Preussischer Konsols zu empfehlen, für welche diese Papiere eine dauernde Anlage bilden, und welche Kapital und Zinsen gegen den Schaden unbedingt sichern wollen, der ihnen, so lange ihr Recht von dem jeweiligen Besitze der Schuldverschreibungen und Zinscheine abhängig ist, durch Diebstahl, Verbrennen oder sonstiges Abhandenkommen dieser Effekten nicht selten entsteht.

Laufende Verwaltungskosten werden von den Konteninhabern nicht erhoben. Für jede Einschrift ist ein einmaliger Betrag von 25 Pfennig für jede angefangenen 1000 M. des Kapitalbetrages, über welchen verfügt wird, (mindestens 1 M.) zu zahlen.

Die von uns veröffentlichten „Amtlichen Nachrichten über das Preussische Staatsschuldbuch“, welche über Zweck und Einrichtung des Schuldbuchs Genaueres ergeben, können durch jede Buchhandlung oder direkt von

dem Verleger J. Guttentag Berlin für den Preis von 40 Pfg. oder durch die Post frei 45 Pfg. bezogen werden.
Berlin, den 12. April 1897.

**Hauptverwaltung der Staatsschulden.
Bekanntmachungen der Königlichen
Kontrolle der Staatspapiere.**

Bekanntmachung.

20. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Herrn Johann Kleinmann in Barr (Unter-Elsaß) die Schuldschreibung der konsolidirten 4prozentigen Staatsanleihe von 1882

Lit. C. Nr. 294567 über 1000 M.

angeblich abhanden gekommen ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der Bank von Elsaß und Lothringen in Straßburg (Elsaß) anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 15. April 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

21. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß angeblich dem Fräulein Therese Martini hieselbst W., Kurfürstenstraße 98 I. Tr., wohnhaft, die Schuldschreibung der konsolidirten 4prozentigen Staatsanleihe von 1880

lit. E. Nr. 140045 über 300 M.

wahrscheinlich in Chursdorf, Kreis Soldin, verloren gegangen ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rechtsanwalt und Notar Herrn Preußler in Soldin anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 23. April 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

**Bekanntmachungen der Königl. Direction
der Rentenbank der Provinz Brandenburg.**

Öffentliches Aufgebot.

7. Nach Anzeige des Fräuleins Therese Martini hieselbst sind die demselben gehörigen 4proz. Rentenbriefe der Provinz Brandenburg Litt. D. Nr. 14294 und 14295 über je 75 M. abhanden gekommen.

Mit Bezug auf die Vorschrift des § 57 Nr. 3 des Gesetzes über die Errichtung von Rentenbanken vom 2. März 1850 wird dies hierdurch öffentlich bekannt gemacht und derjenige, welcher etwa gegenwärtig rechtmäßiger Inhaber des einen oder des anderen vorgenannter Rentenbriefe zu sein behauptet, hierdurch aufgefordert, sich ohne Verzug und spätestens binnen Jahresfrist bei

der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere nach Ablauf der Zeit, welche zur Verjährung der Rentenbriefe bestimmt ist, ein Aufgebot und die Veranlassung werden wird.

Berlin, den 14. April 1897.

**Königliche Direction
der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.
Bekanntmachung.**

8. In Gemäßheit der Verordnung vom 2. März 1850, betreffend Rentenbanken, und des Gesetzes vom 2. März 1850, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentenbanken, wird am 15. Mai d. J. 10 Uhr in unserem Geschäftslokale, Klostergasse 10, hieselbst, die Auslosung von Rentenbriefen, sowie die Vernichtung früher ausgeloster und eingelieferter Rentenbriefe nebst Zinsscheinen u. unter Zuziehung von der Provinzial-Vertretung gewählten Abgeordneten und eines Notars stattfinden.

Berlin, den 21. April 1897.

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

**Bekanntmachungen der Königlichen
Eisenbahndirection zu Berlin.**

Bekanntmachung.

18. Auf der Station Friedrichsberg bei Berlin wird vom 1. Mai d. J. ab für die Annahme und Beförderung von Privatdepeschen beschränkter Tagesdienst eingeführt. Die Dienststunden werden auf die Zeit von 8 Uhr Vormittags bis 6 Uhr Nachmittags festgesetzt.

Berlin, den 21. April 1897.

Königliche Eisenbahndirection.

**Bekanntmachungen der Königlichen
Eisenbahndirection zu Stettin.**

Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände.

4. Für diejenigen Thiere und Gegenstände, welche auf der am 26. Mai d. J. in Prenzlau stattfindenden Thierschau, verbunden mit einer Ausstellung von landwirthschaftlichen Maschinen und Geräthen, ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, wird unter den üblichen, bei den Güter- und Eilgutabfertigungsstellen zu erfragenden Bedingungen auf den Strecken der sämtlichen Preussischen Staats-Eisenbahnen frachtfreie Rückbeförderung nach der Versandstation gewährt.

Stettin, den 10. April 1897.

Königliche Eisenbahndirection.

**Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.
Nachweisung**

der vom Kreis-Ausschuß des Kreises Angermünde im I. Quartal 1897 genehmigten Gemeinde- und Gutsbezirks-Veränderungen.

14. 1) Bezeichnung des Grundstücks: Die zum Gemeindebezirk Alt-Grimmiz gehörige Besizung „Alter Kalkofen“, bestehend aus den unter Artikel 89 Kartenblatt 5 und 6 der Grundsteuer-Mutterrolle des Gemeindebezirks Alt-Grimmiz verzeichneten Parzellen Nr. 32, 39/33, 43/33, 44/33, 45/33, 34, 35, 36, 42/37, 164/33, 165/33 in

schafterreglers außer durch den „Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger“ und durch das „Kreisblatt für das Westphalensland“ für diejenigen Genossenschaften, welche ihren Sitz in Rathenow haben, auch in der „Rathenower Zeitung“ und für diejenigen Genossenschaften, welche ihren Sitz in Griefad haben,

auch in dem „Kreisblatt für das Westphalensland“ für diejenigen Genossenschaften, welche ihren Sitz in Rathenow haben, auch in der „Rathenower Zeitung“ und für diejenigen Genossenschaften, welche ihren Sitz in Griefad haben,

Blatt.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiet

| Rang. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Verurtheilung. | Ort, an welchem die Verurtheilung erfolgt ist. |
|-------|----------------------------------|---|---|---|
| | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. |
| 1 | Fanny Franziska Sagner, ledig, | a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: geboren am 6. Februar 1873 zu Hermisdorf, Bezirk Königsgrätz, Böhmen, | Diebstahl im Rückfalle (1 Jahr Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 5. Februar 1896), | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Liegnitz, |
| 1 | Josif Ceola, ehemaliger Matrose, | b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: geboren am 19. März 1845 zu Odeffa, russischer Staatsangehöriger, | Betteln, | Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Freiburg, |
| 2 | Anton Huber, Dienstknecht, | geboren am 7. April 1879 zu Innsbruck, ortsangehörig ebendort, | Landstreichen und Betteln, | Königlich bayerischer Bezirksamt Bruch, |
| 3 | Johannes Janssen, Knecht, | geboren am 7. Juli 1861 zu Kessenich, Provinz Limburg, belgischer Staatsangehöriger, | Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf, |
| 4 | Johann Rudna, Schlosser, | geboren am 29. Dezember 1876 zu Bráz, Bezirk Beneichau, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | desgleichen, | Königlich bayerischer Bezirksamt Freising, |
| 5 | Wilhelm Loffe, Knecht, | geboren am 2. Februar 1868 zu Barzdorf, Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger, | desgleichen, | Polizei-Bebehörde zu Hamburg, |
| 6 | Ferdinand Luttnar, Uhrmacher, | geboren am 7. Juli 1866 zu Mährisch-Weißkirchen, Mähren, Oesterreich, ortsangehörig ebendort, | Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hildesheim, |
| 7 | Josif Martin, Tagelöhner, | geboren am 10. Dezember 1850 zu Nordheim, Nieder-Elßaß, französ. Staatsangehöriger, | Betteln, | Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Freiburg, |
| 8 | Eduard Müller, Schneider, | geboren am 28. Dezember 1864 zu Wältsingen, Kant. Zürich, Schweiz, ortsangehörig ebendort, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Metz, |
| 9 | Schmul Sendrowitz, Kaufmann, | geboren am 4. Oktober 1856 zu Wyschegrad, Gouvernement Plozk, Rußland, russischer Staatsangehöriger, | desgleichen, | Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Freiburg, |
| 10 | Johann Vergé, Tagner, | geboren am 12. März 1871 zu Les Bordes- | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Colmar, |

27. Februar 1897.

18. Februar 1897.

3. März 1897.

18. Februar 1897.

1. März 1897.

27. Februar 1897.

1. März 1897.

27. Februar 1897.

3. März 1897.

2. März 1897.

| 1.
Ser. | Name und Stand | Alter und Geburtsort | Grund
der
Verurteilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
der
Ausweisungs-
Beschlusse. |
|------------|--|--|--|---|---|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | |
| 11 | Franz Wagner,
Arbeiter, Bürstenmacher, | jur-Arize, Departement
Ariège, Frankreich,
französischer Staats-
angehöriger,
geboren am 31. März
1858 zu Schönaue, Be-
zirk Hohenstadt, Näs-
ren, Oesterreich, orts-
angehörig ebendasselbst, | Betteln, | Königlich preussischer
Polizei-Präsident zu
Berlin, | 10. Februar
1897. |
| 12 | Heinrich Willum,
Schreiber, | geboren am 30. Januar
1858 zu Wien, österr.
Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Kehl-
heim, | 22. Februar
1897. |
| 13 | Ludmilla Eger,
geborene Steindl,
Maurerscheffrau, | geboren am 18. März
1864 zu Prag, Böh-
men, ortsangehörig
ebendasselbst, | schwerer Diebstahl (fünf
Jahre Zuchthaus, laut
Erkenntnis vom 4. Mai
1892), | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Dresden, | 28. Januar
1897. |
| 14 | Josef Knappitz,
Drechsler, | geboren am 19. März
1860 zu Ebranow,
Galizien, ortsangehör.
zu Jagorice, Galizien, | Diebstahl im Rückfalle
(2 Jahre Zuchthaus,
laut Erkenntnis vom
16. März 1895), | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 16. Februar
1897. |
| 15 | Franz Löscher,
Zimmermann, | geboren am 19. Dezem-
ber 1868 zu Schütten-
itz, Bezirk Leitmeritz,
Böhmen, | schwerer Diebstahl (vier
Jahre Zuchthaus, laut
Erkenntnis vom 29. Juni
1893), | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Dresden, | 1. Februar
1897. |
| 16 | Ludwig Maier,
Tagelöhner, | geboren am 18. Juni
1868 zu Parsberg,
Bezirksamt Niesbach,
Bayern, ortsangehörig
zu Mairhofen, Bezirk
Schwab, Tirol, | unbefugte gewerbsmäßige
Jagdausübung (2 Jahre
Gefängnis, laut Erkennt-
nis vom 16. Februar
1895), | Königlich bayerisches
Bezirksamt Laufing, | 19. Februar
1897. |
| 17 | Iwan Reschko,
Arbeiter, | geboren am 13. März
1857 zu Bilgoraj,
Rußland, | schwerer Diebstahl und
Unterdrückung (2 Jahre
1 Monat Zuchthaus,
laut Erkenntnis vom
29. Dezember 1894 bez.
11. März 1895), | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 29. Januar
1897. |
| 18 | Theresia Sophia
Weigert geborene
Breibl, Schlossers-
ehefrau, | geboren am 15. De-
zember 1861 zu Smi-
chow bei Prag, Böh-
men, ortsangehörig zu
Horovic, Böhmen, | schwerer Diebstahl (fünf
Jahre Zuchthaus, laut
Erkenntnis vom 4. Mai
1892), | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Dresden, | 28. Januar
1897. |
| 19 | Stanislawa Wybie-
ralska, geborene Ja-
sinska, Arbeiterfrau, | 35 Jahre alt, ortsan-
gehörig zu Konty,
Gouvernement Kalisch,
Rußland, | Diebstahl in drei Fällen
(5 Jahre Zuchthaus,
laut Erkenntnis vom
21. März 1892), | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Bromberg, | 10. März
1897. |

Hierzu eine Extra-Beilage, enthaltend eine Bekanntmachung des Reichs-Versicherungsamts vom 24. Dezember 1896, betreffend die einstweilige Regelung der Annahme von Militärärzten bei den Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten, sowie Sieben Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigiert von der Königl. Regierung in Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gaden'schen Erben

Extra-Beilage zum Amtsblatt.

Bekanntmachung,

betreffend

die einstweilige Regelung der Annahme von Militäranwärtern bei den Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten.

Vom 24. Dezember 1896.

Der Artikel 12 der Novelle zum Militär-Pensionsgesetz vom 22. Mai 1893 (Reichs-Gesetzblatt Seite 171) bestimmt im §. 77 Absatz 1 u. A., daß die Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten nach Maßgabe der darüber von dem Bundesrath festzustellenden allgemeinen Grundsätze vorzugsweise mit Inhabern des Civilversorgungsscheins (Militäranwärtern) zu besetzen sind. Vom Bundesrath sind hierzu Ausführungsvorschriften bisher nicht erlassen worden. Dagegen hat das Reichs-Versicherungsamt mit den Vorständen der folgenden ihm ausschließlich unterstellten Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten: Ostpreußen, Westpreußen, Berlin, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinprovinz, Thüringische Staaten, Oldenburg, Hansestädte und Elsaß-Lothringen, für deren Bezirke im Einvernehmen mit dem Königlich-preussischen Herrn Kriegsminister die nachstehenden „Grundsätze“ vereinbart, welche vom 1. Januar 1897 ab bis zum Erlaß der oben erwähnten endgültigen Bestimmungen des Bundesraths über die Annahme von Militäranwärtern zur Besetzung der in Betracht kommenden Beamtenstellen zu gelten haben:

Grundsätze,

nach welchen bei Neu-Einberufungen von Militäranwärtern für die Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten bis zum Erlaß von Bestimmungen durch den Bundesrath gemäß Artikel 12 der Novelle zum Militär-Pensionsgesetz vom 22. Mai 1893 (Reichs-Gesetzblatt Seite 171) zu verfahren ist.

§. 1.

Die Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten sind gemäß den nachstehenden Grundsätzen vorzugsweise mit Militäranwärtern zu besetzen. Die Kontrolbeamten gelten hierbei nicht als Subalternbeamte.

Militäranwärter im Sinne dieser Grundsätze ist jeder Inhaber des Civilversorgungsscheins, welcher aus dem Heere oder aus der Marine hervorgegangen ist. Die Anstellungsberechtigung eines Militäranwärters beschränkt sich auf denjenigen Bundesstaat, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt. Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten, deren Wirksamkeit sich auf mehrere Bundesstaaten erstreckt, sind zur Anstellung nur solcher Militäranwärter verpflichtet, welche in einem dieser Staaten die Staatsangehörigkeit besitzen.

§. 2.
Ausschließlich mit Militäranwärtern sind zu besetzen:

1. die Stellen im Kanzleibienst, einschließlich derjenigen der Lohnschreiber, soweit deren Inhabern die ~~Beforgung des Schreibens~~ und der damit zusammenhängenden Dienstverrichtungen obliegt;
2. sämtliche Stellen, deren Obliegenheiten im Wesentlichen in mechanischen Dienstleistungen bestehen und keine technischen Kenntnisse erfordern.

§. 3.

Mindestens zur Hälfte mit Militäranwärtern sind zu besetzen die Stellen der Subalternbeamten im Bureaubienst, jedoch mit Ausnahme

1. derjenigen Stellen, für welche eine besondere wissenschaftliche oder technische Vorbildung erfordert wird,
2. der Stellen derjenigen Kassenvorsteher, welche eigene Rechnung zu legen haben, sowie derjenigen Kassenbeamten, welche Kassenbücher einzuleiten, zu verwahren oder auszugeben haben,
3. der Stellen der Büreauvorsteher.

§. 4.

In welchem Umfange die nicht unter die §§. 2 und 3 fallenden Subaltern- und Unterbeamtenstellen mit Militäranwärtern zu besetzen sind, ist unter Berücksichtigung der Anforderungen des Dienstes und unter sinngemäßer Zugrundelegung der für die Reichs- und Staatsbehörden jeweilig geltenden Verzeichnisse über die den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen zu bestimmen.

§. 5.

Insofern in Ausführung der §§. 3 und 4 einzelne Klassen von Subaltern- und Unterbeamtenstellen den Militäranwärtern nicht mindestens zur Hälfte vorbehalten werden können, hat nach Möglichkeit ein Ausgleich in der Weise stattzufinden, daß andere derartige Stellen innerhalb derselben Verwaltung in entsprechender Zahl und Befoldung vorbehalten werden.

Unter einer Klasse im Sinne dieser Bestimmungen ist die Gesamtheit der bei der Versicherungsanstalt beschäftigten Beamten zu verstehen, deren dienstliche Obliegenheiten ihrer Natur nach im Wesentlichen dieselben sind.

Enthält eine Klasse nur eine Stelle, so bleibt dieselbe den Militäranwärtern vorbehalten oder verpagt, je nachdem sie unter Berücksichtigung der Anforderungen des Dienstes zur Besetzung mit einem Militäranwärter geeignet oder nicht geeignet ist.

§. 6.

Ueber die gegenwärtig vorhandenen, den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen werden nach Beamtenklassen (§. 5) geordnete Verzeichnisse angelegt.

Gleichartige Stellen, welche in Zukunft errichtet werden, sind in die Verzeichnisse aufzunehmen. Die Verzeichnisse, sowie etwaige Nachträge werden veröffentlicht.

§. 7.

Die den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen können auch verliehen werden:

1. an Offiziere und Deskoffiziere, welchen beim Ausscheiden aus dem aktiven Dienste die Aussicht auf Anstellung im Civildienste verliehen worden ist;
2. ehemaligen Militäranwärtern, welche sich in einer auf Grund ihrer Versorgungsansprüche erworbenen etatsmäßigen Anstellung befinden oder in Folge eingetretener Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt worden sind;
3. ehemaligen Militärpersonen, welchen der Civilversorgungsschein lediglich um deswillen verpagt worden ist, weil sie sich nicht fortgesetzt gut geführt haben, und welchen gemäß einer von der zuständigen Militärbehörde ihnen später erteilten Bescheinigung eine den Militäranwärtern im Reichs- oder Staatsdienste vorbehaltene Stelle übertragen werden darf;

4. solchen Beamten und Bediensteten der betreffenden Versicherungsanstalt, welche für ihren Dienst unbrauchbar oder entbehrlich geworden sind und einstweilig oder dauernd in den Ruhestand versetzt oder entlassen werden müssen, wenn ihnen nicht eine den Militäranwärtern vorbehaltene Stelle verliehen würde;
5. sonstigen Personen, denen die Berechtigung zu einer Anstellung auf dem im §. 10 Ziffer 7 der Anstellungsgrundsätze für Militäranwärter vom 7. März 1882 (Bekanntmachung vom 25. März 1882, Centralblatt für das Deutsche Reich Seite 123) vorgesehenen Wege ausnahmsweise verliehen worden ist.

§. 8.

Stellen, welche den Militäranwärtern nur theilweise (zur Hälfte, zu einem Drittel u. s. w.) vorbehalten sind, werden bei eintretender Erledigung in einer dem Antheilsverhältniß entsprechenden Reihenfolge mit Militäranwärtern oder Civilpersonen besetzt, und zwar ohne Rücksicht auf die Zahl der zur Zeit der Besetzung thatsächlich mit Militäranwärtern und Civilpersonen besetzten Stellen.

Wird die Reihenfolge auf Grund des §. 7 unterbrochen, oder wird in Folge des §. 7 Nr. 4 eine ausschließlich mit Militäranwärtern zu besetzende Stelle mit einem Bediensteten der Versicherungsanstalt besetzt, so ist eine Ausgleichung herbeizuführen. Dabei sind Personen, deren Anstellung auf Grund des §. 7 Nr. 4 und 5 erfolgt, als Civilpersonen, Personen, deren Anstellung auf Grund des §. 7 Nr. 1 bis 3 erfolgt, als Militäranwärter in Anrechnung zu bringen.

§. 9.

Die Militäranwärter haben sich um die von ihnen begehrten Stellen bei dem Vorstande der Versicherungsanstalt zu bewerben.

Die Bewerbungen haben zu erfolgen:

- a) seitens der noch im aktiven Militärdienst befindlichen Militäranwärter durch Vermittelung der vorgesetzten Militärbehörde;
- b) seitens der Angehörigen einer militärisch organisierten Gendarmerie oder Schutzmannschaft, seitens der Angehörigen der in den deutschen Schutzgebieten durch das Reich oder die Landesverwaltung errichteten Schutz- oder Polizeitruppen, sowie seitens der in den Schutzgebieten angestellten Grenz- oder Zollaufsichtsbeamten durch Vermittelung der vorgesetzten Dienstbehörde;
- c) seitens der übrigen Militäranwärter entweder unmittelbar oder durch Vermittelung des heimathlichen Bezirkskommandos, welches jede eingehende Bewerbung sofort der zuständigen Versicherungsanstalt mittheilt.

Militäranwärter sind zu Bewerbungen vor oder nach der Stellenerledigung so lange berechtigt, als sie noch nicht eine etatsmäßige Stelle erlangt und angetreten haben, mit welcher ein pensionsfähiges Dienstverdienst von mindestens 900 Mark verbunden ist. Bewerbungen um Stellen, welche nur im Wege des Austrittens zu erlangen sind, werden jedoch hierdurch nicht ausgeschlossen.

§. 10.

Ueber die Bewerbungen um noch nicht erledigte Stellen haben die Versicherungsanstalten Verzeichnisse*) anzulegen, in welche die Stellenanwärter nach dem Datum des Eingangs der ersten Meldung eingetragen werden. War die Befähigung noch durch eine Prüfung (Vorprüfung) nachzuweisen, so kann die Eintragung auch nach dem Tage des Bestehens der Prüfung erfolgen.

Bei der Besetzung erledigter Stellen sind unter sonst gleichen Verhältnissen Unteroffiziere, welche mindestens acht Jahre im Heere oder in der Marine aktiv gedient haben, in erster Linie zu berücksichtigen. Bewerbungen um noch nicht freigeordnete Stellen sind alljährlich zum 1. Dezember zu erneuern, widrigenfalls dieselben als erloschen gelten.

*) Die Muster für die in den Grundätzen vorgesehenen Verzeichnisse und Nachweisungen werden hier nicht mitgetheilt, da sie nur für den inneren Dienstbetrieb der Versicherungsanstalten von Bedeutung sind.

§. 11.

Stellen, welche mit Militäranwärtern zu besetzen sind, müssen im Falle der Erledigung und wenn keine Bewerbungen von Militäranwärtern für dieselben vorliegen, seitens des Vorstandes der Versicherungsanstalt der zuständigen Vermittlungsbehörde behufs der Bekanntmachung mittelst Einreichung einer Nachweisung bezeichnet werden.

Ist innerhalb sechs Wochen nach der Bekanntmachung eine Bewerbung bei dem Vorstande nicht eingegangen, so hat derselbe in der Stellenbesetzung freie Hand.

§. 12.

Die den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen dürfen, außer in dem Falle des §. 7, mit anderen Personen nicht besetzt werden, sofern sich Militäranwärter finden, welche zur Uebernahme der Stellen befähigt und bereit sind. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Stellen dauernd oder nur zeitweise bestehen, ob mit denselben ein einkommensmäßiges Gehalt oder nur eine diätarische oder andere Remuneration verbunden ist, ob die Anstellung auf Lebenszeit, auf Kündigung oder auf Widerruf geschieht.

Zu vorübergehender Beschäftigung als Hilfsarbeiter oder Vertreter können jedoch auch Nicht-versorgungsberühmte angenommen werden.

In Ansehung derjenigen dienstlichen Verrichtungen, für welche wegen ihres geringen, die volle Zeit und Thätigkeit eines Beamten nicht in Anspruch nehmenden Umfangs und der Geringfügigkeit der damit verbundenen Remuneration besondere Beamte nicht angenommen, welche vielmehr an Privatpersonen, an andere Beamte als Nebenbeschäftigung oder an verabschiedete Beamte oder an weibliche Personen übertragen zu werden pflegen, behält es hierbei sein Bewenden. Wenn sich jedoch Militäranwärter ohne Aufforderung zu solchen dienstlichen Verrichtungen melden, so sind dieselben vorzugsweise zu berücksichtigen.

§. 13.

Die Versicherungsanstalten haben darin freie Hand, welche ihrer Subaltern- und Unterbeamten sie in höhere oder besser besoldete Stellen aufrücken lassen wollen. Ebenso sind sie in der Versetzung eines besoldeten Subaltern- oder Unterbeamten auf eine andere nicht ausschließlich mit Militäranwärtern zu besetzende besoldete Subaltern- oder Unterbeamtenstelle ihrer Verwaltung nicht beschränkt. Wäre die auf solche Weise mit einer Civilperson besetzte Stelle der bestehenden Reihenfolge nach mit einem Militäranwärter zu besetzen gemeint, so ist eine Ausgleichung herbeizuführen.

Die Ansprüche der Militäranwärter auf die nur im Wege des Aufrückens zu erlangenden, ihnen ausschließlich oder zum Theil vorbehaltenen Stellen werden durch diese Vorschrift nicht berührt. Den aus den Militäranwärtern hervorgegangenen Beamten ist Gelegenheit zu geben, die für das Aufrücken in höhere Dienststellen erforderliche Befähigung zu erwerben.

§. 14.

Die Versicherungsanstalten sind zur Berücksichtigung von Bewerbungen nur dann verpflichtet, wenn die Bewerber eine genügende Befähigung für die fragliche Stelle bezw. den fraglichen Dienstzweig nachweisen. Darüber, ob der Bewerber genügende Befähigung besitzt, entscheidet auf Beschwerde das Reichs-Versicherungsamt.

Sind für gewisse Dienststellen oder für gewisse Gattungen von Dienststellen besondere Prüfungen (Vorprüfungen) vorgeschrieben, so hat der Militäranwärter auch diese Prüfungen abzulegen. Auch kann, wenn die Eigenthümlichkeit des Dienstzweiges dies erheischt, die Zulassung zu dieser Prüfung oder die Annahme der Bewerbung überhaupt von einer vorgängigen informatorischen Beschäftigung in dem betreffenden Dienstzweige abhängig gemacht werden, welche in der Regel nicht über drei Monate auszudehnen ist. Ueber die Zulässigkeit einer informatorischen Beschäftigung entscheidet das Reichs-Versicherungsamt.

Die Anstellung eines einberufenen Militäranwärters kann zunächst auf Probe erfolgen oder von einer Probefristleistung abhängig gemacht werden. Die Probezeit darf vorbehaltlich der Abkürzung bei früher nachgewiesener Befähigung in der Regel höchstens sechs Monate betragen. Handelt es sich um Anstellungen im Bureau- oder Kassendienst, so kann die Probezeit mit Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts bis auf die Dauer eines Jahres verlängert werden. Während der Anstellung auf Probe ist dem Anwärter das volle Stelleneinkommen, während der Probefristleistung eine fortlaufende Remuneration von nicht weniger als Dreivierteltheil des Stelleneinkommens zu gewähren.

Einberufungen zur Probefienstleistung dürfen nur erfolgen, insoweit Stellen (§. 12 Absatz 1) offen sind; eine Entlassung Einberufener wegen mangelnder Bilanz kann daher nicht stattfinden.

Spätestens bei Beendigung der Probezeit hat der Vorstand darüber Beschluß zu fassen, ob der Stellenanwärter in seiner Stelle zu bestätigen bzw. in den Dienst der Versicherungsanstalt zu übernehmen oder wieder zu entlassen ist.

§. 15.

Beläge Subaltern- und Unterbeamtenstellen und, gegebenen Falls, in welcher Anzahl dieselben gemäß den vorstehenden Bestimmungen den Militäranwärtern vorzubehalten sind, hat das Reichs-Versicherungsamt festzustellen. Stellen, wegen deren eine solche Feststellung noch nicht stattgefunden hat, dürfen, insofern nicht Militäranwärter zur Anstellung gelangen, aber das in diesen Bestimmungen bezüglich der Besetzung der Stellen mit Militäranwärtern vorgeschriebene Verfahren erledigt ist, bis zu der erfolgten Feststellung nur widerrüflich besetzt werden.

§. 16.

Von der Besetzung der den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen hat der Vorstand am Schlusse des Quartals den Vermittelungsbehörden seines Bezirks durch Zusendung einer Nachweisung Mittheilung zu machen.

Die Vermittelungsbehörden veranlassen eine entsprechende Bekanntmachung in der Balanzenliste.

§. 17.

Das Reichs-Versicherungsamt hat darüber zu wachen, daß bei der Besetzung der den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen nach den vorstehenden Grundsätzen verfahren wird.

Nach erfolgter etatsmäßiger Anstellung wird der Civilversorgungsschein zu den Akten genommen.

§. 18.

Die §§. 25 bis 29 der Anstellungsgrundsätze für Militäranwärter vom $\frac{7}{21}$ März 1882 finden sinngemäße Anwendung.

§. 19.

Die vorstehenden Grundsätze treten am 1. Januar 1897 in Kraft und behalten nur so lange Gültigkeit, bis vom Bundesrath auf Grund von Artikel 12 der Novelle zum Militär-Pensionsgesetze vom 22. Mai 1893 allgemeine Grundsätze über die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten mit Militäranwärtern festgesetzt sind.

Berlin, den 24. Dezember 1896.

Das Reichs-Versicherungsamt.

Abtheilung für Invaliditäts- und Altersversicherung.

Dr. Wädler.

Verzeichnis

der bei den dem Reichs-Versicherungsamt ausschließlich unterstellten Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten*) vorhandenen, den Militärämtern vorbehaltenen**) Stellen.

- A. Im Büreaudienst: Sekretäre (Bevollmächtigte und Expedienten 1. Kl. bei der B. A. Schleswig-Holstein), (Ranglisten 1. Kl. bei der Hanseatischen B. A.), Buchhalter, Revisoren, Kontrollinspektoren;
Sekretariatsassistenten, Bureauassistenten (Expedienten 2. Kl. bei der B. A. Schleswig-Holstein), (Ranglisten 2. Kl. bei der Hanseatischen B. A.);
Büreaudiätare, Kassenbiätare;
Büreauhülfsarbeiter, Sekretariatshülfsarbeiter, Expeditions-hülfsarbeiter, Büreaugehülfsen, Bureauanwärter;
Registraturvorsteher, Registratoren, Registraturassistenten, Registraturbiätare, Registraturhülfsarbeiter, Hülfsregistratoren, Registraturgehülfsen, Expedienten und Hülfsarbeiter der Kartenabtheilung, Kartenverwalter.
- B. Im Kanzleidienst: Kanzleinvorsteher, Ranglisten, Kanzleibiätare, Kanzleihülfsarbeiter, Hülfskanglisten, Schreiber, Hülfschreiber, Schreibgehülfsen.
- C. Im Unterbeamtendienste: Botenmeister, Haushälter, Hausmeister, Hauswarte, Kastellane, Bedelle; Boten, Diener, Amtsdienner, Büreaudiener, Kassenboten, Kassendiener, Hülfsboten, Hülfsdiener;
Altenhefter, Buchbinder;
Drucker, Lithographisten;
Heizer, Hülfsheizer;
Wächter.

*) Es handelt sich bis auf Weiteres um die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten für Ostpreußen, Westpreußen, Berlin, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Kassel, Rheinprovinz, Thüringische Staaten, Oldenburg, die drei Hansestädte und Elßaß-Lothringen.

**) Die Stellen des Büreaudienstes sind den Militärämtern mindestens zur Hälfte, diejenigen des Kanzlei- und Unterbeamtendienstes ausschließlich vorbehalten.

Verzeichniß der Vermittelungsbehörden.

(§. 11 der Grundzüge.)

| Rfd.
Nr. | Bundesstaat. | Vermittelungsbehörden. |
|-------------|---------------------------|--|
| 1. | Preußen | <p>a. Für den Bezirk des I. Armeekorps: Bezirkskommando Braunsberg,
 b. " " " " II. " " Stettin,
 c. " " " " III. " " Potsdam,
 d. " " " " IV. " " Magdeburg,
 e. " " " " V. " " Neusalz a.O.,
 f. " " " " VI. " " II Breslau,
 g. " " " " VII. " " I Münster,
 h. " " " " VIII. " " Coblenz,
 i. " " " " IX. " " Schleswig,
 k. " " " " X. " " Hildesheim,
 l. " " " " XI. " " Marburg,
 m. " " " " XVII. " " Marienburg.</p> |
| 2. | Sachsen (Großherzogthum) | Bezirkskommando Marburg. |
| 3. | Oldenburg | <p>a. Für das Fürstenthum Birkenfeld: Bezirkskommando Coblenz;
 b. " " übrige Staatsgebiet: Bezirkskommando Hildesheim.</p> |
| 4. | Sachsen-Meiningen | Bezirkskommando Marburg. |
| 5. | Sachsen-Altenburg | " Magdeburg. |
| 6. | Sachsen-Coburg und Gotha | " Marburg. |
| 7. | Anhalt | " Magdeburg. |
| 8. | Schwarzburg-Sondershausen | " Magdeburg. |
| 9. | Schwarzburg-Rudolstadt | " Magdeburg. |
| 10. | Waldeck | " Marburg. |
| 11. | Reuß ä. L. (Greiz) | " Magdeburg. |
| 12. | Reuß j. L. (Gera) | " Magdeburg. |
| 13. | Schaumburg-Lippe | " I Münster. |
| 14. | Lippe | " I Münster. |
| 15. | Lübeck | " Schleswig. |
| 16. | Bremen | " Schleswig. |
| 17. | Hamburg | " Schleswig. |
| 18. | Elsaß-Lothringen | <p>a. Für den Bereich des XIV. Armeekorps (Bezirk Oberelsaß):
 Bezirkskommando Karlsruhe;
 b. Für den Bereich des XV. Armeekorps (Bezirk Unterelsaß und die
 Kreise Saarburg und Saargemünd im Bezirk Lothringen):
 Bezirkskommando Straßburg i. Els.;
 c. Für den Bereich des XVI. Armeekorps (Bezirk Lothringen mit Aus-
 nahme der Kreise Saarburg und Saargemünd):
 Bezirkskommando Metz.</p> |

100-443887-100

1990

18.

Gebruckt bei Julius Eitzenfeld in Berlin W

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 19.

Den 7. Mai

1897.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Ankauf von Remonten pro 1897.

11. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind für dieses Jahr nachstehende Märkte anberaumt worden und zwar:

a. im Regierungsbezirk Potsdam:

| | | |
|------------------|-------|-------------------|
| am 5. Juni Vorm. | 8 | Uhr Angermünde, |
| " 18. " " | 8 | " Paulinenaue, |
| " 19. " " | 8 1/2 | " Neustadt a./D., |
| " 21. " " | 9 | " Kyritz, |
| " 22. " " | 8 | " Wittstock, |
| " 23. " " | 8 | " Prignitz, |
| " 24. " " | 8 | " Meyenburg, |
| " 26. " " | 10 | " Penzen, |
| " 28. " " | 10 | " Wiltsdorf, |

b. im Regierungsbezirk Frankfurt a./D.:

| | | |
|------------------|----|--------------------|
| am 8. Juni Vorm. | 9 | Uhr Bärwalde, |
| " 9. " " | 8 | " Züllichau, |
| " 10. " " | 8 | " Crossen a./D., |
| " 11. " " | 9 | " Guben, |
| " 12. " " | 8 | " Driesen, |
| " 14. " " | 10 | " Friedeberg N./M. |
| " 15. " " | 8 | " Biez a./Ostbahn, |
| " 17. " " | 9 | " Müncheberg. |

Die von der Remonte-Ankauf-Kommission erkaufte Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenfehler und Klopfbengel, sowie Wallache mit ausgeprägter Hengstmanier, welche sich in den ersten zehn bzw. acht und zwanzig Tagen nach Einlieferung in den Depot als solche erweisen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenhändig gehören, oder durch einen nicht legitimierten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue, starke rindlederene Trense mit starkem Gebiß und einer Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens zwei Meter langen Stricken ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgeführten Pferde feststellen zu können, sind die Deckheine bzw. Füllscheine mitzubringen; auch werden die Verkäufer ersucht,

die Schweife der Pferde nicht zu coupiren oder übermäßig zu verkürzen.

Berlin, den 3. März 1897.

Kriegsministerium, Remontirungsabtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

92. Die Öffnungszeiten für die Eisenbahndrehbrücke über die Havelbucht bei Potsdam sind vom 1. Mai d. J. ab während der Dauer des Sommerfahrplans wie folgt festgesetzt:

| | | | | |
|--------|-------|-----|-------|------|
| 1) von | 4 24 | bis | 4 44 | Vm., |
| 2) " | 12 01 | " | 12 27 | " |
| 3) " | 2 55 | " | 3 25 | Nm., |
| 4) " | 6 45 | " | 7 05 | " |

An den Sonn- und Festtagen darf die Brücke beim Verkehren der Sonntagsbedarfszüge während der zu 2, 3 und 4 festgesetzten Zeiten nicht geöffnet werden.

Beim Verkehren anderer Sonder- und Bedarfszüge, bei Maschinensfahrten, sowie sonstigen unvorhergesehenen Betriebszufällen müssen die festgesetzten Öffnungszeiten selbstverständlich noch beschränkt werden.

Potsdam, den 3. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

93. Auf Antrag des Herrn Landraths zu Kyritz habe ich als Hauptmarkort für den Kreis Ost-Prignitz an Stelle von Wittstock die Stadt Prignitz bestimmt.

Potsdam, den 24. April 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

94. Der Gutsbezirk Diepensee ist vom 1. Mai 1897 ab von dem Standesamtsbezirk N° 32 „Selchow“ des Kreises Teltow abgezweigt und dem 30. Standesamtsbezirk „Kudow“ in demselben Kreise zugelegt worden.

Potsdam, den 29. April 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

95. Die Stelle des Kreisphysikus des Kreises Templin mit dem Amtssitz in Templin ist durch das Ableben des bisherigen Inhabers erledigt.

Mit derselben ist außer dem Gehalte von 900 M. eine Stellenzulage von 600 M. verbunden.

Bewerber wollen sich, unter Vorlegung ihrer Zeugnisse und eines Lebenslaufes, binnen 4 Wochen bei mir melden.

Potsdam, den 1. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

96. Der Herr Minister des Innern hat durch Erlass vom 27. Januar d. J. das in der Generalversammlung am 22. Juni v. J. beschlossene Statut des halle'schen Vereins zur Windmühlen-Versicherung genehmigt und damit auch die Erlaubnis zur Ausdehnung des Geschäftsbetriebes des Vereins auf die Provinz Brandenburg ertheilt.

Potsdam, den 29. April 1897.

Der Regierungspräsident.

B i e b s e u c h e n.

97. II. Ausgebrochen:

a. Milzbrand. Kreis Niederbarnim: Schafstod auf Rittergut Lanke; Pferd des Gastwirths Gastmann in Groß-Schönebeck. Kreis Oberbarnim: Gehöft des Mühlenbesizers Adolf Witte in Gielsdorf und des Eigenthümers Robert Leonhardt in Alt-Trebbin.

b. Influenza. Kreis Ruppın: Pferdebestand des Ritterguts Dessow.

c. Lungenseuche. Kreis Teltow: Rittergut Mariensfelde.

III. Erloschen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Osthavelland: Gut Markau. Kreis Westhavelland: Vorwerk Lindholzfarm zu Rittergut Selbelang gehörig; Neuwerder. — Der Kreis ist seuchsfrei. Kreis Ruppın: Gehöft des Gemeindevorstehers Hegermann zu Werder. Kreis Templin: Vorwerk Ahlimbswalde.

b. Milzbrand. Kreis Teltow: Gut Schönefeld.

c. Lungenseuche. Kreis Ruppın: Gehöft des Bauern Wolf in Lückfeld.

d. Räudekrankheit. Kreis Teltow: Gehöft der Pferdehändler Boenisch und Abel in Dt.-Wilmerdorf.

e. Bläschenauschlag. Kreis Beeslow-Storkow: Gemeinde Bugk und Rehrgk.

f. Influenza. Kreis Spandau: Gehöft des Fuhrherrn Wilh. Dasemeister und des Schlächtermeisters Franke. Potsdam, den 4. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

32. Der Herr Ober-Präsident der Provinz Brandenburg hat durch Erlass vom 10. d. Mts. die Anlage zweier neuen Apotheken im südlichen Theile Charlottenburgs in der Gegend der Stadtbahn genehmigt.

Geeignete Bewerber werden zur Meldung bis zum 1. Juni d. Js. mit dem Bemerken hierdurch aufgefordert, daß persönliche Vorstellungen **zwecklos** sind und **die an mich zu richtenden Bewerbungen lediglich schriftlich** zu geschehen haben

Der Meldung sind beizufügen: 1) eine nach der Zeitfolge geordnete Uebersicht über die bisherige Thätigkeit seit der Approbation, aus welcher hervorgeht a. die Anfangs- und Endzeit (nach Tagesdaten), b. der Ort

und c. die Art der Thätigkeit. Die einzelnen Zeitanlagen sind fortlaufend zu nummeriren. Die entsprechenden Nummern sind auf die zugehörigen Servirzeugnisse zu setzen, 2) die Approbation und die darauf folgenden Servirzeugnisse, die physikalisch beglaubigt, chronologisch geordnet und mit den entsprechenden Nummern der Zusammenstellung versehen sein müssen, 3) polizeiliche Führungszeugnisse über die Zeit von der Approbation bis jetzt in ununterbrochener Folge, 4) amtlich beglaubigter Nachweis aus neuester Zeit über die zur Einrichtung einer Apotheke erforderlichen Mittel, 5) eine Darstellung des Lebenslaufs, die folgende Angaben enthalten muß: Vor- und Zuname, Geburtsort und Datum, Concession, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Zahl und Alter der Kinder, Militärverhältniß, besondere Beschäftigung der Ehefrau, Stand und Wohnort der Eltern. Der Bewerber hat außerdem pflichtgemäß zu versichern, entweder, daß er eine Apotheke bisher nicht besessen hat, oder — falls dies der Fall sein sollte, — anzugeben, wo er eine solche besessen hat und die Gründe klar zu legen, aus denen er sein Besigrecht an derselben aufgegeben hat, auch den Kauf- und Verkaufspreis der aufgegebenen Apotheke genau zu nennen.

Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß Gesuche von Bewerbern, welche erst nach dem Jahre 1882 (bei Berücksichtigung geringer Zeitunterschiede) approbirt sind, bei der großen Zahl mehr berechtigter Bewerber zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg haben. Solche Apotheker stehen deshalb zur Vermeidung unnöthigen Schreibwerkes u. am Besten von der Bewerbung ab. Bei Apothekern, welche sich zeitweise vom Apothekensache abgewandt haben, muß das Approbationsalter selbstverständlich gekürzt werden.

Schließlich bemerke ich, daß die Concession in Gemäßheit des Allerhöchsten Erlasses vom 30. Juni 1894 als eine **unveräußerliche und unvererbliche** verliehen werden wird, der Inhaber derselben somit zur Präsentation von Geschäftsnachfolgern nicht befugt sein und der Wittve, sowie den minderjährigen Kindern desselben nur freistehen wird, die Apotheke nach Maßgabe des § 4 der Revidirten Apotheken-Ordnung vom 11. October 1801 durch einen geeigneten Provisor verwalten zu lassen.

Berlin, den 24. April 1897.

Der Polizeipräsident.

Bekanntmachung.

33. Die in der Königl. Universitätsfrauenklinik ausgebildeten Hebammen-Schülerinnen: Frau Elise Moldenhauer geborene Wendel, Raunynstraße 73, Frau Paula Kugler geborene Woyte und Fräulein Sophie Krüger, die beiden Letzteren in der Königl. Universitätsfrauenklinik wohnhaft, sowie die bereits am 29. Dezember v. Js. zu Dresden geprüfte Frau Agnes Wilke geborene Golisch, Frankfurter-Allee 1/2, sind nach bestandener Prüfung als Hebammen hierselbst zugelassen worden.

Berlin, den 12. April 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

34. Die bisherigen Hebammen-Schülerinnen:
a. Fräulein Karoline Bick, früher in der Königlichen
Charité, b. Fräulein Elisabeth Eisen, früher Neue
Wilhelmstraße 2b., c. Fräulein Marie Baltutti,
Beechstraße 51, d. Frau Marie Sugg, Maner-
straße 53, e. Frau Klara Krause, Manteuffelstraße 54,
f. Frau Elisabeth Burhenne, Hochmeisterstraße 10,
g. Frau Emma Warstadt, Dennewitzstraße 29,
h. Fräulein Luise Bolduan, früher Blücherplatz 1
hier selbst, sind nach bestandener Prüfung als Hebammen
zugelassen. Berlin, den 27. April 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen**des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.**

Postpaketverkehr mit Nicaragua.

2. Vom 1. Mai ab können Postpakete ohne
Wertangabe und ohne Nachnahme bis zum Gewicht
von 5 kg nach Nicaragua versandt werden. Die Be-
förderung erfolgt über Hamburg, Colon und Panama.
Die Postpakete müssen frankirt werden; die Tare be-
trägt 2 M. 80 Pf. für jedes Paket. Außerdem werden
für die Beförderung auf der Eisenbahn Colon—Panama
40 Pf. für je 500 g oder einen Bruchtheil von
500 g vom Empfänger in Nicaragua erhoben.

Ueber die sonstigen Versendungsbedingungen er-
theilen die Postanstalten nähere Auskunft.

Berlin W., den 19. April 1897.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

**Bekanntmachungen des Königlichen
Consistoriums der Provinz Brandenburg.**

28. Die unter königlichem Patronate stehende 1ste
Predigerstelle an der französischen Klosterkirche in Berlin
ist durch das Ableben des Predigers Bonnet am
17. April 1897 zur Erledigung gekommen.

**Bekanntmachungen der königlichen
Kontrolle der Staatspapiere.****Bekanntmachung.**

22. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-
gesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879
(G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom
16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht,
daß angeblich die dem Milchhändler Carl Giese hier
C., Kleine Alexanderstraße 27a., gehörigen Schuldver-
schreibungen der konsolidirten 3½%igen Staatsanleihe
a. von 1889 lit. E. № 339872 über 300 M.
b. = 1895 = E. = 639015 = 300 =

von seinem Sohne, dem Lehrer Hermann Giese zu
Narensbrück bei Fürstenberg i./Mecklenburg wohnhaft,
hier selbst versehentlich verbrannt worden sind. Es werden
diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden be-
finden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten
Kontrolle der Staatspapiere oder dem Milchhändler
Giese anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Auf-
gebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden
beantragt werden wird.

Berlin, den 22. April 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

veranlagten Steuerbeträge ist zur Deckung des
des Provinzialverbandes für das Jahr
lichen Betrages von 2 140 000 Mark
die Vorfahre zu leistenden Er-
zogene Provinzialabgabe — unter
schwebenden Berufungen u. s. w.
der auffommenden Steuern

Lit. C. №

Lit. B. №

Lit. D. №

Lit. D. №

Lit. E. № 1517

Lit. C. № 205983

Lit. A. № 100467

Lit. E. № 543947

Lit. E. № 579034

Lit. E. № 651767

Lit. F. № 269690

Lit. F. № 269691

Lit. F. № 269695

Lit. C. № 476594

Lit. D. № 500004

Lit. D. № 584513

Lit. D. № 584514

Lit. D. № 602505

Lit. D. № 602506

Lit. D. № 647308

Lit. E. № 769546

Lit. J. № 32858

Lit. C. № 668359

Lit. D. № 669269

Lit. D. № 701822

Lit. D. № 706188

Lit. D. № 723309

Lit. D. № 729423

Lit. E. № 941095

Lit. E. № 941096

Lit. E. № 961671

Lit. E. № 1013723

Lit. E. № 1033623

Lit. E. № 1080134

Lit. E. № 1112429

Lit. F. № 354764

Lit. H. № 130878

Lit. H. № 138747

II. Rurmärkische Schuldverschreibungen.

Lit. G. № 50

III. 3½prozentige Prioritäts-Aktien Lit. B.

der Oberschlesischen Eisenbahn.

№ 2266

IV. Bormals Rurmärkische Prämiencheine von 1845.

Serie 424

Serie 4433

№ 10590

№ 110807

über 20 Tblr

über 40 Tblr

V. Vormals Nassauische Prämienscheine von 1837.
N^o 16451 über 25 Gld.

VI. 4prozentige Anleihe des Deutschen Reichs:
von 1877.

Lit. C. N^o 965 über 1000 M.
von 1878.

Lit. C. N^o 6206 über 1000 M.

Lit. C. N^o 6207 über 1000 M.

Lit. C. N^o 6265 über 1000 M.

Lit. D. N^o 13248 bis 13253 über je 500 M.
von 1881.

Lit. C. N^o 15387 über 1000 M.

Lit. E. N^o 18887 über 200 M.
von 1882.

Lit. E. N^o 7054 über 200 M.

Berlin, den 3. April 1897.

Königlich Preussische Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirektion zu Berlin.

Ausnahmetarif für Düngemittel und Rohmaterialien der Kunst-
düngersfabrikation.

19. Der auf den preussischen und den übrigen deutschen Staatsbahnen sowie einer Reihe anderer deutscher Eisenbahnen bestehende Nothstandstarif für Düngemittel vom 15. Juni 1896 tritt gemäß der auf dem Tarif gemachten Angabe über dessen Geltungsdauer am 1. Mai 1897 außer Kraft. An seiner Stelle gelangt an diesem Tage unter der Bezeichnung „Ausnahmetarif für Düngemittel und Rohmaterialien der Kunstdüngersfabrikation“ ein anderer Tarif zur Einführung, welcher bis zum 30. April 1902 Geltung hat. Der neue Ausnahmetarif weicht — abgesehen von einer geänderten Gliederung der äußeren Form und von seiner Ausdehnung auf Rohmaterialien der Kunstdüngersfabrikation — von dem bisherigen Nothstandstarif in der Hauptsache darin ab, daß die Anwendungsbedingungen die sofortige Gewährung der Frachtermäßigung von 20 % im Kartirungswege für alle dem Tarif angehörenden Artikel für den Fall zulassen, daß die Inhaltsangabe im Frachtbrief den Zusatz enthält „zur Verwendung als Düngemittel im Inlande“ oder „zur Kunstdüngersfabrikation“. Nur wenn dieser Zusatz im Frachtbrief fehlt, wird die Frachtermäßigung im Wege der Rückvergütung gewährt.

Die im bisherigen Tarif enthaltenen besonderen Bedingungen für Chilesalpeter, Salpeterabfall und Kalisalze sind fortgefallen.

Für die im Wege der Rückvergütung erfolgenden Frachterstattungen ist die Ausschlussfrist im Interesse einer schnelleren Abwicklung auf 3 Monate statt wie bisher auf 6 Monate festgesetzt; ferner sind zwei verschiedene Verwendungsnachweise vorgeschrieben, je nachdem die Sendungen, hinsichtlich welcher reklamirt wird, an Landwirthe, Zuckersabriken, Kunstdüngersabriken, chemische Fabriken und Händler oder an andere als die vorgenannten Empfänger gerichtet sind. — Der neue Ausnahmetarif umfaßt im Allgemeinen dieselben Artikel und

dieselben Verkehrsgebiete, für welche der zur Aufhebung kommende Nothstandstarif für Düngemittel gegolten hat. Neu einbezogen sind die Artikel Abfälle von Horn, Abfälle von Klauen und Hufen, Gypsasche und Gaskalk. Es bleibt vorbehalten, während der Geltungsdauer des Ausnahmetarifs das Waarenverzeichnis desselben einzuschränken oder zu erweitern und die Anwendungsbedingungen zu erschweren oder zu erleichtern.

Abzüge des neuen Tarifs sind durch die beteiligten Güterabfertigungsstellen und das Auskunftsbüreau in Berlin, Bahnhof Alexanderplatz, zu beziehen. Während der Geltungsdauer des Ausnahmetarifs finden die besonderen Anwendungsbedingungen, welche in den Ausnahmetarifen für Düngekalk, Mergel zum Düngen und Kübenerde zum Düngen hinsichtlich der Gewährung der Frachtsätze sogleich bei der Abfertigung oder nachträglich im Wege der Reklamation festgesetzt sind, in den Preussischen Staatsbahn-Verkehren und in den Verkehren mit der Odenburgischen Staatsbahn und der Station Kempen der Breslau-Warischauer Eisenbahn nur auf Sendungen nach dem Zollvereinsauslande Anwendung. Für Sendungen in und nach dem Zollvereinslande gelten in den vorbezeichneten Verkehren die Anwendungsbedingungen des neuen Düngemittel-Ausnahmetarifs.

Berlin, den 27. April 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion
zugleich Namens der beteiligten Eisenbahnverwaltungen.
Verkehrsbeschränkung von und nach dem Stettiner Bahnhofe
in Berlin.

20. Infolge fortschreitenden Umbaues des Stettiner Bahnhofes in Berlin werden unter Aufhebung der früheren Bestimmungen vom 1. August d. J. ab bis auf Weiteres von und nach Berlin, Stettiner Bahnhof nur noch befördert: a. Eil- und Frachtsüßgüter, b. Eilgut in Wagenladungen und eilgutmäßig zu befördernde Wagenladungsgüter, c. Getreide und Mehl, d. Sendungen an Anschlußhaber und Lagerplatzpächter.

Berlin, den 1. Mai 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirection zu Stettin.

5. Am 1. Mai d. J. gelangt ein neuer Tarif für Sommerarten nach Ostseeküstenorten zur Einführung. Die Fahrpreise für den Verkehr von Chemnitz treten erst am 15. Mai 1897 in Kraft; bis dahin gelten die betreffenden Sätze des bisherigen Tarifs.

Durch den neuen Tarif wird der seit dem 1. Juli 1896 gültige Tarif für Sommerarten nach Ostseeküstenorten aufgehoben. Die in den Tarif aufgenommenen besonderen Bestimmungen zur Verkehrs-Ordnung sind gemäß den Vorschriften unter 1² der letzteren genehmigt worden.

Nähere Auskunft ertheilt das diesseitige Verkehrs-büreau hier selbst, Lindenstraße 18.

Stettin, den 26. April 1897.

Königliche Eisenbahndirection,
namens der beteiligten Eisenbahnverwaltungen, Schiffs-
und Fuhrunternehmer.

Kraftbegünstigung für die Thierschau und Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte in Prenzlau.

6. Die Thierschau bezw. Ausstellung findet nicht am 26. Mai, sondern am 20. Mai d. J. statt.

Stettin, den 27. April 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Grüßung der Haltestelle Stöven für den Güter- und Viehverkehr.

7. Am 15. Mai d. J. wird die zwischen Stettin und Grambow der Strecke Stettin-Pasewalk gelegene Haltestelle Stöven, welche bisher nur dem Personen- und Gepäckverkehr diente, auch für die Abfertigung von Stückgut, Wagenladungen, Leichen und Vieh eröffnet.

Die Abfertigung von Fahrzeugen und Sprengstoffen ist ausgeschlossen.

Mit demselben Tage wird die Haltestelle Stöven in die Tarife für die Gruppen- und Gruppenwechselverkehre der Preussischen Staatseisenbahnen sowie in den Wechselverkehr mit der Oldenburgischen Staatsbahn und in den Staatsbahn-Viehtarif aufgenommen.

Ueber die Tarifsätze geben die betheiligten Dienststellen Auskunft. Stettin, im April 1897.

Königliche Eisenbahndirektion.

Bekanntmachungen der Elbstrom-Bauverwaltung.

Bekanntmachung.

Nach gerichtlicher Feststellung sind in neuerer Zeit im Schiffsverkehrsverkehr auf der Elbe die Sicherheitsventile der Dampfkessel wiederholt überlastet worden, um einen höheren Dampfdruck zu erreichen, als solcher für die Kessel genehmigt war.

Da durch die Überlastung der Sicherheitsventile nicht nur für die Schiffe, sondern ganz besonders für deren Mannschaft eine große Gefahr herbeigeführt wird, so werden die Schiffsführer und Maschinisten hierdurch vor derartigen strafbaren Handlungen gewarnt.

Die Stromaufsichtsbeamten sind angewiesen, den Betrieb der Dampfschiffe auf die Einhaltung der Dampfspannung der Kessel streng zu überwachen und Zuwiderhandlungen zur Anzeige zu bringen.

Die betreffenden Schiffsführer haben außer einer strengen gerichtlichen Bestrafung auch die Entziehung des Schifferpatents zu gewärtigen.

Magdeburg, den 12. April 1897.

Der Ober-Präsident der Provinz Sachsen
als Chef der Elbstrom-Bauverwaltung.

Bekanntmachung.

Vom 1. Mai d. J. ab wird die durch die Versetzung des Strommeisters Stüger in Lenzen freigewordene Strommeister-Stelle dem zum Strommeister ernannten bisherigen Militair-Anwärter Riedel übertragen.

Magdeburg, den 21. April 1897.
Der Ober-Präsident der Provinz Sachsen
als Chef der Elbstrom-Bauverwaltung.

Bekanntmachungen des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

2. Auf Grund der Nachweisungen der in den einzelnen Kreisen der Provinz für das Etatsjahr

1896/97 veranlagten Steuerbeträge ist zur Deduktion des nach dem Etat des Provinzialverbandes für das Jahr 1896/97 erforderlichen Betrages von 2 140 000 Mark und der noch für die Vorjahre zu leistenden Erstattungen die aufzubringende Provinzialabgabe — unter Berücksichtigung der noch schwebenden Verurteilungen u. s. w. — auf 10,2 vom Hundert der aufkommenden Steuern festgesetzt worden.

Darnach vertheilen sich die Provinzial-Abgaben für das Jahr 1896/97 auf die einzelnen Land- und Stadtkreise folgendermaßen:

| Nr. | Kreis | Steuer-
aufkommen
Mk. | Provinzial-
abgabe
Mk. |
|-----|------------------------|-----------------------------|------------------------------|
| 1 | Angermünde | 464 693 | 47 899 |
| 2 | Rieder-Barnim | 1 602 301 | 163 435 |
| 3 | Dees-Barnim | 648 901 | 66 188 |
| 4 | Deeskow-Storkow | 192 047 | 19 589 |
| 5 | Ost-Havelland | 434 379 | 44 307 |
| 6 | West-Havelland | 366 989 | 37 433 |
| 7 | Jüterbog-Luckenwalde | 387 079 | 39 482 |
| 8 | Lebus | 590 023 | 60 182 |
| 9 | Prenzlau | 497 197 | 50 714 |
| 10 | Ost-Prignitz | 391 502 | 39 933 |
| 11 | West-Prignitz | 554 123 | 56 521 |
| 12 | Ruppin | 467 486 | 47 684 |
| 13 | Teltow | 3 623 688 | 369 616 |
| 14 | Templin | 238 467 | 24 324 |
| 15 | Jauch-Belzig | 386 578 | 39 431 |
| 16 | Brandenburg a./H. | 360 718 | 36 793 |
| 17 | Charlottenburg | 2 790 076 | 284 588 |
| 18 | Frankfurt a./O. | 545 402 | 55 631 |
| 19 | Potsdam | 751 901 | 76 694 |
| 20 | Spandau | 397 953 | 40 591 |
| 21 | Arnsvalde | 200 557 | 20 457 |
| 22 | Cottbus (Land) | 185 146 | 18 885 |
| 23 | Crossen | 263 501 | 26 877 |
| 24 | Friedeberg N./M. | 288 503 | 29 427 |
| 25 | Königsberg N./M. | 591 357 | 60 318 |
| 26 | Landberg a./W. (Land) | 278 691 | 28 426 |
| 27 | Soldin | 274 928 | 28 043 |
| 28 | Ost-Sternberg | 218 507 | 22 288 |
| 29 | West-Sternberg | 200 905 | 20 492 |
| 30 | Zülichau-Schwiebus | 217 488 | 22 184 |
| 31 | Cottbus (Stadt) | 446 303 | 45 523 |
| 32 | Landberg a./W. (Stadt) | 245 114 | 25 002 |
| 33 | Calau | 289 137 | 29 492 |
| 34 | Guben (Land) | 187 580 | 19 133 |
| 35 | Ludau | 303 100 | 30 916 |
| 36 | Lützen | 128 830 | 13 141 |
| 37 | Sorau | 677 317 | 69 086 |
| 38 | Spreenberg | 139 243 | 14 202 |
| 39 | Guben (Stadt) | 247 228 | 25 217 |

21 074 938 | 2 149 644

Berlin, den 30. April 1897.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.
Freiherr von Manteuffel.

Se f a n t m a c h u n g.

3. In Gemäßheit des § 5 des Roßkrankheits- und Lungenseuchen-Reglements vom 18. Januar 1876 u. §§ 11 ff. des Mißbrandreglements vom 4. März 1893 bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die am 1. November 1896 in der Provinz Brandenburg erfolgte Zählung 263037 Pferde und nach der einfachen Stückzahl 780849, nach der vervielfältigten Stückzahl 1380769 Rinder ergeben hat.
Die Vieberschätzungen im Jahre 1896 betragen bei:

| | Roßkrankheit und Lungenseuche | | | | Mißbrand | | | |
|--|-------------------------------|--------------|--------------|----|---------------|--------------|--------------|----|
| | Pferde
Nr. | inder
Nr. | Summa
Nr. | | Pferde
Nr. | inder
Nr. | Summa
Nr. | |
| Hierzu Verwaltungskosten
3 v. H. | 20740 | — | 90898 | 63 | 111638 | 63 | 19172 | 50 |
| Das sind zusammen . | 622 | 20 | 2726 | 96 | 3349 | 16 | 575 | 17 |
| Davon ab die aus dem
Vorjahre übernommenen,
anderweit auf . | 21362 | 20 | 93625 | 59 | 114987 | 79 | 19747 | 67 |
| festgestellten Beträge, so
daß verbleiben . . | 1560 | 92 | 3474 | 15 | 5035 | 07 | 2253 | 28 |
| Die zur Deckung dieser
Summe und der Hebe-
gebühren mit 3 v. H.
für die Ortsbehörden
einzuziehenden Beiträge
sind vom Provinzalaus-
schuß festgelegt worden
für jedes Pferd auf
und für jedes Rind . | 19801 | 28 | 90151 | 44 | 109952 | 72 | 17494 | 39 |
| a. nach der vervielfäl-
tigten Stückzahl auf
b. nach der einfachen
Stückzahl auf . | S S = 21042 | 96 | — | — | — | — | 7 S = 18412 | 59 |
| Nach Abzug der Hebe-
gebühren von . . | — | — | 7 S = 96653 | 83 | 117696 | 79 | — | — |
| bleiben an die Landes-
hauptkasse abzuführen
gegen die obige Bedarfs-
summe von . . . | 631 | 29 | 2899 | 61 | 3530 | 90 | 552 | 38 |
| also mehr | 20411 | 67 | 93754 | 22 | 114165 | 89 | 17860 | 21 |
| was bei dem Ausstreichen
für 1897 Berücksichti-
gung findet. | 19801 | 28 | 90151 | 44 | 109952 | 72 | 17494 | 39 |
| | 610 | 39 | 3602 | 78 | 4213 | 17 | 365 | 82 |
| | | | | | | | 113613 | 53 |
| | | | | | | | 111972 | 84 |
| | | | | | | | 1640 | 69 |
| | | | | | | | 2006 | 51 |

Bekanntmachungen der Kreis-Amts- Nachweisung

14. der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Westprignitz auf Grund des § 2 der 1. durch Beschluß vom 18. März 1897 genehmigten Veränderungen von Grund-

| Nr. | Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke |
|-----|---|
| 1. | Die dem Maurer Christian Grünwald zu Sargleben gehörige, in der Gemeindefeldmark Sargleben belegene Parzelle Kartenblatt 1 N ^o 520/76 von 5 a 36 qm Flächeninhalt. |
| 2. | Die dem Bauern Joachim Koch zu Sargleben gehörige, in der Gemeindefeldmark Sargleben belegene Parzelle Kartenblatt 1 N ^o 521/78 von 4 a 91 qm Flächeninhalt. |
| 3. | Die in der Gemeindefeldmark Sargleben belegenen öffentlichen Gewässer, Kartenblatt 1, zu Parzellennummern 522/76 von 1 a 20 qm, 523/78 von 53 qm und 524/78 von 1 a 05 qm Flächeninhalt. |
| 4. | Die der Rittergutsbesitzerin Wittwe Prestien zu Seeg gehörigen, in dem Gutsbezirk Seeg belegenen Parzellen Kartenblatt 1 N ^o 63/13 von 1 a 08 qm, 64/13 von 1 a 56 qm und 65/13 von 6 a 67 qm Flächeninhalt. |
| 5. | Die in dem Gutsbezirk Seeg belegenen öffentlichen Gewässer Kartenblatt 1 zu Parzellennummern 66/13 von 1 a 53 qm, 67/13 von 32 qm, 68/13 von 59 qm und 69/15 von 4 qm Flächeninhalt. |

Perleberg, den 6. April 1897.

| Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
der
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|---|--|
| 5. lich württemberg-
Regierung des
es zu Ek- | 6. 18. März
1897. |
| Geme:
Sar. | 24. Februar
1897. |
| Gemeindebezirk
Sargleben. | |
| Gutsbezirk
Seeg. | |
| Gutsbezirk
Seeg. | |

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

15. N a c h w e i s u n g

der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Westprignitz auf Grund des § 2 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 durch Beschluß vom 18. März 1897 genehmigten Veränderungen von Gutsbezirksgrenzen.

| Nr. | Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke. | Bisheriger
Gutsbezirk. | Künftiger
Gutsbezirk. |
|-----|---|---------------------------|--------------------------|
| 1. | Die dem Rittergutsbesitzer Ebell zu Dergenthin gehörigen, in dem Gutsbezirk Dergenthin belegenen Parzellen Kartenblatt 2 N ^o 79/63 von 5 ha 03 a 50 qm und N ^o 91/66 von 6 ha 14 a 30 qm Flächeninhalt. | Gutsbezirk
Dergenthin. | Gutsbezirk
Ruhwinkel. |

Perleberg, den 21. April 1897.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

3. Soeben erschien das Deutsche Eisenbahn-Kursbuch vom 1. Mai 1897 enthaltend die Sommer-Fahrpläne der Eisenbahnstrecken östlich der Linie Stralsund—Berlin—Dresden, sowie Auszüge der Fahrpläne der anschließenden Bahnen von Mittel-Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Rußland, auch Kleinbahnen, Post- und Dampfschiffsverbindungen, Bestimmungen über Rundreisefarten u. s. w. Das Kursbuch ist auf allen Stationen des vorbezeichneten Bezirks von den Fahrkarten-Ausgabestellen, von den Bahnhofsbuchhändlern sowie im Buchhandel zum Preise von 50 Pfennig zu beziehen.

Bromberg, den 27. April 1897.

Königliche Eisenbahndirektion.

Personal-Chronik.

Der Stadtschreiber Jung in Treuenbriezen ist zum Stellvertreter des Amtsanwalts bei dem Königl. Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Der Kammerer Moelter in Belgig ist zum Stell-

vertreter des Amtsanwalts bei dem Königl. Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Der Regierungsbaumeister Kersch in Fürstentum a./Spree ist zum Königl. Wasserbauinspektor ernannt worden.

Der Militäranwärter Madepang in Kyritz ist zum Steuer supernumerar ernannt worden.

Dem Steuermann August Rohloff in Jechenitz ist Staatsbeamten-eigenschaft beigelegt worden. Er ist auch berufen, gemäß der öffentlichen Bekanntmachung vom 9. Oktober 1888 — Amtsbl. Stück 42 von 1888 — bei Ausübung der Strom- und Schiffsahrtspolizei mit zu wirken.

Der bisherige Pfarrer zu Seddin, Diözese Pommern, Paul Robert Dirksen ist zum dritten Pfarrer an der Versöhnungskirche in Berlin, Diözese Berlin II., bestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Fuchs ist als Oberlehrer an der 6. Realschule in Berlin angestellt worden.

Dem Organisten und Lehrer Johann Joachim

Friedrich Martins zu Kyritz, Ditzese gleichen Namens, ist der Titel „Rantor“ verliehen worden.

Der zur Zeit beim Königl. Klinikum als Bureau-Diätar beschäftigte Eugen Hans ist vom 1sten Juli 1897 ab zum etatsmäßigen Bureau-Assistenten und Kanzlisten am Königl. Charité-Krankenhaus zu Berlin ernannt worden.

Im Laufe des I. Kalenderquartals 1897 sind die Bauführer: Edmund Albert Gustav Feiß, Leopold August Peter Peters, August Ludwig Gustav Rieß, Franz Karl Julius Seck, Friedrich Heinrich Joseph Engelhard, Adolf Ernst Reismüller, Paul Albert Wilhelm Elmer, Karl Ludwig Henneking bei der Ministerialbaukommission vereidigt worden.

Bei der Königl. Ministerial-Militär- und Bau-Kommission sind: **Unerhöchst verliehen:** Der Rothe Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife dem Regierungs- und Geheimen Baurath Werner. **Ueberwiesen:** der Regierungs-Assessor Scheibel, bisher bei der Königl. Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern, zur dienstlichen Verwendung. **Angestellt:** Die Bauinschreiberanwärter Pachnio und Bornemann als Bauinschreiber. **Angenommen:** der Bauzeichner Hausen als Bauinschreiber-Anwärter, der Militär-Anwärter Stuth als Hilfsbote. **Ausgeschieden:** der Regierungs-Assessor Verg insolge Veretzung an das Reichsamt des Innern; der expedirende und technische Sekretär und Kassulator Beschorner aus Anlaß seiner Anstellung als Buchhalter bei der Königl. General-Lotterie-Direktion; der Bureau-Diätar Galle wegen Anstellung als Registrator und Kassulator beim Reichstagsbureau. **Veretzt:** der Bauinschreiberanwärter Dienert nach Straßburg. **Entlassen:** der Civil-Supernumerar Panger auf seinen Antrag. **Verstorben:** der Ober-Regierungsrath von der Marwig; der Civil-Supernumerar Heyn; der expedirende Sekretär und Kassulator Albrecht und der Schleusenmeister Bischoff. **Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.**

Im Laufe des Monats April 1897 sind **angestellt als Postassistenten** die Postassistenten Arndt, Bahl, Bahl, Vanduhn, Barz, Philipp aus Leipzig, Bittner, Blaby, Bloß, Bod, Willy Bode, Böhle und Jierlohn in Pansow b. Berlin, Max Böhm, Vogen, Voller, Vrbiczka, Breit-

kopf aus Posen, Breiske, Brieger aus Hamburg, Brießmann, Brode, Bruschwitz in Schöneberg b. Berlin, Publig, Buchner aus Frankfurt (Main), Karl Butz, Dammüller, Mar Decker, Dießhold, August Döring, Drews, Emil Eckert, Faber aus Schwarzenburg (Sachsen), Fehler, Paul Finger, Friebe aus Leipzig, Frige, Eugen Fröhlich, Friedrich Fröhlich, Gärtner, Gedlich aus Görlitz in Nixdorf, Giltmann, Richard Glang, Göpel, Görde, Görlitz, Gramm, Griepe, Groß, Haase, Hahne aus Hamburg, Wilhelm Häß, Albert Häß, Hecht aus Frankfurt (Main) in Nummelsburg b. Berlin, Johannes Henschel, Paul Heyde, Hinterlach, Mar Höpfner, Holm aus Leipzig-Gohlis, Jacobis in Weissensee b. Berlin, Jahnke in Wilmerdorf bei Berlin, Jung, Jungklaus aus Aue (Erzgeb.), Anton Otto Kabisch, Kieß, Klein, Kliebe, Koblhaupt, Korthals, Georg Krebs, Krohn aus Aue (Erzgeb.), Klum, Langewitz, Edgar Lehmann, Lemzer, Liebert, Lilienthal aus Soltau (Vstpr.), Linde, Karl Lorenz aus Stettin, Maas, Erich Maas, Madsack, Mählig, Maier, Megner, Fritz Mewes, Georg Meyer aus Köln (Rhein), Moderegger, Mositor, Friedrich Müller aus Charlottenburg, Münchert aus Seehausen (Altmark), Münster aus Berlin in Nummelsburg b. Berlin, Mar Nagel aus Treptow (Mega), Friedrich Neumann, Rinnemann, Riß, Oberdiedt, Mar Opitz, Piekarski, Plath, Pöthig, Pregs, Preusse, George Priebe, Gustav Priebe aus Charlottenburg, Quandt, Naabe, Ernst Radow, Richard Radow, Rawalski in Friedenau, Rennschub in Charlottenburg, Rer, Rodloff, Rotenbücher, Sandau, Alfred Sasse, Schenke, von Schid, Schilling, Gustav Schmidt, Schmiedchen, Schmische aus Königsberg (Pr.), Julius Schröder, Schumann aus Hamburg, Otto Schüpe, Georg Seeger, Simson, Sniehotta, Spigenberg, Paul Stephan, Storbek, Streibing, Tetschert, Mar Thiel, Tiedke, Paul Tiege, Tögke, Tourneau, Trabant, Trantow, Ullig, Veblow, Paul Vogel aus Posen, Johannes Voss, Wefelmeier, Weider aus Reichenbach (Vogtland), Wengel, Paul Werner aus Rudenwalde, Wiedemann, Wiegand, Mar Wiese, Ziborra, Zolitsch aus Eberfeld, Zuhrt und der Telegraphenassistent Szibinski.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Bestürbe, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum der Ausweisungs-Beschlusses. |
|-----|---|--|--|--|------------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| | a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | | |
| 1 | Franz Emil Kessler, Spänglergehilfe, | geboren am 13. März 1869 in Dresden, ortsangehörig zu Mörkau, Bezirk Aussig, Böhmen, | schwerer Diebstahl im Rückfalle (2 Jahre Zuchthaus, laut Erkenntniß vom 4. März 1895), | Königlich bayerisches Bezirksamt Bamberg II., | 1. März 1897. |

| 1.
Zust.
Nr. | Name und Stand | | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--------------------|--|---|--|--|---|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | | |
| 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | | |
| 1 | Fritz Pictet,
Uhrmacher, | geboren am 2. August 1871 zu Chaur de Fonds, Kanton Neuchâtel, Schweiz, orts-
angehörig in Neuchâtel, | einfacher Diebstahl im Rückfalle (1 Jahr drei Monate Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 29. Oktober 1895), | Königlich württembergische Regierung des Jagdkreises zu Ellwangen, | 18. März 1897. | |
| 1 | Roman Josef
Brennig, Bäcker, | b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:
geboren am 12. November 1861 zu Joachimsthal, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | Landstreichen und Betteln, | Königlich bayerische Polizei-Direktion München, | 24. Februar 1897. | |
| 2 | Michael Brzusczyk,
Arbeiter, | geboren am 25. April 1853 zu Jamnica, Bezirk Larnobrzis, Galizien, ortsangehörig ebendaselbst, | Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 3. Februar 1897. | |
| 3 | Leonardo Strento,
Erbarbeiter, | 30 Jahre alt, geboren zu Comelico, Supérieure, Provinz Vercelli, Italien, ortsangehörig ebendaselbst, | Landstreichen und Betteln, | Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Mannheim, | 9. März 1897. | |
| 4 | Thomas Kucik,
Tagelöhner, | geboren im Jahre 1843 zu Zernowitz, Bezirk Prachatis, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | desgleichen, | Königlich bayerisches Bezirksamt Passau, | 17. Februar 1897. | |
| 5 | Michael Gnida,
Pferdeflecher, | 28 (26) Jahre alt, geboren zu Kufow, Bez. Saybusch, Galizien, ortsangehörig ebendaselbst, | schwerer Diebstahl und Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 7. Dezember 1896. | |
| 6 | Adam Gustav Heller,
Fabrikarbeiter, | geboren am 13. Mai 1868 zu Leitmeritz, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | Widerstand gegen die Staatsgewalt, Landstreichen und Betteln, | Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Bautzen, | 2. Februar 1897. | |
| 7 | Johann Hufnagel,
Tagelöhner, | geboren am 21. November 1879 zu Hintertotten, Bezirk Plan, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Königlich bayerische Polizei-Direktion München, | 26. Februar 1897. | |
| 8 | Joseph Müller,
Hufschmied, | geboren am 4. September 1872 zu Philippsdorf, Bezirk Schluckenau, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | Betteln, | Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Bautzen, | 2. Februar 1897. | |
| 9 | Ludwig Joseph Bagard,
Bergwerks-
arbeiter, | geboren am 19. Februar 1873 zu Cay-St.-Christophe, Frankreich, ortsangehörig ebendaselbst, | Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Strassburg i. E., | 18. März 1897. | |
| 10 | Carlo Bertolotti,
Buchdrucker, | geboren am 14. April 1867 zu Savona, Ober-Italien, ortsangehörig ebendaselbst, | desgleichen, | Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Leipzig, | 4. März 1897. | |

| Ser. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum der Ausweisungs-Beschlusses. |
|----------|--|---|---|---|------------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 11 | Hermann Heinrich Vosse, Schuhmacher-
geselle, | geboren am 15. oder 18. Februar 1864 zu Delft, Holland, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Danabrück, | 16. März
1897. |
| 12 | Joseph Engster,
Arbeiter, | geboren am 26. Dezember 1876 zu Alvaschein, Bezirk Albulu, Schweiz, ortsangehörig ebendasselbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Hildesheim, | 12. März
1897. |
| 13 | Franz de Grot,
Maurer, | geboren am 26. März 1843 zu Ulden, Holland, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Düsseldorf, | 16. März
1897. |
| 14 | Johanna Hag'n,
ledige Verkäuferin, | geboren am 28. September 1868 zu Hallein, Salzburg, ortsangehörig zu Ruchl, Salzburg, | grober Unfug, Widerstand gegen die Staatsgewalt, gewerbemäßige Unzucht, | Königlich bayerische
Polizei-Direktion
München, | 13. März
1897. |
| 15 | Carl Horstkötter,
Färber, | geboren am 12. Oktober 1851 zu Luxemburg, | Landstreichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Trier, | 17. März
1897. |
| 16 | Wenzel Joseph Kerschbaum, Heizer, | geboren am 6. Oktober 1861 zu Frohnreit, Bayern, ortsangehörig in Stubenbach, Bezirk Schüttenhofen, Böhmen, | Betteln, | Stadtmagistrat
Regensburg, Bayern, | 28. Januar
1897. |
| 17 | Karl Krob,
Tagearbeiter, | geboren am 18. Februar 1872 zu Lana, Bezirk Schlan, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst, | Landstreichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Magdeburg, | 2. März
1897. |
| 18 | Ignaz Mar,
Schlachtergeselle, | geboren am 20. März 1862 zu Schaffa, Mähren, österreichischer Staatsangehöriger, | Betteln, | Polizei-Behörde zu
Hamburg, | 8. März
1897. |
| 19 | Franz Moll,
Tagelöhner, | geboren am 7. September 1858 zu Elbingenalp, Bez. Neutze, Tirol, österreichischer Staatsangehöriger, | desgleichen, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Kaufen, | 14. Februar
1897. |
| 20 | Karl Schmanský,
Tagearbeiter, | geboren am 2. November 1865 zu Nebotein, Bezirk Olmütz, Mähren, österreichischer Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 9. März
1897. |
| 21 | Heinrich Pfoest,
Gärtner, | geboren am 12. Juli 1861 zu Echternach, Luxemburg, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Aachen, | 27. Februar
1897. |
| 22 | Johann Prarl,
Schreiner, | geboren am 11. Februar 1871 zu Wallern, Desterreich, österreich. Staatsangehöriger, | Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Landstreichen, | Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Karlsruhe, | 27. Februar
1897. |
| 23 | Emil Ragan,
Schlossergeselle, | geboren am 26. Mai 1876 zu Graz, Steiermark, Desterreich, ortsangehörig ebendasselbst, | Widerstand gegen die Staatsgewalt, Land- und Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Düsseldorf, | 25. März
1897. |

| 1.
Zust.
Nr. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--------------------|--|---|--|--|---|--|
| | 2. | 3. | | | | |
| 24. | Karl Noithner,
Bäcker, | geboren am 10. März 1878 zu Böcklabruck, Ober-Oesterreich, orts- angehörig in Wimbs- bach, Bezirk Wels, Ober-Oesterreich, | Landstreichen, | | Königlich bayerische Polizei-Direktion München, | 26. Februar 1897. |
| 25. | Franz Sagar,
Weber, | geboren am 28. März 1872 in Lukawitz, Be- zirk Senftenberg, Böh- men, österreichischer Staatsangehöriger, | Landstreichen, Fälschung eines Arbeitszeugnisses, | | Königlich bayerisches Bezirksamt Weil- heim, | 5. Februar 1897. |
| 26. | Franz Schmoranz,
Webergeselle, | geboren am 18. Oktober 1869 zu Teschneji, Bezirk Neustadt an der Mettau, Böhmen, | Landstreichen, Diebstahl, Widerstand gegen die Staatsgewalt, | | Königlich sächsische Kreishauptmann- schaft Zwickau, | 25. Januar 1897. |
| 27. | Alois Scholz,
Fleischer, | geboren am 9. März 1863 zu Sternberg, Mähren, ortsange- hörig ebenda selbst, | Vetteln, | | dieselbe, | 9. Februar 1897. |
| 28. | Anton Studley,
Fabrikarbeiter, | geboren am 2. April 1847 zu Wallisbirken, Bezirk Prachatitz, Böh- men, österreichischer Staatsangehöriger, | Landstreichen, | | Königlich bayerisches Bezirksamt Marr- kirchen, | 16. Februar 1897. |
| 29. | Martin Taubler,
Schuhmacher, | geboren am 10. No- vember 1841 zu Lu- sinec, Bezirk Prachatitz, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | Landstreichen und Vetteln, | | Königlich bayerisches Bezirksamt Passau, | 13. Februar 1897. |
| 30. | Johann Trojan,
Bahnarbeiter, | geboren am 10. Februar 1857 zu Stenovice, Bezirk Pilsen, Böhmen, | Vetteln, | | Königlich sächsische Kreishauptmann- schaft Zwickau, | 18. Februar 1897. |
| 31. | Wenzel Weier-
müller, Tagearbeiter, | geboren am 28. Sep- tember 1845 zu Schön- born, Bezirk Rumburg, Böhmen, ortsangehörig ebenda selbst, | desgleichen, | | Königlich sächsische Kreishauptmann- schaft Dautzen, | 8. Februar 1897. |
| 32. | Josef Weiss, Bäcker, | geboren am 26. Juni 1869 zu Niederlangen- au, Bezirk Hohenelbe, Böhmen, | desgleichen, | | Königlich sächsische Kreishauptmann- schaft Zwickau, | 26. Februar 1897. |
| 33. | Josef Wimmer,
Schuhmacher, | geboren am 8. März 1868 zu Pehendorf, Bezirk Zwettl, Nieder- Oesterreich, ortsange- hörig zu St. Leonhard, Bezirk Freistadt, Ober- Oesterreich, | Vetteln, Bruch der Landesverweisung, | der Großherzoglich kabi- scher Landeskommiss- sär zu Freiburg, | | 16. März 1897. |
| 34. | Wilhelm Winkler,
Tagearbeiter, | geboren am 13. Oktober 1865 zu Liebenau, Bezirk Reichenberg, Böhmen, ortsangehö- rig ebenda selbst, | Hausfriedensbruch, Sach- beschädigung, Wider- stand gegen die Staats- gewalt, Vetteln, | | Königlich sächsische Kreishauptmann- schaft Dautzen, | 2. Februar 1897. |

| 1. Rang. | 2. Name und Stand | 3. Alter und Heimath | 4. Grund der Bestrafung. | 5. Behörde, welche die Anweisung beschlossen hat. | 6. Datum der Anweisungs-Beschlüsse. |
|----------|--|---|----------------------------|--|-------------------------------------|
| 35 | Josef Waldermann, Bäckergehilfe, | geboren am 21. April 1878 zu Niederaltaich, Bezirk Gitschin, Böhmen, ortsangehörig zu Glasbörzel, Bezirk Schönberg, Mähren, | Betteln, | Königlich sächsischer Kreishauptmannschaft Dresden, | 12. März 1897. |
| 36 | Desiderius (Desideratus) Dabry, Weber, | geboren am 11. Oktober 1849 zu Fontaine aux Bois, Frankreich, französischer Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Metz, | 2. April 1897. |
| 37 | Eugen Dunand, Schriftsetzer, | geboren am 1. März 1878 zu St. Marcel, Departement Savoie, Frankreich, französischer Staatsangehöriger, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 38 | Heinrich Gellings, Rüfer, | geboren am 8. April 1866 zu Bergen, Provinz Limburg, Niederlande, ortsangehörig ebenda selbst, | Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf, | 5. April 1897. |
| 39 | Blasius Raugner, Arbeiter, | geboren am 28. Januar 1861 zu Lubitz, Böhmen, | desgleichen, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Aachen, | 6. April 1897. |
| 40 | Karl Wilhelm Möller, Matrose, | geboren am 15. Dezember 1849 zu Helsingborg, Schweden, ortsangehörig ebenda selbst, | desgleichen, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Schleswig, | 7. April 1897. |
| 41 | Josef Müller, Tagearbeiter, | geboren am 19. März 1857 zu Bünaburg, Bez. Tetschen, Böhmen, | desgleichen, | Königlich sächsischer Kreishauptmannschaft Dresden, | 1. März 1897. |
| 42 | Chaim Platner, Bürstenmacher, | geboren im Jahre 1878 zu Lofse, Bezirk Gorlice, Galizien, österr. Staatsangehöriger, | Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam, | 3. April 1897. |
| 43 | Franz Schüßelt, Tischler, | geboren am 20. Februar 1846 zu Hilgersdorf, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Frankfurt a. O., | 19. Februar 1897. |
| 44 | Leo Schwoerer, Metzger, | geboren am 29. Oktober 1863 zu St. Niklaus, Kanton Solothurn, Schweiz, französischer Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Metz, | 31. März 1897. |
| 45 | Pio Läm, Tagelöhner, | geboren am 23. Januar 1851 zu Codroipo, Provinz Udine, Italien, ortsangehörig ebenda selbst, | desgleichen, | Königlich bayerische Polizei-Direktion München, | 24. März 1897. |

Hierzu Sechs Oeffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlich-sächsischen Regierung zu Potsdam.

Wotsdam, Buchdruckerei der A. B. Gays'schen Erben

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 20.

Den 14. Mai

1897.

**Wir Wilhelm
von Gottes Gnaden König von Preußen rc.**

Nachdem die Vertretung der Landgemeinde Friedenau im Kreise Teltow in ihrer Sitzung vom 29. Januar 1897 beschlossen hat, die zur Tilgung älterer Gemeindefschulden erforderlichen Mittel im Wege der Anleihe zu beschaffen, wollen wir auf den Antrag der gedachten Gemeinde-Vertretung,

zu diesem Zwecke auf jeden Inhaber lautende, mit Zinsscheinen versehene, seitens der Gläubiger unfündbare Anleihscheine im Betrage von 490000 Mark ausstellen zu dürfen,

da sich hiergegen weder im Interesse der Gläubiger noch der Schuldnerin etwas zu erinnern gefunden hat, in Gemäßheit des § 2 des Gesetzes vom 17. Juni 1833 zur Ausstellung von Anleihscheinen zum Betrage von 490000 Mark, in Buchstaben: Vierhundert und neunzig Tausend Mark, welche in Abschnitten zu 1000 und 200 Mark nach dem anliegenden Muster auszufertigen, mit 3 1/2 Prozent jährlich zu verzinsen und nach dem festgestellten Tilgungsplane mittelst Verloosung oder Ankaufs jährlich vom 1. April 1897 ab mit wenigstens einem und drei Viertel Prozent des Kapitals unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Anleihscheinen, zu tilgen sind, durch gegenwärtiges Privilegium Unsere landesherrliche Genehmigung ertheilen. Die Ertheilung erfolgt mit der rechtlichen Wirkung, daß ein jeder Inhaber dieser Anleihscheine die daraus hervorgegangenen Rechte geltend zu machen befugt ist, ohne zu dem Nachweise der Uebertragung des Eigenthums verpflichtet zu sein.

Durch vorstehendes Privilegium, welches Wir vorbehaltlich der Rechte Dritter ertheilen, wird für die Befriedigung der Inhaber der Anleihscheine eine Gewährleistung seitens des Staates nicht übernommen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königl. Insigne.

Gegeben Berlin im Schloß, den 5. April 1897.
(L. S.) (gez.) **Wilhelm R.**

(gegez.) v. Riquel. *Stdt. v. der Rede.*

Privilegium

wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Anleihscheine der Landgemeinde Friedenau, Kreises Teltow, im Betrage von 490000 Mark.

Provinz Brandenburg. Regierungsbezirk Potsdam.

Anleihschein
der Gemeinde Friedenau
Buchstabe . . . Nr. . . .

über . . . Mark Reichswährung.

Ausgefertigt in Gemäßheit des landesherrlichen Privilegiums vom 5. April 1897 (Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam vom . . . 1897 Nr. . . . Seite . . . und Gesetz-Sammlung für 1897 Seite . . . laufende Nr. . . .)

Auf Grund des vom Kreisausschusse des Kreises Teltow unterm 2. Februar 1897 genehmigten Gemeindebeschlusses vom 29. Januar 1897 wegen Aufnahme einer Schuld von 490000 Mark bekennt sich der unterzeichnete Gemeinde-Vorstand Namens der Gemeinde Friedenau durch diese, für jeden Inhaber gültige, seitens des Gläubigers unfündbare Verschreibung zu einer Darlehensschuld von . . . Mark, welche an die Gemeinde Friedenau baar gezahlt worden und mit 3 1/2 Prozent jährlich zu verzinsen ist. Die Rückzahlung der ganzen Schuld von 490000 Mark erfolgt nach Maßgabe des genehmigten Tilgungsplanes mittelst Verloosung oder Ankaufs der Anleihscheine in den Jahren 1897/98 bis spätestens 1928/29 einschließlich aus einem Tilgungsstode, welcher mit wenigstens einem und drei Viertel Prozent des Kapitals unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Anleihscheinen gebildet wird. Die Ausloosung geschieht in dem Monat Dezember jeden Jahres.

Der Gemeinde bleibt jedoch das Recht vorbehalten, den Tilgungsstod zu verstärken oder auch sämtliche noch im Umlauf befindliche Anleihscheine auf einmal zu kündigen.

Die durch die verstärkte Tilgung ersparten Zinsen wachsen ebenfalls dem Tilgungsstode zu.

Die ausgelosten, sowie die gekündigten Anleihscheine werden drei Monate vor dem Zahlungstermine unter Bezeichnung ihrer Buchstaben, Nummern und Beträge, sowie des Termins, an welchem die Rückzahlung erfolgen soll, öffentlich bekannt gemacht. Diese Bekanntmachung erfolgt in dem „Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger“, dem Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam und dem Teltow'er Kreisblatt.

Wird die Tilgung der Schuld durch Ankauf von Anleihscheinen bewirkt, so ist dieses unter Angabe des Betrages der angekauften Anleihscheine alsbald nach dem Ankauf in gleicher Weise bekannt zu machen.

Gibt eines der vorbezeichneten Blätter ein, so wird an dessen Statt von der Gemeinde-Vertretung mit Ge-

nehmung des königlichen Regierungspräsidenten zu Potsdam ein anderes Blatt bestimmt.

Bis zu dem Tage, wo solchergestalt das Kapital zu entrichten ist, wird es in halbjährlichen Terminen am 1. April und 1. Oktober, von heute an gerechnet, mit $3\frac{1}{2}$ Prozent jährlich verzinst.

Die Auszahlung der Zinsen und des Kapitals erfolgt gegen bloße Rückgabe der fällig gewordenen Zinscheine beziehungsweise dieses Anleihscheines bei der Gemeindefasse zu Friedenau, und zwar auch in der nach dem Eintritt des Fälligkeitstermins folgenden Zeit. Mit dem zur Empfangnahme des Kapitals eingereichten Anleihscheine sind auch die dazu gehörigen Zinscheine der späteren Fälligkeitstermine zurückzuliefern. Für die fehlenden Zinscheine wird der Betrag vom Kapital abgezogen. Die gekündigten Kapitalbeträge, welche innerhalb dreißig Jahren nach dem Rückzahlungstermine nicht erhoben werden, sowie die innerhalb vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem sie fällig geworden, nicht erhobenen Zinsen verjähren zu Gunsten der Gemeinde Friedenau.

Das Aufgebot und die Kraftloserklärung verlorener oder vernichteter Anleihscheine erfolgt nach Vorschrift der §§ 838 und ff. der Civilprozeßordnung für das Deutsche Reich vom 30. Januar 1877 (Reichs-Gesetz-Blatt S. 83) bezw. nach § 20 des Ausführungsgesetzes zur Deutschen Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (Gesetz-Sammlung Seite 281). Zinscheine können weder aufgehoben, noch für kraftlos erklärt werden. Doch soll demjenigen, welcher den Verlust von Zinscheinen vor Ablauf der vierjährigen Verjährungsfrist bei dem Gemeinde-Vorstande angemeldet und den stattgehabten Besitz der Zinscheine durch Vorzeigung des Anleihscheines oder sonst in glaubhafter Weise dargethut, nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der angemeldeten, bis dahin nicht vorgekommenen Zinscheine gegen Quittung ausgezahlt werden.

Mit diesem Anleihscheine sind halbjährliche Zinscheine bis zum ausgegeben; die ferneren Zinscheine werden für zehnjährige Zeiträume ausgegeben werden. Die Ausgabe einer neuen Reihe von Zinscheinen erfolgt bei der Gemeinde-Kasse in Friedenau gegen Ablieferung der der älteren Zinscheinreihe beigedruckten Anweisung. Beim Verluste der Anweisung erfolgt die Ausbändigung der neuen Zinscheinreihe an den Inhaber des Anleihscheines, sofern dessen Vorzeigung rechtzeitig geschehen ist.

Zur Sicherheit der hierdurch eingegangenen Verpflichtungen haftet die Landgemeinde Friedenau mit ihrem Vermögen und mit ihrer Steuerkraft.

Dessen zur Urkunde haben wir diese Ausfertigung unter unserer Unterschrift ertheilt.

Friedenau, den 189

Der Gemeinde-Vorstand.

Gemeindevorsteher. Schöffe. Schöffe.

Kontrollbeamter.

Provinz Brandenburg. Regierungsbezirk Potsdam.

Z i n s s c h e i n

zu dem Anleihscheine der Gemeinde Friedenau,
Buchstabe Nr. über Mark

zu $3\frac{1}{2}$ Prozent Zinsen
über Mark Pfennige.

Der Inhaber dieses Zinscheines empfängt gegen dessen Rückgabe in der Zeit vom 1. April bezw. 1. Oktober ab die Zinsen des vorbenannten Anleihscheines für das Halbjahr vom bis mit Mark Pfennigen bei der Gemeindefasse in Friedenau.
Friedenau, den 189
Der Gemeinde-Vorstand.

Kontrollbeamter.

Dieser Zinschein ist ungültig, wenn dessen Gelbetrug nicht innerhalb vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres der Fälligkeit erhoben wird.

Anmerkung: Die Namensunterschrift des Gemeinde-Vorstandes kann mit Lettern oder Facsimilestempel gedruckt werden, doch muß jeder Zinschein mit der eigenhändigen Namensunterschrift eines Kontrollbeamten versehen werden.

Provinz Brandenburg. Regierungsbezirk Potsdam.

A n w e i s u n g

zu dem Anleihscheine der Gemeinde Friedenau,
Buchstabe Nr. über Mark

Der Inhaber dieser Anweisung empfängt gegen deren Rückgabe zu dem obigen Anleihscheine die Reihe von Zinscheinen für die zehn Jahre bis bei der Gemeindefasse zu Friedenau, sofern nicht rechtzeitig von dem als solchen sich ausweisenden Inhaber des Anleihscheines dagegen Widerspruch erhoben wird.

Friedenau, den 189

Der Gemeinde-Vorstand.

Kontrollbeamter.

Bemerkung: Die Namensunterschrift des Gemeinde-Vorstandes kann mit Lettern oder Facsimilestempel gedruckt werden, doch muß jede Anweisung mit der eigenhändigen Namensunterschrift eines Kontrollbeamten versehen werden.

Die Anweisung ist zum Unterschiede auf der ganzen Blattbreite unter den beiden letzten Zinscheinen mit davon abweichenden Lettern in nachstehender Art abgedruckt:

| | |
|------------------------|------------------------|
|ter Zinschein |ter Zinschein |
| A n w e i s u n g. | |

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

12. Abänderung der Prüfungs-Ordnung für Zeichenlehrerinnen vom 23. April 1885. (Centralblatt für 1885 Seite 551).

Der § 2 der Prüfungs-Ordnung für Zeichenlehrerinnen, welcher unter Nummer 2 Bestimmung über die Anforderungen trifft, die an die schulwissenschaftliche Bildung der Bewerberinnen zu stellen sind, hat seit dem Erlaß der Prüfungsordnung verschiedene Ergänzungen erfahren. Nach der Bekanntmachung vom 6. Februar 1894 (Centralblatt für 1894 Seite 269) sollen nur solche Bewerberinnen zur Prüfung zugelassen werden, welche die erste Klasse einer höheren Mädchenschule wenigstens ein Jahr lang besucht haben. Die Praxis hat dahin geführt, auch solche Bewerberinnen zur Prüfung zuzulassen, welche eine der Ausbildung in der ersten Klasse einer höheren Mädchenschule entsprechende Bildung anderweit erworben haben, oder welche die Befähigung als Turn- oder Handarbeitslehrerin besitzen.

Alle Bewerberinnen, welche eine diesen Anforderungen entsprechende Vorbildung nicht nachzuweisen vermögen, sollen nur mit Genehmigung des Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten zur Prüfung zugelassen werden und sich in der Regel einer besonderen Vorprüfung hinsichtlich ihrer allgemeinen Bildung unterziehen.

Auch der letzte Absatz des § 1 der Prüfungsordnung hat durch den Erlaß vom 31. Mai 1894, betreffend die Prüfungen für die Lehrerinnen u., (Centralblatt für 1894 Seite 483 ff.) eine Abänderung dahin erfahren, daß zu der Prüfung nur solche Bewerberinnen zuzulassen sind, welche das 19. Lebensjahr vollendet haben. Diese Bestimmung kommt jedoch, wie nochmals hervorgehoben wird, erst bei denjenigen Prüfungen zur Anwendung, welche nach dem 1. Oktober 1897 stattfinden.

Nach Maßgabe der vorstehenden Änderungen erhalten der § 1 letzter Absatz und der § 2 der Prüfungs-Ordnung folgende Fassung:

§ 1 letzter Absatz. Zu der Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das 19. Lebensjahr vollendet haben.

§ 2. Die Meldungen sind schriftlich und bis spätestens den 15. Juni jedes Jahres bei demjenigen Königl. Provinzial-Schulkollegium einzureichen, in dessen Bereich die Prüfungs-Kommission, vor welcher die Bewerberin das Examen ablegen will, ihren Sitz hat, unter bestimmter Angabe, ob die Prüfung für Volks- und Mittelschulen oder für höhere Mädchenschulen nachgesucht wird.

Der Meldung sind beizufügen:

- 1) eine kurze Darstellung des bisherigen Lebensganges;
- 2) ein Zeugnis darüber, daß die Bewerberin die erste Klasse einer höheren Mädchenschule wenigstens ein Jahr lang besucht oder eine dementsprechende schulwissenschaftliche Bildung anderweit erworben hat, oder daß sie die Befähigung als Turn- oder Handarbeitslehrerin besitzt.

Solche Bewerberinnen, welche keine den obigen Anforderungen entsprechende Vorbildung nachzuweisen vermögen, können nur mit Genehmigung des Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten zur Prüfung zugelassen werden und haben sich in der Regel einer besonderen Vorprüfung in Betreff ihrer allgemeinen Bildung zu unterziehen;

- 3) der Nachweis, daß die Bewerberin ihre Studien im Zeichnen an einer geeigneten Lehranstalt oder sonst in ausreichender Weise gemacht hat, unter Vorlage von Probezeichnungen;
- 4) ein Zeugnis über ihre sittliche Führung.

Berlin, den 15. April 1897.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Bekanntmachung.

98. Auf Grund der §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 18. Juni 1884, betreffend den Betrieb des Hufbeschlaggewerbes, und des Ministerialerlasses vom 23. Januar 1885 ertheile ich der Schmiedeinnung in Neu-Ruppin widerruflich die Berechtigung zur Ausstellung von Prüfungszeugnissen für den Betrieb des Hufbeschlaggewerbes. Diese Berechtigung erstreckt sich auf den Kreis Ruppin.

Die Prüfungskommission besteht aus

- 1) dem Kreisthierarzt Fielig, Vorsitzender,
- 2) dem Obermeister, Schmiedemeister Grabow,
- 3) dem Landwirth Emil Schoenbeck,

sämmtlich in Neu-Ruppin.

Zu Stellvertretern werden ernannt

- 1) der Schlachthof-Inspektor Arendt,
- 2) der Schmiedemeister Billmow,
- 3) der frühere Landwirth Rentner Hermann Gut-

sämmtlich in Neu-Ruppin.

Potsdam, den 10. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

V i e h f e u e n .

99. I. Ausgebrochen:
Kreis Prenzlau. Maul- und Klauenseuche bei 2 aus Bayern nach Prenzlau eingeführten Ochsen, die inzwischen wieder erloschen ist. Milzbrand bei je einer Kuh des Ritterguts Debelow und der Domäne Grünow.

II. Erloschen:
a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Angermünde. Rindviehbestand des Schulamtsguts Golzow.
b. Milzbrand. Kreis Osthavelland. Rittergut Carweese.
c. Influenza (Brustseuche). Kreis Prenzlau. Pferde des Bauern Neumann in Seelübbe. Kreis Ruppin. Pferde des Brauereibesizers Büniger in Neu-Ruppin.

Potsdam, den 11. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

V. Bormal's Nassauische Prämienscheine von 1837.
N^o 16451 über 25 Gld.

VI. 4prozentige Anleihe des Deutschen Reichs:
von 1877.

Lit. C. N^o 965 über 1000 M.
von 1878.

Lit. C. N^o 6206 über 1000 M.

Lit. C. N^o 6207 über 1000 M.

Lit. C. N^o 6265 über 1000 M.

Lit. D. N^o 13248 bis 13253 über je 500 M.
von 1881.

Lit. C. N^o 15387 über 1000 M.

Lit. E. N^o 18887 über 200 M.
von 1882.

Lit. E. N^o 7054 über 200 M.

Berlin, den 3. April 1897.

Königlich Preussische Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirection zu Berlin.

Ausnahmetarif für Düngemittel und Rohmaterialien der Kunstbüngrfabrikation.

19. Der auf den preussischen und den übrigen deutschen Staatsbahnen sowie einer Reihe anderer deutscher Eisenbahnen bestehende Nothstandstarif für Düngemittel vom 15. Juni 1896 tritt gemäß der auf dem Tarif gemachten Angabe über dessen Geltungsdauer am 1. Mai 1897 außer Kraft. An seiner Stelle gelangt an diesem Tage unter der Bezeichnung „Ausnahmetarif für Düngemittel und Rohmaterialien der Kunstbüngrfabrikation“ ein anderer Tarif zur Einführung, welcher bis zum 30. April 1902 Geltung hat. Der neue Ausnahmetarif weicht — abgesehen von einer geänderten Gliederung der äußeren Form und von seiner Ausdehnung auf Rohmaterialien der Kunstbüngrfabrikation — von dem bisherigen Nothstandstarif in der Hauptsache darin ab, daß die Anwendungsbedingungen die sofortige Gewährung der Frachtermäßigung von 20 % im Kartirungswege für alle dem Tarif angehörenden Artikel für den Fall zulassen, daß die Inhaltsangabe im Frachtbrief den Zusatz enthält „zur Verwendung als Düngemittel im Inlande“ oder „zur Kunstbüngrfabrikation“. Nur wenn dieser Zusatz im Frachtbrief fehlt, wird die Frachtermäßigung im Wege der Rückvergütung gewährt.

Die im bisherigen Tarif enthaltenen besonderen Bedingungen für Chilesalpeter, Salpeterabfall und Kalisalz sind fortgefallen.

Für die im Wege der Rückvergütung erfolgenden Frachterstattungen ist die Ausschlussfrist im Interesse einer schnelleren Abwicklung auf 3 Monate statt wie bisher auf 6 Monate festgesetzt; ferner sind zwei verschiedene Verwendungsnachweise vorgeschrieben, je nachdem die Sendungen, hinsichtlich welcher reklamirt wird, an Landwirthe, Zuckerfabriken, Kunstbüngrfabriken, chemische Fabriken und Händler oder an andere als die vorgenannten Empfänger gerichtet sind. — Der neue Ausnahmetarif umfaßt im Allgemeinen dieselben Artikel und

dieselben Verkehrsgebiete, für welche der zur Aufhebung kommende Nothstandstarif für Düngemittel gegolten hat. Neu einbezogen sind die Artikel Abfälle von Horn, Abfälle von Klauen und Hufen, Gypsasche und Gaskalk. Es bleibt vorbehalten, während der Geltungsdauer des Ausnahmetarifs das Waarenverzeichnis desselben einzuschränken oder zu erweitern und die Anwendungsbedingungen zu erschweren oder zu erleichtern.

Abzüge des neuen Tarifs sind durch die beteiligten Güterabfertigungsstellen und das Auskunftsbüreau in Berlin, Bahnhof Alexanderplatz, zu beziehen. Während der Geltungsdauer des Ausnahmetarifs finden die besonderen Anwendungsbedingungen, welche in den Ausnahmetarifen für Düngesalz, Mergel zum Düngen und Kübenerde zum Düngen hinsichtlich der Gewährung der Frachtsätze sogleich bei der Abfertigung oder nachträglich im Wege der Reklamation festgesetzt sind, in den Preussischen Staatsbahn-Verkehren und in den Verkehren mit der Oldenburgischen Staatsbahn und der Station Rempen der Breslau-Warzhauer Eisenbahn nur auf Sendungen nach dem Zollvereinsauslande Anwendung. Für Sendungen in und nach dem Zollvereinsinlande gelten in den vorbezeichneten Verkehren die Anwendungsbedingungen des neuen Düngemittel-Ausnahmetarifs.

Berlin, den 27. April 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion
zugleich Namens der beteiligten Eisenbahnverwaltungen.
Verkehrsbeschränkung von und nach dem Stettiner Bahnhofe in Berlin.

20. Infolge fortschreitenden Umbaues des Stettiner Bahnhofes in Berlin werden unter Aufhebung der früheren Bestimmungen vom 1. August d. J. ab bis auf Weiteres von und nach Berlin, Stettiner Bahnhof nur noch befördert: a. Eil- und Frachtsüdgüter, b. Eilgut in Wagenladungen und eilgutmäßig zu befördernde Wagenladungsgüter, c. Getreide und Mehl, d. Sendungen an Anschlusshaber und Lagerplatzpächter.

Berlin, den 1. Mai 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirection zu Stettin.

5. Am 1. Mai d. J. gelangt ein neuer Tarif für Sommerarten nach Ostseebadeorten zur Einführung. Die Fahrpreise für den Verkehr von Chemnitz treten erst am 15. Mai 1897 in Kraft; bis dahin gelten die betreffenden Sätze des bisherigen Tarifs.

Durch den neuen Tarif wird der seit dem 1. Juli 1896 gültige Tarif für Sommerarten nach Ostseebadeorten aufgehoben. Die in den Tarif aufgenommenen besonderen Bestimmungen zur Verkehrs-Ordnung sind gemäß den Vorschriften unter I² der letzteren genehmigt worden.

Nähere Auskunft erteilt das diesseitige Verkehrs-büreau hieselbst, Lindenstraße 18.

Stettin, den 26. April 1897.

Königliche Eisenbahndirection,
namens der beteiligten Eisenbahnverwaltungen, Schiffs- und Fuhrunternehmer.

Frachtbegünstigung für die Thierschau und Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte in Prenzlaw.

6. Die Thierschau bezw. Ausstellung findet nicht am 26. Mai, sondern am 20. Mai d. J. statt.

Stettin, den 27. April 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Größnung der Haltestelle Stöven für den Güter- und Viehverkehr.

7. Am 15. Mai d. J. wird die zwischen Stettin und Grambow der Strecke Stettin—Pasewalk gelegene Haltestelle Stöven, welche bisher nur dem Personen- und Gepäckverkehr diente, auch für die Abfertigung von Stückgut, Wagenladungen, Leichen und Vieh eröffnet.

Die Abfertigung von Fahrzeugen und Sprengstoffen ist ausgeschlossen.

Mit demselben Tage wird die Haltestelle Stöven in die Tarife für die Gruppen- und Gruppenwechselverkehr der Preussischen Staats-Eisenbahnen sowie in den Wechselverkehr mit der Oldenburgischen Staatsbahn und in den Staatsbahn-Viehtarif aufgenommen.

Ueber die Tarifsätze gehen die beteiligten Dienststellen Auskunft. Stettin, im April 1897.

Königliche Eisenbahndirektion.

Bekanntmachungen der Elbstrom-Bauverwaltung.

Bekanntmachung.

Nach gerichtlicher Feststellung sind in neuerer Zeit im Schiffsverkehrsverkehr auf der Elbe die Sicherheitsventile der Dampfkessel wiederholt überlastet worden, um einen höheren Dampfdruck zu erreichen, als solcher für die Kessel genehmigt war.

Da durch die Überlastung der Sicherheitsventile nicht nur für die Schiffe, sondern ganz besonders für deren Mannschaft eine große Gefahr herbeigeführt wird, so werden die Schiffsführer und Maschinisten hierdurch vor derartigen strafbaren Handlungen gewarnt.

Die Stromaufsichtsbeamten sind angewiesen, den Betrieb der Dampfschiffe auf die Einhaltung der Dampfspannung der Kessel streng zu überwachen und Zuwiderhandlungen zur Anzeige zu bringen.

Die betreffenden Schiffsführer haben außer einer strengen gerichtlichen Bestrafung auch die Entziehung des Schifferpatents zu gewärtigen.

Magdeburg, den 12. April 1897.

Der Ober-Präsident der Provinz Sachsen
als Chef der Elbstrom-Bauverwaltung.

Bekanntmachung.

Vom 1. Mai d. J. ab wird die durch die Versetzung des Strommeisters Stuger in Lenzen freigewordene Strommeister-Stelle dem zum Strommeister ernannten bisherigen Militair-Arztwärter Riech übertragen. Magdeburg, den 21. April 1897.

Der Ober-Präsident der Provinz Sachsen
als Chef der Elbstrom-Bauverwaltung.

Bekanntmachungen des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

2. Auf Grund der Nachweisungen der in den einzelnen Kreisen der Provinz für das Etatsjahr

1896/97 veranlagten Steuerbeträge ist zur Deduktion des nach dem Etat des Provinzialverbandes für das Jahr 1896/97 erforderlichen Betrages von 2 140 000 Mark und der noch für die Vorjahre zu leistenden Erstattungen die aufzubringende Provinzialabgabe — unter Berücksichtigung der noch schwebenden Verurteilungen u. s. w. — auf 10,2 vom Hundert der aufkommenden Steuern festgesetzt worden.

Darnach vertheilen sich die Provinzial-Abgaben für das Jahr 1896/97 auf die einzelnen Land- und Stadt-freie folgendermaßen:

| Nr. | Kreis | Steuer-
aufkommen
Mk. | Provinzial-
abgabe
Mk. |
|-----|------------------------|-----------------------------|------------------------------|
| 1 | Angermünde | 464 693 | 47 399 |
| 2 | Nieder-Barnim | 1 602 301 | 163 435 |
| 3 | Ober-Barnim | 648 901 | 66 188 |
| 4 | Beeskow-Storkow | 192 047 | 19 589 |
| 5 | Ost-Havelland | 434 379 | 44 307 |
| 6 | West-Havelland | 366 989 | 37 433 |
| 7 | Jüterbog-Luckenwalde | 387 079 | 39 482 |
| 8 | Lebus | 590 023 | 60 182 |
| 9 | Prenzlau | 497 197 | 50 714 |
| 10 | Ost-Prignitz | 391 502 | 39 933 |
| 11 | West-Prignitz | 554 123 | 56 521 |
| 12 | Ruppin | 467 486 | 47 684 |
| 13 | Teltow | 3 623 688 | 369 616 |
| 14 | Templin | 238 467 | 24 324 |
| 15 | Jauch-Bezig | 386 578 | 39 431 |
| 16 | Brandenburg a./H. | 360 718 | 36 793 |
| 17 | Charlottenburg | 2 790 076 | 284 588 |
| 18 | Frankfurt a./O. | 545 402 | 55 631 |
| 19 | Potsdam | 751 901 | 76 694 |
| 20 | Spandau | 397 953 | 40 591 |
| 21 | Arnswalde | 200 557 | 20 457 |
| 22 | Cottbus (Land) | 185 146 | 18 885 |
| 23 | Grossen | 263 501 | 26 877 |
| 24 | Friedeberg N./M. | 288 503 | 29 427 |
| 25 | Königsberg N./M. | 591 357 | 60 318 |
| 26 | Landberg a./B. (Land) | 278 691 | 28 426 |
| 27 | Soldin | 274 928 | 28 043 |
| 28 | Ost-Sternberg | 218 507 | 22 288 |
| 29 | West-Sternberg | 200 905 | 20 492 |
| 30 | Jülichau-Schwiebus | 217 488 | 22 184 |
| 31 | Cottbus (Stadt) | 446 303 | 45 523 |
| 32 | Landberg a./B. (Stadt) | 245 114 | 25 002 |
| 33 | Calau | 289 137 | 29 492 |
| 34 | Guben (Land) | 187 580 | 19 133 |
| 35 | Ludau | 303 100 | 30 916 |
| 36 | Rüben | 128 830 | 13 141 |
| 37 | Sorau | 677 317 | 69 086 |
| 38 | Spreenberg | 139 243 | 14 202 |
| 39 | Guben (Stadt) | 247 228 | 25 217 |

21 074 938 | 2 149 644

Berlin, den 30. April 1897.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.
Freiherr von Manteuffel.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.**14. Nachweisung**

der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Westprignitz auf Grund des § 2 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 durch Beschluß vom 18. März 1897 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirkegrenzen.

| Nr. | Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke | Bisheriger Gemeinde- bezw. Gutsbezirk | Künftiger Gutsbezirk |
|-----|--|---------------------------------------|---------------------------|
| 1. | Die dem Maurer Christian Grünwald zu Sargleben gehörige, in der Gemeindefeldmark Sargleben belegene Parzelle Kartenblatt 1 № 520/76 von 5 a 36 qm Flächeninhalt. | Gemeindebezirk Sargleben. | Gutsbezirk Seep. |
| 2. | Die dem Bauern Joachim Koch zu Sargleben gehörige, in der Gemeindefeldmark Sargleben belegene Parzelle Kartenblatt 1 № 521/78 von 4 a 91 qm Flächeninhalt. | Gemeindebezirk Sargleben. | Gutsbezirk Seep. |
| 3. | Die in der Gemeindefeldmark Sargleben belegenen öffentlichen Gewässer, Kartenblatt 1, zu Parzellennummern 522/76 von 1 a 20 qm, 523/78 von 53 qm und 524/78 von 1 a 05 qm Flächeninhalt. | Gemeindebezirk Sargleben. | Gutsbezirk Seep. |
| 4. | Die der Rittergutsbesitzerin Wittwe Prestien zu Seep gehörigen, in dem Gutsbezirk Seep belegenen Parzellen Kartenblatt 1 № 63/13 von 1 a 08 qm, 64/13 von 1 a 56 qm und 65/13 von 6 a 67 qm Flächeninhalt. | Gutsbezirk Seep. | Gemeindebezirk Sargleben. |
| 5. | Die in dem Gutsbezirk Seep belegenen öffentlichen Gewässer Kartenblatt 1 zu Parzellennummern 66/13 von 1 a 53 qm, 67/13 von 32 qm, 68/13 von 59 qm und 69/15 von 4 qm Flächeninhalt. | Gutsbezirk Seep. | Gemeindebezirk Sargleben. |

Perleberg, den 6. April 1897.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

15. Nachweisung

der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Westprignitz auf Grund des § 2 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 durch Beschluß vom 18. März 1897 genehmigten Veränderungen von Gutsbezirkegrenzen.

| Nr. | Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke. | Bisheriger Gutsbezirk. | Künftiger Gutsbezirk. |
|-----|---|------------------------|-----------------------|
| 1. | Die dem Rittergutsbesitzer Ebell zu Dergenthin gehörigen, in dem Gutsbezirk Dergenthin belegenen Parzellen Kartenblatt 2 № 79/63 von 5 ha 03 a 50 qm und № 91/66 von 6 ha 14 a 30 qm Flächeninhalt. | Gutsbezirk Dergenthin. | Gutsbezirk Ruhwinkel. |

Perleberg, den 21. April 1897.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

3. Soeben erschien das Ostdeutsche Eisenbahn-Kursbuch vom 1. Mai 1897 enthaltend die Sommer-Fahrpläne der Eisenbahnstrecken östlich der Linie Stralsund—Berlin—Dresden, sowie Auszüge der Fahrpläne der anschließenden Bahnen von Mittel-Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Rußland, auch Kleinbahnen, Post- und Dampfschiffsverbindungen, Bestimmungen über Rundreisefarten u. s. w. Das Kursbuch ist auf allen Stationen des vorherzeichneten Bezirks von den Fahrkarten-Ausgabestellen, von den Bahnhofsbuchhändlern sowie im Buchhandel zum Preise von 50 Pfennig zu beziehen.

Bromberg, den 27. April 1897.

Königliche Eisenbahndirektion.

Personal-Chronik.

Der Stadtschreiber Jung in Treuenbriezen ist zum Stellvertreter des Amtsanwalts bei dem Königl. Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Der Kammerer Moelter in Belgig ist zum Stell-

vertreter des Amtsanwalts bei dem Königl. Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Der Regierungsbaumeister Kersjes in Fürstentum a./Spree ist zum Königl. Wasserbauinspektor ernannt worden.

Der Militäranwärter Mackprang in Kyritz ist zum Steuersupernumerar ernannt worden.

Dem Steuermann August Rohloff in Zehdenick ist Staatsbeamteneigenschaft beigelegt worden. Er ist auch berufen, gemäß der öffentlichen Bekanntmachung vom 9. Oktober 1888 — Amtsbl. Stüd 42 von 1888 — bei Ausübung der Strom- und Schifffahrtspolizei mit zu wirken.

Der bisherige Pfarrer zu Seddin, Diözese Pommern, Paul Robert Dirksen ist zum dritten Pfarrer an der Versöhnungskirche in Berlin, Diözese Berlin II., bestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Fuchs ist als Oberlehrer an der 6. Realschule in Berlin angestellt worden.

Dem Organisten und Lehrer Johann Joachim

Friedrich Martins zu Kyritz, Ditzese gleichen Namens, ist der Titel „Rantor“ verliehen worden.

Der zur Zeit beim Königl. Klinikum als Bureau-Diätar beschäftigte Eugen Hans ist vom 1sten Juli 1897 ab zum etatsmäßigen Bureau-Assistenten und Kanzlisten am Königl. Charité-Krankenhaus zu Berlin ernannt worden.

Im Laufe des I. Kalenderquartals 1897 sind die Bauführer: Edmund Albert Gustav Leiß, Leopold August Peter Peters, August Ludwig Gustav Rieß, Franz Karl Julius Seede, Friedrich Heinrich Joseph Engelhard, Adolf Ernst Reismüller, Paul Albert Wilhelm Elmer, Karl Ludwig Henneking bei der Ministerialbaukommission vereidigt worden.

Bei der Königl. Ministerial-Militär- und Bau-Kommission sind: **Unerhöchst verliehen:** Der Rothe Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife dem Regierungs- und Geheimen Baurath Werner. **Ueberwiesen:** der Regierungs-Assessor Scheibel, bisher bei der Königl. Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern, zur dienstlichen Verwendung. **Angestellt:** Die Bauschreiberanwärter Pachnio und Vorrman als Bauschreiber. **Angenommen** der Bauzeichner Hansen als Bauschreiber-Anwärter, der Militär-Anwärter Stuth als Hülfsbote. **Ausgeschieden:** der Regierungs-Assessor Verg infolge Verlegung an das Reichsamt des Innern; der expedirende und technische Sekretär und Kalkulator Beschorner aus Anlaß seiner Anstellung als Buchhalter bei der Königl. General-Lotterie-Direktion; der Bureau-Diätar Galle wegen Anstellung als Registrator und Kalkulator beim Reichstagsbureau. **Verstet:** der Bauschreiberanwärter Dienert nach Straßund. **Entlassen:** der Civil-Supernumerar Panger auf seinen Antrag. **Verstorben:** der Ober-Regierungsrath von der Marwitz; der Civil-Supernumerar Heyn; der expedirende Sekretär und Kalkulator Albrecht und der Schleusenmeister Bischoff. **Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.**

Im Laufe des Monats April 1897 sind **angestellt als Postassistenten** die Postassistenten Arndt, Bahl, Bahl, Banduhn, Barz, Philipp aus Leipzig, Wittner, Blaby, Bloß, Bod, Willy Bode, Böhle und Iserlohn in Panfow b. Berlin, Max Böhm, Wogen, Voller, Brdiczka, Breit-

kopf aus Posen, Breiske, Brieger aus Hamburg, Briezmann, Brode, Bruchwitz in Schöneberg b. Berlin, Publig, Buchner aus Frankfurt (Main), Karl Butz, Dammüller, Mar Decker, Diepshold, August Döring, Drews, Emil Eckert, Faber aus Schwarzenburg (Sachsen), Fehler, Paul Finger, Friebe aus Leipzig, Friße, Eugen Fröhlich, Friedrich Fröhlich, Gärtner, Gedlich aus Görlitz in Nirdorf, Gilmann, Richard Glang, Göpel, Göricke, Görlitz, Gramm, Griepe, Groß, Haase, Hahne aus Hamburg, Wilhelm Haff, Albert Hafe, Hecht aus Frankfurt (Main) in Nimmelsburg b. Berlin, Johannes Henschel, Paul Heyde, Hinterlach, Mar Höpfner, Holm aus Leipzig-Gohlis, Jacobitz in Weissensee b. Berlin, Jahnke in Wilmersdorf bei Berlin, Jung, Jungklaus aus Aue (Erzgeb.), Anton Otto Kabisch, Kieß, Klein, Klieve, Kohlhaupt, Korthals, Georg Krebs, Krohn aus Aue (Erzgeb.), Klum, Langewisch, Edgar Lehmann, Lemzer, Liebert, Lilienthal aus Soltau (Distr.), Linde, Karl Lorenz aus Stettin, Maas, Erich Maas, Madjad, Mählig, Maier, Megner, Fritz Mewes, Georg Meyer aus Köln (Rhein), Moderegger, Moderator, Friedrich Müller aus Charlottenburg, Münchert aus Seehausen (Altmark), Münster aus Berlin in Nimmelsburg b. Berlin, Mar Nagel aus Treptow (Mega), Friedrich Neumann, Rinnemann, Ritz, Dberdieck, Mar Ppiz, Piekarski, Plath, Pöthig, Preßsch, Preuße, George Priebe, Gustav Priebe aus Charlottenburg, Duandt, Naabe, Ernst Radow, Richard Radow, Rawalski in Friedenau, Rennschub in Charlottenburg, Ner, Rodloff, Rotenbücher, Sandau, Alfred Sasse, Schenke, von Schick, Schilling, Gustav Schmidt, Schmiedchen, Schmiscke aus Königsberg (Pr.), Julius Schröder, Schumann aus Hamburg, Otto Schüpe, Georg Seeger, Simson, Sniehotta, Spigenberg, Paul Stephan, Storbek, Streibing, Teichert, Mar Thiel, Tiedke, Paul Tieze, Tocke, Tourneau, Trabant, Trantow, Ullzka, Behlow, Paul Vogel aus Posen, Johannes Voss, Weselmeier, Weicker aus Reichenbach (Vogtland), Wengel, Paul Werner aus Lützenwalde, Wiedemann, Wiegand, Max Wiese, Ziburra, Zolitsch aus Ebersfeld, Zuhrt und der Telegraphenassistent Szibinski.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
auf
1. | Namen und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Geburtsort | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|------------------|---------------------------------------|----------------------|-----------------------------|---|--|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |

a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:

| | | | | | |
|---|---|---|--|-----------------|------------------|
| 1 | Franz Emil Kessler,
Spänglergehilfe, | geboren am 13. März
1869 in Dresden,
ortsangehörig zu Mörs-
kau, Bezirk Aussig,
Böhmen, | schwerer Diebstahl im
Rückfalle (2 Jahre Zucht-
haus, laut Erkenntnis
vom 4. März 1895),
berg II., | Bezirksamt Bam- | 1. März
1897. |
|---|---|---|--|-----------------|------------------|

| 1.
Zust. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath
des Ausgewiesenen. | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungsbefchlusses. |
|-----------------|--|---|--|---|---|
| | | | | | |
| 1 | Fris Pictet,
Uhrmacher, | geboren am 2. August 1871 zu Chaur de Fonds, Kanton Neuchâtel, Schweiz, ortsangehörig in Neuchâtel, | einfacher Diebstahl im Rückfalle (1 Jahr drei Monate Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 29. Oktober 1895), | Königlich württembergische Regierung des Jagstkreises zu Esslingen, | 18. März 1897. |
| 1 | Roman Josef Brenig, Bäcker, | b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:
geboren am 12. November 1861 zu Joachimsthal, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | Landstreichen und Betteln, | Königlich bayerische Polizei-Direktion München, | 24. Februar 1897. |
| 2 | Michael Brzusczej, Arbeiter, | geboren am 25. April 1853 zu Jamnica, Bezirk Larnobrzij, Galizien, ortsangehörig ebendaselbst, | Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 3. Februar 1897. |
| 3 | Leonardo Strento, Erdarbeiter, | 30 Jahre alt, geboren zu Comelico, Superiore, Provinz Velluno, Italien, ortsangehörig ebendaselbst, | Landstreichen und Betteln, | Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Mannheim, | 9. März 1897. |
| 4 | Thomas Kucik, Tagelöhner, | geboren im Jahre 1843 zu Zernowitz, Bezirk Prachatis, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | desgleichen, | Königlich bayerisches Bezirksamt Passau, | 17. Februar 1897. |
| 5 | Michael Gnida, Pferdefnecht, | 28 (26) Jahre alt, geboren zu Kukow, Bez. Saybusch, Galizien, ortsangehörig ebendaselbst, | schwerer Diebstahl und Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 7. Dezember 1896. |
| 6 | Adam Gustav Heller, Fabrikarbeiter, | geboren am 13. Mai 1868 zu Leitmeritz, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | Widerstand gegen die Staatsgewalt, Landstreichen und Betteln, | Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Bautzen, | 2. Februar 1897. |
| 7 | Johann Hufnagel, Tagelöhner, | geboren am 21. November 1879 zu Hintertotten, Bezirk Plan, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Königlich bayerische Polizei-Direktion München, | 26. Februar 1897. |
| 8 | Joseph Müller, Hufschmied, | geboren am 4. September 1872 zu Philippstorf, Bezirk Schludenenau, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | Betteln, | Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Bautzen, | 2. Februar 1897. |
| 9 | Ludwig Joseph Vagard, Bergwerksarbeiter, | geboren am 19. Februar 1873 zu Lay-St.-Christophe, Frankreich, ortsangehörig ebendaselbst, | Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Strassburg i. E., | 18. März 1897. |
| 10 | Carlo Bertolotti, Buchdrucker, | geboren am 14. April 1867 zu Savona, Ober-Italien, ortsangehörig ebendaselbst, | desgleichen, | Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Leipzig, | 4. März 1897. |

| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
|----|--|---|--|---|----------------------|
| | | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 11 | Hermann Heinrich Vosse, Schuhmacher-
gefelle, | geboren am 15. oder
18. Februar 1864 zu
Delft, Holland, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Danabrück, | 16. März
1897. |
| 12 | Joseph Engster,
Arbeiter, | geboren am 26. De-
zember 1876 zu Alva-
schein, Bezirk Albul-
schweiz, ortsangehörig
ebendaselbst, | Landstreichern und Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Hildesheim, | 12. März
1897. |
| 13 | Franz de Grot,
Maurer, | geboren am 26. März
1843 zu Uden, Holland, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Düsseldorf, | 16. März
1897. |
| 14 | Johanna Hag'n,
ledige Verkäuferin, | geboren am 28. Sep-
tember 1868 zu Hal-
lein, Salzburg, orts-
angehörig zu Ruchl,
Salzburg, | grober Unfug, Widerstand
gegen die Staatsgewalt,
gewerbsmäßige Unzucht, | Königlich bayerische
Polizei-Direktion
München, | 13. März
1897. |
| 15 | Carl Horstkötter,
Färber, | geboren am 12. Oktober
1851 zu Luxemburg, | Landstreichern, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Trier, | 17. März
1897. |
| 16 | Wenzel Joseph Kerisch
baum, Heizer, | geboren am 6. Oktober
1861 zu Frohnreit,
Bayern, ortsangehörig
in Stubenbach, Bezirk
Schüttenhofen, Böhmen, | Betteln, | Stadtmagistrat
Regensburg, Bayern, | 28. Januar
1897. |
| 17 | Karl Krob,
Tagearbeiter, | geboren am 18. Februar
1872 zu Lana, Bezirk
Schlan, Böhmen, orts-
angehörig ebendaselbst, | Landstreichern, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Magdeburg, | 2. März
1897. |
| 18 | Ignaz Mar,
Schlachtergefelle, | geboren am 20. März
1862 zu Schaffa, Mäh-
ren, österreichischer
Staatsangehöriger, | Betteln, | Polizei-Behörde zu
Hamburg, | 8. März
1897. |
| 19 | Franz Moll,
Tagelöhner, | geboren am 7. Sep-
tember 1858 zu El-
bingenau, Bez. Reutte,
Tirol, österreichischer
Staatsangehöriger, | desgleichen, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Laufen, | 14. Februar
1897. |
| 20 | Karl Schmanský,
Tagearbeiter, | geboren am 2. November
1865 zu Nebotein,
Bezirk Olmütz, Mäh-
ren, österreichischer
Staatsangehöriger, | Landstreichern, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 9. März
1897. |
| 21 | Heinrich Pfoest,
Gärtner, | geboren am 12. Juli
1861 zu Ehternach,
Luxemburg, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Aachen, | 27. Februar
1897. |
| 22 | Johann Prarl,
Schreiner, | geboren am 11. Februar
1871 zu Wallern,
Defterreich, Defterreich.
Staatsangehöriger, | Körperverletzung, Wider-
stand gegen die Staats-
gewalt, Landstreichern, | Großherzoglich badi-
scher Landeskommiss-
sär zu Karlsruhe, | 27. Februar
1897. |
| 23 | Emil Nagan,
Schlossergefelle, | geboren am 26. Mai
1876 zu Graz, Steier-
mark, Defterreich, orts-
angehörig ebendaselbst, | Widerstand gegen die
Staatsgewalt, Land-
und Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Düsseldorf, | 25. März
1897. |

| 1.
Zurif. Nr. | Name und Stand
des Angeklagten. | | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat | Datum |
|------------------|--|---|---|---|----------------------|
| | 2. | 3. | | | |
| 24 | Karl Moitner,
Bäcker, | geboren am 10. März
1878 zu Böcklabrud,
Ober-Oesterreich, orts-
angehörig in Wimbs-
bach, Bezirk Wels,
Ober-Oesterreich, | Landstreichen, | Königlich bayerische
Polizei-Direktion
München, | 24. 1. 1897. |
| 25 | Franz Sagar,
Weber, | geboren am 28. März
1872 in Lufawitz, Be-
zirk Senftenberg, Böh-
men, österreichischer
Staatsangehöriger, | Landstreichen, Fälschung
eines Arbeitszeugnisses, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Weil-
heim, | 5. Februar
1897. |
| 26 | Franz Schmoranz,
Webergeselle, | geboren am 18. Oktober
1869 zu Deschneji,
Bezirk Neustadt an
der Mettau, Böhmen, | Landstreichen, Diebstahl,
Widerstand gegen die
Staatsgewalt, | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Zwickau, | 25. Januar
1897. |
| 27 | Alois Scholz,
Fleischer, | geboren am 9. März
1863 zu Sternberg,
Mähren, ortsange-
hörig ebendasselbst, | Vetteln, | dieselbe, | 9. Februar
1897. |
| 28 | Anton Studley,
Fabrikarbeiter, | geboren am 2. April
1847 zu Wallisbirken,
Bezirk Prachatis, Böh-
men, österreichischer
Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Pfarr-
kirchen, | 16. Februar
1897. |
| 29 | Martin Taubler,
Schuhmacher, | geboren am 10. No-
vember 1841 zu Hu-
sinec, Bezirk Prachatis,
Böhmen, österreichischer
Staatsangehöriger, | Landstreichen und Vetteln, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Passau, | 13. Februar
1897. |
| 30 | Johann Trojan,
Bahnarbeiter, | geboren am 10. Februar
1857 zu Stenovice,
Bezirk Pilsen, Böhmen, | Vetteln, | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Zwickau, | 18. Februar
1897. |
| 31 | Wenzel Weier-
müller, Tagearbeiter, | geboren am 28. Sep-
tember 1845 zu Schön-
born, Bezirk Rumburg,
Böhmen, ortsangehörig
ebendasselbst, | desgleichen, | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Saugen, | 8. Februar
1897. |
| 32 | Josef Weiss, Bäcker, | geboren am 26. Juni
1869 zu Niederlangen-
au, Bezirk Hohenelbe,
Böhmen, | desgleichen, | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Zwickau, | 26. Februar
1897. |
| 33 | Josef Wimmer,
Schuhmacher, | geboren am 8. März
1868 zu Pehendorf,
Bezirk Zweitt, Nieder-
Oesterreich, ortsange-
hörig zu St. Leonhard,
Bezirk Freistadt, Ober-
Oesterreich, | Vetteln, Bruch der
Landesverweisung, | Großherzoglich badi-
scher Landeskommissar
zu Freiburg, | 16. März
1897. |
| 34 | Wilhelm Winkler,
Tagearbeiter, | geboren am 13. Oktober
1865 zu Liebenau,
Bezirk Reichenberg,
Böhmen, ortsangehö-
rig ebendasselbst, | Hausfriedensbruch, Sach-
beschädigung, Wider-
stand gegen die Staats-
gewalt, Vetteln, | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Saugen, | 2. Februar
1897. |

| Zauf. Nr.
1. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Anweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Anweisungs-
Beschlusses. |
|-----------------|--|--|-----------------------------|--|---|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | |
| 35 | Josef Baldermann,
Bäckergefelle, | geboren am 21. April
1878 zu Niederalstadt,
Bezirk Gitschin, Böh-
men, ortsangehörig zu
Glasbörfel, Bezirk
Schönberg, Mähren, | Betteln, | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Dresden, | 12. März
1897. |
| 36 | Desiderius (Desideratus)
Dahy, Weber, | geboren am 11. Oktober
1849 zu Fontaine aux
Bois, Frankreich, fran-
zösischer Staatsange-
höriger, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
präsident zu Metz, | 2. April
1897. |
| 37 | Eugen Dunand,
Schriftfeger, | geboren am 1. März
1878 zu St. Marcel,
Departement Savoie,
Frankreich, französischer
Staatsangehöriger, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 38 | Heinrich Gellings,
Rüfer, | geboren am 8. April
1866 zu Bergen, Pro-
vinz Limburg, Nieder-
lande, ortsangehörig
ebendasselbst, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Düsseldorf, | 5. April
1897. |
| 39 | Blasius Raugner,
Arbeiter, | geboren am 28. Januar
1861 zu Lubitz,
Böhmen, | desgleichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Aurich, | 6. April
1897. |
| 40 | Karl Wilhelm Möller,
Matrose, | geboren am 15. De-
zember 1849 zu Hel-
singborg, Schweden,
ortsangehörig ebenda-
selbst, | desgleichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Schleswig, | 7. April
1897. |
| 41 | Josef Müller,
Tagearbeiter, | geboren am 19. März
1857 zu Bünaburg,
Bez. Tetschen, Böhmen, | desgleichen, | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Dresden, | 1. März
1897. |
| 42 | Chaim Platner,
Bürstenmacher, | geboren im Jahre 1878
zu Pofie, Bezirk Gor-
lice, Galizien, österr.
Staatsangehöriger, | Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Potsdam, | 3. April
1897. |
| 43 | Franz Schügelt,
Tischler, | geboren am 20. Februar
1846 zu Hilgersdorf,
Böhmen, österreichischer
Staatsangehöriger, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Frankfurt a. D., | 19. Februar
1897. |
| 44 | Leo Schwoerer,
Messger, | geboren am 29. Oktober
1863 zu St. Niklaus,
Kanton Solothurn,
Schweiz, französischer
Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
präsident zu Metz, | 31. März
1897. |
| 45 | Pio Lám, Tagelöhner, | geboren am 23. Januar
1851 zu Codroipo,
Provinz Udine, Italien,
ortsangehörig ebenda-
selbst, | desgleichen, | Königlich bayerische
Polizei-Direktion
München, | 24. März
1897. |

Hierzu Sechs Öffentliche Anzeiger.

Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Gannichen Erben

Amtsblatt

 von **Offizen**

 der **Königlichen Regierung**
 und der **Stadt Berlin**.

Stück 20.

Den 14. Mai

Wir Wilhelm
von Gottes Gnaden König von Preußen &c.

Nachdem die Vertretung der Landgemeinde Friedenau im Kreise Teltow in ihrer Sitzung vom 29. Januar 1897 beschlossen hat, die zur Tilgung älterer Gemeindefschulden erforderlichen Mittel im Wege der Anleihe zu beschaffen, wollen wir auf den Antrag der gedachten Gemeinde-Vertretung,

zu diesem Zwecke auf jeden Inhaber lautende, mit Zinsscheinen versehene, seitens der Gläubiger unfündbare Anleihe-scheine im Betrage von 490000 Mark ausstellen zu dürfen,

da sich hiergegen weder im Interesse der Gläubiger noch der Schuldnerin etwas zu erinnern gefunden hat, in Gemäßheit des § 2 des Gesetzes vom 17. Juni 1833 zur Ausstellung von Anleihe-scheinen zum Betrage von 490000 Mark, in Buchstaben: Vierhundert und neunzig Tausend Mark, welche in Abschnitten zu 1000 und 200 Mark nach dem anliegenden Muster auszufertigen, mit 3 1/2 Prozent jährlich zu verzinsen und nach dem festgestellten Tilgungsplane mittelst Verloosung oder Ankaufs jährlich vom 1. April 1897 ab mit wenigstens einem und drei Viertel Prozent des Kapitals unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Anleihe-scheinen, zu tilgen sind, durch gegenwärtiges Privilegium Unsere landesherrliche Genehmigung erteilen. Die Ertheilung erfolgt mit der rechtlichen Wirkung, daß ein jeder Inhaber dieser Anleihe-scheine die daraus hervorgegangenen Rechte geltend zu machen befugt ist, ohne zu dem Nachweise der Uebertragung des Eigenthums verpflichtet zu sein.

Durch vorstehendes Privilegium, welches Wir vorbehaltlich der Rechte Dritter erteilen, wird für die Befriedigung der Inhaber der Anleihe-scheine eine Gewährleistung seitens des Staates nicht übernommen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen: Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insigne.

Gegeben Berlin im Schloß, den 5. April 1897.
 (L. S.) (gez.) Wilhelm R.

(gez.) v. Riquel. Hr. von der Rede.

Privilegium
 wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Anleihe-scheine der Landgemeinde Friedenau, Kreises Teltow, im Betrage von 490000 Mark.

Provinz Brandenburg. Regierung.
 Anleihe-scheine
 der Gemeinde Friedenau.
 Buchstabe . . . Nr.
 über . . . Mark Reichswährung.
 Ausgefertigt in Gemäßheit des kaiserlichen Privilegiums vom 5. April 1897 (Amtsblatt der Provinz Brandenburg zu Potsdam vom . . . Nr. . . . Seite . . . und Gesetz-Sammlung der 1897 Seite . . . laufende Nr. . . .)

Auf Grund des vom Kreis-Ausschusse des Kreises Teltow unterm 2. Februar 1897 genehmigten Gemeinde-Beschlusses vom 29. Januar 1897 wegen Aufnahme einer Schuld von 490000 Mark bekennt sich der unterzeichnete Gemeinde-Vorstand Namens der Gemeinde Friedenau durch diese, für jeden Inhaber gültige, seitens des Gläubigers unfündbare Verschreibung zu einer Darlehensschuld von . . . Mark, welche an die Gemeinde Friedenau baar gezahlt worden und mit 3 1/2 Prozent jährlich zu verzinsen ist. Die Rückzahlung der ganzen Schuld von 490000 Mark erfolgt nach Maßgabe des genehmigten Tilgungsplanes mittelst Verloosung oder Ankaufs der Anleihe-scheine in den Jahren 1897/98 bis spätestens 1928/29 einschließlich aus einem Tilgungsstode, welcher mit wenigstens einem und drei Viertel Prozent des Kapitals unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Anleihe-scheinen gebildet wird. Die Ausloosung geschieht in dem Monat Dezember jeden Jahres.

Der Gemeinde bleibt jedoch das Recht vorbehalten, den Tilgungsstod zu verstärken oder auch sämtliche noch im Umlauf befindliche Anleihe-scheine auf einmal zu kündigen.

Die durch die verstärkte Tilgung ersparten Zinsen wachsen ebenfalls dem Tilgungsstode zu.

Die ausgelosten, sowie die gekündigten Anleihe-scheine werden drei Monate vor dem Zahlungstermine unter Bezeichnung ihrer Buchstaben, Nummern und Beträge, sowie des Termins, an welchem die Rückzahlung erfolgen soll, öffentlich bekannt gemacht. Diese Bekanntmachung erfolgt in dem „Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger“, dem Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Potsdam und dem Teltow'er Kreisblatt.

Wird die Tilgung der Schuld durch Ankauf von Anleihe-scheinen bewirkt, so ist dieses unter Angabe des Betrages der angekauften Anleihe-scheine alsbald nach dem Ankauf in gleicher Weise bekannt zu machen.

Geht eines der vorbezeichneten Blätter ein, so wird an dessen Statt von der Gemeinde-Vertretung mit Ge-

nehmung des Königl. Regierungspräsidenten zu Potsdam ein anderes Blatt bestimmt.

Bis zu dem Tage, wo solchergestalt das Kapital zu entrichten ist, wird es in halbjährlichen Terminen am 1. April und 1. Oktober, von heute an gerechnet, mit $3\frac{1}{2}$ Prozent jährlich verzinst.

Die Auszahlung der Zinsen und des Kapitals erfolgt gegen bloße Rückgabe der fällig gewordenen Zinscheine beziehungsweise dieses Anleihscheines bei der Gemeindefasse zu Friedenau, und zwar auch in der nach dem Eintritt des Fälligkeitstermins folgenden Zeit. Mit dem zur Empfangnahme des Kapitals eingereichten Anleihscheine sind auch die dazu gehörigen Zinscheine der späteren Fälligkeitstermine zurückzuliefern. Für die fehlenden Zinscheine wird der Beitrag vom Kapital abgezogen. Die gekündigten Kapitalbeträge, welche innerhalb dreißig Jahren nach dem Rückzahlungstermine nicht erhoben werden, sowie die innerhalb vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem sie fällig geworden, nicht erhobenen Zinsen verzähren zu Gunsten der Gemeinde Friedenau.

Das Aufgebot und die Kraftloserklärung verlorener oder vernichteter Anleihscheine erfolgt nach Vorschrift der §§ 838 und ff. der Civilprozeßordnung für das Deutsche Reich vom 30. Januar 1877 (Reichs-Gesetz-Blatt S. 83) bzw. nach § 20 des Ausführungsgesetzes zur Deutschen Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (Gesetz-Sammlung Seite 281). Zinscheine können weder aufgehoben, noch für kraftlos erklärt werden. Doch soll demjenigen, welcher den Verlust von Zinscheinen vor Ablauf der vierjährigen Verjährungsfrist bei dem Gemeinde-Vorstande angemeldet und den stattgehabten Besitz der Zinscheine durch Vorzeigung des Anleihscheines oder sonst in glaubhafter Weise darthut, nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der angemeldeten, bis dahin nicht vorgekommenen Zinscheine gegen Quittung ausbezahlt werden.

Mit diesem Anleihscheine sind halbjährliche Zinscheine bis zum ausgegeben; die ferneren Zinscheine werden für zehnjährige Zeiträume ausgegeben werden. Die Ausgabe einer neuen Reihe von Zinscheinen erfolgt bei der Gemeinde-Kasse in Friedenau gegen Ablieferung der der älteren Zinscheinreihe beigedruckten Anweisung. Beim Verluste der Anweisung erfolgt die Aushändigung der neuen Zinscheinreihe an den Inhaber des Anleihscheines, sofern dessen Vorzeigung rechtzeitig geschehen ist.

Zur Sicherheit der hierdurch eingegangenen Verpflichtungen haftet die Landgemeinde Friedenau mit ihrem Vermögen und mit ihrer Steuerkraft.

Dessen zur Urkunde haben wir diese Ausfertigung unter unserer Unterschrift erteilt.

Friedenau, den 189

Der Gemeinde-Vorstand.

Gemeindevorsteher.

Schöffe.

Schöffe.

Kontrollbeamter.

Provinz Brandenburg. Regierungsbezirk Potsdam.

Z i n s s c h e i n

zu dem Anleihscheine der Gemeinde Friedenau,
Buchstabe Nr. über Mark
zu $3\frac{1}{2}$ Prozent Zinsen
über Mark Pfennige.

Der Inhaber dieses Zinscheines empfängt gegen dessen Rückgabe in der Zeit vom 1. April bzw. 1. Oktober ab die Zinsen des vorbenannten Anleihscheines für das Halbjahr vom ten bis ten mit Mark Pfennigen bei der Gemeindefasse in Friedenau.
Friedenau, den 189
Der Gemeinde-Vorstand.

Kontrollbeamter.

Dieser Zinschein ist ungültig, wenn dessen Geldbetrag nicht innerhalb vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres der Fälligkeit erhoben wird.

Anmerkung: Die Namensunterschrift des Gemeinde-Vorstandes kann mit Lettern oder Facsimilestempel gedruckt werden, doch muß jeder Zinschein mit der eigenhändigen Namensunterschrift eines Kontrollbeamten versehen werden.

Provinz Brandenburg. Regierungsbezirk Potsdam.

A n w e i s u n g

zu dem Anleihscheine der Gemeinde Friedenau,
Buchstabe Nr. über Mark

Der Inhaber dieser Anweisung empfängt gegen deren Rückgabe zu dem obigen Anleihscheine die Reihe von Zinscheinen für die zehn Jahre bis bei der Gemeindefasse zu Friedenau, sofern nicht rechtzeitig von dem als solchen sich ausweisenden Inhaber des Anleihscheines dagegen Widerspruch erhoben wird.

Friedenau, den 189

Der Gemeinde-Vorstand.

Kontrollbeamter.

Beinerkung: Die Namensunterschrift des Gemeinde-Vorstandes kann mit Lettern oder Facsimilestempel gedruckt werden, doch muß jede Anweisung mit der eigenhändigen Namensunterschrift eines Kontrollbeamten versehen werden.

Die Anweisung ist zum Unterschiede auf der ganzen Blattbreite unter den beiden letzten Zinscheinen mit davon abweichenden Lettern in nachstehender Art abzubringen:

| | |
|-----------------------|-----------------------|
| ter Zinschein | ter Zinschein |
| A n w e i s u n g. | |

Bekanntmachungen

der Königl. Ministerien.

12. Abänderung der Prüfungs-Ordnung für Zeichenlehrerinnen vom 23. April 1885. (Centralblatt für 1885 Seite 551).

Der § 2 der Prüfungs-Ordnung für Zeichenlehrerinnen, welcher unter Nummer 2 Bestimmung über die Anforderungen trifft, die an die schulwissenschaftliche Bildung der Bewerberinnen zu stellen sind, hat seit dem Erlaß der Prüfungsordnung verschiedene Ergänzungen erfahren. Nach der Bekanntmachung vom 6. Februar 1894 (Centralblatt für 1894 Seite 269) sollen nur solche Bewerberinnen zur Prüfung zugelassen werden, welche die erste Klasse einer höheren Mädchenschule wenigstens ein Jahr lang besucht haben. Die Praxis hat dahin geführt, auch solche Bewerberinnen zur Prüfung zuzulassen, welche eine der Ausbildung in der ersten Klasse einer höheren Mädchenschule entsprechende Bildung anderweit erworben haben, oder welche die Befähigung als Turn- oder Handarbeitslehrerin besitzen.

Alle Bewerberinnen, welche eine diesen Anforderungen entsprechende Vorbildung nicht nachzuweisen vermögen, sollen nur mit Genehmigung des Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten zur Prüfung zugelassen werden und sich in der Regel einer besonderen Vorprüfung hinsichtlich ihrer allgemeinen Bildung unterziehen.

Auch der letzte Absatz des § 1 der Prüfungsordnung hat durch den Erlaß vom 31. Mai 1894, betreffend die Prüfungen für die Lehrerinnen u., (Centralblatt für 1894 Seite 483 ff.) eine Abänderung dahin erfahren, daß zu der Prüfung nur solche Bewerberinnen zugelassen sind, welche das 19. Lebensjahr vollendet haben. Diese Bestimmung kommt jedoch, wie nochmals hervorgehoben wird, erst bei denjenigen Prüfungen zur Anwendung, welche nach dem 1. Oktober 1897 stattfinden.

Nach Maßgabe der vorstehenden Änderungen erhalten der § 1 letzter Absatz und der § 2 der Prüfungs-Ordnung folgende Fassung:

§ 1 letzter Absatz. Zu der Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das 19. Lebensjahr vollendet haben.

§ 2. Die Meldungen sind schriftlich und bis spätestens den 15. Juni jedes Jahres bei demjenigen Königl. Provinzial-Schulkollegium einzureichen, in dessen Bereich die Prüfungs-Kommission, vor welcher die Bewerberin das Examen ablegen will, ihren Sitz hat, unter bestimmter Angabe, ob die Prüfung für Volk- und Mittelschulen oder für höhere Mädchenschulen nachgesucht wird.

Der Meldung sind beizufügen:

- 1) eine kurze Darstellung des bisherigen Lebensganges;
- 2) ein Zeugniß darüber, daß die Bewerberin die erste Klasse einer höheren Mädchenschule wenigstens ein Jahr lang besucht oder eine dementsprechende schulwissenschaftliche Bildung anderweit erworben hat, oder daß sie die Befähigung als Turn- oder Handarbeitslehrerin besitzt.

beobachteten Wasserstände.

| | Rathenow | | Havelberg |
|--|-----------------|------------------|-----------|
| | Ober-
Baffer | Unter-
Baffer | |
| | ft. | Meter. | Meter. |
| 3) der Nachmittags im Zeichen | 1,58 | | 3,86 |
| sonst in anderen | 1,54 | | 3,96 |
| Vorlage von Pre. | 1,56 | | 4,10 |
| 4) ein Zeugniß über | 1,54 | | 4,16 |
| Berlin, den 15. April | 54 | | 4,30 |
| Der Minister der geistlichen Angelegenheiten | | | 4,34 |
| | | | 4,36 |
| | | | 4,32 |
| | | | 4,30 |
| | | | 28 |
| | | | 0 |

Bekanntmachung des Königl. Ministeriums

Bekanntmachung

98. Auf Grund der §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 18. Juni 1884, betreffend den Betrieb des Schmiedewerkes, und des Ministerialerlasses vom 18. Juni 1885 ertheile ich der Schmiedewerkung in Potsdam widerruflich die Berechtigung zur Ausstellung von Prüfungszeugnissen für den Betrieb des Schmiedewerkes. Diese Berechtigung erstreckt sich auf den Kreis Potsdam.

Die Prüfungskommission besteht aus

- 1) dem Kreishierarzt Fielig, Vorsitzender,
- 2) dem Obermeister, Schmiedemeister Grabow,
- 3) dem Landwirth Emil Schoenbeck,

sämmtlich in Neu-Ruppin.

Zu Stellvertretern werden ernannt

- 1) der Schlachthof-Inspektor Arendt,
- 2) der Schmiedemeister Billmow,
- 3) der frühere Landwirth Rentner Hermann Gut-

schmidt,

sämmtlich in Neu-Ruppin.

Potsdam, den 10. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

V i e h s e u c h e n .

99. I. Ausgebrochen:
Kreis Prenzlau. Maul- und Klauenseuche bei 2 aus Bayern nach Prenzlau eingeführten Döfeln, die inzwischen wieder erloschen ist. Milzbrand bei je einer Kuh des Ritterguts Debelow und der Domäne Grünow.

II. Erloschen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Angermünde. Rindviehbestand des Schulamtsguts Golzow.
b. Milzbrand. Kreis Osthavelland. Rittergut Carwese.

c. Influenza (Brustseuche). Kreis Prenzlau. Pferde des Bauern Neumann in Seelübke. Kreis Ruppin. Pferde des Brauereibesizers Büniger in Neu-Ruppin.

Potsdam, den 11. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

100. Nachweisung der Zeiten, zu welchen die Drehbrücken über die Havel bei Spandau im Zuge der Berlin—Hamburger und der Berlin—Lehrter Eisenbahn für den Schiffsahrtverkehr geöffnet sind. Gültig vom 1. Mai bis 30. September 1897.

I. Die Drehbrücke im Zuge der Berlin—Hamburger Eisenbahn

| N ^o .
Efb. | ist für den Schiffsahrtverkehr geöffnet | | | | Zeit-
dauer
Min. |
|--------------------------|---|-----|------|-----|------------------------|
| | Uhr | von | Min. | Uhr | bis |
| Vormittags | | | | | |
| 1 | 12 | 28 | 12 | 44 | 16 |
| 2 | 12 | 59 | 1 | 40 | 41 |
| 3 | 1 | 55 | 5 | 01 | 186 |
| 4 | 6 | 05 | 6 | 27 | 22 |
| 5 | 7 | 54 | 8 | 04 | 10 |
| 6 | 8 | 46 | 9 | 02 | 16 |
| 7 | 10 | 09 | 10 | 39 | 30 |
| 8 | 10 | 23 | 10 | 39 | 16 |
| 9 | 10 | 55 | 11 | 00 | 5 |
| 10 | 11 | 34 | 11 | 55 | 21 |
| 11 | 11 | 34 | 11 | 41 | 7 |
| Nachmittags | | | | | |
| 12 | 12 | 47 | 1 | 08 | 21 |
| 13 | 2 | 09 | 2 | 27 | 18 |
| 14 | 3 | 21 | 3 | 42 | 21 |
| 15 | 4 | 25 | 4 | 32 | 7 |
| 16 | 4 | 56 | 5 | 22 | 26 |
| 17 | 5 | 45 | 6 | 26 | 41 |
| 18 | 6 | 52 | 7 | 19 | 27 |
| 19 | 9 | 01 | 9 | 24 | 23 |
| 20 | 10 | 09 | 10 | 24 | 15 |
| 21 | 10 | 50 | 10 | 57 | 7 |
| 22 | 11 | 55 | 12 | 02 | 7 |

II. Die Drehbrücke im Zuge der Berlin—Lehrter Eisenbahn:

| N ^o .
Efb. | ist für den Schiffsahrtverkehr geöffnet | | | | Zeit-
dauer
Min. |
|--------------------------|---|-----|------|-----|------------------------|
| | Uhr | von | Min. | Uhr | bis |
| Vormittags | | | | | |
| 1 | 1 | 08 | 1 | 28 | 20 |
| 2 | 1 | 48 | 1 | 58 | 10 |
| 3 | 2 | 20 | 2 | 45 | 25 |
| 4 | 3 | 20 | 3 | 43 | 23 |
| 5 | 4 | 33 | 5 | 05 | 32 |
| 6 | 5 | 20 | 5 | 36 | 16 |
| 7 | 5 | 55 | 6 | 02 | 7 |
| 8 | 7 | 06 | 7 | 15 | 9 |
| 9 | 7 | 50 | 8 | 14 | 24 |
| 10 | 9 | 01 | 9 | 21 | 20 |
| 11 | 10 | 22 | 10 | 34 | 12 |
| 12 | 11 | 40 | 11 | 50 | 10 |
| Nachmittags | | | | | |
| 13 | 12 | 05 | 12 | 26 | 21 |
| 14 | 1 | 05 | 1 | 19 | 14 |
| 15 | 1 | 51 | 2 | 20 | 29 |
| 16 | 3 | 15 | 3 | 36 | 21 |
| 17 | 4 | 12 | 4 | 46 | 34 |
| 18 | 5 | 01 | 5 | 17 | 16 |
| 19 | 5 | 37 | 5 | 45 | 8 |
| 20 | 6 | 06 | 6 | 30 | 24 |
| 21 | 6 | 50 | 7 | 00 | 10 |
| 22 | 8 | 47 | 9 | 01 | 14 |
| 23 | 10 | 06 | 10 | 58 | 52 |
| 24 | 11 | 29 | 12 | 00 | 31 |

Potsdam, den 7. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

101.

Nachweisung

der im Regierungsbezirke Potsdam in der Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1897 angeordneten Landesverweisungen.

| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | 7. | 8. | 9. | 10. |
|--------------|--|-----------------------------------|---------------------|--|------------------|----------------|--|---|-----|
| Fbde.
Nr. | Die Anweisung ist erfolgt
im Kreise | von der Polizeiver-
waltung in | Des Ausgewiesenen | | | Alter
Jahre | Tag des Antrags oder
der polizeilichen An-
weisungserlassung | Bemerkungen | |
| | | | Vor-
und Name | Geburts-
ort | Stand | | | | |
| 1 | Ostbavel-
land | Nauen | Karl
Jandak | Nisch Kaufen
(Oesterreich) | Schuh-
macher | 19 | 6. Januar 1897 | | |
| 2 | " | " | Martin
Blazst | Sebetové | Bäder | 40 | 15. Februar 1897 | | |
| 3 | " | " | Franz
Wolf | Podemitz
(Böhmen) | Stellmacher | 25 | 31. März 1897 | | |
| 4 | Westbavel-
land | Rathenow | Klawery
Jazek | Pulawy, russisch
Nowo-Aleksandria | Schmied | 21 | 8. Februar 1897 | taubstumm. | |
| 5 | Ostprignitz | Wittstock | Josef
Kornig | Dstrup, Kreis
Kalisch (in Ruß-
land) | Arbeiter | 29 | 25. März 1897 | spricht ge-
bräuch-
deutsch mit
russisch-
polnischem
Accent. | |
| 6 | Westprignitz | Perleberg | Wilhelm
Robereit | Jurburg Darnow-
len (Rußland) | Knecht | 25 | 25. März 1897 | | |

Potsdam, den 6. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

102. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Mai.

am 4. Mai 1893
Revision am
an fünf

| Datum | Berlin | | Spandau | | Potsdam | Brandenburg | | |
|-------|--------|--------|---------|--------|---------|-------------|--------|------|
| | Ober- | Unter- | Ober- | Unter- | | Ober- | Unter- | |
| | Wasser | Wasser | Wasser | Wasser | | Wasser | Wasser | |
| | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | |
| 1. | 32,22 | 30,86 | 2,71 | 1,31 | 1,45 | 2,38 | 1,82 | 1,56 |
| 2. | 32,20 | 30,86 | 2,68 | 1,34 | 1,49 | 2,36 | 1,90 | 1,54 |
| 3. | 32,20 | 30,86 | 2,65 | 1,37 | 1,51 | 2,36 | 1,92 | 1,53 |
| 4. | 32,16 | 30,88 | 2,62 | 1,38 | 1,53 | 2,34 | 1,92 | 1,56 |
| 5. | 32,18 | 30,86 | 2,62 | 1,34 | 1,55 | 2,40 | 1,94 | 1,54 |
| 6. | 32,16 | 30,86 | 2,63 | 1,32 | 1,56 | 2,40 | 1,96 | 1,54 |
| 7. | 32,16 | 30,84 | 2,62 | 1,30 | 1,56 | 2,40 | 1,94 | 1,56 |
| 8. | 32,16 | 30,84 | 2,60 | 1,28 | 1,55 | 2,38 | 2,02 | 1,58 |
| 9. | 32,18 | 30,86 | 2,62 | 1,34 | 1,55 | 2,38 | 2,04 | 1,58 |
| 10. | 32,30 | 30,90 | 2,58 | 1,36 | 1,55 | 2,40 | 2,06 | 1,60 |
| 11. | 32,30 | 31,16 | 2,56 | 1,44 | 1,56 | 2,40 | 2,04 | 1,62 |
| 12. | 32,28 | 31,46 | 2,54 | 1,49 | 1,60 | 2,40 | 2,06 | 1,64 |
| 13. | 32,30 | 31,56 | 2,58 | 1,58 | 1,63 | 2,40 | 2,06 | 1,64 |
| 14. | 32,30 | 31,64 | 2,64 | 1,56 | 1,65 | 2,46 | 2,00 | 1,62 |
| 15. | 32,34 | 31,68 | 2,67 | 1,68 | 1,67 | 2,44 | 2,08 | 1,64 |
| 16. | 32,30 | 31,74 | 2,64 | 1,70 | 1,70 | 2,44 | 2,12 | 1,64 |
| 17. | 32,26 | 31,74 | 2,66 | 1,70 | 1,72 | 2,44 | 2,12 | 1,64 |
| 18. | 32,28 | 31,72 | 2,66 | 1,72 | 1,74 | 2,40 | 2,14 | 1,66 |
| 19. | 32,26 | 31,74 | 2,66 | 1,82 | 1,78 | 2,42 | 2,14 | 1,66 |
| 20. | 32,24 | 31,68 | 2,66 | 1,80 | 1,87 | 2,44 | 2,14 | 1,62 |
| 21. | 32,24 | 31,68 | 2,67 | 1,76 | 1,86 | 2,50 | 2,10 | 1,66 |
| 22. | 32,24 | 31,68 | 2,68 | 1,76 | 1,83 | 2,50 | 2,18 | 1,66 |
| 23. | 32,24 | 31,68 | 2,67 | 1,72 | 1,81 | 2,50 | 2,20 | 1,72 |
| 24. | 32,26 | 31,58 | 2,66 | 1,72 | 1,83 | 2,50 | 2,22 | 1,70 |
| 25. | 32,24 | 31,54 | 2,64 | 1,76 | 1,85 | 2,46 | 2,22 | 1,72 |
| 26. | 32,16 | 31,48 | 2,66 | 1,76 | 1,87 | 2,48 | 2,22 | 1,70 |
| 27. | 32,24 | 31,48 | 2,66 | 1,76 | 1,83 | 2,50 | 2,24 | 1,72 |
| 28. | 32,22 | 31,46 | 2,66 | 1,74 | 1,86 | 2,52 | 2,18 | 1,72 |
| 29. | 32,20 | 31,50 | 2,70 | 1,75 | 1,86 | 2,46 | 2,26 | 1,74 |
| 30. | 32,22 | 31,46 | 2,70 | 1,76 | 1,88 | 2,46 | 2,26 | 1,72 |
| 31. | 32,26 | 31,42 | 2,70 | 1,82 | 1,83 | 2,46 | 2,26 | 1,72 |

Potsdam, den 5. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

Betrifft Vorsicht bezüglich des Genusses von Mineralwässern.

103. Die an Straßen und an anderen Verkehrsstellen zum Genusse feilgehaltenen Mineralwässer, wie Selterwasser, Sodawasser u. dgl. werden an die Abnehmer meist eiskalt verabfolgt. Der Genuß so kalten Wassers zieht leicht ernste Verdauungsstörungen nach sich, welche nicht selten zu schweren Erkrankungen führen.

Die Verkäufer von Mineralwässern im Auschanke werden daher angewiesen, das Getränk fernerhin nur in einem der Trinkwassertemperatur entsprechenden Wärmegrade von etwa 10 Grad Celsius abzugeben.

Zugleich wird vor dem Genuß eiskalter Getränke überhaupt, insbesondere der Mineralwässer, gewarnt.

Potsdam, den 7. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung

betreffend die Zahl der zulässigen Dampferanhänge auf dem Havelarme südlich der Pfaueninsel bei Potsdam.

104. Auf Grund des in § 49, letzter Absatz, der Strom- und Schifffahrtspolizeiverordnung vom 17ten Januar 1896 (Sonderausgabe des Amtsblatts vom 3. Februar 1896) gemachten Vorbehalts wird die zulässige höchste Zahl der auf dem Havelarm südlich der Pfaueninsel bei Potsdam vorbeifahrenden Dampferanhänge von sechs auf drei herabgesetzt, so daß Dampfschleppzüge mit mehr als drei Anhängen den nördlich von der Pfaueninsel belegenen Havelarm befahren müssen.

Potsdam, den 10. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

105.

Verzeichniß

der von der Lungenseuche betroffenen Sperrgebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Übereinkommens vom 6. Dezember 1891, sowie Ziffer 5 des Schlußprotokolls zu unterlagen ist.

Ausgegeben im Kaiserlichen Gesundheitsamt zu Berlin am 22. April 1897.

A. Oesterreich:

frei.

B. Ungarn:

Die Komitate: Nyitra (Neutra) und Szepes (Zips.)

Potsdam, den 6. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

**Bekanntmachungen des königlichen
Polizei-Präsidenten zu Berlin.**

Bekanntmachung.

35. Der großen Berliner Pferdeisenbahn-Gesellschaft wird behufs Ausdehnung ihres Betriebes die Genehmigung zum Bau und zum Betriebe einer der Personenbeförderung dienenden Bahn in Berlin und Charlottenburg, die sich an die Gleise in der Kurfürstenstraße anschließt, auf Charlottenburger Gebiet über die Gleise der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn auf dem Kurfürstendamm, dem Auguste Victoria-Platz und in der Hardenbergstraße bis zur Joachimsthalerstraße, sowie über die Gleise des Berliner Dampfstraßenbahn-Consortiums in der letztgedachten Straße bis zur Kantstraße und durch diese nach dem Savigny-Platz führt, gemäß § 2 des Gesetzes über Kleinbahnen v. vom 28. Juli 1892 von Landespolizeiwegen unter nachstehenden Bedingungen erteilt.

§ 1.

Die Bahn ist nach Maßgabe der Specialpläne vom 1. September, 5. April und 20. Oktober 1896 herzustellen. Die Pläne sind mit dem Identificierungs-Bemerk vom heutigen Tage versehen.

Zwecks Herstellung der von der Firma Siemens u. Halske geplanten Ueberführung der elektrischen Hochbahn über den Kurfürstendamm ist, falls sich hierbei eine Gleisverlegung als nothwendig ergeben sollte, eine solche auf Kosten der Großen Berliner Pferdeisenbahn-Gesellschaft vorzunehmen.

§ 2.

Die für die Ausführung dieser Bahn und für die mit derselben zusammenhängenden Straßenarbeiten resp. Anlagen von den Gemeinden Berlin und Charlottenburg unterm 6. bez. 28. Oktober 1896 gestellten Bedingungen werden, so weit sie gesetzlich zulässig sind und durch die nachstehenden Bestimmungen keine Abänderungen oder Modificationen erleiden, für die vorliegende Genehmigung übernommen.

§ 3.

Für Erfüllung dieser der Gesellschaft obliegenden Verpflichtungen, insbesondere für die Unterhaltung der in Anspruch genommenen Straßen und Plätze und die Wiederherstellung derselben beim Wegfall der Genehmigung haften die dem Polizei-Präsidium gemäß der Verfügung vom 22. Juli 1886 gestellte Kaution von

10000 Mark, außerdem die gemäß § 12 des Vertrages mit der Gemeinde Charlottenburg vereinbarte Kaution von 5000 Mark, welche, sobald sie in Anspruch genommen sind, in Staats- oder anderen pupillarisch sicheren Wertpapieren immer wieder auf den angegebenen Betrag ergänzt werden müssen.

§ 4.

Bei der Ausführung des Baues bezw. bei etwaigen späteren Reparaturen hat die Gesellschaft dafür zu sorgen, daß die Benutzung der in Anspruch genommenen Straßen durch die Bauarbeiten möglichst wenig behindert oder erschwert wird und daß die in oder an dem Straßenkörper befindlichen Anlagen keinen Schaden erleiden. Den dieserhalb getroffenen polizeilichen Anordnungen ist Folge zu leisten.

Für die durch die Bauarbeiten an öffentlichem oder Privateigenthum etwa verursachten Beschädigungen ist die Gesellschaft verantwortlich.

§ 5.

Die Gesellschaft hat die Bahn ordnungsgemäß zu betreiben.

Der Betrieb mittelst Pferden wird fürs erste zugelassen, ist jedoch binnen drei Jahren von der Ausstellung der Genehmigung ab gerechnet, in einen elektrischen umzuwandeln, wozu rechtzeitig die erforderliche Genehmigung nachzusuchen ist.

Die Bestimmung des zu wählenden Stromzuführungssystems bleibt der unterzeichneten Behörde vorbehalten.

§ 6.

Die Gesellschaft unterliegt bei dem Betriebe dem Gesetze über Kleinbahnen und Privatananschlußbahnen vom 28. Juli 1892, den nachstehenden Bedingungen und, soweit dieselben keine Modificationen bestimmen, der Polizei-Verordnung, betreffend den Betrieb der Pferdeisenbahnen, vom 27. Mai 1865 nebst den dazu ergangenen Abänderungen und Zusätzen. Etwaige später zu erlassende, den Betrieb betreffende Polizei-Verordnungen bleiben selbstverständlich vorbehalten.

§ 7.

Die Bahnanlagen und Betriebsmittel sind fortgesetzt dem jeweiligen Verkehrsbedürfnisse entsprechend auszurüsten und zu unterhalten. Insbesondere ist die Gesellschaft verpflichtet:

- a. die Bahn von allen, den sicheren und regelmäßigen Gang der einzelnen Züge hindernden Gegenständen freizuhalten,
- b. für ausreichende Reinhaltung der Zugänge an den einzelnen Haltestellen zu sorgen,
- c. den durch das Verkehrs-Interesse gebotenen Anordnungen des Polizei-Präsidiums hinsichtlich der Größe und Bespannung der einzelnen Wagen zu genügen,
- d. in und an den Wagen, sowie an deren Bespannung diejenigen Einrichtungen zu treffen, die im Interesse der Betriebssicherheit, Bequemlichkeit und Gesundheit der Fahrgäste vom Polizei-Präsidium gefordert werden.

§ 8.

Machen außergewöhnliche Zufälle (z. B. Naturereignisse) die Fortsetzung des Betriebes unmöglich oder eine Beschränkung desselben nothwendig, so hat die Unternehmerin hiervon sofort dem Polizei-Präsidium schriftliche Anzeige zu machen und die von demselben zur Beseitigung der Hindernisse ergehenden Anordnungen ungesäumt auszuführen.

§ 9.

Die Errichtung von Haltestellen darf nur mit Genehmigung des Polizei-Präsidiums erfolgen; die polizeiliche Anordnung einer Verlegung derselben bleibt vorbehalten.

§ 10.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, auf Erfordern des Polizei-Präsidiums zur Sicherung des ordnungsgemäßen Betriebes bezw. zur Sicherung des durch ihren eigenen Betrieb beeinträchtigten oder erschwerten allgemeinen Verkehrs an näher zu bestimmenden Punkten der Bahnlinie Wärrer oder Posten aufzustellen.

§ 11.

Etwaige in der Betriebsleitung eintretende Personal-Veränderungen sind dem Polizei-Präsidium anzuzeigen. Auch ist demselben über die dienstlichen Verhältnisse der im äußeren Betriebsdienst beschäftigten Personen (Conducteure, Kutscher, Controleure, Expedioren u.) jederzeit auf Erfordern Auskunft zu geben.

Alle von der Direction an die im äußeren Betriebsdienst beschäftigten Personen ergehenden, den Straßenverkehr betreffenden allgemeinen Anweisungen (Betriebs-Reglements u.) sind von dem Polizei-Präsidium ungesäumt mitzutheilen.

§ 12.

Die Unternehmerin, sowie das Betriebs-Personal haben den auf den Betrieb der Linie bezüglichen, in Gemäßheit der Gesetze, Polizei-Verordnungen und Konzessionsbedingungen an sie ergehenden Vorladungen und Anweisungen des Polizei-Präsidiums bezw. der von diesem besonders beauftragten Organe unbedingt Folge zu leisten.

§ 13.

Der Fahrplan ist vor der Betriebsöffnung auf der genehmigten Linie, während des Betriebes aber jährlich mindestens einmal und außerdem, sobald Veränderungen eingeführt werden sollen, spätestens 14 Tage vor dem in Aussicht genommenen Gültigkeitsstermin dem Polizei-Präsidium zur Genehmigung vorzulegen. Vor Ertheilung dieser Genehmigung und darauffolgender Publication derselben darf nach einem veränderten Fahrplan nicht gefahren werden.

Abweichungen von dem bestehenden Fahrplane sind ohne polizeiliche Ermächtigung nur im Falle des § 9 Absatz 4 der Polizei-Verordnung vom 27. Mai 1865 gestattet.

§ 14.

Für die Aufstellung des Tarifes, der in jedem Falle gleichzeitig mit dem Fahrplane eingereicht werden

muß, ist die diesseitige Verfügung vom 4. Mai 1893 — I. C. 1234/1471 — maßgebend, deren Revision am 15. Mai 1898 und von da ab in Zeiträumen von fünf zu fünf Jahren vorbehalten wird.

§ 15.

Die Veröffentlichung des Fahrplanes und Tarifs erfolgt auf Kosten der Unternehmerin bis auf Weiteres in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung.

§ 16.

Bei Nichtinnehaltung der Konzessionsbedingungen finden die in dem Gesetze über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 vorgesehenen Zwangsmittel Anwendung. Für den Fall, daß der ordnungsgemäße Betrieb nicht aufrecht erhalten werden sollte, wird auf Grund des § 11 Absatz 3 des Kleinbahngesetzes eine Geldstrafe bis zum Betrage von 10 000 Mark (Zehntausend Mark) vorbehalten. Hierbei können die im § 3 erwähnten Kautionen nach Maßgabe der dort festgesetzten Bestimmungen in Anspruch genommen werden.

§ 17.

Hinsichtlich der von der Unternehmerin gegenüber der Post- und Telegraphen-Verwaltung gemäß § 42 des Gesetzes über Kleinbahnen u. vom 28. Juli 1892 zu erfüllenden Verpflichtungen finden im Allgemeinen die in den Verträgen vom 14./20. Dezember 1892 getroffenen Festsetzungen Anwendung.

Außerdem werden der Gesellschaft im Interesse der Reichstelegraphenverwaltung noch folgende Bedingungen auferlegt:

- a. Sollte durch die Anlegung der Bahn sich die Nothwendigkeit einer Veränderung oder Verlegung der von ihr berührten Telegraphen-Anlagen ergeben oder eine Beschädigung derselben herbeigeführt werden, so hat die Unternehmerin die dadurch entstehenden Kosten zu tragen bezw. der Postkasse zu erstatten.
- b. Für die Nachteile, welche der Unternehmerin etwa dadurch erwachsen, daß Besichtigungen, Ausbesserungen, Verlegungen oder Vermehrungen der vorbezeichneten Anlagen stattfinden, und daß dadurch die Benutzung der Bahn zeitweilig verhindert oder erschwert oder der Betrieb gestört wird, kann die Unternehmerin Entschädigung nicht verlangen.

Die entsprechenden Bedingungen finden auch auf die den Zwecken der Polizei-Verwaltung dienenden Telegraphen-Kabel Anwendung.

Berlin, den 4. Mai 1897.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung: Friedheim.

*

*

*

Vorstehende Genehmigungs-Urkunde bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Berlin, den 4. Mai 1897.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung: Friedheim.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

21. Bei dem Kaiserlichen Postamt in Niederschönhausen ist heute eine öffentliche Fernsprechstelle in Wirksamkeit getreten. Für die Benützung der Sprechstelle kommen die allgemein günstigen Bedingungen in Anwendung.

Berlin C., den 10. Mai 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

29. Die unter Königlichem Patronate stehende, zur Zeit mit dem Ephoralamte der Diözese Neustadt-Brandenburg verbundene zweite Pfarrstelle an der deutsch-reformirten Gemeinde zu Brandenburg a. H., Diözese Neustadt-Brandenburg, kommt durch die Versetzung des Superintendenten und Pfarrers Spieß demnächst zur Erledigung. Ueber die Wiederbesetzung ist bereits Bestimmung getroffen.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

24. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der vermittelten Frau Kommerzienrath Lindner, Johanna geb. Stieff in Berlin SW., Großbeerenstraße 86 I., die Schuldverschreibungen der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe:

a. von 1876/79

Lit. D. N^o 910 911 und 1535 über je 500 M.,

Lit. E. N^o 53273 über 300 M.,

b. von 1880

Lit. E. N^o 104762 und 120445 über je 300 M.,

c. von 1885

Lit. C. N^o 698212 und 698217 über je 1000 M.,

Lit. D. N^o 756846 und 756857 über je 500 M.,

Lit. E. N^o 1100952 und 1101007 über je 300 M. angeblich abhanden gekommen sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der Frau Kommerzienrath Lindner anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 3. Mai 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirection zu Stettin.

Frachtbegünstigung für Anstellungsgegenstände.

8. Für diejenigen Thiere, welche auf der am 15. Mai d. J. in Greifswald stattfindenden V. Rinderchau und IV. Zuchtbieh-Auktion der Baltischen Herdbuchgesellschaft ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, wird unter den üblichen, bei den Güter- und Eilgutabfertigungsstellen zu erfragenden Bedingungen

auf den Straßen der königlichen Eisenbahn-Direktionen Stettin und Berlin die frachtfreie Rückbeförderung nach der Versandstation gewährt.

Stettin, den 10. Mai 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

4. Nachstehendes

Statut

des Brandenburgischen Provinzialverbandes zur Ausführung des § 93 der Provinzialordnung und Ergänzung der Statuten vom ^{17. August} 17. August 1876, ^{4. März} 4. März 1878 und ^{17. Februar} 17. Februar 1891: ^{3. April}

§ 1.

Dem Landesdirektor wird zur Mitwirkung bei Erledigung der Geschäfte der gesamten kommunalen Provinzialverwaltung bezw. bei Wahrnehmung der Geschäfte des Vorstandes der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt der Provinz Brandenburg ein fünfter oberer Beamter mit beratender Stimme zugeordnet, welcher den Titel „Landesrath“ führt und zum Richteramt oder zum höheren staatlichen Verwaltungsdienste befähigt sein muß.

§ 2.

Die Bestimmungen der § 2 bis 6 des Statuts vom ^{17. August} 17. August 1876 finden auf den Landesrath (§ 1) Anwendung.

So beschlossen auf dem Brandenburgischen Provinziallandtage in der Sitzung vom 27. Februar 1897.

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

von Levetzow.

Doersel.

welchem des Königs Majestät mittels Allerhöchsten Erlasses vom 7. v. Mts. in Gemäßheit des § 119 der Provinzialordnung vom ^{29. Juni} 29. Juni 1873 ^{22. März} 22. März 1881 die Genehmigung zu erteilen geruht haben, wird hierdurch auf Grund des § 8 der Provinzialordnung zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 4. Mai 1897.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.

Freiherr von Manteuffel.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Bekanntmachung.

16. Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten hat genehmigt, daß an dem Gengroder Chausseehaus für Fuhrwerke und Thiere, welche dort auf dem Wege von Alt-Ruppin kommend die Chaussee nach Ransperg benutzen oder von letzterem Orte kommend die Chaussee am Gengroder Chausseehaus in der Richtung nach Alt-Ruppin verlassen, das tarlmäßige Chausseegeld für eine Meile erhoben werde; daß Fuhrwerke und Thiere der Einwohner von Gengrode und Wolchow aber die Hebestelle sowohl in der Richtung nach Alt-Ruppin als nach Storkow frei passieren können.

Mit der betreffenden Schauffegelderhebung wird am **18. Mai d. J. Mittags 12 Uhr** begonnen werden.

Neu-Küppin, den 1. Mai 1897.

Namens des Kreis-Ausschusses von dem Kneesebed.

Personal-Chronik.

Des Königs Majestät haben dem Gewerbeinspektor Jaeger in Berlin (Gewerbeinspektion Berlin I. — Potsdam) den Charakter als Gewerberath zu verleihen geruht.

Im Kreise Niederbarnim ist der königliche Forstmeister Dreßler zu Groß-Schönebeck zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 48 — Groß-Schönebeck — ernannt worden.

Der Bürgermeister Runge ist vom 1. Juni d. J. ab zum Amtsanwalt bei dem königlichen Amtsgericht in Storkow ernannt worden.

Der bei der Veranlagungskommission in Prenzlau beschäftigte Civilanwarter Mächel ist zum Steuersupernumerar ernannt worden.

Der bisherige Predigtamts-Kandidat Heinrich Friedrich Wilhelm Dorendorf ist zum Pfarrer der Pargole Reichenwalde, Diocese Storkow, bestellt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirk der kaiserlichen Ober-Postdirection in Potsdam.

Staatmässig angestellt sind: die Postanwärter Borte in Potsdam, Burghardt in Prignitz, Nicolaus in Spandau, Schmidt in Brandenburg (Havel) und der Postassistent Petersen in Eberswalde als Postassistenten.

Ernannt sind: die Postassistenten Degenhardt in Potsdam und Raercke in Angermünde zu Ober-Postassistenten.

Unächst probeweise übertragen ist: dem Postsecretair Waschke in Wittenberg (Bez. Potsdam) eine Buchhalterstelle bei der Ober-Postkasse in Eberswalde (Orbzgh.).

Versetzt ist: der Ober-Postdirector Gürtler von Frankfurt (Ober) nach Potsdam, der Ober-Postassistent Geißler von Spandau nach Eberswalde und der Postassistent Schulze von Nowawes-Neuenhof nach Spandau.

In den Ruhestand tritt: der Ober-Postdirector, Geheime Ober-Postrath Bahl in Potsdam und der Postsecretair Winkler in Eberswalde.

Personalveränderungen im Bezirke der kaiserlichen Ober-Postdirection zu Berlin.

Im Laufe des Monats April 1897 sind ernannt zum Telegraphenamtassistenten der Ober-Postdirectionssecretär Marcjnski; zum Ober-Postsecretär der Postsecretär Grosche; zu Telegraphenassistenten die Postassistenten Bartke, Beilke, Birr, Boos, Donati, Duda, Ebeling, Ehrlke, Ewald, Alfred Gallina, Göbner, Gräfer, Groth, Hehlmann, Heyer, Hillwig, Hofer, Nordheim, Palis, Ernst Paul, Pauli, Pedel, Riemer, Schmidke, Otto Schulz, Otto Siebert, Teltow, Ulemann, Wegel und Jo-

hannes Weidner; angestellt als Postsecretär der Postpraktikant Thomas; als Postassistent die Postanwärter Bär, Hindenberg, Kasper und Pank; als Telegraphenassistent die Postassistenten Johann Beder, Bley, Dugall, Erichsen aus Kiel, Junack, Oswald Lange, Lehnert aus Düsseldorf, die Telegraphenassistenten Ernst Adermann, Busch, Conrad, Dobenzig, Engel, Häußler, Hampel, Käwel, Richard Lehmann, Leopold, von Lepel, Lindemann, Lindner, Schachtmeyer, Hugo Schmidt, Seifert, Siemund, Stadler, Stendel, Uebrecht, Franz Wille, Winter aus Charlottenburg, Zech, die Telegraphenanwärter Bachtke, Drowe, Gebert, Jordan, Gustav Krüger, Kühlewind, Bernhard Meier, Wilhelm Müller, Preuß, Sondermann und Strömer; in den Ruhestand getreten der Postsecretär Bernhard Gebhard, die Ober-Telegraphenassistenten Eggert und Welker; gestorben der Postsecretär a. D. Karl Gebhardt in Charlottenburg.

Personal-Veränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat März 1897.

I. Richterliche Beamte. Ernannt sind der Kammergerichtsrath Friedberg zum Präsidenten des Landgerichts in Reife, der Landgerichtsrath Dr. Post in Frankfurt a. D. zum Oberlandesgerichtsrath in Marienwerder, zu Amtsrichtern die Gerichtsassessoren Ehrenberg bei dem Amtsgericht in Croßen, Hirschfeld bei dem Amtsgericht in Sommerfeld. Versetzt ist der Amtsgerichtsrath Schmutter vom Amtsgericht I. in Berlin als Landgerichtsrath an das Landgericht I. in Berlin. Verstorben sind der Landgerichtsdirektor Henschel in Cottbus und der Amtsgerichtsrath Molinari vom Amtsgericht I. in Berlin.

II. Gerichtsassessoren. Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Dr. Meidinger, Friedländer, Dr. Köbner, Dr. Flug, Dr. Bielichowsky, Leopold Wolff, Kosska, Ury, Geiger, Lesser. Entlassen sind: Schlingmann in Folge Uebernahme in die Verwaltung der indirekten Steuern, Schwahn in Folge Uebernahme in die landwirtschaftliche Verwaltung, Dr. Reichert behufs Uebertritts zur Kommunalverwaltung, Dr. Tobler auf seinen Antrag.

III. Staatsanwaltschaft. Der Staatsanwalt Platsche in Stettin ist an das Landgericht I. in Berlin versetzt. Der Amtsrichter Klein in Hermsdorf u. R. ist zum Direktor der Stadtvolkgefangnisse in Berlin ernannt.

IV. Rechtsanwält und Notare. Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwält die Gerichtsassessoren Dr. von Simson, Dr. Friedemann und Georg Sternberg beim Landgericht I. in Berlin, Uhlenbrock bei dem Amtsgericht II. in Berlin mit dem Wohnsitz in Friedenau. Verstorben sind die Rechtsanwält und Notare Geheimer Justizrath Humbert in Berlin, Justizrath Fißau in Templin, Schiff in Peitz, der Notar Justizrath Dr. Lazarus in Berlin.

V. Referendare. Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtskandidaten Hermann Schulz,

Paul Jaffé, Blumenfath, Mohr, Herzberg, Rosbund, Reg, Meermann, Simonsohn, Otterstein, Glädsohn, Kraemer, Siebeneicher, Allderdt, Stubenrauch. Uebernommen sind Willy Jaeger und von Wulffen aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Raumburg, Bolet aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Königsberg, Dr. Reiznede aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts in Stettin. Entlassen ist Heinrich von Meyer behufs Uebertritts in den Verwaltungsdienst.

VI. Subalternbeamte. Ernannt sind zum Vorsteher des Einziehungsamts bei der Gerichtskasse I. in Berlin der Gerichtsschreiber und Justiz-Hauptkassensbuchhalter Lewettag beim Kammergericht, zu Gerichtsschreibern der Gerichtsschreiber Graßow in Charlottenburg bei dem Kammergericht, die Aktuarie Randor und Horn bei dem Amtsgericht I. in Berlin; zum Sekretär bei der Staatsanwaltschaft I. in Berlin der Aktuar Err-

leben; zu Kanzlisten die Kanzleidiatäre Feldner beim Amtsgericht I. in Berlin, Weyher beim Landgericht I. in Berlin; zu Gerichtsvollziehern die Militäranwärter Walter bei dem Amtsgericht in Forst i./A., Böhmer bei dem Amtsgericht in Charlottenburg, Ernst bei dem Amtsgericht in Kremen. Versetzt sind der Kanzlist Weichhold bei der Oberstaatsanwaltschaft in Celle an das Kammergericht, die Gerichtsvollzieher Albrecht in Jossen und Klink in Charlottenburg an das Amtsgericht I. in Berlin. Pensionirt sind: die Gerichtsschreiber Netto in Wendisch-Buchholz, Otto bei dem Amtsgericht I. in Berlin, Stühr bei dem Landgericht I. in Berlin, der Sekretär Wiegandt bei der Staatsanwaltschaft I. in Berlin, der Gerichtsvollzieher Raasch bei dem Amtsgericht I. in Berlin. Verstorben ist der Gerichtsschreiber Kanzleirath Sandmann in Größen a./D. Entlassen ist der Gerichtsvollzieher Windler in Forst N.A.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Rang. | Rame und Stand | Alter und Heimath | Grund der Verurtheilung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum der Ausweisungs-Beschlüsse. |
|-------|--|---|--|---|-----------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| | | a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | |
| 1 | Ludwig Soehnlen, Schreiner, | geboren am 30. Juli 1840 zu Senthelm, Ober-Elsass, französischer Optant, | Diebstahl im wiederholten Rückfalle (18 Monate Zuchthaus, laut Erkenntniß vom 14. Oktober 1895), | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Solmar, | 19. März 1897. |
| | | b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | |
| 2 | Wenzel Luma, Schneider, | geboren am 28. Mai 1844 zu Blaniß, Bez. Labor, Böhmen, ortsangehörig zu Seßtroun, Bezirk Seclan, ebendaß, | Betteln, | Stadtmagistrat Deggendorf, Bayern, | 5. März 1897. |
| 3 | Anton Bampola, Schneider, | geboren am 20. Juni 1857 zu Ober-Kraupen, Bezirk Deutsch-Brod, Böhmen, ortsangehörig ebendaßelbst, | Landstreichen, | Königlich bayerische Polizei-Direktion München, | 27. März 1897. |
| 4 | Josef Blach, Steinmetz, | geboren am 10. Dezember 1839 zu Benecov, Bez. Semitz, Böhmen, ortsangehör. zu Pristře, ebendaßelbst, | Betteln, | Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Dresden, | 9. März 1897. |
| 5 | Mathias Wrana, Arbeiter und Pferde-knecht, | geboren am 24. Februar 1865 zu Olesna, Komitat, Trencsin, Ungarn, ortsangehörig ebendaßelbst, | Hausfriedensbruch, Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oypeln, | 3. Februar 1897. |

Hierzu Fünf Deffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der K. B. Gavn'schen Erben

Früh

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 21.

Den 21. Mai

1897.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Notirung von Terminpreisen an preussischen Börsen.

13. Unter Bezugnahme auf Tarisnummer 4h. des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 und auf Nr. 14 der vom Bundesrath erlassenen Ausführungsvorschriften zu diesem Gesetze wird nach Anhörung der Handelsvorkände bekannt gemacht, daß in Preußen Terminpreise nur noch an folgenden Börsen und zwar für die nachbenannten Waaren notirt werden:
in Breslau für Spiritus,
in Magdeburg für Rohjucker (I. Produkt),
in Köln für Rübsöl.

Berlin, den 22. April 1897.

Der Finanz-Minister.

Der Minister
für Handel und Gewerbe.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Fischereiaufsicht.

106. An Stelle des bisherigen Fischereiaufsichters, Forstgehilfen Wilhelm Laue in Kleine Tränke ist der Wiesenpächter Albert Meng aus Röhben für die Strecke der Spree von Große Tränke bis Neu-Zittau zum Fischereiaufsicht bestellt, gemäß § 46 des Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874 verpflichtet und von mir beauftragt worden.

Potsdam, den 10. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

Fischereiaufsicht.

107. An Stelle des Strommeisters Stüger in Lenzen habe ich dem Strommeister Riech die Fischereiaufsicht über die Elbe von Jagel abwärts bis Brandelen übertragen.

Riech gilt fortan bezüglich der in seinem Aufsichtsbezirke vorkommenden Fischereivergehen und Uebertretungen als Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft.

Potsdam, den 11. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

108. Nach Mittheilung der Staatsanwaltschaft beim Königl. Landgericht in Glas preist der Apotheker Grundmann in Heinrichau seinen Wund-Creme Universal, ein nur in Apotheken verkäufliches Arzneimittel, als Heilmittel (Geheimmittel) zum Theil mit erschlichenen Dankschreiben in den Zeitungen Deutschlands an.

Die Polizeibehörden mache ich auf diese Anpreisungen aufmerksam; Zeitungen mit solchen Einrückungen, soweit sie sich als verbotene darstellen, sind der genannten Staatsanwaltschaft einzusenden.

Ich nehme dabei auf die Bekanntmachung des Herrn Oberpräsidenten vom 23. Oktober 1895 — Amtsblatt de 1895 S. 433 — und auf meine Bekanntmachung vom 9. Januar 1888 — Amtsblatt de 1888 S. 73 — Bezug.

Potsdam, den 7. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

109. **Nachweisung**
des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat April 1897 in den Hauptmarkttorten des Regierungs-Bezirks Potsdam.

| Laufende Nummer | Es
kosten
je 50
Kilogramm | Berlin
für
Kreis
Ber-
lin-
Stettin | | Brandenburg
für
Brandenburg
und
Kreis
West-
havelland. | | Ludowig
für
Kreis
Jüter-
bog-
Ludowig-
walde. | | Pots-
dam
für
Kreis
West-
Prignitz. | | Pots-
dam
für
Kreis
dam
und
Kreis
Raud-
witz. | | Prenzlau
für die
Kreise
Prenzlau
und
Templin. | | Neu-
Ruppin
für
Kreis
Ruppin. | | Schwedt
für
Kreis
Anger-
münde. | | Prignitz
für
Kreis
Prignitz. | | Bemerkungen. |
|-----------------|------------------------------------|---|-----|--|-----|---|-----|--|-----|---|-----|--|-----|---|-----|---|-----|---------------------------------------|-----|---|
| | | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | |
| 1 | Hafer | 7 | 21 | 7 | 38 | 7 | 57 | 6 | 53 | 7 | 74 | — | — | 6 | 79 | 7 | 08 | 6 | 56 | Für die Kreise Niederbarnim, Oberbarnim, Osthavelland u. Teltow, sowie für die Stadt Spandau gilt Berlin als Hauptmarktort. |
| 2 | Gerste | 3 | 41 | 2 | 63 | 2 | 36 | 2 | 87 | 3 | 02 | — | — | 2 | 63 | 2 | 79 | 2 | 63 | |
| 3 | Richtstroh | 1 | 58 | 1 | 89 | 2 | 02 | 1 | 89 | 2 | 19 | — | — | — | — | 2 | 63 | 2 | 10 | |

Potsdam, den 10. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

| Laufende Nummer | Namen der Städte | I. A. Getreide. | | | | I. B. Uebrig e Markt. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|----------------------------|------------------|-----------------|-------|----------------|------------|-----------------------|--------|--------------|--------|-------|------|----------|--------|---------|--------|---------|--------|-----------|--------|---------|----|---|----|-----|----|----|----|----|----|
| | | | | | | Höfentfrüchte. | | | | | | | | Grobk. | | | | Leichtk. | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | Rind- | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | im Klein- | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | von der | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | Handel | | | | | | | | | | | |
| Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen (gelbe) | zum Kochen | Speisebohnen (weiße) | Linien | Erdaroselein | Nicht- | Arum- | Gen. | im Groß- | Handel | von der | Handel | von der | Handel | von der | Handel | von der | | | | | | | | | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 | Angermünde | 15 | 24 | 11 | 43 | 12 | 63 | 12 | 78 | 25 | — | 27 | — | 33 | — | 4 | — | 5 | 75 | 4 | 25 | 5 | 50 | 115 | — | 1 | 30 | 1 | 20 |
| 2 | Beeskow | — | — | 11 | 12 | 12 | — | 13 | 63 | 22 | 50 | 27 | 50 | 45 | — | 3 | 80 | 3 | — | — | — | 6 | 25 | 95 | — | 1 | 20 | 1 | — |
| 3 | Brandenburg | 15 | 08 | 11 | 44 | 11 | 33 | 13 | 02 | 21 | — | 24 | 50 | 32 | 50 | 4 | 28 | 3 | 40 | — | — | 4 | 50 | 84 | — | 1 | 40 | 1 | 10 |
| 4 | Dahme | 15 | 88 | 11 | 30 | 12 | 14 | 14 | — | 24 | — | 30 | — | 35 | — | 4 | — | 3 | 50 | 2 | — | 6 | — | 95 | — | 1 | 20 | 1 | — |
| 5 | Eberswalde | 15 | 73 | 11 | 48 | 13 | 07 | 13 | 39 | 22 | — | 24 | — | 29 | — | 4 | — | 4 | — | — | 5 | — | 96 | — | 1 | 40 | 1 | 20 | |
| 6 | Havelberg | 15 | 60 | 11 | 50 | 13 | 21 | 13 | 83 | 27 | — | 33 | — | 34 | — | 3 | 92 | 3 | 08 | — | — | 4 | 81 | 106 | 63 | 1 | 25 | 1 | 03 |
| 7 | Jüterbog | — | — | — | — | — | — | — | — | 24 | — | 24 | — | 25 | — | 3 | 60 | 3 | 50 | — | — | 5 | 50 | 100 | — | 1 | 40 | 1 | 20 |
| 8 | Ludenwalde | 14 | 44 | 11 | 37 | 12 | 86 | 13 | 91 | 35 | — | 35 | — | 45 | — | 3 | 80 | 3 | 75 | — | — | 4 | 25 | 116 | — | 1 | 20 | 1 | 20 |
| 9 | Perleberg | 15 | 38 | 11 | 03 | 10 | 98 | 12 | — | 21 | — | 30 | — | 27 | — | 4 | 75 | 3 | 55 | — | — | 5 | 23 | 115 | — | 1 | 25 | 1 | 10 |
| 10 | Potsdam | — | — | 11 | 38 | — | — | 14 | 34 | — | — | — | — | — | — | 4 | 38 | 4 | 05 | — | — | 5 | 22 | 108 | — | 1 | 45 | 1 | 30 |
| 11 | Prenzlau | — | — | — | — | — | — | 21 | 50 | 24 | 50 | 36 | — | — | — | 4 | 75 | 5 | 50 | 2 | 25 | 6 | — | 95 | — | 1 | 30 | — | 95 |
| 12 | Prignitz | 15 | 88 | 10 | 88 | 13 | 88 | 11 | 88 | 14 | 50 | 24 | — | 30 | — | 3 | 80 | 3 | 75 | 2 | 75 | 4 | 75 | — | — | 1 | 40 | 1 | 20 |
| 13 | Rathenow | 15 | 05 | 11 | 54 | 12 | 50 | 13 | 13 | 25 | 50 | 27 | — | 38 | — | 3 | 88 | 3 | 41 | — | — | 4 | 50 | 100 | — | 1 | 30 | 1 | 15 |
| 14 | Neu-Ruppin | — | — | — | — | — | — | 12 | 86 | 35 | — | 35 | — | 45 | — | 3 | 80 | — | — | — | — | 5 | — | 106 | — | 1 | 35 | 1 | 15 |
| 15 | Schwedt | 15 | 80 | 11 | 85 | 13 | 95 | 13 | 48 | 26 | 66 | 31 | 25 | 37 | 50 | 4 | 56 | 5 | — | — | — | 5 | 33 | 110 | — | 1 | 30 | 1 | 10 |
| 16 | Spandau | 16 | 25 | 11 | 63 | 12 | — | 13 | 50 | 24 | — | 31 | — | 32 | — | 5 | — | 3 | 88 | 3 | 50 | 6 | 50 | 113 | — | 1 | 60 | 1 | 20 |
| 17 | Strausberg | 15 | 85 | 12 | 40 | 12 | 43 | 13 | 55 | 23 | 60 | 32 | 10 | 38 | 20 | 4 | — | 4 | — | 2 | 56 | 5 | — | 90 | — | 1 | 50 | 1 | 10 |
| 18 | Teltow | — | — | 11 | 72 | 14 | 50 | 15 | 18 | 30 | — | 37 | 50 | 50 | — | 4 | 75 | 3 | 75 | 2 | 50 | 5 | 50 | 110 | — | 1 | 55 | 1 | 10 |
| 19 | Templin | 16 | — | 11 | 75 | 15 | 25 | 13 | 50 | 21 | — | 30 | — | 40 | — | 5 | — | 5 | — | 4 | — | 5 | — | 100 | — | 1 | 20 | 1 | — |
| 20 | Treuenbriezen | 14 | 70 | 11 | 32 | 12 | 25 | 12 | 50 | — | — | — | — | — | — | 4 | 50 | 3 | — | — | — | 4 | — | — | — | 1 | 40 | 1 | 20 |
| 21 | Wittstock | — | — | 11 | 25 | — | — | 12 | 38 | — | — | — | — | — | — | 4 | 01 | — | — | — | — | 4 | — | 95 | — | 1 | 15 | — | 94 |
| 22 | Wriezen a. D. | 15 | 16 | 11 | 14 | 14 | 10 | 12 | 55 | 22 | 50 | 24 | — | 25 | — | 3 | 75 | 4 | — | 3 | — | 6 | 30 | 100 | — | 1 | 30 | 1 | 20 |
| Durchschnitt | | 15 | 47 | 11 | 45 | 12 | 89 | 13 | 27 | — | — | — | — | — | — | 4 | 20 | 3 | 94 | — | — | 5 | 19 | 102 | 48 | — | — | — | — |
| Potsdam, den 18. Mai 1897. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

111. Herr Georg Wilhelm Abel ist zum Vizekonsul der Republik Guatemala in Berlin ernannt worden.
Potsdam, den 15. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Polizei-Verordnung, betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln, Drogen und Verbandstoffen außerhalb der Apotheken.

36. Auf Grund der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Ges. S. S. 195 ff.) und der §§ 5 ff. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Ges. S. S. 265) wird hierdurch unter Zustimmung des Gemeindevorstandes für den Verkehr mit Arzneimitteln, Drogen und Verbandstoffen im Stadtkreise Berlin Folgendes verordnet:

§ 1. Wer mit Arzneimitteln, Drogen und Verbandstoffen, soweit deren Verkauf außerhalb der Apotheken gestattet ist, Handel treiben will, hat dies dem zuständigen Polizei-Revier unter Angabe der Zahl und Lage der Geschäftsräume **anzuzeigen**.

Desgleichen ist jede Verlegung des Geschäftes sowie die Aufgabe desselben vorher **anzumelden**.

§ 2. Die **Räume**, in welchen die in § 1 bezeichneten Waaren aufbewahrt oder feilgehalten werden, müssen hell und geräumig, sauber und gelüftet sein.

In anderen als den dem Polizei-Revier bekannt gegebenen Räumen dürfen diese Waaren nicht aufbewahrt werden.

§ 3. Die **Behälter**, in denen die Waaren verwahrt werden, müssen dicht, gut verschlossen, sauber und ihrem Inhalt entsprechend mit deutschem Namen,

Preise im Monat April 1897.

Waaren.

II. Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats.

| Fleisch. | | | | | | Mehl zur Speisebe-
reitung aus | | Gersten- | | Buchweizenmehl | Hafensmehl | Kartoffelmehl | Weizen, Java, minieret | Kaffee | | Spezial | Schmelzwasser, bleigeh. | | | | |
|-----------|-------|-------|----------------------------------|----------|------|-----------------------------------|---------|----------|--------|----------------|------------|---------------|------------------------|---------------------------|-----|---------|-------------------------|--|--|--|--|
| Schmelzw. | Kalb- | Lamm- | Geräucherter Speck
(bleigeh.) | Eihutter | Eier | Weizen | Stangen | Granze | Grünze | | | | | | | | | | | | |
| Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | Es kostet je 1 Kilogramm. | | | | | | | |
| Mr. | Pr. | Mr. | Pr. | Mr. | Pr. | Mr. | Pr. | Mr. | Pr. | Mr. | Pr. | Mr. | Pr. | Mr. | Pr. | Mr. | Pr. | | | | |
| 115 | 125 | 115 | 160 | 228 | 311 | 30 | 25 | 45 | 30 | 40 | 45 | 40 | 55 | 270 | 340 | 20 | 140 | | | | |
| 110 | 95 | 120 | 160 | 220 | 250 | 40 | 20 | 50 | 40 | 35 | 60 | 40 | 60 | 240 | 340 | 20 | 130 | | | | |
| 115 | 120 | 130 | 140 | 210 | 315 | 35 | 25 | 50 | 50 | 50 | 50 | 50 | 50 | 260 | 360 | 20 | 130 | | | | |
| 120 | 1 | 120 | 160 | 2 | 240 | 30 | 20 | 40 | 50 | 40 | 60 | 40 | 55 | 250 | 340 | 20 | 140 | | | | |
| 130 | 130 | 130 | 140 | 223 | 320 | 25 | 24 | 50 | 40 | 40 | 50 | 40 | 50 | 280 | 360 | 20 | 140 | | | | |
| 111 | 116 | 120 | 135 | 228 | 253 | 28 | 23 | 40 | 38 | 45 | 45 | 42 | 51 | 280 | 360 | 20 | 130 | | | | |
| 113 | 110 | 130 | 160 | 220 | 293 | 28 | 18 | 50 | 50 | 50 | 50 | 40 | 40 | 280 | 360 | 20 | 140 | | | | |
| 110 | 1 | 120 | 150 | 1 | 290 | 27 | 19 | 50 | 50 | 50 | 60 | 35 | 60 | 220 | 360 | 20 | 150 | | | | |
| 115 | 125 | 115 | 155 | 215 | 259 | 27 | 24 | 35 | 27 | 35 | 43 | 38 | 40 | 275 | 350 | 19 | 155 | | | | |
| 145 | 130 | 130 | 160 | 210 | 258 | 38 | 28 | 50 | 50 | 40 | 45 | 45 | 55 | 270 | 350 | 20 | 140 | | | | |
| 110 | 111 | 110 | 130 | 2 | 303 | 31 | 23 | 45 | 35 | 38 | 45 | 38 | 50 | 245 | 320 | 20 | 130 | | | | |
| 110 | 130 | 110 | 170 | 214 | 230 | 25 | 28 | 40 | 40 | 40 | 50 | 40 | 45 | 260 | 360 | 20 | 180 | | | | |
| 115 | 110 | 129 | 149 | 214 | 294 | 30 | 24 | 40 | 40 | 45 | 40 | 40 | 50 | 260 | 380 | 20 | 140 | | | | |
| 130 | 120 | 120 | 150 | 210 | 284 | 28 | 22 | 45 | 40 | 50 | 50 | 50 | 60 | 3 | 4 | 20 | 160 | | | | |
| 110 | 1 | 120 | 150 | 230 | 298 | 25 | 20 | 50 | 30 | 40 | 50 | 50 | 60 | 280 | 360 | 20 | 160 | | | | |
| 140 | 140 | 140 | 180 | 225 | 390 | 35 | 28 | 33 | 33 | 38 | 43 | 35 | 35 | 275 | 305 | 20 | 130 | | | | |
| 140 | 120 | 120 | 160 | 240 | 360 | 30 | 21 | 50 | 40 | 40 | 50 | 40 | 60 | 280 | 360 | 20 | 160 | | | | |
| 130 | 150 | 130 | 155 | 220 | 4 | 30 | 20 | 50 | 40 | 50 | 60 | 60 | 60 | 250 | 270 | 20 | 115 | | | | |
| 120 | 1 | 120 | 160 | 220 | 3 | 30 | 25 | 50 | 60 | 50 | 50 | 50 | 50 | 250 | 320 | 20 | 160 | | | | |
| 120 | 110 | 120 | 160 | 183 | 3 | 30 | 20 | 40 | | 40 | 50 | 30 | 50 | 260 | 340 | 20 | 160 | | | | |
| 95 | 89 | 95 | 140 | 208 | 247 | 24 | 18 | 45 | 25 | 45 | 45 | 50 | 45 | 250 | 340 | 20 | 145 | | | | |
| 120 | 120 | 120 | 140 | 220 | 240 | 28 | 23 | 43 | 35 | 40 | 38 | 43 | 45 | 260 | 320 | 20 | 120 | | | | |

Der Regierungspräsident.

neben dem eine lateinische Bezeichnung in kleineren Buchstaben statthast ist, bezeichnet sein. Jedes Behältniß darf nur einerlei Waare enthalten.

Die Behälter sind geordnet und getrennt von den übrigen Waaren, insbesondere von Nahrungs- und Genussmitteln, aufzustellen.

Alle Behälter und Umhüllungen, in denen die durch die Kaiserliche Verordnung vom 25. November 1895 dem freien Verkehr überlassenen Thierheilmittel aufbewahrt, feilgehalten oder abgegeben werden, müssen die deutliche, unabwehrbare Inschrift:

„Nur für Thiere“

tragen.

§ 4. Wer den vorstehenden Bestimmungen zuwiderhandelt oder den durch diese Verordnung ihm auferlegten Verpflichtungen nachzukommen unterläßt,

wird, insoweit nicht nach den sonstigen Gesetzesbestimmungen eine strengere Bestrafung verwirkt ist, mit Geldstrafe von 10 bis 30 Mark oder entsprechender Haft bestraft.

Verdorbene, sowie durch die Kaiserliche Verordnung vom 27. Januar 1890 dem freien Verkehr entzogene Waaren können, wenn sie in der Behauptung der Gewerbetreibenden angetroffen werden, vernichtet werden.

Die Frage der Unterjagung des Gewerbebetriebes auf Grund § 35 der Gewerbeordnungsnovelle vom 6. August 1896 wird hierdurch nicht berührt.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Juli ds. Js. in Kraft.

Berlin, den 10. Mai 1897.

Der Polizeipräsident.

Bekanntmachung.

37. Die Conzeßion für die auf dem Grundstück **Landsberger Allee 152** hieselbst genehmigte Apotheke soll in Folge Ablebens des bisherigen Conzeßionars von Neuem vergeben werden mit der Verpflichtung, daß der künftige Conzeßionar in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 8. März 1842 die vorhandene Apotheke-Einrichtung mit dem gesammten Inventar und den Vorräthen nach einer von mir zu genehmigenden Tage von den Erben des bisherigen Inhabers zu übernehmen hat.

Geeignete Bewerber werden zur Meldung bis zum 19. Juni d. J. mit dem Bemerken hierdurch aufgefordert, daß persönliche Vorstellungen zwecklos sind und die an mich zu richtenden Bewerbungen lediglich schriftlich zu geschehen haben.

Der Meldung sind beizufügen: 1) eine nach der Zeitfolge geordnete Uebersicht über die bisherige Thätigkeit seit der Approbation, aus welcher hervorgeht a. die Anfangs- und Endzeit (nach Tagesdaten), b. der Ort und c. die Art der Thätigkeit. Die einzelnen Zeitangaben sind fortlaufend zu nummeriren. Die entsprechenden Nummern sind auf die zugehörigen Servicezeugnisse zu setzen, 2) die Approbation und die darauf folgenden Servicezeugnisse, die physikalisch beglaubigt, chronologisch geordnet und mit den entsprechenden Nummern der Zusammenstellung versehen sein müssen, 3) polizeiliche Führungszeugnisse über die Zeit von der Approbation bis jetzt in ununterbrochener Folge, 4) amtlich beglaubigter Nachweis aus neuester Zeit über die zur Einrichtung einer Apotheke erforderlichen Mittel, 5) eine Darstellung des Lebenslaufs, die folgende Angaben enthalten muß: Vor- und Zuname, Geburtsort und Datum. Conzeßion, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Zahl und Alter der Kinder, Militärverhältniß, besondere Beschäftigung der Ehefrau, Stand und Wohnort der Eltern. Der Bewerber hat außerdem pflichtgemäß zu versichern, entweder, daß er eine Apotheke bisher nicht be sessen hat, oder — falls dies der Fall sein sollte, — anzugeben, wo er eine solche be sessen hat und die Gründe klar zu legen, aus denen er sein Besitzrecht an derselben aufgegeben hat, auch den Kauf- und Verkaufspreis der aufgegebenen Apotheke genau zu nennen.

Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß Gesuche von Bewerbern, welche erst nach dem Jahre 1882 (bei Berücksichtigung geringer Zeitunterschiede) approbirt sind, bei der großen Zahl mehr berechtigter Bewerber zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg haben. Solche Apotheker stehen deshalb zur Vermeidung unnöthigen Schreibmerkes ic. am Besten von der Bewerbung ab. Bei Apothekern, welche sich zeitweise vom Apothekenfache abgewandt haben, muß das Approbationsalter selbverständlich gekürzt werden.

Schließlich bemerke ich, daß die Conzeßion in Gemäßheit des Allerhöchsten Erlasses vom 30. Juni 1894 als eine unveräußerliche und unvererbliche verliehen werden wird, der Inhaber derselben somit zur

Präsentation von Geschäftsnachfolgern nicht befugt sein und der Wittve, sowie den minderjährigen Kindern desselben nur freistehen wird, die Apotheke nach Maßgabe des § 4 der Revidirten Apotheken-Ordnung vom 11. October 1801 durch einen geeigneten Provisor verwalten zu lassen. Berlin, den 13. Mai 1897.

Der Polizei-Präsident.

Berliner und Charlottenburger Preise im Monat April 1897.

38. A. Engros- Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

| für 100 Kgr. | Weizen | (gut) | |
|--------------|--------|------------|---------------|
| " | " | do. | (mittel) |
| " | " | do. | (gering) |
| " | " | Roggen | (gut) |
| " | " | do. | (mittel) |
| " | " | do. | (gering) |
| " | " | Gerste | (gut) |
| " | " | do. | (mittel) |
| " | " | do. | (gering) |
| " | " | Hafer | (gut) |
| " | " | do. | (mittel) |
| " | " | do. | (gering) |
| " | " | Erbsen | (gut) |
| " | " | do. | (mittel) |
| " | " | do. | (gering) |
| " | " | Nichtstroh | 4 Mark 77 Pf. |
| " | " | Heu | 6 " 42 " |

Ein Handel an der Productenbörse hat nicht stattgefunden.

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag für 50 Kgr.

Hafer Stroh Heu
im Monat April: — Mk., 2,64 Mk., 4,12 Mk.

B. Detail- Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

| für 100 Kgr. | Erbsen (gelbe z. Kochen) | 30 | Mark | — Pf. |
|--------------|---------------------------|----|------|-------|
| " | Speisebohnen (weiße) | 37 | " | 50 " |
| " | Linzen | 42 | " | 50 " |
| " | Kartoffeln | 5 | " | 50 " |
| für 1 Kgr. | Rindfleisch (v. d. Keule) | 1 | " | 35 " |
| " | do. (Bauchfleisch) | 1 | " | 10 " |
| " | Schweinefleisch | 1 | " | 25 " |
| " | Kalb fleisch | 1 | " | 30 " |
| " | Hammelfleisch | 1 | " | 24 " |
| " | Speck (geräuchert) | 1 | " | 40 " |
| " | Eßbutter | 2 | " | 30 " |
| " | 60 Stück Eier | 2 | " | 97 " |

2) In Charlottenburg:

| für 100 Kgr. | Erbsen (gelbe z. Kochen) | 32 | Mark | 50 Pf. |
|--------------|----------------------------------|----|------|--------|
| " | Speisebohnen (weiße) | 34 | " | 58 " |
| " | Linzen | 41 | " | 88 " |
| " | Kartoffeln | 5 | " | 50 " |
| " | 1 Kgr. Rindfleisch (v. d. Keule) | 1 | " | 40 " |
| " | do. (Bauchfleisch) | 1 | " | 05 " |
| " | Schweinefleisch | 1 | " | 35 " |
| " | Kalb fleisch | 1 | " | 29 " |
| " | Hammelfleisch | 1 | " | 24 " |

| | |
|-------------------------------|---------------|
| für 1 Mgr. Speck (geräuchert) | 1 Mark 44 Pf. |
| " 1 " Eßbutter | 2 " 28 " |
| " 60 Stück Eier | 2 " 98 " |

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats April 1897:

1) In Berlin:

| | |
|--|---------------|
| für 1 Mgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen | 33 Pf. |
| " 1 " desgl. a. Roggen | 27 " |
| " 1 " Gerstengraupe | 35 " |
| " 1 " Gerstengröße | 33 " |
| " 1 " Buchweizengröße | 38 " |
| " 1 " Hafergröße | 38 " |
| " 1 " Hirse | 38 " |
| " 1 " Reis (Java, mittler) | 65 " |
| " 1 " Java-Kaffee (mittler, roh) | 3 Mark — Pf. |
| " 1 " (gelb in | |
| gebr. Bohnen) | 4 Mark 13 Pf. |
| " 1 " Speisefalz | 20 " |
| " 1 " Schweineschmalz (hiefiges) | 1 Mark 15 " |

2) In Charlottenburg:

| | |
|--|---------------|
| für 1 Mgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen | 38 Pf. |
| " 1 " desgl. a. Roggen | 28 " |
| " 1 " Gerstengraupe | 50 " |
| " 1 " Gerstengröße | 40 " |
| " 1 " Buchweizengröße | 38 " |
| " 1 " Hafergröße | 43 " |
| " 1 " Hirse | 40 " |
| " 1 " Reis (Java, mittler) | 53 " |
| " 1 " Java-Kaffee (mittler, roh) | 2 Mark 20 Pf. |
| " (gelb in | |
| gebr. Bohnen) | 2 Mark 60 Pf. |
| " 1 " Speisefalz | 20 " |
| " 1 " Schweineschmalz (hiefiges) | 85 " |

Königliches Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

22. Bei dem Postamt 94 (Gr. Frankfurterstraße 6) wird am 20. Mai der Telegraphenbetrieb eingerichtet. Die Dienststunden für den Verkehr mit dem Publikum werden für die neue Betriebsstelle, welche nur an Werktagen geöffnet ist, auf die Zeit von 8 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends festgesetzt.

Berlin C., 10. Mai 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachung.

23. Die bisher Draniensburgerstraße 70 und Heiligegeiststraße 26 untergebrachten Dienststellen des den Verwaltungsanstalten I. und V. vorgeordneten Kaiserlichen Haupt-Kernsprechamts sind nach der Französischenstraße 33 b./c. verlegt worden.

Berlin C., 13. Mai 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

24. In dem Orte Büßer (Kreis Zerichow II.) wird am 17. Mai eine Telegraphenbüllstelle eröffnet.

Potsdam, den 14. Mai 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Königlichen Provinzial-Schul-Collegiums.

Bekanntmachung.

3. Die diesjährige Prüfung der Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen findet in Gemäßheit der Prüfungsordnung vom 23. April 1885 am Montag den 19. Juli d. J. Vormittags 9 Uhr und an den folgenden Tagen bis zum 29. Juli in der Königlichen Kunstschule zu Berlin, Klosterstraße Nr. 75 statt. Die Anmeldungen zu dieser Prüfung sind uns bis zum 13. Juni d. J. einzureichen.

Berlin, den 13. Mai 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Bekanntmachungen der Königlichen Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung.

4. Die Abstempelung der Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidirten 4prozentigen Staatsanleihe und der dazu gehörigen Zinscheine und Zinscheinanweisungen findet bei den Abstempelungsstellen außerhalb Berlins nur noch bis zum 30. Juni d. J. statt.

Die Inhaber solcher Effekten werden daher hierdurch aufgefordert, dieselben ungesäumt an die ihnen zunächst gelegene von den in unserer Bekanntmachung vom 3ten Februar d. J. bezeichneten Abstempelungsstellen zum Zwecke der Abstempelung einzureichen.

Nach dem 30. Juni d. J. findet die Abstempelung ausschließlich bei der Kontrolle der Staatspapiere in Berlin Draniensstraße 92/94 statt.

Berlin, den 7. Mai 1897.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

25. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Tischlermeister B. Heilinski in Schwerin (Warthe) die Schuldverschreibungen der konsolidirten 4 % tigen Staatsanleihe von 1885

Lit. D. Nr. 736 283 über 500 M., und

Lit. E. Nr. 955 281 über 300 M.

angeblich abhanden gekommen sind. Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Herrn Heilinski anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Ausbeisverfahren behufs Kraftiloosklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 11. Mai 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

26. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom

16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Volksschulinspektor für Falkenberg, Pfarrer Reisch in Tauche bei Borsow die der Schule zu Falkenberg gehörigen Schulverschreibungen der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe

a. von 1882 Lit. E. Nr. 517513 über 300 M.

b. von 1885 Lit. H. Nr. 166767 über 150 M.

angeblich abhanden gekommen sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Herrn Pfarrer Reisch anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 11. Mai 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

27. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-Gesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß die der Frau Viersäcker Auguste Neumann geb. Neumann zu Altenburg, Kreis Raumburg a./S., gehörigen Schulverschreibungen der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1882

lit. F. Nr. 231800, 231801 und 231802 über je 200 M.

angeblich von Frau Schneider Emma Bahnsen geb. Nebel hier, Birkenstraße 76 wohnhaft, versehentlich hieselbst verbrannt worden sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der Frau Neumann anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 11. Mai 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

28. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-Gesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der verwitweten Frau Hauptmann Amalie Tied geb. Hemsfeld, in Schweidnitz, Waldenburgerstraße Nr. 6 I. wohnhaft, die Schulverschreibung der konsolidirten 3 procentigen Staatsanleihe von 1891

Lit. F. Nr. 5561 über 200 M.

angeblich verloren gegangen ist.

Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der verwitweten Frau Hauptmann Tied anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 14. Mai 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Bekanntmachung.

5. Erfahrungsmäßig kommen noch immer Fälle mißbräuchlicher Verwendung von Viehsalz, bezw. der Verwendung von denaturirtem Salze zu anderen als den gestatteten Zwecken vor.

Es wird daher wiederholt in Erinnerung gebracht, daß Viehsalz nur zur Fütterung des Viehes, Gewerbesalz nur zu gewerblichen Zwecken, für welche Salz abgabefrei verabfolgt wird (§ 20 des Bundesgesetzes vom 12. Oktober 1867, Bundesgesetzblatt Seite 41), und zwar stets nur zu denjenigen Zwecken verwendet werden darf, welcher von dem Gewerbetreibenden im Bestellzettel vermerkt ist. Außerdem darf Niemand Viehsalz oder Gewerbesalz verkaufen, der nicht zuvor der Steuerbehörde von der Absicht, solches Salz zu verkaufen, schriftlich Anzeige gemacht und über diese Anzeige eine Bescheinigung erhalten hat. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften unterliegen der gerichtlichen Abhandlung.

Berlin, den 7. Mai 1897.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

17. Nachweisung

der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Westprignitz auf Grund des § 2 der Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891 durch Beschluß vom 8. Mai d. J. genehmigten Veränderungen von Gemeinde- bezw. Gutsbezirks-grenzen.

Bezeichnung des in Betracht kommenden Grundstücks: Die im Eigenthume des Rittergutsbesizers Majorats Herrn Grafen von Wilamowitz-Möllendorff zu Gadow befindlichen, dem Gemeindebezirk Dergenthin zugehörigen, in der Gemarkung Rittergut Ruhwinkel belegenen Parzellen Kartenblatt 1 Nr. 46/34 von 2 ha 71 ar 70 qm und Kartenblatt 2 Nr. 77/62 von 2 ha 92 ar 60 qm Flächeninhalt. Bisheriger Gemeindebezirk: Dergenthin. Künftiger Gutsbezirk: Ruhwinkel.

Perleberg, den 13. Mai 1897.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Personal-Chronik.

Seine Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den Regierungsassessor von Wintersfeldt in Prenzlau zum Landrathe zu ernennen. In dieser Eigenschaft ist ihm das bisher kommissarisch verwaltete Landrathsamt im Kreise Prenzlau endgültig übertragen worden.

Der Gerichtsreferendar von Benda ist zum Regierungssreferendar ernannt worden.

Der Kammergerichtsreferendar Joachim von Bredow ist zum Regierungssreferendar ernannt worden.

Im Kreise Brestow-Storkow ist der Königliche Obersförster von Nathusius zu Kl. Wasserburg zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 13 Münchhofe, und der Amtsentmeister Fischer zu Wend. Buchholz zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 14 — Krausnick — ernannt worden.

Im Kreise Prenzlow ist der Rittergutspächter Müller zu Wittenhof von Neuem zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 20 — Baumgarten — ernannt worden.

Im Kreise Prenzlow ist an Stelle des Rittergutspächters König der Rittergutspächter Schroeder zu Klein-Sperrenwalde zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 16 — Gollmig — ernannt worden.

Im Kreise Templin ist der Rittergutbesitzer Jäger zu Neu-Placht von Neuem zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 23 Annenpalde ernannt worden.

Im Kreise Zauch-Belzig sind der Rentier Jasper zu Zeuden und der Schulze Wride zu Hohenwerbig von Neuem zum Amtsvorsteher bezw. Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 35 — Zeuden — ernannt worden.

An Stelle des erkrankten Landraths a. D. von Bethmann-Hollweg aus Hohenfinow ist der Reichsinspektor Hager zu Freienwalde a./D. zum Vorsitzenden des Finow-Meliorations-Verbandes gewählt worden.

Die bisherigen Büreauhilfsarbeiter Schönberner, Heyse und Bachmann sind zu königlichen Bau-schreibern ernannt und ihnen die etatsmäßigen Bau-schreiberstellen in Göpewitz, Eberswalde und Angermünde übertragen worden.

Der Oberpfarrer Karl Heinrich Rudolf Wernicke in Schwedt a. D. ist zum Superintendenten der Diözese Schwedt a. D. ernannt worden.

Der bisherige dritte Prediger an der St. Markus-Kirche hieselbst Gustav Eugen Goehrke ist zum vierten Diaconus an der St. Nicolai-Kirche in Berlin, Diözese Berlin I., bestellt worden.

Der Schulvorsteherin Fräulein Mathilde Goette ist die Erlaubnis zur Errichtung und Leitung eines mit ihrer katholischen höheren Privat-Mädchenschule verbundenen katholischen Lehrerinnen-Seminars in Berlin Lindenstr. 39 erteilt worden.

Die Lehrerin Gerlach ist als wissenschaftliche Lehrerin an der Idioten-Anstalt in Dalldorf angestellt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat April 1897.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind der Landgerichtsrath Bohm in Neuhuppin zum Kammergerichtsrath; der Landgerichtsrath Floegel in Cottbus zum Landgerichtsdirektor beim Landgericht daselbst; der Gerichtsassessor von Grolsman zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Hermsdorf a./R. Zu Handelsrichtern sind wiederernannt der Kaufmann Adolf Philipsthal und der Kaufmann Carl Theodor Sulzer in Berlin; zum stellvertretenden Handelsrichter ist ernannt der Kaufmann Rudolf Blumenthal in Berlin; sind wiederernannt der Brauereidirektor Dr. jur. Hugo Raschel in Berlin und der Rentier Oswald Prause in Groß-Lichterfelde, sämmtlich beim Landgericht I. in Berlin. Vierselt sind der Amtsgerichtsrath Dr. Ziehe in Storkow als Landgerichtsrath an das Landgericht in Frankfurt a./D., der

Amtsrichter Brachvogel in Schönlanke an das Amtsgericht in Frankfurt a./D., der Amtsrichter Müller in Osterwiech und der Landrichter Fritsch in Deuthen D./Schl. als Amtsrichter an das Amtsgericht I. in Berlin, der Amtsrichter Luchterhandt in Lautenburg Westpr. an das Amtsgericht in Rathenow. Der Kammergerichtsrath Hellweg ist in Folge seiner Ernennung zum Reichsgerichtsrath aus dem Preussischen Justizdienste geschieden. Verstorben ist der Landrichter Dr. Schönborg vom Landgericht II. in Berlin.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Winkler, Klink, Dr. Weiß, Dr. Winterfeld, Vater, Fris, Fraenkel.

Entlassen sind Schacht beaufh. Uebertritts zur Kommunalverwaltung, Spatz beaufh. Uebertritts zur Provinzialverwaltung.

III. Rechtsanwälte und Notare.

Geldacht ist in der Liste der Rechtsanwälte der Rechtsanwalt Dr. Grelling bei dem Amtsgericht in Charlottenburg.

Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte die Gerichtsassessoren Curt Ackermann, Dr. Max Lewinsohn bei dem Landgericht I. in Berlin, der Gerichtsassessor Rosbach bei dem Amtsgericht in Verna, der Gerichtsassessor Dr. Leo Cohn bei dem Landgericht II. in Berlin, der Gerichtsassessor Erich Friedländer und der frühere Gerichtsassessor Dr. Erüger bei dem Amtsgericht in Charlottenburg, der frühere Rechtsanwalt Bartels bei dem Amtsgericht in Zückerbog.

Verstorben ist der Rechtsanwalt und Notar Justizrath Makower in Berlin.

IV. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtskandidaten Rohlsch, Schwarzkopf, Reimherr, Vogel, Georg Schmidt, Värensprung, Deutsch.

Uebernommen sind Freiherr von Richtigshofen aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Frankfurt a./M., Braunschweig aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Marienwerder, von Nolte aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Stettin.

Wieder aufgenommen ist von zur Westen. Entlassen ist Dr. Refule von Stradonitz auf seinen Antrag.

V. Subalternbeamte.

Ernannt sind der Aktuar Mantel zum Gerichtsschreiber bei dem Amtsgericht in Gransee, der Steuerheber und Vollziehungsbeamte z. D. Seifert zum Gerichtsvollzieher bei dem Amtsgericht I. in Berlin.

Der Gerichtsschreiber Lange in Preis in in Folge seiner Uebnahme in den Reichsdienst aus dem Preussischen Justizdienste geschieden.

Pensionirt ist der Kanzlist Jander beim Amtsgericht I. in Berlin.

Verstorben sind die Gerichtsschreiber Schröder bei dem Amtsgericht I. in Berlin, Kuhberg in Rirsdorf und Köppel in Nauen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
Zust. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--|--|--|--|--|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Wilhelm Deisenfer,
Schuhmachergeselle, | geboren am 19. No-
vember 1865 zu Inns-
bruck, Tirol, öster-
reichischer Staatsan-
gehöriger, | Verbrechen des vollendeten
und versuchten schweren
Diebstahls im Rückfalle
(6 Jahre Zuchthaus,
laut Erkenntniß vom
10. April und 21. Juli
1891), | Königlich bayerisches
Bezirksamt Donau-
wörth, | 9. April
1897. |
| b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Gustav Albin Bach-
mann, Conditor, | geboren am 12. Sep-
tember 1877 zu Klö-
sterle, Bezirk Raaden,
Böhmen, ortsangehörig
ebendasselbst, | Betteln, | Königlich sächsische
Kreisshauptmann-
schaft Zwickau, | 2. März
1897. |
| 2 | Julius Batistia,
Erbarbeiter, | geboren am 29. April
1859 zu Paris, französ.
Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
präsident zu Metz, | 31. März
1897. |
| 3 | Ignaz Huber,
Glasmacher und Hand-
arbeiter, | geboren am 3. April
1859 zu Markt Eisen-
stein, Bezirk Schütten-
hofen, Böhmen, | Betteln, | Königlich sächsische
Kreisshauptmann-
schaft Zwickau, | 10. März
1897. |
| 4 | Josef Jirošch,
Tagelöhner, | geboren am 28. Mai
1883 zu Pfaffenhofen,
Bayern, ortsangehörig
zu Modritz, Bezirk
Turnau, Böhmen, | Obdachlosigkeit, | Königlich bayerische
Polizei-Direktion
München, | 24. März
1897. |
| 5 | Benjamin Kallus,
(Kalus), Maurer und
Arbeiter, | geboren am 1. Januar
1829 zu Schlafau,
Bez. Troppau, Oesterr.
Schlesien, ortsangehö-
rig ebendasselbst, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 17. Februar
1897. |
| 6 | Viktor Kwapil,
Schlossergehilfe, | geboren am 30. August
1865 zu Goldentron,
Bez. Krumau, Böhmen,
österreichischer Staats-
angehöriger, | desgleichen, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Weis-
heim, | 3. März
1897. |
| 7 | Johanne Langen-
brink, geborene Wen-
sing, Arbeiterfrau, | geboren am 25. August
1858 zu Silvolde,
Gemeinde Wisch, Bez.
Barfelo, Nieder-
lande, ortsangehörig
ebendasselbst, | Landstreichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Minden, | 30. März
1897. |
| 8 | Candito Vos,
Tagelöhner, | 44 Jahre alt, geboren
zu Ronco bei Triest,
Oesterreich, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Wiesbaden, | 26. März
1897. |
| 9 | Johann Mauer,
Erbarbeiter, | geboren am 13. De-
zember 1866 zu Differ-
dingen, Luxemburg,
luxemburgischer
Staatsangehöriger, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-
präsident zu Colmar, | 26. März
1897. |

| 1.
Satz.
Nr. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
der
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--------------------|---|--|---|--|--|
| | 2. | 3. | | | |
| 10 | Josef Meller,
Tagearbeiter, | geboren am 19. No-
vember 1839 zu Wiese
bei Braunau, Böhmen,
österreichischer Staats-
angehöriger, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Liegnitz, | 15. März
1897. |
| 11 | Josef Nowak,
Tischler, | geboren am 23. De-
zember 1865 zu Mäh-
risch-Ostau, Oester-
reich, österreichischer
Staatsangehöriger, | Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 30. März
1897. |
| 12 | Elias Révére,
Bäckergehilfe, | geboren am 26. De-
zember 1862 zu Ber-
vique, Belgien, orts-
angehörig ebendasselbst, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Straß-
burg i. E., | 24. März
1897. |
| 13 | Friedrich Bdolet,
Schustergehilfe, | geboren am 14. No-
vember 1862 zu Ste-
chovic, Böhmen, orts-
angehörig ebendasselbst, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | desgleichen. |
| 14 | Franz Waszut,
Arbeiter, | geboren am 17. Oktober
1875 zu Karwin, Bez.
Freistadt, Oesterreich-
Schlesien, ortsangehö-
rig ebendasselbst, | desgleichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 6. März
1897. |
| 15 | Paul Brundbäck,
(Brundbäck)
Bierbrauer, | geboren am 23. März
1859 zu Gesele, Schwes-
den, schwedisch. Staats-
angehöriger, | Betteln, | Großherzoglich med-
lenburgisches Mini-
sterium des Innern
zu Schwerin, | 7. April
1897. |
| 16 | Johann Fischer,
Messerschmied, | geboren am 17. Fe-
bruar 1874 zu Ober-
einsiedel, Bez. Schluf-
senau, Böhmen, öster-
reichischer Staatsan-
gehöriger, | desgleichen, | Stadtmagistrat
Bayreuth, Bayern, | 22. März
1897. |
| 17 | Elemens Matthias,
Schuhmacher, | geboren am 23. No-
vember 1869 zu Re-
fors, Bezirk Senften-
berg, Böhmen, orts-
angehörig ebendasselbst, | desgleichen, | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Leipzig, | 4. März
1897. |
| 18 | Christian Ketten-
bacher, Metzger, | geboren am 1. Februar
1871 zu Abtenau, Bez.
zirk Salzburg, Oester-
reich, österreichischer
Staatsangehöriger, | Betteln, Widerstand und
Beleidigung, | Königlich bayerische
Polizei-Direktion
München, | 6. April
1897. |
| 19 | Johann Ludwig
Wegscheider, Tagner, | geboren am 30. Juni
1855 zu Borbrud,
Unter-Elß, französi.
Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Straß-
burg i. E., | 9. April
1897. |
| 20 | Franz Brachtel,
Arbeiter, | geboren am 31. De-
zember 1852 zu Zantse,
Bezirk Hohenstadt,
Oesterreich, österreich.
Staatsangehöriger, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 15. April
1897. |

| Sinf. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimat | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum des Ausweisungs-Beschlusses. |
|-----------|---|--|---|---|------------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 21 | Alfred Braun, Schreinergehilfe, | geboren am 2. Februar 1875 zu Roziczet, Rußland, | Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf, | 21. April 1897. |
| 22 | Anton Cerny, Bürstenbinder, | 31 Jahre alt, geboren zu Pilgram, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | Diebstahl, Betrugsversuch, Landstreichen, Betteln und falsche Namensangabe, | Königlich bayerisches Bezirksamt Roding, | 18. März 1897. |
| 23 | August Groß, Schmied, | geboren am 10. Januar 1871 zu Golanewsk, Gouvernement Podoilien, Rußland, russischer Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Metz, | 17. April 1897. |
| 24 | Anton Kutscher, Schmiedegehilfe, | geboren am 24. August 1844 zu Mariasels, Bezirk Tepl, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | Betteln, | Stadtmagistrat Neuburg a. Donau, Bayern, | 1. April 1897. |
| 25 | Josef Nachtmann, Steinmetz, | geboren am 11. Dezember 1867 zu Großrosseln, Kreis Saarbrücken, Preußen, österreichischer Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Aachen, | 5. April 1897. |
| 26 | Karl Redziegel, Tuchmachergehilfe, | geboren am 4. Oktober 1866 zu Reichenberg, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | Betteln, | Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Bautzen, | 31. März 1897. |
| 27 | Ludwig Kocny, Erdarbeiter, | geboren am 28. Juni 1868 zu Tullay, Département Doubs, Frankreich, französ. Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Metz, | 15. April 1897. |
| 28 | Katharina Schiffsmann, geborene Gröndl, Bäckerfrau, | geboren am 6. Oktober 1865 zu Passau, Bayern, ortsangehörig zu Bernstein, Bezirk Schärding, Oesterreich, | gewerbsmäßige Unzucht, | Königlich bayerische Polizei-Direktion München, | 8. April 1897. |
| 29 | Ferdinand Sittler, Tagner, | geboren am 21. Oktober 1837 zu Hegersheim, Kreis Erstein, Nieder-Elß, französischer Staatsangehöriger, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Straßburg i. E., | 20. April 1897. |
| 30 | Josef Swidergal (Swidergat), Arbeiter, | geboren am 24. August 1868 zu Wadowice, Bezirk Wadowice, Galizien, ortsangehörig ebendaselbst, | Landstreichen, Betteln und Gebrauch falschen Namens, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Duppeln, | 18. März 1897. |

Hierzu fünf öffentliche Anzeiger.
 (Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
 Belegblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)
 Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.
 Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gays'schen Erben

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 22.

Den 28. Mai

1897.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 20.) **Nr. 2383.** Bekanntmachung, betreffend die dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigelegte Liste. Vom 28. April 1897.

(Stück 21.) **Nr. 2384.** Allerhöchster Erlass, betreffend die Einrichtung einer Ober-Postdirektion in Chemnitz. Vom 2. November 1896.

Nr. 2385. Bekanntmachung, betreffend die dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigelegte Liste. Vom 7. Mai 1897.

(Stück 22.) **Nr. 2386.** Verordnung zur Verhütung des Zusammenstoßens der Schiffe auf See. Vom 9. Mai 1897.

Nr. 2387. Verordnung, betreffend die Lichter- und Signalführung der Fischerfahrzeuge und der Booten- dampffahrzeuge. Vom 10. Mai 1897.

Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preussischen Staaten.

(Stück 15.) **Nr. 9897.** Gesetz, betreffend die Rechtsverhältnisse der Auktionatoren im Geltungsbereich der Versteigerungsordnung, für Ostfriesland und Harlingerland, vom 16. Dezember 1834. Vom 24. März 1897.

Nr. 9898. Verordnung, betreffend das Inkrafttreten des Gesetzes vom 20. April 1892. Vom 20. April 1897.

Nr. 9899. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Gladenbach und Böhl. Vom 21. April 1897.

(Stück 16.) **Nr. 9900.** Verordnung, betreffend die Ausführung des Fischereigesetzes in der Rheinprovinz. Vom 3. Mai 1897.

(Stück 17.) **Nr. 9901.** Gesetz, betreffend die Ergänzung einiger jagdrechtlichen Bestimmungen. Vom 29. April 1897.

Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

Ausreichung der Zinscheine Reihe II. zu den Schulverschreibungen der Preussischen konsolidirten 3 1/2 %igen Staatsanleihe von 1887/1888.

14. Die Zinscheine Reihe II. Nr. 1 bis 20 zu den Schulverschreibungen der Preussischen konsolidirten 3 1/2 %igen Staatsanleihe von 1887/1888 über die Zinsen für die Zeit vom 1. April 1897 bis 31. März

1907 nebst den Anweisungen zur Abhebung der folgenden Reihe werden vom 1. März 1897 ab von der Kontrolle der Staatspapiere hieselbst, Dranienstraße 92/94 unten links, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonntags- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreiskasse bezogen werden. Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Zinscheinanweisungen mit einem Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamt Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine nummerierte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Im letzteren Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die Anweisungen mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schulverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schulverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 17. Februar 1897.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß Formulare zu den Verzeich-

nissen von unserer Hauptkasse, den königlichen Kreis- und Forstkassen und Hauptsteuerämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 27. Februar 1897.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen der königlichen Ministerien.

Ankauf von Remonten pro 1897.

14. Zum Ankaufe von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind für dieses Jahr nachstehende Märkte anberaumt worden und zwar:

| a. im Regierungsbezirk Potsdam: | | | | |
|---------------------------------|---------|-----------------|--|--|
| am 5. Juni Vorm. | 8 Uhr | Angermünde, | | |
| " 18. " " | 8 " | Paulinenaue, | | |
| " 19. " " | 8 1/2 " | Neustadt a./D., | | |
| " 21. " " | 9 " | Kyritz, | | |
| " 22. " " | 8 " | Wittstock, | | |
| " 23. " " | 8 " | Prigwitz, | | |
| " 24. " " | 8 " | Meyenburg, | | |
| " 26. " " | 10 " | Lenzen, | | |
| " 28. " " | 10 " | Wilsnack, | | |

| b. im Regierungsbezirk Frankfurt a./D.: | | | | |
|---|-------|------------------|--|--|
| am 8. Juni Vorm. | 8 Uhr | Bärwalde, | | |
| " 9. " " | 8 " | Jülichau, | | |
| " 10. " " | 8 " | Grossen a./D., | | |
| " 11. " " | 9 " | Guben, | | |
| " 12. " " | 8 " | Driesen, | | |
| " 14. " " | 10 " | Friedeberg N./W. | | |

| | | | | |
|-----------|-----|-----------------|--|--|
| " 15. " " | 8 " | Biez a./Dsbahn, | | |
| " 17. " " | 9 " | Müncheberg. | | |

Die von der Remonte-Ankaufs-Kommission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenseiger und Klophengste, sowie Wallache mit ausgeprägter Hengstmanier, welche sich in den ersten zehn bezw. acht und zwanzig Tagen nach Einlieferung in den Depots als solche erweisen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht legitimirten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue, starke rindlederene Trense mit starkem Gebiß und einer Kopfhalter von Leder oder Hanf mit mindestens zwei Meter langen Stricken ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgeführten Pferde feststellen zu können, sind die Deckseine bez. Füllenseine mitzubringen; auch werden die Verkäufer ersucht, die Schweife der Pferde nicht zu coupiren oder übermäßig zu verkürzen.

Berlin, den 3. März 1897.

Kriegsministerium, Remontirungsabtheilung.

Bekanntmachungen des königlichen Regierungspräsidenten.

Bekanntmachung.

112. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 20. April v. J. zu genehmigen geruht, daß des Gutsbezirk Groß-Breefe im Kreise Westprignitz in eine Landgemeinde mit dem Namen Mittel-Breefe umgewandelt wird.

Potsdam, den 21. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

Fahrtarif.

113. In Ergänzung des diesseits unter dem 20. März 1895 — Amtsblatt S. 110 — für die Jahre bei Werder a. H. festgesetzten Tarifs bestimme ich hierdurch, daß für das Ueberfahren eines Fahrrades eine Gebühr von 10 Pfennigen zu entrichten ist.

Potsdam, den 21. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

B i e h s e u c h e n.

114. I. Ausgebrochen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Prenzlau: Rindviehbestand des Dominiums Jäsedom. Kreis Neu-Ruppin: Verdacht beim Rindviehbestande des Rittergutes Karwe.

b. Milzbrand. Kreis Neu-Ruppin: bei einer Kuh des Gutes Rosowinkel. Kreis Ostprignitz: bei einer Kuh des Landwirths Grell in Wittstock. Kreis Niederbarnim: bei je einer Kuh des Rittergutes Schönfließ und des Landwirths Matthes in Rehfelde. Kreis Westhavelland: bei einer Kuh des Bauerngutsbesizers Gröpler in Roskow.

c. Brustseuche: Unter den Pferden der 1. und 7. Batterie II. Garde-Feld-Artillerie-Regiments Potsdam und den Pferden des Dominiums Schmarjow im Kreise Prenzlau.

d. Bläschenauschlag: Kreis Ostprignitz: bei einer Kuh des Schmiedemeisters Böhling in Schönermark und einem Bullen des Bauern Heller daselbst. Kreis Westprignitz: bei einer Kuh des Gastwirths Freude zu Kleinow. Kreis Zauch-Belzig: in der Gemeinde Neuendorf b. Br.

II. Geloschen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Ruppin: unter dem Rindviehbestande des Rittergutes Büschfeld. Kreis Osthavelland: in Lenzke gänzlich und auf einem Gehöft des Gutes Pares.

b. Brustseuche: bei den Pferden des Bauernhofsbesizers Neumann in Seeläbke, des Bauernhofsbesizers W. Heise in Grünow (Abbau) und dem Pferdebestande der 2., 4. und 5. Batterie II. Garde-Feld-Artillerie-Regiments Potsdam.

c. Böartige Scheidenentzündung unter den Kühen und Stuten des Bauern Scheel zu Linum, Kreis Osthavelland.

Potsdam, den 25. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

116. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat April 1897 beobachteten Wasserstände.

| Datum | Berlin | | Spandau | | Potsdam | Brandenburg | | Rathenow | | Havelberg |
|-------|--------|--------|---------|--------|---------|-------------|--------|----------|--------|-----------|
| | Ober- | Unter- | Ober- | Unter- | | Ober- | Unter- | Ober- | Unter- | |
| | Wasser | Wasser | Wasser | Wasser | | Wasser | Wasser | Wasser | Wasser | |
| | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. |
| 1. | 32,29 | 31,40 | 2,72 | 1,72 | 1,83 | 2,54 | 2,28 | 2,04 | 1,74 | 3,90 |
| 2. | 32,26 | 31,32 | 2,74 | 1,70 | 1,83 | 2,56 | 2,30 | 2,04 | 1,74 | 3,88 |
| 3. | 32,24 | 31,28 | 2,74 | 1,68 | 1,83 | 2,54 | 2,30 | 2,14 | 1,76 | 3,86 |
| 4. | 32,28 | 31,29 | 2,76 | 1,62 | 1,80 | 2,58 | 2,26 | 2,12 | 1,78 | 3,84 |
| 5. | 32,28 | 31,29 | 2,77 | 1,62 | 1,76 | 2,56 | 2,30 | 2,14 | 1,80 | 3,84 |
| 6. | 32,28 | 31,22 | 2,76 | 1,62 | 1,76 | 2,56 | 2,30 | 2,14 | 1,80 | 3,82 |
| 7. | 32,28 | 31,22 | 2,75 | 1,61 | 1,76 | 2,54 | 2,32 | 2,12 | 1,80 | 3,80 |
| 8. | 32,26 | 31,20 | 2,74 | 1,59 | 1,74 | 2,54 | 2,30 | 2,12 | 1,80 | 3,76 |
| 9. | 32,24 | 31,20 | 2,75 | 1,57 | 1,73 | 2,54 | 2,30 | 2,12 | 1,82 | 3,70 |
| 10. | 32,26 | 31,10 | 2,72 | 1,56 | 1,73 | 2,54 | 2,30 | 2,14 | 1,82 | 3,64 |
| 11. | 32,26 | 30,96 | 2,73 | 1,46 | 1,70 | 2,56 | 2,24 | 2,12 | 1,80 | 3,58 |
| 12. | 32,26 | 30,92 | 2,74 | 1,48 | 1,69 | 2,54 | 2,26 | 2,10 | 1,78 | 3,52 |
| 13. | 32,28 | 30,92 | 2,72 | 1,46 | 1,68 | 2,50 | 2,28 | 2,08 | 1,78 | 3,46 |
| 14. | 32,28 | 30,90 | 2,70 | 1,44 | 1,65 | 2,48 | 2,28 | 2,10 | 1,78 | 3,40 |
| 15. | 32,26 | 30,90 | 2,70 | 1,44 | 1,65 | 2,46 | 2,26 | 2,10 | 1,78 | 3,34 |
| 16. | 32,26 | 30,90 | 2,70 | 1,42 | 1,63 | 2,44 | 2,24 | 2,10 | 1,76 | 3,28 |
| 17. | 32,29 | 30,88 | 2,70 | 1,42 | 1,62 | 2,44 | 2,24 | 2,08 | 1,78 | 3,24 |
| 18. | 32,26 | 30,90 | 2,68 | 1,43 | 1,63 | 2,44 | 2,24 | 2,10 | 1,76 | 3,18 |
| 19. | 32,20 | 30,92 | 2,70 | 1,42 | 1,64 | 2,44 | 2,22 | 2,04 | 1,72 | 3,08 |
| 20. | 32,26 | 30,90 | 2,70 | 1,42 | 1,63 | 2,44 | 2,20 | 2,02 | 1,72 | 3,12 |
| 21. | 32,29 | 30,90 | 2,69 | 1,38 | 1,62 | 2,42 | 2,22 | 2,02 | 1,72 | 3,10 |
| 22. | 32,26 | 30,88 | 2,68 | 1,36 | 1,61 | 2,42 | 2,22 | 2,04 | 1,72 | 3,08 |
| 23. | 32,24 | 30,86 | 2,66 | 1,38 | 1,61 | 2,42 | 2,22 | 2,04 | 1,72 | 3,06 |
| 24. | 32,26 | 30,86 | 2,66 | 1,38 | 1,59 | 2,42 | 2,20 | 2,04 | 1,72 | 3,04 |
| 25. | 32,28 | 30,84 | 2,66 | 1,32 | 1,57 | 2,46 | 2,14 | 2,06 | 1,72 | 3,04 |
| 26. | 32,30 | 30,86 | 2,66 | 1,36 | 1,55 | 2,44 | 2,20 | 2,04 | 1,72 | 3,02 |
| 27. | 32,24 | 30,84 | 2,65 | 1,34 | 1,55 | 2,42 | 2,20 | 2,04 | 1,72 | 3,02 |
| 28. | 32,26 | 30,82 | 2,64 | 1,30 | 1,55 | 2,40 | 2,20 | 2,04 | 1,72 | 3,00 |
| 29. | 32,24 | 30,70 | 2,63 | 1,29 | 1,55 | 2,38 | 2,18 | 2,02 | 1,72 | 2,96 |
| 30. | 32,28 | 30,58 | 2,62 | 1,25 | 1,55 | 2,38 | 2,16 | 2,02 | 1,70 | 2,94 |

Potsdam, den 5. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

25. Bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam lagern nachbezeichnete Postsendungen und sonstige Gegenstände, welche den Absendern bezw. den Eigenthümern nicht haben zurückgegeben werden können:

A. Postanweisungen:

- 1) Nr. 1760 aus Königs-Wusterhausen vom 22. Dezember 1896 über 3 M.,
- 2) Nr. 947 aus Belten (Marf) vom 18. August 1896 über 8 M.,
- 3) Nr. 2863 aus Spandau 1 vom 16. Februar 1897 über 1 M.

B. Lose aufgefunden:

Am 20. Januar 1897 in dem Bahnpostwagen des Zuges 765 ab Briesen 11:26 1 Einmarkstück, welches anscheinend einem Bunde mit Briefen für Frankfurt (Oder) entfallen ist.

C. gewöhnliche Briefe mit Werthinhalt:

- 1) aus Strausberg 1 (Stadt) vom 14. November 1896 an Wilhelm Jents in Hannover, mit 1 M. in Briefmarken,
- 2) aus Herzfelde vom 1. Januar 1897 an Frl. S. Falk in Dahnrau, Kreis Culm, mit einem Reichsfrauenbrief zu 5 M.,
- 3) aus Potsdam 1 vom 11. Januar 1897, unter „Profit Neujahr“ Cassel postlagernd, mit 80 Pf. in Briefmarken.

Die unbekannten nicht ermittelten Absender oder Eigenthümer der vorstehend bezeichneten Postsendungen u. werden aufgefordert, binnen 4 Wochen ihre Ansprüche hierüber geltend zu machen, widrigenfalls mit diesen Sendungen u. nach den gesetzlichen Bestimmungen verfahren werden wird.

Potsdam, 19. Mai 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachung.

26. In dem Dorfe Groß-Muß (Kreis Ruppin) wird am 1. Juni 1897 eine Postagentur, zunächst ohne Telegraphenbetrieb, in Wirkksamkeit treten. Die neue Verkehrsanstalt erhält ihre Postverbindung mit der Postagentur in Löwenberg (Mark) 2 Ort durch eine an Werktagen zweimal, an Sonntagen u. einmal verkehrende Botenpost, die von Löwenberg 820 B. und 30 N., von Groß-Muß 130 Mittags und 645 Abends abgeht.

Dem Landbestellbezirke der neuen Postagentur werden die bisher zum Bezirke der Postagentur in Löwenberg (Mark) 2 Ort gehörigen Wohnstätten Groß-Muß Mühle, Breithofplan, Karbe Plan, Chausseehaus und Abbau Reinde zugetheilt. Die Posthülfsstelle in Groß-Muß wird zum 1. Juni aufgehoben.

Potsdam, den 18. Mai 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

27. In dem Dorfe Warnitz (Kreis Angermünde) wird am 1. Juni 1897 eine Postagentur, zunächst ohne Telegraphenbetrieb, in Wirkksamkeit treten. Die neue Verkehrsanstalt, welcher zur Unterscheidung von anderen gleichlautenden Orten die zusätzliche Bezeichnung „(Udermark)“ beigelegt worden ist, erhält ihre Postverbindungen durch die Bahnposten in den Zügen 822, 823, 824, 825, 826 und 829 der Eisenbahnstrecke Angermünde—Pasewalk. Dem Landbestellbezirk der neuen Postagentur werden folgende Wohnstätten zugetheilt: a. vom Landbezirk des Postamts in Seehausen (Udermark) die Bahnwärterhäuser Nr. 20, 22—24 der Strecke Angermünde—Pasewalk, Bornwerk Neuhof, die Abbauten Gramzow, Beccu, Rugh, Zuleger, Trumppsee und Forsthaus Dreiecksee, b. vom Landbezirk des Postamts in Wilmersdorf (Kreis Angermünde), Melzow, Abbau Pieper sowie die Bahnwärterhäuser Nr. 16—19 der Strecke Angermünde—Pasewalk. Die in Warnitz bestehende Posthülfsstelle wird zum 1. Juni aufgehoben.

Potsdam, 20. Mai 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

28. Auf dem Gesundbrunnen bei Freienwalde (Oder) wird wiederum am 1. Juni für die Dauer der diesjährigen Badezeit, und zwar bis einschließlich 15ten September, eine Zweig-Postanstalt mit Telegraphenbetrieb eingerichtet werden, welche die Bezeichnung Freienwalde (Oder) 2 erhält. Die Dienststunden dieser Postanstalt für den Verkehr mit dem Publikum sind, wie folgt, festgesetzt worden: **An den Werktagen:** von 7 Uhr Vorm. bis 1 Uhr Nachm. und von 4 Uhr bis 7 Uhr Nachm. **An den Sonn- und gesetzlichen Feiertagen:** von 7 bis 9 Uhr Vorm. und von 12 bis 1 Uhr Nachm. (nur für den Telegraphendienst). Die neue Verkehrsanstalt erhält werktäglich fünfmalige, Sonntags dreimalige Postverbindung mit dem Postamte in der Stadt Freienwalde (Oder). Die nach dem Gesundbrunnen gerichteten Postsendungen werden von dem Postamte in der Stadt, die dorthin gerichteten Telegramme dagegen von der Zweig-Postanstalt bestellt.

Potsdam, 21. Mai 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Unanbringliche Postsendungen.

29. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern:

A. In Berlin zur Post gegebene Pakete:

An Fr. Schulz, Berlin,
 „ Roggemann, Berlin,
 „ Stehmann, Charlottenburg,
 „ Link, Gesehsmünde,
 „ Kaufmann, Driensen,
 „ Schmidt, Berlin,
 „ Nize, Berlin.

B. In Schöneberg bei Berlin zur Post gegeben:
 An Frau Mathilde Portier, Paris.

C. Gegenstände, welche in Paketen ohne Aufschrift enthalten gewesen, Postsendungen entfallen oder bei hiesigen Postanstalten aufgefunden worden sind:

Aschtrichter, Bücher, Band, Brillen, Cigarren, Futtermittel, Feilen, Garn, Glühstrümpfe, Geldsäckchen, Kinderschuhe, Kleidungsstücke, Knöpfe, Metalltheile, Musikplatten, Messer, 1 Muff, Portemonnaies, Spahnkörbchen, Seife, Strümpfe, Scheren, Schuhklappen, Schablonen, Stidereien, Schnur, Taschentücher, Unterbetten, Wein, Werkzeugtheile, Zündschnur.

Die unbekannten Eigenthümer der vorbezeichneten Pakete und Gegenstände werden aufgefordert, — spätestens innerhalb 4 Wochen — bei der Ober-Postdirektion schriftlich sich zu melden.

Andernfalls werden die Gegenstände zum Besten der Post-Unterstützungskasse versteigert werden.

Berlin C., den 19. Mai 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

30. Die unter Königlichem Patronate stehende Pfarrstelle zu Raben, Diözese Belgis, kommt durch die Emeritierung des Pfarrers Kühne am 1. Oktober d. J. zur Erledigung. Die Wiederbesetzung der Stelle erfolgt im vorliegenden Falle durch das Kirchenregiment.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

29. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der Wittve Math. Schmitz, Caroline geb. Koss in Mülheim (Ruhr) die Schulverschreibung der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1882

lit. C. Nr. 309737 über 1000 M.

angeblich in Verlust gerathen ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rechtsanwalt und Notar Schonlau in Mülheim (Ruhr) anzuzeigen, widrigen-

falls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftlos-
erklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 17. Mai 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

**Bekanntmachungen der Königl. Direction
der Rentenbank der Provinz Brandenburg.**

Bekanntmachung.

9. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung
vom 21. v. M. heute geschehenen öffentlichen Verloosung
von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind fol-
gende Stücke gezogen worden:

H. 4%ige Rentenbriefe.

Litt. A. zu 3000 M. (1000 Thlr.)

197 Stück und zwar die Nummern:

| | | | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|------|------|------|
| 41 | 63 | 65 | 239 | 458 | 794 | 803 | 890 | 966 | 1045 | 1287 |
| 1319 | 1344 | 1634 | 1711 | 1726 | 1778 | 1827 | 1830 | 1933 | | |
| 2046 | 2508 | 2570 | 2908 | 2971 | 3025 | 3026 | 3173 | 3191 | | |
| 3437 | 3527 | 3694 | 3738 | 3819 | 3888 | 3998 | 4103 | 4301 | | |
| 4302 | 4304 | 4454 | 4732 | 4776 | 4913 | 4991 | 5099 | 5169 | | |
| 5184 | 5334 | 5430 | 5441 | 5551 | 5677 | 5739 | 5799 | 6165 | | |
| 6273 | 6283 | 6356 | 6470 | 6556 | 6632 | 6909 | 7015 | 7073 | | |
| 7113 | 7149 | 7437 | 7530 | 7601 | 7666 | 7673 | 7814 | 7854 | | |
| 7962 | 8056 | 8115 | 8814 | 8731 | 8885 | 8968 | 9234 | 9290 | | |
| 9376 | 9641 | 9690 | 9804 | 9838 | 9841 | 10115 | 10421 | | | |
| 10423 | 10471 | 10534 | 10661 | 10750 | 10754 | 11075 | | | | |
| 11140 | 11174 | 11214 | 11310 | 11346 | 11506 | 11511 | | | | |
| 11610 | 11732 | 11745 | 11780 | 11826 | 11976 | 11977 | | | | |
| 12053 | 12096 | 12269 | 12322 | 12386 | 12487 | 12521 | | | | |
| 12627 | 12669 | 12759 | 12772 | 12883 | 13069 | 13120 | | | | |
| 13200 | 13206 | 13252 | 13352 | 13368 | 13412 | 13422 | | | | |
| 13495 | 13566 | 13645 | 13670 | 13680 | 13769 | 13802 | | | | |
| 13829 | 13923 | 13977 | 14140 | 14270 | 14515 | 14724 | | | | |
| 14876 | 14920 | 15022 | 15164 | 15262 | 15355 | 15444 | | | | |
| 15613 | 15614 | 15816 | 15942 | 15971 | 16222 | 16245 | | | | |
| 16327 | 16361 | 16460 | 16538 | 16614 | 16784 | 16863 | | | | |
| 16895 | 17183 | 17337 | 17399 | 17434 | 17661 | 17774 | | | | |
| 18116 | 18132 | 18156 | 18176 | 18261 | 18292 | 18660 | | | | |
| 18704 | 18720 | 18736 | 18801 | 18851 | 18858 | 18951 | | | | |
| 18952 | 19078 | 19105 | 19144 | 19147 | 19214 | 19347 | | | | |
| 19393 | | | | | | | | | | |

Litt. B. zu 1500 M. (500 Thlr.)

70 Stück und zwar die Nummern:

| | | | | | | | | | | | |
|------|------|------|------|------|------|------|------|------|-----|-----|-----|
| 19 | 55 | 86 | 88 | 275 | 371 | 385 | 500 | 524 | 621 | 652 | 746 |
| 811 | 1025 | 1125 | 1355 | 1507 | 1678 | 1973 | 1983 | 1986 | | | |
| 2032 | 2104 | 2140 | 2554 | 2710 | 3042 | 3048 | 3204 | 3595 | | | |
| 3651 | 3677 | 3801 | 4083 | 4103 | 4194 | 4225 | 4271 | 4390 | | | |
| 4464 | 4483 | 4669 | 4716 | 4946 | 5101 | 5103 | 5449 | 5496 | | | |
| 5609 | 5649 | 5660 | 5705 | 5846 | 5854 | 5907 | 6014 | 6071 | | | |
| 6129 | 6151 | 6215 | 6284 | 6389 | 6446 | 6461 | 6704 | 6926 | | | |
| 6943 | 6961 | 6964 | 7085 | | | | | | | | |

Litt. C. zu 300 M. (100 Thlr.)

278 Stück und zwar die Nummern:

| | | | | | | | | | | |
|------|------|------|------|------|------|------|------|------|-----|------|
| 24 | 207 | 256 | 392 | 405 | 538 | 698 | 706 | 809 | 908 | 1037 |
| 1132 | 1143 | 1151 | 1175 | 1274 | 1445 | 1498 | 1650 | 1719 | | |
| 1770 | 1976 | 2120 | 2261 | 2550 | 2922 | 2986 | 3193 | 3206 | | |
| 3323 | 3365 | 3607 | 4268 | 4325 | 4374 | 4478 | 4919 | 4981 | | |
| 5228 | 5313 | 5326 | 5477 | 5813 | 5912 | 6079 | 6084 | 6112 | | |
| 6180 | 6223 | 6293 | 6692 | 6773 | 7013 | 7074 | 7088 | 7445 | | |

| | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|------|
| 7566 | 7583 | 7610 | 7977 | 8185 | 8406 | 8540 | 8552 | 8570 |
| 8680 | 8697 | 8837 | 8916 | 9032 | 9044 | 9046 | 9091 | 9108 |
| 9166 | 9383 | 9389 | 9622 | 9676 | 10006 | 10042 | 10056 | |
| 10158 | 10172 | 10201 | 10349 | 10382 | 10394 | 10617 | | |
| 10897 | 11132 | 11355 | 11434 | 11551 | 11794 | 11843 | | |
| 11887 | 11902 | 11934 | 11955 | 12027 | 12061 | 12084 | | |
| 12093 | 12124 | 12254 | 12366 | 12542 | 12565 | 12732 | | |
| 12789 | 12967 | 13032 | 13034 | 13077 | 13179 | 13201 | | |
| 13255 | 13256 | 13297 | 13405 | 13589 | 13644 | 13789 | | |
| 13831 | 13833 | 14107 | 14146 | 14348 | 14571 | 14679 | | |
| 14743 | 14762 | 14810 | 14852 | 14873 | 14912 | 15066 | | |
| 15123 | 15156 | 15206 | 15244 | 15245 | 15336 | 15354 | | |
| 15364 | 15464 | 15704 | 15762 | 15793 | 15862 | 15888 | | |
| 15969 | 15973 | 16056 | 16060 | 16085 | 16279 | 16291 | | |
| 16300 | 16372 | 16374 | 16443 | 16551 | 16624 | 16639 | | |
| 16733 | 16767 | 16802 | 17159 | 17287 | 17382 | 17475 | | |
| 17476 | 17543 | 17654 | 17888 | 17978 | 18134 | 18139 | | |
| 18143 | 18146 | 18169 | 18304 | 18474 | 18604 | 18663 | | |
| 18678 | 18781 | 18818 | 18846 | 19246 | 19247 | 19343 | | |
| 19473 | 19543 | 19586 | 19677 | 19764 | 19852 | 19989 | | |
| 20074 | 20126 | 20148 | 20281 | 20320 | 20338 | 20513 | | |
| 20581 | 20585 | 20640 | 20864 | 20900 | 20913 | 21065 | | |
| 21091 | 21211 | 21230 | 21292 | 21574 | 21619 | 21672 | | |
| 21772 | 21866 | 21937 | 21965 | 22161 | 22215 | 22285 | | |
| 22382 | 22518 | 22530 | 22549 | 22574 | 22662 | 22740 | | |
| 22913 | 22928 | 23107 | 23270 | 23422 | 23432 | 23521 | | |
| 23578 | 23590 | 23632 | 23915 | 24027 | 24079 | 24114 | | |
| 24133 | 24137 | 24176 | 24238 | 24337 | 24345 | 24480 | | |
| 24517 | 24740 | 24765 | 24859 | 24907 | 24938 | 24988 | | |
| 25004 | 25060 | 25077 | 25079 | 25114 | 25119 | 25124 | | |
| 25141 | 25692 | | | | | | | |

Litt. D. zu 75 M. (25 Thlr.)

227 Stück und zwar die Nummern:

| | | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|------|------|
| 109 | 205 | 460 | 514 | 701 | 800 | 936 | 986 | 995 | 1096 |
| 1157 | 1348 | 1627 | 1761 | 1899 | 1913 | 2012 | 2075 | 2462 | |
| 2493 | 2934 | 3057 | 3086 | 3144 | 3218 | 3316 | 3446 | 3491 | |
| 4059 | 4073 | 4098 | 4279 | 4387 | 4469 | 4596 | 4851 | 5156 | |
| 5157 | 5231 | 5252 | 5805 | 5328 | 6004 | 6342 | 6384 | 6631 | |
| 7111 | 7159 | 7329 | 7377 | 7397 | 7416 | 7439 | 7593 | 7752 | |
| 7795 | 7898 | 8026 | 8103 | 8129 | 8252 | 8274 | 8524 | 8636 | |
| 8696 | 8823 | 8887 | 8935 | 8958 | 8985 | 9212 | 9274 | 9401 | |
| 9426 | 9523 | 9948 | 10114 | 10264 | 10412 | 10726 | 10798 | | |
| 10865 | 10940 | 11122 | 11217 | 11355 | 11437 | 11875 | | | |
| 11864 | 11966 | 11968 | 11990 | 12033 | 12054 | 12055 | | | |
| 12068 | 12210 | 12520 | 12547 | 12695 | 12831 | 12843 | | | |
| 13046 | 13071 | 13334 | 13443 | 13489 | 13519 | 13533 | | | |
| 13561 | 13679 | 13775 | 13803 | 13809 | 13811 | 13820 | | | |
| 13890 | 13915 | 13994 | 14175 | 14375 | 14402 | 14687 | | | |
| 14937 | 14953 | 15015 | 15181 | 15222 | 15243 | 15427 | | | |
| 15616 | 15659 | 15727 | 15759 | 15802 | 15829 | 15890 | | | |
| 16186 | 16208 | 16256 | 16264 | 16288 | 16373 | 16515 | | | |
| 16534 | 16745 | 16800 | 16960 | 17053 | 17125 | 17151 | | | |
| 17155 | 17318 | 17374 | 17501 | 17602 | 17620 | 17684 | | | |
| 17838 | 18053 | 18090 | 18331 | 18577 | 18653 | 18716 | | | |
| 18767 | 18831 | 18832 | 18841 | 18876 | 18935 | 19051 | | | |
| 19062 | 19085 | 19101 | 19442 | 19174 | 19212 | 19366 | | | |
| 19431 | 19678 | 19841 | 19978 | 20128 | 20287 | 20304 | | | |
| 20316 | 20384 | 20506 | 20823 | 20642 | 20655 | 20696 | | | |

20701 20766 20794 20875 20887 20908 20912
20980 20991 21034 21065 21077 21372 21378
21385 21386 21391 21394 21406 21420 21423
21424 21425 21429 21435 21449 21463 21465
21466 21470 21471 21473 21490 21510.

Litt. E. zu 30 Mt. (10 Tbr.)

3 Stück und zwar die Nummern:

9685 9698 9760.

III. 3 1/2 %ige Rentenbriefe.

Litt. M. zu 1500 M. 1 Stück und zwar die Nummer 12.

Litt. O. zu 75 M. 2 Stück und zwar die Nummern 16 25.

Litt. P. zu 30 M. 1 Stück und zwar die Nummer 19.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. VI. N^o 15 und 16 bezw. Ser. I. N^o 13—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße 76 I., vom 1. Oktober d. Js. ab an den Werktagen von 9—11 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen. Vom 1. Oktober d. Js. ab hört die Verzinsung der ausgelosten Rentenbriefe auf.

Von den früher verloosten Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind die nachstehend genannten Stücke noch nicht zur Einlösung bei der Rentenbank-Kasse vorgelegt worden, obwohl seit deren Fälligkeit 2 Jahre und darüber verflossen sind.

Rückständig sind:

A. 4 %ige Rentenbriefe

1. April 1891. Litt. A. 14628.
C. 8001.

1. Oktober 1891. D. 14410 18221 20513.
B. 2712.

C. 1217 3634 4852 24208.
D. 5652 7316 14237.

1. April 1892. C. 1046 7816.
D. 2503 10215 11035

1. Oktober 1892. 11513 15634.
C. 8513 20212.

D. 763 3802 11480 13606.
1. April 1893. C. 1784 9961 17540 22762.

D. 3639 4659 7199 9310
9348 13451.

1. Oktober 1893. A. 11988.
B. 930.

C. 837 2250 11095 15095.
D. 5481 6191 9061 16739

1. April 1894. 19227.
B. 1608 5721.

C. 2930 7153 7882 10195
14088 18059 18482

19156.
D. 11479 15126 17265.

1. Oktober 1894. A. 3281 9812.
B. 5802.

C. 2524 6523 7888 9870

11577 13123 13591
19902 20813.

D. 922 8426 3835 7142
10167 13885 15183

17021.
1. April 1895. A. 5453.

B. 5314.
C. 1606 2918 3171 13680

17980 18598 18730
21963 21984.

D. 1586 3190 4998 6387
6494 6624 11298 19183.

B. 3 1/2 %ige Rentenbriefe.

2. Januar 1895. Litt. K. 12.

1. April 1895. O. 1.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden wiederholt aufgefordert, den Nennwerth derselben nach Abzug des Betrages der von den mitzuliefernden Coupons etwa fehlenden Stücke bei unserer Kasse in Empfang zu nehmen. Wegen der Verjährung der Rentenbriefe ist die Bestimmung des Gesetzes über Errichtung der Rentenbanken vom 2. März 1850 (§. 44) zu beachten.

Die Einlieferung ausgeloster Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Gelbbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers, und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung. Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 15. Mai 1897.

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Polizei-Verordnung.

betreffend das Befahren der öffentlichen Wege mit aneinander gekoppelten Fuhrwerken.

IS. Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 und des § 142 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird für den Umfang des Kreises Ruppin unter Zustimmung des Kreis-Ausschusses folgende Polizei-Verordnung erlassen:

§ 1. Das Befahren der öffentlichen Wege im Kreise Ruppin mit zwei oder mehreren aneinander gekoppelten Fuhrwerken, welche mit Langholz (Bäume, Laten, Brecher u. s. w.) beladen sind, ist verboten.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafe bis zum Betrage von 30 Mark — im Unvermögensfalle verhältnismäßiger Fess — gegen den Besitzer der Fuhrwerke geahndet, sofern nicht eine andere gesetzliche Strafe verwirkt wird.

Neu-Ruppin, den 18. Mai 1897.

Der Landrath.

18. **Stichweisung**
 der seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Niederbarnim auf Grund des § 2 Nr. 4 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 im 4. Vierteljahre 1896/97 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirkegrenzen.

| N. Nr. | Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke | Bisheriger Gemeinde- bzw. Gutsbezirk | | Künftiger Gutsbezirk | |
|--------|---|---|--|------------------------------|--|
| | | | | | |
| 1 | Kartenblatt N ^o 2 Parzellen N ^o 11 (Gemarkung Friedenthal N ^o 45) in Größe von 75,10 ar u. 27,72 ar | Gutsbezirk des Domainenamts Dranienburg | | Gutsbezirk Friedenthal | |
| 2 | Kartenblatt N ^o 1 Parzellen N ^o 64/49 u. 50 (Gemarkung Königl. Mühlen bei Dranienburg N ^o 117 in Größe von 21,20 ar. | Gutsbezirk des Domainenamts Dranienburg | | Gutsbezirk Friedenthal | |
| 3 | Kartenblatt N ^o 2, Parzellen N ^o 7, 8, 41/6 u. 46/2 in Größe von 7,10 ar, 1,18,50 ha, 94,10 ar u. 4,50 ar. | Gemeindebezirk Viesdorf | | Gutsbezirk Hellersdorf | |
| 4 | Kartenblatt N ^o 7, Parzellen N ^o 76/40 in Größe von 14,59 ar. | Gutsbezirk Dranienburg Forst | | Gemeindebezirk Viesdorf | |
| 5 | Kartenblatt N ^o 2, Parzellen N ^o 77 in Größe von 25 ar. | Gemeindebezirk Viesdorf | | Gutsbezirk Dranienburg Forst | |
| 6 | Kartenblatt N ^o 4 (Gemarkung Liebenthal) Parzellen N ^o | Gutsbezirk Hammer | | Gemeindebezirk Liebenthal | |
| | 1 in Größe von 2,40,00 ha | | | | |
| | 2 " " " 0,97,90 " | | | | |
| | 3 " " " 0,88,40 " | | | | |
| | 4 " " " 0,92,50 " | | | | |
| | 5 " " " 0,94,00 " | | | | |
| | 6 " " " 0,98,30 " | | | | |
| | 7 " " " 0,99,20 " | | | | |
| | 8 " " " 0,73,50 " | | | | |
| | 9 " " " 1,42,40 " | | | | |
| | 10 " " " 1,05,60 " | | | | |
| | 11 " " " 1,00,20 " | | | | |
| | 12 " " " 0,96,00 " | | | | |
| | 13 " " " 0,94,50 " | | | | |
| | 14 " " " 0,44,00 " | | | | |
| | 15 " " " 0,45,40 " | | | | |
| | 16 " " " 0,98,20 " | | | | |
| | 17 " " " 2,21,40 " | | | | |
| | 18 " " " 1,70,30 " | | | | |
| | 19 " " " 1,58,90 " | | | | |
| | 20 " " " 1,55,00 " | | | | |
| | 21 " " " 1,53,40 " | | | | |
| | 22 " " " 1,49,40 " | | | | |
| | 23 " " " 1,47,20 " | | | | |
| | 25 " " " 1,21,40 " | | | | |
| | 26 " " " 0,73,90 " | | | | |
| | 27 " " " 1,12,20 " | | | | |
| | 28 " " " 0,45,90 " | | | | |
| | 29 " " " 0,95,20 " | | | | |
| | 30 " " " 0,57,90 " | | | | |
| | 31 " " " 0,62,40 " | | | | |
| | 32 " " " 0,12,80 " | | | | |
| | 33 " " " 0,69,70 " | | | | |
| | 34 " " " 0,75,30 " | | | | |
| | 35 " " " 0,71,70 " | | | | |
| | 36 " " " 0,22,20 " | | | | |
| | 37 " " " 0,7,40 " | | | | |
| | 38 " " " 0,50,30 " | | | | |
| | 39 " " " 0,14,60 " | | | | |
| | 40 " " " 0,66,20 " | | | | |
| | 42 " " " 1,07,60 " | | | | |

| Fol.
Nr | Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke | Bisheriger
Gemeinde- | künftiger
bez. Gutsbezirk |
|------------|---|-------------------------|------------------------------|
| | 43 in Größe von 0,51,00 ha | | |
| | 44 " " " 0,44,80 " | | |
| | 45 " " " 0,43,40 " | | |
| | 46 " " " 1,78,60 " | | |
| | 47 " " " 1,30,40 " | | |
| | 48 " " " 1,18,10 " | | |
| | 49 " " " 0,48,60 " | | |
| | 50 " " " 0,19,90 " | | |
| | 51 " " " 0,53,30 " | | |
| | 52 " " " 0,10,40 " | | |
| | 53 " " " 0,13,20 " | | |
| | 54 " " " 0,17,70 " | | |
| | 55 " " " 0,19,10 " | | |
| | 56 " " " 0,5,70 " | | |
| | Kartenblatt 5 Parzellen Nr | | |
| | 1 in Größe von 1,65,60 ha | | |
| | 2 " " " 2,24,00 " | | |
| | 3 " " " 1,34,00 " | | |
| | 4 " " " 2,38,50 " | | |
| | 5 " " " 1,43,60 " | | |
| | 6 " " " 1,82,30 " | | |
| | 7 " " " 1,63,00 " | | |
| | 8 " " " 1,72,50 " | | |
| | 9 " " " 1,73,00 " | | |
| | 10 " " " 2,33,40 " | | |
| | 11 " " " 2,49,10 " | | |
| | 12 " " " 1,61,40 " | | |
| | 13 " " " 1,42,90 " | | |
| | 14 " " " 0,54,60 " | | |
| | 15 " " " 0,57,40 " | | |
| | 16 " " " 0,95,30 " | | |
| | 17 " " " 0,00,80 " | | |
| | 18 " " " 0,80,60 " | | |
| | 19 " " " 0,79,70 " | | |
| | 20 " " " 1,35,20 " | | |
| | 21 " " " 0,57,30 " | | |
| | 22 " " " 0,54,90 " | | |
| | 23 " " " 0,54,40 " | | |
| | 24 " " " 1,15,20 " | | |
| | 25 " " " 2,91,40 " | | |
| | 26 " " " 0,36,60 " | | |
| | 27 " " " 1,70,50 " | | |
| | 28 " " " 0,16,00 " | | |
| | 29 " " " 0,17,90 " | | |
| | 30 " " " 0,25,80 " | | |
| | 31 " " " 0,21,80 " | | |
| | 32 " " " 1,85,90 " | | |
| | 33 " " " 1,42,90 " | | |
| | 34 " " " 0,96,80 " | | |
| | 35 " " " 1,51,70 " | | |
| | 36 " " " 0,88,10 " | | |
| | 37 " " " 1,52,90 " | | |
| | 38 " " " 1,97,60 " | | |
| | 39 " " " 2,44,90 " | | |
| | 40 " " " 1,36,30 " | | |
| | 41 " " " 1,44,40 " | | |

| Fl. Nr. | Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke. |
|---------|--|
| 42 | in Größe von 1,76,50 ha |
| 43 | " " " 1,75,40 " |
| 44 | " " " 1,75,60 " |
| 45 | " " " 1,81,80 " |
| 46 | " " " 1,35,90 " |
| 47 | " " " 0,26,90 " |
| 48 | " " " 0,29,40 " |
| 49 | " " " 0,15,30 " |
| 50 | " " " 0,23,90 " |
| 51 | " " " 0,31,20 " |
| 52 | " " " 0,21,30 " |
| 53 | " " " 0,54,40 " |
| 54 | " " " 0,9,60 " |
| 55 | " " " 0,19,30 " |
| 56 | " " " 0,2,60 " |
| 57 | " " " 0,12,00 " |
| 58 | " " " 0,7,30 " |
| 59 | " " " 0,8,10 " |
| 60 | " " " 0,17,60 " |
| 61 | " " " 0,5,00 " |
| 62 | " " " 0,16,40 " |
| 63 | " " " 0,6,60 " |

...nen: 2 Piedertafeln, von
vom Grafen und
...che zu Al-
irche zu
M. zur
desgl.,
entier
zur
M.
ien
ib-
q;
:

7 Kartenblatt Nr 2, Parzellen Nr 169/89 170/89 u. 179/89
in Größe von 10,46 ar, 17,04 ar und 28,58 ar.
Berlin, den 3. Mai 1897.

Gemeindebezirk
Heinersdorf

Gemeindebezirk
Neu-Trebbin

Der Landrath des Kreises Niederbarnim

20. **Nachweisung**
der Seitens des Kreis Ausschusses des Kreises Westpommern auf Grund des § 2 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891
durch Beschluß vom 18. März 1897 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirkegrenzen.

| Fl. Nr. | Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke. | Bisheriger Gemeinde- bezw. Gutsbezirk. | Künftiger Gutsbezirk. |
|---------|---|--|--------------------------|
| 1 | Die dem Maurer Christian Grünwald zu Sargleben gehörige, in der Gemeindefeldmark Sargleben belegene Parzelle, Kartenblatt 1 Nr 520/76 von 5 ar 36 qm Flächeninhalt | Gemeindebezirk Sargleben | Gutsbezirk Seeg |
| 2 | Die dem Bauern Joachim Koch zu Sargleben gehörige, in der Gemeindefeldmark Sargleben belegene Parzelle, Kartenblatt 1 Nr 521/76 von 4 ar 91 qm Flächeninhalt | Gemeindebezirk Sargleben | Gutsbezirk Seeg |
| 3 | Die in der Gemeindefeldmark Sargleben belegenen öffentlichen Gewässer, Kartenblatt 1, zu Parzellennummern 522/76 von 1 ar 20 qm, 523/76 von 53 qm und 524/76 von 1 ar 05 qm Flächeninhalt | Gemeindebezirk Sargleben | Gutsbezirk Seeg |
| 4 | Die der Rittergutsbesitzerin Wittwe Prestien zu Seeg gehörigen, in dem Gutsbezirk Seeg belegenen Parzellen Kartenblatt 1 Nr 63/13 von 1 ar 08 qm, 64/13 von 1 ar 56 qm und 65/13 von 6 ar 67 qm Flächeninhalt | Gutsbezirk Seeg | Gemeindebezirk Sargleben |
| 5 | Die in dem Gutsbezirk Seeg belegenen öffentlichen Gewässer, Kartenblatt 1, zu Parzellennummern 66/13 von 1 ar 53 qm, 67/13 von 32 qm, 68/13 von 59 qm und 69/15 von 4 qm Flächeninhalt | Gutsbezirk Seeg | Gemeindebezirk Sargleben |

Perleberg, den 6. April 1897.

Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses.

Personal-Chronik.

Im Kreise Oberbarnim ist der Gutsbesitzer Drth in Neu Trebbin von Neuem zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 25 Neu-Trebbin ernannt worden.
Im Kreise Angermünde ist der Amtmann Bartels zu Perzig von Neuem zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 20 — Görldorf — ernannt worden.

Der Forstassessor von Sydow ist zum Stellvertreter des Forstamtsanwalts bei dem königlichen Amtsgericht Potsdam für den Forstbezirk Potsdam ernannt worden.

Der mit der Verwaltung der Station Belgig beauftragte gewesene Stationsassistent Herrschaft ist vom 1. Mai d. J. ab zum königlichen Eisenbahn-Stationsvorsteher 2. Klasse ernannt worden.

Der Pfarrer Gottlieb Heinrich Gustav Rungius in Brig ist zum Superintendenten der Diözese Cöln-Land II. ernannt worden.

Der bisherige Hülfsprediger Joh. Paul Dutschke ist zum Pfarrer der Parochie Jaagke, Diözese Wittstock, bestellt worden.

Der Oberlehrer der VII. Realschule Dr. Benno Röttgers ist in gleicher Eigenschaft vom 1. April 1897 ab an der Sophienschule in Berlin angestellt worden.

Der ordentliche Lehrer Heinrich Fischer an der Margarethenschule in Berlin ist als Oberlehrer an dem Luisenstädtischen Realgymnasium ebendasselbst angestellt worden.

Der Schulamtskandidat Dr. Kössler ist als Oberlehrer am Königsstädtischen Realgymnasium in Berlin angestellt worden.

Die Lehrer Reichow, Walter VII., Weist, Genutat, Rückheim, Krüger 29, Neumann XVII., Porawski und Wagener IV. sind als Gemeindegymnasiallehrer in Berlin angestellt.

Der Mittelschullehrer Heinrich von Hörsten in Güterbog ist als 2. Oberlehrer an der höheren Mädchenschule in Neu-Ruppin bestätigt worden.

Der 2. Oberlehrer an der höheren Mädchenschule in Neu-Ruppin Ferdinand Jäckel ist infolge seiner Wahl zum Oberlehrer an der höheren Mädchenschule in Allenstein ausgeschieden.

Geschenke an Kirchen etc.

Bei dem Konsistorium der Provinz ist Anzeige gemacht über folgende Geschenke, welche neuerdings den mit den Diözesen nachbenannten Kirchen u. des Regierungsbezirks Potsdam gespendet wurden.

Angermünde: der Kirche zu Stolpe von einer Freundin der Gemeinde: Altardecke, von Gemeindegliedern: 2 Altarleuchter; von Ungenannt: 90 M.;

Baruth: der Kirche zu Lipe von Frau Rittergutsbesitzer Tegethoff und Frä. Wäsner: Altar- und Taufsteindecke, der Kirche zu Petkus von Frä. Queenstedt und Frä. Keller: 2 Teppiche;

Beelitz: der Kirche zu Wiltenbruch von der Gemeinde: 125 M. zur Beschaffung von Kronleuchtern;

Belzig: der Kirche zu Frebersdorf vom Major Frh. v. Oppen: Altar-, Kanzel-, Taufsteindecke, Altardecke, Altarteppich;

Berlin-Land I.: der Kirche zu Bogelsdorf von der Gemeinde: Kronleuchter und 58,40 M. zur Heizungs-Anlage, von Frau Rittergutsbesitzer Hernald: Altarantependium, der Kirche zu Dahlwitz von Frau Hauptmann v. Blottwitz: 3 Kirchfenster und 1 Teppich, der Kirche zu Lichtenberg von Ungenannt: Altarteppich und Bibel;

Berlin-Land II.: der Kirche zu Schilow von L.-Gemeinde Rosenthal: Orgel, der Kirche zu Heiligensee von der Gemeinde: 598 M. zur Ausschmückung der Kirche;

Bernau: der Kirche zu Bernerschen: von 121 Gemeindegliedern: Altardecke, Altarbibel, Altardecke,

Kanzelpultdecke, Altarteppich, 2 Bouquets, 2 Lichtmanchetten;

Altstadt-Brandenburg: der Kirche zu Plaue vom Lehrer em. Stadler: 400 M. zur Grabpflege;

Neustadt-Brandenburg: der Kirche zu St. Pauli in Brandenburg von Wwe. Gebert: Grundstück nebst Zubehör;

Dom-Brandenburg: der Kirche zu Buzow von Ungenannt: Altarteppich;

Cöln-Land I.: der Kirche zu Klein-Beeren von Ungenannt: Kanzelbibel, der Kirche zu Heinersdorf von Ungenannt: desgl., der Kirche zu Zehlendorf von Frau Dr. Küst: 900 M. zur Grabpflege, der Kirche zu Groß-Beeren von der Gemeinde: 316,80 M. zur Beschaffung von 2 Altar- und Kanzelbekleidungen und 1 Teppich, 2 Altarleuchtern und Kirchfenstern, aus der Kirchenkasse: 900 M. zur Ausschmückung der Kirche, vom Reg.-Rath Dr. Stephan: Kirchfenster;

Cöln-Land II.: der Kirche zu Alt-Glienide von Frau Rittmeister v. Oppen: Teppichläufer, der Kirche zu Schöneberg vom Rentier Müller: 5000 M. zur Grabpflege, der Schloß. zu Cöpenick von Frau Fabrikdirektor Förster: Altardecke, von Frau Miethge: Taufsteindecke, von Frau Rechnungs-Rath Meyer: Decke für Abendmahlsgeräth;

Eberswalde: der Johannis Kirche zu Eberswalde von Frau Wachholz: 1500 M. zur Grabpflege;

Fehrbellin: der Kirche zu Brunne von Frauen der Gemeinde: Kanzel- und Kantorpultbekleidung;

Havelberg-Wilsnack: der Kirche zu Gr.-Leppin von Ungenannt: Abendmahlskanne;

Lindow-Gransee: der Kirche zu Linde von Frä. v. Quaß: Taufstein, der Kirche zu Kraatz von Jungfrauen der Gemeinde: Abendmahlsstuch;

Ludenwalde: der Klosterkirche zu Jinna von Frau Direktor Franke: 1500 M. zur Grabpflege;

Perleberg: der Kirche zu Karstädt vom Rittergutsbesitzer v. Wos-Stavenow: 300 M. zur Anschaffung einer Orgel, der Kirche zu Glöwzin von demselben: Taufstein, von den Bauern J. Hünze, Muls, Zeggel und Müller: Kronleuchter, von den Bauern F. Hünze und Nagel: Taufbecken, von Ww. Zeggel: Taufsteindecke, vom Lehrer Schmidt: Altarbibel, vom Pfarrer Korth: Wandleuchter, von Ungenannt: 2 Fußbecken;

Potsdam I.: der Kirche zu Stolpe vom Geh. Commerzienrath Conrad: Kirchengebäude mit innerer Ausstattung, der Kirche zu Caputh vom Verschönerungsverein 250 M. zum Bau der Kirchhofsmauer, der Friedenskirche zu Potsdam von Frä. Brieger-Luge: 6000 M. für das Königin Elisabethhaus;

Rathenow: der Kirche zu Wagenitz von Freifrau v. Bredow: Kreuzstirn, Altardecke, Altarteppich, von Frä. v. Bredow, Altarlinnen, Corporal, Kelch, Pallium;

Spandau: der Kirche zu Staaken von Frau Bartel: Kanzelbibel, der Kirche zu Belten von der Gemeinde: Renovierung des Thurminnern, 4 Tafeln, vom Maurer-

meister Buchholz: 2 Schornsteine für die Kirche; von Frauen der Gemeinde: 12 Stühle; Straßburg u. M.: der Kirche zu Blumenhagen vom Patron Flügg: Altar- und Kanzelbekleidung, Altarteppich, vom Ortsvorsteher Beng: 2 Vasen mit Strauß, der Kirche zu Gr. Spiegelberg von Fr. v. Winterfeld: Kronleuchter, der Kirche zu Neuen- und von Frau v. Arnim: Altargemälde, Altardecke; Straußberg: der Kirche zu Erkner von R.-Gemeinde Hofenthal: 10000 M. zum Kirchbau; Templin: der Kirche zu Lychen von Ww. Schulz: 300 M. zur Grabpflege, der Kirche zu Rutenberg von Ungenannt: 2 Altarlichte, der Kirche zu Ravensbrück von Frau Fink: 2 Altarlichte; Wittstock: der Kirche zu Zempow von der Gemeinde: Altarteppich, der Kirche zu Zosen vom Tischlermeister Schmidt: Ordensschrein; Briesen a. D.: der Kirche zu Freienwalde vom Amtmann Poppenberg: 1500 M. zur Grabpflege, von Frau v. Lettow: 3000 M. desgl., von Wittwe Haude: 600 M. desgl., der Kirche zu Alt-Fried-

land von Patronin v. Dppen: 2 Liebertafeln, von der Gemeinde: 2 Kronleuchter, vom Grafen und Gräfin Pfeil: 2 Altarleuchter, der Kirche zu Alt-Trebbin von der Gemeinde: Ofen, der Kirche zu Briesen a. D. von Fr. Herter: 1200 M. zur Grabpflege, von Ww. Thunack: 675 M. desgl., von Wwe. Kaspar: 600 M. desgl., vom Rentier Kanede: 600 M. desgl., von demselben: 400 M. zur freien Verfügung, von Wwe. Krumbügel: 1500 M. zur Grabpflege, von Fr. Becker: 150 M. zur freien Verfügung, von Wwe. Göbter: 1500 M. zur Grabpflege, von derselben: 500 M. zur freien Verfügung; 3.ossen: der Kirche zu Mogen von 10 Konfirmanden: Kanzelbibel, der Kirche zu Töpschin von Frau Ziegeleibesser: Kettlig: Bild, der Kirche zu Gr. Schulzendorf von der Gemeinde: 220,10 M. zur Beschaffung einer Altar-, Kanzel-, Taufsteinbekleidung, Altarleuchter, Altarpalla, Liebertafeln, von Frau Sar-meistky: Kronleuchter und Kreuzifix, vom Lehrer: Altarteppich, vom Lehrer Werner: Choralbuch und Orgelspiegel, vom Pfarrer Schmilinsky: Altarbibel.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| 1. | Name und Stand | | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--|--|--|--|---|---|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | | |
| 2. | 3. | | 4. | 5. | 6. | |
| a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | | | | |
| 1 | Nathias Josef Plum-
hans, Tagelöhner, | geboren am 21. Sep-
tember 1862 zu Mem-
bach, Belgien, belgischer
Staatsangehöriger, | Diebstahl und räuberischer
Diebstahl (8 Jahre
Zuchthaus, laut Erkennt-
niß vom 1. April 1889), | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Aachen, | 17. April
1897. | |
| 2 | Samuel Dirnfeld,
Fischhändler, | geboren am 6. August
1835 zu Neutra,
Ungarn, ungarischer
Staatsangehöriger, | wiederholter, theils voll-
endeter, theils versuchter
Diebstahl und Beleidig-
ung (5 Jahre 2 Monate
Zuchthaus, laut Erkennt-
niß vom 23. Februar
1892 und 22. Mai 1894), | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Posen, | 9. Januar
1897. | |
| 3 | Axel August Olsson,
Cigarrenhändler, | geboren am 13. August
1851 zu Lund,
Schweden, | Rupperei (1 Jahr 3 Mo-
nate Gefängniß, laut
Erkenntniß vom 2. Sep-
tember 1895), | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Lüneburg, | 23. April
1897. | |
| b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | | |
| 1 | Wenzel Durbil,
Handarbeiter, | geboren am 2. Februar
1847 zu Gracholusß,
Bezirk Raubniß, Böh-
men, ortsangehörig zu
Raubniß, | Betteln, | Königlich sächsische
Kreisauptmann-
schaft Dauen, | 29. März
1897. | |
| 2 | Elise Eichenberger,
geborene Weber,
Tabakarbeiterin, | geboren am 23. Januar
1861 zu Menziken,
Kanton Aargau,
Schweiz, schweizerische
Staatsangehörige, | gewerbsmäßige Unzucht, | Polizei-Behörde zu
Hamburg, | 24. April
1897. | |
| 3 | Franz Fink,
Schneider, | geboren am 12. No-
vember 1877 zu Kra-
lowitz, Böhmen, orts-
angehörig, ebendasselbst. | Betteln, | Königlich preussischer
Polizei-Präsident zu
Berlin, | 20. März
1897. | |

| Zahl. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-------|--|--|--|---|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 4 | Johann Hubert
van Kempen,
Tagelöhner, | geboren am 17. Februar
1861 zu Echt, Nieder-
lande, niederländischer
Staatsangehöriger, | Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Düsseldorf, | 21. März
1897. |
| 5 | Thomas Kocum,
Tagelöhner, | geboren am 18. De-
zember 1846 zu Wien,
ortsangehörig zu Brha-
vec, Bezirk Klattau,
Böhmen, | Landstreichen, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Passau, | 30. März
1897. |
| 6 | Peter Korneles
Steenvoorst,
Handelsmann, | geboren am 29. April
1868 zu Scherpneuwel,
Belgien, | desgleichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Lüneburg, | 24. April
1897. |
| 7 | Wilhelm Anton Dor,
Zimmermann, | geboren am 3. Novem-
ber 1864 zu Arnheim,
Niederlande, ortsan-
gehörig ebendasselbst, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Münster, | 30. März
1897. |
| 8 | Franz Pelinka,
Tagelöhner, | geboren am 29. De-
zember 1877 zu Nidl,
Bezirk Leitomischl,
Böhmen, ortsange-
hörig zu Michelsdorf,
Bezirk Landskron, eben-
dasselbst, | Landstreichen und Füh-
rung gefälschter Arbeits-
bücher, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Weil-
heim, | 8. Februar
1897. |
| 9 | Anton Peschka,
Arbeiter, | geboren am 6. Januar
1864 zu Hegewald,
Gemeinde Rüdersdorf,
Bezirk Friedland,
Böhmen, ortsange-
hörig zu Neustädtl,
ebendasselbst, | Betteln, | Königlich sächsische
Kreishauptmanns-
schaft Baugen, | 7. April
1897. |
| 10 | August de Rose,
früherer Grenzaufseher, | geboren am 6. Mai
1845 zu Capryle,
Belgien, belgischer
Staatsangehöriger, | Nichtbeschaffung
eines
Unterkommens, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Köln, | 25. April
1897. |
| 11 | Eduard Sachje,
Messger, | 28 Jahre alt, geboren
zu Neustadt, Bezirk
Böhmisch-Leipa, orts-
angehörig zu Groß-
Johr, Bezirk Leit-
meritz, Böhmen, | Betteln, | Großherzoglich badi-
scher Landeskommi-
ssär zu Mannheim, | 28. April
1897. |
| 12 | Johann Bacin,
Glasmacher, | geboren am 6. Februar
1875 zu Neuhütten,
Bezirk Hainitz, Böh-
men, österreichischer
Staatsangehöriger, | Landstreichen und Fäl-
schung von Legitimations-
papieren, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Passau, | 30. März
1897. |

Die durch Beschluß des Königlich preussischen Regierungs-Präsidenten zu Lüneburg vom 25. Februar 1892 verfügte Ausweisung des Heizers Georg Dworzak (Wasschek) aus dem Reichsgebiet ist zurück-
genommen worden.

Hierzu fünf öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bege mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Anzeiger-Verwaltung in Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gadow'schen Druck- u.

M i n n e b l a t t

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 23.

Den 4. Juni

1897.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

Bekanntmachung.

10. Auf Grund des § 63 des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889 (R. G. Bl. S. 97) ist von den Herren Ministern für Handel und Gewerbe, des Innern und der Finanzen im Einverständniß mit dem Herrn Reichsanzler der Königl. Regierungsrath Dr. von Lepell von der Königl. Ministerial-, Militär- und Bau-Kommission für die Dauer seines Hauptamtes in Berlin und unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs zum stellvertretenden Staatskommissar für die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten Berlin und der Provinz Brandenburg, sowie für die Pensionskasse für die Arbeiter der Preussischen Staatsbahnenverwaltung in Berlin bestellt worden.

Potsdam, den 24. Mai 1897.

Der Oberpräsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Genehmigung.

116. Zur Herstellung und zum Betriebe der Verlängerung des in Km.-Station 21,0 der Eisenbahnstrecke Angermünde-Freienwalde a. O. bereits bestehenden Anschlußgleises der Aktiengesellschaft Berliner Holzcomptoir, wird auf Grund des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatananschlußbahnen vom 28. Juli 1892 im Einvernehmen mit der Königl. Eisenbahndirektion Stettin der vorgenannten Gesellschaft, vorbehaltlich der Rechte dritter unter nachstehenden Bedingungen die Genehmigung erteilt:

- 1) das Anschlußgleis ist nach Maßgabe des genehmigten und festgestellten Lageplans auszuführen.
- 2) Die Unternehmerin ist verpflichtet, an den Stellen, an welchen dies erforderlich wird, geeignete Durchlässe anzulegen. Für die Ueberbrückung des Grenzgrabens in Station 2,0 wird die Einlegung eines gußeisernen Rohres von 30 cm lichter Weite vorgeschrieben.
- 3) Unternehmerin ist verpflichtet, das Anschlußgleis in ordnungsmäßigem und betriebsfähigerem Zustande zu erhalten.
- 4) Unternehmerin ist verpflichtet, die Bahnanlage nach den bei Abnahme des Anschlußgleises etwa noch zu treffenden Anordnungen auszuführen.

Potsdam, den 24. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

117. Der Herr Minister des Innern hat mittelst Erlasses vom 13. Mai d. J. dem Verbands der Pferdezüchter in den Holsteinischen Marschen die Genehmigung erteilt, in diesem Jahre wiederum eine öffentliche Verloosung von Pferden, Wagen und anderen Gegenständen zu veranstalten und die Loose — 100 000 Stück zu je 1 Mark — in der ganzen Monarchie zu vertreiben. Die Anzahl der Gewinne beträgt 2000 im Gesamtwerte von 50100 Mark.

Potsdam, den 29. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

118. Der Herr Oberpräsident hat unterm 11. Mai d. J. dem Christlichen Zeitschriftenverein in Berlin die Genehmigung erteilt, am 10. November d. J. eine öffentliche Verloosung von Büchern nach Maßgabe des dargelegten Planes zu veranstalten, gemäß welchem 30000 Loose zu je 0,30 M. in Berlin und der Provinz Brandenburg an Mitglieder, Freunde und Gönner des Vereins ausgegeben und jedes Loos mit einem Gewinne gezogen werden soll.

Zahl und Preis der auszugebenden Loose, das Abzugsgebiet der letzteren, Ort und Zeit der Verloosung, Anzahl und Gesamtwert der Gewinne müssen auf den Loosen angegeben sein.

Potsdam, den 25. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.



119. Nachdem der preussische heraldische Adler, welcher bisher in den Fahnen der Kriegervereine abzubilden war, inzwischen eine etwas andere Form erhalten hat, ist durch Erlass des Herrn Ministers des Innern vom 8. Januar d. J. — I. M. 4308 — angeordnet worden, daß bei Neubeschaffung von Fahnen für Kriegervereine fortan die Eingangs dargestellte neue Form des Adlers als Vorbild dienen soll.

Potsdam, den 26. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

V i e h s e u c h e n .

120.

I. Ausgebrochen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Osthavelland: auf einem Gehöft in Lengke.

b. Milzbrand. Kreis Ostprignitz: bei einer Kuh des Bauern Kuhse in Dreden; das Thier ist verendet. Kreis Niederbarnim: bei einer Kuh des Bauergrundbesizers Wilhelm Schülke in Schönow. Kreis Westhavelland: bei einer Kuh des Bauergrundbesizers Friedrich Kuhlmei in Buschow. Kreis Prenzlau: bei einem Bullen des Bauerhofbesizers Schreiber in Schönwerder.

c. Brustseuche. Kreis Osthavelland: unter den Pferden des Bauergrundbesizers Herzberg in Feldberg.

d. Bläschenauschlag. Kreis Ruppin: bei einem Bullen und fünf Kühen in der Gemeinde Groß-Derschau.

II. Erlöschen:

keine.

Potsdam, den 1. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

Mittheilungen aus der Verwaltung der direkten Steuern im preussischen Staate.

15. Unter obigem Titel werden seit 1876 vom Königlichen Finanzministerium zwanglose Hefte in fortlaufender Nummerfolge herausgegeben. Sie erscheinen in R. von Decker's Verlag G. Schend in Berlin und behandeln getrennt die Gegenstände der Einkommen-, Gewerbe- und Ergänzungssteuer und der Grund- und Gebäudesteuer.

Diese „Mittheilungen“, von denen nach und nach 33 Hefte erschienen waren, kamen bisher nur an amtliche Kreise zur Vertheilung. Nach Anordnung des Herrn Finanzministers werden sie aber fortan auf dem Wege des Buchhandels für Jedermann zu beziehen sein. Die Buchhandlungen sind in den Stand gesetzt, Bestellungen auf alle ferner erscheinenden Hefte in Empfang zu nehmen. Die Einzelpreise richten sich nach dem Umfang der Hefte.

Das soeben erschienene Heft 34 enthält Gegenstände der Einkommensteuer, Ergänzungssteuer, Gewerbesteuer, Kassenfachen, Beamtenangelegenheiten, Gemeindeabgaben und kostet geheftet 1 M. 20 Pf.

Potsdam, den 25. Mai 1897.

Königliche Regierung,

Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten A.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Polizei-Verordnung.

39. Auf Grund des § 143 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195) verordne ich mit Zustimmung des Gemeindevorstandes für den Stadtkreis Berlin, was folgt:

§ 1. Wer in Gemäßheit des § 33 der Reichs-

gewerbeordnung Gastwirthschaft, Schankwirthschaft oder Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus betreibt, muß, wenn er seine Befugnisse gemäß § 45 der Reichsgewerbeordnung durch Stellvertreter ausübt, von der eingetragenen Stellvertretung innerhalb einer Woche dem Polizei-Revier, in dessen Bezirk sein Lokal liegt, unter Angabe des genauen Nationalen des Stellvertreters sowie unter Darlegung des obwaltenden Rechtsverhältnisses Anzeige erstatten.

§ 2. Wer die in § 1 angeordnete Anzeige unterläßt oder verspätet erstattet, wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mark, an deren Stelle im Falle des Unvermögens entsprechende Haft tritt, bestraft.

§ 3. Diese Polizei-Verordnung tritt am 1. Juni 1897 in Kraft. Bezüglich der an diesem Tage bereits bestehenden Stellvertretungen der im § 1 bezeichneten Art ist die Anzeige zur Vermeidung der im § 2 angeordneten Strafe spätestens am 1. Juli d. J. zu erstatten.

Berlin, den 30. April 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

30. Der Fernsprechverkehr mit Westerland ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt 1 Mark. Berlin C., 25. Mai 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Reichsschuldenverwaltung.

Bekanntmachung

wegen Austreibung neuer Zinscheine zu den Schuldverschreibungen der 3 1/2 % igen Reichsanleihe vom Jahre 1887.

Die Zinscheine Reihe II. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der 3 1/2 % igen Deutschen Reichsanleihe von 1887 über die Zinsen für die zehn Jahre vom 1. Juli 1897 bis 30. Juni 1907 nebst den Anweisungen zur Abhebung der folgenden Reihe werden von der königlich preussischen Kontrolle der Staatspapiere hier selbst, Dronienstraße 92/94 unten links, vom 1. Juni d. Js. ab Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Reichsbank-Hauptstellen, die Reichsbankstellen und die mit Kassen-Einrichtung versehenen Reichsbanknebenstellen, sowie durch diejenigen kaiserlichen Oberpostkassen, an deren Sitz eine der vorgedachten Bankanstalten nicht befindet, bezogen werden.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Bevollmächtigten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Zinscheinanweisungen mit einem Verzeichniß zu übergeben, zu welchem Formulare ebenfalls anzufordern sind. Genügt dem Einreicher der Zinschein-

anweisungen eine numerirte Marke als Empfangs-Bescheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. In letzterem Falle erhält der Einreicher das eine Exemplar, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangs-Bescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinscheine durch eine der obengenannten Bankanstalten oder Oberpostkassen beziehen will, hat derselben die Anweisungen mit einem doppelten Verzeichniß einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Ausbändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Ausreichungsstellen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Bankanstalten und Oberpostkassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 25. Mai 1897.

Reichsschuldenverwaltung.

Bekanntmachungen der Königl. Direction der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

10. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 19. v. M. heute geschehenen öffentlichen Verloosung von $3\frac{1}{2}$ procentigen Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Apoints gezogen worden:

Litt. G. zu 1500 Mark 1 Stück und zwar die Nummer 13.

Litt. J. zu 75 Mark 3 Stück und zwar die Nummern: 15 16 54.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. I. Nr. 12—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße Nr. 76 I., vom 1. Juli d. J. ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 1. Juli d. J. ab hört die Verzinsung der ausgelosten Rentenbriefe auf, diese selbst verfahren mit dem Schlusse des Jahres 1907 zum Vortheil der Rentenbank. Die Einlieferung ausgeloster Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post, portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldebetrag auf gleichem Wege übermittelt werde. Die Zusage des Geldes geschieht dann auf Gefahr und

Kosten des Empfängers, und zwar bei Summen bis zu 400 Mark durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 13. Februar 1897.

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

11. Die nachstehende Verhandlung:
Geschehen

Berlin, den 15. Mai 1897.

Auf Grund der §§ 46, 47 und 48 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 und des § 6 des Gesetzes vom 7. Juli 1891, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern, wurden von ausgelosten Rentenbriefen der Provinz Brandenburg, welche nach dem vorgelegten Verzeichnisse gegen Baarzahlung zurückgegeben sind, und zwar:

| | | | | | | | | |
|-----|-------|----------|------|------|----|---|--------|----|
| 175 | Stück | Litt. A. | zu | 3000 | M. | = | 525000 | M. |
| 62 | " | B. | " | 1500 | " | = | 93000 | " |
| 253 | " | C. | " | 300 | " | = | 75900 | " |
| 227 | " | D. | " | 75 | " | = | 17025 | " |
| 2 | " | E. | " | 30 | " | = | 60 | " |
| 1 | " | G. | über | 1500 | " | = | 1500 | " |
| 3 | " | J. | zu | 75 | " | = | 225 | " |
| 3 | " | N. | " | 300 | " | = | 900 | " |
| 1 | " | O. | über | 75 | " | = | 75 | " |
| 1 | " | P. | " | 30 | " | = | 30 | " |

728 Stück über 713715 M.
nebst den dazu gehörigen, im vorgeordneten Verzeichnisse aufgeführten 2314 Coupons und 728 Talons heute in Gegenwart der Unterzeichneten durch Feuer vernichtet.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.
gez. Conrad Toeffling, Rechts- gez. Witte,
anwalt, als amtlich bestellter Vertreter des Notars König. Abgeordneter des Provinzial-Landtags.
gez. Behrens, Rechnungs-Rath, gez. Klose,
Provinzial-Rentmeister. Buchhalter.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 21. Mai 1897.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

12. Die Rentenbank-Kasse, Klosterstraße 76 I. hiersebst, wird:

- 1) die am 1. Juli 1897 fälligen Zinscheine der $3\frac{1}{2}$ %igen Rentenbriefe aller Provinzen schon vom 17. bis einschl. den 24. Juni d. Js. und
- 2) die ausgelosten, am 1. Juli 1897 fälligen $3\frac{1}{2}$ %igen Rentenbriefe aller Provinzen vom 21. bis einschl. den 24. Juni d. Js. einlösen und demnächst vom 1. Juli 1897 ab mit der Einlösung fortfahren.

Berlin, den 25. Mai 1897.

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion zu Berlin.

21. Der Berliner Wollmarkt findet in diesem Jahre am 15., 16. und 17. Juni in der Rinderhalle des städtischen Vieh- und Schlachthofes statt. Für die eisenbahnseitige Beförderung von Wollsendungen nach und von dem Central-Viehhofe wird neben der tarifmäßigen Fracht für diese Station eine Anschlussgebühr von 7,20 M. für jeden beladenen Wagen erhoben. Die Sendungen müssen an die Verwaltung des städtischen Central-Viehhofes oder an Interessenten, denen die Beförderung nach und von dieser Station gestattet ist, gerichtet oder von denselben aufgegeben sein.

Berlin, den 25. Mai 1897.

Königliche Eisenbahndirektion.

Nordostdeutsch-Verlin-Bayerischer Verband.

22. Während der Geltungsdauer des Ausnahmetarifs für Düngemittel und Rohmaterialien zur Kunstdüngerfabrikation vom 1. Mai 1897 finden die Anwendungsbedingungen des Ausnahmetarifs für Düngesack nur auf Sendungen nach dem Zollvereinsauslande Anwendung. Für Sendungen in und nach dem Zollvereinslande gelten die Anwendungsbedingungen des vorbezeichneten Tarifs.

Berlin, den 24. Mai 1897.

Königliche Eisenbahndirektion namens der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Die mit einem jährlichen Gehalt von 600 Mark verbundene Kreisveterärarztstelle des Kreises Kolmar i./P. mit dem Amtswohnsitz in der gleichnamigen Kreisstadt soll zum 1. Juli d. J. anderweitig besetzt werden.

Geeignete Bewerber wollen sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse und eines kurzen Lebenslaufs bis zum **15. Juni d. J.** bei mir melden.

Bromberg, den 26. Mai 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

Die Handhabung der Strompolizei ist auf der Oberstromstrecke von der Reife-Mündung bei Ragdorf bis unterhalb Göritz (Station km 533 bis Station km 605) und auf der Lausiger-Reife von Guben bis zur Einmündung in die Oder bei Ragdorf dem Wasserbauinspektor Sched zu Frankfurt a./O. übertragen worden. Breslau, den 17. Mai 1897.

Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien.

Personal-Chronik.

Der Forstmeister von Böhn in Lehnin ist zum Stellvertreter des Amtsanwalts bei dem Königl.

Amtsgericht in Brandenburg a./H. für den Gerichtstag in Lehnin ernannt worden.

Im Kreise Osthavelland ist der Königl. Oberamtmann d'Alton-Rauch zu Bornim von Neuem zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 23 Bornim ernannt worden.

Die Försterstelle Rehberge in der Oberförsterei Tegel ist vom 1. Juli d. J. ab dem Förster Wenzke zu Dollgow in der Oberförsterei Menz übertragen worden.

Die Försterstelle Woltersdorf in der Oberförsterei Schönwalde ist vom 1. Juli d. J. ab dem Förster Rhode in Brählig in der Oberförsterei Freienwalde übertragen worden.

Die Försterstelle Schmachtenhagen in der Oberförsterei Dranienburg ist vom 1. Juli d. J. ab dem Förster Nolte zu Bismark in der Oberförsterei Liebenwalde übertragen worden.

Die Försterstelle Dollgow in der Oberförsterei Menz ist vom 1. Juli d. J. ab dem Förster Herzbruch zu Prebelow in der Oberförsterei Zechlin übertragen worden.

Die Försterstelle Mertensmühle in der Oberförsterei Woltersdorf ist vom 1. August d. J. ab dem Förster Müller zu Bernow in der Oberförsterei Liebenwalde übertragen worden.

Die Försterstelle Ralksee in der Oberförsterei Rüdersdorf ist vom 1. August d. J. ab dem Förster Scholl zu Mertensmühle in der Oberförsterei Woltersdorf übertragen worden.

Der versorgungsberechtigte Jäger und Forstaufsicherer Gundlach zu Jossen in der Oberförsterei Cummersdorf ist zum Königl. Förster ernannt und es ist ihm die Försterstelle Jossen in der Oberförsterei Cummersdorf vom 1. Juli d. J. ab endgültig übertragen worden.

Der versorgungsberechtigte Jäger und Forstaufsicherer Rosinsky zu Prebelow in der Oberförsterei Zechlin ist zum Königl. Förster ernannt und es ist demselben die Försterstelle Prebelow in der Oberförsterei Zechlin vom 1. Juli d. J. ab endgültig übertragen worden.

Der Präparandenlehrer Porger ist als ordentlicher Seminarlehrer an dem Stadtschullehrer-Seminar zu Berlin angestellt worden.

Der Lehrer Drth ist als Vorschullehrer am Gymnasium in Fürstenwalde a. Spree angestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Goebeler ist als Oberlehrer am Realgymnasium in Charlottenburg angestellt worden.

Die Lehrer Rückert und Lisch sind als Gemeindevorstandeslehrer in Berlin angestellt worden.

Hierzu Fünf Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigiert von der Königl. Regierung in Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gann'schen Erben

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 24.

Den 11. Juni

1897.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 23.) Nr. 2388. Handelsgesetzbuch. Vom 10. Mai 1897.

Nr. 2389. Einführungsgeß zum Handelsgesetzbuche. Vom 10. Mai 1897.

(Stück 24.) Nr. 2390. Gesetz wegen anderweiter Bemessung der Witten- und Waffengelder. Vom 17. Mai 1897.

Gesetzsammlung für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 18.) Nr. 9902. Staatsvertrag zwischen Preußen und Oldenburg wegen Herstellung einer Eisenbahn von Lohne nach Heese (Bramsche) oder einem anderen geeigneten Punkte der Eisenbahn von Danabück nach Quakenbück. Vom 4. Mai 1896.

Nr. 9903. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Euskirchen, Siegburg, Geldern, Akenan, Castellum, Cochem, Sankt Goar, Mayen, Münstermaifeld, Opladen, Grevenbroich, Hermsdorf, Hillesheim, Neuerburg, Prüm, Rhaden, Warweiler und Wittlich. Vom 20. Mai 1897.

Nr. 9904. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Pottenberg und Böhl. Vom 21. Mai 1897.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

1. Auf Grund des § 136 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Ges. S. S. 195) wird hierdurch für den Bereich der Polizeiverordnung, betreffend die Beförderung von feuergefährlichen, nicht zu den Sprengstoffen gehörenden, Gegenständen, sowie von ägenden Stoffen auf der Elbe, vom 28. November 1895 folgende **Polizeiverordnung** erlassen:

§ 1. Unter Aufhebung des dritten Absatzes des § 20 der Polizeiverordnung, betreffend die Beförderung von feuergefährlichen, nicht zu den Sprengstoffen gehörenden Gegenständen, sowie von ägenden Stoffen auf der Elbe vom 28. November 1895 wird hiermit bestimmt:

Gemische von Schwefelsäure und Salpetersäure dürfen nur in luftdicht geschlossenen schmiedeeisernen Gefäßen und nur dann befördert werden, wenn

1) in den Gemischen

a. bei einem Gehalt von 80 % und darüber Schwefelsäure-Monohydrat mindestens auch

1 % Salpetersäure-Monohydrat,

b. bei einem Gehalt von 67 % und darüber Schwefelsäure-Monohydrat mindestens auch

5 % Salpetersäure-Monohydrat, und c. bei einem Gehalt von 62,5 % und darüber Schwefelsäure-Monohydrat mindestens auch 30 % Salpetersäure-Monohydrat enthalten sind.

2) kein Nitroglycerin oder Glycerin vorhanden ist.

Ausgeschlossen von der Beförderung in schmiedeeisernen Gefäßen ist reine Schwefelsäure jedweder Konzentration.

§ 2. Diese Verordnung tritt sofort mit der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. Mai 1897.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Anfang von Remonten pro 1897.

16. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind für dieses Jahr nachstehende Märkte anberaumt worden und zwar:

a. im Regierungsbezirk Potsdam:

| | | |
|-------------------|---------|----------------|
| am 18. Juni Vorm. | 8 Uhr | Paulinenaue, |
| " 19. " | 8 1/2 " | Neußadt a./D., |
| " 21. " | 9 " | Kyritz, |
| " 22. " | 8 " | Buttstedt, |
| " 23. " | 8 " | Prigwitz, |
| " 24. " | 8 " | Meyenburg, |
| " 26. " | 10 " | Lenzen, |
| " 28. " | 10 " | Wiltsdorf, |

b. im Regierungsbezirk Frankfurt a./D.:

| | | |
|-------------------|-------|------------------|
| am 11. Juni Vorm. | 9 Uhr | Oden, |
| " 12. " | 8 " | Driesen, |
| " 14. " | 10 " | Friedeberg H./M. |
| " 15. " | 8 " | Wies a./D. Bahn, |
| " 17. " | 9 " | Müncheberg. |

Die von der Remonte-Ankauf-Kommission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenleger und Klopffänger, sowie Wallache mit ausgeprägter Hengstmanier, welche sich in den ersten zehn bzw. acht und zwanzig Tagen nach Einlieferung in den Depot als solche erweisen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenhändig gehören, oder durch einen nicht legitimierten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue, starke rindeberne Trense mit starkem Gebiß und einer Kopfhalter von Leder oder Haut mit

mindestens zwei Meter langen Striden ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgeführten Pferde feststellen zu können, sind die Verkäufer ersucht, die Schweife der Pferde nicht zu coupiren oder übermäßig zu verkürzen.

Berlin, den 3. März 1897.

Kriegsministerium, Remontierungsabtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Bekanntmachung.

121. Es erscheint nothwendig, der Veranschlagung, Ausschreibung, Verdingung und Buchung des Bedarfs an Portland-Cement bei den der allgemeinen Bauverwaltung obliegenden Bauausführungen, welche jetzt nach verschiedenen Grundsätzen erfolgen, künftighin stets die Gewichtseinheit von — je nach Umständen — 1 kg oder einer Tonne von 1000 kg (t) zu Grunde zu legen. Für die Ermittlung des Nettogewichts bei der Abnahme sind hierbei feste Regeln aufzustellen. Im Anschluß an die „Normen für einheitliche Lieferung und Prüfung von Portland-Cement“ — abgedruckt im Minist. Bl. f. d. i. B. von 1887 Seite 190 ff. und im Centr. Bl. d. B. v. B. von 1887 Seite 309 ff. —, welche im Uebrigen unverändert bleiben, hat der Herr Minister für öffentliche Arbeiten die bezüglichen, künftig maßgebenden Gesichtspunkte in der Anlage zusammenfassen lassen. Potsdam, den 31. Mai 1897.

Der Regierungs-Präsident.

Anweisung

für die Ermittlung des Nettogewichts bei der Abnahme von Portland-Cement.

Bei der Veranschlagung, Verdingung und Abnahme von Portland-Cement ist fortan das Nettogewicht (kg oder t = 1000 kg) zu Grunde zu legen.

Die Verpackung kann in Fässern oder Säcken erfolgen. Auf den Verpackungen müssen Brutto- und Nettogewicht, sowie Firma oder Marke der betreffenden Fabrik deutlich angegeben sein.

Fässer sollen in der Regel die Normalgröße von 180 kg Brutto = etwa 170 kg Netto für ganze, 90 „ „ = „ 83 „ „ halbe, 45 „ „ = „ 40 „ „ viertel Fässer haben. — Doch ist auch die Packung in größeren Fässern von 200 kg Brutto zugelassen.

Zur Feststellung des Nettogewichts einer Lieferung soll wenigstens ein Zehntel der gelieferten Fässer oder Säcke nach beliebiger Auswahl des abnehmenden Beamten genau verwogen werden. Hierbei ist zunächst das Bruttogewicht zu ermitteln, demnachst ist durch Abzug des Gewichts der Verpackungen das Nettogewicht festzustellen. Weicht dieses um weniger als 2% von demjenigen Gewichte ab, welches die Fabrik angegeben hat, so ist das letztere der Abrechnung zu Grunde zu legen. Beträgt die Abweichung nach unten mehr als 2%, so ist der überschüssende Theil für die ganze

Lieferung in Abzug zu bringen. Uebergewicht wird nicht bezahlt.

Für die Ermittlung des Gewichts der Verpackungen ist anzunehmen, daß alle Verpackungen der gleichen Art bzw. bei größeren Lieferungen einer Sendung von gleichem Gewichte sind; doch ist das Einheitsgewicht aus dem Durchschnitt wenigstens des zehnten Theils der Lieferung oder der Einzelsendung festzustellen.

Bekanntmachung.

122. Ich mache auf das von dem Major z. D. J. Scheibert herausgegebene, im Verlage von Hermann Klotow in Berlin SW., Alte Jakobstraße 40/41, binnen Kurzem erscheinende Werk: „Wohlfleiß auszugswise Bearbeitung der militärischen Schriften weiland Kaiser Wilhelms des Großen Majestät“ aufmerksam. Der Preis dieses etwa 200 Seiten umfassenden Buches beträgt 1 M., in elegantem Einband 1,50 M.

Das Werk wird den werthvollsten Theil dieser auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers vom Kriegsministerium herausgegebenen Schriften theils wörtlich, theils auszugsweise wiedergeben.

Verfasser und Verleger beabsichtigen damit den ehemaligen Angehörigen der Armee und allen vaterländisch gesinnten Kreisen Gelegenheit zu geben, eine durch ihren billigen Preis allgemein zugängliche Ausgabe jener Schriften zum eigenen Besitz zu erwerben.

Der Verleger versendet portofreie Ankündigungen und gewährt beim Bezuge des Buches auf je 10 Exemplare ein Freieremplar.

Für die möglichste Verbreitung dieser Bekanntmachung ist durch deren Abdruck in den Kreisblättern u. s. w. zu sorgen.

Potsdam, den 2. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

123. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 17. Mai d. J. der Landgemeinde Schöneberg, Kreis Teltow, die Annahme der Städteordnung vom 31. Mai 1853 zum 1. April 1898 zu gestatten geruht.

Potsdam, den 4. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

124. Der Herr Minister des Innern hat mittelst Erlasses vom 26. Mai d. J. dem Komite für den Bau einer Festhalle für die schlesischen Musikfeste in Görlitz die Erlaubniß erteilt, zur Gewinnung der für jenen Zweck noch erforderlichen Mittel eine öffentliche Auspielung von goldenen, silbernen und anderen Gegenständen zu veranstalten und die Loose in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Schlesien, Posen, Sachsen, Pommern, Brandenburg, Hannover und Schleswig-Holstein, sowie im Stadtkreise Berlin zu vertreiben.

Es werden 185000 Loose ausgegeben und 17347 in zwei Klassen vertheilte Gewinne und 1 Prämie im Gesamtwerthe von 732000 M. gezogen werden.

Potsdam, den 5. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

126. **Nachweisung**
des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5 % Aufschlag im Monat Mai 1897
in den Hauptmarkttorten des Regierungs-Bezirks Potsdam.

| Laufende Nummer | Es
losten
je 50
Kilogramm | Brandenburg
für
Kreis
Stettin-
Storkow | | Brandenburg
für
Kreis
West-
havelland. | | Land-
walde
für
Kreis
Süd-
havelland. | | Berlin
für
Kreis
West-
Prignitz. | | Pots-
dam
für
Kreis
Pots-
dam
und
Kreis
Rath-
enow. | | Pren-
zlau
für
Kreis
Pren-
zlau
und
Templin. | | Neu-
Ruppin
für
Kreis
Ruppin. | | Schwedt
für
Kreis
Anger-
münde. | | Prignitz
für
Kreis
Prignitz. | | Bemerkungen. |
|-----------------|------------------------------------|--|-----|--|-----|--|-----|--|-----|--|-----|---|-----|---|-----|---|-----|---------------------------------------|-----|---|
| | | M. | Pl. | M. | Pl. | M. | Pl. | M. | Pl. | M. | Pl. | M. | Pl. | M. | Pl. | M. | Pl. | M. | Pl. | |
| 1 | Hafer | 7 56 | | 7 23 | | 7 57 | | 6 83 | | 7 85 | | — | | 6 84 | | 7 06 | | 6 56 | | Für die Kreise Niederbar-
nim, Oberbarnim, Ost-
havelland u. Teltow, sowie
für die Stadt Spandau
gilt Berlin als Haupt-
markttort. |
| 2 | Gerste | 3 41 | | 2 63 | | 2 63 | | 2 89 | | 3 23 | | 3 68 | | 2 73 | | 2 61 | | 2 63 | | |
| 3 | Rübsenstroh | 1 84 | | 1 95 | | 2 10 | | 1 89 | | 2 54 | | 3 15 | | 2 10 | | 2 81 | | 2 10 | | |

Potsdam, den 8. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

126. Nach § 11 Abs. I. der Anweisung, betreffend die Genehmigung und Untersuchung der Dampfkessel vom 15. März 1897 (Beilage zu Stück 14 des Amtsblatts), haben die Stellen, bei denen die Anträge auf Ertheilung der Genehmigung zur Anlage von Dampfkesseln anzubringen sind, die Vorlagen einer Prüfung (Vorprüfung) zu unterziehen. Bezüglich dieser Vorprüfung, welche sich nicht nur auf die Vollständigkeit und richtige Ausführung der Vorlagen zu beschränken, sondern auch darauf zu erstrecken hat, ob das Projekt den bestehenden Bestimmungen und den anerkannten Regeln der Technik und Wissenschaft entspricht, hat der Herr Minister für Handel und Gewerbe unter dem 25. März und 18. Mai d. J. folgende Bestimmungen erlassen:

- 1) Die Lage der Feuerzüge zum niedrigsten Wasserstande muß den Vorschriften des § 2 der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen über die Anlage von Dampfkesseln (Bekanntmachung des Reichsanwalters vom 5. August 1890 R. G. Bl. S. 163 ff.) entsprechen. Bei Kesseln mit geringer Wasseroberfläche sind die Feuerzüge in einem größeren Abstände als 10 cm unterhalb des niedrigsten Wasserstandes anzuordnen.
- 2) Die Ausrüstung der Dampfkessel muß den Vorschriften des Abschnitts II. der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen über die Anlage von Dampfkesseln entsprechen. Die als Speisevorrichtungen zu verwendenden Handpumpen müssen von einem Manne bedient werden können. Bei Anlagen, bei denen das Produkt aus der wasserbespülten Heizfläche in Quadratmetern und der höchsten Dampfspannung in Atmosphären Ueberdruck größer als 100 ist, sind künftig Handpumpen nur ausnahmsweise zuzulassen (z. B. bei beweglichen Kesseln).

Die Wasserstandsrichtungen müssen im Ge-

sichtskreise des Kesselwärters liegen. Bei hochgelegenen Wasserständen ist ihre Bedienung durch Treppen und Bühnen mit Handkeisten zu erleichtern. Die zweite Vorrichtung zur Erkennung des Wasserstandes kann ebenfalls ein Wasserstandsglas sein.

Auf die Hochlegung der Speiserohrmündung bis nahe unter den niedrigsten Wasserstand ist thunlichst hinzuwirken.

- 3) Für die Aufstellung der Kessel sind im Allgemeinen die Vorschriften des Abschnitts IV. der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen über die Anlage von Dampfkesseln maßgebend.

Trockenkammern, die von Menschen betreten werden, sind über Dampfkesseln, die für mehr als sechs Atmosphären Ueberdruck bestimmt sind, und über solchen, bei denen das Produkt aus der feuerbeheizten Heizfläche in Quadratmetern und der Dampfspannung in Atmosphären Ueberdruck mehr als 30 beträgt, nicht zulässig. Andere ständige Trockenvorrichtungen können mit besonderer Genehmigung, jedoch unter solchen Bedingungen, die eine Gefährdung des Kesselbetriebs und von Menschen möglichst ausschließen, zugelassen werden.

Ballendecken sind als feste anzusehen, wenn außer den Dachträgern besondere durch die Dachkonstruktion nicht bedingte Balken oder Träger über dem Kessel eingehaut werden sollen, oder die zwischen den Dachträgern befindlichen Räume durch feste Bohlendecken, Gewölbe oder dergleichen geschlossen werden. Leichtere Verschalungen der Dachflächen sind zulässig.

Das Kesselmauerwerk soll — auch gegen den Kamin und gegen Nachbarkessel — frei stehen. Eine leichte Abdeckung der Zwischenräume ist gestattet. Der Fuchs darf mit dem Mauerwerk der Außenwände in Verbindung stehen.

Die Vorschrift des letzten Absatzes tritt erst mit dem 1. Januar 1898 in Geltung und findet auf solche eingemauerte Dampfkessel keine Anwendung,

die nicht mit äußeren seitlichen befahrbaren Feuerzügen versehen sind.

- 4) Es ist zu prüfen, ob das Innere und die Feuerzüge des Kessels zur Reinigung und Untersuchung in genügender Weise zugänglich sind. Reinigungs- und Einfahröffnungen sind in erforderlicher Zahl und Größe vorzusehen. Mannlöcher müssen bei neuen Kesseln eine Weite von 30 × 40 cm, Einfahröffnungen im Mauerwerk von 45 × 45 cm haben. Die Feuerzüge sind thunlichst so anzuordnen, daß sie von einem Erwachsenen befahren werden können.

Die Auflagerung der Kessel muß eine sichere sein. Bei größerer freitragender Länge müssen Unterfügungen des Kessels angeordnet werden. Wo Kessel einen Seitendruck auf das Mauerwerk ausüben, ist dieses zu verankern.

- 5) Die Kesselwandungen und sonstigen Konstruktions-theile der Kessel müssen der beantragten Dampfspannung entsprechend bemessen werden.

Die Beanspruchung des Materials darf unter Zugrundelegung einer fünffachen Sicherheit das durchschnittliche Erfahrungsmaß nicht überschreiten. Werden Festigkeiten vorausgesetzt, die dieses Maß überschreiten, so hat der Antragsteller durch das Zeugniß eines Sachverständigen nachzuweisen, daß die verwendeten Materialien die vorausgesetzte Festigkeit in der That besitzen.

Flammrohre müssen mit geeigneten Verstärkungsringen versehen sein, falls nicht die Quernähte bereits wirksame Versteifungen bilden. Nur bei verhältnismäßig geringer Länge und Weite der Flammrohre genügen einfache Ueberlappungsnahte.

Mannlöcher müssen mit Verstärkungsringen versehen und ebene Kesselwandungen genügend verankert werden. Den Verstärkungsringen der Mannlöcher sind auch Umbörlungen und geeignete Versteifungen gleich zu achten.

Die Vorschriften der letzten drei Absätze treten erst mit dem 1. Januar 1898 in Geltung.

- 6) Die Größe der Heizfläche ist auf der Feuerseite zu berechnen. Unter der **wasserberührten** Heizfläche ist derjenige Theil der Heizfläche zu verstehen, der einerseits von den Heizgasen, andererseits vom Wasser bespült wird. Unter der **feuerberührten** Heizfläche ist künftig stets die Gesamtheizfläche des Kessels zu verstehen, ohne Rücksicht darauf, ob die Wandungen auf der der Feuerseite abgewendeten Fläche vom Wasser oder vom Dampf bespült werden.

- 7) Bei der Prüfung des Projekts in bau-, feuer- und gesundheitspolizeilicher Hinsicht sind die Bestimmungen der Baupolizeiordnung besonders zu berücksichtigen. Etwaige statistische Berechnungen (§ 10 Abs. IV. Ziffer 5 der Anweisung) sind nachzuprüfen. Der Heizerkand muß genügendes Licht erhalten, die Thüren des Kesselhauses müssen nach Außen aufschlagen, auch müssen die zum Schutze

der Arbeiter erforderlichen Maßnahmen vorgesehen werden.

Glaubt der Kesselsprüfer, daß seine Sachkunde zu einzelnen Prüfungen nicht hinreicht, so hat er von diesem Theile der Untersuchung abzusehen und der Beschlußbehörde zur Veranlassung des Weiteren entsprechende Mittheilung zu machen.

Im Uebrigen ist zu bemerken, daß bestehende Anlagen, deren Einzelkessel nicht durch Zwischenräume von einander getrennt sind, durch die Vorschriften unter 3 Abs. 4 auch dann nicht getroffen werden, wenn der Kessel an Stelle alter eingewechselt werden oder die Disposition und Konstruktion des vorhandenen Dampfesselgebäudes bei Vergrößerung der Kesselzahl die Anordnung der Zwischenräume unthunlich erscheinen läßt.

Die Prüfungsbeamten sind ermächtigt, von der Vorschrift unter 2 Abs. 2 über die Wasserstandvorrichtungen Ausnahmen zu gestatten, wenn die Anordnung in einzelnen Fällen (wie z. B. bei fahrbaren Kränen u. s. w.) besondere Schwierigkeiten bereiten würde.

Potsdam und Berlin, den 4. Juni 1897.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

Genehmigung.

127. Zur Inbetriebnahme der von dem Bahnhof nach der Stadt Zückerbog führenden Straßenbahn wird hierdurch vorbehaltlich der Rechte Dritter und den der Genehmigung vom 27. April v. J. — Amtsblatt 1896 Seite 355 ff. — zu Grunde gelegten Bedingungen die endgültige Genehmigung erteilt.

Potsdam, den 3. Juni 1897.

(L. S.)

Der Regierungspräsident.

In Vertretung:

gez. von Speßhardt.

128. der von der Lungenseuche betroffenen Sperrgebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Mader auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Uebereinkommens vom 6. Dezember 1891 sowie Ziffer 5 des Schlussprotokolls zu unterzagen ist.

Ausgegeben: im Kaiserlichen Gesundheitsamt zu Berlin am 22. Mai 1897.

A. Oesterreich:

frei.

M. Ungarn:

Die Komitate Arva, Nyitra (Nentra) und Pozsony (Preßburg).

Potsdam, den 3. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

B i e h s e u c h e n.

129. I. Ausgebrochen:

a. Milzbrand. Kreis Templin: bei einer 1/2-jährigen Zuchtsärse in Fürstena. Kreis Prenzlau: bei einer Kuh des Dominiums Göritz. Kreis Niederbarnim: bei einer Kuh des Pächters Pawlitz in Bernow.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Nieder-

Varum: unter dem Rindviehbestande des Gastwirths Bollmann in Rassenheide.

III. Erlöschen:

Lungenseuche: auf dem Rittergute und in der Ortschaft Dredow des Kreises Osthavelland.

Potsdam, den 8. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizeipräsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

40. Auf Grund des § 15 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 ist von Landespolizeiwegen vorläufig festgestellt worden, daß Parzellen von den folgenden Grundstücken:

Röthenerstraße 11 — Band 30 Nr. 1946 Umgeb.

— Eigentümer Kaufmann Julius Fagowik,

Röthenerstraße 12 — Band 29 Nr. 1888 Umgeb.

— Eigentümer Buchbinder Friedrich Krüger,

Röthenerstraße 13 — Band 29 Nr. 1853 Umgeb.

— Eigentümer Rentier Ludwig Krebs,

Röthenerstraße 14 — Band 29 Nr. 1854 Umgeb.

— Eigentümer Kaufmann Isidor Herrmann,

Röthenerstraße 15 — Band 29 Nr. 1855 Umgeb.

— Eigentümer Schlächtermeister Johann Joseph Hellmann,

Röthenerstraße 16 — Band 29 Nr. 1856 Umgeb.

— Eigentümerin Frau Agathe Cécile Hennings,

geb. Baser,

Röthenerstraße 17 — Band 29 Nr. 1857 Umgeb.

— Eigentümer Fabrikant Adolf Buchilowsky,

Röthenerstraße 18 — Band 29 Nr. 1858 Umgeb.

— Eigentümer Landwirth Wilhelm Wegener,

Röthenerstraße 19 — Band 29 Nr. 1859 Umgeb.

— Eigentümer Kaufmann Eduard Wilhelm Müller,

Röthenerstraße 20 — Band 29 Nr. 1860 Umgeb.

— Eigentümer Weber und Mannsche Erben,

Röthenerstraße 21 — Band 29 Nr. 1861 Umgeb.

— Eigentümer Dr. med. und Professor Joseph Meyer,

Röthenerstraße 22 — Band 29 Nr. 1862 Umgeb.

— Eigentümer Bildhauer Albert Kreischmer,

Röthenerstraße 23 und 24 — Band 29 Nr. 1863 Umgeb.

— Eigentümerin Fräulein Mathilde Eleonore Margarethe Marggraf,

Röthenerstraße 25 — Band 29 Nr. 1865 Umgeb.

— Eigentümer Bademeister a. D. August Otto,

Röthenerstraße 26 — Band 29 Nr. 1868 Umgeb.

— Eigentümer Mechaniker Friedrich Wilhelm August Schädel.

Grundstückflächen darstellen, hinsichtlich deren der Firma Siemens & Halske hierseits zwecks Baues und Betriebes einer elektrischen Hochbahn in Berlin von der Barzhauerstraße bis zum Nollendorf-Platz mit Abzweigung nach dem Potsdamer Bahnhofe durch die Allerhöchste Kabinettsordre vom 23. August 1895 das

Enteignungsrecht zur Entziehung und zur dauernden Beschränkung des für die Anlage in Anspruch zu nehmenden Grundeigenthums verliehen worden ist.

Der vorläufig festgestellte Plan wird monatelang in Gemäßheit der §§ 18 ff. a. a. D. vom Dienstag am 15. Juni bis Dienstag am 29. Juni d. J. einschließlich in der Registratur der I. Abtheilung des Königl. Polizeipräsidenten im Polizei-Dienstgebäude am Alexanderplatz Eingang IV. 2 Treppen Zimmer 389 zu Jedermanns Einsicht ausliegen.

Einwendungen gegen diesen Plan sind bis zum Ablaufe der bestimmten Frist bei der I. Abtheilung des Königl. Polizeipräsidenten schriftlich einzureichen.

Berlin, den 3. Juni 1897.

Der Polizeipräsident von Berlin.

Bekanntmachungen des Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

31. Der Fernsprechoverkehr mit Marienfeld ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt eine Mark.

Berlin C., 2. Juni 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,

Geheimer Ober-Postrath Griesbach.

Bekanntmachungen des Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

32. Bei der Postagentur in Staaken wird am 5. Juni der Telegraphenbetrieb eröffnet werden.

Potsdam, den 1. Juni 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,

Gürtler.

Bekanntmachungen des Königl. Consistoriums der Provinz Brandenburg.

31. Die unter privatem Patronate stehende Pfarrstelle zu Krähne, Diözese Neustadt-Brandenburg, kommt durch die Emeritierung des Pfarrers Schinkel am 16. October d. J. zur Erledigung.

Bekanntmachungen des Königl. Provinzial-Schul-Collegiums.

Bekanntmachung.

4. Die Aufnahme-Prüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Prenzlau wird am 8. und 9. September d. J. abgehalten werden. Die Anmeldungen sind bis zum 18. August d. J. an den Herrn Seminar-Direktor Dr. Schneider einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfiegers berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer des Seminarstudiums gewähren werde, mit der Bescheinigung der Kreisbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge.

Berlin, den 28. Mai 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Bekanntmachung.

5. Die zweite Lehrerprüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Dramenburg wird vom **25. ten October d. J.** an abgehalten werden. Die Anmeldungen nur solcher Lehrer, die im Regierungsbezirk Potsdam im Lehramt stehen, sind bis zum **27. September d. J.** durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) das Original-Prüfungsgewinn über die bestandene erste Prüfung, 2) ein Zeugnis des Lokal-Schulinspektors, 3) eine von dem Examinanden selbstständig gefertigte Ausarbeitung über ein von ihm selbst gewähltes Thema mit Angabe der dazu benutzten Quellen, 4) eine Probezeichnung und 5) eine Probefchrift. Der Examinand hat die Versicherung abzugeben, daß er die drei Arbeiten selbstständig angefertigt und zu dem pädagogischen Aufsatz keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt habe. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Lehrer am Tage vor Beginn der schriftlichen Prüfung dem Herrn Seminardirektor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 28. Mai 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

6. Die Entlassungs-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Dramenburg wird vom **1. September d. J.** an abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden auch nicht im Seminar gebildete Schulanwärter, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind bis zum **4. August d. J.** schriftlich an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugnis eines zur Führung eines Dienstfiegers berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine Probefchrift mit deutschen und lateinischen Pettern und 6) eine Probezeichnung; beide mit der Versicherung, daß sie der Einsender selbstständig angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Schulanwärter am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminardirektor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 28. Mai 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

30. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß angeblich dem Lehrer Louis Häußler in Apolda die Schuldverschreibungen der konsolidirten 3 1/2 %igen Staatsanleihe von 1887, 1888 Litt. E. Nr. 114569, 114570 und 117956 über je 300 Mark wahrscheinlich bei Gelegenheit eines Umzuges von Stadtfulda nach Apolda in Verhau gerathen sind. Es werden diejenigen,

welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Bank- und Agentur-Gesellschaft Leutloff in Apolda anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 31. Mai 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

31. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Maschinenisten August Schwiede in Tempelhof bei Berlin, Garnison-Lazareth 2 wohnhaft, die Schuldverschreibungen der konsolidirten 3 1/2 %igen Staatsanleihe von 1887, 1888

Lit. E. Nr. 134070 über 300 M.

angeblich abhanden gekommen ist.

Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Maschinenisten Schwiede anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 31. Mai 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

32. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß die dem Heldberg'schen Stiftes in Ipehoe gehörigen Schuldverschreibungen der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe

A. von 1876/79 Lit. D. Nr. 36084 über 500 M.,

B. von 1882 Lit. D. Nr. 316210 über 500 M.,

C. von 1885 Lit. B. Nr. 419987 bis 419989

über je 2000 M.,

J. Nr. 44096/7

über je 3000 M.

angeblich abhanden gekommen sind. Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der Administration des Heldberg'schen Stiftes in Ipehoe anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 31. Mai 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirection zu Stuttgart.

Bekanntmachung.

9. Am 15. Juni d. J. tritt zu dem ab 1. Mai 1897 gültigen Tarif für Sommerarten nach Ostbadeorten der Nachtrag I. in Kraft. Letzterer enthält außer Berichtigungen des Haupttarifs neue Sommer-

lgem nach Lohne mit wachsender Bästigkeit über Sa-
gard oder Sagnis Hasen. Die Presse der Sommer-
ferien von Berlin Stettiner Bahnhof nach Lohne über
Sagard (Fuchtwort) und Zinnort über
Zülow, Wolgast, sowie von Frankfurt a. O. nach Zinn-
ort über Zülow, Wolgast erhöhen sich vom 1. August
d. J. ab um 0,20 M.

Stettin, den 5. Juni 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion
namens der beteiligten Eisenbahnverwaltungen, Schiffs-
und Fuhrunternehmer.

Personal-Chronik.

Im Kreise Westpommern ist der Bauergutsbesitzer
Nagel zu Rarstätt an Stelle des Rittergutsbesitzers
Lehen zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 15
— Stavenow — ernannt worden.

Die Militärantenwärter Holz und Goede sind zu
Regierungssupernumerären ernannt worden.

Der Baueffizient des Ingenieurbaufachs Arthur
Fährndrich ist zum Regierungsbauführer ernannt und
als solcher vereidigt worden.

Der Baueffizient des Hochbaufachs Ernst
Hartung ist zum Regierungsbauführer ernannt und
vereidigt worden.

Die Försterstelle Erftner in der Oberförsterei Epen-
pen ist vom 1. Oktober d. J. ab dem Förster Berg
zu Senfenthal in der Oberförsterei Chorin übertragen
worden.

Der versorgungsberechtigte Jäger, Forstausseher
Rütznitz zu Teufelssee in der Oberförsterei Grun-
wald ist zum königlichen Förster ernannt und demselben
die Försterstelle Rattebride in der Oberförsterei Neuen-
dorf vom 1. Juli d. J. ab übertragen worden.

Die interimistische Verwaltung der Försterstelle
Stieglin in der Oberförsterei Menz ist vom 1. Juli
d. J. ab dem Forstausseher Nitzke zu Leuenberger Wiesen
in der Oberförsterei Eberswalde übertragen worden.

Der versorgungsberechtigte Jäger, Forstausseher
Lust zu Dobbrilow in der Oberförsterei Woltersdorf
ist zum königlichen Förster ernannt und demselben die
Försterstelle Bernöwe in der Oberförsterei Liekenwalde
vom 1. August d. J. ab übertragen worden.

Die Waldwärtersstelle Dobbrilow in der Ober-
försterei Woltersdorf ist vom 1. August d. J. ab dem
Forstausseher Wille zu Hohenjaathen in der Ober-
försterei Freienwalde übertragen worden.

Der bisherige Predigtamts-Kandidat Gotth. Bernh.
Endw. Kummel ist zum Pfarrer der Pfarodie Ruhz,
Diözese Prenzlan I., bestellt worden.

Dem ordentlichen Lehrer an der Dorotheenschule zu
Berlin Dr. Ferdinand Otto ist der Oberlehrertitel ver-
liehen worden.

Der Berliner Gemeindefchullehrer Julius Eusebius
Schmidt ist als Zeichenlehrer an der 12. Realschule
in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Schwaffer, Preppernau,
Ziesenis, Kießling, Runze, Calix, Duffe, Tag,
Stegemann, Schäpler, Adam H., Hennig,
Coulon und Heyer II. sind als Gemeindefchul-
lehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen: Bedmann VI., Franke II.,
Grumwald, Desterheld, Pape, Röder, Staake,
Boesfel geborene Groehling sind als Gemeindefchul-
lehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Der Oberlehrer Dr. Emil Grube an der Sophien-
schule Berlin ist als Direktor an dieser Schule angestellt
worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiser-
lichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats Mai 1897 sind:

ernannt: zum Postkassirer: der Ober-Postdirektions-
sekretär Schulze, zum Ober-Postassistenten: der Post-
verwalter Sobad aus Tempelhof, zu Postverwaltern:
die Ober-Postassistenten Kofin in Mariensfelde bei
Berlin und Schmolke in Lichtenberg bei Berlin;
angestellt: als Postassistent: der Postanwärter Wilhelm
Braun;

versetzt: von Berlin: die Postsekretäre Eichhorn nach
Dars-Salaam und Ernesti nach Posen, nach Berlin:
die Postsekretäre Nitz von Thann (Esl.), Schmund
von Dars-Salaam, Zwirner von Glauchau, die
Ober-Postassistenten Clemens von Holzminde,
Klembt von Essen (Ruhr), der Postverwalter Ei-
mann von Lichtenberg bei Berlin nach Tempelhof;
in den Ruhestand getreten: der Postsekretär
Wilhelm Alte;

gestorben: Ober-Postrath Schulze, Ober-Postrath
a. D. Wenzel, Telegraphensekretär a. D. von
Köneritz, Ober-Postassistent Friedrich Wilhelm
Schulze.

Personal-Veränderungen im Bezirk der
Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam.

Stetsmäßig angestellt sind die Postassistenten
Bierwagen in Spandau und Menge in Ludenwalde
als Postassistenten.

Ernannt sind der Ober-Postdirektionssekretär
Ebler in Potsdam zum Postkassirer, die Postassistenten
Grambow in Wittenberge (Bez. Potsdam) und Henkel
in Brandenburg (Havel) zu Ober-Postassistenten.

Zunächst probeweise übertragen ist dem
Postsekretär Liebow in Brandenburg (Havel) eine Ober-
Postsekretärstelle bei dem Postamt I. in Dortmund.

Versetzt sind die Postmeister Held von Stras-
burg (Udemark) nach Friedrichshagen und Wolff-
gramm von Saalfeld (Ostpreußen) nach Strassburg
(Udemark), der Postassistent Lange von Züerbog nach
Groß-Lichterfelde I (Anh. Bahn), die Postverwalter Frie-
drich von Greiffenberg (Udemark) nach Tegel und
Dumzaff von Tegel nach Berlin.

In den Ruhestand tritt der Postverwalter
Volger in Lindow (Mark).

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Ausweisung | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
der
Ausweisung |
|---|-------------------------------------|--|----------------------------|--|----------------------------|
| | des Ausgewiesenen | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1. | Otto Bornemann,
Arbeiter, | geboren am 6. März 1852 zu Betscheln,
Kanton Jürich, Schweiz, | | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Königsberg, | 30. April
1897. |
| 2. | Josef Finger,
Arbeiter, | geboren am 10. Juli 1848 zu Kronstadt,
Bezirk Kositniz, Böh-
men, ortsangehörig
ebenda selbst, | | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 1. Mai
1897. |
| 3. | Friedrich Jedlicka,
Bürogehilfe, | geboren am 9. April 1858 zu Böhmisches
Leipa, österreichischer
Staatsangehöriger, | | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Frankfurt a. L., | 1. April
1897. |
| 4. | Manasse Kessler,
Kellner, | geboren am 27. Sept. 1876 zu
Kischeneu, Gouverne-
ment Bessarabien, Ruß-
land, russischer Staats-
angehöriger, | | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Posen, | 4. Mai
1897. |
| 5. | Josef Lang,
Handarbeiter, | geboren am 14. April 1865 zu Graz, Strier-
markt, ortsangehörig
zu Dobruvitz, Böhmen, | | Königlich sächsischer
Kreishauptmann-
schaft Dresden, | 10. April
1897. |
| 6. | Emil Lier,
Dienstknecht, | geboren am 8. März 1864 zu Maine, Kreis Landstetten,
Nollheim, Nieder-
Ebnat, französischer
Staatsangehöriger, | | Präsident des Reichs-
präsident zu Straß-
burg i. E., | 6. Mai
1897. |
| 7. | Philipp Prinz,
Müller, | geboren im Jahre 1822 zu Landstetten und Betscheln,
zu Betscheln, Bezirk
Herowitz, Böhmen,
österreichischer Staats-
angehöriger, | | Königlich bayerisches
Bezirksamt Freising. | 26. April
1897. |
| 8. | Ferdinand Bor-
burger, Kommiss, | geboren am 18. Nov. 1873 zu St. Gallen, Schweiz,
Murgarten, Kanton
St. Gallen, Schweiz,
ortsangehörig ebenda
selbst, | | Königlich bayerische
Polizei-Direktion
München, | 20. April
1897. |

Die durch Beschluß der Königlich bayerischen Polizei-Direktion München vom 24. März 1893 verfügte Ausweisung des Fabrikarbeiters Johann Stadlauer aus dem Reichsgebiete ist zurückgenommen worden.

Hierzu Sechs Öffentliche Anzeigen.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Zeichenschilder werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Abdruck von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hagen'schen Erben.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 25.

Den 18. Juni

1897.

Reichs-Gesetzblatt.

- (Stück 25.) **Nr 2391.** Verordnung, betreffend die Ausdehnung der §§ 135 bis 139 und des § 139b. der Gewerbeordnung auf die Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion. Vom 31. Mai 1897.
- Nr 2392.** Bekanntmachung, betreffend die dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügte Liste. Vom 29. Mai 1897.

Gesetz-Sammlung für die Königl. Preussischen Staaten.

- (Stück 19.) **Nr 9905.** Verordnung, betreffend die Einführung des Gesetzes, betreffend das Dienstverhältnis der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen, vom 3. März 1897 (Gesetz-Samml. S. 25) in die Stollbergischen Grafschaften. Vom 12. Mai 1897.
- (Stück 20.) **Nr 9906.** Gesetz, betreffend die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für das Jahr vom 1. April 1897/98. Vom 31. Mai 1897.
- (Stück 21.) **Nr 9907.** Gesetz, betreffend die Regelung der Richtergehälter. Vom 31. Mai 1897.
- Nr 9908.** Verfügung des Justizministers wegen Aufhebung der Hypothekendämter zu Cöln, Cöln-Denz und Simmern. Vom 25. Mai 1897.
- Nr 9909.** Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirks des Amtsgerichts Münden. Vom 31. Mai 1897.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

17. Die im Jahre 1897 zu Berlin abzuhaltende **Prüfung für Vorsteher an Taubstumm-Anstalten** wird am **15. September** beginnen. Meldungen zu derselben sind an den Unterrichtsminister zu richten und bis zum **10. August d. J.** bei demjenigen Königl. Provinzial-Schulkollegium bezw. bei derjenigen Königl. Regierung, in deren Aufsichtsbereich der Bewerber im Taubstumm- oder Volksschuldienste angestellt oder beschäftigt ist, unter Einreichung der im § 5 der Prüfungsordnung vom 11. Juni 1881 bezeichneten Schriftstücke anzubringen. Bewerber, welche nicht an einer Anstalt in Preußen thätig sind, können ihre Meldung bei Führung des Nachweises, daß solche mit Zustimmung ihrer Vorgesetzten bezw. ihrer Landesbehörde erfolgt, bis zum **15. August d. J.** unmittelbar an mich richten.

Berlin, den 21. Mai 1897.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungspräsidenten.

Bekanntmachung.

130. Der Herr Minister des Innern hat durch Erlass vom 25. Mai d. J. dem unter dem Protektorate Seiner Hoheit des Herzogs Ernst Günther zu Schleswig-Holstein stehenden Komitee zur Errichtung eines Denkmals für Theodor Storm in Husum die Genehmigung erteilt, zur Einsendung von Beiträgen für den genannten Zweck Aufrufe zu verbreiten und Beiträge entgegen zu nehmen.

Potsdam, den 12. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

131. Die in der Amtsblattbekanntmachung vom 26. November 1895 für den Kreis Angermünde und in der vom 6. Januar 1896 für den Kreis Ruppin angeordneten Schutzmaßregeln gegen die Maul- und Klauenseuche werden aufgehoben.

Potsdam, den 14. Juni 1897.

Der Regierungs-Präsident.

S i e h e u.

132. I. Ausgebrochen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Prenz-lau: unter dem Rindviehbestande der Wwe. Behm in Rlinkow. Kreis Schavelland: auf einem Gehöft des Gutes Markau.

b. Milzbrand. Kreis Beeskow-Storkow: bei einem Ochsen des Rittergutsbesizers Scherz in Cummerow.

c. Bläschenauschlag. Kreis Beeskow-Storkow: bei einem Bullen und einer Kuh des Lehngutsbesizers Treue in Streganz.

d. Tollwuth. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: am 13. Mai ist auf dem Gehöft des Altküfers Gumlich in Dehna der Hund eines in Langenlippsdorf wohnhaften Handelsmannes wegen Verdacht der Tollwuth erschossen worden. Da die Obduction diesen Verdacht bestätigte, ist über die Ortschaften Bochow, Langenlippsdorf, Körbelitz und Dennemitz eine dreimonatliche Sperre verhängt worden.

II. Erloschen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Ruppin: unter dem Rindviehbestande des Rittergutes Karwe.

b. Bläschenauschlag. Kreis Ostprignitz: bei einem Bullen des Bauern Heller in Schönermark.

Potsdam, den 15. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

| Laufende Nummer | Namen der Städte | I. A. Getreide. | | | | I. B. Uebrige Markt. | | | | | | | | | | | | | | |
|---|------------------|-----------------|--------|--------|-------|---------------------------|----------------------|--------|----------|-------|----------|--------|----------|-------|------|----------------|----------------|----------|-----------------|------|
| | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Hälsenfrüchte. | | | Erdnüsse | Stroh | | Sonst. | Fleisch. | | | | | | | |
| | | | | | | Erbsen (gelbe) zum Kochen | Speisebohnen (weiße) | Linsen | | Rind- | Schwein- | | Schaf- | Rind- | | im Kleinhandel | von der Stelle | vom Band | | |
| | | | | | | | | | | | | | | Rind- | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | Rind- | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | Rind- | | | | | | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | Es je 1 | |
| Mr. Pf. Mr. Pf. Mr. Pf. Mr. Pf. Mr. Pf. Mr. Pf. Mr. Pf. Mr. Pf. Mr. Pf. Mr. Pf. Mr. Pf. Mr. Pf. Mr. Pf. Mr. Pf. Mr. Pf. Mr. Pf. Mr. Pf. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | Mr. Pf. Mr. Pf. | |
| 1 | Angermünde | 15 45 | 11 59 | 12 68 | 13 02 | 25 | — | 27 | — | 33 | — | 4 | — | 5 75 | 4 25 | 5 50 | 115 | — | 1 30 | 1 20 |
| 2 | Beeskow | — | 11 10 | — | 14 30 | 22 50 | 27 50 | 45 | — | 3 70 | 3 25 | — | — | 6 50 | 95 | — | — | — | 1 20 | 1 |
| 3 | Brandenburg | 15 42 | 11 53 | 11 16 | 13 32 | 21 | — | 24 | — | 32 50 | 4 22 | 3 46 | — | 4 75 | 84 | — | — | — | 1 40 | 1 10 |
| 4 | Dahme | 15 88 | 11 30 | 12 14 | 14 | — | 24 | 30 | — | 35 | — | 4 | — | 3 50 | 2 | — | — | — | 1 20 | 1 |
| 5 | Eberswalde | 15 85 | 11 62 | 12 78 | 13 24 | 21 | — | 25 | — | 27 | — | 4 | — | 4 44 | — | 5 22 | 96 | — | 1 30 | 1 20 |
| 6 | Havelberg | 15 60 | 11 50 | 13 17 | 13 83 | 27 | — | 33 | — | 34 | — | 3 86 | 3 | — | — | 4 31 | 105 | — | 1 20 | 1 |
| 7 | Jüterbog | — | — | — | — | — | 24 | 24 | — | 25 | — | 3 87 | 3 94 | — | — | 5 56 | 100 | — | 1 40 | 1 20 |
| 8 | Kudenwalde | 14 44 | 11 37 | 12 86 | 13 91 | 35 | — | 35 | — | 45 | — | 4 20 | 3 92 | — | — | 4 75 | 116 | — | 1 20 | 1 20 |
| 9 | Perleberg | 15 36 | 11 06 | 11 | 12 72 | 20 | — | 27 | — | 28 50 | — | 4 75 | 3 55 | — | — | 5 25 | 130 | — | 1 40 | 1 20 |
| 10 | Potsdam | — | 12 | 14 50 | 14 42 | — | — | — | — | — | — | 4 46 | 4 59 | — | — | 5 52 | 108 | — | 1 45 | 1 30 |
| 11 | Prenzlau | — | — | — | — | 21 50 | 24 50 | 36 | — | — | — | 4 75 | 5 50 | 2 25 | 6 | — | 95 | — | 1 30 | 95 |
| 12 | Prigwall | 15 83 | 10 92 | 14 38 | 11 88 | 14 50 | 24 | 30 | — | — | — | 3 80 | 3 75 | 2 75 | 4 75 | — | — | — | 1 40 | 1 20 |
| 13 | Rathenow | 14 95 | 11 50 | 12 50 | 13 25 | 25 50 | 27 | 37 56 | — | — | — | 4 27 | 3 42 | — | — | 4 50 | 100 | — | 1 30 | 1 15 |
| 14 | Neu-Muppin | — | — | — | 12 94 | 35 | — | 35 | — | 45 | — | 3 91 | 4 | — | — | 5 20 | 106 | — | 1 35 | 1 15 |
| 15 | Schwedt | 15 84 | 11 82 | 14 27 | 13 44 | 26 66 | 31 25 | 37 50 | — | 4 76 | 4 98 | — | — | 5 36 | 110 | — | — | — | 1 30 | 1 |
| 16 | Spandau | 16 | 11 80 | 11 50 | 13 25 | 24 | — | 32 50 | 33 | — | — | 5 25 | 3 88 | 3 50 | 6 50 | 113 | — | — | 1 50 | 1 20 |
| 17 | Strausberg | 15 72 | 12 18 | 12 26 | 13 44 | 23 60 | 32 10 | 38 20 | — | 4 | — | 4 | — | 2 50 | 5 | — | 90 | — | 1 50 | 1 10 |
| 18 | Teltow | — | 12 17 | 14 50 | 13 83 | 30 | — | 35 | — | 42 50 | — | 5 50 | 4 25 | 2 | — | 5 50 | 110 | — | 1 55 | 1 10 |
| 19 | Templin | 16 42 | 11 75 | 14 75 | 14 25 | 21 | — | 30 | — | 40 | — | 5 | — | 4 | — | 5 | 100 | — | 1 20 | 1 |
| 20 | Treuenbriegen | 14 70 | 11 25 | 12 25 | 12 50 | — | — | — | — | — | — | 4 | — | 3 | — | — | — | — | 1 40 | 1 20 |
| 21 | Wittstock | — | 11 48 | — | 12 75 | — | — | — | — | — | — | 3 80 | — | — | — | 95 | — | — | 1 05 | 85 |
| 22 | Wriezen a. D. | 15 13 | 11 38 | — | 12 75 | 22 50 | 24 | 25 | — | 4 | — | 4 50 | 3 50 | 7 | — | 100 | — | — | 1 30 | 1 20 |
| Durchschnitt | | 15 51 | 11 54 | 12 92 | 13 35 | — | — | — | — | — | — | 4 28 | 4 08 | — | — | 5 34 | 103 15 | — | — | — |

Potsdam, den 11. Juni 1897.

Potsdam, den 11. Juni 1897.

Bekanntmachung.

134. Der Konsul der Republica Mayor de Centro America Herr Schönlanf in Berlin hat für die Dauer seiner demnächstigen Abwesenheit von Berlin Herrn Franz Sieber zu seinem Vertreter in der Wahrnehmung der Konsularinteressen des genannten Freistaats bestellt. Potsdam, den 11. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

16. Die Kaffengeschäfte für die am 1. Juli d. J. aus Theilen der Oberförstereien Menz und Zechlin neu einzurichtende Oberförsterei Zechlinerhütte mit dem Amte des Oberförsters in Rheinstorf ist dem Verwalter der Forstkasse in Zechlin übertragen.

Potsdam, den 10. Juni 1897.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen
des Reichs-Postamts.

Postanweisungen nach überseeischen Ländern.

3. Von jetzt ab sind Postanweisungen bis zu 10 Pfund Sterling nach Basutoland, der Nigerküste, Kuda (Britisch-Nord-Borneo) und Panama (Columbien) durch Vermittelung der Britischen Postverwaltung zulässig. Ueber die Bedingungen ertheilen die Postanstalten Auskunft.

Berlin W., 7. Juni 1897.

Reichs-Postamt, I. Abteilung.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen
Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

33. Der Fernsprechverkehr mit Büdaburg und mit Trachenberg (Schlesien) ist eröffnet worden. Die Ge-

Preise im Monat Mai 1897.

Die Tariffäge geben die betheiligten Dienst-

Juní 1897.

liche Eisenbahndirektion.

onal: Chronif.

Bestätigen haben mittelst Allerhöchsten
1897 geruht, den Regierungs-
rath zum Stellvertreter des
Bezirksausschusses hierselbst
am Orte des Bezirks-

**Ziegeleibesitzer Nitsche
des Amtsbezirks 22**

e sind der Ge-
b der Kammer-
eim zu Amts-
5 — bezm.

stobesiger
Amtes=
Leffen.

or
r

| waaren. | | | | | | II. Padenpreise zu r. v. v. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|-----------|-------|----------|-----------------------------------|----------|------|--------------------------------------|--------|----------|-------|-----------------|------------|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|
| Fleisch. | | | Veränderter Speck
(bleibiger). | Esbutter | Eier | Mehl zur
Speisebe-
reitung aus | | Gersten- | | Buchweizengröße | Quarkgröße | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Schmelze. | Fals. | Lammels. | | | | Belgen | Koggen | Orange | Größe | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| loset | | | | | | Es kostet je 1 R. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Kilogramm | | | | | | 1 Schf.
60 St. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 105. | 125 | 115 | 160 | 230 | 320 | 30 | 25 | 45 | 30 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 | 45 | 40 |

Der Regierungspräsident.

büß für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt im Verkehr mit beiden Orten eine Mark.

Berlin C., den 8. Juni 1897.

Kaiserlich Deutsche Postdirektion.

34. Im Publikum ist vielfach die irrige Ansicht verbreitet, daß Postsendungen mit dem Vermerk „Durch Eilboten zu bestellen“ oder „Durch besonderen Boten zu bestellen“ nicht allein bei der Bestellung am Bestimmungs-
 or~~t~~te, sondern auch während der **Beförderung** einen Vorrang vor den anderen Sendungen genießen, daß also z. B. durch Eilboten zu bestellende Pakete unter Um-
 ständen auch mit **Schnellsügen**, welche sonst nur den Briefverkehr vermitteln, befördert würden.

Der oben erwähnte Vermerk erstreckt sich jedoch lediglich auf die **Bestellung** der betreffenden Gen-

dungen, also wird ein durch besonderen Voten zu be-
stellendes Paket („Eilpaket“) bis zum Bestimmungsort
mit den gewöhnlichen Paketzügen befördert.

Eine beschleunigte Uebermittlung findet nur statt hinsichtlich der als **dringend** ausgelieferten Päcktsendungen, und zwar gegen eine besondere Gebühr von 1 Mk. für das Stück.

Berlin C., 10. Juni 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector,
Hebeime Ober-Postrath Griesbach.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen
Ober-Postdirektion zu Potsdam.
Bekanntmachung.**

33. In Werder (Havel) wird am 11. Juni für die Zeit der diesjährigen Kirschen- und Beerenernte in dem Hause des Gastwirths Fendel unweit des Bahn-

hofs eine Zweigpostanstalt mit Telegraphenbetrieb in Wirksamkeit treten.

Diese dem Postamte in Werder zugetheilte Dienststelle hat sich mit dem Verkauf von Postwertzeichen, der Annahme gewöhnlicher Brief- und Paketsendungen, sowie mit der Annahme und Bestellung von Telegrammen zu befassen; sie erhält ihre Postverbindungen durch die zwischen Werder Stadt und Bahnhof verkehrende, zur Postbeförderung bereits benutzte Straßenbahn.

Potsdam, den 8. Juni 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor Gürtler.
Bekanntmachung.

36. Bei den Postagenturen in Bögrow, Marwis und Schwante wird am 17. Juni der Telegraphenbetrieb eröffnet werden.

Potsdam, 11. Juni 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor Gürtler.
**Bekanntmachungen des Königlichen
Provinzial-Schul-Kollegiums.**

Bekanntmachung.

7. Die Rektorats-Prüfung wird hier am **9ten und 10. November d. J.** und wenn die Zahl der Meldungen es erforderlich macht, auch noch am **14ten und 15. Dezember d. J.** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind an uns bis zum **31. August 1897** einzureichen und zwar von den im Amte stehenden Lehrern durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren, und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und das augenblickliche Amtsverhältniß des Kandidaten angegeben ist, 2) die Zeugnisse über die empfangene Schul- oder Universitätsbildung und über die bisher abgelegten Prüfungen, 3) ein amtliches Führungsattest, 4) Angabe, ob Examinand die absolute (auf Grund einer für zwei fremde Sprachen abzulegenden Prüfung) oder nur die beschränkte Befähigung für ein Rektorat an einer bestimmten Schule, zu dem er von den Besetzungsberechtigten bereits in Aussicht genommen ist, zu erlangen wünscht. **Der festgesetzte Anmeldetermin ist genau einzuhalten.**

Berlin, den 5. Juni 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

8. Die Prüfung für ein Lehramt an Mittelschulen wird hier vom **2. bis 6. November d. J.** und wenn die Zahl der Meldungen es erforderlich macht, auch noch vom **7. bis 11. Dezember d. J.** abgehalten werden. Die Anmeldungen mit der bestimmten Angabe, in welchen Fächern der Kandidat (cfr. Allgemeine Bestimmungen vom 15. Oktober 1872 § 12) die Befähigung als Lehrer an Mittelschulen und höheren Mädchenschulen zu erlangen wünscht, sind an uns bis zum **31. August d. J.** von den im Amte stehenden Lehrern durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren einzureichen und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefügter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter und

das augenblickliche Amtsverhältniß des Kandidaten angegeben ist, 2) das Zeugniß über die bisher empfangene Schul- oder Universitätsbildung und über die bisher abgelegten Prüfungen, 3) ein amtliches Führungsattest. Diejenigen, welche noch kein öffentliches Amt bekleiden, haben noch einzureichen: 4) ein von einem zur Führung eines Dienstiegels berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. **Der festgesetzte Anmeldetermin ist pünktlich einzuhalten.**

Berlin, den 5. Juni 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.
**Bekanntmachungen der Königlichen
Hauptverwaltung der Staatsschulden.**

Bekanntmachung.

6. Die am 1. Juli 1897 fälligen Zinsscheine der **Preussischen Staatsschulden** werden bei der Staatsschulden-Tilgungskasse — W. Taubenstraße Nr. 29 hieselbst —, bei der Reichsbank-Hauptkasse, den Regierungshauptkassen, den Kreiskassen und den übrigen mit der Einlösung betrauten Kassen und Reichsbankanstalten vom **21. d. Mts. ab** eingelöst. Auch werden die am 1. Juli 1897 fälligen Zinsscheine der von uns verwalteten Eisenbahn-Anleihen, mit Ausnahme der nachstehend besonders erwähnten Schuldgattungen, bei den vorbezeichneten, sowie bei den auf diesen Zinsscheinen vermerkten Zahlstellen vom **21. d. Mts. ab** eingelöst.

Die Zinsscheine der nach unserer Bekanntmachung vom 16. März 1896 vom 1. April 1896 ab in unsere Verwaltung gekommenen Anleihen der Saal- und der Werra-Eisenbahn-Gesellschaft werden auch in Zukunft nur bei den bisherigen Einlösungsstellen eingelöst.

Die Zinsscheine sind nach den einzelnen Schuldgattungen und Werthabschnitten geordnet den Einlösungsstellen mit einem Verzeichniß vorzulegen, welches die **Stückzahl** und den **Betrag** für jeden Werthabschnitt angiebt, aufgerechnet ist und des Einliefernden Namen und Wohnung ersichtlich macht.

Wegen Zahlung der am 1. Juli fälligen Zinsen für die in das **Staatsschuldbuch** eingetragenen Forderungen bemerken wir, daß die **Zufendung** dieser Zinsen mittels der **Post**, sowie ihre **Entschrift** auf den Reichsbank-Girokonten der Empfangsberechtigten zwischen dem **17. Juni und 8. Juli** erfolgt, die **Baarzahlung** aber bei der **Staatsschulden-Tilgungskasse** am **17. Juni**, bei den **Regierungshauptkassen** am **24. Juni** und bei den sonstigen außerhalb Berlins damit betrauten Kassen am **26. Juni** beginnt.

Die Staatsschulden-Tilgungskasse ist für die **Zinszahlungen** werktäglich von 9 bis 1 Uhr mit **Ausschluß** des vorletzten Werktages in jedem Monat, am letzten Werktage des Monats aber von 11 bis 1 Uhr geöffnet.

Die **Inhaber Preussischer Konsols** machen wir wiederholt auf die durch uns veröffentlichten „**Amthlichen Nachrichten über das Preussische Staatsschuldbuch**“ auf-

merklich, deren 6. Ausgabe durch jede Buchhandlung für 40 Pf. oder von dem Verleger J. Suttentag in Berlin durch die Post frei für 45 Pf. zu beziehen ist.

Berlin, den 4. Juni 1897.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

33. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgegesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem praktischen Arzt Dr. Drewes in Berlin N., Chausseestraße 108, die Schulverschreibungen

a. der konsolidirten 4% igen Staatsanleihe von 1876/79 Lit. F. N° 35756 über 200 M.

h. der konsolidirten 3½% igen Staatsanleihe von 1889 Lit. F. N° 93712 über 200 M.

angeblich in Verlust gerathen sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Herrn Dr. Drewes anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 12. Juni 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Direction der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

13. Denjenigen Grundbesitzern, welche die an die Rentenbank zu entrichtenden Renten zum 31. März d. J. durch Kapitalzahlung abgelöst haben, wird hierdurch bekannt gemacht, daß wir die gemäß § 27 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 ausfertigten Entlastungsquittungen den betreffenden Kreis-Kassen zugestellt haben, um sie den zuständigen Amtsgerichten zur Löschung der Rentenschuld im Grundbuche zuzustellen.

Berlin, den 28. Mai 1897.

Königliche Direction .

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirection zu Stettin.

Eröffnung der Haltestelle Guten-Germendorf für den Güterverkehr.

10. Am 20. Juni d. J. wird die zwischen Gransee und Löwenberg i. d. M. der Strecke Berlin-Stralsund gelegene Haltestelle Guten-Germendorf, welche bisher nur dem Personen-Verkehr diente, auch für die Abfertigung von Reisegepäck, Stückgut, Wagenladungen, Leichen und lebenden Thieren eröffnet. Die Abfertigung von Fahrzeugen und Sprengstoffen ist ausgeschlossen.

Mit demselben Tage wird die Haltestelle Guten-Germendorf in die Tarife für die Gruppen- und Gruppenwechselverkehre der Preussischen Staatseisenbahnen sowie in den Wechselverkehr mit der Oldenburgischen Staatsbahn und in den Staatsbahn-Viehtarif aufgenommen.

Ueber die Tariffäge geben die betheiligten Dienststellen Auskunft.

Stettin, im Juni 1897.

Königliche Eisenbahndirection.

Personal-Chronik.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 9. Juni 1897 geruht, den Regierungsrath Joachimi in Potsdam zum Stellvertreter des Regierungs-Präsidenten im Bezirksausschusse hieselbst auf die Dauer seines Hauptamtes am Sitz des Bezirksausschusses zu ernennen.

Im Kreise Templin ist der Ziegeleibesiger Nitsche in Huttenberg zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 22 — Lychn — ernannt worden.

Im Kreise Züternbog-Luckenwalde sind der Gemeindevorsteher Serno in Bochow und der Kammergutsbesitzer Kessler in Reinsdorf von Neuem zu Amtsvorstehern der Amtsbezirke Bochow — 5 — bezw. Gräfsdorf — 6 — ernannt worden.

Im Kreise Westhavelland ist der Rittergutsbesitzer Edgar Graf von Bredow-Klessen zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 3 — Klessen — ernannt worden.

Im Kreise Angermünde ist der Administrator Richter zu Dobberzin zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 10 — Neu-Künkendorf — ernannt worden.

Dem Polizeisekretair a. D. Calgan in Lehnin ist die Verwaltung der Unterforstasse für das Forstrevier Lehnin vom 1. d. M. ab übertragen.

Dem Forstauffseher Rothkahl in Woltersdorf der Oberförsterei gleichen Namens ist unter Ernennung zum Königlichen Förster die Försterstelle Bismark in der Oberförsterei Liebenwalde vom 1. Juli d. J. ab übertragen worden.

Dem Forstauffseher Wurl in Forst-Joachimsthal der Oberförsterei Grimnitz ist unter Ernennung zum Königlichen Förster die Försterstelle Bralitz in der Oberförsterei Freienwalde vom 1. Juli d. J. ab übertragen worden.

Der bisherige Pastor in Liebau, Provinz Schlesien, Georg Gotth. Dsm. Scholz ist zum Pfarrer der Pfarodie Fahrland, Diözese Potsdam II., bestellt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Johannes Gustav Julius Oskar Roever ist zum dritten Pfarrer an der Lazaruskirche in Berlin, Diözese Berlin I., bestellt worden.

Der bisherige Predigamtscandidat Joh. Feinr. Wilh. Bartels ist zum Pfarrer der Pfarodie Königsberg, Diözese Bittstock, bestellt worden.

Der Hülfslehrer an der Königlichen Blindenanstalt in Steglitz Hünze ist als ordentlicher Lehrer an dieser Anstalt angestellt worden.

Der wissenschaftliche Hülfslehrer am Prinz Heinrichs-Gymnasium in Schöneberg Klehr ist als Königlicher Oberlehrer an der genannten Anstalt angestellt worden.

Der Schulamtscandidat Dr. Röhr ist als Ober-

die nicht mit äußeren seitlichen befahrten Feuerzügen versehen sind.

- 4) Es ist zu prüfen, ob das Innere und die Feuerzüge des Kessels zur Reinigung und Untersuchung in genügender Weise zugänglich sind. Reinigungs- und Einfahröffnungen sind in erforderlicher Zahl und Größe vorzusehen. Mannlöcher müssen bei neuen Kesseln eine Weite von 30 X 40 cm, Einfahröffnungen im Mauerwerk von 45 X 45 cm haben. Die Feuerzüge sind thunlichst so anzuordnen, daß sie von einem Erwachsenen befahren werden können.

Die Auflagerung der Kessel muß eine sichere sein. Bei größerer freitragender Länge müssen Unterstüßungen des Kessels angeordnet werden. Wo Kessel einen Seitendruck auf das Mauerwerk ausüben, ist dieses zu verankern.

- 5) Die Kesselwandungen und sonstigen Konstruktions-theile der Kessel müssen der beantragten Dampfs-pannung entsprechend bemessen werden.

Die Beanspruchung des Materials darf unter Zugrundelegung einer künftigen Sicherheit das durchschnittliche Erfahrungsmaß nicht überschreiten. Werden Festigkeiten vorausgesetzt, die dieses Maß überschreiten, so hat der Antragsteller durch das Zeugniß eines Sachverständigen nachzuweisen, daß die verwendeten Materialien die vorausgesetzte Festigkeit in der That besitzen.

Klammrohre müssen mit geeigneten Verstärkungsringen versehen sein, falls nicht die Quernähte bereits wirksame Verstärkungen bilden. Nur bei verhältnismäßig geringer Länge und Weite der Klammrohre genügen einfache Ueberslappungsnahte. Mannlöcher müssen mit Verstärkungsringen versehen und ebene Kesselwandungen genügend verankert werden. Den Verstärkungsringen der Mannlöcher sind auch Umbörlungen und geeignete Verstärkungen gleich zu achten.

Die Vorschriften der letzten drei Absätze treten erst mit dem 1. Januar 1898 in Geltung.

- 6) Die Größe der Heizfläche ist auf der Feuerseite zu berechnen. Unter der **wasserberührten** Heizfläche ist derjenige Theil der Heizfläche zu verstehen, der einerseits von den Heizgasen, andererseits vom Wasser bespült wird. Unter der **feuerberührten** Heizfläche ist künftig stets die Gesamtheizfläche des Kessels zu verstehen, ohne Rücksicht darauf, ob die Wandungen auf der der Feuerseite abgewendeten Fläche vom Wasser oder vom Dampf bespült werden.

- 7) Bei der Prüfung des Projekts in bau-, feuer- und gesundheitspolizeilicher Hinsicht sind die Bestimmungen der Baupolizeiordnung besonders zu berücksichtigen. Etwaige statistische Berechnungen (§ 10 Abs. IV. Ziffer 5 der Anweisung) sind nachzuprüfen. Der Heizstand muß genügendes Licht erhalten, die Thüren des Kesselhauses müssen nach Außen aufschlagen, auch müssen die zum Schutze

der Arbeiter erforderlichen Maßnahmen vorgesehen werden.

Glaubt der Kesselsprüfer, daß seine Sachkunde zu einzelnen Prüfungen nicht hinreicht, so hat er von diesem Theile der Untersuchung abzusehen und der Beschußbehörde zur Veranlassung des Weiteren entsprechende Mittheilung zu machen.

Im Uebrigen ist zu bemerken, daß bestehende Anlagen, deren Einzelkessel nicht durch Zwischenräume von einander getrennt sind, durch die Vorschriften unter 3 Abs. 4 auch dann nicht getroffen werden, wenn neue Kessel an Stelle alter eingewechselt werden oder die Disposition und Konstruktion des vorhandenen Dampfkesselgebäudes bei Vergrößerung der Kesselzahl die Anordnung der Zwischenräume unthunlich erscheinen läßt.

Die Prüfungsbeamten sind ermächtigt, von der Vorschrift unter 2 Abs. 2 über die Wasserstandsvorrichtungen Ausnahmen zu gestatten, wenn die Anordnung in einzelnen Fällen (wie z. B. bei fahrbaren Kränen u. s. w.) besondere Schwierigkeiten bereiten würde.

Potsdam und Berlin, den 4. Juni 1897.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

Genehmigung.

127. Zur Inbetriebnahme der von dem Bahnhofs nach der Stadt Jüterbog führenden Straßenbahn wird hierdurch vorbehaltlich der Rechte Dritter und den der Genehmigung vom 27. April v. J. — Amtsblatt 1896 Seite 355 ff. — zu Grunde gelegten Bedingungen die endgültige Genehmigung erteilt.

Potsdam, den 3. Juni 1897.

(L. S.)

Der Regierungspräsident.

In Vertretung:

gez. von Speßhardt.

128.

der von der Lungenseuche betroffenen Sperrgebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Maaßvieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Uebereinkommens vom 6. Dezember 1891 sowie Ziffer 5 des Schlafprotokolls zu unterlassen ist.

Ausgegeben: im Kaiserlichen Gesundheitsamt zu Berlin am 22. Mai 1897.

A. Oesterreich:

frei.

M. Ungarn:

Die Komitate Arva, Nyitra (Neutra) und Pozsony (Preßburg).

Potsdam, den 3. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

B i e h s e u c h e n.

129.

I. Ausgebrochen:

a. Milzbrand. Kreis Templin: bei einer 1/2-jährigen Zuchtsärse in Fürstena. Kreis Prenzlau: bei einer Kuh des Dominiums Görlitz. Kreis Niederbarnim: bei einer Kuh des Büdnere Pawlitz in Bernow.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Nieder-

barnim: unter dem Rindviehbestande des Gastwirths Bollmann in Rassenheide.

II. Erloschen:

Lungenseuche: auf dem Rittergute und in der Ortschaft Bredow des Kreises Osthavelland.

Potsdam, den 8. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

40. Auf Grund des § 15 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 ist von Landespolizeiwegen vorläufig festgestellt worden, daß Parzellen von den folgenden Grundstücken:

Röthenerstraße 11 — Band 30 Nr. 1946 Umgeb.

— Eigentümer Kaufmann Julius Tagowitz,

Röthenerstraße 12 — Band 29 Nr. 1888 Umgeb.

— Eigentümer Buchhändler Friedrich Krüger,

Röthenerstraße 13 — Band 29 Nr. 1853 Umgeb.

Eigentümer Rentier Ludwig Krebs,

Röthenerstraße 14 — Band 29 Nr. 1854 Umgeb.

— Eigentümer Kaufmann Isidor Herrmann,

Röthenerstraße 15 — Band 29 Nr. 1855 Umgeb.

— Eigentümer Schlädtermeister Johann Joseph Hellmann,

Röthenerstraße 16 — Band 29 Nr. 1856 Umgeb.

Eigentümerin Frau Margarethe Cécile Hennings, geb. Baser,

Röthenerstraße 17 — Band 29 Nr. 1857 Umgeb.

Eigentümer Fabrikant Adolf Bugilowsky,

Röthenerstraße 18 — Band 29 Nr. 1858 Umgeb.

— Eigentümer Landwirth Wilhelm Wegener,

Röthenerstraße 19 — Band 29 Nr. 1859 Umgeb.

— Eigentümer Kaufmann Eduard Wilhelm Müller,

Röthenerstraße 20 — Band 29 Nr. 1860 Umgeb.

Eigentümer Weber und Mann'sche Erben,

Röthenerstraße 21 — Band 29 Nr. 1861 Umgeb.

— Eigentümer Dr. med. und Professor Joseph Meyer,

Röthenerstraße 22 — Band 29 Nr. 1862 Umgeb.

— Eigentümer Bildhauer Albert Kretschmer,

Röthenerstraße 23 und 24 — Band 29 Nr. 1863 Umgeb.

— Eigentümerin Fräulein Mathilde Eleonore Margarethe Marggraf,

Röthenerstraße 25 — Band 29 Nr. 1865 Umgeb.

— Eigentümer Postmeister a. D. August Otto,

Röthenerstraße 26 — Band 29 Nr. 1868 Umgeb.

— Eigentümer Mechaniker Friedrich Wilhelm August Schädel,

Grundstückflächen darstellen, hinsichtlich deren der Firma Siemens & Halske hierseits zwecks Baues und Betriebes einer elektrischen Hochbahn in Berlin von der Warshauerstraße bis zum Nollendorf-Platz mit Abzweigung nach dem Potsdamer Bahnhofe durch die Allerhöchste Kabinettsordre vom 23. August 1895 das

Enteignungsrecht zur Entziehung und zur dauernden Beschränkung des für die Anlage in Anspruch zu nehmenden Grundeigenthums verliehen worden ist.

Der vorläufig festgestellte Plan wird nunmehr in Gemäßheit der §§ 18 ff. a. a. O. vom Dienstag am 15. Juni bis Dienstag am 20. Juni d. J. einschließlich in der Registratur der I. Abtheilung des Königl. Polizei-Präsidiums im Polizei-Dienstgebäude am Alexanderplatz Eingang IV. 2 Treppen Zimmer 339 zu Jedermanns Einsicht ausliegen.

Einwendungen gegen diesen Plan sind bis zum Ablaufe der bestimmten Frist bei der I. Abtheilung des Königl. Polizei-Präsidiums schriftlich einzureichen.

Berlin, den 3. Juni 1897.

Der Polizei-Präsident von Berlin.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

31. Der Fernsprechverkehr mit Marienich ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt eine Mark.

Berlin C., 2. Juni 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Geheimer Ober-Postrath Griesbach.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

32. Bei der Postagentur in Staaken wird am 5. Juni der Telegraphenbetrieb eröffnet werden.

Potsdam, den 1. Juni 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Gürtler.

Bekanntmachungen des Königl. Consistoriums der Provinz Brandenburg.

31. Die unter privatem Patronate stehende Pfarrstelle zu Krahn, Diözese Neustadt-Brandenburg, kommt durch die Emeritierung des Pfarrers Schinkel am 16. Oktober d. J. zur Erledigung.

Bekanntmachungen des Königl. Provinzial-Schul-Collegiums.

Bekanntmachung.

4. Die Aufnahme-Prüfung am Königl. Schul-lehrer-Seminar zu Drauzenburg wird am 8. und 9. September d. J. abgehalten werden. Die Anmeldungen sind bis zum 18. August d. J. an den Herrn Seminar-Direktor Dr. Schneider einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nachberverspflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer des Seminarstufes gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge.

Berlin, den 28. Mai 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Bekanntmachung.

5. Die zweite Lehrprüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Oranienburg wird vom 25. ten October d. J. an abgehalten werden. Die Anmeldungen nur solcher Lehrer, die im Regierungsbezirk Potsdam im Lehramt stehen, sind bis zum 27. September d. J. durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) das Original-Prüfungszeugniß über die bestandene erste Prüfung, 2) ein Zeugniß des Lokal-Schulinspektors, 3) eine von dem Examinanden selbstständig gefertigte Ausarbeitung über ein von ihm selbst gewähltes Thema mit Angabe der dazu benutzten Quellen, 4) eine Probezeichnung und 5) eine Probefchrift. Der Examinand hat die Versicherung abzugeben, daß er die drei Arbeiten selbstständig angefertigt und zu dem pädagogischen Aufsatz keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt habe. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Lehrer am Tage vor Beginn der schriftlichen Prüfung dem Herrn Seminardirektor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 28. Mai 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

6. Die Entlassungs-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Oranienburg wird vom 1. September d. J. an abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden auch nicht im Seminar gebildete Schulanwärter-Kandidaten, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind bis zum 4. August d. J. pünktlich an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugniß eines zur Führung eines Dienstgeschäftes berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine Probefchrift mit deutschen und lateinischen Lettern und 6) eine Probezeichnung; beide mit der Versicherung, daß sie der Einsender selbstständig angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Schulanwärter am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminardirektor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 28. Mai 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

30. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-G. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-G. S. 157) wird bekannt gemacht, daß angeblich dem Lehrer Louis Häupler in Apolda die Schuldverschreibungen der konsolidirten 3 1/2 %igen Staatsanleihe von 1887, 1888 Litt. E. Nr. 114569, 114570 und 117956 über je 300 Mark wahrscheinlich bei Gelegenheit eines Umzuges von Stadtfulda nach Apolda in Verlußt gerathen sind. Es werden diejenigen,

welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefodert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Bank- und Agentur-Geschäft L. Leutloff in Apolda anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 31. Mai 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

31. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-G. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-G. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Maschinisten August Schwiede in Tempelhof bei Berlin, Gensler-Lazareth 2 wohnhaft, die Schuldverschreibungen der konsolidirten 3 1/2 %igen Staatsanleihe von 1887, 1888

Litt. E. Nr. 134070 über 300 M.

angeblich abhanden gekommen ist.

Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefodert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Maschinisten Schwiede anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 31. Mai 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

32. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-G. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-G. S. 157) wird bekannt gemacht, daß die von Helldberg'schen Stiftes in Ipehoe gehörigen Schuldverschreibungen der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe

A. von 1876/79 Litt. D. Nr. 56084 über 500 M.,

B. von 1882 Litt. D. Nr. 316210 über 500 M.,

C. von 1885 Litt. B. Nr. 419987 bis 419989

über je 2000 M.,

J. Nr. 44096/7

über je 3000 M.

angeblich abhanden gekommen sind. Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefodert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der Administration des Helldberg'schen Stiftes in Ipehoe anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 31. Mai 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirection zu Stettin.

Bekanntmachung.

33. Am 15. Juni d. J. tritt zu dem ab 1. Mai 1897 gültigen Tarif für Sommerfahrten nach Ostseebadorten der Nachtrag I. in Kraft. Letzterer enthält außer Berichtigungen des Haupttarifs neue Sommer-

lagten nach Lohme mit wäpnterter Gültigkeit über Sa-
gard oder Sahnig Hasen. Die Preise der Sommer-
fartch. von Berlin Stettiner Bahnhof nach Lohme über
Sagard (Rudowitz) und Zinnowitz über
Jüßow, Wolgast, sowie von Frankfurt a. O. nach Zimmo-
wis über Jüßow, Wolgast erhöhen sich vom 1. August
d. J. ab um 0,20 M.

Stettin, den 5. Juni 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion
namens der beteiligten Eisenbahnverwaltungen, Schiffs-
und Luftunternehmer.

Personal-Chronik.

Im Kreise Westpreignitz ist der Bauergutsbesitzer
Nagel zu Karstädt an Stelle des Rittergutspächters
Techen zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 15
— Stavenow — ernannt worden.

Die Militärärzte Holz und Goede sind zu
Regierungssupernumeraren ernannt worden.

Der Baubefähigte des Ingenieurbausachs Arthur
Fähnrich ist zum Regierungsbauführer ernannt und
als solcher vereidigt worden.

Der Baubefähigte des Hochbausachs Ernst
Hartung ist zum Regierungsbauführer ernannt und
vereidigt worden.

Die Försterstelle Erfner in der Oberförsterei Coe-
penick ist vom 1. Oktober d. J. ab dem Förster Berg
zu Senftenhal in der Oberförsterei Chorin übertragen
worden.

Der versorgungsberechtigte Jäger, Forstausseher
Rüthnick zu Teufelssee in der Oberförsterei Gram-
wald ist zum königlichen Förster ernannt und demselben
die Försterstelle Matthebide in der Oberförsterei Neu-
dorf vom 1. Juli d. J. ab übertragen worden.

Die interimistische Verwaltung der Försterstelle
Strechlin in der Oberförsterei Menz ist vom 1. Juli
d. J. ab dem Forstausseher Nitzke zu Leuenberger Wiesen
in der Oberförsterei Eberswalde übertragen worden.

Der versorgungsberechtigte Jäger, Forstausseher
Lust zu Dobbriskow in der Oberförsterei Woltersdorf
ist zum königlichen Förster ernannt und demselben die
Försterstelle Bernöwe in der Oberförsterei Lietzenwalde
vom 1. August d. J. ab übertragen worden.

Die Waldwärterstelle Dobbriskow in der Ober-
försterei Woltersdorf ist vom 1. August d. J. ab dem
Forstausseher Wille zu Hohenfaathen in der Ober-
försterei Freienwalde übertragen worden.

Der bisherige Predigtamts-Kandidat Goth. Bernh.
Ludw. Kummel ist zum Pfarrer der Pfarodie Ruhz,
Diözese Prenzlan I., bestellt worden.

Dem ordentlichen Lehrer an der Dorotheenschule zu
Berlin Dr. Ferdinand Otto ist der Oberlehrertitel ver-
liehen worden.

Der Berliner Gemeindefchullehrer Julius Eusebius
Schmidt ist als Zeichenlehrer an der 12. Realschule
in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Schwabner, Freppernau,
Ziesenis, Kiefling, Runge, Calix, Duff, Tag,
Stegemann, Schäßler, Adam H., Hennig,
Coulon und Heyer II. sind als Gemeindefchul-
lehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen: Beckmann VI., Franke II.,
Gruswald, Desterheld, Pape, Röber, Staake,
Boelkel geborene Groehling sind als Gemeindefchul-
lehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Der Oberlehrer Dr. Emil Grube an der Sophien-
schule Berlin ist als Direktor an dieser Schule angestellt
worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiser-
lichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats Mai 1897 sind:
ernannt: zum Postassistenten: der Ober-Postdirektions-
sekretär Schulze, zum Ober-Postassistenten: der Post-
verwalter Sobad aus Tempelhof, zu Postverwaltern:
die Ober-Postassistenten Kofin in Mariensfelde bei
Berlin und Schmolke in Lichtenberg bei Berlin;
angestellt: als Postassistent: der Postanwärter Wilhelm
Braun;

versetzt: von Berlin: die Postsekretäre Eichhorst nach
Dar-es-Salaam und Ernesti nach Posen, nach Berlin:
die Postsekretäre Nitz von Thann (Elb.), Schmund
von Dar-es-Salaam, Zwirner von Glauchau, die
Ober-Postassistenten Clements von Holzminde,
Klemmt von Essen (Ruhr), der Postverwalter Li-
mann von Lichtenberg bei Berlin nach Tempelhof;
in den Ruhestand getreten: der Postsekretär
Wilhelm Alte;

gestorben: Ober-Poststrath Schulze, Ober-Poststrath
a. D. Wenzel, Telegraphensekretär a. D. von
Köneritz, Ober-Postassistent Friedrich Wilhelm
Schulze.

Personal-Veränderungen im Bezirk der
Kaiserlichen Ober-Postdirection in Potsdam.

Stetsmäßig angestellt sind die Postassistenten
Bierwagen in Spanbau und Menge in Eudenberg
als Postassistenten.

Ernannt sind der Ober-Postdirektionssekretär
Edler in Potsdam zum Postassistenten, die Postassistenten
Grambow in Wittenberge (Bez. Potsdam) und Henkel
in Brandenburg (Havel) zu Ober-Postassistenten.

Zunächst probeweise übertragen ist dem
Postsekretär Liebow in Brandenburg (Havel) eine Ober-
Postsekretärstelle bei dem Postamt I. in Dortmund.

Versetzt sind die Postmeister Held von Stras-
burg (Udarmark) nach Friedrichshagen und Wolff-
gramm von Saalfeld (Ostpreußen) nach Strassburg
(Udarmark), der Postassistent Lange von Jüterbog nach
Groß-Lichterfeld 1 (Anh. Bahn), die Postverwalter Frie-
drich von Greiffenberg (Udarmark) nach Tegel und
Dumzaff von Tegel nach Berlin.

In den Ruhestand tritt der Postverwalter
Bolger in Lindow (Marf.).

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr. | Name und Stand | Alter und Geburtsort | Grund der Ausweisung | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum der Ausweisung |
|---|---------------------------------------|---|--|--|----------------------|
| | des Ausgewiesenen | | | | |
| Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Otto Bornemann,
Arbeiter, | geboren am 6. März 1852 zu Auserstühl, Canton Jürich, Schweiz, | Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Danzig, | 30. April 1897. |
| 2 | Josef Singer,
Arbeiter, | geboren am 10. Juli 1848 zu Kronstadt, Bezirk Kolositz, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst, | desgleichen, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau, | 1. Mai 1897. |
| 3 | Friedrich Jedlicka,
Bäckergehilfe, | geboren am 9. April 1858 zu Böhmenitz-Teipa, österreichischer Staatsangehöriger, | Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Frankfurt a. O., | 1. April 1897. |
| 4 | Manasse Kestler,
Kellner, | geboren am 27. September 1876 zu Kischenew, Gouvernement Bessarabien, Russland, russischer Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Posen, | 4. Mai 1897. |
| 5 | Josef Lang,
Handarbeiter, | geboren am 14. April 1865 zu Graz, Steiermark, ortsangehörig zu Dobruvitz, Böhmen, | Betteln, | Königlich sächsischer Kreishauptmannschaft Dresden, | 10. April 1897. |
| 6 | Emil Oster,
Dienstknecht, | geboren am 8. März 1864 zu Plaine, Kreis Molsheim, Nieder-Elß, französischer Staatsangehöriger, | Diebstahl, Betrug und Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straßburg i. E., | 6. Mai 1897. |
| 7 | Philipp Prinz,
Müller, | geboren im Jahre 1822 zu Vraun, Bezirk Horowitz, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | Landstreichen und Betteln, | Königlich bayerisches Bezirksamt Freysing, | 26. April 1897. |
| 8 | Ferdinand Voburger, Kommis, | geboren am 18. November 1873 zu St. Margarethen, Canton St. Gallen, Schweiz, ortsangehörig ebendaselbst, | Landstreichen, Betteln und falsche Namensangabe, | Königlich bayerische Polizei-Direktion München, | 20. April 1897. |

Die durch Beschluß der Königlich bayerischen Polizei-Direktion München vom 24. März 1893 verfügte Ausweisung des Fabrikarbeiters Johann Stadlauer aus dem Reichsgebiete ist zurückgenommen worden.

Hierzu Sechs Dessenliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Belegblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gays'schen Erben.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 25.

Den 18. Juni

1897.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 25.) **Nr 2391.** Verordnung, betreffend die Ausdehnung der §§ 135 bis 139 und des § 139b. der Gewerbeordnung auf die Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion. Vom 31. Mai 1897.

Nr 2392. Bekanntmachung, betreffend die dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigelegte Liste. Vom 29. Mai 1897.

Gesetz-Sammlung für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 19.) **Nr 9905.** Verordnung, betreffend die Einführung des Gesetzes, betreffend das Dienstfeinkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen, vom 3. März 1897 (Gesetz-Samml. S. 25) in die Stolbergischen Grafschaften. Vom 12. Mai 1897.

(Stück 20.) **Nr 9906.** Gesetz, betreffend die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für das Jahr vom 1. April 1897/98. Vom 31. Mai 1897.

(Stück 21.) **Nr 9907.** Gesetz, betreffend die Regelung der Richtergehälter. Vom 31. Mai 1897.

Nr 9908. Verfügung des Justizministers wegen Aufhebung der Hypothekenämter zu Eöln, Eöln-Denz und Simmern. Vom 25. Mai 1897.

Nr 9909. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirks des Amtsgerichts Münden. Vom 31. Mai 1897.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

17. Die im Jahre 1897 zu Berlin abzuhaltende **Prüfung für Vorsteher an Taubstimm-Anstalten** wird am **15. September** beginnen. Meldungen zu derselben sind an den Unterrichtsminister zu richten und bis zum **10. August d. J.** bei demjenigen Königl. Provinzial-Schulkollegium bezw. bei derjenigen Königl. Regierung, in deren Aufsichtsbereich der Bewerber im Taubstimm- oder Volksschuldienste angestellt oder beschäftigt ist, unter Einreichung der im § 5 der Prüfungsordnung vom 11. Juni 1881 bezeichneten Schriftstücke anzubringen. Bewerber, welche nicht an einer Anstalt in Preußen thätig sind, können ihre Meldung bei Führung des Nachweises, daß solche mit Zustimmung ihrer Vorgesetzten bezw. ihrer Landesbehörde erfolgt, bis zum **15. August d. J.** unmittelbar an mich richten.

Berlin, den 21. Mai 1897.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Bekanntmachung.

130. Der Herr Minister des Innern hat durch Erlass vom 25. Mai d. J. dem unter dem Protektorate Seiner Hoheit des Herzogs Ernst Günther zu Schleswig-Holstein stehenden Komitee zur Errichtung eines Denkmals für Theodor Storm in Husum die Genehmigung erteilt, zur Einsendung von Beiträgen für den genannten Zweck Aufrufe zu verbreiten und Beiträge entgegen zu nehmen.

Potsdam, den 12. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

131. Die in der Amtsblattbekanntmachung vom 26. November 1895 für den Kreis Angermünde und in der vom 6. Januar 1896 für den Kreis Ruppin angeordneten Schutzmaßregeln gegen die Maul- und Klauen- seuche werden aufgehoben.

Potsdam, den 14. Juni 1897.

Der Regierungs-Präsident.

V i e h f e u e n .

132. I. Ausgebrochen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Prenzlau: unter dem Rindviehbestande der Wwe. Behm in Rinkow. Kreis Osthavelland: auf einem Gehöft des Gutes Markau.

b. Milzbrand. Kreis Beeskow-Storkow: bei einem Ochsen des Rittergutsbesizers Scherz in Cumerow.

c. Bläschenauschlag. Kreis Beeskow-Storkow: bei einem Bullen und einer Kuh des Lehngutsbesizers Treue in Streganz.

d. Tollwuth. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: am 13. Mai ist auf dem Gehöft des Alsfingers Gumlich in Dohna der Hund eines in Langenlippendorf wohnhaften Handelsmannes wegen Verdacht der Tollwuth erschossen worden. Da die Obduction diesen Verdacht bestätigte, ist über die Ortschaften Bockow, Langenlippendorf, Körbelitz und Dennewitz eine dreimonatliche Sperre verhängt worden.

II. Erloschen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Ruppin: unter dem Rindviehbestande des Rittergutes Karwe.

b. Bläschenauschlag. Kreis Ostprignitz: bei einem Bullen des Bauern Heller in Schönermark.

Potsdam, den 15. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

| Laufende Nummer | Namen der Städte | I. A. Getreide. | | | | I. B. U e b r i g e M a r k t e | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|------------------|-----------------|--------|--------|-------|---------------------------------|----------------------|--------|--------------|---------|---------|-----|---------------|----------------|----------------|----------|----|---|----|---|----|---|----|-----|----|-----|-----|
| | | | | | | Hälsenfrüchte. | | | | Stroh. | | | F i s c h. | | | | | | | | | | | | | | |
| | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen (gelbe) zum Kochen | Speisebohnen (weiße) | Linsen | Eckartoffeln | Stichs. | Kraumm. | Heu | Rind- | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | im Großhandel | im Kleinhandel | von der Steuer | vom Band | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | Es je 1 | | | | | | | | | | | | | |
| M. Pf. M. Pf. M. Pf. M. Pf. M. Pf. M. Pf. M. Pf. M. Pf. M. Pf. M. Pf. M. Pf. M. Pf. M. Pf. M. Pf. M. Pf. M. Pf. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 | Angermünde | 15 | 45 | 11 | 59 | 12 | 68 | 13 | 02 | 25 | — | 27 | — | 33 | — | 4 | — | 5 | 75 | 4 | 25 | 5 | 50 | 115 | — | 130 | 120 |
| 2 | Beeskow | — | — | 11 | 10 | — | — | 14 | 30 | 22 | 50 | 27 | 50 | 45 | — | 3 | 70 | 3 | 25 | — | — | 6 | 50 | 95 | — | 120 | 1 |
| 3 | Brandenburg | 15 | 42 | 11 | 53 | 11 | 16 | 13 | 32 | 21 | — | 24 | — | 32 | 50 | 4 | 22 | 3 | 46 | — | — | 4 | 75 | 84 | — | 140 | 110 |
| 4 | Dahme | 15 | 88 | 11 | 30 | 12 | 14 | 14 | — | 24 | — | 30 | — | 35 | — | 4 | — | 3 | 50 | 2 | — | 6 | — | 95 | — | 120 | 1 |
| 5 | Eberswalde | 15 | 85 | 11 | 62 | 12 | 78 | 13 | 24 | 21 | — | 25 | — | 27 | — | 4 | — | 4 | 44 | — | — | 5 | 22 | 96 | — | 130 | 120 |
| 6 | Havelberg | 15 | 60 | 11 | 50 | 13 | 17 | 13 | 83 | 27 | — | 33 | — | 34 | — | 3 | 86 | 3 | — | — | — | 4 | 31 | 105 | — | 120 | 1 |
| 7 | Jüterbog | — | — | — | — | — | — | 24 | — | 24 | — | 25 | — | — | — | 3 | 87 | 3 | 04 | — | — | 5 | 56 | 100 | — | 140 | 120 |
| 8 | Luderswalde | 14 | 44 | 11 | 37 | 12 | 86 | 13 | 91 | 35 | — | 35 | — | 45 | — | 4 | 20 | 3 | 92 | — | — | 4 | 75 | 116 | — | 120 | 120 |
| 9 | Perleberg | 15 | 36 | 11 | 06 | 11 | — | 12 | 72 | 20 | — | 27 | — | 28 | 50 | 4 | 75 | 3 | 55 | — | — | 5 | 25 | 130 | — | 140 | 120 |
| 10 | Potsdam | — | — | 12 | — | 14 | 50 | 14 | 42 | — | — | — | — | — | — | 4 | 46 | 4 | 59 | — | — | 5 | 52 | 108 | — | 145 | 130 |
| 11 | Prenzlau | — | — | — | — | — | — | 21 | 50 | 24 | 50 | 36 | — | — | — | 4 | 75 | 5 | 50 | 2 | 25 | 6 | — | 95 | — | 130 | 95 |
| 12 | Prignitz | 15 | 83 | 10 | 92 | 14 | 38 | 11 | 88 | 14 | 50 | 24 | — | 30 | — | 3 | 80 | 3 | 75 | 2 | 75 | 4 | 75 | — | — | 140 | 120 |
| 13 | Rathenow | 14 | 95 | 11 | 50 | 12 | 50 | 13 | 25 | 25 | 50 | 27 | — | 37 | 56 | 4 | 27 | 3 | 42 | — | — | 4 | 50 | 100 | — | 130 | 115 |
| 14 | Neu-Ruppin | — | — | — | — | — | — | 12 | 94 | 35 | — | 35 | — | 45 | — | 3 | 91 | 4 | — | — | — | 5 | 20 | 106 | — | 135 | 115 |
| 15 | Schwedt | 15 | 84 | 11 | 82 | 14 | 27 | 13 | 44 | 26 | 66 | 31 | 25 | 37 | 50 | 4 | 76 | 4 | 98 | — | — | 5 | 36 | 110 | — | 130 | 1 |
| 16 | Spandau | 16 | — | 11 | 80 | 11 | 50 | 13 | 25 | 24 | — | 32 | 50 | 33 | — | 5 | 25 | 3 | 88 | 3 | 50 | 6 | 50 | 113 | — | 150 | 120 |
| 17 | Strausberg | 15 | 72 | 12 | 18 | 12 | 26 | 13 | 44 | 23 | 60 | 32 | 10 | 38 | 20 | 4 | — | 4 | — | 2 | 50 | 5 | — | 90 | — | 150 | 110 |
| 18 | Teltow | — | — | 12 | 17 | 14 | 50 | 13 | 83 | 30 | — | 35 | — | 42 | 50 | 5 | 50 | 4 | 25 | 2 | — | 5 | 50 | 110 | — | 155 | 110 |
| 19 | Templin | 16 | 42 | 11 | 75 | 14 | 75 | 14 | 25 | 21 | — | 30 | — | 40 | — | 5 | — | 5 | — | 4 | — | 5 | — | 100 | — | 120 | 1 |
| 20 | Treuenbriezen | 14 | 70 | 11 | 25 | 12 | 25 | 12 | 50 | — | — | — | — | — | — | 4 | — | 3 | — | — | — | 4 | — | — | — | 140 | 120 |
| 21 | Wittstock | — | — | 11 | 48 | — | — | 12 | 75 | — | — | — | — | — | — | 3 | 80 | — | — | — | — | — | 95 | — | — | 105 | 85 |
| 22 | Briezen a. D. | 15 | 13 | 11 | 38 | — | — | 12 | 75 | 22 | 50 | 24 | — | 25 | — | 4 | — | 4 | 50 | 3 | 50 | 7 | — | 100 | — | 130 | 120 |
| Durchschnitt | | 15 | 51 | 11 | 54 | 12 | 92 | 13 | 35 | — | — | — | — | — | — | 4 | 28 | 4 | 08 | — | — | 5 | 34 | 103 | 15 | — | — |

Potsdam, den 11. Juni 1897.

Potsdam, den 11. Juni 1897.

Bekanntmachung.

134. Der Konsul der Republica Mayor de Centro America Herr Schönlanck in Berlin hat für die Dauer seiner demnächstigen Abwesenheit von Berlin Herrn Franz Sieber zu seinem Vertreter in der Wahrnehmung der Konsularinteressen des genannten Freistaats bestellt. Potsdam, den 11. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

16. Die Kassen-Geschäfte für die am 1. Juli d. J. aus Theilen der Oberförstereien Menz und Zechlin neu einzurichtende Oberförsterei Zechlinerhütte mit dem Amte des Oberförsters in Rheinsternberg ist dem Verwalter der Forstkasse in Zechlin übertragen.

Potsdam, den 10. Juni 1897.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen

des Reichs-Postamts.

Postanweisungen nach überseeischen Ländern.

3. Von jetzt ab sind Postanweisungen bis zu 10 Pfund Sterling nach Basutoland, der Nigerküste, Rudat (Britisch-Nord-Borneo) und Panama (Columbien) durch Vermittelung der Britischen Postverwaltung zulässig. Ueber die Bedingungen ertheilen die Postanstalten Auskunft.

Berlin W., 7. Juni 1897.

Reichs-Postamt, I. Abtheilung.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

33. Der Fernsprechverkehr mit Büdaburg und mit Trachenberg (Schlesien) ist eröffnet worden. Die Ge-

Preise im Monat Mai 1897.

| waaren. | | | | | | II. Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats. | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|-----------|---------|---------|--------------------------------|-----------|---------|---|---------|----------|---------|-----------------|------------|---------|-----------------------|----------------------|---------------------------------------|------------|------------------------|---------|--|--|--|--|--|
| Fleisch. | | | Veränderter Speck
(Hefiger) | Eggbutter | Eier | Wehl zur
Speisebe-
reitung aus | | Gersten- | | Buchweizengröße | Hafergröße | Süße | Reis, Java, mittlerer | Kaffee | | Speisefalz | Schweinefleisch, Hefig | | | | | | |
| Schmelz- | Salz- | Hamme- | | | | Reigen | Woggen | Orange | Größe | | | | | Java mittlerer (roh) | Java gelb (in ge-
brannten Bohnen) | | | | | | | | |
| Es kostet | | | | | | Es kostet je 1 Kilogramm. | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Kilogramm | | | | | | 1 Schd.
60 St. | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | | | | | |
| 1 05. | 1 25 | 1 15 | 1 60 | 2 30 | 3 20 | 30 | 25 | 45 | 30 | 40 | 45 | 40 | 55 | 2 70 | 3 40 | 20 | 1 40 | | | | | | |
| 1 10 | 95 | 1 20 | 1 60 | 2 24 | 2 50 | 40 | 20 | 50 | 40 | 35 | 60 | 40 | 60 | 2 40 | 3 40 | 20 | 1 30 | | | | | | |
| 1 15 | 1 20 | 1 30 | 1 40 | 2 08 | 2 88 | 30 | 25 | 50 | 50 | 50 | 50 | 50 | 50 | 2 60 | 3 60 | 20 | 1 30 | | | | | | |
| 1 20 | 1 | 1 20 | 1 60 | 2 | 2 40 | 30 | 20 | 40 | 50 | 40 | 60 | 40 | 55 | 2 50 | 3 40 | 20 | 1 40 | | | | | | |
| 1 30 | 1 30 | 1 30 | 1 40 | 2 20 | 3 09 | 25 | 24 | 40 | 30 | 40 | 40 | 40 | 50 | 2 80 | 3 60 | 20 | 1 40 | | | | | | |
| 1 05 | 1 18 | 1 20 | 1 35 | 2 19 | 2 56 | 28 | 23 | 40 | 38 | 45 | 45 | 42 | 51 | 2 80 | 3 60 | 20 | 1 30 | | | | | | |
| 1 | 1 10 | 1 30 | 1 42 | 2 20 | 2 80 | 28 | 18 | 50 | 50 | 50 | 50 | 40 | 40 | 2 80 | 3 60 | 20 | 1 40 | | | | | | |
| 1 10 | 1 | 1 20 | 1 50 | 1 10 | 3 10 | 27 | 19 | 50 | 50 | 50 | 60 | 35 | 60 | 2 20 | 3 60 | 20 | 1 40 | | | | | | |
| 1 10 | 1 30 | 1 20 | 1 60 | 1 97 | 2 60 | 27 | 24 | 35 | 27 | 35 | 43 | 38 | 43 | 2 75 | 3 50 | 19 | 1 40 | | | | | | |
| 1 45 | 1 30 | 1 30 | 1 60 | 2 10 | 2 48 | 38 | 28 | 50 | 50 | 40 | 45 | 45 | 55 | 2 70 | 3 50 | 20 | 1 40 | | | | | | |
| 1 10 | 1 15 | 1 15 | 1 30 | 2 | 2 90 | 31 | 23 | 45 | 35 | 38 | 45 | 38 | 50 | 2 45 | 3 20 | 20 | 1 30 | | | | | | |
| 1 10 | 1 30 | 1 10 | 1 70 | 1 92 | 2 30 | 25 | 20 | 40 | 40 | 40 | 50 | 40 | 45 | 2 60 | 3 60 | 20 | 1 80 | | | | | | |
| 1 15 | 1 10 | 1 25 | 1 45 | 2 15 | 2 91 | 30 | 24 | 40 | 40 | 45 | 40 | 40 | 50 | 2 60 | 3 80 | 20 | 1 40 | | | | | | |
| 1 30 | 1 20 | 1 20 | 1 50 | 2 10 | 2 80 | 28 | 22 | 45 | 40 | 50 | 50 | 50 | 60 | 3 | 4 | 20 | 1 60 | | | | | | |
| 1 | 1 | 1 20 | 1 40 | 2 11 | 2 84 | 25 | 20 | 50 | 30 | 40 | 50 | 50 | 60 | 2 80 | 3 60 | 20 | 1 60 | | | | | | |
| 1 40 | 1 40 | 1 50 | 1 80 | 1 25 | 4 30 | 35 | 28 | 40 | 40 | 38 | 45 | 33 | 58 | 2 75 | 3 05 | 20 | 1 40 | | | | | | |
| 1 40 | 1 20 | 1 20 | 1 60 | 2 40 | 3 20 | 30 | 21 | 50 | 40 | 40 | 50 | 40 | 60 | 2 80 | 3 60 | 20 | 1 60 | | | | | | |
| 1 30 | 1 50 | 1 30 | 1 55 | 2 10 | 4 | 30 | 20 | 50 | 40 | 50 | 60 | 60 | 60 | 2 50 | 2 70 | 20 | 1 15 | | | | | | |
| 1 20 | 1 | 1 20 | 1 60 | 2 10 | 3 20 | 30 | 25 | 50 | 60 | 50 | 50 | 50 | 50 | 2 50 | 3 20 | 20 | 1 60 | | | | | | |
| 1 20 | 1 | 1 20 | 1 60 | 1 83 | 3 | 30 | 20 | 40 | | 40 | 50 | 30 | 50 | 2 60 | 3 40 | 20 | 1 60 | | | | | | |
| 95 | 90 | 1 05 | 1 40 | 1 95 | 2 40 | 23 | 17 | 45 | 28 | 38 | 40 | 40 | 45 | 2 20 | 2 80 | 20 | 1 30 | | | | | | |
| 1 20 | 1 20 | 1 20 | 1 40 | 2 20 | 2 40 | 33 | 23 | 43 | 33 | 40 | 38 | 43 | 45 | 2 60 | 3 20 | 20 | 1 20 | | | | | | |

Der Regierungspräsident.

büß für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt im Verkehr mit beiden Orten eine Mark.

Berlin C., den 8. Juni 1897.

Kaiserlich Deutsche Postdirektion.

34. Im Publikum ist vielfach die irrige Ansicht verbreitet, daß Postsendungen mit dem Vermerk „Durch Eilboten zu bestellen“ oder „Durch besonderen Voten zu bestellen“ nicht allein bei der Bestellung am Bestimmungs-orte, sondern auch während der Beförderung einen Vorrang vor den anderen Sendungen genießen, daß also z. B. durch Eilboten zu bestellende Pakete unter Umständen auch mit Schnellzügen, welche sonst nur den Briefverkehr vermitteln, befördert würden.

Der oben erwähnte Vermerk erstreckt sich jedoch lediglich auf die Bestellung der betreffenden Sen-

dungen, also wird ein durch besonderen Voten zu bestellendes Paket („Eilpaket“) bis zum Bestimmungsort mit den gewöhnlichen Paketzügen befördert.

Eine beschleunigte Uebermittlung findet nur statt hinsichtlich der als dringend ausgelieferten Paket-sendungen, und zwar gegen eine besondere Gebühr von 1 Mk. für das Stück.

Berlin C., 10. Juni 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,

Geheimer Ober-Postrath Griesbach.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

35. In Werder (Havel) wird am 11. Juni für die Zeit der diesjährigen Kirsch- und Beerenernte in dem Hause des Gastwirths Pöndel unweit des Bahn-

hofs eine Zweigpostanstalt mit Telegraphenbetrieb in Wirksamkeit treten.

Diese dem Postamte in Werder zugetheilte Dienststelle hat sich mit dem Verkauf von Postwerthzeichen, der Annahme gewöhnlicher Brief- und Packetsendungen, sowie mit der Annahme und Bestellung von Telegrammen zu befassen; sie erhält ihre Postverbindungen durch die zwischen Werder Stadt und Bahnhof verkehrende, zur Postbeförderung bereits benutzte Straßenbahn;

Potsdam, den 8. Juni 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor Gürtler.

Bekanntmachung.

36. Bei den Postagenturen in Bözow, Marwig und Schwante wird am 17. Juni der Telegraphenbetrieb eröffnet werden.

Potsdam, 11. Juni 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor Gürtler.

Bekanntmachungen des Königlichen Provinzial-Schul-Collegiums.

Bekanntmachung.

7. Die Rektorats-Prüfung wird hier am **9ten und 10. November d. J.** und wenn die Zahl der Meldungen es erforderlich macht, auch noch am **14ten und 15. Dezember d. J.** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind an uns bis zum **31. August 1897** einzureichen und zwar von den im Amte stehenden Lehrern durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren, und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und das augenblickliche Amtsverhältniß des Kandidaten angegeben ist, 2) die Zeugnisse über die empfangene Schul- oder Universitätsbildung und über die bisher abgelegten Prüfungen, 3) ein amtliches Führungsattest, 4) Angabe, ob Examinand die absolute (auf Grund einer für zwei fremde Sprachen abzulegenden Prüfung) oder nur die beschränkte Befähigung für ein Rektorat an einer bestimmten Schule, zu dem er von den Befähigungsberechtigten bereits in Aussicht genommen ist, zu erlangen wünscht. **Der festgesetzte Anmeldetermin ist genau einzuhalten.**

Berlin, den 5. Juni 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

8. Die Prüfung für ein Lehramt an Mittelschulen wird hier vom **2. bis 6. November d. J.** und wenn die Zahl der Meldungen es erforderlich macht, auch noch vom **7. bis 11. Dezember d. J.** abgehalten werden. Die Anmeldungen mit der bestimmten Angabe, in welchen Fächern der Kandidat (cfr. Allgemeine Bestimmungen vom 15. Oktober 1872 § 12) die Befähigung als Lehrer an Mittelschulen und höheren Mädchenschulen zu erlangen wünscht, sind an uns bis zum **31. August d. J.** von den im Amte stehenden Lehrern durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren einzureichen und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter und

das augenblickliche Amtsverhältniß des Kandidaten angegeben ist, 2) das Zeugniß über die bisher empfangene Schul- oder Universitätsbildung und über die bisher abgelegten Prüfungen, 3) ein amtliches Führungsattest. Diejenigen, welche noch kein öffentliches Amt bekleiden, haben noch einzureichen: 4) ein von einem zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. **Der festgesetzte Anmeldetermin ist pünktlich einzuhalten.**

Berlin, den 5. Juni 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Königlichen Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung.

6. Die am 1. Juli 1897 fälligen Zinscheine der Preussischen Staatsschulden werden bei der Staatsschulden-Tilgungskasse — W. Taubenstraße Nr. 29 hiersebst —, bei der Reichsbank-Hauptkasse, den Regierungshauptkassen, den Kreiskassen und den übrigen mit der Einlösung betrauten Kassen und Reichsbankanstalten vom **21. d. Mts. ab** eingelöst. Auch werden die am 1. Juli 1897 fälligen Zinscheine der von uns verwalteten Eisenbahn-Anleihen, mit Ausnahme der nachstehend besonders erwähnten Schuldgattungen, bei den vorbezeichneten, sowie bei den auf diesen Zinscheinen vermerkten Zahlstellen vom **21. d. Mts. ab** eingelöst.

Die Zinscheine der nach unserer Bekanntmachung vom 16. März 1896 vom 1. April 1896 ab in unsere Verwaltung gekommenen Anleihen der Saal- und der Berra-Eisenbahn-Gesellschaft werden auch in Zukunft nur bei den bisherigen Einlösungstellen eingelöst.

Die Zinscheine sind nach den einzelnen Schuldgattungen und Werthabschnitten geordnet den Einlösungstellen mit einem Verzeichniß vorzulegen, welches die Stückzahl und den Betrag für jeden Werthabschnitt angiebt, aufgerechnet ist und des Einliefernden Namen und Wohnung ersichtlich macht.

Wegen Zahlung der am 1. Juli fälligen Zinsen für die in das Staatsschuldbuch eingetragenen Forderungen bemerken wir, daß die Zusendung dieser Zinsen mittels der Post, sowie ihre Quitschrift auf den Reichsbank-Girokonten der Empfangsberechtigten zwischen dem 17. Juni und 8. Juli erfolgt, die Barzahlung aber bei der Staatsschulden-Tilgungskasse am 17. Juni, bei den Regierungshauptkassen am 24. Juni und bei den sonstigen außerhalb Berlins damit betrauten Kassen am 26. Juni beginnt.

Die Staatsschulden-Tilgungskasse ist für die Zinszahlungen werktäglich von 9 bis 1 Uhr mit Aus-schluß des vorletzten Werktages in jedem Monat, am letzten Werktage des Monats aber von 11 bis 1 Uhr geöffnet.

Die Inhaber Preussischer Konfols machen wir wiederholt auf die durch uns veröffentlichten „Amtlichen Nachrichten über das Preussische Staatsschuldbuch“ auf-

merklich, deren 6. Ausgabe durch jede Buchhandlung für 40 Pf. oder von dem Verleger J. Guttentag in Berlin durch die Post frei für 45 Pf. zu beziehen ist.

Berlin, den 4. Juni 1897.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

33. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgegesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem praktischen Arzt Dr. Drewes in Berlin N., Chausseestraße 108, die Schuldschreibungen

a. der konsolidirten 4^o/igen Staatsanleihe von 1876/79
Lit. F. № 35756 über 200 M.

b. der konsolidirten 3¹/₂^o/igen Staatsanleihe von 1889
Lit. F. № 93712 über 200 M.

angeblich in Verlust gerathen sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Herrn Dr. Drewes anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 12. Juni 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Direction der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

13. Denjenigen Grundbesitzern, welche die an die Rentenbank zu entrichtenden Renten zum 31. März d. J. durch Kapitalzahlung abgelöst haben, wird hierdurch bekannt gemacht, daß wir die gemäß § 27 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 ausgesetzten Entlastungsquittungen den betreffenden Kreis-Kassen zugefertigt haben, um sie den zuständigen Amtsgerichten zur Löschung der Rentenpflicht im Grundbuche zuzustellen.

Berlin, den 28. Mai 1897.

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirection zu Stettin.

Größnung der Haltestelle Guten-Germendorf für den Güterverkehr.

10. Am 20. Juni d. Js. wird die zwischen Gransee und Löwenberg i. d. M. der Strecke Berlin-Stralsund gelegene Haltestelle Guten-Germendorf, welche bisher nur dem Personen-Verkehr diente, auch für die Abfertigung von Reisegepäck, Stückgut, Wagenladungen, Leichen und lebenden Thieren eröffnet. Die Abfertigung von Fahrzeugen und Sprengstoffen ist ausgeschlossen.

Mit demselben Tage wird die Haltestelle Guten-Germendorf in die Tarife für die Gruppen- und Gruppenwechselverkehre der Preussischen Staatsbahnen sowie in den Wechselverkehr mit der Oldenburgischen Staatsbahn und in den Staatsbahn-Viehverkehr aufgenommen.

Ueber die Tariffäge geben die betheiligten Dienststellen Auskunft.

Stettin, im Juni 1897.

Königliche Eisenbahndirection.

Personal-Chronik.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 9. Juni 1897 geruht, den Regierungsrath Joachimi in Potsdam zum Stellvertreter des Regierungs-Präsidenten im Bezirksausschusse hier selbst auf die Dauer seines Hauptamtes am Siege des Bezirksausschusses zu ernennen.

Im Kreise Templin ist der Ziegeleibesiger Ritsche in Rutenberg zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 22 — Lyphen — ernannt worden.

Im Kreise Jüterbog-Luckenwalde sind der Gemeindevorsteher Serno in Bockow und der Kammergutsbesitzer Keffler in Meinsdorf von Neuem zu Amtsvorstehern der Amtsbezirke Bockow — 5 — bezw. Gräfendorf — 6 — ernannt worden.

Im Kreise Westhavelland ist der Rittergutsbesitzer Edgar Graf von Bredow-Klessen zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 3 — Klessen — ernannt worden.

Im Kreise Angermünde ist der Administrator Richter zu Dobberzin zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 10 — Neu-Künkenhof — ernannt worden.

Dem Polizeisekretair a. D. Calgan in Lehnin ist die Verwaltung der Unterforstklasse für das Forstrevier Lehnin vom 1. d. M. ab übertragen.

Dem Forstaufsicher Rothkahl in Woltersdorf der Oberförsterei gleichen Namens ist unter Ernennung zum Königlichen Förster die Försterstelle Bismark in der Oberförsterei Liebenwalde vom 1. Juli d. Js. ab übertragen worden.

Dem Forstaufsicher Wurll in Forst-Joachimsthal der Oberförsterei Grimnis ist unter Ernennung zum Königlichen Förster die Försterstelle Brabitz in der Oberförsterei Freienwalde vom 1. Juli d. Js. ab übertragen worden.

Der bisherige Pastor in Liebau, Provinz Schlesien, Georg Gotth. Dsm. Scholz ist zum Pfarrer der Parochie Fahrland, Diözese Potsdam II., bestellt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Johannes Gustav Julius Oskar Roeder ist zum dritten Pfarrer an der Lazaruskirche in Berlin, Diözese Berlin I., bestellt worden.

Der bisherige Predigtamtskandidat Joh. Heinr. Wilh. Bartels ist zum Pfarrer der Parochie Königsberg, Diözese Wittstock, bestellt worden.

Der Hilfslehrer an der Königlichen Blindenanstalt in Steglitz Hinge ist als ordentlicher Lehrer an dieser Anstalt angestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer am Prinz Heinrichs-Gymnasium in Schöneberg Flehr ist als Königlich Oberlehrer an der genannten Anstalt angestellt worden.

Der Schulamtskandidat Dr. Röhr ist als Ober-

Lehrer am Luisenstädtischen Realgymnasium in Berlin
angestellt worden.

Der Lehrer Otto Jacht ist als Gemeindeschullehrer
in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerin Margarethe Massow von der Stadt-
schule in Verleberg ist als Lehrerin an der höheren
Mädchenschule dortselbst vom 1. April 1897 ab ange-
stellt worden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| 1.
Zust. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|---|---|---|--|--|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | |
| Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1. | Hans Hendriksen,
Matrose, | geboren am 25. No-
vember 1845 zu Frede-
rissstadt, Norwegen,
norwegischer Staats-
angehöriger, | Betteln, | Polizei-Behörde zu
Hamburg, | 5. Mai
1897. |
| 2. | Benzl Kapr, Metzger
und Kutscher, | geboren am 1. Februar
1868 zu Wien, orts-
angehörig zu Pilsen,
Böhmen, | Landstreichen, Betteln,
verbotenes Waffentragen
und Diebstahl, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Regensburg, | 3. Mai
1897. |
| 3. | Friedrich Viktor
Müller, Bäckergehilfe, | geboren am 3. Juni 1865
zu St. Petersburg,
schweizerischer Staats-
angehöriger, | Landstreichen, | Polizeibehörde zu
Hamburg, | 11. Mai
1897. |
| 4. | a. Josef Petlika,
Musiker,
dessen Ehefrau:
b. Franziska, geborene
Mundel,
deren Kinder:
c. Creszenz Petlika,
ledig,
d. Katharina Petlika,
ledig, | geboren am 11. März
1841 zu Maltz, Bez.
Schützenhofen, Böhmen,
geboren im Jahre 1844
zu Hammern, Bezirk
Klattau, Böhmen,
geboren am 11. April
1878 zu Ramperting,
Bezirk Deggendorf,
Bayern,
geboren im Dezember
1880 zu Grün, Bezirk
Klattau, Böhmen,
sämmlich österreich.
Staatsangehörige, | Landstreichen und Nicht-
abhalten ihrer Kinder
vom Betteln, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Landshut, | 21. April
1897. |
| 5. | Adele Schick, ledig, | geboren am 5. Mai 1875
zu Rositz, Bezirk
Senftenberg, Böhmen,
ortsangehörig zu Kun-
wald, ebendasselbst, | gewerbsmäßige Unzucht, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 11. Mai
1897. |
| 6. | Caspar Selim,
Schweizer, | 61 Jahre alt, geboren
zu Stanz, Kanton
Unterwalden, Schweiz,
schweizerischer Staats-
angehöriger, | Landstreichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Wiesbaden, | 8. Mai
1897. |

Hierzu Sechs Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einzeilige Druckzeile 20 Pf.

Bezugsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung in Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gaysen'schen Erben

Öffentlicher Anzeiger (N^o 6)

zum 25 ten Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 18. Juni 1897.

Notwendige Verkäufe.

Zwangsversteigerung.

244. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Groß-Lichterfelde Band 70 Blatt N^o 2088 auf den Namen des Rentiers Karl Kohn zu Potsdam eingetragene, zu Groß-Lichterfelde, Edele Siegliger- und Ghanffestrasse belegene Grundstück **am 14. September 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Hallesches Ufer 26 I. Zimmer 14 versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 1,35 Mark Reinertrag und einer Fläche von 9 ar 47 qm zur Grundsteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei a. a. D. Zimmer 15 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Verteilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird **am 18. September 1897 Mittags 12 Uhr** an Gerichtsstelle a. a. D. Zimmer 14 verkündet werden.

Berlin, den 29. Mai 1897.

Königliches Amtsgericht II., Abtheilung 17.

Zwangsversteigerung.

245. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Friedenau Band III. Blatt N^o 472 auf den Namen des Buchdruckers Albert Lembken zu Friedenau eingetragene, zu Friedenau, Handjerystraße 68 belegene Grundstück **am 21. September 1897 Vormittags 10^{1/4} Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht

an Gerichtsstelle Hallesches Ufer 26 I. Zimmer 14 versteigert werden.

Das Grundstück mit einer Fläche von 4 ar 61 qm ist mit 1668 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei a. a. D. Zimmer 15 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Verteilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird **am 25. September 1897 Mittags 12 Uhr** an Gerichtsstelle a. a. D. Zimmer 14 verkündet werden.

Berlin, den 4. Juni 1897.

Königliches Amtsgericht II., Abtheilung 17.

Zwangsversteigerung.

246. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Deutsch-Wilmersdorf Band 47 Blatt N^o 1419 auf den Namen des Architekten Josef Liedtke zu Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 107a. eingetragene, angeblich an der Bruchsalstraße zu Deutsch-Wilmersdorf belegene Grundstück **am 21. September 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Hallesches Ufer Nr. 26 I. Zimmer 14 versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 3,75 M. Reinertrag und einer Fläche von 8 ar zur Grundsteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie

besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei a. a. D. Zimmer 15 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **25. September 1897 Mittags 12 Uhr** an Gerichtsstelle a. a. D. Zimmer 14 verkündet werden.

Berlin, den 1. Juni 1897.

Königliches Amtsgericht II. Abtheilung 17.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Bekanntmachung.

247. Die Küster- und Lehrerstelle in Tschow, Schulinspektion Meyenburg, wird am 1. Oktober d. J. frei.

Bewerbungen um diese Stelle sind an die Stiftsverwaltung zu Heiligengrave zu richten.

Heiligengrave bei Tschow, den 4. Juni 1897.

Die Stiftsverwaltung.

Bekanntmachung.

Öffentliche Vorladung.

248. Zum Bau der Eisenbahn von Schönholz nach Kremmen gelangen noch die Parzellen Kartenblatt 6 Flächenabschnitte 196/zu 85 ac, 183/74 II. und 184/74 II. des in der Gemarkung Behlesanz gelegenen Grundstücks Band 4 Blatt 202, dem Töpfer Albert Wartenberg zu Charlottenburg gehörig, zur Enteignung.

Zur Abschätzung dieser Flächen und zur Verhandlung mit den Theilhabenden wird hiermit auf **den 23. Juni 1897 Vormittags 9¹/₄ Uhr** auf dem Bahnhofs in Behlesanz Termin anberaumt, zu welchem eingeladen wird.

Im Falle des Nichterscheinens der Geladenen wird auch ohne deren Zuthun die Entschädigung festgesetzt und wegen Zahlung oder Hinterlegung das Erforderliche veranlaßt werden.

Zu Sachverständigen sind von dem Herrn Regierungspräsidenten:

a. der Kreisboniteur Buchholz und

b. der gerichtliche Sachverständige Hollmann,

beide in Berlin wohnhaft,

ernannt worden.

Potsdam, den 12. Juni 1897.

Der Kommissar des Königlichen Regierungspräsidenten.

gez. Budde,

Regierungs-Assessor.

Imigl

41

Amtsblatt

der Königlich Preussischen Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 26.

Den 25. Juni

1897.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Bekanntmachung.

135. Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten hat mittelst Erlasses vom 28. Mai d. J. bestimmt, daß es in Zukunft der Anzeigen an die Wasserbaubehörden über den Wechsel des Eigentums an Binnenschiffen nicht mehr bedarf.

Nachdem durch Inkrafttreten des Reichsgesetzes, betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschifffahrt vom 15. Juni 1895 (R. G. Bl. S. 301 ff.) die Beurkundung der Rechtsverhältnisse der Schiffe allein in dem bei den Gerichten geführten Schiffsregister zu erfolgen hat, ist der § 10 der Anweisung vom 23. Oktober 1837 sowie die Bestimmung unter 1 des Erlasses des Herrn Finanzministers vom 29. November 1840 durch den eben genannten Erlass des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten aufgehoben worden.

Potsdam, den 15. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

136. Der Herr Ober-Präsident hat mittelst Erlasses vom 9. d. Mts. dem Vorstände der Brandenburgischen Kinderheilstätte die Genehmigung erteilt, im laufenden Jahre eine öffentliche Verlosung von gespendeten Gegenständen nach Maßgabe des dargelegten Planes zu veranstalten, gemäß welchem 6000 Loose zu je 0,50 Mark in Berlin und der Provinz Brandenburg ausgegeben und mindestens 1000 Gewinne von entsprechendem Werte gezogen werden sollen.

Zahl und Preis der auszugehenden Lose, das Ablosgetiet der letzteren, Ort und Zeit der Verlosung, Anzahl und Gesamtwert der Gewinne müssen auf den Loosen angegeben sein.

Potsdam und Berlin, den 18. Juni 1897.

Der Regierungspräsident. Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

137. Auf Grund der §§ 100e. und f. der Reichsgewerbeordnung, bestimme ich hiermit für den Bezirk der Malerinnung zu Berlin:

1) daß Streitigkeiten aus den Lehrverhältnissen der im § 3 Abs. 1 des Gesetzes betreffend die Gewerbeordnung vom 29. Juli 1890 (R. G. Bl. S. 141) bezeichneten Art auf Anrufen eines der streitenden Teile von der zuständigen Innungsbehörde auch dann zu entscheiden sind, wenn der Arbeitgeber, obwohl er das in der Innung vertretene Gewerbe betreibt und selbst zur Aufnahme

in die Innung fähig sein würde, gleichwohl aber der Innung nicht angehört.

2) daß die von der Innung erlassenen Vorschriften über die Regelung des Lehrungsverhältnisses sowie über die Ausbildung und Prüfung der Lehrlinge auch dann bindend sind, wenn deren Lehrherr zu den unter Nr. 1 bezeichneten Arbeitgebern gehört,

3) daß Arbeitgeber, der unter Nr. 1 bezeichneten Art vom 1. Januar 1898 ab Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen,

4) daß von eben jenem Zeitpunkte ab diese Arbeitgeber und deren Gefellen zu den Kosten

der von der Innung für das Verbandsorgan und den Nachweis für Gesellschaften getroffenen bzw. unternommenen Einrichtungen (§ 97

Ziffer 2. der Reichsgewerbeordnung),

b. derjenigen Einrichtungen, welche von der Innung zur Förderung der gewerblichen und technischen Ausbildung der Meister, Gefellen und Lehrlinge getroffen sind bzw. unternommen werden (§§ 97 Ziffer 3, 27a. Ziffer 4 und 2. Abs. 2)

c. des von der Innung errichteten bzw. zu errichtenden Schiedsgerichts (§ 97a. Ziffer 6)

in derselben Weise und nach demselben Maßstabe beizutragen verpflichtet sind wie die Innungsmitglieder und deren Gefellen.

Es wird dies mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß den Bezirk der Innung die Städte Perleberg und Lenzen sowie die Amtsbezirke Kennermühle, Eldenburg, Bockin, Pöperow, Wernow, Pinnow, Dallmin, Berge, Wollschlagen, Seddin, Briesch, Quigow, Stavenow, Gadow, Lams, Birtholz, Dergenspin, Gutschow, Krampfer, Düppow, Kleffe und Matten- burg umfaßt.

Potsdam, den 13. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

B e k a n n t m a c h u n g e n .

138. Ausgebrochen:

a. Maschbrand, Kreis Rupperts Bei einem Herde des Bormerks, Pabsthum.

b. Bläschenauschlag, Kreis Ostprignitz: Bei einem Bullen des Halbhüters Jannich in Bernitz und einer Kuh des Bauern Becker in Schönermark. Je eine Kuh der Pühner Hedder, Neun, Möhrke und des Mühlenbesizers Mahale sämtlich in Bernitz sind der Ansteckung verdächtig.

Potsdam, den 22. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

139.

Preussisch-russische Grenzbehörden und Uebernahmeorte,

die bei der Ausführung des deutsch-russischen Uebernahmevertrags vom 10. Februar 1894 (Min.-Bl. S. 93) in Betracht kommen.

| Reg.-Bez. | Preussische Grenzbehörde | Ausführende preussische Behörde | Preussischer Uebernahmeort | Russischer Uebernahmeort | Ausführende russische Behörde | Russische Grenzbehörde |
|---------------|--|---|----------------------------|---------------------------------|---|-----------------------------|
| Königsberg. | Der Landrath des Kreises Memel. | Der Landrath des Kreises Memel. | Nimmerjatt. | Polangen. | Polizeimeister in Polangen. | Polizeimeister in Polangen. |
| Königsberg. | Der Landrath des Kreises Memel. | Der Landrath des Kreises Memel. | Vajohren. | Kretingen. | Polizeimeister in Kretingen. | Kreischa. |
| Königsberg. | Der Landrath des Kreises Memel. | Der Landrath des Kreises Memel. | Vaugallen. | Garsden (Gorsdy). | Polizeimeister in Garsden. | Kreischa. |
| Gumbinnen. | Der Landrath des Kreises Heydekrug. | Der Landrath des Kreises Heydekrug. | Kollegischken. | Nowie Miasto (Alexandrowskoje). | Grenzkommissar in Nowie Miasto (Alexandrowskoje). | Kreischa. |
| Gumbinnen. | Der Landrath des Kreises Tilsit. | Der Landrath des Kreises Tilsit. | Vaugszatzen. | Pleschki bei Tauroggen. | Der Grenz-Kommissar in Pleschki. | Kreischa in Rosieny. |
| Gumbinnen. | Der Landrath des Kreises Ragnit. | Der Amtsvorsteher in Schmalleningen. | Schmalenningen. | Posventy bei Jurburg. | Der Grenz-Kommissar in Posventy. | Kreischa. |
| Gumbinnen. | Der Landrath des Kreises Pillkallen. | Der Bürgermeister in Schirwindt. | Schirwindt. | Wladislavowo. | Kreischa. | Kreischa. |
| Gumbinnen. | Der Landrath des Kreises Stallupönen. | Der Grenzpolizeikommissar in Eydtshunnen. | Eydtshunnen. | Wirkallen (Wierzbolowo). | Kreischa. | Kreischa. |
| Gumbinnen. | Der Landrath des Kreises Dlegko. | Der Amtsvorsteher in Mierunsten. | Mierunsten. | Filipowo. | Kreischa. | Kreischa. |
| Gumbinnen. | Der Landrath des Kreises Lyd. | Der Amtsvorsteher in Chymochen. | Gros-Chymochen. | Kaczki (Kaschlow). | Der Vertreter der Zollbarriere in Kaczki. | Kreischa. |
| Gumbinnen. | Der Landrath des Kreises Lyd. | Der Amtsvorsteher in Strophen. | Borczymmen. | Keszi (Keschlow). | Der Vertreter der Zollbarriere in Keszi. | Kreischa in Augustowo. |
| Gumbinnen. | Der Landrath des Kreises Lyd. | Der Grenzpolizeikommissar in Proffen. | Proffen. | Grajewo. | Kreischa. | Kreischa. |
| Gumbinnen. | Der Landrath des Kreises Johannisburg. | Der Amtsvorsteher in Dlottowen. | Dlottowen. | Wincenta (Wintenty). | Der Grenz-Kommissar in Wincenta. | Kreischa in Kolno. |
| Königsberg. | Der Landrath des Kreises Drielsburg. | Der Amtsvorsteher in Friedrichshoff. | Friedrichshoff. | Dombrowa. | Die Gemeindevorsteher. | Kreischa in Ostrolenka. |
| Königsberg. | Der Landrath des Kreises Drielsburg. | Der Landrath des Kreises Drielsburg. | Dpaleniez. | Chorzellen. | Der Beamte der Feldpolizei in Chorzellen. | Kreischa. |
| Königsberg. | Der Landrath des Kreises Neidenburg. | Der Landrath des Kreises Neidenburg. | Camerau. | Janbw. | Der Beamte der Feldpolizei in Janbw. | Kreischa. |
| Königsberg. | Der Landrath des Kreises Neidenburg. | Der Grenzpolizeikommissar in Mlowo. | Mlowo. | Mlawo. | Der Beamte der Feldpolizei in Mlawo. | Kreischa in Mlawo. |
| Mariemberger. | Der Landrath des Kreises Stralsburg. | Die Polizeiverwaltung in Lautenburg. | Neu-Zielun. | Zielun. | Der Beamte der Feldpolizei in Zielun. | Kreischa. |

| Reg.-Bez. | Preussische Grenzbehörde | Ausführende preussische Behörde | Preussischer Uebernahmeort | Russischer Uebernahmeort | Ausführende russische Behörde | Russische Grenzbehörde |
|--------------------|--|---|--------------------------------|--------------------------------------|--|--------------------------------|
| Marienwer-
der. | Der Landrath des
Kreises Stras-
burg. | Die Polizeiverwal-
tung in Gorkno. | Gorkno. | Karw (Kar-
warz). | Der Woyt in Karw. | Kreischef. |
| Marienwer-
der. | Der Landrath des
Kreises Stras-
burg. | Die Polizeiverwal-
tung in Stras-
burg. | Wissafzug. | Ofie. | Der Beamte der
Feldpolizei in
Ofie. | Kreischef. |
| Marienwer-
der. | Der Landrath des
Kreises Briesen. | Die Polizeiverwal-
tung in Gollub. | Gollub. | Dobrzyn. | Der Beamte der
Feldpolizei in
Dobrzyn. | Kreischef. |
| Marienwer-
der. | Der Landrath des
Kreises Thorn. | Der Amtsvorsteher
in Leibisch. | Leibisch. | Lubitsch. | Der Beamte der
Feldpolizei in
Lubitsch. | Kreischef. |
| Marienwer-
der. | Der Landrath des
Kreises Thorn. | Der Grenzkom-
missar in Thorn. | Thorn. | Alexandro-
wo. | Kreischef. | Kreischef. |
| Marienwer-
der. | Der Landrath des
Kreises Thorn. | Der als Ueber-
nahmekommissar
fungirende Eisen-
bahn-Stationen-
vorsteher in Ditt-
loschin.] | Dittloschin. | Alexandro-
wo. | Kreischef. | Kreischef. |
| Bromberg. | Der Landrath des
Kreises Ino-
wrazlaw. | Der als Ueber-
nahmekommissar
fungirende Eisen-
bahn-Stationen-
vorsteher in Ditt-
loschin. | Dittloschin. | Alexandro-
wo. | Kreischef. | Kreischef. |
| Posen. | Der Landrath des
Kreises Breschen | Das Polizei-
Distriktsamt in
Strzalsowo. | Strzalsowo. | Slupce. | Kreischef. | Kreischef in Slupce |
| Posen. | Der Landrath des
Kreises Breschen | Der Landrath des
Kreises Breschen. | Borzpsowo. | Peytern. | Der Grenz-Kom-
missar in Peytern | Kreischef. |
| Posen. | Der Landrath des
Kreises Pleichen | Der Landrath des
Kreises Pleichen. | Boguslaw. | Grodzin
(Grod-
ziszko). | Der Grenz-Kom-
missar in Grodzin | Kreischef in Ka-
lisch. |
| Posen. | Der Landrath des
Kreises Ostro-
wo. | Der Vorsteher des
Haupt-Zollamts
Skalmierzycze. | Skalmier-
zyce. | Szczypiorno | Der Grenz-Kom-
missar in Szczyp-
piorno. | Kreischef in Ka-
lisch. |
| Posen. | Der Landrath des
Kreises Reupen. | Das Polizei-
Distriktsamt in
Pobzantsche. | Pobzantsche. | Wieruszow. | Kreischef. | Kreischef. |
| Oppeln. | Der Landrath des
Kreises Kreuz-
burg. | Der Amtsvorsteher
in Gollkowitz. | Gegenannte
Sandhäu-
ser. | Gola. | Der Woyt zu
Dzietrzkowice. | Kreischef. |
| Oppeln. | Der Landrath des
Kreises Rosen-
berg. | Die Polizeiverwal-
tung in Lands-
berg. | Landsberg. | Praschfa. | Kreischef. | Kreischef. |
| Oppeln. | Der Landrath des
Kreises Lubli-
nig. | Der Landrath des
Kreises Lublinig. | Preussisch-
Herby. | Herby (noch
nicht er-
öffnet). | Kreischef. | Kreischef in Gzen-
stochau. |
| Oppeln. | Der Landrath des
Kreises Rattowig. | Die Polizeiverwal-
tung in Rattowig. | Rattowig. | Sosnowice. | Kreischef. | Kreischef. |

~~Vorstehende Uebersicht bringe ich mit Bezug auf meine Bekanntmachung vom 14. Mai 1894 (Amtsblatt
Stück 21 Seite 209/12) zur Kenntniss der unterstellten Behörden.~~
Potsdam, den 18. Juni 1897. Der Regierungspräsident.

Betrifft die schussfreien Tage auf dem Schießplatze bei Cummersdorf für 1897.

140. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 — Amtsbl. S. 366 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, dass die **Schussfreien Tage** auf dem Schießplatze bei Cummersdorf für das Jahr 1897, wie folgt, festgesetzt worden sind:

Juni: 27., 28., 30.,
Juli: 4., 7., 8., 11., 13., 14., 18., 19., 21., 25., 26., 28.

August: 2., 4., 8., 10., 11., 15., 16., 18., 22., 23., 25., 29., 30.

September: 1., 5., 6., 8., 12., 14., 15., 19., 20., 22., 26., 29., 30.

Oktober: 3., 4., 6., 10., 12., 13., 17., 18., 20., 24., 25., 27., 31.

November: 1., 3., 7., 10., 11., 14., 15., 17., 21., 22., 24., 28., 29.

Dezember: 1., 5., 8., 9., 12., 13., 15., 19., 22., 25., 26., 27., 29.

Potsdam, den 16. Juni 1897.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Errichtung neuer Katasterämter für den Kreis Teltow.

17. Mit dem 1. Juli d. J. wird der Bezirk des Katasteramtes Berlin II. unter Hinzuziehung von Theilen der Katasteramtsbezirke Berlin III. und Charlottenburg getheilt, und es werden **zwei neue Katasterämter, Berlin VI. mit dem Amtssitze in Berlin und Groß-Lichterfelde mit dem Amtssitze daselbst, errichtet.** Es gehören von dem genannten Zeitpunkt ab zu den Katasteramtsbezirken:

Berlin II. die Gemeinde- und Gutsbezirke: Friedenau Gemeinde, Grunewald Villenkolonie Gut, Ruhleben Gut, Schmargendorf Gemeinde, Schöneberg Gemeinde, Spandau königliche Forst Gut, Deutsch-Wilmersdorf Gemeinde;

Berlin VI.: Blankenfelde Gemeinde und Gut, Britz Gemeinde, Buckow Gemeinde, Dahlewitz Gemeinde und Gut, Döbbersdorf Gemeinde und Gut, Glasow Gemeinde, Jühndorf Gemeinde und Gut, Lichtenrade Gemeinde, Mahlow Gemeinde, Mariendorf mit Sübende Gemeinde, Mariensfelde Gemeinde, Nixdorf Gemeinde, Rudow Gemeinde und Gut, Schönefeld Gemeinde und Gut, Selchow Gemeinde und Gut, Tempelhof Gemeinde, Treptow Gemeinde, Wasmannsdorf Gemeinde und Gut, Groß- und Klein-Ziethen Gemeinde, Groß-Ziethen Gut, Klein-Ziethen Gut;

Groß-Lichterfelde: Groß-Beeren Gemeinde und Gut, Klein-Beeren Gemeinde und Gut, Dahlem Gut, Düppel mit Bahnhof Wannsee Gut, Pantwig Gemeinde, Groß-Lichterfelde Gemeinde, Lößdorf Gut,

Ruhlsdorf Gemeinde und Gut, Steglitz Gemeinde, Teltow Stadt, Zehlendorf mit Zehlendorf Gemeinde.
Potsdam, den 21. Juni 1897.

Königliche Regierung,

Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten A.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

41. Gemäß § 9 des Regulativs für den Betrieb des Schornsteinfegergewerbes im Stadtgebiet Berlin vom 16. November 1888 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht, dass der Königl. Bau-Inspektor, Rätley, Alexanderstraße 46—48, zum Vorsitzenden, der Königl. Bau-Inspektor Gröbner, Bülowstraße 13, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Schornsteinfeger-Prüfungskommission für die Zeit vom heutigen Tage bis zum 1. Dezember 1898 ernannt worden ist.
Berlin, den 15. Juni 1897.

Der Polizei-Präsident.

Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Mai 1897.

42. A. Engström-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 1 Dz. Weizen (gut)

„ „ „ do. (mittel)

„ „ „ do. (gering)

„ „ „ Roggen (gut)

„ „ „ do. (mittel)

„ „ „ do. (gering)

„ „ „ Gerste (gut)

„ „ „ do. (mittel)

„ „ „ do. (gering)

„ „ „ Hafer (gut)

„ „ „ do. (mittel)

„ „ „ do. (gering)

„ „ „ Erbsen (gut)

„ „ „ do. (mittel)

„ „ „ do. (gering)

„ „ „ Nichtkroh

„ „ „ Heu

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag für 50 Kgr.

im Monat Mai: —, —, —, 2,68 Mk., 4,07 Mk.

B. Detail-Marktpreise

im Monatsdurchschnitt

1) In Berlin:

für 1 Dz. Erbsen (gelbe z. Kochen) 29 Mark 44 Pf.,

„ „ „ Speisebohnen (weiße) 36 „ 10 „

„ „ „ „ 42 „ 50 „

„ „ „ Kartoffeln 5 „ 85 „

Ein Handel an der Produktenbörse hat nicht stattgefunden.

| | |
|--------------------------------------|---------------|
| für 1 Rgr. Rindfleisch (v. d. Reule) | 1 Mark 35 Pf. |
| „ 1 „ „ (Bauchfleisch) | 1 „ 10 „ |
| „ 1 „ Schweinefleisch | 1 „ 25 „ |
| „ 1 „ Kalbfleisch | 1 „ 30 „ |
| „ 1 „ Hammelfleisch | 1 „ 20 „ |
| „ 1 „ Speck (geräuchert) | 1 „ 40 „ |
| „ 1 „ Schbutter | 2 „ 30 „ |
| „ 60 Stück Eier | 2 „ 69 „ |

2) In Charlottenburg:

| | |
|------------------------------------|----------------|
| für 1 Dz Erbsen (gelbe z. Kochen) | 27 Mark 70 Pf. |
| „ „ „ Sprisbohnen (welche) | 34 „ 60 „ |
| „ „ „ Linsen | 41 „ 70 „ |
| „ „ „ Kartoffeln | 5 „ 50 „ |
| „ 1 Rgr. Rindfleisch (v. d. Reule) | 1 „ 40 „ |
| „ 1 „ „ (Bauchfleisch) | 1 „ 05 „ |
| „ 1 „ Schweinefleisch | 1 „ 37 „ |
| „ 1 „ Kalbfleisch | 1 „ 32 „ |
| „ 1 „ Hammelfleisch | 1 „ 28 „ |
| „ 1 „ Speck (geräuchert) | 1 „ 40 „ |
| „ 1 „ Schbutter | 2 „ 20 „ |
| „ 60 Stück Eier | 2 „ 40 „ |

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats Mai 1897:

1) In Berlin:

| | |
|--|---------------|
| für 1 Rgr. Mehl z. Speisefütterung a. Weizen | 33 Pf. |
| „ 1 „ „ desgl. a. Roggen | 27 „ |
| „ 1 „ Gerstengraupe | 35 „ |
| „ 1 „ Gerstengröße | 33 „ |
| „ 1 „ Buchweizengröße | 38 „ |
| „ 1 „ Hafergröße | 38 „ |
| „ 1 „ Hirse | 38 „ |
| „ 1 „ Reis (Java, mittler) | 65 „ |
| „ 1 „ Java-Kaffee (mittler, roh) | 3 Mark — Pf. |
| „ 1 „ „ (gelb in gebr. Bohnen) | 4 Mark 13 Pf. |
| „ 1 „ Speisefalz | 20 „ |
| „ 1 „ Schweineschmalz (hiefiges) | 1 Mark 15 „ |

2) In Charlottenburg:

| | |
|--|---------------|
| für 1 Rgr. Mehl z. Speisefütterung a. Weizen | 33 Pf. |
| „ 1 „ „ desgl. a. Roggen | 28 „ |
| „ 1 „ Gerstengraupe | 40 „ |
| „ 1 „ Gerstengröße | 40 „ |
| „ 1 „ Buchweizengröße | 35 „ |
| „ 1 „ Hafergröße | 40 „ |
| „ 1 „ Hirse | 38 „ |
| „ 1 „ Reis (Java, mittler) | 53 „ |
| „ 1 „ Java-Kaffee (mittler, roh) | 2 Mark 20 Pf. |
| „ 1 „ „ (gelb in gebr. Bohnen) | 3 Mark — Pf. |
| „ 1 „ Speisefalz | 20 „ |
| „ 1 „ Schweineschmalz (hiefiges) | 75 „ |

Königliches Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen

des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Bekanntmachung.

4. Das britische Schutzgebiet Sarawak (West-Borneo) wird zum 1. Juli dem Westpostverein angeschlossen. Der Briefverkehr mit diesem Gebiet regelt

sich demnächst nach den Bestimmungen des Vereinsdienstes.

Berlin W., 17. Juni 1897.

In Vertretung des Staatssekretärs des Reichs-Postamts
Fischer.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen
Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

37. Bei dem Postamt 108 (Waldstraße 11) wird am 25. Juni der Telegraphenbetrieb eingerichtet. Die Dienststunden für den Verkehr mit dem Publikum werden für die neue Betriebsstelle, welche nur an Werktagen geöffnet ist, auf die Zeit von 8 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends festgesetzt. Berlin C., den 19. Juni 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor

Geheime Ober-Postrath Griesbach.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen
Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

38. Diejenigen Personen, welche noch in diesem Jahre Anschluß an eine der Stadt-Fernsprecheinrichtungen in Bernau (Mark), Brandenburg (Havel), Cöpenick, Eberswalde, Erkner, Freienwalde (Oder), Friedrichshagen, Groß-Lichterfelde, Grünau (Mark), Königs-Wusterhausen, Liepe, Ludwigsfelde, Neu-Ruppin, Nowawes-Neuendorf, Oderberg (Mark), Oranienburg, Potsdam, Prenzlau, Rathenow, Spandau, Steglitz, Strausberg, Tegel, Baken (Mark), Wannsee, Wittenberge (Bz. Potsdam), Zehlendorf (Kr. Teltow) und Jossen wünschen, werden ersucht, ihre Anmeldungen recht bald, spätestens aber bis Ende Juli an das Kaiserliche Postamt in dem betreffenden Orte (für Potsdam an das Kaiserliche Telegraphenamt daselbst) zu richten. Später eingehende Anmeldungen können erst nach dem 1. April 1898 berücksichtigt werden. Bei den bezeichneten Verkehrsanstalten können die Bedingungen für den Anschluß eingesehen und Formulare zur Anmeldung in Empfang genommen werden.

Potsdam, 15. Juni 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor Gärtler.

Bekanntmachungen des Königlichen
Provinzial-Schul-Collegiums.

Bekanntmachung.

9. Die Schulpflichterinnen-Prüfung wird hier am 24. November d. J. abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Lehrerinnen zugelassen, welche den Nachweis einer mindestens fünfjährigen Lehrthätigkeit zu führen vermögen und mindestens zwei Jahre in Schulen unterrichtet haben. Die Anmeldungen sind an uns bis zum 1. September d. J. einzureichen und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatt der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) ein Zeugniß über die Lehrthätigkeit, 6) ein von einem zur Führung eines Amtssiegels berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über

normalen Gesundheitszustand. Der festgesetzte Anmeldetermin ist pünktlich einzuhalten.

Berlin 9., Linkstr. 42, den 14. Juni 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

10. Die Lehrerinnen-Prüfung wird hier **vom 1. November d. J. an** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das **neunzehnte Lebensjahr** vollendet haben. Die Anmeldungen, in denen anzugeben ist, ob die Prüfung für Volksschulen oder mittlere und höhere Mädchenschulen gewünscht wird, sind **spätestens bis zum 4. Oktober d. J.** an uns einzureichen und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin anzugeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und die etwa schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest und 5) ein von einem zur Führung eines Dienstsiegels berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. Der festgesetzte Anmeldetermin ist **pünktlich** einzuhalten. Beim Eintritt in die Prüfung haben die Bewerberinnen eine von ihnen gefertigte Probefchrift auf einem halben Bogen Querfolio mit deutschen und lateinischen Lettern und eine Probezeichnung abzugeben.

Berlin W. 9. Linkstr. 42, den 14. Juni 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

11. Die Prüfung für den Unterricht in weiblichen Handarbeiten wird in Berlin in der Königlichen Elisabethschule, Kochstraße 65, **vom 8. November d. J. ab** stattfinden. Zur Prüfung werden zugelassen: 1) Bewerberinnen, welche bereits die Befähigung zur Ertheilung von Schulunterricht vorschrittmäßig nachgewiesen haben; 2) sonstige Bewerberinnen, wenn sie eine ausreichende Schulbildung nachweisen und wenn sie am Tage der Prüfung das 19. Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen zu derselben sind **spätestens bis zum 9. Oktober d. J.** an uns einzureichen und sind denselben beizufügen: a. von solchen, welche bereits eine Prüfung als Lehrerin bestanden haben: 1) das Zeugnis über diese Prüfung; 2) ein amtliches Zeugnis über ihre bisherige Thätigkeit als Lehrerin; b. von den übrigen bezeichneten Bewerberinnen: 1) ein selbstgefertigter, in deutscher Sprache abgefaßter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession, der Wohnort der Bewerberin und die Art der gewünschten Prüfung (ob für mittlere und höhere Mädchenschulen oder für Volksschulen), anzugeben ist; 2) ein Tauf- bezw. ein Geburtschein; 3) ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem Arzte, der zur Führung eines Dienstsiegels berechtigt ist; 4) ein Zeugnis über die von der Bewerberin erworbene Schulbildung und die Zeugnisse über die etwa schon abgelegte Prüfung als Turnlehrerin, Zeichenlehrerin u. s. w.;

5) ein Zeugnis über die erlangte Ausbildung als Handarbeitslehrerin; 6) ein amtliches Führungszeugnis, ausgestellt von einem Geistlichen oder von der Ortsbehörde. Der Anmeldetermin ist genau einzuhalten. Die Prüfung ist eine praktische und theoretische. In praktischer Beziehung haben die Bewerberinnen 1) eine Probe ihrer technischen Fertigkeit in den weiblichen Handarbeiten abzulegen. Zu diesem Zwecke haben sie einzureichen: a. einen neuen Strumpf, gezeichnet mit zwei Buchstaben und einer Zahl in Gitterstich, dazu ein angefangenes Strickzeug; b. ein Häkeluch mit 70 bis 90 Maschen Anschlag, welches mehrere Muster enthält und mit einer gehäkelten Kante umgeben ist; c. ein gewöhnliches Mannsheub (Hertren-Nachtheub); d. ein Frauenheub; e. einen alten Strumpf, in welchem ein Haden neu eingestrickt und eine Gitterstopfe sowie eine Strickstopfe ausgeführt ist; f. vier bis sechs kleine Proben von verschiedenen mittelfeinen Stoffen, wie dieselben im Hausstande vorzukommen pflegen, jede etwa 12 zu 12 cm groß. Dieselben können sowohl einzeln als auch zu einem Luche verbunden abgegeben werden und sollen enthalten: einen ausgelegten und einen eingestrichen Fliden; eine weiße und eine bunt karrierte Gitterstopfe; eine Körperstopfe; zwei gezeichnete Buchstaben in Kreuzstich, zwei ebensolche in Rosenstich; drei gestickte lateinische Buchstaben und zwei Ziffern in rothem Garn, drei ebensolche gothische Buchstaben und zwei Ziffern in weißem Garn und ein gesticktes Monogramm aus den Namensbuchstaben der Bewerberin. Die unter f. aufgezählten Arbeiten müssen vor allem dem gewählten Stoffe gemäß ausgeführt sein. Sämmtliche Arbeiten sollen schulgerecht und deshalb auch nur in Stoffen und aus Garnen von mittlerer Feinheit hergestellt werden. Die Arbeiten werden durch die Einreichung von den Bewerberinnen ausdrücklich als selbstgefertigt bezeugt; die Hemden sind indessen nicht ganz zu vollenden, damit nach Anweisung der Prüfungs-Kommission und unter Aufsicht derselben an der Arbeit fortgeföhren werden kann. 2) Außerdem hat jede Bewerberin in der Prüfung eine Probelektion in der Ertheilung des Handarbeitsunterrichtes in einer Schulklasse zu halten. Beim Eintritt in die Prüfung sind 6 M. Prüfungs- und 1 M. 50 Pf. Stempelgebühren zu entrichten, welsche letztere der Examinandin im Falle des Nichtbestehens der Prüfung wieder zurückgezahlt werden.

Berlin, den 14. Juni 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

34. Im Gemäßheit des § 20 des Ausführgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-G. S. 31) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-G. S. 157) wird bekannt gemacht, daß die folgenden Personen:

- a. den minderjährigen Kindern des verstorbenen Julius Hayem, zu Lebzeiten Megger in Meg, nämlich

Leon Hayem, Bertha Hayem, Paul Hayem und Heinrich Hayem,
b. der Theresie geb. Hayem, Ehefrau von David Cohen, Viehhändler in Nourvres (Frankreich), in Gütergemeinschaft mit ihrem Ehemann,
c. der Rosalie geb. Hayem, Ehefrau von Israel Cohen, Metzger in Luxemburg (Bahnhof), in Gütergemeinschaft mit ihrem Ehemann,
d. dem Abraham Hayem, Metzger in Metz,
e. dem Isidor Hayem, Metzger in Châlons a. d. Marne (Frankreich).

gehörigen Schuldverschreibungen der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1882

Lit. F. N^o 187665 und 187666 über je 200 M. vermuthlich in Metz abhanden gekommen sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Reichsanwalt Deutsch in Metz anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 14. Juni 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

33. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Rentner Jean Becker zu Neuglaskütte bei Forbach in Lothringen die Schuldverschreibungen der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1883

Lit. D. N^o 417753 und 417754 über je 500 M. angeblich verbrannt sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Justizrath Ernst hier W. Taubenstraße 32 anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 16. Juni 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Direction der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

14. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 21. v. M. heute geschehenen öffentlichen Verloosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Stücke gezogen worden:

L. 4%ige Rentenbriefe.

Litt. A. zu 3000 M. (1000 Thlr.)

197. Stück und zwar die Nummern:

41 63 65 239 458 794 803 890 966 1045 1287
1319 1344 1634 1711 1726 1778 1827 1830 1933
2046 2508 2570 2908 2971 3025 3026 3173 3191
3437 3527 3694 3738 3819 3888 3998 4103 4301
4302 4304 4454 4732 4776 4913 4991 5099 5169
5184 5334 5430 5441 5551 5677 5739 5799 6165
6273 6283 6356 6470 6556 6632 6909 7015 7073

7113 7149 7437 7530 7601 7666 7673 7814 7854
7962 8056 8115 8314 8731 8885 8968 9234 9290
9376 9641 9690 9804 9838 9841 10115 10421
10423 10471 10534 10661 10750 10754 11075
11140 11174 11214 11310 11346 11506 11511
11610 11732 11745 11780 11826 11976 11977
12053 12096 12269 12322 12386 12487 12521
12627 12689 12759 12772 12883 13069 13120
13200 13206 13252 13352 13368 13412 13422
13495 13566 13645 13670 13680 13769 13802
13829 13933 13977 14140 14270 14515 14724
14876 14920 15022 15164 15262 15355 15444
15613 15614 15816 15942 15971 16222 16245
16327 16351 16460 16538 16614 16784 16863
16895 17183 17337 17399 17434 17661 17774
18116 18132 18156 18176 18261 18292 18660
18704 18720 18736 18801 18851 18858 18951
18952 19078 19105 19144 19147 19214 19347
19393.

Litt. B. zu 1500 M. (500 Thlr.)

70 Stück und zwar die Nummern:

19 55 86 88 275 371 385 500 524 621 652 746
811 1025 1125 1355 1507 1678 1973 1983 1986
2032 2104 2140 2554 2710 3042 3048 3204 3595
3651 3677 3801 4083 4103 4194 4225 4271 4890
4464 4483 4669 4716 4946 5101 5103 5449 5496
5609 5649 5660 5705 5846 5854 5907 6014 6071
6129 6151 6215 6284 6389 6446 6461 6704 6926
6943 6961 6964 7035.

Litt. C. zu 300 M. (100 Thlr.)

273 Stück und zwar die Nummern:

24 207 256 362 405 538 698 706 809 908 1037
1132 1143 1151 1175 1274 1445 1498 1650 1719
1770 1976 2120 2261 2550 2922 2986 3193 3206
3323 3365 3607 4268 4325 4374 4478 4919 4981
5228 5313 5326 5477 5813 5912 6079 6084 6112
6180 6223 6293 6692 6773 7013 7074 7088 7445
7566 7583 7610 7977 8185 8406 8540 8552 8570
8680 8697 8837 8916 9032 9044 9046 9091 9108
9166 9383 9389 9622 9676 10006 10042 10056
10158 10172 10201 10349 10382 10394 10617
10897 11132 11355 11434 11551 11794 11843
11887 11902 11934 11955 12027 12061 12084
12093 12124 12254 12366 12542 12565 12732
12789 12967 13032 13034 13077 13179 13201
13255 13256 13297 13405 13589 13644 13789
13831 13833 14107 14146 14348 14571 14679
14743 14762 14810 14852 14873 14912 15066
15123 15156 15206 15244 15245 15336 15354
15364 15464 15704 15762 15793 15862 15888
15969 15973 16056 16060 16085 16279 16291
16300 16372 16374 16443 16551 16624 16639
16733 16767 16802 17159 17287 17382 17475
17476 17543 17654 17888 17978 18134 18139
18143 18146 18169 18304 18474 18604 18663
18678 18781 18818 18846 19246 19247 19343
19473 19543 19586 19677 19764 19852 19989
20074 20126 20148 20281 20320 20338 20513

| | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 20581 | 20585 | 20640 | 20864 | 20900 | 20913 | 21065 |
| 21091 | 21211 | 21230 | 21292 | 21574 | 21619 | 21672 |
| 21772 | 21886 | 21937 | 21965 | 22161 | 22215 | 22285 |
| 22382 | 22518 | 22530 | 22549 | 22574 | 22602 | 22740 |
| 22913 | 22928 | 23107 | 23270 | 23422 | 23432 | 23521 |
| 23578 | 23590 | 23632 | 23915 | 24027 | 24079 | 24114 |
| 24133 | 24137 | 24176 | 24288 | 24337 | 24345 | 24480 |
| 24517 | 24746 | 24765 | 24859 | 24907 | 24938 | 24983 |
| 25004 | 25060 | 25077 | 25079 | 25114 | 25119 | 25124 |
| 25141 | 25692 | | | | | |

Litt. D. zu 75 M. (25 Tblr.)

227 Stück und zwar die Nummern:

| | | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|------|------|
| 109 | 205 | 460 | 514 | 701 | 800 | 936 | 986 | 995 | 1096 |
| 1157 | 1348 | 1627 | 1761 | 1899 | 1913 | 2012 | 2075 | 2462 | |
| 2493 | 2934 | 3057 | 3086 | 3144 | 3218 | 3316 | 3446 | 3491 | |
| 4059 | 4073 | 4098 | 4279 | 4387 | 4469 | 4596 | 4851 | 5156 | |
| 5157 | 5231 | 5252 | 5305 | 5328 | 6004 | 6342 | 6384 | 6631 | |
| 7111 | 7159 | 7329 | 7877 | 7397 | 7416 | 7439 | 7593 | 7752 | |
| 7795 | 7898 | 8026 | 8103 | 8129 | 8252 | 8274 | 8524 | 8636 | |
| 8696 | 8823 | 8887 | 8935 | 8958 | 8985 | 9212 | 9274 | 9401 | |
| 9426 | 9523 | 9948 | 10114 | 10264 | 10412 | 10736 | 10798 | | |
| 10865 | 10940 | 11122 | 11217 | 11355 | 11437 | 11875 | | | |
| 11884 | 11966 | 11968 | 11990 | 12033 | 12054 | 12055 | | | |
| 12068 | 12210 | 12520 | 12547 | 12695 | 12831 | 12843 | | | |
| 13046 | 13071 | 13334 | 13443 | 13489 | 13519 | 13533 | | | |
| 13561 | 13679 | 13775 | 13803 | 13809 | 13811 | 13820 | | | |
| 13890 | 13915 | 13994 | 14175 | 14375 | 14402 | 14687 | | | |
| 14937 | 14953 | 15015 | 15181 | 15222 | 15243 | 15427 | | | |
| 15616 | 15659 | 15727 | 15759 | 15802 | 15829 | 15890 | | | |
| 16186 | 16208 | 16256 | 16264 | 16288 | 16373 | 16515 | | | |
| 16534 | 16745 | 16800 | 16960 | 17053 | 17125 | 17151 | | | |
| 17155 | 17318 | 17374 | 17501 | 17602 | 17620 | 17684 | | | |
| 17838 | 18053 | 18090 | 18331 | 18577 | 18653 | 18716 | | | |
| 18767 | 18831 | 18832 | 18841 | 18876 | 18935 | 19051 | | | |
| 19062 | 19085 | 19101 | 19142 | 19174 | 19212 | 19366 | | | |
| 19431 | 19678 | 19841 | 19978 | 20128 | 20287 | 20304 | | | |
| 20316 | 20384 | 20506 | 20623 | 20642 | 20655 | 20696 | | | |
| 20701 | 20766 | 20794 | 20875 | 20887 | 20908 | 20912 | | | |
| 20980 | 20991 | 21034 | 21065 | 21077 | 21372 | 21378 | | | |
| 21385 | 21386 | 21391 | 21394 | 21406 | 21420 | 21423 | | | |
| 21424 | 21425 | 21429 | 21435 | 21449 | 21463 | 21465 | | | |
| 21466 | 21470 | 21471 | 21473 | 21490 | 21510 | | | | |

Litt. E. zu 30 M. (10 Tblr.)

3 Stück und zwar die Nummern:

9685 9698 9760.

III. 3 1/2 %ige Rentenbriefe.

Litt. M. zu 1500 M. 1 Stück und zwar die Nummer 12.

Litt. O. zu 75 M. 2 Stück und zwar die Nummern 16 25.

Litt. P. zu 30 M. 1 Stück und zwar die Nummer 19.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in eintreffendem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. VI. Nr. 15 und 16 bezw. Ser. I. Nr. 13—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße 76 I., vom 1. Oktober d. Js. ab an den Werktagen von 9—1 Uhr einzuliefern,

um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen. Vom 1. Oktober d. Js. ab hört die Verzinsung der ausgelassenen Rentenbriefe auf.

Von den früher verloosten Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind die nachstehend genannten Stücke noch nicht zur Einlösung bei der Rentenbank-Kasse vorgelegt worden, obwohl seit deren Fälligkeit 2 Jahre und darüber verlossen sind.

Rückständig sind:

A. 4 %ige Rentenbriefe

| | |
|------------------|-----------------------------|
| 1. April 1891. | Litt. A. 14628. |
| | = C. 8001. |
| | = D. 14410 18221 20513. |
| 1. Oktober 1891. | = B. 2712. |
| | = C. 1217 3634 4852 24208. |
| | = D. 5652 7316 14237. |
| 1. April 1892. | = C. 1046 7816. |
| | = D. 2503 10215 11035 |
| | 11513 15634. |
| 1. Oktober 1892. | = C. 8513 20212. |
| | = D. 763 3802 11480 13606. |
| 1. April 1893. | = C. 1784 9961 17540 22762. |
| | = D. 3639 4659 7199 9310 |
| | 9348 13451. |
| 1. Oktober 1893. | = A. 11988. |
| | = B. 930. |
| | = C. 837 2250 11095 15095. |
| | = D. 5481 6191 9061 16739 |
| | 19227. |
| 1. April 1894. | = B. 1608 5721. |
| | = C. 2930 7153 7882 10195 |
| | 14688 18059 18482 |
| | 19156. |
| | = D. 11479 15126 17265. |
| 1. Oktober 1894. | = A. 3281 9812. |
| | = B. 5802. |
| | = C. 2524 6523 7888 9870 |
| | 11577 13123 13591 |
| | 19902 20813. |
| | = D. 922 3426 3835 7142 |
| | 10167 13885 15183 |
| | 17021. |
| 1. April 1895. | = A. 5453. |
| | = B. 5314. |
| | = C. 1606 2918 3171 13580 |
| | 17980 18598 18736 |
| | 21983 21984. |
| | = D. 1386 3196 4998 6387 |
| | 6494 8624 11298 19183. |

B. 3 1/2 %ige Rentenbriefe.

2. Januar 1895. Litt. K. 12.

1. April 1895. O. 1

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden, in der oben angegebenen Weise, aufgefordert, den Nennwerth derselben nach Abzug des Betrages der von den mitabzuliefernden Coupons etwa fehlenden Stücke bei unserer Kasse in Empfang zu nehmen. Wegen der Verjährung der Rentenbriefe ist

die Bestimmung, des Gesetzes über Errichtung der Rentenbanken vom 2. März 1850 (§ 44) zu beachten.

Die Einlieferung ausgelookter Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers, und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung. Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 15. Mai 1897.

Königliche Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

5. Auf Grund des § 20 des revidirten Reglements der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß von dem Brandenburgischen Provinzial-Ausschuß in der Sitzung vom 19. Mai d. J. der Bürgermeister Merens zu Prenzlau und der Stadtverordnetenvorsteher Wernicke zu Bernau zu Mitgliedern und die Bürgermeister Hammer zu Brandenburg a. S. und Heinkel zu Sorau zu stellvertretenden Mitgliedern des Directorialraths der Societät gewählt worden sind.

Berlin, den 15. Juni 1897.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.

Freiherr von Mantuffel.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Die mit einem jährlichen Gehalt von 600 M. verbundene Kreissthierarzstelle des Kreises Jüterbog mit dem Amtswohnsitz in der gleichnamigen Kreisstadt soll anderweit besetzt werden. Geeignete Bewerber wollen sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse und eines kurzen Lebenslaufes bis zum 15. Juli d. J. bei mir melden.

Bromberg, den 18. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

Verlosung

der vormalig hannoverschen 4prozentigen Staatsschuldverschreibungen **Litera S** für das Jahr vom 1. April 1897/98.

Bei der am 1. d. Mts. in Gegenwart eines königlichen Notars stattgehabten Auslosung der vormalig hannoverschen Staatsschuldverschreibungen **Litera S** zur Tilgung für das Jahr vom 1. April 1897/1898 sind die nachfolgend verzeichneten Nummern gezogen worden:

Nr 95, 158, 293, 421, 591 über je 1000 Thlr. Gold und Nr. 707, 915, 937, 976, 1162, 1308, 1363, 1378, 1410, 1425, 1437, 1500, 1546, 1604, 1672, 1693, 1790, 1967 über je 500 Thlr. Gold.

Dieselben werden den Besitzern hierdurch auf den 2. Januar 1898 zur baaren Rückzahlung gekündigt.

Die ausgelookten Schuldverschreibungen lauten auf

Gold, und wird deren Rückzahlung in Reichswährung nach den Bestimmungen der Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 6. Dezember 1873, betreffend die Ausfertigung der Landes-Goldmünzen etc. (Reichsanzeiger Nr 292), sowie nach den Ausführungsbestimmungen des Herrn Finanz-Ministers vom 17. März 1874 (Reichsanzeiger Nr 68, Position 3) erfolgen.

Die Kapitalbeträge werden schon vom 15ten Dezember d. J. ab gegen Quittung und Einlieferung der Schuldverschreibungen nebst den zugehörigen Zinschein-Anweisungen und dem nach dem 2. Januar 1898 fälligen Zinscheinen Reihe VI. Nr 5 bis 10 an den Geschäftstagen bei der Regierungshauptkasse hieselbst, von 9 bis 12 Uhr Vormittags, ausgezahlt.

Die Einlösung der Schuldverschreibungen kann auch bei sämmtlichen übrigen Regierungshauptkassen, bei der Staatsschuldentilgungskasse in Berlin, sowie bei der Kreiskasse zu Frankfurt a. M. bewirkt werden.

Zu diesem Zwecke sind die Schuldverschreibungen nebst den zugehörigen Zinschein-Anweisungen und Zinscheinen schon vom 1. Dezember d. J. ab bei einer der letztgedachten Kassen einzureichen, welche dieselben der hiesigen Regierungshauptkasse übersenden und, nach erfolgter Feststellung, die Auszahlung besorgen wird.

Bemerkt wird;

- 1) Die Einwendung der Schuldverschreibungen nebst den zugehörigen Zinschein-Anweisungen und Zinscheinen mit oder ohne Werthangabe muß portofrei geschehen.
- 2) Sollte die Abforderung des gekündigten Kapitals bis zum Fälligkeitstermine nicht erfolgen, so tritt dasselbe von dem gedachten Zeitpunkte ab zum Nachtheile der Gläubiger außer Verzinsung.

Schließlich wird darauf aufmerksam gemacht, daß alle übrigen 3½ und 4prozentigen vormalig hannoverschen Landes- und Eisenbahn-Schuldverschreibungen bereits früher gekündigt sind, und werden deshalb die Inhaber der unten verzeichneten, noch nicht eingelieferten, mit dem Kündigungstermine außer Verzinsung getretenen hannoverschen Staatsschuldverschreibungen an die Erhebung der Kapitalien derselben bei der hiesigen Regierungshauptkasse hierdurch nochmals erinnert.

Hannover, den 8. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

Verzeichniß

der bereits früher gekündigten und bis jetzt nicht eingelieferten, nicht mehr verzinslichen vormalig hannoverschen Landes- und Eisenbahn-Schuldverschreibungen.

Lit. H. 3½ %

auf 2. Januar 1874 gekündigt: Nr 830 über 100 Thlr. Kurant.

Lit. N. 3½ %

auf 2. Januar 1873 gekündigt: Nr 4163 über 100 Thlr. Gold,

besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei a. a. D. Zimmer 15 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird **am 25. September 1897 Mittags 12 Uhr** an Gerichtsstelle a. a. D. Zimmer 14 verkündet werden.

Berlin, den 1. Juni 1897.

Königliches Amtsgericht II. Abtheilung 17.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Bekanntmachung.

247. Die Küster- und Lehrerstelle in Tschow, Schulinspektion Meyenburg, wird am 1. Oktober d. J. frei.

Bewerbungen um diese Stelle sind an die Stiftsverwaltung zu Heiligengrabe zu richten.

Heiligengrabe bei Tschow, den 4. Juni 1897.

Die Stiftsverwaltung.

Bekanntmachung.

Öffentliche Vorladung.

248. Zum Bau der Eisenbahn von Schönholz nach Kremmen gelangen noch die Parzellen Kartenblatt 6 Flächenabschnitte 196/zu 85 re., 183/74 II. und 184/74 II. des in der Gemarkung Behlesanz gelegenen Grundstücks Band 4 Blatt 202, dem Töpfer Albert Wartenberg zu Charlottenburg gehörig, zur Enteignung.

Zur Abschätzung dieser Flächen und zur Verhandlung mit den Vertheiligten wird hiermit auf **den 23. Juni 1897 Vormittags 9¹/₄ Uhr** auf dem Bahnhofs in Behlesanz Termin anberaumt, zu welchem eingeladen wird.

Im Falle des Nichterscheinens der Geladenen wird auch ohne deren Zuthun die Entschädigung festgesetzt und wegen Zahlung oder Hinterlegung das Erforderliche veranlaßt werden.

Zu Sachverständigen sind von dem Herrn Regierungspräsidenten:

a. der Kreisboniteur Buchholz und

b. der gerichtliche Sachverständige Hollmann, beide in Berlin wohnhaft,

ernannt worden.

Potsdam, den 12. Juni 1897.

Der Kommissar des Königlichen Regierungspräsidenten.

gez. Budde,
Regierungs-Assessor.

Freigl

Amtsblatt

der Königlich Preussischen Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 26.

Den 25. Juni

1897.

Bekanntmachungen des Königlich Preussischen Regierungspräsidenten.

Bekanntmachung.

135. Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten hat mittelst Erlasses vom 28. Mai d. J. bestimmt, daß es in Zukunft der Anzeigen an die Wasserbaubehörden über den Wechsel des Eigenthums an Binnenschiffen nicht mehr bedarf.

Nachdem durch Inkrafttreten des Reichsgesetzes, betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschiffahrt vom 15. Juni 1895 (R. G. Bl. S. 301 ff.) die Beurkundung der Rechtsverhältnisse der Schiffe allein in dem bei den Gerichten geführten Schiffsregister zu erfolgen hat, ist der § 10 der Anweisung vom 23. Oktober 1837 sowie die Bestimmung unter 1 des Erlasses des Herrn Finanzministers vom 29. November 1840 durch den oben genannten Erlass des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten aufgehoben worden.

Potsdam, den 15. Juni 1897.
Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

136. Der Herr Ober-Präsident hat mittelst Erlasses vom 9. d. Mts. dem Vorstände der Brandenburgischen Kinderbrüdertheater die Genehmigung erteilt, im laufenden Jahre eine öffentliche Verlosung von gespendeten Gegenständen nach Maßgabe des dargelegten Planes zu veranstalten, gemäß welchem 6000 Loose zu je 0,50 Mark in Berlin und der Provinz Brandenburg ausgegeben und mindestens 1000 Gewinne von entsprechendem Werthe gezogen werden sollen.

Zahl und Preis der auszugehenden Lose, das Absatzgebiet der letzteren, Ort und Zeit der Verlosung, Anzahl und Gesamtwert der Gewinne müssen auf den Loosen angegeben sein.

Potsdam und Berlin, den 18. Juni 1897.

Der Regierungspräsident. Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

137. Auf Grund der §§ 100e. und f. der Reichsgewerbeordnung, bestimme ich hiermit für den Bezirk der Malerinnung zu Perleberg,

1) daß Streitigkeiten aus den Lehrverhältnissen der im § 3 Abs. 1 des Gesetzes betreffend die Gewerbeverhältnisse vom 29. Juli 1890 (R. G. Bl. S. 141) bezeichneten Art auf Anrufen eines der streitenden Theile von der zuständigen Innungsbehörde auch dann zu entscheiden sind, wenn der Arbeitgeber, obwohl er das in der Innung vertretene Gewerbe betreibt und selbst zur Aufnahme

in die Innung fähig sein würde, gleichwohl aber der Innung nicht angehört,

2) daß die von der Innung erlassenen Vorschriften über die Regelung des Lehrlingsverhältnisses sowie über die Ausbildung und Prüfung der Lehrlinge auch dann bindend sind, wenn deren Lehrherr zu den unter Nr. 1 bezeichneten Arbeitgebern gehört,

3) daß Arbeiter, der unter Nr. 1 bezeichneten Art vom 1. Januar 1898 ab Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen,

4) daß von ebendieselben Zeitpunkte ab diese Arbeitgeber und deren Gesellen zu den Kosten

a. der von der Innung für das Herbergnehmen und den Nachweis für Gesellschaften getroffenen bezw. unternommenen Einrichtungen (§ 97 Ziffer 2. der Reichsgewerbeordnung),

b. derjenigen Einrichtungen, welche von der Innung zur Förderung der gewerblichen und technischen Ausbildung der Meister, Gesellen und Lehrlinge getroffen sind bezw. unternommen werden (§§ 97 Ziffer 3, 97a Ziffer 1 und 2, Abs. 1)

c. des von der Innung errichteten bezw. zu errichtenden Schiedsgerichts (§ 97a Ziffer 6)

in derselben Weise und nach demselben Maßstabe beizutragen verpflichtet sind wie die Innungsmitglieder und deren Gesellen.

Es wird dies mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der Bezirk der Innung die Städte Perleberg und Penzen sowie die Amtsbezirke Krenzow, Eldenburg, Bockin, Boprow, Warnow, Pinnow, Dallmin, Berge, Wolschagen, Seddin, Breich, Quisow, Stavenow, Gadow, Lahn, Birkholz, Dergow, Gotschow, Krampfer, Dippow, Kleske und Maternburg umfaßt.

Potsdam, den 13. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

Verbrechen.

138. Ausgebrochen:

a. Mordbrand, Kreis Ruppiner Bei einem Pferde des Bormerks, Dabshum.

b. Blasenausschlag, Kreis Ostprignitz: Bei einem Bullen des Halbhüfners Jönrich in Jarnitz und einer Kuh des Bauern Hecker in Schönemark. Je eine Kuh der Hühner Hecker, Neun, Möhrke und des Mühlenbesizers Wahnitz sämtlich in Jarnitz sind der Ansteckung verdächtig.

Potsdam, den 22. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

139.

Preussisch-russische Grenzbehörden und Uebernahmeorte,

die bei der Ausführung des deutsch-russischen Uebernahme-Abkommens vom 10. Februar 1894 (Min.-Bl. S. 98) in Betracht kommen.

| Reg.-Bez. | Preussische Grenzbehörde | Ausführende preussische Behörde | Preussischer Uebernahmeort | Russischer Uebernahmeort | Ausführende russische Behörde | Russische Grenzbehörde |
|-------------|--|---|----------------------------|---------------------------------|---|-----------------------------|
| Königsberg. | Der Landrath des Kreises Memel. | Der Landrath des Kreises Memel. | Nimmerjatt. | Polangen. | Polizeimeister in Polangen. | Polizeimeister in Polangen. |
| Königsberg. | Der Landrath des Kreises Memel. | Der Landrath des Kreises Memel. | Bajohren. | Kretingen. | Polizeimeister in Kretingen. | Kreischef in Telscha. |
| Königsberg. | Der Landrath des Kreises Memel. | Der Landrath des Kreises Memel. | Vaugallen. | Garsden (Gorsdy). | Polizeimeister in Garsden. | Kreischef in Telscha. |
| Gumbinnen. | Der Landrath des Kreises Heydekrug. | Der Landrath des Kreises Heydekrug. | Kollegischken. | Nowie Miasto (Alexandrowskoje). | Grenzkommissar in Nowie Miasto (Alexandrowskoje). | Kreischef. |
| Gumbinnen. | Der Landrath des Kreises Tilsit. | Der Landrath des Kreises Tilsit. | Vaugatzagen. | Pleschki bei Tauroggen. | Der Grenz-Kommissar in Pleschki. | Kreischef in Kosieny. |
| Gumbinnen. | Der Landrath des Kreises Ragnit. | Der Amtsvorsteher in Schmalleningen. | Schmalenningen. | Posventy bei Jurburg. | Der Grenz-Kommissar in Posventy. | Kreischef. |
| Gumbinnen. | Der Landrath des Kreises Pillkallen. | Der Bürgermeister in Schirwindt. | Schirwindt. | Wladislavowo. | Kreischef. | Kreischef. |
| Gumbinnen. | Der Landrath des Kreises Stallupönen. | Der Grenzpolizeikommissar in Eydsuhnen. | Eydsuhnen. | Wirkallen (Wierzholowo). | Kreischef. | Kreischef. |
| Gumbinnen. | Der Landrath des Kreises Dlegko. | Der Amtsvorsteher in Mierunsken. | Mierunsken. | Filipowo. | Kreischef. | Kreischef. |
| Gumbinnen. | Der Landrath des Kreises Lyd. | Der Amtsvorsteher in Chymochen. | Gros-Chymochen. | Raczki (Ratschow). | Der Verweser der Zollbarriere in Raczki. | Kreischef. |
| Gumbinnen. | Der Landrath des Kreises Lyd. | Der Amtsvorsteher in Strophen. | Porczymmen. | Keszi (Keschow). | Der Verweser der Zollbarriere in Keszi. | Kreischef in Augustowo. |
| Gumbinnen. | Der Landrath des Kreises Lyd. | Der Grenzpolizeikommissar in Proskten. | Proskten. | Grajewo. | Kreischef. | Kreischef. |
| Gumbinnen. | Der Landrath des Kreises Johannisburg. | Der Amtsvorsteher in Dlottowen. | Dlottowen. | Wincenta (Wintenty). | Der Grenz-Kommissar in Wincenta. | Kreischef in Kolno. |
| Königsberg. | Der Landrath des Kreises Ortelsburg. | Der Amtsvorsteher in Friedrichshoff. | Friedrichshoff. | Dombrowa. | Die Gemeindevorsteher. | Kreischef in Ostrolenka. |
| Königsberg. | Der Landrath des Kreises Ortelsburg. | Der Landrath des Kreises Ortelsburg. | Opalenieg. | Chorzellen. | Der Beamte der Feldpolizei in Chorzellen. | Kreischef. |
| Königsberg. | Der Landrath des Kreises Neidenburg. | Der Landrath des Kreises Neidenburg. | Camerau. | Janow. | Der Beamte der Feldpolizei in Janow. | Kreischef. |
| Königsberg. | Der Landrath des Kreises Neidenburg. | Der Grenzpolizeikommissar in Mlowo. | Mlowo. | Mlawo. | Der Beamte der Feldpolizei in Mlawo. | Kreischef in Mlawo. |
| Marienburg. | Der Landrath des Kreises Strasburg. | Die Polizeiverwaltung in Pautenburg. | Neu-Zielum. | Zielum. | Der Beamte der Feldpolizei in Zielum. | Kreischef. |

| Reg.-Bez. | Preussische Grenzbehörde | Ausführende preussische Behörde | Preussischer Uebernahmeort | Russischer Uebernahmeort | Ausführende russische Behörde | Russische Grenzbehörde |
|---------------|--------------------------------------|--|----------------------------|------------------------------|--|--------------------------|
| Marienwerder. | Der Landrath des Kreises Strassburg. | Die Polizeiverwaltung in Gorzno. | Gorzno. | Karw (Karwacz). | Der Woyt in Karw. | Kreischef. |
| Marienwerder. | Der Landrath des Kreises Strassburg. | Die Polizeiverwaltung in Strassburg. | Wissatzug. | Dzie. | Der Beamte der Feldpolizei in Dzie. | Kreischef. |
| Marienwerder. | Der Landrath des Kreises Briesen. | Die Polizeiverwaltung in Gollub. | Gollub. | Dobrzyn. | Der Beamte der Feldpolizei in Dobrzyn. | Kreischef. |
| Marienwerder. | Der Landrath des Kreises Thorn. | Der Amtsvorsteher in Leibitsch. | Leibitsch. | Leibitsch. | Der Beamte der Feldpolizei in Leibitsch. | Kreischef. |
| Marienwerder. | Der Landrath des Kreises Thorn. | Der Grenzkommissar in Thorn. | Thorn. | Alexandrowo. | Kreischef. | Kreischef. |
| Marienwerder. | Der Landrath des Kreises Thorn. | Der als Uebernahmekommissar fungirende Eisenbahn-Stationsvorsteher in Dittloschin. | Dittloschin. | Alexandrowo. | Kreischef. | Kreischef. |
| Bromberg. | Der Landrath des Kreises Inowrazlaw. | Der als Uebernahmekommissar fungirende Eisenbahn-Stationsvorsteher in Dittloschin. | Dittloschin. | Alexandrowo. | Kreischef. | Kreischef. |
| Posen. | Der Landrath des Kreises Breschen. | Das Polizeidistriktsamt in Strzalskowo. | Strzalskowo. | Slupce. | Kreischef. | Kreischef in Slupce. |
| Posen. | Der Landrath des Kreises Breschen. | Der Landrath des Kreises Breschen. | Borzyskowo. | Peytern. | Der Grenz-Kommissar in Peytern. | Kreischef. |
| Posen. | Der Landrath des Kreises Plejschen. | Der Landrath des Kreises Plejschen. | Boguslaw. | Grodzin (Grodziszko). | Der Grenz-Kommissar in Grodzin. | Kreischef in Kalsch. |
| Posen. | Der Landrath des Kreises Ostrowo. | Der Vorsteher des Haupt-Zollamts Stalmierzpce. | Stalmierzpce. | Szyppioro. | Der Grenz-Kommissar in Szyppioro. | Kreischef in Kalsch. |
| Posen. | Der Landrath des Kreises Kempen. | Das Polizeidistriktsamt in Podosamtsche. | Podosamtsche. | Wieruszow. | Kreischef. | Kreischef. |
| Oppeln. | Der Landrath des Kreises Kreuzburg. | Der Amtsvorsteher in Gollkowitz. | Sogenannte Sandhäuser. | Gola. | Der Woyt zu Dzierzkowice. | Kreischef. |
| Oppeln. | Der Landrath des Kreises Rosenburg. | Die Polizeiverwaltung in Landsberg. | Landsberg. | Prascha. | Kreischef. | Kreischef. |
| Oppeln. | Der Landrath des Kreises Lublinitz. | Der Landrath des Kreises Lublinitz. | Preussisch-Herby. | Herby (noch nicht eröffnet). | Kreischef. | Kreischef in Czernochau. |
| Oppeln. | Der Landrath des Kreises Rattowitz. | Die Polizeiverwaltung in Rattowitz. | Rattowitz. | Sosnowice. | Kreischef. | Kreischef. |

*

*

*

~~Vorstehende Uebersicht bringe ich mit Bezug auf meine Bekanntmachung vom 11. Mai 1894 (Amtsblatt Stück 21 Seite 209/12) zur Kenntniß der unterstellten Behörden.~~

Potsdam, den 16. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

Betrifft die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für 1897.

140. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 — Amtsbl. S. 366 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für das Jahr 1897, wie folgt, festgesetzt worden sind:

Juni: 27., 28., 30.
Juli: 4., 7., 8., 11., 13., 14., 18., 19., 21., 25., 26., 28.

August: 1., 2., 4., 8., 10., 11., 15., 16., 18., 22., 23., 25., 29., 30.

September: 1., 5., 6., 8., 12., 14., 15., 19., 20., 22., 26., 29., 30.

Oktober: 3., 4., 6., 10., 12., 13., 17., 18., 20., 24., 25., 27., 31.

November: 1., 3., 7., 10., 11., 14., 15., 17., 21., 22., 24., 28., 29.

Dezember: 1., 5., 8., 9., 12., 13., 15., 19., 22., 25., 26., 27., 29.

Potsdam, den 16. Juni 1897.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

Errichtung neuer Katasterämter für den Kreis Teltow.

17. Mit dem 1. Juli d. J. wird der Bezirk des Katasteramtes Berlin II. unter Hinzuziehung von Theilen der Katasteramtsbezirke Berlin III. und Charlottenburg getheilt, und es werden zwei neue Katasterämter, Berlin VI. mit dem Amtssitze in Berlin und Groß-Lichterfelde mit dem Amtssitze daselbst, errichtet. Es gehören von dem genannten Zeitpunkt ab zu den Katasteramtsbezirken:

Berlin II. die Gemeinden und Gutsbezirke: Friedenau Gemeinde, Grunewald Villenkolonie Gut, Ruhleben Gut, Schmargendorf Gemeinde, Schöneberg Gemeinde, Spandau königliche Forst Gut, Deutsch-Wilmersdorf Gemeinde;

Berlin VI.: Blankenfelde Gemeinde und Gut, Britz Gemeinde, Budow Gemeinde, Dahlewitz Gemeinde und Gut, Diebersdorf Gemeinde und Gut, Glasow Gemeinde, Jühndorf Gemeinde und Gut, Lichterfelde Gemeinde, Mahlow Gemeinde, Mariendorf mit Südenbe Gemeinde, Mariensfelde Gemeinde, Nigsdorf Gemeinde, Rudow Gemeinde und Gut, Schönefeld, Gemeinde und Gut, Selchow Gemeinde und Gut, Tempelhof Gemeinde, Treptow Gemeinde, Wasmannsdorf Gemeinde und Gut, Groß- und Klein-Ziethen Gemeinde, Groß-Ziethen Gut, Klein-Ziethen Gut;

Groß-Lichterfelde: Groß-Beeren Gemeinde und Gut, Klein-Beeren Gemeinde und Gut, Dahlem Gut, Düppel mit Bahnhof Wannsee Gut, Lankwitz Gemeinde, Groß-Lichterfelde Gemeinde, Esdorf Gut,

Ruhlsdorf Gemeinde und Gut, Steglitz Gemeinde, Teltow Stadt, Zehlendorf mit Schönow Gemeinde.

Potsdam, den 21. Juni 1897.

Königliche Regierung,

Regierung für direkte Steuern, Domänen und Forsten A.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

41. Gemäß § 9 des Regulativs für den Betrieb des Schornsteinfegergewerbes im Stadtgebiet Berlin vom 16. November 1888 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der königliche Bau-Inspktor, Rattey, Alexanderstraße 46—48 zum Vorsitzenden, der königliche Bau-Inspktor Gröbner, Bülowstraße 13, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Schornsteinfeger-Prüfungskommission für die Zeit vom heutigen Tage bis zum 1. Dezember 1898 ernannt worden ist.

Berlin, den 15. Juni 1897.

Der Polizei-Präsident.

Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Mai 1897.

42. A. Engros-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt
in Berlin:

| | |
|------------------------|---------------|
| für 1 Dz. Weizen (gut) | 4 Mark 82 Pf. |
| do. (mittel) | 4 Mark 41 Pf. |
| do. (gering) | 4 Mark 31 Pf. |
| do. Roggen (gut) | 4 Mark 21 Pf. |
| do. (mittel) | 4 Mark 11 Pf. |
| do. (gering) | 4 Mark 1 Pf. |
| do. Gerste (gut) | 4 Mark 1 Pf. |
| do. (mittel) | 4 Mark 1 Pf. |
| do. (gering) | 4 Mark 1 Pf. |
| do. Hafer (gut) | 4 Mark 1 Pf. |
| do. (mittel) | 4 Mark 1 Pf. |
| do. (gering) | 4 Mark 1 Pf. |
| do. Erbsen (gut) | 4 Mark 1 Pf. |
| do. (mittel) | 4 Mark 1 Pf. |
| do. (gering) | 4 Mark 1 Pf. |
| do. Nichtkroß | 4 Mark 82 Pf. |
| Heu | 6 Mark 41 Pf. |

Ein Handel an der Produktenbörse hat nicht stattgefunden.

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 5 % Aufschlag für 50 Rgr.

in Monat Mai: —, —, —, 2,68 Mk., 4,07 Mk.

B. Detail-Marktpreise

im Monatsdurchschnitt:

1) In Berlin:

| | |
|------------------------------------|----------------|
| für 1 Dz. Erbsen (gelbe z. Kochen) | 29 Mark 44 Pf. |
| Speisebohnen (weiße) | 36 Mark 10 Pf. |
| Erbsen | 42 Mark 50 Pf. |
| Kartoffeln | 5 Mark 85 Pf. |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des ruhgehaltberech-
tigten Dienstverdienstes von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 Mtl. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hunderttheile gemäß § 7. | |
|--------------|--|---|------|
| | | Mtl. | Pro. |
| 1. | 2. | 3. | 4. |
| 23. | Dallwitz | 2700 | 216 |
| 24. | Eggersdorf | 900 | 72 |
| 25. | Elche | 800 | 64 |
| 26. | Elchorst | 400 | 32 |
| 27. | Erftner | 5600 | 448 |
| 28. | Falkenberg | 1100 | 88 |
| 29. | Fiebersdorf | 800 | 64 |
| 30. | Freienhagen | 700 | 56 |
| 31. | Friedrichsfelde | 15600 | 1248 |
| 32. | Friedrichshagen | 18000 | 1440 |
| 33. | Friedrichsthal | 700 | 56 |
| 34. | Friedrichsthaler Glashütte | 300 | 24 |
| 35. | Germanendorf | 400 | 32 |
| 36. | Glinde | 800 | 64 |
| 37. | Grünheide (Werlsee) | 700 | 56 |
| 38. | Hammer | 600 | 48 |
| 39. | Heiligensee | 1600 | 128 |
| 40. | Heinersdorf | 700 | 56 |
| 41. | Hellersdorf | 400 | 32 |
| 42. | Hennigsdorf | 1100 | 88 |
| 43. | Hermsdorf | 1500 | 120 |
| 44. | Herzfelde | 2400 | 192 |
| 45. | Hohenow | 600 | 48 |
| 46. | Ragel | 800 | 64 |
| 47. | Rarow | 800 | 64 |
| 48. | Rienbaum | 600 | 48 |
| 49. | Rlandorf | 500 | 40 |
| 50. | Rosenthal | 700 | 56 |
| 51. | Kreuzbruch | 400 | 32 |
| 52. | Krummensee | 800 | 64 |
| 53. | Ranke | 600 | 48 |
| 54. | Lichtenberg, evang. Schulv. | 56000 | 4480 |
| 55. | Lichtenberg, kath. Schulv. | 4200 | 336 |
| 56. | Lichtenow | 800 | 64 |
| 57. | Liebertthal | 300 | 24 |
| 58. | Lindenbergr | 1300 | 104 |
| 59. | Löhme | 400 | 32 |
| 60. | Lübbers (Waidmannslust) | 1500 | 120 |
| 61. | Malchow | 900 | 72 |
| 62. | Maltsdorf | 800 | 64 |
| 63. | Malz | 800 | 64 |
| 64. | Marientwerder | 1100 | 88 |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des ruhgehaltberech-
tigten Dienstverdienstes von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 Mtl. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hunderttheile gemäß § 7. | |
|--------------|--|---|------|
| | | Mtl. | Pro. |
| 1. | 2. | 3. | 4. |
| 65. | Margayn | 700 | 56 |
| 66. | Mehrow | 1000 | 80 |
| 67. | Neu-Mönchswinkel | 200 | 16 |
| 68. | Mühlentee | 900 | 72 |
| 69. | Mühlentee | 800 | 64 |
| 70. | Rassenheide | 300 | 24 |
| 71. | Hohen-Neuendorf | 1000 | 80 |
| 72. | Neudörfchen | 200 | 16 |
| 73. | Neuenhagen | 1200 | 96 |
| 74. | Neuholland | 500 | 40 |
| 75. | Pansow | 26500 | 2120 |
| 76. | Petershagen | 900 | 72 |
| 77. | Prenzen | 300 | 24 |
| 78. | Rahnsdorf | 900 | 72 |
| 79. | Neu-Rahnsdorf | 1200 | 96 |
| 80. | Rehse | 600 | 48 |
| 81. | Reinickendorf | 28700 | 2296 |
| 82. | Rosenthal (mit Nordend) | 2100 | 168 |
| 83. | Rüdersdorf | 2300 | 184 |
| 84. | Rallberge-Rüdersdorf | 6400 | 512 |
| 85. | Ruhlsdorf | 600 | 48 |
| 86. | Sachsenhausen | 300 | 24 |
| 87. | Schildow | 800 | 64 |
| 88. | Schluf | 600 | 48 |
| 89. | Schmachtenhagen | 300 | 24 |
| 90. | Groß-Schönebeck | 2100 | 168 |
| 91. | Klein-Schönebeck | 1100 | 88 |
| 92. | Schöneiche | 600 | 48 |
| 93. | Schönerlinde | 700 | 56 |
| 94. | Schönfließ | 800 | 64 |
| 95. | Hohen-Schönhausen | 1700 | 136 |
| 96. | Nieder-Schönhausen | 5600 | 448 |
| 97. | Schönholz | 1000 | 80 |
| 98. | Schoenow | 1000 | 80 |
| 99. | Schönwalde | 1400 | 112 |
| 100. | Oberschönweide | 1500 | 120 |
| 101. | Schwanebeck | 900 | 72 |
| 102. | Seeberg | 500 | 40 |
| 103. | Seefeld | 900 | 72 |
| 104. | Sophienstadt | 200 | 16 |
| 105. | Stolpe | 500 | 40 |
| 106. | Stolzenhagen | 400 | 32 |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des rubehaltberech-
tigten Dienstverdienstes von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 Mfr. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hunderttheile gemäß § 7. | Höhe der von den einzelnen Schulver-
bänden für das Rechnungsjahr 1897/98
zu zahlenden Beiträge. |
|--------------|--|--|--|
| | | Mfr. | Mfr. Pf. |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 107. | Stralau | 3200 | 256 |
| 108. | Summit | 300 | 24 |
| 109. | Tasdorf mit Vergbrück | 1800 | 144 |
| 110. | Tegel | 7200 | 576 |
| 111. | Vogelsdorf | 1000 | 80 |
| 112. | Wandlig | 600 | 48 |
| 113. | Wartenberg | 600 | 48 |
| 114. | Weißensee | 5300 | 424 |
| 115. | Neu-Weißensee | 68000 | 5440 |
| 116. | Wensickendorf | 500 | 40 |
| 117. | Werder | 500 | 40 |
| 118. | Woltersdorf | 2100 | 168 |
| 119. | Zehlendorf | 900 | 72 |
| 120. | Zepernick | 1000 | 80 |
| 121. | Alt-Zerpenschleuse | 500 | 40 |
| 122. | Neu-Zerpenschleuse | 900 | 72 |
| 123. | Zinndorf | 700 | 56 |
| 124. | Zühlsdorf | 400 | 32 |

Kreis Ober-Barnim.

| | | | |
|-----|-------------------|-------|------|
| 1. | Biesenthal | 7300 | 584 |
| 2. | Eberswalde | 42000 | 3360 |
| 3. | Freienwalde a./D. | 12400 | 992 |
| 4. | Strausberg | 14200 | 1136 |
| 5. | Berneuchen | 2400 | 192 |
| 6. | Briezen | 22900 | 1832 |
| 7. | Alaunwert | 600 | 48 |
| 8. | Amalienhof | 200 | 16 |
| 9. | Groß-Barnim | 400 | 32 |
| 10. | Neu-Barnim | 1000 | 80 |
| 11. | Baplow | 400 | 32 |
| 12. | Beauregard | 500 | 40 |
| 13. | Beerbaum | 100 | 8 |
| 14. | Beiersdorf | 400 | 32 |
| 15. | Biesdorf | 400 | 32 |
| 16. | Alt-Bliesdorf | 400 | 32 |
| 17. | Neu-Bliesdorf | 300 | 24 |
| 18. | Broichsdorf | 700 | 56 |
| 19. | Brunow | 700 | 56 |
| 20. | Buchholz | 400 | 32 |
| 21. | Closterdorf | 400 | 32 |
| 22. | Edthen | 500 | 40 |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des rubehaltberech-
tigten Dienstverdienstes von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 Mfr. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hunderttheile gemäß § 7. | Höhe der von den einzelnen Schulver-
bänden für das Rechnungsjahr 1897/98
zu zahlenden Beiträge. |
|--------------|--|--|--|
| | | Mfr. | Mfr. Pf. |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 23. | Eunersdorf | 900 | 72 |
| 24. | Danewitz | 600 | 48 |
| 25. | Dannenberg | 300 | 24 |
| 26. | Ehnererder | 400 | 32 |
| 27. | Ehenspaltrei | 500 | 40 |
| 28. | Falkenberg i. M. | 700 | 56 |
| 29. | Hohen-Finow | 400 | 32 |
| 30. | Frankenfelde | 300 | 24 |
| 31. | Freudenberg | 400 | 32 |
| 32. | Alt-Friedland | 400 | 32 |
| 33. | Neu-Friedland | 300 | 24 |
| 34. | Garzau | 400 | 32 |
| 35. | Neu-Gaßl | 200 | 16 |
| 36. | Alt-Gersdorf | 800 | 64 |
| 37. | Giesdorf | 200 | 16 |
| 38. | Gottesgabe | 100 | 8 |
| 39. | Grünthal | 700 | 56 |
| 40. | Grunow | 400 | 32 |
| 41. | Harnesop | 300 | 24 |
| 42. | Hasselberg | 500 | 40 |
| 43. | Hedelberg | 200 | 16 |
| 44. | Heegermühle | 2000 | 160 |
| 45. | Herzborn | 100 | 8 |
| 46. | Heinrichsdorf | 200 | 16 |
| 47. | Hirschfelde | 800 | 64 |
| 48. | Hohenstein-Rußsdorf | 900 | 72 |
| 49. | Iselow | 800 | 64 |
| 50. | Kerstenbruch | 600 | 48 |
| 51. | Klobbide | 600 | 48 |
| 52. | Kupferhammer | 500 | 40 |
| 53. | Ladeburg | 900 | 72 |
| 54. | Leuenberg | 800 | 64 |
| 55. | Alt-Lewin | 800 | 64 |
| 56. | Neu-Lewin | 1200 | 96 |
| 57. | Lichterfelde | 1000 | 80 |
| 58. | Lübarsdorf | 700 | 56 |
| 59. | Alt-Medewitz | 700 | 56 |
| 60. | Neu-Medewitz | 800 | 64 |
| 61. | Melschow | 300 | 24 |
| 62. | Messingwerk | 900 | 72 |
| 63. | Miesdorf | 300 | 24 |
| 64. | Möglin | 500 | 40 |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des rathschaltberechtig-
tigten Dienstleistungs von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 M. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hundert gemäß § 7. | |
|--------------|--|---|--------|
| | | M. | M. Pf. |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 65. | Prädikow | 800 | 64 |
| 66. | Prigbagen | 900 | 72 |
| 67. | Prögel | 400 | 32 |
| 68. | Alt-Ranst | 1200 | 96 |
| 69. | Rathsdorf | 700 | 56 |
| 70. | Reichenberg | 800 | 64 |
| 71. | Reichenow | 400 | 32 |
| 72. | Ringenswalde | 300 | 24 |
| 73. | Rödnitz | 900 | 72 |
| 74. | Schönfeld | 400 | 32 |
| 75. | Schönholz | 100 | 8 |
| 76. | Schöpsfurth | 700 | 56 |
| 77. | Schulzendorf | 200 | 16 |
| 78. | Sieging | 200 | 16 |
| 79. | Sommetfelde | 300 | 24 |
| 80. | Sonnenburg | 100 | 8 |
| 81. | Speckthausen | 200 | 16 |
| 82. | Steinbeck | 500 | 40 |
| 83. | Steinsurth | 900 | 72 |
| 84. | Sternebeck | 400 | 32 |
| 85. | Tempelfelde | 600 | 48 |
| 86. | Torgelow | 100 | 8 |
| 87. | Tornow | 500 | 40 |
| 88. | Trampe | 600 | 48 |
| 89. | Alt-Trebbin | 200 | 16 |
| 90. | Neu-Trebbin | 2300 | 184 |
| 91. | Tuchen | 300 | 24 |
| 92. | Bravais | 600 | 48 |
| 93. | Wegendorf | 800 | 64 |
| 94. | Weesow | 800 | 64 |
| 95. | Wesendahl | 600 | 48 |
| 96. | Wilsendorf | 200 | 16 |
| 97. | Wilmersdorf | 400 | 32 |
| 98. | Wölfigendorf | 700 | 56 |
| 99. | Wollenberg | 400 | 32 |
| 100. | Alt-Wriezen | 1100 | 88 |
| 101. | Wuschewier | 400 | 32 |

Kreis Weesow-Storkow.

| | | | |
|----|-------------------|------|-----|
| 1. | Weesow | 3800 | 304 |
| 2. | Wendisch-Buchholz | 2800 | 224 |
| 3. | Storkow | 5400 | 432 |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des rathschaltberechtig-
tigten Dienstleistungs von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 M. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hundert gemäß § 7. | |
|--------------|--|---|--------|
| | | M. | M. Pf. |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 4. | Arcnsdorf | 200 | 16 |
| 5. | Bindow | 300 | 24 |
| 6. | Blossin | 200 | 16 |
| 7. | Braunsdorf | 200 | 16 |
| 8. | Briescht | 600 | 48 |
| 9. | Bug | 300 | 24 |
| 10. | Buckow | 300 | 24 |
| 11. | Cablow | 800 | 64 |
| 12. | Edthen | 600 | 48 |
| 13. | Cossenblatt | 300 | 24 |
| 14. | Diensdorf | 600 | 48 |
| 15. | Dolgentrodt | 500 | 40 |
| 16. | Falkenberg | 100 | 8 |
| 17. | Friedersdorf | 600 | 48 |
| 18. | Friedrichshof | 200 | 16 |
| 19. | Glienitz | 600 | 48 |
| 20. | Görzdorf b. Weesow | 600 | 48 |
| 21. | Görzdorf b. Storkow | 800 | 64 |
| 22. | Görzig | 500 | 40 |
| 23. | Neu-Gölm | 300 | 24 |
| 24. | Gosen | 400 | 32 |
| 25. | Alt-Hartmannsdorf, | 400 | 32 |
| 26. | Hermisdorf | 100 | 8 |
| 27. | Herzberg | 300 | 24 |
| 28. | Rehrig | 200 | 16 |
| 29. | Reichendorf | 700 | 56 |
| 30. | Kirchhofen | 200 | 16 |
| 31. | Koplsdorf | 700 | 56 |
| 32. | Krausniz | 700 | 56 |
| 33. | Krügersdorf | 800 | 64 |
| 34. | Langewahl | 200 | 16 |
| 35. | Leßlich | 100 | 8 |
| 36. | Limsdorf | 600 | 48 |
| 37. | Lindenberg | 700 | 56 |
| 38. | Nieder-Lehme | 500 | 40 |
| 39. | Neu-Lütkenau | 500 | 40 |
| 40. | Alt-Markgrafpleße | 800 | 64 |
| 41. | Neu-Markgrafpleße | 300 | 24 |
| 42. | Merz | 200 | 16 |
| 43. | Münchehofe | 500 | 40 |
| 44. | Neubrück | 200 | 16 |
| 45. | Neuendorf b. Buchh. | 200 | 16 |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des ruhgehaltberech-
tigten Dienstentkommens von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 Mfr. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hundertthe gemäß § 7. | |
|--------------|--|---|----------|
| | | Mfr. | Mfr. Pf. |

| 1 | 2 | 3 | 4 |
|-----|-------------------------|------|-----|
| 46. | Petersdorf | 300 | 24 |
| 47. | Pfaffendorf | 600 | 48 |
| 48. | Pieslow | 900 | 72 |
| 49. | Prieros | 400 | 32 |
| 50. | Radinendorf | 300 | 24 |
| 51. | Ragow | 500 | 40 |
| 52. | Rauen | 1300 | 104 |
| 53. | Reichenwalde mit Colpin | 700 | 56 |
| 54. | Rieplos | 800 | 64 |
| 55. | Groß-Riez | 500 | 40 |
| 56. | Wendisch-Riez | 800 | 64 |
| 57. | Sauen | 300 | 24 |
| 58. | Alt-Schadow | 600 | 48 |
| 59. | Neu-Schadow | 400 | 32 |
| 60. | Schneeberg | 200 | 16 |
| 61. | Selchow | 800 | 64 |
| 62. | Sprenghagen | 600 | 48 |
| 63. | Alt-Stahnsdorf | 400 | 32 |
| 64. | Stremmen | 200 | 16 |
| 65. | Tanche | 300 | 24 |
| 66. | Trebatsch | 300 | 24 |
| 67. | Groß-Wasserburg | 700 | 56 |
| 68. | Werder | 400 | 32 |
| 69. | Wernsdorf | 300 | 24 |
| 70. | Wilmsdorf | 500 | 40 |
| 71. | Wolzsig | 200 | 16 |
| 72. | Wulfsdorf | 200 | 16 |
| 73. | Neu-Zittau | 400 | 32 |

Kreis Ost-Pravelland.

| | | | |
|-----|------------|-------|------|
| 1. | Gremmen | 7200 | 576 |
| 2. | Fehrbellin | 5200 | 416 |
| 3. | Regin | 6900 | 552 |
| 4. | Rauen | 25800 | 2064 |
| 5. | Bärenklau | 700 | 56 |
| 6. | Deeg | 600 | 48 |
| 7. | Begün | 300 | 24 |
| 8. | Börnide | 600 | 48 |
| 9. | Bögow | 400 | 32 |
| 10. | Bornim | 2400 | 192 |
| 11. | Bornstädt | 2100 | 168 |
| 12. | Bredow | 1100 | 88 |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des ruhgehaltberech-
tigten Dienstentkommens von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 Mfr. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hundertthe gemäß § 7. | |
|--------------|--|---|----------|
| | | Mfr. | Mfr. Pf. |

| 1 | 2 | 3 | 4 |
|-----|------------------|------|-----|
| 13. | Brunne | 600 | 48 |
| 14. | Buchow-Carpzow | 900 | 72 |
| 15. | Carwejee | 400 | 32 |
| 16. | Cladow | 1000 | 80 |
| 17. | Dalgow | 400 | 32 |
| 18. | Dochtow | 900 | 72 |
| 19. | Dyrog | 900 | 72 |
| 20. | Eiche | 1100 | 88 |
| 21. | Eichstädt | 700 | 56 |
| 22. | Egin | 400 | 32 |
| 23. | Fahrland | 800 | 64 |
| 24. | Falkenhagen | 900 | 72 |
| 25. | Falkenrehde | 800 | 64 |
| 26. | Flatow | 900 | 72 |
| 27. | Gatow | 600 | 48 |
| 28. | Alt-Geltow | 700 | 56 |
| 29. | Groß-Glienide | 300 | 24 |
| 30. | Golm | 700 | 56 |
| 31. | Grube | 300 | 24 |
| 32. | Grünefeld | 800 | 64 |
| 33. | Halenberg | 1600 | 128 |
| 34. | Haselhorst | 2100 | 168 |
| 35. | Hennigsdorf | 800 | 64 |
| 36. | Hertefeld | 100 | 8 |
| 37. | Hohenbruch | 400 | 32 |
| 38. | Hoppenrade | 400 | 32 |
| 39. | Kargow | 200 | 16 |
| 40. | Kienberg | 200 | 16 |
| 41. | Knoblauch | 600 | 48 |
| 42. | Königsdorf | 300 | 24 |
| 43. | Kuhdorf | 100 | 8 |
| 44. | Lenzke | 700 | 56 |
| 45. | Pinum | 2500 | 200 |
| 46. | Markau | 600 | 48 |
| 47. | Marfee | 400 | 32 |
| 48. | Marquardt | 700 | 56 |
| 49. | Marwig | 1500 | 120 |
| 50. | Nieder-Neuendorf | 200 | 16 |
| 51. | Paaren i. Gl. | 600 | 48 |
| 52. | Paaren a. Wublig | 200 | 16 |
| 53. | Pareg | 400 | 32 |
| 54. | Pausin | 300 | 24 |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des ruhgehaltberech-
tigten Dienstverdienstes von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 Mfr. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hundertte gemäß § 7. | |
|--------------|--|---|----------|
| | | Mfr. | Mfr. Pf. |

| 1 | 2 | 3 | 4 |
|-----|--------------|-------|-------|
| 55. | Verwendig | 700 | 56 — |
| 56. | Pichelsdorf | 400 | 32 — |
| 57. | Priort | 800 | 64 — |
| 58. | Rohrbeit | 1000 | 80 — |
| 59. | Saerow | 800 | 64 — |
| 60. | Sagforn | 300 | 24 — |
| 61. | Schönwalde | 500 | 40 — |
| 62. | Schwante | 500 | 40 — |
| 63. | Sedurg | 300 | 24 — |
| 64. | Seegesfeld | 800 | 64 — |
| 65. | Sommersfeld | 400 | 32 — |
| 66. | Staaßen | 1200 | 96 — |
| 67. | Staffelde | 700 | 56 — |
| 68. | Tarnow | 900 | 72 — |
| 69. | Tiefwerder | 900 | 72 — |
| 70. | Tiebow | 400 | 32 — |
| 71. | Uez | 400 | 32 — |
| 72. | Behlesang | 800 | 64 — |
| 73. | Belken | 10900 | 872 — |
| 74. | Verbig | 200 | 16 — |
| 75. | Wansdorf | 600 | 48 — |
| 76. | Wernig | 400 | 32 — |
| 77. | Woslsate | 400 | 32 — |
| 78. | Wustermärk | 1600 | 128 — |
| 79. | Zeeßow | 400 | 32 — |
| 80. | Gräß-Zletzen | 700 | 56 — |

Kreis West-Pommern.

| | | | |
|-----|-----------------|-------|--------|
| 1. | Friesad | 9400 | 752 — |
| 2. | Plau a/H. | 3400 | 272 — |
| 3. | Prißerbe | 2700 | 216 — |
| 4. | Rathenow | 39000 | 3120 — |
| 5. | Rhänow | 1800 | 144 — |
| 6. | Bagow | 500 | 40 — |
| 7. | Bamme | 500 | 40 — |
| 8. | Batnewitz | 600 | 48 — |
| 9. | Gräß-Dehnsig | 700 | 56 — |
| 10. | Klein-Dehnsig | 400 | 32 — |
| 11. | Bege | 1400 | 112 — |
| 12. | Brädisfelde | 400 | 32 — |
| 13. | Dom Brandenburg | 3700 | 296 — |
| 14. | Brickow | 1100 | 88 — |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des ruhgehaltberech-
tigten Dienstverdienstes von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 Mfr. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hundertte gemäß § 7. | |
|--------------|--|---|----------|
| | | Mfr. | Mfr. Pf. |

| 1 | 2 | 3 | 4 |
|-----|-------------------------|------|-------|
| 15. | Brieß | 400 | 32 — |
| 16. | Buckow | 500 | 40 — |
| 17. | Buschew | 400 | 32 — |
| 18. | Bugow | 300 | 24 — |
| 19. | Damme | 800 | 64 — |
| 20. | Döberitz | 900 | 72 — |
| 21. | Herdesar b. Brandenburg | 300 | 24 — |
| 22. | Herdesar b. Rathenow | 400 | 32 — |
| 23. | Kohrde | 1100 | 88 — |
| 24. | Neu-Friedrichsdorf | 300 | 24 — |
| 25. | Garlig | 1200 | 96 — |
| 26. | Görne | 300 | 24 — |
| 27. | Goblitz | 500 | 40 — |
| 28. | Gorg | 800 | 64 — |
| 29. | Gräningen | 300 | 24 — |
| 30. | Grabow | 300 | 24 — |
| 31. | Gülpe | 800 | 64 — |
| 32. | Haage | 500 | 40 — |
| 33. | Hohenmauen | 700 | 56 — |
| 34. | Reßfur | 400 | 32 — |
| 35. | Kiez | 100 | 8 — |
| 36. | Kleßin | 400 | 32 — |
| 37. | Kögen | 1000 | 80 — |
| 38. | Klein-Kronz | 600 | 48 — |
| 39. | Kriese | 400 | 32 — |
| 40. | Landin | 400 | 32 — |
| 41. | Liepe | 1000 | 80 — |
| 42. | Liebow | 800 | 64 — |
| 43. | Lünow | 200 | 16 — |
| 44. | Marzahn | 1100 | 88 — |
| 45. | Mögelin | 700 | 56 — |
| 46. | Möthlow | 900 | 72 — |
| 47. | Mögow | 700 | 56 — |
| 48. | Müglitz | 300 | 24 — |
| 49. | Nennhausen | 1600 | 128 — |
| 50. | Neuendorf | 300 | 24 — |
| 51. | Neuwerder | 400 | 32 — |
| 52. | Niebede | 600 | 48 — |
| 53. | Guten-Paaren | 200 | 16 — |
| 54. | Parey | 400 | 32 — |
| 55. | Paulinenaue | 100 | 8 — |
| 56. | Päwesin | 700 | 56 — |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des zu beehaltberech-
tigten Dienstentlohns von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 Mfr. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hunderterte gemäß § 7. | |
|--------------|--|---|----------|
| | | Mfr. | Mfr. Pf. |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 57. | Peßlin | 400 | 32 |
| 58. | Premnis | 900 | 72 |
| 59. | Prießen | 200 | 16 |
| 60. | Rabeweg | 300 | 24 |
| 61. | Reßow | 500 | 40 |
| 62. | Ribbeck | 1000 | 80 |
| 63. | Riewend | 800 | 64 |
| 64. | Rosßow | 1000 | 80 |
| 65. | Saaringen | 300 | 24 |
| 66. | Selbelang | 300 | 24 |
| 67. | Semlin | 300 | 24 |
| 68. | Senzke | 300 | 24 |
| 69. | Spaatz | 700 | 56 |
| 70. | Stechow | 600 | 48 |
| 71. | Stiblin | 300 | 24 |
| 72. | Strobedyne | 700 | 56 |
| 73. | Tiefow | 200 | 16 |
| 74. | Tremmen | 1400 | 112 |
| 75. | Wiegnis | 500 | 40 |
| 76. | Wachow | 900 | 72 |
| 77. | Wagentz | 1000 | 80 |
| 78. | Warßow | 400 | 32 |
| 79. | Wasserschuppe | 300 | 24 |
| 80. | Weseram | 1100 | 88 |
| 81. | Wigke | 200 | 16 |
| 82. | Wolßner | 200 | 16 |
| 83. | Zachow | 700 | 56 |

Kreis Jüterbog-Luckenwalde.

| | | | |
|-----|-------------|-------|------|
| 1. | Baruth | 5400 | 432 |
| 2. | Dahme | 17400 | 1392 |
| 3. | Jüterbog | 7200 | 576 |
| 4. | Luckenwalde | 34600 | 2768 |
| 5. | Zinna | 3500 | 280 |
| 6. | Ahrensdorf | 700 | 56 |
| 7. | Bardenitz | 400 | 32 |
| 8. | Berkenbrück | 400 | 32 |
| 9. | Blankensee | 300 | 24 |
| 10. | Bochow | 300 | 24 |
| 11. | Bollensdorf | 200 | 16 |
| 12. | Borgisdorf | 500 | 40 |
| 13. | Budow | 300 | 24 |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des zu beehaltberech-
tigten Dienstentlohns von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 Mfr. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hunderterte gemäß § 7. | |
|--------------|--|---|----------|
| | | Mfr. | Mfr. Pf. |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 14. | Charlottenfelde | 400 | 32 |
| 15. | Clasßdorf | 600 | 48 |
| 16. | Clasßdorf | 300 | 24 |
| 17. | Dennewitz | 700 | 56 |
| 18. | Dobbriskow | 700 | 56 |
| 19. | Dornswalde | 200 | 16 |
| 20. | Dünzde | 400 | 32 |
| 21. | Felgentreu | 800 | 64 |
| 22. | Frankensfelde | 600 | 48 |
| 23. | Frankensförde | 200 | 16 |
| 24. | Friedrichshof | 600 | 48 |
| 25. | Fröbten | 500 | 40 |
| 26. | Gebersdorf | 600 | 48 |
| 27. | Glau | 200 | 16 |
| 28. | Glashütte b. Baruth | 200 | 16 |
| 29. | Glienitz | 200 | 16 |
| 30. | Görsdorf | 800 | 64 |
| 31. | Hohen-Görsdorf | 500 | 40 |
| 32. | Nieder-Görsdorf | 300 | 24 |
| 33. | Gottow-Hüttenwerf | 300 | 24 |
| 34. | Gottsdorf | 600 | 48 |
| 35. | Gräna | 700 | 56 |
| 36. | Hennsdorf | 300 | 24 |
| 37. | Hennsdorf | 800 | 64 |
| 38. | Holbeck | 300 | 24 |
| 39. | Isfow | 300 | 24 |
| 40. | Ilmersdorf | 600 | 48 |
| 41. | Jänickendorf | 1000 | 80 |
| 42. | Kaltenborn | 600 | 48 |
| 43. | Kemnitz | 500 | 40 |
| 44. | Kemnitz | 400 | 32 |
| 45. | Koszenburg | 100 | 8 |
| 46. | Körbitz | 400 | 32 |
| 47. | Liebzig | 300 | 24 |
| 48. | Liepe | 200 | 16 |
| 49. | Lindow | 700 | 56 |
| 50. | Lindow | 100 | 8 |
| 51. | Langen-Bipsdorf | 300 | 24 |
| 52. | Liepen | 400 | 32 |
| 53. | Löwendorf | 800 | 64 |
| 54. | Malsdorf | 300 | 24 |
| 55. | Malterhausen | 200 | 16 |

| Kaufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamthöhe des ruhgehaltberech-
tigten Dienstverdienstes von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 M. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hunderter gemäß § 7. | Höhe der von den einzelnen Schulver-
bänden für das Rechnungsjahr 1897/98
zu zahlenden Beiträge. |
|--------------|--|--|--|
| | | M. | M. Pf. |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 56. | Mertensmühle | 200 | 16 |
| 57. | Mehlsdorf b. Dahme | 200 | 16 |
| 58. | Mehlsdorf b. Lindenwalde | 200 | 16 |
| 59. | Mehnsdorf mit Minow | 1400 | 112 |
| 60. | Metzdorf | 300 | 24 |
| 61. | Mietgendorf | 200 | 16 |
| 62. | Müchendorf | 200 | 16 |
| 63. | Netzdorf | 400 | 32 |
| 64. | Neuhoff b. Jinna | 200 | 16 |
| 65. | Neuhoff b. Varuth | 400 | 32 |
| 66. | Neinhardt | 1200 | 96 |
| 67. | Naplig | 600 | 48 |
| 68. | Nedule | 700 | 56 |
| 69. | Nethus | 400 | 32 |
| 70. | Prensdorf | 200 | 16 |
| 71. | Radeland | 700 | 56 |
| 72. | Reinsdorf | 800 | 64 |
| 73. | Riedorf | 700 | 56 |
| 74. | Rohrbed | 300 | 24 |
| 75. | Rosenthal | 800 | 64 |
| 76. | Ruhlsdorf | 400 | 32 |
| 77. | Scharfenkrad | 700 | 56 |
| 78. | Schlenzer | 300 | 24 |
| 79. | Schöndorf | 200 | 16 |
| 80. | Schönefeld | 800 | 64 |
| 81. | Schönhagen | 400 | 32 |
| 82. | Hohen-Seefeld | 400 | 32 |
| 83. | Nieder-Seefeld | 400 | 32 |
| 84. | Sernow | 300 | 24 |
| 85. | Stangenhagen | 200 | 16 |
| 86. | Stüpe | 700 | 56 |
| 87. | Wahlsdorf | 400 | 32 |
| 88. | Waltersdorf | 600 | 48 |
| 89. | Welsigsdorf | 300 | 24 |
| 90. | Werbig | 500 | 40 |
| 91. | Werder | 500 | 40 |
| 92. | Wiewersdorf | 500 | 40 |
| 93. | Wilsau | 400 | 32 |
| 94. | Wollersdorf | 900 | 72 |
| 95. | Zsch | 300 | 24 |
| 96. | Groß-Ziescht | 700 | 56 |
| 97. | Klein-Ziescht | 400 | 32 |

| Kaufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamthöhe des ruhgehaltberech-
tigten Dienstverdienstes von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 M. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hunderter gemäß § 7. | Höhe der von den einzelnen Schulver-
bänden für das Rechnungsjahr 1897/98
zu zahlenden Beiträge. |
|-----------------|--|--|--|
| | | M. | M. Pf. |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 98. | Dorf Jinna | 600 | 48 |
| 99. | Jülichendorf | 600 | 48 |
| Kreis Prenzlau. | | | |
| 1. | Brüssow | 8200 | 240 |
| 2. | Prenzlau ev. Schulverband | 20100 | 1608 |
| 3. | Prenzlau luth. Schulverband | 1000 | 80 |
| 4. | Strasburg | 14000 | 1120 |
| 5. | Alexanderhof | 600 | 48 |
| 6. | Arendsee | 800 | 64 |
| 7. | Bagelmühl | 700 | 56 |
| 8. | Banbelow | 900 | 72 |
| 9. | Battin | 300 | 24 |
| 10. | Baumgarten | 300 | 24 |
| 11. | Beenz | 500 | 40 |
| 12. | Bergholz luth. Schulverb. | 400 | 32 |
| 13. | Bergholz fr. ref. Schulverb. | 600 | 48 |
| 14. | Bietlow | 700 | 56 |
| 15. | Blinow | 600 | 48 |
| 16. | Blumenhagen | 300 | 24 |
| 17. | Brießig | 800 | 64 |
| 18. | Bröcklin | 800 | 64 |
| 19. | Carzow | 300 | 24 |
| 20. | Cremzow | 300 | 24 |
| 21. | Christianshof | 200 | 16 |
| 22. | Damerow | 400 | 32 |
| 23. | Dammne | 200 | 16 |
| 24. | Dauer | 900 | 72 |
| 25. | Debelow | 400 | 32 |
| 26. | Drense | 700 | 56 |
| 27. | Eidstedt | 300 | 24 |
| 28. | Ellingen | 300 | 24 |
| 29. | Fahrenwalde | 1000 | 80 |
| 30. | Falkenhagen | 600 | 48 |
| 31. | Falkenwalde | 400 | 32 |
| 32. | Ferdinandshorst | 700 | 56 |
| 33. | Fürstenwerder | 1400 | 112 |
| 34. | Görsch | 700 | 56 |
| 35. | Gollmig | 500 | 40 |
| 36. | Grenj | 500 | 40 |
| 37. | Grimme | 400 | 32 |
| 38. | Grüneberg | 500 | 40 |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des eingelegaltsberech-
tigten Dienstleistungen von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 M. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hunderter gemäß § 7. | Höhe der von den einzelnen Schulver-
bänden für das Rechnungsjahr 1897/98
zu zahlenden Beiträge. |
|--------------|--|---|--|
| | | Mt. | Mt. Pf. |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 39. | Grünow | 500 | 40 — |
| 40. | Güstow | 600 | 48 — |
| 41. | Güterberg | 700 | 56 — |
| 42. | Hegdorf | 300 | 24 — |
| 43. | Hildebrandshagen | 800 | 64 — |
| 44. | Hindenburg | 400 | 32 — |
| 45. | Holzendorf | 500 | 40 — |
| 46. | Jagow | 500 | 40 — |
| 47. | Alt-Kleinow | 400 | 32 — |
| 48. | Kleptow | 700 | 56 — |
| 49. | Klinkow | 400 | 32 — |
| 50. | Kloßow | 400 | 32 — |
| 51. | Kraag | 700 | 56 — |
| 52. | Kugerow | 500 | 40 — |
| 53. | Lauenhagen | 200 | 16 — |
| 54. | Lemmersdorf | 600 | 48 — |
| 55. | Lübbenow | 800 | 64 — |
| 56. | Groß-Ludow | 200 | 16 — |
| 57. | Klein-Ludow | 200 | 16 — |
| 58. | Malchow | 400 | 32 — |
| 59. | Menfin | 200 | 16 — |
| 60. | Milow | 500 | 40 — |
| 61. | Necklin | 400 | 32 — |
| 62. | Neuensfeld | 300 | 24 — |
| 63. | Neuensund | 300 | 24 — |
| 64. | Nieden | 500 | 40 — |
| 65. | Papendorf | 300 | 24 — |
| 66. | Polzow | 800 | 64 — |
| 67. | Rittgarten | 200 | 16 — |
| 68. | Röpersdorf | 800 | 64 — |
| 69. | Roggow | 200 | 16 — |
| 70. | Rollwitz | 900 | 72 — |
| 71. | Rosow (luth. Schulverb.) | 800 | 64 — |
| 72. | Rosow (frz. ref. Schulverb.) | 800 | 64 — |
| 73. | Schapow | 300 | 24 — |
| 74. | Schenkensberg | 200 | 16 — |
| 75. | Schlepfow | 300 | 24 — |
| 76. | Schmarjow | 400 | 32 — |
| 77. | Schmölln | 500 | 40 — |
| 78. | Schönermark | 600 | 48 — |
| 79. | Schönfeld | 500 | 40 — |
| 80. | Schönwerder | 800 | 64 — |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des eingelegaltsberech-
tigten Dienstleistungen von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 M. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hunderter gemäß § 7. | Höhe der von den einzelnen Schulver-
bänden für das Rechnungsjahr 1897/98
zu zahlenden Beiträge. |
|--------------|--|---|--|
| | | Mt. | Mt. Pf. |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 81. | Schwaneberg | 600 | 48 — |
| 82. | Schwarzensee | 300 | 24 — |
| 83. | Seelübbe | 900 | 72 — |
| 84. | Groß-Sperrenwalde | 100 | 8 — |
| 85. | Groß-Spiegelberg | 300 | 24 — |
| 86. | Sternhagen | 300 | 24 — |
| 87. | Tornow | 200 | 16 — |
| 88. | Trampe | 300 | 24 — |
| 89. | Trebenow | 300 | 24 — |
| 90. | Wallmow | 300 | 24 — |
| 91. | Werbelow | 600 | 48 — |
| 92. | Weseliß | 500 | 40 — |
| 93. | Wegenow | 800 | 64 — |
| 94. | Wilhelmshof | 700 | 56 — |
| 95. | Wilfow | 700 | 56 — |
| 96. | Wismar | 300 | 24 — |
| 97. | Wittstod | 200 | 16 — |
| 98. | Wobdow | 800 | 64 — |
| 99. | Wolfschagen | 300 | 24 — |
| 100. | Wollin | 700 | 56 — |
| 101. | Wollschow | 400 | 32 — |
| 102. | Zerrenthin | 800 | 64 — |
| 103. | Ziemfendorf | 100 | 8 — |
| 104. | Zolchow | 800 | 64 — |
| 105. | Züsedom | 400 | 32 — |
| 106. | Zernikow | 200 | 16 — |

Kreis Ost-Prignitz.

| | | | |
|-----|------------|-------|-------|
| 1. | Freystein | 3500 | 280 — |
| 2. | Kyris | 12200 | 976 — |
| 3. | Meyenburg | 3400 | 272 — |
| 4. | Prignitz | 11700 | 936 — |
| 5. | Wittstod | 9800 | 784 — |
| 6. | Babig | 600 | 48 — |
| 7. | Bantifow | 300 | 24 — |
| 8. | Barentin | 700 | 56 — |
| 9. | Berlinchen | 800 | 64 — |
| 10. | Berlitt | 200 | 16 — |
| 11. | Beveringen | 400 | 32 — |
| 12. | Bläsendorf | 300 | 24 — |
| 13. | Biesen | 200 | 16 — |
| 14. | Blandifow | 500 | 40 — |

| Rechnungs Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsomme des eingezeichneten
tägigen Dienstleistungs von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 Mfr. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hunderte gemäß § 7. | |
|---------------|--|--|----------|
| | | Mfr. | Mfr. Pf. |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 15. | Blumenthal | 200 | 16 |
| 16. | Bobbin | 800 | 64 |
| 17. | Böhlke | 300 | 24 |
| 18. | Borf | 500 | 40 |
| 19. | Bredbin | 800 | 64 |
| 20. | Breitenfeld | 200 | 16 |
| 21. | Brügge | 300 | 24 |
| 22. | Brüshagen | 400 | 32 |
| 23. | Buchholz | 300 | 24 |
| 24. | Budow | 200 | 16 |
| 25. | Buddenhagen | 100 | 8 |
| 26. | Christdorf | 200 | 16 |
| 27. | Dahlhausen | 400 | 32 |
| 28. | Damelack | 600 | 48 |
| 29. | Dannenwalde | 1000 | 80 |
| 30. | Darsikow | 200 | 16 |
| 31. | Demerthin | 300 | 24 |
| 32. | Döllen | 400 | 32 |
| 33. | Doffow | 600 | 48 |
| 34. | Dranse | 400 | 32 |
| 35. | Drawen | 200 | 16 |
| 36. | Eichenfelde | 100 | 8 |
| 37. | Falkenhagen | 800 | 64 |
| 38. | Frehne | 800 | 64 |
| 39. | Fregdorf | 500 | 40 |
| 40. | Gadow | 700 | 56 |
| 41. | Gantfow | 800 | 64 |
| 42. | Garz | 300 | 24 |
| 43. | Gerdshagen | 300 | 24 |
| 44. | Giesensdorf | 700 | 56 |
| 45. | Göricke | 300 | 24 |
| 46. | Grabow b. Frehne | 500 | 40 |
| 47. | Grabow b. Herzprung | 300 | 24 |
| 48. | Granzow | 600 | 48 |
| 49. | Gumtow | 400 | 32 |
| 50. | Halenbeck | 400 | 32 |
| 51. | Klein-Hapfow | 600 | 48 |
| 52. | Heinrichsdorf | 100 | 8 |
| 53. | Helle | 500 | 40 |
| 54. | Herzprung | 300 | 24 |
| 55. | Holzhausen | 800 | 64 |
| 56. | Jabel | 200 | 16 |

| Rechnungs Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsomme des eingezeichneten
tägigen Dienstleistungs von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 Mfr. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hunderte gemäß § 7. | |
|---------------|--|--|----------|
| | | Mfr. | Mfr. Pf. |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 57. | Jacob | 48 | |
| 58. | Jaennersdorf | 16 | |
| 59. | Joachimshof | 16 | |
| 60. | Kehrberg | 32 | |
| 61. | Kennig | | |
| 62. | Königsberg | 200 | |
| 63. | Köhl | 300 | |
| 64. | Kolrep | 200 | |
| 65. | Krams | 200 | |
| 66. | Krempendörf | 200 | |
| 67. | Alt-Krüßow | 800 | |
| 68. | Neu-Krüßow | 500 | |
| 69. | Kubier | 400 | |
| 70. | Kußdorf | 800 | |
| 71. | Kunow | 400 | |
| 72. | Langnow | 400 | |
| 73. | Leischow | 700 | |
| 74. | Liebertthal | 700 | |
| 75. | Linzenberg | 300 | |
| 76. | Lohn | 900 | |
| 77. | Luhme | 200 | |
| 78. | Mahlbeerwalde | 500 | |
| 79. | Mesow | 800 | |
| 80. | Mertensdorf | 500 | |
| 81. | Mesendorf | 800 | |
| 82. | Mettelbeck | 400 | |
| 83. | Niemerlang | 300 | |
| 84. | Groß-Pantow | 700 | |
| 85. | Papenbruch | 300 | |
| 86. | Predbühl | 300 | |
| 87. | Rapschagen | 900 | |
| 88. | Redenithin | 300 | |
| 89. | Redlin | 400 | |
| 90. | Repselb | 300 | |
| 91. | Roddahn | 200 | |
| 92. | Rohlsdorf | 400 | |
| 93. | Rosenwinkel | 200 | |
| 94. | Sabenbeck | 700 | |
| 95. | Sarnow | 800 | |
| 96. | Schmolbe | 1100 | |
| 97. | Schönebeck | 400 | |
| 98. | Schönermark | 200 | |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des ruhgehaltberech-
tigten Dienstverdienstes von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 Mfr. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hundertthe gemäß § 7. | |
|--------------|--|--|-----|
| | | Mfr. | Pf. |
| 99. | Schönhagen f. Tölln | 400 | 32 |
| 100. | Schönhagen bei Prignitz | 300 | 24 |
| 101. | Schrepkow | 300 | 24 |
| 102. | Schweinrich | 800 | 64 |
| 103. | Schönschneichen | 300 | 24 |
| 104. | Seepkow | 500 | 40 |
| 105. | Siekmannshorst | 800 | 64 |
| 106. | Silmersdorf | 200 | 16 |
| 107. | Sophiendorf | 100 | 8 |
| 108. | Steffenshagen | 200 | 16 |
| 109. | Stepenitz | 500 | 40 |
| 110. | Stüdenitz | 300 | 24 |
| 111. | Techow-Heiligengrabe | 1800 | 144 |
| 112. | Tees | 800 | 64 |
| 113. | Telschow | 800 | 64 |
| 114. | Triglis | 200 | 16 |
| 115. | Tychen | 300 | 24 |
| 116. | Uehlin | 300 | 24 |
| 117. | Uehlow | 800 | 64 |
| 118. | Uettin | 400 | 32 |
| 119. | Groß-Welle | 400 | 32 |
| 120. | Wernikow | 400 | 32 |
| 121. | Wilmersdorf | 400 | 32 |
| 122. | Groß-Woltersdorf | 300 | 24 |
| 123. | Klein-Woltersdorf | 200 | 16 |
| 124. | Wulfersdorf | 800 | 64 |
| 125. | Wulfow | 200 | 16 |
| 126. | Wutkow | 200 | 16 |
| 127. | Zaake | 800 | 64 |
| 128. | Dorf Zechlin | 400 | 32 |
| 129. | Klecken Zechlin | 1200 | 96 |
| 130. | Zechliner Hütte | 200 | 16 |
| 131. | Zempow | 300 | 24 |
| 132. | Klein-Zerlang | 600 | 48 |
| 133. | Zernitz | 800 | 64 |
| 134. | Zooßen | 700 | 56 |

Kreis West-Prignitz.

| | | | |
|----|-----------|-------|------|
| 1. | Havelberg | 17700 | 1416 |
| 2. | Lenzen | 11500 | 920 |
| 3. | Perleberg | 14000 | 1120 |
| 4. | Pützig | 3800 | 304 |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des ruhgehaltberech-
tigten Dienstverdienstes von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 Mfr. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hundertthe gemäß § 7. | |
|--------------|--|--|------|
| | | Mfr. | Pf. |
| 5. | Wiltsdorf | 4900 | 392 |
| 6. | Wittenberge | 25100 | 2008 |
| 7. | Abtendorf | 800 | 64 |
| 8. | Badz | 700 | 56 |
| 9. | Bad | 600 | 48 |
| 10. | Baelow | 200 | 16 |
| 11. | Bendelin | 200 | 16 |
| 12. | Bentwisch | 800 | 64 |
| 13. | Groß-Berge | 700 | 56 |
| 14. | Bernheide | 200 | 16 |
| 15. | Blukthen | 500 | 40 |
| 16. | Boberow | 700 | 56 |
| 17. | Bochin | 500 | 40 |
| 18. | Groß-Breesche | 300 | 24 |
| 19. | Klein-Breesche | 600 | 48 |
| 20. | Bresch | 500 | 40 |
| 21. | Groß-Buchholz | 800 | 64 |
| 22. | Bunghagen | 200 | 16 |
| 23. | Cumlosen | 800 | 64 |
| 24. | Dallmin | 400 | 32 |
| 25. | Damerow | 100 | 8 |
| 26. | Dargardt | 700 | 56 |
| 27. | Deibow | 200 | 16 |
| 28. | Dergenthin | 200 | 16 |
| 29. | Düpow | 800 | 64 |
| 30. | Eldenburg | 500 | 40 |
| 31. | Gandow | 700 | 56 |
| 32. | Garlin | 200 | 16 |
| 33. | Garstedow | 100 | 8 |
| 34. | Glöwen | 300 | 24 |
| 35. | Glöwzin | 700 | 56 |
| 36. | Gneßdorf | 100 | 8 |
| 37. | Görnitz | 100 | 8 |
| 38. | Groß-Gottschow | 600 | 48 |
| 39. | Klein-Gottschow | 300 | 24 |
| 40. | Grube | 300 | 24 |
| 41. | Güßlig | 800 | 64 |
| 42. | Güßlow | 400 | 32 |
| 43. | Güßelsdorf | 200 | 16 |
| 44. | Hindorf | 400 | 32 |
| 45. | Hohenwiel | 200 | 16 |
| 46. | Hülsebeck | 300 | 24 |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des zu be-
haltenden Dienstleistungs-
verhältnisses von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 Mfr. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hunderttheile gemäß § 7. | |
|--------------|--|--|----------|
| | | Mfr. | Mfr. Pf. |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 47. | Jagel | 500 | 40 |
| 48. | Jederitz | 1000 | 80 |
| 49. | Karstädt | 300 | 24 |
| 50. | Kieß | 800 | 64 |
| 51. | Kleefte | 100 | 8 |
| 52. | Kleinow | 200 | 16 |
| 53. | Kleffe | 900 | 72 |
| 54. | Krampfer | 300 | 24 |
| 55. | Krenzburg | 700 | 56 |
| 56. | Krißbe | 200 | 16 |
| 57. | Krinig | 200 | 16 |
| 58. | Kubblant | 700 | 56 |
| 59. | Laaslich | 700 | 56 |
| 60. | Lanz | 600 | 48 |
| 61. | Legde | 600 | 48 |
| 62. | Lennewitz | 200 | 16 |
| 63. | Lenzerfilge | — | — |
| 64. | Groß-Leppin | 800 | 64 |
| 65. | Groß-Linde | 700 | 56 |
| 66. | Lochstädt | 400 | 32 |
| 67. | Groß-Lüben | 400 | 32 |
| 68. | Klein-Lüben | 400 | 32 |
| 69. | Lützow | 200 | 16 |
| 70. | Lütgendorf | 200 | 16 |
| 71. | Lützenwisch | 200 | 16 |
| 72. | Manfmusch | 200 | 16 |
| 73. | Manßfeld | 800 | 64 |
| 74. | Meßkow | 400 | 32 |
| 75. | Milow | 200 | 16 |
| 76. | Mödlitz | 800 | 64 |
| 77. | Moor | 400 | 32 |
| 78. | Motrich | 700 | 56 |
| 79. | Müggendorf | 400 | 32 |
| 80. | Naussdorf | 200 | 16 |
| 81. | Nebelin | 200 | 16 |
| 82. | Negow | 300 | 24 |
| 83. | Neuhausen | 400 | 32 |
| 84. | Nigow | 1000 | 80 |
| 85. | Pinaow | 200 | 16 |
| 86. | Pirow | 700 | 56 |
| 87. | Pöflin | 600 | 48 |
| 88. | Premßlin | 700 | 56 |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des zu be-
haltenden Dienstleistungs-
verhältnisses von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 Mfr. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hunderttheile gemäß § 7. | |
|--------------|--|--|----------|
| | | Mfr. | Mfr. Pf. |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 89. | Pröttlin | 600 | 48 |
| 90. | Quigöbel | 200 | 16 |
| 91. | Quigow | 200 | 16 |
| 92. | Rambow b. Pökerow | 400 | 32 |
| 93. | Rambow b. Perleberg | 300 | 24 |
| 94. | Redenzin | 300 | 24 |
| 95. | Reetz | 800 | 64 |
| 96. | Robdahn | 200 | 16 |
| 97. | Rohlsdorf | 700 | 56 |
| 98. | Rosenhagen | 300 | 24 |
| 99. | Rühstädt | 600 | 48 |
| 100. | Sagast | 100 | 8 |
| 101. | Sargleben | 700 | 56 |
| 102. | Schilde | 800 | 64 |
| 103. | Schönfeld | 300 | 24 |
| 104. | Schweineföfen | 100 | 8 |
| 105. | Seebin | 400 | 32 |
| 106. | Seedorf | 500 | 40 |
| 107. | Söllenthin | 400 | 32 |
| 108. | Spiegelhagen | 500 | 40 |
| 109. | Stavenow | 300 | 24 |
| 101. | Steesow | 100 | 8 |
| 111. | Strehlen | 200 | 16 |
| 112. | Südow | 700 | 56 |
| 113. | Taden | 300 | 24 |
| 114. | Toppel | 900 | 72 |
| 115. | Uenze | 800 | 64 |
| 116. | Behlgast | 400 | 32 |
| 117. | Verbig | 300 | 24 |
| 118. | Viefede | 300 | 24 |
| 119. | Warnow | 200 | 16 |
| 120. | Weifen | 400 | 32 |
| 121. | Wentdorf | 400 | 32 |
| 122. | Groß-Werzin | 800 | 64 |
| 123. | Groß-Woos | 500 | 40 |
| 124. | Wustrow | 400 | 32 |

Kreis Ruppın.

| | | | |
|----|----------------|-------|------|
| 1. | Neu-Ruppın | 19300 | 1544 |
| 2. | Alt-Ruppın | 4900 | 392 |
| 3. | Rheinsberg | 6000 | 480 |
| 4. | Neustadt a. D. | 1200 | 96 |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des ruhegehaltberech-
tigten Dienstleistungs von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 M. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hunderter gemäß § 7.
Höhe der von den einzelnen Schulver-
bänden für das Rechnungsjahr 1897/98
zu zahlenden Beiträge. | |
|--------------|--|--|---------|
| | | Mt. | Mt. Pf. |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 5. | Busterhausen a. D. | 7300 | 584 |
| 6. | Gransee | 8800 | 704 |
| 7. | Lindow | 4200 | 336 |
| 8. | Banzendorf | 300 | 24 |
| 9. | Barstow | 800 | 64 |
| 10. | Basdorf | 200 | 16 |
| 11. | Bartschenhof | 300 | 24 |
| 12. | Baumgarten | 800 | 64 |
| 13. | Becklin | 600 | 48 |
| 14. | Blankenberg | 500 | 40 |
| 15. | Braunsberg | 800 | 64 |
| 16. | Brunn | 200 | 16 |
| 17. | Buberow | 800 | 64 |
| 18. | Bückwig | 400 | 32 |
| 19. | Burow | 300 | 24 |
| 20. | Buskow | 200 | 16 |
| 21. | Campehl | 800 | 64 |
| 22. | Cantow | 800 | 64 |
| 23. | Clevische Häuser | 800 | 64 |
| 24. | Dabergow | 300 | 24 |
| 25. | Darrig | 200 | 16 |
| 26. | Deffow | 400 | 32 |
| 27. | Dierberg | 500 | 40 |
| 28. | Dollgow | 400 | 32 |
| 29. | Dreß | 1700 | 136 |
| 30. | Frankendorf | 600 | 48 |
| 31. | Friedrichsdorf | 500 | 40 |
| 32. | Alt-Friesack | 100 | 8 |
| 33. | Ganger | 900 | 72 |
| 34. | Gartow | 700 | 56 |
| 35. | Garz | 800 | 64 |
| 36. | Alt-Garz | 300 | 24 |
| 37. | Guten-Germendorf | 400 | 32 |
| 38. | Giesenhorst | 200 | 16 |
| 39. | Glabbe | 600 | 48 |
| 40. | Göhlen-Glienitz | 200 | 16 |
| 41. | Alt-Globow | 200 | 16 |
| 42. | Neu-Globow | 100 | 8 |
| 43. | Gnevifow | 300 | 24 |
| 44. | Gottberg | 400 | 32 |
| 45. | Grieben | 300 | 24 |
| 46. | Grüneberg | 1000 | 80 |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des ruhegehaltberech-
tigten Dienstleistungs von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 M. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hunderter gemäß § 7.
Höhe der von den einzelnen Schulver-
bänden für das Rechnungsjahr 1897/98
zu zahlenden Beiträge. | |
|--------------|--|--|---------|
| | | Mt. | Mt. Pf. |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 47. | Heinrichsdorf | 200 | 16 |
| 48. | Herzberg | 400 | 32 |
| 49. | Hindenberg | 400 | 32 |
| 50. | Hohenofen | 900 | 72 |
| 51. | Hoppenrade | 400 | 32 |
| 52. | Kagar | 500 | 40 |
| 53. | Karwe | 900 | 72 |
| 54. | Katzenow | 400 | 32 |
| 55. | Keller | 400 | 32 |
| 56. | Kerzlin | 800 | 64 |
| 57. | Klosterheide | 200 | 16 |
| 58. | Königsstädt | 600 | 48 |
| 59. | Körzig | 1100 | 88 |
| 60. | Koppenbrück (Alt- u. Neu-) | 300 | 24 |
| 61. | Kraatz | 700 | 56 |
| 62. | Krangen | 900 | 72 |
| 63. | Krenzlin | 700 | 56 |
| 64. | Kübow | 200 | 16 |
| 65. | Lackow | 300 | 24 |
| 66. | Langen | 1100 | 88 |
| 67. | Lebzin | 800 | 64 |
| 68. | Lichtenberg | 800 | 64 |
| 69. | Linde | 300 | 24 |
| 70. | Lindow | 700 | 56 |
| 71. | Lögow | 300 | 24 |
| 72. | Neu-Lögow | 500 | 40 |
| 73. | Löwenberg i. M. | 1700 | 136 |
| 74. | Ludwigsaue (Alt- u. Neu-) | 500 | 40 |
| 75. | Lüchfeld | 200 | 16 |
| 76. | Lüdersdorf | 600 | 48 |
| 77. | Manter | 700 | 56 |
| 78. | Menz | 1300 | 104 |
| 79. | Meseberg | 400 | 32 |
| 80. | Megelthin | 300 | 24 |
| 81. | Molchow | 800 | 64 |
| 82. | Groß-Muß | 500 | 40 |
| 83. | Nadel | 1100 | 88 |
| 84. | Nietwerder | 300 | 24 |
| 85. | Pfalzheim | 700 | 56 |
| 86. | Plänitz | 300 | 24 |
| 87. | Progen | 1600 | 128 |
| 88. | Radensleben | 200 | 16 |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des ruhgehaltberech-
tigten Dienstentlohns von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 M. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hunderttheile gemäß § 7.
M. Pf. | | Höhe der von den einzelnen Schulver-
bänden für das Rechnungsjahr 1897/98
zu zahlenden Beiträge.
M. Pf. | |
|--------------|--|--|-----|--|---|
| | | 1 | 2 | 3 | 4 |
| 89. | Rägelin | 300 | 24 | | |
| 90. | Rönnebeck | 200 | 16 | | |
| 91. | Robrlach | 500 | 40 | | |
| 92. | Rübehorst | 1000 | 80 | | |
| 93. | Rüthenick | 300 | 24 | | |
| 94. | Schönberg | 300 | 24 | | |
| 95. | Schönermark | 800 | 64 | | |
| 96. | Schulzendorf | 200 | 16 | | |
| 97. | Schwanow | 800 | 64 | | |
| 98. | Seebeck | 300 | 24 | | |
| 99. | Segeletz | 300 | 24 | | |
| 100. | Sieversdorf | 1900 | 152 | | |
| 101. | Sonnenberg | 400 | 32 | | |
| 102. | Spiegelberg | 300 | 24 | | |
| 103. | Stöfzin | 500 | 40 | | |
| 104. | Storbeck | 400 | 32 | | |
| 105. | Strubbensee | 400 | 32 | | |
| 106. | Teschendorf | 1300 | 104 | | |
| 107. | Tramitz | 700 | 56 | | |
| 108. | Treskow | 200 | 16 | | |
| 109. | Wichel | 700 | 56 | | |
| 110. | Wielitz | 500 | 40 | | |
| 111. | Walchow | 1900 | 152 | | |
| 112. | Wallitz | 300 | 24 | | |
| 113. | Walsleben | 500 | 40 | | |
| 114. | Werder | 400 | 32 | | |
| 115. | Wildberg | 1200 | 96 | | |
| 116. | Groß-Woltersdorf | 300 | 24 | | |
| 117. | Wulkow | 800 | 64 | | |
| 118. | Wustrau | 800 | 64 | | |
| 119. | Wuthenow | 300 | 24 | | |
| 120. | Wuzeg | 300 | 24 | | |
| 121. | Zechow | 500 | 40 | | |
| 122. | Groß-Zerlang | 200 | 16 | | |
| 123. | Zernikow | 300 | 24 | | |
| 124. | Zühlen | 900 | 72 | | |

Preis Teltow.

| | | | |
|----|-------------|-------|------|
| 1. | Edpenitz | 43500 | 3480 |
| 2. | Mittenwalde | 4100 | 328 |
| 3. | Teltow | 8900 | 712 |
| 4. | Leupitz | 800 | 64 |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des ruhgehaltberech-
tigten Dienstentlohns von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 M. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hunderttheile gemäß § 7.
M. Pf. | | Höhe der von den einzelnen Schulver-
bänden für das Rechnungsjahr 1897/98
zu zahlenden Beiträge.
M. Pf. | |
|--------------|--|--|------|--|---|
| | | 1 | 2 | 3 | 4 |
| 5. | Trebbin | 6200 | 496 | | |
| 6. | Zossen | 9800 | 784 | | |
| 7. | Adlershof | 11100 | 888 | | |
| 8. | Abrensdorf | 500 | 40 | | |
| 9. | Groß-Verren | 1300 | 104 | | |
| 10. | Klein-Verren | 800 | 64 | | |
| 11. | Groß-Vesten | 900 | 72 | | |
| 12. | Klein-Vesten | 500 | 40 | | |
| 13. | Groß-Beuthen | 500 | 40 | | |
| 14. | Blankensfelde | 900 | 72 | | |
| 15. | Bohnsdorf | 900 | 72 | | |
| 16. | Brig | 17700 | 1416 | | |
| 17. | Brusendorf | 500 | 40 | | |
| 18. | Buckow | 1000 | 80 | | |
| 19. | Callinchen | 300 | 24 | | |
| 20. | Christinendorf | 300 | 24 | | |
| 21. | Clausdorf | 500 | 40 | | |
| 22. | Eliefertow | 700 | 56 | | |
| 23. | Emmerdorf | 700 | 56 | | |
| 24. | Dabendorf | 800 | 64 | | |
| 25. | Dahlewitz | 300 | 24 | | |
| 26. | Dergischow | 700 | 56 | | |
| 27. | Diederisdorf | 900 | 72 | | |
| 28. | Drewitz | 1200 | 96 | | |
| 29. | Egisdorf | 200 | 16 | | |
| 30. | Eichwalde | 700 | 56 | | |
| 31. | Fahlhorst | 800 | 64 | | |
| 32. | Freidorf | 100 | 8 | | |
| 33. | Friedenau | 11000 | 880 | | |
| 34. | Gadsdorf | 700 | 56 | | |
| 35. | Gallun | 800 | 64 | | |
| 36. | Genshagen | 300 | 24 | | |
| 37. | Glasow | 800 | 64 | | |
| 38. | Glienide b. Zossen | 800 | 64 | | |
| 39. | Alt-Glienide | 4700 | 376 | | |
| 40. | Klein-Glienide | 1300 | 104 | | |
| 41. | Gräbendorf | 500 | 40 | | |
| 42. | Gröben | 900 | 72 | | |
| 43. | Gränau | 3800 | 304 | | |
| 44. | Güterges | 900 | 72 | | |
| 45. | Gussow | 400 | 32 | | |
| 46. | Halbe | 900 | 72 | | |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des ruhehaltberech-
tigten Dienstpersonals von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 Mfr. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hunderter gemäß § 7.
Mfr. | | Höhe der von den einzelnen Schulver-
bänden für das Rechnungsjahr 1897/98
zu zahlenden Beiträge.
Mfr. Pf. |
|--------------|--|--|------|--|
| | | 1 | 2 | |
| 47. | Heinersdorf | 400 | 32 | — |
| 48. | Hoherlehme | 400 | 32 | — |
| 49. | Jachzenbrück | 200 | 16 | — |
| 50. | Johannisthal | 2500 | 200 | — |
| 51. | Jühnsdorf | 800 | 64 | — |
| 52. | Jütchendorf | 100 | 8 | — |
| 53. | Kerzendorf | 800 | 64 | — |
| 54. | Kieckbusch | 400 | 32 | — |
| 55. | Groß-Kienitz | 600 | 48 | — |
| 56. | Klein-Kienitz | 200 | 16 | — |
| 57. | Groß-Rörsch | 300 | 24 | — |
| 58. | Klein-Rörsch | 800 | 64 | — |
| 59. | Krummensee | 700 | 56 | — |
| 60. | Rantow | 3900 | 312 | — |
| 61. | Pichtenrade | 1200 | 96 | — |
| 62. | Groß-Pichtenrade | 28600 | 2288 | — |
| 63. | Pöpten | 100 | 8 | — |
| 64. | Pöwenbruch | 600 | 48 | — |
| 65. | Püdersdorf | 300 | 24 | — |
| 66. | Groß-Machnow | 500 | 40 | — |
| 67. | Klein-Machnow | 1100 | 88 | — |
| 68. | Mahlow | 300 | 24 | — |
| 69. | Mariendorf | 8100 | 648 | — |
| 70. | Mariensfelde | 4200 | 336 | — |
| 71. | Mellen | 500 | 40 | — |
| 72. | Miersdorf | 400 | 32 | — |
| 73. | Mögen | 900 | 72 | — |
| 74. | Müggelsheim | 200 | 16 | — |
| 75. | Neuendorf b. Potsdam | 8200 | 656 | — |
| 76. | Neuendorf b. Teupitz | — | — | — |
| 77. | Neuendorf b. Trebbin | 200 | 16 | — |
| 78. | Fern-Neuendorf | 800 | 64 | — |
| 79. | Nächst-Neuendorf | 500 | 40 | — |
| 80. | Neuhoff b. Zossen | 300 | 24 | — |
| 81. | Nicolsdorf | 1100 | 88 | — |
| 82. | Nowawes | 20600 | 1648 | — |
| 83. | Rudow | 300 | 24 | — |
| 84. | Runsdorf | 500 | 40 | — |
| 85. | Paetz | 400 | 32 | — |
| 86. | Philippsthal | 300 | 24 | — |
| 87. | Ragow | 400 | 32 | — |
| 88. | Rangsdorf | 500 | 40 | — |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des ruhehaltberech-
tigten Dienstpersonals von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 Mfr. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hunderter gemäß § 7.
Mfr. | | Höhe der von den einzelnen Schulver-
bänden für das Rechnungsjahr 1897/98
zu zahlenden Beiträge.
Mfr. Pf. |
|--------------|--|--|-------|--|
| | | 1 | 2 | |
| 89. | Nehhagen | 400 | 32 | — |
| 90. | Nirsdorf | 125400 | 10032 | — |
| 91. | Rogitz | 400 | 32 | — |
| 92. | Rudow | 1300 | 104 | — |
| 93. | Ruhlsdorf | 500 | 40 | — |
| 94. | Saalow | 200 | 16 | — |
| 95. | Schenkendorf b. Gr.-Veeren | 300 | 24 | — |
| 96. | Schenkendorf
b. Königs-Wusterh. | 1000 | 80 | — |
| 97. | Schenkendorf Vorwerk | 300 | 24 | — |
| 98. | Schmargendorf | 6700 | 536 | — |
| 99. | Schmöckwitz | 800 | 64 | — |
| 100. | Schöneberg | 127000 | 10160 | — |
| 101. | Schönefeld | 1200 | 96 | — |
| 102. | Schöneiche | 800 | 64 | — |
| 103. | Schönweide | 400 | 32 | — |
| 104. | Nieder-Schönweide | 4700 | 376 | — |
| 105. | Schönow | 1100 | 88 | — |
| 106. | Schlinow | 500 | 40 | — |
| 107. | Schulzendorf | 900 | 72 | — |
| 108. | Groß-Schulzendorf | 600 | 48 | — |
| 109. | Klein-Schulzendorf | 600 | 48 | — |
| 110. | Schwerin | 200 | 16 | — |
| 111. | Selchow | 400 | 32 | — |
| 112. | Senzig | 400 | 32 | — |
| 113. | Siethen | 800 | 64 | — |
| 114. | Sperenberg | 1500 | 120 | — |
| 115. | Sputenhof b. Teltow | 700 | 56 | — |
| 116. | Staakow | 100 | 8 | — |
| 117. | Steglich | 36300 | 2904 | — |
| 118. | Stolpe | 2500 | 200 | — |
| 119. | Telz | 300 | 24 | — |
| 120. | Tempelhof | 16400 | 1312 | — |
| 121. | Thyrow | 800 | 64 | — |
| 122. | Töpchin | 900 | 72 | — |
| 123. | Tornow | 600 | 48 | — |
| 124. | Treptow | 5600 | 448 | — |
| 125. | Waltersdorf | 900 | 72 | — |
| 126. | Wasmannsdorf | 800 | 64 | — |
| 127. | Deutsch-Wilmersdorf | 24700 | 1976 | — |
| 128. | Wendisch-Wilmersdorf | 300 | 24 | — |
| 129. | Wietstorf | 900 | 72 | — |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des Ruhegehaltsberech-
tigten Dienstentlohnens von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 Mf. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hundertthe gemäß § 7. | |
|--------------|--|--|---------|
| | | Mf. | Mf. Pf. |

| 1 | 2 | 3 | 4 |
|------|----------------------|-------|-------|
| 130. | Wänsdorf | 700 | 56 — |
| 131. | Deutsch-Wusterhausen | 800 | 46 — |
| 132. | Königs-Wusterhausen | 3400 | 272 — |
| 133. | Zeesen | 800 | 64 — |
| 134. | Zehlendorf | 11400 | 912 — |
| 135. | Zehrendorf | 200 | 16 — |
| 136. | Zernsdorf | 200 | 16 — |
| 137. | Zentzen | 600 | 48 — |
| 138. | Groß-Zientzen | 1300 | 104 — |

Kreis Templin.

| | | | |
|-----|-------------------|-------|--------|
| 1. | Lyden | 5500 | 440 — |
| 2. | Templin | 19000 | 1520 — |
| 3. | Zehdenick | 8500 | 680 — |
| 4. | Abrensdorf | 300 | 24 — |
| 5. | Annenwalde | 200 | 16 — |
| 6. | Arnimschön | 500 | 40 — |
| 7. | Babingen | 700 | 56 — |
| 8. | Beetz | 300 | 24 — |
| 9. | Bergsdorf | 900 | 72 — |
| 10. | Bertholz | 900 | 72 — |
| 11. | Beutel | 400 | 32 — |
| 12. | Boitzenburg | 1600 | 128 — |
| 13. | Bredereiche | 1100 | 88 — |
| 14. | Bräusenwalde | 300 | 24 — |
| 15. | Buchholz | 200 | 16 — |
| 16. | Camp | 2200 | 176 — |
| 17. | Cappe | 500 | 40 — |
| 18. | Clausshagen | 800 | 64 — |
| 19. | Closterwalde | 300 | 24 — |
| 20. | Cremelin | 600 | 48 — |
| 21. | Curtzschlag | 500 | 40 — |
| 22. | Cüstrinden | 200 | 16 — |
| 23. | Dannen-Hof | 3000 | 240 — |
| 24. | Dargersdorf | 700 | 56 — |
| 25. | Denkow | 700 | 56 — |
| 26. | Groß-Döbün | 300 | 24 — |
| 27. | Falkenthal | 500 | 40 — |
| 28. | Fergitz | 300 | 24 — |
| 29. | Flieth | 1300 | 104 — |
| 30. | Groß-Friedenwalde | 600 | 48 — |
| 31. | Friedenfelde | 400 | 32 — |

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des Ruhegehaltsberech-
tigten Dienstentlohnens von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 Mf. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hundertthe gemäß § 7. | |
|--------------|--|--|---------|
| | | Mf. | Mf. Pf. |

| 1 | 2 | 3 | 4 |
|-----|--------------|------|------|
| 32. | Funkenhagen | 400 | 32 — |
| 33. | Gandenig | 400 | 32 — |
| 34. | Gerswalde | 1200 | 96 — |
| 35. | Gollin | 800 | 64 — |
| 36. | Grunewald | 400 | 32 — |
| 37. | Hammelspring | 1000 | 80 — |
| 38. | Hardenbeck | 800 | 64 — |
| 39. | Häfelken | 300 | 24 — |
| 40. | Herzfelde | 400 | 32 — |
| 41. | Himmelsfort | 500 | 40 — |
| 42. | Hindenberg | 200 | 16 — |
| 43. | Jakobshagen | 400 | 32 — |
| 44. | Kaafstedt | 400 | 32 — |
| 45. | Krohnborst | 200 | 16 — |
| 46. | Kröchlendorf | 900 | 72 — |
| 47. | Kuhj | 900 | 72 — |
| 48. | Liebenberg | 1200 | 96 — |
| 49. | Marienthal | 300 | 24 — |
| 50. | Megelsbitt | 300 | 24 — |
| 51. | Mildenberg | 400 | 32 — |
| 52. | Milmersdorf | 700 | 56 — |
| 53. | Mittenwalde | 500 | 40 — |
| 54. | Klein-Mug | 400 | 32 — |
| 55. | Naugarten | 800 | 64 — |
| 56. | Negow | 300 | 24 — |
| 57. | Parmen | 200 | 16 — |
| 58. | Petersdorf | 600 | 48 — |
| 59. | Pegnitz | 300 | 24 — |
| 60. | Pinnow | 200 | 16 — |
| 61. | Poratz | 500 | 40 — |
| 62. | Poglow | 800 | 64 — |
| 63. | Ravensbrück | 300 | 24 — |
| 64. | Negow | 300 | 24 — |
| 65. | Ribbeck | 800 | 64 — |
| 66. | Ringenwalde | 1100 | 88 — |
| 67. | Röddelin | 800 | 64 — |
| 68. | Rosenow | 300 | 24 — |
| 69. | Rutenberg | 300 | 24 — |
| 70. | Stegelitz | 900 | 72 — |
| 71. | Storkow | 300 | 24 — |
| 72. | Strehlow | 500 | 40 — |
| 73. | Tangersdorf | 400 | 32 — |

| Sanfende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des ruhgehaltberech-
tigten Dienstentlohnens von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 Mfr. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hunderter gemäß § 7. | |
|--------------|--|--|----------|
| | | Mfr. | Mfr. Pf. |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 74. | Alt-Lemmen | 800 | 64 |
| 75. | Thomsdorf | 400 | 32 |
| 76. | Alt-Thymen | 200 | 16 |
| 77. | Groß-Bäter | 300 | 24 |
| 78. | Vietmannsdorf | 500 | 40 |
| 79. | Wartsche | 500 | 40 |
| 80. | Weggun | 400 | 32 |
| 81. | Wesendorf | 300 | 24 |
| 82. | Wichmannsdorf | 300 | 24 |
| 83. | Zabelsdorf | 500 | 40 |
| 84. | Zooßen | 300 | 24 |

Kreis Zauch-Belzig.

| | | | |
|-----|---------------------|-------|------|
| 1. | Beelitz | 7800 | 624 |
| 2. | Belzig mit Sandberg | 7800 | 624 |
| 3. | Brüß | 2800 | 224 |
| 4. | Niemitz | 4400 | 352 |
| 5. | Treuenbriezen | 15900 | 1272 |
| 6. | Werder a./H. | 16000 | 1280 |
| 7. | Daig | 500 | 40 |
| 8. | Denken | 200 | 16 |
| 9. | Bergholz | 700 | 56 |
| 10. | Bliesendorf | 200 | 16 |
| 11. | Bochow | 800 | 64 |
| 12. | Deutsch-Borf | 500 | 40 |
| 13. | Wendisch-Borf | 700 | 56 |
| 14. | Borne | 800 | 64 |
| 15. | Bosdorf | 200 | 16 |
| 16. | Brackwitz | 300 | 24 |
| 17. | Groß-Briesen | 400 | 32 |
| 18. | Buchholz b./N. | 700 | 56 |
| 19. | Buchholz b./Tr. | 200 | 16 |
| 20. | Gammer | 700 | 56 |
| 21. | Gamin | 400 | 32 |
| 22. | Caputh | 3000 | 240 |
| 23. | Damelang | 300 | 24 |
| 24. | Damsdorf | 500 | 40 |
| 25. | Dahmsdorf | 700 | 56 |
| 26. | Deetz | 1300 | 104 |
| 27. | Derwitz | 500 | 40 |
| 28. | Dietersdorf | 200 | 16 |
| 29. | Dippmannsdorf | 800 | 64 |

| Sanfende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des ruhgehaltberech-
tigten Dienstentlohnens von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 Mfr. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hunderter gemäß § 7. | |
|--------------|--|--|----------|
| | | Mfr. | Mfr. Pf. |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 30. | Elsholz | 600 | 48 |
| 31. | Fersch | 500 | 40 |
| 32. | Frederisdorf | 800 | 64 |
| 33. | Frehsdorf | 300 | 24 |
| 34. | Freienthal | 200 | 16 |
| 35. | Garrei | 200 | 16 |
| 36. | Klein-Glien | 800 | 64 |
| 37. | Glinow | 1900 | 152 |
| 38. | Göhsdorf | 800 | 64 |
| 39. | Göttin | 600 | 48 |
| 40. | Gög | 300 | 24 |
| 41. | Gollwitz | 400 | 32 |
| 42. | Golzow | 800 | 64 |
| 43. | Greda | 600 | 48 |
| 44. | Grubo | 200 | 16 |
| 45. | Hafeloff | 600 | 48 |
| 46. | Jeserig b./Wsbg. | 600 | 48 |
| 47. | Jeserig b./Brbg. | 600 | 48 |
| 48. | Kähnsdorf | 100 | 8 |
| 49. | Kemnitz | 300 | 24 |
| 50. | Kleppig | 500 | 40 |
| 51. | Körzin | 400 | 32 |
| 52. | Krahne | 1200 | 96 |
| 53. | Kranepuhl | 300 | 24 |
| 54. | Groß-Kreuz | 900 | 72 |
| 55. | Krielow | 600 | 48 |
| 56. | Neu-Langerwisch | 300 | 24 |
| 57. | Lehnin | 5500 | 440 |
| 58. | Lintbe | 1000 | 80 |
| 59. | Lobbesee | 800 | 64 |
| 60. | Logische | 500 | 40 |
| 61. | Lübnitz | 500 | 40 |
| 62. | Lüdensdorf | 200 | 16 |
| 63. | Lüßdorf | 300 | 24 |
| 64. | Lüße | 500 | 40 |
| 65. | Lütze | 800 | 64 |
| 66. | Groß-Marzahn | 500 | 40 |
| 67. | Medewitz | 600 | 48 |
| 68. | Michelsdorf | 500 | 40 |
| 69. | Michendorf | 800 | 64 |
| 70. | Mörs | 800 | 64 |
| 71. | Müßdorf | 200 | 16 |

| Reihe Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des rückgehaltener-
ten Dienstentlohnens von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 M. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hundert gemäß § 7.
M. | | Höhe der von den einzelnen Schulver-
bänden für das Rechnungsjahr 1897/98
zu leistenden Beiträge.
M. Pf. |
|-----------|--|--|----|---|
| | | 1 | 2 | |
| 72. | Nahmitz | 800 | 64 | — |
| 73. | Reichshaus | 500 | 40 | — |
| 74. | Rehen | 800 | 64 | — |
| 75. | Reuendorf b. N. | 400 | 32 | — |
| 76. | Reuendorf b. Br. | 200 | 16 | — |
| 77. | Richel | 500 | 40 | — |
| 78. | Riebel | 600 | 48 | — |
| 79. | Rernitz | 300 | 24 | — |
| 80. | Ressow | 300 | 24 | — |
| 81. | Rhöben | 300 | 24 | — |
| 82. | Riesow | 200 | 16 | — |
| 83. | Riesin | 200 | 16 | — |
| 84. | Reusnitz | 700 | 56 | — |
| 85. | Prätkke | 300 | 24 | — |
| 86. | Raben | 200 | 16 | — |
| 87. | Rädel | 500 | 40 | — |
| 88. | Rädigke | 500 | 40 | — |
| 89. | Ragden | 800 | 64 | — |
| 90. | Rähedorf | 600 | 48 | — |
| 91. | Redahn | 600 | 48 | — |
| 92. | Reetz | 900 | 72 | — |
| 93. | Reetzerhütten | 400 | 32 | — |
| 94. | Reppinchen | 200 | 16 | — |
| 95. | Rieben | 600 | 48 | — |
| 96. | Riez b. Br. | 500 | 40 | — |
| 97. | Riez b. Trb. | 300 | 24 | — |
| 98. | Rottstock | 600 | 48 | — |
| 99. | Saarmund | 700 | 56 | — |
| 100. | Salzbrunn | 700 | 56 | — |
| 101. | Schäpe | 400 | 32 | — |
| 102. | Schlalack | 400 | 32 | — |
| 103. | Schlamau | 800 | 64 | — |
| 104. | Schlusendorf | 700 | 56 | — |
| 105. | Schmergow | 1000 | 80 | — |
| 106. | Schmergke | 700 | 56 | — |
| 107. | Schönefeld | 800 | 64 | — |
| 108. | Schwanebeck | 800 | 64 | — |
| 109. | Schwina | 500 | 40 | — |
| 110. | Seddin | 300 | 24 | — |
| 111. | Stüden | 700 | 56 | — |
| 112. | Alt-Töplitz | 700 | 56 | — |
| 113. | Neu-Töplitz | 400 | 32 | — |

| Reihe Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamtsumme des rückgehaltener-
ten Dienstentlohnens von den Stellen
der einzelnen Schulverbände nach Ab-
zug von 800 M. für jede Stelle und
Abrechnung dieser Summe auf volle
Hundert gemäß § 7.
M. | | Höhe der von den einzelnen Schulver-
bänden für das Rechnungsjahr 1897/98
zu leistenden Beiträge.
M. Pf. |
|-----------|--|--|----|---|
| | | 1 | 2 | |
| 114. | Trechwitz | 200 | 16 | — |
| 115. | Trembsdorf | 700 | 56 | — |
| 116. | Hohen-Werbig | 400 | 32 | — |
| 117. | Nieder-Werbig | 400 | 32 | — |
| 118. | Wiesenburg | 1160 | 88 | — |
| 119. | Wiltenbruch | 300 | 24 | — |
| 120. | Wilhelmsdorf | 200 | 16 | — |
| 121. | Wittbriegen | 800 | 64 | — |
| 122. | Wuß | 500 | 40 | — |
| 123. | Zauchwitz | 700 | 56 | — |
| 124. | Zeuden | 900 | 72 | — |

Stadtkreis Brandenburg a. S.

1. | Brandenburg | 62300 | 4984 |—

Stadtkreis Charlottenburg.

1. | Charlottenburg | 335100 | 26808 |—

Stadtkreis Potsdam.

1. | Potsdam | 113700 | 9096 |—

Stadtkreis Spandau.

1. | Spandau | 105500 | 8440 |—

Für die der Ruhegehaltklasse angehörenden mittleren Schulen sind zu zahlen:

| Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamteinahme des Ruhegehaltberech-
tigten Dienstpersonals von den Stellen
der einzelnen Schulverbände. | Höhe der für 1897/98
zu zahlenden Beiträge. | | Laufende Nr. | Bezeichnung
des
Schulverbandes
— Schulort — | Gesamteinahme des Ruhegehaltberech-
tigten Dienstpersonals von den Stellen
der einzelnen Schulverbände. | Höhe der für 1897/98
zu zahlenden Beiträge. | |
|--------------|--|---|--|-----|--------------|--|---|--|-----|
| | | | Mrk. | Sh. | | | | Mrk. | Sh. |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |

Kreis Beeskow-Storkow.

| | | | | |
|----|---------|-------|------|---|
| 1. | Beeskow | 15700 | 1256 | — |
|----|---------|-------|------|---|

Kreis Oberbarnim.

| | | | | |
|----|-------------------|-------|------|----|
| 1. | Freienwalde a. O. | 21590 | 1727 | 20 |
| 2. | Strausberg | 3080 | 246 | 40 |

Kreis Jüterbog-Luckenwalde

| | | | | |
|----|-------------|-------|------|---|
| 1. | Luckenwalde | 28150 | 2252 | — |
|----|-------------|-------|------|---|

Vorstehender Vertheilungsplan wird hierdurch veröffentlicht.

Potsdam, den 21. Juni 1897.

Regierung, Abtheilung für Kirchen und Schulwesen.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 27.

Den 2. Juli

1897.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

Bekanntmachung.

11. Der Predigants-Kandidat Julius Göß ist zum Hilfsprediger der Gemeinde der von der Gemeinschaft der evangelischen Landeskirche sich getrennt haltenden Lutherner zu Berlin gewählt.

Diese Wahl ist von dem Ober-Kirchen-Kollegium der von der Gemeinschaft der evangelischen Landeskirche sich getrennt haltenden Lutherner zu Breslau genehmigt, auch ist die Befähigung des Genannten nach No. 4 der Allerhöchsten General-Konzession vom 23. Juli 1845 (S. S. 516) nachgewiesen worden.

Potsdam, den 22. Juni 1897.

Der Oberpräsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Bekanntmachung.

141. An Stelle des bisherigen Fischereiaufsehers, Königl. Försters Giese in Wildpark ist der Amtsdienier Madexranga in Alt-Doepitz für die Fischschonreviere bei Grube und Leest und der Huhlig und Havel an der Insel Doepitz zum Fischereiaufseher bestellt, gemäß § 46 des Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874 verpflichtet und von mir bekräftigt worden.

Potsdam, den 19. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

142.

Ausgegeben:

a. Milzbrand. Kreis Prenzlau: bei einer Kuh des Bauerhofesbesizers Kleinmann in Bismar. Kreis Ruppau: bei einem Bullen auf dem Gute Brunn. Kreis Teltow: bei einer nachgeschlachteten Kuh des Mollersbesizers und Milchhändlers, Ehefrau in Dt. Wilmersdorf wurde Milzbrand festgestellt. Kreis Niederbarnim: desgl. bei je einer gefallenen Kuh des Mielsgutes Malchow und des Bauern Gens in Wensickendorf. Kreis Verckow: desgl. bei einer gefallenen Kuh des Wädnere Lehmann in Dackow. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: bei einem Bullen des Hühners Schulze in Nadeland.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Prenzlau: unter dem Rindviehbestande des Dominiums Vietow.

c. Bläschenauschlag. Kreis Ostprignitz: bei einem Bullen des Bauern Schulz und einer Kuh des Bauern Häpfer in Drawen.

Erloschen:

a. Milzbrand. Kreis Templin: auf einem Gehöft in Fürstenu. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: auf dem Gehöft des Hühners Schulze in Nadeland.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Niederbarnim: in Massenheide; der Kreis ist wieder seuchenfrei.

c. Bläschenauschlag. Kreis Perleberg: unter dem Rindviehbestande des Gastwirts Frende in Kleinow.

Potsdam, den 29. Juni 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Bekanntmachung.

die Ferien des Bezirksausschusses betreffend.

3. Der Bezirksausschuß hält vom 31. Juli bis zum 1. September Ferien.

Während der Ferien finden Termine zur mündlichen Verhandlung nicht statt.

Potsdam, den 1. Juli 1897.

Der Bezirksausschuß.

Bekanntmachung.

4. Der unterzeichnete Bezirks-Ausschuß für den Stadtkreis Berlin hält Ferien während der Zeit vom 21. Juli bis zum 1. September 1897.

Während der Ferien dürfen Termine zur mündlichen Verhandlung der Regel nach nur in schleunigen Sachen abgehalten werden. Auf den Lauf der gesetzlichen Fristen bleiben die Ferien ohne Einfluß.

Dies wird hierdurch unter Bezugnahme auf die Bestimmungen im § 5 des Regulativs zur Ordnung des Geschäftsganges und des Verfahrens bei den Bezirks-Ausschüssen vom 28. Februar 1884 (I. Sonderbeilage zum 13. Stück des Potsdamer Amtsblatts von 84, Seite 3 ff.) zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 21. Juni 1897.

Der Bezirks-Ausschuß.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Verordnung, betreffend die Ausdehnung der §§ 135 bis 139 und des § 139h. der Gewerbeordnung auf die Werkstätten der Kleider- und Wäscheconfektoren. Vom 31. Mai 1897.

43. Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths, auf Grund des § 154 Absatz 4 der Gewerbeordnung unter Hinweis auf

§ 146 Absatz 1 Ziffer 2 und § 149 Absatz 1 Ziffer 7 a. a. O., was folgt:

§ 1. Auf Werkstätten, in welchen die Anfertigung oder Bearbeitung von Männer- und Frauenkleidern (Röcke, Hosen, Westen, Mäntel und dergleichen), Frauen- und Kinderkleidung (Mäntel, Kleider, Umhängen und dergleichen), sowie von weißer und bunter Wäsche im Großen erfolgt (Kleider- und Wäsche-fabrikation), finden die Bestimmungen der §§ 135 bis 139 und des § 139h. der Gewerbeordnung mit den aus dem Folgenden sich ergebenden Abänderungen Anwendung.

§ 2. (§ 135 der Gewerbeordnung).

Kinder unter dreizehn Jahren dürfen nicht beschäftigt werden. Kinder über 13 Jahre dürfen nur beschäftigt werden, wenn sie nicht mehr zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind.

Die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren darf die Dauer von sechs Stunden täglich nicht überschreiten.

Junge Leute zwischen vierzehn und sechzehn Jahren dürfen nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden.

§ 3. (§ 136 der Gewerbeordnung).

Die Arbeitsstunden der jugendlichen Arbeiter (§ 2) dürfen nicht vor fünfeinhalb Uhr Morgens beginnen und nicht über achteinhalb Uhr Abends dauern. Zwischen den Arbeitsstunden müssen an jedem Arbeitstage regelmäßige Pausen gewährt werden. Für jugendliche Arbeiter, welche nur sechs Stunden täglich beschäftigt werden, muß die Pause mindestens eine halbe Stunde betragen. Den übrigen jugendlichen Arbeitern muß mindestens entweder Mittags eine einstündige sowie Vormittags und Nachmittags je eine halbstündige, oder Mittags eine einundeinhalbstündige Pause gewährt werden.

Während der Pausen darf den jugendlichen Arbeitern eine Beschäftigung in dem Werkstattbetrieb überhaupt nicht und der Aufenthalt in den Arbeitsräumen nur dann gestattet werden, wenn in denselben diejenigen Theile des Betriebs, in welchen jugendliche Arbeiter beschäftigt sind, für die Zeit der Pausen völlig eingestellt werden, oder wenn der Aufenthalt im Freien nicht thunlich und andere geeignete Aufenthaltsräume ohne unverhältnismäßige Schwierigkeiten nicht beschafft werden können.

An Sonn- und Festtagen, sowie während der von dem ordentlichen Seelsorger für den Katechumenen- und Konfirmanden-, Beicht- und Kommunionunterricht bestimmten Stunden dürfen jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden.

§ 4. (§ 137 der Gewerbeordnung).

Arbeiterinnen dürfen nicht in der Nachtzeit von achteinhalb Uhr Abends bis fünfeinhalb Uhr Morgens und am Sonnabende sowie an Vorabenden der Festtage nicht nach fünfeinhalb Uhr Nachmittags beschäftigt werden.

Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über sechzehn Jahre darf die Dauer von elf Stunden täglich, an

den Vorabenden der Sonn- und Festtage von zehn Stunden nicht überschreiten.

Zwischen den Arbeitsstunden muß den Arbeiterinnen eine mindestens einstündige Mittagspause gewährt werden. Arbeiterinnen über sechzehn Jahre, welche in Pausen zu besorgen haben, sind auf ihren Antrag eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen, sofern diese nicht mindestens ein und eine halbe Stunde beträgt.

Wöchnerinnen dürfen während vier Wochen nach ihrer Niederkunft überhaupt nicht und während der folgenden zwei Wochen nur beschäftigt werden, wenn das Zeugniß eines approbirten Arztes dies für zulässig erklärt.

§ 5. (§ 138 der Gewerbeordnung).

Sollen Arbeiterinnen oder jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, so hat der Arbeitgeber vor dem Beginne der Beschäftigung der Ortspolizeibehörde unter Angabe der Werkstätte eine schriftliche Anzeige zu machen.

Der Arbeitgeber hat dafür zu sorgen, daß in den Werksträumen, in welchen jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, an einer in die Augen fallenden Stelle ein Verzeichniß der jugendlichen Arbeiter unter Angabe des Beginns und Endes ihrer Arbeitszeit und unter Angabe der Pausen ausgehängt ist. Ebenso hat er dafür zu sorgen, daß in den betreffenden Räumen eine Tafel ausgehängt ist, welche in der von der Landes-Zentralbehörde zu bestimmenden Fassung und in deutlicher Schrift einen Auszug aus den Bestimmungen dieser Verordnung enthält.

§ 6. (§ 138a. der Gewerbeordnung).

Ueber die im § 4 Absatz 1 und 2 festgesetzte Zeit dürfen Arbeiterinnen über sechzehn Jahre an sechzig Tagen im Jahre beschäftigt werden. Diese Beschäftigung darf dreizehn Stunden täglich nicht überschreiten und nicht länger als bis zehn Uhr Abends dauern.

Hierbei kommt jeder Tag in Anrechnung, an welchem auch nur eine Arbeiterin über die nach § 4 zulässige Dauer der Arbeitszeit hinaus beschäftigt ist.

Gewerbetreibende, welche Arbeiterinnen über sechzehn Jahre auf Grund der vorstehenden Bestimmungen über die im § 4 Absatz 1 und 2 festgesetzte Zeit hinaus beschäftigen, sind verpflichtet, ein Verzeichniß anzulegen, in welches jeder Tag, an dem Ueberarbeit stattgefunden hat, noch am Tage der Ueberarbeit einzutragen ist. Das Verzeichniß ist auf Erfordern der Ortspolizeibehörde, sowie dem Gewerbeaufsichtsbeamten jederzeit vorzulegen.

§ 7. (§ 139 der Gewerbeordnung).

Wenn Naturereignisse oder Unglücksfälle den regelmäßigen Betrieb einer Werkstätte unterbrochen haben, so können Ausnahmen von den vorstehend vorgesehenen Beschränkungen auf die Dauer von vier Wochen durch die untere Verwaltungsbehörde, auf längere Zeit durch die höhere Verwaltungsbehörde zugelassen werden.

Wenn die Natur des Betriebs oder Rücksichten auf die Arbeiter in einzelnen Werkstätten es erwünscht erscheinen lassen, daß die Arbeitszeit der Arbeiterinnen oder jugendlichen Arbeiter in einer anderen als der durch

§ 3 und 4 Absatz 1 und 3 vorgesehenen Weise geregelt wird, so kann auf besonderen Antrag eine andere Regelung hinsichtlich der Pausen durch die untere Verwaltungsbehörde, im Uebrigen durch die höhere Verwaltungsbehörde gestattet werden. Jedoch dürfen in solchen Fällen die jugendlichen Arbeiter nicht länger als sechs Stunden beschäftigt werden, wenn zwischen den Arbeitsstunden nicht Pausen von zusammen mindestens einständiger Dauer gewährt werden.

Die auf Grund vorstehender Bestimmungen zu erlassenden Verfügungen müssen schriftlich erlassen werden.

§ 8. Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung:

- 1) auf Werkstätten, in welchen der Arbeitgeber ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen oder nur gelegentlich nicht zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt,
- 2) auf Werkstätten, in welchen die Herstellung oder Bearbeitung von Waaren der Kleider- und Wäscheconfection nur gelegentlich erfolgt.

§ 9. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Juli 1897 in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insignel.

Gegeben Neues Palais, den 31. Mai 1897.

(L. S.) **Wilhelm.**

von Boetticher.

Obige Verordnung bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniss.

Berlin und Potsdam, den 23. Juni 1897.

Der Polizeipräsident. Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

44. Der § 2 des Gesellschafts-Statuts des Bayerischen Lloyd, Transport-Versicherungs-Aktiengesellschaft in München, ist in der ordentlichen Generalversammlung vom 8. Mai d. J. wie folgt abgeändert worden:

„Der Gegenstand des Unternehmens dieser Gesellschaft ist:

- 1) Versicherung zu leisten gegen die Transport-Gefahren zu Wasser und zu Lande;
- 2) Rück- und Mitversicherung für alle Versicherungszweige zu leisten.“

Diese Statutenänderung hat der Preussische Herr Minister für Handel und Gewerbe mit der Maßgabe genehmigt, daß die Erlaubniß der Gesellschaft zum Geschäftsbetriebe in Preußen, welche nebst einem Auszuge aus dem Gesellschafts-Statute in der Beilage zum 13. Stück dieses Amtsblattes vom 27. März 1891 abgedruckt ist, auf das Transportversicherungsgeschäft beschränkt bleibt.

Vorstehendes bringe ich hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniss, daß die Generalbevollmächtigten der Gesellschaft für Preußen H. & C. Mathias hier selbst (S.W. Kochstraße Nr. 54a.) ihre Firma in Lindt & Comp. abgeändert haben.

Berlin, den 21. Juni 1897!

Der Polizei-Präsident von Windheim.

Bekanntmachungen

des Staatssecretairs des Reichs-Postamts.

Telegraphenverkehr mit Rumänien.

5. Vom 1. Juli d. J. ab beträgt die Wortgebühr für Telegramme nach Rumänien 15 Pfennig. Die Mindestgebühr für ein Telegramm beträgt 50 Pfennig. Berlin W., 19. Juni 1897.

Der Staatssecretair des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

39. Der Fernsprechverkehr mit Ronneburg ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt 1 Mark. Berlin C., 23. Juni 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

In Vertretung: Buschow.

Bekanntmachung.

40. Der Fernsprechverkehr mit Bergen (Nügen), Pustbus, Sahnitz, Gardelegen ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt je 1 Mark.

Berlin C., 25. Juni 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

In Vertretung Buschow.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Stettin.

Bekanntmachung.

41. In Bergholz wird am 28. Juni eine mit der Orts-Postanstalt vereinigte Telegraphen-Betriebsstelle mit beschränktem Tagesdienste eröffnet werden.

Stettin, 26. Juni 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor Pauenstein.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

32. Eine Diakonatsstelle zu Charlottenburg, Diözese Friedrichswerder, kommt durch die Berufung des Predigers Thaer zum Kreis Schulinspektor am 1. Juli 1897 zur Erledigung. Die Wiederbesetzung erfolgt durch Gemeindevahl nach dem Pfarrwahlgesetze vom 28. März 1892 — R.-Ges. u. B.-Bl. S. 115. — Bewerbungen sind schriftlich bei dem Gemeinde-Kirchenrath zu Charlottenburg einzureichen.

Bekanntmachungen des Königlichen Provinzial-Schul-Collegiums.

Bekanntmachung.

12. Die Entlassungs-Prüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Kyritz wird vom 26. August d. J. an für den Hauptkursus und vom 19. August an für den Nebenkursus abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden auch nicht im Seminare gekildete Schulanwärter, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind bis zum 29. Juli d. J. pünktlich an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugniß eines zur Führung eines Dienstfiegers berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest,

5) eine Probechrift mit deutschen und lateinischen Lettern und 6) eine Probezeichnung; beide mit der Versicherung, daß sie der Einsender selbständig angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Schulamts-Aspiranten am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminar-direktor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 23. Juni 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

13. Die Aufnahme-Prüfung am Königlichen Schul-lehrer-Seminar zu Kyritz wird am **20. und 21. September d. J.** abgehalten werden. Die An-meldungen sind bis zum **30. August d. J.** an den Herrn Seminar-Direktor Dr. Ließ einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Ge-burtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Füh-rung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte, 4) ein am-tliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer des Seminar-Kurses gewähren werde, mit der Bescheini-gung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge. Berlin, den 24. Juni 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

14. Die Lehrerinnen-Prüfung zu Frankfurt a. D. wird vom **22. September d. J.** an abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen, in denen anzugeben ist, ob die Prüfung für Volksschulen oder mittlere und höhere Mädchenschulen gewünscht wird, sind spätestens bis zum **25. August d. J.** an uns einzureichen und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Ge-burtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin anzugeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbil-dung und die etwa schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest und 5) ein von einem zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte aus-gestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. Beim Eintritt in die Prüfung haben die Bewerberinnen eine von ihnen gefertigte Probechrift auf einem halben Bogen Quersolio mit deutschen und lateinischen Lettern und eine Probezeichnung abzugeben. Der festgesetzte An-meldebetermin ist pünktlich einzuhalten.

Berlin, den 24. Juni 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

15. Die zweite Lehrerprüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Kyritz wird vom **23. November d. J.** an abgehalten werden. Die An-meldungen nur solcher Lehrer, die im Regierungs-bezirk Potsdam im Lehramt stehen, sind bis zum **25. Oktober d. J.** durch die bezüglichen Kreis-

Schulinspektoren an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) das Original-Prüfungszeugniß über die bestandene erste Prüfung, 2) ein Zeugniß des Kreis-Schul-inspektors, 3) eine von dem Examinanden selbständig gefertigte Ausarbeitung über ein von ihm selbst ge-wähltes Thema mit Angabe der dazu benutzten Quellen, 4) eine Probezeichnung und 5) eine Probechrift. Der Examinand hat die Versicherung abzugeben, daß er die drei Arbeiten selbständig angefertigt und zu dem päd-a-gogischen Aufsatz keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt habe. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Lehrer am Tage vor Beginn der schriftlichen Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor um **5 Uhr Nachmittags** vorzustellen. Berlin W. 9, den 24. Juni 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

36. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Agenten Albert Bachmann in Eöln (Rhén), Saliering 13, die Schuldverschreibungen der konsolidirten $3\frac{1}{2}\%$ igen Staatsanleihe von 1886

Lit. C. N° 56317 über 1000 M. und

Lit. D. N° 62694 über 500 M.

angehlich gestohlen worden sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Herrn Bachmann anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 18. Juni 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

37. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S.-S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S.-S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Herrn A. Haft, Hotel zum Deutschen Kaiser in Westerland-Eylt, die Schuldverschreibung der konsolidirten 4% igen Staatsanleihe von 1880 Lit. E. N° 377867 über 300 M. angehlich verloren gegangen ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder Herrn Haft anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 24. Juni 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

4. Soeben erschien das Deutsche Eisenbahn-Kursbuch vom 1. Juli 1897, enthaltend die neuesten

Fahrpläne der Eisenbahnstrecken nämlich der Linie **Stralsund-Berlin-Dresden**, sowie **Auszüge der Fahrpläne** der anschließenden Bahnen von **Mittel-Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Rußland**, auch **Kleinbahnen, Post- und Dampfschiffsverbindungen, Bestimmungen über Hundsteuern** u. s. w.

Das **Kursbuch** ist auf allen Stationen des vor-
bezeichneten Bezirks von den **Fahrkarten-Ausgabestellen**,
von den **Bahnhofsbuchhändlern** sowie im **Buchhandel**
zum Preise von 50 Pfennig zu beziehen.

Bromberg, den 27. Juni 1897.

Königliche Eisenbahndirektion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Bekanntmachung.

21. Auf Grund des § 2 der Landgemeinde-Ordnung
vom 3. Juli 1891 hat der Kreis-Ausschuß des Kreises
Prenzlau in seiner Sitzung am 29. Mai d. J. beschlossen,
die bisher irrthümlich in der Grundsteuermutterrolle des
Gemeindebezirks **Färkenwerder** geführten, im Grund-
buche von **Färkenwerder** verzeichneten Bestandtheile des
Kürlingutes Färkenwerder, und zwar: a. **Gemarkung**
Bülowsfliege Band X. Blatt 49 Nr. 50 des Grund-
buchs Kartenblatt 1 Parzellen-Nr. 21/1 22/2 3 4 5
6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 und 17 mit einem
Flächeninhalt von zusammen 63 ha 30 a 66 qm und
einem Grundsteuer-Reinertrage von 280,16 Thlr.,
b. Band X. Nr. 59 des Grundbuchs Kartenblatt 1
Parzellen-Nr. 1 2 3 58 und 59, Kartenblatt 2 Par-
zellen-Nr. 1 51 52 und 301 Kartenblatt 3 Parzellen-
Nr. 197 und 250, Kartenblatt 4 Parzellen-Nr. 1, Karten-
blatt 5 Parzellen-Nr. 1 mit einem Flächeninhalt von
zusammen 755 ha 90 a 98 qm und einem Grundsteuer-
Reinertrage von 1313,58 Thlr. mit dem Gutsbezirk
Wilhelmsheim zu vereinigen.

Prenzlau, den 18. Juni 1897.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Prenzlau.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

In der 50. Verlosung von 4% Schlesiſchen
Pfandbriefen lit. B. sind nachbezeichnete Stücke gezogen
worden und zwar: über 500 Thlr. (1500 M.) Nr. 45132
45134 45152 45198 45234 45237 45243 45266
Raibor; über 200 Thlr. (600 M.) Nr. 52074 52108
52123 52137 52141 52185 52203 52214 52242
52303 Raibor; über 100 Thlr. (300 M.) Nr. 64882
64903 64911 64932 64954 64957 64998 65061
65072 65104 65109 65121 Raibor. Diese Pfand-
briefe im Gesamtbetrage von 21600 M. werden ihren In-
habern mit dem Bemerken gekündigt, daß die Auszahlung
des Nennwerthes derselben vom 2. Januar 1898
ab bei der königlichen Instituten-Kasse hierselbst (im
Regierungsgebäude am Lessingplatze) gegen Rückgabe der
gekündigten Stücke und der dazu gehörigen Zinsſcheine
Serie XIII. Nr. 5 bis 10 erfolgen wird, sowie daß
die weitere Verzinsung der gezogenen Pfandbriefe vom
genannten Tage ab ausfällt.

Dreslau, den 18. Juni 1897.

Königliches Credit-Institut für Schlesiſen.

Personal-Chronik.

Im Kreise Angermünde sind wieder ernannt worden:

1) Der königliche Schlosshauptmann von Buch auf
Stolpe zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 9 —
Stolpe-Grusſow —, 2) der Administrator Schadow zu
Lügſow, 3) der Rittergutspächter Voßelmann zu
Schoeneberg, 4) der Gemeindevorsteher Schulze zu
Lirpe zu Amtsvorsteher-Stellvertretern der Amtsbezirke 3
— Lügſow — bezw. 9 — Stolpe-Grusſow — und 14
— Neſt —.

Der Civil-Superintendent Georg Oberſürzen ist
beſtands Uebertritts zum königlichen Polizei-Präſidium
in Berlin aus der Verwaltung der Direktion der
Rentenkant für die Provinz Brandenburg ausgeschieden.

Im Verwaltungsbezirk der königlichen Hofkammer
der königlichen Familien Güter ist der königliche Bege-
meister Knöfel in Tſchinka in der Hausſideicommiß-
Obekſtſtetei Schwenow penſionirt und der bisherige
Forſtaufſeher Seliger zum königlichen Förſter in
Tſchinka ernannt.

Der Oberlehrer Dr. Richard Weiße an dem Jo-
achimsthalſchen Gymnaſium in Drüſch-Wilmersdorf ist
in gleicher Eigenschaft zum 1. April d. Js. an das
Prinz Heinrichs-Gymnaſium in Schöneberg verſetzt
worden.

Der wiſſenſchaftliche Hilfslehrer Dr. Born ist als
Oberlehrer an der Ruſenſtädtiſchen Oberrealschule in
Berlin angeſtellt worden.

Der wiſſenſchaftliche Hilfslehrer Falk ist als Ober-
lehrer an der 11. Realschule in Berlin angeſtellt worden.
Personalveränderungen im Bezirk der Kaiſer-
lichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Im Laufe des Monats Juni 1897 ſind angeſtellt
als **Postſekretäre**: die Postpraktikanten Gamon
und Neuſchäfer; als **Postaſſiſtanten**: die Post-
aſſiſtanten Drauke, Eitelberg, Engemann,
Grünig, Gärzig, Hänſch, Hedrodt, Wilhelm
Henning, Heymann, Wilhelm Kanig, Ferdinand
Seget; die Poſtanwärter Arndt in Friedenau,
Bärbod in Wilmersdorf b. Berlin, Bolide, Born,
Bornſchein, Daube, Dohrenburg, Feige,
Freſe, Freytag, Gaſſe, Greiſer, Gundlach,
Guſe, Hägler, Heitefuß, Arthur Helbig, Karl
Helbig in Charlottenburg, Kaß in Nirdorf, Kleine,
Kleiſt, Klügge, Auguſt Koch in Weißenſee b. Berlin,
Friedrich Koch, Ködel, Rudziſka in Schöneberg
b. Berlin, Ruſſik, Rnnow, Lieſegang, Lubnow,
Manſot, Morak, Neuſiger, Pape, Preſcher,
Reinhard, Rüppel, Karl Schmidt, Scholz in
Pankow b. Berlin, Schröter, Schubert, Schuleit,
Hans Schulze, Seemann, Sernau, Soth, Splitt-
gerber, Stämmler, Stapelfeldt in Charlotten-
burg, Steltenkamp, Stöwer, Tittel, Ueberſtadt,
Weber, Zehnſdorf und Zierau; als **Tele-
graphenaſſiſtanten**: die Telegraphenaſſiſtanten
Eſfert, Knidmeyer, Wilhelm Schröder, Weinede;
die Telegraphenanwärter Bäß, Bodenſtein, zum
Büttel, Daſe, Rudolf Günther, Häbde,

Handke, Hartung; Helmholz, Karl Hufnagel, Kattowski, Schaller, Emil Schmidt, Stempel, Langenhahn, Murach, Paasch, Quade, Rost, Vervoort, Wefler, Winkemann und Witthod.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| 1. Rang. | 2. Name und Stand
des Ausgewiesenen. | 3. Alter und Geburtsort. | 4. Grund
der
Verurteilung. | 5. Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | 6. Datum
der
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|---|---|--|--|---|---|
| Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Sophie Barfuß,
geborene Landmann,
Schuhmachersfrau, | geboren am 17. August 1862 zu Nieder-Altensdorf, Bezirk Gräfenberg, Böhmen, ortsangehörig zu Altstadt, Mähren, | Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau, | 22. Mai 1897. |
| 2 | verw. Marie Diehl,
geborene Michels,
Hausirerin, | geboren am 23. Februar 1853 zu Diersum, Niederlande, ortsangehörig ebendaselbst, | Diebstahl u. Landstreichen, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf, | 28. Mai 1897. |
| 3 | Emanuel Friedländer, Kommiss, | geboren am 18. Januar 1855 zu Tepliz, Böhmen, | Landstreichen, Betteln und Gebrauch eines falschen Namens, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Aachen, | 10. Mai 1897. |
| 4 | Anna Kempner,
geborene Metz, Ehefrau, | geboren am 29. November 1860 zu Storchneß, Kreis Graustadt, Preußen, ortsangehörig zu Warschau, Polen, | gewerbsmäßige Unzucht, | Königlich preussischer Polizei-Präsident zu Berlin, | 26. April 1897. |
| 5 | Adolf Lienhard,
Schuhmacher, | geboren am 24. Oktober 1873 zu Holziken, Kanton Aargau, Schweiz, ortsangehörig ebendaselbst, | Diebstahl, Betrug und Landstreichen, | Großherzoglich badischer Landeskommisjär zu Freiburg, | 27. Mai 1897. |
| 6 | Franz Nowak,
Bäckergehilfe, | geboren am 2. Februar 1873 zu Graditz, Bezirk Königshof, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau, | 25. Mai 1897. |
| 7 | Josef Pihan,
Metzger, | geboren am 12. Februar 1878 zu Türnik, österreichischer Staatsangehöriger, | Landstreichen und Betteln, | Stadtmagistrat Neu-Ulm, Bayern, | 12. Mai 1897. |
| 8 | Arnold van der Sanf,
Arbeiter, | geboren am 2. April 1866 zu Nuenen, Niederlande, | Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Aachen, | 24. Mai 1897. |

Nachstehende Ausweisungsschlüsse: 1) des Kaiserlichen Bezirks-Präsidenten zu Straßburg vom 18. März d. J., betreffend den Bergwerksarbeiter Ludwig Josef Bagard, 2) des Königlich preussischen Regierungspräsidenten zu Osnabrück vom 30. April d. J., betreffend den Arbeiter Otto Bornemann, 3) des Königlich preussischen Regierungspräsidenten zu Hildesheim vom 9. Dezember 1896, betreffend den beschäftigungslosen Franz Krause jun. sind zurückgenommen worden.

Verichtigung. In dem in der Beilage zum 26. Stück des Amtsblattes abgedruckten Ruhegehaltslisten-Vertheilungsplane muß es unter Kreis Teltow Nr. 131 „Deutsch-Wusterhausen“ in Spalte 4 statt 46 Mark 64 Mark heißen.

Hierzu Sechs Öffentliche Anzeigen.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Bekannt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gayschen Erben.

Öffentlicher Anzeiger (N^o 6)

zum 27. ten Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 2. Juli 1897.

Polizeiliche Angelegenheiten.

213. Gegen 1) den Schmiedegesellen Otto Hagedorn aus Frankfurt a./D., geboren am 5. Oktober 1875 zu Landsberg a./D., 2) den Schmied Paul Hausmann aus Frankfurt a./D., geboren am 1. Januar 1877 zu Rein-Weistris, welche sich verborgen halten, ist die Untersuchungshaft wegen gefährlicher Körperverletzung verhängt. Es wird ersucht, dieselben zu verhaften und in das nächste Gerichts-Gefängnis abzuliefern. Nachricht zu D. 243/97.

Frankfurt a./D., den 26. Juni 1897.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung I.

214. Gegen den Arbeiter Adalbert August Paul Pratz, geboren zu Nirdorf am 25. März 1877, evangelisch, welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen des vollendeten Betruges in 6 Fällen und des versuchten Betruges in 1 Falle verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Gerichts-Gefängnis zu Nirdorf abzuliefern.

Nirdorf, den 24. Juni 1897.

Königliches Amtsgericht.

215. Steckbrief gegen den Zuchthausgefangenen, Müllergesellen und Hausdiener Karl Klawe, welcher in der Nacht vom 27. zum 28. d. M. aus der unterzeichneten Anstalt entwichen ist. Es wird ersucht, den c. Klawe in Vernehmungsfälle festzunehmen und an die Strafanstalt Moabit zu Berlin, Lehrterstraße Nr. 3 abzuliefern.

Beschreibung. Alter: 26 Jahre, geboren am 19. Februar 1871, Geburtsort: Eliestow bei Frankfurt a. D., Größe: 1,65 M., Haare: dunkelblond, kurz; Augen: grau, Augenbrauen: blond, Nase und Mund: gewöhnlich, Bart: rasirt, Kinn und Gesichtsbildung: rund, Gesichtsfarbe: gesund, Gestalt: unterseht, Sprache: deutsch. Kleidung: braune Weidenwandhose, Anstaltskleid, Anstaltsstrümpfe, vermutlich graues Sommerjacket mit braunen Streifen, Strohhut. Besondere Kennzeichen: auf beiden Unterarmen blaue Tätowierungen.

Berlin, den 28. Juni 1897.

Königliche Strafanstalt Moabit.

216. Gegen den Sattlergesellen Iwan Jablowsky, am 7. Dezember 1860 zu Potsdam geboren, katholisch, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, welcher flüchtig ist und sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Vergehens gegen §§ 152 153 der Reichsgewerbeordnung bezw. 74 des Reichsstrafgesetzbuchs verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften, in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern und von dem Geschehenen hierher zu den Akten II. c. J. 59 96 Nachricht zu geben.

Berlin, den 19. Juni 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft II.

217. Gegen den Mohrleger Robert Petruschke, geboren am 22. September 1860 zu Largarder Mühle bei Eßlein, zuletzt in Freienwalde a./D. wohnhaft gewesen, welcher sich verborgen hält, soll eine durch Urtheil des Königl. Schöffengerichts I. zu Berlin vom 15. April 1897 erkannte Gefängnisstrafe von einem Monat vollstreckt werden. Es wird ersucht, denselben zu verhaften, in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern und zu den Akten 136 D. 315 97 Anzeige zu erstatten.

Berlin, den 25. Juni 1897.

Königliches Amtsgericht I., Abtheilung 136.

218. Der unter dem 20. Januar 1897 hinter die Kinderfrau Wittwe Kreuzer Agnes geb. Gargolla, am 15. November 1848 zu Breslau geboren, zuletzt in Stargard (Pomm.) aufhaltend, erlassene Steckbrief wird hiermit erneuert. C. 17 96.

Königsberg N.-M., den 20. Juni 1897.

Königliches Amtsgericht.

219. Der diesseits unterm 11. November 1884 hinter den Meier Ernst August Karl Heinrich Galfster in N^o 2 zum 47. Stück dieses Blattes pro 1884 unter N^o 66 erlassene, in N^o 2 zum 20. Stück pro 1889 unter N^o 50 dieses Blattes und in N^o 3 zum 24. Stück pro 1893 unter N^o 87 dieses Blattes erneuerte Steckbrief wird nochmals hierdurch erneuert. M^o 41/84.

Prenzlau, den 21. Juni 1897.

Der Erste Staatsanwalt.

220. Der in N^o 4 Stück 15 Jahrgang 1897 unter N^o 115 gegen den Knecht Viktor Rapczynski, zuletzt in Friedensfelde, geboren am 19. Mai 1878 zu Jappendow erlassene Steckbrief ist erledigt. (Aktenz. II. J. 51/97.)

Prenzlau, den 24. Juni 1897.

Der Erste Staatsanwalt.

221. Der gegen den Klemptner Hermann Höpfner, geboren den 29. November 1876 in Berlin, unterm 16. Juni 1897 erlassene Steckbrief ist erledigt. — E. R. 18 97.

Fürstenthum, den 26. Juni 1897.

Königliches Amtsgericht.

222. Der gegen den Arbeiter Ernst Faulhaber in den Akten II. J. 171 97 unterm 30. April 1897 erlassene Steckbrief ist erledigt.

Potsdam, den 28. Juni 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft.

223. Der diesseits unterm 22. Juni 1897 gegen den Arbeiter Emil Brosse erlassene Steckbrief ist erledigt. I. J. 1210/97.

Frankfurt a./D., den 27. Juni 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft.

224. Der diebst. unter dem 10. Juni 1897 hinter
den Knecht Hermann Präger, geboren am 1. Juni
1876 in Brigg, Kreis Teltow, in den Akten II. 1. 263
97 erlassene Steckbrief ist erledigt.

Den 25. Juni 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft.

225. Gegen den am 9. April 1846 zu Rößchen ge-
borenen und am 4. März 1897 aus dem Gerichtsgefäng-
nis zu Dramenburg entlassenen Arbeiter Hermann
Wutsche, welcher sich verborgen hält, sollen die durch
die Urtheile des königlichen Schöffengerichts zu Spandau
vom 24. März 1897 bezw. 24. Mai 1897 wegen
Forschiebstahls in den Akten D. 615/96 und D. 613/96
erkannten Geldstrafen von zehn Mark, im Unvermögens-
falle zwei Tage Gefängnis und 3 M., im Unvermögens-
falle ein Tag Gefängnis, sowie eine Zusatzstrafe von
zwölf Tagen Gefängnis vollstreckt werden. Es wird
ersucht, im Ergreifungsfalle von dem r. Wutsche die
gedachten Geldstrafen sowie zusammen 1,30 M. Werth-
ersatz und 36,06 M. Kosten einzuziehen, denselben zu
verhaften und in das nächste Gerichtsgefängnis zur Voll-
streckung der Zusatzstrafe sowie evtl. auch der substitu-
irten Freiheitsstrafen abzuliefern.

Spandau, den 15. Juni 1897.

Königliches Amtsgericht.

226. Es wird um Ermittlung und Angabe des
Wohn- resp. Aufenthaltsortes des Schlächtergesellen
August Karl Lixmann, geboren am 28. März 1868
zu Fürstentwalde, evangelisch, zuletzt zu Kirdorf, Kott-
buscherdamm 73, wohnhaft gewesen, zu den Akten
o/a Lixmann 2h. C. 57 97 ersucht.

Kirdorf, den 22. Juni 1897.

Königliches Amtsgericht.

227. Es wird um Ermittlung und Angabe des
Aufenthalts des Arbeiters August Gustav Emil Göding,
geboren am 24. Juli 1855 zu Gaudsdorf bei Berlin,
zuletzt in Berlin, Pallasadenstraße 54 wohnhaft gewesen,
zu den Akten gegen Göding 1c. N. 156/97 ersucht.

Berlin, den 24. Juni 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft II.

228. Es wird um gefällige Angabe des Aufent-
haltes des am 3. Februar 1856 zu Georgendorf, Kreis
Meeritz, geborenen Händlers und Kesselflickers Julius
Jagel zu den Akten E. 52 97 ersucht.

Zeppenick, den 26. Juni 1897.

Königliches Amtsgericht.

Öffentliche Vorladungen und Aufgebote.

229. Der Konditor Karl Ewald Paul Pegoß,
geboren am 11. Juni 1874 zu Guben, im Deutschen
Reiche zuletzt zu Charlottenburg wohnhaft, zur Zeit un-
bekannten Aufenthalts, wird beschuldigt, als Wehr-
pflichtiger in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst
des kaiserlichen Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne
Erlaubnis, das Bundesgebiet verlassen zu haben und
nach erreichtem militärpflichtigen Alter sich außerhalb
des Bundesgebietes aufzuhalten. Vergehen gegen § 140

des Reichsgesetzes vom 1. April 1874. Der Pegoß wird auf den
Mittwoch den 25. Juni 1897, Vormittags 9 1/2 Uhr
vor die I. Strafkammer des königlichen Landgerichts II.
zu Berlin Moabit Rathenowerstraße 112 1 Treppe
zu dem Herrn Vorsitzenden, Herrn Kreis-Anwaltschaft
entschuldigtem Ausbleiben wird zur Hauptverhandlung
geschieden werden und wird der Pegoß auf Grund
der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem
Königlichen, Vorsitzenden, Herrn Kreis-Anwaltschaft
Guben — Stadtfreis — zu Guben über die der Pegoß
klage zu Grunde liegenden Thatsachen ausgestellten Er-
klärung verurtheilt werden. Aktenzeichen III b. M. 44 97.
Berlin, den 19. Juni 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft II.

230. Der Knecht Ludwig Meißner, zuletzt in
Brandenburg a./H. wohnhaft gewesen, geboren am
13. Mai 1861 zu Heinersdorf, Kreis Angermünde,
wird beschuldigt, als Wehrmann der Landwehr ohne
Erlaubnis ausgewandert zu sein. Uebertretung gegen
§ 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs. Derselbe wird auf
Anordnung des königlichen Amtsgerichts hiersebst auf
den 18. Oktober 1897, Vormittags 9 1/2 Uhr
vor das königliche Schöffengericht zu Brandenburg
a./H. Steinstraße 61 zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf
Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von
dem königlichen Bezirks-Kommando zu Brandenburg
a./H. ausgestellten Erklärungen verurtheilt werden.
Brandenburg a./H., den 22. Juni 1897.

Sache, Actuar,

als Gerichtsschreiber des königlichen Amtsgerichts.

231. Auf den Antrag der königlichen Staatsanwalt-
schaft wird gegen die Dienstmagd Witwe Auguste
Strehlow geb. Steffen, zuletzt zu Wriezen wohnhaft,
jetzt unbekannten Aufenthalts, geboren am 4. Januar
1865 zu Alt-Dreiwitz, wegen der Beschuldigung, zu
Wriezen in nicht rechtsverjährter Zeit, um Behörden
und Privatpersonen zum Zwecke des besseren Fortkommens
zu täuschen, wissentlich von einem falschen Gefindebuchs
Gebrauch gemacht zu haben, Uebertretung des
§ 363 St. G. B., wofür ihr eigenes Geständnis als
Beweismittel bezeichnet ist, eine dem Fiskus gebührende
Geldstrafe von sechs Mark und, im Falle derselbe nicht
beigetrieben werden kann, eine Haftstrafe von zwei
Tagen festgesetzt. Zugleich werden der r. Strehlow die
Kosten des Verfahrens auferlegt. Dieser Strafbefehl
wird vollstreckbar, wenn die r. Strehlow nicht binnen
einer Woche nach der Zustellung desselben bei dem unter-
zeichneten Gericht schriftlich oder zu Protokoll des Ge-
richtsschreibers Einspruch erhebt. Die Geldstrafe ist
an die hiesige Gerichtskasse binnen einer Woche nach
dem Eintritt der Vollstreckbarkeit bei Vermeidung der
Zwangsvollstreckung zu zahlen. Bei der Zahlung ist
dieser Strafbefehl vorzulegen oder durch Angabe des
Namens und der Geschäftsnummer 3 C. 18 96 genau
zu bezeichnen. Wriezen, den 23. November 1896.

Königliches Amtsgericht.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 28.

Den 9. Juli

1897.

Gesetz-Sammlung für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 22.) Nr. 9910. Uebereinkunft zwischen Preußen und Hessen wegen Fortführung der Main-Kanalisation oberhalb Frankfurt bis Offenbach. Vom 15. Februar 1897.

Nr. 9911. Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushalts-Etat für das Jahr vom 1. April 1897/98. Vom 8. Juni 1897.

(Stück 23.) Nr. 9912. Gesetz wegen Abänderung der §§ 8 und 12 des Gesetzes, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten, vom 20. Mai 1882. Vom 1. Juni 1897.

(Stück 24.) Nr. 9913. Gesetz, betreffend die Erweiterung des Staatsbahnhofs und die Beteiligung des Staates an dem Bau von Kleinbahnen sowie an der Errichtung von landwirtschaftlichen Getreidelagerhäusern. Vom 8. Juni 1897.

(Stück 25.) Nr. 9914. Staatsvertrag zwischen Preußen, Bayern und Sachsen-Meiningen wegen Herstellung einer Eisenbahn von Köppelsdorf nach Stockheim. Vom 30. Januar 1897.

Nr. 9915. Allerhöchster Erlaß vom 16. Juni 1897, betreffend den Bau und Betrieb der in dem Gesetze vom 8. Juni d. J. (Gesetz-Samml. S. 171) vorgesehenen neuen Eisenbahnlinien.

(Stück 26.) Nr. 9916. Gesetz, betreffend Änderungen des Reglements für die Königl. Preussische Offizierswitwenkasse. Vom 15. Juni 1897.

Nr. 9917. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Aldenhoven, Geilenkirchen, Gemünd, Hennes, Rheinbach, Aidenau, Alrweiler, Castellau, Eschem, Zell, Lindlar, Münchensglabbach, Berncastel, Daun, Merzig, Neuwied, Saarburg, Trier, Warweiler, Wittlich, Prüm, Ahaunen und Wadern. Vom 22. Juni 1897.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

18. Nach dem Beschlusse des Bundesraths vom 20. v. Mts. kann als Ausnahme von dem im § 27 des Gesetzes über die Besteuerung des Tabaks vom 16. Juli 1879 (Reichs-Gesetz-Blatt Seite 245) enthaltenen Verbote der Verwendung von Tabaksurrogaten die Verwendung von Altheeblättern und Wegebreitblättern bei der Herstellung von Tabakfabrikaten von den Zollbehörden widerruflich gestattet werden. Die dabei zu

beobachtenden Kontrollvorschriften werden den Fabrikanten auf Ersuchen von der Steuerbehörde mitgetheilt werden.

Die für die genannten Tabaksurrogate zu entrichtende Abgabe ist von dem Bundesrath auf 65 M. für 100 kg nach Maßgabe ihres Gewichts in fädrifationsreifem Zustande festgesetzt worden. Die jährlich zu verwendende Mindestmenge beträgt für Altheeblätter 20 kg und für Wegebreitblätter 15 kg.

Berlin, den 11. Juni 1897.

Der Finanz-Minister.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Polizei-Verordnung,

betreffend: Verbot des Krebsfanges.

143. Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) und in Gemäßheit der §§ 6, 12, 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265), sowie des § 22 des Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874 (G.-S. S. 197) und des § 10 der Verordnung, betreffend die Ausführung des Fischereigesetzes in der Provinz Brandenburg und dem Stadtkreis Berlin vom 8. August 1887 (G.-S. S. 397) wird, unter Zustimmung des Bezirksausschusses nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Der Fang von Eier oder Junge tragenden Krebsweibchen wird für die nachbenannten Gewässer und Gewässerstrecken:

a. Havel nebst den dazu gehörigen Seen und Gewässern auf den Strecken:

- 1) von der Mündung bis zum Trebel-See (einschließlich desselben),
- 2) vom Caputher Gemünd bis Aladow,
- 3) von der Pirschhaide bei Wildpark bis zum Einhaus bei Rattwerder,
- 4) von der Ablage Höpen (Templin-Niederbarnimer Kreisgrenze) bis zur Mündung der Baalen-Havel in den Stolpsee,

b. Havel von Rattwerder bis zum Sakrow-Parezer Kanal,

c. Ruppiner See,

d. Stechlin See (Kreis Ruppin),

e. Stadtsee bei Eychen,

f. nicht geschlossenen Gewässer der Grafschaft Voigtburg (Kreis Templin) und zwar:

- 1) Rüchenteich,
- 2) Schmölln-See,
- 3) Haus-See,

- 4) Krinow-See,
- 5) Zieß-See,
- 6) gr. und kl. Cüstrin-See,
- 7) gr. und kl. Daberow-See,
- 8) Trebow-See,
- 9) gr., mittel und kl. Sudow-See,
- 10) Wofuhl-See,
- 11) Naugartener See,
- 12) Krewiger See,
- 13) Schwarze Teich,
- 14) gr. und kl. Pegelstin-See,
- 15) Plögen-See,
- 16) Rathenow-See,
- 17) gr. und kl. Warthe-See,
- 18) flache Kläven-See,
- 19) gr. Pegnid-See,

- 20) Zervelin-See,
- 21) Jungfern-See,
- 22) Schwanz-See,
- 23) Griebchen-See,
- 24) Stenz-See,

g. nicht geschlossenen Gewässer des Amtsbezirks Stangenhagen (Kreis Jüterbog-Ludenwalde) bis einschließlich des Jahres 1899 verboten.

§ 2. Zuwiderhandlungen werden, soweit dieselben nicht den Strafbestimmungen des Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874 bezw. der Verordnung vom 8. August 1887 oder des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich unterliegen, mit Geldstrafe bis zu sechzig (60) Mark geahndet. An Stelle der Geldstrafe tritt im Unvermögensfalle entsprechende Haftstrafe.

Potsdam, den 1. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

144. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Mai 1897 beobachteten Wasserstände.

| Datum | Berlin | | Spandau | | Pots-
dam | Brandenburg | | Rathenow | | Havel-
berg |
|-------|-----------------|------------------|-----------------|------------------|--------------|-----------------|------------------|-----------------|------------------|----------------|
| | Ober-
Wasser | Unter-
Wasser | Ober-
Wasser | Unter-
Wasser | | Ober-
Wasser | Unter-
Wasser | Ober-
Wasser | Unter-
Wasser | |
| | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | |
| 1. | 32,28 | 30,62 | 2,63 | 1,22 | 1,52 | 2,36 | 2,16 | 2,02 | 1,70 | 2,90 |
| 2. | 32,30 | 30,62 | 2,64 | 1,15 | 1,48 | 2,40 | 2,10 | 2,02 | 1,70 | 2,86 |
| 3. | 32,30 | 30,70 | 2,65 | 1,17 | 1,45 | 2,36 | 2,12 | 2,02 | 1,70 | 2,84 |
| 4. | 32,28 | 30,76 | 2,64 | 1,18 | 1,46 | 2,34 | 2,12 | 2,02 | 1,68 | 2,82 |
| 5. | 32,28 | 30,74 | 2,63 | 1,19 | 1,45 | 2,30 | 2,10 | 2,00 | 1,68 | 2,80 |
| 6. | 32,26 | 30,74 | 2,62 | 1,22 | 1,44 | 2,30 | 2,10 | 2,00 | 1,68 | 2,76 |
| 7. | 32,26 | 30,74 | 2,60 | 1,22 | 1,42 | 2,28 | 2,08 | 2,00 | 1,66 | 2,76 |
| 8. | 32,26 | 30,74 | 2,58 | 1,18 | 1,42 | 2,28 | 2,08 | 2,00 | 1,66 | 2,78 |
| 9. | 32,26 | 30,72 | 2,60 | 1,16 | 1,42 | 2,30 | 2,00 | 2,00 | 1,66 | 2,78 |
| 10. | 32,24 | 30,70 | 2,59 | 1,20 | 1,41 | 2,24 | 2,04 | 1,98 | 1,64 | 2,80 |
| 11. | 32,28 | 30,64 | 2,58 | 1,16 | 1,41 | 2,22 | 2,02 | 1,96 | 1,64 | 2,82 |
| 12. | 32,28 | 30,66 | 2,57 | 1,14 | 1,40 | 2,26 | 2,04 | 1,94 | 1,62 | 2,82 |
| 13. | 32,26 | 30,64 | 2,57 | 1,12 | 1,39 | 2,24 | 2,02 | 1,92 | 1,62 | 2,84 |
| 14. | 32,26 | 30,64 | 2,58 | 1,10 | 1,39 | 2,24 | 2,04 | 1,92 | 1,62 | 2,84 |
| 15. | 32,24 | 30,64 | 2,58 | 1,08 | 1,38 | 2,24 | 2,04 | 1,92 | 1,62 | 2,82 |
| 16. | 32,26 | 30,64 | 2,58 | 1,04 | 1,37 | 2,30 | 2,00 | 1,94 | 1,60 | 2,82 |
| 17. | 32,26 | 30,64 | 2,58 | 1,06 | 1,37 | 2,28 | 2,02 | 1,90 | 1,60 | 2,80 |
| 18. | 32,28 | 30,64 | 2,58 | 1,08 | 1,35 | 2,24 | 2,00 | 1,90 | 1,60 | 2,78 |
| 19. | 32,28 | 30,64 | 2,56 | 1,08 | 1,34 | 2,22 | 2,00 | 1,90 | 1,60 | 2,80 |
| 20. | 32,28 | 30,64 | 2,52 | 1,07 | 1,33 | 2,24 | 2,00 | 1,90 | 1,58 | 2,86 |
| 21. | 32,28 | 30,64 | 2,50 | 1,02 | 1,32 | 2,22 | 1,98 | 1,90 | 1,58 | 2,96 |
| 22. | 32,28 | 30,64 | 2,48 | 1,04 | 1,31 | 2,20 | 1,98 | 1,90 | 1,58 | 3,08 |
| 23. | 32,28 | 30,64 | 2,50 | 1,00 | 1,30 | 2,26 | 1,92 | 1,88 | 1,56 | 3,22 |
| 24. | 32,30 | 30,66 | 2,51 | 1,04 | 1,30 | 2,20 | 1,96 | 1,86 | 1,54 | 3,38 |
| 25. | 32,30 | 30,66 | 2,50 | 1,04 | 1,30 | 2,18 | 1,96 | 1,88 | 1,54 | 3,48 |
| 26. | 32,30 | 30,68 | 2,47 | 1,06 | 1,30 | 2,18 | 1,94 | 1,86 | 1,54 | 3,60 |
| 27. | 32,30 | 30,70 | 2,48 | 1,00 | 1,29 | 2,20 | 1,94 | 1,86 | 1,54 | 3,68 |
| 28. | 32,30 | 30,74 | 2,50 | 1,02 | 1,30 | 2,20 | 1,94 | 1,86 | 1,54 | 3,74 |
| 29. | 32,28 | 30,82 | 2,46 | 1,16 | 1,34 | 2,20 | 1,92 | 1,86 | 1,54 | 3,76 |
| 30. | 32,26 | 30,80 | 2,46 | 1,10 | 1,35 | 2,26 | 1,90 | 1,88 | 1,54 | 3,76 |
| 31. | 32,24 | 30,72 | 2,46 | 1,14 | 1,36 | 2,22 | 1,92 | 1,86 | 1,54 | 3,74 |

Potsdam, den 3. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

145. Das Diphtherieheißerum betreffend. Mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 27. November 1895 im Amtsblatt Stück 49 Seite 478 wird Folgendes zur allgemeinen Kenntniß gebracht:

Der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten hat durch Erlaß vom 17. Juni d. Js. — M. Nr. 11 554 U. I. — mitgeteilt, daß die Farbwerke vormals Meister, Lucius und Brüning in Höchst a./M. sich bereit erklärt haben, die vereinbarte Preisermäßigung für diejenigen Gläschen des Diphtherieheilmittels, welche für Armenzwecke bestimmt sind, nicht nur den amtlichen Vermittelungsstellen, sondern auch ihren direkten Abnehmern zu gewähren, wenn diese die amtlich beglaubigten Beläge einreichen, und sogar öffentlichen Instituten auf Grund der erbrachten beglaubigten Atteste das Diphtheriemittel von vornherein zu dem ermäßigten Preise von 27 1/2 Pfg. für 100 Einheiten zu berechnen.

Potsdam und Berlin, den 5. Juli 1897.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

S i e h e n u n g e n .

146. Ausgebrochen:

a. Bläschenausschlag. Kreis Zauch-Belzig in der Gemeinde Neu-Kottbus bei Dr.

b. Milzbrand. Kreis Teltow: bei einer Kuh des Gutes Schönefeld.

E r l o s c h e n :

a. Lungenseuche. Kreis Angermünde: auf dem Rittergute Gohm.

b. Milzbrand. Kreis Teltow: unter den Röhren des Molkereibesizers und Milchhändlers Eichelkraut in Deutsch-Wilmersdorf.

Potsdam, den 5. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizeipräsidenten zu Berlin.

45. Für die Turnlehrerinnen-Prüfung, welche im Herbst 1897 in Berlin abgehalten ist, habe ich Termin auf **Montag den 22. November d. Js.** und die folgenden Tage anberaumt.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens **bis zum 1. Oktober d. Js.**, Meldungen anderer Bewerberinnen bei derjenigen königlichen Regierung, in deren Bezirk die Betreffende wohnt, ebenfalls **bis zum 1. Oktober d. Js.** anzubringen.

Die in Berlin wohnenden Bewerberinnen, welche in keinem Lehramte stehen, haben ihre Meldungen bei dem königlichen Polizeipräsidenten in Berlin **bis zum 1. Oktober d. Js.** einzureichen.

Die Meldungen können nur dann Berücksichtigung finden, wenn ihnen die nach § 4 der Prüfungsordnung vom 15. Mai 1894 vorgeschriebenen Schriftstücke ordnungsmäßig beigelegt sind. Die über Gesundheit, Führung und Lehrthätigkeit beizubringenden Zeugnisse müssen in neuerer Zeit ausgestellt sein.

Die Anlagen jedes Gesuches sind zu einem Hefte vereinigt einzureichen.

Berlin, den 12. Juni 1897.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß es im Interesse der Bewerberinnen liegt, ihre Meldungen zur Prüfung so zeitig anzubringen, daß etwaige Rückfragen bis zu dem angeetzten Schlußtermin erledigt sein können.

Berlin, den 30. Juni 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

42. Bei der Ober-Postdirection in Berlin lagern folgende bei hiesigen Postanstalten an den bezeichneten Tagen ausgelieferte unanbringliche Postsendungen.

I. Briefe mit Werthinhalt.

- 1) Hr. H. Dankwarth in Raumburg a./S. mit 95 Pf. vom 21. Februar 1897,
- 2) an A. G. L. 100 hier, Postamt 12 postlgb. mit 1 M. vom 25. Februar 1897,
- 3) an J. Gutmann in Frankenthal (Pfalz) mit 100 M. vom 27. Februar 1897,
- 4) an Georg Spring in Bonn mit 1 M. vom 2. März 1897,
- 5) an Leo Israel in Amsterdam postlgb. mit 15 M. vom 6. März 1897,
- 6) an Buchbdlg. von Beyer in Leipzig mit 90 Pf. vom 11. März 1897,
- 7) an Gertrud Jankowska hier, Linienstr. 53 r., mit 2 M. vom 12. März 1897,
- 8) an Willusch hier, Gerhardsstr. 18, mit 10 M. vom 17. März 1897,
- 9) an Lokalanzeiger hier, Zimmerstr. 40/41, mit 2 M. 50 Pf. vom 17. März 1897,
- 10) an Otto Benzin in Apollo Hall (Amerika) mit 15 M. vom 19. März 1897,
- 11) an Frau Möbus in Frankfurt a./M. mit 10 M. vom 19. März 1897,
- 12) an Frau H. Geißler hier, Friedrichstr. 134, mit 10 M. vom 23. März 1897,
- 13) an Dt. Thomßen in Kiel mit Schuldschein über 67 M. vom 24. März 1897,
- 14) an Herrn Herz in Augsburg mit 3 M. vom 24. März 1897,
- 15) an L. Loose in Dt.-Krone mit 1 M. vom 16. März 1897,
- 16) an E. Koniaf hier, Postamt 87 postlgb., über 10 M. vom 5. April 1897,
- 17) an Frau Clara Dreischer hier, Wolgasterstr. 11., mit 25 M. vom 7. April 1897,
- 18) an Wwe. S. Conradt in Königsberg (Pr.) mit 2 M. 80 Pf. vom 14. April 1897,
- 19) an Möller in Hamburg mit 1 M. 50 Pf. vom 17. April 1897,
- 20) an Pechholz in Eilenburg mit 1 M. vom 22. April 1897,
- 21) an Frau Fehner in Hummelberg mit 3 M. vom 22. Mai 1897,
- 22) an Prediger Burk in Potsdam über 10 M. vom 24. April 1897,

II. Postanweisungen.

- 1) Nach hier, Neue Friedrichstr. 79 h., über 25 M. vom 28. November 1896,
- 2) nach London über 1 Pf. = 21 M. 48 Pf. vom 14. Dezember 1896,
- 3) nach hier, Landsbergerstr. 20, über 5 M. vom 28. Dezember 1896,
- 4) an Schweiz Postamt in Lausanne über 8 Fr. 55 Ct. = 6 M. 95 Pf. vom 6. Januar 1897,
- 5) an Frä. Eichhorst hier, Blücherstr. 66, über 10 M. vom 8. Januar 1897,
- 6) nach Bremen über 6 M. 60 Pf. vom 13. Januar 1897,
- 7) an Abth. 27 des Amtsgerichts I. über 1 M. 38 Pf. vom 16. Februar 1897,
- 8) ohne Adresse über 8 Pf. vom 17. Februar 1897,
- 9) an Aloys Schmid hier, Central-Hôtel Laden 21, über 5 M. 80 Pf. vom 26. Februar 1897,
- 10) an Amtsgericht in Solingen über 1 M. 50 Pf. vom 4. März 1897,
- 11) an N. Przyborski in Bromberg 2 postlgb. über 2 M. vom 6. März 1897,
- 12) an Commercial-Union, Verf.-Ges. hier, Wallstr. 60, über 2 M. 50 Pf. vom 13. März 1897,
- 13) an Frä. G. Weiß in Hirschberg (Schles.) über 20 M. vom 16. März 1897,
- 14) an Frau Sauer hier, Vorfigstr. 11, über 6 M. vom 31. März 1897,
- 15) an Rich. Henkemann hier, Postamt 45 postlgb., über 4 M. 10 Pf. vom 24. März 1897,
- 16) an Frau Wiener hier, Dranienburgerstr. 57, über 3 M. 20 Pf. vom 25. März 1897,
- 17) an Wilh. Schwarz hier, Markusstr. 8, über 3 M. 92 Pf. vom 27. März 1897,
- 18) an Frau Stadthagen hier, Cüstrinerstr. 18 I., über 1 M. 80 Pf. vom 30. März 1897,
- 19) an H. Arland hier, Moabit 11/12, über 5 M. vom 30. März 1897,
- 20) an Alwin Dwenger in Hamburg über 2 M. 10 Pf. vom 2. April 1897,
- 21) an E. F. Stroegel & Co. in München, Göthe-str. 3, über 3 M. vom 3. April 1897,
- 22) an Eugen Schneider hier, Lindenstr. 104, über 2 M. 67 Pf. vom 6. April 1897,
- 23) an Lokalanzeiger hier, Zimmerstr. 41/42, über 1 M. 70 Pf. vom 8. April 1897,
- 24) an Emil Berlin hier, Grüner Weg 120, über 39 M. 80 Pf. vom 9. April 1897,
- 25) an Steuerkasse des Magistrats in Nirdorf über 39 M. 98 Pf. vom 13. April 1897,
- 26) an Rud. Lange in Leipzig, Sedanstr. 11 über 4 M. 35 Pf. vom 15. April 1897,
- 27) an City-Hôtel hier, Dresdenerstr. über 2 M. 65 Pf. vom 20. April 1897,
- 28) an Mühlenbesitzer Wegner in Bernau (Mark) über 3 M. 20 Pf. vom 23. April 1897,
- 29) an Helene Grandibier hier, Potsdamerstr. 124 über 10 M. vom 30. April 1897,
- 30) an Joseph Strauß in Frankfurt a./M. über 5 M. vom 4. Mai 1897,
- 31) an Otto Preuß in Hamburg—St. Pauli über 10 M. vom 5. Mai 1897,
- 32) an Polizei-Hauptkasse hier über 3 M. vom 6ten Mai 1897,
- 33) an Magistrat, Abthg. für Requis.-Sachen über 3 M. vom 14. Mai 1897,
- 34) an D. Rosahn hier, Alexandrinenstr. 117a., über 2 M. vom 16. Mai 1897,
- 35) an Sarninghausen in Hamburg über 170 M. vom 18. Mai 1897,
- 36) an A. Wegener in Charlottenburg, Tegelerweg über 59 M. 80 Pf. vom 26. Mai 1897.

Die unbekannten Absender der Briefe und Postanweisungen werden ersucht, innerhalb vier Wochen bei der Ober-Postdirection schriftlich sich zu melden. Andernfalls werden die bezeichneten Beträge der Postunterstützungskasse überwiesen werden. Berlin C., 2. Juli 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

In Vertretung Buschow.

Unbestellbare Einschreibbriefe.

43. Bei der Ober-Postdirection in Berlin lagern folgende an den nachbezeichneten Tagen zur Post gegebene Einschreibbriefe.

A. Aufgeliefert in Berlin mit dem Bestimmungsorte Berlin:

an Emma Globig, Mendelssohnstr. 9, vom 29. Januar 1897, an Frieda Marcker, Auguststr. 6a., vom 1. Februar 1897, an Frau Anna Marquardt, Al. Frankfurterstr. 9 I., vom 26. Februar 1897, an Assessor Amberg, Margarethenstr. 7, vom 1. März 1897, an Frau Glanz, Anflamerstr. 48, vom 1. März 1897, an Th. Kubik, Naunynstr. 22, vom 7. März 1897, an Jacob Schunk, Frankfurter Allee 82, vom 12. März 1897, an Self, Augsburgerstr. 52, vom 18. März 1897, an Schuhmacher E. Krüger, Münchbergerstr. 14, vom 20. März 1897, an Dienstherrin der Auguste Roujofs, Schönebergerufer 43, vom 23. März 1897, an Frau Janke, Swinemünderstr. 34/36, vom 28. März 1897, an J. Janke, Mittelstraße 12/13, vom 29. März 1897, an Monsieur Jäschke, Markgrafenstr. vom 30. März 1897, an Frä. Klaus, Poststr. 7, vom 9. April 1897, an Verwalter Wendi, Invalidenstr. 138 I., vom 14ten April 1897, an Margarethe Brüning, Lybenerstr. 1, vom 16. April 1897, an Lud. Terrain, Friedrichstraße 100, vom 16. April 1897, an Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer, Burgstr. 1d. I., vom 18. April 1897, an Schubert, Alexanderstr. 118/ vom 23. April 1897, an A. Spahr, Leichterstr. 40a., vom 23. April 1897, an Benz, Köpenickerstr. 36, vom 24. April 1897, an Fris Ortmann, Steinmegstr. 57, vom 27. April 1897, an Georg Caspar, Möckernstr. 73, vom 2. Mai 1897, an Ad. Parthein, Eljaßerstr. 25a., vom 5. Mai 1897, an Frau Ida Haasen, Dranienstr. 109, vom 7. Mai 1897, an A. W. Froese, Stieglitzerstr. 9, vom 9. Mai 1897,

an Union, Placirungs-Institut. Dessauerstr. 40, vom 10. Mai 1897, an G. v. Bleichröder, Behrenstr. 62, vom 12. Mai 1897, an Hühne, Tilsiterstr. 40, vom 12. Mai 1897, an Jos. Rittmeyer, Barutherstr. 11, vom 14. Mai 1897, an Ed. Bartlikowsky, Am Königsgraben 14, vom 15. Mai 1897, an Rettig, Reichenbergerstr. 56, vom 15. Mai 1897, an Hoehne, Tilsiterstr. 40, vom 17. Mai 1897, an Anton Krejeie, Zimmerstr. 41/42, vom 19. Mai 1897, an Arbeiter Schle'schen Eheleute, Auklamerstr. 52, & & & B. Aufgeliefert in Berlin nach anderen Orten: an Jakob Fainstien, Johannisburg (Transval), vom 22. Oktober 1896, an Frau Levine, Petersburg, vom 21. Dezember 1896, an Michalowski, Wilna, vom 29. Dezember 1896, an Anna Auguste Fiedler, Milwaukee, vom 1. Januar 1897, an Frau Krause, Spanbau, vom 18. Januar 1897, an Astor Marti-robian, Constantinopel, vom 9. Februar 1897, an Paul Ballhorn, Schöneberg b./Bln., vom 15. Februar 1897, an Frau Pohl, Charlottenburg, Charlottenburger-Ufer 11, vom 17. Februar 1897, an Frau Lautenwald, Hamburg, vom 25. Februar 1897, an Auguste Müller, Hamburg-Pöfelhof, vom 26. Februar 1897, an Berlemis, Podmoleczyska, vom 1. März 1897, an W. Young, Sheffeld, vom 3. März 1897, an Frau von Neufville, Frankfurt am Main, vom 9. März 1897, an Reb. Wir Franed, Petersburg, vom 9. März 1897, an Baron Alfred v. Blankenfeld, Charlottenburg, Camerstr. 19, vom 12. März 1897, an Moriz Eyd, Petersburg, vom 13. März 1897, an Esmenham, Rixdorf, vom 15. März 1897, an Rabbiner B. Scha-pire, Ostod b. Warschau, vom 16. März 1897, an Frau E. Günther, Hamburg, vom 20. März 1897, an Elise Ring, Stettin, vom 30. März 1897, an H. J. Harting, Bank Utrecht, vom 1. April 1897, an Frau Schubert, Friedenau, Wenzelstr. 3, vom 9. April 1897, Postauftrag Bromberg, vom 13. April 1897, an Bruno Schöps, Friedeberg, Queis, vom 15. April 1897, an Maria Rossi, Mailand, vom 16. April 1897, an Pauline (jolie petite Blonde) marchand ambulante, Paris, vom 18. April 1897, an M. Grothoff, Grüne (Westf.), vom 21. April 1897, an Blaukenschein, Schöneberg, vom 24. April 1897, an Szabl'ar Endre, Petese, vom 26. April 1897, an Georg Böhm, Rummelsburg b./Bln., vom 1. Mai 1897, an Frau Anna Müller, Hamburg, vom 5. Mai 1897, an August Wels, Lubes, vom 5. Mai 1897, an Werfowig, Schöneberg b./Bln., vom 6. Mai 1897, an Consumverein der Firma Siemens & Halske, Charlottenburg, vom 7. Mai 1897, an Frau Elise Neuwerth, Bufarest, vom 10. Mai 1897, an Krüger, Barth (Seebad), vom 13. Mai 1897, an Kummer, Görlitz, Schillerstr. 14, vom 19. Mai 1897, an Albert Schulze, Zehlendorf, vom 21. Mai 1897, an Aug. Rette Meyer, Schw.-Gmünd, vom 24. Mai 1897, an Kellner Dajlus, Charlottenburg, Hippodrom, vom 9. Juni 1897.

C. Auswärts aufgelieferte mit anderen und gleichen Bestimmungsorten:

aufgeliefert: Charlottenburg 1 an Wily. Peter, Tres-kowstraße 41, vom 25. März 1897, aufgeliefert: Char-lottenburg 4 an N. P. Sanzemitsch, Moskau, vom 26. März 1897, aufgeliefert: Charlottenburg 4 an Dr. Rahn, Grimmer Sa., vom 27. März 1897, aufgeliefert: Charlottenburg 2 an Fürstin Rugschem, Twer, vom 24. April 1897, aufgeliefert: Charlottenburg 2 an Schulze, Breslau, Schweidnitzerstr. 4, vom 26. April 1897, aufgeliefert: Charlottenburg 2 an Carlos Strussberg, Halle a./S., vom 3. April 1897.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Sendungen werden ersucht, zur Empfangnahme derselben spätestens innerhalb vier Wochen bei der hiesigen Ober-Postdirection schriftlich sich zu melden.

Berlin C., 3. Juli 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

In Vertretung: Buschow.

Bekanntmachung.

44. Der Fernsprecheverkehr mit Schleuditz ist er-öffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Ge-spräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt 1 Mark. Berlin C., 28. Juni 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

In Vertretung Buschow.

Bekanntmachung.

45. Der Fernsprecheverkehr mit Nordenham ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt 1 Mark. Berlin C., den 1. Juli 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

In Vertretung Buschow.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirection zu Potsdam.

Bekanntmachung.

46. Bei der Postagentur in Eichwalde (Kreis Teltow) wird am 1. Juli der Telegraphenbetrieb er-öffnet werden.

Potsdam, 29. Juni 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

In Vertretung Blindow.

Bekanntmachungen des Königl. Provinzial-Schul-Collegiums.

Bekanntmachung.

16. Die Prüfung zur Erlangung der Lehrbefähigung für den französischen und englischen Sprachunterricht an mittleren und höheren Mädchenschulen wird in Berlin in der Königl. Augusta-Schule, Kleinbeerensstr. 16/19, vom 26. November d. J. ab stattfinden. Zu der Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das neunzehnte Lebensjahr vollendet und ihre sittliche Unbescholtenheit, sowie ihre körperliche Befähigung zur Verwaltung eines Lehramtes nachgewiesen haben. Die Meldungen zu dieser Prüfung sind spätestens bis zum 26. Oktober d. J. ein-zureichen und es ist in dem Gesuche anzugeben, ob die Ablegung der Prüfung in beiden Sprachen und wenn

nur in einer, in welcher von beiden sie beabsichtigt wird. Der Meldung sind beizufügen 1. ein selbstgefertiger Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Konfession und der Wohnort der Bewerberin anzugeben ist, 2. ein Tauf- bez. Geburtschein, 3. Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und über etwa schon bestandene Prüfungen, 4. ein amtliches Führungszeugniß, 5. ein von einem zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte ausgestelltes Zeugniß über den Gesundheitszustand. Der festgesetzte Meldungsstermin ist genau einzuhalten. Beim Eintritt in die Prüfung sind 12 M. Prüfungsgebühren und 1,50 M. Stempelgebühren zu entrichten. Die letzteren werden der Examinandin im Falle des Nichtbestehens der Prüfung wieder zurückerstattet werden.

Berlin, den 29. Juni 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

38. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß in dem Nachlasse des am 23. November 1896 aus dem Leben geschiedenen Banquiers Wolf Kohn in Pless die Schuldschreibung der konsolidirten 3 1/2 %igen Staatsanleihe von 1887 1888

Lit. D. Nr. 182060 über 500 M.

angeblich vermißt worden ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der Frau Mühlenbesitzer Rosalie Hamburger geb. Kohn in Jäbze anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 26. Juni 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Personal-Chronik.

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, dem praktischen Arzt, Sanitätsrath Dr. med. W. Plüß in Rathenow den Charakter als Geheimer Sanitätsrath zu verleihen.

Der Katasterkontroleur Steuerinspektor Bohlmann, bisher in Drielsburg, ist zum Verwalter des Katasteramtes Berlin VI., der Katasterkontroleur Bodecker, bisher in Rybnitz, zum Verwalter des Katasteramtes Groß-Lichterfelde bestellt. Der Katasterzeichner Fehla, bisher hier, ist an das Katasteramt Berlin VI., der Katasterzeichner Schwengler, bisher in Iserlohn, an das Katasteramt Groß-Lichterfelde versetzt worden. Der Hilfszeichner Winter im Katasterbureau der hiesigen Regierung ist zum Katasterzeichner ernannt worden.

Der bisherige Oberpfarrer Johann Friedrich Ephraim Dransfeld in Lübbenau, Diözese Calau, ist zum Oberpfarrer an der Stadtkirche in Cöpenick, Diözese Cöln-Land II., bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Ruhz, Johannes August Viktor Thiede, ist zum Pfarrer der Pfarodie Vertikow Diözese Gramzow, bestellt worden.

Der bisherige Predigtamtskandidat Charles August Heinrich Soyeaux ist zum Pfarrer bei der franz. reform. Gemeinde in Vattin bestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Berlin.

Im Laufe des Monats Juni 1897 sind ernannt: zu Postassistenten: die Ober-Postdirektionssekretäre Beermann, Döring, Ihle, Storm, zu Telegraphenamtsassistenten: die Ober-Postdirektionssekretäre Fiebig, Olivier, Seyffert, zu Ober-Postdirektionssekretären: die Postsekretäre Klause, R. E. M. Müller, Wildenhahn; zum Bureauassistenten: der Postassistent Otto Neumann; zu Ober-Postassistenten die Postassistenten Balduß in Rirsdorf, Baumgarten, Paul Bergemann, Bogdahn, Wilhelm Claus, Evenius, Fleischmann, Gast, Franz Gerlach, Grunz, Karl Hartung, Kawalki in Charlottenburg, Kröning in Charlottenburg, Liebenberg, Marschall, Alwin Maurer, Paul Möller, Peißer, Gustav Pfeiffer, Prange, Reimer, Rose in Charlottenburg, Sadowsky, Schifowski, Schügel, Karl Schulz, Hermann Schulze, Georg Schwarze, Seltmann, Sieber, Tausch in Friedenau, Gustav Ulrich, zum Ober-Telegraphenassistenten: der Kanzlist Georg Otto; versetzt von Berlin: die Postsekretäre Mann nach Karlsruhe (Baden) und Otto Meyer nach Minden (Westf.), die Postassistenten Dobbertau nach Lehrte, Rosz nach Westhofen (Hessen); nach Berlin: der Postverwalter Dumzaff von Tegel (unter Ernennung zum Ober-Postassistenten); in den Ruhestand getreten: der Ober-Postassistent Schwioger; gestorben: der Postsekretär Rühn und der Ober-Telegraphenassistent a. D. Wuthenow.

Personal-Veränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Potsdam.

Stetsmäßig angestellt sind: die Postanwärter Dahlke in Rathenow, Fraubörs in Jüterbog, Pantel in Prenzlau, Thal in Wittenberge (Bz. Potsdam) als Postassistenten, der Postanwärter Diedemann in Seehausen (Uckermark) als Postverwalter. In den Ruhestand tritt der Postverwalter Binsberg in Feysbellin. Gestorben ist der Postsekretär Gottschalk in Potsdam.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Puhl ist als Oberlehrer am Victoria-Gymnasium in Potsdam angestellt worden.

Hierzu Sechs Dessenliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.

Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben

Öffentlicher Anzeiger (N^o 6)

zum 28ten Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 9. Juli 1897.

Öffentliche Vorladungen und Aufgebote.

191. Die verehelichte Fabrikarbeiter Marie Wilhelmine Dorothee Friederike Miekley geb. Dertel zu Bittenberge, Gr. Wallstraße 21, Prozeßbevollmächtigter Rechtsanwalt Dr. Salinger zu Berlin, Friedrichstraße Nr. 31, klagt gegen ihren Ehemann, den früheren Maurer Albert Paul Max Miekley, früher zu Nieder-Schönweide wohnhaft gewesen, jetzt unbekannten Aufenthalts, wegen bösslicher Verlassung mit dem Antrage, die Ehe der Parteien zu trennen und den Beklagten für den allein schuldigen Theil zu erklären. Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die siebente Civilkammer des Königl. Landgerichts II. zu Berlin Hallesches Ufer 29/31 Zimmer 40 auf den **30. November 1897 Vormittags 10 Uhr** mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen. Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Berlin, den 3. Juli 1897.

Bentin, als Gerichtsschreiber

des Königl. Landgerichts II. Civilkammer VII.

192. Der alleinige Inhaber der Firma Carl Salbach, Kaufmann Bernhard George Sidney Salbach zu Berlin, Unter den Linden 67, Prozeßbevollmächtigter Rechtsanwalt Schönborn zu Berlin, Lindenstraße 15, klagt im Wechselsprozeß gegen

1) den Kaufmann Fris Solowicz.

2) dessen Ehefrau Clara Solowicz geb. Mönch, früher zu Deutsch Wilmersdorf, jetzt unbekannten Aufenthalts, auf Grund zweier gezogener, von den Beklagten acceptirter Wechsel, nämlich vom 24. Dezember 1896 über 425 Mark, zahlbar am 24. März 1897 und vom 24. Dezember 1896 über 425 Mark, zahlbar am 20. Mai 1897 mit dem Antrage, die Beklagten solidarisches zur Zahlung von 850 Mark nebst 6 % Zinsen seit dem Tage der Klagezustellung an den Kläger zu verurtheilen.

Der Kläger ladet die Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die erste Civilkammer des Königl. Landgerichts II. zu Berlin Hallesches Ufer 29/31 Zimmer 33 auf den **18. September 1897 Vormittags 10 Uhr** mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen. Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Berlin, den 3. Juli 1897.

Schulz, Gerichtsschreiber

des Königl. Landgerichts II., Civilkammer I.

Aufgebot.

193. Von der Frau Magdalena Fischribbe, geb. Gliniski von hier, Richterfelserstraße 5, vertreten durch die Rechtsanwälte Nagell I. und Nagell II. in Berlin, ist der Antrag gestellt worden, den am 30ten Mai 1843 zu Schortemke, Kreis II. Zerichow, geborenen, angeblich seit 1882 oder 1883 verschwollenen Nobelpöler Friedrich Gustav Fischribbe für todt zu erklären. Der Verschwollene und die von ihm etwa zurückgelassenen unbekannten Erben und Erbnehmer werden in Folge dessen aufgefordert, sich vor oder in dem am **2. Mai 1898 Vormittags 11 Uhr** vor dem unterzeichneten Amtsgerichte, Neue Friedrichstraße 13 Hof Flügel B. part. Zimmer 27 anstehenden Termine persönlich oder schriftlich zu melden, widrigenfalls der Verschwollene für todt erklärt werden wird.

Berlin, den 1. Juli 1897.

Königliches Amtsgericht I. Abtheilung 81.

Veräußerungsverbot.

194. Nachdem die Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen der Frau Dr. Ingenlath, verwitwet gewesen, Rechtsanwalt Muth, geb. Legde zu Schöneberg, Golzstr. 23 3 Treppen bei Hübner seitens des Schlächtermeisters Carl Voigt zu Berlin, Anklamerstr. 37, und des Dekorateurs Gustav Mönning zu Schöneberg, Mühlenstr. 18, beantragt worden ist, wird zur Sicherung der Vermögensmasse der Genannten jede Veräußerung, Verpfändung und Entfremdung von Bestandtheilen der Masse hiermit untersagt.

Berlin, den 5. Juli 1897.

Königliches Amtsgericht II. Abtheilung 22.

Nothwendige Verkäufe.

Zwangsversteigerung.

195. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von der Königsstadt Band 98 Blatt N^o 4807 auf den Namen 1) der verwitweten Marie Amalie Wolf geb. Anders, 2) des Fräuleins Helene Emilie Marie Wolf, 3) des Auktors Franz Emanuel August Wolf eingetragene, in der Koppenstraße Nr. 48 belegene Grundstück am **20. September 1897 Vormittags 10 1/2 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Neue Friedrichstraße 13 Flügel C. Erdgeschoß Saal 36 versteigert werden.

Das Grundstück ist bei einer Fläche von 5,13 ar mit 9050 M. Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Ge-

richtsschreiberei ebenda Flügel D. Zimmer 41 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **20. September 1897 Nachmittags 12^{1/2} Uhr** an Gerichtsstelle wie oben angegeben verkündet werden.

Berlin, den 1. Juli 1897.

Königliches Amtsgericht I. Abtheilung 85.

Zwangsversteigerung.

196. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Schöneberg Band 42 Blatt Nr. 1547/1548 auf den Namen des Maurermeisters Wilhelm eingetragen, angeblich zu Schöneberg, Eberwärfstraße 5 und Gothenstraße 1 belegenen Grundstücke am **5. Oktober 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Hallesches Ufer Nr. 26 Zimmer 14 versteigert werden.

Das Grundstück Blatt 1547 mit einer Fläche von 6 ar 01 qm ist mit 7800 M. Nutzungswert, das Grundstück Blatt 1548 mit einer Fläche von 13 ar 50 qm ist mit 18000 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszüge aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschriften der Grundbuchblätter, etwaige Abschätzungen und andere die Grundstücke betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei a. a. D. Zimmer 15 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder

Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigenthum der Grundstücke beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **9. Oktober 1897 Mittags 12 Uhr** an Gerichtsstelle a. a. D. Zimmer 14 verkündet werden.

Berlin, den 30. Juni 1897.

Königliches Amtsgericht II. Abtheilung 17.

197. Das Verfahren der Zwangsversteigerung des im Grundbuche von Freienwalde a./D. Band XIX. Blatt Nr. 729 auf den Namen des Maschinenbauers Ferdinand Korb in Freienwalde a./D. eingetragenen, in Freienwalde a./D. belegenen Grundstücks ist aufgehoben.

Freienwalde a./D., den 3. Juli 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Öffentliche Vorladung.

198. Zum Bau der Eisenbahn von Löwenberg nach Lindow soll die dem Lehnshulzen Hermann Döring zu Schöneberg bei Lindow gehörige, im Grundbuche unter Band I. Blatt 28 verzeichnete Parzelle Kartenblatt 5 Parzelle Nr. 140/58 n. von 37 ar 59 qm Größe im Wege der Enteignung erworben werden.

Zur Abschätzung dieser Fläche und zur Verhandlung mit den Betheiligten wird hiermit auf **den 20. Juli 1897 Vormittags 10^{1/2} Uhr** auf der Haltestelle zu Schöneberg

Termin anberaumt, zu welchem alle Betheiligten eingeladen werden.

Im Falle des Nichterscheinens der Geladenen wird auch ohne deren Zutun die Entschädigungssumme festgesetzt und wegen Auszahlung oder Hinterlegung derselben das Erforderliche veranlaßt werden.

Zum Sachverständigen ist von dem Herrn Regierungs-Präsidenten der Amtsvorsteher Lamprecht zu Klein-Ruß ernannt worden.

Potsdam, den 5. Juli 1897.

Der Kommissar des Regierungs-Präsidenten.
gez. Budde, Regierungs-Assessor.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 29.

Den 16. Juli

1897.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 26.) **Nr. 2393.** Gesetz über das Auswanderungswesen. Vom 9. Juni 1897.

Nr. 2394. Verordnung zur Ausführung des Patentgesetzes vom 7. April 1891. Vom 5. Juni 1897.

(Stück 27.) **Nr. 2395.** Gesetz, betreffend den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln. Vom 15. Juni 1897.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Fischereiaufsicht.

147. An Stelle des Königl. Försters Voas in Forsthaus Stechlin habe ich den Forstaußseher Nitzke in Forsthaus Stechlin zum Fischereiaufseher für nachstehende Gewässerstrecken ernannt:

- a. die nordöstlich vom Forsthaus Stechlin belegene Bucht des Stechlinsees,
- b. die östlich der vorigen belegene kleinere Bucht desselben Sees,
- c. die dem Wulwitzsee gegenüber belegene nördliche Bucht des Rednigsees,
- d. den Breugensee.

Potsdam, den 3. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Neues Tuberkulin Koch.

148. Mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 13. März 1891 im Amtsblatt S. 105, betreffend das

Tuberculinum Kochii, werden folgende, von dem Herrn Minister der Medizinal-Angelegenheiten durch Erlass vom 30. Juni d. J. getroffenen Bestimmungen zur Nachachtung bekannt gemacht.

Das von dem Geheimen Medizinalrath Professor Dr. Koch erfundene neue Heilmittel gegen die Tuberkulose (T. R.), welches von den Farbwerken Meister, Lucius und Brüning zu Höchst a./M. unter der Bezeichnung „Neues Tuberkulin Koch“ in den Handel gebracht wird, darf ebenso wie das alte Tuberculinum Kochii — abgesehen vom Großhandel — nur in Apotheken abgegeben werden.

Hinsichtlich der Aufbewahrung und Abgabe der Mittel in den Apotheken sind nachstehende Anordnungen getroffen:

- 1) Das „neue Tuberkulin Koch“ ist unter den Separanden vor Licht geschützt aufzubewahren.
- 2) Dasselbe ist nur in den unverfälschten Originalflaschen und nur gegen schriftliche Anweisung eines approbirten Arztes an diesen selbst oder eine von ihm beauftragte Person abzugeben.
- 3) Der Verkaufspreis des „neuen Tuberkulins Koch“ ist (einschließlich der Verpackungskosten) für das Fläschchen mit 1 cem Inhalt auf 8,50, für das mit 5 cem Inhalt auf 42,50 M. festgesetzt.

Potsdam und Berlin, den 12. Juli 1897.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

149.

Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat Juni 1897 in den Hauptmarkorten des Regierungs-Bezirks Potsdam.

| Laufende Nummer | Es
kosteten
je 50
Kilogramm | Bee-Mow
für
Kreis
Bee-
tow-
Storow | | Brandenburg
für
Brand-
enburg
und
Kreis
West-
havel-
land. | | Luden-
walde
für
Kreis
Jüter-
bog-
Luden-
walde. | | Berle-
berg
für
Kreis
West-
Prignitz. | | Pots-
dam
für
Pots-
dam
und
Kreis
Rau-
be-
zig. | | Prenz-
lau
für die
Kreis-
Prenz-
lau
und
Temptin. | | Neu-
Ruppin
für
Kreis
Ruppin. | | Schwedt
für
Kreis
Anger-
münde. | | Prignitz
für
Kreis
Prignitz. | | Bemerkungen. |
|-----------------|--------------------------------------|---|-----|--|-----|---|-----|--|-----|--|-----|--|-----|---|-----|---|-----|---------------------------------------|-----|----------------------------|
| | | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | |
| 1 | Hafer | 8 | 05 | 7 | 10 | 7 | 57 | 6 | 83 | 7 | 86 | — | — | 7 | 04 | 7 | 02 | 6 | 56 | Für die Kreise Niederbar- |
| 2 | Heu | 3 | 41 | 2 | 19 | 2 | 63 | 2 | 59 | 2 | 86 | 3 | 68 | — | — | 2 | 05 | 2 | 36 | him, Oberbarnim, Ost- |
| 3 | Richtstroh | 1 | 84 | 1 | 89 | 2 | 19 | 1 | 89 | 2 | 56 | 3 | 15 | 2 | 10 | 2 | 63 | 2 | 10 | havelland u. Teltow, sowie |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | für die Stadt Spandau |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | gilt Berlin als Haupt- |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | markort. |

Potsdam, den 7. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

| Laufende Nummer | Namen der Städte | I. A. Getreide. | | | | | | | | | | I. B. Uebrig e Markt. | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|----------------------------|------------------|-----------------|--------|--------|-------|---------------------------|----------------------|--------|--------------|--------|-----------|-----------------------|-----------------|-------|-----|------------------|---------------|----------|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|---|----|----|----|----|
| | | | | | | Hülserfrüchte. | | | | | | Stroh. | | | | Fleisch. | | | | | | | | | | | | | | |
| | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen (gelbe) zum Kochen | Speldebohnen (weiße) | Linsen | Eckartoffeln | Richt. | Gerstene. | Ferk. | im Gevießhandel | Rind. | | im Metzgerhandel | von der Seele | vom Band | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | Es je 1 | | | | | | | | | | | | | |
| Dr. | Pf. | Dr. | Pf. | Dr. | Pf. | Dr. | Pf. | Dr. | Pf. | Dr. | Pf. | Dr. | Pf. | Dr. | Pf. | Dr. | Pf. | Dr. | Pf. | Dr. | Pf. | Dr. | Pf. | Dr. | Pf. | | | | | |
| 1 | Angermünde | 15 | 34 | 11 | 31 | 12 | 59 | 12 | 74 | 25 | — | 27 | — | 34 | — | 4 | 75 | 5 | 53 | 3 | 89 | 4 | 88 | 115 | — | 1 | 30 | 1 | 15 | |
| 2 | Beeskow | — | — | 11 | 10 | — | — | 15 | 13 | 22 | 50 | 27 | 50 | 45 | — | 4 | 10 | 3 | 25 | — | — | 6 | 50 | 95 | — | 1 | 20 | 1 | — | |
| 3 | Brandenburg | 15 | 10 | 11 | — | 10 | 60 | 12 | 95 | 21 | — | 24 | — | 32 | 50 | 5 | 34 | 3 | 40 | — | — | 3 | 79 | 84 | — | 1 | 40 | 1 | 10 | |
| 4 | Dahme | 15 | 88 | 11 | 01 | 11 | 42 | 14 | — | 24 | — | 30 | — | 35 | — | 4 | — | 3 | 50 | 2 | — | 6 | — | 95 | — | 1 | 20 | 1 | — | |
| 5 | Eberswalde | 15 | 11 | 11 | 20 | 12 | 22 | 12 | 99 | 21 | — | 23 | — | 29 | — | 4 | — | 5 | — | — | — | 5 | 28 | 96 | — | 1 | 30 | 1 | 20 | |
| 6 | Havelberg | 15 | 53 | 11 | 41 | 13 | 07 | 13 | 98 | 27 | — | 33 | — | 34 | — | 4 | 53 | 3 | — | — | — | 4 | 50 | 105 | — | 1 | 20 | 1 | — | |
| 7 | Jüterbog | — | — | — | — | — | — | — | — | 24 | — | 24 | — | 25 | — | 4 | 96 | 4 | 07 | — | — | 5 | 94 | 100 | — | 1 | 40 | 1 | 20 | |
| 8 | Ludenwalde | 13 | 89 | 10 | 82 | 12 | 86 | 13 | 46 | 35 | — | 35 | — | 45 | — | 5 | 75 | 4 | 09 | — | — | 4 | 75 | 116 | — | 1 | 20 | 1 | 20 | |
| 9 | Perleberg | 15 | 40 | 11 | 07 | 11 | — | 12 | 95 | 18 | — | 29 | — | 27 | — | 4 | 86 | 3 | 55 | — | — | 4 | 76 | 105 | — | 1 | 40 | 1 | 15 | |
| 10 | Potsdam | — | — | 11 | 58 | — | — | 14 | 80 | — | — | — | — | — | — | 5 | 22 | 4 | 61 | — | — | 4 | 91 | 109 | 78 | — | 1 | 45 | 1 | 30 |
| 11 | Prenzlau | — | — | — | — | — | — | — | — | 21 | 50 | 24 | 50 | 36 | — | 4 | 75 | 5 | 50 | 2 | 25 | 6 | — | 95 | — | 1 | 30 | — | 95 | |
| 12 | Prignitz | 15 | 38 | 10 | 90 | 13 | 38 | 11 | 88 | 13 | 50 | 24 | — | 30 | — | 3 | 88 | 3 | 75 | 2 | 75 | 4 | 25 | — | — | 1 | 40 | 1 | 20 | |
| 13 | Rathenow | 14 | 77 | 11 | 23 | 12 | 50 | 13 | 25 | 25 | 50 | 27 | — | 36 | — | 4 | 62 | 3 | 39 | — | — | 4 | 14 | 100 | — | 1 | 30 | 1 | 15 | |
| 14 | Neu-Ruppin | 17 | — | 12 | — | 14 | — | 13 | 41 | 35 | — | 35 | — | 45 | — | 5 | — | 4 | — | — | — | — | — | 106 | — | 1 | 35 | 1 | 15 | |
| 15 | Schwedt | 15 | 84 | 11 | 54 | 14 | 56 | 13 | 38 | 26 | 66 | 31 | 25 | 37 | 50 | 5 | 11 | 5 | — | — | — | 5 | 62 | 110 | — | 1 | 30 | 1 | 10 | |
| 16 | Spandau | 16 | — | 11 | 65 | 11 | 50 | 13 | 25 | 25 | 50 | 33 | 50 | 34 | 50 | 5 | 50 | 3 | 88 | 3 | 50 | 6 | 50 | 113 | — | 1 | 50 | 1 | 20 | |
| 17 | Strausberg | 15 | 47 | 12 | 05 | 12 | 10 | 13 | 20 | 23 | 60 | 32 | 10 | 38 | 20 | 4 | — | 4 | — | 2 | 50 | 4 | 25 | 90 | — | 1 | 50 | 1 | 10 | |
| 18 | Teltow | — | — | 10 | 69 | 13 | 55 | 13 | 37 | 32 | — | 37 | — | 42 | 50 | 5 | 50 | 4 | 75 | 3 | — | 4 | 50 | 110 | — | 1 | 55 | 1 | 10 | |
| 19 | Templin | 16 | — | 12 | — | 14 | 50 | 14 | — | 21 | — | 30 | — | 40 | — | 5 | — | 5 | — | 4 | — | 5 | — | 100 | — | 1 | 20 | 1 | — | |
| 20 | Treuenbriezen | 14 | 70 | 11 | 25 | — | — | 12 | 83 | — | — | — | — | — | — | 4 | 50 | 3 | — | — | — | 4 | — | — | — | 1 | 40 | 1 | 20 | |
| 21 | Wittstock | — | — | 11 | 58 | — | — | 13 | 45 | — | — | — | — | — | — | 4 | 85 | — | — | — | — | — | — | 95 | — | 1 | 05 | — | 89 | |
| 22 | Wriezen a. D. | 14 | 54 | 10 | 79 | 13 | 50 | 12 | 38 | 22 | 50 | 24 | — | 25 | — | 5 | 50 | 4 | 50 | 3 | 50 | 5 | 50 | 100 | — | 1 | 30 | 1 | 20 | |
| Durchschnitt | | 15 | 37 | 11 | 31 | 12 | 71 | 13 | 37 | — | — | — | — | — | — | 4 | 81 | 4 | 13 | — | — | 5 | 05 | 101 | 99 | — | — | — | — | |

Potsdam, den 10. Juli 1897.

Potsdam, den 10. Juli 1897.

Bekanntmachung.

151. Der Mastenträhn oberhalb der über die Regelführenden Dziembower Eisenbahnbrücke im Kreise Kolmar i. N. muß wegen Erbauung eines neuen Trähns in der Zeit vom 15. Juli bis 1. August d. J. außer Betrieb gesetzt werden.

Potsdam, den 5. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

152. Genehmigung

für die Herstellung und den Betrieb einer Kleinbahn von Ferleberg bis zur Kreisgrenze bei Hoppenrade.

Zur Herstellung und zum Betriebe einer für die Beförderung von Personen und Gütern mittelst Maschine (Lokomotiven) bestimmten Kleinbahn von Ferleberg bis zur Kreisgrenze bei Hoppenrade wird auf

Grund des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatan-schlussbahnen vom 28. Juli 1892 im Einvernehmen mit der Königlichen Eisenbahndirektion Altona dem Kreise Westprignitz auf unbegrenzte Zeit vorbehaltlich der Rechte Dritter unter nachstehenden Bedingungen die Genehmigung erteilt:

1.

Die Bahn- und die Betriebsmittel sind nach Maßgabe der von dem Unternehmer vorgelegten, mit dem Genehmigungsvermerke vom heutigen Tage versehenen Pläne und Zeichnungen, bestehend aus:

- 1) einer Uebersichtskarte (Generalstabskarte 1:100000),
- 2) 6 Höhen- und Lageplänen Bl. 1—6,
- 3) zweier Lokomotivzeichnungen Bl. 14, 15,
- 4) einer Lokomotivdreh-scheibenzeichnung Bl. 11,
- 5) fünf Wagenzeichnungen Bl. 16—19 und Bl. O.,

Preise im Monat Juni 1897.

| waaren. | | | | | | II. Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|-----------|---------|----------|--------------------------------|-----------|---------|---|---------|----------|---------|-----------------|------------|---------|-----------------------|----------------------|---------------------------------------|------------|----------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Fleisch. | | | Geräucherter Speck
kleiner. | Eibutter. | Eier. | Mehl zur
Speisebe-
reitung aus | | Gersten- | | Buchweizengröße | Hafergröße | Kleie | Weiz, Java, mittlerer | Kaffee | | Speisefalz | Schweinefleisch, fleischig | | | | | | | | | | |
| Schmalz. | Fett. | Hammele. | | | | Weizen | Roggen | Gerste | Brühe | | | | | Java mittlerer (roh) | Java gelb (in ge-
brannten Bohnen) | | | | | | | | | | | | |
| Kilogramm | | | | | | Es kostet je 1 Kilogramm. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. |
| 105 | 125 | 115 | 153 | 223 | 340 | 30 | 25 | 45 | 30 | 40 | 45 | 40 | 55 | 270 | 340 | 20 | 140 | | | | | | | | | | |
| 110 | 95 | 120 | 160 | 190 | 250 | 40 | 20 | 50 | 40 | 35 | 60 | 40 | 60 | 240 | 340 | 20 | 130 | | | | | | | | | | |
| 115 | 120 | 130 | 140 | 205 | 340 | 25 | 20 | 50 | 50 | 50 | 50 | 50 | 50 | 260 | 360 | 20 | 130 | | | | | | | | | | |
| 120 | 1 | 120 | 160 | 2 | 280 | 30 | 20 | 40 | 50 | 40 | 60 | 40 | 55 | 250 | 340 | 20 | 140 | | | | | | | | | | |
| 130 | 130 | 130 | 140 | 220 | 330 | 24 | 22 | 45 | 35 | 40 | 40 | 40 | 50 | 280 | 360 | 20 | 140 | | | | | | | | | | |
| 105 | 125 | 120 | 135 | 214 | 282 | 28 | 23 | 40 | 38 | 45 | 45 | 42 | 51 | 270 | 350 | 20 | 130 | | | | | | | | | | |
| 102 | 110 | 130 | 140 | 220 | 294 | 28 | 18 | 50 | 50 | 50 | 50 | 40 | 40 | 280 | 360 | 20 | 140 | | | | | | | | | | |
| 110 | 1 | 120 | 150 | 110 | 340 | 27 | 19 | 50 | 50 | 50 | 60 | 35 | 60 | 220 | 360 | 20 | 130 | | | | | | | | | | |
| 110 | 125 | 125 | 140 | 185 | 242 | 27 | 24 | 35 | 27 | 35 | 43 | 38 | 43 | 275 | 355 | 19 | 140 | | | | | | | | | | |
| 145 | 130 | 130 | 160 | 210 | 253 | 38 | 28 | 50 | 50 | 40 | 45 | 45 | 55 | 270 | 350 | 20 | 140 | | | | | | | | | | |
| 110 | 105 | 115 | 130 | 210 | 319 | 31 | 23 | 45 | 40 | 43 | 55 | 43 | 50 | 245 | 320 | 20 | 130 | | | | | | | | | | |
| 110 | 130 | 110 | 170 | 176 | 233 | 25 | 20 | 40 | 40 | 40 | 50 | 40 | 45 | 260 | 360 | 20 | 180 | | | | | | | | | | |
| 115 | 110 | 125 | 145 | 216 | 312 | 30 | 24 | 40 | 40 | 45 | 40 | 40 | 50 | 260 | 380 | 20 | 140 | | | | | | | | | | |
| 130 | 120 | 120 | 150 | 210 | 297 | 28 | 22 | 45 | 40 | 50 | 50 | 50 | 60 | 3 | 4 | 20 | 160 | | | | | | | | | | |
| 1 | 1 | 120 | 140 | 222 | 327 | 25 | 20 | 50 | 30 | 40 | 50 | 50 | 60 | 280 | 360 | 20 | 160 | | | | | | | | | | |
| 140 | 140 | 150 | 180 | 125 | 430 | 35 | 28 | 40 | 40 | 38 | 45 | 33 | 58 | 275 | 305 | 20 | 140 | | | | | | | | | | |
| 140 | 120 | 120 | 160 | 240 | 320 | 30 | 21 | 50 | 40 | 40 | 50 | 40 | 60 | 280 | 360 | 20 | 160 | | | | | | | | | | |
| 130 | 150 | 130 | 155 | 210 | 4 | 30 | 20 | 50 | 40 | 50 | 60 | 60 | 60 | 250 | 270 | 20 | 115 | | | | | | | | | | |
| 120 | 1 | 120 | 160 | 210 | 360 | 30 | 25 | 50 | 60 | 50 | 50 | 50 | 50 | 230 | 3 | 20 | 160 | | | | | | | | | | |
| 120 | 1 | 120 | 160 | 180 | 3 | 30 | 20 | 40 | | 40 | 50 | 30 | 50 | 260 | 340 | 20 | 160 | | | | | | | | | | |
| 99 | 90 | 105 | 140 | 179 | 266 | 23 | 17 | 45 | 25 | 38 | 45 | 40 | 45 | 220 | 270 | 20 | 130 | | | | | | | | | | |
| 120 | 120 | 120 | 140 | 220 | 240 | 33 | 23 | 43 | 33 | 40 | 38 | 43 | 45 | 260 | 320 | 20 | 120 | | | | | | | | | | |

Der Regierungspräsident.

- | | |
|---|--|
| <p>6) einer Zeichnung der Umgrenzung des lichten Raumes Bl. 8,</p> <p>7) einer Zeichnung eines Normalprofils Bl. 7,</p> <p>8) einer Zeichnung der Schwelleneintheilung Bl. 10,</p> <p>9) einer Zeichnung der Schienen und Schienenbefestigungsmittel Bl. 9,</p> <p>10) einer Zeichnung einer Brücke über die Stepenitz Bl. 28,</p> <p>11) dreier Zeichnungen gewölbter Durchlässe Bl. 20, 21, 22,</p> <p>12) zweier Zeichnungen einfacher Weichen Bl. 29, 30,</p> <p>13) zweier Zeichnungen betr. graphische Pläne Bl. 23, 24,</p> <p>14) zweier Zeichnungen betr. Hauptträger Bl. 26, 27,</p> <p>15) einer Zeichnung betr. Querräger Bl. 25,</p> <p>16) einer Zeichnung betr. Entwurf für die Haltestellen Bl. 13,</p> | <p>17) einer Zeichnung betr. Bahnhof Verleberg Bl. 12,</p> <p>18) 1 Heft Querprofile,</p> <p>19) 1 Heft Erdbmassenberechnung,</p> <p>20) 1 Heft statistische und Gewichtsberechnung,</p> <p>21) 1 Heft Nachweisung der Richtungsverhältnisse u. s. w.</p> <p>22) einem Erläuterungsbericht,</p> <p>23) einem vorläufigen Kostenüberschlage,</p> <p>unter Beachtung der in dieser Genehmigungsurkunde getroffenen Bestimmungen und den in den Plänen, Zeichnungen und Erläuterungen vorgenommenen Aenderungen und Bemerkungen herzustellen.</p> <p>Insbefondere ist Unternehmer verpflichtet, die Bahnanlage nach den im Planfeststellungsverfahren gemäß den Bestimmungen der §§ 17, 18 des Gesetzes vom 28. Juli 1892 zu treffenden Anordnungen auszuführen.</p> <p>Bei späteren Ergänzungen der Bahnanlage und</p> |
|---|--|

... der unter-
... durch die Genehmigung fest-
... nicht abzuweichen werden.

... der Kreuzung der
... die der zuständige Herr
... unter dem Vorbehalt jederzeitigen
... sind die betreffende Spezial-
... und die zugehörigen
... maßgebend.

3.

Die Unternehmung der Bahn muß innerhalb eines
... der Feststellung des Bauplanes gemäß § 17
... vom 28. Juli 1892 erfolgen.

Kommt der Unternehmer dieser Verpflichtung nicht
... so hat er eine Conventionalstrafe bis zu 5000 Mark,
... in Worten fünftausend Mark zu zahlen. Die Ent-
... darüber, ob und bis zu welchem Betrage die
... als verfallen zu betrachten ist, steht dem Herrn
... der öffentlichen Arbeiten zu.

Zur Sicherstellung dieser und der unter № 6 der
... bezeichneten Verpflichtungen hat der Unter-
... auf Erfordern der genehmigenden Behörde bei
... der Regierungshauptkasse zu Potsdam den Betrag von
... 10 000 Mark in Worten zehntausend Mark in baar
... oder Schuldverschreibungen, in denen nach § 39 der
... Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 die Anlegung
... des Vermögens von Minderjährigen zulässig ist, unter
... Berechnung nach dem Kurswerthe nebst den noch nicht
... fälligen Zinscheinen und den Talons niederzulegen.

Die in baar niedergelegte Summe wird nicht
... verzinst.

Gleichzeitig hat der Unternehmer die eingezahlte
... Baarsumme oder die Schuldverschreibungen durch eine
... Urkunde derart zum Pfande zu bestellen, daß der unter-
... zeichneten Behörde die Befugniß zusteht, durch Ver-
... wendung der niedergelegten Summe oder durch Ver-
... äußerung der Schuldverschreibungen zum jeweiligen
... Kurswerthe die verfallenen Strafbeträge einzuziehen.
... Die Rückgabe der zur Caution etwa gehörigen Zins-
... scheine erfolgt auf Erfordern des Unternehmers nach
... deren Fälligkeitsterminen, kann jedoch von der unter-
... zeichneten Behörde versagt werden, wenn den Ver-
... pflichtungen, zu deren Sicherung die Caution bestellt ist,
... nicht entsprochen, insbesondere durch Verzögerung des
... Baues die Einhaltung der Baufrist in Frage gestellt
... wird. Die Uekerrwahrung der Auslösung der etwa
... niedergelegten Schuldverschreibungen ist Sache des Unter-
... nehmers.

4.

Bei der Ausführung des Baues darf die Benutzung
... der öffentlichen Wege nicht verhindert oder mehr als
... unvermeidlich erschwert werden. Der Unternehmer hat
... dafür zu sorgen, daß die in oder an dem Straßen-
... körper befindlichen Anlagen keinen Schaden erleiden.

Auf Erfordern der zuständigen Wegepolizeibehörde
... hat der Unternehmer an Stelle der durch die Bau-
... arbeiten verkehrsunfähig werdenden oder gewordenen

öffentlichen Wege oder Wegeheile Nothwege anzulegen.
... Den von der Wegepolizeibehörde dieserhalb getroffenen
... Anordnungen hat der Unternehmer bei Vermeidung
... polizeilicher Zwangsmittel nachzukommen.

Für die durch die Bauarbeiten an öffentlichen oder
... privatem Eigenthum verursachten Beschädigungen ist der
... Unternehmer verantwortlich.

5.

Es bleibt vorbehalten, dem Unternehmer jederzeit
... die Gestattung der Einführung von Privatanschluß-
... bahnen nach Maßgabe des § 10 Ges. vom 28. Juli
... 1892 aufzuerlegen.

6.

Der Unternehmer hat die Bahn während der
... Dauer ihrer Genehmigung ordnungsmäßig zu betreiben.
... Hierzu ist die Bahn und deren Betriebsmittel fort-
... bauernd dem jeweiligen Verkehrsbedürfnisse entsprechend
... und gut auszurüsten sowie in einem solchen Zustande
... zu erhalten, daß dieselbe mit der unter № 11 fest-
... gesetzten größten Geschwindigkeit befahren werden kann.

Durch die Unterbrechung des Betriebes ohne ge-
... nügenden Grund oder durch Einstellung des Betriebes
... verurtheilt der Unternehmer die Zahlung einer Conventional-
... strafe bis zu 5000 Mark an die Staatskasse. Der
... Herr Minister der öffentlichen Arbeiten bestimmt, ob
... und bis zu welchem Betrage die Strafe als verfallen
... zu erachten ist. Zur Sicherstellung dieser Verpflichtung
... hat der Unternehmer die nach № 3 der Genehmigungs-
... bedingungen zu leistende Caution nach den daselbst ge-
... troffenen Vorschriften gleichfalls zum Pfande zu be-
... stellen, falls von ihm jene Sicherheitsleistung ver-
... langt wird.

7.

Die nach № 3 eventl. bestellten Cautionen sind
... von dem Unternehmer durch baare Nachzahlung oder
... Nachlieferung von Schuldverschreibungen insoweit zu
... ergänzen, als sie während der Dauer der Genehmigung
... zur Leistung von Conventionalstrafen in Anspruch ge-
... nommen sind.

8.

Die Namen der mit der Leitung der Bau- und
... Betriebsverwaltung betrauten Personen sind der unter-
... zeichneten Behörde sowie der Königlichen Eisenbahn-
... direktion Altona anzuzeigen.

Diese Anzeige hat auch bei dem Wechsel in den
... bezeichneten Personen zu erfolgen.

9.

Alle im äußeren Betriebsdienste beschäftigten
... Personen müssen diejenige körperliche und geistige Fähig-
... keit sowie diejenige Zuverlässigkeit besitzen, die ihr Beruf
... erfordert. Zu Maschinensführern dürfen nur solche
... Personen angenommen werden, die nach einer mindestens
... 6 monatigen Arbeit in einer Maschinenbau- oder
... Maschinenausbesserungs-Werkstätte und nach einer ebenso
... langen Lehrzeit als Maschinensführer durch eine Prüfung
... und durch Probefahrten der aufsichtsführenden Eisen-
... bahnbehörde gegenüber ihre Befähigung nachgewiesen haben.

Ob und inwieweit aus besonderen Gründen eine

kürzere Beschäftigung in einer Maschinenwerkstätte und als Lehrling für ausreichend zu erachten ist, bestimmt die eisenbahntechnische Aufsichtsbehörde.

Ueber alle im äußeren Betriebsdienste beschäftigten Personen (Maschinenführer, Heizer, Schaffner, Controlleure, Haltestellenvorsteher und dergl.) sind Nachweisungen zu führen, die über ihr Alter, ihre etwaigen gerichtlichen und disciplinaren Bestrafungen und sonstige, die Befähigung und Zuverlässigkeit für ihren Dienst betreffenden Umstände Auskunft geben müssen. Auf Erfordern sind diese Nachweisungen der unterzeichneten und der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde vorzulegen. Die im äußeren Betriebe der Bahn beschäftigten Personen, die sich als unfähig oder als unzuverlässig in ihrem Berufe erwiesen haben, sind auf Erfordern einer der unterzeichneten Behörden sofort von dem Unternehmer aus der Beschäftigung in dem Betriebe der Bahn zu entlassen.

10.

Die zum Verkehr mit dem Publikum bestimmten Bediensteten müssen während ihrer Dienstaussübung durch Dienstkleidung oder ein sonstiges gleichmäßiges Abzeichen als solche kenntlich sein und einer an der vorderen Seite der Kopfbedeckung zu tragenden Nummer versehen sein.

11.

Der Betrieb der Bahn darf erst eröffnet werden, nachdem von der unterzeichneten Behörde im Einvernehmen mit der zuständigen Eisenbahnbehörde die Erlaubnis hierzu erteilt worden ist.

Die Geschwindigkeit der Fahrten darf auf freier Strecke an keiner Stelle der Bahn 20 km, innerhalb der Ortschaften 12 km die Stunde überschreiten.

12.

Die Einrichtung des Fahrplans für die ersten 3 Betriebsjahre bleibt dem Unternehmer überlassen.

Nach Ablauf dieser Zeit steht der unterzeichneten Behörde in Gemeinschaft mit der königlichen Eisenbahndirektion die Befugnis zu, die Fahrpläne festzustellen.

Jeder Fahrplan — auch innerhalb der ersten drei Jahre — ist der unterzeichneten sowie der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde rechtzeitig einzureichen.

Die Festsetzung der Beförderungspreise steht dem Unternehmer fünf Jahre hindurch, vom Tage der Betriebseröffnung an gerechnet, frei. Der unterzeichneten Aufsichtsbehörde sind von der Betriebseröffnung an die Beförderungspreise anzuzeigen.

Vom Beginn des 6. Betriebsjahres an haben die Aufsichtsbehörden das Recht der Genehmigung der Beförderungspreise gemäß der Bestimmung im § 14 Absatz 3 des Gesetzes vom 28. Juli 1892.

13.

Die Fahrpläne für den Personenverkehr und die Beförderungspreise für den Personen- und Güterverkehr sind mindestens 8 Tage, Erhöhungen der Beförderungspreise aber mindestens 14 Tage vor ihrer Einführung durch die Zeitung, welche für Bekanntmachungen der Landräthe der Kreise Ost- und Westprignitz dienen, so-

wie durch Aushang — und zwar der Fahrpläne und der Personenbeförderungspreise in den Personenbahnhöfen und Wartehallen, der Güterbeförderungspreise in den zur Güterabfertigung bestimmten Räumen zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

14.

Die Betriebsmaschinen unterliegen wiederholten Untersuchungen nach Maßgabe des § 11 der Bahnordnung für die Nebenbahnen Deutschlands vom 5. Juli 1892 und dürfen nach diesen Untersuchungen erst wieder in Betrieb genommen werden, nachdem die im genannten § vorgeschriebenen Kesselsprüfungen durch die Eisenbahnaufsichtsbehörden bewirkt sind.

Der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde steht die Befugnis zu, außerordentliche Prüfungen der Betriebsmaschinen vorzunehmen und die Prüfungen auf die betriebsfähige Beschaffenheit der Wagen auszubehnen.

15.

Der Unternehmer hat über das Unternehmen kaufmännisch geordnete, besondere Bücher zu führen, aus denen das auf die Herstellung und Ausrüstung der Bahn verwendete Kapital, die Bruttoeinnahme und der jährliche Reinertrag sowie die jährlich gezahlte Dividende mit Sicherheit ersehen werden kann.

Auf ihr Erfordern ist der Aufsichtsbehörde der jährliche Rechnungsabluß einzureichen und die Einsicht der Rechnungsbücher zu gestatten.

16.

Für die Verpflichtungen dem Unternehmer gegenüber der Reichspostverwaltung sind die Bestimmungen im § 42 des Gesetzes vom 28. Juli 1892 maßgebend. Gegenüber der Reichstelegraphenverwaltung ist der Unternehmer verpflichtet, alle Kosten der Veränderungen zu erstatten, welche aus Anlaß des Bahnbaues oder späterer Aenderung der Bahnanlage an den Reichstelegraphenanlagen nach dem Ermessen und der Anordnung der zuständigen kaiserlichen Oberpostdirektion erforderlich werden, um Störungen des Telegraphenbetriebes zu verhüten.

Zu den gedachten Veränderungen gehört u. A. die Umkleidung der unterirdischen Telegraphenkabel mit Muffenrohren an denjenigen Stellen, an welchen der Bahnkörper diese Kabel überschreitet.

17.

Diese Genehmigung hat nur Gültigkeit für den Kreis Westprignitz.

Bei eintretendem Wechsel in der Person des Unternehmers hat der neue Unternehmer die Ertheilung der Genehmigung für sich nachzusuchen.

Angleiches ist für alle wesentlichen Erweiterungen und Aenderungen des Unternehmens, der Anlage und des Betriebes die Genehmigung der unterzeichneten Behörde einzuholen.

18.

Abgesehen von vorstehenden Bestimmungen finden auf das Unternehmen die Vorschriften des Gesetzes vom 28. Juli 1892 über Kleinbahnen und Privatananschlußbahnen Anwendung.

19.

Diese Genehmigung tritt in Kraft nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Regierung Potsdam.

Potsdam, den 13. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

153. Um festzustellen, ob sich die von den Fischereiberechtigten auf der Havel von Spandau bis Brandenburg a./H. angebotenen Wasserflächen zu Schonrevieren eignen, soll am **Montag den 19. Juli d. J.** eine Befahrung der Wasserflächen mittelst fiskalischen Dampfers, welche um 8 1/4 Uhr in Spandau beginnen wird, stattfinden.

Die Ankunft wird in Potsdam gegen 12 Uhr Mittags erfolgen. Die Fischereiberechtigten werden ersucht, an der Vereisung oder an den Verhandlungen an den Landungsstellen in Potsdam, Werder a./H. und Regin theilzunehmen.

Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß es im eigenen Interesse der Theilnehmenden liegt, zu erscheinen, damit die schwebenden Fragen wegen Einrichtung der Schonreviere baldigst zum Abschluß gelangen können.

Potsdam, den 10. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

154. Der Herr Ober-Präsident hat die Genehmigung erteilt, daß zum Besten des St. Josefsheims in Berlin bei den katholischen Einwohnern Berlins und dessen Vororte in der Zeit bis Ende September d. J. eine Hauscollekte abgehalten wird.

Potsdam und Berlin, den 9. Juli 1897.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

3 i e h s e u c h e n .

155. Ausgebrochen:

1) Milzbrand: bei einer Kuh des Bauern Friedrich Michels in Buckow, Kreis Beeskow-Storkow; bei einer Kuh des Bauern Senß in Wensickendorf und bei einem Zugochsen auf dem Kieselgute Malchow, Kreis Niederbarnim; auf dem Gehöft des Bauern Schulze in Nadeland, Kreis Jüterbog-Luckenwalde; auf dem Gehöft des Kossäthen Wendemacher in Wensickendorf, Kreis Niederbarnim; bei einer Störche des Bauern Steinberg in Nadeland, Kreis Ruppiner: bei je einer Kuh der Bauerngutsbesitzer Buge in Regow und Sumpf in Tremmen, Kreis Westhavelland; bei einem Bullen des Bauern Bree in Tuchen, Kreis Oberbarnim.

2) Brustseuche: bei einem Pferde des Kaufmanns Bork in Wusterhausen a. D., Kreis Ruppiner; unter den Pferden der 3. Batterie 2. Garde-Feld-artillerie-Regiments.

3) Maul- und Klauenseuche: unter dem Rindviehbestande des Dominiums Kollwitz, Kreis Prenzlau.

Erloschen:

1) Brustseuche: unter den Pferden der 1. und 7. Batterie 2. Garde-Feld-Artillerie-Regiments.

2) Milzbrand: auf dem Gehöft des Bauernguts-

besizers Schulze in Nadeland, Kreis Jüterbog-Luckenwalde; bei je einer Kuh des Dominiums Dedelow und Grünow und bei einem Kalbe des Bauernhofbesizers Holz in Babelow, Kreis Prenzlau.

3) Maul- und Klauenseuche: beim Rindvieh des Dominiums Züsedom, Kreis Prenzlau.

Potsdam, den 13. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen

der Königlichen Regierung.

Bekanntmachung.

18. Diejenigen Personen, welche nach dem Gesetz vom 14. Juli 1893 wegen Aufhebung directer Staatssteuern die seiner Zeit für die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen und Grundsteuerbefreiungen gewährten Kapitalschuldigungen zur Staatskasse zurückzahlen haben und die Rückzahlung in Form einer jährlichen Tilgungsrente bewirken, werden darauf aufmerksam gemacht, daß nach § 24 a. a. D. die Tilgungsrenten jeder Zeit durch Baarzahlung ganz oder theilweise abgelöst werden können.

Die Ablösung hat den Vorzug, daß durch die einmalige Kapitalzahlung dem Pflichtigen weniger Kosten entstehen als durch die 60 1/2 Jahre lang zu entrichtende Tilgungsrente.

Der Antrag auf Ablösung ist bei der zuständigen Kreisasse zu stellen. Potsdam, den 6. Juli 1897. Königliche Regierung, Abtheilung für directe Steuern, Domänen und Forsten A.

Bekanntmachungen

des Staatssecretairs des Reichs-Postamts.

Postpäckete im Verkehr mit Peru.

6. Von jetzt ab können Postpäckete ohne Werthangabe bis zum Gewicht von 5 kg nach Peru versandt werden. Zu den Päcketen sind drei Zoll-Inhalts-Erklärungen erforderlich. Die vom Absender voranzubehaltende Gebühr beträgt 3 Mark 80 Pfennig für jedes Paket. Die Beförderung nach Peru erfolgt über Hamburg mittels der durch die Mangellanstalt versehenen Deutschen Postdampfer. Ueber die sonstigen Versendungsbedingungen ertheilen die Postanstalten auf Erfordern Auskunft.

Berlin W., 3. Juli 1897.

Der Staatssecretair des Reichs-Postamts.

Postanweisungen im Verkehr mit Peru.

7. Von jetzt ab können bei den Deutschen Postanstalten Postanweisungen nach Peru bis zum Betrage von 195 Ecl de Plata (rund 400 Mark) eingeliefert werden. Zu den Postanweisungen ist das für den internationalen Verkehr vorgeschriebene Formular zu verwenden, wobei der Abschnitt zu schriftlichen Mittheilungen benutzt werden darf. Die vom Absender zu entrichtende Postanweisungsgebühr beträgt 20 Pfennig für je 20 Mark. Ueber die sonstigen Bedingungen ertheilen die Postanstalten auf Erfordern Auskunft.

Berlin W., den 3. Juli 1897.

Der Staatssecretair des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

47. Der Fernsprechverkehr mit Königs-Lutter und Heußedt ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt im Verkehr mit beiden Orten 1 Mark.

Berlin C., den 9. Juli 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

In Vertretung, Buschow.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

48. In dem Orte Jerchel (Kr. Jerichow) wird am 12. Juli eine Telegraphenbülstelle eröffnet.

Potsdam, 9. Juli 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector Gürtler.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

33. Durch das auf Grund der Allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 30. April 1830 erlassene Reskript des Königlichen Ministeriums der geistlichen u. Angelegenheiten vom 5. Mai desselben Jahres ist den evangelischen Glaubensgenossen, welche an einem Orte ihren Wohnsitz nehmen, wo mehrere der Union beigetretene Kirchengemeinden sich befinden, das Recht verliehen worden, die Gemeinde, welcher sie angehören wollen, zu wählen. Dieses Recht findet nach Maßgabe der angeführten Verordnung in Folge des Beitritts der evangelischen Kirchengemeinden in Berlin zur Union und unter Beziehung der allgemeinen Bestimmungen auf die besonderen Verhältnisse dieser Gemeinden hier selbst in der Weise Anwendung, daß die den von auswärts zuziehenden Personen zustehende Wahl getroffen werden kann zwischen, einerseits der betreffenden, mit einem örtlich abgegrenzten Kirchsprengel versehenen Gemeinde und andererseits der Dom- oder der Parochial-Kirche.

Da die Ausübung dieses Wahlrechts bisher an eine Frist nicht gebunden gewesen ist, so hat sich das Bedürfnis ergeben, den aus einer oft lange verschobenen Feststellung der Gemeindeangehörigkeit erwachsenden Uebelsständen für die Zukunft vorzubeugen.

In Folge der auf Grund Allerhöchsten Erlasses vom 6. September v. J. von dem Herrn Minister der geistlichen Angelegenheiten im Einverständnisse mit dem Evangelischen Ober-Kirchenrath erteilten Ermächtigung wird demnach hierdurch Folgendes bestimmt:

1) Alle von auswärts nach Berlin ziehenden evangelischen Glaubensgenossen haben ohne Rücksicht auf ihr besonderes Konfessionsverhältnis die Wahl, sich entweder derjenigen Lokalparochie, innerhalb deren sie ihre Wohnung nehmen, oder der Gemeinde der Dom-Kirche resp. der Parochial-Kirche anzuschließen, deren Mitglieder an keinen bestimmten Wohnort in der Stadt gebunden sind und daher

durch die Veränderung der Wohnung innerhalb der Stadt die Gemeinde und Kirche nicht wechseln.

2) Diese Wahl muß jedoch binnen Jahresfrist von der Niederlassung in Berlin ab gerechnet durch eine ausdrückliche Erklärung bei dem Kirchen-Ministerium und dem Vorstande der gewählten Kirche zu erkennen gegeben werden.

3) Wird diese Wahl in der bezeichneten Frist nicht ausgeübt, so werden solche evangelische Einwohner als pflichtige Glieder derjenigen Lokalparochie, innerhalb deren sie ihre Wohnung genommen haben, angesehen und behandelt, und gehen bei jeder Veränderung der letzteren in diejenige Parochie als Mitglieder über, in welcher die neugewählte Wohnung gelegen ist.

Berlin, den 21. November 1859.

Königliches Consistorium der Provinz Brandenburg.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch von Neuem veröffentlicht.

Berlin, den 1. Juli 1897.

Königliches Consistorium der Provinz Brandenburg.

Abtheilung Berlin.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

39. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Fräulein Hubertine Ploenes in Trier, Domfreihof 3, die Schuldverschreibung der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe von 1885

Lit. F. Nr. 352372 über 200 M.

angeblich abhanden gekommen, wahrscheinlich verbrannt ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Fräulein Ploenes anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 7. Juli 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Nachweisung

der vom Kreis-Ausschusse des Kreises Angermünde im II. Vierteljahr 1897 genehmigten Gemarkungs- und Guts-Bezirks-Veränderungen.

22. Bezeichnung des Grundstücks: Die vom Forstfiskus an den Fischer Hübner in Altenhof abgetretenen Flächen mit einem Gesamt-Flächeninhalt von 1,5360 Hektar, Parz.-Nr. 178/147 und Nr. 138, Kartenblatt 6 der Gemarkung Forst Grimnig. Name des Erwerbers: Hübner, Fischer in Altenhof. Künftiger Gemeindebez. Guts-Verband: Gemeinde Werbellin.

Angermünde, den 1. Juli 1897.

Der Kreis-Ausschuß.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

U e b e r s i c h t

von den Ergebnissen der Verwaltung der Städtefeuerlöschgesellschaft der Provinz Brandenburg im Jahre 1896.

Am Schlusse des Jahres 1896 betrug die Versicherungssumme

für Gebäude 628731975 M. (zusammen 651270375 M., d. i. gegen

„ Mobilien 22538400 „ | das Borjahr mehr 12277500 M.

Wovon waren gegen Explosionsgefahr 3155325 M. und rückversichert 137796690 M.

Es fanden im Societätsgebiete 331 Brände statt, 179 im 1. Halbjahre und 152 im 2. Halbjahre. Durch dieselben wurden in 102 Städten 584 Gebäude betroffen.

Außerdem wurden in 43 Fällen Mobilien und durch nicht zündenden Blitzschlag in 36 Fällen 46 Gebäude beschädigt.

An Beiträgen wurden vom Hundert der Versicherungssumme ausgeschrieben

| | | in Klasse | | | | | | | | | Pferdige | |
|----------------|--|-----------|----|-------|-------|-----|-------|------|--------|-----|----------|-------|
| | | I A. | I. | II B. | II A. | II. | II B. | III. | III B. | IV. | | IV B. |
| im 1. Halbjahr | | 2,1 | 3 | 3,9 | 6 | 9 | 12 | 21 | 30 | 42 | 66 | |
| 2. | | 2,1 | 3 | 3,9 | 6 | 9 | 12 | 21 | 30 | 42 | 66 | |

Auszug aus der Rechnung vom laufenden Fonds für 1896.

E i n n a h m e.

| | | | | | | | | | | |
|---|--|--|--|--|--|--|--------|----|----------------|-------------------|
| A. Bestand aus voriger Rechnung | | | | | | | | | | 456266 57 |
| B. Einnahmereste am Schlusse des Jahres 1895 | | | | | | | | | 2631 M. 06 Pf. | |
| | | | | | | | Abgang | 24 | = 97 | 2606 09 |
| C. Aus dem laufenden Rechnungsjahre | | | | | | | | | | |
| 1) Beiträge für das Jahr 1896 für Gebäude | | | | | | | | | | 600579 18 |
| 2) " " " " Mobilien | | | | | | | | | | 34847 12 |
| 3) " aus Vorjahren | | | | | | | | | | 91 98 |
| 4) Wiedererstattete Schadenersvergütungen | | | | | | | | | | 23 — |
| 5) Sonstige Wiedererstattungen | | | | | | | | | | 550 35 |
| 6) Antheil der Rückversicherungsgesellschaft an den Schadenersvergütungen | | | | | | | | | | 78999 90 |
| 7) Zinsen | | | | | | | | | | 10574 50 |
| 8) Sonstige Einnahmen | | | | | | | | | | 2 — |
| | | | | | | | | | Summe | 1184540 69 |

Н у б г а б е.

| | | | |
|---|---|---------------------------|------------|
| A. Ausgabereise am Schlusse des Jahres 1895 | | 86701 M. 37 Pf. | 85600 87 |
| | | Abgang <u>1100 „ 50 „</u> | |
| B. Aus dem laufenden Rechnungsjahre | | | |
| 1) | Prüfungs- und LARGebühren | | 9457 — |
| 2) | Bergütungen | | |
| a. | für Brand- und Bligschäden an Gebäuden, einschließlich 7851 M. 55 Pf. Ermittlungskosten u. 1388 M. Spritzen- und Wassermagenprämien | | 454565 80 |
| b. | für Brandschäden an Mobiliar, einschließlich 733 M. 2 Pf. Ermittlungskosten | | 8299 08 |
| c. | für Schäden an unversicherten Gegenständen | | 1866 05 |
| 3) | Belohnung für Entdeckung von Brandstiftern und für Löschbühle | | 310 — |
| 4) | Zuschuß zu den Kosten militärisch organisirter Feuerwehren | | 6357 61 |
| 5) | Zuschuß an die Brandenburg'sche Feuerwehrunfallkasse | | 2732 65 |
| 6) | Postgeld und Prozeßkosten | | 2551 38 |
| 7) | Rückversicherungsbeiträge | | 163219 — |
| 8) | Verwaltungskosten der Rückversicherung | | 1033 — |
| 9) | Rückzahlung überhobener Beiträge | | 444 19 |
| 10) | Entschädigungen an die Geschäftsführer für die Gebäudevversicherung | | 7584 06 |
| 11) | Außerordentliche Ausgaben, einschließlich 18950 M. Zuschuß an den eisernen Fonds | | 19121 02 |
| | | Summe | 763141 71 |
| | | Die Einnahme beträgt | 1184540 69 |
| | | Bleibt Bestand | 421398 98 |

Borhanden find: Baar und in Werthpapieren 498838 M. 34 Pf.
Einnahmereffe 317 = 29 =

zusammen 499155 M. 63 Pf.

Die Ausgabereffe betragen 77756 = 65 =

ergeben sich obige 421398 M. 98 Pf.

Auszug aus der Rechnung vom eisernen Fonds für das Jahr vom 1. April 1896/97.

| E i n n a h m e. | | M. | Pf. |
|--|--|--------|-----|
| A. Bestand aus voriger Rechnung | | 680900 | — |
| B. Erlös für ausgegebene Werthpapiere | | 100293 | 80 |
| C. Erworbene Werthpapiere | | 9000 | — |
| D. Laufende Einnahmen: | | | |
| 1) Zinsen | | 26431 | 20 |
| 2) Sonstige Einnahmen | | 428 | — |
| 3) Mietzen aus dem Grundstück der Societät | | 11358 | 15 |
| 4) Zuschuß aus dem laufenden Fonds | | 18950 | — |
| Summe | | 847361 | 15 |

| A u s g a b e. | | M. | Pf. |
|---|--|--------|-----|
| A. Rechnungsvoransch | | 4664 | 71 |
| B. Ausgegebene Werthpapiere | | 99000 | — |
| C. Für erworbene Werthpapiere | | 9000 | — |
| D. Laufende Ausgaben: | | | |
| 1) Reisekosten u. Tagelöner der Mitglieder des Directorialraths | | 638 | 40 |
| 2) Besoldungen | | 44137 | 25 |
| 3) Ruhegehälter | | 710 | — |
| 4) Für Bureau- und Kassenbedürfnisse | | 9906 | 72 |
| 5) Sonstige Ausgaben | | 3309 | 65 |
| E. Für das Grundstück der Societät | | | |
| 1) Kosten des Um- und Ausbaues des Hauses | | 67005 | 71 |
| 2) für Unterhaltung | | 12202 | 37 |
| 3) Abgaben, für Wasser, Gas u. f. w. | | 2320 | 47 |
| 4) Zinsen für die auf dem Grundstück haftende Hypothek von 99000 M. | | 3465 | — |
| Summe | | 256360 | 28 |

Die Einnahme beträgt 847361 15

bleibt Bestand 591000 87

und zwar: in Werthpapieren 83800 M. — Pf.
= Hypotheken 507100 = — =
baar 100 = 87 =

Berlin, den 2. Juli 1897.

Der Director der Städtefeuersocietät der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Landesdirectors der Provinz Brandenburg.

§. In Gemäßheit der Bestimmung im § 3 zu 5 des Reglements für die Wegebauverwaltung der Provinz Brandenburg vom 18. August 1876 hat der Provinzial-Landtag in seiner Sitzung am 27. Februar d. J. an Stelle der Bestimmung im § 9 daselbst nachstehende

Normativ-Bestimmungen

für den Neubau von Provinzialstraßen und von solchen Straßen, für welche Neubau-Prämien bewilligt werden, festgesetzt.

§ 1.

Chaussees, welche von der Provinz gebaut werden, oder für welche die Bewilligung einer Prämie nachgesucht wird, müssen mindestens den hier festgesetzten Bestimmungen entsprechen.

1. Breite und Eintheilung der Straßen.

a) Chaussees mit Sommerweg.

| | |
|--------------------------------|--------|
| Breite des Materialienbanketts | 1,20 m |
| = der Steinbahn | 3,75 = |
| = des Sommerweges | 2,50 = |
| = des Fußgängerbanketts | 0,55 = |
| Gesamtbreite des Planums | 8,00 m |

b) Chaussees ohne Sommerweg.

| | |
|--------------------------------|--------|
| Breite des Materialienbanketts | 1,50 m |
| = der Steinbahn | 4,25 = |
| = des Fußgängerbanketts | 1,25 = |
| Gesamtbreite des Planums | 7,00 m |

2. Stärke der Steinbahn.

Die Stärke chausfürter Steinbahnen muß im Durchschnitt des Profils im nicht abgewalzten Zustande mindestens 21 cm betragen, davon 12 cm für die Pack- und Zwischlage und 9 cm für die Decklage.

richtsschreiberei ebend., Flügel D. Zimmer 41 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **20. September 1897 Nachmittags 12 $\frac{1}{2}$ Uhr** an Gerichtsstelle wie oben angegeben verkündet werden.

Berlin, den 1. Juli 1897.

Königliches Amtsgericht I. Abtheilung 85.

Zwangsversteigerung.

196. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Schöneberg Band 42 Blatt Nr. 1547/1548 auf den Namen des Maurermeisters Wilhelm eingetragen, angelich zu Schöneberg, Cheruskerstraße 5 und Gothenstraße 1 belegenen Grundstücke am **5. Oktober 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Hallesches Ufer Nr. 26 Zimmer 14 versteigert werden.

Das Grundstück Blatt 1547 mit einer Fläche von 6 ar 01 qm ist mit 7800 M. Nutzungswert, das Grundstück Blatt 1548 mit einer Fläche von 13 ar 50 qm ist mit 18000 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszüge aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschriften der Grundbuchblätter, etwaige Abschätzungen und andere die Grundstücke betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei a. a. D. Zimmer 15 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder

Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigenthum der Grundstücke beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **9. Oktober 1897 Mittags 12 Uhr** an Gerichtsstelle a. a. D. Zimmer 14 verkündet werden.

Berlin, den 30. Juni 1897.

Königliches Amtsgericht II. Abtheilung 17.

197. Das Verfahren der Zwangsversteigerung des im Grundbuche von Freienwalde a./D. Band XIX. Blatt Nr. 729 auf den Namen des Maschinenbauers Ferdinand Korb in Freienwalde a./D. eingetragenen, in Freienwalde a./D. belegenen Grundstücks ist aufgehoben.

Freienwalde a./D., den 3. Juli 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Öffentliche Vorladung.

198. Zum Bau der Eisenbahn von Löwenberg nach Lindow soll die dem Lehnshulzen Hermann Döring zu Schöneberg bei Lindow gehörige, im Grundbuche unter Band I. Blatt 28 verzeichnete Parzelle Kartenblatt 5 Parzelle Nr. 140/58 i. v. von 37 ar 59 qm Größe im Wege der Enteignung erworben werden.

Zur Abschätzung dieser Fläche und zur Verhandlung mit den Beteiligten wird hiermit auf **den 20. Juli 1897 Vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr** auf der Haltestelle zu Schöneberg Termin anberaumt, zu welchem alle Beteiligte eingeladen werden.

Im Falle des Nichterscheinens der Geladenen wird auch ohne deren Zutun die Entschädigungssumme festgesetzt und wegen Auszahlung oder Hinterlegung derselben das Erforderliche veranlaßt werden.

Zum Sachverständigen ist von dem Herrn Regierungs-Präsidenten der Amtsvorsteher Lamprecht zu Klein-Mug ernannt worden.

Potsdam, den 5. Juli 1897.

Der Kommissar des Regierungs-Präsidenten.
gez. Budde, Regierungs-Assessor.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 29.

Den 16. Juli

1897.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 26.) **Nr. 2393.** Gesetz über das Auswanderungs-
wesen. Vom 9. Juni 1897.

Nr. 2394. Verordnung zur Ausführung des Patent-
gesetzes vom 7. April 1891. Vom 5. Juni 1897.

(Stück 27.) **Nr. 2395.** Gesetz, betreffend den Verkehr
mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln.
Vom 15. Juni 1897.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Fischereiaufsicht.

147. An Stelle des Königl. Försters Voas in
Forsthaus Stechlin habe ich den Forstaufsicher Nikke
in Forsthaus Stechlin zum Fischereiaufsicher für nach-
stehende Gewässerstrecken ernannt:

- a. die nordöstlich vom Forsthaus Stechlin belegene
Bucht des Stechlinsees,
- b. die östlich der vorigen belegene kleinere Bucht des-
selben Sees,
- c. die dem Wulfssee gegenüber belegene nördliche
Bucht des Nechnipfers,
- d. den Breugensee.

Potsdam, den 3. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Neues Tuberkulin Koch.

148. Mit Bezug auf die Bekanntmachung vom
13. März 1891 im Amtsblatt S. 105, betreffend das

Tuberculinum Kochii, werden folgende, von dem
Herrn Minister der Medizinal-Angelegenheiten durch
Erlaß vom 30. Juni d. J. getroffenen Bestimmungen
zur Nachachtung bekannt gemacht.

Das von dem Geheimen Medizinalrath Professor
Dr. Koch erfundene neue Heilmittel gegen die Tuber-
kulose (T. R.), welches von den Farbwerken Meister,
Lucius und Brüning zu Höchst a./M. unter der Be-
zeichnung „Neues Tuberkulin Koch“ in den Handel ge-
bracht wird, darf ebenso wie das alte Tuberculinum
Kochii — abgesehen vom Großhandel — nur in Apo-
theken abgegeben werden.

Hinsichtlich der Aufbewahrung und Abgabe der
Mittel in den Apotheken sind nachstehende Anordnungen
getroffen:

- 1) Das „neue Tuberkulin Koch“ ist unter den Sepa-
randen vor Licht geschützt aufzubewahren.
- 2) Dasselbe ist nur in den unverletzten Original-
flaschen und nur gegen schriftliche Anweisung eines
approbirtten Arztes an diesen selbst oder eine von
ihm beauftragte Person abzugeben.
- 3) der Tarpreis des „neuen Tuberkulins Koch“ ist
(einschließlich der Verpackungskosten) für das Fläsch-
chen mit 1 cem Inhalt auf 8,50, für das mit
5 cem Inhalt auf 42,50 M. festgesetzt.

Potsdam und Berlin, den 12. Juli 1897.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

149.

Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat Juni 1897
in den Hauptmarkttorten des Regierungs-Bezirks Potsdam.

| Laufende Nummer | Es
kosten
je 50
Kilogramm | Beehon
für
Kreis
Beeh-
low-
Gorlow | | Brand-
enburg
für
Brand-
enburg
und
Kreis
West-
havell-
land. | | Luden-
walde
für
Kreis
Jüter-
bog-
Luden-
walde. | | Berle-
berg
für
Kreis
West-
Prignitz. | | Pots-
dam
für
Pots-
dam
und
Kreis
Rau-
ch-
belzig. | | Pren-
lau
für die
Kreise
Pren-
lau
und
Templin. | | Ren-
nippin
für
Kreis
Ruppin. | | Schwedt
für
Kreis
Anger-
münde. | | Prignitz
für
Kreis
Prignitz. | | Bemerkungen. |
|-----------------|------------------------------------|---|-----|--|-----|---|-----|--|-----|---|-----|--|-----|---|-----|---|-----|---------------------------------------|-----|---|
| | | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | |
| 1 | Hafer | 8 05 | | 7 10 | | 7 57 | | 6 83 | | 7 86 | | — | | 7 04 | | 7 02 | | 6 56 | | Für die Kreise Niederbar-
nim, Oberbarnim, Ost-
havelland u. Teltow, sowie
für die Stadt Spandau
gilt Berlin als Haupt-
markttort. |
| 2 | Heu | 3 41 | | 2 19 | | 2 63 | | 2 59 | | 2 86 | | 3 68 | | — | | 2 95 | | 2 36 | | |
| 3 | Richtstroh | 1 84 | | 1 89 | | 2 19 | | 1 89 | | 2 56 | | 3 15 | | 2 10 | | 2 63 | | 2 10 | | |

Potsdam, den 7. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

richtsschreiberei ebenda Flögel D. Zimmer 41 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **20. September 1897 Nachmittags 12 1/2 Uhr** an Gerichtsstelle wie oben angegeben verkündet werden.

Berlin, den 1. Juli 1897.

Königliches Amtsgericht I. Abtheilung 85.

Zwangsversteigerung.

196. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Schöneberg Band 42 Blatt Nr. 1547/1548 auf den Namen des Maurermeisters Wilhelm eingetragenen, angeblich zu Schöneberg, Überserstraße 5 und Götzenstraße 1 belegenen Grundstücke am **5. Oktober 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Hallesches Ufer Nr. 26 Zimmer 14 versteigert werden.

Das Grundstück Blatt 1547 mit einer Fläche von 6 ar 01 qm ist mit 7800 M. Nutzungswert, das Grundstück Blatt 1548 mit einer Fläche von 13 ar 50 qm ist mit 18000 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszüge aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschriften der Grundbuchblätter, etwaige Abschätzungen und andere die Grundstücke betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei a. a. D. Zimmer 15 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder

Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigenthum der Grundstücke beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **9. Oktober 1897 Mittags 12 Uhr** an Gerichtsstelle a. a. D. Zimmer 14 verkündet werden.

Berlin, den 30. Juni 1897.

Königliches Amtsgericht II. Abtheilung 17.

197. Das Verfahren der Zwangsversteigerung des im Grundbuche von Freienwalde a./D. Band XIX. Blatt Nr. 729 auf den Namen des Maschinenbauers Ferdinand Korb in Freienwalde a./D. eingetragenen, in Freienwalde a./D. belegenen Grundstücks ist aufgehoben.

Freienwalde a./D., den 3. Juli 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Öffentliche Vorladung.

198. Zum Bau der Eisenbahn von Löwenberg nach Lindow soll die dem Lehnschulzen Hermann Döring zu Schöneberg bei Lindow gehörige, im Grundbuche unter Band I. Blatt 28 verzeichnete Parzelle Kartenblatt 5 Parzelle Nr. 140/58 re. von 37 ar 59 qm Größe im Wege der Enteignung erworben werden.

Zur Abschätzung dieser Fläche und zur Verhandlung mit den Theilhabenden wird hiermit auf

den **20. Juli 1897 Vormittags 10 1/2 Uhr** auf der Haltestelle zu Schöneberg

Termin anberaumt, zu welchem alle Theilhabenden eingeladen werden.

Im Falle des Nichterscheinens der Geladenen wird auch ohne deren Zutun die Entschädigungssumme festgesetzt und wegen Auszahlung oder Hinterlegung derselben das Erforderliche veranlaßt werden.

Zum Sachverständigen ist von dem Herrn Regierungs-Präsidenten der Amtsvorsteher Lamprecht zu Klein-Ruß ernannt worden.

Potsdam, den 5. Juli 1897.

Der Kommissar des Regierungs-Präsidenten.
gez. Budde, Regierungs-Assessor.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 29.

Den 16. Juli

1897.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 26.) **Nr 2393.** Gesetz über das Auswanderungswesen. Vom 9. Juni 1897.

Nr 2394. Verordnung zur Ausführung des Patentgesetzes vom 7. April 1891. Vom 5. Juni 1897.

(Stück 27.) **Nr 2395.** Gesetz, betreffend den Verkehr mit Butter, Råse, Schmalz und deren Ersatzmitteln. Vom 15. Juni 1897.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Fischereiaufsicht.

147. An Stelle des Königl. Försters Voas in Forsthaus Stechlin habe ich den Forsthausf. Rigte in Forsthaus Stechlin zum Fischereiaufseher für nachstehende Gewässerstreden ernannt:

- a. die nordöstlich vom Forsthaus Stechlin belegene Bucht des Stechlinsees,
- b. die östlich der vorigen belegene kleinere Bucht desselben Sees,
- c. die dem Wulpssee gegenüber belegene nördliche Bucht des Neudringssees,
- d. den Breugenfer.

Potsdam, den 3. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Neues Tuberculin Koch.

148. Mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 13. März 1891 im Amtsblatt S. 105, betreffend das

Tuberculinum Kochii, werden folgende, von dem Herrn Minister der Medizinal-Angelegenheiten durch Erlaß vom 30. Juni d. J. getroffenen Bestimmungen zur Nachachtung bekannt gemacht.

Das von dem Geheimen Medizinalrath Professor Dr. Koch erfundene neue Heilmittel gegen die Tuberkulose (T. R.), welches von den Farbwerken Meister, Lucius und Brüning zu Höchst a./M. unter der Bezeichnung „Neues Tuberculin Koch“ in den Handel gebracht wird, darf ebenso wie das alte Tuberculinum Kochii — abgesehen vom Großhandel — nur in Apotheken abgegeben werden.

Hinsichtlich der Aufbewahrung und Abgabe der Mittel in den Apotheken sind nachstehende Anordnungen getroffen:

- 1) Das „neue Tuberculin Koch“ ist unter den Separanden vor Licht geschützt aufzubewahren.
- 2) Dasselbe ist nur in den unverletzten Originalflaschen und nur gegen schriftliche Anweisung eines approbirten Arztes an diesen selbst oder eine von ihm beauftragte Person abzugeben.
- 3) der Verkaufspreis des „neuen Tuberculins Koch“ ist (einschließlich der Verpackungskosten) für das Fläschchen mit 1 cem Inhalt auf 8,50, für das mit 5 cem Inhalt auf 42,50 M. festgesetzt.

Potsdam und Berlin, den 12. Juli 1897.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

149.

Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat Juni 1897 in den Hauptmarkttorten des Regierungs-Bezirks Potsdam.

| Laufende Nummer | Es
kosten
je 50
Kilogramm | Beeblow
für
Kreis
Beeblow-
Storkow | | Brandenburg
für
Brandenburg
und
Kreis
West-
havel-
land. | | Ludowalbe
für
Kreis
Jüter-
bog-
Ludowalbe. | | Berleberg
für
Kreis
West-
Prignitz. | | Potsdam
für
Potsdam
und
Kreis
Rau-
sch-
Belzig. | | Prenzlau
für die
Kreise
Prenzlau
und
Templin. | | Neu-
ruppin
für
Kreis
Ruppin. | | Schwedt
für
Kreis
Anger-
münde. | | Prignitz
für
Kreis
Prignitz. | | Bemerkungen. |
|-----------------|------------------------------------|--|----|---|----|---|----|---|----|--|----|--|----|---|----|---|----|---------------------------------------|----|---|
| | | M. | ℔. | M. | ℔. | M. | ℔. | M. | ℔. | M. | ℔. | M. | ℔. | M. | ℔. | M. | ℔. | M. | ℔. | |
| 1 | Hafer | 8 | 05 | 7 | 10 | 7 | 57 | 6 | 83 | 7 | 86 | — | — | 7 | 04 | 7 | 02 | 6 | 56 | Für die Kreise Niederbarnim, Oberbarnim, Osthavelland u. Teltow, sowie für die Stadt Spandau gilt Berlin als Hauptmarktort. |
| 2 | Heu | 3 | 41 | 2 | 19 | 2 | 63 | 2 | 59 | 2 | 86 | 3 | 68 | — | — | 2 | 95 | 2 | 36 | |
| 3 | Richtstroh | 1 | 84 | 1 | 89 | 2 | 19 | 1 | 89 | 2 | 56 | 3 | 15 | 2 | 10 | 2 | 63 | 2 | 10 | |

Potsdam, den 7. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

| Laufende Nummer | Namen der Städte | A. Getreide | | | | I. B. Uebrige Markt: | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|----------------------------|------------------|-------------|--------|--------|-------|---------------------------|----------------------|--------|--------------|-------|-------|------|---------------|-----------------|-----------|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|---|----|
| | | | | | | Hültenfrüchte | | | Stroh | | | | Fleisch | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen (gelbe) zum Kochen | Speldebohnen (weiße) | Linsen | Erbarnsteine | Rüchz | Kumme | Sen. | Rind: | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | im Großhandel | im Kleinhandel: | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | von der Keule | vom Bauch | Es | | | | | | | | | | | | | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | je 1 | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | Dr. | Pr. | Dr. | Pr. | Dr. | Pr. | Dr. | Pr. | Dr. | Pr. | Dr. | Pr. | Dr. | Pr. | Dr. | Pr. | Dr. | Pr. | Dr. | Pr. | Dr. | Pr. | Dr. | Pr. | Dr. | Pr. | | |
| 1 | Angermünde | 15 | 34 | 11 | 31 | 12 | 59 | 12 | 74 | 25 | — | 27 | — | 34 | — | 4 | 75 | 5 | 53 | 3 | 89 | 4 | 88 | 11 | 5 | 1 | 30 | 1 | 15 |
| 2 | Beeskow | — | — | — | — | — | — | 15 | 13 | 22 | 50 | 27 | 50 | 45 | — | 4 | 10 | 3 | 25 | — | — | 6 | 50 | 9 | 5 | 1 | 20 | 1 | — |
| 3 | Brandenburg | 15 | 10 | 11 | — | 10 | 60 | 12 | 95 | 21 | — | 24 | — | 32 | 50 | 5 | 34 | 3 | 40 | — | — | 3 | 79 | 8 | 4 | 1 | 40 | 1 | 10 |
| 4 | Dahme | 15 | 88 | 11 | 01 | 11 | 42 | 14 | — | 24 | — | 30 | — | 35 | — | 4 | — | 3 | 50 | 2 | — | 6 | — | 9 | 5 | 1 | 20 | 1 | — |
| 5 | Eberswalde | 15 | 11 | 11 | 20 | 12 | 22 | 12 | 99 | 21 | — | 23 | — | 29 | — | 4 | — | 5 | — | — | — | 5 | 28 | 9 | 6 | 1 | 30 | 1 | 20 |
| 6 | Havelberg | 15 | 53 | 11 | 41 | 13 | 07 | 13 | 98 | 27 | — | 33 | — | 34 | — | 4 | 53 | 3 | — | — | — | 4 | 50 | 10 | 5 | 1 | 20 | 1 | — |
| 7 | Jüterbog | — | — | — | — | — | — | — | — | 24 | — | 24 | — | 25 | — | 4 | 96 | 4 | 07 | — | — | 5 | 94 | 10 | 0 | 1 | 40 | 1 | 20 |
| 8 | Ludenwalde | 13 | 89 | 10 | 82 | 12 | 86 | 13 | 46 | 35 | — | 35 | — | 45 | — | 5 | 75 | 4 | 09 | — | — | 4 | 75 | 11 | 6 | 1 | 20 | 1 | 20 |
| 9 | Perleberg | 15 | 40 | 11 | 07 | 11 | — | 12 | 95 | 18 | — | 29 | — | 27 | — | 4 | 86 | 3 | 55 | — | — | 4 | 76 | 10 | 5 | 1 | 40 | 1 | 15 |
| 10 | Potsdam | — | — | 11 | 58 | — | — | 14 | 80 | — | — | — | — | — | — | 5 | 22 | 4 | 61 | — | — | 4 | 91 | 10 | 9 | 1 | 45 | 1 | 30 |
| 11 | Prenzlau | — | — | — | — | — | — | — | — | 21 | 50 | 24 | 50 | 36 | — | 4 | 75 | 5 | 50 | 2 | 25 | 6 | — | 9 | 5 | 1 | 30 | 1 | 95 |
| 12 | Prigwall | 15 | 38 | 10 | 90 | 13 | 38 | 11 | 88 | 13 | 50 | 24 | — | 30 | — | 3 | 88 | 3 | 75 | 2 | 75 | 4 | 25 | — | — | 1 | 40 | 1 | 20 |
| 13 | Rathenow | 14 | 77 | 11 | 23 | 12 | 50 | 13 | 25 | 25 | 50 | 27 | — | 36 | — | 4 | 62 | 3 | 39 | — | — | 4 | 14 | 10 | 0 | 1 | 30 | 1 | 15 |
| 14 | Neu-Ruppin | 17 | — | 12 | — | 14 | — | 13 | 41 | 35 | — | 35 | — | 45 | — | 5 | — | 4 | — | — | — | — | — | 10 | 6 | 1 | 35 | 1 | 15 |
| 15 | Schwedt | 15 | 84 | 11 | 54 | 14 | 56 | 13 | 38 | 26 | 66 | 31 | 25 | 37 | 50 | 5 | 11 | 5 | — | — | — | 5 | 62 | 11 | 0 | 1 | 30 | 1 | 10 |
| 16 | Spanbau | 16 | — | 11 | 65 | 11 | 50 | 13 | 25 | 25 | 50 | 33 | 50 | 34 | 50 | 5 | 50 | 3 | 88 | 3 | 50 | 6 | 50 | 11 | 3 | 1 | 50 | 1 | 20 |
| 17 | Strausberg | 15 | 47 | 12 | 05 | 12 | 10 | 13 | 20 | 23 | 60 | 32 | 10 | 38 | 20 | 4 | — | 4 | — | 2 | 50 | 4 | 25 | 9 | 0 | 1 | 50 | 1 | 10 |
| 18 | Teltow | — | — | 10 | 69 | 13 | 55 | 13 | 37 | 32 | — | 37 | — | 42 | 50 | 5 | 50 | 4 | 75 | 3 | — | 4 | 50 | 11 | 0 | 1 | 55 | 1 | 10 |
| 19 | Templin | 16 | — | 12 | — | 14 | 50 | 14 | — | 21 | — | 30 | — | 40 | — | 5 | — | 5 | — | 4 | — | 5 | — | 10 | 0 | 1 | 20 | 1 | — |
| 20 | Treuenbriezen | 14 | 70 | 11 | 25 | — | — | 12 | 83 | — | — | — | — | — | — | 4 | 50 | 3 | — | — | — | 4 | — | — | — | 1 | 40 | 1 | 20 |
| 21 | Wittstock | — | — | 11 | 58 | — | — | 13 | 45 | — | — | — | — | — | — | 4 | 85 | — | — | — | — | — | — | 9 | 5 | 1 | 05 | — | 89 |
| 22 | Wriezen a. D. | 14 | 54 | 10 | 79 | 13 | 50 | 12 | 38 | 22 | 50 | 24 | — | 25 | — | 5 | 50 | 4 | 50 | 3 | 50 | 5 | 50 | 10 | 0 | 1 | 30 | 1 | 20 |
| Durchschnitt | | 15 | 37 | 11 | 31 | 12 | 71 | 13 | 37 | — | — | — | — | — | — | 4 | 81 | 4 | 13 | — | — | 5 | 05 | 10 | 1 | 99 | — | — | — |

Potsdam, den 10. Juli 1897.

Bekanntmachung.

181. Der Mastenkrahn oberhalb der über die Nege führenden Dziembowor Eisenbahnbrücke im Kreise Kolmar i. N. muß wegen Erbauung eines neuen Krahns in der Zeit vom 15. Juli bis 1. August d. J. außer Betrieb gesetzt werden.

Potsdam, den 5. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

152. Genehmigung

für die Herstellung und den Betrieb einer Kleinbahn von Berleberg
bis zur Kreisgrenze bei Hoppenrade.

Zur Herstellung und zum Verlebe einer für die
Beförderung von Personen und Gütern mittelst Ma-
schine. (Lokomotiven) bestimmten Kleinbahn von Perle-
berg bis zur Kreisgrenze bei Hoppenrade wird auf

Grund des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. Juli 1892 im Einvernehmen mit der Königl. Eisenbahndirektion Altona dem Kreise Westprignitz auf unbegrenzte Zeit vorbehaltlich der Rechte Dritter unter nachstehenden Bedingungen die Genehmigung ertheilt:

1.

Die Bahn- und die Betriebsmittel sind nach Maßgabe der von dem Unternehmer vorgelegten, mit dem Genehmigungsvermerke vom heutigen Tage versehenen Pläne und Zeichnungen, bestehend aus:

- 1) einer Uebersichtskarte (Generalskizzenkarte 1:100000),
- 2) 6 Höhen- und Lageplänen Bl. 1—6,
- 3) zweier Lokomotivzeichnungen Bl. 14, 15,
- 4) einer Lokomotivdrehschleibenzzeichnung Bl. 11,
- 5) fünf Wagenzeichnungen Bl. 16—19 und Bl. o.,

Preise im Monat Juni 1897.

waaren.

II. Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats.

| Getreide. | | | | | | Mehl zur Speisebereitung aus | | Gersten- | | Buchweizengröße | Hafergröße | Erlse | Reis, Java, minderer | Kaffee | | Speisefalz | Schwefelsäure, flüssig |
|-----------|-------|----------|--------------------|---------|---------|------------------------------|--------|----------|-------|-----------------|------------|-------|----------------------|---------------------|------------------------------------|------------|------------------------|
| Schrot- | Raff- | Samfels- | Geräucherter Speck | Erbsen- | Erbsen- | Weizen | Roggen | Grande | Größe | | | | | Java minderer (roh) | Java gelb (in getrockneten Bohnen) | | |

loftet

Kilogramm

1 Ctr.

Es kostet je 1 Kilogramm.

| Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. |
|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| 105 | 125 | 115 | 153 | 223 | 340 | 30 | 25 | 45 | 30 | 40 | 45 | 40 | 55 | 270 | 340 | 20 | 140 |
| 110 | 95 | 120 | 160 | 190 | 250 | 40 | 20 | 50 | 40 | 35 | 60 | 40 | 60 | 240 | 340 | 20 | 130 |
| 115 | 120 | 130 | 140 | 205 | 340 | 25 | 20 | 50 | 50 | 50 | 50 | 50 | 50 | 260 | 360 | 20 | 130 |
| 120 | 1 | 120 | 160 | 2 | 280 | 30 | 20 | 40 | 50 | 40 | 60 | 40 | 55 | 250 | 340 | 20 | 140 |
| 130 | 130 | 130 | 140 | 220 | 380 | 24 | 22 | 45 | 35 | 40 | 40 | 40 | 50 | 280 | 360 | 20 | 140 |
| 105 | 125 | 120 | 135 | 214 | 282 | 28 | 23 | 40 | 38 | 45 | 45 | 42 | 51 | 270 | 350 | 20 | 130 |
| 102 | 110 | 130 | 140 | 220 | 294 | 28 | 18 | 50 | 50 | 50 | 50 | 40 | 40 | 280 | 360 | 20 | 140 |
| 110 | 1 | 120 | 150 | 110 | 340 | 27 | 19 | 50 | 50 | 50 | 60 | 35 | 60 | 220 | 360 | 20 | 130 |
| 110 | 125 | 125 | 140 | 185 | 242 | 27 | 24 | 35 | 27 | 35 | 43 | 38 | 43 | 275 | 355 | 19 | 140 |
| 145 | 130 | 130 | 160 | 210 | 253 | 38 | 28 | 50 | 50 | 40 | 45 | 45 | 55 | 270 | 350 | 20 | 140 |
| 110 | 105 | 115 | 130 | 210 | 319 | 31 | 23 | 45 | 40 | 43 | 55 | 43 | 50 | 245 | 320 | 20 | 130 |
| 110 | 130 | 110 | 170 | 176 | 233 | 25 | 20 | 40 | 40 | 40 | 50 | 40 | 45 | 260 | 360 | 20 | 180 |
| 115 | 110 | 125 | 145 | 216 | 312 | 30 | 24 | 40 | 40 | 45 | 40 | 40 | 50 | 260 | 380 | 20 | 140 |
| 130 | 120 | 120 | 150 | 210 | 297 | 28 | 22 | 45 | 40 | 50 | 50 | 50 | 60 | 3 | 4 | 20 | 160 |
| 1 | 1 | 120 | 140 | 222 | 327 | 25 | 20 | 50 | 30 | 40 | 50 | 50 | 60 | 280 | 360 | 20 | 160 |
| 140 | 140 | 150 | 180 | 125 | 430 | 35 | 28 | 40 | 40 | 38 | 45 | 33 | 58 | 275 | 305 | 20 | 140 |
| 140 | 120 | 120 | 160 | 240 | 320 | 30 | 21 | 50 | 40 | 40 | 50 | 40 | 60 | 280 | 360 | 20 | 160 |
| 130 | 150 | 130 | 155 | 210 | 4 | 30 | 20 | 50 | 40 | 50 | 60 | 60 | 60 | 250 | 270 | 20 | 115 |
| 120 | 1 | 120 | 160 | 210 | 360 | 30 | 25 | 50 | 60 | 50 | 50 | 50 | 50 | 230 | 3 | 20 | 160 |
| 120 | 1 | 120 | 160 | 180 | 3 | 30 | 20 | 40 | | 40 | 50 | 30 | 50 | 260 | 340 | 20 | 160 |
| 99 | 90 | 105 | 140 | 179 | 266 | 23 | 17 | 45 | 25 | 38 | 45 | 40 | 45 | 220 | 270 | 20 | 130 |
| 120 | 120 | 120 | 140 | 220 | 240 | 33 | 23 | 43 | 33 | 40 | 38 | 43 | 45 | 260 | 320 | 20 | 120 |

Der Regierungspräsident.

- 6) einer Zeichnung der Umgrenzung des lichten Raumes Bl. 8,
 7) einer Zeichnung eines Normalprofils Bl. 7,
 8) einer Zeichnung der Schwelleneintheilung Bl. 10,
 9) einer Zeichnung der Schienen und Schienenbefestigungsmittel Bl. 9,
 10) einer Zeichnung einer Brücke über die Stepenitz Bl. 28,
 11) dreier Zeichnungen gewölbter Durchlässe Bl. 20, 21, 22,
 12) zweier Zeichnungen einfacher Weichen Bl. 29, 30,
 13) zweier Zeichnungen betr. graphische Pläne Bl. 23, 24,
 14) zweier Zeichnungen betr. Hauptträger Bl. 26, 27,
 15) einer Zeichnung betr. Querträger Bl. 25,
 16) einer Zeichnung betr. Entwurf für die Haltestellen Bl. 13,
 17) einer Zeichnung betr. Bahnhof Verleberg Bl. 12,
 18) 1 Heft Querprofile,
 19) 1 Heft Erdmassenberechnung,
 20) 1 Heft statistische und Gewichtsberechnung,
 21) 1 Heft Nachweisung der Richtungsverhältnisse u. s. w.
 22) einem Erläuterungsbericht,
 23) einem vorläufigen Kostenüberschlage,
 unter Beachtung der in dieser Genehmigungsurkunde getroffenen Bestimmungen und den in den Plänen, Zeichnungen und Erläuterungen vorgenommenen Aenderungen und Bemerkungen herzustellen.
 Insbesondere ist Unternehmer verpflichtet, die Bahnanlage nach den im Planfeststellungsverfahren gemäß den Bestimmungen der §§ 17, 18 des Gesetzes vom 28. Juli 1892 zu treffenden Anordnungen auszuführen.
 Bei späteren Ergänzungen der Bahnanlage und

der Betriebsmittel darf ohne Zustimmung der unterzeichneten Behörde von der durch die Genehmigung festgesetzten Konstruktion nicht abgewichen werden.

2.

Für den Bau und Betrieb der Kreuzung der Kleinbahn mit der Prignitzbahn, die der zuständige Herr Eisenbahn-Kommissar unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs gestattet hat, sind die betreffende Spezialzeichnung, der Erläuterungsbericht und die zugehörigen Bedingungen maßgebend.

3.

Die Inbetriebnahme der Bahn muß innerhalb eines Jahres nach der Feststellung des Bauplanes gemäß § 17 des Gesetzes vom 28. Juli 1892 erfolgen.

Kommt der Unternehmer dieser Verpflichtung nicht nach, so hat er eine Conventionalstrafe bis zu 5000 Mark, in Worten fünftausend Mark zu zahlen. Die Entscheidung darüber, ob und bis zu welchem Betrage die Strafe als verfallen zu betrachten ist, steht dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten zu.

Zur Sicherstellung dieser und der unter Nr. 6 der Genehmigung bezeichneten Verpflichtungen hat der Unternehmer auf Erfordern der genehmigenden Behörde bei der Regierungshauptkasse zu Potsdam den Betrag von 10000 Mark in Worten zehntausend Mark in baar oder Schuldverschreibungen, in denen nach § 39 der Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 die Anlegung des Vermögens von Minderjährigen zulässig ist, unter Berechnung nach dem Kurswerthe nebst den noch nicht fälligen Zinsscheinen und den Talons niederzulegen.

Die in baar niedergelegte Summe wird nicht verzinst.

Gleichzeitig hat der Unternehmer die eingezahlte Baarsumme oder die Schuldverschreibungen durch eine Urkunde derart zum Pfande zu bestellen, daß der unterzeichneten Behörde die Befugniß zusteht, durch Verwendung der niedergelegten Summe oder durch Veräußerung der Schuldverschreibungen zum jeweiligen Kurswerthe die verfallenen Strafbeträge einzuziehen. Die Rückgabe der zur Kaution etwa gehörigen Zinsscheine erfolgt auf Erfordern des Unternehmers nach deren Fälligkeitsterminen, kann jedoch von der unterzeichneten Behörde versagt werden, wenn den Verpflichtungen, zu deren Sicherung die Kaution bestellt ist, nicht entsprochen, insbesondere durch Verzögerung des Baues die Einhaltung der Baufrist in Frage gestellt wird. Die Ueberwachung der Auslösung der etwa niedergelegten Schuldverschreibungen ist Sache des Unternehmers.

4.

Bei der Ausführung des Baues darf die Benutzung der öffentlichen Wege nicht verhindert oder mehr als unvermeidlich erschwert werden. Der Unternehmer hat dafür zu sorgen, daß die in oder an dem Straßenkörper befindlichen Anlagen keinen Schaden erleiden.

Auf Erfordern der zuständigen Wegepolizeibehörde hat der Unternehmer an Stelle der durch die Bauarbeiten verkehrsunsfähig werdenden oder gewordenen

öffentlichen Wege oder Wege theile Nothwege anzulegen. Den von der Wegepolizeibehörde dieserhalb getroffenen Anordnungen hat der Unternehmer bei Vermeidung polizeilicher Zwangsmittel nachzukommen.

Für die durch die Bauarbeiten an öffentlichen oder privatem Eigenthum verursachten Beschädigungen ist der Unternehmer verantwortlich.

5.

Es bleibt vorbehalten, dem Unternehmer jederzeit die Gestattung der Einführung von Privatanzuschlägen nach Maßgabe des § 10 Ges. vom 28. Juli 1892 aufzuerlegen.

6.

Der Unternehmer hat die Bahn während der Dauer ihrer Genehmigung ordnungsmäßig zu betreiben. Hierzu ist die Bahn und deren Betriebsmittel fortwährend dem jeweiligen Verkehrsbedürfnisse entsprechend und gut auszurüsten sowie in einem solchen Zustande zu erhalten, daß dieselbe mit der unter Nr. 11 festgesetzten größten Geschwindigkeit befahren werden kann.

Durch die Unterbrechung des Betriebs ohne genügenden Grund oder durch Einstellung des Betriebes verurtheilt der Unternehmer die Zahlung einer Conventionalstrafe bis zu 5000 Mark an die Staatskasse. Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten bestimmt, ob und bis zu welchem Betrage die Strafe als verfallen zu erachten ist. Zur Sicherstellung dieser Verpflichtung hat der Unternehmer die nach Nr. 3 der Genehmigungsbedingungen zu leistende Caution nach dem daselbst getroffenen Vorschriften gleichfalls zum Pfande zu bestellen, falls von ihm jene Sicherheitsleistung verlangt wird.

7.

Die nach Nr. 3 eventl. bestellten Cautionen sind von dem Unternehmer durch baare Nachzahlung oder Nachlieferung von Schuldverschreibungen insoweit zu ergänzen, als sie während der Dauer der Genehmigung zur Leistung von Conventionalstrafen in Anspruch genommen sind.

8.

Die Namen der mit der Leitung der Bau- und Betriebsverwaltung betrauten Personen sind der unterzeichneten Behörde sowie der Königlichen Eisenbahndirektion Altona anzuzeigen.

Diese Anzeige hat auch bei dem Wechsel in den bezeichneten Personen zu erfolgen.

9.

Alle im äußeren Betriebsdienste beschäftigten Personen müssen diejenige körperliche und geistige Fähigkeit sowie diejenige Zuverlässigkeit besitzen, die ihr Beruf erfordert. Zu Maschinenführern dürfen nur solche Personen angenommen werden, die nach einer mindestens 6 monatigen Arbeit in einer Maschinenbau- oder Maschinenausbesserungs-Werkstätte und nach einer ebenso langen Lehrzeit als Maschinenführer durch eine Prüfung und durch Probefahrten der aufsichtsführenden Eisenbahnbehörde gegenüber ihre Befähigung nachgewiesen haben.

Ob und inwieweit aus besonderen Gründen eine

kürzere Beschäftigung in einer Maschinenwerkstätte und als Lehrling für ausreichend zu erachten ist, bestimmt die eisenbahntechnische Aufsichtsbehörde.

Ueber alle im äußeren Betriebsdienste beschäftigten Personen (Maschinenführer, Heizer, Schaffner, Controlleure, Haltestellenvorsteher und dergl.) sind Nachweisungen zu führen, die über ihr Alter, ihre etwaigen gerichtlichen und disciplinaren Bestrafungen und über sonstige, die Befähigung und Zuverlässigkeit für ihren Dienst betreffenden Umstände Auskunft geben müssen. Auf Erfordern sind diese Nachweisungen der unterzeichneten und der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde vorzulegen. Die im äußeren Betriebe der Bahn beschäftigten Personen, die sich als unfähig oder als unzuverlässig in ihrem Berufe erwiesen haben, sind auf Erfordern einer der unterzeichneten Behörden sofort von dem Unternehmer aus der Beschäftigung in dem Betriebe der Bahn zu entlassen.

10.

Die zum Verkehr mit dem Publikum bestimmten Bediensteten müssen während ihrer Dienstaussübung durch Dienstkleidung oder ein sonstiges gleichmäßiges Abzeichen als solche kenntlich sein und einer an der vorderen Seite der Kopfbedeckung zu tragenden Nummer versehen sein.

11.

Der Betrieb der Bahn darf erst eröffnet werden, nachdem von der unterzeichneten Behörde im Einvernehmen mit der zuständigen Eisenbahnbehörde die Erlaubnis hierzu erteilt worden ist.

Die Geschwindigkeit der Fahrten darf auf freier Strecke an keiner Stelle der Bahn 20 km, innerhalb der Ortschaften 12 km die Stunde überschreiten.

12.

Die Einrichtung des Fahrplans für die ersten 3 Betriebsjahre bleibt dem Unternehmer überlassen.

Nach Ablauf dieser Zeit steht der unterzeichneten Behörde in Gemeinschaft mit der königlichen Eisenbahndirektion die Befugnis zu, die Fahrpläne festzustellen.

Jeder Fahrplan — auch innerhalb der ersten drei Jahre — ist der unterzeichneten sowie der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde rechtzeitig einzureichen.

Die Festsetzung der Beförderungspreise steht dem Unternehmer fünf Jahre hindurch, vom Tage der Betriebseröffnung an gerechnet, frei. Der unterzeichneten Aufsichtsbehörde sind von der Betriebseröffnung an die Beförderungspreise anzuzeigen.

Vom Beginn des 6. Betriebsjahres an haben die Aufsichtsbehörden das Recht der Genehmigung der Beförderungspreise gemäß der Bestimmung im § 14 Absatz 3 des Gesetzes vom 28. Juli 1892.

13.

Die Fahrpläne für den Personenverkehr und die Beförderungspreise für den Personen- und Güterverkehr sind mindestens 8 Tage, Erhöhungen der Beförderungspreise aber mindestens 14 Tage vor ihrer Einführung durch die Zeitung, welche für Bekanntmachungen, der Landräthe der Kreise Ost- und Westprignitz dienen, so-

wie durch Aushang — und zwar der Fahrpläne und der Personenbeförderungspreise in den Personenbahnhöfen und Wartehallen, der Güterbeförderungspreise in den zur Güterabfertigung bestimmten Räumen zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

14.

Die Betriebsmaschinen unterliegen wiederholten Untersuchungen nach Maßgabe des § 11 der Bahnordnung für die Nebenbahnen Deutschlands vom 5. Juli 1892 und dürfen nach diesen Untersuchungen erst wieder in Betrieb genommen werden, nachdem die im genannten § vorgeschriebenen Kesselsprüfungen durch die Eisenbahnaufsichtsbehörden bewirkt sind.

Der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde steht die Befugnis zu, außerordentliche Prüfungen der Betriebsmaschinen vorzunehmen und die Prüfungen auf die betriebsfähige Beschaffenheit der Wagen auszubehnen.

15.

Der Unternehmer hat über das Unternehmen kaufmännisch geordnete, besondere Bücher zu führen, aus denen das auf die Herstellung und Ausrüstung der Bahn verwendete Kapital, die Bruttoeinnahme und der jährliche Reinertrag sowie die jährlich gezahlte Dividende mit Sicherheit ersehen werden kann.

Auf ihr Erfordern ist der Aufsichtsbehörde der jährliche Rechnungsabluß einzureichen und die Einsicht der Rechnungsbücher zu gestatten.

16.

Für die Verpflichtungen dem Unternehmer gegenüber der Reichspostverwaltung sind die Bestimmungen im § 42 des Gesetzes vom 28. Juli 1892 maßgebend. Gegenüber der Reichstelegraphenverwaltung ist der Unternehmer verpflichtet, alle Kosten der Veränderungen zu erstatten, welche aus Anlaß des Bahnbaues oder späterer Aenderung der Bahnanlage an den Reichstelegraphenanlagen nach dem Ermessen und der Anordnung der zuständigen kaiserlichen Oberpostdirektion erforderlich werden, um Störungen des Telegraphenbetriebes zu verhüten.

Zu den gedachten Veränderungen gehört u. A. die Umkleidung der unterirdischen Telegraphenkabel mit Ruffenrohren an denjenigen Stellen, an welchen der Bahnkörper diese Kabel überschreitet.

17.

Diese Genehmigung hat nur Gültigkeit für den Kreis Westprignitz.

Bei eintretendem Wechsel in der Person des Unternehmers hat der neue Unternehmer die Ertheilung der Genehmigung für sich nachzuziehen.

Zugleich ist für alle wesentlichen Erweiterungen und Aenderungen des Unternehmens, der Anlage und des Betriebes die Genehmigung der unterzeichneten Behörde einzuholen.

18.

Abgesehen von vorstehenden Bestimmungen finden auf das Unternehmen die Vorschriften des Gesetzes vom 28. Juli 1892 über Kleinbahnen und Privatananschlußbahnen Anwendung.

19.

Diese Genehmigung tritt in Kraft nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Regierung Potsdam.

Potsdam, den 13. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

153. Um festzustellen, ob sich die von den Fischereiberechtigten auf der Havel von Spandau bis Brandenburg a./H. angebotenen Wasserflächen zu Schonnrevieren eignen, soll am **Montag den 19. Juli d. J.** eine Befahrung der Wasserflächen mittelst fiskalischen Dampfers, welche um 8 $\frac{1}{4}$ Uhr in Spandau beginnen wird, stattfinden.

Die Ankunft wird in Potsdam gegen 12 Uhr Mittags erfolgen. Die Fischereiberechtigten werden ersucht, an der Vereisung oder an den Verhandlungen an den Landungsstellen in Potsdam, Werder a./H. und Regin theilzunehmen.

Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß es im eigenen Interesse der Theiligten liegt, zu erscheinen, damit die schwebenden Fragen wegen Einrichtung der Schonnreviere baldigst zum Abschluß gelangen können.

Potsdam, den 10. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

154. Der Herr Ober-Präsident hat die Genehmigung erteilt, daß zum Besten des St. Josefsheims in Berlin bei den katholischen Einwohnern Berlins und dessen Vororte in der Zeit bis Ende September d. J. eine Hauscollekte abgehalten wird.

Potsdam und Berlin, den 9. Juli 1897.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

3 i e h s e u c h e n .

155. Ausgebrochen:

1) Milzbrand: bei einer Kuh des Bauern Friedrich Michels in Buckow, Kreis Beeskow-Storkow; bei einer Kuh des Bauern Senf in Wensickendorf und bei einem Zugochsen auf dem Kieselgute Malchow, Kreis Niederbarnim; auf dem Gehöft des Bauern Schulze in Nadeland, Kreis Jüterbog-Luckenwalde; auf dem Gehöft des Kossäthen Wendemacher in Wensickendorf, Kreis Niederbarnim; bei einer Störche des Bauern Steinberg in Nadeland, Kreis Ruppiner: bei je einer Kuh der Bauerngutsbesitzer Buge in Regow und Sumpf in Tremmen, Kreis Westhavelland; bei einem Bullen des Bauern Bree in Tuchen, Kreis Oberbarnim.

2) Bruckseuche: bei einem Pferde des Kaufmanns Bock in Wusterhausen a. D., Kreis Ruppiner; unter den Pferden der 3. Batterie 2. Garde-Feld-artillerie-Regiments.

3) Maul- und Klauenseuche: unter dem Rindviehbestande des Dominiums Kollwitz, Kreis Prenzlau.

Erloschen:

1) Bruckseuche: unter den Pferden der 1. und 7. Batterie 2. Garde-Feld-Artillerie-Regiments.

2) Milzbrand: auf dem Gehöft des Bauernguts-

besizers Schulze in Nadeland, Kreis Jüterbog-Luckenwalde; bei je einer Kuh des Dominiums Dedelow und Grünow und bei einem Kalbe des Bauernhofsbesizers Holz in Babelow, Kreis Prenzlau.

3) Maul- und Klauenseuche: beim Rindvieh des Dominiums Züsedom, Kreis Prenzlau.

Potsdam, den 13. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen

der Königlichen Regierung.

Bekanntmachung.

18. Diejenigen Personen, welche nach dem Gesetz vom 14. Juli 1893 wegen Aufhebung directer Staatssteuern tie seiner Zeit für die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen und Grundsteuerbefreiungen gewährten Kapitalsentschädigungen zur Staatskasse zurückzuerstatten haben und die Rückzahlung in Form einer jährlichen Tilgungsrente bewirken, werden darauf aufmerksam gemacht, daß nach § 24 a. a. D. die Tilgungsrenten jeder Zeit durch Baarzahlung ganz oder theilweise abgelöst werden können.

Die Ablösung hat den Vorzug, daß durch die einmalige Kapitalzahlung dem Pflchtigen weniger Kosten entstehen als durch die 60 $\frac{1}{2}$ Jahre lang zu entrichtende Tilgungsrente.

Der Antrag auf Ablösung ist bei der zuständigen Kreisfasse zu stellen. Potsdam, den 6. Juli 1897. Königliche Regierung, Abtheilung für directe Steuern, Domänen und Forsten A.

Bekanntmachungen

des Staatssecretairs des Reichs-Postamts.

Postpakete im Verkehr mit Peru.

6. Von jetzt ab können Postpakete ohne Werthangabe bis zum Gewicht von 5 kg nach Peru versandt werden. Zu den Paketen sind drei Zoll-Inhalts-Erklärungen erforderlich. Die vom Absender voranzubehaltende Gebühr beträgt 3 Mark 80 Pfennig für jedes Paket. Die Beförderung nach Peru erfolgt über Hamburg mittels der durch die Mangelanstalt versehenen Deutschen Postdampfer. Ueber die sonstigen Versendungsbedingungen ertheilen die Postanstalten auf Erfordern Auskunft.

Berlin W., 3. Juli 1897.

Der Staatssecretair des Reichs-Postamts.

Postanweisungen im Verkehr mit Peru.

7. Von jetzt ab können bei den Deutschen Postanstalten Postanweisungen nach Peru bis zum Betrage von 195 Esc de Plata (rund 400 Mark) eingeliefert werden. Zu den Postanweisungen ist das für den internationalen Verkehr vorgeschriebene Formular zu verwenden, wobei der Abschnitt zu schriftlichen Mittheilungen benutzt werden darf. Die vom Absender zu entrichtende Postanweisungsgebühr beträgt 20 Pfennig für je 20 Mark. Ueber die sonstigen Bedingungen ertheilen die Postanstalten auf Erfordern Auskunft.

Berlin W., den 3. Juli 1897.

Der Staatssecretair des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

47. Der Fernsprechverkehr mit Königs-Lutter und
Hettstedt ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein
gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten
beträgt im Verkehr mit beiden Orten 1 Mark.

Berlin C., den 9. Juli 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

In Vertretung Buschow.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

48. In dem Orte Jerchel (Kr. Jerichow) wird am
12. Juli eine Telegraphenbühnle eröffnet.

Potsdam, 9. Juli 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector Gürtler.

Bekanntmachungen des Königlichen Konsistoriums der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

33. Durch das auf Grund der Allerhöchsten Kabi-
nets-Ordre vom 30. April 1830 erlassene Reskript des
Königlichen Ministeriums der geistlichen u. Angelegen-
heiten vom 5. Mai desselben Jahres ist den evangelischen
Glaubensgenossen, welche an einem Orte ihren Wohnsitz
nehmen, wo mehrere der Union beigetretene Kirchen-
gemeinden sich befinden, das Recht verliehen worden,
die Gemeinde, welcher sie angehören wollen, zu wählen.
Dieses Recht findet nach Maßgabe der angeführten
Verordnung in Folge des Beitritts der evangelischen
Kirchengemeinden in Berlin zur Union und unter Be-
ziehung der allgemeinen Bestimmungen auf die beson-
deren Verhältnisse dieser Gemeinden hieselbst in der
Weise Anwendung, daß die den von auswärts zu-
ziehenden Personen zustehende Wahl getroffen werden
kann zwischen, einerseits der betreffenden, mit einem
örtlich abgegrenzten Kirchsprengel versehenen Gemeinde
und andererseits der Dom- oder der Parochial-Kirche.

Da die Ausübung dieses Wahlrechts bisher an
eine Frist nicht gebunden gewesen ist, so hat sich das
Bedürfnis ergeben, den aus einer oft lange verschobenen
Feststellung der Gemeindegemeinschaft erwachenden
Uebelsständen für die Zukunft vorzubeugen.

In Folge der auf Grund Allerhöchsten Erlasses
vom 6. September v. J. von dem Herrn Minister der
geistlichen Angelegenheiten im Einverständnisse mit dem
Evangelischen Ober-Kirchenrath erteilten Ermäch-
tigung wird demnach hierdurch Folgendes bestimmt:

- 1) Alle von auswärts nach Berlin ziehenden ewan-
gelischen Glaubensgenossen haben ohne Rücksicht
auf ihr besonderes Konfessionsverhältnis die Wahl,
sich entweder derjenigen Lokalparochie, innerhalb
deren sie ihre Wohnung nehmen, oder der Ge-
meinde der Dom-Kirche resp. der Parochial-Kirche
anzuschließen, deren Mitglieder an keinen bestimmten
Wohnort in der Stadt gebunden sind und daher

durch die Verknüpfung
der Stadt die Gemeinde

- 2) Diese Wahl muß von
der Niederlassung in
eine angedeutete Kirche
Ministerium und dem
Kirche zu erkennen

3) Wird diese Wahl in der
ausgeübt, so werden solche
als pflichtige Glieder derselben
halb deren sie ihre Wohn-
angesehen und behandelt, un-
änderung der letzteren in diese
glieder über, in welcher die
belegen ist.

Berlin, den 21. November 1859.

Königliches Konsistorium der Provinz Brandenburg.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch
Neuem veröffentlicht.

Berlin, den 1. Juli 1897.

Königliches Konsistorium der Provinz Brandenburg.
Abteilung Berlin.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

39. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-
gesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879
(G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom
16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht,
daß dem Fräulein Hubertine Ploenes in Trier, Dom-
freihof 3, die Schuldverschreibung der konsolidirten
4 %igen Staatsanleihe von 1885
Lit. F. Nr. 352372 über 200 M.
angeblich abhanden gekommen, wahrscheinlich verbrannt
ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser
Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der
unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem
Fräulein Ploenes anzuzeigen, widrigenfalls das
gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung
der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 7. Juli 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Nachweisung

der vom Kreis-Ausschusse des Kreises Angermünde im II. Viertel-
jahr 1897 genehmigten Gemarkungs- und Guts-Bezirks-Veränderungen.

22. Bezeichnung des Grundstücks: Die vom Forst-
fiskus an den Fischer Hübner in Altenhof abgetretenen
Flächen mit einem Gesamt-Flächeninhalt von 1,5360
Hektar, Parz.-Nr. 178/147 und Nr. 138, Kartenblatt 6
der Gemarkung Forst Grimaiz. Name des Erwerbers:
Hübner, Fischer in Altenhof. Künftiger Gemeinde-
bez. Guts-Verband: Gemeinde Werbellin.

Angermünde, den 1. Juli 1897.

Der Kreis-Ausschuß.

nur in einer, in welcher von beiden sie beabsichtigt wird. Der Meldung sind beizufügen 1. ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Konfession und der Wohnort der Bewerberin anzugeben ist, 2. ein Tauf- bez. Geburtschein, 3. Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und über etwa schon bestandene Prüfungen, 4. ein amtliches Führungszeugnis, 5. ein von einem zur Führung eines Dienstfiegers berechtigten Arzte ausgestelltes Zeugnis über den Gesundheitszustand. Der festgesetzte Meldungstermin ist genau einzuhalten. Beim Eintritt in die Prüfung sind 12 M. Prüfungsgebühren und 1,50 M. Stempelgebühren zu entrichten. Die letzteren werden der Examinandin im Falle des Nichtbestehens der Prüfung wieder zurückgezahlt werden.

Berlin, den 29. Juni 1897.

**Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.
Bekanntmachungen der Königlichen
Kontrolle der Staatspapiere.**

Bekanntmachung.

SS. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-gesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß in dem Nachlasse des am 22. November 1896 aus dem Leben geschiedenen Banquiers Wolf Kohn in Pless die Schulverschreibung der konsolidirten 3 1/2 %igen Staatsanleihe von 1887 1888

Lit. D. Nr. 182080 über 500 M.

angeblich vermisst worden ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der Frau Mühlenbesitzer Rosalie Hamburger geb. Kohn in Zabrze anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird. Berlin, den 26. Juni 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Personal-Chronik.

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, dem praktischen Arzt, Sanitätsrath Dr. med. Wylus in Rathenow den Charakter als Geheimer Sanitätsrath zu verleihen.

Der Katasterkontroleur Steuerinspektor Dohlmann, bisher in Drielsburg, ist zum Verwalter des Katasteramtes Berlin VI., der Katasterkontroleur Boedecker, bisher in Rybnitz, zum Verwalter des Katasteramtes Groß-Lichterfelde bestellt. Der Katasterzeichner Fehla, bisher hier, ist an das Katasteramt Berlin VI., der Katasterzeichner Schwengler, bisher in Herlohn, an das Katasteramt Groß-Lichterfelde versetzt worden. Der Hilfszeichner Winter im Katasterbureau der hiesigen Regierung ist zum Katasterzeichner ernannt worden.

Der bisherige Oberpfarrer Johann Friedrich Ephraim Dransfeld in Lübbenau, Diözese Calan, ist zum Oberpfarrer an der Stadtkirche in Eöpenitz, Diözese Eöln-Land II., bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Ruhz, Johannes August Viktor Thiede, ist zum Pfarrer der Pfarodie Vertisow Diözese Gramzow, bestellt worden.

Der bisherige Predigtamtskandidat Charles August Heinrich Soycaur ist zum Pfarrer bei der franz. reform. Gemeinde in Wattin bestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats Juni 1897 sind ernannt: zu Postassistenten: die Ober-Postdirektionssekretäre Beer-mann, Döring, Ihle, Storm, zu Telegraphen-amtsassistenten: die Ober-Postdirektionssekretäre Fiebig, Olivier, Seyffert, zu Ober-Postdirektionssekretären: die Postsekretäre Klauke, R. E. M. Müller, Wilben-hahn; zum Bureauassistenten: der Postassistent Otto Neumann; zu Ober-Postassistenten die Postassistenten Balduus in Rirdorf, Baumgarten, Paul Berge-mann, Bogdahn, Wilhelm Claus, Evenius, Fleischmann, Gask, Franz Gerlach, Grunz, Karl Hartung, Kawalki in Charlottenburg, Kröning in Charlottenburg, Liebenberg, Marschall, Alwin Maurer, Paul Möller, Peisker, Gustav Pfeiffer, Prange, Reimer, Rose in Charlottenburg, Sa-browsky, Schikowski, Schägel, Karl Schulz, Hermann Schulze, Georg Schwarze, Seltmann, Sieber, Tausch in Friedenan, Gustav Ulrich, zum Ober-Telegraphenassistenten: der Kanzlist Georg Otto; versetzt von Berlin: die Postsekretäre Mann nach Karlsruhe (Baden) und Otto Meyer nach Minden (Westf.), die Postassistenten Dobbertau nach Lehrs, Koss nach Westhofen (Hessen); nach Berlin: der Post-verwalter Dumzaff von Tegel (unter Ernennung zum Ober-Postassistenten); in den Ruhestand getreten: der Ober-Postassistent Schwioger; gestorben: der Postsekretär Kühn und der Ober-Telegraphenassistent a. D. Wuthenow.

Personal-Veränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Potsdam.

Stadtmäßig angestellt sind: die Post-anwärter Dahlke in Rathenow, Fraubörs in Jüter-bog, Pantel in Prenzlau, Thal in Wittenberge (Bz. Potsdam) als Postassistenten, der Postanwärter Dieck-mann in Seehausen (Udermark) als Postverwalter. **In den Ruhestand tritt** der Postverwalter Binkelberg in Fehrbellin. **Gestorben** ist der Postsekretär Gottschalk in Potsdam.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Puhl ist als Oberlehrer am Victoria-Gymnasium in Potsdam an-gestellt worden.

Hierzu Sechß Deffentlichße Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.

Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gays'schen Erben

Öffentlicher Anzeiger (N^o 6)

zum 28ten Stüd des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 9. Juli 1897.

Öffentliche Vorladungen und Aufgebote.

191. Die verheiratete Fabrikarbeiter Marie Wilhelmine Dorothee Friederike Mielley geb. Dertel zu Wittenberge, Gr. Wallstraße 21, Prozeßbevollmächtigter Rechtsanwalt Dr. Salinger zu Berlin, Friedrichstraße Nr. 31, klagt gegen ihren Ehemann, den früheren Maurer Albert Paul Max Mielley, früher zu Nieder-Schönweide wohnhaft gewesen, jetzt unbekannten Aufenthalts, wegen bösslicher Verlassung mit dem Antrage, die Ehe der Parteien zu trennen und den Beklagten für den allein schuldigen Theil zu erklären. Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die siebente Civilkammer des Königl. Landgerichts II. zu Berlin Hallesches Ufer 29/31 Zimmer 40 auf den **30. November 1897 Vormittags 10 Uhr** mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen. Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Berlin, den 3. Juli 1897.

Bentin, als Gerichtsschreiber

des Königl. Landgerichts II. Civilkammer VII.

192. Der alleinige Inhaber der Firma Carl Salzbach, Kaufmann Bernhard George Sidney Salzbach zu Berlin, Unter den Linden 67, Prozeßbevollmächtigter Rechtsanwalt Schönborn zu Berlin, Lindenstraße 15, klagt im Wechselsprozeß gegen

1) den Kaufmann Fritz Solowicz.

2) dessen Ehefrau Clara Solowicz geb. Mönch, früher zu Deutsch Wilmersdorf, jetzt unbekannten Aufenthalts, auf Grund zweier gezogener, von den Beklagten acceptirter Wechsel, nämlich vom 24. Dezember 1896 über 425 Mark, zahlbar am 24. März 1897 und vom 24. Dezember 1896 über 425 Mark, zahlbar am 20. Mai 1897 mit dem Antrage, die Beklagten solidarisch zur Zahlung von 850 Mark nebst 6% Zinsen seit dem Tage der Klagezustellung an den Kläger zu verurtheilen.

Der Kläger ladet die Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die erste Civilkammer des Königl. Landgerichts II. zu Berlin Hallesches Ufer 29/31 Zimmer 33 auf den **18. September 1897 Vormittags 10 Uhr** mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen. Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Berlin, den 3. Juli 1897.

Schulz, Gerichtsschreiber

des Königl. Landgerichts II., Civilkammer I.

Aufgebot.

193. Von der Frau Magdalena Fischribbe, geb. Glinigki von hier, Lichterfelserstraße 5, vertreten durch die Rechtsanwälte Nageß I. und Nageß II. in Berlin, ist der Antrag gestellt worden, den am 30ten Mai 1843 zu Schorlemer, Kreis II. Jerichow, geborenen, angeblich seit 1882 oder 1883 verschollenen Mohrleger Friedrich Gustav Fischribbe für todt zu erklären. Der Verschollene und die von ihm etwa zurückgelassenen unbekannten Erben und Erbnehmer werden in Folge dessen aufgefordert, sich vor oder in dem am **2. Mai 1898 Vormittags 11 Uhr** vor dem unterzeichneten Amtsgerichte, Neue Friedrichstraße 13 Hof Flügel B. part. Zimmer 27 anstehenden Termine persönlich oder schriftlich zu melden, widrigenfalls der Verschollene für todt erklärt werden wird.

Berlin, den 1. Juli 1897.

Königliches Amtsgericht I. Abtheilung 81.

Beräuerungsverbot.

194. Nachdem die Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen der Frau Dr. Ingenlath, verwitwet gewesen, Rechtsanwalt Muth, geb. Legde zu Schöneberg, Holzstr. 23 3 Treppen bei Häbner seitens des Schlächtermeisters Carl Boigt zu Berlin, Anklamerstr. 37, und des Dekorateurs Gustav Mönning zu Schöneberg, Mühlenstr. 18, beantragt worden ist, wird zur Sicherung der Vermögensmasse der Genannten jede Veräußerung, Verpfändung und Entfremdung von Bestandtheilen der Masse hiermit untersagt.

Berlin, den 5. Juli 1897.

Königliches Amtsgericht II. Abtheilung 22.

Nothwendige Verkäufe.

Zwangsversteigerung.

195. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von der Königsstadt Band 98 Blatt N^o 4807 auf den Namen 1) der verwitweten Marie Amalie Wolf geb. Anders, 2) des Fräuleins Helene Emilie Marie Wolf, 3) des Aktuars Franz Emanuel August Wolf eingetragene, in der Koppenstraße Nr. 48 belegene Grundstück am **20. September 1897 Vormittags 10 1/2 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Neue Friedrichstraße 13 Flügel C. Erdgesch. Saal 36 versteigert werden.

Das Grundstück ist bei einer Fläche von 5,13 ar mit 9050 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Ge-

richtschreiberei ebenda, Flügel D. Zimmer 41 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird **am 20. September 1897 Nachmittags 12^{1/2} Uhr** an Gerichtsstelle wie oben angegeben verkündet werden.

Berlin, den 1. Juli 1897.

Königliches Amtsgericht I. Abtheilung 85.

Zwangsversteigerung.

196. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Schöneberg Band 42 Blatt Nr. 1547/1548 auf den Namen des Maurermeisters Wilhelm eingetragenen, angeblich zu Schöneberg, Ebernstraße 5 und Gothenstraße 1 belegenen Grundstücke **am 5. Oktober 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Hallesches Ufer Nr. 26 Zimmer 14 versteigert werden.

Das Grundstück Blatt 1547 mit einer Fläche von 6 ar 01 qm ist mit 7800 M. Nutzungswerth, das Grundstück Blatt 1548 mit einer Fläche von 13 ar 50 qm ist mit 18000 M. Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszüge aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschriften der Grundbuchblätter, etwaige Abschätzungen und andere die Grundstücke betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei a. a. D. Zimmer 15 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder

Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigenthum der Grundstücke beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird **am 9. Oktober 1897 Mittags 12 Uhr** an Gerichtsstelle a. a. D. Zimmer 14 verkündet werden.

Berlin, den 30. Juni 1897.

Königliches Amtsgericht II. Abtheilung 17.

197. Das Verfahren der Zwangsversteigerung des im Grundbuche von Freienwalde a./D. Band XIX. Blatt Nr. 729 auf den Namen des Maschinenbauers Ferdinand Korb in Freienwalde a./D. eingetragenen, in Freienwalde a./D. belegenen Grundstücks ist aufgehoben.

Freienwalde a./D., den 3. Juli 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

Öffentliche Vorladung.

198. Zum Bau der Eisenbahn von Löwenberg nach Lindow soll die dem Lehnshulzen Hermann Döhring zu Schöenberg bei Lindow gehörige, im Grundbuche unter Band I. Blatt 28 verzeichnete Parzelle Kartenblatt 5 Parzelle Nr. 140/58 n. von 37 ar 59 qm Größe im Wege der Enteignung erworben werden.

Zur Abschätzung dieser Fläche und zur Verhandlung mit den Betheiligten wird hiermit auf **den 20. Juli 1897 Vormittags 10^{1/2} Uhr** auf der Haltestelle zu Schöenberg

Termin anberaunt, zu welchem alle Betheiligten eingeladen werden.

Im Falle des Nichterscheinens der Geladenen wird auch ohne deren Zuthun die Entschädigungssumme festgesetzt und wegen Auszahlung oder Hinterlegung derselben das Erforderliche veranlaßt werden.

Zum Sachverständigen ist von dem Herrn Regierungs-Präsidenten der Amtsvorsteher Lamprecht zu Klein-Rug ernannt worden.

Potsdam, den 5. Juli 1897.

Der Kommissar des Regierungs-Präsidenten.
gez. Budde, Regierungs-Assessor.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 29.

Den 16. Juli

1897.

Reichsgesetzblatt.

(Stück 26.) **Nr. 2393.** Gesetz über das Auswanderungs-
wesen. Vom 9. Juni 1897.

Nr. 2394. Verordnung zur Ausführung des Patent-
gesetzes vom 7. April 1891. Vom 5. Juni 1897.

(Stück 27.) **Nr. 2395.** Gesetz, betreffend den Verkehr
mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln.
Vom 15. Juni 1897.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Fischereiaufsicht.

147. An Stelle des Königl. Försters Voas in
Forsthaus Stechlin habe ich den Forstaufsicher Nikke
in Forsthaus Stechlin zum Fischereiaufsicher für nach-
stehende Gewässerstrecken ernannt:

- die nordöstlich vom Forsthaus Stechlin belegene
Bucht des Stechlinsees,
- die östlich der vorigen belegene kleinere Bucht des-
selben Sees,
- die dem Wulwissee gegenüber belegene nördliche
Bucht des Nechnissees,
- den Breuzensee.

Potsdam, den 3. Juli 1897.

Der Regierungs-Präsident.

Neues Tuberkulin Koch.

148. Mit Bezug auf die Bekanntmachung vom
13. März 1891 im Amtsblatt S. 105, betreffend das

Tuberculinum Kochii, werden folgende, von dem
Herrn Minister der Medizinal-Angelegenheiten durch
Erlaß vom 30. Juni d. J. getroffenen Bestimmungen
zur Nachachtung bekannt gemacht.

Das von dem Geheimen Medizinalrath Professor
Dr. Koch erfundene neue Heilmittel gegen die Tuber-
culose (T. R.), welches von den Farbwerken Meister,
Lucius und Brüning zu Höchst a./M. unter der Be-
zeichnung „Neues Tuberkulin Koch“ in den Handel ge-
bracht wird, darf ebenso wie das alte Tuberculinum
Kochii — abgesehen vom Großhandel — nur in Apo-
theken abgegeben werden.

Hinsichtlich der Aufbewahrung und Abgabe der
Mittel in den Apotheken sind nachstehende Anordnungen
getroffen:

- 1) Das „neue Tuberkulin Koch“ ist unter den Sepa-
randen vor Licht geschützt aufzubewahren.
- 2) Dasselbe ist nur in den unversehrten Original-
flaschen und nur gegen schriftliche Anweisung eines
approbirtten Arztes an diesen selbst oder eine von
ihm beauftragte Person abzugeben.
- 3) der Verkaufspreis des „neuen Tuberkulins Koch“ ist
(einschließlich der Verpackungskosten) für das Fläsch-
chen mit 1 cem Inhalt auf 8,50, für das mit
5 cem Inhalt auf 42,50 M. festgesetzt.

Potsdam und Berlin, den 12. Juli 1897.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

149.

Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat Juni 1897
in den Hauptmarkttorten des Regierungs-Bezirks Potsdam.

| Laufende Nummer | Es
kosten
je 50
Kilogramm | Beehrow
für
Kreis
Wees-
low-
Storlow | | Brand-
burg
für
Brand-
enburg
und
Kreis
West-
havelland. | | Landen-
walde
für
Kreis
Jüter-
bog-
Landen-
walde. | | Perle-
berg
für
Kreis
West-
Prignitz. | | Pots-
dam
für
Pots-
dam
und
Kreis
Rau-
ch-
Velzig. | | Pren-
lau
für die
Kreis-
Pren-
lau
und
Templin. | | Neu-
Ruppin
für
Kreis
Ruppin. | | Schwedt
für
Kreis
Anger-
münde. | | Briegwall
für
Kreis
Ost-
Prignitz. | | Bemerkungen. |
|-----------------|------------------------------------|---|-----|--|-----|---|-----|--|-----|---|-----|--|-----|---|-----|---|-----|--|-----|---|
| | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | |
| 1 | Hafer | 8 | 05 | 7 | 10 | 7 | 57 | 6 | 83 | 7 | 86 | — | — | 7 | 04 | 7 | 02 | 6 | 56 | Für die Kreise Niederbar-
nim, Oberbarnim, Ost-
havelland u. Teltow, sowie
für die Stadt Spandau
gilt Berlin als Haupt-
markttort. |
| 2 | Heu | 3 | 41 | 2 | 19 | 2 | 63 | 2 | 59 | 2 | 86 | 3 | 68 | — | — | 2 | 95 | 2 | 36 | |
| 3 | Richtstroh | 1 | 84 | 1 | 89 | 2 | 19 | 1 | 89 | 2 | 56 | 3 | 15 | 2 | 10 | 2 | 63 | 2 | 10 | |

Potsdam, den 7. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

| Laufende Nummer | Namen der Städte | A. Getreide. | | | | I. B. Uebrige Markt. | | | | | | | | | | | | | |
|---|------------------|--------------|--------|--------|-------|---------------------------|----------------------|--------|--------------|--------|--------|------|---------------|----------|----------------|---------------|----------|---------|--|
| | | | | | | Hülserfrüchte. | | | | Stroh. | | | | Fleisch. | | | | | |
| | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen (gelbe) zum Kochen | Speldebohnen (weiße) | Linsen | Eckartoffeln | Rübe- | Kraut- | Sch. | Rinde: | | im Kleinhandel | von der Heule | vom Band | | |
| | | | | | | | | | | | | | im Großhandel | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | Es je 1 | |
| Dr. Pf. Dr. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

Bekanntmachung.

151. Der Mastenträhn oberhalb der über die Neße führenden Dziembowor Eisenbahnbrücke im Kreise Kolmar i./P. muß wegen Erbauung eines neuen Krähns in der Zeit vom 15. Juli bis 1. August d. J. außer Betrieb gesetzt werden.

Potsdam, den 5. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

152. Genehmigung

für die Herstellung und den Betrieb einer Kleinbahn von Perleberg bis zur Kreisgrenze bei Hoppenrade.

Zur Herstellung und zum Betriebe einer für die Beförderung von Personen und Gütern mittelst Maschine (Lokomotiven) bestimmten Kleinbahn von Perleberg bis zur Kreisgrenze bei Hoppenrade wird auf

Grund des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatan-
schlußbahnen vom 28. Juli 1892 im Einvernehmen mit
der königlichen Eisenbahndirektion Altona dem Kreise
Westprignitz auf unbegrenzte Zeit vorbehaltlich der Rechte
Dritter unter nachstehenden Bedingungen die Genehmi-
gung erteilt:

1.

Die Bahn- und die Betriebsmittel sind nach Maß-
gabe der von dem Unternehmer vorgelegten, mit dem
Genehmigungsvermerke vom heutigen Tage versehenen
Pläne und Zeichnungen, bestehend aus:

- 1) einer Uebersichtskarte (Generalstabskarte 1:100000),
- 2) 6 Höhen- und Lageplänen Bl. 1—6,
- 3) zweier Lokomotivzeichnungen Bl. 14, 15,
- 4) einer Lokomotivdrehseibenzeichnung Bl. 11,
- 5) fünf Wagenzeichnungen Bl. 16—19 und Bl. O.,

Preise im Monat Juni 1897.

| waaren. | | | | | | II. Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats. | | | | | | | | | | | | | |
|---------------------------|-------|----------|--------------------------------|-----------|------|---|--------|----------|-------|------------------|-------------|-------|-----------------------|----------------------|---------------------------------------|------------|-------------------------|--|--|
| Getreide. | | | Geräucherter Speck
kleiner. | Erdnutter | Eier | Wehl zur
Speisebe-
reitung aus | | Gersten- | | Vachweizengruppe | Hafergruppe | Kleie | Weiz, Java, mittlerer | Kaffee | | Speisefalz | Schweinefett, flüssiges | | |
| Schmalz- | Rais. | Kampfel. | | | | Weizen | Roggen | Gerste | Größe | | | | | Java mittlerer (roh) | Java gelb (in ge-
brannten Bohnen) | | | | |
| Es kostet je 1 Kilogramm. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 105 | 125 | 115 | 153 | 223 | 340 | 30 | 25 | 45 | 30 | 40 | 45 | 40 | 55 | 270 | 340 | 20 | 140 | | |
| 110 | 95 | 120 | 160 | 190 | 250 | 40 | 20 | 50 | 40 | 35 | 60 | 40 | 60 | 240 | 340 | 20 | 130 | | |
| 115 | 120 | 130 | 140 | 205 | 340 | 25 | 20 | 50 | 50 | 50 | 50 | 50 | 50 | 260 | 360 | 20 | 130 | | |
| 120 | 1 | 120 | 160 | 2 | 280 | 30 | 20 | 40 | 50 | 40 | 60 | 40 | 55 | 250 | 340 | 20 | 140 | | |
| 130 | 130 | 130 | 140 | 220 | 336 | 24 | 22 | 45 | 35 | 40 | 40 | 40 | 50 | 280 | 360 | 20 | 140 | | |
| 105 | 125 | 120 | 135 | 214 | 282 | 28 | 23 | 40 | 38 | 45 | 45 | 42 | 51 | 270 | 350 | 20 | 130 | | |
| 102 | 110 | 130 | 140 | 220 | 294 | 28 | 18 | 50 | 50 | 50 | 50 | 40 | 40 | 280 | 360 | 20 | 140 | | |
| 110 | 1 | 120 | 150 | 110 | 340 | 27 | 19 | 50 | 50 | 50 | 60 | 35 | 60 | 220 | 360 | 20 | 130 | | |
| 110 | 125 | 125 | 140 | 185 | 242 | 27 | 24 | 35 | 27 | 35 | 43 | 38 | 43 | 275 | 355 | 19 | 140 | | |
| 145 | 130 | 130 | 160 | 210 | 253 | 38 | 28 | 50 | 50 | 40 | 45 | 45 | 55 | 270 | 350 | 20 | 140 | | |
| 110 | 105 | 115 | 130 | 210 | 319 | 31 | 23 | 45 | 40 | 43 | 55 | 43 | 50 | 245 | 320 | 20 | 130 | | |
| 110 | 130 | 110 | 170 | 176 | 233 | 25 | 20 | 40 | 40 | 40 | 50 | 40 | 45 | 260 | 360 | 20 | 180 | | |
| 115 | 110 | 125 | 145 | 216 | 312 | 30 | 24 | 40 | 40 | 45 | 40 | 40 | 50 | 260 | 380 | 20 | 140 | | |
| 130 | 120 | 120 | 150 | 210 | 297 | 28 | 22 | 45 | 40 | 50 | 50 | 50 | 60 | 3 | 4 | 20 | 160 | | |
| 1 | 1 | 120 | 140 | 222 | 327 | 25 | 20 | 50 | 30 | 40 | 50 | 50 | 60 | 280 | 360 | 20 | 160 | | |
| 140 | 140 | 150 | 180 | 125 | 430 | 35 | 28 | 40 | 40 | 38 | 45 | 33 | 58 | 275 | 305 | 20 | 140 | | |
| 140 | 120 | 120 | 160 | 240 | 320 | 30 | 21 | 50 | 40 | 40 | 50 | 40 | 60 | 280 | 360 | 20 | 160 | | |
| 130 | 150 | 130 | 155 | 210 | 4 | 30 | 20 | 50 | 40 | 50 | 60 | 60 | 60 | 250 | 270 | 20 | 115 | | |
| 120 | 1 | 120 | 160 | 210 | 360 | 30 | 25 | 50 | 60 | 50 | 50 | 50 | 50 | 230 | 3 | 20 | 160 | | |
| 120 | 1 | 120 | 160 | 180 | 3 | 30 | 20 | 40 | | 40 | 50 | 30 | 50 | 260 | 340 | 20 | 160 | | |
| 99 | 90 | 105 | 140 | 179 | 266 | 23 | 17 | 45 | 25 | 38 | 45 | 40 | 45 | 220 | 270 | 20 | 130 | | |
| 120 | 120 | 120 | 140 | 220 | 240 | 33 | 23 | 43 | 33 | 40 | 38 | 43 | 45 | 260 | 320 | 20 | 120 | | |

Der Regierungspräsident.

- | | |
|---|---|
| 6) einer Zeichnung der Umgrenzung des lichten Raumes Bl. 8, | 17) einer Zeichnung betr. Bahnhof Verleberg Bl. 12, |
| 7) einer Zeichnung eines Normalprofils Bl. 7, | 18) 1 Heft Quersprofile, |
| 8) einer Zeichnung der Schnelleneintheilung Bl. 10, | 19) 1 Heft Erdmassenberechnung, |
| 9) einer Zeichnung der Schienen und Schienenbefestigungsmittel Bl. 9, | 20) 1 Heft statistische und Gewichtsberechnung, |
| 10) einer Zeichnung einer Brücke über die Stepenitz Bl. 28, | 21) 1 Heft Nachweisung der Richtungsverhältnisse u. s. w. |
| 11) dreier Zeichnungen gewölbter Durchlässe Bl. 20, 21, 22, | 22) einem Erläuterungsbericht, |
| 12) zweier Zeichnungen einfacher Weichen Bl. 29, 30, | 23) einem vorläufigen Kostenüberschlage, |
| 13) zweier Zeichnungen betr. graphische Pläne Bl. 23, 24, | unter Beachtung der in dieser Genehmigungsurkunde |
| 14) zweier Zeichnungen betr. Hauptträger Bl. 26, 27, | getroffenen Bestimmungen und den in den Plänen, Zeich- |
| 15) einer Zeichnung betr. Querträger Bl. 25, | nungen und Erläuterungen vorgenommenen Aenderungen |
| 16) einer Zeichnung betr. Entwurf für die Haltestellen Bl. 13, | und Bemerkungen herzustellen. |
| | Insbesondere ist Unternehmer verpflichtet, die Bahn- |
| | anlage nach den im Planfeststellungsverfahren gemäß |
| | den Bestimmungen der §§ 17, 18 des Gesetzes vom |
| | 28. Juli 1892 zu treffenden Anordnungen auszuführen. |
| | Bei späteren Ergänzungen der Bahnanlage und |

der Betriebsmittel darf ohne Zustimmung der unterzeichneten Behörde von der durch die Genehmigung festgesetzten Konstruktion nicht abgewichen werden.

2.

Für den Bau und Betrieb der Kreuzung der Kleinbahn mit der Prignitzbahn, die der zuständige Herr Eisenbahn-Kommissar unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs gestattet hat, sind die betreffende Spezialzeichnung, der Erläuterungsbericht und die zugehörigen Bedingungen maßgebend.

3.

Die Inbetriebnahme der Bahn muß innerhalb eines Jahres nach der Feststellung des Bauplanes gemäß § 17 des Gesetzes vom 28. Juli 1892 erfolgen.

Kommt der Unternehmer dieser Verpflichtung nicht nach, so hat er eine Conventionalstrafe bis zu 5000 Mark, in Worten fünftausend Mark zu zahlen. Die Entscheidung darüber, ob und bis zu welchem Betrage die Strafe als verfallen zu betrachten ist, steht dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten zu.

Zur Sicherstellung dieser und der unter № 6 der Genehmigung bezeichneten Verpflichtungen hat der Unternehmer auf Erfordern der genehmigenden Behörde bei der Regierungshauptkasse zu Potsdam den Betrag von 10000 Mark in Worten zehntausend Mark in baar oder Schuldverschreibungen, in denen nach § 39 der Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 die Anlegung des Vermögens von Minderjährigen zulässig ist, unter Berechnung nach dem Kurswerthe nebst den noch nicht fälligen Zinsscheinen und den Talons niederzulegen.

Die in baar niedergelegte Summe wird nicht verzinst.

Gleichzeitig hat der Unternehmer die eingezahlte Baarsumme oder die Schuldverschreibungen durch eine Urkunde derart zum Pfande zu bestellen, daß der unterzeichneten Behörde die Befugniß zusteht, durch Verwertung der niedergelegten Summe oder durch Veräußerung der Schuldverschreibungen zum jeweiligen Kurswerthe die verfallenen Strafbeträge einzuziehen. Die Rückgabe der zur Kaution etwa gehörigen Zinsscheine erfolgt auf Erfordern des Unternehmers nach deren Fälligkeitsterminen, kann jedoch von der unterzeichneten Behörde versagt werden, wenn den Verpflichtungen, zu deren Sicherung die Kaution bestellt ist, nicht entsprochen, insbesondere durch Verzögerung des Baues die Einhaltung der Baufrist in Frage gestellt wird. Die Ueberwachung der Auslösung der etwa niedergelegten Schuldverschreibungen ist Sache des Unternehmers.

4.

Bei der Ausführung des Baues darf die Benutzung der öffentlichen Wege nicht verhindert oder mehr als unvermeidlich erschwert werden. Der Unternehmer hat dafür zu sorgen, daß die in oder an dem Straßenkörper befindlichen Anlagen keinen Schaden erleiden.

Auf Erfordern der zuständigen Wegepolizeibehörde hat der Unternehmer an Stelle der durch die Bauarbeiten verkehrsunfähig werdenden oder gewordenen

öffentlichen Wege oder Wegeheile Nothwege anzulegen. Den von der Wegepolizeibehörde dieserhalb getroffenen Anordnungen hat der Unternehmer bei Vermeidung polizeilicher Zwangsmittel nachzukommen.

Für die durch die Bauarbeiten an öffentlichen oder privatem Eigentum verursachten Beschädigungen ist der Unternehmer verantwortlich.

5.

Es bleibt vorbehalten, dem Unternehmer jederzeit die Gestattung der Einführung von Privatanschlußbahnen nach Maßgabe des § 10 Ges. vom 28. Juli 1892 aufzuerlegen.

6.

Der Unternehmer hat die Bahn während der Dauer ihrer Genehmigung ordnungsmäßig zu betreiben. Hierzu ist die Bahn und deren Betriebsmittel fortwährend dem jeweiligen Verkehrsbürfnisse entsprechend und gut auszurüsten sowie in einem solchen Zustande zu erhalten, daß dieselbe mit der unter № 11 festgesetzten größten Geschwindigkeit befahren werden kann.

Durch die Unterbrechung des Betriebes ohne genügenden Grund oder durch Einstellung des Betriebes verurtheilt der Unternehmer die Zahlung einer Conventionalstrafe bis zu 5000 Mark an die Staatskasse. Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten bestimmt, ob und bis zu welchem Betrage die Strafe als verfallen zu erachten ist. Zur Sicherstellung dieser Verpflichtung hat der Unternehmer die nach № 3 der Genehmigungsbedingungen zu leistende Caution nach den daselbst getroffenen Vorschriften gleichfalls zum Pfande zu bestellen, falls von ihm jene Sicherheitsleistung verlangt wird.

7.

Die nach № 3 eventl. bestellten Cautionen sind von dem Unternehmer durch baare Nachzahlung oder Nachlieferung von Schuldverschreibungen insoweit zu ergänzen, als sie während der Dauer der Genehmigung zur Leistung von Conventionalstrafen in Anspruch genommen sind.

8.

Die Namen der mit der Leitung der Bau- und Betriebsverwaltung betrauten Personen sind der unterzeichneten Behörde sowie der königlichen Eisenbahndirektion Altona anzuzeigen.

Diese Anzeige hat auch bei dem Wechsel in den bezeichneten Personen zu erfolgen.

9.

Alle im äußeren Betriebsdienste beschäftigten Personen müssen diejenige körperliche und geistige Fähigkeit sowie diejenige Zuverlässigkeit besitzen, die ihr Beruf erfordert. Zu Maschinenschülern dürfen nur solche Personen angenommen werden, die nach einer mindestens 6 monatigen Arbeit in einer Maschinenbau- oder Maschinenausbesserungs-Werkstätte und nach einer ebenso langen Lehrzeit als Maschinenschüler durch eine Prüfung und durch Probefahrten der aufsichtsführenden Eisenbahnbehörde gegenüber ihre Befähigung nachgewiesen haben.

Ob und inwieweit aus besonderen Gründen eine

kürzere Beschäftigung in einer Maschinenwerkstätte und als Lehrling für ausreichend zu erachten ist, bestimmt die eisenbahntechnische Aufsichtsbehörde.

Ueber alle im äußeren Betriebsdienste beschäftigten Personen (Maschinenführer, Heizer, Schaffner, Controlleure, Haltestellenvorsteher und dergl.) sind Nachweisungen zu führen, die über ihr Alter, ihre etwaigen gerichtlichen und disciplinaren Bestrafungen und über sonstige, die Befähigung und Zuverlässigkeit für ihren Dienst betreffenden Umstände Auskunft geben müssen. Auf Erfordern sind diese Nachweisungen der unterzeichneten und der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde vorzulegen. Die im äußeren Betriebe der Bahn beschäftigten Personen, die sich als unfähig oder als unzuverlässig in ihrem Berufe erwiesen haben, sind auf Erfordern einer der unterzeichneten Behörden sofort von dem Unternehmer aus der Beschäftigung in dem Betriebe der Bahn zu entlassen.

10.

Die zum Verkehr mit dem Publikum bestimmten Bediensteten müssen während ihrer Dienstausbübung durch Dienstkleidung oder ein sonstiges gleichmäßiges Abzeichen als solche kenntlich sein und einer an der vorderen Seite der Kopfbedeckung zu tragenden Nummer versehen sein.

11.

Der Betrieb der Bahn darf erst eröffnet werden, nachdem von der unterzeichneten Behörde im Einvernehmen mit der zuständigen Eisenbahnbehörde die Erlaubniß hierzu erteilt worden ist.

Die Geschwindigkeit der Fahrten darf auf freier Strecke an keiner Stelle der Bahn 20 km, innerhalb der Ortschaften 12 km die Stunde überschreiten.

12.

Die Einrichtung des Fahrplans für die ersten 3 Betriebsjahre bleibt dem Unternehmer überlassen.

Nach Ablauf dieser Zeit steht der unterzeichneten Behörde in Gemeinschaft mit der Königlichen Eisenbahndirektion die Befugniß zu, die Fahrpläne festzustellen.

Jeder Fahrplan — auch innerhalb der ersten drei Jahre — ist der unterzeichneten sowie der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde rechtzeitig einzureichen.

Die Festsetzung der Beförderungspreise steht dem Unternehmer fünf Jahre hindurch, vom Tage der Betriebseröffnung an gerechnet, frei. Der unterzeichneten Aufsichtsbehörde sind von der Betriebseröffnung an die Beförderungspreise anzuzeigen.

Vom Beginn des 6. Betriebsjahres an haben die Aufsichtsbehörden das Recht der Genehmigung der Beförderungspreise gemäß der Bestimmung im § 14 Absatz 3 des Gesetzes vom 28. Juli 1892.

13.

Die Fahrpläne für den Personenverkehr und die Beförderungspreise für den Personen- und Güterverkehr sind mindestens 8 Tage, Erhöhungen der Beförderungspreise aber mindestens 14 Tage vor ihrer Einführung durch die Zeitung, welche für Bekanntmachungen der Landräthe der Kreise Ost- und Westpreignitz dienen, so-

wie auch in der Preignitz- und Westpreignitz-Verwaltung der Wohnung innerhalb der Kirche nicht wechseln. In binnen Jahresfrist von Berlin ab gerechnet durch die Kirchen- und der gewählten

Die Betriebsuntersuchungen nach der 1892 und dürfen nach in Betrieb genommen werden, § vorgeschriebenen Kesselsprüfungen, 15.

Der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde zu, außerordentliche Prüfungen, maschinen vorzunehmen und die Prüfungen, 15.

Der Unternehmer hat über das Unternehmen männlich geordnete, besondere Bücher zu führen, denen das auf die Herstellung und Ausrüstung der Bahn verwendete Kapital, die Bruttoeinnahme und der jährliche Reinertrag sowie die jährlich gezahlte Dividende mit Sicherheit ersehen werden kann.

Auf ihr Erfordern ist der Aufsichtsbehörde der jährliche Rechnungsabluß einzureichen und die Einsicht der Rechnungsbücher zu gestatten.

16.

Für die Verpflichtungen dem Unternehmer gegenüber der Reichspostverwaltung sind die Bestimmungen im § 42 des Gesetzes vom 28. Juli 1892 maßgebend. Gegenüber der Reichstelegraphenverwaltung ist der Unternehmer verpflichtet, alle Kosten der Veränderungen zu erstatten, welche aus Anlaß des Bahnbaues oder späterer Aenderung der Bahnanlage an den Reichstelegraphenanlagen nach dem Ermessen und der Anordnung der zuständigen Kaiserlichen Oberpostdirektion erforderlich werden, um Störungen des Telegraphenbetriebes zu verhüten.

Zu den gedachten Veränderungen gehört u. A. die Umkleidung der unterirdischen Telegraphenkabel mit Ruffenrohren an denjenigen Stellen, an welchen der Bahnkörper diese Kabel überschreitet.

17.

Diese Genehmigung hat nur Gültigkeit für den Kreis Westpreignitz.

Bei eintretendem Wechsel in der Person des Unternehmers hat der neue Unternehmer die Ertheilung der Genehmigung für sich nachzusuchen.

Ingleichen ist für alle wesentlichen Erweiterungen und Aenderungen des Unternehmens, der Anlage und des Betriebes die Genehmigung der unterzeichneten Behörde einzuholen.

18.

Abgesehen von vorstehenden Bestimmungen finden auf das Unternehmen die Vorschriften des Gesetzes vom 28. Juli 1892 über Kleinbahnen und Privatananschlußbahnen Anwendung.

19.

Diese Genehmigung tritt in Kraft nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Regierung Potsdam.
Potsdam, den 13. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

153. Um festzustellen, ob sich die von den Fischereiberechtigten auf der Havel von Spandau bis Brandenburg a./H. angebotenen Wasserflächen zu Schonrevieren eignen, soll am **Montag den 19. Juli d. J.** eine Besatzung der Wasserflächen mittelst fiskalischen Dampfers, welche um 8 $\frac{1}{4}$ Uhr in Spandau beginnen wird, stattfinden.

Die Ankunft wird in Potsdam gegen 12 Uhr Mittags erfolgen. Die Fischereiberechtigten werden ersucht, an der Bereisung oder an den Verhandlungen an den Landungsstellen in Potsdam, Werder a./H. und Regin theilzunehmen.

Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß es im eigenen Interesse der Theilnehmenden liegt, zu erscheinen, damit die schwebenden Fragen wegen Einrichtung der Schonreviere baldigst zum Abschluß gelangen können.

Potsdam, den 10. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

154. Der Herr Ober-Präsident hat die Genehmigung erteilt, daß zum Besten des St. Josefsheims in Berlin bei den katholischen Einwohnern Berlins und dessen Vororte in der Zeit bis Ende September d. J. eine Hauscollekte abgehalten wird.

Potsdam und Berlin, den 9. Juli 1897.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

W i e h f e u e r n .

155. Ausgebrochen:

1) Milzbrand: bei einer Kuh des Bauern Friedrich Michels in Buckow, Kreis Breeskow-Storkow; bei einer Kuh des Bauern Senß in Wensickendorf und bei einem Zugochsen auf dem Nieselgute Malsow, Kreis Niederbarnim; auf dem Gehöft des Bauern Schulze in Nabeland, Kreis Jüterbog-Luckenwalde; auf dem Gehöft des Kossäthen Wendemacher in Wensickendorf, Kreis Niederbarnim; bei einer Störche des Bauern Steinberg in Madensleben, Kreis Ruppiner; bei je einer Kuh der Bauerngutsbesitzer Buge in Regow und Sumpf in Tremmen, Kreis Westhavelland; bei einem Bullen des Bauern Bree in Tuchen, Kreis Oberbarnim.

2) Brustseuche: bei einem Pferde des Kaufmanns Bork in Wusterhausen a. D., Kreis Ruppiner; unter den Pferden der 3. Batterie 2. Garde-Feld-artillerie-Regiments.

3) Maul- und Klauenseuche: unter dem Rindviehbestande des Dominiums Kollwitz, Kreis Prenzlau.

Erloschen:

1) Brustseuche: unter den Pferden der 1. und 7. Batterie 2. Garde-Feld-Artillerie-Regiments.

2) Milzbrand: auf dem Gehöft des Bauernguts-

besizers Schulze in Nabeland, Kreis Jüterbog-Luckenwalde; bei je einer Kuh des Dominiums Dedelow und Grünow und bei einem Kalbe des Bauernhofsbesizers Holz in Bandelow, Kreis Prenzlau.

3) Maul- und Klauenseuche: beim Rindvieh des Dominiums Züsedom, Kreis Prenzlau.

Potsdam, den 13. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen

der Königl. Regierung.

Bekanntmachung.

18. Diejenigen Personen, welche nach dem Gesetz vom 14. Juli 1893 wegen Anhebung directer Staatssteuern die seiner Zeit für die Anhebung der Grundsteuerbefreiungen und Grundsteuerbefreiungen gewährten Kapitalentschädigungen zur Staatskasse zurückerstatten haben und die Rückerstattung in Form einer jährlichen Tilgungsrente bewirken, werden darauf aufmerksam gemacht, daß nach § 24 a. a. D. die Tilgungsrenten jeder Zeit durch Barzahlung ganz oder theilweise abgelöst werden können.

Die Ablösung hat den Vorzug, daß durch die einmalige Kapitalzahlung dem Pflichtigen weniger Kosten entstehen als durch die 60 $\frac{1}{2}$ Jahre lang zu entrichtende Tilgungsrente.

Der Antrag auf Ablösung ist bei der zuständigen Kreiskasse zu stellen. Potsdam, den 6. Juli 1897.
Königliche Regierung, Abtheilung für directe Steuern, Domänen und Forsten A.

Bekanntmachungen

des Staatssecretairs des Reichs-Postamts.

Postpakete im Verkehr mit Peru.

6. Von jetzt ab können Postpakete ohne Werthangabe bis zum Gewicht von 5 kg nach Peru versandt werden. Zu den Paketen sind drei Zoll-Inhalts-Erklärungen erforderlich. Die vom Absender vorausbezahlende Gebühr beträgt 3 Mark 80 Pfennig für jedes Paket. Die Beförderung nach Peru erfolgt über Hamburg mittels der durch die Mangelanstraße verkehrenden Deutschen Postdampfer. Ueber die sonstigen Versendungsbedingungen ertheilen die Postanstalten auf Erfordern Auskunft.

Berlin W., 3. Juli 1897.

Der Staatssecretair des Reichs-Postamts.

Postanweisungen im Verkehr mit Peru.

7. Von jetzt ab können bei den Deutschen Postanstalten Postanweisungen nach Peru bis zum Betrage von 195 Sol de Plata (rund 400 Mark) eingeliefert werden. Zu den Postanweisungen ist das für den internationalen Verkehr vorgeschriebene Formular zu verwenden, wobei der Abschnitt zu schriftlichen Mittheilungen benutzt werden darf. Die vom Absender zu entrichtende Postanweisungsgebühr beträgt 20 Pfennig für je 20 Mark. Ueber die sonstigen Bedingungen ertheilen die Postanstalten auf Erfordern Auskunft.

Berlin W., den 3. Juli 1897.

Der Staatssecretair des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

47. Der Fernsprechverkehr mit Königs-Lutter und Hettstedt ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt im Verkehr mit beiden Orten 1 Mark.

Berlin C., den 9. Juli 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

In Vertretung Buschow.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

48. In dem Orte Jerchel (Kr. Jerichow) wird am 12. Juli eine Telegraphenbühlstelle eröffnet.

Potsdam, 9. Juli 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector Gürtler.

Bekanntmachungen des Königlichen Konsistoriums der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

33. Durch das auf Grund der Allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 30. April 1830 erlassene Reskript des Königlichen Ministeriums der geistlichen u. Angelegenheiten vom 5. Mai desselben Jahres ist den evangelischen Glaubensgenossen, welche an einem Orte ihren Wohnsitz nehmen, wo mehrere der Union beigetretene Kirchengemeinden sich befinden, das Recht verliehen worden, die Gemeinde, welcher sie angehören wollen, zu wählen. Dieses Recht findet nach Maßgabe der angeführten Verordnung in Folge des Beitritts der evangelischen Kirchengemeinden in Berlin zur Union und unter Beziehung der allgemeinen Bestimmungen auf die besonderen Verhältnisse dieser Gemeinden hieselbst in der Weise Anwendung, daß die den von auswärts zuziehenden Personen zustehende Wahl getroffen werden kann zwischen, einerseits der betreffenden, mit einem örtlich abgegrenzten Kirchsprengel versehenen Gemeinde und andererseits der Dom- oder der Parochial-Kirche.

Da die Ausübung dieses Wahlrechts bisher an eine Frist nicht gebunden gewesen ist, so hat sich das Bedürfnis ergeben, den aus einer oft lange verschobenen Feststellung der Gemeindeangehörigkeit erwachenden Uebelsständen für die Zukunft vorzubeugen.

In Folge der auf Grund Allerhöchsten Erlasses vom 6. September v. J. von dem Herrn Minister der geistlichen Angelegenheiten im Einverständnisse mit dem Evangelischen Ober-Kirchenrath und erteilten Ermächtigung wird demnach hierdurch Folgendes bestimmt:

- 1) Alle von auswärts nach Berlin ziehenden evangelischen Glaubensgenossen haben ohne Rücksicht auf ihr besonderes Konfessionsverhältnis die Wahl, sich entweder derjenigen Lokalapostrophe, innerhalb deren sie ihre Wohnung nehmen, oder der Gemeinde der Dom-Kirche resp. der Parochial-Kirche anzuschließen, deren Mitglieder an keinen bestimmten Wohnort in der Stadt gebunden sind und daher

durch die Veränderung der Wohnung innerhalb der Stadt die Gemeinde und Kirche nicht wechseln.

- 2) Diese Wahl muß jedoch binnen Jahresfrist von der Niederlassung in Berlin ab gerechnet durch eine ausdrückliche Erklärung bei dem Kirchen-Ministerium und dem Vorstande der gewählten Kirche zu erkennen gegeben werden.

- 3) Wird diese Wahl in der bezeichneten Frist nicht ausgeübt, so werden solche evangelische Einwohner als pflichtige Glieder derjenigen Lokalapostrophe, innerhalb deren sie ihre Wohnung genommen haben, angesehen und behandelt, und gehen bei jeder Veränderung der letzteren in diejenige Parochie als Mitglieder über, in welcher die neu gewählte Wohnung belegen ist.

Berlin, den 21. November 1859.

Königliches Konsistorium der Provinz Brandenburg.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch von Neuem veröffentlicht.

Berlin, den 1. Juli 1897.

Königliches Konsistorium der Provinz Brandenburg.
Abtheilung Berlin.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

39. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Fräulein Hubertine Ploenes in Trier, Domfreihof 3, die Schuldverschreibung der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe von 1885

Lit. F. Nr. 352372 über 200 M.

angeblich abhanden gekommen, wahrscheinlich verbrannt ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Fräulein Ploenes anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 7. Juli 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Nachweisung

der vom Kreis-Ausschusse des Kreises Angermünde im II. Vierteljahr 1897 genehmigten Gemeinde- und Guts-Bezugs-Veränderungen.

22. Bezeichnung des Grundstücks: Die vom Forstfiskus an den Fischer Hübner in Altenhof abgetretenen Flächen mit einem Gesamt-Flächeninhalt von 1,5360 Hektar, Parz.-Nr. 178/147 und Nr. 138, Kartenblatt 6 der Gemarkung Forst Grimmaig. Name des Erwerbers: Hübner, Fischer in Altenhof. Künftiger Gemeinde- bzw. Guts-Verband: Gemeinde Werbellin.

Angermünde, den 1. Juli 1897.

Der Kreis-Ausschuß.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

U e b e r s i c h t

von den Ergebnissen der Verwaltung der Städtefeuerzocletät der Provinz Brandenburg im Jahre 1896.

Am Schlusse des Jahres 1896 betrug die Versicherungssumme
für Gebäude 628731975 M. | zusammen 651270375 M., d. i. gegen
" Mobiliar 22538400 " | das Vorjahr mehr 12277500 M.

Hiervon waren gegen Explosionsgefahr 3155325 M. und rückversichert 137796690 M.

Es fanden im Societätsgebiete 331 Brände statt, 179 im 1. Halbjahre und 152 im 2. Halbjahre.
Durch dieselben wurden in 102 Städten 584 Gebäude betroffen.

Außerdem wurden in 43 Fällen Mobiliari und durch nicht zündenden Blitzschlag in 36 Fällen 46 Gebäude beschädigt.

An Beiträgen wurden vom Hundert der Versicherungssumme ausgeschrieben

| | in Klasse | | | | | | | | | | Hennige |
|-----------------|-----------|----|------|-------|-----|-------|------|--------|-----|-------|---------|
| | I A. | I. | I B. | II A. | II. | II B. | III. | III B. | IV. | IV B. | |
| im 1. Halbjahre | 2,1 | 3 | 3,9 | 6 | 9 | 12 | 21 | 30 | 42 | 66 | |
| " 2. " | 2,1 | 3 | 3,9 | 6 | 9 | 12 | 21 | 30 | 42 | 66 | |

Auszug aus der Rechnung vom laufenden Fonds für 1896.

| E i n n a h m e. | | M. | Pf. |
|--|--------------------|---------|-----|
| A. Bestand aus voriger Rechnung | | 456266 | 57 |
| B. Einnahmestücke am Schlusse des Jahres 1895 | 2631 M. 06 Pf. | | |
| | Abgang 24 " 97 " | 2606 | 09 |
| C. Aus dem laufenden Rechnungsjahre | | | |
| 1) Beiträge für das Jahr 1896 für Gebäude | | 600579 | 18 |
| 2) " " " " " " Mobiliar | | 34847 | 12 |
| 3) " aus Vorjahren | | 91 | 98 |
| 4) Wiedererstattete Schadensvergütungen | | 23 | — |
| 5) Sonstige Wiedererstattungen | | 550 | 35 |
| 6) Anteil der Rückversicherungsgesellschaft an den Schadenvergütungen | | 78999 | 90 |
| 7) Zinsen | | 10574 | 50 |
| 8) Sonstige Einnahmen | | 2 | — |
| | Summe | 1184540 | 69 |
| A u s g a b e. | | M. | Pf. |
| A. Ausgabestücke am Schlusse des Jahres 1895 | 86701 M. 37 Pf. | | |
| | Abgang 1100 " 50 " | 85600 | 87 |
| B. Aus dem laufenden Rechnungsjahre | | | |
| 1) Prüfungs- und Largedühren | | 9457 | — |
| 2) Vergütungen | | | |
| a. für Brand- und Blitzschäden an Gebäuden, einschließlich 7851 M. 55 Pf. Ermittlungskosten u. 1388 M. Spritzen- und Wasserpumpenprämien | | 454565 | 80 |
| b. für Brandschäden an Mobiliar, einschließlich 733 M. 2 Pf. Ermittlungskosten | | 8299 | 08 |
| c. für Schäden an unversicherten Gegenständen | | 1866 | 05 |
| 3) Belohnung für Entdeckung von Brandstiftern und für Löschhülfe | | 310 | — |
| 4) Zuschuß zu den Kosten militärisch organisirter Feuerwehren | | 6357 | 61 |
| 5) Zuschuß an die Brandenburg'sche Feuerwehrnfallkasse | | 2732 | 65 |
| 6) Postgeld und Projektkosten | | 2551 | 38 |
| 7) Rückversicherungsbeiträge | | 163219 | — |
| 8) Verwaltungskosten der Rückversicherung | | 1033 | — |
| 9) Rückzahlung überhöbener Beiträge | | 444 | 19 |
| 10) Entschädigungen an die Geschäftsführer für die Gebäudeversicherung | | 7584 | 06 |
| 11) Außerordentliche Ausgaben, einschließlich 18950 M. Zuschuß an den eisernen Fonds | | 19121 | 02 |
| | Summe | 763141 | 71 |
| Die Einnahme beträgt | | 1184540 | 69 |
| Bleibt Bestand | | 421398 | 98 |

Vorhanden sind: Baar und in Werthpapieren 498838 M. 34 Pf.
Einnahmerezse 317 „ 29 „

zusammen 499155 M. 63 Pf.

Die Ausgaberezse betragen 77756 „ 65 „

ergeben sich obige 421398 M. 98 Pf.

Auszug aus der Rechnung vom eisernen Fonds für das Jahr vom 1. April 1896/97.

| E i n n a h m e. | | M. | Pf. |
|---|-------|--------|----------|
| A. Bestand aus voriger Rechnung | | 680900 | — |
| B. Erlös für ausgegebene Werthpapiere | | 100293 | 80 |
| C. Erworbene Werthpapiere | | 9000 | — |
| D. Laufende Einnahmen: | | | |
| 1) Zinsen | | 26431 | 20 |
| 2) Sonstige Einnahmen | | 428 | — |
| 3) Mieten aus dem Grundstück der Societät | | 11358 | 15 |
| 4) Zuschuß aus dem laufenden Fonds | | 18950 | — |
| | Summe | 847361 | 15 |
| A u s g a b e. | | M. | Pf. |
| A. Rechnungsvoransch | | 4664 | 71 |
| B. Ausgegebene Werthpapiere | | 99000 | — |
| C. Für erworbene Werthpapiere | | 9000 | — |
| D. Laufende Ausgaben: | | | |
| 1) Reisekosten u. Tagegelber der Mitglieder des Directorialraths | | 638 | 40 |
| 2) Besoldungen | | 44137 | 25 |
| 3) Ruhegehälter | | 710 | — |
| 4) Für Bureau- und Kassenbedürfnisse | | 9906 | 72 |
| 5) Sonstige Ausgaben | | 3309 | 65 |
| E. Für das Grundstück der Societät | | | |
| 1) Kosten des Um- und Ausbaues des Hauses | | 67005 | 71 |
| 2) für Unterhaltung | | 12202 | 37 |
| 3) Abgaben, für Wasser, Gas u. f. w. | | 2320 | 47 |
| 4) Zinsen für die auf dem Grundstück lastende Hypothek von 99000 M. | | 3465 | — |
| | Summe | 256360 | 28 |
| Die Einnahme beträgt | | 847361 | 15 |
| Bleibt Bestand | | 591000 | 87 |
| und zwar: in Werthpapieren | | 83800 | M. — Pf. |
| „ Hypotheken | | 507100 | „ — „ |
| baar | | 100 | „ 87 „ |

Berlin, den 2. Juli 1897.

Der Director der Städtefeuersocietät der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Landesdirectors der Provinz Brandenburg.

§. In Gemäßheit der Bestimmung im § 3 zu 5 des Reglements für die Wegebauverwaltung der Provinz Brandenburg vom 18. August 1876 hat der Provinzial-Landtag in seiner Sitzung am 27. Februar d. J. an Stelle der Bestimmung im § 9 daselbst nachstehende

Normativ-Bestimmungen

für den Neubau von Provinzialstraßen und von solchen Straßen, für welche Neubau-Prämien bewilligt werden, festgesetzt.

§ 1.

Chausseen, welche von der Provinz gebaut werden, oder für welche die Bewilligung einer Prämie nachgesucht wird, müssen mindestens den hier festgesetzten Bestimmungen entsprechen.

1. Breite und Eintheilung der Straßen.

a) Chausseen mit Sommerweg.

| | |
|--------------------------------|--------|
| Breite des Materialienbanketts | 1,20 m |
| „ der Steinbahn | 3,75 „ |
| „ des Sommerweges | 2,50 „ |
| „ des Fußgängerbanketts | 0,55 „ |
| Gesammbreite des Planums | 8,00 m |

b) Chausseen ohne Sommerweg.

| | |
|--------------------------------|--------|
| Breite des Materialienbanketts | 1,50 m |
| „ der Steinbahn | 4,25 „ |
| „ des Fußgängerbanketts | 1,25 „ |
| Gesammbreite des Planums | 7,00 m |

2. Stärke der Steinbahn.

Die Stärke chausseirter Steinbahnen muß im Durchschnitt des Profils im nicht abgewalzten Zustande mindestens 21 cm betragen, davon 12 cm für die Pack- und Zwischlage und 9 cm für die Decklage.

Für Herstellung von Pflasterungen sind geschlagene Steine von durchschnittlich 18 cm und nicht unter 15 cm Höhe zu verwenden.

3. Sommerweg und Banketts.

Der Sommerweg ist mit Kies in mehreren Lagen von zusammen 8 cm Stärke, bei sandigem Planum aber zunächst mit einer 5 cm starken Lehmschicht und darüber mit einer 5 cm starken Schicht aus grobem Kies zu befestigen.

Die Befestigung des Banketts ist nach der Beschaffenheit des Bodens zu bewirken.

4. Lage der Straße.

Die Straßen müssen sich dem Terrain thunlichst anschließen und sind auf trockenem Untergrunde anzulegen. Starke Krümmungen sind zu vermeiden; wo dies nicht thunlich, ist bei geringerem Halbmesser der Mittellinie der Straße als von 50 m eine angemessene Verbreiterung der Steinbahn vorzunehmen. Krümmungen mit geringerem Halbmesser als von 30 m sind nicht zulässig.

5. Gefälle-Verhältnisse.

Als höchste Steigungen werden zugelassen auf das Meter Länge.

im Flachlande . . . 25 mm, d. i. 2,5 v. H.

im Hügellande . . . 45 " d. i. 4,5 v. H.

in gebirgigen Gegenden 60 " d. i. 6 v. H.

Bei anhaltenden Steigungen von mehr als 4 v. H., mit welchen eine Gesamthöhe von mehr als 30 m gewonnen werden soll, ist auf jede folgende Höhe von 30 m die Steigung wenigstens um $\frac{1}{2}$ v. H. oder 5 mm für das Meter Länge zu vermindern, bis die Steigung von 4 v. H. erreicht ist. Bei Steigungen von mehr als 4 v. H. sind außerdem in Entfernungen von 800 m Ruhestrecken von wenigstens 30 m Länge, mit höchstens 1,5 v. H. Steigung einzulegen.

Das Quergefälle richtet sich nach dem Längengefälle der Straße, so daß bei stärkerem Längengefälle der Straße ein geringeres Quergefälle anzuwenden ist und beträgt für die abgewälzte Steinbahn bei festem Material 3 bis 5 cm, bei mäßig festem 5 bis 6 cm für ein Meter der halben Steinbahnbreite. Der Sommerweg und die Banketts sind mit einem Quergefälle von 4 bis 5 cm für das Meter Breite anzulegen.

6. Höhenlage der Straßenkrone.

Wo nicht die Inundationsverhältnisse technisch etwas anderes fordern, ist die Straßenkrone mindestens 0,50 m über den bekannten höchsten Wasserstand zu legen.

7. Gräben und Böschungen.

Erhebt sich das Planum nicht wenigstens 0,50 m über die Bodenfläche oder ist dasselbe ganz oder theilweise in letztere eingeschnitten, so ist auf beiden Seiten bezw. auf der einen Seite ein Graben von hinreichender Tiefe und verhältnismäßiger Breite zur Ableitung des Tages- oder laufenden Wassers anzulegen.

Die Böschungen dieser Gräben sowie der Einschnitte und Erdaufträge, in denen bezw. mit denen das Planum hergestellt wird, sind in der Regel $1\frac{1}{2}$ fach

auszubilden und ist durch Rasen oder durch Aufträge von Mutterde und Einsamung eine feste Grasnarbe zu bilden.

Ist der Boden, in bezw. aus welchem das Planum gebildet wird, besonders standfähig, so ist eine einfache Anlage der Böschungen zulässig; wo aber besondere Verhältnisse (Hochwasser oder Wasserläufe vorläufs des Planums) dies erfordern, muß die Böschung diesen entsprechend abgeflacht werden.

Wo die Verhältnisse dies zweckmäßig erscheinen lassen, sind statt der Seitengräben gepflasterte Rinne- steine neben der Straße anzulegen.

8. Brücken und Durchlässe

von weniger als 3 m Lichtweite müssen in der ganzen Breite des Planums ausgeführt werden. Brücken, deren Lichtweite mehr als 3 m oder deren Gesamtlänge in der Chausseare weniger als 45 m beträgt, müssen zwischen den Geländern eine Breite von 6,50 m erhalten, auch muß die Aue der Fahrbahn mit der der Steinbahn der anschließenden Straßenstrecken zusammenfallen. Brücken von mehr als 45 m Länge in der Chausseare sind mit einer Breite von wenigstens 7 m zwischen den beiderseitigen Geländern herzustellen.

9. Baumpflanzungen und Sicherheitsanlagen.

Die Straßen sind, wo die Umstände dies zulassen, auf beiden Seiten mit Bäumen in angemessener Entfernung von einander zu bepflanzen, welche mit ihrer Mitte in einer Entfernung von höchstens 30 cm vom inneren Rande des Grabens zu setzen sind. Die Entfernung der Bäume von einander ist da, wo das Planum sich 75 cm oder weniger über die Bodenfläche oder die Grabensohle erhebt, auf 10 m, wo dies Höhenmaß aber überschritten wird, auf 5 m zu bemessen.

Erreicht das Planum eine Höhe von 1,5 m oder mehr über der Bodenfläche bez. der Grabensohle, so sind ferner zur Sicherheit des Verkehrs — je nach dem Bedürfnisse — zwischen den Bäumen noch Schutzsteine oder Schutzsäule und erforderlichen Falls Schutzranken anzubringen.

§ 2.

Der Provinzialausschuß ist ermächtigt, in ihm geeignet erscheinenden Fällen Prämien auch für solche Straßen zu gewähren, welche abweichend von den Bestimmungen im § 1 zu Ziffer 1, 2, 4 und 9 in den nachstehend bezeichneten Abmessungen erbaut werden:

1. Breite und Einteilung (§ 1 zu 1).

| | |
|---|--------|
| Breite des Materialienbanketts | 1,20 m |
| " der Steinbahn | 3,50 " |
| " des Sommerwegs und Sommerweg-
banketts | 2,30 " |

Gesamtbreite des Planums 7,00 m

Eosern bei diesen Chausseen von der Anlage eines besonderen Sommerweges abgesehen wird, muß die Steinbahn mit mindestens 4 m Breite angelegt werden, und verbleiben alsdann für die beiderseitigen Banketts je 1,50 m.

2. Stärke der Steinbahn (§ 1 zu 2).

Die durchschnittliche Stärke chaussierter Steinbahnen muß in nicht abgewalztem Zustande mindestens 18 cm, davon 11 cm für die Pack- und Zwielage, 7 cm für die Decklage betragen.

3. Lage der Straße (§ 1 zu 4).

Krümmungen der Straße sind noch zulässig, wenn sie mit einem Halbmesser von 20 m für die Mittellinie der Straße angelegt werden, jedoch muß bei Krümmungen von geringerem Halbmesser für die Mittellinie als von 30 m eine angemessene Verbreiterung des Planums und der Steinbahn und auf der Außenseite eine entsprechende Erhöhung des Planums vorgenommen werden.

4. Gefälle-Verhältnisse (§ 1 zu 5).

Als höchste Steigungen sind noch zulässig auf 1 m Länge:

im Flachlande . . . 35 mm, d. i. 3,5 v. H.,
im Hügellande . . . 50 mm, d. i. 5 v. H.,
in gebirgiger Gegend 65 mm, d. i. 6,5 v. H.

§ 3.

Der Provinzialausschuß ist befugt, den Bau der Chausséen in größeren Breiten- und Stärkenabmessungen, als solche in Nr. 1 und 2 des § 1 festgesetzt sind, zu verlangen, sofern er dies im Interesse des Verkehrs und der Erhaltung der Straße für nothwendig erachtet.

§ 4.

Für die Chausséen, welche unter Gewährung von Provinzial-Prämien erbaut werden, haben die betreffenden Kommunalverbände dem Provinzialverbande gegenüber die Verpflichtung zur dauernden Unterhaltung zu übernehmen.

§ 5.

Die Nachscheidung der sogenannten fiskalischen Vorrechte — der Befugniß zur Erhebung des Chausséegeldes, der Enteignung u. s. w. — ist Sache der kommunalen Verbände.

§ 6.

Die Festsetzung der Höhe der Bauprämien für die nach Maßgabe dieser Normativbestimmungen zu erbauenden Chausséen bleibt dem Provinzialausschuße überlassen.

* * *

Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten hat diese Normativ-Bestimmungen unterm 16. Juni d. J. III. 7346 mit der Maßgabe genehmigt, daß die Erwirkung des Rechts zur Chausséegelberhebung und der Allerhöchsten Genehmigung zur Anwendung der dem Chausséegeldtarife vom 29. Februar 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chaussée-Polizei-Vergehen für Chausséen, welche den Bestimmungen im § 2 entsprechend zur Ausführung gelangen, allgemein nicht in Aussicht gestellt werden kann, sondern in jedem einzelnen Falle von einer Prüfung der in Betracht kommenden Verhältnisse abhängig gemacht werden muß.

Berlin, den 1. Juli 1897.

Der Landes-Direktor der Provinz Brandenburg.
Freiherr von Manteuffel.

Personal-Chronik.

Der Forstmeister Rahm ist vom 1. September d. J. ab zum Forstamtsanwalt bei dem Königl. Amtsgericht in Potsdam ernannt worden.

Der Oberförster von Bertrab in Menz ist vom 1. September d. J. ab zum Forstamtsanwalt bei dem Königl. Amtsgericht in Rheinsberg ernannt worden.

Der Rämmerer Hermann Haase in Briezen ist zum Stellvertreter des Amtsanwalts bei dem Königl. Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Im Kreise Niederbarnim ist der Forstmeister Münnig zu Rehhorst von Neuem zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 46 — Liebenwalder Forst — ernannt worden.

Im Kreise Westprignitz ist der Rittergutspächter Tegen zu Neupremßlin zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 15 — Stavenow — ernannt worden.

Im Kreise Beeskow-Storkow ist der Rittergutsbesitzer Osterroht zu Hartmannsdorf von Neuem zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 18 — Glienicke ernannt worden.

Im Kreise Westhavelland ist der Rittergutsbesitzer Rindt in Gork zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 24 — Regh — ernannt worden.

Der Anwärter auf eine Katasterzeichnerstelle Friedrich Lobbes ist zum Hülfszeichner bei der hiesigen Regierung berufen.

Die Verwaltung der vom 1. August d. J. ab in Wittenberge gebildeten Spezialkommission ist dem Regierungs-Assessor Weidner in Rummelsburg übertragen worden. Der Spezialkommissions-Sekretär Perm ist von Neu-Magpin nach Wittenberge versetzt.

Bei der Königl. Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin sind folgende Personalveränderungen eingetreten: Der Regierungs-Assessor von Slupetzki ist zum Regierungs-Rath ernannt. Der Regierungs-Assessor Scheibel ist zur Königl. Ministerial-Baukommission versetzt; für ihn ist der Regierungs-Assessor Runge der Direktion zur dienstlichen Verwendung überwiesen. Der Militär-Supernumerar Mehning ist ausgeschieden. Die Militär-Anwärter David, Herold und Schmidt VIII. sind als Militär-Supernumerare übernommen. Der Civil-Anwärter Hoffmann II. ist als Civil-Supernumerar eingetreten.

Der bisherige Pfarrer in Wismig, Synode Greifensberg, Provinz Pommern, Robert Karl Johannes Wasmund, ist zum 2. Pfarrer an der Heilandskirche in Berlin, Diözese Berlin II., bestellt worden.

Personalveränderungen beim Königl. Oberbergamte zu Halle a./S. im 2. Vierteljahr 1897.

Beim Oberbergamte trat der Kassenrendant, Rechnungsrath Herrmann in den Ruhestand; an seiner Stelle wurde der Oberbergamtssekretär, Rechnungsrath Rind zum Kassenrendanten und an des letzteren Stelle der Oberbergamtssekretär, Rechnungsrath Besser zum Buchhalter und Kassenkontroleur bestellt.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| 1. Lauf. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum der Ausweisungs-Beschlüsse. | |
|--------------|---|---|--|--|-----------------------------------|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | | |
| 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | | |
| | Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Josef Bernardi, Bäcker, | geboren am 26. Januar 1872 zu Vozen, Tirol, österreichischer Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar, | 25. Mai 1897. | |
| 2 | Josef Bischof, Dienstknecht, | geboren am 29. Juni 1851 zu Tisis, Bezirk Feldkirch, Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger, | Betteln, | Stadtmagistrat Neuburg a. Donau, Bayern, | 13. Mai 1897. | |
| 3 | Hygenius Böck, Wagnergeselle, | geboren am 10. Januar 1859 zu Vystřiz, Bezirk Neukaditz, Mähren, österreichischer Staatsangehöriger, | Landstreichen, Betteln, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Verleumdung, | Stadtmagistrat Landshut, Bayern, | 15. April 1897. | |
| 4 | Emanuel Horkowsky, Kaufmann, | geboren am 28. Januar 1873 zu Holeschowitz, Bezirk Chrudim, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst, | Landstreichen, | Königlich bayerische Polizei-Direktion München, | 22. Mai 1897. | |
| 5 | Franz Lindner, Schriftsetzer, | geboren am 13. August 1847 zu Budweis, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst, | Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau, | 3. Juni 1897. | |
| 6 | Adolf Marešca, Kellner, | geboren am 16. Februar 1869 zu Vicceglio, Provinz Bari, Italien, italienischer Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Reg, | 1. Juni 1897. | |
| 7 | August Mignolet, Mechaniker, | geboren am 18. März 1875 zu Besançon, Frankreich, französischer Staatsangehöriger, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar, | 2. Juni 1897. | |
| 8 | Johann Roszja, Kaufmann, | geboren am 19. März 1866 zu Binga, Ungarn, | Betteln, | Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Zwickau, | 30. April 1897. | |
| 9 | Alexander Steiner, Gärtner, | geboren am 2. Juni 1874 zu St. Johann im Pongau, Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger, | Landstreichen und Betteln, | Königlich bayerisches Bezirksamt Donauwörth, | 8. Mai 1897. | |
| 10 | Anton Vogel, Papierarbeiter, | geboren am 8. Juli 1841 zu Birtigt, Bezirk Tetschen, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst, | Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam, | 1. Juni 1897. | |

Hierzu Fünf Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gann'schen Erben

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 30.

Den 23. Juli

1897.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Bekanntmachung.

19. Für die Turnlehrerinnen-Prüfung, welche im Jahr 1897 in Berlin abzuhalten ist, habe ich Termin auf Montag den 22. November d. J. und die folgenden Tage anberaumt.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens bis zum 1. Oktober d. J., Meldungen anderer Bewerberinnen bei derjenigen Königl. Regierung, in deren Bezirk die Betreffende wohnt, ebenfalls bis zum 1. Oktober d. J. anzubringen.

Die in Berlin wohnenden Bewerberinnen, welche in keinem Lehramte stehen, haben ihre Meldungen bei dem Königl. Polizei-Präsidium in Berlin bis zum 1. Oktober d. J. einzureichen.

Die Meldungen können nur dann Berücksichtigung finden, wenn ihnen die nach § 4 der Prüfungsordnung vom 15. Mai 1894 vorgeschriebenen Schriftstücke ordnungsmäßig beigelegt sind. Die über Gesundheit, Führung und Lehrthätigkeit beizubringenden Zeugnisse müssen in neuerer Zeit ausgestellt sein.

Die Anlagen jedes Gesuches sind zu einem Hefte vereinigt einzureichen.

Berlin, den 12. Juni 1897.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

156. Verzeichnis

der von der Lungenseuche betroffenen Sprenggebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Übereinkommens vom 6. Dezember 1891 sowie Biffer 5 des Schlussprotokolls zu unterlagen ist.

Ausgegeben: am Kaiserlichen Gesundheitsamt zu Berlin

am 22. Juni 1897.

A. Oesterreich:

frei.

B. Ungarn:

Die Komitate: Arva und Pajony (Pressburg).

Potsdam, den 12. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

157. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 26. v. M. der Kommission der gegenwärtig in Dresden stattfindenden internationalen Kunstausstellung die Erlaubnis zu erteilen geruht, zu der in Verbin-

dung mit dieser Ausstellung beabsichtigten, von der Königl. Sächsischen Staatsregierung genehmigten öffentlichen Auspielung von Ausstellungsgegenständen: Silber, Bildhauerarbeiten, Photographien u. s. w. auch im diesseitigen Staatsgebiete, und zwar in seinem ganzen Bereich, Koofe zu vertreiben. Es sollen 100000 Koofe zu je 1 M. ausgegeben und 4561 Gewinne im Gesamtwerthe von 50000 M. angesetzt werden.

Die Polizeibehörden des Bezirks ersuche ich, dafür zu sorgen, daß der Vertrieb der Koofe nicht beanstandet wird.

Potsdam, den 15. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Die bei den größeren Truppenübungen fungierenden Gendarmen-Patrouillen.

158. Der von der Stellung und den Befugnissen der Gendarmen-Patrouillen bei größeren Truppenübungen handelnde § 4 des Anhangs zu der durch Allerhöchste Ordre vom 10. Juni 1890 genehmigten Feldgendarmen-Ordnung, welcher lautet:

§ 4. Stellung und Befugnisse.

Landgendarmen.

1) In den Befugnissen der zu den Manövern herangezogenen Landgendarmen tritt durch das Kommando eine Aenderung nicht ein.

Mannschaften.

2) Den von den Truppen kommandirten Begleitmannschaften wird die Befugnis beigelegt, in Ausübung ihres Dienstes, wie die Wachen, Zivilpersonen vorläufig festzunehmen, welche

a. den Anordnungen der Mitglieder der Gendarmen-Patrouille thätlich sich widersetzen oder sonst keine Folge leisten,

b. sich der Beleidigung gegen die Mitglieder der Gendarmen-Patrouille schuldig machen, falls die Persönlichkeit des Beleidigers nicht sofort festgestellt werden kann.

3) Militärpersonen gegenüber haben die Begleitmannschaften in Ausübung des Dienstes die Befugnisse eines Wachhabenden.

4) Nachen marschirnde Truppenbagagen (§ 3) das Einschreiten der Gendarmen-Patrouille zur Aufrechterhaltung der Ordnung erforderlich, so ist dies dem Führer der Bagage bezw. dessen Stellvertreter anzuzeigen.

Stellt derselbe die ihm kundgegebenen Unregelmäßigkeiten nicht ab, so darf die Patrouille doch ihre

Dienstgewalt gegen die ersteren unterstellten Personen nicht geltend machen, und übernimmt damit die Verantwortung. Die Patrouille nach Potsdam dem etwa vorhandenen Gendarmarie-Offizier oder Oberwachmann oder selbst dem Kommandanten der Wache über den Vorfall Meldung.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht.
Derselbe ist an die Stelle des § 9 der Instruktion vom 8. Mai 1883 — vergl. Amtsblatt von 1883 Seite 266 — getreten.

Potsdam, den 15. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Errichtung eines Aichungsamts in Kyritz.

159. Der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat durch Erlaß vom 6. Juli 1897 — A. 2642. — die Errichtung eines Aichungsamts in Kyritz mit der Ordnungsnummer 49 genehmigt und ihm die Befugnis zur Aichung von Längsmaßen mit Ausschluß der Bandmaße, von Flüssigkeitsmaßen, Meßwerkzeugen für Flüssigkeiten und Meßflaschen, von Fässern mit Einschluß der Taraermittelung, von Hohlmaßen und Meßwerkzeugen für trockene Gegenstände, von Handelsgewichten und von Handelswaagen mit einer Tragfähigkeit von nicht mehr als 2000 kg beigelegt.

Potsdam, den 16. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

160. Nach einer Mittheilung der Amerikanischen Botschaft in Berlin ist der Amerikanische Bürger Dr. Edward Bred an Stelle des auf seinen Antrag entlassenen bisherigen Amerikanischen Vize- und Deputy-Generalkonsul Franz E. Schumarmann zum Vize- und Deputy-General-Konsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin ernannt worden.

Potsdam, den 17. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

161. Das Verzeichniß der Vorlesungen an der Königl. Universität Greifswald im Winterhalbjahr 1897/98 ist erschienen und wird den Theilnehmern auf Wunsch von der Universitätskanzlei daselbst kostenfrei zugesandt werden.

Potsdam, den 20. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

162. Der Herr Ober-Präsident hat mittelst Erlasses vom 6. d. M. dem Verein der Vogelfreunde „Regintha“ in Berlin die Genehmigung erteilt, im Anschluß an eine für den Monat Februar f. J. geplante Ausstellung lebender Sing- und Vögel, sowie von Gerathschaften für deren Zucht eine öffentliche Verlosung von Ausstellungsgegenständen nach Maßgabe des dargelegten Planes zu veranstalten, gemäß welchem 6000 Loose zu je 1 M. in Berlin und in den nächstgelegenen Orten der Kreise Teltow und Niederbarnim ausgegeben und 600 Gewinne im Gesamtwerthe von 66 2/3 % des Loosetrages gezogen werden sollen. Zahl und Preis der auszugebenden Loose, das Abgabebiet der letzteren, Ort und Zeit der Verlosung, Anzahl und

Gesamtwerthe der Gewinne müssen auf den Loosen angegeben werden.

Potsdam und Berlin, den 16. Juli 1897.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

Ausgebrochen:

a. Milzbrand. Kreis Ruppin: bei einer Stirk des Bauern Steinberg in Rabenow.
fow-Storkow: bei einer gefallenen Kuh des Bauwirths Stiebert in Budow.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Ostprignitz: bei einem Schweine des Gutsbesizers Bader in Blandikow.

c. Bläschenausschlag. Kreis Saan-Bezirk: in der Gemeinde Brück.

Erfolgslos:

a. Milzbrand. Kreis Prenzlau: auf dem Dominium Dedelw.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Prenzlau: unter dem Rindviehbesitzer des Dominiums Dietzow und der Bauernmittle Dehm in Klein fow.

c. Bläschenausschlag. Kreis Storkow: beim Rindviehbesitzer des Lehnigutbesizers Treue in Streganz. Kreis Ostprignitz: bei einem Bullen des Halbhütners Jemrich, je einer Kuh der Fühner Hedder, Neun, Möhrke und des Rindviehbesizers Mahnte, sämmtlich in Jernitz.

d. Bruckseuche. Kreis Teltow: unter den Pferden des Bauergutbesizers Ebel in Waltersdorf. Kreis Prenzlau: unter den Pferden des Dominiums Damerow bei Nechlin.

Potsdam, den 20. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Bekanntmachung.

19. Der Forstassenverwalter Siebel in Alt-Ruppin ist von der Verwaltung der Forstasse der Oberförsterei Alt-Ruppin vom 1. Oktober d. J. entbunden und diese Forstverwaltung von dem nächstfolgenden Zeitpunkt ab dem forstverwaltungsberechtigten Reserveoberförster Barmekow übertragen worden.

Potsdam, den 10. Juli 1897.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

16. Für den Rehrbezirk der Stadt Berlin ist der Schornsteinfegergeselle „Dietrich“ Boßhardt, Göbenstraße Nr. 10 wohnhaft, nach den Vorschriften des Regulative des Schornsteinfeger-Gewerbes im Stadtbezirk Berlin vom 16. November 1888 vom 1. Juli 1897 ab als Bezirkschornsteinfegermeister angestellt worden.

Berlin, den 15. Juli 1897.

Königliches Polizei-Präsidium. Magistrat
hieriger Königl. Haupt- und Residenzstadt.

Bekanntmachung.

47. Nachstehend bringe ich die Erlaubnissurkunde für die zu Glasgow in Schottland anässige Actiengesellschaft „The Central Agency Limited“ zum Geschäftsbetriebe in Preußen nebst einem Auszuge aus dem Memorandum und den Statuten dieser Gesellschaft mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß, daß der Kaufmann Ludwig Wilhelm Grebe hier, Kommandantenstraße 5a. zum Bevollmächtigten der Gesellschaft für Preußen bestellt worden ist.

Berlin, den 3. Juli 1897.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung Friedheim.

Erlaubniß

zum Geschäftsbetriebe in Preußen für die zu Glasgow in Schottland anässige Actiengesellschaft in Firma „The Central Agency Limited.“

A. 2318.

Der zu Glasgow in Schottland anässigen Actiengesellschaft in Firma „The Central Agency Limited“ wird die Erlaubniß zum Geschäftsbetriebe in Preußen auf Grund des § 18 der Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 in der Fassung des Gesetzes vom 22. Juni 1861 (§ 12 der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869) in der Fassung des Königsgesetzes vom 1. Juli 1883 (Reichsgesetzblatt Seite 777 ff.) hiermit unter folgenden Bedingungen erteilt:

- 1) Die Erlaubniß und ein von dem Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin festzustellender Auszug des Statuts und etwaige Änderungen der in diesem Auszuge enthaltenen Bestimmungen sind auf Kosten der Gesellschaft in dem Amtsblatte der Königl. Regierung zu Potsdam in deutscher Uebersetzung zu öffentlicher Kenntniß zu bringen.
- 2) Von jeder Änderung oder Ergänzung des Statuts ist dem Königl. Preussischen Minister für Handel und Gewerbe sofort Anzeige zu erstatten.
- 3) In allen Projekten und Bekanntmachungen der Gesellschaft ist als Gesellschaftsvermögen und Grundkapital nur das wirklich gezahlte Aktienkapital anzuführen.
- 4) Die Gesellschaft ist verpflichtet, in Berlin eine Zweigniederlassung mit einem Geschäftsführer und einem dort anässigen General-Bevollmächtigten zu begründen und von diesem Orte aus regelmäßig ihre Verträge mit Preussischen Unterthanen abzuschließen, sowie auch wegen aller aus ihren Geschäften mit solchen entstehenden Verbindlichkeiten bei den Gerichten jenes Orts als Beklagte Recht zu nehmen.
- 5) Dem Königl. Polizei-Präsidenten in Berlin ist bei ersten vier Monaten jedes Geschäftsjahres
 - a. der allgemeine Rechnungsabluß der Gesellschaft,
 - b. ein besonderer Rechnungsabluß der Preussischen Geschäftsniederlassung, in welcher das in Preußen befindliche Vermögen abgefordert von dem

übrigen Vermögen nachzuweisen ist, einzureichen.

Dem genannten Königl. Polizei-Präsidenten bleibt vorbehalten, nähere Grundsätze für die Aufstellung des besonderen Rechnungsabchlusses festzusetzen und nähere Erläuterungen über die darin aufzunehmenden Eintragungen zu verlangen.

- 6) Der Generalbevollmächtigte hat sich auf Erfordern des Königl. Polizei-Präsidenten in Berlin zum Vortheile sämtlicher Preussischen Gläubiger der Gesellschaft persönlich und erforderlichen Falls unter Stellung zulänglicher Sicherheit zu verpflichten, für die Richtigkeit des eingereichten besonderen Rechnungsabchlusses einzustehen.
- 7) Die Erlaubniß kann zu jeder Zeit und ohne daß es der Angabe von Gründen bedarf, nach dem Ermessen der Königl. Preussischen Staatsregierung zurückgenommen und für erloschen erklärt werden.
- 8) Die Befugniß zum Erwerbe von Grundeigenthum in Preußen wird nicht schon durch diese Erlaubniß, sondern erst durch besondere, in jedem einzelnen Falle nachzusuchende landesherrliche Genehmigung erlangt.

Berlin, den 16. Juni 1897.

(L. S.)

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Im Auftrage:

(gez.) Lüders.

Gesellschafts-Memorandum

der

The Central Agency Limited.

- 1) Der Name der Gesellschaft ist „The Central Agency Limited“.
- 2) Die Gesellschaft wird ihren Sitz in Schottland haben.
- 3) Der Gegenstand der Gründung der Gesellschaft ist:
 - a. Im vereinigten Königreiche und im Auslande das Handelsgewerbe des Verkaufs von Garnen jeder Art, gleichviel ob dieselben aus Baumwolle, Flachs, Seide oder irgend anderem faserigen Material hergestellt sind, sowie dasjenige des Verkaufs aller mit Garn in Verbindung stehenden oder dabei angewandten Apparaten, Geräthschaften, Materialien nebst allem Zubehör, wie zum Beispiel: Nadeln, Nähmaschinen, Schachteln, Placate, Umschläge, Etiquetten, Spulen, Knöpfe, Werkzeuge und überhaupt alle sonstigen Materialien, Artikel oder Waaren, gleichviel ob verarbeitet oder in rohem Zustande, welche dem Erachten des Verwaltungsrathes nach passend oder vortheilhaft seitens der Gesellschaft verkauft werden können, — zu etablieren und zu betreiben; und um alle oder irgend welche der obenbezeichneten Gegenstände zu kaufen, zu verkaufen und damit zu handeln

- und Geschäfte zu betreiben; ferner um auch andere Handelsgeschäfte zu betreiben, welche dem Daseinhalten des Verwaltungsrathes nach in Verbindung mit dem Obigen betrieben werden können oder welche geeignet sind, die Rentabilität des Eigenthums oder der Rechte der Gesellschaft zu betheiligen.
- h. Um sämtliche oder einen Theil der Aktien oder das ganze oder einen Theil des Geschäftes, des Besitzthums und der Verbindlichkeiten irgend einer Gesellschaft, Association, Theilhaberschaft oder irgend welcher Personen, entweder im vereinigten Königreiche oder im Auslande, welche Geschäfte ähnlicher Natur oder gleicher oder verwandter Art wie diejenigen, welche die Gesellschaft zu betreiben autorisirt ist, betreiben oder welche der Ansicht des Verwaltungsrathes dieser Gesellschaft nach vortheilhaft oder passend in Verbindung damit betrieben werden können, zu kaufen oder sonstwie zu erwerben und zu übernehmen.
- c. Um durch Subscription, Verkauf oder auf andere Weise Aktien oder Fonds oder die Schuldverschreibungen — oder andere Obligationen irgend einer Gesellschaft, Association oder eines Unternehmens, im vereinigten Königreiche oder im Auslande, welche ähnliche Zwecke wie die Gesellschaft verfolgen oder solche, betreffs welcher seitens der Gesellschaft oder der Direktoren angenommen werden kann, daß sie aller Wahrscheinlichkeit nach entweder direct oder indirect das Interesse der Gesellschaft fördern, zu erwerben und in den Besitz zu übernehmen und ferner Fonds oder Aktien oder die Schuld- und Pfandverschreibungen oder andere Obligationen irgend einer Gesellschaft als Zahlung oder Theilzahlung für irgend welche Dienstleistungen seitens, oder Verkäufe an irgend eine derartige Gesellschaft oder an irgend welche andere Gesellschaften, anzunehmen.
- d. Um Grundeigenthum, bewegliches, erpliches oder persönliches Besitzthum im vereinigten Königreiche oder im Auslande, oder irgend welche Rechte oder Antheile an solchem Besitzthum zu kaufen, pachten, anzuschaffen oder sonstwie zu erwerben und zwar entweder ausschließlich für die Gesellschaft oder in Gemeinschaft mit irgend welchen Gesellschaften, Associationen, Theilhaberschaften oder Personen, so wie dies für die Zwecke der Gesellschaft nöthig, oder zweckmäßig erachtet werden mag; und um irgend welche Patente oder andere Rechte und Privilegien zu erwerben, in Besitz zu nehmen und auszuüben.
- e. Um irgend welchen Gesellschaften, Theilhaberschaften Associationen oder Personen, besonders aber den Kunden der Gesellschaft gegen Gewährleistung bestehend aus deren Unternehmen, deren Besitzthum, Vermögen, Activen und Effecten oder irgend einem Theil davon, oder auch ohne Sicherheit und überhaupt unter solchen Bedingungen, wie die Gesellschaft als dienlich erachten mag, Darlehn zu gewähren.
- f. Um die Zahlung irgend welcher Geldbeträge oder die Ausführung irgend welcher Contracte, Verbindlichkeiten, Obligationen oder Engagements irgend welcher Gesellschaften, Firmen oder Personen, gegenüber anderen Gesellschaften, Firmen oder Personen zu garantiren, für Geldbeträge haftbar oder verantwortlich zu werden und Obligationen jeder Art zu übernehmen und zwar unter solchen Bedingungen, wie es von Zeit zu Zeit im Interesse der Gesellschaft wünschenswerth erachtet werden mag.
- g. Um Gelder zur Aufbewahrung und Verwahrung unter solchen Bedingungen anzunehmen, wie man als angemessen erachten mag.
- h. Um die Registrirung oder sonstige gesetzliche Anerkennung der Gesellschaft im Auslande oder in irgend welchen Colonien oder Dependenten Groß-Britanniens oder irgend eines ausländischen Staates zu erwirken.
- i. Um für die Zwecke des Geschäftes, der Gesellschaft Anlehen aufzunehmen und Gelder zu beschaffen.
- k. Um das Unternehmen und das gesammte oder partielle gegenwärtige und zukünftige Mobilien und Personal-Besitzthum und das ganze oder irgend einen Theil des uneingezogenen, zeitweiligen Capitals der Gesellschaft zu verpfänden und zu belasten.
- l. Um al. pari oder mit einem Agio oder Disagio, Schuldverschreibungen, Pfandverschreibungen, Stod-Obligationen und andere, an den Inhaber oder anderswie zahlbare Obligationen, welche entweder perpetuell (d. h. nicht rückzahlbar) oder einlösbar sind oder welche entweder mit oder ohne Bonus oder Agio und entweder an einem bestimmten Datum oder vermittels Auslosung rückzahlbar sind, zu creiren oder zu emittiren und collaterell damit irgend welche Obligationen der Gesellschaft durch Schuldschein-Dispositionen und Assignationen, sowie durch Uebertragungen als Garantie oder durch Trust-Urkunden oder sonstwie, zu sichern und im Falle von uneingezogenem Capital auf den Hypotheken-Creditor solche Befugnisse behufs Effectuirung und Beirichtung von Katen-Einzahlungen zu übertragen, wie es die Directoren für passend halten mögen.
- m. Um Promessen, Wechsel und andere unsehbare Instrumente auszustellen, zu acceptiren und zu giriren.
- n. Um alle mit der Einverleibung der Gesellschaft und mit der Auswirkung der Subscription des Actien- und Schuldverschreibungs-Capitals der-

selben in Verbindung stehenden Unkosten, sowie auch alle Commissionen und andere an Mäkler oder sonstige Personen zu zahlende Remunerationen bedungen durch die Verschaffung oder Verbürgung der Subscription auf die Actien, Obligationen oder Besitzthümer dieser oder irgend einer anderen Gesellschaft oder durch die Versicherung, Placirung, den Verkauf oder sonstige Veräußerung der Actien, Obligationen oder Besitzthümer derselben, oder durch Leistung von Beihilfe zu diesem Behufe, oder durch die Beforgung oder Erlangung eines Stichtages und einer Quotirung an Britischen, Ausländischen oder Colonialen Effecten-Börsen für diese Actien oder Obligationen, zu entrichten.

- o. Um Actien der Gesellschaft zu solchen Zeiten und in solcher Weise entweder al pari oder mit einem Agio oder als voll- oder theilweise anbezahlt und überhaupt unter solchen Bedingungen und Conditionen in jeder Hinsicht zu emittiren, wie es der Verwaltungsrath der Gesellschaft für angemessen erachtet mag.
- p. Um irgend welche Actien oder Obligationen (welche die Gesellschaft auszugeben befugt ist) als Gewährleistung und Entschädigung denjenigen Personen gegenüber, welche die Gesellschaft zu entschädigen vereinbart hat oder verpflichtet ist, zu emittiren.
- q. Um für irgend welche seitens der Gesellschaft erworbenen Besitzthümer oder Rechte entweder in Baar, terminweise oder sonstwie, oder mit Actien gleichviel ob dieselben Vorzugs- oder verzögerte Rechte betreffend der Dividende oder Capitals-Rückzahlung oder anderer Natur mit sich führen oder nicht, oder mit Obligationen, welche die Gesellschaft zu emittiren befugt ist oder theils auf die eine und theils auf die andere Art und Weise und überhaupt unter solchen Bedingungen wie der Verwaltungsrath genehmigen mag, Zahlung zu leisten.
- r. Um mit irgend welchen Theilhaberschaften, Personen oder Gesellschaften, welche im vereinigten Königreiche oder im Auslande irgend welche, den Zwecken dieser Gesellschaft entsprechende Geschäfte betreiben oder zu betreiben proponieren oder deren Unternehmungen der Aufsicht des Verwaltungsrathes nach vermuthen lassen, daß sie dem Interesse dieser Gesellschaft fördernd sind, in Gesellschaft zu gehen oder mit denselben Unternehmungen für gemeinschaftliche Rechnung oder solche Geschäfte, bei denen gemeinschaftlicher Antheil am Gewinn stattfindet oder bei welchem das Interesse oder die Zusammen-Wirkung gemeinschaftlicher Natur sind, zu betreiben und ferner um Actien, Stoc oder Obligationen von irgend welchen Gesellschaften zu erwerben und in Besitz zu übernehmen.
- s. Um irgend welche Gesellschaften zu gründen

oder zu fördern oder der Gründung oder Förderung derselben beizupflichten und Weiteres um die Subscriptionen auf irgend welchen Stoc, Actien oder Obligationen von irgend einer solchen Gesellschaft zu garantiren oder zu versichern oder solchen Stoc, Actien oder Obligationen ganz oder theilweise zu zeichnen. —

- t. Um entweder im Inlande oder auch im Auslande auf irgend eine Parlaments-Acte, Concession oder Bewilligung nachzusehen oder dem Gesuch Anderer beizupflichten und zu erscheinen, um die Ertheilung solcher Special-Rechte oder Privilegien an Andere, zu opponiren.
- u. Um die Zahlung der Dividende oder Zinsen an den von anderen Gesellschaften emittirten Stoc, den Actien oder Obligationen oder an den von denselben ausgegebenen Contracten oder Schuldurkunden zu garantiren.
- v. Um das Unternehmen und das unbewegliche, erbliche, bewegliche oder persönliche zeitweilige Besitzthum der Gesellschaft ganz oder theilweise zu verkaufen, entweder durch öffentliche oder private Versteigerung; dasselbe zu vertauschen oder zu vermischen, gegen Abgaben oder Antheil am Gewinn oder sonstwie zu überlassen, Licenzen, Servituten und andere Rechte in Betreff desselben zu gewähren und in sonstiger Weise mit demselben zu verfahren und dasselbe zu veräußern.
- w. Um die Verschmelzung: herbeizuführen mit anderen Gesellschaften, welche ähnliche oder auch nur theilweise gleichartige Zwecke wie diejenigen dieser Gesellschaft verfolgen, und zwar entweder durch Ankauf oder Verkauf des Unternehmens nach Maßgabe der Verbindlichkeiten dieser oder irgend einer anderen solchen Gesellschaft, mit oder ohne Liquidation, oder vermittelst des Verkaufs oder ~~der~~ ^{des} ~~formlichen~~ ^{des} ~~Natur~~ ^{des} des Stoc oder der Obligationen dieser oder irgend einer anderen, wie oben genannten Gesellschaft, oder im Wege der Affecirung oder durch Abkommen, welches die Natur einer Societät hat, oder auf irgend eine andere Art und Weise. —
- x. Um wohlthätige oder öffentliche Zwecke zu unterstützen und denselben mit Beiträgen an die Hand zu gehen und irgend welchen in den Diensten der Gesellschaft stehenden oder in den von derselben bedingten Geschäften fungirenden Personen, sowie den Frauen, Wittwen, Familien und Angehörigen solcher Personen Pensionen, Geschenke, Schenkungen und Nebeneinkünfte zu verleihen und Schulen, Hospitäler, Armen-apotheken, Speise-Anstalten, Bäder, Erholungsplätze sowie Nationalen, Erziehungs-, Wissenschaftlichen, Literaturischen, Religiösen, Politischen oder Wohlthätigkeits-Anstalten oder Zwecke, oder Handwerkervereine, gleichviel ob solche Vereine einzig und allein mit dem von der

Gesellschaft betriebenen Gewerbe oder Gewerben in Verbindung stehen oder nicht, sowie auch Vereine oder andere Institutionen zu unterstützen und denselben beizusteuern und zwar soll dies in allen solchen Fällen geschehen, in welchen der Verwaltungsrath der Ansicht ist, daß diese Beisteuer dazu angethan ist, um das Interesse der Gesellschaft oder dasjenige der von derselben angestellten Personen zu fördern.

y. Um unter den Mitgliedern in Baarbeträgen irgend welches Besitztum der Gesellschaft, sei es in der Form einer Dividende oder als Gewinn am Capital, zu vertheilen; jedoch soll dies in der Weise geschehen, daß eine Vertheilung nur dann erfolgt, wenn dadurch keine Reducirung des Capitals eintritt, es sei denn, daß dies mit etwaiger zeitweiliger gesetzlich bedingter Zustimmung geschehe.

z. Um irgend welche oder sämmtliche der vorerwähnten Angelegenheiten im vereinigten Königreiche oder in irgend einem anderen Staate, oder Colonie oder Dependenz, entweder Namens der Gesellschaft oder Namens irgend einer Gesellschaft, Firma oder Person, welche als Fideicommissar der Gesellschaft agirt, zu betheiligen.

aa. Um überhaupt alle andern Dinge zu verrichten, welche den obigen Zwecken oder irgend welchen derselben entsprechen oder förderlich sind.

4) Die Haftbarkeit der Mitglieder ist beschränkt.

5) Das Capital der Gesellschaft beläuft sich auf £. 10,000 Nominal, eingetheilt in 1000 Actien von je £. 10, wovon 500 Prioritäts-Actien und 500 Stamm-Actien sind, denen die, in den hiermit eingetragenen Statuten bestimmten Rechte zustehen. Dattirt den 23. Dezember 1896.

Statuten

der

The Central Agency Limited.

Erklärung.

Directoren.

46) Der Directoren dürfen nicht weniger als drei und nicht mehr als sieben sein.

47) Die nachbenannten Personen werden die ersten Directoren der Gesellschaft sein:

Herr James Stewart Dunbar zu Bellevue, Uddingston in der Grafschaft Lanark, Schottland wohnhaft.

Herr John Gilchrist zu Woodbank, Paisley, in der Grafschaft Renfrew, Schottland wohnhaft.

Herr Otto Ernst Philippi, zu Warren Park, Largs, in der Grafschaft Ayr, Schottland wohnhaft.

Herr William Pollat Stewart, zu Larchmont, Ristmalcolm, in der Grafschaft Renfrew, Schottland, wohnhaft.

Befugnisse der Directoren.

50) Die Gesellschaft kann die durch die „Gesellschaftsiegel Act von 1864“ conferirten Befugnisse ausüben.

51) Die Directoren können alle diejenigen Befugnisse der Gesellschaft und alle Handlungen Namens derselben ausüben und vornehmen, welche in den Bereich des Memorandums und der Statuten der Gesellschaft kommen (mit Einschluß der in dem unmittelbar vorhergehenden Artikel angeführten Befugnisse) hinsichtlich welcher die Verordnungen oder Gegenwärtiges keine Vorschrift enthält gemäß der dieselben seitens der Gesellschaft gelegentlich der General-Versammlungen auszuüben und vorzunehmen sind; ungeachtet dessen sind jedoch derartige Befugnisse und Handlungen den Bestimmungen dieses Gegenwärtigen, den Maßregeln der Verordnungen und sonstigen Bestimmungen unterworfen, welche mit den seitens der Gesellschaft bei General-Versammlungen getroffenen Bestimmungen und Anordnungen nicht im Widerspruche stehen. Die seitens der Gesellschaft gelegentlich der General-Versammlungen gemachten Verordnungen werden jedoch eine von den Directoren zuvor vorgenommene Handlung, welche gültig gewesen wäre, wenn dergleichen Verordnungen nicht getroffen worden wären, nicht entkräften.

52) Die verbleibenden Directoren können jederzeit trotz etwaiger Baranzien unter sich selbst wirksam sein. Es wird jedoch vorausgesetzt, daß im Falle die Zahl der Directoren zu irgend einer Zeit bis auf weniger als drei reducirt sein sollte, es ihnen dann gestattet ist, als Directoren zu wirken, um die unter ihnen eingetretenen Baranzien wieder zu besetzen, hingegen ist es nicht statthaft, in irgend einer anderen Absicht zu agiren.

53) Die Gesellschaft kann von Zeit zu Zeit irgend eine Person als geschäftsleitenden Director ernennen und dieselbe bevollmächtigen, alle Geschäfte der Gesellschaft zu verwalten und zu führen. Ein auf diese Weise angestellter geschäftsleitender Director kann auch alle diejenigen Befugnisse ausüben, welche den Directoren laut Gegenwärtigem verliehen sind. Dem geschäftsleitenden Director ist gestattet, von Zeit zu Zeit Geschäftsführer, Agenten und Vertreter für die Gesellschaft im Inlande sowohl als auch im Auslande zu ernennen und zu entlassen und deren beziehentliche Befugnisse und Obliegenheiten zu definiren und Befolgung festzusetzen.

54) Die Gesellschaft oder der geschäftsleitende Director kann von Zeit zu Zeit und zu irgend einer Zeit durch geselegte Vollmachten irgend welche Personen zu Vertretern der Gesellschaft ernennen und zwar für solche Zwecke, mit Vollgang solcher Befugnisse und Freiheiten, für einen solchen Zeitraum und unter solchen Bedingungen, wie es für zweckdienlich gehalten werden mag. Dergleichen Ernennungen erfolgen entweder zu Gunsten irgend einer Gesellschaft oder zu Gunsten der Mitglieder, Directoren, Geschäftsführer oder sonstiger Beamten einer Gesellschaft oder Firma oder auch zu Gunsten für-

unrunden Körperlichkeiten und solche Vollmachten können derartige Bestimmungen zur Beschützung und Bequemlichkeit der mit dem betreffenden Nachhabern geschäftlich verkehrenden Personen enthalten, wie es für zweckdienlich gehalten werden mag. Die obengenannten Delegirten oder Bevollmächtigten können auch seitens der Directoren autorisirt werden, die ihnen zeitweilig verliehenen Befugnisse und Freiheiten ganz oder theilweise an andere zu übertragen.

55) Den Directoren ist es gestattet, mit der Gesellschaft Contracte abzuschließen oder an irgend welchen Contracten oder Geschäften, welche seitens oder für diese Gesellschaft unternommen oder zu unternehmen proponirt werden mögen oder an welchen diese Gesellschaft participirt entweder individuell oder als Mitglieder von Theilhaberschaften, Gesellschaften oder Corporationen, theilzunehmen, jedoch ist ein Director nicht verpflichtet, dieser Gesellschaft über etwaigen Gewinn, welcher ihm in Folge seiner Participation erwachsen mag, Rechenschaft abzuliegen, es sei denn, daß er von den Besitzern der Mehrzahl der Actien der Gesellschaft die Einwilligung erhalte, sich in der erwähnten Weise zu betheiligen. Trotz dergleichen Betheiligung irgend eines Directors ist derselbe berechtigt, in Betreff etwaiger in Verbindung mit solchen Contracten oder Geschäften in Frage kommenden Angelegenheiten, zu votiren. Ist nun ein Director so betheiligt, dann muß er den Verwaltungsrath über die Natur seiner Participation benachrichtigen, wenn derselbe nicht schon davon unterrichtet sein sollte.

56) Das Siegel darf Urkunden nur vermöge der Autorität des geschäftsleitenden Directors oder in Gemäßheit mit einer Beschlußfassung des Verwaltungsrathes bezeugt werden und diese Bezeugung geschieht (mit Ausnahme der Actien Certificate) in Gegenwart des etwaigen geschäftsführenden Directors und Secretairs oder im Beisein von wenigstens zwei Directoren und des Secretairs; und der geschäftsführende Director oder zwei Directoren und der Secretair, wie gerade der Fall eintreten mag, haben jede Urkunde (ausgenommen die oben erwähnte), welcher das Siegel in ihrem Beisein beigebrückt worden ist, zu zeichnen. Actien-Certificate können seitens irgend einem Director und dem Secretair gesiegelt und attestirt werden.

57) Die ersten Directoren verbleiben solange im Amte, bis sie sich durch Ableben, Abankung, Unfähigkeit zu amiren (hervorgerufen durch Krankheit oder irgend eine andere Ursache) desselben entledigen oder bis die Gesellschaft gelegentlich einer Generalversammlung andere Bestimmungen trifft.

58) Die Gesellschaft kann von Zeit zu Zeit bei Generalversammlungen Directoren erwählen und absetzen, deren Anzahl vergrößern oder reduciren und bestimmen, in welcher Reihenfolge (wenn eine solche stattfindet) dieselben aus ihrem Amte treten sollen

und überhaupt in jeder Hinsicht das Verfahren der Directoren und deren Amtsthätigkeit anzuordnen.

Datirt den 23. Dezember 1896.

Reserve-Fonds.

68) Der Verwaltungsrath kann von Zeit zu Zeit, bevor er die Auszahlung einer Dividende empfiehlt, aus dem Gewinn der Gesellschaft solche Summen für den Reservefonds vorbehalten, wie er es für angemessen erachten mag. Der Reserve-Fonds steht für die Ordnung von Verlusten oder Möglichenfällen oder für die Cassification der Dividende oder Anschaffung neuer Gebäude oder Maschinen oder für Reparaturen, Verbesserungen oder für die Erhaltung des Besitzthums der Gesellschaft oder für solche andere Zwecke zur Verfügung, wie es der Verwaltungsrath im Interesse der Gesellschaft als förderlich erachten mag. Der Verwaltungsrath kann den Reserve-Fonds im Geschäft zur Anwendung bringen oder denselben nach seiner Wahl in Werthpapieren (mit Ausnahme von Aktien der Gesellschaft) anlegen und zwar entweder im Namen der Gesellschaft oder im Namen von Individuen in der Eigenschaft als Fideicommissäre der Gesellschaft, wie es der Verwaltungsrath wählen mag. Auch kann der Verwaltungsrath, wenn er es für zweckdienlich hält, etwaige außerhalb des Geschäftes angelegte Gelder einfordern und dieselben zu irgend einer Zeit wieder anlegen oder im Geschäft benützen. —

Rechnungen.

69) Der Verwaltungsrath wird veranlassen, daß gehörige Bücher geführt werden, in welche sämtliche Geschäfte und Abhandlungen, sowie das Soll und Haben der Gesellschaft einzutragen sind.

Die Bücher sind im Geschäftslokal der Gesellschaft aufzubewahren und einmal in jedem Jahre abzuschließen.

70) Der Verwaltungsrath kann von Zeit zu Zeit bestimmen, ob und in wie weit und zu welchen Zeiten und an welchen Orten und unter welchen Bedingungen und Anordnungen die Rechnungen und Bücher der Gesellschaft den Mitgliedern zur Einsicht vorzulegen sind und kein anderes Mitglied als ein Director ist befugt, die Rechnungen, Bücher oder Dokumente der Gesellschaft einzusehen, wofern nicht der Verwaltungsrath seine Erlaubniß dazu ertheilt hat.

71) Bei der im Jahre 1897 stattfindenden ordentlichen Versammlung und gelegentlich jeder nachfolgenden ordentlichen Versammlung wird der Verwaltungsrath der Gesellschaft eine richtige Gewinn- und Verlust-Rechnung für das Jahr bis zum unmittelbar vorangehenden 30. Juni vorlegen zusammen mit einer Bilanz über das Soll und Haben der Gesellschaft an dem genannten Datum.

72) Diese Rechnung und Bilanz muß mit einem Cer-

...der Rechnungsrevisoren verlesen sein, wenn
 der Rechnungsrath derselben beistimmt wird.
 Nach dem Ende der Sitzung und des Berichtes muss wenigstens
 sieben Tage vor der Versammlung im Geschäfts-
 lokal der Gesellschaft zur Einsichtnahme der im
 Register verzeichneten Aktionäre ausliegen, dar-
 über oder bei einer Generalversammlung er-
 scheint noch abgelesen werden.

Rechnungs-Revision.

- 73) Die Rechnungen der Gesellschaft werden mindestens
 jährlich ein Mal geprüft und die Richtigkeit der
 Gewinn- und Verlust-Rechnung seitens eines oder
 mehrerer Rechnungs-Revisoren festgestellt.
 74) Der erste oder die ersten Rechnungs-Revisoren,
 sowie dessen resp. deren Remuneration werden
 seitens des Verwaltungsrathes bestimmt. Diese
 Rechnungs-Revisoren amtiren bis zu der im Jahre
 1898 abzuhaltenden ordentlichen Versammlung.
 75) Die Wahl der Rechnungsrevisoren erfolgt seitens
 der Gesellschaft gelegentlich der jährlich stattfindenden
 ordentlichen Versammlungen, nach Maßgabe der
 vorangehenden Bestimmungen in dem der Gesell-
 schaft auch die Festsetzung der Remuneration der-
 selben anbegehrt ist.

**46. Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Juni 1897.
 A. Engros- Marktpreise
 im Monatsdurchschnitt.
 In Berlin:**

| | | | |
|--------------|---|----------------------------|---------------------------|
| Es kostet je | 1 | Dz Weizen (gut) | 14 M. 81 Pf. |
| | | do. (mittel) | 13 " 70 " |
| | | do. (gering) | 12 " 61 " |
| | | Roggen (gut) | 14 M. 81 Pf. |
| | | do. (mittel) | 13 " 70 " |
| | | do. (gering) | 12 " 61 " |
| | | Gerste (gut) | 14 M. 81 Pf. |
| | | do. (mittel) | 13 " 70 " |
| | | do. (gering) | 12 " 61 " |
| | | Hafer. (gut) | 14 M. 81 Pf. |
| | | do. (mittel) | 13 " 70 " |
| | | do. (gering) | 12 " 61 " |
| | | Erbsen (gut) | 14 M. 81 Pf. |
| | | do. (mittel) | 13 " 70 " |
| | | do. (gering) | 12 " 61 " |
| | | Nichtstroh | 5 M. — |
| | | Heu | 6 " 06 |
| | | Stroh | 8,04 M., 2,78 M., 3,89 M. |
| | | Heu | 1 M. — |
| | | 1) In Berlin: | 29 Mark — Pf. |
| | | Dz Erbsen (gelbe & Rother) | 29 Mark — Pf. |
| | | Speisebohnen (weiße) | 35 " — |
| | | Pinzen | 42 " — |
| | | Kartoffeln | 5 " 98 |

Ein Handel an der
 Produktendörse hat
 nicht stattgefunden;
 auch waren die Preise
 sonst nicht zu
 ermitteln.

(Preise im freien Berliner Verkehr.)
 (Wie bei Weizen,
 Roggen und
 Gerste.)
 Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner
 Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag
 für 50 Kgr.
 Hafer 8,04 M., Stroh 2,78 M., Heu 3,89 M.

Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.
 1) In Berlin:
 1 Dz Erbsen (gelbe & Rother) 29 Mark — Pf.
 " " Speisebohnen (weiße) 35 " —
 " " Pinzen 42 " —
 " " Kartoffeln 5 " 98

| | | | |
|--------------|---|----------------------------------|----------------|
| Es kostet je | 1 | 1 Kgr. Rindfleisch (v. d. Rente) | 1 Mark 35 Pf. |
| | | do. (Bauschfleisch) | 1 " 10 " |
| | | Schweinefleisch | 1 " 25 " |
| | | Kaltfleisch | 1 " 30 " |
| | | Hammelfleisch | 1 " 26 " |
| | | Speck (geräuchert) | 1 " 40 " |
| | | Eßbutter | 1 " 20 " |
| | | 60 Stück Eier | 2 " 60 " |
| | | 2) In Charlottenburg: | |
| | | Dz Erbsen (gelbe & Rother) | 32 Mark 96 Pf. |
| | | Speisebohnen (weiße) | 36 " 11 " |
| | | Pinzen | 43 " 61 " |
| | | Kartoffeln | 6 " 09 " |
| | | 1 Kgr. Rindfleisch (v. d. Rente) | 1 " 40 " |
| | | do. (Bauschfleisch) | 1 " 07 " |
| | | Schweinefleisch | 1 " 37 " |
| | | Kaltfleisch | 1 " 42 " |
| | | Hammelfleisch | 1 " 36 " |
| | | Speck (geräuchert) | 1 " 40 " |
| | | Eßbutter | 1 " 21 " |
| | | 60 Stück Eier | 2 " — |

**C. Durchschnitts- Ladenpreise an einem der
 letzten Tage des Monats Juni 1897:**

| | | | |
|--------------|---|---|---------------|
| Es kostet je | 1 | 1) In Berlin: | |
| | | 1 Kgr. Wehl & Speisebereitung a. Weizen | 33 Pf. |
| | | do. a. Roggen | 27 " |
| | | Gerstengraupe | 35 " |
| | | Gerstengröße | 33 " |
| | | Buchweizengröße | 38 " |
| | | Hafergröße | 38 " |
| | | Hafer | 38 " |
| | | Reis (Java, mittler) | 38 " |
| | | Java-Kaffee (mittler, roh) | 60 " |
| | | gebr. Bohnen (gelb in) | 3 Mark 10 Pf. |
| | | Speisefalz | 4 Mark 27 Pf. |
| | | Schweinefleisch (hiefiges) | 20 " |
| | | 2) In Charlottenburg: | |
| | | 1 Kgr. Wehl & Speisebereitung a. Weizen | 38 Pf. |
| | | do. a. Roggen | 33 " |
| | | Gerstengraupe | 40 " |
| | | Gerstengröße | 35 " |
| | | Buchweizengröße | 40 " |
| | | Hafergröße | 50 " |
| | | Hafer | 35 " |
| | | Reis (Java, mittler) | 53 " |
| | | Java-Kaffee (mittler, roh) | 2 Mark 10 Pf. |
| | | gebr. Bohnen (gelb in) | 2 Mark 80 Pf. |
| | | Speisefalz | 20 " |
| | | Schweinefleisch (hiefiges) | 1 Mark 30 " |

49. Der praktische Arzt Dr. Zimmer, hier
 Breitenstraße 1, ist zum Bezirks-Physikus des 4. Phy-
 sikatsbezirks in Berlin ernannt worden.
 Berlin, den 12. Juli 1897.
 Der Polizeipräsident

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

49. Der Fernsprechverkehr mit Mühlheim (Ruhr), Ruhrort, Dierhausen (Rheinland), Vorbeck, Werden (Ruhr), Steele, Gelsenkirchen, Herne und Witten ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt je eine Mark. Berlin C., 17. Juli 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen des Königl. Consistoriums der Provinz Brandenburg.

34. Die seit dem 1. April 1896 vakante 3. Pfarrstelle an der evangelischen Parochialkirche in Berlin soll wieder besetzt werden. Die Wiederbesetzung erfolgt durch Wahl der Gemeinde nach Maßgabe des Gemeindestatuts.

Bekanntmachungen der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

40. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16ten Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß von dem Damenschneidermeister Friedrich Elages hier, Charlottenstraße 73 wohnhaft, die Schuldverschreibungen der konsolidirten 4prozentigen Staatsanleihe

| | | | |
|----|----------|-------------------------------|-------------|
| a. | von 1881 | Lit. E. N ^o 481887 | über 300 M. |
| | | F. = 181383 | = 200 = |
| b. | = 1882 | = E. = 553440 | = 300 = |
| | | F. = 212396 | = 200 = |
| c. | = 1884 | = E. = 763902 | = 300 = |

angeblich in Folge einer irrthümlichen Annahme verbrannt worden sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder Herrn Elages anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 10. Juli 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

41. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Landwirth Carl Saud in Pinnow, Kreis Ost-Sternberg, die Schuldverschreibung der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe von 1880 Lit. D. N^o 150216 über 500 M. angeblich verloren gegangen ist.

Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder Herrn Saud anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 13. Juli 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

42. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Bäckermeister Karl Döster Schöne, früher in Rössen (Sachsl.), jetzt in Eßlau bei Dresden, Lindenstraße 45 wohnhaft, die Schuldverschreibung der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe von 1884 Lit. C. N^o 537462 über 1000 M. angeblich abhanden gekommen, vermuthlich verbrannt ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder Herrn Schöne anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird. Berlin, den 14. Juli 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Direction der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

18. In Gemäßheit der Bestimmungen des Gesetzes vom 2. März 1850, betreffend die Errichtung der Rentenbank, und des Gesetzes vom 7. Juli 1891, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern, wird am 24. August d. J. Mittags 12 Uhr in unserem Geschäftsfosale, Klosterstraße 76 I. hier selbst, die Auslosung von 3 1/2 %igen Rentenbriefen der Provinz Brandenburg unter Zugiehung der von der Provinzial-Vertretung gewählten Abgeordneten und eines Notars stattfinden.

Berlin, den 10. Juli 1897.

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirection zu Berlin.

Ausnahmetarif für Düngemittel und Rohmaterialien der Kunstbüngefabrikation.

23. Mit Gültigkeit vom 18. Juli 1897 ab wird die Greifswald—Grimmener Eisenbahn in den oben bezeichneten Ausnahmetarif für den Binnen- und den direkten Verkehr einbezogen. Nähere Auskunft ertheilen die betheiligten Abfertigungsstellen sowie das Auskunftsbureau hier Bahnhof Alexanderplatz.

Berlin, den 13. Juli 1897.

Königliche Eisenbahndirection, zugleich Namens der betheiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

Die mit einem jährlichen Gehalt von 600 Mark und einer jährlichen vorläufigen Stellszulage von 300 Mark verbundene Kreisbierarztsstelle des Kreises Wittkowo mit dem Amtssitze in der gleichnamigen Kreisstadt soll anderweit besetzt werden. Geeignete Bewerber wollen sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse und eines kurzen Lebenslaufes bis zum 15. August d. J. bei mir melden.

Bromberg, den 9. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Polizei-Verordnung.

Auf Grund des § 143 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195) wird mit Zustimmung des Gemeindevorstandes für den Stadtkreis Charlottenburg verordnet was folgt:

§ 1. Wer in Gemäßheit des § 33 der Reichsgewerbeordnung Gastwirtschaft, Schankwirtschaft oder Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus betreibt, muß, wenn er seine Befugnisse gemäß § 45 der Reichsgewerbeordnung durch Stellvertreter ausübt, von der eingetretenen Stellvertretung innerhalb einer Woche dem Polizei-Revier, in dessen Bezirk sein Lokal liegt, unter Angabe des genauen Nationalen des Stellvertreters

sowie unter Darlegung des obwaltenden Rechtsverhältnisses Anzeige erstatten.

§ 2. Wer die in § 1 angeordnete Anzeige unterläßt oder verspätet erstattet, wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mark, an deren Stelle im Falle des Unvermögens entsprechende Haft tritt, bestraft.

§ 3. Diese Polizei-Verordnung tritt am 1. August 1897 in Kraft. Bezüglich der an diesem Tage bereits bestehenden Stellvertretungen der im § 1 bezeichneten Art ist die Anzeige zur Vermeidung der im § 2 angedrohten Strafe spätestens am 15. August d. J. zu erstatten.

Charlottenburg, den 9. Juli 1897.

Königliche Polizei-Direktion.

A u s s c h r e i b e n

der von den Mitgliedern der Städtefeuersocietät der Provinz Brandenburg für das I. Halbjahr 1897 zu entrichtenden Beiträge.

Für das I. Halbjahr 1897 sind aufzubringen:

| | |
|--|------------|
| 1. Vergütungen für Brand- und Blitzschäden an Gebäuden, einschließlich der Abschätzungskosten und Prämien | 296 468 M. |
| 2. Vergütungen für Brandschäden an Mobiliar | 15 218 " |
| 3. Vergütungen für Schäden an unversicherten Gegenständen, Zuschüsse an die Feuerwehren, Postgeld u. s. w. | 26 937 " |
| 4. Rückversicherungsbeiträge | 69 000 " |
| zusammen | 407 623 M. |

Durch Rückversicherung, Zinsen und Mobiliarversicherungsbeiträge sind gedeckt . . . 130 478 "

Mithin Bedarf . . . 277 145 M.

Auf Grund des Beschlusses des Directorialrathes vom heutigen Tage werden ausgeschrieben:

| von 55 893 400 M. Versicherungssumme in M. IA. | zu 1,8 Pf. v. Hundert | 10 060 M. | 81 Pf. |
|--|-----------------------|-----------|--------|
| " 310 900 050 " | " I. " 3 " " | 93 270 " | 02 " |
| " 23 571 375 " | " IB. " 5,4 " " | 12 728 " | 54 " |
| " 6 045 300 " | " IIA. " 6 " " | 3 627 " | 18 " |
| " 106 711 600 " | " II. " 9 " " | 96 040 " | 44 " |
| " 13 474 275 " | " IIB. " 18 " " | 24 253 " | 70 " |
| " 11 006 150 " | " III. " 21 " " | 23 112 " | 91 " |
| " 4 004 975 " | " IIIB. " 30 " " | 12 014 " | 92 " |
| " 1 985 675 " | " IV. " 42 " " | 8 339 " | 84 " |
| " 1 451 875 " | " IVB. " 66 " " | 9 582 " | 38 " |

überhaupt

| | | |
|---|----------------|--------|
| von 535 044 675 M. beitragspflichtiger Versicherungssumme | 293 030 M. | 74 Pf. |
| Dazu von 1 248 425 M. Explosions-Versicherungssumme | zu 1 Pf. 124 " | 84 " |
| 556 900 " | zu 2 Pf. 111 " | 38 " |

Auf Grund des § 62 des Reglements sind hiervon erlassen . . . 17 567 " 33 "

dagegen werden an Zuschlägen erhoben . . . 1 297 " 70 "

Hiervon stehen den Magisträten 5 bezw. 4 Procent zu mit . . . 13 442 " 19 "

so daß zur Deckung des Bedarfs verfügbar sind . . . 263 555 M. 14 Pf.

Der letztere beträgt . . . 277 145 " — "

mithin mehr 15 589 M. 86 Pf.

welche dem Betriebsfonds entnommen werden.

Die Magisträte der beteiligten Städte wollen hiernach die von den Mitgliedern der Societät zu entrichtenden Beiträge ungeschäumt einziehen und binnen 4 Wochen — § 67 des Reglements — an die Brandenburgische Landes-Haupt-Kasse hiersebst abführen.

Berlin, den 2. Juli 1897.

Der Direktor der Städtefeuersocietät der Provinz Brandenburg.

Feuerkassengelder-Ausschreiben

für die Land-Feuer-Societät der Kurmark Brandenburg, des Markgraftums Niederlausitz und der Distrikte
Jüterbog und Bezig für das **II. Halbjahr 1897.**

Für das **II. Halbjahr 1897** sind von der Societät überhaupt zu zahlen:

| | |
|--|-------------------|
| a. Brand-Entschädigungsgelder einschließlich Abschätzungskosten fürs Immobilien | 359 324 M. 98 Pf. |
| b. desgleichen " Mobilien | 10 834 " 98 " |
| c. Spritzen-Prämien | 4 090 " — " |
| d. Wassermagen-Prämien | 1 193 " — " |
| e. Vertinenzschäden-Vergütungen | 1 316 " 52 " |
| f. Verwaltungskosten | 62 930 " 30 " |
| g. Extraordinarien | 19 242 " 55 " |
| zusammen: 458 932 M. 33 Pf. | |

Hievon kommen in **Abzug**:

| | |
|--|------------------|
| a. die Beiträge der Mobilien-Versicherten für das I. Halbjahr 1897 | 48 160 M. 58 Pf. |
| b. an extraordinären Einnahmen | 612 " 01 " |
| zusammen 48 772 M. 59 Pf. | |

so daß noch aufzubringen bleiben 410 159 M. 74 Pf.

Zur Deckung dieser Summe kommen die im § 54 des Societäts-Reglements festgesetzten regelmäßigen Beiträge zur Hebung und zwar für 100 M. Gebäude-Versicherungssumme

| | |
|---|--|
| in Klasse. IA.: 4 Pf. demnach für 19 618 700 M. = 7 847 M. 48 Pf. | |
| IB.: 6 " " " 259 569 150 " = 155 741 " 49 " | |
| IC.: 8 " " " 13 540 800 " = 10 832 " 64 " | |
| IIA.: 12 " " " 97 262 350 " = 116 714 " 82 " | |
| IIB.: 16 " " " 16 222 625 " = 25 956 " 20 " | |
| IIIA.: 42 " " " 40 225 500 " = 168 947 " 10 " | |
| IIIB.: 56 " " " 7 484 200 " = 41 911 " 52 " | |
| IV.: 72 " " " 164 400 " = 1 183 " 68 " | |

zusammen für . . . 454 087 725 M. = 529 134 M. 93 Pf.

Demnach kommen gegen die Bedarfssumme von . . . 410 159 " 74 "

Mehr auf . . . 118 975 M. 19 Pf.

welcher Betrag gemäß § 59 des Societäts-Reglements dem Reservesonds zufließt.

Die Societäts-Genossen werden hierdurch veranlaßt, die hiernach von ihnen zu leistenden Beiträge gemäß der besonderen Aufforderungen der Kreis-Feuer-Societäts-Direktionen, bezw. der Ortsverheber, **ungefäumt** zu entrichten.

Berlin, den 15. Juli 1897.

Ständische General-Direktion der Land-Feuer-Societät der Kurmark und der Niederlausitz.

Personal-Chronik.

Der Major und Gendarmerte-Distrikts-Offizier von Rurowsky ist am 8. Juli d. J. gestorben.

Der Beigeordnete Forstmann in Luckenwalde ist zum Stellvertreter des Amtsanwalts bei dem Königl. Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Der Bürgermeister Mohns ist zum Amtsanwalt bei dem Königl. Amtsgericht in Wendisch-Buchholz und der Kammerer Adolf Gutheins zum Stellvertreter des Amtsanwalts bei dem Königl. Amtsgericht in Beelig ernannt worden.

Der Rathmann und Bäckermeister Repke in Friesack ist zum Stellvertreter des Amtsanwalts bei dem Königl. Amtsgericht in Rathenow für den Gerichtstag in Friesack ernannt worden.

Im Kreise Westprignitz ist der Gutsbesitzer Wendi zu Drees von Neuem zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 2 — Elbenburg — ernannt worden.

Dem Domainenpächter Adolf Kortenbeitel zu Zehdenick ist der Charakter „Königlicher Oberamtmann“ verliehen worden.

Die Försterstelle für den Schutzbezirk Roosen in der Oberförsterei Menz ist vom 1. August d. J. ab dem Förster Herzbruch in Dallgow, Oberförsterei Menz, übertragen worden.

Der Abiturient Carl Hein aus Arnswalde ist als Civil-Supernumerar für den Bureaudienst bei der hiesigen Rentenbank angenommen worden.

Dem Küster, Organisten und Lehrer Robert Gustav Theodor Schilling zu Lüdersdorf, Diözese Briesen a./D., ist der Titel „Kantor“ verliehen worden.

Der Lehrer Franz Schmidt ist als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Der bisherige Berliner Gemeindefchullehrer Hans Sud ist als ordentlicher Lehrer an der Sophienschule in Berlin angestellt worden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
Sauf. | Name und Stand | | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
der
Ausweisungs-
Vertheilung. |
|--------------|---|---|----------------------------|---|---|--|
| | des Ausgewiesenen | | | | | |
| | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | |
| | Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Adam Wiesmaier,
Buchbindergehilfe, | geboren am 21. De-
zember 1856 zu Buda-
pest, | Landstreichen, | Königlich sächsische
Kreisshauptmann-
schaft Zwickau, | 10. März
1897. | |
| 2 | Johann Zeisler,
Bergmann, | geboren am 16. Oktober
1856 zu Wülffels, Bez.
Linz, Oesterreich, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Arnberg, | 2. Juni
1897. | |
| 3 | Franz Veraneš,
Fabrikarbeiter, | geboren am 25. Juni
1855 zu Wappno, Be-
zirk Turnau, Böhmen, | Betteln, | Königlich sächsische
Kreisshauptmann-
schaft Bangen, | 13. Mai
1897. | |
| 4 | Lambertus Branden-
burg, Tagelöhner, | geboren am 1. De-
zember 1841 zu Brees-
wyf, Niederlande, | Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Düsseldorf, | 9. Juni
1897. | |
| 5 | Maria Gregor,
ledige Fabrikarbeiterin, | geboren im März 1839
zu Soratka, Bezirk
Chrudim, Böhmen,
österreichische Staats-
angehörige, | desgleichen, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Mart-
tischen, | 28. Mai
1897. | |
| 6 | Johann Hofek,
Erbarbeiter, | geboren am 4. Mai
1868 zu Schüttenhofen,
Böhmen, ortsangehörig
ebendasselbst, | desgleichen, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Ober-
dorf, | desgleichen, | |
| 7 | Karl Mühlbach,
Glaskleiser, | geboren am 16. April
1863 zu Steinbach,
Oesterreich, ortsange-
hörig zu Motes, Be-
zirk Datschitz, Mähren, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Düsseldorf, | 9. Juni
1897. | |
| 8 | Maria Müller,
ledige Blumenmacherin, | geboren am 28. Januar
1879 zu Perlach,
Bayern, ortsangehörig
zu Palitz, Bezirk Eger,
Böhmen, | gewerbmäßige Unzucht, | Königlich bayerische
Polizei-Direktion
München, | 24. Mai
1897. | |
| 9 | Franz Josef Novák,
Lohgerbergelle, | geboren am 28. Juli
1856 zu Unterkloster
bei Trebitsch, Mähren,
ortsangehörig zu So-
botka, Bezirk Gitschin,
Böhmen, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Potsdam, | 16. März
1897. | |
| 10 | Emil Theodor Rosen-
mund, Tagelöhner, | geboren am 18. März
1871 zu Liestal, Kan-
ton Basel, Schweiz,
ortsangehörig ebenda., | Landstreichen, | Großherzoglich badi-
scher Landeskommissar
zu Freiburg, | 8. Juni
1897. | |

Hierzu Fünf Öffentliche Anzeigen.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einzeilige Druckzeile 2) Pf.

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigiert von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gagny'schen Erben

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 31.

Don. 30. Juli

1897.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 28.) **Nr. 2396.** Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1897/98. Vom 30. Juni 1897.

Nr. 2397. Gesetz, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichsgebietes. Vom 30. Juni 1897.

(Stück 29.) **Nr. 2398.** Bekanntmachung, betreffend die dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügte Liste. Vom 24. Juni 1897.

Nr. 2399. Bekanntmachung, betreffend die Aufhebung des § 80a. der Instruktion zur Ausführung des Reichsviehseuchengesetzes vom 27. Juni 1895. Vom 1. Juli 1897.

(Stück 30.) **Nr. 2400.** Bekanntmachung, betreffend Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Erzeugnissen. Vom 4. Juli 1897.

(Stück 31.) **Nr. 2401.** Bekanntmachung, betreffend Änderungen der Anlage B. zur Verkehrs-Ordnung für die Eisenbahnen Deutschlands. Vom 7. Juli 1897.

Nr. 2402. Bekanntmachung, betreffend die Gestattung des Feilbietens von Obstbäumen im Umherziehen. Vom 12. Juli 1897.

Nr. 2403. Bekanntmachung, betreffend die Aichung von selbstthätigen Registrirmaschinen, von Gemischen Messgeräthen und von Messwerkzeugen zur Bestimmung des Prozentgehalts von Zuckerslösungen. Vom 21. Juli 1897.

Gesetz-Sammlung für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 27.) **Nr. 9918.** Nachtrag zu dem Staatsvertrage vom 17. Oktober 1878 über das Landgericht in Neuhagen. Vom 19. Februar 1897.

Nr. 9919. Gesetz, betreffend die Errichtung eines Amtsgerichts in der Stadt Wilkows. Vom 21. Juni 1897.

(Stück 28.) **Nr. 9920.** Gesetz, betreffend die Tagelöhner und Arbeitslohn der Staatsbeamten. Vom 21. Juni 1897.

Nr. 9921. Gesetz, betreffend die Fischerei der Ufer-Eigenthümer und die Körperfische in der Provinz Pommern. Vom 20. Juni 1897.

Nr. 9922. Gesetz, betreffend das Charité-Krankenhaus und den botanischen Garten in Berlin. Vom 26. Juni 1897.

(Stück 29.) **Nr. 9923.** Gesetz, betreffend Änderung der Gesetze vom 9. Juli 1886 und vom 6. Juni 1888, betreffend den Bau neuer Schiffbaukanäle und die Verbesserung vorhandener Wasserstraßen. Vom 26. Juni 1897.

Nr. 9924. Verordnung, betreffend die Kantion des Hafenmeisters in Sahnitz. Vom 10. Juni 1897.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Bekanntmachung.

20. Der Bundesrath hat in der Sitzung vom 24. Juni d. Js. den Vorschriften, nach denen die Kontingentierung der Brennereien für die Kontingentsperiode 1898/1903 zu erfolgen hat, seine Zustimmung ertheilt.

Nach diesen Vorschriften ist eine Neuveranlagung zur Kontingentierung zulässig:

- a. für die vor dem 1. Oktober 1897 entstandenen landwirthschaftlichen und Material-Brennereien, welche bisher ein endgültiges besonderes Kontingent nicht befaßen, sofern sie am 30. September 1897 in betriebsfähigem Zustande sich befunden haben,
- b. für diejenigen landwirthschaftlichen Brennereien, deren wirtschaftliche Lage durch Verringerung oder Vergrößerung der regelmäßig bearbeiteten oder sonst landwirthschaftlich genutzten Fläche während der abgelaufenen 4 Betriebsjahre eine wesentliche Veränderung erfahren hat,
- c. für diejenigen landwirthschaftlichen Brennereien, welche als diemaischende Getreide- oder als Hefe-Brennereien am Kontingent theilhaftig waren und im Laufe der vorhergehenden 4 Jahre dauernd und vollständig entweder zur Verarbeitung von Kartoffeln übergegangen sind, oder die Hefeherzeugung aufgegeben haben,
- d. für diejenigen landwirthschaftlichen Brennereien, bezüglich deren bei einer früheren Kontingentierung wesentliche Veränderungen des Areals unberücksichtigt geblieben sind.

Zur Herbeiführung der Neuveranlagung ist — abgesehen von besonderen Ausnahmefällen — ein Antrag seitens des Eigenthümers oder Besitzers der Brennerei erforderlich, welcher nur dann berücksichtigt werden darf, wenn er bei der Steuerbehörde, in deren Bezirke die Brennerei liegt, vor dem 1. Oktober 1897 schriftlich eingereicht oder zu Protokoll erklärt worden ist.

Besitzer von Abfindungsbrennereien können die Anträge außer bei der Steuerbehörde auch bei einem Steueramtsbeamten zu Protokoll erklären.

Die Anträge auf Neuveranlagung können, bis zur Erstattung des schriftlichen Gutachtens über die Neuveranlagung zurückgenommen werden.

Ein Abdruck der Vorschriften wird zur Einsichtnahme für jeden Gewerbetreibenden, der seinen Steueramte bereit gehalten.

Der Finanz-Minister. III. 8707.

Anweisung

zur Ausführung der Verordnung, betreffend die Ausdehnung der §§ 135 bis 139 und des § 139b. der Gewerbeordnung auf die Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion, vom 31. Mai 1897 (R.-G.-Bl. S. 459).

21. Zur Ausführung der Verordnung, betreffend die Ausdehnung der §§ 135 bis 139 und des § 139b. der Gewerbeordnung auf die Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion, wird folgendes bestimmt:

I.

Zur Kleiderkonfektion gehört die Herren- und Knabenkonfektion einschließlich der Arbeiter- und sogenannten Sommerkonfektion (die Herstellung von Röcken, Hosen, Westen, Mänteln u. dgl. für Männer und Knaben) und die Damen- und Kinderkonfektion (die Herstellung von Mänteln, Kleidern, Umhängen u. dgl. für Frauen und Kinder). Zur Wäschekonfektion gehört die Herstellung von gestärkter und ungestärkter Wäsche, und zwar sowohl von Leibwäsche und Taschentüchern als auch von Bett- und Tischwäsche.

Die Bestimmungen der Verordnung finden nur auf Werkstätten Anwendung, in denen die Herstellung oder Bearbeitung von Waaren der vorbezeichneten Arten „im Großen“ erfolgt. Daher bleiben sowohl die Schneiderwerkstätten, in denen auf Bestellung nach Maß für den persönlichen Bedarf der Besteller gearbeitet wird, als auch die Näh- und Plättstuben für sogenannte Privatschneiderei von der Geltung der Verordnung ausgeschlossen.

Dagegen ist die Anwendung der Verordnung nicht auf solche Werkstätten beschränkt, in denen Kleidungsstücke oder Wäscheartikel in großer Zahl hergestellt werden. Um eine Herstellung „im Großen“ handelt es sich vielmehr stets dann, wenn der Unternehmer, der die fertige Waare in den Verkehr bringen will, diese Waare in Massen herstellen läßt, — gleichgültig, ob in den einzelnen Werkstätten, die für den Unternehmer oder seine Zwischenmeister arbeiten, nur wenige Stücke der Waare hergestellt werden.

II.

Der Arbeitgeber, der Arbeiterinnen oder jugendliche Arbeiter beschäftigen will, hat der Ortspolizeibehörde die im § 5 Absatz 1 vorgeschriebene Anzeige schriftlich zu erstatten.

Von der Ortspolizeibehörde sind die eingehenden Anzeigen aufzubewahren.

III.

Alle Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion, in denen Arbeiterinnen oder jugendliche Arbeiter be-

schäftigt werden, hat die Ortspolizeibehörde auf Grund der eingehenden Anzeigen und der gemäß Ziffer V. dieser Anweisung vorzunehmenden Revisionen in die Verzeichnisse einzutragen, die sie nach den Ausführungsanweisungen vom 1. Juni 1891 beigefügten Formulare A und C. führt.

Auf den ersten Seiten dieser Verzeichnisse ist unter „Erläuterungen“ bei Ziffer I. an den Schluss des Wortes „Graben“ hinzuzufügen: „ferner die Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion“.

In dem Formular B. kann von Ausfüllung der Spalten 5 und 6 und in dem Formular C. von Ausfüllung der Spalten 5 bis 8 abgesehen werden, soweit die betreffenden Angaben nicht bekannt geworden sind. Die Spalten 8a. und h. des Formulars B. und 10. Unterpalte zu § 139 a., des Formulars C. sind nicht zu benutzen.

IV.

Jeder Arbeitgeber, der die in § 5 vorgeschriebene Anzeige gemacht hat, ist von der Ortspolizeibehörde auf die Führung der in den §§ 5 Absatz 2 und 6 Absatz 3 der Verordnung vorgeschriebenen Verzeichnisse, sowie, wenn er jugendliche Arbeiter beschäftigt, darauf hinzuweisen, daß er einen Auszug aus den Bestimmungen der Verordnung in der beiliegenden Fassung in deutlicher Schrift auszuhängen habe.

V.

Hinsichtlich der örtlichen Aufsicht über die Ausführung der Bestimmungen der Verordnung finden die Vorschriften unter lit. G. der Ausführungsanweisung vom 26. Februar 1892 sinntreffend Anwendung. Berlin, den 16. Juli 1897.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Bestimmungen

über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in der Kleider- und Wäschekonfektion. Auszug aus der Verordnung vom 31. Mai 1897. (R.-G.-Bl. S. 459.)

Die folgenden Bestimmungen finden Anwendung auf alle Werkstätten, in denen die Herstellung oder Bearbeitung von Männer- und Knabenkleidern, Frauen- und Kinderkleidung, sowie von Wäsche im Großen erfolgt (§ 1 der Verordnung), sofern nicht etwa der Arbeitgeber ausschließlich Personen beschäftigt, die zu seiner Familie gehören, oder aber andere, nicht zu seiner Familie gehörige Personen nur gelegentlich beschäftigt, und sofern nicht die Herstellung und Bearbeitung von Waaren der Kleider- und Wäschekonfektion nur gelegentlich erfolgt (§ 8 der Verordnung):

I. Kinder unter 13 Jahren dürfen nicht beschäftigt werden (§ 2 a. a. D.);

II. Kinder über 13 Jahre dürfen nur beschäftigt werden, wenn sie nicht mehr zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind (§ 2 a. a. D.);

III. Wer Kinder unter 14 Jahren oder junge

Leute zwischen 14 und 16 Jahren beschäftigen will, muß hiervon vorher der Ortspolizeibehörde schriftliche Anzeige machen (§ 5 a. a. D.);

IV. In jedem Arbeitsräume, in welchem jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren beschäftigt werden, muß an einer in die Augen fallenden Stelle ein Verzeichniß der dort beschäftigten jugendlichen Arbeiter unter Angabe des Beginnes und Endes sowohl der Arbeitszeit als auch der Pausen ausgehängt sein (§ 5 a. a. D.);

V. Kinder unter 14 Jahren dürfen nicht länger als 6 Stunden, junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden.

Die Arbeitsstunden aller Arbeiter unter 16 Jahren dürfen nicht vor 5 1/2 Uhr Morgens beginnen und nicht über 8 1/2 Uhr Abends dauern (§ 3 a. a. D.). Die Arbeitsstunden unter 16 Jahren dürfen nicht am Sonntag, sowie an Vorabenden der Festtage nicht nach 5 1/2 Uhr Nachmittags beschäftigt werden (§ 4 Abs. 1 a. a. D.);

VI. Regelmäßige Pausen zwischen den Arbeitsstunden müssen allen Arbeitern unter 16 Jahren gewährt werden, und zwar solchen Arbeitern, die nur 6 Stunden täglich beschäftigt werden, mindestens eine Pause von einer halben Stunde und den übrigen Arbeitern unter 16 Jahren mindestens entweder Mittags eine einstündige, sowie Vormittags und Nachmittags je eine halbstündige, oder Mittags eine ein- und einhalbstündige Pause (§ 3 Abs. 1 a. a. D.);

VII. Während der Pausen darf den Arbeitern unter 16 Jahren eine Beschäftigung in dem Werkstattbetrieb überhaupt nicht und der Aufenthalt in den Arbeitsräumen nur dann gestattet werden, wenn in denselben diejenigen Theile des Betriebes, in denen jugendliche Arbeiter beschäftigt sind, für die Zeit der Pausen völlig eingestellt werden, oder wenn der Aufenthalt im Freien nicht thöricht und andere geeignete Aufenthaltsräume ohne unverhältnißmäßige Schwierigkeiten nicht beschafft werden können (§ 3 Abs. 2 a. a. D.);

VIII. An Sonn- und Festtagen, sowie während der von dem außerordentlichen Seeförger für den Katechumenen- und Konfirmanden-Beicht- und Kommunion-Unterricht bestimmten Stunden dürfen Arbeiter unter 16 Jahren nicht beschäftigt werden (§ 3 Abs. 3 a. a. D.);

IX. In jedem Werkstatttraume, wo Arbeiter unter 16 Jahren beschäftigt werden, ist eine Tafel, die diesen Auszug in deutscher Schrift enthält, auszuhängen (§ 5 Abs. 2 a. a. D.).

Konzession

zum Geschäftsbetriebe in dem Königlich Preussischen Staate für die Süddeutsche Feuer-Versicherungs-Bank in München.

I. A. 6399.

22. Der unter der Firma: „Süddeutsche Feuer-Versicherungs-Bank“ in München domicilirten Aktien-Gesellschaft wird die Konzession zum Geschäftsbetriebe in dem Königlich Preussischen Staate, auf Grund des gemäß den Beschlüssen der außerordentlichen Generalversammlung vom 4. Dezember 1895 abgeänderten Statutes, vorbehaltlich der in einzelnen Provinzen noch gesetzlich bestehenden Einschränkungen des Geschäftsbetriebs der Privat-Feuer-Versicherungs-Gesellschaften, hiermit unter nachfolgenden Bedingungen ertheilt:

- 1) Jede Veränderung der bezeichneten Statuten muß bei Verlust der Konzession angezeigt und, ehe nach denselben verfahren werden darf, von der Preussischen Staats-Regierung genehmigt werden.
- 2) Die Veröffentlichung der Konzession erfolgt in den Amtsblättern resp. amtlichen Publikationsorganen derjenigen Bezirke, in welchen die Gesellschaft Geschäfte zu betreiben beabsichtigt, auf Kosten der Gesellschaft.
- 3) Die Gesellschaft hat wenigstens an einem bestimmten Orte in Preußen eine Haupt-Niederlassung mit einem Geschäftsfokale und einem dort domicilirten Generalbevollmächtigten zu begründen.

Derselbe ist verpflichtet, derjenigen Königlichen Regierung, in deren Bezirk sein Wohnsitz belegen, in den ersten sechs Monaten eines jeden Geschäftsjahres neben dem Verwaltungsberichte, Rechnungsabchlüsse und der Generalbilanz der Gesellschaft eine ausführliche Uebersicht der im verflossenen Jahre in Preußen betriebenen Geschäfte in vorchriftsmäßiger Form einzureichen.

In dieser Uebersicht — für deren Aufstellung von der betreffenden Regierung nähere Bestimmungen getroffen werden können — ist das in Preußen bestehende Aktivum von dem übrigen Aktivum gesondert anzuführen.

Die Bilanz, der Rechnungsabluß und die gedachte Uebersicht sind alljährlich durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger auf Kosten der Gesellschaft bekannt zu machen.

Für die Richtigkeit der Bilanz und der Uebersicht des Rechnungsabchlusses (Gewinn- und Verlust-Konto), sowie der von ihm geführten Bücher, einzustehen, hat der Generalbevollmächtigte sich persönlich und erforderlichen Falles unter Stellung zulänglicher Sicherheit zum Vortheile sämmtlicher inländischer Gläubiger zu verpflichten. Außerdem muß derselbe auf amtliches Verlangen unweigerlich alle diejenigen Mittheilungen machen, welche sich auf den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft oder auf den der Preussischen Geschäftsniederlassung beziehen, auch die zu diesem Behufe etwa nöthigen Schriftstücke, Bücher, Rechnungen u. zur Einsicht vorlegen.

- 4) Durch den Generalbevollmächtigten und von dem inländischen Wohnorte desselben aus sind alle Verträge der Gesellschaft mit den Preussischen Staatsangehörigen abzuschließen.

Die Gesellschaft hat wegen aller aus ihren Geschäften mit Inländern entstehenden Verbindlichkeiten, je nach Verlangen des inländischen Versicherten, entweder in dem Gerichtsstande des Generalbevollmächtigten oder in demjenigen des Agenten, welcher die Versicherung vermittelt hat, als Beklagte Recht zu nehmen und diese Verpflichtung in jeder für einen Inländer auszustellenden Versicherungspolice ausdrücklich auszusprechen.

Sollen die Streitigkeiten durch Schiedsrichter geschlichtet werden, so müssen diese letzteren, mit Einschluß des Obmannes, Preussische Staatsangehörige sein.

- 5) Alle statutenmäßigen Bekanntmachungen der Gesellschaft sind auch durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger zu veröffentlichen.

Die vorliegende Konzession, — welche übrigens die Befugniß zum Erwerbe von Grundeigenthum in den Preussischen Staaten, wozu es der in jedem einzelnen Falle besonders nachzusehenden landesherzlichen Erlaubniß bedarf, nicht in sich schließt — kann zu jeder Zeit, und ohne daß es der Angabe von Gründen bedarf, lediglich nach dem Ermessen der Preussischen Staats-Regierung zurückgenommen und für erloschen erklärt werden.

Berlin, den 13. Juli 1897,

(L. S.)

Der Königlich Preussische Minister des Innern.

Im Auftrage.

(gez.) Haase.

Bekanntmachungen

des Königl. Preussischen Regierungspräsidenten.

Bekanntmachung.

164. Der Herr Justizminister und der Herr Minister des Innern haben wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Staatsbeamten vor Eingehung einer Ehe nicht mehr verpflichtet sind, die Genehmigung der vorgesetzten Behörde zur Eheschließung nachzusuchen. Die Standesbeamten haben dies zu beachten.

Potsdam, den 24. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

165. Am 2. August d. J. Vormittags von 8 bis 11 Uhr wird die Havel zwischen Pichelsdorf und Pichelswerder in Folge Prädenschlages durch die 3. Garde-Cavallerie-Brigade für den Schiffsverkehr gesperrt sein.

Potsdam, den 23. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

B i e b s e u c h e n.

166. Ausgegeben:

a. Milzbrand. Kreis Westhavelland: bei einer Kuh des Bauerngutsbesizers Sumps in Tremmen. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: auf dem Gehöft des

Bauerngutsbesizers Karl Schulze in Rabeland. Kreis Ruppin: bei einem Dachsen des Rittergutes Karwe.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Ostprignitz: unter dem Rindviehbestande des Stiftsgutspächters v. Ralkreuth in Heiligengrabe.

Erlöschen:

Bläschenauschlag. Kreis Ostprignitz: bei einer Kuh des Bauern Höpfner in Drewen.

Potsdam, den 27. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen

der Königl. Preussischen Regierung.

Bekanntmachung.

20. An Stelle des am 1. October d. J. aus seinem Amt als Forstuntererheber ausscheidenden Kaufmanns Richter in Sperenberg haben wir dem Inspektor Jffland ebendasselbe die Verwaltung der Forstbültsklasse für die Oberförsterei Gummersdorf übertragen.

Potsdam, den 23. Juli 1897.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen der Regimentschiffe.

Eröffnung der kleinen Jagd.

5. Für den Regierungsbezirk Potsdam wird als Tag der Eröffnung der diesjährigen Jagd auf Rebhühner und Wackeln Dienstag der 24. August und auf Hasen, Auer-, Wild- und Fasanenbennen sowie Haselwild Mittwoch der 18. September festgesetzt.

Potsdam, den 27. Juli 1897.

Der Regiments-Ausschuß zu Potsdam.

Bekanntmachungen

des Reichs-Postamts.

Postanweisungs- und Postauftragsdienst im Verkehr mit Portugal.

5. Die Portugiesische Postverwaltung hat den zeitweilig eingestellten Postanweisungsdienst nach Deutschland wieder aufgenommen. In Verbindung hiermit können auch Postaufträge zur Geldeinzahlung nach Portugal (mit Einschluß von Madeira und den Azoren) durch die Deutschen Postanstalten wieder vermittelt werden.

Berlin W., 16. Juli 1897.

Reichs-Postamt, I. Abtheilung.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen

Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

50. Im Interesse der ländlichen Bevölkerung besteht die Einrichtung, daß die Landbriefträger auf ihren Bestellgängen Postsendungen anzunehmen und an die nächste Postanstalt abzuliefern haben. Jeder Landbriefträger führt auf seinem Bestellgange ein Annahmeprotokoll mit sich, welches zur Eintragung der von ihm angenommenen Sendungen mit Werthangaben, Einschreibsendungen, Postanweisungen, gewöhnlichen Pakete und Nachnahme-sendungen dient.

Will ein Einsender die Eintragung selbst bewirken, so hat der Landbriefträger denselben das Buch vorzulegen.

Bei Eintragung des Gegenstandes durch den Landbriefträger muß dem Absender auf Verlangen durch Vor-

legung des Annahmehabes die Ueberzeugung von der haltgehabten Eintragung gewährt werden.

Es wird hierauf mit dem Bemerkten aufmerksam gemacht, daß die **Eintragung der Sendungen in das Annahmehab: das Mittel zur Sicherstellung des Auslieferers bietet.**

Potsdam, 20. Juli 1897.

**Der Kaiserliche Ober-Postdirektor Gürtler.
Bekanntmachungen der Kaiserlichen
Ober-Postdirektion zu Berlin.
Bekanntmachung.**

51. Der Fernsprechverkehr mit Lauenburg (Pomm.) ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt 1 M. Berlin C., 24. Juli 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,
Geheimer Ober-Postsrath Griesbach.

Umwandlung der Postagentur in Baumschulenweg in ein Postamt III.

52. Vom 1. August ab wird die Postagentur in Baumschulenweg in ein Postamt III. Klasse umgewandelt und in dem Hause Baumschulenstr. 23 untergebracht.

Die Dienststunden für den Verkehr mit dem Publikum werden festgesetzt:

an Wochentagen von 7 (im Winterhalbjahr von 8) bis 12 Uhr Vormittags und von 3 bis 7 Uhr Nachmittags,

an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen, sowie am Geburtstage S. M. des Kaisers von 7 (bz. von 8) bis 9 Uhr Vormittags und von 5 bis 6 Uhr Nachmittags, außerdem von 12--1 Uhr Mittags für den Telegraphenbetrieb.

Ferner ist das Postamt verpflichtet, außerhalb der vorbezeichneten Dienststunden Telegramme vom Publikum anzunehmen und zu befördern, sofern ein Beamter ohnehin in den Diensträumen anwesend ist.

Berlin C., 21. Juli 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,
Geheimer Ober-Postsrath Griesbach.

**Bekanntmachungen des Königlichen
Consistoriums der Provinz Brandenburg.**

33. Die unter Privat-Patronate stehende Pfarrstelle

zu Bögom, Diözese Wusterhausen a./D., kommt durch die Emeritierung des Pfarrers Heuschel am 1. Oktober d. J. zur Erledigung.

36. Die unter privatem Patronate stehende Pfarrstelle zu Jeserig, Diözese Neustadt-Brandenburg, ist durch das Ableben des Pfarrers Schumann am 16. Juli d. J. zur Erledigung gekommen.

**Bekanntmachungen der Königlichen
Eisenbahndirektion zu Berlin.**

Aufnahme von Torfstreu und Torfmüll in den Rohstofftarif.

24. Im Staatsbahn-Gruppen- und Wechselverkehr, ferner im Wechselverkehr mit Stationen der Eisenburgischen Staatseisenbahnen und der Station Rempen der Breslau-Warischauer Eisenbahn wird mit Gültigkeit vom 1. August d. J. ab in dem Ausnahmetarif 2 (Rohstofftarif) unter neuer Ziffer 7 ausgenommen:

„7 Torfstreu und Torfmüll.“

Die Frachtberechnung nach dem Ladegewicht der gestellten Wagen findet auf diese Artikel keine Anwendung.

Die auf Grund der Bekanntmachungen vom 3. und 26. Februar d. J. eingeführte außerordentliche Frachtermäßigung für Torfstreu- und Torfmüllsendungen nach Stationen der Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Pommern östlich von der Oder bleibt daneben bis zum 1. September d. J. in Kraft.

Berlin, den 19. Juli 1897.

Königliche Eisenbahndirektion zugleich Namens der beteiligten Verwaltungen.

**Bekanntmachungen der Königlichen
Eisenbahndirektion zu Stettin.**

Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände.

11. Für diejenigen Zuchtthiere (Rindvieh und Fohlen), welche auf dem am 18. August d. J. in Neubrandenburg stattfindenden Zuchtviehmarkt für Rindvieh und Fohlen ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, wird unter den üblichen, bei den Güter- und Eilgutsabfertigungsstellen zu erfragenden Bedingungen auf den Strecken der Königlichen Eisenbahndirektionen Berlin und Stettin frachtfreie Rückbeförderung nach der Versandstation gewährt.

Stettin, den 20. Juli 1897.

Königliche Eisenbahndirektion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

23. **Nachweisung**
der seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Osthavelland auf Grund des § 2 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirksgrenzen.

| Fol. Nr. | Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke | Bisheriger Gemeindeg. bezw. Gutsbezirk | | Künftiger Gemeindeg. bezw. Gutsbezirk | |
|----------|---|--|--|---------------------------------------|--|
| | | Gemeindeg. bezw. Gutsbezirk | | Gemeindeg. bezw. Gutsbezirk | |
| 1. | Die in den vorläufigen Fortschreibungsverhandlungen für den Gutsbezirk Linum unter I. 23/5 verzeichnete domänenfiskalische Parzelle von 1 ha Größe. | Gutsbezirk Linum | | Gemeindeg. bezirk Linum | |
| 2. | Das in den vorläufigen Fortschreibungsverhandlungen mit Parzelle 43/13 Blatt 2 des Gutsbezirks Potsdam-Bornim-Wildpark Forst bezeichnete, im Grundbuche von Potsdam-Bornim-Wildpark Forst Band I. Blatt 3 eingetragene Grundstück von 2 ar 12 qm Größe. | Gutsbezirk Potsdam-Bornim-Wildpark Forst | | Gemeindeg. bezirk Sacrow. | |

Neuen, den 21. Juli 1897.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Osthavelland.

B e k a n n t m a c h u n g.

24. In Folge Geradelegung des Dahmefleßes an der Teltower Kreisgrenze gegen den Regierungsbezirk Frankfurt a./D. gehen über:

1. Die folgenden Parzellenabschnitte der Gemarkung Staakow
in die Gemarkung Briesen.

| Artikel der
Mutterrolle | Grundbuch | | Eigenthümer | Nummer | | Lage | Kulturart | Flächen-
inhalt
qm | Reiner-
ertrag
H. |
|----------------------------|-----------|-------|-----------------------------|-----------------------|-----------------|----------------------------|-----------|--------------------------|-------------------------|
| | Band | Blatt | | des
Karten-
Bl. | der
Parzelle | | | | |
| 7 | III. | 625 | Rgl. Hausfideicommiß-Forst- | 1 | aus 4 | Schlag NO. | Acker | 102 | 01 |
| 8 | d. | R. | verwaltung | | | | | | |
| | | ohne | Öeffentliche Wege und Ge- | | aus 11. | auf der Grenze | Graben | 106 | — |
| | | | wässer | |) | mit Rittergut
Briesen | | | |
| 7 | III. | 625 | Rgl. Hausfideicommiß | 1 | aus 4 | Schlag NO. | Acker | 165 | 02 |
| 8 | d. | R. | | | | | | | |
| | | ohne | Öeffentliche Wege und Ge- | | aus 11. | auf der Grenze | Graben | 172 | — |
| | | | wässer | | | mit Rittergut
Briesen | | | |
| | | | | | desgl. | zu dem neuen
Dahmefleß | desgl. | 08 | — |
| | | | | | | | | 553 | |
| 7 | III. | 625 | Rgl. Hausfideicommiß-Forst- | 1 | aus 4 | Schlag NO. | Acker | 36 | — |
| 8 | d. | R. | verwaltung | | | | | | |
| | | ohne | Öeffentliche Wege und Ge- | | aus 11. | auf der Grenze | Graben | 75 | — |
| | | | wässer | | | mit Rittergut
Briesen | | | |
| | | | | | desgl. | zu dem neuen
Dahmefleß | desgl. | 36 | — |
| 8 | | ohne | dieselben | 1 | aus 11. | auf der Grenze | Graben | 05 | — |
| | | | | | | mit Rittergut
Briesen | | | |
| | | | | | desgl. | zu dem neuen
Dahmefleß | desgl. | 29 | — |
| 7 | III. | 625 | Rgl. Hausfideicommiß-Forst- | 1 | aus 3 | Schlag Litt. e. | Wiese | 1918 | 38 |
| 8 | d. | R. | verwaltung | | | | | | |
| | | ohne | Öeffentliche Wege und Ge- | | aus 11. | auf der Grenze | Graben | 317 | — |
| | | | wässer | | | mit Rittergut
Briesen | | | |
| | | | | | desgl. | an das neue Dah-
mefleß | desgl. | 09 | — |
| 7 | III. | 625 | Rgl. Hausfideicommiß-Forst- | 1 | aus 3 | Schlag Litt. e. | Wiese | 1457 | 29 |
| 8 | d. | R. | verwaltung | | | | | | |
| | | ohne | Öeffentliche Wege und Ge- | | aus 11. | auf der Grenze | Graben | 432 | — |
| | | | wässer | | | mit Rittergut
Briesen | | | |
| | | | | | desgl. | zu dem neuen
Dahmefleß | desgl. | 44 | — |
| 7 | III. | 625 | Rgl. Hausfideicommiß-Forst- | 1 | aus 3 | Schlag Litt. e. | Wiese | 38 | 01 |
| 8 | d. | R. | verwaltung | | | | | | |
| | | | | | aus 4 | Schlag NO. | Acker | 3023 | 36 |

| Kriſtel der
Mutterrolle | Grundbuch | | Eigenthümer | Nummer | | Lage | Kulturart | Flächen- | Reins- |
|---|-----------|-------|-------------------------------------|-----------------------|--------------------------|---|-----------|--------------|--------|
| | Band | Blatt | | des
Karten-
Bl. | der
Parzelle | | | inhalt
qm | |
| 8 | ohne | | Deffentliche Wege und Ge-
wässer | | aus I III. | auf der Grenze
mit Rittergut
Briesen | Graben | 554 | — |
| | | | | | deſgl. | zu dem neuen
Dahmeſieß | deſgl. | 12 | — |
| | | | | | aus 2 II. | Mühlengraben | deſgl. | 209 | — |
| 2. Die folgenden Parzellenabschnitte der Gemarkung Briesen in die Gemarkung Staakow. | | | | | | | | | |
| 8 | ohne | | Deffentliche Wege und Ge-
wässer | 1 | aus 1 I. | auf der Grenze
mit Rittergut
Briesen | Graben | 29 | — |
| | | | | | aus Gemarkung Briesen | | Acker | 23 | — |
| 8 | ohne | | Deffentliche Wege und Ge-
wässer | 1 | aus 1 I. | auf der Grenze
mit Rittergut
Briesen | Graben | 79 | — |
| | | | | | aus Gemarkung Briesen | | | | |
| | | | | | | zu Parzelle Nr. 3 | Wiese | 17 | — |
| | | | | | | = = 4 | Acker | 18 | — |
| | | | | | | = dem neuen
Freigraben | Graben | 40 | — |
| | | | | | | = dem neuen
Dahmeſieß | deſgl. | 34 | — |
| 8 | ohne | | Deffentliche Wege und Ge-
wässer | 1 | aus 1 I. | zu dem neuen
Dahmeſieß
auf der Grenze
mit Rittergut
Briesen | Graben | 36 | — |
| | | | | | | zu dem neuen Freigraben | | | |
| | | | | | aus 1 I. | daſ. | deſgl. | 17 | — |
| | | | | | deſgl. | zu Parz. 3 | deſgl. | 44 | — |
| | | | | | deſgl. | zu Parz. 4 | deſgl. | 62 | — |
| | | | | | aus Gemarkung Briesen | | | | |
| | | | | | 1. zu Parz. № 3 | | Wiese | 552 | 11 |
| | | | | | 2. = dem neuen Dahmeſieß | | Graben | 52 | — |
| | | | | | zu Parz. № 3 | | | | |
| 8 | ohne | | Deffentliche Wege und Ge-
wässer | 1 | 1 I. | auf der Grenze
mit Rittergut
Briesen | Graben | 244 | — |
| | | | | | | zu dem neuen Dahmeſieß | | | |
| | | | | | aus 1 I. | daſ. | Graben | 44 | — |
| | | | | | aus Gemarkung Briesen | | | | |
| | | | | | 1. zu Parz. № 3 | | Wiese | 631 | 12 |
| | | | | | 2. = dem neuen Dahmeſieß | | Graben | 82 | — |
| | | | | | aus Gemarkung Briesen: | | | | |
| | | | | | 1. zu Parz. № 3 | | Wiese | 563 | 11 |
| | | | | | 2. = dem neuen Dahmeſieß | | Graben | 37 | — |
| | | | | | zu dem neuen Dahmeſieß | | | | |
| 8 | ohne | | Deffentliche Wege und Ge-
wässer | 1 | aus 1 II. | auf der Grenze
mit Rittergut
Briesen | Graben | 0,8 | — |
| | | | | | aus 1 III. | daſ. | deſgl. | 17 | — |

| Grüßel der Mutterstelle | Grundbuch | | Eigentümer | Nummer | | Page | Kulturart | Flächeninhalt qm | Reinertrag Pf. |
|-------------------------|-----------|-------|--------------------------------|----------------|---------------------------|--|-----------|------------------|----------------|
| | Band | Blatt | | des Karten-Bl. | der Parzelle | | | | |
| 8 | ohne | | Öeffentliche Wege und Gewässer | 1 | aus 28 zu dem neuen Fließ | zu Parz. № 31 auf der Grenze mit Briesen | Graben | 54 | — |
| | | | | | aus 28 | bas. | desgl. | 60 | — |
| | | | | | aus 28 | zu Parz. № 31 auf der Grenze mit Briesen | desgl. | 18 | — |
| | | | | | aus 28 | zu dem neuen Dahmefließ | desgl. | 18 | — |
| | | | | | aus 28 | bas. | desgl. | 18 | — |
| | | | | | aus Gemarkung Briesen | | | | |
| | | | | | 1. zu Parz. № 30 | | Holzung | 958 | 07 |
| | | | | | 2. = dem neuen Dahmefließ | | Graben | 117 | — |
| 8 | ohne | | Öeffentliche Wege und Gewässer | | aus 28 | zu Parz. № 30 auf der Grenze mit Briesen | desgl. | 275 | — |
| | | | | | zu dem neuen Dahmefließ | | | | |
| | | | | | desgl. | bas. | desgl. | 21 | — |
| | | | | | aus Gemarkung Briesen | | | | |
| | | | | | 1. zu Parz. № 30 | | Holzung | 2824 | 19 |
| | | | | | 2. = dem neuen Dahmefließ | | Graben | 276 | — |
| 8 | ohne | | Öeffentliche Wege und Gewässer | 1 | aus 28 | zu Parz. № 30 auf der Grenze mit Briesen | desgl. | 452 | — |
| | | | | | zu dem neuen Dahmefließ | | | | |
| | | | | | aus 28 | bas. | desgl. | 18 | — |
| | | | | | aus Gemarkung Briesen | | | | |
| | | | | | 1. zu Parz. № 31 | | Acker | 3767 | 81 |
| | | | | | 2. = dem neuen Dahmefließ | | Graben | 425 | — |
| 8 | ohne | | Öeffentliche Wege und Gewässer | 1 | aus 28 | zu Parz. № 31 auf der Grenze mit Briesen | Graben | 336 | — |
| | | | | | zu dem neuen Dahmefließ | | | 14 | — |

Kreisaußschußbeschuß vom 13. April 1897. Berlin, den 9. Juli 1897. Der Landrath des Kreises Teltom.

Bekanntmachungen des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

5.

Bekanntmachung.

| | | | | |
|--|---------|----|----|-----|
| Die Brandenburgische Witwen- und Waisenversorgungsanstalt hat in dem Rechnungsjahre 1896/97 an Beiträgen | 169010 | W. | 17 | Pf. |
| und an Zinsen von den Beständen des laufenden Fonds | 1794 | „ | 95 | „ |
| zusammen | 170805 | W. | 12 | Pf. |
| vereinahmt, dagegen an Witwen- und Waisengeldern gezahlt | 58860 | „ | 79 | „ |
| so daß als Ueberschuß dem eiserne Fonds zu überweisen waren | 111944 | W. | 33 | Pf. |
| Diesem Fonds sind zu seinem Bestande am 31. März 1896 von | 1980326 | „ | 95 | „ |
| außerdem zugefloßen: | | | | |
| 1) Zinsen von seinen Beständen | 68406 | „ | 58 | „ |
| 2) Gefundene Eintrittsgelder | 37213 | „ | 80 | „ |
| 3) Nachträgliche Beiträge | 1315 | „ | 75 | „ |
| Bon diesen | 2199207 | W. | 41 | Pf. |
| kommt in Abzug der Kursverlust beim Verkauf von Werthpapieren in Höhe von | 331 | „ | 05 | „ |
| so daß der eiserne Fonds am 31. März 1897 eine Höhe erreichte von | 2198876 | W. | 36 | Pf. |
| Ergiebt dem Bestande am 31. März 1896 von | 1980326 | „ | 95 | „ |
| gegenüber eine Vermehrung von | 218549 | W. | 41 | Pf. |

Sein rechnungsmäßiger Bestand ist folgender:

| | | | |
|---------|--|------------|-------------------|
| 421300 | M. 4 %ige Preuß. konsol. Staatsanleihe | 434608 | M. 21 Pf. |
| 42900 | = desgl. | 44590 | = 09 " |
| 15000 | = 3 1/2 % desgl. | 14889 | = — " |
| 1032350 | = 3 % Landschaftl. Centralspandbriefe | 995128 | = 53 " |
| 16000 | = 3 % Döbberslebener Kreisleihscheine | 16161 | = 18 " |
| 25100 | = 3 1/2 % Köpenicker Stadtoobligationen | 25102 | = 87 " |
| 11400 | = 3 1/2 % Zossener Stadtoobligationen | 11401 | = 25 " |
| 30700 | = 3 % Westpreussische Pfandbriefe | 29910 | = 55 " |
| 97800 | = 4 % Templiner Kreisobligationen | 98787 | = 28 " |
| 117000 | = 3 1/2 % Ostprignitzer desgl. | 113214 | = 25 " |
| 75600 | = 3 1/2 % Anleihescheine des Kreises Jerichow | 74286 | = 80 " |
| 42000 | = 3 % Preuß. konsol. Staatsanleihescheine | 41672 | = 40 " |
| 39897 | = 22 Pf. Schulburlunden und gestundete Eintrittsgelder | 39897 | = 22 " |
| 250000 | = Hypothek der Berliner gemeinnützigen Baugesellschaft | 250000 | = — " |
| 2217047 | M. 22 Pf. | | |
| | und baar | zusammen = | 2189649 M. 72 Pf. |
| | | | 9226 " 64 " |
| | | Summe | 2198876 M. 36 Pf. |

Dies wird gemäß § 27 des Reglements der Brandenburgischen Wittwen- und Waisenversorgungsanstalt zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 15. Juli 1897.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg. Freiherr von Manteuffel.

Personal-Chronik.

Der Baubeflissene Julius Jacoby aus Nauen ist zum Regierungs-Bauführer ernannt worden.

An Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Nitsche in Templin ist der Kreissekretär Noß daselbst vorübergehend jeberzeitigen Widerrufs vom 1. Juli d. J. ab nebenamtlich mit der Besorgung der domänen- und fiskalischen Kirchen- u. Patronatsgeschäfte in den Ortsschaften des ehemaligen Amtsbezirks Zehdenick: Beutel, Klosterwalbe mit Paulinenhof, Niedershof und Sydowshof, Hammelspring mit Canneburg und Plantage, Hindenberg, Röddelin mit dem Röddelin- und faulen See, sowie dem Ruhwall und Ranten-See und Denzow beauftragt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Indayil in Brasilien Heinrich Ehrlich ist zum Oberpfarrer bei der evangelischen Gemeinde zu Werder a./H., Diözese Potsdam I., bestellt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Jean Paul Julius Iseler hier ist zum Pfarrer in Alt-Glückau, Diözese Köln-Land II., bestellt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Rudolf Hermann Bernhard Groch ist zum Pfarrer der Pfarodie Seddin, Diözese Pommern, bestellt worden.

Der Lehrer Tanneberger ist als technischer Lehrer an der Realschule in Steglitz angestellt worden.

Die Lehrer Dehnel und Schochow sind als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerin Dusebann ist als wissenschaftliche Lehrerin an dem Kinderhause der Anstalt für Epileptische Ruhlgarten angestellt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat Juni 1897.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind zu Kammergerichtsräthen der Staats-

anwalt Dr. Sperling vom Kammergericht und der Landgerichtsrath Harmuth vom Landgericht I. in Berlin; zu Amtsrichtern die Gerichtsassessoren Frech bei dem Amtsgericht in Storkow, Fährndrich bei dem Amtsgericht in Lautenburg, Dr. von Schelling bei dem Amtsgericht in Düsseldorf; zum Landrichter der Gerichtsassessor Hagen bei dem Landgericht in Cottbus. Der Kaufmann Gustav Ziersch in Berlin ist zum stellvertretenden Handelsrichter ernannt; wiederernannt sind der Kaufmann George Joachimsthal in Berlin zum Handelsrichter, der Fabrikbesitzer Heinrich Buchholz und der Kaufmann Hermann Damberg in Berlin zu stellvertretenden Handelsrichtern, sämmtlich beim Landgericht I. in Berlin. Versetzt sind der Amtsgerichtsrath Dr. Reinhold in Wiesbaden und der Amtsrichter Dr. Lorenz in Beells an das Amtsgericht I. in Berlin, der Amtsrichter Marwig vom Amtsgericht II. in Berlin als Landrichter an das Landgericht II. in Berlin, die Amtsrichter Langner in Oppeln und Thomaszewski in Schwedt an das Amtsgericht II. in Berlin, der Amtsrichter Roth in Stuttgart an das Amtsgericht in Charlottenburg, der Amtsrichter Hirsch in Breschen an das Amtsgericht in Coepenick. Pensionirt sind der Kammergerichtsrath Petzsch, der Amtsgerichtsrath Mila vom Amtsgericht I. in Berlin. Verstorben ist der Landgerichtsdirektor Barbt in Frankfurt a. D. Dem Handelsrichter Kaufmann Carl Duggenhagen in Berlin ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte ertheilt.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Kulde, Salge, Herwig, Doering, Dästerwald, Dr. Fesca, Warfow. Aus dem Justizdienst ist geschieden: Klose in Folge seiner Uebernahme in die kirchliche Verwaltung.

III. Staatsanwaltschaft.

Zu Staatsanwälten sind ernannt die Gerichtsassessoren Kesseler beim Landgericht II. in Berlin, Heyn beim Landgericht in Landsberg a. W. Versetzt sind die Staatsanwälte Schweigger und Richter vom Landgericht I. in Berlin an das Kammergericht, von Peginger in Landsberg a. W. an das Landgericht I. in Berlin, Schmidt in Ostrowo an das Landgericht in Landsberg a. W. Ernannt sind zum Amtsanwalt der Bürgermeister Nedwig bei dem Amtsgericht in Wittenberge, zum Forstamtsanwalt der Oberförster Graf zu Rangau für den Forstbezirk Biez; zu Amtsanwaltschaftsvertretern der Rentier Rose bei dem Amtsgericht in Grosse, der pensionirte Rentmeister Giese bei dem Amtsgericht in Brandenburg a. H.; zum Stellvertreter des Forstamtsanwalts der Gerichtsassessor von Sydow bei dem Amtsgericht in Potsdam.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöst ist in der Liste der Rechtsanwälte der Rechtsanwalt Dr. Zander beim Landgericht I. Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte der Rechtsanwalt Dr. Regensburger aus Frankfurt a. M. und die Gerichtsassessoren Nathan Grünfeld und Caro beim Landgericht I. in Berlin, der Rechtsanwalt Dr. Oneist aus Spremberg bei dem Amtsgericht in Jüterbog, der Gerichtsassessor Selmar Schlesinger beim Amtsgericht in Coepenick mit dem Wohnsitz in Friedrichshagen, der Rechtsanwalt Gröning aus Arnberg bei dem Landgericht II. in Berlin. Zu Notaren sind ernannt die Rechtsanwälte Dr. Oneist in Jüterbog, Dr. Philipp Fränkel und Jakob Cohn in Berlin. Die Notare Adolf Aronson und Louis Bredered in Berlin sind von der Verpflichtung, in dem Stadttheil Köpenick zu wohnen und die Geschäftsräume zu halten, entbunden.

V. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtskandidaten Johannes Westphal, Karl Abicht, Riethe, Ernst Neumann, Dr. jur. Brunn, Levy, Igen, Blumenthal, Behrend, Max Müller, Kamelow, Prawitz, Sach, von Gerlach, von Simson, Behrends, Andrée. Uebernommen sind Ludwig Schulz aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts in Hamm, Heißig aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts in Breslau. Entlassen sind Erich Ribbeck behufs Uebertritts in den Verwaltungsdienst, von Buch auf seinen Antrag.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt sind: zu Gerichtsschreibern der Erste Gerichtsschreiber Doehnert vom Amtsgericht in Landsberg a. W. und die Gerichtsschreiber Schulz vom Amtsgericht I. in Berlin und Dettweiler vom Landgericht I. in Berlin beim Kammergericht, die Aktuare Tillich bei dem Landgericht in Landsberg a. W., Hauschulz bei dem Amtsgericht in Grosse a. D., Kramme bei dem Amtsgericht in Wendisch-Buchholz, Eckelt bei dem Amtsgericht in Sorau, Beyer und Paul Welke bei dem Amtsgericht in Nirdorf, Zirkle

bei dem Amtsgericht in Nauen, Geppert bei dem Amtsgericht in Peitz, Barwich bei dem Amtsgericht in Driesen, Krause bei dem Amtsgericht in Landsberg a. W., Bode bei dem Amtsgericht in Belgis, Fischer bei dem Amtsgericht in Schwiebus, Ludwig bei dem Amtsgericht in Meyenburg, Gram bei dem Amtsgericht in Kalkberge-Müdersdorf; zum Rentanten der Gerichtskasse in Coepenick der Erste Gerichtsschreiber Sattler daselbst; zu Kalkulatoren bei dem Amtsgericht I. in Berlin, die Gerichtsschreiber von Frand und Gustav Müller daselbst; zu Gerichtsvollziehern die Militäranwärter Otto Meier beim Amtsgericht in Fehrbellin, Wiegand beim Amtsgericht II. in Berlin, Böllmann beim Amtsgericht in Luckau, Tranggott Müller beim Amtsgericht in Jossen; zu Kanzlisten die Kanzleidiätare Hackenberger und Gustav Fischer beim Amtsgericht I. in Berlin, Treptow und Bierstedt beim Landgericht II. in Berlin, Wendig bei der Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. D., Stahl beim Landgericht in Frankfurt a. D.; versetzt sind die Gerichtsschreiber Bollstraß in Belgis, Werg in Schwiebus, Stamm in Kalkberge-Müdersdorf, Hamann vom Landgericht I. in Berlin an das Amtsgericht I. in Berlin, Wischmann in Nirdorf, Zühner in Meyenburg an das Landgericht I. in Berlin, der Gerichtsschreibergehilfe Graeber von Driesen an das Amtsgericht in Sorau, der Kanzlist Jacob vom Landgericht in Potsdam an die Staatsanwaltschaft II. in Berlin, der Gerichtsvollzieher Fischer vom Amtsgericht II. in Berlin an das Amtsgericht I. daselbst; pensionirt sind der Gerichtsschreiber Kellermann beim Amtsgericht in Neu-Kruppin, die Kanzlisten Kanzleisekretär Lehmann beim Landgericht I. in Berlin, Eggers beim Kammergericht; verstorben ist der Gerichtskassenrentant, Rechnungsrath Philippi in Landsberg a. W.

Bermischte Nachrichten.

Verzeichniß der Vorlesungen

an der königlichen Landwirthschaftlichen Hochschule zu Berlin N., Invalidenstraße Nr. 42,
im Winter-Semester 1897/98.

1. Landwirthschaft, Forstwirthschaft und Gartenbau.

Geheimer Regierungsrath, Professor Dr. Orth: Allgemeiner Acker- und Pflanzenbau, 1. Theil: Bodenkunde und Entwässerung des Bodens. Spezieller Acker- und Pflanzenbau, 1. Theil: Futterbau und Getreidebau. Landwirthschaftliches Seminar, Abtheilung: Pflanzenbau. Uebungen zur Bodenkunde. Leitung agronomisch-pedologisch und agrifultur-chemischer Arbeiten im Laboratorium (Uebungen im Untersuchen von Pflanze, Boden und Dünger), gemeinsam mit dem Assistenten Dr. Verju. — Geheimer Regierungsrath, Professor Dr. Werner: Landwirthschaftliche Betriebslehre. Rindviehzucht. Landwirthschaftliche Buchführung. Abriss der landwirthschaftlichen Produktionslehre. — Professor Dr. Lehmann: Allgemeine Thierzuchtlehre. Schafzucht und Wollkunde. Landwirthschaftliche Fütterungslehre. — Geheimer Rechnungsrath, Professor Schotte: Landwirthschaftliche Ma-

schinentunde. Prinzipien der Mechanik und Anwendung auf landwirthschaftliche Maschinen. Zeichen- und Konstruktionsübungen; Planzeichnen. — Garteninspektor Lindemuth: Obstbau. — Oberförster Kottmeier: Forstkennung. Forstschug.

2. Naturwissenschaften.

a. Physik und Meteorologie. Professor Dr. Börnstein: Experimental-Physik, 1. Theil. Mechanik. Physikalische Uebungen. Wetterkunde.

b. Chemie und Technologie. Professor Dr. Kleischer: Anorganische und organische Experimental-Chemie. Großes chemisches Praktikum. — Kleines chemisches Praktikum. — Privatdozent Dr. Krenzel: Chemische Untersuchung landwirthschaftlich wichtiger Stoffe. — Professor Dr. Delbrück mit Professor Dr. Saare und Professor Dr. Wittelshäfer: Nahrungsgewerbe und Stärkesabrifikation mit Uebungen im Laboratorium und in den Versuchsfabriken. — Privatdozent, Professor Dr. Hayduk: Nahrung-Chemie.

c. Mineralogie, Geologie und Geognosie. Professor Dr. Gruner: Mineralogie und Gesteinskunde. Bodenkunde und Bonitrung. Uebungen zur Bodenkunde. Praktische Uebungen im Bestimmen von Mineralien und Gesteinsarten.

d. Botanik und Pflanzenphysiologie. Professor Dr. Kny: Anatomie und Morphologie der Pflanzen, mit Demonstrationen. Botanisch-mikroskopischer Kursus, im Anschluß an vorstehende Vorlesung. Arbeiten für Vorgesessene im botanischen Institut. — Professor Dr. Frank: Pflanzenkrankheiten und Pflanzenschug. Pflanzenpathologisches Praktikum. Arbeiten für Vorgesessene im Institut für Pflanzenphysiologie und Pflanzenschug. Geheimer Regierungsrath, Professor Dr. Wittmad: Samenkunde. Verfälschung der Nahrungsmittel und Futtermittel, mit Demonstrationen. — Privatdozent, Professor Dr. Carl Müller: Grundzüge der Bakterienkunde mit besonderer Berücksichtigung der Landwirthschaft.

e. Zoologie und Thierphysiologie. Professor Dr. Rehring: Zoologie und vergleichende Anatomie, mit besonderer Berücksichtigung der Wirbelthiere. Die jagdbaren Säugethiere und Vögel Deutschlands. Zoologisches Repetitorium. — Dr. Schiemenz: Die der Land- und Forstwirtschaft nützlichen und schädlichen Insekten. — Professor Dr. Zung: Physiologie des thierischen Stoffwechsels. Gesundheitspflege des Hausthiere. Arbeiten im thierphysiologischen Laboratorium für Vorgesessene.

3. Veterinärkunde.

Professor Dr. Dieckerhoff: Seuchen und parasitische Krankheiten der Hausbiere. — Geheimer Regierungsrath Professor C. F. Müller: Bekämpfung der ansteckenden Thierkrankheiten durch die Viehseuchengesetze und die hierbei bisher erzielten Erfolge. — Professor Dr. Schmalz: Anatomie der Hausbiere, verbunden mit Demonstrationen. — Ober-Kopfartzt a. D. Röttner: Fustbeschlagslehre.

4. Rechts- und Staatswissenschaft.

Professor Dr. Sering: Agrarwesen, Agrarpolitik und Landeskulturgesetzgebung in Deutschland. Nationalökonomische Uebungen. Reichs- und preussisches Recht, mit besonderer Rücksicht auf die für den Landwirth, den Landmesser und Kultartechniker wichtigen Rechtsverhältnisse.

5. Kulturtechnik.

Geheimer Vaurath von Münstermann: Kulturtechnik. Entwerfen kulturtechnischer Anlagen. Kulturtechnisches Seminar. — Meliorations- und Vaurath Dr. Branz: Wasserbau (Wasserbautechnisches Seminar). Brückenbau. Entwerfen wasserbaulicher Anlagen. Landwirthschaftliche Baulehre.

6. Geodäsie und Mathematik.

Professor Dr. Bogler: Traciren. Grundzüge der Landesvermessung. Praktische Geometrie. Messübungen, gemeinschaftlich mit Professor Hegemann. Geodätisches Seminar. Geodätische Rechenübungen. — Professor Hegemann: Kartenprojektionen. Uebungen zur Landesvermessung. Zeichenübungen. — Professor Dr. Reichel. Höhere Analysis und analytische Geometrie (Fortsetzung). Darstellende Geometrie. Mathematische Uebungen, bezw. Nachträge. Zeichenübungen zur darstellenden Geometrie.

Begian des Winter-Semesters am 16. Oktober, der Vorlesungen zwischen dem 16. und 23. Oktober 1897. — Programme sind durch das Secretariat zu erhalten.

Berlin, den 25. Juni 1897.

Der Rektor

der königlichen Landwirthschaftlichen Hochschule.
Vorlesungen für das Studium der Landwirthschaft an der Universität Halle.
Das Winter-Semester 1897/98 beginnt am 15. Oktober 1897.

Von den für das Winter-Semester 1897/98 angezeigten Vorlesungen der hiesigen Universität sind für die Studirenden der Landwirthschaft folgende hervorzuheben:
a. In Rücksicht auf fachwissenschaftliche und staatswissenschaftliche Bildung.

Einkleitung in das Studium der Landwirthschaft: Geh. Ober-Reg.-Rath Prof. Dr. Kühn. — Allgemeine Ackerbaulehre: Derselbe. — Allgemeine Thierzuchtlehre: Derselbe. — Specielle Thierzuchtlehre: Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Freytag. — Landwirthschaftliche Buchführung und Abschätzungslehre: Derselbe. — Wollkunde: Derselbe. — Wollereiwesen: Prof. Dr. Albert. — Ueber Milch- und Mastviehhaltung mit praktischen Uebungen im Werthschätzen der Thiere: Derselbe. — Ueber Züchtung der Kulturpflanzen: Dr. Holbeseig. — Viehhaltung und Viehzucht bei intensivem Landwirthschaftsbetriebe: Derselbe. — Forstwissenschaft: Prof. Dr. Ewald. — Obst- und Weinbau: Obstbaulehrer Müller. — Praktische Demonstrationen im Obstbau und in der Obstverwertung: Derselbe. — Landwirthschaftliche Handelswissenschaft: Landesökonomierath von Mendel. — Grundzüge der

Thier-Anatomie und -Physiologie: Prof. Dr. Püg. — Die wichtigsten inneren Thierkrankheiten mit besonderer Berücksichtigung der auf den Menschen übertragbaren Thierkrankheiten: Derselbe. — **Landwirthschaftliche Maschinen- und Geräthefunde:** Prof. Dr. Lorenz. — **Kulturtechnik, 1. Theil (Drainage und Wiesenbau, verbunden mit Uebungen im Entwerfen):** Derselbe. — **Landwirthschaftliche Baukunde: Regierungs-Baumeister Knoch.** — **Experimentalchemie:** Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Volhard. — **Chemisches Colloquium:** Derselbe. — **Allgemeine theoretische und physikalische Chemie:** Prof. Dr. H. Erdmann. — **Untersuchung und Beurtheilung technisch und landwirthschaftlich wichtiger Stoffe:** Prof. Dr. Baumer. — **Agrikulturchemie, 1. Theil (die Naturgesetze der Ernährung der landwirthschaftlichen Kulturpflanzen):** Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Maercker. — **Technologie der Kohlehydrate, 1. Theil (Zucker- und Spiritusfabrikation):** Derselbe. — **Technologie der Kohlehydrate, 2. Theil (Stärkefabrikation, Brauerei und Apfelweinbereitung):** Dr. Eluf. — **Zubereitung und Konservirung der Futtermittel:** Derselbe. — **Experimentalphysik, 1. Theil (Mechanik, Akustik, Wärme):** Prof. Dr. Dorn. — **Elektrotechnik:** Prof. Dr. Schmidt. — **Theoretische Physik:** Derselbe. — **Angewandte Mechanik:** Prof. Dr. Lorenz. — **Gesteinslehre als Grundlage der Bodenkunde:** Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. von Fritsch. — **Mineralogie:** Prof. Dr. Lüdcke. — **Anatomie und Physiologie der Pflanzen:** Prof. Dr. Kraus. — **Botanisches Colloquium:** Derselbe. — **Ueber die pflanzliche Zelle:** Prof. Dr. Zopf. — **Geschichte der kultivirten Nährpflanzen:** Dr. A. Schulz. — **Ausgewählte Kapitel der Gewächse:** Derselbe. — **Elemente der Zoologie:** Prof. Dr. Grenacher. — **Ausgewählte Kapitel aus der allgemeinen Zoologie:** Derselbe. — **Die thierischen Parasiten des Menschen:** Prof. Dr. S. Taschenberg. — **Nützliche Thiere:** Derselbe. — **Bau und Leben der Zelle als Einführung in die allgemeine Anatomie und Physiologie der Pflanzen und Thiere:** Dr. Brandes. — **Zoologisches Colloquium:** Derselbe. — **Physiologie der vegetativen Prozesse:** Prof. Dr. Bernstein. — **Nationalökonomie 1. Theoretischer Theil:** Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Conrad. — **Geschichte der Nationalökonomie:** Prof. Dr. Diehl. — **Praktische Nationalökonomie (Volkswirtschaftspolitik):** Derselbe. — **Finanzwissenschaft:** Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Conrad. — **Allgemeine Staatslehre:** Prof. Dr. Friedberg. — **Die Sozial-Gesetzgebung des Deutschen Reiches (Gewerbe- und Ar-**

beiter-Versicherungsrecht): Prof. Dr. Löning. — **Deutsches Handelsrecht:** Geh. J.-Rath Prof. Dr. Laßig. — **Landwirthschaftsrecht:** Geh. Berg-Rath Prof. Dr. Arndt. b. In Rücksicht auf allgemeine Bildung, insbesondere für Studierende höherer Semester.

Vorlesungen aus dem Gebiete der Philosophie, Pädagogik, Litteratur, Geschichte, Geographie und der ethischen Wissenschaften halten die Prof. Prof. Dr. Dr. Haym, Erdmann, Droysen, Lindner, Ewald, Böhmer, Uphues, Huserl, Kirchhoff, Herzberg, Sommerlad, Ule, Brode u.

Theoretische und praktische Uebungen.

Staatswissenschaftliches Seminar: Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Conrad. — **Statistische Uebungen:** Derselbe. — **Nationalökonomische Uebungen:** Prof. Dr. Diehl. — **Praktische Uebungen im chemischen Laboratorium:** Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Volhard und Prof. Dr. Döbner. — **Physikalisches Laboratorium:** Prof. Dr. Dorn. — **Mineralogisches Praktikum:** Prof. Dr. Lüdcke. — **Paläontologische, geologische und mineralogische Uebungen:** Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. von Fritsch. — **Mikroskopische und Physiologische Praktika:** Prof. Dr. Kraus. — **Arbeiten im kryptogamischen Laboratorium:** Prof. Dr. Zopf. — **Demonstration in den Glashäusern:** Prof. Dr. Kraus. — **Zoologische Uebungen:** Prof. Dr. Grenacher und Dr. Brandes. — **Uebungen im landwirthschaftlich-physiologischen Laboratorium:** Geh. Ober-Reg.-Rath Prof. Dr. Kühn. — **Uebungen im Seminar für angewandte Naturkunde:** Derselbe. — **Demonstrationen im Hausthiergarten des landwirthschaftlichen Instituts:** Prof. Dr. Albert. — **Demonstrationen und Exkursionen für Molkereiwesen:** Derselbe. — **Praktische Demonstrationen im Obstbau und in der Obstverwerthung:** Obstbaulehrer J. Müller. — **Technologische Exkursionen:** Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Maercker. — **Zeichnen, Malen und perspektivisches Zeichnen:** Zeichenlehrer Schenk. — **Reitunterricht:** Universitätsreitlehrer Schreiber. — **Tanzunterricht:** Tanzlehrer Rocco. — **Fecht- und Turnunterricht:** Fechtmeister Reissel.

Nähere Auskunft ertheilt die durch jede Buchhandlung zu beziehende Schrift: Programm für das Studium der Landwirthschaft an der Universität Halle, Dresden, Schönfeld'sche Verlags-Buchhandlung. Priessliche Anfragen wolle man an den Unterzeichneten richten.

Halle a. S., im Juli 1897.

Der Direktor
des landwirthschaftlichen Instituts der Universität.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum der Ausweisungs-Beschlusses. |
|-----|--------------------|-------------------|-----------------------|---|------------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |

a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:

| | | | | | |
|---|--------------------------------|--|---|---------------------------------------|-----------------|
| 1 | Anton Emil Tittel, Zimmermann, | geboren am 4. Februar 1875 zu Ruhlsnappel, | (2 Jahre 6 Mo- nate Zuchthaus, laut Er-
nennung) | Königlich sächsischer Kreisshauptmann | 14. April 1897. |
|---|--------------------------------|--|---|---------------------------------------|-----------------|

| 1. Lauf. Nr. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--------------|---------------------------------------|--|---|--|--|
| | 2. | 3. | | | |
| | | Unterschiedsmannschaft
(Glauchau, Sachsen,
ortsangehörig zu Stre-
beditz, Bezirk Pöder-
sauer, Böhmen,
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | fenninisch vom 22. Mai
(1894), | schaft Zwickau, | |
| 1 | Paul Schmidt,
Arbeiter, | geboren im Jahre 1837
zu Krienendorf, Bezirk
Trautenau, Böhmen,
österreichischer Staats-
angehöriger, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Piegau, | 5. Juni
1897. |
| 2 | Nikolaus Staudt,
Bürstenbinder, | geboren am 16. Januar
1864 zu Luxemburg,
luxemburgischer Staats-
angehöriger, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
präsident zu Reg., | 8. Juni
1897. |
| 3 | Stephan Endler,
Tuchmachergehülfe, | geboren am 10. Oktober
1851 zu Tannwald,
Bezirk Gablonz, Böh-
men, ortsangehörig
ebendaselbst, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Stettin, | 15. Juni
1897. |
| 4 | Emil Martelin,
Messger, | geboren am 17. März
1868 zu Argis, De-
partement de l'Ain,
Frankreich, ortsange-
hörig ebendaselbst, | Landstreichen, | Königlich bayerische
Polizei-Direktion
München, | 11. Mai
1897. |
| 5 | Krida Schlaf,
ledige Dienstmagd, | geboren am 25. No-
vember 1878 zu Kössen,
Bezirk Rißbüchel, Tirol,
österreichische Staats-
angehörige, | gewerbemäßige Unzucht,
Betrug u. grober Unfug, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Traun-
stein, | 2. Juni
1897. |
| 6 | Johann Traweger,
Bäcker, | geboren am 1. Februar
1870 zu Heindelmühl,
Ober-Oesterreich, | Betteln, | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Zwickau, | 13. Mai
1897. |
| 7 | Josef Bates,
Tuchmacher, | geboren am 19. Januar
1861 zu Polig bei
Braunau, Böhmen,
österreichischer Staats-
angehöriger, | Landstreichen, Betteln und
Gebrauch gefälschter Le-
gitimationspapiere, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Frankfurt a. D., | 12. April
1897. |
| 8 | Leopold Wittner,
Kaufmann, | geboren am 9. Juni
1854 zu Eugos, Un-
garn, ungar. Staats-
angehöriger, | Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Polen, | 12. Juni
1897. |
| 9 | Johann Fassing,
Schuhmacher, | geboren am 3. April
1863 zu Alkofen, Bez.
Wels, Ober-Oesterreich,
österreichischer Staats-
angehöriger, | Betteln, | Großherzoglich hes-
sisches Kreisamt
Worms, | 28. Mai
1897. |

Hierzu Fünf Deutliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.)

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Medigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hagen'schen Ver-

Öffentlicher Anzeiger (Nr. 5)

zum 31ten Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 30. Juli 1897.

Öffentliche Vorladungen und Aufgebote.

180. In der Strafsache gegen August Karl Friedrich Ebert, zuletzt aufhaltend in Eberswalde, geboren daselbst am 7. April 1870, evangelisch, wegen Verletzung der Wehrpflicht, hat die Strafkammer bei dem Königl. Amtsgerichte zu Eberswalde am 7. Juli 1897 für Recht erkannt: Das Urtheil vom 19. Februar 1896 wird aufgehoben und dahin erkannt: Der Angeklagte August Karl Friedrich Ebert, geboren am 7. April 1870 zu Eberswalde, ist der Verletzung der Wehrpflicht nicht schuldig und wird deshalb freigesprochen. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. Von Rechts Wegen. Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieses Urtheil bekannt gemacht.

Prenzlau, den 15. Juli 1897.

Der Erste Staatsanwalt.
Konkursverfahren.

181. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Handelsgeellschaft Gebr. Voigt in Potsdam ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf **den 21. August 1897 Vormittags 11 Uhr** vor dem Königl. Amtsgerichte hier, Lindenstraße 54/55, Vorderhaus 1 Treppe Zimmer 10 anberaumt.

Potsdam, den 19. Juli 1897.

Königl. Amtsgericht, Abtheilung I.
Konkursverfahren.

182. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schlächtermeisters Wilhelm Tesch zu Spandau ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf **den 14. September 1897 Vormittags 10 1/4 Uhr** vor dem Königl. Amtsgerichte hier selbst, Zimmer Nr. 28 anberaumt.

Spandau, den 22. Juli 1897.

Salzmann,
als Gerichtsschreiber des Königl. Amtsgerichts.
A u f g e b o t.

183. Auf Antrag des Arbeiters und Büdners August Hasche in Stälpe, vertreten durch den Rechtsanwalt Schramme zu Luckenwalde, wird die im Grundbuche von Stälpe Band I. Blatt Nr. 49 in der dritten Abtheilung unter Nr. 1 für die verehelichte Bauer Busche, Hanne Charlotte geborene Schloßhauer, zu Stälpe aus der Schuldverschreibung vom 27. November 1850 eingetragene Hypothek von 49 Thalern gleich 147 Mark nebst 4 1/2 Prozent jährlicher Zinsen nebst dem über diese Post gebildeten Dokument ausgebaut. Die eingetragene Gläubigerin oder deren Rechtsnachfolger werden aufgefordert, ihre Rechte

auf die Post spätestens in dem auf **den 21. Dezember 1897 Vormittags 9 Uhr** anberaumten Aufgebotsstermine anzumelden, widrigenfalls dieselben mit ihren Ansprüchen auf die aufgebotene Post ausgeschlossen werden und die Post im Grundbuche gelöscht wird.

Ferner wird der unbekannte Inhaber des über die Post gebildeten Dokumentes aufgefordert, seine Rechte spätestens in dem oben bezeichneten Termine geltend zu machen, widrigenfalls dasselbe für kraftlos erklärt werden wird.

Züterbog, den 23. Juli 1897.

Königl. Amtsgericht.

Nothwendige Verkäufe.

Zwangsversteigerung.

184. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von den Mittenwalder Handelältern

a. Band II. Blatt Nr. 59,

b. Band XIV. Blatt Nr. 576,

c. Band XV. Blatt Nr. 582

auf den Namen der Erben des am 27. April 1892 zu Neuendorf verstorbenen Rentiers Egbert Wilhelm Müller

1) dessen Wittve Marie Josephine Clara geb. Mohs,
2) dessen Kinder:

a. des Kaufmanns Egbert Müller,

b. des Kaufmanns Paul Müller,

c. des Kaufmanns Berthold Müller,

d. des Kaufmanns Johannes Müller,

e. der minderjährigen Elisabeth Müller,

sämmtlich zu Potsdam, eingetragen, zu Mittenwalde besiegten Grundstücke am **25. September 1897 Vormittags 10 1/2 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Ort und Stelle auf der „Adler-Ziegelei“ versteigert werden.

Die Grundstücke sind

ad a. mit 21,58 Thlr. Reinertrag und einer Fläche von 6,43,09 Hektar,

ad b. mit 25,52 Thlr. Reinertrag und einer Fläche von 5,74,70 Hektar,

ad c. mit 5,36 Thlr. Reinertrag und einer Fläche von 0,78,90 Hektar

zur Grundsteuer,

ad a. mit 1260 M. Nutzungswerth,

ad b. und c. nicht

zur Gebäudesteuer veranlagt.

Näheres ergeben die Auszüge an der Gerichtstafel, ist auch durch Einsichtnahme der Acten auf der hiesigen Gerichtsschreiberei zu ersehen.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

wird am **2. Oktober 1897 Vormittags 11 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Mittenwalde, den 21. Juli 1897.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

185. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Nowawes Band X. Blatt N^o 414 und Band XVI. Blatt N^o 577 auf den Namen des Schugmanns Otto Sperling zu Berlin eingetragenen, in Nowawes, Louisenstraße belegenen Grundstücke am **4. Oktober 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Lindenstraße 54/55 Zimmer N^o 10 Borderhaus 1 Treppe hoch versteigert werden.

Das Grundstück N^o 414 ist 0,0770 Hektar groß und mit 360 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer, das Grundstück N^o 577 ist mit 0,27 M. Reinertrag und einer Fläche von 0,0819 Hektar zur Grundsteuer veranlagt. Auszug aus der Steuervolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere die Grundstücke betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei Zimmer N^o 20 werktäglich 10—12 Uhr eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigenthum der Grundstücke beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach dem erfolgten Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **5. Oktober 1897 Vormittags 11 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Potsdam, den 20. Juli 1897.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung I.

186. Das Verfahren der Zwangsversteigerung des im Grundbuche von der Stadt Charlottenburg Band 158 Blatt N^o 5547 auf den Namen des Zimmermeisters Carl Basse zu Spandau, Neumeisterstraße 12 einge-

tragenen, zu Charlottenburg, Kaiser Friedrichs, Ede Wallstraße, belegenen Grundstücks wird aufgehoben, da die betreibende Gläubigerin, die Stadtgemeinde Charlottenburg, vertreten durch den Magistrat, ihren Antrag auf Zwangsversteigerung vom 11. Mai 1897 am 20. Juli 1897 und ihre Beitrittserklärung vom 26. Mai 1897 am 24. Juli 1897 zurückgenommen hat. Die Termine am 27. August d. J. fallen weg.

Charlottenburg, den 24. Juli 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

187. Der Bauergutsbesitzer Carl Goffrier zu Klein-Zietzen hat die Verlegung des von der Straße Klein-Zietzen-Serwest nach der Berlin-Stettiner Chaussee führenden öffentlichen Fußsteiges, soweit er über sein Grundstück geht, beantragt. Der neue Fußsteig soll unter Benutzung des zwischen den Grundstücken von Schreiber und Goffrier liegenden Feldweges bis zum Urbain'schen Grundstück führen und von da ab bis zu dem am Rosensee gehenden Fußsteig in einer Breite von 3,77 m gelegt werden.

Das Vorhaben wird mit Bezug auf § 57 des Zuständigkeitsgesetzes mit der Aufforderung bekannt gemacht, Einsprüche binnen 4 Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses bei mir geltend zu machen.

Groß-Zietzen, den 24. Juli 1897.

Der Amtsvorsteher Nouvel.

188. Der während der diesjährigen Herbstübungen für Truppen der 6. Division erforderliche Vorspann zur Beförderung von Lebensmitteln, Fourage und Divalbedürfnissen soll öffentlich vergeben werden.

Es werden gebraucht

in Neu-Muppin, Kreis Muppin, am 6. September 1897 3 einspännige, 18 zweispännige Wagen, am 9. September 1897 2 einspännige, 12 zweispännige Wagen;

in Gransee, Kreis Muppin, am 6. September 1897 1 einspänniger, 6 zweispännige Wagen, am 9. September 1897 2 einspännige, 12 zweispännige Wagen, am 11. September 1897 6 einspännige, 4 zweispännige Wagen, am 14. September 1897 2 einspännige, 24 zweispännige Wagen, am 17. September 1897 16 einspännige, 112 zweispännige Wagen.

Die bezüglichen Bedingungen liegen im diesseitigen Geschäftszimmer zur Einsicht aus.

Angebote sind portofrei und versiegelt mit der Aufschrift „Bestellung von Manöver-Vorspann“ bis **5. August 1897 Vormittags 10 Uhr** einzuwenden.

Brandenburg, den 27. Juli 1897.

Intendantur 6. Division.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 32.

Den 6. August

1897.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 32.) **Nr. 2404.** Bekanntmachung, betreffend die Uebersicht der Uebergangsabgaben und Ausfuhrvergütungen, welche im gegenseitigen Verkehre zwischen den zum Zollgebiete gehörigen Staaten, in denen innere Steuern auf die Hervorbringung oder Zubereitung gewisser Erzeugnisse gelegt sind, erhoben beziehungsweise bewilligt werden. Vom 9. Juli 1897.

Nr. 2405. Bekanntmachung, betreffend Abänderung der Bestimmungen über die Befähigung von Eisenbahnbediensteten vom 5. Juli 1892. Vom 13. Juli 1897.

Bekanntmachungen**des Königl. Regierungspräsidenten.****Bekanntmachung.**

167. Der Amtsrichter Luchterhand in Rathenow ist zum stellvertretenden Vorsitzenden der Schiedsgerichte für die Arbeiter-Versicherung daselbst ernannt worden.

Potsdam, den 23. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

168. Der Herr Minister des Innern hat mittelst Erlasses vom 12. Juli d. Js. dem Vorstande des Vereins „Wiesbadener Damenheim Auguste Victoria-Stift“ die Erlaubnis ertheilt, eine öffentliche Verloosung von Werthgegenständen zu veranstalten und die Loose — 200000 Stück zu je 1 Mark — in den Provinzen Hessen-Nassau, Hannover, Sachsen, Brandenburg sowie im Stadtfreie Berlin zu vertreiben. Die Gesamtzahl der Gewinne beträgt 3389 im Gesamtwerte von 90000 Mark. Die Ziehung findet im Laufe des Jahres 1898 zu Wiesbaden statt.

Potsdam und Berlin, den 27. Juli 1897.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

Bekanntmachung.

169. Das Etablissement Gut Lamprechtswalde wird vom 1. Januar 1898 ab von dem 25. Standesamtsbezirk des Kreises Templin getrennt und dem 29. Bezirk „Klein-Mug“ desselben Kreises zugelegt.

Potsdam, den 30. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Ersatzwahl eines Reichstagsabgeordneten im 1. Wahlkreis (Westprignitz).

170. Durch die Ernennung des Reichstagsabgeordneten für den 1. Wahlkreis, Generalleutnants z. D., Rittergutsbesizers von Poddelski auf Dahmin zum Staatssecretair des Reichspostamtes ist eine Ersatzwahl erforder-

lich geworden. Auf Grund der §§ 2 und 34 des Reglements vom 28. Mai 1870 setze ich den Tag, an welchem die Auslegung der Wählerlisten zu beginnen hat, auf **den 20. September d. J.** und den Tag der Wahl eines Reichstagsabgeordneten selbst auf **den 29. Oktober d. J.** fest. Zum Wahlcommissar habe ich den Königl. Landrath von Jagow in Perleberg ernannt.

Potsdam, den 31. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

Lehrschmiede zu Charlottenburg.

171. Der nächste Kursus zur Ausbildung von Lehrschmiedemeistern beginnt am **Montag den 1sten November d. J.** Anmeldungen sind an den Direktor des Instituts, Oberprofrzt a. D. Brand in Charlottenburg, Spreestraße 42, zu richten.

Potsdam, den 30. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

172. Auf Grund des in § 67 Abs. 3 der Strom- und Schifffahrtspolizeiverordnung vom 17. Januar 1896 (Sonderausgabe des Amtsblatts vom 3. Februar 1896) gemachten Vorbehalts wird für den Friedrich-Wilhelms-Kanal, den Ober-Spree-Kanal von Schlaubehammer bis Buschschleuse und von Fluthfrug bis Große Tränke, sowie für die Spree von Neuhaus bis Althofnung und von Große Tränke bis zur Berliner Weichbildgrenze die in Abs. 2 a. a. D. vorgeschriebene Längenausmessung der Floßpflöge dahin abgeändert, daß die Länge einer in sich fest verbundenen Pflöge höchstens 40 m betragen darf.

Diese Abänderung gilt vorläufig probeweise auf ein Jahr, vom 1. August d. J. an gerechnet.

Potsdam, den 31. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

V i e h f e u e n .**173. Ausgebrochen:**

a. Milzbrand. Kreis Niederbarnim: bei je einer Kuh des Büdnere Thiele in Zehlendorf und des Bauern August Schulz in Schönnow.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Westhavelland: unter dem Rindviehbestande des Bauerngutsbesizers Mueller in Haage. Kreis Ostprignitz: unter dem Rindviehbestande der Bauern Trapp und Schulz sowie unter den Schweinen des Eigenthümers Böhmer, sämmtlich in Blandikow.

c. Bruckseuche. Kreis Osthavelland: unter den Remonten des Vorwerks Beselesang.

Erlöschen:

a. Milzbrand. Kreis Prenzlau: bei einem Ballen des Baurechtsbesizers Heller in Schönwerder.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Prenzlau: unter dem Rindviehbestande des Dominiums Kollwitz.

c. Bläschenausschlag. Kreis Ostprignitz: bei je einer Kuh des Schmiedes Rößling und des Bauern Heller, beide in Schönermark.

Potsdam, den 3. August 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizeipräsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

50. Auf Grund des § 15 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 ist von Landespolizeiwegen vorläufig festgestellt worden, daß Parzellen von den folgenden Grundstücken:

Ludenwalderstraße 3 — Tempelhof, Band 3 — Nr. 147 — Eigentümer: Kaufmann Zimmermann, Ludenwalderstraße 2 — Tempelhof, Band 2 Nr. 104 P. — Eigentümer: Kaufmann Zimmermann, Ludenwalderstraße 1 — Tempelhof, Band 2 Nr. 104 L. — Eigentümer: Kaufmann Emil Gärke, Tempelhofer-Ufer 30 — Tempelhof, Band 6 Nr. 278 — Eigentümerin: Emma Seyfried, geb. Cohnheim, Trebbinerstraße 1 — Tempelhof, Band 2 Nr. 104 M. — Eigentümer: General-Arzt I. Klasse a. D. Dr. J. Krautwurst, Trebbinerstraße 2 — Tempelhof, Band 6 Nr. 289 — Eigentümer: Geh. Sanitäts-Rath Dr. A. Mayländer Grundstücksflächen darstellen, hinsichtlich deren der Firma Siemens und Halske hiersebst zwecks Baues und Betriebes einer elektrischen Hochbahn in Berlin von der Warschauerstraße bis zum Rollendorfsplatz mit Abzweigung nach dem Potsdamer Bahnhofe durch die Allerhöchste Cabinetsordre vom 23. August 1895 das Enteignungsrecht zur Entziehung und zur dauernden Beschränkung des für die Anlage in Anspruch zu nehmenden Grundeigenthumes verliehen worden ist.

Der vorläufig festgestellte Plan wird nunmehr in Gemäßheit der §§ 18 ff. a. a. D. von Dienstag den 10. August bis Dienstag den 24. August d. Js. einschließlich in der Registratur der I. Abtheilung des Königl. Polizeipräsidentiums im Polizei-Dienstgebäude am Alexanderplatz Eingang IV. 2 Treppen Zimmer 339 zu Jedermanns Einsicht ausliegen.

Einwendungen gegen diesen Plan sind bis zum Ablaufe der bestimmten Frist bei der I. Abtheilung des Königl. Polizeipräsidentiums schriftlich einzureichen.

Berlin, den 26. Juli 1897.

Der Polizeipräsident.

In Vertretung Friedheim.

Allerhöchster Erlass.

51. Auf den Bericht vom 22. Mai d. Js. will Ich den an der zurücksolgenden Nachtrag zu dem Statute der Preussischen Pfandbriefbank zu Berlin vom 10. November 1894 unter der Voraussetzung genehmigen, daß die Enttragung desselben in das Handelsregister demnächst unbeanstandet erfolgt.

Neues Palais, den 31. Mai 1897.

W. Wilhelm R.

gege. von Miquel. von Hammerstein.

Schönstedt. von der Reste.

An die Minister für Landwirtschaft, Domainen und Forsten, der Finanzen, der Justiz und des Innern.

Nachtrag

zu dem Statut der Preussischen Pfandbriefbank vom 10. November 1894.

Nach dem Beschluß der Generalversammlung vom 20. März 1897 erhalten die §§ 3, 4, 7, 17, 21, 34, 36, 60 und 61, sowie die Ueberschrift von § 60 des bisherigen Statuts folgende neue Fassung:

§ 3.

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Real- und Kommunal-Kredits.

§ 4.

Die Gesellschaft ist befugt, innerhalb des zum deutschen Reiche gehörigen Gebiets

- 1) auf Grundbesitz unkündbare und kündbare durch Hypothek oder Grundschuld gesicherte Darlehne zu gewähren;
- 2) hypothekarische und Grundschuld-Forderungen zu erwerben, zu beleihen und zu versichern, die Anlegung von Geldern in Hypotheken und Grundschulden und den Umsatz von hypothekarischen und Grundschuld-Forderungen zu vermitteln, Hypotheken- und Grundschuldbriefe in Verwahrung zu nehmen und die Einziehung und Auszahlung von Zinsen zu besorgen;
- 3) von landschaftlichen Vereinen oder sonstigen landesherrlich konzessionirten Bodenkredit-Anstalten die von ihnen auf Grund ihrer Konzession verausgabten Pfandbriefe oder die zu deren vorschriftsmäßiger Deckung dienenden Hypothekensforderungen zu erwerben, oder dieselben zu beleihen, oder sonst mit diesen Anstalten Verträge abzuschließen, inhalts deren die Gesellschaft Hypothekenspfandbriefe verausgabt, jene Anstalten dagegen die entsprechenden Verpflichtungen zur Verzinsung und Tilgung übernehmen;
- 4) an Provinzen, Kreise, Gemeinden, öffentliche Genossenschaften und Landesmeliorations-Gesellschaften, sowie andere öffentliche Korporationen auch ohne Pfandbestellung Darlehne zu gewähren, sofern zu deren Aufnahme gesetzmäßig die Befugniß oder Genehmigung erteilt ist;
- 5) an Kleinbahn-Gesellschaften beziehungsweise an Kleinbahnen Darlehne zu gewähren, wenn deren

Berginsung und Tilgung durch deutsche Kommunal-Verbände (Provinzen, Kreise, Gemeinden) unter Genehmigung der Aufsichtsbehörde selbstschuldnerisch verbürgt oder wenn für die Darlehne erstfällige Bahnpfandschuld bestellt ist;

- 5) auf den Inhaber lautende Hypotheken-Pfandbriefe, Kommunal-Obligationen und Kleinbahnen-Obligationen zu verausgaben;
 - 7) Kassenbestände ausbar zu machen durch Hinterlegung bei Bankhäusern und Bankanstalten, durch Ankauf und Beleihung der von ihr ausgegebenen Hypothekenspfandbriefe, Kommunal- und Kleinbahnen-Obligationen, ferner durch Ankauf von Wechseln und Werthpapieren nach den Grundsätzen der Deutschen Reichsbank, sowie durch Lombardverlehnung von Werthpapieren. Die Anlage im Lombardverkehr darf aber den Betrag des baar eingezahlten Grundkapitals nicht übersteigen. Der Preis der lombardfähigen Papiere und die Höhe des zulässigen Beleihungssatzes ist durch den Aufsichtsrath festzusetzen. Von dieser Festsetzung ist der Aufsichtsbehörde bei Einreichung des jährlichen Geschäftsberichts Anzeige zu machen;
 - 8) Das Inkasso von Geld, Wechseln, Anweisungen und Werthpapieren zu besorgen, Wechsel und Gelbanweisungen auszustellen und in Zahlung zu nehmen;
 - 9) Depositionsgelder verzinslich und unverzinslich anzunehmen; doch dürfen jederzeit rückzahlbare Depositionsgelder nur bis zum Betrage der Reserven angenommen werden;
 - 10) Den kommissionsweisen An- und Verkauf von Werthpapieren zu betreiben.
- Spekulationsgeschäfte für eigene Rechnung sind der Gesellschaft untersagt.

§ 7.

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt zur Zeit 15 Millionen Mark in 10000 vollgezahlten Aktien zu 500 Thaler gleich 1500 Mark, welche mit den fortlaufenden Nummern 1—10000 namens des Aufsichtsraths ausgefertigt sind. Die Generalversammlung vom 20. März 1897 hat beschlossen, das Grundkapital auf 30 Millionen Mark, also um 15 Millionen Mark, eingetheilt in 10000 auf den Inhaber lautende Aktien über je 1500 Mark, zu erhöhen, welche die fortlaufenden Nummern 10001 bis 20000 tragen. Die Herausgabe der neuen Aktien soll, nachdem die staatliche Genehmigung erteilt sein wird, je nach eintretendem Bedarf erfolgen, doch darf die Begebung nicht unter dem Nominalbetrag stattfinden.

Das Grundkapital kann durch Beschluß der Generalversammlung mit staatlicher Genehmigung weiter erhöht werden.

§ 8.

Durch den Beschluß der Generalversammlung vom 20. März 1897 sind der Vorstand und Aufsichtsrath ermächtigt, bezüglich der auszugebenden 15 Millionen Mark neuer Aktien

- a. zu bestimmen, wann und in welchen jeweiligen Be-

- tragen diese Aktien verausgabt werden sollen, sowie
- b. das Schema dieser Aktien nebst den Talons und Dividendenscheinen, ferner alle bei der Herausgabe der Aktien in Frage kommenden Einzelheiten, namentlich auch den jeweiligen Begebungssatz, den Beginn des Dividendenbezugs und die Art der Einzahlung festzusetzen.

§ 9.

Die sämtlichen bisher verausgabten 10000 Aktien über je 500 Thlr. = 1500 Mark, welche ursprünglich auf Namen lauteten und auf welche zunächst nur 25 % eingezahlt waren, sind vollgezahlt und in Inhaberk Aktien umgewandelt.

Alle neuen Aktien lauten auf den Inhaber; sie werden nach dem vom Vorstande und Aufsichtsrathe bestimmten Schema ausgefertigt und von zwei Vorstandsmitgliedern, sowie vom Vorsitzenden des Aufsichtsraths mittels eigenhändiger oder facsimilirter Unterschrift vollzogen.

§ 10.

Mit den Aktien werden Dividendenscheine jedesmal auf 10 Jahre und Talons ausgegeben; gegen Einreichung der letzteren werden bei Ablauf des letzten Jahres neue Dividendenscheine und Talons verabreicht. Das Schema für dieselben wird vom Vorstand und Aufsichtsrath bestimmt, welche übrigens befugt sind, bei jeder Herausgabe von neuen Aktien die Anzahl der damit auszureichenden Dividendenscheine dergestalt festzusetzen, daß die Dividendenscheine für alle verausgabten Aktien gleichzeitig ablaufen.

§ 11.

Wer die auf die Aktien zu leistenden Einzahlungen nicht rechtzeitig erlegt, ist der Gesellschaft zur Vergütung von sechs Prozent jährlicher Verzugszinsen verpflichtet.

Im Uebrigen finden im Falle verzögerter Einzahlung die Vorschriften des Handelsgesetzbuches Anwendung.

§ 12.

Sind Aktien, Dividendenscheine oder Talons beschädigt oder unbrauchbar geworden, jedoch in ihren wesentlichen Theilen noch dergestalt erhalten, daß über ihre Richtigkeit kein Zweifel obwaltet, so ist der Vorstand ermächtigt, gegen Einreichung solcher Papiere auf Kosten des Inhabers neue gleichartige Papiere unter der gleichen Nummer auszufertigen und auszuhandigen.

§ 13.

Außer dem Falle des § 12 ist die Ausfertigung und Aushändigung von neuen Aktien an Stelle von schadhafte oder verlorenen nur nach gerichtlicher Kraftloserklärung zulässig. Die Ausfertigung erfolgt auf Kosten des Antragstellers unter der alten Nummer mit Hinzufügung eines auf die Kraftloserklärung bezüglichen Vermerks.

§ 14.

Das Verfahren der Kraftloserklärung ist für Dividendenscheine oder Talons nicht statthaft.

§ 15.

Dividendenscheine, welche binnen vier Jahren nach

Ablauf des Kalenderjahres, in welchem sie fällig wurden, nicht vorgelegt sind, verlieren ihre Gültigkeit, und ihr Betrag verfällt zu Gunsten der Gesellschaft. Wird jedoch vor Ablauf dieser Frist der Verlust eines Dividendenscheines bei der Gesellschaft schriftlich angemeldet und der stattgehabte Besitz durch Vorzeigung der Aktie oder sonst in glaubhafter Weise dargethan, so erfolgt dessen Auszahlung an den Anmeldenden nach Ablauf dieser Frist gegen Quittung, wenn der Dividendenschein bis dahin nicht zur Einlösung vorgelegt ist. Die Gesellschaft wird durch Annahme der Anzeige von dem Verluste eines Dividendenscheines nicht verpflichtet, die Legitimation eines etwaigen Präsentanten desselben zu prüfen oder die Einlösung des Scheines zu versagen. Dem Verlierer und dem Inhaber des Scheines bleibt vielmehr die Geltendmachung ihrer Ansprüche gegen einander überlassen.

§ 16.

Die neue Reihe von Dividendenscheinen nebst dem neuen Talon wird, wenn der betreffende zu deren Empfangnahme berechtigende Talon nicht eingereicht werden kann, an den Eigenthümer der Aktie gegen deren Vorzeigung verabsolgt, jedoch erst dann, wenn der betreffende Talon bis zur Fälligkeit des zweiten Dividendenscheines der neuen Reihe nicht zum Vorschein gekommen ist.

Wenn der Eigenthümer der Aktie vor Ausreichung der neuen Reihe von Dividendenscheinen der Aushändigung derselben an den Präsentanten des Talons widerspricht, so ist der Streit zur gerichtlichen Entscheidung zu verweisen, und die Aushändigung erfolgt erst nach dessen Beilegung.

§ 17.

Jede Aktie gewährt einen gleichen Antheil an dem Vermögen, Gewinn und Verlust der Gesellschaft.

§ 21.

Nach Genehmigung der Jahresrechnungen durch die Generalversammlung wird der Reingewinn wie folgt vertheilt:

- a. fünf Prozent an den Kapitalreservesonds, so lange er den zehnten Theil des jeweilig baar eingezahlten Grundkapitals nicht überschreitet;
- b. fünf Prozent an den außerordentlichen Reservesonds; die Generalversammlung ist berechtigt, sowohl den Prozentsatz zu ändern als die Zuweisung ganz zu unterlassen;
- c. sechs Prozent als Tantieme an den Aufsichtsrath. Die Vertheilung an die einzelnen Mitglieder regelt der Aufsichtsrath;
- d. sechs Prozent als Tantieme an den Vorstand und die Beamten, vertheilt in Gemäßheit der bestehenden Verträge beziehungsweise nach Bestimmung des Aufsichtsraths;
- e. der Rest als Dividende an die Aktionäre, soweit nicht die Generalversammlung Anderes beschließt.

§ 34.

Der Aufsichtsrath hat die Rechte und Pflichten,

welche sich aus dem Gesetz und diesem Statut ergeben, sowie folgende besondere Obliegenheiten:

- a. Er stellt die Mitglieder des Vorstandes und deren Stellvertreter an; er ist befugt, dieselben zu suspendiren und zu entlassen, unbeschadet ihrer Ansprüche aus bestehenden Verträgen.
- b. Er ist befugt, dem Vorstände Geschäfts-Instruktionen zu erteilen.
- c. Seine Zustimmung ist erforderlich zur Bestellung von Prokuristen und zur Anstellung von Beamten mit einem Jahresgehalt über dreitausend Mark, sowie zum Erwerb und zur Veräußerung von Grundstücken, welche als Geschäftsräume dienen sollen oder gedient haben.
- d. Er bestimmt Tag und Stunde, sowie die Tagesordnung der Generalversammlung.
- e. Er ist befugt, einzelne seiner Mitglieder zu bestimmten Funktionen abzuordnen.
- f. Er bestimmt die Gratifikationen der Geschäftsbeamten und deren Antheile an der nach § 21 festgesetzten Tantieme.

§ 36.

Zur Theilnahme an der Generalversammlung sind alle Aktionäre berechtigt; stimmberechtigt sind dieselben in der Weise, daß

auf je eine bis fünf Aktien eine Stimme,
auf je fünf Aktien mehr eine Stimme
entfällt.

Niemand kann mehr als 40 Stimmen, einschließlich der eigenen, in seiner Person vereinigen. Eine Ausnahme hiervon findet nur statt bei einer Abstimmung über die Auflösung der Gesellschaft (§ 40).

Jeder stimmberechtigte Aktionär kann sich auf Grund schriftlicher Vollmacht durch einen anderen stimmberechtigten Aktionär vertreten lassen. Außerdem können vertreten werden: Ehefrauen durch ihre Ehemänner, Pflegebefohlene durch ihre Vormünder und Kuratoren, Handlungshäuser, Aktiengesellschaften, Korporationen, Vereine und Kassen durch einen ihrer gesetzlichen Vertreter.

Die Prüfung der Vollmachten, welche spätestens am letzten Werktag vor dem Tage der Generalversammlung bis 6 Uhr Abends dem Vorstand vorzulegen sind und welche in Verwahrung der Gesellschaft bleiben, steht dem Vorstände zu.

Der Eintritt in die Generalversammlung ist nur gegen eine Eintrittskarte gestattet, deren Ausfertigung spätestens am vorletzten Werktag vor dem Tage der Generalversammlung bis 6 Uhr Abends bei der Gesellschaft nachzusuchen ist. Die Ausfertigung erfolgt gegen Hinterlegung der Aktien bei der Gesellschaft oder bei anderen vom Vorstände bezeichneten oder genehmigten Stellen. Mit den Aktien sind zwei Nummernverzeichnisse einzureichen, von denen das eine abgestempelt als Empfangsbcheinigung zurückgegeben wird. Die Rückgabe der Aktien erfolgt am Tage nach der Generalversammlung gegen Wiedereinlieferung der Empfangsbcheinigung.

Kommunal- und Kleinbahnen-Darlehen und Obligationen.

§ 60.

Bei Darlehen, welche nach Vorschrift des § 4 Nr. 4 dieses Statuts an Provinzen, Kreise, Gemeinden, öffentliche Genossenschaften, Landesmeliorations-Gesellschaften und andere öffentliche Korporationen gegeben werden, ferner bei Darlehen, welche an Kleinbahngesellschaften beziehungsweise an Kleinbahnen gewährt werden, finden die Bestimmungen der §§ 41—50 dieses Statuts sinngemäße Anwendung.

Die Gewährung von Darlehen an Kleinbahngesellschaften beziehungsweise an Kleinbahnen ist zulässig:

- I. ohne Bestellung einer Bahnpfandschuld:
 - in Höhe eines Kapitals, dessen Verzinsung und Tilgung durch deutsche Kommunal-Verbände (Provinzen, Kreise, Gemeinden) unter Genehmigung der Aufsichtsbehörde selbstschuldnerisch verbürgt ist;
- II. gegen Bestellung einer ersitzlichen Bahnpfandschuld:
 - a. bis zur Hälfte der Herstellungskosten — in Gegenden mit regelmäßig steigender Bevölkerungszahl und mit entwickelten Wirtschaftsverhältnissen bis zu sechs Zehntel dieser Kosten —;
 - b. bei hinzutretender theilweiser selbstschuldnerischer Bürgschaft deutscher Kommunal-Verbände ebenfalls bis zur Hälfte der Herstellungskosten zuzüglich desjenigen Theilbetrags, für welchen die kommunale Bürgschaft übernommen ist, jedoch nicht über den Gesamtbetrag der Herstellungskosten hinaus.

§ 61.

Auf Grund der eben gedachten Darlehne giebt die Gesellschaft verzinsliche Kommunal-Obligationen beziehungsweise Kleinbahnen-Obligationen aus. Der Betrag der verausgabten Obligationen darf bei jeder von beiden Arten niemals die Summe der seitens der Gesellschaft erworbenen Forderungen, — und zwar jede Art für sich abgefordert — übersteigen. Der Gesamtbetrag beider Arten von Obligationen darf zusammen mit dem Betrage der verausgabten Hypotheken-Pfandbriefe nicht über das Fünfzehnfache des jeweilig baar eingezahlten Grundkapitals hinausgehen. Auf Grund solcher Kleinbahnen-Darlehen, welche in Gemäßheit des § 60 Absatz 2 Nr. II. dieses Statuts gewährt sind, dürfen Kleinbahnen-Obligationen erst nach betriebsfähiger Herstellung der Bahn, im Ganzen aber höchstens bis zum einfachen Betrage des jeweilig baar eingezahlten Grundkapitals der Gesellschaft verausgabt werden.

Im Uebrigen finden auf diese beiden Arten von Obligationen die Vorschriften der §§ 51—59 dieses Statuts sinngemäße Anwendung.

Berlin, den 7. April 1897.

Preussische Pfandbrief-Bank.

gez. Gustav Grafe. Jordan.

Bekanntmachung.

Vorstehenden Allerhöchsten Erlaß nebst dem darin erwähnten Nachtrage zu dem Statute der Preussischen Pfandbriefbank zu Berlin bringe ich hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß die Eintragung des Nachtrages in das Handelsregister erfolgt ist.

Das bisherige Statut der Bank ist in der Beilage zum 21. Stück dieses Amtsblattes vom 24. Mai 1895 veröffentlicht.

Berlin, den 25. Juli 1897.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung Friedheim.

Genehmigung

für eine die südlichen Vororte von Berlin verbindende elektrische Straßenbahn.

§2. Dem Konsortium der südlichen Vorortbahn wird auf Grund des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. Juli 1892 im Einvernehmen mit der königlichen Eisenbahndirektion zu Berlin zur Herstellung und zum Betriebe einer für die Beförderung von Personen bestimmten elektrischen Kleinbahn mit folgender Linienführung:

von dem Hermannplatz in Nirdorf durch die Kaiser-Friedrichstraße, den Richardplatz und die Rudowersstraße, über die Kreischaußee nach Brix, über den Tempelhofer Weg nach Tempelhof, durch die Dorfstraße und den Schönebergerweg nach Schöneberg, daselbst durch die Tempelhoferstraße, Feurig-, Siegfried- und Monumentenstraße bis zur Monumentenbrücke, mit Abzweigungen von Nirdorf nach Treptow, durch den Kieholzweg und die Pannierstraße bis zur Thielenbrücke, ferner von Tempelhof über die Kreischaußee nach Lankwitz — Lichterfelde, endlich in Schöneberg durch die Bahnstraße nach dem Bahnhof Großgörschenstraße und durch die Kolonnenstraße nach den Bezirkskommandos für die Zeit, während welcher die Unternehmerin das Recht erhalten hat bezw. erhalten wird, die von der Anlage in Anspruch genommenen öffentlichen Straßen und Plätze zu benutzen, unter nachstehenden Bedingungen längstens auf die Dauer von 50 Jahren die Genehmigung ertheilt.

Es wird ferner gestattet, eine Verbindung des Hermannplatzes in Nirdorf bezw. der Monumentenstraße in Schöneberg mit dem Blücherplatz in Berlin unter Mitbenutzung der Gleise der Großen Berliner Pferdeisenbahn-Aktiengesellschaft auf dem Hermannplatz, in der Hasenheide, Blüchers-, Belle-Alliance- und Yorkstraße sowie unter Herstellung einer Anschlußkurve von der Monumentenbrücke durch die Kreuzberg- und Raabachstraße nach der Yorkstraße herbeizuführen.

1.

Die Bahnanlagen und die Betriebsmittel sind nach Maßgabe der von der Unternehmerin vorgelegten Pläne und Erläuterungen unter Beachtung der hierbei vorgenommenen Aenderungen, sowie der Bestimmungen dieser Genehmigung herzustellen. Von den hiernach getroffenen Festsetzungen darf nach Ausführung des Unternehmens bei Erneuerungen bezw. Ergänzungen

der Bahnanlagen und der Betriebsmittel ohne Zustimmung der unterzeichneten Behörde und der Königl. Eisenbahndirektion hier selbst nicht abgewichen werden.

Die Prüfung der Anlagen der Krasterzeugungsstation darauf, daß die Kraftlieferung für den Betrieb der Bahn in ausreichendem Maße und zweckentsprechend erfolgt, wird bis zur Abnahme des Unternehmens vorbehalten.

2.

Die Unternehmerin ist gehalten, nach Aufforderung der unterzeichneten Behörde hinsichtlich des zur Anwendung gebrachten elektrischen Systems Verbesserungen welche die Sicherheit des Straßenverkehrs oder Bahnbetriebes wesentlich zu erhöhen im Stande sind, sofern die Verbesserungen sich technisch genügend bewährt haben und die mit ihrer Einführung verbundenen Kosten nicht derart erhebliche sind, daß der Ertrag der Bahn eine angemessene Verzinsung der Anlagekosten nicht mehr ergeben würde, binnen Jahresfrist zur Ausführung zu bringen.

3.

Die Unternehmerin ist verpflichtet, auf Erfordern der unterzeichneten Behörde Unternehmungen, welche gleichfalls öffentlichen Verkehrsinteressen dienen sollen, und auf die theilweise Benutzung der durch die Concessionsurkunde genehmigten Gleisanlagen angewiesen sind, diese theilweise Mitbenutzung gegen vollständige Schadloshaltung zu gestatten.

Hinsichtlich der Höhe der Entschädigung bleibt der Rechtsweg vorbehalten. Derselbe ist ohne Einfluß auf die Erfüllung der genannten Verpflichtung.

4.

Für die Herstellung und Erneuerung oder Ergänzung der Bahnanlagen gelten folgende nähere Bestimmungen:

- a. Die Lage der Schienen hat den genehmigten Plänen bezw. Detailzeichnungen genau zu entsprechen. Detailzeichnungen sind für alle Stellen der Bahn, hinsichtlich deren dies von der unterzeichneten Behörde, der Königl. Eisenbahndirektion oder der Wegpolizeibehörde (örtliche Straßenbau-Polizei-Verwaltung) gefordert wird, insbesondere bei Kreuzung der neuen mit bereits bestehenden Gleisen und bei etwa erforderlich werdender Abänderung bestehender Straßenanlagen einzureichen,
- b. die Rille der Schiene muß eine obere Breite von 30 mm erhalten und darf bei Kurven eine Erweiterung von 5 mm nicht überschreiten,
- c. die Entfernung von der Mitte des Gleises bis zu den Bäumen, Laternen und sonstigen feststehenden über das Straßenniveau höher als 1 m hervorstehenden Gegenständen muß mindestens 1,50 m betragen,
- d. es wird vorbehalten, die Anlegung von Umfahrgewichen vorzuschreiben,
- e. die Form der Rohrmaßen für die oberirdische Stromzuführung und die Art der Aufstellung

denselben hat den genehmigten bezw. nach genehmigenden Detailzeichnungen zu entsprechen. Die Einreichung dieser Zeichnungen hat durch die Hand der Wegpolizeibehörde zu erfolgen. Die Forderung einer Umstellung der Rohrmaßen bleibt vorbehalten.

- f. zur Verhütung der durch den Bruch der Arbeitsleitung entstehenden Gefahren und Unzuträglichkeiten sind selbstthätige Stromauschalter anzubringen,
- g. die Entfernung der oberirdischen Arbeitsleitung vom Straßendamm muß mindestens 5,2 m betragen, soweit nicht Ueberwege und ähnliche Anlagen besondere Bestimmung erfordern,
- h. es bleibt vorbehalten, die Anforderungen mitzutheilen, welche an die Beschaffenheit der Schienen nebst Unterbettung zur Vermeidung der sich aus den sog. vagabundirenden Strömen ergebenden Gefahren gestellt werden.

5.

Die Wagen müssen haltbar gebaut und derart eingerichtet sein, daß das Ein- und Aussteigen gefahrlos und bequem erfolgen kann.

Die Sitzbreite hat mindestens 49 cm für Person zu betragen.

Die Wagenfenster müssen so beschaffen sein, daß ein die Fahrgäste belästigendes Geräusch der Fenster stets ausgeschlossen bleibt.

Die Wagen erhalten fortlaufende Nummern. Sie müssen versehen sein:

- a. mit einer deutlich in die Augen fallenden Bezeichnung der Fahrtrichtung,
- b. mit Vorrichtungen, welche eine genügende Beleuchtung nach außen und im Innenraum ermöglichen. Wird elektrische Beleuchtung eingeführt, so bleibt es vorbehalten, neben dieser eine Nothbeleuchtung mittels Kerzen oder Fettlampen anzuordnen.
- c. mit Vorrichtungen, durch welche die Wagenführer dem Publikum, sowie Schaffner und Wagenführer sich unter einander Signal geben können,
- d. einer Ausschalter- und einer von derselben unabhängigen Bremsvorrichtung. Die letztere muß vom Wagenführerplatz leicht zu handhaben und so beschaffen sein, daß bei einer Fahrgeschwindigkeit von 10 km in der Stunde die vollständige Wirkung auf 8 m eintritt.
- e. mit Vorrichtungen, durch welche ihre Beheizung in kalten Tagen bewirkt wird,
- f. soweit die Bahn zweigleisig ausgeführt wird, sind Einrichtungen zu treffen welche es verhindern, daß die Wagen während des Betriebes auf der linken Seite der Fahrtrichtung bestiegen oder verlassen werden können.

Nähere Anordnungen über die Beschaffenheit dieser Vorrichtungen, sowie weitere Bestimmungen über Einrichtungen, die im Interesse der Betriebssicherheit, Gesundheit und Bequemlichkeit der Fahrgäste gefordert werden müssen, bleiben vorbehalten.

6.

Bestimmungen im Interesse der Landesverteidigung bleiben vorbehalten.

7.

Hinsichtlich der Einräumung des Rechts zur Benutzung der in Anspruch genommenen öffentlichen Wege und Plätze gelten die hierüber mit den wegeunterhaltungspflichtigen Gemeinden vereinbarten Bestimmungen, und zwar:

| | |
|------------|-----------------------|
| Rirboef | vom 30. Oktober 1895, |
| Brig | " 22. Oktober 1895, |
| Treptow | " 21. März 1896, |
| Tempelhof | " 22. Februar 1896, |
| Pankow | " 19. Oktober 1895, |
| Schöneberg | " 17. März 1896, |

der Vertrag mit dem Kreise Teltow vom 19. November 1895, ferner der in Verfolg der Zustimmungserklärung 24. Juni 1897 mit der Stadtgemeinde Berlin noch abzuschließende Vertrag.

Die Unternehmerin hat diesen Verträgen mit der Aufgabe nachzukommen, daß Bedingungen, die mit den Gesetzen und mit den Vorschriften dieser Genehmigung sowie den auf Grund derselben erlassenen oder noch zu erlassenden Verfügungen in Widerspruch stehen, keine Gültigkeit haben.

8.

Falls während der Zeitdauer der Genehmigung von der Unternehmerin der Betrieb der Bahn aufgegeben wird, ohne daß ein neuer Concessionar an ihre Stelle tritt, ist die Unternehmerin verpflichtet, unter Beilegung aller in den Straßen befindlichen Anlagen, die Straßen durch entsprechende Pflasterungen bezw. sonstige Arbeiten nach Anweisung der Wegepolizeibehörde wieder in ordnungsmäßigen Zustand zu bringen.

9.

Bei Ausführung des Baues und etwaiger späterer Reparaturen hat die Unternehmerin dafür zu sorgen, daß die Benutzung der öffentlichen Wege durch die Bauarbeiten nicht mehr als unvermeidlich verhindert oder erschwert wird. Beschädigungen der in oder an dem Straßenkörper befindlichen Anlagen sind zu vermeiden. Den von der Wegepolizeibehörde dieserhalb getroffenen Anordnungen ist Folge zu leisten.

10.

Die Unternehmerin ist gehalten, die Bahn für die Dauer der Genehmigung ordnungsmäßig zu betreiben.

Zu diesem Behufe sind die Bahnanlagen und Verkehrsmittel fortgesetzt, dem jeweiligen Verkehrsbedürfnis entsprechend, zu unterhalten.

Insbesondere ist die Unternehmerin verpflichtet:

- a. die Bahn von allen, den sicheren und regelmäßigen Gang der einzelnen Züge hindernden Gegenständen frei zu halten,
- b. für ausreichende Reinhaltung der Zugänge an den Haltestellen zu sorgen und dieselben auf Erfordern zu beleuchten,
- c. die Bahn und die Betriebsmittel derart in Stand

zu halten, daß ein die Anwohnenden störendes Betriebsgeräusch vermieden wird,

- d. die Wagen und ihre Ausrüstungsfüße stets in reinlichem und gebrauchsfähigem Zustande zu halten, auch die Zahl der vorhandenen Plätze unter Berücksichtigung der Nr. 5 Absatz 2 dieser Genehmigung, sowie der betreffs der Stehplätze von den Aufsichtsbehörden erteilten Weisungen deutlich ersichtlich zu machen.

11.

Jeder Wagen ist behufs Feststellung, ob Bauart, Einrichtung, sowie Zahl und Verteilung der Plätze den Vorschriften entsprechen, vor Inbetriebnahme der Prüfung durch einen Seitens der unterzeichneten Behörde zu bestimmenden Beamten zu unterwerfen, welcher denselben zum Zeichen der Betriebsfähigkeit mit einem polizeilichen Stempel versieht.

Im Uebrigen hat die Prüfung der Einrichtung und Betriebsfähigkeit der Bahn und der Betriebsmittel alljährlich auf Verlangen unter Aufsicht der unterzeichneten Behörde bezw. der Eisenbahn-Direktion Berlin stattzufinden. Beiden Behörden bleibt vorbehalten, außerordentliche Prüfungen vorzunehmen.

12.

Ueber Verwendung stromloser Anhängewagen behält sich die unterzeichnete Behörde die Bestimmung vor.

Bei ihrer Verwendung muß jeder Wagen von einem Schaffner begleitet und bei Verwendung mehrerer Anhängewagen mindestens jeder zweite mit einem Bremser besetzt werden.

13.

Die Errichtung von Haltestellen darf nur mit Genehmigung der unterzeichneten Behörde erfolgen, die Anordnung einer Verlegung derselben bleibt vorbehalten. Ebenso bleibt es vorbehalten, zu fordern, daß die Unternehmerin dem Publikum an den Haltestellen bedeckte Warteräume bietet.

14.

Die Unternehmerin ist verpflichtet, auf Erfordern zur Sicherung des ordnungsgemäßen Betriebes bezw. zur Sicherung des durch ihren eigenen Betrieb beeinträchtigten bezw. erschwerten allgemeinen Verkehrs an näher zu bestimmenden Punkten der Bahnlinie Wärrer oder Posten aufzustellen.

15.

Die Geschwindigkeit der Fahrten darf 25 Kilometer in der Stunde an keiner Stelle übersteigen und ist in den Krümmungen der Bahn, an verkehrsreichen und unübersichtlichen Stellen, sowie überall da, wo Fahrhindernisse plötzlich eintreten können oder wo dies von der Aufsichtsbehörde für erforderlich erachtet wird, auf zehn Kilometer in der Stunde bezw. auf das von der Aufsichtsbehörde für zulässig erachtete Maß zu verringern.

Während der Fahrt müssen zwei aufeinanderfolgende Motowagen bei einer Geschwindigkeit bis zu 10 Kilometer in der Stunde einen Abstand von mindestens 15 Meter, bei einer höheren Geschwindig-

der Bahnanlagen und der Betriebsmittel ohne Zustimmung der unterzeichneten Behörde und der Königlichen Eisenbahndirektion hier selbst nicht abgewichen werden.

Die Prüfung der Anlagen der Krasterzeugungsstation darauf, daß die Kraftlieferung für den Betrieb der Bahn in ausreichendem Maße und zweckentsprechend erfolgt, wird bis zur Abnahme des Unternehmens vorbehalten.

2.

Die Unternehmerin ist gehalten, nach Aufforderung der unterzeichneten Behörde hinsichtlich des zur Anwendung gebrachten elektrischen Systems Verbesserungen welche die Sicherheit des Straßenverkehrs oder Bahnbetriebes wesentlich zu erhöhen im Stande sind, sofern die Verbesserungen sich technisch genügend bewährt haben und die mit ihrer Einführung verbundenen Kosten nicht derart erhebliche sind, daß der Ertrag der Bahn eine angemessene Verzinsung der Anlagekosten nicht mehr ergeben würde, binnen Jahresfrist zur Ausführung zu bringen.

3.

Die Unternehmerin ist verpflichtet, auf Ersfordern der unterzeichneten Behörde Unternehmungen, welche gleichfalls öffentlichen Verkehrsinteressen dienen sollen, und auf die theilweise Benutzung der durch die Concessionsurkunde genehmigten Gleisanlagen angewiesen sind, diese theilweise Mitbenutzung gegen vollständige Schadloshaltung zu gestatten.

Hinsichtlich der Höhe der Entschädigung bleibt der Rechtsweg vorbehalten. Derselbe ist ohne Einfluß auf die Erfüllung der genannten Verpflichtung.

4.

Für die Herstellung und Erneuerung oder Ergänzung der Bahnanlagen gelten folgende nähere Bestimmungen:

- a. Die Lage der Schienen hat den genehmigten Plänen bzw. Detailzeichnungen genau zu entsprechen. Detailzeichnungen sind für alle Stellen der Bahn, hinsichtlich deren dies von der unterzeichneten Behörde, der Königlichen Eisenbahndirektion oder der Wegpolizeibehörde (örtliche Straßenbau-Polizei-Verwaltung) gefordert wird, insbesondere bei Kreuzung der neuen mit bereits bestehenden Gleisen und bei etwa erforderlich werdender Abänderung bestehender Straßenanlagen einzureichen,
- b. die Rille der Schiene muß eine obere Breite von 30 mm erhalten und darf bei Kurven eine Erweiterung von 5 mm nicht überschreiten,
- c. die Entfernung von der Mitte des Gleises bis zu den Bäumen, Laternen und sonstigen feststehenden über das Straßenniveau höher als 1 m hervorstehenden Gegenständen muß mindestens 1,50 m betragen,
- d. es wird vorbehalten, die Anlegung von Umfahrsweichen vorzuschreiben,
- e. die Form der Rohrmaßen für die oberirdische Stromzuführung und die Art der Aufstellung

desselben hat den genehmigten bzw. nach genehmigenden Detailzeichnungen zu entsprechen. Die Einreichung dieser Zeichnungen hat durch die Hand der Wegpolizeibehörde zu erfolgen. Die Forderung einer Umstellung der Rohrmaßen bleibt vorbehalten.

- f. zur Verhütung der durch den Bruch der Arbeitsleitung entstehenden Gefahren und Unzuträglichkeiten sind selbstthätige Stromauschalter anzubringen,
- g. die Entfernung der oberirdischen Arbeitsleitung vom Straßendamm muß mindestens 5,2 m betragen, soweit nicht Ueberwege und ähnliche Anlagen besondere Bestimmung erfordern,
- h. es bleibt vorbehalten, die Anforderungen mitzutheilen, welche an die Beschaffenheit der Schienen nebst Unterbettung zur Vermeidung der sich aus den sog. vagabundirenden Strömen ergebenden Gefahren gestellt werden.

5.

Die Wagen müssen haltbar gebaut und darauf eingerichtet sein, daß das Ein- und Aussteigen gefahrlos und bequem erfolgen kann.

Die Sitzbreite hat mindestens 49 cm für Person zu betragen.

Die Wagenfenster müssen so beschaffen sein, daß ein die Fahrgäste belästigendes Geräusch der Fenster stets ausgeschlossen bleibt.

Die Wagen erhalten fortlaufende Nummern. Sie müssen versehen sein:

- a. mit einer deutlich in die Augen fallenden Bezeichnung der Fahrtrichtung,
- b. mit Vorrichtungen, welche eine genügende Beleuchtung nach außen und im Innenraum ermöglichen. Wird elektrische Beleuchtung eingeführt, so bleibt es vorbehalten, neben dieser eine Nothbeleuchtung mittels Kerzen oder Fettlampen anzuordnen.
- c. mit Vorrichtungen, durch welche die Wagenführer dem Publikum, sowie Schaffner und Wagenführer sich unter einander Signal geben können,
- d. einer Ausschalt- und einer von derselben unabhängigen Bremsvorrichtung. Die letztere muß vom Wagenführerplatz leicht zu handhaben und so beschaffen sein, daß bei einer Fahrgeschwindigkeit von 10 km in der Stunde die vollständige Wirkung auf 8 m eintritt.
- e. mit Vorrichtungen, durch welche ihre Beheizung in kalten Tagen bewirkt wird,
- f. soweit die Bahn zweigleisig ausgeführt wird, sind Einrichtungen zu treffen welche es verhindern, daß die Wagen während des Betriebes auf der linken Seite der Fahrtrichtung bestiegen oder verlassen werden können.

Nähere Anordnungen über die Beschaffenheit dieser Vorrichtungen, sowie weitere Bestimmungen über Einrichtungen, die im Interesse der Betriebssicherheit, Gesundheit und Bequemlichkeit der Fahrgäste gefordert werden müssen, bleiben vorbehalten.

6.

Bestimmungen im Interesse der Landesverteidigung bleiben vorbehalten.

7.

Hinsichtlich der Einräumung des Rechts zur Benutzung der in Anspruch genommenen öffentlichen Wege und Plätze gelten die hierüber mit den wegeunterhaltungspflichtigen Gemeinden vereinbarten Bestimmungen, und zwar:

| | |
|------------|-----------------------|
| Rirsdorf | vom 30. Oktober 1895, |
| Brig | 22. Oktober 1895, |
| Treptow | 21. März 1896, |
| Tempelhof | 22. Februar 1896, |
| Pankow | 19. Oktober 1895, |
| Schöneberg | 17. März 1896, |

der Vertrag mit dem Kreise Teltow vom 19. November 1895, ferner der in Verfolg der Zustimmungserklärung 24. Juni 1897 mit der Stadtgemeinde Berlin noch abzuschließende Vertrag.

Die Unternehmerin hat diesen Verträgen mit der Maßgabe nachzukommen, daß Bedingungen, die mit den Gesetzen und mit den Vorschriften dieser Genehmigung sowie den auf Grund derselben erlassenen oder noch zu erlassenden Verfügungen in Widerspruch stehen, keine Gültigkeit haben.

8.

Falls während der Zeitdauer der Genehmigung von der Unternehmerin der Betrieb der Bahn aufgegeben wird, ohne daß ein neuer Concessionar an ihre Stelle tritt, ist die Unternehmerin verpflichtet, unter Beseitigung aller in den Straßen befindlichen Anlagen, die Straßen durch entsprechende Pflasterungen bezw. sonstige Arbeiten nach Anweisung der Wegpolizeibehörde wieder in ordnungsmäßigen Zustand zu bringen.

9.

Bei Ausführung des Baues und etwaiger späterer Reparaturen hat die Unternehmerin dafür zu sorgen, daß die Benutzung der öffentlichen Wege durch die Bauarbeiten nicht mehr als unvermeidlich verhindert oder erschwert wird. Beschädigungen der in oder an dem Straßenkörper befindlichen Anlagen sind zu vermeiden. Den von der Wegpolizeibehörde dieserhalb getroffenen Anordnungen ist Folge zu leisten.

10.

Die Unternehmerin ist gehalten, die Bahn für die Dauer der Genehmigung ordnungsmäßig zu betreiben.

Zu diesem Behufe sind die Bahnanlagen und Betriebsmittel fortgesetzt, dem jeweiligen Verkehrsbedürfnis entsprechend, zu unterhalten.

Insondere ist die Unternehmerin verpflichtet:

- die Bahn von allen, den sicheren und regelmäßigen Gang der einzelnen Züge hindernden Gegenständen frei zu halten,
- für ausreichende Reinhaltung der Zugänge an den Haltestellen zu sorgen und dieselben auf Erfordern zu beleuchten,
- die Bahn und die Betriebsmittel betriebsfähig zu halten,

zu halten, daß ein die Anwohnenden störendes Betriebsgeräusch vermieden wird,

- die Wagen und ihre Ausrüstungsstücke stets in reinlichem und gebrauchsfähigem Zustande zu halten, auch die Zahl der vorhandenen Plätze unter Berücksichtigung der Nr. 5 Absatz 2 dieser Genehmigung, sowie der betreffs der Stehplätze von den Aufsichtsbehörden erteilten Weisungen deutlich ersichtlich zu machen.

11.

Jeder Wagen ist behufs Feststellung, ob Bauart, Einrichtung, sowie Zahl und Verteilung der Plätze den Vorschriften entsprechen, vor Inbetriebnahme der Prüfung durch einen Seitens der unterzeichneten Behörde zu bestimmenden Beamten zu unterwerfen, welcher denselben zum Zeichen der Betriebsfähigkeit mit einem polizeilichen Stempel versieht.

Im Uebrigen hat die Prüfung der Einrichtung und Betriebsfähigkeit der Bahn und der Betriebsmittel alljährlich auf Verlangen unter Aufsicht der unterzeichneten Behörde bezw. der Eisenbahn-Direktion Berlin stattzufinden. Beiden Behörden bleibt vorbehalten, außerordentliche Prüfungen vorzunehmen.

12.

Ueber Verwendung stromloser Anhängewagen behält sich die unterzeichnete Behörde die Bestimmung vor.

Bei ihrer Verwendung muß jeder Wagen von einem Schaffner begleitet und bei Verwendung mehrerer Anhängewagen mindestens jeder zweite mit einem Bremser besetzt werden.

13.

Die Errichtung von Haltestellen darf nur mit Genehmigung der unterzeichneten Behörde erfolgen, die Anordnung einer Verlegung derselben bleibt vorbehalten. Ebenso bleibt es vorbehalten, zu fordern, daß die Unternehmerin dem Publikum an den Haltestellen bedeckte Warterräume bietet.

14.

Die Unternehmerin ist verpflichtet, auf Erfordern zur Sicherung des ordnungsgemäßen Betriebes bezw. zur Sicherung des durch ihren eigenen Betrieb beeinträchtigten bezw. erschwerten allgemeinen Verkehrs an näher zu bestimmenden Punkten der Bahnlinie Wärier oder Posten aufzustellen.

15.

Die Geschwindigkeit der Fahrten darf 25 Kilometer in der Stunde an keiner Stelle übersteigen und ist in den Krümmungen der Bahn, an verkehrsreichen und unübersichtlichen Stellen, sowie überall da, wo Fahrhindernisse plötzlich eintreten können oder wo dies von der Aufsichtsbehörde für erforderlich erachtet wird, auf zehn Kilometer in der Stunde bezw. auf das von der Aufsichtsbehörde für zulässig erachtete Maß zu verringern.

Während der Fahrt müssen zwei aufeinander folgende Motortwagen bei einer Geschwindigkeit bis zu 10 Kilometer in der Stunde einen Abstand von mindestens 15 Meter, bei einer höheren Geschwindigkeit

keit einen entsprechend größeren Abstand innehalten, der bei 25 Kilometer in der Stunde mindestens 50 Meter zu betragen hat.

16.

Unter Berücksichtigung der Vorschriften zu 15. bleibt die Einrichtung des Fahrplanes für die ersten drei Betriebsjahre der Unternehmerin überlassen. Nach Ablauf der drei ersten Betriebsjahre steht der Aufsichtsbehörde das Recht zu, die Fahrpläne festzustellen.

Jeder Fahrplan ist der Aufsichtsbehörde und der zuständigen Eisenbahnbehörde rechtzeitig einzureichen.

17.

Die Festsetzung der Beförderungspreise steht der Unternehmerin fünf Jahre hindurch — vom Tage der Betriebseröffnung an gerechnet — frei.

Von jeder Festsetzung und jeder Aenderung der Beförderungspreise, sowie von den allgemeinen Anordnungen hinsichtlich der Beförderungsbedingungen ist der Aufsichtsbehörde Anzeige zu erstatten.

Von dem sechsten Betriebsjahre ab hat die Aufsichtsbehörde das Recht der Genehmigung der Beförderungspreise nach Maßgabe der Bestimmungen des § 14 Absatz 3. Gesetz vom 28. Juli 1892.

18.

Die Fahrpläne und die Tarife sind in den Wagen, sowie in etwa zu errichtenden Wartehallen auszuhängen. Außerdem sind sie mindestens drei Tage, Erhöhungen der Beförderungspreise aber 14 Tage vor ihrer Einführung durch die Zeitungen, welche für die amtlichen Bekanntmachungen in den Stadtreisen Berlin und Charlottenburg bestimmt sind, zu veröffentlichen.

19.

Wegen der Meldung von Unfällen und Betriebsstörungen ist zu verfahren wie folgt:

a. Der Staatsanwaltschaft sowie der Ortspolizeibehörde ist bei allen im Betriebe der elektrischen Straßenbahn sich ereignenden Unfällen, bei welcher Menschen getödtet oder verletzt sind, oder bei denen die im Strafgesetzbuch (§§ 315 und 316) bedrohte Ingefahrsetzung eines Eisenbahntransports durch Verschulden einer Person in Frage kommt, **sofort** nach dem Bekanntwerden von der Unternehmerin Anzeige zu machen.

Nur bei leichten Verletzungen einer Person in Folge eigener Unvorsichtigkeit oder Ungeschicklichkeit, sowie bei nicht unmittelbar mit dem Betriebe zusammenhängenden Verletzungen, sofern dabei eine nach § 232 des Strafgesetzbuches auch ohne Antrag des Verletzten strafbare Handlung oder Unterlassung eines Dritten nicht anzunehmen ist, kann von der Anzeige an den Staatsanwalt und die Polizeibehörde abgesehen werden.

b. Der Genehmigungsbehörde sowie der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde sind die einem Zuge zugehörigen Unfälle, bei denen eine Tödtung oder schwere Verletzung von Personen oder eine erhebliche Beschädigung von Fahrzeugen stattgefunden hat, so-

wie solche erhebliche Betriebsstörungen, welche durch Schäden an den Betriebsmitteln oder Bahnanlagen verursacht sind und die eine mindestens 1 Stunde währende Unterbrechung des Betriebes zu Folge hatten; ebenfalls **sofort** nach dem Bekanntwerden mittelst ausführlichen Berichtes, in welchem folgende Punkte zu erörtern sind:

- 1) Ort, Zeit und Bergang des Ereignisses;
- 2) Witterungsverhältnisse, sofern sie auf das Ereigniß von Einfluß gewesen sind;
- 3) Verunglückung von Personen (auch Name, Stand; Wohnort);
- 4) Beschädigung von Betriebsmitteln;
- 5) Schuldfrage, thatsächlich festgestellt oder mutmaßliche Ursache des Unfalls; Dienstdauer schuldiger Beamten; Dienstzeit derselben an dem fraglichen Tage; Anordnung bezüglich der schuldigen Beamten;
- 6) Anzeige beim Staatsanwalt;
- 7) Maßnahmen, welche zur Beseitigung der Betriebsstörungen getroffen oder zur Verhütung ähnlicher Vorkommnisse in Aussicht genommen sind, zu melden,

Dagegen sind

c. kleinere Betriebsstörungen und solche Unfälle, bei denen keine erhebliche Verletzung von Personen und nur geringe Beschädigungen an den Fahrzeugen vorgekommen sind, nur allmonatlich in einer summarischen Uebersicht der Genehmigungsbehörde sowie der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde einzureichen.

20.

Die mit der Leitung der Bau- und Betriebsverwaltung betrauten Personen (Vorstand) sind der unterzeichneten Behörde sowie der königlichen Eisenbahndirektion namhaft zu machen. Ebenso ist von einer eintretenden Aenderung Mitteilung zu machen.

21.

Alle im äußeren Betriebsdienste beschäftigten Bediensteten (Wagenführer, Schaffner, Controleure, Expeditoren etc.) müssen diejenige körperliche und geistige Fähigkeit und diejenige Zuverlässigkeit besitzen, welche ihre Berufspflicht erfordert.

Ueber die gesamten Umstände, welche für die dienstliche Befähigung und Zuverlässigkeit dieser Personen von Erheblichkeit sind, ist auf Verlangen der unterzeichneten Behörde und der Eisenbahndirektion Auskunft zu geben. Dasselbe gilt hinsichtlich der gesamten dienstlichen Verhältnisse, insbesondere der Beschäftigungszeit der bezeichneten Angestellten.

Dieserigen Bediensteten, welche sich als unzuverlässig für die ihnen obliegende Thätigkeit erwiesen haben, sind auf Erfordern der unterzeichneten Behörde oder der Eisenbahndirektion zu entlassen.

22.

Die Thätigkeit der zu 21 bezeichneten Angestellten ist durch eine Betriebsordnung zu regeln, welche der unterzeichneten Behörde und der königlichen Eisenbahndirektion zur Genehmigung vorzulegen ist.

23.

Jeder Motowagen muß von einem Wagenführer und einem Schaffner begleitet sein. Der Fortfall des Letzteren bedarf der besonderen Erlaubnis der Aufsichtsbehörden.

24.

Zu Wagenführern dürfen nur solche Personen angenommen werden, die mindestens 21 Jahre alt, sowie mit den Einrichtungen der elektrischen Bahn vertraut sind und dies durch eine Prüfung und durch Probefahrten nachgewiesen haben. Es wird vorbehalten, nach dieser Richtung bestimmtere Vorschriften zu erlassen. Ebenso wird vorbehalten, ein Maximum der täglichen Beschäftigungszeit der Wagenführer zu bestimmen.

25.

Die Wagenführer und Schaffner müssen bei ihrer Dienstausübung Dienstkleidung und an der vorderen Seite der Kopfbedeckung eine die Identifizierung ihrer Person ermöglichende Nummer tragen.

Eine genaue Beschreibung der Dienstkleidung sowie jede an derselben etwa vorzunehmende generelle Aenderung ist der unterzeichneten Behörde zur Genehmigung vorzulegen.

Es wird vorbehalten, die Beschäftigung der Wagenführer und Schaffner an eine besondere Erlaubnis (Fahrchein) zu knüpfen.

26.

Ueber das Unternehmen sind besondere, kaufmännisch geordnete Bücher zu führen, aus welchen das auf die Herstellung und Ausrüstung der Bahn verwendete Kapital, die Bruttoeinnahme und der jährliche Reinertrag des Unternehmens mit Sicherheit ersehen werden können.

Der Aufsichtsbehörde ist auf ihr Erfordern der Rechnungsabluß jährlich einzureichen, welcher von einem vereideten Bücherrevisor auf seine Richtigkeit zu bescheinigen ist.

27.

Bei Nichtinhaltung der Konzessionsbedingungen finden erforderlichenfalls die in dem Gesetze über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 vorgesehenen Zwangsmittel Anwendung.

Sollte der ordnungsgemäße Betrieb ohne genügenden Grund unterbrochen oder eingestellt werden, so wird die Verhängung einer Conventionalstrafe von 3000 Mark mit der Maßgabe vorbehalten, daß die Entscheidung darüber, ob und bis zu welchem Betrage dieselbe als verfallen anzusehen ist, dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten unter Ausfluß des Rechtsweges zusteht.

28.

Im Interesse der Reichspost- und Telegraphenverwaltung hat die Unternehmerin folgenden Anlagen zu entsprechen, die hinsichtlich der den Zwecken der Eisenbahn- und Postverwaltung dienenden Telegraphen-Anlagen sinngemäße Anwendung finden.

1) Für den Betrieb der Straßenbahn sind nur solche Dynamomaschinen zur Kräftlieferung zu verwenden, deren Strompulsationen sehr geringfügig sind, damit Induktionsgeräusche in den nahe der Bahn

verlaufenden oberirdischen Fernspreibleitungen vermieden werden.

2) Falls, wie dies beabsichtigt wird, eine oberirdische blanke Leitung zur Zuführung der Vertriebskraft an die Motowagen benutzt wird, und die Gleisschienen zur Rückleitung der elektrischen Ströme dienen sollten, muß die metallische Rückleitung durch die Schienen eine möglichst vollkommene sein. Außerdem sollen an denjenigen Stellen, an welchen die vorhandenen Telegraphen- und Fernspreibleitungen die blanke Arbeitsleitung der Bahn oberirdisch kreuzen, über der letzteren auf Kosten der Verwaltung der elektrischen Straßenbahn stromlose Schutzdrähte, in geeigneten Fällen Drahtseile gezogen oder sonstige stromfreie Schutzvorrichtungen angebracht werden, durch welche eine Verührung der beiderseitigen stromführenden Drähte vermieden wird.

An Stelle der stromfreien Schutzvorrichtungen oder neben denselben kann, beziehungsweise muß der Schutz der Telegraphen- und Fernspreibleitungen auch durch andere Einrichtungen gemäß besonderer, nach Anhörung der Reichs-Telegraphenverwaltung durch die Aufsichtsbehörde zu treffender Anordnung hergestellt werden.

3) An den Kreuzungsstellen muß der Abstand der untersten Telegraphen- oder Fernspreibleitung von den Schutzdrähten und Trageligen mindestens ein Meter betragen. Wo zur Erreichung dieses Abstandes die Telegraphen- und Fernspreibleitungen höher gelegt werden müssen, hat dieses durch die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung auf Kosten der Straßenbahnverwaltung zu erfolgen. Ungleichmäßigkeiten in der Nähe von Telegraphen- und Fernspreibleitungen aufzustellenden Pfosten, welche zur Unterstützung der Trageligen dienen, mindestens 1,25 m von der zunächst befindlichen Telegraphen- oder Fernspreibleitung entfernt bleiben. Sofern trotzdem zu befürchten ist, daß z. B. beim Abtrieb der Leitungen durch Wind oder aus sonstigen Ursachen Verührungen der Telegraphen- oder Fernspreibleitungen mit blanken Theilen der Speiseleitung, der Arbeitsleitung oder sonstigen stromführenden Theilen der Bahnanlagen an einzelnen Stellen eintreten können, sind auf Antrag der Reichs-Telegraphenverwaltung nach Anordnung der Aufsichtsbehörde geeignete Schutzvorrichtungen anzubringen, die eine Verührung der Schwachstromleitungen mit der Starkstromleitung verhindern.

4) Die Aufsichtsbehörde wird an denjenigen Stellen, wo die elektrische Bahn neben den Schwachstromleitungen verläuft, und der gegenseitige Abstand weniger als 10 m beträgt, auf Eruchen der Reichs-Telegraphenverwaltung besondere Schutzvorrichtungen an den Starkstromleitungen zur Verhinderung der Verührung derselben mit den Schwachstromleitungen anordnen, sofern nicht die örtlichen Verhältnisse eine Verührung der Stark-

strom- und Schwachstromleitungen auch beim Umbruch von Stangen oder beim Zerreißen von Drähten ausschließen.

5) Außerdem sind:

a) Schugbleiten auf der Starkstromleitung und Längsdrähte neben derselben an allen Kreuzungsstellen anzubringen, wo Verlegungen der Telegraphen- und Fernsprechleitungen nicht vorgelesen, oder zwar vorgelesen, aber bis jetzt noch nicht ausgeführt sind;

b) in den wenigen Fällen, wo senkrechte Kreuzungen einzelner Fernsprechdrähte, deren Verlegung in Aussicht genommen, aber noch nicht ausgeführt ist, mit der Starkstromleitung vorkommen, nur Holzschugbleiten anzubringen.

6) Die unterirdischen Zuleitungen von der Kraftstation zu den Gleisen und der Arbeitsleitung (Speiseleitungsfabel) müssen thunlichst entfernt von den Reichs-Telegraphentafeln, wo es angängig ist, auf der anderen Straßenseite verlegt werden. Kreuzungen der unterirdischen Kabel für Starkströme mit solchen für Schwachströme müssen derartig erfolgen, daß der Abstand der Kabel von einander mindestens 40 cm beträgt. Werden Reichs-Telegraphentafeln von unterirdischen Kabeln für elektrische Starkströme gekreuzt, oder verlaufen die Kabel in einem seitlichen Abstände von weniger als 50 cm von einander, so müssen die Reichs-Telegraphentafeln — sofern diese oder die Starkstromkabel nicht in gemauerten Kanälen liegen — auf Kosten des Unternehmers mit eisernen Röhren, die über die Kreuzungsstelle nach jeder Seite hin etwa 1,5 m und über die Endpunkte der Nährungsstrecke 2—3 m hinausragen, umgeben, und die eisernen Schugrohre auf der den Starkstromkabeln zugewendeten Seite mit genügend starken Halbmuffen aus Cement oder Beton bedeckt werden. Diese Muffen, deren Bestimmung es ist, flüssiges Metall von den Schugrohren abzuhalten bez. zu starke Erwärmung der eingelegten Kabel zu verhindern, müssen 50 cm zu beiden Seiten der kreuzenden Starkstromkabel bez. seitlichen Annäherungen ebenso weit über den Anfangs- und Endpunkt der gefährdeten Strecke hinausragen. Wenn die Starkstromkabel in Verteilungskästen eingelegt werden, und in einem Abstände von weniger als 50 cm von einem Kasten sich Telegraphen- oder Fernsprechkabel befinden, so sind letztere ebenso wie bei einer Nährung der Starkstromkabel zu schützen. Von dieser Maßregel kann abgesehen werden, wenn der Verteilungskasten (mit Ausnahme des Deckels) von Mauerwerk oder von einer Cement- oder Betondecke umgeben ist.

7) Sind in Folge des parallelen Verlaufs der beiderseitigen Anlagen, oder aus anderen Ursachen Störungen der Telegraphen- oder Fernsprechleitungen zu befürchten, oder treten solche Störungen auf, so hat der Unternehmer geeignete Maßnahmen zur Vermeidung der störenden Einflüsse zu treffen.

Sofern sich zur Vermeidung von Störungen der Telegraphen- oder Fernsprechleitungen eine Verlegung von Telegraphen- oder Fernsprechleitungen als zweckmäßig erweist, hat der Unternehmer für die rechtlichen und bautechnischen Vorbedingungen der Verlegung zu sorgen und die durch die Verlegung erwachsenden Kosten zu tragen.

8) Die Aufsichtsbehörde wird auf Ersuchen der Ober-Postdirektion Bestimmung darüber treffen, ob und wann zum weiteren Schutze der Reichs-Telegraphen- und Fernsprechleitungen, insbesondere zur thunlichsten Verhütung von Brandschäden für den Fall des Ueberschritts starker Ströme aus den Starkstromleitungen in die Schwachstromleitungen in letztere von der Reichs-Telegraphen-Verwaltung auf Kosten der Straßenbahnverwaltung Schmelzsicherungen einzuschalten sind.

Diese Anordnung bleibt ausgesetzt, bis sich die Ober-Postdirektion schlüssig gemacht hat.

9) Falls die vorgelesenen Schugmaßregeln nicht ausreichen, um Unzuträglichkeiten oder Störungen für den Telegraphen- oder Fernsprechbetrieb fern zu halten, hat der Unternehmer der Starkstromanlage im Einvernehmen mit der zuständigen kaiserlichen Ober-Post-Direktion ohne Verzug weitere Maßnahmen zu treffen, bis die Beseitigung der Unzuträglichkeiten oder der störenden Einflüsse erfolgt ist. Bei mangelndem Einverständnis zwischen der Reichs-Post-Behörde und der Straßenbahnverwaltung bestimmt die Aufsichtsbehörde, ob und in welcher Art weitere Sicherungsmaßnahmen seitens des Unternehmers zu treffen sind.

10) Bei den aus Anlaß der Umwandlung des Betriebs in elektrischen Betrieb eintretenden notwendigen Umlegungen bestehender, oder bei der Herstellung neuer Gleise eintretenden, außer bei Kreuzungen, nicht über dem Kabellager der unterirdischen Reichs-Telegraphen-Linien herabgesetzt werden. Sämtlich die Führlinien der Gleise nicht anders anordnen, so ist die unterirdische Telegraphenlinie durch die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung, auf Kosten der Verlegung der elektrischen Bahn umzulegen. Die Entscheidung darüber, ob die Gleise verlegt werden können, oder nicht, steht der Aufsichtsbehörde zu.

11) Durch die elektrische Bahnanlage darf die Reichs-Telegraphen-Verwaltung in der Benutzung nicht gehindert werden, mit Ausbesserungen und Verlegungen der vorhandenen unterirdischen Telegraphenanlagen jederzeit vorzugehen, selbst wenn dadurch der Betrieb der elektrischen Bahn unterbrochen werden sollte. Derartige Arbeiten sind thunlichst zu solchen Zeiten vorzunehmen, in welchen der elektrische Betrieb ruht. Beabsichtigt die Straßenbahn-Verwaltung Ausbesserungen an Straßen vorzunehmen, welche zur Zeit der Ausführung dieser Arbeiten mit unterirdischen Telegraphen oder Fernsprechkabeln versehen sind, so ist hiervon der zu-

zständigen Ober-Postdirektor oder den zständigen Kaiserlichen Post- oder Telegraphen-Verwaltung rechtzeitig vor dem Beginn der Arbeiten schriftlich Nachricht zu geben. Falls durch solche Arbeiten der Telegraphen- oder Fernsprechbetrieb gestört werden sollte, sind die Arbeiten auf Antrag der Telegraphen-Verwaltung zu einer Zeit auszuführen, in welcher der Telegraphen- oder Fernsprechbetrieb ruht.

- 12) Falls Fehler in der Stromanlage zu Störungen des Telegraphen- oder Fernsprechbetriebes Anlass geben sollten, so muß der elektrische Betrieb der Bahn auf Anzeige des zständigen Kaiserlichen Post- oder Telegraphenamts an die Betriebsverwaltung der Straßenbahn oder auf Verlangen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in solchem Umfange und so lange eingestellt werden, wie dies zur Beseitigung der Fehler erforderlich ist.

Darüber, ob und in wie weit eine Betriebs-einstellung erforderlich ist, hat bei etwaigem Mangel des Einverständnisses der Straßenbahnverwaltung mit den vorbezeichneten Behörden der Reichs-Telegraphen-Verwaltung die eisenbahntechnische Aufsichtsbehörde zu entscheiden.

Weitere, gemäß § 42 des Kleinbahngesetzes von der Reichspostverwaltung der Unternehmerin aufzuerlegende Verpflichtungen bleiben vorbehalten.

29.

Zur Sicherstellung der in dieser Urkunde bezeichneten Pflichten, insbesondere der Verpflichtung zum ordnungsgemäßen Betriebe, hat die Unternehmerin bei der Polizei-Hauptkassse den Betrag von 20000 Mark baar oder in Schuldverschreibungen, in welchen nach den bestehenden Gesetzen die Anlegung des Verzinsens von Bündeln zulässig ist, unter Berechnung derselben nach dem Kurswerthe nebst den noch nicht fälligen Zinsscheinen und den Talons zu hinterlegen.

Die in Baar niedergelegte Summe wird nicht verzinst.

Die Ueberwachung der Ausloosung der niedergelegten Schuldverschreibungen ist Sache der Unternehmerin.

Die Kaution ist durch eine gerichtlich oder notariell beglaubigte Urkunde derart zum Pfande zu bestellen, daß der Aufsichtsbehörde die Befugniß zusteht, durch Verwendung derselben bzw. durch Veräußerung der verpfändeten Schuldverschreibungen zum jeweiligen Marktwerte etwa verfallene Strafbeträge einzuziehen.

Die hinterlegte Summe muß, sobald sie in Anspruch genommen worden ist, unverzüglich auf den vorgeschriebenen Betrag ergänzt werden.

Der Unternehmerin wird anbegehrt, eine für eine andere elektrische Lichtbahnlinie bei der Polizei-Hauptkassse in gleichem Betrage hinterlegte Kaution auch für die in dieser Urkunde bezeichnete Linie zum Pfande zu bestellen.

Berlin, den 25. Juni 1897.

Der Polizei-Präsident.
gez. von Wundheim.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

Am 31. Juli Abends nach Dienstschiuß wird das Postamt 78 (Alexanderstraße) von dem Hause Alexanderstraße 33 nach dem Hause Kaiserstraße 25a verlegt und führt fortan die Bezeichnung „Postamt 78 (Kaiserstraße)“.

Berlin, den 26. Juli 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,
Geheimer Ober-Post Rath Griesbach.

Bekanntmachung.

Der Fernsprechverkehr mit Apolda ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt 1 Mark.

Berlin, den 29. Juli 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachung.

Der Fernsprechverkehr mit Seidenberg (Ober-Sachsen) ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt 1 Mark.

Berlin, den 30. Juli 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,
Geheimer Ober-Post Rath Griesbach.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Bekanntmachung.

Am 1. August 1897 wird auf dem Bahnhofe Friedrichstraße hieselbst eine Zollabfertigungsstelle für das unter Zollkontrolle eingehende Gepäck von Reisenden unter der Bezeichnung „Zollabfertigungsstelle am Bahnhofe Friedrichstraße zu Berlin“ errichtet werden.

Berlin, den 30. Juli 1897.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion zu Berlin.

Norddeutscher-Preuss.-Bayerischer-Verband

25. Mit Gültigkeit vom 1. August d. J. wird Grubenholz, wie im Spezialtarif III. der Güter-Klassifikation des Deutschen Eisenbahn-Güter-Tarifs, Theil I, unter Holz Ziffer 6 genannt, in den Ausnahmestarif 2 (Rohstofftarif) aufgenommen.

Zum gleichen Zeitpunkt treten im Seehafen-Ausnahmetarif E. (Eisen- und Stahl) folgende Frachttarife in Kraft:

nach Stettin Central-Güterbahnhof:

| | I. | II. | III. | IV. |
|--------------------|--------------------|--------------|--------------|--------------|
| Orts-Ausfuhr | Orts-Ausfuhr | Orts-Ausfuhr | Orts-Ausfuhr | Orts-Ausfuhr |
| Verkehr | Verkehr | Verkehr | Verkehr | Verkehr |
| | für 100 kg in Mark | | | |
| Bon Marktreichthum | 1.92 | 1.56 | 1.46 | 1.25 |

Berlin, den 26. Juli 1897.

Königl. Eisenbahndirektion.
Namens der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

25.

Nachweisung

der vom Kreis-Ausschusse des Kreises Beeskow-Storkow genehmigten Communal-Bezirksveränderungen.

| Datum der Genehmigung | Grundstücke | Besitzer | Bezeichnung des | | Größe des Grundstücks | | |
|-----------------------|-------------------|---|-----------------------------|------------------------------|-----------------------|----|----|
| | | | jetzt | künftigen | ha | ar | qm |
| 19. Dezember 1896 | Büdnerstelle | Krause, Auguste geb. Gädike, verheiratet Bergmann, zu Rauen, Hermann, Karl, Schiffer, und Ehefrau, Louise geb. Horkeberg, zu Rauen, Krause, Friedrich, Halbbüdner, und Ehefrau, Auguste geb. Gädike, zu Rauen, Schulze, Marie geb. Hermann, Wittwe, zu Rauen'sche Ziegelei, Lehmann, Louise geb. Perlig, verheiratet zu Rauen, Kleemann, Sophie geb. Schürmann, Wittwe, zu Rauen'sche Ziegelei, Domke, Friedrich, zu Rauen'sche Ziegelei, Bauer, Karoline, geb. Abendroth, Wittwe zu Rauen, Weber, Gustav, Maurer zu Rauen'sche Ziegelei. | Rauen | Rauen'sche Ziegelei | 1 | 42 | 34 |
| | | | | | — | 30 | 70 |
| | | | | | — | 31 | 55 |
| | | | | | 1 | 06 | 83 |
| | | | | | — | 34 | 72 |
| | | | | | — | 94 | 32 |
| | | | | | — | 60 | 90 |
| | | | | | — | 92 | 17 |
| | | | | | — | 66 | 79 |
| 10. Februar 1897 | Dorfauenparzelle | Berner, August, Kossäth zu Glinitze, | Domainenfiskus | Gemeinde Glinitze | — | 1 | 48 |
| 13. März 1897 | Korffshofparzelle | Korffshof, | Niederlehme | Forstgutsbezirk Friedersdorf | 33 | 39 | 61 |
| | Dorfauenparzelle | Brune, Reinhold, Schuhmacher, | Domainenfiskus | Gemeinde Friedersdorf | — | — | 56 |
| | | Schüge, Marie geb. Briesenick, verw. Gastwirth, | | | — | — | 32 |
| | | Stake, Wilhelm, Büdner, | | | — | — | 51 |
| | | Schalz, Wilhelm, Schiffer, | | | — | — | 69 |
| 19. Mai 1897 | Heideparzelle | Schulze, Ferdinand, Maurer zu Münchehofe, | Gutsbezirk Klein-Wasserburg | Gemeinde Münchehofe | 2 | 85 | 42 |

Beeskow, den 17. Juli 1897.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

26.

Nachweisung

der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Niederbarnim auf Grund des § 2 Nr. 4 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 im 1. Vierteljahr 1897/98 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirksgrenzen.

| Nr. | Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke. | Bisheriger Gemeinde- bzw. Gutsbezirk. | Künftiger Gemeinde- bzw. Gutsbezirk. |
|-----|---|---|---|
| 1. | Parzelle Nr. 1495/50 des Kartenblatts Nr. 1 der Gemarkung Königs-Wusterhausen in Größe von 59,64 ar | Gutsbezirk Königs-Wusterhausen, Kreis Teltow. | Gemeindebezirk Königs-Wusterhausen, Kreis Teltow. |
| 2. | Parzelle Nr. 77 des Kartenblatts Nr. 2 der Gemarkung Gemeinde Borgsdorf in Größe von 25 ar. | Gemeindebezirk Borgsdorf. | Forstgutsbezirk Dränienburg. |

Berlin, den 26. Juli 1897.

Der Landrath des Kreises Niederbarnim.

Bekanntmachungen des Königl. Consistoriums der Provinz Brandenburg.

37. Die unter privatem Patronate stehende Pfarrstelle zu Buchholz, Diözese Prignitz, kommt durch die Emeritierung des Pfarrers Superintendenten a. D. Heydler am 1. November d. J. zur Erledigung.

38. Die unter magistratualischem Patronate stehende Oberpfarrstelle zu Wittenberge, Diözese Perleberg, ist durch das Ableben des Oberpfarrers Wulkow am 20. Juni d. Js. zur Erledigung gekommen.

39. Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle zu Caputh, Diözese Potsdam I., ist im Jahre 1895 durch Verlegung des Pfarrers Klemm zur Erledigung gekommen. Die Wiederbesetzung erfolgt durch Gemeindevahl nach dem Pfarrwahlgesetze vom 15. März 1886 — R. Ges. u. B.-Bl. S. 39. — Bewerbungen sind an den Gemeindekirchenrath der Pfarodie Caputh zu richten und schriftlich bei dem königlichen Consistorium einzureichen.

Personal-Chronik.

An Stelle des nach Köln versetzten Polizeiraths Emmerich ist der Polizeirath Graefe an die hiesige königliche Polizeidirektion versetzt und in sein Amt eingeführt worden.

An Stelle des verstorbenen Kreisphysikus Dr. Marchand ist der Dr. med. Solbrig zum Kreisphysikus in Templin ernannt worden.

Die Lehrer Görig, Vallerstaedt, Thal, Peine, Pautsch, Paul Müller, Braunschweiger, Casimir, Welzel, Jüttemann, Mahlich, Goffe, Noack XI., Ford II., Flügel, Klink, Kaps sind als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Der Zeichenlehrer Hülcker ist als Zeichenlehrer am Prinz Heinrichs-Gymnasium in Schöneberg angestellt worden.

Geschenke an Kirchen etc.

Bei dem Consistorium der Provinz ist Anzeige gemacht über folgende Geschenke, welche neuerdings den mit den Diözesen nachbenannten Kirchen etc. des Regierungsbezirks Potsdam gespendet wurden.

Von Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin sind den Kirchen zu Müggelsheim, Diözese Köln-Land II. und der Luther-Kirche zu Spandau, Diözese Spandau, je eine Altarbibel geschenkt worden. Außerdem

Angermünde: der Kirche zu Amt Neuendorf aus dem Patronatsbaufonds: Altarteppich, Altar-, Kanzel-, Taufstein-Behang, von Gemeindegliedern und Oberamtmann Meyer: Altar-Kruzifix, 2 Altarleuchter, von der Gemeinde Oberberg: Abendmahlskelch und Patene, vom Pfarrer: Altarbibel und Liedertafeln, der Kirche zu Brodowin vom Schmiedemeister Kagemann: Altarbibel;

Belzig: der Kirche zu Haseloff von Ungenann: Kanzelbehang;

Neustadt-Brandenburg: der Katharinen-Kirche zu Brandenburg a. H. von Wwe. Müller: Altarbede, Kanzelbede, 2 Schutteden, von Wwe. Steffen:

Gasfrone, von 3 Gemeindegliedern: 85 Mark zur Gasbeleuchtung und Orgel, vom Kaufmann Holzappel: Gasfrone, von Frau Amelung: 2 Altarleuchter, 2 Randelaber, vom Fabrikant Stiebert: 150 M. zur Gaslegung, 50 M. zur Reparatur der Altarleuchter, 60 M. zur Beschaffung von 2 Kniekissen und 2 Deden;

Dom-Brandenburg: der Kirche zu Niebde von Geschwister Moltrecht und Gertrud Stahlberg: Dede für Kelch und Patene;

Eöln-Land I.: der Kirche zu Dahlem vom Postsekretär Nachwoll und Administrator Volte: Renovation des Kruzifix, Altarpalla nebst Velum und Corporale, Altar-Weinsanne;

Eöln-Land II.: der Kirche zu Müggelsheim vom Besitzer Triesethau: Altar- und Kanzelbelleidung, Teppich, von Frau Lehrer Jurich: 2 Altarbeden;

Jüterbog: der Kirche zu Vorgisdorf von der politt. Gemeinde: Kanzel- und Altarfüßen-Belleidung, 4 Wandleuchter, Vergoldung des Kruzifix, Thurmuhre, 600 M. zur Anschaffung der Orgel, vom Hüfner F. Lehmann, Auszugshüfner Hannemann, Hüfner Gottfr. Andreas, Pfarrer Richl, Auszugshüfner Wäsch: 113 M. 65 Pf. zur Beschaffung von Wand- und Altarleuchtern etc., vom Hüfner Gottfr. Andreas: Kronleuchter, Wandleuchter, 24 Lichter, vom Auszugshüfner Wehlis: dasselbe, vom Hüfner Schulze: Taufbeden, vom Pfarrhaus: Altarteppich, Altarbede, Glasampel;

Schwedt a. D.: der Stadtl. zu Schwedt a. D. von Frä. Dampid: 2400 M. zur Unterstützung von Wittwen und Waisen, der Gemeinde, 300 M. zur Grabpflege, der Kirche zu Biertraden vom Kestenen Rusche: Kirchenfenster, vom Stadtkästler Griep: desgl., von Geschwister Pahl: desgl., vom Rentier Rickmann: desgl., von Rentiere Henning: Kirchen-thür, vom Kuratorium der Konfirm.-Kasse: desgl., vom Proviantmeister Vando: 2 Altar-Leuchter, vom Frauen-Verein: 50 M. zu Altarbehängen, von Gattower Fischern: 110 M., von einer ungenannten Familie: 100 M., von einer Wohlthätigkeitslotterie: 3300 M. zur Orgel, von Konfirmanden: 2 Leuchter, vom Bauergutsbesitzer Splittgerber: desgl., von der Pfarrfamilie: 4 Randelaber etc.;

Spandau: der Luther-Kirche zu Spandau vom Magistrat: Kirchenfenster, von Kirchenältesten von St. Nicolai Spandau: desgl., vom Geistlichen, Gemeindegliedern und Gemeinde-Vertretung von St. Nicolai das.: 5 Sakristeifenster, vom Pfarrer Spengler und Rektor Engeli: 1 Sakristeifenster, von Gemeinde-Dirg. von St. Johannis Spandau: 1 Fenster, von Sturmischen Concerten: desgl., vom Frauen-Comité: Altar- und Kanzelbelleidung, 450 M. zum Altarbild, vom Gustav Adolf-Frauen- und Jungfrauen-Verein: 100 M., von Frä. E. Hensel: Altarbild, von Familien C. und G. Leue: 1 Fenster, von Familien Stadtrath Zimmermann und Söhne, sowie Frau Stadtkästler Bogeler: 2 Kelche, vom Kaufmann

Öffentlicher Anzeiger (Nr. 3)

zum 22ten Ende des Monats

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Don. d. 22. d. 1897.

Öffentliche Vorladungen und Aufgebote.

Konkursverfahren.

187. Ueber das Vermögen des Kaufmanns **Mar Hartung zu Schöneberg**, Hauptstr. 150 (in Firma **Mar Hartung's Waarenhaus**, Berlin, Potsdamerstr. 32a.) ist heute **am 2. August 1897 Nachmittags 2 Uhr** das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann **Wilhelm Schulze Berlin SO. 33. Offenstr. 3**, ist zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis **zum 15. September 1897** bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **den 12ten August 1897 Nachmittags 1 Uhr** und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **den 23. September 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gerichte **Halleisches Ufer 26 1 Treppe Zimmer 2** Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis **zum 15. September 1897** Anzeige zu machen.

v. Gülich, Gerichtsschreiber des Königl. Amtsgerichts II. zu Berlin, Abth. 22.

Konkursverfahren.

188. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Leopold Keith zu Schoeneberg**, Stubenrauchstr. 3 wohnhaft (Keith's Reubienen-Vertrieb, Berlin, Seydelstr. 5 und Charlottenstr. 63) ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf **den 26. August 1897 Vormittags 10 1/2 Uhr** vor dem Königl. Amtsgerichte II. hier selbst **Halleisches Ufer 26 1 Tr. Zimmer 2** anberaumt.

Berlin den 24. Juli 1897.

v. Gülich, Gerichtsschreiber des Königl. Amtsgerichts II., Abtheilung 22.

Bekanntmachung.

189. In dem Konkursverfahren über den Nachlass des am 15. August 1896 zu Spandau, seinem letzten Wohnsitz, verstorbenen Hauptmanns, in suite des Garde-Jägers-Regiments **Emich Graf zu Leiningen-**

Neudenan hat der Konkursverwalter in der ersten Gläubigerversammlung am 30. Juli 1897 folgenden Antrag gestellt:

Der Ehefrau des verstorbenen Hauptmanns **Emich Graf zu Leiningen-Neudenan**, der Gräfin **Gertrud zu Leiningen-Neudenan geb. v. Lüdersdorf zu Berlin, Altonaerstr. 7**, sämtliche zum Nachlasse des Verstorbenen gehörigen Mobilien zum vollen, die gemeinschaftlichen Hochzeitsgeschenke aber nur zum halben Tarwerthe des Gerichtsvollziehers **Stahr zu Berlin** mit 10% Zuschlag gegen Baarzahlung zu übereignen.

Ueber diesen Antrag soll im allgemeinen Prüfungstermin **am 27. August 1897 10 Uhr** Beschluss gefasst werden.

Spandau, den 30. Juli 1897.

Königliches Amtsgericht.

190. In dem Eyr. Pieper'schen Concurs zu Briest soll die Vertheilung erfolgen. Dazu sind 3585,62 Mf. verfügbar. Zu berücksichtigen sind 828,18 Mf. bevorrechtigte und 88263,61 Mf. nicht bevorrechtigte Forderungen.

Angermünde, 30. Juli 1897.

C. Mertens, Verwalter.

Nothwendige Verkäufe.

Zwangsversteigerung.

191. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von der Stadt Charlottenburg Band 133 Blatt N. 4808 auf den Namen des Tischlermeisters **Albert Walter zu Berlin** eingetragene, zu Charlottenburg, Vestalozzistr. 31 belegene Grundstück **am 1. Oktober 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht am Gerichtssitze im Civilgerichtsgebäude **Platz C. nahe dem Stadtbahnhofe Charlottenburg II. Treppen Zimmer 51** versteigert werden.

Das Grundstück ist bei einer Fläche von 13,67 ar mit 15300 M. Nutzungswert zur Gebäudehülle veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchsblattes, etwaige Abichnungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei II, welche sich bis zum 5. September noch Spreerstr. 3c. 3 Tr. im Zimmer 43 befindet, eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein, ferner alle Ansprüche, deren Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wider-

lehrenden Hebungen der Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlages wird am **1. Oktober 1897 Nachmittags 12 1/2 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Charlottenburg, den 30. Juli 1897.

Königliches Amtsgericht.

B e s t i m m u n g.

192.

In Sachen

Obst Zwangsversteigerung

— 16 K. 57 97 —

wird auf Antrag der betreibenden Gläubigerin, offenen Handelsgesellschaft Reinhold Bach & Co., vertreten durch den Rechtsanwalt Boblaender zu Berlin W., Potsdamerstr. 23,

ein neuer Zwangsversteigerungstermin auf den **31. August 1897 Vormittags 10 Uhr** an Gerichtsstelle Spirestraße Nr. 3c. 3 Treppen Zimmer Nr. 47,

und Termin zur Ertheilung des Zuschlages auf den **31. August 1897 Nachmittags 12 1/2 Uhr** ebenda

anberaumt.

Im übrigen bleibt unsere Bekanntmachung vom 31. Mai 1897 in Kraft.

Charlottenburg, den 31. Juli 1897.

Königliches Amtsgericht.

Auktionen und Exitationen.

Polzverkauf

in der königlichen Oberförsterei Dramenburg.

193. Am Donnerstag den **12. August d. J. Vormittags 10 1/2 Uhr** kommen im Bredereschen Gasthause Dramenburg zum Ausgebot aus dem Schutzbezirk Schmachtenhagen, Jagd 159: 12 Kiefern mit 10 Km., Jagd 155: 3 Eichen mit 0,66 Km. Außerdem kommt Reiserholz aus sämtlichen Schutzbezirken zum Verkauf. Von **11 Uhr** an kommen zum Ausgebot aus Schutzbezirk Pinnow: 937 Km. Kiefern-Kloben, Schutzbezirk Brieje: 1402 Kiefern-Kloben, 598 Km. Kiefern-Knüttel, 17 Km. Birken-Kloben, 4 Km. Eichen-Kloben, Schutzbezirk Behnig: 1090 Km. Kiefern-Kloben, 135 Km. Kiefern-Knüttel, Schutzbezirk Wendendorf: 644 Km. Kiefern-Kloben, 378 Km. Kiefern-Knüttel, Schutzbezirk Schmachtenhagen: 651 Km.

Kiefern-Kloben, 424 Km. Kiefern-Knüttel, 12 Km. Eichen-Kloben, 22 Km. Birken-Kloben, Schutzbezirk Friedrichshof: 397 Km. Kiefern-Kloben, 3 Km. Eichen-Kloben, 1 Km. Eichen-Knüttel, 2 Km. Birken-Kloben, 1 Km. Eichen-Knüttel, Schutzbezirk Varenklau: 254 Km. Kiefern-Kloben, 13 Km. Kiefern-Knüttel.

Der königliche Oberförster.

194. Verdingung von 179 cbm Kiefernholz, 44 cbm Eichenholz und 69 cbm Pappelholz je in einem Loose für die Werksätten-Inspektionen Berlin 2 (Dabahnshof) und Eberswalde. Angebote sind postfrei, versiegelt und mit entsprechender Aufschrift bis zum **14. August 1897 Mittags 12 Uhr** an das Rechnungsbureau Berlin W. Schörringerufer 1-4 einzureichen. Angebotsbogen und Bedingungen können im Centralbureau daselbst Zimmer 4/6 eingesehen, auch von dort gegen post- und bestellgeldfreie Einsendung von 0,50 M. baar bezogen werden. Zuschlagsfrist bis **1. September 1897.**

Berlin, den 27. Juli 1897.

Königliche Eisenbahndirektion.

195. Verdingung von 3477 Stück tieferen Telegraphenstangen am **16. August 1897 Vormittags 11 Uhr.** Angebote hierauf sind postfrei, versiegelt und mit der Aufschrift: „Angebot auf Telegraphenstangen“ an das Rechnungsbureau Berlin, Lindenstraße Nr. 18 bis zu der vorstehend für die Eröffnung der Angebote bestimmten Zeit einzureichen. Ebenda selbst können Angebotsbogen und Bedingungen eingesehen, bezw. gegen post- und bestellgeldfreie Einsendung von 50 Pfennig, baar bezogen werden.

Berlin, den 29. Juli 1897.

Königliche Eisenbahndirektion.

**Bekanntmachungen
verschiedenen Inhalts.**

196. Der Damp von 2 Escadrons ist vom 1. Oktober d. J. ab anderweitig zu verpachten. Näheres im Zahlmeister-Geschäftszimmer.

Potsdam, den 1. August 1897.

Kommando 1. Garde-Mann-Regiments.

Bekanntmachung.

197. Der Herr Gutsbesitzer Weinschend zu Alt-Stahnsdorf beabsichtigt den öffentlichen Weg bei seinem Gutsgehöft theilweise zu verklegen.

Unter Bezugnahme auf § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 Gesetz-Sammlung Seite 237 ff. wird dieses Vorhaben hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht mit der Aufforderung: Einsprüche dagegen binnen vier Wochen zur Vermessung des Ausschlusses hier anzubringen.

Der geometrische Plan zur Wegeverlegung liegt während vorgedachter Zeit werktäglich hier zu Jedermanns Einsicht offen.

Am 1. Stockholm, den 28. Juli 1897.

Der Amts-Vorsteher Doehmer.

Mittheilungen der Königl. Regierung und der Stadt

Stück 33.

Den 13. Aug.

Monat Juni 1897 beobachteten Wasserstände.

| Brandenburg | Rathenow | | Havelberg |
|-------------|-----------------|------------------|-----------|
| | Ober-
Wasser | Unter-
Wasser | |
| Meter. | Meter. | Meter. | Meter. |
| 1,92 | 1,84 | 1,52 | 3,70 |
| ,92 | 1,86 | 1,52 | 3,62 |
| ,2 | 1,84 | 1,52 | 3,54 |
| | 1,84 | 1,52 | 3,44 |
| | 1,84 | 1,50 | 3,34 |
| | 1,84 | 1,50 | 3,22 |
| | 1,84 | 1,50 | 3,08 |
| | 78 | 1,48 | 2,96 |
| | 9 | 1,48 | 2,88 |
| | | 1,44 | 2,78 |
| | | 1,44 | 2,70 |
| | | 1,42 | 2,64 |
| | | 40 | 2,60 |
| | | 0 | 2,56 |

Reichs-Gesetzblatt.
(Stück 33.) N^o 2406. Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und dem Königreiche der Niederlande über die Unterhaltung des Leuchtfeuers auf Vorkum sowie über die Betonung, Befestigung und Beleuchtung der Fahrstraßen der Unterems und ihrer Mündungen. Vom 16. Oktober 1896.

(Stück 34.) N^o 2407. Bekanntmachung, betreffend die dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigelegte Liste. Vom 29. Juli 1897.

N^o 2408. Bekanntmachung, betreffend das Aufserkrafttreten des Handels- und Schiffsahrtsvertrags zwischen dem Deutschen Reiche und der Orientalischen Republik Uruguay. Vom 31. Juli 1897.

(Stück 35.) N^o 2409. Verordnung, betreffend die anderweite Bemessung der Witwen- und Waisengelder für die Hinterbliebenen der Reichsbankbeamten. Vom 26. Juli 1897.

N^o 2410. Bekanntmachung, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der Buchdruckereien und Schriftgießereien. Vom 31. Juli 1897.

Gesetz-Sammlung für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 30.) N^o 9925. Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und dem Königreiche der Niederlande über die Unterhaltung des Leuchtfeuers auf Vorkum, sowie über die Betonung, Befestigung und Beleuchtung der Fahrstraßen der Unter-Emo und ihrer Mündungen. Vom 16. Oktober 1896.

N^o 9926. Staatsvertrag zwischen Preußen, Bayern und Ruß jüngerer Linie wegen Herstellung einer Eisenbahn von Blankenstein nach Martrgrün. Vom 30. Januar 1897.

N^o 9927. Staatsvertrag zwischen Preußen und Mecklenburg-Schwerin wegen Herstellung einer Eisenbahn von Artern über Neu-Ruppin nach Wittstock. Vom 4. Juni 1897.

(Stück 31.) N^o 9928. Allerhöchster Erlass vom 12. Mai 1897, betreffend die Ausübung der gesunheitspolizeilichen Aufsicht über die Provinzial-Anstalten und die Schnlauficht über die Provinzial-Zwangserziehungsanstalten.

N^o 9929. Staatsvertrag zwischen Preußen und Sachsen-Coburg-Gotha wegen Herstellung einer Eisenbahn von Niederfüllbach nach Rossach und von Ebersdorf nach Weidhausen. Vom 28. Januar 1897.

N^o 9930. Verfügung des Justizministers, betreffend

Bekanntmachung
des Königl. Ober-
Bekanntmachungs-
Büros.
12. Auf Grund des § 2 des
Schonzeiten des Wides vom 26.
Verbindung mit § 107 des Gesetzes
seit der Verwaltungs- und Verwaltungs-
vom 1. August 1883 und § 43 Absatz
über die allgemeine Landesverwaltung
1883 wird für das laufende Jahr der Beginn
auf Rebhühner im Stadtkreise Berlin auf
Mittwoch, den 18. August, festgesetzt.
Die Jagdzeit dauert bis Dienstag den 11.
Zember einschließlich.
Potsdam, den 7. August 1897.
Der Oberpräsident.

In Vertretung v. Bethmann-Hollweg.
Polizei-Verordnung,
betreffend den Schutz der Deiche, der dazu gehörigen Uferbedungen,
der Kanäle, Gräben und sonstigen Anlagen im Gebiete der
Grienerer und Schwedter Wassergenossenschaft.

13. Auf Grund der §§ 6, 12, 15 des Gesetzes
über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850
(G. S. S. 265) und der §§ 137, 139 des Gesetzes
über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli
1883 (G. S. S. 125) wird für das in der Provinz
Brandenburg belegene Gebiet der Grienerer und
Schwedter Wassergenossenschaft unter Zustimmung des
Provinzialraths Nachfolgendes verordnet.

§ 1. Mit Geldstrafe bis zu dreißig Mark, im
Unvermögensfalle mit entsprechender Haft wird bestraft:
a. Wer die Deiche, Deichböschungen, Banketts und
Uferbedungen unbefugt betritt, dieselben als Ab-
ladeplatz benutzt, an ihnen Anker einwirft, mit
Flößen und Schiffsfahrzeugen anlegt, auf ihnen
Stangen und Rege aufstellt,
b. Wer die Deichkörper, die Befestigung und die Be-
festigungen der Deiche, die Uferbedungen, die
Haupt- und Nebengräben und deren Zubehörungen,
die Schöpfwerksanlagen, Schleusen-Durchlässe,
Brücken und sonstige Bauwerke, die Pflanzungen,
die aufgestellten Bau- und Verteidigungsmaterialien

- beschädigt, oder Handlungen unternimmt, die geeignet sind, eine Beschädigung einer dieser Anlagen herbeizuführen, oder den Graswuchs auf den Deichen und den Deichböschungen zu hindern,
 c. Wer die Deichschleusen unbefugt öffnet oder schließt,
 d. Wer neue Brücken unbefugt anlegt.

§ 2. Sofern die Zuwiderhandlung gegen eine der vorstehenden Vorschriften durch die begleitenden Umstände den Thatbestand eines Verbrechens oder Vergehens darstellt, oder unter den § 366 a. des Strafgesetzbuches fällt, tritt die in den Strafgesetzen vorgesehene schärfere Strafe ein.

Potsdam, den 3. August 1897.

Der Ober-Präsident.

In Vertretung:

gez. von Bethmann-Hollweg.

Jugleich wird auf nachstehend auszugsweise mitgetheiltem für den Deichschutz wichtigen Vorschriften des Reichsstrafgesetzbuches und des Preussischen Feld- und Forstpolizeigesetzes besonders aufmerksam gemacht.

I. Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom —

31. Mai 1870

26. Februar 1876 — Reichsgesetzblatt 1876 S. 39.

§ 368. Mit Geldstrafe bis zu sechzig Mark, oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft:

Nr 9. Wer unbefugt über Gärten oder Weinberge, oder vor beendeter Ernte über Wiesen oder bestellte Acker, oder über solche Acker, Wiesen, Weiden oder Schonungen, welche mit einer Einfriedigung versehen sind, oder deren Betreten durch Warnungszeichen untersagt ist, oder auf einem durch Warnungszeichen geschlossenen Privatwege geht, fährt, reitet oder Vieh treibt.

§ 370. Mit Geldstrafe bis zu einhundert und fünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft:

Nr 4. Wer unberechtigt ficht oder krebst.

II. Preussisches Feld- und Forstpolizeigesetz vom 1. April 1880. (G.-S. 1880 S. 230.)

§ 10. Mit Geldstrafe bis zu zehn Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen wird bestraft, wer, abgesehen von den Fällen des § 368 Nr 9 des Strafgesetzbuches, unbefugt über Grundstücke reitet, fährt, Vieh treibt, Holz schleift, den Pflug wendet oder über Acker, deren Bestellung vorbereitet oder in Angriff genommen ist, geht.

§ 26. Mit Geldstrafe bis zu fünfzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer unbefugt

1) abgesehen von den Fällen des § 366 Nr 7 des Strafgesetzbuches, Steine, Scherben, Schutt oder Unrath auf Grundstücke wirft oder in dieselben bringt.

§ 27. Mit Geldstrafe bis zu fünfzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer unbefugt

2) in Gewässern Kelle answischt oder reinigt oder Schafe wäscht,

3) abgesehen von den Fällen des § 366 Nr 10 des

Strafgesetzbuches Gewässer verunreinigt oder ihre Benutzung in anderer Weise erschwert oder verhindert.

§ 30. Mit Geldstrafe bis zu einhundert und fünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer unbefugt

3) abgesehen von den Fällen des § 274 Nr 2 des Strafgesetzbuches Steine, Pfähle, Tafeln, Stroh- oder Hegevische, Hügel, Gräben oder ähnliche, zur Abgrenzung, Absperrung oder Vermessung von Grundstücken oder Wegen dienende Merk- oder Warnungszeichen, desgleichen Merkmale, die zur Bezeichnung eines Wasserstandes bestimmt sind, sowie Wegweiser fortnimmt, vernichtet, umwirft, beschädigt oder unkenntlich macht.

§ 31. Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer, abgesehen von den Fällen der §§ 321 und 326 des Strafgesetzbuches, unbefugt das zur Bewässerung von Grundstücken dienende Wasser ableitet, oder Gräben, Wälle, Rinnen oder andere, zur Ab- und Zuleitung des Wassers dienende Anlagen herstellt, verändert, beschädigt oder beseitigt.

Potsdam, den 3. August 1897.

Der Ober-Präsident.

In Vertretung:

gez. von Bethmann-Hollweg.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungspräsidenten.

Bekanntmachung.

174. Der Gerberlehrling Franz Görs in Prenzlau hat den Knaben Strauch am 7. d. M. vom Tode des Ertrinkens im Mühlenstrom zu Prenzlau errettet.

Diese von Muth und Entschlossenheit zeugende That des Görs bringe ich belobigend zur öffentlichen Kenntniss. Potsdam, den 30. Juli 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

175. Nach einer Mittheilung der Grossbritannischen Botschaft in Berlin hat der britische General-Konsul daselbst mit Genehmigung seiner Regierung Herrn Dr. Paul Hermann Schwabach in Berlin zum britischen Vice-Konsul an diesem Orte bestellt.

Potsdam, den 10. August 1897.

Der Regierungspräsident.

176. Verzeichniss

der von der Lungenseuche betroffenen Sperrgebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Vieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Übereinkommens vom 6. Dezember 1891 sowie Ziffer 5 des Schlussprotokolls zu unterlagen ist.

Ausgegeben im Kaiserlichen Gesundheitsamt zu Berlin am 22. Juli 1897.

A. Oesterreich:

frei.

B. Ungarn:

Die Komitate: Piptó (Eiptan) und Pozsony (Preßburg).
 Potsdam, den 10. August 1897.

Der Regierungspräsident.

177. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Juni 1897 beobachteten Wasserstände.

| Datum | Berlin | | Spandau | | Potsdam | Brandenburg | | Rathenow | | Havelberg |
|-------|--------|--------|---------|--------|---------|-------------|--------|----------|--------|-----------|
| | Ober- | Unter- | Ober- | Unter- | | Ober- | Unter- | Ober- | Unter- | |
| | Wasser | Wasser | Wasser | Wasser | | Wasser | Wasser | Wasser | Wasser | |
| | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. |
| 1. | 32,26 | 30,66 | 2,44 | 1,06 | 1,36 | 2,20 | 1,92 | 1,84 | 1,52 | 3,70 |
| 2. | 32,28 | 30,66 | 2,42 | 1,04 | 1,35 | 2,20 | 1,92 | 1,86 | 1,52 | 3,62 |
| 3. | 32,28 | 30,66 | 2,41 | 1,04 | 1,35 | 2,18 | 1,92 | 1,84 | 1,52 | 3,54 |
| 4. | 32,26 | 30,66 | 2,40 | 1,04 | 1,34 | 2,16 | 1,92 | 1,84 | 1,52 | 3,44 |
| 5. | 32,26 | 30,64 | 2,38 | 1,02 | 1,33 | 2,16 | 1,92 | 1,84 | 1,50 | 3,34 |
| 6. | 32,24 | 30,64 | 2,36 | 1,02 | 1,32 | 2,26 | 1,82 | 1,84 | 1,50 | 3,22 |
| 7. | 32,24 | 30,62 | 2,36 | 1,00 | 1,32 | 2,28 | 1,82 | 1,84 | 1,50 | 3,08 |
| 8. | 32,22 | 30,60 | 2,36 | 0,94 | 1,30 | 2,16 | 1,82 | 1,78 | 1,48 | 2,96 |
| 9. | 32,26 | 30,58 | 2,40 | 0,94 | 1,28 | 2,16 | 1,82 | 1,78 | 1,48 | 2,88 |
| 10. | 32,26 | 30,58 | 2,38 | 0,92 | 1,26 | 2,16 | 1,82 | 1,74 | 1,44 | 2,78 |
| 11. | 32,26 | 30,56 | 2,36 | 0,92 | 1,25 | 2,14 | 1,80 | 1,74 | 1,44 | 2,70 |
| 12. | 32,28 | 30,56 | 2,35 | 0,90 | 1,23 | 2,14 | 1,80 | 1,72 | 1,42 | 2,64 |
| 13. | 32,28 | 30,56 | 2,34 | 0,88 | 1,20 | 2,16 | 1,80 | 1,74 | 1,40 | 2,60 |
| 14. | 32,28 | 30,58 | 2,35 | 0,84 | 1,19 | 2,10 | 1,78 | 1,74 | 1,40 | 2,56 |
| 15. | 32,26 | 30,56 | 2,38 | 0,88 | 1,18 | 2,06 | 1,74 | 1,72 | 1,40 | 2,50 |
| 16. | 32,28 | 30,58 | 2,36 | 0,86 | 1,17 | 2,06 | 1,72 | 1,70 | 1,36 | 2,46 |
| 17. | 32,28 | 30,54 | 2,34 | 0,87 | 1,16 | 2,06 | 1,72 | 1,70 | 1,36 | 2,42 |
| 18. | 32,30 | 30,56 | 2,30 | 0,85 | 1,15 | 2,04 | 1,68 | 1,68 | 1,34 | 2,38 |
| 19. | 32,28 | 30,64 | 2,32 | 0,82 | 1,14 | 2,04 | 1,68 | 1,68 | 1,34 | 2,34 |
| 20. | 32,26 | 30,62 | 2,34 | 0,84 | 1,12 | 2,10 | 1,62 | 1,66 | 1,34 | 2,28 |
| 21. | 32,28 | 30,58 | 2,34 | 0,77 | 1,12 | 2,02 | 1,64 | 1,64 | 1,32 | 2,24 |
| 22. | 32,26 | 30,60 | 2,36 | 0,80 | 1,12 | 2,02 | 1,62 | 1,64 | 1,30 | 2,20 |
| 23. | 32,28 | 30,62 | 2,36 | 0,78 | 1,12 | 2,04 | 1,62 | 1,62 | 1,30 | 2,18 |
| 24. | 32,28 | 30,60 | 2,36 | 0,82 | 1,10 | 2,04 | 1,60 | 1,60 | 1,28 | 2,14 |
| 25. | 32,28 | 30,62 | 2,34 | 0,81 | 1,10 | 2,04 | 1,58 | 1,58 | 1,24 | 2,12 |
| 26. | 32,28 | 30,60 | 2,30 | 0,78 | 1,10 | 2,04 | 1,56 | 1,56 | 1,22 | 2,08 |
| 27. | 32,28 | 30,60 | 2,30 | 0,76 | 1,09 | 2,08 | 1,54 | 1,56 | 1,22 | 2,06 |
| 28. | 32,30 | 30,58 | 2,30 | 0,74 | 1,08 | 2,06 | 1,52 | 1,54 | 1,20 | 2,02 |
| 29. | 32,30 | 30,62 | 2,30 | 0,74 | 1,07 | 2,04 | 1,50 | 1,52 | 1,18 | 2,00 |
| 30. | 32,30 | 30,60 | 2,29 | 0,76 | 1,06 | 2,04 | 1,50 | 1,50 | 1,16 | 1,96 |

Potsdam, den 3. August 1897.

Der Regierungspräsident.

178. Nachweisung des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat Juli 1897 in den Hauptmarkorten des Regierungs-Bezirks Potsdam.

| Laufende Nummer | Es
kosten
je 50
Kilogramm | Weeslow
für
Kreis
Storow | | Brandenburg
für
Brandenburg
und
Kreis
West-
havelland. | | Ludens-
walde
für
Kreis
Jüter-
bog-
Ludens-
walde. | | Berle-
berg
für
Kreis
Begnig. | | Pots-
dam
für
Pots-
dam
und
Kreis
Rang-
Belzig. | | Pren-
lau
für die
Kreise
Pren-
lau
und
Tampin. | | Neu-
Ruppin
für
Kreis
Ruppin. | | Schwedt
für
Kreis
Anger-
münde. | | Betzowall
für
Kreis
Ost-
Begnig. | | Bemerkungen. |
|-----------------|------------------------------------|-----------------------------------|-----|--|------|---|------|---|------|---|------|--|-----|---|-----|---|-----|--|-----|--------------|
| | | M. Pf. | | M. Pf. | | M. Pf. | | M. Pf. | | M. Pf. | | M. Pf. | | M. Pf. | | M. Pf. | | M. Pf. | | |
| | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | |
| 1 | Hafer | — | — | 7 39 | 7 57 | 7 13 | 7 80 | 6 59 | 7 20 | 7 21 | 6 83 | Für die Kreise Niederbarnim, Oberbarnim, Ost-
havelland u. Teltow, sowie
für die Stadt Spandau
gilt Berlin als Haupt-
markort. | | | | | | | | |
| 2 | Heu | — | — | 2 10 | 2 63 | 2 36 | 2 36 | 2 63 | — | 2 55 | 2 36 | | | | | | | | | |
| 3 | Richtstroh | 1 75 | — | 1 95 | 2 28 | 1 89 | 2 67 | 3 15 | — | 2 35 | 2 10 | | | | | | | | | |

Potsdam, den 10. August 1897.

Der Regierungspräsident.

| Laufende Nummer | Namen der Städte | I. A. Getreide. | | | | I. B. U e b r i g e M a r k t . | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|----------------------------|------------------|-----------------|--------|--------|-------|---------------------------------|----------------------|--------|--------------------------|----------------------|--------|-------------|--------|--------|-----|---------------|---------------|----------|----------------|----|-----|----|-----|-----|-----|----|-----|-----|-----|
| | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Hülfsenfrüchte. | | | Erfen (gelbe zum Kochen) | Speisebohnen (weiße) | Linsen | Erbfarnfeln | Stroh. | | Heu | Fleisch. | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | Erbsen (gelbe zum Kochen) | Speisebohnen (weiße) | Linsen | | | | | Richt- | Stumm- | | im Großhandel | Rind- | | im Kleinhandel | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | von der Keule | vom Band | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | | |
| 1 | Angermünde | 15 | 76 | 11 | 89 | 13 | 13 | 13 | 85 | 25 | — | 27 | — | 34 | — | 6 | — | 4 | 67 | 3 | 14 | 4 | 20 | 115 | — | 1 | 30 | 115 | |
| 2 | Beeskow | — | — | 11 | 50 | — | — | — | — | 22 | 50 | 27 | 50 | 45 | — | 4 | — | 3 | 25 | — | — | — | — | 95 | — | 1 | 20 | 1 | |
| 3 | Brandenburg | 15 | 06 | 11 | 30 | 11 | 06 | 13 | 29 | 21 | — | 24 | — | 32 | 50 | 6 | 50 | 3 | 52 | — | — | — | 3 | 75 | 84 | 1 | 40 | 110 | |
| 4 | Dahme | 16 | 08 | 11 | 31 | 11 | 42 | 14 | — | 24 | — | 30 | — | 35 | — | 4 | — | 3 | 50 | 2 | — | — | 6 | — | 95 | 1 | 20 | 1 | |
| 5 | Eberswalde | 15 | 88 | 11 | 68 | 12 | 52 | 13 | 66 | 21 | — | 23 | — | 27 | 89 | 5 | 89 | 5 | — | — | — | — | 5 | — | 96 | 1 | 30 | 120 | |
| 6 | Favelberg | 15 | 43 | 11 | 12 | 12 | 50 | 14 | 17 | 27 | — | 33 | — | 34 | — | 6 | 06 | 3 | — | — | — | — | 3 | 86 | 105 | 1 | 20 | 1 | |
| 7 | Jüterbog | 14 | 93 | 11 | 10 | 12 | 50 | 13 | 77 | 24 | — | 24 | — | 25 | — | 6 | — | 4 | — | — | — | — | 5 | 11 | 100 | 1 | 40 | 120 | |
| 8 | Ludenwalde | 13 | 88 | 11 | 49 | 12 | 86 | 13 | 46 | 35 | — | 35 | — | 45 | — | 5 | 50 | 4 | 17 | — | — | — | 4 | 50 | 116 | 1 | 20 | 120 | |
| 9 | Perleberg | 15 | 67 | 11 | 18 | 11 | — | 13 | 58 | 16 | 50 | 28 | 50 | 27 | — | 5 | 25 | 3 | 55 | — | — | — | 4 | 38 | 120 | 1 | 35 | 110 | |
| 10 | Potsdam | — | — | 11 | 65 | — | — | 14 | 18 | — | — | — | — | — | — | 5 | 90 | 4 | 62 | — | — | — | 4 | 20 | 98 | 78 | 1 | 45 | 130 |
| 11 | Prenslau | 14 | 74 | 11 | 85 | 11 | — | 12 | 24 | 21 | 50 | 24 | 50 | 36 | — | 7 | — | 5 | 50 | 2 | 25 | — | 3 | 75 | 95 | 1 | 30 | 95 | |
| 12 | Prignitz | 15 | 88 | 10 | 90 | 13 | 38 | 12 | 38 | 13 | 50 | 24 | — | 30 | — | 5 | 57 | 3 | 75 | 2 | 75 | — | 4 | 25 | — | 1 | 40 | 120 | |
| 13 | Rathenow | 14 | 75 | 11 | 32 | 12 | 50 | 13 | 25 | 25 | 50 | 27 | — | 33 | 67 | 5 | 58 | 2 | 97 | — | — | — | 3 | 25 | 100 | 1 | 30 | 115 | |
| 14 | Ren-Appin | — | — | — | — | 14 | — | 13 | 63 | 35 | — | 35 | — | 45 | — | 6 | 11 | — | — | — | — | — | — | 106 | — | 1 | 35 | 115 | |
| 15 | Schwedt | 16 | 10 | 11 | 80 | 14 | 40 | 13 | 73 | 26 | 66 | 31 | 25 | 37 | 50 | 6 | 06 | 4 | 49 | — | — | — | 4 | 87 | 110 | 1 | 40 | 120 | |
| 16 | Spandau | 16 | 25 | 12 | 50 | 12 | — | 14 | — | 25 | 75 | 33 | 50 | 35 | 50 | 12 | 25 | 3 | 88 | 3 | 50 | — | 5 | 50 | — | 1 | 60 | 120 | |
| 17 | Strausberg | 15 | 40 | 12 | 04 | 12 | 10 | 13 | 16 | 23 | 60 | 32 | 10 | 38 | 20 | 4 | — | 4 | — | 2 | 50 | — | 4 | 20 | 90 | 1 | 50 | 110 | |
| 18 | Teltow | — | — | 11 | 06 | 13 | 50 | 14 | 11 | 32 | 50 | 39 | — | 45 | — | 4 | 25 | 4 | 75 | 3 | — | — | 4 | 50 | 110 | 1 | 55 | 110 | |
| 19 | Templin | 16 | 50 | 13 | 50 | 14 | 50 | 14 | 50 | 21 | — | 30 | — | 40 | — | 5 | — | 5 | — | 4 | — | — | 5 | — | 100 | 1 | 20 | 1 | |
| 20 | Treuenbriezen | 14 | 70 | 11 | 56 | — | — | 13 | 19 | — | — | — | — | — | — | 4 | 50 | 3 | — | — | — | — | 4 | 08 | — | 1 | 40 | 120 | |
| 21 | Wittstock | 17 | — | 11 | 40 | 15 | — | 14 | — | 20 | — | 40 | — | 50 | — | 5 | 65 | 4 | — | 2 | 67 | — | 4 | — | 95 | 1 | 09 | 92 | |
| 22 | Wriezen a. D. | 15 | 10 | 11 | 44 | 13 | 50 | 13 | 41 | 22 | 50 | 24 | — | 25 | — | 5 | 90 | 4 | 20 | 3 | 20 | — | 3 | 85 | 100 | 1 | 30 | 120 | |
| Durchschnitt | | 15 | 51 | 11 | 57 | 12 | 78 | 13 | 60 | — | — | — | — | — | — | 5 | 77 | 4 | 04 | — | — | — | 4 | 41 | 101 | 62 | — | — | |

Potsdam, den 10. Auguß. 1897.

Potsdam, den 10. August 1897.

Polizeiverordnung.

180. Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird gemäß §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 unter Zustimmung des Bezirksausschusses folgende, die Hochspannungsanlage des Electricitätswerkes Oberspree betreffende Polizeiverordnung für den Umfang der Kreise Teltow und Niederbarnim erlassen:

§ 1. Der Betrieb des Electricitätswerkes Oberspree unterliegt wegen der zur Anwendung kommenden hohen Spannung zum Schutze des Publikums und der Anlage den nachfolgenden Vorschriften.

§ 2. Arbeiten und Berrichtungen an der Anlage und jedem einzelnen Theile derselben dürfen nur durch Beauftragte der Electricitäts-Gesellschaft vorgenommen werden.

§ 3. Es ist verboten, die Leitungen zu besaßen oder mit irgend welchen Gegenständen zu behängen, oder in irgend einer anderen Weise zu berühren.

Inbesondere ist es auch verboten, Fahnen oder sonstige Gegenstände an Gebäuden, Masten oder Bäumen derart anzubringen, daß die Leitungen berührt werden können.

Bei Arbeiten in der Nähe der Leitungen haben die Arbeiter solche Vorsicht anzuwenden, daß eine Berührung auch nicht mit den Werkzeugen oder sonstigen Geräthen erfolgt.

Vor Beginn der Arbeit sind ausreichende Vorkehrungen zu treffen, daß auch nicht durch fallende Bäume, Äste oder sonstige Gegenstände eine Berührung stattfindet.

§ 4. Selbst im Falle von Betriebsstörungen oder Beschädigungen bleibt jede Berührung untersagt, viel-

Preise im Monat Juli 1897.

| I. Waaren. | | | | | | | | | | II. Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats. | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|------------|---------|---------|----------------------------------|-----------|-------------------|--------------------------------------|---------|----------|---------|---|------------|---------|-----------------------|----------------------|---------------------------------------|------------|----------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|--|--|--|
| Fleisch. | | | Geräucherter Speck
(hieriger) | Eggbutter | Eier | Mehl zur
Speisebe-
reitung aus | | Gersten- | | Buchweizengröße | Hafengröße | Hirse | Reis, Java, mittlerer | Kaffee | | Speisefalz | Schweinefleisch, fleißiges | | | | | | | | | | |
| Schweine- | Kalb- | Lamm- | | | | Weizen | Roggen | Grande | Größe | | | | | Java mittlerer (roh) | Java gelb (in ge-
brannten Bohnen) | | | | | | | | | | | | |
| loftet | | | | | 1 Echl.
60 St. | Es kostet je 1 Kilogramm. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | | | |
| 1 20 | 1 25 | 1 15 | 1 48 | 2 30 | 3 40 | 30 | 25 | 45 | 30 | 40 | 45 | 40 | 55 | 2 70 | 3 40 | 20 | 1 40 | | | | | | | | | | |
| 1 10 | 95 | 1 20 | 1 60 | 2 32 | 2 90 | 40 | 20 | 50 | 40 | 35 | 60 | 40 | 60 | 2 40 | 3 40 | 20 | 1 30 | | | | | | | | | | |
| 1 15 | 1 20 | 1 30 | 1 40 | 2 05 | 3 98 | 30 | 25 | 50 | 50 | 50 | 50 | 50 | 50 | 2 60 | 3 60 | 20 | 1 30 | | | | | | | | | | |
| 1 20 | 80 | 1 20 | 1 60 | 2 | 2 80 | 30 | 20 | 40 | 50 | 40 | 60 | 40 | 55 | 2 50 | 3 40 | 20 | 1 40 | | | | | | | | | | |
| 1 30 | 1 30 | 1 30 | 1 40 | 2 20 | 3 64 | 26 | 24 | 40 | 40 | 40 | 50 | 40 | 50 | 2 50 | 3 20 | 20 | 1 40 | | | | | | | | | | |
| 1 16 | 1 25 | 1 20 | 1 38 | 2 20 | 3 17 | 30 | 23 | 40 | 38 | 45 | 45 | 42 | 51 | 2 60 | 3 40 | 20 | 1 40 | | | | | | | | | | |
| 1 19 | 1 10 | 1 30 | 1 40 | 2 20 | 3 20 | 28 | 19 | 50 | 50 | 50 | 50 | 40 | 40 | 2 80 | 3 60 | 20 | 1 40 | | | | | | | | | | |
| 1 10 | 1 | 1 20 | 1 50 | 1 10 | 3 40 | 27 | 19 | 50 | 50 | 50 | 60 | 35 | 60 | 2 20 | 3 60 | 20 | 1 30 | | | | | | | | | | |
| 1 20 | 1 20 | 1 20 | 1 60 | 1 89 | 2 81 | 27 | 20 | 35 | 27 | 35 | 43 | 38 | 43 | 2 65 | 3 45 | 19 | 1 60 | | | | | | | | | | |
| 1 45 | 1 30 | 1 30 | 1 60 | 2 12 | 2 92 | 38 | 28 | 50 | 50 | 40 | 45 | 45 | 55 | 2 70 | 3 50 | 20 | 1 40 | | | | | | | | | | |
| 1 10 | 1 05 | 1 15 | 1 30 | 2 | 3 41 | 31 | 23 | 45 | 40 | 43 | 55 | 43 | 50 | 2 45 | 3 20 | 20 | 1 30 | | | | | | | | | | |
| 1 10 | 1 30 | 1 10 | 1 70 | 1 94 | 2 86 | 25 | 20 | 40 | 40 | 40 | 50 | 40 | 45 | 2 60 | 3 60 | 20 | 1 80 | | | | | | | | | | |
| 1 18 | 1 10 | 1 30 | 1 47 | 2 20 | 3 49 | 30 | 24 | 40 | 40 | 50 | 50 | 40 | 50 | 2 60 | 3 60 | 20 | 1 40 | | | | | | | | | | |
| 1 30 | 1 20 | 1 20 | 1 50 | 2 18 | 3 72 | 28 | 22 | 45 | 40 | 50 | 50 | 50 | 60 | 3 | 4 | 20 | 1 60 | | | | | | | | | | |
| 1 20 | 1 | 1 20 | 1 58 | 2 22 | 3 56 | 25 | 20 | 50 | 30 | 40 | 50 | 50 | 60 | 2 80 | 3 60 | 20 | 1 60 | | | | | | | | | | |
| 1 40 | 1 40 | 1 40 | 1 80 | 2 25 | 4 20 | 38 | 32 | 48 | 40 | 45 | 45 | 45 | 58 | 2 68 | 3 05 | 20 | 1 40 | | | | | | | | | | |
| 1 40 | 1 20 | 1 20 | 1 60 | 2 40 | 3 20 | 30 | 21 | 50 | 40 | 40 | 50 | 40 | 60 | 2 80 | 3 60 | 20 | 1 60 | | | | | | | | | | |
| 1 30 | 1 50 | 1 30 | 1 55 | 2 10 | 4 | 30 | 20 | 50 | 40 | 50 | 60 | 60 | 60 | 2 50 | 2 70 | 20 | 1 15 | | | | | | | | | | |
| 1 20 | 1 | 1 20 | 1 60 | 2 20 | 4 | 30 | 25 | 50 | 60 | 50 | 50 | 50 | 50 | 2 30 | 3 | 20 | 1 60 | | | | | | | | | | |
| 1 20 | 1 | 1 20 | 1 60 | 1 80 | 3 | 30 | 24 | 40 | | 40 | 50 | 30 | 50 | 2 60 | 3 40 | 20 | 1 60 | | | | | | | | | | |
| 1 12 | 1 03 | 1 07 | 1 41 | 2 03 | 2 94 | 25 | 18 | 45 | 25 | 38 | 45 | 40 | 45 | 2 20 | 2 70 | 20 | 1 45 | | | | | | | | | | |
| 1 20 | 1 20 | 1 20 | 1 40 | 2 20 | 3 36 | 38 | 28 | 43 | 33 | 40 | 38 | 43 | 43 | 2 40 | 3 | 20 | 1 20 | | | | | | | | | | |

Der Regierungspräsident.

mehr ist Meldung an die Betriebsleitung oder den nächsten Amtsvorsteher bzw. Polizeiverwalter zu erstatten, und die Betriebsleitung zur sofortigen Beseitigung jeder Gefahr verpflichtet.

§ 5. Das Betreten der Betriebs- und Transformatorräume ohne besondere Erlaubnis der Betriebsleitung ist verboten.

§ 6. Die Gesellschaft ist verpflichtet, zum Schutze des Publikums ausreichende Einrichtungen (Gangnege, selbstthätige Verschlüsse an Transformatorenbehältern, Warnungsvorrichtungen u. s. w.) zu treffen und die eigenen Einrichtungen ebenso wie die behördlich angeordneten dauernd in gutem zweckentsprechenden Zustande zu erhalten, auch alle Schutzvorschriften, unter denen die Hochspannungsanlage polizeilich zugelassen ist, genau zu beachten.

§ 7. Alle eine Starckstromleitung tragenden Gerüste sind Seitens der Gesellschaft mit einem Ringanstrich von 0,75 m Höhe von weißer Farbe in etwa 2,5 m Höhe über Terrain und die Leitungsträger für Hochspannungsleitungen außerdem mit der deutlichen Aufschrift: „Vorsicht! Hochspannungsleitung!“ zu versehen.

§ 8. Diese Polizei-Verordnung ist von der Gesellschaft an jedem Betriebsgebäude und Transformatorenbehälter des Werkes deutlich sichtbar anzubringen.

§ 9. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden, soweit nicht nach sonstigen gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 60 Mark, im Unvermögensfalle mit verhältnismäßiger Haft bestraft.

Potsdam, den 7. August 1897.

Der Regierungspräsident.

V i e h f e u e r e n .**181. Ausgebrochen:**

a. Milzbrand. Kreis Osthavelland: auf dem Gehöft des Bauern Bathe in Falkenhagen. Kreis Westprignitz: eine Färse der verw. Bauer Guhl in Lütkenwisch an Milzbrand verendet. Kreis Prenzlau: bei einem Kalb des Dominiums Neuensund.

b. Brustseuche: unter den Remonten (Jahrgang 1897) des Husaren-Regiments von Zieten (Brandenburgisches) Nr. 3 und der 3. und 5. Eskadron Regiments der Garde du Corps. Kreis Ruppın: bei einem Pferde des Bauern Wegener in Dabergog. Kreis Prenzlau: bei einem Pferde des Hauptmanns Fromme in Prenzlau.

c. Räude. Kreis Westhavelland: unter dem Pferdebestande des Stellmachers Jernikow in Rathenow.

Erloschen:

a. Lungenseuche. Kreis Osthavelland: in der Ortschaft Wernig gänzlich.

b. Milzbrand: auf dem Dominium Göritz des Kreises Prenzlau.

Potsdam, den 10. August 1897.

Der Regierungspräsident.

**Bekanntmachungen des Königlichen
Polizei-Präsidenten zu Berlin.****Bekanntmachung.**

53. Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, der Straße 17 der Abtheilung II. des Bebauungsplans der Umgebungen Berlins den Namen „Lehniner-Straße“, der Straße 18 derselben Abtheilung den Namen „Sibold-Straße“, der Straße 20 derselben Abtheilung den Namen „Jüterbog-Straße“, der Straße 21 derselben Abtheilung den Namen „Friesen-Straße“, der Straße 20a. der Abtheilung III. des Bebauungsplans den Namen „Baugener-Straße“, der Straße 16a. der Abtheilung VIII. des Bebauungsplans den Namen „Vogenhagen-Straße“, der Straße 86c. der Abtheilung IX. des Bebauungsplans den Namen „Watt-Straße“, dem Plage B. einschließlich der Straße 4a. der Abtheilung X. des Bebauungsplans den Namen „Sparr-Platz“, der Straße 7 derselben Abtheilung den Namen „Sprengel-Straße“, der Straße 10b. derselben Abtheilung den Namen „Sylter-Straße“, der Straße 12 derselben Abtheilung den Namen „Föhler-Straße“, der sogenannten Sandstraße in der Abtheilung X. des Bebauungsplans den Namen „Drontheimer-Straße“, dem Plage D. in der Abtheilung XII. des Bebauungsplans den Namen „Helmholz-Platz“, der Straße 30 derselben Abtheilung den Namen „Immanuelkirch-Straße“, der Straße 31 der Abtheilung XIII. des Bebauungsplans den Namen „Bardeleben-Straße“, der Straße 41a. der Abtheilung XIII. des Bebauungsplans den Namen „Edert-Straße“, der Straße 42 derselben Abtheilung den Namen „Kochhann-Straße“, der Straße 43 derselben Abtheilung den Namen „Straßmann-Straße“, dem Plage M. einschließlich der Straße 44a. derselben Abtheilung den Namen „Petersburger-Platz“, der Straße 42 der Ab-

theilung XIV. des Bebauungsplans den Namen „Böbifer-Straße“, der Verlängerung der Gormann-Straße von der Linien- bis zur Zehdenicker-Straße den Namen „Gormann-Straße“ und endlich dem bisher „Lohmühlen-Weg“ benannten Straßenzuge in der Abtheilung I. des Bebauungsplans den Namen „Lohmühlen-Straße“ beizulegen. Berlin, den 4. August 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung des Post-Zeitungsamts.**Bekanntmachung.**

9. Zum Reichsgesetzblatt wird Mitte August ein im amtlichen Auftrage herausgegebenes Haupt-Sachregister erscheinen, welches die Jahrgänge 1867 bis 1896 des Bundes- bezw. Reichsgesetzblatts gemeinsam umfaßt. Dasselbe kann zum Preise von 2 M. 40 Pf. für das Exemplar durch Vermittelung der Postanstalten des Reichs-Postgebiets von dem unterzeichneten Zeitungsamte bezogen werden. Bestellungen auf das Register werden von den bezeichneten Postanstalten schon jetzt angenommen. Berlin W., 29. Juli 1897.

Kaiserliches Post-Zeitungsamt.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen
Ober-Postdirektion zu Berlin.****Bekanntmachung.**

56. Der Fernsprechverkehr mit Apennarbe ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt 1 Mark.

Berlin C., 3. August 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Geheimer Ober-Postrath Griesbach.

Bekanntmachung.

57. Der Fernsprechverkehr mit den Orten Gleiwitz, Rattowitz und Myslowitz ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt je eine Mark.

Berlin C., 7. August 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,

Geheimrath Ober-Postrath Griesbach.

**Bekanntmachungen der Königlichen
Kontrolle der Staatspapiere.****Bekanntmachung.**

43. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-G. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-G. S. 157) wird bekannt gemacht, daß A. dem Eisenbahn-Zugführer a. D. Heinrich Herkenhöner in Köln-Nippes, Sechzigstraße Nr. 38 wohnhaft, die Schuldverschreibungen der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1880

Lit. D. Nr. 144772 über 500 M. und

Lit. E. Nr. 120319 über 300 M.

angeblich verloren gegangen sind;

B. in dem Nachlasse des zu Münchrode bei Freyburg a. L. verstorbenen Landwirths Friedrich Hünze die Schuldverschreibungen der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1882

Lit. E. Nr. 561684 und 577757 über je 300 M. angeblich vermißt werden.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder zu A. Herrn Herkenhöner, zu B. Herrn Rechtsanwalt Rothenbach in Naumburg (Saale)

anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 3. August 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

44. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß

A. die zu dem Vermögen des entmündigten Christian Dethleffen in Klaus gehörigen Schuldschreibungen der konsolidirten 4prozentigen Staatsanleihe von 1881 Lit. A. № 53602 über 5000 M.,
 = 1882 - A. № 74167 = 5000 =
 = 1882 - B. № 139074 = 2000 =
 = 1885 - C. № 676573 = 1000 =

B. die zu der von dem weiland Schiffscapitain Erich Klingius in Flensburg durch Testament vom 25. Februar 1860 angeordnete Familienstiftung gehörigen Schuldschreibungen der konsolidirten 3 1/2 %igen Staatsanleihe

von 1885 Lit. F. № 12379 über 200 M.,
 = 1886 - E. № 47697 = 300 =
 = 1887 1888 Lit. D. № 162401 und 162402 über je 500 M.,

von 1887 1888 Lit. F. № 64313 über 200 M., angeblich gestohlen worden sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Königlichen Amtsgericht, Abtheilung II., in Flensburg anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 3. August 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

45. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß die der Kirchengemeinde Krimpe (Mansfelder Seefreis) gehörige Schuldschreibung der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe von 1884

Lit. H. № 98676 über 150 M.

angeblich im Jahre 1896 verbrannt ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Gemeindefkirchenrath zu Krimpe anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Auf-

gebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 3. August 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

46. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Metzgermeister Josef Großmann zu Düsseldorf, Thalstraße 3, die Schuldschreibung der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe von 1884

Lit. C. № 501969 über 1000 M.

angeblich abhanden gekommen ist.

Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Herrn Großmann anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 5. August 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

47. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der emer. Lehrerin Frau Lamm in Königsberg (Neumark) die Schuldschreibung der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe von 1880

Lit. F. № 119133 über 200 M.

angeblich abhanden gekommen ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der Frau Lamm anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 6. August 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

48. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der vermittelten Frau Postsekretär Bertha Henk in Magdeburg, Steffansbrücke 34, die Schuldschreibungen der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe von 1885

Lit. E. № 1058998 und 1058999 über je 300 M.

angeblich abhanden gekommen sind. Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der Frau Henk anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 6. August 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

5. Alle bisherigen Wahrnehmungen lassen darauf schließen, daß im kommenden Herbst ein sehr starker Güterverkehr zu erwarten ist. Wir ersuchen daher alle Betheiligten, namentlich die Inhaber von Fabriken u. s. w., sowohl im eigenen wie im allgemeinen Interesse, die Eisenbahnverwaltungen in dem Bestreben, einer übermäßigen Steigerung des Bedarfs an Wagen im Herbst vorzubeugen, dadurch zu unterstützen, daß sie, wenn irgend thunlich, mit dem Bezuge der für den Winter erforderlichen Materialien wie Kohlen, Kokes u. s. w. möglichst bald zu beginnen, und dadurch an der Herbeiführung einer gleichmäßigeren Vertheilung des Güterverkehrs mitwirken.

Bromberg, den 4. August 1897.

Königliche Eisenbahndirektion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Bekanntmachung.

27. Auf Grund des § 2 Nr. 4 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 hat der Kreis-Ausschuß des Kreises Prenzlau in seiner Sitzung vom 25. Juni d. J. beschloffen,

daß in Wiltsdorf, Kreis Prenzlau, belegene, im Grundbuche dieses Ortes Band I. Nr. 4 verzeichnete früher Stark'sche, jetzt dem Rittergutsbesitzer von Holzendorf gehörige Speichergrundstück nebst ungetrenntem Hofraum (Artikel 24, Kartenblatt 1 Nr. 89 der Grundsteuermutterrolle) von dem Gemeindebezirk Briesig, zu welchem dasselbe bisher gehörte, abzugeben und mit dem Gutsbezirk Wiltsdorf zu vereinigen.

Prenzlau, den 6. August 1897.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Prenzlau.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Polizei-Verordnung

über Einführung einer allgemeinen Vieh- und Fleisch-Schau.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Ges.-S. 265) und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Ges.-S. 195) wird unter Zustimmung des Gemeinde-Vorstandes für den Umfang des Stadtkreises Charlottenburg folgende Polizei-Verordnung erlassen:

§ 1. Wer zum Zwecke der entgeltlichen oder unentgeltlichen Veräußerung des Fleisches in rohem oder verarbeitetem Zustande Rindvieh, Kälber, Schweine, Schafe, Lämmer, Ziegen schlachtet oder schlachten läßt, ist verpflichtet, sowohl vor dem Schlachten das Schlachtvieh auf seinen Gesundheitszustand als auch nach dem Schlachten das ausgeschlachtete Fleisch auf seine Beschaffenheit als Nahrungsmittel für Menschen durch einen „amtlich zugelassenen“ Fleischbeschauer (§ 2) untersuchen zu lassen.

Erst nachdem das ausgeschlachtete Fleisch vom Fleischbeschauer als gesund und tauglich bescheinigt

(§§ 9 und 10) und abgestempelt ist, darf dasselbe veräußert oder zum Zwecke der Veräußerung zerlegt werden.

In welcher Weise die Abstempelung zu erfolgen hat, wird durch die Anweisung für die öffentlichen Fleischbeschauer vom heutigen Tage bestimmt.

§ 2. Nur die nach Maßgabe der Vorschriften dieser Anweisung amtlich zugelassenen Fleischbeschauer sind zuständig, die nach dieser Verordnung vorgeschriebenen Untersuchungen mit rechtlicher Wirkung vorzunehmen.

§ 3. Jeder der Vieh (§ 1) schlachtet oder schlachten lassen will, hat dasselbe innerhalb der von dem hiesigen Magistrat näher zu bestimmenden Stunden an der von dieser Behörde bekannt zu gebenden Amtsstelle anzumelden. Bei der Anmeldung ist die Stunde genau anzugeben, in welcher das Schlachten erfolgen soll.

§ 4. Für das zum eigenen Verbrauch geschlachtete Vieh findet ein Untersuchungszwang (§ 1) nur dann statt, wenn im Falle des Ausbruchs von Seuchen oder Epidemien die Polizei-Direction solches ausdrücklich in ortsüblicher Weise vorher bekannt gemacht hat.

§ 5. Die Vorschriften der §§ 1 und 2 finden auf das von auswärts eingeführte frische Fleisch mit der Maßgabe Anwendung, daß die Untersuchung vor dem Schlachten durch Beibringung einer Bescheinigung der Ortspolizei-Behörde oder eines Thierarztes darüber, daß das, näher zu bezeichnende, Stück Vieh zur Zeit des Schlachtens gesund gewesen ist, ersetzt wird.

Die Einführung frischen Fleisches von auswärts darf nur in den von dem hiesigen Magistrat zu bestimmenden Stunden stattfinden.

§ 6. Frisches Fleisch, welches von dem Zentral-Vieh- und Schlachthofe der Stadt Berlin unmittelbar eingeführt wird und dort abgestempelt ist, unterliegt in Charlottenburg einer erneuten Untersuchung nicht. Alles übrige hierorts zum Verkauf gelangende Fleisch insbesondere auch das von den Berliner Markthallen eingeführte muß einer nochmaligen Untersuchung unterzogen werden.

§ 7. Die Vorschrift des § 5 findet auf das lediglich zum eigenen Verbrauch von auswärts bezogene frische Fleisch keine Anwendung.

§ 8. Die Entscheidung darüber, ob Fleisch untauglich, d. h. für den Verkauf unzulässig ist, steht dem Fleischbeschauer zu. Will der Besitzer des Fleisches sich bei der Entscheidung des Fleischbeschauers nicht beruhigen, so steht es ihm zu, auf seine Kosten binnen 24 Stunden die endgültige Entscheidung durch den Kreis-Thierarzt herbeizuführen. Er muß jedoch seine dahin gehende Absicht binnen längstens 4 Stunden nach Empfangnahme der Entscheidung des Fleischbeschauers kund thun.

§ 9. Wer den Verkauf von Fleisch oder Fleischwaren gewerbsmäßig oder an öffentlichen Orten betreibt, hat ein Schlachtbuch nach beigefügtem Muster zu führen. Nachdem der Verkäufer die Spalten 1—4

ausgefüllt hat, sind die Spalten 5 und 6 von dem Fleischbeschauer auszufüllen. Die Schlachtbücher sind ein Jahr lang nach der letzten Eintragung aufzubewahren.

§ 10. Bei Nichtgewerbetreibenden kann unter Beobachtung der Vorschriften des § 9 das Schlachtbuch durch Einzelbescheinigung ersetzt werden. Solche Bescheinigungen sind gleichfalls ein Jahr lang aufzubewahren.

§ 11. Schlachtbuch (§ 9) und Bescheinigungen (§§ 10, 13) sind auf Verlangen den Polizeikamern vorzulegen oder der Polizei-Direction einzureichen.

§ 12. Wer den Verkauf von Fleisch oder Fleischwaaren gewerbsmäßig oder an öffentlichen Orten betreibt, ist verbunden, dem Fleischbeschauer auf Verlangen jederzeit den gesammten Vorrath zur Beschau zu unterbreiten.

§ 13. Das Fleisch nothgeschlachteter (d. h. zur Zeit der Schlachtung kranker oder erheblich verletzter)

Thiere darf als Nahrungsmittel nur verwendet werden, wenn der Kreis-Thierarzt schriftlich begutachtet, daß das Fleisch zum Genuß für Menschen noch tauglich ist. Die Bescheinigung ist ein Jahr lang aufzubewahren.

§ 14. Durch die vorstehenden Bestimmungen werden die Vorschriften der Provinzial-Polizei-Verordnung vom 2. 10. 1890 nicht berührt.

§ 15. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden, sofern nicht nach den Vorschriften des Strafgesetzbuchs eine härtere Strafe verwirkt ist, mit Geldbuße von 5 bis zu 30 Mark bestraft. An Stelle der Geldbuße tritt im Unvermögensfalle entsprechende Haftstrafe.

§ 16. Die Verordnung tritt am 1. Juli 1897 in Kraft. Charlottenburg, den 28. Juni 1897.

Die Polizei-Direction.

| Rfd.
Nr. | Tag des
Schlachtens. | Bezeichnung
des zu schlachtenden Stückes
Vieh nach Klasse, Geschlecht,
Farbe. | Angabe
des Bezugs-Ortes
sowie des
Verkäufers. | Zeit der
Untersuchung. | Zeugniß des Fleisch-
beschauers über das
Ergebniß der Unter-
suchung. | Ge-
bühren
Mk. Pf. | | Revisions-
vermerk der
Polizei-
Behörde. |
|-------------|-------------------------|--|--|---------------------------|--|--------------------------|----|---|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | 7. | 8. | 9. |
| | | | | | | | | |

Vorschrift

für die öffentlichen Fleischbeschauer.

§ 1. Nur solche Personen dürfen innerhalb des Geltungsgebietes der Polizei-Verordnung über Einführung einer allgemeinen Vieh- und Fleischschau vom heutigen Tage die Thätigkeit eines öffentlichen Fleischbeschauers ausüben, welche nach Maßgabe der nachstehenden Vorschriften amtlich zugelassen sind:

§ 2. Die Zahl der amtlich zugelassenen Fleischbeschauer wird vom Magistrat im Einverständniß mit der Königl. Polizei-Direction nach Bedürfniß festgesetzt.

§ 3. Ohne Prüfung können als Fleischbeschauer zugelassen werden:

- die beamteten Thierärzte,
- diejenigen Thierärzte, welche die Prüfung nach der Bekanntmachung vom 27. März 1878 (Centralblatt für das deutsche Reich (S. 160)) und dem Reglement vom 25. September 1869 (Bundesgesetz-Vl. S. 635) bestanden, oder vor dieser Zeit in Berlin ihre Approbation, oder in Hannover die Befähigung zur Abgabe von Gutachten in gerichtlichen und polizeilichen Fällen erlangt haben.

§ 4. Andere — unbescholtene und zuverlässige — Personen müssen, um als öffentliche Fleischbeschauer zu-

gelassen zu werden, ihre Befähigung durch Beibringung eines von dem Departements-Thierarzt ausgestellten Zeugnisses darthun.

In dem Zeugniß muß amtlich bescheinigt sein, daß der Aussteller auf Grund der vorgenommenen Prüfung die Ueberzeugung gewonnen hat, daß der Geprüfte folgende Kenntnisse besitzt:

- Kenntniß der einschlägigen Gesetze, Verordnungen und Anweisungen,
- Kenntniß der einzelnen Körperteile der Schlachtthiere und ihre Benennung,
- Kenntniß der Gesundheitszeichen der Schlachtthiere im lebenden und geschlachteten Zustande,
- Kenntniß der hauptsächlichsten Merkmale kranker Schlachtthiere im lebenden und todtten Zustande und der Merkmale der verdorbenen Fleischwaaren,
- Kenntniß der Zeichen der wichtigeren ansteckenden Thierkrankheiten, insbesondere der Tollwuth, des Milzbrandes, der Lungenseuche, des Rothlaufs der Schweine, der Maul- und Klauenseuche, der Tuberculose (Verfuchst) u. s. w.

Vor Beginn der Prüfung hat der Prüfling durch eine Bescheinigung des Vorstehers nachzuweisen, daß er mindestens 6 Wochen in einem öffentlichen Schlachthause mit Erfolg beschäftigt gewesen ist.

§ 5. Die amtliche Zulassung eines Fleischbeschauers

erfolgt auf Antrag des Magistrats durch die von der Polizei-Direktion kostenfrei unter Vorbehalt des Widerrufs zu ertheilende Bestallung.

§ 6. Bei Aushändigung der Bestallung wird der Zugelassene durch Handschlag an Eidesstatt zur gewissenhaften Erfüllung der als öffentlicher Fleischbeschauer ihm obliegenden Verpflichtungen protokolllarisch verpflichtet. Jede Zulassung eines Fleischbeschauers wird unter Angabe seines Namens und seiner Wohnung öffentlich bekannt gemacht.

§ 7. Mit Ausnahme der im § 3 bezeichneten haben alle amtlich zugelassenen Fleischbeschauer auf Verlangen der Polizei-Direktion sich zu einer von dieser bezeichneten Zeit und vor einem von ihr bestimmten Fachmann einer Wiederholungsprüfung nach § 4 zu unterwerfen.

§ 8. Die Zulassung verliert ihre Gültigkeit sobald sie widerrufen wird. Der Widerruf erfolgt ohne förmliches Verfahren und wird öffentlich bekannt gemacht.

Insbepondere wird die Zulassung widerrufen:

- a. sobald der Fleischbeschauer seinen Wohnsitz außerhalb Charlottenburg's verlegt,
- b. wenn dem Fleischbeschauer Fahrlässigkeit in der Untersuchung oder allgemeine Unzuverlässigkeit nachgewiesen wird,
- c. wenn er ihm übertragene Untersuchungen unentschuldigst unterläßt, ohne Grund perweigert oder ungebührlich verzögert,
- d. wenn er sein Amt niederlegt.

Der zugelassene Fleischbeschauer hat der Polizei-Direktion jede Veränderung seiner Wohnung ungekündigt anzuzeigen. Wenn er sein Amt niederlegen will, hat er dies mindestens 6 Wochen vorher anzuzeigen.

§ 9. Die Beschaffung der zu den Untersuchungen notwendigen Geräthe mit Ausnahme der Stempel (§§ 15 und 16) bleibt den Fleischbeschauern überlassen. Die von ihnen zu benutzenden Mikroskope müssen jedoch so beschaffen sein, daß sie eine mindestens fünfzigfache Linearvergrößerung bei vollkommen scharf und deutlich wahrnehmbaren Bildern der beobachteten Gegenstände gestatten.

§ 10. Die Fleischbeschauer sind dem Leiter der Fleischschau — Kreisbierarzt — unterstellt und haben seinen Weisungen in Bezug auf die Fleischschau unbedingt Folge zu leisten.

§ 11. Die dem amtlich zugelassenen Fleischbeschauer obliegende Fleischschau zerfällt:

- a. in die ordentliche, das ist diejenige, welche auf Anzeige des dazu verpflichteten Vieh- oder Fleischbesizers (§§ 1, 3, 4, 5 der Polizei-Verordnung),
- b. in die außerordentliche, das ist diejenige, welche ohne Vorwissen des Schlächters oder Fleischwaarenbesizers (§ 12 der Polizei-Verordnung) vorzunehmen ist.

§ 12. Der außerordentlichen Fleischschau unterliegt sämtliches Fleisch sowie alle Fleischwaaren, welche sich in den Schlacht- und Verkaufsstätten der Schlächter, Metzger, Wurstler oder sonstiger gewerbsmäßiger Fleisch-

warenhändler vorfinden, oder auf Märkten oder an anderen öffentlichen Orten feilgehalten werden.

Die außerordentliche Fleischschau ist unermittelt und so oft vorzunehmen, als es die Verhältnisse verlangen.

§ 13. Der Fleischbeschauer muß das Schlachtvieh sowohl vor der Schlachtung im lebenden Zustand (äußere Beschau) als auch nach dem Schlachten bezüglich der Eingeweide und des Fleisches (innere Beschau) einer Untersuchung unterziehen.

§ 14. Als gesundheitsgefährlich oder wegen verdorbener Beschaffenheit zum Genuß für Menschen untauglich ist das Fleisch (Fleischwaare) anzusehen:

- a. wenn es bereits in Fäulniß übergegangen ist,
- b. wenn es wässerig oder grünlich gefärbt und in seiner Substanz schmierig ist,
- c. wenn das Fett weder weiß noch gelblich, sondern grünlich oder sonst missfarbig ist, insbesondere wenn es seine Dichtigkeit verloren hat und süßig geworden ist,
- d. wenn das Zellgewebe unter der Haut oder zwischen dem Fleische oder dasjenige der Eingeweide wässrige, blutige oder süßige Ergießungen in erheblicher Ausdehnung wahrnehmen läßt,
- e. wenn es von ungeflügelten Thieren herrührt,
- f. wenn das Fleisch von Thieren herrührt, welche an Tollwuth oder Milzbrand litten oder einer dieser Krankheiten verdächtig gewesen sind,
- g. wenn das Fleisch von Thieren herrührt, welche an ausgebreiteter Pestlucht gelitten haben (Ministerial-Erlaß vom 26. März 1892),
- h. wenn das Fleisch von Thieren herrührt, welche in hohem Grade oder längere Zeit krank gewesen waren, so daß Fieber, Zehrfieber, Zerfegung des Blutes und der Säfte, Erguß von Flüssigkeiten in die Körperhöhlen oder brandige Zerstörung von Eingeweiden erfolgten oder Geschwüre und Eiterbeulen sich in den verschiedenen Körpertheilen gebildet haben,
- i. wenn Fleischstücke oder Eingeweide mit Trichinen, Finnen (Ministerial-Erlaß vom 16. 2. 1876), Quetsen oder Hüllenswurmbiasen (sog. Wasserblasen) durchsetzt sind.

§ 15. Findet der Fleischbeschauer das untersuchte Fleisch gesund und tauglich, so hat er dies gemäß § 9 und 10 der Polizei-Verordnung zu bescheinigen und die im § 1 der Polizei-Verordnung vorgeschriebene Stempelung in nachfolgender Weise zur Ausführung zu bringen:

Rinder erhalten an jeder Hälfte an 4 Stellen Stempelabdrücke, nämlich:

- 1) an dem vorderen Theile der Innenfläche der Unterschenkel,
- 2) auf dem Rücken, in der sogenannten Nierenpartie,
- 3) auf dem Schulterblatt,
- 4) auf dem breiten Rückenmuskel, etwa eine Hand breit hinter dem Schulterblatt. Außerdem erhält der Kopf beiderseits auf den äußeren Kan-

muskeln (Backe) und die Zunge am Zungen Grunde (obere Fläche) einen Stempelabdruck.

Kälber erhalten an 3 Stellen jeder Hälfte
Stempelabdrücke, nämlich:

- 1) in der Gegend des inneren Darmbeinwinkels,
- 2) in der Nähe des Zwischfellsseilers, auf dem Nierenstück oder auf den Bandmuskeln,
- 3) in der Nähe des Schaufelknorpels.

Schafe und Ziegen erhalten ebenfalls an jeder Hälfte an 3 Stellen Stempelabdrücke, nämlich:

- 1) auf der inneren Fläche der Hinterschenkel,
- 2) auf den Rückenmuskeln,
- 3) auf den Rückenmuskeln.

Bei Schweinen erhält jede Hälfte auf der inneren Fläche der Hintersehenkel einen Stempelabdruck. — Unverrührt bleibt hierdurch die im § 10 der Provinzial-Polizei-Verordnung vom 17. März 1886 vorgeschriebene Stempelung bei der Trichinenschau.

Außer an den vorstehend bezeichneten Körperstellen sind auf Wunsch der Schlächter u. an jeder anderen Stempelabdrücke anzubringen.

Zur Stempelung hat der Fleischbeschauer den ihm überwiesenen amtlichen Stempel zu benutzen.

Der Stempel muß kreisförmig sein, 34 mm Durchmesser haben, die Umschrift „Fleischbeschauer N° Charlottenburg“ tragen, und in der Mitte die gradlinige Inschrift „Untersucht“ enthalten.

Als Stempelfarbe darf nur „Indigo-Carmin“ von unschädlicher Beschaffenheit verwendet werden.

§ 16. Findet der Fleischbeschauer bei der Fleischschau Fleisch (Fleischwaare), welches er nach der Vorschrift des § 14 für gesundheits-schädlich oder wegen verdorbener Beschaffenheit zum Genuß für Menschen untauglich erachtet, so hat er dasselbe an einer augenscheinlichen Stelle mit dem amtlich überwiesenen Zurückweisungsstempel zu versehen.

Dieser Stempel muß viereckig, 80 mm lang und 25 mm hoch sein, die Umschrift „Fleischbeschauer

Nr Charlottenburg“ und in großen Buch-
staben die Aufschrift „Zurückgewiesen“ tragen.

Das zurückgewiesene Fleisch hat der Fleischbe-
schauer mit vorläufigem Beschlagnahme zu belegen und so-
fort der Polizei-Direktion davon Anzeige zu erstatten.

§ 17. Der Fleischbeschauer hat bei allen Besichtigungen darüber zu wachen, daß die bestehenden Vorschriften über Einrichtung und Reinlichkeit in den Schlachthäusern, Fleischbänken und Verkaufsstätten beachtet und Mißstände beseitigt werden. Erforderlichen Falles hat er der Polizei-Direktion Anzeige zu erstatten.

Ebenso hat der Fleischbeschauer Anzeige zu erstatten, wenn der Ausbruch einer ansteckenden Thierkrankheit oder eine Uebersetzung der zum Schutze gegen ansteckende Thierkrankheiten erlassenen Gesetze oder Verordnungen zu seiner Kenntniß gelangt.

§ 18. Der Fleischbeschauer hat ein Tagebuch nach beigefügtem Muster zu führen, in welches er die erforderlichen Eintragungen macht. Jede Eintragung ist mit einer fortlaufenden Nummer zu versehen, welche gleichlautend in Spalte 6 des Schlachtbuches bezw. der Einzelbescheinigung (§§ 9 und 10 der Polizei-Verordnung) zu verzeichnen ist. Das Tagebuch ist der Polizei-Direktion auf Erfordern jederzeit zur Einsicht vorzulegen.

§ 19. Die Gebühren, welche für jede Untersuchung zu zahlen sind, werden von dem Magistrat festgesetzt. Derselbe hat über die Art der Erhebung nähere Anweisung zu erlassen.

Die bei der Fleischschau angestellten Personen werden vom Magistrat besoldet.

§ 20. Das Reglement für die öffentlichen Fleischbeschauer vom 17. März 1886 (Amtsbl. S. 147/48) wird durch vorstehende Bestimmung nicht berührt.

§ 21. Die Vorschriften dieser Anweisung treten gleichzeitig mit der Polizei-Verordnung vom heutigen Tage über Einführung einer allgemeinen Vieh- und Fleischschau in Kraft.

Charlottenburg, den 28. Juni 1897.

Die Polizei-Direktion.

Tagēbuch

des Fleischbeschauers

Vierteljabr 189

[illegible]

Bekanntmachung.

Die Thore der Schleuse im Mühlengraben bei Oppeln werden in der Zeit vom 6. bis 20. September 1897 einer Reparatur unterzogen. Die Schleuse ist daher während dieses Zeitraumes für den Schiffsverkehr geschlossen. Breslau, den 31. Juli 1897.

Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien.

Personal-Chronik.

Der Polizeisekretär Deden in Rathenow ist zum Stellvertreter des Amtsanwalts bei dem königlichen Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Der Regierungsbaumeister von Pong ist mit der Verwaltung der durch Versetzung des Geheimen Bau- raths Düsterhaupt in den Ruhestand erledigten Kreis- bauinspektorstelle in Freienwalde a./D. betraut worden.

Die Försterstelle für den Schußbezirk Brig in der Oberförsterei Eporin ist vom 1. Oktober d. J. ab dem Förster Bruch in Schwärze, Oberförsterei Biesenthal, übertragen worden.

Die Försterstelle Lehnitz in der Oberförsterei Oranienburg ist vom 1. Oktober d. J. ab dem Förster Behrends in Birkenholzgrund, Oberförsterei Rätznitz, übertragen worden.

Der in der Oberförsterei Grünwald beschäftigte Forstauffseher Piske ist zum Förster ernannt worden unter gleichzeitiger Uebertragung der neu errichteten Försterstelle Adamswalde in der Oberförsterei Zechlin- hütte vom 1. Oktober d. J. ab.

Der in der Oberförsterei Grünau-Dahme be- schäftigte Forstauffseher Randt ist zum Förster ernannt worden unter gleichzeitiger Uebertragung der Förster- stelle Birkenholzgrund in der Oberförsterei Rätznitz vom 1. Oktober d. J. ab.

Der in der Oberförsterei Biesenthal beschäftigte Forstauffseher Hinz ist zum Förster ernannt worden unter gleichzeitiger Uebertragung der Försterstelle Schwärze in der Oberförsterei Biesenthal vom 1. Ok- tober d. J. ab.

Der bisherige Diakon Paul Ferdinand Flöß in Kriescht, Diözese Sonnenburg, ist zum Oberpfarrer der Pfarodie Prigwall, Diözese gleichen Namens, bestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiser- lichen Ober-Postdirection in Berlin.

Im Laufe des Monats Juli 1897 sind ernannt: zum Postdirektor: der Postassistent Schlüter; zu Ober-Postsekretären: die Post- sekretäre Hayner, Stendel, Thiede und Jörn; zum Ober-Telegraphensekretär: der Telegraphen- sekretär Lüberer; **angestellt als Postassistenten:** die Postanwärter Albert Behrendt, Dettmer, Ede- brecht, Knochenmuth und Kober; **als Telegraphen- assistenten:** die Telegraphenanwärter Gustav Hart- mann, Friedrich Hufnagel und Löwe; **versetzt:** von Berlin: Postinspektor Belg nach Bremen, Post- assistent Röhler nach Darmstadt, Postsekretäre Engel- bert nach Posen, Emil Kleine nach Frankfurt (Main), Ober-Telegraphenassistent Riemann und Alex. Wolff

nach Charlottenburg, Vigenius nach Wilmersdorf bei Berlin; nach Berlin: Postdirektor Rabe von Frankfurt (Main), Postinspektor Baltrusch von Darm- stadt, Ober-Postdirektionssekretäre Gerischer von Posen, Machens von Königsberg (Pr.), Ober-Postsekretär Beyer von Elbing, Ober-Postassistent Schich von Jüttau, Telegraphenmechaniker Riegut von Frankfurt (Main); **in den Ruhestand getreten:** die Post- direktoren Klinkt, Maiwald (f. W. Görlitz), der Ober-Postsekretär Kumm, die Postsekretäre Grasse, Schiele (f. W. Budow Bz. Frankfurt, Ober); die Ober-Telegraphenassistenten Brenhase (f. W. Hildes- heim), Kribbe; **gestorben:** Ober-Postsekretär Kaul- fuß, Postmeister a. D. Meinecke, Ober-Telegraphen- assistent Lohse.

Personal-Veränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Potsdam.

Stetsmässig angestellt sind: die Postan- wärter Ahlee in Oranienburg und Bergmann in Gransee. **Ernannt sind:** der Postassistent Weber in Jüterbog zum Postdirektor und der Postsekretär Ren- hadt in Nowawes-Neuendorf zum Postmeister. **Un- kündbar angestellt ist:** der Postverwalter Holbein in Paulinenaue. **Es ist zunächst probeweise übertragen:** dem Postassistent Döring aus Sorau (Niederlausitz) die Vorsteherstelle bei dem Kaiserlichen Postamt in Ludenwalde. **Versetzt ist:** der Post- direktor Neumann von Ludenwalde nach Graudenz und der Ober-Postassistent Ruhlmann von Ludenwalde nach Potsdam, letzterer unter Ernennung zum Kanzlisten. **In den Ruhestand getreten ist:** der Kanzlist Louis Müller in Potsdam.

Bermischte Nachrichten.

Vorlesungen und praktische Uebungen an der königlichen Thierärztlichen Hochschule zu Hannover.

Wintersemester 1897/98.

Beginn am 5. Oktober 1897.

1) Direktor, Geheimer Regierungsrath Dr. Dam- mann: Encyclopädie und Methodologie der Thierheil- kunde, während der ersten beiden Semesterwochen täglich von 9—10 Uhr Vormittags. — Gerichtliche Thierheil- kunde, Dienstag bis Freitag von 9—10 Uhr Vormit- tags 4 stündig. — Uebungen im Anfertigen von schrift- lichen Gutachten und Berichten, Mittwoch von 6—7 Uhr Nachmittags, 1 stündig. — Hygiene der Nahrungs- mittel und der Aufenthaltsorte, Sonnabend von 9—10 Uhr Vormittags, 1 stündig. — Seuchenklinische Demon- strationen. — 2) Professor Dr. Rabe: Spezielle patho- logische Anatomie, Montag von 9—10 Uhr Vormit- tags, Dienstag bis Freitag von 8—9 Uhr Vormittags und Sonnabend von 12—1 Uhr Mittags, 6 stündig. — Pathologisch-anatomische und pathologisch-histologische Uebungen, Dienstag bis Donnerstag von 12—2 Uhr Nachmittags, 6 stündig. — Pathologisch-anatomische De- monstrationen, Montag und Freitag von 12—1 Uhr Mittags, 2 stündig. — Obduktionen, täglich je nach vor- handenem Material. — 3) Professor Dr. Kaiser: Er-

terium des Pferdes und der übrigen Artsthiere, Mittwoch und Freitag von 9—10 Uhr Vormittags, 2 stündig. — Thierzuchtlehre und Geflüßkunde, Montag bis Donnerstag von 4—5 Uhr Nachmittags, 4 stündig. — Demonstrationen über Rinderrassen, Exterieur und äußere Krankheiten des Rindes, Freitag von 10—11 Uhr Vormittags, 1 stündig. — Ambulatorische Klinik. — 4) Professor Tereg: Physiologie II. Theil, Montag, Mittwoch und Donnerstag von 8—9 Uhr Vormittags, Freitag von 2—3 Uhr Nachmittags, 4 stündig. — Physiologische Chemie, Sonnabend von 8—10 Uhr Vormittags, 2 stündig. — 5) Professor Dr. Arnold: Anorganische Chemie, Montag bis Donnerstag von 2—3 1/2 Uhr Nachmittags, 6 stündig. — Pharmakognosie, Dienstag und Donnerstag von 12—1 Uhr Mittags, 2 stündig. — Pharmaceutische Uebungen, in der ersten Semesterhälfte täglich Mittags von 12—1 Uhr und in der zweiten Semesterhälfte täglich Mittags von 11—1 Uhr. — 6) Professor Boether: Anatomie der Hausihiere, Montag, Dienstag und Mittwoch von 11—1 Uhr Mittags und Donnerstag, Freitag und Sonnabend von 12—1 Uhr Mittags: in der ersten Semesterhälfte 1 stündig, in der zweiten Semesterhälfte 6 stündig. — Anatomische Uebungen, täglich Vormittags von 9—12 Uhr. — Zoologie, Montag bis Freitag von 5—6 Uhr Nachmittags, 5 stündig. — 7) Professor Dr. Ralkmus: Spezielle Pathologie und Therapie, Montag und Sonnabend von 8—9 Uhr Vormittags, Dienstag bis Freitag von 4 bis 5 Uhr Nachmittags, 6 stündig. — Propädeutische Klinik und Spezialklinik für große Hausihiere, täglich Vormittags von 10—12 Uhr. — 8) Lehrer Fried: Spezielle Chirurgie, Montag von 4—5 Uhr, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 5—6 Uhr Nach-

mittags, 4 stündig. — 9) Professor Dr. Zeller: Anatomische Klinik für kleine Thiere, Montag bis Freitag von 10—12 Uhr. — 10) Dr. Schönlank: Hufbeschläge, Freitag und Sonnabend von 10—11 Uhr Nachmittags, 2 stündig. — 11) Dr. Zeller: Anatomisch-physiologische Repetitorien, Mittwoch von 5—6 Uhr, Dienstag, Freitag von 3—4 Uhr Nachmittags, 2 stündig. — 12) Repetitor Dr. Zeller: Physiologische Repetitorien, Montag und Mittwoch von 3—4 Uhr Nachmittags, 5 stündig. — Ausgewählte Kapitel der Harnanalyse und der Ausmittelung von Giften mit Demonstrationen, Sonnabend von 2—3 Uhr Nachmittags, 1 stündig. — 13) Dr. Venner: Die Drogen und Chemikalien des deutschen Arzneibuchs, Repetitorium, Montag und Donnerstag von 6—7 Uhr Nachmittags, 2 stündig. — 14) Assistent Bartels: Demonstrationen über Beschirung und Sattelung.

Zur Aufnahme als Studirender ist der Nachweis der Reife für die Prima eines Gymnasiums oder eines Realgymnasiums oder einer durch die zuständige Central-Behörde als gleichstehend anerkannten höheren Lehranstalt erforderlich. Ausländer und Hospitanten können auch mit geringeren Vorkenntnissen aufgenommen werden, sofern sie die Zulassung zu den thierärztlichen Staatsprüfungen in Deutschland nicht beanspruchen. Nähere Auskunft ertheilt auf Anfrage unter Zusendung des Programms

die Direktion der Thierärztlichen Hochschule.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
auf. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|---|-----------------------------------|--|-----------------------------|--|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Anton Fontana,
Maurer, | geboren am 20. November 1843 zu Vigo, Bezirk Cavalese, Tirol, ortsangehörig ebendaselbst. | Wetteln, | Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Freiburg, | 21. Juni 1897. |
| 2 | Moris Hanke, Weber, | geboren am 1. August 1859 zu Ruttelberg, Bezirk Jägerndorf, Oesterreich-Schlesien, österreichischer Staatsangehöriger, | desgleichen, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau, | 25. Juni 1897. |
| 3 | Franz Heitmanek,
Bergarbeiter, | geboren am 19. Mai 1874 zu Unterreichenau, Bezirk Falkenau, Böhmen, ortsangehörig zu Wischerau, Bezirk Mies, ebendaselbst, | Landstreichen und Wetteln, | Königlich bayerisches Bezirksamt Münchenberg, | 4. Juni 1897. |

| Nr.
auf. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
der
Ausweisungs-
Beschlusse. |
|-------------|--|--|---|---|---|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 4 | Karl Heitmanek,
Handarbeiter, | geboren am 2. Juni
1878 zu Eitz, Bezirk
Falkenau, Böhmen,
ortsangehörig zu
Wischerau, Bez. Mies,
ebendasselbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Münch-
berg, | 4. Juni
1897. |
| 5 | Morig Käß,
Fabrikarbeiter, | geboren im März 1856
zu Czernowitz, Mähren,
österreichischer Staats-
angehöriger, | Landstreichen und Füh-
rung gefälschter Arbeits-
bücher, | Stadtmagistrat
Donaumünster,
Bayern, | 19. Juni
1897. |
| 6 | Maria Markreiter,
ledige Arbeiterin, | geboren im Jahre 1874
zu Innsbruck, Tirol,
ortsangehörig eben-
daselbst, | gewerbmäßige Unzucht
und Führung eines
falschen Namens, | Stadtmagistrat
Rosenheim, Bayern, | 26. Mai
1897. |
| 7 | Anna Brabenec,
ledige Tagelöhnerin, | geboren im Jahre 1830
angeblich zu Neusattl,
Bezirk Pilsen, Böhmen,
ortsangehörig eben-
daselbst, | Landstreichen, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Gries-
bach, | 28. Juni
1897. |
| 8 | Karl Drobnick,
Bäcker, | geboren am 11. Juni
1860 zu Huntzow,
Bezirk Semil, Böhmen, | Betteln, Diebstahl und
vorsätzliche Körperver-
letzung, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Erfurt, | 18. Mai
1897. |
| 9 | Wilhelm Drögeler,
Schlossergehülfe, | geboren am 8. Mai
1864 zu Römersdorf,
Bezirk Troppau,
Oesterreich. = Schlesien,
ortsangehörig eben-
daselbst, | Landstreichen, Betteln,
Gebrauch eines gefälsch-
ten Führungszeugnisses
und Verleumdung, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Oepeln, | 29. April
1897. |
| 10 | Andreas Johann Ben-
jamin Greno,
ohne Stand, | geboren im Mai 1878
zu Sabinec (Katinet),
Ungarn, ortsangehörig
ebendasselbst, | Landstreichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Düsseldorf, | 7. Juli
1897. |
| 11 | Karl Horstkötter,
Färbergehilfe, | geboren am 12. Oktober
1851 zu Luxemburg,
luxemburgisch. Staats-
angehöriger, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-
präsident zu Metz, | 6. Juli
1897. |
| 12 | Andreas Mravec,
ohne Stand, | geboren im September
1879 (oder 1880) zu
Nagy-Rubina, Komit-
at Trencsin, Ungarn,
ortsangehörig eben-
daselbst, | Landstreichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Düsseldorf, | 7. Juli
1897. |
| 13 | Vincenz Pettera,
Schlächter, | geboren am 5. Februar
1853 zu Welhota,
Bezirk Trautenau,
Böhmen, ortsangehörig
ebendasselbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Stettin, | 8. Juli
1897. |
| 14 | Anton Jasche,
Gürtler und Arbeiter, | geboren am 13. Oktober
1847 zu Gablonz,
Böhmen, ortsangehörig
ebendasselbst, | Betteln und verbotswi-
drige Rückkehr, | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft, Dresden, | 12. Juni
1897. |

Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Gann'schen Erben.

Zwangsversteigerung.

168. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von der Puffenstadt Band 63. Nr. 3046 auf den Namen des Schlossergesellen Julius Hermann Groß eingetragene, zu Berlin, Waldemarstraße 4 belegene Grundstück am **1. Oktober 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht Neue Friedrichstraße 13, Hof-Erdgeschoss Eingang C. Zimmer 40 versteigert werden.

Das Grundstück ist 2 ar 48 qm groß und mit 5380 Mark Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchsblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei Zimmer 17 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Erfinder übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Verteilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **5. Oktober 1897 Vormittags 11 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Berlin, den 31. Juli 1897.

Königliches Amtsgericht I, Abtheilung 88.

Zwangsversteigerung.

169. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Spandau Band 70 Blatt Nr. 2336 auf den Namen der Wittwe Marie Schreiber geb. Dahlenkamp zu Pyrmont eingetragene, zu Spandau belegene Grundstück am **20. Oktober 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Zimmer Nr. 28 versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 0,30 M. Reinertrag und einer Fläche von 0,20,34 Hektar zur Grundsteuer, zur Gebäudesteuer nicht veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchsblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei Zimmer Nr. 23 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Erfinder übergehenden Ansprüche,

deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Verteilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **21. Oktober 1897 Vormittags 10 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Spandau, den 6. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

170. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Seegelsfeld Band II. Blatt Nr. 91 auf den Namen des Privatiers Franz Grogky zu Berlin eingetragene, zu Seegelsfeld belegene Grundstück am **27. Oktober 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Zimmer 28 versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 0,21 M. Reinertrag und einer Fläche von 0,18,63 Hektar zur Grundsteuer, zur Gebäudesteuer nicht veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchsblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei Zimmer Nr. 23 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Erfinder übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Verteilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird

am 28. Oktober 1897 Vormittags 10 Uhr an Gerichtsstelle verkündet werden.

Spandau, den 5. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

171. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Spandau Band 70 Blatt N^o 2337 auf den Namen der Wittve Marie Schreiber geb. Dahlenkamp zu Pyrmont eingetragene, zu Spandau belegene Grundstück **am 20. Oktober 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Zimmer N^o 28 versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 0,57 R. Reinertrag und einer Fläche von 0,19,58 Hektar zur Grundsteuer, zur Gebäudesteuer nicht veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei Zimmer N^o 23 eingeesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Erstreher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, widerstehenden Hebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird **am 21. Oktober 1897 Vormittags 10 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Spandau, den 6. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

172. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Tschow Band V. Blatt N^o 141 auf den Namen des Eigentümers August Ramenz eingetragene, zu Tschow belegene Grundstück **am 12ten Oktober 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle versteigert werden.

Das Grundstück, Holzung bz. Acker, ist mit 1,11 Thlr. Reinertrag und einer Fläche von 2,12,80 Hektar nur

zur Grundsteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei II. hier selbst eingeesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Erstreher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, widerstehenden Hebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird **am 14. Oktober 1897 Vormittags 10 Uhr** an Gerichtsstelle hier selbst verkündet werden.

Wittstock, den 27. Juli 1897.

Königliches Amtsgericht.

173. In der Arendt'schen Zwangsversteigerungssache betreffend die Grundstücke Band I. Blatt N^o 10 und Band II. Blatt N^o 47 von Rohrbeck wird der auf den 5. August 1897 angelegte Termin zur Verkündung des Zuschlagsurtheils aufgehoben und ein anderer Verkündungstermin auf **den 20. August 1897 Vormittags 10 Uhr** bestimmt.

Spandau, den 6. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

B e s c h l u ß.

174. In Sachen Riethe Zwangsversteigerung wird das Verfahren der Zwangsversteigerung des Grundstücks Dalldorf Band I. Blatt 45 und Verwahrung, dem Arbeiter August Riethe zu Dalldorf gehörig, auf Antrag des Rechtsanwalts Lattermann aufgehoben. Die Termine vom 25. und 28. Oktober d. J. fallen fort.

Berlin, den 2. August 1897.

Königliches Amtsgericht II., Abtheilung 16.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.
175. Der Dung von 2 Escadrons ist vom 1. Oktober d. J. ab anderweitig zu verpachten. Näheres im Zahlmeister-Geschäftszimmer.

Potsdam, den 1. August 1897.

Kommando 1. Garde-Ulanen-Regiments.

Bekanntmachungen des Reichskanzlers.

Einrichtung und Betrieb der Buchdruckereien und Schriftgießereien.

Auf Grund des § 120. d. Gewerbeordnung hat der Bundesrath folgende Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Buchdruckereien und Schriftgießereien erlassen:

I. Auf Räume, in welchen Personen mit dem Setzen von Lettern oder mit der Herstellung von Lettern oder Stereotypplatten beschäftigt werden, finden folgende Vorschriften Anwendung:

1) Der Fußboden der Arbeitsräume darf nicht tiefer als einen halben Meter unter dem ihn umgebenden Erdboden liegen. Ausnahmen dürfen durch die höhere Verwaltungsbehörde zugelassen werden, wenn durch zweckmäßige Isolirung des Bodens und ausreichende Licht- und Luftzufuhr den gesundheitlichen Anforderungen entsprochen ist.

Unter dem Dache liegende Räume dürfen als Arbeitsräume nur dann benutzt werden, wenn das Dach mit geröhrter und verputzter Verschalung versehen ist.

2) In Arbeitsräumen, in welchen die Herstellung von Lettern und Stereotypplatten erfolgt, muß die Zahl der darin beschäftigten Personen so bemessen sein, daß auf jede mindestens fünfzehn Kubikmeter Luftraum entfallen. In Räumen, in welchen Personen nur mit anderen Arbeiten beschäftigt werden, müssen auf jede Person mindestens zwölf Kubikmeter Luftraum entfallen.

In Fällen vorübergehenden außerordentlichen Bedarfs kann die höhere Verwaltungsbehörde auf Antrag des Unternehmers eine dichtere Belegung der Arbeitsräume für höchstens dreißig Tage im Jahre insoweit gestatten, daß mindestens zehn Kubikmeter Luftraum auf die Person entfallen.

3) Die Räume müssen, wenn auf eine Person wenigstens fünfzehn Kubikmeter Luftraum kommen, mindestens 2,60 Meter, andernfalls mindestens 3 Meter hoch sein.

Die Räume müssen mit Fenstern versehen sein, welche nach Zahl und Größe genügen, um für alle Arbeitsstellen ausreichendes Licht zu gewähren. Die Fenster müssen so eingerichtet sein, daß sie zum Zwecke der Lüftung ausreichend geöffnet werden können.

Arbeitsräume mit schräg laufender Decke dürfen im Durchschnitt keine geringere als die im Absatz 1 bezeichnete Höhe haben.

4) Die Räume müssen mit einem dichten und festen Fußboden versehen sein, der eine leichte Beseitigung des Stantes auf feuchtem Wege gestattet. Holzene Fußböden müssen glatt gehobelt und gegen das Eindringen der Risse geschützt sein.

Die Wände und Decken müssen, soweit sie nicht mit einer glatten abwaschbaren Bekleidung oder mit einem Lackfarbenanstrich versehen sind, mindestens einmal jährlich mit Kalk frisch angestrichen werden. Die Bekleidung und der Lackfarbenanstrich müssen jährlich einmal abgewaschen und der Lackfarbenanstrich, wenn er ladirte ist, mindestens alle zehn Jahre, wenn er nicht ladirte ist, alle fünf Jahre erneuert werden.

Die Sagerpulte und die Regale für die Letternkasten müssen entweder ringsherum dichtschließend auf dem Fußboden aufliegen, so daß sich unter denselben kein Staub ansammeln kann, oder mit so hohen Füßen versehen sein, daß die Reinigung des Fußbodens auch unter den Pulten und Schriftregalen leicht ausgeführt werden kann.

5) Die Arbeitsräume sind täglich mindestens einmal gründlich zu lüften. Ferner ist dafür Sorge zu tragen, daß in ihnen ein ausreichender Luftwechsel während der Arbeitszeit stattfindet.

6) Die Schmelzkessel für das Lettern- und Stereotypmetall sind mit gut ziehenden, ins Freie oder in einen Schornstein mündenden Abzugsvorrichtungen (Saugtrichtern) für entstehende Dämpfe zu überdecken.

Das Legiren des Metalls und das Ausschmelzen der sogenannten Krüge darf nur in besonderen Arbeitsräumen, in anderen nur nach Entfernung der mit diesen Vorrichtungen nicht beschäftigten Arbeiter erfolgen.

7) Die Räume und deren Einrichtungen, insbesondere auch Wände, Gesimse, Regale sind zweimal im Jahre gründlich zu reinigen.

Die Fußböden sind täglich mindestens einmal durch Abwaschen oder feuchtes Abreiben vom Staube zu reinigen.

8) Die Letternkasten sind, bevor sie in Gebrauch genommen werden und solange sie in Benutzung stehen, nach Bedarf, mindestens aber zweimal im Jahre zu reinigen.

Das Ausblasen der Kasten darf nur mittelst eines Blasbalges im Freien stattfinden und jugendlichen Arbeitern nicht übertragen werden.

9) In den Arbeitsräumen sind mit Wasser gefüllte

und täglich zu reinigende Spucknapf, und zwar mindestens einer für je fünf Personen aufzustellen.

Das Ausspucken auf den Fußboden ist von den Arbeitgebern zu untersagen.

- 10) Für die Seiger sowie Gießer, Polirer und Schleifer sind in den Arbeitsräumen oder in deren unmittelbarer Nähe in zweckentsprechenden Räumen ausreichende Wascheinrichtungen anzubringen und mit Seife auszustatten; für jeden Arbeiter ist mindestens wöchentlich ein reines Handtuch zu liefern.

Soweit nicht genügende Wascheinrichtungen mit fließendem Wasser vorhanden sind, muß für höchstens je fünf Arbeiter eine Waschgelegenheit eingerichtet werden. Es muß ferner dafür gesorgt werden, daß bei der Wascheinrichtung stets reines Wasser in ausreichender Menge vorhanden ist und daß das gebrauchte Wasser an Ort und Stelle abgegossen werden kann.

Die Arbeitgeber haben mit Strenge darauf zu halten, daß die Arbeiter jedesmal, bevor sie Rohungsmittel innerhalb des Betriebes zu sich nehmen oder den Betrieb verlassen, von der vorhandenen Waschgelegenheit Gebrauch machen.

- 11) Kleidungsstücke, welche während der Arbeitszeit abgelegt werden, sind außerhalb der Arbeitsräume aufzubewahren. Innerhalb der Arbeitsräume ist die Aufbewahrung nur gestattet, wenn dieselbe in verschließbaren oder mit einem dicht schließenden Vorhange versehenen, gegen das Eindringen von Staub geschützten Schränken erfolgt. Die Letzteren müssen während der Arbeitszeit geschlossen sein.
- 12) Alle mit erheblicher Wärmeentwicklung verbundenen Beleuchtungseinrichtungen sind derart anzuordnen oder mit solchen Schutzvorkehrungen zu versehen, daß eine belästigende Wärmeabstrahlung nach den Arbeitsstellen vermieden wird.
- 13) Der Arbeitgeber hat, um die Durchführung der unter Ziffer 8, 9 Absatz 2, 10 Absatz 3 und 11 getroffenen Bestimmungen zu regeln und sicherzustellen, für die Arbeiter verbindliche Vorschriften zu erlassen.

Werden in einem Betrieb in der Regel mindestens zwanzig Arbeiter beschäftigt, so sind diese Vorschriften in die nach § 134 a. der Gewerbeordnung zu erlassende Arbeitsordnung aufzunehmen.

II. In jedem Arbeitsraum ist ein von der Ortspolizeibehörde zur Bestätigung der Richtigkeit seines Inhalts unterzeichneter Aushang anzubringen, aus dem ersichtlich ist:

- a. die Länge, Breite und Höhe des Raumes,
- b. der Inhalt des Luftraums in Kubikmeter,
- c. die Zahl der Arbeiter, die demnach in dem Arbeitsraume beschäftigt werden darf.

In jedem Arbeitsraume muß ferner an einer in die Augen fallenden Stelle eine Tafel aushängen, die in deutlicher Schrift die Bestimmungen unter I. wiedergibt.

III. Für die bei dem Erlasse dieser Bekanntmachung

Bereits im Betrieb stehenden Anlagen können während der ersten drei Jahre nach Erlaß dieser Bekanntmachung auf Antrag des Unternehmers Abweichungen von den Vorschriften unter Ziffer 8 bis 11 zugelassen werden.

Jedoch darf für die Arbeitsräume eine geringere als die unter I. Ziffer 3 bezeichnete Höhe nur dann zugelassen werden, wenn jedem Arbeiter ein Luftraum von mindestens fünfzehn Kubikmeter, in Seperieren von mindestens zwölf Kubikmeter gewährt wird. Ein geringerer als der unter I. Ziffer 2 bezeichnete Luftraum darf in Seperieren nur bis zur Grenze von je zwölf Kubikmeter, in Seperieren nur bis zur Grenze von je zehn Kubikmeter und nur unter der Bedingung zugelassen werden, daß durch künstliche Ventilation für regelmäßige Lüftererneuerung ausreichend gesorgt und die künstliche Beleuchtung so eingerichtet ist, daß weder strahlende Wärme noch die Arbeiter belästigende Verbrennungsprodukte in die Arbeitsräume gelangen.

IV. Die vorstehenden Bestimmungen treten für neu zu errichtende Anlagen sofort in Kraft.

Für Anlagen, die zur Zeit des Erlasses dieser Bestimmungen bereits im Betriebe sind, treten die Vorschriften unter I. Ziffer 5, Satz 1 sowie Ziffer 7 bis 9 sofort, die übrigen Vorschriften mit Ablauf eines Jahres nach dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 31. Juli 1897.

Der Stellvertreter des Reichsanzlers.
Graf von Posadowsky.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungspräsidenten.

Ortsbenennung:

182. Dem im Kreise Prenzlau etwa 2,5 km vom Dorfe Wallmow gelegenen, zum Gemeindebezirk Wallmow gehörigen Gute des Landwirths Heinrich Säß wird der Name **Alwinenhof** beigelegt.

Potsdam, den 9. August 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

183. Dem Hufbeschlagmeister Ernst Thiele aus Schönwerder, Kreis Prenzlau, welcher nach dem Besuche der Anstalt zur Ausbildung von Lehrschmiedemeistern in Charlottenburg die vorgeschriebene Prüfung bestanden hat, ist von der Prüfungskommission die Berechtigung ertheilt worden, den Titel **Hufbeschlag-Lehrmeister** zu führen und als Vorsteher einer nach dem Gesetze vom 18. Juni 1884 vorgesehenen Lehrschmiede zu wirken.

Potsdam, den 11. August 1897.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

184. Nach Mittheilung der Amerikanischen Botschaft in Berlin ist der amerikanische Bürger Herr Julius Goldschmidt zum Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin ernannt worden.

Potsdam, den 13. August 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

188. Auf Grund allgemeiner Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten erlasse ich hiermit in Ausführung der §§ 18 ff. des Reichsgesetzes betr. die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen vom 23. Juni 1880 (neue Fassung R.-G.-Bl. für 1894 S. 210) als Schutzmaßregeln gegen die im hiesigen Bezirke aufgetretene Geflügelcholera (Gänsecholera) folgende Anordnung:

- 1) Bricht auf einem Gehöfte die Geflügelcholera aus, so hat der Besitzer oder sein Vertreter sofort bei der Ortspolizeibehörde Anzeige zu erstatten und dafür zu sorgen, daß sein Geflügel von dem Betreten öffentlicher Wege und Wasserläufe sowie von der Berührung mit anderem Geflügel solange ferngehalten wird, bis 8 Tage lang kein Fall der Erkrankung an der Geflügelcholera vorgekommen ist.
- 2) Verendetes Geflügel muß mit den Federn durch Verbrennen oder nach Bestreuen mit Kalkstark durch tiefes Begraben unschädlich gemacht werden.
- 3) Kranke oder todte Thiere an Wegen, Gräben u. s. w. liegen zu lassen, oder die Kadaver auf den Dünghaufen zu werfen, ist verboten.
- 4) Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden, soweit nicht nach § 328 des Reichsstrafgesetzbuchs eine höhere Strafe eintritt, nach § 66,4 des Reichsviehseuchengesetzes mit Geldstrafe bis 150 M. oder mit Haft bestraft.

Potsdam, den 17. August 1897.

Der Regierungspräsident.

Belehrung über die Geflügelcholera.

1. Art und Verbreitung der Krankheit.

Die Geflügelcholera ist eine ansteckende Krankheit, welche sämtliches Hausgeflügel, namentlich Hühner, Gänse und Enten befällt und gewöhnlich mit dem Tode endigt. Die Ansteckung gesunder Geflügelbestände erfolgt am häufigsten durch den Zulauf fremden Geflügels. Außerdem kann die Krankheit durch Kadaver krepirter und die Abgänge (Blut, Eingeweide, Federn) geklatterter kranker Hühner, Gänse und Enten verbreitet werden. Endlich kann sich gesundes Geflügel dadurch anstecken, daß es auf Straßen und Weiden oder in Wägen und Tümpel getrieben wird, welche zuvor kranke Geflügelherden passiert haben.

2. Kennzeichen der Geflügelcholera.

Die Ansteckung eines Geflügelbestandes macht sich zuerst durch plötzlich auftretende Todesfälle bemerkbar. Die Gänse, Hühner und Enten sterben nicht selten, ohne daß auffälliger Krankheitserscheinungen an ihnen wahrgenommen wurden. Bei genauerer Untersuchung ist aber nach dem Auftreten der ersten Todesfälle zu bemerken, daß einige Thiere matt und traurig sind, gesträubtes Gefieder besitzen und an sinkendem Durchfall leiden. Der entleerte Kotz ist zuerst breiig und von weißgelber Farbe, später schleimig und wässrig und von grüner Farbe.

Die Krankheit greift in den angestrichenen Beständen rasch um sich.

3. Vorkehrungen nach dem Ausbruche der Geflügelcholera.

Eine Behandlung des erkrankten Geflügels mit Arzneimitteln ist in der Regel ohne Erfolg und deshalb nicht zu empfehlen. Zweckmäßiger ist die unverzügliche Trennung der noch vollkommen gesund erscheinenden Thiere von den kranken. Die gesunden Thiere müssen in vollständig abgesonderten Räumen untergebracht werden und besondere Futter- und Tränkgeschirre erhalten. Ferner empfiehlt sich die sofortige Tödtung und unschädliche Beseitigung der erkrankten Thiere, da eine Genesung derselben nur ausnahmsweise zu erwarten ist. Das getödtete kranke wird ebenso wie das krepirte Geflügel am besten durch Verbrennen unschädlich gemacht. Wo dies nicht durchführbar ist, ist eine Verscharrung der mit Kalkstark überstreuten Kadaver in mindestens $\frac{1}{2}$ m tiefen Gruben vorzunehmen. Dünghäufen eignen sich zur Beseitigung der Kadaver nicht, weil sich der Ansteckungsstoff der Geflügelcholera im Dünger lange Zeit erhält und durch letzteren verschleppt werden kann.

Nachdem sämtliche erkrankten Thiere krepirt oder getödtet sind, empfiehlt es sich, die Verhältnisse, in welchen das kranke Geflügel untergebracht war, und alle Gegenstände, mit welchen dasselbe in Berührung kam, gründlich von dem Ansteckungsstoffe zu befreien. Dieses geschieht am besten auf folgende Weise:

- a. Verbrennen des Kotzes, der Futterreste und des zusammengekehrten Schmutzes,
- b. Gründliche Reinigung des Bodens, der Thüren, Wände, Sitzstangen, Futter- und Tränkgeschirre mit heißer Sodalauge (3 kg käufliche Waschlauge auf 100 l Wasser.)

Schwimmbassin müssen abgelassen und ebenfalls gründlich gereinigt werden.

Schadhafte und geringwerthige Holzgegenstände werden am zweckmäßigsten verbrannt.

Erd- und Sandböden sollen, wenn möglich, mindestens 10 cm tief ausgehoben und mit den Kadavern und dem Kotze unschädlich beseitigt werden.

- c. Lüftung und Trocknung der gereinigten Ställe und hierauf
- d. Ueberstreichen der Böden, Wände, Thüren u. s. w. mit Kalkmilch (5 kg Kalkstark auf 100 l Wasser).

4. Verhütung der Geflügelcholera.

Aus der Art der Verschleppung der Geflügelcholera (1) ergibt sich, daß ein Selbstschutz gegen die Einschleppung der Seuche durch Beachtung folgender Vorichtsmaßregeln erzielt werden kann:

- a. Vermeidung des Zukaufs von fremdem, namentlich aus dem Auslande importirten Geflügel,
- b. Unschädliche Beseitigung der Abgänge bei Verwendung von fremdem Schlachtgeflügel im Haushalt,
- c. Fernhaltung des Geflügels von solchen Straßen

und Weiden u. s. w., welche von fremden Gänseherden betreten oder befahren werden,

d. Fernhaltung der Geflügelhändler von den Gehöften.

Ist der Ankauf von fremdem Geflügel nicht zu umgehen, so ist es rathsam, dasselbe 3 Tage in einem besonderen Raume abzusperren und erst dann zu dem alten Bestande zu bringen, wenn sich während der angegebenen Zeit Krankheitserscheinungen nicht gezeigt haben. Diese Vorsichtsmaßregel ist geboten, weil bereits angestechte Thiere noch 24—48 Stunden nach Aufnahme des Seuchestoffs den Eindruck gesunder machen können.

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich zur allgemeinen Kenntniß.

Potsdam, den 17. August 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

186. In Ergänzung des Erlasses vom 27. September 1893, betreffend die Notirung der Markt- und Ladenpreise wird hiermit bestimmt:

- 1) wo Landwirtschaftskammern bestehen, sind Abgeordnete derselben als Mitglieder der Marktkommission zuzuziehen,
- 2) den Landwirtschaftskammern, desgleichen den kaufmännischen Korporationen und Handelskammern ist vor Erlass der für ihren Bezirk bestimmten Anordnungen Gelegenheit zur Äußerung über die Auswahl der Markttorte und der Artikel, für welche Preisnotirungen stattfinden sollen, sowie über die Bildung und Zusammensetzung der Marktkommissionen zu geben,
- 3) auf Antrag der Landwirtschaftskammern, der kaufmännischen Korporationen und Handelskammern können die Marktkommissionen verpflichtet werden, die Preise, welche für feinste Qualitäten und bestimmte Sorten gezahlt werden, zu ermitteln und festzustellen. Diese Notirungen sind von den durch den Erlass vom 27. September 1893 vorgeschriebenen getrennt zu halten.

Berlin, den 17. Juli 1897.

Der Minister des Innern.

Veröffentlicht:

Potsdam, den 12. August 1897.

Der Regierungspräsident.

B i e h s e u c h e n .

187. **Ausgebrochen:**

a. Milzbrand. Kreis Döprignitz: bei einer verendeten Kuh des Gastwirths Brüggenmann in Zechlin. Kreis Niederbarnim: bei einem Bullen des Rittergutes Schöneiche. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: bei einer Kuh des Kammergutsbesizers Kessler in Reinsdorf. Kreis Oberbarnim: bei einem Pferde des Rittergutsbesizers von Rohrseibitz auf Garzau.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Dö-

prignitz: bei 15 Rindern des Bauerhofsbesizers Roping und 2 Kühen des Halbbauern Rehs in Blumenhal.

Erlöschen:

a. Milzbrand. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: auf dem Gehöft des Bauerngutsbesizers Carl Schulze in Nadeland.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Döprignitz: bei 33 Kühen des Gutspächters v. Kalkreuth in Heiligengrabe.

Potsdam, den 17. August 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Bekanntmachung.

21. Durch Erlass des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 14. Juli d. J. III. 9174 ist der Artikel 3, der zum Gesetz über den Waffengebrauch der Forst- und Jagdbeamten vom 31ten März 1837 für die Königl. Forst- und Jagdbeamten erlassenen Instruktion vom 17. April 1837 aufgehoben und der Artikel 4 dieser Instruktion durch folgende Bestimmung ersetzt.

„Beim Gebrauch der Waffen müssen die Forst- und Jagdbeamten sich stets vergegenwärtigen, daß solcher nur soweit stattfinden darf, als die Erfüllung des bestimmten Zwecks, die Holz- oder Wilddiebe, oder die Forst- und Jagdkontravenienten bei thätlichem Widerstande oder gefährlichen Drohungen unschädlich zu machen, es unerlässlich erfordert. In der Regel sind daher die Waffen nicht gegen fliehende Frevler zu gebrauchen. Legt indeß ein auf der Flucht befindlicher Frevler auf erfolgter Aufforderung die Schusswaffe nicht sofort ab, oder nimmt er dieselbe wieder auf, und ist außerdem nach den besonderen Umständen des einzelnen Falls in dem Nichtablegen oder Wiederaufnehmen der Schusswaffe eine gegenwärtige, drohende Gefahr für Leib oder Leben des Forst- oder Jagdbeamten zu erblicken, so ist Legener auch gegen den Fliehenden zum Gebrauch seiner Waffen berechtigt. In jedem Falle sind die Waffen nur so zu gebrauchen, daß lebensgefährliche Verwundungen sowie als möglich vermieden werden. Deshalb ist beim Gebrauch der Schusswaffe der Schuß möglichst nach den Beinen zu richten, und beim Gebrauch des Hirschjägers der Hieb nach den Armen des Gegners zu führen.“

Uebrigens muß beim Gebrauch der Schusswaffe die größte Vorsicht angewendet werden, damit durch das Schießen nicht dritte Personen verletzt werden, welche ohne Theilnahme an einer Kontravention sich zufällig in der Schußlinie oder in deren Nähe befinden.

In dieser Hinsicht ist besonders dann Aufmerksamkeit nöthig, wenn nach einer Richtung geschossen wird, in der sich eine Landstraße oder ein bewohntes Gebäude befindet. Auch ist der Gebrauch der Schusswaffe überhaupt in der Nähe von Gebäuden zur Verhütung von Feuergefährlichkeit möglichst zu vermeiden.“

Potsdam, den 13. August 1897.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.
Polizeiverordnung.

§ 4. Auf Grund des § 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (S.-S. 265) und der §§ 43, 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (S.-S. 195) wird hiermit, nachdem die von dem Magistrat zu Berlin versagte Zustimmung durch Beschluß des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin vom 9. August 1897 ergänzt worden ist, für den Stadtkreis Berlin nachstehende **Baupolizeiordnung** erlassen.

Titel I.

Polizeiliche Anforderungen und Beschränkungen bei Bauten.

§ 1. Verbindung mit der Straße.

1. Der Regel nach dürfen nur Grundstücke bebaut werden, welche unmittelbar an eine öffentliche Straße grenzen.

2. Die Straßenfronten der Gebäude müssen in der Baufluchtlinie oder parallel mit ihr errichtet werden. In einer Entfernung von 6 m oder mehr ist die Stellung der Gebäude von der Baufluchtlinie unabhängig. Bei Eckgrundstücken können Abrundungen und Abstumpfungen innerhalb der sich schneidenden Baufluchtlinien und, wo Vorgärten vorgesehen sind, auch innerhalb der Straßenfluchtlinien zugelassen werden.

3. Soll ein Grundstück in einer Tiefe von mehr als 35 m von der Baufluchtlinie ab bebaut werden, so müssen alle hinteren Gebäude mittels einer Zufahrt von mindestens 2,30 m lichter Breite oder einer durch die vorderen Gebäude führenden Durchfahrt von überall 2,80 m lichter Höhe und 2,30 m lichter Breite mit der Straße derart in Verbindung gebracht werden, daß kein Punkt eines Raumes im Erdgeschoße von der Baufluchtlinie oder einem durch eine Zufahrt oder Durchfahrt erreichbaren Haupthofe (§ 2 Ziffer 2) oder von der Zufahrt oder Durchfahrt — in grader Linie gemessen — mehr als 20 m entfernt ist. Unter der lichten Breite ist die freie Durchfahrtsöffnung zwischen den äußersten Ausladungen aller vortretenden Theile, ausschließlich der Radabweiser, zu verstehen. Bei Grundstücken, welche in einer Tiefe von 35 m oder weniger bebaut werden sollen, darf kein Punkt eines Raumes im Erdgeschoße von der Baufluchtlinie oder einem Haupthofe — in grader Linie gemessen — mehr als 20 m entfernt sein.

4. Für Grundstücke, welche nicht unmittelbar an öffentliche Straßen grenzen oder hinter der Bauflucht mehr als 1:20 ansteigen oder auf eine größere Tiefe als 50 m mit Gebäuden besetzt werden sollen, können weitergehende Anforderungen gestellt werden.

§ 2. Zulässige Bebauung der Grundstücke.

Für alle Grundstücke bis zu 32 m Tiefe gelten gleiche Vorschriften unabhängig davon, ob die Grundstücke bisher bebaut waren oder nicht. Bei Grundstücken

Wenn sich nach den vorstehenden Berechnungen Mittelmaße für einzelne Gebäude eine Front ergibt, welche mehr als das Doppelte der zu dieser Front gemessenen Ausdehnung beträgt, so ist die Fronthöhe des Gebäudetheiles an diesem Hofe bis

schwieriger Mauervorsprünge bis werden als Frontlängen nicht

beschränkungen der Gebäude- fassungenwände der Neben-

tere Gebäude in der raumes vor ihnen and oder den

Mindermaß

geglichen

de an

eine

durch ei-
gedachte
Königgrä-
Kanal
Oberbaum-
Warschauer
bis zur
Kochbringer
Hannoversd
bahn, an d.
entlang bis

Kronprinzenbrücke, Diercke-
an das Brandenburger Thor.

1. Für die Berechnung der Baufluchtlinie wird die Fläche der Grundstücke in der Baufluchtlinie parallel zerlegt. Der erste Streifen erstreckt sich von der Baufluchtlinie ab gemessen — bis zur Tiefe der zweiten Baufluchtlinie — der zweite bis zur Tiefe von 32 m. Der erste Streifen darf als voll ($\frac{10}{10}$), der zweite als zu $\frac{7}{10}$ in Rechnung gestellt werden. Ist das Grundstück als 32 m, so wird der hinter dem zweiten Streifen liegende Rest, wenn das Grundstück innerhalb der früheren Stadtmauer liegt, mit $\frac{2}{10}$, wenn es außerhalb derselben liegt, mit $\frac{1}{10}$ seiner Fläche als bebaubar in Rechnung gestellt. Die so als bebaubar ermittelten Flächeninhalte der einzelnen Streifen werden zusammen gerechnet und ergeben die bebaubare Fläche des Grundstückes, welche unabhängig von der Streifenvertheilung vertheilt werden kann. Die Fläche hinter der zweiten Theillinie darf bis zu $\frac{7}{10}$ als bebaubar in Rechnung gestellt werden, wenn die von der Hoffläche bis zur Traufe gemessene Durchschnittshöhe (§ 3 b.) aller hinter dieser Theillinie zu errichtenden Gebäude das Maß von 10 m nicht überschreitet und der zweite Streifen nur zu $\frac{7}{10}$ bebaut wird.

2. Alle nicht an der Straßenfront liegenden zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Räume (§ 37) müssen Licht und Luft unmittelbar von einem Hofe (Haupthof) erhalten, dessen Grundfläche mindestens 80 qm bei 6 m geringster Abmessung beträgt. Ist die nach Ziffer 1 ermittelte nicht bebaubare Fläche geringer als 80 qm, so darf der Haupthof bis auf 60 qm bei 6 m kleinster Abmessung eingeschränkt werden, wenn der Rest der nicht bebaubaren Fläche zur Anlegung eines Neben- oder Lichthofes mit einer Grundfläche von mindestens 10 qm bei einer geringsten Abmessung von 2 m verwendet wird. Beträgt die nach Ziffer 1 ermittelte nicht bebaubare Fläche weniger als 60 qm, so darf der Haupthof auf das Maß dieser Fläche, jedoch nicht unter 40 qm bei 6 m kleinster Abmessung eingeschränkt werden. Auch an solchen Höfen dürfen Räume zum dauernden Aufenthalte von Menschen angelegt werden.

Beträgt der hinter der ersten Theillinie liegende Theil eines Grundstücks weniger als 50 qm, so braucht kein Haupthof angelegt zu werden, wenn sämtliche zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Räume Luft und Licht unmittelbar von der Straße erhalten und ein Nebenhof von mindestens 25 qm bei 4 m kleinster Abmessung angelegt wird. Ist ein Grundstück nur 6 m oder weniger tief, so bedarf es keines Hofes.

3. Räume, welche nicht zum dauernden, sondern nur zum vorübergehenden Aufenthalte von Menschen bestimmt sind (§ 37), dürfen an Höfen von geringeren Abmessungen — Nebenhöfen — angelegt werden. Ausgeschlossen sind jedoch Kollkammern und solche lediglich zur Lagerung von Waren und zur Aufbewahrung von Gegenständen bestimmte Räume, welche nicht dem Hausbedarfe dienen. Die Grundfläche der Nebenhöfe wird — abgesehen von den in Ziffer 2 erwähnten Grundstücken mit einer nicht bebaubaren Fläche von weniger als 80 qm — nur dann als unbebaut in Rechnung gestellt, wenn sie mindestens 25 qm bei 4 m kleinster Abmessung beträgt.

4. Auf Grundstücken, welche lediglich Geschäftszwecken dienen und nur für das Aufsichtspersonal (Pfortner, Hausdiener, Wächter u. s. w.) Wohnungen entsprechend geringen Umfanges und höchstens in der Zahl von fünf enthalten sollen, dürfen Haupthöfe, wenn sie mehr als 80 qm Grundfläche bei 6 m kleinster Abmessung haben, bis höchstens zur Hälfte mit Glas überdacht werden; dabei muß jedenfalls eine Fläche von mindestens 60 qm bei 6 m kleinster Abmessung von der Ueberdachung frei bleiben.

Diese Vergünstigung gilt nicht für Fabrikanlagen, Gast- und Schankwirtschaften, feuergefährliche Betriebe und solche Werkstätten, welche keinen Theil der auf dem Grundstücke befindlichen Geschäfte bilden.

Weiter sind folgende Bedingungen zu erfüllen: der höchste Punkt der Ueberdachung darf nur 2 m über der Oberkante der Dache des Erdgeschosses liegen; sämtliche Decken und Treppen der Gebäude auf dem Grundstücke sind aus unverbrennlichen Baustoffen herzustellen; für Werkstätten ist außer den notwendigen Treppen (§ 16) mindestens eine besondere, nur für den Werkstättenbetrieb zu benutzende Treppe herzustellen; da, wo eine Durchfahrt vorgeschrieben ist, muß sie innerhalb der Ueberdachung durch Wände aus unverbrennlichen Baustoffen abgeschlossen werden; für eine wirksame Lüftung und ausreichende Beleuchtung der überdachten Theile und der daran grenzenden Räume ist Sorge zu tragen. Die überdachten Theile des Hofes dürfen mit Umfassungswänden abgeschlossen werden. Unter diesen Theilen dürfen nur Räume mit höchstens 1,60 m lichter Höhe angelegt werden. Die überdachten Theile des Hofes gelten als unbebaute Fläche im Sinne der Ziffer 2 und zwar auch dann, wenn ihre Höhenlage die des übrigen Hofes übersteigt. In den überdachten Theilen des Hofes kann die Anbringung von höchstens zwei Umgängen übereinander zugelassen werden. Der

überdachte Theil des Hofes muß unbeschadet der vorstehenden Bestimmung über die Aufstellung der Durchfahrt einheitlich in seiner Form und so angelegt werden, daß mindestens eine Seite des Hofes frei bleibt.

Entspricht die Veranlagungsart des Grundstücks nicht mehr den vorstehenden Bestimmungen, so müssen die Glasüberdachung und die darunter befindlichen Bautheile bis zur Hofoberfläche beseitigt werden.

5. Bei Feststellung der unbebaut zu lassenden Grundstücksfläche werden die Flächen der Vorgärten von der Gesamtfläche vorweg abgezogen, im übrigen aber Baulichkeiten jeder Art ebenso wie die übrigen Theile der Grundfläche als bebaut gerechnet, welche durch Vorkauten, Umgänge, Gärten oder in anderer Art in den Stadtwesen nach den Höfen zu überbaut oder durch Gesimsvorbränge über 30 cm hinaus eingetragenen sind. Dagegen werden nicht als bebaut gerechnet: Hofunterkellerungen, offene Glasdächer, wenn sie eine Grundfläche von weniger als 2 qm haben, Bedachungen von Fahrstühlen, welche frei vor die Frontwände gelegt werden. Klappen bis zu 3 qm Grundfläche über Kellertreppen, Aisch- und Müllbehälter, ferner Freitreppen, wenn sie einzeln eine Grundfläche von 3 qm und eine Höhe von 1 m nicht überschreiten, Plinthen und Hoffronten von nicht mehr als 0,13 m größter Ausladung und 1 m Höhe, sodann Grenzzäune aus Holz oder Eisen, endlich massige Grenzmauern, wenn ihre Höhe das Maß von 2 m nicht überschreitet und die Stärke sich innerhalb der durch die Zweckbestimmung bedingten Grenzen hält.

6. Auf den Höfen ist die Pflanzung von Gartenanlagen zulässig. In Bezug auf ihre Bepflanzung und Umwehrung bleibt es der Polizeibehörde überlassen, das zur Sicherung der unbehinderten Benutzung der Zufahrten und der Zugänglichkeit zu den Gebäuden und Gebäudetheilen sowie im feuerpolizeilichen Interesse Erforderliche anzuordnen.

§ 3. Höhe.

Unter Höhe der Gebäude (Fronthöhe) wird an Straßen das Maß von der Oberfläche des Bürgersteiges, für hintere Gebäude das Maß von der Oberfläche des Hofes bis zur Oberkante des Hauptgesimses, und wo die Anlage einer Attika beabsichtigt wird, bis zu ihrer Oberkante verstanden. Bei geneigter Oberfläche des Bürgersteiges oder des Hofes in der Längsrichtung der Frontwand ist das mittlere Höhenmaß zu rechnen.

1. Gebäude dürfen in den Frontwänden stets 12 m hoch, aber nicht höher als 22 m errichtet werden. Innerhalb dieser Grenzen gelten folgende Bestimmungen:

a. Alle Baulichkeiten an Straßen dürfen so hoch sein, wie die Straße oder der Straßentheil vor ihnen zwischen den Straßenschuttlinien breit ist. Seitenschügel dürfen in einer Länge von höchstens 5,50 m — von der Hinterfront des Vordergebäudes ab gemessen — die Höhe des letzteren erhalten unter der Bedingung, daß in diesem Theile des Seitenschügels eine bis in das oberste

Geschoß führende Treppe angelegt wird. Die Höhe der Hinterfront des Vordergebäudes darf die Höhe der Straßenfront übersteigen, muß aber hinter der nach den Abmessungen des Hofes für die hinteren Gebäude zulässigen Durchschnittshöhe (1 b.) mindestens um 3 m zurückbleiben und darf im übrigen in keinem Falle die senkrecht zur Hinterfront gemessene Ausdehnung des Hofes um mehr als 3 m übersteigen. Ueberschreitet die Ausladung des Dach- oder Hauptgesimses das Maß von 0,9 m, so wird das Uebermaß von der zulässigen Höhe abgezogen. In Straßen, welche nur an einer Seite zum Anbau bestimmt sind, sowie an Plätzen, welche mindestens 22 m breit sind, darf die Höhe bis 22 m betragen. Bei ungleicher Straßenbreite ist ein einheitliches mittleres Höhenmaß für das ganze Gebäude festzustellen. Liegt ein Grundstück an verschiedenen Straßen, ohne Edgrundstück zu sein, so ist die Fronthöhe nach jeder einzelnen Straße zu bemessen. Bei Edgebäuden darf entweder ein einheitliches mittleres Höhenmaß für das ganze Gebäude gewählt oder es dürfen die einzelnen Gebäudetheile in einer Höhe aufgeführt werden, welche der Breite der vor ihnen liegenden Straße entspricht. Die hierauf für die breitere Straße zulässige Höhe darf an der schmälern Straße, von der Ecke an gerechnet, so weit fortgeführt werden, wie die schmälere Straße breit ist, jedoch stets 12 m weit. Für Vordergebäude, welche ganz oder theilweise hinter die Baufluchtlinie zurücktreten, kann ein entsprechend gesenktes Höhenmaß zugelassen werden.

b. Hinter Gebäude (Seitenflügel, Mittelflügel, Quer-, Seiten- und Mittelgebäude) dürfen in der Höhe die Ausdehnung des Hofraumes vor ihnen, senkrecht zu der Umfassungswand gemessen, um nicht mehr als 6 m überschreiten.

Ist der Hofraum vor einem hinteren Gebäude ungleich gestaltet, so tritt für dieses Gebäude folgende Durchschnittsberechnung ein:

Das Längenmaß jedes Fronttheiles — an der Oberfläche des Hofes gemessen — wird mit dem für ihn nach dem Vorstehenden zulässigen Höhenmaße, welches aber 22 m nicht überschreiten darf, multipliziert, die Summe der dadurch gewonnenen Produkte wird durch die Summe der Längenmaße getheilt; der Quotient ergibt die zulässige Höhe.

Die Fronten der Hintergebäude ein und desselben Hofes dürfen eine gemeinsame Durchschnittshöhe erhalten, deren Ermittlung sinngemäß in der vorstehend angegebenen Weise erfolgt.

Für ein Gebäude, welches zwischen zwei oder mehreren Höfen oder Hoftheilen liegt, darf, falls die Fronten nicht in entsprechend verschiedener Höhe aufgeführt werden, ein mittleres Höhenmaß nach Maßgabe der an der Oberfläche der Höfe gemessenen Frontlängen für das ganze Gebäude festgestellt werden.

Wenn sich nach den vorstehenden Berechnungen der Mittelmaße für einzelne Gebäude eine Fronthöhe ergibt, welche mehr als das Doppelte der senkrecht zu dieser Front gemessenen Ausdehnung des Hofes beträgt, so ist die Fronthöhe des Gebäudes oder Gebäudetheiles an diesem Hofe bis auf dieses Maß einzuschränken.

Die Seiten rechtwinkliger Mauervorsprünge bis zu 0,60 m Tiefe werden als Frontlängen nicht gerechnet.

Die vorstehenden Beschränkungen der Gebäudehöhe finden auf die Umfassungswände der Nebenhöfe keine Anwendung.

Ueberschreiten bestehende hintere Gebäude in der Höhe die Ausdehnung des Hofraumes vor ihnen — senkrecht zu der Umfassungswand oder den Wänden gemessen — um mehr als 6 m, so ist, wenn das Uebermaß nicht durch das Mindermaß der anderen Gebäude an dem Hofe ausgeglichen wird, bei der Errichtung weiterer Gebäude an demselben Hofe ihre zulässige Höhe durch eine Durchschnittsberechnung (Abz. 3 dieses Buchstabs) zu ermitteln, bei welcher die Fronthöhen der bestehenden Gebäude mit in Anrechnung zu bringen sind.

c. Außer den im § 2 Ziffer 4 genannten Hofüberdachungen bleiben solche Anbauten und selbständig für sich bestehende Baulichkeiten, welche bis zur obersten Dachkante die Höhe von 6 m nicht überschreiten und eine Grundfläche von nicht mehr als 40 qm haben, bei der Berechnung der zulässigen Höhe der Frontwände der hinteren Gebäude außer Betracht.

2. Oberhalb der zulässigen Fronthöhe dürfen die Dächer über eine im Winkel von 45° zu der Front gedachte Lufthöhe nicht hinausgehen. Von dieser Bestimmung werden nicht betroffen: Dachrinnen, Brandmauern, Schornsteine, Blitzableiter, Fahnenstangen und Dachfenster, letztere sofern sie hinter der Front liegen, nicht mehr als 1 qm Anschlagfläche sowie einen Zwischenraum von wenigstens 2,5 m gegen einander und von wenigstens 3 m gegen die Nachbargrenzen haben.

3. Der Dachneigungswinkel zur Straßenfront darf bis auf 60° vergrößert werden, wenn die Fronthöhe um die Hälfte des in der Firslinie gemessenen Höhenunterschiedes zwischen den beiden Lufthöhen im Winkel von 45° und 60° vermindert und der First um das selbe Maß niedriger gelegt wird.

4. Wird der Aufbau von Thürmen, Giebeln, Dachlukern u. s. w. auf den an der Straße liegenden Frontwänden über die zulässige Höhe (Ziffer 1 a.) hinaus beabsichtigt, so findet für die Fronthöhe eine Durchschnittsberechnung statt, bei welcher die senkrechten Frontflächen der Aufbauten voll, und deren Dächer, soweit sie die vorchriftsmäßige Dachfläche des Hauses (Ziffer 2) überragen, zur Hälfte ihrer parallel zur Front gedachten größten Durchschnittsflächen verrechnet werden. Aufbauten dürfen jedoch in ihrer Höhe $\frac{1}{2}$ der zulässigen

Fronthöhe, bei Straßen unter 12 m Breite $\frac{1}{3}$ der Straßenbreite nicht überschreiten.

§ 4. Zusammenhängende Haupthöfe (Hofgemeinschaft).

1. Sollen benachbarte Grundstücke derart bebaut werden, daß unbebaut bleibende Theile, unbeschadet einer bis zur Höhe von 2 m zulässigen Grenzseidung, eine in einer Länge von mindestens 6 m zusammenhängende Fläche bilden, die den umgebenden Gebäuden mehr Licht und Luft zuführt, als es durch die einzelnen Haupthöfe geschieht, so darf bei Feststellung der Höhe für die hinteren Gebäude außer der Abmessung des zugehörigen Haupthofes noch die Hälfte der Abmessung des Nachbarhofes — unbeschadet der Bestimmungen des § 3 Ziffer 1b — in Rechnung gestellt werden.

2. Auf die Anwendung dieser besonderen Bestimmung haben die beteiligten Grundstücksbesitzer nur dann einen Anspruch, wenn sie unter genauer Bezeichnung der zu der Hofgemeinschaft bestimmten Flächen auf den einzelnen Grundstücken sich gegenseitig verpflichten, diese Flächen zu Ungunsten der Mitbetheiligten nicht zu verändern, und wenn diese Verpflichtung auf sämtlichen beteiligten Grundstücken im Grundbuch eingetragen ist.

3. Die Bestimmung der Ziffer 1 gelangt zur Anwendung, sobald der Baupolizeibehörde die Eintragung der Verpflichtung auf sämtlichen beteiligten Grundstücken nachgewiesen ist; sie erlischt, wenn die Verpflichtung auf sämtlichen beteiligten Grundstücken gelöscht ist.

4. Solange die Eintragungen nicht sämtlich gelöscht sind, dürfen die zusammenhängenden, in den Baugescheinen ihrer Begrenzung nach bestimmt zu bezeichnenden Hofflächen nicht verkleinert werden.

5. Diese Beschränkung der Grundstücksbesitzer in der Bebauung ihres Eigenthums hört mit der Löschung der zu Ziffer 2 genannten Eintragungen auf sämtlichen beteiligten Grundstücken auf; es haben sodann die sämtlichen Grundstücksbesitzer ihre Grundstücke den allgemeinen Vorschriften dieser Baupolizeiordnung entsprechend einzurichten.

§ 5. Entfernung zwischen Gebäuden.

1. Zwischen allen nicht unmittelbar bei einander stehenden Gebäuden und allen unter einander nicht unmittelbar verbundenen Theilen desselben Gebäudes muß durchweg ein freier Raum bleiben:

von mindestens 2,50 m Breite, soweit die einander gegenüberliegenden Umfassungswände keine Öffnungen haben,

von mindestens 6 m Breite, soweit Öffnungen in jenen Wänden vorhanden sind.

Wenn Mauer-Vorsprünge und Rücksprünge an den Hoffronten nicht mehr als 0,60 m tief sind, braucht, selbst wenn der gegenüberliegende Gebäudetheil Öffnungen enthält, nur eine Entfernung von 2,50 m innegehalten zu werden.

2. Als gegenüberliegend gelten Wände und Gebäudetheile, deren Richtungsabweichung den Winkel von 75° nicht überschreitet.

3. Von Nachbargrenzen haben Gebäude, welche nicht unmittelbar an sie herantreten, einen den Bestimmungen der Ziffer 1 entsprechenden Abstand innezuhalten.

§ 6. Konstruktion und Baustoffe.

1. Gebäude sind in allen Theilen nach den Regeln der Technik aus guten, zweckentsprechenden Baustoffen herzustellen.

2. Die Anforderungen, welche an die Festigkeit der Baustoffe zu stellen, die Zahlen, welche der Festigkeitsrechnung zu Grunde zu legen, die Belastungen, welche für den Baugrund und die einzelnen Gebäudetheile zulässig sind, sowie sonstige Konstruktionsvorschriften werden durch die Polizeibehörde, so oft und soweit sie es für erforderlich erachtet, bekannt gemacht.

§ 7. Massive Wände.

1. Die Umfassungswände und die Decken tragenden Wände der Gebäude ebenso wie alle Vorbauten mit Ausnahme von Windbänken sind, soweit §§ 8 bis 10 nicht anderes bestimmen, massiv herzustellen.

2. An Stelle der massiven Wände kann mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse und die Benutzungsart der Baulichkeiten die Ausführung in Eisenschwergewicht oder Eisenwellblech zugelassen werden.

3. Wenn Gebäude unmittelbar an die Nachbargrenzen herantreten oder ihnen in weniger als 6 m Entfernung gegenüberliegen (§ 5 Ziffer 1), sind sie mit Brandmauern abzuschließen, welche durchweg wenigstens 0,25 m stark sein und undurchbrochen durch alle Geschosse mindestens 0,20 m über das Dach geführt werden müssen.

4. Zur Erleuchtung von Innenräumen sind jedoch Öffnungen mit mindestens 0,01 m starkem, fest eingemauerten Glasverschlusse statthaft, wenn sie nicht mehr als 500 qcm Fläche haben und in jedem Geschosse auf einer Wandlänge von 3 m nur einmal vorkommen.

5. Im Innern von Gebäuden muß mindestens auf je 40 m Entfernung eine massive Mauer der in Ziffer 3 angegebenen Art hergestellt werden; Verbindungsöffnungen in dieser Mauer sind zulässig, müssen aber in den Dachräumen mit feuer- und rauchsicHERen, selbstthätig zusallenden, nicht fest verschließbaren Thüren versehen werden. Die Herstellung solcher Brandmauern kann erlassen werden, soweit und solange sie mit der besonderen Nutzungsart eines Gebäudes unvereinbar sind.

6. Nachbargebäude, welche an der gemeinsamen Grenze unmittelbar bei einander errichtet werden, sind je durch eine selbständige, den vorstehenden Vorschriften entsprechende Brandmauer abzuschließen.

7. Es kann jedoch zugelassen werden, daß Brandmauern zwischen Nachbargrundstücken zum Zwecke und für die Dauer einer bestimmten einseitigen Benutzung durch Öffnungen durchbrochen werden. Diese sind dann aber mit feuer- und rauchsicHERen, selbstthätig zusallenden Thüren zu versehen, welche, wenn eine Verbindung zwischen benachbarten Innenräumen beabsichtigt wird, nicht fest verschließbar sein dürfen.

§ 8. Gebäude in Holzfachwerk.

1. Gebäude und Anbauten an Massivbauten, welche eine Grundfläche von 100 qm und eine Fronthöhe von 6 m nicht überschreiten, dürfen an Stelle massiver Wände (§ 7) solche von ausgemauertem Holzfachwerk erhalten.

2. Die Umfassungswände solcher Gebäude und Anbauten sind indessen, soweit sie von öffentlichen Straßen, Nachbargrenzen oder Gebäuden auf demselben Grundstücke nicht mindestens 6 m entfernt bleiben, außen nicht unter 0,12 m stark massiv zu verblenden.

3. Ueber die vorstehenden Vorschriften hinaus können derartige Gebäude und Gebäudetheile vorübergehend für bestimmte Nutzungszwecke zugelassen werden. In diesem Falle müssen jedoch diese Gebäude und Gebäudetheile unter sich und von anderen Gebäuden, wenn sie nicht unmittelbar aneinander gebaut werden, eine Entfernung von mindestens 6 m innehalten.

§ 9. Schuppen, Buden u. s. w.

1. Die Umfassungswände von Schuppen, Buden, Gartenhallen, Veranden, Lauben, Regelhäusern und ähnlichen kleinen Anlagen dürfen aus Holz, Eisenblech, Drahtputz, Gipsdielen oder aus ähnlichen Stoffen hergestellt werden.

2. In der Regel sollen diese Anlagen eine Grundfläche von 25 qm, sowie eine Fronthöhe von 3 m nicht überschreiten und von Holzbauten, Nachbargrenzen und öffentlichen Straßen 6 m entfernt bleiben.

3. Die Errichtung von hölzernen Schuttdächern und ähnlichen offenen Holzkonstruktionen kann über die Bestimmungen der Ziffer 2 hinaus nach Umständen und unter besonderen Bedingungen zugelassen werden.

§ 10. Nichtbelastete Scheidewände.

1. Scheidewände dürfen aus Eisenblech, Drahtputz, Gipsdielen oder ähnlichen Stoffen hergestellt und unmittelbar auf Balken gesetzt werden.

2. Hölzerne Scheidewände müssen mit Mörtel abgeputzt oder in sonst gleich wirksamer Weise gegen die Uebertragung von Feuer gesichert werden. Die Verwendung von Lehm Mörtel ist ausgeschlossen.

3. Hohlräume in hölzernen Scheidewänden sind mit unverbrennlichen, für die Gesundheit unschädlichen Stoffen (§ 11 Ziffer 2) auszufüllen.

4. Scheidewände zur Abgrenzung wirtschaftlicher Nebenräume dürfen aus ungeputztem Holzwerke hergestellt werden.

§ 11. Decken.

1. Holzbalkendecken sind auszustaken, mit unverbrennlichen Stoffen in einer Stärke von mindestens 0,13 m auszufüllen und unterhalb entweder durchweg mit Mörtel — jedoch unter Ausschluss von Lehm Mörtel — zu pugen oder mit einer in gleichem Maße feuer-sicheren Verkleidung zu versehen. An Stelle der Stakung und Ausfüllung kann eine andere gleich wirksame Konstruktion zugelassen werden.

2. Die Stoffe zur Verfüllung von Balkendecken und Gewölben dürfen durch keine der Gesundheit schäd-

lichen Bestandtheile verunreinigt sein; namentlich ist die Verwendung von Bauschutt jeder Art ausgeschlossen.

3. Sonstige Deckenkonstruktionen müssen mindestens ebenso zuverlässig den Anforderungen der Feuersicherheit und Gesundheitspflege entsprechen, wie die in Ziffer 1 und 2 beschriebenen Holzbalkendecken.

4. Vorschriftenmäßig ausgeführte Decken dürfen mit Holztäfelung bekleidet werden.

5. Ungeputzte gehobelte Holzdecken können zugelassen werden:

- a. in Gebäuden ohne Feuerungen,
- b. in eingeschossigen Gebäuden, in welchen die lichte Höhe des Geschosses mehr als 5 m beträgt, insbesondere in Kirchen, Turn- und Wartehallen, Reithäusern und Ausstellungsgebäuden,
- c. in Speichern zur Aufbewahrung von Getreide, Mehl oder Malz; doch müssen dort befindliche heizbare Räume durch massive Wände und Decken von den übrigen Räumen getrennt werden und besondere Zugänge erhalten,
- d. in allen Fällen, wo das Dach zugleich die Decke des Raumes bildet, unter der Bedingung, daß sämtliche von innen sichtbaren Holztheile gehobelt werden.

§ 12. Dachdeckung.

1. Die Dächer aller Bauweisen müssen mit einem gegen die Uebertragung von Feuer hinreichenden Schutz bietenden Stoffe (Stein, Metall, Therrpappe, Holzcement, Glas u. s. w.) gedeckt werden.

2. Deckungen in Dächern und in Dachaufbauten unterliegen in Hinsicht der Entfernung von Nachbargrenzen den gleichen Bedingungen wie die Deckungen in Umfassungswänden (§ 5). Diese Bestimmung findet jedoch auf Lichtschächte keine Anwendung.

3. Je nach Beschaffenheit und Lage der Dächer können Schutzvorrichtungen gegen das Hinabfallen von Schnee und Eis und von Personen angeordnet werden.

4. Bei Glasdächern sind nach Anordnung der Polizeibehörde entweder oberhalb oder unterhalb Drahtnetze mit einer Maschenweite von höchstens 0,05 m anzubringen, falls zur Eindeckung der Dächer nicht Drahtglas verwendet wird.

§ 13. Vortretende Bautheile.

1. Bautheile, welche über die Umfassungswände und Dächer vortreten, unterliegen hinsichtlich der Bau-stoffe den gleichen Vorschriften wie die Umfassungswände und Dächer selbst. Ausgenommen hiervon sind Wind-sänge (§ 7 Ziffer 1), Freitreppen, wenn sie nicht noth-wendige Treppen sind (§ 16 Ziffer 1) und die Vor-derflächen von solchen Dach- und Mansardenseniern, welche mindestens 3 m von der Nachbargrenze ent-fernt sind.

2. Dachgesimse dürfen in Holzkonstruktion her-gestellt werden, Hauptgesimse jedoch nur dann, wenn an den Nachbargrenzen bis auf eine Entfernung von 1 m durchweg unverbrennlicher Baustoff verwendet wird.

3. Ziertheile aus Stuck, Steinpappe, Cementguss und dergleichen dürfen an den Außenfronten nicht auf

Holz befestigt, sondern müssen vollständig und sicher mit dem Mauerwerke verbunden werden.

4. Ueberhängende Dächer mit Holzkonstruktion können zugelassen werden.

§ 14. Vortreten

von Bauteilen über die Umfassungswände.

Das Vortreten von Bauteilen über die Umfassungswände ist innerhalb der folgenden Grenzen, gestattet:

a. über die Baufluchtlinie.

- 1) Risalite, geschlossene Vorbauten anderer Art, Erker, Balkone und Galerien dürfen in jedem Geschoße zusammen höchstens zwei Drittel, Erker und geschlossene Vorbauten zusammen höchstens ein Drittel der Frontlänge eines Gebäudes einnehmen. Im obersten Stockwerke und im Dachgeschoß werden Risalite, geschlossene Vorbauten anderer Art und Erker nur ausnahmsweise zugelassen.
- 2) Alle Vorbauten eines Gebäudes, welche mehr als 0,30 m über die Baufluchtlinie vortreten, müssen, in der Frontlinie gemessen, von Nachbargrundstücken das $1\frac{1}{2}$ -fache ihrer weitesten Ausladung, mindestens aber 1 m, und von einander das $1\frac{1}{2}$ -fache der Summe ihrer weitesten Ausladungen entfernt bleiben. Risalite, geschlossene Vorbauten anderer Art und Erker desselben Gebäudes müssen eine Entfernung von mindestens 4 m von einander innehalten.
- 3) In den Luftraum der Bürgersteige dürfen Balkone, Galerien, Erker und geschlossene Vorbauten nur in Straßen von mindestens 15 m Breite über die Baufluchtlinie vortreten. Zwischen der Unterkante solcher Vorbauten und der Oberfläche des Bürgersteiges muß eine lichte Höhe von mindestens 3 m frei bleiben. Bei einer Straßenbreite von 15 m dürfen Balkone, Galerien, Erker und geschlossene Vorbauten, mit Ausnahme von Risaliten, 0,60 m über die Baufluchtlinie vortreten. Bei breiteren Straßen ist ein verhältnismäßig weiteres Vortreten und zwar bis zu 1,30 m bei einer Straßenbreite von 22 m oder mehr gestattet. Das Vortreten von Risaliten in den Bürgersteig ist nur in Straßen von mehr als 15 m Breite und nur bei einer Bürgersteigbreite von mindestens 3 m bis auf das Maß von 0,25 m gestattet.
- 4) Für Kellerhälfe kann ein Vortreten bis zu 0,30 m, für andere Bauteile bis zu 0,60 m zugelassen werden, wenn der Bürgersteig mindestens 3 m breit ist.
- 5) Gebäudeplinthen dürfen auch bei einer Bürgersteigbreite von weniger als 3 m bis zu 0,13 m einschließlich der Gesimse vortreten.
- 6) Treppenstufen dürfen nur bei einer Bürgersteigbreite von mehr als 4 m bis zu 0,20 m vorspringen.
- 7) Nach außen aufschlagende Türen, Fenster und Fensterläden müssen mit ihrer Unterkante von der Oberfläche des Bürgersteiges mindestens 3 m entfernt bleiben.

8) In Vorgärten dürfen Bauteile bis zu einem Drittel der Vorgartentiefe, höchstens aber bis zu 2,50 m vortreten, sofern die Vorgärten angelegt und als solche unterhalten werden. Werden Vorgärten auf dem gesetzlichen Wege beschränkt oder beseitigt, so müssen die Vorbauten mit vorschubenden Vorschriften in Uebereinstimmung gebracht werden.
b. an Höfen.

- 1) Erker und geschlossene Vorbauten unterliegen den Bestimmungen der §§ 2, 3 und 5. Die Entfernung der äußersten Ausladungen von Balkonen und offenen Galerien unter sich, gegenüber den Umfassungswänden und den Nachbargrenzen muß mindestens 8 m betragen.
- 2) Balkone und offene Galerien, welche seitlich näher als 2,50 m an die Nachbargrenzen herantreten, sind gegen diese durch eine unverbrennliche, mindestens 2 m hohe Wand ohne Öffnungen abzuschließen.

§ 15. Öffnungen vor Gebäuden.

1. Für Kellerräume bestimmte Lichtöffnungen, welche über die Baufluchtlinie in den Bürgersteig vorspringen, dürfen nur in Bürgersteigen von mehr als 3 m Breite angelegt werden. Sie dürfen höchstens bis 0,30 m in den Bürgersteig vorspringen und sind in dessen Oberfläche mit Eisenstäben in Abständen von höchstens 0,03 m zu überdecken oder mit einer mindestens 1 m hohen glatten, metallenen Vergitterung zu umschließen.

2. Kellerstufen dürfen in die Bürgersteige nicht einspringen.

3. Öffnungen vor den nicht an Bürgersteigen liegenden Gebäudehälften sind genügend zu überdecken, zu vergittern oder zu umwehren.

4. Für die Anlage von Lichtgräben ist § 37 Ziffer 3 maßgebend.

§ 16. Treppen.

1. Jedes nicht zu ebener Erde liegende Geschoß muß mindestens durch eine Treppe zugänglich sein, durch welche der Ausgang nach der Straße oder nach einem Hofe jederzeit gesichert wird (notwendige Treppe). Ausnahmen bezüglich des Dachgeschosses können mit Rücksicht auf die besondere Benutzungsart zugelassen werden. Von jedem Punkte des Gebäudes muß eine Treppe auf höchstens 30 m Entfernung erreichbar sein. Dieses Maß ist auch für Kellerräume innezuhalten, so weit sie zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmt sind (§ 37); für anderweit benutzte Kellerräume kann ein größeres Maß zugelassen werden.

2. Gebäude, in deren oberstem Geschoße der Fußboden höher als 7 m über dem Erdboden liegt, müssen mindestens zwei in gesonderten Räumen befindliche Treppen oder eine unverbrennliche Treppe (notwendige Treppen) erhalten. Doch soll, wenn der oberste Fußboden über 11 m hoch liegt, nur im Ausnahmefalle eine unverbrennliche Treppe genügen. Als oberstes Geschoß ist das Dachgeschoß nicht anzusehen, wenn es keine zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Räume enthält.

3. Nothwendige innere Treppen einschließlich der daran liegenden Vorpläge und Hure müssen mit massiven, nur durch die erforderlichen Verbindungs- und Lichtöffnungen unterbrochenen Wänden umschlossen werden. Nebeneinander gelegene Räume für nothwendige Treppen dürfen durch keine Oeffnungen mit einander in Verbindung stehen. Freitreppen dürfen, wenn sie nothwendige Treppen sind, nur in einer Höhe von 2 m hergestellt werden.

4. Jede nothwendige Treppe muß mit dem wirtschaftlich gesondert benutzten Gebäudetheile, für welchen sie bestimmt ist, unmittelbare Verbindung haben, in einer freien, durch das Geländer nicht eingeschränkten Breite von mindestens 1 m sicher gangbar sein und in einem vom Tageslichte hinreichend erhellten Raume liegen. Als sicher gangbar gilt eine Treppe, wenn der Austritt der Stufen, in der Austragung gemessen, mindestens 0,26 m und die Steigung höchstens 0,18 m beträgt. Wendelstufen dürfen an der schmalsten Stelle, in der Austragung gemessen, nicht unter 0,10 m Auftrittsbreite haben.

5. Die Treppenläufe sind, wenn sie zwischen Wänden liegen, mindestens an einer Seite mit Handgriffen, sonst mit Geländern zu versehen, welche ein Hindurchfallen von Kindern ausschließen. Für Geländer und Handgriffe können besondere Anordnungen getroffen werden.

6. Jede nothwendige Treppe ist bis in das Dachgeschloß zu führen oder muß im obersten Geschosse entweder unmittelbar oder in einem in der Nähe belegenen, leicht auffindbaren Raume durch eine feuersicher abgeschlossene Nebentreppe ihre Fortsetzung bis ins Dachgeschloß erhalten. Für diese Nebentreppe genügt eine gerade oder gewinkelte Treppe mit freier Laufbreite von 0,75 m und einem derartigen Austritte und Steigungsverhältnisse, daß überall eine Kopfhöhe von mindestens 1,80 m verbleibt.

7. Bei freitragenden Granitreppen sind die Podeste, wenn diese gleichfalls aus Granit hergestellt werden, durch Eisenträger, Mauerbögen oder Gewölbe zu unterstützen.

8. Die Stufen unverbrennlicher Treppen dürfen mit Holz belegt werden.

9. Nothwendige hölzerne Treppen sind unterhalb entweder zu rohren und zu pugen oder mit einer gleich feuersicheren Verkleidung zu versehen.

10. Bei nothwendigen Treppen sind die Treppenhodeste in der Regel rechtzeitig in der Weise anzulegen, daß die Länge wie die Breite der Podeste — in der Mitte gemessen — mindestens gleich der Laufbreite der Treppe ist. Dasselbe gilt für die Breite der Treppenzugänge. Eine Abschrägung der Ecken der Podeste bis zur kreisförmigen Abrundung ist nur bei Treppen von mehr als 1,25 m Breite zulässig. Wenn die Laufbreite der Treppe mehr als 1,75 m beträgt, darf die Breite der Podeste bis auf dieses Maß eingeschränkt werden.

§ 17. Lichtschächte.

1. Lichtschächte (Lichtböse) müssen eine Grundfläche von mindestens 10 qm bei einer geringsten Abmessung von 2 m erhalten und durchweg bis zur Dachfläche mit massiven Wänden umschlossen werden. Bei einer mittleren Höhe der Schachtwände bis zu 12 m kann eine Verkleinerung der Grundfläche bis auf 6 qm bei einer geringsten Abmessung von 1,50 m zugelassen werden. Am untersten Ende der Lichtschächte sind Vorkehrungen zu treffen, welche ihnen von außen frische Luft dauernd zuführen. Die Luftzuführungsöffnungen müssen wenigstens 0,30 qm Querschnitt erhalten.

2. Für Lichtschächte, welche einem Raume Licht unmittelbar durch die Decke zuführen, genügt es, wenn sie von dem Raume bis zur Dachfläche mit einem unverbrennlichen Stoffe ummantelt werden; auch darf die Grundfläche derartiger Lichtschächte kleiner, als oben angegeben, bemessen werden.

3. Sind die Lichtschächte oben mit einer Glasdecke oder sonst in geeigneter Art geschlossen, so müssen auch an ihrem obereren Ende Vorkehrungen getroffen werden, welche einen ausreichenden Luftwechsel sichern.

4. Wenn Lichtschächte Oeffnungen innerhalb des Dachraumes erhalten, so müssen diese mit feuer- und rauchsicheren, fest verschlossen zu haltenden Thüren versehen werden.

§ 18. Feuerstätten.

1. Feuerstätten in Gebäuden müssen in allen Theilen aus unverbrennlichem Baustoffe hergestellt werden.

2. Unter Feuerherden, sowie unter den zugehörigen, mindestens 0,05 m breit anzuordnenden massiven Umfassungstreifen müssen die Decken einschließlich des Fußbodens durchweg aus unverbrennlichem Baustoffe hergestellt werden.

3. Feuerherde, welche auf unverbrennlichen Füßen stehen, dürfen auf Holzbalkendecken und Holzfußböden errichtet werden, wenn unter dem Herde ein Lustraum von mindestens 0,15 m und höchstens 0,20 m freigehalten wird. Der Fußboden dort ist durch eine 0,05 m starke Massivschicht auf mindestens 1 mm starker Eisenplatte zu schützen; die Massivschicht sowie die Eisenplatte müssen 0,05 m über den Rand des Herdes vortreten. Dieselben Vorschriften finden auch auf Bädern von Metall Anwendung.

4. Ofen und sonstige nicht unter Ziffer 2 und 3 fallende Feuerstätten sind von dem Fußboden durch eine mindestens 0,05 m starke Massivschicht zu trennen, über der sich ein mindestens 0,05 m hoher, den Durchzug der Luft gestattender Hohlraum von mindestens 2 Luftöffnungen befinden muß.

5. Vor den Heizöffnungen sämtlicher Feuerungen ist der Fußboden, wenn er nicht aus unverbrennlichem Stoffe hergestellt wird, in einem Vorsprunge von 0,50 m und in einer über die Feuerungsöffnungen nach beiden Seiten hin vortretenden Breite von 0,30 m feuersicher zu bekleiden. Vor Stubenfeuerungen von gewöhnlichem

Umfange und vor offenen Kaminen genügt statt dessen die Verwendung metallener Vorsetzer von ausreichender Größe.

6. Wände, an welchen Feuerherde unmittelbar oder in einer geringeren Entfernung als 0,10 m aufgestellt werden, müssen in der Ausdehnung des Herdes und mindestens 0,20 m rings um ihn aus unverbrennlichen Baustoffe bestehen. Diese Wände dürfen, soweit sie nicht mindestens einen Stein stark massiv sind, nicht als Wandungen von Feuerzügen benutzt werden. Eisernen Feuerstätten sind von verputztem oder verblendetem Holzwerke mindestens 0,40 m, von freiem Holzwerke mindestens 0,80 m entfernt zu halten. Bei unumantelten Defen können geringere Maße zugelassen werden.

7. Für Feuerstätten von erheblichem Umfange und für solche, deren Betrieb dauernd große Hitze erfordert, wie große Koch- und Waschküchenherde, große Plättöfen und dergleichen können weitergehende Forderungen bezüglich der Feuericherheit gestellt werden.

§ 19. Verbindung der Feuerstätten mit den Schornsteinen.

1. Der Rauch ist von Feuerstätten durch dichte feuersichere Rohre innerhalb des betreffenden Stockwerkes seitlich in Schornsteine zu leiten. In besonderen Fällen kann zugelassen werden, den Rauch unmittelbar ins Freie zu führen.

2. Als Stütze der Rohre darf nur unverbrennlicher Baustoff verwendet werden.

3. Die Rohre sind von geputztem oder verblendetem Holzwerke mindestens 0,40 m, von freiem Holzwerke mindestens 0,80 m entfernt zu halten. Sind die Rohre ummantelt oder sind sonst gleich wirksame Schutzvorrichtungen getroffen, so kann eine Verminderung dieser Entfernungen zugelassen werden.

4. Bei Heizöfen in Räumen, welche zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmt sind, dürfen in den zur Ableitung der Feuergase dienenden Rohren oder Kanälen keine Verschlussvorrichtungen angebracht werden. Bei offenen Kaminfeuerungen ist jedoch die Anbringung solcher gestattet.

§ 20. Schornsteine.

1. Schornsteine sind durchweg dicht, massiv oder aus unverbrennlichem Baustoffe herzustellen. Sie müssen von Grund auf fundamementiert sein oder unverbrennlich und sicher unterstützt werden.

2. Jeder einzelne Schornstein ist in einem sich gleich bleibenden rechteckigen oder kreisrunden Querschnitte von mindestens 250 qcm im Lichten bis mindestens 0,30 m über die Dachfläche zu führen.

3. Befestigbare Schornsteine müssen einen rechteckigen Querschnitt von mindestens 0,42 zu 0,47 m Weite erhalten. Bei größeren Abmessungen sind Steigeisen anzubringen.

4. Eine andere als die senkrechte Richtung darf den Schornsteinen nur gegeben werden, wenn sie ringsum zwischen massiven Wänden liegen, oder durch gemauerte Bögen oder eiserne Träger von entsprechender Stärke unterstützt werden.

5. Gemauerte Schornsteine müssen eine Wangenstärke von mindestens 0,12 m, an Nachbargrenzen von mindestens 0,25 m erhalten.

6. Für Schornsteine von Centralheizungen oder anderen großen Feuerungsanlagen können stärkere Wangen vorgeschrieben werden.

7. Für unmittelbar aneinander liegende Schornsteine genügt eine gemeinsame Scheidewand der vorgeschriebenen Stärke.

8. Gemauerte Schornsteine müssen auf den Außenseiten unterhalb der Dachflächen in ganzer Ausdehnung, besonders auch innerhalb der Balkenlagen, gepußt und auf den Innenseiten glatt ausgestrichen werden.

9. Von Balkenlagen und sonstigem Holzwerk müssen die Außenseiten der Schornsteine, falls die Wangenstärke unter 0,25 m beträgt, überall mindestens 0,065 m entfernt gehalten und durch doppelte, in Verband gelegte Dachsteinschichten getrennt werden. Im Dachverbanne muß die Entfernung der freiliegenden Hölzer von 0,12 m starken Schornsteinwangen ohne Isolierung mindestens 0,10 m betragen.

10. Nicht gemauerte Schornsteine sind entweder mit Mauerwerk zu umgeben, für dessen Stärke und Entfernung vom Holzwerke die gleichen Bestimmungen wie für gemauerte Schornsteine gelten, oder unter Freihaltung eines Luftraumes von überall mindestens 0,10 m feuersicher zu ummanteln.

11. Freistehende Schornsteine außerhalb von Gebäuden sowie Aufsatzrohre zur Erhöhung von Schornsteinen bedürfen keiner Ummauerung oder Ummantelung. Von einer solchen kann auch bei Schornsteinen innerhalb von Gebäuden, deren Dach gleichzeitig die Decke bildet, wenn darin keine feuergefährliche Betriebsstätten vorhanden sind, bei gehöriger Isolierung von allem Holzwerke der Decke, abgesehen werden.

12. Alle Schornsteine sind so einzurichten, daß sie ordnungsmäßig gereinigt werden können.

13. Die unteren Mündungen befestigbarer Schornsteine sind mit einer gefalzten eisernen Einsteigerthür zu versehen. Unbefestigbare Schornsteine müssen unten und oben, außerdem auch bei Richtungsveränderungen, wenn die Neigung gegen die Wagerechte weniger als 60° beträgt, hinlänglich große Reinigungsöffnungen erhalten. Obere Reinigungsöffnungen sind entbehrlich, wenn die Reinigung bequem vom Dache aus erfolgen kann.

14. Alle seitlichen Reinigungsöffnungen sind mit gefalzten eisernen Thüren dicht zu verschließen. Die Anwendung von Schiebern ist nicht gestattet.

15. Aufsätze sind auf Schornsteinen nur zulässig, soweit sie die ordnungsmäßige Reinigung nicht behindern.

16. An ein Schornsteinrohr von 250 qcm Lichtem Querschnitte dürfen höchstens 3 gewöhnliche Zimmeröfen angeschlossen werden. Jeder hinzutretende Ofen dieser Art bedingt eine Vergrößerung des Querschnittes um 80 qcm. Für jede Kochherdfeuerung, die nicht an ein befestigbares Schornsteinrohr angeschlossen ist, muß ein besonderes Schornsteinrohr angelegt werden. Münden Rauchrohre aus Feuerstellen von erheblichem

Umfange (§ 18 Ziffer 7) ein, so kann eine Vergrößerung des Querschnittes gefordert werden.

17. Die Schornsteine sind so anzulegen und zu legen, daß die Gebäude und deren Umgebung durch Funken, Rauch und Ruß nicht gefährdet werden.

18. In Küchen, einschließlich der Waschküchen mit geschlossener Feuerung ist ein besonderes Rohr zum Abzuge der Wasserdämpfe einzurichten, welches für eine oder zwei Küchen einen Querschnitt von 250 qcm, für jede hinzutretende Küche eine Vergrößerung von 50 qcm erhalten muß.

19. Mauerkanäle aller Art sind, auch wenn sie nicht zur Ableitung des Rauches von Feuerstätten bestimmt sind, den vorstehenden Bestimmungen entsprechend auszuführen.

§ 21. Behälter für Abfall und Asche.

1. Behälter zur vorläufigen Aufnahme wirtschaftlicher und gewerblicher Abgänge und Abfallstoffe sind unten sowie an den Seiten undurchlässig herzustellen und oben dicht zu überdecken.

2. Aschbehälter müssen Wände und Decken aus unverbrennlichem Stoffe erhalten.

3. Auf Grundstücke, welche landwirtschaftlichem oder gärtnerischem Betriebe dienen, findet die Bestimmung der Ziffer 1 keine Anwendung.

§ 22. Zu- und Ableitungsrohre.

Alle Zuleitungs- und Ableitungsrohre in und an Gebäuden sind undurchlässig und feuersicher herzustellen. Werden sie zur Ableitung unreiner Stoffe benutzt, so sind sie mit einem bis über das Dach zu führenden Dinstrohe zu versehen. Die besonderen Erfordernisse für Kanalisations-, Wasser- und Gasleitungsrohre sind anderweit festgestellt.

§ 23. Wasserversorgung.

Auf jedem bebauten Grundstücke, welches nicht durch die allgemeine Wasserleitung mit Wasser versorgt wird, muß eine eigene Wasserleitung oder ein Brunnen hergestellt werden, wodurch jederzeit reichliches, zum Genuß für Menschen geeignetes Wasser beschafft wird.

§ 24. Entwässerung.

1. Das Tagewasser und die flüssigen Wirtschaftsabgänge sind von bebauten Grundstücken durch Rohre mit undurchlässigen Wandungen oder durch befestigte Rinnen in Kanäle oder Straßenrinnkeine zu leiten. Die Wirtschaftswässer müssen jedoch, ehe sie in die Straßenrinnkeine abfließen, auf dem Grundstücke durch einen mit eng vergitterter Ausflußöffnung und mit Wasserverschluß versehenen, undurchlässigen Schlammfang geleitet werden. Wo eine Abführung der Abwässer in die Kanäle oder Straßenrinnkeine nicht zugelassen wird, oder wo solche Vorkehrungen nicht vorhanden sind, kann die Anlage undurchlässiger Sammelbehälter vorgeschrieben werden.

2. Wo eine geregelte, unterirdische Ableitung der Abwässer (Schwemmkanalisation) besteht, sind für die Entwässerungsanlage die hierüber erlassenen besonderen Vorschriften maßgebend.

§ 25. Badestuben und Bedürfnisanstalten.

1. Badestuben und Bedürfnisanstalten müssen Licht und Luft unmittelbar von außen oder von einem oben offenen Lichtschacht erhalten. Innerhalb und unterhalb solcher Lichtschächte ist die Anlage von Badestuben und Bedürfnisanstalten unzulässig. In den vor dem Inkrafttreten dieser Baupolizeiordnung errichteten Gebäuden können für neu herzustellende Badestuben Ausnahmen hiervon zugelassen werden, wenn Eiterleitungen zu wirksamer Entlüftung getroffen werden.

2. Bedürfnisanstalten müssen eine Grundfläche von mindestens 1 qm bei 0,80 m geringster Abmessung erhalten.

3. Wo die Auswurfstoffe durch Wasser abgeschwemmt werden, sind für die Einzelheiten der zu diesem Zweck erforderlichen Anlagen die hierüber erlassenen besonderen Vorschriften maßgebend.

4. Werden die Auswurfstoffe zur Abfuhr in regelmäßigen Zeiträumen angesammelt, so dürfen zu diesem Zweck nur undurchlässige, dicht verschließbare Tonnen und Tonnenwagen verwendet werden. Der Tonnenrand muß dicht umschlossen werden und einen undurchlässigen, glatten Fußboden erhalten.

5. Die Anlage von Gruben für Aborte ist verboten.

6. Für Grundstücke, welche landwirtschaftlichen Betrieben dienen, können Ausnahmen von den Bestimmungen der Ziffern 4 und 5 zugelassen werden.

§ 26. Viehställe.

1. In Viehställen muß der Fußboden undurchlässig hergestellt werden.

2. Zur Aufnahme der Stallabgänge müssen in den Ställen oder in zweckentsprechender Nähe, jedoch in einem Abstände von mindestens 10 m von Röhren- und Kesselbrunnen, undurchlässige Gruben angelegt werden.

3. Nach Straßen hin dürfen Ställe in der Regel keine Öffnungen erhalten. In besonderen Fällen können Ausnahmen zugelassen werden.

4. In den Umfassungswänden der Stallgebäude dürfen — unbeschadet der allgemeinen Vorschriften über den Abstand der Gebäude — Öffnungen nur in einem Abstände von wenigstens 3 m nach allen Richtungen von den mit Öffnungen versehenen Umfassungswänden anderer Gebäude, wenn diese zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmt sind (§ 37), angelegt werden.

5. Für die Anlage von Ställen unter Räumen, welche zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmt sind, können weitergehende Forderungen in Bezug auf die Befestigung des Fußbodens, die Bekleidung der Wände und Decken, die Anordnung von Hohlräumen zwischen der Decke des Stalles und dem Fußboden des darüber befindlichen Geschosses und die Lüftungseinrichtungen, sowie in Bezug auf die Entwässerung gestellt werden.

6. Die Anlage von Ställen, deren Fußboden mehr als 0,50 m in den Erdboden eingesenkt werden soll, ist nur in solchen Stallgebäuden gestattet, welche nicht im

Zusammenhänge mit anderen Gebäuden stehen oder von diesen durch undurchbrochene, massive Wände getrennt sind.

7. Die Anlage von Ställen in Kellern unter Höfen ist nicht zulässig.

8. Die vorstehenden Bestimmungen finden auf Ställe für Hebrervieh keine Anwendung.

Titel II.

Polizeiliche Prüfung und Aufsicht bei Bauten.

§ 27. Baupolizeiliche Genehmigung.

Der baupolizeilichen Genehmigung bedürfen:

- 1) alle neuen baulichen Anlagen,
- 2) bei bestehenden baulichen Anlagen die Herstellung oder Veränderung von massiven oder Fachwerkwänden, Deden, Eisenkonstruktionen, vortretenden Bauteilen, Treppen, Licht-, Lüftungs- und Aufzugschächten, Feuerstätten oder Schornsteinen.

§ 28. Bauvorlagen.

1. Mit dem Antrage auf baupolizeiliche Genehmigung (§ 27) ist

- a. ein Bauplan vorzulegen, welcher unter Darstellung der Grundrisse sämtlicher Geschosse, sowie der erforderlichen Querschnitte und Ansichten die Konstruktion und die Abmessungen des Baues im Ganzen, sowie in seinen Theilen mit der Art und Stärke der zu verwendenden Baustoffe genau erkennen läßt und über die beabsichtigte Benutzungsart der Räume Auskunft giebt. Für die verschiedenen Geschosse gelten folgende Bezeichnungen:
 - a. Kellergeschoß,
 - b. Erdgeschoß,
 - c. Erstes, Zweites (I., II.) u. s. w. Stockwerk,
 - d. Dachgeschoß.

Die Höhenlage des Baues gegenüber der Straßendammskone und der Oberfläche des Bürgersteiges muß in den Querschnitten ersichtlich gemacht werden. Soweit es zur baupolizeilichen Prüfung erforderlich ist, sind einzelne Theile des Bauplanes durch Detailzeichnungen zu erläutern und die Tragfähigkeit der Konstruktionen rechnermäßig nachzuweisen. Die Einreichung des statischen Nachweises kann mit Genehmigung der Baupolizeibehörde auch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Baupläne sind in der Regel im Maßstabe von 1:100, Detailzeichnungen im Maßstabe von 1:20 zu fertigen.

Bei Errichtung neuer baulicher Anlagen, sowie bei der Durchbrechung oder wesentlichen Veränderung der äußeren Umfassungswände bestehender baulicher Anlagen, auf Erfordern auch in sonstigen Fällen, ist außerdem

- b. ein Lageplan vorzulegen, welcher im Maßstabe von mindestens 1:500 die Lage des Grundstückes zu den angrenzenden Straßen und zu den Nachbargrundstücken unter Einzeichnung der Baufußlinien, sowie die Entfernung des beabsichtigten Baues von anderen Gebäuden auf demselben Grundstücke, von

Straßen, Nachbargrenzen und den Gebäuden auf Nachbargrundstücken genau erkennen läßt und auf Verlangen der Polizeibehörde durch einen vereideten Landmesser oder Feldmesser beglaubigt werden muß.

2. Das Grundstück, auf welchem gebaut werden soll, muß stets nach Haus- und Grundbuchnummer bezeichnet werden.

3. Für Neubauten ist bei Einreichung der Bauvorlagen anzugeben, wie die Entwässerung stattfinden soll.

4. Die Pläne sind zur Erleichterung der Uebersicht farbig anzulegen.

5. Sämmtliche Bauvorlagen sind in je 3 Exemplaren — von dem Bauherrn und dem verantwortlichen Bauunternehmer unterschrieben — einzureichen.

6. Weitere Vorschriften über die Bauvorlagen können von der Polizeibehörde gegeben werden.

§ 29. Bauscheine.

1. Wird ein Bauplan polizeilich genehmigt, so erhält der Bauherr ein mit Genehmigungsvermerk versehenes Exemplar der Bauvorlagen zurück und einen die Baubedingungen feststellenden Bauschein.

2. Bauschein und Bauvorlagen müssen während der Bauausführung und bis zum Abschlusse des Abnahmeverfahrens (§§ 33 und 39) stets auf der Baustelle bereit gehalten werden.

3. Die Gültigkeit des Bauscheines für Neubauten erlischt nach Jahresfrist, wenn nicht inzwischen die Fundamente gelegt und die Kellermauern bis zur Erdoberfläche hergestellt sind. Im übrigen erlischt die Gültigkeit des Bauscheines nach Jahresfrist, wenn inzwischen der Bau nicht begonnen oder wenn ein begonnener Bau länger als ein Jahr nicht ernstlich fortgeführt ist.

§ 30. Beginn der Bauarbeiten.

Der Tag, an welchem mit der Bauausführung begonnen werden soll, ist vorher der Polizeibehörde unter Angabe des Datums und der Nummer des Bauscheines schriftlich anzuzeigen.

§ 31. Baugerüste und Bauzäune.

1. Baugerüste und Bauzäune dürfen nur auf Grund und nach Maßgabe einer bei der Polizeibehörde schriftlich nachzusuchenden Genehmigung errichtet und benutzt werden. Ihre Herstellung kann auch ohne Antrag polizeilich angeordnet werden.

2. Das Vortreten von Baugerüsten und Bauzäunen auf Bürgersteige wird nur gestattet, soweit es mit den Verkehrsbedürfnissen vereinbar ist, und solange die Bauausführung es nothwendig macht.

3. Im übrigen sind für die Konstruktion und Benutzung von Gerüsten die hierüber erlassenen besonderen Vorschriften maßgebend.

§ 32. Sicherungsmaßregeln bei der Bauausführung.

1. Im Innern von Neubauten sind hölzerne Balkenlagen eines jeden Geschosses alsbald nach ihrer Verlegung anzuklaffen, eiserne Balkenlagen, Treppenöffnungen und sonstige Oeffnungen sicher zu überdecken, zu umfriedigen oder unzugänglich zu machen.

2. Die Baustellen sind, soweit es zur Verhütung von Unglücksfällen erforderlich ist, während der Dunkelheit zu beleuchten.

3. Bei Ausführung von Bauten in der Nähe vorhandener Gebäude sind die zur Sicherheit der letzteren notwendigen Vorkehrungen (Ausführung der Grundmauern in kurzen Streden, Abstreifen oder Unterfahren der Mauern anstoßender Gebäude und dergl.) zu treffen.

§ 33. Rohbauabnahme.

1. Wenn ein Bau in seinen Wänden und Eisenkonstruktionen, einschließlich der feuersicheren Treppen, sowie in Dach- und Balkenlagen vollendet ist, hat der Bauherr die Abnahme bei der Baupolizeibehörde schriftlich zu beantragen.

2. Zu dem dann anzuberaumenden Termine muß der Bauherr auf Vorladung entweder persönlich erscheinen oder in geeigneter Weise vertreten sein. Im Termine müssen alle Theile des Baues sicher zugänglich sein und die Balkenverankerungen im Innern durchweg, Eisenkonstruktionen aber soweit offen liegen, daß die Abmessungen geprüft werden können.

3. Nach vorschriftsmäßiger Ausführung wird durch die Baupolizeibehörde die Abnahme des Rohbaues bescheinigt.

4. Ergeben sich bei der polizeilichen Prüfung Mängel, so hat sie der Bauherr abzustellen und demnächst erneute Abnahme zu beantragen.

5. Anträge auf gesonderte Abnahme einzelner Bauarbeiten und Bauthelle können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.

6. Vor Ertheilung des Rohbauabnahmescheines dürfen unbeschadet der Bestimmungen des § 39 Gebäude und Gebäudetheile nicht benutzt werden.

§ 34. Putzarbeiten.

Bei Ertheilung des Rohbauabnahmescheines wird bestimmt, wann mit den inneren und äußeren Putzarbeiten begonnen werden darf. Gebäude, welche ganz oder theilweise zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmt sind (§ 37), dürfen nicht früher als sechs Wochen nach Vollendung des Rohbaues gepußt werden.

§ 35. Genehmigung zu geringfügigen Anlagen.

1. Auf geringfügige Ausführungen, insbesondere auf die in § 9 erwähnten Schuppen, Buden u. s. w., die Anlage von Abort- und Sammelgruben, Grenzmauern, Zäunen,aubuden nebst Aborten finden die Bestimmungen der §§ 28 bis einschließlich 34 keine Anwendung.

2. Es sind jedoch dem Genehmigungsgesuche die zur Verdeutlichung nöthigen Vorlagen beizufügen. Für diese Anlagen bedarf es nur einer schriftlichen Genehmigung.

§ 36. Abbruch von Gebäuden.

1. Auf den Abbruch von Gebäuden finden die Vorschriften der §§ 31 und 32 sinngemäß Anwendung.

2. Mit Abbrucharbeiten darf erst nach schriftlicher Anzeige bei der Baupolizeibehörde begonnen werden.

Titel III.

Besondere Bestimmungen für die Benutzung von Gebäuden.

§ 37. Zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Räume.

Als Räume, welche nicht zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmt sind, gelten insbesondere: Klure, Treppen, Corridore, Bodenträume, Bedürfnisanstalten, die für den Hausbedarf bestimmten Vadestuben, ferner Wintergärten und Kollkammern, Speisekammern und ähnliche Vorrathsräume, Räucherlammern, Gemächshäuser, Regelskahren, Heizräume, Kessel- und Maschinenräume, wenn sie nur Heizungs-, Lüftungs-, Beleuchtungs- und Aufzugsbetrieben dienen, Wein-, Bier- und Branntweinfellereien und Räume, welche lediglich zur Lagerung von Waren und zur Aufbewahrung von Gegenständen bestimmt sind.

Für alle zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Räume gelten folgende Bestimmungen:

1) In einem Gebäude dürfen niemals mehr als fünf zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Geschosse übereinander angelegt werden; auch darf der Fußboden des obersten Geschosses dieser Art nie mehr als 18 m über der Oberfläche des Bürgersteiges oder des Hofes liegen.

2) Alle zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Räume müssen trocken sein und durch Fenster von ausreichender Größe und zweckmäßiger Lage unmittelbar Luft und Licht von außen erhalten. Sie dürfen indessen, wenn ihre Lage und Zweckbestimmung eine Beleuchtung unmittelbar von oben bedingt, durch Deckenlicht erhellt werden. Dabei müssen jedoch Vorkehrungen getroffen werden, welche einen ausreichenden Luftwechsel sicherstellen.

3) Sie müssen ferner eine — bei ungleicher Höhenlage der Decke oder des Fußbodens im Durchschnitt zu berechnende — lichte Höhe von mindestens 2,80 m haben und nirgends tiefer als 0,50 m unter der Oberfläche des Bürgersteiges oder des Hofes liegen.

Das Maß von 0,50 m kann auf 1 m erhöht werden, wenn an der zugehörigen Außenwand ein durchgehender Licht- und Lüftungsgang hergestellt wird. Ein solcher Graben muß mindestens 1 m breit sein und mit seiner gut zu entträsselnden Sohle mindestens 0,15 m tiefer als der Fußboden der anstoßenden Räume liegen.

4) Räume am Hofe, deren Decke nicht mindestens 2,50 m über dessen Oberfläche liegt, dürfen zum dauernden Aufenthalte von Menschen nur benutzt werden, wenn die sämtlichen am Hofe belegenen Gebäude desselben Grundstückes in der Höhe die Ausdehnung des Hofes vor ihnen — senkrecht zu ihrer Front gemessen — nicht überschreiten.

5) Gebäude, welche ganz oder theilweise zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmt sind, müssen gegen aufsteigende Erdschichtigkeit und Bodenluft durch wagerechte Isolirsichten in den Mauern

und durch eine undurchlässige massive Sohle geschützt worden. Liegen die Fußböden derartiger Räume tiefer als der Bürgersteig oder die Hofoberfläche, so sind ihre mit dem Erdreich in unmittelbare Berührung kommenden Umfassungswände — wenn davor nicht ein Licht- und Lüftungsg Graben angelegt ist — auch seitwärts gegen das Eindringen von Erdfeuchtigkeit zu schützen. Der Fußboden jedes zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Raumes muß mindestens 0,40 m über dem höchsten bekannten Grundwasserstande angelegt werden.

- 6) Dachräume dürfen zum dauernden Aufenthalte von Menschen nur dienen, wenn sie den Bestimmungen der Ziffern 1, 2 und 3 entsprechen, unmittelbar über dem obersten Stockwerke liegen und wenn sie und ihre Zugänge von den übrigen Bodenräumen durch feuersichere Wände abgeschlossen werden. Unter diesen Bedingungen dürfen oberhalb der fünf zum dauernden Aufenthalte von Menschen zugelassenen Geschosse im Dachgeschosse Waschküchen für den Hausbedarf hergestellt werden, auch wenn der Fußboden höher als 18 m über der Oberfläche des Bürgersteiges oder des Hofes liegt. Es muß dann aber in der Nähe der Waschküche eine Verdünnungsanstalt angelegt werden (§ 25).
- 7) Jeder zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte, wirtschaftlich gesondert benutzte Gebäudetheil muß einen jederzeit leicht und sicher erreichbaren, feuersicheren Zugang zu zwei Treppen oder zu einer unverbrennlichen Treppe haben. Im letzteren Falle bleibt es der Polizeibehörde überlassen, im sicherheitspolizeilichen Interesse weitere Forderungen für die Treppenanlage und ihre Zugänge zu stellen.
- 8) Grundstücke, auf denen sich zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Gebäude befinden, müssen mit vorschriftsmäßigen, ausreichenden und für alle Beteiligten leicht zugänglichen Bedürfnisanstalten (§ 25) sowie mit genügend großen Behältern für Abfälle und Asche (§ 21) versehen sein. Für derartige Gebäude kann die Herstellung von Dachrinnen und Abfallrohren gefordert werden.

§ 38. Gewerbliche nicht unter § 16 der Reichsgewerbe-Ordnung fallende Betriebsstätten, stark besuchte Gebäude, Lagerräume.

1. Besondere über die Vorschriften des Titels I. hinausgehende baupolizeiliche Anforderungen kann die Baupolizeibehörde für Gebäude und Gebäudetheile stellen:

- a. in denen Fabriken oder solche gewerbliche Betriebsstätten eingerichtet werden sollen, welche starke Feurrung erfordern, zur Verarbeitung leicht brennbarer Stoffe dienen, eine besonders große Belastung oder Erschütterung der Gebäude, einen starken Abgang unreiner Stoffe oder eine erhebliche Luftverschlechterung bedingen. Es gehören dahin namentlich:

Glüh- und Schmelzöfen aller Art, Schmieden, Tiegelgießereien, Theer- und Kalköfen, Badöfen, Räucherfammern, Holzbearbeitungswerkstätten (Tischlereien, Drechslerereien, Wälderereien, Stellmachereien und dergl.), Druckerereien, Färbereien und dergl.

- b. welche zur Aufbewahrung einer größeren Menge brennbarer Stoffe bestimmt sind (Speicher, Lagerräume u. dergl.),
- c. welche zur Vereinigung einer größeren Anzahl von Menschen bestimmt sind und nicht unter die Polizei-Verordnungen vom 31. Oktober 1889 und 3. April 1891 fallen,
- d. für die Grundstücke, auf welchen der Haupthof zum Theil eine Glasüberdachung erhalten hat (§ 2 Ziffer 4).

2. Die an den Bau und die Einrichtungen solcher Gebäude oder Gebäudetheile zu stellenden besonderen Anforderungen betreffen vornehmlich: die Stärke und Feuerfestigkeit von Wänden, Decken, Dächern, Fußböden, Treppen, Feuerstätten und Schornsteinen, die Zahl und Konstruktion der Brandmauern, die Zahl, Breite und sonstige Anordnung der Treppen und Ausgänge, die Art der Aufbewahrung und Beseitigung brennbarer Abfälle sowie unreiner Abgänge, die regelmäßige Zuführung frischer Luft, die Unterhaltung von Brunnen und Wasserbehältern. Auch kann die Verwendung eiserner Decken und freiliegender Rohre untersagt und die Heizung gewisser Räume nur von außen oder innerhalb massiver Vorlege zugelassen werden.

3. In Wohngebäuden kann die Einrichtung von Tischlereien und anderen gleich feuergefährlichen Arbeitsstätten, sowie die Anordnung von Lagerräumen zur Aufnahme feuergefährlicher Waren davon abhängig gemacht werden, daß sämtliche oberhalb belegene Wohnungen mindestens einen mit den Betriebsstätten außer Berührung stehenden Treppenzugang haben und durch unverbrennliche Decken von den Arbeitsstätten und Lagerräumen getrennt sind.

4. Jede Anwendung der inneren baulichen Einrichtung der in Ziffer 1 erwähnten Gebäude und Anlagen bedarf der polizeilichen Genehmigung.

§ 39. Gebrauchsabnahme.

1. Gebäude und Gebäudetheile, welche zum dauernden Aufenthalte von Menschen oder zu Zwecken der im § 38 angegebenen Art bestimmt sind, dürfen nicht eher in Benutzung genommen werden, als bis nach Vollendung der baulichen Einrichtung eine baupolizeiliche Prüfung vorgenommen und ein Gebrauchsabnahmescchein erteilt ist.

2. Dieser darf in der Regel nicht früher als 6 Monate nach Ausfertigung des Rohbauabnahmescheins erteilt werden.

3. Im Uebrigen finden auf die Anmeldung zur Gebrauchsabnahme und das dabei zu beobachtende Verfahren die in § 33 für die Rohbauabnahme getroffenen Bestimmungen sinngemäß Anwendung.

Titel IV.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 40. Anwendungen der vorstehenden Bestimmungen auf vorhandene Gebäude.

1. Auf Veränderungen und Erneuerungen von vorhandenen baulichen Anlagen finden in der Regel die Vorschriften dieser Baupolizeiordnung Anwendung.

2. Werden vorhandene Gebäude oder Gebäudetheile, welche bisher nicht zum dauernden Aufenthalte von Menschen oder zu Zwecken der im § 38 angegebenen Art benutzt werden durften, hierfür bestimmt, so finden die Vorschriften der §§ 37 bis 39 Anwendung.

3. Für bauliche Arbeiten, welche einzeln oder zusammen genommen eine erhebliche Veränderung eines Gebäudes darstellen, kann die baupolizeiliche Genehmigung auch davon abhängig gemacht werden, daß gleichzeitig die durch den Entwurf an sich nicht berührten Gebäudetheile, soweit sie den Vorschriften dieser Baupolizeiordnung widersprechen, damit in Uebereinstimmung gebracht werden.

4. Außerdem finden die Vorschriften dieser Baupolizeiordnung den zu Recht bestehenden baulichen Anlagen gegenüber nur soweit Anwendung, als überwiegende Gründe der öffentlichen Sicherheit es unerlässlich und unausschießbar machen.

§ 41. Grenzveränderungen.

Werden durch eintretende Veränderungen der Grenzen bebauter Grundstücke Verhältnisse geschaffen, welche den Vorschriften dieser Baupolizeiordnung zuwiderlaufen, so sind die betreffenden Gebäude oder Gebäudetheile entsprechend umzugestalten oder zu beseitigen.

§ 42. Ausnahmen.

1. Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Baupolizeiordnung können für alle öffentlichen Bauten, im Uebrigen aber, soweit sie in Vorstehendem vorgesehen sind, von der Baupolizeibehörde zugelassen werden.

2. Zur Ertheilung von Dispensen ist der Bezirksausschuß überall zuständig.

§ 43. Uebergangsbestimmungen.

1. Diese Baupolizeiordnung tritt am Tage der amtlichen Veröffentlichung unter gleichzeitiger Aufhebung der Baupolizeiordnung für den Stadtkreis Berlin vom 15. Januar 1887 in Kraft. Die auf Grund der letzteren erlassenen Bekanntmachungen bleiben bis auf Weiteres in Kraft, desgleichen die Polizeiverordnung vom 27. April 1894, betreffend die Baubefchränkungen der Schöneberger Wiesen u. s. w.

2. Die nach der Baupolizeiordnung vom 15. Januar 1887 bereits ertheilten Bauscheine verlieren, sofern ihre Gültigkeit nach § 29 nicht früher erlischt, die Gültigkeit nach Ablauf von fünf Monaten vom Tage der Veröffentlichung dieser Verordnung ab, wenn nicht inzwischen der Bau begonnen ist, und bei Neubauten, wenn nicht inzwischen die Fundamente gelegt und die Kellermauern bis zur Erdoberfläche hergestellt sind.

§ 44. Strafen.

Übertretungen der vorstehenden Vorschriften werden, soweit nicht sonstige weitergehende Strafbestimmungen,

insbesondere der § 347 Ziffer 12 des Reichsstrafgesetzbuchs mit einer Geldstrafe, bis zu 50 Mark, oder mit mögenschalle mit verhältnismäßiger Haft, neben bleibt die Polizeibehörde befugt, bei vorschriftsmäßiger Zustände, vorzunehmen.

Berlin, den 15. August 1897.

Der Polizei-Präsident. von Winterfeldt.

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 28 Ziffer 6 und 43 der Baupolizeiordnung für den Stadtkreis Berlin vom heutigen Tage werden unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 29. Januar 1887 über die mit dem Antrage auf baupolizeiliche Genehmigung einzureichenden Bauvorlagen folgende weitere Vorschriften gegeben.

- 1) Sämmtliche Anträge auf Ertheilung einer baupolizeilichen Genehmigung, mit Ausnahme der unter Ziffer 6 angeführten, sind nebst den erforderlichen Bauvorlagen beim Königl. Polizei-Präsidium, Abtheilung III., einzureichen.
- 2) Die Bauvorlagen (Baupläne, Lagepläne und Detailzeichnungen) sind auf Copirleinwand oder auf dauerhaftem oder mit Leinwand unterzogenem Papier zu zeichnen.
- 3) Sämmtliche Bauvorlagen, mit Ausnahme der unter Ziffer 5 und 6 angeführten, sind in je 3 Exemplaren von dem Bauherrn und dem verantwortlichen Bauunternehmer unterschrieben einzureichen. Die sämmtlichen, zu je einem vollständigen Projekteremplar gehörigen Bauvorlagen sind auf der Rückseite an einer nach der Zusammenfassung sichbaren Stelle mit I. bezw. II. und III. zu bezeichnen und fortlaufend mit arabischen Ziffern zu nummeriren; an derselben Stelle ist der Inhalt der betreffenden Bauvorlage kurz zu bezeichnen; also z. B. I. Nr. 1 Lageplan, II. Nr. 6 Grundriß des Kellergeschosses, III. Nr. 4 Facade, II. Nr. 9 Detailzeichnung des Hauptgiebels etc.

- 4) Der Lageplan, welcher regelmäßig bei Einreichung neuer baulicher Anlagen sowie bei der Durchbrechung oder wesentlichen Veränderung der äußeren Umfassungswände bestehender baulicher Anlagen, auf Erfordern auch in sonstigen Fällen vorzulegen ist und der auf Verlangen des Polizeipräsidiums von einem vereideten Landmesser oder Feldmesser zu beglaubigen ist, muß außer der Einzeichnung der den folgenden Berechnungen zu Grunde liegenden Maße enthalten:

- a. die Berechnung der ganzen Fläche des Grundstückes,
- b. unter Einzeichnung einer in einem Abstände von 6 m von der Baufluchtlinie parallel zu dieser laufenden Linie die Berechnung der Fläche des zwischen den beiden bezeichneten Linien liegenden 6 m breiten Streifens,
- c. unter Einzeichnung einer zweiten in einem Abstände von 32 m von der Baufluchtlinie pa-

rakel zu dieser laufenden Linie die Berechnung der Fläche des zwischen der ersten (6 m) und der zweiten (32 m) Theillinie liegenden zweiten Streifens;

- d. die Berechnung der sich aus den Berechnungen zu a. b. und c. nach Maßgabe des § 2 der Baupolizeiordnung ergebenden bebaubaren Fläche des Grundstücks, sowie der thatsächlich bebauten bzw. zu bebauenden Fläche desselben.

- 5) In 2 Exemplaren sind einzureichen:

- a. Die Bauvorlagen zur Genehmigung geringfügiger Ausführungen, insbesondere der im § 9 der Baupolizeiordnung erwähnten Holzbauten, von Abort- und Sammelgruben, Grenzmauern, Zäunen (§ 35 a. a. D.), ferner zur Herstellung oder Veränderung von Feuerstätten aller Art sowie von Schornsteinen, sofern die Ausführungen nicht die Straßenfront bzw. Baufluchtlinien berühren oder in bzw. vor der letzteren belegene Theile bestehender Gebäude betreffen. In Fällen der letzteren Art bedarf es der Einreichung von 3 Exemplaren.

- b. Die Detailzeichnungen und die Berechnungen der Tragfähigkeit der Konstruktionen.

Bei verbundenen Eisenkonstruktionen müssen diese Vorlagen von demjenigen Sachverständigen, welcher die Anfertigung der Konstruktionen verantwortlich übernommen hat, durch Unterschrift vollzogen sein.

- 6) Die Genehmigung zur Errichtung von Baubuden, Baureparaturen oder Bauaborten ist bei dem betreffenden Polizeivorstande unter Beifügung einer einfachen Lageplanskizze, aus welcher die Stelle sowie die Abmessungen der Anlage zu ersehen sind, schriftlich nachzusuchen.

- 7) Im Uebrigen müssen die Bauvorlagen bezüglich der Rauminhaltsberechnung den Bestimmungen der zur Ausführung der Baupolizeigebührenordnung für die Stadtkreise Berlin und Charlottenburg vom 27. März 1896 erlassenen Bekanntmachung vom 30. desselben Monats entsprechen.

Berlin, den 15. August 1897.

Der Polizeipräsident. von Windheim.
**Bekanntmachungen der Kaiserlichen
Ober-Postdirection zu Berlin.**

Bekanntmachung.

58. Der Fernsprechverkehr mit Belgard (Persante) ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt eine Mark.

Berlin C., den 11. August 1897.

Kaiserliche Ober-Postdirection.

Griesbach, Geheimer Ober-Postrath.

Bekanntmachung.

59. Der Fernsprechverkehr mit Beanten (Oberschl.), Königshütte (Oberschl.), Tarnowitz und Jabrze ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt je eine Mark. Berlin C., den 11. August 1897.

Kaiserliche Ober-Postdirection.

Griesbach, Geheimer Ober-Postrath.

Bekanntmachung.

60. Der Fernsprechverkehr mit Langensalza ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt eine Mark. Berlin C., 13. August 1897.

Der Kaiserliche Ober-Post-Direktor.

Griesbach, Geheimer Ober-Postrath.

Bekanntmachungen des Königl. Consistoriums der Provinz Brandenburg.

40. Die unter Privatpatronat stehende Pfarthe zu Groß-Löppin, Diözese Havelberg-Wilsnack, kommt durch die Emeritirung des Pfarrers Rudloff zum 1. Oktober d. J. zur Erledigung. Ueber dieselbe ist bereits verfügt.

41. Das unter magistratualischem Patronate stehende Diaconat zu Gransee mit dem damit verbundenen Pfarramt von Schönermark, Diözese Lindow-Gransee, kommt durch die Versetzung des Diaconus Berndt am 1. Oktober d. J. zur Erledigung.

Personal-Chronik.

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, dem Kommerzienrath Klemens Schreiber in Eberswalde den Charakter als „Geheimer Kommerzienrath“ zu verleihen.

Im Kreise Osthavelland ist der Rittergutspächter Schrader in Schwante von Neuem zum Amtesvorsteher für den VIII. Bezirk „Groß-Ziethen“ ernannt worden.

Die bei der Veranlagungskommission des Kreises Telkow in Berlin beschäftigten Civilanwärter Zerner und Schröder sind zu Steuersupernumeraren ernannt worden.

Der bisherige Baubeflissene des Hochbausachs Leo Rudolph in Charlottenburg ist zum Regierungsbauführer ernannt und als solcher vereidigt worden.

Im Laufe des II. Kalenderquartals sind die Bauführer: Karl Imand, Friedrich Wilhelm Johannes Herrmann, Hans Jacob Reißner, Friedrich Wilhelm Albrecht Pohl, Karl Ernst Alexander Mittelhaedt, Wilhelm Gerbens, Max Karl Reinhold Seifert, Ernst Max Sedel, Georg Paul Hermann Benstien bei der Königl. Ministerial-Baukommission vereidigt worden.

Die Hafenauffseherstelle in Fürstenberg a. D. ist dem Strommeßleranwärter Weiße endgültig übertragen worden.

Hierzu Vier Oeffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei des H. W. Geyerschen Erben

Öeffentlicher Anzeiger (N^o 4)

zum 34ten Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Don 20. August 1897.

Polizeiliche Angelegenheiten.

153. Gegen den unten beschriebenen Bädergefeßen Richard Riefling, geboren am 20. August 1878 zu Sülzfeld, Kreis Hildesheim, zuletzt in Reinsdendorf wohnhaft gewesen, welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls in den Akten IIa. J. 668/97 verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichts-Gefängnis abzuliefern. Berlin, den 10. August 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft beim Landgericht II.

Beschreibung. Alter: 18 Jahre, Größe: 1 M. 67 Cm., Statur: schlank, Haare: dunkelblond, Stirn: hoch, Bart: kleiner dunkler Schnurrbart, Augenbrauen: dunkelblond, stark, Nase und Mund: gewöhnlich, Zähne: vollständig, Kinn: oval, Gesicht: länglich, Gesichtsfarbe: blaß, Sprache: sächsischer Dialekt. Besondere Kennzeichen: etwas keisen Fuß, an einem Arm die Anfangsbuchstaben seines Namens tätowirt.

154. Gegen den am 9. Februar 1875 zu Elbing geborenen Schmiedegefeßen Adolf Schakowski, zuletzt zu Spandau wohnhaft gewesen, jetzt unbekannten Aufenthalts, welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls in den Akten G. 441/97 verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Amtsgerichtsgefängnis zu Spandau abzuliefern. Spandau, den 6. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

155. Gegen den Streikschläger Gottlieb Baurow, geboren am 9. September 1856 zu Halbendorf, Kreis Rothenburg, zuletzt zu Herzfelde aufhaltend gewesen, und die verheiratete Baurow, Auguste geb. Köhler, geboren am 1. Februar 1870 zu Westlin, Kreis Dobbertin, zuletzt in Herzfelde aufhaltend gewesen, welche sich verborgen halten, soll eine durch vollstreckbares Urtheil des Königl. Amtsgerichts Ralsberge Rübbersdorf vom 4. März 1897 wegen Diebstahls erkannte Gefängnißstrafe von einer Woche bezw. drei Tagen vollstreckt werden. Es wird ersucht, dieselben zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern und zu den Akten D. 391 96 Mittheilung zu geben. Ralsberge Rübbersdorf, den 9. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

156. Gegen den Arbeiter Albert Thom, geboren am 16. Februar 1860 in Neustettin, welcher flüchtig ist und sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Betruges verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern, hierher aber zu den Akten D. 61/97 Nachricht zu geben. Genthin, den 9. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

157. Der in N^o 3 Stück 33 Jahrgang 1897 unter Nr. 79 gegen den Schneider Bernhard Leo Menebröcker, geboren am 2. Februar 1865 zu Mettingen, erlassene Steckbrief ist erledigt. Altenz. I. J. 302 97. Prenzlau den 15. August 1897.

Der Erste Staatsanwalt.

158. Der hinter den am 28. Februar 1869 zu Galsk, Kreis Neu-Stettin, geborenen Arbeiter Robert von Stuermer am 23. Dezember 1895 in den Akten D. 411/95 erlassene Steckbrief wird hierdurch zurückgenommen.

Spandau, den 10. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

159. Um Ermittlung und Angabe des Aufenthaltsortes 1) des Schlägters Josef Horad, geboren am 18. November 1871 zu Proschowitz, 2) des Schlägters Max Ziege, geboren am 3. März 1879 zu Kloster Lausniz, wird ersucht. Dieselben sollen in der Strafsache gegen Schütt — D. 248 97 — als Zeugen vernommen werden und sind sie für die Aufklärung der Sache unentbehrlich.

Spandau, den 11. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

160. In der Strafsache gegen Hugler D. 111 97 wird um Angabe des Aufenthaltsortes des Arbeiters Friedrich Hugler, geboren am 26. Juni 1858 zu Trebitz, Kreis Cottbus, zu den Akten D. 111 97 ersucht. Nauen, den 13. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

161. Das unterm 17. Juli 1896 unter N^o 102 in Stück 31 des öffentlichen Anzeigers hinter die Räherin Alwine Werner erlassene offene Strafvollstreckungs-Ersuchen wird hierdurch erneuert.

Berlin, den 4. August 1897.

Königliches Amtsgericht II., Abtheilung 19.

Öeffentliche Vorladungen und Aufgebote.

162. Richter I., Gustav Karl, geboren 23. März 1875 zu Treuenbriegen, Ulan im Schleswig-Holsteinischen Ulanen-Regiment N^o 15, wird aufgefordert, sich spätestens in dem am 11. Dezember d. J. Vormittags 9 Uhr in Stube N^o 77 der hiesigen Fischereithorlaserne (Nicolausring) stattfindenden Schlusstermin einzufinden, widrigenfalls er in seiner Abwesenheit für sadmensflüchtig erklärt und zu einer Geldstrafe von 150 bis 3000 M. verurtheilt wird.

Strasburg, 10. August 1897.

Gericht 30. Division.

163. Nachdem gegen den Füsilier Henry Paul Walbemar Koppf der 10. Comp. Gren.-Reg. König Friedrich Wilhelm I. (2. Ostpreuß.) Nr. 3 der förmliche Desertionsprozeß eingeleitet worden, wird derselbe **hierdurch** aufgefodert, spätestens in dem auf **Donnerstag den 9. Dezember 1897 Vormittags 11 Uhr** nach Zimmer 38 des hiesigen Arresthauses, Krassierwallstraße anberaumten Termine sich wieder einzufinden, widrigenfalls er nach Schluß der Untersuchung in contumaciam für fahnenflüchtig erklärt und in eine Geldstrafe von 150 bis 3000 Mark verurtheilt wird. Der Termin am 18. November 1897 wird hierdurch aufgehoben.

Königsberg, den 13. August 1897.

Königliches Gericht der 2. Division.

164. Nachstehende Personen: 1) der Cigarrenmacher Gustav Robert Albert Gehrmann, geboren am 29sten Juli 1874 zu Colberg, 2) Moses Max Lichtenstein, geboren am 27. Januar 1873 zu Braunschweig, beide unbekannten Aufenthalts oder im Auslande aufhaltend, deren letzter Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt im Deutschen Reiche Berlin gewesen ist, sind angeklagt, in den letzten fünf Jahren als Wehrpflichtige in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubniß entweder das Bundesgebiet verlassen oder nach erreichtem militärpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufgehalten zu haben, Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 Str.-G.-B. Dieselben werden zur Hauptverhandlung auf **den 28. Oktober 1897 Vormittags 9 Uhr** vor die II. Strafkammer des Königl. Landgerichts I. zu Berlin, Alt-Moabit 11/12 Zimmer 49 I. Etage mit der Warnung geladen, daß sie bei unentschuldigtem Ausbleiben auf Grund der im § 472 Str.-Pr.-D. bezeichneten Erklärung werden verurtheilt werden.

Berlin, den 23. Juli 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft am Landgericht I.

165. In der Strafsache wider Frank und Genossen J. I. D. 523/97 werden nachstehende Personen: 1) der Kaufmann Paul Theodor Ewald Frank, geb. am 28. Juli 1872 zu Marzahn, 2) der Appreteur Karl Gustav Adolf Nagel, geb. am 26. Februar 1874 zu Peitz, Kreis Rottbus, 3) der Dachdecker Max Franz Reil, geb. am 27. September 1874 zu Friedeberg N./M., 4) der Russler Richard Robert Albert Großkopf gen. Stein, geb. am 30. März 1874 zu Spreenhagen, Kreis Deesow-Storfow, 5) der Kellner Hermann Julius August Brunn, geb. am 31. Juli 1873 zu Steinhöfel, 6) der Julian Reich, geb. am 16. August 1874 zu Bischofswerder, 7) der Julius Ferdinand Jahnke, geb. am 22. Dezember 1872 zu Kaltwasser, 8) der Schauspieler Johann Karl Gustav Friedrich Reich, geb. am 12. April 1874 zu Burtzkeit b./M., 9) der Kaufmann Julius Otto Ruffmann, geb. am 3. Juli 1874 zu Witomischel, Kreis Neutomischel, 10) der Louis Tzibicki, geb. am 21. Dezember 1866 zu Inowrazlaw, 11) der Anton August Hubert

Mertens, geb. am 18. Februar 1873 zu Jülich, 12) der Seemann Georg Ernst Adolf Braune, geb. am 18. Februar 1872 zu Reinickendorf, Kreis Niddarim, 13) der Karl Richard Zerbst, geb. am 10ten Februar 1874 zu Jechen, Kreis Königsberg N./M., 14) der Ernst Friedrich Wilhelm Schneid, geb. am 15. März 1875 zu Sellin, Kreis Königsberg N./M., 15) der Heinrich August Freiwald, geb. am 18. October 1873 zu Friedrichsberg, 16) der Hermann Otto Pavel, geb. am 31. Dezember 1874 zu Wollstein, Kreis Bomm, 17) der Friseur August Reinhold Mielle, geb. am 5. September 1871 zu Lochow, 18) der Artist Rudolf Paul Bade, geb. am 1. Februar 1873 zu Schwedenhöhe, Kreis Adlershof, 19) der Bäder Eduard Walde, geboren am 28. Februar 1873 zu Julienshal, 20) der Gutsfried Paul Theodor Wigle, geb. am 19. April 1875 zu Schleusenau, sämtlich unbekannten Aufenthalts, deren letzter bekannter Wohnsitz oder Aufenthaltsort Berlin gewesen ist, beschuldigt, als Wehrpflichtige in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubniß das Bundesgebiet verlassen zu haben beziehungsweise nach erreichtem militärpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufgehalten, Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 des Reichs-Straf-Ges.-Buchs. Dieselben werden auf **den 29. Oktober 1897 Mittags 12 Uhr** vor die zweite Strafkammer des Königl. Landgerichts I. zu Berlin, Alt-Moabit 11 Saal 49 zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben der Angeklagten wird zur Hauptverhandlung geschritten werden und werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Reichs-Straf-Prozessordnung von den betreffenden ständigen Königl. Erlass-Commissionen über die der Anklage zu Grunde liegenden Thatsachen ausgestellten Erklärungen verurtheilt werden.

Berlin, den 5. August 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft am Landgericht I.

166. Der Arbeiter Julius Fenz, geboren am 20. März 1872 zu Wilhelmshof, Kreis Bromberg, zuletzt wohnhaft zu Spandau, evangelisch, wird beschuldigt, als Wehrpflichtiger in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubniß das Bundesgebiet verlassen oder nach erreichtem militärpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufgehalten zu haben, Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 Str.-G.-B. Derselbe wird auf **den 16. Oktober 1897 Vormittags 9 1/2 Uhr** vor die I. Strafkammer des Königl. Landgerichts II. zu Berlin, Rathenowerstraße 112 1 Tr. Zimmer 80 zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von der Königl. Civil-Erlass-Commission zu Bromberg über die der Anklage zu Grunde liegenden Thatsachen ausgestellten Erklärung verurtheilt werden.

Berlin, den 26. Juli 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft beim Landgericht II.

167. Der ehemalige Unteroffizier, Sattler Otto Dase, zuletzt aufhaltend in Spandau, geboren am 21. Mai 1863 zu Neupzig, Kreis Dessau, evangelisch, unbefristet, wird angeklagt, im Jahre 1895 als beurlaubter Reservist ohne Erlaubniß ausgewandert zu sein; ohne von der bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben, Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs. Derselbe wird auf Anordnung des Königl. Amtsgerichts hieselbst auf **den 15. Oktober 1897 Vormittags 9 Uhr** vor das Königl. Schöffengericht zu Spandau, Saal Nr. 12, zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Königl. Bezirks-Kommando zu Brandenburg a./H. ausgestellten Erklärung verurtheilt werden.

Spandau, den 29. Juli 1897.

Lukaschewski,

als Gerichtsschreiber des Königl. Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

168. Auf den Antrag des Zimmermanns Ferdinand Rüder zu Klosterfelde, Vormundes der minderjährigen Geschwister Steinicke,

a. Arthur August Friedrich,

b. Leopold Georg,

c. Lina Franziska,

Geschwister Steinicke zu Klosterfelde,

werden die Nachlassgläubiger und Vermächtnisnehmer des am 10. Juni 1896 verstorbenen, zuletzt in Klosterfelde wohnhaft gewesenen Maurers Friedrich Gottlieb August Steinicke und der am 15. Dezember 1896 zu Klosterfelde verstorbenen Auguste Steinicke geb. Scholz aufgefodert, spätestens im Aufgebotsstermine am **18. Oktober dieses Jahres Vormittags 9 1/2 Uhr** bei dem unterzeichneten Gericht ihre Rechte und Ansprüche gegen den Nachlaß der vorgenannten Personen unter Angabe des Grundes mit Einreichung etwaiger urkundlicher Beweismittel oder deren Abschrift anzumelden, widrigensfalls sie gegen die Benefizialerben ihre Ansprüche nur noch soweit geltend machen können, als der Nachlaß mit Ausschluß aller seit dem Tode der Erblasser aufgetretenen Zugunsten durch Befriedigung der angemeldeten Ansprüche nicht erschöpft wird.

Dranienburg, den 12. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

A u f g e b o t.

169. Das Sparfassenbuch der städtischen Sparkasse zu Potsdam Nr. 2233 über 124,18 Mark, lautend auf die verwitwete Frau Gerichtsrath Bellhagen, ist abhanden gekommen.

Auf Antrag des Postdirectors Hermann Reichardt zu Potsdam als Testamentsvollstrecker der Bellhagenschen Erben wird der Inhaber des vorbezeichneten Sparfassenbuchs aufgefodert, spätestens in dem vor dem unterzeichneten Gerichte (Kindenstraße 54/55, Vorderhaus 1 Treppe hoch, Zimmer Nr. 10) auf **den 6. April 1898 Vormittags 10 Uhr** anberaumten Aufgebotsstermine sein Recht auf das Spar-

fassenbuch anzumelden und Letzteres vorzulegen, widrigensfalls dasselbe für kraftlos erklärt werden wird.

Potsdam, den 13. August 1897.

Königliches Amtsgericht. Abtheilung I.

Konkursverfahren.

170. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Emil Osborg und dessen Ehefrau Anna geb. Kulte zu Havelberg, Mühlenholz, wird heute am **14. August 1897 Nachmittags 5 1/2 Uhr** das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Hermann Püchan hier wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum **6. September 1897** bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **den 6. September 1897 Vormittags 9 1/2 Uhr** und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **den 20. September 1897 Vormittags 9 1/2 Uhr** vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum **2. September 1897** Anzeige zu machen.

Königliches Amtsgericht zu Havelberg,

den 14. August 1897.

Bekanntmachung.

171. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Jfdor Meyer zu Friedrichsberg soll die Schlussvertheilung der Masse erfolgen. Nach dem in der Gerichtsschreiberei des Königl. Amtsgerichts II. Abtheilung 22 Berlin, Hallesches Ufer 26 niedergelegten Verzeichnisse sind dabei 52485 M. 98 Pf. nicht bevorrechtigte festgestellte Forderungen zu berücksichtigen, wofür ein Bestand von 12740 M. 52 Pf. vorhanden ist. Von der Auszahlung mache ich den Gläubigern noch besondere Mittheilung.

Wilh. Schulze, Verwalter der Masse.

Konkursverfahren.

172. In dem Konkurs über das Vermögen des Schuhmachermeyers Wilhelm Meyer zu Steglitz, Säbenderstr. 16 (Geschäftsfokal Albrechtstr. 16) soll die Schlussvertheilung erfolgen. In derselben sind 352,96 Mark verfügbar und dabei nach dem auf der Gerichtsschreiberei der Abtheilung 22 des Königl. Amtsgerichts II. zu Berlin niedergelegten Verzeichnisse 6205,16 M. nichtbevorrechtigte Forderungen zu berücksichtigen. — Ueber die Ausführung der Vertheilung erhalten die Betheiligten s. Z. Nachricht.

Goedel, Verwalter der Masse.

Konkursverfahren.

173. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Ernst Jaenisch hier ist in Folge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleiche Vergleichstermin auf den **1. September 1897 Mittags 12 Uhr** vor dem Königl. Amtsgerichte hieselbst Zimmer Nr. 46 anberaumt.

Brandenburg, den 16. August 1897.

Pinczakowski,

Gerihtschrreiber des Königl. Amtsgerichts.

Öffentliche Bekanntmachung.

174. Laut Verhandlung vom 10. August 1897 hat Frau Maria von Both, geb. van Laer zu Berlin, die zwischen ihr und ihrem Ehegatten Caspar von Both zu Berlin durch Vertrag begründete Gütergemeinschaft gemäß §§ 392, 410 Allgemeinen Land-Rechts II. 1 aufgehoben.

Berlin, den 10. August 1897.

Königliches Amtsgericht I., Abtheilung 96.

Nothwendige Verkäufe.

Zwangsversteigerung.

175. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von der Stadt Charlottenburg Band 123 Blatt Nr. 4519 auf den Namen des Zimmermeisters Wilhelm Scholz in Nirdorf eingetragene, zu Charlottenburg, Spandauer Straße 4 belegene Grundstück am **13. Oktober 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle im Civilgerichtsgebäude Amtsgerichtsplatz nahe dem Bahnhof Charlottenburg 2 Treppen Zimmer 51 versteigert werden.

Das Grundstück ist bei einer Fläche von 6 ar 67 qm mit 7600 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei 16, die sich bis zum 5. September noch Spreestraße 3 c. 3 Tr. Zimmer 43 befindet, eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein, ferner alle Ansprüche, deren Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Verteilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das

Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **19. Oktober 1897 Nachmittags 12 1/2 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Charlottenburg, den 14. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

176. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Dranienburg Band I. Blatt Nr. 31 auf den Namen der Wittwe Anna Kehl geb. Meyer und des minderjährigen Erich Kehl zu Antonienhof eingetragene, zu Dranienburg, Havelstraße Nr. 31 und 32 belegene Grundstück am **11. Oktober 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 0,02 Thlr. Reinertrag und einer Fläche von 1 ar 91 qm zur Grundsteuer, mit 1960 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Verteilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **12. Oktober 1897 Mittags 12 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Dranienburg, den 13. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

177. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Lenzen Band 45 Blatt Nr. 1791 auf den Namen des Tischlermeisters Karl Göring jun. zu Lenzen eingetragene, zu Lenzen belegene Grundstück am **13. Oktober 1897 Vormittags 9 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 100 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Verteilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **16. Oktober 1897 Vormittags 10 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Leipzig a./E., den 13. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

178. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Brüd Band IV. Blatt Nr 159 auf den Namen des Maurers Albert Lehmann in Steglitz eingetragene, zu Brüd belegene Grundstück am **18. Oktober 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 1,63 Tblr. Reinertrag und einer Fläche von 0,69,73 Hektar zur Grundsteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen können in der Gerichtsschreiberei eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Verteilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigentum des Grundstücks

beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird **19. Oktober 1897 Vormittags 11 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Leipzig, den 10. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

179. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von den Umgebungen Band 165 Blatt Nr 7158 auf den Namen des Kaufmanns Georg Debat Lehmann zu Chemnitz eingetragene, zu Berlin, Tempelhofer-Ufer 35 belegene Grundstück am **14. Oktober 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht Neue Friedrichstraße 13 Hof Erdgeschoss Eingang C. Zimmer 40 versteigert werden.

Das Grundstück ist 13 ar 18 qm groß und mit 21880 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei Flügel D. Zimmer 42 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Verteilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **18. Oktober 1897 Vormittags 11 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Berlin, den 7. August 1897.

Königliches Amtsgericht I. Abtheilung 87.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

180. Der Dung von 2 Escadrons ist vom 1. Oktober d. J. ab anderweitig zu verpachten. Näheres im Zahlmeister-Geschäftszimmer.

Potsdam, den 1. August 1897.

Kommando 1. Garde-Mann-Regiments.

Bekanntmachung.

181. Bei der am heutigen Tage stattgefundenen XVI. Amortisations-Verlosung der Biesenthaler Stadt-Anleihe sind gezogen worden:

von Buchstabe A. à 500 M. N^o 009,052

B. à 200 M. N^o 061,095

C. à 100 M. N^o 011.

Diese Anleihecheine werden zur baaren Eintösung hiermit zum **1. April 1898** gekündigt.

Nach Ablauf der Kündigungsfrist erfolgt eine Verzinsung nicht mehr.

Biesenthal, den **12. August 1897.**

Der Magistrat:

Bekanntmachung.

182. Nachdem neuerdings von der hiesigen Stadtgemeinde die Grabowstraße (frühere Scheunenstraße) bezüglich ihres Auslaufs in die Stettiner Vorstadt von der Fabrikant Bachau'schen Scheune ab bis zur Brüssowerstraße durchgelegt, gepflastert und dem öffentlichen Verkehr übergeben ist und schon der alte Auslauf in die Stettinerstraße hinein, abgesehen von den hiet anliegenden Scheunenbesitzern, für den Verkehr entbehrlich geworden ist, haben wir beschlossen, den vorbezeichneten alten Auslauf der Grabowstraße für den öffentlichen Verkehr einzuziehen und seine Benutzung und zwar allein von der Stettinerstraße aus nach wie vor nur noch für die anliegenden Scheunengrundstücke offen zu halten.

Dieses unser Vorhaben veröffentlichen wir als die zuständige Wegpolizeibehörde gemäß § 57 des Zustandigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 mit der Anforderung, Einsprüche binnen vier Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses geltend zu machen.

Praglau, den **10. August 1897.**

Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

183. Durch den im Amtsblatte der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin von 1878, Seite 50, veröffentlichten Erlaß vom 16. Januar 1878 ist der Stadtgemeinde Berlin die Enteignungsbesugniß zur Erwerbung der zur Verbreiterung der Potsdamerstraße erforderlichen Flächen verliehen. Von diesem Rechte will die Stadtgemeinde bezüglich einer 48 qm großen Fläche des im Grundbuche von Alt-Schöneberg Band 8 N^o 407 verzeichneten, den Restaurateur Ferdinand Pring'schen Erben gehörigen Grundstücks Potsdamerstraße Nr. 27a. Gebrauch machen.

Auf Antrag des hiesigen Magistrats, vertreten durch die Stadt. Bau-Deputation Abtheilung II. vom 12. August d. J. ist in Gemäßheit der §§ 24 fg. des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 das Enteignungsverfahren behufs Feststellung der Entschädigung des Eigentümers für die Abtretung des Eigentums an der gedachten Grundstücksfläche eingeleitet worden.

Zur kommissarischen Verhandlung über die Entschädigung habe ich einen Termin auf **Mittwoch den 26. August d. J. Nachmittags 1 Uhr** im Sitzungssaal der Abtheilung I. des Polizei-Dienstgebäudes am Alexander-Platz, Eingang IV., I. Stod, Zimmer N^o 151 hier selbst anberaumt, zu welchem diejenigen Beteiligten, welche nicht bereits persönliche Vorladung erhalten haben, in Gemäßheit des § 25 des Enteignungsgesetzes hierdurch unter der Verwarnung vorgeladen werden, daß im Falle ihres Ausbleibens ohne ihr Zuthun die Entschädigung festgestellt und über deren Auszahlung oder Hinterlegung verfügt werden wird.

Berlin, den **14. August 1897.**

Der Kommissar des Königl. Polizei-Präsidenten.

In Vertretung:

v. Glasenapp, Regierungs-Rath.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 35.

Den 27. August

1897.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

188. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Juli 1897 beobachteten Wasserstände.

| Datum | Berlin | | Spandau | | Potsdam | Brandenburg | | Rathenow | | Havelberg |
|-------|--------|--------|---------|--------|---------|-------------|--------|----------|--------|-----------|
| | Ober- | Unter- | Ober- | Unter- | | Ober- | Unter- | Ober- | Unter- | |
| | Wasser | Wasser | Wasser | Wasser | | Wasser | Wasser | Wasser | Wasser | |
| | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. |
| 1. | 32,30 | 30,62 | 2,27 | 0,74 | 1,04 | 2,00 | 1,48 | 1,46 | 1,12 | 1,92 |
| 2. | 32,28 | 30,60 | 2,26 | 0,74 | 1,06 | 2,00 | 1,46 | 1,46 | 1,12 | 1,90 |
| 3. | 32,30 | 30,62 | 2,26 | 0,74 | 1,06 | 2,00 | 1,44 | 1,42 | 1,10 | 1,86 |
| 4. | 32,30 | 30,62 | 2,24 | 0,72 | 1,05 | 2,04 | 1,36 | 1,42 | 1,08 | 1,82 |
| 5. | 32,28 | 30,62 | 2,22 | 0,72 | 1,07 | 2,02 | 1,30 | 1,44 | 1,04 | 1,80 |
| 6. | 32,30 | 30,62 | 2,21 | 0,73 | 1,06 | 2,02 | 1,30 | 1,36 | 1,00 | 1,78 |
| 7. | 32,28 | 30,74 | 2,21 | 0,82 | 1,08 | 2,04 | 1,32 | 1,34 | 0,98 | 1,76 |
| 8. | 32,26 | 30,72 | 2,21 | 0,83 | 1,10 | 2,06 | 1,32 | 1,32 | 0,96 | 1,74 |
| 9. | 32,24 | 30,70 | 2,20 | 0,82 | 1,10 | 2,04 | 1,30 | 1,36 | 0,96 | 1,72 |
| 10. | 32,24 | 30,70 | 2,21 | 0,81 | 1,10 | 2,06 | 1,30 | 1,34 | 0,94 | 1,70 |
| 11. | 32,24 | 30,66 | 2,21 | 0,77 | 1,11 | 2,10 | 1,30 | 1,34 | 0,90 | 1,68 |
| 12. | 32,26 | 30,60 | 2,23 | 0,78 | 1,11 | 2,08 | 1,32 | 1,34 | 0,88 | 1,66 |
| 13. | 32,24 | 30,58 | 2,22 | 0,73 | 1,10 | 2,08 | 1,34 | 1,36 | 0,88 | 1,62 |
| 14. | 32,26 | 30,62 | 2,22 | 0,71 | 1,08 | 2,04 | 1,34 | 1,34 | 0,88 | 1,60 |
| 15. | 32,26 | 30,60 | 2,22 | 0,76 | 1,08 | 2,04 | 1,32 | 1,36 | 0,86 | 1,58 |
| 16. | 32,26 | 30,62 | 2,23 | 0,75 | 1,09 | 2,02 | 1,34 | 1,36 | 0,86 | 1,58 |
| 17. | 32,28 | 30,64 | 2,27 | 0,81 | 1,11 | 2,02 | 1,34 | 1,36 | 0,86 | 1,56 |
| 18. | 32,28 | 30,70 | 2,28 | 0,83 | 1,11 | 2,08 | 1,28 | 1,38 | 0,88 | 1,56 |
| 19. | 32,28 | 30,66 | 2,28 | 0,87 | 1,14 | 2,04 | 1,34 | 1,36 | 0,86 | 1,56 |
| 20. | 32,28 | 30,66 | 2,29 | 0,82 | 1,13 | 2,06 | 1,34 | 1,36 | 0,86 | 1,56 |
| 21. | 32,26 | 30,68 | 2,32 | 0,88 | 1,15 | 2,06 | 1,36 | 1,38 | 0,88 | 1,56 |
| 22. | 32,28 | 30,68 | 2,36 | 0,92 | 1,18 | 2,08 | 1,40 | 1,40 | 0,92 | 1,56 |
| 23. | 32,26 | 30,66 | 2,36 | 0,93 | 1,19 | 2,08 | 1,42 | 1,36 | 0,94 | 1,56 |
| 24. | 32,26 | 30,68 | 2,37 | 0,93 | 1,22 | 2,08 | 1,42 | 1,36 | 0,96 | 1,58 |
| 25. | 32,28 | 30,70 | 2,39 | 0,91 | 1,20 | 2,16 | 1,38 | 1,38 | 0,98 | 1,60 |
| 26. | 32,26 | 30,64 | 2,40 | 0,96 | 1,21 | 2,12 | 1,44 | 1,38 | 0,98 | 1,60 |
| 27. | 32,26 | 30,66 | 2,37 | 0,96 | 1,21 | 2,10 | 1,48 | 1,36 | 1,02 | 1,62 |
| 28. | 32,24 | 30,64 | 2,38 | 0,96 | 1,25 | 2,10 | 1,48 | 1,34 | 1,04 | 1,62 |
| 29. | 32,22 | 30,64 | 2,38 | 0,98 | 1,26 | 2,08 | 1,50 | 1,34 | 1,04 | 1,64 |
| 30. | 32,22 | 30,62 | 2,38 | 0,92 | 1,25 | 2,08 | 1,50 | 1,34 | 1,04 | 1,62 |
| 31. | 32,24 | 30,64 | 2,38 | 0,96 | 1,25 | 2,10 | 1,52 | 1,36 | 1,04 | 1,64 |

Potsdam, den 19. August 1897.

Der Regierungspräsident.

Hebammen-Lehrfurse 1897/98.

189. Der diesjährige Lehrfursus in der Königl. Hebammen-Lehranstalt in Berlin beginnt am 1. Oktober und in der Hebammen-Lehranstalt zu Frankfurt a. D. am 2. Oktober d. J.

Schülerinnen, welche zur Theilnahme an einem der Lehrfurse berufen, jedoch an jenen Tagen bis 9 Uhr

Morgens in der Lehranstalt nicht eingetroffen sind, haben zu gewärtigen, daß sie nicht mehr zugelassen werden. Bezüglich der Dauer der Lehrfurse und der Höhe der Kosten-Beträge verweise ich auf meine den Hebammen-Unterricht betreffende Bekanntmachung vom 28. Juli 1895 (Stück 32 Seite 307 des Amtsblatts für 1885).

Potsdam, den 21. August 1897.

Der Regierungspräsident.

Polizeiverordnung.

190. Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265) und des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195 ff.) wird unter Zustimmung des Bezirksausschusses in Potsdam nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

Artikel I.

In § 2 Ziffer 5 der Baupolizeiordnung für die Vororte von Berlin vom 5. Dezember 1892 (Amtsblatt S. 527) tritt an Stelle der dort angezogenen Ziffer 6 des § 5 die Ziffer 8 jenes Paragraphen.

Artikel II.

Der § 5 der Baupolizeiordnung vom 5. Dezember 1892 erhält folgende Fassung:

Für Grundstücke der Klasse I. und II., welche in den in der Anlage B. näher angegebenen, einer landhausmäßigen Bebauung vorbehaltenen Bezirken belegen sind, gelten folgende Bestimmungen:

- 1) Es dürfen, — abgesehen von Nebenanlagen und den unter Ziffer 7 erwähnten, zu Bildungs-, Erziehungs- und Vergnügungszwecken dienenden Gebäuden — nur Gebäude errichtet werden, welche ausschließlich oder zum überwiegenden Theile Wohnzwecken dienen und ganz oder an drei Seiten frei liegen. Die Einrichtung von Werkstätten kleineren Umfanges und von Geschäftsläden ist gestattet. Die Herstellung von Fabrikanlagen ist verboten.
- 2) Es dürfen höchstens $\frac{3}{10}$, bei Eckgrundstücken $\frac{1}{10}$ der Gesamtfläche bebaut werden.
- 3) Für die Höhe der Gebäude sind die Vorschriften in § 2 Ziffer 9 und 13 maßgebend.
- 4) Es dürfen nicht mehr als zwei zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Geschosse übereinander angelegt werden. Zu dem gleichen Zwecke kann jedoch das Dachgeschoss bis zur Hälfte, das Kellergeschoss bis zu drei Vierteln eingerichtet werden.
- 5) In denjenigen Theilen des in Anlage B. umschriebenen Gebietes, welche in Anlage C. verzeichnet sind, dürfen drei zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Geschosse übereinander angelegt werden. Zu dem gleichen Zwecke darf alsdann außerdem das Kellergeschoss bis zu drei Vierteln, jedoch höchstens bis zu 90 qm Flächeninhalt eingerichtet werden.

Die Anlage von zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Räumen im Dachgeschoss ist in solchen Gebäuden verboten. Die Höhe derartiger Landhäuser darf unbeschadet der sich aus den Bestimmungen des § 2 Ziffer 9 ergebenden Beschränkungen höchstens 15 m betragen. Die Vorschriften der Ziffer 11 und 12 des § 2 finden hier Anwendung.

- 6) Das oberste Geschoss ist als Dachgeschoss im Sinne der Ziffern 4 und 5 nur dann anzusehen, wenn der Fußboden höchstens 1,50 m unter der Trauf-

kante des Daches liegt. Das Untergeschoss gilt nur dann als Kellergeschoss im Sinne dieser Vorschriften, wenn der Fußboden mindestens 0,50 m unter der Erdoberfläche des Bürgersteiges oder des Hofes und die Decke nicht mehr als 2 m über dieser Oberfläche liegt. Bei unebener Erdoberfläche findet Durchschnittsberechnung statt.

- 7) Wenn die Gebäude ganz oder mindestens zur Hälfte Bildungs-, Erziehungs- oder Vergnügungszwecken dienen, so können — für die Dauer dieser Zwecke — Ausnahmen von den Bestimmungen unter Ziffer 3, 4 und 5 zugelassen werden.
- 8) Die Baulichkeiten müssen — abgesehen von den unter Ziffer 10 für Nebenanlagen getroffenen Bestimmungen — in allen Theilen von den Straßenfluchtlinien und den Nachbargrenzen mindestens 4 m entfernt bleiben. Je zwei Nachbargebäude dürfen jedoch unmittelbar an einander errichtet werden, wenn jedes im übrigen den Bauwich (§ 2 Ziffer 5) von 4 m innehält und die Frontlänge der beiden Gebäude zusammen nicht mehr als 40 m beträgt. An ein Eckhaus darf an beiden Straßenseiten ein Nachbargebäude unmittelbar angebaut werden, wenn an jeder Straße die Front des Eckhauses und des Nachbargebäudes zusammen die Länge von 40 m nicht überschreitet und im übrigen beide Nachbargebäude den Bauwich von 4 m innehalten.
- 9) Ausnahmsweise kann eine Bebauung von Grenze zu Grenze gestattet werden, wenn auf beiden Nachbargrundstücken bereits bei Erlass dieser Baupolizeiordnung Vordergebäude unmittelbar an der Grenze vorhanden waren.
- 10) Nebenanlagen (§ 3 Ziffer 6 k) dürfen, auch verbunden mit Wohnungen für Dienstpersonal, auf dem hinteren Theile des Grundstücks unmittelbar an der seitlichen oder hinteren Grenze errichtet werden. Sie können auch mit dem Wohngebäude oder den unter Ziffer 7 erwähnten Gebäuden in unmittelbarem Zusammenhang stehen, müssen aber von einander und von anderen Baulichkeiten auf demselben Grundstück mindestens 6 m entfernt bleiben. Die Höhe solcher Nebenanlagen darf bis zur Traufe das Maß von 7,50 m und bis zum First das Maß von 10 m nicht überschreiten. Für einzelne höher zu führende Theile, Thürme und dergl. sind Ausnahmen zulässig.

Artikel III.

5. Ziffer 1 des § 6 der Baupolizeiordnung vom 5. Dezember 1892 erhält folgende Fassung:

An der Straßenfront dürfen nur Gebäude errichtet werden, welche ausschließlich oder zum überwiegenden Theile Wohnzwecken dienen. Die Einrichtung von Werkstätten kleineren Umfanges und von Geschäftsläden ist jedoch gestattet.

Artikel IV.

- 1) Anlage A. der Baupolizeiordnung vom 5. Dezember 1892 in der Fassung vom 31. Mai 1894

(Amtsbl. S. 229 ff.) erhält unter Ziffer 2 den Zusatz:

„Gemeinde Berlsee“.

2) Anlage B. wird, wie folgt, geändert:

a. Hinter dem auf dem Gutsbezirk Ruhleben bezüglichen Absatz wird eingeschoben:

„Der Gutsbezirk Dahlem“.

b. Der auf die Gemarkung Stolpe bezügliche Absatz lautet in Zukunft:

„Von der Gemarkung Stolpe die Kolonie Alsen und der nahe dem Wannsee belegene, im Osten und Süden von der Kolonie Alsen, im Westen und Norden von der Königl. Potsdamer Forst begrenzte Gemarkungstheil.“

c. In der Beschreibung der Landhausbezirke von Steglitz erhält der Absatz unter c. am Schlusse den Zusatz:

„mit Ausnahme derjenigen Baublöcke, welche von der Schöneberger Grenze durchschnitten werden. Diese letzteren Blöcke dürfen geschlossen bebaut werden.“

d. Der auf Schöneberg bezügliche Absatz erhält folgende Fassung:

„Von Schöneberg das zwischen der Potsdamer Bahn, dem Tempelhofer Wege ausschließlich desselben und der Dresdener Bahn belegene Gelände. Innerhalb dieses Gebietes darf jedoch das von der Rubensstraße, der Rembrandtstraße und der Steglitzer Grenze umschlossene Gelände geschlossen bebaut werden.“

e. Der auf Grünau bezügliche Absatz lautet, wie folgt:

„Die Gemarkung Grünau mit Ausnahme desjenigen Theiles, welcher durch die Dahme, die Grenze der Gemarkung Köpenick und eine auf der Mitte der Köpenickerstraße, der Straßen M, Q, K, C, der Jägerstraße, der Köpenickerstraße und der Wilhelmstraße bis zur Dahme gehende Linie begrenzt wird.“

f. Der auf den Gutsbezirk Köpenicker Forst bezügliche Absatz wird, wie folgt, geändert:

„Gutsbezirk Köpenicker Forst (Grünau-Dahme) mit Ausnahme

a. der Jagden 193/200,

b. desjenigen Theiles, welcher im Süden durch die Gemarkung Adlershof, im Osten durch die Gemarkung Köpenick, im Norden durch die Spree und die Gemarkung Nieder-Schönweide, im Westen durch die Treptow-Nieder-Schönweide-Grünauer Chaussee (Adlergestell) begrenzt wird,

c. desjenigen Theiles, welcher im Süden und Osten durch die Brig-Johannisthal-Niederschönweider Chaussee, im Nordosten durch die Berlin-Görlitzer

Eisenbahn, im Norden und Westen durch die Gemarkung Treptow begrenzt wird.

3) Zu den Anlagen A. und B. der Baupolizeiordnung vom 5. Dezember 1892 tritt die

Anlage C.

Verzeichniß derjenigen in Anlage B. benannten Gebiete, in welchen der Bau von drei Geschossen gemäß der Ziffer 5 des § 5 zugelassen wird.

a. der Landhausbezirk der Gemeinde Friedenau,

b. vom Steglitzer Landhausbezirk in dem in Anlage B. unter a. beschriebenen Gebiete derjenige Theil, welcher von der Straße 6, 7, 8 und 10 umgrenzt wird, die Südwestseite der Straße 16, Straße 1 von dem Punkte an, an welchem das geschlossen zu bebauende Gebiet endet, bis Straße 2, die Südseite der Straße 2, Straße 3, 21, Kurfürstenstraße, Hohenzollernstraße, Wrangelstraße, die Südwestseite der Grunewaldstraße von der Rothenburgstraße bis auf 40 m Entfernung von der Schloßstraße und die Südostseite der Rothenburgstraße; ferner das in Anlage B. unter b. beschriebene Gebiet; schließlich in dem unter c. a. a. D. beschriebenen Gebiete die Bismarckstraße und das von der Südenstraße, Straße 58, Straße 53, dem Bismarckplatz, der Molke- und Ringstraße umgebene Gelände,

c. der Landhausbezirk der Gemeinde Pankow.

Potsdam, den 24. August 1897.

Der Regierungspräsident.

Betrifft die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für 1897.

191. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 — Amtsbl. S. 366 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die **schußfreien Tage** auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für das Jahr 1897, wie folgt, festgesetzt worden sind:

August: 29., 30.

September: 1., 5., 6., 8., 12., 14., 15., 19., 20., 22., 26., 29., 30.

Oktober: 3., 4., 6., 10., 12., 13., 17., 18., 20., 24., 25., 27., 31.

November: 1., 3., 7., 10., 11., 14., 15., 17., 21., 22., 24., 28., 29.

Dezember: 1., 5., 8., 9., 12., 13., 15., 19., 22., 25., 26., 27., 29.

Potsdam, den 18. August 1897.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

192. Des Königs Majestät haben dem Komite zur Hebung der Zucht gängiger Wagenpferde in Baden mittelst Allerhöchster Ordre vom 26. v. M. die Erlaubniß zu erteilen geruht, zu den mit Genehmigung der Großherzoglich Badischen Landesregierung in den Jahren 1897, 1898 und 1899 zu veranstaltenden öffentlichen Auspielungen von Pferden, Wagen und anderen Gegenständen auch im diesseitigen Staatsgebiete

Loose zu vertreiben. Der Vertrieb der Loose ist daher nicht zu beanstanden.

Potsdam und Berlin, den 19. August 1897.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

Bekanntmachung.

193. Am 30. August d. J. von 11 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags wird die Savel bei Caputh, am 31. August d. J. um dieselbe Tageszeit wird die Savel bei Rezin und am 1. September d. J. um dieselbe Tageszeit wird die Savel bei Grube in Folge von Uebungen des Pionier-Bataillons Nr 3 für den Schiffsverkehrsverkehr gesperrt sein.

Potsdam, den 23. August 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Berliner und Charlottenburger Preise pro Monat Juli 1897.

55. A. Engros-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

| | | |
|--------------|-----------------------|--------------|
| Es kosten je | 100 Kgr. Weizen (gut) | |
| | " " do. (mittel) | |
| | " " do. (gering) | |
| | " " Roggen (gut) | |
| | " " do. (mittel) | |
| | " " do. (gering) | |
| | " " Gerste (gut) | |
| | " " do. (mittel) | |
| | " " do. (gering) | |
| | " " Hafer. (gut) | 15 M. 10 Pf. |
| | " " do. (mittel) | 14 " 19 " |
| | " " do. (gering) | 13 " 30 " |
| | " " Erbsen (gut) | |
| | " " do. (mittel) | |
| | " " do. (gering) | |
| | " " Nichtstroh | 4 M. 94 Pf. |
| | " " Heu | 5 " 29 " |

Preise waren nicht zu ermitteln.

Preise waren nicht zu ermitteln.

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag für 50 Kgr.

Hafer 8,15 M., Stroh 2,80 M., Heu 3,41 M.

B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

| | | |
|--------------|-----------------------------------|---------------|
| Es kosten je | 100 Kgr. Erbsen (gelbe z. Kochen) | 29 Mark — Pf. |
| | " " Speisebohnen (weiße) | 35 " — " |
| | " " Linfen | 42 " 50 " |
| | " " Kartoffeln | 10 " 46 " |
| Es kostet je | 1 Kgr. Rindfleisch (v. d. Keule) | 1 Mark 35 Pf. |
| | 1 " do. (Banchfleisch) | 1 " 10 " |
| | 1 " Schweinefleisch | 1 " 26 " |
| | 1 " Kalbfleisch | 1 " 30 " |
| | 1 " Hammelfleisch | 1 " 30 " |
| | 1 " Speck (geräuchert) | 1 " 40 " |
| | 1 " Eßbutter | 2 " 20 " |
| | 60 Stück Eier | 2 " 96 " |

2) In Charlottenburg:

| | | |
|--------------|-----------------------------------|----------------|
| Es kosten je | 100 Kgr. Erbsen (gelbe z. Kochen) | 32 Mark 87 Pf. |
| | " " Speisebohnen (weiße) | 37 " 87 " |
| | " " Linfen | 45 " — " |
| | " " Kartoffeln | 8 " 28 " |
| Es kostet je | 1 Kgr. Rindfleisch (v. d. Keule) | 1 " 40 " |
| | 1 " do. (Banchfleisch) | 1 " 08 " |
| | 1 " Schweinefleisch | 1 " 35 " |
| | 1 " Kalbfleisch | 1 " 40 " |
| | 1 " Hammelfleisch | 1 " 30 " |
| | 1 " Speck (geräuchert) | 1 " 40 " |
| | 1 " Eßbutter | 2 " 20 " |
| | 60 Stück Eier | 2 " 82 " |

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats Juli 1897:

1) In Berlin:

| | | |
|--------------|--|---------------|
| Es kostet je | 1 Kgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen | 33 Pf. |
| | 1 " desgl. a. Roggen | 27 " |
| | 1 " Gerstengraupe | 35 " |
| | 1 " Gerstengröße | 33 " |
| | 1 " Buchweizengröße | 38 " |
| | 1 " Hafergröße | 38 " |
| | 1 " Hirse | 38 " |
| | 1 " Reis (Java, mittler) | 60 " |
| | 1 " Java-Kaffee (mittler, roh) | 3 Mark 10 Pf. |
| | 1 " " (gelb in gebr. Bohnen) | 4 Mark 27 Pf. |
| | 1 " Speisefalz | 20 " |
| | 1 " Schweineschmalz (hiefiges) | 1 Mark 15 " |

2) In Charlottenburg:

| | | |
|--------------|--|---------------|
| Es kostet je | 1 Kgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen | 38 Pf. |
| | 1 " desgl. a. Roggen | 33 " |
| | 1 " Gerstengraupe | 45 " |
| | 1 " Gerstengröße | 35 " |
| | 1 " Buchweizengröße | 45 " |
| | 1 " Hafergröße | 55 " |
| | 1 " Hirse | 43 " |
| | 1 " Reis (Java, mittler) | 53 " |
| | 1 " Java-Kaffee (mittler, roh) | 2 Mark 20 Pf. |
| | 1 " " (gelb in gebr. Bohnen) | 2 Mark 80 Pf. |
| | 1 " Speisefalz | 20 " |
| | 1 " Schweineschmalz (hiefiges) | 90 " |

Königliches Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

56. Für den Rehrbezirk der Stadt Berlin ist der Schornsteinfegergeselle August Hoffmann, Schönhauser-Allee 187 wohnhaft, nach den Vorschriften des Regu-

lativs für den Betrieb des Schornsteinfegergewerbes im Stadtkreise Berlin vom 16. November 1888 vom 1. Mai 1897 ab als Bezirkschornsteinfegermeister angestellt worden.

Königliches Polizei-Präsidium.

Magistrat hiesiger Königlichen Haupt- und Residenzstadt.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.**Bekanntmachung.**

6. Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten hat durch Erlass vom 3. August 1897 dem Kreis-
ausschuß des Kreises Niederbarnim die Erlaubniß zur
Vornahme allgemeiner Vorarbeiten für eine vollstän-
dige Nebenbahn von Blankenburg über Reinickendorf
nach Groß-Schönebeck mit Abzweigung nach Liebenwalde
ertheilt.

Auf Grund des § 5 des Enteignungsgesetzes vom
11. Juni 1874 wird deshalb hiermit angeordnet, daß
jeder Besitzer auf seinem Grundstücke Handlungen,
welche zur Vorbereitung des gedachten Unternehmens
erforderlich sind, namentlich auch das Fällen von
Bäumen, geschehen zu lassen hat. Handlungen, welche
das Zerstören von Baulichkeiten zum Gegenstande haben,
sind indessen ohne vorherige Erlaubniß der unter-
zeichneten Behörde unstatthaft.

Das Betreten von Gebäuden, sowie von ein-
gefriedigten Hof- und Gartenräumen ist nur mit Ein-
willigung der Besitzer, in deren Ermangelung nur nach
erhaltener Erlaubniß der Ortspolizeibehörde zulässig.

Potsdam, den 18. August 1897.

Der Bezirksausschuß.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen
Ober-Postdirektion zu Berlin.****Bekanntmachung.**

58. Der Fernsprechverkehr mit Stadthagen ist er-
öffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches
Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt
eine Mark.

Berlin C., den 16. August 1897.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Griesbach, Geheimer Ober-Postrath.

Bekanntmachung.

59. Der Fernsprechverkehr mit Neumünster, Eder-
förde, Flensburg, Schleswig und Rendsburg ist eröffnet
worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch
bis zur Dauer von drei Minuten beträgt je 1 Mark.

Berlin C., 22. August 1897.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Griesbach, Geheimer Ober-Postrath.

Unanbringliche Postsendungen.

60. Bei der Ober-Postdirektion
in Berlin lagern:

A. In Berlin zur Post gegebene Pakete:

- An Peters in Grünsfeld,
- = Isaaksohn in Berlin,
- = Dobraczynski in Jawisua,
- = Kersten in Magdeburg,
- = Müller in Wittenberge.

B. Gegenstände, welche in Paketen ohne Auf-
schrift enthalten gewesen, Postsendungen ent-
fallen oder bei hiesigen Postanstalten
aufgefunden worden sind:

Besatztheile, Bücher, Band, Drahtklammern, Fahr-
radtheile, Glührümpfe, Handschuhe, Häfelarbeiten,
Knöpfe, Kragen, Metalltheile, Messer, Nieten, Ringe,

Strümpfe, Tschentlicher, Toilettengegenstände, Werk-
zeugtheile, Zwirn.

Die unbekannten Eigentümer der vorbezeichneten
Pakete und Gegenstände werden aufgefordert, —
spätestens innerhalb 4 Wochen — bei der Ober-Post-
direktion schriftlich sich zu melden.

Andernfalls werden die Gegenstände zum Besten
der Post-Unterstützungskasse versteigert werden.

Berlin C., den 23. August 1897.

Kaiserliche Ober-Postdirektion. Griesbach.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen
Ober-Postdirektion zu Potsdam.**

61. Bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in
Potsdam lagern nachbezeichnete unanbringliche Postsen-
dungen:

A. Postanweisungen:

- 1) N^o 495 aus Erfner vom 8. Mai 1897 über
5 Mark,
- 2) N^o 1187 aus Dranienburg vom 11. Mai 1897
über 7 Mark.

B. gewöhnlicher Brief mit Werthinhalt:
aus Neuruppin vom 24. Mai 1897 an Frä. Elisabeth
Stärke in Groß-Richterfelde mit 30 Zehnspfennigmarken.

C. Einschreibbriefe:

- 1) aus Eberswalde 1 vom 14. Juli 1897 N^o 731
an den Fortkauffeher Ulrich in Eberswalde,
- 2) aus Potsdam 2 vom 25. Mai 1897 N^o 748 mit
5 Mark Inhalt an Frä. Marie Scholz in Berlin,
Bülowsstraße 74,
- 3) aus Königs-Wusterhausen vom 15. März 1897
N^o 229 an das Landrathsamt Potsdam.

D. Paket:

aus Königs-Wusterhausen vom 3. März 1897 N^o 841
an Neumärker in Hannover.

E. lose aufgefunden sind:

- 1) am 28. Mai 1897 in einem Pakethandwagen auf
dem Bahnhofe zu Neuenhagen (Nahbahn) zwei Ein-
markstücke und zwei 50 Pf.-Stücke,
- 2) am 4. Juni 1897 bei dem Postamt in Grünau
(Mark) in einem von der Schaffnerbahnpolizei im
Zuge 371 eingegangenen Briefbeutel ein Einmarkstück.

Die unbekannten nicht ermittelten Absender oder
Eigentümer der vorstehend bezeichneten Postsendungen u.
werden aufgefordert, binnen 4 Wochen ihre Ansprüche
hierbei geltend zu machen, widrigenfalls mit diesen
Sendungen u. nach den gesetzlichen Bestimmungen ver-
fahren werden wird.

Potsdam, 18. August 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor. Gürtler.

**Bekanntmachungen der Königlichen
Kontrolle der Staatspapiere.**

49. Berichtigung. In der Dethleffsen'schen
und Klingius'schen Aufgebotsache — Bekanntmachung
vom 3. d. M. unter N^o 44 auf Seite 323 in
Stück 33 — muß es auf Zeile 7 des Textes statt:
„Klaus“ heißen.

Berlin, den 20. August 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen des Königl. Consistoriums der Provinz Brandenburg.

40. Die unter privatem Patronate stehende Pfarrstelle zu Quigöbel, Diözese Havelberg-Wilsnack, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Pfeiffer am 1. ten Oktober d. J. zur Erledigung. Ueber die Stelle ist bereits verfügt.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion zu Berlin.

Aufnahme von „Erzen, auch aufbereitete u. s. w., wie im Spezialtarif III. genannt“ in den Rohstofftarif.

26. Im Staatsbahn-Gruppen- und Wechselverkehr, ferner im Wechselverkehr mit Stationen der Eisen-

bahnschen Staatseisenbahnen und der Station Rempen der Breslau-Warschauer Eisenbahn werden mit Gültigkeit vom 1. September d. J. ab in den Ausnahmetarif 2 (Rohstofftarif) „Erze, auch aufbereitete, u. s. w., wie im Spezialtarif III. genannt“ unter der neuen Ziffer 8 mit den für Erze u. s. w. unter a. der Anwendungs-Bedingungen vorgesehenen Bestimmungen über die Frachtberechnung nach dem Ladegewicht der gestellten Wagen aufgenommen.

Berlin, den 17. August 1897.

Königliche Eisenbahndirektion,
zugleich Namens der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Nachweisung

der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow auf Grund des § 2 zu 4 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirkgrenzen.

| Bezeichnung des
in Betracht kommenden Grundstücks. | | früherigen
Gemeinde- | künftigen
resp. Gutsbezirks. | Bemerkungen. |
|---|------------------------------|------------------------------|---|--------------|
| Juni. | | | | |
| Das seitens des Königl. Domainen-Fiscus an den Bauergutsbesitzer August Heners in Nachst-Neuendorf veräußerte Dorfauengrundstück Kartenblatt 1 Parzelle № 572/200 in Größe von 60 qm. | Domainen-Fiscus. | Nachst-Neuendorf. | Kreisausschußbeschuß vom 15. Juni 1897. A. I. 2853. | |
| Die seitens des Königl. Domainen-Fiscus an den Deconomierath Späth in Briz veräußerten Parzelle № 404/29 und 405/35 in Größe von 4934 qm des Kartenblatts 1. | Röpenicker Forst Gutsbezirk. | Rudow. | Kreisausschußbeschuß vom 15. Juni 1897. A. I. 2366. | |
| Die seitens des Deconomieraths Späth an den Königl. Domainen-Fiscus veräußerten Parzellen № 415/29 und 416/29 des Kartenblatts 1 in Größe von 2934 qm. | Rudow. | Röpenicker Forst Gutsbezirk. | dto. | |

Berlin, den 7. August 1897.

Der Landrath des Kreises Teltow.

Personal-Chronik.

Im Kreise Templin ist der Gutsbesitzer Ramin zu Wittenberg von Neuem zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 19 — Badingen — ernannt worden.

Der Oberförster Wilske in Rheinsberg ist zum Forstamtsanwalt bei dem Königl. Amtsgericht Rheinsberg für den neu gebildeten Forstbezirk Zechlinerhütte ernannt worden.

Der praktische Arzt, Sanitätsrath Dr. med. Paul Ruge in Berlin ist zum Medizinal-Assessor bei dem Königl. Medizinal-Kollegium der Provinz Brandenburg angestellt worden.

Der Oberlehrer an der Kadettenanstalt zu Groß-Lichterfelde Dr. Ernst Kullrich ist in gleicher Eigenschaft an der Realschule in Schöneberg angestellt worden.

Der Kandidat des höheren Schulamts Dr. Selmons ist als Oberlehrer an der Oberrealschule in Charlottenburg angestellt worden.

Der bisherige wissenschaftliche Lehrer an der höheren Knabenschule in Potsdam Dr. Morgenroth ist als Oberlehrer am Victoria-Gymnasium in Potsdam angestellt worden.

Bermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß vom 15. September d. J. ab für jede an das Einwohner-Melbeamte der Polizei-Direktion seitens Privatpersonen gerichtete Anfrage wegen Nachweisung einer Person, die ein Nachschlagen des Registers erforderlich macht, gemäß Abschnitt II. § 11 der Geschäfts-Anweisung für das Einwohner-Melbeamte vom 12. Juli 1897 eine Gebühr von 25 Pf. zu entrichten ist, gleichviel, ob die gesuchte Person nachgewiesen werden kann oder nicht.

Charlottenburg, den 17. August 1897.

Königliche Polizei-Direktion.

Hierzu eine Extrabeilage, enthaltend einen Runderlaß an die Behörden der Allgemeinen Verwaltung, betreffend die Vereinfachung des Geschäftsganges und die Verminderung des Schreibwerks, sowie Fünf öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einpaltige Druckzeile 20 Pf.)

Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Öeffentlicher Anzeiger (N^o 5)

zum 35ten Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 27. August 1897.

Polizeiliche Angelegenheiten.

184. Gegen den Arbeiter Julius Renn, zuletzt zu Stolp aufhaltend, geboren am 10. September 1871 zu Mikrow, welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Sachbeschädigung verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Untersuchungsgefängnis des nächsten Amtsgerichts abzuliefern, welches letztere um sofortige Benachrichtigung ersucht wird zu den Akten D. 88 96.

Verleberg, den 11. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

185. Gegen den Rutscher Ernst Steinicke, zuletzt in Peshin, geboren am 16. Juli 1848 in Fichtwerder, Kreis Landsberg a. W., ist die Untersuchungshaft wegen fahrlässiger Körperverletzung vom Königlichen Amtsgericht in Seelow verhängt. Es wird ersucht, ihn zu verhaften und an das Amtsgericht des Ergreifungsorts, auf etwaigen Wunsch des Festgenommenen an das dem Ergreifungsort nächste Amtsgericht abzuliefern und hierher Nachricht zu den Akten II. J. 1498/97 zu geben.

Frankfurt a. O., den 21. August 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft.

186. Der Mechaniker Hermann Riekamp, am 13. Juli 1861 zu Schildebe (L. G. Bielefeld) geboren, evangelisch, vorbestraft, zuletzt zu Nirdorf wohnhaft, ist durch Urtheil des Königlichen Schöffengerichts zu Nirdorf vom 5. Februar 1897 wegen Körperverletzung zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten rechtskräftig verurtheilt worden. Da der x. Riekamp sich verborgen hält, wird ersucht, denselben im Betretungsfalle zu verhaften, ihn an die nächste Gerichtsbehörde behufs Strafvollstreckung abzuliefern, und nach zu den Akten 2b. D. 13 97 Nachricht zu geben.

Nirdorf, den 18. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

187. Der Bäckergehilfe Paul Figner, geboren am 9. März 1860 zu Karfchowitz, Kreis Rosel, ist durch vollstreckbares Urtheil des Königlichen Amtsgerichts hier selbst vom 16. März 1896 wegen Bettelns zu einer Haftstrafe von 4 Wochen verurtheilt und nach verbüßter Strafe der Landespolizeibehörde überwiesen. Figner hat seine Haftstrafe am 13. April 1896 Vormittags 11 Uhr 17 Minuten im hiesigen Gerichts-Gefängnis angetreten und ist in der Nacht vom 27. zum 28. April 1896 aus demselben wieder entsprungen. Es wird ersucht, die Haftstrafe von noch 13 Tagen zu vollstrecken und Nachricht zu unseren Akten E. 48 96 zu geben.

Jehdenitz, den 21. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

188. Gegen den unten beschriebenen Bereiter Johannes Alwin Sühle, geboren am 1. Mai 1874 zu Schaffstedt, Kreis Merseburg, welcher sich verborgen hält, ist in den Akten U. R. II. 259 97 die Untersuchungshaft wegen Nothzucht verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Untersuchungs-Gefängnis zu Berlin, Alt-Moabit 12a., abzuliefern.

Berlin, den 20. August 1897.

Der Untersuchungsrichter beim Königl. Landgerichte I. Beschreibung. Alter: 23 Jahre, Größe: 1 M. 68 Cm., Haare: blond, Augen: blaugrau, Nase und Mund: gewöhnlich, Zähne: vollständig, Gesicht: schmal und oval.

Kleidung: dunkler Anzug.

189. Der unterm 6. September 1893 in den Akten — Ia. M. 53/93 — hinter die verheiratete Arbeiter Ida Caroline Hartmann geborene Otto, zuletzt in Pankow, Berlinerstraße 70 wohnhaft gewesen, geboren am 7. August 1863 zu Sangerhausen, erlassene Stedbrief wird hiermit nochmals erneuert.

Berlin, den 20. August 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft II.

190. Der gegen den Buchhalter (Handlungsdiener) Gustav Friedrich Wilhelm Borgwardt wegen Vergehens gegen §§ 246, 248 Strafgesetzbuches in den Akten J. Ic. 551 97 unter dem 8. Juli 1897 erlassene Stedbrief wird zurückgenommen.

Berlin, den 20. August 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

191. Der gegen den Knecht (Hütejunge) Arthur Sparmann aus Langewahl, geboren am 23. März 1879 in Berlin, unter dem 10. August 1897 erlassene Stedbrief ist erlobigt. II. J. 1949/97.

Frankfurt a. O., den 21. August 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft.

192. Der frühere Rutscher, jetzige Hausdiener Ewald Albin Gotthold Hirt, geb. am 13. Mai 1868 zu Wartha, Kreis Frankenstein in Schlesien, ist durch Urtheil des Königlichen Schöffengerichts zu Goepenitz vom 19. Mai 1897 wegen Betruges zu 10 Mark Geldstrafe im Unvermögensfalle zu 2 Tagen Gefängnis verurtheilt worden. Es wird um Strafvollstreckung und Nachricht zu unseren Akten D. 252 97 ersucht.

Goepenitz, den 16. August 1897.

Königliches Amtsgericht. Abth. 2.

193. Der Schiffer Karl Mädel aus Groß-Dölln, geboren am 19. April 1861 zu Grunewald, ist durch vollstreckbaren Strafbefehl des Königlichen Amtsgerichts hier selbst vom 5. April 1897 wegen unberechtigten Fischens zu einer Geldstrafe von 6 Mark, im Nicht-

- beitreibungsfälle zu einer Haftstrafe von 3 Tagen verurtheilt. Es wird um Strafvollstreckung und Nachricht zu unseren Akten C. 12 97 ersucht.

Jehdenia, den 21. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

- 194.** Es wird um gefällige Angabe des Aufenthaltes 1) des Steinschlägers Gustav Friedrich Böhme, geboren am 18. März 1853 zu Deutsch-Krone, 2) dessen Ehefrau Auguste geb. Widert, geboren am 15. Februar 1857 zu Hohenwalde, Kreis Landsberg a. W., zu den Akten C. 11 97 nochmals ersucht.

Jehdenia, den 21. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

- 195.** Es wird um Ermittlung und Angabe des Wohn- resp. Aufenthaltsortes des Tischlergesellen Otto Ludwig Hoffmann, geboren am 26. Mai 1877 zu Rogasen, Kreis Obernitz, zuletzt in Zehlendorf, Kreis Teltow, wohnhaft gewesen, zu den Akten ca. Böger und Genossen H.d. N. 277 97 ersucht.

Berlin, den 21. August 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft II.

- 196.** Es wird um Ermittlung und Angabe des Wohn- resp. Aufenthaltsortes des Schlächtergesellen August Paul Schulze, geboren am 13. September 1875 zu Sandow, Kreis Cottbus, zuletzt in Potsdam in Strafhast gewesen, zu den Akten c/a Schulze H.d. N. 176 97 ersucht.

Berlin, den 21. August 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft II.

Öffentliche Vorladungen und Aufgebote.

- 197.** In der Strafsache wider Bengs sollen 1) der Arbeiter Ernst Herrmann, 2) der Ziegler Karl Kaufmann, beide aus Berlinchen, Kreis Soldin, und zur Zeit auf Wanderschaft, als Zeugen vernommen werden. Dieselben werden aufgefordert, ihren Aufenthalt dem unterzeichneten Gericht unter Hinzufügung nachstehenden Aktenzeichens: C. 21 97 anzuzeigen.

Königsberg N./M., den 9. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

A u f g e b o t.

- 198.** Auf Antrag des Präsidenten des Königlichen Kammergerichts vom 12. August 1897 wird zum Zwecke der Herausgabe der Amtskaution von 600 M., welche der früher bei dem unterzeichneten Gericht angestellt gewesene, seither aus dem Dienst entlassene Gerichtsvollzieher Friedrich Johann Herrmann seiner Zeit bestellt hatte, in Gemäßheit des § 171 d. A.-G.-D. Theil I. Titel 51 und der §§ 823 fg. E.-P.-D. hierdurch das Aufgebotsverfahren eingeleitet. Alle diejenigen,

welche an die erwähnte Kaution Ansprüche und Rechte zu haben glauben, werden aufgefordert, diese spätestens im Aufgebotsstermin anzumelden, widrigenfalls sie nicht berücksichtigt werden und mit der Kaution anderweit verfahren werden wird. Aufgebotsstermin wird auf **Dienstag den 26. Oktober 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht Zimmer 23 anberaumt.

Neu-Ruppin, den 18. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts. Bekanntmachung.

- 199.** Von den auf Grund des Allerhöchsten Privilegii vom 11. Juni 1890 ausfertigten 3 1/2 %igen Anleihencheinen des Kreises Teltow sind nach Vorschrift des Tilgungsplanes zur Einziehung im Jahre 1897 ausgelost worden:

1. von dem Buchstaben A. über 1000 Mark
die Nummern: 107 142 237 390 392 461 608 810 853 854 883 927 1020 1035 1038 1087 1178 1252 1358 1411 1415.

2. von dem Buchstaben B. über 500 Mark
die Nummern: 55 108 131 138 164 365 489 677 744 877 1105 1116 1132 1177 1242 1324 1330 1344 1481 1788 1838 1847 1849/1892 1893 1969 1974 1997 2056 2097 2231 2288 2370 2459.

Die Inhaber werden aufgefordert, die ausgelosten Kreisankleihencheine nebst den noch nicht fällig gewordenen Zinscheinen und den hierzu gehörigen Zinscheinanweisungen vom 1. Oktober 1897 ab bei der Teltower Kreisfondmunkalkasse, Berlin W., Victoriastraße 18, einzureichen und den Nennwerth der Anleihencheine dafür in Empfang zu nehmen.

Mit dem 1. Oktober 1897 hört die Verzinsung der ausgelosten Anleihencheine auf.

Für fehlende Zinscheine wird deren Werthbetrag vom Kapital abgezogen.

Berlin, den 17. August 1897.

Der Kreisauschuß des Kreises Teltow.

Stubenrauch, Landrath.

Grubenholz-Verkauf.

- 200. Am Sonnabend den 11. September d. J. Mittags 12 Uhr** soll im Schulze'schen Gasthose zu Dippmannsdorf das aus dem Totalitätseinschlag der Königlichen Oberförsterei Dippmannsdorf (Kreis Zauch-Belzig) entfallende Grubenholz unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich meistbietend versteigert werden.

Dippmannsdorf, den 23. August 1897.

Der Königliche Oberförster.

Extra-Beilage zum Amtsblatt.

K u n d e r l a ß

an die

Behörden der Allgemeinen Verwaltung, betreffend die Vereinfachung des Geschäftsganges und die Verminderung des Schreibwerks, vom 12. August 1897.

Berlin, den 12. August 1897.

Das Königl. Staatsministerium hat die anliegenden Grundzüge zu Anordnungen über den Geschäftsverkehr der Preussischen Staats- und Kommunalbehörden festgestellt und bestimmt, daß die Herren Staatsminister, ein jeder für die ihm nachgeordneten Behörden, die Minister der Finanzen und des Innern für die Behörden der Allgemeinen Verwaltung, der Minister des Innern für die Kommunalbehörden, die zur Vereinfachung des Geschäftsganges und zur Verminderung des Schreibwerkes erforderlichen Anordnungen erlassen und dabei diese Grundzüge, soweit es nach den Verhältnissen des Dienstzweiges thunlich erscheint, zur Richtschnur nehmen sollen. Die Anordnungen sollen Geltung haben für den Verkehr der Behörden mit einander, auch mit Behörden anderer Dienstzweige, und für den Verkehr mit dem Publikum.

Auf Grund des Staatsministerialbeschlusses ordnen wir, die Minister der Finanzen und des Innern, hiermit für den Geschäftskreis der Behörden der Allgemeinen Verwaltung an, daß deren gesammter Geschäftsverkehr, vorbehaltlich für einzelne Dienstzweige von den zuständigen Ministern zu treffender besonderer Bestimmungen, nach den festgestellten Grundzügen zu regeln ist. Dabei ist Folgendes zu beobachten:

In Nr. 1.

a) Die Grundzüge bezwecken, den Geschäftsgang zu vereinfachen und das Schreibwerk zu vermindern. Die Verfolgung dieses Zieles darf nicht dazu führen, daß die Ausdrucksweise in dem Verkehr der Behörden untereinander, namentlich in den Berichten der nachgeordneten an die vorgelegten Behörden, ungebührig oder gegenüber dem Publikum unhöflich wird.

b) Die Kurialien „gehorsamt u. s. w.“ und die Anreden „Hoch- und Hochwohlgeboren“ sind im Verkehr unter den Behörden wegzulassen; inwieweit sie im Verkehr mit dem Publikum wegzulassen sind, muß dem Taktgefühl überlassen bleiben.

c) Für den Verkehr mit den kirchlichen Behörden und den Geistlichen sind die von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten zu bestimmenden Formen allgemein maßgebend.

d) Die richtige Wiedergabe entbehrlicher Fremdwörter wird durch Wörterbücher wie das vom Allgemeinen Deutschen Sprachverein herausgegebene „Die Amtssprache“ (Berlin 1897) erleichtert.

In Nr. 4.

Berichte auf Erlasse, die von mehreren Ministern ausgehen, sind unter der äußeren Adresse des Ministers abzusenden, dessen Amtsbezeichnung sich auf der ersten Seite des Erlasses oben links befindet.

Zu Nr. 15.

Bureauordnungen sind in neuerer Zeit innerhalb verschiedener Dienstzweige erlassen, namentlich innerhalb der Eisenbahnverwaltung. Inwieweit diese als Anhalt dienen können für die dortigen Verhältnisse, bleibt näherer Prüfung überlassen.

2c.

Der Minister des Innern.
Freiherr von der Rede.

Der Finanzminister.
Im Auftrage:
Graubte.

An die sämtlichen Herren Oberpräsidenten und
Regierungspräsidenten, sowie an den Herrn
Dirigenten der Königlichen Ministerial-
Militär- und Baukommission hier.

— F. R. I. 9204, R. d. J. I. A. 5699, I. Ang. —

Grundsätze zu Anordnungen über den Geschäftsverkehr der Preussischen Staats- und Kommunalbehörden.

1. Amtsstil.

Die Schreibweise der Behörden soll knapp und klar sein, ihrer Stellung zu einander und zum Publikum auch in der Form entsprechen und sich der allgemein üblichen Sprache des Verkehrs anschließen. Entbehrliche Fremdwörter, veraltete Kanzleiausdrücke und überflüssige Kurialien sind zu vermeiden.

Der, in engen Grenzen zu haltende, Gebrauch von Höflichkeitswendungen muß wesentlich dem Taktgefühl überlassen bleiben. Sie können auf Ausdrücke „gehorsamst, ergebenst“ oder „geneigtest, gefälligst“ beschränkt oder, sofern nur die erforderliche Höflichkeit der Ausdrucksweise im Uebrigen gewahrt wird, ganz weggelassen werden. Unter dieser Voraussetzung kann, namentlich in dem Verkehr der Behörden untereinander, von den Anreden „Hochgeboren“ und „Hochwohlgeboren“ abgesehen werden; die Anrede „Wohlgeboren“ ist allgemein zu beseitigen. Häufungen und Steigerungen, wie z. B. „beehre mich ergebenst, sehr gehorsamst, ganz ergebenst“ sind zu vermeiden, desgleichen eine häufigere Anwendung der Anreden „Hochwohlgeboren, Hochgeboren, Excellenz u. s. w.“, die im Uebrigen durch die einfachen Fürwörter zu ersetzen sind.

Für Berichte an den Landesherrn, Schreiben an Fürstliche Personen und für ähnliche besondere Fälle behält es bei den bisherigen Formen sein Bewenden.

Als Vorbild für die Sprachreinheit kann das Bürgerliche Gesetzbuch dienen; die Schrift Roth's „Ueber den Kanzleistil“ giebt geeignete Fingerzeige für eine richtige Ausdrucksweise.

2. Form der Schriftstücke im Allgemeinen.

Alle Berichte, Schreiben und Verfügungen tragen auf der ersten Seite des Schriftstücks oben rechts die Orts- und Zeitangabe, oben links die Amtsbezeichnung der schreibenden Behörde, darunter die Geschäftsnummer, bei längeren Schriftstücken eine kurze Inhaltsangabe, sowie, wenn Anlagen beizufügen sind, deren Zahl und nöthigenfalls deren kurze Bezeichnung, unten links die Adresse.

In den Schriftstücken unterbleibt die bisher übliche Eingangsformel, die Wiederholung des in der Inhaltsangabe bereits Gesagten, der Ergebnheitsstrich und vor der Unterschrift die Wiederholung der auf der ersten Seite bereits angegebenen Amtsbezeichnung der schreibenden Behörde.

Schriftstücke von mehr als vier Seiten sind mit Blatt- oder Seitenzahlen zu versehen.

3. Befügung von Anlagen.

Soweit es für die geschäftliche Behandlung förderlich erscheint, sind die Anlagen zu Festen zu vereinigen, auf deren Umschlag der Inhalt kurz zu bezeichnen ist. Die losen Anlagen und die

Anlagehefte sind nach Bedürfnis mit der Geschäftsnummer des Schriftstücks, zu dem sie gehören, mit einem Zeichen (z. B. I, II, III oder A, B, C) und mit Blatt- oder Seitenzahlen zu versehen.

Bei der Bezugnahme auf Anlagen genügt meist die Angabe des Zeichens und des Blattes (der Seite), z. B. „Nach Anlage B. Bl. 9 ist . . .“

Berichte sind in der Regel auf den ersten drei Seiten in halber Breite, von da ab in Dreiviertelbreite des Bogens zu schreiben.

4. Form der Berichte.

Auf der linken Hälfte der ersten Seite ist außer den allgemein vorgeschriebenen Angaben (Nr. 2) noch die veranlassende Verfügung oder, daß ohne solche berichtet werde, zu vermerken, auch der Name des Berichterstatters anzugeben, soweit dessen Benennung vorgeschrieben ist.

Der in dem Berichte etwa gestellte Antrag ist äußerlich hervorzuheben; unter Umständen kann es sich empfehlen, ihn an den Eingang des Berichts zu stellen.

Handelt es sich um kurze Anzeigen, so kann die Form einer Meldung auf einem Viertelbogen gewählt werden, auf welche die Vorschriften der beiden ersten Absätze keine Anwendung finden. Für Berichte an den Landesherrn und ähnliche besondere Fälle behält es bei der bisherigen Form sein Bewenden.

Erwiderungen auf Schreiben gleichgestellter und auf Berichte nachgeordneter Behörden sind außer mit den allgemein vorgeschriebenen Angaben (Nr. 2) noch mit einem Hinweis auf das veranlassende Schriftstück zu versehen, z. B. „Auf das Schreiben (den Bericht) vom . . . Nr. . . .“

5. Form der Erwiderungen.

Bei Einreichung von Verzeichnissen, Uebersichten, Nachweisungen u. dergl. unterbleiben alle Begleitberichte, sofern sie nicht einen selbstständigen Inhalt haben. Auf der ersten Seite ist der Inhalt des Schriftstücks und die veranlassende Verfügung, nach Bedürfnis auch die Amtsbezeichnung der absendenden und der empfangenden Behörde anzugeben.

6. Einreichung von Verzeichnissen.

Bei Schriftstücken an Einzelbeamte, die eine Behörde vertreten, ist in der Innen- und Außenadresse der Name des Beamten nur dann anzugeben, wenn es sich um persönliche Angelegenheiten des Empfängers handelt oder wenn besondere Verhältnisse dies erfordern.

7. Adresse für Einzelbeamte.

Wird der Name nicht angegeben, so sind etwaige persönliche Titel des Empfängers, z. B. „Wirklicher Geheimer Rath“, und dem Namen beizufügende Prädikate, z. B. „Exzellenz“, gleichfalls wegzulassen, also „An den Herrn Minister des Innern in Berlin“, „An den Herrn Oberpräsidenten in Breslau“ u. s. w.

Soll erkennbar gemacht werden, daß das Schriftstück nur von dem Empfänger geöffnet werden darf, so ist die persönliche Adresse mit dem Vermerk „Eigenhändig“ anzuwenden.

Der schriftliche Verkehr zwischen Abtheilungen derselben Behörde und je nach Lage der Verhältnisse auch zwischen verschiedenen Behörden, namentlich den an demselben Orte befindlichen, ist zu vermeiden, soweit seine Ersetzung durch mündliche Besprechung thunlich erscheint. Nöthigenfalls ist ein kurzer Vermerk über die Unterredung zu den Akten zu bringen.

8. Mündlicher Verkehr.

Von Telephon- und Telegraphenverbindungen ist, sofern dies als zweckentsprechend gelten kann, ausgiebiger Gebrauch zu machen.

9. Telephon- und Telegraphenverkehr.

Unter der Kürze des Telegrammstils darf die Deutlichkeit nicht leiden.

Soweit angängig, namentlich wenn der Inhalt abzusendender Schriftstücke für die Akten entbehrlich ist oder die Zurückhaltung von Vermerken genügt, ist für Schreiben und Erlasse, für kurze Berichte und Weisungen die urschriftliche Form zu wählen, wobei die Niederschrift je nach Lage des Falles entweder auf das veranlassende Schriftstück selbst oder auf einen darum zu legenden Bogen gesetzt wird.

10. Urschriftlicher Verkehr.

Bei Anwendung der urschriftlichen Form fallen die sonst vorgeschriebenen Angaben (Nr. 2, 4 und 5), soweit sie entbehrlich sind, weg.

Bei der Genehmigung von Anträgen wird es oft genügen, den Antrag mit dem Vermerk „Genehmigt“ dem Berichterstatter nöthigenfalls unter Bedingung der Rückgabe und zur Entnahme von Anlagen zurückzusenden.

Die Benutzung von Postkarten ist zulässig, soweit eine unverschlossene Mittheilung in dieser Form unbedenklich erscheint.

11. Postkarten.

Die Anfertigung von Abschriften solcher Schriftstücke, die an andere Behörden oder zu anderen Akten abgegeben werden, ist in allen geeigneten Fällen durch einen kurzen Vermerk in den Akten oder in den Geschäftsbüchern zu ersetzen. Zur Vermeidung von Abschriften können Ver-

12. Abschriften und Aktenvermerke.

fügungen durch Vermittelung der nachgeordneten Behörden, für welche dann die Entnahme eines Vermerks zu ihren Akten oder Geschäftsbüchern genügt, den Empfängern übermittelt werden.

13. Formulare.

Für häufig wiederkehrende Fälle sind in möglicher Ausdehnung, und zwar zu Entwürfen, Urschriften und Reinschriften, Formulare zu verwenden. Formulare, deren Ausfüllung einfach ist, sind, namentlich im urschriftlichen Verkehr, thunlichst von dem Bearbeiter (Referenten, Dezernenten) unmittelbar auszufüllen. In geeigneten Fällen (z. B. bei Massenverfügungen) verfügt der Bearbeiter die Benutzung eines Formulars, welches dann, ohne Anfertigung eines Entwurfs, sogleich in Reinschrift ausgefüllt zur Vollziehung vorgelegt wird (vergl. Nr. 12).

14. Mechanische Hilfsmittel.

Von mechanischen Hilfsmitteln (Schreibmaschinen, Stempeln, Kopirpressen, Hellographen u. dgl.) ist ausgiebiger Gebrauch zu machen. Namensstempel statt Unterschrift dürfen nur mit Genehmigung der Centralstelle verwendet werden.

Bei Minderlassen, deren Veröffentlichung in amtlichen Blättern nicht erfolgt oder nicht ausreicht, empfiehlt es sich, die für den Gebrauch der nachgeordneten Behörden erforderliche Anzahl von Abdrücken an der obersten Stelle fertigen und den Erlassen beifügen zu lassen.

15. Bureau-einrichtungen.

Durch wiederholte Prüfungen und nöthigenfalls durch den Erlass von Bureauordnungen, in denen über die Geschäftsvertheilung, Anlegung der Akten, Geschäftsbücher, Verzeichnisse, Formulare u. s. w. Bestimmung getroffen wird, ist auf möglichste Vereinfachung des Geschäftsgangs in den Bureau's hinzuwirken.

16. Bureau-verkehr.

Für einfache Rückfragen kann ein unmittelbarer Verkehr zwischen den Bureau's von Behörden desselben Dienstzweiges innerhalb bestimmter Grenzen und unter sorgfältiger Beaufsichtigung nachgelassen werden.

17. Kosten.

Bei dem gesammten Geschäftsverkehr ist auf die möglichste Vermeidung von Kosten gebührend Bedacht zu nehmen.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 36.

Den 3. September

1897.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 36.) Nr. 2411. Gesetz, betreffend den Servistarif, und die Klasseneintheilung der Drie. Vom 26. Juli 1897.

(Stück 37.) Nr. 2412. Gesetz, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung. Vom 26. Juli 1897.

Gesetz-Sammlung für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 32.) Nr. 9931. Verfügung des Justizministers wegen Aufhebung der Hypothekendämter zu Aachen und St. Wendel. Vom 30. Juli 1897.

(Stück 33.) Nr. 9932. Gesetz, betreffend das Verwaltungsstrafverfahren bei Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze und die sonstigen Vorschriften über indirekte Reichs- und Landesabgaben sowie die Bestimmungen über die Schlacht- und Wildpretsteuer. Vom 26. Juli 1897.

(Stück 34.) Nr. 9933. Gesetz, betreffend Abänderung der hinsichtlich der Jagd auf Wasservögel für Ostfriesland geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Vom 26. Juli 1897.

Nr. 9934. Städteordnung für die Provinz Hessen-Nassau. Vom 4. August 1897.

(Stück 35.) Nr. 9935. Gesetz, betreffend die Regelung der Forstverhältnisse für das ehemalige Justizamt Olpe im Kreise Olpe, Regierungsbezirk Arnberg. Vom 3. August 1897.

Nr. 9936. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Blankenheim, Geilenkirchen, Heinsberg, Hennes, Rheinbach, Adenau, Boppard, Castellum, Cochem, Mayen, Trarbach, Opladen, Saarlouis, Sankt Wendel, Wittburg, Daun, Hillesheim, Neuerburg, Perl, Prüm, Aachen, Saarburg, Warweiler und Wittlich. Vom 9. August 1897.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Bestellung von Herzoglich Anhaltischen Forstbeamten zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.

23. Im Anschluß an die gemeinschaftliche Verfügung des Justizministers und des Ministers des Innern vom 15. September 1879, betreffend die Ausführung des § 153 Abs. 2 des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes

vom 27. Januar 1877, und im Einverständniß mit der Herzoglich Anhaltischen Hofkammer werden die Herzoglich Anhaltischen Forstbeamten der Forstreviere Luschwitz, Kreis Fraustadt, Stolzenberg, Kreis Landsberg a. d. Warthe, Rabenstein, Kreis Zauch-Belzig, sowie der im Kreise Genthin bezw. Jerichow I. belegenen Theile der Forstreviere Lindau und Steßby und der im Kreise Bitterfeld belegenen Theile der Forstreviere Rosigkauer Haide und Dranienbaumer Haide und zwar der Revierverwalter und der beaufsichtigende Schutzbeamte eines jeden Schutzbezirks zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft bestellt.

Berlin, den 13. Juli 1897.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Der Justizminister.

Der Minister des Innern.

Bekanntmachung.

24. Nach dem Beschlusse des Bundesraths vom 2. v. M. kann als Ausnahme von dem im § 27 des Gesetzes über die Besteuerung des Tabaks vom 16ten Juli 1879 (R.-G.-Bl. S. 245) enthaltenen Verbote der Verwendung von Tabaksurrogaten die Verwendung von Huslattichblättern bei der Herstellung von Tabakfabrikaten von den Zoll-Direktionsbehörden widerruflich gestattet werden. Die dabei zu beobachtenden Kontrollvorschriften werden den Fabrikanten auf Ersuchen von der Steuerbehörde mitgetheilt werden.

Die für das genannte Tabaksurrogat zu entrichtende Abgabe ist von dem Bundesrath auf 65 M. für 100 kg nach Maßgabe seines Gewichts in fabriktionsreifem Zustande festgesetzt worden. Die jährlich zu verwendende Mindestmenge des Surrogats beträgt 20 kg.

Berlin, den 5. August 1897.

Der Finanz-Minister.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Gemeindebezirksveränderung.

194. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 26. v. M. zu genehmigen geruht, daß die im Kreise Beeskow-Storkow belegenen Landgemeinden Langendamm, Wulshen und Alt-Markgraspieske zu einer Landgemeinde mit dem Namen „Alt-Markgraspieske“ vereinigt werden.

Potsdam, den 27. August 1897.

Der Regierungspräsident.

Rückzahlung von Kautionen.

195. Infolge Ablebens des Direktors der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actien-Gesellschaft John W. Meyer in Hamburg sind die demselben unter dem 9. Juni 1886, 15. Dezember 1886, 6. August 1893, 4. Juni 1896 und 19. August 1896 erteilten Concessionen zum Betriebe des Geschäfts der Auswanderer-Beförderung innerhalb des Preussischen Staates mit Ausnahme der Provinz Hannover erloschen. Es ist nunmehr dem Prokuristen der genannten Actiengesellschaft Adolph Storm in Hamburg auf Grund des § 7 des Gesetzes vom 7. Mai 1853 für die Dauer seiner Stellung als Prokurist der Gesellschaft unter Vorbehalt des Widerrufs die Erlaubnis erteilt worden, das Geschäft der Beförderung von Auswanderern nach Anstrallen, nach Amerika mit Ausnahme der in Nachstehendem nicht besonders benannten brasilianischen Staaten, nach der Cap-Kolonie und der Transvaal-Republik sowie nach den drei südlichen brasilianischen Staaten Rio Grande do Sul, Santa Catharina und Parana innerhalb des Preussischen Staates mit Ausnahme der Provinz Hannover zu betreiben und die Beförderung von Auswanderern außer von Hamburg auch von Stettin und Antwerpen aus zu bewirken sowie zur Vermittelung der mit Auswanderern abzuschließenden Verträge unter Zustimmung der Königl. Regierungspräsidenten und unter Beachtung der in dem Reglement vom 6. September 1853 vorgeschriebenen Bedingungen Agenten zu bestellen. Diese Erlaubnis ist jedoch an die Bedingung geknüpft, daß Verträge mit Auswanderern, welche auf der Leistung von Vorschüssen gegen Uebnahme der Verpflichtung, dieselben später abzurufen, beruhen, ohne Ausnahme ausgeschlossen bleiben. Dem Concessionar ist auch verboten, sich in irgend einer Weise an ausländischen Colonisations-Unternehmungen zu beteiligen oder sich in Verhandlungen über die Anwerbung von Einwanderern für fremde Länder einzulassen.

Die von dem Direktor John W. Meyer bei der Königl. Polizei-Hauptkassette in Berlin s. Zt. hinterlegte Kaution ist in rechtsverbindlicher Weise für die Geschäftsführung des H. Storm haftbar gemacht worden.

In Gemäßheit des § 9 des Gesetzes vom 7. Mai 1853 sind die Concessionen der bisherigen Agenten des John W. Meyer erloschen.

Als Agenten des Genannten sind im Regierungsbezirk Potsdam der Kaufmann Johann Friedrich Abt in Perleberg, der Speibiteur Abraham Jacoby in Prenzlau und der Kaufmann Heinrich Schweer in Strasburg N./M. thätig gewesen.

Gemäß § 14 des Reglements vom 6. September 1853 — Ministerialblatt für die innere Verwaltung von 1853 Seite 209 — betreffend die Geschäftsführung der zur Beförderung von Auswanderern concessionirten Personen und die von denselben zu bestellenden Kautionen bringe ich dies hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß etwaige aus der Geschäftsführung der vorstehend genannten drei Agenten herzuleitende

Ansprüche an bestellten Kautionen binnen einer Woche nach dem Tode, vom heutigen Tage an gerechnet, unter Vorbringung der Beweismittel bei mir angemeldet werden müssen, widrigenfalls die Kautionen an die Empfangsberechtigten zurückbezahlt werden.

Potsdam, den 25. August 1897.

Der Regierungspräsident.

B i e h s e u d e n . h u n d

196. Ausgegeben:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Ostprignitz: bei 9 Stück Rindvieh des Bauern Schulz in Dahlhausen, 2 Kühen des Eigenthümers Nelly in Schönebeck, 34 Kindern des Gutsbesizers Ehger in Liebenthal und 6 Kindern des Halbbauern Nelly in Blumenthal. Kreis Prenzlau: unter den Zugochsen des Dominiums Werbekow.

b. Rog. Kreis Ostprignitz: unter den Pferden der 1. sährenden Batterie, Artillerie-Regiments Generalfeldzeugmeister 14. Brandenburg.

c. Bruckseuche. Kreis Uthmannsdorf: auf dem Gehöft des Bauern Wilhelm Dellin in Penitz.

d. Bläschenauschlag. Kreis Jüterbog: in der Gemeinde Schlaloch b. Tr.

Erloschen:

a. Milzbrand. Kreis Jüterbog-Endenwalde: unter dem Rindviehbestande des Kammergutsbesizers Kessler in Reinsdorf.

Potsdam, den 31. August 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Bekanntmachung.

22. Auf Grund des § 26 des Reglements über Ausbildung, Prüfung und Anstellung für die unteren Stellen des Forstdienstes in Verbindung mit dem Militärdienst im Jägercorps vom 1. Oktober 1893 werden bei den Königl. Regierungen zu Potsdam, Köslin, Stralsund, Breslau, Posen, Magdeburg, Merseburg, Schleswig, Hannover, Wiesbaden, Trier, sowie im Bereiche der Hofkammer der Königl. Kammergüter nach Notirungen der forstverorgungsberechtigten Jäger der Klasse A. bis auf Weiteres vertheilt ausgeschossen, daß bei den genannten Behörden nur Meldungen solcher Jäger angenommen werden dürfen, welche zur Zeit der Ausstellung des Forstverordnungscheines mindestens zwei Jahre im Staatsforstdienste des betreffenden Bezirks beschäftigt sind.

Berlin, den 18. August 1897.

Der Minister für Landwirtschaft, Jagden und Forsten.
An sämtliche Königl. Regierungen (ausgeschlossen Aurich und Sigmaringen).

Vorstehende Bestimmung wird hiermit zur Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 27. August 1897.

Königl. Regierung.

Bekanntmachung.
Auf Grund des § 11 der Geschäftsanweisung für die Rgl. Forstfassenordnungen vom 2. Februar 1888 wird genehmigt, daß der bei der Rgl. Forstfasse in Erfurt, beschäftigte Forstmeister a. D. v. Borch Dittungen, über Zahlungen an die genannte Kasse ausstellen darf.

Potsdam, den 25. August 1897.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen der Bezirksanwaltschaft.

Bekanntmachung.

7. Durch Verfügung des Königl. Regierungspräsidenten, hiesigst, vom 3. Juni 1897 — 1. 334/05 — ist dem Geheimen Regierungsrath a. D. Rudolph Kie zu Dessau die Erlaubnis zur Vornahme allgemeiner Bohrungen für die Herstellung einer Kleinbahn von Tempzin nach Strassburg i. M. erteilt worden.

Auf Grund des § 5 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 wird deshalb hiermit angedeutet, daß jeder Besitzer auf seinem Grundstücke Handlungen, welche zur Vornahme des gedachten Unternehmens erforderlich sind, geschehen zu lassen hat.

Handlungen, welche aus Zerkleinerung von Baulichkeiten oder aus Fällen von Bäumen zum Gegenstande haben, sind, ohne vorherige Erlaubnis der unterzeichneten Behörde unstatthaft.

Das Betreten von Gebäuden, sowie von eingetragenen Hof- und Gartenräumen ist nur mit Einwilligung der Besitzer, in deren Ermangelung nur nach erteilter Erlaubnis der Ortspolizeibehörde zulässig.

Potsdam, den 21. August 1897.

Der Bezirksanwaltschaft.

Öffentliche Aufforderung.

8. Bezug Führung des Nothaushaltes VIII. der in Ausführung begriffenen städtischen Kanalisation zu Spandau und der Einrichtung von Bösch-, Kade- und Stützeplätzen für die Brenn- und Klärmaterialien der an der Götterstraße zu errichtenden Kanalisations-Kläranlage, ist eine hochwasserfreie Aufhöhung größerer Flächen in den Götterwiesen und an der Unterhavel gegenüber von Tiefwerder erforderlich. Es sind dies die jetzt noch dem Wasserhaushalts gehörigen, von der Stadtgemeinde Spandau zum Erwerb in Aussicht genommenen und beantragten Flächen Gemarkung Tiefwerder:

Alt Havel, Kartenblatt 1: Parzellennummer 291/98, 292/98, 293/98, 294/98, 295/98, 296/98, 297/98, 298/98, 303/98, 302/98.

Alt Havel, Kartenblatt 1: 278/98, 277/98, 276/98, Gemarkung Spandau, in den Götterwiesen Kartenblatt 20: Parzellennummer 89/10, ferner die der Stadtgemeinde Charlottenburg gehörige Fläche, Gemarkung Spandau, in den Götterwiesen, Kartenblatt 20: Parzellennummer 96/10 und schließlich die bisher zur Domäne Dahlen gehörigen, jetzt im Eigentum der Stadtgemeinde Spandau stehenden Flächen:

Gemarkung Tiefwerder, Alt Havel, Kartenblatt 1: Parzellennummer 301/98, 281/98, 280/98, 279/98,

Gemarkung Spandau, in den Götterwiesen, Kartenblatt 20: Parzellennummer 98/10, 94/10, 90/10, 99/10.

Bevor wir gemäß § 2 des Reichsgesetzes vom 28. Januar 1848 über die Ertheilung der Genehmigung dieser Anlagen beschließen, fordern wir hiermit diejenigen Personen, welche sich etwa zur Erhebung von Einwendungen gegen die bezeichneten Anlagen für berechtigt halten, öffentlich auf, in der Zeit bis zum 15. September 1897 ihre Einwendungen schriftlich bei uns einzubringen.

Später eingereichte Einwendungen werden nicht berücksichtigt werden.

Während der Einspruchsfrist liegen die Pläne in der hiesigen Registratur, Pfrieststraße Nr. 12 hieselbst zur Einsicht offen.

Potsdam, den 24. August 1897.

Der Bezirksanwaltschaft.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

87. Des Kaisers und Königs Majestät haben Allerhöchstdigst geruht, mittels Allerhöchsten Erlasses vom 30. Juli d. J. mehreren Straßen und Plätzen im Gemeindebezirk Charlottenburg Namen beizulegen und zwar der Straße 12a. der Abtheilung V. Sektion 1 des Bebauungsplanes der Umgebungen Berlins den Namen „Prießner-Straße“, der Straße 1b. derselben Abtheilung Sektion 2 den Namen „Havel-Straße“, der Straße 4 derselben Abtheilung und Sektion den Namen „Queride-Straße“, der Straße 10a. derselben Abtheilung und Sektion den Namen „Gutenbergs-Straße“, dem Platz A. derselben Abtheilung Sektion 1a den Namen „Karl-August-Platz“, der Straße 6a. und 6c. derselben Abtheilung Sektion 3 den Namen „Sesenhaimer-Straße“, dem Platz C. derselben Abtheilung und Sektion den Namen „Amtsgerichts-Platz“, der Straße 15 derselben Abtheilung und Sektion den Namen „Windmühl-Straße“, der Straße 18b. derselben Abtheilung und Sektion den Namen „Leonhardt-Straße“, der Straße 17a. derselben Abtheilung und Sektion den Namen „Römer-Straße“, der Straße 18a. derselben Abtheilung und Sektion den Namen „Friedberg-Straße“, der Straße 19a. derselben Abtheilung und Sektion den Namen „Holzendorff-Straße“, dem aus den Straßen 21 und 22a. derselben Abtheilung und Sektion gebildeten Straßenzuge den Namen „Guarez-Straße“, der Straße 26a. derselben Abtheilung und Sektion den Namen „Mollwitz-Straße“, der Straße 32 derselben Abtheilung Sektion 4 den Namen „Königin Elisabeth-Straße“, der Straße 36 derselben Abtheilung und Sektion den Namen „Goor-Straße“, dem Platz C. derselben Abtheilung Sektion 5 den Namen „Brandiger-Platz“ und endlich dem Platz A. der Abtheilung VI. des Bebauungsplanes den Namen „Gustav-Adolf-Platz“.

Berlin, den 20. August 1897.

Der Polizeipräsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

62. Der Fernsprechverkehr mit Strausberg ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt:

- a. im Verkehr mit Berlin nebst Vor- und Nachbarorten mit Ausschluß der Orte Nowawes-Neuendorf, Ludwigfelde, Potsdam und Wannsee 25 Pf.;
- b. im Verkehr mit den zuletzt aufgeführten Orten 1 Mark.

Berlin C., 23. August 1897.

Kaiserliche Ober-Postdirection.

Griesbach, Geheimer Ober-Postrath.

Bekanntmachungen der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

50. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß die dem Gesangsverein für Klassische Musik zu Potsdam gehörigen Schuldverschreibungen der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe

von 1881 lit. C. N^o 205012 über 1000 M.

1882 lit. D. N^o 241833 über 500 M.

dem Rentanten des vorbezeichneten Vereins, Rechnungsrath Heinrich Schulze zu Potsdam, Lennestraße 1 angeblich abhanden gekommen sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rechnungsrath Herrn Schulze anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kräftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 24. August 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Direction der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

16. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 10. v. Mts. heute geschehenen öffentlichen Verloosung von 3½prozentigen Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Apoints gezogen worden:

Litt. G. zu 1500 M. 1 Stück und zwar die N^o 10,

Litt. H. zu 300 M. 2 Stück und zwar die N^o 24, 35,

Litt. J. zu 75 M. 1 Stück und zwar die N^o 29,

Litt. K. zu 30 M. 2 Stück und zwar die N^o 22, 31.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. I. N^o 13—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße N^o 76

1 Tr., vom 2. Januar 1908 ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 2. Januar 1898 ab hört die Verzinsung der ausgelassenen Rentenbriefe auf, diese selbst veräußern mit dem Schlusse des Jahres 1908 zum Vortheil der Rentenbank.

Die Einlieferung ausgelassener Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post geschehen und mit dem Antrage erfolgen, daß der Gelbbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 24. August 1897.

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirection zu Berlin.

Ausnahmetarif für Düngemittel und Rohmaterialien der Ausdüngefabrikation.

27. Mit Gültigkeit vom 1. September 1897 ab wird die Neustadt-Gogoliner Eisenbahn in den oben bezeichneten Ausnahmetarif einbezogen. Nähere Auskunft geben die theilhaftigen Abfertigungsstellen sowie das Auskunftsbureau der preussischen Staats-Eisenbahnen in Berlin, Bahnhof Alexanderplatz.

Berlin, den 24. August 1897.

Königliche Eisenbahndirection

zugleich namens der theilhaftigen Eisenbahnverwaltungen. Herabsetzung der Ent- und Beladefristen am Nottetal in Königs-Wusterhausen.

28. Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde werden vom 27. August d. Js. ab bis auf Weiteres die Ent- und Beladefristen für Wagenladungsgüter am Nottetal in Königs-Wusterhausen von 12 auf 6 Tagesstunden herabgesetzt.

Berlin, den 25. August 1897.

Königliche Eisenbahndirection.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirection zu Stettin.

Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände.

12. Für diejenigen Thiere und Gegenstände, welche auf der Ende Oktober d. Js. in Poitz i. Pom. stattfindenden Geflügelausstellung ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird unter den üblichen, bei den Ent- und Eilgutabfertigungsstellen zu erfragenden Bedingungen auf den Strecken der Königl. Eisenbahndirectionen Altona, Berlin und Stettin frachtfreie Rückbeförderung nach der Versandstation gewährt.

Stettin, den 19. August 1897.

Königliche Eisenbahndirection.

Bekanntmachungen des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

6. Der für die Kosten der Beerdigung eines Greisestranken seitens der Landirren- und Irrenpflegestellen zur Erhebung gelangende Pauschlag ist auf 20 M. festgesetzt.

Drisarmenverbänden gegenüber verbleibt es bei

dem bisherigen Pauschlag von 10 M. (Bekanntmachung vom 4. August 1879 Amtsblatt S. 343) (§ 9 des Revidirten Reglements für die Brandenburgischen Landirrenanstalten vom 3. März 1893).

Berlin, den 21. August 1897.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.
Freiherr von Manteuffel.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

29.

Nachweisung

der von dem Kreis-Ausschusse des Kreises Zauch-Belzig auf Grund des § 25 des Zustandigkeitgesetzes vom 1. August 1883 und des § 2 der Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891 genehmigten Veränderungen von Guts- und Gemeindebezirkegrenzen.

| Nr. | Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke. | Seitheriger Guts- bezw. Gemeindebezirk. | Künftiger Guts- bezw. Gemeindebezirk. |
|-----|---|--|--|
| 1. | Die dem Ziegeleibesitzer Rudolf Fabé zu Rädel gehörigen Parzellen Kartenblatt 7 Nr. 65/15 10 a 75 qm groß und Nr. 66/17, 49 a 31 qm groß. | Gutsbezirk Lehnin. | Gutsbezirk Königliches Forstrevier Lehnin. |
| 2. | Die forstfiscalischen Parzellen in der Gemarkung Lehnin, Königliche Forst, Kartenblatt 7 Nr. 61/14, 2 a 15 qm, Nr. 62/14, 6 a 97 qm. | Gutsbezirk Königliches Forstrevier Lehnin. | Gutsbezirk Lehnin. |
| 3. | Die forstfiscalischen Parzellen in der Gemarkung Lehnin, Königliche Forst, Kartenblatt 7 Nr. 69/18, 44 a 32 qm und Nr. 70/19, 6 a 62 qm. | Desgleichen. | Gemeindebezirk Rädel. |
| 4. | Die Begefläche in der Gemarkung Lehnin, Königliche Forst, Kartenblatt 7 Nr. 71/42, 0,2250 ha. | Gutsbezirk Lehnin. | Gutsbezirk Königliches Forstrevier Lehnin. |

Belzig, den 16. August 1897.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Zauch-Belzig.

Bekanntmachung.

30. Der Kreis-Ausschuß hat am 12. August d. J. genehmigt, daß folgende Grundstücke: 1) am Jagen 121 in der Gemarkung Liebäs, Kartenblatt 4 Abschnitt Nr. 64/35, 66, 67/34, 68/33, 69—72/36 von 6,1260 ha, 2) am Jagen 129a. in der Gemarkung Liebäs, Kartenblatt 3 Abschnitt Nr. 27 von 15,2940 ha, zusammen also 21,4200 ha von dem Gemeindebezirk Liebäs abgetrennt und mit dem Forstgutsbezirk Woltersdorf vereinigt werden, sowie 3) die in dem Gemeindebezirk Woltersdorf liegenden Parzellen Kartenblatt 1 Abschnitt 179/123, 180/124, 181/125, 182/126, 183/127 in Gesamtgröße von 8,6221 ha von dem Gemeindebezirk Woltersdorf abgetrennt und mit dem Forstgutsbezirk Woltersdorf vereinigt werden.

Jüterbog, den 27. August 1897.

Der Vorsitzende

des Kreis-Ausschusses des Kreises Jüterbog-Luckenwalde.

Personal-Chronik.

Der Kreisbauinspektor Baurath Dehmke hieselbst ist vom 15. September d. J. ab auf ein Jahr beurlaubt. Die Verwaltung der Kreisbauinspektion Potsdam führt während dieser Zeit der Kgl. Landbauinspektor Laske.

Die von Beerensbusch nach Sellenwalde verlegte Revierförsterstelle in der Oberförsterei Menz ist vom 1. Oktober d. J. ab dem Förster Jauersch in Rauen, Oberförsterei Colpin, vorläufig probeweise übertragen worden.

Der in der Oberförsterei Menz beschäftigte Forstaufseher Rennhaus ist zum Förster ernannt worden unter gleichzeitiger Uebertragung der Försterstelle Beerensbusch in der Oberförsterei Menz vom 1. Oktober dieses Jahres ab.

Die Försterstelle Rauen in der Oberförsterei Colpin ist vom 1. Oktober d. J. ab dem Förster Krüger in Sellenwalde, Oberförsterei Menz, übertragen worden.

Der bisherige Gemeindevollschullehrer Dr. Sello ist vom 1. Oktober d. J. ab als Oberlehrer am Friedrichs-Gymnasium in Berlin angestellt worden.

Bei der Königlichen Ministerial-Militär- und Bau-Kommission sind:

Uebertwiesen: der Ober-Regierungsrath Döhring, sowie der Landbauinspektor Hasak zur dienstlichen Verwendung.

Angestellt: der Landmesser Schnitt als technischer erpedirender Sekretär und Kalkulator, der Bureaudiatar Kluge als erpedirender Sekretär und Kalkulator, der Hilfsbote Kempf als Schleusenmeister.

Ausgeschieden: der Bureaudiatar Rauch infolge Anstellung als Geheimer Registrator im Ministerium für Handel und Gewerbe, der erpedirende Sekretär und Kalkulator Bosh infolge Anstellung als Kassensekretär im Finanzministerium und der Bureaudiatar Grünwald infolge Anstellung als Geheimer erpedirender Sekretär und Kalkulator im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| 1.
Rang. Nr. | 2.
Name und Stand
des Ausgewiesenen. | 3.
Alter und Heimath | 4.
Grund
der
Verurtheilung. | 5.
Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | 6.
Datum
der
Ausweisungs-
Verfügung. |
|---|--|---|--------------------------------------|--|--|
| Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Friedrich Edert Jan
van Harrevelt,
Schiffer und Segel-
macher, | geboren am 18. August
1845 zu Doffum,
Provinz Friesland,
Niederlande, ortsange-
hörig ebendaselbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Stettin, | 17. Juli
1897. |
| 2 | Wenzel Hluzet,
Fabrikarbeiter, | geboren am 9. Februar
oder Juli 1867 zu
Iborem, Bezirk Klat-
tau, Böhmen, orts-
angehörig ebendaselbst, | desgleichen, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Kaufen, | 8. Juli
1897. |
| 3 | Josef Jagelski,
Arbeiter, | 34 Jahre alt, geboren
zu Lowitsch, Gouverne-
ment Warschau, orts-
angehörig ebendaselbst, | Landstreichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 29. Juni
1897. |
| 4 | a. Ette Risten,
Fabrikarbeiter,
h. dessen Ehefrau Jo-
hanna Wilhelmine
geb. Klüppel,
Frenz Koranda,
Schlosser, | geboren am 20. Sep-
tember 1844 zu Al-
melo, Niederlande,
geboren am 5. Juni
1843 ebendaselbst, | Landstreichen u. Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Danabrad, | 14. Juli
1897. |
| 5 | | geboren am 10. August
1878 zu Großbeschau,
Bezirk Znaim, Mäh-
ren, ortsangehörig zu
Püllitz, Bezirk Dat-
schitz, ebendaselbst, | Landstreichen, | Königlich bayerische
Polizei-Direktion
München, | 3. Juli
1897. |
| 6 | Franz Kubicek,
Fleischer, | geboren am 23. Juni
1853 zu Ruppertsdorf,
Bezirk Starkenbach,
Böhmen, österreichischer
Staatsangehöriger, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 14. Juli
1897. |
| 7 | Abraham Singer,
Plazaufseher, | geboren im Jahre 1826
zu Solina, Bezirk
Lisko, Galizien, österr.
Staatsangehöriger, | Landstreichen und Betteln, | Großherzoglich med-
lenburgisches Mini-
sterium des Innern
zu Schwerin, | 3. Juni
1897. |
| 8 | Julius Wolt,
Tapezierer, | geboren am 31. De-
zember 1842 in der
Michaelischen Fabrik,
Gouvernement Perm,
Rußland, ortsangehörig
ebendaselbst, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Stettin, | 14. Juli
1897. |

Hierzu eine Extra-Beilage, enthaltend die Telegraphenordnung für das Deutsche Reich vom 9. Juni 1897, sowie Vier öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gagn'schen Erben.

wellungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei ebenda Flügel D. Zimmer 17 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird **am 29. Oktober 1897 Vormittags 11 Uhr** an Gerichtsstelle ebenda Zimmer 40 verkündet werden.

Berlin, den 17. August 1897.

Königliches Amtsgericht I., Abtheilung 88.

Zwangsversteigerung.

176. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Deutsch-Wilmersdorf Band 28 Blatt Nr. 888 auf den Namen des Tischlermeisters Friedrich Leibrandt zu Charlottenburg eingetragene, zu Deutsch-Wilmersdorf in der Nachbfrage belegene Grundstück **am 26. Oktober 1897 Vormittags 10 1/2 Uhr** vor dem unterzeichneten Gerichte an Gerichtsstelle Hallesches Ufer 26 I. Zimmer 14 versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 5,46 M. Reinertrag und einer Fläche von 17 ar 13 qm zur Grundsteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei a. a. D. Zimmer 15 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks

beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird **am 30. Oktober 1897 Mittags 12 Uhr** an Gerichtsstelle a. a. D. Zimmer 14 verkündet werden.

Berlin, den 25. August 1897.

Königliches Amtsgericht II. Abth. 17.

Zwangsversteigerung.

177. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von den Umgebungen Band 183 Blatt Nr. 7705 auf den Namen der Zimmermeister Carl Schubert und August Schubert, beide hieselbst, eingetragene, in der Bornborferstraße angeblich Nr. 8 belegene Grundstück in einem neuen Termine **am 29. September 1897 Vormittags 10 1/2 Uhr** vor dem unterzeichneten Gerichte an Gerichtsstelle Neue Friedrichstraße 13 Flügel C. Erdgeschoss Saal 36 versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 5,13 M. Reinertrag und einer Fläche von 8,72 ar nur zur Grundsteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei ebenda Flügel D. Zimmer 41 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird **am 29. September 1897 Nachmittags 12 1/2 Uhr** an Gerichtsstelle wie oben angegeben verkündet werden.

Berlin, den 25. August 1897.

Königliches Amtsgericht I. Abtheilung 85.

Zwangsversteigerung.

178. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Schöneberg Band 47 Blatt Nr. 1688 auf den Namen des Zimmermeisters Robert Reimer

zu Berlin eingetragene, zu Schöneberg, Gothenstraße 9 belegene Grundstück am **26. Oktober 1897 Vormittags 10¹/₂ Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Hallesches Ufer 26 1 Treppe Zimmer 14 versteigert werden.

Das Grundstück besitzt eine Fläche von 8 ar 22 qm und ist mit 11400 M. Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei a. a. D. Zimmer 15 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **30. Oktober 1897 Mittags 12 Uhr** an Gerichtsstelle a. a. D. Zimmer 14 verkündet werden.

Berlin, den 25. August 1897.

Königliches Amtsgericht II. Abtheilung 17.

Zwangsversteigerung.

179. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Weissensee Band 11 Blatt 291 auf den Namen der verehelichten Cigarrenhändler Anna Günther geborene Burgund zu Neu-Weissensee, Gustav Adolphstraße 159 eingetragene, zu Neu-Weissensee, angeblich Gustav Adolphstraße 152 belegene Grundstück am **5. November 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Hallesches Ufer 26 1 Treppe Zimmer 13 versteigert werden.

Das Grundstück hat eine Fläche von 13 ar 67 qm und ist mit 5710 M. Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei Hallesches Ufer 26 I. Zimmer Nr. 16 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche,

deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **12. November 1897 Vormittags 11 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Berlin, den 26. August 1897.

Königliches Amtsgericht II. Abth. 16.

Auktionen und Exitationen.

180. Es sollen die im Etatsjahre 1897/98 im diesseitigen Betriebe voraussichtlich entstehenden Material-Abfälle u.: Stahlblech, Messingblech, Fräs-, Bohr- und Drehspähne aus Stahl und Eisen, altes Flußeisen, Gußeisen (darunter eine Chakotte von 2500 kg), Zinkblech, Wellblech, Messing, Messingspähne, Leder aus Riemenreparaturen, Tau- und Strickwerk, ausgebrannte Glühlampen, ferner die bereits vorhandenen: Flußeisen, Fluß- und Ziegelflußstahl, Lauffähre, Flußstahlrohr, Fluß- und Ziegelflußstahlbrakt, 1 Locomobile, Flaschenzüge und Herdplatten im öffentlichen Verkaufstermine am **Donnerstag den 16. September d. J. Vormittags 10 Uhr** im diesseitigen Geschäftszimmer Nr. 21 an den Meistbietenden vergeben werden. Den Bedingungen entsprechende Angebote sind bis zum genannten Tage postfrei einzuliefern. Die Bedingungen können in den diesseitigen Diensträumen von Morgens 8 bis Nachmittags 3 Uhr eingesehen oder gegen Einlegung von 1,50 M. schriftlich bezogen werden.

Spandau, den 23. August 1897.

Königliche Direction der Gewehrfabrik.

Bekanntmachungen

verschiedenen Inhalts.

181. Die Gemeinde Sperenberg beabsichtigt, den in der Gemarkungskarte von Sperenberg Blatt 4 Nr. 298/39 bezeichneten Weg sowie den unter Nr. 40 bezeichneten Weg bis zum Grenzwege Nr. 41 für den öffentlichen Verkehr einzuziehen.

Dies Vorhaben wird gemäß § 57 des Gesetzes vom 1. August 1883 mit der Aufforderung bekannt gemacht, Einsprüche binnen 4 Wochen bei Vermeidung des Ausschlusses geltend zu machen.

Gummersdorf, den 30. August 1897.

Der Amts-Vorsteher H. G.

Extra-Beilage zum Amtsblatt.

Telegraphenordnung für das Deutsche Reich

vom 9. Juni 1897.

Inhaltsverzeichnis.

| Nr.
des Para-
graphen. | Inhalt. | Seite |
|------------------------------|--|-------|
| 1. | Benutzung des Telegraphen | 1 |
| 2. | Einteilung der Telegramme | 2 |
| 3. | Allgemeine Erfordernisse der zu befördernden Telegramme | 3 |
| 4. | Aufgabe von Telegrammen | 4 |
| 5. | Orte, nach welchen Telegramme gerichtet werden können | 4 |
| 6. | Dienststunden der Telegraphenanstalten | 5 |
| 7. | Wortzählung | 5 |
| 8. | Gebühren für gewöhnliche Telegramme | 6 |
| 9. | Dringende Telegramme | 6 |
| 10. | Bezahlte Antwort | 7 |
| 11. | Telegramme mit Vergütung | 7 |
| 12. | Empfangsanzeigen | 7 |
| 13. | Telegraphische Postanweisungen | 8 |
| 14. | Nachsendung von Telegrammen | 8 |
| 15. | Vielfältigung von Telegrammen | 9 |
| 16. | Seetelegramme | 9 |
| 17. | Weiterbeförderung | 10 |
| 18. | Erhebung der Gebühren | 11 |
| 19. | Zurückziehung und Unterdrückung von Telegrammen | 11 |
| 20. | Zustellung der Telegramme am Bestimmungsorte | 11 |
| 21. | Unbestellbare Telegramme | 12 |
| 22. | Erfassung und Nachzahlung von Gebühren | 13 |
| 23. | Berichtigungstelegramme | 13 |
| 24. | Telegrammabschriften | 14 |
| 25. | Nebentelegraphen und besondere Telegraphenanlagen. Fernsprecheinrichtungen | 14 |
| 26. | Geltungsbereich | 14 |
| 27. | Zeitpunkt der Einführung | 14 |

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wird nachstehende Telegraphenordnung erlassen:

§. 1.

I. Die Benutzung der für den öffentlichen Verkehr bestimmten Telegraphen steht Jedermann zu. Die Verwaltung hat jedoch das Recht, ihre Linien und Telegraphenanstalten zeitweise ganz oder zum Theil für alle oder für gewisse Gattungen von Korrespondenz zu schließen.

Benutzung des
Telegraphen.

II. Privattelegramme, deren Inhalt gegen die Gesetze verstößt oder aus Rücksichten des öffentlichen Wohles oder der Sittlichkeit für unzulässig erachtet wird, werden zurückgewiesen. Die

Entscheidung über die Zulässigkeit des Inhalts steht dem Vorsteher der Aufgabeanstalt, bezw. der Zwischen- oder Ankunftsanstalt oder dessen Vertreter, in zweiter Instanz der dieser Anstalt vorgesetzten Ober-Postdirektion und in letzter Instanz dem Reichs-Postamt zu, gegen dessen Entscheidung eine Berufung nicht stattfindet. Bei Staatstelegrammen steht den Telegraphenanstalten eine Prüfung der Zulässigkeit des Inhalts nicht zu.

§. 2.

Einteilung der
Telegramme.

I. Die Telegramme zerfallen rücksichtlich ihrer Behandlung in folgende Gattungen:

1. Staatstelegramme,
2. Telegraphen-Diensttelegramme,
3. a) dringende
b) gewöhnliche } Privattelegramme.

Bei der Beförderung genießen die Staatstelegramme, welche als solche bezeichnet und durch Siegel oder Stempel beglaubigt sein müssen, vor den übrigen Telegrammen, die Telegraphen-Diensttelegramme vor den Privattelegrammen und die dringenden Privattelegramme vor den gewöhnlichen Privattelegrammen den Vorrang.

II. In Bezug auf die Abfassung sind zu unterscheiden:

1. Telegramme in offener Sprache,
2. Telegramme in geheimer Sprache.

Die geheime Sprache scheidet sich in

- a) verabredete Sprache,
- b) chiffrierte Sprache.

III. Unter „Telegrammen in offener Sprache“ werden solche Telegramme verstanden, welche in einer oder in mehreren der für den telegraphischen Verkehr zugelassenen Sprachen verfaßt sind, daß sie einen verständlichen Sinn geben. Sie behalten die Eigenschaft als Telegramme in offener Sprache auch, wenn sie Handelszeichen enthalten. Welche Sprachen neben der deutschen für Telegramme in offener Sprache gestattet sind, wird von der Telegraphenverwaltung bekannt gemacht. Für Telegramme, welche streckenweise, oder ausschließlich durch Telegraphen der innerhalb des Deutschen Reichs gelegenen Eisenbahnen zu befördern sind, ist jedoch die Fassung in deutscher Sprache Bedingung, soweit nicht für einzelne Bahnen und Stationen der Gebrauch fremder Sprachen ausdrücklich nachgegeben wird.

IV. Als „Telegramme in verabreiteter Sprache“ werden diejenigen Telegramme angesehen, in denen Wörter angewendet sind, welche, obwohl jedes für sich eine sprachliche Bedeutung hat, keine für die beteiligten Dienststellen verständlichen Sätze bilden.

Diese Wörter werden aus Wörterbüchern, welche für die Korrespondenz in verabreiteter Sprache zugelassen sind, entnommen. Von einem noch festzusetzenden Zeitpunkte ab sind alle Wörter, die zur Abfassung von Telegrammen in verabreiteter Sprache gebraucht werden sollen, aus dem vom Internationalen Bureau der Telegraphenverwaltungen aufgestellten Wörterverzeichnis zu entnehmen. Die Wörter der verabreiteten Sprache dürfen höchstens 10 Buchstaben nach dem Morse-Alphabete enthalten und müssen einer oder mehreren der nachgenannten Sprachen, nämlich der deutschen, englischen, spanischen, französischen, holländischen, italienischen, portugiesischen und lateinischen Sprache, entnommen sein. Eigennamen dürfen in den ganz oder theilweise in verabreiteter Sprache abgefaßten Telegrammen nur mit ihrer Bedeutung in offener Sprache vorkommen. Die in das amtliche Wörterbuch aufgenommenen Eigennamen können jedoch mit einer verabreiteten Bedeutung gebraucht werden.

Die Aufgabeanstalt kann von dem Aufgeber die Vorlegung des Wörterbuches fordern, um die Ausführung der vorstehenden Vorschriften einer Prüfung zu unterziehen.

V. Unter „Telegrammen in chiffrierter Sprache“ versteht man diejenigen Telegramme, deren Text gänzlich oder zum Theil aus Gruppen oder aus Reihen von Ziffern oder Buchstaben mit geheimer Bedeutung besteht.

Der chiffrierte Text der Privattelegramme muß ausschließlich aus arabischen Ziffern zusammengesetzt sein; der Gebrauch von Buchstaben oder Gruppen von Buchstaben mit geheimer Bedeutung ist nicht gestattet. Als Gruppen von Buchstaben mit geheimer Bedeutung werden nicht angesehen die zu Handelsmarken verwendeten Buchstaben, sowie in Seetelegrammen (vergl. §. 16) die durch Buchstaben dargestellten Zeichen des allgemeinen Handelsfoder.

In Staatstelegrammen kann der Chiffrierte Text sowohl in Gruppen oder Reihen von Ziffern, als auch in Gruppen oder Reihen von Buchstaben mit geheimer Bedeutung abgefaßt werden; jedoch dürfen Ziffern und Buchstaben mit geheimer Bedeutung nebeneinander in einem und demselben Telegramm nicht vorkommen.

§. 3.

I. Die Urschrift jedes zu befördernden Telegramms muß in solchen deutschen oder lateinischen Buchstaben bzw. in solchen Zeichen, welche sich durch den Telegraphen wiedergeben lassen, leserlich geschrieben sein. Einschaltungen, Randzusaße, Streichungen oder Ueberschreibungen müssen vom Aufgeber des Telegramms oder von seinem Beauftragten bescheinigt werden.

Angemessene Verbesserungen der zu befördernden Telegramme.

II. Der Absender eines Privattelegramms ist verpflichtet, auf Verlangen der Aufgabeanstalt sich über seine Persönlichkeit auszuweisen. Andererseits steht es ihm frei, in sein Telegramm die Beglaubigung seiner Unterschrift aufnehmen zu lassen (vergl. unter XI).

III. Die einzelnen Theile eines Telegramms müssen in folgender Ordnung aufgeführt werden:

1. die besonderen Angaben,
2. die Aufschrift,
3. der Text und
4. die Unterschrift.

IV. Die etwaigen besonderen Angaben bezüglich der Bestellung am Bestimmungsorte, der bezahlten Antwort, der Empfangsanzeige, der Dringlichkeit, der Vergleichen, der Nachsendung, der Weiterbeförderung, der offenen oder der eigenhändigen (nur an den Empfänger selbst zu bewirkenden) Bestellung des Telegramms u. müssen vom Aufgeber in der Urschrift, und zwar unmittelbar vor die Aufschrift niedergeschrieben werden. Für diese Vermerke sind folgende, zwischen Klammern zu setzende Abkürzungen zugelassen:

- (D) für „dringend“,
- (RP) für „Antwort bezahlt“,
- (RPx) für „Antwort bezahlt x Wörter“,
- (RPD) für „dringende Antwort bezahlt“,
- (RPDx) für „dringende Antwort bezahlt x Wörter“,
- (TC) für „Vergleichen“,
- (PC) für „Telegramm mit telegraphischer Empfangsanzeige“,
- (PCP) für „Telegramm mit Empfangsanzeige durch die Post“,
- (FS) für „nachzusenden“,
- (PB) für „Post eingeschrieben“,
- (XP) für „Eilbote bezahlt“,
- (RXP) für „Antwort und Bote bezahlt“,
- (RO) für „offen zu bestellen“,
- (MP) für „eigenhändig zu bestellen“,
- (TR) für „telegraphenlagernd“,
- (PG) für „postlagernd“,
- (PGR) für „postlagernd eingeschrieben“,
- (TMx) für „x Aufschriften“.

V. Die Aufschrift muß alle Angaben enthalten, welche nöthig sind, um die Uebermittlung des Telegramms an dessen Bestimmung zu sichern, und ferner so beschaffen sein, daß die Bestellung an den Empfänger ohne Nachforschungen und Rückfragen erfolgen kann. Sie muß für die großen Städte die Straße und die Hausnummer nachweisen oder in Ermangelung dieser Angaben Näheres über die Berufsart des Empfängers oder andere zweckentsprechende Mittheilungen enthalten. Selbst für kleinere Orte ist es wünschenswerth, daß dem Namen des Empfängers eine ergänzende Bezeichnung beigelegt wird, welche geeignet ist, im Falle einer Entstellung des Eigennamens der Bestimmungsanstalt für die Ermittlung des Empfängers einen Anhalt zu gewähren. Die genaue Bezeichnung der geographischen Lage des Bestimmungsorts ist erforderlich, sofern ein Zweifel über die dem Telegramm zu gebende Richtung bestehen kann, namentlich bei gleichlautenden Ortsbezeichnungen.

VI. Die Aufgabe von Telegrammen mit der Bezeichnung „bahnhofsagernd“ ist zulässig.

VII. Die Anwendung einer abgekürzten Aufschrift ist zulässig, wenn dieselbe vorher seitens des Empfängers mit der Telegraphenanstalt seines Wohnortes vereinbart worden ist. Demjenigen Korrespondenten, welcher eine mit der Telegraphenanstalt vereinbarte abgekürzte Aufschrift hinterlegt hat, ist gestattet, diese Aufschrift in den für ihn bestimmten Telegrammen an Stelle des vollen Namens und der Wohnungsangabe anzuwenden zu lassen. Der Name der Bestimmungs-Telegraphenanstalt muß außerdem angegeben werden.

Ist das Telegramm an eine dritte Person gerichtet, welche sich bei dem Inhaber einer abgekürzten Aufschrift aufhält, so muß vor der letzteren „bei“, „durch Vermittelung von“ oder eine andere gleichbedeutende Angabe stehen.

VIII. Für die Hinterlegung und Anwendung einer abgekürzten Aufschrift bei einer Telegraphenanstalt ist eine Gebühr von 30 Mark für das Kalenderjahr im Voraus zu entrichten. Diese Vergünstigung erlischt, falls die Verabredung nicht verlängert wird, mit dem Ablauf des 31. Dezember des Jahres, für welches die Gebühr entrichtet worden ist.

IX. Als eine Abkürzung der Aufschrift wird auch angesehen, wenn der Empfänger verlangt, daß an ihn gerichtete Telegramme, ohne nähere Angaben in der Aufschrift, zu gewissen Zeiten in bestimmten Lokalen, z. B. an Wochentagen in dem Geschäftslokal, an Sonntagen in der Wohnung, oder zu gewissen Stunden in dem Komtoir, zu anderen in der Wohnung oder der Börse regelmäßig bestellt werden sollen. Die hierfür im Voraus zu entrichtende Gebühr beträgt ebenfalls 30 Mark für das Kalenderjahr; sie kommt auch dann zur Erhebung, wenn der betreffende Korrespondent für die an ihn gerichteten Telegramme mit der Telegraphenanstalt eine abgekürzte Aufschrift vereinbart hat.

X. Telegramme, deren Aufschrift den in vorstehenden Punkten vorgesehenen Anforderungen nicht entspricht, sollen zwar dennoch zur Beförderung angenommen werden, jedoch nur auf Gefahr des Absenders. Der Absender kann eine nachträgliche Vervollständigung des Fehlenden nur gegen Aufgabe und Bezahlung eines neuen Telegramms beanspruchen.

XI. Die Aufgabe von Telegrammen ohne Text ist zulässig. Die Unterschrift kann in abgekürzter Form geschrieben oder weggelassen werden. Die etwaige Beglaubigung der Unterschrift (vergl. unter II) ist hinter dieselbe zu setzen.

§. 4.

Aufgabe von Telegrammen.

I. Die Aufgabe von Telegrammen kann bei jeder für den Telegraphenverkehr eröffneten Telegraphenanstalt (auch brieflich) erfolgen.

II. Telegramme können auch bei den Bahnposten, und zwar in der Regel mittels der an den Bahnpostwagen befindlichen Briefeinwürfe, zur Beförderung an die nächste Telegraphenanstalt eingeliefert, sowie den Telegraphenboten und den Landbriefträgern bei der Bestellung von Telegrammen oder Postsendungen zur Beforgung der Aufgabe übergeben werden.

III. An größeren Verkehrsorten können sämtliche Postanstalten, auch wenn mit diesen eine Telegraphenbetriebsstelle nicht verbunden ist, zur Annahme von Telegrammen ermächtigt, auch kann die Benutzung der Briefkästen zur Auslieferung von Telegrammen gestattet werden.

IV. Die Aufgabe von Telegrammen kann auch mittels Fernsprechers nach den darüber erlassenen besonderen Bestimmungen erfolgen.

V. Bei der Mitnahme der Telegramme durch die Telegraphenboten und die Landbriefträger kommt eine Zuschlagsgebühr von 10 Pfennig für jedes Telegramm zur Erhebung.

§. 5.

Orte, nach welchen Telegramme gerichtet werden können.

I. Telegramme können nach allen Orten aufgegeben werden, nach welchen die vorhandenen Telegraphenverbindungen auf dem ganzen Wege oder auf einem Theile desselben die Gelegenheit zur Beförderung darbieten.

II. Ist am Bestimmungsorte eine Telegraphenanstalt nicht vorhanden, so erfolgt die Weiterbeförderung von der äußersten bezw. der seitens des Aufgebers bezeichneten Telegraphenanstalt entweder durch die Post, oder durch Eilboten, oder durch Post und Eilboten. Der Aufgeber eines Telegramms kann verlangen, daß dasselbe bis zu einer von ihm bezeichneten Telegraphenanstalt telegraphisch und von dort bis zum Bestimmungsorte durch die Post befördert werde. Die Verwendung von Eilboten zur Beförderung von Telegrammen zwischen Orten, in welchen Telegraphenanstalten bestehen, ist dagegen ausgeschlossen. Ist keine Bestimmung über die Art der Weiterbeförderung getroffen, dann wählt die Ankunfts-Telegraphenanstalt die zweckmäßigste Art derselben

nach ihrem besten Ermessen. Das Gleiche findet statt, wenn die vom Aufgeber angegebene Art der Weiterbeförderung sich als unausführbar erweist.

§. 6.

Die Telegraphenanstalten zerfallen rücksichtlich der Zeit, während welcher sie für den Verkehr mit dem Publikum offen zu halten sind, in vier Klassen, nämlich:

Dienststunden der
Telegraphen-
anstalten.

- a) Anstalten mit ununterbrochenem Dienst (Tag und Nacht),
- b) Anstalten mit verlängertem Tagesdienst (bis Mitternacht),
- c) Anstalten mit vollem Tagesdienst (bis 9 Uhr Abends),
- d) Anstalten mit beschränktem Tagesdienst.

An Sonn- und Festtagen wird jedoch von der Mehrzahl aller Anstalten beschränkter Dienst abgehalten. Die Dienststunden der Anstalten unter b und c beginnen in der Zeit vom 1. April bis Ende September um 7 Uhr Morgens, in der Zeit vom 1. Oktober bis Ende März um 8 Uhr Morgens. Die Dienststunden der Anstalten unter d werden, ebenso wie der Dienst an Sonn- und Festtagen, den örtlichen Bedürfnissen entsprechend, für jeden Ort besonders festgestellt.

§. 7.

Bei Ermittlung der Wortzahl eines Telegramms gelten die folgenden Regeln:

Wortzählung.

- a) Alles, was der Aufgeber in die Umschrift seines Telegramms zum Zwecke der Beförderung an den Adressaten niederschreibt, wird bei der Berechnung der Gebühren mitgezählt, mit Ausnahme der Unterscheidungszeichen, Bindestriche und Apostrophe.
- b) Der Name der Abgangsanstalt, der Tag, die Stunde und Minute der Aufgabe werden von Amtswegen in die dem Empfänger zuzustellende Ausfertigung eingeschrieben. Nimmt der Aufgeber diese Angaben ganz oder theilweise in den Text seines Telegramms auf, dann werden sie bei der Wortzählung mitgerechnet.
- c) Die größte Länge eines Tagwortes in offener Sprache ist auf 15 Buchstaben nach dem (durch die Ausführungs-Uebereinkunft zu dem internationalen Telegraphenvertrage eingeführten) Morse-Alphabet festgesetzt. Der Ueberschuß, je bis zu weiteren 15 Buchstaben, wird für ein Wort gezählt.
- d) Die größte Länge eines Tagwortes in verabredeter Sprache ist auf 10 Buchstaben festgesetzt. Die Wörter in offener Sprache, welche im Text eines gemischten, d. h. aus Wörtern der offenen und der verabredeten Sprache zusammengesetzten Telegramms enthalten sind, werden bis zur Höhe von 10 Buchstaben für ein Wort gezählt. Vom etwaigen Ueberschuß wird jede Reihe bis zu 10 Buchstaben für ein weiteres Wort gezählt. Wenn dieses gemischte Telegramm außerdem einen chiffirten Text enthält, so werden die chiffirten Stellen nach den Bestimmungen unter h gezählt.

Wenn das gemischte Telegramm nur einen Text in offener und einen solchen in chiffirter Sprache enthält, so werden die in offener Sprache abgefaßten Stellen den Bestimmungen unter c, und der in chiffirter Sprache abgefaßte Text den Vorschriften unter h entsprechend gezählt.

- e) Als je ein Wort werden gezählt:

1. in der Umschrift:

- a) der Name der Bestimmungsanstalt,
- b) der Name des Bestimmungslandes oder der Unterabtheilung des Gebiets, ohne Rücksicht auf die Zahl der zu ihrem Ausdruck gebrauchten Wörter und Buchstaben, unter der Bedingung, daß diese Wörter so geschrieben sind, wie sie in den amtlichen Verzeichnissen erscheinen,
- 2. jedes einzeln stehende Schriftzeichen (Buchstabe oder Ziffer),
- 3. das Unterstreichungszeichen,
- 4. die Klammer (die beiden Zeichen, welche zu ihrer Bildung dienen),
- 5. die Anführungszeichen (die beiden Zeichen am Anfang und am Ende einer einzelnen Stelle),
- 6. die nach §. 3 IV zugelassenen Abkürzungen für die besonderen Angaben vor der Telegrammaufschrift (einschließlich der zugehörigen Klammern).

- f) Die durch einen Apostroph getrennten oder durch einen Bindestrich verbundenen Wörter werden als einzelne Wörter gezählt. Es können jedoch die in der englischen und französischen Sprache vorkommenden zusammengesetzten Wörter, deren Gebräuchlichkeit nöthigen Falles durch Vorzeigung eines Wörterbuches nachgewiesen werden muß, als ein Wort geschrieben und den Bestimmungen unter c entsprechend tagirt werden.
- g) Dem Sprachgebrauch zuwiderlaufende Zusammenziehungen oder Veränderungen von Wörtern werden nicht zugelassen. Es können jedoch die Eigennamen von Städten und Ländern, die Geschlechtsnamen einer und der, ^{zwei} Personen, die Namen von Ortschaften, Plätzen, Boulevards, Straßen u. s. w., die Namen von Schiffen, ebenso wie die in Buchstaben ausgeschriebenen Zahlen und Brüche als ein Wort ohne Apostroph oder Bindestrich geschrieben werden. Die Tagirung geschieht in diesem Falle nach den Bestimmungen unter c.
- h) Die in Ziffern geschriebenen Zahlen werden für so viele Wörter gezählt, als sie je 5 Ziffern enthalten, nebst einem Wort mehr für den etwaigen Ueberschuß. Dieselbe Regel findet Anwendung auf die Zählung von Buchstaben-Gruppen in Staatstelegrammen, ebenso auch auf Gruppen von Buchstaben und Ziffern, welche entweder als Handelsmarken oder in den Seetelegrammen angewendet werden (vergl. §§. 2 V und 16 I).
- i) Für je eine Ziffer werden gezählt: die zur Bildung der Zahlen benutzten Punkte, Kommata, Bindestriche und Bruchstriche; ebenso jeder Buchstabe, welcher den Ziffern angehängt wird, um sie als Ordnungszahlen zu bezeichnen.
- k) Wenn die Abgangsanstalt nach Abgabe eines Telegramms in demselben unzulässige Gruppen von Buchstaben, oder Wörter, welche keiner der zulässigen Sprachen angehören, bemerkt, oder wenn die Ankunftsanstalt das Vorhandensein solcher Gruppen oder Wörter der Abgangsanstalt mittheilt, so zählt die Abgangsanstalt zwecks Berechnung der vom Aufgeber einzuziehenden Nachschußgebühr diese Gruppen oder Wörter gemäß den Bestimmungen unter h des gegenwärtigen Paragraphen.
- l) Die Wortzählung der Aufgebearnstalt ist für die Gebührenberechnung dem Aufgeber gegenüber entscheidend.

§. 8.

Gebühren für gewöhnliche Telegramme.

I. Für das gewöhnliche Telegramm wird auf alle Entfernungen eine Gebühr von 5 Pfennig für jedes Wort, mindestens jedoch der Betrag von 50 Pfennig erhoben.

II. Für gewöhnliche Stadttelegramme, welche in solchen Städten zugelassen werden, innerhalb deren Weichbild mehrere unter sich durch Telegraphenleitungen verbundene Telegraphenanstalten dem Verkehr geöffnet sind, wird eine Gebühr von 3 Pfennig für jedes Wort, mindestens jedoch der Betrag von 30 Pfennig erhoben.

III. Für jedes bei einer Eisenbahn-Telegraphenstation aufgegebene Telegramm kann von den Eisenbahnverwaltungen ein Zuschlag von 20 Pfennig vom Aufgeber erhoben werden. Außerdem sind die Eisenbahn-Telegraphenstationen berechtigt, für jedes von ihnen bestellte Telegramm vom Empfänger ein Bestellgeld von 20 Pfennig zu erheben. Beides zusammen darf aber für die ausschließlich mit dem Bahntelegraphen beförderten Telegramme nicht erhoben werden. Für diese Telegramme ist vielmehr nur die Erhebung der Bestellgebühr von 20 Pfennig gestattet.

IV. Die für den telegraphischen Verkehr mit dem Auslande maßgebenden Tarife können bei den Telegraphenanstalten eingesehen werden.

V. Ein bei Berechnung der Gebühren sich ergebender, durch 5 nicht theilbarer Pfennigbetrag ist bis zu einem solchen aufwärts abzurunden.

§. 9.

Dringende Telegramme.

Der Aufgeber eines Privattelegramms kann für dasselbe den Vorrang bei der Beförderung und der Bestellung vor den gewöhnlichen Privattelegrammen erlangen, wenn er das Wort „dringend“ oder abgekürzt die Bezeichnung „(D)“ vor die Aufschrift setzt und die dreifache Gebühr eines gewöhnlichen Telegramms von gleicher Länge erlegt. Für dringende Telegramme wird demnach eine Gebühr von 15 Pfennig, bei Stadttelegrammen eine Gebühr von 9 Pfennig für das Wort, mindestens jedoch der Betrag von 1 M. 50 Pf. bzw. von 90 Pfennig erhoben (vergl. §. 8). Der im §. 8 unter III angegebene Zuschlag für die bei einer Eisenbahn-Telegraphenstation auf-

gegebenen Telegramme kommt dagegen nur einfach — wie für gewöhnliche Telegramme — zur Erhebung.

§. 10.

I. Der Aufgeber eines Telegramms kann die Antwort, welche er von dem Empfänger verlangt, vorausbezahlen; die Vorausbezahlung darf indessen die Gebühr eines Telegramms irgend einer Art von 30 Wörtern nicht überschreiten.

II. Will der Aufgeber die Antwort vorausbezahlen, so hat er in der Urschrift, und zwar vor die Aufschrift, den Vermerk „Antwort bezahlt“ oder „(RP)“, eintretenden Falls unter Angabe der vorausbezahlten Wortzahl, niederzuschreiben und den entsprechenden Betrag innerhalb der durch die Bestimmung zu I gezogenen Grenze zu entrichten. Hat der Aufgeber die Wortzahl nicht angegeben, so wird die Gebühr eines gewöhnlichen Telegramms von 10 Wörtern erhoben. Der Aufgeber, welcher eine dringende Antwort vorausbezahlen will, hat den unter Umständen durch die Angabe der Wortzahl zu ergänzenden Vermerk „dringende Antwort bezahlt“ oder „(RPD)“ vor die Aufschrift niederzuschreiben; es kommt alsdann die Gebühr eines dringenden Telegramms von entsprechender Wortzahl zur Erhebung.

III. Am Bestimmungsorte übersendet die Ankunftsanstalt dem Empfänger mit der Telegrammausfertigung ein Antwortformular, welches demselben die Befugniß erteilt, in den Grenzen der vorausbezahlten Gebühr ein Telegramm an eine beliebige Bestimmung innerhalb 6 Wochen, vom Tage der Ausstellung des Formulars ab gerechnet, unentgeltlich aufzugeben.

IV. Wenn die für ein Antwortstelegramm zu entrichtende Gebühr den für dasselbe vorausbezahlten Betrag übersteigt, so ist der Mehrbetrag baar zu entrichten. Im entgegengesetzten Falle verbleibt das Mehr des vorausbezahlten Betrages gegen die tarifmäßige Gebühr der Telegraphenverwaltung.

V. Eine Rückzahlung der Antwortgebühr findet, abgesehen von dem im §. 19 I erwähnten Falle, nicht statt.

VI. Kann das Ursprungsstelegramm bei der Ankunft nicht bestellt werden, dann wird die im §. 21 vorgesehene telegraphische Meldung über die Unbestellbarkeit an die Aufgabeanstalt sogleich erstattet. Wenn keine Berichtigung erfolgt, und die zur Auffindung des Empfängers unternommenen Nachforschungen fruchtlos geblieben sind, so bleibt das Antwortformular während einer Frist von 6 Wochen dem Telegramm angeheftet. Nach Ablauf dieser Frist wird dasselbe, wenn es bis dahin nicht abgefordert ist, vernichtet.

VII. Verweigert der Empfänger ausdrücklich die Annahme des Telegramms oder des für die Antwort bestimmten Formulars, so giebt die Ankunftsanstalt dem Aufgeber durch eine dienstliche Meldung, welche die Stelle der Antwort vertritt, hiervon Kenntniß.

§. 11.

I. Der Aufgeber eines Telegramms hat die Befugniß, die Vergleichung desselben zu verlangen. In diesem Falle hat er vor die Aufschrift den Vermerk „Vergleichung“ oder „(TC)“ niederzuschreiben. Das Telegramm ist dann von den verschiedenen Anstalten, welche bei seiner Beförderung mitwirken, vollständig zu vergleichen.

II. Die Gebühr für die Vergleichung eines Telegramms ist gleich einem Viertel der Gebühr für ein gewöhnliches Telegramm von gleicher Länge.

§. 12.

I. Der Aufgeber eines Telegramms kann verlangen, daß ihm Tag und Stunde der Bestellung des Telegramms sofort nach deren Ausführung telegraphisch oder brieflich angezeigt werde. Wenn das Telegramm seiner endgültigen Bestimmung mittels der Post zugeführt wird, so giebt die Empfangsanzeige Tag und Stunde der Uebergabe an die Post an.

II. Soll die Anzeige telegraphisch erfolgen, so hat der Aufgeber vor die Aufschrift den Vermerk „Empfangsanzeige“ oder „(PC)“ zu setzen. Wird Empfangsanzeige durch die Post verlangt, so ist vor die Aufschrift der Vermerk „Empfangsanzeige mittels Post“ oder „(PCP)“ niederzuschreiben.

III. Für telegraphische Empfangsanzeige ist dieselbe Gebühr, wie für ein gewöhnliches Telegramm von 10 Wörtern, für Empfangsanzeige mittels Post sind 20 Pfennig zu entrichten.

IV. Kann das Telegramm bei der Ankunft nicht bestellt werden, dann wird die im §. 21 vorgesehene Unbestellbarkeitsmeldung sogleich erlassen. Die Empfangsanzeige wird später abgesandt,

Bezahlte Antwort.

Telegramme mit Vergleichung.

Empfangsanzeigen.

entweder nach erfolgter Bestellung des Telegramms, wenn sie möglich geworden ist, oder nach 24 Stunden, wenn sie nicht hat stattfinden können; in diesem Falle zeigt sie den Grund der Unbestellbarkeit an.

V. Der Aufgeber kann verlangen, daß ihm die Empfangsanzeige nach einem anderen Orte, als nach dem Aufgaborte des Ursprungstelegramms, übermittelt werde, insofern er die dazu erforderlichen Angaben in das Ursprungstelegramm aufnimmt.

§. 13.

Telegraphische
Postanweisungen.

I. Die Telegraphenanstalten an solchen Orten, an denen eine Postanstalt besteht, sind ermächtigt, in Vertretung der Orts-Postanstalt Beträge auf Postanweisungen, welche auf telegraphischem Wege überwiesen werden sollen, von den Absendern entgegenzunehmen. Auf Eisenbahn-Telegraphenstationen findet diese Bestimmung keine Anwendung.

II. Auch sind die Telegraphenanstalten, mit Ausnahme der Eisenbahn-Telegraphenstationen, ermächtigt, wenn bei ihnen Postanweisungen auf telegraphischem Wege eingehen, die Auszahlung an den Empfänger in Vertretung der Orts-Postanstalt vor geschēhener Bestellung der telegraphischen Postanweisung an die Orts-Postanstalt zu bewirken:

- a) im Falle nach Inhalt des Telegramms der Absender den Wunsch ausgesprochen hat, daß die Auszahlung durch die Telegraphenanstalt geschehe, was durch den Zusatz auf der Postanweisung: „telegraphenlagernd“ oder „(TR)“ auszudrücken ist;
- b) im Falle der Geldempfänger, indem er die telegraphische Postanweisung erwartet, der Telegraphenanstalt den Wunsch ausgedrückt hat, die Zahlung gleich nach der Ankunft der Anweisung bei der Telegraphenanstalt in Empfang zu nehmen.

In beiden Fällen muß der Auszahlung des Betrages der vollständige Ausweis des Empfängers, falls derselbe nicht persönlich und als verfügungsfähig bekannt ist, vorhergehen. Die telegraphische Postanweisung ist alsdann von der Telegraphenanstalt mit dem (vorzuschreibenden) Quittungsvermerk zu versehen, dieser vom Empfänger zu unterschreiben und die Unterschrift durch die Telegraphenanstalt mit dem Zusatze zu beglaubigen, daß der Empfänger bekannt sei, oder daß und in welcher Weise er den Ausweis geführt habe.

§. 14.

Nachsendung von
Telegrammen.

I. Der Aufgeber eines Telegramms kann, indem er vor die Aufschrift den Vermerk „nachzusenden“ oder „(FS)“ niederschreibt, verlangen, daß dasselbe sofort nach der vergeblich versuchten Zustellung von der Bestimmungsanstalt nachgesandt wird.

II. Der Vermerk „nachzusenden“ oder „(FS)“ kann auch von mehreren hintereinander stehenden Bestimmungsangaben begleitet sein; das Telegramm wird dann nacheinander an jeden der angegebenen Bestimmungsorte, nöthigenfalls bis zum letzten, befördert.

III. Bei der Aufgabe eines nachzusendenden Telegramms ist nur die auf die erste Beförderungsstrecke entfallende Gebühr zu entrichten, wobei die vollständige Aufschrift in die Wortzahl einbegriffen wird. Für jede Nachtelegraphirung an einen neuen Bestimmungsort wird die volle tarifmäßige Gebühr berechnet und vom Empfänger erhoben.

IV. Jedermann kann nach gehörigem Ausweis verlangen, daß die bei einer Telegraphenanstalt ankommenden und in deren Bestellbezirk ihm zuzustellenden Telegramme an eine von ihm angegebene Adresse bestellt oder weiterbefördert werden. Die bezüglichlichen Anträge sind schriftlich oder mittels gebührenpflichtiger Dienstnotiz zu stellen, und zwar entweder durch den Empfänger selbst, oder in seinem Namen durch eine der im §. 20 unter VI aufgeführten Personen, welche die Telegramme an Stelle des Empfängers in Empfang nehmen können. Wer einen solchen Antrag stellt, verpflichtet sich damit, die Gebühren zu zahlen, welche von der Bestimmungsanstalt etwa nicht eingezogen werden können.

V. Wenn der Empfänger seinen Aufenthaltsort verändert hat, so werden demselben die für ihn eingehenden Telegramme an den neuen Aufenthaltsort nachtelegraphirt, auch ohne daß dies ausdrücklich verlangt worden ist, sofern dieser neue Aufenthaltsort des Empfängers unzweifelhaft bekannt ist, innerhalb Deutschlands liegt und sich am ursprünglichen wie am neuen Aufenthaltsorte Anstalten der Reichs-Telegraphenverwaltung bzw. der Staats-Telegraphenverwaltung Bayerns oder Württembergs befinden.

VI. Derjenigen Person, welche ein Telegramm nachsenden läßt, steht es frei, die Nachsendungsgebühr selbst zu entrichten, vorausgesetzt, daß das Telegramm nur nach einem einzigen Orte nachzusenden ist und die Weiterbeförderung nach anderen Orten nicht verlangt wird. Dieselbe Person kann in diesem Falle sogar verlangen, daß die Nachsendung als „dringend“ erfolge; sie ist jedoch dann gehalten, die dreifache Gebühr selbst zu entrichten.

§. 15.

I. Die Telegramme können gerichtet werden entweder an mehrere Empfänger in einer Ortschaft oder in verschiedenen, aber in den Bestellbezirk einer und derselben Telegraphenanstalt fallenden Verticlichkeiten oder an ein und denselben Empfänger nach verschiedenen Wohnungen in derselben Ortschaft mit oder ohne Weiterbeförderung durch Post oder Eilboten.

Bervielfältigung
von
Telegrammen.

Vor die Aufschrift ist der gebührenpflichtige Vermerk „x Aufschriften“ oder „(TMx)“ zu setzen.

II. Der Aufgeber eines zu vervielfältigenden Telegramms muß je nach den Umständen vor die Aufschrift eines jeden Empfängers die besonderen Angaben (vergl. §. 3 IV) niederschreiben; handelt es sich jedoch um ein dringendes oder zu vergleichendes Telegramm, welches zu vervielfältigen ist, so genügt es, wenn die Angabe der ersten Aufschrift voransteht.

III. Wenn ein zu vervielfältigendes Telegramm an mehrere Empfänger gerichtet ist, so darf jede Ausfertigung des Telegramms nur die ihr zukommende Aufschrift tragen, es sei denn, daß der Aufgeber das Gegentheil verlangt hätte; dieses Verlangen muß durch den vor die Aufschrift niederzuschreibenden gebührenpflichtigen Zusatz „sämmliche Aufschriften mitzutheilen“ ausgedrückt werden.

IV. Das zu vervielfältigende Telegramm wird als ein einziges Telegramm taxirt, wobei alle Aufschriften in die Wortzahl eingerechnet werden. Als Bervielfältigungsgebühr werden daneben bei Telegrammen bis zu 100 Wörtern für die zweite und jede weitere Ausfertigung 40 Pfennig erhoben. Bei längeren Telegrammen erhöht sich diese Gebühr für jede weitere Reihe oder den Bruchtheil einer Reihe von 100 Wörtern um je 40 Pfennig. Für dringende Telegramme beträgt die Bervielfältigungsgebühr 80 Pfennig für jede Reihe von 100 Wörtern. In der Berechnung der Bervielfältigungsgebühr erscheint die Gesamtzahl der Wörter des Textes, der Unterschrift und der Aufschrift, und zwar wird die Gebühr für jede Abschrift besonders festgestellt.

V. Wenn für einzelne Ausfertigungen eines zu vervielfältigenden Telegramms nach §. 22 eine Gebührenerstattung einzutreten hat, so ergibt sich der zu erstattende Betrag für jede Bervielfältigung aus der Theilung der erhobenen Gesamtgebühr durch die Zahl der Bervielfältigungen, wobei das Telegramm selbst gleichfalls als eine solche zählt.

§. 16.

I. Telegramme, welche mit den Schiffen in See mittels der an der Küste gelegenen See-telegraphen gewechselt werden, müssen entweder in deutscher Sprache, oder in Zeichen des allgemeinen Handelskodes abgefaßt sein. In dem letzteren Falle werden sie als chiffirte Telegramme behandelt.

Seetelegramme.

II. Wenn sie für in See befindliche Schiffe bestimmt sind, muß die Aufschrift außer den gewöhnlichen Angaben den Namen oder die amtliche Nummer und die Nationalität des Bestimmungsschiffes enthalten.

III. Ist das Schiff, für welches ein Seetelegramm bestimmt ist, innerhalb 28 Tagen nicht angekommen, so giebt die See-Telegraphenanstalt dem Aufgeber hiervon am Morgen des 29. Tages durch eine dienstliche Meldung Kenntniß. Der Aufgeber kann gegen Bezahlung eines gewöhnlichen Telegramms von 10 Wörtern verlangen, daß die See-Telegraphenanstalt sein Telegramm während eines weiteren Zeitraums von 30 Tagen für die Zustellung bereit halte. Geht ein solches Verlangen nicht ein, so wird das Telegramm von der See-Telegraphenanstalt am 30. Tage (den Tag der Aufgabe nicht mitgerechnet) als unbestellbar zurückgelegt.

IV. Die Gebühr für Telegramme, welche durch Vermittelung einer See-Telegraphenanstalt mit Schiffen in See ausgetauscht werden, beträgt 80 Pfennig für das Telegramm. Dieselbe wird den nach den sonstigen Bestimmungen zu erhebenden Gebühren hinzugerechnet. Die Gesamtgebühr für die an die Schiffe in See gerichteten Telegramme wird vom Aufgeber und für die von den Schiffen kommenden Telegramme vom Empfänger erhoben.

§. 17.

Weiterbeför-
derung.

I. Die Weiterbeförderung von Telegrammen über die Telegraphenlinien hinaus erfolgt nach Wunsch des Absenders entweder durch die Post oder durch Eilboten, oder durch Post und Eilboten.

II. Der Aufgeber hat die Art der von ihm verlangten Weiterbeförderung in einem gebührenpflichtigen Zusatz vor der Aufschrift anzugeben (vergl. §. 3 IV).

III. Die Ankunfts-Telegraphenanstalt ist berechtigt, sich der Post zu bedienen:

- a) wenn in dem Telegramm die Art der Weiterbeförderung nicht angegeben ist,
- b) wenn es sich um eine von dem Empfänger zu bezahlende Weiterbeförderung durch Eilboten handelt und jener sich früher geweigert hat, Kosten derselben Art zu bezahlen.

IV. Die Ankunftsanstalt ist verpflichtet, sich der Post zu bedienen:

- a) wenn solches ausdrücklich vom Aufgeber (vergl. unter I.) oder vom Empfänger (vergl. §. 14 IV) verlangt worden ist,
- b) wenn dieser Anstalt kein schnelleres Beförderungsmittel zu Gebote steht.

V. Telegramme jeder Art, welche durch die Post an ihre Bestimmung gelangen, also auch solche, welche postlagernd niedergelegt werden sollen, werden von der Ankunftsanstalt ohne Kosten für den Aufgeber und für den Empfänger als gewöhnliche Briefe zur Post gegeben. Ausgenommen sind jedoch folgende Fälle:

1. Telegramme, welche als eingeschriebene Briefe zur Post gegeben werden sollen, sind mit der vor die Aufschrift niederzuschreibenden Angabe „Post eingeschrieben“ oder „(PR)“ zu versehen und unterliegen einer vom Aufgeber zu entrichtenden Einschreibgebühr von 20 Pfennig. Diese Einschreibgebühr von 20 Pfennig kommt auch bei der Auslieferung aller Telegramme mit Empfangsanzeige, welche mit der Post weiterbefördert, oder postlagernd niedergelegt werden sollen, zur Erhebung, da diese Telegramme stets als eingeschriebene Briefe zur Post gegeben werden.
2. Für Telegramme, welche einer an der Grenze gelegenen deutschen Telegraphenanstalt zur Weiterbeförderung mit der Post nach dem Nachbargebiete und darüber hinaus übermitteln werden sollen, ohne daß der Fall einer Unterbrechung der über die Grenze führenden Telegraphenverbindungen vorliegt, wird eine besondere Gebühr von 40 Pfennig für die Weiterbeförderung erhoben.

VI. Die Kosten für die Zustellung von Telegrammen mittels Eilboten an Empfänger außerhalb des Ortsbestellbezirks der Bestimmungs-Telegraphenanstalt können vom Aufgeber durch Entrichtung einer festen Gebühr von 40 Pfennig für jedes Telegramm vorausbezahlt werden. Der Aufgeber hat in diesem Falle den Vermerk „Eilbote bezahlt“ oder „(XP)“ vor die Telegrammaufschrift zu setzen. Im Weiteren steht es dem Aufgeber eines Telegramms mit bezahlter Antwort frei, die etwa entstehende Eilbestellgebühr für das Antwortstelegramm nach dem Satze von 40 Pfennig im Voraus bei der Aufgabe des Ursprungsstelegramms zu entrichten. Das Ursprungsstelegramm ist in diesem Falle vor der Aufschrift mit dem tagpflichtigen Vermerk „Antwort und Bote bezahlt“ oder „(RXP)“ zu versehen.

Findet die Vorausbezahlung des Eilbotenlohnes nicht statt, so werden die wirklich erwachsenden Auslagen vom Empfänger oder, falls dieser nicht zu ermitteln ist oder die Zahlung verweigert, vom Aufgeber eingezogen.

VII. In Fällen der gleichzeitigen Abtragung mehrerer Telegramme durch denselben Boten an denselben Empfänger findet die vorstehende Bestimmung unter VI gleichmäßig Anwendung. Werden im Uebrigen durch denselben Boten an denselben Empfänger gleichzeitig solche Telegramme abgetragen, für welche das Botenlohn im Voraus bezahlt ist, und solche, bei welchen dies nicht der Fall ist, so ist vom Empfänger das erwachsene Botenlohn, abzüglich der im Voraus bezahlten Beträge, zu entrichten. Die auf etwa gleichzeitig zur Abtragung gelangende Eilpostsendungen im Voraus bezahlte Bestellgebühr bleibt hierbei außer Betracht.

VIII. In geeigneten Fällen werden auf besonderes schriftliches Verlangen des Empfängers die für ihn eingehenden Telegramme seitens der Telegraphenanstalt nicht durch Eilboten bestellt, sondern den Boten des Empfängers gelegentlich der jedesmaligen Abholung von Postsendungen mitgegeben. Unzuträglichkeiten, welche etwa aus dieser Einrichtung entstehen, hat die Telegraphenverwaltung nicht zu vertreten.

§. 18.

- I. Sämmtliche bekannte Gebühren sind bei Aufgabe des Telegramms im Voraus zu entrichten.
- II. Eine Gebührenerhebung vom Empfänger am Bestimmungsorte tritt jedoch in den Ausnahmefällen ein, welche
 - a) für die nachzusendenden Telegramme im §. 14,
 - b) für die Seetelegramme im §. 16,
 - c) für die Eilbestellung von Telegrammen im §. 17vorgesehen sind.

Erhebung der
Gebühren.

In allen Fällen, wo eine Gebührenerhebung bei der Bestellung stattzufinden hat, wird das Telegramm dem Empfänger nur gegen Erstattung des schuldigen Betrages ausgehändigt.

III. Die Entrichtung der Gebühren kann bei den Telegraphenanstalten mittels Werthzeichen oder baar — bei den Eisenbahn-Telegraphenstationen nur baar — erfolgen. Eine Bescheinigung über die erhobenen Gebühren wird nur auf Verlangen und gegen Entrichtung eines Zuschlags von 20 Pfennig ertheilt. Bei gebührenfreien Staatstelegrammen ist auf Verlangen eine Bescheinigung über die Auslieferung unentgeltlich zu ertheilen.

IV. Personen, welche sich des Telegraphen häufiger bedienen, kann auf ihren Antrag gestattet werden, die Gebühren für die von ihnen bei Telegraphenanstalten aufgegebenen Telegramme monatlich zu entrichten. Sie haben alsdann an die betreffende Verkehrsanstalt, bei welcher sie ihre Telegramme aufgeben wollen, einen entsprechenden Vorschuß einzuzahlen und als besondere Vergütung für die entstehende Mühehaltung eine Gebühr von 50 Pfennig für den Kalendermonat und außerdem für jedes Telegramm, dessen Gebühren gestundet werden, 2 Pfennig zu entrichten. Auf Eisenbahn-Telegraphenstationen findet diese Bestimmung keine Anwendung.

§. 19.

I. Jedes Telegramm kann von dem Absender, welcher sich als solcher ausweist, zurückgezogen oder in der Beförderung aufgehalten werden, sofern es noch Zeit ist. Wenn in einem solchen Falle die Beförderung des Telegramms noch nicht begonnen hat, so werden dem Absender die Gebühren nach Abzug von 20 Pfennig erstattet. Hat die Abtelegraphirung bereits begonnen, so verbleiben die Gebühren der Telegraphenverwaltung; vorausbezahlte Beträge für Weiterbeförderung, bezahlte Antwort, Empfangsanzeigen zc. werden jedoch dem Aufgeber zurückgezahlt, wenn die vorausbezahlte Leistung nicht ausgeführt worden ist.

Zurückziehung und
Unterbrechung
von
Telegrammen.

II. Ein Telegramm, welches durch die Ursprungsanstalt bereits befördert worden ist, kann nur auf Grund eines besonderen, von der Aufgabeanstalt nach den Bestimmungen im §. 23 zu erlassenden Telegramms aufgehalten und vernichtet werden; für dieses Telegramm sind die tarifmäßigen Gebühren zu zahlen. Von dem Erfolge wird dem Aufgeber mittels unfrankirten Briefes Kenntniß gegeben. Verlangt der Aufgeber telegraphische Auskunft, so hat er die Gebühr für eine telegraphische Antwort vor auszubezahlen. Die erlegten Gebühren für das Telegramm, dessen Bestellung auf Verlangen unterdrückt wird, werden nicht zurückgezahlt. Bei jedem derartigen Verlangen hat der Antragsteller das Ansuchen schriftlich zu stellen und sich als Absender oder dessen Beauftragter auszuweisen.

§. 20.

I. Die Telegramme werden bei der Aufnahme bezw. gleich nach der Ankunft bei der Bestimmungsanstalt, wenn die offene Bestellung nicht ausdrücklich verlangt ist, verschlossen (vergl. unter VI).

Zustellung der
Telegramme am
Bestimmungsorte.

II. Dieselben werden, ihrer Aufschrift entsprechend, entweder nach der Wohnung, dem Geschäftsort zc. des Empfängers bestellt oder weiterbefördert oder postlagernd, telegraphenlagernd oder bahnhoflagernd niedergelegt. Sie können den Empfängern auch mittels Fernsprechers nach den hierüber erlassenen besonderen Bestimmungen übermittelt werden.

III. Die Bestellung oder Weiterbeförderung der Telegramme geschieht mit thunlichster Beschleunigung nach der Reihenfolge ihrer Aufnahme und ihres Vorranges. (Wegen Uebergabe der Telegramme an die Boten des Empfängers vergl. §. 17 VIII.)

IV. Staats-, sowie Dienst- und dringende Privattelegramme werden mit Vorrang vor anderen Telegrammen bestellt. Die Aushändigung der Staatstelegramme und der Telegramme mit bezahlter Empfangsanzeige erfolgt gegen Vollziehung eines denselben beizugebenden Empfangsscheines.

V. Zur Vollziehung des Empfangsscheines über ein an eine Behörde oder deren Vorstand gerichtetes Staatstelegramm kann, wenn nicht eine besondere schriftliche Verfügung darüber getroffen ist, nur der Vorstand der betreffenden Behörde, oder, in dessen Abwesenheit, sein Stellvertreter als berechtigt angesehen werden.

VI. Privattelegramme, sowie die nicht an eine Behörde oder deren Vorstand gerichteten dienstlichen Telegramme sind dagegen im Falle der Abwesenheit des Empfängers an ein erwachsenes Familienmitglied oder, wenn auch ein solches nicht zur Stelle ist, an die Geschäftsgehilfen, die Dienerschaft, die Haus- oder Wirthsleute oder den Thürhüter des Gasthofes bezw. des Hauses zu bestellen, insofern der Empfänger für derartige Fälle nicht einen besonderen Bevollmächtigten der Anstalt schriftlich namhaft gemacht, oder der Aufgeber durch den vor die Aufschrift gesetzten Vermerk „eigenhändig zu bestellen“ oder „(MP)“ verlangt hat, daß die Zustellung nur zu Händen des Empfängers selbst stattfinden soll.

Der Aufgeber kann auch verlangen, daß das Telegramm offen bestellt werde, indem er vor die Aufschrift den Vermerk „Offen zu bestellen“ oder „(RO)“ setzt.

VII. Sofern Privatbriefkasten oder Einwürfe sich an der Thür zc. der Wohnung des Empfängers befinden, können die Telegramme, für welche Empfangsscheine nicht abzugeben sind, in jene Briefkasten zc. gesteckt werden. Telegramme, welche den Vermerk „eigenhändig zu bestellen“ oder „(MP)“ tragen, sind jedoch stets an den Empfänger selbst zu bestellen; ebenso werden Telegramme mit dem Vermerk „postlagernd“ oder „(PG)“ bezw. „telegraphenlagernd“ oder „(TR)“ nur dem Empfänger oder seinem Bevollmächtigten nach gehörigem Ausweis ausgehändigt. Telegramme, welche die Bezeichnung „bahnhofsagernd“ tragen, werden an den Bahnhofsvorsteher oder dessen Stellvertreter abgegeben.

VIII. Die an Reisende nach einem Gasthof gerichteten Telegramme werden, wenn der Empfänger noch nicht eingetroffen ist, an den Wirth zc. des Gasthofes mit dem Ersuchen abgegeben, das Telegramm vorläufig in Verwahrung zu nehmen und dem Empfänger bei seinem Eintreffen auszuhandigen. Am Tage nach der erfolgten Uebergabe eines solchen Telegramms wird dasselbe, wenn die Uebergabe an den Empfänger inzwischen nicht hat bewirkt werden können, durch einen Boten gegen Hinterlassung eines Benachrichtigungszettels wieder abgeholt und zur Verkehrsanstalt zurückgebracht. Diese erläßt nunmehr die Unbestellbarkeitsmeldung an die Aufgabeanstalt; im Uebrigen wird das Telegramm wie alle sonstigen unbestellbaren Telegramme behandelt.

IX. Ist weder der Empfänger noch sonst Jemand aufzufinden, der das Telegramm annimmt, so hat der Bote, wenn es sich um ein Telegramm handelt, für welches ein Empfangsschein ausfertigt ist, oder wenn sich für die Bestellung eines Telegramms ohne Empfangsschein ein Privatbriefkasten oder ein anderer Weg der Bestellung nicht darbietet, einen Benachrichtigungszettel in der Wohnung zc. des Empfängers zurückzulassen oder an die Eingangstür anzuhängen, das Telegramm selbst aber zur Anstalt zurückzubringen. Mit den Telegrammen, welche mit dem Vermerk „eigenhändig zu bestellen“ oder „(MP)“ versehen sind, ist in gleicher Weise zu verfahren, wenn der bezeichnete Empfänger selbst nicht angetroffen wird.

X. Wenn der Bote bei der Bestellung von Telegrammen mit Empfangsscheinen den Empfänger nicht selbst antrifft und das Telegramm einem Anderen aushändigt, hat der Letztere in dem Empfangsschein seiner eigenen Unterschrift das Wort „für“ und den Namen des Empfängers beizufügen.

XI. Dem Boten ist die Annahme von Geschenken untersagt.

§. 21.

Unbestellbare
Telegramme.

I. Von der Unbestellbarkeit eines Telegramms und den Gründen der Unbestellbarkeit wird der Aufgabeanstalt telegraphisch Meldung gemacht. Liegt für die Unbestellbarkeit eines Telegramms ein Grund vor, welcher nicht ohne Weiteres aus dienstlicher Veranlassung beseitigt werden kann und muß, und ist der Absender des unbestellbaren Telegramms aus der Unterschrift oder auf andere Weise mit genügender Sicherheit bekannt: dann wird die Unbestellbarkeitsmeldung diesem sobald als möglich übermittelt. Der Aufgeber kann die Aufschrift des unbestellbar gemeldeten Telegramms nur durch ein bezahltes Telegramm in Form einer gebührenpflichtigen Dienstnotiz vervollständigen, berichtigen oder bestätigen.

II. Ein Telegramm, welches von dem abtragenden Boten als unbestellbar zur Anstalt zurückgebracht wird, ist bei der letzteren aufzubewahren. Hat sich innerhalb sechs Wochen der Empfänger

zur Empfangnahme des Telegramms nicht gemeldet, so wird solches vernichtet. In gleicher Weise wird mit Telegrammen verfahren, welche die Bezeichnung: „telegraphen-“, „post-“ oder „bahnhofslagernd“ tragen.

§. 22.

I. Die Telegraphenverwaltung leistet für die richtige Uebersendung der Telegramme oder deren Uebersendung und Zustellung innerhalb bestimmter Frist keinerlei Gewähr und hat Nachtheile, welche durch Verlust, Entstellung oder Verspätung der Telegramme entstehen, nicht zu vertreten.

Erstattung und
Nachzahlung von
Gebühren.

II. Auf Antrag wird jedoch erstattet:

- a) die volle Gebühr für jedes Telegramm, welches durch Schuld des Telegraphenbetriebes nicht an seine Bestimmung gelangt ist;
- b) die volle Gebühr für jedes Telegramm, welches durch Schuld des Telegraphenbetriebes nicht innerhalb 24 Stunden oder später angekommen ist, als es mit der Post (als Eilbrief) angekommen wäre;
- c) die volle Gebühr für jedes Telegramm mit Vergütung, welches in Folge von Irrthümern bei der Uebersendung nachweislich seinen Zweck nicht hat erfüllen können, sofern die Fehler nicht durch gebührenpflichtige Dienstnotiz berichtigt worden sind (vergl. §. 23 II);
- d) die Nebengebühr für eine besondere Dienstleistung, welche nicht ausgeführt worden ist (z. B. für Vergütung);
- e) die volle Gebühr für jede gebührenpflichtige Dienstnotiz, deren Absendung durch einen Fehler des Betriebes veranlaßt worden ist.

Die Beschwerden oder Rückforderungen sind bei der Aufgabeanstalt einzureichen. Als Beweisstück ist beizufügen:

eine schriftliche Erklärung der Bestimmungsanstalt oder des Empfängers, wenn das Telegramm verzögert oder nicht angekommen ist, die dem Empfänger zugestellte Ausfertigung, wenn es sich um Entstellung handelt.

III. Bei Rückforderungen wegen Entstellungen muß nachgewiesen werden, daß und durch welche Fehler das Telegramm derart entstellt ist, daß es seinen Zweck nicht hat erfüllen können.

IV. Jeder Anspruch auf Erstattung der Gebühr muß bei Verlust des Anrechtes innerhalb dreier Monate, vom Tage der Erhebung an gerechnet, anhängig gemacht werden.

Bei der Einreichung eines Erstattungsantrages wird von dem Beschwerdeführer eine Beschwerdegebühr von 20 Pfennig erhoben. Diese Gebühr wird zurückgezahlt, wenn der Erstattungsantrag sich als begründet erweist.

V. Die Erstattung bezieht sich lediglich auf die Gebühr einschließlich der Nebengebühren der Telegramme selbst, welche verzögert, entstellt, oder nicht angekommen sind, und auf die Gebühren der im §. 23 vorgesehenen Telegramme, nicht aber auf die Gebühren solcher Telegramme, welche etwa durch die Verzögerung, Entstellung oder Nichtankunft jener Telegramme veranlaßt oder nutzlos gemacht worden sind.

VI. Gebühren, welche irrtümlich zu wenig erhoben sind, oder deren Einziehung vom Empfänger nicht erfolgen konnte — sei es, daß derselbe die Bezahlung verweigert hatte, sei es, daß er nicht aufgefunden worden war — hat der Absender auf Verlangen nachzuzahlen. Irrtümlich zu viel erhobene Gebühren werden dem Aufgeber zurückgezahlt.

VII. Der Betrag der vom Aufgeber zu viel verwendeten Worthzeichen wird jedoch nur auf seinen Antrag erstattet.

§. 23.

I. Der Aufgeber und der Empfänger eines jeden beförderten oder in der Beförderung begriffenen Telegramms können innerhalb einer Frist von 72 Stunden (Sonntage nicht einbezogen), welche entweder der Auslieferung oder der Ankunft dieses Telegramms folgt, auf telegraphischem Wege Auskunft über das Telegramm verlangen oder Erläuterungen zu demselben geben. Sie können auch zum Zwecke einer Berichtigung ein Telegramm, welches sie aufgegeben oder erhalten haben, entweder durch die Bestimmungs- oder Ursprungsanstalt oder durch eine Durchgangsanstalt vollständig oder theilweise wiederholen lassen. Sie haben folgende Beträge zu hinterlegen:

Berichtigungs-
telegramme

1. die Gebühr für das Telegramm, welches das Verlangen enthält,
2. die Gebühr für ein Antworttelegramm, wenn eine telegraphische Antwort gewünscht wird.

II. Die Telegramme, welche die Berichtigung, Ergänzung oder Unterdrückung von bereits beförderten oder in der Beförderung begriffenen Telegrammen bezwecken, ebenso alle übrigen, solche Telegramme betreffenden Mittheilungen dürfen, wenn sie für eine Telegraphenanstalt bestimmt sind, nur von Amt an Amt als gebührenpflichtige, vom Aufgeber oder Empfänger zu bezahlende Dienstnotizen gerichtet werden.

III. Die für die Berichtigungstelegramme erhobenen Gebühren werden auf desfalligen Antrag zurückgezahlt, wenn die Wiederholung erweist, daß das oder die wiederholten Wörter im Ursprungstelegramm unrichtig wiedergegeben worden sind. Wenn im Ursprungstelegramm einige Wörter richtig und einige andere Wörter unrichtig wiedergegeben worden sind, so wird die Gebühr für diejenigen Wörter nicht erstattet, welche in dem Verlangen der Wiederholung und in der Antwort sich ausschließlich auf die im Ursprungstelegramm richtig übermittelten Wörter beziehen.

IV. Die Gebühr für das Ursprungstelegramm, welches zu dem Antrage auf Berichtigung Anlaß gegeben hat, wird nicht zurückgezahlt.

V. Dem Antrage auf Berichtigung eines beförderten oder in der Beförderung begriffenen Telegramms darf von den Telegraphenanstalten nur dann Folge gegeben werden, wenn der Antragsteller sich als Aufgeber oder Empfänger des betreffenden Ursprungstelegramms oder als Bevollmächtigter eines derselben ausgewiesen hat.

§. 24.

Telegramm-
abschriften.

I. Der Aufgeber und der Empfänger oder auch deren Bevollmächtigte, falls sie sich als solche gehörig ausweisen, sind berechtigt, sich beglaubigte Abschriften der von ihnen aufgegebenen und der an sie gerichteten Telegramme ausfertigen zu lassen, wenn sie Ort und Tag der Aufgabe genau angeben können, und die Urschriften noch vorhanden sind. Diese Urschriften werden in der Regel 6 Monate lang aufbewahrt.

II. Für jede Abschrift eines unter Angabe der Aufgabezeit und des Aufgabeortes genau bezeichneten Telegramms sind bei Telegrammen bis zu 100 Wörtern 40 Pfennig, bei längeren Telegrammen 40 Pfennig mehr für jede Reihe von 100 Wörtern oder einen Theil derselben zu entrichten. Bei ungenau bezeichneten Telegrammen sind außer der Schreibgebühr die durch die Auffindung des Telegramms entstehenden Kosten zu zahlen.

§. 25.

Nebentelegraphen
und besondere
Telegraphen-
anlagen,
Fernsprech-
einrichtungen.

Die Bedingungen für Nebentelegraphen und besondere Telegraphenanlagen, sowie für die Fernsprecheinrichtungen werden vom Reichs-Postamte festgesetzt.

§. 26.

Geltungsbereich.

I. Die vorstehenden Bestimmungen gelten, soweit nicht Abweichungen ausdrücklich vorgeschrieben sind, auch für die Telegramme, welche unter Benutzung von Eisenbahntelegraphen befördert werden.

II. In Bezug auf den telegraphischen Verkehr mit dem Auslande kommen die Bestimmungen des internationalen Telegraphenvertrages und der etwaigen besonderen Telegraphenverträge zur Anwendung.

§. 27.

Zeitpunkt der
Einführung.

Gegenwärtige Telegraphenordnung tritt am 1. Juli 1897 in Kraft.

Berlin, den 9. Juni 1897.

Der Reichskanzler.

Fürst zu Hohenlohe.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 37.

Den 10. September

1897.

Gesetz-Sammlung für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 36.) **Nr 9937.** Landgemeindeordnung für die Provinz Hessen-Nassau. Vom 4. August 1897.

(Stück 37.) **Nr 9938.** Gesetz, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Handelskammern vom 24. Februar 1870 (Gesetz-Samml. S. 134.) Vom 19. August 1897.

Nr 9939. Bekanntmachung, betreffend die Redaktion des Gesetzes über die Handelskammern. Vom 22. August 1897.

(Stück 38.) **Nr 9940.** Gesetz, betreffend den Erwerb von Theilen des Aachen-Mastricht Eisenbahnunternehmens durch den Preussischen Staat. Vom 4. August 1897.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Bekanntmachung

wegen Ausführung des Reichs-Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 26. Juli 1897. (Reichs-Gesetzbl. S. 663.)

25. Zur Ausführung des Reichs-Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 26. Juli 1897 machen wir hiermit auf Grund des § 155 der Gewerbeordnung Folgendes bekannt.

I. Unter der Bezeichnung „weiterer Kommunalverband“ sind zu verstehen: die Provinzialverbände, die kommunalanstaltlichen Verbände der Regierungsbezirke Cassel und Wiesbaden, die Kreisverbände, der Landeskommunalverband und die Oberamtsbezirke in Hohenzollern, die Landbürgermeistereien der Rheinprovinz und die Ämter in Westfalen.

II. Unter der Bezeichnung „höhere Verwaltungsbehörde“ sind zu verstehen:

1. die Bezirksausschüsse

- in den Fällen der Genehmigung der Statuten (§ 124 des Zuständigkeitsgesetzes) und Nebenstatuten der Innungen,
- in den im § 97 bezeichneten Fällen der Schließung einer Innung (§ 126 des Zuständigkeitsgesetzes) oder in den Fällen der Schließung eines Innungsausschusses,
- in den Fällen der Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Gemeinden und Innungen in Folge der Auflösung oder Schließung (§ 125 Abs. 1 des Zuständigkeitsgesetzes).

Im Stadtkreise Berlin tritt in den unter a. bezeichneten Fällen der **Polizei-Präsident** an die Stelle des Bezirksausschusses (vgl. § 161 des Zuständigkeitsgesetzes).

2. die **Regierungspräsidenten** in allen übrigen Fällen, sofern nicht für Handwerkskammern abweichende Bestimmungen getroffen werden (§§ 103 ff., 100t. Abs. 4, 103a. Abs. 2, 131b. Abs. 2 und 133).

Im Stadtkreise Berlin tritt in den Fällen der §§ 101 Abs. 2, 104c. Abs. 1 und 2, 104d. Abs. 2, 104h. Abs. 2, 104k., 126a. Abs. 4, 129 Abs. 2 und des Artikels 6 Ziff. 1 der **Polizei-Präsident** und in den übrigen Fällen der **Oberpräsident** an die Stelle des Regierungspräsidenten.

III. Unter der Bezeichnung „untere Verwaltungsbehörde“ sind zu verstehen:

in Städten über 10000 Einwohnern — in der Provinz Hannover in Städten, auf welche die revidirte hannoversche Städteordnung vom 24. Juni 1858 Anwendung findet, mit Ausnahme der im § 27 Abs. 2 der hannoverschen Kreisordnung benannten Städte — die **Gemeindebehörde**, im übrigen der **Landrath**, in den Hohenzollernschen Landen der **Oberamtmann**.

IV. Unter der Bezeichnung „Gemeindebehörde“ ist zu verstehen der **Vorstand der Gemeinde**, in Gutsbezirken der **Gutsvorsteher**.
Berlin, den 15. August 1897.

Der Minister des Innern.

Der Minister

für Handel und Gewerbe.

Bekanntmachung.

26. Auf Grund der uns von unseren Kommissaren vorgelegten Niederschriften über die Verhandlungen vom 13. und 14. April und vom 18. Juni d. J. bestimmen wir über die Erhebung von Schiffahrtsabgaben für das Befahren der oberen Oder von Cosel bis unterhalb Breslau im Einverständnisse mit den Herren Ministern für Landwirthschaft, Domänen und Forsten und für Handel und Gewerbe das Folgende:

1) Für das jedesmalige Befahren einer der 16 Stauflüssen sind zu zahlen:

- von **beladenen** Schiffsgesäßen für jede volle oder angefangene Tonne des Gewichts der Ladung, wenn diese aus Gütern der **ersten Klasse** besteht 3 Pf.,
wenn sie aus Gütern der **zweiten Klasse** besteht 1½ Pf.,
- von **leeren** Schiffsgesäßen für jede vollen oder angefangenen 25 Tonnen der Tragfähigkeit 6 Pf.,
- für die **Flöße** bewendet es bei den in dem Tarife vom 27. Dezember 1871 (G.-S. 1872, S. 60) und dessen Nachtrag vom 31. Dezem-

ber 1874 (G.-G. 1875, S. 89) festgesetzten Abgaben.

- d. **Schleppdampfer** haben, wenn sie ohne Anhang von Rähnen fahren, eine Abgabe von 50 Pf.

für jede Staufufe zu entrichten, was einer fingirten Tragfähigkeit von etwa 200 Tonnen entspricht. Schleppdampfer mit Anhang sind abgabefrei, sofern der ganze Schleppzug mindestens die vorerwähnte Abgabe entrichtet; andernfalls wird die Abgabe für Schleppdampfer ohne Anhang erhoben.

- 2) Der ersten Güterklasse gehören alle Güter an, die nicht in dem anliegenden Verzeichniß als unter die zweite Klasse fallend aufgeführt sind.
- 3) Das Gewicht der Ladung ergibt sich auf Grund der Schiffsaichung, deren Einführung beabsichtigt ist, nach dem Tiefgange des Fahrzeuges aus dem Nischscheine. Solange die Schiffsaichung noch nicht durchgeführt ist, werden von den **beladenen** Schiffen anstatt der unter 1 a. aufgeführten Säge für jede vollen oder angefangenen 25 Tonnen der Tragfähigkeit in der ersten Güterklasse . 50 Pf., in der zweiten Güterklasse 25 Pf. für das jedesmalige Durchfahren einer Staufufe erhoben, was den für die tatsächliche Ladung festgestellten Sägen in der Voraussetzung entspricht, daß die Tragfähigkeit der Schiffsgesäße im Durchschnitt zu etwa zwei Dritttheilen ausgenutzt wird.
- 4) Bei **Mischladungen** wird die Abgabe nach den Sägen der ersten Güterklasse erhoben. Sind jedoch Gütern der zweiten Klasse solche der ersten Klasse im Gewichte von nicht über 20 Tonnen beigegeben, so kommt für die ganze Ladung der Satz der zweiten Klasse zur Anwendung.
- 5) Dampfer und beladene Schleppfähne im Anhang von Dampfern haben, wenn sie das **Vorschleuserecht** in Anspruch nehmen, den anderthalbfachen Betrag der nach Ziffer 1 bis 4 zu berechnenden Abgaben zu bezahlen. Eine gleiche Erhöhung der Abgabensätze tritt ein, wenn auf den besonderen Wunsch des Schiffers Schleusungen außerhalb der festgesetzten Betriebsstunden (**Nachtschleusungen**) vorgenommen werden.
- 6) Bei **Fischtransporten**, welche in Dröbeln bewirkt werden, wird das Gewicht der Ladung durch Schägung des Erhebungsbeamten festgestellt und die Abgabe nach dem Satze der ersten Güterklasse erhoben.
- 7) **Abgabefrei** sind:
 - a. Schiffsgesäße und Flöße, welche dem Könige, dem Staate oder dem Reiche gehören oder ausschließlich für Rechnung des Königs, des Staates oder des Reiches befördert werden,
 - b. Fischerschiffe, leere Fischdröbel, Gondeln, Handfähne und ähnliche kleine Fahrzeuge, die ihrer Bauart nach nicht zur Frachtbeförderung bestimmt sind, wenn sie keine besondere Schleusung erfordern.

- 8) Die Abgabenerhebung nimmt mit dem Beginn der Schifffahrtsperiode des Jahres 1898 ihren Anfang. Berlin, den 18. Juli 1897.

Der Finanzminister. Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

* Verzeichniß *

der zu der zweiten Güterklasse des Tarifs für die Abgabenerhebung auf der oberen Oder gehörigen Güter.

Aische,
Brickets,
Buhnenpfähle,
Cement,
Dachzieferplatten,
Drainröhren,
sämmliche Düngemittel, als: Abgang aus Zuckersiedereien, Dünger (Mist), Gyps, Kalk, Knochen für Düngfabriken, Mergel, Roh- und Superphosphat u. s. w.,
Eisen, Roh- und Bruch-,
Eisenschladen,
Emballage, gebrauchte, leere, als: Fässer, Kisten, Körbe, Säcke und dergleichen,
Erden, auch Porzellanerde,
Erze,
Faschinen,
Fourage, rauhe, insbesondere Heu und Stroh, auch gepreßt,
Futtermittel,
Glasbroden,
Holz, und zwar: zu Gruben Zwecken bestimmt
Hölzer, Brennholz, Schaalbretter bis zur Länge von 1 Meter,
Kalk, gemahlen,
Kartoffeln,
Kraak,
Kohlen, Braun-, Holz-, Stein-,
Korbmacherruthen,
Lehm,
Lohe,
Mehl aus Chamottsteinen oder Kapselscherben,
Gyps und Ziegelmehl,
Rohr,
Rüben, Rübenschnitzel und Melasse,
Salpeter, roher,
Salze, auch Kali- und Abraumsalze,
Sand,
Schilf,
Schwefelsies,
Schwerspath,
Seegras,
Soda,
Steine, Bau-, Cement-, Granit-, Gyps-, Kalk-, Mühlen-, Pflaster-, Ziegel-, auch roh zugerichtete Werkstücke,
Thon,
Torf,
Traß.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Bestimmungen über die Wohlthaten des Potsdamschen großen
Militär-Waisenhauses.

197. I. Die Stiftung gewährt den Kindern verstor-
bener Soldaten (ausnahmsweise auch den Kindern
ehemaliger Soldaten, welche völlig erwerbsunfähig
sind) vom Feldwebel abwärts

- 1) Aufnahme in die Erziehungsanstalten Potsdam
(Knaben), Plessch (Mädchen), Haus Nazareth
zu Hörter (katholische Knaben und Mädchen),
- 2) soweit eine solche Aufnahme nicht stattfinden
kann, Pflegegeld von jährlich 90 Mark oder
für Doppelwaisen von 108 Mark.

II. Anspruch auf diese Wohlthaten haben die Waisen
im Fall der Bedürftigkeit, wenn der Vater im
Preussischen Heere zur Zeit der Geburt des Kindes
aktiv diente oder während dieses Militärdienstes
oder an den Folgen einer Kriegsbeschädigung ge-
storben ist.

Dem Dienst im Preussischen Heere ist zur Zeit
derjenige in der Kaiserlichen Marine gleich gestellt.

III. Aufnahme in die Erziehungsanstalten kann auch
solchen Waisen bewilligt werden, deren Vater einen
Feldzug mitgemacht oder nach Erfüllung der gesetz-
lichen Dienstpflicht längere Zeit weiter gedient hat
oder als invalide anerkannt ist.

IV. Die Wohlthaten werden bis zum 15. Lebensjahre
des Kindes gewährt, und zwar das Pflegegeld vom
Monat der Anmeldung an. Die Aufnahme in die
Anstalten findet zwischen dem 6. bis 12. Lebens-
jahre des Kindes zu Ostern und Michaelis, in die
Anstalt zu Plessch nur zu Ostern statt.

V. Die Aufnahme in die Anstalten hat vom 1. des
der Aufnahme folgenden Monats ab bis zum Ab-
lauf des Entlassungsmonats die Abführung des
gesetzlichen Waisen- und des aus dem Reichs-In-
validen-Fonds und dem Kaiserlichen Dispositions-

fonds bewilligten Erziehungsgeldes zur Haupt-
Militär-Waisenhauskasse zur Folge.

VI. Gewährung von Pflegegeld wird durch Waisen-
und Erziehungsgeld (V.) ausgeschlossen.

Neben dem auf Grund des Reichsgesetzes vom
13. Juni 1895, betreffend die Fürsorge für die
Wittwen und Waisen der Personen des Soldaten-
standes des Reichsheeres und der Kaiserlichen Ma-
rine vom Feldwebel abwärts, zuständigen Waisen-
geld kann jedoch ein Theil des Pflegegeldes bis
zur Erreichung der Beträge von 90 und 108 Mark
(I. 2) bewilligt werden.

VII. Die Bewerbung um die Wohlthaten ist an das
Direktorium des Potsdamschen großen Militär-
Waisenhauses in Berlin (Wilhelmstraße 82/85) zu
richten.

Dem Gesuche sind beizufügen:

- 1) die Militärzeugnisse des Vaters,
- 2) die Sterbeurkunde des Vaters und bei Doppel-
waisen auch der Mutter sowie die Geburtsurkunde
des Kindes,
- 3) eine amtliche Bescheinigung der Bedürftigkeit,
- 4) ein amtlicher Ausweis über das zuständige
Waisen- — oder Erziehungsgeld.

Potsdam, den 1. September 1897.

Der Regierungspräsident.

198.

Verzeichniß

der von der Lungenseuche betroffenen Sperrgebiete in Oesterreich-
Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund des
Art. 5 des Viehschaden-Uebereinkommens vom 6. Dezember 1891
sowie Ziffer 5 des Schlußprotokolls zu untersagen ist.

Ausgegeben im Kaiserlichen Gesundheitsamt zu Berlin
am 21. August 1897.

A. Oesterreich: frei.

B. Ungarn: die Komitate: Arva, Viptó (Viptau)
und Pozsony (Prestburg).

Potsdam, den 1. September 1897.

Der Regierungspräsident.

199.

M a c h w e i s u n g

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat August 1897
in den Hauptmarkttorten des Regierungs-Bezirks Potsdam.

| Laufende Nummer | Es
kosteten
je 50
Kilogramm | Weeslow
für
Kreis
Wees-
low-
Storlow | | Brandenburg
für
Brandenburg
und
Kreis
West-
havel-
land. | | Ludens-
walde
für
Kreis
Nüter-
bog-
Ludens-
walde. | | Berle-
berg
für
Kreis
West-
Prignitz. | | Pots-
dam
für
Pots-
dam
und
Kreis
Rantz-
Wesig. | | Prenzlau
für die
Kreise
Prenzlau
und
Temptin. | | Neu-
Ruppin
für
Kreis
Ruppin. | | Schwedt
für
Kreis
Anger-
münde. | | Prignitz
für
Kreis
Prignitz. | | Bemerkungen. |
|-----------------|--------------------------------------|---|----|---|------|---|------|--|------|---|------|--|----|---|----|---|----|---------------------------------------|--|--------------|
| | | M. | ℔. | M. | ℔. | M. | ℔. | M. | ℔. | M. | ℔. | M. | ℔. | M. | ℔. | M. | ℔. | | | |
| 1 | Hafer | — | — | 7 51 | 7 49 | 7 02 | 7 55 | 6 83 | 7 31 | 7 31 | 6 83 | Für die Kreise Niederbar- | | | | | | | | |
| 2 | Heu | — | — | 2 11 | 2 36 | 2 36 | 2 55 | 2 63 | 2 10 | 2 66 | 1 84 | nim, Oberbarnim, Ost- | | | | | | | | |
| 3 | Richtstroh | — | — | 1 84 | 1 85 | 1 89 | 2 30 | 2 63 | 1 84 | 2 40 | 1 84 | havelland u. Teltow, sowie | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | für die Stadt Spandau | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | gilt Berlin als Haupt- | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | marktort. | | | | | | | | |

Potsdam, den 7. September 1897.

Der Regierungspräsident.

| Laufende Nummer | Namen der Städte | I. A. Getreide. | | | | I. B. Uebrige Markt. | | | | | | | | | | | | | | | |
|---------------------------------|------------------|-----------------|--------|--------|-------|---------------------------|-----------------------|--------|------------|-------|--------|------|---------------|----------------|--------------|--------|-----|------|------|--|--|
| | | | | | | Hülfsfrüchte. | | | | | Stroh. | | | | Fett u. Sch. | | | | | | |
| | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen (gelbe) zum Kochen | Speisebohnen (weisse) | Linsen | Kartoffeln | Rüben | Kraut- | Fen | im Großhandel | im Kleinhandel | | Es | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | von der Feule | vom Band | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Mr. | Pr. | Mr. | Pr. | Mr. | Pr. | Mr. | Pr. | Mr. | Pr. | Mr. | Pr. | Mr. | Pr. | Mr. | Pr. | Mr. | Pr. | Mr. | Pr. | | |
| 1 | Angermünde | 16 83 | 12 85 | 12 92 | 14 47 | 25 | — | 27 | — | 34 | — | 4 50 | 4 57 | 3 25 | 4 13 | 115 | — | 1 30 | 1 15 | | |
| 2 | Beeskow | — | 12 10 | — | — | — | 22 50 | 27 50 | 45 | — | — | 4 25 | — | — | — | 95 | — | 1 10 | 1 | | |
| 3 | Brandenburg | 15 85 | 12 01 | 11 72 | 13 35 | 21 | — | 24 | — | 32 50 | — | 4 15 | 3 23 | — | 3 76 | 84 | — | 1 40 | 1 15 | | |
| 4 | Dahme | 16 47 | 12 64 | 12 31 | 14 | — | 24 | 30 | — | 35 | — | 4 | 3 50 | 2 | 5 | 95 | — | 1 20 | 1 | | |
| 5 | Eberswalde | 16 95 | 12 06 | 13 50 | 13 67 | 21 | — | 23 | — | 27 | — | 4 33 | 4 22 | — | 5 | 96 | — | 1 30 | 1 20 | | |
| 6 | Havelberg | 16 42 | 12 45 | 12 67 | 14 17 | 27 | — | 33 | — | 33 75 | — | 4 94 | 2 84 | — | 4 48 | 105 | — | 1 20 | 1 04 | | |
| 7 | Jüterbog | 15 84 | 12 55 | 12 50 | 13 77 | 24 | — | 24 | — | 26 38 | — | 4 94 | 4 | — | 5 | 100 | — | 1 40 | 1 20 | | |
| 8 | Luderswalde | — | 12 83 | 12 02 | 13 61 | 35 | — | 35 | — | 45 | — | 4 50 | 3 33 | — | 4 | — | — | 1 20 | 1 20 | | |
| 9 | Perleberg | 16 75 | 12 68 | 11 25 | 13 20 | 18 | — | 30 | — | 27 | — | 4 59 | 3 54 | — | 4 38 | 120 | — | 1 35 | 1 20 | | |
| 10 | Potsdam | — | 11 95 | 12 80 | 13 62 | 23 50 | — | 24 50 | 27 50 | — | — | 4 47 | 3 92 | — | 4 21 | 98 81 | — | 1 50 | 1 30 | | |
| 11 | Prenzlau | 16 43 | 12 07 | 12 44 | 12 50 | 24 | — | 25 50 | 36 | — | — | 6 56 | 4 50 | 2 25 | 4 50 | 95 | — | 1 30 | 95 | | |
| 12 | Prignitz | 16 38 | 12 10 | 13 38 | 12 38 | 14 50 | 24 | — | 30 | — | — | 5 04 | 3 25 | 2 25 | 3 25 | — | — | 1 40 | 1 20 | | |
| 13 | Rathenow | 15 37 | 12 39 | 12 78 | 13 52 | 25 50 | 27 | — | 32 50 | — | — | 3 79 | 2 88 | — | 3 48 | 100 | — | 1 30 | 1 10 | | |
| 14 | Neu-Ruppin | — | 12 60 | 13 75 | 13 57 | 35 | — | 35 | — | 45 | — | 3 97 | 3 50 | — | 4 | 106 | — | 1 35 | 1 15 | | |
| 15 | Schwedt | 16 26 | 12 48 | 13 88 | 13 77 | 26 66 | 31 25 | 37 50 | 5 19 | 4 58 | — | 5 05 | 110 | — | 5 05 | 110 | — | 1 40 | 1 20 | | |
| 16 | Spandau | 17 63 | 13 | 12 25 | 14 | — | 24 50 | 35 | — | 37 | — | 6 24 | 3 75 | 3 25 | 4 50 | 113 | — | 1 60 | 1 20 | | |
| 17 | Strausberg | 15 23 | 12 | 12 03 | 13 | — | 23 60 | 32 10 | 38 20 | 4 | — | 4 | — | 2 50 | 4 20 | 90 | — | 1 50 | 1 10 | | |
| 18 | Teltow | — | 11 90 | 13 56 | 13 10 | 37 50 | 37 50 | 42 50 | 3 75 | 3 75 | 2 | 4 50 | 110 | — | 4 50 | 110 | — | 1 55 | 1 10 | | |
| 19 | Templin | 17 50 | 13 50 | 14 | 13 50 | 21 | — | 30 | — | 40 | — | 4 | — | 3 | 4 | 100 | — | 1 20 | 1 | | |
| 20 | Treuenbriezen | 15 90 | 12 25 | — | 12 50 | — | — | — | — | — | — | 4 50 | 3 | — | 4 20 | — | — | 1 40 | 1 20 | | |
| 21 | Wittstock | 15 50 | 11 73 | 15 | 13 08 | 25 | — | 40 | — | 50 | — | 4 77 | 3 33 | 2 50 | 4 | 95 | — | 1 13 | 93 | | |
| 22 | Wriezen a. D. | 16 50 | 13 50 | — | 13 38 | 22 50 | 24 | — | 25 | — | — | 4 83 | 4 | 3 | 4 25 | 100 | — | 1 30 | 1 20 | | |
| Durchschnitt | | 16 34 | 12 44 | 12 88 | 13 44 | — | — | — | — | — | — | 4 61 | 3 70 | — | 4 28 | 101 46 | — | — | — | | |
| Potsdam, den 7. September 1897. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

Potsdam, den 7. September 1897.

Landespolizeiliche Anordnung.

201. Zum Zwecke der Verhütung der Verbreitung von Geflügelcholera ordne ich hiermit auf Grund der §§ 19 bis 28 des Reichsviehseuchengesetzes vom 23. Juni 1880 (R.-G.-Bl. 1880 S. 153 und 1894 S. 109) in Verbindung mit § 56 h. Abs. 3 der Gewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes vom 6. August 1896 (R.-G.-Bl. S. 685) zu Folge Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten für den hiesigen Regierungsbezirk bis auf Weiteres folgendes an:

§ 1. Trifft auf einem Gehöft die Geflügelcholera aus, oder kommen auf einem Gehöft Todesfälle unter dem Geflügel vor, welche den Verdacht der Geflügelcholera rechtfertigen, so hat der Besitzer oder sein Ver-

treter sofort der Ortspolizeibehörde hiervon Anzeige zu machen und schon vor amtlicher Feststellung der Seuche dafür Sorge zu tragen, daß sein Geflügel von dem Betreten öffentlicher Wege und Wasserläufe, sowie von der Berührung mit anderem Geflügel fern gehalten und daß verendetes oder getödtetes Geflügel durch Verbrennen oder nach Bestreuung mit Kalk durch Begraben in mindestens 1/2 Meter tiefen Gruben unschädlich beseitigt wird.

§ 2. Die Ortspolizeibehörde hat auf die Anzeige hin von den Kadavern ein oder zwei Exemplare dem beamteten Thierarzt zur Feststellung der Todesursache in einem dichten Behältnisse unverzüglich einzusenden.

In besonderen Fällen ist die Ortspolizeibehörde berechtigt, den beamteten Thierarzt zur örtlichen Feststellung der Seuche zuzuziehen.

Preise im Monat August 1897.

waaren.

II. Rabenpreise an einem der letzten Tage des Monats.

| Getreide. | | | | | | Mehl zur Speisebereitung aus | | Gersten- | | Zehn Tage drei Monate. | | | | | | | | | | | |
|-----------|---------|---------|------------------------------|----------|---------|------------------------------|---------|---------------------------|---------|------------------------|------------|---------|---------|-------------------|------------------------|----------------------------------|---------------|----------------------------|---------|--|--|
| Schweine- | Kalb- | Lammel- | Geräucherter Speck (kleiner) | Eihutter | Eier | Weizen | Roggen | Gerste | Grüpe | Buchweizengröße | Hafergröße | Grüpe | Weiz. | Java, mittelstark | Java mittelstark (roh) | Java gelb (in gebrannten Bohnen) | Speisefleisch | Speisefleisch, geschmolzen | | | |
| Kilogramm | | | | | | 1 Schf. 60 G. | | Es kostet je 1 Kilogramm. | | | | | | | | | | | | | |
| Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | | |
| 1 20 | 1 25 | 1 15 | 1 50 | 2 30 | 3 95 | — 30 | — 25 | — 45 | — 30 | — 40 | — 45 | — 40 | — 55 | 2 70 | 3 40 | — 20 | 1 50 | — | | | |
| 1 10 | — 95 | 1 20 | 1 60 | 2 38 | 2 90 | — 40 | — 20 | — 50 | — 40 | — 35 | — 60 | — 40 | — 60 | 2 40 | 3 40 | — 20 | 1 30 | — | | | |
| 1 19 | 1 20 | 1 30 | 1 40 | 2 23 | 4 — | — 40 | — 30 | — 50 | — 50 | — 50 | — 50 | — 50 | — 50 | 2 60 | 3 60 | — 20 | 1 30 | — | | | |
| 1 20 | — 80 | 1 20 | 1 60 | 2 — | 2 80 | — 30 | — 20 | — 40 | — 50 | — 40 | — 60 | — 40 | — 55 | 2 50 | 3 40 | — 20 | 1 40 | — | | | |
| 1 36 | 1 24 | 1 36 | 1 40 | 2 20 | 3 78 | — 29 | — 26 | — 50 | — 40 | — 40 | — 40 | — 40 | — 50 | 2 80 | 3 60 | — 20 | 1 40 | — | | | |
| 1 20 | 1 29 | 1 20 | 1 48 | 2 31 | 3 05 | — 28 | — 23 | — 40 | — 38 | — 46 | — 46 | — 42 | — 51 | 2 60 | 3 40 | — 20 | 1 60 | — | | | |
| 1 23 | 1 10 | 1 30 | 1 40 | 2 20 | 3 25 | — 32 | — 22 | — 50 | — 50 | — 50 | — 50 | — 40 | — 40 | 2 80 | 3 60 | — 20 | 1 40 | — | | | |
| 1 10 | 1 — | 1 20 | 1 60 | 2 20 | 4 — | — 27 | — 19 | — 50 | — 50 | — 50 | — 60 | — 35 | — 60 | 2 40 | 3 60 | — 20 | 1 30 | — | | | |
| 1 30 | 1 30 | 1 30 | 1 60 | 1 98 | 3 — | — 28 | — 24 | — 35 | — 35 | — 35 | — 43 | — 38 | — 43 | 2 75 | 3 55 | — 19 | 1 80 | — | | | |
| 1 46 | 1 30 | 1 39 | 1 55 | 2 19 | 3 16 | — 40 | — 30 | — 50 | — 50 | — 40 | — 45 | — 45 | — 55 | 2 70 | 3 50 | — 20 | 1 40 | — | | | |
| 1 30 | 1 05 | 1 15 | 1 43 | 2 — | 3 50 | — 31 | — 23 | — 45 | — 40 | — 43 | — 55 | — 43 | — 50 | 2 20 | 3 — | — 20 | 1 30 | — | | | |
| 1 10 | 1 30 | 1 10 | 1 70 | 1 90 | 2 90 | — 25 | — 20 | — 40 | — 40 | — 40 | — 50 | — 40 | — 45 | 2 60 | 3 60 | — 20 | 1 80 | — | | | |
| 1 16 | 1 10 | 1 30 | 1 50 | 2 23 | 3 50 | — 30 | — 24 | — 40 | — 50 | — 50 | — 50 | — 40 | — 50 | 2 40 | 3 20 | — 20 | 1 40 | — | | | |
| 1 30 | 1 20 | 1 20 | 1 50 | 2 21 | 3 50 | — 28 | — 22 | — 45 | — 40 | — 50 | — 50 | — 50 | — 60 | 3 — | 4 — | — 20 | 1 60 | — | | | |
| 1 20 | 1 — | 1 20 | 1 60 | 2 22 | 3 58 | — 25 | — 20 | — 50 | — 30 | — 40 | — 50 | — 50 | — 60 | 2 80 | 3 60 | — 20 | 1 60 | — | | | |
| 1 50 | 1 40 | 1 50 | 1 80 | 2 40 | 4 40 | — 38 | — 33 | — 48 | — 35 | — 45 | — 45 | — 45 | — 45 | 2 68 | 3 30 | — 20 | 1 30 | — | | | |
| 1 40 | 1 20 | 1 20 | 1 60 | 2 40 | 3 20 | — 30 | — 21 | — 50 | — 40 | — 40 | — 50 | — 40 | — 60 | 2 80 | 3 60 | — 20 | 1 60 | — | | | |
| 1 30 | 1 50 | 1 30 | 1 55 | 2 20 | 2 — | — 30 | — 20 | — 50 | — 40 | — 50 | — 60 | — 60 | — 60 | 2 50 | 2 70 | — 20 | 1 15 | — | | | |
| 1 20 | 1 — | 1 20 | 1 60 | 2 20 | 4 — | — 30 | — 25 | — 50 | — 60 | — 50 | — 50 | — 50 | — 50 | 2 30 | 3 — | — 20 | 1 60 | — | | | |
| 1 20 | 1 — | 1 20 | 1 60 | 1 80 | 3 — | — 30 | — 24 | — 40 | — — | — 40 | — 50 | — 30 | — 50 | 2 60 | 3 40 | — 20 | 1 60 | — | | | |
| 1 15 | 1 03 | 1 15 | 1 60 | 2 08 | 2 89 | — 27 | — 20 | — 45 | — 25 | — 38 | — 45 | — 40 | — 45 | 2 20 | 2 70 | — 20 | 1 45 | — | | | |
| 1 20 | 1 20 | 1 20 | 1 40 | 2 20 | 3 60 | — 38 | — 28 | — 43 | — 33 | — 40 | — 38 | — 43 | — 45 | 2 60 | 3 20 | — 20 | 1 20 | — | | | |

Der Regierungspräsident.

§ 3. Sobald der beamtete Thierarzt auf dem im § 2 angegebenen Wege den Ausbruch der Geflügelcholera festgestellt hat, ist letzterer von der Ortspolizeibehörde sofort auf ortsübliche Weise und durch Bekanntmachung in dem für amtliche Publikationen bestimmten Blatte (Kreisblatt) zur öffentlichen Kenntniß zu bringen und zur Verhütung der Verbreitung der Seuche folgendes anzuordnen:

- 1) Das Seuchengehöft ist am Haupteingangsthore oder an einer sonstigen geeigneten Stelle in augenfälliger und haltbarer Weise mit einer Inschrift „Geflügelcholera“ zu versehen.
- 2) Die verendeten oder getödteten Thiere sind mit allen ihren Theilen zu verbrennen oder nach zuvoriger Bestreuung mit Kalk in mindestens 1/2 Meter tiefen Gruben zu vergraben.

3) Die kranken Thiere sind von den noch vollkommen gesund erscheinenden Thieren abzusondern und in besonderen Räumen unterzubringen.

4) Die kranken Thiere sind unter Stallsperrre, die noch gefunden unter Gehöftsperrre zu stellen, sowie von dem Betreten öffentlicher Wege und Wasserläufe, welche das Seuchengehöft berühren, fern zu halten.

5) Die Ausführung der während der Seuchendauer geschlachteten Geflügelstücke aus dem Seuchengehöft ist zu verbieten.

§ 4. Ist auf dem Seuchengehöft sämtliches Geflügel gefallen oder getödtet oder ist nach dem letzten Erkrankungsfall eine Frist von 8 Tagen verstrichen, so ist die Seuche als erloschen anzusehen und von der Ortspolizeibehörde die Desinfection des Seuchengehöfts anzuordnen.

Letztere erstreckt sich auf alle zur Unterbringung von Geflügel benutzten Räumlichkeiten und ist in folgender Weise auszuführen:

- 1) Der Koth, die Futterreste, der zusammengekehrte Schmutz sind aus den Räumen zu entfernen und durch Verbrennen oder nach Bestreuung mit Aeskalk durch Vergraben unschädlich zu beseitigen.
- 2) Der Boden, die Thüren und die Wände der Räume, sowie die Sitzstangen, Futter- und Tränkgeschirre sind mit heißer Sodalauge (3 Kilogramm käufliche Waschsoda auf 100 Liter Wasser) gründlich zu reinigen und mit Kalkmilch zu bestreichen.
- 3) Haben die Stallungen keinen festen Bodenbelag, so ist die oberste Erdschicht mindestens 10 Zentimeter tief auszuheben und nach Bestreuung mit Aeskalk durch Vergraben unschädlich zu beseitigen.

Nach erfolgter Desinfection, deren ordnungsmäßige Ausführung durch die Ortspolizei-Behörde zu überwachen ist, hat letztere die angeordneten Sperr- und Schutzmaßregeln wieder aufzuheben und das Erlöschen der Seuche in gleicher Weise, wie den Ausbruch derselben zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

§ 5. Den Geflügelhändlern ist verboten, Privatgrundstücke ohne vorherige Genehmigung der Besitzer mit ihrer Waare zu betreten oder ihr Geflügel ohne ausdrückliche Erlaubniß auf Dorfsteige zu treiben.

§ 6. Kommen während des Transports Todesfälle unter dem Geflügel vor, so ist den Händlern verboten, todte oder kranke Thiere an Wegen, Gräben liegen zu lassen oder auf die Düngerhaufen zu werfen. Verendetes oder getödtetes Geflügel ist entweder am Bestimmungsorte oder unterwegs durch Verbrennen oder nach Bestreuung mit Aeskalk durch Vergraben in mindestens $\frac{1}{2}$ Meter tiefen Gruben unschädlich zu beseitigen.

Lassen die auf dem Transport vorgekommenen Todesfälle den Ausbruch der Geflügelcholera befürchten, so hat der Händler der Ortspolizeibehörde am Bestimmungsorte hiervon unverzüglich Anzeige zu erstatten und bis zur thierärztlichen Feststellung der Todesursache den Verkauf von Geflügel während des Transports zu unterlassen, auch dafür Sorge zu tragen, daß eine Berührung der verdächtigen Thiere mit anderem Geflügel wirksam verhindert wird.

§ 7. Wird bei solchen Transporten die Geflügelcholera festgestellt, so hat die Ortspolizeibehörde des Bestimmungsortes den Weitertransport zu untersagen, die verdächtigen Thiere nach Analogie der Vorschriften in den §§ 2, 3, 4 zu behandeln, insbesondere auch dafür Sorge zu tragen, daß die mit dem Geflügel in Berührung gekommenen Theile des Fuhrwerks und der sonstigen Verhältnisse mit heißer Sodalauge (3 Kilogramm käufliche Waschsoda und 100 Liter Wasser) gründlich abgewaschen und darauf mit Kalkmilch bestrichen werden.

Der Weitertransport ist erst dann zu gestatten, wenn eine Frist von 8 Tagen nach dem letzten Erkrankungsfalle verstrichen ist.

§ 8. Die Amtsvorsteher haben den Händlern auf ihr Verlangen zur Verscharrung der Cadaver geeignete Plätze anzuweisen.

§ 9. Die Ortspolizeibehörden, ihre Organe, sowie die beamteten Thierärzte haben die Befolgung der genannten Vorschriften zu überwachen, den betreffenden Beamten ist daher der Zutritt zu dem in Frage kommenden Geflügel bezw. zu den bezüglichen Räumlichkeiten jederzeit zu gestatten.

§ 10. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen unterliegen, insofern nicht nach den bestehenden Gesetzen, insbesondere nach § 328 des Strafgesetzbuchs eine höhere Strafe verwirkt ist, der Strafvorschrift des § 66 Ziffer 4 des Reichsviehseuchengesetzes vom 23. Juni 1880.

1. Mai 1894.

§ 11. Die Anordnung tritt am Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die landespolizeiliche Anordnung vom 17. August 1897 außer Wirkung.

Potsdam, den 7. September 1897.

Der Regierungspräsident.

Belehrung über die Geflügelcholera.

1. Art und Verbreitung der Krankheit.

Die Geflügelcholera ist eine ansteckende Krankheit, welche sämmtliches Hausgeflügel, namentlich Hühner, Gänse und Enten befällt und gewöhnlich mit dem Tode endigt. Die Ansteckung gesunder Geflügelbestände erfolgt am häufigsten durch den Zulauf fremden Geflügels. Außerdem kann die Krankheit durch Cadaver krepirter und die Abgänge (Blut, Eingeweide, Federn) geschlachteter kranker Hühner, Gänse und Enten verbreitet werden. Endlich kann sich gesundes Geflügel dadurch anstecken, daß es auf Straßen und Weiden oder in Bäche und Tümpel getrieben wird, welche zuvor kranke Geflügelherden passirt haben.

2. Kennzeichen der Geflügelcholera.

Die Ansteckung eines Geflügelbestandes macht sich zuerst durch plötzlich auftretende Todesfälle bemerkbar. Die Gänse, Hühner und Enten sterben nicht selten, ohne daß auffälliger Krankheitserscheinungen an ihnen wahrgenommen wurden. Bei genauerer Untersuchung ist aber nach dem Auftreten der ersten Todesfälle zu bemerken, daß einige Thiere matt und traurig sind, gesträubtes Gefieder besitzen und an sinkendem Durchfall leiden. Der entleerte Koth ist zuerst breiig und von weißgelber Farbe, später schleimig und wässrig und von grüner Farbe.

Die Krankheit greift in den angestockten Beständen rasch um sich.

3. Vorkehrungen nach dem Ausbruche der Geflügelcholera.

Eine Behandlung des erkrankten Geflügels mit Arzneimitteln ist in der Regel ohne Erfolg und deshalb nicht zu empfehlen. Zweckmäßiger ist die unverzügliche Trennung der noch vollkommen gesund erscheinenden Thiere von den kranken. Die gesunden Thiere müssen

in vollständig abgetrennten Räumen untergebracht werden und besondere Futter- und Tränkegeschirre erhalten. Ferner empfiehlt sich die sofortige Tödtung und unschädliche Beseitigung der erkrankten Thiere, da eine Genesung derselben nur ausnahmsweise zu erwarten ist. Das getödtete franke wird ebenso wie das krepirte Geflügel am besten durch Verbrennen unschädlich gemacht. Wo dies nicht durchführbar ist, ist eine Verscharrung der mit Aetzalkali überstrenten Kadaver in mindestens $\frac{1}{2}$ m tiefen Gruben vorzunehmen. Düngerstätten eignen sich zur Beseitigung der Kadaver nicht, weil sich der Ansteckungsstoff der Geflügelcholera im Dünger lange Zeit erhält und durch letzteren verschleppt werden kann.

Nachdem sämtliche erkrankten Thiere krepirt oder getödtet sind, empfiehlt es sich, die Verlichteiten, in welchen das franke Geflügel untergebracht war, und alle Gegenstände, mit welchen dasselbe in Berührung kam, gründlich von dem Ansteckungsstoffe zu befreien. Dieses geschieht am besten auf folgende Weise:

- a. Verbrennen des Rothes, der Futterreste und des zusammengekehrten Schmutzes,
- b. Gründliche Reinigung des Bodens, der Thüren, Wände, Sitzstangen, Futter- und Tränkegeschirre mit heißer Sodalauge (3 kg käufliche Waschsoda auf 100 l Wasser).

Schwimmbassin müssen abgelassen und ebenfalls gründlich gereinigt werden.

Schadhafte und geringwerthige Holzgegenstände werden am zweckmäßigsten verbrannt.

Erd- und Sandböden sollen, wenn möglich, mindestens 10 cm tief ausgehoben und mit den Kadavern und dem Rothe unschädlich beseitigt werden.

- c. Lüftung und Trocknung der gereinigten Ställe und hierauf
- d. Nebertünchen der Böden, Wände, Thüren u. s. w. mit Kalkmilch (5 kg Aetzalkali auf 100 l Wasser).

4. Verhütung der Geflügelcholera.

Aus der Art der Verschleppung der Geflügelcholera (1) ergiebt sich, daß ein Selbstschutz gegen die Einschleppung der Seuche durch Beachtung folgender Vorsichtsmaßregeln erzielt werden kann:

- a. Vermeidung des Zukaufs von fremdem, namentlich aus dem Auslande importirten Geflügel,
- b. Unschädliche Beseitigung der Abgänge bei Verwendung von fremdem Schlachtgeflügel im Haushalt,
- c. Fernhaltung des Geflügels von solchen Straßen und Weiden u. s. w., welche von fremden Gänseherden betreten oder befahren werden,
- d. Fernhaltung der Geflügelhändler von den Gehöften.

Ist der Ankauf von fremdem Geflügel nicht zu umgehen, so ist es rathsam, dasselbe 3 Tage in einem besonderen Raume abzusperren und erst dann zu dem alten Bestande zu bringen, wenn sich während der angegebenen Zeit Krankheitserscheinungen nicht gezeigt haben. Diese Vorsichtsmaßregel ist geboten, weil bereits angestechte Thiere noch 24—48 Stunden nach Aufnahme des Seuchenstoffs den Eindruck gesunder machen können.

Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten
rkehr mit beiden Orten je 1 Mark.

den 2. September 1897.

erliche Ober-Postdirektion.

Vertretung Buzkow.

gen der Königl. Direction

der Provinz Brandenburg.

ntmachung.

Kasse, Klosterstraße 76 I. hier-

202. *Erster*
mannes Viehe:
cholera verendet.
Potsdam, den 7.

203.

a. Milzbrand. Kreis
Stück Rind auf dem
Teltow: an einem
Prenzlau: bei einem
Wegener in Wandelow
b. Maul- und
prigniz: unter den
Dahlhausen.

c. Brustseuche. Kreis
Pferden des Adersbürgers
Kreis Ruppın: unter dem
wirths Mölle in Herzberg.

erloschen:

a. Milzbrand. Kreis Prenzlau: bei
des Bauernhofbesizers Kleinschmidt in
b. Maul- und Klauenseuche. Kreis
lau: unter den Zugochsen des Dominikus
c. Brustseuche. Kreis Prenzlau: beim
des Hauptmanns Fromme in Prenzlau.
Ruppın: unter dem Pferdebestande des
Dessow.

d. Bläschenauschlag. Kreis Zauch-
in der Stadtgemeinde Brück.

e. Die Lungenseuche ist im Kreise
Land vollständig erloschen.

Potsdam, den 7. September 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

betreff. die Winterschonzeit, das Verbot des
Lachsfanges mit Zug- und Treib-
Netzen, sowie das Verbot des Krebsfanges.

204. Auf die folgenden Bestimmungen der Aller-
höchsten Verordnung zur Ausführung des Fischerei-Ge-
setzes vom 8. August 1887 wird hierdurch hingewiesen.

In den nachbenannten Gewässern: a. in der Nuthe
von Saarmund an aufwärts, b. in der Niepliz von
Buchholz bei Treuenbrieken an aufwärts, c. in der
Plane von Golzow an aufwärts, d. in dem Belziger,
Baizer und Frederisdorfer Bach im Kreise Zauch-Belzig,
e. in dem Voigsenburger Strom, der Quillow und der
Beeke in den Kreisen Templin und Prenzlau ist der
Betrieb der Fischerei während der Zeit vom
15. Oktober Morgens 6 Uhr bis 14. Dezember Abends
6 Uhr (Winterschonzeit) nur mit ausdrücklicher
Genehmigung des Unterzeichneten gestattet.
(S 3 Nr 2).

Die Sachs-Fischerei mit Zug- und Treib-Netzen ist in der Elbe a. auf der Strecke unterhalb der Eisenbahnbrücke bei Wittenberge in der Zeit vom **15. September bis 15. Dezember** einschließlich, b. auf der Strecke oberhalb der Eisenbahnbrücke bei Wittenberge in der Zeit vom **1. Oktober bis 31. Dezember** einschließlich **verboten.** (§ 3 Nr. 4.)

Während der Dauer der Winterschonzeit müssen in den benannten nicht geschlossenen Gewässern die durch das Fischereigesetz vom 30. Mai 1874 nicht beseitigten **ständigen Fischerei-Vorrichtungen hinweggeräumt oder abgestellt sein.** (§ 9.)

In der Zeit vom 1. November bis zum 31. Mai einschließlich ist der **Fang von Krebsen** in allen nicht geschlossenen Gewässern **verboten.**

Gelangen Krebse während der angeordneten Schonzeit lebend in die Gewalt des Fischers, so sind dieselben mit der zu ihrer Erhaltung erforderlichen Vorsicht sofort wieder in das Wasser zu setzen. (§ 10.)

Zumiderhandlungen gegen die vorstehenden Vorschriften werden, soweit dieselben nicht den Strafbestimmungen des Fischereigesetzes oder des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich unterliegen, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft bestraft.

Potsdam, den 6. September 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

205. Ende September l. J. giebt die A. Stein'sche Verlagsbuchhandlung hierselbst, Jäger-Communication 9, ein unter Leitung des Regierungssekretärs Mauer nach amtlichen Quellen bearbeitetes

„alphabetisches Ortschafts-Verzeichniß des Regierungsbezirks Potsdam“

heraus. Der Preis beträgt: wenn die Bestellung bis zum 15. Oktober erfolgt, für 1 Ex. gebunden 9 M., für 13 Ex. gebunden 108 M., für 1 Ex. ungebunden 8,25 M., für 13 Ex. ungebunden 100 M. Bei Bestellungen, die nach dem 15. Oktober d. J. erfolgen, tritt ein Zuschlag von 3 M. für das Exemplar ein.

Potsdam, den 3. September 1897.

Der Regierungspräsident.

Gemeindebezirksveränderung.

206. Durch Beschluß des Bezirksausschusses hierselbst vom 13. Juli d. J. sind die dem Königl. Wasserbauinspektus gehörigen, unter Artikel 47 der Grundsteuer-mutterrolle des Gemeindebezirks Lenzen eingetragenen Grundstücksflächen:

- 1) Kartenblatt 1 Parzelle 78, in Größe von 8,76,30 ha mit einem Reinertrage von 89²³/₁₀₀ Tblr.,
- 2) Kartenblatt 1 Parzelle 79, in Größe von 2,29,80 ha mit einem Reinertrage von 54 Tblr.,
- 3) Kartenblatt 1 Parzelle 86/77, Grundbuch Band 38 Blatt 16 Nr. 1625 in Größe von 1,87,70 ha mit einem Reinertrage von 44¹¹/₁₀₀ Tblr.,
- 4) Kartenblatt 4 Parzelle 13, in Größe von 0,01,30 ha mit einem Reinertrage von 30¹⁰/₁₀₀ Tblr.,
- 5) Kartenblatt 4 Parzelle 14, in Größe von 7,58,60 ha mit einem Reinertrage von 77²⁵/₁₀₀ Tblr.,

- 6) Kartenblatt 4 Parzelle 15, in Größe von 0,26,80 ha mit einem Reinertrage von 3¹⁵/₁₀₀ Tblr.,
 - 7) Kartenblatt 4 Parzelle 16, in Größe von 0,12,20 ha mit einem Reinertrage von 3¹⁰/₁₀₀ Tblr.,
 - 8) Kartenblatt 4 Parzelle 17, in Größe von 0,92,70 ha mit einem Reinertrage von 24¹⁰/₁₀₀ Tblr.,
 - 9) Kartenblatt 18 Parzelle 171, in Größe von 0,35,00 ha mit einem Reinertrage von 9¹⁰/₁₀₀ Tblr.,
 - 10) Kartenblatt 18 Parzelle 172, in Größe von 18,07,10 ha mit einem Reinertrage von 184³/₁₀₀ Tblr.,
- da sie bisher keinem Gemeinde- oder Gutsbezirk angehörten, mit dem Stadtbezirk Lenzen vereinigt werden.
- Potsdam, den 2. September 1897.

Der Regierungspräsident.

Standesamtsbezirksveränderung.

207. Das früher Start'sche, jetzt dem Rittergutsbesitzer von Holsendorff gehörige, bisher dem Gemeindeverbanke Briegitz angehörende, aber im Dre Wilschdom belegene Speichergrundstück nebst ungetrautem Hofraum (Artikel 24 Kartenblatt 1 Nr. 89 der Grundsteuer-mutterrolle), welches vom Gemeindebezirk Briegitz abgezweigt und dem Gutsbezirk Wilschdom einverleibt worden ist und somit zum Amtsbezirk Wilschdom gehört, ist vom Standesamtsbezirk Briegitz (Nr. 11 des Kreises Prenzlau) abgezweigt und dem Standesamtsbezirk Wilschdom (Nr. 10 desselben Kreises) zugelegt worden.

Potsdam, den 28. August 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Öffentliche Aufforderung.

9. Behufs Führung des Nothauslaffes VIII. der in Ausführung begriffenen städtischen Kanalisation zu Spandau und der Einrichtung von Lösch-, Lade- und Stätteplätzen für die Brenn- und Klärmaterialien der an der Götelsstraße zu errichtenden Kanalisations-Kläranlage ist eine hochwasserfreie Aufhöhung größerer Flächen in den Götelswiesen und an der Unterhavel gegenüber von Tiefwerder erforderlich. Es sind dies die jetzt noch dem Wasserbauinspektus gehörigen, von der Stadtgemeinde Spandau zum Erwerb in Aussicht genommenen und beantragten Flächen Gemarkung Tiefwerder:

An der Havel, Kartenblatt 1 Parzellenummer 291/98, 292/98, 299/9, 290/9, 297/6, 298/6, 303/6, 302/6.

Alte Havel, Kartenblatt 1 278/98, 277/98, 276/98, Gemarkung Spandau, in den Götelswiesen Kartenblatt 20 Parzellenummer 89/10, ferner die der Stadtgemeinde Charlottenburg gehörige Fläche, Gemarkung Spandau, in den Götelswiesen, Kartenblatt 20 Parzellenummer 96/10 und schließlich die bisher zur Domäne Dahlem gehörigen, jetzt im Eigenthum der Stadtgemeinde Spandau stehenden Flächen:

Gemarkung Tiefwerder, Alte Havel, Kartenblatt 1 Parzellenummer 301/98, 281/98, 280/98, 279/98, Gemarkung Spandau. In den Götelswiesen, Kartenblatt 20 Parzellenummer 93/10, 91/10, 90/10, 99/10.

Bevor wir gemäß § 2 des Deichgesetzes vom

28. Januar 1848 über die Ertheilung der Genehmigung dieser Anlagen beschließen, fordern wir hiermit diejenigen Personen, welche sich etwa zur Erhebung von Einwendungen gegen die bezeichneten Anlagen für berechtigt halten, öffentlich auf, in der Zeit bis zum 15. September 1897 ihre Einwendungen schriftlich bei uns einzubringen.

Später eingereichte Einsprachen werden nicht berücksichtigt werden.

Während der Einspruchsfrist liegen die Pläne in der diesseitigen Registratur, Priesterstraße Nr. 12 hier selbst, zur Einsicht offen.

Potsdam, den 31. August 1897.

Der Bezirksauschuß.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

58. Auf Grund des § 15 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 ist von Landespolizeiwegen vorläufig festgestellt worden, daß von dem der Imperial Continental Gas-Association gehörigen Grundstücke der englischen Gasanstalt an der Ecke der Prinzen- und GutsMuthsstraße eine Parzelle von 145 qm eine Grundstücksfläche darstellt, hinsichtlich welcher der Firma Siemens & Halske hier selbst zwecks Baues und Betriebes einer elektrischen Hochbahn in Berlin von der Warschauerstraße bis zum Rollendorfplatze mit Abzweigung nach dem Potsdamerbahnhof durch die Allerhöchste Kabinettsordre vom 23. August 1895 das Enteignungsrecht zur Entziehung und zur dauernden Beschränkung des für die Anlage in Anspruch zu nehmenden Grundeigentums verliehen worden ist.

Der vorläufig festgestellte Plan wird nunmehr in Gemäßheit der §§ 18 ff. a. a. D. von Dienstag am 14. September bis Dienstag am 28. September d. J. einschließlich in der Registratur der I. Abtheilung des Königl. Polizei-Präsidentiums im Polizei-Dienstgebäude am Alexanderplatz, Eingang IV., 2 Treppen, Zimmer 339 zu Jedermanns Einsicht ausliegen.

Einsendungen gegen diesen Plan sind bis zum Ablaufe der bestimmten Frist bei der I. Abtheilung des Königl. Polizei-Präsidentiums schriftlich einzureichen.

Berlin, den 1. September 1897.

Der Polizei-Präsident. von Windheim.

Verichtigung.

59. In der auf Grund der §§ 28 Ziffer 6 und 43 der Baupolizeiordnung für den Stadtkreis Berlin vom 15. August 1897 erlassenen, im Potsdamer Regierungs-Amteblatt Stück 34 veröffentlichten Bekanntmachung vom 15. August 1897 ist auf Seite 348 in Ziffer 5a, Zeile 3 statt „Holzbauten“ zu lesen „kleinen Anlagen“. Berlin, den 31. August 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

63. Der Fernsprechverkehr mit Neustrelitz und Sebnitz (Sachsen) ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein

gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt im Verkehr mit beiden Orten je 1 Mark.

Berlin C., den 2. September 1897.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

In Vertretung Buschow.

Bekanntmachungen der Königl. Direction der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

17. Die Rentenbank-Kasse, Klosterstraße 70 I. hier selbst, wird

- 1) die am 1. Oktober d. J. fälligen Zinsscheine der Rentenbriefe aller Provinzen schon vom 18. bis einschließlich den 24. September d. J. und
- 2) die ausgelooften, am 1. Oktober d. J. fälligen Rentenbriefe aller Provinzen vom 21. bis einschließlich den 24. September d. J.

einschließen und demnächst vom 1. Oktober d. J. ab mit der Einlösung fortfahren.

Berlin, den 31. August 1897.

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

6. Mit der Vertheilung der Liebesgaben für die Hagel- und Sturmbeschädigten bezw. für die vom Hochwasser Geschädigten sind

- 1) in der Provinz Schlesien der Vaterländische Frauenverein in Breslau sowie die Zweigvereine desselben,
- 2) im Königreich Württemberg die Zentralabtheilung des Wohlthätigkeitsvereins in Stuttgart sowie die Bezirkshilfskomitees und Oberämter in Dethringen, Heilbronn, Gerabronn, Neckarsulm, Brackenheim, Weinsberg und Künzelsau,
- 3) im Königreich Sachsen der unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Deutler in Dresden gebildete Ortsauschuß betraut worden.

Freiwillige Gaben an Lebensmitteln, Kleidern, Decken, Betten und Hausgeräthen u. s. w., welche bis zum 31. Oktober d. J. von Privatpersonen, Unterstützungskomitees oder staatlichen und Kommunalbehörden an die oben genannten Stellen bei unseren Güterabfertigungsstellen zur Aufgabe gelangen, werden frachtfrei befördert.

Bromberg, den 28. August 1897.

Königliche Eisenbahndirektion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion zu Stettin.

Bekanntmachung.

13. Wegen des am 18. und 19. September d. J. stattfindenden Rücktransportes der Truppen vom Manöverfelde wird auf den Stationen Coerlin a. N. und Zehdenitz in der Zeit vom 18. September Mittags bis 19. September Mittags der gesammte Eil- und Frachtgüterverkehr eingestellt und es werden diese Stationen an den genannten Tagen von allen nicht zur Truppenbeförderung oder für sonstige militärische Zwecke erforderlichen Fahrzeugen geräumt werden, so daß die Ent-

und Beladung von Wagen an beiden Tagen ausgeschlossen ist.

Auf den Stationen Belgard, Löwenberg und Gransee unterliegt der Güterverkehr an den beiden Tagen nur insoweit Beschränkungen, als Wagenladungen dort weder ein- noch ausgehen dürfen. Die

Ein- und Ausladung von Eis- und Fruchtwägelern wird innerhalb der fahrplanmäßigen Aufenthaltszeit der Züge gestattet werden, soweit in der Beförderung der Truppen dadurch keine Störungen eintreten.

Stettin, im September 1897.

Königliche Eisenbahndirektion.

Bekanntmachungen des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.
7. Auszug aus dem Hauptetat der Verwaltung des Provinzial-Verbandes von Brandenburg für das Jahr vom 1. April 1897/98.

| Kapitel | Titel | Einnahme | Betrag
für das Etatsjahr
1. April 1897—98.
M. W. | |
|---------------------------------------|---|---|---|----|
| A. Laufende Einnahmen. | | | | |
| Aus der Staatskasse. | | | | |
| I. | 1. | Dotationsrente (§ 2 des Ges. vom 8. Juli 1875 und Allerh. Verordnung vom 12. September 1877) | 1549077 | — |
| | 2. | Für die Verwaltung und Unterhaltung der früheren Staatschauffeen (§ 20 a. a. D.) | 1335047 | — |
| | 3. | Zuschuß für die Hebammen-Lehranstalt zu Frankfurt a. D. (§ 13 a. a. D.) | 7548 | — |
| | 4. | Zuschuß zur Unterstützung niederer landwirthschaftlicher Lehranstalten (§ 14 a. a. D.) | 5400 | — |
| Summe I. | | | 2897072 | — |
| II. | Aus den Kapitalien und Beständen der Provinz. | | | |
| | 1.—2. | Zinsen | 68600 | — |
| III. | Aus den Nebenfonds der Provinz. | | | |
| | 1.—11. | Zinsen | 211500 | — |
| IV. | An Provinzial-Abgabe | | | |
| V. | Aus der Chauffee-Verwaltung. | | | |
| | 1.—9. | Beiträge von Kreisen zu den Besoldungen der Provinzialbaubeamten, Renten, Mieten, Pächte, Erträge aus den Baumpflanzungen und sonstigen Einnahmen | 61300 | — |
| VI. | Aus der Verwaltung des Landarmen- und Corrigenenden-Wesens. | | | |
| | 1.—3. | Erstattete Kur-, Pflege- und Erziehungskosten, sowie sonstige Einnahmen | 59910 | — |
| VII. | Aus der Fürsorge für Geisteskranken, Idioten, Epileptische, Taubstumme und Blinde. | | | |
| | 1.—4. | Erstattete Pflege- und Ausbildungskosten, sowie sonstige Einnahmen (Gesetz vom 11. Juli 1891) | 1067170 | — |
| VIII. | Aus der Zwangs-erziehung verwahrloster Kinder. | | | |
| | 1.—2. | (Ges. vom 13. März 1878 bezw. 27. März 1881 und 23. Juni 1884.)
Erstattete Erziehungs- und Unterhaltungskosten, sowie sonstige Einnahmen | 49810 | — |
| IX. | Aus der Verwaltung des Viehverversicherungswesens (Reichs-Gesetz vom 23. Juni 1880 und Gesetz vom 12. März 1881 bezw. 22. April 1892) | | | |
| | | | 3500 | — |
| X. | Für die Verwaltung anderer Fonds und Kassen | | | |
| | | | 48650 | — |
| XI. | Insgesamt | | | |
| | | | 3088 | — |
| Summa A. | | | 6685600 | — |
| B. Außerordentliche Einnahmen. | | | | |
| | 1. | Aus dem Verkauf von Exemplaren des Inventars der Bau- und Kunst-Denkmäler | 61 | 86 |
| | 2. | Rechnungsüberschuß aus dem Jahre 1895/96 | 163203 | 14 |
| | 3. | Aus dem Dotationskapital die demselben zugeführten Abfindungen für Erweiterung der Chauffeeunterhaltungslast | 56235 | — |
| Summa B. | | | 199500 | — |
| Hierzu A. | | | 6635600 | — |
| Summa der Einnahme: | | | 6835100 | — |

| Kapitel. | Titel. | Ausgabe. | Betrag
für das Etatsjahr
1. April 1897—98. | |
|------------------------------|------------------|--|--|-----|
| | | | M. | Pf. |
| A. Laufende Ausgaben. | | | | |
| I. | 1.—2. | Kosten des Provinzial-Landtags und seiner Organe.
Reisekosten und Tagegelber, sowie Büreaufkosten | 33700 | — |
| II. | 1. | Kosten anderer Verwaltungsorgane.
Reisekosten und Tagegelber der gewählten Mitglieder des Provinzialraths
(§ 100 Pr. D.) | 600 | — |
| III. | 1. | Kosten der Landes-Direktion.
Gehälter der Provinzialbeamten nebst Miethsentschädigungen bez. Wohnungsgeldzuschüssen | 275427 | — |
| IV. | 2.—10. | Andere persönliche und sächliche Ausgaben
Beihilfe zur Durchführung der Kreisordnung (§ 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 8. Juli 1875) | 287915 | 92 |
| V. | | Für den Neubau chaussirter Wege (§ 4 Nr. 1 a. a. D.) | 600000 | — |
| VI. | | Für die Verwaltung und Unterhaltung der Provinzial-Chausséen (§ 18 ff. a. a. D.) | | |
| | 1.—14.
u. 17. | Gehälter der Baubeamten und Chausseeaufseher, sowie andere persönliche und sächliche Ausgaben | 203885 | 57 |
| | 15. | Für Unterhaltung einzelner Chausseestrecken durch die betreffenden Gemeinden | 11064 | 43 |
| | 16. | Kosten der materiellen Unterhaltung der Provinzial-Chaussees (etwa 1408 km) | 1013000 | — |
| | | Summa VI. | 1227900 | — |
| VII. | | Unterstützungen für den Gemeindegewebau (§ 4 Nr. 1 a. a. D.) | 180000 | — |
| VIII. | 1.—3. | Zur Förderung von Landesmeliorationen (§ 4 Nr. 2 a. a. D.) | 112100 | — |
| IX. | | Zur Förderung des Baues von Kleinbahnen (§ 41 des Gesetzes vom 28. Juli 1892) | | |
| | | Zur Verstärkung des Eisenbahnfonds (die Revenüen des Fonds) | 63000 | — |
| X. | | Für die Verwaltung des Landarmen- und Corrigendenwesens (§ 4 Nr. 3 des Gesetzes vom 8. Juli 1875) | | |
| | 1. | Zuschüsse zur Unterhaltung der Provinzialanstalten | 359200 | — |
| | 3. | Aufwendungen für Landarme außerhalb der Provinzialanstalten | 360000 | — |
| | 4. | Beihilfen an Ortsarmenverbände | 15400 | — |
| | 5. | Beihilfe für die Arbeiterkolonie Friedrichswille | 6000 | — |
| | 6. | Beihilfe zur Unterhaltung der Verpflegungsstationen | 8000 | — |
| | 2. u. 7. | Zu Unterstützungen an Anstaltsbeamte und deren Hinterbliebene, sowie sonstige Ausgaben | 4800 | — |
| | | Summa X. | 753400 | — |
| XI. | | Zur Fürsorge für Geisteskrante, Idioten, Epileptische, Taubstumme und Blinde (§ 4 Nr. 4 a. a. D. und Gef. v. 11. Juli 1891) | | |
| | 1. | Zuschüsse zur Unterhaltung der Provinzialanstalten | 1818670 | — |
| | 2. | Aufwendungen für Geisteskrante und Idioten in Privatanstalten | 98500 | — |
| | 3.—6. | Aufwendungen für Taubstumme, Blinde und arme Augenkrante, sowie sonstige Ausgaben | 57200 | — |
| | | Summa XI. | 1974370 | — |
| XII. | 1.—3. | Für die Zwangserziehung verwahrloster Kinder (§ 12 des Gef. vom 13. März 1878) | 98500 | — |
| XIII. | | Zur Unterstützung milder Stiftungen (§ 4 Nr. 5 des Gef. vom 8. Juli 1875) | 15000 | — |
| XIV. | 1.—2. | Für Kunst- und wissenschaftliche Vereine, für Landesbibliotheken und Unterhaltung von Denkmälern (§ 4 Nr. 6 a. a. D.) | 7200 | — |
| XV. | 1.—3. | Für das Hebammenwesen (§ 13 a. a. D., § 4 des Gesetzes vom 28. Mai 1875) | 21616 | 49 |
| XVI. | 1.—9. | Zur Unterstützung niederer landwirthschaftlicher Lehranstalten (§ 14 a. a. D.) in Schönlitz, Dranienburg, Dahme, Wittstock, Königsberg Amf., Prenzlau, Gressen a. D. und Schwiebus | 31305 | — |

| Kapitel. | Titel. | Ausgabe | Betrag
für das Etatsjahr
1. April 1897—98. | |
|--------------------------------------|--------|---|--|-----|
| | | | R. | St. |
| XVII. | 1.—8. | Früher vom Staate geleistete bezw. von der Provinz übernommene fort-
dauernde Zahlungen | 35748 | 44 |
| XVIII. | 1.—2. | Für die Verwaltung und Unterhaltung des Landeshauses | 6300 | — |
| XIX. | 1.—6. | Zur bestimmungsmäßigen Verwendung der Nebensfonds | 104070 | — |
| XX. | | Zur Disposition des Provinzialausschusses zur Bestreitung nicht vorge-
sehener unvermeidlicher Ausgaben | 22500 | — |
| XXI. | | Insgemein | 47 | 15 |
| Summa A. | | | 5850700 | — |
| B. Außerordentliche Ausgaben. | | | | |
| 1. | | Einmalige Entschädigung für die dauernde Uebernahme der Unterhaltung
von Provinzial-Chausséen innerhalb der Gemeindegebiete Lichtenberg,
Schöneberg, Friedenau und Steglitz | 253977 | 04 |
| 2. | | Für die Landirrenanstalt zu Neu-Ruppin VI. Rate | 626843 | 46 |
| 3. | | Zu Bauten an der Anstalt für Epileptische zu Potsdam | 68000 | — |
| 4. | | Für den Bau eines Männerisolirhauses an der Landirrenanstalt zu Sorau
I. Rate | 35579 | 50 |
| Summa B. | | | 984400 | — |
| Dazu A. | | | 5850700 | — |
| Summa der Ausgabe | | | 6835100 | — |
| Die Einnahme beträgt | | | 6835100 | — |

Vorstehender Etat ist von dem Brandenburgischen Provinzial-Landtage in den Sitzungen vom 27. an
Februar bezw. 2. März d. Js. festgestellt worden und wird hierdurch in Gemäßheit des § 101 der Provinzial-
Ordnung vom 29. Juni 1875 zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 31. August 1897.

Der Landes-Direktor der Provinz Brandenburg Freiherr von Manseuffel.

Bekanntmachungen des Königl. Consistoriums der Provinz Brandenburg.

41. Urkunde,
betreffend Errichtung einer evangelischen Kirchengemeinde Johannisthal, Kreis Teltow.

Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Evangelischen Ober-Kirchenraths, sowie nach Anhörung der Theilhaftigen, wird hierdurch Folgendes festgesetzt:

§ 1. Die Evangelischen in Johannisthal, Kreis Teltow, werden aus der Kirchengemeinde Rudow, Diözese Cöln-Land II., ausgepfarrt und zu einer selbstständigen, mit der Kirchengemeinde Rudow pfarramtlich verbundenen Kirchengemeinde vereinigt.

§ 2. Die für Rudow in Geltung befindlichen Gebührentaxen bleiben bis auf Weiteres auch für die Kirchengemeinde Johannisthal in Kraft.

§ 3. Diese Urkunde tritt mit dem 1. September 1897 in Kraft.

Berlin, Potsdam,
den 21. August 1897. den 26. August 1897.
Königliches Consistorium Königl. Regierung,
der Provinz Brandenburg, Abtheilung für Kirchen-
Abtheilung Berlin. und Schulwesen.

42. Die unter dem Patronate des Domkapitels zu Brandenburg a. O. stehende Pfarrstelle zu Barnewitz,

Diözese Dom Brandenburg, kommt durch die Emeritierung des Pfarrers Heydler am 1. November d. Js. zur Erledigung.

Personal-Chronik.

Des Kaisers und Königs Majestät haben den Lokal-Domänen-Verwalter, Regierungs-Sekretär a. D. Hermann Stegert in Potsdam den Charakter als „Rechnungs Rath“ zu verleihen geruht.

An Stelle des verstorbenen Majors von Kurwsky ist dem Hauptmann von Lieber mittels Allerhöchster Ordre vom 18. August 1897 der Berliner Offiziersdistrikt II. übertragen worden. Seine Wohnung befindet sich in Berlin, Potsdamerstraße 6.

Im Kreise Ostprignitz ist der Rittergutsbesitzer von Karstedt in Freßdorf von Neuem zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 8 — Freßdorf — ernannt worden.

An Stelle des verstorbenen Amtsvorstehers Schrimpf in Lehnin ist der Forstmeister von Döhl zu Lehnin vom 19. Juni 1897 ab nebenamtlich mit der Besorgung der domänenfiskalischen und fiskalischen Kirchenpatronats- u. Geschäfte in den Ortschaften: Bockow, Crielow, Dahmsdorf, Damelatz, Ders, Drenow, Freienthal, Gohlisdorf, Götz, Lehnin, Raltshausen, Michelsdorf, Namitz, Neßow, Phöben, Rödel, Schernigow und Schwiena, außerdem bezüglich der fiskalischen Gewässer: Mühlensee, Gohlisee, Klostersee,

Colpinsee, Champsee, Strenggraben bei Ramis, Regen- und Moorsee, Niegersee und Havel in den Grenzen des Bezirks beauftragt worden.

Die Civilanwärter Henschel und Lüd sind zu Regierungsupernumeraren ernannt worden.

Die Försterstelle Schwärze in der Oberförsterei Biesenthal ist vom 1. Oktober d. J. ab dem Förster Herzbruch — in der Oberförsterei Menz — übertragen worden.

Der in der Oberförsterei Biesenthal beschäftigte Forstausscher Hinz ist zum Förster ernannt worden unter gleichzeitiger Uebertragung der Försterstelle Roosen in der Oberförsterei Menz vom 1. Oktober d. J. ab.

Der bisherige wissenschaftliche Hülfslehrer Paul Stamm ist als Oberlehrer an der Realschule in Potsdam angestellt worden.

Die Lehrerin Elisabeth Adam ist als Lehrerin an der St. Hedwigs-Pfarrschule in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Berlin.

Im Laufe des Monats August 1897 sind:
ernannt: zum Ober-Postdirectionssekretär der Postsekretär Dreßler, zu Ober-Postassistenten die Postassistenten Bachmayer, Karl Berndt, Berwig, Hermann Franke, Karl Hasse, Hauf, Theodor Lange, Päsck in Charlottenburg, Robert Pfeiffer, Pletsch, Röbriht, Emil Witte;

angestellt: als Postsekretäre die Postpraktikanten

Lieber aus Trier in Charlottenburg, Naguschewski aus Halle (Saale) in Nirdorf, als Postassistenten der Postassistent Fredrich, die Postanwärter Rahner, Reichert, als Telegraphenassistent der Telegraphenanzwärter Scharlee;

versezt: von Berlin der Postsekretär Groß nach Charlottenburg, die Postassistenten Th. H. Thomsen nach Hadersleben, Trakandt nach Podelzig, nach Berlin die Postsekretäre Behne von Nirdorf, Stöcker von Constantinopel, der Postverwalter Baade von Podelzig (unter Ernennung zum Postassistenten);

in den Ruhestand getreten: die Postsekretäre Ulbrich, Wille, die Telegraphengehilfen Klinka (f. W. Gr. Lichterfelde);

gestorben: Telegraphendirektor a. D. Dettinger, Rechnungsrath Mahlke, Ober-Postsekretär Sorge, Postsekretär Lauterbach, Postsekretär a. D. Zipler, Ober-Postassistent Scheel.

Personal-Veränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Potsdam.

Ernannt sind der Postsecretair Heidenreich in Potsdam und der Telegraphensecretair Jasper in Potsdam zu Ober-Postdirectionssecretairen, der Postassistent Dettmann in Potsdam zum Bureauassistenten und der Postassistent Lohff in Cöpenitz zum Ober-Postassistenten.

Versezt ist der Ober-Postassistent Binkowsky von Brandenburg (Havel) nach Lindow (Mark) unter Ernennung zum Postverwalter.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
auf. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--|--------------------------------------|------------------------|---|--|---|--|
| | 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | | | | |
| 1 | Anton Karman, | Müller und Buchbinder, | geboren am 8. Oktober 1870 zu Gradzen, Bezirk Mies, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | schwerer Diebstahl (drei Jahre 6 Monate Zuchthaus laut Erkenntniß vom 22. Dezember 1893), | Königlich bayerisches Bezirksamt Dornau-Mörth, | 19. Juni 1897. |
| 2 | Heinrich Winkler, | Schreiner, | geboren am 22. Juli 1861 zu Oberstraß, Kanton Zürich, ortsbürgerlich zu Russikon, ebendaselbst, | Hehlerei und versuchte Gefangenenerkennung (3 Jahre 6 Monate Gefängniß laut Erkenntniß vom 17. Januar 1894), | Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Freiburg, | 10. Juli 1897. |
| b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | | |
| 1 | Karl Divischel, | Schneider, | geboren am 28. August 1866 zu Pilsen, Böhmen, ortsbürgerlich ebendaselbst, | Betteln, | Königlich preussischer Polizei-Präsident zu Berlin, | 28. April 1897. |
| 2 | Jean Kleiner, | Buchbinder, | geboren am 9. Juli 1846 zu Hedingen, Bezirk Affoltern, Kanton Zürich, Schweiz, | Landstreichen und Betteln, | Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Mannheim, | 22. Juli 1897. |

| Auf. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Verurtheilung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum der Ausweisungs-Beschlüsse. |
|----------|------------------------------------|--|---|---|-----------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 3 | Wenzel Fous,
Wegger und Brauer, | ortsangehörig zu Af-
follern,
geboren am 3. Mai
1860 zu Königssee,
Bezirk Neuhaus, Böh-
men, ortsangehörig
ebendaselbst, | Landstreichen, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Laufen, | 15. Juli
1897. |
| 4 | Albin Klinger,
Tischlergehilfe, | geboren am 1. März
1846 zu Oberalfstadt,
Bezirk Trantenau,
Böhmen, ortsangehörig
ebendaselbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Bautzen, | 28. Juni
1897. |
| 5 | Franz Lenja, Kellner, | geboren am 1. Januar
1863 zu Groß-Ranis-
scha, Ungarn, ortsan-
gehörig zu Karlsbad,
Komitat Agram, Kro-
atien, | Betteln, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Gries-
bach, | 2. Juli
1897. |
| 6 | Karl Schöner,
Kommis, | geboren am 11. August
1859 zu St. Veit,
Bezirk Baden, Nieder-
Oesterreich, ortsange-
hörig ebendaselbst, | Landstreichen, | Stadtmagistrat
Nürnberg, Bayern, | 14. Juli
1897. |
| 7 | Heinrich Wefels,
Schuhmacher, | geboren am 10. Mai
1835 zu Warden, Nie-
derlande, niederländi-
scher Staatsangehörig., | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Danabrad, | 24. Juli
1897. |
| 8 | Adam Gasta,
Schirmmacher, | geboren am 12. De-
zember 1872 zu Pats-
ka, Ungarn, österrei-
chisch-ungar. Staats-
angehöriger, | Landstreichen, Betteln,
Verufsbeleidigung und
grober Unfug, | Stadtmagistrat
Neu-Ulm, Bayern, | 27. Juli
1897. |
| 9 | Josef Hugauf,
Hafner, | geboren am 18. März
1878 zu Eisenstadt,
Ungarn, österreichisch-
ungarischer Staatsan-
gehöriger, | Landstreichen, Betteln und
Gebrauch gefälschter Ur-
kunden, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Colmar, | 29. Juli
1897. |
| 10 | Wilhelm Mihatsch,
Büdergesell, | geboren am 16. Februar
1842 zu Freudenthal,
Oesterreich, österreichi-
scher Staatsangehör., | Betteln, | Polizei-Behörde. zu
Hamburg, | 28. Juli
1897. |

Hierzu Sechs Oeffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Öffentlicher Anzeiger (Nr. 6)

zum 37ten Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 10. September 1897.

Polizeiliche Angelegenheiten.

166. Gegen den unten beschriebenen Hausdiener Theodor Engel, geboren 4. Januar 1879 zu Berlin, welcher flüchtig ist und sich verborgen hält; ist die Untersuchungshaft wegen öffentlicher Beleidigung und Sachbeschädigung verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichts-Gefängnis abzuliefern unter Anschuldigung der unterzeichneten Behörde zu den Akten J. 1 F. 399/97.

Berlin, den 2. September 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

Beschreibung. Alter: 18 Jahre, Größe: 1 M.

75,5 Cm., Statur: kräftig, Haare: hellbraun, Stirn: schmal, hoch, Augenbrauen: hellbraun, Augen: blau, Nase: hervorstehend, Mund: gewöhnlich, Zähne: vollständig, Rinn: oval, Gesicht: länglich oval, Gesichtsfarbe: blaß, Sprache: deutsch. Besondere Kennzeichen: Sommersprossen im Gesicht, rothe Hände.

167. Gegen den Gipsfigurenhändler Gonzaleso Congieri, geb. am 29. September 1874 zu Burgo in Italien, welcher sich verborgen hält, soll eine durch Urtheil des Königl. Schöffengerichts II. zu Berlin vom 2. August 1897 erkannte Geldstrafe von 96 M. ev. 8 Tage Haft vollstreckt werden. Es wird ersucht, die Strafe im Betrugsfalle zu vollstrecken und uns zu XL E. 210/97 Nachricht zu geben.

Berlin, den 31. August 1897.

Königliches Amtsgericht II. Abtheilung XI.

168. Gegen den unten beschriebenen Schlossergesellen Otto Deiter, geboren am 24. Juli 1876 zu Schoeneberg bei Berlin, zuletzt in Wittenberge, welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen einfachen Diebstahls in 2 Fällen, sowie wegen schweren Diebstahls verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichts-Gefängnis abzuliefern und hierher zu III. J. 600/97 Nachricht zu geben.

Neu-Magpin, den 2. September 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft.

Beschreibung. Alter: 21 Jahre, Größe: 1 M.

65 Cm., Statur: schlank, Haare: blond, Bart: Schnurrbart im Entstehen, Augenbrauen: blond, Augen: blau, Nase: spitz, Zähne: Schneidezähne fehlen, Rinn: spitz, Gesicht: länglich, Gesichtsfarbe: blaß. Besondere Kennzeichen: tätowirt an Armen, Brust und Beinen.

Kleidung: graues Jacket, graue Hosen, blaue Blouse, schwarz und weißes halbseidenes Halstuch, schwarzer Schlapphut.

169. Gegen den Musiker Karl Adalbert Kropf aus Sonnenburg, geboren am 10. März 1868 zu Schwarzwald, Kreis Ost-Sternberg, ist die Untersuchungs-

haft wegen Diebstahls vom Königl. Amtsgericht hieselbst verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und an das Amtsgericht des Ergreifungsortes abzuliefern, auch hierher Nachricht zu den Akten Pr. L. Nr. 43 96 zu geben.

Sonnenburg, den 6. September 1897.

Der Amtsanwalt.

170. Gegen den Arbeiter Bernhard Libera, geboren am 5. August 1874 zu Ruhnuu, Kreis Kreuzburg D.-Sch., früher hier, ist die Untersuchungshaft wegen Körperverletzung verhängt. Derselbe ist festzunehmen und in das nächste Gerichts-Gefängnis einzuliefern.

Tangermünde, den 2. September 1897.

Der Amtsanwalt.

171. Der hinter die Frau Franziska Kuffel, zuletzt in Rehsfeld wohnhaft gewesen, am 4. Oktober 1869 zu Jungen, Kreis Schwes, geboren, katholisch, unter dem 5. Februar 1897 in den Akten D. 87 96 erlassene Steckbrief wird hierdurch erneuert.

Neu-Magpin, den 4. September 1897.

Königliches Amtsgericht.

172. Der hinter den Handelsmann und Schlächter August Menzel aus Reizen unterm 3. Mai 1897 erlassene Steckbrief ist erledigt.

Wittstock, den 4. September 1897.

Königliches Amtsgericht.

173. Durch bestätigtes kriegsgerichtliches Erkenntnis vom 21. Juli 1897 sind die Füsiliers Max Zucha und Moriz Hermann Günther vom Großherzoglich Mecklenburgischen Füsilier-Regiment Nr. 90 in contumaciam für schuldhaftig erklärt und zu je 200 M. Geldstrafe verurtheilt worden.

Schwerin i. M., den 4. September 1897.

Großherzogliches Contingents-Gericht.

Öffentliche Vorladungen und Aufgebote.

174. Die Wehrpflichtigen: 1) Karl Emil Theodor Katt, geboren am 25. Juli 1874 zu Angermünde, zuletzt aufhaltend zu Brodowin, Kreis Angermünde, 2) Albert Karl Ferdinand Wapdorf, geboren am 14. Juni 1874 zu Vertikow, zuletzt aufhaltend zu Weselitz, Kreis Prenzlau, 3) Rudolf Karl Albert Grischow, geboren am 4. November 1874 zu Frauenhagen, zuletzt aufhaltend zu Polßen, Kreis Angermünde, 4) August Hermann Karl Kurt, geboren am 9. Mai 1874 zu Frauenhagen, zuletzt aufhaltend daselbst, Kreis Angermünde, 5) Otto Gottlieb Friedrich Foy, geboren am 14. Dezember 1874 zu Gollm, zuletzt aufhaltend zu Passow, Kreis Angermünde, 6) Franz Emil Paul Hünze, geboren am 6. November 1874 zu Greiffen-

berg, zuletzt aufhaltend zu Friedrichsfelde, Kreis Angermünde, 7) Friedrich Karl August Courtienne, geboren am 25. September 1874 zu Rüglow, zuletzt aufhaltend daselbst, Kreis Angermünde, 8) Eduard Otto Niethe, geboren am 2. Februar 1874 zu Lunsow, zuletzt aufhaltend daselbst, Kreis Angermünde, 9) Hermann Karl Friedrich Schröder, geboren am 21. Juni 1874 zu Wärow, zuletzt aufhaltend daselbst, Kreis Angermünde, 10) Friedrich Karl Ernst Mohrke, geboren am 29ten September 1874 zu Belsow, zuletzt aufhaltend zu Angermünde, 11) Johann Friedrich Wilhelm Döring, geboren am 11. Oktober 1874 zu Alt-Glitzgen, zuletzt aufhaltend daselbst, Kreis Königsberg N./M., 12) der Kaufmann Gustav Adolf Schwaderer, geboren am 4. Mai 1873 zu Kleinbottwar, Kreis Warbach, zuletzt aufhaltend zu Neu-Kewin, Kreis Ober-Barnim, werden beschuldigt, als Wehrpflichtige in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubniß das Bundesgebiet verlassen oder nach erreichtem militärpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufgehalten zu haben, Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 des St.-G.-B. Dieselben werden auf **den 13. November 1897 Vormittags 9 Uhr** vor die Strafkammer des Königl. Landgerichts zu Prenzlau, Zimmer Nr. 18 zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von den Königl. Herren Landräthen als Civil-Vorsitzenden der Ersatzkommission der Aushebungsbezirke: 1) Angermünde vom 29. April 1897, 2) Königsberg vom 28. Mai 1897, 3) Warbach b./M. vom 20. Januar 1897 über die der Anklage zu Grunde liegenden Thatfachen ausgestellten Erklärungen verurtheilt werden.

Prenzlau, den 11. August 1897.

Der Erste Staatsanwalt.

175. Der Ersatz-Reservist, Knecht Gustav Rudolf Heinrich Böttcher, geboren am 18. April 1869, evangelisch, noch nicht bestraft, zuletzt in Freyenstein wohnhaft, wird beschuldigt, als Ersatzreservist erster Klasse ausgewandert zu sein, ohne von der bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben, Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Reichs-Strafgesetzbuchs. Derselbe wird auf Anordnung des Königl. Amtsgerichts hier selbst auf **den 21. Oktober 1897 Vormittags 9 Uhr** vor das Königl. Schöffengericht zu Meyenburg i. Prignitz zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Königl. Bezirks-Commando zu Perleberg ausgestellten Erklärung verurtheilt werden. Meyenburg, den 15. Juni 1897. Heide, Gerichtschreiber des Königl. Amtsgerichts.

Konkursverfahren.

176. Das Konkursverfahren über den Nachlaß des Schlächtermeisters Heinrich Nade zu Rirdorf wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Rirdorf, den 30. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts. Einladung.

177. Die Herren Mitglieder der Landwirtschaftskammer beehre ich mich auf den durch 63 Mitglieder unterstützten Antrag des Rittergutsbesizers Gravenstein-Sybow gemäß § 10 der Satzungen und § 3 der Geschäftsordnung zu einer am

**Dienstag, den 21. September 1897,
Mittags 12 Uhr,**

im großen Saal des Landeshauses, Rathhausstraße 20/21 stattfindenden Vollversammlung sehr ergebenst einzuladen.

Berlin NW., den 3. September 1897.

Werthestraße 9.

Landwirtschafts-Kammer für die Provinz Brandenburg von Arnim-Güterberg.

Die von Herrn Gravenstein-Sybow beantragte Tagesordnung lautet wie folgt:

- 1) Die Mitglieder genau zu informieren, was die Kammer bisher in der Börsenangelegenheit gethan hat.
- 2) Den Mitgliedern genaue Kenntniß zu geben, wie die Verhandlungen unter der Leitung des Herrn Oberpräsidenten von Arnimbach zwischen den Vertretern der Landwirtschaftskammer und den Herren von der Berliner Börse verlaufen sind. (Hierüber sind nur unverfälschte Zeitungsnachrichten, je nach der politischen Richtung der qu. Zeitungen zur Kenntniß der Landwirthe gelangt.)
- 3) Stellung zur bisherigen Ausführung des Börsengesetzes zu nehmen.
- 4) Eine eingehende Beratung darüber zu halten, ob von den Landwirthen die Wiederherstellung der früheren Börse anzustreben ist, oder ob es angezeigt ist, in Berlin einen größeren Getreidemarkt ins Leben zu rufen, oder eine Verkaufsstelle in größerem Umfange einzurichten.

Verpachtung der Ablage in Flottstelle.

178. Am **Dienstag den 14. September d. J. Vormittags 10 Uhr** soll die Ablage zu Flottstelle auf weitere 6 Jahre öffentlich meistbietend im Liebnitz'schen Locale in Flottstelle verpachtet werden.

Runersdorf b. Michendorf, den 4. September 1897.

Der Oberförster.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 38.

Den 18. September

1897.

Reichs-Gesetzblatt.

- (Stück 38.) **N^o 2413.** Verordnung, betreffend den Verkehr mit Schilddrüsenpräparaten. Vom 19. August 1897.
- N^o 2414.** Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Belgien, betreffend die Aachen-Mast-richter Eisenbahn. Vom 15. April 1897.
- N^o 2415.** Bekanntmachung, betreffend den Beitritt Dänemarks zum internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr und die Ergänzung der zugehörigen Liste. Vom 20. August 1897.

Allerhöchster Erlass.

Auf den Bericht vom 17. Juli d. Js. will Ich der Gemeinde Steglitz im Kreise Teltow auf Grund des Gesetzes vom 11. Juni 1874 (G.-S. S. 221) hiermit das Recht verleihen, zur Herstellung und Unterhaltung der geplanten Entwässerungsanlagen in der projektirten Arndtstraße das im Grundbuche von Steglitz Band 23 Blatt 734 verzeichnete Grundstück mit einer dauernden Beschränkung zu belasten. Die eingereichten Pläne folgen zurück.

An Vord M. J. „Hohenzollern“

Kiel, den 4. August 1897.

gez. Wilhelm R.

ggz. Thielen.

Zugleich für den Minister der geistlichen u. Angelegenheiten. Frhr. von der Rede.

An die Minister der öffentlichen Arbeiten, der geistlichen u. Angelegenheiten und des Innern.

Allerhöchster Erlass.

Auf den Bericht vom 7. August d. Js. will Ich genehmigen, daß der durch die Kabinettsordre vom 31. März 1884 (G.-S. S. 338) von 4½ auf 4 Prozent herabgesetzte Zinsfuß der Anleihe von 256000 M., zu deren Aufnahme die Gemeinde Steglitz im Regierungsbezirk Potsdam durch das Privilegium vom 2. Februar 1881 (G.-S. S. 136) ermächtigt worden ist, fernerweit auf drei und ein halb Prozent herabgesetzt werde, mit der Maßgabe, daß die in dem Privilegium festgesetzte Tilgungsfrist innegehalten werde, sowie daß die noch nicht getilgten Anleihebescheine den Inhabern rechtzeitig für den Fall zu kündigen sind, daß sie der Teltower Kreis-Kommunalkasse zu Berlin, Viktoriastraße 18, nicht bis zu einem von derselben festzusetzenden Termine zur Abkempelung auf 3½ Prozent eingereicht werden. Wilhelmshöhe, den 19. August 1897.

gez. Wilhelm R.

ggz. v. Miquel. Frhr. von der Rede.

An die Minister der Finanzen und des Innern.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

27. Für die Ausführung des mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft tretenden Gesetzes, betreffend die Tagegelber und Reisekosten der Staatsbeamten vom 21. Juni d. J. (G.-S. S. 193), wird Folgendes bestimmt:

- 1) Die Bestimmungen in den Artiteln I. und II. des Gesetzes finden entsprechende Anwendung auf die gemäß der §§ 3 und 4 des Gesetzes vom 24. Februar 1877 (G.-S. S. 15), betreffend die Umzugskosten der Staatsbeamten, bei Verlegung zu gewährenden Tagegelber und Reisekosten.
- 2) Für Dienst- und Verlegungsreisen, welche vor dem 1. Oktober d. J. begonnen und an diesem Tage oder später beendigt werden, sind die Tagegelber und Reisekosten nach den bisherigen Bestimmungen zu gewähren.
- 3) In den Liquidationen, mit deren Vollziehung die Liquidanten die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der tatsächlichen Angaben übernehmen, ist behufs Feststellung der Tagegelber der Beginn und die Beendigung der Dienst- oder Verlegungsreise nach Tag und Stunde genau anzugeben.
- 4) Bei Reisen, welche mit der Eisenbahn, der Post oder mit dem Dampfschiff begonnen oder beendigt werden, ist vorbehaltlich der Bestimmung unter Ziffer 5, Absatz 2, für die Hin- und Rückreise die fahrplanmäßige Abgangs- und Ankunftszeit an den Eisenbahn- und Poststationen oder Anlegeplätzen maßgebend. Verspätungen kommen nur insoweit in Betracht, als sie besonders nachgewiesen werden.
- 5) Bei Reisen, welche nicht mit der Eisenbahn, der Post oder dem Dampfschiff ausgeführt werden, gilt als Zeitpunkt für den Beginn oder die Beendigung die Stunde des Verlassens und des Wiederbetretens der Wohnung.

Dasselbe gilt, wenn die Entfernung zwischen der Ortsgrenze des Wohnorts und dem zugehörigen Bahnhof oder Anlegeplatz mehr als 2 km beträgt.

- 6) Bezüglich des Antritts der Reise, der Benutzung der verschiedenen Transportmittel, der Reiseunterbrechungen u. ist nach den Vorschriften des durch Circular-Verfügung vom 29. November 1895 (R. M. I. 19265 u.) mitgetheilten Staatsministerialbeschlusses vom 30. Oktober 1895 zu verfahren. Dabei wird bemerkt, daß die nach **N^o 3** des Beschlusses den Beamten obliegende Verpflichtung zur Benutzung von Schnell- und Durchgangs-(D-)Zügen nach Herabsetzung der seitherigen Kilometergelber

sich auf diejenigen Beamten zu erstrecken hat, welche für das Kilometer künftig 7 Pf. oder mehr zu beanspruchen haben.

- 7) Darüber, unter welchen Umständen von den Beamten bei ihren Dienstreisen Kleinbahnen zu benutzen, und welche Reisekostenvergütungen in solchen Fällen zu gewähren sind (Artikel I. § 4 Nr. III. des Gesetzes), ergeht besondere Verfügung.
- 8) Nach Artikel V. des Gesetzes ermäßigen sich die Tagegelder- und Reisekostensätze, welche in den vor

Erlaß desselben für einzelne Dienstzweige oder Dienstgeschäfte ergangenen besonderen gesetzlichen oder sonstigen Vorschriften über Dienstreisen der Beamten festgesetzt sind, soweit sie die im Artikel I. des Gesetzes bestimmten Sätze überschreiten, auf den Betrag dieser letzteren.

Im übrigen bleiben die betreffenden bisher ergangenen Sonderbestimmungen in Kraft.

Wiesbaden und Berlin, den 1. September 1897.
Der Finanz-Minister. Der Minister des Innern.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungspräsidenten.

208.

Nachweisung

der im Regierungsbezirk Potsdam vorgekommenen Landesverweisungen im II. Vierteljahr 1897.

| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | 7. | 8. | 9. | 10. |
|----------|--------------------------------------|-------------------------------|---------------------|----------------------|------------------|----------|--|----|-------------|
| Lfd. Nr. | Die Ausweisung ist erfolgt im Kreise | von der Polizeiverwaltung in | Des Ausgewiesenen | | | | Tag des Urtheils oder der polizeilichen Ausweisungsverfügung | | Bemerkungen |
| | | | Vor- und Name | Heimaths-ort | Geburts-ort | Stand | | | |
| 1. | Osthavel-land | Polizeiverwaltung Nauen | Adam Piez | Verkobnye (Rußland) | Arbeits- hursche | 15 | 5. April 1897. | | |
| 2. | do. | do. | Josef Urbaptis | Ponyky bei Suwalki | Arbeiter | 24 | 4. Mai 1897. | | |
| 3. | Westhavel-land | Polizeiverwaltung Rathenow | Franziska Cysowska | Kameschny (Galizien) | Dienst- mädchen | 18 o. 19 | 30. Juni 1897. | | |
| 4. | Teltow | Polizeiverwaltung Mittenwalde | Emilie Drusco- viik | Galzdonia | Arbeiter | 21 | 23. Juli 1897. | | |

Potsdam, den 8. September 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

209. Den Behörden der inneren Verwaltung sowie den Magisträten werden, soweit es noch nicht geschehen ist, Exemplare der von den Herren Ministern des Innern und der Finanzen unterm 12. August d. J. getroffenen Anordnungen wegen Vereinfachung des Geschäftsganges und Verminderung des Schreibwerkes zugehen.

Etwaiger Mehrbedarf dieses Rundlasses ist durch die Buchdruckerei von Julius Sittenfeld — Berlin W. Mauerstraße 44 — innerhalb 14 Tagen zum Preise von 60 Pf. für 100 Exemplare (ausschl. Porto und Verpackung) zu beziehen.

Potsdam, den 9. September 1897.

Der Regierungspräsident.

Erhöhung der Vorspannvergütungssätze.

210. Die vom Bundesrath festgestellten Vergütungssätze für geleisteten Vorspann werden auf Grund des § 4 Artikel II. des Gesetzes vom 21. Juni 1887 — R. G. Bl. S. 245 — und des § 9 der dazu erlassenen Instruktion vom 30. August 1887 — R. G. Bl. S. 433 — für die Monate August und September d. J. für die Kreise Niederbarnim, Oberbarnim, Jüterbog-Luckenwalde und Rappin

von 7 M. auf 8,40 M. für den Einspanner,

von 10,50 M. auf 12,60 M. für den Zweispänner und

von 3,50 M. auf 4,20 M. für jedes weitere Pferd erhöht.

Potsdam, den 11. September 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

211. Der Vertrauensmann für den Bezirk I. der Sektion I. der Verufsgenossenschaft der chemischen Industrie, umfassend die Stadtkreise Berlin und Charlottenburg, sowie die Kreise Niederbarnim und Teltow, Director L. Schmidt zu Berlin und der stellvertretende Vertrauensmann für den Bezirk II., umfassend den Regierungsbezirk Potsdam mit Ausschluß vorgenannter Kreise, F. Sponnagel zu Freienwalde a./D. legen am 1. Oktober d. J. ihre Ämter nieder.

Zum Nachfolger des Directors L. Schmidt ist der bisherige fünfte Stellvertreter desselben, Paul Bunte zu Berlin, Dresdenerstr. 42, und an Stelle des Regieren A. Gerold i. F. Treu und Ruglisch hier, Dreyßstraße 5, gewählt worden, während an Stelle des F. Sponnagel Dr. Paul Biermann in Briezen a./D. zum stellvertretenden Vertrauensmann für den Bezirk II. der Sektion I. genannter Verufsgenossenschaft ernannt ist.

Potsdam, den 13. September 1897.

Der Regierungspräsident.

Verbreiten.

212. Ausgebrochen:

a. Milzbrand: Kreis Teltow: bei einer Kuh des Gutes Mariensfelde. h. Maul- und Klauenseuche: Kreis Ostprignitz: bei 64 Kindern des Rittersgutspächters Viebig in Horst, 4 Kindern des Gastwirths Raping in Liebenthal und unter dem Rindviehbestande des Bauern Selle in Dahlhausen. c. Pferdepest: Kreis Teltow: unter dem Pferde-

bestande des Ackerbürgers Gustav Lehmann in Teltow d. Gänsecholera: Kreis Westhavelland: in Liegow unter der Herde der Handelsleute Schulz und Jahnke aus Kyritz; Kreis Osthavelland: bei einer Gans des Handelsmanns Wittenbecher in Rauen.

Erloschen:

a. Milzbrand: Kreis Teltow: unter den Kindern des Gutes Briz. b. Maul- und Klauenseuche: Kreis Ostprignitz: bei den Schweinebeständen des Gutsbesizers Becker und des Eigentümers Böhmer in Blandikow, sowie den Rindviehbeständen des Bauern Raping und des Halbbauern Relig in Blumenthal.

Potsdam, den 14. September 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Berliner und Charlottenburger Preise für den Monat August 1897.

60. A. Engros-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

| | | |
|------|------------|----------|
| 1 Dz | Weizen | (gut) |
| " " | do. | (mittel) |
| " " | do. | (gering) |
| " " | Roggen | (gut) |
| " " | do. | (mittel) |
| " " | do. | (gering) |
| " " | Gerste | (gut) |
| " " | do. | (mittel) |
| " " | do. | (gering) |
| " " | Erbsen | (gut) |
| " " | do. | (mittel) |
| " " | do. | (gering) |
| " " | Hafer. | (gut) |
| " " | do. | (mittel) |
| " " | do. | (gering) |
| " " | Nichtstroh | |
| " " | Heu | |

Preise
waren nicht
zu ermitteln.

Preise
im freien
Berliner
Verkehr.

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag für 50 Klgr.

Hafer 8,41 Mk., Stroh 2,79 Mk., Heu 3,42 Mk.

B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

| | | | | | |
|---------|---------------------------|----|------|----|-----|
| 1 Dz | Erbsen (gelbe z. Kochen) | 29 | Mark | — | Pf. |
| " " | Speisebohnen (weiße) | 35 | " | — | " |
| " " | Linzen | 42 | " | 50 | " |
| " " | Kartoffeln | 6 | " | 47 | " |
| 1 Klgr. | Rindfleisch (v. d. Keule) | 1 | " | 35 | " |
| 1 " | do. (Bauchfleisch) | 1 | " | 10 | " |
| 1 " | Schweinefleisch | 1 | " | 36 | " |
| 1 " | Kalbfleisch | 1 | " | 34 | " |
| 1 " | Lammfleisch | 1 | " | 30 | " |
| 1 " | Speck (geräuchert) | 1 | " | 40 | " |
| 1 " | Eibutter | 2 | " | 20 | " |
| 60 Stck | Eier | 3 | " | 11 | " |

2) In Charlottenburg:

| | | | | | |
|---------|---------------------------|----|------|----|-----|
| 1 Dz | Erbsen (gelbe z. Kochen) | 32 | Mark | 50 | Pf. |
| " " | Speisebohnen (weiße) | 35 | " | — | " |
| " " | Linzen | 42 | " | 50 | " |
| " " | Kartoffeln | 5 | " | 23 | " |
| 1 Klgr. | Rindfleisch (v. d. Keule) | 1 | " | 40 | " |
| 1 " | do. (Bauchfleisch) | 1 | " | 05 | " |
| 1 " | Schweinefleisch | 1 | " | 40 | " |
| 1 " | Kalbfleisch | 1 | " | 30 | " |
| 1 " | Lammfleisch | 1 | " | 30 | " |
| 1 " | Speck (geräuchert) | 1 | " | 45 | " |
| 1 " | Eibutter | 1 | " | 90 | " |
| 60 Stck | Eier | 2 | " | 20 | " |

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats August 1897:

1) In Berlin:

| | | | |
|---------|-----------------------------------|----|-------------|
| 1 Klgr. | Mehl z. Speisebereitung a. Weizen | 33 | Pf. |
| 1 " | desgl. a. Roggen | 27 | " |
| 1 " | Gerstengraupe | 35 | " |
| 1 " | Gerstengröße | 33 | " |
| 1 " | Buchweizengröße | 38 | " |
| 1 " | Hafergröße | 38 | " |
| 1 " | Hirse | 38 | " |
| 1 " | Reis (Java, mittler) | 60 | " |
| 1 " | Java-Kaffee (mittler, roh) | 3 | Mark 10 Pf. |
| 1 " | " (gelb in gebr. Bohnen) | 4 | Mark 27 Pf. |
| 1 " | Speisesalz | 20 | " |
| 1 " | Schweineschmalz (hiefiges) | 1 | Mark 15 " |

2) In Charlottenburg:

| | | | |
|---------|-----------------------------------|----|-------------|
| 1 Klgr. | Mehl z. Speisebereitung a. Weizen | 37 | Pf. |
| 1 " | desgl. a. Roggen | 31 | " |
| 1 " | Gerstengraupe | 53 | " |
| 1 " | Gerstengröße | 35 | " |
| 1 " | Buchweizengröße | 40 | " |
| 1 " | Hafergröße | 43 | " |
| 1 " | Hirse | 35 | " |
| 1 " | Reis (Java, mittler) | 53 | " |
| 1 " | Java-Kaffee (mittler, roh) | 2 | Mark 20 Pf. |
| 1 " | " (gelb in gebr. Bohnen) | 3 | Mark — Pf. |
| 1 " | Speisesalz | 15 | " |
| 1 " | Schweineschmalz (hiefiges) | 75 | " |

Königliches Polizei-Präsidium. Erste Abteilung.
Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

64. Der Fernsprechverkehr mit Hartzburg, Goslar und Braunlage ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt 1 Mark.

Berlin C., 10. September 1897.

Kaiserliche Ober-Postdirection. In Vertretung Buschow.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

65. Zum 1. Oktober wird das Postamt III. in Basdorf (Bz. Potsdam) in eine Postagentur umge-

wandelt und in Bezug auf den Betriebsverband und die Rechnungslegung dem Postamt in Französisch-Buchholz zugetheilt. Eine Aenderung im Gange der Posten tritt aus diesem Anlaß nicht ein.

Potsdam, den 9. September 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor Gürtler.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

Urkunde,

betreffend die Errichtung einer dritten Pfarrstelle in der evangelischen Immanuel-Kirchengemeinde zu Berlin.

42. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Evangelischen Ober-Kirchenraths, sowie nach Anhörung der Betheiligten, wird von den unterzeichneten Behörden hierdurch Folgendes festgesetzt:

§ 1. In der evangelischen Immanuel-Kirchengemeinde zu Berlin wird eine Dritte Pfarrstelle errichtet.

§ 2. Diese Urkunde tritt mit dem 1. September 1897 in Kraft.

| | |
|---|---|
| Berlin,
den 20. August 1897.
Königliches Consistorium
der Provinz Brandenburg,
Abtheilung Berlin. | Berlin,
den 28. August 1897.
Der
Königliche Polizei-Präsident. |
|---|---|

Urkunde,

betreffend die Errichtung einer dritten Pfarrstelle in der evangelischen Christus-Kirchengemeinde zu Berlin.

43. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Evangelischen Ober-Kirchenraths, sowie nach Anhörung der Betheiligten, wird von den unterzeichneten Behörden hierdurch Folgendes festgesetzt:

§ 1. In der evangelischen Christus-Kirchengemeinde zu Berlin wird eine dritte Pfarrstelle errichtet.

§ 2. Diese Urkunde tritt mit dem 1. September 1897 in Kraft.

| | |
|--|---|
| Berlin, den 20. August 1897.
Königliches Consistorium
der Provinz Brandenburg,
Abtheilung Berlin. | Berlin, den 28. August 1897.
Der Königliche Polizei-Präsident. |
|--|---|

Urkunde,

betreffend die Errichtung einer dritten Pfarrstelle in der evangelischen Heilands-Kirchengemeinde zu Berlin.

44. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Evangelischen Ober-Kirchenraths, sowie nach Anhörung der Betheiligten, wird von den unterzeichneten Behörden hierdurch Folgendes festgesetzt:

§ 1. In der evangelischen Heilands-Kirchengemeinde zu Berlin wird eine dritte Pfarrstelle errichtet.

§ 2. Diese Urkunde tritt mit dem 1. September 1897 in Kraft.

| | |
|--|---|
| Berlin, den 23. August 1897.
Königliches Consistorium
der Provinz Brandenburg,
Abtheilung Berlin. | Berlin, den 30. August 1897.
Der Königliche Polizei-Präsident. |
|--|---|

Urkunde,

betreffend die Errichtung einer zweiten Pfarrstelle in der evangelischen Samariter-Kirchengemeinde zu Berlin.

45. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Evangelischen Ober-Kirchenraths, sowie nach Anhörung der Betheiligten, wird von den unterzeichneten Behörden hierdurch Folgendes festgesetzt:

§ 1. In der evangelischen Samariter-Kirchengemeinde zu Berlin wird eine zweite Pfarrstelle errichtet.

§ 2. Diese Urkunde tritt mit dem 1. September 1897 in Kraft.

| | |
|--|---|
| Berlin, den 23. August 1897.
Königliches Consistorium
der Provinz Brandenburg,
Abtheilung Berlin. | Berlin, den 30. August 1897.
Der Königliche Polizei-Präsident. |
|--|---|

46. Die unter Königlichem Patronate stehende Pfarrstelle zu Neu-Schadow, Diözese Storkow, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Schuppan am 1. Oktober d. J. zur Erledigung. Die Wiederbesetzung steht im vorliegenden Falle dem Kirchenregiment zu.

47. Die unter königlicher Kollatur stehende Ober-Pfarrstelle an der St. Nicolai-Kirche zu Jüterbog, Diözese gleichen Namens, kommt durch die Versetzung des bisherigen Inhabers, des Oberpfarrers Blau, demnächst zur Erledigung. Die Wiederbesetzung erfolgt durch Gemeindevahl nach dem Pfarrwahlgesetze vom 15. März 1886 — R.-G. u. B.-Bl. S. 39. — Bewerbungen sind schriftlich bei dem Kgl. Consistorium einzureichen.

Bekanntmachungen der Königlichen Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung.

7. Die am 1. Oktober 1897 fälligen Zins-scheine der Preussischen Staatsschulden werden bei der Staatsschulden-Tilgungskasse — W. Taubenstraße 29 hieselbst —, bei der Reichsbank-Hauptkasse, den Regierungshauptkassen, den Kreis-kassen und den übrigen mit der Einlösung betrauten Kassen und Reichsbankanstalten **vom 21. d. M. ab eingelöst**. Auch werden die am 1. Oktober 1897 fälligen Zins-scheine der von uns verwalteten Eisenbahn-Anleihen, mit Ausnahme der nachstehend besonders erwähnten Schuldgattungen, bei den vorbezeichneten, sowie bei den auf diesen Zins-scheinen vermerkten Zahlstellen **vom 21. d. M. ab eingelöst**.

Die Zins-scheine der nach unserer Bekanntmachung vom 16. März 1896 vom 1. April 1896 ab in unsere Verwaltung gekommenen Anleihen der Saal- und der Berra-Eisenbahn-Gesellschaft werden auch in Zukunft nur bei den bisherigen Einlösungstellen eingelöst.

Die Zins-scheine sind nach den einzelnen Schuld-gattungen und Werthabschnitten geordnet den Ein-lösungstellen mit einem Verzeichniß vorzulegen, welches die **Stückzahl** und den **Betrag** für jeden Werth-abschnitt angiebt, ausgerechnet ist und des Einliefernden Namen und Wohnung ersichtlich macht.

Wegen Zahlung der am 1. Oktober fälligen Zinsen für die in das **Staatsschuldbuch** eingetragenen Forderungen bemerken wir, daß die **Zusendung** dieser Zinsen mittels der **Post**, sowie ihre Gutschrift auf den Reichsbank-Girokonten der Empfangsberechtigten zwischen dem **17. September** und **8. Oktober** erfolgt, die **Baanzahlung** aber bei der **Staatsschulden-Tilgungskasse** am **17. September**, bei den **Regierungs-Hauptkassen** am **24. September** und bei den sonstigen außerhalb Berlins damit betrauten Kassen am **27. September** beginnt.

Die **Staatsschulden-Tilgungskasse** ist für die **Zinszahlungen** werktäglich von 9 bis 1 Uhr mit **Ausschluß** des vorliegenden Werttages in jedem Monat, am letzten Werttage des Monats aber von 11 bis 1 Uhr geöffnet.

Die **Inhaber Preussischer Konsols** machen wir **wiederholt** auf die durch uns veröffentlichten „**Ämtlichen Nachrichten über das Preussische Staatsschuldbuch**“ aufmerksam, deren **6. Ausgabe** durch jede **Buchhandlung** für **40 Pf.** oder von dem **Verleger J. Guttentag** in **Berlin** durch die **Post** frei für **45 Pf.** zu beziehen ist.

Berlin, den 6. September 1897.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

7. Bis zum Ablauf dieses Jahres wird für diejenigen Materialien in Wagenladungen von 5 und 10 t, welche zur Wiederherstellung der durch das diesjährige Hochwasser in der Provinz Schlessen beschädigten Gebäude oder Anlagen bestimmt sind, auf den preussischen Staatsbahnen ein **Frachtnachlaß** von **50 %** der regelmäßigen Fracht gewährt. Die **Frachtermäßigung** tritt im **Rückvergütungswege** ein, wenn spätestens bis zum **1. Januar 1898** unter Vorlage des **Original-Frachtbriefes** durch eine **Bescheinigung** des **Kreislandrathes** oder des betreffenden **Gemeinde-Vorstehers** der **Königlichen Eisenbahndirektion Breslau** der **Nachweis** erbracht wird, daß die beförderten Sendungen zur **Wiederherstellung**

der durch die Hochwasserfluthen zerstörten oder beschädigten Gebäude unter **Brachtung** der **Anweisungen** der **Kreisbehörde** Verwendung gefunden haben.

Bromberg, den 5. September 1897.

Königliche Eisenbahndirektion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirektion zu Berlin.

Ausnahmetarif für Düngemittel und Rohmaterialien der **Kunst-dünger-Fabrikation**.

29. Die gemäß unserer Bekanntmachung vom **24. August d. J.** mit **Gültigkeit** vom **1. September d. J.** ab bewirkte **Einbeziehung** der **Neustadt-Gogoliner Eisenbahn** in den **Ausnahmetarif** für **Düngemittel** und **Rohmaterialien** der **Kunstdüngerfabrikation** hat nur **Geltung** für den **Binnenverkehr** der genannten Eisenbahn.

Berlin, den 8. September 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion

zugleich namens der beteiligten Verwaltungen.

Personal-Chronik.

Im **Kreise Westhavelland** ist der **Rittergutspächter** **Bertram zu Buschow** zum **Amtsvorsteher-Stellvertreter** des **Amtsbezirks 12 — Buschow** — ernannt worden.

Im **Kreise Prenzlau** ist der **Rittergutsbesitzer**, **Rittmeister a. D. von Wedell** zu **Kugerow** von **Neuem** zum **Amtsvorsteher** des **Amtsbezirks 10 — Taschenberg** — ernannt worden.

Der **Forstmeister Göcker** ist vom **1. Oktober d. J.** ab zum **Forstamtsanwalt** bei dem **Königlichen Amtsgericht Storkow** für den **Forstbezirk Friedersdorf** ernannt worden.

Der **Königliche Kreisbauinspektor Voelcker** in **Wittstock** ist vom **1. Oktober d. J.** ab mit der **Verwaltung** der **Stelle** eines **technischen Mitgliedes** der **Königlichen Ministerialbaukommission** in **Berlin** betraut worden. Die **Kreisbauinspektion Wittstock** wird inzwischen durch den **Regierungsbaumeister Malachowski** verwaltet.

Der **wissenschaftliche Hilfslehrer Zander** ist als **Oberlehrer** am **Gymnasium** in **Deutsch-Wilmersdorf** angestellt worden.

Der **Schulvorsteherin** **Frau Klara Hefling** ist die **Erlaubniß** zur **Errichtung** und **Leitung** eines mit ihrer **höheren Privat-Mädchenschule** verbundenen **Lehrerinnenseminars** in **Berlin**, **Schönebergerstraße 3** erteilt worden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
auf. Nr. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Verurteilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-----------------|--------------------------------------|-------------------|-------------------------------|---|--|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |

Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:

| | | | | | |
|---|---------------------------------|---|----------------------------|---|------------------|
| 1 | Moses Monderer,
Handelsmann, | geboren am 15. Oktober 1844 zu Glinick, Bezirk Bielitzka, Galizien, ortsangehörig zu Radziszow, Bezirk Podgorze, ebendasselbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 7. Juli
1897. |
|---|---------------------------------|---|----------------------------|---|------------------|

| Nr.
Lauf. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--------------|---|---|---|--|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 2 | Elias Neuger,
Tagelöhner, | geboren im Jahre 1837
zu Horwize, Bezirk
Podgorze, Galizien,
ortsangehörig zu Rad-
zisow, ebendaselbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Oypeln, | 7. Juli
1897. |
| 3 | Mathias Scheseder,
Müller, | geboren am 14. Februar
1842 zu Hembart, Be-
zirk Braunau, Böh-
men, ortsangehörig
ebendaselbst, | Betteln, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Ober-
dorf, | 14. Juli
1897. |
| 4 | Johann Schmitz,
Müller und Bäcker, | geboren im Jahre 1868
zu Patasfalva, Komitat
Bos, Ungarn, ortsan-
gehörig ebendaselbst, | Landstreichen, Benutzung
eines gefälschten Arbeits-
buches und falsche Na-
mensangabe, | Königlich bayerische
Polizei-Direktion
München, | 10. Juli
1897. |
| 5 | Johann Wimmer,
Arbeiter, | geboren am 11. März
1877 zu Waltersdorf,
Oesterreich, ortsange-
hörig ebendaselbst, | Landstreichen, Betteln und
Gebrauch eines falschen
Namens, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Magdeburg, | 7. Juli
1897. |
| 6 | Johann Johne,
Arbeiter, | geboren am 8. Sep-
tember 1848 zu Warns-
dorf, Bezirk Rumburg,
Böhmen, ortsangehörig
ebendaselbst, | Betteln, | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Bangen, | 19. Juli
1897. |
| 7 | Anton Mäser,
Tagelöhner, | 35 Jahre alt, geboren
und ortsangehörig zu
Dornbirn, Bezirk Fels-
kirch, Vorarlberg,
Oesterreich, | Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Cassel, | 6. August
1897. |
| 8 | Richard Schallner,
Schuhmacher, | geboren am 23. Januar
1841 zu Rogendorf,
Bezirk Römerstadt,
Mähren, österreichischer
Staatsangehöriger, | desgleichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 7. August
1897. |
| 9 | Eduard Brandler
(genannt Born),
Schuhmachergeselle, | geboren am 15. Sep-
tember 1862 zu
Schludernau, Böhmen,
ortsangehörig ebenda-
selbst, | vollendete und versuchte
Nöthigung und Betteln, | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Bangen, | 20. Juli
1897. |
| 10 | Johann Klepsa,
Schreiner, | geboren am 23. Juni
1840 zu Neudorf, Bez.
Strakonitz, Böhmen,
österreichischer Staats-
angehöriger, | Landstreichen und Betteln, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Weg-
scheid, | 3. August
1897. |
| 11 | Moses Machbestel,
Schuhmacher, | 32 Jahre alt, geboren
zu Judwabni, Ruß-
land, russischer Staats-
angehöriger, | Landstreichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 14. August
1897. |

Hierzu Fünf Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.
Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Öffentlicher Anzeiger (N^o 5)

zum 38ten Stück des Amtsblatts

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 17. September 1897.

Nothwendige Verkäufe.

Zwangsversteigerung.

192. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Briest Band II. N^o 27 auf den Namen des Kossäthen Gottfried Kossow eingetragene, zu Briest belegene Grundstück am **2. November 1897 Vormittags 8 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 690,45 M. Reinertrag und einer Fläche von 22,6797 Hektar zur Grundsteuer, mit 105 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei I. des unterzeichneten Gerichts eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **3. November 1897 Vormittags 12 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Angermünde, den 30. August 1897.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

193. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Klobbide Band I. N^o 20 Band II. N^o 64 und Band II. N^o 67 auf den Namen der verehelichten Gastwirth Schiele, Marie geb. Timm, zu Klobbide eingetragenen, daselbst belegenen Grundstücke am **6. November 1897 Vormittags 11 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Zimmer N^o 2 versteigert werden.

Die Grundstücke sind mit 19,77 Tblr. Reinertrag und einer Fläche von 26,19,20 Hektar zur Grundsteuer, mit 105 Mark Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszüge aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift der Grundbuchblätter, etwaige Abschätzungen und andere die Grundstücke betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei V. eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigenthum der Grundstücke beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **6. November 1897 Nachmittags 1 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Eberswalde, den 11. September 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

194. Die Zwangsversteigerung des Ludwig Wiegmann Grundstücks, Liebigstraße 31, Grundbuch von Lichtenberg Band 37 Nr. 1167 und die Termine am 20. Oktober d. J. sind aufgehoben.

Berlin, den 4. September 1897.

Königliches Amtsgericht I. Abtheilung 85.

Bekanntmachung.

195. Das Verfahren der Zwangsversteigerung des im Grundbuche von Klein-Glienide Band IV. Blatt N^o 142 auf den Namen des Malermeisters Paul Vog zu Neu-Babelsberg eingetragenen, daselbst an der Kaiserstraße belegenen Grundstücks wird aufgehoben. Die auf den 23. und 24. September d. J. anberaumten Termine fallen weg.

Potsdam, den 9. September 1897.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung I.

Bekanntmachungen verschiedenen Inhalts.

196. Die Bahnhofswirtschaft in Berlin, Schlessischer Bahnhof, soll vom 1. Dezember 1897 ab anderweit verpachtet werden. Bedingungsgemäße Angebote sind bis zum: **30. September 1897 Nachmittags 1 Uhr** an die unterzeichnete Betriebsinspektion einzusenden. Bedingungen sind daselbst einzusehen und für 50 Pfennig zu kaufen.

Berlin, den 7. September 1897.

Königliche Eisenbahn-Betriebsinspektion 1,
NW. Invalidenstraße 51.

Bekanntmachung.

197. Wir machen hierdurch bekannt, daß die **Verloosung** der zum 1. Januar 1898 zu amortisirenden $3\frac{1}{2}\%$ Berliner Stadtanleihe-scheine vom Jahre 1876, 1878, 1882 und 1892

am **18. September d. J.**

Vormittags 10 Uhr

event. noch am folgenden Werktage in der Stadt-Hauptkasse, Rathhaus, Eingang Judenstraße, Zimmer 2a. stattfinden wird.

Berlin, den 14. September 1897.

Magistrat hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt.
Kirschner.

198. Die diesjährige General-Versammlung des Stiftungs-Vereins des Civil-Waisenhauses findet **Mittwoch den 27. Oktober d. J. Nachmittags 4 Uhr** im Anstalts-hause, Neue Königstraße Nr. 122, hieselbst statt. Die verehrlichen Mitglieder des Vereins werden zu derselben mit dem Bemerken ergebenst eingeladen, daß die Rechnungen der Civil-Waisenhauskasse für das Jahr 1896 im Anstalts-saale in den Tagen vom 10. bis 25. Oktober und am Tage der Sitzung selbst vor und während derselben für die stimmberechtigten Herren ausliegen werden.

Potsdam, den 15. September 1897.

Das Civil-Waisen-Amt.

Öffentliche Bekanntmachung.

199. Behufs Verbreiterung der Potsdamer Chaussee sollen von dem Grundstücke der Kersten'schen Erben, welches im Grundbuche von Spandau Bd. 18 Bl.

Nr 695 eingetragen ist, die Parzellen Kartenblatt 1 Nr 285/36, 286/35 und 287/35 in einer Gesamtgröße von 9 ar 45 qm enteignet werden. — Etwaige Interessenten werden zu dem an Ort und Stelle auf

den **20. September d. J. Vormittags 10 Uhr 40 Minuten**

anberaumten Termine, in welchem über die Entschädigung verhandelt werden soll, unter der Verwarnung geladen, daß beim Ausbleiben gleichwohl das Verfahren fortgesetzt wird.

Als Sachverständige werden zugegen sein:

- 1) der Baumeister Garleb zu Berlin,
- 2) der Kreisboniteur Buchholz daselbst.

Potsdam, den 14. September 1897.

Der Kommissar des Regierungs-Präsidenten.
Bubbe, Regierungs-Assessor.

200.

Im Verlage

von **A. W. Hayn's Erben** erschienen:

S a m m l u n g **der Polizei-Verordnungen und** **polizeilichen Vorschriften**

für den Regierungsbezirk Potsdam.

Unter Benützung der amtlichen Quellen
zusammengestellt von A. Köhler, Rgl. Reg.-Sekr.
Gr. 8°, 894 Seiten, geh. 10,00, kartonnirt 12,00.

Baupolizei-Ordnung

für den Stadtkreis Berlin vom 15. August 1897.
8°, 51 Seiten, kartonnirt 75 Pf.

Baupolizei-Ordnung

für die Vororte von Berlin,
nebst der Ergänzung zu derselben v. 24. Aug. d. J.
8°, 69 Seiten, kartonnirt 75 Pf.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und
den Verlag von **A. W. Hayn's Erben**, Berlin
SW. 12, Zimmerstraße 29.

3mug 67

381

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 39.

Den 24. September

1897.

Allerhöchster Erlass.

Verleihung des Rechts zur Chauffeegelb-Erhebung auf der Chauffee
Neustadt a./D. bis zur Grenze des Kreises Märkisch in der
Richtung auf Rekenndorf.

Auf Ihren Bericht vom 1. August genehmige Ich,
daß die dem Chauffeegelbtarife vom 29. Februar 1840
(Gesetz-Sammlung Seite 94 folgte.) angehängten Be-
stimmungen wegen der Chauffee-Polizei-Vergehen auf
die vom Kreise Muppin, Regierungsbezirks Potsdam,
neu erbaute und von ihm zu unterhaltende Chauffee
von Neustadt a./D. bis zur Grenze des Kreises Mär-
kisch in der Richtung auf Rekenndorf zur Anwendung
kommen.

Die eingereichte Karte folgt anbei zurück.

Wilhelmshöhe, den 19. August 1897.

gez. Wilhelm

R.

gegengez. Thielen.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

Anbringung von Blechtafeln mit aufgedruckter Anweisung zur
Wiederbelebung Ertrunkener.

14. Um die Kenntniß der zur Wiederbelebung Er-
trunkener geeigneten Maßregeln in möglichst weiten
Kreisen zu verbreiten, hat der Vorstand des Deutschen
Samariter-Vereins eine durch Zeichnungen erläuterte
Anweisung zusammenstellen und auf Blechtafeln über-
drucken lassen, die er unentgeltlich an die Eigenthümer
und Führer aller Preussischen See-, Fluß- und Binnen-
schiffe abzugeben bereit ist, welche in der Empfangs-
bescheinigung sich zur Anheftung der Tafeln auf ihren
Schiffen verpflichten.

Indem ich Vorstehendes zur Kenntniß der Be-
theiligten bringe, bemerke ich, daß die nachstehenden Be-
hörden zur Vertheilung dieser Tafeln ausersehen sind:

- 1) das Polizei-Schiffahrts-Bureau zu Berlin, Probst-
straße Nr. 8,
- 2) die Königl. Polizei-Direction zu Charlottenburg,
- 3) die sämtlichen Königl. Landraths-Ämter der
Provinz,
- 4) die Königl. Polizei-Direction in Potsdam,
- 5) sowie die Polizei-Verwaltungen zu Brandenburg,
Spanbau, Croßen, Frankfurt a. D., Cüstrin und
Landsberg a. W.

Potsdam, den 9. September 1897.

Der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Bekanntmachung.

213. Im Verlage von Carl Heymann zu Berlin
ist von den Schriften der Centralstelle für Arbeiter-
Wohlfahrts-Einrichtungen das Heft 12, betreffend kommu-
nale Wohlfahrts-Einrichtungen sowie die planmäßige
Schwindsuchtsbekämpfung durch Errichtung von Heil-
stätten für Lungenkranke, zur Ausgabe gelangt.

Die Landräthe, Polizei- und städtischen Gemeinde-
verwaltungen mache ich hierauf aufmerksam.

Potsdam, den 18. September 1897.

Der Regierungspräsident.

Waffengebrauch der Kommunal- und Privat-Forst- und Jagd-
Offizianten.

214. Die Erwägungen, welche den Herrn Minister
für Landwirtschaft, Domainen und Forsten nach der
Mundverfügung vom 14. Juli d. Js. zu einer Ab-
änderung der zum Gesetze über den Waffengebrauch der
Forst- und Jagdbeamten vom 31. März 1837 (G.-S.
S. 65) erlassenen Instruktion für die Königl. Forst-
und Jagdbeamten vom 17. April 1837 veranlaßt haben,
bestimmen mich, die zu jenem Gesetze ergangene In-
struktion wegen des Waffengebrauchs der Kommunal-
und Privat-Forst- und Jagd-Offizianten vom 21. No-
vember 1837 (v. Kampff Annalen XXI. S. 349) wie
folgt abzuändern:

1) der § 3 wird aufgehoben,

2) der § 4 erhält nachstehende Fassung:

„Beim Gebrauch der Waffen müssen die Forst-
und Jagdbeamten sich stets vergegenwärtigen, daß solcher
nur soweit stattfinden darf, als die Erfüllung des be-
stimmten Zwecks, die Holz- oder Wilddiebe, oder die
Forst- und Jagdkontravenienten bei thätlichem Wider-
stande oder gefährlichen Drohungen unschädlich zu machen,
es unerläßlich erfordert. In der Regel sind daher die
Waffen nicht gegen fliehende Frevler zu gebrauchen.
Legt indessen ein auf der Flucht befindlicher Frevler auf
erfolgreicher Aufforderung die Schußwaffe nicht sofort ab,
oder nimmt er dieselbe wieder auf, und ist außerdem
nach den besonderen Umständen des einzelnen Falls in
dem Nichtablegen oder Wiederaufnehmen der Schußwaffe
eine gegenwärtige, drohende Gefahr für Leib oder Leben
des Forst- oder Jagdbeamten zu erblicken, so ist Letzterer
auch gegen den Fliehenden zum Gebrauch seiner Waffen
berechtigt. In jedem Falle sind die Waffen nur so zu
gebrauchen, daß lebensgefährliche Verwundungen soviel
als möglich vermieden werden. Deshalb ist beim Ge-

brauch der Schußwaffe der Schuß möglichst nach den Beinen zu richten, und beim Gebrauch des Hirschfängers der Hieb nach den Armen des Gegners zu führen.

Uebrigens muß beim Gebrauch der Schußwaffe die größte Vorsicht angewendet werden, damit durch das Schießen nicht dritte Personen verletzt werden, welche ohne Theilnahme an einer Kontravention sich zufällig in der Schußlinie oder in deren Nähe befinden.

In dieser Hinsicht ist besonders dann Aufmerksam-
keit nöthig, wenn nach einer Richtung geschossen wird,

in der sich eine Landstraße oder ein bewohntes Gebäude befindet. Auch ist der Gebrauch der Schußwaffe über-
haupt in der Nähe von Gebäuden zur Verhütung von
Feuersgefahr möglichst zu vermeiden."

Berlin, den 1. September 1897.

Der Minister des Innern.

Veröffentlicht.

Potsdam, den 13. September 1897.

Der Regierungspräsident.

215. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat August 1897 beobachteten Wasserstände.

| Datum | Berlin | | Spandau | | Pots-
dam | Brandenburg | | Rathenow | | Havel-
berg |
|-------|-----------------|------------------|-----------------|------------------|--------------|-----------------|------------------|-----------------|------------------|----------------|
| | Ober-
Wasser | Unter-
Wasser | Ober-
Wasser | Unter-
Wasser | | Ober-
Wasser | Unter-
Wasser | Ober-
Wasser | Unter-
Wasser | |
| | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | |
| 1. | 32,20 | 30,74 | 2,37 | 1,00 | 1,27 | 2,16 | 1,50 | 1,40 | 1,08 | 1,64 |
| 2. | 32,20 | 30,70 | 2,37 | 1,02 | 1,29 | 2,16 | 1,54 | 1,42 | 1,08 | 1,66 |
| 3. | 32,18 | 30,70 | 2,36 | 1,00 | 1,29 | 2,16 | 1,56 | 1,40 | 1,10 | 1,82 |
| 4. | 32,20 | 30,68 | 2,37 | 1,01 | 1,28 | 2,14 | 1,58 | 1,42 | 1,08 | 2,40 |
| 5. | 32,18 | 30,60 | 2,37 | 0,96 | 1,27 | 2,14 | 1,58 | 1,42 | 1,08 | 2,86 |
| 6. | 32,20 | 30,58 | 2,36 | 0,93 | 1,25 | 2,12 | 1,58 | 1,42 | 1,08 | 3,20 |
| 7. | 32,18 | 30,56 | 2,37 | 0,88 | 1,24 | 2,12 | 1,58 | 1,42 | 1,08 | 3,86 |
| 8. | 32,20 | 30,60 | 2,38 | 0,86 | 1,22 | 2,18 | 1,54 | 1,42 | 1,10 | 4,18 |
| 9. | 32,20 | 30,64 | 2,36 | 0,94 | 1,22 | 2,08 | 1,54 | 1,46 | 1,14 | 4,24 |
| 10. | 32,18 | 30,58 | 2,38 | 0,88 | 1,21 | 2,08 | 1,54 | 1,44 | 1,14 | 4,20 |
| 11. | 32,20 | 30,56 | 2,36 | 0,84 | 1,21 | 2,08 | 1,54 | 1,48 | 1,14 | 4,16 |
| 12. | 32,20 | 30,56 | 2,34 | 0,86 | 1,18 | 2,08 | 1,54 | 1,48 | 1,14 | 4,08 |
| 13. | 32,18 | 30,56 | 2,33 | 0,86 | 1,17 | 2,06 | 1,52 | 1,48 | 1,14 | 3,96 |
| 14. | 32,20 | 30,56 | 2,35 | 0,80 | 1,15 | 2,08 | 1,52 | 1,48 | 1,14 | 3,86 |
| 15. | 32,22 | 30,48 | 2,36 | 0,74 | 1,14 | 2,12 | 1,50 | 1,48 | 1,14 | 3,70 |
| 16. | 32,22 | 30,48 | 2,37 | 0,72 | 1,13 | 2,06 | 1,50 | 1,46 | 1,14 | 3,52 |
| 17. | 32,22 | 30,52 | 2,37 | 0,73 | 1,10 | 2,04 | 1,48 | 1,48 | 1,16 | 3,36 |
| 18. | 32,24 | 30,56 | 2,33 | 0,77 | 1,10 | 2,04 | 1,46 | 1,48 | 1,14 | 3,20 |
| 19. | 32,24 | 30,54 | 2,36 | 0,72 | 1,08 | 2,04 | 1,46 | 1,48 | 1,14 | 3,06 |
| 20. | 32,24 | 30,52 | 2,32 | 0,72 | 1,08 | 2,04 | 1,44 | 1,46 | 1,14 | 2,94 |
| 21. | 32,26 | 30,54 | 2,30 | 0,72 | 1,06 | 2,00 | 1,42 | 1,44 | 1,12 | 2,82 |
| 22. | 32,26 | 30,54 | 2,30 | 0,70 | 1,06 | 2,04 | 1,40 | 1,44 | 1,10 | 2,70 |
| 23. | 32,26 | 30,54 | 2,30 | 0,68 | 1,04 | 2,08 | 1,36 | 1,40 | 1,08 | 2,60 |
| 24. | 32,28 | 30,56 | 2,31 | 0,66 | 1,03 | 2,04 | 1,38 | 1,40 | 1,06 | 2,52 |
| 25. | 32,28 | 30,58 | 2,32 | 0,64 | 1,02 | 2,04 | 1,36 | 1,40 | 1,06 | 2,46 |
| 26. | 32,28 | 30,56 | 2,33 | 0,64 | 1,00 | 2,04 | 1,36 | 1,36 | 1,04 | 2,40 |
| 27. | 32,28 | 30,54 | 2,35 | 0,62 | 0,99 | 2,02 | 1,34 | 1,36 | 1,02 | 2,38 |
| 28. | 32,30 | 30,58 | 2,35 | 0,62 | 0,99 | 2,00 | 1,30 | 1,30 | 1,00 | 2,38 |
| 29. | 32,28 | 30,58 | 2,36 | 0,66 | 1,00 | 2,10 | 1,20 | 1,38 | 0,98 | 2,36 |
| 30. | 32,30 | 30,60 | 2,35 | 0,72 | 1,01 | 2,06 | 1,26 | 1,34 | 0,94 | 2,34 |
| 31. | 32,30 | 30,58 | 2,35 | 0,72 | 1,02 | 2,04 | 1,28 | 1,34 | 0,92 | 2,34 |

Potsdam, den 21. September 1897.

Der Regierungspräsident.

V i e h f e u c h e n .

216. Ausgebrochen:

a. Milzbrand: Kreis Teltow: an einer Kuh des Gemeindevorstehers Schud in Waghmannsdorf und einem Ochsen des Gutes Löwenbruch. Kreis Osthavelland: auf dem Gehöft des Gemeindevorstehers Seefeld in Knoblauch. Kreis Zülpertog-Ludens-
walde: bei einer gefallenen Kuh des Rittergutspächters

Nasmus in Gebersdorf und einem gefallenen Ochsen des Rittergutsbesizers Schwieltz in Wahlisdorf. Kreis Angermünde: bei einer gefallenen Kuh des Fischerei-
besizers Schulz in Schwedt. Kreis Oberbarnim: bei einer gefallenen Kuh des Amtsvorstehers Meuter in
Buckow. b. Maul- und Klauenfeuche: Kreis Ostprignitz: unter den Rindviehbeständen des Ge-
meindenvorstehers Telschow in Dapthausen und des

Bauern Deter daselbst. c. Geflügelcholera: Kreis Rhavelland: Am 7. d. Mts. ist bei einer verendeten Gans des Maurers Heinze in Rauen die Geflügelcholera festgestellt worden.

Erloschen:

a. Maul- und Klauenseuche: Kreis Ostprignitz: unter den Rindviehbeständen der Bauern Trapp, Schulz, Otto Plagemann, Wittkopf, Renger, Carl Plagemann, Buchholz, Krüger, Herm, Frieße und Maurer Thurmman in Blandifow, Eigentümer Nebitz in Schönebeck und Bauern Schulz in Dahlhausen. b. Bläschenauschlag: Kreis Zauch-Belzig: in den Gemeinden Schlalach und Neukottbusch.

Potsdam, den 21. September 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

61. Infolge Ablebens des Direktors der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actiengesellschaft John W. Meyer in Hamburg sind die demselben unter dem 9. Juni 1886, 13. Dezember 1886, 8. August 1893, 4. Juni 1896 und 19. August 1896 erteilten Concessionen zum Betriebe des Geschäfts der Auswanderer-Beförderung innerhalb des Preussischen Staates mit Ausnahme der Provinz Hannover erloschen.

In Gemäßheit des § 9 des Gesetzes vom 7. Mai 1853 sind auch die Concessionen der bisherigen Agenten des John W. Meyer erloschen.

Als Agenten des Genannten sind im diesseitigen Bezirke zugelassen gewesen

- 1) der Kaufmann August Langer, Platz vor dem Neuen Thor 1a. hieselbst.
- 2) der Kaufmann Julius Pietsch, Invalidenstr. 41 hieselbst.

Wegen Freigabe der von Letzteren zur Sicherung der ihnen aus den erteilten Concessionen erwachsenden Verpflichtungen s. Zt. bei der Königlichen Polizei-Hauptkasse hieselbst hinterlegten Kautionen bringe ich Solches in Gemäßheit des § 14 des Reglements vom 6. September 1853, betreffend die Geschäftsführung der zur Beförderung von Auswanderern concessionirten Personen und die von ihnen zu bestellenden Kaution, hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß etwaige Ansprüche an diese Kautionen binnen einer 12-monatlichen Frist vom heutigen Tage an bei dem Polizei-Präsidium hieselbst angemeldet werden müssen.

Berlin, den 17. September 1897.

Der Polizei-Präsident.

Berichtigung.

62. In dem Abdrucke der Genehmigung für die elektrische Straßenbahn von der Straße am Kupfergraben zu Berlin bis Westend vom 27. März 1897 muß es in Nr 28 Absatz 2 heißen:

„Konventionalstrafe von 30000 Mark“.

Berlin, den 18. September 1897.

Der Polizeipräsident. von Windheim.

4 4483 4669 4716 4946 5101 5103 5449 5496
5649 5660 5705 5846 5854 5907 6014 6071
51 6215 6284 6389 6446 6461 6704 6926
6964 7035.

66.

Anf.

und d.

das je

S.

Sendu:

der M

numme

W

Adressat.

auf Gr.

verzeichn

heblchen

mehr als

vermeiden

zugeführt werden,

hiervon geben auch Zweifel

nutzung der Nachschlagewerke

Namensverwechselungen Veranlassung

behörde ihrem Personal nicht immer

auferlegen kann. Vielmehr trifft bezüglich

solchen ungenügenden oder unrichtigen

Korrespondenz erwachsenden Unzuträglichkeiten

linie den Absender die Schuld, und die Postver

kann nicht umhin, etwaige Beschwerden über un

mäßiges oder unrichtiges Verfahren bei der Ermittlung

der Empfänger mangelhaft adressirter Postsendungen

diesem Gesichtspunkte zu beurtheilen. Hiernach liegt es

im eigenen Interesse des Publikums, auf die richtige und

vollständige Adressirung seiner Korrespondenz dauernd

hinzuwirken.

Berlin C., 15. September 1897.

Kaiserliche Ober-Postdirection.

In Vertretung Buschow.

Bekanntmachung.

67. Vom 1. Oktober 1897 ab kommt wie früher die IV. wochentägliche, um 5 Uhr Nachmittags beginnende Geldbestellung in Berlin in Wegfall. Dafür wird der Beginn der III. Geldbestellung von 2 Uhr auf 3 1/2 Uhr Nachmittags verlegt.

Berlin C., 15. September 1897.

Kaiserliche Ober-Postdirection.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

Urkunde,

betreffend die Errichtung einer vierten Pfarrstelle in der evangelischen St. Johannis-Kirchengemeinde zu Moabit in Berlin.

48. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Evangelischen Ober-Kirchenraths, sowie nach Anhörung der Betheiligten, wird von den unterzeichneten Behörden hierdurch folgendes festgesetzt:

§ 1. In der evangelischen St. Johannis-Kirchengemeinde zu Moabit in Berlin wird eine vierte Pfarrstelle errichtet.

§ 2. Diese Urkunde tritt mit dem 16. September 1897 in Kraft.

| | |
|---|---|
| Berlin,
den 4. September 1897.
Königliches Konsistorium
der Provinz Brandenburg,
Abtheilung Berlin. | Berlin,
den 10. September 1897.
Der
Königliche Polizeipräsident. |
|---|---|

**Bekanntmachungen der Königlichen
Hauptverwaltung der Staatsschulden.**
Bekanntmachung.

8. Bei der heute in Gegenwart eines Notars öffentlich bewirkten 22. Verlosung von 3 1/2 prozentigen unterm 2. Mai 1842 ausgefertigten Staatsschuldscheinen sind die in der Anlage verzeichneten Nummern gezogen worden. Sie werden den Besitzern zum 1. Januar 1898 mit der Aufforderung gekündigt, die verschriebenen Kapitalbeträge vom 3. Januar 1898 ab gegen Quittung und Rückgabe der Staatsschuldscheine und der später fällig werdenden Zinscheine Reihe XXII. g. Nr. 7 und 8 nebst Zinscheinanweisungen bei der Staatsschulden-Tilgungskasse, Taubenstraße Nr. 29 hierselbst zu erheben.

Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats. Die Einlösung geschieht auch bei den Regierungs-Hauptkassen und in Frankfurt a. M. bei der Kreiskasse. Zu diesem Zwecke können die Effekten einer dieser Kassen schon vom 1. Dezember d. J. ab eingereicht werden, welche sie der Staatsschulden-Tilgungskasse zur Prüfung vorzulegen hat und nach Feststellung die Auszahlung vom 3. Januar 1898 ab bewirkt.

Der Betrag der etwa fehlenden Zinscheine wird vom Kapitale zurückbehalten.

Mit dem 1. Januar 1898 hört die Verzinsung der verloosten Staatsschuldscheine auf.

Zugleich werden die bereits früher gekündigten, auf der Anlage verzeichneten, noch rückständigen Schuldurkunden, nämlich:

Staatsschuldscheine vom Jahre 1842, Schuldverschreibungen der Staatsanleihen von 1850, 1852, 1853, 1862, 1868 A. und der Staatsprämienanleihe von 1855, Kur- und Neumärkische Schuldverschreibungen, sowie einer Stammaktie der Münster-Hammer-Eisenbahn,

wiederholt und mit dem Bemerken ausgerufen, daß ihre Verzinsung aufgehört hat.

Die Staatsschulden-Tilgungskasse kann sich in einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Schuldurkunden über die Zahlungsleistung nicht einlassen.

Formulare zu den Quittungen werden von sämtlichen oben gedachten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Schließlich benutzen wir diese Veröffentlichung, darauf aufmerksam zu machen, daß von den Schuldverschreibungen der konsolidirten 4 1/2 prozentigen Staatsanleihe, welche gemäß § 2 des Gesetzes vom

4. März 1885 (Ges.-S. S. 55) und der diesseitigen Bekanntmachung vom 1. September 1885 in Verschreibungen der konsolidirten 4 prozentigen Staatsanleihe umzutauschen waren, die in der Anlage unter VI. aufgeführten Stücke auch bis jetzt noch nicht eingereicht worden sind. Die Inhaber derselben werden deshalb wiederholt aufgefordert, den beregten Umtausch zur Vermeidung weiterer Zinsverluste alsbald zu bewirken, indem wir ausdrücklich bemerken, daß die zu den neuen 4 prozentigen, inzwischen auf 3 1/2 Prozent herabgesetzten Verschreibungen von 1885 gehörigen Zinscheine bestimmungsmäßig vier Jahre nach ihrer Fälligkeit zu Gunsten der Staatskasse verjähren. Ein Theil dieser Zinscheine ist schon verjährt.

Berlin, den 4. September 1897.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.
**Bekanntmachungen der Königlichen
Kontrolle der Staatspapiere.**
Bekanntmachung.

51. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der verehelichten Maurer Theresia Seiffert in Breslau, Delsnerstraße 4, die Schuldverschreibung der konsolidirten 3 1/2 %igen Staatsanleihe von 1886

Lit. E. Nr. 64900 über 300 M. angeblich abhanden gekommen, vermuthlich verbrannt ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rechtsanwalt Fischer in Breslau, Junkernstraße 28/29, anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 15. September 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

52. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Amtsvorsteher W. Hey in Gatow a./Havel die Schuldverschreibung der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe von 1880

Lit. D. Nr. 164973 über 500 M. angeblich abhanden gekommen ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Herrn Hey anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 17. September 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.
**Bekanntmachungen der Königl. Direction
der Rentenkasse der Provinz Brandenburg.**
Öffentliches Aufgebot.

18. Nach Anzeige des Herrn Pfarrers Reisch zu Tausche bei Berstow sind demselben die der Schule zu

Falkenberg gehörigen Rentenbriefe der Provinz Brandenburg Litt. C. № 15033 und 15034 je über 300 M. abhanden gekommen und vermuthlich gestohlen worden.

Mit Bezug auf die Vorschrift des § 57 № 3 des Gesetzes über die Errichtung der Rentenbanken vom 2. März 1850 wird dies hierdurch öffentlich bekannt gemacht und derjenige, welcher etwa gegenwärtig rechtmäßiger Inhaber der vorbezeichneten Rentenbriefe zu sein behauptet, hierdurch aufgefordert, sich ohne Verzug und spätestens binnen Jahresfrist bei der unterzeichneten Direktion zu melden, widrigenfalls nach Ablauf der Frist der Verlust der in Rede stehenden Rentenbriefe von uns bescheinigt und auf Grund dieser Bescheinigung auf fernerweitigen Antrag das gerichtliche Aufgebot und die Amortisation der Rentenbriefe veranlaßt werden wird.

Berlin, den 8. September 1897.

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

19. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 21. v. M. heute geschehenen öffentlichen Verlosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Stücke gezogen worden:

I. 4%ige Rentenbriefe.

Litt. A. zu 3000 M. (1000 Thlr.)

197 Stück und zwar die Nummern:

| | | | | | | | | | | |
|--------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|------|------|------|
| 41 | 63 | 65 | 239 | 458 | 794 | 803 | 890 | 966 | 1045 | 1287 |
| 1319 | 1344 | 1634 | 1711 | 1726 | 1778 | 1827 | 1830 | 1933 | | |
| 2046 | 2508 | 2570 | 2908 | 2971 | 3025 | 3026 | 3173 | 3191 | | |
| 3437 | 3527 | 3694 | 3738 | 3819 | 3888 | 3998 | 4103 | 4301 | | |
| 4302 | 4304 | 4454 | 4732 | 4776 | 4913 | 4991 | 5099 | 5169 | | |
| 5184 | 5334 | 5430 | 5441 | 5551 | 5677 | 5739 | 5799 | 6165 | | |
| 6273 | 6283 | 6356 | 6470 | 6556 | 6632 | 6909 | 7015 | 7073 | | |
| 7113 | 7149 | 7437 | 7530 | 7601 | 7666 | 7673 | 7814 | 7854 | | |
| 7962 | 8056 | 8115 | 8314 | 8731 | 8885 | 8968 | 9234 | 9290 | | |
| 9376 | 9641 | 9690 | 9804 | 9838 | 9841 | 10115 | 10421 | | | |
| 10423 | 10471 | 10534 | 10661 | 10750 | 10754 | 11075 | | | | |
| 11140 | 11174 | 11214 | 11310 | 11346 | 11506 | 11511 | | | | |
| 11610 | 11732 | 11745 | 11780 | 11826 | 11976 | 11977 | | | | |
| 12053 | 12096 | 12269 | 12322 | 12386 | 12487 | 12521 | | | | |
| 12627 | 12689 | 12759 | 12772 | 12883 | 13069 | 13120 | | | | |
| 13200 | 13206 | 13252 | 13352 | 13368 | 13412 | 13422 | | | | |
| 13495 | 13566 | 13645 | 13670 | 13680 | 13769 | 13802 | | | | |
| 13829 | 13933 | 13977 | 14140 | 14270 | 14515 | 14724 | | | | |
| 14876 | 14920 | 15022 | 15164 | 15262 | 15355 | 15444 | | | | |
| 15613 | 15614 | 15816 | 15942 | 15971 | 16222 | 16245 | | | | |
| 16327 | 16351 | 16460 | 16538 | 16614 | 16784 | 16863 | | | | |
| 16895 | 17183 | 17337 | 17399 | 17434 | 17661 | 17774 | | | | |
| 18116 | 18132 | 18156 | 18176 | 18261 | 18292 | 18660 | | | | |
| 18704 | 18720 | 18736 | 18801 | 18851 | 18858 | 18951 | | | | |
| 18952 | 19078 | 19105 | 19144 | 19147 | 19214 | 19347 | | | | |
| 19393. | | | | | | | | | | |

Litt. B. zu 1500 M. (500 Thlr.)

70 Stück und zwar die Nummern:

| | | | | | | | | | | | |
|------|------|------|------|------|------|------|------|------|-----|-----|-----|
| 19 | 55 | 86 | 88 | 275 | 371 | 385 | 500 | 524 | 621 | 652 | 746 |
| 811 | 1025 | 1125 | 1355 | 1507 | 1678 | 1973 | 1983 | 1986 | | | |
| 2032 | 2104 | 2140 | 2554 | 2710 | 3042 | 3048 | 3204 | 3595 | | | |
| 3651 | 3677 | 3801 | 4083 | 4103 | 4194 | 4225 | 4271 | 4390 | | | |

| | | | | | | | | |
|------|------|------|-------|------|------|------|------|------|
| 4464 | 4483 | 4669 | 4716 | 4946 | 5101 | 5103 | 5449 | 5496 |
| 5609 | 5649 | 5660 | 5705 | 5846 | 5854 | 5907 | 6014 | 6071 |
| 6129 | 6151 | 6215 | 6284 | 6389 | 6446 | 6461 | 6704 | 6920 |
| 6943 | 6961 | 6964 | 7035. | | | | | |

Litt. C. zu 300 M. (100 Thlr.)

273 Stück und zwar die Nummern:

| | | | | | | | | | | |
|-------|--------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|------|-----|------|
| 24 | 207 | 256 | 392 | 405 | 538 | 698 | 706 | 809 | 908 | 1037 |
| 1132 | 1143 | 1151 | 1175 | 1274 | 1445 | 1498 | 1650 | 1719 | | |
| 1770 | 1976 | 2120 | 2261 | 2550 | 2922 | 2986 | 3193 | 3206 | | |
| 3323 | 3365 | 3607 | 4268 | 4325 | 4374 | 4478 | 4919 | 4981 | | |
| 5228 | 5313 | 5326 | 5477 | 5813 | 5912 | 6079 | 6084 | 6112 | | |
| 6180 | 6223 | 6293 | 6692 | 6773 | 7013 | 7074 | 7088 | 7445 | | |
| 7566 | 7583 | 7610 | 7977 | 8185 | 8406 | 8540 | 8552 | 8570 | | |
| 8680 | 8697 | 8837 | 8916 | 9032 | 9044 | 9046 | 9091 | 9108 | | |
| 9166 | 9383 | 9389 | 9622 | 9676 | 10006 | 10042 | 10056 | | | |
| 10158 | 10172 | 10201 | 10349 | 10382 | 10394 | 10617 | | | | |
| 10897 | 11132 | 11355 | 11434 | 11551 | 11794 | 11843 | | | | |
| 11887 | 11902 | 11934 | 11955 | 12027 | 12061 | 12084 | | | | |
| 12093 | 12124 | 12254 | 12366 | 12542 | 12565 | 12732 | | | | |
| 12789 | 12967 | 13032 | 13034 | 13077 | 13179 | 13201 | | | | |
| 13255 | 13256 | 13297 | 13405 | 13589 | 13644 | 13789 | | | | |
| 13831 | 13833 | 14107 | 14146 | 14348 | 14571 | 14679 | | | | |
| 14743 | 14762 | 14810 | 14852 | 14873 | 14912 | 15066 | | | | |
| 15123 | 15156 | 15206 | 15244 | 15245 | 15336 | 15354 | | | | |
| 15364 | 15464 | 15704 | 15762 | 15793 | 15862 | 15888 | | | | |
| 15969 | 15973 | 16056 | 16060 | 16085 | 16279 | 16291 | | | | |
| 16300 | 16372 | 16374 | 16443 | 16551 | 16624 | 16639 | | | | |
| 16733 | 16767 | 16802 | 17159 | 17287 | 17382 | 17475 | | | | |
| 17476 | 17543 | 17654 | 17888 | 17978 | 18134 | 18139 | | | | |
| 18143 | 18146 | 18169 | 18304 | 18474 | 18604 | 18663 | | | | |
| 18678 | 18781 | 18818 | 18846 | 19246 | 19247 | 19343 | | | | |
| 19473 | 19543 | 19586 | 19677 | 19764 | 19852 | 19989 | | | | |
| 20074 | 20126 | 20148 | 20281 | 20320 | 20338 | 20513 | | | | |
| 20581 | 20585 | 20640 | 20864 | 20900 | 20913 | 21065 | | | | |
| 21091 | 21211 | 21230 | 21292 | 21574 | 21619 | 21672 | | | | |
| 21772 | 21886 | 21937 | 21965 | 22161 | 22215 | 22285 | | | | |
| 22382 | 22518 | 22530 | 22549 | 22574 | 22602 | 22740 | | | | |
| 22913 | 22928 | 23107 | 23270 | 23422 | 23432 | 23521 | | | | |
| 23578 | 23590 | 23632 | 23915 | 24027 | 24079 | 24114 | | | | |
| 24133 | 24137 | 24176 | 24238 | 24337 | 24345 | 24480 | | | | |
| 24517 | 24746 | 24765 | 24859 | 24907 | 24938 | 24983 | | | | |
| 25004 | 25060 | 25077 | 25079 | 25114 | 25119 | 25124 | | | | |
| 25141 | 25692. | | | | | | | | | |

Litt. D. zu 75 M. (25 Thlr.)

227 Stück und zwar die Nummern:

| | | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|------|------|
| 109 | 205 | 460 | 514 | 701 | 800 | 936 | 986 | 995 | 1096 |
| 1157 | 1348 | 1627 | 1761 | 1899 | 1913 | 2012 | 2075 | 2462 | |
| 2493 | 2934 | 3057 | 3086 | 3144 | 3218 | 3816 | 3446 | 3491 | |
| 4059 | 4073 | 4098 | 4279 | 4387 | 4469 | 4596 | 4851 | 5156 | |
| 5157 | 5231 | 5252 | 5305 | 5328 | 6004 | 6342 | 6384 | 6631 | |
| 7111 | 7159 | 7329 | 7377 | 7397 | 7416 | 7439 | 7593 | 7752 | |
| 7795 | 7898 | 8026 | 8103 | 8129 | 8252 | 8274 | 8524 | 8636 | |
| 8696 | 8823 | 8887 | 8935 | 8958 | 8985 | 9212 | 9274 | 9401 | |
| 9426 | 9523 | 9948 | 10114 | 10264 | 10412 | 10736 | 10798 | | |
| 10865 | 10940 | 11122 | 11217 | 11355 | 11437 | 11875 | | | |
| 11884 | 11966 | 11968 | 11990 | 12033 | 12054 | 12055 | | | |
| 12068 | 12210 | 12520 | 12547 | 12695 | 12831 | 12843 | | | |
| 13046 | 13071 | 13334 | 13443 | 13489 | 13519 | 13533 | | | |

| | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 13561 | 13679 | 13775 | 13803 | 13809 | 13811 | 13820 |
| 13890 | 13915 | 13994 | 14175 | 14375 | 14402 | 14687 |
| 14937 | 14953 | 15015 | 15181 | 15222 | 15243 | 15427 |
| 15616 | 15659 | 15727 | 15759 | 15802 | 15829 | 15890 |
| 16186 | 16208 | 16256 | 16264 | 16288 | 16373 | 16515 |
| 16534 | 16745 | 16800 | 16960 | 17053 | 17125 | 17151 |
| 17155 | 17318 | 17374 | 17501 | 17602 | 17620 | 17684 |
| 17838 | 18053 | 18090 | 18331 | 18577 | 18653 | 18716 |
| 18767 | 18831 | 18832 | 18841 | 18876 | 18935 | 19051 |
| 19062 | 19085 | 19101 | 19142 | 19174 | 19212 | 19366 |
| 19431 | 19678 | 19841 | 19978 | 20128 | 20287 | 20304 |
| 20316 | 20384 | 20506 | 20623 | 20642 | 20655 | 20696 |
| 20701 | 20766 | 20794 | 20875 | 20887 | 20908 | 20912 |
| 20980 | 20991 | 21034 | 21065 | 21077 | 21372 | 21378 |
| 21385 | 21386 | 21391 | 21394 | 21406 | 21420 | 21423 |
| 21424 | 21425 | 21429 | 21435 | 21449 | 21463 | 21465 |
| 21466 | 21470 | 21471 | 21473 | 21490 | 21510 | |

Litt. E. zu 30 M. (10 Thlr.)

3 Stück und zwar die Nummern:

9685 9698 9760.

III. 3 1/2 %ige Rentenbriefe.

Litt. M. zu 1500 M. 1 Stück und zwar die Nummer 12.

Litt. O. zu 75 M. 2 Stück und zwar die Nummern 16 25.

Litt. P. zu 30 M. 1 Stück und zwar die Nummer 19.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. VI. № 15 und 16 bezw. Ser. I. № 13—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße 76 I., vom 1. Oktober d. Js. ab an den Werktagen von 9—1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen. Vom 1. Oktober d. Js. ab hört die Verzinsung der ausgelosten Rentenbriefe auf.

Von den früher verloosten Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind die nachstehend genannten Stücke noch nicht zur Einlösung bei der Rentenbank-Kasse vorgelegt worden, obwohl seit deren Fälligkeit 2 Jahre und darüber verfloßen sind.

Rückständig sind:

A. 4 %ige Rentenbriefe

| | |
|------------------|-----------------------------|
| 1. April 1891. | Litt. A. 14628. |
| | = C. 8001. |
| | = D. 14410 18221 20513. |
| 1. Oktober 1891. | = B. 2712. |
| | = C. 1217 3634 4852 24208. |
| | = D. 5652 7316 14237. |
| 1. April 1892. | = C. 1046 7816. |
| | = D. 2503 10215 11035 |
| | 11513 15634. |
| 1. Oktober 1892. | = C. 8513 20212. |
| | = D. 763 3802 11480 13606. |
| 1. April 1893. | = C. 1784 9961 17540 22762. |
| | = D. 3639 4659 7199 9310 |
| | 9348 13451. |

1. Oktober 1893. Litt. A. 11988.

= B. 930.

= C. 837 2250 11095 15095.

= D. 5481 6191 9061 16739

19227.

1. April 1894.

= B. 1608 5721.

= C. 2930 7153 7882 10195

14688 18059 18482

19156.

= D. 11479 15126 17265.

1. Oktober 1894.

= A. 3281 9812.

= B. 5802.

= C. 2524 6523 7888 9870

11577 13123 13591

19902 20813.

= D. 922 3426 3835 7142

10167 13885 15183

17021.

1. April 1895.

= A. 5453.

= B. 5314.

= C. 1606 2918 3171 13580

17980 18598 18730

21983 21984.

= D. 1586 3190 4998 6387

6494 6624 11298 19183.

B. 3 1/2 %ige Rentenbriefe.

2. Januar 1895. Litt. K. 12.

1. April 1895. = O. 1.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden wiederholt aufgefordert, den Nennwerth derselben nach Abzug des Betrages der von den mitabzuliefernden Coupons etwa fehlenden Stücke bei unserer Kasse in Empfang zu nehmen. Wegen der Verjährung der Rentenbriefe ist die Bestimmung des Gesetzes über Errichtung der Rentenbanken vom 2. März 1850 (§ 44) zu beachten.

Die Einlieferung ausgeloster Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers, und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung. Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 15. Mai 1897.

Königliche Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

20. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 10. v. Mts. heute geschehenen öffentlichen Verloosung von 3 1/2 prozentigen Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Apoinis gezogen worden:

Litt. G. zu 1500 M. 1 Stück und zwar die № 10,

Litt. H. zu 300 M. 2 Stück und zwar die № 24, 35,

Litt. J. zu 75 M. 1 Stück und zwar die
N^o 29,

Litt. K. zu 30 M. 2 Stück und zwar die
N^o 22, 31.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. I. N^o 13—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße N^o 76 1 Tr., vom 2. Januar 1898 ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 2. Januar 1898 ab hört die Verzinsung der ausgelassenen Rentenbriefe auf, diese selbst verfahren mit dem Schlusse des Jahres 1908 zum Vortheil der Rentenbank.

Die Einlieferung ausgelassener Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 24. August 1897.

Königliche Direktion
der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Bekanntmachung.

7. Es treten am 1. Oktober d. Js. in der Abgrenzung der Steueramtsbezirke des Hauptsteueramts zu Prenzlaw nachstehende Veränderungen ein:

Es werden überwiesen:

- von dem Bezirk des Steueramts II. zu Rheinsberg an den Bezirk des Steueramts I. zu Gransee die Ortschaft Jernikow,
- von dem Bezirk des Steueramts I. zu Templin an den Bezirk des Steueramts I. zu Angermünde die Ortschaften Gerswalde, Fergitz, Raakstedt, Flieth, Groß-Fredenwalde, Stegelitz, Heshagen, Suckow.

Berlin, den 13. September 1897.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

31. M a c h w e i s u n g

der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow auf Grund des § 2 zu 4 der Landgemeindeordnung vom 3ten Juli 1891 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirks-Grenzen für Juli und August 1897.

| Bezeichnung des
in Betracht kommenden Grundstücks. | seitigeren
Gemeinde- resp. Gutsbezirks. | | Bemerkungen. |
|---|--|--------------------------------------|---|
| | Domainen-
Fiskus. | Nächst-Neuendorf. | |
| Das seitens des Königlichen Domainen-Fiskus an den Bauerngutsbesitzer August Heuers in Nächst-Neuendorf veräußerte Dorfauengrundstück Kartenblatt 1 N ^o 572/200 in Größe von 60 qm. | Domainen-
Fiskus. | Nächst-Neuendorf. | Kreis-Ausschußbeschuß vom 15. Juni 1897. — A. I. 2853. — |
| Die seitens des Königlichen Domainen-Fiskus an den Deconomierath Spaeth in Briz veräußerten Parzellen N ^o 404/29 und 405/35 in Größe von 4934 qm des Kartenblattes 1. | Koepenicker Forst
Gutsbezirk. | Rudow. | dto. — A. I. 2366. — |
| Die seitens des Deconomieraths Spaeth an den Königlichen Domainen-Fiskus veräußerten Parzellen N ^o 415/29 und 416/29 des Kartenblattes 1 in Größe von 2934 qm. | Rudow. | Koepenicker Forst
Gutsbezirk. | dto. |
| Die seitens der Königlichen Hofkammer an Fräulein Marie Schwendt in Königs-Wusterhausen veräußerten Parzellen N ^o 1067/309 und 1068/309 des Kartenblattes 1 der Gemarkung Königs-Wusterhausen. | Amtsgut
Königs-
Wusterhausen. | Gemeinde
Königs-
Wusterhausen. | Kreis-Ausschußbeschuß vom 3. August 1897. — A. I. 3756. — |

Berlin, den 8. September 1897.

Der Landrath des Kreises Teltow.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirektion zu Berlin.

30. Die im Bezirk Berlin an der Berliner Ringbahn gelegene Station „Friedrichsberg“ erhält vom 1. Oktober d. J. ab die Bezeichnung „Frankfurter Allee“.

Berlin, den 17. September 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Änderung der Tarifbestimmungen über Ueberfuhrgebühren u. s. w. in den Staatsbahn-Gruppentarifen.

31. Die besonderen Bestimmungen der Staatsbahn-Gruppentarife unter II. D. VI. A. erhalten vom 1. Oktober ab die folgende Fassung:

A. In soweit die Eisenbahn die Ueberfuhrung von Wagen nach und von Privatanschlußgleisen, Ladebühnen,

Spreichern u. s. w. übernimmt, richtet sich die Erhebung der Ueberführungsgebühr nach den besonderen Verträgen. Für den Fall der Zustellung oder Abholung von Wagen nach und von Lagerplätzen, auch wenn diese an öffentlichen Ladegleisen liegen, wird erhoben für jeden Wagen 50 Pfg., sofern nicht ausnahmsweise in den bestehenden Verträgen etwas anderes bestimmt ist.

Berlin, den 13. September 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion, zugleich Namens der übrigen Deutschen Eisenbahn-Verwaltungen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Die Geschäftsräume der Ersatz-Kommissionen für die Aushebungsbezirke Berlin I. bis VI., der Prüfungs-Kommission für Einjährig-Freiwillige und der Militär-Kommission werden vom 15. d. Mts. vom Mollenmarkt 3 und Stralauerstraße 32 nach dem neuen Dienstgebäude am vormaligen Hamburger Bahnhof, Heidestraße 1 verlegt. Berlin, den 10. September 1897. Königliche Ministerial- Militär- und Bau-Kommission.

Bekanntmachung.

Die Amtsräume der vier Katasterämter Berlin I. Centrum, Berlin I. Nordost, Berlin I. Nordwest und Berlin I. Süd, deren Geschäftskreis sämtliche bebaute und unbebaute Grundstücke der Stadtgemeinde Berlin angehören, sind am heutigen Tage aus dem Dienstgebäude Kleine Präsidentenstraße Nr. 7 in das Dienstgebäude Dranienburgerstraße Nr. 76 verlegt worden.

Berlin, den 9. September 1897.

Königliche Direktion

für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin.

Personal-Chronik.

In Stelle des früheren Beigeordneten Oppermann in Briesen a./Oder, welcher wegen hohen Alters und Wegzuges von Briesen a./Oder die Entbindung von dem Amte des fiskalischen Vertreters daselbst nachgesucht hat, ist der Bürgermeister Dermann zu Briesen a./Oder vom 1. Oktober 1897 ab nebenamtlich mit der Besorgung der Domänen- und fiskalischen Kirchenpatronats- u. Geschäfte in den Ortschaften: Burgwall, Groß-Barnim, Neu-Barnim mit Herrenwiese, Herrenhof, Königshof, Alt- und Neu-Kiez bei Briesen, Alt- und Neu-Kiez bei Freienwalde mit Dammbaum, Alt- und Neu-Wein mit Herrenwiese, Alt- und Neu-Weidwitz, Alt-Tornow, Alt- und Neu-Trebbin, Freienwalde in kirchlicher Beziehung, sowie bezüglich der alten Oder in den Feldmarken Alt- und Neu-Kiez bei Briesen beauftragt worden.

Der Bauinspektor Altfred Beith aus Breslau ist der Kreisbauinspektion Wittstock zugeteilt und vereidigt worden.

Der bisherige Archidiaconus in Luckau Andreas Friedrich Karl Habicht ist zum Diaconus bei der evangelischen Gemeinde der St. Pauls-Kirche in Berlin, Diözese Berlin II., bestellt worden.

Der Oberlehrer an der königlichen Elisabethschule in Berlin, Speyer, ist unter Ernennung zum Seminar-Oberlehrer dem mit der Augustaschule verbundenen königlichen Lehrerinnenseminar zu Berlin überwiesen worden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
auf. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurteilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-------------|---|---|--------------------------------|---|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| | | Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | |
| 1 | Eduard Pfau,
Schlossergeselle, | geboren am 19. Juli 1867 zu Bruch a. d. Leitha, Nieder-Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger, | betriegen, | Polizei-Behörde zu Hamburg, | 19. August 1897. |
| 2 | Schmaier Lannen-
baum, Zimmermacher, | 20 Jahre alt, geboren zu Uście bei Glogowiec, Bezirk Lancut, Galizien, ortsangehörig zu Glogowiec, | Landstreicherei und betriegen, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 8. August 1897. |

Hierzu eine Beilage, enthaltend ein Verzeichniß gekündigter Staatsschuldcheine von 1842, Schuldverschreibungen der Staatsanleihen von 1850, 1852, 1853, 1862, 1868 A und der Staats-Prämien-Anleihe von 1855, Kur- und Neumärkischer Schuldverschreibungen und einer Stammaktie der Münster-Hammer Eisenbahn, sowie der noch nicht zum Umtausch gegen 4prozentige Konfols eingereichten Schuldverschreibungen der konsolidirten 4 1/2 prozentigen Staatsanleihe, sowie sechs öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Beilageblätter werden der Bege mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei des A. W. Hahn'schen Erben.

Verzeichniß

gekündigter Staatsschuldcheine von 1842, Schuldverschreibungen der Staatsanleihen von 1850, 1852, 1853, 1862, 1868 A und der Staats-Prämien-Anleihe von 1855, Kur- und Neumärkischer Schuldverschreibungen und einer Stammaktie der Münster-Hammer Eisenbahn, sowie der noch nicht zum Umtausch gegen 4prozentige Konsols eingereichten Schuldverschreibungen der konsolidirten 4½prozentigen Staatsanleihe.

Die fettgedruckte Zahl, welche die Tausende bezeichnet, bezieht sich auch auf diejenigen Zahlen, welche bis zu der folgenden fettgedruckten Zahl die Hunderte, Zehner und Einer angeben.

I. Verzeichniß

der

in der 22. Verloosung gezogenen, durch die Bekanntmachung der unterzeichneten Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 4. September 1897 zum 1. Januar 1898 zur baaren Einlösung gekündigten 3½prozentigen, unterm 2. Mai 1842 ausgefertigten Staatsschuldcheine.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe XXII Nr. 7 und 8 nebst Anweisungen zur Abhebung der Reihe XXIII.

Lit. A. zu 1000 Rthlr.

№ 65538 bis 570. 595 bis 598. 616. 621 bis 636. 653 bis 686. 66201 bis 203. 211. 213. 623. 629. 675 bis 692. 67002. 15. 16. 20. 179. 189. 191. 204. 243. 246 bis 248. 267. 269. 275. 603. 606. 625 bis 627. 637. 642. 645. 657. 670. 679. 691. 693. 705 bis 707. 711. 716. 717. 734. 736 bis 740. 750. 755. 758. 779 bis 781. 785. 788 bis 794. 833. 884. 887. 890. 905. 918. 920. 957. 959. 967. 973. 995. 68011. 13. 35. 36. 55. 156. 157. 166. 170. 184. 200. 203. 237. 242. 246. 247. 256. 260. 261. 263. 269.

Summe 200 Stück über 200 000 Rthlr.
= 600 000 Mark.

Lit. B. zu 500 Rthlr.

№ 10817. 819. 826. 829. 834. 837. 843. 847. 852. 869. 870. 874. 879. 888. 895. 903 bis 906. 922. 926. 942. 945. 946. 952. 954. 957. 960. 961. 966. 968. 970. 973. 982. 998. 11000. 16. 18. 20. 29. 30. 34. 38. 48. 52. 56. 63. 68. 69. 75. 78. 81. 86. 89. 97. 104. 115. 124. 125. 127. 129. 132. 134. 141. 143. 146. 148. 149. 152. 157. 159. 161. 168. 174. 175. 178. 179. 185. 188. 196. 198. 203. 204. 211. 212. 214. 218. 450. 454. 455. 459. 470. 473. 474. 476. 478. 503. 509. 516. 520. 19887. 893. 896. 901. 905. 907. 916. 923. 20027. 33. 39.

43 bis 45. 48. 56. 57. 59. 71. 73. 77. 84. 100. 109. 115. 124. 125. 127. 130. 131. 135. 136. 138. 144. 244. 246. 251. 256. 262. 270 bis 272. 283. 287. 288. 293. 300. 426 bis 434. 452 bis 460. 465. 467. 468. 470. 472 bis 475. 480. 481. 488. 491. 494. 504. 535. 536. 546. 562. 566. 572. 575. 581. 582. 589. 591. 595. 697. 726. 728. 734. 747. 749. 752. 762. 763.

Summe 200 Stück über 100 000 Rthlr.
= 300 000 Mark.

Lit. C. zu 400 Rthlr.

№ 828. 831. 835. 836. 839. 849. 851. 858. 865. 871. 876. 883. 887. 888. 922. 924. 927. 928. 942. 943. 945. 948. 949. 951. 966. 974. 975. 985. 1004. 11. 3464. 465. 471. 472. 475. 477. 481. 490 bis 492. 495. 657. 675 bis 678. 682. 683. 693. 694. 696. 697. 706. 707. 724. 726. 727. 737. 739. 743.

Summe 60 Stück über 24 000 Rthlr.
= 72 000 Mark.

Lit. D. zu 300 Rthlr.

№ 4857. 858. 860. 863. 864. 869. 870. 873. 877. 880. 889. 893 bis 896. 899. 901. 902. 904. 910. 917. 918. 925. 929. 937. 938. 945. 946. 950. 956. 957. 962. 5072. 79 bis 81. 85. 86. 88. 90. 91. 98.

101. 124. 128. 144. 157. 165. 167. 174. 177. 183
bis 190. 194. 195. 202. 207. 210. 214. 6008 bis
10. 17. 23. 24. 26. 28. 31. 41. 45. 46. 48 bis 50.
13053. 75. 79. 85. 92. 97 bis 99. 101. 104. 105.
111. 115. 117. 118. 272. 281. 283. 296. 299 bis
303. 306 bis 309. 312. 326. 332. 333. 336. 344.
348. 351. 352. 356. 383. 385. 392. 395. 409. 410.
412. 413. 417. 537. 539. 540. 547. 553. 555. 558.
579. 581. 582. 589. 593. 597. 598. 600. 601. 603.
607. 618 bis 620. 622. 630. 631. 642. 644. 648.
650. 652. 653. 659. 688. 692.

Summe 160 Stück über 48 000 Rthlr.
= 144 000 Mark.

Lit. E. zu 300 Rthlr.

№ 3790 bis 792. 794 bis 796. 800. 810 bis 812. 814.
816. 817. 820. 821. 827. 829. 832. 833. 840. 842.
845 bis 847. 867. 869. 876. 877. 884. 887 bis 889.
892. 896. 897. 901. 903. 908. 911. 916. 917. 924.
939. 940. 945. 950. 952. 956 bis 959. 961. 980.
981. 987. 988. 997 bis 999. 4010. 16. 21. 32.
37. 40. 43. 47 bis 49. 57 bis 59. 64. 68. 69. 71. 74.
77. 84. 86. 88. 98. 99. 111. 112. 118. 127. 131. 134.
138. 139. 143. 147. 150. 151. 157. 158. 168. 169.
175. 11376. 380 bis 382. 386. 399. 403. 412.
414. 416 bis 424. 427. 433. 438. 444. 451. 456 bis
458. 466. 467. 472. 474. 476. 478. 481 bis 483.
487. 492. 496. 499. 502. 507. 513. 516. 527. 528.
539. 540. 543. 544. 549. 550. 553. 554. 556. 559.
561 bis 563. 568 bis 571. 573. 577. 579. 582. 587.
598. 603. 612. 622. 627. 629. 630. 636. 641. 643.
651. 657. 658. 661. 666. 669. 671. 675. 677. 689.
693. 695. 700. 710. 841. 843. 844. 848. 850. 851.
853. 855. 856. 17846. 18025. 28. 29. 39. 41.
42. 44. 45. 47. 49. 51. 54. 55. 58. 61. 62. 64. 66.
69 bis 72. 74. 75. 78. 79. 82. 85. 86. 90. 93. 94. 96.
102. 103. 117. 123. 127. 130. 131. 134. 135. 138.
143 bis 145. 154. 156. 157. 161. 170. 173. 174.
358. 360. 369 bis 371. 373. 380. 381. 385. 388.
393. 403. 404. 407. 408. 410. 413. 414. 421. 423.
426. 428. 431 bis 433. 437. 446. 448. 454 bis 457.
461. 463. 464. 468. 470. 475 bis 477. 479. 484.
485. 489. 491. 496.

Summe 300 Stück über 60 000 Rthlr.
= 180 000 Mark.

Lit. F. zu 100 Rthlr.

№ 59622. 626 bis 628. 631. 632. 635. 639 bis 643.
646 bis 648. 656. 657. 659. 662. 664. 666. 669.
673. 675 bis 686. 692 bis 697. 699. 702. 703. 705.
706. 710 bis 712. 714. 715. 943. 944. 947. 948.
950. 952. 958. 959. 962. 965. 969. 971. 975. 980.
981. 984. 985. 987. 989 bis 991. 995. 997. 999.
60000 bis 2. 7. 9. 10. 14. 16. 17. 20 bis 22. 27 bis 32.
35. 39. 50. 52. 55. 58. 61. 68. 72. 74. 77. 78. 80.

81. 84. 97. 103. 108 bis 110. 114. 116. 117. 122.
123. 131. 133 bis 135. 137. 140. 142. 145 bis 150.
152. 156. 163. 166. 171. 172. 174 bis 181. 184.
186. 188. 190. 193. 195. 197. 198. 200 bis 203.
205. 208 bis 210. 213. 220. 224. 226. 233 bis 236.
238. 243 bis 245. 247. 250. 251. 254. 260 bis 262.
264. 267. 269. 270. 272. 275. 277 bis 281. 288.
293. 298. 305. 307. 310. 311. 317. 318. 321 bis
323. 326. 328. 335. 336. 340. 341. 343 bis 347.
350. 351. 354 bis 357. 359 bis 361. 364 bis 366.
369. 374. 376. 379. 381. 382. 385. 386. 388. 391.
395. 397. 399 bis 401. 405. 406. 408 bis 410. 413.
416. 419. 423. 659. 661. 663. 664. 668. 674. 675.
687 bis 698. 704. 706. 707. 711 bis 715. 717. 718.
720. 722 bis 724. 726. 727. 740 bis 743. 745. 757.
764. 769. 772. 773. 775. 776. 778. 782. 783. 785.
786. 791. 797. 798. 801. 804. 806. 809. 814 bis
816. 818. 821. 822. 836. 838 bis 842. 844. 845.
847 bis 849. 853. 855. 858. 859. 862 bis 864. 866.
868 bis 870. 877. 879. 889. 891. 894. 900. 902.
904. 907. 912. 913. 915. 921. 930 bis 932. 937.
940 bis 942. 944. 945. 950. 957. 960. 965 bis 967.
969. 973. 975. 976. 981. 983. 984. 987. 989. 993
bis 995. 61004. 7. 9. 10. 15. 18. 26. 27. 29.
30. 33 bis 38. 41. 43. 44. 47 bis 49. 51 bis 55. 57.
59. 66. 70. 75. 78 bis 80. 90. 93. 94. 96. 100 bis
102. 124. 131. 134. 135. 137 bis 139. 144. 145.
147. 148. 153. 154. 156. 157. 159 bis 161. 165.
166. 170. 171. 173 bis 176. 182. 189. 191. 192.
199. 201. 203. 205. 526. 527. 530 bis 532. 539 bis
541. 545 bis 547. 549 bis 552. 554. 561. 562. 566.
567. 572. 573. 575. 579. 591. 593. 597. 600. 601.
604. 606. 607. 611. 615. 619. 623. 625. 629. 631.
633. 634. 636. 637. 639. 641. 643. 647. 85569.
570. 573. 576. 584 bis 587. 590. 592 bis 601. 604.
605. 607 bis 612. 620. 623. 624. 626. 627. 632.
634. 635. 638. 640 bis 642. 647 bis 649. 655 bis
659. 662. 663. 665 bis 667. 669 bis 671. 677. 680.
683. 685. 687. 688. 693. 698. 700. 704. 711. 718.
733 bis 735. 737. 739. 740. 742 bis 744. 746 bis
753. 755 bis 757. 759 bis 764. 766. 767. 770. 771.
774. 775. 783. 784. 791 bis 794. 796. 797. 801.
803. 809. 810. 812 bis 814. 816. 819 bis 821. 824.
831 bis 833. 840. 842 bis 844. 846 bis 850. 853.
854. 858. 860. 861. 863. 865. 867. 869 bis 871.
873 bis 876. 878. 883 bis 885. 888 bis 890. 892.
895. 897. 901. 907 bis 914. 917. 918. 921. 923.
925. 929. 933. 935. 936. 946. 949. 950. 952. 956.
957. 964. 967. 972. 974. 975. 977. 978. 980. 982.
984. 985. 987. 988. 991. 993. 994. 996. 997. 999.
86006. 9. 12. 15. 16. 22. 23. 25 bis 37. 43. 45. 46.
48. 54 bis 61. 64. 67. 69. 70. 74 bis 76. 82. 84. 85.
91. 92. 94. 96. 97. 104 bis 106. 110. 112. 114. 115.
117. 121. 123. 126 bis 128. 134. 135. 138. 139.
141. 143. 147. 155. 158. 160 bis 166. 170. 174 bis
176. 179. 181. 184. 190 bis 192. 194 bis 208. 212.
214. 215. 218. 219. 221 bis 224. 231. 232. 234 bis

236. 238. 242 bis 247. 250. 252. 274. 278. 286 bis
 289. 294. 296. 298. 318. 319. 331. 335 bis 340.
 346. 351 bis 355. 369. 372 bis 376. 378 bis 382.
 384. 397 bis 399. 403 bis 406. 408. 411. 413 bis
 417. 419. 420. 422 bis 428. 434. 435. 437. 440.
 441. 443. 445. 447 bis 449. 451. 454. 455. 457.
 460. 461. 463. 475 bis 478. 481. 482. 488. 491.
 498 bis 500. 504. 511. 513 bis 521. 523 bis 525.
 527. 529 bis 535. 538. 539. 541. 542. 544 bis 546.
 555. 583. 586 bis 588. 590. 591. 594 bis 599. 601.
 605. 606. 620. 621. 626. 628 bis 631. 641. 646 bis
 648. 650. 652. 654. 655. 663. 668. 671. 677 bis
 680. 682. 696. 697. 699. 703. 705. 707. 711. 717.
 724. 725. 728. 730. 731. 735. 742. 744. 745. 749.
 750. 753. 754. 756. **107**703. 75. 76. 78. 82. 83.
 85. 87. 98. 99. 103. 105. 106. 108. 110. 114 bis
 116. 120. 122. 124. 126. 127. 130. 132. 138 bis
 141. 143 bis 147. 149. 153. 154. 157 bis 160. 163.
 165 bis 168. 171. 174. 175. 177 bis 180. 183. 184.
 187. 188. 702 bis 704. 709. 710. 720. 723 bis 725.
 731. 732. 734. 737. 739. 743. 746 bis 748. 752.
 753. 758. 760. 761. 768. 770. 773. 775. 783. 784.
 792. 794. 795. 797. 800. 804. 805. 809. 815. 819
 bis 821. 826. 827. 832 bis 835. 840 bis 843. 845
 bis 847. 850. 852 bis 855. 857. 859 bis 861. 865
 bis 867. 869. 878. 880. 882 bis 885. 887. 888. 890.
 892. 895. 896. 901. 904 bis 930. 932. 936. 938.
940. 946. 947. 951. 953. 960. 961. 963 bis 965. 968
 bis 973. 975 bis 977. 982 bis 984. 986. 987. 993 bis
 999. **108**002 bis 7. 11. 12. 15. 21. 22. 25. 28.
 29. 33. 48. 50. 52. 56. 57. 60. 62. 64. 67. 68. 70.
 76. 78 bis 80. 82. 84. 92. 93. 96 bis 99. 103. 108.
 114 bis 116. 118. 125 bis 127. **109**325. 326.
 330 bis 332. 334. 335. 337. 338. 340. 343. 345.
 348. 364. 366. 368. 372. 373. 380. 381. 384 bis
 388. 391 bis 393. 395. 398. 402 bis 404. 406. 409.
 416. 417. 419. 425. 429. 433. 442. 448. 450. 452.
 456. 457. 460. 463. 464. 468 bis 470. 475. 477 bis
 479. 488. 495 bis 501. 504. 505. 510. 511. 515.
 518 bis 520. 523. 528. 529. 533. 534. 540. 547.
 552. 556. 559. 563. 566. 573. 579 bis 582. 584.
 587. 590. 592. 596. 599. 601. 603 bis 605. 609.
 617. 618. 621. 625. 626. 628. 629. 631. 632. 634
 bis 638. 646. 648. 649. 651 bis 653. 943. 944. 950.
 953. 954. 963. 964. 966. 968. 971. 972. 974 bis
 977. 979 bis 981. 988 bis 990. 995 bis 997.
110005. 7. 9. 14. 15. 18. 20. 28. 30 bis 35. 39. 42.
 43. 48 bis 51. 53. 57. 63. 65. 67. 68. 70 bis 72. 74.
 76. 80. 84. 89. 92. 93. 95 bis 98. 100. 107. 108.
 114 bis 118. 121. 123. 127 bis 129. 134. 142. 144.
 146. 149. 152. 153. 155. 157 bis 160. 163. 165.
 167. 169. 170. 172. 173. 178. 180. 185. 186. 188.
 191. 193 bis 195. 199 bis 204. 207. 211. 214. 218.
 220 bis 222. 228. 229. 238. 243. 244. 247. 248.
 250. 252. 254. 257 bis 259. 261. 263. **134**064.
 65. 70. 73 bis 75. 82. 84. 85. 87. 89. 92. 94. 96. 99.
 101 bis 103. 105. 109. 111. 112. 114. 116. 117.

120. 124. 126. 131. 132. 134 bis 137. 139. 140.
 151. 152. 154 bis 156. 158. 160. 164. 165. 173.
 175. 177. 181. 185. 191. 194. 196. 200 bis 204.
 206. 207. 211. 217. 244. 245. 257. 261. 263. 266.
 267. 272. 275. 278. 285. 287. 288. 292. 295. 299.
 302. 303. 307. 309. 312. 314. 316 bis 318. 324 bis
 329. 331. 338. 339. 341. 354. 358. 365. 368. 369.
 375. 376. 379. 380. 382. 383. 385. 386. 389. 393.
 396 bis 398. 400 bis 402. 404. 406. 408 bis 412.
 416. 420 bis 423. 425. 430. 436. 443. 449. 450.
 452. 454. 456. 457. 462. 463. 465. 467. 468. 470.
 471. 473. 475. 477. 485. 486. 490 bis 510. 517.
 523. 529. 532. 535. 536. 538. 539. 544 bis 549.
 553. 554. 565. 568. 569. 571. 573. 580. 581. 585
 bis 590. 592. 597. 598. 600. 603 bis 605. 607. 608.
 611. 614. 615. 620. 623. 624. 627. 633. 635. 637.
 638. 644. 648. 649. 651. 653. 657. 661. 665. 668.
 669. 671. 673. 676. 684. 686. 690. 695. 697 bis
 699. 701. 703. 711. 712. 718. 719. 724. 725. 729.
 733. 740 bis 745. 759. 764. 766. 768. 773. 775.
 779 bis 788. 793. 794. 797. 798. 802. 804. 807.
 808. 810 bis 812. 815 bis 817. 820 bis 822. 824.
 831. 833. 837. 839. 840. 845. 855. 856. 859 bis
 861. 863. 865. 872. 874. 876 bis 878. 884. 886 bis 889.
 892. 898. 901. 904. 912 bis 914. 916. **135**183.
 184. 186. 190. 192. 201. 203. 206 bis 209. 211.
 216. 220. 222. 224. 226 bis 232. 239. 243 bis 245.
 247 bis 250. 256. 257. 262. 265. 269. 271 bis 273.
 275 bis 279. 281 bis 283. 285. 286. 290. 292. 293.
 295. 297. 301 bis 303. 306 bis 309. 315. 317 bis
 319. 324. 327. 333. 337. 338. 340. 348. 361. 363
 bis 365. 368 bis 381. 384. 385. 389. 390. 394. 396.
 399. 402 bis 405. 413. 415. 417. 419. 420. 422.
 427. 430 bis 432. 435 bis 437. 440. 442. 444. 446.
 447. 449 bis 451. 455. 456. 469. 470. 472. 483.
 484. 487. 495. 501 bis 503. 505. 511 bis 516. 518.
 519. 521. 522. 524. 526. 529. 531 bis 534. 541.
 557. 561. 565. 566. 568. 580 bis 585. 589 bis 592.
 595. 597. 599. 600. 602. 605. 606. 609. 610.
140355 bis 360. 362. 367 bis 371. 373 bis 376.
 378. 380. 382. 392 bis 394. 397 bis 399. 402. 404.
 407. 408. 414. 418. 424. 427. 428. 434 bis 437.
 439. 445 bis 449. 453. 455. 458. 459. 462 bis 466.
 472. 473. 479. 484. 492. 493. 497. 498. 501. 505.
 508. 510. 512. 517. 518. 522. 524. 527. 530. 531.
 533 bis 535. 539 bis 541. 543. 544. 548. 552. 556
 bis 559. 564. 567. 577. 580. 586. 587. 593 bis 618.
 622 bis 625. 630. 638. 644 bis 646. 653. 655. 658.
 660. 661. 667 bis 670. 673 bis 677. 679. 680. 683.
 695. 697. 699. 700. 702. 705. 709. 712. 715. 973
 bis 977. 983 bis 987. 993. 994. 996. 998. **141**000.
 2. 3. 6. 7. 13. 23. 26. 38. 40. 43 bis 49. 59. 60. 62.
 64. 84. 85. 93. 94. 97. 98. 100 bis 102. 105. 107.
 108. 110 bis 112. 114 bis 117. 121. 126. 127. 130
 bis 132. 138. 139. 142. 143. 145. 147 bis 149. 151
 bis 154. 156. 181. 186 bis 191. 193. 195. 196. 199.
 200. 205. 211. 213. 214. 217. 221. 222. 228. 229. 233 bis

235. 237. 249. 252. 256. 257. 260. 263. 264. 278. 289.
 290. 292 bis 294. 302. 303. 308. 309. 312. 316. 323. 324.
 330. 333. 338. 341 bis 343. 349. 353 bis 355. 358.
 362. 363. 366. 369. 373. 376. 379. 381 bis 383.
 390 bis 395. 398. 399. 401. 411 bis 417. 419. 424.
 427. 431 bis 433. 447. 448. 455. 456. 458. 459.
 461 bis 468. 472. 475. 476. 478. 479. 484. 487.
 489. 496. 498. 500 bis 502. 507. 508. 510. 513.
 516. 520. 523. 525. 528. 530. 534. 539. 540. 542
 bis 544. 552. 554. 557. 559. 561. 562. 565. 566.
 568 bis 570. 575. 576. 578. 579. 582. 585. 591.
 593. 594. 601. 602. 605. 608. 610. 615. 617. 622.
 623. 625. 626. 631. 633. 634. 642. 646. 647. 653
 bis 658. 660. 662. 666. 667. 670 bis 674. 676. 678.
 679. 683 bis 685. 689 bis 693. 701. 703. 704. 706.
 707. 709. 716. 718. 719. 721 bis 723. 727. 729.
 731. 732. 735. 736. 738. 740. 741. 743. 747. 750.
 753. 754. 758 bis 760. 765. 769. 777. 792. 795.
 799. 802. 805. 807 bis 809. 818. 820 bis 823. 828.
 831. 833. 835. 837. 841. 843 bis 846. 850. 852.
 853. 857. 861. 863 bis 867. 871. 875. 876. 879.
 882. 883. 886 bis 888. 890. 892. 895. 898. 899.
 901. 905. 916. 922. 924 bis 926. 929. 932. 934.
 935. 940. 943. 944. 950 bis 952. 955. 957. 958.
 960. 961. 963. 965. 969. 974 bis 977. 998. 999.
142000. 1. 3. 8 bis 12. 15. 20 bis 39. 41. 43. 46
 bis 49. 52 bis 59. 64. 65. 68. 69. 71 bis 73. 75. 78.
 80. 83. 84. 88. 90. 94. 96. 97. 99 bis 101. 107. 108.
 110 bis 113. 877. 880. 882. 884. 890. 895 bis 898.
 910. 914. 918. 920. 924. 930. 932. 940. 947. 963.
 965. 976. 978. 987. 989. 990. 992. 993. 996. 998.
 999. **143000.** 1. 3. 4. 6. 22. 24. 32. 34. 35.
 38. 45. 46. 51 bis 53. 57 bis 61. 63. 67. 68. 72. 74.
 79. 80. 86. 88 bis 90. 93 bis 95. 98. 99. 104 bis 111.
 118 bis 120. 125. 128 bis 144. 147. 152. 153. 159.
 165. 167. 170. 211. 215. 216. 218. 223. 230. 231.
 238. 240 bis 245. 251. 252. 257. 261. 262. 266.
 268. 272. 276. 279. 280. 283. 287 bis 289. 291.
 295. 299. 304. 305. 307. 308. 316 bis 318. 339 bis
 341. 345. 346. 354. 356. 358. 361. 363. 364. 367.
 370. 382. 383. 386. 390. 391. 393. 394. 396 bis 398.
 400. 402. 404. 409 bis 411. 415. 419. 420. 422 bis
 425. 427 bis 429. 434. 435. 437. 438. 446 bis 451.
 454 bis 463. 468 bis 471. 479. 481. 482. 486. 487.
 489. 492 bis 497. 501 bis 535. 538. 539. 541. 555.
 565. 568 bis 575. 580 bis 583. 585. 587 bis 592.
 597. 600. 604. 609. 611. 612. 617. 619. 620. 622.
 626 bis 639. 641. 643 bis 649. 651 bis 653. 655.
 656. 658. 659. 662. 664 bis 666. 669. 671. 672.
 685. 690. 697 bis 699. 702. 705. 706. 721. 727.
 728. 734. 735. 740 bis 745. 748 bis 752. 756. 757.
 759. 775. 777 bis 783. 785. 787. 788. 791. 792.
 794. 799. 801. 802. 804. 809. 813. 814. 818. 821
 bis 824. 826. 828. 831. 848. 853. 854. 856 bis 858.
 868. 869. 875. 877. 881. 882. 884. 886. 892 bis
 894. 896. 899. 902. 903. **172001.** 2. 11. 18.
 20. 22. 25. 29. 32. 35 bis 38. 40. 42. 43. 46. 47. 50.

51. 54. 56. 58. 60. 63 bis 67. 73 bis 76. 84 bis 86.
 89. 90. 93 bis 95. 104. 106. 107. 110. 113 bis 116.
 122. 124. 125. 135. 137. 138. 140. 143. 147. 149
 bis 151. 154. 157 bis 159. 163. 166. 171. 176. 178
 bis 180. 183. 185. 188 bis 190. 194. 195. 197. 199.
 205 bis 208. 211 bis 215. 218. 219. 222. 227. 229.
 233 bis 235. 237 bis 243. 247. 252. 253. 255 bis
 257. 259 bis 265. 276. 280. 283. 286. 287. 289.
 290. 292. 294. 296. 299. 300. 305. 307. 315. 317.
 322. 326 bis 329. 339. 341. 342. 348. 351. 352.
 361. 363. 364. 366 bis 369. 373 bis 375. 377.
 382. 384. 387 bis 389. 395. 398. 404. 405. 408.
 411. 413 bis 415. 418. 419. 424 bis 428. 430.
173001. 2. 11. 15. 17. 24. 31. 33. 34. 37. 38. 40.
 42 bis 49. 52. 53. 55. 58 bis 62. 65 bis 67. 70 bis
 72. 74. 101. 108. 118. 120. 122. 123. 126. 127. 130
 bis 132. 134. 137 bis 141. 147 bis 149. 152 bis 157.
 162 bis 164. 170. 183. 188. 193. 195 bis 198. 201.
 204 bis 206. 210. 212. 217 bis 222. 224 bis 228.
 235 bis 247. 249 bis 252. 255. 261. 265. 267. 270.
 273. 274. 277. 278. 281. 283. 284. 286. 288. 289.
 303. 305. 307. 309. 313. 314. 317. 318. 321 bis
 324. 329. 341 bis 345. 348. 356 bis 358. 360. 363.
 365 bis 373. 375. 377. 378. 380. 381. 389 bis 397.
 399. 400. 403. 412. 414. 415. 417. 418. 422. 424.
 425. 428 bis 430. 432. 435. 438. 441. 442. 445.
 449. 453. 457 bis 459. 464. 466. 471. 476. 477.
 484. 487. 488. 494 bis 496. 498 bis 500. 502 bis
 508. 510. 512. 519. 520. 522. 524 bis 526. 530.
 532 bis 534. 541. 543. 544. 549. 551. 553. 555.
 557. 563 bis 566. 570 bis 574. 578. 580 bis 582.
 584 bis 586. 589. 592. 593. 596. 597. 624. 629.
 631. 639. 650. **176614.** 615. 618 bis 625.
 632. 634. 637. 638. 640. 645. 653. 656. 659. 663.
 673 bis 675. 677. 679. 681. 682. 684. 688 bis 690.
 692 bis 694. 697. 712 bis 714. 719. 721. 722. 724.
 725. 727. 731 bis 734. 736 bis 738. 740 bis 745.
 753. 762 bis 764. 767 bis 772. 778. 783. 786. 789.
 790. 793. 794. 796. 803. 804. 806 bis 808. 811 bis
 817. 822. 825. 826. 828 bis 832. 835 bis 837. 839.
 840. 843. 845. 848. 853. 856 bis 859. 861. 863.
 864. 866. 870. 872 bis 874. 877 bis 879. 899. 901.
177157 bis 159. 163 bis 168. 175 bis 179. 183.
 186 bis 190. 192. 196 bis 199. 201. 202. 204 bis
 206. 208. 210. 211. 213. 215. 217 bis 219. 222.
 225. 229. 232 bis 235. 237. 239. 241 bis 245. 253.
 256. 261 bis 264. 266. 268. 272. 275. 276. 278.
 281 bis 283. 285. 286. 289. 291. 294 bis 298. 300.
 307. 309 bis 311. 317. 320. 322. 324. 327. 335.
 336. 338. 339. 341. 343. 346. 347. 372. 374. 378.
 382. 387. 391. 393. 396. 397. 405. 412. 418. 419.
 425. 428. 430. 433 bis 435. 438. 440. 442. 445.
 446. 448. 450. 452. 454. 458. 459. 462. 465 bis
 467. 471. 474 bis 476. 478. 494. 495. 497. 499 bis
 501. 503 bis 512. 514. 515. 518. 521. 530. 532.
533. 535. 536. 541. 543. 560. 561. 563. 565 bis
 568. 574. 578 bis 587. 589. 593. 596 bis 600. 607.

608. 615 bis 617. 620. 621. 623 bis 626. 628. 634
bis 637. 640. 641. 643 bis 647. 650. 651. 657. 659
bis 662. 666 bis 668. 670. 671. 673. 675 bis 677.
679 bis 681. 685. 689. 691. 692. 694 bis 696. 700
bis 703. 707. 708. 711 bis 714. 717 bis 721. 723.
724. 726. 731. 732. 736 bis 738. 741. 749. 751.
753 bis 755. 759. 761. 765. 766. 770. 773 bis 776.
779 bis 783. 786. 787. 793. 794. 796. 799. 804.
805. 809. 812. 813. 816. 821. 822. 825. 828. 831.
178125. 126. 142 bis 144. 146. 148. 152 bis 154.
156. 162. 164. 165. 167. 168. 171. 174. 178. 179.
182 bis 184. 186 bis 188. 194. 195. 197. 199. 201.
204 bis 206. 208. 210. 213. 215 bis 217. 219. 221.
225. 226. 228. 235 bis 237. 242. 254. 255. 259.
260. 264. 268 bis 271. 275. 277. 278. 281. 285.
288 bis 290. 292 bis 298. 302. 303. 307 bis 310.
312 bis 314. **223**560 bis 562. 567. 571.
572. 574 bis 577. 580 bis 585. 605. 606. 608. 610
bis 612. 614. 616. 618. 620 bis 622. 625. 628 bis
632. 635. 636. 638. 639. 657. 658. 661 bis 664.
691 bis 698. 700. 707. 712. 713. 715. 718 bis 722.

Summe 4000 Stüd über 400 000 Rthlr.
= 1 200 000 Mark.

Lit. G. zu 50 Rthlr.

№ 12991. **13062** bis 67. 70 bis 74. 76. 78 bis
80. 82 bis 85. 87 bis 95. 97 bis 101. 103 bis 107.
109. 112. 113. 115 bis 117. 119 bis 128. 131. 207
bis 209. 211. 213 bis 218. 220 bis 224. 226. 227.
229 bis 235. 237 bis 241. 243 bis 249. 252 bis 256.
259. 261 bis 263. 267. 268. 271 bis 273. 275 bis
277. 350 bis 354. 356 bis 361. 363 bis 366. 369.
371 bis 379. 381. 383. 385. 388 bis 395. 397. 399.
400. 402 bis 404. 406. 407. 409. 411 bis 415. 417
bis 419. 422. 423. 426. 428 bis 430. 432 bis 435.
439 bis 443. 446. 448 bis 459. 461. 462. 464 bis
468. 470. 471. 473. 474. 476. 478. 479. 481 bis
484. 489 bis 497. 500. 501. 505. 507. 509. 512 bis
514. 516. 517. 519 bis 525. 527 bis 532. 534. 536
bis 538. 540. 542. 543. 547 bis 552. 554 bis 561.
563 bis 567. 569. 571. 574 bis 584. 587. 591. 593.
595. 598. 600 bis 602. 604 bis 607. 611 bis 618.
620. 622 bis 626. 628 bis 630. 633. 635. 637 bis
639. 642 bis 655. 659 bis 669. 671 bis 680. 683 bis
694. 696. 700. 702. 706 bis 710. 712 bis 714. 718
bis 720. 722 bis 724. 727. 728. 730 bis 732. 734.
736. 738. 739. 741 bis 743. 745 bis 747. 749. 750.
752 bis 755. 757. 758. 760 bis 762. 765 bis 772.
774. 775. 777. 780. 781. 784 bis 786. 788. 864 bis
867. 869. 870. 872 bis 878. 880 bis 884. 886 bis
892. 897. 898. 902. 904. 906. 908. 910 bis 928.
930 bis 933. 935 bis 938. **14006** bis 8. 10 bis
12. 14 bis 20. 22. 25. 26. 29 bis 34. **17637.**
639. 641. 642. 644 bis 652. 657 bis 668. 670 bis
674. 676. 678 bis 682. 684 bis 688. 690. 691. 693
bis 696. 699. 700. 704. 706 bis 708. 711 bis 713.

715. 717. 719. 721 bis 725. 727 bis 734. 736. 738
bis 750. 752 bis 770. 772 bis 780. 783 bis 787. 789
bis 796. 799 bis 805. 808 bis 811. 813. 816. 821 bis
823. 825. 826. 829. 832 bis 834. 837 bis 840. 842
bis 846. 849. 851 bis 853. 856. 857. 859. 861. 862.
864. 865. 867 bis 870. 872 bis 877. 879. 881. 883
bis 888. 891 bis 893. 896 bis 902. **18042** bis
48. 50. 52 bis 58. 60. 61. 63. 66. 67. 69 bis 73. 76.
79. 81 bis 91. 93 bis 97. 99. 102. 103. 105. 106.
109 bis 119. 122. 124. 126 bis 129. 131 bis 133.
135 bis 140. 142. 144. 148 bis 157. 159. 160. 164
bis 169. 171. 174 bis 180. 182 bis 186. 188 bis 192.
197 bis 201. 203. 205 bis 215. 218. 219. 221. 222.
225 bis 227. 229. 231 bis 233. 235 bis 240. 242 bis
246. 248. 250. 251. 256 bis 270. 272. 273. 275 bis
280. 283. 285 bis 293. 295 bis 297. 299 bis 302.
304 bis 306. 308 bis 311. 315 bis 321. 324. 326.
327. 329. 330. 332 bis 334. 336. 337. 339. 341 bis
350. 352. 353. 356. 357. 359. 360. 362 bis 371.
373 bis 375. 377 bis 379. 381. 384. 388 bis 399.
402 bis 410. 412 bis 417. 419. 421. 422. 424. 426
bis 428. 498. 499. 501 bis 506. 508. 510 bis 513.
516 bis 518. **23100** bis 102. 106 bis 110.
112. 113. 115 bis 122. 124 bis 130. 132. 134. 136
bis 139. 141 bis 146. 148 bis 164. 166 bis 168. 170.
171. 175. 176. 178. 180. 182. 183. 185. 187 bis
189. 191. 193 bis 196. 198 bis 204. 206 bis 208.
210. 211. 213. 215 bis 217. 219. 220. 222. 224 bis
227. 230 bis 234. 236 bis 238. 240. 243. 245. 246.
248. 250 bis 252. 254 bis 256. 326. 327. 330. 331.
334. 336 bis 340. 342. 345 bis 347. 349 bis 352.
356. 358. 359. 361 bis 366. 368. 369. 371 bis 373.
375. 376. 378. 380. 381. 384. 386. 389 bis 393.
397. 398. 400 bis 402. 406. 407. 410. 412. 417 bis
419. 421 bis 424. 426 bis 428. 430. 431. 433 bis
440. 442 bis 446. 448 bis 451. 454 bis 457. 460 bis
467. 469. 471. 474. 476 bis 478. 480 bis 491. 495
bis 497. 499 bis 505. 507 bis 511. 515 bis 517. 519.
521. 523 bis 528. 530 bis 532. 535. 536. 538 bis
540. 542 bis 545. 547 bis 551. 555 bis 566. 568 bis
572. 574. 576 bis 582. 584 bis 588. 590 bis 609.
611. 612. 614 bis 616. 619 bis 632. 634. 636 bis
640. 642. 643. 645. 646. 649 bis 653. 655 bis 658.
661. 663. 665. 666. 668 bis 670. 672. 673. 675.
677 bis 682. 684. 686 bis 693. 695. 697 bis 701.
704. 706. 707. 709. 712. 714 bis 722. 724. 729 bis
740. 742 bis 747. 749. 750. 752. 754 bis 760. 902.
903. 905. 908 bis 915. 917. 920. 921. 923 bis 926.
928. 929. 931. 934 bis 940. 942 bis 946. 948. 949.
951. 952. 954 bis 957. 960. 961. 963. 964. 967.
968. **24109.** 111. 113 bis 116. 118. 121. 123.
194 bis 197. 199 bis 205. **46157** bis 162.
164. 165. 167. 170 bis 174. 176. 178. 180 bis 182.
184. 185. 187 bis 194. 196. 201. 202. 204 bis 209.
211 bis 221. 224 bis 227. 229 bis 231. 234. 236.
237. 239. 242 bis 246. 248 bis 250. 252 bis 255.
257. 258. 260 bis 262. 264. 266 bis 270. 273. 275.

278. 280. 281. 283. 287 bis 291. 293. 295. 297.
298. 300. 302 bis 309. 312 bis 329. 331. 332. 334
bis 337. 339 bis 348. 350. 352 bis 355. 357. 359
bis 361. 363. 365 bis 375. 377 bis 383. 385 bis 387.
389 bis 392. 394. 396. 397. 401. 402. 404. 406.
407. 409 bis 414. 416 bis 420. 422 bis 438. 440.
442. 444 bis 452. 454. 455. 458 bis 464. 466 bis
469. 472 bis 474. 476. 478. 480 bis 485. 487. 488.
490. 492. 498 bis 504. 506 bis 509. 512. 513. 515
bis 519. 521 bis 536. 538. 540 bis 542. 544. 546
bis 554. 557. 559 bis 563. 565. 566. 568 bis 582.
584 bis 592. 594 bis 603. 605. 606. 608. 612. 615.
617. 618. 620. 623. 625 bis 634. 637. 640 bis 647.
650. 651. 653 bis 655. 657 bis 661. 663 bis 668.
670. 671. 673. 676 bis 679. 681. 682. 686 bis 702.
704 bis 707. 709. 784. 785. 787 bis 790. 793 bis
795. 797. 800 bis 808. 810. 812 bis 814. 816. 817.
819 bis 831. 833 bis 836. 841. 843. 845 bis 847.
849. 851. 853. 856 bis 858. 860. 863 bis 866. 868.
869. 871. 873. 875 bis 877. 879. 882. 883. 885 bis
888. 890 bis 892. 894 bis 896. 898 bis 902. 905.

Summe 2000 Stück über 100 000 Rthlr.
= 300 000 Mark.

Lit. H. zu 25 Rthlr.

Nr. 5367 bis 370. 372 bis 374. 377. 381 bis 384. 386
bis 389. 391. 527 bis 531. 533 bis 543. 545. 546.
548. 549. 551. 554. 555. 557 bis 566. 569 bis 572.
575. 577 bis 580. 582 bis 586. 589. 592 bis 612.
615 bis 621. 631. 632. 634. 635. 638. 639. 641 bis
660. 795 bis 819. 822 bis 825. 827. 832 bis 840. 842.
844 bis 846. 848 bis 854. 857. 859. 862 bis 864. 866
bis 871. 873 bis 879. 881 bis 883. 885. 887 bis 891.
893 bis 895. 898. 8621 bis 627. 630 bis 640.
642. 643. 645. 648. 650 bis 652. 655 bis 657. 659
bis 665. 667. 668. 670. 671. 674. 677. 679 bis 682.
686. 688 bis 693. 695 bis 699. 701 bis 704. 706. 708.
710. 712 bis 714. 717 bis 721. 724. 726 bis 734. 736.
737. 739. 741 bis 747. 749 bis 754. 756. 757. 760
bis 768. 770. 771. 773 bis 778. 781 bis 787. 791 bis
793. 795 bis 800. 804 bis 810. 812. 814. 957 bis 963.
965. 967. 969 bis 974. 978. 979. 981. 985. 987 bis
989. 991. 992. 994. 996. 997. 9000. 2. 3. 5 bis
7. 9. 10. 13 bis 21. 23. 24. 27. 28. 30. 33 bis 36. 39
bis 43. 10576. 577. 579. 581. 583. 584. 586.
588 bis 593. 595. 597 bis 599. 602. 603. 605 bis 608.
610 bis 616. 618. 620. 622. 624 bis 628. 630 bis 644.
646 bis 652. 654. 656. 657. 660 bis 662. 664 bis 671.
673. 674. 676. 678. 679. 681. 682. 684. 686. 689
bis 698. 700. 701. 703 bis 706. 708. 710 bis 714.
716 bis 718. 720 bis 725. 727 bis 733. 735 bis 744.
746. 748. 750 bis 759. 763 bis 771. 773 bis 775.
777. 779 bis 784. 787 bis 789. 792. 793. 795 bis 797.
800. 802. 806. 807. 810. 811. 813. 814. 816 bis
820. 823 bis 826. 828. 830 bis 841. 13081. 82.
84 bis 90. 92 bis 96. 98. 101 bis 115. 117. 118. 120

bis 124. 126. 128. 129. 132. 135 bis 137. 139. 141
bis 145. 148. 153. 156 bis 168. 170. 172 bis 179.
181. 183 bis 186. 188 bis 194. 196. 198. 200 bis 209.
211 bis 214. 216. 218. 219. 221. 224 bis 230. 232.
234. 236. 237. 239. 241. 242. 244. 246 bis 251.
253. 254. 256. 257. 259 bis 264. 268 bis 270. 273.
275 bis 277. 279 bis 288. 290 bis 292. 294. 296.
297. 299 bis 301. 303 bis 307. 310. 312 bis 314.
316. 317. 319. 321 bis 335. 337. 338. 340 bis 342.
344. 345. 347 bis 349. 25453 bis 458. 460.
463 bis 467. 471 bis 474. 477 bis 481. 483. 485. 488
bis 502. 504. 507. 510. 513 bis 516. 518 bis 520.
522 bis 524. 526 bis 531. 534. 536. 537. 541. 543.
544. 546. 547. 549 bis 552. 554 bis 570. 573. 576.
578 bis 581. 583. 585. 586. 589. 591 bis 595. 597
bis 599. 601 bis 603. 605 bis 607. 609. 611 bis 615.
617 bis 621. 623. 625 bis 630. 769 bis 771. 774.
776. 778. 779. 781 bis 783. 785 bis 789. 792. 793.
795. 797 bis 804. 807 bis 811. 813 bis 818. 820 bis
823. 825. 826. 828. 831. 832. 834. 836 bis 842. 845
bis 853. 857 bis 864. 866. 83347 bis 349. 351
bis 354. 356 bis 366. 368 bis 370. 373. 374. 377.
380. 383. 385 bis 387. 389 bis 392. 395 bis 401.
404 bis 415. 417 bis 422. 424. 426. 427. 429. 431.
432. 434. 436. 440 bis 442. 444. 445. 447 bis 449.
451 bis 454. 457 bis 459. 461. 462. 464. 466 bis
470. 472 bis 474. 476. 477. 481 bis 483. 490. 492
bis 494. 496. 497. 499 bis 506. 508. 511. 512. 514.
516 bis 524. 526. 527. 529 bis 531. 533 bis 536.
538. 540 bis 553. 555. 557. 560. 561. 563 bis 568.
570 bis 572. 574. 576. 579 bis 586. 589. 591 bis
600. 602 bis 607. 609 bis 614. 616. 996 bis 999.
34000. 1. 3 bis 9. 11 bis 22. 24. 25. 27. 28. 30 bis
35. 37 bis 39. 41. 44. 45. 47 bis 49. 53 bis 56. 58.
59. 61. 63. 65. 67 bis 73. 75 bis 81. 83 bis 87. 89.
91 bis 98. 100 bis 112. 114 bis 116. 119. 121. 123
bis 127. 129. 130. 134 bis 139. 141. 143. 144. 146
bis 148. 150. 152. 155. 161 bis 163. 39769 bis
779. 782 bis 786. 788. 789. 791. 793. 795 bis 797.
800. 801. 803 bis 808. 810 bis 815. 817 bis 819.
825 bis 831. 833. 837. 839 bis 841. 844 bis 852.
855. 858 bis 864. 866 bis 869. 872. 875 bis 878.
880 bis 885. 887 bis 890. 892 bis 897. 901. 904.
906 bis 914. 916. 920 bis 925. 928 bis 935. 939
bis 942. 944 bis 947. 950 bis 953. 955 bis 960.
963 bis 971. 973 bis 977. 979. 980. 983. 984. 986
bis 988. 990 bis 995. 998. 999. 40000 bis 2.
4 bis 7. 10 bis 14. 16 bis 22. 24. 25. 27. 28. 30
bis 32. 34 bis 38. 46. 47. 41030. 33 bis 38.
41 bis 48. 50 bis 56. 58. 60 bis 71. 74. 76. 77.
81 bis 91. 93. 97 bis 101. 103 bis 107. 110 bis
113. 115 bis 121. 123. 263 bis 268. 272. 275 bis
282. 284 bis 288. 290. 292 bis 298. 300. 301. 303
bis 305. 307 bis 310. 312 bis 318. 320. 322. 324
bis 327. 329. 331. 332. 337 bis 341. 345 bis 355.
358. 361. 365. 366. 368. 372. 373. 378 bis 392.
394 bis 398. 400. 401. 403. 404. 406. 409. 823 bis

827. 831 bis 837. 839 bis 849. 852 bis 854.
 46132 bis 135. 137. 139 bis 142. 144. 146. 147.
 149. 151 bis 154. 158. 160 bis 162. 165 bis 167.
 169 bis 179. 181 bis 183. 185. 187. 189 bis 191.
 195 bis 201. 203. 205. 207. 209. 211 bis 222. 224
 bis 230. 232 bis 239. 241. 243 bis 246. 248 bis
 252. 254. 256. 258 bis 264. 266 bis 275. 277 bis
 279. 281. 283 bis 286. 288. 290 bis 293. 295 bis
 299. 302. 303. 305 bis 311. 313. 314. 316 bis 320.
 322. 324. 325. 327. 329. 331 bis 334. 336 bis 339.
 341 bis 344. 347. 350. 351. 354. 356. 359. 360.
 362. 363. 365. 367. 370 bis 375. 378 bis 383. 385
 bis 391. 393 bis 395. 397. 398. 400. 401. 403. 405.
 40865 bis 871. 873 bis 877. 879. 880. 883. 885
 bis 887. 889 bis 894. 903 bis 918. 921. 922. 925
 bis 931. 933 bis 936. 938 bis 941. 943 bis 950.
 955. 956. 958 bis 962. 964. 967. 969. 971. 972.
 974 bis 981. 984 bis 994. 996. 49001 bis 3.
 5. 7. 8. 12. 14 bis 25. 27 bis 34. 36. 37. 39. 41 bis
 48. 50 bis 55. 57 bis 62. 65. 71 bis 74. 78. 80.
 81. 84. 85. 87 bis 90. 92. 93. 95. 97. 98. 102. 104.
 108. 109. 111. 113. 116 bis 122. 124 bis 138. 141
 bis 143. 145. 146. 149. 551. 552. 555 bis 557. 559
 bis 561. 565 bis 570. 573. 578 bis 585. 587. 589.
 591 bis 599. 601. 603 bis 605. 607 bis 614. 616.
 617. 619 bis 622. 624. 626 bis 631. 634 bis 636.
 638. 641 bis 648. 650 bis 659. 661 bis 665. 669.
 671 bis 675. 677. 678. 680 bis 685. 688. 52259.
 262. 264 bis 270. 272 bis 274. 276. 278 bis 287.
 290. 291. 293 bis 296. 298 bis 301. 303 bis 306.
 309 bis 313. 319. 321 bis 323. 325 bis 329. 332
 bis 335. 338. 340 bis 342. 344. 346 bis 360. 363.

364. 366. 368 bis 378. 380. 382 bis 388. 390. 391.
 393 bis 396. 398. 400. 403. 405 bis 411. 413 bis
 421. 425. 449 bis 454. 457. 459. 462. 463. 466 bis
 469. 471 bis 474. 476. 477. 479 bis 481. 483. 486.
 487. 490. 491. 494. 496 bis 498. 500 bis 505. 509
 bis 513. 515 bis 517. 519. 520. 522. 523. 525 bis
 529. 532 bis 538. 540 bis 547. 549 bis 551. 553
 bis 556. 59412 bis 415. 417 bis 422. 425.
 61462 bis 477. 479. 480. 482. 484. 485. 487. 491.
 492. 494. 495. 497. 499. 500. 502. 503. 505 bis
 511. 514 bis 519. 521. 523 bis 528. 530 bis 538.
 540 bis 542. 544. 545. 547. 548. 551 bis 558. 709
 bis 712. 714. 716. 717. 723 bis 725. 728 bis 744.
 747 bis 755. 759. 761 bis 763. 765. 766. 768. 770.
 771. 773 bis 783. 785 bis 790. 793. 794. 796 bis
 804. 808 bis 815. 818. 820 bis 823. 825 bis 827.
 829 bis 833. 835. 836. 838. 840. 841. 844 bis 848.
 851 bis 858. 860. 863 bis 868. 870 bis 872. 874
 bis 876. 65739. 741 bis 744. 746 bis 753.
 755 bis 758. 760. 762. 763. 766 bis 768. 770 bis
 774. 776 bis 780. 782 bis 786. 788. 790. 791. 793
 bis 796. 798. 801 bis 804. 807 bis 821. 823 bis
 836. 838. 839. 841. 843 bis 848. 850 bis 856. 858
 bis 861. 863. 864. 866. 869. 871 bis 878. 880 bis
 882. 884 bis 887. 891 bis 897. 899. 902. 905 bis
 907. 910 bis 919. 921. 923. 924. 927 bis 931. 936
 bis 946. 948 bis 950. 954. 955. 957 bis 967. 969.
 971 bis 973. 975. 976. 979 bis 997.

Summe 2836 Stück über 70 900 Rthlr.
 = 212 700 Mark.

Wiederholung.

| | | | |
|---------|-------|----------------------|---------------------|
| Lit. A. | 200 | Stück zu 1000 Rthlr. | über 200 000 Rthlr. |
| , B. | 200 | , , 500 | , , 100 000 , |
| , C. | 60 | , , 400 | , , 24 000 , |
| , D. | 160 | , , 300 | , , 48 000 , |
| , E. | 300 | , , 200 | , , 60 000 , |
| , F. | 4 000 | , , 100 | , , 400 000 , |
| , G. | 2 000 | , , 50 | , , 100 000 , |
| , H. | 2 836 | , , 25 | , , 70 900 , |

Summe 9 756 Stück über 1 002 900 Rthlr. = 3 008 700 Mark.

| | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|--------|-------|
| 13561 | 13679 | 13775 | 13803 | 13809 | 13811 | 13820 |
| 13890 | 13915 | 13994 | 14175 | 14375 | 14402 | 14687 |
| 14937 | 14953 | 15015 | 15181 | 15222 | 15243 | 15427 |
| 15616 | 15659 | 15727 | 15759 | 15802 | 15829 | 15890 |
| 16186 | 16208 | 16256 | 16264 | 16288 | 16373 | 16515 |
| 16534 | 16745 | 16800 | 16960 | 17053 | 17125 | 17151 |
| 17155 | 17318 | 17374 | 17501 | 17602 | 17620 | 17684 |
| 17838 | 18053 | 18090 | 18331 | 18577 | 18653 | 18716 |
| 18767 | 18831 | 18832 | 18841 | 18876 | 18935 | 19051 |
| 19062 | 19085 | 19101 | 19142 | 19174 | 19212 | 19366 |
| 19431 | 19678 | 19841 | 19978 | 20128 | 20287 | 20304 |
| 20316 | 20384 | 20506 | 20623 | 20642 | 20655 | 20696 |
| 20701 | 20766 | 20794 | 20875 | 20887 | 20908 | 20912 |
| 20980 | 20991 | 21034 | 21065 | 21077 | 21372 | 21378 |
| 21385 | 21386 | 21391 | 21394 | 21406 | 21420 | 21423 |
| 21424 | 21425 | 21429 | 21435 | 21449 | 21463 | 21465 |
| 21466 | 21470 | 21471 | 21473 | 21490 | 21510. | |

Litt. E. zu 30 M. (10 Thlr.)

3 Stück und zwar die Nummern:
9685 9698 9760.

III. 3 1/2 %ige Rentenbriefe.

Litt. M. zu 1500 M. 1 Stück und zwar die Nummer 12.

Litt. O. zu 75 M. 2 Stück und zwar die Nummern 16 25.

Litt. P. zu 30 M. 1 Stück und zwar die Nummer 19.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. VI. № 15 und 16 bezw. Ser. I. № 13—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße 76 I., vom 1. Oktober d. Js. ab an den Werktagen von 9—1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen. Vom 1. Oktober d. Js. ab hört die Verzinsung der ausgelooften Rentenbriefe auf.

Von den früher verloosten Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind die nachstehend genannten Stücke noch nicht zur Einlösung bei der Rentenbank-Kasse vorgelegt worden, obwohl seit deren Fälligkeit 2 Jahre und darüber verfloßen sind.

Rückständig sind:

A. 4 %ige Rentenbriefe

| | |
|------------------|-----------------------------|
| 1. April 1891. | Litt. A. 14628. |
| | = C. 8001. |
| | = D. 14410 18221 20513. |
| 1. Oktober 1891. | = B. 2712. |
| | = C. 1217 3634 4852 24208. |
| | = D. 5652 7316 14237. |
| 1. April 1892. | = C. 1046 7816. |
| | = D. 2503 10215 11035 |
| | 11513 15634. |
| 1. Oktober 1892. | = C. 8513 20212. |
| | = D. 763 3802 11480 13606. |
| 1. April 1893. | = C. 1784 9961 17540 22762. |
| | = D. 3639 4659 7199 9310 |
| | 9348 13451. |

1. Oktober 1893. Litt. A. 11988.

= B. 930.

= C. 837 2250 11095 15095.

= D. 5481 6191 9061 16739
19227.

1. April 1894.

= B. 1608 5721.

= C. 2930 7153 7882 10195
14688 18059 18482
19156.

= D. 11479 15126 17265.

1. Oktober 1894.

= A. 3281 9812.

= B. 5802.

= C. 2524 6523 7888 9870
11577 13123 13591
19902 20813.

= D. 922 3426 3835 7142
10167 13885 15183
17021.

1. April 1895.

= A. 5453.

= B. 5314.

= C. 1606 2918 3171 13580
17980 18598 18730
21983 21984.

= D. 1586 3190 4998 6387
6494 6624 11298 19183.

B. 3 1/2 %ige Rentenbriefe.

2. Januar 1895. Litt. K. 12.

1. April 1895. = O. 1.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden wiederholt aufgefordert, den Nennwerth derselben nach Abzug des Betrages der von den mitabzuliefernden Coupons etwa fehlenden Stücke bei unserer Kasse in Empfang zu nehmen. Wegen der Verjährung der Rentenbriefe ist die Bestimmung des Gesetzes über Errichtung der Rentenbanken vom 2. März 1850 (§ 44) zu beachten.

Die Einlieferung ausgeloofter Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers, und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung. Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 15. Mai 1897.

Königliche Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

20. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 10. v. Mts. heute geschehenen öffentlichen Verloosung von 3 1/2 %igen Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Apoints gezogen worden:

Litt. G. zu 1500 M. 1 Stück und zwar die № 10,

Litt. H. zu 300 M. 2 Stück und zwar die № 24, 35,

Litt. J. zu 75 M. 1 Stück und zwar die
N^o 29,
Litt. K. zu 30 M. 2 Stück und zwar die
N^o 22, 31.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. I. N^o 13—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße N^o 76 1 Tr., vom 2. Januar 1898 ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 2. Januar 1898 ab hört die Verzinsung der ausgelooften Rentenbriefe auf, diese selbst verfahren mit dem Schlusse des Jahres 1908 zum Vortheil der Rentenbank.

Die Einlieferung ausgeloofter Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 24. August 1897.

Königliche Direktion
der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Bekanntmachung.

7. Es treten am 1. Oktober d. Js. in der Abgrenzung der Steueramtsbezirke des Hauptsteueramts zu Prenzlaw nachstehende Veränderungen ein:

Es werden überwiesen:

- a. von dem Bezirk des Steueramts II. zu Rheinsberg an den Bezirk des Steueramts I. zu Gransee die Ortschaft Jernikow,
- b. von dem Bezirke des Steueramtes I. zu Templin an den Bezirk des Steueramtes I. zu Angermünde die Ortschaften Gerswalde, Fergiß, Raakstedt, Flieth, Groß-Fredenwalde, Stegelitz, Hefsenhagen, Sudow.

Berlin, den 13. September 1897.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

31. N a c h w e i s u n g

der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow auf Grund des § 2 zu 4 der Landgemeindeordnung vom 3ten Juli 1891 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirks-Grenzen für Juli und August 1897.

| B e z e i c h n u n g d e s
in Betracht kommenden Grundstücks. | | seitherigen
Gemeinde- resp. | künftigen
Gutsbezirks. | B e m e r k u n g e n. |
|---|-------------------------------|--------------------------------|---------------------------|---|
| Das seitens des Königlichen Domainen-Fiskus an den Bauerngutsbesitzer August Heuers in Nächst-Neuendorf veräußerte Dorfauengrundstück Kartenblatt 1 N ^o 572/200 in Größe von 60 qm. | Domainen-Fiskus. | Nächst-Neuendorf. | | Kreis-Ausschußbeschuß vom 15. Juni 1897. — A. I. 2853. — |
| Die seitens des Königlichen Domainen-Fiskus an den Deconomierath Spaeth in Briß veräußerten Parzellen N ^o 404/29 und 405/35 in Größe von 4934 qm des Kartenblattes 1. | Koepenicker Forst Gutsbezirk. | Rudow. | | dto. — A. I. 2366. — |
| Die seitens des Deconomieraths Spaeth an den Königlichen Domainen-Fiskus veräußerten Parzellen N ^o 415/29 und 416/29 des Kartenblattes 1 in Größe von 2934 qm. | Rudow. | Koepenicker Forst Gutsbezirk. | | dto. |
| Die seitens der Königlichen Hofkammer an Fräulein Marie Schwendt in Königs-Wusterhausen veräußerten Parzellen N ^o 1067/309 und 1068/309 des Kartenblattes 1 der Gemarkung Königs-Wusterhausen. | Amtsgut Königs-Wusterhausen. | Gemeinde Königs-Wusterhausen. | | Kreis-Ausschußbeschuß vom 3. August 1897. — A. I. 3756. — |

Berlin, den 8. September 1897.

Der Landrath des Kreises Teltow.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirektion zu Berlin.

30. Die im Bezirk Berlin an der Berliner Ringbahn gelegene Station „Friedrichsberg“ erhält vom 1. Oktober d. J. ab die Bezeichnung „Frankfurter Allee“.

Berlin, den 17. September 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Änderung der Tarifbestimmungen über Ueberfuhrgebühren u. s. w. in den Staatsbahn-Gruppentarifen.

31. Die besonderen Bestimmungen der Staatsbahn-Gruppentarife unter II. D. VI. A. erhalten vom 1. Oktober ab die folgende Fassung:

A. In soweit die Eisenbahn die Ueberführung von Wagen nach und von Privatananschlußgleisen, Ladebühnen,

Lit. H. zu 35 Rthlr.

Nr. 182. 238. 19262. 352. 33771. 49381.
61885. 63101. 248.

17. Verloofung: gekündigt zum 1. Juli 1895.

Abzuliefern mit Zinsfcheinen Reihe XXII Nr. 2 bis 8
und Anweisungen zur Abhebung der Reihe XXIII.

Lit. A. zu 1000 Rthlr.

Nr. 56943. 944.

Lit. B. zu 500 Rthlr.

Nr. 1603. 645. 875. 3267. 990.

Lit. C. zu 400 Rthlr.

Nr. 3463.

Lit. D. zu 300 Rthlr.

Nr. 224. 272. 296. 790. 859.

Lit. E. zu 200 Rthlr.

Nr. 13098. 99. 133. 134. 569. 670. 695. 19183.

Lit. F. zu 100 Rthlr.

Nr. 4436. 470. 477. 494. 507. 508. 727. 758. 759. 794. 795.
857. 926. 5008. 25. 157. 195. 509. 636.
18070. 84. 122. 190. 203. 245. 658. 770. 781. 19076.
111. 122. 198. 223. 269. 466. 479. 505. 506. 526. 570.
68049. 51. 77. 200. 211. 487. 579. 699. 719. 768. 769.
919. 958. 991. 69033. 46. 163. 275. 465.
102800. 858. 103034. 224. 270. 823. 902. 921.
104023. 624. 656. 660. 123213. 218. 219. 308.
341. 365. 479. 501. 613. 680. 769. 818. 889. 960.
124245. 283. 541. 147362. 578. 586. 594. 612.
630. 655. 738. 148093. 140. 223. 303. 307. 865.
902. 938. 153064. 269. 309. 340. 341. 574. 682.
870. 953. 154026.

Lit. G. zu 50 Rthlr.

Nr. 14048. 76. 176. 196. 198. 199. 372. 376. 447. 452. 460.
502. 507. 516. 573. 580. 613. 615. 670. 679. 752.
753. 796. 888. 916. 919. 963. 983. 994. 15009.
26839. 852. 854. 891. 911. 915. 919. 922. 944. 954.
962. 27117. 233. 234. 314. 321. 483. 508. 546.
556. 570. 853. 35995. 36025. 90. 118. 193.
246. 291. 298. 306. 327. 335. 391. 422. 524. 577. 589.
597. 644. 656. 38853. 871. 884. 957. 39032.
34. 71. 159. 201. 359. 503. 504. 518. 560. 567.

Lit. H. zu 35 Rthlr.

Nr. 4702. 809. 825. 5052. 53. 59. 93. 7248. 253.
280. 325. 330. 358. 365. 395. 11112. 164. 165.
180. 281. 306. 316. 331. 372. 392. 14474. 480.
517. 556. 558. 565. 581. 592. 596. 639. 844. 852. 861.
18941. 19027. 37. 39. 108. 134. 32779.
789. 800. 814. 850. 854. 856. 879. 885. 908. 910. 916.
33050. 38105. 182. 515. 563. 635. 41909.
938. 949. 950. 968. 992. 50765. 792. 948. 51030.
53. 84. 217. 220. 232. 241. 52602. 926. 927. 940.
53172. 343. 371. 58604. 633. 726. 798. 829.
59873. 60214. 68675. 685. 688. 720. 724.
729. 740.

18. Verloofung: gekündigt zum 1. Januar 1896.

Abzuliefern mit Zinsfcheinen Reihe XXII Nr. 3 bis 8
und Anweisungen zur Abhebung der Reihe XXIII.

Lit. A. zu 1000 Rthlr.

Nr. 18942. 29357. 30557. 558.

Lit. B. zu 500 Rthlr.

Nr. 14672. 722.

Lit. C. zu 400 Rthlr.

Nr. 1829. 832. 2581.

Lit. D. zu 300 Rthlr.

Nr. 2338. 859. 3129. 146. 244. 272.

Lit. E. zu 200 Rthlr.

Nr. 3223. 275. 285. 322. 486. 4636. 5186. 195.
266. 287. 304.

Lit. F. zu 100 Rthlr.

Nr. 103. 115. 125. 139. 181. 202. 245. 263. 341. 343. 363.
395. 406. 465. 800. 882. 910. 923. 984. 1046. 90. 131.
137. 156. 172. 216. 546. 637. 646. 737. 738. 10361.
362. 378. 387. 390. 418. 434. 540. 544. 11245. 312.
334. 359. 361. 366. 536. 579. 642. 702. 761. 783. 785.
793. 807. 19625. 654. 719. 740. 786. 797. 800. 838.
881. 20056. 57. 108. 115. 201. 224. 235. 287. 313.
340. 341. 379. 436. 454. 475. 481. 528. 581. 583. 614.
615. 646. 762. 823. 840. 22463. 507. 528. 529. 559.
578. 629. 672. 706. 716. 739. 792. 816. 874. 883. 893.
906. 949. 23562. 571. 605. 652. 842. 922. 927. 953.
956. 24029. 354. 450. 73093. 106. 113. 183. 518.
186. 726. 732. 766. 815. 843. 864. 939. 518. 942. 944.
74051. 201. 352. 378. 398. 436. 457. 516. 583. 586.
587. 709. 75055. 94. 97. 170495. 517. 564.
620. 625. 171009. 32. 221. 303. 492. 495. 496. 536.
537. 552. 571. 626. 632. 694. 729. 730. 753. 760. 819.
853. 901. 960. 173888. 894. 902. 956. 174009.
375. 391. 426. 435. 657. 669. 705. 760. 912. 929. 968.
175007. 72. 84. 191144. 314. 376. 387. 509. 513.
529. 557. 817. 818. 888. 949. 960. 984. 993. 994.
192030. 50. 60. 108.

Lit. G. zu 50 Rthlr.

Nr. 7276. 385. 400. 413. 418. 588. 590. 606. 616. 617. 630.
637. 698. 783. 789. 790. 827. 850. 884. 885. 891. 905.
916. 8205. 210. 213. 218. 242. 257. 432. 440. 441.
463. 466. 641. 675. 676. 696. 707. 736. 760. 16479.
515. 522. 615. 750. 785. 800. 817. 957. 958. 994.
17000. 30. 84. 100. 131. 140. 330. 346. 359. 454. 496.
523. 526. 533. 633. 56000. 42. 118. 137. 267. 400.
406. 414. 430. 433. 476. 493. 497. 511. 512. 539. 590.
593. 595. 599. 626. 883. 907.

Lit. H. zu 35 Rthlr.

Nr. 13901. 916. 957. 967. 986. 991. 994. 996. 14078. 87.
136. 137. 144. 173. 178. 21719. 729. 758. 759. 795.
802. 828. 847. 854. 888. 898. 920. 922. 945. 957.
22565. 629. 653. 658. 676. 696. 699. 721. 765.
35133. 160. 174. 188. 215. 221. 236. 245. 258. 552.
559. 580. 586. 608. 615. 619. 683. 36696. 697. 710.

736. 754. 37038. 39. 75. 227. 229. 240. 271. 288.
289. 331. 341. 342. 346. 361. 367. 376. 43655. 661.
664. 672. 684. 687. 712. 717. 728. 739. 744. 746. 757.
799. 811. 851. 852. 861. 864. 878. 63560. 561. 577.
586. 590. 594. 626. 630. 801. 859. 862 bis 864. 887.
894. 923.

19. Verloofung: gekündigt zum 1. Juli 1896.

Abzuliefern mit Stabscheinen Reihe XXII Nr. 4 bis 8
und Anweisungen zur Abhebung der Reihe XXIII.

Lit. **A.** zu 1000 Rthlr.

Nr. 6294. 7374. 16541. 922. 17326. 875. 881.

Lit. **B.** zu 500 Rthlr.

Nr. 5691. 871. 6537. 548.

Lit. **C.** zu 400 Rthlr.

Nr. 4833.

Lit. **D.** zu 300 Rthlr.

Nr. 4096. 110. 153. 192. 270.

Lit. **E.** zu 300 Rthlr.

Nr. 20436. 511. 530. 531. 629. 680. 783. 798. 874. 915.
946. 962. 21028.

Lit. **F.** zu 100 Rthlr.

Nr. 25979. 26025. 31. 41. 90. 106. 149. 165. 241. 324.
332. 376. 393. 452. 474. 479. 490. 564. 864. 869. 878.
886. 923. 924. 955. 979. 27068. 402. 416. 481. 488
bis 490. 555. 991. 28023. 71790. 845. 894.
944. 951. 972. 978. 72008. 14. 185. 200. 256. 334.
401. 415. 482. 503. 540 bis 544. 567. 585. 751. 827. 860.
879. 982. 86801. 849. 851. 852. 855 bis 859. 861.
867 bis 869. 908. 947. 987. 87096. 129. 157. 216.
293. 323. 449. 450. 486. 619. 887. 88074. 90. 94.
101. 150569. 601. 938. 955. 151039. 153. 468.
498. 581. 627. 632. 634. 685. 726. 878. 918 bis 921. 943.
152054. 75. 101. 125. 197. 749. 750. 788. 792 bis 795.
801. 817. 163138. 141. 174. 201. 274. 312. 328.
343. 401 bis 403. 440. 442. 470. 512. 514. 587. 651. 794.
164070. 85. 92. 95. 156. 230. 286 bis 288. 298. 319.
328. 365. 409. 487. 550. 593. 597. 628. 663. 667. 700.
727. 200965. 974. 990. 992. 996. 201440.
459. 499. 521. 592. 653. 737. 752 bis 755. 760 bis 762.
829. 868. 882. 928. 202025. 115. 122. 123. 151.
203043. 73. 101. 205340. 359. 366. 484. 540.
206040. 50. 83. 85. 120. 197. 286. 298. 300. 320.
322. 411. 415. 421. 434. 493. 524. 525. 557. 601. 665.
669. 805. 831. 847. 946. 213011. 38. 82. 136.
307. 319. 351. 387. 432. 433. 447. 484. 495. 516. 530.
583. 663. 753. 780. 803. 817. 856. 883. 886. 969.
214004. 6. 91. 467. 490. 526. 565. 610. 649.

Lit. **G.** zu 50 Rthlr.

Nr. 8794. 806. 970. 981. 986. 4004. 20. 63. 72. 86.
152. 157. 163. 169. 185. 190. 208. 219. 225. 227. 232.
233. 260. 262. 541. 544. 553. 574. 583. 599. 616. 622.
627. 640 bis 642. 664. 666. 782. 817. 819. 843. 996.
5025. 27. 35. 44. 45. 63. 73. 15027. 30. 51. 52. 79.

81. 84. 175. 205. 219. 229. 243. 335. 342. 350. 361.
364. 415. 417. 431. 436. 454. 472. 477. 501. 516. 535.
547. 560. 563. 576. 678. 692. 703. 705. 707. 711. 712.
801. 825. 838. 845. 899. 929. 16015. 26. 32. 34. 51.
21698. 700. 749. 41726. 741. 742. 753. 842. 851.
853. 867. 868. 880. 884. 887. 42004. 7. 16. 37. 38.
193. 200. 211. 213. 230. 244. 248. 252. 493. 500. 522
bis 525. 531. 545. 618. 708. 764. 770. 771. 789. 798.
815. 837. 853. 856. 863. 907. 935. 937. 941. 953.

Lit. **H.** zu 25 Rthlr.

Nr. 1805. 827. 842. 850. 851. 878. 889. 899. 904. 913. 927.
931. 934. 943. 944. 958. 959. 2113. 138. 147. 156.
178. 201. 203. 6580. 585. 587. 596. 615. 633.
648. 649. 695. 714. 734. 768. 798. 810. 814. 816.
11687. 688. 699. 777. 12059. 66. 80. 100. 115. 119.
138. 165. 193. 763. 779. 780. 790. 18160. 161.
163. 179. 191. 234. 257. 274. 276. 282. 308. 309. 313.
321. 23971. 994. 24015. 29. 42. 60. 66. 72.
74. 76. 96. 101. 122. 123. 166. 178. 193. 195. 201. 217.
26750. 27332. 494. 500. 501. 516. 522. 526. 537.
550 bis 552. 579. 581. 586. 610. 28026. 30. 32.
44. 51. 94. 97. 37687. 703. 707. 761. 769. 775.
780. 834. 836. 860. 868. 871. 877. 879. 892. 918. 920.
38084. 50383. 407. 421. 425. 430. 431. 435. 450.
451. 461. 492. 523. 669. 691. 700. 717. 719. 740.
750. 756. 51874. 52054. 55. 73. 76. 83. 87.
93. 96. 99. 106. 110. 112. 115. 121. 164. 184. 213.
216. 224. 244. 66851. 871. 881. 894. 895. 907.
909. 925. 953. 961. 973. 975. 995. 997. 67001.
41. 57. 71. 75. 79. 97. 98. 110. 150. 170. 180. 193.
194. 367.

20. Verloofung: gekündigt zum 1. Januar 1897.

Abzuliefern mit Stabscheinen Reihe XXII Nr. 5 bis 8
und Anweisungen zur Abhebung der Reihe XXIII.

Lit. **A.** zu 1000 Rthlr.

Nr. 35716. 887. 36298. 911. 37030. 169. 171.
195. 46224. 49624. 671. 913. 50227.

Lit. **B.** zu 500 Rthlr.

Nr. 16195. 243. 346. 348. 587. 816. 17034.

Lit. **D.** zu 300 Rthlr.

Nr. 3549. 559. 564. 8134. 173. 182.

Lit. **E.** zu 300 Rthlr.

Nr. 1423. 451. 495. 513. 515. 562. 571. 2473. 506.
510. 516. 542. 543. 591. 604. 607. 614. 16257.
269. 328. 849. 897. 911.

Lit. **F.** zu 100 Rthlr.

Nr. 13974. 982 bis 985. 999. 14012 bis 14. 53. 60. 78.
80. 240. 275. 292. 333. 355. 379. 463. 557. 562. 589.
603. 633. 650. 652. 693. 717. 745. 763. 778. 799. 814.
912. 922. 927. 941. 15024. 40. 67. 78. 98. 110. 115.
672. 679. 795. 833. 841. 81018. 370. 373. 392.
402. 508. 515. 82374. 382. 433. 494. 578. 608.
630. 678. 698. 749. 788. 799. 826. 854. 882. 903. 907.
83002. 43. 66. 75. 91. 223. 255. 120742. 743.
772. 808. 818. 872. 888. 902. 966. 968. 121038.

47. 130. 163. 169. 122339. 386. 402. 504. 513.
 530. 536. 555. 564. 612. 617. 618. 660. 738. 785. 810.
 848. 872. 894. 912. 954. 957. 154077. 209. 267.
 294. 301. 363. 371. 372. 384. 417. 424. 457. 491. 496.
 498. 500. 541. 546. 559. 570. 571. 585. 610. 909. 937.
 155026. 30. 587. 597. 661. 675. 690. 717. 768.
 164760 bis 762. 767. 812. 165066. 85. 104. 180.
 235. 349. 386. 387. 399. 489. 500. 647. 686. 798. 811.
 900. 934. 938. 166022. 83. 118. 195. 259. 260.
 268. 305. 178315. 324. 369. 865 bis 867. 869. 879.
 891. 895. 897. 902 bis 905. 988. 995. 179277.
 282. 287. 361. 371. 389. 403. 430. 513. 535. 570. 603.
 615. 661 bis 682. 712. 738 bis 754. 781. 789. 821 bis
 823. 865. 880. 881. 975. 180079. 186594.
 595. 631. 678. 681. 686. 705. 766. 774. 782. 797. 810.
 815. 828. 859. 872. 909. 931. 946. 187025. 26.
 36. 47. 58. 69. 211. 246. 286. 290. 304. 336. 349. 350.
 368. 370. 470. 551. 586 bis 591. 632. 633. 654. 673.
 685. 687. 698. 712. 715. 785. 199178. 207. 233.
 284. 296. 297. 301. 333. 409. 412. 416. 444. 461. 493.
 547. 557. 567. 635. 667. 690. 697. 200307. 313.
 320. 374. 388. 404. 421. 430. 457. 460. 480. 487. 546.
 578. 583. 715. 733. 777. 810. 825. 827. 832. 845. 863.
 898.

Lit. G. zu 50 Rthlr.

№ 30. 49. 54. 66. 68. 79. 84. 85. 94. 97. 109. 122. 219.
 227. 230. 236. 239. 249. 261. 264. 265. 269. 283. 301.
 314. 334. 338. 340. 344. 349. 358. 521. 527. 557. 561.
 683. 687. 695. 731. 757. 771. 785. 985. 1247. 251.
 252. 260. 267. 272. 276. 278. 286. 295. 297. 300.
 19448. 463. 479. 572. 573. 578. 589. 688. 689. 706.
 713. 717. 721. 755. 776. 808. 809. 818. 826. 828. 829.
 834. 835. 842. 850. 876. 878. 886. 976. 986. 998.
 20003. 6. 7. 10. 12. 15. 17. 119. 126. 176. 198. 211.
 216. 217. 230. 233. 247. 255. 289. 333. 334. 342. 343.
 350. 630. 650. 682. 687. 689. 40700. 712. 714.
 753. 754. 762. 769. 794. 795. 797. 806. 819. 855. 878.
 892. 963. 996. 41021. 24. 51. 55. 61. 76. 77. 86.
 93. 105. 134. 155. 190. 207. 211. 213. 214. 217. 473.
 476. 504. 519. 533. 537. 557. 558. 563. 564. 598. 609.
 618. 629. 630. 641. 645. 55198. 210. 237. 249.
 254. 259. 273. 367. 454. 455. 457. 458. 463. 465. 467.
 470. 476. 479. 482. 492. 499. 501. 521. 523. 540. 564.
 566. 568. 575. 580. 596. 610. 626. 634. 666. 697. 702.
 741. 745. 762. 772. 861. 862. 883. 885. 888. 904. 924.
 925. 933. 941.

Lit. H. zu 25 Rthlr.

№ 22260. 272. 328. 333. 355. 382. 387. 398. 400. 411.
 412. 414. 417. 418. 459. 463. 466. 473. 488. 504. 518.
 814. 817. 819. 829. 847. 850. 851. 866. 871. 873. 883.
 884. 902. 916. 935. 951. 23103. 109. 114. 119.
 123. 137. 227. 234. 237. 238. 25879. 881. 896.
 26210. 215. 259. 263. 278. 286. 307. 328. 338. 340.
 346. 355. 356. 360. 386. 392. 403. 414. 428. 433.
 37412. 427. 440. 456 bis 458. 480. 482. 500. 501. 523.
 525. 534. 540. 552. 560. 574. 581. 603. 622. 637. 644.
 648. 651. 665. 42418. 423. 425. 451. 486. 490.
 496. 498. 508. 509. 521. 532. 533. 544. 547. 573. 592.
 642. 658. 49406. 418. 419. 424. 430. 441. 491.
 496. 505. 507. 509. 520. 522. 532. 538. 543. 836. 864.
 875. 889. 890. 907. 923. 935. 936. 947. 957. 960. 962.

971. 989. 996. 50010. 16. 32. 61. 78. 90. 93.
 68279. 281. 284. 288. 295. 297. 303. 314. 329. 331.
 348. 349. 366. 529. 537. 546. 551. 564. 583. 586. 603.
 604. 625. 638. 640. 642. 645. 646. 651. 660. 776. 790.
 798. 803. 808. 809. 818. 824. 831. 832. 839. 860. 863.
 888. 889. 904. 913 bis 916. 923. 924. 948. 951. 958.
 971. 982. 983. 69010. 18. 24. 26.

21. Verloofung: gekündigt zum 1. Juli 1897.

Abzuliefern mit Zinsfcheinen Reihe XXII Nr. 6 bis 8
 und Anweisungen zur Abhebung der Reihe XXIII.

Lit. A. zu 1000 Rthlr.

№ 9244. 641. 755. 10660. 876. 11221. 415.
 13911. 14386. 390. 428. 507. 619. 888. 970 bis
 974. 15315.

Lit. B. zu 500 Rthlr.

№ 19278. 304. 333. 412. 648. 649. 688. 20787.
 793. 800. 818. 849. 865. 21123. 156. 169. 182.
 196. 319. 369.

Lit. C. zu 400 Rthlr.

№ 5021. 105. 9222. 265. 269. 272. 304.

Lit. D. zu 300 Rthlr.

№ 7434. 506. 515. 546. 551. 580. 583. 612. 640. 648. 650.
 678. 697.

Lit. E. zu 200 Rthlr.

№ 5423. 430. 640. 662. 665. 694. 724. 774. 794. 799. 817.
 837. 857. 863. 874. 914. 916. 924. 926. 928. 934.
 16959. 17013. 14. 22. 68. 119. 137. 147. 152. 180.
 181. 202. 225.

Lit. F. zu 100 Rthlr.

№ 38100. 115. 186. 188. 194. 197. 242. 318. 328. 370.
 375. 399. 414. 416. 417. 445. 485. 510. 525. 582. 590.
 620. 641. 656. 676. 685. 689. 723. 39279. 288. 323.
 326. 327. 358. 391. 400. 487. 506. 789. 804. 811. 828.
 852 bis 857. 859. 866. 869. 874. 882. 909. 913. 937. 944.
 947. 951 bis 953. 973. 40009. 22. 28. 34. 58. 66.
 72. 104. 141. 181. 183. 184. 190. 192. 208. 214. 233.
 41809. 814. 820. 835. 42445. 460. 462. 464. 474.
 479. 487. 490. 495. 518. 551. 567. 568. 595. 602. 643.
 644. 660. 971. 983. 43063. 64. 99. 341. 367. 415.
 420. 430. 448. 763. 766. 778. 780. 788. 828. 865. 869.
 873. 891. 950. 999. 44017. 21. 30. 53. 91. 136. 146.
 149. 153. 161. 167. 174. 190. 209. 219. 223. 614. 682.
 712. 717. 721. 98659. 685. 815. 826. 847. 873. 875.
 898. 904. 917. 923. 956. 979. 992. 996. 99011. 14.
 28. 73. 76. 150. 160. 163. 167. 179. 236. 248. 261. 265.
 276. 292. 301. 315. 330. 354. 370. 396. 400. 415. 431.
 438. 459. 476. 477. 508. 545. 573. 577. 588. 631. 657.
 692. 100597. 607. 652. 660. 688. 761. 784. 792.
 800. 813. 814. 840. 846. 847. 853. 867. 871. 901. 904.
 909. 143914. 918. 968. 984. 995. 144029. 80.
 85. 97. 156. 164. 479 bis 482. 484. 498. 553. 596. 599.
 607. 608. 634. 635. 638. 639. 664. 674 bis 676. 679. 694.
 710. 711. 724. 145745. 748 bis 750. 763. 787. 798.
 859. 860. 902. 907. 931. 940. 968. 987. 146243.
 262. 270. 309. 367. 375. 459. 465. 521. 533. 542. 557.

577. 614. 635. 670. 676. 690. 155834. 872. 901.
928. 950. 954. 955. 957. 959. 978. 979. 985. 156006.
22. 36. 76. 80. 94. 105. 135. 146. 152. 156. 161. 181.
189. 191. 195. 205. 207. 315. 383. 387 bis 389. 397. 412.
455. 477. 486. 487. 491 bis 493. 520. 554. 561. 567. 569.
575. 576. 578. 592. 593. 605 bis 614. 661 bis 664. 672.
681. 686. 709. 740. 741. 761. 776. 778. 779. 793. 803.
831 bis 834. 851. 854. 882. 887. 898. 899. 902.
166322. 364. 369. 418. 427. 724 bis 727. 733. 735. 761.
816. 827. 830. 866. 874. 883. 894. 921. 928. 934. 943.
965. 970. 984. 995. 167003. 60. 73. 90. 106. 107.
110. 112. 120. 125. 127. 152. 157. 162. 575. 576. 579.
580. 596. 623. 710. 733. 787. 800. 844. 855. 892.
900. 906. 937. 955. 963. 967. 981. 997. 168045.
56. 100. 390. 401. 403. 474. 175194. 200. 227. 235.
253. 277. 304. 330. 343. 379. 423. 446 bis 448. 454. 457
bis 459. 480. 481. 506. 523. 537. 539. 635 bis 637. 684.
740. 746. 747. 751 bis 753. 798. 808. 847. 857. 864. 891.
907. 913. 939. 941. 956. 960. 982. 988. 176029.
42. 62. 67. 80. 94. 101. 109. 130. 135. 138. 161. 174.
188. 193. 200. 484. 487. 491. 506. 509. 547. 554. 596
bis 598. 600. 216749. 752 bis 754. 792. 817. 831.
833. 841. 864. 865. 218114. 127. 175. 180. 199.
210. 238. 246. 256. 272. 304. 308. 331. 335. 349. 351.
387. 413. 414. 419. 454. 487. 516. 526. 533. 680. 711.
712. 762. 763. 767. 834. 874. 916. 927. 955. 962. 979.
219004. 11. 19. 22. 43. 46. 49. 91. 97. 721. 738. 755.
769. 774. 777. 791. 808. 821. 822. 825. 839. 843. 847.
851. 861. 862. 868. 869. 886. 896. 897. 220772.
775. 797. 798. 800. 806. 919. 928. 947. 954. 957. 984.
985. 221018. 41. 43. 61. 62. 64. 86. 103. 108. 114.
134. 158. 175. 212. 223. 225. 227. 305. 306. 320. 321.
327. 337. 351. 364. 730 bis 737. 743. 761. 779. 780. 795.
802. 844. 859. 893 bis 895. 902. 920. 222093.
135. 155. 221. 257. 266. 291. 304. 317. 352. 362.
386. 399.

Lit. G. ju 50 Rthlr.

№ 5076 bis 78. 80. 87. 93. 99. 186. 191. 198. 204. 207.
213. 218. 221. 226. 239. 244. 255. 266. 276. 281. 282.
290. 297. 300. 302. 303. 308. 311. 314. 316. 318. 328.
409. 435. 436. 442. 454. 687. 702. 703. 712. 722. 734.
736. 741. 743. 759. 770. 779. 812. 819. 6008. 10.
19. 20. 22. 59. 74. 85. 87. 96. 100. 106. 135. 138. 140.
147. 151. 154. 176. 177. 268. 273. 275. 277. 292. 297.
306. 312. 324. 327. 331. 34105. 119. 147. 153. 160.
164 bis 166. 180. 187. 271. 273. 274. 277. 278. 281. 285.
303. 308. 328. 330. 334. 335. 361. 368. 373. 378. 382.
391. 402. 405. 411. 421. 435. 448. 462. 466. 471. 486.
512. 515. 545. 546. 551. 569 bis 571. 575. 584. 592.
617. 619. 624. 626. 707. 728. 731. 734. 736. 738. 743.
744. 749. 762. 772. 796. 799. 808. 818. 821. 833. 842.
846. 847. 850. 852. 853. 864. 872. 880. 895 bis 897.
907. 43841. 843. 844. 850. 853. 856. 869. 971. 975.

994. 44042. 43. 58. 59. 64. 66. 435. 443. 452. 453.
456. 469. 483. 486 bis 488. 491. 502. 508. 510. 514.
518. 528. 674. 685. 689 bis 691. 698. 707. 709 bis 711.
716. 721. 726. 728. 729. 812. 819. 827. 832. 834. 836.
847. 855. 885. 894. 912. 925. 927. 932. 940. 946. 954.
958. 959. 45035. 37. 45. 51. 63. 69. 72. 82. 85. 96.
97. 100. 103. 130. 144. 147. 152. 162. 178. 215. 220.
54284. 285. 287. 288. 299. 311. 314. 331. 334. 350.
352. 360. 366. 367. 370. 376. 385. 390. 403. 434. 438.
461 bis 463. 477. 554. 560. 575. 576. 581. 583. 598.
600 bis 602. 607. 612. 634. 635. 637. 638. 640. 645.
649. 650. 654. 656. 740. 741. 743. 748. 751. 760. 767.
773. 777. 778. 782. 789. 808. 813. 825. 837. 850. 856.
866. 55021. 24. 25. 30. 40. 47. 49. 53. 58. 60. 69.
85. 90. 92. 95. 98. 106. 108. 110. 111. 113. 121. 147.
148. 150 bis 154. 160. 166. 168. 169. 175. 188. 189. 194.

Lit. H. ju 25 Rthlr.

№ 12798. 803. 805. 810. 817. 827. 833. 842. 846. 863.
865. 874. 891. 903. 910. 913. 938. 940. 945. 950. 955.
956. 958. 975. 13017. 21. 29. 32. 43. 46. 61.
16696. 711. 713. 719. 722. 733. 734. 737 bis 739. 742.
17177. 193. 196. 204. 211. 217. 253. 257. 259. 263.
265. 269. 271. 272. 275. 281. 299. 328. 333. 336. 340.
349. 350. 364. 31826. 831. 32397. 403.
407. 422. 428. 434. 450. 465. 479. 612. 615. 616. 626.
627. 632. 642. 648. 654. 657. 661. 667. 676. 692. 697.
704. 705. 712. 720. 723. 725. 730. 732. 737. 741. 742.
751. 753. 757. 45735. 738. 754. 757 bis 759. 773.
781. 783. 795. 797. 808. 823. 824. 827 bis 829. 832.
838. 840. 843. 993 bis 995. 997. 46004. 7. 8. 13.
20. 22. 25. 29. 32. 40. 45. 63. 67. 71. 81. 82. 87. 92.
106. 113. 54071. 83. 89. 91. 104. 111. 116. 118.
119. 124. 137. 142. 144. 154. 155. 158. 159. 170. 180.
187. 189. 203. 204. 206. 209. 226. 239. 241. 255. 257.
282. 300. 304. 314. 316. 327. 332. 55529. 534. 535.
541. 545. 555. 557. 562. 566. 569. 577. 578. 583. 587.
594. 597 bis 599. 603. 606. 608. 764. 767. 771. 778.
783. 784. 787. 792. 795. 798. 799. 801 bis 804. 829.
838. 850. 852. 860. 867. 868. 870. 872. 875. 887.
56167. 168. 171. 176. 177. 184. 193. 194. 200. 207.
213. 216. 247. 252. 277. 285. 443. 460. 472. 477. 478.
486. 487. 489. 494. 498. 501. 502. 515. 518. 520. 521.
524. 525. 533. 536. 538. 552. 562. 575. 576. 585. 587.
591. 598. 57013. 14. 30. 33. 35. 49. 53. 54. 59. 62.
75. 76. 87. 94 bis 96. 103. 113. 115. 117. 276. 283. 285.
288. 290. 294 bis 296. 303. 311. 329. 340. 374. 375.
379. 382. 383. 387. 391. 398. 401. 407. 566. 576. 578.
585. 588. 597. 600. 601. 58297. 300. 335. 363. 364.
367. 368. 370. 392. 393. 398 bis 401. 405. 406. 415.
420. 426. 429. 430. 433. 442. 446. 454. 468. 492. 500.
509. 512. 520. 522. 536. 545. 546. 550. 562. 59113.
120 bis 122. 138. 139. 141. 142. 144. 157. 164. 168.
175. 192. 196. 209. 213. 217. 222. 383. 404. 407.

III. Verzeichniß

der aus Verloosungen und Restkündigungen noch rückständigen
Schuldverschreibungen der Staatsanleihen von 1850, 1852, 1853, 1862,
1868A und der Staats-Prämien-Anleihe von 1855.

a. Staatsanleihe vom Jahre 1850.

14. Verloosung: gekündigt zum 1. April 1881.
Lit. D. zu 100 Rthlr. № 3220.

17. Verloosung: gekündigt zum 1. April 1883.
Lit. C. zu 200 Rthlr. № 5511.

20. Verloosung: gekündigt zum 1. Oktober 1884.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe IX Nr. 5 bis 8
und Anweisung zur Abhebung der Reihe X.
Lit. C. zu 200 Rthlr. № 12440.

22. Verloosung: gekündigt zum 1. Oktober 1885.
Lit. C. zu 200 Rthlr. № 16966.

23. Verloosung: gekündigt zum 1. April 1886.
Lit. D. zu 100 Rthlr. № 16262.

26. Verloosung: gekündigt zum 1. Oktober 1887.
Lit. C. zu 200 Rthlr. № 14444.

b. Staatsanleihe vom Jahre 1852.

20. Verloosung: gekündigt zum 1. April 1885.
Lit. D. zu 100 Rthlr. № 4497.

21. Verloosung: gekündigt zum 1. Oktober 1885.
Lit. C. zu 200 Rthlr. № 4339.
Lit. D. zu 100 Rthlr. № 13756.

23. Verloosung: gekündigt zum 1. Oktober 1886.
Abzuliefern mit Anweisungen zur Abhebung der Zinscheinreihe X.
Lit. C. zu 200 Rthlr. № 2571. 572.

24. Verloosung: gekündigt zum 1. April 1887.
Lit. D. zu 100 Rthlr. № 5769.

27. Verloosung: gekündigt zum 1. Oktober 1888.
Lit. B. zu 500 Rthlr. № 1200.
Lit. D. zu 100 Rthlr. № 10044. 13588.
Davon abzuliefern № 13588 mit Zinscheinen Reihe X
Nr. 5 bis 7.

c. Staatsanleihe vom Jahre 1853.

16. Verloosung: gekündigt zum 1. April 1888.
Lit. D. zu 100 Rthlr. № 2659.

17. Verloosung: gekündigt zum 1. Oktober 1888.
Lit. D. zu 100 Rthlr. № 3995.

Restkündigung zum 1. Oktober 1889.
Abzuliefern mit Anweisung zur Abhebung der Zinscheinreihe X.
Lit. D. zu 100 Rthlr. № 133.

d. Staatsanleihe vom Jahre 1862.

Restkündigung zum 1. Oktober 1889.
Lit. D. zu 100 Rthlr. № 1117. 5091.

e. Staatsanleihe vom Jahre 1868A.

8. Verloosung: gekündigt zum 1. Juli 1885.
Lit. E. zu 50 Rthlr. № 40.

Restkündigung zum 1. Januar 1895.
Lit. E. zu 50 Rthlr. № 641.

f. Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855.

17. Verloosung: gekündigt zum 1. April 1872.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe III Nr. 1 bis 8 und Anweisung
von Serie 1433.

18. Verloosung: gekündigt zum 1. April 1873.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe III Nr. 2 bis 8 und Anweisung
von Serie 320.

19. Verloosung: gekündigt zum 1. April 1874.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe III Nr. 3 bis 8 und Anweisung
von Serie 232.

22. Verloosung: gekündigt zum 1. April 1877.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe III Nr. 6 bis 8 und Anweisungen
von Serie 34. 615.

24. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1879.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe III Nr. 8 und Anweisung
von Serie 1443.

28. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1883.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe IV Nr. 4 bis 8 und Anweisungen
von Serie 333. 876.

30. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1885.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe IV Nr. 6 bis 8 und Anweisungen
von Serie 682. 1034. 349.

31. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1886.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe IV Nr. 7 und 8 nebst Anweisungen
von Serie 26. 1427.

33. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1888.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe V Nr. 1 bis 7
von Serie 758. 1123.

34. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1889.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe V Nr. 2 bis 7
von Serie 235. 456. 616. 651. 906.

36. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1891.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe V Nr. 4 bis 7
von Serie 407. 635. 691. 893. 1466.

37. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1892.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe V Nr. 5 bis 7
von Serie 90. 854. 1162.

38. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1893.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe V Nr. 6 und 7
von Serie 317. 649. 852. 1011. 48. 78. 342. 368.

39. Verloofung: gekündigt zum 1. April 1894.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe V Nr. 7
von Serie 73. 127. 140. 185. 486. 641. 1012. 137. 202.

40. Verloofung (Restkündigung): gekündigt
zum 1. April 1895.
von Serie 13. 91. 97. 278. 307. 504. 564. 576. 582. 721. 763.
792. 1007. 51. 101. 143. 234. 330. 338. 430. 437. 500.

IV. Verzeichniß

der aus früheren Verloofungen und Restkündigungen noch rückständigen Kur- und
Neumärktischen Schuldverschreibungen.

a. Kurmärktische Schuldverschreibungen.

11. Verloofung: gekündigt zum 1. November 1890.
Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe XIII Nr. 7 und 8 nebst Anweisung
zur Abhebung der Reihe XIV.
Lit. F. zu 100 Rthlr. M: 143.

13. Verloofung: gekündigt zum 1. November 1891.
Abzuliefern mit Anweisungen zur Abhebung der Zinscheinareihe XIV.
Lit. A. zu 1000 Rthlr. M: 3752. 754.

20. Verloofung: gekündigt zum 1. Mai 1895.
Abzuliefern mit Zinschein Reihe XIV Nr. 8.
Lit. G. zu 50 Rthlr. M: 2051.

Restkündigung zum 1. November 1895.

Lit. B. zu 500 Rthlr. M: 88.
Lit. G. zu 50 Rthlr. M: 1294. 633.

b. Neumärktische Schuldverschreibungen.

7. Verloofung: gekündigt zum 1. Juli 1891.
Abzuliefern mit Anweisung zur Abhebung der Zinscheinareihe XIV.
Lit. E. zu 200 Rthlr. M: 184.

Restkündigung zum 1. Juli 1892.
Lit. F. zu 100 Rthlr. M: 350.

V. Rückständige Stammaktie der Münster-Hammer Eisenbahn.

11. Verloofung: gekündigt zum 1. Januar 1881. Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe VII Nr. 5 bis 8 und Anweisung.
M: 3906 über 100 Rthlr.

VI. Verzeichniß

VI. Verzeichniß

derjenigen Schuldverschreibungen der konsolidirten 4½prozentigen Staatsanleihe, welche noch nicht zum Umtausch gegen Verschreibungen der konsolidirten 4prozentigen Staatsanleihe eingereicht worden sind.

(Gesetz vom 4. März 1885 — G. S. S. 55 — und diesseitige Bekanntmachung vom 1. September 1885.)

| | | | | | | | |
|--|--|--|--|--|--|--|--|
| a. Abzuliefern mit Zinsscheinen Reihe IV Nr. 8 und Anweisungen. | | | | Lit. D. zu 200 Rthlr. Nr. 4446. 53380. 56355. | | | |
| Lit. D. zu 200 Rthlr. Nr. 26721. | | | | 62114. | | | |
| Lit. E. zu 100 Rthlr. Nr. 85756. 93179. | | | | Lit. E. zu 100 Rthlr. Nr. 15093. 28834. 34300. | | | |
| Lit. F. zu 50 Rthlr. Nr. 7988. 24378. 34568. | | | | 813. 38752. 55773. 62283. 573. | | | |
| Lit. N. zu 1000 Mark. Nr. 9869. | | | | 73526. 78053. 85958. 98426. | | | |
| Lit. K. zu 500 Mark. Nr. 5638. 15101. 26005. | | | | 101161. 162. 103776. 106400. 107956. | | | |
| | | | | 110095. | | | |
| b. Abzuliefern ohne Zinsscheine und ohne Anweisungen. | | | | Lit. F. zu 50 Rthlr. Nr. 15273. 16223. 22528. | | | |
| Lit. B. zu 1000 Rthlr. Nr. 3894. 895. 8109. 110. | | | | 529. 25351. 26372. 31088. 233. | | | |
| 9554. 18746. 747. 23378 bis 383. 26470. | | | | 41942. | | | |
| 66506. | | | | Lit. L. zu 300 Mark. Nr. 391. 9228. 229. 12243. | | | |

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Merker.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 40.

Den 1. Oktober

1897.

Allerhöchster Erlass.

Auf den Bericht vom 30. August d. J. will Ich der Stadtgemeinde Spandau auf Grund des Gesetzes vom 11. Juni 1874 (G. S. S. 224) hiermit das Recht verleißen, das zu der geplanten Verbreiterung der dortigen Güterstraße noch erforderliche Grundeigentum im Wege der Enteignung zu erwerben. Der eingereichte Plan folgt zurück.

Homburg v. d. H., den 6. September 1897.

(gez.) Wilhelm K.

Für den Minister des Innern und
den Minister der öffentlichen Arbeiten.

(ggf.) Vosse.

An die Minister der öffentlichen Arbeiten und des Innern.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

28. Seine Majestät der Kaiser und König haben die Gnade gehabt, die zum Andenken an den Hochseligen Kaiser und König Wilhelm I., den Großen, gestiftete Medaille allen rechtmäßigen Inhabern der preussischen Kriegedenkmünze für 1864, des preussischen Erinnerungskreuzes für 1866 oder der Kriegedenkmünze von 1870/71 ohne Rücksicht auf ihr Kombattanten- oder Nichtkombattanten-Verhältnis zu verleihen. Ausgeschlossen von der Verleihung sollen nach Allerhöchster Bestimmung bleiben diejenigen, welche

- sich nicht im Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden,
- wegen einer mit Ehrenstrafen bedrohten strafbaren Handlung mit Freiheitsstrafe oder wegen Verbrechen beziehungsweise Vergehen mit mehr als 6 Wochen Gefängnis bestraft sind,
- mit Freiheitsstrafe bestraft worden sind, insofern sie durch die der Bestrafung zu Grunde liegende Handlung eine unehrenhafte Gesinnung betätigt haben.

Bezugs Ausführung dieser Allerhöchsten Ordre fordern wir alle in keinem aktiven militärischen Verhältnis mehr stehenden Veteranen, welche die preussische Staatsangehörigkeit besitzen und Anspruch auf die Medaille zu haben glauben, auf, sich unter Vorlegung der zum Nachweis ihres Anrechts erforderlichen Bezeugsstücke zu melden.

1) sofern sie in Preußen ihren Wohnsitz haben:

- Offiziere, Sanitätsoffiziere, obere und mittlere Beamte bei demjenigen Bezirkskommando, zu welchem ihr jetziger Wohnort gehört,

- Unterbeamte und Militärpersonen vom Feldwebel abwärts in Landkreisen bei dem Landrath ihres Wohnortes, in Stadtkreisen bei der Ortspolizeibehörde,

2) sofern sie außerhalb Preußens aber in Deutschland ihren Wohnsitz haben:

- Offiziere, Sanitätsoffiziere, obere und mittlere Beamte bei demjenigen Bezirkskommando, zu welchem ihr letzter Wohnsitz in Preußen gehört.
- Unterbeamte und Militärpersonen vom Feldwebel abwärts bei der zu 1 b. aufgeführten Behörde ihres letzten Wohnortes in Preußen.

Hinsichtlich derjenigen in den deutschen Bundesstaaten wohnenden Veteranen, welche nicht die preussische Staatsangehörigkeit besitzen und derjenigen Veteranen, welche im Reichsauslande ihren Wohnsitz haben, bleiben besondere Bestimmungen vorbehalten.

Da die Anfertigung der erforderlichen Medaillen einen längeren Zeitraum in Anspruch nimmt, wird die Ausbündigung je nach Fertigstellung bewirkt werden.

Vor Empfang des Besiggenquittes, welches gleichzeitig mit der Medaille verabsolgt werden wird, ist Niemand befugt, — die etwa anderweit beschaffte Medaille anzulegen.

Berlin, den 19. September 1897.

Der Kriegaminister. Der Minister des Innern.

Bekanntmachungen

des Königl. Ober-Präsidenten.

15. III. Armee-Korps. General-Kommando.

Berlin, den 24. September 1897.

An den Königl. Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg und Staatsminister, Ritter höchster Orden, Herrn Dr. von Achenbach, Excellenz.
Potsdam.

Euer Excellenz beehre ich mich im Namen des Armee-Korps ganz besonders zu danken für die durchweg entgegenkommende und freundliche Aufnahme, welche die mir unterstellten Truppen während der diesjährigen Herbstübungen in den Kreisen Templin, Ruppin, Nieder- und Ober-Barnim gefunden haben.

Indem ich Euer Excellenz bitte, in geeignet erscheinender Weise die in Betracht kommenden Behörden und Einwohner hiervon in Kenntniß setzen zu wollen, verbleibe ich Euer Excellenz sehr ergebener

(gez.) v. Eignis,
General der Infanterie.

Es gereicht mir zur großen Freude, vorstehendes Schreiben des Königl. General-Kommandos des III. Armee-Korps zur öffentlichen Kenntniß bringen zu können.

Potsdam, den 21. September 1897.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Prüfungen der Bezirksamtschornsteinfegermeister.

217. Das Regulativ vom 10. Oktober 1892 (Amtsblatt von 1892 Seite 449) wird vom 1. April 1898 ab in folgenden Punkten abgeändert:

§ 3c. Absatz 1 fällt weg.

§ 4. Die Prüfungsgebühr wird von 24 M. auf 20 M. herabgesetzt.

§ 6. An Entschädigung erhält der Vorsitzende 12 M., jeder der beiden Beisitzer 6 M. für den Prüfungstag.

Potsdam, den 24. September 1897.

Der Regierungspräsident.

Verbreiten.

218. Ausgebrochen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Ostprignitz: unter den Rindviehbeständen der Bauern Köhn und Gmbe in Dahlhaujen.

b. Geflügelcholera. Kreis Angermünde: bei der Gänseherde des Bauernhofbesizers Wiers in Herzfelde.

Erloschen:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Ostprignitz: unter den Rindern des Gutsbesizers Eggert in Liebenthal, des Wägners Westphal in Blandikow und des Eigenthümers W. Fleischer in Blumenthal.

b. Milzbrand. Kreis Teltow: unter den Rößen des Gutes Mariensfelde und des Gemeindevorstehers Schult in Wasmannsdorf. Kreis Teltow-Luderswalde: auf den Gärten des Rittergutspächters Raschius in Gekersdorf und des Rittergutspächters Schwiege in Wahlisdorf.

c. Bläschenauschlag. Kreis Ostprignitz: bei einem Bullen des Bauern Schult in Dremow.

Potsdam, den 28. September 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Bekanntmachung.

10. Durch Verfügung des Königl. Regierungspräsidenten hier selbst vom 9. August 1897 — I. 3529/7 — ist dem Eisenbahn-Comité zu Lehnin die Erlaubniß zur Vornahme allgemeiner Vorarbeiten für die Herstellung einer vollspurigen Kleinbahn mit Lokomotivbetrieb von Lehnin nach Groß-Kreuz erteilt worden.

Auf Grund des § 5 des Erwerbs-Gesetzes vom 11. Juni 1874 wird deshalb hiermit angeordnet, daß jeder Besitzer auf seinem Grundstücke Handlungen, welche zur Vorbereitung des gedachten Unternehmens erforderlich, geschehen zu lassen hat.

Handlungen, welche das Zerstören von Baulich-

keiten oder das Fällen von Bäumen zum Gegenstande haben, sind indeß ohne vorherige Erlaubniß der unterzeichneten Behörde unstatthaft.

Das Betreten von Gebäuden, sowie von eingefriedigten Hof- und Gartengrundstücken ist mit der Einwilligung der Besitzer, in deren Ermangelung nur nach erteilter Erlaubniß der Ortspolizeibehörde zulässig.

Potsdam, den 21. September 1897.

Der Bezirks-Ausschuß.

Ruffmann.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

63. Die von mir auf Grund des § 100f. der Gewerbeordnung für den den Gemeindebezirk Berlin umfassenden Bezirk der Gastwirthe-Innung zu Berlin erlassene Bestimmung vom 19. April 1893 — veröffentlicht im Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin, Stück 17 vom 28ten April 1893, und in Nr. 96 des Berliner Intelligenz-Blattes vom 25. April 1893 — nach welcher Gast- und Schankwirthe, welche, obwohl sie ein in der Innung vereinigtes Gewerbe betreiben, derselben nicht angehören, und deren Gehülfen (Kellner) zu den Kosten der von der Innung für den Nachweis für Gehülfenarbeit getrossenert beziehungsweise unternommenen Einrichtungen (§ 97 Ziffer 2 der Gewerbeordnung) in derselben Weise und nach demselben Maßstabe beizutragen verpflichtet sind, wie die Innungsmitglieder und deren Gehülfen (Kellner), wird mit Ablauf dieses Jahres zurückgenommen.

Berlin, den 18. September 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

64. Für die im Jahre 1898 in Berlin abzuhaltende Turnlehrerprüfung ist Termin auf Donnerstag den 24. Februar 1898 und die folgenden Tage anberaumt worden. Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerber sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens bis zum 1. Januar 1898, Meldungen anderer Bewerber bei derjenigen Königl. Regierung, in deren Bezirk der Betreffende wohnt, ebenfalls bis zum 1. Januar f. Js. anzubringen. Nur die in Berlin wohnenden Bewerber, welche in keinem Lehramte stehen, haben ihre Meldungen bei dem Königl. Polizei-Präsidium hier selbst bis zum 1. Januar f. Js. einzureichen. Die Meldungen können nur dann Berücksichtigung finden, wenn ihnen die nach § 4 der Prüfungsordnung vom 15. Mai 1894 vorgeschriebenen Schriftstücke ordnungsmäßig beigelegt sind. Die über Gesundheit, Führung und Lehrthätigkeit beizubringenden Zeugnisse müssen in neuerer Zeit ausgestellt sein. Die Anlagen jedes Gesuches sind zu einem Hefte vereinigt vorzulegen.

Berlin, den 11. September 1897.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß von den Bewerbern eine genaue Kenntniß der ersten notwendigen Hülfeleistungen bei etwa vorkommenden Unglücksfällen (Vergl. § 7 unter Nr 3 der Prüfungsordnung vom 15. Mai 1894) unbedingt verlangt wird. Auf die Beobachtung des vorgeschriebenen Termins wird noch besonders aufmerksam gemacht.

Berlin, den 24. September 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

65. Auf Ihren Bericht vom 25. August d. Js. will Ich das Enteignungsrecht, welches durch Meinen Erlass vom 23. August 1895 der Firma Siemens & Halske zu Berlin zur Entziehung und zur dauernden Beschränkung des für den Bau der elektrischen Hochbahn in Berlin von der Warschauerstraße bis zum Rollendorfsplatz mit Abzweigung nach dem Potsdamer Bahnhofe in Anspruch zu nehmenden Grundeigentums verliehen ist, auf die Aktiengesellschaft „Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen zu Berlin“ übertragen, sowie der letzteren das gleiche Recht zur Entziehung und zur dauernden Beschränkung des für eine Fortsetzung der elektrischen Hochbahn bis zum Stadtbahnhofe Zoologischer Garten sowie in Anspruch zu nehmenden Grundeigentums verliehen.

Neues Palais, den 28. August 1897.

gez. Wilhelm R.

gegenez. Thelen.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Vorstehender Allerhöchster Erlass wird in Gemäßheit des § 2 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 23. September 1897.

Der Polizei-Präsident von Windheim.

Bekanntmachung.

66. Das Königlich Großbritannische Ministerium für Landwirtschaft hat, kraft und in Ausübung der Vollmachten, die ihm nach den Viehzucht-Gesetzen von 1894 und 1896 übertragen sind, und kraft jeder anderen Vollmacht, die es hierzu ermächtigt, folgende Verordnung erlassen.

Verbot der Einfuhr von Hunden.

1. Hunde, die nach Großbritannien von irgend einem anderen Lande (ausgenommen Irland oder die Isle of Man) gebracht werden, sollen in Großbritannien nicht anders als nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Erlasses gelandet werden.

Erlaubnißscheine zur Einfuhr in besonderen Fällen.

2. Das Ministerium kann in einem besonderen Fall einen Erlaubnißschein ausstellen, der das Landen eines Hundes gestattet, und solch Hund darf darauf gemäß und in Uebereinstimmung mit den Bedingungen eines solchen Erlaubnißscheines gelandet werden.

Gesuche um Erlaubnißscheine.

3. Jedes Gesuch um einen Erlaubnißschein nach Maß-

gabe des vorausgehenden Artikels muß schriftlich bei dem Secretär, Ministerium für Landwirtschaft, London SW. Whitehall Place 4, gestellt werden, und muß demselben ein von dem Eigentümer des Hundes, auf den sich das Gesuch bezieht, oder von seinem hierzu eigens schriftlich bevollmächtigten Agenten unterzeichneter Ausweis beigelegt werden, welcher folgende Angabe zu enthalten hat, nämlich

- I. die Beschreibung des Hundes, die so weit wie möglich zum Zweck der Identification anzugeben ist, die Besonderheiten seiner Abstammung, seines Geschlechtes, seines Alters und seiner Farbe;
- II. das Land, woher er gebracht werden soll;
- III. den Hafen, wo er gelandet werden soll; und
- IV. den Ort, wohin er nach der Landung zum Zweck der etwaigen Einsperrung und Absonderung, wie sie durch das Ministerium verlangt werden kann, geschafft werden soll, und auch den Weg, wie er nach dem etwaigen Einsperrungs-Ort geschafft werden soll.

Bedingungen des Erlaubnißscheines.

4. (1.) Das Ministerium kann in jeden Erlaubnißschein, der nach Maßgabe dieses Erlasses ausgestellt wird, um das Landen eines Hundes zu gestatten, solche Bedingungen einrücken, die es für folgende Zwecke als notwendig oder wünschenswerth erachtet —

(a.) für Anordnung und Regelung der Einsperrung und Absonderung des Hundes durch seinen Eigentümer und auf Kosten desselben für eine Zeit bis höchstens 6 Monate an einem Ort, der für diesen Zweck von dem Eigentümer zu beschaffen und in dem Erlaubnißschein anzugeben ist; oder

(b.) für Regelung der Fortschaffung des Hundes an solchen Einsperrungs-Platz und für Regelung seiner Bewegung während der durch den Erlaubnißschein vorgeschriebenen Einsperrungs-Zeit.

- (2.) Ein Hund, der nach Maßgabe der Ermächtigung eines nach diesem Erlass ausgestellten Erlaubnißscheines gelandet wird, soll gemäß der Bedingungen dieses Erlaubnißscheines eingesperrt und abgefordert werden und soll nicht in Zuwiderhandlung mit irgend einer solchen Bedingung fortgeschafft werden.

Voraussetzung für die Ertheilung von Erlaubnißscheinen.

5. Ein Bewerber um einen nach Maßgabe dieses Erlasses für die Landung eines Hundes zu ertheilenden Erlaubnißschein muß das Ministerium unbedingt darüber sicherstellen können, daß geeignete und passende Vorkehrungen für eine solche Einsperrung und Absonderung des Hundes getroffen werden können, wie sie dem Ministerium notwendig oder wünschenswerth erscheint.

Verfahren nach den Einfuhr-Gesetzen (Customs Acts) bei ungesetzlicher Landung.

6. — (1.) Wenn irgend Jemand in Zuwiderhandlung gegen diesen Erlass einen Hund landet oder es versucht, ihn zu landen, so setzt er sich nach und gemäß den Einfuhr-Gesetzen denselben Strafen aus, die für Solche festgesetzt sind, die Waaren einführen oder einzuführen versuchen, deren Einfuhr von und gemäß den Einfuhr-Gesetzen verboten ist — vorbehaltlich weiterer Maßnahmen aus dem Gesetz von 1894 wegen eines Vergehens gegen dieses Gesetz.

(2.) Der Hund, dessentwegen das Vergehen begangen wird, soll nach und gemäß den Einfuhr-Gesetzen gleichwie eine Waare, deren Einfuhr durch die Einfuhr-Gesetze verboten ist, verfallen sein.

Ausdehnung bestimmter Abschnitte
des Viehseuchen-Gesetzes 1894.

7. „Hund“ ist gleich „Thier“, und „Tollwuth“ gleich „Seuche“ für die Zwecke dieses Erlasses und der folgenden Abschnitte des Gesetzes von 1894 (nämlich):

Abchnitt 43 (Befugnisse der Polizei);

Abchnitt 44 (Befugnisse der Aufsichtsbeamten);

Abchnitt 56 (Ungeheueres Landen);

und auch für die Zwecke aller anderen Abschnitte genannten Gesetzes, soweit sie Bestimmungen enthalten, die sich auf die Bestimmungen obiger Abschnitte und dieses Erlasses beziehen oder die daraus folgen, einschließlichs solcher Abschnitte, die sich auf Vergehungen und Strafverfahren beziehen.

Durchführung des Erlasses durch die Local-Behörde.

8. Die Bestimmungen dieses Erlasses sollen, außer dort, wo es anders bestimmt wird, durch die Local-Behörde ausgeführt und durchgeführt werden.
Vergehen.

9. — (1.) Wenn ein Hund in Zuwiderhandlung gegen diesen Erlass oder in Zuwiderhandlung gegen die Bedingungen eines hiernach ausgestellten Erlaubnißscheines fortgeschafft wird, so sollen der Eigentümer des Hundes; derjenige, welchem der Hund während dieser Zeit anvertraut ist; derjenige, welcher die Fortschaffung veranlaßt, leitet oder gestattet; derjenige, welcher den Hund fortgeschafft oder übergibt; der Empfänger oder jeder Andere, der ihn aufnimmt oder bei sich behält, sofern er weiß, daß der Hund nach Vorstehendem unerlaubter Weise fortgeschafft worden ist; und der Eigentümer des Deuts, von wo der Hund fortgeschafft wurde — schuldig erachtet werden eines Vergehens gegen das Gesetz von 1894, und zwar Jeder gemäß und hinsichtlich seiner eigenen Handlungen und Verfehlungen.

(2.) Wenn ein Hund in Zuwiderhandlung gegen diesen Erlass gelandet wird, so sollen der Eigentümer, der Abgeber und der Fahrer des Fahrzeuges, von dem er gelandet wird; der Eigentümer des Hundes; derjenige, welchem der Hund

für diese Zeit anvertraut ist; derjenige, welcher die Landung veranlaßt, leitet oder gestattet; derjenige, welcher den Hund landet; der Empfänger oder jeder Andere, der den Hund aufnimmt oder bei sich behält, sofern derselbe weiß, daß der Hund in Zuwiderhandlung gegen Vorstehendes gelandet worden ist, — schuldig erachtet werden eines Vergehens gegen das Gesetz von 1894, und zwar Jeder gemäß und hinsichtlich seiner eigenen Handlungen und Verfehlungen.

(3.) Wenn ein Hund nicht abgesondert gehalten wird, wie es durch diesen Erlass oder durch die Bedingungen eines hiernach ausgestellten Erlaubnißscheines verlangt wird, so sollen der Eigentümer des Hundes; derjenige, welchem der Hund für diese Zeit anvertraut ist; der Besitzer des Platzes, wo sich ein Hund eingesperrt ist; derjenige, welcher es unterläßt oder verabsäumt, den Hund abzusondern, — schuldig erachtet werden eines Vergehens gegen das Gesetz von 1894, und zwar Jeder gemäß und hinsichtlich seiner eigenen Handlungen und Verfehlungen.

(4.) Wenn Jemand in der Absicht, die Wirkung dieses Erlasses oder der Bedingungen eines hiernach ausgestellten Erlaubnißscheines zu umgehen oder zu vereiteln, einen Hund weglaufen läßt, so soll er eines Vergehens gegen das Gesetz von 1894 für schuldig erachtet werden.

Ansetzung.

10. Falls es der Zusammenhang nicht anders verlangt, bezeichnet in diesem Erlass —

„Das Ministerium“ das Ministerium für Landwirtschaft;

„Das Gesetz von 1894“ das Viehseuchen-Gesetz von 1894;

Der „Fahrer“ eine Person, der die Abbut oder der Befehl über ein Fahrzeug übertragen ist.

Anderer Ausdrücke haben denselben Sinn wie im Gesetz von 1894.

Inständigkeit.

11. Außer da, wo es anders ausgedrückt ist, ist dieser Erlass für Großbritannien zuständig.

Anfang.

12. Dieser Erlass soll am 15. Tage des September 1897 in Kraft treten.

Kurzer Titel.

13. Dieser Erlass kann als der „Hunde-Einfuhr-Erlass von 1897“ citirt werden.

Das Ministerium für Landwirtschaft hat hierunter urkundlich sein offizielles Siegel am 7. Mai 1897 gesetzt.

(L. S.) gez. F. H. Elliott,
Secretair.

Berlin, den 21. September 1897.

Der Polizeipräsident.

Notdham, den 28. September 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Reichs-Postamts.

Postanweisungverkehr nach Portugal.

10. • Vom 1. October ab sind Postanweisungen nach Portugal von den Absendern nicht mehr in Portugiesischer, sondern in Deutscher Währung auszustellen. Die Umwandlung der Beträge in Portugiesische Währung erfolgt durch das Postamt in Lissabon unter Zugrundelegung des Durchschnittskurses der dem Eingang der Postanweisungen vorangegangenen Woche.

Berlin W., 19. September 1897.

Reichs-Postamt. I. Abtheilung.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

68. Der Fernsprecherverkehr mit Lissabon (Hatz) ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt 1 Mark.

Berlin C., 23. September 1897.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Griesbach, Geheimer Ober-Postsrath.

Bekanntmachung.

69. Am 1. October wird in **Schöneberg bei Berlin** in dem Hause Hauptstraße 5/6 unter der Bezeichnung „Schöneberg bei Berlin 2“ eine neue Postanstalt eingerichtet, bei welcher der Verkauf von Werthzeichen u. s. w. und die Annahme von Postsendungen jeder Art — mit Ausnahme der Pakete mit und ohne Werthangabe — sowie von Telegrammen stattfinden werden. Die Entgegennahme von Zeitungsbestellungen und die Ausgabe der Zeitungen erfolgen daselbst nicht. Für den Verkehr mit dem Publikum ist das neue Postamt werktäglich von 8 Uhr Vormittags bis 7 Uhr Nachmittags geöffnet, an Sonn- und Feiertagen, sowie am Geburtstags Sr. Majestät des Kaisers dagegen geschlossen. Von gleichem Zeitpunkte ab führt das bisherige Postamt in der Herbertstraße die Bezeichnung Schöneberg bei Berlin 1.

Berlin C., 23. September 1897.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Griesbach, Geheimer Ober-Postsrath.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

70. Auf dem Bahnhofe **Groß-Köris** wird am 1ten October 1897 eine Postagentur, zunächst ohne Telegraphenbetrieb, in Wirksamkeit treten.

Die neue Verkehrsanstalt erhält ihre Postverbindung durch die Bahnposten in den Jügen 121, 123, 124, 125, 127 und 128 der Eisenbahnlinie Berlin-Görlitz. Dem Landbezirk der neuen Postagentur werden folgende Wohnstätten zugetheilt:

a. vom Bezirke des Postamtes in Halbe:

Dorf Groß-Köris, Klein-Köris, Wilhelminenhof, Groß-Karbuschsee, Bahnbeamtenhaus, Abbauten Groß-Köris, Rantenheim, Krügers Krahn,

b. vom Bezirke des Postamtes in Leupitz:

Schwerin, Mielliser, Silbersee,

c. vom Landbezirk der Postagentur in Großbesten:

Neubrück.

Potsdam, den 21. September 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor Gürtler.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion zu Berlin.

Norddeutsches-Berlin. Bayerischer Verband.

82. Am 1. October d. J. gelangt zum Gütertarif, Theil II., ein Nachtrag 1 zur Einführung, welcher neben den im Wege von Bekanntmachungen bereits eingeführten Tarifänderungen die Aufnahme der Station Proßten der Preussischen Südbahn, neue Frachtsätze zwischen Salzburg und Stettin sowie Ewinemünde, die Einführung eines Ausnahmestarfs für Holzbohlen und eines Ausnahmestarfs für Malz zur Anfuhr über See sowie verschiedene Verichtigungen enthält. Soweit Erhöhungen der jetzt gültigen Frachtsätze eintreten, gelten dieselben erst vom 15. November d. J. ab. Auskunft ertheilen die Abfertigungsstellen und Auskunftsbüreaus der beteiligten Eisenbahn-Verwaltungen. Druckabzüge des Nachtrags können unentgeltlich von dem hiesigen Auskunftsbüreau auf dem Stadtbahnhof Alexanderplatz bezogen werden. Berlin, den 17. September 1897.

Königliche Eisenbahndirektion

Namens der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Bekanntmachung.

82. Durch Beschluß des Kreis-Ausschusses des Kreises Nieder-Barnim vom 1. August 1895 ist unter Abtrennung von dem domänenfiskalischen Ortsbezirke Amt Mühlenhof die demselben bisher angehörig gewesene, in der Grundsteuer-Matrosenrolle des Gemeindebezirks Heinersdorf unter Kartenblatt N^o 2 Parzellennummer 215/95 verzeichnete Dorfkampargelle in Größe von 26 qm dem Gemeindebezirke Heinersdorf einverleibt worden. Berlin, den 20. September 1897.

Der Landrath des Kreises Niederbarnim.

Personal-Chronik.

Im Kreise Teltow ist der Rittgutsbesitzer Richter zu Mahlow von Neuem zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 46 — Mahlow ernannt worden.

Der Pfarrer und Superintendent Ernst Wilhelm Hermann Spieß in Brandenburg a./H. ist zum Superintendenten der Diözese Strasburg u./M. ernannt worden.

Der bisherige Hülfsprediger Georg Rdt Ludwig Schadt ist zum dritten Pfarrer an der Ankerkirchenskirche in Berlin, Diözese Berlin I., bestellt worden.

Die Lehrer: Jissel, Gollnow, Engel, Mertelsmann, Goldbeck, Mädel, Schröder, Günther, Jank, Krüger, Schlegel, Schmidt, Schröder, Springer, Höfer, Voelken und Schmitz sind als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Die bisher an der höheren Mädchenschule in Potsdam als Hilfslehrerin beschäftigte Lehrerin Anna

Appel ist bestellt vom 1. April 1897 ab. definitiv angestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Alexander Gleichen ist als Oberlehrer an dem Kaiser Wilhelms-Real-Gymnasium in Berlin angestellt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat Juli 1897.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind zu Amtsrichtern die Gerichtsassessoren Simon bei dem Amtsgericht in Peelitz, Wisse bei dem Amtsgericht in Schwedt, Kobland bei dem Amtsgericht in Landsberg a./W., Schönstadt bei dem Amtsgericht in Neidenburg. Versetzt ist der Landrichter Döhring in Parkenstein an das Landgericht I. in Berlin. Pensionirt sind der Senatspräsident beim Kammergericht Dr. Merrem und der Amtsgerichtsrath Wiener vom Amtsgericht I. in Berlin. Verstorben ist der Amtsgerichtsrath Chirong vom Amtsgericht I. in Berlin. Dem Amtsrichter Dr. Möhring vom Amtsgericht I. in Berlin ist die Entlassung aus dem Justizdienste ertheilt.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Alfred Kaiser, von Guérard, Dr. Domrich, Dr. Böhmert, Martin Jacobi, Dr. Salomonsohn, Uhlbach, Dr. Heim, Dr. Teubner. Uebernommen ist Blome aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts in Posen. Entlassen sind Dr. Grohe in Folge seiner Zulassung zur Rechtsanwaltschaft, Dr. Kapler in Folge seiner Uebernahme in die kirchliche Verwaltung.

III. Staatsanwaltschaft.

Ernannt sind zu Forstamtsanwälten der Forstmeister Rahm bei dem Amtsgericht in Potsdam, der Oberförster von Vertrab bei dem Amtsgericht in Rheinsberg, der Forstmeister Erß bei dem Amtsgericht in Sorau, der Oberförster Lücke bei dem Amtsgericht in Peitz; zu Amtsanwälten der Bürgermeister Max beim Amtsgericht in Neuwedel, der Bürgermeister Möhnz bei dem Amtsgericht in Wendisch-Buchholz, der Bürgermeister Klein bei dem Amtsgericht in Cüstrin; zu Amtsanwalts-Stellvertretern der Kammerer Haase bei dem Amtsgericht in Brieg, der Beigeordnete Foerstermann bei dem Amtsgericht in Luckenwalde, der Kammerer Gutheins bei dem Amtsgericht in Peelitz, der Apothekenbesitzer Schaeber bei dem Amtsgericht in Berlinchen, der Stadtschreiber Wollenberg bei dem Amtsgericht in Arnswalde.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöscht sind in der Liste der Rechtsanwälte der Rechtsanwalt Behrendt beim Landgericht I. in Berlin, der Rechtsanwalt Meyerohoff beim Kammergericht, die Rechtsanwälte Wiener und Paul Julius Meyer beim Landgericht I. in Berlin. Eingetragen sind in

die Liste der Rechtsadvokaten der Rechtsanwalt Behrendt vom Landgericht I. und der Gerichtsassessor Dr. Richard Schmidt beim Landgericht II. in Berlin, der Rechtsanwalt Wiener vom Landgericht I. in Berlin beim Kammergericht. Verstorben ist der Rechtsanwalt und Notar Justizrath Fied in Berlin.

V. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtskandidaten Citron, Gierke, Kelsfeld, Hanraths, Thielbörger, Kuhn, Bayer, Zielisch, von Moeller, Langkau, Hans Meyer, Cohnitz, Hilkmann, Benede, Abrahamsohn, Kasper, Fabian, Unglaube, Wittenkind, Freiber von Massenbach, Kriener, Barschall, Fris Cohn, Max Hennig. Uebernommen ist Kasper aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts in Breslau. Entlassen sind Cäsar Graf von Wartenleben und Ernst Bail behufs Uebertritts in den höheren Verwaltungsdienst, Graf von Hake in Folge seiner Uebernahme in das Auswärtige Amt, Paul Schmidt zwecks Uebertritts in die Militärverwaltung.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt sind zu Gerichtsschreibern der Aktuar Schubert bei dem Amtsgericht in Rheinsberg, der Referendar a. D. Wischer beim Landgericht I. in Berlin, zum Sekretär bei der Staatsanwaltschaft I. in Berlin der Referendar a. D. Wolff, zu Kanzlisten die Kanzleidiatäre Scholz beim Kammergericht, Klee beim Landgericht in Potsdam; zum Gerichtsvollzieher der Militärämter Gierski bei dem Amtsgericht in Spandau. Die Gefängnisinspektoren Breithaupt beim Straßgefängnis zu Pögnsee und Böhne beim Stadtvoigteigefängnis in Berlin sind zu Oberinspektoren ernannt. Versetzt sind die Gerichtsschreiber Hadrath in Wolkenberg an das Amtsgericht in Neu-Ruppin, Feder in Rheinsberg an das Amtsgericht in Krummen; der Kanzlist Krüger in Neu-Ruppin an das Landgericht I. in Berlin; der Gerichtsvollzieher Kubitz in Kirchhain N. an das Amtsgericht I. in Berlin. Pensionirt sind die Gerichtsschreiber Krohn bei dem Amtsgericht I. in Berlin, Kanzleirath Gerloff bei dem Amtsgericht in Prenzlau; der Kanzlist Wachtler beim Landgericht II. in Berlin; die Gerichtsvollzieher Schwuchow, Wittig, Gotsch, Schüler beim Amtsgericht I. in Berlin, Baer in Eberswalde. Verstorben sind die Gerichtsschreiber Kanzleirath Pfantz und Münster beim Amtsgericht I. in Berlin, Jahn bei dem Amtsgericht in Dahme; die Kanzlisten Herbst bei der Staatsanwaltschaft I. in Berlin, Weltand bei dem Amtsgericht I. in Berlin; die Gerichtsvollzieher Kassek bei dem Amtsgericht I. in Berlin und Michaels in Königsberg N. Entlassen ist der Gerichtsvollzieher Herrmann in Neu-Ruppin.

Hierzu Sechs Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung in Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Öeffentlicher Anzeiger (N^o 6)

zum 40sten Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 1. Oktober 1897.

Notwendige Verkäufe.

Zwangsversteigerung.

224. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Nixdorf Band 25 Blatt N^o 836, Band 74 Blatt N^o 2227, Band 74 Blatt N^o 2229 auf den Namen des Rentiers Friedrich Schiddel zu Berlin und des Fabrikanten Max Pagel zu Berlin eingetragenen, zu Nixdorf an Straße 5 und 25 belegenen Grundstücke am **1. Dezember 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Erstr. 29 2 Tr. Zimmer 14 versteigert werden.

Die Grundstücke sind mit 0,56 Tlhr. bzw. 0,69 Tlhr. bzw. mit 1,12 Tlhr. Reinertrag und einer Fläche von 5 ar 76 qm bzw. 7 ar 9 qm bzw. 11 ar 39 qm zur Grundsteuer, dagegen nicht zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszüge aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift der Grundbuchblätter, etwaige Abschätzungen und andere die Grundstücke betreffenden Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei Zimmer 21 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefodert, die nicht von selbst auf den Erheber übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigenthum der Grundstücke beanspruchen, werden aufgefodert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **4. Dezember 1897 Vormittags 11 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Nixdorf, den 13. September 1897.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

225. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von den Invalidenhäuser-Parzellen Band 11 Blatt N^o 380 auf den Namen der Ehefrau des Agenten Schneider Anna geb. Dolsch hier eingetragene, in der Elsfasserstraße (N^o 33) hier selbst belegene Grundstück

in einem neuen Termine am **1. November 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Neue Friedrichstr. 13 Flügel C. Erdgesch. Saal 36 versteigert werden.

Das Grundstück ist bei einer Fläche von 9,91 ar mit 20040 M. Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei ebenda Flügel D. Zimmer 41 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefodert, die nicht von selbst auf den Erheber übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefodert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **1. November 1897 Nachmittags 12 1/4 Uhr** an Gerichtsstelle wie oben angegeben verkündet werden.

Berlin, den 21. September 1897.

Königliches Amtsgericht I. Abtheilung 85.

Zwangsversteigerung.

226. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von den Nieder-Schönhäuser-Parzellen Band 4 Blatt N^o 159 auf den Namen des Restaurateurs Martin Hef hier eingetragene, in der Schönhäuser Allee (Nr. 71) hier selbst belegene Grundstück am **26. November 1897 Vormittags 10 1/2 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Neue Friedrichstraße 13 Flügel C. Erdgesch. Saal 36 versteigert werden.

Das Grundstück ist bei einer Fläche von 6,97 ar mit 8400 M. Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Ab-

Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei ebenda Flügel D. Zimmer 41 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Verteilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am 26. November 1897 Nachmittags 12 $\frac{1}{2}$ Uhr an Gerichtsstelle wie oben angegeben verkündet werden.

Berlin, den 18. September 1897.

Königliches Amtsgericht I. Abtheilung 85.

Zwangerversteigerung.

227. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Groß-Lichterfelde Band 31 Blatt Nr. 932 auf den Namen des Kaufmanns Robert Reinhardt zu Berlin eingetragene, zu Groß-Lichterfelde, an der Lorenzstraße belegene Grundstück am 23. November 1897 Vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte an Gerichtsstelle Hallesches Ufer Nr. 26 I. Zimmer 14 versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 0,3 M. Kleinertrag und einer Fläche von 8 ar 83 qm zur Grundsteuer, mit 3200 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei a. a. D. Zimmer 15 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft

zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Verteilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am 27. November 1897 Mittags 12 Uhr an Gerichtsstelle a. a. D. Zimmer 14 verkündet werden.

Berlin, den 18. September 1897.

Königliches Amtsgericht II. Abtheilung 17.

Zwangerversteigerung.

228. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Schönberg Band 45 Blatt Nr. 1628 auf den Namen des Arkitekten Karl Otto Mertens zu Charlottenburg eingetragene, zu Schöneberg, angeblich Gothenstraße 36 belegene Grundstück am 30. November 1897 Vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte an Gerichtsstelle Hallesches Ufer Nr. 26 I. Zimmer 14 versteigert werden.

Das Grundstück ist bei einer Fläche von 7,54 ar mit 10200 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei a. a. D. Zimmer 15 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Verteilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am 4. Dezember 1897 Mittags 12 Uhr an Gerichtsstelle a. a. D. Zimmer 14 verkündet werden.

Berlin, den 23. September 1897.

Königliches Amtsgericht II. Abtheilung 17.

Jungh

Das

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 41.

Den 8. Oktober

1897.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 39.) **Nr 2416.** Verordnung, betreffend Beschränkungen der Einfuhr aus Asien. Vom 6ten September 1897.

(Stück 40.) **Nr 2417.** Bekanntmachung, betreffend die dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügte Liste. Vom 10. September 1897.

(Stück 41.) **Nr 2418.** Bekanntmachung, betreffend die Anzeigepflicht für die Geflügelcholera. Vom 18. September 1897.

Gesetz-Sammlung für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 39.) **Nr 9941.** Gesetz über den Erlass polizeilicher Strafverfügungen wegen Uebertretung Strom- und schiffahrtspolizeilicher Vorschriften auf der Elbe und auf dem Rheine. Vom 26. Juli 1897.

Nr 9942. Gesetz, betreffend die Zwangsvollstreckung aus Forderungen landschaftlicher (ritterchaftlicher) Kreditanstalten. Vom 3. August 1897.

Nr 9943. Gesetz, betreffend Abänderung des Gesetzes über die Schonzeiten des Wildes vom 26. Februar 1870 (Gesetz-Samml. S. 120). Vom 13. August 1897.

(Stück 40.) **Nr 9944.** Gesetz, betreffend die Verpflichtung der Gemeinden in den Provinzen Hessen-Nassau und Schlesien zur Bullenhaltung. Vom 19. August 1897.

Nr 9945. Allerhöchster Erlass vom 19. August 1897, betreffend Uebertragung der Verwaltung der Strecke Richterich—Preussisch-Niederländische Grenze vom Tage ihres Uebergangs auf den Staat an die Königl. Eisenbahndirektion in Cöln.

Nr 9946. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirks des Amtsgerichts Gladbach. Vom 16. August 1897.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

Bekanntmachung, betreffend die am 1. Dezember 1897 stattfindende Viehzählung im Stadtbezirke Berlin.

16. Auf Beschluß des Bundesraths vom 7. Juli 1892 findet am 1. Dezember d. Js. im Deutschen Reiche eine allgemeine Viehzählung beschränkteren Umfanges statt, bei deren Ausführung im preussischen Staate folgende Bestimmungen in Anwendung kommen:

1) Die Viehzählung ist nach dem Stande vom 1ten Dezember d. Js. vorzunehmen und hat sich auf

Pferde, Rind-, Schaf-, Schweine- und Ziegenvieh sowie auf Gänse, Enten und Hühner zu erstrecken. Außerdem ist durch die Zählung die Zahl der viehbesitzenden Haushaltungen (Hauswirthschaften) in jedem Hause, Gehöfte u. s. w. festzustellen.

2) Durch die Zählung soll im Wesentlichen der wirkliche Viehstand jedes Hauses nebst zugehörigen Nebengebäuden (Gehöfte, Anwesen) ermittelt werden, jedoch mit der Maßgabe, daß am Tage der Zählung nur vorübergehend abwesendes Vieh bei dem Hause (Gehöfte), zu welchem es gehört, mitgezählt wird und dagegen da, wo es nur vorübergehend anwesend ist, z. B. in Wirthshäusern, Ausspannungen, außer Berücksichtigung bleibt.

3) Die Zählung wird unter der Leitung der Ortsbehörden durch freiwillige Zähler vorgenommen.

4) Die Aufnahme erfolgt von Haus zu Haus (Gehöft zu Gehöft) mittels Aufzeichnung des durch wirkliche Zählung ermittelten Viehstandes und der im Hause (Gehöfte) vorhandenen viehbesitzenden Haushaltungen in Zählkarten. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß bei der Zählung auch besondere Viehbestände, wie Vieh in Schlachthäusern u. s. w., nicht übergangen werden.

5) Die Zählkarten sind durch die Haus- bezw. Hofbesitzer oder die Verwalter bezw. deren Vertreter auszufüllen und durch Namensunterschrift zu bezeichnen. Wo dieses Verfahren nicht anwendbar erscheint, ist die Ausfüllung und Bescheinigung durch den Zähler, und zwar auf Grund der an Ort und Stelle persönlich einzuziehenden Erkundigungen, zu bewirken.

Indem ich diese Bestimmungen für die bevorstehende Viehzählung zur Kenntniß der Einwohner des Stadtbezirks Berlin bringe, weise ich auf die Wichtigkeit hin, welche derartigen Zählungen für die Staats- und Gemeindeverwaltung und für die Förderung wissenschaftlicher und gemeinnütziger Zwecke erfahrungsmäßig beizubringen.

Ich glaube deshalb auch die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß dem Magistrat, welchem in Verbindung mit dem Königl. Polizeipräsidium die Ausführung der Zählung obliegt, die bereitwilligste Unterstützung von allen theilhaftigen Einwohnern der Stadt, namentlich auch durch Uebernahme des Ehrenamtes eines Zählers, zu Theil werden wird.

Potsdam, den 1. Oktober 1897.

Der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen**des Königlichen Regierungspräsidenten.**

219. Im Verlage von Carl Heymann in Berlin ist von dem Schriftf. der Centralstelle für Arbeiter-Wohnabtheilungen das Heft 11, betreffend das Arbeits-Nachweis und seine Entwicklung, und Bestimmung im In- und Auslande zur Ausgabe gelangt.

Die Landräthe, Polizei- und städtischen Gemeindevorwaltungen mache ich hierauf aufmerksam.

Potsdam, den 29. September 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

220. Die zwölfjährige Schülerin Frieda Malchow aus Berlin hat am 6. August d. J. das Kindermädchen Martha Biesel vom Tode des Ertrinkens im Müggelsee bei Friedrichshagen errettet. Diese von Muth und Entschlossenheit zeugende That bringe ich hierdurch belobigend zur öffentlichen Kenntniß.

Potsdam, den 29. September 1897.

Der Regierungspräsident.

S t e b f e n c h e n.**221. Ausgebrochen:**

a. Milzbrand. Kreis Teltow: bei einer Kuh des Molkereibesizers Sauerland in Südenbe.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Ostprignitz: unter den Schweinen des Bauern Johann Buchholz in Blandikow und unter dem Rindviehbestande des Schmiedemeisters Glaser in Dahlhausen.

c. Bläschenauschlag. Kreis Weeskow-Storkow: bei einer Kuh des Bauern Buschig, einer Ferkel des Gemeindevorstehers Lindorf und dem Gemeindebullen in Leibsch. Kreis Zauch-Belzig: in der Stadt Brädl.

d. Geflügelcholera. Kreis Teltow: unter den Geflügelbeständen des Büdnere Blisse in Dt. Wilmersdorf und des Ingenieurs Nierwerth in Steglitz. Kreis Osthavelland: bei 13 am 17. und 18. b. M. verendeten Hühnern des Fortifikationsgärtners Baumann in Tiefwerder und unter der Herde des Händlers Jozmann aus Linum. Im letzten Falle wurde die Seuche in einem vorübergehend benutzten öffentlichen Gastställe in Börnicke festgestellt.

Erloschen:

a. Milzbrand. Kreis Teltow: unter den Kindern des Gutes Löwenbruch.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Ostprignitz: unter dem Rindviehbestande des Pastors Sachs in Dahlhausen.

c. Tollwuth. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: in Langenlippsdorf und Umgegend; die Sperre ist aufgehoben.

Potsdam, den 5. Oktober 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Bezirksauschüsse.

Schluß der Jagd auf Rebhühner.

11. Für den Regierungsbezirk Potsdam wird die Jagd auf Rebhühner mit Ablauf des **17. November 1897** geschlossen.

Potsdam, den 22. September 1897.

Der Bezirksauschuß.

**Bekanntmachungen des Königlichen
Polizei-Präsidenten zu Berlin.**

67. Auf den Bericht vom 25. Juni d. J. will Ich bei Wiederanschluß der Anlage unter der Voraussetzung, daß die Eintragung der interessirenden Beschlüsse in das Handelsregister erfolgt, hierdurch genehmigen, daß das der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank zu Berlin

unterm 1. Oktober 1866 erteilte Privilegium auf

6. Oktober 1893 Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Hypotheken-Pfandbriefen und Kommunal-Obligationen auch unter den Aenderungen des Gesellschaftsstatuts fortbestehen bleibt, wie solche nach dem notariellen Protokolle vom 2. März d. J. beschlossen worden sind.

Gothenburg, an Bord M. J. „Hohenzollern“,
den 7. Juli 1897.

gez. Wilhelm R.

gez. von Miquel, von Hammerstein,
Schönstedt, von der Meden.

An die Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, der Finanzen, der Justiz und des Innern.

Nachtrag

zu dem am 13. Juni 1895 staatlich genehmigten Statut der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank zu Berlin.

Einziger Paragraph.

In Folge des Beschlusses der General-Versammlung vom 2. März 1897 erhalten die §§ 6, 19 und 26 und das zum Schlusse des Statuts abgedruckte Schema der Hypotheken-Pfandbriefe folgende neue Fassung:

§ 6.

Der Betrag einer jeden Actie ist auf Eintausend zweihundert Mark festgesetzt.

Die Actien lauten auf den Inhaber und werden mit dem Facsimile der Unterschrift des Präsidenten des Curatoriums, sowie zweier Mitglieder der Direction ausgefertigt und mit Dividendenscheinen auf zehn Jahre, sowie mit einem Talon versehen.

§ 19.

Die Bank ist zur Ausgabe von verzinslichen, auf den Inhaber lautenden und von Seiten der betr. Inhaber unkündbaren, Hypotheken-Pfandbriefen und Obligationen berechtigt. Die Hypotheken-Pfandbriefe werden nach dem beiliegenden Schema ausgefertigt.

Die Gesamtsumme dieser auszugebenden Papiere darf, solange das eingezahlte Grundcapital weniger als 10 Millionen Mark beträgt, nicht das Fünfzehnfache, bei einem höheren Betrage nicht das Zwanzigfache desselben übersteigen.

Die Hypotheken-Pfandbriefe, sowie die Obligationen lauten auf Inhaber. Beide Arten müssen äußerlich unterscheidbar sein. Sie sind mit dem Facsimile der Unterschrift des Präsidenten des Curatoriums und zweier Mitglieder der Direction auszufertigen.

Den Hypotheken-Pfandbriefen und Obligationen können Uebersetzungen in fremden Sprachen beigelegt

werden. Bei etwaigen Differenzen ist der deutsche Text und die inländische Währung entscheidend.

Die Bestimmungen der §§ 9—11 in Betreff beschädigter oder verlorener Actien, Interimsscheine, Dividendenscheine und Talons finden auch auf beschädigte und verlorene Hypotheken-Pfandbriefe, Obligationen, Zinscoupons und Talons entsprechende Anwendung.

Der Gesamtbetrag der ausgegebenen Hypotheken-Pfandbriefe muß in Höhe des Nennwerthes jederzeit durch Hypotheken oder Grundschulden von mindestens gleicher Höhe und gleichem Zinsertrage gedeckt sein.

§ 26.

Die Modalitäten für die an Kreise, Kommunen, Corporationen und öffentlichen Genossenschaften auch ohne hypothekarische oder Grundschuld-Sicherheit zu gewährenden Darlehne und für die festzusetzende Amortisation derselben, oder für die Rückzahlung ohne Amortisation unterliegen der jedesmaligen besonderen Vereinbarung.

Die in Höhe dieser Darlehne und diesen entsprechend von der Bank amortisierbar oder in bestimmter Frist rückzahlbar auszugebenden Obligationen werden mit dem Facsimile der Unterschrift des Präsidenten des Curatoriums und zweier Mitglieder der Direction versehen.

Für die Sicherheit der ausgegebenen Obligationen, der Zinsen und Amortisationen haften außer den erworbenen Forderungen noch das Grundcapital, sowie das ganze Vermögen der Gesellschaft.

Im Uebrigen gelten in analogen Fällen die für hypothekarische resp. Grundschuldb-Darlehne und Hypotheken-Pfandbriefe gegebenen Bestimmungen auch für diese Darlehne und Obligationen.

Schema.

Hypotheken-Pfandbrief
der Pommerschen Hypotheken-Actien-Bank.

Serie Nr.

über Mark.

Die Pommersche Hypotheken-Actien-Bank verschuldet dem Inhaber dieses Hypotheken-Pfandbriefes

..... Mark,

verzinslich zu Procent in halbjährigen Raten am 1. und 1. jeden Jahres.

Die Sicherheit der Hypotheken-Pfandbriefe und deren Zinsen wird nach § 25 des Statuts gebildet:

- durch die von der Pommerschen Hypotheken-Actien-Bank erworbenen Hypotheken- und Grundschuldb-Forderungen von mindestens dem gleichen Betrage,
- durch das Grundcapital der Gesellschaft,
- überhaupt durch das gesammte Vermögen der Pommerschen Hypotheken-Actien-Bank, welches für die Verzinsung und Einlösung der Hypotheken-Pfandbriefe unbedingt verhaftet ist.

Der Betrag, um welchen sich das Kapital der als Garantie dienenden Hypotheken- und Grundschuldb-Forderungen durch Amortisation, Rückzahlung oder in

anderer Weise vermindert, muß entweder zur Zurückziehung und Vernichtung von Hypotheken-Pfandbriefen verwendet oder durch andere Hypotheken- und Grundschuldb-Forderungen ersetzt werden.

Die Gesamtsumme der ausgegebenen Hypotheken-Pfandbriefe darf nach § 19 des Statuts, solange das eingezahlte Grundcapital weniger als 10 Millionen Mark beträgt, nicht das Fünzigfache, bei einem höheren Betrage nicht das Zwanzigfache desselben übersteigen.

Dieser Hypotheken-Pfandbrief ist von Seiten des Inhabers unkündbar, von Seiten der Pommerschen Hypotheken-Actien-Bank drei Monate nach erfolgter Auslösung oder Kündigung und öffentlicher Bekanntmachung einlöslich. Von dem Rechte der Auslösung oder Kündigung dieses Hypotheken-Pfandbriefes darf jedoch vor dem 1. Januar 19... kein Gebrauch gemacht werden.

Berlin, den

Pommersche Hypotheken-Actien-Bank.

Das Curatorium.

Die Direction.

.....
(Facsimile der Unterschrift des Präsidenten.)
.....
(Facsimile der Unterschriften zweier Directionsmitglieder.)
Präsident.

Eingetr. im Register sub Fol. ...

Der Controlbeamte
Unterschrift.
.....

Berlin, den 2. März 1897.

Direction der Pommerschen Hypotheken-Actien-Bank.
(Unterschriften.)

*

Bekanntmachung.

Vorstehenden Allerhöchsten Erlaß vom 7. Juli d. Js. nebst den darin erwähnten, in einem besonderen Nachtrage zusammengefaßten Aenderungen des Statuts der Pommerschen Hypotheken-Actien-Bank zu Berlin bringe ich hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß die Eintragung der betreffenden Beschlüsse in das Handelsregister erfolgt ist.

Das bisherige Statut der Gesellschaft nebst Nachtrag ist in der Extra-Beilage zum 6. Stüd dieses Amtsblattes vom 9. Februar 1894 bezw. in Stüd 46 desselben Amtsblattes vom 15. November 1895 veröffentlicht worden.

Berlin, den 26. September 1897.

Der Polizei-Präsident. von Windheim.

Bekanntmachung.

§ 8. Unter Bezugnahme auf § 6 der Polizei-Verordnung vom 14. März 1896 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß nach Bestimmung des Bezirksauschusses zu Berlin zu den Wochenmarktsartikeln hieselbst außer den im § 66 der Reichs-Gewerbe-Ordnung unter 1—3 aufgeführten Gegenständen nach Ortsgewohnheit und Bedürfnis auch „mit Wachs- und Papierblumen geschmückte Kränze“ gehören.

Berlin, den 30. September 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

71. Der Fernsprechverkehr mit Mors ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt 1 Mark.

Berlin C., 30. September 1897.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Griesbach, Geheimer Ober-Postsrath.

Bekanntmachung.

72. Zur bequemen Einlieferung von Packeten ist in Berlin, abgesehen von den zahlreichen Stadtpostanstalten, auch durch die Packet-Bestell-Einrichtungen und Packetwagen der Post Gelegenheit geboten.

Sämmtliche im Dienst befindlichen Packetbestellern sind zur Entgegennahme gewöhnlicher Packete behufs Weiterbeförderung zur Post verpflichtet. Sie nehmen die Packete innerhalb der Häuser, die sie zum Zwecke der Bestellung oder Abholung betreten und an den Postwagen entgegen.

Auf schriftliche Bestellung — mittelst Bestellschreibens oder Bestellkarte an das Kaiserliche Packet-Postamt in Berlin N. (Dranienburgerstr. 70) — findet die Abholung von Packeten auch aus den in den Verlangsschreiben bezeichneten Wohnungen statt.

Die Bestellschreiben und Bestellkarten werden unentgeltlich befördert; für die von den Packetbestellern auf ihren Bestellsfahrten eingesammelten Packete kommt außer dem Porto allgemein eine Gebühr von 10 Pf. zur Erhebung.

Berlin C., den 2. Oktober 1897.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

73. Die zum 1. Oktober in Aussicht genommene Einrichtung einer Postagentur auf dem neuen Bahnhof Groß-Köris bleibt einstweilen ausgesetzt.

Potsdam, 27. September 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

In Vertretung: Blindow.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

53. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß den Herren Friedländer & Gumpert zu Berlin, Alexanderstraße 2, die Schuldverschreibung der konsolidirten 4 % igen Staatsanleihe von 1876/79

Lit. E. Nr. 49086 über 300 M.

angeblich abhanden gekommen ist.

Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder den Herren Friedländer & Gumpert anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 29. September 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

54. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Bauergutsbesitzer Herrn Möbebeck zu Granzow bei Demerthin (Ostprignitz) wohnhaft die Schuldverschreibung der konsolidirten 4 % igen Staatsanleihe von 1880

Lit. E. Nr. 295025 über 300 M.

angeblich abhanden gekommen ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder Herrn A. Reppenthin in Kyritz (Prignitz) anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 29. September 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

8. Soeben erschien das Ostdeutsche Eisenbahn-Kursbuch vom 1. Oktober 1897, enthaltend die Winterfahrpläne der Eisenbahnstrecken östlich der Linie Stralsund—Berlin—Dresden, sowie Auszüge der Fahrpläne der anschließenden Bahnen von Mittel-Deutschland, Oesterreich—Ungarn und Rußland, auch Kleinbahnen, Post- und Dampfschiffsverbindungen, Bestimmungen über Rundreisefarten u. s. w. Das Kursbuch ist auf allen Stationen des vorbezeichneten Bezirks von den Fahrkarten-Ausgabestellen, von den Bahnhofsbuchhändlern sowie im Buchhandel zum Preise von 50 Pfennig zu beziehen.

Bromberg, den 26. September 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Die Bekanntmachung vom 6. September 1897, betreffend die Kreisbauinspektorstelle in Wittstock, wird dahin abgeändert, daß nicht der Regierungsbaumeister Malachowski sondern der Regierungsbaumeister Mohr diese Stelle vom 1. Oktober d. J. ab verwalte.

Hierzu eine Extrabeilage, enthaltend die von dem Herrn Finanzminister auf Grund der §§ 9 und 64 des Verwaltungsstrafgesetzes vom 26. Juli 1897 für die Zustellungen in Verwaltungsstrafsachen erlassenen Bestimmungen, sowie Fünf Oeffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Belageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Extra-Beilage zum Amtsblatt.

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§. 9 und 64 des Verwaltungsstrafgesetzes vom 26. Juli 1897 (Gesetz-Samml. S. 237) erlasse ich für die Zustellungen in Verwaltungs-Strafsachen folgende Bestimmungen:

a) Die erforderlichen Zustellungen können durch Beamte der Verwaltung der indirekten Steuern, durch Gerichtsvollzieher oder durch die Post erfolgen. Die letztere ist insbesondere bei allen Zustellungen, die nicht am Orte des Amtssitzes der anordnenden Behörde erfolgen sollen, um die Ausführung zu ersuchen, wenn nicht besondere Gründe entgegenstehen. Gerichtsvollzieher sollen nur ausnahmsweise mit der Zustellung beauftragt werden, wenn besondere Gründe dafür sprechen, die Zustellung nicht durch Steuerbeamte oder die Post geschehen zu lassen.

b) Die Zustellung besteht, wenn ein Straf- oder ein Beschwerdebescheid an Beschuldigte oder Vertretungspflichtige zugestellt werden soll, in der Uebergabe einer Ausfertigung, in den übrigen Fällen in der Uebergabe einer einfachen Abschrift des zugustellenden Schriftstückes.

c) Zustellungen, welche für Beschuldigte, Zeugen oder Sachverständige bestimmt sind, sind stets an die Personen selbst zu richten, auch wenn diese im Sinne der §§. 50—53 der Civilprozeßordnung nicht prozeßfähig sind.

Inwieweit bei Beschuldigten außerdem deren gesetzliche Vertreter zugezogen werden müssen, bestimmt der §. 37 Abs. 2 des Gesetzes.

d) Zustellungen, welche für Einziehungsbetheiligte oder Vertretungspflichtige bestimmt sind, werden für die nicht prozeßfähigen Personen an die gesetzlichen Vertreter derselben gerichtet.

Bei Behörden, Gemeinden und Korporationen, sowie bei Personenvereinen, welche als solche Klagen und verklagt werden können, genügt die Zustellung an die Vorsteher.

Bei mehreren gesetzlichen Vertretern sowie bei mehreren Vorstehern genügt die Zustellung an einen derselben.

e) Zustellungen für Einziehungsbetheiligte und Vertretungspflichtige können an den Generalbevollmächtigten oder den in der Strafsache besonders Bevollmächtigten und, wenn dieselben durch den Betrieb eines Handelsgewerbes veranlaßt sind, an den Prokuristen mit gleicher Wirkung erfolgen, wie an die Einziehungsbetheiligten und die Vertretungspflichtigen selbst.

f) Für die Ausführung der Zustellungen gelten die in den §§. 165—170 der Civilprozeßordnung gegebenen Vorschriften, mit Ausnahme des Abs. 2 des §. 169, welcher für Zustellungen in Verwaltungs-Strafsachen außer Anwendung gesetzt wird, ohne Aenderung.

g) An Sonntagen und allgemeinen Feiertagen darf eine Zustellung, sofern sie nicht durch Ausgabe zur Post bewirkt wird, nur mit Erlaubniß derjenigen Behörde, welche die Zustellung angeordnet hat, erfolgen. Die Verfügung, durch welche die Erlaubniß erteilt wird, ist bei der Zustellung abschriftlich mitzutheilen. Eine Zustellung, bei welcher diese Bestimmungen nicht beobachtet sind, ist gültig, wenn die Annahme nicht verweigert ist.

h) Ueber die Zustellung ist eine Urkunde aufzunehmen, welche zu den Akten zu bringen ist.

Die Zustellungsurkunde muß enthalten:

1. Ort und Zeit der Zustellung;
2. die Bezeichnung des zuzustellenden Schriftstücks;
3. die Bezeichnung der Person, an welche zugestellt werden soll;
4. die Bezeichnung der Person, welcher zugestellt ist; in den Fällen der §§. 166, 168, 169 der Civilprozeßordnung die Angabe des Grundes, durch welchen die Zustellung an die bezeichnete Person gerechtfertigt wird; wenn nach §. 167 a. a. O. verfahren ist, die Bemerkung, wie die darin enthaltenen Vorschriften befolgt sind;
5. im Falle der Verweigerung der Annahme die Erwähnung, daß die Annahme verweigert und das zu übergebende Schriftstück am Orte der Zustellung zurückgelassen ist;
6. die Bemerkung, daß eine Ausfertigung oder Abschrift des zuzustellenden Schriftstücks übergeben ist;
7. die Unterschrift des die Zustellung vollziehenden Beamten.

Bei der Zustellung eines Strafbescheides ist in der Zustellungsurkunde auch die den Zustellungsbeamten unmittelbar beauftragende Behörde zu bezeichnen sowie eine Abschrift der Zustellungsurkunde zu übergeben. Daß dies geschehen, ist in der letzteren zu bemerken.

i) Wird durch die Post zugestellt, so hat die Behörde, welche die Zustellung anordnet, einen durch ihr Dienstsiegel verschlossenen, mit der Adresse der Person, an welche zugestellt werden soll, versehenen und mit einer Geschäftsnummer bezeichneten Briefumschlag, in welchem die zu übergebende Ausfertigung oder Abschrift des zuzustellenden Schriftstücks enthalten ist, der Post mit dem Ersuchen zu überliefern, die Zustellung einem Postboten des Bestimmungsortes aufzutragen. Die gedachte Behörde hat auf der Urschrift oder auf einem zu den Akten zu bringenden Bogen zu bescheinigen, daß das zuzustellende Schriftstück dem namhaft zu machenden Amtsdienner oder sonst beauftragten Beamten in der bezeichneten Weise behufs der Beförderung zur Post ausgehändigt worden ist. Bei den Hauptämtern genügt hierbei die Unterschrift des mit der Untersuchung beauftragten Beamten, welcher zu diesem Behufe das Hauptamt im Auftrage zu zeichnen hat. Bei Unterämtern, welche mit mehreren Mitgliedern besetzt sind, genügt die Unterschrift eines derselben.

k) Im Uebrigen sind die Vorschriften über die postamtliche Behandlung der Sendungen mit Zustellungsurkunden zu beachten.

Soll ein Strafbescheid zugestellt werden, so ist die Aufschrift des Briefes mit den Worten:

„Hierbei ein Formular zur Postzustellungsurkunde nebst Abschrift.“

zu versehen und der Entwurf zu einer solchen sowie eine Abschrift desselben äußerlich beizufügen; auch ist eine Abschrift der unter i erwähnten Postübergabebescheinigung in dem Briefumschlag mitzuübersenden.

Bei anderen Zustellungen fällt der auf die Abschrift bezügliche Vermerk in der Aufschrift und dem Postzustellungsurkunden-Entwurf, sowie die Mitübersendung der Abschriften hinweg.

Es ist sorgfältig darauf zu achten, daß die in den Formularen zu Postzustellungsurkunden enthaltenen Worte und Zeichen, welche für Zustellungen auf Ersuchen von Verwaltungsbehörden nicht passen, entweder von den Postbeamten vor dem Verlaufe oder nachträglich vor dem Gebrauche gestrichen oder abgeändert werden, und daß der Kopf der Formulare demnächst richtig ausgefüllt, insbesondere die Geschäftsnummer in demselben angegeben wird.

l) Die Zustellung durch den Postboten erfolgt gemäß §. 178 der Civilprozeßordnung.

Die Uebergabe einer Abschrift der Postzustellungsurkunde sowie die Bescheinigung dieser Uebergabe erfolgt, wenn der Entwurf einer solchen Abschrift beigelegt ist.

Die Postzustellungsurkunde ist von dem Postboten der Postanstalt und von dieser der Behörde, welche die Zustellung angeordnet hat, zu überliefern.

m) Zustellungen in einem anderen Bundesstaate erfolgen durch Ersuchen der zuständigen Behörde desselben oder durch die Post.

n) Zustellungen außerhalb des Deutschen Reiches können, wenn die Anwendung der regelmäßigen Formen nach Maßgabe der §§. 182—184 der Civilprozeßordnung und der geschlossenen Staatsverträge, über welche in der Allgemeinen Verfügung des Justizministers vom 20. Mai 1887 (S. 22. 23.

§. 139) das Nähere zu ersehen ist, von dem zuständigen Hauptamte nicht als angezeigt erachtet wird, in der Art bewirkt werden, daß der mit der Zustellung beauftragte Beamte das zuzustellende Schriftstück unter der Adresse derjenigen Person, an welche die Zustellung erfolgen soll, nach ihrem Wohnorte zur Post giebt. Die Zustellung wird zwei Wochen nach der Aufgabe zur Post als bewirkt angesehen, wenn nicht die Sendung als unbestellbar zurückkommt.

Die von dem Zustellungsbeamten aufzunehmende Zustellungsurkunde muß den Bestimmungen unter Nr. 2, 3, 7. der Vorschrift h, für den Fall der Zustellung eines Strafbescheides auch denen des Schlußabschlages daselbst entsprechen und außerdem ergeben, zu welcher Zeit, unter welcher Adresse und bei welcher Postanstalt die Aufgabe geschehen ist.

o) Ist der Aufenthaltsort eines Beschuldigten oder sonstigen Betheiligten unbekannt oder kommt bei einer Zustellung außerhalb des Deutschen Reiches durch Aufgabe zur Post (n) die Sendung als unbestellbar zurück oder erscheint die Befolgung der für Zustellungen außerhalb des Deutschen Reiches gegebenen Vorschriften von vornherein aussichtslos, so kann die Zustellung auf Anordnung des zuständigen Hauptamtes durch Anheftung des zuzustellenden Schriftstückes an der zu Aushängen des letzteren bestimmten Stelle erfolgen. Die Zustellung gilt als bewirkt, wenn seit der Anheftung, welche mit Angabe des Tages des Beginnes auf dem auszuhängenden Schriftstücke zu vermerken ist, zwei Wochen verstrichen sind. Auf die Gültigkeit der Zustellung hat es keinen Einfluß, wenn das Schriftstück von dem Orte der Anheftung zu früh entfernt wird.

Strafbescheide, ausgenommen solche, welche nur eine Einziehung aussprechen, oder nur noch dem Einziehungsbetheiligten bekannt gemacht werden sollen, sind auf die beschriebene Weise nicht zuzustellen. Von solchen Straf- und von Beschwerdebefcheiden wird nur der entscheidende Theil angeheftet.

Berlin, den 15. September 1897.

Der Finanz-Minister.

v. Miquel.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 42.

Den 15. Oktober

1897.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

V i e h s e u c h e n.

222. Ausgebrochen:

a. Milzbrand: Kreis Niederbarnim: bei einem Pferde des Gutspächters Udden in Rehsfelde. Kreis Teltow: bei einer verendeten Kuh des Rittergutsbesizers Israel in Schulzenhof b. Waltersdorf. Kreis Westprignitz: bei einer gefallenen Kuh des Landwirts Rinte in Wittenberge und einem gefallenem Fohlen des Gutes Wolschagen. Kreis Prenzlau: bei je einer Kuh auf den Domänen Menkin und Holzendorf.

b. Maul- und Klauenseuche: Kreis Angermünde: unter dem Rindviehbestande des Rittergutes Peesig.

c. Brustseuche: Kreis Osthavelland: auf dem Remonte-Werke Bärenklau. Kreis Ruppín: bei zwei Remontehengsten des Brandenburgischen Landgestüts bei Neustadt a./D.

d. Geflügelcholera: Kreis Niederbarnim: Am 7. d. M. sind auf dem Bahnhof in Rummelsburg für die Kommissionäre Henke und Blobelt aus Friedrichsberg in einem Wagen der Ostpreussischen Südbahn etwa 650 Gänse aus Russland angekommen. Bei Feststellung der Geflügelcholera waren 199 Stück

verendet und 122 Stück erkrankt. Die gesunden Thiere sind auf einem Grundstück an der Köpenicker Chaussee abgesperrt. Kreis Prenzlau: unter dem Geflügel des Fuhrmanns Köpke in Prenzlau.

Erloschen:

a. Milzbrand: Kreis Osthavelland: auf dem Gehöft Bathe in Falkenhagen.

b. Maul- und Klauenseuche: Kreis Westhavelland: unter dem Rindviehbestande des Bauerngutsbesizers Albert Müller in Haage.

c. Räude: Kreis Westhavelland: unter den Pferden des Stellmachermeisters Jernidow in Rathenow.

d. Rog: Kreis Teltow: unter den Pferden des Grundstücks in Kirchdorf, Schinkelstraße 10/11; die Schutzmaßregeln sind aufgehoben.

e. Geflügelcholera: Kreis Angermünde: auf dem Gehöft des Bauernhofsbesizers Miers in Herzprung. Kreis Ostprignitz: Die am 15. September dieses Jahres unter der Treiberheerde von etwa 150 russischen Gänsen des Handelsmanns Michaelis aus Rummelsburg festgestellte Seuche, durch welche mehrere Gehöfte in Kyritz, das Gehöft des Bauern Elfeld in Ausbau Rosenwinkel, des Gastwirts Otto in Wutike, der Bauern Krüger und Hilgert daselbst inficirt worden sind, ist erloschen.

Potsdam, den 12. Oktober 1897.

Der Regierungspräsident.

223.

Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat September 1897 in den Hauptmarkttorten des Regierungsbezirks Potsdam.

| Laufende Nummer | Es
kosteten
je 50
Kilogramm | Weeslow
für
Kreis
Wees-
low-
Storlow | | Bran-
denburg
für
Bran-
denburg
und
Kreis
West-
havel-
land. | | Luden-
walde
für
Kreis
Jüter-
bog-
Luden-
walde. | | Perle-
berg
für
Kreis
West-
prignitz. | | Pots-
dam
für
Pots-
dam
und
Kreis
Rau-
sch-
Belzig. | | Prenz-
lau
für die
Kreise
Prenz-
lau
und
Templin. | | Neu-
Ruppín
für
Kreis
Ruppín. | | Schwedt
für
Kreis
Anger-
münde. | | Brigwall
für
Kreis
Ost-
prignitz. | | Bemerkungen. |
|-----------------|--------------------------------------|---|----|---|----|---|----|--|----|--|----|--|----|---|----|---|----|---|----|--|
| | | M. | ℳ. | M. | ℳ. | M. | ℳ. | M. | ℳ. | M. | ℳ. | M. | ℳ. | M. | ℳ. | M. | ℳ. | M. | ℳ. | |
| 1 | Hafer | 6 | 96 | 7 | 30 | 7 | 13 | 7 | 05 | 6 | 86 | 6 | 91 | 7 | 07 | 7 | 35 | 6 | 83 | Für die Kreise Niederbar-
n, Oberbarnim, Ost-
havelland u. Teltow, sowie
für die Stadt Spandau
gilt Berlin als Haupt-
marktort. |
| 2 | Heu | — | — | 2 | 24 | 2 | 63 | 2 | 36 | 2 | 61 | 2 | 63 | — | — | 2 | 73 | 2 | 30 | |
| 3 | Richtstroh | 1 | 31 | 1 | 79 | 1 | 93 | 1 | 90 | 2 | 31 | 2 | 63 | 2 | 10 | 2 | 43 | 1 | 84 | |

Potsdam, den 11. Oktober 1897.

Der Regierungspräsident.

| Laufende Nummer | Namen der Städte | I. A. Getreide. | | | | I. B. U e b r i g e M a r k t . | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|----------------------------|------------------|-----------------|--------|--------|-------|---------------------------------|----------------------|--------|--------|--------|------|--------------|--------|----------|-----|-----|-----|---------|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|----|
| | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Hülsenfrüchte. | | | Stroh. | Streu. | Fen. | Fleisch. | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | Erbsen (gelbe) zum Kochen | Spellebohnen (weiße) | Linsen | | | | Eckartoffeln | Schaf. | Schwein. | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | Es je 1 | | | | | | | | | | | | |
| Mr. | pf. | Mr. | pf. | Mr. | pf. | Mr. | pf. | Mr. | pf. | Mr. | pf. | Mr. | pf. | Mr. | pf. | Mr. | pf. | Mr. | pf. | Mr. | pf. | Mr. | pf. | Mr. | pf. | Mr. | pf. | Mr. | pf. | |
| 1 | Angermünde | 17 | 50 | 13 | 05 | 13 | 63 | 14 | 36 | 25 | — | 27 | — | 34 | — | 4 | 13 | 4 | 55 | 3 | 25 | 4 | 22 | 115 | — | 1 | 30 | 1 | 15 | |
| 2 | Beeskow | 15 | 50 | 12 | 10 | — | — | 13 | — | 22 | 50 | 27 | 50 | 45 | — | 4 | 71 | 3 | 25 | — | — | — | — | 95 | — | 1 | 20 | 1 | — | |
| 3 | Brandenburg | 16 | 24 | 12 | 26 | 12 | 25 | 13 | 47 | 21 | 63 | 24 | 25 | 33 | 75 | 3 | 70 | 3 | 10 | — | — | — | 3 | 88 | 84 | 1 | 40 | 1 | 20 | |
| 4 | Dahme | 17 | 05 | 13 | 09 | 12 | 85 | 14 | — | 24 | — | 30 | — | 35 | — | 4 | — | 3 | 50 | 2 | — | — | 5 | — | 95 | 1 | 20 | 1 | — | |
| 5 | Eberswalde | 17 | 55 | 12 | 20 | 13 | 25 | 13 | 75 | 21 | — | 23 | — | 30 | 88 | 4 | — | 3 | — | — | — | — | 4 | 50 | 96 | 1 | 40 | 1 | 20 | |
| 6 | Havelberg | 17 | 20 | 12 | 90 | 14 | 67 | 14 | 17 | 27 | — | 33 | — | 34 | 03 | 4 | 10 | 2 | 82 | — | — | — | 4 | 85 | 105 | 1 | 25 | 1 | 10 | |
| 7 | Jüterbog | 16 | 42 | 12 | 60 | 12 | 50 | 13 | 77 | 24 | — | 24 | — | 36 | — | 4 | 30 | 4 | — | — | — | — | 5 | — | 100 | 1 | 40 | 1 | 20 | |
| 8 | Ludenwalde | — | — | 12 | 50 | 13 | 04 | 13 | 33 | 35 | — | 35 | — | 45 | — | 4 | 75 | 3 | 33 | — | — | — | 4 | 50 | 116 | 1 | 20 | 1 | 20 | |
| 9 | Perleberg | 17 | 39 | 12 | 79 | 12 | 04 | 12 | 97 | 18 | — | 29 | 50 | 27 | — | 4 | 08 | 3 | 50 | — | — | — | 4 | 36 | 120 | 1 | 35 | 1 | 20 | |
| 10 | Potsdam | — | — | 12 | 04 | — | — | 13 | 42 | 23 | 50 | 25 | 50 | 35 | — | 4 | 22 | 3 | 94 | — | — | — | 4 | 37 | 102 | 11 | 1 | 50 | 1 | 30 |
| 11 | Prenzlau | 17 | 23 | 12 | 43 | 13 | 47 | 12 | 98 | 24 | — | 26 | — | 36 | — | 5 | 67 | 4 | 50 | 2 | 25 | — | 4 | 50 | 95 | 1 | 30 | — | 95 | |
| 12 | Prißwalf | 16 | 88 | 12 | 38 | 13 | 38 | 12 | 38 | 15 | 50 | 24 | — | 30 | — | 3 | 01 | 3 | 25 | 2 | 25 | — | 3 | 94 | — | 1 | 40 | 1 | 20 | |
| 13 | Rathenow | 16 | 93 | 12 | 85 | 11 | 95 | 13 | 67 | 26 | 33 | 28 | 11 | 36 | 94 | 3 | 37 | 2 | 71 | — | — | — | 3 | 76 | 103 | 83 | 1 | 30 | 1 | 10 |
| 14 | Neu-Ruppin | — | — | — | — | 13 | 17 | 13 | 25 | 35 | — | 35 | — | 55 | — | 3 | 85 | 4 | — | — | — | — | — | — | 106 | 1 | 35 | 1 | 15 | |
| 15 | Schwedt | 16 | 69 | 12 | 86 | 13 | 77 | 13 | 60 | 26 | 66 | 31 | 25 | 37 | 50 | 5 | 11 | 4 | 62 | — | — | — | 5 | 20 | 110 | 1 | 40 | 1 | 20 | |
| 16 | Spandau | 17 | 75 | 13 | — | 12 | 25 | 14 | 25 | 26 | 50 | 36 | 25 | 38 | — | 4 | 20 | 3 | 75 | 3 | 25 | — | 4 | 25 | 113 | 1 | 60 | 1 | 20 | |
| 17 | Strausberg | 15 | 35 | 12 | 07 | 12 | 07 | 13 | — | 23 | 60 | 32 | 10 | 38 | 20 | 4 | — | 4 | — | 2 | 50 | — | 4 | 20 | 90 | 1 | 50 | 1 | 10 | |
| 18 | Teltow | — | — | 12 | — | 12 | 75 | 13 | — | 29 | — | 29 | — | 47 | 50 | 4 | 25 | 3 | 75 | 2 | — | — | 4 | 50 | 110 | 1 | 55 | 1 | 10 | |
| 19 | Templin | 17 | 50 | 13 | — | 13 | 50 | 13 | — | 21 | — | 30 | — | 40 | — | 4 | — | 3 | 50 | 2 | 50 | — | 4 | — | 100 | 1 | 20 | 1 | — | |
| 20 | Treuenbriezen | 16 | 93 | 12 | 50 | — | — | 12 | 67 | — | — | — | — | — | — | 4 | — | 3 | — | — | — | — | 4 | 27 | — | 1 | 40 | 1 | 20 | |
| 21 | Wittstock | 17 | — | 12 | 57 | 13 | — | 12 | 75 | 26 | — | 40 | — | 50 | — | 4 | 05 | 3 | 17 | 2 | 50 | — | 4 | — | 95 | 1 | 15 | — | 96 | |
| 22 | Briezen a. D. | 16 | 67 | 13 | 15 | 13 | 73 | 12 | 72 | 22 | 40 | 23 | 80 | 25 | 60 | 4 | 50 | 4 | — | 3 | — | — | 4 | 25 | 100 | 1 | 130 | 1 | 20 | |
| Durchschnitt | | 16 | 88 | 12 | 59 | 13 | 01 | 13 | 34 | — | — | — | — | — | — | 4 | 18 | 3 | 60 | — | — | — | 4 | 38 | 102 | 52 | — | — | — | — |

Potsdam, den 11. Oktober 1897.

Potsdam, den 11. Oktober 1897.

Betrifft Viehzählung am 1. Dezember 1897.

225. Auf Beschluß des Bundesrathes vom 7. Juli 1892 findet am 1. Dezember d. J. im Deutschen Reich eine allgemeine Viehzählung beschränkter Umfanges statt, bei deren Ausführung im preussischen Staate folgende Bestimmungen in Anwendung kommen:

- 1) Die Viehzählung ist nach dem Stande vom 1. Dezember d. J. vorzunehmen und hat sich auf Pferde, Rind-, Schaf-, Schweine- und Ziegenvieh, sowie auf Gänse, Enten und Hühner zu erstrecken. Außerdem ist durch dieselbe die Zahl der viehbesitzenden Haushaltungen (Hauswirthschaften) in jedem Gehöfte u. s. w. (Hause) festzustellen.
- 2) Durch die Zählung soll im Wesentlichen der wirkliche Viehstand jedes Gehöftes oder Anwesens (Hauses nebst zugehörigen Nebengebäuden) ermittelt

werden, jedoch mit der Maßgabe, daß am Tage der Zählung nur vorübergehend abwesendes Vieh bei dem Gehöfte (Hause), zu welchem es gehört, mitgezählt wird und dagegen da, wo es nur vorübergehend anwesend ist, z. B. in Wirthshäusern, Ausspannungen, außer Berücksichtigung bleibt.

- 3) Die Zählung ist unter der Leitung der Ortsbehörden durch freiwillige Zähler vorzunehmen. Sie geschieht nach Gemeinden und Gutsbezirken; die innerhalb eines Gemeinde- bezw. Gutsbezirkes amtlich oder volkshämlich einen besonderen geographischen Namen tragenden Wohnplätze sind getrennt ersichtlich zu machen.
- 4) Die Aufnahme erfolgt von Gehöft zu Gehöft (Haus zu Haus) mittelst Aufzeichnung des durch wirkliche Zählung ermittelten Viehstandes und der im Ge-

Preise im Monat September 1897.

| w a a r e n. | | | | | | II. Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|----------------|---------|---------|-----------------------------------|----------|---------|---|---------|----------|---------|-----------------|------------|---------|-----------------------|----------------------|---------------------------------------|-------------|---------------------------|---------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|-----------|
| F l e i s c h. | | | Geräucherter Speck
(stiefiger) | Eßbutter | Eier | Mehl zur
Speisebe-
reitung aus | | Gersten- | | Buchweizengröße | Hafergröße | Gerste | Reis, Java, mittlerer | Kaffee | | Speisefisch | Schweinefleisch, tiefgef. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Schmal- | Faß- | Sammel- | | | | Weizen | Roggen | Gerste | Größe | | | | | Java mittlerer (roh) | Java gelb (in ge-
brannten Bohnen) | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Es kostet | | | | | | | | | | | | | | | | | | Es kostet je 1 Kilogramm. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | Es kostet je 1 Kilogramm. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf. | Dr. Pf.</ |

Der Regierungspräsident.

höste (Hause) vorhandenen viehbesitzenden Haushaltungen in Zählkarten. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß bei der Zählung auch besondere Viehbestände, wie Vieh in Schlachthäusern, Pferde in Bergwerken nicht übergangen werden.

- Die Zählkarten sind durch die Hof- bzw. Hausbesitzer oder die Verwalter bzw. deren Vertreter auszufüllen und durch Namensunterschrift zu bescheinigen. Wo dieses Verfahren nicht anwendbar erscheint, ist die Ausfüllung und Bescheinigung durch den Zähler, und zwar auf Grund der an Ort und Stelle persönlich einzuziehenden Erkundigungen, zu bewirken.
- Die ausgefüllten Zählkarten sind seitens der mit der Leitung der Zählung betrauten Lokalbehörden einer genauen Prüfung zu unterziehen. Etwa er-

forderliche Ergänzungen und Berichtigungen sind sofort zu veranlassen und müssen am 7. Dezember d. J. beendet sein. Etwa nötig werdende Nachzählungen müssen auf den Stand vom 1. Dezember d. J. bezogen werden.

- Dem königlichen statistischen Bureau ist die Vorbereitung der Erhebung sowie die Prüfung und Zusammenstellung der Zählungsergebnisse übertragen. Bei der hohen Bedeutung der Zählung für die Staats- und Gemeindeverwaltung und für die Förderung wissenschaftlicher und gemeinnütziger Zwecke ersuche ich alle Ortsbewohner, das Zählgeschäft möglichst zu unterstützen, damit die Zählung rasch gefördert wird und zuverlässige Ergebnisse liefern kann.

Potsdam, den 8. Oktober 1897.

Der Regierungspräsident.

226.

Verzeichniß

der von der Pungenseuche betroffenen Sperrgebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund des Art. 5 des Viehsenken-Uebereinkommens vom 6. Dezember 1891 sowie Ziffer 5 des Schlußprotokolls zu unterzogen ist.

Ausgegeben im Kaiserlichen Gesundheitsamt zu Berlin am 22. September 1897.

A. Oesterreich: frei.

B. Ungarn: die Komitate: Arva und Pozsony (Pestburg).

Potsdam, den 6. Oktober 1897.

Der Regierungspräsident.

Italienisches Generalkonsulat.

227. Dem zum Italienischen Generalkonsul in Berlin beförderten bisherigen Italienischen Konsul Heinrich Keibel ist Namens des Reichs das Exequatur erteilt worden.

Potsdam, den 8. Oktober 1897.

Der Regierungspräsident.

Schilddrüsenpräparate.

228. Nachdem durch Allerhöchste Verordnung vom 19. August d. J. — R.-G.-Bl. S. 707 — Thyreoidea praeparata (Schilddrüsenpräparate) in das Verzeichniß derjenigen Drogen und Gemischen Präparate aufgenommen worden sind, welche nach § 2 der Verordnung, betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln vom 27. Januar 1890 (R.-G.-Bl. S. 9) Anlage B. nur in Apotheken feilgehalten oder verkauft werden dürfen, hat der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten beschlossen, die Schilddrüsenpräparate auch in das Verzeichniß der vom Handverkauf in den Apotheken ausgeschlossenen Arzneimittel (Bekanntmachung vom 22. Juni 1896 Ministerialblatt S. 123) nachträglich aufzunehmen. Dabei ist von der Festsetzung einer Maximaldosis für Schilddrüsenpräparate Abstand genommen, da, abgesehen von technischen Schwierigkeiten, die Gefahr einer Gesundheitsschädigung durch die Präparate nicht in der einmaligen Ueberschreitung einer Einzel- oder Tagesdosis beruht.

Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Potsdam und Berlin, den 9. Oktober 1897.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.**Öffentliche Aufforderung.**

12. Die Firma Siemens & Halske in Charlottenburg beabsichtigt auf ihrem in der Gemarkung Spandau in den Charlottenburg-Spandauer Spreewiesen belegenen Grundstück Grundbuch Band 40 Blatt 1448 den Theil der sogenannten faulen Spree zuzuschütten, an Stelle des zugeschütteten Theiles einen Stichkanal durch den fiskalischen Treideldamm anzulegen und den Stichkanal durch ein Pohlwerk zu befestigen; gleichzeitig soll das umliegende Terrain 1 m über den höchsten Wasserstand aufgehöhht werden.

Bevor wir gemäß § 2 des Deichgesetzes vom 28. Januar 1848 über die Ertheilung der Genehmigung dieser Anlagen beschließen, fordern wir hiermit diese-

nigen Personen, welche sich etwa zur Erhebung von Einwendungen gegen die bezeichneten Anlagen für berechtigt halten, öffentlich auf, in der Zeit bis zum 30. Oktober 1897 ihre Einwendungen schriftlich bei uns einzureichen.

Später eingereichte Einwendungen werden nicht berücksichtigt werden.

Während der Einspruchsfrist liegen die Pläne in der diesseitigen Registratur Pfrierstraße Nr. 12 hieselbst zur Einsicht offen.

Potsdam, den 11. Oktober 1897.

Der Bezirks-Ausschuß.

Ruffmann.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizeipräsidenten zu Berlin.**69. Landespolizeiliche Anordnung**

über Schutzvorschriften gegen Einschleppung der Geflügelcholera.

Zum Zwecke der Verhütung der Verbreitung von Geflügelcholera ordne ich hiermit auf Grund der §§ 19 bis 28 des Reichsviehsenkengesetzes vom 23. Juni 1880 (R.-G.-Bl. 1880 S. 153 und 1894

1. Mai 1894

S. 109) in Verbindung mit § 56 h. Abs. 3 der Gewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes vom 6. August 1896 (R.-G.-Bl. S. 685) zu Folge Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten für die Polizeibezirke Berlin und Charlottenburg bis auf Weiteres folgendes an:

§ 1. Briecht auf einem Gehöft die Geflügelcholera aus oder kommen auf einem Gehöfte unter dem Geflügel Todesfälle vor, die den Verdacht des Ausbruchs der Geflügelcholera erregen, so hat der Besitzer oder sein Vertreter hiervon sofort dem zuständigen Polizei-Revier Anzeige zu machen und schon vor der amtlicher Feststellung der Seuche dafür Sorge zu tragen, daß sein Geflügel von dem Betreten öffentlicher Wege und Wasserläufe, sowie von der Berührung mit anderm Geflügel fern gehalten und daß verendetes oder krankheitshalber getödtetes Geflügel im Polizeibezirk Berlin mit allen seinen Theilen durch Vermittelung des zuständigen Polizei-Reviers der Abdeckeri zur Vernichtung überwiesen wird.

Im Polizeibezirk Charlottenburg ist verendetes oder krankheitshalber getödtetes Geflügel durch Verbrennen oder nach Bestreuung mit Kalk durch Begraben in mindestens 1/2 Meter tiefen Gruben unschädlich zu beseitigen.

Zur sofortigen Anzeige sind auch die Thierärzte und diejenigen Personen verpflichtet, die sich gewerbmäßig mit der Ausübung der Thierheilkunde beschäftigen, wenn sie vor dem polizeilichen Einschreiten Kenntniß von dem Ausbruch der Geflügelcholera oder von Erscheinungen in einem Geflügelbestande erhalten, die den Verdacht des Ausbruchs der Geflügelcholera erregen.

§ 2. Die Polizei-Reviere haben auf die Anzeige von dem Auftreten verdächtiger Krankheits- oder Todesfälle unter einem Geflügelbestande sofort dem Departement

mentsthierarzt und dem für den betreffenden Bezirk zuständigen Kreisstierarzt durch Depesche Mittheilung zu machen, damit die Krankheits- beziehungsweise Todesursache schleunigst festgestellt werden kann.

§ 3. Ist durch den beamteten Thierarzt der Ausbruch der Geflügelcholera festgestellt worden, so sind zur Verhütung der Verbreitung der Seuche folgende Anordnungen zur Durchführung zu bringen:

- 1) Bekanntmachung des Seuchenausbruchs in den für amtliche Veröffentlichungen bestimmten Blättern.
- 2) Anbringung der Aufschrift „Geflügelcholera“ in augenfälliger haltbarer Weise am Haupteingange oder einer sonst geeigneten Stelle des Gehöftes.
- 3) Absonderung der kranken Thiere von dem noch vollkommen gesund erscheinenden Geflügel und Unterbringung in besonderen Räumen.
- 4) Stallperre für die kranken, Gehöftsperr für die anscheinend noch gesunden Thiere. Das gesammte Geflügel eines Seuchengehöftes ist von dem Betreten öffentlicher Wege und Wasserläufe, die das Seuchengehöft berühren, fern zu halten.
- 5) Polizeiliche Ueberweisung der verendeten oder krankheitsshalber getödteten Thiere mit allen ihren Theilen (auch mit den Federn) an die Abdeckerei zur Vernichtung bezw. im Polizeibezirk Charlottenburg unschädliche Beseitigung nach Maßgabe der im § 1 gegebenen Bestimmungen.
- 6) Während der Seuchendauer dürfen auf einem Seuchengehöft zum Zwecke der Ausführung aus dem Gehöft Geflügelstücke nur geschlachtet werden, deren Gesundheitszustand unmittelbar vor der Schlachtung thierärztlich festgestellt worden ist. Die Schlachtung und die Ausführung solcher Geflügelstücke aus dem Gehöft ist polizeilich zu überwachen.

§ 4. Ist auf dem Seuchengehöft sämmtliches Geflügel gefallen oder getödtet oder ist nach dem letzten Erkrankungsfalle eine Frist von 8 Tagen verstrichen, so ist die Desinfection aller zur Unterbringung von Geflügel benutzten Räumlichkeiten des Seuchengehöfts anzuordnen und unter polizeilicher Ueberwachung in folgender Weise auszuführen:

- 1) Die Futterreste, der Roth und der zusammengekehrte Schmutz sind aus den Räumen zu entfernen und zu verbrennen oder mit Kalksalz zu bestreuen und nach Vermengung zu vergraben.
- 2) Die Thüren, der Fußboden und die Wände, etwa über dem Fußboden angebrachte Gitterböden, die Sitzstangen, Futter- und Tränkegeschirre sind mit heißer Sodalauge (3 kg käufliche Waschsoda auf 100 l Wasser) gründlich zu reinigen und nach Lüftung und Trocknung der gereinigten Ställe mit Kalkmilch zu bestreichen.
- 3) Haben die Stallungen keinen festen Bodenbelag, so ist die oberste Erdschicht mindestens 10 Centimeter tief auszuheben, die ausgehobene Erde mit Kalksalz zu bestreuen, zu durchmischen und zu vergraben.

Erst nach beendeter Desinfection gilt die Seuche als erloschen; die angeordneten Sperr- und Schutzmaßregeln sind dann aufzuheben, das Erlöschen der Seuche ist in gleicher Weise, wie der Seuchenausbruch zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

§ 5. Das Treiben von Handelsgeflügel ist verboten. Die Geflügelhändler dürfen Privatgrundstücke ohne vorherige Genehmigung der Besitzer mit ihrer Waare nicht betreten.

§ 6. Kommen während des Transportes Erkrankungen oder Todesfälle unter dem Geflügel vor, so dürfen die Händler die kranken oder todtten Thiere nicht an Wegen, Gräben u. s. w. liegen lassen. Verendetes oder krankheitsshalber getödtetes Geflügel ist der Abdeckerei zur Vernichtung zu übergeben.

Im Polizeibezirk Charlottenburg ist derartige Geflügel durch Verbrennen oder nach Bestreuung mit Kalksalz durch Vergraben in mindestens $\frac{1}{2}$ Meter tiefen Gräben unschädlich zu beseitigen.

Lassen die während des Transportes vorgekommenen Erkrankungen oder Todesfälle den Ausbruch der Geflügelcholera befürchten, so ist dem Polizei-Revier, in dessen Bezirk sich der Transport befindet, sofort Anzeige zu erstatten, bis zur thierärztlichen Feststellung der Krankheit beziehungsweise der Todesursache der Verkauf von Geflügel einzustellen und dafür zu sorgen, daß die Berührung der verdächtigen Thiere mit anderem Geflügel wirksam verhindert wird.

§ 7. Wird bei solchen Beständen die Geflügelcholera festgestellt, so hat das betreffende Polizei-Revier den Weitertransport zu untersagen, die verdächtigen Thiere gemäß den Vorschriften in den §§ 2 bis 4 dieser Verordnung zu behandeln und besonders auch dafür zu sorgen, daß die mit dem Geflügel in Berührung gekommenen Theile des Fuhrwerks und der sonstigen Verhältnisse mit heißer Sodalauge (3 kg käufliche Waschsoda und 100 l Wasser) gründlich abgewaschen und darauf mit Kalkmilch bestrichen werden.

Der Weitertransport solcher Bestände ist erst dann zu gestatten, wenn 8 Tage nach dem letzten Erkrankungsfalle verfloßen sind.

§ 8. Die Beamten der Polizei-Reviere und die beamteten Thierärzte haben die Befolgung der getroffenen Anordnungen zu überwachen, es ist ihnen daher der Zutritt zu dem in Frage kommenden Geflügel beziehungsweise zu den bezüglichlichen Räumlichkeiten jederzeit zu gestatten.

§ 9. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen unterliegen, insofern nicht nach den bestehenden Gesetzen, insbesondere nach § 328 des Strafgesetzbuchs eine höhere Strafe verwirkt ist, der Strafvorschrift des § 66 Ziffer 4 des Reichs-Viehseuchengesetzes vom 23. Juni 1880.

§ 10. Die Anordnung tritt sofort in Kraft.

Berlin, den 25. September 1897.

Der Polizeipräsident.

*

*

*

Belehrung über die Geflügelcholera.

1. Art und Verbreitung der Krankheit.

Die Geflügelcholera ist eine ansteckende Krankheit, welche sämtliches Hausgeflügel, namentlich Hühner, Gänse und Enten befällt und gewöhnlich mit dem Tode endigt. Die Ansteckung gesunder Geflügelbestände erfolgt am häufigsten durch den Zulauf fremden Geflügels. Außerdem kann die Krankheit durch Kadaver freipirter und die Abgänge (Blut, Eingeweide, Federn) geschlachteter kranker Hühner, Gänse und Enten verbreitet werden. Endlich kann sich gesundes Geflügel dadurch anstecken, daß es auf Straßen und Weiden oder in Bäche und Tümpel getrieben wird, welche zuvor kranke Geflügelherden passirt haben.

2. Kennzeichen der Geflügelcholera.

Die Ansteckung eines Geflügelbestandes macht sich zuerst durch plötzlich auftretende Todesfälle bemerkbar. Die Gänse, Hühner und Enten sterben nicht selten, ohne daß auffälligere Krankheitserscheinungen an ihnen wahrgenommen wurden. Bei genauerer Untersuchung ist aber nach dem Auftreten der ersten Todesfälle zu bemerken, daß einige Thiere matt und traurig sind, gesträubtes Gefieder besitzen und an sinkendem Durchfall leiden. Der entleerte Kotz ist zuerst breiig und von weißgelber Farbe, später schleimig und wässrig und von grüner Farbe.

Die Krankheit greift in den angesteckten Beständen rasch um sich.

3. Vorkehrungen nach dem Ausbruche der Geflügelcholera.

Eine Behandlung des erkrankten Geflügels mit Arzneimitteln ist in der Regel ohne Erfolg und deshalb nicht zu empfehlen. Zweckmäßiger ist die unverzügliche Trennung der noch vollkommen gesund erscheinenden Thiere von den kranken. Die gesunden Thiere müssen in vollständig abgesonderten Räumen untergebracht werden und besondere Futter- und Tränkgeschirre erhalten. Ferner empfiehlt sich die sofortige Tödtung und unschädliche Beseitigung der erkrankten Thiere, da eine Genesung derselben nur ausnahmsweise zu erwarten ist. Das getödtete, kranke und das gesallene Geflügel ist mit allen Theilen (auch mit den Federn) entweder tief zu vergraben, sodas die mit Aeskalk zu bestreudenden Kadaver mindestens $\frac{1}{2}$ m hoch mit Erde bedeckt sind, oder der Abbedererei zur Vernichtung zu übergeben. Düngergruben oder Düngerstätten eignen sich nicht zur Beseitigung der Kadaver, weil sich der Ansteckungsstoff der Geflügelseuche im Dünger längere Zeit erhält und durch diesen verschleppt werden kann.

Nachdem sämtliche erkrankten Thiere freipirt oder getödtet sind, sind die Vertlichkeiten, in welchen das kranke Geflügel untergebracht war, und alle Gegenstände, mit welchen dasselbe in Berührung kam, gründlich von dem Ansteckungsstoffe zu befreien. Dieses geschieht am besten auf folgende Weise:

- Verbrennen des Kothes, der Futterreste und des zusammengekehrten Schmutzes,

- Gründliche Reinigung des Bodens, der Thüren, Wände, Sitzstangen, Futter- und Tränkgeschirre mit heißer Sodalauge (3 kg käufliche Waschsoda auf 100 l Wasser).

Schwimmbassins müssen abgelassen und ebenfalls gründlich gereinigt werden.

Schadhafte und geringwerthige Holzgegenstände werden am zweckmäßigsten verbrannt.

Erd- und Sandböden sollen, wenn möglich, mindestens 10 cm tief ausgehoben und mit den Kadavern und dem Koth unschädlich: beseitigt werden.

- Pfistung und Trodnung der gereinigten Ställe und hierauf
- Uebertünchen der Böden, Wände, Thüren u. s. w. mit Kalkmilch (5 kg Aeskalk auf 100 l Wasser).

4. Verhütung der Geflügelcholera.

Aus der Art der Verschleppung der Geflügelcholera (1) ergibt sich, daß ein Selbstschutz gegen die Einschleppung der Seuche durch Beachtung folgender Vorsichtsmaßregeln erzielt werden kann:

- Vermeidung des Zulaufs von fremdem, namentlich aus dem Auslande importirten Geflügel,
- Unschädliche Beseitigung der Abgänge bei Verwendung von fremdem Schlachtgeflügel im Haushalt,
- Fernhaltung des Geflügels von solchen Straßen und Weiden u. s. w., welche von fremden Gänseherden beireten oder befahren werden,
- Fernhaltung der Geflügelhändler von den Gehöften.

Ist der Ankauf von fremdem Geflügel nicht zu umgehen, so ist es rathsam, dasselbe 3 Tage in einem besonderen Raume abzusperren und erst dann zu dem alten Bestande zu bringen, wenn sich während der angegebenen Zeit Krankheitserscheinungen nicht gezeigt haben. Diese Vorsichtsmaßregel ist geboten, weil bereits angesteckte Thiere noch 24—48 Stunden nach Aufnahme des Seuchensstoffs den Eindruck gesunder machen können.

Bekanntmachung.

70. Berlin, den 19. September 1897.

Seine Majestät der Kaiser und König haben die Gnade gehabt, die zum Andenken an den hochseligen Kaiser und König Wilhelm I., den Großen, gestiftete Medaille allen rechtmäßigen Inhabern der preussischen Kriegsdenkmünze für 1864, des preussischen Erinnerungskreuzes für 1866 oder der Kriegsdenkmünze von 1870/71 ohne Rücksicht auf ihr Kombattanten- oder Nichtkombattanten-Verhältniß zu verleihen. Ausgeschlossen von der Verleihung sollen nach Allerhöchster Bestimmung bleiben Diejenigen, welche

- sich nicht im Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden,
- wegen einer mit Ehrenstrafen bedrohten strafbaren Handlung mit Freiheitsstrafe oder wegen Verbrechen beziehungsweise Vergehen mit mehr als 6 Wochen Gefängniß bestraft sind,
- mit Freiheitsstrafe bestraft worden sind, insofern sie durch die der Bestrafung zu Grunde liegende

Handlung eine unehrenhafte Gefangung haben.

Behufs Ausführung dieser Allerhöchsten ffordern wir alle in keinem aktiven militärisch-hältniß stehenden Veteranen, welche die preu Staatsangehörigkeit besitzen und Ansp die Medaille zu haben glauben, auf, sich unter Vor der zum Nachweis ihres Anrechts erforderlichen stücke zu melden

1. sofern sie in Preußen ihren Wohnort haben:

- Offiziere, Sanitätsoffiziere, obere und mittlere amte bei demjenigen Bezirkskommando, zu wo ihr jetziger Wohnort gehört,
- Unterbeamte und Militärpersonen vom Feld abwärts in Landkreisen bei dem Landrath in Wohnortes, in Stadtkreisen bei der Ortspoliz hörde.

2. sofern sie außerhalb Preußens aber Deutschland ihren Wohnsitz haben:

- Offiziere, Sanitätsoffiziere, obere und mittlere amte bei demjenigen Bezirkskommando, zu weld ihr letzter Wohnsitz in Preußen gehört,
- Unterbeamte und Militärpersonen vom Feldwebel abwärts bei der zu 1b. aufgeführten Behörde ihres letzten Wohnsitzes in Preußen.

Hinsichtlich derjenigen in den deutschen Bundesstaaten wohnenden Veteranen, welche nicht die Preussische Staatsangehörigkeit besitzen und derjenigen Veteranen, welche im Reichslande ihren Wohnsitz haben, bleiben besondere Bestimmungen vorbehalten.

Da die Anfertigung der erforderlichen Medaillen einen längeren Zeitraum in Anspruch nimmt, wird die Ausbändigung je nach Fertigstellung bewirkt werden.

Vor Empfang des Besizzeugnisses, welches gleichzeitig mit der Medaille verabsolgt werden wird, ist Niemand befugt, die — etwa anderweit beschaffte — Medaille anzulegen.

Der Kriegsminister. Der Minister des Innern.

Vorstehender Erlaß wird hierdurch mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß diejenigen hier wohnhaften Veteranen, welche Anspruch auf die Medaille zu haben glauben, unter Vorlegung der zum Nachweis ihres Anrechts erforderlichen Beweisstücke bei demjenigen Polizeirevier, in dessen Bezirk sie ihre Wohnung haben, sich melden können.

Berlin, den 5. Oktober 1897.

Der Polizeipräsident.

Bekanntmachung.

71. Dem Kaufmann Julius Vietz hiersebst Invalidenstr. 41, als durch Vollmacht vom 30sten August dieses Jahres bestellten Hauptagenten des Auswanderer-Beförderungs-Unternehmers Adolph Storm zu Hamburg, Prokuristen der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft daselbst, ist unter dem heutigen Tage für die Zeit bis zum 31. März 1898

| Nummer | Flächeneinhalt | | | bisheriger Gutsbezirk. | zukünftiger Gutsbezirk. |
|--------|----------------|----|----|------------------------|-------------------------|
| | ha | ar | qm | | |
| 658 | 46 | 35 | | | |
| 2 | 59 | 15 | | | |
| | 50 | 30 | | | |
| | 11 | 23 | | | |
| | 13 | 03 | | | |
| | | 55 | | | |
| | | 29 | | | |

Bietmannsdorf. Jotst Meiersdorf.

Kreis des Tempelin.

der Packetadresse zugevollziehen und beide wieder zurückzugeben ohne Wertangabe der Bezeichnung der Verwaltung wird.

Hamburg oder Bremen

und England

| | | | | |
|--------------|-----|--------|-----|--------|
| bis 1 kg. | 3 M | 20 Pf. | 3 M | 40 Pf. |
| über 1 = 3 = | 4 = | 40 Pf. | 4 = | 60 Pf. |
| = 3 = 5 = | 5 = | 60 Pf. | 5 = | 80 Pf. |

Außerdem wird in Honduras vom Empfänger die Erfüllung der Zollformlichkeiten und die Ausbändigung der Pakete eine Gebühr erhoben, nämlich für die ersten 565 g 5 Centavos, für jede weiteren 113 g 1 Centavo. Ueber die sonstigen Versendungsbedingungen ertheilen die Postanstalten nähere Auskunft.

Berlin W., 5. Oktober 1897.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

74. In dem Dorfe Guntow (Kreis Ostprignitz) wird am 15. Oktober eine Postagentur mit Telegraphenbetrieb in Wirksamkeit treten. Die neue Verkehrsanstalt erhält ihre Postverbindungen durch die Züge der Kleinbahn Kyritz—Perleberg. Dem Landbestellbezirk der Postagentur werden folgende Wohnstätten zugetheilt: a. vom Landbestellbezirk der bisherigen Postagentur in Dölln (Prignitz): Dölln, Schönhagen und Ziegelei, Zarenthin, Bärensprung, Klein-Schönhagen, b. vom Landbestellbezirk der Postagentur in Demerthin: Ziegelei Gödrick, Förstershof. Die Postagentur in Dölln (Prignitz) tritt mit dem 14. Oktober außer Wirksamkeit. Gleichzeitig wird daselbst eine Posthülfsstelle mit Telegraphenbetrieb eingerichtet.

Potsdam, den 8. Oktober 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

In Vertretung Blindow.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

83.

Nachweisung

der auf Grund des § 2 Nr. 4 der Landgemeindeordnung genehmigten Communalbezirksveränderungen.

| Zf. Nr. | Name
des
Eigenthümers. | Grundbuch | | Artikel
der
Mutter-
rolle. | N u m m e r | | Flächeninhalt | | | früheriger
Gutsbezirk. | zukünftiger |
|---------|--|-----------|-----|-------------------------------------|----------------------------|------------------|---------------|----|----|---------------------------|-------------------|
| | | Bd. | Nr. | | des
Karten-
blattes. | der
Parzelle. | ha | ar | qm | | |
| 1 | Königlich Preussi-
scher Staat
(Forstverwal-
tung.) | III. | 61 | 15 | 2 | 78 | 1 | 53 | 19 | Bietmannsdorf. | Forst Reiersdorf. |
| 2 | | III. | 61 | 15 | 2 | 269 | 1 | 80 | 51 | | |
| 3 | | III. | 61 | 15 | 2 | 272 I. | 5 | 68 | 86 | | |
| 4 | | III. | 61 | 15 | 2 | 272 II. | 2 | 91 | 07 | | |
| 5 | | III. | 61 | 15 | 2 | 273 | 46 | 50 | 70 | | |
| 6 | | III. | 61 | 15 | 2 | 274 | 1 | 03 | 92 | | |
| 7 | | III. | 61 | 15 | 2 | 276 | 0 | 51 | 83 | | |
| 8 | | III. | 61 | 15 | 2 | 337/79 | 14 | 00 | 95 | | |
| 9 | | III. | 61 | 15 | 2 | 338/37 | 7 | 00 | 35 | | |
| 10 | | III. | 61 | 15 | 2 | 339/268 | — | 63 | 42 | | |
| 11 | | III. | 61 | 15 | 2 | 340/270 | 1 | 26 | 84 | | |
| 12 | | III. | 61 | 15 | 2 | 341/268 | 36 | 71 | 00 | | |
| 13 | | III. | 61 | 15 | 2 | 342/277 | 73 | 42 | 00 | | |
| 14 | | III. | 61 | 15 | 2 | 343/277 | 4 | 73 | 85 | | |
| 15 | | III. | 61 | 15 | 3 | 58 | 9 | 47 | 71 | | |
| 16 | | III. | 61 | 15 | 3 | 59 | 1 | 44 | 86 | | |
| 17 | | III. | 61 | 15 | 3 | 60 | — | 12 | 58 | | |
| 18 | | III. | 61 | 15 | 3 | 61 | — | 25 | 17 | | |
| 19 | | III. | 61 | 15 | 3 | 62 | 13 | 84 | 04 | | |
| 20 | | III. | 61 | 15 | 3 | 63 | 8 | 77 | 98 | | |
| 21 | | III. | 61 | 15 | 3 | 64 | 29 | 67 | 87 | | |
| 22 | | III. | 61 | 15 | 3 | 65 | 14 | 83 | 68 | | |
| 23 | | III. | 61 | 15 | 3 | 66 | — | 10 | 21 | | |
| 24 | | III. | 61 | 15 | 3 | 67 | — | 19 | 15 | | |
| 25 | | III. | 61 | 15 | 3 | 69 | 36 | 25 | 58 | | |
| 26 | | III. | 61 | 15 | 3 | 70 | 18 | 12 | 79 | | |
| 27 | | III. | 61 | 15 | 3 | 108 | — | 30 | 38 | | |
| 28 | | III. | 61 | 15 | 3 | 109 | 7 | 62 | 90 | | |
| 29 | | III. | 61 | 15 | 3 | 111 | 27 | 76 | 38 | | |
| 30 | | III. | 61 | 15 | 3 | 141/57 | 13 | 87 | 93 | | |
| 31 | | III. | 61 | 15 | 3 | 146/75 | 15 | 03 | 34 | | |
| 32 | | III. | 61 | 15 | 3 | 150/107 | 30 | 82 | 25 | | |
| 33 | | III. | 61 | 15 | 2 | 344/284 | 81 | 02 | 40 | | |
| 34 | | III. | 61 | 15 | 2 | 345/285 | 40 | 50 | 95 | | |
| 35 | | III. | 61 | 15 | 2 | 346/275 | 19 | 60 | 11 | | |
| 36 | | III. | 61 | 15 | 2 | 347/271 | 19 | 84 | 37 | | |
| 37 | Öffentliche Wege. | III. | 61 | 15 | 3 | 112 | 10 | 31 | 50 | | |
| 38 | | III. | 61 | 15 | 3 | 113 | 1 | 26 | 38 | | |
| 39 | | III. | 61 | 15 | 3 | 114 | 2 | 71 | 92 | | |

Uebertrag 656 | 46 | 35 |

| Nr. | Name
des
Eigenthümers. | Grundbuch
Bd. Nr. | Artikel
der
Mutter-
rolle. | Nummer | | Flächeninhalt | | | seitheriger
Gutsbezirk. | zukünftiger |
|-----|---|----------------------|-------------------------------------|----------------------------|----------------|---------------|----|----|----------------------------|----------------------------|
| | | | | des
Karten-
blattes. | der
Pazelle | ha | ar | qm | | |
| | | | | | Uebertrag: | 656 | 46 | 35 | | |
| 40 | Öffentliche Wege. | III. | 61 | 15 | 3 | 115 | 2 | 59 | 15 | Bietmannsdorf. Gutsbezirk. |
| 41 | | III. | 61 | 15 | 3 | 116 | — | 50 | 30 | |
| 42 | | III. | 61 | 15 | 3 | 118 | — | 11 | 23 | |
| 43 | Königlich Preussischer Staat (Forstverwaltung). | III. | 61 | 15 | 3 | 167/68 | 52 | 43 | 03 | |
| 44 | | III. | 61 | 15 | 3 | 169/110 | 37 | 20 | 55 | |
| 45 | | ohne | 18 | 3 | 166/68 | — | — | 02 | | |
| 46 | | III. | 61 | 15 | 3 | 168/110 | — | — | 01 | |
| | | | | | Zusammen | 786 | 50 | 94 | | |

Templin, den 25. September 1897.

Der Kreisaußschuß des Kreises Templin.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

75. Die Briefpostsendungen nach dem Großherzogthum Luxemburg werden von den deutschen Absendern häufig unrichtig nur nach der deutschen Portotaxe, statt nach den Weltposttagen, frankirt und unterliegen dann in Luxemburg einem erhöhten, vom Absendern zu zahlenden Nachschußporto. Es folgen daraus für die Betheiligten noch weitere Uebelstände, als Beischwerden, Annahmeverweigerungen u. dergl. Es wird empfohlen auf die richtige Frankirung der Briefsendungen nach Luxemburg zu achten, welche zu bewirken ist für Briefe mit 20 Pf. für 15 g, für Postkarten mit 10 Pf., für Drucksachen, Waarenproben und Geschäftspapiere mit 5 Pf. für je 50 g, jedoch mit dem Mindestsage von 10 Pf. für Waarenproben und 20 Pf. für Geschäftspapiere.

Berlin C., 2. Oktober 1897.

Kaiserl. Deutsche Ober-Post-Direktion.

76. Zur Erleichterung für das Publikum bei Verzollung der mit der Post vom Auslande eingehenden zollpflichtigen Pakete besteht im Einverständniß mit der Steuerverwaltung für Berlin die Einrichtung, daß auf Verlangen des Empfängers die zollamtliche Schlußabfertigung der gewöhnlichen Pakete und der Werthsendungen im Einzelbetrage bis 1000 Mark durch Vermittelung der Postbeamten erfolgen kann. Diese Sendungen werden nach der Verzollung wieder sorgfältig verpackt, amtlich verschlossen und den Empfängern mit der nächsten Postbefestigung zugeführt. Für die Befestigung und die Erfüllung der Zollformalitäten seitens der Post wird für jedes Paket bis zum Gewichte von 5 kg eine Gebühr von 20 Pf. erhoben; bei schwereren Paketen tritt dieser Gebühr das tarifmäßige Befestigungsgeld hinzu. Für die Wiederverpackung der Sendungen kommt eine Gebühr nur in dem Falle in Anschlag, wenn dadurch baare Auslagen entstanden sind. Von dem Eingange einer zollpflichtigen Postsendung wird der Empfänger bei der Bestellung der zugehörigen Begleitadresse in Kenntniß gesetzt. Wünscht er die zollamtliche Schlußabfertigung durch die Post bewirken zu

lassen, so hat er eine — mit der Paketadresse zugestellte — gedruckte Erklärung zu vollziehen und beide Gegenstände dann dem Briefträger wieder zurückzugeben oder — soweit es sich um Zollpakete ohne Werthangabe handelt — unter Briefumschlag mit der Bezeichnung „hierin Zolladressen“ an die betreffende Postverwaltungsstelle zu senden, wofür kein Porto berechnet wird.

Berlin C., 5. Oktober 1897.

Kaiserl. Deutsche Ober-Post-Direktion.

Bekanntmachung.

77. Der Fernsprecheverkehr mit Lützenwalde ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt für den Verkehr zwischen Lützenwalde einerseits und Friedrichsberg, Pankow, Reinickendorf und Weißensee andererseits 1 Mark, für den Verkehr zwischen Lützenwalde und Berlin, sowie den Orten Adlershof, Charlottenburg, Friedenau, Niederschönheide, Nixdorf, Rummelsburg, Schöneberg, Stralau, Tempelhof, Westend und Wilmersdorf 25 Pf.

Berlin C., 8. Oktober 1897.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Griesbach, Geheimer Ober-Postsrath.

Bekanntmachungen des Königl. Consistoriums der Provinz Brandenburg.

49. Die unter privatem Patronate stehende Pfarrstelle Gollwitz, Diözese Dom Brandenburg, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Buchholz in nächster Zeit zur Erledigung. Unter den Bewerberinnen ist nach Mittheilung des Patronats die engere Auswahl bereits getroffen worden.

50. Die unter der Patronatsverwaltung der Königl. Hofkammer der Königl. Familiengüter stehende, bisher mit dem Ephoralamte der Diözese Potsdam II. verbundene Pfarrstelle zu Bornim, Diözese Potsdam II., kommt durch die Emeritierung des Superintendents und Pfarrers Reiffenrath am 1. April 1898 zur Erledigung.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Der 69. Kommunal-Landtag der Kurmark hat durch den vom Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg visitirten Beschluß vom 19. Januar d. J.

— an Stelle des in den Ruhestand tretenden Betriebsdirektors Jakobbrandt — den bisherigen Generalkassen-Kontroleur Vogel „zum Rentanten der Generalkasse, mit dem Dienstcharakter als Betriebsdirektor und dessen reglementsmäßigen Befugnissen“, mit der Wirkung vom 1. Oktober d. J. ab gewählt.

Dies wird unter Bezugnahme auf die Borschrift im § 8 Absatz 2 des Societäts-Reglements vom 17. April 1895 bekannt gemacht.

Berlin, den 30. September 1897.

Ständische General-Direktion
der Land-Feuer-Societät der Kurmark und der Niederlausig.

In Vertretung Stubenrauch.

Personal: Chronit.

Im Kreise Breeskow-Storkow ist an Stelle des verstorbenen Rittergutsbesizers Osterroht zu Hartensdorf der Gutsbesizer Prause zu Herzberg zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 18 — Glienide — ernannt worden.

Der Spezialkommissions-Zivilanwarter Wohlge-
muth ist von Stettin nach Eberswalde versetzt.

Der Spezialkommissions-Zivilanwarter Haase ist von Eberswalde nach Kolberg versetzt.

Bei der Königlichen Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin sind folgende Personalveränderungen eingetreten: 1) die Regierungs-Sekretäre Schiller und Knispel, sowie der Kataster-Zeichner Schirmer sind verstorben. 2) Der Militär-Supernumerar Kriesel ist ausgeschieden. 3) Die Militär-Anwärter Weber und Henke sind als Militär-Supernumerare übernommen. 4) Der Ranglist Jacobs ist pensionirt.

Der bisherige Archidiaconus an der St. Jakobi-Kirche zu Berlin, Johann Karl Heinrich Pfundheller, ist zum Pfarrer an derselben Kirche, Diözese Ebn Stadt, bestellt worden.

Der bisherige Predigamts-Kandidat Aug. Wilh. Reinh. Hanff ist zum Pfarrer der Pfarodie Wildau, Diözese Dahme, bestellt worden.

Dem Kaiser und Lehrer Otto Draeger zu Bag-
low, Diözese Wriezen a./D., ist der Titel „Rantor“
verliehen worden.

Der Gemeindefchullehrer. Herzfeldt ist als Gemeindefchulrektor in Berlin angeftellt worden.

Die Lehrer Kurz III., Eubrt, Lorenz, Partenheimer, Zaulig, Dr. Schlink, Samuleit und Ginolas sind als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Doepte, Lehmann 6, Baette, Krüger V., Weidle, Schellwald II., Scholz II. und Bonnell sind als Gemeindeschullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats September 1897 sind ernannt: zum Postassistenten der Ober-Postdirektionssekretär Machens, zum Kanzlisten der Postassistenten Derpa, zu Ober-Postassistenten die Postassistenten Ehlert,

Zunk, Kleefeldt, August Thiele; angestellt: als Postassistenten die Postanwärter Bönnich, Glattauer, Herbst, Lembke, Lohrich, Martens, Muntowski, Witt, als Telegraphenassistenten die Telegraphenanwärter Weidehoff, Weidner; **versetzt:** von Berlin der Postassirer Vorchardt nach Cassel, der Postsekretär Wittich nach Danzig, nach Berlin der Postrath Velling von Posen, der Ober-Postdirektionssekretär Lux von Danzig; **in den Ruhestand getreten:** der Ober-Telegraphenassistent Thamm; **gestorben:** die Ober-Postassistenten Rümmerling in Berlin, Tausch in Friedenau, der Postassistent H. Friedrich A. Müller in Charlottenburg. Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam.

Stattsmäßig angestellt sind die Postpraktikanten Dönhöller in Eberswalde, Gengel in Eberswalde und Saalman in Groß-Bichtersfelde 1 (Anhalter Bahn) als Postsekretaire, ferner der Postassistent Kempin in Schwedt als Postassistent. Es ist übertragen dem Postassistenten Sellien aus Spandau eine Kanzlistenstelle bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam. Versetzt sind der Postsekretair Stauche von Rathenow nach Potsdam, der Postverwalter Schmidt von Rhinow nach Fehrbellin, der Kanzlist Richter von Potsdam nach Greiffenberg (Udermark), letzterer unter Ernennung zum Postverwalter, ferner die Postassistenten: Windrich von Schweidnitz nach Potsdam und Graßgänger von Templin nach Spandau. In den Ruhestand tritt der Postverwalter Schulze in Zauchwitz (künftiger Wohnort Rehlendorf, Kreis Teltow).

Personalveränderungen beim Königl. Oberbergamte zu Halle a./S. im 3. Vierteljahr 1897.

Beim Oberbergamte trat der Geheimrechner von Rohr in den Ruhestand und an seiner Stelle wurde der seit längerer Zeit Bergrevierbeamte für das Revier Dörflich-Halle, Oberbergrechner Kestner zum technischen Mitgliede ernannt. Der Oberbergamtsamtschreiber Lonsdorfer wurde auf seinen Antrag auf 2 Jahre befristet übertritten in den Dienst der Republik transferirt und der Grubenamtschreiber Schreier aus dem Oberbergamtsbezirke Gauselthal zum Oberbergamtsamtschreiber befördert.

Der Faktor Löser wurde von der Königl. Verginspektion zu Müldersdorf als Kassavendant an die Königl. Verginspektion zu Staßfurt an Stelle des in den Ruhestand getretenen Rechnungsrahms Gering, ferner der Schatzmeister Pichin von Staßfurt nach Müldersdorf versetzt.

Personalveränderungen im Bezirk des
Kammergerichts im Monat August 1897.

I. Nichterliche Beamte.

Ernannt sich zum Senatspräsidenten beim Kammergericht der Kammergerichtsrath **Schlicht**, zum stellvertretenden Handelsrichter der Fabrikbesitzer **Adolf Wittich** in Berlin bei dem Landgericht I. **Sachsch**; zum Amtsrichter der Gerichtsassessor **Worward** bei dem

Amtsgericht in Schildberg. Der Amtsrichter Hülsmann beim Amtsgericht II. in Berlin ist in Folge Ernennung zum Kaiserlichen Regierungsrath aus dem Preussischen Justizdienste geschieden. Pensionirt ist der Amtsgerichtsrath Krumbholz in Potsdam. Verstorben ist der Amtsgerichtsrath Gibson in Brandenburg a./H.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Dr. Poffart und Hiengsch. Der Gerichtsassessor Dr. Kochall ist in Folge Ernennung zum Regierungsassessor aus dem Preussischen Justizdienste geschieden.

III. Staatsanwaltschaft.

Der Staatsanwalt Ahlemeyer beim Landgericht II. in Berlin ist in Folge Ernennung zum Kaiserlichen Regierungsrath aus dem Justizdienste geschieden. Ernannt sind zu Forstamtsanwälten der Obergörfer Wilke für den Bezirk Zechliner Hütte bei dem Amtsgericht in Rheinsberg, der Forstmeister Zeissig für den Bezirk Gladow-Est und der Obergörfer Zimmer für den Bezirk Gladow-West bei den Amtsgerichten Landsberg a./W. und Berlinchen; zu Amtsanwalts-Stellvertretern der

Polizei-Sekretär Deeken bei dem Amtsgericht in Rathenow, der Brauereibesitzer Buchterkirch bei dem Amtsgericht in Wolbenberg; zum Stellvertreter des Forstamtsanwalts der Forstkassenrendant Heindrichs bei dem Amtsgericht in Peitz.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Eingetragen ist in die Liste der Rechtsanwälte der Gerichtsassessor Dr. Ury bei dem Landgericht I. in Berlin.

V. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtskandidaten Siegfried Chodjiesner, Kühnast, Weinholz, Schrader, Mittag, Maas, Dr. von Frerichs, Krause-Laurens. Entlassen sind Dr. Brenske behufs Uebertritts in die allgemeine Verwaltung und Wittig.

VI. Subalternbeamte.

Besetzt ist der Gerichtsschreiber Richard Müller in Prigwall an das Amtsgericht I. in Berlin. Verstorben sind die Gerichtsschreiber Rippe in Brandenburg a./H., Fanner bei dem Amtsgericht I. in Berlin, Wipperhausen bei dem Landgericht I. in Berlin.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
auf. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--|---|---|--|---|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Adolf Salme, Hand-
schuhmacher (auch als
Kellner Nikolaus Se-
menow bezeichnet), | geboren am 22. Februar
(nach anderer Angabe
am 24. März) 1862
zu Serajewo, Bosnien, | Diebstahl im Rückfall
(1 Jahr 6 Monate
Zuchthaus, laut Erkennt-
niss vom 13. November
1895), | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Lüneburg, | 26. August
1897. |
| b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Konrad Hartl,
Korkmacher, | geboren am 6. Januar
1876 zu Frauenstätt-
ling, Bezirk Bilsbi-
burg, Bayern, öster-
reichischer Staatsan-
gehöriger, | Urkundensälschung und
Landstreichen, | Stadtmagistrat
Traunstein, Bayern, | 17. August
1897. |
| 2 | Anton Hyzak
(Hejzak), Schneider, | geboren am 26. April
1856 zu Hodkov, Be-
zirk Lebec, Böhmen,
ortsangehörig eben-
da., | Betrug, Landstreichen
und Betteln, | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Zwickau, | 11. Mai
1897. |
| 3 | Johann Kretschmer,
Schnebergehilfe, | geboren am 15. Juli
1872 zu Milbes, Be-
zirk Sternberg, Mäh-
ren, ortsangehörig
ebendaselbst, | Betteln, | dieser, | 10. Juni
1897. |
| 4 | Propold Erika, Ar-
beiter, früher Kommiss, | geboren am 26. April
1851 zu Hernals,
Bezirk Wien, ortsan-
gehörig eben-
da., | desgleichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Hildesheim, | 23. August
1897. |
| 5 | Emanuel Markus,
Gymnasiallehrer, | geboren am 26. April
1852, angeblich zu
Warasdin, Ungarn,
ortsangehörig eben-
da., | desgleichen, | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Leipzig, | 26. Juli
1897. |

| 1.
Zauf. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-----------------|--|---|--|--|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 6 | Katharina Meron-
kowa, ledige Arbeiterin, | geboren im Januar 1845
zu Czochlowa, Ruß-
land, ortsangehörig
ebendasselbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Stettin, | 26. August
1897. |
| 7 | Josef Nemecsek,
Schustergeselle, | geboren am 16. März
1866 zu Polna, Oester-
reich, österreichischer
Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Straß-
burg, | 19. August
1897. |
| 8 | Adolf Stöhr,
Handarbeiter, | geboren am 7. Januar
1865 zu Böhmisch-
dorf, Bezirk Freital-
dau, Oesterreichisch-
Schlesien, österreichi-
scher Staatsangehör., | Betteln, | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Dresden, | 23. Juli
1897. |
| 9 | Franz Zimburg,
Schneider, | geboren am 31. Oktober
1848 zu Fünfhaus
(Bezirk Sechshaus) bei
Wien, ortsangehörig
ebendasselbst, | Landstreichen, Führung
eines falschen Legitima-
tionspapiers und An-
gabe eines falschen Na-
mens, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Laufen, | 6. August
1897. |
| 10 | Josef Brenner,
Schneider, | 73 Jahre alt, geboren
zu Czochlowa bei
Mlava, Gouvernement
Plozk, Rußland, russi-
scher Staatsangehör., | Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Köslin, | 1. September
1897. |
| 11 | Johann Emil Hae-
ring, Schneidergeselle, | geboren am 20. (22.)
Juli 1861 (1862) zu
Liestal, Kanton Basel-
Land, Schweiz, orts-
angehörig ebendasselbst, | Betteln, | Polizeikommission des
Senats zu Bremen, | 21. August
1897. |
| 12 | Israël Kant,
Schreiber, | 43 Jahre alt, geboren
zu Mlava, Gouverne-
ment Plozk, Rußland,
russischer Staatsangeh., | Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Köslin, | 1. September
1897. |
| 13 | Johann Köhler,
Zimmergeselle, | geboren am 24. August
1861 zu Goldenöls,
Bezirk Trautenau,
Böhmen, österreichisch.
Staatsangehöriger, | Betteln, | Polizei-Behörde zu
Hamburg, | 18. August
1897. |

Vermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Gemäß § 46 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Ges.-S. 166) wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der im laufenden Steuer-

jahre zu den Kommunalabgaben einschlägbare Reinertrag aus dem Betriebsjahre 1896/97 bei der **Dahme-
Ucker's** Eisenbahn auf 17 500 M. festgesetzt worden ist.
Halle a. Saale, den 7. Oktober 1897.

Der Königliche Eisenbahnkommissar,
Präsident der Königlichen Eisenbahndirektion.

Hierzu Fünf Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gann'schen Erben.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 43.

Den 22. Oktober

1897.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Verleihung der Kaiser Wilhelm-Gedenkmedaillen
an die Veteranen.

229. Der Vorstand des Deutschen Kriegerbundes hat auf Anregung des Herrn Ministers des Innern die Vorstände der ihm angehörigen Verbände und Bezirke im Interesse der Vereinfachung des Verfahrens angewiesen, die Anmeldungen der in Betracht kommenden Vereins- u. Mitglieder zu sammeln und unter Benützung namentlicher Verzeichnisse und Beifügung der zum Nachweise des Anrechts erforderlichen Beweisstücke (Besitzzeugnis oder Militärpaß) an die zuständigen Bezirkskommandos, Landratsämter und die Ortspolizeibehörden in den Stadtkreisen einzureichen.

Ich bringe dies mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 25. September d. J. — Amtsblatt Stück 40 Seite 389 — zur Kenntniss.

Potsdam, den 13. Oktober 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

230. Der Standesamtsbezirk Charlottenburg wird vom 1. Januar f. J. ab dergestalt in zwei Standesamtsbezirke getheilt, daß dem 1. Standesamtsbezirk die Stadtbezirke Nr. 15 bis einschließlich Nr. 22 und dem 2. Standesamtsbezirk die Stadtbezirke Nr. 1 bis Nr. 14 zugetheilt werden.

Potsdam, den 14. Oktober 1897.

Der Regierungspräsident.

Änderung

der landespolizeilichen Anordnung vom 7. September 1897 (Amtsblatt Seite 364/367) betreffend die Schutzvorschriften gegen die Verhütung und Verbreitung der Geflügelcholera.

231. Zum Zwecke der Verhütung und Verbreitung der Geflügelcholera ordne ich auf Grund der §§ 19 bis 28 des Reichsviehseuchengesetzes vom 23. Juni 1880 (R. G. Bl. 1880 S. 153 und 1894 S. 109) in Verbindung mit § 56 b. Abj. 3 der Gewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes vom 6. August 1896 (R. G. Bl. S. 685) zu Folge Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten für den Regierungsbezirk bis auf Weiteres Folgendes an: Ziffer 5 des § 3 erhält folgende Fassung:

5) Während der Seuchendauer dürfen auf einem Seuchengehöft zum Zwecke der Ausführung aus dem Gehöft Geflügelstücke nur geschlachtet

werden, wenn deren Gesundheitszustand unmittelbar vor der Schlachtung thierärztlich festgestellt worden ist. Die Schlachtung und die Ausführung solcher Geflügelstücke aus dem Seuchengehöft ist polizeilich zu überwachen.

Potsdam, den 18. Oktober 1897.

Der Regierungspräsident.

Tariff.

nach dem das Ueberfahrtsgehalt bei der Fährte bei Neu-Hartmannsdorf zu erheben ist.

232. Es wird entrichtet für das Ueberfahren:

1. Von Personen einschließlich der Traglast für jede Person 0,05 Mk.

Jede zahlende Person darf ein Kind bis zu sechs Jahren frei mitführen.

II. Von Thieren:

a. für ein Pferd oder ein Maulthier 0,15 Mk.

b. für ein Stück Rindvieh oder einen Esel 0,10 Mk.

c. für ein Fohlen, Kalb, Schaf, Schwein, einen Hund, eine Ziege oder ein anderes Stück kleines Vieh 0,05 Mk.

Wenn säugendes Muttervieh zugleich mit seinen Jungen übergesetzt wird, bleiben diese von dem Fährgehalte befreit.

d. für Federvieh, das getrieben wird, und zwar für je 10 Stück (eine geringere Anzahl ist frei) 0,05 Mk.

Wenn Vieh auf einem Fuhrwerke oder in einem Tragforbe übergesetzt wird, so wird davon keine besondere Abgabe erhoben.

Reiter und Führer zu IIa. sind frei, Führer und Treiber zu IIb., c., d. zahlen das tarifmäßige Fährgehalt für sich noch besonders.

III. Von Fuhrwerken:

a. für einen bespannten Wagen nach Anzahl der Zugthiere, für jedes 0,15 Mk.

b. für einen Handwagen, Handkarren oder Handschlitten 0,05 Mk.

Der Führer eines Fuhrwerks, für das nach IIIa. eine Abgabe entrichtet wird, ist von der Entrichtung der Abgabe befreit.

IV. Von unverladenen, durch Personen, Thiere oder Fuhrwerk zur Fährstelle gebracht n Gegenständen wird die Abgabe erhoben, die die Personen, Thiere oder das Fuhrwerk treffen würde.

Allgemeine Bestimmungen.

Die vorstehenden Sätze sind bei jedem Wasserstande,

- 3) die Verpflichtung, der zahlenden Kasse von jedem Wechsel des Wohnsitzes (bei Vermeidung der Aufhebung der Zustellung mittelst Postamtweisung) rechtzeitig Anzeige zu machen,
- 4) die Verpflichtung, im Monat März die mit Lebensattest und Unterschrifts-Bescheinigung sowie mit der Erklärung über ein etwaiges neues Dienst-einkommen versehene Jahresquittung an die zahlende Kasse einzureichen, anderenfalls die Ab-sendung der nächsten Monatsrate vorläufig unterbleibt. Gedruckte Formulare zu solchen Anträgen sind bei den betreffenden Kassen unentgeltlich zu haben.
- Potsdam, den 13. Oktober 1897.

Königliche Regierung.
Befanntmachung.

25. An Stelle des am 24. Juli d. J. verstorbenen Forstunterverwalters Vogel haben wir die Verwaltung der Unterforstkasse des Forstreviers Tegel dem Kaufmann Max Gaudig in Tegel übertragen.

Potsdam, den 15. Oktober 1897.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse. Deffentliche Aufforderung.

13. Die Firma Siemens & Halske in Charlottenburg beabsichtigt auf ihrem in der Gemarkung Spandau in den Charlottenburg-Spandauer Spreewiesen belegenen Grundstück Grundbuch Band 40 Blatt 1448 den Theil der sogenannten saulen Spree zuzuschütten, an Stelle des zugeschütteten Theiles einen Stichkanal durch den stielartigen Treidelbaum anzulegen und den Stichkanal durch ein Bohrwerk zu befestigen; gleichzeitig soll das umliegende Terrain 1 m über den höchsten Wasserstand aufgehöhht werden.

Bevor wir gemäß § 2 des Drückgesetzes vom 28. Januar 1848 über die Ertheilung der Genehmigung dieser Anlagen beschließen, fordern wir hiermit diejenigen Personen, welche sich etwa zur Erhebung von Einwendungen gegen die bezeichneten Anlagen für berechtigt halten, öffentlich auf, in der Zeit bis zum 30. Oktober 1897 ihre Einwendungen schriftlich bei uns einzureichen.

Später eingereichte Einwendungen werden nicht berücksichtigt werden.

Während der Einspruchsfrist liegen die Pläne in der diesseitigen Registratur Frieserstraße Nr. 12 hieselbst zur Einsicht offen.

Potsdam, den 11. Oktober 1897.

Der Bezirks-Ausschuss.
Ruffmann.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

72. Auf Grund des § 15 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 ist von Landespolizeiwegen vorläufig festgestellt worden, daß Parzellen von den folgenden Grundstücken:

Röthenerstraße 11, Band 30 Nr. 1946 Umgeb.
— Eigentümer: Kaufmann Julius Lagowitz.

Röthenerstraße 12, Band 29 Nr. 1888 Umgeb.
— Eigentümer: Buchhändler Friedrich Krüger.

Röthenerstraße 13, Band 29 Nr. 1853 Umgeb.
— Eigentümer: Rentier Christian Ludwig Krebs.

Röthenerstraße 14, Band 29 Nr. 1854 Umgeb.
— Eigentümer: Kaufmann Isidor Herrmann.

Röthenerstraße 15, Band 29 Nr. 1855 Umgeb.
— Eigentümer: Schlächtermeister Johann Joseph Hellmann.

Röthenerstraße 16, Band 29 Nr. 1856 Umgeb.
— Eigentümerin: Frau Agathe Cäcilie Hennings geborene Bauer.

Röthenerstraße 17, Band 29 Nr. 1857 Umgeb.
— Eigentümer: Fabrikant Adolf Buczyłowski.

Röthenerstraße 18, Band 29 Nr. 1858 Umgeb.
— Eigentümer: Landwirth Wilhelm Wegener.

Röthenerstraße 19, Band 29 Nr. 1859 Umgeb.
— Eigentümer: Kaufmann Eduard Wilhelm Müller.

Röthenerstraße 20, Band 29 Nr. 1860 Umgeb.
— Eigentümer: Weber & Mann'sche Erben.

Röthenerstraße 21, Band 29 Nr. 1861 Umgeb.
— Eigentümer: Dr. med. und Professor Joseph Meyer.

Röthenerstraße 22, Band 29 Nr. 1862 Umgeb.
— Eigentümer: Bildhauer Albert Kretschmar.

Röthenerstraße 23 und 24, Band 29 Nr. 1863 Umgeb.
— Eigentümerin: Fräulein Eleonore Margarethe Marggraff.

Röthenerstraße 25, Band 29 Nr. 1865 Umgeb.
— Eigentümer: Pächtermeister a. D. August Otto.

Röthenerstraße 26, Band 29 Nr. 1868 Umgeb.
— Eigentümer: Mechaniker Friedrich Wilhelm August Schädel.

Rudenwalderstr. 3, Tempelhof Band 3 Nr. 147
— Eigentümer: Kaufmann Zimmermann.

Rudenwalderstr. 2, Tempelhof Band 2 Nr. 104 P.
— Eigentümer: Kaufmann Zimmermann.

Rudenwalderstr. 1, Tempelhof Band 2 Nr. 104 L.
— Eigentümer: Kaufmann Emil Gürke.

Tempelhofer Ufer 80, Tempelhof Band 6 Nr. 278
— Eigentümerin: Frau Emma Seyfried geb. Cohnheim.

Trebbinerstr. 1, Tempelhof Band 2 Nr. 104 M.
— Eigentümer: Generalarzt a. D. Dr. J. Krautwurst.

Trebbinerstr. 2, Tempelhof Band 6 Nr. 289
— Eigentümer: Geheimer Sanitätsrath Dr. A. Mayländer.

Trebbinerstr. 3, Tempelhof Band 7 Nr. 326 —
Eigentümer: Kaufmann Johann Emil Julius Gustav Wichmann.

Trebbinerstr. 4, Tempelhof Band 2 Nr. 104 d.
— Eigentümer: Kaufmann Max Raumann, und eine 145 qm große Parzelle von dem der Imperial Continental Gas-Association gehörigen Grundstücke der englischen Gasanstalt an der Ecke der Prinzen- und GutsMuthsstraße Grundstücksklachen darstellen, hinsichtlich deren der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Unter-

grundbahnen zu Berlin zwecks Baues und Betriebes einer elektrischen Hochbahn in Berlin von der Warschauerstraße bis zum Stadtbahnhofe Zoologischer Garten mit Abzweigung nach dem Potsdamer Bahnhofe durch die Allerhöchste Cabinetsordre vom 28. ten August 1897 das Ertheilungsrecht zur Entziehung und dauernden Beschränkung des für die Anlage in Anspruch zu nehmenden Grundeigenthums verliehen worden ist.

Die vorläufig festgestellten Pläne werden nummehr in Gemäßheit der §§ 18 ff. a. a. D. von **Dienstag am 26. Oktober d. Js. bis Dienstag am 9. November d. Js.** einschließlich in der Registratur der I. Abtheilung des Königl. Polizei-Präsidiums im Polizei-Dienstgebäude am Alexanderplatz Eingang IV. 2 Treppen Zimmer 339 zu Jedermanns Einsicht ausliegen.

Einwendungen gegen diesen Plan sind bis zum Ablaufe der bestimmten Frist bei der I. Abtheilung des Königl. Polizei-Präsidiums schriftlich einzureichen.

Berlin, den 13. Oktober 1897.

Der Polizei-Präsident.
von Windheim.

Bekanntmachung.

73. Die vom Herrn Ober-Präsidenten der Provinz am 18. September 1896 dem Herrn Apotheker Dr. phil. A. Thoenes concessionierte Apotheke am schlesischen Thor, Skaligerstraße 72, ist am 7. Oktober d. J. eröffnet worden.

Berlin, den 9. Oktober 1897.

Der Polizei-Präsident.

Berliner und Charlottenburger Preise im Monat September 1897.

74. A. Engros-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

| | | |
|------|--------------|--------------|
| 1 Dz | Weizen (gut) | |
| " " | do. (mittel) | |
| " " | do. (gering) | |
| " " | Roggen (gut) | |
| " " | do. (mittel) | |
| " " | do. (gering) | |
| " " | Gerste (gut) | |
| " " | do. (mittel) | |
| " " | do. (gering) | |
| " " | Erbsen (gut) | |
| " " | do. (mittel) | |
| " " | do. (gering) | |
| " " | Hafer. (gut) | 15 M. 88 Pf. |
| " " | do. (mittel) | 15 " 12 " |
| " " | do. (gering) | 14 " 26 " |
| " " | Nichtstroh | 4 M. 45 Pf. |
| " " | Heu | 5 " 50 " |

Preise
waren nicht
zu ermitteln.

Preise
im freien
Berliner
Verkehr.

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 3% Aufschlag für 50 Kgr.

Hafer 8,48 M., Stroh 2,54 M., Heu 3,63 M.

B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

| | | |
|----------|---------------------------|----------------|
| 1 Dz | Erbsen (gelbe z. Kochen) | 29 Mark 33 Pf. |
| " " | Speisebohnen (weiße) | 35 " " |
| " " | Linzen | 42 " 50 " |
| " " | Kartoffeln | 5 " 85 " |
| 1 Kgr. | Rindfleisch (v. d. Keule) | 1 " 36 " |
| 1 " " | do. (Bauchfleisch) | 1 " 10 " |
| 1 " " | Schweinefleisch | 1 " 38 " |
| 1 " " | Kalbfleisch | 1 " 35 " |
| 1 " " | Lammfleisch | 1 " 30 " |
| 1 " " | Speck (geräuchert) | 1 " 40 " |
| 1 " " | Eibutter | 2 " 30 " |
| 60 Stück | Eier | 3 " 20 " |

2) In Charlottenburg:

| | | |
|----------|---------------------------|----------------|
| 1 Dz | Erbsen (gelbe z. Kochen) | 32 Mark 50 Pf. |
| " " | Speisebohnen (weiße) | 37 " 50 " |
| " " | Linzen | 42 " 50 " |
| " " | Kartoffeln | 5 " 50 " |
| 1 Kgr. | Rindfleisch (v. d. Keule) | 1 " 40 " |
| 1 " " | do. (Bauchfleisch) | 1 " 15 " |
| 1 " " | Schweinefleisch | 1 " 50 " |
| 1 " " | Kalbfleisch | 1 " 40 " |
| 1 " " | Lammfleisch | 1 " 30 " |
| 1 " " | Speck (geräuchert) | 1 " 25 " |
| 1 " " | Eibutter | 2 " 40 " |
| 60 Stück | Eier | 3 " 20 " |

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats September 1897:

1) In Berlin:

| | | |
|--------|-----------------------------------|---------------|
| 1 Kgr. | Mehl z. Speisereitigung a. Weizen | 38 Pf. |
| 1 " " | desgl. a. Roggen | 28 " " |
| 1 " " | Gerstengraupe | 35 " " |
| 1 " " | Gerstengröße | 33 " " |
| 1 " " | Buchweizengröße | 38 " " |
| 1 " " | Hafergröße | 38 " " |
| 1 " " | Hirse | 38 " " |
| 1 " " | Reis (Java, mittler) | 60 " " |
| 1 " " | Java-Kaffee (mittler, roh) | 3 Mark 10 Pf. |
| 1 " " | gelb in | |
| | gebr. Bohnen) | 4 Mark 27 Pf. |
| 1 " " | Speisesalz | 20 " " |
| 1 " " | Schweineschmalz (hiefiges) | 1 Mark 45 " " |

2) In Charlottenburg:

| | | |
|--------|-----------------------------------|---------------|
| 1 Kgr. | Mehl z. Speisereitigung a. Weizen | 40 Pf. |
| 1 " " | desgl. a. Roggen | 33 " " |
| 1 " " | Gerstengraupe | 35 " " |
| 1 " " | Gerstengröße | 38 " " |
| 1 " " | Buchweizengröße | 35 " " |
| 1 " " | Hafergröße | 43 " " |
| 1 " " | Hirse | 40 " " |
| 1 " " | Reis (Java, mittler) | 55 " " |
| 1 " " | Java-Kaffee (mittler, roh) | 2 Mark 20 Pf. |
| 1 " " | gelb in | |
| | gebr. Bohnen) | 2 Mark 80 Pf. |
| 1 " " | Speisesalz | 20 " " |
| 1 " " | Schweineschmalz (hiefiges) | 78 " " |

Königl. Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

55. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Eigenthümer Johann Nikolaus Dussoul in Lubécourt (Lothringen) die Schuldverschreibungen der konsolidirten $3\frac{1}{2}$ vormalig 4%igen Staatsanleihe von 1885

Lit. E. N^o 1085776 und 1088230
über je 300 M.

angeblich verbrannt sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Credit-Verein für Lothringen zu Metz, Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Metz, Römerstraße 81, anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 6. Oktober 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

56. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der Katholischen Kirchenfabrik zu Ebedingen, Kreis Forbach (Lothringen), die Schuldverschreibungen der konsolidirten $3\frac{1}{2}$ vormalig 4%igen Staatsanleihe

von 1880 Lit. E. N^o 99569 über 300 M.,
" 1881 " F. " 181233 " 200 "

angeblich abhanden gekommen sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rechtsanwalt und Notar Justizrath Ernst hier W., Taubenstraße 32, anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 8. Oktober 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

57. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß Herrn Friedrich Deide in Warsleben die Schuldverschreibungen der konsolidirten $3\frac{1}{2}$ vormalig 4%igen Staatsanleihe von 1884 Litt. D. N^o 538086 664072 bis 664074 und 664077 über je 500 M. angeblich verloren gegangen sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder Herrn Deide anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Auf-

gebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 13. Oktober 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

58. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß die dem inzwischen zu Lengensfeld u./St. verstorbenen Wollkämmer Joseph Roethe gehörige Schuldverschreibung der konsolidirten $3\frac{1}{2}$ vormalig 4%igen Staatsanleihe von 1885

Lit. F. N^o 348140 über 200 M.

angeblich im März 1895 in Lengensfeld u./St. von Kindern zerrissen worden ist.

Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Handelsmann Christoph Fischer II. zu Lengensfeld u./St. anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 14. Oktober 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

59. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 231) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß Herrn Louis Hille, Bankgeschäft in Breslau, Schuhbrücke 77, die Schuldverschreibung der konsolidirten $3\frac{1}{2}$ vormalig 4prozentigen Staatsanleihe von 1884 Lit. C. N^o 485705 über 1000 M. angeblich abhanden gekommen ist.

Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder Herrn Louis Hille anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 16. Oktober 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion zu Berlin:

Erweiterung der Abfertigungsbesugnisse und Namensänderung der Station Hankels Ablage-Zeuthen.

33. Am 1. November 1897 wird die an der Strecke Berlin, Görlitzer Bahnhof — Königs-Wusterhausen zwischen den Stationen Grünau und Königs-Wusterhausen gelegene, dem Eil- und Frachtladungverkehr bereits dienende Station Hankels Ablage-Zeuthen auch für den Wagenladungsgüterverkehr eröffnet. Von dem gleichen Tage ab wird der Stationsname „Hankels Ablage-Zeuthen“ in „Zeuthen“ geändert.

Berlin, den 8. Oktober 1897.

Königliche Eisenbahndirektion.

Ausnahme-Tarif für Düngemittel und Rohmaterialien der Kunstdüngerfabrikation.

34. Für den Bereich der preussisch-hessischen und oldenburgischen Staatsseisenbahnen, sowie deren Verkehr mit der Station Kempen der Breslau-Warschauer Eisenbahn werden mit Gültigkeit vom 20. Oktober 1897 ab in den Ausnahmetarif für Düngemittel und Rohmaterialien der Kunstdüngerfabrikation vom 1. Mai d. J.

unter A. des Waarenverzeichnisses die Artikel „Fitzabschnitzel (zur Verwendung für Fitzwaaren nicht geeignete Fitzabfälle)“ und „Lederabschnitzel (zur Verwendung für Lederwaaren nicht geeignete Lederabfälle)“ einbezogen.

Berlin, den 12. Oktober 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion
namens der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

34.

Nachweisung

der seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow auf Grund des § 2 zu 4 der Landgemeindeordnung vom 3ten Juli 1891 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirks-Grenzen für den Monat September 1897.

| Bezeichnung des
in Betracht kommenden Grundstücks. | seitherigen
Gemeinde- | künftigen
resp. Gutsbezirks. | Bemerkungen. |
|---|---|--|--|
| Die von der königlichen Regierung in Potsdam an den Büdner Gottfried Grünack und an die Maurer Karl Göres und Eduard Zienicke in Rummersdorf veräußerten Parzellen 853/304, 852/304 und 854/304 des Kartenblatts 1 der Gemarkung Rummersdorf. | Domainen-
fiskalischer
Gutsbezirk
Rummersdorf. | Gemeinde
Rummersdorf. | Kreis-Ausschlußbeschuß
vom 29. Juni 1897.
— A I. 3048. — |
| Die an den Forstfiskus abgetretenen Grundstücke des Gemeindebezirks Neuendorf: | Gemeinde
Neuendorf
h./Trebbin. | Gutsverband der
Oberförsterei
Wolkersdorf-
Scharfenbrücker
Forst, Teltower
Antheil. | Kreis-Ausschlußbeschuß
vom 24. August 1897.
— A I. 4690. — |
| 1) Neuendorfer Ruthe-Wiesen Kartenblatt 1, Abschnitt Nr 46, 47, 48 I., 48 II., 49, 119, 124, 140, 50, 54, 113, 127, 147, 51, 111, 126, 142, 52, 117, 132, 135, 53, 115, 131, 144, 55, 116, 123, 146, 56, 121, 128, 143, 57, 58, 114, 134, 145, 109, 125, 137, 110, 122, 139, 112, 129, 136, 118, 133, 141, 120, 130, 138; | | | |
| 2) Gemarkung Scharfenbrücker-Forst Kartenblatt 1, Abschnitt Nr 158/7; | | | |
| 3) Gemarkung Neuendorfer Ruthe-Wiesen, Kartenblatt 1, Abschnitt Nr 61, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 156/60, 62, 169/43, 170/45, 171/45; | | | |
| 4) Gemarkung Neuendorf h./Trebbin Kartenblatt 4, Abschnitt 88, 89, 167/83, 133/85, 132/86, 87, 169/85, 170/95, 171/96, 91, 92 I., 94 I., 97, in Gesamtgröße von 64,2081 ha; | | | |
| 5) Gemarkung Neuendorf, Kartenblatt 1, Abschnitt Nr 60 II. in Größe 5,2670 ha (von dem Schlichtermeister A. Kretschmer in Eudenwalde erworben). | | | |
| Die durch Kreis-Ausschlußbeschuß vom 7. Dezember 1896 dem Gutsbezirk Kgs. Wusterhausener Forst zugelegten Parzellen 1090/123, 1091/121, 1092/124, 1093/125 und 1094/126 Kartenblatt 1. | Gutsbezirk
Kgs. Wuster-
hausener Forst. | Gemeindebezirk
Paeg. | Kreis-Ausschlußbeschuß
vom 24. August 1897.
— A I. 4666. — |

Berlin, den 8. Oktober 1897.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Teltow.

Personal-Chronik.

Der Bürgermeister Klau in Beeskow ist zum Amtsanwalt bei dem Königl. Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Der Stadthalter August Schwarz in Mittenwalde ist zum Stellvertreter des Amtsanwalts bei dem Königl. Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Der Obeisörster Meyer in Grumfin ist zum Forstamtsanwalt bei dem Königl. Amtsgericht in Angermünde für den Forstbezirk Glandsbeck ernannt worden.

Der Regierungsupernumerar Kauf ist zum Kreissekretär bei dem Landratsamte des Kreises Teltow in Berlin ernannt worden.

Die Gemeindefullehrer Gustav Mittag und Hermann Thomas sind als Gemeindefuls-Rektoren in Berlin angestellt worden.

Der Gemeindefullehrer Vorbeer in Berlin ist als Vorschullehrer am Prinz Heinrichs-Gymnasium in Schöneberg angestellt worden.

Die wissenschaftlichen Hilfslehrer Busch, Kühn und Dr. Pralle sind als Oberlehrer am Gymnasium in Steglitz angestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Strohmeyer ist als Oberlehrer an der Realschule in Steglitz angestellt worden.

Bermischte Nachrichten.

Für die das hiesige Handels-, Genossenschafts- und Börsenregister betreffenden Bekanntmachungen wird an Stelle der „Charlottenburger Zeitung“, welche zu erscheinen aufgehört hat, für den Rest des Jahres die „Charlottenburger Zeitung Neue Zeit“ bestimmt.

Charlottenburg, den 4. Oktober 1897.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung 14.

Bekanntmachung.

Der Gerichtstag in Regim am 2. November d. J. fällt aus.

Potsdam, den 13. Oktober 1897.

Königliches Amtsgericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
lauf. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Verurteilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|---|--|--|--|---|--|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Adolf Ullmann,
Biehhändler, | geboren am 17. März 1833 zu Dobrowitz, Bezirk Jungbunzlau, Böhmen, österreichisch. Staatsangehöriger, | schwerer Diebstahl (vier Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 29. November 1893), | Königlich bayerisches Bezirksamt Donauwörth, | 30. August 1897. |
| b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Jakob Paß, Tagner, | geboren am 31. Mai 1860 zu Carnail, Oesterreich, österreich. Staatsangehöriger, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straßburg, | 30. August 1897. |
| 2 | Anna Lichtmann-egger, ledige Dienstmagd, | geboren im Jahre 1864 zu Going, Bezirk Rißbüchel, Tirol, ortsangehörig ebendasselbst, | gewerbsmäßige Unzucht, | Königlich bayerische Polizei-Direktion München, | 19. August 1897. |
| 3 | Gustav Lorenz, Malergehülfe, | geboren am 15. August 1854 zu Eulenberg, Oesterreich, österreich. Staatsangehöriger, | Betteln, | Polizeibehörde zu Hamburg, | 18. August 1897. |
| 4 | Wenzel Springl, (Spryngl), Handarbeiter, | geboren am 6. Mai 1872 zu Stradonitz, Bezirk Klagenfurt, Kärnten, | desgleichen, | Königlich sächsischer Kreishauptmannschaft Dresden, | 11. August 1897. |
| 5 | Josef Beltrami (Beltrani), Arbeiter, | geboren am 21. September 1863 zu Bescovato, Provinz Cremona, Italien, italienischer Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Neß, | 14. Sept. 1897. |
| 6 | Josef Haberer, Modellstecher, | geboren am 11. Februar 1879 zu Wien, ortsangehörig zu Baden bei Wien, | desgleichen, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf, | 13. Sept. 1897. |

| Nr.
auf. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
der
Ausweisungs-
Verfügung. |
|-----------------|---|---|---|---|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 7 | Vinzenz Markl,
Maurer, | geboren am 14. März
1865 zu Neumühl,
Bezirk Auspitz, Mäh-
ren, österreichischer
Staatsangehöriger, | Betteln,

Diebstahl u. Landstreichen, | Stadtmagistrat
Traunstein, Bayern, | 17. August
1897. |
| 8 | Alter Rosenblum,
Handelsmann, | angeblich 38 Jahre alt,
aus Gombin, Kreis
Gostynin, Gouverne-
ment Warschau, | | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Cassel, | 8. Sept.
1897. |
| 9 | Wenzel Scharif,
Schneider, | geboren am 17. De-
zember 1854 zu Kne-
sew, Bezirk Blattna,
Böhmen, österreichisch.
Staatsangehöriger, | Betteln, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Passau, | 14. August
1897. |
| 10 | Emil Vagnon,
Dienstnecht, | geboren am 5. Novem-
ber 1865 zu Toul,
Frankreich, französischer
Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Colmar, | 22. Sept.
1897. |
| 11 | Wilhelm Müller,
Schlossergeselle, | geboren am 28. Mai
1867 zu Groß-Ullers-
dorf, Bezirk Olmütz,
Mähren, österreichischer
Staatsangehöriger, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 21. Sept.
1897. |
| 12 | Franz Peter,
Fabrikarbeiter, | geboren am 22. No-
vember 1852 zu Tulln
bei Wien, österr. österr.
Staatsangehöriger, | Landstreichen und Betteln, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Roding, | 13. Sept.
1897. |
| 13 | Franz Hermann
Kadas, Tischler, | geboren am 28. August
1846 zu Krakau, Ga-
lizien, ortsangehörig
ebendaselbst, | Betteln, | Königlich sächsische
Kreishauptmann-
schaft Leipzig, | 28. August
1897. |
| 14 | Johann Reindl,
Dienstnecht, | geboren am 19. Juli
1879 zu Untergreith,
ortsangehörig in Bir-
feld, Bezirk Weiz,
Steiermark, | Landstreichen, Betteln und
falsche Namensangabe, | Königlich bayerische
Polizei-Direktion
München, | 4. Sept.
1897. |
| 15 | Alexander Rose,
Kesselschmied, | geboren am 18. April
1864 zu Emmen,
Niederlande, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Hannover, | 16. Sept.
1897. |
| 16 | Alois Sturm,
Färbergeselle, | geboren am 7. Februar
1851 zu Millendorf,
Bezirk Freudenthal,
Oesterreich. = Schlesien,
ortsangehörig ebendas., | desgleichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Tübingen, | 21. August
1897. |
| 17 | Andreas Svenning-
sen, Schmied (Arbeiter), | geboren am 12. Mai
1842 zu Kopenhagen,
ortsangehörig ebendas., | desgleichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Hildesheim, | 20. Sept.
1897. |

Hierzu fünf öffentliche Anzeigen.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.

Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 44.

Den 29. Oktober

1897.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 43.) **Nr. 2421.** Bekanntmachung, betreffend die Anzeigepflicht für die Geflügelcholera. Vom 2. Oktober 1897.

(Stück 44.) **Nr. 2422.** Bekanntmachung, betreffend die dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügte Liste. Vom 4. Oktober 1897.

(Stück 45.) **Nr. 2423.** Zusätze vom 4. Mai 1896, durch welche die Artikel 2, 3, 5, 7, 12 und 20 der Uebereinkunft vom 9. September 1886 und die Nummern 1 und 4 des zugehörigen Schlussprotokolls abgeändert werden.

Nr. 2424. Deklaration, durch welche gewisse Bestimmungen der Berner Uebereinkunft vom 9. September 1886 und der am 4. Mai 1896 zu Paris unterzeichneten Zusätze erläutert werden.

(Stück 46.) **Nr. 2425.** Bekanntmachung, betreffend die Anzeigepflicht für die Geflügelcholera. Vom 15. Oktober 1897.

Nr. 2426. Bekanntmachung, betreffend Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe. Vom 16. Oktober 1897.

Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preussischen Staaten.

(Stück 41.) **Nr. 9947.** Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Homburg vor der Höhe und Frankfurt am Main. Vom 14ten September 1897.

Nr. 9948. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Albenhoven, Rheinbach, Adenau, Castellau, Sinzig, Saarlouis, Lebach, Wittburg, Prüm, Pölsheim, Waxweiler, Daun und Saarlouis. Vom 17. September 1897.

(Stück 42.) **Nr. 9949.** Verordnung, betreffend die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte und den Instanzenzug für Streitigkeiten, welche nach reichsgesetzlicher Vorschrift im Verwaltungsstreitverfahren zu entscheiden sind. Vom 19. August 1897.

Nr. 9950. Allerhöchster Erlass vom 26. September 1897, betreffend die Uebertragung von Strafniederschlagungs- und Strafmilderungs-Befugnissen in Zoll- und Steuersachen.

(Stück 43.) **Nr. 9951.** Verordnung wegen Ergänzung der Verordnung, betreffend den Uebergang der Verwaltung der Angelegenheiten der evangelischen

Landeskirche auf den Evangelischen Ober-Kirchenrath und die Konsistorien der acht Älteren Provinzen der Monarchie, vom 5. September 1877. Vom 25. September 1897.

Nr. 9952. Verordnung über die Ausübung der Rechte des Staats gegenüber der evangelischen Landeskirche in den Hohenzollernschen Landen. Vom 25. September 1897.

Nr. 9953. Verordnung, betreffend den Uebergang der Verwaltung der Angelegenheiten der evangelischen Landeskirche in den Hohenzollernschen Landen auf den Evangelischen Ober-Kirchenrath und das Konsistorium der Rheinprovinz. Vom 25. September 1897.

(Stück 44.) **Nr. 9954.** Allerhöchster Erlass vom 28. September 1897, betreffend die Errichtung von Stellen für versicherungstechnische Beamte im Ressort des Ministeriums des Innern.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Bekanntmachung.

29. Zur Ausbildung von Turnlehrerinnen wird auch im Jahre 1898 ein etwa drei Monate währende Kursus in der Königl. Turnlehrer-Bildungsanstalt in Berlin abgehalten werden. Termin zur Eröffnung desselben ist auf **Freitag, den 1. April f. J.** anberaumt worden. Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens **bis zum 15. Januar f. J.**, Meldungen anderer Bewerberinnen bei derjenigen Königl. Regierung, in deren Bezirk die Betreffende wohnt, ebenfalls **bis zum 15. Januar f. J.** anzubringen. Die in Berlin wohnenden in keinem Lehramte stehenden Bewerberinnen haben ihre Meldungen bei dem Königl. Polizei-Präsidium in Berlin ebenfalls **bis zum 15. Januar f. J.** anzubringen. Den Meldungen sind die im § 3 der Aufnahmebestimmungen vom 15ten Mai 1894 bezeichneten Schriftstücke **geheftet beizufügen**, die Meldung selbst ist aber mit diesen Schriftstücken **nicht zusammenzubringen**.
Berlin, den 12. Oktober 1897.

Der Minister

der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Bekanntmachung.

235. In der Zeit vom 1. November d. J. bis 1. April n. J. darf die Strangbrücke bei Werder a. H. wegen des staufindenden Neubaus von den

Schiffsgesäßen nur mit niedergelegtem Mast durchfahren werden.

Potsdam, den 21. Oktober 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

236. Die Eisenbahndrehbrücke über die Havelbucht bei Potsdam wird während der Wintermonate bis Ende März 1898 zu nachstehend aufgeführten Zeiten für die Schifffahrt geöffnet sein:

1. Von 12,01 bis 12,27 Uhr Nm.
2. " 2,55 " 3,25 " "
3. " 6,42 " 7,05 " "

(solange noch Tagesthelle herrscht).

Zu 1—3. An Sonn- und Festtagen darf die Brücke beim Verkehren der Bedarfszüge und an Tagen beim Verkehren der Bedarfszüge 905 M. und 3516 während der zu 1—3 festgesetzten Zeiten nicht geöffnet werden.

Durch Verspätungen fahrplanmäßiger Züge, Ablassung von Bedarfs- oder Sonderzügen, Maschinensfahrten, sowie alle sonstige Betriebszufälle werden die vorstehend festgesetzten Öffnungszeiten selbstverständlich beschränkt.

Potsdam, den 21. Oktober 1897.

Der Regierungspräsident.

237. Polizeiverordnung.

betreffend den Verkehr auf der Kleinbahn Kyritz-Perleberg.

Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195 ff.) und in Gemäßheit der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) wird im Einverständnis mit der Eisenbahnbehörde und unter Zustimmung des Bezirksausschusses für den Verkehr auf der Kleinbahn Kyritz-Perleberg mit Abzweigung nach Bredbin folgende Polizei-Verordnung erlassen:

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Die Eisenbahnreisenden und das sonstige Publikum müssen den allgemeinen Anordnungen nachkommen, welche von der Bahnverwaltung beaufs. Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb des Bahngebietes und bei der Beförderung von Personen und Sachen getroffen werden, und haben den dienstlichen Anordnungen der in Uniform befindlichen oder mit einem Dienstabzeichen oder einem sonstigen Ausweis über ihre amtliche Eigenschaft versehenen Bahnpolizeibeamten Folge zu leisten.

Betreten der Bahnanlagen und der Stationen, Bahnbeschädigungen und Betriebsstörungen, sowie Verhalten der Reisenden beim Ein- und Aussteigen und während der Fahrt,

§ 2. 1) Das Betreten der Bahn, soweit sie nicht zugleich als Weg dient, sowie das Betreten der zur Bahn gehörigen Böschungen, Dämme, Gräben, Brücken und sonstigen Anlagen ist ohne Erlaubnisskarte nur den Aufsichtsbehörden und deren Vertretern, den in der Ausübung ihres Dienstes befind-

lichen Beamten der Staatsanwaltschaften, den Forstschutz- und Polizei-Beamten, den zur Wahrnehmung des Zoll-, Steuer- oder Telegraphendienstes innerhalb des Bahngebietes berufenen Beamten, sowie den zu Befestigungen dienstlich eingesetzten deutschen Offizieren gestattet. Die bezeichneten Personen haben, sofern sie nicht durch ihre Uniform kenntlich sind, sich durch eine Bescheinigung ihrer vorgesetzten Dienstbehörde auf Erfordern auszuweisen.

- 2) Das Publikum darf die Bahn nur an den zu Uebergängen bestimmten Stellen betreten und zwar nur so lange, als sich kein Zug nähert.
- 3) In allen Fällen ist jeder unnötige Aufenthalt von Personen auf den Bahnanlagen zu vermeiden.
- 4) Für das Betreten der Bahn und der dazu gehörigen Anlagen, soweit dieselben nicht zugleich als Weg dienen, durch Vieh, bleibt derjenige verantwortlich, welchem die Aufsicht über dasselbe obliegt.
- 5) Sobald sich ein Zug nähert, müssen Fuhrwerke, Reiter, Fußgänger, Treiber von Vieh und Kastrieren in angemessener Entfernung von der Bahn, und zwar, sofern Warnungstafeln vorhanden sind, an diesen halten, beziehungsweise die Bahn schnell räumen.
- 6) Jede Beschädigung der Bahn und der dazu gehörigen Anlagen mit Einschluß der Telegraphen, sowie der Betriebsmittel nebst Zubehör, ingleichen das Auflegen von Steinen, Holz und sonstigen Sachen auf das Planum, das Anbringen sonstiger Fahrthindernisse, sowie das eigenmächtige Öffnen und Ueberschreiten der Schranken oder sonstigen Einfriedigungen ist verboten, ebenso die Erregung falschen Alarms, die Nachahmung von Signalen, die Verstellung von Ausweichvorrichtungen und überhaupt die Vornahme aller den Betrieb störenden Handlungen.
- 7) Solange ein Zug sich in Bewegung befindet, ist das Ein- und Aussteigen und der Versuch dazu, sowie das eigenmächtige Öffnen der an den Langseiten der Wagen befindlichen Thüren verboten.
- 8) Es ist untersagt, Gegenstände, durch welche Personen oder Sachen beschädigt werden können, während der Fahrt aus dem Wagen zu werfen.
- 9) Feuergefährliche, sowie andere Gegenstände, die auf irgend eine Weise Schaden verursachen können, insbesondere geladene Gewehre, Schießpulver, leicht entzündliche Stoffe und dergleichen, sind von der Mitnahme ausgeschlossen.

Die Eisenbahnbediensteten sind berechtigt, sich von der Beschaffenheit der mitgenommenen Gegenstände zu überzeugen.

Jägern und im öffentlichen Dienste stehenden Personen ist die Mitführung von Handmunition gestattet.

Bestrafung von Uebertretungen.

§ 3. Uebertretungen dieser Polizei-Verordnung werden, soweit nicht sonstige weitergehende Straf-

bestimmungen Platz greifen, mit einer Geldstrafe bis zu 60 Mark oder im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft geahndet.

§ 4. Diese Polizei-Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Potsdam, den 25. Oktober 1897.

Der Regierungspräsident.

Brauerei- und Mälzerei-Vereinsgenossenschaft.

238. Der Ingenieur Albert Behr zu Berlin NW., Lübederstraße Nr. 28, ist als Beauftragter für die Sektion VI. Berlin der Brauerei- und Mälzerei-Vereinsgenossenschaft angestellt worden.

Potsdam, den 25. Oktober 1897.

Der Regierungspräsident.

V i e s u c h e n

239. **Ausgebrochen:**

a. Milzbrand. Kreis Niederbarnim: bei einer Kuh des Kossäthen Futter in Schönau. Kreis Westhavelland: bei je einer Kuh des Rittergutsbesizers v. Knoblauch in Buschow und des Kossäthen Schönlade in Liegow.

b. Rauschbrand. Kreis Westprignitz: bei einer Kuh des Arbeiters Rohst in Seedorf; das Thier ist verendet.

c. Maul- und Klauenseuche. Kreis Oberbarnim: unter den Viehbeständen des Gutsbesizers Wahlig in Alt-Briesen und der Frau Eigenthümer Kreis in Wubrigsberg. Kreis Ostprignitz: unter dem Rindviehbestande des Schmiedemeisters Köppe in Blumenthal.

d. Brustseuche. Kreis Angermünde: unter den Pferden der 2. Eskadron des Dragoner-Regiments Nr. 2 in Schwedt a. O. Kreis Teltow: unter den Pferden des Aderbürgers Wilhelm Woff in Teltow. Kreis Osthavelland: auf der Domaine Lobeoffund.

e. Geflügelcholera. Kreis Teltow: unter den Hühnern des Viehhändlers Kaupel in Nowawes; ist inzwischen wieder erloschen. Kreis Osthavelland: unter den Hühnern des Rittergutsbesizers Brandhorst-Sagkorn auf Sagkorn. Kreis Westhavelland: unter der Entenherde des Schiffseigners Schlobe in Pripperbe. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: bei 4 Gänzen, welche von einem unbekannten Händler in Beelitz gekauft und in Barbenitz eingeführt worden sind.

Erlöschen:

a. Milzbrand. Kreis Teltow: unter den Kühen des Rittergutsbesizers Israel in Schulzendorf und des Molkereibesizers Sauerland in Sübende. Kreis Prenzlau: bei einem Kalbe des Dominiums Neuenfund.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Ostprignitz: unter dem Rindviehbestande des Ritterguts-pächters Viebig in Horst.

c. Brustseuche: Unter den Pferden der 3. Batterie 2. Garde-Feldartillerie-Regiments und der 3. und 5. Eskadron des Regiments der Gardes-du-Corps. Kreis Teltow: unter den Pferden des Aderbürgers Wilhelm Berger und Gustav Lehmann in Teltow. Kreis

Prenzlau: unter dem Pferdebestande des Dominiums Schmarow.

d. Geflügelcholera. Kreis Niederbarnim: die Seuche ist in Rummelsburg erloschen.

Potsdam, den 26. Oktober 1897.

Der Regierungspräsident.

**Bekanntmachungen des Königlichen
Polizei-Präsidenten zu Berlin.**

Bekanntmachung.

75. Nachstehend bringe ich die Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe in Preußen für die in Wien ansässige Aktiengesellschaft „Goldbühne Tiegelgussstahlfabrik“, sowie einen Auszug aus den Statuten dieser Gesellschaft mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniss, daß der Ingenieur Julius Fischer hiersebst, Schützenstraße 67, zum Generalbevollmächtigten der Gesellschaft für Preußen ernannt worden ist.

Berlin, den 22. Oktober 1897.

Der Polizeipräsident
von Windheim.

*

*

Der in Wien *ansässigen Aktiengesellschaft „Goldbühne Tiegelgussstahlfabrik“ wird die Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe in Preußen auf Grund des § 18 der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 in der Fassung des Gesetzes vom 22. Juni 1861 (§ 12 der Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1869 in der Fassung des Reichsgesetzes vom 1. Juli 1883 Reichsgesetzblatt Seite 177 ff.) hiermit unter folgenden Bedingungen erteilt:

- 1) die Erlaubnis und ein von dem Königlichen Polizei-Präsidenten in Berlin festzustellender Auszug des Statuts und etwaige Aenderungen der in diesem Auszuge enthaltenen Bestimmungen sind auf Kosten der Gesellschaft in dem Amtsblatte der Königlichen Regierung zu Potsdam in deutscher Uebersetzung zu öffentlicher Kenntniss zu bringen,
- 2) von jeder Aenderung oder Ergänzung des Statuts ist dem Königlich Preussischen Minister für Handel und Gewerbe sofort Anzeige zu erstatten,
- 3) in allen Prospekten und Bekanntmachungen der Gesellschaft ist als Gesellschafts-Vermögen und Grundkapital nur das wirklich gezeichnete Aktienkapital anzuführen,
- 4) die Gesellschaft ist verpflichtet, in Berlin eine Zweigniederlassung mit einem Geschäftslokale und einem dort ansässigen General-Bevollmächtigten zu begründen und von diesem Orte aus regelmäßig ihre Verträge mit Preussischen Unterthanen abzuschließen, sowie auch wegen aller aus ihren Geschäften mit solchen entstehenden Verbindlichkeiten bei den Gerichten jenes Orts als Beklagte Recht zu nehmen,
- 5) dem Königlichen Polizei-Präsidenten in Berlin ist in den ersten vier Monaten jedes Geschäftsjahrs
 - a. der allgemeine Rechnungsabluß der Gesellschaft,
 - b. ein besonderer Rechnungsabluß der Preuss-

ischen Geschäftsniederlassung, in welcher das in Preußen befindliche Vermögen abge sondert von dem übrigen Vermögen nachzuweisen ist, einzu reichen.

Dem genannten Königlich Polizeipräsidenten bleibt vorbehalten, nähere Grundsätze für die Aufstellung des besonderen Rechnungsabschlusses festzusetzen und nähere Erläuterungen über die darin aufzunehmenden Eintragungen zu verlangen.

- 6) der Generalbevollmächtigte hat sich auf Erfordern des Königlich Polizeipräsidenten in Berlin zum Vortheile sämmtlicher Preussischen Gläubiger der Gesellschaft persönlich und erforderlichen Falls unter Stellung zulänglicher Sicherheit zu verpflichten, für die Richtigkeit des eingereichten besonderen Rechnungsabschlusses einzustehen,
- 7) die Erlaubniß kann zu jeder Zeit und ohne daß es der Angabe von Gründen bedarf, nach dem Ermessen der Königlich Preussischen Staatsregierung zurückgenommen und für erloschen erklärt werden,
- 8) die Befugniß zum Erwerbe von Grundeigenthum in Preußen wird nicht schon durch diese Erlaubniß, sondern erst durch besondere, in jedem einzelnen Falle nachzuforschende landesherrliche Genehmigung erlangt.

Berlin, den 14. Juni 1897.

L. S.

Der Königlich Preussische Minister für Handel und Gewerbe.

Im Auftrage
gez. Lüders.

Erlaubniß

zum Geschäftsbetriebe in Preußen für die in Wien ansässige Actien-Gesellschaft „Voldihütte Tiegelgußstahl-Fabrik“.

I. A. 2297.

Beglaubigter Auszug aus den Statuten der Voldihütte, Tiegelgußstahl-Fabrik.

I. Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.

Unter der Firma „Voldihütte, Tiegelgußstahl-Fabrik“ besteht eine Actien-Gesellschaft, die ihren Sitz in Wien hat, in ihrer Dauer uneingeschränkt ist, und zur Errichtung von Filialen (Zweigniederlassungen) im In- und Auslande unter Beobachtung der einschlägigen einheimischen, beziehungsweise im Auslande bestehenden Vorschriften berechtigt ist.

Die Gesellschafts-Firma ist in dem Handelsregister des k. k. Handelsregisters Wien eingetragen und wird von zwei Mitgliedern des Verwaltungsrathes oder einem Mitgliede des Verwaltungsrathes und einem mit der Procura der Gesellschaft versehenen Beamten, und zwar von diesem mit dem Beisatze „per procura“

gezeichnet. Im Falle der Registrirung einer Filiale der Gesellschaft im Auslande hat die Firma für dieselbe einen die Filiale und den Ort bezeichnenden Zusatz zu enthalten, und ist die Firma für die Filiale mit diesem Beisatze zu zeichnen. — Für den Fall der Errichtung von Zweigniederlassungen in Berlin oder in Moskau hat die Firma Voldihütte, Tiegelgußstahl-Fabrik, somit den Beisatz „Filiale Berlin“, rücksichtlich „Filiale Moskau“ zu erhalten, und ist die Firma für diese Filialen mit diesem Beisatze zu zeichnen.

§ 2.

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung einer Gußstahlhütte sammt Zubehör auf einem nächst Kladno in Böhmen anzukaufenden Grundstücke und sodann in dieser Fabrik die Herstellung von geschmiedetem und gewalztem Tiegelgußstahl für Werkzeuge, Gewehrläufe, Maschinentheile, Heilen, Drahtseile, Sensen und Messer, sowie der Handel mit Stahl und der Betrieb anderer damit zusammenhängender Geschäftszweige.

§ 3.

Die von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen werden rechtswirksam durch einmalige Einschaltung in die amtliche „Wiener Zeitung“ und im Falle der Errichtung von Filialen im Auslande in den betreffenden Amtsblättern des Ortes der Zweigniederlassung, im Falle der Begründung einer Filiale in Berlin aber im „Deutschen Reichs- und königlich preussischen Staatsanzeiger“ veröffentlicht.

II. Abschnitt.

Grundcapital, Actien.

§ 4.

Das Actiencapital der Gesellschaft, welches ursprünglich mit achthunderttausend Gulden, zertheilt in viertausend Stück auf den Inhaber lautende, voll eingezahlte Actien à zweihundert Gulden österreichischer Währung festgesetzt war, wurde infolge des Beschlusses der Generalversammlung vom 15. Mai 1891 durch Ausgabe von dreitausendfünfhundert Stück neuer Actien à zweihundert Gulden österreichischer Währung und infolge Generalversammlungsbeschlusses vom 30. Januar 1895 durch Ausgabe weiterer siebentausendfünfhundert Stück neuer Actien à zweihundert Gulden österreichischer Währung erhöht, und beträgt demnach gegenwärtig drei Millionen Gulden österreichischer Währung, zertheilt in fünfzehntausend Stück auf Inhaber lautende, volleingezahlte, mit Coupons und Talons versehene Actien à zweihundert Gulden österreichischer Währung.

Die Actien werden aus einem Jurtenbuche ausgeschnitten und statutenmäßig unterzeichnet.

Dieselben werden mit fortlaufenden Nummern versehen, sie sind untheilbar und anerkennt die Gesellschaft für jede Actie nur einen Eigentümer.

III. Abschnitt.

Verwaltungsorgane.

§ 5.

Die Gesellschaft besorgt ihre Angelegenheiten durch:

- 1) die Generalversammlung;
- 2) den Verwaltungsrath;

- 3) den Director;
4) den Revisionsauschuß.

A. Die Generalversammlung.

§ 6.

Die Generalversammlung vertritt die Gesamtheit der Actionäre.

An derselben können nur jene Actionäre theilnehmen, welche den Besitz von wenigstens zehn Actien nachgewiesen haben. Der Besitz von zehn Actien gibt das Recht auf eine Stimme.

Die Actionäre können hierbei persönlich erscheinen oder sich durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen. Dieser muß aber selbst ein stimmfähiges Mitglied der Generalversammlung sein.

Kein Actionär kann im eigenen und im Vollmachtsnamen mehr als zusammen 100 Stimmen in sich vereinigen.

§ 7 x.

§ 8.

Alljährlich findet in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres die von dem Verwaltungsrathe einzuberufende ordentliche Generalversammlung der Actionäre am Sitze der Gesellschaft statt.

Außerordentliche Generalversammlungen können so oft stattfinden, als der Verwaltungsrath sie für erforderlich erachtet und selbe sind auch dann einzuberufen, wenn ein oder mehrere stimmberechtigte Actionäre, deren Actien mindestens den fünften Theil des Actienkapitals repräsentieren und von ihnen im Sinne des § 10 repräsentiert werden, unter Angabe des zur Verhandlung vorgeschlagenen Gegenstandes in einer von ihrer unterzeichneten Eingabe beim Verwaltungsrathe darauf antragen.

Der Verwaltungsrath hat längstens 14 Tage nach Empfang dieses Antrages die außerordentliche Generalversammlung auszuschreiben.

§ 9.

Die Einberufung der Generalversammlung geschieht mittelst Kundmachung durch die im § 3 bezeichneten Zeitungen und hat mindestens 14 Tage vor dem zur Abhaltung der Versammlung anberaumten Tage zu geschehen und die Gegenstände der Verhandlung bekannt zu geben.

§ 10.

Die Actionäre müssen, um der Generalversammlung beizuhören zu können, wenigstens acht Tage vor dem Zusammentritte derselben ihre Actien nebst den nicht fälligen Coupons, auf deren Grund sie ihr Stimmrecht ausüben wollen, am Sitze der Gesellschaft oder bei den vom Verwaltungsrathe bekannt gegebenen Erlagstellen hinterlegen und erhalten eine Legitimationskarte, welche auf den Namen lautet, die Zahl der hinterlegten Actien und die auf den Inhaber derselben entfallende Stimmenzahl ausweist und nur für die bezeichnete Person oder für deren gehörig Bevollmächtigten gilt.

§ 11—15 x.

§ 16.

Der Verhandlung und Beschlußfassung der Ge-

neralversammlung sind folgende Gegenstände vorbehalten:

- a. die Genehmigung der Jahresrechnungen;
 - b. der Beschluß über die Vertheilung des Geschäftsertragnisses;
 - c. die Bestimmungen der Zahl und die Wahl des Verwaltungsrathes;
 - d. die Wahl der Rechnungs-Revisoren und des Ersatzmannes;
 - e. die Verpachtung oder Veräußerung der Fabriken und die Aufnahme von Hypothekendarlehen;
 - f. die Abänderung von Statuten;
 - g. die Auflösung der Gesellschaft.
- Zur Gültigkeit der Beschlüsse betreffs Abänderung der Statuten ist die Genehmigung der hohen Staatsverwaltung erforderlich.

§ 17 x.

B. Der Verwaltungsrath.

§ 18.

Der Verwaltungsrath bildet den Vorstand der Gesellschaft im Sinne der Artikel 227—241 des H. G. B.

§ 19.

Der Verwaltungsrath, welcher aus mindestens fünf und höchstens zehn Mitgliedern zu bestehen hat, wird von der Generalversammlung für die Dauer von drei Jahren gewählt.

Die gewählten Mitglieder des Verwaltungsrathes werden durch die „Wiener Zeitung“ bekannt gemacht und alsbald nach ihrer Bestellung zur Eintragung in die Handelsregister angemeldet.

§ 20—22 x.

§ 23.

Der Verwaltungsrath wählt aus seiner Mitte jährlich einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben.

Jeder von diesen ist immer wieder wählbar. Bei gleichzeitiger Abwesenheit des Vorsitzenden und des Stellvertreters betraut der Verwaltungsrath jeweilig eines seiner Mitglieder mit dem Amte eines Vorsitzenden.

§ 24 x.

§ 25.

Der Verwaltungsrath beschließt seine eigene Geschäftsordnung, ernennt den Director und im Einvernehmen mit demselben dessen Stellvertreter.

Er ist berechtigt, Angestellten der Gesellschaft die Procura zu erteilen.

§ 26 und 27 x.

C. Der Director.

§ 28.

Der Director ist das vollziehende Organ des Verwaltungsrathes. Er besorgt die Geschäfte der Gesellschaft, unbeschadet der Bestimmungen der Art. 231 und 234 des H. G. B., in jenem Umfange, in welchem ihm der Betrieb von Geschäften der Gesellschaft, sowie die Vertretung derselben in Bezug auf diese Geschäftsführung vom Verwaltungsrathe zugewiesen wird.

Der Director kann auch Mitglied des Verwaltungsrathes sein.

D. Rechnungs-Revisoren.

§ 29.

Die Generalversammlung wählt alljährlich zwei Revisoren und einen Ersagmann aus den der Verwaltung nicht angehörenden stimmberechtigten Actionären zur Prüfung der Gesellschaftsrechnungen.

Nur im Falle der Verhinderung eines Revisors tritt der Ersagmann in Funktion.

Die Revisoren sind berechtigt, von den Büchern Einsicht zu nehmen und von den Rechnungslegern die ihnen nöthig scheinenden Aufklärungen zu verlangen.

Dieselben haben die Jahresrechnungen, die Bilanzen und die Vorschläge des Verwaltungsrathes betreffs der Gewinnvertheilung zu prüfen und hierüber der ordentlichen Generalversammlung ihren Besund vorzulegen.

IV. Abschnitt.

Bilanz, Gewinnvertheilung, Reserverfond.

§ 30.

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft beginnt am 1. Jänner und endet mit 31. December jeden Jahres.

§ 31 u.

§ 32.

Aus dem Reingewinn, welcher sich nach Abschlag aller Erhaltungs-, Betriebs- und Verwaltungsauslagen und der Abschreibungen ergibt, werden vor Allem fünf Procent auf das eingezahlte Actiencapital an die Actionäre vertheilt.

Von dem nach Abzug obigen Betrages verbleibenden Gewinn werden wenigstens fünf Procent und höchstens zehn Procent dem Reserverfond zugetheilt. Der dann noch erübrigende Gewinn wird vertheilt wie folgt:

Zehn Procent erhalten die Mitglieder des Verwaltungsrathes als Lantieme. Die Vertheilung dieses Betrages unter die einzelnen Mitglieder wird durch Beschluß des Verwaltungsrathes festgesetzt.

Der verbleibende Ueberschuß wird, falls die Generalversammlung nicht eine andere Verwendung beschließt, als Superdividende an die Aktionäre vertheilt.

Die Auszahlung der Dividende, beziehungsweise Superdividende erfolgt längstens am 1. Mai jeden Jahres.

Der Verwaltungsrath hat das Recht, falls die Bilanz des ersten Halbjahres und der jeweilige Stand des Geschäftes es erlauben, auf Abschlag der Dividende des laufenden Geschäftsjahres schon am 1. November eine Theilzahlung zu leisten.

Dividenden, welche nicht binnen drei Jahren nach dem Tage, an welchem sie zahlbar waren, behoben werden, verfallen zu Gunsten des Reserverfonds der Gesellschaft.

§ 33.

Der Reserverfond wird durch die in § 32 bestimmten Zuflüsse bis zur Höhe von 20 Procent des Nominalbetrages der emittirten Aktien gebildet.

Sobald der Reserverfond diese Höhe erreicht hat und so lange er nicht unter dieselbe herabsinkt, haben die erwähnten Zuflüsse aus dem Reingewinne aufzuhören,

sind aber wieder aufzunehmen, sobald der Reserverfond unter 20 Procent des nominirten Actiencapitales herabgesunken ist.

Der Reserverfond bleibt Eigenthum der Gesellschaft und wird in den statutenmäßigen Geschäften verwendet.

Wenn in irgend einem Jahre die Reinerträge der Gesellschaft nicht hinreichen sollten, um fünf Procent auf das Actiencapital daraus zu vertheilen, so kann die Dividende über Beschluß der Generalversammlung bis zu dieser Höhe aus dem Reserverfond ergänzt werden.

Auch ist der Generalversammlung vorbehalten, auf Antrag des Verwaltungsrathes außergewöhnliche Verluste aus dem Reserverfond zu decken.

V. Abschnitt.

Auflösung der Gesellschaft.

§ 34.

Die Gesellschaft wird außer den im Artikel 242, Punkt 3 und 4 des H. G. B. bestimmten Fällen durch einen statutenmäßigen, gerichtlich oder notariell beurkundeten Beschluß der Generalversammlung aufgelöst.

Wird die Auflösung der Gesellschaft beschlossen, so hat die Generalversammlung auch über die Art der Liquidation zu beschließen und die Liquidatoren zu bestellen.

Zu Liquidatoren können Mitglieder des Verwaltungsrathes, Actionäre oder auch andere Personen gewählt werden.

Nach erfolgter Wahl der Liquidatoren hört die Wirksamkeit des Verwaltungsrathes auf.

Die Bestimmungen über die Generalversammlung und die Revisoren bleiben während der Dauer der Liquidation und bis zur Beendigung derselben mit der Modification in Kraft, daß die Einberufung der Generalversammlung durch die Liquidatoren erfolgt. Insofern die Generalversammlung keine besonderen Beschlüsse gefaßt hat, erfolgt die Liquidation nach den Bestimmungen des H. G. B., doch wird festgesetzt, daß die Veräußerung unbeweglicher Sachen ohne öffentliche Versteigerung von Seite der Liquidatoren dann geschehen kann, wenn der Minimalpreis für die zu veräußernden Objecte von der Generalversammlung vorausbestimmt oder nachträglich genehmigt worden ist.

VI. Abschnitt.

Staatliche Oberaufsicht.

§ 35.

Die Staatsverwaltung übt das ihr zustehende Aufsichtsrecht nach Maßgabe der bestehenden Gesetze aus.

Der landesfürstliche Commissär, wenn ein solcher bestellt werden sollte, ist berechtigt, in die Geschäftsbekämpfung der Gesellschaft jederzeit Einsicht zu nehmen, den Generalversammlungen, sowie den Sitzungen der gesellschaftlichen Organe beizuwohnen und alle Beschlüsse oder Verfügungen, durch welche er die Statuten oder Gesetze verletzt erachtet, zu sistiren.

Mit Rücksicht auf die hiermit verbundene Geschäftslast kann der Gesellschaft die Zahlung einer jährlichen, von der Staatsverwaltung zu bestimmenden Pauschalsumme auferlegt werden.

*

*

*

22 416.

Vorstehende Statuten, welche an die Stelle der unterm 29. Juli 1895, Z. 22 148 bestätigten Statuten treten, werden genehmigt.

Wien, am 20. Juli 1897.

gez. Babeni, m. p.

Bekanntmachungen des Staatssecretärs des Reichs-Postamts.

Bekanntmachung.

12. Vom 1. November ab sollen „Kartenbriefe“ mit eingedrucktem Werthzeichen zu 10 Pf. eingeführt und bei den Verkehrsanstalten des Reichspostgebiets zum Nennwerth verkauft werden.

Auf die Kartenbriefe finden die Vorschriften für Briefe Anwendung.

Im Privatwege hergestellte Kartenbriefe sind zulässig. Die Reichsdruckerei übernimmt für Privatpersonen die Abstempelung solcher Kartenbriefe mit dem Freimarkensstempel unter den für die Abstempelung von Postkarten geltenden Bedingungen. Die abzustempelnden Kartenbriefe müssen der Reichsdruckerei ungefalzt überwiesen werden.

Berlin W., 19. Oktober 1897.

Der Staatssecretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirection zu Berlin.

78. Bei der Ober-Postdirection in Berlin lagern folgende bei hiesigen Postanstalten an den bezeichneten Tagen ausgelieferte unanbringliche Postsendungen.

I. Briefe mit Werthangabe.

- 1) An Expedition des Lokalanzeiger hier mit 1 M. 30 Pf. vom 3. Mai 1897,
- 2) an Frau Martha Werner in Charlottenburg mit 15 M. vom 17. Mai 1897,
- 3) an Benefiziat Tolédorf in Ortelsburg mit 5 M. vom 24. Mai 1897,
- 4) an Lokal-Anzeiger hier, Zimmerstraße 41/42, mit 1 M. 40 Pf. vom 2. Juni 1897,
- 5) an Konditor Müller hier, Spandauerbrücke, mit 60 Pf. vom 9. Juni 1897,
- 6) an Adolf Kraß mit 60 Pf. vom 10. Juli 1897,
- 7) Frä. E. Hochberg in Potsdam mit 1 M. vom 12. Juli 1897,
- 8) an Berl. Lokal-Anzeiger mit 1 M. vom 13. Juli 1897,
- 9) an Alexander Kosinsky in Kiew mit 10 Rbl. vom 16. Juli 1897,
- 10) an Auguste Golinsky, Pügowstr. 70, mit 10 M. vom 17. Juli 1897,
- 11) an Georg Müller in Rattenau mit 3 M. vom 29. Juli 1897,
- 12) an Anna Rüngert hier, Rostoderstraße 12, mit 5 M., vom 10. August 1897,
- 13) an Schrandt hier, Wilhelmstraße 17, mit 1 M. vom 13. August 1897,
- 14) an Caspar Hostar in Paschitte mit 10 Gulden vom 13. August 1897,

15) an E. Brandt in Neu-Ruppin mit 70 Pf. vom 25. August 1897,

16) an N. Pages in Braunschweig mit 3 M. 25 Pf. vom 24. September 1897,

II. Postanweisungen.

- 1) nach Florenz über 20 M. 30 Pf. vom 3. Juni 1896,
- 2) nach Tripolis über 3 M. 86 Pf. vom 8. Juni 1896,
- 3) nach Brüssel über 1 M. 20 Pf. vom 24. Juni 1896,
- 4) nach Marm-Szigeth über 20 M. vom 30. Juni 1896,
- 5) nach La Valetta (Malta) über 3 Frs. = 2 M. 44 Pf. vom 3. Juli 1896,
- 6) nach Cöslin über 3 M. 5 Pf. vom 28. November 1896,
- 7) nach Hannover über 7 M. 35 Pf. vom 19. Dezember 1896,
- 8) nach Zollbrücke über 6 M. 55 Pf. vom 15. Februar 1897,
- 9) nach Braze i. B. über 60 M. 7 Pf. vom 15ten März 1897,
- 10) nach Jarfis (Posen) über 3 M. vom 29. März 1897,
- 11) an Amtsgericht II. Berlin über 5 M. vom 3ten April 1897,
- 12) nach New-York über 9 M. 97 Pf. vom 14. April 1897,
- 13) nach Wiesbaden über 10 M. vom 17. April 1897,
- 14) an L. W. B. Wilby in Bln., Friedrichstraße 41, über 2 M. 20 Pf. vom 18. April 1897,
- 15) nach Fichtenbergerstraße 7 über 7 M. 20 Pf. vom 29. April 1897,
- 16) an Erwin in Schwerin M. über 1 M. 80 Pf. vom 5. Mai 1897,
- 17) nach Friedrichsfelde über 2 M. 55 Pf. vom 7ten Mai 1897,
- 18) an Hermeyer in Hannover über 8 M. 5 Pf. vom 22. Mai 1897,
- 19) an Jenny Rebenstein hier, Lindenstraße 68, über 10 M. vom 3. Juni 1897,
- 20) an Gerichtskasse I. hier über 2 M. vom 3. Juni 1897,
- 21) an Marie Kühnlein hier, Moabit 12a., über 6 M. vom 4. Juni 1897,
- 22) an Otto Preuß Hamburg über 10 M. vom 4ten Juni 1897,
- 23) an Karl Baumann in Weißholz über 1 M. 50 Pf. vom 4. Juni 1897,
- 24) an Untersuchungsgefängniß Moabit über 5 M. vom 10. Juni 1897,
- 25) an Frau Tiedt hier, Marienburgerstraße 31, über 1 M. vom 11. Juni 1897,
- 26) an Weihe in Wiesbaden, Bierstädterstraße 26, über 55 Pf. vom 23. Juni 1897,
- 27) nach Werder (Havel) über 3 M. 10 Pf. vom 26. Juni 1897,

- 28) an Amtsgericht in Cottbus über 5 M. vom 26. Juni 1897,
- 29) an Steuerannahmestelle, Apostelkirche 7a., über 9 M. 40 Pf. vom 30. Juni 1897,
- 30) an J. Krauß, Lehrter Bf., über 5 M. 50 Pf. vom 1. Juli 1897,
- 31) an Amtsgericht Cossen^z über 1 M. 50 Pf. vom 2. Juli 1897,
- 32) nach Neuzittau über 10 M. vom 5. Juli 1897,
- 33) an Otto Preuß in Hamburg über 10 M. vom 5. Juli 1897,
- 34) an Frau Baraczynska in Charlottenburg über 3 M. vom 13. Juli 1897,
- 35) an Schles. Boden-Credit-Act.-Bank Berlin über 7 M. 25 Pf. vom 15. Juli 1897,
- 36) an Berl. Asyl-Berein über 2 M. vom 16. Juli 1897,
- 37) an Bertha Chrystall hier, Liebigstraße 16, über 2 M. 42 Pf. vom 16. Juli 1897,
- 38) an Frau Gräwer hier, Memelerstraße 78, über 5 M. 5 Pf. vom 21. Juli 1897,
- 39) an Frau Luise Pesahnke hier P. A. 20 postlagernd über 10 M. vom 24. Juli 1897,
- 40) an Ida Hoppe, Alte Jacobstraße 67, über 4 M. 55 Pf. vom 28. Juli 1897,
- 41) an Moriz Wolff hier, Alexandersstr. 30 I., über 10 M. vom 31. Juli 1897,
- 42) an A. Müller in Magdeburg über 4 M. 10 Pf. vom 3. August 1897,
- 43) an Ww. Hedwig Riegner hier, Reuenburgerstraße 37, über 3 M. 5 Pf. vom 5. August 1897,
- 44) an Frau Elisabeth Doering hier, Invalidenstraße 95, über 50 M. vom 9. August 1897,
- 45) an Frau Haut in Insterburg über 1 M. vom 9. August 1897,
- 46) an Frau Ella Schwarzmänn hier, Culmstraße 3, über 150 M. vom 16. August 1897.

Die unbekannten Absender der Briefe und Postanweisungen werden ersucht, innerhalb vier Wochen bei der Ober-Postdirection schriftlich sich zu melden. Andernfalls werden die bezeichneten Beträge der Postunterstützungskasse überwiesen werden. Berlin C., 16. Oktober 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

In Vertretung Hüttenheim.

unbestellbare Einschreibbriefe.

79. Bei der Ober-Postdirection in Berlin lagern folgende an den nachbezeichneten Tagen zur Post gegebene Einschreibbriefe.

A. Aufgeliefert in Berlin mit dem Bestimmungsorte Berlin:

an Theodor Kampfmeyer u. Bernhard Croner, Rungestr. 29, vom 10. Mai 1897, an Neumann, Adalbertstr. 14, vom 25. Mai 1897, an Eugen Bruschütz, Wollinerstr. 33, vom 25. Mai 1897, an Bertha Fricke, Alsenstr., vom 31. Mai 1897, an Frig Geduld & Co., Müllerstr. 180/6, vom 10. Juni 1897, an Th. Giese, Bellealliancestr. 90 III., vom 11. Juni 1897, an Frau Tiedke, Bauhoffstr. 3/4, vom 11. Juni

1897, an F. Pfister, Schleiermacherstr. 11, vom 14. Juni 1897, an Ivan Foerder, Planufer 1/2, vom 18. Juni 1897, an E. Bartilowski, Königsgraben 14, vom 17. Juni 1897, an Otto Schenk, Staligerstr. 22, vom 21. Juni 1897, an Krüger, Elßnerstr. 77, vom 23. Juni 1897, an Alma Roschmar, Gr. Hamburgerstr. 25, vom 24. Juni 1897, an Frau Helene Mattern, Alexandrinenstr., vom 25. Juni 1897, an Frau Bergmann, Dresdenstr. 3, vom 26. Juni 1897, an Höhne, Schwedterstr. 9, vom 26. Juni 1897, an Galle, Brunnenstr. 82, vom 27. Juni 1897, an E. Hartmann, Dennewigstr. 20, vom 27. Juni 1897, an Haagen, Deusselstr. 18, vom 27. Juni 1897, an Ede, Holzmarktstr. 37, vom 27. Juni 1897, an Zimmermann, Rüdersdorferstr. 24, vom 27. Juni 1897, an J. Musick, Kreuzigerstr. 8, vom 27. Juni 1897, an J. Musick, Kreuzigerstr. 8, vom 27. Juni 1897, an Kadeloff, Weidenweg 99, vom 28. Juni 1897, an Troschke, Planufer 4, vom 28. Juni 1897, an Ede, Holzmarktstr. 37, vom 28. Juni 1897, an Schulze, Krautstr. 22, vom 29. Juni 1897, an Zischke, Reichembergerstr. 159, vom 28. Juni 1897, an Kenz, Yorkstr. 62, vom 28. Juni 1897, an Neugebauer, Neue Grünstr. 39, vom 28. Juni 1897, an G. Altschädt, Vorgingstr. 21, vom 28. Juni 1897, an Walther, Louisenstr. 59, vom 2. Juli 1897, an Moriz Gottschalk, Kurstr. 15, vom 2. Juli 1897, an Franz Hinrichs, Neue Königstr. 57, vom 7. Juli 1897, an Emilie Knuppel, Rosenthalerstr. 27/29, vom 8. Juli 1897, an Max Beader, Badstr. 10b., vom 13. Juli 1897, an Criminal-Commissar Cohn, Alexander-Platz, vom 13. Juli 1897, an Franz Glas, Schmidstr. 7a., vom 14. Juli 1897, an E. Epstein, Tauenzienstr. 11, vom 14. Juli 1897, an C. Goetsch, Graunstr. 12, vom 15. Juli 1897, an Gustav Herfner, Prenzlauerstr. 9, vom 16. Juli 1897, an Otto Saalfeld, Invalidenstr. 55a., vom 26. Juli 1897, an Robert Ziegert, Culmstr. 22, vom 27. Juli 1897, an Anna Siebert, Elisabethstr. 12b., vom 2. August 1897, an O. B. 220, Breitestr., Vossische Zeitung, vom 2. August 1897, an E. Kitt & Co., Camphausenstr. 31, vom 3. August 1897, an Otto Thiele, Schwedterstr. 23, vom 3. August 1897, an Dppenheim, Jerusalemstr. 22, vom 3. August 1897, an Hönigk, Rostockerstr. 11, vom 6. August 1897, an E. Berthold, U. d. Linden 64, vom 10. August 1897, an Fleckenstein, Birkenstr. 66, vom 11. August 1897, an Otto Steined, Karlstr. 26, vom 14. August 1897, an Fr. S. Paul, Birkenstr. 24, vom 17. August 1897, an Cohn & Manasse, Potsdamerstr. 60, vom 25. August 1897, an Lachmann & Sied Comp., Spenerstr. 25, vom 3. September 1897.

B. Aufgeliefert in Berlin nach anderen Orten: an Eberhard Otten, Cordoba, vom 20. November 1896, an M. Stuart, Chicago (Ill.), vom 16. Februar 1897, an Marie Scheel, Johannesburg (Africa), vom 18. Februar 1897, an Sascha Goud Maurt,

Paris, vom 3. März 1897, an Erwin Wilkins, Hongkong, vom 3. März 1897, an Salvon Reper, New-York, vom 22. März 1897, an Frau Wiebold, New-York, vom 22. März 1897, an Frau Wiebold, New-York, vom 24. März 1897, an Frau Rez Josephin, Rio de Janeiro, vom 27. März 1897, an Fr. Jacoboff, Petersburg, vom 31. März 1897, an Stavane Minister Charge of the Affairs, London, vom 8. April 1897, an Anton Macziossek, St. Petersburg, vom 15. April 1897, an J. Galigenstein, Cairo, vom 27. April 1897, an H. Borstelmann, London, vom 28. April 1897, an Caroline Lieberkuhn, Dornburg, vom 29. April 1897, an Mollendorf, Wiesbaden, vom 17. Mai 1897, an Püchler, Begeborn bei Alt-Landsberg, vom 17. Mai 1897, an Fr. Knackfuß, Dresden-Blasewitz, vom 18. Mai 1897, zwei an Adelino Mender & Co., Rio de Janeiro, vom 22. Mai 1897, an A. Wopner, Bennedtsstein i. H., vom 25. Mai 1897, an Frau Große, Gr. Ottersleben, vom 26. Mai 1897, an Julius A. Petrusch, Hamburg, vom 26. Mai 1897, an Luchtenhagen, Leipzig, vom 27. Mai 1897, an Wachtmeister der Sitten-Polizei, Braunschweig, vom 28. Mai 1897, an Ad. Rabisch, Magdeburg, vom 31. Mai 1897, an Amalie Riczales, Meran, vom 3. Juni 1897, an von Windler, Köln (Rhein), vom 8. Juni 1897, an Poppe, Grimmitzschau, vom 10. Juni 1897, an Pierre Egorontschik, Petersburg, vom 10. Juni 1897, an Nadeschda, Petersburg, vom 11. Juni 1897, an A. Wenzel, Riga, vom 12. Juni 1897, an Joseph Wendelsohn, Palosch, vom 14. Juni 1897, an Martha Sampohl, Seebad Heringsdorf, vom 23. Juni 1897, an Kluge, Friedrichsberg, vom 27. Juni 1897, an Pasch'sche Eheleute, Friedrichsberg, Gürtelstr. 20, vom 28. Juni 1897, an Krüger, Leipzig-Plagwitz, vom 1. Juli 1897, an von Kaltenborn, Schwabhausen bei Güstrow, vom 1. Juli 1897, an Lieutenant Neumann, Lausitz (Pr. Sachsen), vom 2. Juli 1897, an Frau Meinhardt, Fürstenwalde (Spree), vom 2. Juli 1897, an Scheer, London, vom 2. Juli 1897, an Domke, Stettin, vom 6. Juli 1897, an Röhl, Ziegenhals, vom 14. Juli 1897, an Otto Gajewsky, Friedenau, vom 16. Juli 1897, an Nitschke, Wanssen, vom 19. Juli 1897, an H. Berg, Hamburg-Altona, vom 20. Juli 1897, an Ernst Stark, Paris, vom 21. Juli 1897, an Dr. Paul Waldfrein, Wien, vom 28. Juli 1897, an Dr. Sturm, Utach, vom 30. Juli 1897, an Wwe. Lauterbach, Wahlershäusen, vom 1. August 1897, an Ernst Brudenhaus, Barmen, vom 2. August 1897, an H. Gronwald, Groningen (Holland) vom 2. August 1897, an Frau Selma Roester, Elizabeth (New Jersey), vom 4. August 1897, an Dr. Frz. Hirsch, Olmütz, vom 4. August 1897, an Rajcsak János, Ecses (Ungarn), vom 5. August 1897, an R. Kirschbaum, Mitau, vom 7. August 1897, an Fr. Riemann (Inf.-Rgt. 47), Posen, vom 9. August 1897, an Friedrich Schlimmedat, Wildenbruch (Westpr.), vom 11. August 1897, an Frz. Dylbus, Elmshorn,

vom 18. August 1897, an Carl BIRTH, Dresden (Eisenrüdstr. 20), vom 18. August 1897, an Julie Kullfess, Hannover, vom 20. August 1897, an Arthur Koppfow, Bucurest, vom 21. August 1897, an Georg Schulze, Eberswalde, vom 23. August 1897, an Hing Nachf., Altona, vom 25. August 1897, an Lieutenant Lochner, Charlottenburg, Kantstr. 160, vom 27. August 1897, an Dr. L. Nau, Schöneberg, Hauptstr. 38, vom 30. August 1897, an Anna Grandinetta, Neapel, vom 6. Oktober 1897, an H. Henke, Falkenhagen b. Spandau, vom ?.

C. Auswärts aufgeliefert mit anderen und gleichen Bestimmungsorten:

aufgeliefert Charlottenburg an Wilhelm Peters, Berlin, Treßowstr. 12, vom 14. Juni 1897, aufgeliefert Charlottenburg an Koffe & Kerting, Weissenfer, Elbstr. 41, vom 15. Juli 1897, aufgeliefert Charlottenburg an Frau Olga Schuster, Sebastianstr. 15, vom 28. Juli 1897.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Sendungen werden ersucht, zur Empfangnahme derselben spätestens innerhalb vier Wochen bei der hiesigen Ober-Postdirektion schriftlich sich zu melden.

Berlin C., 16. Oktober 1897.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

In Vertretung: Hüttenheim.

Bekanntmachungen der Königl. Direction der Rentenbank der Provinz Brandenburg. Bekanntmachung.

21. In Gemäßheit der Bestimmungen des Gesetzes vom 2. März 1850, betreffend die Errichtung der Rentenbanken und des Gesetzes vom 7. Juli 1891, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern, wird am **16. November d. Js. Vormittags 10 Uhr** in unserem Geschäftslokale Klosterstraße 76 I. hier selbst, die Auslosung von 4%igen Rentenbriefen (Litt. A—E) und von 3½%igen Rentenbriefen (Litt. L—P), sowie die Vernichtung früher ausgeloster und eingelieferter Rentenbriefe nebst Zinscheinen unter Zuziehung der von der Provinzial-Vertretung gewählten Abgeordneten und eines Notars stattfinden.

Berlin, den 22. Oktober 1897.

Königliche Direction der Rentenbank
für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen anderer Behörden. Schiffahrtsignale auf der Elbe.

Aus einigen an der Elbe belegenen größeren Ortschaften sind wiederholt Klagen darüber eingelaufen, daß durch den ausgedehnten Gebrauch der Dampfschiffe oder Dampfheuler auf den in der Nähe der Ortschaften über Nacht liegenden Dampfschiffen die nächtliche Ruhe der Einwohnerschaft gestört werde.

Die mißbräuchliche Anwendung der Dampfschiffe erfolgt hauptsächlich in den frühen Morgenstunden zu dem Zwecke, die zur Uebernachtung an Land gegangene Schiffsmannschaft für den Schiffsdienst wieder herbeizurufen.

Die Dampfschiffsführer werden auf die Bestimmungen der §§ 2 und 41 der Polizeiordnung für die Schifffahrt und Flößerei auf der Elbe vom 18. Februar 1894 aufmerksam gemacht, wonach ein langer Pfiff mit der Dampfpeife höchstens 10 Sekunden dauern und kein Signal in anderen, als den in der Polizeiordnung vorgesehenen Fällen zur Anwendung gebracht werden darf. Die Signalgebung zum Zwecke der Herbeirufung der Schiffsmannschaft ist in der Polizeiordnung überhaupt nicht vorgesehen und daher unstatthaft.

Die Stromaufsichtsbeamten sind angewiesen, die gegen die bestehenden Bestimmungen verstoßenden Dampfschiffsführer zur Anzeige zu bringen.

Magdeburg, den 14. Oktober 1897.

Der Ober-Präsident der Provinz Sachsen
als Chef der Elbstrom-Bauverwaltung.

Personal-Chronik.

Es sind zur Hülfeleistung in den landrätlichen Geschäften zugetheilt worden: Reg.-Ass. v. Riquel dem Landrathe des Kreises Westphalensland, Reg.-Ass. Freih. v. Malsahn dem Landrathe des Kreises Ostprignitz, Reg.-Ass. Dr. v. Brakenhausen dem Landrathe des Kreises Teltow, Reg.-Ass. v. Donop dem Landrathe des Kreises Ruppin.

Im Kreise Westprignitz sind der Rittergutspächter Stubbenborff zu Zapel und der Rittergutsbesitzer Lucassen zu Pröttlin von Neuem zum Amtsvorsteher bezw. Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 6 — Pinnow — ernannt worden.

Im Kreise Teltow ist der Rittergutsbesitzer Spiekermann in Rangsdorf von Neuem zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 31 — Blankensfelde — ernannt worden.

Im Kreise Templin ist der Amtsanwalt Stavenow zu Amtsfreiheit-Camp von Neuem zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 16 — Amt Jechdenia — ernannt worden.

Im Kreise Jüterbog-Luckenwalde ist der Gemeindevorsteher Siebecke zu Ahrensdorf von Neuem zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 19 — Blankensee — ernannt worden.

Der Bauschreiberanwärter Paul Jesch ist vereidigt und der Kreisbauinspektion Freienwalde a./D. zugetheilt worden.

Der Kriminalwachtmeister Dierbach ist vom 1. November d. J. ab als Polizeikommissar bei der Königl. Polizeidirektion hieselbst fest angestellt worden.

Der in die zweite Pfarrstelle an der St.-Johannis-Kirche zu Brandenburg a./H. berufene Pfarrer Johannes Wilhelm van Randenborgh, bisher in Trier, ist zum Superintendenten der Diocese Neustadt-Brandenburg ernannt worden.

Der ordentliche Lehrer Bernhard Gloeden an der Sophienschule in Berlin ist als Oberlehrer an dieser Schule angestellt worden.

Der bisherige Gemeindefullehrer Kandidat des höheren Lehramts Lingner ist als Oberlehrer an der 12. Realschule in Berlin angestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer am Königl. Joachimsthalschen Gymnasium Siegfried Maire ist als Oberlehrer an der Realschule in Schöneberg angestellt worden.

Bermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Nachdem der Amtsgerichtssekretär Fanner und der Kanzleirath Pfauth verstorben sind, werden a. diejenigen Geschäfte, welche sich auf die Führung des Handelsregisters für Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, sowie auf die Führung des Börsenregisters beziehen, unter Mitwirkung des Amtsgerichtssekretärs Engel, b. diejenigen Geschäfte, welche sich auf die Führung des Handelsregisters für Einzel-Firmen, offene Handelsgesellschaften und Kommandit-Gesellschaften beziehen, unter Mitwirkungen des Amtsgerichtssekretärs Rothnagel, c. diejenigen Geschäfte, welche sich auf die Führung des Zeichen- und Muster-Registers beziehen, unter Mitwirkung des Amtsgerichtssekretärs Bollensdorff bearbeitet.

Berlin, den 16. Oktober 1897.

Königliches Amtsgericht I., Abtheilung 89 und 90.

Bekanntmachung.

Für das Jahr 1898 werden als Gerichtstage für Lehrin festgesetzt: der 20. und 21. Januar, der 24. und 25. Februar, der 17. und 18. März, der 21. und 22. April, der 26. und 27. Mai, der 16. und 17. Juni, der 21. und 22. Juli, der 18. und 19. August, der 21. und 22. Juli, der 18. und 19. August, der 22. und 23. September, der 20. und 21. Oktober, der 17. und 18. November, der 15. und 16. Dezember. An jedem zweiten Gerichtstage (Freitag) werden Erklärungen und Anträge in Grundbuchsachen und Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit entgegen genommen. Brandenburg, den 8. Oktober 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

77. Während des Geschäftsjahres 1898 werden die Gerichtstage zu Warnow am 3. Januar, am 7. Februar, am 7. März, am 9. Mai, am 4. Juli, am 3. Oktober, am 7. November, am 5. Dezember im Carl Müller'schen Gasthose dort abgehalten werden. Auf dem Gerichtstage können auch Anträge auf Eintragung in die Landgüter-Rolle gestellt werden.

Perleberg, den 12. Oktober 1897.

Königliches Amtsgericht.

Hierzu Fünf Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einhaltige Druckzeile 20 Pf.

Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Mittheilung der Königl. Regierung und der Stadt

Stadt 45. Den 5. Novem.

Bekanntmachung.
In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 19. (S. 157) wird bekannt gemacht, dem zu Stubbendorf, Kreis Stormarn, konstituirten Amtsdienier Tödt die Schulden konsolidirten 3½ vormalig 4% igen 876/79

13389 über 300 M. Stubbendorf abhanden gekom-

her sich im Besitze dieser gefordert, welches der Landrath oder dem (Hofstein) anzuzeigen, überfahren behufs werden wird.

Bekanntmachungen
des Königl. Regierungspräsidenten.
Bekanntmachung.
Im Anschluß an meine Bekanntmachung vom 5. Juni d. J. — Amtsblatt Nr. 24 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß der Herr Minister des Innern mittelst Erlasses vom 23. Oktober d. J. dem Komite für den Bau einer Festhalle für die

schles-
bat,
lasse
spiele
stände
75 2

241. Nachweisung der an der Pegels der Elbe und Havel im Monat September 1897 beobachteten

| Datum | Berlin | | Spanhan | | Pots-
dam | Brandenburg | | Rathenow | | 1879
nom |
|-------|-----------------|------------------|-----------------|------------------|--------------|-----------------|------------------|-----------------|------------------|-------------|
| | Ober-
Wasser | Unter-
Wasser | Ober-
Wasser | Unter-
Wasser | | Ober-
Wasser | Unter-
Wasser | Ober-
Wasser | Unter-
Wasser | |
| | Meier. | Meier. | Meier. | Meier. | | Meier. | Meier. | Meier. | Meier. | |
| 1. | 32,28 | 30,62 | 2,34 | 0,76 | 1,03 | 2,00 | 1,26 | 1,34 | 0,92 | 2,32 |
| 2. | 32,30 | 30,60 | 2,35 | 0,70 | 1,05 | 2,02 | 1,22 | 1,34 | 0,90 | 2,32 |
| 3. | 32,30 | 30,60 | 2,35 | 0,70 | 1,04 | 2,04 | 1,22 | 1,32 | 0,90 | 2,36 |
| 4. | 32,32 | 30,60 | 2,38 | 0,72 | 1,05 | 2,06 | 1,22 | 1,32 | 0,88 | 2,40 |
| 5. | 32,30 | 30,64 | 2,32 | 0,78 | 1,05 | 2,04 | 1,14 | 1,30 | 0,80 | 2,38 |
| 6. | 32,28 | 30,74 | 2,34 | 0,86 | 1,08 | 1,96 | 1,14 | 1,32 | 0,80 | 2,34 |
| 7. | 32,28 | 30,72 | 2,34 | 0,86 | 1,12 | 2,04 | 1,16 | 1,32 | 0,80 | 2,30 |
| 8. | 32,28 | 30,70 | 2,34 | 0,90 | 1,14 | 2,06 | 1,18 | 1,32 | 0,80 | 2,24 |
| 9. | 32,26 | 30,72 | 2,36 | 0,86 | 1,14 | 2,10 | 1,20 | 1,32 | 0,80 | 2,20 |
| 10. | 32,26 | 30,70 | 2,37 | 0,87 | 1,15 | 2,12 | 1,24 | 1,34 | 0,80 | 2,20 |
| 11. | 32,28 | 30,70 | 2,38 | 0,86 | 1,14 | 2,10 | 1,30 | 1,34 | 0,80 | 2,20 |
| 12. | 32,26 | 30,70 | 2,38 | 0,86 | 1,14 | 2,12 | 1,30 | 1,34 | 0,82 | 2,18 |
| 13. | 32,26 | 30,70 | 2,40 | 0,88 | 1,15 | 2,10 | 1,34 | 1,34 | 0,84 | 2,20 |
| 14. | 32,26 | 30,64 | 2,40 | 0,84 | 1,15 | 2,08 | 1,36 | 1,34 | 0,88 | 2,26 |
| 15. | 32,26 | 30,64 | 2,39 | 0,84 | 1,14 | 2,08 | 1,38 | 1,32 | 0,88 | 2,30 |
| 16. | 32,28 | 30,64 | 2,38 | 0,82 | 1,15 | 2,08 | 1,40 | 1,34 | 0,92 | 2,40 |
| 17. | 32,28 | 30,68 | 2,38 | 0,82 | 1,13 | 2,08 | 1,40 | 1,34 | 0,94 | 2,52 |
| 18. | 32,28 | 30,64 | 2,38 | 0,84 | 1,13 | 2,08 | 1,40 | 1,34 | 0,96 | 2,62 |
| 19. | 32,28 | 30,66 | 2,38 | 0,88 | 1,13 | 2,12 | 1,40 | 1,40 | 1,06 | 2,66 |
| 20. | 32,28 | 30,70 | 2,34 | 0,90 | 1,16 | 2,16 | 1,44 | 1,40 | 1,08 | 2,68 |
| 21. | 32,28 | 30,80 | 2,36 | 1,02 | 1,20 | 2,08 | 1,46 | 1,40 | 1,08 | 2,68 |
| 22. | 32,26 | 30,74 | 2,36 | 1,00 | 1,20 | 2,06 | 1,48 | 1,42 | 1,10 | 2,68 |
| 23. | 32,28 | 30,76 | 2,34 | 1,02 | 1,24 | 2,10 | 1,52 | 1,42 | 1,10 | 2,72 |
| 24. | 32,28 | 30,76 | 2,34 | 1,01 | 1,25 | 2,14 | 1,54 | 1,44 | 1,12 | 2,84 |
| 25. | 32,28 | 30,74 | 2,36 | 1,00 | 1,23 | 2,14 | 1,56 | 1,46 | 1,14 | 2,98 |
| 26. | 32,28 | 30,74 | 2,38 | 0,96 | 1,25 | 2,20 | 1,50 | 1,48 | 1,14 | 3,04 |
| 27. | 32,26 | 30,72 | 2,38 | 0,96 | 1,25 | 2,18 | 1,58 | 1,46 | 1,14 | 3,06 |
| 28. | 32,26 | 30,72 | 2,44 | 0,96 | 1,25 | 2,16 | 1,60 | 1,48 | 1,14 | 3,02 |
| 29. | 32,26 | 30,68 | 2,44 | 0,96 | 1,25 | 2,18 | 1,62 | 1,48 | 1,16 | 2,96 |
| 30. | 32,26 | 30,68 | 2,44 | 0,94 | 1,24 | 2,18 | 1,62 | 1,52 | 1,18 | 2,88 |

Potsdam, den 27. Oktober 1897.

Der Regierungspräsident.

- 242.** Schiffahrtssperre für den Winter 1897/98:
 1) für die Zeit vom 1. Dezember 1897 bis 1. März 1898: die Schleuse zu Prenzlau;
 2) für die Zeit vom 1. Dezember 1897 bis 15. März 1898: die Schleuse zu Brandenburg;
 3) für die Zeit vom 15. Dezember 1897 bis 1. März 1898: die Schleusen zu Charlottenburg;
 4) für die Zeit vom 15. Dezember 1897 bis 1. März 1898: die Hohenstaathen-Spandauer Wasserstraße
 a. von der Pieper-Schleuse bis zur Steyer-Schleuse und
 b. von der Grafenbrücker-Schleuse bis zur Himmower-Schleuse;
 5) für die Zeit vom 1. Januar bis 15ten Februar 1898: die Rathenower Schleuse;
 6) für die Zeit vom 1. Januar bis 15ten März 1898: der Friedrich-Wilhelmskanal von der Weikenspringer bis zur Briesower Schleuse.
 Potsdam, den 27. Oktober 1897.
 Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

243. Ständige Sprechstunden der Gewerbeinspektoren an ihren Amtssitzen finden außer in den täglichen Dienststunden zu folgenden Zeiten statt:
 Gewerbeinspektion Potsdam, Marienstraße 40, (Kreise Ost- und Westhavelland, Zauch-Belzig, Stadtkreise Potsdam, Brandenburg und Spandau) an jedem Montag von 6—7 Uhr Abends und an jedem ersten und dritten Sonntag im Monat von 10—12 Uhr Vormittags.

Gewerbeinspektion Berlin I. (Potsdam) in Berlin W., Elsholzstraße 20, (Kreise Borsow, Storkow, Jüterbog-Luckenwalde und Teltow) an jedem Dienstag Nachmittags von 3—8 Uhr und an jedem ersten und dritten Sonntag im Monat von 12—2 Uhr Nachmittags.

Gewerbeinspektion Berlin II. (Potsdam) in Berlin S.W., Tempelhofer Ufer 10, (Kreise Angermünde, Niederbarnim, Oberbarnim, Prenzlau und Templin) an jedem Montag von 6—8 Uhr Abends und an jedem ersten und dritten Sonntag im Monat von 12—1 Uhr Mittags.

Gewerbeinspektion Oranienburg, Sagenstraße 1, (Kreise Ost- und Westprignitz und Ruppin) an jedem Montag von 7—9 Uhr Abends und an jedem ersten und dritten Sonntag im Monat von 12—2 Uhr Nachmittags.

Wandersprechstunden werden abgehalten:

- 1) in Brandenburg im Rathhause, Sitzungszimmer des Magistrats, an jedem ersten Mittwoch im Monat von 11—12 Uhr für Arbeitgeber, 12—1 für Arbeitnehmer;
- 2) in Regin im Rathhause, während der Ziegeleikampagne (in den Monaten April bis Oktober) an jedem zweiten Mittwoch im Monat

- 3) in Luckenwalde im Rathhause an jedem ersten Donnerstag im Monat von 11—12 Uhr für Arbeitgeber, 12—1 für Arbeitnehmer;
 - 4) in Röhren im Rathhause an jedem ersten Sonntag im Monat von 1—2 Uhr für Arbeitgeber, 2—3 für Arbeitnehmer;
 - 5) in Nieder-Schönwalde im Gemeindehause an jedem ersten Sonntag im Monat von 12 bis 1 Uhr für Arbeitgeber, 1—2 für Arbeitnehmer;
 - 6) in Eberswalde im Rathhause, Sitzungszimmer des Magistrats, am Dienstag nach dem ersten Sonntag in jedem Monat von 5—6 Uhr für Arbeitgeber, 6—7 für Arbeitnehmer;
 - 7) in Prenzlau im Landrathsamte, Sitzungssaal des Kreisauusschusses, am Mittwoch nach dem ersten Sonntag in jedem Monat von 6—7 Uhr für Arbeitgeber, 7—8 für Arbeitnehmer;
 - 8) in Schwedt a./O. im Rathhause, Zimmer des Ständesamtes, am Donnerstag nach dem ersten Sonntag in jedem Monat von 6—7 Uhr für Arbeitgeber, 7—8 für Arbeitnehmer;
 - 9) in Neu-Ruppin im Magistrats-Sitzungszimmer des Stadthauses (Zimmer 8 und 9) am vierten Freitag jeden Monats von 11—12 Uhr für Arbeitgeber, 12—1 für Arbeitnehmer;
 - 10) in Wittenberge im Magistrats-Sitzungszimmer des Stadthauses am zweiten Dienstag jeden Monats von 11—12 Uhr für Arbeitgeber, 12—1 für Arbeitnehmer.
- Potsdam, den 2. November 1897.
 Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

244. Nach einer Mittheilung des Bundestags der „Größeren Republik von Central-Amerika (Republica Mayor de Centro America)“ ist der Geheim-Kommissionsrath F. C. Glaser in Berlin zum Vize-Konsul des genannten Freistaats hierselbst ernannt worden.

Potsdam, den 1. November 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

245. Herr Hans Rastigal aus Berlin hat am 16. August d. J. einen unbekannten Mann vom Typus des Ertrinkens in der Gabel ertränkt. Diese vom Muth und Entschlossenheit zeugende That, deren glücklicher Erfolg zwar durch den späteren Selbstmord des Unbekannten verdeckelt wurde, bringe ich hierdurch öffentlich zur öffentlichen Kenntniss.

Potsdam, den 2. November 1897.

Der Regierungspräsident.

K i e b s e u c h e n.**246. Ausgebrochen:**

a. Milzbrand: Kreis Prenzlau: bei einer Färs des Dominiums Dedelow.

b. Maul- und Klauenseuche: Kreis Teltow: unter dem Rindviehbestande des Rittergutes Groß-Ziethen. Kreis Angermünde: unter dem Rindviehbestande des Rittergutes Bruchhagen.

c. Geflügelcholera: Kreis Teltow: unter dem Geflügel des Schlächters und Arbeiters Schwebt in Pessen und unter den Gänsen des Sattlermeisters Raschpichler in Sperenberg. Kreis Niederbarnim: Auf dem Bahnhofe in Nummelsburg ist am 25. v. Mts. beim Ausladen eines Transports von Gänsen der Handelsleute Frankowski zu Berlin, Bloßel und Henke zu Friedrichsberg und am 26. v. Mts. bei zwei anderen Heerden der Handelsleute Schmolling zu Berlin und Bloßel und Henke die Geflügelcholera festgestellt worden. Kreis Zauch-Belzig: die Seuche ist in der Stadt Belzig aufgetreten.

Erloschen:

a. Bruckseuche: Kreis Ruppin: unter den Pferden des Gastwirts Mölle in Herzberg.

b. Bläthenauschlag: Kreis Ruppin: in den Gemeinden Groß- und Klein-Derschau.

c. Geflügelcholera: Kreis Angermünde: in der Gemeinde Klein-Ziethen.

Potsdam, den 2. November 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.**Bekanntmachung.**

80. Der Fernspruchverkehr mit Arnswalde ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt 1 Mark.

Berlin C., 27. Oktober 1897.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Griesbach, Gehelmer Ober-Postrath.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.**Bekanntmachung.**

60. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der Wittve Friederike Braune geb. Schmidt in Alstedt die Schuldschreibung der konsolidirten 3 1/2 vormalig 4 %igen Staatsanleihe von 1884

Lit. C. Nr. 558866 über 1000 M.

angeblich abhanden gekommen ist.

Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefodert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der Wittve Braune anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 22. Oktober 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

61. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß angeblich dem zu Stubbenhörn, Kreis Stormarn, verstorbenen, pensionirten Amtsbienner Tödt die Schuldschreibung der konsolidirten 3 1/2 vormalig 4 %igen Staatsanleihe von 1876/79

Lit. E. Nr. 13389 über 300 M.

bei seinen Lebzeiten in Stubbenhörn abhanden gekommen ist.

Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefodert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Gastwirth H. Tödt in Reinfeld (Holstein) anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 18. Oktober 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

62. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß angeblich dem Schneidermeister Johann Heintz Schmidt in Gohlitz, Kreisgraben A2, die Schuldschreibung

a. der konsolidirten 3 1/2 vormalig 4 %igen Staatsanleihe

von 1882 Lit. C. Nr. 356589 über 1000 M.

D. " 372446 " 500 "

von 1884 Lit. D. " 645698 " 500 "

F. " 338071 bis 338075

über je 200 M.

b. der konsolidirten 3 1/2 %igen Staatsanleihe

von 1885 Lit. D. Nr. 24998 bis 25000

über je 500 M.

von 1889 " C. " 220594 über 1000 "

D. " 188622 239811 und

281241 über je 500 M.

von 1890 " D. " 450158 über 500 M.

von seiner Ehefrau irrthümlich verbrannt worden sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefodert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Schneidermeister Schmidt anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 25. Oktober 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.**Bekanntmachung.**

8. Der Bundesrath hat in der Sitzung vom 21. d. M. beschloffen, daß

1) die für ausgeführten und zur Essigbereitung verwendeten Branntwein zugefundene Brennsteuer-

vergütung von 0,06 M. für jedes Liter reinen Alkohols bis auf weiteres unverändert bleibt;

- 2) für denjenigen Branntwein, der mit dem allgemeinen Denaturierungsmittel denaturiert wird, vom 1. November d. J. ab statt der bisherigen Brennsteuervergütung von 0,015 M. eine solche von 0,025 M. für jedes Liter reinen Alkohols gewährt werde.

Vorstehender Beschluß wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 25. Oktober 1897.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirektion zu Berlin.

35. Am 1. Februar 1898 wird der gesamte Personenverkehr — Vorort- und Fernverkehr — von Berlin (Nordbahnhof) und Gesundbrunnen (Nordbahn) nach dem Stettiner Bahnhof und dem Bahnhof Gesundbrunnen verlegt. Vom gedachten Tage ab treten in den Fahrpreisen für gewöhnliche und Monatskarten in Folge der vom Stettiner Bahnhof in Betracht kommenden größeren Entfernungen zum Theil geringe Erhöhungen ein. Bis zum 1. Februar l. J. werden die im Voraus gelösten, ungültig werdenden Fahrkarten an den Schaltern gegen Erstattung ihres Preises zurückgenommen. Nähere Auskunft ertheilt unser Verkehrsbureau Schöneberger Ufer 1—4 Zimmer 258, das Auskunftsbureau Bahnhof Alexanderplatz und die Ausstufsstelle auf dem Anhalterischen Bahnhof.

Berlin, den 24. Oktober 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Gruppentarif III. (Berlin-Stettin).

36. Mit Gültigkeit vom 1. November 1897 gelangt zum Gruppentarif III. (Berlin-Stettin) ein Nachtrag 5 zur Ausgabe. Derselbe enthält neben sonstigen Änderungen und Ergänzungen des Haupttarifs neue Entfernungen für die Stationen Camelowisch, Goglow, Grabow a. D., Gnten-Germendorf, Jansen, Kragwief, Neu-Rubitz, Pöhlitz, Pommerensdorf, Stettin-Westend, Stören, Torney, Vullan-Bredow, Zabelsdorf und Züllchow. Die Entfernungen und Strecken für die Stationen Camelowisch, Goglow, Grabow a. D., Jansen, Kragwief, Pöhlitz, Pommerensdorf, Stettin-Westend, Torney, Vullan-Bredow, Zabelsdorf und Züllchow treten jedoch erst am Tage der Betriebsöffnung dieser Stationen, der besonders bekannt gemacht werden wird, in Kraft.

Exemplare des Nachtrages können durch die Güter-Abfertigungsstellen, sowie das Auskunftsbureau, hier Bahnhof Alexanderplatz, unentgeltlich bezogen werden.

Berlin, den 16. Oktober 1897.

Königliche Eisenbahndirektion,

zugleich Namens der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Statuten des Chausseeverbandes Wendisch-Warnow-Mellen.

35. § 1. Dem Chausseeverbande Wendisch-Warnow-Mellen gehören an die Gemeinden Warnow, Pinnow,

Pröttilin und Mellen, sowie die Gutsbezirke Pinnow, Pröttilin, Zapel und Mellen.

§ 2. Zweck des Verbandes ist der Bau und die Unterhaltung einer normalmäßigen Chaussee vom Bahnhof Wendisch-Warnow über Pinnow, Pröttilin, Zapel, Mellen an die Penzen-Karstädtler Chaussee und die Abzweigung Pröttilin-Maienbachbrücke (Mülower Brücke).

§ 3. Der Verband führt den Namen: Chausseeverband Wendisch-Warnow-Mellen. Sitz der Verwaltung ist der Wohnsitz des Verbandsvorstehers.

§ 4. Die Vorsteher der im § 1 aufgeführten 8 Gemeinden und Gutsbezirke bilden die Vertretung des Verbandes; sie wählen aus ihrer Mitte einen Vorsteher, der die Versammlungen einberuft und leitet. Ueber die Verhandlungen ist ein Protokoll aufzunehmen, welches von den anwesenden Vertretern zu unterschreiben ist. Fällt den Verband günstige und rechtsverbindliche Beschlüsse werden von den Vertretern mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt, bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorstehers. Die Vertreterversammlung ist beschlußfähig bei Anwesenheit von mindestens drei Mitgliedern. Die gefaßten Beschlüsse werden von dem Verbandsvorsteher, den Vorstehern der Gemeinden und Gutsbezirke schriftlich mitgetheilt.

§ 5. Der Verbandsvorsteher wird auf sechs Jahre gewählt (§ 4). Wiederwahl ist zulässig.

Er vertritt den Verband nach außen, insbesondere auch bei Rechtsstreiten.

§ 6. Der Bau und die Unterhaltung der im § 2 bezeichneten Chaussee soll in folgender Weise geschehen:

- a. Soweit die öffentlichen Wege für den Bau der Chaussee nicht ausreichen, hat jede Gemeinde bezw. Gutsbezirk innerhalb seiner Grenzen das erforderliche Terrain unentgeltlich herzugeben bezw. auf seine Kosten zu erwerben.
- b. Die Herstellung des Planums, das Schlagen der Steine und der gesamte Bau der Chaussee einschließlich der Pflanzung wird zunächst aus dem vom Kreise und der Provinz herzugegebenen Mitteln bestritten. Die Mehrkosten werden von den Verbandsmitgliedern nach Verhältnis des Grundsteuerertrages erhoben.
- c. Die gesamte Chausseestrecke wird nach Verhältnis des Grundsteuerertrages der einzelnen Gemeinden und Güter in entsprechende Abschnitte getheilt, derart, daß die Gemeinde Warnow beim Bahnhof Wendisch-Warnow beginnt und so nach Lage der Ortschaften fortgeführt wird. Auf den so gewonnenen Strecken haben die betreffenden Gemeinden und Güter die nöthigen Steine und Kies unentgeltlich anzuliefern, auch nach Vollendung des Baues die Aufsicht zu führen.
- d. Die Unterhaltung der Chaussee übernimmt der Verband auf gemeinschaftliche Rechnung, die Kosten werden von den Verbandsmitgliedern nach Verhältnis des Grundsteuerertrages aufgebracht.
- e. Der Bau der Chaussee erfolgt nach Anschlag und

George, Georg Hähnisch, Harste, Heller, Hellmuth, Jentsch, Landgraf, Karl Lehmann, Maximilian A. Müller, Neels, Roske, Rotter, Schönbrunn, Emil Schulz, Steinacker, Timm, Tschöpel, Ziegenbein;

angestellt: als Postsekretäre: die Postpraktikanten Martin Blohmer, Hing, Max Neumann, Nügel aus Posen in Charlottenburg, Pankas aus Cassel, Karl Walther, als Postassistenten: die Postassistenten Czecotka, Emil Reimer, Hugo Schröder, Tagel, die Postamwärter Ladwig, Stahl, als Telegraphenassistenten: die Telegraphenamwärter Mierse, Wilhelm A. v. Noß, Spennemann.

Personalveränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat September 1897.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind der Präsident des Amtsgerichts I. in Berlin Dr. Beseler zum Präsidenten des Oberlandesgerichts in Kiel, der Landgerichtsrath Dr. Geppert in Frankfurt a. D. zum Kammergerichtsrath; zu Handelsrichtern sind ernannt der Kaufmann Siegmund Vorhardt, der Fabrikbesitzer Salomon Mosse und der Kaufmann Wilhelm Schubert, wieder ernannt der Kaufmann Louis Böger, der Kaufmann Emil Gehride, der Bankier Jean Rudolf George, der Fabrikbesitzer Julius Kaufmann, der Kaufmann Hermann Landsberger, der Kaufmann Emil Paz, der Kaufmann Hermann Lehmann, der Fabrikbesitzer Julius Reichenheim, der Fabrikbesitzer Frd. Georg Spönnagel, der Kaufmann Hermann Stenborg, der Fabrikbesitzer und Stadtrath Paul Zabel, der Geheimre Kommerzienrath Ludwig Goldberger, der Kaufmann Herm. Eduard Lampson und der Kaufmann Heinrich Maas sämmtlich in Berlin bei dem Landgericht I. daselbst; zu stellvertretenden Handelsrichtern sind ernannt der Bankier Oskar Nefke, der Juwelier Heinrich Strauß und der Fabrikbesitzer Otto Lueben, wieder ernannt der Fabrikbesitzer Georg Veermann, der Fabrikbesitzer Hugo Bendix, der Direktor des Invalidenbunds Wilhelm Brenken, der Kaufmann Julius Grünwald, der Kommerzienrath Hugo Lissauer, der Direktor der Mitteldeutschen Kreditbank Anton Gustav Wittekind, sämmtlich in Berlin bei dem Landgericht I. daselbst. Versetzt sind der Landgerichtsdirektor Dilschmann in Eyd an das Landgericht in Frankfurt a. D., die Amtsgerichtsräthe Hundsdoerfer in Sensburg und Böhme in Kolmar i. P., die Amtsrichter Biesel in Arnswalde, Bach in Mittenwalde, Grunow in Jacobsbagen an das Amtsgericht I. in Berlin, der Amtsrichter Hartwig in Tämpzin und der Landrichter Schrod in Graubenz als Amtsrichter an das Amtsgericht II. in Berlin. Pensionirt sind die Amtsgerichtsräthe Ernst Niedel und Bopp vom Amtsgericht I. in Berlin.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Wundermacher und Dr. Lübecke.

III. Staatsanwaltschaft.

Versetzt sind die Staatsanwälte Cuny in Gleiwitz

an das Landgericht II. in Berlin, Heltzig in Deuthen D.-Schl. und Beeß in Insterburg an das Landgericht I. in Berlin. Ernannt sind der Forstmeister Göder zum Forstamtsanwalt für den Bezirk Friedersdorf beim Amtsgericht in Storkow, der Beigeordnete Müß zum Amtsanwaltsstellvertreter bei dem Amtsgericht in Neu- metell.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöscht sind in der Liste der Rechtsanwälte der Rechtsanwalt Kann bei dem Landgericht und dem Amtsgericht in Cottbus, der Rechtsanwalt Dr. Böder beim Landgericht I. in Berlin. Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte der Rechtsanwalt Pulvermacher aus Kempen i. N. bei dem Amtsgericht in Charlottenburg, der Gerichtsassessor Püders beim Landgericht I. in Berlin.

V. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtskandidaten Schwarz, Reinhold Richter, Dr. Kaulbach, Höpfer, Seidenschwartz, Groß, Lehnert, Wartenberger, Koch. Uebergetreten ist Kehn in den Bezirk des Oberlandesgerichts zu Hamm. Entlassen sind von Urlaub zurückbekehrend in den Verwaltungsbezirk, Otto Goldschmidt, Dr. von Randow, Graf von Hopffgarten, Hans Winterfeldt auf ihren Antrag, Sperlin.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt sind zum Gerichtskassenrendanten bei dem Amtsgericht in Landsberg a. W., der Gerichtsschreiber Knispel in Guben; zu Gerichtsschreibern die Aktuar Paul Wegener bei dem Amtsgericht in Strassburg u. M., Dieter bei dem Amtsgericht in Wolkenberg, Bachhuber bei dem Amtsgericht in Prignitz, Leinert und Weidmann bei dem Amtsgericht I. in Berlin, Mahlow bei dem Amtsgericht in Sommerfeld; zu Gerichtsvollziehern die Militärämter Lawrenz bei dem Amtsgericht in Oberberg, Langer bei dem Amtsgericht in Spandau; zu Kanzlisten die Kanzleidiätare Rosenheimrich beim Kammergericht, Wilhelm Fischer bei der Staatsanwaltschaft I. in Berlin, August Meier beim Landgericht I. in Berlin, Scobel, Oskar Henning und Wendt beim Amtsgericht I. in Berlin. Thimm beim Landgericht in Neu-Ruppin. Versetzt sind: die Gerichtsschreiber Wiersdorowski in Spandau an das Amtsgericht I. in Berlin, Golcher in Strassburg u. M. an das Amtsgericht in Prenzlau, der Gerichtsschreibergehilfe Bettin in Sommerfeld an das Amtsgericht in Guben, die Gerichtsvollzieher Mantkeufel in Oberberg und Jonschkeit in Kenzen an das Amtsgericht I. in Berlin. Pensionirt sind die Gerichtsschreiber Fleischhauer und Henkhaus beim Amtsgericht I. in Berlin, der Kanzlist von Schend beim Kammergericht, der Gerichtsvollzieher Rerkow beim Amtsgericht I. in Berlin. Entlassen sind auf Antrag der Gerichtsschreiber Fleck bei dem Amtsgericht I. in Berlin, der Gerichtsvollzieher Reineder in Meyenburg. Verstorben ist der Gerichtskassenrendant Milow in Potsdam.

Bermischte Nachrichten.

Besauntmachung.

Im Jahre 1898 werden folgende Gerichtstage abgehalten werden: in Boizenburg: 29. Januar, 26. Februar, 26. März, 7. Mai, 4. Juni, 2. Juli, 13. August, 24. September, 22. Oktober, 19. November, 17. Dezember, in Gerswalde: 15. Januar, 12. März, 23. April, 18. Juni, 30. Juli, 10. September, 5ten November, 10. Dezember.

Templin, den 20. Oktober 1897.

Königliches Amtsgericht.

Geschenke an Kirchen etc.

Bei dem Konsistorium der Provinz ist Anzeige gemacht über folgende Geschenke, welche neuerdings den mit den Diözesen nachbenannten Kirchen etc. des Regierungsbezirks Potsdam gespendet wurden:

Berlin-Land II.: der Kirche zu Niederschönhausen von Frau Hoffer: 500 M. zur Grabpflege, von Privatiere Schöder: 300 M. desgl.;
Altstadt Brandenburg: der St. Gotthard-Kirche zu Brandenburg vom Kanzleirath Raehne und Frau: 200 M. zur Erneuerung der Kirche;
Haselberg-Wikswald: der Kirche zu Söllenthin vom Patronat: 2 Kronleuchter, Krucifix, Abendmahlskanne;
Jüterbog: der Kirche zu Gräfenberg von den Brunhard'schen Erben: Altar- und Kanzelbekleidung;
Kryzig: der Kirche zu Verlitt vom Patronat: Abend-

mahlskanne, Kelch, 2 Altar- und Kanzelbekleidungen, von der Pfarrfamilie: Taufstein, Taufbecken, Velum;
Nauen: der St. Jacobi-Kirche zu Nauen vom Rentier Weber: 2 Kirchenfenster nebst Drahtschutzgitter;
Spandau: der Kirche zu Belten von der Gemeinde: Reparatur der Thurnuhr und 612,75 M. zur Armen- und Krankenpflege, vom Frauen-Verein: 800 M. zur Beschaffung von Kleidung für Bedürftige;
Templin: der Kirche zu Lyden vom Gutsbesitzer Bagt: Erbbegräbniß und 1500 M.;
Königs-Wusterhausen: der Kirche zu Krausnied von Jungfrauen der Gemeinde: Altar- und Taufsteindecke, Taufkelch, von zwei Freundinnen der Kirche: Altarteppich, von der königlichen Hofkammer: 75 M. zum Ankauf von Abendmahlsgeräth, von der Kirchengemeinde: 35 M. desgl. und Kofosläufer, der Kirche zu Selchow von der Gemeinde: 2 Altarteppiche und 1 Bahrtuch, vom Rittergutsbesitzer Neuhaus: Altar- und Kanzelbekleidung, vom Schmiedemeister Voßling: Taufsteindecke, von Frau Pfarrer Handtmann: Bekam;
Zehdenitz: der Kirche zu Zehdenitz von Frau Rektor Schuppe: 300 M. zur alljährl. Vertheilung von 2 Bibeln an arme Konfirmanden, der Kirche zu Bergsdorf von der Pfarrersfamilie: Altar- und Kanzelbekleidung, von Gebr. Schreyer: 100 M. zur Anschaffung einer Orgel, von Frau Rentier Degebrod: 150 M. desgl.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
auf Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--|--|---|--|---|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Damiano Anderloni,
Eisenbahnarbeiter, | geboren am 27. September 1860 zu Cologna ai Colli, Provinz Verona, Italien, orts-
angehörig ebendaselbst, | Münzverbrechen und
schwerer Diebstahl (zwei
Jahre 6 Monate Zuchthaus, laut Erkenntniß vom 4. März 1895), | Königlich bayerisches
Bezirksamt Bamberg II., | 17. August
1897. |
| b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Edis Emile Baude-
naille, Mechaniker, | geboren am 11. Mai 1851 zu Grandvilliers, Departement Dise, Frankreich, französischer
Staatsangehöriger, | Landstreicherei und Betteln, | Großherzoglich badischer Landeskommissar zu Freiburg, | 3. Oktober
1897. |
| 2 | Josef Glas, Spängler, | geboren im Jahre 1872 zu Imst, Tirol, orts-
angehörig zu Nies-
ming, Bezirk Imst, | Landstreicherei, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Loeß, | 24. Sept.
1897. |
| 3 | Wenzel Knorre,
Zimmermann, | geboren am 22. Dezember 1833 zu Kolmen, Gemeinde Altstadt, Bezirk Lettschen, Böhmen, ortsangehörig
ebendaselbst, | Betteln, | Stadtmagistrat
Rosenheim, Bayern, | 4. Sept.
1897. |

| 1.
Zauf. Nr. | 2.
Name und Stand
des Ausgewiesenen. | 3.
Alter und Heimath | 4.
Grund
der
Bezeichnung. | 5.
L. Behörde,
welche die Ausweisung
bestätigen hat. | 6.
Datum
der
Ausweisungs-
Beschlusse. |
|-----------------|---|---|------------------------------------|---|---|
| | | | | | |
| 4. | Karl August Hektor
Vesfranc, ohne Stand, | geboren am 1. Dezem-
ber 1853 zu Songeons,
Departement Dife,
Frankreich, französisch.
Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
präsident zu Straß-
burg, | 30. Sept.
1897. |
| 5. | Emanuel Martinez,
Arbeiter, | geboren im Jahre 1842
zu Nachau, Böhmen,
ortsangehörig ebenda, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 23. Sept.
1897. |
| 6. | Anton Pufas,
Fleischer, | geboren am 23. Sep-
tember 1860 zu Gieß-
hübel, Kreis Neustadt,
Böhmen, österreichisch.
Staatsangehöriger, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 24. Sept.
1897. |
| 7. | Lazarus Hochmann,
Hausfrier, | 48 Jahre alt, geboren
und ortsangehörig zu
Petitschem, Gouverne-
ment Pabolien, Ruß-
land, | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-
präsident zu Straß-
burg, | 4. Oktober
1897. |
| 8. | Wendelin Kötter,
Weber, | geboren am 20. April
1835 zu Schönauf, Be-
zirk Krainsstadt, Mäh-
ren, österreichischer
Staatsangehöriger, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 27. Sept.
1897. |
| 9. | Richard Sandor,
Kaufmann u. Schreiber, | geboren am 1. August
1855 zu Tolay, Un-
garn, ortsangehörig
ebenda, | Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Hildesheim, | 24. Sept.
1897. |
| 10. | Friedrich Schachard,
Schriftfeger, | geboren am 27. Sep-
tember 1868 zu Longoy,
Frankreich, | Landstreichen, | Großherzoglich heßi-
sches Kreisamt Darm-
stadt, | 4. Oktober
1897. |
| 11. | Jankel Schmittenid
(Schmitelnif),
ohne Stand, | 27 Jahre alt, geboren
und ortsangehörig zu
Greithel bei Marfchau, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-
präsident zu Straß-
burg, | desgleichen. |
| 12. | Anna Stwerak geb.
Tazel (Tael),
Arbeiterin, | geboren am 28. Mai
1853 zu Mufos bei
Geyersberg, Nieder-
österreich, österreichisch.
Staatsangehörig, | desgleichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 27. Sept.
1897. |
| 13. | Franz Vopp,
Schneidergehilfe, | geboren am 2. Februar
1876 zu Kleinherms-
dorf bei Troppau,
Österreich. - Schlefien,
österreichischer Staats-
angehöriger, | Betteln, | Königlich sächsische
Kreisshauptmann-
schaft Zwickau, | 21. August
1897. |

Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Sahn'schen Erben.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 46.

Den 12. November

1897.

Allerhöchster Erlaß.

Ausdehnung der Bestimmungen wegen der Chausseepolizeivergehen auf mehrere Chausseen im Kreise Teltow.

Auf Ihren Bericht vom 22. September d. J. will Ich genehmigen, daß die dem Chausseegelbtarife vom 29. Februar 1840 (G.-S. S. 94 ff.) angehängten Bestimmungen wegen der Chausseepolizeivergehen auf nachfolgende vom Kreise Teltow im Regierungsbezirk Potsdam in dauernde Unterhaltung übernommene Chausseen und zwar: 1) von der Trebbin—Drewig'er Chaussee über Philippsthal in der Richtung auf Saarmund, von Rudow auf Saarmund bis zum Stöckerfließ und von Fahlhorst nach der Rudow—Saarmund'er Chaussee, 2) von der Trebbin—Drewig'er Chaussee bei der Groß-

Deuthen'er Schäferei über Gröben bis Fahlhorst mit Abzweigungen einerseits nach Siethen, andererseits nach Kiez bei Gröben, 3) von Teupitz über Schwerin und Klein-Röbisch bis zur Königs-Wusterhausen—Wendisch-Buchholz'er Chaussee, 4) von Munsdorf über Wendisch-Wilmersdorf nach Thyrow, 5) von Gallun bis zur Jossen—Mogen'er Chaussee bei Kallinchen, 6) von Klein-Beften bis zur Gallun—Groß-Beften'er Chaussee bei der Eisenbahnhaltestelle Groß-Beften zur Anwendung kommen. Die eingereichte Karte erfolgt anbei zurück.

Kommiten, den 4. Oktober 1897.

gez. Wilhelm R.

Für den Minister der öffentlichen Arbeiten
gegeben. Bresfeld.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen des Reichskanzlers.

Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe.

Auf Grund des § 105 d. der Gewerbeordnung hat der Bundesrath beschlossen:

- 1) In der Tabelle, welche der Bekanntmachung vom 5. Februar 1895 (Reichs-Gesetzbl. S. 12), betreffend Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe, beigelegt ist, sind in dem Abschnitte G. (Nahrungs- und Genußmittel) hinter den Bestimmungen zu Ziffer 6 folgende Bestimmungen einzufügen:

| Gattung der Betriebe. | Bezeichnung
der nach § 105 d. zugelassenen Arbeiten. | Bedingungen,
unter welchen die Arbeiten gestattet werden. |
|---|---|---|
| 1. | 2. | 3. |
| 7) a. Molkereien mit Ausnahme der Betriebe, welche ausschließlich oder vorwiegend fette oder halbfette Hartkäse herstellen. | Bei täglich einmaliger Milchlieferrung der Betrieb während sechs Stunden bis 12 Uhr Mittags, bei täglich zweimaliger Milchlieferrung der Betrieb während sechs Stunden bis 12 Uhr Mittags und während zweier Nachmittagsstunden. | Den Arbeitern ist mindestens an jedem dritten Sonntage die zum Besuche des Gottesdienstes erforderliche Zeit freizugeben. |
| b. Molkereien, welche ausschließlich oder vorwiegend fette oder halbfette Hartkäse herstellen. | Der Betrieb ohne Beschränkung auf die vorstehend unter a. bezeichneten Stunden. Diese Ausnahme findet in der Zeit, wo die Herstellung fester oder halbfester Hartkäse sich auf die sogenannten Kellerarbeiten beschränkt, keine Anwendung; für diese Zeit gelten vielmehr die Bestimmungen unter a. | Die Arbeiter dürfen innerhalb der Zeit vom Sonnabend Abend 6 Uhr bis zum Montage früh 6 Uhr im Ganzen nicht länger als 18 Stunden beschäftigt werden. |

- 2) Die vorstehenden Bestimmungen treten mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 16. Oktober 1897.

Der Reichskanzler.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

14. Bekanntmachung.

Nachdem der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten die Königl. Eisenbahn-Direktion Berlin beauftragt hat, im Einvernehmen mit den Königl. Eisenbahndirektionen zu Halle a./S. und Magdeburg allgemeine

Vorarbeiten für eine zur Umleitung des durchgehenden Verkehrs um Berlin bestimmte Hauptbahn von Treuenbriegen über Beelitz, Wildpark und Wustermark nach Nauen mit Anschlüssen an die berührten Hauptbahnen anzufertigen, wird hiermit auf Grund des § 5 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 angeordnet,

daß jeder-Besitzer auf seinem Grundstücke Handlungen, welche zur Vorbereitung des gedachten Unternehmens erforderlich sind, geschehen zu lassen hat.

Handlungen, welche das Zerstören von Bauwerken oder das Fällen von Bäumen zum Gegenstande haben, sind indessen ohne vorherige Erlaubniß der unterzeichneten Behörde unstatthaft. Das Betreten von Gebäuden, sowie von eingefriedigten Hof- und Gartenräumen ist nur mit Einwilligung der Besitzer, in deren Ermangelung nur nach ertheilter Erlaubniß der Orts-polizeibehörde zulässig. Potsdam, den 20. Oktober 1897.
Der Bezirks-Ausschuß.

**Bekanntmachungen
des Königlich-n Regierungspräsidenten.**
Kommunalbezirksveränderung.

247. Des Königs Majestät haben durch Aller-

höchsten Erlass vom 12. Oktober d. J. zu genehmigen geruht, daß die Landgemeinde Riez im Kreise Teltow am 1. April 1898 mit der Stadt Coepenick vereinigt werde. Potsdam, den 1. November 1897.

**Der Regierungspräsident
Verzeichnis**

der von der Ausgrenzung betroffenen Sperrgebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Vieh auf Grund Art. 5 des Viehschutts-Übereinkommens vom 6. Dezember 1891, sowie Biffer 5 des Schlußprotokolls zu unterlagen ist. Ausgegeben im Kaiserlichen Gesundheitsamt zu Berlin am 22. Oktober 1897.

A. Oesterreich: frei.

B. Ungarn: die Komitate: Nyitra (Neutra) und Pozsony (Preßburg).

Potsdam, den 6. November 1897.

Der Regierungspräsident.

250.

Nachweisung der Markt- und Läden

| Laufende Nummer | Namen der Städte | I. A. Getreide. | | | | I. B. Uebrig e Markt. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|----------------------------|------------------|-----------------|--------|---------------------------|--------------------|-----------------------|------------|--------|--------|-----|---------------|----------------|---------------|----------|---------------|------|-----|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| | | | | | | Hülfsfrüchte. | | | | | Stroh. | | | | Fleisch. | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | Rind- | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | im Klein- | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | handel | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | von der Seele | | | | | | | | | | | |
| Weizen | Roggen | Gerste | Hafer. | Erbsen (gelbe) zum Kochen | Buckweizen (weiße) | Linien | Getarrieln | Richt- | Stamm- | Heu | im Großhandel | im Kleinhandel | von der Seele | vom Band | | | | | | | | | | | | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | Es | | je 1 | | | | | | | | | | |
| Pr. | Pf. | Pr. | Pf. | Pr. | Pf. | Pr. | Pf. | Pr. | Pf. | Pr. | Pf. | Pr. | Pf. | Pr. | Pf. | Pr. | Pf. | | | | | | | | | |
| 1 | Angermünde | 17 | 32 | 13 | 11 | 13 | 37 | 14 | 19 | 25 | — | 27 | — | 34 | — | 4 | — | 4 55 | 3 25 | 4 25 | 115 | — | 1 30 | 1 15 | | |
| 2 | Berskow | — | — | 12 | 23 | — | — | — | — | 22 | 50 | 27 | 50 | 45 | — | 4 | 42 | 3 25 | — | — | 95 | — | 1 20 | 1 — | | |
| 3 | Brandenburg | 16 | 33 | 12 | 30 | 12 | 18 | 13 | 80 | 23 | 50 | 25 | — | 37 | 50 | 3 | 64 | 2 94 | — | 3 86 | 84 | — | 1 40 | 1 20 | | |
| 4 | Dahme | 17 | 05 | 13 | 09 | 12 | 85 | 14 | — | 24 | — | 30 | — | 35 | — | 3 | 50 | 3 50 | 2 | 5 | 95 | — | 1 20 | 1 — | | |
| 5 | Eberswalde | 17 | 37 | 12 | 63 | 13 | 06 | 13 | 21 | 20 | 50 | 20 | 61 | 32 | 44 | 4 | — | 3 | — | — | 4 50 | 96 | — | 1 40 | 1 20 | |
| 6 | Havelberg | 17 | 50 | 12 | 87 | 14 | 33 | 14 | 17 | 25 | 94 | 32 | 16 | 35 | 44 | 3 | 88 | 2 85 | — | 5 25 | 105 | — | 1 25 | 1 10 | | |
| 7 | Jüterbog | 17 | — | 12 | 76 | 12 | 50 | 14 | 09 | 24 | — | 24 | — | 36 | — | 4 | — | 4 | — | — | 5 | 100 | — | 1 40 | 1 20 | |
| 8 | Kuckowalde | 15 | 50 | 12 | 85 | 13 | 75 | 13 | 97 | 35 | — | 35 | — | 45 | — | 4 | 75 | 3 50 | — | — | 4 50 | 116 | — | 1 30 | 1 30 | |
| 9 | Perleberg | 17 | 50 | 12 | 81 | 12 | 40 | 13 | 09 | 18 | — | 30 | — | 27 | — | 3 | 92 | 3 50 | — | — | 4 38 | 120 | — | 1 40 | 1 10 | |
| 10 | Potsdam | — | — | 12 | 45 | — | — | 13 | 84 | 23 | 33 | 25 | 50 | 35 | — | 4 | 14 | 4 44 | — | — | 4 43 | 103 | 50 | 1 45 | 1 30 | |
| 11 | Prenzlau | 16 | 93 | 12 | 62 | 14 | 04 | 13 | 47 | 25 | — | 26 | — | 37 | — | 4 | 58 | 4 50 | 2 25 | 4 50 | 95 | — | 1 30 | 95 | | |
| 12 | Prignall | 17 | 23 | 12 | 38 | 13 | 38 | 12 | 78 | 15 | 50 | 24 | — | 30 | — | 3 | 10 | 3 25 | 2 25 | 4 45 | — | — | 1 40 | 1 20 | | |
| 13 | Rathenow | 17 | 23 | 13 | 03 | 12 | 12 | 13 | 91 | 29 | — | 28 | — | 34 | — | 2 | 87 | 3 10 | — | — | 3 92 | 110 | — | 1 32 | 1 20 | |
| 14 | Neu-Ruppin | — | — | 14 | — | 13 | — | 13 | 56 | 35 | — | 35 | — | 55 | — | 3 | 82 | — | — | — | 106 | — | 1 35 | 1 15 | | |
| 15 | Schwedt | 16 | 93 | 13 | 13 | 13 | 52 | 13 | 88 | 21 | 66 | 31 | 25 | 37 | 50 | 4 | 61 | 4 60 | — | — | 5 20 | — | 1 40 | 1 20 | | |
| 16 | Spandau | 17 | 75 | 13 | 50 | 12 | 25 | 14 | 50 | 27 | — | 35 | 50 | 39 | 50 | 4 | 20 | 3 75 | 3 25 | 4 25 | 113 | — | 1 60 | 1 20 | | |
| 17 | Strausberg | 15 | 60 | 12 | 30 | 12 | 28 | 13 | 50 | 23 | 80 | 32 | 10 | 38 | 20 | 4 | — | 4 | — | 2 50 | 4 20 | 90 | — | 1 50 | 1 10 | |
| 18 | Teltow | — | — | 12 | 77 | 13 | 75 | 14 | — | 29 | — | 29 | — | 47 | 50 | 4 | 50 | 3 75 | 2 | — | 4 50 | 110 | — | 1 55 | 1 10 | |
| 19 | Templin | 17 | 25 | 13 | — | 14 | — | 13 | — | 21 | — | 30 | — | 40 | — | 4 | — | 3 50 | 2 50 | 4 | — | 100 | — | 1 20 | 1 — | |
| 20 | Treuenbriezen | 17 | 30 | 12 | 78 | — | — | 13 | — | — | — | — | — | — | — | 4 | — | 3 | — | — | 4 50 | — | 1 40 | 1 20 | | |
| 21 | Wittstock | 17 | 40 | 12 | 81 | 13 | 50 | 13 | 18 | 26 | — | 40 | — | 50 | — | 3 | 40 | 3 17 | 2 50 | 4 | — | 95 | — | 1 08 | 94 | |
| 22 | Wriezen a. D. | 16 | 25 | 12 | 51 | 14 | 02 | 12 | 82 | 22 | 50 | 24 | — | 25 | — | 4 | 50 | 4 | — | 3 | — | 4 25 | 100 | — | 1 30 | 1 20 |

Durchschnitt 16 96 | 12 82 | 13 17 | 13 62 | — | — | — | — | — | — | 3 99 | 3 63 | — | — | 4 45 | 102 55 | — | — | —

Potsdam, den 9. November 1897.

Ausgebrochen:

2. Maul- und Klauenseuche: Kreis Niederrhein: unter dem Rindviehbestande des Ritterguts Schönfließ. Kreis Oßpreignig: unter den Kindern des Bauern Heuer in Dahlhausen.

b. **Bruststücke:** unter den Remonten der dritten Batterie 2. Garde-Feldartillerie-Regiments und bei einem Ankaufserbe, welches dem 3. Garde-Manns-Regiment als Ersatz für an das Detachement Garde-Jäger zu Pferde abgegebenen Pferde übermietet wurde.

c. Geflügelcholera: Kreis Niederbarnim: in Kummefsborg bei einem Gänsetransport der Handelsleute Vöbel und Henke zu Friedrichsberg. Kreis Rhavelland: unter den Gänsen des Pferdehändlers Koeß in Nauen und des Händlers Teknow in

Wilmersdorf; im letzten Falle wurde die Seuche auf dem Transport der Herde in Tiefenwerder festgestellt.

Erlöschen:

a. Maul- und Klauenseuche: Kreis Ditzprignitz: unter den Kindern des Schmiedemeisters Köppe in Blumenthal.

b. Bläschenausschlag: Kreis Beeskow-Storkow: bei einer Kuh des Bauern Wuhlig, einer Ferse des Gemeindevorstehers Lindorf und dem Gemeindebullen in Peibsch.

c. Geflügelcholera: Kreis Teltow: unter dem Geflügel des Ingenieurs Miewerth in Steglitz, des Bühnens Blisse in Deutsch-Wilmersdorf und des Sattlermeisters Raschpöhler in Sperenberg.

Wotsdam, den 9. November 1897.

Der Regierungspräsident.

Preise im Monat Oktober 1897.

| waaren. | | | | | | II. Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats. | | | | | | | | | | | | |
|-----------|-------|----------|------------------------------------|-----------|------|---|--------|---------------------------|-------|-----------------|------------|--------|-----------------------|----------------------|---------------------------------------|------------|----------------------------|--|
| Fettlich | | | Verarbeiteter Speck
(flüssiger) | Eijbutter | Eier | Mehl zur
Specklebe-
reihung aus | | Gersten- | | Buchweizengrupe | Hafengrupe | Stärke | Reis, Java, mittlerer | Kaffee | | Speisefalz | Schweinefchmalz, flüssiges | |
| Schmalz | Rath- | Hammels- | | | | Weizen | Roggen | Gerste | Grüße | | | | | Java mittlerer (roh) | Java gelb (in ge-
brannten Bohnen) | | | |
| Kilogramm | | | | | | 1 Schd.
60 St. | | Es kostet je 1 Kilogramm. | | | | | | | | | | |
| 125 | 125 | 115 | 160 | 230 | 434 | 30 | 25 | 45 | 30 | 40 | 45 | 40 | 55 | 270 | 340 | 20 | 150 | |
| 130 | 95 | 120 | 160 | 219 | 383 | 40 | 20 | 50 | 40 | 35 | 60 | 40 | 60 | 240 | 340 | 20 | 130 | |
| 130 | 120 | 135 | 140 | 240 | 468 | 36 | 25 | 50 | 50 | 50 | 50 | 50 | 50 | 260 | 360 | 20 | 130 | |
| 140 | 1 | 120 | 160 | 220 | 320 | 30 | 20 | 40 | 50 | 40 | 60 | 40 | 55 | 250 | 340 | 20 | 140 | |
| 130 | 130 | 130 | 140 | 240 | 440 | 29 | 23 | 40 | 50 | 40 | 50 | 40 | 50 | 280 | 360 | 20 | 140 | |
| 120 | 130 | 120 | 150 | 230 | 359 | 33 | 25 | 40 | 38 | 45 | 46 | 42 | 51 | 260 | 340 | 20 | 160 | |
| 140 | 110 | 130 | 160 | 240 | 388 | 32 | 22 | 50 | 50 | 50 | 50 | 40 | 40 | 250 | 360 | 20 | 140 | |
| 140 | 1 | 120 | 160 | 240 | 460 | 28 | 20 | 50 | 50 | 50 | 60 | 35 | 60 | 240 | 360 | 20 | 140 | |
| 130 | 130 | 120 | 2 | 202 | 380 | 30 | 24 | 35 | 32 | 35 | 44 | 38 | 43 | 275 | 355 | 19 | 160 | |
| 150 | 135 | 135 | 160 | 219 | 358 | 40 | 30 | 50 | 50 | 40 | 45 | 45 | 55 | 270 | 350 | 20 | 140 | |
| 140 | 105 | 115 | 140 | 220 | 447 | 31 | 23 | 45 | 40 | 43 | 55 | 43 | 55 | 220 | 3 | 20 | 140 | |
| 110 | 130 | 110 | 170 | 205 | 319 | 25 | 20 | 40 | 40 | 40 | 50 | 40 | 45 | 260 | 360 | 20 | 180 | |
| 132 | 120 | 132 | 160 | 230 | 4 | 36 | 30 | 40 | 50 | 50 | 50 | 40 | 50 | 240 | 320 | 20 | 160 | |
| 130 | 120 | 120 | 150 | 236 | 441 | 28 | 22 | 45 | 40 | 50 | 50 | 50 | 60 | 3 | 4 | 20 | 160 | |
| 120 | 1 | 120 | 160 | 229 | 453 | 25 | 20 | 50 | 30 | 40 | 50 | 50 | 60 | 280 | 360 | 20 | 160 | |
| 150 | 150 | 150 | 180 | 240 | 405 | 35 | 33 | 38 | 37 | 35 | 45 | 43 | 43 | 260 | 3 | 20 | 130 | |
| 140 | 120 | 120 | 160 | 240 | 320 | 30 | 21 | 50 | 40 | 40 | 50 | 40 | 60 | 280 | 360 | 20 | 160 | |
| 130 | 150 | 130 | 155 | 220 | 6 | 30 | 20 | 50 | 40 | 50 | 60 | 60 | 60 | 250 | 270 | 20 | 115 | |
| 140 | 1 | 120 | 160 | 240 | 480 | 30 | 25 | 50 | 60 | 50 | 50 | 50 | 50 | 230 | 3 | 20 | 160 | |
| 120 | 1 | 120 | 160 | 220 | 353 | 30 | 24 | 40 | | 40 | 50 | 30 | 50 | 260 | 340 | 20 | 160 | |
| 116 | 93 | 105 | 160 | 219 | 349 | 27 | 21 | 45 | 25 | 38 | 45 | 40 | 45 | 180 | 220 | 20 | 145 | |
| 120 | 120 | 120 | 140 | 220 | 4 | 38 | 33 | 43 | 33 | 40 | 38 | 43 | 45 | 240 | 3 | 20 | 120 | |

Der Regierungspräsident.

251.

Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5 % Aufschlag im Monat Oktober 1897 in den Hauptmarkttorten des Regierungs-Bezirks Potsdam.

| Laufende Nummer | Es
kosten
je 50
Kilogramm | Beeskow
für
Kreis
Bees-
kow-
Storkow | | Brand-
enburg
für
Brand-
enburg
und
Kreis
West-
havel-
land. | | Luden-
walde
für
Kreis
Jüter-
bog-
Luden-
walde. | | Perle-
berg
für
Kreis
West-
Prignitz. | | Pots-
dam
für
Pots-
dam
und
Kreis
Rau-
ch-
Belzig. | | Pren-
lau
für die
Kreise
Pren-
lau
und
Temptin. | | Neu-
Ruppin
für
Kreis
Ruppin. | | Schwedt
für
Kreis
Anger-
münde. | | Prignitz
für
Kreis
Prignitz. | | Bemerkungen. | |
|-----------------|------------------------------------|---|-----|---|------|---|------|--|------|---|------|---|-----|---|-----|---|-----|---------------------------------------|-----|--------------|--|
| | | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | | |
| 1 | Hafer | — | — | 7 71 | 7 63 | 7 12 | 7 58 | 7 20 | 7 13 | 7 17 | 7 04 | Für die Kreise Niederbar-
nim, Oberbarnim, Or-
haveland u. Zeltow, sowie
für die Stadt Spandan
gilt Berlin als Haupt-
markttort. | | | | | | | | | |
| 2 | Heu | — | — | 2 35 | 2 63 | 2 36 | 2 53 | 2 63 | — | 2 60 | 2 47 | | | | | | | | | | |
| 3 | Richtstroh | 1 84 | — | 1 72 | 1 93 | 1 89 | 2 42 | 2 63 | — | 2 30 | 1 84 | | | | | | | | | | |

Potsdam, den 9. November 1897.

Der Regierungspräsident.

252. Gemäß § 45 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (G.-S. S. 152) wird das für die Kommunalbesteuerung im Steuerjahre 1897/98 in Be-
tracht kommende Reineinkommen der gesamten Preu-
ßischen Staats- und für Rechnung des Staates ver-
walteten Eisenbahnen auf den Betrag von
254263643 Mark

hierdurch festgestellt. Von diesem Gesamteinkommen
unterliegen nach dem Verhältniß der erwachsenen Aus-
gaben an Gehältern und Löhnen der Besteuerung:

A. durch die beteiligten Preussischen
Gemeinden 224407797 M.

B. durch die beteiligten Preussischen
Kreise 231308197 M.

Berlin, den 25. Oktober 1897.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Veröffentlicht.

Potsdam, den 3. November 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

253. Gemäß § 46 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (G.-S. S. 152) wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der im laufenden Steuerjahre zu den Kommunalabgaben einschlägige Reinertrag aus dem Betriebsjahre 1896/97

- 1) bei der Paulinenaue-Neu-Ruppiner Eisenbahn auf 102000 M.,
- 2) bei der Prignitzer Eisenbahn auf 102600 M.,
- 3) bei der Wittenberge-Perleberger Eisenbahn auf 57990 M.

festgestellt worden ist.

Altona, den 30. Oktober 1897.

Der Königl. Eisenbahn-Kommissar.

Veröffentlicht:

Potsdam, den 5. November 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

76. Zur Ausbildung von Turnlehrerinnen wird auch im Jahre 1898 ein etwa drei Monate währende Kursus in der Königl. Turnlehrer-Bildungsanstalt in Berlin abgehalten werden.

Termin zur Eröffnung desselben ist auf Freitag den 1. April F. J. anberaumt worden. Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens bis zum 15. Januar F. J., Meldungen anderer Bewerberinnen bei derjenigen Königl. Regierung, in deren Bezirk die Betreffende wohnt, ebenfalls bis zum 15. Januar F. J. anzubringen.

Die in Berlin wohnenden in keinem Lehramte stehenden Bewerberinnen haben ihre Meldungen bei dem Königl. Polizei-Präsidenten in Berlin ebenfalls bis zum 15. Januar F. J. anzubringen.

Den Meldungen sind die im § 3 der Aufnahmebestimmungen vom 15. Mai 1894 bezeichneten Schriftstücke beigelegt beizufügen, die Meldung selbst ist aber mit diesen Schriftstücken nicht zusammen zu heften.

Berlin, den 12. Oktober 1897.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß es im Interesse der Bewerberinnen liegt, ihre Meldungen zur Prüfung so zeitig anzubringen, daß etwaige Rückfragen bis zu dem angesetzten Schlußtermin erledigt sein können.

Berlin, den 29. Oktober 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

77. Im Interesse der Beteiligten weise ich wiederholt darauf hin, daß seit 1. Mai 1888 die Bestimmungen des Gesetzes vom 5. Juli 1887, betreffend die

Verwendung gesundheitschädlicher Farben bei der Herstellung von Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen in Kraft sind.

Dieses Gesetz ist in Nr. 17 des Amtsblattes der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin vom 27. April 1888, sowie in Nr. 96 des Berliner Intelligenz-Blattes vom 24. desselben Monats abgedruckt.

Die auf Grund der Vorschriften in § 1 Absatz 3 und § 7 Absatz 2 des gedachten Gesetzes unterm 10. April 1888 von dem Herrn Reichskanzler erlassenen näheren Bestimmungen über die Untersuchung von Farben, Gespinnsten und Geweben auf Arsen und Zinn sind im Centralblatt für das Deutsche Reich Nr. 15 vom 13. April 1888 veröffentlicht.

Berlin, den 3. November 1897.

Der Polizei-Präsident.

78. **Polizei-Verordnung**

betreffend die Einführung der Bau-Polizeiordnung für den Stadtkreis Berlin vom 15. August 1897 in einem Theile der Hasenhaide.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) und des § 143 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195 fg.) wird unter Zustimmung des Gutsvorstandes des fiskalischen Gutsbezirks Hasenhaide Folgendes verordnet:

Die Bau-Polizeiordnung für den Stadtkreis Berlin vom 15. August 1897 nebst den zur Ausführung derselben ergangenen Bestimmungen wird hierdurch in demjenigen Theile der Hasenhaide eingeführt, welcher in polizeilicher Beziehung zum engeren Polizeibezirk von Berlin gehört.

Berlin, den 2. November 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

81. Der Fernsprechverkehr mit Osnabrück ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt 1 Mark.

Berlin C., 1 November 1897.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Griesbach, Geheimer Ober-Postrath.

Bekanntmachungen der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

63. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß die Prinzessin A. Kropotkine hieselbst, Friedrich-Wilhelmstraße 6a. angeblich die Schuldverschreibung der konsolidirten 3½ %igen Staatsanleihe von 1889

Lit. D. Nr. 282464 über 500 M.

vermisst, wahrscheinlich verbrannt hat.

Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unter-

zeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rechtsanwalt und Notar Wesener hieselbst, C. Gertraudenstraße Nr. 20 II. anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 30. Oktober 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Berg-Amtes zu Halle a. S.

Bekanntmachung.

4. Nachstehende Bescheinigung:

Auf Grund des § 94 Absatz 3 des Statuts für den Brandenburger Knappschaftsverein in Guben vom 30. November 1891 wird hierdurch bescheinigt, daß der Vorstand dieses Knappschaftsvereins gegenwärtig aus folgenden Mitgliedern besteht:

a. Gewählt seitens der Werkvertreter:

- 1) Grubenrepräsentant Schwarzer in Hilsdorf mit einer Amtsdauer bis Ende Dezember 1898, zugleich **Vorsitzender**,
- 2) Generaldirektor Berminghoff in Berlin bis Ende Dezember 1900,
- 3) Grubenrepräsentant Thielenberg in Fürstenberg a./D. bis Ende Dezember 1902.

b. Gewählt seitens der Mitglieder des Ausschusses der Knappschafts-Altesten:

- 1) Inspektor Lichtenberger auf Grube Renate bei Grube Ilse bis Ende Dezember 1898,
- 2) Bergwerksdirektor Froberg in Senftenberg N./L. bis Ende Dezember 1900, zugleich stellvertretender Vorsitzender,
- 3) Obersteiger Göllig in Zielenzig bis Ende Dezember 1902.

Als Stellvertreter der Vorstandsmitglieder in Verhinderungsfällen sind ferner gewählt:

a. seitens der Werkvertreter:

- 1) fehlt,
- 2) Bergwerksdirektor Märker in Senftenberg bis Ende Dezember 1900,
- 3) der Bergwerksbesitzer Cuno Jeschke in Pforten mit einer Amtsdauer bis Ende Dezember 1902.

b. seitens der Mitglieder des Ausschusses der Knappschafts-Altesten:

- 1) fehlt,
- 2) Berginspektor Mielecke in Freienwalde bis Ende Dezember 1900,
- 3) Berginspektor Haack in Müncheberg i. Mark bis Ende Dezember 1902.

Vorstandsmitglied ohne Stimmrecht ist der Knappschaftsdirektor Herzer in Guben.

Der Vorstand vertritt den Knappschaftsverein gerichtlich und außergerichtlich und ist befugt, Immobilien für denselben zu erwerben, zu veräußern und zu verpfänden, sowie rechtsgültige Erklärungen aller Art abzugeben.

Bei allen diesen Geschäften wird er von dem Vor-

figenden oder dessen Stellvertreter oder dem Knappschafts-
direktor vertreten.

Halle, den 4. November 1897.

(L. S.)

Königliches Oberbergamt.

wird hierdurch zur Kenntniß der Betheiligten gebracht.

Halle, den 4. November 1897.

Königliches Oberbergamt.

Personal-Chronik.

Im Kreise Ruppin ist der Gemeindevorsteher
Fischer in Ganzer von Neuem zum Amtsvorsteher-
Stellvertreter des Amtsbezirks 7 — Ganzer — er-
nannt worden.

In Stelle des früheren Domänenpächters, Am-
taths Redlich in Gramzow ist der Domänenadmini-
strator Leberenz daselbst vom 24. Juni 1897 ab mit
der Versorgung der domänen- und der fiscalischen
Kirchenpatronats- u. Geschäfte in den Ortschaften
Gramzow mit Domäne Gramzow und den Vorwerken
Zehnebeck und Koboltenhof, Lüglow, Meichow, Melzow
und Warnitz beauftragt worden.

Dem Superintendenten van Randenborgh in
Brandenburg a./H. ist die Aufsicht über die Schulen
der Kreisschulinspektion „Brandenburg I.“ übertragen
worden.

Der bisherige Baubeflossene Eugen Fabricius
ist zum Regierungsbauführer des Hochbausachs ernannt
und als solcher vereidigt worden.

Der Civilanwärter Faldt bei der Veranlagungs-
kommission für den Kreis Teltow in Berlin ist zum
Steuer supernumerar ernannt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Johannes Friedrich
Erdmann Hentschel ist zum Pfarrer der Parochie
Klein-Muß, Diözese Zehdenick, bestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Emil Stumpf
ist als Oberlehrer an der Realschule in Schöneberg an-
gestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiser-
lichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats Oktober 1897 sind
ernannt: zum Ober-Postassistenten: der Postassistent
Ambrosius;

versetzt: von Berlin: der Postassistent von Lipsk
nach Königsberg (Pr.), der Postsekretär Raubut
nach Schöneberg bei Berlin, die Ober-Postassistenten

Breßmann nach Demmin, G. L. Müller nach
Breslau, Gustav Pfeiffer nach Rudolstadt, die
Postassistenten Voigt nach Culm, Gasse nach
Breslau, die Telegraphenassistenten Hattcher von
Nirsdorf nach Königsberg (Pr.), Joh. Weidner
nach Nirsdorf; nach Berlin: der Ober-Postdirektions-
sekretär Seebold von Coblenz, die Ober-Postassistenten
Bäcker von Breslau, Kubat von Königsberg (Pr.)
(unter Ernennung zum Ober-Telegraphenassistenten),
Kölke von Breslau, Zernicke von Hildburghausen,
die Ober-Telegraphenassistenten Wegner von Mainz,
Tiesler von Bielefeld;

in den Ruhestand getreten: die Postsekretäre
Kohl (f. W. Potsdam) und Radesky;

gestorben: Ober-Telegraphensekretär a. D. Hade-
thal, Postsekretär Schade, Postverwalter a. D.
Rubow in Nirsdorf.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiser-
lichen Ober-Postdirektion in Potsdam.

Stetsmäßig angestellt ist der Postassistent
Cyrodt in Prignitz als Postassistent. Ernannt ist
der Telegraphenamtsassistent Schmoll in Potsdam zum
Telegraphendirector. Versetzt sind der Ober-Tele-
graphenassistent Tilger von Magdeburg nach Potsdam
und der Postassistent Beyer von Potsdam nach
Rhinow; letzterer unter Ernennung zum Postverwalter.

Bermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

An folgenden Tagen werden im Jahre 1898
Gerichtstage in Nienmegg im Rathhause abgehalten
werden und zwar für den Stadtbezirk Nienmegg, sowie
für die Amtsbezirke Bogdorf, Dahmsdorf und Zenden:
1) am 29. Januar, 2) am 26. Februar, 3) am 26sten
März, 4) am 30. April, 5) am 28. Mai, 6) am
25. Juni, 7) am 30. Juli, 8) am 24. September,
9) am 29. Oktober, 10) am 26. November, und
11) am 31. Dezember. Ferner wird noch besonders
darauf aufmerksam gemacht, daß den Eigenthümern
eintragungsfähiger Grundstücke gestattet ist, Anträge auf
Eintragung in die Landgüterrolle auf Grund des Ge-
setzes vom 10. Juli 1882 (Gesetzsammlung Seite 111)
auch auf den außerhalb des Gerichtssitzes stattfindenden
Gerichtstagen zu stellen.

Belzig, den 1. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Hierzu Vier Öffentliche Anzeigen.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bege mit 10 Pf. berechnet.)

Verdient von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Verlagsdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Zwangsversteigerung.

207. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Eggersdorf Band IV. Blatt № 71, 72, 73 auf den Namen des Kaufmanns Georg Musie eingetragen, zu Eggersdorf belegenen Grundstücke **am 21. Dezember 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle versteigert werden.

Das Grundstück Band IV. № 71 ist mit 0,15 Tblr. Reinertrag und einer Fläche von 0,12,61 Hektar zur Grundsteuer, das Grundstück Band IV. № 72 mit 0,16 Tblr. Reinertrag und einer Fläche von 0,13,52 Hektar zur Grundsteuer, das Grundstück Band IV. № 73 mit 0,05 Tblr. Reinertrag und einer Fläche von 0,15,69 Hektar zur Grundsteuer, mit 580 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschriften der Grundbuchblätter, etwaige Abschätzungen und andere die Grundstücke betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei in den Diensthunden eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersieger übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesenjenigen, welche das Eigentum der Grundstücke beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle jedes Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird **am 22. Dezember 1897 Nachmittags 1 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Kallberge Mödersdorf, den 1. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

208. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Ludenwalde Band VI. Blatt № 901 auf den Namen des Tuchmachers Hermann Weinmeister zu Ludenwalde, jetzt zu Berlin, Hornstr. 11 wohnhaft eingetragene, zu Ludenwalde, Auguststraße 9 belegene Grundstück **am 29. Dezember 1897 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Zimmer 6 versteigert werden.

Das Grundstück ist mit einer Fläche von 4 ar 73 qm zur Grundsteuer, mit 413 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige

Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei Zimmer № 2 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersieger übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesenjenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird **am 29. Dezember 1897 Mittags 12 1/2 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Ludenwalde, den 7. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

209. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Alt-Cölln Band 7 Blatt № 521 auf den Namen des Restaurateurs Albert Theodor Behrend zu Berlin eingetragene, in der Grünstraße Nr. 13 und Ecke Friedrichsgracht belegene Grundstück **am 29. Dezember 1897 Vormittags 10 1/2 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Neue Friedrichstraße 13 Hof Flügel C. parterre Saal 40 versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 4050 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei ebenda Zimmer 41 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersieger übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein, ferner alle Ansprüche, deren Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird **am 29. Dezember 1897 Nachmittags 12 1/2 Uhr** an Gerichtsstelle wie oben verkündet werden.

Berlin, den 27. Oktober 1897.

Königliches Amtsgericht I. Abtheilung 86.

Zwangsvollstreckung.

210. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von den Umgebungen Band 190 Nr. 7911 auf den Namen des Restaurateurs Karl Steinbach zu Berlin eingeragene, zu Berlin, in der Gleimstraße Nr. (nach dem Kataster Nr. 9) belegene Grundstück **am 29. Dezember 1897 Vormittags 10 1/2 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Neue Friedrichstraße 13 Hof Flügel C. Erdgesch. Saal 40 versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 6,90 M. Reinertrag und einer Fläche von 9 ar 77 qm zur Grundsteuer, dagegen zur Gebäudesteuer noch nicht veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei ebenda Zimmer 41 eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersther übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen

von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird **am 29. Dezember 1897 Nachmittags 12 1/2 Uhr** an Gerichtsstelle wie oben verkündet werden.

Berlin, den 30. Oktober 1897.

Königliches Amtsgericht I. Abtheilung 86.

Auktionen und Lizitationen.

211. In der Oberförsterei Alt-Muppin werden im Wirtschaftsjahre 1898 voraussichtlich zum Verkauf kommen: Eichen: ca. 80 fm. Lang- und Schichtnugholz, 295 fm. Derbbrennholz, Buchen: ca. 415 fm. Lang- und Schichtnugholz, 1495 fm. Derbbrennholz, Birken: ca. 10 fm. Lang- und Schichtnugholz, 205 fm. Derbbrennholz, Kiefern: ca. 8450 fm. Lang- und Schichtnugholz, 9550 fm. Derbbrennholz. Der Verkauf des Langnugholzes wird in der Hauptsache am **7. Dezember 1897, 4. Januar und 8. Februar 1898** in Neu-Muppin stattfinden und werden darüber f. 3. besondere Bekanntmachungen ergehen.

Forsthaus Alt-Muppin, den 6. November 1897.

Königliche Oberförsterei.

Öffentliche Bekanntmachung.

212. Zur Verbreiterung der Götelsstraße in Spandau ist die Enteignung der nachstehend näher bezeichneten Grundstücke der Gemarkungen Tiefwerder und Spandau erforderlich.

| Ffd.
Nr. | Grundbuch | | Katasterbezeichnung | | Name des Eigenthümers. | Größe | | |
|----------------------------|-----------|------|---------------------|----------|-------------------------------|-------|----|----|
| | Bd. | Bl. | Kartenbl. | Parzelle | | ha | ar | qm |
| Gemeindebezirk Tiefwerder: | | | | | | | | |
| 1 | 1 | 16 | 1B. | 38a. | Gebrüder Bied, Tiefwerder | — | 1 | 09 |
| 2 | 50 | 1735 | 1B. | 39b. | Wilhelm Schüler, Tiefwerder | — | 1 | 87 |
| 3 | 1 | 69 | 1B. | 40 | Venede'sche Erben, Tiefwerder | — | — | 78 |
| 4 | 14 | 521 | 1B. | 41 | A. Krennfarth, Tiefwerder | — | — | 92 |
| 5 | 1 | 8 | 1B. | 42 | Bödemig, Spandau | — | — | 71 |
| 6 | 2 | 41 | 1B. | 43 | Kiebekusch, Tiefwerder | — | — | 71 |
| 7 | 1 | 69 | 1B. | 44 | Venede'sche Erben, Tiefwerder | — | 5 | 20 |
| Gemeindebezirk Spandau: | | | | | | | | |
| 8 | 19 | 740 | 19 | 177/23 | Weber, Spandau | — | — | 17 |

Nachdem durch Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten das Entschädigungsfeststellungsverfahren eingeleitet ist, habe ich zur Abschätzung der Grundstücke sowie zur Verhandlung mit den Betheiligten Termin auf den

16. November 1897 Vormittags 10 3/4 Uhr

an Ort und Stelle anberaumt, zu welchem alle Betheiligten unter der gesetzlichen Verwarnung eingeladen werden, daß bei ihrem Ausbleiben ohne ihr Zutun die Abschätzung vorgenommen und das Verfahren fortgesetzt wird. Potsdam, den 9. November 1897.

Der Kommissar des Regierungspräsidenten: B u d d e, Regierungs-Assessor.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 47.

Den 19. November

1897.

Allerhöchster Befehl.

Auf den Bericht vom 24. August d. J. ertheile Ich dem anbei zurückerfolgenden revidirten Statute der Rother-Stiftung zur Unterstützung unverheiratheter Töchter von Beamten und Offizieren vom 19. Juni 1897 hierdurch Meine landesherrliche Genehmigung.

Homburg v. d. H., den 6. September 1897.

gez. Wilhelm R.

Zugleich für den Minister der geistlichen u. Angelegenheiten und des Innern.

gez. v. Miquel. gez. Schönstedt.

An die Minister der Finanzen, der geistlichen u. Angelegenheiten, der Justiz und des Innern.

Revidirtes Statut

der Rother-Stiftung zur Unterstützung unverheiratheter Töchter von Beamten und Offizieren.

Für die bisher nach dem Statut vom 19. Mai 1840 (Gesetzsammlung Seite 188 ff.) verwaltete Rother-Stiftung wird nachstehendes Statut als neues Grundgesetz erlassen:

§ 1. Unter dem Namen: „Stiftung zur Unterstützung unverheiratheter Töchter von Beamten und Offizieren“ besteht die Rother-Stiftung mit dem Sitze in Berlin, welcher der jährliche reine Ueberschuß aus dem Geschäftsbetriebe des Königl. Leihamts zu Berlin (Gesetzsammlung 1834 Nr. 1510, Seite 23) als fortwauernde Einnahmequelle überwiesen ist.

§ 2. Die Vertretung der Stiftung ist einer Behörde übertragen, welche unter dem Titel: „Kuratorium der Rother-Stiftung“ in Berlin ihren Sitz hat und sämtliche Angelegenheiten derselben nach den Vorschriften dieses Statuts leitet. Dieses Kuratorium besteht aus:

- 1) dem jedesmaligen Präsidenten der Seehandlung als Vorsitzenden, der in Krankheits- oder Behinderungs-fällen von dem ersten und wenn auch dieser behindert ist, von dem zweiten Mitgliede vertreten wird,
- 2) dem jedesmaligen General-Superintendenten für die Stadt Berlin,
- 3) dem jedesmaligen Oberbürgermeister der Stadt Berlin,
- 4) dem jedesmaligen Direktor des Königl. Leihamts für Berlin.

Die Beschlüsse des Kuratoriums erfolgen nach Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Urkunden, welche die Stiftung vermögensrechtlich verpflichten, sind

von dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter, und einem anderen Mitgliede des Kuratoriums zu vollziehen.

§ 3. Der Zweck der Stiftung ist die Unterstützung armer, unverheirathet gebliebener, mindestens 40 Jahre alter und unbescholtener ehelicher Töchter solcher bereits verstorbener Väter, welche entweder

- a. als besoldete höhere oder mittlere Beamte im Königl. oder im Dienste der Berliner Kommune oder
- b. als Offizier in der Preussischen Armee pflichttreu gedient haben.

§ 4. Die Art der Unterstützung ist eine zweifache; der eine Theil der Beneficiatinnen wird in das Stiftshaus aufgenommen, der andere Theil durch jährliche Geldbewilligungen unterstützt.

§ 5. Das Stiftshaus ist zur Aufnahme von fünf- undvierzig Personen bestimmt, von welchen jede mindestens ein besonderes Zimmer mit dem nothwendigen Zubehör, jedoch mit Ausnahme des Meublements erhalten soll.

Außerdem ist der Aufenthalt in dem zum Stifte gehörigen Garten den Beneficiatinnen während der ganzen Dauer des Tages gestattet.

§ 6. Die jährlichen Einkünfte der Stiftsstellen betragen vorbehaltlich der Bestimmung im § 14 300 M. bis 480 M. und werden in monatlichen Raten postnumerando gezahlt.

§ 7. Jede Beneficiatin erhält außerdem das von dem Kuratorium zu bestimmende zur Heizung der Zimmer und zum Kochen erforderliche Feuerungsmaterial, soweit nicht für ersteres etwa eine Centralheizung des Stiftshauses eingerichtet wird und stattfindet.

§ 8. Den Beneficiatinnen wird in Krankheitsfällen freie ärztliche Behandlung und Medicin gewährt. Insofern Stiftshausbeneficiatinnen mit Rücksicht auf die Art und die Dauer ihrer Erkrankung einem Krankenhause oder mit Rücksicht auf ihr dauerndes Siechthum einem Siechenhause zu überweisen sind, kann das Kuratorium zu den Kosten der Unterbringung sowohl einmalige als fortlaufende Zuschüsse aus Stiftungsmitteln bewilligen, soweit diese Kosten aus den Einkünften der betreffenden Beneficiatinnen einschließlich des stiftungsmäßigen Jahrgeldes nicht völlig gedeckt werden können.

§ 9. Die in das Stiftshaus aufgenommenen Beneficiatinnen werden nach ihrem Tode beim Mangel eigenen Vermögens auf Kosten der Stiftung anständig beerdigt.

§ 10. Das Kuratorium stellt das zur Verwaltung des Stiftshaus-Etablissements erforderliche Personal an und setzt dessen Gehälter und Emolumente fest.

Das Kuratorium kann in dringenden Bedarfsfällen dem angestellten Personal einmalige Unterstüzungen gewähren, auch denjenigen Bediensteten der Stiftungsverwaltung, welche nach langjähriger Dienstzeit dienstunfähig werden; unter Vorbehalt des Widerrufs einmalige oder fortlaufende Unterstüzungen bewilligen. Ebenso können den hinterbliebenen Wittwen solcher Bediensteten bei nachgewiesener Bedürftigkeit außerordentliche Unterstüzungen gewährt werden.

§ 11. Die Beneficiatinnen der zweiten Kategorie (§ 4) werden nur durch ein Jahrgeld unterstzt und können ihren Wohnsitz an jedem beliebigen Orte innerhalb des Deutschen Reiches nehmen.

§ 12. Die Zahl der Jahrgelder richtet sich nach der Größe der vorhandenen Mittel. Ihre Höhe wird in jedem einzelnen Falle nach dem Lebensalter der Beneficiatin bemessen und steigt mit dem letzteren. Sie betragen vorbehaltlich der Bestimmung im § 14 150 bis 240 M.

§ 13. Dieses Jahrgeld wird in vierteljährlichen Raten postnumerando gegen eine mit dem Atteste über das Leben und Wohlverhalten der Beneficiatin versehene Quittung gezahlt.

Die auswärtigen Beneficiatinnen erhalten nach Einlegung der vorschriftsmäßigen Quittung und des Moralitätsattestes den Betrag des Jahrgeldes porto-frei zugesandt.

§ 14. Das Kuratorium kann ausnahmsweise den Beneficiatinnen neben den Stiftshausrenten und den Jahrgeldern außerordentliche Unterstüzungen bewilligen, nach Maßgabe der der Stiftung zur Verfügung stehenden Mittel das Stiftshaus vergrößern, die Einkünfte (§ 6 und 12) erhöhen und die Zahl der Jahrgelder (§ 12) vermehren oder vermindern, auch die Sätze der Jahrgelder erhöhen.

§ 15. Zur Begründung der Gesuche um Verleihung der Beneficien ist erforderlich:

- 1) die Vorbringung einer Geburtsurkunde behufs des Nachweises, daß die Bewerberin
 - a. ehelich geboren,
 - b. mindestens 40 Jahre alt sei;
- 2) der Nachweis, daß ihr Vater verstorben und während eines längeren Zeitraumes entweder:
 - a. besoldeter höherer oder mittlerer Beamter im Königl. oder im Dienste der Berliner Kommune oder
 - b. Preussischer Offizier im stehenden Heere gewesen sei und pflichttreu bis zu seinem Tode oder seiner Entlassung gedient habe;
3. die Bescheinigung der Ortspolizei- oder Kommunalbehörde, daß die Bewerberin |
 - a. niemals verheiratet gewesen,
 - b. in gutem Rufe stehe,
 - c. fern zu ihrem Unterhalte hinreichendes Vermögen besitze und auch keine zu ihrer Verpflegung gesetzlich verpflichtete und vermögende Verwandte habe;
- 4) die gewissenhafte Angabe der Bewerberin über ihre

bisherigen Subsistenzmittel und die ihr etwa ferner noch zufließenden jährlichen Einnahmen.

Das Kuratorium kann außerdem die Einreichung eines Vermögensinventariums, dessen Richtigkeit die Bewerberin an Eidesstatt zu versichern hat, erfordern. Diejenigen Bewerberinnen, deren Jahreseinkünfte den Betrag von 600 M. übersteigen, haben keinen Anspruch auf die Beneficien der Stiftung und sollen in der Regel weder in das Stiftshaus aufgenommen noch mit einem Jahrgelde bedacht werden.

Vor der wirklichen Verleihung des Beneficiums hat jede Bewerberin anzugeloben, daß sie für den Fall, daß ihr durch Erbschaft oder andere Ereignisse Vermögen zufallen sollte, dies getreulich dem Kuratorium anzeigen werde.

§ 16. Die Verleihung einer Stiftsstelle ist außerdem von der Vorbringung eines amtärztlichen Attestes darüber abhängig, daß die Bewerberin nicht an chronischen, ansteckenden oder Ekel erregenden Krankheiten noch an epileptischen Krämpfen leidet.

§ 17. Durch die Aufnahme in das Stiftshaus übernimmt jede Beneficiatin die Pflicht, ihren Mitschwester im Stiftshause in Krankheitsfällen freundliche Unterstützung angedeihen zu lassen.

§ 18. Die Bewerbungen um Stiftsstellen oder Jahrgelder sind an das oben bezeichnete Kuratorium zu richten und mit den im § 15 und 16 verlangten Nachweisungen zu versehen.

§ 19. Expectanzen werden nicht erstellt, wohl aber Anmeldungen für den Fall künftiger erst entstehender Vakanzen angenommen.

§ 20. Die Ordnung im Stiftshause wird durch eine vom Kuratorium aus der Zahl der Beneficiatinnen zu erwählende Vorsteherin aufrecht erhalten.

Die von dem Kuratorium besonders erlassene Hausordnung enthält die Bestimmungen, nach welchen sich die Beneficiatinnen streng zu richten haben, und soll jeder Bewohnerin des Hauses zur Nachachtung mitgeteilt werden. Beschwerden über die Vorsteherin oder über sonstige Verhältnisse in dem Stifte sind bei dem Kuratorium anzubringen.

§ 21. Die Vorsteherin wird widerruflich auf unbestimmte Zeit erwählt. Sie erhält während ihrer Amtsführung eine aus zwei Zimmern bestehende besondere Wohnung und eine jährliche, von dem Kuratorium festzusetzende Funktionszulage.

§ 22. Die Stiftswohlthaten hören auf, sobald eine Beneficiatin heirathet oder in ihren materiellen Verhältnissen sich so wesentlich verbessert, daß sie der Stiftswohlthaten nicht mehr bedarf.

Schlechter Lebenswandel einer Beneficiatin hat ohne Weiteres die Entziehung der Stiftswohlthaten zur Folge. Bei unfriedlichem zänkischen Verhalten der Wohnung genießenden Beneficiatinnen kann das Kuratorium den Verlust der freien Wohnung und der damit verbundenen Vergünstigungen endgültig beschließen; in diesem Falle wird der Beneficiatin fortan nur ein Jahrgeld nach Maßgabe der im § 12 enthaltenen Be-

stimmungen gewährt. Bei eintretendem gänglichen Verluſt der Stiftswohlthaten ist die Stiftung auf Grund des § 23 berechtigt, die Erstattung der an die Beneficiatinnen geleisteten baaren Zahlungen, jedoch ohne Zinsen, nach deren Tode aus ihrem Nachlasse zu fordern.

Das etwa von der Betreffenden — nach dem alten Statut — noch gezahlte Antrittsgeld verbleibt in jedem Falle der Stiftung und wird nicht zurück-
erstattet.

§ 23. Der Stiftung soll auf den Nachlaß der Beneficiatinnen beider Kategorien kein Erbrecht, sondern nur insoweit die Befugniß zustehen, aus diesem Nachlaß die Erstattung der an die Erblasserin geleisteten baaren Zahlungen, jedoch ohne Zinsen, zu fordern, als nicht Ascendenten, Geschwister oder Geschwisterkinder auf Grund letztwilliger Verfügung oder kraft des Gesetzes Anspruch auf den Nachlaß zu erheben berechtigt sind. Das von der Erblasserin nach dem Statut vom 19. Mai 1840 etwa noch erlegte Antrittsgeld ist auf diese Forderung zwar anzurechnen, ein etwaiger Ueberschuß des ersteren wird aber niemals den Erben herausgezahlt. Konfuriert die Stiftung bei der Geltendmachung ihrer Forderung mit den gesetzlichen Erbesansprüchen anderer bedürftiger Verwandten der Erblasserin, so bleibt es von der Entschlieſung des Stiftskuratoriums abhängig, inwiefern es ganz oder theilweise auf dieses Recht Verzicht leisten will.

Die Regulirung der Ansprüche der Stiftung kann in allen Fällen im Wege des Vergleichs mit den Erben geschehen, auch bleibt es dem Kuratorium überlassen, in allen Fällen, in denen der Nachlaß im Wesentlichen nur aus Mobilien und Wirtschaftsstücken besteht, von der Geltendmachung der Stiftungsforderung überhaupt abzusehen.

§ 24. Die Mittel der Stiftung werden, soweit Privatpersonen für ihre Zuwendungen an dieselbe nicht abweichende Bestimmungen treffen, bei dem Leihamte für Berlin untergebracht, welches bis auf Weiteres vier Procent Zinsen zahlt. Die Herabsetzung dieser Verzinsung auf denjenigen höchsten Zinssatz, welchen Preußen für die von ihm begebenen Anleihen entrichtet, ist mit Genehmigung der Herren Minister des Innern und der Finanzen zulässig.

Insoweit das Leihamt außer Stande ist, die Mittel der Stiftung in seinem Geschäftsbetriebe nutzbar zu verwenden, worüber die königliche Generaldirektion der Seehandlungs-Societät entscheidet, bleibt dem Kuratorium überlassen, die Stiftungsmittel in Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches oder Preußens oder in pupillarisch sicheren Hypotheken zinsbar anzulegen.

Von dem Reservefonds des Leihamts, dessen Zinsen der Noth-Stiftung bis auf Weiteres überwiesen sind, sind der Stiftung Zinsen zu denselben Sätzen, welche nach der obigen Bestimmung von den bei dem Leihamte belegten Stiftungsfonds gezahlt werden, nur insoweit zu zahlen, als der Reservefonds als Perpetualkapital des Leihamts Verwendung finden kann.

Von demjenigen Betrage des Reservefonds, welcher hiernach anderweit zinsbar anzulegen ist, erhält die Stiftung nur denjenigen Zinsbetrag, den das Leihamt durch die zinsbare Belegung erzielt.

§ 25. Die Beamten des Leihamts sind verpflichtet, die bei der Verwaltung der Stiftung vorkommenden Rassen- und Ranzleigekäufe ohne besonderen Entgelt zu übernehmen. Insoweit Leihamtsbeamten andere Geschäfte für die Stiftung aufgetragen werden, kann das Kuratorium für ihre Dienstleistungen Fuhrkostenentschädigungen und angemessene Remunerationen gewähren.

§ 26. Zuwendungen von Privatpersonen können sowohl im Wege der Vertragsschließung mit dem Kuratorium als auch durch Schenkungen unter Lebenden oder letztwillig unter den in den Gesetzen vorgeschriebenen Maßgaben angenommen werden.

Auf den Antrag des Zuwendenden kann mit Zustimmung des Kuratoriums nachträglich eine Aenderung der an die Zuwendungen geknüpften Bedingungen erfolgen.

§ 27. Die staatliche Oberaufsicht über die Stiftung wird von dem Minister des Innern geführt.

§ 28. Aenderungen des Statuts erfolgen auf den Vorschlag des Kuratoriums und bedürfen, soweit sie den Sitz, den Zweck, die äußere Vertretung oder das Finanzwesen der Stiftung betreffen, sowie Beschlüsse, welche die Auflösung der Stiftung zum Gegenstand haben, der landesherrlichen Genehmigung.

Sonstige Statutenänderungen sind von der Zustimmung des Ministers des Innern abhängig.

Berlin, den 19. Juni 1897.

(Sgl.) Kuratorium der Noth-Stiftung.
gez. von Burckhard. D. Faber. Zelle. Girard.

Bekanntmachungen des königlichen Regierungspräsidenten.

Bekanntmachung.
254. Auf der Neubaustrecke Bries-Joachimsthal wird am 1. Dezember d. J. der Arbeitsjugbetrieb eröffnet werden.

Die Wegeübergänge werden nicht bewacht.

Das Betreten der Bahnanlagen und des Gleises der Neubaustrecke ist verboten. Die Bahn darf nur an den zu Uebergängen bestimmten Stellen betreten und überschritten werden.

An den Wegeübergängen muß gehalten werden, sobald sich die Annäherung eines Arbeitszuges durch das Glockenzeichen oder die Dampfpfeife der Lokomotive oder anderweitig bemerklich macht.

Potsdam, den 12. November 1897.

Der Regierungspräsident.

Landespolizeiliche Anordnung.

255. Auf Grund allgemeiner Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten bestimme ich gemäß §§ 18 ff. des Reichsgesetzes, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen vom 23. Juni 1880 (neue Fassung R.-G.-Bl. für 1894 S. 410) in Ergänzung meiner Anordnung vom 2. Juni 1894 als weitere Maßregeln für die im hiesigen Be-

zirk aufgetretenen Schweinepesten (Schweinepest, Schweinepocken und Rothlauf) Folgendes:

- 1) Wer sich mit dem Ankauf oder Vertrieb von Schweinen gewerbsmäßig beschäftigt, ist verpflichtet, die angekauften und zum Vertrieb bestimmten Schweine durch einen beamteten Thierarzt oder dessen besonders hierzu ermächtigten Stellvertreter (Ziffer 7) untersuchen zu lassen.

Die Untersuchung muß erfolgen, bevor die Schweine in den Verkehr gebracht werden, bei den auf Märkten angekauften Schweinen, bevor diese den Markort verlassen.

Auf fette, zur unmittelbaren Abschachtung bestimmte Schweine erstreckt sich die Untersuchung nicht.

Der Thierarzt hat den Untersuchungsbesund in das Kontrollbuch (Ziffer 3) einzutragen.

- 2) Ueber den Gesundheitszustand der untersuchten Schweine ist von dem Thierarzte eine Bescheinigung auszustellen, welche die Transportführer (Händler, Treiber, Wagenführer u.) stets bei sich zu führen haben. Die Gesundheitsbescheinigungen gelten für 5 Tage. Werden Transportführer ohne ein gültiges Gesundheitszeugniß betroffen, so hat die Ortspolizeibehörde die Absperrung der betreffenden Schweine bis zur thierärztlichen Untersuchung anzuordnen.

- 3) Die Transportführer u. (Ziffer 2) haben ein Kontrollbuch in nachstehend vorgeschriebener Form zu führen, in welches die Anzahl sämtlicher gekaufter, verkaufter oder getauschter Schweine, sowie der Name und Wohnort des Vorbesizers, Besizers und Händlers einzutragen ist. Die Zahlen sind in Buchstaben anzugeben.

Die Eintragungen sind sogleich nach dem Besitzwechsel vorzunehmen.

- 4) Nach jedem Eintreffen eines Transports in einem Orte, in welchem Schweine verkauft oder getauscht werden sollen, ist das Kontrollbuch sofort der Ortspolizeibehörde vorzulegen. Letztere prüft die Richtig-

keit der Angaben über die Anzahl der Schweine und vermerkt die Prüfung in dem Buche.

Das Kontrollbuch ist jedem Polizeibeamten, Gendarmen und beamteten Thierärzten auf Verlangen vorzulegen.

- 5) Verendet ein Schwein während der Beförderung, so ist behufs Feststellung der Todesursache der beamtete Thierarzt oder dessen Vertreter (Ziffer 7) unverzüglich zuzuziehen. Bevor diese Feststellung stattgefunden hat, darf kein Schwein aus den Transport entfernt oder in Berührung mit anderen Schweinen gebracht werden.
- 6) Die Kosten der thierärztlichen Untersuchungen, ausschließlich der in Ziffer 5 erwähnten vom Staate getragenen, sind nach der Gebührenordnung vom 23. April 1897 — Amtsbl. 97 Stück 18 Seite 169 — vom Führer der Schweine zu erheben.
- 7) Im Falle des Bedürfnisses können die Landräthe einen oder mehrere Privatthierärzte mit der Stellvertretung des beamteten Thierarztes in den durch Ziffer 1 dieser Anordnung bedingten Geschäften widerruflich betrauen. Ebenso können die Landräthe bestimmen, ob und in welchem Umfange die nach Ziffer 2 erforderlichen Gesundheitsbescheinigungen durch Gutachten von beamteten oder Privatthierärzten anderer Regierungsbezirke ersetzt werden können.
- 8) Zuwiderhandlungen werden gemäß § 66 des Reichsviehseuchengesetzes mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft, sofern nicht nach § 328 des Reichsstrafgesetzbuches eine höhere Strafe eintritt.
- 9) Diese Anordnung tritt mit dem 1. Dezember d. J. an Stelle der Anordnungen vom 4. November 1896 (Amtsbl. 1896 Stück 46 Seite 516/517 und vom 10. Dezember 1896 (Amtsbl. 1896 Stück 51 Seite 568) in Kraft.

Potsdam, den 13. November 1897.

Der Regierungspräsident.

Anhang.

Muster des Kontrollbuches.

Name und Wohnort des Eigenthümers der Schweine.
Wohnort des Transportführers.

| Datum | Ort | Anzahl | Name und Wohnort des Händlers oder sonstigen Vorbesizers, von dem die Schweine eingekauft worden. | Datum, an welchem die Schweine vom beamteten Thierarzt untersucht sind. (Vom Kreisathierarzt u. eigenhändig auszufüllen.) | Anzahl der verkauften Schweine. | Name des Käufers. | Stand | Wohnort | Datum, an welchem das Kontrollbuch durch den beamteten Thierarzt, den Gendarmen oder den Polizeisergeanten nachgesehen (revidirt) ist. (Von den betreffenden Beamten eigenhändig auszufüllen.) |
|-------|---------------------------|--------|---|---|---------------------------------|-------------------|-------|---------|--|
| | der eingekauften Schweine | | | | | | | | |

Gebührenordnung

für die Untersuchung von Händler Schweinen.

Die Gebühren, welche die beamteten bezw. Privat-Thierärzte für die auf Grund der landespolizeilichen Anordnung vom 4. November 1896 (Amtsblatt 1896 Seite 516/517) vorzunehmenden Untersuchungen von Händler Schweinen erheben können, sind nach Maßgabe der nachstehenden **Gebührenordnung** zu berechnen:

I.

Für die am Wohnorte des Thierarztes oder in einer Entfernung von weniger als 2 km von dem Wohnorte stattfindenden Untersuchungen sind einschließlich der Ausstellung des Gesundheitscheines an Gebühren zu entrichten:

| | |
|-------------------|----------|
| für 1—25 Schweine | 1,50 Mk. |
| „ 26—50 „ | 2,— „ |
| „ 51—75 „ | 3,— „ |
| „ 76—100 „ | 4,— „ |
| mehr als 100 „ | 5,— „ |

II.

Für die Untersuchung der Schweine in einer Entfernung von 2 km oder mehr von dem Wohnorte des Thierarztes einschließlich der Ausstellung des Gesundheitscheines sind an Gebühren zu entrichten:

| | |
|-------------------|-------|
| für 1—50 Schweine | 6 Mk. |
| „ 51—100 „ | 8 „ |
| mehr als 100 „ | 10 „ |

Außerdem sind die nach der königlichen Verordnung vom 17. September 1876 (G.-S. S. 411) zu berechnenden Reisekosten zu entrichten.

Gehören die zu untersuchenden Schweine mehreren Personen oder werden an demselben Tage und Orte Untersuchungen von Schweinen für mehrere Besitzer vorgenommen, so sind die zu entrichtenden Gebühren und Reisekosten nach Verhältniß der Zahl der untersuchten Schweine zu vertheilen.

III.

Für die Untersuchungen von Schweinen, die gelegentlich der Beaufsichtigung von Schweinemärkten stattfinden, sind an Gebühren zu entrichten:

| | |
|-------------------|----------|
| für 1—25 Schweine | 1,— Mk., |
| „ 26—50 „ | 1,50 „ |
| „ 51—100 „ | 2,— „ |
| „ 101 u. mehr „ | 3,— „ |

Neben diesen Gebühren dürfen Reisekosten und Tagegelber nicht berechnet werden.

Diese Anordnung tritt **sofort** in Kraft.

Potsdam, den 23. April 1897.

Der Regierungspräsident.

Das Diphtherieheißserum betreffend.

256. Mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 5. Juli d. J. im Amtsblatt Stück 28 Seite 260 und folg. wird bekannt gemacht, daß nach Erlaß des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom 5. d. M. M. 12696 U. I. die Farbwerke vorm. Meister, Lucius & Brüning zu Höchst a. M., die chemische Fabrik auf Aktien (vorm.

E. Schering) zu Berlin und die Fabrik chemischer Präparate von Stamer, Noack & Co. zu Hamburg sich bereit erklärt haben, die vereinbarte Preisermäßigung für diejenigen Flaschen des Diphtherieheißserums, welche aus Staats- oder Gemeindemitteln, sowie von Krankenkassen im Sinne des Krankenkassengesetzes oder von Vereinigungen bezahlt werden, die der öffentlichen Armenpflege dienen, nicht nur den amtlichen Vermittelungsstellen, sondern auch ihren direkten Abnehmern zu gewähren, wenn diese die amtlich beglaubigten Beläge einsenden.

Potsdam und Berlin, den 12. November 1897.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

Vielfeuchen.

257.

Ausgebrochen:

a. Milzbrand. Kreis Prenzlau: bei einer Kuh der Bauernhofbesitzer Böcker in Rosow und Müller in Grünow (Ausbau). Kreis Ruppin: bei einer Kuh des Büdnere Gutsmidt in Jechow. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: bei einer gefallenen Kuh des Gemeindevorstehers Carl Schulze in Budow.

b. Maul- und Klauenseuche: Kreis Teltow: unter dem Viehbestande der Wittwe Thiele in Groß-Ziethen. Kreis Oberbarnim: unter den Rindviehbeständen der Güter Kerstenbruch und Herrenhof. Kreis Ruppin: bei 26 Kälbern des Händlers Kleffner aus Progen und 4 Stieren und 15 Schlachtfühen des Schlächters Bernhardt in Langen. Stadtkreis Potsdam: unter dem Rindvieh des städtischen Schlachthofs.

c. Bruckseuche. Kreis Osthavelland: unter den Pferden der 8. Batterie 2. Garde-Feld-Artillerie-Regiments und auf dem Remonte-Vorwerk Seegebruch zu Baerenflau.

d. Geflügelcholera. Kreis Teltow: unter den Gänsen des Büdnere Decker in Wunsdorf und des Eigenthümers Rittler in Schulzendorf bei Waltersdorf; unter den letzteren ist die Seuche inzwischen wieder erloschen.

Erloschen:

a. Milzbrand. Kreis Prenzlau: bei einem Bullen des Bauernhofbesitzers Wegener in Bandedow (Ausbau). Kreis Osthavelland: auf dem Gehöft des Gemeindevorstehers Seefeld in Knoblauch.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Ostprignitz: unter den Rindviehbeständen des Gemeindevorstehers Telschow, der Bauern Friedrich Selle, Peter, Köhn, Guthke und des Schmiedemeisters Glaeser, sämtlich in Dahlhausen.

c. Bläschenauschlag. Kreis Zauch-Belzig: in der Stadt Brüd.

d. Geflügelcholera. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: in der Gemeinde Bardenitz.

Potsdam, den 16. November 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Bekanntmachung.

26. An die Stelle des Regulativs vom 1. Oktober 1893, betreffend die Ausbildung, Prüfung und An-

stellung für die unteren Stellen des Forstdienstes in Verbindung mit dem Militärdienst im Jägercorps, tritt ein neues Regulativ vom 1. Oktober d. J.

Die Einsicht desselben ist in den Geschäftszimmern der Herren Landräthe und Forstrevierverwalter gestattet.

Potsdam, den 12. November 1897.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

79. Des Kaisers und Königs Majestät haben Allergnädigst geruht, mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 12. v. M. dem im Gemeindebezirke Charlottenburg belegenen, aus den Straßen 1 und 1a. der Abtheilung V., Sektion 1/3, des Bebauungsplans der Umgebungen Berlins zusammengesetzten Straßenzuge den Namen „Rommens-Straße“ beizulegen.

Berlin, den 11. November 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

82. Der Fernsprechverkehr mit Suhl ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt 1 Mark.

Berlin C., den 11. November 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector,

Geheime Ober-Postrath Griesbach.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

83. Auf dem neuen Bahnhof Groß-Köris tritt am 15. November eine Postagentur, zunächst ohne Telegraphenbetrieb, in Wirksamkeit.

Potsdam, 9. November 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector Gürtler.

Bekanntmachungen des Königlichen Provinzial-Schul-Collegiums.

Bekanntmachung.

17. Die Aufnahme-Prüfung am Königlichen Schullehrer-Seminar zu Prenzlau wird am **26. März 1898** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind bis zum **5. März 1898** an den Herrn Seminar-Director Schulrath Eckolt einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer des Seminarcurfurs gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge. Berlin, den 9. November 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

18. Die Entlassungs-Prüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Prenzlau wird vom **26. März**

Februar 1898 an abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete Schulanfänger-Kandidaten, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind bis zum **29. Januar 1898** pünktlich an uns W. 9 Einkstr. 42 einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugniß eines zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine Probefchrift mit deutschen und lateinischen Lettern u. 6) eine Probezeichnung; beide mit der Versicherung, daß sie der Einreicherung selbstständig angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Schulanfänger-Aspiranten am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminar-Director um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 9. November 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

19. Die zweite Lehrprüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Prenzlau wird vom **20. Juni 1898** an abgehalten werden. Die Anmeldungen nur solcher Lehrer, die im Regierungsbezirk Potsdam im Lehramte stehen, sind bis zum **23. Mai 1898** durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) das Original-Prüfungszeugniß über die bestandene erste Prüfung, 2) ein Zeugniß des Kreis-Schulinspektors, 3) eine von dem Examinanden selbstständig gefertigte Ausarbeitung über ein von ihm selbst gewähltes Thema mit Angabe der dazu benutzten Quellen, 4) eine Probezeichnung und 5) eine Probefchrift. Der Examinand hat die Versicherung abzugeben, daß er die drei Arbeiten selbstständig angefertigt und zu dem pädagogischen Aufsatz keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt habe. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Lehrer am Tage vor Beginn der schriftlichen Prüfung dem Herrn Seminar-Director um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin W. 9, Einkstr. 42, den 9. November 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

20. Die Prüfung der Lehrer an Taubstummen-Anstalten beginnt hier am **27. September 1898**. Zu dieser Prüfung werden zugelassen Geistliche, Kandidaten der Theologie oder der Philologie, sowie solche Volksschullehrer, welche die zweite Prüfung bestanden und sich mindestens zwei Jahre mit Taubstummen-Unterricht beschäftigt haben. Die Anmeldungen sind an uns bis zum **28. Juni 1898** einzureichen und denselben beizufügen: 1) ein selbstgefügter Lebenslauf, auf dessen Titelblatt der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Konfession und das augenblickliche Amteverhältniß des Bewerbers anzugeben ist, 2) die Zeugnisse über die empfangene Schul- oder Universitätsbildung, sowie über die bisher abgelegten Prüfungen, 3) ein Zeugniß über die bisherige Thätigkeit des Bewerbers im Taubstummen-Unterricht, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) ein von einem zur Führung eines Dienstfieglers

berechtigten Ärzte ausgestelltes Zeugniß über normalen Gesundheitszustand.

Berlin W. 9, Linkstr. 42, den 9. November 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirektion zu Berlin.

Nordostdeutsch-Berlin-Bayerischer Verband.

37. Mit Gültigkeit vom 1. Dezember d. Js. werden in den Ausnahmetarif 2 (Rohstofftarif) „Erze, auch aufbereitete, u. s. w., wie im Spezialtarif III. genannt unter der neuen Ziffer 3 aufgenommen. Für diese Artikel wird der Frachtberechnung nach den Sätzen des Ausnahmetarifs 2 mindestens das Ladegewicht der gestellten Wagen zu Grunde gelegt, hierbei jedoch für Wagen mit anderem Ladegewicht als 10, 12,5 und 15 t

- a. das Ladegewicht von mehr als 10, aber weniger als 12,5 t nur für 10 t,
- b. das Ladegewicht von mehr als 12,5 t, aber weniger als 15 t nur für 12,5 t gerechnet.

Stellt sich indeß das danach festgesetzte Ladegewicht der Wagen niedriger als das wirklich verladene Gewicht, so wird die Fracht des Ausnahmetarifs für das letztere berechnet.

Ergiebt die Berechnung für das wirkliche Gewicht der Sendung nach den Bestimmungen und zu den Sätzen des Spezialtarifs III. eine niedrigere Fracht, so wird nur diese erhoben.

Berlin, den 8. November 1897.

Königliche Eisenbahn-Direktion Namens der beteiligten Verwaltungen.
Ausnahmetarif I. (Holztarif).

38. Im Staatsbahn-Gruppen- und Wechselverkehr, ferner im Wechselverkehr mit Stationen der Oldenburgischen Staatsbahnen und der Station Kempen der Breslau-Warschauer Eisenbahn erhält mit Gültigkeit vom 1. Januar 1898 ab die Ziffer 4 des Waarenverzeichnisses des Ausnahmetarifs I. (Holztarif) folgende Fassung: „A Holzwaaren, grobe (ausgenommen solche, die aus Hölzern der im Spezialtarif I. des deutschen Eisenbahn-Gütertarifs, Theil I., bezeichneten Sorten — vgl. oben Ziffer 1 — hergestellt sind), folgende: Roh vorgearbeitetes Schirr- oder Werkholz, soweit dasselbe nicht unter Ziffer 1 der Position „Holz“ des Spezialtarifs III. fällt, Rundholz, gelocht (Haspelholz), Saßkisten, Schachtelränder, Siebläufe, Schiffsnägel, Holzspunde, Schuhpföcke (Holzstifte), Draht zur Herstellung von Zündhölzern, Holzflöße (Holzstöckel) zum Pflastern, roh vorgearbeitete Gewehrshäute, Cigarrenstiftenbretter, Dachschindeln.“

Berlin, den 9. November 1897.

Königliche Eisenbahndirektion, zugleich Namens der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirektion zu Stettin.

Gruppentarif III., Wechselverkehr der Gruppe III. mit den Gruppen IV., V., VI., Oldenburg-Oldenburg-Berlin-Stettiner Güterverkehr und Militär-Staatsbahnverkehr.

14. Die Abfertigung von Bier und frischen Heringen

mit weißem Frachtbrief wird wegen des beschränkten Raumes in der Eilgutabfertigung auf dem Personenbahnhofs in Stettin endgültig nach dem Centralgüterbahnhofs verlegt. Der Frachtberechnung für diese Sendungen werden für die Folge die Entfernungen des Centralgüterbahnhofs zu Grunde gelegt. Soweit durch diese Maßnahme Frachterhöhungen herbeigeführt werden, treten dieselben erst vom 15. Januar 1898 ab in Kraft.

Stettin, den 11. November 1897.

Königliche Eisenbahndirektion

zugleich Namens der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

In Gemäßheit des Artikels 14 Nr. 2 des Gesetzes vom 6. August 1896 (R.-G.-Bl. Nr. 27 S. 689) und auf Grund der Anweisung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 11. Dezember 1896 treffe ich folgende Anordnung: Der Hausirhandel mit Rindvieh, Schafen und Schweinen in den Kreisen Arnswalde, Friedeberg, Landsberg, Solbin, Ost-Sternberg, Züllichau-Schwiebus und im Stadtkreise Landsberg a. W. wird hiermit bis zum 1. Februar 1898 verboten. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehende Bestimmung unterliegen, insofern nicht nach den bestehenden Gesetzen, insbesondere nach § 328 des Strafgesetzbuches eine höhere Strafe verwirkt ist, der Strafvorschrift des § 66 Zimmern 4 des Reichsviehseuchengesetzes vom 23. Juni 1880.

1. Mai 1894.

Frankfurt a. D., den 4. November 1897.

Der Regierungspräsident.

Zur Ausführung der notwendigen Ausbesserungen in den Kanalahaltungen und an den Bauwerken des Bromberger Kanals, der unteren Brähe und der kanalisierten oberen Nege werden diese Wasserstraßen mit Eintritt des Frostwetters bezw. des Eisstandes, spätestens jedoch am 5. Dezember d. J. bis Ende März 1897 für die Schifffahrt und Flößerei gesperrt werden. Bromberg, den 6. November 1897.

Der Regierungspräsident.

Personal-Chronik.

Im Kreise Oberbarnim ist der Administrator Günther zu Proegel von Neuem zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 16 Proegel ernannt worden.

Im Kreise Templin ist der Administrator Schünemann zu Kröcklenborn von Neuem zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 3 Kröcklenborn ernannt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Eduard Lenz ist als Oberlehrer an der Oberrealschule in Charlottenburg angestellt worden.

Der Schulamtskandidat Dr. Müller ist als ordentlicher Lehrer an der Königlichen Elisabethschule zu Berlin angestellt worden.

Bermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Die Gerichtstage für den Gerichtsbezirk Biesenthal sind für das Jahr 1898 auf nachbezeichnete Tage festgesetzt: 7. Januar, 21. Januar, 4. Februar, 18. Fe-

bruar, 4. März, 18. März, 15. April, 29. April, 13. Mai, 27. Mai, 3. Juni, 17. Juni, 8. Juli, 12. August, 16. September, 30. September, 14. Oktober, 28. Oktober, 11. November, 25. November, 9. Dezember, 23. Dezember. Das Gerichtstagslokal befindet sich im Rathhause zu Diesenthal.

Eberswalde, den 11. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Gerichtstage für den Gerichtstagsbezirk Jo-

achimsthal sind im Jahre 1898 auf die nachbenannten Tage festgesetzt: 6. Januar, 20. Januar, 3. Februar, 17. Februar, 3. März, 17. März, 9. April, 21. April, 5. Mai, 20. Mai, 2. Juni, 16. Juni, 7. Juli, 18ten August, 1. September, 15. September, 6. Oktober, 20. Oktober, 3. November, 17. November, 1. Dezember, 15. Dezember. Das Gerichtstagslokal befindet sich im Rathhause zu Joachimsthal.

Eberswalde, den 13. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Nachweisung

36.

der von dem Kreis-Ausschusse des Kreises Zauch-Belzig genehmigten Veränderungen von Guts- und Gemeindebezirkegrenzen.

| Nr | Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke. | Seitheriger Guts- bezw. Gemeindebezirk. | Künftiger Guts- bezw. Gemeindebezirk. |
|-----|---|---|---|
| 1. | Das in der Gemarkung Großbriesen belegene Grundstück Kartenblatt 2 Abschnitt 118, 119, 150/120, 151/120, 153/121, 177/121 in Größe von 8,2060 ha, früher dem Kaufmann Carl Schmidt zu Berlin, jetzt dem Königlichen Forstfiscus gehörig. Folgende im Grundbuche von Schmergow Band I. Blatt Nr 162 verzeichnete, im Grundsteuerbuche von der Gemarkung Schmergow auf Kartenblatt 7 eingetragene Parzellen der fiscalischen Dorfaue: | Gemeindebezirk Großbriesen. | Gutsbezirk Königl. Forstrevier Dippmannsdorf. |
| 2. | Das Trennstück 158/120 in Größe von 0,0002 ha, dem Kossäthen Carl Bernig zu Schmergow gehörig, | Fiscalischer Gutsbezirk. | Gemeindebezirk Schmergow. |
| 3. | das Trennstück 169/120 in Größe von 0,0004 ha, dem Kossäthen Gottlieb Friedrich Wilhelm Waeger zu Schmergow gehörig, | do. | do. |
| 4. | die Trennstücke 163/120 u. 164/120 in Größe von zusammen 0,0006 ha, dem Landwirth Willy Walter Waeger zu Schmergow gehörig, | do. | do. |
| 5. | das Trennstück 160/120 in Größe von 0,0015 ha, dem Gutsbesitzer Richard Schmidt zu Schmergow gehörig, | do. | do. |
| 6. | das Trennstück 161/120 in Größe von 0,0008 ha, dem Fleischermeister Carl Wallbaum zu Schmergow gehörig, | do. | do. |
| 7. | das Trennstück 162/120 in Größe von 0,0004 ha, dem Handelsmann Friedrich Werten zu Schmergow gehörig, | do. | do. |
| 8. | das Trennstück 165/120 in Größe von 0,0006 ha, dem Landwirth Adolf Friedrich Bockow zu Schmergow gehörig, | do. | do. |
| 9. | das Trennstück 166/120 in Größe von 0,0005 ha, dem Landwirth Johann Friedrich Werten zu Schmergow gehörig, | do. | do. |
| 10. | das Trennstück 167/120 in Größe von 0,0005 ha, dem Oekonomie Ludwig Otto Jonas zu Schmergow gehörig, | do. | do. |
| 11. | das Trennstück 168/40 in Größe von 0,0024 ha, dem Landwirth Hermann Schülke zu Schmergow gehörig, | do. | do. |
| 12. | das Trennstück 170/120 in Größe von 0,0004 ha, dem Kossäthen Carl Friedrich Vollensdorf zu Schmergow gehörig, | do. | do. |
| 13. | das Trennstück 171/120 in Größe von 0,0004 ha, dem Kossäthen Albert Friedrich Wiggert zu Schmergow gehörig, | do. | do. |
| 14. | das Trennstück 172/120 in Größe von 0,0006 ha, dem Landwirth Carl Friedrich Schmidtsdorf zu Schmergow gehörig, | do. | do. |
| 15. | das Trennstück 173/120 in Größe von 0,0006 ha, dem Kossäthen Wilhelm Werten jr. zu Schmergow gehörig, | do. | do. |
| 16. | das Trennstück 174/120 in Größe von 0,0005 ha, dem Landwirth Wilhelm Friedrich Carl Meier zu Schmergow gehörig, | do. | do. |
| 17. | das Trennstück 175/120 in Größe von 0,0006 ha, der Bauerngutsbesitzerin Wittve Caroline Wennemede zu Schmergow gehörig, | do. | do. |
| 18. | das Trennstück 176/120 in Größe von 0,0002 ha, dem Bädner Wilhelm Gerike zu Schmergow gehörig. | do. | do. |

Belzig, den 6. November 1897.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Zauch-Belzig.

| Rang. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Verhöre, welche die Anweisung beschlossen hat. | Datum der Anweisung-Beschlüsse. |
|-----------|---------------------------------------|---|--|---|---------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 6 | Josef Zech, Arbeiter, | geboren am 14. November 1875 zu Valparaiso, Chile, Südamerika, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Wes. | 11. Oktober 1897. |
| 7 | Heinrich Karl Bouron, Mechaniker, | geboren am 12. August 1871 zu Nantes, Frankreich, or.sangehörig ebenda selbst, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Strassburg, | 16. Oktober 1897. |
| 8 | Josef Flack, Comtorist, | geboren am 1. Juni 1836 zu Unterdeutschau, Bezirk Gottschee, Krain, or.sangehörig ebenda selbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich bayerische Polizei-Direktion München, | 12. Oktober 1897. |
| 9 | Abraham Moses Geschwind, Handelsmann, | geboren am 15. September 1851 zu Rzeszów, Galizien, or.sangehörig ebenda selbst, | gemeinschaftlicher Diebstahl und Landstreichen, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Cassel, | 9. Oktober 1897. |
| 10 | Ernst Iseli, Melker, | geboren am 3. März 1879 zu Ruediligen, Kanton Bern, Schweiz, or.sangehörig ebenda selbst, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Strassburg, | 16. Oktober 1897. |
| 11 | Marie Lampf, ledige Dienstmagd, | geboren am 2. Februar 1874 zu Oberhaid, Bezirk Kapitz, Böhmen, or.sangehörig ebenda selbst, | gewerbsmäßige Unzucht und falsche Namensangabe, | Königlich bayerische Polizei-Direktion München, | 23. Sept. 1897. |
| 12 | Heinrich Loos, Weber, | geboren am 1. Mai 1846 zu Herve, Provinz Lüttich, Belgien, or.sangehörig ebenda selbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf, | 25. Sept. 1897. |
| 13 | Martin Huldreich Scheu, Schlosser, | geboren am 18. Januar 1876 zu Mammern bei Stedborn, Kanton Thurgau, Schweiz, or.sangehörig ebenda selbst, | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Strassburg, | 16. Oktober 1897. |
| 14 | Jakob Schreiner, Schuhmacher, | geboren am 13. Mai 1877 zu Frauenau, Bezirk Regen, Bayern, österreichischer Staatsangehöriger, or.sangehörig zu Böhmisches Eisenstein, Bezirk Schlattenhofen, Böhmen, | strafbarer Eigennus, Bedrohung, Diebstahl, Landstreichen, Betteln und verbotenes Waffentragen, | Stadtmagistrat Amberg, Bayern, | 8. Oktober 1897. |

Hierzu fünf öffentliche Anzeigen.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Sauer'schen Erben.

Öffentlicher Anzeiger (N^o 5)

zum 47ten Stüd des Anzeigens

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 19. November 1897.

Polizeiliche Angelegenheiten.

195. Der Mann, Taufname: Hermann Richard Pohl, geboren am 28. Mai 1876 zu Glogau, welcher für das Infanterie-Regiment Nr. 50 ausgehoben ist, hat sich der militärischen Kontrolle entzogen. Derselbe ist seit Juni d. J. mehrfach bei Rauschfeld und Schinkelberg beschäftigt gewesen, und ist anzunehmen, daß er wohl auch jetzt noch mit einem solchen reist. Pohl hat er sich in Burgau beim Schankelbesitzer Humpel aufgehalten, von welchem er am 12. v. M. entlassen worden ist. Pohl hat einen Urlaubspass in Händen, hat aber den Vorschriften bezüglich der An- und Abmeldung nicht Folge geleistet. Es wird ersucht, den Genannten im Betretungsfalle festzunehmen und der nächsten Militär-Behörde abzuliefern.

Glogau, den 8. November 1897.

Königliches Bezirkskommando.

196. Der Gefreite der Landwehr Fleischergeselle Nathias Schwabe, gegen welchen eine militärgerichtliche Untersuchung schwebt, entzieht sich der militärischen Kontrolle. Alle Polizeibehörden und Gendarmen werden ersucht, auf den Genannten zu fahnden, ihn im Ermittlungsfalle festzunehmen und der nächsten Militärbehörde zuzuführen, sowie vom Geschehen umgehend hierher Mitteilung machen zu wollen. Schwabe ist am 1. November 1865 zu Rudauischen — Kreis Staffupönen — geboren, ist von mittelgroßer kräftiger Statur und hat dunkelblondes Haar. Seine Militärpapiere hat er hier zurückgelassen.

Bartasstein, den 12. November 1897.

Königliches Bezirks-Kommando.

197. Der Musiker Joseph Krawczyk der 9. Compagnie Infanterie-Regiments von Stülpnagel (5. Brandenburgisches) Nr. 48, am 26. Februar 1875 zu Dudy, Kreis Krotoschin, Regierungsbezirk Posen, geboren, am 15. Oktober 1897 in den Militärdienst getreten, hat sich am 12. November d. J. aus der Garnison Küstrin von seinem Truppenteile entfernt. Die resp. Behörden werden hierdurch dienstergebenst ersucht, auf den gen. Krawczyk zu vigiliren und ihn im Betretungsfalle an das unterzeichnete Kommando abliefern zu lassen.

Küstrin, den 13. November 1897.

Königliches Kommando des III. Bataillons Infanterie-Regiments von Stülpnagel (5. Brandenburgisches) Nr. 48.

Signalment. Religion: katholisch, Größe: 1 M. 63 Cm., Haare: blond, Stirn: frei, Augenbrauen: blond, Augen: blau, Nase: gebogen und bis, Mund: gewöhnlich, Zähne: voll, Bart: nicht, Rinz: oval, Gesichtsbildung: rund, Gesichtsfarbe: frisch, Gestalt: mittel, Sprache: polnisch, sehr schlecht deutsch.

Bekleidung: Feldmütze, Halsbinde, Putzta, Tuchhose, Hemde, Unterhose, eigene Stiefel.

198. Der Mann, Schlosser Ludwig Jankowski, geboren am 31. Januar 1875 zu Kowalewken, Kreis Löben, ausgehoben für Infanterie-Regiment 45, entzieht sich der militärischen Kontrolle und der Einstellung in das stehende Heer. Jankowski treibt sich wahrscheinlich bettelnd in Berlin und Umgegend herum. Derselbe ist auch schon wiederholt wegen Bettelns und Verbrechens bestraft worden. Die diesseits angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß derselbe bis zum 2. August d. J. im Arbeitshause zu Rummelsburg untergebracht gewesen und an genannten Tage nach Berlin — ohne nähere Wohnungsangabe — entlassen worden ist. Alle Polizeibehörden und Gendarmen werden ersucht, nach dem Genannten zu recherchieren und ihn im Ermittlungsfalle der nächsten Kontrollstelle zuzuführen.

Löben, im November 1897.

Königliches Bezirks-Kommando.

199. Gegen den unten beschriebenen Arbeiter Wilhelm Mau, am 1. Dezember 1867 in Panthlin, Kreis Schlawa, geboren, evangelisch, welcher fähig ist, soll eine durch vollstreckbares Urtheil des Königl. Landgerichts I. Strafkammer 3 zu Berlin vom 16. Dezember 1896 in den Akten J. HIE. 1107 96 erkannte Gefängnisstrafe von 6 Monaten vollstreckt werden. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichtgefängnis abzuliefern.

Berlin, den 10. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

Beschreibung. Alter: 29 Jahre, Größe: 1 M. 72 Cm., Statur: unterlegt, Haare: schwarz, Stirn: gewöhnlich, Bart: kleiner schwarzer Schnurrbart, Augenbrauen: schwarz, Nase: gewöhnlich, Zähne: vollständig, Rinn: gewöhnlich, Gesicht: länglich, Gesichtsfarbe: blaß, Sprache: deutsch. Besondere Kennzeichen: Vorstehende Backenknochen, scheues Wesen, Unterarm tätowirt.

Kleidung: schwarzer Jaquetanzug, weicher runder Hut, Schnürstiefel, dunkelbrauner Winterüberzieher.

200. Gegen die unten beschriebene Plätterin unverehelichte Emilie Scheel, geboren am 7. April 1866 zu Eggfeln, Kreis Uedermünde, welche sich verborgen hält, ist die Untersuchungsbehörde wegen Unterschlagung in den Akten J. IV B. 965/97 verhängt. Es wird ersucht, dieselbe zu verhaften und in das nächste Gerichtgefängnis abzuliefern, sowie hierher Nachricht zu geben.

Berlin, den 11. November 1897.

Die Königl. Staatsanwaltschaft I.

Beschreibung. Alter: 31 Jahre, Größe:

1,61 M., Statur: kräftig, Haare: braun, Stirn: gewölbt, Augenbrauen: braun, Augen: blau, Nase und Mund: gewöhnlich, Zähne: defekt, Kinn: rund, Gesicht: länglich, Gesichtsfarbe: gesund, Sommersprossen, Sprache: deutsch.

201. Gegen den Handlungsgehilfen Bruno Friedrich Pieschel, am 15. Dezember 1875 zu Berlin geboren, evangelisch, welcher flüchtig ist oder sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Urkundenfälschung und Betruges in den Akten J. IV. B. 318/97 verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Untersuchungs-Gefängnis zu Berlin, Alt-Moabit 12a. abzuliefern. Berlin, den 11. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

202. Gegen den Commis Erwin Hübner, geboren am 18. August 1866 zu Pätz, ist die Untersuchungshaft wegen Unterschlagung verhängt. Derselbe ist zu verhaften und in das nächste Gerichts-Gefängnis abzuliefern in J. II B. 1122/97.

Berlin, den 13. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

Beschreibung. Statur: schlank, Haare: hell, Bart: kleiner blonder Schnurrbart, Nase: etwas gebogen, Zähne: vollständig, Kinn: spitz, Gesicht: länglich, Gesichtsfarbe: blaß, Sprache: deutsch.

203. Gegen den Schmiedegesellen Julius Hermann Goldmann, geboren am 7. April 1872 zu Kirchberg, welcher flüchtig ist und sich verborgen hält, soll eine durch Urtheil des Königl. Schöffengerichts I. zu Berlin vom 7. Juli 1897 erkannte Gefängnisstrafe von zwei Monaten vollstreckt werden. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichts-Gefängnis abzuliefern und uns von dem Geschehenen zu den Akten 131 D. 490/97 Nachricht zu geben.

Berlin, den 10. November 1897.

Königliches Amtsgericht I., Abtheilung 131.

204. Gegen den Ziegeleiarbeiter und Zimmermann Gustav Preuß, geboren am 27. Dezember (November) 1857 zu Nebdenau, Kreis Pr. Eylau, welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls und Unterschlagung in den Akten D. 130/97 verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das hiesige Amtsgerichts-Gefängnis abzuliefern.

Jehdenitz, den 6. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

205. Der hieselbst anter 18. September 1896 gegen die unverehelichte Wilhelmine Koppe, geboren am 31. Oktober 1876 zu Rahms, erlassene Stadtbefehl wird hierdurch erneuert. 5 E. 749/95.

Potsdam, den 12. November 1897.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung 5.

206. Der gegen den Klempner Eduard Buchmann, geboren am 24. Juli 1844 zu Helmstedt, wegen Betrugens gegen § 242 Reichs-Straf-Gesetzbuchs in den Akten J. I. D. 84/97 am 3. Februar 1897 erlassene Stadtbefehl ist erklagt.

Berlin, den 13. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

207. Der in den Akten 124/131 D. 1366/91 unter dem 12. April 1892 hinter den Reisenden Karl Julius Hermann Gründel, genannt Hildebrandt, geboren am 24. November 1872 zu Berlin, erlassene Stadtbefehl ist erklagt.

Berlin, den 10. November 1897.

Königliches Amtsgericht I., Abtheilung 131.

208. Der gegen den Knecht Otto Frommer wegen Diebstahls unter dem 2. März 1897 erlassene und anter dem 2. September 1897 erneuerte Stadtbefehl wird zurückgenommen. III d. J. 18/97.

Berlin, den 13. November 1897.

Staatsanwaltschaft bei dem Königl. Landgerichte II.

209. In der Strafsache gegen Hoffmann u. Gen. III d. M. 26/95 sind 1) der Arbeiter Johann Gottlieb Karl Hoffmann, geboren am 22. August 1872 zu Charlottenburg, 2) der Schlächter Heinrich Hoffmann, geboren am 4. Juli 1872 zu Charlottenburg, 3) der Malerlehrling Willi August Frey, Knecht, geboren am 23. Juli 1872 zu Charlottenburg, zu 1—3 sämtlich im Deutschen Reich, zuletzt zu Charlottenburg wohnhaft gewesen, durch das rechtskräftig gewordene Urtheil der II. Strafkammer des Königl. Landgerichts II. hier vom 12. Juli 1895 wegen Betrugens gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 des Strafgesetzbuchs zu einer Geldstrafe von 160 Mark, im Nichtbeitreibungsfalle 16 Tagen Gefängnis, sowie zur Tragung der Kosten verurtheilt worden. Es wird ersucht, mit dem Aufsatze der vorstehend Genannten zu forschen, im Betretungsfalle von ihnen die erkannte Geldstrafe beizutreiben, im Nichtbeitreibungsfalle sie zu verhaften und an das nächste Justizgefängnis, welches um Vollstreckung der event. erkannten Gefängnisstrafe von 16 Tagen ersucht wird, abzuliefern und hierher zu den Akten gegen Hoffmann u. Gen. III d. M. 26/95 Nachricht zu geben.

Berlin, den 27. Oktober 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft II.

210. In der Strafsache gegen Gotsche — Ia. N. 226/97 — wird um Ermittlung des Wohn- resp. Aufenthaltsortes des Arbeiters Julius Heinrich Ferdinand Gotsche, geboren am 1. November 1861 zu Wegendorf, Kreis Oberbarnim, zu Friedrichsdorf zuletzt wohnhaft gewesen, zu den obigen Akten ersucht.

Berlin, den 4. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft II.

211. In der Strafsache gegen Schnert — Ia. M. 18/95 — wird das hieselbstige Ersuchen vom 31. August 1896, betreffend die Ermittlung des Wohn- resp. Aufenthaltsortes des Aufsehers August Schnert, geboren am 24. Mai 1863 zu Rummeln, zu Eichenberg zuletzt wohnhaft gewesen, hiermit erneuert.

Berlin, den 2. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft II.

212. Es wird um Ermittlung und Angabe des Wohn- resp. Aufenthaltsortes des Aufsehers Otto Ernst Rausch, geboren am 24. Dezember 1875 zu Siedow, Kreis Neutomisch, evangelisch, zuletzt zu Siedow,

Debrüßstraße 64 wohnhaft gewesen, zu den Akten
ca. Kaufs 2b. D. 270 97 ersucht.

Rixdorf, den 12. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

213. Das unterm 26. Juni 1897 hinter den
Schreiber Paul Philipp, geboren am 3. September
1861 zu Ruhland, Kreis Hohenstein, evangelisch, er-
lassene Strafvollstreckungs-Erlassen wird hiermit zurück-
genommen. 2b. D. 330 96.

Rixdorf, den 12. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

214. Unter Strafvollstreckungs-Erlassen vom 24. Mai
1893 gegen den am 18. April 1873 zu Meibitz ge-
borenen Knaben Carl Eichmann wird zurück-
gezogen. Rixdorf, den 15. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

215. Die am 8. November 1896 in Stad. 47 pro
1896 gegen die Arbeiterin Marie Lorenz aus Berge,
geboren am 21. Mai 1879 zu Danzig, evangelisch,
lassene Aufenthaltsschuldfrage ist erledigt. Akten-
zeichen: II D. 291/96.

Rixdorf, den 5. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

216. Der am 18. März 1877 zu Schraplau, Mark-
scher Kreis, geborene Pionier Otto Arthur Zahn
von der 2. Compagnie des Eisenbahn-Regiments Nr. 2
ist durch kriegsgerichtliches Erkenntnis vom 8. November
1897 in, c. ostensivum für lahnenfähig erklärt und
in eine Geldstrafe von 160 M. genommen worden.

Berlin, den 15. November 1897.

Königliches Gericht des Gardecorps.

Öffentliche Vorladungen
und Aufgebote.

217. Der Danziger Mathias Hofelder, zuletzt
hier selbst wohnhaft gewesen, geboren am 15. September
1869 zu Hattenbach, Kreis Gersdorf, 3 E. 422/97,
wird beschuldigt, als beurlaubter Rekrut ohne Er-
laubniß auszuwandern zu sein, Nachvernehmung gegen § 360
Nr. 3 des Strafgesetzbuchs. Derselbe wird auf An-
ordnung des Königlichen Amtsgerichts hier selbst auf
den 7. Februar 1898 Vormittags 9 1/2 Uhr
vor das Königliche Schöffengericht zu Brandenburg
a. H. zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschul-
digtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach
§ 472 des Strafprozeßordnung von dem Königlichen
Bezirkskommando I. zu Berlin angestellten Erklärungen
verurtheilt werden.

Brandenburg a. H., den 8. November 1897.

Sache, Akten,

als Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

B e f e h l u n g.

218. Auf den Antrag des Fondsmaßlers Otto
Reichardt zu Berlin, Sprenckstraße 3, als Pfleger des
minderjährigen Karl Heinrich Herbert Hendt zu
Berlin, vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. Hans
Hoffmann zu Berlin, werden folgende Hypotheken-
instrumente (zu o. Zwangsdokumente):

a. über die auf dem Grundstück Templin, Häuser I. R.

Bl. Nr. 111, Abtheilung III. Nr. 5, für den
Rathsherrn, Bädermeister Karl Friedrich Wilhelm
Hed zu Templin auf Grund des Kaufgelde-
bescheides vom 12. Oktober und der Kaufgelde-
belegungsverhandlung vom 14. November 1860
eingetragene, zu 5% verzinsliche Kaufgeldforderung
von 1800 Mark, bestehend aus Ausfertigung des
Kaufgeldebescheides, der Kaufgeldebelegungsver-
handlung und des Hypothekenbuchs-Auszuges vom
12. Januar 1869 und dem Eintragungsvermerke
von demselben Tage;

b. über die auf dem Grundstück Templin, Hausen
Band I. Blatt Nr. 109, Abtheilung III, Nr. 3,
für den Bädermeister Wilhelm Hed zu Templin
aus der Schuldburkunde vom 1. Oktober 1861 und
auf Grund der Verhandlung vom 18. Juli 1867
eingetragene, zu 5% verzinsliche Darlehens-
forderung von 6000 Mark, bestehend aus Aus-
fertigung der notariellen Verhandlung vom
1. Oktober 1861, der gerichtlichen Verhandlung
vom 18. Juli 1867, drei Hypothekenbuchs-Aus-
zügen vom 6. Dezember 1861 und dem Ein-
tragungsvermerken vom 11. Dezember 1861,
19. September 1867 und 2. September 1888;

c. über den auf demselben Grundstück, Abtheilung III.
Nr. 4 für den Rentier Karl Friedrich Wilhelm
Hed zu Templin auf Grund des Vertrages vom
12. März 1867 und der Verhandlung vom
18. Juli 1867 eingetragenen, mit 5% verzins-
lichen Antheil von 3000 Mark Restkaufgeld, be-
stehend aus dem notariell gebildeten Zweigdokument
vom 1. Oktober 1881, enthaltend beglaubigte Ab-
schriften des notariellen Kaufvertrages vom
12. März 1867, des Nachtrages dazu vom
1. April 1867, der gerichtlichen Verhandlung vom
18. Juli 1867, des Hypothekenbuchs-Auszuges
vom 13. September 1867 und der Eintragungs-
vermerke vom 18. September 1867, 31. März
1868, 2. November 1874 und 10. Dezember 1881,
zum Zweck der Bildung neuer Ausfertigungen auf-
geboten.

Die Inhaber der Urkunden werden aufgefordert,
spätestens im Aufgebotsstermine am 22. Februar
1898 Vormittags 10 Uhr ihre Rechte anzu-
melden und dieselben vorzulegen, widrigenfalls sie für
kraftlos erklärt werden werden.

Templin, den 27. Oktober 1897.

Königliches Amtsgericht.

219. In dem Konkursverfahren über das Vermögen
des Butterhändlers Philipp Rosenkranz zu Char-
lottenburg ist infolge eines von dem Gemeinschuldner
gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich Ver-
gleichstermin auf den 8. Dezember 1897 Vor-
mittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte
im Zivilgerichtsgebäude Amtsgerichtsplatz nahe dem
Bahnhof Charlottenburg II Treppen Zimmer 44 an-
beraumt. Charlottenburg, den 10. November 1897.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung 14.

Konkursverfahren.

220. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Hutmachemeisters Oskar Klippel zu Friedrighshagen, Berlinerstraße 25, ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Vertheilung zu berücksichtigenden Forderungen der Schlusstermin auf **den 2. Dezember 1897 Mittags 12 Uhr** vor dem Königl. Amtsgerichte II. hier selbst Halleisches Ufer 26 I. Zimmer 2 bestimmt.

Berlin, den 8. November 1897.

Benn, Gerichtsschreiber

des Königl. Amtsgerichts II., Abtheilung 22.

Konkursverfahren.

221. In der Konkursache Dr. Peter Christensen in Friedenau, früheres Geschäftsflokal in Berlin, Alte Jakobstr. 76, soll, nachdem bereits eine Abzlags-Vertheilung von 7% erfolgt ist, nunmehr die Schluss-Vertheilung stattfinden. Zu derselben sind 1625,16 M. verfügbar und dabei nach dem auf der Gerichtsschreiberei der Abtheilung 22 des Königl. Amtsgerichts II. zu Berlin, Halleisches Ufer 26 niedergelegten Verzeichnisse 97069,34 M. nicht beverrechtigte Forderungen zu berücksichtigen. Ueber die Ausführung der Vertheilung erhalten die Beteiligten s. Z. Nachricht.

Goedel, Verwalter der Masse.

Nothwendige Verkäufe.

Zwangsvorsteigerung.

222. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Friedrichshagen Band VII. Blatt Nr. 254 auf den Namen des Zimmermeisters Georg Pollandt eingetragene, zu Friedrichshagen, Kurze-straße 6 gelegene Grundstück am **3. Januar 1898 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gerichte an Gerichtsstelle hier, Freiheit 80b. 2. Geschäftsstelle versteigert werden.

Das Grundstück ist 12 ar 76 qm groß und mit 2700 M. Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Abzug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei Abtheilung 5 hier Freiheit 80b. eingelegt werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreffende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Dieselben, welche das Eigenthum des Grundstücks

beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **3. Januar 1898 Nachmittags 1 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Cöpenick, den 15. November 1897.

Königliches Amtsgericht, Abth. 6.

Zwangsvorsteigerung.

223. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Schmödnitz Band V. Blatt Nr. 122 auf den Namen des Hühnerbesizers Wilhelm Einsener zu Fahlenberg bei Rea-Jittaw eingetragene, zu Schmödnitz an der Cöpenicker Grenze Ausbau (Fahlenberg) gelegene Grundstück am **4. Januar 1898 Vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Gerichte an Gerichtsstelle hier Freiheit 80b. Zimmer 7 zweite Geschäftsstelle versteigert werden.

Das Grundstück ist 11 ar groß und mit 110 M. Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Abzug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei Abtheilung 5 hier Freiheit 80b. eingelegt werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreffende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Dieselben, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **4. Januar 1898 Nachmittags 1 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Cöpenick, den 15. November 1897.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung 6.

Zwangsvorsteigerung.

224. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Jüterbog Landbesitz Band VI. Blatt Nr. 73, Art. 1324 und Stadt Jüterbog Band IX. Blatt Nr. 750 auf den Namen des Baumannmeisters und Maurers Gustav Schöps zu Jüterbog, jetzt zu Endenwache wohnhaft, eingetragenen, in Jüterbog be-

legenen Grundstücke am 8. Januar 1898 Vormittags 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle versteigert werden.

Die Grundstücke sind mit 7,77 M. Reinertrag und einer Fläche von 1,05,46 Hektar zur Grundsteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift der Grundbuchblätter und andere die Grundstücke betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei 1. eingeesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Verteilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigentum der Grundstücke beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am 8. Januar 1898 Mittags 12 Uhr an Gerichtsstelle verkündet werden.

Spandau, den 10. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

225. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Spandau Band 46 Blatt Nr. 1627 auf den Namen des Salonkammerdieners Julius Krupke zu Berlin eingetragene, zu Spandau, Wolkestraße 1 und Feldstraße 48 belegene Grundstück am 12. Januar 1898 Vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Potsdamerstraße 34 Zimmer Nr. 28 versteigert werden.

Das Grundstück ist mit — M. Reinertrag und einer Fläche von 0,1195 Hektar zur Grundsteuer nicht, dagegen mit 11092 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei Zimmer Nr. 23 eingeesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Auf-

forderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Verteilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am 13. Januar 1898 Vormittags 10 Uhr an Gerichtsstelle verkündet werden.

Spandau, den 8. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

226. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Spandau Band 46 Blatt Nr. 1627 auf den Namen des Maurers Carl Plag eingetragene, zu Spandau, Kunitzstraße, jetzt Nr. 11 belegene Grundstück am 13. Januar 1898 Vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle Potsdamerstraße 34 Zimmer Nr. 28 versteigert werden.

Das Grundstück ist mit — M. Reinertrag und einer Fläche von 0,0423 Hektar zur Grundsteuer nicht, dagegen mit 872 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei Zimmer Nr. 23 eingeesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Verteilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesjenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am 14. Januar 1898 Vormittags 10 Uhr an Gerichtsstelle verkündet werden.

Spandau, den 4. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Potsdam

1897.

Wienbroich, Neu-
Trier, Daun

nten.

Kurmark

werden.

Titute,

gen-

zu

Auktionen und Lizitationen.**Bekanntmachung.**

227. Die Gastwirthschaft in Hundefehle in der Oberförsterei Grunewald soll auf 18 Jahre vom 1. März k. J. ab im Wege des öffentlichen Meistgebots verpachtet werden. Termin hierzu ist **am Sonnabend, den 11. Dezember d. J. Vormittags 11 Uhr** im Sitzungssaale des Geschäftsgebäudes der königlichen Regierung in Potsdam, Waisenstraße 46 I. anberaumt. Es werden nur solche Bieter zugelassen, welche sich bis zum Tage vorher bei unserm Kommissar, Reg.- und Forstath Stahl, darüber ausweisen können, daß sie im Besitze eines verfügungsfreien Vermögens von mindestens 30000 M. sind und die Befähigung zur Leitung eines größeren Gastwirthschaftsbetriebes besitzen. Die Verpachtungsbedingungen und Steigerungsregeln sind in unserer Forstregistratur hier, Waisenstraße 46 I. einzusehen, und werden erstere auf Wunsch eventuell gegen Erstattung der Schreibgebühren zugesandt.

Potsdam, den 12. November 1897.

Königliche Regierung,

Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten B.

**Bekanntmachungen
verschiedenen Inhalts.**

228. Die Firma Landshoff u. Meyer zu Grünau beabsichtigt in ihrer in Grünau, Köpenickerstraße 31 belegenen, im Grundbuche von Köpenick unter Band II. Nr. 36 verzeichneten Chemischen Fabrik nach Maßgabe der eingezeichneten Zeichnungen und Beschreibungen Kaliumsupermanganat herzustellen.

Dieses Vorhaben bringe ich hierdurch mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntniß, etwaige Einwendungen gegen dasselbe binnen 14 Tagen bei mir schriftlich in 2 Ausfertigungen oder zu Protokoll anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen in dem Verfahren nicht mehr angebracht werden.

Die Zeichnungen und Beschreibungen liegen während der Dienststunden in meinem Dienstgebäude hier selbst Victoriastraße 18 zur Einsicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der gegen das oben bezeichnete Vorhaben etwa rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird hierdurch Termin auf **Freitag, den 10. Dezember 1897 Vormittags 11 Uhr** in meinem Dienstgebäude Victoriastraße 18 hier selbst mit der Eröffnung anberaumt, daß im Falle des Ausbleibens des Unternehmers oder der Widersprechenden gleichwohl mit der Erörterung der Einwendungen wird vorgegangen werden.

Berlin, den 12. November 1897.

Der Königliche Landrath des Kreises Teltow.

Stubenrauch.

Bekanntmachung.

229. Der Fabrikbesitzer Wilhelm Krüger, in Firma Gebr. Krüger & Comp., beabsichtigt auf seinem hier an der Mahlsdorferstraße gelegenen Fabrikgrundstück, verzeichnet im Grundbuche von Stadt-Cöpenick Band IX. Bl. 379 eine Verzinnerei anzulegen.

Dies Vorhaben bringe ich hierdurch mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntniß, etwaige Einwendungen hiergegen binnen 14 Tagen bei mir schriftlich oder zu Protokoll anzubringen.

Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen in dem Verfahren nicht mehr angebracht werden.

Die Zeichnungen und Beschreibungen liegen während der Dienststunden im Rathhause hier selbst Zimmer 3 zur Einsicht offen.

Zur mündlichen Erörterung der gegen oben bezeichnete Anlage etwa rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird hiermit ein Termin auf **Montag, den 6. Dezember 1897 Vormittags 11 Uhr** im Rathhause Zimmer 3 hier selbst mit der Eröffnung anberaumt, daß im Falle des Ausbleibens des Unternehmers oder der Widersprechenden gleichwohl mit der Erörterung wird vorgegangen werden.

Cöpenick, den 15. November 1897.

Die Polizeiverwaltung.

Vorgmann.

Bekanntmachung.

230. Durch den im Amtsblatte der königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin vom 30ten April 1897 Seite 171 veröffentlichten Allerhöchsten Erlass vom 24. März 1897 ist der Stadtgemeinde Berlin das Recht verliehen, die zur Freilegung des Bürgersteiges in der Poststraße erforderliche, vor der Baufluchtlinie gelegene Fläche von 38 qm des im Grundbuche von der Friedrichstadt Band 18 Nr. 1267 verzeichneten, dem Fabrikbesitzer Oskar Huldshinsky hier, Matthäikirchstraße Nr. 3a. gehörigen Grundstücks Poststraße Nr. 20 zu enteignen.

Auf Antrag der städtischen Bau-Deputation Abtheilung II. als Vertreterin des Magistrats hiesiger königlichen Haupt- und Residenzstadt vom 30. Oktober ist in Gemäßheit des § 24 fg. des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 das Enteignungsverfahren beauftragt, die Entschädigung des Eigentümers für die Abtretung des Eigentums an der genannten Grundstücksfläche eingeleitet worden.

Zur kommissarischen Verhandlung über die Entschädigung habe ich einen Termin auf **Mittwoch, am 24. November d. J. Nachmittags 12 1/2 Uhr** im Sitzungssaal des Polizei-Dienstgebäudes am Alexanderplatz Eingang IV. 1 Treppe Zimmer Nr. 151 hier selbst anberaumt, zu welchem diejenigen Beteiligten, welche nicht bereits persönliche Vorladung erhalten haben, in Gemäßheit des § 25 des Enteignungsgesetzes hierdurch unter der Verwarnung vorgeladen werden, daß im Falle ihres Ausbleibens ohne ihr Zutun die Entschädigung festgestellt und wegen ihrer Auszahlung oder Hinterlegung verfügt werden wird.

Berlin, den 13. November 1897.

Der Kommissar

des königlichen Polizei-Präsidenten.

In Vertretung

v. Olasennapp, Regierungsrath.

Amtsblatt der Königl. Regierung und der Stadt Berlin.

Stück 48.

Den 26. November

Verordnungen der Kaiserlichen
Direktion zu Potsdam.

der Telegraphen-Anlagen.
Telegraphen- und Fernsprechlinien
der fahrlässigen Beschädigungen,
Verletzung der Isolatoren durch
der Zerreißen von Leitungs-
seilen beim Baumschneiden u. s. w.
Verletzung der Telegraphen-
seile, so wird hiermit
das Deutsche Reich
den Strafen auf-

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 42.) **Nº 2419.** Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Niederlanden. Vom 31. Dezember 1896.

Nº 2420. Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Niederlanden über die Auslieferung der Verbrecher zwischen den Deutschen Schutzgebieten, sowie den sonst von Deutschland abhängigen Gebieten und dem Gebiete der Niederlande, sowie den Niederländischen Kolonien und auswärtigen Besitzungen. Vom 21. September 1897.

(Stück 47.) **Nº 2427.** Bekanntmachung über die wechselseitige Befreiung der Angehörigen des Deutschen Reichs und Russlands von der ihnen als Ausländer in Rechtsstreitigkeiten obliegenden Verpflichtung zur Sicherheitsleistung, Vorschußzahlung und Gebührenentrichtung. Vom 30. September 1897.

Nº 2428. Bekanntmachung über den Beitritt Rumaniens zu der am 15. April 1893 zu Dresden abgeschlossenen internationalen Uebereinkunft, betreffend Maßregeln gegen die Cholera. Vom 18. Oktober 1897.

(Stück 48.) **Nº 2429.** Verordnung, betreffend die Einberufung des Reichstags. Vom 10. November 1897.

Gesetz-Sammlung für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 45.) **Nº 9955.** Gesetz, betreffend die Forstschutzbeamten der Gemeinden und öffentlichen Anstalten im Regierungsbezirk Wiesbaden mit Ausschluss des vormals Landgräfl. Hessen-Homburgischen Gebietes und des Stadtkreises Frankfurt a. M. Vom 12. Oktober 1897.

Nº 9956. Verordnung, betreffend die Tagelöhner und Reisefosten der Staatsbahnbeamten. Vom 12. Oktober 1897.

Nº 9957. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirks des Amtsgerichts Battenberg. Vom 18. Oktober 1897.

(Stück 46.) **Nº 9958.** Staatsvertrag zwischen Preußen und Braunschweig wegen Herstellung einer Eisenbahn von Bormühle über Bodenwerder nach Emmerthal. Vom 9. Juni 1897.

Nº 9959. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Aldenhoven, Heinsberg,

Rheinbach, Gerolstein, Mager, Hermeskeil, Prüm. Vom 23. Oktober.

Bekanntmachung des Königl. Ober-Regierungspräsidenten.

17. Der nächste Kommunalantritt wird am 15. Januar 1898 in Berlin stattfinden. Die verwaltenden Behörden der Kreise und Gemeinden der Provinz, welche sie auf diesem Landtage zur Sprache bringen beabsichtigen, bei dem Herrn Vorsitzenden des Reichsraths von Winterfeldt auf dem Reichstag in Berlin, bei Brüssel, die Königl. Behörden an mich zu wenden. Potsdam, den 20. November 1897.

Der Oberpräsident, Staatsminister von Alvensleben.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

258. Die nach meiner Bekanntmachung vom 27ten Oktober d. Js. — Stück 45 **Nº 430** des Amtsblatts — für den 15. Dezember d. Js. angeordnete Sperre der Schleusen zu Charlottenburg beginnt erst am 1sten Januar n. Js. Potsdam, den 20. November 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

259. Die an der Strecke Berlin-Stendal zwischen den Stationen Mustermark und Groß-Behnitz gelegene Ueberladestelle Neugarten wird am 1. Januar 1898 zur Haltestelle erhoben und wird von diesem Tage an daselbst direkte Abfertigung von Eil- und Frachtgütern (Stückgüter und Wagenladungen), sowie von Leichen, lebenden Thieren und Fahrzeugen von und nach Stationen der Osthavelländischen Kreisbahnen eingerichtet werden. Die Annahme und Auslieferung von Gütern u. von beziehungsweise an Privatpersonen in Neugarten (Ortsverkehr) ist ausgeschlossen.

Potsdam, den 23. November 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

260. Die Strommeisterstelle in Breslau ist am 1. Oktober d. Js. nach Schwedt a./D. verlegt und von diesem Zeitpunkte ab dem Königl. Strommeister Leja daselbst verliehen worden.

Potsdam, den 22. November 1897.

Der Regierungspräsident.

261. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Oktober 1897 beobachteten Wasserstände.

| Datum | Berlin | | Spandau | | Potsdam | Brandenburg | | Rathenow | | Havelberg |
|-------|--------|--------|---------|--------|---------|-------------|--------|----------|--------|-----------|
| | Ober- | Unter- | Ober- | Unter- | | Ober- | Unter- | Ober- | Unter- | |
| | Wasser | Wasser | Wasser | Wasser | | Wasser | Wasser | Wasser | Wasser | |
| | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. |
| 1. | 32,26 | 30,68 | 2,44 | 0,95 | 1,23 | 2,16 | 1,64 | 1,54 | 1,20 | 2,76 |
| 2. | 32,26 | 30,68 | 2,45 | 0,92 | 1,23 | 2,12 | 1,62 | 1,54 | 1,20 | 2,68 |
| 3. | 32,28 | 30,68 | 2,46 | 0,94 | 1,22 | 2,18 | 1,60 | 1,54 | 1,20 | 2,60 |
| 4. | 32,28 | 30,70 | 2,48 | 0,92 | 1,22 | 2,18 | 1,64 | 1,54 | 1,22 | 2,54 |
| 5. | 32,28 | 30,68 | 2,48 | 0,92 | 1,21 | 2,18 | 1,66 | 1,56 | 1,22 | 2,46 |
| 6. | 32,26 | 30,68 | 2,46 | 0,93 | 1,20 | 2,16 | 1,66 | 1,56 | 1,24 | 2,40 |
| 7. | 32,26 | 30,68 | 2,42 | 0,91 | 1,19 | 2,14 | 1,66 | 1,56 | 1,24 | 2,36 |
| 8. | 32,24 | 30,68 | 2,42 | 0,90 | 1,18 | 2,12 | 1,64 | 1,56 | 1,24 | 2,34 |
| 9. | 32,24 | 30,66 | 2,42 | 0,90 | 1,18 | 2,12 | 1,62 | 1,58 | 1,24 | 2,30 |
| 10. | 32,26 | 30,68 | 2,42 | 0,86 | 1,17 | 2,18 | 1,56 | 1,58 | 1,24 | 2,30 |
| 11. | 32,26 | 30,70 | 2,42 | 0,86 | 1,17 | 2,16 | 1,58 | 1,58 | 1,24 | 2,26 |
| 12. | 32,24 | 30,70 | 2,40 | 0,92 | 1,17 | 2,10 | 1,62 | 1,58 | 1,24 | 2,24 |
| 13. | 32,24 | 30,68 | 2,42 | 0,92 | 1,18 | 2,12 | 1,62 | 1,58 | 1,24 | 2,22 |
| 14. | 32,24 | 30,68 | 2,42 | 0,93 | 1,18 | 2,12 | 1,62 | 1,56 | 1,24 | 2,20 |
| 15. | 32,26 | 30,66 | 2,40 | 0,90 | 1,17 | 2,12 | 1,62 | 1,54 | 1,22 | 2,20 |
| 16. | 32,26 | 30,68 | 2,40 | 0,88 | 1,16 | 2,12 | 1,62 | 1,56 | 1,24 | 2,18 |
| 17. | 32,24 | 30,66 | 2,40 | 0,86 | 1,16 | 2,18 | 1,56 | 1,56 | 1,24 | 2,18 |
| 18. | 32,26 | 30,68 | 2,42 | 0,86 | 1,16 | 2,14 | 1,60 | 1,56 | 1,24 | 2,18 |
| 19. | 32,26 | 30,64 | 2,42 | 0,86 | 1,15 | 2,12 | 1,62 | 1,56 | 1,24 | 2,16 |
| 20. | 32,24 | 30,66 | 2,43 | 0,86 | 1,17 | 2,10 | 1,64 | 1,56 | 1,24 | 2,16 |
| 21. | 32,26 | 30,64 | 2,43 | 0,84 | 1,16 | 2,10 | 1,64 | 1,56 | 1,24 | 2,16 |
| 22. | 32,28 | 30,64 | 2,43 | 0,86 | 1,15 | 2,12 | 1,64 | 1,58 | 1,24 | 2,16 |
| 23. | 32,28 | 30,62 | 2,42 | 0,84 | 1,14 | 2,12 | 1,64 | 1,58 | 1,26 | 2,16 |
| 24. | 32,28 | 30,62 | 2,42 | 0,84 | 1,13 | 2,16 | 1,60 | 1,58 | 1,24 | 2,14 |
| 25. | 32,28 | 30,62 | 2,44 | 0,84 | 1,13 | 2,12 | 1,62 | 1,56 | 1,24 | 2,14 |
| 26. | 32,28 | 30,64 | 2,44 | 0,84 | 1,13 | 2,12 | 1,62 | 1,56 | 1,22 | 2,14 |
| 27. | 32,30 | 30,66 | 2,45 | 0,85 | 1,12 | 2,12 | 1,62 | 1,58 | 1,24 | 2,14 |
| 28. | 32,30 | 30,66 | 2,44 | 0,86 | 1,12 | 2,12 | 1,62 | 1,58 | 1,24 | 2,14 |
| 29. | 32,30 | 30,66 | 2,44 | 0,86 | 1,12 | 2,10 | 1,62 | 1,56 | 1,22 | 2,14 |
| 30. | 32,28 | 30,66 | 2,45 | 0,86 | 1,11 | 2,10 | 1,62 | 1,56 | 1,24 | 2,14 |
| 31. | 32,28 | 30,66 | 2,46 | 0,82 | 1,11 | 2,14 | 1,56 | 1,58 | 1,24 | 2,14 |

Potsdam, den 20. November 1897.

Der Regierungspräsident.

V i e h f e u e r e n .**262. Ausgebrochen:**

a. Milzbrand. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: bei einer gefallenen Kuh des Bauerngutsbesizers Karl Schulze in Kadeland. Kreis Niederbarnim: bei einer Kuh des Aderbürgers Krug in Liebenwalde.

b. Maul- und Klauenseuche: Kreis Niederbarnim: bei 2 Kühen des Wüdners Gustav Kurz in Schönwalde und unter dem Rindviehbestande des Viehhändlers Wolf in Schönerlinde. Kreis Oberbarnim: unter dem Rindviehbestande des Gutsbesizers Schwabe in Briezen.

c. Geflügelcholera. Kreis Niederbarnim: bei je einer Gänseherde des Handelsmannes Lesdi und und Frankowski in Rummelsburg. Kreis Oberbarnim: bei der im Gasthause des Gastwirts Schwarz in Alt-Lewin eingestellten Gänseherde des Viehhändlers Herrlein aus Neu-Barnim. Kreis Westprignitz: unter dem Geflügel des Gutes Carve. Kreis Ost-

havelland: bei 12 gefallenen Hühnern des Gemeindevorstehers Geue in Sapporn.

Erloschen:

a. Lungenseuche. Kreis Teltow: unter den Kindern des Gutes Mariensfelde.

b. Milzbrand. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: auf dem Gehöft des Gemeindevorstehers Karl Schulze in Budow.

c. Maul- und Klauenseuche. Kreis Oberbarnim: unter dem Rindviehbestande des Eigenthümers Altmann in Alt-Lewin. Kreis Angermünde: unter dem Rindviehbestande des Gutsbezirks Peetzig.

d. Geflügelcholera. Kreis Niederbarnim: durch Vernichtung einer Gänseherde des Händlers Frankowski in Rummelsburg. Kreis Angermünde: auf dem Gehöfte des Aderbürgers Reichert in Angermünde.

Potsdam, den 23. November 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

263. Im Anschluß an meine Bekanntmachung vom 6. Februar d. J. (Amtsblatt Nr. 7) theile ich mit, daß nach einer Anzeige des Herausgebers nunmehr auch die II. Abtheilung (Deutsches Reich außer Preußen) des Werkes „Die Wohnplätze des Deutschen Reiches“ von Oskar Brundow, Lieutenant a. D., erschienen ist.
Potsdam, den 18. November 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

80. Auf Ihren Bericht vom 14. Oktober d. J. will Ich der Stadtgemeinde Berlin behufs Erwerbung der zur Freilegung des Bürgersteiges in der Winterfeldtstraße erforderlichen, auf den anbei zurückerfolgenden Plänen roth angelegten Fläche vor der Baufluchtlinie an dem Grundstücke Winterfeldtstraße Nr. 4 das Enteignungsrecht verleihen.

Wiesbaden, den 20. Oktober 1897.

gez. Wilhelm R.
gegenez. Thielen.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Vorstehender Allerhöchster Erlass wird in Gemäßheit des § 2 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 16. November 1897.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung Friedheim.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Unanbringliche Postsendungen.

84. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern:

A. In Berlin zur Post gegebene Pakete:

An Wolff in Cöln (Rhein),
" Albs " Berlin,
" Tüll " Dresden,
" Weibel " Hamburg.

B. Gegenstände, welche in Paketen ohne Aufschrift enthalten gewesen, Postsendungen entfallen oder bei hiesigen Postanstalten aufgefunden worden sind:

Bücher, künstliche Blumen, Handschuhe, Häfelarbeiten, Knöpfe, alte Kleidungsstücke, Korsettstangen, Kragenhalter, Kragen, Lampentheile, Messer, Metalltheile, Schuhe, Scheeren, Strümpfe, Tabakbeutel, Werkzeugtheile, Wolle.

Die unbekannten Eigenthümer der vorbezeichneten Pakete und Gegenstände werden aufgefordert, — spätestens innerhalb 4 Wochen — bei der Ober-Postdirektion schriftlich sich zu melden.

Andernfalls werden die Gegenstände zum Besten der Post-Unterstützungs-kasse versteigert werden.

Berlin C., den 20. November 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,
Geheime Ober-Postsrath Griesbach.

an die nächste Regierungs-Haupt-Staatschulden-Zilgungskasse in Taubenstraße 29, oder an die Kasse in Frankfurt a. M. einzuliefern. Der Betrag wird vom Kapital in

den Lit. E., welche öffentlichen Blätter ungenügend dem Zahlungstermin den im Wege des Aus Zweig-Annahmeung rechtzeitig aufgeführt sind, wenn

Gleichzeitig wird benachrichtigt, daß die Thäter vorläufiger oder später von Telegraphen-Anlagen derart entfernt werden, welche die Erträge und die Belohnungen bis zur Höhe von fünfzehn Mark in jedem einzelnen Falle aus den Einnahmen der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung werden gezahlt werden.

Diese Belohnungen werden auch dann bewilligt, wenn die Schuldigen wegen jugendlichen Alters oder wegen sonstiger persönlicher Gründe gesetzlich nicht haben bestraft oder zum Ertrage herangezogen werden können, oder wenn die Beschädigung noch nicht wirklich ausgeführt, sondern durch rechtzeitiges Einschreiten der zu belohnenden Personen verhindert worden ist, der gegen die Telegraphen-Anlage verübte Unfug aber soweit feststeht, daß die Bestrafung der Schuldigen erfolgen kann.

Die Bestimmungen in dem Strafgesetzbuche für das Deutsche Reich lauten:

§ 317. Wer vorsätzlich und rechtswidrig den Betrieb einer zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphen-Anlage dadurch verhindert oder gefährdet, daß er Theile oder Zubehörungen derselben beschädigt oder Veränderungen daran vornimmt, wird mit Gefängniß von einem Monat bis zu drei Jahren bestraft.

§ 318. Wer fahrlässiger Weise durch eine der vorbezeichneten Handlungen den Betrieb einer zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphen-Anlage verhindert oder gefährdet, wird mit Gefängniß bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu neunhundert Mark bestraft.

Gleiche Strafe trifft die zur Beaufsichtigung und Bedienung der Telegraphen-Anlagen und ihrer Zubehörungen angestellten Personen, wenn sie durch Vernachlässigung der ihnen obliegenden Pflichten den Betrieb verhindern oder gefährden.

§ 318a. Die Vorschriften in den §§ 317 und 318 finden gleichmäßig Anwendung auf die Verhinderung oder Gefährdung des Betriebes der zu öffentlichen Zwecken dienenden Rohrpostanstalten.

Unter Telegraphen-Anlagen im Sinne der §§ 317 und 318 sind Fernsprechanlagen mitbegriffen.

Potsdam, 10. November 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor
Gürtler.

Bekanntmachungen des Königl. Provinzial-Schul-Collegiums.

Bekanntmachung.

21. Die zweite Lehrerprüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Cöpenick wird **vom 9ten Mai 1898** an abgehalten werden. Die Anmeldungen nur solcher Lehrer, die im Regierungsbezirk Potsdam im Lehramt stehen, sind bis zum **11. April 1898** durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) das Original-Prüfungszeugniß über die bestandene erste Prüfung, 2) ein Zeugniß des Lokal-Schulinspektors, 3) eine von dem Examinanden selbständig gefertigte Ausarbeitung über ein von ihm selbst gewähltes Thema mit Angabe der dazu benutzten Quellen, 4) eine Probezeichnung und 5) eine Probefchrift. Der Examinand hat die Versicherung abzugeben, daß er die drei Arbeiten selbständig angefertigt und zu dem pädagogischen Aufsatz keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt habe. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Lehrer am Tage vor Beginn der schriftlichen Prüfung dem Herrn Seminardirektor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 16. November 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

22. Die Entlassungs-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Cöpenick wird **vom 24. Februar 1898** an abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete Schulamts-Kandidaten, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind bis zum **26. Januar 1898 pünktlich** an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugniß eines zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine Probefchrift mit deutschen und lateinischen Lettern und 6) eine Probezeichnung; beide mit der Versicherung, daß sie der Einsender selbständig angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Schulamtsaspiranten am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminardirektor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 16. November 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

23. Die Aufnahme-Prüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Cöpenick wird am **2. und 3. März 1898** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind bis zum **9. Februar 1898** an den Herrn Seminar-Direktor Dr. Kenisch einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten,

daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer des Seminarturms gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge.

Berlin, den 16. November 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

24. Die zweite Lehrerprüfung im Königl. Stadt-Schullehrer-Seminar zu Berlin wird **vom 23. Mai 1898** an abgehalten werden. Die Anmeldungen nur hiesiger Lehrer sind bis zum **15ten Mai 1898** durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) das Original-Prüfungszeugniß über die bestandene erste Prüfung, 2) ein Zeugniß des Lokal-Schulinspektors, 3) eine von dem Examinanden selbständig gefertigte Ausarbeitung über ein von ihm selbst gewähltes Thema mit Angabe der dazu benutzten Quellen, 4) eine Probezeichnung und 5) eine Probefchrift. Der Examinand hat die Versicherung abzugeben, daß er die drei Arbeiten selbständig angefertigt und zu dem pädagogischen Aufsatz keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt habe. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Lehrer am Tage vor Beginn der schriftlichen Prüfung dem Herrn Seminardirektor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 15. November 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

25. Die Entlassungs-Prüfung im Königl. Stadt-Schullehrer-Seminar zu Berlin wird **vom 3. März 1898** an abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete Schulamts-Kandidaten, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind bis zum **3. Februar 1898 pünktlich** an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugniß eines zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine Probefchrift mit deutschen und lateinischen Lettern und 6) eine Probezeichnung; beide mit der Versicherung, daß sie der Einsender selbständig angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Schulamts-Aspiranten am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminardirektor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 15. November 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

26. Die Aufnahme-Prüfung am Königl. Stadt-Schullehrer-Seminar zu Berlin wird am **3. und 10. März 1898** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind bis zum **16. Februar 1898** an den Herrn Seminar-Direktor Schulrath Paasche einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Füh-

zung eines Dienstfiegers berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer des Seminarfursus gewähren werde, mit der Beschränkung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge.

Berlin, den 15. November 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Königlichen Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung.

2. In Gemäßheit der betreffenden statutarischen Bestimmungen werden hierdurch die **rückständigen gekündigten Aktien und Obligationen der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft** aufgerufen:

1. Prioritäts-Obligationen Lit. E.

aus der 31. Verloosung, gekündigt zum 1. Oktober 1894 (Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe V. N^o 3 bis 20 nebst Anweisungen)

zu 100 Thlr. N^o 4359, 4367, 7249;

aus der 32. Verloosung, gekündigt zum 1. Oktober 1895 (Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe V. N^o 5 bis 20 nebst Anweisungen)

zu 500 Thlr. N^o 2198, 2199,

zu 100 Thlr. N^o 10390.

2. Niederschlesische Zweigbahn-Prioritäts-Obligationen

aus der 11. Verloosung, gekündigt zum 1. Januar 1894 (Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe V. N^o 3 bis 10 nebst Anweisung)

zu 100 Thlr. N^o 3513.

Alle übrigen, noch im Umlauf befindlichen Obligationen der bezeichneten Art sowie sämtliche, noch umlaufende Prioritäts-Aktien Lit. B. der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft sind durch unsere Bekanntmachung vom 15. August 1895 gekündigt worden, und zwar:

die Prioritäts-Aktien Lit. B. zum

1. Dezember 1895 (abzuliefern mit Zinscheinen Reihe IX. N^o 9 und 10 nebst Anweisungen, wogegen Stückzinsen für die Monate Juli bis einschließlich November 1895 vergütet werden),

die Prioritäts-Obligationen Lit. E. zum 1. Dezember 1895 (abzuliefern mit Zinscheinen Reihe V. N^o 5 bis 20 nebst Anweisungen, wogegen Stückzinsen für die Monate Oktober und November 1895 vergütet werden),

die Niederschlesischen Zweigbahn-Prioritäts-Obligationen zum 1. März 1896 (abzuliefern mit Zinscheinen Reihe V. N^o 7 bis 10 nebst Anweisungen, wogegen Stückzinsen für die Monate Januar und Februar 1896 vergütet werden).

Die Inhaber der rückständigen Stücke werden aufgefordert, dieselben mit Zubehör

baldigst an die nächste Regierungs-Hauptkasse, die Staatsschulden-Eilungskasse in Berlin W., Taubenstraße 29, oder an die Königliche Kreiskasse in Frankfurt a. M. zur Einlösung einzuliefern. Der Betrag fehlender Zinscheine wird vom Kapital in Abzug gebracht.

Diejenigen Obligationen Lit. E., welche, der Bekanntmachung durch die öffentlichen Blätter ungeachtet, nicht binnen 4 Jahren nach dem Zahlungstermin zur Einlösung eingeliefert sind, werden im Wege des gerichtlichen Verfahrens mortifizirt. — Aus Zweigbahn-Obligationen, welche, der Bekanntmachung durch die öffentlichen Blätter ungeachtet, nicht rechtzeitig zur Realisirung eingehen, erlischt jeder Anspruch, wenn sie 10 Jahre lang alljährlich einmal öffentlich aufgerufen und trotzdem nicht spätestens binnen Jahresfrist nach dem letzten öffentlichen Aufrufe zur Einlösung vorgelegt werden.

Berlin, den 7. November 1897.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

64. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Pfarrer J. Planz in Hilbringen a. Saar die Schulverschreibung der konsolidirten 3½ vormalis 4prozentigen Staatsanleihe von 1880

Lit. D. N^o 105561 über 500 M.

angeblich abhanden gekommen, verantheilich verbrannt ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Herrn Pfarrer Planz anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 15. November 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

65. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß angeblich die dem Fräulein Anna Zieg in Gruiten (Rheinland) gehörigen Schulverschreibungen der konsolidirten 3½ vormalis 4% igen Staatsanleihe von 1835

Litr. E. Nr. 954800 bis 954814 über je 300 M. Herrn Carl Sauer, wohnhaft ebendasselbst, in Düsseldorf abhanden gekommen sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Fräulein Anna Zieg anzuzeigen, widrigenfalls

das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftlos-
erklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 18. November 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

66. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-
gesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879
(G.-G. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom
16. Juni 1819 (G.-G. S. 157) wird bekannt gemacht,
daß der Witwe Nanette Schilling geborenen Stude-
mund in Halberstadt die Schuldbeschreibung der kon-
solidirten 3 1/2 %igen Staatsanleihe von 1886 Lit. B.
Nr. 44585 über 2000 M. angeblich in Verlust ge-
rathen ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze
dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der
unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem
Rechtsanwalt und Notar Ruhnke in Halberstadt an-
zuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsver-
fahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt
werden wird.

Berlin, den 15. November 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

**Bekanntmachungen der Königl. Direction
der Rentenbank der Provinz Brandenburg.**

Bekanntmachung.

22. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung
vom 22. v. M. heute geschehenen öffentlichen Verlosung
von Rentenbriefen der Provinz Branden-
burg sind folgende Stücke gezogen worden:

I. 4 %ige Rentenbriefe.

Litt. A. zu 3000 M. (1000 Thlr.) 170 Stück
und zwar die Nummern:

22 395 516 611 1197 1430 1495 1520 1790
1937 2312 2380 2503 2549 2555 2822 3055 3118
3142 3253 3267 3571 3661 3714 3816 3906 3930
3945 3960 4020 4038 4142 4554 5035 5130 5232
5250 5263 5521 5784 5803 5833 5914 5932 6197
6394 6819 6910 6926 7139 7199 7282 7415
7624 7688 7760 7903 7969 8067 8206 8729 8762
8979 9037 9156 9267 9337 9416 9653 9673 9799
9867 9870 9957 10014 10047 10346 10560 10618
10654 10685 10777 10832 10852 11053 11213
11314 11457 11523 11711 11763 11843 11894
12068 12088 12169 12214 12248 12252 12459
12464 12481 12497 12569 12910 12970 13052
13165 13195 13340 13359 13478 13641 13683
13806 13919 13978 13984 14012 14014 14029
14260 14282 14546 14619 14777 14837 14970
14978 15198 15260 15485 15514 15544 15564
15716 15922 15951 16103 16124 16456 16472
16691 16720 16930 17269 17393 17470 17554
18001 18077 18228 18255 18573 18637 18661
18748 18788 18930 18949 18985 19027 19143
19188 19241 19292 19325 19402 19563 19574.

Litt. B. zu 1500 M. (500 Thlr.) 61 Stück und
zwar die Nummern:

154 222 261 730 742 799 899 943 1224 1460
1772 2134 2267 2365 2520 2605 2645 2771 2777

2796 2872 3091 3280 3420 3437 3565 3753 3802
3915 3988 3996 4015 4018 4070 4077 4327 4441
4633 4680 5033 5121 5315 5482 5488 5493 5514
5570 6039 6241 6307 6516 6525 6568 6576 6597
6604 6731 6807 6859 6988 7041.

Litt. C. zu 300 M. (100 Thlr.) 235 Stück und
zwar die Nummern:

377 446 505 600 863 1055 1116 1156 1413
1817 1819 1878 2063 2111 2155 2233 2467 2628
2931 3005 3216 3439 3735 4107 4279 4418 4487
4531 4879 5057 5239 5342 5557 5720 5862 6214
6232 6439 6551 6569 6631 6750 6838 6845 7035
7036 7275 7311 7344 7436 7536 7749 7829 7920
7958 8012 8084 8216 8316 8361 8383 8467 8544
8731 8746 8785 8889 8995 9050 9426 9427 9505
9662 9766 9800 9917 10074 10228 10234 10470
10640 10703 10704 10728 10853 11400 11401
11511 11521 11618 11800 11820 11828 11859
11862 11867 12012 12101 12210 12252 12290
12315 12439 12494 12543 12624 12640 12643
12814 12861 12862 12947 13215 13614 13681
13704 13749 13892 13908 14030 14036 14143
14319 14546 14643 14794 15004 15088 15105
15236 15329 15431 15522 15617 15664 15789
15851 16101 16231 16379 16393 16689 16761
16805 16886 16995 17094 17126 17575 17603
17705 17725 17758 17910 17930 18071 18177
18247 18322 18348 18364 18388 18438 18705
18847 18877 18977 18983 19133 19243 19287
19378 19588 19615 19727 19783 19788 19826
19980 20185 20250 20535 20536 20636 20654
20723 20815 20885 20929 20973 21026 21036
21094 21219 21438 21548 21635 21644 21792
21917 21994 22127 22358 22538 22777 22832
22889 22957 22973 22977 22992 23302 23481
23645 23713 23782 23831 23959 24376 24447
24525 24692 24699 24700 24856 24882 24985
24993 25088 25190 25250 25251 25615 25622
25707.

Litt. D. zu 75 M. (25 Thlr.) 198 Stück und
zwar die Nummern:

62 174 213 294 457 751 880 1093 1098
1491 2073 2077 2174 2537 2616 2857 2862 2961
3127 3152 3173 3317 3323 3400 3961 4063 4080
4289 4353 4634 4765 4953 5283 5520 5831 6110
6146 6279 6295 6356 6742 6758 6799 6807 6824
6835 6919 7330 7346 7657 7702 7724 7739 7824
7857 8046 8052 8057 8062 8133 8192 8660 8705
8879 9130 9197 9343 9353 9409 9493 9616 9754
9803 9825 9846 9853 9856 9884 10062 10320
10570 10596 10774 10886 10946 11054 11088
11159 11274 11316 11370 11423 11545 11616
11795 12007 12108 12111 12275 12312 12367
12453 12562 12631 12680 12702 12915 12954
13038 13068 13161 13229 13383 13723 13741
13863 13867 14011 14261 14265 14267 14696
14806 14852 14909 14961 14970 15030 15131
15203 15236 15310 15383 15435 15588 15717

15726 15811 15824 16218 16357 16443 16641
 16675 16787 16936 17079 17111 17379 17591
 17737 17750 17812 17909 18012 18080 18083
 18095 18160 18195 18215 18292 18387 18408
 18540 18661 18806 19049 19208 19251 19360
 19503 19539 19625 19649 19711 19895 19961
 20026 20114 20437 20512 20550 20636 20812
 20825 20874 20942 21185 21239 21534 21535
 21546 21555 21558 21560 21624 21626.

Litt. E. zu 30 M. (10 Thlr.) 4 Stück und zwar die Nummern:

9654 9772 9800 9863

II. 3 1/2 % ige Rentenbriefe.

Litt. L. zu 3000 M. 1 Stück und zwar die Nummer 61.:

Litt. N. zu 300 M. 2 Stück und zwar die Nummern: 41 63.

Litt. O. zu 75 M. 3 Stück und zwar die Nummern: 46 50 51.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in correfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. VI. N^o 16 beziehungsweise Ser. I. N^o 14—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße Nr. 76 I., vom 1. April k. J. ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen. Vom 1. April k. J. ab hört die Verzinsung der ausgelassenen Rentenbriefe auf; diese selbst verfahren mit dem Schlusse des Jahres 1908 zum Vortheil der Rentenbank.

Die Einlieferung ausgelassener Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post vermittelt und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde. Die Zukunft des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung. Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 16. November 1897.

Königliche Direction
 der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirection zu Berlin.

Ausnahmetarif für Düngemittel und Rohmaterialien der Kunst-Düngerfabrikation.

39. Die gemäß unserer Bekanntmachung vom 12ten October d. J. erfolgte Einbeziehung der Artikel Filzabschnitzel (zur Verwendung für Filzwaren nicht geeignete Filzabfälle) und Lederabschnitzel (zur Verwendung für Lederwaren nicht geeignete Lederabfälle) in die Abtheilung A. des Waarenverzeichnisses des Ausnahmetarifs für Düngemittel und Rohmaterialien der Kunst-Düngerfabrikation vom 1. Mai 1897 hat vom 25. November d. J. ab Geltung für den Verkehr mit sämtlichen Eisenbahnen, welche den Ausnahmetarif angenommen haben.

Berlin, den 18. November 1897.

Königliche Eisenbahndirection namens der
 beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

38.

Nachweisung

der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow auf Grund des § 2 zu 4 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirsgrenzen für den Monat October 1897.

| Bezeichnung
der in Betracht kommenden Grundstücke. | Bisheriger
Gemeinde- bzw.
Gutsbezirk. | Künftiger
Gemeindebezirk
bzw. Gutsbezirk. | Kreis-Ausschußbeschuß vom
— J. Nr. — |
|---|--|---|---|
| Die von dem Büdner Wilhelm Schmidt in Schmargendorf erworbene domainenfiskalische Dorfaueparzelle N ^o 561/37 des Kartenblatts 1 in Größe von 186 qm. | Domainenfiskalischer Gutsbezirk Schmargendorf. | Gemeindebezirk Schmargendorf. | 7. September 1897.
— A. I. 5283. — |
| Das von dem Roffäthen Gustav Göpke in Schönow erworbene Dorfauegrundstück N ^o 285/83 des Kartenblatts 3 der Gemarkung Schönow in Größe von 7 a und | Domainenfiskalischer Gutsbezirk Schönow. | Gemeindebezirk Schönow. | 21. September 1897.
— A. I. 5423. — |
| das von dem Bauer Friedrich Heinrich in Schönow erworbene Dorfauegrundstück N ^o 286/83 des Kartenblatts 3 der Gemarkung Schönow in Größe von 61 qm. | | | |

Berlin, den 12. November 1897.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Teltow.

Personal-Chronik.

Der Regierungsassessor Semper ist dem Landrath des Kreises Niederbarnim in Berlin zur Hülfsleistung in den landrätlichen Geschäften zugetheilt worden.

Im Kreise Jüterbog-Ludenwalde ist der Rittergutsbesitzer, Oberst j. D. von Kleist zu Gebersdorf von

Neuem zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 10 — Gebersdorf — ernannt worden.

Im Kreise Teltow ist der Gemeindevorsteher, Gerichtsassessor a. D. Habermann zu Deutsch-Wilmersdorf zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks 2 — Deutsch-Wilmersdorf — ernannt worden.

Im Kreise Teltow ist der Gutsbesitzer Rohrbeck zu Budow zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 34 — Budow — ernannt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Hela in Westpreußen Wilhelm Robert Walbow ist zum Hausgeistlichen bei dem Strafgefängnis am Plögensee bei Berlin bestellt worden.

Der bisherige Vereinsgeistliche Johannes Heinrich Gustav Wittenberg ist zum 3. Pfarrer an der Gethsemane-Kirche in Berlin, Diözese Berlin II., bestellt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Alwin Emil Johannes Kopp ist zum Pfarrer der Pfarodie Ruhsdorf, Diözese Pritzwalk, bestellt worden.

Der Lehrer Reim ist als ordentlicher Seminarlehrer an dem Schullehrer-Seminar zu Dranienburg angestellt worden.

Der Lehrer Gerlach ist als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Bodmann, Funder, Haase III., Hörich II., Ehrentreich, Fröblich, Roth, Mohr, Schotte, Heere, Grell III., Bennezet, Wittenberg II., Timpe, Loewentraut und Schleh sind als Gemeindefchullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Bermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

77. In dem Geschäftsjahre 1898 werden zu Belten und zwar im Seeler'schen Gasthose die folgenden Gerichtstage abgehalten werden: 1) Dienstag d. 11. Januar, 2) Montag d. 14. Februar, 3) Montag d. 21. März,

4) Montag d. 18. April, 5) Montag d. 16. Mai, 6) Montag d. 13. Juni, 7) Montag d. 11. Juli, 8) Montag d. 19. September, 9) Montag d. 17. Oktober, 10) Montag d. 14. November, 11) Montag d. 19ten Dezember. Spandau, den 9. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Während des Geschäftsjahres 1898 werden die Gerichtstage in Putzig am 3. und 17. Jannar, 7. und 21. Februar, 7. und 21. März, 4. und 18. April, 9. und 23. Mai, 6. und 20. Juni, 4. und 11. Juli, 19. und 26. September, 10. und 24. Oktober, 7. und 21. November, 5. und 19. Dezember in dem im Rathhause zu Putzig befindlichen Gerichtszimmer abgehalten. Auf dem Gerichtstage können auch Anträge auf Eintragungen in die Landgüterrolle gestellt werden. Pritzwalk, den 18. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Bearbeitung der auf die Handels-, Genossenschafts-, Zeichen- und Muster-Register sich beziehenden Geschäfte in dem diesseitigen Bezirk während des Geschäftsjahres 1898 wird durch den Gerichtsassessor Rörting als Richter und den Gerichtsschreiber Ruger als Registerführer erfolgen. Als Blätter für die öffentlichen Bekanntmachungen sind ausschließlich auch für das Genossenschafts-Register der „Deutsche Reichsanzeiger“ und die „Fürstenwalder Zeitung“ bestimmt.

Fürstenwalde, den 16. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
Satz. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--------------|---|---|--------------------------------|---|--|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| | Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | |
| 1 | Giacomo Trojan,
Maurer, | geboren am 10. März 1866 zu Prato Carnico, Italien, | Landstreichen und Betteln, | Königlich sächsische
Kreisshauptmann-
schaft Zwickau, | 16. Sept.
1897. |
| 2 | Anton Boyta,
Schuhmacher, | geboren am 9. August 1854 zu Rudolfsowig, Bezirk Semil, Böhmen, ortsangehörig ebendasselst, | Betteln, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Piesnitz, | 17. Oktober
1897. |

Hierzu Fünf Oeffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.

Belagsblätter werden der Bege mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hayn'schen Erben.

Amtsblatt

der Königlich Preussischen Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 49.

Den 3. Dezember

1897.

Bekanntmachungen

des Königlich Preussischen Regierungspräsidenten

Lehrschmiede in Charlottenburg.

264. Der nächste Kursus zur Ausbildung von Lehrschmiedemeistern an der Lehrschmiede in Charlottenburg beginnt am Montag den 28 Februar 1898. Anmeldungen sind zu richten an den Direktor des Instituts, Oberarzt a. D. Brand in Charlottenburg, Spreestraße 42.

Potsdam, den 29. November 1897.

Der Regierungspräsident.

265. Nachweisung

derjenigen ländlichen Polizeibezirke, in welchen öffentliche Fleischbeschauer zur Untersuchung des Schweinefleisches auf Trichinen noch nicht angestellt sind.

Kreis Oberbarnim: Königl. Forstbezirke Diefenthal und Eberswalde.

Kreis Spriignitz: Gutsbezirke Neuendorf bei Neustadt a. D., Oberförsterei Neuendorf bei Wittstock.

Kreis Muppig: Amtsbezirke Rheinsberg und Groß-Zerlang.

Kreis Templin: Gutsbezirke Arnimshain, Voistfeld, Fürstenaue und Mellenau.

Für sämtliche städtischen Polizeibezirke, sowie für die vorstehend nicht aufgeführten ländlichen Polizeibezirke des Regierungsbezirks Potsdam sind öffentliche Fleischbeschauer angestellt.

Potsdam, den 27. November 1897.

Der Regierungspräsident.

Viehseuchen.

266. Ausgebrochen:

a. Milzbrand: Kreis Jüterbog-Luckenwalde: bei einer gefallenen Kuh des Waldwärters Friedrich Hahn in Paplig.

b. Maul- und Klauenseuche: Kreis Niederbarnim: unter dem Rindviehbestande des Brauereibesizers Berliner in Reinickendorf, des Bauerngutsbesizers Dietloff in Schönfließ, des Bauern Torge und des Kossäthen Schülky in Karow. Kreis Teltow: unter den Rindern der Bauern Hoeft und Raesche in Groß-Zietzen. Kreis Oberbarnim: unter den Rindern des Worners Eduardshof bei Freienwalde a. D. Kreis Angermünde: unter dem Rindviehbestande des Bauernhofbesizers Neumann in Günterberg.

c. Brustseuche: Stadtkreis Potsdam: Pferde-

bestand des Premierlieutenants Grahn von Jochow, Trübschler vom 3. Garde-Ulanen-Regiment in der Prädikation Augustastr. 40, der 8. Batterie und der 2. reitenden Batterie des 11. Garde-Artillerie-Regiments, unter den Remonten der 3. Schwadron desselben Regiments und bei einem Pferde des 31. Garde-Ulanen-Regiments.

d. Geflügelcholera: Kreis Niederbarnim: in einer Gänseherde der Handelsleute Frankowski und Lesdi in Rummelsburg. Kreis Osthavelland: unter dem Geflügel des Eigentümers Timpler in Tiefwerder, des Arbeiters Triloff in Haselhorst und bei einem am 18. d. M. verendeten Huhn des Hotelbesizers Krentscher in Rauen.

Erlöschen:

a. Milzbrand: Kreis Prenzlau: unter dem Rindviehbestande des Dominiums Ziemkendorf. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: auf dem Gbste des Bauerngutsbesizers Karl Schulze in Nadeland.

b. Maul- und Klauenseuche: Kreis Oberbarnim: unter dem Rindvieh des Eigentümers Gustav Schulz in Neu-Bliebendorf. Stadtkreis Potsdam: unter dem Rindviehbestande des städtischen Schlachthofs. Kreis Angermünde: auf dem Rittergute Bruchhagen.

c. Geflügelcholera: Kreis Zauch-Belzig: in der Stadt Beelitz. Kreis Teltow: unter dem Geflügel des Schlächters und Arbeiters Schwedt in Zossen. Kreis Niederbarnim: in Rummelsburg mit Ausnahme des oben angezeigten Neuausbruchs.

Potsdam, den 30. November 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen

der Königlich Preussischen Regierung.

Ausreichung der Zinscheine Reihe XI. zu den Stammaktien der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn.

27. Die letzten Zinscheine Reihe XI. Nr. 1 bis 14 zu den Stammaktien der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn über die Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1898 bis 31. Dezember 1904 werden vom 1. Dezember 1897 ab von der Kontrolle der Staatspapiere hier selbst, Dranienstraße 92/94 unten links, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungshauptkassen, sowie in Frankfurt a./M. durch die Kreiskasse bezogen werden. Wer die Empfangnahme bei der

Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Zinscheinanweisungen mit einem Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ~~edw. d. u. d. in~~ in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamte Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine nummerirte Marke als Empfangsbefestigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen.

Im letzteren Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar, mit einer Empfangsbefcheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbefcheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die Anweisungen mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbefcheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Stammaktien bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Stammaktien an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 16. November 1897.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß Formulare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den königlichen Kreis- und Forstkassen und Hauptsteuerämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 24. November 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

§1. Gemäß §§ 105b. Abs. 2, 105e. und 41a. der Reichsgewerbe-Ordnung wird für den Stadtfreis Berlin Folgendes bestimmt und hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

- 1) Im Handelsgewerbe, soweit es in offenen Verkaufsstellen betrieben wird, jedoch mit Ausschluß der Bank-, Wechsel- und Lotterie-Geschäfte, dürfen abweichend von der allgemein festgestellten sonntäglichen Beschäftigungszeit Gehülfen, Lehrlinge und Arbeiter

an den drei letzten Sonntagen vor Weihnachten,

dem 5., 12. und 19. Dezember dieses Jahres

von $\frac{1}{2}$ 8 bis $\frac{1}{2}$ 10 Uhr Vormittags und von $\frac{1}{2}$ 1 Uhr Nachmittags bis $\frac{1}{2}$ 9 Uhr Abends

beschäftigt werden. Der Verkauf von Back- und Konditorwaaren, von Fleisch und Wurst, der Milchhandel und der Betrieb der Vorkosthandlungen ist an den genannten drei Sonntagen ebenso wie an den übrigen Sonntagen schon vor Beginn der allgemeinen Verkaufszeit und zwar von 5 Uhr Morgens ab zulässig.

- 2) Von dem allgemeinen Verbot der Beschäftigung von Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe am **25. Dezember**, dem ersten Weihnachtstage, werden, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, ausgenommen:

- a. der Handel mit Milch, mit Back- und Konditorwaaren und Konfitüren während der Zeit von 5 bis 10 Uhr Vormittags und von 12 bis 2 Uhr Nachmittags;
- b. der Handel mit Fleischwaaren während der Zeit von 5 bis 10 Uhr Vormittags;
- c. der Handel mit Kolonialwaaren, mit Vorkostwaaren, mit Brennmaterialien, mit Bier und Wein, mit Tabak und Cigarren während der Zeit von 8 bis 10 Uhr Vormittags;
- d. der Handel mit Blumen während der Zeit von 7 bis 10 Uhr Vormittags und von 12 bis 2 Uhr Nachmittags;
- e. die Zeitungspedition während der Zeit von 4 bis 9 Uhr Vormittags;

- 3) Am Sonntag, den **26. Dezember**, dem zweiten Weihnachtstage, finden lediglich die allgemeinen Vorschriften über die Feststellung der Zeit zur Beschäftigung von Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe Anwendung.

- 4) Alle mit den vorstehenden Festsetzungen nicht im Einklange stehenden Vorschriften früherer Verordnungen bleiben außer Anwendung.

Berlin, den 27. November 1897.

Der Polizeipräsident.

Polizei-Verordnung,

betreffend die nicht fabrikmäßige Herstellung und die Verwendung von Acetylen.

§2. Auf Grund der §§ 42, 43, 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Ges.-S. S. 195 ff.) und der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Ges.-S. S. 265) verordne ich mit Zustimmung des königlichen Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg als Landespolizeibehörde für den Stadtfreis Berlin was folgt:

§ 1. Wer außer im fabrikmäßigen Umfange Ac-

typen herstellen oder verwenden will, hat dies spätestens bei der ersten Inbetriebsetzung der Gasentwicklungs-Apparate der Ortspolizeibehörde anzuzeigen.

§ 2. Die Entwicklung und Aufbewahrung von Acetylen darf nicht in oder unter bewohnten Räumen und nicht in Kellern erfolgen. Die Räume, in denen die Gasentwicklung stattfindet, müssen durch eine Brandmauer oder einen isolirenden Luftraum von Wohnräumen getrennt sein. Die Gasentwickler dürfen nur unter leichter Bedachung aufgestellt werden.

§ 3. Diese Räume müssen hell, geräumig und gut gelüftet sein, dürfen nur durch Dampfheizung oder Wasserheizung erwärmt und nicht mit Licht betreten werden. Die Thüren müssen nach außen aufschlagen.

Die Entlüftungsröhre der Räume und der Gasentwickler dürfen nicht in Schornsteine münden, die Entlüftungsröhre der Gasentwickler sind bis über das Dach zu führen.

§ 4. Die Apparate zur Entwicklung und Aufbewahrung von Acetylen gas müssen so eingerichtet sein, daß in ihnen kein höherer, als ein Ueberdruck von einer Atmosphäre sich bilden kann.

§ 5. An den Entwicklungs-Apparaten, Gasbehältern und Gasleitungen dürfen keine aus Kupfer bestehenden Theile angebracht sein.

§ 6. Calciumcarbid und andere Carbide dürfen in Mengen von mehr als 10 kg nur in wasserdicht verschlossenen Gefäßen und in trockenen, hellen, gut gelüfteten Räumen aufbewahrt werden. Die Lagerung in Kellern ist untersagt. Die Gefäße müssen die Aufschrift tragen:

„Carbid, gefährlich, wenn nicht trocken gehalten.“

§ 7. Die zur Aufnahme flüssigen Acetylen bestimmten Flaschen müssen durch einen weißen Anstrich und die Aufschrift: „Flüssiges Acetylen, Feuergefährlich“, gekennzeichnet, mit Angabe der Tara und des Fassungsvermögens in Litern versehen und auf 250 Atmosphären geprüft sein.

§ 8. Bei der Füllung der Flaschen darf das Verhältniß von 1 kg Acetylen auf 3 Liter Rauminhalt nicht überschritten werden.

§ 9. Die Flaschen für verdichtetes Acetylen gas müssen durch die Aufschrift: „Acetylen gas, Feuergefährlich“ gekennzeichnet und mit der Angabe des höchsten zulässigen Druckes versehen sein. Sie müssen mit dem doppelten des zulässigen Druckes geprüft sein.

§ 10. Die mit flüssigem oder verdichtetem Acetylen gefüllten Flaschen sind gegen die Einwirkung von Sonnenstrahlen und Ofenwärme zu schützen.

§ 11. Flüssiges und verdichtetes Acetylen dürfen nur in Gefäße gefüllt werden, an denen kein Theil aus Kupfer oder Kupferlegierungen besteht.

§ 12. Die Bestimmungen in den §§ 1, 2 und 3 finden keine Anwendung auf tragbare und solche Acetylen gaslampen, bei denen der Brenner mit dem Entwicklungsapparat unmittelbar und fest verbunden ist.

Diejenigen, welche beim Erscheinen dieser Polizei-Verordnung mit Genehmigung oder mit Vorwissen der

Ortspolizeibehörde Acetylenentwicklungs-Apparate bereits in Betrieb genommen haben, kann von der Ortspolizeibehörde zur Erfüllung der Vorschriften in § 2 und im ersten Satz des § 3 eine Frist von 12 Monaten vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung ab bewilligt werden. Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung:

a. auf fabrikmäßig betriebene und daher nach § 16 der Gewerbeordnung besonderer Genehmigung bedürftige Anlagen zur Herstellung von Acetylen;

b. auf die staatlichen wissenschaftlichen Institute, soweit sie Acetylen zu Lehr- und Studienzwecken herstellen und verwenden.

§ 13. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden, sofern dadurch nicht nach den bestehenden Gesetzen eine schwerere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 60 Mark und im Falle des Unvermögens an deren Stelle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 14. Vorstehende Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Gleichzeitig wird die Polizei-Verordnung vom 19. Dezember 1896 aufgehoben.

Berlin, den 25. November 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

Mit Bezug auf vorstehende Polizeiverordnung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Anlagen zur Herstellung von Acetylen gas, sofern sie **fabrikmäßig** betrieben werden, als „**chemische Fabriken**“ im Sinne des § 16 der Reichsgewerbeordnung anzusehen sind und mithin dem daselbst vorgeschriebenen Verfahren unterliegen.

Flüssiges Acetylen ist als ein explosiver, zur Verwendung als Sprengmittel geeigneter Stoff, mithin als ein „**Sprengstoff**“ im Sinne des Gesetzes gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884 anzusehen.

Diejenigen Personen, denen bereits auf Grund der Polizei-Verordnung vom 19. Dezember v. Js. die Erlaubniß zur Darstellung von Acetylen gas erteilt worden ist, kann zur Erfüllung der Vorschriften in §§ 2 und 3 Abs. 1 obiger Verordnung eine Frist von zwölf Monaten vom Tage des Inkrafttretens ab bewilligt werden. Diesbezügliche Anträge sind unverzüglich beim Polizei-Präsidium einzureichen.

Berlin, den 25. November 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

§ 13. Die dem Auswanderungsagenten Karl Stangen, Mohrenstraße Nr. 10 hier selbst erteilte Genehmigung als Generalagent des Auswanderer-Beförderungs-Unternehmers, Schiffsmaklers Theodor Schön zu Bremen, innerhalb des preussischen Staates — mit Ausnahme der Provinz Hannover — Verträge mit Auswanderern behufs deren Beförderung von Bremen oder Hamburg aus nach den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, Canada, Australien und Süd-Amerika

— mit Ausschluß von Brasilien und Venezuela — zu ermitteln und Unteragenen zu bestellen, ist bis zum 31. März 1898 verlängert worden.

Berlin, den 21. November 1897.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung: Friedheim.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

86. Am 6. Dezember wird in dem reichseigenen Gebäude Mauerstraße 69—75 unter der Bezeichnung „**Postamt W. 66 (Mauerstraße)**“ eine neue Postanstalt mit der Befugniß zur Annahme sämtlicher Postsendungen — ausgenommen Pakete —, von Telegrammen und Rohrpostsendungen eingerichtet. Diesem neuen Postamt wird ein Briefbestellbezirk zugetheilt, der aus folgenden Straßentheilen gebildet wird: 1) **Leipzigerstraße** vom Leipziger Platz bis einschließlich Mauerstraße östliche Seite; 2) **Wilhelmstraße** von der Poststraße bis zur Prinz Albrecht- und Zimmerstraße ausschließlich; 3) **Mayerstraße** von der Kronen- bis zur Friedrichstraße, einschl. des Buchhändlerhofs und der Markthalle; und 4) **Kaiserhofstraße**, südlicher Theil. Aus diesem Anlaß müssen die in den bezeichneten Straßentheilen wohnenden Abholer von Postsendungen, die bisher ihre Sendungen beim Postamt 8 (Taubenstraße) abgeholt haben, dies vom 6. Dezember ab beim Postamt 66 (Mauerstraße) bewirken lassen. Die Dienststunden für den Verkehr mit dem Publikum sind festgesetzt a. an Wochentagen: Von 7 Uhr B. im Sommer (von 8 Uhr B. im Winter) bis 8 Uhr Abends; b. an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen und am Geburtstage Sr. Majestät des Kaisers: Von 7 bzw. 8 Uhr B. bis 9 Uhr Vormittags, von 5 bis 6 Uhr Nachmittags. Der Annahmehdienst für Rohrpostsendungen und Telegramme findet an allen Tagen in der Zeit von 7/8 Uhr Vormittags bis 10 Uhr Abends statt.

Berlin C., 24. November 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,
Geheime Ober-Postrath Griesbach.

Bekanntmachung.

87. Der Fernsprechverkehr mit Warby ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt 1 Mark.

Berlin C., 27. November 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

88. Bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam lagern nachbezeichnete unanbringliche Postsendungen u.

A. Postanweisungen:

- 1) **Nr 18** aus Potsdam 4 vom 28. August 1896 über 2 M. 28 Pf.,
- 2) **Nr 3102** aus Groß-Lichterfelde 1 (Anh. Bahn) vom 26. Juli 1897 über 5 M.,
- 3) **Nr 3435** aus Perleberg vom 26. Juli 1897 über 40 Pf.

B. gewöhnlicher Brief mit Werthinhalt:
aus Eberswalde 1 vom 6. August 1897 mit der Aufschrift: „A. 45 Berlin, postl., Postamt 87 Beußelstraße Nr. 2“, Werthinhalt 5 M. 10 Pf.

C. Einschreibbriefe:

- 1) aus Potsdam 1 vom 19. Juni 1897 **Nr 186** an Frau Anna Wichert geb. Benz in Berlin, Hauptpostamt Spandauerstr. postl.,
- 2) aus Großtehnitz vom 29. September 1897 **Nr 10** an Frä. Emma Kiesel, p. A. Derschweizer Iseli in Szegedienfons bei Posen.

D. Lose aufgefunden sind:

- 1) am 19. März 1896 in einem Paketbandwagen auf dem Bahnhofe zu Potsdam ein Einmarkstück,
- 2) am 30. August 1897 in einem Paketbandwagen auf dem Bahnhofe zu Prigwall ein Einmarkstück.

E. Ferner sind im Monat Juli d. J. einem Unterbeamten des Postamts zu Regin (Havel) von einem Unbekannten 4 M. 20 Pf. zum Ankauf von 30 Versicherungsmarken zu 14 Pf. übergeben worden. Die Marken haben dem unbekannt gebliebenen Auftraggeber nicht behändigt werden können.

Die Unbekannten nicht ermittelten Absender oder Eigenthümer der vorstehend bezeichneten Postsendungen u. werden aufgefordert, binnen 4 Wochen ihre Ansprüche hier selbst geltend zu machen, widrigenfalls mit diesen Sendungen u. nach den gesetzlichen Bestimmungen verfahren werden wird.

Potsdam, 23. November 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor. Görtler.

Bekanntmachungen des Königl. Provinzial-Schul-Collegiums.

Bekanntmachung.

27. Die Rektorats-Prüfung wird hier am **3ten und 4. Mai 1898** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind an uns bis zum **15. Februar 1898** einzureichen und zwar von den im Amte stehenden Lehrern durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren, und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und das augenblickliche Amtsverhältniß des Kandidaten angegeben ist, 2) die Zeugnisse über die empfangene Schul- oder Universitätsbildung und über die bisher abgelegten Prüfungen, 3) ein amtliches Führungsattest, 4) Angabe, ob Examinand die absolute (auf Grund einer für zwei fremde Sprachen abzulegenden Prüfung) oder nur die beschränkte Befähigung für ein Rektorat an einer bestimmten Schule, zu dem er von den Befugungsberechtigten bereits in Aussicht genommen ist, zu erlangen wünscht. **Der festgesetzte Anmeldetermin ist genau einzuhalten.**

Berlin, den 19. November 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Bekanntmachung.

28. Die Aufnahme-Prüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin wird am **9. und 10. März 1898** abgehalten werden. Die Anmeldungen

sind bis zum **16. Februar 1898** an den Herrn Seminar-Direktor Schurath Hoffmann einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer des Seminarstufus gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge. Berlin, den 19. November 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

29. Die Entlassungs-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin wird vom **3ten März 1898** an abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete Schulamts-Kandidaten, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind bis zum **3. Februar 1898 pünktlich** an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugniß eines zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine Probefchrift mit deutschen und lateinischen Lettern u. 6) eine Probezeichnung; beide mit der Versicherung, daß sie der Einsender selbständig angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Schulamts-Aspiranten am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminarordirektor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 19. November 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

30. Die Prüfung für ein Lehramt an Mittelschulen wird hier vom **26. bis 30. April 1898** abgehalten werden. Die Anmeldungen mit der bestimmten Angabe, in welchen Fächern der Kandidat (sfr. Allgemeine Bestimmungen vom 15. Oktober 1872 § 12) die Befähigung als Lehrer an Mittelschulen und höheren Mädchenschulen zu erlangen wünscht, sind an uns bis zum **22. Februar 1898** von den im Amte stehenden Lehrern durch die bezüglichen Kreis Schulinspektoren einzureichen und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter und das augenblickliche Amtsverhältniß des Kandidaten angegeben ist, 2) das Zeugniß über die bisher empfangene Schul- oder Universitätsbildung und über die bisher abgelegten Prüfungen, 3) ein amtliches Führungsattest. Diejenigen, welche noch kein öffentliches Amt bekleiden, haben noch einzureichen: 4) ein von einem zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte ausgestellttes Attest über normalen Gesundheitszustand. Der festgesetzte Anmeldebestimmungen ist pünktlich einzuhalten.

Berlin, den 19. November 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

31. 2. März.

Seminar

an abgehalten werden.

die im März

sind bis zum 26.

Kreis Schulinspektoren

beizufügen: 1) das

bestandene erste Prüfung

inspektors, 3) eine

gefertigte Ausarbeitung

Thema mit Angabe der

Probezeichnung und 5) eine

hat die Versicherung abzugeben,

beiten selbständig angefertigt

Aufsatz keine anderen als die

habe. Erfolgt auf die Meldung

scheid, so haben sich die

vor Beginn der schriftlichen

minardirektor um 5 Uhr

Berlin, den 19. November 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

32. Die Lehrerinnen-Prüfung zu Potsdam wird

vom **21. März 1898** an abgehalten werden.

Zu dieser Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zu-

gelassen, welche das neunzehnte Lebensjahr vollendet haben.

Die Anmeldungen, in denen angegeben ist, ob die

Prüfung für Volksschulen oder mittlere und höhere

Mädchenschulen gewünscht wird, sind spätestens bis zum

21. Februar 1898 an uns einzureichen und sind

denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf,

auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Ge-

burtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort

der Bewerberin anzugeben ist, 2) der Geburtschein,

3) die Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung

und die etwa schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amt-

liches Führungsattest und 5) ein von einem zur Führung

eines Dienstfieglers berechtigten Arzte ausgestellttes Attest

über normalen Gesundheitszustand. Beim Eintritt in

die Prüfung haben die Bewerberinnen eine von ihnen

gefertigte Probefchrift auf einem halben Bogen Quer-

folio mit deutschen und lateinischen Lettern und eine

Probezeichnung abzugeben. Der festgesetzte Anmelde-

termin ist pünktlich einzuhalten.

Berlin, den 19. November 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

33. Die Schulpflichterinnen-Prüfung wird hier am

20. Mai 1898 abgehalten werden. Zu dieser

Prüfung werden nur solche Lehrerinnen zugelassen,

welche den Nachweis einer mindestens fünfjährigen Lehr-

thätigkeit zu führen vermögen und mindestens zwei Jahre

in Schulen unterrichtet haben. Die Anmeldungen sind an

uns bis zum **20. Februar 1898** einzureichen und

sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebens-

lauf, auf dessen Titelblatt der vollständige Name, der

Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohn-

stagen aus

gleichen

Partizipat

deren

acht-

er

ort der Bewerberin angegeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) ein Zeugnis über die Lehrthätigkeit, 6) ein von einem zur Führung eines Amtesiegels berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. Der festgesetzte Anmeldetermin ist pünktlich einzuhalten.

Berlin, Linkstr. 42, den 23. November 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

34. Die Lehrerinnen-Prüfung wird hier **vom 15. April 1898 an** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das neunzehnte Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen, in denen anzugeben ist, ob die Prüfung für Volksschulen oder mittlere und höhere Mädchenschulen gewünscht wird, sind **spätestens bis zum 17. März 1898 an uns** einzureichen und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin anzugeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und die etwa schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest und 5) ein von einem zur Führung eines Dienstiegels berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. Der festgesetzte Anmeldetermin ist **pünktlich** einzuhalten. Beim Eintritt in die Prüfung haben die Bewerberinnen eine von ihnen gefertigte Probeschrift auf einem halben Bogen Querfolio mit deutschen und lateinischen Lettern und eine Probezeichnung abzugeben.

Berlin, Linkstr. 42, den 23. November 1897.

Königliches Provinzial-Schulkollegium.

Bekanntmachung.

35. Die Prüfung für den Unterricht in weiblichen Handarbeiten wird in Berlin in der Königlichen Augustaschule hier Kleindekenstraße 16/19 **vom 2ten Mai 1898 ab** stattfinden. Zur Prüfung werden zugelassen: 1) Bewerberinnen, welche bereits die Befähigung zur Ertheilung von Schulunterricht vorschriftsmäßig nachgewiesen haben; 2) sonstige Bewerberinnen, wenn sie eine ausreichende Schulbildung nachweisen und wenn sie am Tage der Prüfung das 19. Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen zu derselben sind **spätestens bis zum 4. April 1898 an uns** einzureichen und sind denselben beizufügen: a. von solchen, welche bereits eine Prüfung als Lehrerin bestanden haben: 1) das Zeugnis über diese Prüfung; 2) ein amtliches Zeugnis über ihre bisherige Thätigkeit als Lehrerin; b. von den übrigen bezeichneten Bewerberinnen: 1) ein selbstgefertigter, in deutscher Sprache abgefaßter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession, der Wohnort der Bewerberin und die Art der gewünschten Prüfung (ob für mittlere und höhere Mädchenschulen oder für Volksschulen), anzugeben ist; 2) ein Tauf- bezw. ein Geburtschein;

3) ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem Arzte, der zur Führung eines Dienstiegels berechtigt ist; 4) ein Zeugnis über die von der Bewerberin erworbene Schulbildung und die Zeugnisse über die etwa schon abgelegte Prüfung als Turnlehrerin, Zeichenlehrerin u. s. w.; 5) ein Zeugnis über die erlangte Ausbildung als Handarbeitslehrerin; 6) ein amtliches Führungszeugnis, ausgestellt von einem Geistlichen oder von der Ortsbehörde. Der festgesetzte Anmeldetermin ist pünktlich einzuhalten. Die Prüfung ist eine praktische und theoretische. In praktischer Beziehung haben die Bewerberinnen 1) eine Probe ihrer technischen Fertigkeit in den weiblichen Handarbeiten abzulegen. Zu diesem Zwecke haben sie einzureichen: a. einen neuen Strumpf, gezeichnet mit zwei Buchstaben und einer Zahl in Gitterfisch, dazu ein angefangenes Strickzeug; b. ein Häkelstuch mit 70 bis 90 Maschen Anschlag, welches mehrere Muster enthält und mit eingehäkelten Rante umgeben ist; c. ein gewöhnliches Mannsheub (Herren-Nachtheub); d. ein Frauenheub; e. einen alten Strumpf, in welchem ein Haden neu eingestrickt und eine Gitterstoppe sowie eine Strickstoppe ausgeführt ist; f. vier bis sechs kleine Proben von verschiedenen mittelfeinen Stoffen, wie dieselben im Hausstande vorzukommen pflegen, jede etwa 12 zu 12 cm groß. Dieselben können sowohl einzeln als auch zu einem Tuche verbunden abgegeben werden und sollen enthalten: einen aufgesetzten und einen eingestickten Flicken; eine weiße und eine bunt farrirte Gitterstoppe; eine Körperstoppe; zwei gezeichnete Buchstaben in Kreuzfisch, zwei ebensolche in Rosenfisch; drei gestickte lateinische Buchstaben und zwei Ziffern in rothem Garn, drei ebensolche gothische Buchstaben und zwei Ziffern in weißem Garn und ein gesticktes Monogramm aus den Namensbuchstaben der Bewerberin. Die unter f. aufgezählten Arbeiten müssen vor allem dem gewählten Stoffe gemäß ausgeführt sein. Sämmtliche Arbeiten sollen schulgerecht und deshalb auch nur in Stoffen und aus Garnen von mittlerer Feinheit hergestellt werden. Die Arbeiten werden durch die Einreichung von den Bewerberinnen ausdrücklich als selbstgefertigt bezeugt; die Hemden sind indessen nicht ganz zu vollenden, damit nach Anweisung der Prüfungskommission und unter Aufsicht derselben an der Arbeit fortgeföhren werden kann. 2) Außerdem hat jede Bewerberin in der Prüfung eine Probelektion in der Ertheilung des Handarbeitsunterrichtes in einer Schulkasse zu halten. Beim Eintritt in die Prüfung sind 6 M. Prüfungs- und 1 M. 50 Pf. Stempelgebühren zu entrichten, welch' letztere der Examinandin im Falle des Nichtbestehens der Prüfung wieder zurückgezahlt werden.

Berlin, den 23. November 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

36. Die Lehrerinnen-Prüfung zu Frankfurt a. D. wird vom **9. März 1898 an** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das neunzehnte Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen, in denen anzugeben ist, ob

die Prüfung für Volksschulen oder mittlere und höhere Mädchenschulen gewünscht wird, sind spätestens bis zum **9. Februar 1898** an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin anzugeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und die etwa schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest und 5) ein von einem zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. Beim Eintritt in die Prüfung haben die Bewerberinnen eine von ihnen gefertigte Probeschrift auf einem halben Bogen Querfolio mit deutschen und lateinischen Lettern und eine Probezeichnung abzugeben. Der festgesetzte Anmeldebetermin ist pünktlich einzuhalten.

Berlin, den 23. November 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

37. Die Prüfung zur Erlangung der Lehrbefähigung für den französischen und englischen Sprachunterricht an mittleren und höheren Mädchenschulen wird in Berlin in der königlichen Augusta-Schule, Kleinbeerensstr. 16/19, vom **9. Mai 1898** ab stattfinden. Zu der Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das neunzehnte Lebensjahr vollendet und ihre sittliche Unbescholtenheit, sowie ihre körperliche Befähigung zur Verwaltung eines Lehramtes nachgewiesen haben. Die Meldungen zu dieser Prüfung sind **spätestens bis zum 9. April 1898** einzureichen und es ist in dem Gesuche anzugeben, ob die Ablegung der Prüfung in beiden Sprachen und wenn nur in einer, in welcher von beiden sie beabsichtigt wird. **Der Anmeldebetermin ist genau einzuhalten.** Der Meldung sind beizufügen 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin anzugeben ist, 2) ein Tauf- bez. Geburtschein, 3) Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und über etwa schon bestandene Prüfungen, 4) ein amtliches Führungszeugniß, 5) ein von einem zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigten Arzte ausgestelltes Zeugniß über den Gesundheitszustand. Beim Eintritt in die Prüfung sind 12 M. Prüfungsgebühren und 1,50 M. Stempelgebühren zu entrichten. Die letzteren werden der Examinandin im Falle des Nichtbestehens der Prüfung wieder zurückgezahlt werden.

Berlin, den 23. November 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Reichsschuldenverwaltung.

Ausreichung neuer Zinscheine zu den Schuldverschreibungen der 3 1/2 %igen Reichsanleihe vom Jahre 1888.

10. Die Zinscheine Reihe II. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der 3 1/2 %igen Deutschen Reichsanleihe von 1888 über die Zinsen für die zehn Jahre vom 1. Januar 1898 bis 31. Dezember 1907

ist nach seiner Ankunft in den Viehwagen selbst oder beim Ausladen einer Untersuchung durch den die Funktionen des Kreisveterinärarztes ausübenden Departementsthierarzt zu Stettin oder dem zur Hülfeleistung aufgezogenen Thierarzt zu unterwerfen.

Das Rindvieh, welches zu den Markttagen ausmiegend aufgetrieben wird, ist einer gleichung zu unterwerfen und darf den Marktplatz r Gollnow'er Chauffee aus betreten.

Die Entladung der Thiere ist von deren § 1) dem Departementsthierarzt rechtens, derselbe hat die Untersuchung der Thiere vorzunehmen.

Nach (vergl. § 1) der Thiere haben Auskunft zu geben, überhaupt in bezüglichen Fragen zu beantworten die Ursprungsatteste vorzulegen, die Thiere vorzulegen Untersuchung erforderlichen

nicht zu... arzt bezw. dessen Ge- Zinscheinanweisungen... über den Ausfall Empfangsbescheinigung, so in... auszufertigen, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung über den Export der Thiere doppelt vorzulegen. In letzterem Falle... vier Wochen reicher das eine Exemplar, mit dem... bescheinigung versehen, sofort zurück. Zu... Zinscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Bankanstalten oder Oberpostkassen beziehen will, hat derselben die Anweisungen mit einem doppelten Verzeichniß einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Ausreichungsstellen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Bankanstalten und Oberpostkassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 19. November 1897.

Reichsschuldenverwaltung.

Bekanntmachungen der Königl. Direction der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

23. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 10. v. Mts. heute geschienenen öffentlichen Verloosung von 3 1/2 %igen Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Apoints gezogen worden:

- Litt. G. zu 1500 M. 1 Stück und zwar die
 № 10,
 Litt. H. zu 300 M. 2 Stück und zwar die
 № 24, 35,
 Litt. J. zu 75 M. 1 Stück und zwar die
 № 29,
 Litt. K. zu 30 M. 2 Stück und zwar die
 № 22, 31.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. I. № 13—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße № 76 1 Tr., vom 2. Januar 1898 ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 2. Januar 1898 ab hört die Verzinsung der ausgelassenen Rentenbriefe auf, diese selbst verfahren mit dem Schlusse des Jahres 1908 zum Vortheil der Rentenbank.

Die Einlieferung ausgelassener Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 24. August 1897.

Königliche Direction
 der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

24. Die nachstehende Verhandlung:
 Geschehen

Berlin, den 16. November 1897.

Auf Grund der §§ 46, 47 und 48 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 und des § 6 des Gesetzes vom 7. Juli 1891, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern, wurden von ausgelassenen Rentenbriefen der Provinz Brandenburg, welche nach dem vorgelegten Verzeichnisse gegen Baarzahlung zurückgegeben worden sind und zwar:

| | | | | | | |
|-----|-------|----------|----|--------------|---|-----------|
| 191 | Stück | Litt. A. | zu | 3000 M. | = | 573000 M. |
| 71 | " | " | B. | 1500 " | = | 106500 " |
| 266 | " | " | C. | 300 " | = | 79800 " |
| 208 | " | " | D. | 75 " | = | 15600 " |
| 3 | " | " | E. | 30 " | = | 90 " |
| 1 | " | " | G. | über | | 1500 " |
| 3 | " | " | J. | zu 75 " | = | 225 " |
| 1 | " | " | K. | über | | 30 " |
| 1 | " | " | M. | über | | 1500 " |
| 1 | " | " | N. | über | | 300 " |
| 1 | " | " | O. | über | | 75 " |
| 1 | " | " | P. | über | | 30 " |

748 Stück über 778650 M.

nebst den dazu gehörigen, im vorgeachten Verzeichnisse aufgeführten 1582 Coupons und 748 Talons heute in Gegenwart der Unterzeichneten durch Feuer vernichtet.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.
 König, Frische, Witte,
 Notar. Abgeordnete

des Provinzial-Landtages.

v. Behrens, w. Klose,
 Provinzial-Rentmeister. Buchhalter.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.
 Berlin, den 23. November 1897.

Königliche Direction
 der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirection zu Berlin.

40. Am 1. Dezember 1897 wird die Station Stralau-Mummelsburg für die Annahme von Privatdepeschen mit vollem Tagesdienst eröffnet. Für die Auslieferung von Privatdepeschen bleibt die Station wie bisher geschlossen.

Berlin, den 23. November 1897.

Königliche Eisenbahndirection.

Ausnahmetarif für Düngemittel und Rohmaterialien der Kunstdüngerfabrikation vom 1. Mai 1897.

41. Mit Gültigkeit vom 1. Dezember 1897 ab wird die Mühlhausen-Ebeleber Eisenbahn in den oben bezeichneten Ausnahmetarif für ihren Binnen-, jedoch nicht für den direkten Verkehr einbezogen. In dem Abschnitt III. B. wird dieselbe, sowie die Neustadt-Gogoliner Bahn, welche dem Ausnahmetarif am 1. September 1897 beigetreten ist, aufgenommen. Die Frachtberechnung im Binnenverkehr der Mühlhausen-Ebeleber Eisenbahn erfolgt auf Grund der wirklichen Entfernungen (ohne Zuschläge). Nähere Auskunft geben die beteiligten Abfertigungsstellen sowie das Auskunftsbüreau der preussischen Staats-Eisenbahnen in Berlin, Bahnhof Alexanderplatz.

Berlin, den 22. November 1897.

Königliche Eisenbahndirection namens der beteiligten Eisenbahn-Verwaltungen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

Diejenigen in Berlin und dem Regierungsbezirk Potsdam wohnhaften jungen Leute, welche die Verechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst nachsuchen wollen, haben sich in der Zeit vom zurückgelegten 17ten Lebensjahre bis zum 1. Februar ihres ersten Militärpflichtjahres, d. i. des Kalenderjahres in welchem sie das 20. Lebensjahr vollenden, bei der unterzeichneten Kommission schriftlich zu melden.

Dieser Meldung sind beizufügen:

- eine Geburtsurkunde,
- eine Erklärung des Vaters oder Vormundes über die Bereitwilligkeit, den Freiwilligen während einer einjährigen aktiven Dienstzeit zu bekleiden, auszurüsten sowie die Kosten für Wohnung und Unter-

- halt zu übernehmen. Die Fähigkeit hierzu ist obrigkeitlich zu bescheinigen,
- c. ein Unbescholtenszeugniß, welches für Jüglinge von höheren Schulen (Gymnasien, Realschulen, Ober-Realschulen, Progymnasien, Realschulen, Realprogymnasien, höheren Bürgerschulen und den übrigen militärberechtigten Lehranstalten) durch den Direktor der Lehranstalt, für alle übrigen jungen Leute durch die Polizeibehörde oder ihre vorgesetzte Dienstbehörde auszustellen ist.
 - d. ein über die wissenschaftliche Befähigung ausgestelltes Schulzeugniß.

Die Einreichung des letztgenannten Zeugnisses darf bis zum 1. April des ersten Militärpflichtjahres ausgesetzt werden.

Für Diejenigen, welche den Nachweis der wissenschaftlichen Befähigung durch Ablegung einer Prüfung erbringen wollen, finden alljährlich zwei Prüfungen statt, die eine im Frühjahr, die andere im Herbst. Das Gesuch um Zulassung zu der nächstjährigen Frühjahrsprüfung muß unter Einreichung der bei a—c erwähnten Schriftstücke, eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes und einer amtlich bescheinigten Photographie, sowie mit der Angabe, in welchen zwei fremden Sprachen der sich Meldende geprüft sein will, spätestens bis zum 1. Februar f. Js. eingereicht werden.

Die unterzeichnete Kommission fordert diejenigen jungen Leute, welche in Berlin und dem Regierungsbezirk Potsdam im Jahre 1898 gestellungspflichtig werden und die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst zu erlangen beabsichtigen, hierdurch auf, die vorgeschriebenen Meldungen möglichst bald, **spätestens jedoch bis zum 1. Februar 1898** in ihrem Geschäftslokal — Haldestraße 1 — einzureichen.

Berlin, den 23. November 1897.

Königliche Prüfungs-Kommission für
Einjährig-Freiwillige.

Auf Grund des § 17 des Reichsgesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen vom 23. Juni 1880

1. Mai 1894 und des § 7 des Preussischen Gesetzes vom 12. März 1881, betreffend die Ausführung des Reichsgesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, wird hiermit folgendes angeordnet.

§ 1. Sämmtliches auf dem Staatsbahnhofe zu Alt-Damm zur Entladung kommende Rindvieh, mit Ausnahme,

1. derjenigen Thiere, welche aus einem Bahnwagen direkt in einen anderen Bahnwagen übergeladen und weiter geschickt werden,
2. derjenigen Thiere, für welche der Besitzer (Begleiter, Führer u.) eine amtliche Bescheinigung darüber vorweist, daß die Thiere längstens 24 Stunden zuvor auf einer Vorstation durch einen beamteten Thierarzt untersucht und für gesund befunden worden sind — diese Bescheinigung muß die Identität der untersuchten Thiere sicher kennzeichnen —

ist nach seiner Ankunft in den Viehwagen selbst oder beim Ausladen einer Untersuchung durch den die Funktionen des Kreisviehärztes ausübenden Departementsthierarzt zu Stettin oder dem zur Hülfsleistung hinzugezogenen Thierarzt zu unterwerfen.

Das Rindvieh, welches zu den Markttagen aus der Umgegend aufgetrieben wird, ist einer gleichen Untersuchung zu unterwerfen und darf den Marktplatz nur von der Hohnow'er Chaussee aus betreten.

§ 2. Die Entladung der Thiere ist von deren Besitzer (vergl. § 1) dem Departementsthierarzt rechtzeitig mitzutheilen, derselbe hat die Untersuchung der Thiere, sobald angängig, vorzunehmen.

§ 3. Die Besitzer (vergl. § 1) der Thiere haben über deren Herkunft Auskunft zu geben, überhaupt sämtliche auf dieselben bezüglichen Fragen zu beantworten und auf Verlangen die Ursprungsatteste vorzulegen. Sie haben nach Erfordern die Thiere vorzuführen, oder in der zur Untersuchung erforderlichen Stellung oder Lage zu halten.

§ 4. Der Departementsthierarzt bezw. dessen Gehülfe hat den Besitzern (vergl. § 1) über den Ausfall der Untersuchung eine Bescheinigung auszufertigen, welche von diesen bei dem Weitertransport der Thiere mitzuführen, und zur etwaigen Refognition vier Wochen lang aufzubewahren ist.

§ 5. Ist durch die Untersuchung eine Seuche oder der Verdacht einer solchen bei den Thieren ermittelt, so hat der Departementsthierarzt sofort die einschlägigen Vorschriften der Instruktion zum Reichsviehseuchengesetz zur Ausführung zu bringen und dem Landrathe des Kreises Randow sowie der Ortspolizeibehörde Anzeige zu erstatten.

§ 6. Die durch die Untersuchung der Thiere entstehenden Kosten sind nach § 24 des Preussischen Gesetzes vom 12. März 1881 von den betreffenden Unternehmern zu tragen.

Es werden erhoben, falls die Betheiligten sich nicht anderweit einigen,

1. für die Untersuchung von Rindvieh von mehr als 12 Stück der Höchstsaß von im Ganzen 6 M.
2. für die Untersuchung von Rindvieh in geringerer Anzahl für das Stück 50 Pfg.

Die Untersuchung von Rindvieh, welches Tagelöhnern und dergleichen kleinen Leuten gehört, ist frei.

Die Kosten für die Beaufsichtigung der Viehmärkte kommen in Fortfall.

§ 7. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden nach Maßgabe des § 328 Reichsstrafgesetzbuchs bestraft.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Stettin, den 12. November 1897.

Der Königliche Regierungspräsident.

Personal-Chronik.

Der bisherige Pfarrer zu Remnis, Diöcese Pritzwalk, Julius Boehmer, ist zum Pfarrer der Pfarodie Raben, Diöcese Belgig, bestellt worden.

Der Gemeindegeschullehrer Robert Ehrcke ist als Gemeindegeschulrektor in Berlin angestellt worden.

Die Gemeindegeschullehrer Louis Schneider V., Karl John und Johannes Meyer sind als Gemeindegeschulrektoren in Berlin angestellt worden.

Vermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Die Eintragungen in unser Handels-, Genossenschafts- und Börsenregister werden im Jahre 1898 für größere und kleinere Genossenschaften im Deutschen Reichsanzeiger und in der Oberberger Zeitung veröffentlicht.

Oberberg, den 20. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1898 werden die Eintragungen in unser Handels-, Börsen- und Genossenschaftsregister durch 1) den Deutschen Reichsanzeiger, 2) die Schwedter Zeitung, 3) das Schwedter Tageblatt, 4) die Stettiner Ostsee-Zeitung, betreffs der kleineren Genossenschaften jedoch nur durch die Blätter zu 1 und 2 veröffentlicht.

Schwedt, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1898 werden die Eintragungen in das Handelsregister durch a. den Deutschen Reichs-Anzeiger, b. die Berliner Börsen-Zeitung, c. das Zauch-Belziger Kreisblatt, d. den Riemegker Anzeiger und die Eintragungen in das Genossenschaftsregister mit Einschluß der im Laufe des Jahres zu errichtenden Genossenschaften durch die zu a. und c. genannten Blätter veröffentlicht.

Belzig, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Berichtigung.

Die Bearbeitung der auf die Handels-, Genossenschafts-, Zeichen- und Muster-Register sich beziehenden Geschäfte in dem hiesseitigen Bezirk während des Geschäftsjahres 1898 wird durch den Gerichtsassessor Rörting als Richter und den Gerichtsschreiber Unger (nicht Muger, wie im Stück 48 auf Seite 460 gedruckt war) als Registerführer erfolgen. Als Blätter für die öffentlichen Bekanntmachungen sind ausschließlich auch für das Genossenschafts-Register der „Deutsche Reichsanzeiger“ und die „Fürstenwalder Zeitung“ bestimmt.

Fürstenwalde, den 16. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Für das Geschäftsjahr 1898 werden die abzuhaltenden Gerichtstage in Regim auf folgende Tage festgesetzt: 18. Januar, 15. Februar, 15. März, 19. April,

17. Mai, 14. Juni, 12. Juli, 13. August, 20. September, 18. Oktober, 15. November, 13. Dezember.

Potsdam, den 24. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Nachstehender

Tarif

für die Benutzung des städtischen Hafens am Urban zu Berlin

Es ist zu entrichten:

I. Lösch- und Ladegebähr.

Von jedem im Hafen anlegenden, löschenden oder ladenden Fahrzeug — ohne Unterschied der Größe und Ladung — für jede auch nur angefangene Woche 5 M.

II. Lagergeld.

Für das Stapeln von Gütern auf dem hierzu bestimmten Stapelplatz für jedes auch nur angefangene Quadratmeter Lagerfläche und jeden begonnenen Tag 4 Pf.

III. Krahngehd.

Für die Benutzung der Krähne für je angefangene 50 kg der bewegten Last 1 1/2 Pf.
Ueberschießende Pfennigbruchtheile werden auf volle Pfennige abgerundet.

IV. Wiegegeld.

Für die Benutzung der Brückenwaage am Hafen werden die in dem Tarif für die Berliner Rathswagen vom September 1886 festgesetzten Gebühren erhoben.

Befreiungen.

Fahrzeuge und Güter, welche dem Könige, dem Staate oder dem Reiche gehören oder ausschließlich für Rechnung des Königs, des Staates oder des Reiches befördert werden, sind abgabenfrei.

Dieser Tarif tritt sofort nach seiner Veröffentlichung im Hafengebiet in Kraft.

Berlin, den 10. Juli 1897.

Der
Finanz-Minister.

Im Auftrage
gez. Schomer.

Der Minister
der öffentlichen Arbeiten.

Im Auftrage
gez. von Kugelgen.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

In Vertretung gez. Pömann.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 24. November 1897.

Magistrat

hiesiger Königlichen Haupt- und Residenzstadt.

gez. Zelle.

Hierzu Sechs Öffentlichkeits Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 30.

Den 10. Dezember

1897.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

Bekanntmachung.

18. In Ergänzung meiner Bekanntmachung vom 28. Dezember 1887 (Amtsblatt von 1888 Seite 11) bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntniss, daß auf den Antrag des Kreis Ausschusses des Kreises Ost-Prignitz der in diesem Kreise belegenen Chaussee Breddin-Neuendorf einschließlich der Abzweigung nach dem Bahnhof Breddin und der Enclave in Rummernitz auf Grund des § 12 Abs. 3 des Gesetzes vom 20. Juni 1887 (Ges.-S. S. 301) die staatliche Anerkennung als Kunststraße erteilt ist.

Potsdam, den 2. Dezember 1897.

Der Ober-Präsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Bekanntmachung.

267. Es besteht der Verdacht, daß von ungarischen Drahtbindern behufs Erlangung von Wandergewerbscheinen gefälschte Urkunden (Naturalisationsurkunden, Staatsangehörigkeitsausweise, früher ausgestellte Gewerbescheine) vorgelegt werden. Die Polizeibehörden werden hierauf aufmerksam gemacht und angewiesen, die ihnen von solchen Antragstellern vorgelegten Papiere genau zu prüfen und gegen Fälschungen einzuschreiten.

Potsdam, den 4. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

268. Der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat dem Aichungsamt in Kyritz die Befugnis zur Aichung von Waagen mit einer Tragkraft bis zu 10000 kg beigelegt. Potsdam, den 2. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

269. Zu der Eröffnung des Bauzugbetriebes in den Gematungen Werneuchen bis Tiefensee einschließlich ist gemäß § 6 der Neubauordnung vom 1. April 1895 die landespolizeiliche Zustimmung erteilt worden.

Der Bauzug wird eine Geschwindigkeit bis zu 30 km in der Stunde erreichen. Sämtliche Ueberwege mit Ausnahme desjenigen bei Station 227 (Chaussee von Werneuchen nach Weesow) und bei Station 239 (Provinzial-Chaussee Werneuchen-Tiefensee) werden Schranken nicht erhalten. Die Ueberwege bei Station 227 und 239 werden für die Zeit des Bauzugbetriebes mit provisorischen Schranken versehen werden, damit hier der etwas größere Verkehr sich an den Bahnbetrieb gewöhnt. Sie fallen entwurfsgemäß für den ordentlichen Betrieb d. Z. vom Tage der Betriebseröffnung wieder fort. Sämtliche Uebergänge erhalten „Halt“-Tafeln. Vor den Ueberwegen wird vom Zuge aus geläutet. Auf die Gefahr einer Unachtsamkeit beim Passieren der mit Gleisen belegten Ueberwege wird hingewiesen.

Potsdam, den 4. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

270.

Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5 % Aufschlag im Monat November 1897 in den Hauptmarkttorten des Regierungs-Beyrks Potsdam.

| Laufende Nummer | Es
kosten
je 50
Kilogramm | Weesow
für
Kreis
Weesow
Storow | | Brandenburg
für
Brandenburg
und
Kreis
West-
havel-
land. | | Ludowalder
für
Kreis
Zülp-
berg-
Ludowalder. | | Potsdam
für
Potsdam
und
Kreis
Ragow-
Belzig. | | Prenzlau
für die
Kreise
Prenzlau
und
Templin. | | Neu-
Ruppin
für
Kreis
Ruppin. | | Schwebitz
für
Kreis
Angermünde. | | Prignitz
für
Kreis
Prignitz. | | Bemerkungen. |
|-----------------|------------------------------------|--|-----|---|-----|---|-----|--|-----|--|-----|---|-----|--|-----|---------------------------------------|-----|--|
| | | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | M. | Ps. | |
| 1 | Hafer | 7 | 35 | 7 | 77 | 7 | 88 | 7 | 29 | 7 | 81 | 7 | 31 | 7 | 29 | 7 | 68 | Für die Kreise Niederbarnim, Oberbarnim, Osthavel und u. Teltow, sowie für die Stadt Spandau gilt Berlin als Hauptmarkttort. |
| 2 | Heu | 2 | 63 | 2 | 63 | 2 | 63 | 2 | 36 | 2 | 55 | 2 | 63 | — | — | 2 | 73 | |
| 3 | Richtstroh | 1 | 84 | 1 | 89 | 2 | 02 | 1 | 89 | 2 | 25 | 2 | 36 | 2 | 10 | 2 | 42 | |

Potsdam, den 7. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

| Laufende Nummer | Namen der Städte | I. A. Getreide. | | | | I. B. U e b r i g e M a r k t . | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|--------------------------------|------------------|-----------------|---------|---------|---------|---------------------------------|----------------------|---------|---------------|---------|---------|---------|---------------|----------------|----------|---------|------|--------|------|------|------|------|------|---|----|
| | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Hülfsfrüchte. | | | Erläuterungen | Stroh. | | Fisch. | Fleisch. | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | Erbsen (gelbe) zum Kochen | Speisebohnen (weiße) | Sinsen | | Rind- | Schum- | | im Großhandel | im Kleinhandel | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | von der Reule | vom Band | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | Mr. Pf. | | | | | | | | | |
| 1 | Angermünde | 17 84 | 13 35 | 14 31 | 14 53 | 25 | — | 27 | — | 34 | — | 4 25 | 4 33 | 3 25 | 4 25 | 115 | — | 1 30 | 1 15 | | | | | | |
| 2 | Berckow | 15 25 | 12 73 | 13 50 | 13 75 | 22 50 | 27 50 | 45 | — | 4 20 | 3 25 | — | — | — | 4 75 | 95 | — | 1 20 | 1 | | | | | | |
| 3 | Brandenburg | 17 07 | 12 67 | 12 45 | 13 98 | 23 50 | 25 | — | 37 50 | 3 53 | 3 10 | — | — | — | 4 25 | 84 | — | 1 40 | 1 20 | | | | | | |
| 4 | Dahme | 17 35 | 13 52 | 12 85 | 14 | — | 24 | — | 30 | — | 35 | — | 4 | — | 3 25 | 2 | — | 5 | — | 95 | 1 20 | 1 | | | |
| 5 | Eberswalde | 17 91 | 13 26 | 13 67 | 13 41 | 21 | — | 23 | — | 34 | — | 4 | — | 3 50 | — | — | 5 50 | 96 | — | 1 30 | 1 20 | | | | |
| 6 | Havelberg | 17 87 | 12 93 | 14 | — | 14 31 | 25 | — | 31 50 | 38 69 | 3 75 | 2 85 | — | — | 5 25 | 105 | — | 1 25 | 1 10 | | | | | | |
| 7 | Jüterbog | 17 38 | 13 15 | 12 63 | 14 72 | 24 | — | 24 | — | 36 | — | 4 | — | — | 5 | — | 100 | — | 1 40 | 1 20 | | | | | |
| 8 | Luderswalde | 15 64 | 13 16 | 13 79 | 14 46 | 35 | — | 35 | — | 45 | — | 4 70 | 3 58 | — | — | 4 75 | 116 | — | 1 30 | 1 30 | | | | | |
| 9 | Perleberg | 17 50 | 13 09 | 12 50 | 13 89 | 18 | — | 30 | — | 31 | — | 3 80 | 3 50 | — | — | 4 38 | 120 | — | 1 40 | 1 20 | | | | | |
| 10 | Potsdam | — | 12 53 | — | 14 24 | 23 06 | 25 50 | 36 50 | 4 10 | 4 03 | — | — | — | — | 4 28 | 103 50 | — | 1 45 | 1 35 | | | | | | |
| 11 | Prenzlau | 17 54 | 13 06 | 14 56 | 13 71 | 25 | — | 26 | — | 37 | — | 4 56 | 4 | — | 2 25 | 4 50 | 95 | — | 1 30 | — | 95 | | | | |
| 12 | Prigwall | 17 38 | 12 63 | 13 38 | 12 88 | 15 50 | 24 | — | 30 | — | 3 10 | 3 | — | 2 | — | 4 50 | — | — | 1 40 | 1 20 | | | | | |
| 13 | Rathenow | 17 95 | 13 29 | 14 19 | 14 53 | 19 | — | 22 75 | 32 25 | 2 83 | 3 19 | — | — | — | 4 73 | 110 | — | 1 35 | 1 20 | | | | | | |
| 14 | Ren-Suppen | — | — | 13 | — | 13 75 | 35 | — | 35 | — | 55 | — | — | — | — | 106 | — | — | 1 35 | 1 15 | | | | | |
| 15 | Schwebt | 17 50 | 13 51 | 14 44 | 14 31 | 21 66 | 31 25 | 37 50 | 5 | — | 4 60 | — | — | — | 5 20 | — | — | — | 1 40 | 1 20 | | | | | |
| 16 | Spandau | 17 75 | 13 50 | 12 25 | 14 63 | 25 25 | 34 50 | 38 50 | 4 40 | 3 75 | 3 25 | — | — | — | 4 38 | 113 | — | — | 1 60 | 1 20 | | | | | |
| 17 | Strausberg | 15 83 | 12 43 | 12 43 | 14 13 | 24 | — | 32 10 | 38 20 | 4 | — | 4 | — | 2 50 | — | 4 50 | 90 | — | — | 1 50 | 1 10 | | | | |
| 18 | Teltow | — | 12 50 | 13 50 | 14 | — | 29 | — | 29 | — | 47 50 | 4 50 | 3 75 | 2 | — | 4 50 | 110 | — | — | 1 55 | 1 10 | | | | |
| 19 | Templin | 17 | — | 13 | — | 14 50 | 13 50 | 21 | — | 30 | — | 4 | — | 4 | — | 5 | — | 100 | — | — | 1 20 | 1 | | | |
| 20 | Treuenbriezen | 17 59 | 13 66 | 12 86 | 13 35 | — | — | — | — | — | — | 3 50 | 3 | — | — | 4 03 | — | — | — | — | 1 40 | 1 20 | | | |
| 21 | Wittstock | 17 | — | 13 06 | 15 | — | 13 45 | 18 | — | 36 | — | 44 | — | — | — | 3 31 | 3 17 | 2 17 | 4 | — | 95 | — | 1 05 | — | 95 |
| 22 | Wriezen a. D. | 16 92 | 12 92 | 14 38 | 13 20 | 22 | — | 23 | — | 28 | — | 4 50 | 4 | — | 3 | — | 4 75 | 100 | — | — | — | 1 30 | 1 20 | | |
| Durchschnitt | | 17 17 | 13 05 | 13 53 | 13 94 | — | — | — | — | — | — | 4 | — | 3 63 | — | — | 4 64 | 102 55 | — | — | — | — | — | — | |
| Potsdam, den 7. Dezember 1897. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

Gröfßung einer neuen Apotheke.
272. Der Apotheker Adolf Suckrow hat in Dall-
 min, Kreis Westprignitz, eine Apotheke eröffnet.
 Potsdam, den 27. November 1897.

Der Regierungspräsident.

Errichtung von zwei neuen Apotheken in Schöneberg.
273. I. In Schöneberg soll in der Sedanstraße an
 einer von beiden Straßenfronten der Strecke zwischen
 dem Hause Nr. 85 a. und der Kolonnenstraße eine neue
 Apotheke errichtet werden und zwar so, daß die Apo-
 theke ihren Eingang in der Sedanstraße und nicht einen
 solchen in der Kolonnenstraße erhält. Die Konzession
 zur Errichtung dieser Apotheke wird nach Maßgabe der
 Allerhöchsten Ordre vom 30. Juli 1894 mit dem Zu-
 sätze erteilt werden, daß dem Inhaber der Vorschlag
 eines Geschäftsnachfolgers nicht gestattet ist, sondern die

Konzession bei dem Ausscheiden des Inhabers an den
 Staat zur anderweiten Verleihung zurückfällt, hinter-
 bliebenen Wittwen und Waisen des Konzessionärs jedoch
 die im § 4 Tit. I. der revidirten Apothekerordnung vom
 11. Oktober 1801 bezeichneten Vergünstigungen zu Theil
 werden sollen.

Bewerbungen um die Konzession setze ich bis zum
 25. Januar 1898 entgegen. Dem Bewerbungsgesuche
 sind beizufügen:

- 1) die Approbation,
- 2) eine genaue Lebensbeschreibung mit Angabe der
 Familienverhältnisse und der Confession,
- 3) amtlich bestätigte Zeugnisse über die Beschäftigung
 und Führung während der gesamten Zeit seit
 Ablegung der Staatsprüfung; diesen Zeugnissen ist
 ein Inhaltsverzeichnis beizufügen und in diesem die

Preise im Monat November 1897.

| waaren. | | | | | | | | | | II. Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|--------------------------|-------|-------|----------------------------------|-----------|------|---------------------------------------|--------|----------|-------|---|------------|--------|-----------------------|----------------------|---------------------------------------|-----------|---------------------------|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|
| Fleisch. | | | | | | Mehl zur
Säureher-
stellung aus | | Gersten- | | | | | | | | Kaffee | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Schweine- | Kalb- | Lamm- | Geräucherter Speck
(hieriger) | Erdbeuter | Eier | Weizen | Roggen | Gerste | Größe | Buchweizengröße | Hafergröße | Gerste | Reis, Java, mittlerer | Sada mittlerer (roh) | Sada gelb (in ge-
brannten Bohnen) | Speisefah | Schweinefleisch, gesüßtes | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Kostet | | | | | | Es kostet je 1 Silegramm. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Silegramm | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 25 | 1 25 | 1 15 | 1 60 | 2 23 | 4 60 | 30 | 25 | 45 | 30 | 40 | 45 | 40 | 55 | 2 70 | 3 40 | 20 | 1 60 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 30 | 95 | 1 20 | 1 60 | 2 30 | 4 20 | 40 | 20 | 50 | 40 | 35 | 60 | 40 | 60 | 2 40 | 3 40 | 20 | 1 30 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 30 | 1 20 | 1 35 | 1 40 | 2 38 | 5 | 35 | 25 | 50 | 50 | 50 | 50 | 50 | 50 | 2 60 | 3 60 | 20 | 1 30 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 40 | 1 | 1 20 | 1 80 | 2 20 | 4 | 32 | 22 | 40 | 50 | 40 | 60 | 40 | 55 | 2 50 | 3 40 | 20 | 1 60 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 30 | 1 30 | 1 30 | 1 60 | 2 40 | 4 80 | 29 | 24 | 40 | 40 | 50 | 50 | 40 | 50 | 2 80 | 3 60 | 20 | 1 60 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 36 | 1 30 | 1 20 | 1 59 | 2 35 | 4 10 | 33 | 25 | 40 | 38 | 45 | 47 | 42 | 51 | 2 60 | 3 40 | 20 | 1 60 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 40 | 1 10 | 1 30 | 1 60 | 2 40 | 4 80 | 32 | 23 | 50 | 50 | 50 | 50 | 40 | 40 | 2 50 | 3 60 | 20 | 1 40 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 40 | 1 | 1 20 | 1 60 | 2 40 | 4 70 | 32 | 22 | 50 | 50 | 50 | 60 | 35 | 60 | 2 40 | 3 60 | 20 | 1 40 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 30 | 1 40 | 1 30 | 2 | 2 10 | 3 86 | 29 | 24 | 35 | 27 | 35 | 43 | 38 | 43 | 2 75 | 3 50 | 19 | 1 80 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 45 | 1 45 | 1 40 | 1 60 | 2 20 | 4 18 | 40 | 30 | 50 | 50 | 40 | 45 | 45 | 55 | 2 70 | 3 50 | 20 | 1 40 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 40 | 1 05 | 1 15 | 1 50 | 2 20 | 4 60 | 31 | 23 | 45 | 40 | 43 | 55 | 43 | 55 | 2 60 | 3 20 | 20 | 1 50 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 30 | 1 30 | 1 10 | 1 70 | 2 04 | 3 44 | 25 | 20 | 40 | 40 | 40 | 50 | 40 | 45 | 2 60 | 3 60 | 20 | 1 80 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 35 | 1 24 | 1 34 | 1 60 | 2 30 | 4 55 | 36 | 30 | 40 | 50 | 50 | 50 | 40 | 50 | 2 40 | 3 20 | 20 | 1 50 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 30 | 1 20 | 1 20 | 1 50 | 2 40 | 5 20 | 28 | 22 | 45 | 40 | 50 | 50 | 50 | 60 | 3 | 4 | 20 | 1 60 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 28 | 1 | 1 20 | 1 60 | 2 20 | 5 05 | 25 | 20 | 50 | 30 | 40 | 50 | 50 | 60 | 2 80 | 3 60 | 20 | 1 60 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 50 | 1 50 | 1 50 | 1 80 | 2 40 | 4 75 | 35 | 33 | 38 | 37 | 35 | 45 | 43 | 43 | 2 60 | 3 | 20 | 1 30 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 40 | 1 20 | 1 20 | 1 60 | 2 40 | 3 30 | 30 | 21 | 50 | 40 | 40 | 50 | 40 | 60 | 2 80 | 3 60 | 20 | 1 60 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 30 | 1 50 | 1 30 | 1 55 | 2 20 | 6 | 30 | 20 | 50 | 40 | 50 | 60 | 60 | 60 | 2 50 | 2 70 | 20 | 1 15 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 20 | 1 | 1 20 | 1 60 | 2 30 | 4 80 | 30 | 25 | 50 | 60 | 50 | 50 | 50 | 50 | 2 30 | 3 | 20 | 1 60 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 20 | 1 | 1 20 | 1 60 | 2 20 | 4 03 | 30 | 24 | 40 | | 40 | 50 | 30 | 50 | 2 60 | 3 40 | 20 | 1 60 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 25 | 1 01 | 1 04 | 1 59 | 2 19 | 3 73 | 27 | 20 | 45 | 25 | 38 | 45 | 40 | 45 | 1 80 | 2 20 | 20 | 1 45 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 20 | 1 20 | 1 20 | 1 40 | 2 20 | 4 40 | 38 | 33 | 43 | 33 | 40 | 38 | 43 | 45 | 2 40 | 3 | 20 | 1 20 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Der Regierungspräsident. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

Der Regierungspräsident.

Zeitdauer ersichtlich zu machen, auf welche die einzelnen Zeugnisse sich beziehen,

- 4) Bewerber, welche bereits eine Apotheke oder mehrere Apotheken besessen haben, müssen die Zeit dieses Besizes sowie den Kaufpreis und Verkaufspreis der Apotheke bezw. Apotheken nachweisen,
- 5) ein amtlich beglaubigter Nachweis, daß und in welcher Höhe dem Bewerber die zur Errichtung der Apotheke erforderlichen Geldmittel zur Verfügung stehen.

Meldungen von Bewerbern, welche nach dem Jahre 1883 approbirt sind, haben keine Aussicht auf Erfolg.

II. In Schöneberg und zwar für die Gegend in der Hauptstraße an ihrer Kreuzung mit der Mühlenstraße und Tempelhoferstraße oder von dort ab bis zur Eoburger- und Marxstraße, soll eine neue Apotheke er-

richtet werden. Bezüglich der Konzession zur Errichtung dieser Apotheke, der Bewerbungsgesuche und der Meldebefrist sind die in Vorstehendem unter Ziffer I. bekannt gegebenen Bestimmungen ebenfalls maßgebend.

Potsdam, den 29. November 1897.

Der Regierungspräsident.

Polizeiverordnung.

274. Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Ges.-S. S. 265) und des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Ges.-S. S. 195) wird unter Abänderung der Polizeiverordnungen vom 15. Januar 1892 (Amtsblatt Seite 73 ff.), 20. Dezember 1893 (Amtsblatt 1894 Seite 37) und 19. August 1895 (Amtsblatt Seite 371) sowie unter Zustimmung des Bezirksausschusses für die

Stadtkreise Charlottenburg und Spandau, für die dem Kreise Niederbarnim angehörigen Amtsbezirke Lichtenberg, Stralau, Weissensee, Reinickendorf, Friedrichshagen, Niederschönhausen, Tegel und den Gemeindebezirk Pankow sowie für die dem Kreise Teltow angehörigen Amtsbezirke Schöneberg, Wilmersdorf, Nix-

dorf, Tempelhof, Treptow, Groß-Lichterfelde, den Gemeindebezirk Steglitz und die Villenkolonie Grunewald nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Die polizeilichen An- und Abmeldungen haben vom 1. April 1898 ab nach folgenden Mustern zu erfolgen:

Muster I. (Vordere Seite.)
Polizeiliche Anmeldung.

Am . . . ten sind nachstehend verzeichnete Personen
von Kreis Straße N^o
nach Kreis Straße N^o
verzo gen.

Bem. Hier ist das Datum einzurücken, au welchem der Umzug begonnen hat.

Bem. Beim Umzuge nach außerhalb ist der zukünftige, beim Anzuge von außerhalb der aufgegebene Wohnort genau zu bezeichnen.

| Vor-
und
Zuname | Familien-
stand | Stand
oder
Gewerbe | Geburts- | | | Geburtsort
und
Kreis | Staats-
angehörig-
keit | Religion | Steuer-
nummer | Angabe,
ob die neu bezogene Woh-
nung im eigenen Hause liegt,
ob sie vom Hauseigentümer
gemietet oder von einem
Miether und welchem in
Astermethe genommen ist
oder ob sie in einer Schlaf-
stelle besteht. |
|-----------------------|--------------------|--------------------------|----------|------------|------|----------------------------|-------------------------------|----------|-------------------|---|
| | | | Tag | Mo-
nat | Jahr | | | | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | | | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 |
| | | | | | | | | | | |

(Datum der Abgabe der Meldungen an den be-
treffenden Beamten.)

(Name und Standesbezeichnung des zur Meldung
Verpflichteten.)

(Rückseite der Anmeldung.)
Bemerkungen.

Die Meldungen sind in einem Stücke — in den Amtsbezirken Nixdorf, Schöneberg, Wilmersdorf, Lichtenberg, Reinickendorf, Weissensee und Stralau-Nummelsburg in zwei Stücken — bei dem Gemeinde- oder Gutsverwalter, in den Städten bei der Polizei-verwaltung einzureichen. Sie müssen innerhalb 6 Tagen nach dem Eintritt der Wohnungsveränderung erstattet werden; dabei wird der erste Umzugstag nicht mitgerechnet. Bei Wohnungsveränderungen, welche von Familien vorgenommen werden, hat die Anmeldung des Ehemannes, der Ehefrau und der Kinder auf einem und demselben Blatte zu erfolgen. Zur Vollständigkeit der Namensbezeichnung in der ersten Spalte der Anmeldung gehört: bei Frauen die Angabe des Zunamens, welchen sie bei ihrer Geburt, und desjenigen, welchen sie in etwa früheren Ehen geführt haben, bei Minderjährigen die Angabe der Namen sowie des Standes oder Gewerbes der Eltern oder der Mutter. Der Familienstand, Spalte 2, wird durch die Angabe bezeichnet, ob Jemand verheiratet, Wittwer (Witwe) oder ledig ist. In die Spalte 8 ist die Staatseinkommensteuernummer des laufenden Jahres einzutragen. Er-

folgt der Umzug eines Staatseinkommensteuerverpflichtigten vor Zustellung der Einkommensteuerveranlagungsbenachrichtigung oder einer Einkommensteuerquittung des laufenden Jahres, so ist statt der Einkommensteuernummer des laufenden Jahres diejenige aus dem Vorjahre unter Beifügung der Jahreszahl einzutragen. Um zur richtigen Ausfüllung der Spalte 8 jederzeit im Stande zu sein, empfiehlt es sich daher für die zur Einkommensteuer veranlagten Personen ihre Einkommensteuer-Veranlagungsbenachrichtigung oder eine Einkommensteuerquittung des Vorjahres solange aufzubewahren, bis ihnen die Einkommensteuerbenachrichtigung oder eine Einkommensteuerquittung für das laufende Jahr zugegangen ist. Bei garnicht besteuerten Personen ist in Spalte 8 0 einzutragen.

Die angemessene Ausfüllung der Spalte 8 erfolgt die im § 61 des Einkommensteuergesetzes beim Umzug vorgeschriebene besondere steuerliche Anmeldung.

Die Eintragungen geschehen nach der Reihenfolge. Die Namen der im Hause mitwohnenden Ehefrau und Kinder folgen unmittelbar auf denjenigen des Ehemannes, des Vaters oder der Mutter.

Formular III. (Vordere Seite.)**Polizeiliche Abmeldung.**

Am ten sind nachstehend verzeichnete Personen
 von Kreis Straße *N^o*
 nach Kreis Straße *N^o*
 verzogen.

Bem. Hier ist das Datum einzutragen, an welchem
 der Umzug begonnen hat.

Bem. Beim Umzuge nach außerhalb ist der zu-
 künftige, beim Anzuge von außerhalb der auf-
 gegebene Wohnort genau zu bezeichnen.

| Vor-
und
Nachname | Familien-
stand | Stand
oder
Gewerbe | Geburts- | | | Geburtsort
und
Kreis | Staats-
angehörig-
keit | Religion | Steuernummer | Angabe,
ob die neu bezogene Woh-
nung im eigenen Hause liegt,
ob sie vom Hauseigentümer
gemietet oder von einem
Miether und welchem in
Aftermiethe genommen ist
oder ob sie in einer Schlaf-
stelle besteht. |
|-------------------------|--------------------|--------------------------|----------|------------|------|----------------------------|-------------------------------|----------|--------------|--|
| | | | Tag | Mo-
nat | Jahr | | | | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | | | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 |
| | | | | | | | | | | |

(Datum der Abgabe der Meldungen an den be-
 treffenden Beamten.)

(Name und Standesbezeichnung des zur Meldung
 Verpflichteten.)

(Rückseite der Abmeldung.)
 Bemerkungen.

Die Meldungen sind in einem Städtchen — in den Amts-
 bezirken Nixdorf, Schöneberg, Wilmersdorf, Lichtenberg,
 Reinickendorf, Weissenhof und Stralau-Hammelsburg
 in zwei Stücken — bei dem Gemeinde- oder Ortsvor-
 steher, in den Städten bei der Polizeiverwaltung einzu-
 reichen. Sie müssen innerhalb 6 Tagen nach dem Ein-
 tritt der Wohnungsveränderung erstattet werden, dabei
 wird der erste Umzugstag nicht mitgerechnet. Bei
 Wohnungsveränderungen, welche von Familien vorge-
 nommen werden, sind in der Abmeldung die Namen der
 Ehefrau und der Kinder nicht mitaufzunehmen, sondern
 nur das Familienoberhaupt mit dem Zusatz: „nebst
 Familie“. Zur Vollständigkeit der Namensbezeichnung
 in der ersten Spalte der „Abmeldung“ gehört: bei
 Frauen die Angabe des Namens, welchen sie bei ihrer
 Geburt, und desjenigen, welchen sie in etwa früheren
 Ehen geführt haben, bei Minderjährigen die Angabe
 der Namen sowie des Standes oder Gewerkes der
 Eltern oder der Mutter. Der Familienstand, Spalte 2,
 wird durch die Angabe bezeichnet, ob Jemand verheirathet,
 Wittwer (Wittve) oder ledig ist. In die Spalte 8
 ist die Staatseinkommensteuernummer des laufenden
 Jahres einzutragen. Erfolgt der Umzug eines Staats-
 einkommensteuerverpflichtigen vor Zustellung der Einkommen-
 steuerveranlagungsbenachrichtigung oder einer Ein-
 kommensteuerquittung des laufenden Jahres, so
 ist statt der Einkommensteuernummer des laufenden
 Jahres diejenige aus dem Vorjahre unter Beifügung
 der Jahreszahl einzutragen. Um zur richtigen Aus-

füllung der Spalte 8 jederzeit im Stande zu sein,
 empfiehlt es sich daher für die zur Einkommensteuer
 veranlagten Personen, ihre Einkommensteuer-Veran-
 lagungsbenachrichtigung oder eine Einkommen-
 steuerquittung des Vorjahres so lange aufzubewahren,
 bis ihnen die Einkommensteuerbenachrichtigung oder eine
 Einkommensteuerquittung für das laufende Jahr
 zugegangen ist. Bei garnicht besteuerten Personen ist in
 Spalte 8 0 einzutragen.

Die angemessene Ausfüllung der Spalte 8 ersetzt
 die im § 61 des Einkommensteuergesetzes beim Umzuge
 vorgeschriebene besondere steuerliche Anmeldung.

Die Eintragungen geschehen nach der Reihenfolge.
 Die Namen der im Hause mitwohnenden Ehefrau und
 Kinder folgen unmittelbar auf denjenigen des Ehemannes,
 des Vaters oder der Mutter.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehende
 Bestimmung unterliegen einer Geldstrafe bis zu 60 Mark,
 an deren Stelle im Unvermögensfalle eine entsprechende
 Haftstrafe tritt. Die Strafvorschrift bezieht sich nicht
 auf die Ausfüllung der Spalte 8, Steuernummer.
 Steuerverpflichtige, welche die Steuermeldungen innerhalb
 14 Tage nach dem Anzuge unterlassen, werden nach den
 §§ 61 und 68 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes vom
 24. Juni 1891 (G.-G. S. 175) mit Geldstrafe bis zu
 20 M. bestraft.

Potsdam, den 7. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

275. Auf der Neubaufrede Rangirbahnhof Rammelsburg-Caulsdorf wird auf dem zu schüttenden Bahndamm der Arbeitszugbetrieb eröffnet werden.

Die Wegeübergänge werden nicht bewacht. Das Betreten der Bahnanlagen und des Gleises der Neubaufrede ist verboten. Die Bahn darf nur an den zu Uebergängen bestimmten Stellen betreten und überschritten werden. An den Wegeübergängen muß gehalten werden, sobald sich die Annäherung eines Arbeitszuges durch das Glodenzeichen oder die Dampfpeife der Locomotive oder anderweitig bemerkbar macht.

Auf die Gefahr einer Unaufmerksamkeit beim Passiren der mit Gleisen belegten Ueberwege wird hingewiesen.

Potsdam, den 4. Dezember 1897.

Der Revierungspräsident.

276. Verzeichniß

der von der Lungenseuche betroffenen Sperrgebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund Art. 5 des Viehseuchen-Ubereinkommens vom 6. Dezember 1891 sowie Ziffer 5 des Schicksprotokolls zu unterlagen ist.

Ausgegeben im Kaiserlichen Gesundheitsamt zu Berlin am 22. November 1897.

A. Oesterreich: frei.

B. Ungarn: die Komitate: Nyitra (Neutra), Pozsony (Preßburg) und Pest — Pils — S. — R. — Rum.

Potsdam, den 6. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

277. Den Herren Landrätthen sowie den selbstständigen Polizeiverwaltungen wird in den nächsten Tagen eine Anzahl Probebogen der Festschrift „Unser Heldenkaiser“ zugehen.

Mit Bezug auf meine Verfügung vom 15. November d. J. — L. 965/11 — ersuche ich, die Probebogen so zu vertheilen, daß sie in jeder Ortschaft in Umlauf gesetzt werden können.

Etwaige Bestellungen auf die Festschrift sind zu sammeln und mir demnächst einzureichen.

Potsdam, den 7. November 1897.

Der Regierungspräsident.

Unfallberufsgenossenschaften.

278. Es sind nachstehende Personalveränderungen vorgekommen:

A. Expeditions-, Speicherei- und Kellerei-Berufsgenossenschaft, Sektion III.

An die Stelle des ausgeschiedenen Vertrauensmanns-Stellvertreters Emil Behert zu Spandau ist Wilhelm Scheinich (in Firma A. Behert sen., G. m. b. H.) zu Spandau, Schönwalderstr. 111, an die Stelle des Vertrauensmanns-Stellvertreters August Schmidt in Rathenow ist Ferd. Hoppe (in Firma August Schmidt Nachf., Expeditions- und Commissionsgeschäft, Kohlen- und Getreidehandlung) zu Rathenow, gewählt worden.

B. Steinbruchs-Berufsgenossenschaft.

Es sind gewählt für den 4. Vertrauens-

männerbezirk der Steinbruchsbesitzer Rud. Lübeck zu Joachimsthal, Kr. Angermünde, zum Vertrauensmann, der Kalkbrennereibesitzer A. Fleischer zu Potsdam zu dessen Stellvertreter; für den 5. Bezirk Paul Selchow in Köpenick zum Vertrauensmann und der Sand- und Kiesgrubenbesitzer R. Wollmach zu Berlin, Urbanstraße 33, zu dessen Stellvertreter.

C. Glas-Berufsgenossenschaft.

Zu Vertrauensmännern sind gewählt:

Bezirk I.

Berlin mit Schöneberg.

J. Dittmann, i. Fa.: W. Dittmann, Berlin S., Brandenburgstr. 6.

Ersatzmann: Joh. Arlt, i. Fa.: A. W. Arlt, Berlin C., Wallstr. 31.

Bezirk II.

Charlottenburg, Kirdorf, Köpenick, Himmelfort, Neugloßow, Alt-Schwerin, Straßund, Voig, Stolzenburg. Fabrikbesitzer Kersten, Charlottenburg.

Ersatzmann: Direktor Ohnforge, Köpenick.

Bezirk III.

Järstenberg, Finkenheerd, Stralau, Briesen, Lomniß, Gertraudenhütte, Thure, Uß und Provinz Posen. Fabrikbesitzer A. Stosch, Lomniß, Bez. Posen.

Ersatzmann: Direktor Stromburg, Uß.

Bezirk IV.

Baruth, Senftenberg, Almhütte, Annahütte, Gr. Radeschen, Friedrichsthal, Welzow und Triebel. A. Wuschak, Triebel.

Ersatzmann: E. Wolf, Senftenberg N.-L., Wohnung: Berlin, Kleiststr. 3/4.

D. Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft Berlin.

Es sind gewählt zu Vertrauensmännern:

I. Bezirk.

Kreis Osthavelland, Stadtkreis Potsdam und Spandau. Hofschlössermeister G. Ferse, i. F.: F. Ferse & Sohn, Potsdam, Feldstr. 2a.

Stellvertreter: J. Rahmmacher, i. F.: Max und Arthur Franke, Spandau.

II. Bezirk.

Kreis Westhavelland und Stadtkreis Brandenburg. H. Schaffert, i. F.: Ruhß & Cie., Brandenburg a. H. Stellvertreter: Aug. Günter, i. F.: A. Nowitz, Rathenow.

III. Bezirk.

Kreis Oberbarnim.

Georg Forch, Hohenfinow.

Stellvertreter: Alexander Schulze, Schöpsfurth.

IV. Bezirk.

Kreis Niederbarnim.

Richard Dittmann, Dranienburg.

Stellvertreter: Franz Lange, i. F.: Gebr. Lange, Kalkberge-Rüdersdorf.

V. Bezirk.

Kreis Ost- und Westprignitz.

E. M. Stände, Prignitz.

Stellvertreter: F. Däwerth, Lenzen a. E.

VI. Bezirk.

Kreis Angermünde.

A. Pottsch, für die Firma: Berliner Holz-Comptoir, Actien-Gesellschaft, Oberberg-Bralsig.

Stellvertreter: Ernst Rupper, i. F.: F. Rupper, Oberberg i. M.

VII. Bezirk.

Kreis Prenzlau, Templin.

Rentmeister Burkhart, Berv. des Gräfl. Schlippenbach'schen Sägewerkes, Arendsee.

Stellvertreter: Hermann Stielow, Prenzlau.

VIII. Bezirk.

Kreis Neu-Ruppin.

Gustav Müller, i. F.: E. Müller, Rheinsberg i. M.

Stellvertreter: Max Müller, i. F.: E. Müller, Rheinsberg i. d. M.

IX. Bezirk.

Kreis Jüterbog-Luckenwalde.

G. Wiese, Luckenwalde.

Stellvertreter: Otto Hasche, Jüterbog.

X. Bezirk.

Kreis Teltow.

Edmund Schramm, Charlottenburg.

Stellvertreter: Heintz. Wagenknecht,

i. F.: Wagenknecht & Cunis, Köpenick.

XI. Bezirk.

Kreis Zauch-Belzig.

H. Schiering, Belzig.

Stellvertreter: G. Lohmann, i. F.: Gräfl. Fürstenthum'sche Dampfsäge- und Hobelwerke, G. Lohmann, Wiesenburg i. M.

XII. Bezirk.

Kreis Beeskow-Storkow.

E. Schulze, i. F.: Schulze & Schramm, Wendisch-Buchholz.

Stellvertreter: Adolph Pierzig, Wendisch-Buchholz.
Potsdam, den 6. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

B i e h s e u c h e n .**279. Ausgebrochen:**

a. Milzbrand. Kreis Westhavelland: bei einer Kuh des Kossäthen Hilgenfeld in Bamm. Kreis Ruppin: bei einem Bullen des Mittergutes Karwe. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: bei einer Kuh des Kossäthen Grotze in Gräna.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Angermünde: unter dem Rindviehbestande des Wädnere Karl Zimmermann in Günterberg. Kreis Oberbarnim: unter den Rindviehbeständen des Eigenthümers Korn in Neu-Gaul und der Wittve Müller in Alt-Wriezen. Kreis Niederbarnim: unter dem Rindvieh des Bauern Karl Wittstod in Klein-Schönebeck. Die Seuche ist ferner noch in Schönwalde, Schönerlinde und Schönow aufgetreten.

c. Brustseuche. Stadtkreis Potsdam: Pferdebestand der 1. reitenden Batterie des II. Garde-Feld-Artillerie-Regiments. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: unter den im neuen (II.) Barackenlager des

Schießplatzes Jüterbog untergebrachten Pferden der zur Schießschule kommandirten Sekonde-Lieutenants.

d. Geflügelcholera. Kreis Niederbarnim: in einer Gänseherde der Handelsleute Blobelst und Henke in Rummelsburg.

Erlösungen:

a. Milzbrand. Kreis Prenzlau: bei je einer Kuh des Dominiums Rentin und Holzendorf. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: auf dem Gehöft des Waldwärters Friedrich Hahn in Paplig.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Teltow: unter den Kindern des Gutes Groß-Zietzen. Kreis Oberbarnim: in der Ortschaft Wubrigsberg.

c. Brustseuche. Kreis Osthavelland: auf der Domaine Lobeessund. Kreis Ruppin: unter den Pferden des Friedrich Wilhelms-Gestüts. Stadt Rathenow: unter den Remonten und 2 Ankaufspferden, Jahrgang 1897, des Husaren-Regiments von Zieten.

d. Bläschenauschlag. Kreis Beeskow-Storkow: bei dem Bullen des Bauern Schiemann in Rieplos und der Kuh des Kolonisten Selle in Neu-Boskon.

e. Geflügelcholera. Kreis Teltow: unter den Gänsen des Wädnere Dedert in Wänsdorf.
Potsdam, den 7. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizeipräsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

84. Der Herr Ober-Präsident der Provinz Brandenburg hat durch Erlass vom 20. November dieses Jahres die Anlage einer neuen Apotheke hiersebst in der ungefähren Gegend des Urban genehmigt.

Geeignete Bewerber werden zur Meldung bis zum 15. Januar nächsten Jahres mit dem Bemerken hierdurch aufgefordert, daß persönliche Vorstellungen zwecklos sind und die an mich zu richtenden Bewerbungen lediglich schriftlich zu geschehen haben.

Der Meldung sind beizufügen:

- 1) eine nach der Zeitfolge geordnete Uebersicht über die bisherige Thätigkeit seit der Approbation in und außerhalb der Apotheken, enthaltend:
 - a. die Anfangs- und Endzeiten — nach Tagesdaten — in zusammenhängender Reihe und unter fortlaufenden Nummern (siehe zu 2);
 - b. den Ort und
 - c. die Art der Thätigkeit, namentlich auch für die Zeit der Unterbrechung der pharmazeutischen Thätigkeit,
- 2) die Approbation und die darauffolgenden Serifizzeugnisse, die physikalisch beglaubigt, chronologisch geordnet und mit den entsprechenden Nummern der Zusammenstellung zu 1 versehen sein müssen,
- 3) polizeiliche Führungszeugnisse über die Zeit von der Approbation bis jetzt in ununterbrochener Folge,

- 4) amtlich beglaubigter Nachweis aus neuester Zeit über die zur Einrichtung einer Apotheke erforderlichen Mittel,
- 5) eine Darstellung des Lebenslaufs, enthaltend: Vor- und Zuname, Geburtsort und Datum, Confession, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Zahl und Alter der Kinder, Militärverhältniß, besondere Beschäftigung der Ehefrau, Stand und Wohnort der Eltern des Gesuchstellers.

Die Anlagen zu 2 und 3 müssen zu je einem besonderen Heft vereinigt sein.

Gesuche, die den vorstehenden Anforderungen nicht entsprechen, müssen zur Abänderung zurückgegeben werden.

Der Bewerber hat ausserdem pflichtgemäß zu versichern, entweder daß er eine Apotheke bisher nicht besessen hat, oder — falls dies der Fall sein sollte — anzugeben, wo er eine solche besessen hat und die Gründe klar zu legen, aus denen er sein Besigrecht an derselben aufgegeben hat, auch den Kauf- und Verkaufspreis der aufgegebenen Apotheke genau zu nennen.

Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß Gesuche von Bewerbern, welche erst nach dem Jahre 1882 (bei Berücksichtigung geringer Zeitunterschiede) approbirt sind, bei der großen Zahl mehr berechtigter Bewerber zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg haben.

Solche Apotheker stehen deshalb zur Vermeidung unnötigen Schreibwerkes u. am Besten von der Bewerbung ab.

Bei Apothekern, welche sich zeitweise vom Apothekensache abgewandt haben, muß das Approbationsalter selbstverständlich geführt werden.

Schließlich bemerke ich, daß die Concession in Gemäßheit des Allerhöchsten Erlasses vom 30. Juni 1894 als eine **unveräußerliche** und **unvererbliche** verliehen werden wird, der Inhaber derselben somit zur Präsentation von Geschäftsnachfolgern nicht befugt sein und der Wittve sowie den minderjährigen Kindern desselben nur freistehen wird, die Apotheke nach Maßgabe des § 4 der Revidirten Apotheken-Ordnung vom 11. Oktober 1901 durch einen geeigneten Provisor verwalten zu lassen. Berlin, den 2. Dezember 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

85. Für den Rehrbezirk der Stadt Berlin ist der Schornsteinfegergeselle Hugo Thorsen hier, Rosenthalerstraße Nr. 43 wohnhaft, nach den Vorschriften des Regulativs für den Betrieb des Schornsteinfegergewerbes im Stadtbezirk Berlin vom 16. November 1888 vom 1. Oktober 1897 ab als Bezirks-schornsteinfegermeister angestellt worden.

Berlin, den 3. Dezember 1897.

Königliches Polizei-Präsidium.

Magistrat hiesiger Königlichen Haupt- und Residenzstadt.

Bekanntmachungen des Reichs-Postamts.

Die Weihnachtsendungen betreffend.

13. Das Reichs-Postamt richtet auch in diesem Jahre an das Publikum das Ersuchen, mit den Weihnachtsendungen bald zu beginnen, damit

die Paketmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste zu sehr zusammenbrängen, wodurch die Pünktlichkeit in der Beförderung leidet.

Die Pakete sind dauerhaft zu verpacken. Dünne Pappkasten, schwache Schachteln, Cigarrenkisten u. sind nicht zu benutzen. Die Aufschrift der Pakete muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt sein. Kann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf das Paket gesetzt werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines Blattes weißen Papiers, welches der ganzen Fläche nach fest aufgeklebt werden muß. Bei Fleischsendungen und solchen Gegenständen in Leinwandverpackung, welche Feuchtigkeit, Fett, Blut u. abgeben, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung geklebt werden. Am zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weißem Papier. Dagegen dürfen Formulare zu Post-Paketadressen für Paketadressen nicht verwendet werden. Der Name des Bestimmungsorts muß stets recht groß und kräftig gedruckt oder geschrieben sein. Die Paket-aufschrift muß sämtliche Angaben der Begleit-adresse enthalten, zutreffendfalls also den Franko-vermerk, den Nachnahmebetrag, nebst Namen und Wohnung des Absenders, den Vermerk der Eilbestellung u. s. w., damit im Falle des Verlustes der Begleitadresse das Paket auch ohne dieselbe dem Empfänger ausgehändigt werden kann. Auf Paketen nach größeren Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Paketen nach Berlin auch der Buchstabe des Postbezirks (C., W., SO. u. s. w.) anzugeben. Zur Beschleunigung des Betriebes trägt es wesentlich bei, wenn die Pakete **frankirt** aufgeliefert werden; die Vereinigung mehrerer Pakete zu einer Begleitadresse ist thunlichst zu vermeiden.

Berlin W., 29. November 1897.

Reichs-Postamt. I. Abteilung.

Bekanntmachungen der Königl. Direction der Rentenbank der Provinz Brandenburg.
Bekanntmachung.

25. Die Rentenbank-Kasse, Klosterstraße 76 I. hier selbst, wird

1. die am 2. Januar 1898 fälligen Zinscheine der 3 1/2 procentigen Rentenbriefe aller Provinzen schon vom 17. bis einschließlich den 24. Dezember d. Js. und
2. die ausgelooften, am 2. Januar 1898 fälligen 3 1/2 procentigen Rentenbriefe aller Provinzen vom 20. bis einschließlich den 24. Dezember d. Js. einlösen und demnächst vom 3. Januar 1898 ab mit der Einlösung fortfahren.

Berlin, den 26. November 1897.

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirection zu Berlin.

Gruppentarif III. (Berlin-Stettin).

42. Mit Gültigkeit vom 1. Dezember 1897 gelangt zum Gruppentarif III. (Berlin-Stettin) ein Nach-

trag 6 zur Ausgabe. Derselbe enthält neben sonstigen Aenderungen und Ergänzungen des Haupttariffs Entfernungen und Frachttaxe für die Station Altwied des Direktionsbezirks Stettin. Exemplare des Nachtrages können durch die Güterabfertigungsstellen sowie das

Auskunftsbureau hier Bahnhof Alexanderplatz unentgeltlich bezogen werden.

Berlin, den 29. November 1897.

Königliche Eisenbahndirektion,
zugleich Namens der betheiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Bekanntmachung.

39. In Folge unserer Beschlüsse vom 22. Juli und 1. Oktober d. Js. werden die nachbezeichneten, die Kolonien Buchhorst, Woltersdorf und Mönchsmühle bildenden Grundstücke

| | | | |
|-------------|---|--------------|------------|
| Artikel № 1 | der Grundsteuer-Mutterrolle des Ortsbezirks Mühlenbed | in Größe von | 1,41,20 ha |
| „ „ „ 2 | „ „ „ | „ „ „ | 1,26,36 „ |
| „ „ „ 3 | „ „ „ | „ „ „ | 1,28,94 „ |
| „ „ „ 4 | „ „ „ | „ „ „ | 1,29,20 „ |
| „ „ „ 5 | „ „ „ | „ „ „ | 1,20,50 „ |
| „ „ „ 6 | „ „ „ | „ „ „ | 1,32,40 „ |
| „ „ „ 7 | „ „ „ | „ „ „ | 1,28,40 „ |
| „ „ „ 8 | „ „ „ | „ „ „ | 1,33,80 „ |
| „ „ „ 9 | „ „ „ | „ „ „ | 1,37,53 „ |
| „ „ „ 10 | „ „ „ | „ „ „ | 1,22,19 „ |
| „ „ „ 11 | „ „ „ | „ „ „ | 1,24,77 „ |
| „ „ „ 12 | „ „ „ | „ „ „ | 1,22,10 „ |
| „ „ „ 13 | „ „ „ | „ „ „ | 1,18,30 „ |
| „ „ „ 14 | „ „ „ | „ „ „ | 1,43,40 „ |
| „ „ „ 15 | „ „ „ | „ „ „ | 1,20,30 „ |
| „ „ „ 16 | „ „ „ | „ „ „ | 1,19,00 „ |
| „ „ „ 17 | „ „ „ | „ „ „ | 1,25,00 „ |
| „ „ „ 18 | „ „ „ | „ „ „ | 1,26,50 „ |
| „ „ „ 19 | „ „ „ | „ „ „ | 44,92,70 „ |
| „ „ „ 20 | „ „ „ | „ „ „ | 0,08,70 „ |
| „ „ „ 21 | „ „ „ | „ „ „ | 0,16,10 „ |
| „ „ „ 22 | „ „ „ | „ „ „ | 0,44,10 „ |
| „ „ „ 23 | „ „ „ | „ „ „ | 0,05,60 „ |
| „ „ „ 24 | „ „ „ | „ „ „ | 0,30,60 „ |
| „ „ „ 25 | „ „ „ | „ „ „ | 0,38,50 „ |
| „ „ „ 26 | „ „ „ | „ „ „ | 0,47,62 „ |
| „ „ „ 27 | „ „ „ | „ „ „ | 0,28,60 „ |
| „ „ „ 28 | „ „ „ | „ „ „ | 0,36,80 „ |
| „ „ „ 29 | „ „ „ | „ „ „ | 0,04,38 „ |
| „ „ „ 30 | „ „ „ | „ „ „ | 0,07,95 „ |
| „ „ „ 31 | „ „ „ | „ „ „ | 0,40,50 „ |
| „ „ „ 32 | „ „ „ | „ „ „ | 0,25,60 „ |
| „ „ „ 33 | „ „ „ | „ „ „ | 0,32,23 „ |
| „ „ „ 34 | „ „ „ | „ „ „ | 5,34,40 „ |
| „ „ „ 35 | „ „ „ | „ „ „ | 0,32,70 „ |

sowie die öffentlichen Wege und Gewässer,

Parzellen № 127, 129, 130, 131, 137, 141, 138, 139, 140, 132, 133, 134, 135, 136 und 128 des Kartenblattes № 1 der Gemarkung Buchhorst in Größe von 1,36,90 ha,

Parzellen № 31, 32 und 33 des Kartenblattes № 1 der Gemarkung Mönchsmühle in Größe von 1,26,40 ha,

Parzellen № 26 und 27 des Kartenblattes № 2 der Gemarkung Schönwalde in Größe von 6,90 ar, mit dem 1. Januar 1898 von dem fiskalischen Ortsbezirke Mühlenbed abgetrennt und mit dem Bezirke der Landgemeinde Mühlenbed vereinigt.

Berlin, den 25. November 1897.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Nieder-Barnim.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Der Herr Finanz-Minister hat durch Erlaß vom 22. August 1896 in Gemäßheit des Artikels 50 Absatz 1 der Ausführungs-Anweisung vom 5. August 1891 die Frist zur Abgabe der Steuererklärungen (§ 24 des

Einkommensteuergesetzes) für das Steuerjahr 1898/99 auf die Zeit vom 4. bis einschließlich 20. Januar 1898 festgesetzt.

Potsdam, den 7. Dezember 1897.

Der Vorsitzende der Berufungskommission.

Personal-Chronik.

Im Kreise Ruppın ist der Gemeindevorsteher Ebel zu Walchow zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 13 — Treseow — ernannt worden.

Der Wasserbauinspektor Baurath Habermann hieselbst tritt am 1. Januar f. J. in den Ruhestand. Der Wasserbauinspektor Baurath Dasing aus Stettin ist zu seinem Amtsnachfolger ernannt worden.

Der Katasterkontrollleur Mayer in Rathenow ist zum Steuerinspektor ernannt worden.

Der Civilanwarter Ladeke hieselbst ist zum Regierungs-Gewissensnumerar ernannt worden.

Der Regierungs- und Baurath Höffgen ist vom 1. Dezember. d. Js. ab mit dem Amtscharakter als Elbstrom-Baubdirektor in die durch Ableben des Geheimen Bauraths Poenarz erledigte Stelle des Regierungs- und Bauraths beim Königlichem Ober-Präsidium in Magdeburg versetzt worden.

Der bisherige Hülfsprediger Theodor Georg Richard Bloß ist zum 4. Pfarrer an der St. Johannis-Kirche zu Moabit in Berlin, Diözese Berlin II., bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Gollwitz, Friedr. Ludw. Carl Buchholz, ist zum Pfarrer der Pfarodie Krahne, Diözese Neustadt-Brandenburg, bestellt worden.

Der Gemeindefchullehrer Gottwald Hagen ist als Gemeindefchul-Rector in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerin Fräulein Ella Wegner ist als Gemeindefchullehrerin in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam.

Stattmäßig angestellt sind die Postanwärter Miegner in Potsdam, Schiebel in Neuruppin und Schulz in Briezen als Postassistenten. **Ernannt** ist der Ober-Postassistent Friße in Potsdam zum Postsekretair. **Versetzt** ist der Telegraphen-Mechaniker Schmädig von Dortmund nach Potsdam.

Personalveränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat Oktober 1897.

II. Richterliche Beamte.

Ernannt sind die Landgerichtsräthe Stubenrauch und Ziemßen vom Landgericht I. in Berlin zu Kammergerichtsräthen; zu Amtsrichtern die Gerichtsassessoren Dr. Kristeller beim Amtsgericht I. in Berlin, Dr. Lebens beim Amtsgericht in Templin, Wolff beim Amtsgericht in Arnswalde, Dr. Wilhelm Voethke beim Amtsgericht in Mittenwalde, Vehl bei dem Amtsgericht in Garmisch. **Versetzt** sind der Landgerichtspräsident Herzog in Bromberg als Amtsgerichtspräsident an das Amtsgericht I. in Berlin, die Amtsrichter Loegel in Alvensleben an das Amtsgericht in Potsdam, Rahmel in Wittenberg an das Amtsgericht in Brandenburg a. H., Krüger in Beeskow als Landrichter an das Landgericht in Frankfurt a. O. Pensionirt ist der Amtsgerichtsrath Knoenagel in Königsberg N.-M. Verstorben sind der Kammergerichtsrath Stephan, der Landgerichtsdirektor Bielefeld vom Landgericht I. in Berlin, der Amtsgerichtsrath von Hamm in Potsdam, der Amtsgerichtsrath Ja-

coby vom Amtsgericht I. in Berlin, der Landgerichtsrath Oppert vom Landgericht I. in Berlin.

III. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare von Alvensleben, Dr. Frieße, Waldemar Müller, Hans Hartmann, Grunow, Dr. König, Egger, Geppert, Erich Hoffmann, Richard Hennig, Schönborn, Haack, Muth, Ramlau, Schwarz, Dr. Abraham, Bauer, Wirth. Entlassen ist Marx behufs Uebertritts in die Staatsbahnverwaltung.

III. Staatsanwaltschaft.

Zu Staatsanwälten sind ernannt die Oberförster Meyer in Grumfin bei dem Amtsgericht in Angermünde, Ebert in Güntersberg bei den Amtsgerichten in Grotten a. O. und Fürstenberg a. O. Der Bürgermeister Klan in Beeskow ist zum Staatsanwalt bei dem Amtsgericht daselbst, der Beigeordnete und Stadthalter Schwarz in Mittenwalde zum Staatsanwaltsstellvertreter bei dem Amtsgericht daselbst ernannt.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöscht sind in der Liste der Rechtsanwälte die Rechtsanwälte Schnitzler beim Amtsgericht II. in Berlin, Franz Hahn beim Landgericht I. in Berlin, Ziemßen beim Amtsgericht in Potsdam. Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte der Rechtsanwalt Dr. Mannheimer aus Magdeburg bei dem Landgericht I. in Berlin, der Rechtsanwalt Franz Hahn vom Landgericht I. in Berlin bei dem Landgericht II. daselbst, die Gerichts-Assessoren Stein und Lipman-Wulf bei dem Landgericht I. in Berlin, Daefke bei dem Landgericht in Guben, Kulke bei dem Amtsgericht in Sommerfeld. Dem Notar, Geheimen Justizrath Koffka in Berlin ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte erteilt. Verstorben ist der Rechtsanwalt und Notar Justizrath Laue in Seelow.

V. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtskandidaten Heydemann, Dr. Retter, Lörzing, Rapp, Riemschneider, Kriege, Maas, Strauß, Heese, Hesse, Daebel, Brühl, Westmann, Rosenfeld. Uebernommen sind Ufers aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Celle, Gadow und Dr. Stahl aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Hamm, Scheda und Dr. Cohnberg aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Marienwerder, Hoeter aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Köln. Entlassen sind Dr. Rode und von Rutkowski auf ihren Antrag.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt sind der Gerichtsschreiber Rappengst bei dem Amtsgericht I. in Berlin zum Kalkulator bei demselben Gericht; zu Gerichtsschreibern der Sekretär beim Kaiserlichen Gouvernement Kamerun Paul Müller — unter Wiederaufnahme in den Preussischen Justizdienst — und der Gerichtsschreibergehilfe Hillig vom Amtsgericht I. in Berlin bei dem Amtsgericht II. in Berlin; die Aktuare Hering bei dem Amtsgericht I.

in Berlin, Denn bei dem Amtsgericht in Spandau, Alexi bei dem Amtsgericht in Dahme, Gans bei dem Amtsgericht in Frankfurt a./D., Salama bei dem Amtsgericht in Lippehne, Milleville bei dem Amtsgericht in Sorau N./L., der Gerichtsschreibergehilfe Bernhagen vom Amtsgericht I. in Berlin bei dem Amtsgericht in Guben; zu Gerichtsvollziehern die Militäranwärter Eppendorf, Louis Damm, Bunn, Schierig bei dem Amtsgericht I. in Berlin, Paschen bei dem Amtsgericht in Eberswalde, Wilhelm Zimmermann bei dem Amtsgericht in Neu-Ruppin. Berstet sind die Gerichtsschreiber Pigulla vom Amtsgericht in Frankfurt a./D. an das Amtsgericht I. in Berlin, Adolf Freyer vom Landgericht in Frankfurt a./D. an das Landgericht I. in Berlin, Moskau vom Amtsgericht in Sorau an das Amtsgericht in Neubamm, der Gerichtsschreibergehilfe Buchholz in Lippehne an das Landgericht in Frankfurt a./D. Pensionirt sind der Gerichtskassenrentant Rechnungsrath Kobley bei dem Amtsgericht in Guben, der Gerichtsschreiber, Gerichtskassenkontroleur Balzer bei dem Amtsgericht in Guben, der Gerichtsschreibergehilfe Wittrod bei dem Amtsgericht in Ludau.

Vermischte Nachrichten.

Im Jahre 1898 erfolgt die Bekanntmachung der Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts- und Börsenregister des hiesigen Amtsgerichts durch 1) den Deutschen Reichsanzeiger, 2) die Berliner Börsenzeitung, 3) das Teltower Kreisblatt, bei kleineren Genossenschaften inbeß nur durch den Reichsanzeiger und das Teltower Kreisblatt.

Rönigs-Wusterhausen, den 3. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die die Führung der Handels-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Börsenregister und den Markenschutz betreffenden Bekanntmachungen des unterzeichneten Gerichts werden im Laufe des Geschäftsjahres 1898 in folgenden Blättern: 1) dem Deutschen Reichsanzeiger, 2) der Berliner Börsenzeitung, 3) dem Beeskow-Sorauer Kreisblatte bezw. für die Ortshaften des Lübbener Kreises dem Lübbener Kreisblatte veröffentlicht werden. In Verreß kleinerer Genossenschaften erfolgt die Veröffentlichung in den Blättern zu 1 und 3.

Beeskow, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Im Jahre 1898 erfolgt die Veröffentlichung unserer Eintragungen in das Handels- und Genossenschaftsregister für größere und kleinere Genossenschaften durch den Deutschen Reichsanzeiger und durch das Obernarnimer Kreisblatt, in das Musterregister nur durch den Deutschen Reichsanzeiger.

Freienwalde a./D., den 26. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modellregister des unterzeichneten Gerichts erfolgt

im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, für das Handels-, Börsen- und Genossenschaftsregister — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch: a. das Kreisblatt für die Ostprignitz, b. den Stadt- und Landboten zu Kyritz. Die Bekanntmachung der Eintragungen, betreffend die kleineren Genossenschaften, erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger nur durch das Kreisblatt für die Ostprignitz.

Kyritz, den 3. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, für das Handels-, Börsen- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch die Berliner Börsenzeitung und die Märkische Zeitung zu Neu-Ruppin. Die Bekanntmachung der Eintragungen, betreffend die **kleineren Genossenschaften**, erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger nur durch die Märkische Zeitung zu Neu-Ruppin.

Wusterhausen a./D., den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1898 werden die Eintragungen a. in unser Genossenschaftsregister, Börsenregister und Handelsregister durch 1) den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, 2) die Berliner Börsenzeitung, 3) das Rixdorfer Tageblatt, 4) die Rixdorfer Zeitung, b. für etwaige kleinere Genossenschaften in das Genossenschaftsregister nur durch 1) den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, 2) das Rixdorfer Tageblatt veröffentlicht werden. Die auf die Register bezüglichen Geschäfte werden durch den Amtsrichter Schreiber unter Mitwirkung des Sekretärs Rathnow bearbeitet.

Rixdorf, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, für das Handels-, Börsen- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch die Berliner Börsenzeitung und die zu Lenzgen erscheinende Zeitung für die West- und Ost-Prignitz. Die Bekanntmachung der Eintragungen betreffend die kleineren Genossenschaften erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger nur durch die Zeitung für die West- und Ost-Prignitz.

Lenzen, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Im Jahre 1898 werden die Eintragungen a. in unser **Handelsregister** durch 1) den Deutschen Reichsanzeiger, 2) den Öffentlichen Anzeiger der Königl. Regierung zu Potsdam, 3) das Templin'er Kreisblatt, b. in unser **Genossenschaftsregister** für größere und kleinere Genossenschaften durch 1) den Deutschen Reichsanzeiger, 2) das Templin'er Kreisblatt, c. in unser **Musterregister** nur durch den Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht.

Lyden, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger, für das Handels-, Börsen- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch die Berliner Börsen-Zeitung und das Kreisblatt für die Westprignitz. Die Bekanntmachung der Eintragungen betreffend die **kleineren Genossenschaften** erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger nur durch das Kreisblatt für die West-Prignitz. Perleberg, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger, für das Handels-, Börsen- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch den Anzeiger des Regierungs-Amtsblattes und die Märkische Zeitung. Die Bekanntmachung der Eintragungen betreffend die **kleineren Genossenschaften** erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger nur durch die Märkische Zeitung.

Neu-Ruppin, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger, für das Handels- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch das Havelberger Wochenblatt und die Berliner Börsenzeitung. Die Bekanntmachung der Eintragungen betreffend die **kleineren Genossenschaften** erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger nur durch das Havelberger Wochenblatt.

Havelberg, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Im Jahre 1898 erfolgt die Veröffentlichung der Eintragungen: A. in das Musterregister durch den Deutschen Reichsanzeiger, B. in das Handelsregister durch a. den

Deutschen Reichsanzeiger, b. die Berliner Börsenzeitung, c. den Udermärkischen Courir, C. in das Genossenschaftsregister durch den Deutschen Reichsanzeiger und das Prenzlauer Kreisblatt.

Prenzlau, den 27. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1898 werden die Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts- und Börsenregister durch 1) den Deutschen Reichsanzeiger, 2) die Berliner Börsenzeitung, 3) die Beeliger Zeitung, die Eintragungen, betreffend die kleineren Genossenschaften jedoch nur durch den deutschen Reichsanzeiger und die Beeliger Zeitung veröffentlicht werden.

Beelitz, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1898 werden die Eintragungen in unser Handels-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register, sowie das Börsen-Register durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger veröffentlicht werden. Außerdem werden die Eintragungen in das Handels- und Genossenschafts-Register sowie das Börsen-Register durch die Berliner Börsenzeitung, diejenigen betreffend kleinere Genossenschaften durch das Jüterbog-Luckenwalder Kreisblatt bekannt gemacht.

Jüterbog, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Im Jahre 1898 wird die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels- und Genossenschafts-, Zeichen- und Muster-Register des hiesigen Amtsgerichts erfolgen: 1) durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preuss. Staats-Anzeiger; für das Handels- und Genossenschaftsregister außerdem durch 2) das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam, 3) das Breeskow-Storkower Kreisblatt. Die Bekanntmachungen für kleinere Genossenschaften werden außer durch den Deutschen Reichs-Anzeiger nur noch durch das vorbezeichnete Kreisblatt erfolgen.

Storkow, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1898 werden für den diesseitigen Bezirk die Bekanntmachungen aus dem Handels- und Genossenschaftsregister a. im Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger, b. in der Berliner Börsen-Zeitung, und für kleinere Genossenschaften außer dem Deutschen Reichsanzeiger in der Zauch-Beziger Zeitung in Treuenbriezen erfolgen.

Treuenbriezen, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 1) durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, für das Handels-, Börsen- und Genossenschaftsregister — mit Ausschluß der kleineren

Genossenschaften — außerdem noch durch 2) die Märkische Zeitung zu Neu-Muppin, 3) die Granseer Zeitung. Die Bekanntmachung der Eintragungen betreffend die **kleineren Genossenschaften** erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger **nur** durch die Märkische Zeitung zu Neu-Muppin.

Granseer, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Während des Geschäftsjahres 1898 wird die Veröffentlichung der Eintragungen in die hiesigen Handels-, Börsen-, Genossenschafts- und Muster-Register durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, der Eintragungen in das Handels-, Börsen- und Genossenschaftsregister außerdem durch die Berliner Börsenzeitung, die Ludenwalder Zeitung und den Ludenwalder Anzeiger, sofern aber kleinere Genossenschaften in Frage kommen, außer im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger nur in der Ludenwalder Zeitung erfolgen.

Ludenwalde, den 7. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger, für das Handels-, Börsen- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der **kleineren Genossenschaften** — außerdem noch 1) durch

die Berliner Börsenzeitung, 2) durch das Kreisblatt für die Ost-Prignitz. Die Bekanntmachung der Eintragungen betreffend die **kleineren Genossenschaften** erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger **nur** durch das Kreisblatt der Ost-Prignitz.

Meyenburg, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, für das Handels- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch den Anzeiger des Potsdamer Regierungsamtsblattes und die Märkische Zeitung. Die Bekanntmachung der Eintragungen betreffend die kleineren Genossenschaften erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger **nur** durch die Märkische Zeitung.

Pandow, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Von dem hiesigen Amtsgericht sind für das Kalenderjahr 1898 zur Einrückung der öffentlichen Bekanntmachungen: a. das Teltower Kreisblatt, b. der Dessenliche Anzeiger zum Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Potsdam, c. das hiesige Intelligenzblatt, bestimmt.

Königs-Wusterhausen, den 6. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum des Ausweisungs-Beschlusses. |
|---|-------------------------------------|--|--|---|------------------------------------|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | David Chartier, Tagner, | geboren am 26. August 1839 zu Lyon, Frankreich, ortsangehörig ebendasselbst, | Betteln und Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Straßburg i. E., | 22. Oktober 1897. |
| 2 | Roman Chauffabet, Erdarbeiter, | geboren am 4. Juni 1849 zu St. Jean-Chambre, Frankreich, ortsangehörig ebendasselbst, | Landstreichen, | desgleichen, | 26. Oktober 1897. |
| 3 | Abraham Chlubnewsky, Handelsmann, | 40 Jahre alt, ortsangehörig zu Majowische, Russisch-Polen, | desgleichen, | desgleichen, | 22. Oktober 1897. |
| 4 | Mathias Cibulka, Regenschirmmacher, | geboren am 16. Mai 1870 zu Nied, ortsangehörig zu Taus, Bezirk Taus, Böhmen, | Einfacher Diebstahl im wiederholten Rückfall, und Betteln, | Stadtmagistrat Amberg, Bayern, | 15. Oktober 1897. |
| 5 | Franz Jonasson, Handschuhmacher, | geb. am 29. Oktober 1856 in Waske bei Karlskrona, Schweden, ortsangehörig ebendasselbst, | Betteln und Landstreichen, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hildesheim, | 19. Oktober 1897. |

| 1.
Auf. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|----------------|---|--|-----------------------------|--|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 6 | Ignaz Kaltosen,
Maschinenschlosser, | geboren am 13. August
1868 in Welwarn,
Bezirk Schlau, Böh-
men, ortsangehörig
ebendaselbst, | Landstreichen, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Deggen-
dorf, | 19. Oktober
1897. |
| 7 | Georg Knödl,
Gerber, | 45 Jahre alt, ortsan-
gehörig zu Komnig,
Bezirk Bräun (Um-
gebung), Mähren, | Betteln und Landstreichen, | Großherzoglich badi-
scher Landeskommiss-
sär zu Konstanz, | 1. Oktober
1897. |
| 8 | Aron Kulaski,
Handelsmann, | 39 Jahre alt, geboren
zu Stawisch, Russisch-
Polen, ortsangehörig
ebendaselbst, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
präsident zu Stras-
burg i. E., | 23. Oktober
1897. |
| 9 | Josef Red, Tagner, | geboren am 28. Fe-
bruar 1876 zu Col-
roy-la-Grande, De-
partement Vosges,
Frankreich, | Betteln und Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
präsident zu Metz, | 27. Oktober
1897. |
| 10 | Die Zigeuner:
a. Theodor Reinhold,
Bohrschmied,
b. Stadzik Reinhold,
c. Anna Reinhold,
geborene Pindulla,
d. Marie Reinhold,
Arbeiterin, Zigeunerin, | 34 Jahre alt, geboren
in Neustadt, Böhmen,
19 Jahre alt, geboren
in Neustadt, Böhmen,
46 Jahre alt, geboren
in Budstadt, Bezirk
Troppau,
16 Jahre alt, geboren
in Budstadt, Bezirk
Troppau, | Landstreichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 28. Oktober
1897. |
| 11 | Gazel (Charef)
Simnyy, Handels-
mann, | geboren am 15. August
1854 zu Stawisch,
Russisch-Polen, orts-
angehörig ebendaselbst, | | | |
| 12 | Josef Swoboda,
Bäcker und Müller, | geboren am 24. Juni
1835 zu Hobkow,
Böhmen, österreichischer
Staatsangehöriger, | | | |
| 13 | Johann Welte,
Hafner, | geboren am 24. Juni
1846 zu Tosters, Be-
zirk Feldkirch, Oester-
reich, | | | |
| 14 | Maria Katharina
van der Wend, | 39 Jahre alt, geboren
zu Hatterwif, nieder-
ländische Staatsange-
hörige, | Landstreichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Wiesbaden, | 22. Oktober
1897. |

Hierzu Sieben Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Öffentlicher Anzeiger (N^o 7)

zum 50sten Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 10. Dezember 1897.

Polizeiliche Angelegenheiten.

229. Gegen die unten beschriebene Wittve Margarethe Joch geb. Wirsing, am 18. Juli 1852 in Berlin geboren, welche flüchtig ist resp. sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Betruges verhängt. Es wird ersucht, dieselbe zu verhaften, in das nächste Gerichts-Gefängnis abzuliefern und hiervon zu den Akten J. V. F. 1286 96 Mittheilung zu machen.

Berlin, den 27. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

Beschreibung. Alter: 45 Jahre, Größe: 1,54 m, Statur: mittel, Haare: dunkel und graumeliert, Augenbrauen: dunkel, Nase und Mund: gewöhnlich, Kinn und Gesicht: rund, Gesichtsfarbe: gesund, Sprache: deutsch.

230. Gegen den Schmiedegesellen Leo von Zaluski, am 15. April 1877 zu Seporowa, Kreis Grätz, welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen schweren Diebstahls verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften, in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern und hiervon zu den Akten J. V. F. 324 96 Mittheilung zu machen.

Berlin, den 29. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

231. Gegen den unten beschriebenen Bankier Friedrich Woort, am 8. August 1836 zu Aufhausen in Bayern geboren, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Unterschlagung und strafbaren Eigennuzes verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften, in das nächste Gerichts-Gefängnis abzuliefern und hiervon zu den Akten J. V. F. 6 97 Mittheilung zu machen.

Berlin, den 30. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

Beschreibung. Alter: 61 Jahre, Größe: 1,65 m bis 1,70 m, Statur: unterseht, Haare: grau, Stirn: gewöhnlich, Bart: kleiner weißer Schnurrbart, Augenbrauen weiß, Nase, Mund, Kinn und Gesicht: gewöhnlich, Zähne: vollständig, Gesichtsfarbe: gelblich, Sprache: deutsch, sehr ruhig und langsam. Besondere Kennzeichen: schleppender Gang.

232. Gegen den unten beschriebenen Reisenden Emil Ratschke, geboren am 24. Dezember 1858 zu Finkenwalde, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Betruges in den Akten J. II. F. 649 97 verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern.

Berlin, den 30. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

Beschreibung. Größe: 1,76 m, Statur: kräftig, Haare: blond, Bart: kleiner blonder Schnurrbart,

Augenbrauen: blond, Augen: blau, Zähne: vollständig, Kinn: rund, Gesicht: voll und rund, Gesichtsfarbe: gesund, Sprache: deutsch.

233. Gegen den unten beschriebenen Arbeiter Robert Weiß, am 19. August 1880 in Charlottenburg geboren, welcher flüchtig ist resp. sich verborgen hält, soll eine durch vollstreckbares Urtheil des Königl. Landgerichts I. Strafkammer 9 zu Berlin vom 21. August 1897 erkannte Gefängnisstrafe von vier Monaten vollstreckt werden. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern und hiervon zu den Akten J. V. F. 626 97 Mittheilung zu machen.

Berlin, den 26. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

Beschreibung. Alter: 17 Jahre, Größe: 1,51 m, Statur: mittel, Haare: hellbraun, Stirn: schmal, hoch, Augenbrauen: braun, Augen: blau, Nase: schmal, kurz, Mund: gewöhnlich, Zähne: vollständig, Kinn: oval, Gesicht: länglich, oval, Gesichtsfarbe: gesund, Sprache: deutsch. Besondere Kennzeichen: auf der rechten Wange eine Warze, auf dem rechten Arm blau tätowirt: ein Herz, auf dem linken Arm und Handrücken undeutliche Tätowirung.

234. Gegen den Handlungsgehilfen Paul Loesche, geboren am 1. März 1872 zu Groß-Mudrow, Kreis Lübben, zuletzt in Rallberge Müdersdorf wohnhaft gewesen, jetzt unbekannten Aufenthalts, welcher flüchtig ist oder sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Vergehens gegen § 267 Strafgesetzbuch verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Untersuchungsgefängnis zu Berlin, Alts-Moabit Nr. 12a, abzuliefern und zu den Akten Ia. M. 41 97 Nachricht zu geben.

Berlin, den 27. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft II.

235. Gegen den Arbeiter Reinhold Dewald Erdmann, geboren am 3. Januar 1860 zu Erone an der Drahe, welcher flüchtig ist und sich verborgen hält, soll eine durch Urtheil des Königl. Schöffengerichts I. zu Berlin vom 21. Mai 1897 erkannte Gefängnisstrafe von zwei Wochen vollstreckt werden. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichts-Gefängnis abzuliefern und uns von dem Geschehenen zu den Akten 131 D. 339 97 Nachricht zu geben.

Berlin, den 3. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht I., Abtheilung 131.

236. Gegen den unten beschriebenen Knecht Heinrich Schramm aus Schapow, geboren am 25. September 1870 zu Greifenberg, welcher sich verborgen hält,

Bekanntmachung.

275. Auf der Neubausfede Rangirbahnhof Rummelsburg-Landsdorf wird auf dem zu schüttenen Bahndamm der Arbeitszugbetrieb eröffnet werden.

Die Wegebüergänge werden nicht bewacht. Das Betreten der Bahnanlagen und des Gleises der Neubausfede ist verboten. Die Bahn darf nur an den zu Uebergängen bestimmten Stellen betreten und überschritten werden. An den Wegebüergängen muß gehalten werden, sobald sich die Annäherung eines Arbeitszuges durch das Glodnzeichen oder die Dampfpfeife der Locomotive oder anderweitig bemerkbar macht. Auf die Gefahr einer Unaufmerksamkeit beim Passiren der mit Gleisen belegten Ueberwege wird hingewiesen.

Potsdam, den 4. Dezember 1897.

Der Revierungspräsident.

276. Verzeichnis

der von der Lungenfende betroffenen Sperrgebiete in Oesterreich-Ungarn, aus welchen die Einfuhr von Rindvieh auf Grund Art. 5 des Wechsungen-Ueberratskommens vom 6. Dezember 1891 sowie Biffer 5 des Schlußprotokolls zu unterlagen ist.

Ausgegeben im Kaiserlichen Gesundheitsamt zu Berlin am 22. November 1897.

A. Oesterreich: frei.

B. Ungarn: die Komitate: Nyitra (Neutra), Pozsony (Preßburg) und Pest — Pilis — S. — R. — Rum.

Potsdam, den 6. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

277. Den Herren Landräthen sowie den selbstständigen Polizeiverwaltungen wird in den nächsten Tagen eine Anzahl Probebogen der Festschrift „Unser Heidenkaiser“ zugehen.

Mit Bezug auf meine Verfügung vom 15. November d. J. — L. 965/11 — erlaube ich, die Probebogen so zu vertheilen, daß sie in jeder Ortschaft in Umlauf gesetzt werden können.

Etwasige Bestellungen auf die Festschrift sind zu sammeln und mir demnächst einzureichen.

Potsdam, den 7. November 1897.

Der Regierungspräsident.

Unfallberufsgenossenschaften.

278. Es sind nachstehende Personalveränderungen vorgekommen:

A. Expeditionen: Speicherei und Kellerei: Berufsgenossenschaft, Sektion III.

An die Stelle des ausgeschiedenen Vertrauensmanns-Stellvertreters Emil Beyer zu Spandau ist Wilhelm Scheinichen (in Firma A. Beyer sen., G. m. b. H.) zu Spandau, Schönwalderstr. 111, an die Stelle des Vertrauensmanns-Stellvertreters August Schmidt in Rathenow ist Ferd. Hoppe (in Firma August Schmidt Nachf., Expeditionen- und Commissionsgeschäft, Kohlen- und Getreidehandlung) zu Rathenow, gewählt worden.

B. Steinbruch-Berufsgenossenschaft.

Es sind gewählt für den 4. Vertrauens-

mannsbegriff der Steinbruchbesitzer Rud. Pabede zu Joachimsthal, Kr. Angermünde, zum Vertrauensmann, der Kalkbrennereibesitzer A. Glesner zu Potsdam zu dessen Stellvertreter; für den 5. Bezirk Paul Selchow in Cöpenick zum Vertrauensmann und der Sand- und Kiesgrabenbesitzer R. Wollmach zu Berlin, Urbanstraße 33, zu dessen Stellvertreter.

C. Glas-Berufsgenossenschaft.

Zu Vertrauensmännern sind gewählt:

Bezirk I.

Berlin mit Schöneberg.

J. Dittmann, i. G.: W. Dittmann, Berlin S., Brandenburgstr. 6.

Ersatzmann: Joh. Artl, i. G.: A. W. Artl, Berlin C., Wallstr. 31.

Bezirk II.

Charlottenburg, Kirdorf, Cöpenick, Himmelsfort, Neu-Gloßow, Alt-Schwerin, Straßund, Poß, Stolzenburg.

Fabrikbesitzer Kersten, Charlottenburg.

Ersatzmann: Direktor Ohnforge, Cöpenick.

Bezirk III.

Fürstenberg, Finkenbeerd, Stralau, Briesen, Lommig, Gertraudenhütte, Thure, Ush und Provinz Posen.

Fabrikbesitzer A. Stosch, Lommig, Bez. Posen.

Ersatzmann: Direktor Stromburg, Ush.

Bezirk IV.

Baruth, Senftenberg, Almahütte, Annahütte, Gr. Raeschen, Friedrichsthal, Wetzow und Triebel.

A. Busch, Triebel.

Ersatzmann: E. Wolf, Senftenberg N.-L.,

Wohnung: Berlin, Kleiststr. 3/4.

D. Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft Berlin.

Es sind gewählt zu Vertrauensmännern:

I. Bezirk.

Kreis Osthavelland, Stadtkreis Potsdam und Spandau. Hofstischlermeister G. Ferse, i. G.: F. Ferse & Sohn,

Potsdam, Feldstr. 2a.

Stellvertreter: J. Rahmmacher, i. G.: Max und Arthur Franke, Spandau.

II. Bezirk.

Kreis Westhavelland und Stadtkreis Brandenburg.

H. Schaffert, i. G.: Ruhz & Cie., Brandenburg a. H.

Stellvertreter: Aug. Günther, i. G.: A. Nowik,

Rathenow.

III. Bezirk.

Kreis Oberbarnim.

Georg Forch, Hohenfinow.

Stellvertreter: Alexander Schulze, Schöpsfurth.

IV. Bezirk.

Kreis Niederbarnim.

Richard Dittmann, Dranienburg.

Stellvertreter: Franz Lange, i. G.: Gebr. Lange, Kalkberge-Rüdersdorf.

V. Bezirk.

Kreis Ost- und Westprignitz.

E. M. Stande, Prignitz.

Stellvertreter: F. Düwerth, Lenzen a. E.

VI. Bezirk.

Kreis Angermünde.

A. Pottsch, für die Firma: Berliner Holz-Comptoir, Actien-Gesellschaft, Oderberg—Bralig.

Stellvertreter: Ernst Rupper, i. F.: F. Rupper, Oderberg i. M.

VII. Bezirk.

Kreis Prenzlaw, Templin.

Rentmeister Burkhardt, Verw. des Gräfl. Schluppenbach'schen Sägewerkes, Arendsee.

Stellvertreter: Hermann Stielow, Prenzlaw.

VIII. Bezirk.

Kreis Neu-Ruppin.

Gustav Müller, i. F.: E. Müller, Rheinsberg i. M.

Stellvertreter: Max Müller, i. F.: E. Müller, Rheinsberg i. d. M.

IX. Bezirk.

Kreis Jüterbog-Luckenwalde.

G. Wiese, Luckenwalde.

Stellvertreter: Otto Hasche, Jüterbog.

X. Bezirk.

Kreis Teltow.

Edmund Schramm, Charlottenburg.

Stellvertreter: Heinr. Wagenknecht,

i. F.: Wagenknecht & Cuniz, Köpenick.

XI. Bezirk.

Kreis Zauch-Belzig.

H. Schiering, Beelitz.

Stellvertreter: G. Lohmann, i. F.: Gräfl. Fürstenthein'sche Dampfsäge- und Hobelwerke, G. Lohmann, Wiesenburg i. M.

XII. Bezirk.

Kreis Beeskow-Storkow.

E. Schulze, i. F.: Schulze & Schramm, Wendisch-Buchholz.

Stellvertreter: Adolph Pierzig, Wendisch-Buchholz.

Potsdam, den 6. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

V i e h s e u c h e n .

279.

Ausgebrochen:

a. Milzbrand. Kreis Westhavelland: bei einer Kuh des Rossäthen Hilgenfeld in Bamme. Kreis Ruppin: bei einem Bullen des Rittergutes Karwe. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: bei einer Kuh des Rossäthen Grothe in Gräna.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Angermünde: unter dem Rindviehbestande des Wädnere Karl Zimmermann in Günterberg. Kreis Oberbarnim: unter den Rindviehbeständen des Eigenthümers Korn in Neu-Gaul und der Wittwe Müller in Alt-Wriezen. Kreis Niederbarnim: unter dem Rindvieh des Bauern Karl Wittstock in Klein-Schönebeck. Die Seuche ist ferner noch in Schönwalde, Schönerlinde und Schönnow aufgetreten.

c. Bruckseuche. Stadtkreis Potsdam: Pferdebestand der 1. reitenden Batterie des II. Garde-Feld-Artillerie-Regiments. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: unter den im neuen (II.) Barackenlager des

Schießplatzes Jüterbog untergebrachten Pferden der zur Schießschule kommandirten Sekonde-Heutenants.

d. Geflügelcholera. Kreis Niederbarnim: in einer Gänseherde der Handelsleute Blobelt und Henke in Rummelsburg.

E r l o s c h e n :

a. Milzbrand. Kreis Prenzlaw: bei je einer Kuh des Dominiums Renkin und Holzendorf. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: auf dem Gehöft des Waldwärters Friedrich Hahn in Paplig.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Teltow: unter den Rindern des Gutes Groß-Zietzen. Kreis Oberbarnim: in der Ortschaft Wubrigsberg.

c. Bruckseuche. Kreis Osthavelland: auf der Domaine Koeffund. Kreis Ruppin: unter den Pferden des Friedrich Wilhelms-Gefüts. Stadt Rathenow: unter den Remonten und 2 Ankaufspferden, Jahrgang 1897, des Husaren-Regiments von Zieten.

d. Bläschenauschlag. Kreis Beeskow-Storkow: bei dem Bullen des Bauern Schiemann in Niepos und der Kuh des Kolonisten Selle in Neu-Boston.

e. Geflügelcholera. Kreis Teltow: unter den Gänsen des Wädnere Deder in Wänsdorf. Potsdam, den 7. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

**Bekanntmachungen des Königlichen
Polizei-Präsidenten zu Berlin.****Bekanntmachung.**

84. Der Herr Ober-Präsident der Provinz Brandenburg hat durch Erlass vom 20. November dieses Jahres die Anlage einer neuen Apotheke hieselbst in der ungefähren Gegend des Urban genehmigt.

Gezielte Bewerber werden zur Meldung bis zum 15. Januar nächsten Jahres mit dem Bemerkten hierdurch aufgefordert, daß persönliche Vorstellungen zwecklos sind und die an mich zu richtenden Bewerbungen lediglich schriftlich zu geschehen haben.

Der Meldung sind beizufügen:

- 1) eine nach der Zeitfolge geordnete Uebersicht über die bisherige Thätigkeit seit der Approbation in und außerhalb der Apotheken, enthaltend:
 - a. die Anfangs- und Endzeiten — nach Tagesdaten — in zusammenhängender Reihe und unter fortlaufenden Nummern (siehe zu 2);
 - b. den Ort und
 - c. die Art der Thätigkeit, namentlich auch für die Zeit der Unterbrechung der pharmazeutischen Thätigkeit,
- 2) die Approbation und die darauffolgenden Servicezeugnisse, die physikalisch beglaubigt, chronologisch geordnet und mit den entsprechenden Nummern der Zusammenstellung zu 1 versehen sein müssen,
- 3) polizeiliche Führungszeugnisse über die Zeit von der Approbation bis jetzt in ununterbrochener Folge

- 4) amtlich beglaubigter Nachweis aus neuester Zeit über die zur Einrichtung einer Apotheke erforderlichen Mittel,
- 5) eine Darstellung des Lebenslaufs, enthaltend: Vor- und Zuname, Geburtsort und Datum, Confession, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Zahl und Alter der Kinder, Militärverhältnis, besondere Beschäftigung der Ehefrau, Stand und Wohnort der Eltern des Gesuchstellers.

Die Anlagen zu 2 und 3 müssen zu je einem besonderen Heft vereinigt sein.

Gesuche, die den vorstehenden Anforderungen nicht entsprechen, müssen zur Abänderung zurückgegeben werden.

Der Bewerber hat außerdem pflichtgemäß zu versichern, entweder daß er eine Apotheke bisher nicht besessen hat, oder — falls dies der Fall sein sollte — anzugeben, wo er eine solche besessen hat und die Gründe klar zu legen, aus denen er sein Besigrecht an derselben aufgegeben hat, auch den Kauf- und Verkaufspreis der aufgegebenen Apotheke genau zu nennen.

Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß Gesuche von Bewerbern, welche erst nach dem Jahre 1882 (bei Berücksichtigung geringer Zeitunterschiede) approbirt sind, bei der großen Zahl mehr berechtigter Bewerber zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg haben.

Solche Apotheker stehen deshalb zur Vermeidung unnötigen Schreibwerkes u. am Besten von der Bewerbung ab.

Bei Apothekern, welche sich zeitweise vom Apothekensache abgewandt haben, muß das Approbationsalter selbstverständlich geführt werden.

Schließlich bemerke ich, daß die Concession in Gemäßheit des Allerhöchsten Erlasses vom 30. Juni 1894 als eine **unveräußerliche** und **unvererbliche** verliehen werden wird, der Inhaber derselben somit zur Präsentation von Geschäftsnachfolgern nicht befugt sein und der Wittve sowie den minderjährigen Kindern desselben nur freistehen wird, die Apotheke nach Maßgabe des § 4 der Residirten Apotheken-Ordnung vom 11. Oktober 1801 durch einen geeigneten Provisor verwalten zu lassen. Berlin, den 2. Dezember 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

85. Für den Rehrbezirk der Stadt Berlin ist der Schornsteinsfegergeselle Hugo Thorsen hier, Rosenthalerstraße Nr. 43 wohnhaft, nach den Vorschriften des Regulativs für den Betrieb des Schornsteinsfegergewerbes im Stadtbezirk Berlin vom 16. November 1888 vom **1. Oktober 1897** ab als Bezirks-schornsteinsfegermeister angestellt worden.

Berlin, den 3. Dezember 1897.

Königliches Polizei-Präsidium.

Magistrat hiesiger Königlichen Haupt- und Residenzstadt.

Bekanntmachungen des Reichs-Postamts.

Die Weihnachtsendungen betreffend.

13. Das Reichs-Postamt richtet auch in diesem Jahre an das Publikum das Ersuchen, mit den Weihnachtsendungen bald zu beginnen, damit

die Paketmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste zu sehr zusammendrängen, wodurch die Pünktlichkeit in der Beförderung leidet.

Die Pakete sind dauerhaft zu verpacken. Dünne Pappkasten, schwache Schachteln, Cigarrenkisten u. sind nicht zu benutzen. Die Aufschrift der Pakete muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt sein. Kann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf das Paket gesetzt werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines Blattes weißen Papiers, welches der ganzen Fläche nach fest aufgeklebt werden muß. Bei Fleischsendungen und solchen Gegenständen in Leinwandverpackung, welche Feuchtigkeit, Fett, Blut u. ablegen, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung geklebt werden. Am zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weißem Papier. Dagegen dürfen Formulare zu Post-Paketadressen für Paketaufschriften nicht verwendet werden. Der Name des Bestimmungsorts muß stets recht groß und kräftig gedruckt oder geschrieben sein. Die Paket-aufschrift muß sämtliche Angaben der Begleit-adresse enthalten, zutreffendfalls also den Franko-vermerk, den Nachnahmebetrag nebst Namen und Wohnung des Absenders, den Vermerk der Eilbestellung u. s. w., damit im Falle des Verlustes der Begleitadresse das Paket auch ohne dieselbe dem Empfänger ausgehändigt werden kann. Auf Paketen nach größeren Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Paketen nach Berlin auch der Buchstabe des Postbezirks (C., W., SO. u. s. w.) anzugeben. Zur Beschleunigung des Betriebes trägt es wesentlich bei, wenn die Pakete frankirt ausgeliefert werden; die Vereinigung mehrerer Pakete zu einer Begleitadresse ist thunlichst zu vermeiden.

Berlin W., 29. November 1897.

Reichs-Postamt. I. Abtheilung.

Bekanntmachungen der Königl. Direction der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

25. Die Rentenbank-Kasse, Klosterstraße 76 I. hierselbst, wird

1. die am 2. Januar 1898 fälligen Zinsscheine der 3½ procentigen Rentenbriefe aller Provinzen schon vom 17. bis einschließlich den 24. Dezember d. Js. und

2. die ausgelooften, am 2. Januar 1898 fälligen 3½ procentigen Rentenbriefe aller Provinzen vom 20. bis einschließlich den 24. Dezember d. Js. einlösen und demnächst vom 3. Januar 1898 ab mit der Einlösung fortfahren.

Berlin, den 26. November 1897.

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahndirection zu Berlin.

Gruppentarif II. (Berlin-Stettin).

42. Mit Gültigkeit vom 1. Dezember 1897 gelangt zum Gruppentarif III. (Berlin-Stettin) ein Nach-

trag 6 zur Ausgabe. Derselbe enthält neben sonstigen Aenderungen und Ergänzungen des Haupttarifs Entfernungen und Frachtköste für die Station Altwied des Direktionsbezirks Stettin. Exemplare des Nachtrages können durch die Güterabfertigungsstellen sowie das

Auskunfts-bureau hier Bahnhof Alexanderplatz unentgeltlich bezogen werden.

Berlin, den 29. November 1897.

Königliche Eisenbahndirektion,
zugleich Namens der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Bekanntmachung.

39. In Folge unserer Beschlüsse vom 22. Juli und 1. Oktober d. Js. werden die nachbezeichneten, die Kolonien Buchhorst, Woltersdorf und Mönchsmühle bildenden Grundstücke

| Artikel | Nr | 1 | der Grundsteuer-Mutterrolle des Gutsbezirks Mühlenbed in Größe von | 1,41,20 ha |
|---------|----|----|--|------------|
| " | Nr | 2 | " | 1,26,36 " |
| " | Nr | 3 | " | 1,28,94 " |
| " | Nr | 4 | " | 1,29,20 " |
| " | Nr | 5 | " | 1,20,50 " |
| " | Nr | 6 | " | 1,32,40 " |
| " | Nr | 7 | " | 1,28,40 " |
| " | Nr | 8 | " | 1,33,80 " |
| " | Nr | 9 | " | 1,37,53 " |
| " | Nr | 10 | " | 1,22,19 " |
| " | Nr | 11 | " | 1,24,77 " |
| " | Nr | 12 | " | 1,22,10 " |
| " | Nr | 13 | " | 1,18,30 " |
| " | Nr | 14 | " | 1,43,40 " |
| " | Nr | 15 | " | 1,20,30 " |
| " | Nr | 16 | " | 1,19,00 " |
| " | Nr | 17 | " | 1,25,00 " |
| " | Nr | 18 | " | 1,26,50 " |
| " | Nr | 19 | " | 44,92,70 " |
| " | Nr | 20 | " | 0,08,70 " |
| " | Nr | 21 | " | 0,16,10 " |
| " | Nr | 22 | " | 0,44,10 " |
| " | Nr | 23 | " | 0,05,60 " |
| " | Nr | 24 | " | 0,30,60 " |
| " | Nr | 25 | " | 0,38,50 " |
| " | Nr | 26 | " | 0,47,62 " |
| " | Nr | 36 | " | 0,28,60 " |
| " | Nr | 28 | " | 0,36,80 " |
| " | Nr | 29 | " | 0,04,38 " |
| " | Nr | 30 | " | 0,07,95 " |
| " | Nr | 31 | " | 0,10,50 " |
| " | Nr | 32 | " | 0,25,60 " |
| " | Nr | 33 | " | 0,32,23 " |
| " | Nr | 34 | " | 5,34,40 " |
| " | Nr | 35 | " | 0,32,70 " |

sowie die öffentlichen Wege und Gewässer,

Parzellen Nr 127, 129, 130, 131, 137, 141, 138, 139, 140, 132, 133, 134, 135, 136 und 128 des Kartenblattes Nr 1 der Gemarkung Buchhorst in Größe von 1,36,90 ha,

Parzellen Nr 31, 32 und 33 des Kartenblattes Nr 1 der Gemarkung Mönchsmühle in Größe von 1,26,40 ha,

Parzellen Nr 26 und 27 des Kartenblattes Nr 2 der Gemarkung Schöwalde in Größe von 6,90 ar, mit dem 1. Januar 1898 von dem fiskalischen Gutsbezirk Mühlenbed abgetrennt und mit dem Bezirke der Landgemeinde Mühlenbed vereinigt.

Berlin, den 25. November 1897.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Nieder-Barnim.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Der Herr Finanz-Minister hat durch Erlaß vom 22. August 1896 in Gemäßheit des Artikels 50 Absatz 1 der Ausführungs-Anweisung vom 5. August 1891 die Frist zur Abgabe der Steuererklärungen (§ 24 des

Einkommensteuergesetzes) für das Steuerjahr 1898/99 auf die Zeit vom 4. bis einschließlich 20. Januar 1898 festgesetzt.

Potsdam, den 7. Dezember 1897.

Der Vorsitzende der Berufungskommission.

Personal-Chronik.

Im Kreise Ruppin ist der Gemeindevorsteher Ebel zu Walchow zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 13 — Treßow — ernannt worden.

Der Wasserbauinspektor Baurath Habermann hiersebst tritt am 1. Januar f. J. in den Ruhestand. Der Wasserbauinspektor Baurath Dasing aus Stettin ist zu seinem Amtsnachfolger ernannt worden.

Der Katasterkontrollleur Mayer in Rathenow ist zum Steuerinspektor ernannt worden.

Der Civilamtwärter Lädde hiersebst ist zum Regierungs-Civilsupernumerar ernannt worden.

Der Regierungs- und Baurath Hößgen ist vom 1. Dezember d. Js. ab mit dem Amtscharakter als Elbstrom-Baubdirektor in die durch Ableben des Geheimen Bauraths Löwarz erledigte Stelle des Regierungs- und Bauraths beim Königlichen Ober-Präsidium in Magdeburg versetzt worden.

Der bisherige Hülfsprediger Theodor Georg Richard Bloß ist zum 4. Pfarrer an der St. Johannis-Kirche zu Moabit in Berlin, Diözese Berlin II., bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Gollwitz, Friedr. Ludw. Carl Buchholz, ist zum Pfarrer der Parochie Krähne, Diözese Neustadt-Brandenburg, bestellt worden.

Der Gemeindefchullehrer Gottwald Hagen ist als Gemeindefchul-Rector in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerin Fräulein Ella Wegner ist als Gemeindefchullehrerin in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam.

Staatsmäßig angestellt sind die Postanwärter Niegner in Potsdam, Schiebel in Neuruppin und Schulz in Briesen als Postassistenten. **Ernannt** ist der Ober-Postassistent Friße in Potsdam zum Postsekretair. **Versetzt** ist der Telegraphen-Mechaniker Schmädig von Dortmund nach Potsdam.

Personalveränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat Oktober 1897.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind die Landgerichtsräthe Stubenrauch und Ziemßen vom Landgericht I. in Berlin zu Kammergerichtsräthen; zu Amtsrichtern die Gerichtsassessoren Dr. Krissler beim Amtsgericht I. in Berlin, Dr. Lebens beim Amtsgericht in Templin, Wolff beim Amtsgericht in Arnswalde, Dr. Wilhelm Boethke beim Amtsgericht in Mittenwalde, Pehl bei dem Amtsgericht in Garnikau. Versetzt sind der Landgerichtspräsident Herzog in Bromberg als Amtsgerichtspräsident an das Amtsgericht I. in Berlin, die Amtsrichter Loegel in Döberleben an das Amtsgericht in Potsdam, Rahmel in Willenberg an das Amtsgericht in Brandenburg a. H., Krüger in Beeskow als Landrichter an das Landgericht in Frankfurt a. O. Pensionirt ist der Amtsgerichtsrath Knoenagel in Königsberg N.-M. Verstorben sind der Kammergerichtsrath Stephan, der Landgerichtsdirektor Bielefeld vom Landgericht I. in Berlin, der Amtsgerichtsrath von Hamm in Potsdam, der Amtsgerichtsrath Ja-

coby vom Amtsgericht I. in Berlin, der Landgerichtsrath Oppert vom Landgericht I. in Berlin.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare von Alvensleben, Dr. Frieße, Waldemar Müller, Hans Hartmann, Grunow, Dr. König, Egger, Geppert, Erich Hoffmann, Richard Hennig, Schönborn, Haack, Muth, Ramlau, Schwarz, Dr. Abraham, Bauer, Wirth. Entlassen ist Marx behufs Uebertritts in die Staatseisenbahn-Vermaltung.

III. Staatsanwaltschaft.

Zu Forstamtsanwälten sind ernannt die Oberförster Meyer in Grumfin bei dem Amtsgericht in Angermünde, Ebert in Güntersberg bei den Amtsgerichten in Griesen a. O. und Fürstenberg a. O. Der Bürgermeister Klan in Beeskow ist zum Staatsanwalt bei dem Amtsgericht daselbst, der Beigeordnete und Stadtälteste Schwarz in Mittenwalde zum Staatsanwaltsstellvertreter bei dem Amtsgericht daselbst ernannt.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöscht sind in der Liste der Rechtsanwälte die Rechtsanwälte Schnitzler beim Amtsgericht II. in Berlin, Franz Hahn beim Landgericht I. in Berlin, Ziemßen beim Amtsgericht in Potsdam. Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte der Rechtsanwalt Dr. Mannheimer aus Magdeburg bei dem Landgericht I. in Berlin, der Rechtsanwalt Franz Hahn vom Landgericht I. in Berlin bei dem Landgericht II. daselbst, die Gerichtsassessoren Stein und Lipman-Wulf bei dem Landgericht I. in Berlin, Gaedke bei dem Landgericht in Guben, Kulde bei dem Amtsgericht in Sommerfeld. Dem Notar, Geheimen Justizrath Koffka in Berlin ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte erteilt. Verstorben ist der Rechtsanwalt und Notar Justizrath Lauck in Seelow.

V. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtskandidaten Heydemann, Dr. Netter, Lörzing, Rapp, Riemschneider, Kriege, Maas, Strauß, Heese, Hesse, Daebel, Brühl, Westmann, Rosenfeld. Uebgenommen sind Ufers aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Celle, Gadow und Dr. Stahl aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Hamm, Scheda und Dr. Cohnberg aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Marienwerder, Hoeter aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Köln. Entlassen sind Dr. Rode und von Ruskowski auf ihren Antrag.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt sind der Gerichtsschreiber Rappengst bei dem Amtsgericht I. in Berlin zum Kalkulator bei demselben Gericht; zu Gerichtsschreibern der Sekretär beim Kaiserlichen Gouvernoment Kamerun Paul Müller — unter Wiederaufnahme in den Preussischen Justizdienst — und der Gerichtsschreibergehilfe Hüllig vom Amtsgericht I. in Berlin bei dem Amtsgericht II. in Berlin; die Aktuare Hering bei dem Amtsgericht I.

in Berlin, Benn bei dem Amtsgericht in Spandau, Alexi bei dem Amtsgericht in Dahme, Gans bei dem Amtsgericht in Frankfurt a./D., Halama bei dem Amtsgericht in Lippehne, Milleville bei dem Amtsgericht in Sorau N./L., der Gerichtsschreibergehilfe Bernhagen vom Amtsgericht I. in Berlin bei dem Amtsgericht in Guben; zu Gerichtsvollziehern die Militäranwärter Eppendorf, Louis Damm, Buns, Schierig bei dem Amtsgericht I. in Berlin, Paschen bei dem Amtsgericht in Eberswalde, Wilhelm Zimmermann bei dem Amtsgericht in Neu-Ruppin. Versetzt sind die Gerichtsschreiber Pigulla vom Amtsgericht in Frankfurt a./D. an das Amtsgericht I. in Berlin, Adolf Freyer vom Landgericht in Frankfurt a./D. an das Landgericht I. in Berlin, Mogkau vom Amtsgericht in Sorau an das Amtsgericht in Neubamm, der Gerichtsschreibergehilfe Buchholz in Lippehne an das Landgericht in Frankfurt a./D. Pensionirt sind der Gerichtskassenrentant Rechnungsrath Kobley bei dem Amtsgericht in Guben, der Gerichtsschreiber, Gerichtskassenkontroleur Walzer bei dem Amtsgericht in Guben, der Gerichtsschreibergehilfe Wittrock bei dem Amtsgericht in Luckau.

Vermischte Nachrichten.

Im Jahre 1898 erfolgt die Bekanntmachung der Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts- und Börsenregister des hiesigen Amtsgerichts durch 1) den Deutschen Reichsanzeiger, 2) die Berliner Börsenzeitung, 3) das Teltower Kreisblatt, bei kleineren Genossenschaften indeß nur durch den Reichsanzeiger und das Teltower Kreisblatt.

Königs-Wusterhausen, den 3. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die die Führung der Handels-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Börsenregister und den Markenschutz betreffenden Bekanntmachungen des unterzeichneten Gerichts werden im Laufe des Geschäftsjahres 1898 in folgenden Blättern: 1) dem Deutschen Reichsanzeiger, 2) der Berliner Börsenzeitung, 3) dem Weesow-Storow'er Kreisblatte bezw. für die Ortsgemeinden des Lübbener Kreises dem Lübbener Kreisblatte veröffentlicht werden. In Betreff kleinerer Genossenschaften erfolgt die Veröffentlichung in den Blättern zu 1 und 3.

Weesow, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Im Jahre 1898 erfolgt die Veröffentlichung unserer Eintragungen in das Handels- und Genossenschaftsregister für größere und kleinere Genossenschaften durch den Deutschen Reichsanzeiger und durch das Oebarnimer Kreisblatt, in das Musterregister nur durch den Deutschen Reichsanzeiger.

Friesenwalde a./D., den 26. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modellregister des unterzeichneten Gerichts erfolgt

im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, für das Handels-, Börsen- und Genossenschaftsregister — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch: a. das Kreisblatt für die Ostprignitz, b. den Stadt- und Landboten zu Kyritz. Die Bekanntmachung der Eintragungen, betreffend die kleineren Genossenschaften, erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger nur durch das Kreisblatt für die Ostprignitz, Kyritz, den 3. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, für das Handels-, Börsen- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch die Berliner Börsenzeitung und die Märkische Zeitung zu Neu-Ruppin. Die Bekanntmachung der Eintragungen, betreffend die **kleineren Genossenschaften**, erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger nur durch die Märkische Zeitung zu Neu-Ruppin.

Wusterhausen a./D., den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1898 werden die Eintragungen a. in unser Genossenschaftsregister, Börsenregister und Handelsregister durch 1) den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, 2) die Berliner Börsenzeitung, 3) das Rirsdorfer Tageblatt, 4) die Rirsdorfer Zeitung, b. für etwaige kleinere Genossenschaften in das Genossenschaftsregister nur durch 1) den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, 2) das Rirsdorfer Tageblatt veröffentlicht werden. Die auf die Register bezüglichen Geschäfte werden durch den Amtsrichter Schreiber unter Mitwirkung des Sekretärs Rathnow bearbeitet.

Rirsdorf, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, für das Handels-, Börsen- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch die Berliner Börsenzeitung und die zu Lenzen erscheinende Zeitung für die West- und Ost-Prignitz. Die Bekanntmachung der Eintragungen betreffend die kleineren Genossenschaften erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger nur durch die Zeitung für die West- und Ost-Prignitz.

Lenzen, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Im Jahre 1898 werden die Eintragungen a. in unser **Handelsregister** durch 1) den Deutschen Reichsanzeiger, 2) den Oeffentlichen Anzeiger der Königl. Regierung zu Potsdam, 3) das Templin'er Kreisblatt, b. in unser **Genossenschaftsregister** für größere und kleinere Genossenschaften durch 1) den Deutschen Reichsanzeiger, 2) das Templin'er Kreisblatt, c. in unser **Musterregister** nur durch den Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht.

Rythen, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger, für das Handels-, Börsen- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch die Berliner Börsen-Zeitung und das Kreisblatt für die Westprignitz. Die Bekanntmachung der Eintragungen betreffend die **kleineren Genossenschaften** erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger nur durch das Kreisblatt für die West-Prignitz.

Perleberg, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger, für das Handels-, Börsen- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch den Anzeiger des Regierungs-Amtesblattes und die Märkische Zeitung. Die Bekanntmachung der Eintragungen betreffend die **kleineren Genossenschaften** erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger nur durch die Märkische Zeitung.

Neu-Ruppin, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger, für das Handels- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch das Havelberger Wochenblatt und die Berliner Börsenzeitung. Die Bekanntmachung der Eintragungen betreffend die **kleineren Genossenschaften** erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger nur durch das Havelberger Wochenblatt.

Havelberg, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Im Jahre 1898 erfolgt die Veröffentlichung der Eintragungen: A. in das Musterregister durch den Deutschen Reichsanzeiger, B. in das Handelsregister durch a. den

Deutschen Reichsanzeiger, b. die Berliner Börsenzeitung, c. den Udermärkischen Courir, C. in das Genossenschaftsregister durch den Deutschen Reichsanzeiger und das Prenzlauer Kreisblatt.

Prenzlau, den 27. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1898 werden die Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts- und Börsenregister durch 1) den Deutschen Reichsanzeiger, 2) die Berliner Börsenzeitung, 3) die Beelitzer Zeitung, die Eintragungen, betreffend die kleineren Genossenschaften jedoch nur durch den deutschen Reichsanzeiger und die Beelitzer Zeitung veröffentlicht werden.

Beelitz, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1898 werden die Eintragungen in unser Handels-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register, sowie das Börsen-Register durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger veröffentlicht werden. Außerdem werden die Eintragungen in das Handels- und Genossenschafts-Register sowie das Börsen-Register durch die Berliner Börsenzeitung, diejenigen betreffend kleinere Genossenschaften durch das Jüterbog-Ludowalder Kreisblatt bekannt gemacht.

Jüterbog, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Im Jahre 1898 wird die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels- und Genossenschafts-, Zeichen- und Muster-Register des hiesigen Amtsgerichts erfolgen: 1) durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preuss. Staats-Anzeiger; für das Handels- und Genossenschaftsregister außerdem durch 2) das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam, 3) das Weesow-Storkower Kreisblatt. Die Bekanntmachungen für kleinere Genossenschaften werden außer durch den Deutschen Reichs-Anzeiger nur noch durch das vorbezeichnete Kreisblatt erfolgen.

Storkow, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1898 werden für den diesseitigen Bezirk die Bekanntmachungen aus dem Handels- und Genossenschaftsregister a. im Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger, b. in der Berliner Börsen-Zeitung, und für kleinere Genossenschaften außer dem Deutschen Reichsanzeiger in der Zauch-Belziger Zeitung in Treuenbriezen erfolgen.

Treuenbriezen, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 1) durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, für das Handels-, Börsen- und Genossenschaftsregister — mit Ausschluß der kleineren

Genossenschaften — außerdem noch durch 2) die Märkische Zeitung zu Neu-Ruppin, 3) die Granseer Zeitung. Die Bekanntmachung der Eintragungen betreffend die **kleineren Genossenschaften** erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger **nur** durch die Märkische Zeitung zu Neu-Ruppin.

Granseer, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Während des Geschäftsjahres 1898 wird die Veröffentlichung der Eintragungen in die hiesigen Handels-, Börsen-, Genossenschafts- und Muster-Register durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, der Eintragungen in das Handels-, Börsen- und Genossenschaftsregister außerdem durch die Berliner Börsenzeitung, die Ludenwalder Zeitung und den Ludenwalder Anzeiger, sofern aber kleinere Genossenschaften in Frage kommen, außer im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger nur in der Ludenwalder Zeitung erfolgen.

Ludenwalde, den 7. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger, für das Handels-, Börsen- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der **kleineren Genossenschaften** — außerdem noch 1) durch

die Berliner Börsenzeitung, 2) durch das Kreisblatt für die Ost-Prignitz. Die Bekanntmachung der Eintragungen betreffend die **kleineren Genossenschaften** erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger **nur** durch das Kreisblatt der Ost-Prignitz. Meyenburg, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, für das Handels- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch den Anzeiger des Potsdamer Regierungsamtsblattes und die Märkische Zeitung. Die Bekanntmachung der Eintragungen betreffend die kleineren Genossenschaften erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger **nur** durch die Märkische Zeitung.

Pindow, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Von dem hiesigen Amtsgericht sind für das Kalenderjahr 1898 zur Einrückung der öffentlichen Bekanntmachungen: a. das Teltower Kreisblatt, b. der Öffentliche Anzeiger zum Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam, c. das hiesige Intelligenzblatt, bestimmt.

Königs-Wusterhausen, den 6. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum des Ausweisungs-Beschlusses. |
|---|-------------------------------------|---|---|---|------------------------------------|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | David Chartier, Tagner, | geboren am 26. August 1839 zu Lyon, Frankreich, ortsangehörig ebendaselbst, | Betteln und Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Strassburg i. E., | 22. Oktober 1897. |
| 2 | Roman Chaussabet, Erbarbeiter, | geboren am 4. Juni 1849 zu St. Jean-Chambre, Frankreich, ortsangehörig ebendaselbst, | Landstreichen, | desgleichen, | 26. Oktober 1897. |
| 3 | Abraham Chludnewsky, Handelsmann, | 40 Jahre alt, ortsangehörig zu Mazowsche, Russisch-Polen, | desgleichen, | desgleichen, | 22. Oktober 1897. |
| 4 | Mathias Cibulka, Regenschirmmacher, | geboren am 16. Mai 1870 zu Rieb, ortsangehörig zu Laus, Bezirk Laus, Böhmen, | Einfacher Diebstahl im wiederholten Rückfall und Betteln, | Stadtmagistrat Amberg, Bayern, | 15. Oktober 1897. |
| 5 | Franz Jonasson, Handschuhmacher, | geb. am 29. Oktober 1856 in Waske bei Karlskrona, Schweden, ortsangehörig ebendaselbst, | Betteln und Landstreichen, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hildesheim, | 19. Oktober 1897. |

| 1.
Auf. Nr. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|----------------|---|--|--------------------------------|--|--|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 6 | Ignaz Kaltosen,
Maschinenschlosser, | geboren am 13. August
1868 in Welwarn,
Bezirk Schlau, Böh-
men, ortsangehörig
ebendaselbst, | Landstreichen, | Königlich bayerisches
Bezirksamt Deggens-
dorf, | 19. Oktober
1897. |
| 7 | Georg Knödl,
Gerber, | 45 Jahre alt, ortsan-
gehörig zu Pomnig,
Bezirk Bräun (Um-
gebung), Mähren, | Betteln und Landstreichen, | Großherzoglich badi-
scher Landeskommiss-
sär zu Konstanz, | 1. Oktober
1897. |
| 8 | Aron Kulaski,
Handelsmann, | 39 Jahre alt, geboren
zu Stawisch, Russisch-
Polen, ortsangehörig
ebendaselbst, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
präsident zu Stras-
burg i. E., | 23. Oktober
1897. |
| 9 | Josef Red, Tagner, | geboren am 28. Fe-
bruar 1876 zu Col-
roy-la-Grande, De-
partement Vosges,
Frankreich, | Betteln und Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
präsident zu Metz, | 27. Oktober
1897. |
| 10 | Die Zigeuner:
a. Theodor Reinhold,
Bohrschmied,
b. Stadjik Reinhold,
c. Anna Reinhold,
geborene Pindulla,
d. Marie Reinhold,
Arbeiterin, Zigeunerin, | 34 Jahre alt, geboren
in Neustadt, Böhmen,
19 Jahre alt, geboren
in Neustadt, Böhmen,
46 Jahre alt, geboren
in Budstadt, Bezirk
Troppau,
16 Jahre alt, geboren
in Budstadt, Bezirk
Troppau, | Landstreichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 28. Oktober
1897. |
| 11 | Gazek (Charek)
Simnyy, Handels-
mann, | geboren am 15. August
1854 zu Stawisch,
Russisch-Polen, orts-
angehörig ebendaselbst, | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-
präsident zu Stras-
burg i. E., | 22. Oktober
1897. |
| 12 | Josef Swoboda,
Bäder und Müller, | geboren am 24. Juni
1835 zu Hodoow,
Böhmen, österreichischer
Staatsangehöriger, | Betteln u. Landstreichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | desgleichen. |
| 13 | Johann Welte,
Hafner, | geboren am 24. Juni
1846 zu Tosters, Be-
zirk Feldkirch, Oester-
reich, | desgleichen, | Großherzoglich badi-
scher Landeskommiss-
sär zu Konstanz, | 5. Oktober
1897. |
| 14 | Maria Katharina
van der Wend, | 39 Jahre alt, geboren
zu Hatterwik, nieder-
ländische Staatsange-
hörige, | Landstreichen, | Königlich preussischer
Regierungspräsident
zu Wiesbaden, | 22. Oktober
1897. |

Hierzu Sieben Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Öffentlicher Anzeiger (N^o 7)

zum 50sten Stüd des Amtsblatts

der Königlischen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 10. Dezember 1897.

Polizeiliche Angelegenheiten.

229. Gegen die unten beschriebene Wittve Margarethe Joch geb. Wirsing, am 18. Juli 1852 in Berlin geboren, welche flüchtig ist resp. sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Betruges verhängt. Es wird ersucht, dieselbe zu verhaften, in das nächste Gerichts-Gefängniß abzuliefern und hiervon zu den Akten J. V. F. 1286 96 Mittheilung zu machen.

Berlin, den 27. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

Beschreibung. Alter: 45 Jahre, Größe: 1,54 m, Statur: mittel, Haare: dunkel und graumeliert, Augenbrauen: dunkel, Nase und Mund: gewöhnlich, Kinn und Gesicht: rund, Gesichtsfarbe: gesund, Sprache: deutsch.

230. Gegen den Schmiedegesellen Leo von Jaluksowski, am 15. April 1877 zu Seporowa, Kreis Gräg, welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungs-Haft wegen schweren Diebstahls verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften, in das nächste Gerichtsgefängniß abzuliefern und hiervon zu den Akten J. V. F. 324 96 Mittheilung zu machen.

Berlin, den 29. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

231. Gegen den unten beschriebenen Bankier Friedrich Boort, am 8. August 1836 zu Aufhausen in Bayern geboren, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungs-Haft wegen Unterschlagung und strafbaren Eigennuzes verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften, in das nächste Gerichts-Gefängniß abzuliefern und hiervon zu den Akten J. V. F. 6 97 Mittheilung zu machen.

Berlin, den 30. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

Beschreibung. Alter: 61 Jahre, Größe: 1,65 m bis 1,70 m, Statur: untersezt, Haare: grau, Stirn: gewöhnlich, Bart: kleiner weißer Schnurrbart, Augenbrauen weiß, Nase, Mund, Kinn und Gesicht: gewöhnlich, Zähne: vollständig, Gesichtsfarbe: gelblich, Sprache: deutsch, sehr ruhig und langsam. Besondere Kennzeichen: schleppender Gang.

232. Gegen den unten beschriebenen Reisenden Emil Ratschke, geboren am 24. Dezember 1858 zu Finkerswalde, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungs-Haft wegen Betruges in den Akten J. II. F. 649 97 verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängniß abzuliefern.

Berlin, den 30. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

Beschreibung. Größe: 1,76 m, Statur: kräftig, Haare: blond, Bart: kleiner blonder Schnurrbart,

Augenbrauen: blond, Augen: blau, Zähne: vollständig, Kinn: rund, Gesicht: voll und rund, Gesichtsfarbe: gesund, Sprache: deutsch.

233. Gegen den unten beschriebenen Arbeiter Robert Weiß, am 19. August 1880 in Charlottenburg geboren, welcher flüchtig ist resp. sich verborgen hält, soll eine durch vollstreckbares Urtheil des Königlischen Landgerichts I. Strafkammer 9 zu Berlin vom 21. August 1897 erkannte Gefängnißstrafe von vier Monaten vollstreckt werden. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängniß abzuliefern und hiervon zu den Akten J. V. E. 626 97 Mittheilung zu machen.

Berlin, den 26. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

Beschreibung. Alter: 17 Jahre, Größe: 1,51 m, Statur: mittel, Haare: hellbraun, Stirn: schmal, hoch, Augenbrauen: braun, Augen: blau, Nase: schmal, kurz, Mund: gewöhnlich, Zähne: vollständig, Kinn: oval, Gesicht: länglich, oval, Gesichtsfarbe: gesund, Sprache: deutsch. Besondere Kennzeichen: auf der rechten Wange eine Warze, auf dem rechten Arm blau tätowirt: ein Herz, auf dem linken Arm und Handrücken undeutliche Tätowirung.

234. Gegen den Handlungsgehilfen Paul Loesche, geboren am 1. März 1872 zu Groß-Mudrow, Kreis Lübben, zuletzt in Rallberge Mödersdorf wohnhaft gewesen, jetzt unbekannten Aufenthalts, welcher flüchtig ist oder sich verborgen hält, ist die Untersuchungs-Haft wegen Vergehens gegen § 267 Strafgesetzbuch verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Untersuchungsgefängniß zu Berlin, Alt-Moabit Nr. 12a, abzuliefern und zu den Akten Ia. M. 41 97 Nachricht zu geben.

Berlin, den 27. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft II.

235. Gegen den Arbeiter Reinhold Döwalb Erdmann, geboren am 3. Januar 1860 zu Erone an der Brähe, welcher flüchtig ist und sich verborgen hält, soll eine durch Urtheil des Königlischen Schöffengerichts I. zu Berlin vom 21. Mai 1897 erkannte Gefängnißstrafe von zwei Wochen vollstreckt werden. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichts-Gefängniß abzuliefern und uns von dem Geschehenen zu den Akten 131 D. 339 97 Nachricht zu geben.

Berlin, den 3. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht I., Abtheilung 131.

236. Gegen den unten beschriebenen Knecht Heinrich Schramm aus Schapow, geboren am 25. September 1870 zu Greifenberg, welcher sich verborgen hält,

ist die Untersuchungshaft wegen gefährlicher Körperverletzung verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern. M^o 72/97. Prenzlau, den 30. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft.

Beschreibung: Alter: 27 Jahre, Größe: etwa 1,76 m, Statur: schlank, Haare: dunkel, ohne Bart, Augen: braun, Sprache: pommerischer Dialekt. Besondere Kennzeichen: schielt ein wenig.

Kleidung: dunkles Jaquet, graue Hosen, lange Stiefel.

237. Gegen den Ziegeleiarbeiter Anton Bula, geboren am 26. Mai 1871 zu Jedin, zuletzt angeblich in Rauen wohnhaft gewesen, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Sittlichkeitsverbrechens verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Gerichtsgefängnis zu Potsdam abzuliefern.

Potsdam, den 2. Dezember 1897.

Der Untersuchungsrichter beim königlichen Landgerichte.

238. Gegen den unten beschriebenen Dienstknecht Alois Niedziella, geboren am 27. März 1873 in Breslau, ist die Untersuchungshaft wegen Körperverletzung vom königlichen Amtsgericht in Fürstenwalde verhängt. Es wird ersucht, ihn zu verhaften und an das Amtsgericht des Ergreifungsorts, auf etwaigen Wunsch des Festgenommenen an das dem Ergreifungsort nächste Amtsgericht abzuliefern und hierher Nachricht zu den Akten II. J. 2996 97 zu geben.

Frankfurt a. O., den 30. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft.

Beschreibung. Größe: etwa 1,66—1,68 M., Statur: unterseht, Haare: kraus, Bart: Schnurrbart.

239. Der diesseits unterm 12. November 1897 gegen den Kaufmann Bernhard Bielecke erlassene Steckbrief ist erledigt. I. J. 1803 97.

Frankfurt a. O., den 4. Dezember 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft.

240. Der diesseits unterm 12. November 1897 gegen die verehelichte Kaufmann Baleska Bielecke geb. Wagner erlassene Steckbrief ist erledigt. I. J. 1803 97.

Frankfurt a. O., den 4. Dezember 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft.

241. Der gegen den Dberschweizer Christian Scheidegger, geboren am 18. Februar 1861 zu Trub (Schweiz), unterm 22. November 1897 wegen Uebertretung erlassene Steckbrief ist erledigt. E. 121 97.

Fürstenwalde (Spree), den 2. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

242. Der gegen den Buchhalter Erich Schöllner in den Akten I. IV. A. 901 92 unter dem 16. Dezember 1892 erlassene und unter dem 24. Januar 1894 erneuerte Steckbrief wird hiermit zurückgenommen.

Berlin, den 1. Dezember 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

243. Der gegen den Kellner Friedrich Franz Johann Schwarzkopf, geboren am 14. April 1843 zu

Schwerin, wegen Vollstreckung einer Gefängnisstrafe von einer Woche aus dem Urtheil des früheren königlichen Stadtgerichts zu Berlin vom 25. Februar 1878 in den Akten wider Heubach und Genossen — H. 978 78 rep. — unter dem 13. Dezember 1879 erlassene und unter dem 19. Januar 1888 erneuerte Steckbrief wird hiermit zurückgenommen.

Berlin, den 1. Dezember 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft beim Landgericht I.

244. Der gegen den Arbeiter Hermann Emil Gerhard Meyer wegen schweren Diebstahls unter dem 27. Juli 1897 in den Akten U. R. I. 247 1897 erlassene Steckbrief wird zurückgenommen.

Berlin, den 2. Dezember 1897.

Der Untersuchungsrichter beim königlichen Landgericht I.

245. Der unterm 13. Mai 1891 in den Akten II. J. 469 91 hinter den Knecht Wilhelm Schulz, geboren am 10. November 1872 zu Weutlingen, wegen Diebstahls erlassene Steckbrief wird hiermit zurückgenommen.

Berlin, den 1. Dezember 1897.

Königl. Staatsanwaltschaft II.

246. Der gegen die Wittme Elisabeth Schuckert geb. Meyer wegen versuchten Verbochens gegen das feindliche Leben unter dem 6. Januar 1896 in den Akten U. R. II. 443 1895 erlassene Steckbrief wird zurückgenommen.

Berlin, den 3. Dezember 1897.

Der Untersuchungsrichter beim königlichen Landgericht I.

247. Der gegen den Arbeiter Emil Banasch wegen Diebstahls unter dem 5. Februar 1897 erlassene und unter dem 13. April 1897 erneuerte Steckbrief wird zurückgenommen. Ia. J. 1261 96.

Berlin, den 4. Dezember 1897.

Staatsanwaltschaft bei dem königlichen Landgerichte II.

248. Der gegen den Handlungsgehilfen Alfred Röttig, geboren am 26. Oktober 1877 zu Berlin, unter dem 18. November d. J. in den Akten 137 D. 996 97 erlassene Steckbrief ist erledigt.

Berlin, den 5. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht I. Abteilung 137.

249. Die in den Akten Ia. M. 89/92 unterm 18. Januar 1893 hinter den Sattler Gustav Franz Rudolf Graßnider, geboren am 22. Mai 1863 zu Brenau, wegen Verletzung der Wehrpflicht erlassene Strafvollstreckungs-Requisition wird hiermit erneuert.

Berlin, den 30. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft II.

250. Die gegen den Kaufmann, Wehrmann, Albert Meyer, geboren am 12. Januar 1868 zu Pasewalk in den Akten E. 71 96 unter dem 23. Mai 1896 — N^o 144 zum 23. Stück des öffentlichen Anzeigers — erlassene offene Strafvollstreckungsrequisition wird hierdurch nochmals erneuert.

Spandau, den 30. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bl. 1. V.

105

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 31.

Den 17. Dezember

1897.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten. Genehmigung.

280. Zur Herstellung und zum Betriebe des von dem Grundstücke der Firma Gebrüder Grabow nach dem Bahnhofe in Prenzlau führenden Anschlussgleises wird auf Grund des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlussbahnen vom 28. Juli 1892 im Einvernehmen mit der Königl. Eisenbahndirektion Stettin der vorgenannten Firma, vorbehaltlich der Rechte Dritter, unter nachstehenden Bedingungen die Genehmigung erteilt:

- 1) Das Anschlussgleis ist nach Maßgabe des der Nebenausfertigung des Vertrages vom 11./14. September 1897 angehefteten, genehmigten und festgestellten Lageplanes auszuführen.
- 2) Unternehmerin ist verpflichtet
 - a. an den Stellen, an welchen dies erforderlich wird, geeignete Durchlässe anzulegen,
 - b. das Anschlussgleis in ordnungsmäßigem und betriebssicherem Zustande zu erhalten,
 - c. die Bahnanlage nach den bei Abnahme des Gleises etwa noch zu treffenden Anordnungen auszuführen.

Potsdam, den 22. November 1897,

Der Regierungspräsident.

In Vertretung von Patow.

Bekanntmachung.

281. Nach einer Mittheilung der Amerikanischen Botschaft in Berlin ist der bisherige Amerikanische Konsularagent in Bremerhaven und Geestemünde, William B. Murphy, an Stelle des Herrn William C. Dreher zum Konsularagenten der Vereinigten Staaten von Amerika in Guben ernannt worden.

Potsdam, den 9. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

282. Wegen Befestigung des Werbellinsee-Ufers bei der Försterei Altenhof wird der Werbellin Kanal für die Zeit vom 15. Dezember d. J. bis 1. März n. J. für den Schiffsabtriebsverkehr gesperrt bleiben.

Potsdam, den 10. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

Genehmigung.

283. Zur Herstellung und zum Betriebe einer Gleisverbindung — Privatanschlussbahn — zwischen dem Grundstücke der Actiengesellschaft für Anilinfabrikation zu Rummelsburg und dem Rangierbahnhofe Rummels-

burg wird auf Grund des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlussbahnen vom 28. Juli 1892 im Einvernehmen mit der Königl. Eisenbahndirektion Berlin der vorgenannten Gesellschaft, vorbehaltlich der Rechte Dritter unter nachstehenden Bedingungen die Genehmigung erteilt:

- 1) Das Anschlussgleis ist nach Maßgabe des genehmigten und festgestellten Lageplanes und des Erläuterungsberichtes auszuführen.
- 2) Bei der Ueberführung der Eisenbahnwagen nach der Fabrik und zurück mittelst Locomotive hat ein Wärter mit Fahne vorzutreten.
- 3) Die in der Nähe der Chaussee geplante Centesimalwage muß eine andere Lage erhalten, sobald bei allmählichem Vorrücken und Verwiegen einer Wagenreihe keine länger dauernde Sperrung des Straßenverkehrs eintritt. Ueber den Gleisen ist ein lichter Raum entsprechend der Anlage D. der Bahnordnung für die Nebeneisenbahnen Deutschlands mit 4 m größter Breite und 4,8 m größter Höhe frei zu halten. Einschränkungen dieses Lichtraumes bedürfen besonderer Genehmigung. Die Drehscheiben müssen mindestens 6 m Durchmesser erhalten und in einem Umkreise 10 m Durchmesser von baulichen Anlagen frei gehalten werden. Das bei der Drehscheibe I. befindliche vertiefte Feuerungsvorgelege ist hiernach entsprechend abzuändern, oder es ist der Drehscheibe eine andere Lage zu geben.

- 4) Die Unternehmerin ist verpflichtet,
 - a. an den Stellen, an welchen dies erforderlich wird, geeignete Durchlässe anzubringen,
 - b. das Anschlussgleis in ordnungsmäßigem und betriebssicherem Zustande zu erhalten,
 - c. die Bahnanlage nach den bei Abnahme des Anschlussgleises etwa noch zutreffenden Anordnungen auszuführen.

Potsdam, den 12. November 1897.

Der Regierungspräsident.

In Vertretung Joachimi.

Polizeiverordnung,

betreffend die nicht fabrikmäßige Herstellung und die Verwendung von Acetylen.

284. Auf Grund der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Ges.-S. S. 195 ff.) und der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Ges.-S. S. 265) wird unter Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des Regierungs-

bezirks Potsdam die nachfolgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Wer außer im fabrikmäßigen Umfange Acetylen herstellen oder verwenden will, hat dies spätestens bei der ersten Inbetriebsetzung der Gasentwickelungsapparate der Ortspolizeibehörde anzuzeigen. Eine gleiche Anzeige ist zu erstatten, sobald der Betrieb nach einer Unterbrechung von mindestens einem halben Jahr wieder aufgenommen wird.

Der Eigentümer der Anlage ist verpflichtet, sich eine von der Behörde angeordnete Untersuchung darüber, ob die Vorschriften der §§ 2—11 dieser Verordnung genügt ist, gefallen zu lassen.

§ 2. Die Entwicklung und Aufbewahrung von Acetylen darf nicht in oder unter bewohnten Räumen und nicht in Kellern erfolgen. Die Räume, in denen die Gasentwicklung stattfindet, dürfen nur diesen Zwecken dienen und müssen durch eine Brandmauer oder einen isolirenden Luftraum von Wohnräumen getrennt sein. Die Gasentwickler dürfen nur unter leichter Beobachtung aufgestellt werden.

§ 3. Diese Räume müssen hell, geräumig und gut gelüftet sein, dürfen nur durch Dampf- oder Wasserheizung erwärmt und nicht mit Licht betreten werden. Die Thüren müssen nach außen aufschlagen.

Die Entlüftungsröhre der Räume und der Gasentwickler dürfen nicht in Schornsteine münden, die Entlüftungsröhre der Gasentwickler sind bis über das Dach zu führen.

§ 4. Die Apparate zur Entwicklung und Aufbewahrung von Acetylen gas müssen so eingerichtet sein, daß in ihnen kein höherer, als ein Ueberdruck von einer Atmosphäre sich bilden kann.

§ 5. An den Entwicklungsapparaten, Gasbehältern und Gasleitungen dürfen keine aus Kupfer bestehenden Theile angebracht sein.

§ 6. Calciumcarbid und andere Carbide dürfen in Mengen von mehr als 10 kg nur in wasserdicht verschlossenen Gefäßen und in trockenen, hellen, gut gelüfteten Räumen aufbewahrt werden. Die Lagerung in Kellern ist untersagt. Die Gefäße müssen die Aufschrift tragen:

„Carbid, gefährlich, wenn nicht trocken gehalten.“

§ 7. Die zur Aufnahme flüssigen Acetylen bestimmten Flaschen müssen durch einen weißen Anstrich und die Aufschrift: „Flüssiges Acetylen, Feuergefährlich“ gekennzeichnet, mit Angabe der Tara und des Fassungsraums in Litern versehen und auf 250 Atmosphären geprüft sein.

§ 8. Bei der Füllung der Flaschen darf das Verhältniß von 1 kg Acetylen auf 3 Liter Rauminhalt nicht überschritten werden.

§ 9. Die Flaschen für verdichtetes Acetylen gas müssen durch die Aufschrift: „Acetylen gas, Feuergefährlich“ gekennzeichnet und mit der Angabe des höchsten zulässigen Druckes versehen sein. Sie müssen mit dem doppelten des zulässigen Druckes geprüft sein.

§ 10. Die mit flüssigem oder verdichtetem Acetylen

gefüllten Flaschen sind gegen die Einwirkung von Sonnenstrahlen und Ofenwärme zu schützen.

§ 11. Flüssiges und verdichtetes Acetylen dürfen nur in Gefäße gefüllt werden, an denen kein Theil aus Kupfer oder Kupferlegirungen besteht.

§ 12. Die Bestimmungen in den §§ 1, 2 und 3 finden keine Anwendung auf tragbare und solche Acetylen gaslampen, bei denen der Brenner mit dem Entwicklungsapparat unmittelbar und fest verbunden ist.

Denjenigen, welche beim Erscheinen dieser Polizeiverordnung mit Genehmigung oder mit Vorwissen der Ortspolizeibehörde Acetylenentwicklungsapparate bereits in Betrieb genommen haben, kann von der Ortspolizeibehörde zur Erfüllung der Vorschriften in § 2 und im ersten Satz des § 3 eine Frist von 12 Monaten vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung ab bewilligt werden.

Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung:

- a. auf fabrikmäßig betriebene und daher nach § 16 der Gewerbeordnung besonderer Genehmigung bedürftige Anlagen zur Herstellung von Acetylen;
- b. auf die staatlichen wissenschaftlichen Institute, soweit sie Acetylen zu Lehr- und Studienzwecken herstellen und verwenden.

§ 13. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden, sofern dadurch nicht nach den bestehenden Gesetzen eine schwerere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 60 M. und im Falle des Unvermögens an deren Stelle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 14. Vorstehende Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Potsdam, den 10. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

285. Unter der Firma H. Boufils, Paris, Rue Chauchat 4 (Passage de l'Opera), werden Prospekte nach Deutschland versandt, in denen Pariser Weltausstellungsloose und Prämienobligationen verschiedener Unternehmungen zum Kaufe angeboten werden. Da nach angestellten Ermittlungen die Firma es offenbar nur auf eine Täuschung des Publikums abgesehen hat, ersuche ich die unterstellten Behörden, das Publikum in geeigneter Weise auf das Treiben der Firma aufmerksam zu machen. Potsdam, den 13. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

287. Der Herr Minister des Innern hat unter dem 27. November d. Js. dem Verein für Pferde-Rennen und Pferde-Ausstellungen in Preußen zu Königsberg i./P. die Erlaubniß erteilt, bei Gelegenheit der im Frühjahr nächsten Jahres dort stattfindenden Pferde-Ausstellung eine öffentliche Verloosung von Wagen, Pferden u. zu veranstalten und die Loose — 160000 Stück zu je 1 Mark — in der ganzen Monarchie zu vertreiben. Die Anzahl der Gewinne beträgt 2500 im Gesamtwerthe von 80500 M.

Potsdam und Berlin, den 9. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

Diphtherieheils Serum.

287. Mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 18ten März 1895 — Amtsblatt Stüd 12 Seite 101 — wird hierdurch mitgeteilt, daß das Diphtherieheils Serum mit den Kontrollnummern 259, 273 und 275 von den Farbwerken vorm. Meister, Lucius & Brünig zu Höchst a. M. wegen eingetretener Verminderung seines Gehaltes an Immunisirungseinheiten zur Einziehung bestimmt ist.

Potsdam und Berlin, den 7. Dezember 1897.
Der Regierungspräsident. | Der Polizeipräsident.

V i e h s e u c h e n.**288. Ausgebrochen:**

a. Milzbrand. Kreis Angermünde: bei einer verendeten Kuh der Domaine Wendemark.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Angermünde: unter den Rindviehbeständen der Wäldnerwitwe Böller in Günterberg und des Schulamtsbesizers Neuenborf. Kreis Niederbarnim: unter den Rindviehbeständen des Bauern Köhler in Schönlinde, Lutter in Schönau, Wittkop in Klein-Schönebeck und des Gutsbesizers Hecht in Hohen-Schönhausen. Kreis Oberbarnim: unter dem Rindvieh des Gemeindevorstandes Schwabe in Alt-Ritz bei Briezen und des Gemeindevorstandes Henning in Hedelberg. Kreis Ruppiner: unter den Rindern des Rittergutes Langen. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: auf den Gehöften des Kossäthen Wächter, des Wäldners Pentske und des Gemeindevorstandes Gerike in Remnig. Kreis Weeslow-Storkow: auf dem Gute Carlshöhe bei Rauhen. Kreis Zauch-Belzig: bei 2 Kühen des Aderbürgers Grünthal in Belzig.

c. Bruckseuche: unter den Pferden der 2. reitenden Batterie 2. Garde-Feld-Artillerie-Regiments.

Erloschen:

Milzbrand. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: auf dem Gehöft des Kossäthen Große in Grana.

Potsdam, den 14. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

**Bekanntmachungen des Königlichen
Polizei-Präsidenten zu Berlin.**

Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Oktober 1897.

**86. A. Engros-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt.**

In Berlin:

| | | | |
|---|----|--------|----------|
| 1 | Dz | Weizen | (gut) |
| " | " | do. | (mittel) |
| " | " | do. | (gering) |
| " | " | Roggen | (gut) |
| " | " | do. | (mittel) |
| " | " | do. | (gering) |
| " | " | Gerste | (gut) |
| " | " | do. | (mittel) |
| " | " | do. | (gering) |
| " | " | Erbsen | (gut) |
| " | " | do. | (mittel) |
| " | " | do. | (gering) |

Preise
waren nicht
zu ermitteln.

| | | | | | | | | |
|---|----|------------|----------|----|----|----|-----|---|
| 1 | Dz | Hafer | (gut) | 16 | M. | 06 | Pf. | Preise
im freien
Berliner
Verkehr. |
| " | " | do. | (mittel) | 15 | " | 41 | " | |
| " | " | do. | (gering) | 14 | " | 59 | " | |
| " | " | Nichtstroh | | 4 | M. | 42 | Pf. | |
| " | " | Heu | | 5 | " | 61 | " | |
| " | " | Kartoffeln | | 4 | " | 48 | " | |

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner
Tagespreise einschließlich 3% Aufschlag
für 50 Kgr.

Hafer 8,54 M., Stroh 2,51 M., Heu 3,73 M.,
B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

| | | | | | | |
|----|-------|---------------------------|----|----|----|-----|
| 1 | Dz | Erbsen (gelbe z. Kochen) | 29 | M. | 50 | Pf. |
| " | " | Speisebohnen (weiße) | 35 | " | — | " |
| " | " | Linzen | 47 | " | 12 | " |
| " | " | Kartoffeln | 5 | " | 80 | " |
| " | Kgr. | Rindfleisch (v. d. Keule) | 1 | " | 36 | " |
| " | " | do. (Bauchfleisch) | 1 | " | 14 | " |
| " | " | Schweinefleisch | 1 | " | 38 | " |
| " | " | Kaltfleisch | 1 | " | 35 | " |
| " | " | Hammelfleisch | 1 | " | 27 | " |
| " | " | Speck (geräuchert) | 1 | " | 45 | " |
| " | " | Erbutter | 2 | " | 30 | " |
| 60 | Stück | Eier | 3 | " | 56 | " |

2) In Charlottenburg:

| | | | | | | |
|----|-------|---------------------------|----|----|----|-----|
| 1 | Dz | Erbsen (gelbe z. Kochen) | 32 | M. | 58 | Pf. |
| " | " | Speisebohnen (weiße) | 36 | " | 77 | " |
| " | " | Linzen | 42 | " | 42 | " |
| " | " | Kartoffeln | 5 | " | 50 | " |
| " | Kgr. | Rindfleisch (v. d. Keule) | 1 | " | 40 | " |
| " | " | do. (Bauchfleisch) | 1 | " | 15 | " |
| " | " | Schweinefleisch | 1 | " | 50 | " |
| " | " | Kaltfleisch | 1 | " | 40 | " |
| " | " | Hammelfleisch | 1 | " | 30 | " |
| " | " | Speck (geräuchert) | 1 | " | 25 | " |
| " | " | Erbutter | 2 | " | 40 | " |
| 60 | Stück | Eier | 3 | " | 20 | " |

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der
letzten Tage des Monats Oktober 1897:

1) In Berlin:

| | | | | |
|---|------|-----------------------------------|----|---------|
| 1 | Kgr. | Mehl z. Speisebereitung a. Weizen | 38 | Pf. |
| 1 | " | desgl. a. Roggen | 28 | " |
| 1 | " | Gerstengraupe | 35 | " |
| 1 | " | Gerstengröße | 33 | " |
| 1 | " | Buchweizengröße | 38 | " |
| 1 | " | Hafergröße | 38 | " |
| 1 | " | Hirse | 38 | " |
| 1 | " | Reis (Java, mittler) | 60 | " |
| 1 | " | Java-Kaffee (mittler, roh) | 3 | Mark 10 |
| 1 | " | (gelb in
gebr. Bohnen) | 4 | " 27 |
| 1 | " | Speisesalz | 1 | " 20 |
| 1 | " | Schweinefleisch (hiefiges) | 1 | " 50 |

2) In Charlottenburg:

| | | | | |
|---|------|-----------------------------------|----|-----|
| 1 | Kgr. | Mehl z. Speisebereitung a. Weizen | 40 | Pf. |
| 1 | " | desgl. a. Roggen | 30 | " |
| 1 | " | Gerstengraupe | 40 | " |
| 1 | " | Gerstengröße | 40 | " |

| | |
|---------------------------------|-------------|
| 1 Kgr. Buchweizengröße | 40 Pf. |
| 1 " Hafergröße | 43 " |
| 1 " Hirse | 33 " |
| 1 " Reis (Java, mittler) | 45 " |
| 1 " Java-Kaffee (mittler, roh) | 2 Mark 20 " |
| 1 " " (gelb in
gebr. Bohnen) | 2 " 80 " |
| 1 " Speisesalz | 20 " |
| 1 " Schweineschmalz (hiefiges) | 80 " |

Königliches Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.
Berliner und Charlottenburger Presse im Monat November 1897.
87.

A. Engros-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

| | | |
|-------------------|--------------|--|
| 1 Dz Weizen (gut) | | |
| " " do. (mittel) | | |
| " " do. (gering) | | |
| " " Roggen (gut) | | |
| " " do. (mittel) | | |
| " " do. (gering) | | |
| " " Gerste (gut) | | |
| " " do. (mittel) | | |
| " " do. (gering) | | |
| " " Erbsen (gut) | | |
| " " do. (mittel) | | |
| " " do. (gering) | | |
| " " Hafer. (gut) | 16 M. 20 Pf. | Preise
waren nicht
zu ermitteln. |
| " " do. (mittel) | 15 " 62 " | |
| " " do. (gering) | 14 " 99 " | |
| " " Nichtstroh | 4 M. 29 Pf. | |
| " " Heu | 5 " 48 " | |
| " " Kartoffeln | 4 " 50 " | |

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner
Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag
für 50 Kgr.

Hafer 8,61 Mk., Stroh 2,44 Mk., Heu 3,62 Mk.,
B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

| | |
|----------------------------------|----------------|
| 1 Dz Erbsen (gelbe z. Kochen) | 29 Mark 50 Pf. |
| " " Speisebohnen (weiße) | 35 " — " |
| " " Linsen | 47 " 50 " |
| " " Kartoffeln | 5 " 91 " |
| 1 Kgr. Rindfleisch (v. d. Keule) | 1 " 35 " |
| 1 " do. (Bauchfleisch) | 1 " 15 " |
| 1 " Schweinefleisch | 1 " 35 " |
| 1 " Kalbfleisch | 1 " 35 " |
| 1 " Hammelfleisch | 1 " 25 " |
| 1 " Speck (geräuchert) | 1 " 45 " |
| 1 " Eßbutter | 2 " 30 " |
| 60 Stück Eier | 3 " 82 " |

2) In Charlottenburg:

| | |
|----------------------------------|----------------|
| 1 Dz Erbsen (gelbe z. Kochen) | 32 Mark 50 Pf. |
| " " Speisebohnen (weiße) | 37 " 50 " |
| " " Linsen | 42 " 50 " |
| " " Kartoffeln | 5 " 50 " |
| 1 Kgr. Rindfleisch (v. d. Keule) | 1 " 45 " |
| 1 " do. (Bauchfleisch) | 1 " 05 " |
| 1 " Schweinefleisch | 1 " 60 " |

| | |
|------------------------|---------------|
| 1 Kgr. Kalbfleisch | 1 Mark 30 Pf. |
| 1 " Hammelfleisch | 1 " 20 " |
| 1 " Speck (geräuchert) | 1 " 45 " |
| 1 " Eßbutter | 2 " 40 " |
| 60 Stück Eier | 3 " 90 " |

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der
letzten Tage des Monats November 1897:
1) In Berlin:

| | |
|--|---------------|
| 1 Kgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen | 38 Pf. |
| 1 " desgl. a. Roggen | 28 " |
| 1 " Gerstengraupe | 35 " |
| 1 " Gerstengröße | 33 " |
| 1 " Buchweizengröße | 38 " |
| 1 " Hafergröße | 38 " |
| 1 " Hirse | 38 " |
| 1 " Reis (Java, mittler) | 60 " |
| 1 " Java-Kaffee (mittler, roh) | 3 Mark 10 Pf. |
| 1 " " (gelb in
gebr. Bohnen) | 4 Mark 27 Pf. |

2) In Charlottenburg:

| | |
|--|---------------|
| 1 Kgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen | 40 Pf. |
| 1 " desgl. a. Roggen | 33 " |
| 1 " Gerstengraupe | 33 " |
| 1 " Gerstengröße | 45 " |
| 1 " Buchweizengröße | 38 " |
| 1 " Hafergröße | 50 " |
| 1 " Hirse | 43 " |
| 1 " Reis (Java, mittler) | 45 " |
| 1 " Java-Kaffee (mittler, roh) | 2 Mark 40 Pf. |
| 1 " " (gelb in
gebr. Bohnen) | 3 Mark — Pf. |

1 " Speisesalz 20 "

1 " Schweineschmalz (hiefiges) 1 Mark 05 "

Königliches Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen des Reichs-Postamts.

Die Weihnachtsendungen betreffend.

14. Das Reichs-Postamt richtet auch in diesem
Jahre an das Publikum das Ersuchen, mit den
Weihnachtsendungen bald zu beginnen, damit
die Paketmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem
Feste zu sehr zusammenbrängen, wodurch die Pünktlichkeit
in der Beförderung leidet.

Die Pakete sind dauerhaft zu verpacken.
Dünne Pappkasten, schwache Schachteln, Cigarrenkisten x.
sind nicht zu benutzen. Die Aufschrift der Pakete
muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt
sein. Kann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf
das Paket gesetzt werden, so empfiehlt sich die Ver-
wendung eines Blattes weißen Papiers, welches
der ganzen Fläche nach fest aufgeklebt werden muß.
Bei Fleischsendungen und solchen Gegenständen in
Leinwandverpackung, welche Feuchtigkeit, Fett, Blut x.
abgeben, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung
geklebt werden. Am zweckmäßigsten sind gedruckte
Aufschriften auf weißem Papier. Dagegen dürfen
Formulare zu Post-Paketadressen für Paketanschriften

nicht verwendet werden. Der Name des Bestimmungsorts muß stets recht groß und kräftig gedruckt oder geschrieben sein. Die Packetaufschrift muß sämtliche Angaben der Begleitadresse enthalten, zutreffendfalls also den Frankovermerk, den Nachnahmebetrag nebst Namen und Wohnung des Absenders, den Vermerk der Eilbestellung u. s. w., damit im Falle des Verlustes der Begleitadresse das Paket auch ohne dieselbe dem Empfänger ausgehändigt werden kann. Auf Paketen nach größeren Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Paketen nach Berlin auch der Buchstabe des Postbezirks (C., W., SO. u. s. w.) anzugeben. Zur Beschleunigung des Betriebes trägt es wesentlich bei, wenn die Pakete frankirt aufgeliefert werden; die Vereinigung mehrerer Pakete zu einer Begleitadresse ist thunlichst zu vermeiden.

Berlin W., 4. Dezember 1897.

Reichs-Postamt. I. Abteilung.

Bekanntmachungen des Königl. Provinzial-Schul-Collegiums.

Bekanntmachung.

88. Die Aufnahmeprüfung bei dem hiesigen Königl. Lehrerbinnen-Seminar wird am 24. und 25. Februar 1898 abgehalten werden. Die Anmeldungen sind bis zum 3. Februar 1898 an den Seminardirektor, Schulrath Kolbehn, hier SW. Kleindeckerstraße 16/19 zu richten und denselben beizufügen: 1) ein kurzer Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugnis über die bis dahin empfangene Schul- bezw. private Vorbildung, 4) ein amtliches Führungszeugnis — nur von Denjenigen beizubringen, welche z. Bt. der Aufnahmeprüfung keine Schule mehr besuchen —, 5) ein ärztliches Zeugnis über normalen Gesundheitszustand. Der festgesetzte Anmeldetermin ist genau einzuhalten. Zugelassen werden zur Aufnahmeprüfung nur solche Bewerberinnen, welche vor dem 1. April 1898 das 16te Lebensjahr vollenden, doch ist, wenn das Ergebnis der Prüfung ein günstiges und der Gesundheitszustand der Bewerberin ein befriedigender ist, ein Dispens wegen Mangels an dem bezeichneten Alter bis zu 3 Monaten zulässig. Berlin, den 3. Dezember 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Bekanntmachungen der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

67. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-gesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der Frau Bauunternehmer Schulze, Auguste geb. Felgentreu, hier, Christburgerstraße 30 II., die Schuldverschreibungen der konsolidirten 3½ vormalis 4prozentigen Staatsanleihe von 1884

Lit. G. Nr. 16908 und 16911 über je 600 M.

Lit. E. Nr. 886996 über 300 M.

angeblich abhanden gekommen sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze

dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der Frau Bauunternehmer Schulze anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird. Berlin, den 10. Dezember 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

8. In der Beilage werden die vom Brandenburgischen Provinzialausschuß anderweit festgesetzten allgemeinen Bedingungen für die Versicherung beweglicher Sachen bei der Städte-Feuersocietät der Provinz bekannt gemacht.

Berlin, den 2. Dezember 1897.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.

Freiherr von Manteuffel.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion zu Berlin.

Ausnahmetarif 1 (Holztarif).

42. Insoweit im Binnenverkehr der Deutschen Eisenbahnen sowie im Wechselverkehr derselben unter einander mit den auf deutschem Gebiete gelegenen Stationen der Niederländischen Bahnen der Ausnahmetarif 1 (Holztarif) in Geltung ist, erhält mit Wirkung vom 15. Januar 1898 ab die Ziffer 4 des Waarenverzeichnisses dieses Ausnahmetarifs folgende Fassung:

„4. Holzwaaren, grobe (ausgenommen solche, die aus Hölzern der im Spezialtarif I. des Deutschen Eisenbahn-Tarifs, Teil I., bezeichneten Sorten — vergl. oben Ziffer 1 — hergestellt sind), folgende: Roh vorgearbeiteter Schirr- oder Werkholz, soweit dasselbe nicht unter Ziffer 1 der Position „Holz“ des Spezialtarifs III. fällt; Rundholz, gelocht (Hasselholz), Sagittaten, Schachtelränder, Stiebläufe, Schiffsnägel, Holzspunde, Schutzplättchen (Holzstifte), Draht zur Herstellung von Zündhölzern, Holzklöße (Holzstöcke) zum Pfählen, roh vorgearbeitete Gewerkschäfte, Cigarrenständer, Dachschindeln.“

Im Staatsbahn-Gruppen- und Wechselverkehr, ferner im Wechselverkehr mit Stationen der Oldenburgischen Staats-Eisenbahnen und der Station Kempen der Breslau-Warschauer Eisenbahn wird diese Tarifmaßnahme gemäß unserer Bekanntmachung vom 9. November d. J. bereits zum 1. Januar 1898 ab eingeführt.

Berlin, den 30. November 1897.

Königliche Eisenbahndirektion

zugleich Namens der beteiligten Eisenbahn-Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion zu Stettin.

Tarife

15. für die Beförderung von Leichen, lebenden Tieren und Fahrzeugen.

a. Königlich Preussische und Großherzoglich Hessische Staatsbahnen, sowie Farge-Begeßader und Kreis Oldenburgische Eisenbahn;

b. Königlich Preussische und Großherzoglich Hessische Staatsbahnen, Großherzoglich Oldenburgische Staatsbahnen und angehängte Privatbahnen.

Die Abfertigung von lebenden Thieren und Fahrzeugen wird wegen des beschränkten Raumes in der Eilgutabfertigung auf dem Personenbahnhofe in Stettin endgültig nach dem Centralgüterbahnhofe verlegt. Der Frachterhöhung für diese Sendungen werden für die Folge die Entfernungen des Centralgüterbahnhofes zu Grunde gelegt. Soweit durch diese Maßnahme Frachterhöhungen herbeigeführt werden, treten dieselben erst vom 1. Februar 1898 ab in Kraft.

Stettin, den 10. Dezember 1897.

Königliche Eisenbahndirektion,
zugleich namens der beteiligten Verwaltungen.

Personal-Chronik.

Der Bürgermeister Neumann ist zum Amtsanwalt bei dem Königlichen Amtsgericht in Templin ernannt worden.

Der bisherige Hülfsprediger Alfred Otto Ernst Dobberstein ist zum Diakonus der Parochie Charlottenburg, Diöcese Friedrichs-Werder, bestellt worden. Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin:

Im Laufe des Monats November 1897 sind:
ernannt: zum Postassistenten: der Ober-Postdirektionssekretär Geper, zum Ober-Postassistenten: der Postassistent Dualig, zu Ober-Telegraphenassistenten: die Telegraphenassistenten Friedrich, Franke, Rüdke, Jach;

versetzt: von Berlin: die Postsekretäre Hecht nach Rorschen, Frömsdorf nach Rattowig (Oberschl.), Landwehr nach Karlsruhe (Baden), die Postassistenten Ellenthal nach Schöneberg bei Berlin, Milarg und Torneau nach Charlottenburg, nach Berlin: der Ober-Postdirektionssekretär Westphal von Stettin, der Ober-Postsekretär Harris von Erfurt, die Postsekretäre Daun von Düsseldorf, Gustav Schmidt von Kamerun, Luch von Stettin, der Bureauassistent Feiler von Hamburg (unter Ernennung zum Ober-Telegraphenassistenten);

in den Ruhestand getreten: der Ober-Postdirektionssekretär Mittelsädt, der Postsekretär Wugler,

gestorben: der Ober-Telegraphensekretär a. D. Eduard Müller, der Postsekretär Gerigk, die Ober-Postassistenten Bude, Emil Steinert.

Bermischte Nachrichten.

Bekanntmachung,

betreffend die Abhaltung von Gerichtstagen in Gramzow.

Die Gerichtstage sind für das Jahr 1898 festgesetzt auf: 4. und 5. Januar, 1. und 2. Februar, 1. und 2. März, 5. und 6. April, 3. und 4. Mai, 7. und 8. Juni, 5. und 6. Juli, 4. und 5. Oktober, 1. und 2. November, 6. und 7. Dezember. Der Gerichtstag beginnt an allen Tagen um 10 Uhr Vormittag. Der zweite Terminstag ist vorzugsweise zur Aufnahme von Anträgen und Verhandlungen und zur Auskunfts-

theilung u. s. w. in denselben Fällen bestimmt, in welchen sich die Beteiligten einfinden, ohne geladen zu sein. Es wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß sich auch in diesen Fällen eine rechtzeitige vorherige Anmeldung des Erscheinens mit kurzer Angabe des Zwecks derselben häufig dringend empfiehlt, damit die betreffenden Akten herbeigeschafft und Hindernisse, welche sonst etwa der alsbaldigen Erledigung der Sache entgegenstehen würden, beseitigt werden können. Namentlich trifft dies zu in Vormundschafts-, Nachlaß- und Grundbuchsachen sowie in sonstigen Sachen der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit. Auslassungs- und Auflassungs- und sonstige Verfügungen können ohne solche Anmeldung regelmäßig nicht aufgenommen werden. Schließlich wird ausdrücklich bemerkt, daß auch Anträge auf Eintragung in die Landgüterrolle auf dem Gerichtstage gestellt werden können.

Angermünde, den 24. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zechen-, Rufer- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger, für das Handels-, Börsen- und Genossenschaftsregister — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch die Berliner Börsenzeitung und die Fehrbelliner Zeitung. Die Bekanntmachung der Eintragungen der kleineren Genossenschaften erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger nur durch die Fehrbelliner Zeitung.

Fehrbellin, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Mit der Führung des Handels-, Muster-, Börsen-, sowie des Genossenschafts-Registers ist bei dem Königlichen Amtsgericht zu Brandenburg a./H. für das Jahr 1898 bis auf weiteres der Amtsrichter Samter unter Mitwirkung des Gerichtssekretärs Pinczakowski hier beauftragt. Die Aufnahme der zu den Eintragungen erforderlichen Anträge findet jeden Donnerstag und jeden Freitag von 11—12 Uhr Vormittags im Zimmer Nr. 43 statt. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Eintragungen erfolgen: 1) für das Handels-, Register und das Börsen-Register im Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger, in der Berliner Börsen-Zeitung, im Brandenburger Anzeiger und Rummelsburger Wochenblatt hier, 2) für das Muster-Register im Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger, 3) für das Genossenschafts-Register a. hinsichtlich der kleineren, auch künftig sich bildenden Genossenschaften im Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger und im Brandenburger Anzeiger, b. hinsichtlich der größeren auch künftig sich bildenden Genossenschaften außer in den erwähnten Zeitungen auch in der Berliner Börsen-Zeitung.

Brandenburg a./H., den 8. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Nachweisung

der im Jahre 1896 durch Königl. Landbesitzer gebedten Stuten und der im Jahre 1897 nachgewiesenen Fohlen im Regierungs-Bezirk Potsdam.

| Nummer | N a m e n
der
Besitzstationen | Dasselbst standen
im Jahre 1896
Landbesitzer | | | Diese
haben
Stuten
gedeckt | Davon sind | | | Von den tragend
gewesenen Stuten | | | | Im Jahre
1897 | |
|--------|-------------------------------------|--|-----------|-------|-------------------------------------|--------------------|---------------------|-----------------------|-------------------------------------|--------|-------|---------------|---|-------------------------------------|
| | | alte | 4 jährige | Summa | | gütig
geblieben | tragend
geworden | nicht
nachgewiesen | sind lebende Fohlen
geboren | | | haben verfoßt | standen
dasselbst
Land-
besitzer | haben
diese
Stuten
gedeckt |
| | | | | | | | | | hengste | Stuten | Summa | | | |
| 1 | Friedr.-Wilh.-Gesfüt ¹ | 5 | — | 5 | 174 | 47 | 109 | 18 | 54 | 46 | 100 | 11 | 8 | 170 |
| 2 | Lindow ² | 2 | — | 2 | 126 | 27 | 91 | 8 | 38 | 45 | 83 | 9 | 2 | 134 |
| 3 | Fregdorf | 1 | — | 1 | 39 | 20 | 16 | 3 | 4 | 12 | 16 | — | 1 | 35 |
| 4 | Tschow | 2 | — | 2 | 134 | 37 | 93 | 4 | 44 | 40 | 84 | 9 | 2 | 118 |
| 5 | Triglis | 2 | — | 2 | 108 | 42 | 60 | 6 | 24 | 29 | 53 | 7 | 2 | 100 |
| 6 | Dannenwalde | 3 | — | 3 | 159 | 30 | 115 | 14 | 55 | 50 | 105 | 10 | 3 | 175 |
| 7 | Stäbenitz | 3 | 1 | 4 | 166 | 27 | 132 | 7 | 51 | 63 | 114 | 18 | 3 | 161 |
| 8 | Lenzen ³ | 4 | — | 4 | 201 | 56 | 124 | 21 | 53 | 59 | 112 | 13 | 4 | 187 |
| 9 | Wilsnack | 3 | — | 3 | 200 | 78 | 111 | 11 | 55 | 52 | 107 | 4 | 3 | 220 |
| 10 | Havelberg | 2 | — | 2 | 95 | 32 | 54 | 9 | 29 | 24 | 53 | 1 | 2 | 90 |
| 11 | Gumlosen ⁴ | 3 | — | 3 | 166 | 40 | 120 | 6 | 68 | 47 | 115 | 7 | 3 | 147 |
| 12 | Streesow | 2 | — | 2 | 121 | 25 | 80 | 16 | 41 | 34 | 75 | 5 | 2 | 78 |
| 13 | Gr. Breesen ⁵ | 2 | — | 2 | 136 | 35 | 99 | 2 | 45 | 44 | 89 | 11 | 2 | 109 |
| | Derleberg ⁶ | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 64 |
| 14 | Briesen | 2 | — | 2 | 87 | 23 | 57 | 7 | 24 | 30 | 54 | 3 | 2 | 103 |
| 15 | Rosen | 1 | — | 1 | 86 | 43 | 37 | 6 | 20 | 15 | 35 | 2 | 1 | 66 |
| 16 | Larmow | 2 | — | 2 | 119 | 33 | 79 | 7 | 35 | 38 | 73 | 6 | 2 | 71 |
| | Grünefeld ⁷ | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 44 |
| 17 | Deelitz | 2 | 1 | 3 | 91 | 21 | 64 | 6 | 22 | 28 | 50 | 14 | 2 | 87 |
| 18 | Dahnsdorf ⁸ | 2 | — | 2 | 39 | 8 | 26 | 5 | 11 | 12 | 23 | 4 | 2 | 47 |
| 19 | Regdorf | 2 | — | 2 | 102 | 16 | 83 | 3 | 44 | 31 | 75 | 8 | 2 | 105 |
| 20 | Eberswalde | 1 | 1 | 2 | 125 | 19 | 100 | 6 | 48 | 46 | 94 | 6 | 2 | 120 |
| 21 | Berneuchen | 1 | 1 | 2 | 82 | 38 | 31 | 13 | 14 | 15 | 29 | 2 | 2 | 75 |
| 22 | Bernau | 2 | — | 2 | 114 | 40 | 69 | 5 | 36 | 26 | 62 | 7 | 2 | 90 |
| 23 | Gr.-Schönebeck | 2 | — | 2 | 109 | 51 | 57 | 1 | 24 | 29 | 53 | 4 | 2 | 94 |
| 24 | Kalkenthal | 3 | — | 3 | 172 | 50 | 119 | 3 | 44 | 57 | 101 | 18 | 3 | 164 |
| 25 | Ruhz | 3 | — | 3 | 116 | 47 | 68 | 1 | 34 | 30 | 64 | 4 | 2 | 115 |
| 26 | Templin | 2 | — | 2 | 109 | 38 | 66 | 5 | 32 | 26 | 58 | 8 | 2 | 79 |
| 27 | Angermünde | 3 | — | 3 | 221 | 61 | 154 | 6 | 81 | 66 | 147 | 7 | 3 | 152 |
| 28 | Gramzow | 4 | — | 4 | 219 | 92 | 117 | 10 | 54 | 60 | 114 | 3 | 4 | 158 |
| 29 | Jägen | 1 | — | 1 | 52 | 15 | 23 | 14 | 9 | 14 | 23 | — | 1 | 26 |
| 30 | Prenzlau | 5 | — | 5 | 273 | 142 | 120 | 11 | 46 | 67 | 113 | 7 | 5 | 235 |
| 31 | Rosow | 3 | 1 | 4 | 203 | 56 | 127 | 20 | 68 | 49 | 117 | 10 | 4 | 146 |
| 32 | Werbesow | 2 | — | 2 | 116 | 59 | 56 | 1 | 23 | 28 | 51 | 5 | 2 | 70 |
| 33 | Neuensund | 2 | — | 2 | 88 | 26 | 58 | 4 | 24 | 28 | 52 | 6 | 2 | 53 |
| 34 | Battin | 2 | 1 | 3 | 114 | 41 | 69 | 4 | 33 | 34 | 67 | 2 | 2 | 89 |
| 35 | Al.-Ludow | 1 | — | 1 | 27 | 7 | 18 | 2 | 9 | 8 | 17 | 1 | 1 | 33 |
| 36 | Beesow ⁹ | 4 | — | 4 | 208 | 69 | 131 | 8 | 58 | 71 | 129 | 3 | 4 | 138 |
| 37 | Storkow | 2 | — | 2 | 65 | 24 | 32 | 9 | 11 | 17 | 28 | 4 | 2 | 67 |
| 38 | Jossen | 2 | — | 2 | 110 | 51 | 56 | 3 | 23 | 30 | 53 | 3 | 2 | 89 |
| 39 | Dahme | 2 | — | 2 | 108 | 19 | 80 | 9 | 40 | 30 | 70 | 10 | 2 | 104 |
| Summa | | 92 | 6 | 98 | 4980 | 1585 | 3101 | 294 | 1425 | 1430 | 2858 | 252 | 101 | 4408 |

¹⁾ 2 Zwillingegeburt. ²⁾ 1 Zwillingegeburt. ³⁾ 1 Zwillingegeburt. ⁴⁾ 2 Zwillingegeburt. ⁵⁾ 1 Zwillingegeburt.
⁶⁾ Neu errichtet. ⁷⁾ Neu errichtet. ⁸⁾ 1 Zwillingegeburt. ⁹⁾ 1 Zwillingegeburt. Summa 9 Zwillingegeburt.

Friedrich Wilhelms-Gefüt, den 29. November 1897.

Königliche Gefüt-Direction.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, für das Handels-, Börsen- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch das hiesige Intelligenzblatt und die Berliner Börsenzeitung. Die Bekanntmachung, betreffend die kleineren Genossenschaften erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger **nur** durch das hiesige Intelligenzblatt.

Wittenberge, den 2. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, für das Handels-, Börsen- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam und die Prigwalcker Nachrichten. Die Bekanntmachung der Eintragungen, betreffend die **kleineren Genossenschaften** erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger **nur** durch die Prigwalcker Nachrichten.

Prigwalk, 2. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Eintragungen in das Handels- und Genossenschaftsregister des unterzeichneten Gerichts werden im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Königl. Preussischen Staatsanzeiger, die Berliner Börsenzeitung und den Varuther Anzeiger und, soweit sie kleinere Genossenschaften betreffen, durch den Deutschen Reichs- und Königl. Preussischen Staatsanzeiger, sowie den Varuther Anzeiger veröffentlicht werden.

Varuth, den 6. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1898 werden die Eintragungen a. in das Handelsregister durch 1) den Deutschen Reichs-Anzeiger, 2) das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam, 3) die Berliner Börsenzeitung, b. in das Musterregister durch den Deutschen Reichs-Anzeiger, c. in das Genossenschaftsregister durch 1) den Deutschen Reichs-Anzeiger, 2) das Templiner Kreisblatt — und

zwar für größere und kleinere Genossenschaften — veröffentlicht werden.

Templin, den 6. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Eintragungen in unser Handelsregister werden im Jahre 1898 durch den Reichsanzeiger und die Strasburger Zeitung bekannt gemacht.

Strasburg i./L., den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Eintragungen in unser Genossenschaftsregister werden im Jahre 1898 außer durch den Deutschen Reichsanzeiger für größere wie kleinere Genossenschaften a. der Stadt Strasburg i./L. noch durch die Strasburger Zeitung, b. des platten Landes noch durch die Prenzlaue Zeitung bekannt gemacht.

Strasburg i./L., den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Für das Jahr 1898 werden die Eintragungen in das Handelsregister durch den Deutschen Reichsanzeiger und die Berliner Börsenzeitung, die Eintragungen in das Genossenschaftsregister für größere und kleinere Genossenschaften durch den Deutschen Reichsanzeiger und das hiesige Hilscher'sche Wochenblatt bekannt gemacht werden.

Dahme, Warf, am 7. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Im Jahre 1898 werden unsere Eintragungen A. in das Handelsregister im Deutschen Reichs- und Königl. Preussischen Staatsanzeiger, der Berliner Börsen-Zeitung und der Angermünder Zeitung und Kreisblatt, B. in das Genossenschaftsregister, sowohl für größere wie für kleinere Genossenschaften im Deutschen Reichsanzeiger und in der Angermünder Zeitung und Kreisblatt veröffentlicht werden.

Angermünde, den 3. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Die im Artikel 14 des Handelsgesetzbuches vorgeschriebenen öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen 1898 im Deutschen Reichs- und Königl. Preussischen Staats-Anzeiger sowie in der Prenzlaue Zeitung. Die Eintragungen in unser Genossenschaftsregister werden: a. im Deutschen Reichs-Anzeiger, b. in der Berliner Börsen-Zeitung, c. in der Prenzlaue Zeitung; für kleinere Genossenschaften nur in den beiden Blättern zu a. und c. veröffentlicht.

Brüßow, den 2. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Hierzu

eine Beilage, enthaltend: Allgemeine Bedingungen für die Versicherung beweglicher Sachen bei der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg, sowie Fünf öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hays'schen Erben.

Allgemeine Bedingungen

für die

Versicherung beweglicher Sachen

bei der

Städte-Feuer-Societät

der

Provinz Brandenburg.

(§ 116 des Regl.)

A. Versicherungsfähigkeit.

§ 1.

Von der Versicherung sind ausgeschlossen: Urkunden, Werthpapiere, baares Geld, ungefaßte Edelsteine und Perlen, sowie unverarbeitetes Gold und Silber.

Sind die Kosten der Wiederherstellung einer vernichteten Urkunde schätzbar, so können diese versichert werden.

Ausgeschlossen sind ferner Sprengstoffe aller Art, Feuerwerkskörper und Zündhölzer, sowie feuergefährliche chemische Erzeugnisse.

§ 2.

Werthvollere Schmucksachen, ferner Gold- und Silbergeräthe, Bildwerke, Gemälde, Uhren, Spitzen und andere Gegenstände, welche einen besonderen wissenschaftlichen, Kunst- oder Liebhabereiwert haben — sofern sie im Einzelnen einen Werth von mehr als 100 M. haben —, gelten nur dann als versichert, wenn sie in dem Versicherungsantrage (§ 9) und dem Versicherungsbrieфе (§ 10) mit ihren Versicherungssummen einzeln aufgeführt sind.

Im Uebrigen werden die versicherten Gegenstände nur nach Gattungen benannt, und es sind alle unter die verschiedenen Gattungen gehörigen, in dem Versicherungsraume (§ 3) befindlichen Gegenstände in der Versicherung einbegriffen, sofern nicht einzelne, näher zu bezeichnende, Gegenstände hiervon ausdrücklich ausgenommen worden sind.

Fremdes Eigenthum ist, wenn es mitversichert sein soll, als solches im Versicherungsantrage zu bezeichnen, jedoch gilt der Versicherungsnehmer, der Societät gegenüber, als der allein Berechtigte und Verpflichtete.

§ 3.

Als Versicherungsräume gelten diejenigen Gebäude, nebst den dazu gehörigen Höfen, Gärten oder Lagerplätzen, welche im Versicherungsbrieфе (§ 10) als die versicherten Gegenstände enthaltend bezw. umschließend aufgeführt sind. Innerhalb dieser Räume ist dem Versicherten, wenn nicht Ausnahmen besonders vereinbart sind, ein Wechsel im Aufbewahrungsorte der versicherten Gegenstände gestattet, jedoch mit der Beschränkung, daß die im Versicherungsbrieфе für jeden einzelnen Versicherungsraum festgesetzte Versicherungssumme nicht überschritten wird.

ist die Untersuchungshaft wegen gefährlicher Körperverletzung verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern. M¹ 72/97. Prenzlau, den 30. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft.

Beschreibung: Alter: 27 Jahre, Größe: etwa 1,76 m, Statur: schlank, Haare: dunkel, ohne Bart, Augen: braun, Sprache: pommerscher Dialekt. Besondere Kennzeichen: schielt ein wenig.

Kleidung: dunkles Jaquet, graue Hosen, lange Stiefel.

237. Gegen den Ziegeleiarbeiter Anton Bula, geboren am 26. Mai 1871 zu Jedin, zuletzt angeblich in Rauen wohnhaft gewesen, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Sittlichkeitsverbrechens verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Gerichtsgefängnis zu Potsdam abzuliefern.

Potsdam, den 2. Dezember 1897.

Der Untersuchungsrichter beim Königlichen Landgerichte.

238. Gegen den unten beschriebenen Dienstknecht Alois Niedziella, geboren am 27. März 1873 in Breslau, ist die Untersuchungshaft wegen Körperverletzung vom Königlichen Amtsgericht in Fürstenwalde verhängt. Es wird ersucht, ihn zu verhaften und an das Amtsgericht des Ergreifungsorts, auf etwaigen Wunsch des Festgenommenen an das dem Ergreifungsort nächste Amtsgericht abzuliefern und hierher Nachricht zu den Akten II. J. 2996 97 zu geben.

Frankfurt a. D., den 30. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft.

Beschreibung. Größe: etwa 1,66—1,68 M., Statur: unterseht, Haare: braun, Bart: Schnurrbart.

239. Der diesseits unterm 12. November 1897 gegen den Kaufmann Bernhard Bielecke erlassene Steckbrief ist erledigt. I. J. 1803 97.

Frankfurt a. Ober., den 4. Dezember 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft.

240. Der diesseits unterm 12. November 1897 gegen die verhehlte Kaufmann Valenta Bielecke geb. Wagner erlassene Steckbrief ist erledigt. I. J. 1803 97.

Frankfurt a. Ober., den 4. Dezember 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft.

241. Der gegen den Oberschweizer Christian Scheidegger, geboren am 18. Februar 1861 zu Trub (Schweiz), unterm 22. November 1897 wegen Uebertretung erlassene Steckbrief ist erledigt. E. 121 97.

Fürstenwalde (Spree), den 2. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

242. Der gegen den Buchhalter Erich Schöllner in den Akten J. IV. A. 901 92 unter dem 16. Dezember 1892 erlassene und unter dem 24. Januar 1894 erneuerte Steckbrief wird hiermit zurückgenommen.

Berlin, den 1. Dezember 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft I.

243. Der gegen den Kellner Friedrich Franz Johann Schwarzkopf, geboren am 14. April 1843 zu

Schwerin, wegen Vollstreckung einer Gefängnisstrafe von einer Woche aus dem Urtheil des früheren Königlichen Stadtgerichts zu Berlin vom 25. Februar 1878 in den Akten wider Heubach und Genossen — H. 978 78 rep. — unter dem 13. Dezember 1879 erlassene und unter dem 19. Januar 1888 erneuerte Steckbrief wird hiermit zurückgenommen.

Berlin, den 1. Dezember 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft beim Landgericht I.

244. Der gegen den Arbeiter Hermann Emil Gerhard Meyer wegen schweren Diebstahls unter dem 27. Juli 1897 in den Akten U. R. I. 247 1897 erlassene Steckbrief wird zurückgenommen.

Berlin, den 2. Dezember 1897.

Der Untersuchungsrichter beim Königlichen Landgericht I.

245. Der unterm 13. Mai 1891 in den Akten II. J. 469 91 hinter den Knecht Wilhelm Schulz, geboren am 10. November 1872 zu Neustlingen, wegen Diebstahls erlassene Steckbrief wird hiermit zurückgenommen.

Berlin, den 1. Dezember 1897.

Königl. Staatsanwaltschaft II.

246. Der gegen die Wittwe Elisabeth Schuckert geb. Meyer wegen versuchten Verbrechens gegen das leibende Leben unter dem 6. Januar 1896 in den Akten U. R. II. 443 1895 erlassene Steckbrief wird zurückgenommen.

Berlin, den 3. Dezember 1897.

Der Untersuchungsrichter beim Königlichen Landgericht I.

247. Der gegen den Arbeiter Emil Banasch wegen Diebstahls unter dem 5. Februar 1897 erlassene und unter dem 13. April 1897 erneuerte Steckbrief wird zurückgenommen. Ia. J. 1261 96.

Berlin, den 4. Dezember 1897.

Staatsanwaltschaft bei dem Königlichen Landgerichte II.

248. Der gegen den Handlungsgehilfen Alfred Röttig, geboren am 26. Oktober 1877 zu Berlin, unter dem 18. November d. J. in den Akten 137 D. 996 97 erlassene Steckbrief ist erledigt.

Berlin, den 5. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht I. Abteilung 137.

249. Die in den Akten Ia. M. 89/92 unterm 18. Januar 1893 hinter den Sattler Gustav Franz Rudolf Graßnitzer, geboren am 22. Mai 1863 zu Bernau, wegen Verletzung der Wehrpflicht erlassene Strafvollstreckungs-Requisition wird hiermit erneuert.

Berlin, den 30. November 1897.

Königliche Staatsanwaltschaft II.

250. Die gegen den Kaufmann, Bohrmann, Albert Meyer, geboren am 12. Januar 1866 zu Pasewalk in den Akten E. 71 96 unter dem 23. Mai 1896 — N^o 144 zum 23. Stück des öffentlichen Anzeigers — erlassene offene Strafvollstreckungs-Requisition wird hierdurch nochmals erneuert.

Spandau, den 30. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 51.

Den 17. December

1897.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten. Genehmigung.

280. Zur Herstellung und zum Betriebe des von dem Grundstück der Firma Gebrüder Grabow nach dem Bahnhofe in Prenzlau führenden Anschlußgleises wird auf Grund des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. Juli 1892 im Einvernehmen mit der Königl. Eisenbahndirektion Stettin der vorgenannten Firma, vorbehaltlich der Rechte Dritter, unter nachstehenden Bedingungen die Genehmigung erteilt:

- 1) Das Anschlußgleis ist nach Maßgabe des der Nebenausfertigung des Vertrages vom 11./14. September 1897 angehefteten, genehmigten und festgestellten Lageplanes auszuführen.
- 2) Unternehmerin ist verpflichtet
 - a. an den Stellen, an welchen dies erforderlich wird, geeignete Durchlässe anzulegen,
 - b. das Anschlußgleis in ordnungsmäßigem und betriebsfähigerem Zustande zu erhalten,
 - c. die Bahnanlage nach den bei Abnahme des Gleises etwa noch zu treffenden Anordnungen auszuführen.

Potsdam, den 22. November 1897,

Der Regierungspräsident.

In Vertretung von Patow.

Bekanntmachung.

281. Nach einer Mitteilung der Amerikanischen Botschaft in Berlin ist der bisherige Amerikanische Konsularagent in Bremerhaven und Geestemünde, William B. Murphy, an Stelle des Herrn William C. Dreher zum Konsularagenten der Vereinigten Staaten von Amerika in Guben ernannt worden.

Potsdam, den 9. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

282. Wegen Befestigung des Werbellinsee-Ufers bei der Försterei Altenhof wird der Werbellinseeanal für die Zeit vom 15. Dezember d. J. bis 1. März n. J. für den Schiffsverkehrs gesperrt bleiben.

Potsdam, den 10. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

Genehmigung.

283. Zur Herstellung und zum Betriebe einer Gleisverbindung — Privatanschlußbahn — zwischen dem Grundstück der Actiengesellschaft für Anilinfabrikation zu Rummelsburg und dem Rangierbahnhofe Rummels-

burg wird auf Grund des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. Juli 1892 im Einvernehmen mit der Königl. Eisenbahndirektion Berlin der vorgenannten Gesellschaft, vorbehaltlich der Rechte Dritter unter nachstehenden Bedingungen die Genehmigung erteilt:

- 1) Das Anschlußgleis ist nach Maßgabe des genehmigten und festgestellten Lageplanes und des Erläuterungsberichtes auszuführen.
- 2) Bei der Ueberführung der Eisenbahnwagen nach der Fabrik und zurück mittelst Locomotive hat ein Wärter mit Fahne vorzutreten.
- 3) Die in der Nähe der Chaussee geplante Centesimalwage muß eine andere Lage erhalten, sodaß bei allmählichem Vorrücken und Verwiegen einer Wagenreihe keine länger dauernde Sperrung des Straßenverkehrs eintritt. Ueber den Gleisen ist ein lichter Raum entsprechend der Anlage D. der Bahnordnung für die Nebeneisenbahnen Deutschlands mit 4 m größter Breite und 4,8 m größter Höhe frei zu halten. Einschränkungen dieses Lichttraumes bedürfen besonderer Genehmigung. Die Drehscheiben müssen mindestens 6 m Durchmesser erhalten und in einem Umkreise 10 m Durchmesser von baulichen Anlagen frei gehalten werden. Das bei der Drehscheibe I. befindliche vertiefte Feuerungsvorgelege ist hiernach entsprechend abzuändern, oder es ist der Drehscheibe eine andere Lage zu geben.
- 4) Die Unternehmerin ist verpflichtet,
 - a. an den Stellen, an welchen dies erforderlich wird, geeignete Durchlässe anzubringen,
 - b. das Anschlußgleis in ordnungsmäßigem und betriebsfähigerem Zustande zu erhalten,
 - c. die Bahnanlage nach den bei Abnahme des Anschlußgleises etwa noch zutreffenden Anordnungen auszuführen.

Potsdam, den 12. November 1897.

Der Regierungspräsident.

In Vertretung Joachimi.

Polizeiverordnung,

betreffend die nicht fabrikmäßige Herstellung und die Verwendung von Acetylen.

284. Auf Grund der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Ges.-S. S. 195 ff.) und der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Ges.-S. S. 265) wird unter Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des Regierungs-

bezirks Potsdam die nachfolgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Wer außer im fabrikmäßigen Umfange Acetylen herstellen oder verwenden will, hat dies spätestens bei der ersten Inbetriebsetzung der Gasentwicklungsapparate der Ortspolizeibehörde anzuzeigen. Eine gleiche Anzeige ist zu erstatten, sobald der Betrieb nach einer Unterbrechung von mindestens einem halben Jahr wieder aufgenommen wird.

Der Eigentümer der Anlage ist verpflichtet, sich eine von der Behörde angeordnete Untersuchung darüber, ob die Vorschriften der §§ 2—11 dieser Verordnung genügt ist, gefallen zu lassen.

§ 2. Die Entwicklung und Aufbewahrung von Acetylen darf nicht in oder unter bewohnten Räumen und nicht in Kellern erfolgen. Die Räume, in denen die Gasentwicklung stattfindet, dürfen nur diesen Zwecken dienen und müssen durch eine Brandmauer oder einen isolirenden Luftraum von Wohnräumen getrennt sein. Die Gasentwickler dürfen nur unter leichter Bedachung aufgestellt werden.

§ 3. Diese Räume müssen hell, geräumig und gut gelüftet sein, dürfen nur durch Dampf- oder Wasserheizung erwärmt und nicht mit Licht betreten werden. Die Thüren müssen nach außen aufschlagen.

Die Entlüftungsröhre der Räume und der Gasentwickler dürfen nicht in Schornsteine münden, die Entlüftungsröhre der Gasentwickler sind bis über das Dach zu führen.

§ 4. Die Apparate zur Entwicklung und Aufbewahrung von Acetylen gas müssen so eingerichtet sein, daß in ihnen kein höherer, als ein Ueberdruck von einer Atmosphäre sich bilden kann.

§ 5. An den Entwicklungsapparaten, Gasbehältern und Gasleitungen dürfen keine aus Kupfer bestehenden Theile angebracht sein.

§ 6. Calciumcarbid und andere Carbide dürfen in Mengen von mehr als 10 kg nur in wasserdicht verschlossenen Gefäßen und in trockenen, hellen, gut gelüfteten Räumen aufbewahrt werden. Die Lagerung in Kellern ist untersagt. Die Gefäße müssen die Aufschrift tragen:

„Carbid, gefährlich, wenn nicht trocken gehalten.“

§ 7. Die zur Aufnahme flüssigen Acetylen bestimmten Flaschen müssen durch einen weißen Anstrich und die Aufschrift: „Flüssiges Acetylen, Feuergefährlich“ gekennzeichnet, mit Angabe der Tara und des Fassungsraums in Litern versehen und auf 250 Atmosphären geprüft sein.

§ 8. Bei der Füllung der Flaschen darf das Verhältniß von 1 kg Acetylen auf 3 Liter Rauminhalt nicht überschritten werden.

§ 9. Die Flaschen für verdichtetes Acetylen gas müssen durch die Aufschrift: „Acetylen gas, Feuergefährlich“ gekennzeichnet und mit der Angabe des höchsten zulässigen Druckes versehen sein. Sie müssen mit dem doppelten des zulässigen Druckes geprüft sein.

§ 10. Die mit flüssigem oder verdichtetem Acetylen

gefüllten Flaschen sind gegen die Einwirkung von Sonnenstrahlen und Ofenwärme zu schützen.

§ 11. Flüssiges und verdichtetes Acetylen dürfen nur in Gefäße gefüllt werden, an denen kein Theil aus Kupfer oder Kupferlegirungen besteht.

§ 12. Die Bestimmungen in den §§ 1, 2 und 3 finden keine Anwendung auf tragbare und solche Acetylen gaslampen, bei denen der Brenner mit dem Entwicklungsapparat unmittelbar und fest verbunden ist.

Denjenigen, welche beim Erscheinen dieser Polizeiverordnung mit Genehmigung oder mit Vorwissen der Ortspolizeibehörde Acetylenentwicklungsapparate bereits in Betrieb genommen haben, kann von der Ortspolizeibehörde zur Erfüllung der Vorschriften in § 2 und im ersten Satz des § 3 eine Frist von 12 Monaten vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung ab bewilligt werden.

Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung:

- a. auf fabrikmäßig betriebene und daher nach § 16 der Gewerbeordnung besonderer Genehmigung bedürftige Anlagen zur Herstellung von Acetylen;
- b. auf die staatlichen wissenschaftlichen Institute, soweit sie Acetylen zu Lehr- und Studienzwecken herstellen und verwenden.

§ 13. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden, sofern dadurch nicht nach den bestehenden Gesetzen eine schwerere Strafe verurteilt ist, mit Geldstrafe bis zu 60 M. und im Falle des Unvermögens an deren Stelle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 14. Vorstehende Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Potsdam, den 10. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

285. Unter der Firma H. Boufils, Paris, Rue Chauchat 4 (Passage de l'Opera), werden Prospekte nach Deutschland versandt, in denen Pariser Weltausstellungsloose und Prämiennobligationen verschiedener Unternehmungen zum Kaufe angeboten werden. Da nach angestellten Ermittlungen die Firma es offenbar nur auf eine Täuschung des Publikums abgesehen hat, ersuche ich die unterstellten Behörden, das Publikum in geeigneter Weise auf das Treiben der Firma aufmerksam zu machen. Potsdam, den 13. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

287. Der Herr Minister des Innern hat unter dem 27. November d. Js. dem Verein für Pferde-Nennen und Pferde-Ausstellungen in Preußen zu Königsberg i. P. die Erlaubniß erteilt, bei Gelegenheit der im Frühjahr nächsten Jahres dort stattfindenden Pferde-Ausstellung eine öffentliche Verloosung von Wagen, Pferden u. zu veranstalten und die Loose — 160000 Stück zu je 1 Mark — in der ganzen Monarchie zu vertreiben. Die Anzahl der Gewinne beträgt 2500 im Gesamtwerthe von 80500 M.

Potsdam und Berlin, den 9. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

Diphtherieheißserum.

287. Mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 18ten März 1895 — Amtsblatt Stück 12 Seite 101 — wird hierdurch mitgetheilt, daß das Diphtherieheißserum mit den Kontrollnummern 259, 273 und 275 von den Farbwerken vorm. Meister, Lucius & Brüning zu Höchst a. M. wegen eingetretener Verminderung seines Gehaltes an Immunisierungseinheiten zur Einziehung bestimmt ist.

Potsdam und Berlin, den 7. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident. | Der Polizeipräsident.

V i e h f e u e r e n.**288. Ausgebrochen:**

a. Milzbrand. Kreis Angermünde: bei einer verendeten Kuh der Domaine Wendemark.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Angermünde: unter den Rindviehbesitzern der Bädnerwitwe Böller in Günterberg und des Schulamtsbesitzers Neuenborn. Kreis Niederbarnim: unter den Rindviehbesitzern des Bauern Köhler in Schönerlinde, Lutter in Schönau, Wittrock in Klein-Schönebeck und des Gutsbesitzers Hecht in Hohen-Schönhausen. Kreis Oberbarnim: unter dem Rindviehbesitzer des Gemeindevorsethers Schwabe in Alt-Ritz bei Briezen und des Gemeindevorsethers Henning in Hefelberg. Kreis Ruppiner: unter den Rindern des Rittergutes Langen. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: auf den Gehöften des Kossäthen Wächter, des Bädners Pencke und des Gemeindevorsethers Gerde in Remnig. Kreis Beeskow-Storkow: auf dem Gute Carlshöhe bei Rauen. Kreis Zauch-Belzig: bei 2 Kühen des Ackerbürgers Grünthal in Beelitz.

c. Bruckseuche: unter den Pferden der 2. reitenden Batterie 2. Garde-Feld-Artillerie-Regiments.

E r l o s e n:

Milzbrand. Kreis Jüterbog-Luckenwalde: auf dem Gehöft des Kossäthen Grothe in Gräna.

Potsdam, den 14. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

**Bekanntmachungen des Königlichen
Polizei-Präsidenten zu Berlin.**

Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Oktober 1897.

**86. A. Engros-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt.****In Berlin:**

| | |
|------|--------------|
| 1 Dz | Weizen (gut) |
| " " | do. (mittel) |
| " " | do. (gering) |
| " " | Roggen (gut) |
| " " | do. (mittel) |
| " " | do. (gering) |
| " " | Gerste (gut) |
| " " | do. (mittel) |
| " " | do. (gering) |
| " " | Erbsen (gut) |
| " " | do. (mittel) |
| " " | do. (gering) |

Preise
waren nicht
zu ermitteln.

| | | |
|------|--------------|--------------|
| 1 Dz | Hafer (gut) | 16 M. 06 Pf. |
| " " | do. (mittel) | 15 " 41 " |
| " " | do. (gering) | 14 " 59 " |
| " " | Nichtstroh | 4 M. 42 Pf. |
| " " | Heu | 5 " 61 " |
| " " | Kartoffeln | 4 " 48 " |

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner
Tagespreise einschließlich 3% Aufschlag
für 50 Kgr.

Hafer 8,54 M., Stroh 2,51 M., Heu 3,73 M.,
B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

| | | |
|----------|---------------------------|--------------|
| 1 Dz | Erbsen (gelbe z. Kochen) | 29 M. 50 Pf. |
| " " | Speisebohnen (weiße) | 35 " — " |
| " " | Linzen | 47 " 12 " |
| " " | Kartoffeln | 5 " 80 " |
| " Kgr. | Rindfleisch (v. d. Reule) | 1 " 36 " |
| " " | do. (Bauchfleisch) | 1 " 14 " |
| " " | Schweinefleisch | 1 " 38 " |
| " " | Kalbfleisch | 1 " 35 " |
| " " | Lammfleisch | 1 " 27 " |
| " " | Speck (geräuchert) | 1 " 45 " |
| " " | Eibutter | 2 " 30 " |
| 60 Stück | Eier | 3 " 56 " |

2) In Charlottenburg:

| | | |
|----------|---------------------------|--------------|
| 1 Dz | Erbsen (gelbe z. Kochen) | 32 M. 58 Pf. |
| " " | Speisebohnen (weiße) | 36 " 77 " |
| " " | Linzen | 42 " 42 " |
| " " | Kartoffeln | 5 " 50 " |
| " Kgr. | Rindfleisch (v. d. Reule) | 1 " 40 " |
| " " | do. (Bauchfleisch) | 1 " 15 " |
| " " | Schweinefleisch | 1 " 50 " |
| " " | Kalbfleisch | 1 " 40 " |
| " " | Lammfleisch | 1 " 30 " |
| " " | Speck (geräuchert) | 1 " 25 " |
| " " | Eibutter | 2 " 40 " |
| 60 Stück | Eier | 3 " 20 " |

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der
letzten Tage des Monats Oktober 1897:

1) In Berlin:

| | | |
|--------|-----------------------------------|---------------|
| 1 Kgr. | Mehl z. Speisebereitung a. Weizen | 38 Pf. |
| 1 " " | desgl. a. Roggen | 28 " " |
| 1 " " | Gerstengraupe | 35 " " |
| 1 " " | Gerstengröße | 33 " " |
| 1 " " | Buchweizengröße | 38 " " |
| 1 " " | Hafergröße | 38 " " |
| 1 " " | Hirse | 38 " " |
| 1 " " | Reis (Java, mittler) | 60 " " |
| 1 " " | Java-Kaffee (mittler, roh) | 3 Mark 10 " " |
| 1 " " | (gelb in
gebr. Bohnen) | 4 " 27 " " |
| 1 " " | Speisesalz | 20 " " |
| 1 " " | Schweinefleisch (hiefiges) | 1 " 50 " " |

2) In Charlottenburg:

| | | |
|--------|-----------------------------------|--------|
| 1 Kgr. | Mehl z. Speisebereitung a. Weizen | 40 Pf. |
| 1 " " | desgl. a. Roggen | 30 " " |
| 1 " " | Gerstengraupe | 40 " " |
| 1 " " | Gerstengröße | 40 " " |

| | |
|---------------------------------|-------------|
| 1 Rgr. Buchweizengröße | 40 Pf. |
| 1 " Hafergröße | 43 " |
| 1 " Hirse | 33 " |
| 1 " Reis (Java, mittler) | 45 " |
| 1 " Java-Kaffee (mittler, roh) | 2 Mark 20 " |
| 1 " " (gelb in
gebr. Bohnen) | 2 " 80 " |
| 1 " Speisefalz | 20 " |
| 1 " Schweineschmalz (hiefiges) | 80 " |

Königliches Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.
Berliner und Charlottenburger Presse im Monat November 1897.
87. A. Engros-Marktpreise

im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

| | | |
|-------------------|--------------|--|
| 1 Dz Weizen (gut) | | |
| " " do. (mittel) | | |
| " " do. (gering) | | |
| " " Roggen (gut) | | |
| " " do. (mittel) | | |
| " " do. (gering) | | |
| " " Gerste (gut) | | |
| " " do. (mittel) | | |
| " " do. (gering) | | |
| " " Erbsen (gut) | | |
| " " do. (mittel) | | |
| " " do. (gering) | | |
| " " Hafer. (gut) | 16 M. 20 Pf. | Preise
waren nicht
zu ermitteln. |
| " " do. (mittel) | 15 " 62 " | |
| " " do. (gering) | 14 " 99 " | |
| " " Nichtstroh | 4 M. 29 Pf. | |
| " " Heu | 5 " 48 " | |
| " " Kartoffeln | 4 " 50 " | |

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner
Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag
für 50 Rgr.

Hafer 8,61 Mk., Stroh 2,44 Mk., Heu 3,62 Mk.,
B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

| | |
|----------------------------------|----------------|
| 1 Dz Erbsen (gelbe z. Kochen) | 29 Mark 50 Pf. |
| " " Speisebohnen (weiße) | 35 " " |
| " " Linsen | 47 " 50 " |
| " " Kartoffeln | 5 " 91 " |
| 1 Rgr. Rindfleisch (v. d. Keule) | 1 " 35 " |
| 1 " do. (Bauchfleisch) | 1 " 15 " |
| 1 " Schweinefleisch | 1 " 35 " |
| 1 " Kalbfleisch | 1 " 35 " |
| 1 " Hammelfleisch | 1 " 25 " |
| 1 " Speck (geräuchert) | 1 " 45 " |
| 1 " Eibutter | 2 " 30 " |
| 60 Stück Eier | 3 " 82 " |

2) In Charlottenburg:

| | |
|----------------------------------|----------------|
| 1 Dz Erbsen (gelbe z. Kochen) | 32 Mark 50 Pf. |
| " " Speisebohnen (weiße) | 37 " 50 " |
| " " Linsen | 42 " 50 " |
| " " Kartoffeln | 5 " 50 " |
| 1 Rgr. Rindfleisch (v. d. Keule) | 1 " 45 " |
| 1 " do. (Bauchfleisch) | 1 " 05 " |
| 1 " Schweinefleisch | 1 " 60 " |

| | |
|------------------------|---------------|
| 1 Rgr. Kalbfleisch | 1 Mark 30 Pf. |
| 1 " Hammelfleisch | 1 " 20 " |
| 1 " Speck (geräuchert) | 1 " 45 " |
| 1 " Eibutter | 2 " 40 " |
| 60 Stück Eier | 3 " 90 " |

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der
letzten Tage des Monats November 1897:

1) In Berlin:

| | |
|--|---------------|
| 1 Rgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen | 38 Pf. |
| 1 " desgl. a. Roggen | 28 " |
| 1 " Gerstengraupe | 35 " |
| 1 " Gerstengröße | 33 " |
| 1 " Buchweizengröße | 38 " |
| 1 " Hafergröße | 38 " |
| 1 " Hirse | 38 " |
| 1 " Reis (Java, mittler) | 60 " |
| 1 " Java-Kaffee (mittler, roh) | 3 Mark 10 Pf. |
| 1 " " (gelb in
gebr. Bohnen) | 4 Mark 27 Pf. |

| | |
|--------------------------------|-------------|
| 1 " Speisefalz | 20 " |
| 1 " Schweineschmalz (hiefiges) | 1 Mark 45 " |

2) In Charlottenburg:

| | |
|--|---------------|
| 1 Rgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen | 40 Pf. |
| 1 " desgl. a. Roggen | 33 " |
| 1 " Gerstengraupe | 33 " |
| 1 " Gerstengröße | 45 " |
| 1 " Buchweizengröße | 38 " |
| 1 " Hafergröße | 50 " |
| 1 " Hirse | 43 " |
| 1 " Reis (Java, mittler) | 45 " |
| 1 " Java-Kaffee (mittler, roh) | 2 Mark 40 Pf. |
| 1 " " (gelb in
gebr. Bohnen) | 3 Mark — Pf. |

| | |
|--------------------------------|-------------|
| 1 " Speisefalz | 20 " |
| 1 " Schweineschmalz (hiefiges) | 1 Mark 05 " |

Königliches Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.
Bekanntmachungen des Reichs-Postamts.
Die Weihnachtsendungen betreffend.

14. Das Reichs-Postamt richtet auch in diesem
Jahre an das Publikum das Ersuchen, mit den
Weihnachtsendungen bald zu beginnen, damit
die Paketmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem
Feste zu sehr zusammenbrängen, wodurch die Pünktlichkeit
in der Beförderung leidet.

Die Pakete sind dauerhaft zu verpacken.
Dünne Papplasten, schwache Schachteln, Cigarrenkisten u.
sind nicht zu benutzen. Die Aufschrift der Pakete
muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt
sein. Kann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf
das Paket gesetzt werden, so empfiehlt sich die Ver-
wendung eines Blattes weißen Papiers, welches
der ganzen Fläche nach fest aufgesteckt werden muß.
Bei Fleischsendungen und solchen Gegenständen in
Leinwandverpackung, welche Feuchtigkeit, Fett, Blut u.
abgeben, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung
geklebt werden. Am zweckmäßigsten sind gedruckte
Aufschriften auf weißem Papier. Dagegen dürfen
Formulare zu Post-Paketadressen für Paketadressen

nicht verwendet werden. Der Name des Bestimmungsorts muß stets recht groß und kräftig gedruckt oder geschrieben sein. Die Packetaufschrift muß sämtliche Angaben der Begleitadresse enthalten, zutreffendfalls also den Frankovermerk, den Nachnahmebetrag nebst Namen und Wohnung des Absenders, den Vermerk der Eilbestellung u. s. w., damit im Falle des Verlustes der Begleitadresse das Paket auch ohne dieselbe dem Empfänger ausgehändigt werden kann. Auf Paketen nach größeren Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Paketen nach Berlin auch der Buchstabe des Postbezirks (C., W., SO. u. s. w.) anzugeben. Zur Beschleunigung des Betriebes trägt es wesentlich bei, wenn die Pakete frankirt aufgeliert werden; die Vereinigung mehrerer Pakete zu einer Begleitadresse ist thunlichst zu vermeiden.

Berlin W., 4. Dezember 1897.

Reichs-Postamt. I. Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. Provinzial-Schul-Collegiums.

Bekanntmachung.

86. Die Aufnahmeprüfung bei dem hiesigen Königl. Lehrerbinnen-Seminar wird am 24. und 25. Februar 1898 abgehalten werden. Die Anmeldungen sind bis zum 3. Februar 1898 an den Seminardirektor, Schulrath Moldehn, hier SW. Kleinbeerenstraße 16/19 zu richten und denselben beizufügen: 1) ein kurzer Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugniß über die bis dahin empfangene Schul- bezw. private Vorbildung, 4) ein amtliches Führungszeugniß — nur von Denjenigen beizubringen, welche z. Bt. der Aufnahmeprüfung keine Schule mehr besuchen —, 5) ein ärztliches Zeugniß über normalen Gesundheitszustand. Der festgesetzte Anmeldetermin ist genau einzuhalten. Zugelassen werden zur Aufnahmeprüfung nur solche Bewerberinnen, welche vor dem 1. April 1898 das 16te Lebensjahr vollenden, doch ist, wenn das Ergebnis der Prüfung ein günstiges und der Gesundheitszustand der Bewerberin ein befriedigender ist, ein Dispens wegen Mangels an dem bezeichneten Alter bis zu 3 Monaten zulässig. Berlin, den 3. Dezember 1897.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Bekanntmachungen der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

87. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der Frau Bauunternehmer Schulze, Auguste geb. Felgentreu, hier, Christburgerstraße 30 II., die Schuldverschreibungen der konsolidirten 3½ vormalis 4prozentigen Staatsanleihe von 1884

Lit. G. Nr. 16908 und 16911 über je 600 M.

Lit. E. Nr. 886996 über 300 M.

angeblich abhanden gekommen sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze

dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der Frau Bauunternehmer Schulze anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Ausgebotverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 10. Dezember 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

8. In der Beilage werden die vom Brandenburgischen Provinzialausschuß anderweit festgesetzten allgemeinen Bedingungen für die Versicherung beweglicher Sachen bei der Städte-Feuersocietät der Provinz bekannt gemacht.

Berlin, den 2. Dezember 1897.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.

Freiherr von Manteuffel.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion zu Berlin.

Ausnahmetarif 1 (Holztarif).

42. Insofern im Binnenverkehr der Deutschen Eisenbahnen sowie im Wechselverkehr derselben unter einander mit den auf deutschem Gebiete gelegenen Stationen der Niederländischen Bahnen der Ausnahmetarif 1 (Holztarif) in Geltung ist, erhält mit Gültigkeit vom 15. Januar 1898 ab die Ziffer 4 des Waarenverzeichnisses dieses Ausnahmetarifs folgende Fassung:

„4. Holzwaaren, grobe (ausgenommen solche, die aus Hölzern der im Spezialtarif I. des Deutschen Eisenbahn-Gütertarifs, Theil I., bezeichneten Sorten — vergl. oben Ziffer 1 — hergestellt sind), folgende: Roh vorgearbeitetes Schirr- oder Werkholz, soweit dasselbe nicht unter Ziffer 1 der Position „Holz“ des Spezialtarifs III. fällt, Rundholz, gelocht (Haspelholz), Saglisten, Schachtelränder, Stבלäufe, Schiffsnägel, Holzpumpe, Schutzplöcke (Holzstifte), Draht zur Herstellung von Zündhölzern, Holzklöße (Holzstöcke) zum Pflastern, roh vorgearbeitete Gewehrschäfte, Zigarrenstiftenbretter, Dachschindeln.“

Im Staatsbahn-Gruppen- und Wechselverkehr, ferner im Wechselverkehr mit Stationen der Oldenburgischen Staats-Eisenbahnen und der Station Kempen der Breslau-Warschauer Eisenbahn wird diese Tarifmaßnahme gemäß unserer Bekanntmachung vom 9. November d. J. bereits zum 1. Januar 1898 ab eingeführt.

Berlin, den 30. November 1897.

Königliche Eisenbahndirektion

zugleich Namens der beteiligten Eisenbahn-Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion zu Stettin.

15. T a r i f f

für die Beförderung von Leichen, lebenden Thieren und Fahrzeugen.

a. Königlich Preussische und Großherzoglich Hessische Staatsbahnen, sowie Farge-Begeßader und Kreis Oldenburger Eisenbahn;

b. Königlich Preussische und Großherzoglich Hessische Staatsbahnen, Großherzoglich Oldenburgische Staatsbahnen und angegeschlossene Privatbahnen.

Die Abfertigung von lebenden Thieren und Fahrzeugen wird wegen des beschränkten Raumes in der Eilgutabfertigung auf dem Personenbahnhofe in Stettin endgültig nach dem Centralgüterbahnhofe verlegt. Der Frachterhöhung für diese Sendungen werden für die Folge die Entfernungen des Centralgüterbahnhofes zu Grunde gelegt. Soweit durch diese Maßnahme Frachterhöhungen herbeigeführt werden, treten dieselben erst vom 1. Februar 1898 ab in Kraft.

Stettin, den 10. Dezember 1897.

Königliche Eisenbahndirektion,
zugleich namens der beteiligten Verwaltungen.

Personal-Chronik.

Der Bürgermeister Neumann ist zum Amtsanwalt bei dem Königlichen Amtsgericht in Templin ernannt worden.

Der bisherige Hülfsprediger Alfred Otto Ernst Dobberstein ist zum Diaconus der Parodie Charlottenburg, Diöcese Friedrichs-Werder, bestellt worden. Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin:

Im Laufe des Monats November 1897 sind:
ernannt: zum Postassistenten der Ober-Postdirektionssekretär Geyer, zum Ober-Postassistenten der Postassistent Qualitz, zu Ober-Telegraphenassistenten: die Telegraphenassistenten Friedrich, Franke, Lüdtke, Jadt;

versetzt: von Berlin: die Postsekretäre Hecht nach Krossen, Frömsdorf nach Rattowig (Oberschl.), Landwehr nach Karlsruhe (Baden), die Postassistenten Ellienthal nach Schöneberg bei Berlin, Wilarg und Torneau nach Charlottenburg, nach Berlin: der Ober-Postdirektionssekretär Westphal von Stettin, der Ober-Postsekretär Harris von Erfurt, die Postsekretäre Daun von Düsseldorf, Gustav Schmidt von Kamerun, Luch von Stettin, der Bureauassistent Feiler von Hamburg (unter Ernennung zum Ober-Telegraphenassistenten);

in den Ruhestand getreten: der Ober-Postdirektionssekretär Mittelstädt, der Postsekretär Bugler,

gestorben: der Ober-Telegraphensekretär a. D. Eduard Müller, der Postsekretär Gerigk, die Ober-Postassistenten Bude, Emil Steinert.

Bermischte Nachrichten.

Bekanntmachung,

betreffend die Abhaltung von Gerichtstagen in Gramzow.

Die Gerichtstage sind für das Jahr 1898 festgesetzt auf: 4. und 5. Januar, 1. und 2. Februar, 1. und 2. März, 5. und 6. April, 3. und 4. Mai, 7. und 8. Juni, 5. und 6. Juli, 4. und 5. Oktober, 1. und 2. November, 6. und 7. Dezember. Der Gerichtstag beginnt an allen Tagen um 10 Uhr Vormittag. Der zweite Terminstag ist vorzugsweise zur Aufnahme von Anträgen und Verhandlungen und zur Auskunftser-

theilung u. s. w. in denjenigen Fällen bestimmt, in welchen sich die Beteiligten einfinden, ohne geladen zu sein. Es wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß sich auch in diesen Fällen eine rechtzeitige vorherige Anmeldung des Erscheinens mit kurzer Angabe des Zwecks derselben häufig dringend empfiehlt, damit die betreffenden Akten herbeigeschafft und Hindernisse, welche sonst etwa der alsbaldigen Erledigung der Sache entgegenstehen würden, beseitigt werden können. Namentlich trifft dies zu in Vormundschafts-, Nachlaß- und Grundbuchsachen sowie in sonstigen Sachen der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit. Auflassungs- und Ablassungen können ohne solche Anmeldung regelmäßig nicht aufgenommen werden. Schließlich wird ausdrücklich bemerkt, daß auch Anträge auf Eintragung in die Landgüterrolle auf dem Gerichtstage gestellt werden können.

Angermünde, den 24. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Fiskus-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger, für das Handels-, Börsen- und Genossenschaftsregister — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch die Berliner Börsenzeitung und die Zeitschriften Zeitung. Die Bekanntmachung der Eintragungen der kleineren Genossenschaften erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger nur durch die Zeitschriften Zeitung.

Zeitschriften, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Mit der Führung des Handels-, Muster-, Börsen-, sowie des Genossenschafts-Registers ist bei dem Königlichen Amtsgericht zu Brandenburg a./H. für das Jahr 1898 bis auf weiteres der Amtsrichter Samter unter Mitwirkung des Gerichtsschreibers Pinczowski hier beauftragt. Die Aufnahme der zu den Eintragungen erforderlichen Anträge findet jeden Donnerstag und jeden Freitag von 11—12 Uhr Vormittags im Zimmer Nr. 43 statt. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Eintragungen erfolgen: 1) für das Handels-Register und das Börsen-Register im Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger, in der Berliner Börsen-Zeitung, im Brandenburger Anzeiger und Kurmärkischen Wochenblatt hier, 2) für das Muster-Register im Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger, 3) für das Genossenschafts-Register a. h. s. f. h. der kleineren, auch künftig sich bildenden Genossenschaften im Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger und im Brandenburger Anzeiger, h. hinsichtlich der größeren auch künftig sich bildenden Genossenschaften außer in den erwähnten Zeitungen auch in der Berliner Börsen-Zeitung.

Brandenburg a./H., den 8. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Nachweisung

der im Jahre 1896 durch Königl. Landbesitzer gedeckten Stuten und der im Jahre 1897 nachgewiesenen Fohlen im Regierungs-Bezirk Potsdam.

| Nummer | N a m e n
der
Besitzstationen | Dasselbst standen
im Jahre 1896
Landbesitzer | | | Diese
haben
Stuten
gedeckt | Davon sind | | | Von den tragend
gewesenen Stuten | | | | Im Jahre
1897 | |
|--------|-------------------------------------|--|-----------|-------|-------------------------------------|---------------------|---------------------|-----------------------|-------------------------------------|--------|-------|---------------|---|-------------------------------------|
| | | alte | 4 jährige | Summa | | gültig
geblieben | tragend
geworden | nicht
nachgewiesen | sind lebende Fohlen
geboren | | | haben verfoßt | standen
dasselbst
Land-
besitzer | haben
diese
Stuten
gedeckt |
| | | | | | | | | | Hengste | Stuten | Summa | | | |
| 1 | Friedr.-Wilh.-Gefüt ¹ | 5 | — | 5 | 174 | 47 | 109 | 18 | 54 | 46 | 100 | 11 | 8 | 170 |
| 2 | Linow ² | 2 | — | 2 | 126 | 27 | 91 | 8 | 38 | 45 | 83 | 9 | 2 | 134 |
| 3 | Fregdorf | 1 | — | 1 | 39 | 20 | 16 | 3 | 4 | 12 | 16 | — | 1 | 35 |
| 4 | Teschow | 2 | — | 2 | 134 | 37 | 93 | 4 | 44 | 40 | 84 | 9 | 2 | 118 |
| 5 | Trigitz | 2 | — | 2 | 108 | 42 | 60 | 6 | 24 | 29 | 53 | 7 | 2 | 100 |
| 6 | Dannenwalde | 3 | — | 3 | 159 | 30 | 115 | 14 | 55 | 50 | 105 | 10 | 3 | 175 |
| 7 | Städenitz | 3 | 1 | 4 | 166 | 27 | 132 | 7 | 51 | 63 | 114 | 18 | 3 | 161 |
| 8 | Penzen ³ | 4 | — | 4 | 201 | 56 | 124 | 21 | 53 | 59 | 112 | 13 | 4 | 187 |
| 9 | Wilsnack | 3 | — | 3 | 200 | 78 | 111 | 11 | 55 | 52 | 107 | 4 | 3 | 220 |
| 10 | Havelberg | 2 | — | 2 | 95 | 32 | 54 | 9 | 29 | 24 | 53 | 1 | 2 | 90 |
| 11 | Gumlosen ⁴ | 3 | — | 3 | 166 | 40 | 120 | 6 | 68 | 47 | 115 | 7 | 3 | 147 |
| 12 | Streesow | 2 | — | 2 | 121 | 25 | 80 | 16 | 41 | 34 | 75 | 5 | 2 | 78 |
| 13 | Gr. Breesche ⁵ | 2 | — | 2 | 136 | 35 | 99 | 2 | 45 | 44 | 89 | 11 | 2 | 109 |
| | Herleberg ⁶ | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 64 |
| 14 | Briesen | 2 | — | 2 | 87 | 23 | 57 | 7 | 24 | 30 | 54 | 3 | 2 | 103 |
| 15 | Rosen | 1 | — | 1 | 86 | 43 | 37 | 6 | 20 | 15 | 35 | 2 | 1 | 66 |
| 16 | Larnow | 2 | — | 2 | 119 | 33 | 79 | 7 | 35 | 38 | 73 | 6 | 2 | 71 |
| | Grünefeld ⁷ | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 44 |
| 17 | Deelitz | 2 | 1 | 3 | 91 | 21 | 64 | 6 | 22 | 28 | 50 | 14 | 2 | 87 |
| 18 | Dahnsdorf ⁸ | 2 | — | 2 | 39 | 8 | 26 | 5 | 11 | 12 | 23 | 4 | 2 | 47 |
| 19 | Regdorf | 2 | — | 2 | 102 | 16 | 83 | 3 | 44 | 31 | 75 | 8 | 2 | 105 |
| 20 | Eberswalde | 1 | 1 | 2 | 125 | 19 | 100 | 6 | 48 | 46 | 94 | 6 | 2 | 120 |
| 21 | Berneuchen | 1 | 1 | 2 | 82 | 38 | 31 | 13 | 14 | 15 | 29 | 2 | 2 | 75 |
| 22 | Bernau | 2 | — | 2 | 114 | 40 | 69 | 5 | 36 | 26 | 62 | 7 | 2 | 90 |
| 23 | Gr.-Schönebeck | 2 | — | 2 | 109 | 51 | 57 | 1 | 24 | 29 | 53 | 4 | 2 | 94 |
| 24 | Falkenthal | 3 | — | 3 | 172 | 50 | 119 | 3 | 44 | 57 | 101 | 18 | 3 | 164 |
| 25 | Ruhz | 3 | — | 3 | 116 | 47 | 68 | 1 | 34 | 30 | 64 | 4 | 2 | 115 |
| 26 | Templin | 2 | — | 2 | 109 | 38 | 66 | 5 | 32 | 26 | 58 | 8 | 2 | 79 |
| 27 | Angermünde | 3 | — | 3 | 221 | 61 | 154 | 6 | 81 | 66 | 147 | 7 | 3 | 152 |
| 28 | Gramzow | 4 | — | 4 | 219 | 92 | 117 | 10 | 54 | 60 | 114 | 3 | 4 | 158 |
| 29 | Jägen | 1 | — | 1 | 52 | 15 | 23 | 14 | 9 | 14 | 23 | — | 1 | 26 |
| 30 | Frenzlaue | 5 | — | 5 | 273 | 142 | 120 | 11 | 46 | 67 | 113 | 7 | 5 | 235 |
| 31 | Rosow | 3 | 1 | 4 | 203 | 56 | 127 | 20 | 68 | 49 | 117 | 10 | 4 | 146 |
| 32 | Werbelow | 2 | — | 2 | 116 | 59 | 56 | 1 | 23 | 28 | 51 | 5 | 2 | 70 |
| 33 | Neuensund | 2 | — | 2 | 88 | 26 | 58 | 4 | 24 | 28 | 52 | 6 | 2 | 53 |
| 34 | Battin | 2 | 1 | 3 | 114 | 41 | 69 | 4 | 33 | 34 | 67 | 2 | 2 | 89 |
| 35 | Al.-Ludow | 1 | — | 1 | 27 | 7 | 18 | 2 | 9 | 8 | 17 | 1 | 1 | 33 |
| 36 | Breesow ⁹ | 4 | — | 4 | 208 | 69 | 131 | 8 | 58 | 71 | 129 | 3 | 4 | 138 |
| 37 | Storkow | 2 | — | 2 | 65 | 24 | 32 | 9 | 11 | 17 | 28 | 4 | 2 | 67 |
| 38 | Jossen | 2 | — | 2 | 110 | 51 | 56 | 3 | 23 | 30 | 53 | 3 | 2 | 89 |
| 39 | Dahme | 2 | — | 2 | 108 | 19 | 80 | 9 | 40 | 30 | 70 | 10 | 2 | 104 |
| Summa | | 92 | 6 | 98 | 4980 | 1585 | 3101 | 294 | 1428 | 1430 | 2858 | 252 | 101 | 4408 |

¹⁾ 2 Zwillingengeburt. ²⁾ 1 Zwillingengeburt. ³⁾ 1 Zwillingengeburt. ⁴⁾ 2 Zwillingengeburt. ⁵⁾ 1 Zwillingengeburt.
⁶⁾ Neu errichtet. ⁷⁾ Neu errichtet. ⁸⁾ 1 Zwillingengeburt. ⁹⁾ 1 Zwillingengeburt. Summa 9 Zwillingengeburt.

Friedrich Wilhelms-Gefüt, den 29. November 1897.

Königliche Gefüt-Direction.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, für das Handels-, Börsen- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch das hiesige Intelligenzblatt und die Berliner Börsenzeitung. Die Bekanntmachung, betreffend die kleineren Genossenschaften erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger **nur** durch das hiesige Intelligenzblatt.

Wittenberge, den 2. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, für das Handels-, Börsen- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam und die Prißwaller Nachrichten. Die Bekanntmachung der Eintragungen, betreffend die **kleineren Genossenschaften** erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger **nur** durch die Prißwaller Nachrichten.

Prißwall, 2. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Eintragungen in das Handels- und Genossenschaftsregister des unterzeichneten Gerichts werden im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Königl. Preussischen Staatsanzeiger, die Berliner Börsenzeitung und den Varuther Anzeiger und, soweit sie kleinere Genossenschaften betreffen, durch den Deutschen Reichs- und Königl. Preussischen Staatsanzeiger, sowie den Varuther Anzeiger veröffentlicht werden.

Varuth, den 6. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1898 werden die Eintragungen a. in das Handelsregister durch 1) den Deutschen Reichs-Anzeiger, 2) das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam, 3) die Berliner Börsenzeitung, b. in das Musterregister durch den Deutschen Reichs-Anzeiger, c. in das Genossenschaftsregister durch 1) den Deutschen Reichs-Anzeiger, 2) das Templiner Kreisblatt — und

war für größere und kleinere Genossenschaften — veröffentlicht werden.

Templin, den 6. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Eintragungen in unser Handelsregister werden im Jahre 1898 durch den Reichsanzeiger und die Strasburger Zeitung bekannt gemacht.

Strasburg i./U., den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Eintragungen in unser Genossenschaftsregister werden im Jahre 1898 außer durch den Deutschen Reichsanzeiger für größere wie kleinere Genossenschaften a. der Stadt Strasburg i./U. noch durch die Strasburger Zeitung, b. des platten Landes noch durch die Prenzlaue Zeitung bekannt gemacht.

Strasburg i./U., den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Für das Jahr 1898 werden die Eintragungen in das Handelsregister durch den Deutschen Reichsanzeiger und die Berliner Börsenzeitung, die Eintragungen in das Genossenschaftsregister für größere und kleinere Genossenschaften durch den Deutschen Reichsanzeiger und das hiesige Hilscher'sche Wochenblatt bekannt gemacht werden.

Dahme, Mark, am 7. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Im Jahre 1898 werden unsere Eintragungen A. in das Handelsregister im Deutschen Reichs- und Königl. Preussischen Staatsanzeiger, der Berliner Börsenzeitung und der Angermünder Zeitung und Kreisblatt, B. in das Genossenschaftsregister, sowohl für größere wie für kleinere Genossenschaften im Deutschen Reichsanzeiger und in der Angermünder Zeitung und Kreisblatt veröffentlicht werden.

Angermünde, den 3. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Die im Artikel 14 des Handelsgesetzbuches vorgeschriebenen öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen 1898 im Deutschen Reichs- und Königl. Preussischen Staats-Anzeiger sowie in der Prenzlaue Zeitung. Die Eintragungen in unser Genossenschaftsregister werden: a. im Deutschen Reichs-Anzeiger, b. in der Berliner Börsenzeitung, c. in der Prenzlaue Zeitung; für kleinere Genossenschaften nur in den beiden Blättern zu a. und c. veröffentlicht.

Brüßow, den 2. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Hierzu

eine Beilage, enthaltend: Allgemeine Bedingungen für die Versicherung beweglicher Sachen bei der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg, sowie Fünf Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Beilagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Haysen Erben.

Allgemeine Bedingungen
für die
Versicherung beweglicher Sachen
bei der
Städte-Feuer-Societät
der
Provinz Brandenburg.
(§ 116 des Regl.)

A. Versicherungsfähigkeit.

§ 1.

Von der Versicherung sind ausgeschlossen: Urkunden, Werthpapiere, baares Geld, ungefaßte Edelsteine und Perlen, sowie unverarbeitetes Gold und Silber.

Sind die Kosten der Wiederherstellung einer vernichteten Urkunde schätzbar, so können diese versichert werden.

Ausgeschlossen sind ferner Sprengstoffe aller Art, Feuerwerkskörper und Bündhölzer, sowie feuergefährliche chemische Erzeugnisse.

§ 2.

Werthvollere Schmucksachen, ferner Gold- und Silbergeräthe, Bildwerke, Gemälde, Uhren, Spitzen und andere Gegenstände, welche einen besonderen wissenschaftlichen, Kunst- oder Liebhabereiwert haben — sofern sie im Einzelnen einen Werth von mehr als 100 M. haben —, gelten nur dann als versichert, wenn sie in dem Versicherungsantrage (§ 9) und dem Versicherungsbrieфе (§ 10) mit ihren Versicherungssummen einzeln aufgeführt sind.

Im Uebrigen werden die versicherten Gegenstände nur nach Gattungen benannt, und es sind alle unter die verschiedenen Gattungen gehörigen, in dem Versicherungsraume (§ 3) befindlichen Gegenstände in der Versicherung einbegriffen, sofern nicht einzelne, näher zu bezeichnende, Gegenstände hiervon ausdrücklich ausgenommen worden sind.

Fremdes Eigenthum ist, wenn es mitversichert sein soll, als solches im Versicherungsantrage zu bezeichnen, jedoch gilt der Versicherungsnehmer, der Societät gegenüber, als der allein Berechtigte und Verpflichtete.

§ 3.

Als Versicherungsräume gelten diejenigen Gebäude, nebst den dazu gehörigen Höfen, Gärten oder Lagerplätzen, welche im Versicherungsbrieфе (§ 10) als die versicherten Gegenstände enthaltend bezw. umschließend aufgeführt sind. Innerhalb dieser Räume ist dem Versicherten, wenn nicht Ausnahmen besonders vereinbart sind, ein Wechsel im Aufbewahrungsorte der versicherten Gegenstände gestattet, jedoch mit der Beschränkung, daß die im Versicherungsbrieфе für jeden einzelnen Versicherungsraum festgesetzte Versicherungssumme nicht überschritten wird.

Auch bei vorübergehender Entfernung versicherter Gegenstände aus den Versicherungsräumen zu Zwecken des gewöhnlichen Gebrauches oder wirtschaftlichen Betriebes oder der Vergung vor Gefahr bleibt die Versicherung bestehen.

Werden versicherte Gegenstände außer diesen Fällen — unbeschadet einer etwaigen besonderen Vereinbarung im Versicherungsbrieft — ohne Genehmigung des Direktors von dem Versicherten aus den Versicherungsräumen entfernt, so erlischt für sie die Versicherung. Im Uebrigen ist der Direktor befugt, die Versicherung nach § 20 zu kündigen.

Mit Genehmigung des Direktors bleibt die Versicherung auch dann bis zu ihrem Ablauf (§§ 18 u. 19) bestehen, wenn infolge Umzugs des Versicherten die Gegenstände nach der Stadt Berlin gebracht werden.

B. Werthsermittlung, Versicherungssumme und Klasseneintheilung.

§ 4.

Als Maßstab für den Werth der zu versichernden Gegenstände gilt bei Hausgeräth und bei Maschinen der Anschaffungspreis abzüglich der durch Gebrauch, Alter und bezw. verändertes Betriebswesen verursachten Werthverminderung, — bei marktgängigen Waaren deren Markt- oder Börsenpreis, bei anderen Waaren oder eigenen Fabrikaten deren Einkaufs- bezw. Herstellungspreis.

Regel ist, daß die Versicherungssumme den gemeinen Werth der Gegenstände niemals übersteigen darf. Eine Ausnahme gilt für die im § 2 Abs. 1 aufgeführten Gegenstände. Waarenlager, Erntevorräthe und dergleichen, einem steten Wechsel des Bestandes und Werthes unterworfenen Gesamtheiten dürfen zu dem höchsten Werthe, welcher innerhalb der Versicherungsdauer muthmaßlich sich ergeben kann, versichert werden.

§ 5.

Im Uebrigen hängt die Bestimmung der Summe, zu welcher versichert werden soll, von dem Versicherungsnehmer ab, jedoch muß die Hauptsumme auf einen durch die Zahl 10 theilbaren Betrag abgerundet sein.

In allen Fällen kann dem Versicherungsnehmer ein Selbstversicherungsantheil auferlegt werden.

§ 6.

Der Direktor ist befugt, während der Versicherungsdauer jeder Zeit eine Prüfung des Versicherungsbestandes und der Richtigkeit der zum Zwecke der Versicherung gemachten Angaben vorzunehmen und von dem Versicherten alle diejenigen Angaben und Nachweise zu verlangen, welche zu dieser Prüfung nothwendig sind.

Den Bestand versicherter Gesamtheiten (§ 4 Abs. 2) muß der Versicherte jeder Zeit durch Wirtschaftsverzeichnisse oder Handlungsbücher nachzuweisen im Stande sein.

§ 7.

Die beweglichen Sachen gehören, der Regel nach, in dieselbe Gefahrenklasse wie die Gebäude, in denen sie sich befinden. Die Versicherten zahlen daher feste Jahresbeiträge für bewegliche Sachen nach folgender Abstufung:

| in
Gebäude-
klasse | jährlich
‰ | in
Gebäude-
klasse | jährlich
‰ | in
Gebäude-
klasse | jährlich
‰ | in
Gebäude-
klasse | jährlich
‰ |
|--------------------------|---------------|--------------------------|---------------|--------------------------|---------------|--------------------------|---------------|
| I A | 0,36 | II A | 1,2 | III | 4,2 | IV | 8,4 |
| I | 0,6 | II | 1,8 | III B | 6 | IV B | 13,2 |
| I B | 1,08 | II B | 3,6 | — | — | — | — |

Nach dem Grade der Gefahr jedoch, welche sie, abgesehen von ihrem Aufbewahrungsraume, durch den Stoff, aus dem sie bestehen, durch die Art ihres Gebrauches, durch die größere oder geringere Schwierigkeit ihrer Rettung beim Brande, durch die persönlichen Eigenschaften ihres Besitzers oder durch andere Umstände darbieten, ist eine abweichende Einordnung zulässig, Gestalt, daß die Beitragsätze in jeder Klasse demjenigen der nächstfolgenden (unteren oder oberen) Klasse bis auf 0,2%₀ angenähert werden können.

Auch ist der Direktor befugt, Solchen, die auf mehrere Jahre Versicherung nehmen (§§ 15a und 19, Abs. 2) einen Beitragserlaß bis zu 20 Prozent zuzugestehen.

Sind die Gegenstände in mehreren Gebäuden verschiedener Klassen untergebracht, so wird die Abtheilung, in welche sie insgesamt gehören, mittels durchschnittlicher Berechnung ermittelt.

Dieses Beitragsverhältniß unterliegt von fünf zu fünf Jahren erneuerter Prüfung und erforderlichenfalls der Abänderung. Eine solche Abänderung bleibt jedoch während der Dauer des Versicherungszeitraumes (§§ 18, 19) ohne Einfluß auf die Beitragspflicht des Versicherten.

§ 8.

Der freien Vereinbarung überlassen bleibt der Beitrag bei den sogenannten kurzlaufenden Versicherungen (vgl. § 19, Abs. 1), sowie bei der Versicherung von Gegenständen, welche entweder im Freien aufbewahrt werden, (z. B. Bauholz, Ackergeräthe) oder welche ihrer Bestimmung gemäß zeitweise aus den Versicherungsräumen entfernt bleiben (z. B. Dreschmaschinen, Carrouffels).

C. Abschluß der Versicherung.

§ 9.

Die Versicherung beweglicher Sachen bei der Societät ist jeder Zeit zulässig.

Der Versicherungsantrag, sowohl für Neuversicherung als auch für Erhöhung einer bestehenden Versicherung muß schriftlich, unter Angabe der zu versichernden Gegenstände, ihres Werthes und der sonst noch für die Entscheidung über den Antrag nothwendigen Grundlagen, nach einem von der Societät zu liefernden Musterblatte, bei dem Geschäftsführer, oder, wenn in der Stadt kein solcher bestellt ist, unmittelbar bei dem Direktor angebracht werden. Der Versicherungsnehmer ist der Societät zur größten Gewissenhaftigkeit bei diesen Angaben verpflichtet.

Falsche Angaben oder solchen gleich zu achtendes Verschweigen machen die Versicherung ungültig, ohne daß eine Rückerstattung der gezahlten Beiträge erfolgt, insofern darin eine Verletzung von Treu und Glauben liegt.

Die Societät ist befugt, die Angaben, nöthigenfalls unter Zuziehung Sachverständiger, zu prüfen. Die Kosten dieser Prüfung trägt der Versicherungsnehmer, wenn dieselbe die Unrichtigkeit in wesentlichen Punkten herausstellt.

§ 10.

Der Versicherungsnehmer ist an seinen Antrag 2 Wochen hindurch, nach Eingang des letzteren beim Direktor, gebunden.

Der Direktor entscheidet über die Feststellung und Annahme der Versicherung und ertheilt dem Versicherten einen Versicherungsbrief, welcher über den Gegenstand, den Beginn und die Dauer der Versicherung, die Versicherungsräume, die Versicherungssumme und den Beitragsatz Auskunft giebt.

Die Versicherung beginnt, falls dem Versicherungsnehmer nicht schon vor der Ausfertigung des Versicherungsbriefes die Annahme seines Antrages schriftlich erklärt oder in dem letzteren nicht ein späterer Zeitpunkt angegeben ist, mit der Mittagstunde desjenigen Tages, an welchem der Direktor die Annahmeverfügung gezeichnet hat.

§ 11.

Hat der Direktor die Versicherung unter Abänderung des Antrages angenommen, so ist der Versicherungsnehmer berechtigt, binnen einer Woche nach dem Tage der Zustellung der Entscheidung seinen Antrag auf Versicherung bezw. Erhöhung der bestehenden Versicherung zurückzunehmen. Die Erklärung muß schriftlich oder zu Protokoll dem Geschäftsführer oder dem Direktor abgegeben werden.

§ 12.

Für jeden bei einem Geschäftsführer angebrachten Versicherungsantrag (Neuversicherung, Verlängerung, Abänderung [§ 9]) ist an den ersteren eine Gebühr nach dem festgestellten Gebührenverzeichniß zu entrichten. Diese Gebühr ist auch dann zu zahlen, wenn der Antrag zurückgenommen wird (§ 10 Abs. 1 u. 11).

Der Versicherungsnehmer hat ferner die durch seinen Antrag der Societät entstehenden Auslagen (Postgeld, Stempel, Versicherungsschild) zu erstatten.

D. Beitragsleistung der Versicherten.

§ 13.

Ergiebt sich aus der Beitragsaufeinanderfolge (§ 7) ein Jahresbeitrag, der nicht den Betrag von 1 M. erreicht, so kommt letzterer zur Erhebung.

Im Uebrigen wird jeder von dem Versicherten auf einmal zu leistende Beitrag (§ 15, a und b) auf 10 Pfennige abgerundet, dergestalt, daß Beträge bis zu 5 Pfennigen wegb bleiben, dagegen Beträge von mehr als 5 Pfennigen auf 10 Pfennige erhöht werden.

§ 14.

Der kürzeste Zeitraum, für welchen die Beiträge zur Berechnung kommen, ist ein Monat. Sie werden vom Anfang des Monats, in welchem die Versicherung beginnt und bis zum Ablaufe desjenigen, in welchem sie endet, berechnet.

Bei Veränderungen in der Versicherung während der Dauer der letzteren werden die dadurch bedingten Beitragserhöhungen vom Beginne desjenigen Monats, Beitragsvermindernngen dagegen vom Ablaufe desjenigen Monats berechnet, in welchem die Veränderung eingetreten ist. Nur bei Wohnungswechsel des Versicherten kommt die Beitragsänderung erst mit dem Beginn des nächsten Kalenderhalbjahrs zur Berechnung.

Erlischt die Versicherung innerhalb der Versicherungsdauer (§§ 18, 19), so werden die überhobenen Beiträge nur erstattet, wenn sie den Betrag von 50 Pf. übersteigen. Ist das Erlöschen eine Folge des Wegzuges des Versicherten aus dem Societätsgebiete, so tritt die Rückerstattung nur auf Antrag des Versicherten ein.

§ 15.

Die Erhebung der Beiträge erfolgt im Voraus und zwar:

- a) wenn es sich handelt um kurzlaufende oder mehrjährige Versicherungen (§ 19, Abs. 1 u. 2) bei Eingehung der Versicherung für die ganze Dauer derselben;
- b) im Uebrigen (§ 18) für das laufende Kalenderhalbjahr (Januar—Juni, bezw. Juli—Dezember), jedoch mit der Maßgabe, daß bei Versicherungen, die im Laufe des ersten Kalenderhalbjahrs beginnen, der Beitrag auch für das zweite gleich mit erhoben wird. Dem Versicherten steht frei, den Beitrag für das ganze Kalenderjahr bezw. zugleich für das auf den Beginn der Versicherung folgende Kalenderjahr (§ 18) zu zahlen.

§ 16.

Die Beiträge und Nebenkosten sind kostenfrei an den Geschäftsführer der Societät oder, falls ein solcher nicht bestellt ist, an die Brandenburgische Landes-Hauptkasse zu zahlen. Das Letztere gilt auch, wo es sich um die eigene Versicherung eines Geschäftsführers handelt.

Bei Zahlungen durch Postanweisung gilt der Postschein als Quittung.

§ 17.

Erfolgt die Zahlung der Beiträge nicht innerhalb einer Woche nach geschener Aufforderung, so ruht die Versicherung bis zum Ablaufe des Tages, an welchem die Zahlung erfolgt. (§ 21).

Die Societät ist berechtigt, die verspätet angebotenen bezw. abgeführten Beiträge abzulehnen. Durch die verspätete Zahlung wird daher die Versicherung nicht ohne Weiteres wieder in Kraft gesetzt, sondern es bedarf hierzu der Zustimmung des Direktors; erfolgt letztere innerhalb einer Woche nach der Zahlung nicht, so gilt die Versicherung als erloschen.

E. Dauer und Aufhebung der Versicherung.

§ 18.

Die Versicherung dauert, wenn nichts anderes verabrebet ist (§ 19), bis zum Ablauf desjenigen Kalenderjahres, welches auf das Kalenderjahr, in dem sie begonnen hat, folgt.

Mangels rechtzeitiger Kündigung gilt die Versicherung stets als auf ein ferneres Kalenderjahr verlängert. Die Kündigung muß vor dem 1. November desjenigen Jahres, mit dessen Ablauf die Versicherung erlöschen soll, dem anderen Theile schriftlich erklärt werden.

§ 19.

Versicherungen, die ihrer Natur oder dem Herkommen gemäß (Mieten, Waarenlager von vorübergehendem Bestande u. dgl.) auf bestimmte kurze Zeit geschlossen sind (sogenannte kurzlaufende Versicherungen) endigen mit dem Ablaufe des letzten Tages der verabredeten Zeit, und es findet bei ihnen eine stillschweigende Verlängerung (§ 18 Abs. 1) nicht statt.

Dasselbe gilt von Versicherungen, die über die in § 18 bestimmte Dauer hinaus geschlossen sind (mehrjährige Versicherungen).

§ 20.

Der Direktor ist — außer dem Falle des § 3 — befugt, jede Versicherung mit vier Wochen Frist zu kündigen, wenn:

1. in den Versicherungsräumen oder deren Nachbarschaft Veränderungen eintreten, welche die Feuersgefahr für die versicherten Gegenstände wesentlich erhöhen,
2. auf die versicherten oder auf gleichartige, ebenfalls dem Versicherten gehörige und in den Versicherungsräumen befindliche Gegenstände ohne ausdrückliche Genehmigung des Direktors anderweit Versicherung genommen wird, oder eine bestehende Versicherung dieser Art endet,
3. auf dem die versicherten Gegenstände enthaltenden Grundstücke ein Brand entstanden oder eine Brandstiftung versucht worden ist,
4. der Versicherte in Konkurs verfallen ist,
5. der Versicherte die dem Direktor nach § 6 zustehende Prüfung des Versicherungsbestandes ablehnt oder verhindert, bezw. die dazu erforderlichen Angaben und Nachweise zu erbringen unterläßt.

Das Kündigungsrecht muß innerhalb zwei Wochen, nachdem das dasselbe begründende Ereigniß dem Direktor bekannt geworden ist, bei Verlust desselben ausgeübt werden.

§ 21.

In den Fällen des § 20 zu 2 und 5 ruht — wie im Falle des § 17 und § 22 — die Versicherung vom Eintritte des das Kündigungsrecht begründenden Ereignisses an, mit der Wirkung, daß, wenn die versicherten Gegenstände während des Ruhens der Versicherung von einem Brandschaden betroffen werden, die Societät keine Schadenvergütung zu gewähren hat, dagegen die Pflicht des Versicherten zur Zahlung der Beiträge bestehen bleibt.

Die Versicherung tritt wieder in Kraft in dem Falle des § 20 zu 2 mit dem Ablaufe desjenigen Tages, an welchem Anzeige von dem Ereigniß gemacht worden ist. Diese Anzeige muß durch den Versicherten schriftlich oder zu Protokoll dem Geschäftsführer oder dem Direktor gemacht werden.

In dem Falle des § 20 zu 5 dauert das Ruhen der Versicherung so lange, als das Hinderniß besteht.

§ 22.

In Erb- und Konkursfällen gehen die Rechte und Pflichten aus der Versicherung ohne Weiteres auf die Erben, bezw. die Gläubigerschaft über, vorbehaltlich der Vorschrift in § 20 zu 4.

Bei sonstigem Eigenthumswechsel ruht die Versicherung bis der neue Eigenthümer in das Vertragsverhältniß einzutreten schriftlich oder zu Protokoll dem Geschäftsführer oder dem Direktor erklärt hat. Der Societät bleibt anheimgestellt, ob sie auf Antrag des neuen Eigenthümers diesen in das Vertragsverhältniß eintreten lassen will. Wird dieser Eintritt nicht innerhalb einer Woche seit dem Antrag des neuen Eigenthümers vom Direktor genehmigt, so gilt die Versicherung als erloschen.

So lange bis dieser Eintritt erfolgt ist, bleibt der bisherige Eigenthümer der Societät für die Erfüllung aller Verbindlichkeiten aus der Versicherung bis zu deren Ablauf, bezw. Auflösung verhaftet.

§ 23.

Die Versicherung erlischt — außer im Falle der §§ 3, 17 und 22 — wenn der Versicherte sich eines Brandstiftungsversuchs schuldig gemacht hat und im Falle eines Brandes (§ 27), wenn der Versicherte den Brand vorsätzlich oder aus grober Fahrlässigkeit verursacht hat (§ 30).

Die gerichtliche Verurtheilung ist in dieser Beziehung maßgebend. So lange das Verfahren schwebt, ist ein Anspruch auf Schadenvergütung nicht geltend zu machen.

In diesen Fällen, wie im Falle des § 3 findet eine Rückerstattung gezahlter Beiträge nicht statt.

F. Schadenvergütung.

§ 24.

Die §§ 86 bis 88 des Reglements bestimmen den Umfang der Ersatzverbindlichkeit der Societät auch für die beweglichen Sachen. Auch derjenige Schaden, welcher durch das nothwendige Ausräumen oder durch Abhandenkommen versicherter Gegenstände entsteht, wird vergütet. *)

Nicht vergütet wird dagegen ein Schaden, welcher versicherte Gegenstände dadurch getroffen hat, daß dieselben zu einem gewerblichen oder wirthschaftlichen Zwecke (Darren, Trocknen, Sieden, Räuchern u. dergl.) der Einwirkung des Feuers oder der Wärme ausgesetzt worden sind.

§ 25.

Bei der Vergütung gilt als Grundsatz, daß die Versicherung nicht zu einem Gewinn führen soll. Daher kommt, wenn nicht ein außerordentlicher Werth besonders versichert ist (§ 2 Abs. 1) nur der gemeine Werth der versicherten Gegenstände, wie sie am Tage des Brandes vorhanden und beschaffen sind, in Betracht. Nach dem Verhältniß dieses Werthes zur Versicherungssumme wird die Vergütung berechnet. Hiernach haben die zur Versicherung angenommenen Werthe nur die Bedeutung einer obersten Grenze, bis zu welcher die Schadenvergütung reichen kann.

§ 26.

Der Versicherte hat längstens innerhalb 3 Tagen nach Löschung des Brandes von demselben dem Geschäftsführer Anzeige zu machen. Behufs Ermittlung des durch den Brand entstandenen Schadens hat der Versicherte auf Verlangen der Societät ein Verzeichniß aller zur Zeit des Brandes vorhanden gewesen, der davon verbrannten oder abhanden gekommenen, sowie aller beschädigt oder unbeschädigt geretteten Gegenstände, unter Beifügung ihres Werthes (§ 25) anzufertigen und dasselbe binnen 2 Wochen nach dem Brande dem Geschäftsführer einzureichen. Beanprucht der Versicherte für Gegenstände, die entwendet oder sonst abhanden gekommen sind, Vergütung, so muß er binnen einer Woche nach dem Brande der Ortspolizeibehörde ein Verzeichniß dieser Gegenstände einreichen und auf Verfolgung des Diebstahls antragen.

Wo ein Geschäftsführer nicht bestellt ist, muß die Anzeige und die Einreichung der Verzeichnisse bei dem Direktor geschehen.

Der Versicherte ist verpflichtet, jede zur Ermittlung der Entstehung und des Umfanges des Schadens verlangte Auskunft getreulich zu ertheilen und die zum Nachweise seines Verlustes dienenden Bücher, Schriftstücke u. dergl. vorzulegen.

§ 27.

Auf Grund der über die Ermittlung des Schadens gepflogenen Verhandlungen wird die zu gewährende Entschädigung durch den Direktor festgesetzt. Um den Betrag derselben, falls dieser 300 M. übersteigt, vermindert sich die Versicherung.

*) Diese §§ lauten:

§ 86.

Die Societät vergütet jede Beschädigung der bei ihr versicherten Gegenstände, welche durch Feuer ausbruch oder in Folge der von den Leitern der Löschanstalten Behufs der Löschung oder zur Verhütung der Weiterverbreitung eines ausgebrochenen Feuers getroffenen Anordnungen entstanden ist.

§ 87.

Auch die durch einen Krieg veranlaßten Feuereschäden an Gebäuden, ohne Unterschied, ob sie durch den Feind oder befreundete Truppen veranlaßt sind, werden reglementsmäßig vergütet.

§ 88.

Beschädigungen, welche durch Einschlagen des Blitzes entstanden sind, werden auch dann vergütet, wenn der Blitz nicht gezündet hat.

In die Versicherung gegen Feuergefahr ohne Weiteres eingeschlossen ist auch der durch eine Explosion irgend welcher Art verursachte Brandschaden und zwar ohne Unterschied, ob die Explosion auf dem die versicherten Gebäude enthaltenden Gehöfte, oder anderswo sich ereignet hat.

Ein durch Explosion entstandener Trümmerschade ist nur insoweit in die Versicherung eingeschlossen, als derselbe von dem begleitenden Brandschaden nicht getrennt werden kann.

Ohne Rücksicht aber auf diese Trennbarkeit wird jeder Brand- und Trümmerschade vergütet, der durch Explosion von Gas, welches im Hausgebrauch oder im Kleingewerbe zu Beleuchtungs- oder Heizungszwecken oder als Triebkraft dient, verursacht ist.

Keine Trümmerschäden, welche durch Explosion von gespanntem Dampf, heißem Wasser oder heißer gespannter Luft verursacht sind, werden nur dann vergütet, wenn die Explosionsgefahr ausdrücklich — gegebenen Falles unter Verringerung eines Zuschlages zu den sonstigen Versicherungsbeiträgen — übernommen worden ist. Verpflichtet zu dieser Uebernahme ist die Societät nicht.

Innerhalb zwei Wochen nach endgültiger Ermittlung der zu gewährenden Schadenvergütung wird dieselbe vorbehaltlich der Bestimmung in § 92 des Reglements*) und der erforderlichen polizeilichen Genehmigung gezahlt.

§ 28.

Ist der Versicherte mit der Festsetzung des Direktors nicht einverstanden und kommt eine gütliche Einigung über die Schadenvergütung nicht zu Stande, so wird darüber in einem schiedsgerichtlichen Verfahren entschieden, auf das der § 100 Abs. 4 ff. des Reglements**) sinngemäße Anwendung findet.

§ 29.

Die Societät ist berechtigt, die beschädigten Gegenstände ganz oder theilweise zum abgeschätzten Werthe zu übernehmen.

§ 30.

Der Versicherte verliert den Anspruch auf Schadenvergütung:

1. wegen eines Verschuldens bei Entstehung des Brandes nach Maßgabe der Bestimmungen in den §§ 90 und 91 des Reglements***) ganz oder zum Theil;

*) § 92 des Reglements lautet:

So lange die amtliche Untersuchung über die Entstehung des Brandes schwebt, kann die Brandentschädigung zurückgehalten werden, sofern nicht der Versicherte eine Erklärung des Staatsanwalts beibringt, daß die Untersuchung weder gegen ihn, noch gegen diejenigen Personen, für welche er gesetzlich zu haften hat, gerichtet ist.

**) § 100, Abs. 4 ff. lautet:

Ist der Betrag ein höherer, so steht demjenigen Theile (dem Versicherten wie dem Direktor), welcher mit dem Ergebnisse nicht einverstanden ist, die Berufung auf schiedsrichterliche Entscheidung innerhalb einer ausschließenden Frist von zwei Wochen zu. Diese nimmt ihren Anfang für den Versicherten mit dem Ablaufe des Tages, an welchem ihm das Ergebnis der Abschätzung durch den Magistrat bekannt gemacht worden ist (Absatz 2), für den Direktor mit dem Ablaufe des Tages, an welchem ihm die Abschätzungsverhandlungen durch den Magistrat zugegangen sind (§ 101).

Das Schiedsgericht wird gebildet aus einem von dem Versicherten und einem von dem Direktor zu bestellenden Bauverständigen, welche Beiden, wenn sie sich nicht einigen können, einen dritten Bauverständigen als Obmann wählen. Kommt diese Wahl nicht zu Stande, so ernannt den Obmann der Landesdirektor. Der Obmann entscheidet nur über die streitig gebliebenen Punkte. Der Schiedsspruch wird schriftlich mit Gründen abgefaßt. Die Kosten des Verfahrens werden so vertheilt, daß jeder Theil die Kosten seines Bauverständigen allein, die des Obmannes aber zur Hälfte trägt. Der dem Versicherten danach zur Last fallende Kostenbeitrag wird an der ihm zukommenden Brandschadenvergütung gekürzt. Im Uebrigen wird das schiedsrichterliche Verfahren durch eine auf Antrag des Direktorialrathes vom Provinzialausschuß zu erlassende Geschäftsanweisung geregelt.

Auf die Schiedsrichter findet § 23 Absatz 3 Anwendung.

Ist das Schiedsgericht nur von einem der beiden Theile (dem Versicherten oder dem Direktor) angerufen worden, so darf dasselbe keine geringere bezw. keine höhere Schadenvergütung festsetzen als diejenige ist, deren Abänderung der Versicherte bezw. der Direktor durch die Anrufung des Schiedsgerichtes hat herbeiführen wollen.

Der Spruch des Schiedsgerichtes ist endgültig. Er wird dem Direktor durch Vorlegung der Verhandlungen, dem Versicherten mit Gründen durch den Direktor mitgetheilt. Bedinglich auf dem Grunde unrichtiger Anwendung gesetzlicher oder reglementarischer Bestimmungen kann derselbe, ebenso wie das Ergebnis der Ermittlungen der Ortskommission im Falle des Absatz 8, von jedem Theile (dem Versicherten wie dem Direktor) durch Beschwerde beim Direktorialrathe bezw. dem Provinzialausschuß angefochten werden. Die Beschwerde ist binnen zwei Wochen ausschließender Frist und zwar von Seiten des Direktors bei dem gewählten Vorsitzenden des Direktorialrathes (§ 83 Absatz 8) anzubringen. Die Frist beginnt für den Direktor mit dem Ablaufe des Tages, an welchem ihm die Verhandlungen des Schiedsgerichtes vorgelegt sind, für den Versicherten mit dem Ablaufe des Tages, an welchem ihm der Schiedsspruch bekannt gemacht worden ist. Im Uebrigen finden die §§ 83 und 84 für das Beschwerdeverfahren sinngemäße Anwendung.

***) Diese §§ lauten:

§ 90.

Ist das Feuer von dem Versicherten vorsätzlich verursacht oder auf sein Geheiß oder nur mit seinem Willen und Wissen von einem Dritten angelegt, so hat die Societät dem Versicherten eine Brandschadenvergütung nicht zu gewähren. Eine gerichtliche Verurtheilung des Versicherten ist in dieser Beziehung maßgebend.

Ebenso geht der Versicherte des Anspruchs auf Brandschadenvergütung verlustig, wenn er den Brand durch grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt hat. Eine solche wird angenommen, wenn der Versicherte deshalb wegen fahrlässiger Brandstiftung mit Gefängniß bestraft worden ist.

Ist der Versicherte wegen fahrlässiger Brandstiftung mit einer Geldstrafe belegt worden, so kann die Brandschadenvergütung bis auf die Hälfte herabgesetzt werden.

Hat der Versicherte durch Verletzung einer feuerpolizeilichen Vorschrift den Brand herbeigeführt, so kann die Brandschadenvergütung um ein Zehntel gekürzt werden.

§ 91.

Bezüglich der Haftung des Versicherten, gegenüber der Societät für die Handlungen dritter Personen, sowie bezüglich des Verlustes der Brandschadenvergütung in Folge von unterlassenen oder wahrheitswidrigen Angaben des Versicherten bemerkt es bei den landesgesetzlichen Vorschriften.

2. wenn er den, nach dem Inhalte des Versicherungsbriefes ihm auferlegten, die Verminderung der Feuergefährdung bezweckenden Bedingungen zuwidergehandelt hat und nicht nachweisen kann, daß hierdurch der Brand nicht herbeigeführt worden ist;
3. wenn er die Anwendung der in seiner Macht stehenden Mittel zur Rettung und Vergütung der durch den Brand gefährdeten Gegenstände sowie zum Schutze der entwertheten Gegenstände vor weiterer Entwerthung unterläßt.
(Hierbei gilt aber die Einschränkung, daß die Ausräumung — abgesehen von lebendem Vieh — nicht früher erfolgen darf, als bis die Polizeibehörde es verlangt oder der Vertreter der Societät — falls ein solcher auf der Brandstätte anwesend ist — es genehmigt).
4. wenn er
 - a) die im § 26 Abs. 1 vorgeschriebene Anzeige vom Brande innerhalb der bestimmten Zeit ohne zwingende Gründe zu erstatten unterläßt, oder
 - b) die daselbst vorgeschriebenen Verzeichnisse vorsätzlich falsch anfertigt oder auf andere Weise bei Ermittlung des Schadens die Societät zu betrügen versucht, oder endlich
 - c) die von ihm verlangte Auskunft oder Vorlegung von Beweisstücken verweigert (§ 26 Abs. 3).
5. wenn die Versicherung ruht (§§ 17, 20, 22).

G. Schlußbestimmungen.

§ 31.

Der Direktor ist befugt, neben vorstehenden allgemeinen Bedingungen noch besondere Bedingungen in jedem einzelnen Falle, insbesondere für landwirthschaftliche, Fabrik- und Mühlenversicherungen mit dem Versicherungsnehmer zu vereinbaren.

Ebenso kann derselbe Verbänden und Vereinen (Beamtenvereinen, Feuerwehren u. s. w.), welche der Societät ihre Mitglieder zuführen, Vergünstigungen, insbesondere hinsichtlich der Beitragsätze, gewähren.

§ 32.

Die vorstehenden allgemeinen Bedingungen treten an Stelle der vom Brandenburgischen Provinzial-Ausschuß unter dem 1. September 1890 genehmigten und zwar mit dem 1. Januar 1898, unbeschadet jedoch der vertragsmäßigen Rechte der zu diesem Zeitpunkte bereits Versicherten bis zum Ablauf ihrer laufenden Versicherung. Mit der Verlängerung treten auch für diese Versicherungen die neuen Bestimmungen in Geltung.

Berlin, den 26. Oktober 1897.

Der Brandenburgische Provinzial-Ausschuß.

Graf von Wilamowitz - Moellendorf.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 52.

Den 24. Dezember

1897.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Bekanntmachung.

30. Für die Turnlehrerinnen-Prüfung, welche im Frühjahr 1898 in Berlin abzuhalten ist, habe ich Termin auf Montag den 23. Mai 1898 und die folgenden Tage anberaumt.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens bis zum 1. April 1898, Meldungen anderer Bewerberinnen bei derselben Königl. Regierung, in deren Bezirk die Betreffende wohnt, ebenfalls bis zum 1. April 1898 anzubringen.

Die in Berlin wohnenden Bewerberinnen, welche in keinem Lehramte stehen, haben ihre Meldungen bei dem Königl. Polizei-Präsidium in Berlin bis zum 1. April 1898 einzureichen.

Die Meldungen können nur dann Berücksichtigung finden, wenn ihnen die nach § 4 der Prüfungsordnung vom 15. Mai 1894 vorgeschriebenen Schriftstücke ordnungsmäßig beigelegt sind. Die über Gesundheit, Führung und Lehrthätigkeit beizubringenden Zeugnisse müssen in neuerer Zeit ausgestellt sein.

Die Anlagen jedes Gesuches sind zu einem Hefte vereinigt einzureichen.

Berlin, den 9. Dezember 1897.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

Bekanntmachung.

19. An Stelle des verstorbenen Beigeordneten Solf zu Sonnenburg ist der Bürgermeister Kautsch zu Zielenzig zum Provinziallandtags-Abgeordneten des Kreises Osternberg gewählt worden.

Solches wird gemäß § 21 der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 hiermit bekannt gemacht.

Potsdam, den 13. Dezember 1897.

Der Ober-Präsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachung.

20. An Stelle des verstorbenen Landraths Geheimen Regierungsraths Jacobs in Landsberg a. W. ist der Rittergutsbesitzer von Klüging zu Charlottenhof zum Provinziallandtagsabgeordneten des Kreises Landsberg a. W. gewählt worden.

Solches wird gemäß § 21 der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 hiermit bekannt gemacht.

Potsdam, den 15. Dezember 1897.

Der Oberpräsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungspräsidenten,

Bekanntmachung.

289. Unter Bezugnahme auf § 94, 1 der Wehrordnung bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß am 1. April 1898 bei folgenden Truppentheilen des III. Armee-Corps die Einstellung Einjährig-Freiwilliger erfolgen soll:

Infanterie-Regiment Graf Tauxemont von Wittenberg (3. Brandenburgisches) Nr. 20,

Infanterie-Regiment von Alvensleben (6. Brandenburgisches) Nr. 52.

Potsdam, den 14. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

290. Der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat unter dem 29. November d. J. dem Ingenieur Krimmer beim Dampfkessel-Revisions-Verein „Berlin“ die nachgesuchte Berechtigung zur Vornahme der Vorprüfung von Genehmigungsge suchen, sowie dem Ingenieur Bucholz bei demselben Verein die Berechtigung zur Vornahme der regelmäßigen technischen Untersuchungen und Wasserdruckproben bei allen der Betriebsüberwachung unterstehenden Dampfkesseln unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs erteilt.

Potsdam, den 15. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

Betrifft die schussfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gammersdorf für 1897.

291. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 — Amtsbl. S. 366 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß die schussfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gammersdorf für das Jahr 1897, wie folgt, festgesetzt worden sind:
Dezember: 25., 26., 27., 29.

Potsdam, den 20. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

Berichtigung.

292. Die Nachweisung des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat Oktober 1897 — Amtsblatt Nr. 46 von 1897 — wird bezüglich des Hauptmarktkortes Schwedt dahin berichtigt, daß der Preis für je 50 kg Hafer, Heu und Roggenstroh 7,53 M., 2,73 M. und 2,42 M. betragen hat.

Potsdam, den 17. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

Ortsbenennung.

293. Dem im Kreise Templin, etwa 5 km von Templin, 2 km von Gandenitz und Neu-Placht, 1500 m vom Regowsee entfernten, an der Templin-Pychter Chaussee belegenen und zum Stadtbegirt Templin gehörenden Gute des Landwirths Albert Wernitz wird der Name **Adlershof** beigelegt.

Potsdam, den 20. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

Das Diphtherieheißerum betreffend.

294. Mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 12. November d. Js. im Amtsblatt Stück 47 Seite 447 wird bekannt gemacht, daß sich die Chemische Fabrik von E. Merck zu Darmstadt gleichfalls bereit erklärt hat, die vereinbarte Preisermäßigung für diejenigen Fläschchen des Diphtherieheißerums, welche aus Staats- oder Gemeindemitteln sowie von Krankenkassen im Sinne des Krankenkassengesetzes oder von Vereinigungen bezahlt werden, die der öffentlichen Armenpflege dienen, nicht nur den amtlichen Vermittelungsstellen, sondern auch ihren direkten Abnehmern zu gewähren, wenn diese die amtlich beglaubigten Beläge einreichen.

Potsdam und Berlin, den 20. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

Bekanntmachung.

295. Der Herr Oberpräsident hat mittelst Erlasses vom 7. Dezember d. Js. dem Vorstande des Vereins zur Fürsorge für die weibliche Jugend zu Berlin die Genehmigung erteilt, in der Zeit vom 1. Januar bis Ende September 1898 eine einmalige Hauskollekte in der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg abzuhalten.

Die mit der Ausführung der Sammlungen beauftragten Personen sind mit ordnungsmäßigen, polizeilich beglaubigten Legitimationen sowie mit paginirten und beglaubigten Sammelbüchern zu versehen und haben sich vor dem Beginn ihrer Thätigkeit unter Vorlegung ihrer Ausweise bei der Ortspolizeibehörde zu melden.

Potsdam und Berlin, den 18. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident. Der Polizeipräsident.

T i e b s e u c h e n.

296. Ausgebrochen:

a. Milzbrand. Kreis Prenzlau: bei einer Kuh des Dominikus Neuensund. Kreis Angermünde: bei einer verendeten Kuh des Domainenpächters Schreyer in Wendemark.

b. Maul- und Klauenseuche. Stadtkreis Potsdam: unter dem Rindviehbestande des städtischen Schlachthofs. Kreis Angermünde: unter dem Rindviehbestande des Rittergutes Pinnow. Kreis Oberbarnim: unter den Rindern der Bauern Hübner, Lehmann und Drebered in Hefelsberg und des Eigenthümers Voigt in Bevais. Kreis Niederbarnim: unter den Kühen des Vorwerks Helenenau und auf dem Gehöft des Gemeindevorstehers Kerkow in Karow. Kreis Teltow: unter den Rindviehbeständen der Wittwe Weber in Groß-Zietzen, der Bauern Siebecke und Ziebrich in Löwenbruch, des Bauern Aßfalk in Groß-

Beuthen und des Schlächtermeisters Girndt in Mittenwalde. Kreis Osthavelland: unter den Rindern des Aderbürgers Britschow in Nauen. Kreis Westhavelland: unter den Kühen und dem Jungvieh des Rittergutsbesizers v. Bredow auf Rittergut Stechow und bei beiden Kühen des Gastwirths Gerker im Dorf Stechow. Kreis Zauch-Belzig: unter den Kühen des Büblers Werder in Wittbriegen. Kreis Ruppin: unter dem Rindvieh des Bauern Papenbrock in Katerbow, des Kossäthen Lange in Kerklin und unter den Schweinen des Milchpächters Schulz und des Kossäthen Regband in Katerbow sowie des Büblers Kramer in Kerklin.

c. Räude. Kreis Niederbarnim: bei zwei Pferden des Handelsmannes Goltz in Reinickendorf.

d. Bruckseuche. Stadtkreis Potsdam: Pferdebestand des Majors und Bataillons-Kommandeurs im 1. Garde-Regiment zu Fuß v. Pläskow in der Privatstallung Augustastraße 40, und Seiner Königl. Hoheit des Erbprinzen von Sachsen-Coburg und Gotha, Kener Markt 1. Kreis Osthavelland: unter den Pferden der 1. reitenden Batterie 2. Garde-Feldartillerie-Regiments. Kreis Prenzlau: unter den Pferden des Dominikus Gr. Spiegelberg.

e. Geflügelcholera. Kreis Teltow: unter den Gänsen des Zimmermanns Hönike in Wünsdorf.

G r o s s e n:

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Teltow: unter dem Viehbestande der Wittve Thiele in Groß-Zietzen. Kreis Oberbarnim: auf dem Gute Herrenhof und Kerkenbruch.

b. Geflügelcholera. Kreis Niederbarnim: in Rummelsburg.

Potsdam, den 21. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Schluß der kleinen Jagd.

15. Für den Regierungsbezirk Potsdam wird die Jagd auf Hasen, Auer-, Birk-, Fasanenhennen, Haselwild und Wachteln mit Ablauf des 17. Januar 1898 geschlossen.

Potsdam, den 15. Dezember 1897.

Der Bezirksauschuß.

Bekanntmachung.

16. Nachdem die Genehmigung zur Vornahme allgemeiner Vorarbeiten zum Bau einer Kleinbahn von Alt-Landsberg über Neuenhagen nach Hoppegarten erteilt worden ist, wird auf Grund des § 5 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 hiermit angeordnet, daß jeder betheiligte Grundbesitzer auf seinem Grundstück Handlungen, welche zur Vorkereitung des gedachten Unternehmens erforderlich sind, geschehen zu lassen hat.

Das Zerstören von Baulichkeiten und das Fällen von Bäumen ist aber nur nach Einholung einer besonderen Erlaubniß der unterzeichneten Behörde zulässig.

Das Betreten von Gebäuden sowie von eingefriedigten Hof- und Gartenräumen ist nur mit Einwilli-

gung der Besitzer, in deren Ermangelung nur nach erteilter Erlaubnis der Ortspolizeibehörde zulässig.

Potsdam, den 18. Dezember 1897.

Der Bezirks-Ausschuß.

Bekanntmachung.

17. Zwecks Herstellung eines Ueberholungsgleises auf der Haltestelle Kehlsee an der Straße Berlin—Schneidemühl wird hiermit auf Grund des § 5 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 angeordnet, daß jeder Besitzer auf seinem Grundstücke Handlungen, welche zur Vorbereitung des Unternehmens erforderlich sind, geschehen zu lassen hat.

Das Zerstören von Baulichkeiten und das Fällen von Bäumen ist indessen nur nach vorheriger besonderer Erlaubnis der unterzeichneten Behörde unstatthaft.

Das Betreten von Gebäuden, sowie eingefriedigten Hof- und Gartenräumen ist nur mit Einwilligung der Besitzer, in deren Ermangelung nur nach erteilter Erlaubnis der Ortspolizeibehörde zulässig.

Potsdam, den 18. Dezember 1897.

Der Bezirksausschuß.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

88. Der Frau Marie Schuster, geb. Sandberg, Rosoderstraße Nr. 38 wohnhaft, ist durch rechtskräftiges Erkenntnis des Bezirks-Ausschusses zu Berlin vom 21. September d. J. das Hebammen-Prüfungszeugnis entzogen worden. Die Genannte ist daher als Hebamme nicht mehr anzusehen.

Berlin, den 15. Dezember 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Bekanntmachung.

15. Der Dranje-Freistaat tritt mit dem 1. Januar 1898 dem Weltpostverein bei.

Auf den Briefverkehr mit dem Dranje-Freistaat kommen daher von diesem Tage ab die Vorschriften des Vereinsdienstes in vollem Umfange zur Anwendung.

Berlin W., 9. Dezember 1897.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Postanweisungsbienst mit Deutsch-Südwestafrika.

16. Vom 1. Januar 1898 ab sind Postanweisungen bis zum Betrage von 400 Mark nach Deutsch-Südwestafrika (zunächst nur nach den Postorten Keetmanshoop, Otjimbingue, Swakopmund und Windhoek) zulässig. Dieselben sind vom Absender in deutscher Währung unter Benutzung des für den internationalen Verkehr vorgeschriebenen Formulars auszustellen, wobei der Abschnitt auch zu schriftlichen Mitteilungen an den Empfänger benutzt werden darf.

Die Gebühr beträgt 10 Pfennig für je 20 Mark, mindestens jedoch 20 Pfennig.

Berlin W., 16. Dezember 1897.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen des Reichs-Postamts.

Bekanntmachung.

17. Vom 20. Dezember ab werden Drucksachen in Rollenform bis zu 75 Centimeter Länge und 10 Centimeter Durchmesser auch innerhalb Deutschlands sowie im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn zur Postbeförderung zugelassen.

Berlin W., 11. Dezember 1897.

Reichs-Postamt, I. Abteilung.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

89. Wegen des Weihnachtsverkehrs werden am Sonntag den 19. Dezember bei allen Postanstalten im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion Berlin die Paket-Annahme- und die Paket-Ausgabestellen sowie am ersten Weihnachtsfeiertage die Paket-Ausgabestellen zu denselben Zeiten wie an den Wochentagen für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet sein. Am zweiten Feiertag werden die Schalter allgemein wie an den Sonntagen offen gehalten werden.

Berlin C., 12. Dezember 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector,
Geheimer Ober-Postrath Griesbach.

Bekanntmachung.

90. Der Fernsprechverkehr mit Dormagen und Stuttgart ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt im Verkehr mit beiden Orten 1 Mark.

Berlin C., den 17. Dezember 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector,
Geheimer Ober-Postrath Griesbach.

Genaue Aufschrift der Neujahrs-Stadtbriefe.

91. Um die ordnungsmäßige Bestellung der Briefe zum bevorstehenden Jahreswechsel zu erreichen, ist es erforderlich, daß in den **Aufschriften der Stadtbriefe nicht nur die Wohnung** des Empfängers genau nach Straße, Hausnummer und Lage (Stockwerk, Hof, u.), **sondern auch der Postbezirk** (C, O, NO u.), in welchem die Wohnung gelegen ist, neben dem Ortsnamen „Berlin“ oder der Bezeichnung „hier“ **deutlich und zutreffend** angegeben wird. Da nur auf diese Weise eine möglichst pünktliche Bestellung der zur Auslieferung gelangenden Briefmassen erzielt werden kann, so würden sich die Absender von Briefen mit mangelhafter Aufschrift etwaige Verzögerungen in der Zustellung selbst zuschreiben haben.

Berlin C., den 18. Dezember 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector,
Geheimer Ober-Postrath Griesbach.

Bekanntmachungen des Königl. Consistoriums der Provinz Brandenburg.

51. Die unter Königlichem Patronat stehende Pfarrstelle zu Nietdorf, Diözese Dahme, kommt durch die Veretzung ihres bisherigen Inhabers, des Pfarrers Dr. Schwabe, zum 1. April 1898 zur Erledigung.

Die Wiederbesetzung erfolgt durch Gemeindevahl nach dem Pfarrwahlgesetze vom 15. März 1886 — R. Ges. u. B. Bl. Seite 39. — Unter den für die Besetzung in Betracht kommenden Geistlichen ist bereits eine engere Auswahl getroffen worden.

32. Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle zu Friedrichshagen, Diözese Cöln-Land II., kommt durch die Versetzung ihres bisherigen Inhabers, des Pfarrers Schaumann, demnächst zur Erledigung. Die Wiederbesetzung erfolgt durch Gemeindevahl nach dem Pfarrwahlgesetze vom 15. März 1886, R. Ges. u. B. Bl. S. 39. — Bewerbungen sind schriftlich bei dem königlichen Konsistorium einzureichen.

Bekanntmachungen der Königlichen Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung.

11. Die am 1. Januar 1898 fälligen Zinscheine der Preussischen Staatsschulden werden bei der Staatsschulden-Zilgungskasse — W. Taubenstraße 29 hiersebst —, bei der Reichsbank-Hauptkasse, den Regierungskassen, den Kreis-kassen und den übrigen mit der Einlösung betrauten Kassen und Reichsbankanstalten vom 21. d. Mts. ab eingelöst. Auch werden die am 1. Januar 1898 fälligen Zinscheine der von uns verwalteten Eisenbahn-Anleihen, mit Ausnahme der nachstehend besonders erwähnten Schuldgattungen, bei den vorbezeichneten Kassen, sowie bei den auf diesen Zinscheinen vermerkten Zahlstellen vom 21. d. Mts. ab eingelöst.

Die Zinscheine der nach unserer Bekanntmachung vom 16. März 1896 vom 1. April 1896 ab in unsere Verwaltung gekommenen Anleihen der Saal- und der Werra-Eisenbahn-Gesellschaft werden auch in Zukunft nur bei den bisherigen Einlösungsstellen eingelöst.

Die Zinscheine sind nach den einzelnen Schuld-gattungen und Werthabschnitten geordnet den Einlösungsstellen mit einem Verzeichniß vorzulegen, welches die Stückzahl und den Betrag für jeden Werthabschnitt angiebt, aufgerechnet ist und des Einliefernden Namen und Wohnung ersichtlich macht.

Wir machen hierbei darauf aufmerksam, daß die am 1. Januar fälligen Zinscheine der konsolidirten $3\frac{1}{2}$ vormalig 4%igen Staatsanleihe nur mit denjenigen Beträgen eingelöst werden, welche sich aus der zum 1. Oktober 1897 erfolgten Zinsherabsetzung ergeben. Diese Werthe sind aus den in den Kassenräumen der Einlösungsstellen zum Ausbang gebrachten Verzeichnissen zu ersehen. Schuldverschreibungen der genannten Anleihe und zugehörige Zinscheinebogen, welche noch nicht auf $3\frac{1}{2}$ % abgestempelt sind, sind baldigst an die Kontrolle der Staatspapiere in Berlin S.W., Oranienstraße 92/94, zur Abstempelung einzuliefern.

Wegen Zahlung der am 1. Januar fälligen Zinsen für die in das Staatsschuld-

buch eingetragenen Forderungen bemerken wir, daß die Zinsendung dieser Zinsen mittelst der Post, sowie ihre Gutschrift auf den Reichsbank-Girokonten der Empfangsberechtigten zwischen dem 18. Dezember und 8. Januar erfolgt, die Barzahlung aber bei der Staatsschulden-Zilgungskasse am 18. Dezember, bei den Regierungskassen am 24. Dezember und bei den sonstigen außerhalb Berlins damit betrauten Kassen am 27. Dezember beginnt.

Die Staatsschulden-Zilgungskasse ist für die Zinszahlungen in der Regel werktäglich von 9 bis 1 Uhr mit Ausschluß des vorletzten Werktages in jedem Monat, am letzten Werktag des Monats aber von 11 bis 1 Uhr geöffnet; nur im Monat Dezember bleibt sie am 29. für das Publikum geschlossen, während sie am 30. Dezember von 11 bis 1 Uhr, sowie an den übrigen Werktagen — auch am 31. — von 9 bis 1 Uhr geöffnet ist.

Die Inhaber Preussischer Konsols machen wir wiederholt auf die durch uns veröffentlichten „Amtlichen Nachrichten über das Preussische Staatsschuldbuch“ aufmerksam, deren kürzlich erschienene 6te Ausgabe durch jede Buchhandlung für 40 Pfg. oder von dem Verleger J. Guttentag in Berlin durch die Post frei für 45 Pfg. zu beziehen ist.

Berlin, den 6. Dezember 1897.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

68. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß angeblich die Schuldverschreibungen der konsolidirten $3\frac{1}{2}$ vormalig 4%igen Staatsanleihe von 1885

Lit. D. Nr. 669071 über 500 M.,

Lit. E. Nr. 905103, 905104 und 905120 über je 300 M.

in dem Nachlasse der am 30. Juni d. J. zu Magdeburg verstorbenen Frau Louise Krüger geb. Schmidt vermist werden.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Kaufmann Herrn Wilhelm Krüger pr. Abr. Wwe. Fr. Ihlenburg in Gröningen (Reg.-Bez. Magdeburg) anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird. Berlin, den 15. Dezember 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

69. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom

16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß angeblich dem Privatmann Johann Cron in Moselweiß bei Coblenz die Schuldschreibungen der konsolidirten $3\frac{1}{2}\%$ vormals 4%igen Staatsanleihe von 1876/79 Lit. B. № 19635 über 2000 M.
 = 1880 - D. = 125292 = 500 M.
 = 1882 - B. = 194316 = 2000 M.
 - E. = 534243 und 634924 über je 300 M.

vernichtet worden sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rechtsanwalt Herrn Justizrath Voennar in Coblenz anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 18. Dezember 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

70. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-gesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Königlichen Geheimen Regierungsrath Magnus in Berlin W. Friedrich Wilhelmstraße 5, die Schul-

dschreibungen der konsolidirten $3\frac{1}{2}\%$ vormals 4pro-zentigen Staatsanleihe von 1876/79
 Lit. D. № 42246 und 46643 über je 500 M. und
 - F. = 18490 über 200 M.

angeblich verloren gegangen sind. Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Herrn Geheimen Regierungsrath Magnus anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 18. Dezember 1897.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung der Königl. Direction der Rentenanstalt der Provinz Brandenburg.

26. Denjenigen Grundbesitzern, welche die an die Rentenanstalt zu entrichtenden Renten zum 30. September d. Js. durch Kapitalzahlung abgelöst haben, wird hierdurch bekannt gemacht, daß wir die gemäß § 27 des Rentenanstalt-Gesetzes vom 2. März 1850 ausfertigten Entlastungsquittungen den betreffenden Kreisämtern zu-gestellt haben, um sie den zuständigen Amtsgerichten zur Löschung der Rentenschuld im Grundbuche zuzustellen.

Berlin, den 26. November 1897.

Königliche Direction

der Rentenanstalt für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen

der Königlichen General-Kommission der Provinzen Brandenburg und Pommern.

Nachweisung

der 24-jährigen Martini-Durchschnitts-Marktpreise des Getreides in den Normal-Markorten des Regierungs-Bezirks Potsdam nach Abzug der beiden höchsten und der beiden niedrigsten Jahrespreise für das Jahr 1897.
 § 19 des Ablösungs-Gesetzes vom 2. März 1850.

| N ^o . Nr. | Namen der Städte. | Weizen. | | Roggen. | | Große Gerste. | | Kleine Gerste. | | Hafer. | | Erbisen. | |
|----------------------|----------------------|--------------------------------|-----|---------|-----|---------------|-----|----------------|-----|--------|-----|----------|-----|
| | | F ü r 1 H e u s c h e f f e l. | | | | | | | | | | | |
| | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| 1 | Berlin | 6 | 65 | 5 | 30 | 5 | 11 | — | — | 3 | 41 | 7 | 52 |
| 2 | Beeskow | — | — | 5 | 61 | 4 | 67 | — | — | 3 | 31 | — | — |
| 3 | Brandenburg a./H. | — | — | 5 | 52 | 4 | 58 | — | — | 3 | 52 | — | — |
| 4 | Dahme | 7 | 11 | 5 | 39 | 4 | 55 | — | — | 3 | 15 | 13 | 67 |
| 5 | Fürstenwalde (Spree) | — | — | 5 | 37 | 4 | 91 | — | — | 3 | 33 | — | — |
| 6 | Havelberg | — | — | 5 | 62 | 4 | 70 | — | — | 3 | 31 | — | — |
| 7 | Jüterbog | 6 | 89 | 5 | 53 | 4 | 54 | — | — | 3 | 38 | — | — |
| 8 | Lübben | 7 | 73 | 5 | 94 | 5 | 26 | — | — | 3 | 34 | — | — |
| 9 | Luderswalde | 7 | 11 | 5 | 70 | 4 | 32 | — | — | 3 | 29 | — | — |
| 10 | Perleberg | — | — | 5 | 28 | — | — | — | — | 3 | 12 | — | — |
| 11 | Potsdam | — | — | 5 | 45 | — | — | — | — | 3 | 64 | — | — |
| 12 | Prenzlau | 6 | 48 | 5 | 30 | 4 | 71 | — | — | 3 | 04 | 6 | 88 |
| 13 | Prignitz | 6 | 83 | 5 | 24 | — | — | — | — | 3 | 09 | 6 | 79 |
| 14 | Rathenow | 6 | 57 | 5 | 36 | 4 | 53 | — | — | 3 | 25 | 8 | 16 |
| 15 | Reh-Müppin | 7 | 14 | 5 | 37 | 4 | 55 | — | — | 3 | 57 | 9 | 70 |
| 16 | Schwedt a./D. | — | — | 5 | 65 | 4 | 67 | — | — | 3 | 43 | 6 | 68 |
| 17 | Treuenbriezen | 6 | 90 | 5 | 46 | 4 | 41 | — | — | 3 | 25 | — | — |
| 18 | Wittstock | 6 | 79 | 5 | 37 | 4 | 55 | — | — | 3 | 05 | 6 | 88 |
| 19 | Wittenberg | 6 | 82 | 5 | 53 | 4 | 91 | — | — | 3 | 20 | — | — |
| 20 | Wriezen a./D. | — | — | 5 | 45 | 4 | 79 | — | — | 3 | 19 | 8 | 98 |

Wegen der vorstehend fehlenden Getreide-Durchschnittspreise wird auf die für dieselben festgesetzten, in der Beilage zu Nr. 29 des Amtsblattes der Königl. Regierung in Potsdam für 1874 bekannt gemachten Normalpreise verwiesen.

Frankfurt a. O., den 11. Dezember 1897.

Königliche General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

6.

Nachweisung

der Martini-Durchschnitts-Marktpreise von Getreide, Kartoffeln, Heu und Stroh in den Normal-Markorten des Regierungs-Bezirks Potsdam für das Jahr 1897. ad § 20 des Ablösungs-Gesetzes vom 2. März 1850.

| Lini. Nr. | Namen
der
Städte | Getreide | | | | | | | | | | | | | | Kartoffeln
pro | | | | Rauchfutter | |
|-----------|----------------------------------|------------------|-------------------|------------------|-------------------|------------------|-------------------|------------------|-------------------|------------------|-------------------|------------------|-------------------|------------------|-------------------|-------------------|--------|--------|--|-------------|--|
| | | Weizen | | Roggen | | Große Gerste | | Kleine Gerste | | Hafer | | Erbsen | | Heu | Stroh | | | | | | |
| | | pro | | pro | | pro | | pro | | pro | | pro | | pro 100 kg | | | | | | | |
| | | 100 kg
M. Pf. | Mschff.
M. Pf. | 100 kg
M. Pf. | Mschff.
M. Pf. | 100 kg
M. Pf. | Mschff.
M. Pf. | 100 kg
M. Pf. | Mschff.
M. Pf. | 100 kg
M. Pf. | Mschff.
M. Pf. | 100 kg
M. Pf. | Mschff.
M. Pf. | 100 kg
M. Pf. | Mschff.
M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | | | |
| 1 | Berlin ¹ | 17 85 | 6 73 | 13 68 | 4 80 | 15 47 | 5 08 | — | — | 14 90 | 3 61 | 17 60 | 6 93 | 4 50 | 1 68 | 5 70 | 4 41 | | | | |
| 2 | Beeskow | 15 25 | 6 75 | 12 68 | 5 22 | 13 50 | 5 00 | — | — | 13 75 | 3 40 | 22 50 | 10 35 | 4 20 | 1 74 | 4 75 | 3 25 | | | | |
| 3 | Brandenburg a./H. ² | 16 72 | 6 19 | 12 55 | 4 39 | 12 17 | 3 77 | — | — | 13 93 | 3 20 | 23 50 | 9 64 | 3 50 | 1 35 | 4 25 | 3 10 | | | | |
| 4 | Dahme | 17 35 | 6 68 | 13 39 | 4 89 | 12 85 | 4 11 | — | — | 14 00 | 3 15 | 24 00 | 9 84 | 4 00 | 1 82 | 5 00 | 3 25 | | | | |
| 5 | Fürstenwalde a./Sp. ³ | 17 23 | 6 35 | 12 83 | 4 33 | 14 22 | 4 53 | — | — | 14 08 | 3 14 | 20 00 | — | 4 10 | 1 54 | 5 00 | 3 75 | | | | |
| 6 | Havelberg ⁴ | 17 80 | 6 94 | 12 95 | 4 86 | 14 00 | 4 76 | — | — | 14 25 | 3 28 | 24 00 | 10 68 | 3 75 | 1 50 | 5 25 | 2 85 | | | | |
| 7 | Jüterbog ⁵ | 17 25 | 6 56 | 13 10 | 4 59 | 12 62 | 3 91 | — | — | 14 78 | 3 40 | 24 00 | 10 08 | 4 00 | 1 60 | 5 00 | 4 00 | | | | |
| 8 | Lübſen | 19 00 | 7 60 | 14 00 | 5 32 | 14 00 | 4 90 | — | — | 14 50 | 3 19 | 22 50 | 9 45 | 5 00 | 2 25 | 6 00 | 3 50 | | | | |
| 9 | Ludenwalde ⁶ | 15 63 | 6 32 | 13 08 | 4 89 | 13 82 | 4 23 | — | — | 14 50 | 3 30 | 35 00 | 13 12 | 4 70 | 2 14 | 4 75 | 3 58 | | | | |
| 10 | Perleberg | — | — | 13 03 | 4 62 | — | — | — | — | 13 57 | 3 15 | — | — | 3 75 | 1 36 | — | — | | | | |
| 11 | Potsdam | — | — | 12 75 | 5 49 | — | — | — | — | 14 12 | 4 16 | — | — | 4 30 | 1 47 | 4 35 | 4 30 | | | | |
| 12 | Prenzlau | 17 47 | 6 81 | 12 98 | 4 80 | 14 52 | 4 50 | — | — | 13 75 | 3 30 | 14 50 | 6 09 | 4 75 | 1 85 | 4 50 | 4 00 | | | | |
| 13 | Prignitz ⁷ | 17 38 | 6 78 | 12 63 | 4 55 | 13 38 | 3 88 | — | — | 12 88 | 3 02 | 15 50 | 6 28 | 3 10 | 1 12 | 4 75 | 3 25 | | | | |
| 14 | Rathenow | 17 75 | 5 96 | 13 10 | 4 64 | 14 00 | 4 14 | — | — | 14 40 | 3 51 | 19 00 | 7 68 | 2 85 | 1 08 | — | — | | | | |
| 15 | Neu-Ruppin | 15 00 | 5 70 | 13 00 | 4 62 | 13 00 | 4 10 | — | — | 13 75 | 3 03 | 16 00 | 6 40 | 3 80 | 1 46 | 4 50 | 2 00 | | | | |
| 16 | Schwedt a./D. ⁸ | 17 70 | 7 17 | 13 55 | 4 95 | 14 55 | 4 66 | — | — | 14 40 | 3 24 | 13 30 | 5 45 | 5 00 | 2 13 | 5 20 | 4 60 | | | | |
| 17 | Treuenbrieſen | 17 64 | 6 79 | 13 75 | 5 02 | 12 13 | 3 88 | — | — | 13 30 | 2 99 | — | — | 3 50 | 1 58 | 4 00 | 3 00 | | | | |
| 18 | Wittſtock ⁹ | 17 00 | 6 55 | 13 05 | 4 86 | 15 00 | 4 80 | — | — | 13 40 | 3 20 | 18 00 | 7 38 | 3 50 | 1 40 | 3 60 | 3 17 | | | | |
| 19 | Wittenberg | 18 00 | 6 87 | 14 02 | 4 94 | 15 50 | 4 93 | 11 67 | 3 41 | 14 00 | 3 08 | — | — | 4 50 | 1 71 | 6 00 | 4 00 | | | | |
| 20 | Wriezen a./D. ¹⁰ | 16 72 | 6 99 | 12 72 | 4 95 | 14 50 | 5 15 | — | — | 13 03 | 2 91 | 22 50 | 10 35 | 4 50 | 1 89 | 4 75 | 3 50 | | | | |

Bemerkungen. ¹⁾ 100 kg Futtererbsen = 13,25 M. u. 1 Neuschefel = 4,96 M. ²⁾ 100 kg Futtererbsen = 12,65 M. u. 1 Neuschefel = 5,06 M. ³⁾ 100 kg Futtererbsen = 14 M. ⁴⁾ 100 kg Futtererbsen = 14 M. u. 1 Neuschefel = 5,88 M. ⁵⁾ 1 Neuschefel Futtererbsen = 8,82 M. ⁶⁾ 100 kg Futtererbsen = 18 M. ⁷⁾ 100 kg Futtererbsen = 13,50. ⁸⁾ 100 kg Futtererbsen = 16 M. u. 1 Neuschefel = 6,56 M. ⁹⁾ 100 kg Futtererbsen = 14 M.

Frankfurt a./O., den 11. Dezember 1897.

Königliche General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahndirektion zu Berlin.

43. Am 20. Dezember 1897 wird die Station Stralau-Nummelsburg auch für die Auslieferung von Privatbeſen eröffnet.

Berlin, den 15. Dezember 1897.

Königliche Eisenbahndirektion.

Verkehrsbeschränkung von und nach dem Nordbahnhof in Berlin.

44. Infolge der am 1. Februar 1898 stattfindenden Verlegung des gesamten Personenverkehrs — Vorort- und Fernverkehr — vom Nordbahnhof nach dem Stet-

tiner Bahnhof wird von dem gleichen Tage ab auch die Abfertigung a. des **Eilgutverkehrs** — Eilgütern, Eilgut in Wagenladungen, eilgutmäßig zu befördernde Stück- und Wagenladungsgüter —, b. des **Viehverkehrs** vom Nordbahnhof nach dem Stettiner Bahnhof verlegt. Hinsichtlich der Abfertigung des **Milchverkehrs** tritt eine Aenderung nicht ein. Vom 1. Februar 1898 ab werden von und nach Berlin, Nordbahnhof, nur befördert: a. Milchsendungen, b. Frachtgüter.

Berlin, den 22. November 1897.

Königliche Eisenbahndirektion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

40.

Nachweisung

der vom Kreis-Ausschuß des Kreises Ruppin auf Grund des § 2 Absatz 4 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 genehmigten Veränderungen an Gemeinde- und Gutsbezirkegrenzen.

| Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke. | Seitheriger Gemeinde- bezw. Gutsbezirk. | Künftiger Gutsbezirk. |
|--|---|--------------------------------|
| 1) Die auf den Namen des Kolonisten Karl Friedrich Ludwig Niquet zu Gühlen-Glienide eingetragenen und auf Kartenblatt 5 der Gemarkung Neu-Glienide Königl. Forst mit N ^o 101/68, 102/66, 103/66, 67 und 104/16 im Grundbuche von Gühlen-Glienide Band I. Blatt N ^o 1 verzeichneten Parzellen von 6,4713 ha Größe mit 4,17 Thaler Reinertrag; | Gemeindebezirk Gühlen-Glienide. | könl. Gutsbezirk Neu-Glienide. |
| 2) das im Grundbuche von Gühlen-Glienide Band I. Blatt N ^o 1 unter N ^o 27 der Gebäudesteuer-Rolle auf den Namen des Kolonisten Friedrich Niquet eingetragene Wohnhaus mit Hofraum und Hausgarten nebst Stall und Scheune; | do. | do. |
| 3) die auf den Namen des Zieglers Friedrich Wilke zu Katerbow eingetragene auf Kartenblatt 5 der Gemarkung Neu-Glienide Königl. Forst mit N ^o 78/66, im Grundbuche von Gühlen-Glienide Band I. Blatt N ^o 4 verzeichnete Parzelle von 0,4620 ha Größe und 0,18 Thlr. Reinertrag. | do. | do. |

Neu-Ruppin, den 1. Dezember 1897.

Der Kreis-Ausschuß.

Personal-Chronik.

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, dem Kreisphysikus des Kreises Teltow, Dr. Eiten in Berlin, den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen.

Im Kreise Ostprignitz sind der Rittergutsbesitzer Ganz Edler Herr zu Putzig zu Gr.-Pankow zum Amtsvorsteher und der Rittergutsbesitzer Ketter zu Bullendorf zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 34 — Luggendorf — ernannt worden.

Im Kreise Osthavelland ist der Gemeindevorsteher Wilke in Egin zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 27 — Buchow-Carpzow — ernannt worden.

Im Kreise Beeskow-Storkow sind der Rittergutsbesitzer Freiherr von Reinhaben zu Sauen und der Gemeindevorsteher Freudenberg zu Ahrensdorf von Neuem zu Amtsvorstehern der Amtsbezirke 7 — Sauen — bezw. 16 — Ahrensdorf — ernannt worden.

Der Oberförster Bischoff in Neu-Glienide ist zum Forstamtsanwalt bei dem Königl. Amtsgericht in Neu-Ruppin für den Forstbezirk Neu-Glienide ernannt worden.

An Stelle des pensionirten Kreisboten Tittelbach ist der bisherige Vicewachmeister und Oberschmied Augsburg zum Kreisboten des Kreises Osthavelland vom 15. Dezember 1897 ab ernannt worden.

Der bisherige Superintendent und Pfarrer an der St. Johanniskirche in Brandenburg a./H. Ernst Wilhelm Hermann Spieß ist zum Oberpfarrer in Strassburg u./M., Diözese gleichen Namens, bestellt worden.

Der bisherige Diaconus an der St. Jakobikirche in Berlin Vic. Ernst Louis Eugen Pierre Brest ist zum Archidiaconus an derselben Kirche, Diözese Köln-Stadt, bestellt worden.

Dem Küster, Organisten und Lehrer Hermann Piere zu Wustermark, Diözese Potsdam II., ist der Titel „Kantor“ verliehen worden.

Der Gemeindegemeinschaftslehrer Wenzel in Charlottenburg ist als Vorschullehrer am Königl. Wilhelms-Gymnasium zu Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat November 1897.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind der Landgerichtsdirektor Ried vom Landgericht I. in Berlin zum Präsidenten des Landgerichts in Bromberg, der Gerichtsassessor Bormwald zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Beeskow. Versetzt sind der Amtsrichter Esche in Lübben als Landrichter und der Landrichter Schloßermann in Guben an das Landgericht I. in Berlin, die Amtsrichter Matthies in Bütow und Schlesier in Seelow an das Amtsgericht I. in Berlin, der Amtsrichter Ziemer in Jastrow an das Amtsgericht in Königsberg N./M. Pensionirt sind der Landgerichtsdirektor, Geheimer Justizrath Berner vom Landgericht I. in Berlin, der Landgerichtsrath Krüger in Prenzlau und der Amtsgerichtsrath Knövenagel vom Amtsgericht I. in Berlin. Dem Amtsrichter Dr. Henneberg in Charlottenburg ist die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt. Verstorben sind der Senatspräsident Hängschel beim Kammergericht, der Amtsgerichtsrath Wilmanns vom Amtsgericht I. in Berlin, der Landrichter Fraube in Landsberg a./W.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt: die Referendare Dr. Landsberger, Klemperer, Hadra, Dreschner, Alexander Cohn, Elze, Tornow, Dr. Oskar Cohn. Entlassen ist Großkreuz behufs

Uebertritt in die landwirthschaftliche Verwaltung. Verstorben ist: Heinrich Dernburg.

III. Staatsanwaltschaft.

Versetzt ist der Staatsanwalt Gressrath in Frankfurt a./D. an das Landgericht in Cassel.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöscht sind in der Liste der Rechtsanwälte die Rechtsanwälte Jade beim Landgericht I. in Berlin, Steinig in Reinickendorf beim Amtsgericht II. in Berlin. Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte der Gerichtsassessor Dr. Engel bei dem Amtsgericht in Seelow, der Rechtsanwalt Dr. Grohe aus Eilenburg bei dem Amtsgericht Ralsberge-Müdersdorf, der Gerichtsassessor Düsterwald bei dem Landgericht I. in Berlin. Dem Notar, Justizrath Kelsch in Potsdam ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte ertheilt.

V. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt: die bisherigen Rechtskandidaten Sodtke, Schipmann, Jaeger, Walter Müller, Eugen Müller, Langer, Hell, Listemann, Geister, Spittel, Fehler, Lindemann, Arnold, Sachs. Uebernommen ist Brumm aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Raumburg a./S. Entlassen ist: Dr. phil. et jur. Immerwahr auf seinen Antrag.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt sind der Gerichtsschreiber Brechert in Brandenburg a./H. zumendanten der Gerichtskasse bei dem Amtsgericht in Potsdam, der Militäranwalt Megow zum Gerichtsvollzieher bei dem Amtsgericht in Königsberg N./M. Versetzt sind der Gefängnisinspektor Oberinspektor Burghardt bei dem Gerichtsgefängnis in Frankfurt a./M. an das Gerichtsgefängnis in Landsberg a./W., der Gefängnis-Inspektor Klus in Landsberg a./W. an das Gerichtsgefängnis in Frankfurt a./M. Pensionirt sind der Sekretär bei der Staatsanwaltschaft II. in Berlin, Kanzleirath Heilmann, die Gerichtsschreiber Krause in Eberswalde und Wille bei dem Amtsgericht II. in Berlin. Verstorben sind der Erste Gerichtsschreiber Exmer bei dem Landgericht I. in Berlin, der Gerichtsschreiber Schlegel in Wittstock, der Gerichtsschreibergehilfe Lindemann bei dem Landgericht I. in Berlin.

Bermischte Nachrichten.

97. Die Eintragungen in unser Handelsregister sollen im Jahre 1898 im Deutschen Reichsanzeiger und in der Wriezener Zeitung bekannt gemacht werden. Dasselbe gilt für Eintragungen in unser Genossenschaftsregister für größere und kleinere Genossenschaften.

Wriezen, den 14. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Im Jahre 1898 werden Eintragungen in unser Genossenschaftsregister außer durch den Deutschen Reichsanzeiger für größere und kleinere Genossenschaften durch das Coepenicker Dampfsboot veröffentlicht werden.

Coepenick, den 22. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Im Jahre 1898 werden Eintragungen in unser Handels- und Börsenregister durch den Deutschen Reichsanzeiger, die Berliner Börsenzeitung, die Boissche Zeitung, das Coepenicker Dampfsboot und statt des letzteren für Friedrichshagener Firmen durch die Niederkarnimer Zeitung, endlich hinsichtlich des Zeichenregisters nur durch den Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht werden. Mit der Bearbeitung der Registersachen ist der Amtsgerichtsrath Bernstein und der Secretär Kluth betraut.

Coepenick, den 22. November 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 durch den „Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger“, daneben a. für das Handelsregister: durch die „Berliner Börsenzeitung“ und durch das „Dithavelländische Kreisblatt“, b. für das Genossenschaftsregister — mit Ausschluss der kleineren Genossenschaften: durch das „Kremmener Wochenblatt“ und durch das „Dithavelländische Kreisblatt“. Die Bekanntmachung der Eintragungen betreffend die kleineren Genossenschaften erfolgt außer durch den „Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger“ nur durch das „Dithavelländische Kreisblatt“.

Kremmen, den 3. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Börsen-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, für das Handels-, Börsen- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluss der kleineren Genossenschaften — außerdem durch das Kreisblatt für die Ost-Prignitz und die Prignitzer Zeitung, für das Handels-Register allein ferner noch durch die Berliner Börsenzeitung. Die Bekanntmachung der Eintragungen betreffend die kleineren Genossenschaften erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger nur durch das Kreisblatt für die Ost-Prignitz.

Wittstock, den 10. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1898 werden die Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster-, Schiffs- und Börsenregister veröffentlicht: 1) im Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, 2) im Anzeiger für Werder a./H., Lehnin und Umgebung, 3) im Generalanzeiger für Werder, den Kreis Zauch-Belzig und das Havelland. Die Bekanntmachungen für kleinere Genossenschaften erfolgen nur in den zu 1 und 2 genannten Blättern.

Werder, den 6. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Für das Jahr 1898 werden für den Bezirk des Königlich Amtsgerichts Bernau die Bekanntmachungen der Eintragungen in das Handelsregister und das Börsenregister durch a. den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, b. die Berliner Börsenzeitung, c. das Niederbarnimer Kreisblatt, d. die Nationalzeitung, Bekanntmachungen der Eintragungen in das Genossenschaftsregister bei kleineren Genossenschaften in den zu a. und c. aufgeführten Blättern, bei größeren Genossenschaften in denselben Blättern sowie in der Börsenzeitung erfolgen.

Bernau, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Geschäftsjahre 1898 werden die öffentlichen Bekanntmachungen in Angelegenheiten des Genossenschafts-Registers außer durch den „Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger“ und durch das „Kreisblatt für das Westhavelland“ für diejenigen Genossenschaften, welche ihren Sitz im Gerichtstagsbezirk Friesack haben, durch das „Friesacker Wochen-

blatt“, für die übrigen Genossenschaften durch die „Rathenower Zeitung“ erfolgen. Bei kleineren Genossenschaften wird die Bekanntmachung nur durch den „Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger“ und durch das „Kreisblatt für das Westhavelland“ erfolgen.

Rathenow, den 13. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Geschäftsjahre 1898 werden die öffentlichen Bekanntmachungen

a. in Angelegenheiten des Handels- (Firmen-, Gesellschafts-, Prokuren-) Registers durch den „Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger“, durch die „Berliner Börsen-Zeitung“ und durch das „Kreisblatt für das „Westhavelland“

b. in Angelegenheiten des Zeichen- und Muster-Registers nur durch den „Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen „Staats-Anzeiger“ erfolgen.

Rathenow, den 13. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
Sinf. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Verurteilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--------------|--|---|---|---|--|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| | | a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | |
| 1 | Anton Horeys,
Arbeiter, | geboren am 13. Juni 1848 in Prachowitz, Bezirk Strofoniß, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst, | Diebstahl (1 Jahr sechs Monate Zuchthaus, laut Erkenntniß vom 8. April 1896), | Königlich bayerisches Bezirksamt Bamberg II., | 28. Sept. 1897. |
| 2 | Boleslaw Anton Nowinski, alias Ludomir Szymanski, Müllerergeselle, | geboren am 22. November (nach anderer Angabe 4. Dezember) 1870 in Godziejewitz, Kreis Kalisz, Rußland, ortsangehörig zu Kamien, dsl., | schwerer Diebstahl (zwei Jahre Zuchthaus, laut Erkenntniß vom 16. August 1895) und Urkundenfälschung (1 Monat Zuchthaus, laut Erkenntniß vom 21. Oktober 1896), | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 15. Juli 1897. |
| | | b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | |
| 1 | Antonin Babid,
Schuhmacher, | geboren am 13. Mai 1857 zu Botice (Botitz), Bezirk Selcan, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, | Betteln, | Königlich bayerisches Bezirksamt Passau, | 4. Oktober 1897. |
| 2 | Zieneger Berthold,
Messger, | geboren am 22. April 1869 zu Hoelbens, Bezirk Pest, Ungarn, angeblich französischer Staatsangehöriger, | Betteln, Unfug und schwere Körperverletzung, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar, | 18. Januar 1897. |
| 3 | Friedrich Bohler,
Messger, | geboren am 22. Mai 1856 in Schärding, Ober-Österreich, österreichischer Staatsangehöriger, | Betteln, | Königlich bayerisches Bezirksamt Eichbach, | 27. Oktober 1897. |

| Rang. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-----------|------------------------------|---|--------------------------------------|---|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 4 | Franz Giß, Tagner, | geboren am 1. März 1867 zu Hagenau, Kreis Hagenau, Nieder-Elsaß, französischer Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straßburg i. E., | 30. Oktober 1897. |
| 5 | Juan Milingi, Schiffsheizer, | geboren am 18. April 1868 in Lissabon, portugiesischer Staatsangehöriger, | Betteln und Landstreichen, | Königlich bayerisches Bezirksamt Freising, | 6. Oktober 1897. |
| 6 | Stephan Bednar, Tagelöhner, | geboren am 29. August 1858 zu Trzienna, Komitat Arwa, Ungarn, ungarischer Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Königlich bayerisches Bezirksamt Wasserburg, | 22. Oktober 1897. |
| 7 | Abraham Lew, Handelsmann, | geboren am 9. Oktober 1867 zu Szinadowy, Rußland, ortsangehörig ebendasselbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Cassel, | 7. November 1897. |
| 8 | Johannes Lipp, Buchbinder, | geboren am 4. August 1851 zu Oberdorf, Kanton Baselland, schweizerischer Staatsangehöriger, | Nichtbeschaffung eines Unterkommens, | Polizei-Behörde zu Hamburg, | 4. November 1897. |
| 9 | Alexander Martinek, Kellner, | geboren am 1. Juni 1865 zu Wien, österr. Staatsangehöriger, | Landstreichen, | Königlich bayerische Polizei-Direktion München, | 29. Oktober 1897. |
| 10 | Louis Stimbac, Schmied, | geboren am 24. Februar 1878 zu Brüssel, Belgien, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Metz, | 6. November 1897. |

Die durch Beschluß der Königlich bayerischen Polizeidirektion München vom 4. Mai 1893 verfügte Ausweisung des Wälders Heinrich Ihmt aus dem Reichsgebiet ist zurückgenommen worden.

Hierzu eine Extra-Beilage, enthaltend das vom Bundesrath in der Sitzung vom 11. November 1897 beschlossene Holzlager-Regulativ, sowie Sechs Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Verwalt. der A. W. Hann'schen Erben

Extra-Beilage zum Amtsblatt.

Bekanntmachung.

Das nachstehende, vom Bundesrath in der Sitzung vom 11. November 1897 — §. 633 der Protokolle — beschlossene Holzlager-Regulativ wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß bei den betheiligten Zollstellen die vorgeschriebenen, hier nicht mitveröffentlichen Formularemuster eingesehen werden können.

Berlin, den 23. November 1897.

Der Finanzminister.

Holzlager-Regulativ.

Gemäß §. 7 Ziffer 2 und 4 des Zolltarifgesetzes werden für die Privat-Transitlager von Bau- und Nutzholz ohne Mitverschluß der Zollbehörde die folgenden näheren Vorschriften ertheilt.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Die Transitlager für Bau- und Nutzholz ohne amtlichen Mitverschluß sind

- A. reine Transitlager, wenn das Holz ausschließlich zum Absatz in das Hollausland oder zum Baue, zur Reparatur oder zur Ausrüstung von Seeschiffen,
- B. gemischte Transitlager, wenn das Holz auch zum Absatz im Zollgebiete bestimmt ist.

§. 2.

Auf die Transitlager für Holz finden die Vorschriften des Privatlager-Regulativs sinngemäße Anwendung, soweit nicht nachstehend Anderes bestimmt ist.

II. Besondere Bestimmungen.

A. Reine Transitlager.

§. 3.

Lagerräume.

Die Lagerung des Holzes in nicht abgeschlossenen Räumen, auch im Wasser, kann gestattet werden; die Lagerplätze müssen jedoch in erkennbarer Weise bezeichnet sein. Der Zollbehörde sind auf Verlangen Lagepläne einzureichen.

§. 4.

Anmeldung zum Lager.

Die Anmeldung des Holzes zum Lager erfolgt nach dem Muster A.

Ein Zugang zum Lagerbestande kann auch von anderen reinen oder von gemischten Transitlagern für Holz erfolgen.

Holz des freien Verkehrs darf nur mit Genehmigung der Direktivbehörde und mit der Maßgabe zugelassen werden, daß es die Eigenschaft des unverzollten annimmt und nach den Bestimmungen für letzteres behandelt wird.

Die Zollbehörde ist befugt, eine Bezeichnung der in das Lager aufzunehmenden Hölzer mit unverlöthlichen Marken u. s. w. zu verlangen.

§. 5.

Buchführung.

Für die reinen Transitlager ist bei der Amtsstelle ein in zwei Abtheilungen (für Rohholz und für bearbeitetes Holz) zerfallendes Niederlage-Register, Muster B, nach Vorschrift der Anleitung C zu führen. In demselben wird für jedes Lager ein besonderer Abschnitt angelegt.

Die An- und Abschreibung erfolgt in der Regel nach der Stückzahl, dem Festmeterinhalt und der handelsüblichen Bezeichnung der Hölzer; jedoch kann die Direktivbehörde An- und Abschreibung nach dem Gewichte zulassen.

Der Direktivbehörde bleibt ferner überlassen, den örtlichen Verhältnissen entsprechende Abänderungen in dem Muster vorzunehmen, auch hinsichtlich der Führung und Revision des Registers das Nähere anzuordnen.

§. 6.

Lagerung von Hölzern, die verschiedenen Zollsätzen unterliegen.

Hölzer derselben Art, die verschiedenen Zollsätzen unterliegen, sowie die aus derartigen Hölzern hergestellten Gegenstände müssen getrennt gelagert und mit einer Bezeichnung der in Betracht kommenden Zollsätze versehen werden, sofern nicht nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse unter Anordnung anderweiter Aufsichtsmaßregeln seitens der Direktivbehörde davon Abstand genommen wird. Wird den vorstehenden Bedingungen nicht genügt, so findet auf den gesamten Lagerbestand an Hölzern der betreffenden Art der höchste der in Betracht kommenden Zollsätze Anwendung.

In dem Niederlage-Register (§§. 5 und 18) ist der Zollsatz, dem die verschieden belasteten Hölzer derselben Art, sowie die aus derartigen Hölzern hergestellten Gegenstände im Falle der Verzollung unterliegen, ersichtlich zu machen.

Der Lagerinhaber hat in den An- und Abmeldungen zum und vom Lager sowie in den Bearbeitungsanmeldungen den Zollsatz, dem die Hölzer unterliegen, anzugeben.

§. 7.

Behandlung während der Lagerung.

Eine Behandlung der Hölzer innerhalb des Lagers, durch welche weder Zahl noch Festmeterinhalt der einzelnen Stücke verändert wird, ist ohne Anmeldung zulässig.

Wer die gelagerten Hölzer anderweit behandeln (bearbeiten) will, bedarf dazu der Erlaubniß der Zollbehörde.

§. 8.

Die Erlaubniß (§. 7) ist schriftlich bei dem zuständigen Hauptamte nachzusuchen. Dabei ist anzugeben, worin die Bearbeitung bestehen soll, insbesondere, ob die Hölzer auch nach der Bearbeitung noch der Nr. 13c des Zolltarifs angehören oder durch die Bearbeitung in Hobelwaaren oder grobe ungefärbte Wottcherwaaren oder Fournire der Nr. 13d oder e umgewandelt werden sollen, sowie in welcher Betriebsanlage die Bearbeitung stattfinden soll. Eine Bearbeitung, in Folge deren die Hölzer einer anderen als der Tarifnummer 13c, d oder e zufallen würden, ist unzulässig.

Die Betriebsanlagen dürfen sich in der Regel nicht in beträchtlicher Entfernung von dem Transitlager befinden. Gehören sie nicht dem Lagerinhaber, so hat dieser dafür Sorge zu tragen, daß der Besitzer der Zollbehörde schriftlich das Recht zugesteht, von der anmeldungsmäßigen Bearbeitung der Hölzer durch Einsicht in die ordentlich zu führenden Geschäftsbücher und durch sonstige Beaufsichtigung des Betriebs Ueberzeugung zu nehmen.

Die Erlaubniß ist jederzeit widerruflich.

Die Ertheilung erfolgt durch das Hauptamt. Soweit erforderlich, sind bei Ertheilung der Erlaubniß weitere Aufsichtsmaßnahmen zu treffen.

Ueber die Bearbeitung hat der Lagerinhaber besondere Bücher (Bearbeitungsbücher) zu führen, aus denen Zahl, Gattung und Festmeterinhalt beziehungsweise Gewicht der in Bearbeitung genommenen Hölzer und der durch die Bearbeitung hergestellten Erzeugnisse zu ersehen sind. Die Bücher müssen den Zollbeamten auf Erfordern jederzeit zur Einsichtnahme vorgelegt werden.

Die Direktivbehörde ist ermächtigt, nach den örtlichen Verhältnissen von der Vorschrift der Führung von Bearbeitungsbüchern Abstand zu nehmen.

§. 9.

Die Anmeldung zur Bearbeitung erfolgt bei der Amtsstelle in doppelter Ausfertigung nach dem Muster D. Die Amtsstelle prüft die Anmeldung und stellt die eine mit dem Genehmigungsvermerke versehene Ausfertigung dem Anmeldenden zu. Vor der Aushändigung darf die Bearbeitung des Holzes nicht beginnen, auch eine Entnahme aus dem Lager nicht stattfinden.

Erleichterungen, z. B. die Anmeldung für einen längeren Zeitraum oder die nachträgliche Angabe der zu verarbeitenden Hölzer, können bei nachgewiesenem Bedürfnisse von der Direktivbehörde widerruflich zugelassen werden.

§. 10.

Ueber die Bearbeitung der Hölzer werden Aufschreibungen in einer Beilage zu dem Niederlagerregister (§. 5) nach dem Muster E geführt.

Der Lagerinhaber hat die Anmeldung (§. 9) nach dem Ergebnisse der Bearbeitung durch Angabe der hergestellten Erzeugnisse und der bei der Bearbeitung entstandenen Abfälle zu vervollständigen und der Amtsstelle zurückzugeben.

Die zur Bearbeitung entnommenen Hölzer, sowie die durch die Bearbeitung hergestellten Erzeugnisse unterliegen der Revision.

Die Revisionsbeamten haben die vom Lagerinhaber durch Eintragung der Ergebnisse vervollständigte Bearbeitungsanmeldung in allen Theilen zu prüfen und sich von der Richtigkeit der darin enthaltenen Angaben durch Einsicht der Bearbeitungsbücher und der übrigen Geschäftsbücher (Mühlentafeln, Schneideregister u. s. w.), sowie auf sonst geeignete Weise Ueberzeugung zu verschaffen. Etwaige, nicht alsbald aufzuklärende Bedenken bezüglich der Richtigkeit jener Angaben sowie der Form der Bearbeitung, der Innehaltung der Frist (Muster D Spalte 6) u. s. w. sind der Direktivbehörde vorzutragen.

Die durch die Bearbeitung hergestellten Erzeugnisse werden auf Grund der Revision und der Eintragungen in der Bearbeitungsanmeldung, die entstandenen Abfälle auf Grund der letzteren nach dem Festmeterinhalt oder Gewichte, die Erzeugnisse auch nach der Stückzahl, in Abtheilung II des Niederlagerregisters vermerkt.

§. 11.

Für die bei der Bearbeitung entstandenen Abfälle wird, wenn die bearbeiteten Hölzer oder hergestellten Holzwaaren in das Ausland ausgeführt oder zum Baue, zur Reparatur oder zur Ausrüstung von Seeschiffen verwendet werden,*) der im §. 7 Ziffer 2 Absatz 2 des Zolltarifgesetzes vorgesehene Nachlaß an dem zur Last geschriebenen Zolle gewährt.

Die gesetzliche Abfallvergütung wird von der zur Bearbeitung entnommenen Rohholzmenge berechnet. Sie beträgt

| | | |
|---|------------------|--|
| a) für Säge- und Schnittwaaren, vier- und mehrseitig in der Längsachse geschnitten: | | |
| a) in der ganzen Länge gleich stark und breit | 33 $\frac{1}{3}$ | Prozent
des dazu
ver-
wendeten
Roh-
holzes. |
| β) nicht gleich stark oder breit | 20 | |
| b) für ungeäumte Bretter | 20 | |
| c) für gefägte Fournire | 50 | |
| d) für Hobelarbeit, wodurch Waaren der Klasse c 3 in solche der Klasse d
verebelt werden | 15 | |
| e) in allen übrigen Fällen | 7 $\frac{1}{2}$ | |

*) Anmerkung. Eine Verzollung kann bei reinen Transittlagern nur im Falle des §. 15 Absatz 2, sowie bezüglich eines etwaigen Rinderbefundes bei der Lagerrevision vorkommen.

Für jede zur Ausfuhr gelangende oder zum Baue, zur Reparatur oder zur Ausrüstung von Seeschiffen verwendete Menge der durch die Bearbeitung gewonnenen Waare ist — soweit ein Nachbestand der betreffenden Holzgattung vorhanden ist — ein Betrag an Abfallvergütung zu gewähren, welcher sich zu der im Ganzen zulässigen Vergütung verhält wie die Menge der ausgeführten zu derjenigen der gewonnenen Waare.

Bei Bearbeitungen, mit denen eine Verminderung des Festmeterinhalts oder Gewichts nicht verbunden ist, tritt ein Zollnachlaß nicht ein. Findet eine wiederholte Bearbeitung statt, so ist die Abfallvergütung nur einmal und zwar nach dem im Einzelfalle zutreffenden höchsten gesetzlichen Satze zu gewähren.

Soweit nach den vorstehenden Bestimmungen für die bei der Bearbeitung entstandenen Abfälle ein Zollnachlaß nicht zu gewähren ist, findet die Verzollung der bearbeiteten Hölzer und hergestellten Holzwaaren eintretendenfalls nach Maßgabe der Menge des dazu verwendeten Rohholzes und des auf letzterem angeschriebenen Zollsatzes statt.

§. 12.

Abgang vom Lager.

Hölzer, welche in einem reinen Transilager für Holz gelagert haben, dürfen nur nach anderen reinen Transilagern oder nach dem Zollausslande versandt oder zum Baue, zur Reparatur oder zur Ausrüstung von Seeschiffen verwendet werden. Die Ueberführung bearbeiteter Hölzer auf ein anderes Lager ist nur mit Zustimmung des Versendungsamts zulässig; letzteres hat im Falle der Genehmigung darüber Verfügung zu treffen, welche Beträge in seinem Niederlage-Register abgesetzt und in demjenigen des Empfangsamts zugeschrieben werden sollen.

Die aus dem Lager entnommenen Hölzer sind nach den Vorschriften des Begleitschein- und Niederlage-Regulativs, sowie der etwa erlassenen besonderen Bestimmungen unter Zollkontrolle abzufertigen. Dabei kann von einer Verschlussanlage abgesehen, auch die Revision auf probeweise Ermittlung beschränkt werden, wenn der Lagerinhaber durch ordnungsmäßig geführte Bücher den Ab- und Zugang zuverlässig nachweist.

Bei Versendung mit Begleitschein I ist seitens des Ausfertigungsamts in dem Begleitscheine wegen der auf den Hölzern ruhenden Eingangsabgabe und wegen der etwaigen Abfälle das Nähere zu vermerken. Das Erlebigungsamt hat demnach dem Ausfertigungsamte mitzutheilen, in welcher Weise der Begleitschein Erlebigung gefunden hat.

§. 13.

Erleichterungen bei der Revision.

Die Direktivbehörde kann unter Vorbehalt des Widerrufs genehmigen, daß die Revision der Hölzer bei der Aufnahme in das Lager, nach erfolgter Bearbeitung und bei der Entnahme aus dem Lager sowie die zollamtliche Bescheinigung über die Verladung auf die Versandtmittel (Eisenbahnwagen, Schiff) durch die Bescheinigung einer bei der Beaussichtigung von Holzverladungen dauernd verwendeten Person ersetzt werde. Solche Personen müssen jedoch auf das Interesse der Zollverwaltung ein für allemal vereidigt sein.

Eine derartige Genehmigung darf ebenfalls nur unter der Voraussetzung erteilt werden, daß die Bücher des Lagerinhabers über Zugang und Abgang zum und vom Lager zuverlässigen Aufschluß geben.

§. 14.

Jährlich ist eine Bestandsrevision auf Grund einer von dem Lagerinhaber einzureichenden Bestandsbeklaration vorzunehmen. Dieselbe kann probeweise geschehen, wenn die Umstände Bedenken nicht ergeben.

Die Termine für diese Revisionen sind von der Direktivbehörde nach den örtlichen Verhältnissen zu bestimmen.

Nach jeder Bestandsrevision ist das Niederlagekonto durch An- und Abschreibung der vorgefundenen Differenzen mit dem Lagerbestand in Uebereinstimmung zu bringen.

§. 15.

Aufhebung des Lagers.

Die Zurücknahme der Bewilligung des Lagers (§. 11 des Privatlager-Regulativs) kann seitens der Direktivbehörde insbesondere auch dann erfolgen, wenn Defrauden oder Ordnungswidrigkeiten in Bezug auf die Bearbeitung der Hölzer (§§. 7 bis 11) oder auf den Verbleib der vom Lager versendeten Hölzer (§§. 12 und 13) verübt worden sind; ebenso dann, wenn der Zoll für den durchschnittlichen Zugang von ausländischem Holze zum Lager in den letzten beiden Kalenderjahren für das Jahr einen Betrag von 1000 Mark nicht erreicht hat. Der Widerruf darf auch auf die Erlaubniß zur Bearbeitung beschränkt werden.

In allen Fällen des Aufhörens eines reinen Transittlagers für Holz ist der Lagerbestand innerhalb einer von der Direktivbehörde zu bestimmenden Frist seitens des bisherigen Lagerinhabers oder seiner Rechtsnachfolger (Erben, Konkursmasse u. f. w.) unter Zollaufsicht entweder in das Zollausland oder auf ein anderes reines Transittlager zu verbringen oder zum Baue, zur Reparatur oder zur Ausrüstung von Seeschiffen zu verwenden. Ausnahmsweise kann die Direktivbehörde den Uebergang des Bestandes in ein gemischtes Transittlager oder in den freien Verkehr gegen Entrichtung der Zollsätze gestatten.

B. Gemischte Transittlager.

§. 16.

Auf die gemischten Transittlager für Holz ohne amtlichen Mitverschluß finden die Vorschriften der §§. 3 bis 15 mit nachstehenden Zusätzen und Abänderungen entsprechende Anwendung.

§. 17.

Bewilligung des Lagers.

An welchen Orten gemischte Lager gestattet werden dürfen, bestimmt der Bundesrath.

Das Bedürfniß eines gemischten Transittlagers für Holz an solchen Orten ist von der Direktivbehörde nur dann anzuerkennen, wenn nach den Büchern des Gewerbetreibenden der Umfang des von ihm betriebenen Holzgeschäfts ohne den Besitz eines solchen Lagers voraussichtlich eine wesentliche Einschränkung selbst unter der Voraussetzung erfahren würde, daß ihm ein reines Transittlager bewilligt wäre. In anderen Fällen entscheidet die oberste Landes-Finanzbehörde über die Bedürfnißfrage.

Demselben Gewerbetreibenden darf ein reines und ein gemischtes Transittlager für Holz an einem Orte nicht bewilligt werden. Mit einander in unmittelbarem Zusammenhange stehende Ortschaften sind in dieser Beziehung als ein Ort anzusehen.

§. 18.

Zugang zum Lager.

Auf ein gemischtes Transittlager darf auch inländisches Holz gebracht werden. Dasselbe behält seine Eigenschaft als zollfreie Waare. Im Uebrigen finden darauf die Vorschriften des §. 6 sinngemäße Anwendung.

§. 19.

Buchführung.

Für die gemischten Transittlager von Holz ist ein Niederlage-Register (§. 5) nach Muster B zu führen.

§. 20.

Abmeldung vom Lager.

Aus einem gemischten Lager können Hölzer auch in andere gemischte oder in reine Lager übertragen werden.

Die Berechnung und Entrichtung der Eingangsabgaben von den aus dem gemischten Transittlager in den freien Verkehr gelangten Hölzern und den durch die Bearbeitung hergestellten Gegenständen sowie die Bestandsrevisionen erfolgen nach Maßgabe der im §. 16 des Privatlager-Regulativs enthaltenen Vorschriften. Die Direktivbehörde ist jedoch ermächtigt, für die in jedem Jahre mindestens einmal vorzunehmende Bestandsrevision einen anderen Termin, als in dem Privatlager-Regulativ angeordnet, zu

bestimmen. In diesem Falle hat jedesmal sechs Monate vor der für die Bestandsrevision bestimmten Zeit eine vorläufige Abrechnung nach Maßgabe der Bestimmungen in Absatz 2 und 3 des §. 16 des Privatlager-Regulativs stattzufinden. Auf die mit der Bestandsrevision zu verbindende endgültige Abrechnung finden die Vorschriften in Absatz 4 bis 6 daselbst Anwendung.

III. Strafbestimmungen.

§. 21.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Regulativs und die auf Grund hiervon erlassenen, öffentlich oder den Betheiligten besonders bekannt gemachten Verwaltungsvorschriften werden, sofern nicht die Strafen der §§. 134 bis 151 des Vereinszollgesetzes Anwendung finden, gemäß §. 152 daselbst mit einer Ordnungsstrafe bis zu 150 Mark geahndet.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 33.

Den 31. Dezember

1897.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Bekanntmachung.

31. Mit Bezug auf die Allerhöchste Verordnung vom 22. d. Mte., durch welche die beiden Häuser des Landtages der Monarchie auf den 11. Januar f. Js. in die Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen worden sind, mache ich hierdurch bekannt, daß die besondere Benachrichtigung über den Ort und die Zeit der Eröffnungssitzung in dem Bureau des Herrenhauses und in dem Bureau des Hauses der Abgeordneten am 10. Januar f. Js. in den Stunden von 8 Uhr früh bis 8 Uhr Abends und am 11. Januar f. Js. in den Morgenstunden von 8 Uhr früh ab offen liegen wird. In diesen Büreaus werden auch die Legitimationskarten zu der Eröffnungssitzung ausgegeben und alle sonst erforderlichen Mittheilungen in Bezug auf dieselbe gemacht werden.

Berlin, den 23. Dezember 1897.

Der Minister des Innern.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Bekanntmachung.

297. Der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat die unter dem 25. März d. J. erlassenen, im 24sten Stück des Amtsblatts veröffentlichten Bestimmungen über den Umfang der technischen Vorprüfung bei Anlegung von Dampfkesseln in mehreren Punkten abgeändert und ergänzt. Der Erlaß in seiner jetzigen Fassung folgt hierunter. Die Aenderungen und Zusätze sind durch fetten Druck hervorgehoben.

Potsdam, den 15. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

Erlaß.

betreffend den Umfang der technischen Vorprüfung bei Anlegung von Dampfkesseln.

Nach § 11 Absatz I. der Anweisung, betreffend die Genehmigung und Untersuchung der Dampfkessel, vom 15. März 1897 haben die Stellen, bei denen die Anträge auf Ertheilung der Genehmigung zur Anlegung von Dampfkesseln anzubringen sind, die Vorlagen einer Prüfung (Vorprüfung) zu unterziehen. Diese hat sich nicht auf die Vollständigkeit und richtige Ausführung der Vorlagen zu beschränken, sondern auch darauf zu erstrecken, ob das Projekt den bestehenden Bestimmungen und den anerkannten Regeln der Technik und Wissenschaft entspricht. Hierbei sind vornehmlich folgende Punkte zu beachten:

1) Die Lage der Feuerzüge zum niedrigsten Wasser-

stande muß den Vorschriften des § 2 der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen über die Anlegung von Dampfkesseln (Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 5. August 1890 R.-G.-Bl. S. 163 ff.) entsprechen. Bei Kesseln mit geringer Wasseroberfläche sind die Feuerzüge in einem größeren Abstande als 10 cm unterhalb des niedrigsten Wasserstandes anzuordnen.

2) Die Ausrüstung der Dampfkessel muß den Vorschriften des Abschnitts II. der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen über die Anlegung von Dampfkesseln entsprechen. Die als Speisevorrichtungen zu verwendenden Handpumpen müssen von einem Manne bedient werden können. Bei Anlagen, bei denen das Produkt aus der wasserbepülten Heizfläche in Quadratmetern und der höchsten Dampfspannung in Atmosphären Ueberdruck größer als 100 ist, sind künftig Handpumpen nur ausnahmsweise zuzulassen (z. B. bei beweglichen Kesseln). Die Wasserstandsvoorrichtungen müssen im Gesichtskreise des Kesselwärters liegen. Bei hochgelegenen Wasserständen ist ihre Bedienung durch Treppen und Bühnen mit Handleisten oder feste Leitern zu erleichtern. Von dieser Vorschrift kann abgesehen werden, wenn die Anordnung in einzelnen Fällen (wie z. B. bei jahrbaren Krähen u. s. w.) besondere Schwierigkeiten bereiten würde. Die zweite Vorrichtung zur Erkennung des Wasserstandes kann ebenfalls ein Wasserstandsglas sein.

Auf die Hochlegung der Speiserohrmündung bis nahe unter den niedrigsten Wasserstand ist in geeigneten Fällen hinzuwirken.

3) Für die Aufstellung der Kessel sind im Allgemeinen die Vorschriften des Abschnitts IV. der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen über die Anlegung von Dampfkesseln maßgebend.

Trockenkammern, die von Menschen betreten werden, sind über Dampfkesseln, die für mehr als sechs Atmosphären Ueberdruck bestimmt sind, und über solchen, bei denen das Produkt aus der feuerberührten Heizfläche in Quadratmetern und der Dampfspannung in Atmosphären Ueberdruck mehr als 30 beträgt, nicht zulässig. Andere ständige Trockenvorrichtungen können mit besonderer Genehmigung, jedoch unter solchen Bedingungen, die eine Gefährdung des Kesselbetriebs und von Menschen möglichst ausschließen, zugelassen werden.

Ballendecken sind als feste anzusehen, wenn außer den Dachträgern besondere durch die Dach-

konstruktion nicht bedingte Balken oder Träger über dem Kessel eingebaut werden sollen, oder die zwischen den Dachträgern befindlichen Räume durch feste Bohlendecken, Gemäkle oder dergleichen geschlossen werden. Leichte Verschalungen der Dachflächen sind zulässig.

Das Kesselmauerwerk soll — auch gegen den Ramin und gegen Nachbaressel — frei stehen. Hiervon kann dann abgesehen werden, wenn die Zwischenwand zwischen zwei Kesseln mindestens 38 cm stark und für Lüftung und Abkühlung außerdem hinreichend gesorgt ist, um die Züge reinigen und befahren zu können. (Der Zwischenraum zwischen Kesselmauerwerk und Schornstein von mindestens 8 cm muß aber bei Neuanlagen gewahrt bleiben). Eine leichte Abdeckung der Zwischenräume ist gestattet. Der Fuchs darf mit dem Mauerwerk der Außenwände in Verbindung stehen.

Die Vorschriften Ziffer 3 Absatz 4 finden auf solche eingemauerten Dampfkessel keine Anwendung, die nicht mit äußeren seitlichen befahrbaren Feuerzügen versehen sind. Bestehende Anlagen, deren Einzelkessel nicht durch Zwischenräume von einander getrennt sind, werden durch diese Vorschriften auch dann nicht getroffen, wenn neue Kessel an Stelle alter eingewechselt werden oder die Disposition und Konstruktion des vorhandenen Dampfkesselgebäudes bei Vergrößerung der Kesselzahl die Anordnung der Zwischenräume unthunlich erscheinen läßt. Nur muß bei Erweiterung der bestehenden Anlage, d. h. bei der Anreihung weiterer Kessel, das Zwischenmauerwerk zwischen je zwei Kesseln mindestens 38 cm stark sein und außerdem für Lüftung und Abkühlung hinreichend gesorgt werden, um die Züge reinigen und befahren zu können.

- 4) Es ist zu prüfen, ob das Innere und die Feuerzüge des Kessels zur Reinigung und Untersuchung in genügender Weise zugänglich sind. Reinigungs- und Einsichtsöffnungen sind in erforderlicher Zahl und Größe vorzusehen. Mannlöcher müssen bei neuen Kesseln in der Regel eine Breite von 30 × 40 cm mindestens aber von 28 × 38 cm, Einsichtsöffnungen im Mauerwerk eine Breite von mindestens 45 × 45 cm haben. Die Feuerzüge sind thunlichst so anzuordnen, daß sie von einem Erwachsenen befahren werden können.

Die Auflagerung der Kessel muß eine sichere sein. Bei größerer freitragender Länge müssen Unterstüßungen des Kessels angeordnet werden. Wo Kessel einen Seitendruck auf das Mauerwerk ausüben, ist dieses zu verankern.

- 5) Die Kesselwandungen und sonstigen Konstruktions-

theile der Kessel müssen der beantragten Dampfspannung entsprechend bemessen werden.

Die Wanddicken neuer Dampfkessel sind so zu bemessen, daß die Zugspannung des Blechs an der schwächsten Stelle nicht mehr als $\frac{1}{3}$ der Zugfestigkeit des Materials beträgt. Bei Anwendung doppelt gelaschter Nähte darf eine Zugspannung bis zu $\frac{1}{4}$ der Zugfestigkeit des Materials gestattet werden.

Flammrohre müssen mit geeigneten Verstärkungsringen versehen sein, falls nicht die Durnähte bereits wirksame Verstärkungen bilden. Nur bei verhältnismäßig geringer Länge und Breite der Flammrohre genügen einfache Ueberlappungsnahte.

Die Ränder der Mannloch- und der sonstigen Ausschnitte sind stets dann wirksam zu versteifen, wenn durch Einschnitten der Löcher eine unzulässige Verschwächung des Blechs gegenüber dem beabsichtigten Druck eintritt, oder wenn ein Druckspannen des Blechs durch das Anziehen der Mannlochbügel und dergleichen zu befürchten steht.

Ebene Kesselwandungen sind genügend zu verankern.

- 6) Die Größe der Heizfläche ist auf der Feuerseite zu berechnen. Unter der wasserberührten Heizfläche ist derjenige Theil der Heizfläche zu verstehen, der einerseits von den Heizgasen, andererseits vom Wasser bespült wird. Unter der feuerberührten Heizfläche ist künftig stets die Gesamtheizfläche des Kessels zu verstehen, ohne Rücksicht darauf, ob die Wandungen auf der der Feuerseite abgewendeten Fläche vom Wasser oder vom Dampf bespült werden.

Von der Berechnung der Heizfläche sind die nicht von den Heizgasen bespülten Kesselflächen, die durch Mauerungen verdeckt oder von den unter dem Rost von Flammrohren liegenden Flächen durch Asche isoliert und gleichzeitig durch zufließende Luft gekühlt werden, auszuschließen.

- 7) Bei der Prüfung des Projekts in bau-, feuer- und gesundheitspolizeilicher Hinsicht sind die Bestimmungen der Baupolizeiordnungen besonders zu berücksichtigen. Etwaige statische Berechnungen (§ 10 Abs. IV. Ziffer 5 der Anweisung) sind nachzuprüfen. Der Heizerraum muß genügendes Licht erhalten, die Thüren des Kesselhauses müssen nach Außen aufschlagen, auch müssen die zum Schutze der Arbeiter erforderlichen Maßnahmen vorgesehen werden.

Glaubt der Kesselprüfer, daß seine Sachkunde zu einzelnen Prüfungen nicht hinreicht, so hat er

von diesem Theile der Untersuchung abzusehen und der Beschlußbehörde zur Veranlassung des Weiteren entsprechende Mittheilung zu machen.

Die Vorschriften unter Ziffer 3 Abs. 4 und unter Ziffer 5 Abs. 2 bis 5 treten erst am 1. Januar 1898 in Geltung.

Berlin, den 28. November 1897.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Die „Internationale Transport-Versicherungs-Gesellschaft“
in Düsseldorf betreffend.

298. Unter der Firma „Internationale Transport-Versicherungs-Gesellschaft“ ist in Düsseldorf eine Aktien-Gesellschaft gegründet, deren Zweck die Versicherung, Mit- und Rückversicherung von Gütern, Waaren und Schiffsförpfern und von jedem anderen in Geld schätzbaren Interesse gegen die Gefahren des Transports und die damit zusammenhängenden Gefahren ist. Der Gesellschaft ist von dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe unterm 10. September d. J. unter Genehmigung ihres Statuts die Erlaubniß zum Geschäftsbetriebe erteilt und die Ertheilung der Genehmigung unterm 16. v. M. im 46. Stück des Amtsblatts der Königl. Regierung zu Düsseldorf veröffentlicht worden. Die Eintragung in das Handelsregister ist laut der in der fünften Beilage zu Nr. 234 des Deutschen Reichs- und Königl. Preussischen Staats-Anzeigers vom 5. Oktober d. J. erfolgt.

Potsdam, den 27. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

V i e h s t e u e n .

299. Ausgebrochen:

a. Milzbrand. Kreis Niederbarnim: bei einer Kuh des Gutsbesizers Dotri in Pönow. Kreis Osthavelland: auf dem Gehöft des Gutsbesizers Albrecht in Regin. Kreis Zürlerbog-Luckenwalde: bei einem gefallenem Ochsen auf dem Kammergut Reinsdorf. Kreis Westhavelland: bei einer Kuh des Bauerngutsbesizers Wulkow in Garlig.

b. Maul- und Klauenseuche. Kreis Niederbarnim: auf dem Rittergute Buch und auf dem Gehöfte des Kossäthen Hübner in Karow. Kreis Oberbarnim: unter dem Rindvieh des Bauerngutsbesizers Hilliges in Heckelberg. Kreis Teltow: unter dem Viehbestande des Bauerngutsbesizers Schadow in Groß-Beeren. Kreis Osthavelland: auf dem Gehöfte des Aderbürgers Nidel in Nauen. Kreis Westhavelland: unter den Kühen des Kossäthen Stahlberg und des Büdnere Schulz in Stechow. Kreis Zürlerbog-Luckenwalde: unter den Rindviehbeständen der Büdner Gustav Schulze und Friedrich Bogow, sowie des Schmiedemeisters Baagisch, sämmtlich in Remnig. Kreis Ruppın: unter dem Rindviehbestand des Bauern Vider in Manfer. Kreis Westprignitz: unter den Schafen des Gutes Mansfeld.

c. Räude. Kreis Oberbarnim: unter den Pferden des Eigenthümers Walleiser in Kerstenbruch.

d. Brustseuche. Kreis Prenzlau: unter den Pferden des Dominiums Briesig.

E r s c h e n .

a. Maul- und Klauenseuche. Kreis Ostprignitz: unter dem Rindvieh des Gutsbesizers Dahlhausen. Kreis Oberbarnim: unter dem Rindvieh des Gutsbesizers Eichwerder, Alt-Wriezen. Kreis Niederbarnim: auf dem Rittergute Eichenfließ, auf den Gehöften des Viehhändlers Wolf in Schönerlinde, des Büdnere Kurz in Schönwalde und in Reinickendorf gänzlich.

b. Brustseuche. Unter den Remonten der 3. Batterie 2. Garde-Feldartillerie-Regiments. Kreis Teltow: unter den Pferden des Aderbürgers Wolff in Teltow.

Potsdam, den 28. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Berichtigung.

18. In der in Stück 52 des Amtsblatts auf Seite 495 unter Nr. 17 erlassenen Bekanntmachung, betreffend Vorarbeiten für die Herstellung eines Ueberholungsgleises auf der Haltestelle Kehlsee an der Strecke Berlin—Schneidemühl, muß es im zweiten Absatz am Schlusse statt „unstatthaft“ heißen:

„statthaft.“

Potsdam, den 27. Dezember 1897.

Der Bezirksauschuß.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

89. Unter Bezugnahme auf § 100 des Straßenpolizeireglements in der Fassung der Polizeiverordnung vom 30. Januar 1895 wird hierdurch mit Zustimmung des Magistrats Folgendes zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

Vom ersten Mai nächsten Jahres ab werden nur diejenigen Müllabfuhrsysteme zugelassen werden, welche als den polizeilichen Anforderungen genügend öffentlich bekannt gegeben worden sind.

Als solche sind, wie unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 2. März d. J. bemerkt wird, zur Zeit zu bezeichnen:

- 1) System Rinsbruner (D. R. P. 79862 und 87233 D. R. G. M. 45575),
- 2) System Geduld & Co. (D. R. P. 79275),
- 3) das sogenannte Wechsellastensystem.

Hierzu tritt:

- 4) System Eger (D. R. P. Kl. 81 G. 8796).

Berlin, den 21. Dezember 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

90. Für die Turnlehrerinnen-Prüfung, welche im Frühjahr 1898 in Berlin abzuhalten ist, habe ich Termin auf **Montag den 23. Mai 1898** und die folgenden Tage anberaumt.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spä-

testens bis zum 1. April 1898, Meldungen anderer Bewerberinnen bei derjenigen königlichen Regierung, in deren Bezirk die Betreffende wohnt, ebenfalls bis zum 1. April 1898 anzubringen.

Die in Berlin wohnenden Bewerberinnen, welche in keinem Lehramte stehen, haben ihre Meldungen bei dem königlichen Polizei-Präsidium in Berlin bis zum 1. April 1898 einzureichen.

Die Meldungen können nur dann Berücksichtigung finden, wenn ihnen die nach § 4 der Prüfungsordnung vom 15. Mai 1894 vorgeschriebenen Schriftstücke ordnungsmäßig beigelegt sind.

Die über Gesundheit, Führung und Lehrthätigkeit beizubringenden Zeugnisse müssen in neuerer Zeit ausgestellt sein.

Die Anlagen jedes Gesuches sind zu einem Hefte vereinigt einzureichen.

Berlin, den 9. Dezember 1897.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

* * *

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß es im Interesse der Bewerberinnen liegt, ihre Meldungen zur Prüfung so zeitig anzubringen, daß etwaige Rückfragen bis zu dem angesetzten Schlußtermin erledigt sein können.

Berlin, den 20. Dezember 1897.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

92. Am 31. Dezember Abends nach Dienstschluß wird das Postamt 99 von dem Hause Holzmarktstraße 73 nach dem Hause Schidlerstraße 2 verlegt und führt fortan die Bezeichnung „Postamt O. 99 (Schidlerstraße)“.

Berlin C., 21. Dezember 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,
Geheime Ober-Postrath Griesbach.

Bekanntmachung.

93. Um bei dem bevorstehenden Jahreswechsel eine beschleunigte Uebermittlung der Ortsbriefe zu erzielen, werden am 31. Dezember in den Schaltvorräumen der hiesigen Postämter besondere Brieffasten aufgestellt werden, die zum Einlegen der „Ortsbriefe“ bestimmt sind. Dem Publikum wird deshalb im eigenen Interesse empfohlen, sich zur Auslieferung der in Berlin verbleibenden Briefe der „Brieffasten für Ortsbriefe“ zu bedienen.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß die in früheren Jahren bestandene Einrichtung, wonach die Neujahrsbriefe bereits vom 26. Dezember ab eingeliefert werden konnten und bei den Postanstalten bis zur Bestellung am 1. Januar aufbewahrt wurden, wegen der damit verknüpften betriebstechnischen Schwierigkeiten auf-

gehoben worden ist. Die Briefe gelangen jetzt allgemein alsbald nach ihrer Auslieferung zur Bestellung.
Berlin C., den 21. Dezember 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,
Geheime Ober-Postrath Griesbach.

Bekanntmachung.

94. Der Fernspreerverkehr mit Bünde (Westf.) ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt 1 Mark.

Berlin C., 24. Dezember 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,
Geheime Ober-Postrath Griesbach.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

95. Auf der Försterei Klein-Dölln im Kreise Templin wird am 28. Dezember eine Telegraphenhülfsstelle eröffnet werden.

Potsdam, 24. Dezember 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor Gürtler.

Bekanntmachung der Königl. Direction der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

27. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 22. v. M. heute geschehenen öffentlichen Verlosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Stücke gezogen worden:

I. 4%ige Rentenbriefe.

Litt. A. zu 3000 M. (1000 Thlr.) 170 Stück und zwar die Nummern:

| | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|------|
| 22 | 395 | 516 | 611 | 1197 | 1430 | 1495 | 1520 | 1790 |
| 1937 | 2312 | 2380 | 2503 | 2549 | 2555 | 2822 | 3055 | 3118 |
| 3142 | 3253 | 3267 | 3571 | 3661 | 3714 | 3816 | 3906 | 3930 |
| 3945 | 3960 | 4020 | 4038 | 4142 | 4554 | 5035 | 5130 | 5232 |
| 5250 | 5263 | 5521 | 5784 | 5803 | 5833 | 5914 | 5932 | 6197 |
| 6394 | 6819 | 6910 | 6926 | 7139 | 7199 | 7282 | 7415 | |
| 7624 | 7688 | 7760 | 7903 | 7969 | 8067 | 8206 | 8729 | 8762 |
| 8979 | 9037 | 9156 | 9267 | 9337 | 9416 | 9653 | 9673 | 9799 |
| 9867 | 9870 | 9957 | 10014 | 10047 | 10346 | 10560 | 10618 | |
| 10654 | 10685 | 10777 | 10832 | 10852 | 11053 | 11213 | | |
| 11314 | 11457 | 11523 | 11711 | 11763 | 11843 | 11894 | | |
| 12068 | 12088 | 12169 | 12214 | 12248 | 12252 | 12459 | | |
| 12464 | 12481 | 12497 | 12569 | 12910 | 12970 | 13052 | | |
| 13165 | 13195 | 13340 | 13359 | 13478 | 13641 | 13683 | | |
| 13806 | 13919 | 13978 | 13984 | 14012 | 14014 | 14029 | | |
| 14260 | 14282 | 14546 | 14619 | 14777 | 14837 | 14970 | | |
| 14978 | 15198 | 15260 | 15485 | 15514 | 15544 | 15564 | | |
| 15716 | 15922 | 15951 | 16103 | 16124 | 16456 | 16472 | | |
| 16691 | 16720 | 16930 | 17269 | 17393 | 17470 | 17554 | | |
| 18001 | 18077 | 18228 | 18255 | 18573 | 18637 | 18661 | | |
| 18748 | 18788 | 18930 | 18949 | 18985 | 19027 | 19143 | | |
| 19188 | 19241 | 19292 | 19325 | 19402 | 19563 | 19574 | | |

Litt. B. zu 1500 M. (500 Thlr.) 61 Stück und zwar die Nummern:

| | | | | | | | | | |
|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| 154 | 222 | 261 | 730 | 742 | 799 | 899 | 943 | 1224 | 1460 |
| 1772 | 2134 | 2267 | 2365 | 2520 | 2605 | 2645 | 2771 | 2777 | |

2796 2872 3091 3280 3420 3437 3565 3753 3802
 3915 3988 3996 4015 4018 4070 4077 4327 4441
 4633 4680 5033 5121 5315 5482 5488 5493 5514
 5570 6039 6241 6307 6516 6525 6568 6576 6597
 6604 6731 6807 6859 6988 7041.

Litt. C. zu 300 M. (100 Thlr.) 235 Stück und
 zwar die Nummern:

377 446 505 600 863 1055 1116 1156 1413
 1817 1819 1878 2063 2111 2155 2233 2467 2628
 2931 3005 3216 3439 3735 4107 4279 4418 4487
 4531 4879 5057 5239 5342 5557 5720 5862 6214
 6232 6439 6551 6569 6631 6750 6838 6845 7035
 7036 7275 7311 7344 7436 7536 7749 7829 7920
 7958 8012 8084 8216 8316 8361 8383 8467 8544
 8731 8746 8785 8889 8995 9050 9426 9427 9505
 9662 9766 9800 9917 10074 10228 10234 10470
 10640 10703 10704 10728 10853 11400 11401
 11511 11521 11618 11800 11820 11828 11859
 11862 11867 12012 12101 12210 12252 12290
 12315 12439 12494 12543 12624 12640 12643
 12814 12861 12862 12947 13215 13614 13681
 13704 13749 13892 13908 14030 14036 14143
 14319 14546 14643 14794 15004 15088 15105
 15236 15329 15431 15522 15617 15664 15789
 15851 16101 16231 16379 16393 16689 16761
 16805 16886 16995 17094 17126 17575 17603
 17705 17725 17758 17910 17930 18071 18177
 18247 18322 18348 18364 18388 18438 18705
 18847 18877 18977 18983 19133 19243 19287
 19378 19588 19615 19727 19783 19788 19826
 19980 20185 20250 20535 20536 20636 20654
 20723 20815 20885 20929 20973 21026 21036
 21094 21219 21438 21548 21635 21644 21792
 21917 21994 22127 22358 22538 22777 22832
 22889 22957 22973 22977 22992 23302 23481
 23645 23713 23782 23831 23959 24376 24447
 24525 24692 24699 24700 24856 24882 24985
 24993 25088 25190 25250 25251 25615 25622
 25707.

Litt. D. zu 75 M. (25 Thlr.) 198 Stück und
 zwar die Nummern:

62 174 213 294 457 751 880 1093 1098
 1491 2073 2077 2174 2537 2616 2857 2862 2961
 3127 3152 3173 3317 3323 3400 3961 4063 4080
 4289 4353 4634 4765 4953 5283 5520 5831 6110
 6146 6279 6295 6356 6742 6758 6799 6807 6824
 6835 6919 7330 7346 7657 7702 7724 7739 7824
 7857 8046 8052 8057 8062 8133 8192 8660 8705
 8879 9130 9197 9343 9353 9409 9493 9616 9754
 9803 9825 9846 9853 9856 9884 10062 10320
 10570 10596 10774 10886 10946 11054 11088
 11159 11274 11316 11370 11423 11545 11616
 11795 12007 12108 12111 12275 12312 12367
 12453 12562 12631 12680 12702 12915 12954
 13038 13068 13161 13229 13383 13723 13741
 13863 13867 14011 14261 14265 14267 14696
 14806 14852 14909 14961 14970 15030 15131
 15203 15236 15310 15383 15435 15588 15717

15726 15811 15824 16218 16357 16443 16641
 16675 16787 16936 17079 17111 17379 17591
 17737 17750 17812 17909 18012 18080 18083
 18095 18160 18195 18215 18292 18387 18408
 18540 18661 18806 19049 19208 19251 19360
 19503 19539 19625 19649 19711 19895 19961
 20026 20114 20437 20512 20550 20636 20812
 20825 20874 20942 21185 21239 21534 21535
 21546 21555 21558 21560 21624 21626.

Litt. E. zu 30 M. (10 Thlr.) 4 Stück und zwar
 die Nummern:

9654 9772 9800 9863

II. 3 1/2 % ige Rentenbriefe.

Litt. L. zu 3000 M. 1 Stück und zwar die
 Nummer: 61.

Litt. N. zu 300 M. 2 Stück und zwar die
 Nummern: 41 63.

Litt. O. zu 75 M. 3 Stück und zwar die
 Nummern: 46 50 51.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden auf-
 gefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den
 dazu gehörigen Coupons Ser. VI. N^o 16 beziehungs-
 weise Ser. I. N^o 14—16 nebst Talons bei der hiesigen
 Rentenbank-Kasse, Klosterstraße Nr. 76 I., vom
 1. April f. J. ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr
 einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den
 Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.
 Vom 1. April f. J. ab hört die Verzinsung der aus-
 gelooften Rentenbriefe auf; diese selbst verjähren mit
 dem Schlusse des Jahres 1908 zum Vortheil der
 Rentenbank.

Die Einlieferung ausgeloofter Rentenbriefe an die
 Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post portofrei
 und mit dem Antrage erfolgen, daß der Gelbbetrag
 auf gleichem Wege übermittelt werde. Die Zusendung
 des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des
 Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M.
 durch Postanweisung. Sofern es sich um Summen
 über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine
 ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 16. November 1897.

Königliche Direktion
 der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

28. Den betheiligten Grundbesitzern wird hiermit
 bekannt gemacht, daß „der Süddeutschen Feuer-
 Versicherungsbank in München“ gestattet
 worden ist, Gebäude und andere Baulichkeiten auf
 Grundstücken, von denen an die Rentenbank für die
 Provinz Brandenburg Renten zu entrichten sind, gegen
 Feuers-Gefahr zu versichern.

Nach früheren Bekanntmachungen sind bisher von
 uns zugelassen worden:

- 1) die Ständische Städte-Feuer-Societät der Kur- und
 Neumark und der Nieder-Lausitz,
- 2) die Ständische Land-Feuer-Societät der Kurmark
 und der Niederlausitz,

- 3) die Ständische Land-Feuer-Societäts-Direction der Neumark,
- 4) die Aachener- und Münchener-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft,
- 5) die Feuer-Versicherungs-Gesellschaft „Colonia“,
- 6) die Berlin'sche Feuer-Versicherungs-Anstalt,
- 7) die Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft,
- 8) die Preussische National-Versicherungs-Gesellschaft zu Stettin,
- 9) die Schlesische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Breslau,
- 10) die Vaterländische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Elberfeld,
- 11) die Leipziger Feuer-Versicherungs-Anstalt,
- 12) die Versicherungs-Gesellschaft Deutscher Phönix zu Frankfurt a. M.,
- 13) die Feuer-Versicherungsbank für Deutschland zu Gotha,
- 14) die Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Thuringia zu Erfurt,
- 15) die Feuer-Versicherungs-Anstalt der Bayrischen Hypotheken- und Wechselbank,
- 16) die Deutsche Feuer-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin,
- 17) die Gladbacher Feuer-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Glabbach,
- 18) die North British and Mercantile Insurance Company zu London und Edinburg,
- 19) der Feuer-Assicuranz-Verein zu Altona,
- 20) die Versicherungs-Gesellschaft Providentia zu Frankfurt a. Main,
- 21) die Westdeutsche Versicherungs-Aktienbank zu Essen,
- 22) die Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft Union zu Berlin,
- 23) die Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in Brandenburg a. S.,
- 24) die Immobilier-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft der Ost- und Westprignitz,
- 25) die Mecklenburgische Immobilier-Brand-Versicherungs-Gesellschaft zu Neu-Brandenburg,
- 26) die Aachen-Leipziger Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Aachen,
- 27) die Oldenburger Versicherungs-Gesellschaft zu Oldenburg,
- 28) die Basler Versicherungs-Gesellschaft gegen Feuer-schaden zu Basel,
- 29) der Unterstützungs-Verein bei Brandunfällen zu Hollischen-Holländer,
- 30) die Norddeutsche Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Hamburg,
- 31) die Warthebruchs-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft im Landsberger Kreise,
- 32) die Warthebruchs-Feuer-Societät im Ost-Eternberg'er Kreise,
- 33) die Transatlantische Feuer-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Hamburg,
- 34) der Niederschlesische Windmühlen-Versicherungs-Verein zu Glogau.
- 35) die Londoner Phönix-Feuer-Assicuranz-Societät,
- 36) die Hamburg-Bremer Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Hamburg,
- 37) die Preussische Feuer-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin,
- 38) die Hanseatische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Hamburg,
- 39) der Havelländische Windmühlen-Versicherungs-Verband für den Regierungs-Bezirk Potsdam zu Gremmen,
- 40) der Lägerder Feuer-Versicherungs-Verein von 1826,
- 41) die Commercial Union-Assurance Company Limited,
- 42) die Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Rheinland zu Neuß,
- 43) der Bodwindmühlen-Versicherungs-Verein zu Unruhstadt,
- 44) die Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Schwedt a./D. Berlin, den 14. Dezember 1897.

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Schleusenperre.

Behufs Ausführung von Reparaturen wird die Schleuse zu Bergzow in der Zeit vom 1. Januar bis 15. Februar 1898 für jeden Verkehr gesperrt.

Magdeburg, den 24. Dezember 1897.

Der Regierungspräsident.

B e k a n n t m a c h u n g.

Nachstehender Rechnungsabluß der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt der Provinz Brandenburg für das Jahr 1896 wird hiermit gemäß § 23 des Statuts veröffentlicht:

A. Einnahmen.

| | |
|---|-------------------|
| 1) Erlös aus dem Verkauf von Beitragsmarken | 5524514 M. 43 Pf. |
| 2) Zinsen von angekauften Werthpapieren und sonstigen Kapitalanlagen | 624708 „ 35 „ |
| 3) Erstattete Renten | 1981 „ 49 „ |
| 4) Strafgeletter und sonstige Einnahmen, einschließlich 30754 M. Kursgewinn bei Veräußerung von Werthpapieren | 38970 „ 54 „ |

Summa der Einnahmen 6190174 M. 81 Pf.

B. Ausgaben.

| | |
|---|------------------|
| 1) Invalidenrenten | 638246 M. 13 Pf. |
| 2) Altersrenten | 1199910 „ 97 „ |
| (darunter 23,06 M. Kapitalabfindung an Ausländer) | |
| 3) Kosten des Heilverfahrens | 43981 „ 50 „ |
| 4) Erstattung von Beiträgen | 77475 „ 14 „ |
| 5) Gehälter u. s. w. für Beamte | 168034 „ 27 „ |
| 6) Tagegelber und Reisekosten an Vorstandsbeamte, Mitglieder des Ausschusses und Vertrauensmänner | 2988 „ 87 „ |
| 7) Miete u. s. w. für Geschäftsräume | 22230 „ 14 „ |
| 8) Bureaubedürfnisse | 28114 „ 85 „ |
| 9) Anschaffung und Unterhaltung des Inventars | 3288 „ 78 „ |
| 10) Beiträge zur Wittwen- und Waisenkasse, sowie sonstige Versicherungsbeiträge u. s. w. | 5756 „ 53 „ |
| 11) Kosten der Erhebungen bei Gewährung oder Entziehung von Renten | 13365 „ 95 „ |
| 12) Schiedsgerichts- und sonstige Kosten aus Anlaß des Berufungs- und Revisionsverfahrens | 22259 „ 95 „ |
| 13) Kosten der Quittungskarten, der Beitragsmarken und des Verkaufs der letzteren | 15284 „ 47 „ |
| 14) Vergütung an Krankenkassen und andere mit der Einziehung betraute Stellen | 910 „ 97 „ |
| 15) Kosten der Kontrolle | 22938 „ 52 „ |
| 16) Kosten der Rechtshilfe | 829 „ 98 „ |
| 17) Sonstige Ausgaben, einschließlich 15,15 M. Kursverlust bei Veräußerung von Wertpapieren | 315 „ 53 „ |
| Summa der Ausgabe 2265952 M. 55 Pf. | |

Abschluß.

| | |
|----------------------------------|-------------------|
| Die Einnahme beträgt | 6190174 M. 81 Pf. |
| Die Ausgabe beträgt | 2265962 „ 55 „ |
| Bestand 3924212 M. 26 Pf. | |

Hierzu wird bemerkt, daß sich der Kapitalwerth der der Versicherungsanstalt im Jahre 1896 zur Last fallenden Renten auf 2809199 M. 58 Pf. berechnet, wovon nach § 21 des Gesetzes vom 22. Juni 1889 mindestens ein Fünftel dem Reservefonds überwiesen werden muß. Die verfügbaren Gelder sind mündelsicher angelegt worden.

Berlin W., Matthäikirch-Straße Nr. 19, den 11. Dezember 1897.

Der Vorstand der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt der Provinz Brandenburg.

Personal-Chronik.

Der auf Grund landesherrlicher Genehmigung zu dem Amte eines Probstes an der St. Hedwigskirche in Berlin und des Fürstbischöflichen Delegaten berufene seitherige Pfarrer an der St. Sebastianskirche in Berlin, Carl Neuber, hat die kanonische Institution auf die gedachte Probstei sowie die erforderlichen Vollmachten für die Wahrnehmung des Delegatenamtes durch den Kardinal-Fürstbischof erhalten.

Im Kreise Nuppin ist der Administrator Tesmar in Meseberg zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 27 Meseberg ernannt worden.

Im Kreise Angermünde sind der Lehnsschulgengutsbesitzer Kowel in Groß-Zietzen und der Oberamtmann Faber zu Buchholz von Neuem zum Amtsvorsteher bezw. Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks 15 — Gr. Zietzen — ernannt worden.

In den Ruhestand treten zum 1. Januar f. J.: die Wasserbauinspektoren Bauräthe Habermann in Potsdam und Leiter in Neu-Nuppin. Versetzt werden zum 1. Januar f. J.: der Wasserbauinspektor Baurath Düsing von Stettin nach Potsdam, der Wasserbauinspektor Konrad von Schleswig nach Neu-Nuppin, der Wasserbauinspektor Baurath Volten von Cöpenick nach Buxtehude, der Wasserbauinspektor Bronikowski von Thorn nach Cöpenick.

Der Kanzleidiätar Jahn ist zum Regierungs-kanzlisten ernannt worden.

Der Forstassessor Hoffmann-Scholz zu Rheinsberg ist zum königlichen Oberförster ernannt und demselben die Verwaltung der königlichen Hausfideicommiss-Oberförsterei Rheinsberg definitiv übertragen.

Bermischte Nachrichten.**Eisenbahndirektionsbezirk Altona.**

Die Magistrate, Vorstände der Gemeinden, Genossenschaften u. s. w. werden ersucht, Steuerzetteln, sofern sie nicht zunächst den Landrathsämtern vorzulegen sind, entweder direkt an die unterzeichnete Direktion einzusenden oder an die Bahnhofsvorsteher abzugeben.

Königliche Eisenbahndirektion.

Bekanntmachung.

Es werden im Jahre 1898 bearbeitet werden: a. diejenigen Geschäfte, welche sich auf die Führung des Handelsregisters für Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, des Zeichen- und Muster-Registers und des Börsenregisters für Waaren und für Werthpapiere beziehen, in der Abtheilung 89 des unterzeichneten Gerichts von dem Amtsrichter Kristeller unter Mitwirkung des Amtsgerichtssekretärs Engel, b. diejenigen Geschäfte, welche sich auf die Führung des Handelsregisters für Einzelfirmen, offene Handels-

gesellschaften und Kommanditgesellschaften beziehen, in der Abtheilung 90 des unterzeichneten Gerichts von dem Amtsrichter Oscar Müller unter Mitwirkung des Amtsgerichtssekretärs Nothnagel. Die Eintragungen in das Handelsregister werden: 1) im Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, 2) in der Berliner Börsen-Zeitung, 3) in der Vossischen Zeitung veröffentlicht werden, diejenigen Eintragungen, welche Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung betreffen, und die Eintragungen in die Börsenregister außerdem in 1) der National-Zeitung und 2) dem Berliner Börsen-Courier, dagegen die Eintragungen in das Zeichen- und Musterregister nur in dem Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger. Die Geschäftsräume der vorbezeichneten Abtheilungen befinden sich im Gerichtsgebäude Berlin C., Neue Friedrichstraße 13. Dort werden Anmeldungen zum Handels- und Börsenregister im Zimmer N° 69, Anmeldungen zum Zeichen- und Musterregister im Zimmer N° 135 entgegengenommen.

Berlin, den 16. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht I., Abtheilungen 89 und 90.

Bekanntmachung.

Die Bekanntmachungen der Eintragungen in das bei dem unterzeichneten Gerichte geführte Genossenschaftsregister werden im nächsten Jahre in 1) dem Deutschen Reichsanzeiger, 2) der Vossischen Zeitung, 3) dem Berliner Lokal-Anzeiger, sofern dieselben aber kleinere Genossenschaften betreffen, nur in den beiden erstgenannten Blättern, erfolgen.

Berlin, den 18. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht I., Abtheilung 96.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1898 werden die Eintragungen in das Handelsregister und in das Börsenregister durch den deutschen Reichsanzeiger, die Berliner Börsenzeitung und die Vossische Zeitung veröffentlicht werden, — die Eintragungen in das Genossenschafts-Register durch den deutschen Reichsanzeiger, die Vossische Zeitung und (je nach dem Sitz der Genossenschaft) durch das Teltower bezw. Niederbarnimer Kreisblatt — bei kleineren Genossenschaften nur durch den deutschen Reichsanzeiger und das betreffende Kreisblatt. Die Geschäfte, welche auf die Führung dieser Register sich beziehen, werden im Jahre 1898 vom Amtsrichter Hartwig unter Mitwirkung des Aktuars Tschetschog bearbeitet.

Berlin, den 4. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht II., Abth. 25.

B e k a n n t m a c h u n g .

Die Eintragungen in das Handels-, das Genossenschafts- und das Börsenregister werden im Geschäftsjahr 1898 durch den Deutschen Reichs-Anzeiger,

die Zeitung für Niederbarnim und die Berliner Börsenzeitung, für kleinere Genossenschaften jedoch nur durch die erstgenannten beiden Blätter veröffentlicht werden.

Oranienburg, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts- und Börsen-Register des unterzeichneten Gerichts werden im Jahre 1898 durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, das Teltower Kreisblatt und die Berliner Börsenzeitung veröffentlicht werden. Die Bekanntmachungen für kleine Genossenschaften erfolgen nur im Reichsanzeiger und im Teltower Kreisblatt.

Mittenwalde, den 1. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, das Genossenschafts- und das Börsenregister bei dem hiesigen Amtsgerichte erfolgt für das Geschäftsjahr 1898 durch den Deutschen Reichsanzeiger, die Berliner Börsenzeitung, das Teltower bezw. Jüterbogener Kreisblatt und das Trebbiner Wochenblatt, jedoch bezüglich der kleineren Genossenschaften außer durch den Deutschen Reichsanzeiger nur durch das Trebbiner Wochenblatt.

Trebbin, den 20. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Geschäftsjahr 1898 wird für den Bezirk des unterzeichneten Gerichts die Veröffentlichung der Eintragungen a. des Handelsregisters und des Börsenregisters 1) im Deutschen Reichs- und Kgl. Preuss. Staatsanzeiger, 2) in der Berliner Börsenzeitung, 3) im Osthavelländischen Kreisblatt, 4) im Westhavelländischen Kreisblatt, b. des Genossenschaftsregisters und zwar sowohl für größere als auch für kleinere Genossenschaften: 1) im Deutschen Reichs- und Kgl. Preuss. Staatsanzeiger, 2) im Osthavelländischen Kreisblatt erfolgen.

Rauen, den 2. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Für das Geschäftsjahr 1898 wird die öffentliche Bekanntmachung der Eintragungen I. in das Firmen-, Gesellschafts- und Prokurenregister a. durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, b. die Berliner Börsenzeitung, c. das Niederbarnimer Kreisblatt, d. die Liebenwalder Zeitung, II. in das Genossenschaftsregister durch die a. b. d. bezeichneten Blätter und durch den Anzeiger des Regierungs-Amtsblatts, für kleinere Genossenschaften jedoch nur durch den Deutschen Reichsanzeiger und die Liebenwalder Zeitung erfolgen.

Liebenwalde, den 23. Dezember 1897.

Königliches Amtsgericht.

Hierzu Fünf Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Uegen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Sany'schen Erben.

| Date | | Time | | Location | | Weather | | Remarks | |
|------|-------|------|------|----------|------|---------|------|---------|------|
| 1951 | 10/10 | 0800 | 0900 | 1000 | 1100 | 1200 | 1300 | 1400 | 1500 |
| 1951 | 10/11 | 0800 | 0900 | 1000 | 1100 | 1200 | 1300 | 1400 | 1500 |
| 1951 | 10/12 | 0800 | 0900 | 1000 | 1100 | 1200 | 1300 | 1400 | 1500 |
| 1951 | 10/13 | 0800 | 0900 | 1000 | 1100 | 1200 | 1300 | 1400 | 1500 |
| 1951 | 10/14 | 0800 | 0900 | 1000 | 1100 | 1200 | 1300 | 1400 | 1500 |
| 1951 | 10/15 | 0800 | 0900 | 1000 | 1100 | 1200 | 1300 | 1400 | 1500 |
| 1951 | 10/16 | 0800 | 0900 | 1000 | 1100 | 1200 | 1300 | 1400 | 1500 |
| 1951 | 10/17 | 0800 | 0900 | 1000 | 1100 | 1200 | 1300 | 1400 | 1500 |
| 1951 | 10/18 | 0800 | 0900 | 1000 | 1100 | 1200 | 1300 | 1400 | 1500 |
| 1951 | 10/19 | 0800 | 0900 | 1000 | 1100 | 1200 | 1300 | 1400 | 1500 |
| 1951 | 10/20 | 0800 | 0900 | 1000 | 1100 | 1200 | 1300 | 1400 | 1500 |
| 1951 | 10/21 | 0800 | 0900 | 1000 | 1100 | 1200 | 1300 | 1400 | 1500 |
| 1951 | 10/22 | 0800 | 0900 | 1000 | 1100 | 1200 | 1300 | 1400 | 1500 |
| 1951 | 10/23 | 0800 | 0900 | 1000 | 1100 | 1200 | 1300 | 1400 | 1500 |
| 1951 | 10/24 | 0800 | 0900 | 1000 | 1100 | 1200 | 1300 | 1400 | 1500 |
| 1951 | 10/25 | 0800 | 0900 | 1000 | 1100 | 1200 | 1300 | 1400 | 1500 |
| 1951 | 10/26 | 0800 | 0900 | 1000 | 1100 | 1200 | 1300 | 1400 | 1500 |
| 1951 | 10/27 | 0800 | 0900 | 1000 | 1100 | 1200 | 1300 | 1400 | 1500 |
| 1951 | 10/28 | 0800 | 0900 | 1000 | 1100 | 1200 | 1300 | 1400 | 1500 |
| 1951 | 10/29 | 0800 | 0900 | 1000 | 1100 | 1200 | 1300 | 1400 | 1500 |
| 1951 | 10/30 | 0800 | 0900 | 1000 | 1100 | 1200 | 1300 | 1400 | 1500 |
| 1951 | 10/31 | 0800 | 0900 | 1000 | 1100 | 1200 | 1300 | 1400 | 1500 |

3 6105 014 682 038

JST
G3P6
1897

[illegible]

